



C/2024/4658

9.8.2024

Stellungnahme des Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

**Drohnenindustrie: Fallstudie zur Bewertung der Ergebnisse der politischen Maßnahmen zur
Stärkung der strategischen Autonomie Europas**

(Initiativstellungnahme)

(C/2024/4658)

Berichterstatter: **Panagiotis GKOFAS**

Ko-Berichterstatter: **Patrice François CHAZERAND**

Berater	Dimitris BIMPAS (für den Berichterstatter, Gr. III) Bastien MANCINI (für den Ko-Berichterstatter, Kat. 1)
Beschluss des Plenums	25.1.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Beratende Kommission für den industriellen Wandel
Annahme im Arbeitsorgan	15.5.2024
Verabschiedung im Plenum	30.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	197/0/4

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Drohnen werden in Konflikten inzwischen in beispiellosem Umfang eingesetzt. Damit sich die EU eine internationale Führungsrolle sichern kann, ist es also dringend geboten, in Europa weiter auf eine einheitliche Industriepolitik hinzuarbeiten, die in Schlüsselbranchen der Industrie auf kollektive Innovation, Partnerschaften und eine angemessene Regulierung setzt, und sich ganz bewusst für eine Abstimmung und gemeinsame Bemühungen zwischen Staaten und Wirtschaftszweigen zu entscheiden.

1.2. Wenn Europa bei kritischen Fähigkeiten unabhängig werden soll, muss die europäische Drohnenstrategie mit der Strategie für die Europäische Verteidigungsindustrie verknüpft und die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) eingebunden werden, um die heimische Produktion hochwertiger, leistungsstarker Drohnen zu fördern.

1.3. Die derzeitigen Entwicklungen in Kampfgebieten (Ukraine, Naher Osten) zeigen, dass Drohnen aufgrund der optimalen, systematischen Kombination ihrer Bauteile, Software und unterstützenden Netzwerke eine entscheidende Rolle spielen können.

1.4. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) befürwortet weiterhin eine bessere Zusammenarbeit und mehr Innovation und spricht sich dafür aus, Rechtsvorschriften wie das Gesetz über künstliche Intelligenz und das Chip-Gesetz dafür zu nutzen, die strategische Autonomie, die nationale Sicherheit und das Wirtschaftswachstum zu stärken.

1.5. Der EWSA hebt hervor, dass die Aufgabe, militärische und zivile Forschung und Entwicklung (FuE) aufeinander abzustimmen, immer wichtiger wird, da bei Drohnen zunehmend auf Automatisierung, maschinelles Lernen und künstliche Intelligenz (KI) gesetzt wird. Der Bericht der Drone Leaders' Group verdeutlicht, dass die verschiedenen Bereiche sowohl auf der Technologie- als auch auf der Verwaltungsebene stärker miteinander verknüpft werden müssen. Das darf jedoch nicht zu Lasten der Mittel gehen, die für FuE im Bereich zivil bzw. militärisch genutzter Technologie bereitgestellt werden. Der EWSA plädiert für Vereinheitlichungen, um die Entwicklung von Anwendungen mit doppeltem Verwendungszweck zu straffen sowie Effizienz und Kompatibilität zu verbessern.

1.6. Für kritische Drohnentechnologien und Drohnensysteme mit doppeltem Verwendungszweck braucht Europa einen strategischen Fahrplan für Drohnentechnologie, der einen strukturierten Ansatz für die Weiterentwicklung der Drohnentechnologie liefern kann.

1.7. Eine finanzielle Unterstützung etwaiger Investitionen in die Drohnenproduktion und die Verknüpfung von Liefer- und Wertschöpfungsketten sollte eingehend geprüft werden. Der EWSA weist darauf hin, dass es sich bei den Akteuren auf dem europäischen Drohnenmarkt insbesondere um KMU handelt, die auf die Stabilität angewiesen sind, die mit einem stetigen Fluss an öffentlichen Aufträgen und besonderen, auf die Förderung von FuE zugeschnittenen Finanzierungsprogrammen verbunden ist. Eine flexiblere Wettbewerbspolitik dürfte zu einer stärkeren Öffnung des Zugangs zu staatlichen Beihilfeprogrammen beitragen.

1.8. Zur weiteren Umsetzung der Drohnenstrategie 2.0 werden folgende Schritte vorgeschlagen:

- Die U-Space-Verordnung ist trotz der Herausforderungen, die sich bei ihrer Umsetzung stellen, die Grundlage, auf der Betreiber unbemannter Flugsysteme (UAS) operieren. Es muss dringend für eine gemeinsame Auslegung dieser neuen Vorschriften gesorgt werden.
- Die EU sollte sich auf der internationalen Ebene vor allem im Hinblick auf Zulassungsverfahren stärker engagieren.
- Es muss erreicht werden, dass die Gesellschaft innovative Luftmobilität akzeptiert. Mit EU-Unterstützung kann das gesamte Luftverkehrsökosystem gestärkt und dazu beigetragen werden, dass es floriert und nachhaltiger wird.

1.9. In einer entsprechenden Strategie sollten auch die jüngsten Fortschritte und der Bedarf in den Bereichen Katastrophenschutz, Gesundheitsversorgung, Folgen des Klimawandels und Wettbewerbsfähigkeit im Agrar-, Verkehrs- und Logistiksektor berücksichtigt werden.

1.10. Der EWSA begrüßt grundsätzlich Initiativen öffentlicher und privater Akteure auf der zentralen und der regionalen Ebene, die darauf ausgerichtet sind, dass ein Aus- und Weiterbildungsangebot für den Einsatz von Drohnen und eine Kultur des verantwortungsvollen und sicheren Einsatzes von Drohnen und entsprechenden Diensten entstehen, die dem öffentlichen Vertrauen in diese Technologie und einer entsprechenden Sensibilisierung der Öffentlichkeit zuträglich ist.

1.11. Darüber hinaus sollte die EU bereit sein, eine konsolidierte Strategie für die Entwicklung eines gemeinsamen Drohnenabwehrschirms zu formulieren, damit sie in der Lage ist, auf die zahlreichen Risiken zu reagieren, die im Zusammenhang mit hybriden Bedrohungen, Terrorakten, von anderen Staaten ausgehenden Angriffshandlungen und selbst Missbrauch auf der zivilen Ebene bestehen.

2. Hintergrund der Stellungnahme und des erörterten Legislativvorschlags

2.1. Drohnen können sowohl über Land- und Wasserflächen als auch unterirdisch und unter Wasser eingesetzt werden. Im Rahmen dieser Stellungnahme gelten Drohnen jedoch als allwettertaugliche, relativ kostengünstige unbemannte Flugsysteme, die zu vielen verschiedenen Zwecken eingesetzt werden können, beispielsweise für die Überwachung, die Wartung und den effizienten Betrieb aller Arten von Netzwerken und Netzen, die Präzisionslandwirtschaft, die schnelle und flächendeckende Hauszustellung sowie Rettungseinsätze in Gefahrenlagen. Sie beruhen auf verschiedenen hochmodernen Technologien, z. B. niedriglatenter Drahtloskommunikation, leichten Verbundwerkstoffen, leistungsstarken Elektromotoren und KI-gestützten Steuerungselementen.

2.2. Eine Priorität der Europäischen Drohnenstrategie 2.0 von 2022 ist die Entwicklung eines sicheren und effizienten Drohnen-Ökosystems. In der gemeinsamen Mitteilung der Europäischen Kommission vom Juni 2023 über eine europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit⁽¹⁾ wird ein gemeinsamer Rahmen für wirtschaftliche Sicherheit vorgeschlagen, der dazu dienen soll, die industriellen Kapazitäten der EU weiterzuentwickeln, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern sowie in kritischen und strategischen Bereichen wirtschaftlich unabhängiger zu werden.

Drohnen werden in der EU seit 2019 im Einklang mit den Verordnungen (EU) 2019/947 und 2019/945 betrieben. Da Sicherheit an erster Stelle steht, wurden 2020 zur Regelung des Flugverkehrsmanagementsystems für Drohnen drei Durchführungsverordnungen zum U-Space erlassen.

⁽¹⁾ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_3358.

2.3. Der EWSA weist darauf hin, dass Drohnen zwar in den letzten 30 Jahren im Verteidigungssektor eingesetzt wurden, die Fähigkeiten im Bereich militärischer Drohnen in Europa jedoch unzureichend sind. Zugleich konnten sich in der Ukraine und im Nahen Osten günstige kommerzielle unbemannte Flugsysteme erfolgreich gegen teure, mit Spitzentechnologie ausgestattete Raketensysteme durchsetzen. In der im März 2024 angenommenen Strategie für die Europäische Verteidigungsindustrie wird darauf hingewiesen, dass ein Schlüsselement der Verteidigungsbereitschaft der EU in Bezug auf Konflikte hoher Intensität darin besteht, dass die Kapazitäten ausgebaut werden, um die Drohnenproduktion rasch hochzufahren und zur Massenproduktion von Drohnen überzugehen. Die Entschlossenheit der Kommission, Synergieeffekte zwischen Zivil-, Verteidigungs- und Raumfahrtindustrie auszunutzen, ist positiv zu bewerten. In Bereiche vorzudringen, die als Prerogative des souveränen Staates gelten, ist jedoch schwierig. Gleichzeitig ist das der wichtigste Erfolgsfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Drohnen-Ökosystems und die Verteidigungsfähigkeiten der Union. Durch das Entstehen immer neuer Konflikte hoher Intensität hat die EU keine andere Wahl: Die Kommission muss die Streitkräfte der Mitgliedstaaten auffordern, von europäischen Anbietern im Einklang mit den Vorgaben für die ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Gelder kosteneffiziente, hochwertige Verteidigungsgüter und -fähigkeiten zu beziehen, die dem neuen strategischen Umfeld gewachsen sind. Das ist eine unabdingbare und dringende Voraussetzung für eine tragfähige europäische Verteidigungsindustrie.

2.4. Da Drohnen äußerst kosteneffizient sind, sollte der Drohnensektor aus Sicht des EWSA unbedingt als Pilotprojekt für eine maßgeschneiderte öffentliche Förderung dienen. Zurzeit beziehen die über Europa verstreuten, kleinen, aber hochinnovativen Akteure dieses dynamischen Geschäftsfelds die nötigen Schlüsselkomponenten noch hauptsächlich aus dem Ausland, da der heimische Markt zu klein ist. Außerdem vollziehen sich in der Drohnenindustrie gerade zwei bahnbrechende Entwicklungen: Bemannte Fahr- und Flugzeuge werden durch unbemannte Trägersysteme ersetzt, die dank KI immer leistungsfähiger werden, und die weitreichende Kommerzialisierung von Rüstungsgütern treibt die Preise für wirksame Waffensysteme nach unten. Die EU muss die europäische Industrie unterstützen, damit sie auf diesen starken Doppeltrend aufspringen und sich auf dem Weltmarkt besser behaupten kann, sonst steht sowohl die zivile als auch die militärische Zukunft Europas auf dem Spiel. Drohnen sind ein guter Testfall für die gemeinsame Beschaffung in der EU, um die es bisher schlecht bestellt ist. Durch eine optimale grenzüberschreitende Abstimmung kann dazu beigetragen werden, den Drohnenmarkt vollständig in den Binnenmarkt zu integrieren. Sollte sich dieses Ziel als zu ambitioniert erweisen, sollte die Kommission aus Sicht des EWSA im Geiste der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit darauf hinarbeiten, dass sich Koalitionen der Willigen bilden. Im Rahmen solcher Bündnisse könnte eine Art „Airbus für Drohnen“ entstehen. Auch Airbus musste in den 70er Jahren enorme Herausforderungen bewältigen – heute ist die Erfolgsgeschichte des Flugzeugbauers eine echte Inspiration. Kandidaten, die nicht nach Maßgabe der Ökoeffizienz, der Klimaneutralität, der arbeitsrechtlichen Vorschriften und der demokratischen Werte handeln, sollten dabei ausgeschlossen werden.

3. Allgemeine Bemerkungen

3.1. Durch die großen geopolitischen Spannungen an der Peripherie Europas ist die wachsende Unsicherheit inzwischen deutlich spürbar. Deshalb müssen kritische wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten und die politischen Prioritäten auf EU-Ebene dringend erneut zur Sprache gebracht werden.

3.2. Die letzten Stellungnahmen ^(*) des EWSA waren schwerpunktmäßig darauf ausgerichtet, die Notwendigkeit, Initiativen für strategische Unabhängigkeit zu entwickeln, mit der Sicherung kritischer Infrastruktur in Einklang zu bringen und dabei die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie insbesondere im Bereich Digital- und Weltraumtechnologie zu stärken. In anderen Stellungnahmen ^(*) wurde herausgestellt, wie wichtig doppelte Synergieeffekte zwischen Zivil-, Militär- und Digitalindustrie sind und wie die angestrebte strategische Autonomie, Tragfähigkeit, Souveränität und kritische Unabhängigkeit erreicht werden kann. Der Wissenschaftler Prof. Dr. Paul Timmers beschreibt „strategische Autonomie“ in einer aktuellen Veröffentlichung ^(*) als die Fähigkeiten, die Kapazitäten und die Kontrolle, die notwendig sind, um über wesentliche Aspekte der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Demokratie zu entscheiden und entsprechend zu handeln. Die Herausforderung besteht aus seiner Sicht darin, die Politik an die geopolitischen und technologischen Gegebenheiten anzupassen.

3.3. Aus Sicht des EWSA handelt es sich bei Drohnen um ein Produkt, das für den doppelten Verwendungszweck geradezu prädestiniert ist. Die Europäische Kommission weist darauf hin, dass sie „daher nicht nur zu den in der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität festgelegten Zielen beitragen [sollten], sondern auch zu den Zielen des im Februar 2020 angenommenen ‚Aktionsplans für Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie‘, der ein EU-Vorzeigeprojekt für Drohnentechnologien umfasst“. Der EWSA ist wie die Kommission entschlossen, dafür zu sorgen, dass „Synergien zwischen der Zivil- und Verteidigungsindustrie [...] systematisch ermittelt und genutzt werden. [...] Sie werden die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie steigern und die strategische Autonomie Europas stärken, indem sie es den Mitgliedstaaten ermöglichen, sich auf wettbewerbsfähige Drohnentechnologie europäischer Herkunft zu stützen.“

^(*) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Gemeinsamen Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat über eine ‚Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit‘“ (JOIN(2023) 20 final) (ABl. C, C/2024/2489, 23.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/2489/oj>).

^(*) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Aktionsplan für Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und der Weltraumindustrie (COM(2021) 70 final) (ABl. C 374 vom 16.9.2021, S. 66).

^(*) https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-031-45304-5_36.

3.4. Wenn Drohnen entwickelt werden, um von der Begehung bestimmter ungerechtfertigter Handlungen wie Terroranschlägen, dem Einsatz biologischer Waffen und gegen Einzelne oder Gruppen gerichteter Gewalt abzuschrecken oder diese abzuwehren, sollte auch hybriden Angriffen und Bedrohungen sowie Formen der unkonventionellen Kriegsführung Rechnung getragen werden.

3.5. Der EWSA unterstützt auch die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Anpassung des Rechtsrahmens für Drohnen nach dem „Safety First“-Grundsatz. Entsprechend muss es Sensibilisierungskampagnen für lokale und regionale Gebietskörperschaften und die Bevölkerung geben, um sie über die Vorteile von Drohnen aufzuklären und das öffentliche Vertrauen in digitale Technologien zu stärken.

3.6. In Grundzügen ist die Handhabung und Konzipierung des Drohneneinsatzes im öffentlichen Raum bereits geregelt: Für zivile Verkehrs- und Freizeitanwendungen gelten einfachere, auf Sicherheit ausgerichtete Vorschriften, während für militärische Anwendungen bestimmte Technologien vorgeschrieben sind und komplexere Vorschriften gelten. Europa war auf den Krieg in der Ukraine nicht vorbereitet. Zur Stärkung seiner allgemeinen Verteidigungsbereitschaft muss die Union dringend dafür sorgen, dass Größenvorteile und doppelte Synergieeffekte besser genutzt werden. Dazu sollte in einem ersten Schritt die Abstimmung innerhalb der Europäischen Kommission verbessert werden.

3.7. Für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Hersteller der einzelnen Komponenten von Drohnen ist das Produktionsvolumen ausschlaggebend. Daher sollten aus Sicht des EWSA umgehend Maßnahmen und Strategien für die Drohnenproduktion sowie zur Absicherung eines ausreichenden Angebots an Bauteilen, Halbleitern, Chipsätzen und Motoren für Drohnen festgelegt werden. Bauteile aus heimischer Produktion können Einfuhren ersetzen und dazu beitragen, bei kritischen Rohstoffen unabhängiger zu werden. Die EU sollte die Mitgliedstaaten grundsätzlich in ihren Bemühungen unterstützen, den Großteil der für Beschaffungskosten verfügbaren Haushaltsmittel für Ausrüstungen und Systeme europäischer Anbieter aufzuwenden. Die Vitalität der europäischen Drohnenindustrie hängt am Ende jedoch unmittelbar davon ab, wie stark und unabhängig die zugrunde liegenden Technologien (von Elektromotoren bis hin zu Verbundwerkstoffen oder KI) sind.

3.8. Die militärischen Fähigkeiten müssen verbessert werden. „[D]ie Fähigkeiten im Bereich militärischer Drohnen in Europa [sind] nach wie vor weniger ausgereift als in anderen Regionen der Welt, wenngleich der potenzielle Beitrag militärischer Drohnen zur künftigen strategischen Autonomie Europas weithin außer Frage steht.“ Das bedeutet, dass die Konstruktion, die Herstellung und der Einsatz von Drohnen bzw. Drohnentechnologie im militärischen Bereich vorangetrieben und sorgfältiger überwacht werden sollte.

3.9. Da der Markt fragmentiert ist, können die meisten elektronischen Bauteile von Drohnen bisher nicht in Europa hergestellt werden. Zurzeit kaufen europäische Unternehmen die Komponenten von Anbietern, ohne genau zu wissen, wo die Elektronik hergestellt wurde. Vor diesem Hintergrund begrüßt der EWSA, dass die Kommission in ihrer Mitteilung vom 24. Januar 2024 „Die wirtschaftliche Sicherheit in Europa vorantreiben: eine Einführung in fünf neue Initiativen“ diesbezüglich sehr deutlich wird und davor warnt, dass „mit verschiedenen Maßnahmen [...] versucht werden könnte, in die legitimen souveränen Entscheidungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten einzugreifen oder anderweitig wirtschaftliche Abhängigkeiten in den Beziehungen zur EU als Waffe einzusetzen“.

3.10. Der EWSA begrüßt, dass die Kommission im Rahmen der Leitinitiativen 15 und 16 auf Standards und Interoperabilität setzt. Ihre Absicht, „alle einschlägigen Akteure dazu anhalten, die Zertifizierungsanforderungen für zivile und militärische Anwendungen unter Berücksichtigung militärischer Besonderheiten und bestehender militärischer Zertifizierungsstandards weiter an die von der EASA festgelegten Anforderungen anzugleichen“ (Leitinitiative 15), und „neue Standardszenarien für den zivilen Betrieb zu verabschieden, die entsprechende militärische Nutzungsfälle erleichtern könnten“ (Leitinitiative 16), sind unterstützenswert.

3.11. Der EWSA teilt die Auffassung der Kommission, dass „[d]ie Entwicklung modernster Drohnen mit höheren Cybersicherheitsanforderungen, insbesondere in den Betriebskategorien ‚offen‘ und ‚speziell‘, der EU-Industrie einen Wettbewerbsvorteil verschaffen [könnte]“.

3.12. Da wirtschaftliche und ökologische Effizienz geboten ist, müssen der Faktor Mensch und teure Luftverkehrsträger (Hubschrauber und Flugzeuge) bei der Reaktion auf dringende Krisen allmählich ersetzt werden. Doch auch generell gilt: Ob es um die regelmäßige Überwachung kritischer Infrastrukturen, die Zustellung von Arzneimitteln und Paketsendungen oder Aufgaben im Bereich Strafverfolgung und öffentliche Ordnung geht, Drohnen sind für einen raschen und gesunden grünen Wandel unverzichtbar.

3.13. Durch die Förderung einer abgestimmten FuE in den Bereichen digitale Technologien, Raumfahrt- und Drohnenindustrie können neue Instrumente entwickelt werden, die zu exponentiellem Wachstum (der Drohnenmarkt soll neuen Erkenntnissen von Drone Industry Insights zufolge⁽⁹⁾ bis 2030 auf mehr als 50 Milliarden Euro anwachsen) und einer Stärkung der Unabhängigkeit Europas im Technologiebereich führen dürften. Allerdings muss durch strenge Einhaltung der Vorschriften verhindert werden, dass Technologie über undichte Stellen in die Hände von Nicht-EU-Akteuren gelangt.

⁽⁹⁾ Global Drone Market Report 2023-2030, <https://droneii.com/product/drone-market-report>.

3.14. Da die heimische Herstellung von Drohnen für die EU eine Frage der Souveränität bzw. der strategischen Unabhängigkeit ist, empfiehlt der EWSA neben der gemeinsamen Beschaffung im Sinne von Ziffer 3.5, dass Hersteller in der EU, auch wenn sie Produkte mit relativ niedrigem technologischen Niveau wie Elektromotoren herstellen, Zugang zu Subventionen erhalten und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Entwicklung angeregt wird. Heimische Hersteller werden sich gegen die Konkurrenz aus Drittländern nur durchsetzen können, wenn der Umfang der Produktion ausgeweitet wird. Das ist auch die einzige Lösung, wenn europäische Armeen die Beschaffung entlang der gesamten Wertschöpfungskette für Drohnen über den heimischen Markt abwickeln sollen.

3.15. Es gibt äußerst unterschiedliche Drohnen. Die Palette der Hersteller reicht von leichten Spielzeugdrohnen bis zu zehn Tonnen schweren bombenbestückten Kampfdrohnen. Eine Einstufung gestaltet sich also schwierig. Der EWSA unterstützt jedoch den von der Kommission verfolgten betriebsbezogenen Ansatz.

3.16. Der EWSA begrüßt in jeder Hinsicht die Leitinitiative 9, das heißt die Absicht der Kommission, „im Rahmen des Programms ‚Horizont Europa‘ und des Europäischen Verteidigungsfonds weiterhin Mittel für Forschung und Innovation im Bereich Drohnen und deren Integration in den Luftraum bereitzustellen“. Insbesondere sollten auch die Leitinitiativen 10 und 11, die mögliche Änderungen des bestehenden Rahmens für Finanzmittel/Finanzierung betreffen, unterstützt werden.

3.17. Damit die beim Kauf von High-Tech-Anwendungen und kritischen Rohstoffen bestehenden Schnittmengen genutzt werden können, um innovative Güter herzustellen und herkömmliche Flugmissionen und Verkehrsträger (bemannte Missionen, Hubschrauber) durch Drohnen und unbemannte Missionen zu ersetzen, müssen verschiedene Finanzierungsprogramme mobilisiert werden. Dafür sollte also ein Bündel an Optionen und Mechanismen zur Verfügung stehen: entweder über standardisierte Formen der Finanzierung, NextGenerationEU und einzelstaatliche Resilienz- und Aufbaufonds oder in Gestalt von maßgeschneiderten Finanzierungsinstrumenten der Europäischen Investitionsbank bzw. EU-Vorhaben.

3.18. Der EWSA weist darauf hin, dass die Weiterentwicklung der Drohnenherstellung und der umfassende Einsatz von Drohnen mit einer Überarbeitung der Aus- und Weiterbildungsprogramme einhergehen muss. Durch Kurse mit entsprechendem Lehrplan (in Anlehnung an jene zum Erwerb eines Führerscheins für Land- oder Wasserfahrzeuge) könnten die Wissenslücken bei der örtlichen Bevölkerung einschließlich Fachpersonal (Postbeamte, Verkehrsteilnehmer usw.), bei Arbeitnehmern, Bürgern, Behörden und sogar bei den Streitkräften geschlossen werden.

3.19. Es muss besonders darauf geachtet werden, dass im Sinne der Leitinitiative 4 eine von öffentlichem Vertrauen getragene Kultur des verantwortungsvollen und sicheren Einsatzes von Drohnen und entsprechenden Diensten entsteht, sodass Drohnen der jeweiligen Umgebung entsprechend optimal eingesetzt werden können. Die örtlichen Behörden oder andere unabhängige Stellen sollten den Rahmen für den Einsatz von Drohnen in Schutzgebieten, beispielsweise bei Wäldern und Seen oder sensiblen Zielobjekten, anpassen können. Um bestimmte Missbrauchsrisiken einzuschränken, sollten hier auch bewährte Verfahren für vergleichbare Verkehrsmittel, wie Skates, Fahrräder oder Elektroroller, sondiert werden.

Verkehr und Logistik

3.20. Arbeitnehmer und kleine Unternehmen, die durch den Übergang zum automatisierten Transport, beispielsweise bei Zustelldiensten, unter Druck geraten, sollten Unterstützung erhalten. Durch die bei kritischen Anwendungen bestehenden Schnittmengen ist die Drohnenindustrie zudem in der Lage, Modelle im Maßstab der Luft- und Raumfahrtindustrie und reale Testumgebungen für neue Prototypen und Technologien zu entwickeln, mit denen menschliches Versagen ausgeschlossen werden kann und die Versuchskosten sinken.

Gesundheitsschutz

3.21. Um Investoren und Drohneningenieure für die Entwicklung von Instrumenten für die Telediagnose und den Transport von medizinischem Material, Arzneimitteln und medizinischen Tests in ländliche, überseeische und entlegene Gebiete zu gewinnen, sollte eine eigene Investitionsstrategie dafür aufgestellt werden.

Umwelt- und Katastrophenschutz

3.22. Die GD ECHO muss an der Entwicklung maßgeschneiderter Drohnen beteiligt werden, die zur Prävention von Naturkatastrophen sowie für eine entsprechende Überwachung und Bewertung eingesetzt werden können. Dazu gehört auch, dass gemeinsame Instrumente und harmonisierte Verfahren geschaffen werden, die die Mitgliedstaaten im Umwelt- und Naturschutz (z. B. Wasserverschmutzung, Lärmbelastung, Verschmutzung durch Abfälle und Luftverschmutzung), im Tierschutz und im Katastrophenschutz einsetzen können.

3.23. Die Entwicklung des Drohnenmarkts muss den Prioritäten des Grünen Deals und der Kreislaufwirtschaft entsprechen, die in Rechtsvorschriften und Strategien der Union verankert sind.

Soziale Verantwortung/DSGVO

3.24. Der EWSA weist darauf hin, dass klare Regeln und Leitlinien für den Schutz der Menschenrechte und der Privatsphäre stets dazu führen, dass die Bürger Vertrauen in digitale Technologien gewinnen. Der Verhaltenskodex für Flugdrohnen und die Schulungsvideos der Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (EASA) ⁽⁶⁾ sind diesbezüglich ein guter Anfang, wobei das Thema unter Einbindung der Partner im sozialen Dialog und der Zivilgesellschaft weiterverfolgt werden sollte.

4. Besondere Bemerkungen

4.1. In der europäischen Drohnenstrategie sollte die Drohnenindustrie nicht ausschließlich als Angelegenheit von High-Tech- oder Militärexperten gesehen werden. In vielen zivilen Bereichen werden Drohnen bereits fast unbemerkt, z. B. für Postdienste, öffentliche Arbeiten, Lieferungen oder in Kunst und Kino, eingesetzt. Sie können uns ein ganz neues Bild von natürlichen, ländlichen und städtischen Entwicklungsprozessen sowie von unserem historischen und kulturellen Erbe vermitteln.

4.2. Der EWSA kann der Kommission ⁽⁷⁾ nur darin beipflichten, dass „[d]as Drohnen-Ökosystem Arbeitsplätze schaffen, das europäische technologische Know-how fördern und schützen und Wachstumsmöglichkeiten für die EU-Wirtschaft als Ganzes eröffnen [wird], indem europäische Unternehmen, einschließlich neuer KMU, in die Lage versetzt werden, als weltweit führende Unternehmen zu wachsen und zu florieren“.

4.3. Der Agrarsektor dürfte stärker von der Einführung von Drohnentechnologien profitieren, wenn es um die Überwachung und Einschätzung von Wetterbedingungen, Erntemöglichkeiten, Schadensprognosen und Wasserverbrauch sowie Produktivitätsbeurteilungen geht.

4.4. Hochqualifizierte Arbeitskräfte und Wissenschaftler, darunter insbesondere Frauen, sollten für die Teilnahme an gemeinsamen FuE-Vorhaben im Bereich Drohnenherstellung gewonnen und darin geschult werden, wie Drohnen sozialverträglich vermarktet werden können. Die Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen von auf FuE im Bereich Drohnen spezialisierten technischen Hochschulen sowie EU-Unternehmen, die die entsprechenden Technologien entwickeln, sollten unabhängig davon, ob sie mit nicht in der EU ansässigen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen oder Hochschulen wissenschaftlich zusammenarbeiten, von der EU Zuschüsse erhalten.

4.5. Der EWSA teilt auch die Auffassung, dass „Drohnendienste auf der Grundlage von Inklusivität, erschwinglichem Zugang und Nachhaltigkeit gefördert werden [sollten] und nicht auf die ‚wohlhabenden Wenigen‘ beschränkt sein [dürfen]“. Dieses hehre Ziel wird ohne angemessene Unterstützung der Hersteller jedoch nicht erreichbar sein.

4.6. Was die institutionelle Abstimmung und den Schutz der demokratischen Werte betrifft, hebt der EWSA hervor, dass für den Einsatz von Drohnen ein Rechtsrahmen gelten muss, damit die demokratischen Rechte der Menschen nicht gefährdet sind. Der missbräuchliche Einsatz von Drohnen zur Unterdrückung demokratischer Rechte sollte Regierungen und privaten Eigentümern untersagt sein. Deshalb sollte die Beteiligung von Justizbehörden und anderen unabhängigen Stellen an Entscheidungen über den Einsatz von Drohnen aus Gründen des öffentlichen Interesses verpflichtend vorgeschrieben sein.

Brüssel, den 30. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

⁽⁶⁾ <https://www.easa.europa.eu/de/light/topics/flying-drone-how-be-safe-drone-pilot>.

⁽⁷⁾ https://transport.ec.europa.eu/system/files/2022-05/Drone_Leaders_Group_Report_2022-04-26.pdf.



C/2024/4659

9.8.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Industrielle und technologische Ansätze und bewährte Verfahren für eine wasserresiliente Gesellschaft

(Sondierungsstimmungnahme auf Ersuchen der Europäischen Kommission)

(C/2024/4659)

Berichterstatter: **Florian MARIN**

Ko-Berichterstatter: **John BRYAN**

Berater	Kevin KINSELLA (für den Ko-Berichterstatter der Kat. 3) Josef SCHNAITL (für den Berichterstatter der Gruppe I)
Befassung	11.12.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Beratende Kommission für den industriellen Wandel
Annahme im Arbeitsorgan	15.5.2024
Verabschiedung im Plenum	30.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	215/2/2

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Um Resilienz, Sicherheit und Nachhaltigkeit der Wasserversorgung sicherzustellen, sind eine eigenständige Strategie und ein Aktionsplan für Wasser erforderlich. Dies erfordert die ordnungsgemäße Umsetzung eines künftigen Blauen Deals der EU, der den europäischen Grünen Deal ergänzen wird. Die in der Initiativstimmungnahme CCMI/208⁽¹⁾ enthaltene Analyse der Umsetzung der Leitprinzipien des Blauen Deals (Nr. 7, 9, 10, 11 und 12) und der Maßnahmen (Nr. 7, 8, 9, 10 und 14 bis 17) in Bezug auf die Industrie wird in dieser Sondierungsstimmungnahme auf Ersuchen der Europäischen Kommission vertieft.⁽²⁾

1.2. Industrielle und technologische Ansätze und bewährte Verfahren zur Unterstützung einer Gesellschaft mit intelligenter Wassernutzung müssen fest in einer umfassenden nachhaltigen Wasserbewirtschaftungspolitik für die Industrie verankert sein, die auf folgenden Aspekten beruht: Senkung des Verbrauchs, Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Wasser; Erhöhung der Speicherkapazitäten; Verringerung von Wasserverschmutzung; schrittweise Einführung und Nutzung wassereffizienter Technologien⁽³⁾ bei gleichzeitiger Gewährleistung eines gerechten Übergangs, der die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gewährleistet.

1.3. Um das Thema Wasser in eine überarbeitete Industriepolitik und die Transformationspfade zu integrieren, müssen wir

- einen überarbeiteten strategischen Rahmen für die Industrie annehmen, einschließlich eines geänderten Finanzierungsrahmens für Infrastruktur, Kompetenzen (Fahrplan für die menschliche Dimension), Technologien und Forschung. Dieser Rahmen muss auf die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich Wasser parallel zur Dekarbonisierungspolitik (z. B. mithilfe eines Fonds für den blauen Wandel) und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen abzielen. Bei dieser Überarbeitung sollte ein neuer Deal für die Industrie vorgeschlagen werden, um innerhalb von vier Jahren eine konsolidierte Strategie für die europäische Industrie zu bieten, die den vielfältigen Herausforderungen (in den Bereichen Wasser, Energie, kritische Rohstoffe, Digitalisierung und strategische Autonomie) gerecht wird, und Wasserpläne für die lokale, nationale und europäische Ebene zu konzipieren;

⁽¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Wasserintensive Industrien und wassereffiziente Technologien“ (Initiativstimmungnahme) (ABl. C 349 vom 29.9.2023, S. 74).

⁽²⁾ <https://www.eesc.europa.eu/sites/default/files/2024-02/qe-04-23-852-de-n.pdf>.

⁽³⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Wasserintensive Industrien und wassereffiziente Technologien“ (Initiativstimmungnahme) (ABl. C 349 vom 29.9.2023, S. 74); <https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/water-intensive-industries-and-water-efficient-technologies>.

- einen Fahrplan für den Aspekt der Arbeitskräfte (Kompetenzen, lebenslanges Lernen) in den überarbeiteten strategischen Rahmen für die Industrie aufnehmen, der sicherstellt, dass die für die Bewältigung des anstehenden industriellen Wandels erforderlichen Humanressourcen zur Verfügung stehen;
- gute Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen bei Wasserknappheit sicherstellen;
- bei der Überarbeitung der Wege für den industriellen Wandel innerhalb der nächsten zwei Jahre einen sektoralen Ansatz annehmen;
- wasserintensive Industrien ermitteln und maßgeschneiderte Aktionspläne ausarbeiten, um die Unternehmen beim schrittweisen Übergang zu einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung zu unterstützen;
- die Wirtschaftszweige unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen Relevanz überprüfen und klassifizieren, um für die wichtigsten Branchen den Zugang zu Wasser in Krisensituationen sicherzustellen;
- der Ernährungssouveränität und -sicherheit Vorrang einräumen und bei Wasserknappheit Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen schützen;
- konkrete Ziele für die Nettoentnahme von Frischwasser in den jeweiligen Wassereinzugsgebieten einhalten;
- eine unbürokratische europäische Wasserquotenregelung nach Maßgabe des Emissionshandelssystems auf der Grundlage des Angebots und der Nachfrage der einzelnen Branchen sowie einen grenzüberschreitenden Mechanismus für Wasser prüfen und entwickeln und dem Faktor Wasser im Rahmen der EMAS-Zertifizierung und im Rahmen von Ökodesign-Systemen mehr Gewicht einräumen.

1.4. Damit ein Wirtschaftszweig dank verringertem Wasserverbrauch und verstärkter Behandlung und Wiederaufarbeitung von Wasser wassereffizient wird, muss er

- ein europäisches Ökosystem für die Wasserdatenverwaltung entwickeln;
- den Wasserverbrauch aller Produktionsprozesse messen;
- die Verwendung von Trinkwasser für industrielle Zwecke minimieren;
- eine Bestandsaufnahme des aktuellen Zustands der Abwasserinfrastruktur in der EU durchführen und einen Modernisierungsplan aufstellen;
- Standards und SMART ^(*)-Leistungsziele für die Wassernutzung auf Sektor- und Unternehmensebene festlegen;
- ein geschultes Team (aus Leitung und Mitarbeitern) benennen, das für die Wassereffizienz von Betrieben verantwortlich ist, regelmäßige Kommunikation mit den Beschäftigten sicherstellen und Schulungen zur Sensibilisierung für Wasserfragen anbieten;
- bewährte industrielle Verfahren und technologische Ansätze mithilfe der Plattform der Interessenträger für den Blauen Deal austauschen, um ihre Einführung zu fördern.

1.5. Die Vorschläge zur Förderung eines europäischen Technologiesektors für Wassereffizienz umfassen:

- die Bestandsaufnahme vorhandener wassereffizienter Technologien;
- die Ausarbeitung eines Übergangspfads für die Entwicklung des Technologiesektors für sauberes Wasser und effiziente Nutzung, einschließlich eines Fahrplans für die menschliche Dimension, um die Verfügbarkeit der erforderlichen Kompetenzen, gute Arbeitsplätze und angemessene Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

1.6. Die Umsetzung des Fonds für den blauen Wandel im industriellen Bereich setzt Folgendes voraus:

- Bereitstellung mehrjähriger und fondsübergreifender europäischer und nationaler, öffentlicher und privater Mittel, einschließlich Zuschüsse und Darlehen;

^(*) Specific, Measurable, Achievable, Relevant and Time-bound (SMART – konkret, messbar, erreichbar, sachgerecht und mit einem Datum versehen).

- die in Vorbereitung befindliche und vom Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (EIT) finanzierte Wissens- und Innovationsgemeinschaft (KIC) für Wasser, die entscheidend dazu beitragen sollte, diesbezügliche Lücken in Bildung, Forschung, Innovation und Unternehmertum zu schließen;
- finanzielle Unterstützung des Übergangs zu Nachhaltigkeit und Resilienz der Wasserinfrastrukturen und der Wasserbewirtschaftung; Forschung zu und Einführung wassereffizienter Technologien; Maßnahmen zur Gewährleistung des Zugangs zu hochwertiger und erschwinglicher Wasser- und Sanitärversorgung.

2. Integration des Themas Wasser in die überarbeitete Industriepolitik und in die Wege für den industriellen Wandel

2.1. **Wasserresilienz** kann definiert werden als die Fähigkeit der Gesellschaft, sich an die veränderte Verfügbarkeit von Wasserressourcen aufgrund sozioökologischer Faktoren anzupassen und entsprechend zu reagieren. Wasserresilienz sollte eines der Ziele der überarbeiteten Industriestrategie und des europäischen Blauen Deals sein.

2.2. In den Prinzipien 9 und 10 der Erklärung zum europäischen Blauen Deal heißt es, dass Wasser grundlegendes Element der **Industriestrategie der EU** sein sollte. **Dies sollte innerhalb von zwei Jahren beschlossen werden.** Im Industrieplan zum Grünen Deal wird Wasser nur sporadisch erwähnt, und in der Netto-Null-Industrie-Verordnung findet es überhaupt keine Erwähnung. Es **bedarf eines überarbeiteten strategischen Rahmens** einschließlich eines mehrjährigen Investitionsplans und eines angepassten Finanzierungsrahmens für Wasserinfrastruktur, Kompetenzen, Technologien und Forschung, um parallel zur Dekarbonisierungspolitik die Herausforderungen im Bereich Wasser anzugehen (Maßnahme 10). Dieser überarbeitete Rahmen, der die Industriepolitik um die Dimension Wasser bereichern würde, könnte die Gelegenheit bieten, einen neuen Deal mit einer konsolidierten Strategie für die europäische Industrie vorzuschlagen, die den Herausforderungen in den Bereichen Wasser, Energie, kritische Rohstoffe, Digitalisierung und strategische Autonomie gerecht wird.

2.3. Dieser Deal sollte eine menschliche und soziale Dimension umfassen. Dabei sollten die in der Industrie benötigten Kompetenzen erfasst werden, um die **wasserspezifischen Herausforderungen** erfolgreich zu bewältigen. Bei diesem Fahrplan für die menschliche Dimension sollte die Alterspyramide berücksichtigt werden. Die Fähigkeit zur Antizipierung von Veränderungen durch strenge Folgenabschätzungen und zur Konzipierung entsprechender Anpassungsmaßnahmen, wie z. B. Wege für den nahtlosen Arbeitsplatzwechsel, sollten auf nationaler wie auf lokaler Ebene entwickelt werden.

2.4. **Die Überarbeitung der Wege für den industriellen Wandel innerhalb von zwei Jahren sollte einen sektoralen Ansatz für die Erreichung von Wassereffizienz bieten.** Einige industrielle Ökosysteme könnten unter Anwendung der vorhandenen Technologien rasch wassereffizient werden. **Andere Branchen wiederum benötigen mehr Zeit für die Anpassung** und müssen deshalb einen **schrittweisen mittel- bis langfristigen Ansatz** verfolgen. Während CO₂-intensive Sektoren wie der Luftverkehr mitunter Schwierigkeiten hatten, finanzielle Unterstützung für die Dekarbonisierung zu bekommen (insbesondere während der COVID-19-Pandemie), ist es entscheidend, dass die Branchen mit dem größten Wasserverbrauch Unterstützung für die schrittweise Senkung ihres Verbrauchs erhalten. Dies sollte sowohl mit Finanzspritzen als auch durch starke Unterstützung für die Erforschung sauberer Technologien unter Berücksichtigung des Verbrauchs von Wasser, Energie und kritischen Rohstoffen erfolgen.

2.5. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) empfiehlt, **wasserintensive Branchen** innerhalb der ressourcen- und energieintensiven Wirtschaftszweige zu ermitteln, einschließlich der Sparten Textil, Stahl, Hotel, Gaststätten und Tourismus, Bekleidung, Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung, Chemie, Papier, Energie, Bau, Bergbau, Rechenzentren und Automobilbau. Angesichts der besonderen Herausforderungen aufgrund zunehmender Wasserknappheit sollten **wasserintensive Industriezweige von maßgeschneiderten sektoralen Aktionsplänen in Verbindung mit finanzieller Unterstützung profitieren.** Durch die Einführung angemessener Verfahren und Technologien **können sie schrittweise zu einem nachhaltigen Umgang mit Wasser übergehen, sofern sie auch über die erforderlichen Arbeitskräfte verfügen.** Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass selbst wasserintensive Branchen mit einer geeigneten Strategie ihre Wassereffizienz verbessern können. So wird beispielsweise in einem Fremdenverkehrsort in der Ägäis (Griechenland) aus aufgefangenem Regenwasser und Kondensation von atmosphärischem Wasserdampf Trinkwasser gewonnen. Das im Tourismus anfallende Abwasser wird in eigens angelegten Feuchtgebieten aufbereitet und dann zur Bewässerung eines Bio-Permakulturgartens verwendet, der die Gäste mit Lebensmitteln versorgt. ⁽⁵⁾

⁽⁵⁾ <https://www.climate-kic.org/opinion/water-scarcity-in-southern-europe-problems-and-solutions/>.

2.6. **Die organisierte Zivilgesellschaft sollte** an der Entwicklung der überarbeiteten Wege für den industriellen Wandel **sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene konsultiert und beteiligt werden**, da sie die technischen Voraussetzungen der unterschiedlichen Branchen am genauesten kennt. Die Ausschüsse für den sektoralen sozialen Dialog auf europäischer Ebene sollten die Wasserthematik in den sektoralen Aktionsplänen erörtern. Die Wirtschaftsbranchen sollten Indikatoren für die Wassereffizienz festlegen, zu deren schrittweiser Erreichung sie sich verpflichten. Diese Indikatoren sollten rückverfolgbar, progressiv und auf sektoraler Ebene einhaltbar sein.

2.7. Vor dem Hintergrund der Wasserknappheit muss die Industrie ihre Produktion so anpassen, dass dem menschlichen Leben und den Grundbedürfnissen Vorrang eingeräumt wird. Es gilt, die **Wirtschaftszweige** unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen Relevanz **zu überprüfen und zu klassifizieren**, um den Zugang zu Wasser in Krisensituationen für die wichtigsten Branchen sicherzustellen. Aus Gründen des Umweltschutzes ist es jedoch wichtig, die Wasserversorgung einiger Industriezweige im Falle einer Wasserkrise einzuschränken. Solche Entscheidungen müssen auf Ebene der Einzugsgebiete getroffen werden, wobei die Unterschiede der einzelnen Teilgebiete zu berücksichtigen ist.

2.8. **Für alle Flusseinzugsgebiete sollten** Wasserpläne **entwickelt werden**, die Klimaszenarien, Bevölkerungswachstum und Risiken (wie Wasserverschmutzung oder Überentnahme) berücksichtigen. Es sollten **Regelungen für kritische Wasserressourcen und die Zuteilung von Wasser** festgelegt werden, um die biologische Vielfalt wirksam zu schützen und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Muss in einigen Regionen die Versorgung mit Wasser eingeschränkt werden, hat dies auf gerechte und nachhaltige Weise zu geschehen. Bezüglich der Verteilung von Wasser auf unterschiedliche Verwendungszwecke und Nutzer, z. B. Verbraucher, Landwirte, die Lebensmittelproduktion und die Industrie, müssen Entscheidungen getroffen werden. Die Einführung von Wasserrechten ist erforderlich. Bei Genehmigungen und Lizenzen sollte ein **spezifisches Ziel für die Nettoentnahme von Frischwasser** auf der Grundlage der Verfügbarkeit von Wasser eingehalten werden. Bei der Erteilung von Genehmigungen für die Wassernutzungsinfrastruktur muss derselbe Ansatz verfolgt werden. Der EWSA schlägt vor, besonderes Augenmerk auf die spezifischen Herausforderungen für Frischwasser zu legen. Auf Unionsebene sollte eine gemeinsame Methodik auf der Grundlage allgemeiner Grundsätze angewandt werden. Territoriale und industrielle Faktoren sollten bereichsübergreifend in die **Raum- und Industrieplanung** integriert werden. Aufgrund der zunehmenden Ungleichheiten zwischen Stadt und Land muss den ländlichen Gebieten besonderes Augenmerk gewidmet werden.

2.9. **Die nationalen Wasserpläne sollten innerhalb von vier Jahren verbindlich werden**, damit eine Strategie entwickelt werden kann, die der Notwendigkeit eines nachhaltigen, sicheren und krisenfesten Zugangs zu Wasser Rechnung trägt. Gleichzeitig gilt es, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu wahren und den Branchen die Möglichkeit zur Entwicklung, zum Wachstum und zum Fortschritt zu geben. Es bedarf **kooperativer Geschäftsmodelle und eines Ansatzes der geteilten Mittelverwaltung** zwischen Regierungen und Unternehmen. Die kollektive Einbeziehung von und Unterstützung für Unternehmen, Verbraucher und Arbeitnehmer sind für die Weiterentwicklung der Wasserresilienz-Strategie entscheidend.

2.10. Im weiteren Sinne ist die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** zwischen Unternehmen, Regierungen und lokalen Behörden für die Verbesserung der Planung und Wasserzuteilung wichtig. Gleiches gilt für die Transparenz der Ressourcen auf EU-Ebene und die Gewährleistung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Es sollten eine auf Angebot und Nachfrage der einzelnen Branchen beruhende europäische Wasserquotenregelung nach Maßgabe des Emissionshandelssystems sowie ein **grenzüberschreitender Mechanismus für Wasser** nach dem Vorbild des CO₂-Grenzausgleichssystems entwickelt werden. Wasser sollte auch im Rahmen der EMAS-Zertifizierung eine wichtigere Rolle spielen. Die Bedeutung von **Wasser in den verschiedenen Vorschriften für eine umweltgerechte Gestaltung** sollte konsolidiert werden, indem der Wasser-Fußabdruck der Erzeugnisse einbezogen und das Konzept des „virtuellen Wassers“ gefördert wird.

3. Eine wassereffiziente Industrie dank Aufbereitung, Wiederaufbereitung und Senkung des Verbrauchs von Wasser

3.1. In Spanien hatte eine Papierfabrik angesichts der Wasserknappheit in der Region keine andere Wahl, als wassereffizient zu werden, um den Betrieb nicht einstellen zu müssen. Das Unternehmen investierte im Rahmen seiner Bemühungen um eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung in die Optimierung von Prozessen und in interne Aufbereitungsverfahren. Nunmehr ist es möglich, das für die Produktion erforderliche Wasser 13 Mal wiederaufzuarbeiten.⁽⁶⁾ Zudem konnte die Papierfabrik dank einer Investition in ein Mehrfachfilter-Membransystem in der kommunalen Abwasserbehandlungsanlage aufbereitetes Wasser anstelle von Frischwasser verwenden. Dadurch werden 10 500 m³ Trinkwasser pro Tag eingespart.

⁽⁶⁾ Ordóñez, R., u.a., „Evaluation of MF and UF as pretreatments prior to RO applied to reclaim municipal wastewater for freshwater substitution in a paper mill: A practical experience“, *Chemical Engineering Journal*, Band 166, Ausgabe 1, 2011, S. 88-98.

3.2. **Sofern der Wasserverbrauch einer Industrieanlage bekannt und die Kläranlage in der Lage ist, die erforderliche Wasserqualität zu gewährleisten, kann eine solche entsprechend angepasste Lösung auch in anderen Industriezweigen übernommen werden.** Ein weiteres gutes Beispiel für die Verringerung des Trinkwasserverbrauchs bietet ein Automobilwerk in Belgien, das durch einen Anschluss an die nahe gelegene kommunale Kläranlage mit Grauwasser versorgt wird. Dadurch konnte der Autohersteller den Trinkwasserverbrauch in diesem Betrieb um rund 80 % senken. In industriellen Planungs- und Produktionsprozessen sollte dafür gesorgt werden, dass sich die verschiedenen Qualitäten des benötigten und des erhaltenen Wassers eindeutig entsprechen.

3.3. **Die systematische Verbesserung der Wasserinfrastruktur ist für die Verbesserung der (industriellen) Wassereffizienz von entscheidender Bedeutung.** In Irland hat das nationale Versorgungsunternehmen ein Programm zur Behebung von Leckagen und zum Austausch von Leitungen mit dem Ziel umgesetzt, die nationale Leckagerate bis Ende 2030 auf 25 % zu senken, wodurch täglich 200 000 m³ Wasser eingespart würden. Seit 2018 wurden bereits erhebliche Fortschritte erzielt: die Leckagerate sank von 46 % auf 37 %. ⁽⁷⁾ Laut Prinzip 7 der Erklärung sollte eine klare Bestandsaufnahme der derzeitigen Infrastruktur (einschließlich des Verteilungsnetzes) vorgenommen werden, um Leckagen zu vermeiden, und durch Modernisierung sollte die Verteilung unterschiedlicher Wasserqualitäten ermöglicht werden. Wasseraufbereitungsanlagen sollten verschiedene Nutzer und Verwendungsbereiche (Landwirtschaft, Industrie, Haushalte und öffentliche Einrichtungen) mit jeweils angemessener Wasserqualität beliefern können. Die Bereitstellung von Qualitäts- oder Trinkwasser für industrielle Zwecke sollte minimiert werden (Prinzip 10), außer in Branchen, in denen Wasser ein Rohstoff ist oder für die Gesundheits- und Sicherheitskriterien eines Produkts benötigt wird, etwa in der Lebensmittel- und Tourismusindustrie und in Aquakulturanlagen.

3.4. Die Wiederverwendung und Wiederaufbereitung von Wasser und die Reduzierung der Menge des genutzten Trinkwassers sollten in der Industrie zur Regel werden (Maßnahme 9). **Bewährte Verfahren führen bereits zu positiven Ergebnissen.** In Murcia, einer der trockensten Regionen Spaniens, auf die 20 % der landwirtschaftlichen Erzeugung des Landes entfallen, wird von der für die Wasseraufbereitung zuständigen Behörde das gesamte Abwasser für die Bewässerung wiederverwendet. Dabei wurden allein 2023 den Landwirten und dem Agrarsektor 121 hm³ aufbereitetes Wasser zur Verfügung gestellt. ⁽⁸⁾

3.5. In naher Zukunft wird die Wassereffizienz der Industrie zu einer drängenden sozialen Frage. Es besteht eindeutig Bedarf an einem **integrierten Wasserbewirtschaftungssystem** mit einer Vielzahl von Wasserinfrastrukturen, die dem Bedarf unterschiedlicher Branchen gerecht werden. Während des gesamten Produktionsprozesses, beginnend auf Betriebsebene, muss eine konsequente **standardisierte und harmonisierte Datenerhebung** erfolgen. Auf EU-Ebene ist eine spezifische Methodik zu entwickeln, um die Nutzung der erhobenen Daten zu optimieren. Es sollten **gemeinsame Indikatoren** erwogen werden, die auf Unternehmens- und Branchenebene überwacht werden, wie z. B. Liter pro Produkteinheit, pro Beschäftigtem, pro Prozess, pro Zyklus, pro Energieverbrauchseinheit und pro Zeiteinheit. Ferner sollte ein Index für Wasserverbrauch und Wasserabhängigkeit eingeführt werden. Außerdem sollten Normen, Leistungsindikatoren und Ziele für die Wassernutzung auf sektoraler Ebene festgelegt werden, um die Fortschritte bei der Wassereffizienz zu verfolgen.

3.6. Der EWSA ist darüber besorgt, dass Wasserrechnungen bei der jüngsten Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 ⁽⁹⁾ über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen nicht berücksichtigt wurden, da es in den Mitgliedstaaten häufig an entsprechenden Daten mangelt. Er fordert die Kommission nachdrücklich auf, geeignete Datenerfassungsstrukturen einzurichten, bevor die Mitgliedstaaten Daten über die Wassernutzung erheben und austauschen müssen. Ein **europäischer Datenraum für Wasser** sollte geschaffen werden, der diese sowie Daten über verfügbare Wasserressourcen und aggregierte laufende Investitionen umfasst. **Wasserversorgungsunternehmen, Versorgungsunternehmen generell, Industrie und Haushalte sollten Teil des Datenstroms sein, der wesentliche Daten über die Verfügbarkeit und Nutzung von Wasser liefert, um eine wassereffizientere Gesellschaft zu schaffen.**

⁽⁷⁾ <https://www.water.ie/projects/national-projects/leakage-reduction-programme/>.

⁽⁸⁾ <https://euroweeklynnews.com/2024/01/08/water-reuse-in-murcia-a-game-changer-for-agriculture/>.

⁽⁹⁾ Verordnung (EU) Nr. 691/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen Text von Bedeutung für den EWR (ABl. L 192 vom 22.7.2011, S. 1).

3.7. Mit Technologie allein kann das Wasserproblem nicht gelöst werden. Angesichts der Bedeutung von Wasser für Entwicklung und Wachstum müssen eine **Wasserkultur entwickelt und das Bewusstsein für Wasser** in der europäischen Gesellschaft geschärft werden. Wie in Maßnahme 8 der Erklärung des EWSA zum Blauen Deal vorgeschlagen, sollte eine **besondere Wasserverbrauchskennzeichnung** für wassereffiziente Produkte eingeführt werden. Auch auf EU-Ebene sollte eine **einheitliche Definition für Produkte oder Dienstleistungen mit geringem Wasserverbrauch** entwickelt werden. 2023 führte die britische Regierung ein neues Umweltzeichen für Produkte ein, die Wasser nutzen oder für Wasser verwendet werden wie Toiletten, Badezimmerhähne, Duschvorrichtungen, Geschirrspüler, Waschmaschinen und Wäschetrockner. Ziel ist es, den Wasserverbrauch bis 2038 um 20 % zu senken, wodurch die Verbraucher über einen Zeitraum von zehn Jahren schätzungsweise 147 Millionen Euro an Wasserkosten einsparen.⁽¹⁰⁾ Ein weiteres gutes Beispiel ist das freiwillige einheitliche Wasserlabel. Mit diesem intelligenten Instrument soll es Verbrauchern ermöglicht werden, anhand eines gemeinsamen Kennzeichens mit klaren, prägnanten und leicht verständlichen Aussagen über den Wasser- und Energieverbrauch die richtigen Produkte zu finden, die Wasser nutzen oder für Wasser verwendet werden.⁽¹¹⁾

3.8. Wasser sollte Teil der industriellen Organisationskultur, einschließlich des Sozialmodells und der Sozialpartnerschaft, sein. Wasser muss als knappe Ressource begriffen werden. Ein gutes Beispiel für ein EU-Projekt zur Wassereinsparung und -wiederverwendung in der Tourismusbranche ist das Projekt „Life Wat'Saveuse“ im Mittelmeerraum, das die Vorteile der Wassereinsparung und -wiederverwendung aufzeigt und durch geringeren Wasserverbrauch die Kreislaufwirtschaft fördert.⁽¹²⁾

3.9. Da Wassereffizienz auf Betriebsebene beginnt, sollte ein **für die Wassereffizienz zuständiges Team (aus Leitung und Mitarbeitern) benannt** werden. Es sollte ein klarer Wassereffizienzplan angenommen werden, um den Frischwasserverbrauch zu verringern und sicherzustellen, dass Lecks dank häufiger Routinekontrollen erkannt und repariert werden, intelligente Zähler und saubere Technologien (Wasser- und Energieeffizienz) eingeführt werden, Wasser nach der Nutzung aufgearbeitet und wiederverwendet und die Verschmutzung durch die Industrie verringert wird (Prinzip 10).

3.10. Um den Rückhalt der Arbeitnehmer zu erlangen, ist es entscheidend, **Arbeitnehmervertreter und Arbeitnehmer** bei der Umsetzung des Wassereffizienzplans (mit Schwerpunkt auf Wasser- und Kosteneinsparungen) **zu unterrichten und einzubeziehen** und die Bedeutung ihres Engagements für die Wassereffizienz anzuerkennen. Es sollten erwogen werden, Anreize für Arbeitnehmer zum Erreichen von Wassereffizienzzielen zu setzen. Dazu sollte eine spezielle Infrastruktur geschaffen und gefördert werden, nach dem Vorbild der Europäischen Blauen Schulen, in denen Wissen über die Meere vermittelt wird. In einem breiteren Kontext muss die Rolle von Frauen und jungen Menschen sorgfältig geprüft werden (Prinzip 11).

3.11. **Die beratende EU-Plattform für den Blauen Deal** (Maßnahme 2 der EWSA-Erklärung) sollte beim Austausch bewährter Verfahren eine wichtige Rolle spielen. Dafür sollten spezifische Standards und **sektorale Wasserpartnerschaften** geschaffen werden, damit die Unternehmen der Branche von einem anlagenbasierten Ansatz zu einem branchenspezifischen Ansatz übergehen und gemeinsame Kapazitäten aufbauen können. Es sollten **Wasserpartnerschaften** zur Steigerung der Investitionen und Verbesserung der Wasserversorgung und der nachhaltigen Wassernutzung zwischen verschiedenen Gemeinschaften eingerichtet werden, an denen öffentliche und private Akteure beteiligt sind und die sich mit Fragen wie Forschung, Technologie, Kompetenzen und Infrastruktur befassen. Für diesen Austausch bewährter Verfahren auf Branchen- und Ökosystemebene sollte **technische Hilfe** bereitgestellt werden.

4. Wassereffiziente Branchen dank wassereffizienter Technologien

4.1. **Die bestehenden Technologien können Hervorragendes leisten.** Der EWSA möchte dafür einige Erfolgsgeschichten aus verschiedenen Industriezweigen präsentieren.

4.2. Dienstleistungen wie **Wasserbanken oder Wassermietmärkte** sollten ebenso entwickelt werden wie Anlagen zur verstärkten **Speicherung** von Wasser (bei Regenfällen und Überschwemmungen), die jedoch nicht die biologische Vielfalt beeinträchtigen. Der Bau von Hochwasser-Rückhaltesystemen anstelle von Schutzsystemen könnte einen Paradigmenwechsel bei unserem Umgang mit der Wasserinfrastruktur sein. **Hochwasser kann für die Bewässerung und das Auffüllen von Aquiferen genutzt werden, und Schwammstädte verfügen über ein enormes Potenzial.** Auch die kaskadierende Wassernutzung sollte in Betracht gezogen werden. Mit der Methode der Umkehrosmose im geschlossenen Kreislauf konnte eine dänische Brauerei 90 % des gesamten für Reinigungs- und andere industrielle Prozesse verwendeten Wassers wiederaufbereiten und den Wasserverbrauch um 58,8 % (bzw. 500 000 m³ pro Jahr) senken. Dadurch fiel im wasserintensiven Brauprozess praktisch kein Abwasser mehr an.

⁽¹⁰⁾ [https://www.gov.uk/government/news/household-goods-to-carry-water-efficiency-labels#:~:text=New%20eco%2Dlabels%20to%20will,their%20energy%20and%20water%20bills.&text=Toilets%2C%20sinks%2C%20dishwashers%20and%20washing,today%20\(Friday%2029%20September\)](https://www.gov.uk/government/news/household-goods-to-carry-water-efficiency-labels#:~:text=New%20eco%2Dlabels%20to%20will,their%20energy%20and%20water%20bills.&text=Toilets%2C%20sinks%2C%20dishwashers%20and%20washing,today%20(Friday%2029%20September)).

⁽¹¹⁾ <https://uwla.eu/>.

⁽¹²⁾ <https://www.water-reuse-europe.org/life-project-watsaveuse/>.

4.3. Ein weiteres Beispiel bietet eine große irische Molkereigenossenschaft, die jährlich 11 Millionen l Milch verarbeitet und dem nahegelegenen Fluss und den Grundwasserbrunnen in ihrem Hauptverarbeitungsbetrieb täglich etwa 11 000 m³ Wasser entnimmt. Der Betrieb bereitet das genutzte Wasser dann auf und leitet täglich rund 14 500 m³ sauberes Wasser wieder in den Fluss ein. Damit erzeugt der Milchverarbeitungsbetrieb bei der Regeneration 30 % zusätzliches sauberes, hochwertiges Wasser, das in den Fluss zurückgeleitet wird.

4.4. Im Bausektor verringert der Einsatz von Nanotechnologie in Form ultradünner selbstreinigender Beschichtungssysteme für Fenster die Kosten für die Fensterreinigung und den Wasserverbrauch, insbesondere bei hohen Gebäuden, erheblich. ⁽¹³⁾

4.5. Hybride Kühlsysteme, die Wasser- und Luftkühlungstechnologien kombinieren, können den Wasserverbrauch um bis zu 80 % senken und gleichzeitig die Energieeffizienz von Kraftwerken erhalten.

4.6. Bei der Technologie der Einfärbung von Textilien mit Kohlenstoffdioxid ohne Einsatz von Wasser wird der Einsatz von Energie und Chemikalien gegenüber herkömmlichen Verfahren um 50 % gesenkt. ⁽¹⁴⁾

4.7. All diese Beispiele veranschaulichen das enorme Potenzial bestehender Technologien und die Chancen für die europäische Industrie, wenn sie sich für umfangreiche Investitionen in Forschung und Entwicklung entscheidet. **Die Entwicklung eines spezifischen Transformationspfads für den Sektor der sauberen Technologien, der auch die Verfügbarkeit der erforderlichen Arbeitskräfte abdeckt, ist von größter Bedeutung,** ebenso wie die Entwicklung oder Aktualisierung neuer innovativer Technologien mittels verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten, die an die Herausforderungen im Bereich Wasser angepasst werden. Die Bemühungen um den Austausch bewährter Verfahren in den Bereichen Wassereffizienz und -wiederaufbereitung zwischen Regionen, Unternehmen und Industriezweigen müssen durch Instrumente wie die künftige **EU-Plattform für Interessenträger des europäischen Blauen Deals** intensiviert werden.

5. Umsetzung des Fonds für den blauen Wandel in der Industrie und Gründung einer Wissens- und Informationsgemeinschaft für Wasser innerhalb des EIT

5.1. Nach Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ⁽¹⁵⁾ geben alle EU-Länder zusammen im Schnitt 100 Milliarden Euro pro Jahr für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ⁽¹⁶⁾ aus. Dies reicht jedoch nicht aus, um die Einhaltung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser und der Trinkwasserrichtlinie ⁽¹⁷⁾ zu gewährleisten und die für die Erneuerung der Infrastruktur erforderlichen Investitionen abzudecken. Es reicht ebenso wenig aus, um die Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie ⁽¹⁸⁾ und der Hochwasserrichtlinie zu gewährleisten ⁽¹⁹⁾ ⁽²⁰⁾.

5.2. Wenn die EU Wasser als eine ihrer Prioritäten für die nächste Legislaturperiode betrachtet, wird es von entscheidender Bedeutung sein, diese nicht allein durch öffentliche Mittel und Gebühren zu füllende Finanzierungslücke zu schließen. Deshalb müssen öffentliche und private Finanzierungen in einer gemeinsamen finanziellen Unterstützung zusammengefasst werden. Gemäß Prinzip 12 und den Maßnahmen 14 bis 17 der Erklärung des EWSA zum europäischen Blauen Deal sollte der Fonds für den blauen Wandel

- über ein spezielles Online-Portal eine zentrale Anlaufstelle auf EU-Ebene für Wasserinvestitionen bilden, das die Kohäsionspolitik, die Plattform „Strategische Technologien für Europa“ und die Gemeinsame Agrarpolitik sowie zusätzliche Mittel zur Unterstützung wasserintensiver Industrien im Hinblick auf eine nachhaltigere Wasserversorgung in Verbindung mit privaten Mitteln (einschließlich Crowdfunding) umfasst;
- auf einer Governance-Struktur basieren, an der auch die Zivilgesellschaft beteiligt ist;
- einen integrierten Ansatz auf der Grundlage thematischer Konzentrationen auf Ebene der operationellen Programme annehmen;

⁽¹³⁾ <https://www.azonano.com/article.aspx?ArticleID=5510>.

⁽¹⁴⁾ <https://www.theguardian.com/sustainable-business/sustainable-fashion-blog/2015/apr/24/nike-and-adidas-show-cautious-support-for-eco-friendly-dye-technology>.

⁽¹⁵⁾ <https://www.oecd.org/environment/financing-a-water-secure-future-a2ecb261-en.htm>.

⁽¹⁶⁾ Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (ABl. L 135 vom 30.5.1991, S. 40).

⁽¹⁷⁾ Richtlinie (EU) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (ABl. L 435 vom 23.12.2020, S. 1).

⁽¹⁸⁾ Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1).

⁽¹⁹⁾ Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (ABl. L 288 vom 6.11.2007, S. 27).

⁽²⁰⁾ https://commission.europa.eu/news/estimating-investment-needs-and-financing-capacities-water-related-investment-eu-member-states-2020-05-28_en.

- zentrale Leistungsindikatoren für Wasser in den strategischen Rahmen der EU und bereichsübergreifende thematische Ziele in die verschiedenen einschlägigen Fonds aufnehmen und eine regelmäßige Überwachung im Rahmen des Europäischen Semesters sicherstellen. Es sollten auch soziale Konditionalitäten festgelegt werden;
- zusätzlich zu Prinzip 10 die sektorspezifischen Wasserindikatoren berücksichtigen, die für bestimmte Wirtschaftszweige in verschiedenen Fonds festgelegt wurden, und Auflagen im Hinblick auf die Wassereffizienz für Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen beschließen;
- einen sektoralen und einen regionalen Ansatz verfolgen, bei dem wasserintensive Branchen besondere Zuweisungen erhalten und beim Zugang zu den Fonds Vorrang haben;
- einen mehrjährigen und fondsübergreifenden Ansatz verfolgen, der Synergien mit den verschiedenen Programmplanungszeiträumen aufweist;
- eine länderübergreifende Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen unter Berücksichtigung des Konzepts der Flusseinzugsgebiete vorsehen;
- die Finanzierung von Wasserinvestitionen zwischen der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) eng koordinieren.

5.3. Darüber hinaus sind Präzisierungen und künftige Leitlinien in den öffentlichen Ausschreibungsverfahren erforderlich, um zu vermeiden, dass bei der Beschaffung von Wassertechnologien durch Behörden die Kriterien des niedrigsten Preises angewandt werden. Öffentliche Ausschreibungen müssen Auflagen in puncto Wasser enthalten.

5.4. Investitionen in die Wasserinfrastruktur sollten im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakt herausgerechnet und als Gemeingut behandelt werden. Zudem müssen die Umsetzung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards (die auch Wasser umfassen) genau überwacht und ein Ansatz für die gesamte Lieferkette angenommen werden.

5.5. Die Entwicklung industrieller Wassercluster und ihre Verknüpfung mit Projekten im Rahmen von Horizont Europa und anderen EU-Instrumenten im Dienste der Wirtschaft sollten vorangetrieben werden. Das Forschungsrahmenprogramm sollte auch ein Kapitel über Wasser enthalten.

5.6. Die Arbeit der Wissens- und Innovationsgemeinschaft (KIC) Klima des EIT ist ein hervorragendes Muster für die Entwicklung einer Wissens- und Innovationsgemeinschaft für Wasser, die Lösungen für Wasserknappheit in Südeuropa erarbeitet. Das EIT fördert das Wissen durch Innovation, Unternehmertum, Bildung und Kommunikation, unterstützt expandierende Jungunternehmen und KMU, bietet Lösungen, schafft eine starke Expertengemeinschaft und bietet eine Plattform für den Austausch von Wissen ⁽²¹⁾. Auf der Grundlage dieser begrüßenswerten Wirkung des Innovationsmodells des EIT wird das EIT eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für eine neue KIC für Wasser veröffentlichen. ⁽²²⁾ Diese neue KIC sollte entscheidend dazu beitragen, die großen wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Bezug auf Frischwasser, Dürren und Überschwemmungen zu bewältigen, z. B. durch Innovationsökosysteme für eine wassereffiziente Gesellschaft und Schließen der Lücken in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Unternehmertum. ⁽²³⁾ Da Probleme im Zusammenhang mit Frischwasser auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene bislang unzureichend angegangen wurden, sollte sich die KIC für Wasser auf diesen Aspekt konzentrieren. Sie sollte von Synergien mit anderen Initiativen wie einem beschleunigten und einfachen Zugang zum Fonds für den blauen Wandel profitieren, der entweder Finanzmittel gewähren oder Garantien für den Zugang zu öffentlichen oder privaten Mitteln geben könnte.

5.7. Der EWSA fordert, die Einrichtung von Reallaboren zum Thema Wasser zu fördern, um Innovationen zu entwickeln, zu validieren und auszuweiten, innovative Technologien, Governance- und Geschäftsmodelle zu nutzen und innovative Strategien voranzubringen.

Brüssel, den 30. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

⁽²¹⁾ <https://www.eitfood.eu/projects/water-in-south-finding-innovative-solutions-for-water-scarcity-in-southern-europe>.

⁽²²⁾ Die Einrichtung der neuen KIC hängt vom Ergebnis einer Ex-ante-Analyse ab, die von der Europäischen Kommission mit Unterstützung unabhängiger Sachverständiger durchgeführt wird. Im Rahmen der Analyse wird die strategische Relevanz der neuen KIC für Wasser im Hinblick auf globale Herausforderungen und die politischen Prioritäten der EU bewertet.

⁽²³⁾ Strategische Innovationsagenda des EIT (2021-2027), <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021D0820>.



Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Die Rolle der Kohäsionspolitik in den nächsten Erweiterungen der Union
(Sondierungsstellungnahme)

(C/2024/4660)

Berichterstatlerin: **María del Carmen BARRERA CHAMORRO**

Berater	Ioannis GRIGORIADIS (für die Berichterstatlerin)
Befassung	Europäische Kommission, 11.12.2023
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
Annahme im Arbeitsorgan	17.5.2024
Verabschiedung im Plenum	31.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	181/2/2

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) betont, dass die Politik der Heranführungshilfe ein unverzichtbares Instrument der Erweiterungspolitik ist. Ihr Einfluss sollte gestärkt werden, um Frieden und Wohlstand auf dem gesamten europäischen Kontinent zu fördern, insbesondere in Regionen, in denen Frieden und Stabilität in jüngster Zeit bedroht waren.

1.2. Um die Beitrittskandidaten auf die künftige vollständige Umsetzung der kohäsionspolitischen Instrumente vorzubereiten, sollte die Politik der Heranführungshilfe besser auf die Stärken, Herausforderungen und Bedürfnisse der jeweiligen Regionen sowie der angrenzenden Regionen der EU-Mitgliedstaaten zugeschnitten sein.

1.3. Der EWSA empfiehlt, dass die Politik der Heranführungshilfe in den Bewerberländern systematischer in die Entwicklung der Humanressourcen, die Bildung und die soziale Integration investieren sollte, um soziale Ungleichheiten zu verhindern und abzubauen. Die Förderung von Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und deren Einbeziehung in eine verbesserte Planung der Heranführungshilfe sind von wesentlicher Bedeutung.

1.4. Bei der künftigen Kohäsionspolitik sollte der Schutz der gefährdeten Gruppen Vorrang haben, die mit zusätzlichen und erheblichen Hindernissen für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung konfrontiert sind und im künftigen Beitrittsprozess vor zusätzlichen Herausforderungen stehen können.

1.5. Stärkere Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Bewerberländern sind nicht nur für die Förderung der Ziele der Erweiterung von unschätzbarem Wert. Sie kommen auch Strategien für eine wirksame und inklusive Entwicklung zugute, die sich auf die festgelegten Grundsätze einer starken Partnerschaft und der geteilten Mittelverwaltung stützen.

1.6. Die Politik der Heranführungshilfe sollte alle notwendige Unterstützung erhalten, um Wachstum und Erholung in allen europäischen Regionen zu fördern. Dazu gehören auch die Realisierung des grünen und des digitalen Wandels und die Unterstützung der Regionen bei der Bewältigung der anhaltenden demografischen, wirtschaftlichen, strategischen und sicherheitsbezogenen Herausforderungen.

1.7. Der EWSA betont, dass die Rolle der Kohäsionspolitik weit über die Kerninvestitionen hinausgehen muss. Ihr Schwerpunkt muss auf dem Aufbau von Institutionen und Kapazitäten liegen, einschließlich Partnerschaftsprogramme und Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner.⁽¹⁾ Die Erfahrung mit den baltischen Staaten hat gezeigt, dass die Verbesserung der institutionellen Kapazitäten eine effektivere Nutzung der Kohäsionsmittel ermöglicht und die Integration und das Wirtschaftswachstum dieser Staaten beschleunigt hat. Diese Mittel haben diesen Ländern auch dabei geholfen, eine Vorreiterstellung in puncto wirksamer öffentlicher Politikgestaltung einzunehmen.

1.8. Der EWSA hebt hervor, dass die Erweiterungsrounds auch Folgen für die derzeitigen Mitgliedstaaten und ihre Regionen haben. Denn die neuen Mitgliedstaaten treten dem Binnenmarkt bei, was sich auf die internationale Wertschöpfungskette und die Arbeitsmigration in der EU auswirkt. Daher bedarf es zusätzlicher Mittel für Investitionen in den Grenzregionen zu den Bewerberländern sowie in denjenigen Regionen der derzeitigen Mitgliedstaaten, die von Veränderungen in der EU und den globalen Wertschöpfungsketten infolge der Erweiterung schwer beeinträchtigt werden.

1.9. Der EWSA weist darauf hin, dass angesichts des Ausmaßes der Herausforderungen, insbesondere in der Ukraine, die Politik der Heranführungshilfe alleine nicht ausreicht. Die EU muss spezifische bzw. Ad-hoc-Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die dringendsten und gravierendsten Probleme, wie der Wiederaufbau nach dem Krieg, wirksam angegangen werden. Dies ist für die Maximierung von Wirkung und Nutzen jeder künftigen Politik von entscheidender Bedeutung.

1.10. Nach Auffassung des EWSA wäre eine Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeitslage nach dem Beitritt das größte Problem für die Erweiterung der EU. Dieses Risiko könnte dadurch gemindert werden, dass in die neuen Beitrittsverträge Instrumente aufgenommen werden, die die Einhaltung der Bestimmungen auch nach dem gewähleisten. Dafür könnten wirksame Verfahren zur Aussetzung von Stimmrechten und EU-Mitteln im Falle der Missachtung der Grundwerte der Europäischen Union und der Rechtsstaatlichkeit vorgesehen werden. Andere häufig genannte Herausforderungen wie das Funktionieren der Unionsorgane und die Auswirkungen auf den EU-Haushalt könnten durch Übergangsfristen und EU-Reformen während der Beitrittsverhandlungen bewältigt werden.⁽²⁾

1.11. Die Europäische Kommission sollte ihre Reformen der künftigen Kohäsionspolitik parallel zum Erweiterungsprozess darauf ausrichten, die Wirksamkeit der aktuellen politischen Maßnahmen zu steigern, und zwar auf der Grundlage einer stärkeren Spezialisierung und Diversifizierung in Verbindung mit größerer Flexibilität und finanzieller Spezialisierung. Ohne parallele Bemühungen um den Aufbau von Institutionen, die Reform der Regierungsführung und das Engagement der Zivilgesellschaft kann keine finanzielle Unterstützung erfolgreich zu wirtschaftlichem Wohlstand führen.

1.12. Der EWSA betont, dass dringend verschiedene Maßnahmen einschließlich Investitionen in Humanressourcen ergriffen werden müssen, um die Auswanderung aus den EU-Kandidatenländern einzudämmen, die deren wirtschaftliche und soziale Entwicklungsmöglichkeiten zunichtemachen könnte.

1.13. Der EWSA hält es für wesentlich, die Lage junger Menschen in den Kandidatenländern zu verbessern. Die Qualifikationen und Arbeitsplätze junger Menschen müssen ebenso wie Bildungs- und hochwertige Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen verbessert und Lösungen für die Wohnraumfrage gefunden werden. Der Dialog und die Beteiligung junger Menschen an Initiativen im Rahmen der Jugendgarantie sind ebenfalls zu fördern.

1.14. Der EWSA empfiehlt, das Engagement für die Betreuung der am stärksten gefährdeten Menschen und schutzbedürftigen Gruppen in den Kandidatenländern zu verstärken und diese Gruppen nicht nur in die Schutzsysteme, sondern auch in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Denn dies ist der beste Weg, um den ersten Grundsatz der Kohäsionspolitik, „Niemanden zurücklassen“, zu erreichen.

⁽¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss — Neuer Wachstumsplan und Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan (COM(2023) 691 final und COM(2023) 692 final) (ABl. C C/2024/4065, 21.12.2022, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/4065/oj>).

⁽²⁾ Darvas, Z., M. Dabrowski, H. Grabbe, L. Léry Moffat, A. Sapir and G. Zachmann (2024) „Ukraine's path to European Union membership and its long-term implications“, Policy Brief 05/2024, Bruegel.

2. Allgemeine Bemerkungen

2.1. Russlands Aggression gegen die Ukraine hat nicht nur die Souveränität und territoriale Integrität eines europäischen Staates bedroht. Sie hat sich als klare Bedrohung der europäischen Integration und der politischen Werte herausgestellt, auf die sich die europäische Integration in den letzten 75 Jahren gestützt hat. Daher ist es unerlässlich, dass sich die Europäische Union den historischen Umständen stellt und dem Westbalkan und Osteuropa signalisiert, dass sie der russischen Bedrohung ausgesetzte Staaten nicht im Stich lässt, sondern alle Anstrengungen beschleunigt, um ihre Integration in die Europäische Union voranzutreiben. Kohäsionspolitische Instrumente können dazu beitragen, die Wirksamkeit von Initiativen zur Erweiterung der EU im Westbalkan und in Osteuropa zu erhöhen. ⁽³⁾

2.2. Die Kohäsionspolitik ist zu einer Leitinitiative der Europäischen Union geworden. Seit ihrer erstmaligen Verankerung in den Römischen Verträgen ist die Kohäsionspolitik zum Eckpfeiler der europäischen Solidarität geworden und hat zu einer faireren und gerechteren Europäischen Union beigetragen. Damit wurde sie unter den Prioritäten der EU-Erweiterungspolitik unersetzlich.

2.3. Die Erweiterung wurde zu Recht als eines der mächtigsten Instrumente der Außenpolitik der EU bezeichnet. Durch ihre Erweiterungsrunden ist die Europäische Union größer, stärker, friedlicher und gerechter geworden. Es wäre keine Übertreibung zu sagen, dass die Erweiterung Frieden, Wohlstand und Sicherheit auf dem gesamten europäischen Kontinent verbreitet hat.

2.4. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben in der Erklärung von Granada ⁽⁴⁾ bekräftigt, dass die Erweiterung eine Triebkraft für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Bürgerinnen und Bürger der Union ist, dass sie Unterschiede zwischen den Ländern verringert und dass sie die Werte fördern muss, auf die sich die Union gründet. Diese Erklärung unterstreicht die Bedeutung der Strategie der Heranführungshilfe als wesentlichen Bestandteil der EU-Erweiterung.

2.5. Die Zugänglichkeit der Strategie der Heranführungshilfe für die Bewerberländer ist von entscheidender Bedeutung. Denn so wird die künftige Integration der Bewerberländer in die Union erleichtert und die Attraktivität zentraler europäischer Werte sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in den Bewerberländern gestärkt.

3. Soziale Fragen und Garantien

3.1. Nach Ansicht des EWSA muss die uneingeschränkte Achtung der Grundrechte und des sozialen Besitzstands, einschließlich der Achtung und Stärkung des zivilen und des sozialen Dialogs bei der Aufnahme in die EU unbedingt sichergestellt werden. Besonderes Augenmerk muss der uneingeschränkten der Rechte der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft gelten. In diesem Rahmen ist eine angemessene Finanzierung für den Kapazitätsaufbau der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft in den Beitrittsländern sicherzustellen. Die Erweiterung muss für Arbeitnehmer, Unternehmen, KMU und Organisationen der Zivilgesellschaft sowohl in den neuen als auch in den bestehenden Mitgliedstaaten ein Erfolg sein.

3.2. Der EWSA ist der festen Überzeugung, dass der beste Weg zur Erweiterung der Union ein schrittweiser und leistungsorientierter Ansatz ist, bei dem im Laufe des Beitrittsprozesses sukzessive mehr Vorteile gewährt werden. Die Kommission sollte einen Vorschlag ausarbeiten, um die institutionelle Anbindung von Bewerberländern und ihren Zugang zur Arbeit der Unionsorgane, einschließlich der verschiedenen Generaldirektionen der Kommission, auch während des Beitrittsprozesses, zu erleichtern. Die Kommission sollte sicherstellen, dass die Empfängerländer rechtzeitig technische Unterstützung bei der Anpassung und Umsetzung des Besitzstands erhalten. Der EWSA spricht sich unmissverständlich gegen einen fragmentarischen Ansatz bei den Beitrittsverhandlungen aus: Der Zugang zum Binnenmarkt oder Teilen davon sollte von der vollständigen Wahrung der Grundrechte und der völligen Angleichung an den sozialen Besitzstand abhängig gemacht werden. Gleichzeitig sollte der Zugang zum Binnenmarkt auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbs erfolgen, was in der Praxis eine Angleichung an den einschlägigen EU-Besitzstand (z. B. in den Bereichen Soziales, Umwelt, staatliche Beihilfen usw.) bedeutet.

3.3. Der EWSA ist der Ansicht, dass die Diskussionen über die EU-Erweiterung eine Gelegenheit bieten, darüber nachzudenken, wie der institutionelle Rahmen der EU angepasst werden sollte. Es bedarf einer Reform der Unionsorgane, um einen wirksameren, sozialeren und fortschrittlicheren institutionellen Rahmen der Europäischen Union zu gewährleisten und eine dynamischere und wettbewerbsfähigere EU-Wirtschaft zu schaffen, die mit besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen, einer höheren Wettbewerbsfähigkeit und einer besser funktionierenden Wirtschaft einhergeht.

⁽³⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss — Neuer Wachstumsplan und Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan (COM(2023) 691 final und COM(2023) 692 final) (ABl. C C/2024/4065, 21.12.2022, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/4065/oj>).

⁽⁴⁾ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/10/06/granada-declaration/>.

3.4. Die EU muss auf die zunehmenden Ungleichheiten reagieren und für Verbesserungen für die Bevölkerung sorgen, die bereits unter den langjährigen Auswirkungen des Sparkurses, der Pandemie und der hohen Inflation in den Jahren 2022 und 2023 leidet.

3.5. Im Hinblick auf die EU-Erweiterung fordert der EWSA die Entwicklung eines neuen Fiskalinstruments für Investitionen, eines EU-Souveränitätsfonds für einen gerechten sozioökonomischen Übergang und Gemeingüter, wobei niemand und keine Region zurückgelassen wird.

3.6. Es bedarf einer starken europäischen Industriepolitik mit maßgeblichen und wirksamen öffentlichen und privaten Investitionen, die hochwertige Arbeitsplätze und sozialen Fortschritt fördert. Der Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit bleibt das größte Hindernis für die europäische Wirtschaft und die Zukunft der Kohäsionspolitik.

3.7. Die Kommission sollte zur Ausrichtung der Debatte über künftige institutionelle Reformen beitragen:

3.7.1. Forderung einer umfassenden, angemessenen und vollständigen Umsetzung der Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung, um sicherzustellen, dass soziale Gerechtigkeit, sozialer Fortschritt und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen sowie der Schutz der Umwelt als wesentliche Ziele der Wirtschaftspolitik angesehen werden, auch durch die Stärkung von Investitionen in öffentliche Dienstleistungen;

3.7.2. Sicherstellung einer stärkeren Rolle der Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft im Entscheidungsprozess. Dies könnte nur durch die Umsetzung der wichtigsten Werte der Kohäsionspolitik wie des Grundsatzes der solidarischen Partnerschaft, der Entwicklung auf mehreren Ebenen und der Multi-Level-Governance erreicht werden.

4. Erweiterung und Kohäsionspolitik: Lehren aus den Erweiterungsrounds von 2004 und 2007

4.1. Der EWSA begrüßt den im Dezember 2023 gefassten Beschluss des Europäischen Rates, Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina, Moldau und der Ukraine aufzunehmen. Er ist jedoch der Ansicht, dass dies die Aktivierung einer Reihe von Instrumenten im Rahmen der Heranführungshilfe zur Förderung zentraler Strategien der EU in den Beitrittsländern erfordert.

4.2. Die Politik der Heranführungshilfe hat bei fast allen Erweiterungen eine Schlüsselrolle gespielt und den Beitritt neuer Mitgliedstaaten auf eine Weise erleichtert, die ihnen und dem Rest der Union zugutekam. Die derzeitige Kohäsionspolitik wurde als Initiative ins Leben gerufen, um unter anderem die erfolgreiche Integration Spaniens und Portugals in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu erleichtern. ^(?) Die künftige Erweiterung wird die achte Erweiterungsround sein. Alle Erweiterungsrounds haben es der EU ermöglicht, Erweiterung und Vertiefung wirksam zu kombinieren.

4.3. Der EWSA möchte die Erweiterungsround von 2004, der bislang größten, hervorheben. Investitionen zur Vorbereitung der mittel- und osteuropäischen Länder zogen eine anschließende Aufstockung der Mittel nach sich und trugen so nach 2004 in allen Mitgliedstaaten zu Fortschritten in den Bereichen Infrastruktur, Investitionen in Produktivkapital und Humanressourcen, ausländische Direktinvestitionen (ADI), Umweltbedingungen und Beschäftigung bei. Erweiterung stärkt den Binnenmarkt und kommt anderen Mitgliedstaaten zugute, da der Binnenmarkt und die Kohäsionspolitik Wachstumsmotoren für alle Mitgliedstaaten sind.

4.4. Der EWSA betont daher, dass für die komplexe Situation, in der sich viele Bewerberländer befinden, eine solide Kohäsionspolitik erforderlich ist, die an die individuellen Gegebenheiten jedes Landes angepasst werden kann. Diese reichen von institutionellen Problemen in vielen Bewerberländern über die Erholung nach dem Konflikt in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo ⁽⁶⁾ bis hin zur ungewissen Zukunft nach dem Konflikt in der Ukraine. Die Kohäsionspolitik kann unabhängig von der Situation jedes Landes ein Fundament schaffen, indem sie Kerninvestitionen für Integration und Entwicklung bereitstellt.

^(?) presentation_final_report_20022024.pdf.

⁽⁶⁾ Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

4.5. Der EWSA weist darauf hin, dass die Politik der Heranführungshilfe eines maßgeschneiderten Ansatzes bedarf, der auch Ad-hoc-Instrumente mit Schwerpunkt auf technischem Fachwissen unter Einbeziehung von Teams der EU und der Mitgliedstaaten in Betracht zieht. Albanien und Nordmazedonien weisen beispielsweise andere wirtschaftliche und soziale Strukturen auf als die EU-Mitgliedstaaten. In der Ukraine wiederum werden nach dem russischen Angriffskrieg erhebliche Anstrengungen zum Wiederaufbau erforderlich sein. Mit einer spezifischen ortsbezogenen Strategie für jedes Land und jede Region lässt sich sicherstellen, dass die im Rahmen der Kohäsionspolitik getätigten Investitionen auf die jeweiligen Entwicklungserfordernisse und -prioritäten jedes Landes und jeder Region zugeschnitten sind.

4.6. Der EWSA hebt die Erfahrungen mit früheren Erweiterungen im Hinblick auf Synergien hervor, da zu den langfristigen Vorteilen einer gut umgesetzten Kohäsionspolitik für die neuen Mitglieder nachhaltiges Wachstum, sozialer Zusammenhalt und eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit gehören. Die Aufnahme all dieser Länder könnte auch zur Stabilisierung in einem historisch zersplitterten und konfliktreichen Teil Europas beitragen und den Grundstein für eine viel größere soziale und politische Stabilität und damit für eine nachhaltigere wirtschaftliche Entwicklung legen.

4.7. Während die Europäische Union einen weiteren Erweiterungsprozess in Angriff nimmt, der die Zahl ihrer Mitglieder von 27 auf 36 erhöhen dürfte, muss daran erinnert werden, dass Kohäsion und Erweiterung unmittelbar zusammengehören. Insbesondere weist der aktuelle Erweiterungsprozess hinsichtlich der Zahl der Bürgerinnen und Bürger und des Entwicklungsstands erhebliche Ähnlichkeiten mit den Erweiterungen von 2004 und 2007 auf. Daher kann es sinnvoll sein, Lehren in Bezug auf die Wirksamkeit der Politik, ihre Umsetzung und Folgen, die Inklusivität des Prozesses und die Auswirkungen auf beseitigte Ungleichgewichte zu ziehen.

4.8. Die Mittel der Heranführungshilfe waren von entscheidender Bedeutung, um künftige Mitgliedstaaten auf ihre beeindruckenden wirtschaftlichen Ergebnisse nach dem Beitritt vorzubereiten. Relativ überschaubare Investitionen ermöglichten eine rasche Entwicklung und zogen eine anschließende Aufstockung der Mittel nach sich, wodurch sie in allen Mitgliedstaaten, die seit 2004 beigetreten sind, zu Fortschritten in den Bereichen Infrastruktur, Investitionen in Produktivkapital und Humanressourcen, ausländische Direktinvestitionen, Umweltbedingungen und Beschäftigung beitrugen. ⁽⁷⁾

4.9. Laut Erklärung von Granada ist „die Erweiterung eine geostrategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand“. Wir werden uns mit zentralen Fragen im Zusammenhang mit unseren Prioritäten und politischen Maßnahmen sowie mit unserer Handlungsfähigkeit befassen. Dies wird die EU stärken und die europäische Souveränität steigern.

4.10. Erweiterung bleibt Europas Daseinsberechtigung und bietet weiterhin Gelegenheit zur Verbesserung der institutionellen Struktur der EU.

4.11. Die Sichtweisen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus den Bewerberländern sind für eine bessere Planung der Erweiterung und deren Feinabstimmung mit den Maßnahmen der Heranführungshilfe von unschätzbarem Wert.

4.12. Der EWSA betont, dass die EU-Erweiterung nicht nur finanzielle Belastungen, sondern auch erhebliche strategische, politische und finanzielle Vorteile für die Europäische Union mit sich bringen wird ⁽⁸⁾. Dies gilt insbesondere im Falle der Ukraine, dem größten EU-Bewerberland ⁽⁹⁾.

5. Die Bedeutung der Kohäsionspolitik für die EU-Erweiterung

5.1. Die Entwicklung der EU-Beitrittskandidaten im Westbalkan und in Osteuropa erfordert eine starke finanzielle und institutionelle Unterstützung, die im Mittelpunkt der EU-Politik der Heranführungshilfe steht. Kohäsionspolitische Unterstützung sollte als unabdingbare Voraussetzung für die erfolgreiche und wirksame Integration künftiger Mitgliedstaaten in die Europäische Union angesehen werden.

⁽⁷⁾ Bericht der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik „Forging a Sustainable Future Together: Cohesion for a Competitive and Inclusive Europe“, Februar 2024, S. 42-44.

⁽⁸⁾ Akhvediani Tinatin and Movchan Veronika, „The Impact of Ukraine's Accession on the EU's Economy: The Value Added of Ukraine“ (Tallinn: ICDS, 2024), S. 28-30.

⁽⁹⁾ Darvas, Z., M. Dabrowski, H. Grabbe, L. Léry Moffat, A. Sapir and G. Zachmann (2024) „Ukraine's path to European Union membership and its long-term implications“, Policy Brief 05/2024, Bruegel.

5.2. Aus den Volkswirtschaften der Bewerberländer des Westbalkans kommen in letzter Zeit einige positive Signale. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, um die Volkswirtschaften des Westbalkans an den europäischen Durchschnitt anzunähern. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang wirtschaftliche und politische Reformen, Kapazitätsaufbau, Bekämpfung der Korruption und der Schattenwirtschaft sowie Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Die Auswirkungen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine haben die Hoffnungen auf eine stärkere wirtschaftliche Erholung gedämpft.

5.3. Die Volkswirtschaften der Ukraine und anderer osteuropäischer Bewerberländer stehen aufgrund des russischen Angriffskrieges vor beispiellosen Herausforderungen. Der Beitritt der Ukraine würde die Energieversorgungssicherheit der EU verbessern und könnte die Energiekosten senken. Er könnte die östliche Nachbarschaft der EU stabilisieren und die militärischen und sicherheitstechnischen Fähigkeiten der EU steigern. Die Befürchtungen bezüglich der Auswirkungen des Beitritts der Ukraine auf die EU-Finanzen sind übertrieben, da die Kosten der Erweiterung zwar erheblich, aber immer noch beherrschbar sein werden. Die Bereitstellung von Militärhilfe und die Planung von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung für die Nachkriegszeit haben sich zu einer wesentlichen Dimension der europäischen Heranführungshilfe entwickelt ⁽¹⁰⁾.

5.4. Die Politik der Heranführungshilfe kann den Erfordernissen der EU-Erweiterung nicht gerecht werden, ohne das europäische Wachstumsmodell und den neuen Wachstumsplan der Kommission für den Westbalkan gebührend zu berücksichtigen. Seine Säulen haben die folgenden Schwerpunkte:

5.4.1. Stärkung der wirtschaftlichen Integration in den EU-Binnenmarkt. Sieben vorrangige Maßnahmen werden vorgeschlagen:

1. freier Warenverkehr;
2. freier Dienstleistungsverkehr und Freizügigkeit der Arbeitnehmer;
3. Zugang zum einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA),
4. Erleichterung des Straßenverkehrs,
5. Integration und Dekarbonisierung der Energiemärkte,
6. Digitaler Binnenmarkt,
7. Integration in industrielle Lieferketten.

5.4.2. Förderung der wirtschaftlichen Integration durch den Gemeinsamen Regionalen Markt;

5.4.3. Beschleunigung grundlegender Reformen, einschließlich im Zusammenhang mit dem Cluster „Wesentliche Elemente“, zur Unterstützung des Westbalkans auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft, Verbesserung des nachhaltigen Wirtschaftswachstums, unter anderem durch Anziehung ausländischer Investitionen, und Stärkung der regionalen Stabilität;

5.4.4. Aufstockung der Finanzhilfe zur Unterstützung der Reformen.

5.5. Herausforderungen wie Klimakrise, Inflation, Migration, soziale Resilienz, Digitalisierung und Innovation sind angesichts der strategischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa und der Welt von entscheidender Bedeutung.

5.6. Die Kommission sollte die Debatte über künftige institutionelle Reformen auf der Grundlage der Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas und der Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Vorschlägen zur Änderung der Verträge steuern und dabei die Entwicklung der europäischen Säule sozialer Rechte berücksichtigen. Dies kann nur durch die Umsetzung der zentralen Werte der Kohäsionspolitik erreicht werden.

5.7. In seiner Stellungnahme zur „Kohäsionspolitik 2.0“ ⁽¹¹⁾ misst der EWSA dem Konzept der geteilten Mittelverwaltung, eines regionalen Ansatzes sowie der Vorfinanzierungs- und Kofinanzierungssätze größte Bedeutung bei.

⁽¹⁰⁾ Papier des Bruegel-Instituts, März 2024.

⁽¹¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Aufbau- und Resilienzfähigkeit und Kohäsionspolitik: Auf dem Weg zur Kohäsionspolitik 2.0“ (Sondierungsstellungnahme) (ABl. C 859 vom 8.12.2023, ELI: <https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2023/859/oj>).

5.8. Der Dialog und die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Bewerberländern sind äußerst wichtig. Sie sollten in alle Phasen der Kohäsionspolitik eingebunden werden, von der Konzeption bis zur Umsetzung und Überprüfung. Diese Einbindung und Einbeziehung der Wirtschafts- und Sozialpartner fördert die Eigenverantwortung, die Befähigung zu aktiver Mitgestaltung und einen ganzheitlichen Ansatz bei der Politikgestaltung und -verwaltung und wird zu einer wirksamen Inanspruchnahme der Mittel führen.

5.9. Wie bei den Erweiterungsrounds von 2004 und 2007 sollte Kohäsionspolitik nicht mit finanzieller Unterstützung gleichgesetzt werden. Alle Hilfsmaßnahmen sollten den Kapazitätsaufbau in der öffentlichen Verwaltung und in der Zivilgesellschaft sowie den Institutionenaufbau umfassen, damit sie wirksam sein und sich auf die Umsetzung der Kohäsionspolitik vorbereiten können.

5.10. Insbesondere sollte die Kohäsionspolitik den potenziellen Auswirkungen Rechnung tragen, die die Erweiterung auf die an die Kandidatenländer angrenzenden Regionen der EU in Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Kroatien, Griechenland, Polen und in der Slowakei haben wird. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für den Erfolg dieser Politik von wesentlicher Bedeutung.

5.11. Der EWSA fordert deshalb einen ehrgeizigeren MFR für den nächsten Programmplanungszeitraum, damit die Herausforderungen der Erweiterung wirksam bewältigt werden können.

5.12. Die langjährige Erfahrung mit der von den Unionsorganen und Mitgliedstaaten konzipierten und umgesetzten Kohäsionspolitik hat zu einer Reihe von Normen und Praktiken, einer „Kohäsionskultur“, geführt. Die Verbreitung dieser Kohäsionskultur in den Kandidatenländern durch den Erweiterungsprozess und die Beitrittsverhandlungen sollte eine der wichtigsten Prioritäten der EU sein.

6. Die Stimme der Zivilgesellschaft

6.1. Die Organisationen der Zivilgesellschaft der Bewerberländer sehen die Umsetzung der Maßnahmen der Heranführungshilfe in ihren jeweiligen Ländern negativ.

6.2. Der soziale Dialog und die Konsultation der Sozialpartner der Zivilgesellschaft werden als wesentlich erachtet. Die Vertretungsorganisationen weisen jedoch darauf hin, dass diese Instrumente bei den Erweiterungsprozessen und bei der Beschlussfassung nicht wirksam und effizient berücksichtigt werden.

6.3. Die Berücksichtigung der am stärksten gefährdeten Gruppen wird als wesentlich erachtet. Die Vertretungsorganisationen erklären indes, dass diesen Gruppen keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, der Sozialschutz unzureichend ist und sie bei der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigt werden.

6.4. Eine überwältigende Mehrheit der Befragten gab an, sich der wichtigsten Grundsätze der Multi-Level-Governance und der geteilten Mittelverwaltung in der Kohäsionspolitik und der Art und Weise der Anwendung des Partnerschaftsprinzips bewusst zu sein.

6.5. Der neue Wachstumsplan für den Westbalkan wird als einzigartige Gelegenheit gesehen, die Humanressourcen und die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte der Heranführungshilfe in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen. Die Bewerberländer können in die Debatte über die Politik der Heranführungshilfe einbezogen werden. ⁽¹²⁾

6.6. Die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte ist eine der größten Bedrohungen für die Wirtschaft und Gesellschaft der Bewerberländer. Junge Menschen werden durch mangelndes Vertrauen in die Institutionen, mangelnde Motivation und fehlende Chancen sowie durch das Versagen des Bildungssystems dazu gebracht, auszuwandern. Arbeitslosigkeit und Mangel an hochwertiger Beschäftigung sind ebenso wie fehlender Wohnraum für junge Menschen akute Probleme. Sie weisen ferner darauf hin, dass es den Initiativen im Rahmen der Jugendgarantie an Möglichkeiten des Dialogs und der Beteiligung gebricht.

⁽¹²⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss — Neuer Wachstumsplan und Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan (COM(2023) 691 final und COM(2023) 692 final) (ABl. C, C/2024/4065, 12.7.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/4065/oj>).

6.7. Menschen mit Behinderungen berichten über mangelnde öffentliche Unterstützung. Aufgrund der mangelnden Aufmerksamkeit für die schwächsten Gruppen sind die Bewerberländer von dem grundlegenden Ziel der Kohäsionspolitik, „niemanden zurückzulassen“, entfernt.

Brüssel, den 31. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



**Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Europas Plan gegen den Krebs und die Sicherheit der Versorgung mit medizinischen Radioisotopen
(Initiativstimmungnahme)**

(C/2024/4661)

Berichterstatteerin: **Alena MASTANTUONO**

Ko-Berichterstatte: **Philippe CHARRY**

Berater	Thierry STORA (für die Berichterstatteerin) Véronique CHAPPELART (für den Ko-Berichterstatte)
Beschluss des Plenums	18.1.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft
Annahme im Arbeitsorgan	16.5.2024
Verabschiedung im Plenum	31.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	148/3/5

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Die Nuklearmedizin rettet Millionen Menschenleben. Auf ihr ruhen große Hoffnungen für die Krebsbekämpfung. Dazu müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, die Gegenstand unserer Schlussfolgerungen und Empfehlungen sind.

1.2. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) verweist auf die Notwendigkeit, den Bedürfnissen der Patienten in Europa gerecht zu werden und sicherzustellen, dass alle gleichberechtigten Zugang zu Krebsbehandlungen haben. Angesichts der Zunahme diagnostizierter Krebserkrankungen und der dank technologischer Entwicklungen größeren Wirksamkeit der Behandlungen müssen die Mitgliedstaaten in den nächsten fünf Jahren die richtigen politischen und finanziellen Entscheidungen treffen. Die Finanzierung medizinisch genutzter radiologischer und nuklearer Technologien sollte zu einem Schwerpunkt ihrer Gesundheitspolitik werden.

1.3. In Europa werden jährlich 10 Millionen Behandlungen mit Radiopharmazeutika zu Diagnose- und Therapie Zwecken durchgeführt, und die Zahl wird voraussichtlich steigen. Der EWSA fordert die Kommission auf, die moderne Nuklearmedizin verstärkt in den europäischen Plan zur Krebsbekämpfung aufzunehmen. Gezielten Therapien mit Radionukliden, die präzise und häufig weniger schädlich sind als andere Formen der Behandlung, sollte Vorrang eingeräumt werden.

1.4. Die EU ist bei der Versorgung mit medizinischen Radioisotopen führend. Sie deckt 60 % der weltweiten Nachfrage ab und entwickelt neue Radioisotope für die Forschung. Gleichzeitig ist sie bei bestimmten wichtigen Ausgangsstoffen und Verarbeitungsprozessen in entscheidendem Maße von Drittländern abhängig.

1.5. Die Mitgliedstaaten müssen den Wiederaufbau der Kapazitäten, die Europa in den letzten Jahrzehnten aufgrund wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen eingebüßt hat, stärker unterstützen. Aus diesem Grund plädiert der EWSA für Produktionsanreize, die eine bessere strategische Autonomie bei der Versorgung mit Radioisotopen gewährleisten. In diesem Zusammenhang fordert er die Allianz für kritische Arzneimittel ⁽¹⁾ auf, die Versorgung mit Radioisotopen in der EU sorgfältig zu überwachen und die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit in diesem Bereich zu unterstützen.

1.6. Die Lebensdauer von Radioisotopen ist begrenzt. Einige müssen innerhalb von wenigen Stunden bzw. Tagen nach ihrer Herstellung verwendet werden. Dadurch entsteht enormer Druck, bei Logistik, Transport und Lagerung für Effizienz zu sorgen. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten deshalb auf, zusammenzuarbeiten und regulatorische Hürden abzubauen, die zu Engpässen entlang der gesamten Lieferkette führen könnten.

1.7. Was den Transport betrifft, müssen Behälterzertifizierungen von allen Mitgliedstaaten gegenseitig anerkannt werden und leicht erkennbar sein. Zudem müssen Radioisotope als verderbliche Waren anerkannt und die entsprechenden Zollverfahren eingeführt werden.

1.8. Um für alle den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, fordert der EWSA die Mitgliedstaaten, insbesondere Forschungszentren und Krankenhäuser, auf, enger zusammenzuarbeiten. Denn der Zugang zu Strahlentherapien ist in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlich, insbesondere in der Entwicklungs- und der Pilotphase. Es geht um einen schnelleren Zugang zu Medikamenten in der Forschungsphase oder in Härtefällen ⁽²⁾ sowie den verbesserten Zugang kleinerer Krankenhäuser, denen es bisweilen an Expertise und Infrastruktur mangelt. Dieser Zugang kann für einige Patienten lebenswichtig sein.

1.9. Der EWSA plädiert dafür, das Bewusstsein für die Nuklearmedizin in der gesamten Versorgungskette, einschließlich des medizinischen und des Pflegepersonals sowie der Patienten, zu schärfen. Dies kann Engpässe vermeiden und die Wahl der Therapie erleichtern.

1.10. Nach Ansicht des EWSA gilt es, der EU-Finanzierung für Forschung, Entwicklung und Innovation in der Nuklearmedizin, insbesondere im Rahmen des Programms Horizont Europa und des Euratom-Programms, Vorrang einzuräumen und gleichzeitig Synergien zwischen den beiden Programmen zu ermöglichen. Er schlägt vor, strategische Projekte von gemeinsamem Interesse in diesem Bereich über den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen der EU zu finanzieren.

1.11. Der alternde Bestand an Forschungsreaktoren spielt bei der Herstellung von Radioisotopen eine entscheidende Rolle. Der EWSA empfiehlt, diesen Bestand effizient zu verwalten, um sein Potenzial so lange wie technisch möglich zu nutzen, und in neue Kapazitäten zu investieren, um auf die gestiegene Nachfrage, z. B. nach Beschleunigern oder kleinen modularen Reaktoren, reagieren und gleichzeitig die alten Reaktoren ersetzen zu können.

1.12. Insofern begrüßt der EWSA die derzeitigen neuen Projekte in der EU. Er empfiehlt ferner, das Zusammenspiel mit der Stromerzeugung zu beleuchten und sicherzustellen, dass die neuen Reaktoren und Produktionsanlagen zur Herstellung medizinischer Radioisotope beitragen, insbesondere in Kombination mit Beschleunigern. Ziel ist die Entwicklung eines koordinierten Forschungsnetzes auf der Grundlage neuer medizinischer Radionuklide.

1.13. Der EWSA unterstützt die Strategische Agenda für medizinische Anwendungen ionisierender Strahlung (SAMIRA) und die Europäische Initiative zur Gründung eines Exzellenzzentrums für Radioisotope (ERVI) im Zusammenhang mit dem europäischen Plan zur Krebsbekämpfung und erwartet greifbare Fortschritte. Die ERVI-Initiative sollte dazu beitragen, Abhängigkeiten wirksamer anzugehen und Kapazitäten für die Gewinnung hochkonzentrierten schwach angereicherten Urans (HALEU) sowie stabiler Isotope in Europa aufzubauen.

1.14. Der EWSA fordert, dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsmaßnahmen für das Personal entlang der gesamten Lieferkette eingehalten werden.

1.15. Der EWSA fordert dringende Investitionen in die Planung, die allgemeine und berufliche Bildung aller, die in diesem Bereich gebraucht werden, sowie die Mobilität des Personals.

⁽¹⁾ *Critical Medicines Alliance*.

⁽²⁾ Angebot einer Behandlung mit erprobten, aber noch nicht zugelassenen Medikamenten, wenn alle anderen Behandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

1.16. Der EWSA empfiehlt, mit zuverlässigen globalen Partnern in den Bereichen Forschung, Entwicklung, Innovation und Versorgung zusammenzuarbeiten, angefangen bei den Nachbarländern in der europäischen Region.

2. Hintergrund

2.1. Jedes Jahr profitieren bis zu zehn Millionen Patientinnen und Patienten ⁽³⁾ in der EU von nuklearmedizinischen Bildgebungsverfahren für die Diagnose beispielsweise von Krebs oder Herzkrankungen. Radiologie- und Nukleartechnologien sind für die Krebsbekämpfung in jeder Behandlungsphase unerlässlich, von der Früherkennung über die Diagnose und Behandlung bis hin zur Palliativversorgung.

2.2. Im Februar 2021 hat sich Europa mit seinem Plan gegen den Krebs politisch verpflichtet, Maßnahmen zur Krebsbekämpfung zu ergreifen. Es gibt viele Arten der Krebsbehandlung, je nach Art des Krebses, Stadium der Erkrankung und Ansprechen des Patienten auf die Therapie. Bei der Strahlentherapie (Radiotherapie) sollen mit einer hochdosierten lokal gezielt eingesetzten Strahlung die Krebszellen abgetötet und Tumore verkleinert und zerstört werden. Die molekulare Strahlentherapie ermöglicht eine gezielte Bestrahlung von Metastasen, wodurch die bei anderen Behandlungsformen auftretenden Nebenwirkungen minimiert werden.

2.3. Europäische Forschende und Unternehmen haben innovative Krebsbehandlungen mit neuen Radionukliden entwickelt, z. B. Pharmaka zur Behandlung von endokrinen Tumoren und Prostatakrebs auf der Grundlage von Lutetium-177 ⁽⁴⁾. Diese Behandlungsformen werden lokal angewandt und sind für den Körper oft weniger schädlich als andere Behandlungen. Zehntausende Patienten benötigen eine gezielte Radionuklidtherapie, häufig gegen Krebserkrankungen, bei denen es keine alternativen Behandlungsmöglichkeiten gibt. Die gemeinsamen Anstrengungen werden fortgesetzt, und Forschende und Unternehmen entwickeln aktiv neue Therapien, z. B. mit gezielter Alpha-Strahlung unter Nutzung neuer Radionuklide mit stärker konzentrierten Strahlungseigenschaften.

2.4. Die meisten Radioisotope werden in Kernreaktoren und Beschleunigern hergestellt. In Europa gibt es sieben Forschungsreaktoren ⁽⁵⁾, in denen Radioisotope hergestellt werden. Die gesamte Lieferkette für medizinische Radioisotope ist hochkomplex. Sie umfasst die Gewinnung der Rohstoffe und ihre Lagerung, Bestrahlung, Verarbeitung, Logistik und Anwendung. Nach ihrer Herstellung müssen die Radioisotope in relativ kurzer Zeit verarbeitet, vertrieben und eingesetzt werden, einige am selben Tag, andere innerhalb weniger Tage, je nach Halbwertszeit ⁽⁶⁾. Die Lieferkette hängt also von diesen Eigenschaften und den Produktionsverfahren in Reaktoren oder mit Beschleunigern sowie von der Verarbeitung und Lieferung an das Krankenhaus ab.

2.5. Obwohl die EU bei der Versorgung des Weltmarkts mit medizinischen Radioisotopen führend ist, ist sie bei der Versorgung mit hochkonzentriertem schwach angereichertem Uran (HALEU) für Brennelemente für Forschungsreaktoren und der Versorgung mit einigen angereicherten Isotopen für Targets für die Produktion von Radioisotopen vollständig von den USA und Russland abhängig. Die Abhängigkeit von Russland nimmt jedoch ab, da einige Reaktoren auf andere Lieferanten umstellen. Die EU ist jedoch nach wie vor stark auf die Versorgung mit Targets mit stabilen Isotopen angewiesen, mit denen sich bestimmte Radioisotope moderner oder sich entwickelnder molekularer Radiotherapien herstellen lassen, z. B. Yttrium-176 zur Herstellung von Lutetium-177.

2.6. In Bezug auf die Versorgung steht die EU außerdem vor einer weiteren Herausforderung: Die zur Herstellung von Radioisotopen eingesetzten Reaktoren sind recht alt und werden in Zukunft womöglich abgeschaltet. Deshalb sind geeignete Investitionsprogramme erforderlich, um die Laufzeit der Reaktoren zu steuern und zu verlängern. Es wurden neue Initiativen auf den Weg gebracht ⁽⁷⁾, um den aktuellen Prognosen Rechnung zu tragen, damit die EU bei der Innovation auch weiterhin führend ist.

⁽³⁾ SAMIRA Action Plan – Europäische Kommission.

⁽⁴⁾ Radionuklide und Radioisotope sind Atome eines chemischen Stoffes mit radioaktiven Eigenschaften, wobei sich die beiden Begriffe inhaltlich leicht unterscheiden.

⁽⁵⁾ Maria (1974) in Polen, HFR (1961) in den Niederlanden, BR2 (1961) in Belgien, FRM II (2004) in Deutschland, LVR-15 (1957) in Tschechien, BRR (1959) in Ungarn und RHF-ILL (1971) in Frankreich.

⁽⁶⁾ Zeitspanne, nach der die anfängliche Aktivität um 50 % gesunken ist.

⁽⁷⁾ Neue Reaktoren wie PALLAW, FRM II, RJH, MYRRHA oder Arthur; neue europäische Infrastrukturen wie ESS, IFMIF-DONES, die in einem PRISMAP+-Programm berücksichtigt sind.

2.7. Mit dem Aktionsplan SAMIRA hat die EU einen umfassenden Plan zur Unterstützung einer sicheren, hochwertigen und zuverlässigen Nutzung von Radiologie- und Nukleartechnologien in der Gesundheitsversorgung beschlossen. Darin werden Maßnahmen in drei Schwerpunktbereichen festgelegt: Sicherung der Versorgung mit medizinischen Radioisotopen, Verbesserung der Qualität und Sicherheit medizinischer Anwendungen ionisierender Strahlung und Förderung der Innovation und der technischen Entwicklung dieser Anwendungen.

2.8. Die Europäische Initiative zur Gründung eines Exzellenzzentrums für Radioisotope dient der im Rahmen der SAMIRA-Agenda festgelegten Priorität einer sicheren Versorgung. Es gilt, die weltweite Führungsrolle der EU bei der Versorgung mit medizinischen Radioisotopen aufrechtzuerhalten und die Entwicklung und Einführung neuer Radioisotope und Produktionsmethoden zu beschleunigen. Diese Priorität trägt mehreren Schlussfolgerungen des Rates Rechnung (u. a. vom Mai 2019), in denen bei den Lieferketten für medizinische Radioisotope eine geringere Abhängigkeit von Drittstaaten gefordert wird. Seit Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine ist die EU bei der Versorgung mit Isotopen resilienter geworden.

2.9. Im Rahmen der ERVI-Initiative werden fünf Projekte umgesetzt: Entwicklung der Produktionskapazität der EU für hochkonzentriertes schwach angereichertes Uran, Entwicklung der Produktionskapazität der EU für angereicherte stabile Isotope, Schaffung einer zentralen Produktion von medizinischen Radionukliden, Ausbau des Europäischen Programms für medizinische Radionuklide (PRISMAP) und Entwicklung einer verlässlicheren Überwachung von Angebot und Nachfrage.

2.10. Die Nutzung von nuklearen und radiologischen Technologien für andere Zwecke als die Stromerzeugung ist in den Euratom-Rechtsvorschriften und denjenigen der Mitgliedstaaten geregelt. Die Euratom-Versorgungsagentur ist für die Versorgung mit den Ausgangsstoffen zuständig, die für die Brennelemente von Forschungsreaktoren und die Targets für die Produktion von medizinischen Radioisotopen benötigt werden, und hat zudem gemeinsam mit der Industrie den Vorsitz der Beobachtungsstelle für die Versorgung inne, die die Produktionskette von medizinischen Radioisotopen überwacht. Darüber hinaus ist die Verwendung von Radioisotopen ein Bereich, in dem die Euratom-Regelungen, einschließlich der grundlegenden Sicherheitsnormen und der Abfallbewirtschaftungsrichtlinien, eingehalten werden müssen, und ihre Umsetzung fällt unter die einschlägigen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften. Manchmal behindern nationale Vorschriften die Versorgung oder den Transport von Radioisotopen zwischen den Mitgliedstaaten. Dabei gelten bei der Herstellung von Mo-99 für jeden Schritt gesonderte Vorschriften bezüglich der Transportsicherheit^(*): Der Transport der im Reaktor bestrahlten Targets zur Mo-Verarbeitungsanlage (auf dem Land- bzw. Luftweg), anschließend zum Molybdängenerator und schließlich zu den Krankenhäusern muss innerhalb von drei bis zwölf Stunden erfolgen. Es zählt also jede Minute zwischen Produktion und Verwendung in einem Krankenhaus.

Die vier Grundpfeiler des Transports medizinischer Radioisotope sind: Sicherheit, Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Nutzen. Änderungen von Vorschriften, insbesondere solche, die sich auf die besonderen Sicherheitsanforderungen (Empfehlungen zur sicheren Beförderung von radioaktiven Stoffen, SSR-6) der IAEA auswirken, können erhebliche technische Auswirkungen auf die Einreichung von Unterlagen haben, einschließlich der Unmöglichkeit, einen Zertifizierungsantrag zu aktualisieren und/oder zu stellen. Multilaterale/länderübergreifende Zertifizierungen für einen ausgewiesenen Transportbehälter erhöhen das Risiko von Verzögerungen bei der Neuzertifizierung und verursachen zusätzliche Kosten. Mit anderen Worten bedeutet dies: kein zertifizierter Behälter, kein Transport, keine Radiopharmaka für die Patienten. Deshalb sollten Genehmigungen auf EU-Ebene und nicht auf nationaler Ebene erteilt werden, um einen wirksamen Transport und Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die den Patienten zugutekommen.

2.11. Radioisotope für diagnostische Zwecke werden in der molekularen Bildgebung verwendet und sind ein wichtiges Instrument für die Diagnostik. Unter den verschiedenen Diagnoseinstrumenten gibt es für die Szintigraphie, die Einzelphotonen-Emissionscomputertomographie (SPECT-CT) und die Positronen-Emissions-Tomographie (PET-CT) keinen Ersatz. Therapeutische Radionuklide werden in Arzneimitteln, zur Schmerzlinderung oder im Rahmen von Palliativ- oder Heilbehandlungen verwendet. Die jüngsten Durchbrüche im Bereich der Radiopharmazeutik haben bisher keine gleichwertigen Behandlungen ergeben.

3. Allgemeine Bemerkungen

3.1. Angesichts des möglicherweise wachsenden Bedarfs in der Gesundheitsversorgung für Behandlungen auf der Grundlage von Radioisotopen muss die EU die Versorgung mit medizinischen Radioisotopen langfristig sichern, um den Zugang der Patienten in der EU zu lebenswichtigen Therapien zu erhalten und die Entwicklung neuer Krebsbehandlungen zu unterstützen.

^(*) Der Transport gefährlicher Güter wird durch die Vereinten Nationen und ihre Einrichtungen (z. B. die IAEA) sowie internationale Verkehrsverbände (z. B. den IATA im Flugverkehr) geregelt.

3.2. Bei allen Initiativen, die von den Mitgliedstaaten und der EU ergriffen werden, müssen die Interessen der Patienten im Mittelpunkt stehen. Nach Auffassung des EWSA sollte das Hauptziel darin bestehen, dem Wunsch der Unionsbürgerinnen und -bürger nach einer erschwinglichen Krebsprävention, -früherkennung und -behandlung sowie einer besseren Lebensqualität von Krebspatienten wirksam nachzukommen. Angesichts der in der EU bestehenden enormen Unterschiede beim Zugang zur Medizintechnologie und zu diagnostischen und therapeutischen Radionuklidten sind in diesem Zusammenhang umfassende Infrastrukturinvestitionen erforderlich.

3.3. Die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Versorgung mit Radioisotopen stellen sich daher in vierfacher Hinsicht – in Bezug auf die steigende Nachfrage nach Radioisotopen im Gesundheitswesen, die hohe Abhängigkeit von Drittländern bei einigen wichtigen Ausgangsstoffen, die Alterung des Bestands der Forschungsreaktoren und die Verzögerungen bei Projekten zum Bau von Forschungsreaktoren für die Bestrahlung sowie die mangelnde Harmonisierung bei der Umsetzung der (für Kernenergie, Arzneimittel und Transport) geltenden Vorschriften in der gesamten EU.

3.4. Die sichere und stabile Versorgung mit Radioisotopen setzt einen gesicherten Zugang zu Rohstoffen, deren Verarbeitung/ Umwandlung, Transport, Verteilung, Lagerung sowie Einrichtungen und Laboratorien mit entsprechender Lizenz voraus, einschließlich ihrer Verabreichung an Patienten durch medizinisches Personal. Das Thema betrifft somit verschiedene Teile der Zivilgesellschaft wie Industrie, Patienten, Wissenschaftler, Forschende und Ärzte.

3.5. Die Alterung der Forschungsreaktoren in der EU ist besorgniserregend und erfordert ihre optimierte Nutzung durch alle Mitgliedstaaten sowie geeignete Programme für das Alterungsmanagement. Der EWSA unterstützt deshalb die SAMIRA-Strategie sowie die ERVI-Initiative. Er hält den Zugang der Patienten zu medizinischen Behandlungen für unerlässlich und unterstützt die Entwicklung neuer Therapien für die Krebsbekämpfung, die in der SAMIRA-Strategie vorgesehen sind.

Der EWSA fordert die Verbesserung des Strahlenschutzes und der Sicherheit von Patientinnen und Patienten, Personal sowie Angehörigen der Gesundheitsberufe und unterstützt die vollständige Umsetzung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Anwendungen medizinischer Strahlung in den Mitgliedstaaten. Einschlägige Projekte (wie z. B. PRISMAP) sollten auch nach 2025 fortgesetzt sowie stärker integriert werden.

Die Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen ⁽⁹⁾ bietet bereits einen klaren Rahmen für den Strahlenschutz. Es sollten jedoch Anstrengungen unternommen werden, um die Umsetzung dieser Richtlinie zu harmonisieren und sie mit dem Arzneimittelrecht, das derzeit überarbeitet wird, in Einklang zu bringen, da die Verwendung von Radiopharmazeutika zu diagnostischen und therapeutischen Zwecken durch beide Rechtsvorschriften geregelt ist.

3.6. Neben der optimalen Nutzung von Forschungsreaktoren sollten die Mitgliedstaaten auch bei Forschung und Innovation zusammenarbeiten. Für manche Patienten mit aggressiven oder seltenen Krebserkrankungen bestehen keine Behandlungsoptionen, weshalb neue innovative Durchbrüche erforderlich sind. In der Präzisionsmedizin werden zunehmend neue innovative Behandlungsmethoden wie die gezielte Radionuklidtherapie oder die Immuntherapie angeboten.

3.7. Das Programm EU4Health unterstützt die Qualität und Sicherheit der Strahlungstechnologie bei Krebsdiagnose und -behandlung. Das Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung unterstützt den Strahlenschutz in der Medizin, die zuverlässige Versorgung mit medizinischen Radioisotopen, die Forschung zu ihrer sicheren Nutzung in Gesundheitsanwendungen und ihren Einsatz bei der innovativen Versorgung von Patienten, wobei in Zukunft Synergien mit dem Cluster „Gesundheit“ von Horizont Europa möglich sind, sofern die Dienststellen der Kommission wirklich koordiniert arbeiten.

3.8. Um die Abhängigkeiten abzubauen und die Fähigkeiten zu stärken, ist mehr Engagement auf EU-Ebene erforderlich. Der EWSA schlägt deshalb gemeinsame Initiativen innerhalb des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens in allen weiter oben genannten Bereichen vor, damit die Patienten Zugang zu Technologien auf der Grundlage medizinischer Radionuklide haben, wenn dies für sie sinnvoll ist.

3.9. Einige nuklearmedizinische Innovationen im Gesundheitssektor wurden von nationalen, internationalen oder wissenschaftlichen Labors sowie Forschungsinstituten, einschließlich der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission, entwickelt. Dazu gehören die PET-CT-Diagnostikmethoden oder die zur Behandlung eingesetzten Radionuklide Lu177-DOTATATE und Ac225-PSMA. Diese Innovationen fanden in sehr unterschiedlichen privaten und öffentlichen Forschungseinrichtungen statt und erfordern eine bessere Straffung und Harmonisierung. Diese Straffung sollte die Weiterentwicklung harmonisierter Instrumente und Leitlinien für klinische Frühphasenstudien, insbesondere für Diagnose, Theranostik und radioaktive Arzneimittel, umfassen.

⁽⁹⁾ Richtlinie 2013/59/Euratom des Rates vom 5. Dezember 2013 zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung und zur Aufhebung der Richtlinien 89/618/Euratom, 90/641/Euratom, 96/29/Euratom, 97/43/Euratom und 2003/122/Euratom (ABl. L 13 vom 17.1.2014, S. 1).

3.10. Der ordnungsgemäße Vertrieb, die Handhabung und die Abfallbewirtschaftung fallen in unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche auf nationaler, europäischer und bisweilen internationaler Ebene. Diese mangelnde Harmonisierung und die schwierige Auslegung des Regelwerks behindern den Zugang zu medizinischen Radionukliden für die klinische Forschung. Deshalb fordert der EWSA eine bessere Koordinierung zwischen den Rechts- und Regelungsrahmen in den verschiedenen Handlungsbereichen, damit koordinierte europäische Lösungen gefunden werden können.

3.11. Der EWSA empfiehlt ferner zu prüfen, inwiefern sich das Material nach der Bestrahlung recyceln lässt, und Alternativen wie die Kombination natürlichen Target-Materials und physikalische Trennungsmethoden zu untersuchen, um einen besseren Zugang zu bestimmten angereicherten Isotopen zu gewährleisten.

3.12. Europa hat eine Generation qualifizierter Arbeitskräfte im Nuklearsektor verloren und muss nun aufholen. Es gilt, Wissenschaftler und medizinisches Personal mit Kenntnissen im Bereich der Nuklearwissenschaften mit pharmazeutischem und/oder medizinischem Hintergrund zu fördern. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Kompetenzen der Fachkräfte in allen Bereichen zu verbessern: von Fachleuten im Bereich der Nuklearmedizin über Ingenieure bis hin zu Technikern in Produktion und Logistik.

3.13. Der EWSA unterstützt die koordinierten Bemühungen um die Bewertung der nationalen Kapazitäten durch eine Bestandsaufnahme der von den Mitgliedern der Europäischen Beobachtungsstelle für Humanressourcen im Nuklearsektor (EHRO-N) angewandten Methodik sowie um Arbeitskräfte, die in der Lage sind, die Führungsrolle der EU bei der Versorgung mit medizinischen Radioisotopen und der Förderung von Innovationen aufrechtzuerhalten.

3.14. Europa kann diesen Weg nicht alleine gehen, weshalb der EWSA seine Forderung nach einer besseren Zusammenarbeit mit globalen Partnern wie der IAEO in den Bereichen Forschung, Innovation⁽¹⁰⁾ und Versorgung bekräftigt. Dies könnte im Rahmen verschiedener privater oder öffentlicher Projekte erfolgen.

4. Besondere Bemerkungen

4.1. 2018 haben Wissenschaftler den Zusammenhang zwischen der Zahl der Bestrahlungsgeräte und der Krebssterblichkeit untersucht⁽¹¹⁾ und sind auf einen umgekehrten Zusammenhang gestoßen: je mehr Geräte, desto geringer die Mortalität. Es ist also wichtig, mehr in Infrastruktur und Personal zu investieren.

4.2. Der EWSA fordert die strikte Anwendung der Sicherheitsvorschriften für das Personal, das für die Beschaffung der Rohstoffe, die Bestrahlung, die Verarbeitung und die Verpackung über den Transport zum Krankenhaus bis hin zur Patientenversorgung und Abfallbewirtschaftung zuständig ist. Angehörige der Gesundheitsberufe, insbesondere in den Bereichen Radiologie und Nuklearmedizin, spielen bei der sicheren Handhabung und Verabreichung von Radioisotopen für die Patienten eine Schlüsselrolle. Ihr Fachwissen ist für die wirksame Nutzung dieser lebenswichtigen Ressourcen ausschlaggebend; dabei sind insbesondere kontinuierliche Schulungsmaßnahmen über die neuesten Radioisotopentechnologien und Sicherheitsprotokolle erforderlich.

4.3. Es ist von entscheidender Bedeutung, den Bedürfnissen der Patienten gerecht zu werden, und Krankenhäusern⁽¹²⁾ kommt eine wichtige Rolle dabei zu, sicherzustellen, dass jeder Patient zum günstigsten Preis und bei voller Kostenerstattung die bestmögliche Behandlung erhält. Da der Patient im Mittelpunkt der öffentlichen Gesundheit stehen sollte, ist seine Sicherheit von überragender Bedeutung. Der EWSA fordert daher Maßnahmen, um die Patienten besser über die Behandlungen zu informieren, die sie erhalten.

Der EWSA empfiehlt ferner, dass alle Akteure der Lieferkette die Bedeutung und die besonderen Merkmale von Radioisotopen kennen, damit diese lebensrettenden Produkte ordnungsgemäß transportiert werden können.

Er fordert, dass Fachkräfte und Sozialpartner bei der Politikgestaltung im Bereich der Gesundheitsversorgung konsultiert werden.

Brüssel, den 31. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

⁽¹⁰⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat — Europas Plan gegen den Krebs (COM(2021) 44 final) (ABl. C 341 vom 24.8.2021, S. 76).

⁽¹¹⁾ <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC6163015/pdf/clep-10-1249.pdf>.

⁽¹²⁾ Die klinische Forschung findet in der Regel in großen Universitätskliniken statt.

ANHANG

Folgende abgelehnte Änderungsanträge erhielten mindestens ein Viertel der abgegebenen Stimmen (Artikel 74 Absatz 3 der Geschäftsordnung):

ÄNDERUNGSANTRAG 2

TEN/833 — Europas Plan gegen den Krebs und die Sicherheit der Versorgung mit medizinischen Radioisotopen

Ziffer 1.11

Ändern:

Stellungnahme der Fachgruppe	Änderung
Der alternde Bestand an Forschungsreaktoren spielt bei der Herstellung von Radioisotopen eine entscheidende Rolle. Der EWSA empfiehlt, diesen Bestand effizient zu verwalten, um sein Potenzial so lange wie technisch möglich zu nutzen, und in neue Kapazitäten zu investieren, um auf die gestiegene Nachfrage, z. B. nach Beschleunigern oder kleinen modularen Reaktoren, reagieren und gleichzeitig die alten Reaktoren ersetzen zu können.	Der alternde Bestand an Forschungsreaktoren spielt bei der Herstellung von Radioisotopen eine entscheidende Rolle. Der EWSA empfiehlt, diesen Bestand effizient zu verwalten, um sein Potenzial so lange wie technisch möglich zu nutzen, und in neue Kapazitäten zu investieren, um auf die gestiegene Nachfrage, z. B. nach Beschleunigern oder kleinen modularen Reaktoren, reagieren und gleichzeitig die alten Reaktoren ersetzen zu können. Insofern begrüßt der EWSA die derzeitigen neuen Projekte in der EU. Ziel sollte die Entwicklung eines koordinierten Forschungsnetzes auf der Grundlage neuer medizinischer Radionuklide sein.

Begründung

Siehe Änderungsantrag 3.

ÄNDERUNGSANTRAG 3

TEN/833 — Europas Plan gegen den Krebs und die Sicherheit der Versorgung mit medizinischen Radioisotopen

Ziffer 1.12

Streichen:

Stellungnahme der Fachgruppe	Änderung
<i>Insofern begrüßt der EWSA die derzeitigen neuen Projekte in der EU. Er empfiehlt ferner, das Zusammenspiel mit der Stromerzeugung zu beleuchten und sicherzustellen, dass die neuen Reaktoren und Produktionsanlagen zur Herstellung medizinischer Radioisotope beitragen, insbesondere in Kombination mit Beschleunigern. Ziel ist die Entwicklung eines koordinierten Forschungsnetzes auf der Grundlage neuer medizinischer Radionuklide.</i>	

Begründung

Der erste und der letzte Satz werden zur Ziffer 1.11 hinzugefügt, der zweite Satz wird gestrichen.

Eine inhaltliche Begründung: Es gibt bisher keine Verbindung bei der Herstellung von Produkten, die in der Nuklearmedizin benötigt werden, und der Atomenergieerzeugung. Deshalb sollte der EWSA vorsichtig sein, zu fordern, dass „sicherzustellen“ ist, dass neue (energetische) Reaktoren gleichzeitig auch medizinische Radioisotope liefern.

Eine eher formale Begründung: Der EWSA sollte in Teil 1 seiner Stellungnahmen (der Zusammenfassung) nur Dinge und Forderungen darstellen, die in den Folgeteilen auch ausgiebiger beschrieben wurden. Der in Ziffer 1.12. beschriebene Aspekt ist aber in den Teilen 2–4 auch nicht ansatzweise angesprochen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: 52

Nein-Stimmen: 89

Enthaltungen: 6



Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie und eines Rahmens für Maßnahmen zur Gewährleistung der zeitnahen Verfügbarkeit und Lieferung von Verteidigungsgütern (EDIP)

(COM(2024) 150 final — 2024/0061 (COD))

(C/2024/4662)

Berichterstatter: **Tomasz Andrzej WRÓBLEWSKI**

Ko-Berichterstatter: **Franck UHLIG**

Berater	Paweł PONCYLJUSZ (für den Berichterstatter der Gruppe I) Arnaud NEGRI (für den Ko-Berichterstatter der Kategorie 2)
Gesetzgebungsverfahren	EU Law Tracker
Befassung	Rat der Europäischen Union, 19.4.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 114 und Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Dokumente der Europäischen Kommission	COM(2024) 150 final
Relevante Nachhaltigkeitsziele	Ziel 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur Ziel 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen
Zuständiges Arbeitsorgan	Beratende Kommission für den industriellen Wandel (CCMI)
Annahme im Arbeitsorgan	15.5.2024
Verabschiedung im Plenum	30.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	196/1/2

1. EMPFEHLUNGEN

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA),

- 1.1. **empfiehlt** der Europäischen Kommission, eingehend mit den europäischen Bürgern zu kommunizieren, um ihnen ein umfassendes Bild von den Herausforderungen zu vermitteln, die mit der gemeinsamen Finanzierung der Verteidigung im derzeitigen geopolitischen Kontext und einer gemeinsamen Sicherheitspolitik verbunden sind. Gleichzeitig ist und bleibt das europäische Projekt ein Projekt des Friedens und der Solidarität;
- 1.2. **fordert** eine mittelfristige Aufstockung der zurzeit begrenzten Mittelausstattung (1,5 Mrd. EUR);
- 1.3. **betont**, dass das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) nicht allein dazu dient, die notwendige Unterstützung zur Deckung des dringenden Bedarfs der Ukraine zu leisten. Es gilt vielmehr, in diesem Rahmen das europäische Verteidigungskonzept und die technisch-industrielle Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) strukturell weiterzuentwickeln;

1.4. **ist der Auffassung**, dass das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten, der staatliche und der private Finanzsektor und die Europäische Kommission gemeinsam einen langfristigen Plan zur Aufstockung der Mittel für Rüstungsausgaben und -beschaffung aufstellen sollten, um langfristigen privatwirtschaftlichen Investitionen den Weg zu ebnen und sowohl die Militärgüterproduktionspläne der EDTIB als auch die technisch-industrielle Basis der Verteidigung (DTIB) der Ukraine zu unterstützen;

1.5. **empfiehlt** der Europäischen Kommission, Herkunft und Verwendung der für das EDIP vorgesehenen Mittel zu klären, damit nicht der Verdacht entsteht, dass dieses Programm anderen Programmen mit einem ähnlich hohen und dringenden Finanzierungsbedarf (öffentliche Dienste, Sozialwesen, Grüner Deal usw.) willkürlich vorgezogen wird;

1.6. **ist der Ansicht**, dass EDTIB-Unternehmen die Zusammenarbeit insbesondere mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und über Grenzen hinweg verstärken sollten;

1.7. **hebt hervor**, wie wichtig die industrielle Zusammenarbeit mit der Ukraine im Rahmen des EDIP ist;

1.8. **regt an**, dass Synergieeffekte zwischen der Verteidigungsindustrie und zivilen Branchen, einschließlich KMU und Start-up-Unternehmen, stärker unterstützt werden sollten;

1.9. **stellt sich die Frage**, ob die Struktur für das europäische Rüstungsprogramm (SEAP) wesentlich zur Stärkung der EDTIB beitragen kann;

1.10. **empfiehlt**, die in der Mitteilung zur Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIS) festgelegten prozentualen Angaben für kooperative und innergemeinschaftliche Beschaffungsziele in die EDIP-Verordnung aufzunehmen.

2. ERLÄUTERUNGEN

Begründung für Empfehlung 1.1

2.1. Die Gründe für diese Politik müssen den Bürgern in regelmäßigen Sensibilisierungskampagnen schlüssig und eindringlich dargelegt werden. Dabei sollte auf die Entstehungsgeschichte der Europäischen Union eingegangen und erklärt werden, welche Gefahr das Expansionsstreben totalitärer Staaten und insbesondere des russischen Regimes für die Demokratie und unser Wertesystem darstellt.

2.2. Die europäischen Bürger müssen davon überzeugt werden, dass einerseits umgehend die Ukraine unterstützt und andererseits das europäische Projekt im Interesse der langfristigen Sicherheit der europäischen Bürger von der Union und den Mitgliedstaaten vorangetrieben werden muss.

2.3. Der EWSA unterstützt die EDIP-Verordnung. Der Frieden muss verteidigt werden, denn die Sicherheit Europas ist ohne eine europäische Verteidigungsindustrie nicht zu gewährleisten. Gleichzeitig möchte der EWSA aber noch einmal bekräftigen: Auch in diesen schwierigen Zeiten ist und bleibt das europäische Projekt ein Projekt des Friedens und der Solidarität in Europa und weltweit.

2.4. Die Sicherheit der europäischen Bürger hat einen Preis, der von Europa zu lange ignoriert wurde. So betrachtet ist es nicht zu rechtfertigen, dass dafür keine eigenen Mittel bereitstehen, selbst wenn viele EU-Mitgliedstaaten von der gegenseitigen Unterstützung im Rahmen der NATO profitieren.

2.5. Es gilt also, nach dem Konzept von NextGenerationEU einen strukturellen Rahmen und ein Finanzierungsinstrument für die Verteidigung zu schaffen.

Begründung für Empfehlung 1.2

2.6. Da die derzeitige Mittelausstattung zu gering ist, hängt der Erfolg des EDIP davon ab, ob die EU-Mitgliedstaaten bereit sind, bei der Beschaffung im Verteidigungsbereich künftig zusammenzuarbeiten und gemeinsam zu investieren. Der EWSA begrüßt, dass die Kommission in der EDIS-Mitteilung anregt, die Nutzung der EDTIB anhand von Überwachungsindikatoren zu fördern. Das dürfte bei der gemeinsamen Beschaffung viele Vorteile bieten, nicht zuletzt in Bezug auf Arbeitsplätze, die strategische Autonomie und die wirtschaftliche Entwicklung in den Gebieten. Der EWSA befürchtet jedoch, dass diesen guten Absichten aus einer Reihe von Gründen, die mit den mitunter divergierenden Interessen der EU-Mitgliedstaaten zusammenhängen, am Ende keine Taten folgen werden.

2.7. Aus Sicht des EWSA müssen die Akteure der EDTIB, insbesondere KMU in allen Mitgliedstaaten, ausreichenden Zugang sowohl zu öffentlichen als auch zu privaten Mitteln haben. Der Vorschlag für die EDIP-Verordnung umfasst die Möglichkeit der Einrichtung eines Fonds zur Beschleunigung der Transformation der Lieferketten im Verteidigungsbereich (FAST). Dieser Fonds dürfte zwar angesichts des erheblichen künftigen Finanzierungsbedarfs kaum ausreichen, aber es scheint zumindest ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Die europäische Taxonomie ist zwar eine legitime und notwendige Klassifizierung, sie darf jedoch vor dem Hintergrund geopolitischer Turbulenzen und Bedrohungen keine negativen Auswirkungen auf die EDTIB haben.

Begründung für Empfehlung 1.3

2.8. Der künftige mehrjährige Finanzrahmen muss allen finanziellen Aspekten der langfristigen Verteidigungsstrategie Rechnung tragen.

2.9. Durch kurzfristig anstehende dringende Probleme darf nicht aus dem Blick verloren werden, dass es langfristig um die Fortsetzung der europäischen Integration geht. Vorhersehbarkeit, Standardisierung, Zeitersparnis und Kostensenkungen im Interesse der europäischen Bürger und ihrer Sicherheit sind nur erreichbar, wenn der fragmentierte Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten sowie zwischen Wirtschaftsakteuren stärker vereinheitlicht und finanziell besser ausgestattet wird.

Begründung für Empfehlung 1.4

2.10. Die Mittel, die von der Europäischen Kommission zurzeit bereitgestellt werden, sind äußerst knapp bemessen. Um sie sinnvoll zu ergänzen, müssen unbedingt auch von den Mitgliedstaaten und vom staatlichen und privaten Finanzsektor sowie nach Möglichkeit von der Europäischen Investitionsbank und vom Europäischen Investitionsfonds Mittel beigesteuert werden.

2.11. Industrie und Finanzinstitute werden unabhängig von der politischen Gemengelage und dem Wahlkalender nur dann für maßgebliche Investitionen in die Rüstungsindustrie zu gewinnen sein, wenn langfristige Verpflichtungen zur weiteren Rüstungsbeschaffung eingegangen werden.

2.12. Die Aufstockung der Verteidigungsausgaben im Rahmen der EDIP-Initiative verdeutlicht das gemeinsame Versprechen der europäischen Nationen, für die eigene Sicherheit und Verteidigung mehr Verantwortung zu übernehmen und sich zu ihrem Schutz weniger auf externe Akteure zu verlassen. Mit Investitionen in die eigenen militärischen Fähigkeiten bezwecken die europäischen Länder, im Hinblick auf die entschlossene Verteidigung der eigenen Interessen und Werte strategisch unabhängiger und handlungsfähiger zu werden.

2.13. Durch das EDIP werden sie die Bedürfnisse anderer EU-Länder sowie deren Vorbehalte gegen kollektive Rüstungsprojekte besser nachvollziehen und so schneller zu einem Konsens gelangen können, sodass strategischen Entscheidungen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU der Weg geebnet wird.

Begründung für Empfehlung 1.5

2.14. Damit die europäischen Bürger wirklich hinter diesem Ansatz stehen, dürfen diese erheblichen Mittelaufwendungen nach Meinung des EWSA nicht zu Lasten notwendiger Investitionen in öffentliche Dienste, das Sozialwesen und den grünen und den digitalen Wandel gehen.

2.15. Die öffentliche Beschaffung muss auf sozialverträgliche Weise erfolgen und den ESG-Kriterien (ökologische, soziale und Governance-Kriterien) entsprechen.

Begründung für Empfehlung 1.6

2.16. Die Integration und die Wirksamkeit unionsweiter Verteidigungsstrategien wird stark dadurch beeinträchtigt, dass nach wie vor zwischen nationaler Verteidigungsplanung und multinationaler Programmplanung unterschieden wird. Da die einzelstaatliche Verteidigungsplanung weiterhin vollkommen getrennt von der supranationalen Programmplanung erfolgt, ist es schier unmöglich, ein schlüssiges, gemeinsames Konzept für die europäische Verteidigung zu entwickeln.

2.17. Das EDIP sollte durch gezielte Finanzierungsströme und Anreize für die Zusammenarbeit maßgeblich dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten stärker zusammenarbeiten und die herkömmlichen nationalen Schranken bei der Rüstungsbeschaffung und -planung durchbrochen werden. Dieser Ansatz in der Verteidigungszusammenarbeit ist eine Voraussetzung für die Stärkung der strategischen Autonomie und der gemeinsamen Verteidigungsfähigkeiten der EU. Er geht Hand in Hand mit den Kooperationsbeziehungen, die die EU mit Drittländern im Rahmen der NATO pflegt und zu ihren engen demokratischen Verbündeten in Europa und der Welt unterhält. Diese Vorgehensweise bewirkt Verbesserungen im Hinblick auf Interoperabilität, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern, der Verteidigungsplanung und der Operationsführung und dient somit am Ende der Resilienz Europas.

2.18. Außerdem können durch einen gemeinsamen Ansatz bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern Größenvorteile besser genutzt, mit Zulieferern bessere Bedingungen ausgehandelt und Ressourcen optimal auf verschiedene Verteidigungsprojekte und -programme verteilt werden.

Begründung für Empfehlung 1.7

2.19. Die industrielle Zusammenarbeit mit der Ukraine muss durch die Angleichung von Normen zu einer besseren künftigen Interoperabilität führen, und zwar auch im breiteren Kontext: innerhalb der EU und zwischen Mitgliedstaaten.

2.20. Die ukrainische Industrie bietet Kompetenzen, Know-how und Kooperationsmöglichkeiten, von denen die EDTIB im Rahmen einer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit profitieren kann. Allerdings muss eine Verlagerung von Tätigkeiten zu Lasten des europäischen Arbeitsmarkts vermieden werden, um der Gefahr von Steuerdumping zu begegnen.

Begründung für Empfehlung 1.8

2.21. Die EDIP-Verordnung kann bewirken, dass die Gesellschaft im größtmöglichen Umfang von den Verteidigungsinvestitionen profitiert, das Wirtschaftswachstum beschleunigt wird und in ganz Europa neue Innovationsökosysteme entstehen. Wenn nach dem Ansatz des doppelten Verwendungszwecks („Dual Use“) verfahren wird, wird die Verteidigung kosteneffizienter und kann zu den umfassenderen strategischen Zielen Europas, darunter Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Resilienz, beitragen.

Begründung für Empfehlung 1.9

2.22. Der SEAP-Rahmen ist ein neuer Vorschlag, dessen Anwendungsbereich und Umsetzung allerdings erst noch zu klären sind. So bestehen noch zahlreiche technische, rechtliche, wirtschaftliche und fiskalpolitische Fragen, die ausgeräumt werden sollten, bevor ein Instrument eingerichtet wird, das sich bei ungenügender Nutzung als überflüssig erweisen könnte. Andererseits dürfen seine möglichen Auswirkungen bei erfolgreicher Umsetzung keinesfalls außer Acht gelassen werden.

2.23. Auf den ersten Blick scheint ein solches System eher nicht im Interesse der europäischen Wirtschaftsakteure zu sein, denn ihr Kapital ist weitgehend privat und befindet sich in einigen Fällen außerhalb der Gemeinschaft.

Begründung für Empfehlung 1.10

2.24. Die militärischen Verteidigungssysteme der EU-Mitgliedstaaten müssen auf die EDTIB ausgerichtet werden, vorzugsweise durch Zusammenarbeit. Mit dem Vorschlag soll die Dringlichkeit dieser Aufgabe verdeutlicht werden.

2.25. Der EWSA begrüßt die von den EU-Organen festgelegten verteidigungspolitischen Zielsetzungen, das heißt die Stärkung der strategischen Autonomie der EU in Verteidigungsfragen, die Gewährleistung der Handlungsfähigkeit der EU zum entschlossenen Schutz europäischer Interessen und die Sicherung einer weltweiten Führungsposition bei Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich, um neue Horizonte der Verteidigungstechnik zu erschließen und die künftige europäische Sicherheitsarchitektur zu gestalten.

2.26. Aus Sicht des EWSA ist es in der aktuellen Situation dringend geboten, Technologielücken zu schließen und sicherzustellen, dass Europa seine Spitzenposition bei Innovationen im Verteidigungsbereich behaupten kann. Mit gezielten Finanzierungsströmen und gemeinsamen Projekten können diese europäischen Initiativen den Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Ressourcen zu bündeln, Fachwissen auszutauschen und einander in ihren Stärken zu ergänzen, um innovative Verteidigungsgüter und -technologien zu entwickeln.

2.27. Die europäischen Verteidigungsinitiativen tragen wesentlich zur Entwicklung der EDTIB bei, da sie es Mitgliedstaaten, Auftragnehmern im Verteidigungsbereich und Forschungseinrichtungen ermöglichen, bei der Entwicklung bahnbrechender Lösungen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten und der strategischen Autonomie Europas zusammenzuarbeiten.

Brüssel, den 30. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4663

9.8.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie

(JOIN(2024) 10 final)

(C/2024/4663)

Berichterstatter: **Maurizio MENSI**

Ko-Berichterstatter: **Jan PIE**

Berater	Alberto DAL FERRO (für den Berichterstatter, Gruppe III) Vassilis THEODOSOPOULOS (für den Ko-Berichterstatter, Gruppe I)
Befassung	Europäische Kommission, 27.3.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Beratende Kommission für den industriellen Wandel (CCMI)
Annahme im Arbeitsorgan	15.5.2024
Verabschiedung im Plenum	30.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	208/2/10

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie als wichtigen Schritt zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft Europas und damit seiner Fähigkeit, seine Bürgerinnen und Bürger, sein Hoheitsgebiet, seine Grundwerte und seine Lebensweise zu schützen.

1.2. Der EWSA vertritt die Auffassung, dass die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit der technisch-industriellen Basis der europäischen Verteidigung (European Defence Technological and Industrial Base, EDTIB) ein entscheidender Pfeiler der europäischen Verteidigungsbereitschaft ist, da die EDTIB der einheimische verlässliche Lieferant der topmodernen Hardware, Software und Dienstleistungen ist, die unsere Streitkräfte zur Erfüllung ihres Auftrags benötigen.

1.3. Der EWSA begrüßt die Akzentverschiebung von Sofortmaßnahmen hin zu einer längerfristigen, strukturellen Reaktion, die unerlässlich ist, um die Anpassung der EDTIB an das neue Sicherheitsumfeld zu unterstützen. Insbesondere begrüßt er den Schwerpunkt, dass der europäische Bedarf stärker aus europäischen Quellen gedeckt werden muss. In dieser Hinsicht ist es nicht nur wichtig, dass die europäische Nachfrage gesteigert, konsolidiert und auf die EDTIB ausgerichtet wird, sondern auch, dass die Kapazität der EDTIB zur Deckung dieser Nachfrage verbessert wird.

1.4. Der EWSA begrüßt die Schwerpunktsetzung auf der für die europäische Verteidigungsbereitschaft entscheidenden Versorgungssicherheit, die zurzeit durch die übermäßige Abhängigkeit von außereuropäischen Lieferanten und das Fehlen eines Governance-Mechanismus auf europäischer Ebene im Krisenfall ausgehöhlt wird. Darüber hinaus stellt er fest, dass die vorgeschlagene Regelung zur Versorgungssicherheit verschiedene interessante Elemente enthält, ihre Anwendung jedoch aufgrund der Komplexität der Lieferketten und der möglichen Einstufung der für die Kartierung und Überwachung relevanten Informationen als vertraulich oder geheim schwierig sein könnte.

1.5. Darüber hinaus betont der EWSA, wie wichtig es für die Verwirklichung der Ziele der Strategie ist, dass Partnerschaften mit befreundeten Ländern, die dieselben Werte teilen, genutzt werden. Durch die Beteiligung der Ukraine an den Programmen der EU für die Verteidigungsindustrie und die Förderung engerer Beziehungen zwischen der technisch-industriellen Basis der europäischen und der ukrainischen Verteidigung werden sich für beide Seiten wichtige strategische Vorteile ergeben. Eine engere Abstimmung mit der NATO bei Themen von gemeinsamem Interesse wäre ebenfalls von Vorteil, vorausgesetzt, die Sicherheitsinteressen aller EU-Mitgliedstaaten finden in vollem Umfang Berücksichtigung.

1.6. Zugleich bringt der EWSA sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Strategie nicht auf die Wahrnehmung seitens der Öffentlichkeit eingeht. Das ist ein großes Manko, denn die öffentliche Wahrnehmung ist ein zentraler Faktor in demokratischen Gesellschaften und freien Märkten wie den unseren und damit eine wichtige – sowohl politische als auch Marktentscheidungen beeinflussende – Triebfeder hinsichtlich der Herausforderungen, mit denen sich die EDTIB bezüglich der Nachhaltigkeit konfrontiert sieht. Diese Herausforderung muss dringend in Angriff genommen werden, unter anderem durch eine koordinierte EU-weite Kommunikationskampagne, um festgefahrenen Vorurteilen entgegenzuwirken und die europäische Öffentlichkeit dahingehend zu sensibilisieren und bei ihr um Unterstützung dafür zu werben, dass Frieden, Sicherheit, Wohlstand und die Werte Europas geschützt werden müssen, und dass die EDTIB hier einen wesentlichen Beitrag leistet.

1.7. Vor diesem Hintergrund vertritt der EWSA die Auffassung, dass die Strategie, wie im Folgenden dargelegt, gewisse Schwachstellen aufweist. Was die Ziele anbelangt, so wird das entscheidende Instrument für die Umsetzung – das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (European Defence Industry Programme, EDIP) – wahrscheinlich nicht vor Ende 2025 einsatzbereit sein. Daher muss die Strategie durch andere, kurzfristige Maßnahmen ergänzt werden, die auf die Deckung des unmittelbaren Bedarfs abzielen.

1.8. Dementsprechend appelliert der EWSA an die Mitgliedstaaten, der Aufforderung der Kommission nachzukommen und kurzfristig nach Möglichkeiten zu suchen, wie mit den verfügbaren Instrumenten umfangreiche gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen im Verteidigungsbereich, die erhebliche Ausweitung der EDTIB und die Inangriffnahme wegweisender Verteidigungsprojekte forciert werden können.

1.9. Der EWSA vertritt zudem die Auffassung, dass es sowohl aus industrieller als auch aus strategischer Sicht von größter Bedeutung ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Verteidigungsindustrie Zugang zu Fachwissen, Technologie und Forschung hat. Das geht nicht ohne Investitionen in Ausbildung, Forschung und Strategieentwicklung. Außerdem sollte die erwähnte Kampagne, mit der die europäische Öffentlichkeit für den Beitrag der EDTIB zur Sicherheit, zum Wohlstand und zu den Werten Europas sensibilisiert werden soll, auch darauf ausgerichtet sein, dass die EDTIB künftig für junge Fachkräfte ein attraktives und diverses Arbeitsumfeld bietet. Darüber hinaus sollte im Rahmen der Kampagne auf die Beseitigung von Hindernissen in den Hochschulvorschriften (bspw. den Zivilklauseln in Hochschulen) hingewirkt werden. Es könnten auch ggf. am „militärischen Erasmus-Programm“ orientierte Initiativen zur Förderung der Mobilität von Arbeitskräften im Verteidigungsbereich geprüft werden.

1.10. Der EWSA unterstreicht, dass der Erfolg der Strategie in erster Linie davon abhängt, dass sich die Mitgliedstaaten uneingeschränkt daran beteiligen und dass ihnen der Mehrwert eines europäischen Ansatzes bewusst ist. Daher fordert er die Mitgliedstaaten auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Umsetzung unverzüglich erfolgt und mit angemessenen finanziellen Mitteln unterstützt wird. In diesem Zusammenhang unterstützt der EWSA auch die Aufforderung der Kommission an die Europäische Investitionsbank, ihre Richtlinien für die Kreditvergabe zu ändern und die Verteidigungsindustrie in vollem Umfang zu unterstützen, und begrüßt die Klarstellungen bezüglich der Nichteinbeziehung von Verteidigungsaktivitäten in die EU-Umwelttaxonomie. Industrie, Militär, Wissenschaft und Forschung müssen enger zusammenrücken und stärker zusammenarbeiten.

2. Hintergrund der Stellungnahme und des erörterten Legislativvorschlags

2.1. Am 5. März 2024 stellten die Europäische Kommission und der Hohe Vertreter erstmals eine Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie vor, zusammen mit dem Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP).

2.2. Ziel der Strategie ist es, die Bereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit der technisch-industriellen Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) als wesentliche Voraussetzung für die europäische Verteidigungsbereitschaft im weiteren Sinne zu stärken.

2.3. Der Verteidigungsbereitschaft kommt in dem neuen Sicherheitsumfeld, das durch eine drastische Zunahme regionaler und globaler Sicherheitsbedrohungen gekennzeichnet ist, eine entscheidende Bedeutung zu, insbesondere angesichts dessen, dass mit dem unrechtmäßigen und skrupellosen Großangriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 der konventionelle Krieg mit aller Wucht nach Europa zurückgekehrt ist.

2.4. Vor diesem Hintergrund sehen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert. Sehr kurzfristig müssen sie in der Lage sein, die Ukraine darin zu unterstützen, der russischen Aggression standzuhalten. Darüber hinaus muss sich die EU schnellstmöglich für den Fall eines größeren Konflikts wappnen. Angesichts der wiederholten Warnungen europäischer Militärexperten, dass Russland immer mehr Ressourcen in seinen Militärapparat leitet und in den nächsten Jahren einen Mitgliedstaat der EU im großen Maßstab hybrid oder militärisch angreifen könnte, ist dies unabdingbar. Ein führender europäischer Politiker sprach in diesem Zusammenhang kürzlich sogar davon, dass Europa in eine Vorkriegsperiode eingetreten sei.

2.5. Um diese Ziele zu erreichen, muss die EDTIB allzeit bereit und in der Lage sein, das gesamte Spektrum der von den europäischen Streitkräften benötigten qualitativ überlegenen Fähigkeiten bereitzustellen.

2.6. Das ist jedoch bislang nicht der Fall. Durch drei Jahrzehnte unzureichender Investitionen in Rüstung und verteidigungsrelevante Ausbildung und Qualifikation in ganz Europa ist die Produktionskapazität der EDTIB erheblich geschwächt worden. Die EU-Mitgliedstaaten haben ihre begrenzten Haushaltsmittel, die zur Beschaffung von Verteidigungsgütern bestimmt waren, überwiegend dazu verwendet, außereuropäische Produkte anzuschaffen, und das in einer unkoordinierten Weise.

2.7. Seit Februar 2022 sind die Ausgaben für Verteidigungsinvestitionen in der gesamten EU stark gestiegen, aber der Trend, diese Beschaffung im Ausland und auf sich alleine gestellt vorzunehmen, hat sich verschärft. Laut einer aktuellen Studie erfolgten zwischen dem Beginn des russischen Angriffskrieges und Juni 2023 im Verteidigungsbereich 78 % der Beschaffungen der EU-Mitgliedstaaten bei Anbietern außerhalb der EU. Ferner wurden nach den jüngsten Zahlen der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) im Jahr 2022 nur 18 % der gesamten Ausgaben für Ausrüstungen in der EU im Rahmen einer gemeinsamen Beschaffung getätigt. Dieser Trend wirkt sich äußerst schädlich auf die EDTIB aus, da er zu entgangenen Einnahmen und Einbußen in den Bereichen Investitionskapazität, Skaleneffekte, Know-how und Produktionskapazität führt.

2.8. Um diese Herausforderung zu meistern, sieht die Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie verschiedene Maßnahmen vor, die auf vier Säulen beruhen, nämlich: 1) die gemeinsame Planung der EDTIB sowie Investitionen in sie und die Beschaffung von ihr werden erleichtert, und für die Mitgliedstaaten werden entsprechende Anreize geschaffen ⁽¹⁾; 2) Unterstützung der Produktions- und Innovationskapazität der EDTIB und die Schaffung eines EU-Rahmens für die Versorgungssicherheit; 3) durchgängige Berücksichtigung von verteidigungsindustriellen Erwägungen in allen Politikbereichen der EU; sowie 4) Nutzung von Partnerschaften mit der Ukraine, der NATO und anderen Partnern zur Unterstützung dieser Ziele.

2.9. Dabei wird in der Strategie festgestellt, dass die im Rahmen des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU für das EDIP zur Verfügung stehenden Mittel (1,5 Mrd. EUR) nur für begrenzte Anstrengungen ausreichen, sodass sie kurzfristig durch andere erhebliche Mittel und Finanzierungsquellen ergänzt werden sollten. Für die Zeit nach 2027 wird eine ehrgeizige Finanzausstattung im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens der EU für unerlässlich erachtet.

2.10. In der Strategie werden unverbindliche mittelfristige Ziele für den Anteil des innergemeinschaftlichen Handels mit Verteidigungsgütern auf dem gesamten Verteidigungsmarkt der EU vorgeschlagen.

3. Allgemeine Bemerkungen

3.1. Der EWSA begrüßt die Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie als wichtigen Schritt zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft Europas und damit seiner Fähigkeit, seine Bürgerinnen und Bürger, sein Hoheitsgebiet, seine Grundwerte und seine Lebensweise zu schützen. Dies ist ein übergeordnetes Interesse sämtlicher Mitgliedstaaten der EU.

3.2. Der EWSA vertritt darüber hinaus die Auffassung, dass die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit der EDTIB ein entscheidender Pfeiler der europäischen Verteidigungsbereitschaft ist.

3.3. Der EWSA begrüßt die Akzentverschiebung von Sofortmaßnahmen hin zu einer längerfristigen, strukturellen Reaktion, die unerlässlich ist, um die Anpassung der EDTIB an das neue Sicherheitsumfeld zu unterstützen.

⁽¹⁾ Siehe Verordnung (EU) 2023/2418 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Oktober 2023 über die Einrichtung eines Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung (EDIRPA) (ABl. L, 2023/2418, 26.10.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2023/2418/oj>) und die Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Instruments zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung“ (COM(2022) 349 final) (ABl. C 486 vom 21.12.2022, S. 168).

3.4. Der EWSA vertritt die Auffassung, dass die Strategie ausgehend von den Zuständigkeiten der EU im Verteidigungsbereich alle wichtigen Aspekte des Themenkreises abdeckt – u. a. die Bündelung der Nachfrage, die Unterstützung der Industrie, auch mit Blick auf FuE und Innovation, die Versorgungssicherheit, die Einbeziehung der Verteidigungsbereitschaft in die Politik der EU und Partnerschaften – und einen belastbaren Rahmen und verlässliche Instrumente für weitere Anreize zur europäischen Zusammenarbeit bietet.

3.5. Der EWSA begrüßt insbesondere die Schwerpunktsetzung, dass europäische Quellen stärker auf den europäischen Bedarf ausgerichtet werden müssen. In dieser Hinsicht ist es nicht nur wichtig, dass die europäische Nachfrage gesteigert, gebündelt und auf die EDTIB ausgerichtet wird, sondern auch, dass die Kapazität der EDTIB zur Deckung dieser Nachfrage verbessert wird.

3.6. Die in der Strategie festgelegten mittelfristigen Ziele sind wichtige Fortschrittsindikatoren für die Bewertung und etwaige Kalibrierung künftiger Anstrengungen. Der EWSA bedauert jedoch, dass die Zielvorgaben nicht verpflichtend sind, und ist der Überzeugung, dass sie angesichts der bestehenden Sicherheitsrisiken zu niedrig und zu langsam angesetzt worden sind. Laut Schätzungen der Wirtschaft erfordert der Aufbau einer dem aktuellen Sicherheitsumfeld angemessenen EDTIB, dass 80 % der europäischen Haushaltsmittel, die für die Beschaffung von Verteidigungsgütern bestimmt sind, in Europa investiert werden. Daher ist dies nach Auffassung des EWSA die angemessene Zielvorgabe. Die EU sollte anstreben, dieses Ziel umgehend und spätestens bis 2040 zu erreichen.

3.7. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten sowie die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass diese Ziele nicht nur Wunschvorstellungen bleiben, sondern vollständig verwirklicht werden. So können auch schädliche Fragmentierung und Doppelungen vermieden und knappe Ressourcen effizienter genutzt werden.

3.8. Die durchgängige Berücksichtigung von Überlegungen zur Verteidigungsindustrie in allen Politikbereichen der EU ist eine wichtige Voraussetzung, um dieses Ziel zu verwirklichen. Besonders wichtig ist auch, dass sich die Kommission eindeutig äußert, wenn es um den wesentlichen Beitrag der EDTIB zu Widerstandsfähigkeit und Sicherheit und die Notwendigkeit geht, dass dieser Beitrag auch beim Zugang der Industrie zu Finanzmitteln berücksichtigt wird. Der EWSA stellt sich auch voll und ganz hinter die Aufforderung der Kommission an die Europäische Investitionsbank, ihre Richtlinien für die Kreditvergabe zu ändern und die Verteidigungsindustrie in vollem Umfang zu unterstützen, und begrüßt die Klarstellungen bezüglich der Nichteinbeziehung von Verteidigungsaktivitäten in die EU-Umwelttaxonomie.

3.9. Der EWSA begrüßt ferner, dass in der Strategie die für die Verteidigungsbereitschaft entscheidende Sicherheit hinsichtlich Versorgung, kritischer Rohstoffe, Chips und Fähigkeiten Berücksichtigung findet. Gegenwärtig wird die Versorgungssicherheit in Europa durch die übermäßige Abhängigkeit von außereuropäischen Lieferanten und das Fehlen eines Governance-Mechanismus auf EU-Ebene im Krisenfall ausgehöhlt. Die vorgeschlagene Regelung zur Versorgungssicherheit enthält mehrere interessante Elemente, wie z. B. die Unterscheidung zwischen verschiedenen Arten von Krisen und abgestufte Maßnahmen sowie die mögliche Unterstützung der strategischen Bevorratung mit Basiskomponenten. Weitere Bestimmungen – bspw. die Öffnung bestehender Rahmenverträge im Krisenfall – könnten die Versorgungssicherheit ebenfalls erheblich verbessern. Gleichzeitig könnte sich die Umsetzung einer derartigen Regelung als problematisch erweisen. Aufgrund der Komplexität der Lieferketten für Verteidigungsgüter wäre eine umfassende Kartierung und Überwachung ressourcenaufwändig und schwierig, insbesondere was die Elemente betrifft, die außerhalb der Union liegen. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass die erforderlichen Informationen möglicherweise als vertraulich oder geheim eingestuft sind. Dieses Problem könnte dadurch abgemildert werden, dass vor allem öffentlich zugängliche Informationen genutzt werden und dass an die freiwillige Informationsbereitstellung appelliert wird. Dies könnte aber gleichzeitig dazu führen, dass die Informationen weniger genau, zutreffend, relevant und vollständig sind.

3.10. Darüber hinaus betont der EWSA, wie wichtig es für die Verwirklichung der Ziele der Strategie ist, dass Partnerschaften mit befreundeten Ländern, die dieselben Werte teilen, genutzt werden. Durch die Beteiligung der Ukraine an den Programmen der EU für die Verteidigungsindustrie und die Förderung engerer Beziehungen zwischen der technisch-industriellen Basis der europäischen und der ukrainischen Verteidigung werden sich für beide Seiten wichtige strategische Vorteile ergeben, und zwar sowohl während des Krieges und nach dem Krieg als auch im Hinblick auf den letztendlichen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union. Eine engere Abstimmung mit der NATO bei Themen von gemeinsamem Interesse wäre ebenfalls von Vorteil, vorausgesetzt, die Sicherheitsinteressen aller EU-Mitgliedstaaten finden in vollem Umfang Berücksichtigung.

3.11. Zugleich bringt der EWSA sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Strategie nicht gezielt auf die Wahrnehmung seitens der Öffentlichkeit eingeht. Das ist ein großes Manko, denn die öffentliche Wahrnehmung ist ein zentraler Faktor in demokratischen Gesellschaften und freien Märkten wie den unseren und damit eine wichtige – sowohl politische als auch Marktentscheidungen beeinflussende – Triebfeder hinsichtlich der Herausforderungen, mit denen sich die EDTIB bezüglich der Nachhaltigkeit konfrontiert sieht. Insbesondere erachtet ein erheblicher Anteil der Unionsbürgerinnen und -bürger die Verteidigungsindustrie nach wie vor als „nicht nachhaltig“ und als Belastung für die Sozialausgaben und daher als nicht förderungswürdig, wobei sie sowohl den unverzichtbaren Beitrag der Verteidigung zum öffentlichen Gut „Sicherheit“ als auch die für beide Seiten vorteilhafte gegenseitige Befruchtung von zivilen und militärischen Technologien und Innovationen übersehen. Diese Fehleinschätzungen können durch Informationsmanipulation und Einflussnahme auf unsere Gesellschaften und politischen Prozesse aus dem Ausland im Rahmen hybrider Kampagnen seitens böswilliger Akteure, insbesondere Russlands, noch verschärft werden. Aus der negativen Wahrnehmung der Rüstungsindustrie ergeben sich für die EDTIB erhebliche Herausforderungen nicht nur beim Zugang zu Finanzmitteln, sondern auch beim Zugang zu Versicherungen, Energie, Einrichtungen und Kompetenzen. Diese Herausforderung muss dringend in Angriff genommen werden, unter anderem durch eine koordinierte EU-weite Kommunikationskampagne, um festgefahrenen Vorurteilen entgegenzuwirken und die europäische Öffentlichkeit dahingehend zu sensibilisieren und bei ihr um Unterstützung dafür zu werben, dass Frieden, Sicherheit, Wohlstand und die Werte Europas geschützt werden müssen, und dass die EDTIB hier einen wesentlichen Beitrag leistet. Es ist die Pflicht der politischen Führungsspitzen, den Bürgerinnen und Bürgern in unseren freien und demokratischen Gesellschaften in Erinnerung zu rufen, dass Frieden und Freiheit nicht umsonst zu haben sind und verteidigt werden müssen. Gleichzeitig sollte das im Strategischen Kompass vorgesehene EU-Instrumentarium zur Abwehr hybrider Bedrohungen auch dazu eingesetzt werden, die EDTIB vor hybriden Bedrohungen zu schützen.

3.12. Insgesamt begrüßt der EWSA, dass mit der Strategie die außergewöhnliche Herausforderung anerkannt wird, die sich für Europa aus der russischen Aggression ergibt. Zugleich sieht sich Europa aber auch mit anderen erheblichen Risiken konfrontiert, z. B. mit anhaltenden und potenziellen künftigen Konflikten in seiner Nachbarschaft und in anderen Teilen der Welt sowie mit dem potenziellen Rückzug seines wichtigsten Verbündeten. Die Strategie kommt zu einem Zeitpunkt, an dem diese Herausforderungen akut geworden sind und die seit langem erörterte Notwendigkeit, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernimmt, dringlich geworden ist. Der eigentliche Lackmustest für die Strategie wird daher sein, ob sie diesen Herausforderungen gewachsen ist.

3.13. Vor diesem Hintergrund vertritt der EWSA die Auffassung, dass die Strategie, wie im Folgenden dargelegt, gewisse Schwachstellen aufweist. Was die Ziele anbelangt, so wird das entscheidende Instrument für die Umsetzung – das EDIP – wahrscheinlich nicht vor Ende 2025 einsatzbereit sein. Dieser Zeitrahmen ist nicht geeignet, den dringenden Bedarf der Ukraine zu decken und die kurzfristigen Fähigkeitslücken der Mitgliedstaaten zu schließen, die umgehende Maßnahmen erfordern. Daher muss die Strategie durch andere, kurzfristige Maßnahmen ergänzt werden, die auf die Deckung des unmittelbaren Bedarfs abzielen.

3.14. Der EWSA unterstreicht zudem, dass die Kommission und der Hohe Vertreter mit der Strategie zwar einen Paradigmenwechsel beim Ansatz der EU gegenüber der Verteidigungsindustrie ankündigen, die Strategie selbst aber nicht die kriegsbereite verteidigungsindustrielle Basis schaffen wird, die Europa braucht. Denn es sind die Mitgliedstaaten, die über die notwendigen Ressourcen und Entscheidungsbefugnisse verfügen, um eine Trendwende bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern zu vollziehen, bei Fähigkeitsprogrammen zusammenzuarbeiten und im öffentlichen Bewusstsein die Einsicht zu verankern, dass Verteidigung ein Garant für Sicherheit ist. Die Kommission kann die Mitgliedstaaten durchaus auffordern, in diesem Sinne tätig zu werden, und sie kann entsprechende Anreize setzen, aber die derzeit verfügbaren Anreize sind begrenzt und – was die Finanzierung anbelangt – letztlich auch von der Bereitschaft der Mitgliedstaaten abhängig.

3.15. Der EWSA betont, dass seit Jahrzehnten bei einer Vielzahl von verteidigungsrelevanten Themen eine große Diskrepanz zwischen den Worten und den Taten der Mitgliedstaaten besteht, von der Harmonisierung der militärischen Anforderungen und Kooperationsvorhaben bis hin zum anhaltenden, unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallenden Ausschluss des Verteidigungsbereichs in den Anlagerichtlinien vieler nationaler Rentenfonds, um nur einige Beispiele zu nennen. Vor allem ist die Verteidigung in den Mitgliedstaaten häufig als nachrangiges Thema statt als grundlegende Priorität betrachtet worden. Darüber hinaus sind Verteidigungshaushalte – und insbesondere ihre Investitionskomponenten – bei finanziellen Engpässen häufig dazu genutzt worden, den Staatshaushalt zu regulieren.

3.16. Der EWSA stimmt auch mit der Einschätzung der Kommission überein, dass die bislang für die Umsetzung der Strategie zur Verfügung stehenden Mittel unzureichend sind. Das für das EDIP vorgeschlagene Budget in Höhe von 1,5 Mrd. EUR ist mit Blick auf den europäischen Bedarf und die europäischen Verteidigungsausgaben zu gering, um strukturelle Auswirkungen auf den Markt zu haben. Gleichzeitig ist die potenzielle Verwendung der Zufallsgewinne aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten zur Finanzierung des EDIP noch keineswegs sicher.

3.17. Dementsprechend appelliert der EWSA an die Mitgliedstaaten, der Aufforderung der Kommission nachzukommen und kurzfristig nach Möglichkeiten zu suchen, wie mit den verfügbaren Instrumenten umfangreiche gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen im Verteidigungsbereich, die erhebliche Ausweitung der EDTIB und die Inangriffnahme wegweisender Verteidigungsprojekte forciert werden können. Als besonders wichtiger Faktor für die Finanzierung entsprechender Projekte könnte sich die vorgesehene Berücksichtigung von Verteidigungsinvestitionen im Rahmen des überarbeiteten Stabilitäts- und Wachstumspakts erweisen.

3.18. Der EWSA schließt sich der Einschätzung der Kommission an, dass für die Verwirklichung der Ziele der Strategie im Rahmen des nächsten MFR eine wahrhaft ehrgeizige Finanzausstattung erforderlich sein wird. Im Sinne einer auf die neue Ära des strategischen Wettbewerbs abgestimmte EDTIB sollte die EU-Haushaltlinie für Verteidigung für den Zeitraum 2028–2035 in der Größenordnung von 100 Mrd. EUR liegen. Dies wäre der notwendige Finanzrahmen für eine angemessene Finanzierung von FuE-Projekten eines gestärkten Europäischen Verteidigungsfonds und für Anreize und Förderung einer gemeinsamen Beschaffung und Erhaltung von Kapazitäten durch die Mitgliedstaaten – insbesondere der zentralen Elemente – sowie für die Unterstützung der Industrie bei der Steigerung ihrer Kapazitäten und ihrer Produktivität sowie für die Widerstandsfähigkeit der Lieferkette im Rahmen eines vollwertigen Nachfolgeprogramms des EDIP.

3.19. Der EWSA vertritt zudem die Auffassung, dass es sowohl aus industrieller als auch aus strategischer Sicht von größter Bedeutung ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Verteidigungsindustrie Zugang zu Fachwissen hat. Zu diesem Zweck sollte die erwähnte Kampagne, mit der die europäische Öffentlichkeit für den Beitrag der EDTIB zur Sicherheit, zum Wohlstand und zu den Werten Europas sensibilisiert und um entsprechende Unterstützung geworben werden soll, auch darauf ausgerichtet sein, dass die EDTIB künftig für junge Fachkräfte ein attraktives und diverses Arbeitsumfeld bietet. Darüber hinaus sollte im Rahmen der Kampagne auf die Beseitigung von Hindernissen in den Hochschulvorschriften (bspw. den Zivilklauseln in Hochschulen) hingewirkt werden. Es könnten auch ggf. am militärischen Erasmus-Programm orientierte Initiativen zur Förderung der Mobilität von Arbeitskräften im Verteidigungsbereich geprüft werden.

3.20. Als Fazit vertritt der EWSA die Auffassung, dass die Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie eine wichtige Anerkennung der Herausforderungen, mit denen sich Europa konfrontiert sieht, und der dringenden Notwendigkeit umfassender Anstrengungen zur Stärkung der Einsatzbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit der EDTIB darstellt. Zugleich machen die zur Erreichung dieses Ziels vorgeschlagenen Maßnahmen die Grenzen der Zuständigkeiten und Ressourcen der EU im Verteidigungsbereich augenfällig.

3.21. Der EWSA unterstreicht, dass der Erfolg der Strategie in erster Linie davon abhängt, dass sich die Mitgliedstaaten uneingeschränkt daran beteiligen und den Mehrwert eines europäischen Ansatzes anerkennen.

3.22. Im Übrigen vertritt der EWSA die Auffassung, dass nur die Staats- und Regierungschefs die Führung übernehmen und die konkrete Einwilligung der Mitgliedstaaten herbeiführen können, die dringend erforderlich ist, um die Verteidigungsbereitschaft Europas und die Bereitschaft der Verteidigungsindustrie Europas wesentlich zu verbessern.

3.23. Deshalb fordert der EWSA parallele Anstrengungen auf der Ebene des Europäischen Rates, die über die Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie hinausgehen und sicherstellen, dass die europäische Verteidigung und die EDTIB die umfassende Unterstützung der Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments erhalten, die zur Stärkung der technologischen Souveränität und strategischen Autonomie Europas im aktuellen äußerst komplexen Sicherheitsumfeld erforderlich ist.

3.24. Des Weiteren betont der EWSA, dass die europäische Verteidigungsindustrie einer der Industriezweige ist, die für die künftige strategische Autonomie Europas von entscheidender Bedeutung sind, und zwar nicht nur, weil der Verteidigung an sich ein zentraler Stellenwert zukommt, sondern auch, weil die in der Verteidigung tätigen Unternehmen darüber hinaus Schlüsselakteure in Europas strategisch wichtigem Raumfahrtsektor sind und für den Schutz der kritischen digitalen Infrastruktur Europas zuverlässige hochmoderne Cybersicherheitslösungen entwickeln.

3.25. In Anbetracht des zunehmend bedrohlichen geopolitischen Umfelds und der potenziellen gravierenden Folgen für die gemeinsame europäische Sicherheit, die bei einer unkoordinierten und ineffektiven Umsetzung der Strategie und anderer entsprechender Maßnahmen drohen, fordert der EWSA die Mitgliedstaaten auf, alle Möglichkeiten auszuloten, um die bestehenden Vertragsbestimmungen vollumfänglich dazu zu nutzen, schrittweise eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu entwerfen, die letztendlich in eine gemeinsame Verteidigung münden könnte.

Brüssel, den 30. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/38/EG betreffend die Einsetzung und Arbeitsweise Europäischer Betriebsräte und die wirksame Durchsetzung der Rechte auf länderübergreifende Unterrichtung und Anhörung

[COM(2024) 14 final – 2024/0006 (COD)]

(C/2024/4664)

Berichterstatlerin: **Sophia REISECKER**

Berater	Aline CONCHON (für Gruppe II) Wolfgang GREIF (für die Berichterstatlerin der Gruppe II)
Befassung	Europäisches Parlament, 26.2.2024 Rat der Europäischen Union, 29.2.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 153 Absätze 1 und 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Annahme im Arbeitsorgan	23.5.2024
Verabschiedung im Plenum	30.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	130/100/11

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt, gestützt auf bereits verabschiedete Stellungnahmen, dass die Europäische Kommission legislative Schritte unternommen hat, um die Richtlinie 2009/38/EG ⁽¹⁾ hinsichtlich der Mindestanforderungen für die Einrichtung und die effektive Arbeit Europäischer Betriebsräte (EBR) zu überarbeiten.

1.2. Der EWSA nimmt im Einklang mit früheren Stellungnahmen zur Kenntnis, dass mit dem Vorschlag dafür gesorgt werden soll, dass die Rechte des Europäischen Betriebsrats besser greifen und durch Präzisierung der zentralen Konzepte der EBR-Richtlinie Rechtssicherheit besteht. Letzteres betrifft insbesondere die Bestimmung des Begriffs länderübergreifender Charakter, die angemessene Mittelausstattung Europäischer Betriebsräte, den Zugang zur Justiz und die stärkere Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Einführung wirksamer und hinreichend abschreckender Sanktionen im Fall von Verletzungen der Rechte des Europäischen Betriebsrats.

1.3. Der EWSA begrüßt, dass die Kommission den Standard für ein effizienteres und zielgerichteteres Verfahren der Unterrichtung und Anhörung zu überprüfen beabsichtigt und zu diesem Zweck Ergänzungen zu den subsidiären Vorschriften vorschlägt, damit häufiger regelmäßige Sitzungen des Europäischen Betriebsrats stattfinden und die Unternehmensleitung mit einer begründeten Antwort auf Stellungnahmen des Europäischen Betriebsrats reagieren muss. Er nimmt auch zur Kenntnis, dass die Rolle von Gewerkschaftsvertretern als beratende Sachverständige des Europäischen Betriebsrats gestärkt werden soll.

⁽¹⁾ Richtlinie 2009/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Mai 2009 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (Neufassung) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 122 vom 16.5.2009, S. 28).

1.4. Der EWSA begrüßt vor allem die wichtigen Änderungen, die Europäischen Betriebsräten und deren Mitgliedern ermöglichen sollen, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Das betrifft insbesondere die Bereitstellung von Mitteln durch die Unternehmensleitung, wobei die Einzelheiten dafür im Zusammenhang mit Schulungen, Sachverständigen und rechtlicher Vertretung sowie präzise Regelungen bezüglich der Vertraulichkeit von Informationen in der jeweiligen EBR-Vereinbarung gemeinsam festzulegen sind.

1.5. Obgleich der EWSA den Vorschlag der Kommission weitgehend unterstützt und betont, dass die vorgeschlagene Überarbeitung der Richtlinie die Rolle Europäischer Betriebsräte als Garanten einer Kultur des vertrauensbasierten sozialen Dialogs in Unternehmen verstärken sollte, was auch der Wettbewerbsfähigkeit und hochwertiger Beschäftigung dient, empfiehlt er Folgendes:

1.5.1. Um in Bezug auf den Umfang der länderübergreifenden Befugnisse des Europäischen Betriebsrats für größtmögliche Rechtssicherheit zu sorgen, sollten die Erwägungsgründe 12 und 16 der geltenden EBR-Richtlinie in den verfügbaren Teil übernommen werden.

1.5.2. Um mit der veränderten Unternehmenskultur Schritt zu halten, sollte die Definition des Begriffs herrschendes Unternehmen dahingehend geändert werden, dass sie sich auch auf Unternehmen erstreckt, die im Rahmen von Franchise- oder Lizenzvereinbarungen Waren verkaufen oder Dienstleistungen erbringen.

1.5.3. Damit die Richtlinie wirklich ordnungsgemäß umgesetzt und durchgeführt wird, muss die Kommission wirksame Überwachungs- und Durchführungsinstrumente einsetzen. Die Kommission könnte auch die Einrichtung einer Expertengruppe zur Unterstützung der Durchführung in Erwägung ziehen.

1.5.4. Um den durch Klimawandel, demografischen Wandel und Fachkräftemangel bedingten Wandlungsprozessen Rechnung zu tragen, sollten die von Europäischen Betriebsräten behandelten Themen ausgeweitet werden. Sachverhalte wie Investitionen, Aus- und Weiterbildung, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Datenschutz und die Klimawende sollten in die subsidiären Vorschriften der Richtlinie aufgenommen werden, um darauf hinzuwirken, dass sie zu dem in den EBR-Vereinbarungen festzulegenden Themenkreis gehören. Darüber hinaus sollte Europäischen Betriebsräten das Recht eingeräumt werden, eigene Themen vorzuschlagen.

1.5.5. In Bezug auf von der Geschäftsführung bereitgestellte vertrauliche Informationen fordert der EWSA zusätzliche Klarstellungen, damit sichergestellt ist, dass Unternehmen ihren rechtlichen Verpflichtungen nachkommen und Mitglieder des Europäischen Betriebsrats Informationen mit nationalen oder lokalen Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern austauschen können.

1.5.6. Zum Schutz bestehender, gut funktionierender Europäischer Betriebsräte muss aus Sicht des EWSA deutlich darauf hingewiesen werden, dass EBR-Vereinbarungen aus der Zeit vor der Richtlinie unverändert beibehalten werden können, soweit das zwischen dem Europäischen Betriebsrat und der zentralen Leitung vereinbart wird und somit keine Verpflichtung zur Neuaushandlung „regulärer“ EBR-Vereinbarungen besteht.

1.5.7. Damit bei Neuverhandlung von EBR-Vereinbarungen aus der Zeit vor der Richtlinie die Standards gewahrt bleiben, sollte ein Regressionsverbot gelten und der Status quo beibehalten werden, bis eine neue Vereinbarung geschlossen wurde.

1.5.8. Die angemessenen finanziellen Sanktionen bei Nichteinhaltung der Rechte von Europäischen Betriebsräten, zu deren Festlegung die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, sollten verhältnismäßig sein und auf maßgeblichen Kriterien beruhen (z. B. dem weltweit erzielten Jahresumsatz eines Unternehmens, wie im Fall der Geldbußen gemäß der Datenschutz-Grundverordnung), damit sie wirksam und hinreichend abschreckend sind.

1.5.9. Davon abgesehen sollte auch das Recht auf eine gerichtliche Verfügung derart ausgeweitet werden, dass eine vorübergehende Aussetzung der Entscheidung eines Unternehmens erwirkt werden kann, bis das Verfahren der Unterrichtung und Anhörung des Europäischen Betriebsrats ordnungsgemäß abgeschlossen ist.

1.6. Der EWSA fordert die gesetzgebenden Organe auf, die Überarbeitung der EBR-Richtlinie gemäß dem Vorschlag der Kommission voranzutreiben und den Empfehlungen der vorliegenden Stellungnahme dabei Rechnung zu tragen.

2. Einleitung

2.1. Der EWSA begrüßt, gestützt auf bereits verabschiedete Stellungnahmen, dass die Europäische Kommission legislative Schritte unternommen hat, um die Richtlinie 2009/38/EG hinsichtlich der Mindeststandards für die Einrichtung und die effektive Arbeit Europäischer Betriebsräte (EBR) zu überarbeiten. ⁽²⁾

2.2. Der Vorschlag, mit dem die Kommission auf die entsprechenden Entschliefungen des Europäischen Parlaments ⁽³⁾ reagiert, kann als Ergebnis eines breit angelegten Prozesses politischer Diskussionen gewertet werden, in dessen Rahmen auch eine zweistufige Anhörung der Sozialpartner stattfand, bei der sich die Partner gegensätzlich zum Überarbeitungsbedarf dieser Richtlinie äußerten. Die Kommission sah sich dadurch veranlasst, sich für eine Gesetzgebungsinitiative der EU ⁽⁴⁾ zu entscheiden.

2.3. Der Vorschlag der Kommission beruht auf einer umfassenden Bewertung sowie vertiefenden Studien der aktuellen Rechtslage und der Verfahren bestehender Europäischer Betriebsräte. ⁽⁵⁾ Er enthält wesentliche rechtliche Klarstellungen und Änderungen und zielt darauf ab, die allgemein anerkannten positiven Effekte der länderübergreifenden Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern in Unternehmen weiter zu verstärken und für die stabile Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu sorgen, damit diese in der Lage sind, sich ohne Gewinneinbußen am Markt zu behaupten und sowohl zur unternehmensinternen als auch zur gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung beizutragen, und er soll, indem das gegenseitige Vertrauen zwischen Unternehmensleitung und Arbeitnehmern gestärkt wird, auch zu besseren Entscheidungen beitragen.

2.4. Der EWSA hat seinen Standpunkt in mehreren mit großer Mehrheit angenommenen Stellungnahmen geäußert ⁽⁶⁾, wonach der EWSA

- sich bewusst ist, dass Europäische Betriebsräte insbesondere im Rahmen des grünen und des digitalen Wandels seit Jahrzehnten einen positiven Beitrag zu den langfristigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen der Unternehmen leisten,
- betont, dass die Stellung der Europäischen Betriebsräte gestärkt werden muss, damit sie sich bei der Transformation großer Unternehmen und bei länderübergreifenden Umstrukturierungsprozessen besser auf die Veränderungen einstellen können, und
- gleichzeitig fordert, dass die Rechte des Europäischen Betriebsrats wesentlich besser greifen müssen, dass Nachbesserungen bei Sanktionen im Fall von Verletzungen der Rechte des Europäischen Betriebsrats vorzunehmen sind und dass bezüglich der Möglichkeiten für den Zugang zur Justiz Verbesserungen erzielt werden müssen.

2.5. Vor diesem Hintergrund begrüßt der EWSA, dass die Kommission rechtsverbindliche Schritte zur Beseitigung der festgestellten und nachgewiesenen Mängel der geltenden EBR-Richtlinie gesetzt hat, um

- zu verhindern, dass es im Rahmen der Verfahren zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer auf länderübergreifender Ebene zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung kommt,

⁽²⁾ Die positive Haltung gegenüber COM(2024) 14 final steht im Einklang mit der unlängst verabschiedeten Stellungnahme des EWSA, in der die Kommission aufgefordert wird, rechtliche Maßnahmen zu ergreifen, damit die Arbeit der Europäischen Betriebsräte besser greifen kann (Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Demokratie am Arbeitsplatz“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des spanischen Ratsvorsitzes) (ABl. C 228 vom 29.6.2023, S. 43) (Ziffern 4.1.6 und 4.1.7)).

⁽³⁾ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Dezember 2021 zu Demokratie am Arbeitsplatz: europäischer Rahmen für die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern und Überarbeitung der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats (2021/2005(INI)) (ABl. C 251 vom 30.6.2022, S. 104), Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. Februar 2023 mit Empfehlungen an die Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats (2019/2183(INL)) (ABl. C 267 vom 28.7.2023, S. 2).

⁽⁴⁾ Im Rahmen dieser Anhörung der europäischen Sozialpartner äußerten zwar alle Gewerkschaften, dass eine rechtsverbindliche Überarbeitung der EBR-Vorschriften zur Beseitigung der Mängel in der Richtlinie unumgänglich sei, die meisten Arbeitgeberverbände sprachen sich aber gegen eine Überarbeitung aus. Aus ihrer Sicht erfüllen die geltenden Rechtsvorschriften ihren Zweck. Da allzu detaillierte Rechtsvorschriften wirksamen Unterrichts- und Anhörungsverfahren im Wege stehen könnten, sollten multinationale Unternehmen nicht durch zusätzlichen Verwaltungsaufwand belastet werden.

⁽⁵⁾ COM(2018) 292 final, ICF (2023).

⁽⁶⁾ Vgl. insb. in: Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Sozialer Dialog als wichtiger Pfeiler wirtschaftlicher Nachhaltigkeit und Resilienz von Volkswirtschaften, unter Berücksichtigung des Einflusses lebendigen zivilgesellschaftlichen Dialogs in den Mitgliedstaaten“ (Sondierungsstellungnahme) (ABl. C 10 vom 11.1.2021, S. 14) (Ziffern 5.4 und 5.9), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Umstellung auf eine grüne und digitale Wirtschaft in Europa: nötige rechtliche Vorgaben und die Rolle der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft“ (Sondierungsstellungnahme) (ABl. C 56 vom 16.2.2021, S. 10), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Kein Grüner Deal ohne sozialen Deal“ (Initiativstellungnahme) (ABl. C 341 vom 24.8.2021, S. 23) (Ziffer 3.9), in denen es um die bessere Umsetzung der EBR-Richtlinie geht, sowie die Stellungnahme in Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Demokratie am Arbeitsplatz“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des spanischen Ratsvorsitzes) (ABl. C 228 vom 29.6.2023, S. 43) (Ziffern 1.6, 4.1.6 und 4.1.7) mit der von einer Zweidrittelmehrheit unterstützten Forderung nach einer Überarbeitung der EBR-Richtlinie (s. Änderungsanträge von Mitgliedern der Gruppe Arbeitgeber, die der Stellungnahme beigefügt sind und in denen teilweise die grundsätzlich ablehnende Haltung zum Ausdruck kommt, die Arbeitgebervertreter gegenüber einer Überarbeitung der Richtlinie vertreten).

- für Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, indem in Bezug auf die zentralen Konzepte der EBR-Richtlinie für Rechtssicherheit gesorgt und das Flickwerk beseitigt wird, das durch zu stark voneinander abweichende einzelstaatliche Umsetzungsvorschriften besteht, und eine Lösung für das Nebeneinander verschiedener Arten von EBR-Vereinbarungen gefunden wird,
- ein wirksames und zweckmäßigeres Verfahren für die Unterrichtung und Anhörung der Europäischen Betriebsräte innerhalb eines angemessenen Zeitraums vor der Entscheidung eines Unternehmens über länderübergreifende Angelegenheiten sicherzustellen, das die Zuständigkeiten der Unternehmensleitung unberührt lässt,
- auf ein effizienteres und wirksames Verfahren zur Einrichtung von Europäischen Betriebsräten unter Bedachtnahme einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern hinzuwirken und
- die Mittelausstattung der Europäischen Betriebsräte zu verbessern und die wirksame Durchsetzung der Richtlinie zu fördern, um die Einhaltung der Vorschriften zu verbessern.

2.6. In dieser Stellungnahme geht der EWSA in erster Linie darauf ein, inwiefern die im Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der geltenden Rechtsvorschriften genannten Ziele erreichbar sind, verweist auf noch offene Fragen und schlägt diesbezügliche Ergänzungen oder Änderungen vor.

3. Allgemeine Bemerkungen zum Vorschlag der Kommission

3.1. Der EWSA teilt die Auffassung der Europäischen Kommission, dass das Recht der Arbeitnehmer auf Unterrichtung und Anhörung im Unternehmen in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ⁽⁷⁾ verankert ist. Diese Rechte müssen umfassend und entsprechend umgesetzt sowie wirksam durchgesetzt werden, und ihre Wirksamkeit muss in Recht und Praxis verbessert werden. Der EWSA weist ausdrücklich darauf hin, dass die Europäischen Betriebsräte keine Verhandlungs- oder Mitbestimmungsgremien sind, sondern der länderübergreifenden Unterrichtung und Anhörung dienen.

3.2. Der EWSA fordert die gesetzgebenden Organe auf, die Überarbeitung der EBR-Richtlinie rasch voranzutreiben, damit für in den Geltungsbereich der Richtlinie fallende multinationale Unternehmen wirksame Rechte der länderübergreifenden Unterrichtung und Anhörung durchgesetzt werden sowie bei diesen Unternehmen für hochwertige Entscheidungsprozesse gesorgt ist.

3.3. Der EWSA ist davon überzeugt, dass die Weiterentwicklung des sozialen Besitzstands im Einklang mit der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte zur Belebung der demokratischen Infrastruktur Europas beitragen wird.

3.4. Der EWSA begrüßt, dass die Kommission einen neuen Standard für ein effizienteres und zielgerichteteres Verfahren der Unterrichtung und Anhörung festzulegen beabsichtigt und zu diesem Zweck substanzielle Ergänzungen zu den subsidiären Vorschriften vorschlägt, unter anderem bezüglich der Häufigkeit regelmäßiger Sitzungen des Europäischen Betriebsrats und der Verpflichtung der Unternehmen zu angemessenen Folgemaßnahmen zu den Stellungnahmen des Europäischen Betriebsrats. Er nimmt auch die Anerkennung der Rolle der Gewerkschaftsvertreter als beratende Sachverständige des Europäischen Betriebsrats und die Klarstellung, dass Rechtskosten zu den von der Unternehmensleitung zu tragenden laufenden Kosten gehören, die in der betreffenden EBR-Vereinbarung gemeinsam festzulegen sind, zur Kenntnis.

3.5. Darüber hinaus begrüßt der EWSA, dass die Kommission die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Einführung wirksamer und hinreichend abschreckender Sanktionen zu präzisieren beabsichtigt, indem sie diese grundlegenden Anforderungen aus den Erwägungsgründen in den verfügbaren Teil der Richtlinie überträgt. Dieser Schritt dürfte zur wirksamen Durchsetzung der Richtlinie beitragen.

⁽⁷⁾ Der EU-Grundrechtecharta, artikel 27.

3.6. Der EWSA betont, dass es sich bei der Unterrichtung und Anhörung auf der europäischen Ebene einerseits und der nationalen oder örtlichen Ebene andererseits zwar um miteinander verbundene, aber doch jeweils gesonderte Verfahren handelt. Selbst wenn die Verfahren dieselbe Maßnahme betreffen, werden auf den verschiedenen Ebenen möglicherweise jeweils unterschiedliche Aspekte behandelt. Die Überarbeitung der Richtlinie darf aus Gründen der Wirksamkeit, der Kohärenz und der Rechtssicherheit auch weiterhin nichts daran ändern, dass die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer auf lokaler Ebene von der EBR-Richtlinie nicht berührt werden und die Art und Weise, in der einzelstaatliche und europäische Verfahren miteinander verknüpft werden, in den betreffenden EBR-Vereinbarungen zu regeln ist.

3.6.1. Der EWSA begrüßt, dass die Kommission die Vermutung des länderübergreifenden Charakters im Hinblick auf Angelegenheiten, die unter das Recht des Europäischen Betriebsrats auf Unterrichtung und Anhörung fallen, zu präzisieren beabsichtigt, und fordert, dass die Erwägungsgründe 12 und 16 der geltenden EBR-Richtlinie, in denen der Umfang der länderübergreifenden Befugnisse des Europäischen Betriebsrats festgelegt ist, in den verfügbaren Teil der Richtlinie übernommen werden.

3.7. Der EWSA begrüßt die von der Kommission geplante Präzisierung der Richtlinie u. a. in Bezug auf die wirksame Unterrichtung und Anhörung, den Begriff des länderübergreifenden Charakters, die Rechte der Mitglieder und Sachverständigen des Europäischen Betriebsrats, die Mittelausstattung des Europäischen Betriebsrats, die Einrichtung besonderer Verhandlungsgremien und die Teilnahme an außerordentlichen Sitzungen.

3.7.1. Der EWSA unterstützt uneingeschränkt das Ziel, die Einrichtung Europäischer Betriebsräte in länderübergreifend operierenden Unternehmen zu fördern, und weist darauf hin, dass alle praktisch Beteiligten besser unterstützt werden müssen. Wenn mehr Geschäftsmodelle in den Geltungsbereich der EBR-Richtlinie aufgenommen werden, wird das zu einem wesentlichen Anstieg der Anzahl Europäischer Betriebsräte im Binnenmarkt führen und dazu beitragen, dass solche Betriebsräte in allen Bereichen der Volkswirtschaft (Handel, Gastgewerbe usw.) entstehen.

3.7.2. Um mit der veränderten Unternehmenskultur Schritt zu halten, empfiehlt der EWSA zudem, dass die Definition des Begriffs herrschendes Unternehmen in Artikel 3 der Richtlinie dahingehend geändert wird, dass sie sich auch auf Unternehmen erstreckt, die im Rahmen von Franchise- oder Lizenzvereinbarungen Waren verkaufen oder Dienstleistungen erbringen.

3.8. In früheren EBR-Richtlinien ist im Rahmen eines eigenen Artikels ⁽⁸⁾ festgelegt, dass die ordnungsgemäße Anwendung der überarbeiteten Bestimmungen einige Jahre nach Inkrafttreten zu überprüfen ist und erforderlichenfalls zur Weiterentwicklung der Bestimmungen entsprechende Änderungen vorzuschlagen sind. Der EWSA stellt fest, dass ein solcher Artikel im Vorschlag der Kommission nicht länger vorgesehen ist.

3.8.1. Der EWSA fordert, dass die Kommission wirksame Überwachungs- und Durchführungsinstrumente einsetzt, die eine ordnungsgemäße Umsetzung und Durchführung der Richtlinie ermöglichen. Die Kommission könnte diesbezüglich auch prüfen, ob eine eigene Expertengruppe, der Vertreter der europäischen Sozialpartner, der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission angehören, eingerichtet werden soll, die bei der Umsetzung der Richtlinie Unterstützung leistet.

4. Bemerkungen zu spezifischen Änderungen des Kommissionsvorschlags

4.1. **Von Europäischen Betriebsräten behandelter Themenumfang:** Die bei der Arbeit der Europäischen Betriebsräte gewonnenen praktischen Erfahrungen sprechen dafür, dass die Bandbreite der Sachverhalte, in deren Fall eine Unterrichtung und Anhörung stattzufinden hat, nicht auf die bereits in den subsidiären Vorschriften genannten Angelegenheiten beschränkt werden sollte. Angesichts des Wandels, der sich derzeit bedingt durch die kombinierten Auswirkungen von Klimawandel, Digitalisierung, demografischem Wandel und Fachkräftemangel in unseren Gesellschaften vollzieht, muss der soziale Dialog in multinationalen Unternehmen intensiviert werden. Dieser soziale Dialog sollte auf strategisch wichtige Themen inklusive, aber keinesfalls ausschließlich Investitionen, Aus- und Weiterbildung, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Datenschutz und die Klimawende ausgerichtet sein.

4.1.1. Der EWSA hätte erwartet, dass auch diese Themen in die subsidiären Vorschriften der geänderten EBR-Richtlinie aufgenommen werden und Europäischen Betriebsräten das Recht eingeräumt wird, eigene Themen vorzuschlagen. Auf jeden Fall möchte der EWSA die betreffenden Partner ermutigen, die Themen, die von jeweiligen EBR zu behandeln sind, in den einzelnen EBR-Vereinbarungen festzulegen, da den unternehmensspezifischen Gegebenheiten auf diese Weise Rechnung getragen werden kann.

⁽⁸⁾ Vgl. Artikel 15 der Richtlinie 94/45/EG des Rates vom 22. September 1994 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (ABl. L 254 vom 30.9.1994, S. 64) sowie Artikel 15 der Richtlinie 2009/38/EG.

4.2. **Vorschläge zur Sicherstellung einer wirksamen Unterrichtung und Anhörung:** Der EWSA versteht, warum klargestellt werden soll, dass die Unterrichtung zeitnah und grundsätzlich in den Plenarsitzungen erfolgen sollte. Er begrüßt, dass eine neue Anforderung vorgeschlagen wird, wonach Europäische Betriebsräte Anspruch darauf haben, von der zentralen Leitung eine begründete schriftliche Antwort auf die von ihnen im Rahmen von Anhörungen abgegebenen Stellungnahmen zu erhalten, bevor das Unternehmen über die fragliche Maßnahme entscheidet. Diese Anforderung, die bei vielen Europäischen Betriebsräten bereits gilt, soll die Zuständigkeiten der Unternehmensleitung nicht berühren und muss in einem angemessenen Zeitraum erfüllt werden. Die betreffenden Unterrichts- und Anhörungsverfahren könnten in den jeweiligen EBR-Vereinbarungen festgelegt werden.

4.3. **Zahl der EBR-Sitzungen:** Der EWSA begrüßt, dass die Kommission eine Ausweitung des sozialen Dialogs mit den Europäischen Betriebsräten unterstützt und daher in den subsidiären Vorschriften vorschlägt, dass pro Jahr statt einer zwei Plenarsitzungen der Europäischen Betriebsräte und der zentralen Leitung stattfinden sollen. Auf diese Weise dürften mindestens zwei ordentliche Sitzungen in eingerichteten Europäischen Betriebsräten zum Standard werden.

4.4. **Angemessene Mittelausstattung Europäischer Betriebsräte:** Der EWSA begrüßt die Änderungen, die es den Europäischen Betriebsräten und deren Mitgliedern ermöglichen sollen, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Das gilt insbesondere für die von der Unternehmensleitung bereitgestellten Mittel für Schulungen und Expertenwissen (auch der zuständigen anerkannten Gewerkschaftsorganisation auf Gemeinschaftsebene), rechtliche Vertretung und die Möglichkeit, Kontakt zu örtlichen Arbeitnehmervertretern oder, wenn es keine solchen Vertreter gibt, zur gesamten Belegschaft aufzunehmen. Die betreffenden Kosten sollten der Unternehmensleitung im Voraus mitgeteilt werden, damit eine entsprechende Planung möglich ist.

4.5. **Ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Europäischen Betriebsräten:** Der EWSA begrüßt die Forderung der Kommission, bei der Zusammensetzung der Europäischen Betriebsräte nach Möglichkeit auf ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern zu achten. Durch die ehrgeizige Zielsetzung signalisiert die Kommission deutlich, dass Frauen die Möglichkeit eingeräumt werden muss, gleichberechtigt am sozialen Dialog teilzunehmen.

4.6. **Zugang zur Justiz:** Der EWSA begrüßt die Vorschläge der Kommission, wonach alle, die dazu nach der Richtlinie berechtigt sind, die Möglichkeit erhalten und in die Lage versetzt werden müssen, ihre Rechte durchzusetzen. Deshalb befürwortet der EWSA auch, dass die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, für wirksame Rechtsbehelfe und den Zugang zu Gerichten sowie für die Überwachung der Einhaltung dieser Verpflichtung zu sorgen, gestärkt werden soll. Er nimmt den von der Kommission bezüglich alternativer Streitbeilegungsverfahren verfolgten Ansatz zur Kenntnis, nach dem die Befassung eines Gerichts im Falle solcher Verfahren nicht ausgeschlossen sein darf. Der EWSA stellt fest, dass in mehreren Mitgliedstaaten auf der Grundlage bestehender Verfahren für die Vermittlung und Schlichtung bei Streitigkeiten zwischen den Sozialpartnern alternative Streitbeilegungsverfahren entwickelt wurden. Diese einzelstaatlichen Verfahren der außergerichtlichen Streitbeilegung sind natürlich zu wahren, aber der als Grundrecht verankerte Zugang zur Justiz (Artikel 47 der EU-Grundrechtecharta) darf unter keinen Umständen beeinträchtigt werden.

4.7. **Sanktionen und Maßnahmen zur stärkeren Durchsetzung:** Eine Vielzahl von Studien, aber auch Bewertungen seitens der Kommission haben ergeben, dass Sanktionen bei Nichteinhaltung der Rechte von Europäischen Betriebsräten in einer Reihe von Mitgliedstaaten keine Wirkung zeigen bzw. unverhältnismäßig oder nicht abschreckend genug sind. Der EWSA begrüßt, dass die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet werden, im Einklang mit Artikel 153 AEUV angemessene finanzielle Sanktionen festzulegen, die unter Berücksichtigung der Größe und der Finanzkraft des Unternehmens wirksam, hinreichend abschreckend und verhältnismäßig sein sollten.

4.7.1. Der EWSA fordert verhältnismäßige Geldbußen auf der Grundlage maßgeblicher Kriterien (z. B. dem weltweit erzielten Jahresumsatz eines Unternehmens, wie im Fall der Geldbußen, die in anderen neuen EU-Rechtsvorschriften^(*) vorgesehen sind). Abgesehen davon sollte auch das Recht auf eine gerichtliche Verfügung, wie das bereits in einigen Ländern der Fall ist, derart ausgeweitet werden, dass eine vorübergehende Aussetzung der Entscheidung eines Unternehmens erwirkt werden kann, bis das Verfahren der Unterrichtung und Anhörung des Europäischen Betriebsrats ordnungsgemäß abgeschlossen ist.

^(*) Als Bezugnahme käme hier Artikel 83 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1) in Frage.

4.8. Streichung von Ausnahmen und Anpassung geltender Vereinbarungen: Einige der sogenannten freiwilligen EBR-Vereinbarungen, die nach Artikel 13 der ursprünglichen EBR-Richtlinie 94/45/EG geschlossen bzw. in dem Übergangszeitraum nach Annahme der Änderungsrichtlinie 2009/38/EG geschlossen oder überarbeitet wurden, funktionieren gut, andere nicht. Fast 30 Jahre nach Annahme der EBR-Richtlinie gibt es keinen Grund mehr dafür, die etwa 260 durch Vereinbarungen aus der Zeit vor der Richtlinie eingerichteten Europäischen Betriebsräte von der Möglichkeit auszuschließen, die im Europarecht festgelegten Standards anzuwenden.

4.8.1. Damit die neuen Standards für alle Vereinbarungen gelten, ist es aus Sicht des EWSA entscheidend, gut funktionierende Europäische Betriebsräte dahingehend zu schützen, dass Änderungen für sie nicht automatisch verbindlich sind und bestehende Bestimmungen von EBR-Vereinbarungen aus der Zeit vor der Richtlinie, die über den geänderten Anhang I hinausgehen, unverändert beibehalten werden können, soweit das zwischen dem Europäischen Betriebsrat und der zentralen Leitung vereinbart wird, und bestehende Vereinbarungen nach den einzelstaatlichen Umsetzungsvorschriften gültig bleiben. Wenn EBR-Vereinbarungen aus der Zeit vor der Richtlinie neu verhandelt werden, sollte eine Regressionsverbotsklausel gelten, und der Status quo sollte beibehalten werden, bis eine neue Vereinbarung geschlossen wurde. Der EWSA fordert die Kommission außerdem auf, ausdrücklich klarzustellen, dass keine Verpflichtung zur Neuaushandlung „regulärer“ EBR-Vereinbarungen besteht (die im Einklang mit den Artikeln 5 und 6 der früheren EBR-Richtlinien geschlossen wurden), da die geänderte Richtlinie automatisch auch für diese Vereinbarungen gilt.

4.9. Vorschläge bezüglich Vertraulichkeitsklauseln: Der EWSA hält es für sinnvoll, die Unternehmensleitung in jedem Fall dazu zu verpflichten, die Europäischen Betriebsräte über die Gründe zu unterrichten, die eine Vertraulichkeit der übermittelten Informationen rechtfertigen sollen. Mit entsprechenden Maßnahmen muss garantiert werden, dass die Grundrechte auf Unterrichtung und Anhörung nicht durch ungerechtfertigte Beschränkungen bei der Übermittlung von Informationen ausgehöhlt werden. Es muss gewährleistet sein, dass sowohl eine ordnungsgemäße Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmervertreter stattfindet als auch das Unternehmen effektiv Entscheidungen treffen kann, und während des gesamten Verfahrens muss eine vertretbare Vertraulichkeit gewahrt werden.

4.10. Der EWSA fordert, dass mehr Klarheit geschaffen wird, indem eine Bestimmung darüber aufgenommen wird, dass Mitglieder des Europäischen Betriebsrats mit nationalen oder örtlichen Gewerkschaften und/oder Arbeitnehmervertretern Informationen austauschen können, soweit das zur Wahrnehmung ihrer Pflichten bezüglich der Pflege von Kontakten zu örtlichen Vertretern notwendig ist. Bei dieser Klarstellung muss berücksichtigt werden, dass die Unternehmensleitung im Zusammenhang mit Entscheidungen über die Vertraulichkeit von Informationen unter Umständen auch die Einhaltung rechtlicher Verpflichtungen durch das Unternehmen gewährleisten muss. Die Offenlegung und Weitergabe vertraulicher Informationen an Dritte unterliegt in jedem Fall den im EU-Recht und im einzelstaatlichen Recht festgelegten Bedingungen und Beschränkungen.

Brüssel, den 30. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

ANHANG

Folgender abgelehnter Änderungsantrag erhielt mindestens ein Viertel der abgegebenen Stimmen (Artikel 74 Absatz 3 der Geschäftsordnung):

ÄNDERUNGSANTRAG 1

SOC/791 – Europäischer Betriebsrat

Die gesamte von der Fachgruppe SOC vorgelegte Stellungnahme durch folgenden Text ersetzen (Erläuterung/Begründung am Ende des Dokuments):

Änderung

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Ein gut funktionierender sozialer Dialog und eine sinnvolle Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Achtung der Autonomie der Sozialpartner und unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten der Arbeitsmärkte der Mitgliedstaaten sowie der unternehmensspezifischen Bedürfnisse sind der beste Weg, um Veränderungen auf Betriebsebene zu antizipieren und zu bewältigen.

1.2. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Arbeitsweise der Europäischen Betriebsräte (EBR) durch die von der Kommission vorgeschlagene und insbesondere vom Europäischen Parlament geforderte Überarbeitung der Richtlinie ⁽¹⁾ insgesamt viel zu kompliziert würde und diese Überarbeitung die Gefahr bergen könnte, dass sich die Europäischen Betriebsräte von einem Medium für die konstruktive Unterrichtung und Anhörung auf Betriebsebene in schlecht funktionierende und beschwerliche Quellen für Streitigkeiten und Rechtsunsicherheit verwandeln, was dem dringend benötigten Willen zur Verständigung und dem Vertrauen am Arbeitsplatz schaden würde.

1.3. Der EWSA schlägt vor, vor der Richtlinie geschlossene Vereinbarungen weiter bestehen zu lassen und ihren spezifischen rechtlichen Status zu wahren, ohne ihnen verbindliche Anforderungen aufzuerlegen.

1.4. Der EWSA ist der Auffassung, dass die geltende Definition des länderübergreifenden Charakters nicht geändert werden sollte, da der Wortlaut der Begriffsbestimmung zu Recht besagt, dass Angelegenheiten nur dann als länderübergreifend gelten, wenn sie mindestens zwei Betriebe oder Unternehmen des Unternehmens bzw. der Unternehmensgruppe in zwei verschiedenen Mitgliedstaaten betreffen.

1.5. Der EWSA begrüßt, dass die Kommission der Ansicht ist, dass der Europäische Betriebsrat kein Mitentscheidungsorgan ist und keine Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung von Unternehmen verursachen sollte.

1.6. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Richtlinie die Unternehmen nicht daran hindern sollte, angesichts eines sich rasch wandelnden Geschäftsumfelds innerhalb einer angemessenen Frist schnell und unter uneingeschränkter Einhaltung der nationalen Unterrichts- und Anhörungsverfahren Entscheidungen zu treffen. Der EWSA betont, dass Anhörungen, Sitzungen und Beiträge eines Europäischen Betriebsrats auch über digitale Kanäle möglich sein müssen.

1.7. Der EWSA hebt hervor, dass zum Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen und zur Gewährleistung einer reibungslosen Entscheidungsfindung ausschließlich die Unternehmensleitung befugt sein sollte, über die Vertraulichkeit von Informationen zu entscheiden.

1.8. Der EWSA weist darauf hin, dass im Rahmen der geltenden Richtlinie ein Experte hinzugezogen werden kann, weshalb die Hinzuziehung zusätzlicher Experten von der vorherigen Genehmigung durch die Unternehmensleitung abhängig gemacht werden sollte.

1.9. Der EWSA lehnt den Vorschlag einer zentralen Leitung ab, die die Kosten einer Rechtsvertretung und einer Beteiligung an Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren übernimmt. Diese Kosten sollten, wie es derzeit der Fall ist, nach nationalem Recht aufgeteilt werden.

1.10. Der EWSA bedauert den Ansatz der Kommission, ein gerichtliches Eingreifen zu fördern, anstatt auf alternative Streitbeilegungsmechanismen zu setzen, die die Aushandlung von Lösungen auf dem Verhandlungsweg zwischen den Sozialpartnern fördern können.

1.11. Der EWSA begrüßt den Vorschlag der Kommission, wirksame, abschreckende und verhältnismäßige Sanktionen vorzusehen, für die im Einklang mit der EU-Rechtssetzungspraxis im Rahmen des EU-Vertragskapitels „Sozialpolitik“ weiterhin die Mitgliedstaaten zuständig sein werden. Ebenso teilt der EWSA die Auffassung der Kommission, den Vorschlag von Geldbußen gemäß der Datenschutz-Grundverordnung und des Rechts auf eine gerichtliche Verfügung zur vorübergehenden Aussetzung der Entscheidung eines Unternehmens, nicht zu unterstützen, da diese Maßnahmen hinsichtlich des Anwendungsbereichs der Richtlinie unverhältnismäßig sind und der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen ernsthaft schaden könnten.

1.12. Der EWSA begrüßt den Ansatz der Kommission, den Vorschlag aus der Entschließung des Europäischen Parlaments ⁽²⁾ nicht zu unterstützen, den Anwendungsbereich der Richtlinie auf strukturell unabhängige Unternehmen, wie z. B. auf der Grundlage von Franchiseverträgen, auszuweiten.

1.13. Der EWSA begrüßt die vorgeschlagene Überarbeitung zwar nicht, äußert sich jedoch zu verschiedenen Aspekten, die im Vorschlag der Kommission und in der Entschließung des Europäischen Parlaments enthalten sind.

2. Einleitung: Kontext des Vorschlags der Kommission

2.1. Der EWSA ist seit jeher ein Befürworter des sozialen Dialogs auf allen Ebenen von Unternehmen und anderen Organisationen. Ein gut funktionierender sozialer Dialog und eine sinnvolle Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Achtung der Autonomie der Sozialpartner und unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten der Arbeitsmärkte der Mitgliedstaaten sowie der unternehmensspezifischen Bedürfnisse sind der beste Weg, um Veränderungen auf Betriebsebene zu antizipieren und zu bewältigen und sich somit den Herausforderungen zu stellen, die sich aus dem wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Wandel in der Arbeitswelt ergeben.

2.2. Da sich das Geschäftsumfeld europäischer Unternehmen im Laufe der Jahre zunehmend geöffnet und internationalisiert hat, um den Herausforderungen des Binnenmarkts und der Globalisierung zu begegnen, besteht in den Unternehmen generell die Notwendigkeit, die Systeme der Arbeitnehmerbeteiligung entsprechend anzupassen, um den Anforderungen auf Unternehmensebene besser gerecht zu werden.

3. Der Europäische Betriebsrat wurde zu Recht eingerichtet, um eine solide Grundlage für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen oder Gruppen zu schaffen. Als Beleg dafür gibt es mehr als 350 gut funktionierende freiwillige Vereinbarungen, die von den Sozialpartnern auf Unternehmensebene geschlossen und vereinbart wurden. ⁽³⁾ Diese Vereinbarungen beruhen auf Schlüsselkonzepten der geltenden Richtlinie sowie auf etablierten Praktiken auf Unternehmensebene.

3.1. Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats, die das Europäische Parlament ⁽⁴⁾ aufgrund von Forderungen der europäischen Gewerkschaften gefordert hatte, steht in krassm Widerspruch zu den aktuellen Gegebenheiten und Rückmeldungen der Unternehmen, die einen Europäischen Betriebsrat eingerichtet haben. Darüber hinaus trägt dieser Vorschlag den Realitäten der Unternehmen nicht Rechnung und steht nicht im Einklang mit dem politischen Ansatz der Europäischen Union, der darauf abzielt, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu schützen und rechtliche Hindernisse abzubauen.

3.2. Der EWSA weist darauf hin, dass in der Folgenabschätzung der Kommission nicht festgestellt wurde, ob und inwieweit Ausnahmen gemäß den freiwilligen EBR-Vereinbarungen, die nach Artikel 13 der ursprünglichen EBR-Richtlinie 94/45/EG geschlossen bzw. in dem Übergangszeitraum nach Annahme der Änderungsrichtlinie 2009/38/EG geschlossen oder überarbeitet wurden, Rechtsunsicherheiten verursachen oder eine wirksame Unterrichtung und Anhörung in diesen Unternehmen verhindern.

3.3. Der EWSA bedauert, dass sich die Kommission bei ihrem Vorschlag auf eine Folgenabschätzung stützt, bei der die konkreten Belege von Unternehmen bezüglich der Arbeitsweise Europäischer Betriebsräte und insbesondere die kumulativen Auswirkungen möglicher neuer Verpflichtungen für Unternehmen nicht berücksichtigt wurden. Der EWSA weist darauf hin, dass nicht nur die Arbeitgeber ernsthafte Zweifel bezüglich der negativen Auswirkungen der vorgeschlagenen Überarbeitung auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen geäußert haben. Vielmehr hat auch der Ausschuss für Regulierungskontrolle Vorbehalte gegen die Schlussfolgerungen der Folgenabschätzung der Kommission geäußert. ⁽⁵⁾ Darüber hinaus vertrat der Ausschuss für Regulierungskontrolle die Auffassung, dass die Kommission in ihrem Bericht nicht hinreichend klar in Bezug auf den Anwendungsbereich, die Ziele und die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, einschließlich der uneingeschränkten Achtung der Vorrechte der Sozialpartner und der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, ist.

3.4. Der EWSA verweist auf die Ansichten, die in den Änderungsanträgen einiger Mitglieder der Gruppe I zu der EWSA-Stellungnahme „Demokratie am Arbeitsplatz“⁽⁹⁾ zum Ausdruck gebracht wurden. Darin wird deutlich gemacht, dass es neben der Überarbeitung der Richtlinie andere Möglichkeiten gibt, um den länderübergreifenden sozialen Dialog zu fördern: „Europäische Betriebsräte (EBR) leisten seit Jahren einen positiven Beitrag zu den langfristigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen der Unternehmen. Der EWSA ist der Ansicht, dass eine ordnungsgemäße Durchsetzung und Leitlinien auf der Grundlage praktischer Instrumente wie Benchmarking mit bewährten Verfahren weiter gefördert werden müssen, um ihr Potenzial und ihre Wirksamkeit zu erhöhen. In diesem Zusammenhang nimmt der EWSA die jüngste EP-Entscheidung zur Überarbeitung der EBR-Richtlinie zur Kenntnis und fordert die Kommission auf, zeitnah geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die angemessene Durchsetzung der Richtlinie zu fördern.“

3.5. Der EWSA bedauert, dass die Europäische Kommission ungeachtet der konkreten Rückmeldungen von Unternehmen vor Ort und ihrer Bedenken hinsichtlich der deutlich negativen Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen beschlossen hat, die Überarbeitung der Richtlinie in ihrer derzeitigen Form einzuleiten, anstatt alternative politische Maßnahmen in Betracht zu ziehen.

4. Allgemeine Bemerkungen zum Vorschlag der Kommission und zu den Standpunkten des Europäischen Parlaments

4.1. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Arbeitsverfahren der EBR durch die von der Kommission vorgeschlagene und insbesondere vom Europäischen Parlament geforderte Überarbeitung der Richtlinie die Arbeitsweise der EBR erheblich komplizieren und die Gefahr bergen würde, dass aus den EBR als Instrumenten für eine konstruktive Unterrichtung und Anhörung auf Unternehmensebene schlecht funktionierende und belastende Quellen für Streitigkeiten und Rechtsunsicherheit gemacht werden, was dem dringend benötigten Willen zur Verständigung und dem Vertrauen am Arbeitsplatz schaden würde.

4.2. Der EWSA erkennt zwar an, dass die Standpunkte der Arbeitnehmer ein wichtiges Element zur Verbesserung der Qualität der Entscheidungsfindung sind, betont jedoch, dass in multinationalen Unternehmen eine rasche Entscheidungsfindung sichergestellt werden muss, was durch reibungslos funktionierende Strukturen für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer unterstützt werden sollte. In diesem Zusammenhang begrüßt der EWSA, dass die Kommission der Ansicht ist, dass EBR keine Mitentscheidungsorgane sind und keine Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung von Unternehmen verursachen sollten.

4.3. Derzeit gibt es in etwa 1 000 Unternehmen EBR, und weitere 2 600 Unternehmen sind potenziell betroffen. Der Rechtsrahmen für die Arbeitsweise von EBR regelt für die Sozialpartner entscheidende Fragen und sollte nicht in einen überregulierten, auf einem stark legalistischen Ansatz beruhenden Rahmen umgewandelt werden, der Unternehmen davon abhalten würde, neue EBR zu gründen, um rechtliche Risiken zu vermeiden.

4.4. Der EWSA bedauert daher, dass der Vorschlag der Kommission eine Reihe von Änderungen enthält, die ganzheitlich betrachtet die Arbeitsweise von EBR erheblich komplizieren und somit die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen untergraben würden. Es ist davon auszugehen, dass diese negativen Folgen im Hinblick auf die Neugründung von EBR vielfach abschreckende Wirkung haben werden. Zudem könnte die Annahme der EBR-Richtlinie in der jetzt vorgeschlagenen Form die EU im Vergleich mit anderen Weltregionen noch unattraktiver für Investitionen multinationaler Unternehmen machen.

4.5. Die Bereitstellung von Ressourcen für Maßnahmen gegen ein Unternehmen, etwa für Gerichtskosten oder Kosten für Rechtssachverständige, fördert gerichtliches Vorgehen und birgt die Gefahr, dass EBR von wertvollen Foren für den sozialen Dialog zwischen Arbeitnehmern und Geschäftsführung in hochkonfrontative Gremien umgewandelt werden. Darüber hinaus könnten die neuen Bestimmungen zu Anhörungen, Vertraulichkeit und länderübergreifendem Charakter den eigentlichen Zweck der Anhörung und Unterrichtung von Arbeitnehmern verfälschen und die auf Vertrauen zwischen den beiden Seiten beruhende Zusammenarbeit, die für das Funktionieren der EBR von wesentlicher Bedeutung ist, in der Praxis schwächen.

5. Besondere Bemerkungen zu zentralen Punkten des Kommissionsvorschlags

5.1. *Bestehende Vereinbarungen aus der Zeit vor der Richtlinie*

5.1.1. Der EWSA bedauert zutiefst den Ansatz der Kommission in Bezug auf freiwillige Vereinbarungen über die Unterrichtung und Anhörung, die vor der ursprünglichen EBR-Richtlinie 94/45/EG geschlossen oder während des Übergangszeitraums nach der Annahme der Neufassung der Richtlinie 2009/38/EG von Juni 2009 bis Juni 2011 geschlossen bzw. überarbeitet wurden. Diese gut funktionierenden Vereinbarungen sollten eingehalten und nicht einseitig aufgekündigt werden. Die Vereinbarungen aus der Zeit vor der Richtlinie sind das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Geschäftsführung und Arbeitnehmervertretern und speziell auf die Bedürfnisse beider Seiten auf Unternehmensebene zugeschnitten.

5.1.2. Der EWSA verweist auf die Folgenabschätzung der Kommission, in der keine Schlüsse dahingehend gezogen wurden, ob Vereinbarungen aus der Zeit vor der Richtlinie zu Rechtsunsicherheit führen oder sinnvolle Verfahren zur Unterrichtung und Anhörung in Unternehmen beeinträchtigen würden.

5.1.3. Daher widerspräche es dem Geist eines konstruktiven sozialen Dialogs und des gegenseitigen Vertrauens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern innerhalb der Unternehmen, es den Arbeitnehmervertretern zu ermöglichen, bestehende freiwillige und gut funktionierende Arbeitsvereinbarungen einseitig aufzukündigen.

5.1.4. Der EWSA schlägt vor, vor der Richtlinie geschlossene Vereinbarungen weiter bestehen zu lassen und ihren spezifischen rechtlichen Status zu wahren, ohne ihnen verbindliche Anforderungen aufzuerlegen.

5.2. *Konzept des länderübergreifenden Charakters*

5.2.1. Ein weiteres Thema, das dem EWSA große Sorge bereitet, ist das vorgeschlagene Konzept des länderübergreifenden Charakters, das durch Überschneidungen zwischen nationalen und länderübergreifenden Verfahren für die Unterrichtung und Anhörung zu Rechtsunsicherheit führen könnte.

5.2.2. Die vorgeschlagene Formulierung legt nahe, dass sich die Vermutung des länderübergreifenden Charakters nicht nur auf Fälle erstreckt, in denen nach vernünftigem Ermessen davon ausgegangen werden kann, dass sich von der Unternehmensführung erwogene Maßnahmen auf Arbeitnehmer in mehr als einem Mitgliedstaat auswirken, sondern auch auf Fälle, in denen die Maßnahmen selbst nur Arbeitnehmer in einem Mitgliedstaat betreffen, in denen aber nach vernünftigem Ermessen davon auszugehen ist, dass sie sich auf Arbeitnehmer in einem anderen Mitgliedstaat auswirken werden. Eine solche Struktur schafft Raum für Unsicherheit und ist ein Quell für Streitigkeiten, da sie dazu führen würde, dass vermehrt rein nationale Managemententscheidungen in Unternehmen geprüft würden, anstatt den Fokus auf echte länderübergreifende Fälle zu legen.

5.2.3. Der EWSA ist der Auffassung, dass die geltende Definition des länderübergreifenden Charakters nicht geändert werden sollte, da der Wortlaut der Begriffsbestimmung zu Recht besagt, dass Angelegenheiten nur dann als länderübergreifend gelten, wenn sie mindestens zwei Betriebe oder Unternehmen des Unternehmens bzw. der Unternehmensgruppe in zwei verschiedenen Mitgliedstaaten betreffen.

5.3. *Verfahren zur Unterrichtung und Anhörung sowie Begriffsbestimmung*

5.3.1. Der EWSA hegt ernsthafte Zweifel in Bezug auf einige der in der Überarbeitung vorgeschlagenen Änderungen, da sie zu unnötigen Verzögerungen und Unsicherheiten bei der Entscheidungsfindung der Unternehmen führen können. Im vorgeschlagenen Artikel 9 wird präzisiert, dass den Arbeitnehmervertretern durch die Anhörung die Möglichkeit gegeben werden muss, vor einer Entscheidung eine Stellungnahme abzugeben, und dass die zentrale Leitung auf diese Stellungnahme eine begründete Antwort geben muss, bevor sie über die geplante Maßnahme entscheidet. Der EWSA ist der Auffassung, dass das vorgeschlagene Verfahren formalistisch, aufwändig und mit in EBR weithin anerkannten Kommunikationsmethoden unvereinbar ist.

5.3.2. Der EWSA ist der Auffassung, dass die Richtlinie die Unternehmen nicht daran hindern sollte, angesichts eines sich rasch wandelnden Geschäftsumfelds innerhalb einer angemessenen Frist schnell und unter uneingeschränkter Einhaltung der nationalen Unterrichts- und Anhörungsverfahren Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus spricht sich der EWSA dafür aus, dass der Zeitpunkt der Anhörung in der jeweiligen EBR-Vereinbarung und nicht durch verbindliche Vorschriften festgelegt wird.

5.3.3. Der EWSA betont, dass Anhörungen, Sitzungen und Beiträge eines Europäischen Betriebsrats auch über digitale Kanäle möglich sein müssen. Dies ist umso wichtiger, wenn – wie im Kommissionsvorschlag vorgeschlagen – mindestens zwei Sitzungen pro Jahr stattfinden sollen.

5.3.4. In Bezug auf die von den EBR zu behandelnden Fragen fordert der EWSA bei der Einigung auf unternehmensrelevante Fragen ein Höchstmaß an Flexibilität für die Unternehmensleitung und die EBR.

5.4. *Vertraulichkeit von Geschäftsinformationen*

5.4.1. Darüber hinaus weist der EWSA auf Probleme im Zusammenhang mit dem Schutz vertraulicher Informationen hin, da der Vorschlag der Kommission die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigen, möglicherweise im Widerspruch zu anderen rechtlichen Anforderungen (etwa zur Marktmissbrauchsverordnung) stehen und die Entscheidungsfindung der Unternehmen verlangsamen würde.

5.4.2. Der EWSA hebt hervor, dass zum Schutz vertraulicher Geschäftsinformationen und zur Gewährleistung einer reibungslosen Entscheidungsfindung ausschließlich die Unternehmensleitung befugt sein sollte, über die Vertraulichkeit von Informationen zu entscheiden. Um dieses Vorrecht zu betonen und klarzustellen, fordert der EWSA, den Mitgliedstaaten die aus Artikel 8 gestrichene Möglichkeit einzuräumen, eine vorherige behördliche oder gerichtliche Genehmigung zu verlangen.

5.5. *Sachverständige und Gerichtskosten*

5.5.1. Die vorgeschlagene Formulierung zu Sachverständigen- und Gerichtskosten ohne vorherige Genehmigung der Unternehmensleitung ist vage und könnte zu unnötigen Streitigkeiten führen. Der EWSA weist darauf hin, dass eine Änderung des Textes grundsätzlich nicht erforderlich ist, da die bestehende Richtlinie die Unterstützung durch einen Sachverständigen ermöglicht. Falls zusätzliche Sachverständige für z. B. Rechtsberatung benötigt werden, sollte es der Unternehmensleitung vorbehalten sein, die Rolle und den Tätigkeitsbereich des Sachverständigen und die damit verbundenen Kosten festzulegen.

5.5.2. In Bezug auf die Rechtskosten lehnt der EWSA den Vorschlag, wonach die Kosten einer Rechtsvertretung und einer Beteiligung an Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren von der zentralen Leitung getragen werden, ab. Eine solche Haftung könnte dazu führen, dass das Unternehmen die Prozesskosten des EBR-Verhandlungsteams in einer möglichen Klage gegen das Unternehmen im Voraus tragen muss. Diese Kosten sollten, wie es derzeit der Fall ist, nach nationalem Recht aufgeteilt werden.

5.5.3. Da EBR zudem alle Arbeitnehmer eines Unternehmens vertreten, sollte bei der Beteiligung von Gewerkschaften an EBR in beratender Funktion den in ganz Europa unterschiedlichen Verfahren für den sozialen Dialog Rechnung getragen werden. Das Recht der Gewerkschaftsvertreter, unabhängig von der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in einem bestimmten Unternehmen in jedem EBR vertreten zu sein, kann in einigen Fällen im Widerspruch zu den nationalen Gepflogenheiten stehen.

5.6. *Alternative Streitbeilegungsverfahren*

5.6.1. In Bezug auf die Streitbeilegung bedauert der EWSA den Ansatz der Kommission, wonach dem gerichtlichen Eingreifen zulasten alternativer Streitbeilegungsmechanismen Vorrang eingeräumt wird. Dieser Ansatz untergräbt die bestehenden gut funktionierenden Mediations- und Schlichtungsstrukturen der nationalen Sozialpartner. Stattdessen sollte die Nutzung leicht zugänglicher und von den Sozialpartnern als zentrales Element gut funktionierender Systeme des sozialen Dialogs anerkannter alternativer Streitbeilegungsmechanismen in den Mitgliedstaaten, von den Mitgliedstaaten und mit Unterstützung der Europäischen Kommission gefördert werden.

5.7. Sanktionen

5.7.1. Der EWSA begrüßt den Vorschlag der Kommission, wirksame, abschreckende und verhältnismäßige Sanktionen vorzusehen, für die im Einklang mit der EU-Rechtssetzungspraxis im Rahmen des EU-Vertragskapitels „Sozialpolitik“ weiterhin die Mitgliedstaaten zuständig sein werden. Der EWSA schlägt vor, finanzielle Sanktionen auf Fälle eines eindeutigen und vorsätzlichen Missbrauchs der Vorschriften zu beschränken. Ebenso teilt der EWSA die Auffassung der Kommission, den Vorschlag von Geldbußen gemäß der Datenschutz-Grundverordnung und des Rechts auf eine gerichtliche Verfügung zur vorübergehenden Aussetzung der Entscheidung eines Unternehmens, nicht zu unterstützen, da diese Maßnahmen hinsichtlich des Anwendungsbereichs der Richtlinie unverhältnismäßig sind und der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen ernsthaft schaden könnten.

5.7.2. Schließlich begrüßt der EWSA den Ansatz der Kommission, den Vorschlag aus der Entschließung des Europäischen Parlaments, den Anwendungsbereich der Richtlinie auf strukturell unabhängige Unternehmen, wie z. B. auf der Grundlage von Franchiseverträgen, auszuweiten, nicht zu übernehmen, da diese Art von Vereinbarungen nicht zur Definition des Begriffs „beherrschender Einfluss“ herangezogen werden sollte.

(¹) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2009/38/EG betreffend die Einsetzung und Arbeitsweise Europäischer Betriebsräte und die wirksame Durchsetzung der Rechte auf länderübergreifende Unterrichtung und Anhörung, COM(2024) 14 final.

(²) Angenommene Texte – Überarbeitung der Richtlinie über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats – Donnerstag, 2. Februar 2023 (europa.eu).

(³) Eurofound-Studie: Die Entwicklung von einigen der untersuchten Europäischen Betriebsräte zeigt, dass sich die Prozesse im Laufe der Zeit verbessern können, wenn Vertrauen aufgebaut wird und sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber ein klareres Verständnis des Mehrwerts länderübergreifender Informationen und Anhörungen erlangt haben. Dieser Aufbau von Beziehungen, die Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses und die Entwicklung wirksamer Verfahren für die Unterrichtung und Anhörung können in gewisser Hinsicht nicht durch Gesetze geregelt werden und müssen kontinuierlich gepflegt werden, um die erzielten Fortschritte nicht zu gefährden. <https://www.eurofound.europa.eu/de/publications/2022/challenges-and-solutions-case-studies-european-works-councils>.

(⁴) https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0028_DE.pdf.

(⁵) Stellungnahme des Ausschusses für Regulierungskontrolle vom 30.11.2023 SEC(2024)35 siehe z. B. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5837-2024-ADD-2/en/pdf>.

(⁶) ABl. C 228 vom 29.6.2023, S. 43.

Begründung

Dieser Text enthält einen Änderungsantrag, mit dem eine weitestgehend abweichende Auffassung zur Stellungnahme der Fachgruppe zum Ausdruck gebracht werden soll, weswegen er als Gegenstellungnahme bezeichnet wird. Darin werden die Gründe dargelegt, aus denen der EWSA der Auffassung ist, dass die vorgeschlagene Überarbeitung der EBR-Richtlinie und insbesondere einige Vorschläge des Europäischen Parlaments die Arbeitsweise der EBR erheblich komplizieren und die Gefahr bergen würde, dass aus den EBR als Instrumenten für eine konstruktive Unterrichtung und Anhörung auf Unternehmensebene schlecht funktionierende und belastende Quellen für Streitigkeiten und Rechtsunsicherheit gemacht werden.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	104
Nein-Stimmen:	125
Enthaltungen:	11



Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu durch Impfung verhütbaren Krebsarten
(COM(2024) 45 final)

(C/2024/4665)

Berichterstatlerin: **Milena ANGELOVA**

Ko-Berichterstatlerin: **Sára FELSZEGHI**

Beraterin	Tellervo KYLÄ-HARAKKA-RUONALA (für die Berichterstatlerin)
Befassung	Europäische Kommission, 29.5.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Annahme im Arbeitsorgan	23.5.2024
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	86/0/1
Verabschiedung im Plenum	30.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	198/4/2

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Empfehlung des Rates zu durch Impfung verhütbaren Krebsarten als wichtige Initiative im Rahmen des gesamten Maßnahmenpektrums zur Krebsbekämpfung. Der EWSA unterstreicht, dass es wichtig ist, bei verschiedenen Maßnahmen einen umfassenden Ansatz zu verfolgen und u. a. auf ein integriertes System der Krebsprävention in all ihren Formen zu setzen.

1.2. Obschon Gesundheitsfragen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen und jedes Land ein eigenes nationales Programm benötigt, ermutigt der EWSA zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Kommission. Der Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren ist von größter Bedeutung, um die Durchimpfungsraten EU-weit zu erhöhen.

1.3. Die Impfquote sollte durch eine Steigerung sowohl der Nachfrage als auch des Angebots verbessert werden. Der EWSA betont, wie wichtig angemessene Information, Aufklärung und Kommunikation sind, um die Zielgruppen zur Impfung zu motivieren, und hebt hervor, dass schulische Gesundheitsdienste und die Eltern dabei eine wichtige Rolle spielen. Die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Impfungen wiederum setzt voraus, dass die Krebsprävention auf politischer Ebene als Priorität betrachtet wird und dass die erforderlichen finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen entsprechend zugewiesen werden.

1.4. Die Bekämpfung von Falsch- und Desinformation ist ein wesentlicher Bestandteil einer angemessenen Kommunikation. Der EWSA fordert, dass große Anstrengungen unternommen werden, um wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu gewinnen und über verschiedene Kanäle überzeugende und faktenbasierte Informationen zu verbreiten. Dabei sollte besonderes Augenmerk auf die Nutzung sozialer Medien gelegt werden.

1.5. Allgemeinmediziner, Hausärzte und Schulärzte spielen eine wichtige Rolle dabei, geeignete Informationen bereitzustellen, Ängste und Vorbehalte abzubauen und Menschen zu ermutigen, sich impfen zu lassen. Auch das breite Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen sollte nach Auffassung des EWSA insbesondere bei Aufklärungs- und Kommunikationsmaßnahmen einbezogen werden. Um die Botschaften für jüngere Menschen attraktiv zu machen, spricht sich der EWSA dafür aus, die Kommunikationsarbeit mithilfe von Organisationen zu verstärken, die von jungen Menschen geführt werden.

1.6. Der EWSA betont, dass die Gleichstellung der Geschlechter bei Maßnahmen zur Krebsprävention berücksichtigt werden muss, und fordert, für alle Mädchen und Jungen eines bestimmten Alters HPV-Impfungen anzubieten, was bereits in vielen Mitgliedstaaten der Fall ist. Außerdem ist es wichtig, im Zuge von Kommunikationsmaßnahmen verstärkt darauf hinzuweisen, dass HPV-Impfungen auch für Jungen verfügbar sind, und Informationen über die Impfquoten von Jungen und Mädchen in verschiedenen Mitgliedstaaten einzuholen und zu veröffentlichen.

1.7. Der EWSA betont ferner, dass überall in der EU Impfungen ohne weite Anfahrtswege möglich sein müssen und dass gezielte Maßnahmen erforderlich sind, um Menschen aus verschiedenen benachteiligten Gruppen und mit besonderen Risiken zu erreichen.

2. Allgemeine Bemerkungen

2.1. Der EWSA begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Empfehlung des Rates zu durch Impfung verhütbaren Krebsarten als wichtige Folgeinitiative zu Europas Plan gegen den Krebs (im Folgenden „Krebsbekämpfungsplan“), der eine zentrale Säule der Europäischen Gesundheitsunion ist. Auch wenn sich der Vorschlag auf einen bestimmten Bereich, namentlich die Impfung gegen Humane Papillomviren (HPV) und das Hepatitis-B-Virus (HBV), konzentriert, spielt er eine wichtige Rolle im Rahmen des gesamten Maßnahmenpektrums zur Krebsbekämpfung, da mit den Impfungen mehrere durch die entsprechenden Viren verursachte Krebserkrankungen verhütet werden können. Gleichzeitig weist der EWSA darauf hin, dass auch die Bekämpfung von Krebsarten, die durch andere Faktoren ausgelöst werden, gebührend berücksichtigt werden muss.

2.2. Wie in seiner Stellungnahme zum Krebsbekämpfungsplan⁽¹⁾ herausgestellt wird, hält es der EWSA für entscheidend, Maßnahmen zur Krebsprävention die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und die Bemühungen darauf zu konzentrieren, da etwa 40 % der Krebsfälle als vermeidbar gelten. Hier spielen Impfungen eine wichtige Rolle, ebenso wie eine gesunde Lebensweise, die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften sowie Umweltschutzmaßnahmen, die allesamt zur Prävention vieler Arten von Krebs beitragen, die im Laufe des Lebens auftreten können.

2.3. Die Krebsprävention trägt nicht nur dazu bei, Leben zu retten und menschliches Leid zu vermeiden, sondern ist auch wirtschaftlich von Interesse, da Behandlungs- und Pflegekosten sowie andere Ressourcen eingespart werden können. Dies ist umso wichtiger, da aufgrund der Bevölkerungsalterung ein zunehmender Bedarf an diesen Ressourcen besteht und bereits jetzt ein erheblicher Arbeitskräftemangel im Gesundheitswesen besteht.

2.4. Der EWSA bekräftigt seine Auffassung, dass ein umfassender Ansatz in der Krebsbekämpfung äußerst wichtig ist, und fordert ein gut funktionierendes und integriertes Präventionssystem in all seinen Formen, einschließlich Primärprävention (Impfung, gesunde Lebensweise), Sekundärprävention (Screening) und Tertiärprävention (Versorgung und Rehabilitation).

2.5. Der EWSA betont, dass Impfungen kein Ersatz für Vorsorgeuntersuchungen als zentraler Bestandteil der Krebsbekämpfung sind. Vorsorgeuntersuchungen müssen kontinuierlich gefördert werden, um eine frühe Erkennung und Diagnose von Krebs zu gewährleisten, damit mehr Behandlungsmöglichkeiten offenstehen und weniger schwere Behandlungen durchgeführt werden müssen. Auch bei der Überwachung und der Datenverwaltung sollte ein integrierter Ansatz verfolgt werden, um Daten über verschiedene Präventionsmaßnahmen und das Auftreten von Krebs zusammenzuführen.

⁽¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat — Europas Plan gegen den Krebs (COM(2021) 44 final) (ABl. C 341 vom 24.8.2021, S. 76).

2.6. Obschon Gesundheitsfragen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen und jedes Land ein eigenes nationales Programm benötigt, hält der EWSA eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Kommission für äußerst wichtig. Dies gilt zum einen für den Austausch bewährter Verfahren und von Daten durch einschlägige Kooperationsmechanismen und zum anderen für die Zusammenarbeit auf praktischer Ebene.

2.7. Die Impfquote hängt von der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Impfungen und von der Beteiligung der Impfberechtigten ab. Dementsprechend sind verschiedene Fördermaßnahmen angezeigt. Die Beteiligung der Zielgruppen kann durch eine angemessene Information, Aufklärung und Kommunikation sowie durch einen erschwinglichen und einfachen Zugang gefördert werden. Das Impfangebot kann wiederum durch die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen verbessert werden, weshalb die Krebsprävention auf politischer Ebene als Priorität betrachtet werden muss.

2.8. Der EWSA spricht sich für eine Verstärkung der Informations- und Kommunikationsmaßnahmen mit Unterstützung der Kommission aus, um die Impfbeteiligung zu fördern und zu erhöhen. Dazu ist es entscheidend, Wissen über Impfungen zu verbreiten sowie mehr für ihre Vorteile zu sensibilisieren und das Vertrauen in ihre positive Wirkung zu stärken. Darüber hinaus ist die Bekämpfung von Desinformation durch überzeugende, faktenbasierte Inhalte und Partnerschaften mit Plattformen der sozialen Medien wesentlich, um die Verbreitung von Falschinformationen einzudämmen sowie Vorurteile gegenüber Impfungen abzubauen und ungerechtfertigtem Zögern beim Impfen entgegenzuwirken. Um auf Falschinformation^(?), Falschmeldungen und Anti-Impf-Kampagnen reagieren zu können, müssen zudem erhebliche Anstrengungen zur Erlangung wissenschaftlich fundierter Erkenntnisse und globaler Fakten, zur Überwachung der Fortschritte und zum Austausch bewährter Verfahren unternommen werden.

2.9. Außerdem ist es sinnvoll, die Überwachung zu koordinieren und im Einklang mit der DSGVO elektronische Impfdatenregister einzurichten, damit angemessene Informationen über die Impfsituation in der gesamten EU vorliegen. Dies hilft allen Akteuren, die Maßnahmen sowohl im Rahmen der Kommunikation als auch bei der praktischen Durchführung von Impfungen gezielt auf Gebiete und Gruppen mit den größten Defiziten auszurichten.

2.10. Der EWSA fordert die Aufnahme der individuellen Impfdaten in die digitalen Gesundheitsdaten, damit die EU-Bürgerinnen und -Bürger ihren Gesamtimpfstatus wie bei den COVID-19-Impfungen unkompliziert abrufen können. Der EWSA spricht sich auch für den Ausbau des Europäischen Raums für Gesundheitsdaten aus, um den grenzüberschreitenden Austausch von Gesundheitsdaten für Zwecke der medizinischen Versorgung zu erleichtern.

2.11. Im Hinblick auf eine Verbesserung des Impfangebots begrüßt der EWSA, dass die Umsetzung der Empfehlungen mithilfe der verfügbaren EU-Mittel etwa aus dem EU4Health-Programm, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds⁺ unterstützt werden soll. Darüber hinaus spielt die Finanzierung über das Programm Horizont Europa eine wichtige Rolle bei der Unterstützung von Forschung und Innovation. Der EWSA weist darauf hin, dass die Investitionen der Mitgliedstaaten in die Krebsprävention aufgestockt und ggf. durch EU-Mittel für Impfungen unterstützt werden müssen.

2.12. Der EWSA würdigt den Ansatz der Kommission, dass die Maßnahmen auf einer soliden wissenschaftlichen Grundlage beruhen sollten, und fordert intensive Investitionen in Forschung und Innovation zur Krebsbekämpfung. Dies ist für die Entwicklung von Impfstoffen, mit denen längerfristig bahnbrechende Ergebnisse erzielt werden könnten, besonders wichtig. Auch die Arbeiten zum besseren Verständnis der Faktoren und Prozesse im Zusammenhang mit Krebserkrankungen tragen dazu bei, die notwendige Grundlage für die Entwicklung von Impfstoffen zu legen. Dazu muss sichergestellt werden, dass neben privaten Finanzmitteln auch nationale und EU-Mittel in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden.

2.13. Darüber hinaus bekräftigt der EWSA seine Forderung, die praktische Zusammenarbeit, beispielsweise in Form der Mobilität von Personal über Grenzen hinweg und der grenzüberschreitenden Nutzung von Fachwissen sowohl für Behandlungs- als auch für Präventionszwecke, einschließlich Impfungen, zu fördern und zu erleichtern.

(?) <https://www.eesc.europa.eu/de/agenda/our-events/events/citizens-can-defeat-disinformation-2024>.

2.14. Gebührende Aufmerksamkeit ist auch der Umsetzung globaler Ziele und Vorgaben zu schenken. So wird beispielsweise mit dem Ziel Nr. 3 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung zur Bekämpfung von Hepatitis und anderen übertragbaren Krankheiten aufgerufen. Hier kommt der EU eine doppelte Aufgabe zu: Zum einen muss sie die auf globaler Ebene festgelegten Ziele selbst erreichen und zum anderen ihre Partner bei deren Einhaltung unterstützen. ⁽³⁾

3. Besondere Bemerkungen

3.1. Der EWSA zeigt sich besorgt darüber, dass nur ein geringer Anteil der Gesundheitsausgaben der Mitgliedstaaten für Prävention aufgewendet wird, zumal sich dies im Laufe der Zeit rächen und zu immer höheren Behandlungskosten führen kann. Ein weiterer besorgniserregender Aspekt sind große Unterschiede bei den Durchimpfungsraten zwischen den und innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, wie aus einem jüngst veröffentlichten Bericht ⁽⁴⁾ hervorgeht.

3.2. In Anbetracht der Tatsache, dass viele Mitgliedstaaten die für HPV- und HBV-Impfungen festgelegten Ziele deutlich unterschreiten und überdies ein erheblicher Mangel an Daten zu den Impfquoten besteht, sind dringende Maßnahmen erforderlich, um Abhilfe zu schaffen. Der EWSA unterstützt im Großen und Ganzen die in der vorgeschlagenen Empfehlung an die Mitgliedstaaten enthaltenen Maßnahmen zur Erhöhung der Durchimpfungsrate und zur Erreichung der einschlägigen Ziele.

3.3. Nach Auffassung des EWSA sollten die Mitgliedstaaten erwägen, HPV- und HBV-Impfungen in ihre allgemeinen nationalen Impfprogramme aufzunehmen. Des Weiteren unterstützt der EWSA die Aufnahme von HPV- und HBV-Impfungen in die Krebspräventionsprogramme, was zu einem ganzheitlichen Ansatz bei Präventionsmaßnahmen und der Krebsbekämpfung insgesamt beiträgt. All dies ermöglicht eine wirksamere Optimierung der Impfungen und eine bessere Anpassung an nationale Gepflogenheiten und Besonderheiten.

3.4. Der EWSA befürwortet die kostenlose Bereitstellung von Impfungen und/oder die vollständige Erstattung der damit verbundenen Kosten für Menschen, für die eine Impfpflicht besteht, und betont, dass die Menschen Impfungen dann verstärkt in Anspruch nehmen, wenn sie angemessen und zeitnah über ihre Verfügbarkeit und ihren Nutzen informiert werden. Ferner wirkt es sich erheblich auf die Impfquote aus, wenn für Impfungen keine weiten Anfahrtswege in Kauf zu nehmen sind.

3.5. Im Hinblick auf die Verwirklichung des Ziels der EU, bis 2030 90 % der Mädchen gegen HPV zu impfen und die Jungenimpfquote deutlich zu erhöhen, betont der EWSA, dass bei der Festlegung und Umsetzung der Ziele auf eine Gleichstellung der Geschlechter hingewirkt werden muss. Gleiches gilt für die Erreichung der von der WHO festgelegten Ziele für HBV-Impfungen bis 2030.

3.6. Mit Blick auf eine bessere Geschlechtergleichstellung bei der Krebsprävention fordert der EWSA, dass für alle Mädchen und Jungen eines bestimmten Alters HPV-Impfungen angeboten werden, was bereits in vielen Mitgliedstaaten der Fall ist. Mit einschlägigen Kommunikationsmaßnahmen sollte zudem verstärkt darauf hingewiesen werden, dass auch für Jungen die Möglichkeit einer Impfung gegen HPV besteht. Darüber hinaus ist es wichtig, Informationen über die Impfquoten von Jungen und Mädchen in verschiedenen EU-Ländern zusammenzustellen und zu veröffentlichen.

3.7. Die Mitgliedstaaten müssen in ihren Impfprogrammen genau festlegen, in welchem Alter die HPV-Impfung durchgeführt wird und wie vorzugehen ist, wenn ein junger Mensch die Impfung in diesem Alter nicht erhalten hat. Auch muss festgelegt werden, wie Menschen geimpft werden können, die nicht zu den Impfberechtigten im Rahmen des nationalen Impfprogramms gehören.

3.8. Da die HPV-Impfung im Schulalter vorgesehen ist, kann die Zielgruppe über schulische Gesundheitsdienste leicht erreicht werden. Da die Impfung von Minderjährigen die Zustimmung der Eltern erfordert, ist es wichtig, gut funktionierende Einwilligungsverfahren zu entwickeln. Beispielsweise kann die Zustimmung bereits im Babyalter des Kindes für die Durchführung des gesamten nationalen Impfprogramms erteilt werden.

⁽³⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — EU-Strategie für globale Gesundheit — Bessere Gesundheit für alle in einer sich wandelnden Welt“ (COM(2022) 675 final) (ABl. C, C/2023/883, 8.12.2023, ELI: <https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2023/883/oj>).

⁽⁴⁾ OECD, 2024. *Beating Cancer Inequalities in the EU: Spotlight on Cancer Prevention and Early Detection*, OECD Health Policy Studies, Veröffentlichung der OECD, Paris, <https://doi.org/10.1787/14fdc89a-en>.

3.9. In Bezug auf die HBV-Impfung gestaltet sich die Situation hinsichtlich der Zielgruppen unterschiedlicher, angefangen bei Neugeborenen bis hin zu Menschen aller Altersgruppen. Die Mitgliedstaaten müssen deshalb festlegen und genau mitteilen, wer aufgrund eines erhöhten Risikos für eine kostenlose Impfung in Frage kommt, und Verfahren entwickeln, um diese Menschen zu erreichen. In diesem Zusammenhang muss auch eine mögliche Exposition gegenüber anderen Hepatitis-Viren berücksichtigt werden.

3.10. Der EWSA teilt die Auffassung, dass es wichtig ist, nationale Ansätze zu diskutieren und im Hinblick auf die praktische Durchführung von Impfungen bewährte Verfahren unter den Mitgliedstaaten auszutauschen. Dies trägt nicht nur dazu bei, die Impfsituation insgesamt zu verbessern, sondern auch in der EU bestehende Ungleichheiten auszugleichen.

3.11. Angesichts der erheblichen Unterschiede bei den Impfquoten zwischen den EU-Ländern sollte mit verstärkten Aufklärungsmaßnahmen auf die Vorteile der HPV-/HBV-Impfung und auf ihre Wirkung zur Verringerung des Krebsrisikos aufmerksam gemacht werden. Diese Inhalte sollten mit Informationen über einen gesunden und aktiven Lebensstil verknüpft und an die besonderen Gegebenheiten der einzelnen Länder und den spezifischen Aufklärungsbedarf ihrer Bevölkerung angepasst werden.

3.12. In Bezug auf die allgemeine Aufklärung hält es der EWSA für wichtig, dass die Mitgliedstaaten einfache Informationen über die nationalen Verfahren bereitstellen, die auf einer eigens hierzu eingerichteten und leicht zugänglichen Website abgerufen werden können. Dort sollten Informationen darüber zu finden sein, wer für eine kostenlose Impfung in Frage kommt, welche Vorteile eine Impfung hat und welche möglichen Einschränkungen und Nebenwirkungen zu beachten sind.

3.13. Außerdem sollten über relevante Kanäle, einschließlich der sozialen Medien, gezielte Kommunikationskampagnen an bestimmte Gruppen wie junge Menschen und Eltern gerichtet werden. Besonders wichtig ist es, das Wissen und die Aufklärung über die Bedeutung der HPV-Impfung für Jungen zu verbessern, die zu ihrem Schutz vor der Infektion mit potenziell krebserzeugenden HPV-Typen beitragen kann. Der EWSA betont ferner, dass gezielte Maßnahmen erforderlich sind, um Menschen aus verschiedenen benachteiligten Gruppen sowie Risikogruppen zu erreichen.

3.14. Um gezielt jüngere Menschen anzusprechen, plädiert der EWSA dafür, die Aufklärungsarbeit mithilfe von Organisationen zu verstärken, die von jungen Menschen geführt werden, wie etwa zivilgesellschaftliche Studierendenorganisationen. Eine solche strategische Zusammenarbeit und eine überzeugende, faktenbasierte Kommunikation sind entscheidend, um die Impfquote zu steigern und das Vertrauen bei jungen Menschen zu stärken.

3.15. Allgemeinmediziner und Hausärzte spielen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung, indem sie geeignete Informationen bereitstellen, Ängste und Vorbehalte abbauen und Menschen dazu ermutigen, sich impfen zu lassen. Neben der zentralen Rolle der formellen Gesundheitssysteme kann nach Auffassung des EWSA auch das breite Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Umsetzung der Impfprogramme beitragen und diese unterstützen sowie einen Beitrag zur Steigerung der Impfquote leisten, vor allem, indem sie mithilfe von Informations- und Kommunikationsmaßnahmen auf die Bedeutung der Krebsprävention durch Impfungen aufmerksam machen.

3.16. Mit Blick auf die Unterstützung eines umfassenden Ansatzes in der Krebsprävention können zivilgesellschaftliche Organisationen auch zur Verringerung von Krebsrisiken beitragen, indem sie eine gesunde Lebensweise fördern. Insgesamt sollten gesundheitsfördernde Aktivitäten neben der Bereitstellung von Gesundheitsinformationen auch die Förderung einer gesunden Lebensweise (körperliche Betätigung, gesunde Ernährung, Stressabbau usw.) für Menschen aller Altersgruppen umfassen.

3.17. Entsprechend den allgemeinen und besonderen Bemerkungen in den Abschnitten 2 und 3 schlägt der EWSA im Einzelnen folgende Änderungen an den Empfehlungen vor:

Neue Nummer nach Nummer 1: „auf einer leicht zugänglichen Website einfache und verständliche Informationen zu den HPV- und HBV-Impfungen bereitzustellen, unter anderem genaue Angaben zu den Gruppen, die für eine kostenlose Impfung in Frage kommen, sowie Informationen zu den Vorteilen einer Impfung und zu möglichen Einschränkungen und Nebenwirkungen;“

Am Ende von Nummer 2 hinzufügen: „u. a. durch eine gesunde Lebensweise; einschlägige Organisationen der Zivilgesellschaft einzubeziehen und in die Lage zu versetzen, gesundheitsbezogene Informationen bereitzustellen und Menschen zur Beteiligung an gesundheitsfördernden Maßnahmen zu motivieren, wobei das nötige Fachwissen und die erforderliche Zusammenarbeit mit Angehörigen der Gesundheitsberufe sicherzustellen sind;“

Am Ende von Nummer 12 hinzufügen: ... um dem Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter Rechnung zu tragen;“

Brüssel, den 30. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Auf dem Weg zu einem ehrgeizigen industriellen CO₂-Management in der EU

(COM(2024) 62 final)

(C/2024/4666)

Berichterstatter: **Gonçalo LOBO XAVIER**

Ko-Berichterstatter: **Jean-Michel POURTEAU**

Befassung	Europäische Kommission, 27.3.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Beratende Kommission für den industriellen Wandel
Annahme im Arbeitsorgan	15.5.2024
Verabschiedung im Plenum	30.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	193/4/2

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist der Auffassung, dass die Strategie für das industrielle CO₂-Management im Allgemeinen sehr begrüßenswert und ausgewogen ist. Sie deckt viele Aspekte ab, die für die großindustrielle Einführung der CO₂-Abscheidung und -Speicherung (*Carbon Capture and Storage* – CCS) sowie der CO₂-Abscheidung und -Nutzung (*Carbon Capture and Utilization* – CCU) in der EU entscheidend sind. Der EWSA hält es für voll und ganz gerechtfertigt, Bestimmungen über Speicherung, Logistik, Transport und Infrastruktur festzulegen sowie mit Blick auf die CO₂-Bewirtschaftung den Markt zu regulieren, um noch in diesem Jahrzehnt die Grundlagen eines Binnenmarkts für CO₂ zu schaffen.

1.2. Der EWSA hält es für wesentlich, dass die realisierbaren Ziele für die jährliche CO₂-Speicherkapazität in Europa – 50 Millionen Tonnen bis 2030, 250 Millionen Tonnen bis 2040 und 450 Millionen Tonnen bis 2050 – auch tatsächlich erreicht werden. Nach Ansicht des EWSA sollte die EU wirksame Maßnahmen ergreifen, um im Interesse der gesamten Gemeinschaft in möglichst vielen Mitgliedstaaten für ausreichende CO₂-Speicherkapazitäten zu sorgen. Aus diesem Grund begrüßt es der EWSA, dass jeder Mitgliedstaat einen Überblick über seine geologischen Standorte vorlegt, die für die CO₂-Speicherung geeignet sind, um die damit verbundenen Herausforderungen besser bewältigen zu können.

1.3. Der EWSA teilt die Auffassung, dass die Ziele besser kommuniziert werden müssen und die Daten, die für eine wirksame Beschlussfassung erforderlich sind, effizient auf den neuesten Stand gebracht werden müssen. Es gibt verschiedene Ziele für die CO₂-Mengen, die abgeschieden, gespeichert bzw. recycelt werden müssen (Meilensteine 2030-2040-2050). Der EWSA schlägt vor, regelmäßig über die Entwicklungen in diesem Bereich, die Technologiereife sowie die CO₂-Speicherkapazität zu berichten. Dadurch kann das gesamte Ökosystem besser integriert werden.

1.4. Der EWSA teilt nachdrücklich die Auffassung, dass die Entwicklung Europas auch auf einer umweltfreundlichen Reindustrialisierung beruhen sollte. Das industrielle CO₂-Management muss als eine zusätzliche Chance für die Mitgliedstaaten begriffen werden, die Qualität der Arbeitsplätze zu verbessern und das Wachstum nachhaltig anzukurbeln. Der EWSA weist darauf hin, dass die Strategien für das CO₂-Management auf die jeweiligen Industriezweige (wie die Energiewirtschaft, die Stahl- und Zementindustrie sowie die chemische Industrie) zugeschnitten werden müssen, wobei deren spezifische Emissionsprofile und technologischen Anforderungen zu berücksichtigen sind. Es bedarf der Kooperation und einer Partnerschaftsstrategie, um die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen, Hochschulen und anderen öffentlichen und privaten Organisationen zu fördern und so Fachwissen und Ressourcen zu mobilisieren.

1.5. Der EWSA hält es außerdem für grundlegend, die Hindernisse für eine wirksame Anwendung bereits einsatzbereiter CO₂-Bewirtschaftungsverfahren in der Industrie zu ermitteln, damit Änderungen einfacher umgesetzt und Strategien entwickelt werden können.

1.6. Für den EWSA ist klar, dass die EU eine industriepolitische Strategie für CO₂-Emissionen benötigt, die nicht nur dem Grünen Deal gerecht wird, sondern auch für gute Arbeitsplätze sorgt, den Arbeitnehmern einen gerechten Übergang bietet sowie potenzielle Arbeitskräfte- und Fachkräftedefizite erkennbar macht. Außerdem muss kontinuierlich in die Umschulung und die Weiterbildung der Arbeitskräfte investiert werden, und zwar mit einem Doppelziel: Erstens muss die Attraktivität der Industriearbeitsplätze erhöht werden, zweitens soll nachhaltiges Wissen aufgebaut werden, um für einen soliden und sicheren Prozess zu sorgen und die Industrie wettbewerbsfähiger und nachhaltiger zu machen. Die Mitgliedstaaten sollten in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern die Auswirkungen auf die Beschäftigung prüfen.

1.7. Der EWSA begrüßt, dass die Kommission grenzübergreifende Infrastrukturprojekte für die Beförderung von CO₂ fördern will. Es sollte eine Bestandsaufnahme der physischen Verbindungen und Datenflussverbindungen zwischen den Ländern vorgenommen werden.

1.8. Der EWSA empfiehlt einen klaren Investitionsplan, in dem alle Finanzierungsquellen für die Entwicklung von CCS/CCU-Technologien aufgeführt werden. Die öffentliche Finanzierung sollte an einen Mechanismus der sozialen Konditionalität geknüpft werden, der auf die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze ausgerichtet ist.

1.9. Der EWSA ist der Auffassung, dass Projekte zur CO₂-Reduzierung sowohl die CO₂-Entnahme als auch die CO₂-Vermeidung umfassen sollten. Die CO₂-Vermeidung wird seines Erachtens jedoch derzeit auf EU-Ebene nicht ausreichend gefördert, obwohl bereits erfolgreiche Investitionen in Lösungen zur Vermeidung von CO₂-Emissionen in den Bereichen Versorgungsleistungen, Verkehr und Heizung vorgewiesen werden können. Daher empfiehlt der EWSA, ein neues, gesondertes, gut konzipiertes, hochintegriertes und solides Gutschriftensystem für die CO₂-Vermeidung mit zuverlässigen Methoden zu schaffen, die noch entwickelt werden müssen. Gutschriften für eine CO₂-Vermeidung würden Anreize für die Dekarbonisierung und die Finanzierung emissionsfreier Projekte bieten. Zugleich weist der EWSA darauf hin, dass die Zertifikate im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems (EHS) nicht als „Gutschriften“ verwendet werden sollten, da dies die aktuelle Marktorientierung des CO₂-Handelssystems der EU untergraben könnte.

1.10. Der EWSA weist zudem darauf hin, dass angesichts der CO₂-Marktpreise die CO₂-Vermeidung zusätzliche Einnahmen generieren kann. Kleinemittenten mit überschüssigen CO₂-Gutschriften könnten „nicht genutzte“ Emissionen an Großemittenten verkaufen. Dank dieses Marktmechanismus könnten CO₂-Gutschriften als eine Form der Finanzierung künftiger emissionsarmer Projekte vergeben werden.

1.11. Schließlich sind CCS/CCU-Projekte zu nennen, die eindeutig auf die CO₂-Entnahme ausgerichtet sind. Die CO₂-Vermeidung bietet eine zusätzliche Möglichkeit zur Dekarbonisierung, was der EWSA für sehr wichtig hält. Der EWSA fordert einen ausgewogenen und angemessenen Ansatz, der das Beste der beiden komplementären Optionen miteinander vereinbart: CO₂-Vermeidung und CO₂-Entnahme.

2. Allgemeine Bemerkungen

2.1. In Zeiten großer Veränderungen und enormer Herausforderungen braucht Europa zweifellos eine starke Politik, um die Erholung seiner Industrie zu unterstützen. Aufeinanderfolgende Reindustrialisierungspläne haben ihr Ziel verfehlt. Europa befindet sich nun in einer kritischen Situation, in der keine Zeit verloren werden darf, wenn die Ziele und Vorgaben der Strategie für den europäischen Grünen Deal verwirklicht werden sollen.

2.2. Die Erfordernisse des ökologischen und des digitalen Wandels, auch seine soziale Dimension, machen zügiges Handeln umso notwendiger. Jetzt ist es an der europäischen Industrie und der EU-Politik, Innovation, Leistung und Wettbewerbsfähigkeit mit Nachhaltigkeit zu verbinden. Die Ziele wurden festgelegt, und der Europäische Klimapakt, den die Europäische Kommission im Rahmen des europäischen Grünen Deals initiiert hat, soll die EU dabei unterstützen, bis 2050 klimaneutral zu werden.

2.3. Dies ist eine echte Herausforderung, denn die Industrie hat weltweit einen erheblichen Anteil an den CO₂-Emissionen und die EU ist einer der wichtigsten Industriestandorte. Ungeachtet der bisherigen Anstrengungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen kommt der Industrie eine wichtige Rolle in diesem Prozess zu. Es bedarf außerordentlicher Anstrengungen, um die von der EU vorgeschlagenen Ziele zu erreichen.

2.4. Es gibt verschiedene Vorgaben für die CO₂-Mengen, die abgeschieden, gespeichert bzw. recycelt werden müssen (Meilensteine 2030-2040-2050). Der EWSA schlägt vor, in regelmäßigen Abständen über die Entwicklungen in diesem Bereich, die Technologiereife sowie die CO₂-Speicherkapazitäten zu berichten.

2.5. Insbesondere muss dafür gesorgt werden, dass die realisierbaren Ziele für die jährliche CO₂-Speicherung in Europa – 50 Millionen Tonnen bis 2030, 250 Millionen Tonnen bis 2040 und 450 Millionen Tonnen bis 2050 – auch tatsächlich erreicht werden. Nach Ansicht des EWSA sollte die EU wirksame Maßnahmen ergreifen, um in möglichst vielen Mitgliedstaaten für ausreichende CO₂-Speicherkapazitäten zu sorgen. Aus diesem Grund begrüßt es der EWSA, dass jeder Mitgliedstaat einen Überblick über seine geologischen Standorte geben soll, die für die CO₂-Speicherung geeignet sind.

2.6. Die CO₂-Abscheidung ist ein notwendiges Instrument, um die Klimaziele Europas zu erreichen und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Gleichzeitig darf die CCS-Technologie keinesfalls als Allheilmittel gesehen werden. Vielmehr sollte ihr Einsatz auf die am schwersten zu dekarbonisierenden Branchen konzentriert werden. Dies ist notwendig, um von der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wegzukommen, wenn Alternativen vorhanden sind und diese den Bedarf decken können. In vielen Fällen sind Elektrifizierung, Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbare Kraftstoffe die kosteneffizientere Lösung für die Dekarbonisierung, denn die CCS ist investitions- und energieintensiv. Die Abkehr von fossilen Brennstoffen in industriellen Prozessen muss daher die erste Handlungsoption sein. Die CO₂-Abscheidung sollte hingegen denjenigen Situationen vorbehalten sein, in denen keine machbaren Alternativen zur Wahl stehen.

2.7. Der EWSA fordert einen ausgewogenen Ansatz unter Berücksichtigung der laufenden Entwicklungen und der im Rahmen der derzeitigen politischen Maßnahmen gesammelten Erkenntnisse. Gleichzeitig muss unbedingt die jetzige politische Herangehensweise der EU in Bezug auf das industrielle CO₂-Management, einschließlich des Emissionshandelssystems und der CO₂-Bepreisungsmechanismen, überdacht werden. Weiterhin müssen die Hürden für eine wirksame Umsetzung der derzeitigen CO₂-Bewirtschaftungsverfahren in der Industrie ermittelt werden.

2.8. Damit die Industrie nicht nur wettbewerbsfähig, sondern auch nachhaltig wird, sind gut ausgebildete Humanressourcen und eine starke Führung sowie solide Bündnisse (Arbeitnehmer, Unternehmen, Sozialpartner im Allgemeinen) erforderlich. Der EWSA hat wiederholt gefordert, kontinuierlich in die Umschulung und Weiterbildung der Arbeitskräfte zu investieren, und zwar mit einem Doppelziel: Erstens muss die Attraktivität der Industriearbeitsplätze erhöht werden, zweitens muss nachhaltiges Wissen aufgebaut werden, um die Industrie wettbewerbsfähiger und nachhaltiger zu machen.

2.9. Es ist sinnvoll, das gesamte Ökosystem an der Ausarbeitung der Strategien und Maßnahmen zur Umsetzung eines ehrgeizigen industriellen CO₂-Managements in der EU zu beteiligen. Die organisierte Zivilgesellschaft kann und muss einbezogen werden.

2.10. Der EWSA hält es für sehr wichtig, mit gutem Beispiel voranzugehen, und fordert daher eine bessere Kommunikation und einen besseren Wissensaustausch, um EU-weit Beispiele für erfolgreiche CO₂-Management-Initiativen bekannt zu machen.

2.11. Die EU muss Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu Technologien der CO₂-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung mit Schwerpunkt auf der Industrie ermutigen und fördern, sodass sie kosteneffizienter und skalierbarer werden.

2.12. Der EWSA weist darauf hin, dass die Strategien für das CO₂-Management auf die jeweiligen Industriezweige zugeschnitten werden müssen, wobei deren spezifische Emissionsprofile und technologischen Anforderungen zu berücksichtigen sind. Es bedarf einer Kooperation und einer Partnerschaftsstrategie, um die Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen, Hochschulen und anderen öffentlichen und privaten Organisationen zu fördern und so Fachwissen und Ressourcen zu mobilisieren.

2.13. Der EWSA ist der Auffassung, dass jeder Mitgliedstaat seine eigene Strategie nach Maßgabe der Grundsätze der EU ausarbeiten sollte, doch unter Koordinierung auf EU-Ebene, damit sichergestellt ist, dass die Strategien auch von einem entsprechenden Engagement getragen werden. Zudem müssen bewährte Verfahren ausgetauscht werden.

3. Besondere Bemerkungen

3.1. Der Grüne Deal der Europäischen Union enthält ehrgeizige Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen, die bis 2030 um - 55 % gesenkt werden sollen. Bis 2050 soll die EU klimaneutral sein. Um diese Ziele insbesondere in Bezug auf CO₂-Emissionen zu erreichen, sollten Technologien wie CCS (*Carbon Capture and Storage* – CO₂-Abscheidung und -Speicherung) und CCU (*Carbon Capture and Utilisation* – CO₂-Abscheidung und -Nutzung) eingesetzt werden. Mithilfe dieser Verfahren soll den „schwer zu verringernden“ Emissionen beigegeben werden, bei denen durch Energie- und Prozesseffizienz keine ausreichende Emissionsreduktion erzielt wird und somit die Reduktionsziele verfehlt werden.

3.2. Im Regelwerk sollte klar zwischen CO₂ aus fossilen Energieträgern (d. h. CO₂, das im Boden als Kohle-, Erdgas- oder Ölvorkommen gebunden ist) und biogenem CO₂ (d. h. in der Atmosphäre befindliches CO₂, das durch Photosynthese in der Biomasse gebunden wird) unterschieden werden. Durch die Abscheidung von fossilem CO₂ können Emissionen vermieden werden, die Abscheidung von biogenem CO₂ hingegen kann positive Nettoauswirkungen auf das Klima haben, wenn das CO₂ mithilfe technologischer Senken dauerhaft entfernt und durch die Verwendung in Produkten wie Polymeren langfristig entnommen wird. Dies könnte auch eine nachhaltige CO₂-Quelle für Chemikalien, Polymere und Brennstoffe sein.

3.3. Außer geologischen Formationen könnten auch andere Technologien zur dauerhaften Kohlenstoffspeicherung herangezogen werden, wie z. B. die Mineralisierung.

3.4. Neben der Speicherung ist CO₂ aber auch ein wichtiger Rohstoff, der bspw. in der chemischen Industrie und als Getränkezusatz gefragt ist. Ein wichtiges Element einer europäischen CO₂-Managementstrategie sollte daher darin bestehen, die industrielle CO₂-Nachfrage aus kreislaforientierten und nachhaltigen CO₂-Quellen zu decken. Für die Nutzung von kreislaforientiertem Kohlenstoff sollten Anreize geschaffen werden.

3.5. Während die Abscheidung und Speicherung von CO₂ aus fossiler Herkunft bereits in der Richtlinie über das Emissionshandelssystem (EHS) genannt wird, gibt es derzeit keine Anreize für die Abscheidung des biogenen CO₂. Daher müssen Anreize für die Abscheidung, Speicherung und Nutzung des biogenen CO₂ priorisiert werden. Eine Option bestünde darin, die Abscheidung von CO₂ biogenen Ursprungs mit dem EHS zu verknüpfen, indem beispielsweise neue Zertifikate für die Abscheidung vorgesehen werden.

3.6. Viele herstellende Industrien emittieren CO₂: Öl-, Gas-, Kohle- und Braunkohlekraftwerke, Eisen- und Stahlhöfen, Zementfabriken, Chemieindustrie, Biomasse- und Abfallkraftwerke sowie Düngemittelfabriken. Obwohl derzeit neue CO₂-freie Prozesse entwickelt werden, dürften die betroffenen Branchen (die 20 % der weltweiten CO₂-Emissionen in der EU verursachen) dennoch stark auf CO₂-Abscheidungstechnologien angewiesen sein, wenn sie ihre CO₂-Emissionen drastisch senken wollen. Die Dekarbonisierung der Industrie ist nicht nur aus Klimaschutzgründen erforderlich, sondern auch entscheidend für die schrittweise Beendigung unserer Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

3.7. Beim CCS-Verfahren wird das in der Industrie entstehende CO₂ isoliert und anschließend durch verschiedene technische Prozesse abgeschieden (Absorption, Adsorption, Membrane, Hochtemperatur-Looping und seit Kurzem durch direkte Luftabscheidung, bei der CO₂ direkt aus der Luft entnommen wird). Anschließend wird das CO₂ komprimiert und hauptsächlich über Rohrleitungen, möglicherweise aber auch per Lkw, Zug oder Schiff weitertransportiert. Der letzte Schritt ist die Speicherung in geologischen Lagerstätten zu Land oder in Meeresgebieten: in Salzstöcken (bspw. Sleipner/Norwegen in der Nordsee – seit 1996) oder in nicht abbaubaren Kohleflözen. Das Verhalten von CO₂ in geologischen Schichten muss laufend überwacht werden, damit sichergestellt ist, dass es sich tatsächlich um eine dauerhafte Form der Emissionsminderung handelt.

3.8. Die ersten Schritte der CCU gleichen denjenigen der CCS, doch geht es bei diesem Verfahren letztendlich nicht um die dauerhafte Speicherung des CO₂. Stattdessen wird das abgeschiedene Kohlendioxid in wertvolle Stoffe oder Produkte umgewandelt, wie z. B. in Chemikalien, Polymere (Kunststoffe, Beton), Alkohole, Kohlenwasserstoffe und Derivate. Die CCU hat beträchtliches Potenzial, was das Interesse verschiedener Branchen weckt, die vor ähnlichen Problemen stehen (sie könnte z. B. ein Ansatzpunkt für die Dekarbonisierung des Luft- und Seeverkehrs mithilfe synthetischer Kraftstoffe sein).

3.9. Was den Aufbau der Transportinfrastruktur angeht, so sollten für diesen Bereich spezifische Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften in Bezug auf die Arbeitsbedingungen festgelegt werden, um den konstruktiven Dialog zwischen den Sozialpartnern zu fördern.

3.10. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Zusammenhang mit den CCS/CCU-Technologien erfordert ein entsprechendes Wissen, das durch berufliche Aus- und Weiterbildung, die Weiterqualifizierung der Arbeitnehmer und Ingenieure sowie nationale Ausbildungsprogramme aufgebaut werden muss.

3.11. Damit CCS/CCU-Vorhaben verwirklicht werden können, müssen alle Interessenträger – Industrie, Behörden, Zivilgesellschaft, NRO und Gewerkschaften – frühzeitig in den Prozess einbezogen werden. Dies wird für die gesellschaftliche Akzeptanz entscheidend sein. Politische Entscheidungsträger der lokalen und nationalen Ebene, Unternehmen und gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften, Umweltorganisationen und lokale Gemeinschaften müssen sich an einen Tisch setzen und einen transparenten Dialog über die Herausforderungen und Vorteile von CCS/CCU-Projekten führen. Ein solcher Wandel erfordert in den für die CCS/CCU in Frage kommenden Industriebetrieben einen gerechten Übergang, bei dem niemand zurückgelassen wird. Ein respektvoller sozialer Dialog mit den Gewerkschaften sollte sicherstellen, dass Arbeitnehmer, die eine Umschulung benötigen, entsprechend geschult werden.

3.12. Der EWSA ist der Auffassung, dass der Öffentlichkeit mithilfe von Sensibilisierungskampagnen erklärt werden muss, was auf dem Spiel steht. Außerdem muss es einen Wissensaustausch geben und ein Überblick über die derzeitigen CO₂-Emissionen gewonnen werden.

3.13. Der EWSA stellt fest, dass es keine energieeffizienten Technologien zur CO₂-Abscheidung gibt. Tatsächlich sind die Kosten dieses energieintensiven Prozesses nicht zu unterschätzen und sollten mit REPowerEU in Einklang gebracht werden.

3.14. Mit dem derzeitigen EU-Emissionshandelssystem sollen alle Emissionen mithilfe ihrer Quantifizierung gesenkt werden. Bei CCU-Technologien wird der abgeschiedene Kohlenstoff wiederverwendet, er sollte also nicht doppelt angerechnet werden (bei der Erstemission und dann wieder bei der späteren Neuemission).

4. Finanzrahmen

4.1. Derzeit sind die Kosten für CCS/CCU hoch und ohne Steuergutschriften, öffentliche Mittel oder Darlehen für die Unternehmen nicht tragbar. Die Kosten könnten hingegen sinken, wenn die Technologien eine weitere Verbreitung erlangt haben und Transportinfrastrukturen (Leitungssysteme) aufgebaut sind. Die Kostenschätzungen variieren aufgrund der ungewissen künftigen CO₂-Preise stark.

4.2. Die für CCS/CCU vorgesehenen Mittel sollten detailliert als solche ausgewiesen und im Verhältnis zur Gesamtfinanzierung des Industriplans zum Grünen Deal gesehen werden.

4.3. In ersten Kostenschätzungen für die Erreichung der Ziele für 2030 werden Investitionen in Höhe von 3 Milliarden Euro für die Entwicklung von Speicherstätten angenommen, 6-9 Milliarden Euro für die Transportinfrastruktur und 13-103 Euro pro Tonne für die Abscheidung von CO₂ aus Punktquellen⁽¹⁾. Der EWSA empfiehlt einen klaren Investitionsplan, in dem alle Finanzierungsquellen für die Entwicklung von CCS/CCU-Technologien aufgeführt werden. Die öffentliche Finanzierung sollte an einen Mechanismus der sozialen Konditionalität geknüpft werden, der auf die Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze ausgerichtet ist. Der EWSA begrüßt daher jedwedes Programm, das Innovationen und Ressourcen auf diesen kritischen Wandel konzentriert. Hierzu gehören:

- der Innovationsfonds (Steuern aus dem EHS) mit 25 Mrd. EUR für CCS/CCU;
- die Fazilität „Connecting Europe“ für das Verkehrsnetz;
- die Aufbau- und Resilienzfazilität zur Förderung von Investitionen in saubere Technologien;
- der Fonds für einen gerechten Übergang für Regionen mit sozialen Herausforderungen und
- Horizont Europa für Forschung und Entwicklung.

⁽¹⁾ Mitteilung der Kommission COM(2024) 62 final, Absatz 5.1 „Investitionen in die und Finanzierung der Umstellung auf sauberes CO₂“, Seite 23;

4.4. Ein Problem bei der Finanzierung der CCS/CCU besteht darin, dass die verschiedenen Abschnitte der gesamten Wertschöpfungskette abgedeckt werden müssen: Emissionsquelle, Abscheidung, Transport, Speicherung und Nutzung. Ein weiteres Problem ist die wirtschaftliche Tragfähigkeit dieser Prozesse, die vom CO₂-Preis im EU-EHS abhängen wird.

4.5. Die Investitionen, die für die Einführung dieser neuen und sauberen Technologien zur Abscheidung und Wiederverwendung von CO₂ erforderlich sind, werden in den kommenden Jahren voraussichtlich zu einem großen Teil aus der Privatwirtschaft kommen. Doch müssen die EU und die Mitgliedstaaten mit Finanzierungen entscheidend zur Mobilisierung privater Investitionen beitragen und Anreize für möglichst zahlreiche innovative Projekte setzen.

5. CO₂-Handel und -Vermeidung

5.1. Der EWSA ist der Auffassung, dass das EU-Emissionshandelssystem (EHS) und die internationalen CO₂-Märkte maßgeblich zu einer kosteneffizienten Senkung der weltweiten Treibhausgasemissionen beitragen können. Das EU-EHS im Rahmen des Pakets „Fit für 55“ wurde kürzlich auf zusätzliche Wirtschaftssektoren wie Gebäude, Straßenverkehr, See- und Luftverkehr ausgedehnt. Artikel 6 des Übereinkommens von Paris bietet bereits eine Rechtsgrundlage für die Nutzung internationaler CO₂-Märkte durch einen internationalen Handel mit Emissionszertifikaten im Einklang mit verlässlichen Regeln für die Anrechnung. Diese CO₂-Bepreisungsmechanismen und dieser Handel sollten dem industriellen CO₂-Management zugutekommen.

5.2. Der EWSA stellt fest, dass es mehrere Gesetzgebungsinitiativen gibt, die genutzt werden könnten, um sektorspezifische Maßnahmen zu fördern, die zur CO₂-Entnahme und -vermeidung beitragen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Verordnung über CO₂-Entnahmen und die klimaeffiziente Landwirtschaft, mit der der erste EU-weite freiwillige Rahmen für die Zertifizierung von CO₂-Entnahmen, der klimaeffizienten Landwirtschaft und der CO₂-Speicherung in europäischen Produkten geschaffen wird. Hinsichtlich des Verkehrs wird derzeit ein harmonisierter EU-Mechanismus für die Erfassung der Treibhausgasemissionen von Verkehrsdiensten diskutiert, der ebenfalls berücksichtigt werden sollte.

5.3. Der EWSA ist der Auffassung, dass Projekte zur CO₂-Reduzierung sowohl die CO₂-Entnahme als auch die CO₂-Vermeidung umfassen sollten. Die CO₂-Vermeidung wird seines Erachtens jedoch derzeit auf EU-Ebene nicht ausreichend gefördert, obwohl Investitionen in Lösungen zur Vermeidung von CO₂-Emissionen in den Bereichen Versorgungsleistungen, Verkehr und Heizung bereits Erfolge gezeitigt haben. Daher empfiehlt der EWSA, ein neues, gesondertes, gut konzipiertes, hochintegriertes und solides Gutschriftensystem für die CO₂-Vermeidung mit zuverlässigen Methoden zu schaffen, die noch entwickelt werden müssen. Gutschriften für eine CO₂-Vermeidung würden Anreize für die Dekarbonisierung und die Finanzierung emissionsfreier Projekte bieten. Zugleich weist der EWSA darauf hin, dass die Zertifikate im Rahmen des EU-EHS nicht als „Gutschriften“ verwendet werden sollten, da dies die aktuelle Marktorientierung des CO₂-Handelssystems der EU untergraben könnte.

5.4. Der EWSA weist zudem darauf hin, dass angesichts der auf dem CO₂-Markt herrschenden Preise die CO₂-Vermeidung zusätzliche Einnahmen generieren kann. Kleinemittenten mit überschüssigen CO₂-Gutschriften können „nicht genutzte“ Emissionen an Großemittenten verkaufen. Dank dieses Marktmechanismus könnten CO₂-Gutschriften als eine Form der Finanzierung künftiger emissionsarmer Projekte vergeben werden.

5.5. Darüber hinaus bietet das EHS Großemittenten derzeit Anreize (geringere Zahl kostenloser Zertifikate und hohe CO₂-Preise), ihre Emissionen zu verringern. Die Regeln für den Handel mit CO₂-Gutschriften zwischen den Unternehmen sind jedoch nach wie vor kaum bekannt. Sie sind aber durchaus klar, und die Gutschriften lassen sich leicht übertragen. Diese Regeln sollten ausgeweitet werden, damit Kleinemittenten zu einer weiteren Reduzierung ihrer Emissionen bewegt werden und für die Emissionssenkung Mittel erhalten können. Es sollte eine Klarstellung der Regeln gefördert werden.

5.6. Der EWSA ist der Auffassung, dass die EU und die Mitgliedstaaten durch Finanzierungen dazu beitragen sollten, private Investitionen zu mobilisieren und Anreize für möglichst zahlreiche innovative CCS/CCU-Projekte sowie Projekte zur CO₂-Verringerung und -Vermeidung zu setzen.

Brüssel, den 30. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4667

9.8.2024

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Unsere Zukunft sichern Europas Klimaziel für 2040 und Weg zur Klimaneutralität bis 2050 für eine nachhaltige, gerechte und wohlhabende Gesellschaft

(COM(2024) 63 final)

(C/2024/4667)

Berichterstatter: **Teppo SÄKKINEN**

Befassung	Europäische Kommission, 27.3.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt
Annahme im Arbeitsorgan	21.5.2024
Verabschiedung im Plenum	30.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	189/5/3

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Ein Klimaziel der EU für 2040 wird für Sichtbarkeit auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 sorgen und zu den globalen Klimazielen beitragen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) unterstützt das für 2040 empfohlene Emissionsreduktionsziel von 90 %, da es mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen im Hinblick auf einen gerechten Beitrag Europas zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels in Einklang steht. Der EWSA betont, dass sich dieses anspruchsvolle Ziel nur erreichen lässt, wenn unterstützende Maßnahmen zur Gewährleistung einer wettbewerbsfähigen europäischen Industrie und eines gerechten Übergangs ergriffen werden und das ganze Spektrum der CO₂-freien und CO₂-armen Technologien kosteneffizient genutzt wird.

1.2. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) betont, dass tatsächliche Emissionssenkungen durch eine schrittweise Abkehr von fossilen Brennstoffen erreicht werden können. Zwar leistet der Abbau von CO₂ einen zunehmenden Beitrag zur Verwirklichung der EU-Klimaziele, doch birgt eine übermäßige Abhängigkeit von landbasierten und industriellen Senken Unsicherheiten und das Risiko einer fortbestehenden Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen oder eines Verlusts von Senken aufgrund von Waldbränden, Schädlingen und anderen Bedrohungen. Für den CO₂-Abbau müssen Anreize geschaffen werden, damit er die ihm zukommende begrenzte, aber dennoch bedeutende Rolle spielen kann. Der EWSA fordert die Kommission auf, im Rahmen einer wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bewertung zu prüfen, ob das Verhältnis zwischen Emissionssenkungen und CO₂-Abbau ausgewogen ist.

1.3. Ein ehrgeiziges Ziel für 2040 baut auf der erfolgreichen Verringerung der Nettoemissionen um mindestens 55 % bis 2030 auf. Der EWSA betont, dass der Schwerpunkt auf die Umsetzung des Pakets „Fit für 55“ und die Unterstützung der europäischen Unternehmen und Haushalte bei der Anpassung an das neue Regelungsumfeld gelegt werden muss.

1.4. Der EWSA stellt fest, dass die Klimaziele beispiellose Investitionen in die Dekarbonisierung erfordern. Ob diese im notwendigen Umfang bereitgestellt werden können, hängt unter anderem von der Vorhersehbarkeit und Kohärenz des Regelungsumfelds, einer wirksamen Forschung, Entwicklung und Innovation, schnelleren Genehmigungsverfahren, dem Zugang zu Finanzmitteln sowie der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und der Gesamtleistung der europäischen Wirtschaft ab. Das Ziel für 2040 sollte mit dem Bestreben verknüpft sein, im Zuge des Wandels eine starke Wirtschaft aufzubauen, die Energieversorgungssicherheit in Europa zu verbessern und hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Der EWSA fordert die Kommission auf, das Exportwachstum bei europäischen Produkten und Dienstleistungen im Bereich der sauberen Technologien zu verfolgen und diesbezügliche Ziele festzulegen, um die weltweiten Ausstrahlungseffekte der europäischen Energiewende zu verstärken und die Vorteile der Vorreiterrolle in der Klimapolitik zu nutzen.

1.5. In Bereichen, in denen die Kosten für die Emissionsminderung relativ gering sind und skalierbare Lösungen vorhanden sind, muss eine raschere Dekarbonisierung stattfinden, um weitere allmähliche Fortschritte in schwer dekarbonisierbaren Sektoren zu ermöglichen. Der EWSA fordert, dass die Stromerzeugung in der EU bis 2040 CO₂-frei sein sollte, und bald darauf auch die Wärme- und Kälteversorgung. Die Verfügbarkeit sauberer und erschwinglicher Energie sowie eine zukunftsfähige Energieinfrastruktur sind Grundvoraussetzungen für die Dekarbonisierung anderer Bereiche wie Industrie, Gebäude und Verkehr. Der EWSA schlägt vor, in engem Dialog mit den Landwirtinnen und Landwirten sowie anderen Interessenträgern auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse ein indikatives Emissionsreduktionsziel für den Agrar- und Lebensmittelsektor festzulegen, mit dem die Ernährungssicherheit in Europa gewährleistet und den unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten in der EU Rechnung getragen wird.

1.6. Der EWSA unterstreicht, wie wichtig es ist, mit den Interessenträgern, u. a. mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft, einen umfassenden Dialog zu führen sowie die Bürgerinnen und Bürger in die Festlegung des Ziels für 2040 und die Entwicklung flankierender Maßnahmen einzubinden, um den öffentlichen Rückhalt für die europäische Klimapolitik zu erhalten und alle Ebenen der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Auf einen solchen strukturierten Dialog und ständige Beratungsgremien sollte auch in der nationalen Klimapolitik zurückgegriffen werden. Der EWSA macht deutlich, dass die Emissionen und der Material- und Energiebedarf weiter gesenkt werden können, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher zu einer nachhaltigen Lebensweise ermutigt werden.

1.7. Der EWSA fordert die Kommission auf, bei der Ausarbeitung des Legislativvorschlags zum Ziel für 2040 den Check-up der Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf andere große Volkswirtschaften auszuweiten und auch ihre klima-, energie- und industriepolitischen Maßnahmen und wirtschaftlichen Indikatoren zu berücksichtigen. Davon ausgehend sollten Vorschläge zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der industriellen Basis Europas sowie zur Wahrung des europäischen Modells einer offenen Marktwirtschaft mit hohen Umwelt- und Sozialstandards vorgelegt werden.

2. Einführung

2.1. Die Europäische Union hat rechtsverbindliche Ziele zur Senkung der Emissionen um mindestens 55 % bis 2030 und zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2050 festgelegt. Auf halbem Weg muss die Kommission nach Maßgabe des Europäischen Klimagesetzes ein Zwischenziel für 2040 vorschlagen.

2.2. In der Kommissionsmitteilung ⁽¹⁾ wird ein Emissionsreduktionsziel von 90 % vorgeschlagen. In der Mitteilung und der beigefügten Folgenabschätzung werden drei mögliche Optionen untersucht, namentlich Option 1: linearer Reduktionspfad mit einer Verringerung um bis zu 80 %, Option 2: Verringerung um 85–90 % und Option 3: Verringerung um 90–95 %. Weiterhin wird in der Mitteilung ein indikatives Treibhausgasbudget der EU von 16 Gt CO₂-Äq. für den Zeitraum 2030–2050 vorgeschlagen.

2.3. Der Europäische Wissenschaftliche Beirat für Klimawandel (ESABCC) hat in seinem Bericht von Juni 2023 ein Reduktionsziel von 90–95 % bis 2040 mit einem Treibhausgasbudget von 11–14 Gt CO₂-Äq. für den Zeitraum 2030–2050 empfohlen. ⁽²⁾ Das von der Kommission vorgeschlagene Ziel für 2040 entspricht dem vom ESABCC empfohlenen Zielbereich, der in der 2023 durchgeführten öffentlichen Konsultation der Kommission auch den meisten Zuspruch erhielt.

2.4. Die Mitteilung bietet einen Ausgangspunkt für den Dialog über das für 2040 gesetzte Ziel und den Weg zu dessen Erreichung. Die vorliegende Stellungnahme des EWSA soll als Beitrag zu dieser Debatte dienen. Die Kommission wird in ihrer nächsten Amtszeit einen Legislativvorschlag zum Ziel für 2040 ausarbeiten, ebenso wie den zur Verwirklichung dieses Ziels erforderlichen politischen Rahmen für die Zeit nach 2030.

3. Globaler Kontext für das EU-Ziel für 2040

3.1. Auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2023 (COP 28) wurden die Vertragsparteien aufgefordert, die Nutzung fossiler Brennstoffe schrittweise einzustellen, einen Beitrag zur Verdreifachung des Anteils erneuerbarer Energieträger und zur Verdoppelung der Energieeffizienz bis 2030 zu leisten sowie die Einführung sauberer Technologien zu beschleunigen. Darüber hinaus wurden die Vertragsparteien auf der COP 28 dazu angehalten, ihre nächsten national festgelegten Beiträge im Einklang mit dem Stand der Wissenschaft an den 1,5-Grad-Kurs anzupassen.

⁽¹⁾ Unsere Zukunft sichern – Europas Klimaziel für 2040 und Weg zur Klimaneutralität bis 2050 für eine nachhaltige, gerechte und wohlhabende Gesellschaft, COM(2024) 63 final.

⁽²⁾ <https://climate-advisory-board.europa.eu/news/eu-climate-advisory-board-recommends-ambitious-2040-climate-target-and-urgent-transitions-for-the-european-union>.

3.2. Wie in der Mitteilung dargelegt, wird das Ziel für 2040 die Grundlage für den neuen national festgelegten Beitrag der EU im Rahmen des Übereinkommens von Paris bilden, nach dessen Maßgabe die EU dem Sekretariat der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) bis Anfang 2025 ihr höchstmögliches Ziel für 2035 mitteilen muss. Der EWSA betont, dass das Klimaziel für 2040, ebenso wie das entsprechende Ziel für 2035, daher die von allen Vertragsparteien auf der COP 28 eingegangenen Verpflichtungen erfüllen muss und unverzüglich angenommen werden sollte.

3.3. Der EWSA stellt fest, dass Europa derzeit mit einem Anteil von 7 % an den weltweiten Emissionen beteiligt ist, der im Zuge der Fortschritte der EU auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 weiter abnimmt. Gleichzeitig trägt Europa als einer der größten historischen Emittenten eine Verantwortung. Der EU ist es gelungen, die Emissionen auf ihrem Gebiet seit 1990 um 32 % zu senken und als führende Wirtschaftsmacht eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Treibhausgasemissionen zu erreichen. Vor diesem Hintergrund wird sowohl die Verantwortung als auch die Chance Europas deutlich, beim weltweiten Klimaschutz eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Auch wird klar, dass eine Zusammenarbeit mit anderen großen Volkswirtschaften erforderlich ist, um die Ziele des Übereinkommens von Paris zu erreichen. Der EWSA bekräftigt seinen Vorschlag, die Klimadiplomatie zu einer Leitinitiative in den Außenbeziehungen der EU zu machen. ⁽³⁾

3.4. Die weltweite Vorreiterrolle Europas bei der Eindämmung des Klimawandels muss durch Maßnahmen ergänzt werden, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie gewährleistet, eine Verlagerung von CO₂-Emissionen verhindert, gleiche Wettbewerbsbedingungen gefördert und gleichzeitig durch die Finanzierung von Klimamaßnahmen, Technologietransfer, technische Hilfe und Kapazitätsaufbau ein Beitrag zur weltweiten Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel geleistet wird. Der EWSA begrüßt die Initiative der Kommission, eine Taskforce für CO₂-Märkte einzurichten. Die EU kann eine Ausweitung der CO₂-Bepreisung, die derzeit weniger als ein Viertel der weltweiten CO₂-Emissionen erfasst ⁽⁴⁾, fördern, indem sie die Einführung von CO₂-Bepreisungssystemen in Drittländern in Verbindung mit dem CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) unterstützt.

3.5. Zunehmende geopolitische Spannungen machen deutlich, dass eine allmähliche Abkehr von fossilen Brennstoffen stattfinden muss, während gleichzeitig neue Abhängigkeiten von Technologien und kritischen Rohstoffen zu vermeiden sind. Durch eine schrittweise Beendigung der Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen wird die offene strategische Autonomie und die Wettbewerbsfähigkeit Europas unterstützt. Ein ehrgeiziges Ziel für 2040 könnte dazu beitragen, die Energieversorgungssicherheit in der EU erheblich zu verbessern und die Abhängigkeit von Energieeinfuhren möglicherweise um die Hälfte verringern, namentlich von über 55 % im Jahr 2021 ⁽⁵⁾ auf 26 % im Jahr 2040. Im Jahr 2023 beliefen sich die Nettokosten für die Einfuhr fossiler Brennstoffe auf 2,4 % des BIP der EU. Jüngste Krisen wie die COVID-19-Pandemie und die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs machen deutlich, dass eine sichere Versorgung mit Energie und Material in allen Phasen des Übergangs aufrechterhalten werden muss. In naher Zukunft gilt es, die verbleibenden russischen Energieeinfuhren in die EU unbedingt zu stoppen, um Einnahmen zu verringern, mit denen die russische Invasion der Ukraine finanziert wird.

3.6. Der globale wirtschaftliche Kontext ist mit dem US-amerikanischen Gesetz zur Senkung der Inflationsrate und der zunehmenden Dominanz Chinas in den Lieferketten für saubere Technologien schwieriger geworden. Der EWSA betont erneut, dass Europa eine starke industrielle Basis aufrechterhalten, die Forschung, Entwicklung und Innovation sowie die Produktionskapazitäten Europas im Bereich klimaneutraler Technologien und kritischer Rohstoffe verbessern und nachhaltige Versorgungsquellen diversifizieren muss, um die europäische Wirtschaft zu dekarbonisieren und auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten und China konkurrieren zu können. ⁽⁶⁾ Die europäische Antwort auf einen globalen Subventionswettbewerb sollte auf unseren Stärken aufbauen, etwa dem Schutz und Ausbau des Binnenmarkts. Wie in der Erklärung von Antwerpen ⁽⁷⁾ betont wird, sind ein starkes Industriegefüge und ein verstärkter sozialer Dialog für die erfolgreiche Umsetzung des europäischen Grünen Deals unerlässlich.

⁽³⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „EU-Klimadiplomatie“ (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2024/1575, 5.3.2024, <http://data.europa.eu/eli/C/2024/1575/oj>).

⁽⁴⁾ <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2023/05/23/record-high-revenues-from-global-carbon-pricing-near-100-billion>.

⁽⁵⁾ https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Energy_statistics_-_an_overview.

⁽⁶⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu folgenden Vorlagen: „a) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter“ (COM(2023) 62 final) und „b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten (Netto-Null-Industrie-Verordnung)“ (COM(2023) 161 final — 2023/0081 (COD)) (ABl. C 349 vom 29.9.2023, S. 179).

⁽⁷⁾ <https://antwerp-declaration.eu/pdf/declaration.pdf>.

3.7. Der EWSA stellt mit Besorgnis fest, dass 2023 laut der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen war und dass sich Europa doppelt so schnell erwärmt wie die Welt im Durchschnitt. In der ersten europäischen Klimarisikobewertung (EUCRA, 2024) ⁽⁸⁾ wird festgestellt, dass einige Regionen in Europa Brennpunkte für vielfältige Klimarisiken wie Waldbrände, Auswirkungen von Hitze und Wasserknappheit, Überschwemmungen, Erosion und Versalzung sind. Durch entschlossene weltweite Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels würden erhebliche Verluste an Menschenleben, gesundheitliche Auswirkungen und wirtschaftliche Verluste verhindert. Die Kosten eines Untätigbleibens in der Klimapolitik sind weitaus höher als die Kosten des Handelns. Der EWSA betont daher, dass gut konzipierte und unverzügliche Klimamaßnahmen sozioökonomische Vorteile mit sich bringen wie eine höhere Lebensqualität, niedrigere Gesundheitskosten und die Vermeidung wirtschaftlicher Folgen.

3.8. Der EWSA erinnert an die Verpflichtungen der EU aus dem Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal und verweist auf die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Klima und biologischer Vielfalt, da die Risiken für die Natur durch den Klimawandel beschleunigt werden und naturbasierte Lösungen, die durch lebendige Ökosysteme bereitgestellt werden, sehr wirksame Instrumente zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Folgen sind. So wird beispielsweise die Wiederherstellung von Feuchtgebieten zur Bewältigung von Überschwemmungen und Regenwasserüberläufen beitragen, während durch die Erhaltung von Altwäldern riesige Kohlenstoffspeicher geschützt werden können.

4. Das Klimaziel für 2040

4.1. Ein Klimaziel der EU für 2040 wird für Sichtbarkeit auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 sorgen und zu den globalen Klimazielen beitragen. Der EWSA unterstützt das für 2040 empfohlene Ziel einer Verringerung der Netto-Emissionen um 90 %, da es mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen im Hinblick auf einen gerechten Beitrag Europas zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels in Einklang steht. ⁽⁹⁾ Gleichzeitig betont der EWSA, dass sich dieses anspruchsvolle Ziel nur erreichen lässt, wenn unterstützende Maßnahmen zur Gewährleistung einer wettbewerbsfähigen europäischen Industrie und eines gerechten Übergangs ergriffen werden und das ganze Spektrum der CO₂-freien und CO₂-armen Technologien kosteneffizient genutzt wird.

4.2. Das 90 %-Ziel ist ein Nettoziel, das sowohl Emissionssenkungen als auch den CO₂-Abbau durch biologische und technologische Senken umfasst. Der EWSA betont, dass die Priorität auf eine tatsächliche Senkung der Emissionen gelegt werden muss und der CO₂-Abbau eine ergänzende Rolle spielen sollte. Der EWSA fordert die Kommission auf, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und wirtschaftlicher Analysen sorgfältig zu prüfen, ob das Verhältnis zwischen Emissionssenkungen und CO₂-Abbau ausgewogen ist, damit nicht übermäßig auf landbasierte oder industrielle Senken gesetzt wird, die Unsicherheiten und Risiken mit sich bringen. Gleichzeitig müssen Anreize für den CO₂-Abbau geschaffen werden, damit er auf der Grundlage des kürzlich angenommenen Rahmens für die Zertifizierung von CO₂-Entnahmen die ihm zukommende begrenzte, aber dennoch wichtige Rolle spielen kann.

4.3. Wie vom Weltklimarat (IPCC), dem Europäischen Wissenschaftlichen Beirat für Klimawandel (ESABCC) und der Internationalen Energieagentur (IEA) anerkannt wird, ist die großindustrielle Einführung der CO₂-Abscheidung aus industriellen Prozessen ein notwendiger Bestandteil eines ehrgeizigen Ziels für 2040 und des Klimaneutralitätspaths. Der EWSA betont, dass die CO₂-Abscheidung vor allem auf Restemissionen in schwer dekarbonisierbaren Sektoren ausgerichtet werden muss, um ein Festhalten an fossilen Brennstoffen zu vermeiden, wenn praktikable Alternativen für die Dekarbonisierung bereits vorhanden sind. Die CO₂-Abscheidung erfordert erhebliche Investitionen in die Abscheidung selbst sowie in die Logistik und Speicherung und erhöht den Energiebedarf. Daher sollte die CO₂-Abscheidung nicht die bevorzugte Option für die Dekarbonisierung in Bereichen sein, in denen ein schrittweiser Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bereits machbar und kosteneffizient wäre. Die Abscheidung von biogenem CO₂ ermöglicht eine dauerhafte CO₂-Entnahme und stellt nachhaltige CO₂-Quellen für die industrielle Nutzung bereit.

4.4. Um den Rückgang der CO₂-Senken in der EU umzukehren, sind Verfahren wie Aufforstung, Agroforstwirtschaft, Eindämmung der Entwaldung, nachhaltige Waldbewirtschaftung, angemessene Bewirtschaftung und Wiederherstellung von Torfmooren und eine klimaefiziente Landwirtschaft erforderlich. Auch die europäischen Wälder und Felder tragen zum Klimaschutz bei, da sie biobasierte Materialien bereitstellen, die fossile Ressourcen ersetzen und CO₂ in Baumaterialien aus Holz und anderen langlebigen Produkten speichern können. Der EWSA betont, dass es aufgrund von Ungenauigkeiten bei der Erfassung natürlicher Prozesse mit Unwägbarkeiten verbunden ist, auf große biologische Senken zu setzen. Noch alarmierender ist, dass Risiken wie Waldbrände, Schädlinge und Krankheiten sowie extreme Wetterereignisse durch den fortschreitenden Klimawandel verschärft werden. Deshalb sollte der Schwerpunkt verstärkt auf die Anpassung gelegt und der LULUCF-Anteil am Nettoziel umsichtig formuliert werden. Solide Überwachungssysteme sind erforderlich, um regelmäßig und zeitnah Informationen über die gespeicherten CO₂-Mengen bereitzustellen.

⁽⁸⁾ <https://www.eea.europa.eu/en/newsroom/news/europe-is-not-prepared-for>.

⁽⁹⁾ Der Europäische Wissenschaftliche Beirat für Klimawandel empfiehlt ein ehrgeiziges Klimaziel für 2040 und einen dringenden Wandel in der Europäischen Union, <https://climate-advisory-board.europa.eu/news/eu-climate-advisory-board-recommends-ambitious-2040-climate-target-and-urgent-transitions-for-the-european-union>.

4.5. Ein ehrgeiziges Ziel für 2040 baut auf der erfolgreichen Verringerung der Nettoemissionen um mindestens 55 % bis 2030 auf. Der EWSA stellt mit Besorgnis fest, dass die derzeitigen nationalen Energie- und Klimapläne zusammengenommen nicht ausreichen, um das Ziel für 2030 ⁽¹⁰⁾ zu erreichen. Er appelliert an die Mitgliedstaaten, die Lücken in den aktualisierten nationalen Energie- und Klimaplänen zu schließen, und fordert die Kommission auf, sich auf die Umsetzung des politischen Rahmens für 2030 zu konzentrieren. Viele Bestandteile des „Fit für 55“-Pakets, wie das EHS 2 oder das CO₂-Grenzausgleichssystem, treten erst in Kraft. Die europäischen Unternehmen, insbesondere KMU, sowie die Haushalte benötigen Handlungsspielraum und Unterstützung bei der Anpassung an das neue Regelungsumfeld. Auch muss Investitionssicherheit für die Industrie sichergestellt werden.

4.6. Mit dem Ziel für 2040 wird der Weg zur Klimaneutralität bis 2050 geebnet. Ein nichtlinearer Pfad wird Chancen und Herausforderungen mit sich bringen, die sich auf die Stellung Europas gegenüber anderen großen Volkswirtschaften auswirken. So wird es notwendig sein, Investitionen und den Einsatz von Technologien vorzuziehen. Gleichzeitig besteht die Chance, die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern und im Bereich der sauberen Technologien eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Der EWSA fordert die Kommission auf, bei der Ausarbeitung des Legislativvorschlags zum Ziel für 2040 den Check-up der Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf andere große Volkswirtschaften auszuweiten und auch ihre klima-, energie- und industriepolitischen Maßnahmen und wirtschaftlichen Indikatoren zu berücksichtigen. Davon ausgehend sollten Vorschläge vorgelegt werden, wie der Zielpfad in Richtung einer rascheren Dekarbonisierung so gestaltet werden kann, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die industrielle Basis Europas gestärkt werden und das europäische Modell einer offenen Marktwirtschaft mit hohen Umwelt- und Sozialstandards gewahrt wird. ⁽¹¹⁾

4.7. Der EWSA unterstreicht, wie wichtig es ist, mit den Interessenträgern einen umfassenden Dialog zu führen sowie die Bürgerinnen und Bürger in die Festlegung des Ziels für 2040 und die Entwicklung flankierender Maßnahmen einzubinden, um bei der europäischen Klimapolitik für Rückhalt in der Öffentlichkeit zu sorgen und alle Ebenen der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Der EWSA befürwortet eine Fortsetzung der Energiewende-Dialoge und stimmt der in der Mitteilung anerkannten Notwendigkeit eines strukturierten und systematischen Dialogs mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft sowie der Einbeziehung regionaler Akteure zu. Ferner fordert der EWSA alle Mitgliedstaaten auf, Energie- und Klimadialoge einzurichten und nationale Klimaberatungsgremien einzusetzen.

5. Der Weg zum Ziel für 2040

5.1. Das Klimaziel für 2040 muss durch unterstützende Maßnahmen flankiert werden, mit denen der Schwerpunkt u. a. auf einen gerechten Übergang und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas gelegt wird. Der EWSA fordert die Kommission auf, so bald wie möglich einen Dialog über den klima- und energiepolitischen Rahmen nach 2030 aufzunehmen.

5.2. Der EWSA begrüßt, dass in der Mitteilung das ganze Spektrum an CO₂-freien und CO₂-armen Technologien berücksichtigt wird. Der IEA zufolge sind die meisten Technologien, die für beschleunigte Klimaschutzmaßnahmen bis 2030 benötigt werden, bereits auf dem Markt verfügbar, während die Verwirklichung von Klimaneutralität bis 2050 den Einsatz von Technologien erfordert, die sich noch in der Entwicklung befinden. ⁽¹²⁾ Ein ehrgeiziges Ziel für 2040 wird daher sowohl von der massiven Nutzung bestehender kosteneffizienter, erprobter und bewährter Technologien wie erneuerbare Energien, Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge als auch von der Entwicklung und dem Ausbau neuer Technologien wie moderne Biokraftstoffe, erneuerbarer und CO₂-armer Wasserstoff, Batterien, synthetische Brennstoffe und Materialien, kleine und modulare Kernreaktoren sowie CO₂-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung insbesondere in schwer dekarbonisierbaren Sektoren abhängen.

5.3. Um sich die Vorteile einer Vorreiterrolle im Klimabereich zunutze machen zu können, sollte die EU bestrebt sein, ein attraktives Rechts- und Praxisumfeld für die Entwicklung, Erprobung, Ausweitung und Herstellung sauberer Technologien und Materialien zu schaffen. Zwar sind in der Netto-Null-Industrie-Verordnung Ziele für die Autarkie Europas auf dem Gebiet der Netto-Null-Technologien festgelegt, doch sollte die EU auch das Exportwachstum bei Produkten und Dienstleistungen im Bereich saubere Technologien verfolgen und vorantreiben. Zur Förderung einer Reindustrialisierung Europas sind Digitalisierung und moderne Fertigungstechnologien erforderlich. Dadurch dürften wiederum hochwertige Arbeitsplätze mit gerechten Arbeitsbedingungen entstehen. Mit den Strategien für die Zeit nach 2030 sollte eine Vereinfachung und Straffung der Umwelt- und Klimavorschriften der EU angestrebt werden, um insbesondere den Verwaltungsaufwand für KMU zu verringern.

⁽¹⁰⁾ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_6622.

⁽¹¹⁾ Der Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Umwelt- und Sozialstandards wird in der Opinion of the European Economic and Social Committee on Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: „Fit für 55“: delivering the EU's 2030 Climate Target on the way to climate neutrality [COM(2021) 550 final] (ABl. C 275 vom 18.7.2022, S. 101), eingehender erläutert: „Wettbewerbsfähigkeit darf nicht als Vorwand dafür herhalten, dass Unternehmen auf dem globalen Markt in Sachen umweltfreundliche Standards nur die Mindestvorgaben einhalten.“

⁽¹²⁾ <https://www.iea.org/reports/net-zero-by-2050>.

5.4. In Bereichen, in denen die Kosten für die Emissionsminderung relativ gering sind und skalierbare Lösungen vorhanden sind, muss eine raschere Dekarbonisierung stattfinden, um weitere allmähliche Fortschritte in schwer dekarbonisierbaren Sektoren zu ermöglichen. Dem Energiesektor wird auf dem Weg Europas zur Klimaneutralität eine führende Rolle zukommen. Bis 2040 muss die Stromerzeugung in der EU CO₂-frei sein und bald darauf auch die Wärme- und Kälteversorgung. Die Elektrifizierung ist eine der wichtigsten Dekarbonisierungsstrategien. Um den Stromanteil am Energieverbrauch von 23 % im Jahr 2021 ⁽¹³⁾ bis 2040 auf über 50 % zu steigern, muss die Stromerzeugung fast verdoppelt werden, während der Gesamtenergieverbrauch durch eine höhere Energieeffizienz sinkt.

5.5. Der größte Anteil an der Steigerung der Stromerzeugung wird durch erneuerbare Energien, insbesondere Solar- und Windenergie, bestritten, wobei die Kernenergie in den Mitgliedstaaten, die sich für ihre Nutzung entscheiden, eine wichtige Grundlast bereitstellt. Die Verfügbarkeit erschwinglicher und stabiler sauberer Energie ist die Grundvoraussetzung für die Dekarbonisierung anderer Bereiche wie Industrie, Gebäude und Verkehr. Zudem sollte durch grenzüberschreitende Energieinfrastrukturen von Netzen bis hin zu Wasserstofffernleitungen die Verbundfähigkeit des europäischen Energiemarktes verbessert werden ⁽¹⁴⁾, was auch im Letta-Bericht zum Binnenmarkt hervorgehoben wird. Der EWSA fordert eine schrittweise Abschaffung schädlicher Subventionen für fossile Brennstoffe, um Finanzströme in die Erzeugung sauberer Energie und entsprechende Infrastrukturen zu lenken.

5.6. Der EWSA stellt fest, dass die Klimaziele der EU beispiellose Investitionen in die Dekarbonisierung bestehender industrieller Prozesse und des Verkehrs und dafür Investitionen in die Entwicklung klimaneutraler Technologien und Materialien sowie Investitionen in eine saubere Energie- und Wärmeversorgung erfordern. Ob diese im notwendigen Umfang bereitgestellt werden können, hängt unter anderem von der Vorhersehbarkeit und Kohärenz des Regelungsumfelds, schnelleren Genehmigungsverfahren, dem Zugang zu Finanzmitteln mit besonderem Schwerpunkt auf KMU und der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte ab. Ein ehrgeiziges Ziel für 2040 erfordert vorgezogene jährliche Investitionen in die Dekarbonisierung, die sich im Zeitraum 2030 bis 2040 schätzungsweise auf bis zu 710 Milliarden Euro pro Jahr belaufen werden und hauptsächlich durch die Mobilisierung privater Finanzmittel und durch die Mitgliedstaaten finanziert werden müssen. Der Beitrag der EU-Finanzierungsinstrumente zur Deckung des Bedarfs sollte im Zuge der Ausgestaltung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) angegangen werden.

5.7. Das Emissionshandelssystem (EHS) war bislang der erfolgreichste Impulsgeber der EU für Emissionssenkungen und wird das wichtigste Instrument zur Erreichung der Klimaziele für 2030 und 2040 sein. Nach dem linearen Pfad werden die Emissionszertifikate im Rahmen des EHS Ende der 2030er Jahre auslaufen. Zu dieser Zeit werden einige schwer dekarbonisierbare Branchen, darunter die Chemieindustrie und der Seeverkehr, selbst nach den ehrgeizigsten Szenarien nach wie vor von fossilen Brennstoffen abhängig sein. Das EHS wird 2026 überprüft. Der EWSA betont, dass es wichtig ist, in der Endphase des EHS für Sichtbarkeit und Berechenbarkeit zu sorgen und gleichzeitig die Integrität des Systems zu wahren. Eine Option zur Ausgabe begrenzter Zertifikate für Restemissionen, ohne die Emissionsobergrenze zu gefährden, besteht in der Verknüpfung eines konsequenten CO₂-Abbaus mit dem EHS.

5.8. Die Emissionen aus der Landwirtschaft sind in den 2000er Jahren weitgehend stabil geblieben. In der Landwirtschaft stattfindende Prozesse wie die Bodenbearbeitung und Verdauungsvorgänge von Nutztieren verursachen unvermeidbare Emissionen, während die Landwirtschaft selbst stark vom Klimawandel betroffen ist. Mithilfe geeigneter Verfahren lassen sich diese Emissionen jedoch eindämmen. Zudem können die Landwirte auch durch eine klimaeffiziente Landwirtschaft zum CO₂-Abbau beitragen. Der EWSA schlägt vor, in engem Dialog mit den Landwirtinnen und Landwirten sowie anderen Interessenträgern auf der Grundlage des strategischen Dialogs zur Zukunft der Landwirtschaft sowie von Erkenntnissen aus Wissenschaft und Forschung ein indikatives Emissionsreduktionsziel für den Agrar- und Lebensmittelsektor festzulegen. Dieses Ziel sollte dazu beitragen, nachhaltige Lebensmittelsysteme, Ernährungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Lebensmittelerzeugung ⁽¹⁵⁾ zu gewährleisten, und den unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten in der EU Rechnung tragen. Der EWSA verweist auf die Rolle der Land- und Forstwirte in einer kreislauforientierten Bioökonomie. Er fordert die Kommission dringend auf, Forschungs- und Entwicklungsbemühungen Vorrang einzuräumen, mit denen die europäische Landwirtschaft beim grünen Wandel hin zu einer nachhaltigeren Produktion mit geringeren Treibhausgasemissionen unterstützt werden kann. Ferner appelliert der EWSA nachdrücklich an die Kommission, vorrangig Mittel zur Unterstützung des grünen Wandels in europäischen Agrarbetrieben bereitzustellen.

⁽¹³⁾ https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Energy_statistics_-_an_overview.

⁽¹⁴⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen — REPowerEU: gemeinsames europäisches Vorgehen für erschwinglichere, sichere und nachhaltige Energie“ (COM(2022) 108 final) (ABl. C 323 vom 26.8.2022, S. 123).

⁽¹⁵⁾ Die Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Lebensmittelsektors wurde in der Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Ernährungssicherheit und nachhaltige Lebensmittelsysteme“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des französischen Ratsvorsitzes) (ABl. C 194 vom 12.5.2022, S. 72), näher definiert.

5.9. Der EWSA macht darauf aufmerksam, dass nachhaltigere Verbrauchsmuster wie die Umstellung auf eine gesunde Ernährung, ein geringerer Energie- und Materialverbrauch und möglichst eine bevorzugte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie Radfahren und Zufußgehen erheblich zur Verringerung der Emissionen sowohl innerhalb der EU als auch in Drittländern beitragen und zudem den materiellen Fußabdruck und den Investitionsbedarf zur Erreichung der Klimaziele verringern. Nach Auffassung des EWSA ist die Stärkung der Verbraucher und Haushalte, bspw. durch die Bereitstellung faktenbasierter Informationen, indem verlässliche Umweltinformationen zur Verfügung gestellt und digitale Produktpässe genutzt sowie das Recht auf Reparatur und Ökodesign-Grundsätze umgesetzt werden, ebenso ein wichtiger Bestandteil des Wandels wie Anreize für erschwingliche nachhaltige Entscheidungen. Die Umstellung auf einen nachhaltigen Lebensstil sollte auch durch Aufklärung und Sensibilisierung unterstützt werden.

5.10. Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft auf dem Weg zur Verwirklichung des Klimaziels für 2040 erfordert Arbeitskräfte, die für neue Technologien und nachhaltige Verfahren qualifiziert sind. Dieser Wandel bietet jungen Menschen die Möglichkeit, neue Bildungs- und Ausbildungsprogramme für grüne Kompetenzen in Anspruch zu nehmen und ihre berufliche Laufbahn auf den Bedarf einer dekarbonisierten Wirtschaft auszurichten. Ebenfalls ist zu bedenken, dass die vorhandenen Arbeitskräfte umgeschult und weitergebildet werden müssen. Im Rahmen der Schwerpunktsetzung der Strategie auf Innovation und Forschung sollten die Bildungsmöglichkeiten in MINT-Bereichen im Zusammenhang mit Klimawissenschaften und grünen Technologien verbessert werden.

5.11. Schließlich bekräftigt der EWSA, dass es eines starken politischen Rahmens für einen gerechten Übergang bedarf, der auf die Menschen ausgerichtet ist, den lokalen Gegebenheiten gerecht wird, gleichzeitig Natur und Umwelt schützt sowie Chancen ergreift. ⁽¹⁶⁾

Brüssel, den 30. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

⁽¹⁶⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Maßnahmen zur Schaffung eines EU-Rahmens für den gerechten Übergang“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes) (ABl. C, C/2024/1576, 5.3.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/1576/oj>).



Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zum neunten Kohäsionsbericht

(COM(2024) 149 final)

(C/2024/4668)

Berichterstatter: **Matteo Carlo BORSANI**

Beraterin	Eleonora TRENTO, für den Berichterstatter
Befassung	Europäische Kommission, 29.5.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
Annahme im Arbeitsorgan	17.5.2024
Verabschiedung im Plenum	31.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthal- tungen)	179/1/2

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Vorlage des neunten Kohäsionsberichts, der seiner Ansicht nach umfassend ist und einen geeigneten Ausgangspunkt für eine Bestandsaufnahme der gewonnenen Erkenntnisse sowie für Überlegungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik und ihre mögliche Gestaltung im Vorfeld der geplanten EU-Erweiterungen darstellt.

1.2. Der EWSA empfiehlt Investitionen und Maßnahmen zur Stärkung der verarbeitenden Industrie, um den territorialen Zusammenhalt zu verbessern. Er weist darauf hin, dass sich die positive Korrelation zwischen dem Produktivitätswachstum und dem Anstieg des Pro-Kopf-BIP als einzige Gemeinsamkeit des Wachstums in allen Arten von Regionen erwiesen hat.

1.3. Der EWSA unterstreicht, wie wichtig die Wettbewerbsfähigkeit für die Stärkung des wirtschaftlichen Zusammenhalts und produktive Investitionen für die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum sind. Beides wirkt sich positiv auf den territorialen und sozialen Zusammenhalt aus. Der EWSA betont außerdem, wie wichtig es ist, den Zugang zu Mitteln der Kohäsionsfonds für produktive Investitionen auf Großunternehmen auszuweiten, die Teil des KMU-Ökosystems sind. Dafür müssen aufgrund des Kaskadeneffekts für Gebiete und Gesellschaft bestimmte Bedingungen gelten. Die Ergebnisse des wirtschaftlichen Zusammenhalts sollten nicht nur an der Höhe der wirtschaftlichen Investitionen in einem bestimmten Gebiet gemessen werden, sondern auch an den territorialen und sozialen Erfolgen, den wichtigsten Faktoren für nachhaltiges und faires Wachstum.

1.4. Der EWSA betont die Bedeutung eines funktionierenden und inklusiven Arbeitsmarktes für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch Maßnahmen, die darauf abzielen, Bürger und Arbeitskräfte in der EU mit den richtigen Kompetenzen auszustatten, damit sie in den Arbeitsmarkt eintreten und sich dort bewegen können. In diesem Zusammenhang empfiehlt der EWSA, Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung mit solchen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit zu verknüpfen, unter anderem durch eine gezielte Ausrichtung auf Bevölkerungsgruppen, die Gefahr laufen, zurückgelassen zu werden, und durch die Förderung der Eingliederung arbeitsmarktfremder Personen. Besondere Aufmerksamkeit sollte den schutzbedürftigsten Gruppen gewidmet werden, die spezielle beschäftigungspolitische Maßnahmen benötigen. Die Kohäsionspolitik sollte flexibel genug sein, um diese Lücken zu schließen.

1.5. Der EWSA empfiehlt, strategische Investitionen in die lokale und regionale Verwaltung voranzutreiben, um dieses bei der Umsetzung der Programme so wichtige System zu stärken. Sozialer, wirtschaftlicher und territorialer Zusammenhalt ist nur möglich, wenn zunächst die Kapazitäten der Behörden einander angeglichen werden. Ebenso sollten die Kapazitäten der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft gestärkt werden, da ihre Zusammenarbeit in diesem Bereich für die Verwirklichung der Ziele der sozialen Kohäsion entscheidend ist.

1.6. Der EWSA empfiehlt, bei allen Überlegungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik sicherzustellen, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften auch weiter einbezogen werden, dass das Partnerschaftsprinzip gewahrt wird und dass auch die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft hinzugezogen werden.

1.7. Der EWSA fordert die beiden gesetzgebenden Organe auf, die Gesamtmittelausstattung für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) aufzustocken und für eine angemessene Finanzierung der Kohäsionspolitik zu sorgen, auch im Hinblick auf den künftigen Bedarf an EU-Investitionen in die Verteidigung und in eine Europäische Union mit mehr als 27 Mitgliedstaaten. Aus diesen Gründen weist der EWSA darauf hin, dass die Mittel für die EU und ihren wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und Wohlstand sowie für ihre Wettbewerbsfähigkeit mit 1 % des BNE der EU zu knapp bemessen sind.

1.8. In diesem Zusammenhang empfiehlt der EWSA, auch die von der Europäischen Union geplanten künftigen Erweiterungen im Auge zu behalten: Sie erfordern eine wirksame und gut funktionierende Kohäsionspolitik, um eine reibungslose Integration der künftigen Mitgliedstaaten zu gewährleisten, ohne die Investitionen in den derzeitigen Entwicklungsregionen zu gefährden⁽¹⁾.

1.9. Der EWSA betont, dass die geschwächte Lage der Regionen an den östlichen Außengrenzen der EU und insbesondere an der Grenze zu Russland in der künftigen Kohäsionspolitik berücksichtigt werden muss. Die Kohäsionspolitik der EU kann die schädlichen Auswirkungen der veränderten geopolitischen Lage in diesen Regionen abmildern.

1.10. Schließlich empfiehlt der EWSA den Einsatz automatischer und leicht umzusetzender Investitionsinstrumente für den Übergang zu einem intelligenteren und umweltfreundlicheren Europa. Die Herausforderungen, die sich aus einem fairen ökologischen und digitalen Wandel und den damit verknüpften ehrgeizigen Zielen ergeben, erfordern Schnelligkeit und Einsatzbereitschaft. Zur Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des Binnenmarktes und damit innerhalb der Gebiete und der Gesellschaft muss auch dafür Sorge getragen werden, dass bei den entsprechenden Investitionskapazitäten der einzelnen Mitgliedstaaten mehr Kohäsion und Einheitlichkeit erreicht wird. Im Hinblick auf diese Ziele sollte die Finanzierung der EU für Klima und Übergang ehrgeiziger sein und das derzeitige Investitionsdefizit decken.

2. Allgemeine Bemerkungen

2.1. Der EWSA begrüßt die Vorlage des neunten Kohäsionsberichts, dessen Ergebnisse seiner Ansicht nach umfassend dargelegt werden und sich auf Zahlen und Fakten stützen.

⁽¹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses - Die Rolle der Kohäsionspolitik in den nächsten Erweiterungsrunden der Union (Sondierungsstellungnahme) (ABl. C, C/2024/4660, 9.8.2024, ELI: <https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2023/866/oj>).

2.2. Der neunte Kohäsionsbericht wird in einer beispiellosen Zeit vorgelegt. In den letzten Jahren waren enorme Umbrüche in Wirtschaft, Gesellschaft und Gesetzgebungstätigkeit der EU zu verzeichnen, und es galt, die Kohäsionspolitik nicht nur auf die strukturellen Herausforderungen der EU auszurichten (z. B. Bevölkerungsrückgang, ökologischer und digitaler Wandel, größere strategische Autonomie). Auch die kurzfristigen Erfordernisse aufgrund der Pandemie und der Energiekrise waren zu berücksichtigen.

2.3. Die Kohäsionspolitik wurde mehr als einmal als Instrument zur Bewältigung der unmittelbaren Folgen einer Krise eingesetzt, z. B. mit der Verordnung (EU) 2020/0101 (REACT-EU) und der Verordnung (EU) 2023/435 ⁽²⁾ (REPowerEU), durch die die Mitgliedstaaten die nicht ausgeschöpften und nicht gebundenen Strukturfondsmittel des Programmplanungszeitraums 2014–2020 für die Kosten im Zusammenhang mit der Energiekrise verwenden konnten.

2.4. Auf der Grundlage dieses Berichts ist es möglich, Bilanz zu ziehen und Überlegungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik anzustellen.

3. Wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen

3.1. *Die Bedeutung der verarbeitenden Industrie für die Stärkung des territorialen Zusammenhalts*

3.1.1. Territorialer Zusammenhalt impliziert, dass eine harmonische Entwicklung der überaus vielfältigen Gebiete in der EU angestrebt und sichergestellt wird, dass die Ungleichheiten, die dem besseren wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt entgegenstehen, überall in Europa und auf allen Ebenen ausgeglichen werden. Laut dem Bericht sind die wirtschaftlichen Unterschiede auf dem Kontinent nach wie vor groß; nicht alle Gebiete profitieren von derselben Wachstumsdynamik, auch innerhalb der Mitgliedstaaten (z. B. Entwicklungsfallen). Im Großen und Ganzen schnitten die Städte bei fast allen Indikatoren für jeden Bereich besser ab: Städte sind in der Wirtschaftsentwicklung, Beschäftigung und Bildung führend. Sie sind zudem besser vernetzt, was die allgemeinen Möglichkeiten und das soziale Leben verbessert und ganz allgemein zu einem höheren Lebensstandard führt. In dem Bericht wird jedoch betont, dass die stark divergierende Wachstumsdynamik zwischen Hauptstadtregionen und großen Ballungsräumen einerseits und Regionen mit geringerer Bevölkerungsdichte andererseits eine ausgewogenere territoriale Entwicklung erfordert.

3.1.2. Für den territorialen Zusammenhalt misst der EWSA einer der wichtigsten Erkenntnisse des Berichts, nämlich dass Produktivität und Wirtschaftswachstum miteinander korrelieren, besondere Bedeutung bei. Denn als Gemeinsamkeit in Bezug auf das Wachstum in allen Arten von Regionen lässt sich feststellen, dass der Anstieg des Pro-Kopf-BIP in der EU im Zeitraum 2001–2021 weitgehend vom Produktivitätswachstum abhing. Letzteres sollte daher durch maßgeschneiderte Maßnahmen gesteigert werden, die Anreize für produktive Investitionen von KMU oder Großunternehmen setzen und unter bestimmten Bedingungen einen Kaskadeneffekt im gesamten Gebiet ermöglichen können. Wenn dieser Kaskadeneffekt eintritt, entstehen durch die Herausbildung und das Wachstum eines wirtschaftlichen Zentrums Arbeitsplätze und Wohlstand – das Gebiet gewinnt an Anziehungskraft, die Bildungsmöglichkeiten und ganz allgemein der Lebensstandard steigen. Maßnahmen zugunsten des territorialen Zusammenhalts sollten daher so konzipiert und umgesetzt werden, dass sie diesen Prozess fördern und die territorialen Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Regionen verringern.

3.2. *Die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit für die Stärkung des wirtschaftlichen Zusammenhalts*

3.2.1. In den letzten Jahren hat die Kohäsionspolitik bei der Sicherstellung einer harmonischen Wirtschaftsentwicklung in allen EU-Regionen eine doppelte Rolle gespielt: Sie sorgte nicht nur für eine bessere langfristige Wirtschaftsentwicklung und mehr Widerstandsfähigkeit, sondern bewahrte die Wirtschaft der EU auch vor den unmittelbaren Folgen der zahlreichen Krisen, die sie langfristig zu beeinträchtigen drohten.

3.2.2. Der Bericht zeigt einen großen Unterschied zwischen den Folgen, die die Pandemie und die Energiekrise für die EU-Wirtschaft hatten, und den Folgen der Finanzkrise 2009. Dies hängt mit den Reaktionen auf die Krisen und den zu ihrer Bewältigung ergriffenen Maßnahmen zusammen: Auf Pandemie und Energiekrise gab es eine sofortige Reaktion auf EU-Ebene, wohingegen die während der Krise von 2009 von den Mitgliedstaaten ergriffenen Sofortmaßnahmen meist individuell und unkoordiniert waren und sich zwischen den Gebieten und Gesellschaften und innerhalb derselben asymmetrisch auswirkten. Der Zustand der Gesellschaft und die Zunahme der Armut aufgrund politischer Maßnahmen zur Begrenzung der Sozialausgaben wurden nicht berücksichtigt. Während der Pandemie wurde genau das Gegenteil getan: die Sozialausgaben wurden durch die Aufbau- und Resilienzfazilität aufgestockt, um sicherzustellen, dass keine Bevölkerungsgruppe zurückgelassen wird, wie dies 2009 der Fall war.

⁽²⁾ Verordnung (EU) 2023/435 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/241 in Bezug auf REPowerEU-Kapitel in den Aufbau- und Resilienzplänen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1303/2013, (EU) 2021/1060 und (EU) 2021/1755 sowie der Richtlinie 2003/87/EG (ABl. L 63, 28.2.2023, S. 1).

3.2.3. Die Flexibilität der Kohäsionspolitik hat sich somit als wirkungsvoll und wichtig erwiesen, um die Wirtschaftsentwicklung zu sichern und kurzfristige wirtschaftliche Schocks zu bewältigen. Zur Verringerung der Anfälligkeit gegenüber wirtschaftlichen Schocks dieser Art muss jedoch die wirtschaftliche und soziale Resilienz gestärkt werden, was nur durch einen stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt möglich ist. Die Aufwärtskonvergenz der EU-Regionen muss dabei weiterhin im Mittelpunkt stehen. Regionen in der Entwicklungsfalle benötigen in diesem Prozess besondere Aufmerksamkeit. Denn die derzeitige Kohäsionspolitik verfügt nicht über die geeigneten Instrumente, um solche Situationen zu bewältigen oder zu vermeiden. Bei der neuen Kohäsionspolitik sollte diesem Aspekt Rechnung getragen und durch einen proaktiven Ansatz die Ressourcen und Instrumente vorgesehen werden, mit denen sich Entwicklungsfällen vermeiden lassen.

3.2.4. Im neunten Kohäsionsbericht wird betont, wie wichtig eine ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit für die Verwirklichung einer vollständigen wirtschaftlichen Integration und Kohäsion ist. Unterschiedliche Niveaus der Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt mit seinem freien Personen- und Warenverkehr führen zu einer Zunahme der territorialen Unterschiede und damit zu seiner Fragmentierung. Regionen mit einer wettbewerbschwächeren Wirtschaft verfügen auch nicht über die nötigen Mittel für Investitionen in Infrastruktur, Innovation, Bildung, soziale Sicherheit und andere Schlüsselbereiche.

3.2.5. Dies unterstreicht die Bedeutung produktiver Investitionen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums. Beides wirkt sich positiv auf den territorialen und sozialen Zusammenhalt aus. Hier betont der EWSA, wie wichtig es ist, den Zugang zu Mitteln der Kohäsionsfonds für produktive Investitionen auf Großunternehmen auszuweiten, die Teil des KMU-Ökosystems sind, wobei die sozialen Ziele der Kohäsionspolitik und insbesondere die schutzbedürftigsten Gruppen zu berücksichtigen sind. Schließlich wirkt sich das Wachstum eines großen Unternehmens in einer Region auf seine gesamte Lieferkette aus, wodurch auch für die KMU in seinem Ökosystem Wachstum generiert wird.

3.3. *Die Bedeutung eines funktionierenden und inklusiven Arbeitsmarktes für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts*

3.3.1. Der soziale Zusammenhalt lässt sich vor allem mit Hilfe dreier Indikatoren messen: Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Armutsbekämpfung. Diese drei Elemente sind eng miteinander verknüpft, sie beeinflussen sich gegenseitig und müssen zusammen mit einigen anderen Variablen betrachtet werden, die, wenn sie angemessen berücksichtigt werden, positive Auswirkungen haben: Dabei geht es um Chancengleichheit, Gleichstellung der Geschlechter und Inklusion von Zuwanderern und anderen Minderheiten.

3.3.2. Der EWSA weist darauf hin, dass der soziale Zusammenhalt in Europa stark von einem florierenden Arbeitsmarkt abhängt, der für Wohlstand und Inklusion sorgt und die Ungleichheiten zwischen den Regionen verringert. Zum sozialen Zusammenhalt gehört auch, dass niemand in Europa gezwungen ist, seine Heimat zu verlassen, weshalb überall in Europa Möglichkeiten und Perspektiven für die Menschen geschaffen werden müssen. Auf der anderen Seite könnten demographische Herausforderungen, u. a. die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte und eine schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, einschließlich Phänomenen des Kompetenz- und Arbeitskräftemangels wie NEET (junge Menschen, die weder arbeiten, noch eine Schule besuchen, noch eine Ausbildung machen) verstärken. Dadurch könnten sich bereits bestehende Ungleichgewichte verschärfen und sogar neue entstehen.

3.3.3. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist daher entscheidend. Er muss durch Ad-hoc-Maßnahmen gefördert werden, um Bürger und Arbeitskräfte in der EU mit den richtigen Kompetenzen auszustatten, damit sie in den Arbeitsmarkt eintreten und sich dort bewegen können. In diesem Zusammenhang hält es der EWSA für erforderlich, Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung mit solchen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit zu verknüpfen, unter anderem durch eine gezielte Ausrichtung auf Bevölkerungsgruppen, die Gefahr laufen, zurückgelassen zu werden, sowie durch die verstärkte Eingliederung von Menschen, die derzeit außerhalb des Arbeitsmarktes stehen mittels spezieller aktiver Maßnahmen wie Umschulungen. Die Kohäsionspolitik sollte flexibel genug sein, um diese Lücken zu schließen und sich an die Realität anzupassen, auch durch die aktive Einbeziehung der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft. Außerdem müssen die schutzbedürftigsten Gruppen berücksichtigt werden, für die beschäftigungspolitische Maßnahmen wirkungslos sind, weil sie spezielle aktive Maßnahmen benötigen.

3.3.3.1. Besondere Aufmerksamkeit sollte den schutzbedürftigsten Gruppen gewidmet werden, die spezielle beschäftigungspolitische Maßnahmen benötigen. Die Kohäsionspolitik sollte flexibel genug sein, um diese Lücken zu schließen und sich an die Realität anzupassen.

3.3.4. Darüber hinaus sollte nach Ansicht des EWSA erwogen werden, den sozialen Zusammenhalt nicht nur zwischen, sondern auch in den einzelnen Regionen und Gesellschaften zu messen. Das bedeutet, dass der Schwerpunkt auf Initiativen gelegt werden muss, mit deren Hilfe auch Frauen, Zuwanderer und Minderheiten fair am Arbeitsmarkt teilhaben können. Allen Menschen soll die Möglichkeit geboten werden, zum Abbau von Ungleichheiten und Ungleichgewichten beizutragen. Armutsabbau, gute Arbeitsplätze und hochwertige Bildung sichern einen höheren Lebensstandard und wirken sich positiv auf wachsende Wirtschaftszentren aus. Im Sinne der Integration muss es spezielle aktive beschäftigungspolitische Maßnahmen für schutzbedürftige Gruppen und die wirksame Einbeziehung der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft geben, die grundlegende Akteure in diesem Bereich sind.

3.3.5. Schließlich hält es der EWSA für besonders wichtig, dass bei der Bewertung der Wirksamkeit kohäsionspolitischer Projekte nicht nur die Investitionen, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen berücksichtigt werden. Er betont ferner, dass die Einbeziehung der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen verbessert werden muss, um die Kohäsionspolitik wirksamer zu gestalten.

4. Multi-Level-Governance sowie administrative und zivilgesellschaftliche Kapazitäten

4.1. Leistung und Kapazitäten der öffentlichen Verwaltungen in den Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Das zeigt sich in einem der größten Paradoxe der Kohäsionspolitik: die Regionen, die mehr Mittel benötigen und erhalten, sind zugleich diejenigen, die sich sehr schwer damit tun, die während der Programmplanungszeiträume zugewiesenen Mittel auszuschöpfen. Die für die Verwaltung der Kohäsionsfonds zuständigen Strukturen müssen effizienter werden, denn in den meisten Fällen mangelt es an Personal und Fachwissen.

4.2. In einigen Fällen ist dieser Prozess als Teil der im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützten Reformen bereits im Gange. Es sind jedoch weitere wesentliche Maßnahmen erforderlich, um die Arbeitskräfte in den Behörden besser zu schulen und digital weiterzubilden. Daher betont der EWSA, dass sozialer, wirtschaftlicher und territorialer Zusammenhalt nur möglich ist, wenn zunächst die Kapazitäten der Behörden gestärkt und angeglichen werden.

4.3. Zudem ist es notwendig, die Rolle und die Kapazitäten der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft auf allen Ebenen durch einen Multi-Level-Governance-Ansatz zu stärken. Die Sozialpartner sind wichtige Akteure, die die örtlichen Gegebenheiten kennen. Zu diesem Zweck müssen die Kapazitäten der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft ausgebaut und verbessert werden.

4.4. Schließlich müssen die Ziele der nationalen und der europäischen Politik unbedingt koordiniert werden, um die sozialen Ziele der Kohäsionspolitik zu erreichen. Die Verbesserung des Zusammenhalts ist außerdem nicht nur die Aufgabe der Kohäsionspolitik, insbesondere, wenn geplante und durchgeführte europäische Maßnahmen weitere Unterstützung erfordern. Die Nutzung des wirtschaftlichen Potenzials aller EU-Regionen bei gleichzeitiger Verringerung der sozioökonomischen Ungleichheiten erfordert gemeinsame Anstrengungen und sollte ein gemeinsames Ziel der Investitionspolitik auf nationaler und EU-Ebene sein, z. B. ganz allgemein im Bereich der Sozial-, Umwelt-, Steuer- und Wettbewerbspolitik sowie im Rahmen der Europäischen Säule sozialer Rechte und des europäischen Grünen Deals.

5. Das Experiment der Aufbau- und Resilienzfazilität und neue Wege zum Zusammenhalt

5.1. Bei der Gegenüberstellung des Kohäsionsfonds (Programmplanungszeitraum 2021–2027) und des Mechanismus der Aufbau- und Resilienzfazilität ist in den letzten Jahren zunehmend die Erkenntnis gereift, dass einige der etablierten Ansätze für die Regionalpolitik der EU überdacht werden müssen.

5.2. Ein systematischer Vergleich des Modells der Aufbau- und Resilienzfazilität mit der Kohäsionspolitik auf der Grundlage von Ergebnissen wird freilich erst nach der Halbzeitüberprüfung der Fazilität möglich sein. Dennoch sollten nach Ansicht des EWSA bei den Überlegungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik bestimmte Eckpunkte beibehalten werden.

5.3. In diesem Zusammenhang betont der EWSA, wie wichtig es ist, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften auch künftig einzubeziehen, das Partnerschaftsprinzip zu wahren sowie die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft einzubinden. Der EWSA erkennt an, dass stärkere Verknüpfungen mit maßgeschneiderten Reformen erforderlich sind, die darauf abzielen, Wachstumshindernisse zu überwinden. Zudem wäre die Umsetzung wirksamer und einfacher, wenn auf den Erfahrungen mit anderen EU-Instrumenten und Vereinfachungsmaßnahmen aufgebaut wird, die bereits im Rahmen der Kohäsionspolitik angenommen wurden.

6. Die Etappenziele der künftigen Kohäsionspolitik

6.1. Der Bericht der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik enthält eine umfassende Liste von Empfehlungen als Grundlage für die Diskussion über den nächsten Programmplanungszeitraum und die Zukunft der Kohäsionspolitik. Der EWSA hebt einige dieser Empfehlungen besonders hervor und ergänzt die Diskussion mit spezifischen Bemerkungen und weiteren Überlegungen:

- Die Kohäsionspolitik sollte sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird.
- Die Kohäsionspolitik sollte zu einer systemischen und dynamischen Politik werden. Diese könnte das ungenutzte wirtschaftliche Potenzial der EU, insbesondere in weniger entwickelten und benachteiligten Gebieten, erschließen und so die Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa stärken sowie die Gründung und Ausweitung von Wirtschaftstätigkeiten fördern.
- Mit der Kohäsionspolitik sollten die wichtigsten strukturellen Probleme der EU angegangen werden: Entwicklungsschwäche, anhaltende wirtschaftliche Stagnation, fehlende Perspektiven in allen Regionen sowie Ungleichheiten zwischen den Regionen und Gesellschaften und innerhalb derselben.
- Die Funktionsweise der Kohäsionspolitik sollte geändert werden, um straffere Verwaltungsverfahren, weniger Verwaltungsaufwand und effizientere Ansätze für einfachere und benutzerfreundlichere Prozesse zu erreichen.
- Die Schlüsselrolle der Gebietskörperschaften, Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft bei den Verhandlungen über den Kohäsionsfonds und dessen Umsetzung sollte durch eine Aufwertung der Partnerschaften beibehalten und ausgebaut werden. Darüber hinaus müssen der Europäische Verhaltenskodex für Partnerschaften sowie die Begleitausschüsse gestärkt werden, um sicherzustellen, dass die Zivilgesellschaft angemessen einbezogen wird.
- Die Kohäsionspolitik muss gezielt auf die schutzbedürftigsten Personen und Gruppen ausgerichtet werden, und das muss sich auch auf finanzieller Ebene widerspiegeln.
- Die Kohäsionspolitik und ihre Ziele sollten in das Europäische Semester integriert werden. Darüber hinaus wird im neuen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung vorgeschlagen, dass Ausgaben im Rahmen der nationalen Kofinanzierung von EU-Programmen nicht durch die Ausgabenregel beschränkt werden.
- Die neue Kohäsionspolitik sollte im Hinblick auf künftige Maßnahmen auf die neuen Herausforderungen einer Europäischen Union mit mehr als 27 Mitgliedstaaten vorbereitet sein.
- Der EWSA betont, dass die geschwächte Lage der Regionen an den östlichen Außengrenzen der EU und insbesondere an der Grenze zu Russland in der künftigen Kohäsionspolitik berücksichtigt werden muss. Die Kohäsionspolitik der EU kann die schädlichen Auswirkungen der veränderten geopolitischen Lage in diesen Regionen abmildern.

7. Kohäsion im nächsten MFR

7.1. Die Zukunft der Kohäsionspolitik steht und fällt mit ihrer Finanzausstattung, die im nächsten MFR neu festgelegt werden soll. Der EWSA empfiehlt eine ehrgeizigere Gesamtmittelausstattung für den MFR, auch im Hinblick auf den künftigen Bedarf an EU-Investitionen in die Verteidigung und in eine Europäische Union mit mehr als 27 Mitgliedstaaten. Aus diesen Gründen weist der EWSA darauf hin, dass Investitionen in die EU und ihren Zusammenhalt und Wohlstand sowie in ihre Wettbewerbsfähigkeit in Höhe von nur 1 % des BNE der EU nicht ausreichen.

7.2. Im Übrigen dürfen zwei neu hinzugekommene Aspekte nicht außer Acht gelassen werden: die Kohäsionspolitik muss für die neuen Herausforderungen einer EU mit mehr als 27 Mitgliedstaaten gerüstet sein und die Instrumente müssen im Rahmen eines fairen ökologischen und digitalen Wandels anwenderfreundlicher werden.

7.3. Eine für die neuen Herausforderungen einer EU mit mehr als 27 Mitgliedstaaten gerüstete Kohäsionspolitik

7.3.1. Die künftigen Erweiterungen der Europäischen Union erfordern eine wirksame und gut funktionierende Kohäsionspolitik, um eine reibungslose Integration der künftigen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Indes dürfen die Investitionen in die derzeitigen Regionen nicht gefährdet werden. Dazu müssen die finanziellen und politischen Auswirkungen dieser Erweiterungen genau analysiert werden.

7.3.2. Das bedeutet auch, dass neue Akteure in den fairen ökologischen und digitalen Wandel einbezogen und die Digitalisierung und Dekarbonisierung beschleunigt werden müssen. Dabei ist der entsprechende Fahrplan für die Länder, die ihn initiiert haben und sich schon seit mehr als fünf Jahren darauf vorbereiten, bereits ambitioniert.

7.3.3. Angesichts dieser gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen ist klar, dass die Mittelausstattung des Kohäsionsfonds nicht nur beibehalten, sondern bei den Verhandlungen über den nächsten MFR, einschließlich der Debatte über neue Eigenmittel, sogar aufgestockt werden muss.

7.4. Besserer Zugang zu den Instrumenten im Rahmen des ökologischen und des digitalen Wandels

7.4.1. Der Aufbau eines intelligenteren und umweltfreundlicheren Europas erfordert enorme Anstrengungen der gesamten Gesellschaft und beispiellose Investitionen.

7.4.2. Damit niemand zurückgelassen wird und Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des Binnenmarktes vermieden werden, muss auch dafür Sorge getragen werden, dass bei den entsprechenden Investitionskapazitäten der einzelnen Mitgliedstaaten mehr Kohäsion und Einheitlichkeit erreicht wird. Darüber hinaus sollte die Kohäsionspolitik die Klimaresilienz stärken, da einige Regionen sozioökonomisch stärker von den unvermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein werden. Auch wenn diese Ziele bereits Teil der derzeitigen Kohäsionspolitik sind, untergraben langwierige bürokratische Verfahren und mangelnde Effizienz der Behörden derzeit die Einheitlichkeit und Kohäsion des Übergangsprozesses.

7.4.3. Die Herausforderungen, die sich aus dem ökologischen und dem digitalen Wandel und ihren ehrgeizigen Zielsetzungen ergeben, erfordern Schnelligkeit und Einsatzbereitschaft. Daher muss die Anwendbarkeit dieser Instrumente unbedingt erleichtert werden. Wie bereits in einer früheren Stellungnahme des EWSA ^(*) dargelegt, könnte dies erreicht werden, indem der Schwerpunkt auf automatische und leicht umzusetzende Instrumente gelegt wird. Ziel dabei ist es, die Kosten der wirtschaftlichen Umstrukturierung im Zusammenhang mit dem ökologischen und dem digitalen Wandel zu decken und gleichzeitig Maßnahmen zur Erkennung und Verhinderung von Missbrauch und Betrug zu treffen.

7.4.4. Ferner betont der EWSA, wie wichtig es ist, die regionalen Unterschiede zu berücksichtigen, um leicht umsetzbare Lösungen zu finden. Er weist auf die Rolle der Partnerschaften hin, wenn es darum geht, die besten Lösungen auf die einzelnen Regionen zuzuschneiden, wie bspw. auf Grenzregionen, die besondere Aufmerksamkeit benötigen, weil dort die Ungleichheiten am schwierigsten zu beseitigen sind.

Brüssel, den 31. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE

(*) Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) und zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG, der Verordnungen (EU) 2021/1058, (EU) 2021/1056, (EU) 2021/1057, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) 2021/1060, (EU) 2021/523, (EU) 2021/695, (EU) 2021/697 und (EU) 2021/241“ (COM(2023) 335 final — 2023/0199 (COD)) (ABl. C, C/2023/866, 8.12.2023, ELI: <https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2023/866/oj?locale=de>).



Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat

Kein Platz für Hass: ein Europa, das geeint gegen Hass steht

(JOIN(2023) 51 final)

(C/2024/4669)

Berichterstatter: **Cristian PÎRVULESCU**

Mitberichterstatterin: **Milena ANGELOVA**

Berater	Claudiu CRACIUN (für den Berichterstatter, Gruppe III) Tellervo KYLÄ-HARAKKA-RUONALA (für die Ko-Berichterstatterin, Gruppe I)
Beschluss des Plenums	31.5.2024
Befassung	28.2.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Beschäftigung, Sozialfragen, Unionsbürgerschaft
Annahme im Arbeitsorgan	23.5.2024
Verabschiedung im Plenum	31.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	144/0/3

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Mitteilung ⁽¹⁾ und bekräftigt, dass dringend alle Formen des Hasses, unbeschadet seiner Hintergrundmotive oder seiner Ausdrucksform, bekämpft werden müssen. Er verpflichtet sich, alle Formen des Hasses zu bekämpfen und unterstreicht, dass dies eine europäische Aufgabe ist, die sich aus dem demokratischen Fundament der EU ergibt. Die Union gründet sich, „schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas“, ⁽²⁾ auf „[...] die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“ ⁽³⁾

1.2. Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist hervorzuheben. Wenngleich in der Mitteilung mehrere Initiativen und Programme genannt werden, an denen zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt sind, ist dies dennoch nicht die erforderliche umfassende Partnerschaft. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die insbesondere im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten mit Einzelpersonen, Gruppen und Gemeinschaften arbeiten, die in hohem Maße der Hasskriminalität ausgesetzt sind, benötigen mehr Ressourcen. Die Ressourcen sollten darauf ausgerichtet werden, die Meldung von Vorfällen, Vermittlung mit den Strafverfolgungsbehörden, Rechtshilfe und Unterstützung bei der Bewältigung der Auswirkungen von Hass zu erleichtern.

⁽¹⁾ JOIN(2023) 5 final.

⁽²⁾ Präambel des EU-Vertrags (EUV).

⁽³⁾ Artikel 2 EUV.

1.3. Die Bekämpfung von Hass ist ein existenzielles Gebot für alle Institutionen, die in der Pflicht sind, gegen dieses Phänomen koordiniert vorzugehen. Für die EU-Organe und die Mitgliedstaaten sollte es eine Priorität sein, gegen Desinformation⁽⁴⁾, die Einmischung aus dem Ausland sowie gegen verdeckte und böswillige ausländische Finanzierung von Organisationen vorzugehen, die den Hass aufstacheln. Der EWSA fordert umfassende Informations- und Sensibilisierungskampagnen im Rahmen abgestimmter Maßnahmen gegen den Hass in all seinen Ausdrucksform. Es müssen ausreichende Ressourcen bereitgestellt werden, um in dieser wichtigen Angelegenheit rasch Ergebnisse zu erzielen.

1.4. Es müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um digitale oder analoge „Ökosysteme“ des Hasses aufzuspüren und zu bekämpfen. Sie beeinträchtigen die Politik und das Wahlgeschehen in Europa bereits jetzt ganz erheblich. Dies sollte eine Priorität des neuen Europäischen Parlaments und der neuen Kommission sein. Die Mitgliedstaaten sollten bei der Schaffung sicherer Zonen im Internet unterstützt werden, in denen Ideen und Präferenzen frei geäußert werden können, ohne dass Hass und Desinformation zu befürchten sind.

1.5. Der EWSA stellt mit großer Besorgnis fest, dass diskriminierende Sprache und Hassrede nicht nur von Randgruppen und -organisationen verwendet wird, sondern manchmal sogar von politischen und staatlichen Kräften. Die Teilnahme am politischen Wettbewerb ist weder eine Entschuldigung noch eine Rechtfertigung für die Verbreitung von Hass. Sie ist im Gegenteil eine wichtige zusätzliche Verantwortung.

1.6. Der EWSA fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gegen sämtliche Formen von Hass im öffentlichen Raum, im Bildungsbereich, in den Unternehmen und am Arbeitsplatz vorzugehen. Der EWSA bedauert, dass Drittstaatsangehörige, die in der EU leben, studieren und arbeiten, immer mehr mit einer gegen Migranten und Flüchtlinge gerichteten Rhetorik konfrontiert werden. Ohne den Schutz durch die Staatsangehörigkeit sind diese Menschen in hohem Maße Anfeindungen und Diskriminierung ausgesetzt. Die Mitgliedstaaten sollten mehr tun, um Hass und Hassverbrechen gegen diese Gruppen aufzudecken und zu bekämpfen.

1.7. Neben der Bekämpfung von Hass, der sich hauptsächlich gegen die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, Religion oder Ethnie richtet, muss die EU unbedingt auch umfassend dafür sorgen, dass menschliche Eigenschaften wie Geschlecht, Alter, Behinderung und sexuelle Orientierung vor Hasskriminalität geschützt werden. Der EWSA unterstützt und betont daher, dass die verschiedenen Strategien und Initiativen zur Förderung der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung wirksam umgesetzt werden müssen⁽⁵⁾. Er betont, dass Hass unabhängig von den betreffenden Merkmalen vordringlich mit ein und demselben Ansatz bekämpft werden muss.

1.8. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten auf, ernsthafte gegen die Verbreitung von Hass und Hassverbrechen vorzugehen, die Öffentlichkeit umfassend über die Definition von Hass zu informieren und sie zu ermutigen, den Strafverfolgungsbehörden sämtliche Straftatbestände zu melden. Der EWSA betont, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung gewahrt und geschützt werden muss, doch niemals als Rechtfertigung für Hass und Diskriminierung herhalten darf. Die Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten sollten umfassend geschult werden, damit sie solche Taten unter gebührender Achtung der Schutzbedürftigkeit und der Grundrechte der Opfer ordnungsgemäß erkennen und bearbeiten können. Diesbezüglich bedarf es stärkerer – und auch finanzieller – Unterstützung der EU für insbesondere die Organisationen der Zivilgesellschaft, die bereits in diesem Bereich tätig sind.

⁽⁴⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss — Schutz der Demokratie vor Desinformation (Initiativstellungnahme) (ABl. C, C/2024/4052, 12.7.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2024/4052/oj>).

⁽⁵⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Förderung der Gleichstellung in der EU“ (Initiativstellungnahme)(ABl. C 75, 28.2.2023, p. 56), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (COM(2022) 105 final) (ABl. C 443, 22.11.2022, S. 93), Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss — Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsthema – aktueller Stand der Maßnahmen in der EU (in Erarbeitung).

1.9. In der Mitteilung wird anerkannt, dass der Hass besonders stark über Online-Plattformen verbreitet wird. Das Gesetz über digitale Dienste der EU ist eine Maßnahme zur Regulierung von Plattformen und zur Schaffung von Verfahren für die Meldung und rasche Entfernung von Inhalten, die auch vertrauenswürdige Hinweisgeber und spezialisierte institutionelle Strukturen, stärken soll. Obwohl dies eine begrüßenswerte Entwicklung ist, fehlen im Kampf gegen die Hasskriminalität aber immer noch breite und wirksame Maßnahmen. Die Rolle und das Fachwissen der Hinweisgeber sollten erweitert werden, um konsequent alle Arten von Hass aufgrund von Vorurteilen im Internet abzudecken. Die Tatsache, dass es Schnellverfahren für die Entfernung gewisser Inhalte gibt, wie z. B. Anstiftung zum Terrorismus, zeigt, dass rasches Handeln möglich ist. Medienkompetenzen und digitale Kompetenzen⁽⁶⁾ sollten verbessert werden, damit alle Menschen, die Hetze im Internet beobachten, wissen, wie sie diese den Plattformbetreibern melden können.

1.10. Die Arbeit der Hochrangigen Gruppe zur Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität muss wirkungsvoller werden. Zur Prävention von Hassverbrechen sollte stärker auf die Schulung und den Kapazitätsaufbau der Sozialpartner und der zivilgesellschaftlichen Organisationen gesetzt werden. Die Strafverfolgungsbehörden müssen adäquater geschult werden, damit sie Hassverbrechen besser erfassen können und eine umfassende Datenerhebung erfolgen kann. Schließlich sollten auch die Opfer ermutigt werden, Hassverbrechen zu melden. Diese Maßnahmen sollten dokumentiert und Leistungsvergleichen unterworfen werden, um Fortschritte auf nationaler Ebene beurteilen zu können.

1.11. Außerdem sollte die Meldung von Hassverbrechen durch zivilgesellschaftliche Organisationen und potenzielle Opfer standardisiert und auf EU-Ebene institutionalisiert werden. Alle Opfer müssen von Meldemechanismen Gebrauch machen können. Die Strafverfolgungsbehörden sind für die Erfassung und Untersuchung von Hassverbrechen zuständig. Dessen ungeachtet gibt es EU-weit immer noch erhebliche Probleme bei der Meldung und Erstellung zuverlässiger Statistiken. Daher fordert der EWSA die Kommission auf, eine Online-Plattform einzurichten, auf der zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsaktivisten Hasskriminalität unverzüglich melden können.

1.12. Die Kommission sollte einen umfassenden Überblick über die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisation, die sich gegen den Hass engagieren und die Arbeit der vertrauenswürdigen Hinweisgeber zusammenstellen und Maßnahmen vorschlagen, damit sie wirksamer operieren bzw. angemessener auf aktuelle Herausforderungen reagieren können. Die Kommission sollte vertrauenswürdige Hinweisgeber stärker finanziell unterstützen und mehr Ressourcen für den Prozess bereitstellen. Dies darf allerdings nicht zu einer Belastung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch schwierige Verfahren führen. Die EU muss die großen Online-Plattformen in die Verantwortung nehmen, damit diese dafür sorgen, dass ihre Algorithmen den Hass nicht noch verstärken. Die Plattformen müssen dazu angehalten werden, gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen erarbeitete, transparente und wirksame Aufdeckungs- und Moderationsstrategien zu verfolgen.

1.13. Es sollten mehr Ressourcen für die Ermittlung und Bekämpfung von Hass im Internet aus dem Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) und Horizont Europa bereitgestellt werden, damit vorhandene Bildungs- und Forschungskapazitäten in den Dienst dieses Ziels gestellt werden können. Um den spezifischen lokalen und nationalen Gegebenheiten besser zu entsprechen, sollten die Mittel Einrichtungen und Organisationen zugutekommen. Gleichzeitig sollten im Rahmen von Erasmus+ mehr Mittel für politische Bildung vorgesehen werden. Studierende sollten dabei unterstützt werden Anzeichen von Hetze, ihre Auswirkungen und den Kontext besser erkennen, sich selbst schützen und zudem die Fortsetzung dieser Tatbestände abstellen zu können.

2. Allgemeine Bemerkungen

2.1. Der EWSA teilt die tiefe Besorgnis aller EU-Institutionen bezüglich der nicht hinnehmbaren Zunahme von Hetze gegen Menschen aufgrund ihres Glaubens, Geschlechts, geschlechtlicher Orientierung oder aufgrund von Vorurteilen⁽⁷⁾. Es kann nicht hingenommen werden, dass eine von drei Frauen Gewaltopfer wird – das muss sich ändern, denn die EU ist die Heimat aller hier lebenden Menschen, die ohne Ausnahme vor Hass und Hassverbrechen zu schützen sind.

2.2. Die Verbreitung von und die Anstiftung zu Hass wird von verschiedenen Akteuren und Staaten dazu benutzt, die Demokratie, die Grundrechte und das Vertrauen in die EU und ihre Mitgliedstaaten zu untergraben. Hassverbrechen können die psychische Gesundheit⁽⁸⁾, das Wohlbefinden sowie die körperliche Unversehrtheit eines Individuums stark beeinträchtigen. Auch im Bildungswesen bleibt Hasskriminalität nicht folgenlos, denn sie wirkt sich auf die Gesundheit der Lernenden aus. Diskriminierung von Lernenden kann deren individuellen Bildungsweg, Lernfortschritte und Bildungsabschluss gefährden. Daher ist die Einbeziehung junger Menschen in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung.

⁽⁶⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu folgenden Vorlagen: „Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu den Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche allgemeine und berufliche digitale Bildung“ (COM(2023) 205 final — 2023/0099 (NLE)), „Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für eine bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung“ (COM(2023) 206 final — 2023/0100 (NLE)) und „Neue Wege zur digitalen Inklusion“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des belgischen Ratsvorsitzes) (ABl. C, C/2024/885, 6.2.2024, ELI: <https://eur-lex.europa.eu/eli/C/2024/885/oj>).

⁽⁷⁾ Diese Entwicklung verstößt gegen Artikel 2 EUV.

⁽⁸⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema „Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit“ (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des spanischen Ratsvorsitzes) (ABl. C 349 vom 29.9.2023, S. 100).

2.3. Bei Hass geht es nicht nur um Menschenrechte, das gesellschaftliche Klima und das Wohlergehen des Einzelnen, sondern es stehen auch handfeste wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel. Zunehmende Unsicherheit und Instabilität durch Hass schaden dem Geschäfts- und Investitionsklima. Hass kann außerdem das Arbeitskräfteangebot verknappen, weil er Barrieren für die Mobilität von Arbeitskräften und Talenten schafft. Hass kann auch von ausländischen Akteuren für eigene geoökonomische Interessen genutzt werden, um die Gesellschaft zu spalten.

2.4. Der EWSA weist darauf hin, dass es einen soliden internationalen Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Hass gibt. Die Menschenrechtsinstrumente der Vereinten Nationen und des Europarats sind für die EU verbindliche, ergänzende und ehrgeizige Instrumente zur Bekämpfung von Diskriminierung und Hass. Sie sollten aufeinander abgestimmt und mit Ressourcen der EU und ihrer Mitgliedstaaten unterstützt werden.

2.5. Der EWSA fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, gegen alle Ausdrucksformen des Hasses vorzugehen, die in der Öffentlichkeit, im Bildungswesen, in Unternehmen, am Arbeitsplatz und gegen zivilgesellschaftliche Organisationen artikuliert werden. Der EWSA beobachtet einen zunehmend migrantenfeindlichen Sprachgebrauch, der sich gegen in der EU lebende, studierende und arbeitende Drittstaatsangehörige richtet. Ohne den Schutz durch die Staatsangehörigkeit sind diese Menschen in hohem Maße Anfeindungen und Diskriminierung ausgesetzt. Die Mitgliedstaaten sollten mehr tun, um Hass und Hassverbrechen gegen diese Gruppen aufzudecken und zu bekämpfen.

2.6. Der EWSA bedauert außerdem die Zunahme der Gewalt aufgrund von Vorurteilen gegen LGBTIQ+ und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, diesen Personenkreis besser zu schützen.

2.7. Was die Menschen mit Behinderungen angeht, sollte mehr unternommen werden, um Missbrauch zu verhindern und Hass und Diskriminierung aufzudecken, denn diese Tatbestände werden von den Behörden regelmäßig ignoriert und von den Betroffenen zu selten gemeldet. Entscheidend ist auch, dass die Mitgliedstaaten in ihren Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Hassverbrechen die Voreingenommenheit gegen Behinderungen berücksichtigen.

2.8. Die Gewalt gegen Angehörige der Gesundheitsberufe hat zugenommen. Der Schutz ihres Wohlergehens und ihrer Sicherheit ist indes wesentlich, damit das Gesundheitssystem funktionieren kann und Grundwerte in Bezug auf den Patienten und die gesamte Gesellschaft eingehalten werden. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten zu entschlossenen Maßnahmen auf, um Gewalt gegen sie zu verhindern und zu bekämpfen, indem unterstützende Strukturen und Ressourcen sowie förderliche Rechtsvorschriften bereitgestellt werden.

2.9. Der EWSA weist auf den territorialen und räumlichen Aspekt von Diskriminierung und Hass hin. Oftmals leben benachteiligte Menschen oder Bevölkerungsgruppen konzentriert in bestimmten Gebieten, in denen es nicht selten an angemessenem Wohnraum und sozialer Infrastruktur mangelt. Es ist wichtig, dass die lokalen und zentralen Behörden in der Städteplanung den Bedarf schutzbedürftiger und marginalisierter Gruppen berücksichtigen, damit diese Menschen städtische Angebote auch tatsächlich nutzen können.

2.10. Der EWSA bekräftigt im Nachgang zu den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs, dass das anerkannte Recht auf freie Meinungsäußerung nicht die Verbreitung von Hass rechtfertigen darf ⁽⁹⁾.

2.11. Der EWSA unterstützt die vollständige Umsetzung des „Rahmenbeschlusses des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, der einen Rahmen für die strafrechtliche Verfolgung schwerer Rassismus- und Fremdenfeindlichkeitsdelikte schafft. Insbesondere werden die Mitgliedstaaten durch den Rahmenbeschluss verpflichtet, Hetze – d. h. die öffentliche Aufstachelung zu Gewalt und Hass aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion, Abstammung, nationaler oder ethnischer Herkunft – unter Strafe zu stellen und rassistische Beweggründe bei der Verurteilung von Tätern gebührend zu berücksichtigen.

2.12. Der EWSA hält es daher für gerechtfertigt, dass seit Oktober 2020 Vertragsverletzungsverfahren gegen 13 Mitgliedstaaten betrieben werden, um die Umsetzung des Rahmenbeschlusses zu erwirken. Diese Verfahren veranlassten zehn Mitgliedstaaten zum Handeln – ein Hinweis darauf, dass starke EU-Rechtsinstrumente, das aktive Nachhaken der Kommission und zusätzliche Anstrengungen notwendig sind, um die Mitgliedstaaten zum Handeln zu bewegen.

⁽⁹⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat — Ein inklusiveres und besser schützendes Europa: Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität“ (COM(2021) 777 final) (ABl. C 323 vom 26.8.2022, S. 83).

2.13. Der EWSA bekräftigt seinen Standpunkt, dass Hetze und Hasskriminalität in die Liste der EU-Straftatbestände aufgenommen werden müssen. Er fordert den Rat auf, dafür zu sorgen, dass Mindestvorschriften für die Festlegung von Straftaten und Strafen in diesem Bereich der Kriminalität festgelegt werden können ⁽¹⁰⁾.

2.14. Der EWSA befürwortet die Schaffung eines Netzes nationaler Kontaktstellen von Strafverfolgungsbehörden, die auf die strafrechtliche Aufklärung von Hetze und Hasskriminalität spezialisiert sind. Dies dürfte die Koordinierung mit den Maßnahmen der EU, z. B. im Rahmen der Hochrangigen Gruppe zur Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität erleichtern und die grenzüberschreitende Unterstützung von Ermittlungen sowie den Austausch bewährter Verfahren und Instrumente verbessern. Die Kommission muss zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass die Kontaktstellen personell entsprechend ausgestattet und in die Strafverfolgung eingebunden sind und auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene wirksam arbeiten.

2.15. Der EWSA hofft, dass das Europäische Parlament und der Rat die im Juli 2023 von der Kommission vorgeschlagene überarbeitete Opferschutzrichtlinie zügig annehmen. Dies würde der Mitteilung zufolge den Schutz schutzbedürftiger Opfern, darunter Opfer von Hasskriminalität, verbessern und dafür sorgen, dass die besonderen Bedürfnisse dieser Opfer besser berücksichtigt würden.

2.16. Der EWSA weist darauf hin, dass das Ausmaß und die Entwicklung des Hasses mit einer „Hasspyramide“ veranschaulicht werden könnten, die mit vorurteilsbehafteten Äußerungen und Diskriminierung beginnt und bis zu körperlicher Gewalt und sogar Terrorismus und Krieg reicht. Hass wird bereits in der Kindheit gesät. Wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird, entfaltet er seine zerstörerische Kraft im Erwachsenenalter. Daher muss umgehend gegen jede Form von Hass vorgegangen werden; die Menschen müssen befähigt werden, Angriffe, die durchaus unbedeutend erscheinen mögen, verstehen und parieren zu können.

2.17. Der EWSA fordert gezielte Anstrengungen zur Bekämpfung und Prävention von Hass mithilfe eines koordinierten und einheitlichen Ansatzes, um Hass in Bildung, Kultur, Medien und Sport entgegenzutreten, denn in diesen Lebensbereichen sollte der Hass verhindert und beseitigt werden. Diese Bereiche können zur Bekämpfung von Hass durch Sensibilisierung und Schaffung eines besseren Verständnisses genutzt werden. Menschen aller Altersgruppen werden so befähigt, in allen Lebensbereichen hassfreie Einstellungen und Verhaltensweisen anzunehmen und zu fördern. Besonderes Augenmerk sollte auf die Förderung des Problembewusstseins und der Kompetenzen einflussreicher Fachkräfte wie Lehrer, Sportler, Führungspersonal zivilgesellschaftlicher Organisationen und Journalisten gelegt werden. Darüber hinaus sollte die politische Bildung kritisch überprüft werden, denn sie ist allzu oft auf die bloße Weitergabe von Wissen fokussiert, während das experimentelle Lernen, bei dem die Lernenden demokratische und tolerante Verhaltensweisen verinnerlichen, zu kurz kommt. Alle in der Mitteilung genannten Verpflichtungen werden begrüßt und sollten eingehalten werden. Der EWSA unterstreicht die herausragende Verantwortung der Politiker für das gesamte System der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte. Er ruft deshalb alle politischen Entscheidungsträger und Parteien zum verantwortungsbewussten Handeln im Rahmen und im Geiste der inklusiven Demokratie auf.

2.18. Die gravierenden menschlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen des Hasses müssen erkannt und kommuniziert werden, ebenso muss aber auch für die weitreichenden Vorteile von Vielfalt und Gleichheit sensibilisiert werden. Der EWSA empfiehlt daher der Kommission und den Mitgliedstaaten, diesen Ansatz in allen einschlägigen Initiativen und Programme zu verfolgen.

2.19. Der EWSA hält es außerdem für wichtig, dass die EU durch ihre Außenbeziehungen zur Bekämpfung von Hass beiträgt. Es müssen u. a. eine aktive Diplomatie und echte gegenseitig nutzbringende Partnerschaften gepflegt werden, um den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in den Partnerländern zu fördern, wodurch Gleichheit und Solidarität zwischen den Bevölkerungen gefördert und dem Hass den Nährboden entzogen wird.

3. Besondere Bemerkungen

3.1. Die Arbeit der Hochrangigen Gruppe zur Bekämpfung von Hetze und Hasskriminalität muss wirkungsvoller werden. Die Bemühungen um eine bessere Ausbildung und mehr Kapazität für die Strafverfolgung, die verbesserte Erfassung und umfassende Meldung von Hassverbrechen sowie die Ermutigung der Opfer, Hassverbrechen anzuzeigen, sollten dokumentiert und Leistungsvergleichen unterworfen werden, um Fortschritte auf nationaler Ebene beurteilen zu können.

⁽¹⁰⁾ Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat — Ein inklusiveres und besser schützendes Europa: Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände um Hetze und Hasskriminalität“ (COM(2021) 777 final) (ABl. C 323 vom 26.8.2022, S. 83).

3.2. Die Überwachung von Hass im Internet sollte institutionalisiert werden. Die Analyse von acht Millionen Online-Mitteilungen im Rahmen des von der EU finanzierten Projekts „European Observatory on Online Hate“ hat gezeigt, dass die Hasstoxizität seit Jahresbeginn 2023 um 30 % gestiegen ist. Dieses Projekt wurde durch das Programm „Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft“ der Europäischen Kommission unterstützt. An der Notwendigkeit, Hass im Internet zu überwachen, hat sich nichts geändert. Daher sollten die Kommission und ihre Agenturen wie die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte ein ständiges Überwachungsprogramm durchführen.

3.3. Der EWSA unterstützt den Schutz des öffentlichen Raums und die Nutzung des Fonds für die innere Sicherheit, insbesondere zum Schutz von Gebetsstätten. Die jüdischen Gemeinden und Organisationen der Zivilgesellschaft mussten nach antisemitischen Vorkommnissen erhebliche Mittel in Sicherheitsmaßnahmen investieren. Der EWSA fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Gebets- und Gemeinschaftsräume geschützt werden.

3.4. Die Kommission sollte ihre Bemühungen erneuern und angemessene Unterstützung leisten, um mehr zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtler für den Prozess für vertrauenswürdige Hinweisgeber im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zu gewinnen. Der EWSA hat die Forderung von 21 zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Kenntnis genommen, die die Abschaffung der umfangreichen Berichtspflichten wünschen. Die Anerkennung als vertrauenswürdiger Hinweisgeber durch die Kommission sollte unabhängig von den Koordinatoren für digitale Dienste der Mitgliedstaaten erfolgen ⁽¹⁾.

3.5. Das Gesetz über digitale Dienste sieht ausdrücklich vor, dass sehr große Online-Plattformen die Auswirkungen einer algorithmischen Verstärkung auf ihre Systeme bewerten und Maßnahmen ergreifen, um mögliche Risiken negativer Auswirkungen auf demokratische Prozesse, den zivilgesellschaftlichen Diskurs und Wahlprozesse sowie auf die öffentliche Sicherheit zu mindern ⁽²⁾. Diese Bemühungen sollten klar dokumentiert und veröffentlicht werden. Nach Auffassung des EWSA müsste die EU jedoch noch weiter gehen und darauf bestehen, dass große Online-Plattformen verhindern, dass ihre Algorithmen den Hass verstärken.

3.6. Es sollten mehr Ressourcen für die Ermittlung und Bekämpfung von Hass im Internet aus den Programmen „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV), Horizont Europa und Erasmus+ bereitgestellt werden, damit vorhandene Bildungs- und Forschungskapazitäten in den Dienst dieses Ziels gestellt werden können. Die Mittel sollten an Einrichtungen und Organisationen in allen Mitgliedstaaten und solche fließen, die europaweit arbeiten, um Einblick in die spezifischen lokalen und nationalen Situationen in Bezug auf Hasskriminalität und deren Täter zu bekommen.

3.7. Laut Mitteilung soll die Kommission ihre Bemühungen um die strategische Kommunikation mit dem Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung (RAN) verstärken. Zugleich sollte RAN stärker unterstützt werden, und die Kommission sollte dem Aufklärungsnetzwerk helfen, besser mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, wenn das Fachwissen des Netzwerks eine direkte Hilfe für die Politikgestaltung sein kann.

3.8. Der EWSA begrüßt den gestärkten Verhaltenskodex gegen Desinformation, der die Unterzeichner, einschließlich der großen Online-Plattformen, verpflichtet, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft einschließlich bürgernaher Initiativen und den Behörden unverzüglich auf Risiken zu reagieren. Die Koordinierung und die Zusammenarbeit von Kommission und Hohem Vertreter bei der Bekämpfung von Desinformation müssen ebenfalls intensiviert werden; unabhängige Faktenprüfer, die eine wichtige Rolle bei der Reaktion auf Desinformation spielen, müssen entsprechend unterstützt werden.

3.9. Der EWSA beteiligt sich aktiv an den Folgemaßnahmen zu der Mitteilung und wirkt aktiv am Europäischen Bürgerforum gegen Hasskriminalität in der Gesellschaft mit ⁽³⁾. Der EWSA hält die direkte Bürgerbeteiligung bei der Bekämpfung von Hass als Ergänzung zu einem sinnvollen Dialog mit Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft für voll und ganz gerechtfertigt.

⁽¹⁾ Media Diversity Institute, Medienerklärung vertrauenswürdiger Hinweisgeber zu den Verhandlungen zum Gesetz über digitale Dienste, 1. April 2022.

⁽²⁾ Im Bericht des *Institute for Strategic Dialogue* (ISD) über TikTok wurde festgestellt, dass die Plattform genutzt wird, um weiße suprematistische Verschwörungstheorien und Anleitungen zum Bau von Waffen zu verbreiten. Außerdem wurden auf dieser Plattform Extremisten, Terroristen, Faschisten und Diktatoren verherrlicht, Minderheiten gezielt schikaniert und Inhalte produziert, die Gewalt, darunter Völkermorde, verneinen. (Ciarán O'Connor. 2021. *Hatescape: An In-Depth Analysis of Extremism and Hate Speech on TikTok*, S. 4).

⁽³⁾ Europäisches Bürgerforum.

Brüssel, den 31. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates

(COM(2023) 770 final – 2023/0448 (COD))

(C/2024/4670)

Berichterstatter: **Jaume BERNIS CASTELLS**

Berater	Manuel LINARES ÁVILA (für den Berichterstatter)
Gesetzgebungsverfahren	2023/0448 (COD)
Befassung	Europäisches Parlament, 26.2.2024 Rat der Europäischen Union, 6.3.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 43, Artikel 114 und Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Dokumente der Europäischen Kommission	COM(2023) 770 final Zusammenfassung
Relevante Nachhaltigkeitsziele	Nachhaltigkeitsziele 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10, 11, 12, 13, 14 und 15
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt
Annahme im Arbeitsorgan	21.5.2024
Verabschiedung im Plenum	31.5.2024
Plenartagung Nr.	588
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen)	167/5/6

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA),

1.1. unterstützt die Umsetzung und harmonisierte Durchsetzung der Rechtsvorschriften, die sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse und empirische Erfahrungen der beteiligten Akteure stützen. Der Vorschlag der Kommission sollte daher unbedingt dem praktischen Wissen der Landwirte, Transportunternehmer und Tierärzte Rechnung tragen;

1.2. erkennt an, dass der Transport von Tieren bekanntermaßen Risiken für das Tierwohl mit sich bringt, wie aus wissenschaftlichen Berichten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hervorgeht;

1.3. gibt zu bedenken, dass den europäischen Erzeugern auferlegte Vorschriften nur dann akzeptiert werden, wenn in bilaterale Handelsabkommen gleichwertige Bedingungen für Einfuhren aufgenommen werden;

1.4. ist der Ansicht, dass Rechtsvorschriften, die nicht an die unterschiedlichen Gegebenheiten in den 27 Mitgliedstaaten angepasst werden können, asymmetrischen oder unausgewogenen Situationen Tür und Tor öffnen; anerkennt ebenso, dass die Tiere überall die gleichen Bedürfnisse und den gleichen Schutzbedarf haben;

1.5. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die mit der Umsetzung dieser neuen Rechtsvorschrift verbundenen Kosten nicht zu Lasten der Akteure des Sektors gehen. Außerdem sollte ein spezieller Finanzierungsfonds außerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eingerichtet werden, um die Marktteilnehmer bei der Einhaltung dieser neuen Anforderungen zu unterstützen;

1.6. hält eine Überwachung durch einen Tierarzt nicht für erforderlich, sofern die Tiere durch eine kompetente und autorisierte Kraft in das Fahrzeug verladen werden, bei der es sich um den Viehhalter, den Transporteur oder einen Dritten handeln kann, oder die Fahrt ordnungsgemäß im TRACES-System erfasst wird;

1.7. weist darauf hin, dass die Bestimmungen der vorgeschlagenen Verordnung die Beteiligten (insbesondere Landwirte, Kraftfahrer und Tierärzte) zu Nachtarbeit zwingen. Die Verpflichtung zur Nachtarbeit geht jedoch mit Gefahren für die Arbeitnehmer einher. Hierbei geht es nicht nur um die statistisch belegte Tatsache, dass Nachtarbeit mit einem bis zu zehnmal höheren Unfallrisiko verbunden ist als Tagarbeit, sondern auch um die Schwierigkeit dieser Arbeitnehmer, Privatleben und Beruf miteinander zu vereinbaren. Dies könnte der psychischen Gesundheit der Arbeitnehmer schaden und ihnen den Alltag noch mehr als bisher erschweren; schlägt daher vor, Rechtsvorschriften über die Innentemperatur des Laderaums des Fahrzeugs zu erlassen, anstatt die Zeiten zu regeln, zu denen Fahrten erlaubt sind, und fordert die Kommission auf, Alternativen zu den in ihrem vorliegenden Vorschlag vorgesehenen Lösungen vorzuschlagen, die eine langfristige Lösung ohne negative soziale, wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen bieten. Es ist wichtig, ein Gleichgewicht zu finden, um den Tierschutz zu verbessern, ohne die Stabilität der Arbeitnehmer und ihre Sicherheit am Arbeitsplatz zu gefährden;

1.8. fordert die Kommission auf, die Auswirkungen dieses Vorschlags auf die Lieferketten zu prüfen, die im Laufe der Jahre auf der Grundlage der derzeit geltenden Zeitvorgaben auf- und ausgebaut wurden. Es sollte beachtet werden, dass ein Wandel nur möglich ist, wenn er von den nationalen und europäischen Institutionen mit anderen Mitteln als denen der GAP angemessen unterstützt wird;

1.9. warnt davor, dass eine Beschränkung des Transports zum Schlachthof auf neun Stunden zu einer Benachteiligung von Erzeugern in Mitgliedstaaten mit großen Entfernungen, Berggebieten, abgelegenen Gebieten oder Gebieten mit unterentwickelter Infrastruktur führen würde, da sie ihre Wahlfreiheit und ihre Verhandlungsfähigkeit verlieren würden, und fordert die Kommission auf, die aktuelle Tendenz zur Schließung lokaler Schlachthöfe umzukehren;

1.10. ist der Ansicht, dass die vorgeschlagenen neuen technischen Vorschriften über die Transportfähigkeit von Landtieren zur Schließung zahlreicher Tierhaltungsbetriebe führen könnten. Die Auswirkungen dieser neuen technischen Spezifikationen bedrohen die Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und die Existenzgrundlage derer, die von ihnen abhängen; fordert daher eine detaillierte Folgenabschätzung für die einzelnen Nutztiersektoren, da sich die von der Kommission vorgeschlagene Änderung massiv auf die Struktur, die Investitionen und die Bewirtschaftung bestehender Viehhaltungsbetriebe in der EU auswirkt. Wenn diese Änderung allgemein angewandt wird, werden viele landwirtschaftliche Betriebe gezwungen sein, ihre Tätigkeit einzustellen;

1.11. weist darauf hin, dass das Verbot des Straßentransports nicht abgesetzter Jungtiere wie Kälber, Lämmer, Zickel, Ferkel und Fohlen über lange Strecken erhebliche Auswirkungen auf die Einfuhr von Tierrassen aus anderen EU-Mitgliedstaaten hat; hält eine Einschränkung der genetischen Vielfalt und Qualität der den lokalen Erzeugern zur Verfügung stehenden Tierrassen für nachteilig, da sie sich negativ auf die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit ihrer Viehhaltungsbetriebe auswirken kann;

1.12. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die klimatischen Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten in Bezug auf die Bestimmungen von Artikel 31 des Vorschlags zu berücksichtigen; vertritt die Auffassung, dass das Verbot von Tiertransporten bei bestimmten Temperaturen nur eine Zwischenlösung zu sein scheint, die angesichts des fortschreitenden Klimawandels dem Tierwohl nicht langfristig gerecht wird; hält es für zwingend erforderlich, kohärente, nachhaltigere und wirklich wirksame Lösungen zu finden, um die Auswirkungen der Erderwärmung und deren Folgen für das Tierwohl abzumildern, ohne die Lebensfähigkeit der Branche und das Wohlergehen ihrer Arbeitnehmer zu gefährden;

1.13. gibt zu bedenken, dass mehr Platz zwischen den Tieren in den Ladefahrzeugen das Sturz- und Verletzungsrisiko erhöhen könnte. Eine Verringerung der Besatzdichte und der Fahrzeiten führt auch zu mehr Lastkraftwagen auf der Straße und zu mehr CO₂-Emissionen;

1.14. hält es für wesentlich, kurze Vermarktungswege als wirksame Lösung für die Verringerung der Notwendigkeit langer Transporte zu fördern, weil sie die Entfernungen zwischen Aufzucht, Mast, Schlachtung und Verbrauch verkürzen;

1.15. dringt darauf, dass der Bedeutung des ländlichen Raums, der örtlichen Praktiken in Landwirtschaft und Viehzucht sowie den in den einzelnen Regionen gebräuchlichen Vorgehensweisen Rechnung getragen wird. Die vorgeschlagenen Beschränkungen könnten die Entvölkerung des ländlichen Raums und die Schließung oder Verlagerung kleiner und mittelgroßer Tierhaltungsbetriebe beschleunigen und so zur Verschlechterung der Tierhaltungspraktiken in der jeweiligen Region beitragen;

1.16. unterstützt Initiativen, um in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht die Erhaltung lokaler Schlachthöfe zu unterstützen sowie die Schlachtung direkt im landwirtschaftlichen Betrieb zu fördern, sofern dies der Größe des Betriebs und den örtlichen Gegebenheiten entspricht. Mit dieser Praxis könnten – sofern sie durchführbar ist – der Bedarf an Langstreckentransporten verringert und somit sowohl die Stressbelastung der Tiere als auch der CO₂-Ausstoß reduziert werden.

2. Erläuterungen

Begründung für Empfehlung 1.1 zur Bedeutung empirischer Kenntnisse

2.1. Der Vorschlag enthält technische Verbesserungen, die dem aktuellen technischen Stand entsprechen, aber auch restriktive Vorschriften, die sich möglicherweise nicht mit den Erfahrungen aus der Praxis decken. Dies könnte unter bestimmten Umständen sowohl für die beteiligten Akteure als auch für die Umwelt kontraproduktiv sein.

2.2. Viehhalter sind sehr darauf bedacht, dass ihre Tiere in bestmöglichem Zustand an ihrem Bestimmungsort ankommen, denn schließlich tragen sie die Hauptverantwortung für ihren Hof. Außerdem riskieren sie wirtschaftliche Einbußen, wenn die Tiere beim Transport zu Schaden kommen.

2.3. Die Kommission und die Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, die Sicherheit der Tiere beim Transport zu gewährleisten, jedoch nicht durch restriktive Vorschriften, sondern durch die Förderung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Festlegung von Tierschutzindikatoren. Anhand dieser Indikatoren könnte überprüft werden, ob der Transport ordnungsgemäß durchgeführt wird oder ob Änderungen erforderlich sind.

Begründung für Empfehlung 1.2 zu mit dem Transport verbundenen Risiken

2.4. Zu den Risiken gehören durch das Auf- und Abladen der Tiere verursachter Stress, lang anhaltender Hunger und Durst, Hitzestress, Verletzungen, Bewegungstress sowie Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit der Ausbreitung von Krankheitserregern und der daraus resultierenden Schwächung der Immunabwehr ⁽¹⁾.

2.5. Ebenso weist die EFSA darauf hin, dass eine Vergrößerung des Platzes im Fahrzeug sinnvoll sein könnte, damit die Tiere besser eine gute Position finden und das Gleichgewicht halten können. Diese allgemeine EFSA-Empfehlung weicht jedoch von der Meinung der Transportunternehmer ab, denen zufolge mehr Platz pro Tier ein höheres Sturz- und Verletzungsrisiko bedeutet ⁽²⁾. So weisen die Transporteure von Kälbern zum Beispiel darauf hin, dass eine Beibehaltung der aktuellen ausreichenden Dichte den Tieren hilft, das Ruckeln während der Fahrt besser auszuhalten, wodurch das Risiko von Verletzungen sinkt ⁽³⁾.

2.6. Auch wenn der EWSA die praktischen Vorteile anerkennt, die sich ergeben, wenn die Dauer der Überfahrt auf See nicht zur Gesamtbeförderungszeit hinzugerechnet wird, sofern die physiologischen Bedürfnisse der Tiere gemäß dem Kommissionsvorschlag erfüllt werden, weist er auf die besonderen Risiken des Seetransports für das Tierwohl hin (mikroklimatische Bedingungen im Hafen und an Bord, Bewegungen aufgrund des Seegangs usw.) und fordert die Hafenbehörden und die Wirtschaftsbeteiligten auf, die notwendigen Investitionen zur Verringerung dieser Risiken zu tätigen.

⁽¹⁾ <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.2903/j.efsa.2022.7442>.

⁽²⁾ Stellungnahme von COPA und COGECA zum Wohlergehen von Tieren beim Transport, AHW(24) 01288[2].

⁽³⁾ Analyse der Auswirkungen der vorgeschlagenen Tierschutzverordnung auf den Transport von Fleischrindern, PROVACUNO (spanische Organisation für den Rindfleischsektor).

Begründung für Empfehlung 1.3 zur Forderung nach gleichwertigen Bedingungen für Einfuhren

2.7. Das Wohl der Tiere hat Priorität für die Landwirte, die sich täglich mit besonderer Sorgfalt um sie kümmern und versuchen, stets die höchsten Standards zu erfüllen, um die beste Lebensqualität für ihre Tiere zu gewährleisten. Es muss jedoch auch auf die Aufnahme gleichwertiger Klauseln für Einfuhren gedrängt werden, um die gleichen Marktbedingungen zu wahren und sicherzustellen, dass für alle Beteiligten die gleichen Vorschriften gelten.

2.8. In der Praxis entsteht eine Ungleichheit, wenn Erzeugnisse, die nicht denselben Anforderungen unterliegen, auf den europäischen Markt eingeführt werden dürfen, wodurch ein Wettbewerbsnachteil für EU-Erzeuger entsteht. Wenn die Anforderungen an die heimische Erzeugung erhöht werden sollen, setzt dies voraus, dass die gleichen Anforderungen in Drittländern erfüllt werden müssen.

2.9. Bevor europäischen Erzeugern zusätzliche Anforderungen auferlegt werden, muss sichergestellt sein, dass die von der EU ausgehandelten bilateralen Handelsabkommen Gegenseitigkeitsklauseln für eingeführte Erzeugnisse enthalten.

Begründung für Empfehlung 1.4 zur Anpassung an unterschiedliche nationale Gegebenheiten

2.10. Aus Sicht des EWSA ist klar, dass gemeinsame und allgemeingültige Lösungen gefunden werden müssen, wenn wir ein geeintes Europa wollen. Es hält es jedoch für unerlässlich, den Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen.

2.11. Der EWSA betont, dass die klimatischen und geografischen Gegebenheiten jedes Landes berücksichtigt werden müssen, insbesondere in Bezug auf die durchschnittliche Jahrestemperatur, die Lage und Größe des Gebietes, das Straßennetz und die Infrastruktur sowie die Nähe zu Schlachthöfen.

2.12. Ebenso wichtig ist es, die unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Situation zu berücksichtigen, um einen gerechten und wirksamen Ansatz zu gewährleisten. Jedes Land hat seine eigene Charakteristik, u. a. in Bezug auf den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, die soziale Struktur und die Wohlstandsverteilung.

2.13. Tendenziell bestehen zwischen ländlichen und städtischen Gebieten besonders ausgeprägte Unterschiede hinsichtlich der Lebensbedingungen, Beschäftigungsmöglichkeiten und verfügbaren Ressourcen. Es ist von großer Bedeutung, für eine gerechtere Verteilung des Mehrwerts in der Wertschöpfungskette zu sorgen und auf eine Produktion und einen Verbrauch hinzuarbeiten, die verantwortungsvoll und nachhaltig sind.

Begründung für Empfehlung 1.5 zu den Kosten der vorgeschlagenen Maßnahmen

2.14. Der Vorschlag der Kommission entspricht der gesellschaftlichen Forderung nach einem besseren Tierschutz, da sich eine große Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger für eine Verringerung der Dauer von Tiertransporten ausspricht⁽⁴⁾. Die Kosten dieser Veränderungen können jedoch nicht ausschließlich von den Verbrauchern getragen werden⁽⁵⁾, die seit Jahren steigende Lebensmittelpreise hinnehmen müssen⁽⁶⁾. Der EWSA fordert die Europäische Kommission auf, eine umfassende Studie durchzuführen, um zu ermitteln, inwieweit die europäischen Haushalte bereit sind, die wirtschaftlichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen aufzufangen, insbesondere im Hinblick auf höhere Endpreise der Produkte.

2.15. Der EWSA fordert, über die von der EFSA durchgeführten wissenschaftlichen Studien hinaus die möglichen direkten oder indirekten wirtschaftlichen Auswirkungen des Vorschlags zu berücksichtigen, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf dem Viehhaltungs- und dem Transportsektor sowie auf dem ländlichen Raum liegen sollte⁽⁷⁾.

⁽⁴⁾ Eurobarometer zum Tierschutz.

⁽⁵⁾ *Los consumidores españoles apoyarían una nueva normativa que garantice el bienestar animal* (Spanische Verbraucher unterstützen neue Rechtsvorschriften zur Gewährleistung des Tierschutzes).

⁽⁶⁾ *OCU denuncia que los precios de supermercados han subido de media un 38 % en tres años* (Die OCU prangert den durchschnittlichen Anstieg der Supermarktpreise um 38 % in drei Jahren an).

⁽⁷⁾ In ihrem Bericht *Modelling of policy options to support the impact assessment accompanying the revision of the EU legislation on the welfare of animals during transport* kommt die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit der Europäischen Kommission zu dem Schluss, dass es keine Auswirkungen auf die Produktionskosten in landwirtschaftlichen Betrieben geben wird, während die an den Endverbraucher weitergegebenen Kosten lediglich zwischen 2,81 EUR und 14,09 EUR pro Person und Jahr betragen würden.

2.16. Der EWSA betont, dass die direkten und indirekten Kosten bewertet werden müssen, die die Vorschriften in den verschiedenen Bereichen mit sich bringen werden. So wird unter anderem auf die Bestimmungen hingewiesen, die Landwirten und Transportunternehmen direkte Kosten verursachen werden:

- a. die obligatorische Anwesenheit eines Tierarztes beim Auf- und Abladen von Tieren in Transportmittel (Artikel 17 und 25);
- b. die Pflicht, für die Beförderung mit Tiertransportschiffen einen Tierschutzbeauftragten zu benennen (Artikel 21);
- c. die Verpflichtung zu Nachtarbeit – die in den Mittelmeerländern besonders häufig notwendig sein wird – und der hiermit einhergehende Lohnzuschlag (Artikel 31);
- d. die Reform und Anpassung landwirtschaftlicher Betriebe als unmittelbare Folge der neuen Bestimmungen zur Transportfähigkeit der Tiere für die Landwirte (Anhang I Kapitel I Nummer 1);
- e. Mindestanforderungen an die vertikale Höhe und das Raumangebot, die zu einer zahlenmäßigen Zunahme der erforderlichen Transporte, höheren Investitionen in die Lkw-Flotte und einem höheren Arbeitskräftebedarf sowie zu einem erheblichen Anstieg der CO₂-Emissionen führen werden (Kapitel III Absatz 6 und Kapitel VII Nummern 1, 2 und 3).

2.17. Der EWSA fordert eine Bewertung der externen Effekte, die durch das derzeitige System der Tierproduktion und -vermarktung verursacht werden, und deren Vergleich mit alternativen strukturellen Veränderungen, die zu einer Verringerung längerer Tiertransporte führen könnten.

Begründung für Empfehlung 1.6 zur Anwesenheit eines Tierarztes oder einer kompetenten und autorisierten Kraft

2.18. Im Vorschlag ist vorgesehen, dass das Verladen von Tieren auf Transportmittel von einem Tierarzt überwacht wird. Der EWSA hält diese Anforderung für unnötig, sofern die Tiere durch eine kompetente und autorisierte Kraft verladen werden, bei der es sich um den Viehhalter, den Transporteur oder einen Dritten handeln kann. Die Befähigung sollte in einem spezifischen Dokument bescheinigt werden.

2.19. Aus verschiedenen Studien von Branchenverbänden geht hervor, dass die Unterstützung durch einen Tierarzt beim Verladen eine Aufstockung des tierärztlichen Personals um mindestens 120 % erfordern würde ⁽⁸⁾.

2.20. Außerdem erbringt die Überwachung der Verladung von Tieren für den Transport durch einen Tierarzt keinen Mehrwert gegenüber den Informationen über den Gesundheitszustand der Tiere, die bereits im automatisierten TRACES-System enthalten sind.

Begründung für Empfehlung 1.7 zu Nachtarbeit

2.21. Der EWSA weist darauf hin, dass die Bestimmungen des Kommissionsvorschlags die beteiligten Akteure, insbesondere Landwirte, Kraftfahrer und Tierärzte, unter bestimmten Umständen zu Nachtarbeit zwingen.

2.22. Es liegt auf der Hand, dass die Nachtarbeit insbesondere in Ländern mit höheren Durchschnittstemperaturen (vor allem südeuropäische Länder wie Kroatien, Griechenland, Italien, Malta, Portugal und Spanien) in größerem Maße notwendig sein wird.

2.23. Der EWSA gibt zu bedenken, dass Nachtarbeit für diese Arbeitnehmer ein großes Hindernis für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Sozialleben darstellt und sich auf ihre psychische Gesundheit auswirken kann.

2.24. Wie aus europäischen Statistiken zu Arbeitsunfällen im Transportwesen hervorgeht, ist die Wahrscheinlichkeit eines Verkehrsunfalls in der Nacht mindestens zehnmal höher als am Tag ⁽⁹⁾.

⁽⁸⁾ Informe de impacto de la propuesta sobre bienestar animal, Avianza (Spanischer Verband der Geflügelfleischerzeuger).

⁽⁹⁾ PRAISE-Bericht „Vencer la fatiga“ – Normas sociales de la UE y conductores de vehículos pesados, Europäischer Rat für Verkehrssicherheit (ETSC).

2.25. In dem jüngsten Bericht der Weltorganisation für Meteorologie ⁽¹⁰⁾ wird ein beispielloser Temperaturanstieg in den letzten dreißig Jahren konstatiert und darauf hingewiesen, dass Europa besonders stark vom Klimawandel betroffen ist. Zwischen 1991 und 2021 ist die Temperatur um 0,5 °C pro Jahrzehnt gestiegen, ein Trend, der in den Regionen im Mittelmeerraum noch stärker ausgeprägt ist. Trotz dieser Erderwärmung passt sich der Mensch nach wie vor an die widrigen Umstände an und geht seiner täglichen Arbeit wie gewohnt nach. Daher scheint der Vorschlag, den Transport von Tieren bei bestimmten Temperaturen zu verbieten, angesichts des anhaltenden Klimawandels nur eine Zwischenlösung zu sein, die dem Tierwohl langfristig gesehen nicht angemessen Rechnung trägt. Mit jedem Jahr steigen die Temperaturen weiter an, weshalb nachhaltigere und wirksamere Lösungen gefunden werden müssen, um die Folgen der Erderwärmung und ihre Auswirkungen auf das Tierwohl abzumildern.

2.26. Der EWSA weist darauf hin, dass in dem Vorschlag die Temperatur am Ursprungs- und am Bestimmungsort berücksichtigt wird, nicht aber die gefühlte Temperatur im Fahrzeugraum, in dem die Tiere transportiert werden. Er fordert die Kommission auf, diesen Aspekt, der für das Befinden der Tiere während des Transports von grundlegender Bedeutung ist, zu berücksichtigen ⁽¹¹⁾.

2.27. Klimaanlagen können in Zeiten extremer Hitze oder Kälte für geeignete Bedingungen für die Tiere sorgen, indem sie optimale Temperatur- und Feuchtigkeitsbedingungen während des gesamten Transports gewährleisten. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass diese Lösung für die Marktteilnehmer wirtschaftlich tragfähig ist. Die Kommission sollte daher eine detaillierte Analyse der mit der Installation und dem Betrieb von Klimaanlagen verbundenen Kosten sowie möglicher Anreize und Finanzierungsmöglichkeiten zur Verbesserung des Tierschutzes beim Transport durchführen.

2.28. Der EWSA fordert ein nachhaltiges Lebensmittelsystem, bei dem extreme Klimaereignisse und deren Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Erträge und das Tierwohl berücksichtigt werden, und fordert die Kommission auf, eine vergleichende Bewertung der Effizienz der öffentlichen Unterstützung und der langfristigen Tragfähigkeit zweier Ansätze vorzunehmen: Der erste besteht in der Finanzierung der technischen Verbesserung von Tiertransporten über große Entfernungen im Rahmen des derzeitigen Geschäftsmodells, der zweite in der Finanzierung des Übergangs zu einer nachhaltigeren, an die lokalen Ökosysteme angepassten Viehhaltung.

Begründung für Empfehlung 1.8 zur Störung der Logistikkette

2.29. Die Lieferketten in der Viehwirtschaft und im Transportsektor wurden im Laufe der Zeit auf der Grundlage der geltenden Zeitvorgaben weiterentwickelt und optimiert. Die vorgeschlagenen neuen Vorschriften sehen zusätzliche Beschränkungen oder Änderungen der zulässigen Zeiten für Tiertransporte vor, was erhebliche Auswirkungen auf die Effizienz und Wirtschaftlichkeit der etablierten Logistikketten hätte.

2.30. Die Anpassung der gesamten Lieferketten in Europa an die von der Kommission vorgeschlagenen Zeitvorgaben ist unmöglich. Darüber hinaus sind die Lieferketten mit anderen Branchen und Sektoren verbunden, sodass jede Änderung der Zeitvorgaben für den Tiertransport auf die gesamte Lieferkette durchschlagen würde und sich auf die Produktion, den Vertrieb und die Verfügbarkeit von Lebensmitteln auswirken könnte.

2.31. Der EWSA unterstreicht, dass jedweder Vorschlag für Vorschriften, die Tiertransporte betreffen, sorgfältig bewertet und im Hinblick auf seine möglichen Auswirkungen auf bestehende Lieferketten und die Wirtschaft im Allgemeinen geprüft werden muss.

Begründung für Empfehlung 1.9 zum schlechteren Zugang zu Schlachthöfen

2.32. Landwirte in bestimmten Ländern werden keinen Zugang mehr zu den Schlachthöfen haben, in die sie derzeit ihre Tiere bringen. In sehr abgelegenen Gegenden gibt es möglicherweise gar keine Schlachthöfe, die innerhalb von neun Stunden zu erreichen wären. Dies wird nicht nur zu einer Unterbrechung des bisher genutzten Vertriebskanals, sondern auch zu einer erheblichen Einschränkung ihrer Wahlfreiheit führen. Der EWSA fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle Landwirte die Möglichkeit haben, den Schlachthof frei zu wählen.

⁽¹⁰⁾ <https://library.wmo.int/records/item/66214-state-of-the-global-climate-2022#.ZEZNoXZBxD8>.

⁽¹¹⁾ Derzeit sind Lkw mit Belüftungs- und Temperaturregierungssystemen ausgestattet, deren Parameter der jeweiligen Tierart angepasst sind, so dass die Temperatur entsprechend den festgelegten Grenzwerten automatisch gesenkt oder erhöht wird.

2.33. Statistischen Daten zufolge wird die Ausfuhr von Schlachtkälbern in die EU voraussichtlich um 58 % zurückgehen, was 42 000 Kälbern entspricht. Ebenso wird eine Verringerung der Ausfuhren von Schlachtkälbern in Drittländer um 57 % erwartet, was 100 000 Kälbern entspricht ⁽¹²⁾.

Begründung für Empfehlung 1.10 zur schwierigen Umstrukturierung bestehender Betriebe

2.34. Die Anhebung des Mindestalters auf fünf Wochen und des Gewichts auf mindestens 50 kg für Kälber bzw. drei Wochen für Ferkel, Lämmer und Zickeln würde viele Betriebe zur Aufgabe zwingen. Die Höfe wurden gemäß den derzeit vorgeschriebenen Maßnahmen angelegt; ein vollständiger Umbau ihrer Produktionsstrukturen und -abläufe wäre für viele von ihnen wirtschaftlich nicht zu verkraften.

2.35. Darüber hinaus können die nicht eingeplanten Kosten für die längere Haltung der Tiere für viele Erzeuger ein großes Problem darstellen. Zu diesen zusätzlichen Kosten können ggf. der Kauf von zusätzlichem Futter, höhere Kosten für Unterbringung und Pflege sowie zusätzliche Transportkosten gehören, wenn die Tiere in andere Ställe verbracht werden müssen. Viele Erzeuger, insbesondere solche mit geringen Gewinnspannen, werden diese Mehrkosten nicht aufbringen können, was nicht nur zu erheblichen finanziellen Schwierigkeiten führen, sondern auch die langfristige Lebensfähigkeit des Tierhaltungsbetriebs gefährden kann.

Begründung für Empfehlung 1.11 zum Verbot des Ferntransports nicht abgesetzter Jungtiere

2.36. Bei all den im Vorschlag enthaltenen strukturellen Änderungen würden auch Übergangszeiträume, die noch länger als die vorgeschlagenen sind, nicht genügen, da sie mit der Investitionskapazität der meisten Erzeuger und Genossenschaften, ihrem Zugang zu Finanzmitteln und Flächen, den möglichen Auswirkungen von Umweltgenehmigungen, dem erhöhten Verwaltungsaufwand usw. unvereinbar sind. Der Übergangszeitraum für Änderungen in einem Umfang wie die von der Europäischen Kommission in ihrem Vorschlag genannten müsste mehrere Jahrzehnte betragen ⁽¹³⁾ (wobei sich diese Änderungen immer noch erheblich auf die Wettbewerbsfähigkeit und sogar die Existenz der Viehhalter in der EU auswirken würden). Deshalb fordert der EWSA eine Machbarkeitsstudie und eine angemessene Unterstützung der Betriebe, die von der neuen Verordnung betroffen wären, da sonst die Schließung von Tierhaltungsbetrieben mit geringen Ressourcen beschleunigt würde.

2.37. Mit dieser Beschränkung wird die Mobilität dieser Tiere eingeschränkt und ihr Transport von ihrem Herkunftsort in andere EU-Länder erschwert. Dadurch werden Züchter und Landwirte, die auf den Kauf von Tieren bestimmter Rassen aus anderen Mitgliedstaaten angewiesen sind, beeinträchtigt. Der fehlende Zugang zu solchen Rassen kann zu einer geringeren genetischen Vielfalt im Viehbestand lokaler Züchter führen, was wiederum Auswirkungen auf die Produktivität, die Krankheitsresistenz und die Anpassung an veränderte Umweltbedingungen haben könnte.

2.38. Andererseits werden der Handel und der Wettbewerb auf dem Viehmarkt behindert, da es für lokale Züchter und Landwirte schwieriger sein kann, an bestimmte Tierrassen zu gelangen, die aufgrund bestimmter genetischer Merkmale oder ihrer Produktivität gefragt sind. Die Kommission sollte Wege vorschlagen, wie der Übergang zu einer nachhaltigen und tierfreundlichen Tierhaltung unterstützt werden kann.

Begründung für Empfehlung 1.12 zu Temperaturen

2.39. Wie bereits erwähnt, machen die zu erwartenden Temperaturbereiche in den südlichen Ländern während mehr als fünf Monaten des Jahres praktisch jeglichen Transport am Tage unmöglich. Die Länder im Norden werden es wiederum mit extremen Mindesttemperaturen zu tun haben.

⁽¹²⁾ Analyse der Auswirkungen der vorgeschlagenen Tierschutzverordnung auf den Transport von Fleischrindern, PROVACUNO (spanische Organisation für den Rindfleischsektor).

⁽¹³⁾ Stellungnahme von COPA und COGECA zum Wohlergehen von Tieren beim Transport, AHW(24) 01288[2].

2.40. Der Mangel an 400 000 Fahrern von Tiertransportfahrzeugen zur Deckung der Nachfrage in Europa wird noch schwieriger zu beheben sein, wenn man bedenkt, dass der Zwang zur Nacharbeit die Vereinbarkeit von Privat-, Familien- und Berufsleben erschwert ⁽¹⁴⁾.

Begründung für Empfehlung 1.13 zur Erhöhung des Platzes pro Tier

2.41. Die Beschränkungen bezüglich der Besatzdichte und der Transportdauer würden eine Zunahme der Transporte um das 3,5-fache bedeuten, wobei die Emissionen von 116 263,14 t auf 406 920,99 t CO₂ steigen würden ⁽¹⁵⁾. Mehr Lkw auf der Straße würden zu mehr Verkehrsüberlastung führen, was längere Fahrzeiten und höhere Betriebskosten für die Transportunternehmen zur Folge haben kann.

2.42. Abgesehen von einer deutlich höheren Zahl von Stürzen, Stößen und Verletzungen, insbesondere bei größeren Tieren, könnten sich die Tiere aufgrund der größeren Zwischenräume im Fahrzeug von einer Seite des Laderaums auf die andere bewegen, wodurch das Fahrzeug ins Wanken geraten könnte. Dies würde sich zusammen mit einer Zunahme des Lkw-Verkehrs auch negativ auf die Straßenverkehrssicherheit auswirken.

2.43. Die Förderung eines Tierhaltungsmodells, das auf lokaler Erzeugung, Hofschlachtung und kurzen Handelskreisläufen beruht, würde dem Anstieg der Emissionen entgegenwirken.

Begründung für Empfehlung 1.14 zur lokalen Erzeugung

2.44. Der EWSA fordert die Kommission auf, eine Folgenabschätzung über die mögliche Neuausrichtung des derzeitigen Tierhaltungsmodells hin zu einem Modell durchzuführen, das auf einer größeren Nähe zwischen Erzeugung und Verbrauch beruht.

2.45. Kurze Vermarktungswege verringern nicht nur den Stress und das Leiden der Tiere, sondern auch die CO₂-Emissionen, die beim Transport über große Entfernungen anfallen. Sie verbessern auch die Transparenz und Rückverfolgbarkeit der Erzeugnisse, was das Vertrauen der Verbraucher stärkt und lokalen Erzeugern zugutekommt.

2.46. Ein Bekenntnis der öffentlichen Verwaltungen zur Förderung der Entwicklung lokaler Schlachthöfe würde den Aufbau eines nachhaltigeren Tierhaltungsmodells ermöglichen, das nicht nur die in dieser Stellungnahme dargelegten sozial- und beschäftigungspolitischen Auswirkungen, sondern auch die Umweltprobleme im Hinblick auf erhöhte CO₂-Emissionen lösen würde.

Begründung für Empfehlung 1.15 zu den territorialen Auswirkungen

2.47. Beschränkungen der Verbringung von Schlachttieren könnten dazu führen, dass Tierhaltungsbetriebe in die Nähe von Schlachthöfen verlegt werden. Dies würde die Entvölkerung des ländlichen Raums beschleunigen und zu einer Verschlechterung der Tierhaltungspraktiken der einzelnen Regionen beitragen. Dieser Aspekt ist sehr besorgniserregend angesichts der Tendenz zu weniger, aber größeren Schlachthöfen, die zu einer Konzentration von Schlachthöfen führt ⁽¹⁶⁾.

2.48. Die vorgeschlagenen Beschränkungen sind besonders nachteilig für kleine und mittlere Tierhaltungsbetriebe, die über weniger Infrastruktur und Ressourcen verfügen, um sich auf die neuen Anforderungen einzustellen. Dies könnte die Kluft zu Großbetrieben vergrößern und ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit gefährden.

⁽¹⁴⁾ Folgenabschätzung über den Vorschlag für eine Verordnung über den Schutz von Tieren beim Transport, European Livestock Transport (ELT).

⁽¹⁵⁾ Folgenabschätzung über den Vorschlag für eine Verordnung über den Schutz von Tieren beim Transport, European Livestock Transport (ELT).

⁽¹⁶⁾ https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/RV-2023-03/RV-2023-03_DE.pdf.

Begründung für Empfehlung 1.16 zu kleinen Schlachthöfen und mobiler Schlachtung

2.49. Angesichts der in der EU zu beobachtenden Schlachthof-Konzentration tritt der EWSA für eine intelligente Dezentralisierung ein, durch die die Nähe zwischen Tierhaltungsbetrieb und Schlachthof gewahrt wird. Dabei muss allerdings die Bedeutung der Gemeinwesen auf dem Lande anerkannt werden. Dies könnte durch die Einrichtung kleinerer Schlachthöfe auf dem Lande oder durch die Förderung der Hofschlachtung erreicht werden, sofern dies der Größe des Betriebs und den örtlichen Gegebenheiten entspricht ⁽¹⁷⁾.

2.50. Der EWSA fordert außerdem eine rasche Entwicklung der Hofschlachtung von Hennen am Ende ihres Legezyklus und die Einrichtung eines Dienstes für Notschlachtung auf dem Hof, insbesondere für Kühe und Sauen am Ende ihres Lebenszyklus.

3. VORSCHLÄGE FÜR ÄNDERUNGEN AM LEGISLATIVVORSCHLAG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Hinweis: Die nachfolgenden Änderungen sind nicht erschöpfend.

Änderung 1

Diese Änderung bezieht sich auf Empfehlung 1.1 (Artikel 2 Absatz 3)

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des EWSA
3. Diese Verordnung gilt nicht für folgende Arten von Transport:	3. Diese Verordnung gilt nicht für folgende Arten von Transport:
...	...
	g) Transport von Tieren mit besonderem Handlungsbedarf zum Zweck der Teilnahme an Schulungen, Ausstellungen, Wettbewerben, kulturellen Veranstaltungen, Zirkusveranstaltungen sowie Pferdesport- und Freizeitaktivitäten.

Begründung

In der Verordnung wird nicht der Sonderfall von Tieren berücksichtigt, die eine spezielle Handhabung erfordern, d. h. von Tieren, die aufgrund ihrer Rasse ein wildes und unberechenbares Verhalten aufweisen und für die ein besonderes Transportkonzept erforderlich ist, um ihr Wohlergehen zu gewährleisten.

Änderung 2

Diese Änderung bezieht sich auf Empfehlung 1.1 (Artikel 14 Absatz 1)

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des EWSA
1. Die Organisatoren sind dafür verantwortlich, dass die gesamte Beförderung vom Versandort zum Bestimmungsort in der Union oder in einem Drittland dieser Verordnung entspricht.	1. Die Organisatoren und die zuständigen Behörden sind dafür verantwortlich, dass die gesamte Beförderung vom Versandort zum Bestimmungsort in der Union oder in einem Drittland dieser Verordnung entspricht.

⁽¹⁷⁾ Als das Europäische Parlament und der Rat im April 2004 Vorschriften zur Lebensmittelhygiene erließen (Verordnung (EG) Nr. 852/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über Lebensmittelhygiene (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 1), Verordnung (EG) Nr. 853/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 55) und Verordnung (EG) Nr. 854/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 mit besonderen Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (ABl. L 139 vom 30.4.2004, S. 206), hatten viele kleine Schlachthöfe große Schwierigkeiten, die europäischen Hygienevorschriften einzuhalten und gleichzeitig wirtschaftlich lebensfähig zu bleiben, und mussten schließen.

Begründung

Die Verantwortung kann nicht allein bei den Organisatoren liegen, sondern muss auch von den zuständigen Behörden wahrgenommen werden.

Änderung 3

Diese Änderung bezieht sich auf Empfehlung 1.6 (Artikel 17 Absatz 2)

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des EWSA
2. Das Verladen von Tieren auf Transportmittel wird von einem Tierarzt überwacht.	2. Das Verladen von Tieren auf Transportmittel wird von einem Tierarzt überwacht, es sei denn, es erfolgt durch eine kompetente und autorisierte Kraft, bei der es sich um den Viehhalter, den Transporteur oder einen Dritten handeln kann, oder das automatisierte TRACES-System wird eingesetzt. Die Kommission legt Leitlinien zur Festlegung der einschlägigen Befugnisse fest.

Begründung

Die Unterstützung durch einen Tierarzt würde eine Aufstockung des tierärztlichen Personals um mindestens 120 % erfordern. Es ist nicht sinnvoll, die Anwesenheit eines Tierarztes zu verlangen, da alle relevanten Gesundheitsdaten im automatisierten TRACES-System erfasst sind.

Änderung 4

Diese Änderung bezieht sich auf Empfehlung 1.12 (Artikel 31 Absatz 2)

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des EWSA
2. Für den Straßentransport von Landtieren, ausgenommen Hunde und Katzen, gilt Folgendes: a) Wenn Temperaturen unter 0 °C vorhergesagt werden, sind Straßenfahrzeuge abzudecken und die Luftzirkulation im Laderaum der Tiere ist so zu steuern, dass die Tiere während der Beförderung vor Luftzug geschützt sind. b) Wenn Temperaturen unter - 5 °C vorhergesagt werden, darf die Beförderungsdauer zusätzlich zu den Maßnahmen unter Buchstabe a neun Stunden nicht überschreiten. c) Wenn Temperaturen zwischen 25 °C und 30 °C vorhergesagt werden, darf die Beförderungsdauer im Zeitraum zwischen 10.00 Uhr und 21.00 Uhr neun Stunden nicht überschreiten. d) Wenn Temperaturen über 30 °C vorhergesagt werden, sind nur Beförderungen zulässig, die vollständig zwischen 21.00 Uhr und 10.00 Uhr stattfinden.	2. Für den Straßentransport von Landtieren, ausgenommen Hunde und Katzen, gilt Folgendes: a) Die Belüftungssysteme in Straßentransportmitteln sind so zu konzipieren, zu bauen und zu warten, dass während der gesamten Fahrt, unabhängig davon, ob das Fahrzeug steht oder fährt, im Inneren des Transportmittels eine für die betreffende Tierart geeignete Temperatur aufrechterhalten werden kann. b) Wenn Temperaturen über 30 °C oder unter - 5 °C zu erwarten sind, setzen die Unternehmer vorzugsweise Fahrzeuge mit Klimaanlage ein. In jedem Fall muss die für betreffende Tierart geeignete Temperatur aufrechterhalten werden. c) Straßentransportmittel müssen mit einem Warnsystem ausgestattet sein, mit dem der Fahrer gewarnt wird, wenn die Temperatur in den Laderäumen, in denen sich die Tiere befinden, den für die betreffende Tierart geeigneten Höchst- oder Mindestgrenzwert erreicht.

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des EWSA
e) Wenn Temperaturen über 30 °C zwischen 21.00 Uhr und 10.00 Uhr vorhergesagt werden, ist das Raumangebot für die Tiere um 20 % zu erhöhen.	

Begründung

In den Rechtsvorschriften werden die spezifischen klimatischen Faktoren der einzelnen Mitgliedstaaten nicht berücksichtigt.

Änderung 5

Diese Änderung bezieht sich auf Empfehlung 1.10 (Erwägungsgrund 6)

Vorschlag der Europäischen Kommission	Änderung des EWSA
... Die EFSA-Gutachten kommen im Großen und Ganzen zu dem Schluss, dass das Angebot von mehr Platz, die Absenkung der maximalen Temperaturen und der Versuch, die Transportzeiten so kurz wie möglich zu halten, allesamt für die Verbesserung des Schutzes von Tieren beim Transport erforderlich sind. Daher sollte die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 durch eine neue Verordnung ersetzt werden, die dem neuesten wissenschaftlichen und technischen	... Die EFSA-Gutachten kommen im Großen und Ganzen zu dem Schluss, dass das Angebot von mehr Platz, die Absenkung der maximalen Temperaturen und der Versuch, die Transportzeiten so kurz wie möglich zu halten, allesamt für die Verbesserung des Schutzes von Tieren beim Transport erforderlich sind. Daher sollte die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 durch eine neue Verordnung ersetzt werden, die in Einklang mit dem neuesten wissenschaftlichen und technischen
Kenntnisstand in diesem Bereich und den Verbrauchieranforderungen entspricht , wobei gleichzeitig Hindernisse für das Funktionieren des Binnenmarktes und den Handel mit lebenden Tieren vermieden und die Durchsetzbarkeit der neuen Vorschriften gewährleistet werden sollten.	Kenntnisstand in diesem Bereich, den empirischen Erfahrungen der Fachleute des Sektors (Viehhalter, Transporteure und Tierärzte), einer Machbarkeitsstudie und einer Bewertung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen und den Verbrauchieranforderungen steht , wobei gleichzeitig Hindernisse für das Funktionieren des Binnenmarktes und den Handel mit lebenden Tieren vermieden und die Durchsetzbarkeit der neuen Vorschriften gewährleistet werden sollten.

Begründung

Die Erfahrung der Transportunternehmer im Viehhaltungssektor, denen zufolge durch mehr Platz zuweilen das Sturz- und Verletzungsrisiko erhöht werden kann, wird außer Acht gelassen. Darüber hinaus würden die vorgeschlagenen neuen Vorschriften über Raumangebot und vertikale Höhe die Zahl der pro Lkw transportierten Tiere erheblich verringern, die Zahl der auf der Straße benötigten Lkw erhöhen (größere Investitionen und mehr CO₂-Emissionen) sowie dazu führen, dass neue Fahrer eingestellt werden müssen (soziale und wirtschaftliche Auswirkungen).

Brüssel, den 31. Mai 2024

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE



C/2024/4802

9.8.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

8. August 2024

(C/2024/4802)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0930	CAD	Kanadischer Dollar		1,5021
JPY	Japanischer Yen		159,74	HKD	Hongkong-Dollar		8,5168
DKK	Dänische Krone		7,4619	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,8230
GBP	Pfund Sterling		0,86093	SGD	Singapur-Dollar		1,4474
SEK	Schwedische Krone		11,4955	KRW	Südkoreanischer Won		1 503,86
CHF	Schweizer Franken		0,9368	ZAR	Südafrikanischer Rand		20,0993
ISK	Isländische Krone		151,10	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8393
NOK	Norwegische Krone		11,8825	IDR	Indonesische Rupiah		17 378,97
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		4,8912
CZK	Tschechische Krone		25,273	PHP	Philippinischer Peso		62,738
HUF	Ungarischer Forint		396,10	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,3190	THB	Thailändischer Baht		38,577
RON	Rumänischer Leu		4,9767	BRL	Brasilianischer Real		6,1544
TRY	Türkische Lira		36,6133	MXN	Mexikanischer Peso		21,0402
AUD	Australischer Dollar		1,6677	INR	Indische Rupie		91,7590

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. SEPTEMBER 2020

(C/2024/4886)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 14. bis 17. September 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärungen des Präsidenten	3
4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	5
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	5
6. Anträge auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	5
7. Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll	5
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO): siehe Protokoll	5
9. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	5
10. Anträge auf Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (Artikel 145 GO): siehe Protokoll	5

Inhalt	Seite
11. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 111 Absatz 6 und Artikel 112 Absatz 4 Buchstabe d GO); siehe Protokoll	5
12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
13. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	5
14. Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	5
15. Arbeitsplan: siehe Protokoll	5
16. Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die Republik Polen – LGBTI-freie Zonen in Polen im Rahmen des Verfahrens gegen Rete Lenford (Aussprache)	5
17. Strategischer Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt (Aussprache)	21
18. Mitteilung des Präsidenten	25
19. Entwurf eines Beschlusses des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (Aussprache)	25
20. Abstimmungsrunde	28
21. Entwurf eines Beschlusses des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (Fortsetzung der Aussprache)	29
22. Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union (Aussprache)	42
23. Globales Datenerhebungssystem für den Kraftstoffverbrauch von Schiffen (Aussprache)	48
24. Waffenexporte: Umsetzung des gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (Aussprache)	54
25. Umsetzung des Assoziierungsabkommens der EU mit Georgien (Aussprache)	61
26. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	66
27. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	66
28. Schluss der Sitzung	66

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 14. SEPTEMBER 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 23 luglio 2020.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.04)

3. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Care colleghe e cari colleghi, saluto i parlamentari presenti e quelli collegati in via web.

Com'è evidente a tutti, siamo ancora dentro l'emergenza COVID-19. Speravamo, con la pausa estiva, di tornare alla normalità ma abbiamo constatato che i nostri paesi sono ancora colpiti dal virus.

La progressione del contagio è ripresa in molti dei nostri territori e ha spinto i governi nazionali ad adottare misure di contenimento.

Per questo motivo, sulla base delle informazioni fornite dai servizi sanitari e delle autorità francesi, ho assunto, con rammarico, la decisione di non tenere la sessione plenaria a Strasburgo nel mese di settembre.

Desidero ringraziare i presidenti dei gruppi politici per il loro sostegno a questa decisione difficile e per aver manifestato alla Conferenza dei presidenti il pieno appoggio alla mia decisione di ripristinare la sessione di Strasburgo non appena la situazione sanitaria nella città e le condizioni di sicurezza consentiranno il nostro ritorno.

Sono grato alle autorità francesi per aver compreso lo spirito di questa decisione e per la collaborazione costante in questi mesi difficili. Voglio rivolgere, a nome di tutti i parlamentari, un caloroso saluto alla sindaca e ai cittadini di Strasburgo, in attesa del nostro ritorno che, ci auguriamo, accadrà al più presto.

Care colleghe e cari colleghi, ho ricevuto da molti di voi la segnalazione di un caso di un cittadino slovacco, Jozef Chovanec, deceduto dopo essere stato trattenuto in custodia all'aeroporto di Charleroi nel febbraio del 2018.

Vorrei esprimere la mia solidarietà e la vostra solidarietà alla famiglia, ai suoi cari, ai suoi amici, e sottolineare ancora una volta che il rispetto dei diritti umani e dello Stato di diritto è un valore centrale per l'Unione europea. Ci associamo alla richiesta di verità e chiediamo che sia fatta chiarezza sulle responsabilità.

La commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni del Parlamento europeo è stata già investita del caso e il Parlamento, naturalmente, seguirà gli sviluppi.

Manon Aubry (GUE/NGL). – Monsieur le Président, je me permets de m'adresser à tous pour vous faire part de notre écœurement après la caricature abjecte dont a été victime ma collègue Danièle Obono, élue de l'Assemblée nationale française, représentée en esclave enchaînée dans le journal d'extrême-droite *Valeurs actuelles*.

Ce dessin nauséabond, suintant d'un racisme et d'un sexisme ignobles, doit nous faire ici collectivement réagir. La violence de cette attaque est évidemment d'abord personnelle, avec une volonté d'humilier une élue de la République en raison de sa couleur de peau, mais elle est aussi un message politique légitimant le racisme et les discriminations subis au quotidien par des millions d'Européens noirs. La violence des images et des mots entraîne la violence des actes, et le Conseil de l'Europe vient de nous alerter sur leur recrudescence inquiétante à travers l'Europe.

Alors depuis le Parlement, nous le disons très clairement: il n'est plus possible de rester les bras croisés face à la banalisation d'un racisme décomplexé. Il ne faut rien laisser passer, ne pas céder d'un pouce, ne pas baisser les yeux. Notre rôle est de prendre position, comme nous l'avons fait il y a quelques semaines en votant la reconnaissance de la traite des esclaves comme crime contre l'humanité. Soyons maintenant à la hauteur du présent en condamnant avec la plus grande fermeté ce racisme qui fait irruption sous nos yeux.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, this Parliament is going to debate the situation in the refugee camp in Moria on Thursday, and rightfully so as the situation has dramatically deteriorated after fires broke out last week. There are thousands of people without shelter and without clean water, many of them children.

It is clear that we have to act. The European Parliament is actually ready to act. It is just the Council that is blocking. Under this precondition, I believe it is absolutely unacceptable that we debate this situation without the Council being present. So I would like you, Mr President, to make sure that the Council has to be here when we discuss the situation in Moria.

Anna Fotyga (ECR). – Mr President, I speak on behalf of many MEPs over political divisions. We kindly ask you to consider, during the next October part-session, our question referring to the human rights situation in Iran, especially political prisoners sentenced to death. Unfortunately, the situation deteriorated since our earlier request: Navid Afkari has already been executed. We kindly ask you to consider this request.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident! Ich beziehe mich auf Artikel 11 und Artikel 22 Absatz 5 sowie Anhang III der Interinstitutionellen Vereinbarung zum Transparenzregister.

Sie, Herr Präsident, sind verantwortlich für die Sicherheit dieses Gebäudes. Am vergangenen Freitag, dem 11. September, stürmte ein Kommando von Greenpeace das Berlaymont-Gebäude – also das Hauptgebäude der EU-Kommission in Brüssel. Greenpeace beging einen Hausfriedensbruch oder auch einen schweren Hausfriedensbruch. Das ist eindeutig ein krimineller Akt.

Deshalb meine Frage an Sie und das Präsidium: Wie gehen Sie mit diesem kriminellen Verhalten um, und wie stellen Sie sicher, dass nicht das Parlamentsgebäude ebenfalls für rechtswidrige Aktionen von Greenpeace genutzt wird?

Wie Sie wissen, sieht der Verhaltenskodex des EU-Transparenzregisters ausdrücklich vor, dass wilde Hausbesetzungen und Hausfriedensbruch dazu führen können, dass solche Gruppen aus dem Transparenzregister gestrichen werden. Ich empfehle dies, denn es kann nicht sein, dass Leute, die kriminelle Handlungen begehen, auch noch im Parlament mit Lobby-Ausweisen herumlaufen. Ich bitte das Präsidium, das bei der nächsten Sitzung zu entscheiden.

Presidente. – Naturalmente tutto quello che Lei ha raccontato è avvenuto alla Commissione. Noi abbiamo misure di sicurezza che, speriamo, rispondano con efficienza a eventi di questo genere.

4. **Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**
5. **Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll**
6. **Anträge auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll**
7. **Antrag auf Schutz der Immunität: siehe Protokoll**
8. **Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO): siehe Protokoll**
9. **Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll**
10. **Anträge auf Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (Artikel 145 GO): siehe Protokoll**
11. **Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 111 Absatz 6 und Artikel 112 Absatz 4 Buchstabe d GO): siehe Protokoll**
12. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
13. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
14. **Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll**
15. **Arbeitsplan: siehe Protokoll**
16. **Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die Republik Polen – LGBTI-freie Zonen in Polen im Rahmen des Verfahrens gegen Rete Lenford (Aussprache)**

Presidente. – L'ordine del giorno reca, in discussione congiunta,

— la relazione interlocutoria sulla proposta di decisione del Consiglio sulla constatazione dell'esistenza di un evidente rischio di violazione grave dello Stato di diritto da parte della Repubblica di Polonia (2017/0360R(NLE))- Commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni. Relatore: Juan Fernando López Aguilar (A9-0138/2020) e

— l'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione: Zone libere da LGBTI in Polonia nell'ambito della causa Rete Lenford, presentata da Marc Angel, Maria Walsh, Fabio Massimo Castaldo, Terry Reintke, Malin Björk, Kira Marie Peter-Hansen, Pernille Weiss, Billy Kelleher, Isabel Carvalhais, Fernando Barrena Arza, Sophia in 't Veld, Marianne Vind, Sirpa Pietikäinen, Dietmar Köster, Monika Vana, Daniel Freund, Frédérique Ries, Francisco Guerreiro, Nathalie Loiseau, Frances Fitzgerald, Birgit Sippel, Robert Biedroń, Dimitrios Papadimoulis, Vera Tax, Evelyn Gebhardt, Arba Kokalari, Petra De Sutter, Grace O'Sullivan, Gwendoline Delbos-Corfield, Radka Maxová, Heidi Hautala, Evelyn Regner, Rosa D'Amato, Aurore Lalucq, Hilde Vautmans, Pierre Karleskind, Evin Incir, Pina Picierno, Antoni Comín i Oliveres,

Johan Danielsson, Magdalena Adamowicz, Diana Riba i Giner, Sandro Gozi, Brando Benifei, Mónica Silvana González, Ernest Urtasun, Kim Van Sparrentak, Alice Kuhnke, Rasmus Andresen, Marie Toussaint, Milan Brglez, Karen Melchior, Chrysoula Zacharopoulou, Eleonora Evi, Sylwia Spurek, Manuel Bompard, Isabel Santos, Jeroen Lenaers e Delara Burkhardt (O-000042/2020) (B9-0017/2020).

Juan Fernando López Aguilar, *ponente*. – Señor presidente, vicepresidenta Jourová, si, entre otras organizaciones internacionales y supranacionales, todas las instituciones europeas, incluidos la Comisión y el Parlamento Europeo, pero también el Consejo de Europa, la Comisión de Venecia, *think tanks* dedicados a los derechos humanos, además de la Organización para la Seguridad y Cooperación en Europa —la OSCE— y su Asamblea Parlamentaria, han dedicado dictámenes y resoluciones, una y otra vez, a Polonia, debe haber alguna razón. Porque han expresado preocupación por una Polonia, a la que recordamos todavía en su reciente adhesión al proyecto europeo, alejándose cada vez más de los valores europeos. Y, desde luego, esa razón no puede tener que ver con la explicación surrealista que hemos escuchado más de una vez de que se trata de una conspiración izquierdista. Es ridículo.

La razón es seria. Estamos hablando de una secuencia abrupta de iniciativas de reformas institucionales y legislativas, que han planteado con claridad la noticia amenazadora de un riesgo cierto de violación grave de los valores fundacionales de la Unión Europea consagrados en el artículo 2 del Tratado de la Unión Europea. Y ese es el supuesto sobre el que el Parlamento Europeo puso en marcha el procedimiento contemplado en el artículo 7, que ahora está en la mesa del Consejo. Y, efectivamente, es muy preocupante esa secuencia que ha sido calificada más de una vez como de *constitutional breakdown*, de desmoronamiento constitucional de la arquitectura del Estado de Derecho, la democracia y los derechos fundamentales en Polonia. Porque socavar los valores fundacionales de la Unión Europea, la democracia y los derechos en cualquier Estado miembro de la Unión Europea —el caso de Polonia— es hacerlo en toda la Unión Europea y es, por tanto, un impacto que perjudica la credibilidad del proyecto entero de la construcción europea, que va directamente contra el proyecto de convivencia regido por el Derecho —que de eso se trata y esa es la regla de juego—, con un tribunal que garantiza ese ordenamiento jurídico, que es el Tribunal de Justicia.

Y nos hemos encontrado con que esta es la Resolución número diez que el Parlamento Europeo concentra sobre Polonia. Hay siete específicamente sobre Polonia y otras tres sobre protección de minorías, igualdad y el estado de los derechos fundamentales en la Unión Europea, que contemplan apartados muy terminantes sobre la situación en Polonia. Y que se nos diga que una resolución más podría no marcar ninguna diferencia es, en sí misma, una explicación de hasta qué punto esta Resolución es necesaria e inevitable. Porque Europa no puede consentir que ni las Resoluciones del Parlamento Europeo, ni las iniciativas de la Comisión, ni las sentencias del Tribunal de Justicia de la Unión Europea sean sistemáticamente desoídas por ningún Estado miembro de la Unión Europea.

Esta Resolución contiene sesenta y cinco apartados y, como presidente de la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, he tenido el honor de ser su ponente —el ponente de este Parlamento Europeo para esta Resolución— y he intentado en todo momento que sea una Resolución precisa, atendida a los hechos, fáctica, y que sea además una Resolución que huye de los excesos verbales para relatar exactamente cuáles son los principales objetos sobre los que esta secuencia sin precedentes de reformas institucionales y legislativas abruptas, impuestas a martillo por la mayoría que sostiene al Gobierno sin contar con nadie más en el Sejm polaco —en el Parlamento polaco—, plantean, sí, un riesgo cierto de violación grave de los valores fundacionales de la Unión Europea. Lo hacen en materia de Tribunal Constitucional, poder judicial, Oficina Judicial y también de Cámara Disciplinaria, que ha sido calificada como de Tribunal Supremo dentro del Tribunal Supremo.

Se han cernido sobre estos aspectos relativos a la separación de poderes y a la calidad del poder judicial y de la Fiscalía en Polonia —identificada con el Ministerio de Justicia como en ningún otro Estado miembro de la Unión Europea— como de... ocupación de la judicatura y abuso de la Fiscalía. Cuatro procedimientos de infracción del artículo 158 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea han sido incoados por la Comisión. Y otras cuatro sentencias del Tribunal de Justicia de la Unión Europea han sido desoídas y desacatadas sistemáticamente por las autoridades polacas. Solo a una se la recibió parcialmente: la relativa a la jubilación anticipada de un número de magistrados del Tribunal Supremo. El resto han sido completamente desoídas. Pero la Resolución se ocupa también de otros aspectos, además de estos aspectos relativos a la independencia del poder judicial y la autonomía de la Fiscalía en Polonia. Se ocupa también de pluralismo restringido, con restricción grave del pluralismo político. Se ocupa de derechos y libertades, que están cada vez más acuciadas por esas reformas legislativas: libertad de reunión, de expresión, libertad de protesta, de diseño y, sobre todo, en los medios de comunicación; restricción, por tanto, grave del pluralismo informativo. Y un lenguaje

derogatorio y amenazador hacia las minorías, contenidos antisemitas en la última campaña electoral y, por supuesto, esas infames LGBTI *free zones*, que han sido declaradas por determinadas Administraciones locales en Polonia, que son radicalmente incompatibles con el Derecho europeo.

Por todas estas razones, esta Resolución de sesenta y cinco apartados es una Resolución que intenta ser precisa y contenida y, por tanto, lanza un mensaje: Comisión, Consejo, cumplan con su trabajo y lleven adelante el artículo 7.

Y termino diciendo: este mensaje es un mensaje para que Polonia regrese a los valores de la Unión a los que pertenece, para que Polonia regrese a la Unión Europea, a la que pertenece. Y este Parlamento Europeo no es una nave espacial extraterrestre, ni es ninguna potencia extranjera en Polonia, sino que representa a la ciudadanía polaca, que, por serlo, es europea. Y, por lo tanto, el Parlamento defiende la ciudadanía europea y la ciudadanía polaca.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

President. – Dear colleague, I would inform you that you have now used your six minutes of speaking time, with speaking time at the end, so I cannot give you the floor at the end of the debate.

Marc Angel, author. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Juan Fernando López Aguilar, for underlining that Article 7 should encompass not only the rule of law but also fundamental rights and democracy. As the co-chair of the LGBTI Intergroup, I am particularly happy that LGBTI rights in Poland are strongly addressed.

The amendments the Intergroup proposed and which were adopted by the S&D rapporteur and supported by four other groups specifically target the fears and the realities that LGBTI persons are experiencing in Poland.

This includes hate speech by high political officials and, more recently, police brutality during the mass arrests of LGBTI activists this summer during the Polish ‘Stonewall’.

Apart from cutting EU funds under the city-twinning programmes, which we highly welcome, the Commission’s lack of action regarding LGBTI-free zones is worrying.

Last April the Court of Justice of the European Union recognised in the Rete Lenford case that homophobic statements can constitute discrimination in employment. Therefore, the LGBTI Intergroup asks the Commission if it agrees that LGBTI free-zone declarations risk discriminating against LGBTI persons in employment and occupation.

Will the Commission start an infringement procedure based on the EU Directive on Equal Treatment in Employment?

The Polish LGBTI community needs the Commission to take stronger action. What concrete steps will the Commission take to protect it, especially when it comes to protecting human rights defenders, like the authors of the ‘Atlas of Hate’?

We must keep in mind that attacks on the rights of LGBTI people are a serious threat to Fundamental Rights everywhere in our Union.

Throughout the whole summer, thanks to the webinars of the LGBTI Intergroup and of Rainbow Rose, I listened to many testimonies from Polish LGBTI people. They feel neglected because of the insufficient EU action, but they still have hope and believe in strong EU support. Dear Commission, let us not disappoint them.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, thank you for having included the joint debate in the plenary agenda. Let me also thank the rapporteur, Mr López Aguilar, for his work on the report, and also the authors of the oral question. I would like to take this opportunity to present the key developments that have occurred since the last plenary debate on the situation in Poland.

Let me start with the new legislation on the judiciary of 20 December 2019, which entered into force in February this year. The Commission came to the conclusion that this law undermines the judicial independence of Polish judges and is incompatible with the primacy of EU law. In particular, it prevents Polish courts from directly applying certain provisions of EU law protecting judicial independence and from putting references for preliminary rulings on such questions to the Court of Justice.

For this reason, on 28 April 2020, the Commission opened a new infringement proceeding against Poland by addressing to it a letter of formal notice. The Commission has received the reply from the Polish authorities and will soon decide on the next steps in this procedure.

As regards the new disciplinary regime for judges in Poland, upon the Commission's request for interim measures, on 8 April 2020, the European Court of Justice ruled that Poland must immediately suspend the application of national provisions concerning the powers of the Disciplinary Chamber of the Supreme Court. The order applies until the Court has rendered its final judgment in the pending infringement procedure. Following this order, a judge of the Disciplinary Chamber referred a legal question to the Polish Constitutional Tribunal contesting the constitutionality of treaty provisions on which the order for interim measures is based. The referral is still pending with the Constitutional Tribunal.

I would like to underline that the order of the European Court of Justice is binding. It takes immediate effect and must be implemented by the Member State concerned. As made clear by the case-law of the European Court of Justice, the binding nature of the orders of the Court cannot be questioned on the basis of national laws or rulings of national courts, even on the basis of national constitutional provisions. Commissioner Reynders sent a letter to the Polish authorities regarding the implementation of the interim measures order, expressing concerns and asking for clarifications and further information. The Commission is currently analysing the reply from Poland and the situation on the ground as regards the arrangements put in place to comply with the order.

A further development is that the Disciplinary Chamber has been seized by the prosecution services in cases requesting the lifting of the judicial immunity of judges for the purpose of pursuing criminal investigations, including in cases which concern the contents of judicial decisions. On 6 June 2020, the Disciplinary Chamber rejected such a request and it is expected to re-examine this case in appeal in October. Other such cases have also been scheduled by the Disciplinary Chamber. The Commission is closely following these developments.

As regards the situation in the Supreme Court, a number of further developments have taken place. On 20 April 2020, the Constitutional Tribunal held that the resolution of the Supreme Court of 23 January 2020, implementing the preliminary ruling of the European Court of Justice of 19 November 2019, was void. That resolution found that judges appointed at the request of the new National Council for the Judiciary are not permitted to adjudicate cases, and also invalidated all the rulings handed down by members of the Disciplinary Chamber.

As regards the appointment of the new First President of the Supreme Court, the new law on the judiciary amended the procedure for appointment. Following the expiration of the mandate of the previous First President on 25 May 2020, the President of the Republic appointed a new First President of the Supreme Court.

There was also a relevant development relating to the execution of European Arrest Warrants with regard to Poland. In the course of this year, some Member State courts suspended the execution of the European Arrest Warrant due to further concerns regarding judicial independence in Poland. Most recently, the court of Amsterdam temporarily suspended the execution of two European Arrest Warrants to Poland submitted to it until the European Court of Justice has rendered its answers regarding two requests for a preliminary ruling. This shows that there is a real concern of mutual trust in the judiciary, which is very worrying.

Finally, let me note that recently the Ministry of Justice announced that works are under way to prepare a second part of the justice reform. So far no legislative proposal is on the table. While justice reforms to improve its efficiency are always welcome, the manner in which the judiciary in Poland might be further reformed should not deepen the existing rule-of-law concerns.

To conclude I regret to say that the recent developments show that the situation has not improved since the last plenary debate in February. Rule-of-law concerns still persist, and let me state clearly that the Commission will use all the instruments at its disposal to address them. This includes infringements in cases of breach of EU law, but infringements are only one tool and not all rule-of-law concerns can be addressed through infringements.

It is therefore essential also to have an open dialogue with the Polish authorities and stakeholders. Since the beginning of the mandate, the Commission has expressed its readiness for dialogue. We are open to having such a dialogue with the Polish authorities in an objective manner and with a mutual aim of solving existing problems. The upcoming first annual Rule of Law Report, covering all Member States, which the Commission will adopt soon, can be a further basis for such dialogue. This report has been prepared through a transparent process with the engagement of Member States, based on a common methodology and in an objective manner.

A joint effort is needed to address the rule-of-law matters involving all the European institutions and the Commission appreciates the continuous support of the European Parliament in that respect. I also welcome the fact that the German Presidency has put on the agenda of the General Affairs Council on 22 September 2020 a state-of-play item concerning the situation of the rule of law in Poland. We also need to reinforce our rule-of-law toolbox by a mechanism in the framework of protecting the future EU budget, and the Commission made a proposal in this regard in 2018.

I am also grateful for the opportunity to react to your oral question on the situation of the LGBTI community in Poland. The Commission has received numerous petitions and letters about discriminatory language, false accusations and hate speech used in Poland. We are also fully aware of the fact that more than a hundred regions and municipalities have adopted charters, declarations and resolutions, several of which regrettably demonstrate the aim to deny fundamental rights and freedoms to LGBTI people.

I want to stress the following: equality for all and equality in all of its senses is one of the major priorities of President von der Leyen. The Commission strongly condemns any form of discrimination, violence and hatred against LGBTI people and activists and is committed to fighting any form of discrimination in the EU. It has always made clear that discrimination against LGBTI people has no place in the European Union. All EU Member States and state authorities alike, without exception, must respect EU values and fundamental rights.

As indicated by the honourable Members, the Court of Justice of the EU has recently clarified the interpretation of the Equal Treatment Directive with regard to public declarations expressing a discriminatory opinion or intention about the potential recruitment of LGBTI persons. The Court referred to several factors which have to be taken into consideration in assessing whether such declarations are covered by the directive. The Court pointed out that these issues are of a factual nature.

The declarations issued by Polish regional or municipal councils vary in their nature. Some seem mainly to focus on education or so-called ideology, whereas others also refer to the selection of employees, albeit in a rather vague way. The Commission has not yet received any specific complaint by any person alleging violation of his or her rights derived from EU law following the adoption of the above declarations. However, the Commission is thoroughly examining the situation in the light of the prohibition of discrimination enshrined in the EU *acquis*. It is assessing the precise purpose, scope and effects of the declarations at issue in view of a possible violation of EU law. Should there be a violation, the Commission, as guardian of the EU Treaties, will make use of its powers.

The Commission has already, on several occasions, encouraged the Polish authorities to revoke discriminatory resolutions, charters and similar statements. It has reminded the Polish authorities of the importance of promoting respect for fundamental rights and freedoms, social inclusion, gender equality and combating discrimination.

We stand ready to support the Polish authorities in combating discrimination, including on the basis of sexual orientation. The Commission – my colleague Helena Dalli – will present an LGBTI equality strategy in November this year. Within this framework, the Commission will continue to provide appropriate funding to foster a conducive and sustainable environment for LGBTI civil-society organisations. In addition, the Commission will maintain and encourage a structured and open dialogue and consultation with civil society.

EU values and fundamental rights must be respected by Member States and state authorities alike. Discrimination against LGBTI people has no place in the EU and the Commission will continue to fight against all kinds of discrimination.

Evelyn Regner, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter*. – Sehr geehrter Herr Präsident Karas, sehr geehrte Frau Kommissarin Jourová! Danke für die ausführlichen Worte jetzt soeben.

Die polnische Regierung hat die letzten Monate dazu verwendet, Hass und die Ausgrenzung gegen LGBTI-Menschen anzufeuern. Was für eine Schande! Gerade in Zeiten der Krise ist es notwendig, die Gesellschaft zusammenzuhalten und nicht die Spaltung voranzutreiben. Die Salami-Taktik der PIS-Regierung beschneidet immer mehr Menschen in ihren Rechten: zuerst LGTBI-Menschen und nun auch Frauen, die ohnehin nur wenig echten formellen Schutz vor Gewalt bekommen und noch mehr in Gefahr kommen, durch massive Einschränkungen ihrer Rechte durch die Regierung.

Als Europäische Union müssen wir dafür sorgen, dass unsere Grundwerte eingehalten werden und alle Menschen – wirklich alle Menschen – ein selbstbestimmtes, freies Leben ohne Angst führen können. Staaten, die sich nicht daran halten, dürfen keine EU-Gelder mehr bekommen, und nur ein Rechtsstaatlichkeitsmechanismus im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen kann das garantieren.

Andrzej Halicki, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Pani wiceprzewodnicząca Komisji! Staję dzisiaj przed Wysoką Izbą jako reprezentant Grupy Europejskiej Partii Ludowej, ale także – a może przede wszystkim – jako polski parlamentarzysta, bo moim obowiązkiem jest powiedzieć i ustosunkować się do tego sprawozdania w imię prawdy, w imię konfrontacji tego, co zapisano w sprawozdaniu, z rzeczywistością. Kto może to uczynić bardziej obiektywnie niż ten, który w tym kraju mieszka?

Oczywiście chciałbym, żeby tego sprawozdania nie było. Chciałbym i mam nadzieję, że nadejdzie taki moment, w którym polskie społeczeństwo na tyle dobrze wybierze władzę, że ta nie będzie stawiała siebie ponad prawem. Bo to sprawozdanie to akt oskarżenia władzy, która właśnie siebie stawia ponad prawem, ponad konstytucją, a także szykanuje tych, którzy myślą inaczej. I pewnie usłyszymy tutaj nieraz te krzyki czy zaklęcia, że to ideologia, że to intencje. Nie, to sprawozdanie to zbiór faktów i opis zdarzeń. Bardzo zbalansowany.

Nie ma zgody na to, by władza dyskryminowała kogokolwiek w jakimkolwiek państwie europejskim. Jeżeli tak jest, to musimy w tej Izbie mówić, że tak być nie może. Nie ma zgody na to, by władza upartyjniła sądy i sama chciała być sądami w imię własnych interesów. Nie ma zgody na to, by zagrażać niezależności mediów tylko dlatego, że czyjaś opinia się władzy nie podoba. Nie ma także zgody na mowę nienawiści, a jeżeli słowa agresji płyną z ust polityków najwyższego szczebla, to trzeba reagować, trzeba reagować mocno. Dlatego nie spoczniemy w Polsce – to nasze zadanie, polskiego społeczeństwa. Ale ja chciałbym powiedzieć w imieniu całej grupy PPE, że to sprawozdanie musimy przyjąć, bo ono po prostu jest – niestety – prawdziwe.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Der Bericht über Polen: Im Dezember 2017, vor drei Jahren, startete die Kommission das Artikel-7-Verfahren – seither Stillstand im Rat und damit gewollt oder ungewollt eine weitere Ermutung zum Weiterführen des antidemokratischen Weges.

Die letzten Wochen und Monate haben nochmal deutlich gezeigt: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte sind der PiS-Regierung egal. Von unabhängiger Justiz ist schon lange keine Rede mehr. Medien und immer mehr Organisationen geraten unter Kontrolle der PiS. Statt klarer Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ein angekündigter Rückzug aus der Istanbul-Konvention. Wir erleben massive Diskriminierung und Hetze gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Identität und eine ausdrückliche Unterstützung sogenannter LGBTI-freier Zonen.

Wenn die Mitgliedstaaten im Rat weiter nur zuschauen, verliert die EU ihre Glaubwürdigkeit als Kontinent mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten. Die Mitgliedstaaten müssen endlich etwas tun. Machen Sie sich nicht länger zu Handlangern von Orbán, PiS und Co. Positionieren Sie sich endlich eindeutig. Verankern Sie einen verbindlichen und effizienten Rechtsstaatsmechanismus im kommenden Haushalt.

Jetzt haben Sie die Chance, unsere Werte für alle Menschen in Europa zu sichern. Lassen Sie diese Chance nicht verstreichen.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, it is now almost three years since the Commission has launched the Article 7 procedure against Poland and we are still going round in circles, as has also been highlighted by Mr López Aguilar. And since then we see Poland crossing red line after red line, and the strategy of the Member States is appeasement.

But in the meantime, the situation has got worse, obviously. We see LGBTI-free zones in Poland, in Europe, the return of witch hunts in Europe – something I thought I would never see. Today several NGOs have lodged a legal complaint at the Commission regarding the LGBTI-free zones, and judges in other EU Member States are now refusing to cooperate with judges in Poland and to use the European Arrest Warrant.

Such civic action is very welcome, but why are the Commission and the Council not doing their job on this? Because frankly, Madam Commissioner, after three years I don't want to hear the word 'dialogue' anymore. We've been in dialogue with Mr Orbán for 10 years and look at where we are now. It is impunity: dialogue equals impunity by now. It is time for action. I understand that Commissioner Jourová and Commissioner Reynders are ready to take action and to pursue the two pending procedures which are in court, but you're being blocked by Ms von der Leyen.

Ms von der Leyen is going to address this Chamber on Wednesday, and I'm sure she's going to speak very moving words on the rule of law. But Ms von der Leyen, it's time to act, it's time to deliver, and I do not want to hear her say anymore that nobody is perfect –because impunity is encouraging other governments inside and outside Europe. How can we have moral authority, as Ms Sippel said, when we are giving support to the people in Belarus, when we are too chicken to tackle the governments of Poland and the governments of Hungary, and many others. It's time to act. Now!

Hélène Laporte, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, le rapport intérimaire rendu par le Parlement européen, entièrement à charge contre la Pologne, n'a pour but que de mettre au pas les nations qui sortent du rang, confirmant l'uniformisation des nations que souhaite imposer M^{me} von der Leyen.

Le déclenchement de la procédure de l'article 7 contre la Pologne constitue une humiliation, une atteinte inadmissible à sa souveraineté. L'argumentation juridique est de surcroît fragile sur plusieurs points. Un exemple parmi tant d'autres: le rapport souligne la partialité des médias en Pologne. Mais, objectivement, dans quel pays au monde les médias seraient-ils impartiaux? Soyons prudents.

Par ailleurs, la stigmatisation des personnes LGBT après le retour au pouvoir du parti conservateur Droit et justice, en 2015, reste à étayer. L'arrestation de militants ne constitue pas une généralité.

À l'heure actuelle, aux yeux du monde, Bruxelles donne l'image d'une Europe faible face à l'attitude belliciste d'Erdogan en Méditerranée orientale – lequel s'est même payé le luxe de menacer directement la frégate française Courbet le 30 août dernier – mais qui affirme avec un aplomb inouï que la situation en Pologne aura une incidence négative sur la situation des États membres.

Le courage de l'Union européenne nécessiterait non pas une autorité sur la Pologne – il faut d'abord pouvoir vérifier –, mais une détermination à cesser tout financement en faveur de la Turquie, qui viole des zones maritimes grecques et qui occupe illégalement le nord de la Syrie.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, when we look at the situation in Poland and when we look at the findings of this report, we can clearly state that this is not just a systematic breach of the rule of law anymore, but this is a fully fledged rule of law crisis, in the middle, in the heart, of the European Union.

If you think that I'm exaggerating the situation, or that I'm overstating something, I would like to give you one number, and maybe you are going to rethink that judgment. Currently 10% of all Polish judges, one in ten – in some districts, every single judge – is under urgent threat of being targeted with disciplinary measures.

What was their crime? They think that defending the rule of law and defending the independence of the judiciary is something that you can actually say out loud.

This is an unprecedented attack on EU values and the very foundation of the European Union, and probably not one, not two, and maybe not even five, Court of Justice of the European Union rulings are going to be enough when the ruling party is trying to take political control of the judiciary.

We have to stand not only with the judges in Poland, but we have to stand with the EU citizens that are demanding access to justice in Poland.

As the co-chair of the LGBTI Intergroup, I can tell you that every week, every single week, we receive more messages of worry and sometimes, I must say, despair from the LGBTI community in Poland.

Every week there are new attacks, every week there are new lies spread, there is new anti-LGBTI propaganda, and I don't know what to tell them anymore, Madam Commissioner, because they all ask the same question: when is the European Union finally going to act? The silence of the Commission over this summer has been screaming into the faces of all of those people whose rights are under attack right now.

And I urge you: do something, start an infringement procedure against LGBTI-free zones in Poland now, Madam Commissioner.

Lastly, and I hope, especially, that Mr Duda is watching but also to our colleagues from the Polish ruling party here in this Chamber: look at me, look at Marc, look at Malin, look at Maria. We are not an ideology. We are human beings. We are made out of flesh and blood. We want to have exactly the same fundamental human rights like everyone else. And I know that deep inside of you, you actually know that, so stop using us and the LGBTI community in Poland for your disgusting political agenda.

Patryk Jaki, *on behalf of the ECR Group*. –Mr President, above all I need to underline that there are No LGBT-free zones in Poland. I say to Ms Reintke: there is only a left-wing activist who creates displays and illegal signs and sends you a picture and you believe it.

So once again I call on you to maintain the seriousness of your office. But to get to the point: thank you very much for providing us, at last, with a definition of the rule of law. In your interpretation, the rule of law in Poland is being violated by, firstly, the adoption of the anti-terrorist law – even if you know there are similar laws in the other Member States.

Secondly, by the appointment of the judges – which is done in the same way as in Spain. You know, in Poland the judicial council is appointed by parliament, like in Spain, by the same majority as in Spain, and you say: 'In Spain everything is good but in Poland you harm the rule of law'. And this is equal treatment?

Then in your definition, the existence of just one big Conservative television channel harms the rule of law. And merely holding a debate on abortion – not approving anything, only having a debate – harms the rule of law, in your definition. And the adoption of a solution in civil law to defend the good name of Poland, which is a fundamental right of every citizen and every country, you say that this is still harming the rule of law.

Then the prohibition of the political activities of judges, which is a fundamental thing for the independence of judges – and we have this in the Constitution, by the way – in your opinion this is against the rule of law. The same thing when we don't provide leftist organisations with more money out of public funds. And finally, the adoption of Regional Family Rights Law. Yes, it is true: in your interpretation, defending family law is harming the rule of law.

So to conclude: everything which is not leftist is harming the rule of law in your interpretation. That's why I need to ask you something: did you even understand what the rule of law is? Do you know what democracy is? The fundamental thing about democracy and European values is freedom of speech, freedom of expression, and the right to create a political group, a Christian political group, a Conservative political group, like Robert Schuman did.

I need to tell you something: we in Poland know this kind of ideology. In the past, the Communists used the language of 'I tell you...'. The Communists called censorship 'the principles of freedom': the restriction of religious practice, the freedom of conscience.

And today you call a left-wing bandit beating a man a child who has been arrested for his beliefs, and supporting the traditional family you call an 'attack on tolerance'. I tell you something, and I want to underline something: I am not surprised that the new monument in Germany of Lenin – a murderer, a tyrant – does not bother you. But the maintenance of family values in Poland does. Shame on you, shame on you!

Malin Björk, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, I say to Mr Jaki: shame on you for trying to trample on my rights. I stand here proud, in solidarity with my LGBTI colleagues in Poland. Today, LGBTI people in Poland are under attack in the streets and in the courts, as our colleagues making the Atlas of Hate have shown. I encourage you all to visit it on the web.

I think it is important to recognise that the rule of law, democracy and respect for fundamental rights go together. You cannot take away one and keep 'a little bit of this and a little bit of that'. So we can see that the lack of independence for the courts, the lack of media freedom and pluralism, the attacks on women's rights highlighted here in the Chamber and the attacks on the LGBTI community go together. We will not let this go on. We will not let the bullying go on. This House will stand up for the rule of law, democracy and fundamental rights, and we will have an EU budget that doesn't give money to those Member States like Poland that cannot respect fundamental rights and democracy and the rule of law.

Eleonora Evi (NI). – Signor Presidente, onorevoli deputati, ad Acerra, in provincia di Napoli, nella notte tra venerdì e sabato, una ragazza è morta, dopo essere stata speronata in scooter dal fratello, che non accettava la sua relazione con un ragazzo trans. Oggi in Europa siamo ancora lontani anni luce dall'eradicare questa cultura dell'odio e della discriminazione, che ogni anno si prende troppe vittime innocenti.

È arrivato il momento di fare molto di più contro l'omotransfobia, soprattutto quando sono le autorità pubbliche a farne da megafono, come succede in Polonia, dove un terzo del territorio nazionale ha deciso di identificare le persone appartenenti alla comunità LGBT come minacce alla cultura e all'identità polacca.

Le zone libere da LGBT rappresentano un vero e proprio attentato ai valori europei e come tali devono essere trattate.

Io, quindi, reitero la richiesta di azioni concrete alla Commissione, che si apra una procedura di infrazione nei confronti della Polonia e che si blocchi qualsiasi finanziamento di cui direttamente o indirettamente possono beneficiare le autorità locali che si sono dichiarate zone libere da LGBT.

Roberta Metsola (PPE). – Mr President, I want to talk about the attempt to intimidate judges in Poland. I want to tell the judges that we will never turn our backs on what is happening, that justice matters more than electoral majorities. But today I need to talk about the ethos of Europe, that we are all different and yet all equal. That a German, a Maltese, a Pole and a Latvian national could walk down the street in a village in Poland and expect the same rights and the same level of protection. That any Jew or Catholic, atheist or devout of any religion could do the same. That we could all feel safe in every little town across our Europe. That straight, gay, lesbian, bi, trans or non-binary, you are free to live your life without fear, without recrimination, without arrest, because that is what our Europe is, and that's why we remain the beacon of hope in a world that is under threat, because while we may all be different we are all equal.

Having LGBT-free zones means having Europe-free zones and if there is one corner of this Union where Europeans are not welcome, then that is one corner too many. So to those people who are feeling desperate, to those parents who are terrified for their children's safety, to those young people who expect us to keep our promise to them that they can live their lives freely: your family matters, too. Yours is *not* an invasive ideology, yours is a Polish ideology, a European ideology.

So in conclusion, we have your back: Europe stands with you because we understand that while we are all different, we are all equal.

(Applause)

Sylvia Spurek (S&D). – Panie Przewodniczący! Przepraszam naszych przyjaciół i przyjaciółki LGTB+! Przepraszam, że Parlament Europejski, Komisja Europejska, Rada nie potrafią bronić waszych praw. Nie tworzymy wspólnoty, w której każda i każdy jest równy, czuje się bezpiecznie bez względu na płeć czy orientację seksualną.

Polska od lat nie respektuje praw człowieka osób LGBT+. Brak związków partnerskich, nawet nie mówiąc o równości małżeńskiej, brak nowoczesnego prawa uzgodnienia płci, brak edukacji antydyskryminacyjnej. Osoby LGBT+ nie są chronione przed mową nienawiści i przestępstwami z nienawiści. Teraz do tego doszła jeszcze nienawiść wobec osób LGBT+ ze strony rządu, brutalność policji i „strefy wolne od LGBT+”.

Trzydzieści trzy miesiące temu wobec Polski została uruchomiona procedura z art. 7. Przez trzy ostatnie lata byliśmy świadkami naruszania przez polski rząd kolejnych obszarów praworządności. Gdzie jest Komisja Europejska? Jak długo będzie monitorować, apelować i zalecać? Gdzie jest mechanizm wiążący praworządność z funduszami unijnymi? Kiedy rządy w Polsce i na Węgrzech przestaną czuć się bezkarne?

Pani wiceprzewodnicząca, co się jeszcze musi wydarzyć, żeby Komisja zaczęła skutecznie działać?

Pierre Karleskind (Renew). – Monsieur le Président, chers collègues, Mesdames et Messieurs du gouvernement polonais, n'ayez pas peur de vos propres concitoyens, de leur diversité, de leur aspiration à la liberté, à l'égalité, à la vie. Mesdames et Messieurs de la Commission européenne, Madame la Vice-présidente, n'ayez pas peur de pousser les procédures d'infraction, d'imposer des amendes, de couper les subventions. On ne peut pas dire oui aux fonds européens mais non aux valeurs. N'ayez pas peur de promouvoir et de protéger le mode de vie européen.

Mes chers collègues, n'ayez pas peur de faire savoir à tous les citoyens européens que nous sommes là, qu'ici, au Parlement européen, le respect des valeurs de l'Union européenne est un horizon indépassable. Nous devons dire ceci à tous nos concitoyens: n'ayez pas peur de revendiquer vos droits fondamentaux! Nous le disons à ces militants LGBT si malmenés par la police polonaise, à celles et ceux qui se battent, mais aussi à celles et ceux qui se cachent: n'ayez pas peur d'être qui vous êtes, n'ayez pas peur de vivre libre, n'ayez pas peur de vivre! Nous vous disons cela: n'ayez pas peur!

Maximilian Krah (ID). – Mr President, what we see again is an attack on Poland, not because of the violation of the European Treaties, but we see the usual attacks on conservative politics by those who are on the left side of the political spectrum. We have these biased reports. It was the Sargentini report on Hungary, it is now the López Aguilar report on Poland. That is not fair, but it wants to implement leftist politics in Poland against the will of the people. The Polish people have elected a conservative majority to get conservative politics. The policy on justice and on judges' appointments becomes now the European standard in Poland.

A country that does not have European standard is Germany, where the President of the Constitutional Court was a member of parliament and became a directly appointed judge and then president. And if you look at family policy – and I have read the charter of the rights of family in Poland – I can only applaud the Polish people to have a policy which is focused on families with daddy, mummy and children, and not on different minorities.

Opposing the gender theory does not mean to suppress gay and LGBTI people, it just means that we don't want those theories taught in schools and universities and made the principle of politics. Poland and Hungary have decided to follow a conservative line, which is a sovereign decision of the people, and so do people have the right to follow that policy, and it is not an oppression of the treaties. I can only address my Polish friends: follow your way, you are right.

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Monsieur le Président, à force de minorer les reculs des droits et des libertés depuis une décennie, à force de laisser dire que nos valeurs peuvent se négocier, nous avons créé nos propres monstres à l'intérieur de l'Union européenne. Nous avons laissé se développer, dans l'Union européenne, des zones de territoire officielles où les personnes LGBTI ne sont pas acceptées, et cela de manière publique.

Or, les fondements de l'état de droit, nos droits imprescriptibles, nos libertés ne sont pas négociables. Au contraire, ils sont universels et intangibles, et il ne peut pas y avoir de définition selon l'État dans lequel on vit. Ce sont des droits écrits dans nos textes et dans nos chartes, hérités de nos histoires communes faites d'atrocités et de combats héroïques.

Quand le gouvernement polonais veut se retirer de la convention d'Istanbul parce qu'il prétend qu'elle contient des éléments idéologiques nuisibles ou lorsqu'il veut restreindre encore le droit à l'avortement, ce sont les droits des femmes, universels, intangibles et imprescriptibles, qui sont attaqués! Quand ce même gouvernement prétend qu'il y a une supposée idéologie LGBTI, ce sont encore les droits humains de tous, intangibles, universels et imprescriptibles, qui sont piétinés! Quand l'indépendance de la justice, le pluralisme des médias, les droits de l'opposition sont menacés dans un État, ce sont encore une fois les règles élémentaires de droit qui ne sont pas acceptées.

Et quand la Commission se refuse à mener des procédures d'infraction contre ces États coupables, parce qu'elle a des supposés doutes juridiques, nous pouvons nous interroger: les personnes qui, au plus haut niveau des institutions, font l'interprétation légale ont-elles véritablement envie de protéger tous ces droits?

Pernando Barrena Arza (GUE/NGL). – Señor presidente, al Gobierno polaco parece no haberle afectado que la Unión Europea activara por primera vez en la historia su llamada «opción nuclear» del artículo 7. Y esto se debe a que se ha planteado, a nuestro entender, de manera acomplejada, en este caso, y mientras, además, otras situaciones flagrantes se eluden, como, en su momento, la de la violencia en Francia contra los chalecos amarillos o, en España, la de la represión policial en Cataluña y el País Vasco.

Creemos que el Consejo y la Comisión siguen sin estar a la altura cuando se trata de proteger a la ciudadanía polaca de las continuas violaciones de sus derechos fundamentales. Queremos que dejen de reinterpretar el principio del Estado de Derecho de manera restrictiva y que sean igual de severos cuando suceden ataques contra los derechos de la mujer o las personas LGTBI, por ejemplo. Estas últimas están siendo víctimas de creciente acoso y nos parece inaceptable que el propio presidente de Polonia se manifieste públicamente contra ellas.

Hay que hacer algo y hay que hacerlo ya, y por eso pedimos al Consejo que declare la existencia de una violación grave y persistente del artículo 2 y emita recomendaciones, y a la Comisión que utilice todos los instrumentos a su disposición para abordar la situación del país.

Vladimír Bilčík (PPE). – Mr President, this is a very emotional debate but the core issue is that Polish justice is European justice, and the safety, dignity and freedom of all citizens in Poland – regardless of their gender and sexual orientation – is also about essential respect for the rights of all Europeans.

Fight for a fairer Poland is our fight for fair Europe. Freedom of media are inseparable from democracy and rule of law. Independent public broadcasters help democracy thrive. On the other hand, state media network as a tool of those in power is a disservice to Polish citizens and citizens everywhere. Misusing the media through political power is a departure from democratic ideals we share in this House, no matter which Member State we come from.

Difficult discussion about the quality of justice in Poland is a stark reminder that we are in dire need of a more robust approach to the protection of rule-of-law issues in Europe. This must be a joint priority for the Council, Commission and European Parliament. Europe must pay equal attention to rule-of-law issues across all Member States in order to prevent further loss of justice from all Europeans. Polish justice deserves our attention for the sake of Europe.

Marek Paweł Balt (S&D). – Szanowny Panie Przewodniczący! Polska to kraj, który kocham, ale podjęto decyzje, wobec których absolutnie nie mogę być obojętny. W 2016 r. 40 tys. funkcjonariuszy służb mundurowych, którzy pracowali dla dobra Polski, z dnia na dzień zostało pozbawionych swoich emerytur. Okres ich służby do roku 1989 został uznany za niebyły, a po 1989 roku – zredukowany. Ci ludzie od wielu lat usiłują dochodzić swoich praw, ale ich prawo do sądu jest ograniczone. To głównie osoby starsze, często schorowane, skupione na przeżyciu z dnia na dzień na poziomie urągającym ludzkiej godności. 160 euro to miesięczna kwota emerytury, która została im przyznana na życie. Tysiąc osób już zmarło, nie doczekawszy sprawiedliwości, 61 popełniło samobójstwo lub zmarło w wyniku załamania nerwowego.

Wprowadzając ustawę represyjną, polski rząd złamał między innymi zasadę zaufania obywateli do państwa i stanowionego przez nie prawa, zasadę niedziałania prawa wstecz, co więcej naruszył prawo do zabezpieczenia społecznego po osiągnięciu wieku emerytalnego, łamiąc tym samym Konstytucję RP i europejską Konwencję o ochronie praw człowieka. Takie postępowanie jest nie do zaakceptowania. Nie można kogoś karać za czyny, których nie popełnił, do tego bez procesu, szczególnie że funkcjonariusze, o których mowa, zostali zweryfikowani pozytywnie i po transformacji służyli w wolnej, niezależnej, demokratycznej Polsce. Funkcjonariusze już raz prosili o pomoc Parlament Europejski, dwa lata temu odbyło się oficjalne wysłuchanie w tej sprawie, ale nie zrobiono dla nich nic. Proszę, nie bądzmy ponownie obojętni.

Alice Kuhnke (Verts/ALE). – Herr talman! Den absoluta majoriteten av oss är väl medveten om att utvecklingen i Polen har gått åt fel håll under lång tid. Den absoluta majoriteten av oss är väl medveten om att det som pågår är fel och farligt. Men, inte tillräckligt många av oss är beredda att gå från ord till handling.

Vilka är vi om vi inte agerar med kraft när kvinnors och hbtq-personers rättigheter inskränks, och när rättsväsendets och mediernas oberoende undergrävs? Det är uppenbart att EU:s regeringschefer inte gör tillräckligt. Då är det upp till oss folkvalda parlamentariker att sätta hårt mot hårt. Låt oss använda den möjligheten som kampen om pengarna ger. Krona för krona ska ställas mot kravet att respektera EU:s värderingar.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor presidente, el Gobierno polaco es uno de los mejores ejemplos de la deriva autoritaria que vive Europa, uno de los principales exponentes de la internacional reaccionaria que utiliza los derechos sexuales y reproductivos y el cuerpo de la mujer como un campo de batalla. Un autoritarismo que vemos también, y que se ha cebado, con el colectivo LGTBI, y lo vemos en las zonas libres de gais, una política totalmente inaceptable y homófoba. Ataca a cualquiera que desafía sus políticas, como le ha sucedido al sociólogo polaco Pankowski, que ha recibido amenazas por posicionarse contra políticas homófobas y por su trabajo antirracista y antifascista en Polonia.

Y mientras, cuando pasa todo esto, la Unión Europea sigue aceptándolo, sigue aceptando el chantaje de la extrema derecha. Un ejemplo claro es haber aceptado la política xenófoba del Gobierno polaco, borrando de un plumazo la posibilidad de establecer un sistema de cuotas justo con los refugiados y con los migrantes en el nuevo pacto migratorio. Es una vergüenza. No podemos seguir mirando hacia otro lado, con lo que está pasando, con la deriva autoritaria que estamos viendo en Europa.

Maria Walsh (PPE). – Mr President, Madam Vice-President, colleagues, fellow LGBTQI community members, and our allies, both in the Chamber and indeed working in the institutions, today the entire European Union is at risk. The European project hangs in the balance. This is about more than just the terrible LGBTQI rights violations in Poland. This is about who we are, and it is about what our European Union stands for.

Do we not value freedom, equality and the rule of law above all else? Was the European Union not founded to protect our citizens' rights against discrimination? The desire to protect our people – all our people, regardless of their sexuality or gender identity – is why we stand here today. And we do not discriminate when it comes to protecting the fundamental rights of any of our European citizens.

If we do not take decisive action against a government that is punishing our people for simply existing, then what are we here for? What are we here for?

The European Commission and the European Council have to take stronger action against the Polish Government, not only to protect the Polish LGBTQI community members, but also to protect our fundamental values and protect our European Union.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! *I will speak in Polish and Silesian a bit.*

Po naszymu, po ślonsku to sie godo: niy mo wom gańba, panie pośle Jaki? Czy nie jest wam wstyd? Od pięciu lat łamiecie w Polsce podstawowe zasady europejskie: praworządność, prawa człowieka i wolności obywatelskie. Sprowadziliście Trybunał Konstytucyjny do roli marionetki, z mediów publicznych zrobiliście tubę propagandową, gotujecie piekło kobietom. Zrobiliście z Polski nieśmieszny kabaret, pośmiewisko na arenie międzynarodowej. Arogancję, butę i ksenofobię wynieśliście na ołtarze. Odmawiacie praw wszystkim, którzy nie chcą waszej zaściankowej wizji Polski – kraju, gdzie rządzi sojusz tronu z ołtarzem. Czy nie jest wam wstyd, kiedy obrażacie sędziów, czy nie jest wam wstyd, kiedy kolejne osoby LGBT decydują się na emigrację?

Nie chcecie uznać śląskiej mniejszości etnicznej, boicie się języka śląskiego, celowo ukrywacie czarne karty historii, w tym tragedię górnośląską. Straszycie ludzi, że Polska straci fundusze europejskie. Nie straszcie, te pieniądze mogą ominąć wasze bezprawie i trafić prosto do samorządu. Prawdziwa dobra zmiana jest możliwa, to rząd PiS musi ponieść karę za swoje działania, nie obywatele.

Jeszcze wam powiem na końcu: cokolwiek zrobicie, jak daleko posuniecie się w polityce wychodzenia z Unii, Śląsk zostanie w Europie – tu jest nasze miejsce. A przyjaciół z Europy proszę: *don't let us walk along*. Polska to nie PiS.

Grace O'Sullivan (Verts/ALE). – Mr President, it's shocking that in this year, 2020, we have a situation in Poland with some of the towns declaring themselves LGBTI-free zones. This is a patent violation of the most basic human rights. I speak as a member of the European Parliament's LGBTI Intergroup, but also as a citizen of a traditionally Catholic country with a large – and, can I say, welcome – Polish community. Ireland also happens to be the first country in the world to have introduced marriage equality for same sex couples through a popular vote. LGBTI-free zones are an abhorrent infringement of people's rights to dignity and equality, and I wholeheartedly support calls for Parliamentary, Commission-led and international condemnation and action on this distressing issue.

Balázs Hidvéghi (PPE). – Tisztelt Elnök Úr! Az elmúlt években bevett gyakorlattá vált, hogy az uniós intézmények a jogállamiságot minden objektivitást mellőzve politikai fegyverként, furkósbotként használják egyes tagállamokkal szemben. Lengyelország és Magyarország ellen a tisztességes eljárás és a vádhoz kötöttség elveinek sárba tiprásával évek óta zajlik eljárás, amely ideológiai kérdésekről szól, kizárólag politikai célokat szolgál, és amely így maga sem felel meg a jogállamiság követelményeinek. Úgy nem lehet számon kérni a jogállamiságot, hogy a tagállamokkal szemben eltérő mércét alkalmaznak, hogy dialógus helyett vádaskodó jelentéseket fogadnak el, hogy évekig tartó parttalan eljárásnak vetik őket alá.

A valóság az, hogy ahol karakteres jobboldali politikát folytató kormány alakul, ott előbb vagy utóbb előkerülnek a mondvacsinált jogállamisági vádak. Ez a helyzet Magyarországgal és Lengyelországgal kapcsolatban, de ezt látjuk az utóbbi időben Szlovénia és Bulgária esetében is. A szocialisták és a liberálisok, az önök elvtársai ugyanakkor arcátlanul hallgatnak olyan kirívó, jogállamot sértő esetekben, mint például a szlovák Jozef Chovanec halála itt Belgiumban egy rendőri fellépést követően, amit nem vizsgálnak ki. Vagy például amikor a magyar baloldal egy nyíltan antiszemita politikust indít időközi országgyűlési választáson most október elején Magyarországon.

Amikor erről kérdezzük önöket, akkor nincs jogállamisági probléma, sőt válaszok sincsenek. Mi ez, hölgyeim és uraim, ha nem kettős mércé? Köszönöm szépen!

Tilly Metz (Verts/ALE). – Monsieur le Président, en décembre 2019, je parlais fièrement de mon mariage homosexuel, pleine d'espoir pour une Europe inclusive, et ce, malgré l'inacceptable blocage de la directive sur l'égalité de traitement, depuis 2008. Honte au Conseil.

Aujourd'hui, je ne sais plus si je peux encore mettre les pieds en Pologne, avec une propagation quasi publique de l'intolérance et de la violence envers la communauté LGBTI. Stop à la haine, stop à la discrimination sous le prétexte de la religion ou de la liberté d'expression!

La Cour de justice de l'Union européenne l'a réaffirmé récemment, en avril: la liberté d'expression n'est pas absolue et peut être limitée pour protéger les droits des autres. Il ne s'agit pas de faire de l'Union une police de la pensée ou de la parole, mais une gardienne des droits fondamentaux et de l'état de droit.

Ainsi, nous demandons au Conseil et à la Commission d'intervenir pour défendre les valeurs sur lesquelles notre communauté est fondée.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Herr Präsident! „Sie versuchen, euch zu überzeugen, dass sie Menschen sind. Aber das ist einfach Ideologie.“ Mit diesen Worten hat der polnische Präsident Duda im Wahlkampf Hass gegen LGBTI verbreitet.

Wir Grüne finden, dass kein Präsident dieser Welt das Recht hat, gegen Minderheiten zu hetzen. Die meisten von uns können sich nicht vorstellen, wie diese Hetze für junge polnische LGBTI sein muss. Wie es ist, von der eigenen Familie verstoßen zu werden, oder aber auch, welche Angst Eltern haben, wenn ihre Kinder homosexuell sind. Wie es ist, zusammengeschlagen zu werden, nur weil man händchenhaltend mit der Partnerin oder dem Partner durch die Straße geht.

Seit dem polnischen Wahlkampf hat sich die Lage für LGBTI in Polen dramatisch verschlechtert, und es ist deshalb wichtig, Solidarität zu zeigen. Wir tun das hier im Europäischen Parlament: Wir stehen für die Rechte von LGBTI in ganz Europa ein, und wir müssen das auch weiterhin tun. Wir sollten konkreter werden, wir sollten dafür kämpfen, dass NGOs besser unterstützt werden und dass diese Menschen eine laute Stimme bekommen.

Hermann Tertsch (ECR). – Señor presidente, señorías, ya está bien de esta persecución a Polonia. Ya está bien de la persecución a Hungría y a toda nación europea libre que osa desafiar todos los mantras ideológicos de este consenso progresista. Esto no es un debate sobre el Estado de Derecho. Esto, lo que es, es lo de siempre: un linchamiento y un intento de humillación pública a un Parlamento, a un país soberano que se niega a que lo empujen a ese consenso socialdemócrata que se quiere imponer desde aquí. De eso va todo. Y ustedes, todos, lo saben.

Me preocupa mucho que esta Cámara no sea consciente de que con este informe se ofende a la nación polaca soberana y se hace un ejercicio de infinita hipocresía, ya que su ponente es miembro de un partido que hoy pisotea obscenamente y ha destruido totalmente la división de poderes en España, en alianza con los comunistas. Con un Gobierno que tiene una fiscal general nombrada por ellos para destruir esa división, y que fue antes ministra socialista de Justicia. Donde tenemos esa fiscal socialista que destruye la separación y tenemos a jueces amenazados por el vicepresidente Pablo Iglesias. Eso es lo que tenemos en España, en el país donde gobierna el partido de este señor que ahora intenta amenazar a Polonia.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you very much for this very important debate about a very serious issue which was not only about the situation in Poland, but also I understood that this was a wider context in the debate about the rule of law situation in the EU.

Let me start with with a recollection of how we felt about the rule of law and values some years ago, maybe 10 years ago. We used to speak about the independent judges and about the freedom of speech and a vibrant civil society, free and fair elections. It was with a very relaxed voice, as if we had created some kind of perpetuum mobile for values in the EU.

Now we see that we have to deploy all possible powers and measures to renew the importance of the values like rule of law, fundamental rights and democracy to the European Union, because these are the values the EU was thus founded on.

And speaking about measures, I indeed described what we do in the field of infringement procedures. We can only use them when there is a clear violation of EU law. It might sound legalistic. It is. It is a legal approach, as Ms Delbos-Corfield mentioned, but we, the Commission, are not activists.

We can only start infringement procedures when we have a very solid legal ground, and believe me, I want to win the cases. We cannot afford to lose the cases which relate to rule of law issues. It's too important, and we need also to work on the credibility of the EU, and losing the cases would not be a good thing.

That's why I wanted to attract your attention also to the previous cases where they were all successful. And important cases relating to rule of law. Article 7: we obviously see that there was a lack of imagination in those who created the Lisbon Treaty, who foresaw the Article 7 as a functional measure.

We see now that it's toothless. We have lengthy procedures, we have the debate about Hungary and Poland, and it's not only Hungary supporting Poland and vice versa. There are other Member States who are supporting States where we see obvious breach of the basic principle of the rule of law.

So we have to deploy further measures. Obviously, we have to accelerate more and more powers and to be also innovative in how to support the rule of law in the Member States. That's why we proposed the rule of law conditionality, the linkage between the rule of law principle and the budget.

You know that there was a very difficult debate on the night of 21 June when the Council was adopting the new budget, and the talks will continue. I do believe that we need such an instrument. I sometimes say in a rather cynical way that whoever doesn't understand the values usually understands the money. Let's use this instrument. We need it. And also because the taxpayers of many Member States are fed up with funding projects in the countries where fundamental rights are violated.

And here I come also to the issue of the breach of the rights of the LGBTI people. Where we are now with the budget is a very dangerous situation. The bigger the money, the lower the trust. I think that this is devastating. We need to promote the idea of linking the EU taxpayers' money with the basic principles of the EU.

The second measure which we want to use is also a response to the criticism which I heard from this side of Parliament that that is double or triple standards, different treatments, that we are only focusing on Poland and Hungary. It was never my goal. I always wanted to make a very objective and fair comparison of the situation of the rule of law in the Member States and it cannot be done by comparing two laws or two articles in two different laws in Germany and Poland or in Hungary and Spain.

We have to look at the broader picture in all the Member States. That's why we are now finishing the work on the rule of law report where we will focus not only on the situation of the judiciary but also on media and on the anti-corruption fight, because we believe that these are interconnected features and factors and we should be able to make an objective assessment.

The way of assessing is very transparent. Also the authorities in Poland and all the other Member States had a possibility to comment on the findings and we will soon make the reports public and make further comments. Indeed, it was also said here, we need a better definition of what we mean by the rule of law.

We will do that. We will always make better and better explanations because we also simply have to explain on a continuous basis to the citizens of the EU why we need the rule of law principle in place, why we need an independent judge. There is a lack of awareness of how important the principle is for every single citizen.

So I believe that these two new instruments will help to increase our ability. Now it will be a quote in many of your speeches to do something. We need to do something more.

My objective is also – and it is the reaction of Sophia in 't Veld – that there has been enough dialogue. My objective is to continue the dialogue because Poland is an EU Member State, and I really want to invite Poland back to Europe where we esteem and respect values. Sorry I am long.

On the LGBTI issue, I am in permanent contact with the Polish Ombudsman. We have strengthened the competences of equality bodies which are available for LGBTI people. We need to be clearer that the financial resources of the EU will not be paid in case there is such a violation of the fundamental rights of people. And it was a good thing that we stopped the funding of the six projects because there was no clarification of what's happening there.

I was happy to see also the peer pressure of other municipalities which didn't want to cooperate, because what we see in some of the municipalities is a big worry that the LGBTI people are under big threat.

Moreover, when we hear the aggressive rhetoric against LGBTI people from the political circles, it is a kind of authorisation to do the same thing for the whole society. I find this intolerable. The Commission will continue working on this issue.

You said that you don't want to hear anything about monitoring and analysing. Well we are now analysing how to react to the declarations elaborated by the municipalities because the legal issue is that they are not laws or sub-laws which could be addressed by the infringement procedure, but we are trying to find a way. And from this place I would like to send a lot of encouragement to LGBTI people because Europe is standing behind them.

Juan Fernando López Aguilar, ponente. – Señor presidente, gracias por su generosidad al concederme un último minuto simplemente para agradecer la viveza de este debate. Aprecio todas las intervenciones y aprecio, desde luego, aquellas con las que he compartido principios. Pero he apreciado también aquellas que se han opuesto frontalmente a los contenidos de este informe.

Les quiero decir que esta no sería la décima Resolución sobre Polonia si se tratase de enjuiciar una ley —sea sobre el Tribunal Constitucional, sobre el Consejo Judicial o sobre derechos de las minorías—, pero lo que se enjuicia es su acumulación abrupta en el tiempo y sin concesión a ninguna minoría. Porque este es el punto: nunca ha sido verdad que el Estado de Derecho y la democracia en Europa sean simplemente la reivindicación de la soberanía nacional y la ley de la mayoría. Por el contrario: es soberanía compartida sobre la protección del derecho a disentir, a la oposición, y la protección de las minorías, tal y como se han expresado aquí; evidentemente, minorías que se han opuesto a este informe.

Der Präsident. – Gemäß Artikel 136 Absatz 5 der Geschäftsordnung wurden ein Entschließungsantrag eingereicht (").

Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge zu dem Bericht findet am Mittwoch, 16. September 2020, statt, die Schlussabstimmung am Donnerstag, 17. September 2020.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na piśmie. – Sprawozdanie pana Agilara nie reprezentuje odpowiedniego poziomu merytorycznego. Nie sposób nie zauważyć, że Polskę próbuje uczyć demokracji polityk z kraju, w którym nowe ideologie zaczynają przypominać totalitaryzm. Dzieci mają w szkołach lekcje z opisami masturbacji i są zachęcane do „denuncjowania rodziców, jeśli ci popełniają przestępstwa homofobiczne”. To już było. W totalitarnym ZSRR, w którym Pawła Morozow został bohaterem, wydając swoich rodziców stalinowskim siepaczom tylko dlatego, że mieli inne poglądy niż komunistyczna władza. To w Hiszpanii parlament przegłosował ostatnio mordowanie ludzi czyli eutanazję, która de facto była już stosowana wcześniej wobec najstarszych chorych na koronawirusa, których selekcjonowali do leczenia nie lekarze, tylko pracownicy domów opieki. To nasuwa skojarzenia z innym totalitaryzmem – niemieckimi obozami śmierci z czasów II wojny światowej, gdzie ci, którzy nie mogli już pracować, trafiali do komór śmierci. Ludzie z takich krajów próbują pouczać Polskę. Przekonują, że brakuje u nas praworządności, choć partia rządząca niedawno potwierdziła swój mandat w demokratycznych wyborach, po raz drugi z rządu zdobywając samodzielną większość.

Pytam polityków atakujących Polskę: gdzie byliście kiedy za rządów naszych oponentów służby specjalne wchodziły do redakcji „Wprost”? Dlaczego milczeliście, kiedy wybierano sędziów Trybunału Konstytucyjnego, choć kadencja poprzedników nie była skończona? Jesteście hipokrytami.

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie*. – Debaty o praworządności w Polsce i na Węgrzech pokazują, że wielu zasiadających w tej Izbie posłów wierzy w byle co i nie myśli samodzielnie. Prawda jest taka, że zarzuty pod adresem Polski nie tylko nie przedstawiają rzeczywistego stanu rzeczy, ale stan odwrotny od rzeczywistego. Polska jest oskarżana o wprowadzanie do wymiaru sprawiedliwości rozwiązań, które istnieją już w wielu państwach członkowskich UE.

Po drugie oskarża się Polskę o brak tolerancji, kiedy statystyki wskazują, że to w państwach Europy Zachodniej wzrasta przemoc wobec mniejszości narodowych wynikająca z antysemityzmu, islamofobii czy też ksenofobii. W Niemczech np. dochodzi do 5 ataków na tle rasowym dziennie. Gdzie równe standardy? Gdzie poszanowanie unijnego prawa? Wszak UE nie posiada kompetencji w tym zakresie.

Zapraszamy do Polski. Zdziwicie się. Zobaczycie kraj bezpieczny i tolerancyjny. Polacy są narodem otwartym, co wynika z naszej historii, kultury i tradycji. Przez stulecia mniejszości narodowe wypędzane z innych krajów, tak jak np. Żydzi z Hiszpanii, znajdowały schronienie właśnie w Polsce. Tak jak dziś nie płoną w Polsce samochody, tak nigdy nie płonęły tu stopy. Jeśli nie będziecie się bać odmiennych poglądów i wolności słowa, szanować prawo narodów do własnej tradycji oraz cenić wartości naszej cywilizacji – wtedy ujrzycie prawdę o Polsce.

Beata Mazurek (ECR), *na piśmie*. – Czy posłowie Parlamentu Europejskiego, którzy po raz kolejny atakują Polskę za rzekome „łamanie praworządności”, znają podstawowe fakty i orientują się w przeprowadzanej reformie wymiaru sprawiedliwości, czy tylko ulegają propagandzie opozycji politycznej w Polsce?

Pan poseł Aguilar, nad którego sprawozdaniem debatujemy, skutecznie wymazał z pamięci fakt, iż w Hiszpanii Radę Sądowictwa wybiera się w taki sam sposób jak w Polsce, czyli przez parlament, ale to w Polsce jest łamana praworządność, a w Hiszpanii nie.

Zapomniał również o dantejskich scenach w swoim kraju, gdzie policja brutalnie pacyfikowała demonstracje w Katalonii, nie oszczędzając przy tym kobiet i osób starszych. Jak to się ma do prawa organizowania zgromadzeń i pokojowego manifestowania swoich poglądów? Podobne sytuacje mogliśmy obserwować we Francji podczas protestów pracowników i związków zawodowych. W Polsce od pięciu lat, odkąd rządzi Prawo i Sprawiedliwość, manifestacje opozycji były ochraniające, a nie rozpędzane przez policję. Dlatego zarzuty o łamaniu prawa są oczywistym kłamstwem.

Jako przykład łamania praworządności w Polsce, który wynieśliście na sztandary walki z polskim rządem, są tzw. strefy wolne od LGBT. To ordynarne kłamstwo jednego z lewicowych aktywistów, który wymyślił tę akcję w celu dyskredytowania dobrego imienia Polski na arenie międzynarodowej. Stanowczo sprzeciwiamy się szkalowaniu dobrego imienia Polski.

(*) Siehe Protokoll.

17. Strategischer Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an den Rat über den strategischen Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt von Cristian-Silviu Buşoi, Günther Sidl, Jan Huitema, Michèle Rivasi, Simona Baldassarre, Joanna Kopcińska und Kateřina Konečná im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (O-000040/2020 - B9-0015/20) und

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über den strategischen Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt von Cristian-Silviu Buşoi, Günther Sidl, Jan Huitema, Michèle Rivasi, Simona Baldassarre, Joanna Kopcińska und Kateřina Konečná im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (O-000041/2020 - B9-0015/20).

Günther Sidl, *Verfasser*. – Sehr geehrter Herr Präsident, werte Vertreter des Rates und der Kommission. Ich darf zu Beginn meinen Kollegen Buşoi entschuldigen, der heute nicht anwesend sein kann, und daher darf ich stellvertretend für den Umweltausschuss diese Anfrage an den Rat und an die Kommission richten.

Am 11. März 2019 nahm die Kommission ihre Mitteilung mit dem Titel „Strategischer Ansatz der Europäischen Union für Arzneimittel in der Umwelt“ an. Nach Artikel 8c der Richtlinie über prioritäre Stoffe sollen dem vorliegenden strategischen Ansatz gegebenenfalls Vorschläge für Maßnahmen folgen, die auf der Ebene der Union und/oder der Mitgliedstaaten zu ergreifen sind, um die möglichen Umweltauswirkungen von pharmazeutischen Stoffen anzugehen und so Einleitungen, Emissionen und Verluste dieser Stoffe in die Gewässer unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der öffentlichen Gesundheit und der Kosteneffizienz der vorgeschlagenen Maßnahmen zu verringern.

In der Mitteilung werden sechs Aktionsbereiche und mehrere spezifische Tätigkeiten im Zusammenhang mit möglichen Maßnahmen festgelegt: verstärkte Aufklärung und Förderung einer umsichtigen Verwendung von Arzneimitteln, Unterstützung der Entwicklung von Arzneimitteln, die weniger schädlich für die Umwelt sind, und Förderung einer umweltfreundlicheren Herstellung, Verbesserung der Umweltverträglichkeitsprüfung und ihrer Überprüfung, Verringerung von Verschwendung und Verbesserung der Abfallbewirtschaftung, Auswertung der Umweltüberwachung und das Schließen weiterer Wissenslücken.

Ich darf daher zu den Anfragen kommen, zunächst zum Rat: In seinen Schlussfolgerungen vom Juni 2019 fordert der Rat die Kommission auf, die gemeinsamen Maßnahmen, einschließlich Initiativmaßnahmen, zu bewerten und zu bestimmen, um die Umweltauswirkungen von Arzneimitteln einzudämmen und die Entwicklung von Resistenzen gegen antimikrobielle Wirkstoffe zu bekämpfen und in dieser Hinsicht die Einbringung zum Gesundheitssektor zu stärken.

Daher die beiden Fragen: Welchen Standpunkt vertritt der Rat in Bezug auf den strategischen Ansatz und die von der Kommission dargelegten Maßnahmen?

Zweitens: Welche legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen beabsichtigt der Rat zu unterstützen, um das Risiko von Arzneimitteln in der Umwelt zu verringern?

Die zweite Frage an die Kommission: Es liegen ausreichende Nachweise dafür vor, dass rasch Maßnahmen getroffen werden sollten, um das Risiko von Arzneimitteln in der Umwelt zu verringern.

Die beiden Fragen: Welche legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen beabsichtigt die Kommission zu ergreifen, um das Risiko von Arzneimitteln in der Umwelt zu verringern?

Zweitens: Welcher Zeitplan ist für diese Maßnahmen vorgesehen?

Der Präsident. – Herzlichen Dank, Herr Verfasser der Anfragen.

Ich darf jetzt dem Vertreter der deutschen Ratspräsidentschaft und des Rates, Herrn Michael Roth, das Wort erteilen und ihm auch sagen, dass ich für das Haus froh bin, dass Sie schon während der Aussprache zu Rechtsstaatsmechanismus und Polen da waren, weil das ja eine für das Parlament auch im Lichte der Entscheidungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen sehr wichtige Aussprache ist.

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, ich nehme mir gelegentlich das Recht heraus, auch hier zu sein, wenn Sie mich nicht dezidiert eingeladen haben.

Ich fühle mich aber besonders geehrt, zu diesem wichtigen Thema den Standpunkt des Rates übermitteln zu dürfen, verehrte Abgeordnete, denn Sie haben völlig Recht: Es gibt immer mehr Belege dafür, dass Rückstände bestimmter Arzneimittel im Boden und im Wasser ein großes Risiko für die Gesundheit von Tier und Mensch darstellen, und darüber hinaus können diese Rückstände auch Umweltschäden verursachen.

Was besonders gefährlich zu sein scheint, sind die Rückstände antimikrobieller Mittel, die beim Menschen und auch in der Viehzucht verwendet werden; sie sind ein besonders großes Problem. Die antimikrobielle Resistenz ist eine ernste und weltweite Bedrohung für die öffentliche Gesundheit. Ihre Auswirkungen gehen über die schweren Folgen für die Gesundheit von Mensch und Tier hinaus. Sie beeinträchtigt auch die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelerzeugung und damit auch Handel und Wirtschaftswachstum. Die antimikrobielle Resistenz schränkt die Möglichkeit, die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, erheblich ein.

Der Rat ist sich der Umweltrisiken bewusst, die mit der Herstellung, Verwendung und Entsorgung von Arzneimitteln einhergehen. Er betont, dass Maßnahmen im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ stehen müssen, bei dem das Zusammenspiel zwischen der Gesundheit von Mensch und Tier und der Umwelt berücksichtigt wird. Bemühungen in nur einem Sektor alleine reichen nicht aus.

Aus diesem Grund haben die Ministerinnen und Minister sowohl im Rat „Umwelt“ als auch im Rat „Gesundheit“ die Mitteilung der Kommission über den strategischen Ansatz der EU für Arzneimittel in der Umwelt begrüßt. In ihrem strategischen Ansatz hat die Kommission sechs Bereiche ermittelt, in denen Verbesserungen möglich sind. Diese Verbesserungen, die in allen Phasen des Lebenszyklus von Arzneimitteln erreicht werden können, tragen zur Verwirklichung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung Europas bis 2030 bei.

Darüber hinaus vertritt die Kommission zu Recht den Standpunkt, dass die Maßnahmen zum Zweck ihrer Wirksamkeit nicht nur Kontrollen am Leitungsende, also beispielsweise eine verbesserte Abwasserreinigung, beinhalten sollten. Sie sollten auch die ursprünglichen Emissionsquellen, zum Beispiel Herstellung, Entsorgung und Verwendung, ins Auge fassen.

Die EU ist ein starker globaler Akteur, insbesondere in Umweltfragen, und deshalb stehen wir alle in der Pflicht, die Zusammenarbeit bei diesem wichtigen Thema auf internationaler Ebene zu verstärken. Auch dies ist ein Teil der vorgeschlagenen Strategie.

Der Rat sieht der neuen *Pharmaceutical Strategy for Europe*, die die Kommission in diesem Herbst vorstellen möchte, mit Interesse entgegen. In diesem Lichte werden wir sicherlich dann auch zu beraten haben.

Ich möchte zum Abschluss nochmal darauf hinweisen, dass der Schwerpunkt der Mitteilung der Kommission über Arzneimittel in der Umwelt auf Maßnahmen liegt, die im Jahr 2020 anlaufen, eingeleitet werden und in einigen Fällen auch abgeschlossen werden.

Die Kommission hat erklärt, dass sie eine Bestandsaufnahme der erzielten Fortschritte durchführen und über weitere Schritte entscheiden wird. Der Rat ist bereit, im Lichte dieses Vorschlags alle Ergebnisse zu überprüfen und gegebenenfalls seinen Standpunkt noch einmal im Interesse der Umwelt und im Interesse des Schutzes von Tieren und Menschen zu verändern.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank you and the Members for tabling the oral questions and for including this important issue on the agenda of this week's plenary session.

There is overwhelming evidence that traces of pharmaceuticals in water and soil endanger wildlife such as fish, birds and insects, and have an adverse impact on the environment. Pharmaceuticals are now found across Europe's surface water, and have even reached our drinking water, even if not in quantities that cause immediate concern.

Effective medication must remain fully available to citizens. We all agree on this – in the light of the ongoing sanitary crisis probably more than ever. At the same time, we must avoid that there is an undue impact of pharmaceuticals on the environment, because this is the other aspect of which the pandemic has reminded us so strongly: that our health and well-being depends so heavily on a healthy environment.

In 2019, the Commission put forward the European strategic approach to pharmaceuticals in the environment. My colleague Stella Kyriakides and I, together, we are leading work within the Commission on this important matter.

We are pleased that the Council and Parliament have shown support for the approach, focusing on the entire life cycle of pharmaceuticals. Today, and in reply to the points you raised in your oral questions, I am glad to report that we have made good progress in implementing the different actions we announced and proposed last year.

For example, additional pharmaceuticals were included in the revised watch-list under the Water Framework Directive in August this year. For example, additional pharmaceuticals were included for veterinary and medical products, and implementing and delegated acts are currently being drafted under the regulation on veterinary medical products. They also aim to promote more prudent use of antimicrobials and implement new rules on oral medication.

The Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals (REACH) Regulation already reduces emissions during manufacturing of pharmaceuticals through authorisation of used substances. But an effective reduction of the impact of pharmaceuticals on the environment cannot be achieved at EU level without strong engagement also at the level of national health authorities, the pharmaceutical industry and health professionals.

In the medicines area, we have started working with Member States' health ministries, for instance to make sure health professionals are aware of environmental impacts, and we encourage initiatives taken in some Nordic countries to use public procurement as a tool to promote pharmaceuticals that are produced in a green manner.

The European Medicines Agency is currently working on updated guidelines on environmental risk assessment for human medical products, and in the waste sector, new guidelines will be developed on collecting schemes for unused medicines.

In the area of research, the ongoing Horizon 2020 programme is co-funding solution-oriented research, as illustrated, for example, by a wide-ranging study on contaminants of emerging concern, pathogens and antimicrobial resistance in the water cycle.

All EU actions are closely aligned with World Health Organisation (WHO) guidance, and dialogues are established at political and technical level with manufacturing countries outside the EU, offering opportunities to raise concerns regarding the impact associated with the production of pharmaceuticals, especially antibiotics.

We will, of course, continue to address pharmaceuticals in the environment in very concrete actions and the various upcoming deliverables under the European Green Deal, like the chemicals strategy and the zero-pollution action plan, and also under the upcoming pharmaceutical strategy, which my colleague Stella Kyriakides is preparing for the end of the year.

Also, the farm-to-fork strategy, presented earlier this year, includes an important target. To reduce by 50% by 2030 the overall EU sales of antimicrobials for farmed animals and in aquaculture. Furthermore, in the follow-up to the evaluation of the Urban Waste Water Treatment Directive, we are looking at ways to tackle micropollutants, including pharmaceuticals, which still pass through our waste water treatment plants.

All these are concrete examples that illustrate the progress we are making to alleviate the impact of pharmaceuticals in the environment. The issue will remain high on our political agenda, and I can reassure you that we will continue to pursue our efforts together with you, with Member States and with the industry, and, of course, with the professionals, to stay on track and make the necessary progress using both legislative and non-legislative means.

I look forward to working very closely with you on this crucial topic.

Der Präsident. – Gemäß Artikel 136 Absatz 5 der Geschäftsordnung wurden ein Entschließungsantrag eingereicht (*).

Die Aussprache ist geschlossen.

Wie beim letzten Tagesordnungspunkt wird die Abstimmung über die Änderungsanträge am Mittwoch, 16. September 2020, und die Schlussabstimmung am Donnerstag, 17. September 2020, stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Joanna Kopcińska (ECR), na piśmie. – Obecnie na rynku istnieje 3000 farmaceutycznych składników czynnych. Zaplecze prawne Parlamentu Europejskiego w zakresie środków farmaceutycznych w środowisku jest bardzo bogate. Jak przewiduje dyrektywa w sprawie substancji priorytetowych, następstwem przedmiotowego strategicznego podejścia powinny być propozycje środków podejmowanych na poziomie UE lub państw członkowskich w celu rozwiązania problemu możliwego wpływu substancji farmaceutycznych na środowisko, z myślą o zmniejszeniu emisji i strat takich substancji dostających się do środowiska wodnego, z uwzględnieniem potrzeb zdrowia publicznego oraz opłacalności środków.

Musimy propagować nową świadomość produkcyjną oraz postprodukcyjną w zakresie substancji farmaceutycznych poprzez praktyki, nie tyle regulujące zaplecze prawne jak środki farmaceutyczne są produkowane, ale to, co następuje w razie ich kontaktu ze środowiskiem.

Oczywiście wszystkie podjęte działania w żaden sposób nie powinny ograniczać dostępu pacjentów do leków. Rezolucja dobrze akcentuje ten problem, chociaż należy być ostrożnym, zwłaszcza że niektóre elementy mogą być zbyt daleko idące, co w kontekście obecnej pandemii i wciąż istniejącego problemu niedoboru leków może stanowić wyzwanie.

Popieram większość sugestii zawartych w rezolucji, zwłaszcza te, które mają szczególne odniesienie do wspierania rozwoju farmaceutyków mniej szkodliwych dla środowiska i promują bardziej ekologiczny koncept. Dorobek prawny UE w tym względzie obejmuje kwestie jakości wody, substancji zaburzających gospodarkę hormonalną, antybiotykoodporności oraz rozporządzenie dotyczące weterynaryjnych produktów leczniczych.

(¹) Siehe Protokoll.

18. Mitteilung des Präsidenten

Der Präsident. – Bevor wir zum nächsten Punkt kommen, möchte ich Sie darüber informieren, dass der Verkehrsausschuss die folgenden Anträge auf Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens gemäß Artikel 163 der Geschäftsordnung zurückgezogen hat.

Es handelt sich um zwei Anträge, nämlich den Beschluss zur Ermächtigung Frankreichs zum Abschluss einer internationalen Vereinbarung über den Ärmelkanaltunnel und die Anwendung von Vorschriften für die Eisenbahnsicherheit und die Interoperabilität im Ärmelkanaltunnel.

Daher werden diese beiden Anträge nicht zur Abstimmung gestellt.

19. Entwurf eines Beschlusses des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von José Manuel Fernandes und Valerie Hayer im Namen des Haushaltsausschusses über den Entwurf eines Beschlusses des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (10025/2020 — C9-0215/2020 – 2018/0135(CNS)) (A9-0146/2020).

Wie Sie alle wissen, ist das Eigenmittelsystem auf der einen Seite wegen der politischen Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und auf der anderen Seite für die Rückzahlung der Aufnahme der jetzt notwendigen Mittel für den „Next Generation EU“-Fonds so wichtig.

Ich darf Sie ebenfalls darauf hinweisen, dass in dieser Debatte keinerlei spontane Wortmeldungen und keine blauen Karten akzeptiert werden.

José Manuel Fernandes, relator. – Senhor Presidente, queria saudar o Conselho, saudar também a Comissão, todas as colegas e todos os colegas. Hoje nós damos luz verde, com a aprovação que se realizará esta semana, não só para a introdução do novo recurso próprio mas sobretudo para a concretização do Fundo de Recuperação. Com a nossa decisão, com o nosso parecer, o Conselho pode imediatamente avançar com o processo de decisão de aprovação, que deve ser por unanimidade no Conselho, e depois a ratificação por parte dos parlamentos nacionais em função da Constituição de cada Estado-Membro.

Trabalhamos de uma forma rapidíssima porque nós queremos o Fundo de Recuperação pronto e disponível em janeiro de 2021 — logo em 1 de janeiro -, e a minha pergunta já para o Conselho, e para o representante do Conselho, o Senhor Ministro, é: quando é que o Conselho vai aprovar esta decisão? É que nós instamos o Conselho a aprovar de imediato esta decisão de novos recursos próprios porque nós sabemos que normalmente a ratificação demora entre um ano e meio a dois anos, e é urgente para os cidadãos da União Europeia que esperam este Fundo de Recuperação, é essencial para a economia, para a competitividade, e é essencial também para a coesão territorial, económica e social.

Este Fundo de Recuperação traz também um novo desafio: nós temos depois de pagar os juros e as amortizações e os novos recursos próprios são uma solução. Nós não queremos sobrecarregar os cidadãos da União Europeia. Nós também não queremos penalizar as gerações futuras e cortar os programas e cortar as políticas da União Europeia, e por isso defendemos novos recursos próprios com um princípio simples: devem ser suficientes para pelo menos pagar os juros e pagar as amortizações. Nós sabemos bem que, neste Fundo de Recuperação de 2021 a 2027, teremos só 12,9 mil milhões de euros para os juros, mas depois até 2058 teremos de pagar juros e teremos de pagar as amortizações, e eu espero que o Conselho esteja de acordo com este princípio: são precisos novos recursos próprios para pagarem os juros e para pagarem as amortizações, porque nós não queremos pedir mais dinheiro aos Estados-Membros, dado que tal significaria pedir mais impostos aos cidadãos. E, por outro lado, não podemos penalizar as gerações futuras, não podemos ter cortes nas políticas, e a nossa proposta é simples e assenta em princípios com que todos também deveriam concordar. Por exemplo, quem não paga deve pagar, e por isso nós pedimos que os gigantes do digital sejam tributados.

Para além disso, nós queremos reforçar a competitividade da União Europeia e, por isso, o mecanismo nas fronteiras relativamente ao carbono é uma possibilidade de nós reforçarmos a competitividade, termos receitas e convidarmos os outros países que não têm os mesmos standards ambientais a também eles darem um contributo para o objetivo do combate às alterações climáticas.

E, portanto, os novos recursos próprios, para além de não penalizarem os cidadãos da União Europeia, devem estar em linha com os objetivos e as políticas da União, o combate às alterações climáticas, ou o reforço da competitividade. E algo que também consideramos muito importante é que, para além da ligação dos novos recursos próprios aos juros e às amortizações, era importantíssimo que os juros e as amortizações fossem contados acima dos plafonds do quadro financeiro plurianual.

Valérie Hayer, rapporteure. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, notre rapport répond à une question légitime que tous se posent. Cet emprunt de 750 milliards d'euros, c'est bien, c'est fabuleux, c'est historique, vraiment. Mais qui va le rembourser?

Trois possibilités. Première possibilité: nous prenons l'argent des programmes européens pour rembourser cette dette que nous tirerions comme un boulet au pied jusqu'en 2058. Il faudrait alors expliquer aux jeunes qu'ils ne peuvent plus partir en Erasmus, aux agriculteurs que la souveraineté alimentaire passe par une baisse de la PAC, aux chômeurs que le Fonds social européen ne peut plus financer leur réinsertion. Qui pour comprendre et pour expliquer cela?

Deuxième possibilité: les États remboursent cette dette via une hausse des contributions nationales, c'est à dire une hausse des impôts sur les citoyens européens.

Je vais être très claire: ces deux solutions sont absolument inacceptables. Ceux qui ont perdu leur emploi ou leurs revenus à cause de la crise n'ont pas en plus à payer pour la relance, que ce soit par des impôts supplémentaires ou par moins d'opportunités.

Pour nous, députés européens, il y a une troisième option, la seule viable à nos yeux. Pour cela, il va falloir franchir le Rubicon, assumer une évidence: celle de la création de nouvelles ressources propres. Car pour tous les pro-européens, dont je fais partie, il s'agit bien là d'une évidence: l'évidence que l'Union est le niveau optimal pour assurer la justice fiscale à l'échelle de notre continent. Soulignons que nous ne réinventons pas la roue. Ce que nous défendons n'est que la traduction juridique de ce que les chefs d'État et de gouvernement ont décidé, lors de ce sommet du 21 juillet dernier, dans leurs conclusions politiquement contraignantes.

Alors j'entends déjà, ça et là, les pourfendeurs de l'Europe crier à un impôt imaginaire sur les ménages européens. Et bien je vous regarde droit dans les yeux, vous qui êtes à la droite extrême de cet hémicycle. Serez-vous capable d'expliquer à vos compatriotes, demain, que par dogmatisme vous refusez de protéger leur portefeuille? Quelle ironie pour ceux qui s'auto-érigent en protecteurs des petites gens face aux grands de ce monde.

Vous trouvez normal, vous, qu'aujourd'hui, les géants du numérique, qui sont sortis renforcés de cette crise, ne contribuent toujours pas à la juste hauteur de leurs profits alors même que nombre d'Européens doivent aller ronger leur épargne? Vous trouvez normal que les grandes entreprises chinoises, qui exportent massivement en Europe des produits à l'empreinte carbone ahurissante et à des prix ultra agressifs, sans être soumises aux mêmes normes, ne compensent pas leur impact environnemental? Vous trouvez encore normal, vous, de laisser les multinationales pratiquer l'optimisation fiscale, les institutions financières spéculer à outrance ou encore d'entretenir le dumping fiscal en Europe? Eh bien, moi, je ne trouve pas cela normal. Ce sont ces acteurs qui doivent payer pour la relance. Je refuse que les Européens soient mis à contribution. Bien sûr, pour cela, il faudra de la volonté et du courage politique.

Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, vous l'aurez compris, ce rapport dont nous débattons aujourd'hui n'est pas un simple rapport budgétaire un peu complexe, un peu «techno», un peu rébarbatif. Non, ce dont nous discutons aujourd'hui va bien plus loin. Ce que nous défendons aujourd'hui, c'est une Europe dans laquelle les États ne s'écharpent plus tous les sept ans, au cours de longs sommets de plusieurs jours, dans le but de déterminer quel est leur taux de retour ou comment acheter des États riches mais radins à coup de rabais indécents. Le choix qui est sur le point d'être acté entre les États et les parlementaires européens est absolument crucial. Il déterminera si l'Union se dirige irrémédiablement vers un statut d'organisation internationale, comme l'OMS, dont la survie dépend seulement du bon vouloir de ses États membres, ou bien si l'Union sera enfin armée de ses propres moyens pour faire respecter ses normes et ses valeurs, pour assurer à la prochaine génération d'Européens un avenir prospère et vert, libre de toute dette, si ce n'est celle de la reconnaissance.

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Das Jahr 2020 wird in die Geschichte des vereinten Europas eingehen.

Die geplante Reform des Eigenmittelsystems ist ein Epochen- und ein Paradigmenwechsel für die Europäische Union. Ich hoffe, dass wir uns alle dieser besonderen Verantwortung in diesen außergewöhnlichen Zeiten bewusst sind. Denn wir alle wissen auch, dass das Eigenmittelsystem, solange es es gibt, in allen Institutionen der Europäischen Union hoch umstritten war. Nicht nur bei Ihnen, verehrte Abgeordnete, auch im Rat und in der Kommission.

Was wir jetzt erreicht haben, hat natürlich wieder einmal etwas mit Krise zu tun – einer schweren und einer außergewöhnlichen, einer schmerzhaften Krise, die viele Menschenleben gefordert hat. Es ist der Europäischen Union wieder einmal am Abgrund stehend gelungen, ein richtiges Signal der Handlungsfähigkeit und der Solidarität zu setzen. Dabei spielt das Programm „Next Generation EU“ eine herausragende Rolle.

Ein großer Finanzbetrag von 750 Milliarden Euro steht den Staaten, den Regionen, den Menschen zur Verfügung, die unter der Pandemie am stärksten gelitten haben. Aber – und da kann ich dem ehrenwerten Berichterstatter nur zustimmen – selbstverständlich muss das Geld schnell fließen, damit es dort ankommt, wo es auch wirklich dringend gebraucht wird.

Voraussetzung dafür ist ein neuer Beschluss über das Eigenmittelsystem. Denn nur dieser Eigenmittelbeschluss eröffnet der Kommission die Chance, die entsprechenden Finanzmittel an den Kapitalmärkten aufzunehmen. Er schafft eine Grundlage dafür, von der aus in dieser außergewöhnlichen Krise schnell und umfassend gehandelt werden kann.

Ich darf Ihnen versichern, verehrte Abgeordnete, dass der Rat sich seiner besonderen Verantwortung in dieser schwierigen Zeit bewusst ist, und Sie können erahnen, dass die Entscheidung über diese weitreichende Reform im Europäischen Rat nicht einfach war. Aber mit Mut und mit Weitblick und mit Solidarität haben wir das geschafft.

Ich will Ihnen noch einmal die wichtigsten Elemente des Beschlussentwurfs vorstellen. Zum einen die 750 Milliarden Euro an Mitteln im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms. Es geht aber auch darum, dass wir die Tür geöffnet haben für neue Eigenmittel. Auch hierüber hat es, verehrte Berichterstatterin, eine lange und kontroverse Diskussion gegeben. Der Europäische Rat hat diesem Wunsch Rechnung getragen. Wir werden im Jahr 2021 mit einer neuen Steuer, der Plastikabgabe, beginnen, die auf der Menge an Verpackungsabfällen aus Kunststoff basiert, die nicht recycelt werden.

Der Beschlussentwurf des Europäischen Rates geht sogar nochmal deutlich darüber hinaus, denn es werden auch weitere Eigenmittel skizziert. Der Vorschlag liegt auf dem Tisch, dass im Laufe des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 neue Abgaben auf den Weg gebracht werden. Wir sprechen dabei über eine CO₂-Grenzausgleichsabgabe und genauso über die Digitalabgabe, die Ihnen hinlänglich bekannt ist. Und es geht auch um einen überarbeiteten Vorschlag für das Emissionshandelssystem. Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen auch einen möglichen Pfad für die Finanztransaktionssteuer aufgezeigt, die dann EU-weit einzuführen ist. Genau dieser Pfad zeigt auf, welche Chance auch mit diesem Eigenmittelbeschluss verbunden ist.

Ich kann Ihnen deshalb versichern, dass wir alle ein großes Interesse daran haben, schnellstmöglich zu einem Beschluss zu kommen, damit der Mehrjährige Finanzrahmen, aber auch das Aufbauinstrument „Next Generation EU“ finanziert werden kann.

Ich möchte mich noch einmal ausdrücklich beim Ausschussvorsitzenden, Herrn Van Overtveldt, aber auch bei der Berichtersterterin, Frau Hayer, und bei dem Berichterstatter, Herrn Fernandes, bedanken. Denn nur durch ihren Einsatz ist es möglich gewesen, dass das Plenum des Europäischen Parlaments sich mit diesem wichtigen Beschluss so schnell befasst.

Ich kann Ihnen versichern – das war ja auch die Frage von Herrn Fernandes –, dass auch der Rat, natürlich auch im Lichte Ihrer Beratung, eine schnellstmögliche Beschlussfassung herbeiführen will. Ich möchte aber diese Aussprache noch einmal auch als Gelegenheit nutzen, um Ihnen etwas nahezubringen, was wir nicht unterschätzen sollten. Wir können den Eigenmittelbeschluss nicht isoliert von dem Gesamtpaket betrachten und debattieren, also vom MFR, von „Next Generation EU“ und auch von anderen Dingen, wie der Rechtsstaatskonditionalität.

Deshalb müssen wir dieses Paket zusammenbehalten. Deshalb bitte ich Sie, auch in den nächsten Tagen und Wochen mit uns gemeinsam hart und konstruktiv daran zu arbeiten, dass wir möglichst schnell zu einer umfassenden Einigung über dieses Gesamtpaket kommen.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

20. Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut mir leid, dass ich Sie kurz vor der Rede des Haushaltskommissars Johannes Hahn kurz unterbrechen muss, denn ich habe die Eröffnung der heutigen Abstimmungsrunde vorzunehmen.

Die Dossiers, über die wir nun abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen, die heute bereits angenommen wurde.

Die Abstimmungsrunde ist von 19.15 Uhr, also in wenigen Sekunden, bis 20.30 Uhr geöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie bei den letzten Tagungen, das Verfahren ist daher allen Kolleginnen und Kollegen bekannt.

Über die Ernennung des Vorsitzes des CCP-Aufsichtsausschusses, d. h. des *Central Counterparty Supervisory Committee* der ESMA, und der zwei unabhängigen Mitglieder dieses Ausschusses wird in geheimer Abstimmung abgestimmt.

Die Mitglieder geben ihre Stimme in herkömmlicher Weise ab, allerdings ist aus dem Stimmzettel, den sie erhalten und unterschreiben müssen, nicht ersichtlich, wie sie abgestimmt haben, sondern nur, dass sie abgestimmt haben.

Alle anderen Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen. Es können daher alle Bürgerinnen und Bürger einsehen, wie welcher Abgeordnete und welche Abgeordnete zu welchem Punkt abgestimmt hat.

Erklärungen zur Abstimmung können schriftlich eingereicht werden. Ausnahmsweise werden nur Erklärungen zur Abstimmung mit maximal 400 Wörtern akzeptiert.

Ich erkläre daher hiermit die Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 20.30 Uhr abstimmen.

Die Ergebnisse der Abstimmung werden morgen um 9.00 Uhr früh zu Beginn der Sitzung bekanntgegeben.

Wir setzen nun die Aussprache fort. Ich darf mich für das Verständnis beim Haushaltskommissar Dr. Johannes Hahn recht herzlich bedanken und ihm das Wort erteilen.

21. Entwurf eines Beschlusses des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun die Aussprache über den Bericht von José Manuel Fernandes und Valerie Hayer im Namen des Haushaltsausschusses über den Entwurf eines Beschlusses des Rates über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union (A9-0146/2020) fort.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, the European Council in July has taken, as it was already said by several speakers and certainly will be repeated by others, an important step towards reforming the revenue side of the European Union budget.

First, it has taken a pivotal decision to borrow on financial markets to support the post-COVID-19 recovery in the Member States. This will be enabled through the Own Resources Decision. Next Generation EU, together with the core multiannual financial framework, is the largest package ever financed through the European Union budget. It will give an unprecedented, ambitious answer to an unprecedented crisis.

Second, the European Council has opened the door for modernisation of the own-resources system, which has not been reformed since 1988. This marks the first modernisation for more than half of our Member States – 16 out of 27.

The European Council endorsed the simplification of the value-added-tax-based own resource, and agreed upon a new own resource based on non-recycled plastic packaging waste as of 2021, and these are only the first steps, as it has also agreed that additional new own resources should be introduced during the next multiannual financial framework period – from 2021-2027 — to finance the repayment of the Next Generation EU borrowing and enable early repayments.

The European Parliament and the Commission have for a long time worked towards reform of the revenue side of the EU budget. It's very encouraging that the Member States have begun to see what we have been advocating for so long. We have clearly managed to give a new drive to the Own Resource Decision, and I would like to thank the European Parliament for its support, and, may I say, stubbornness.

Let me go more into detail on the report you are set to adopt during this plenary. You foresee an ambitious timeline for the introduction of additional new own resources in your report. We see eye to eye. The Commission concurs with the need to introduce additional new own resources which are closely aligned with our policy priorities and can support the repayment of funds on the Next Generation EU.

I am happy to see that there are points of convergence with the European Council conclusions of last July. This makes me hopeful that it will be feasible to introduce new own resources in the short term. In fact, preparatory work has already begun. We spare no efforts to match ambitions with the reality of the political and legal process. As you know, this is also one of the main issues of the trilateral political dialogue meetings on the MFF. Compared to the financial crisis of 2008-2009, Europe's response to this crisis was exceptional in both strength and speed.

You are set to adopt your report less than two months after the European Council at unprecedented pace. It is indeed commendable and thank you for that.

I am confident that the Council and national parliaments will follow your lead, thus facilitating the beginning of borrowing on the Next Generation EU already in January.

To conclude, let me just underline that we would want to see the negotiations on the entire package, including the core MFF, progressing with the same impressive pace. Only in this way can we kick-start a recovery phase as of 1 January next year, with an ambitious and comprehensive recovery plan for Europe, so we need it now and not next year.

Siegfried Mureşan, on behalf of the PPE Group. – Mr President, I welcome Minister Roth and Commissioner Hahn to the European Parliament to this important debate. Firstly, I would like to express on behalf of the Group of the European People's Party our full support for the report and for the positions expressed by the two rapporteurs, Ms Valerie Hayer and Mr José Manuel Fernandes.

Why do we support this report? We support it because the introduction of own resources makes the European Union stronger, it makes it more capable to provide answers and solutions to the problems of the people, because one of the essential tools of the European Union to fulfil the expectations of the people is the budget. And own resources into the budget means a more predictable budget, which means a robust budget in the longer term, capable of financing what the people expect the European Union to finance.

This reform of the own resources system and the introduction of new own resources is a position long advocated for by the European Parliament and it is an achievement of the European Parliament and I would like to thank Members of the European Parliament, who over the course of many years have fought for this.

Why do we need to introduce own resources exactly now? Because we have indeed made the historic decision to launch the Recovery and Resilience Facility and the whole Next Generation EU package. And the introduction of own resources is the only way to pay for the Recovery and Resilience Facility without negatively affecting the EU budget in the future, because we do not want to see payments to farmers, payments to communes, to villages, to researchers, to Erasmus students, to be affected in the future. Neither do we want to see the security of our borders or our ambitions in the area of greening be affected.

This is why we have to act now on own resources and this is why we, as the European Parliament, demand a binding calendar for the introduction of own resources, legally binding. And this should finance at least the repayment of interest and of the whole Next Generation EU over the course of the next years.

We did our work. The ball is now in the field of the Council. Minister Roth, we expect to you, as the incumbent Presidency, to act swiftly so that we fulfil our goal to have an ambitious Multiannual Financial Framework (MFF) and the own resources enter into force on 1 January 2021.

Eider Gardiazabal Rubial, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, comisario Hahn, ministro Roth, yo ya he perdido la cuenta de los años que llevamos pidiendo una negociación seria sobre la financiación del presupuesto europeo y sobre cómo establecer una cesta de impuestos que permita tener unos presupuestos ambiciosos sin depender de las arcas nacionales ni ahogarlas. Creo que en estos años les hemos dado infinitos motivos para ponerlo en marcha, pero todavía no acabamos de avanzar.

En 2003, negociando el actual marco financiero, llegamos a un acuerdo para poner en marcha ese grupo de alto nivel presidido por Mario Monti. Ya tenemos el estudio y no podemos retrasarlo más. Es una cuestión de justicia fiscal, porque no es posible que sean los de siempre los que mantienen con sus impuestos las políticas públicas, y que sean los de siempre los que se escapan de contribuir.

Es una cuestión de eficiencia, porque el establecimiento de ciertos impuestos solo tiene sentido a nivel europeo bajo el paraguas del mercado único; es una cuestión de política climática, porque los que más contaminan deben pagar más y además deben contribuir a la financiación de la transición justa. Y yo diría que es casi una cuestión de supervivencia del proyecto europeo, porque en esta crisis, por fin, se ha dado una respuesta económica contundente con ese gran acuerdo sobre el Plan de Recuperación en el Consejo Europeo de julio.

Pero las finanzas públicas se están viendo sobrepasadas por las necesidades de gasto que esta nueva crisis conlleva y por las que arrastramos de crisis anteriores, así que no hay otro camino, no hay otra solución. Sí o sí, necesitamos cerrar un acuerdo sobre financiación de la Unión, porque aquí tampoco tenemos plan B.

Luis Garicano, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor vicepresidente, señor comisario, señor ministro, en nombre de mi Grupo, Renew Europe, quiero expresar mi apoyo entusiasta e incondicional a esta Resolución y al trabajo de la ponente de nuestro Grupo, Valérie Hayer, y al ponente Fernandes, del Grupo Popular.

La satisfacción se debe a que, gracias a esta Decisión, vamos a permitir a la Unión Europea pedir prestados 750 000 millones de euros que van a financiar la lucha conjunta contra las consecuencias económicas de la pandemia. Pero esta satisfacción viene unida a una profunda preocupación, que comparto con los colegas que acaban de hablar, y es que no tenemos los recursos para pagar la deuda que estamos emitiendo. La Unión Europea no tiene recursos europeos para pagar esta deuda europea, de momento.

Como los Estados Unidos tras la Guerra de Independencia, cada siete años, aquí, los Estados miembros tienen que contribuir de manera unánime y voluntaria a la petición que les hacemos de dinero para continuar existiendo. Eso no es aceptable. Esa forma de financiación crea tensiones inaceptables entre los Estados miembros y es hora de cambiarla. Es hora de que la deuda europea se pague con impuestos, no con contribuciones de los ciudadanos europeos —de los ciudadanos holandeses, franceses, etcétera—, sino con impuestos a los que contaminan y no pagan y a los que no hacen frente a los impuestos a los que deberían hacer frente. Esos son los recursos que proponemos en este Parlamento.

El Consejo se ha comprometido a poner esos recursos en marcha. Esperamos que durante la primera mitad de 2021 podamos trabajar con la Comisión y con el Consejo para, cuanto antes, ponerlos en marcha.

Hélène Laporte, *au nom du groupe ID.* – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, détournée de ses objectifs initiaux, la réforme des ressources propres constitue le cheval de Troie de l'Union européenne dans la création d'impôts européens déguisés. La Commission européenne passe en effet sous silence que le consommateur lambda en supportera les conséquences sur le plan du chômage et de l'inflation sur les prix. La taxe carbone aux frontières aura en effet pour conséquence que les multinationales chinoises ou américaines répercuteront, sur leurs prix, leurs coûts devenus plus élevés.

Inchangé depuis 1988 dans son fonctionnement, le système de ressources propres avait initialement fait l'objet d'une réforme louable qui compensait au profit des États membres les dumpings que nous subissons en matière écologique ou fiscale. Un document de réflexion avait été rendu en 2017 dans ce sens, préconisant la création de nouvelles ressources propres car le financement du budget reposait majoritairement sur le revenu national brut et donc sur les États membres.

Mais sous couvert de la crise économique consécutive à l'actuelle pandémie, la Commission a réussi le tour de force de faire accepter un emprunt mutualisé remboursé par des recettes autonomes, à créer, et qui se transformeront en impôt pérenne à son seul profit. Le tableau de l'euphémisation des finances publiques nationales que l'Union européenne prépare *in petto* depuis plusieurs années est désormais complet, avec la création d'impôts européens qui ne disent pas leur nom. Mais le combat n'est pas terminé car, il faut l'avouer, l'Allemagne est rétive sur la taxe carbone et l'Irlande sur la taxe numérique, à moins que la majorité qualifiée ne se substitue à la règle de l'unanimité, pourtant gravée dans le marbre des traités de Bruxelles. Dans ce cas, dans son intégration budgétaire et fiscale avec des moyens, on doit l'avouer, peu glorieux, triomphera alors encore la défiance des peuples à son égard.

David Cormand, *au nom du groupe Verts/ALE.* – Monsieur le Président, mes chers collègues, nous sommes dans un moment particulier, ce qu'on appelle un *momentum* – nous avons même entendu parler de moment hamiltonien. Il est vrai qu'aujourd'hui, avec ce rapport, c'est une forme d'aboutissement d'un combat qu'ont mené depuis longtemps de nombreuses et de nombreux députés européens qui avaient perçu que le fait de ne pas maîtriser nos recettes était une anomalie démocratique qu'il fallait réparer. C'est à l'occasion de cette crise que nous mesurons à quel point il est essentiel que nous ne soyons plus tributaires du bon vouloir du Conseil et des États pour pouvoir être maîtres de nos recettes et donc maîtres de nos dépenses.

Ce rapport dit qu'il est temps que le Parlement et que l'Union européenne aient des ressources propres, mais il dit surtout qu'il est temps que nous ayons des ressources justes. Car aujourd'hui, dans nos différents États, l'impôt s'abat trop souvent, précisément, sur les citoyennes et les citoyens lambda. Ce qui est proposé maintenant au Conseil, c'est d'avoir enfin cette fiscalité juste, celle qui s'attaque à celles et ceux qui échappent aujourd'hui à l'impôt. C'est la taxe sur les transactions financières, c'est la taxe sur les GAFAM et c'est aussi une fiscalité à nos frontières, justement pour protéger les entreprises de nos territoires qui font l'effort d'être mieux-disantes en matière sociale et environnementale.

Mes chers amis, si nous voulons pouvoir sortir de cette crise, nous devons mettre en place cette fiscalité juste. Les travaux des corapporteurs, tant de M^{me} Hayer que de M. Fernandes, reflètent cette volonté du Parlement et je le dis très tranquillement: il n'y aura pas de chantage. Nous n'accepterons pas que le Conseil nous mette devant le fait accompli, nous voulons cette fiscalité juste.

J'ajoute, pour les pays qui seraient pressés – et ils ont raison – d'avoir les recettes du plan de relance, que la fiscalité juste d'aujourd'hui, les ressources propres d'aujourd'hui, ce sont les solidarités de demain. Et si nous le repoussons à plus tard – j'ai entendu que nous avons seulement entrouvert la porte, j'ai entendu qu'il y avait seulement des esquisses de voies à suivre et j'ai entendu la date de 2027 –, vous savez que la justice fiscale, la transition écologique plus tard, c'est l'écologie trop tard. Alors il y a urgence pour que nous agissions et nous serons vigilants, ici, au Parlement, pour que ce *momentum* se traduise réellement en changement de fonctionnement de nos institutions.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Bogdan Rzońca, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowny Panie Przewodniczący! Szanowny panie komisarzu! Panie ministrze! Konkluzje Rady Europejskiej z lipca tego roku naprawdę włożyły w nas wiele optymizmu. Narody Unii Europejskiej usłyszały o zgodzie premierów, a zatem i gotowości niesienia pomocy gospodarkom poszczególnych krajów, miastom czy osobom bezrobotnym.

Nie możemy zatem stać w miejscu, bo kryzys pandemiczny trwa i za nami pierwsza fala, być może będzie następna, stąd też powinniśmy działać reaktywnie i szybko. Po prostu nie możemy stać w miejscu. Zaczniemy używać przygotowanych już instrumentów finansowych do walki z dramatem gospodarczym, bo Europa przegra i straci na tym również cała reputacja Unii Europejskiej.

Równocześnie, Panie Przewodniczący, chcę dodać, że nie możemy krzywdzić biedniejszych krajów, bo podatek od plastiku uzgodniony na poziomie 0,8 euro i teraz przedstawiany jako 2 euro jest niekorzystny w tej chwili. Tak samo podatek od handlu emisjami wprowadzony od 2021 roku jest również niekorzystny, chcę to wyraźnie zaznaczyć. Na przykład Polskę będzie on kosztował około 10 miliardów euro.

José Gusmão, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, todos sabemos que sem recursos próprios o Fundo de Recuperação não será mais do que uma montanha de dívida que, mais tarde ou mais cedo, se irá abater sobre os Estados-Membros, e é por isso importante que o Parlamento aprove um calendário vinculativo.

Só que este calendário que é proposto mais parece as calendas gregas. O mercado de emissões de carbono vai ser tratado com bastante rapidez, mas o imposto digital, das transações financeiras, o CCTB sobre as multinacionais, esses vão ter que esperar muitos anos. O Parlamento deixa para daqui a uma data de anos o que devia começar a fazer hoje. No caso do CCTB, da base tributária para as multinacionais, o Parlamento Europeu remete esse dossiê, esse recurso próprio tão importante, para o seu próximo mandato. Ou seja, este Parlamento Europeu prepara-se para decidir que não vai decidir.

Está na altura – e este calendário é essa altura – de o Parlamento Europeu compreender a urgência destes recursos próprios e definir para si próprio um calendário em consonância com essa urgência.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Señor presidente, ha hecho falta una crisis como esta para que la Unión Europea empiece a tomar decisiones que hace demasiado tiempo que se estaban esperando —treinta y dos años desde la última modificación del sistema de recursos propios—. Con un modelo de ingresos del siglo XX es imposible afrontar los desafíos del siglo XXI.

Necesitamos más y mejores recursos propios por muchas razones. De entrada, para devolver el dinero del instrumento de recuperación. La alternativa sería aumentar las contribuciones nacionales, complicando aún más la discusión sobre donantes y receptores netos, o reducir el presupuesto de la Unión, es decir, menos Europa: inaceptable.

Necesitamos más recursos propios urgentemente para dotar a la Unión, por tanto, de mayor autonomía financiera respecto de los Estados miembros, pero también para luchar contra el cambio climático, a favor de la armonización y la justicia fiscal o a favor de la estabilidad financiera. Así, la propuesta del Consejo de julio no es suficiente. No basta con el impuesto a los residuos plásticos; no basta hablar del *carbon border tax*, de la tasa digital o de los derechos de emisión como una posibilidad: son una necesidad imperiosa. Y, tal y como propone este Parlamento, necesitamos también la tasa sobre transacciones financieras. Necesitamos, en fin —y concluyo—, empezar a construir un verdadero sistema tributario europeo.

Jan Olbrycht (PPE). – Panie Przewodniczący! Należy zauważyć, że nasza dzisiejsza debata dotyczy tak naprawdę dwóch kwestii, które są ze sobą związane, ale jednak dwóch. Po pierwsze dotyczy decyzji Rady o uruchomieniu procedury stworzenia szansy na zbudowanie nowego funduszu *Next Generation EU*.

Po drugie, co się z tym wiąże, przyszłościowo dotyczy kwestii budowania nowych dochodów własnych. Trzeba o tym pamiętać, ponieważ ta druga debata oczywiście wymaga innego typu decyzji i uzgodnienia pomiędzy Parlamentem i Radą, a ta pierwsza rzeczywiście wymaga czasu. Ona wymaga czasu również dlatego, że wtedy, kiedy pracowaliśmy i dyskutowaliśmy nad budżetem na lata 2021-2027, kiedy jeszcze w ogóle nie mówiliśmy o tym funduszu, wtedy planowaliśmy określone wydatki. Potem budżet został jakby zamrożony czy zmniejszony i zostaliśmy poinformowani, że będzie zrekompensowany przy pomocy funduszu. W tej chwili się okazuje, że jeżeli ratyfikacja nie przebiegnie zgodnie z planem, to fundusz może być poważnie zagrożony.

Chciałbym w związku z tym bardzo wyraźnie podkreślić, że skoro i pan minister, i pan komisarz mówią, że mówimy o jednym pakiecie, z czym się zgadzamy, to w tym pakiecie wszystko musi być ze sobą związane i wszystko jest od siebie zależne, co oznacza, że zgoda Parlamentu na wieloletni budżet musi być związana ze stworzeniem szansy na nowy fundusz. Bez tego funduszu budżet jest za mały i nie wystarczy na pewne działania, które przewidzieliśmy. Jeżeli pakiet, to traktujemy to pakietowo i jesteśmy gotowi do tego typu rozmowy i rozpoczęcia prac bardzo, bardzo intensywnie.

Margarida Marques (S&D). – Senhor Presidente, Ministro Roth, Comissário Hahn, colegas, a arquitetura financeira da resposta europeia à crise assenta num pilar-chave: os recursos próprios. Ela é urgente e é necessária e não pode comprometer o futuro de gerações. Por isso tudo devemos fazer para mobilizar novos recursos próprios e aguardamos uma iniciativa rápida do lado do Conselho. Recursos próprios alinhados com as prioridades políticas da União Europeia, como o *Green Deal* ou a transição digital.

Os novos recursos próprios devem servir agora para o pagamento dos compromissos do *Next Generation EU* e para financiar o reembolso pelos Estados-Membros, para não criar dificuldades acrescidas depois de 2028. E num futuro próximo devem servir para financiar o orçamento da União Europeia.

Esta é também a oportunidade para um sistema fiscal mais justo, é o momento oportuno para lançar uma taxa sobre as transações financeiras e um imposto sobre as grandes empresas digitais. Uma e outro deverão contribuir para o financiamento do orçamento da União Europeia.

Sandro Gozi (Renew). – Monsieur le Président, contre l'imprévisibilité, le remède se trouve dans la faculté de faire et de tenir des promesses, comme l'a dit très justement Hannah Arendt.

En juillet, vous, la Commission, le Conseil, vous avez fait une promesse: financer le plan de relance avec de nouvelles ressources en faisant payer les pollueurs, les géants du numérique et ceux de la finance.

Maintenant, faisons ce que nous avons dit. Vous voulez rendre l'Europe juste et populaire, alors tenez rapidement cette promesse. L'alternative, c'est d'augmenter les contributions nationales, de demander davantage aux contribuables ou couper encore plus les budgets européens. Si vous voulez rendre l'Union plus impopulaire, ce serait la bonne voie. Mais non, ceci n'est pas une alternative. L'efficacité et la crédibilité du plan en dépendent.

Il faut, avant la fin de l'année, un calendrier contraignant pour introduire de nouvelles ressources propres. Et, pour finir, respectons les traités: les ressources propres y sont ancrées, les actuelles sont très datées, il est donc grand temps d'en mettre en place de nouvelles.

Joachim Kuhs (ID). – Herr Präsident! Vielen Dank für die ganzen Reden, die wir gehört haben. Sie verwundern mich doch etwas.

Und zwar: Herr Staatsminister Roth, Sie haben von einem Paradigmenwechsel gesprochen. In den Unterlagen lese ich von einem Quantensprung, den wir hier haben. Ja, das ist wirklich so. Aber das macht mir Sorge. Das macht mir deshalb Sorge, weil Sie das letzte Mal, als wir so einen Quantensprung hatten – das war vor der Krise im Jahr 2008 –, viele Regeln zur Rettung des Euro und Griechenlands getroffen haben, und am Ende standen Vertragsbrüche. Das hat das deutsche Bundesverfassungsgericht ja bestätigt.

Und jetzt, was kommt jetzt? Jetzt kommen neue Steuern. Jetzt kommt eine neue Eigenstaatlichkeit der EU. Sie verändern das Gesicht der EU. Sie wollen mehr eigene Steuern erheben, und was passiert dann? Ich möchte Sie davor warnen, das zu tun. Das wird dazu führen, dass eben die nationalen Staaten, die Mitgliedstaaten, geschwächt werden, dass deren eigene Beiträge letztendlich nicht gesenkt werden, sondern noch weiter erhöht werden.

Und jetzt passiert noch Folgendes: Solche Steuern haben die Tendenz, nie mehr aufzuhören. Ich erinnere Sie an die Sektsteuer, die vor 100 Jahren zur Stärkung der kaiserlichen Marine eingeführt wurde. Diese Steuer gibt es heute noch. Bitte verschonen Sie uns vor neuen Steuern.

Derk Jan Eppink (ECR). – Voorzitter, de coronacrisis wordt aangegrepen om een nieuwe Europese belasting in te voeren. Daar heb ik mijn zorgen over. Het begint al met een Europese plasticafvalbelasting en daarna komen heel veel andere vormen van belastingen die in de koker zitten: een Europese digitale belasting, een Europese financiële transactiebelasting, een Europese CO₂-grensheffing en ga zo maar door. Die Europese belastingen dienen eigenlijk als een groeihormoon voor de vorming van een Europese staat – waar sommige sprekers hier ook bezwaar tegen hebben – waar alle macht naartoe gaat met geld enzovoort. Er is natuurlijk wel de goedkeuring nodig van de verschillende lidstaten en ook van de mijne: de goedkeuring van de Tweede Kamer en van de Eerste Kamer. Ik ben erg benieuwd naar de positie van het CDA en de VVD, want in Nederland zeggen ze dat ze tegenstander zijn van de Europese schuldengemeenschap, maar in Brussel werken ze daar vrolijk aan mee. Dus ik vraag ze, waar staan zij eigenlijk? En als ze geen antwoord hebben, dan vallen hun maskers.

Marc Botenga (GUE/NGL). – Monsieur le Président, la question que vous nous posez aujourd'hui est celle-ci: voulez-vous, oui ou non, un impôt européen, un nouvel impôt européen?

Personnellement, je dis qu'il n'y a pas de réponse rapide à cette question qui est beaucoup plus complexe que cela. En fait, la question est la suivante: qui va payer pour cet impôt européen? Et là, ce que je vais dire ne va pas forcément plaire à la droite mais la question, c'est qu'il est temps, aujourd'hui, de ressortir des tiroirs la taxe sur les transactions financières – une vraie taxe sur les transactions financières et non pas une version *Canada Dry*, une version *Coca Light*, non! Une vraie taxe, qui, pour une fois, fasse payer les grands spéculateurs plutôt que toujours les travailleurs, plutôt que toujours ceux qui font tourner notre société. Une taxe qui vise les marchés financiers et qui nous permette de mobiliser des fonds publics et de les mettre justement à disposition de l'emploi, de l'économie réelle et des gens.

Pour une fois, plutôt que de nous coucher face aux marchés financiers, taxons-les!

Niclas Herbst (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Staatsminister! Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir das Ganze natürlich im Paket betrachten müssen.

Wir haben den Mehrjährigen Finanzrahmen seitens der Kommission bereits im Mai 2018 vorgelegt bekommen. Das heißt, dass wir jetzt diesen Zeitdruck haben, ist wirklich nicht die Schuld des Parlaments, sondern das liegt daran, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen in den Mitgliedstaaten gibt. Ich beneide Sie nicht um Ihre Aufgabe in der Ratspräsidentschaft, das unter einen Hut zu bekommen. Die Gefahr ist dann immer, dass es Formelkompromisse gibt.

Wir erleben das natürlich in der Diskussion bei der Rechtsstaatlichkeit. Wir müssen jetzt auch ganz klar sagen: *New own resources* darf kein Synonym dafür sein, dass wir später etwas regeln, sondern wir müssen jetzt einen rechtlich verbindlichen Zeitplan haben und wir müssen auch sehr klar sagen, wozu es geht. Es geht nämlich darum, wie schon mehrfach gesagt wurde, Next Generation EU zu finanzieren. Der Witz ist ja, dass Next Generation EU zu ganz wesentlichen Teilen in die Mitgliedstaaten geht.

Es geht also nicht darum, dass wir uns hier in Brüssel sozusagen neue Kompetenzen aneignen und neue Gelder verteilen wollen, sondern es geht darum, dass wir dieses Programm, von dem die Mitgliedstaaten profitieren, finanzieren. Wenn wir grünes Licht geben, dann machen wir das nicht, weil wir uns der strategischen Bedeutung nicht bewusst sind oder weil wir naiv sind. Wir machen es auch erst recht nicht, weil wir so begeistert sind von dem, was bisher vorgelegt wurde, sondern wir machen das, weil wir die Verantwortung kennen, die wir hier haben.

Ich bitte den Rat sehr herzlich und ich fordere ihn auch dazu auf, auch der eigenen Verantwortung gerecht zu werden. Das können Sie nur, wenn Sie das Parlament ernst nehmen. Wir sind bereit für die Diskussion. Nehmen Sie uns ernst.

Pierre Larroutrou (S&D). – Monsieur le Président, chers amis, pour la santé, pour le climat, pour l'emploi: dans tous nos pays, nous avons besoin d'argent pour gagner ces trois batailles.

Le plan d'urgence décidé par les chefs d'État en juillet est historique. Historique, mais totalement insuffisant. C'est la raison pour laquelle le Parlement exige aujourd'hui des avancées réelles sur les ressources propres. Dès 2024, la taxe sur les transactions financières (TTF) peut rapporter 50 milliards chaque année. 50 milliards chaque année, cela veut dire 15 milliards pour rembourser la dette commune liée au plan d'urgence et 35 milliards chaque année pour revenir sur les coupes budgétaires réalisées par les chefs d'État pour financer le pacte vert et l'ensemble des priorités de l'Union européenne. Si l'on pouvait dire à tous les États membres que la dette commune sera remboursée par la TTF, la ratification serait bien plus facile. Et si ces 50 milliards arrivent dès 2024, le risque de retomber en récession après le plan d'urgence serait beaucoup plus faible.

La directive sur la TTF est sur la table depuis 2011. Cette semaine, le Parlement va voter ce calendrier ambitieux et nous allons faire campagne dans tous nos pays pour pousser les chefs d'État à l'accepter. En 2014, Angela Merkel avait demandé aux Anglais de renoncer à leur veto sur la TTF. La semaine dernière, M^{me} Merkel a répété qu'elle voulait un accord cette année sur la TTF. C'est aussi le but du Parlement: un accord, cette année, sur la taxe sur les transactions financières.

Caroline Nagtegaal (Renew). – Voorzitter, als politici zeggen: uitzonderlijke omstandigheden vragen om uitzonderlijke maatregelen, dan ben ik wel op mijn hoede want heel vaak wordt deze redenering als excuus gebruikt om beleid door te voeren zonder dat men daar de consequenties van overziet. Zo is het ook nu. Als het gaat om de mogelijke introductie van nieuwe Europese belastingen, zijn we het er denk ik allemaal wel over eens. Ook bedrijven moeten hun *fair share* aan belasting betalen, net zoals alle burgers. Maar een groot gedeelte van mijn collega's hier in het Parlement is er toch van overtuigd dat met nieuwe belastingen, zoals een financiële transactietaks of Europese vennootschapsbelasting, de inwoners van de Europese Unie worden onttrokken. En ik kan u voorspellen dat nieuwe belastingen linksom of rechtsom uiteindelijk ook bij de hard werkende mensen terecht komen, dus laten we dat gewoon niet doen. Uitzonderlijke omstandigheden vragen juist in deze tijd om zorgvuldige, doordachte maatregelen.

Teuvo Hakkarainen (ID). – Arvoisa puhemies, miten EU aikoo raapia rahat kasaan satojen miljardien koronalainojen takaisinmaksamiseksi? Ainoa rahanlähde, josta on jonkinlainen yhteisymmärrys, on muovivero. Osa jäsenvaltioista saa tästäkin alennuksen. Neuvoston mukaan muita uusia varoja on käytettävissä vasta vuosien päästä, 2023 alkaen. Tämä on vastuutonta ja rikkoo unionin omaa sääntöä EU-budjetin tulo- ja menopuolen tasapainosta. Jos uusia tulonlähteitä ei löydy, laina maksetaan takaisin korotetuilla EU:n jäsenmaksuilla. Kuten sosialisteilla on tapana, ongelmat siirretään tulevien hallitusten syliin. Vain tämän yhden kriisin lainaa tullaan maksamaan vuosikymmenten ajan. Uusia tulee taatusti. Koronaelpymispaketin voi vielä peruuttaa. Palataan sääntöjen noudattamisen tielle. Ei yhteistä velkaa, eikä siten myöskään EU-veroa.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie ministrze! Panie komisarzu! Zabierając głos w debacie poświęconej zasobom własnym Unii, chciałbym przypomnieć, że kompromis w tym zakresie osiągnięty na lipcowym posiedzeniu Rady opierał się na kilku zasadach, które tutaj w Parlamencie powinniśmy szanować.

Po pierwsze, nowe źródła dochodów budżetu Unii nie powinny bezpośrednio obciążać budżetów państw członkowskich, lecz powinny być związane z korzyściami osiąganymi ze wspólnego rynku, a więc w pierwszej kolejności powinny to być podatek cyfrowy czy podatek od transakcji finansowych.

Przyjęta przez Radę opłata od nieprzetworzonego plastiku uzyskała konsensus tylko dlatego, że została zaproponowana na względnie niskim poziomie oraz wprowadzono mechanizm ograniczający jej regresywność.

Po trzecie, Rada odrzuciła wprowadzenie zasobu własnego opartego na wpływach z ETS, bo to dochód budżetów krajowych, z którego środki przeznaczone są na działania związane z realizacją polityki klimatyczno-energetycznej Unii.

Tylko podtrzymanie tych ustaleń przez Parlament daje szansę, że zostaną one przyjęte przez parlamenty 27 krajów członkowskich. Niestety, sprawozdanie Parlamentu w wielu miejscach od nich odchodzi.

Karlo Ressler (PPE). – Mr President, massive investments in the digital and green transformation through the historic Recovery Plan should be a crucial growth engine and hope for Next Generation Europe. In this unprecedented crisis this will not be possible without a credible repayment plan.

This is why the reform of the system of own resources is really a pre-condition for the success of the whole package, of the whole concept. A strong message of European solidarity towards those who are most hit by the crisis needs to be followed now by a message of responsibility towards all Europeans, but especially towards the youth. We need a swift reaction. A swift ratification so the entrepreneurs, workers, farmers, but also other recipients, can benefit from the assistance provided as soon as possible.

At the same time we cannot sacrifice our long-term priorities and investments. Three decades since the last introduction of a new own resource, a levy on plastics is an important first step but it is certainly not enough for the sustainability of the repayment. We need a clear and fair repayment plan, because otherwise cuts to the most important and most successful EU programmes will jeopardise the future of Europe's new generation, and that is certainly not the case.

Paul Tang (S&D). – Mr President, by agreeing to a EUR 750 billion package, EU leaders have crossed the Rubicon.

Yet, just as Caesar's success was far from guaranteed, this package alone might not bring us the recovery that we wish and the sustainability that we need. We may run out of steam before we reach our destination, and without proper own resources we will run out of steam.

To avoid cutting back on future EU spending, the EU should have income to repay its debts, and this income should derive from areas where European action is of added value. To make polluters pay a fair price, to make digital companies and large corporates pay a fair share, we need European action including a Common Consolidated Corporate Tax Base, and by asking for this now, the European Parliament is paving the way for a real success.

Billy Kelleher (Renew). – Mr President, last July, the leaders in the Council agreed a EUR 1.8 trillion package. That's the Multiannual Financial Framework and also the recovery fund of EUR 750 billion. We accept that own resources have to fund this, but we have to be very cautious and honest in our debate here and in our discussions. The fact of the matter is that revenue and taxation is a Member State competency and that has to be debated in a very careful manner. We can't just absolve that fact in the Treaties that underpin the European Union.

There is acknowledgment that own resources must be expanded to fund the recovery package – the border adjustment tax, digital levy, the energy trading scheme and a financial transaction tax.

These particular issues must be discussed, but at the same time we do not want to run headlong into introducing taxes that could put the European Union at a competitive disadvantage with its international competitors. Bear in mind that the OECD is in discussions about an international tax obligation of countries across the globe for a fair and equitable tax system, but don't tie the hands of the European Union in advance of those recommendations being made by the OECD.

Gunnar Beck (ID). – Herr Präsident, werte Kollegen! Die EU will neue Steuern: EU-Plastiksteuern, Finanzsteuern, CO₂-Grenzsteuern und Digitalsteuern.

Das EU-Parlament begehrt zudem Eigenmittel aus Unternehmenssteuern. Schon heute haben EU-Staaten die höchsten Steuerquoten der OECD, indes die EU eskalierende Ausgaben vertragswidrig schuldenfinanziert.

Hauptzahler des EU-Budgets und der EU-Schulden ist Deutschland. Der deutsche Staat zahlt und macht seine Bürger arm. Und so haben die Deutschen das geringste Medianvermögen der Eurozone, die geringste Immobilieneigentumsquote und die weltweit höchsten Lohnsteuern und -abgaben. Wenn aber Ihre EU-Steuerkolonie Deutschland ausgeblutet ist: Was dann?

Charlie Weimers (ECR). – Herr talman! Efter 20 år i borgerligheten finns det vissa grundläggande ekonomiska principer som jag inte tummar på: Begränsa skattebördan. Lev inte på lånade pengar. Skuldsätt inte kommande generationer.

Ni moderater har accepterat statsminister Löfvens sommarfiasko vid förhandlingsbordet här i Bryssel. Ni är med och skuldsätter kommande generationer, lånar till bidrag och ger EU beskattningsrätt. Ni offrar borgerliga principer på EU:s altare. Ni svek EU-nämnden. Ni svek när ni röstade emot SD-yrkandet mot EU:s regelvidriga skuldsättning av barn och barnbarn för att skyffla ut bidragsmiljarder till vanskötta ekonomier.

Tomas Tobé: Det är inte för sent för Moderaterna att ändra sig. Stöd vårt förslag här i Bryssel om att stoppa EU-belåningen. Stöd oss i riksdagen. Tillsammans kan vi bespara kommande generationer miljardskulder och EU-skatter.

Kris Peeters (PPE). – Voorzitter, een ongeziene crisis vergt ongeziene maatregelen. Daarom onderhandelen wij over een budget met een ambitieus herstellpakket. Via lage rente en de hoge kredietwaardigheid van de Europese Commissie zullen wij goedkoop lenen om te investeren in onze Europese economie. Maar de terugbetaling van het herstelplan moet tijdig en correct verlopen. Wij vragen daarom rechtvaardige eigen inkomsten en een bindend tijdschema. Importeurs van bijvoorbeeld goedkoop staal die onze milieunormen niet respecteren, zullen via een CO₂-heffing meebetalen aan het herstel. Ook digitale multinationals die hier amper belasting betalen en wel winst maken in de Europese interne markt, zullen een steentje moeten bijdragen aan ons herstel. Dit Europees herstelplan is een historische kans die we moeten grijpen. Als de Europese Unie erin slaagt de economie opnieuw te doen heropleven, kunnen wij het vertrouwen bij de burgers winnen. Maar als wij falen in de terugbetaling zal ieder land op zichzelf teruggeworpen worden, en dit moeten wij tegen elke prijs voorkomen.

Nils Ušakovs (S&D). – Mr President, Europe has a unique experience of overcoming the deepest crises and becoming stronger afterwards. Actually the European Union itself was created as a result of the most dramatic period in human history. Right now Brexit, COVID, economic depression and instability at our borders create both incentives and opportunities to reform the Union, to make it a world power: democratic, welfare-based, and climate and carbon neutral. We need a road map now, a clear timetable and commitment from Member States to introduce an ambitious basket of own resources, taxing speculators, polluters, the super-rich and multinational corporations.

The debate about own resources is the debate about our future in the long term. If Member State governments fail, we will end up making ordinary Europeans, their children and grandchildren pay for COVID, for Brexit and for any other crisis we will face, making, at the end of the day, the European Union a second-level player, which is the opposite of what Europeans dream about and deserve. Good luck Minister, and good luck Commissioner.

Herve Juvin (ID). – Monsieur le Président, la démocratie en Europe, en Grande-Bretagne comme en France, est liée au principe du consentement à l'impôt par des parlements et des assemblées légitimement élus et représentants du peuple souverain.

Quelles que soient les qualités du rapport qui nous est présenté – pour ma part j'approuve un certain nombre de ses propositions sur la taxe carbone, sur la taxe sur les GAFAM et aussi sur la taxe sur les opérations financières spéculatives –, nous nous opposerons à ce projet de ressources propres. Pourquoi? Parce que, si je connais des nations européennes, des peuples européens auxquels je reconnais une souveraineté sur leur territoire et dans leur nation, je ne connais pas de peuple européen, et la souveraineté européenne est un artifice politique et un vain mot de tribune.

Voilà pourquoi nous nous opposerons à ce principe de ressources propres, qui n'est pas honnête parce que les ressources envisagées ne suffiront pas à rembourser la dette, qui ne nous paraît pas démocratique parce qu'il n'est pas validé par un parlement démocratiquement élu, et qui nous semble représenter un coup de force dangereux pour la gouvernance économique de l'Union européenne et un grave précédent à l'encontre de nos nations.

Andrey Novakov (PPE). – Mr President, we can already feel that the new European loan and new own resources are almost synonyms, right? I mean, let's be honest, we need own resources in order to pay back the loan that we are going to take, because the situation for me looks like the crisis of 2007. You're buying a house and then you're facing the risk of not having an income to pay it back. We don't want our children to pay it, nor the bank to take it away. So we need own resources to secure the future of the Union without taking hostage the budget and the payments of the Member States. That's one thing.

By midnight tomorrow, this House I expect to unanimously adopt the position of the Parliament on REACT-EU. This is yet another example of cohesion policy securing the societies and the help of the Member States because of COVID – another example of cohesion policy saving our people. A huge part of that fund, of REACT-EU, is going to be taken from that loan. That is another reason to talk about carefully designed own resources which are going to support the budget without taking hostage the Member States' payments to our budget. So we need another thing. We need the rule of law in that regulation, because our citizens have to be sure that there is transparency in every cent that we are going to spend. The European Union is not like a cat; we don't have nine lives, so we have to act now.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the Minister and the honourable Members for all their interventions and input. As I have said in other encounters, I don't shy away from an open debate and very much value the position of the European Parliament. As we continue the modernisation of the own resources system, I'm sure we will have many more opportunities to discuss this important issue in the future.

Without delving into technical details, let me offer some final remarks. As you know, negotiations are currently ongoing between the Parliament, the German Presidency and the Commission. In that sense, the Commission will continue to carry out its role and duty as an honest broker, and stands ready to offer all the necessary assistance.

All the institutions agree on the need for new own resources to finance the repayment of the borrowing. Therefore, I believe that it should be possible to agree on a powerful political commitment to own resources as part of the final MFF package. Let me recall that the Multiannual Financial Framework and Next Generation EU legislation is a package. Only quick approval of all – and may I stress all – legal texts would allow the launching of the EU recovery plan. Interinstitutional negotiations must progress as fast as possible and will require the willingness to make compromises on all sides.

As you recall, on 9 May we celebrated 70 years since the Schuman Declaration, a founding moment for our Union. Robert Schuman reminds us of our historical responsibility as Europeans. As he said, and I quote, 'Europe will not be made all at once, or according to a single plan. It will be built through concrete achievements which first create a de facto solidarity'. Next Generation EU, the recovery plan for Europe, is our opportunity for a concrete achievement, creating real European solidarity, and I think it's high time to seize this opportunity for citizens, for businesses, for Europe.

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Verehrte Abgeordnete! Haben Sie ernsthaft den Eindruck, wir nehmen Sie nicht ernst? Ich bin etwas überrascht über diese Sorge, die ein Abgeordneter hier meinte, zum Ausdruck bringen zu müssen.

Wir alle wissen, dass es ohne Ihre Unterstützung, ohne eine Mehrheit im Europäischen Parlament, weder einen Mehrjährigen Finanzrahmen noch Next Generation EU noch eine Eigenmittelreform geben wird. Und nehmen Sie uns dabei bitte beim Wort: Wir wollen Verhandlungen auf Augenhöhe.

Ich danke all den Abgeordneten, die noch einmal auf den ambitionierten Zeitplan hingewiesen haben. Wir stehen 24 Stunden täglich sieben Tage in der Woche bereit, um mit Ihnen zu vernünftigen und mutigen Ergebnissen zu kommen. Unser Zeitplan hat auch nicht allen von Ihnen geschmeckt. Wir haben gesagt: Wir wollen bis Ende September fertig werden. Das ist unser Ziel.

Weil wir selbstverständlich darum wissen, dass die nationalen Ratifizierungsverfahren nicht ganz einfach sein werden. Das sage ich als Repräsentant eines Landes – föderal strukturiert –, in dem nicht nur der Deutsche Bundestag, sondern auch das Vertretungsorgan der deutschen Staaten zustimmen hat. Das wird sehr ambitioniert.

Aber wir stehen im Wort, nicht nur bei Ihnen, sondern vor allem bei den Bürgerinnen und Bürgern, die doch massiv unter der Krise gelitten haben. Insofern will ich den Abgeordneten widersprechen, die den Eindruck erwecken, wir würden uns verantwortungslos gegenüber der jüngeren Generation verhalten.

Dieser Vorschlag ist generationengerecht. Das Geld, das wir mit Ihrer Unterstützung aufnehmen wollen, dient der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von jungen Menschen, dient dem Aufbau eines besseren Gesundheitswesens, dient der Stärkung von Solidarität in der Europäischen Union. Wir lassen niemanden zurück!

Was haben junge Menschen davon, wenn sie jetzt arbeitslos sind, aber wir möglicherweise in den nächsten 20 Jahren weniger Schulden machen? Diese Entscheidung müssen wir jetzt treffen. Wir haben bei unseren Entscheidungen die Interessen der jungen Generation ganz besonders in den Fokus unserer Entscheidungen gerückt.

Ja, Steuern zu erhöhen, Abgaben einzuführen ist vermutlich das Kontroverseste, was es in einer Demokratie gibt. Man muss dies nämlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern rechtfertigen. Man braucht dafür Mehrheiten. Das ist bei Ihnen noch etwas leichter, aber im Rat brauchen wir Einmütigkeit. Wir brauchen die Zustimmung von allen Mitgliedstaaten, von allen nationalen Parlamenten, da wo eine Ratifizierung über nationale Parlamente notwendig ist.

Wir handeln auch nicht irgendwo im luftleeren Raum, sondern wir handeln auf Grundlage von Artikel 311 EU-Vertrag. Dort ist ganz genau geregelt, wie eine Eigenmittelreform auszusehen hat. Das ist mitnichten ein Putsch oder ein Anschlag auf die Demokratie, wie bestimmte Kreise, nicht nur hier im Europäischen Parlament, auch in manchen nationalen Parlamenten, immer wieder den Bürgerinnen und Bürgern einzureden versuchen, das ist Demokratie.

Ich wüsste nicht, wie wir das Band der Demokratie in der Europäischen Union noch stärker machen sollten, als dass wir den nationalen Parlamenten – und nicht alleine nur dem Europäischen Parlament oder der Kommission oder dem Rat – eine besondere Verantwortung auferlegen.

Es geht aber nicht nur um neue Abgaben und neue Einnahmen. Ja, das ist wichtig, verehrte Abgeordnete. Aber wir wollen doch auch den sozialökologischen Umbau Europas voranbringen. Wir wollen mehr tun für soziale Gerechtigkeit, denn wenn wir wirklich die Plastiksteuer einführen, dann ist das ja auch mit einer Lenkungswirkung verbunden. Wir wollen nämlich dazu beitragen, dass zukünftig noch mehr Plastik recycelt wird.

Hat natürlich auch eine Folge: Dann werden möglicherweise die Einnahmen auch wieder sinken. Das hängt aber dann davon ab, wie Sie, wie wir gemeinsam diese Abgaben, diese Steuern im Detail gestalten. Wie diese Abgaben, diese Steuern genau auszusehen haben, wie die *roadmap* aussieht, die die Kommission noch vorzulegen beabsichtigt, das wird auch im Mittelpunkt der Verhandlungen zwischen den drei Institutionen Parlament, Rat und Kommission stehen.

Wir drücken auf die Tube, wir nehmen unsere Verantwortung ernst. Ich freue mich über die vielen, vielen Signale der konstruktiven Unterstützung und dass man darüber am Ende auch ein wenig streitet, das sollte doch bei der Bedeutung dieser Themen selbstverständlich sein.

Vielen herzlichen Dank für diese so wichtige Debatte. Ich habe viel gelernt, und wir nehmen das in die Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament, und ich freue mich auf einen baldigen positiven Abschluss.

José Manuel Fernandes, Relator. – Todos os Estados são beneficiários líquidos da União Europeia, mesmo aqueles que contribuem mais e esta pedagogia, esta verdade, devia ser dita a todos os cidadãos da União Europeia e nem sempre o Conselho o faz e, normalmente, quando há aqueles Conselhos demorados, escondem aos seus cidadãos que mesmo aqueles que são os denominados «contribuintes líquidos» recebem muito mais do que aquilo que põem no orçamento da União Europeia e é ver, desde logo, os benefícios do mercado interno.

Senhor Ministro Roth, apreciei as suas palavras e a sua disponibilidade, mas, no entanto, sabemos que a presidência alemã não é o Conselho, ou nem todos no Conselho têm essa mesma vontade, mas eu estou certo de que conseguirão levar – arrastar, é a palavra – os outros Estados-Membros.

O Parlamento Europeu tem estado à espera, falou do Estado de direito. Estamos há 2 anos à espera e é um processo legislativo de codificação, isto é um pacote, é sim senhora, mas é evidente que nós só daremos o consentimento ao quadro financeiro plurianual, e presumo que o Conselho também, se houver um Fundo de Recuperação. O Fundo de Recuperação esconde as fragilidades e a pequenez do quadro financeiro plurianual e, desse ponto de vista, nós consideramos que é um pacote.

Mas temos de avançar já com aquilo que demora mais tempo e, nomeadamente, a ratificação, por parte dos parlamentos nacionais, no que diz respeito à autorização para a Comissão Europeia poder ir aos mercados e, porque não queremos cortar no futuro nem penalizar os cidadãos, propomos um calendário vinculativo e, aí, peço também a ajuda do Conselho e a compreensão, não podem ser declarações nem proclamações, tem de ser um calendário vinculativo que esteja no acordo interinstitucional e, dessa forma, nós protegemos o futuro da União Europeia e dos cidadãos, desde já, e conseguiremos as receitas necessárias para fazer face aos desafios e para pagar os juros e as amortizações do empréstimo que vai ser feito.

Valérie Hayer, rapporteure. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, ce mercredi, en votant notre rapport, nous allons de fait permettre aux États membres de commencer le processus de ratification. De fait, nous allons ratifier ce plan de relance pour donner notre feu vert à cet emprunt commun historique. Après ce vote, mercredi soir, nous pourrions dire que nous avons assumé notre responsabilité, que nous avons travaillé vite et que la balle est désormais dans le camp des parlements nationaux.

Autour de ce rapport, nous avons pu, avec mon collègue José Manuel Fernandes, chrétien démocrate portugais, rassembler nos collègues: Elisabetta Gualmini, socialiste italienne, David Cormand, écologiste français, Dimitrios Papadimoulis, de la gauche radicale grecque. Et de cette gauche radicale à la droite, en passant par notre groupe politique Renew Europe, nous avons su unir autour de ce principe: la dette devra être remboursée par les nouvelles ressources propres. Évidemment – cela a été rappelé –, un calendrier juridiquement contraignant sera absolument nécessaire pour s'assurer de leur introduction.

Ceci démontre bien une chose: les ressources propres, ce n'est pas une question de gauche ou de droite. Les ressources propres, c'est une question d'aimer et de faire vivre l'Europe, c'est une question d'assumer, d'avoir le sens des responsabilités en protégeant les économies des Européens. C'est une démonstration de la capacité à prendre de la hauteur, à regarder plus loin que les seuls intérêts nationaux, dans l'intérêt des Européens, qu'ils soient Français, Néerlandais, Roumains ou encore Danois. C'est l'exigence que nous attendons des États membres pour se sortir de l'unanimité dans laquelle ils sont empêtrés –il faut le dire, ils sont empêtrés sur ce sujet.

Mais cette fois, ils n'auront pas le choix, non seulement parce que nous serons intransigeants, Monsieur le Ministre, mais parce que les États savent que toute autre solution renforcerait l'*Alternativ für Deutschland*, le Rassemblement national en France, le PVV de Geert Wilders aux Pays-Bas et tous les eurosceptiques, qui auraient désormais un boulevard pour déterminer, et je dis même pour sacrifier – nous le savons déjà – nos budgets, nos politiques européennes. Cela, tout pro-européen doit le combattre avec force.

Vous pouvez compter sur nous, Monsieur le Commissaire, sur notre entêtement pour avancer sur le dossier des ressources propres. Monsieur le Ministre, vous pouvez compter sur notre disponibilité pour avancer de façon constructive mais exigeante dans ces négociations. Notre rapport est un plaidoyer pour une Union qui protège l'épargne de ses concitoyens et s'affirme devant les grands de ce monde. Cela se joue maintenant.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione sugli emendamenti si svolgerà martedì 15 settembre 2020 mentre la votazione finale si terrà mercoledì.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A Fidesz–KDNP delegációja már a júliusi EP állásfoglalást követően jelezte: az európai polgárok százmillióinak érdekeivel ellentétben, ezért elfogadhatatlan az EP többségének álláspontja, amely élesen támadja, elutasítja az Európai Tanácsban született történelmi költségvetési megállapodást.

Valamennyi európai országot elérte a járvány második hulláma, így még fontosabb a hét éves keretköltségvetés és a helyreállítási alap lehető leggyorsabb elfogadása. Az EP többsége a közös európai érdekekkel ellentétben nem támogatja a tanácsi megállapodást, sőt, felelőtlen módon megtámadta azt. Ez a támadás az új koronavírus-járvány okozta szociális és gazdasági válság közös uniós kezelésében eredményez helyrehozhatatlan késedelmet. Ennek a súlyosan felelőtlen parlamenti eljárásnak újabb állomása: az EP többsége olyan uniós bevételek bevezetését támasztotta feltételül, amelyek a tagállamok döntő többségének álláspontjával élesen szembemenve felváltanák a jelenlegi, nagyobb részt a tagállamok gazdasági fejlettségétől függő befizetéseken alapuló rendszert. A legtöbb ilyen új, ún. saját forrás javaslat a szegényebb tagállamoktól vonna el több forrást a gazdagok javára.

Az EP többsége megint az öncélú politikai nyomásgyakorlás eszközéhez nyúl, egy olyan, mindenki számára kötelező menetrendet szeretne az új bevételek bevezetésére, amely nélkül nem fogadja el az állam- és kormányfők történelmi döntését. Tényleges jogköre sincs az EP-nek: a 27 tagállam képviselői döntenek erről a kérdéssel, a nemzeti parlamentek pedig jóváhagyják, ratifikálják azt.

Leszek Miller (S&D), na piśmie. – Dyskutowany projekt decyzji Rady zakłada podniesienie zdolności budżetowych Unii i ustalenie nowego koszyka zasobów własnych. Przyjęcie tego aktu jest konieczne, ponieważ warunkuje możliwość pozyskania przez Komisję na rynkach finansowych 750 miliardów euro, które zasila unijny fundusz odbudowy.

Parlament Europejski od wielu lat postuluje zmianę sposobu finansowania budżetu UE poprzez ograniczenie składek państw członkowskich stanowiących obecnie 17,1% budżetu Unii (ok. 70%). Pozwoliłoby to zmienić dynamikę negocjacji budżetowych, w których przedstawiciele państw członkowskich przykładają mniejszą wagę do kształtu polityk wspólnotowych, a koncentrują się głównie na uzyskaniu korzystnego bilansu własnych zobowiązań na rzecz unięgo budżetu i środków, które z niego otrzymują.

Dodatkowe zasoby własne UE, w tym wpływy z nowych podatków, powinny umożliwić spłatę pożyczek zaciągniętych przez Komisję. Ich brak sprawi z kolei, że dług będzie musiał być spłacony ze składek państw członkowskich, a to wymusi cięcia w ramach polityk wspólnotowych. Dlatego podzielam prezentowane konsekwentnie stanowisko Parlamentu, który nalega na wprowadzenie nowych źródeł dochodów budżetowych.

Niestety, traktatowy tryb przyjęcia omawianej decyzji Rady przewiduje konieczność jej ratyfikacji przez wszystkie parlamenty narodowe. Stwarza to ryzyko odrzucenia decyzji przez parlamenty tzw. państw oszczędnych, które są nastawione sceptycznie do sposobu dystrybucji środków z funduszu odbudowy, ewentualnie zawetowania przez któreś z państw niechętnych ustanowieniu mechanizmu warunkowości budżetowej.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Az Európai Bizottság előrejelzése szerint az Európai Unió gazdasága 2020-ban 8,3%-kal fog zsugorodni. A koronavírus okozta gazdasági, szociális és egészségügyi válságra tehát közös, uniós szintű választ kell adnunk. Ennek egyik legfontosabb eleme az EU 2021 és 2027 közötti időszakra szóló keretköltségvetési kerete és a 750 milliárd eurós kerettel bíró Next Generation EU helyreállítási eszköz.

Annak érdekében, hogy a helyreállítási alap finanszírozása ne eredményezzen növekvő tagállami befizetéseket az uniós költségvetésbe, elengedhetetlen az EU saját forrásainak reformja. Az Európai Parlament már a tárgyalásokat megelőzően több új bevételi forrás elfogadását sürgette, úgymint a közös konszolidált társaságiadó-alap, a digitális szolgáltatások megadóztatása, a pénzügyi tranzakciós adó, a kibocsátáskereskedelmi rendszerből származó jövedelem, a műanyag-hozzájárulás és az importált fogyasztási cikkek karbonintenzitását ellensúlyozó mechanizmus.

Sajnálatos módon viszont vannak olyan tagállami kormányok, mint az Orbán-kormány, ami azzal fenyegetőzik, hogy amennyiben a következő MFF kifizetéseit a már korábban megállapodott jogállamisági elvárásnál szigorúbb feltételekhez kötik, akkor a magyar parlament nem fogja jóváhagyni a saját forrásokról szóló döntést, ami az egész segélycsomagot veszélybe sodorná. Nem engedhetjük meg, hogy az uniós alapítószerződésekből fakadó kritériumok betartásának ellenőrzését szolgáló eszközzel zsaroljanak a populista erők, fenyegetve ezzel a Covid19 okozta károk megfelelő, uniós kezelését.

22. Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca in discussione la relazione dell'on. Nikos Androulakis, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica la decisione n. 1313/2013/UE su un meccanismo unionale di protezione civile (COM(2020)0220 - C9-0160/2020 - 2020/0097(COD)) (A9-0148/2020).

Νίκος Ανδρουλάκης, Εισηγητής. – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, ο μηχανισμός πολιτικής προστασίας της Ένωσης αποτελεί έμπρακτη έκφραση της αλληλεγγύης. Στηρίζει τα κράτη που έχουν ανάγκη να αντιμετωπίσουν έκτακτες συνθήκες υψηλού κινδύνου: φυσικές καταστροφές, υγειονομικές κρίσεις, ακόμη και πιθανά βιολογικά, χημικά ή πυρηνικά ατυχήματα. Μέχρι τώρα η δράση του επικεντρωνόταν στην αντιμετώπιση των δασικών πυρκαγιών. Άλλωστε, το rescEU γεννήθηκε ως ιδέα μετά από τις φονικές πυρκαγιές στην Πορτογαλία, το 2017. Τότε η Ευρώπη φάνηκε αδύναμη να βοηθήσει ένα μέλος της. Αλλά και στην τραγωδία στο Μάτι, το 2018, όπου πάνω από εκατό άνθρωποι έχασαν τη ζωή τους μέσα σε λίγα λεπτά. Ακόμα και οι πιο δύσπιστοι τότε κατάλαβαν ότι χρειαζόμαστε μεγαλύτερη ευρωπαϊκή παρέμβαση, τόσο στο επίπεδο της πρόληψης όσο και στο επίπεδο της αντιμετώπισης.

Το 2020 ζήσαμε μια γιγαντιαία ιστορική ανατροπή, από αυτές που σημαδεύουν ολόκληρες γενιές και αλλάζουν νοοτροπίες και συμπεριφορές: την πανδημία της COVID-19. Ποιος περίμενε ότι μετά από έναν αιώνα ραγδαίας επιστημονικής και τεχνολογικής ανάπτυξης, η ιστορία δεν θα επαναλαμβανόταν ως φάρσα αλλά ως τραγωδία; Εκατοντάδες χιλιάδες άνθρωποι σε όλο τον κόσμο, εκ των οποίων πάνω από 140.000 συμπολίτες, μας έχασαν τη ζωή τους. Το οικονομικό και κοινωνικό κόστος είναι ακόμα απροσδιόριστο. Οφείλουμε λοιπόν να δράσουμε προληπτικά, ακόμη και για το απρόβλεπτο.

Οι αλλαγές που ψηφίσαμε πριν από ενάμιση χρόνο ισχυροποίησαν τον μηχανισμό, κάτι που έγινε ορατό κατά τη διάρκεια της πανδημίας. Η δράση του διέσωσε την αξιοπιστία μας όταν, στην αρχή της κρίσης, κυβερνήσεις έπαιρναν απογοητευτικά δυσάρεστες αποφάσεις. Τότε εμείς μεταφέραμε πάνω από 75.000 Ευρωπαίους πολίτες, οι οποίοι κατάφεραν να επιστρέψουν στο σπίτι τους από κάθε γωνιά του πλανήτη, χάρη στον συντονισμό και τη χρηματοδότηση του μηχανισμού. Τον Μάρτιο, και ενώ η πανδημία ήδη εξαπλωνόταν, το rescEU δημιούργησε για πρώτη φορά πανευρωπαϊκά ιατρικά αποθέματα, με προστατευτικό εξοπλισμό όπως μάσκες, απαραίτητα μηχανήματα όπως αναπνευστήρες, και με την πρόβλεψη να ενταχθούν εμβόλια ή θεραπείες, όταν είναι διαθέσιμα. Έγιναν αρκετά αλλά σίγουρα μπορούμε να κάνουμε μαζί πολύ περισσότερα.

Η πανδημία ανέδειξε και αδυναμίες που πρέπει άμεσα να διορθώσουμε. Τον περασμένο Φεβρουάριο, ο Πρόεδρος Michel είχε προτείνει μείωση του προϋπολογισμού για τον μηχανισμό στο 1 δισεκατομμύριο ευρώ για την περίοδο 2021-2027. Τα γεγονότα όμως που ακολούθησαν έδειξαν πόσο λάθος ήταν η πρότασή του. Μόνο για το 2020, οι συνθήκες ανάγκασαν την Επιτροπή να προσθέσει επιπλέον 400 εκατομμύρια ευρώ στον μηχανισμό.

Επίσης, η Ιταλία ενεργοποίησε πρώτη τον μηχανισμό, ζητώντας βοήθεια στις αρχές Μαρτίου. Ωστόσο, το υλικό της παραδόθηκε στα τέλη Απριλίου, όταν η πανδημία ήδη υποχωρούσε σταδιακά. Το 2017, μετά από τις φωτιές στην Πορτογαλία, ο Πρόεδρος Juncker, προαναγγέλλοντας ουσιαστικά τη δημιουργία του rescEU, ζητούσε μια Ευρώπη που μπορεί να προστατεύει αποτελεσματικά την ανθρώπινη ζωή, και όχι απλώς να στέλνει συλλυπητήρια στις οικογένειες των θυμάτων. Δυστυχώς, λόγω της εμμονής του Συμβουλίου τότε, η προσπάθεια έμεινε ανολοκλήρωτη.

Με την έκθεση που συζητάμε σήμερα, στόχος είναι να ολοκληρώσουμε αυτό το έργο. Ενισχύουμε ουσιαστικά την πρόληψη, με τη δημιουργία των πανευρωπαϊκών στόχων ανθεκτικότητας για διασυννοητούς κινδύνους, συνδέοντάς τους με τα εθνικά σχέδια αντιμετώπισης. Αυξάνουμε τη χρηματοδότηση στο εκατό τοις εκατό για όλα τα μέσα που περιλαμβάνονται στο rescEU, ακόμη και για τα πυροσβεστικά αεροπλάνα. Δίνουμε στην Ευρωπαϊκή Επιτροπή το δικαίωμα να αγοράζει η ίδια μέσα, όταν αυτό κρίνεται απαραίτητο, ώστε η βοήθεια να φτάνει στην ώρα της, για να μην ξανασυμβεί αυτό που συνέβη στην Ιταλία, δηλαδή η καθυστέρηση δύο μηνών. Και τέλος, τριπλασιάζουμε τον προϋπολογισμό του μηχανισμού για την επόμενη περίοδο, με επιπλέον 2 δισεκατομμύρια ευρώ από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Ανάκαμψης, ξεπερνώντας στο σύνολο τα 3 δισεκατομμύρια ευρώ. Θέλουμε ο μηχανισμός να μπορεί να αντιμετωπίσει άμεσα και αποτελεσματικά όχι μόνο ένα πιθανό δεύτερο κύμα της πανδημίας ή τις δασικές πυρκαγιές, αλλά και οποιονδήποτε άλλο γκρίζο ή μαύρο κύκνο εμφανιστεί, απειλώντας να αλλάξει τη ζωή μας με δραματικό και αναπάντεχο τρόπο.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, on behalf of my friend and colleague Janez Lenarčič, who can't make it tonight, I am really pleased to discuss with you the report prepared by Mr Androulakis on the Commission's proposal to amend the Union Civil Protection Mechanism.

As Europe continues to struggle with the COVID-19 pandemic, we must recognise this as one of the worst health crises the continent has experienced in over 100 years.

The statistics are harsh. Within the European Union alone, almost 4 million confirmed cases and over 210 000 deaths have been recorded to date.

At the beginning of the crisis, unfortunately the response to requests for assistance was often too slow, or failed to materialise. The honourable Member of Parliament, Mr Androulakis, has already referred to this, and once again I have to say that the EU Member States were not in a position to provide assistance through the Union Civil Protection Mechanism from their own resources. 25 out of 52 requests to the Mechanism remained unanswered and 27 were answered only partially.

The current system of civil protection relies on solidarity among Member States. This means that it depends largely on voluntary offers from Member States. This works very well in most types of emergencies. An example is the recent explosion in Lebanon, where more than a dozen Member States offered assistance through the Union Mechanism.

But the limits of the current system were quickly reached during the early stages of the COVID-19 crisis, when virtually all EU Member States were affected at the same time.

The European Council recognised these limitations in its joint statement of 26 March. It gave the Commission a clear task to propose a more ambitious Crisis Management System within the European Union. The voice of the European Parliament to strengthen the Union's mechanism was equally strong, and the Commission has reacted.

The revised proposal adopted in early June aims to strengthen European response capacities by expanding the scope of rescue, drawing lessons from the COVID-19 pandemic. It would make our system more flexible, faster and more comprehensive, and ultimately more effective in the case of large-scale complex emergencies.

The Commission welcomes the report by the Committee on the Environment, which recognises the impact of strengthening the Mechanism's response capability through direct procurement of specific items by the European Commission, so that we can better support the Member States in case of need.

Second, strengthening the European Response Coordination Centre, serving as a hub for the national civil protection centres to help strengthen our coordination, and thirdly putting a strong focus on prevention and preparedness, including through the establishment of Union-wide resilience goals. These are key aspects of our proposal.

We also have the opportunity now to put in place an ambitious budget to support this enhanced EU Civil Protection Mechanism. As you know, the Commission has proposed to allocate EUR 3.1 billion for Civil Protection over the next seven years.

The COVID-19 pandemic has shown that nature rolls the dice. This is our wake-up call. The next large scale emergency will strike again. It is only a matter of time. The way we choose to act now will determine how prepared we will be in the future.

I hope that the report prepared by Mr Androulakis will receive your wide support.

Niclas Herbst, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Haushaltsausschusses*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Sie haben Recht, das ist in der Tat haushaltstechnisch ein ehrgeiziges Ziel, das Sie sich gesetzt haben. Sie haben unsere Unterstützung.

Wir haben im Haushaltsausschuss zwar einige Veränderungen vorgenommen, die allerdings die Natur und das Wesen ihres Vorschlags nicht beeinträchtigen. Das ist ein guter Vorschlag, für den Sie unsere Unterstützung haben. Es ist auch gut, dass wir hier endlich ein Programm haben, das echten europäischen Mehrwert beinhaltet und nicht nur das Verteilen an die Mitgliedstaaten – das ist auch zu begrüßen.

Zwei Punkte sind mir persönlich noch wichtig: Nämlich dass klar ist, dass wir nicht über Doppelstrukturen oder Kompetenzstreitigkeiten reden, sondern dass es wirklich darum geht, strategische Assets zu schaffen, dort wo die Mitgliedstaaten nicht weiterkommen. Das wird auch zur Sichtbarkeit beitragen.

Und das ist mein zweiter Punkt: Denn es darf nie wieder passieren, dass ausländische Mächte in einer Krise sichtbar sind und die Europäische Union nicht. Dazu ist dieser – auch aus haushaltstechnischer Sicht – ehrgeizige Ansatz notwendig. Da haben Sie unsere Unterstützung.

Sunčana Glavak, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, to begin, I would like to express my regret that we are not able to speak Croatian today and that there is No Croatian interpretation available.

From 2001 to 2019, the EU Civil Protection Mechanism was activated more than 330 times in response to emergencies, while since the start of the 2020 pandemic, only for repatriation flights and air bridges, the mechanism has been activated over 400 times. Extreme temperatures, forest fires, floods, storms, earthquakes and even diseases are part of our reality and we always need to be able to respond effectively. Taught by the experience of the coronavirus pandemic, I believe that we need to strengthen the three pillars of the Civil Protection Mechanism: prevention, preparedness and response. After the devastating earthquake that hit Zagreb on 22 March, seven European countries sent emergency aid to Croatia. Thanks, Slovenia, Italy, Hungary Lithuania, Austria, Montenegro and France. Croatia was also among the first countries to receive protective equipment through rescEU during the first wave of the pandemic.

It is encouraging to see the cooperation of the Member States at work at key times when, as individuals and as a community, we face a threat to our security. I welcome the announced significant increase in funding for the Civil Protection Mechanism as this ensures the strengthening of the Union's capacity and action in the field of health and civil protection. It is necessary to strengthen the Civil Protection Mechanism and rescEU and make them more flexible, faster and better coordinated with national civil protection bodies. Thanks all of you that are helping us.

Presidente. – Ci tenevo a precisare che l'assenza di interpretazione per alcune lingue non è dovuta ovviamente ad altra ragione se non un problema tecnico di connessione riscontrato tra la plenaria e l'altra sala che utilizziamo, perché per le misure di distanziamento del COVID-19, purtroppo i nostri interpreti non possono più lavorare nelle cabine e, ovviamente, abbiamo assolutamente a cuore la loro massima sicurezza nello svolgere l'importantissima funzione e i servizi stanno lavorando alacremente per risolvere questo problema nel minor tempo possibile.

Speriamo dunque già magari questa sera di avere la bella notizia che possa essere risolto. Si tratta di un problema meramente tecnico che non dipende dalla nostra volontà.

Milan Brglez, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, due to technical problems with interpretation, I will speak in English. I welcome today's discussion and the report of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) on the changes to the Union Civil Protection Mechanism. It goes without saying that these changes are timely and very necessary. Both the text of the report and the almost unanimous support of the members of the ENVI Committee show that Parliament univocally supports enhanced cooperation between the States as well as the strengthening of the Union Mechanism.

In my first discussion in the European Parliament last September, I spoke about the importance of mechanisms such as the Crisis Management Coordination Centre and the European capacity reserve of the rescEU for crisis response. Such disasters and crises cannot be resolved without cooperation and relying solely on national capacities. Member States, especially smaller ones, cannot afford to maintain high preparedness and large reserves in times of crises. In many Member States, including Slovenia, protection against natural and other disasters is still strongly dependent on volunteers. Solidarity and volunteering are values that I, as a social democrat and human being, strongly support. I honestly thank and extend my gratitude to everyone who selflessly helps fellow people and the communities.

But volunteers cannot, and must not, bear the burden of major global crises. One of the biggest disappointments in this crisis is still the uncoordinated – sometimes also very selfish – behaviour of the Member States. In this chaos, the European Commission, within its competences, has quickly responded in the framework of the crisis and civil protection mechanisms in the EU and worldwide. So, even greater coordination, together with increased jurisdiction in the fields of health, crisis response mechanisms and civil protection, joint acquisition and maintenance of a commitment and vaccine reserves are essential for preserving the lives and health of the people.

Nicolae Ștefănuță, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, in the age of climate change, we must prepare now, in 2020, for the world of 2030, a world that doesn't look simple at all. 'Protection is not a principle, but an expedient'. This is what Benjamin Disraeli said.

Right now, as I speak, all over the world and in Europe we have forest fires, extreme weather and climate events. It is 31 degrees today on 14 September in Brussels, and we saw over 30 degrees all over the Arctic Circle in March. It's very clear that we need an improved European Union Civil Protection Mechanism, and we need it fast.

The coronavirus has shown us the great need for an effective European disaster response. We can no longer afford a situation similar to when Italy came to this House and we had to show our empty pockets. We've seen how disinformation and populism rise on our clumsiness and our hesitations.

European citizens are watching us and want to see that we've learned from this crisis, that we have gone through it and are going forward. Take a look at yesterday's figures. The second wave of the pandemic in Europe is here. It's happening now, right before your eyes. Two hundred thousand deaths – you said it, that is the greatest tragedy that Europe has suffered since the end of the Second World War.

In the face of such crisis, we have the chance to strengthen the Civil Protection Mechanism through this week's vote. Our group's priority in Renew Europe is to ensure that the European Union has a flexible emergency response system, one that is centred on people and livelihoods. The Commission must be able to purchase more quickly and without depending on the will of one Member State or another. The Commission must be able to intervene in the case of fires, to repatriate essential workers, such as my fellow Romanian navigators who are stranded in different ports around the world, or to help in humanitarian situations, such as the one unrolling before our eyes in Moria.

Let's prove that we've learned from our lessons. Let's act today for the Europe that our children want for their future!

Marco Dreosto, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Signor Commissario la drammatica esperienza dell'emergenza sanitaria ci ha fatto capire come strumenti quali la protezione civile europea debbano essere necessariamente potenziati.

Infatti, non è possibile dimenticare come all'apice della crisi in Italia e, nonostante le richieste dell'ambasciatore, nessuno – e sottolineo nessun paese dell'Unione europea – ha risposto positivamente alla richiesta di aiuto. Gli aiuti poi sono effettivamente arrivati, ma solo in particolare da parte dei piccoli paesi, come ad esempio l'Albania o, addirittura dalla lontana Cuba.

Questo, cari colleghi, non può assolutamente più accadere. Ecco perché la proposta del relatore Androulakis, che cerca di potenziare questo strumento, a nostro avviso, deve assolutamente essere condivisa e va nella giusta direzione.

Colgo poi l'occasione di questo intervento per ringraziare il Commissario Lenarčič, che questa sera non è presente, e anche i suoi uffici, evidentemente, per il significativo impegno e la disponibilità che ha sempre dimostrato nel rispondere alle mie domande e alle mie missive.

Nonostante, proprio, la Commissione abbia messo a disposizione la protezione civile europea anche per rafforzare i monitoraggi ai confini dell'Italia sulla rotta balcanica, il ministro dell'Interno del mio paese continua a non chiederne l'utilizzo, condannando di fatto i cittadini della mia regione, il Friuli Venezia Giulia, a subire continue ondate migratorie e poi facendo operare le forze di polizia di confine senza gli adeguati strumenti di protezione.

Ebbene, sembra strano detto da un leghista, ma in questo caso la Commissione europea ha cercato di venire incontro alle necessità dei miei cittadini più del governo italiano che, sulla questione balcanica, purtroppo, è stato totalmente e colpevolmente assente.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, mechanismus civilní ochrany Evropské unie si ve své originální podobě dával za úkol pomáhat členským státům řešit přírodní katastrofy. Došlo k vytvoření kapacity RescEU, celoevropské rezervy letounů a vrtulníků pro hašení požárů, specializovaného lékařského vybavení a dalších zdrojů. Přišla pandemie a jsem moc ráda, že do kapacit RescEU byly zahrnuty rovněž zdravotnické zásoby, například osobní ochranné prostředky nebo laboratorní vybavení.

Mechanismus civilní ochrany Evropské unie se během pandemie stal jedním z mála nástrojů solidarity. Avšak nyní můžeme učinit tento mechanismus daleko účinnější a rychlejší. Zkušenosti s požáry a pandemií ukázaly, že Evropská unie a členské státy nejsou dostatečně připraveny reagovat na mimořádné události velkého rozsahu, což je nepřijatelné. Kde dává spolupráce smysl, měla by být podporována. A kdy je více nutná, než když jde o život? Jsem ráda, že jsme se uměli dohodnout.

Stelios Kypourouopoulos (PPE). – Mr President, first of all I would like to congratulate the rapporteur and all the shadow rapporteurs on their contributions to the report. The overall objective of the EU Civil Protection Mechanism is to strengthen cooperation between the EU Member States and create a strong bond to face all disasters.

The experience during the COVID-19 pandemic has shown that the Union and the Member States are not adequately prepared to respond to large-scale emergencies. We have witnessed two different European faces, the first of unconditional help with medical support and equipment offered between Member States, and the second, that is disappointing for our values and common future as a Union, in which some Member States closed their borders to EU citizens or temporarily detained medical and protective equipment just for themselves.

We cannot talk about solidarity or respect for the European citizens' well-being when we allow some Member States to work unilaterally. We cannot talk about strong mechanisms created and functioning within the framework of our institutions when some of the Member States act for their own personal interest, with no transparency against other Member States, whatever their purpose is.

We are and should remain a strong, united union of countries fighting for the fundamental right for health in the 21st century to all the European citizens. We are elected to make sure that this will be preserved on its absolute ratio.

Aurelia Beigneux (ID). – Monsieur le Président, vous avez décidément le don de transformer l'or en plomb. Jusqu'à présent, le mécanisme européen de protection civile était l'une des rares politiques européennes à faire l'unanimité. Symbole même de solidarité entre peuples européens, ce dispositif était régulièrement vanté jusque dans nos rangs. À plusieurs reprises, il a permis de venir en aide à des États membres touchés par des catastrophes et c'est bien l'une des rares occasions où l'Union européenne agit comme organe de mutualisation et non comme organe de rétorsion.

Alors que chaque pays pouvait actionner le mécanisme pour faire face à des cas de force majeure, vous voulez aujourd'hui en prendre le contrôle, au motif que la crise de la COVID-19 suppose une réorganisation du dispositif. En réalité, vous vous servez de la COVID-19 pour permettre à la Commission de mettre la main sur une petite liberté dont disposaient encore les États membres. Pire encore, la Commission souhaite vendre au rabais le mécanisme aux pays tiers. Lesquels? Le flou est volontairement entretenu, la proposition se projetant largement au-delà des quelques nations de l'espace économique européen.

Oui aux actions de solidarité en faveur des peuples européens et non à votre confiscation!

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Zur Abwechslung spreche ich einmal auf Deutsch. Ich bedanke mich für die überwältigende Unterstützung und die einheitliche Sichtweise.

Aber die letzte Wortmeldung von Frau Beigneux veranlasst mich dann, ein paar Sachen klarzustellen. Das, was wir jetzt diskutieren, ist eine notwendige Weiterentwicklung des bisherigen Mechanismus, der, wie es von manchen völlig richtig gesagt wurde, ursprünglich konzipiert war, um bei Naturkatastrophen zu reagieren, und Naturkatastrophen treten – Gott sei Dank – jedenfalls bis dato nicht gleichzeitig in ganz Europa auf, sodass also dieser Subsidiaritätsmechanismus funktioniert hat.

Ich habe das immer wieder auch in meinen unterschiedlichen Zuständigkeiten als Kommissar in den letzten zehn Jahren sehen können. Jetzt sind wir konfrontiert mit einer Katastrophe, die quasi alle Mitgliedstaaten umfasst, und daher sind ihre Möglichkeiten, anderen zu helfen, begrenzt.

Wir haben es in bescheidenem Umfang gesehen, wie sich in manchen Ländern die Situation einfach gebessert hat, dass man zum Beispiel Patienten, die einer Intensivbehandlung bedurften, in andere Länder transferiert hatte, wo verschiedene Betten noch frei waren. Aber das war alles sehr limitiert, und wir hatten auch bekanntermaßen Probleme, in bestimmter Anzahl Geräte bereitzustellen.

All das soll durch diesen neuen Mechanismus entsprechend angesprochen und beseitigt werden. Es kann gar nicht davon die Rede sein, dass irgendwelche Kompetenzen hier den Mitgliedstaaten entzogen werden sollen. Ganz im Gegenteil, es geht nur darum, dass wir uns aufgrund der Lehren, die wir aus der aktuellen Situation ziehen, besser auf künftige Krisen vorbereiten können, und einzig dem dient das.

Ich möchte mich aber auch anschließen bei dem Dank, der meinem Kollegen Lenarčič ausgesprochen wurde für seine sehr intensive und engagierte Arbeit in all den vergangenen Monaten.

Νίκος Ανδρουλάκης, Εισηγητής. – Κύριε Πρόεδρε, θα ευχαριστήσω κατ' αρχάς τον Πρόεδρο Juncker και τον Επίτροπο Χρήστο Στυλιανίδη που έκαναν ό,τι περνούσε από το χέρι τους για να δημιουργηθεί το rescEU. Και, βέβαια, τον Επίτροπο Lenarčič που συνεχίζει τις προσπάθειες, όπως επίσης τους συναδέλφους μου, τους σκιώδεις εισηγητές, με τους οποίους είχαμε μια άψογη συνεργασία. Γνώμονας των προτάσεων που καταθέτουμε είναι όλοι οι Ευρωπαίοι πολίτες να αισθάνονται το ίδιο ασφαλείς σε όποιο κράτος μέλος και αν κατοικούν. Η Επιτροπή Περιβάλλοντος ενέκρινε με μεγάλη πλειοψηφία το κείμενο, και πιστεύω ότι θα έχουμε ανάλογα αποτελέσματα και στην Ολομέλεια. Δράσαμε γρήγορα και πιστεύω ότι, παρά τις δύσκολες εργασιακές συνθήκες λόγω της COVID-19, μπορούμε τους επόμενους τρεις μήνες από την παρουσίαση της Επιτροπής να είμαστε έτοιμοι να ξεκινήσουμε τις διαπραγματεύσεις, και έτσι να υπάρχει στο Συμβούλιο το σύνολο της νομοθεσίας.

Δυστυχώς όμως υπάρχουν και κάποιοι που δεν συμπεριζονται την αίσθηση του επείγοντος. Η γερμανική Προεδρία θεωρεί ότι υπάρχει χρόνος. Βλέπουν τις αναγκαίες αλλαγές που προτείνουμε με σκεπτικισμό. Δείχνουν να μην κατανοούν τις νέες προκλήσεις, ίσως γιατί έχουν τη δυνατότητα να απαντήσουν μόνοι τους σε αυτές. Ας αφήσουμε στην άκρη την εσωστρέφεια και ας δούμε τη μεγάλη εικόνα. Το Συμβούλιο και τα κράτη μέλη οφείλουν να σταθούν στο ύψος των περιστάσεων και να έρθουν στο τραπέζι των διαπραγματεύσεων με μια ολοκληρωμένη πρόταση και όχι με σαλαμοποίηση της νομοθεσίας μεταθέτοντας τις απαραίτητες θεσμικές αλλαγές στο απώτερο μέλλον.

Η ακαμψία είναι κακός σύμβουλος. Χρειαζόμαστε ευελιξία και, με πυξίδα την αλληλεγγύη, να βρούμε έναν συμβιβασμό προς όφελος όλων των λαών. Το όραμα της αυτοδύναμης Ευρώπης είναι οι υπερεθνικοί μηχανισμοί που μπορούν να εγγυηθούν την αλληλεγγύη πέρα από τις δυνάμεις του κάθε κράτους, είτε μιλάμε για το κοινωνικό κράτος είτε για την οικονομία είτε για την ασφάλεια. Οι 140.000 συνάνθρωποί μας που έφυγαν από τον κορονοϊό δεν είναι απλώς ένας αριθμός — είναι οι συγγενείς μας, είναι οι φίλοι μας, είναι οι γείτονές μας· για μένα είναι ο καλός μου φίλος Μανώλης. Ο καλύτερος, λοιπόν, τρόπος για να τιμήσουμε τη μνήμη τους είναι να διασφαλίσουμε ότι την επόμενη φορά η Ευρωπαϊκή Ένωση θα είναι πιο προετοιμασμένη για να υπερασπιστεί την ανθρώπινη ζωή.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 15 settembre 2020 mentre la votazione finale mercoledì 16 settembre 2020.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Edina Tóth (PPE), írásban. – A hónapok óta tomboló koronavírus-járvány nagy kihívás elé állítja az egész világot, számos, eddig kevésbé érzékelhető probléma került a felszínre. A Polgári Védelmi Mechanizmus a létrehozása óta már számos alkalommal nyújtott segítséget katasztrófa által sújtott országoknak nemcsak Európában, hanem az egész világon.

Az elmúlt időszak rámutatott, hogy egy, a mostanihoz hasonló esetben az EU-nak az összehangolt segítségen túl eszközöket kellene beszereznie és közvetlenül kellene segítenie a tagállamokat, ugyanis a koronavírus-járvány kitörését követően a tagállamok magukra maradtak, a saját helyzetükön próbálták javítani azzal, hogy maszkokat, teszteket, lélegeztetőgépeket, gyógyszereket és egyéb, a vilájárvány leküzdésében elengedhetetlen eszközöket vásároltak.

Sajnos be kellett látnunk, a jelenlegi válságkezelő rendszernek megvannak a korlátai, az EU-nak a koronavírushoz hasonló, nagy vészhelyzetek esetén gyorsabban és hatékonyabban kell reagálnia. Éppen ezért tartom rendkívül fontosnak az uniós polgári védelmi mechanizmusról szóló módosító javaslatot, amely a RescEU számára még nagyobb forrást jelentene, ezzel biztosítva a megfelelő felkészültséget.

23. Globales Datenerhebungssystem für den Kraftstoffverbrauch von Schiffen (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca in discussione la relazione dell'on. Jutta Paulus, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento (UE) 2015/757 per tenere debitamente conto del sistema globale di rilevazione dei dati sul consumo di combustibile delle navi (COM(2019)0038 - C8-0043/2019 - 2019/0017(COD)) (A9-0144/2020).

Jutta Paulus, Berichtstersterin. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen heute mit großer Freude meinen Bericht zu den Emissionen der Seeschifffahrt vorstellen. Die Seeschifffahrt ist bislang der einzige Sektor, in dem das Verursacherprinzip nicht gilt. Es gibt weder eine Bepreisung der Treibhausgase noch Emissionsreduktionsziele. Die Schifffahrt ist weder im Kyoto-Protokoll noch im Pariser Klimaabkommen überhaupt explizit erwähnt, obwohl damit gerechnet wird, dass die Emissionen des Sektors verglichen mit 2018 bis 2050 um fünfzig Prozent zunehmen. Und bereits heute stößt die Seeschifffahrt zu und von Häfen der Europäischen Union jährlich 138 Megatonnen CO₂ aus. Das sind 3,7 % der klimawirksamen Emissionen in der EU. Das ist so viel, wie in ganz Belgien ausgestoßen wird.

Wir wissen das so genau, weil die EU 2015 die MRV-Verordnung angenommen hat; seit 2018 müssen alle Schiffe über 5000 Bruttoregistertonnen – egal wem sie gehören, unter welcher Flagge sie fahren, für wen sie fahren – bei der Nutzung von EU-Häfen ihre CO₂-Emissionen melden. Diese Meldungen werden verifiziert, berichtet, die Öffentlichkeit hat transparent Zugriff darauf. Nachdem die EU diese Verordnung angenommen hatte, hat sich dann auch endlich die internationale Schifffahrtsorganisation, die IMO, bewegt und ein eigenes System aufgesetzt.

Die Kommission hat im letzten Jahr einen Vorschlag vorgelegt, um die Berichtssysteme einander anzugleichen, aber leider hat sie dabei die Gelegenheit versäumt, vom Zählen zum Reduzieren der Emissionen überzugehen. Und wir können noch so viel Statistik treiben, damit sparen wir kein einziges Gramm CO₂ ein.

Dieses Haus hat im November letzten Jahres den Klimanotstand ausgerufen. Wir müssen unserer Verantwortung für den Planeten und für die folgenden Generationen gerecht werden.

Deswegen schlagen wir zwei wesentliche Ergänzungen zum Kommissionsvorschlag vor: Erstens: Die Seeschifffahrt wird zum Januar 2022 in den Emissionshandel ETS aufgenommen. Damit wird zum ersten Mal ein Anreiz geschaffen, den CO₂-Ausstoß von Schiffen zu verringern. Es gibt dafür bereits eine umfassende Folgeabschätzung, und die zeigt, dass dadurch die Emissionen des Sektors um mehr als zwanzig Prozent sinken würden.

Frau Präsidentin von der Leyen und Herr Vize-Präsident Timmermans haben im Rahmen des Green Deal mehrfach zugesagt, die Schifffahrt in den ETS aufzunehmen. Wir legen jetzt hier einen Vorschlag vor, mit dem nicht nur Eigenmittel für den EU-Haushalt generiert werden – das dürfte Herrn Hahn besonders freuen –, sondern auch ein Fonds für die Forschung und Entwicklung klimafreundlicher Schiffe und zur Finanzierung von Meeresschutzgebieten geschaffen wird.

Zweitens wollen wir, dass bis 2030 Schiffe, verglichen mit den Jahren 2018/2019 — für die wir ja sehr valide Daten haben — um durchschnittlich vierzig Prozent effizienter werden. So kann dieser Sektor seinen Beitrag leisten, um zu einer Erhöhung der Klimaziele bis 2030, die wir ja gerade verhandeln im Klimagesetz, beizutragen. Wenn das Transportvolumen gleichbleibt, würden allein durch diese Maßnahme schon zehn Prozent der Lücke, die wir haben, wenn wir die Klimaziele bis 2030 erhöhen, erreicht werden.

Wir wollen außerdem noch ein paar Dinge wie zum Beispiel die Ausweitung der Erfassung der Treibhausgasemissionen auf das extrem klimaschädliche Methan, was ja mehr und mehr zum Einsatz kommt in den LNG-Schiffen und wo es bereits Studien gibt, die zeigen, dass der Ausstoß von Methan massiv angestiegen ist durch die Seeschifffahrt. Wir fordern die Kommission auf, Maßnahmen zu treffen, damit wir null Emissionen in den Häfen haben. Da geht es um den Schutz der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger, denen nicht länger zugemutet werden kann, dass sie mit Schadstoffen belastet werden.

Geschätzte Abgeordnete, täglich kommen neue Meldungen über die Auswirkungen des Klimawandels: Ostafrika versinkt in Regenfällen, die Westküste der USA brennt, die Alpengletscher schwinden. Ich finde, wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und in allen Bereichen die Emissionen so schnell wie möglich reduzieren.

Ich möchte mich an der Stelle nochmal ganz herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit bei diesem Bericht bedanken.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, addressing shipping emissions remains a priority for the Commission. The EU system to monitor, report and verify these emissions is an important step to integrating emissions into EU climate policy; but it is just a first step, because we aim to come up with plans to reduce overall emissions in the maritime sector. The key goal of our reporting system is to collect robust and verified CO₂ emissions data, to make those data publicly available, to stimulate the uptake of energy-efficient technologies and behaviours, and to inform our policymaking.

Since the entry into force of the data collection system of the International Maritime Organization (IMO) in 2019, all large ships calling at ports in the European Economic Area have to report their full consumption and other information under two systems: the European and the international one. In accordance with the Monitoring, Reporting and Verification (MRV) Regulation, the European Commission has now proposed to align, where appropriate, the EU MRV system with the IMO data collection system. The aim is to preserve the objectives of the current MRV Regulation by keeping its governance and ambition, while including technical adjustments to align the two regimes, simplifying compliance. The Commission proposal does not affect the main thrust of the European system, which is to maintain the robustness and transparency of our rules.

The report of the Environment Committee before you has received the Commission's full attention. As you know, some proposed amendments go significantly beyond the Commission's proposal to align the European global data collection systems, namely the amendment to extend the European Emissions Trading System (ETS) to maritime transport and the amendment for large shipping companies to reduce their annual average CO₂ emissions by at least 40% by 2030. While the European Commission fully agrees with the European Parliament that the shipping sector needs to duly contribute to the implementation of the Paris Agreement and must achieve the Union-wide climate neutrality objective, we don't consider the review of the EU reporting rules to be the appropriate vehicle to include shipping in the ETS or to introduce operational component density requirements. There is also no impact assessment for these two elements. There is a difference of opinion on the instrument, but our political goals are shared. As you know, the Commission has already announced, as part of the European Green Deal, its intention to extend the ETS to maritime emissions, and the impact assessment is being prepared. Work on this is in full swing and the Commission will come forward with the relevant legislative proposals to reduce the climate impact of shipping activities.

Let me stress, the Commission will duly take into account the elements proposed by this Parliament when developing its initiatives under the European Green Deal. For these reasons — and as we are still awaiting the Council's position on these elements — the Commission has to reserve its position on the amendments concerning the extension of the Emissions Trading System and the carbon density requirements for ships. Of course, the same applies to other amendments that were not in the original Commission proposal.

The Commission looks forward to continuing discussions on other important aspects of its proposal. These include possible improvements to the scope of the regulation in terms of ship size, rules when there is a change of company, the reporting of cargo carried, and the review clause within the remit of the reporting system.

Let me assure you that the Commission remains committed to reducing emissions in the maritime sector. Let me also assure you that the upcoming 2030 Climate Target Plan will show not only this commitment but also the ambition to get it done. We will work hand in hand with this Parliament on our pathway to climate neutrality in shipping and beyond.

Pernille Weiss, for PPE-Gruppen. – Alle skal deltage i arbejdet med at gøre EU CO₂-neutralt senest i 2050, også shipping, ingen tvivl om den sag! Og det, der nu lægges op til, kan faktisk give en reduktion på i hvert fald 40 % i 2030.

Måske kunne vi ovenikøbet være nået højere, men der hvor vi er nu, er vi allerede der, hvor vi har taget nogle lange stærke sømil i respekt for, at shipping er en international industri, hvor EU ikke bestemmer det hele, men har en vigtig rolle i at trække hele klodens shipping ind i den rette kurs for vores allesammens klima.

EU har således en vigtig first mover-rolle for klodens grønne omstilling. Men first moverne, ja det er også de virksomheder i EU's shippingbranche, som i flere år har gjort en stor indsats for at dekarbonisere deres aktiviteter. Det har de gjort med effektiv brug af MRV-forordningens CO₂-rapporteringssystem, som nu skal revideres, så det bliver et endnu bedre værktøj.

Derfor er EPP – og jeg især – glad for, at vi i Europa-Parlamentet i denne uge forhåbentlig kommer frem til et godt forhandlingsmandat til den kommende trilogforhandling mellem os og Rådet, et mandat, som kombinerer høje ambitioner med respekt for dem, der trækker det tungeste læs. First movere i alle EU's brancher, som også står midt i den grønne omstilling, de kigger jo med fra sidelinjen og skal naturligvis se, at Europa-Parlamentet både anerkender og fortsat understøtter, at det altid kan betale sig at gøre sit bedste.

Hvad vi derimod ikke er tilfredse med – og derfor ikke støtter i EPP – det er at bruge den konkrete sag, en revidering af MRV-forordningen, til at smide hele EU's shipping ind i CO₂-kvotesystemet, ETS, uden en ordentlig konsekvensanalyse og uden et selvstændigt og grundigt udarbejdet lovforslag. Det er simpelthen sjusket hastværk, som hverken er god lovgivningsskik end sige tjener det formål, at EU reelt har muligheden for at vise sig som klodens CO₂-reducerende fyrtårn. Med disse bemærkninger ser jeg frem til afstemningen på onsdag og takker for et indtil nu både udfordrende – og til sidst heldigvis også konstruktivt – samarbejde. Tak!

Jytte Guteland, on behalf of the S&D Group. – Mr President, Europe is going through this huge transition from our history as a coal and steel union to the climate neutrality union. Everyone needs to contribute in that transition and today the shipping sector is not part of it. They sail away and do their own thing. It's not acceptable. We need to make sure that everyone is part of this transition if we are to deliver what it is our right to do, as politicians. We know that the shipping sector also has a very negative impact on the climate and it risks to have even more so in the future. It's extremely worrying that it, in fact, has proceeded to raise its contribution to emissions between 50 or 250% to 2050, when we are supposed to be climate neutral.

We in the Group of the Progressive Alliance of Socialists and Democrats (S&D) refuse to stand passive and therefore we are very happy that in this monitoring, reporting and verification (MRV) system is a good piece of legislation for reporting emissions, but now we finally have an Emissions Trading System (ETS) proposed on the table and we believe this will be very important to take this sector under its, rightly, demand to contribute. We also demand that every ship will reduce its emissions by at least 40% by the year 2030.

It should not be free to destroy the future – not the climate, not the environment – and we know that the environment is also hit by this sector today; biodiversity, air quality, we need to do something about that. Therefore, we would like to have a fund for the sea to help the sector improve on all this and we would also like a big part of this fund to go towards helping the sector to transition.

So this is a really clever proposal that we worked on together. I would like to say to the rapporteur and to all the shadow rapporteurs that I have been very honoured to work with you. I really think we have something good on the table.

Catherine Chabaud, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, derrière ce sujet technique de la collecte des données relatives aux émissions de CO₂ du transport maritime se cache en réalité un dossier majeur du pacte vert pour l'Europe, mais aussi du plan de relance européen. Majeur en particulier sur deux sujets.

Le premier concerne la décarbonation du secteur. Depuis plusieurs années, l'Organisation maritime internationale s'est engagée dans la transition écologique et énergétique du transport maritime, mais à un rythme insuffisant au regard des enjeux et notamment de l'augmentation attendue, comme il a été dit, des émissions de 50 à 250 % d'ici 2050.

Il est d'autant plus important d'envoyer un signal fort à la Commission et, au-delà, à l'Organisation maritime internationale. En effet, dans ce premier marché mondial que représente l'Europe, 90 % des marchandises transitent par la mer. Je peux en témoigner: quand on navigue, notamment dans la Manche, le cortège des cargos est impressionnant!

Je me félicite que le texte donne des objectifs chiffrés de réduction des émissions (40 % d'ici 2030) et j'invite la Commission à fixer une année de référence qui tienne compte des données collectées, autrement dit 2018. Je l'invite aussi à ne pas oublier le secteur maritime dans le plan de relance. Des projets paneuropéens émergent et donneront un avantage concurrentiel sur la construction des navires verts.

Le deuxième sujet majeur est l'inclusion du transport maritime dans le marché du carbone. Majeur, car le fruit de ce marché élargi viendra alimenter les ressources propres, indispensables au plan de relance européen. Majeur aussi car le Fonds Océan que nous proposons de créer permettra non seulement d'accompagner la décarbonation du secteur, mais aussi de financer la restauration des écosystèmes marins et côtiers, qui contribuent de manière massive à l'absorption du carbone.

Enfin, ce texte s'inscrit pour moi dans une vision stratégique globale selon laquelle l'Europe doit se construire avec la mer, notre bien commun et notre avenir.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

Mick Wallace, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) showed real ambition in voting for a radical expansion of the scope of the Commission's proposal. We are proposing to include shipping in the EU Emissions Trading System (ETS), without further delay with this regulation. Market-based solutions for the climate crisis, such as ETS, have generally failed. However, in this instance we are proposing to frame shipping's inclusion in the ETS with a binding regulatory target of 40% emission reductions per transport work by 2030.

The rapporteur's report is mainly concerned with emissions efficiency. Shipping emissions are directly related to global trade and consumption. Therefore, in order to reduce absolute greenhouse gas emissions from maritime transport, in addition to emissions per transport work, the EU must promote and pursue a global de-growth strategy rather than the new growth strategy proposed in the European Green Deal.

In Amendment 71, I also propose to delete the exemption for warships. Militaries are massive polluters. The US military, for example, doesn't just destroy the lives of more people and communities than anyone else, as Julian Assange has highlighted, they're also one of the biggest polluters on the planet, and I see no good reason to exempt any warships.

Eleonora Evi (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le previsioni sul trasporto marittimo sono veramente spaventose: le emissioni globali del settore potrebbero aumentare addirittura del 250 % se non interveniamo e, cosa ancora più assurda, fino ad oggi questo settore era escluso dagli impegni europei per la riduzione dei gas a effetto serra.

È per questo che io vorrei congratularmi con la collega Paulus per l'eccellente lavoro svolto su questo regolamento che va oltre l'adattamento della legislazione europea agli obblighi previsti dall'IMO sul sistema di raccolta dei dati di consumo di carburante, ma fa sentire la voce di questo Parlamento in maniera forte e chiede di stabilire un obiettivo vincolante di riduzione del 40% delle emissioni annue di CO₂ delle navi entro il 2030.

Però non si ferma qui, perché il trasporto marittimo non fa solo male al clima ma inquina anche l'aria che respiriamo, con le sue pericolose emissioni di ossidi di zolfo, di ossidi di azoto e di particolato, mettendo a rischio la salute pubblica.

Ecco perché sono soddisfatta che contenga un ennesimo richiamo alla Commissione europea a lavorare all'estensione delle zone di controllo delle emissioni di zolfo e di ossidi di azoto in tutti i mari europei, compreso il Mediterraneo.

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am vergangenen Dienstag hatte ich die Freude, an einer Ministerkonferenz der Verkehrsminister zum Thema *Green Shipping* teilzunehmen.

Ich war in der Tat ein bisschen erschrocken. Von den meisten Ministern wurde nur erklärt, was alles nicht geht und warum der Schiffsverkehr nicht so einfach seine Emissionen reduzieren kann. Wenn wir aber ambitionierte Klimaziele erreichen wollen – und das wollen wir, auch um gefährliche Kipppunkte im Klimasystem zu vermeiden –, dann müssen alle einen Beitrag leisten. Deswegen bin ich froh, dass hier im Haus breite Übereinstimmung darin besteht, dass wir den Schiffsverkehr anpacken und dass wir ihn auch ins Emissionshandelssystem einbeziehen wollen.

Ich bedanke mich vor allen Dingen bei Pernille Weiss als Schattenberichterstatterin für die EVP-Fraktion, aber auch bei allen anderen. Wir als EVP machen aber deutlich: Wir wollen eine ordentliche Gesetzgebung. Wir werden am Mittwoch sehen, dass ein *Impact Assessment* nicht immer unbedingt schlecht fürs Klima ist, und deswegen wollen wir auch hier ein *Impact Assessment*. Die Kommission soll sorgfältige Analysen vorlegen und dann einen Vorschlag, der auch das Verursacherprinzip berücksichtigt und Vorleistungen anerkennt. Dann sind wir, glaube ich, gemeinsam auf dem richtigen Weg.

Die EVP wird dem Bericht aber in jedem Fall zustimmen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag 63. Aber wir wollen, dass ein klares Zeichen von diesem Parlament ausgeht: Der Schiffsverkehr muss seine Verantwortung endlich tragen.

Javi López (S&D). – Señora presidenta, hoy debatimos sobre el sistema de recopilación de datos de las emisiones de efecto invernadero que produce el transporte marítimo y sobre su adaptación —que debemos hacer— a la nueva regulación internacional de la OMI. Pero, sobre todo, el debate de hoy nos sirve para poner luz sobre un sector, el sector del transporte marítimo, que es de los muy pocos que no tiene un calendario y una legislación exigente para su descarbonización; cuando, además, representa el 2,3 % del conjunto de las emisiones globales.

Por todo ello, hoy reclamamos, entre otras cosas, que de forma urgente podamos introducir este sector dentro del régimen de comercio de derechos de emisión de la UE ya establecido y pongamos también límites claros de acceso a nuestros puertos a los buques más contaminantes. ¿Por qué? Porque, si no lo hacemos, podemos comprometer el conjunto de los objetivos climáticos y los Acuerdos de París y, al mismo tiempo, socavar los esfuerzos que ya están haciendo otros muchos sectores en Europa.

Pierre Karleskind (Renew). – Madame la présidente, chers collègues, 350, c'est le nombre de navires, de cargos qui passent presque sous mes fenêtres en Bretagne et qui vont rejoindre le cortège qui traverse la Manche, comme le disait ma collègue Catherine Chabaud.

Quand je les vois ou les devine un peu au loin, je me demande ce qu'ils émettent. Avec ce règlement et en suivant les prescriptions de l'Organisation maritime internationale, nous allons pouvoir le savoir. Au-delà du fait de savoir, de surveiller et de suivre, nous allons pouvoir agir véritablement sur la réduction des gaz à effet de serre de ce secteur, qui se montre volontaire, avec cet objectif ambitieux de réduction de 40 % en 2030, comme proposé par notre collègue rapporteur. Au-delà de cela – et je crois que c'est le sens de certains éléments de ce rapport – nous voulons faire en sorte que cela n'atteigne pas la compétitivité de notre flotte. Que demain, parmi ces 350 navires, on trouve toujours une part non négligeable de navires européens. Voilà pourquoi il s'agit d'une bonne proposition.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you for this very rich debate. It's inspiring to see that this Parliament remains committed to tackling emissions in the maritime sector. Together with you, the Commission wants to ensure that the maritime sector duly contributes to our climate objectives. The Commission has doubts that the European reporting rules for shipping emissions are the right place for some of your proposals, but the Commission does stress again that it will work vigorously on extending the EU ETS to cover maritime, as well as on other initiatives to reduce maritime emissions. We will duly assess the impact of such initiatives. Importantly, we will continue to take due account of the proposals in this Parliament for the European reporting rules for maritime emissions and the reform of European emission trading. The upcoming climate target plan for 2030 will show this ambition, and the Commission looks forward to continuing to work with you.

Jutta Paulus, *Berichterstatterin*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, Herr Kommissar! Vielen Dank für die sehr ausführliche und sehr lebhafteste Debatte.

Ich möchte nur noch einmal kurz auf ein paar Dinge eingehen, weil es vielleicht nicht überall angekommen ist. So wie bisher auch schon die MRV *regulation* für alle Schiffe gilt, die in EU-Häfen einlaufen, egal unter welcher Flagge sie fahren, egal wem sie gehören, egal für wen sie fahren, sind natürlich auch unsere Vorschläge, diese Regulierung jetzt zu erweitern, auf den gesamten *scope*, auf den gesamten Umfang des MRV gemünzt. Sprich: Es gibt keine Benachteiligungen von EU-Schiffsgesellschaften oder -Reedereien oder -Charterern, sondern es trifft alle gleichermaßen. Wer nicht in die EU einlaufen will, weil er hier keine Waren mehr verkaufen möchte, dem steht natürlich frei, das zu tun. Aber ich glaube, das wird in näherer Zukunft nicht so schnell passieren.

Ich würde gern noch eine Sache klarstellen, weil das immer wieder verwechselt wird. Bei dem Effizienzziel reden wir darüber, dass bis 2030 die Emissionen der Flotte um 40 % unter dem Durchschnitt der Flotte liegen müssen – dem Durchschnitt der Flotte heute. Das heißt, die *first movers*, die schon was getan haben, deren Schiffe schon viel effizienter sind, die haben auch nur noch einen sehr viel kleineren Weg zu gehen. Das heißt, ihre Anstrengungen werden automatisch belohnt, weil sie natürlich ihr Investment schon hinter sich haben, während alle anderen es noch vor sich haben. Damit haben sie bereits heute einen Wettbewerbsvorteil, weil sie natürlich auch viel weniger Sprit verbrauchen.

Was die Technologieoffenheit betrifft, auch das will ich noch kurz sagen: Wer kein Investment tätigen will, der kann einfach langsamer fahren. Wenn man die Geschwindigkeit um 20 % senkt, kann man 40 % Sprit sparen. Das heißt, man kann dieses Effizienzziel auch einfach durch langsames Fahren erreichen.

Letzter Punkt: Ich war jetzt auf sehr vielen *panels*. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, ob Methanol, ob Ammoniak, die warten eigentlich nur darauf, dass sie ein Signal bekommen, dass der maritime Sektor in die Pflicht genommen wird, weil sich dann solche Investments auch lohnen.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie nad poprawkami odbędzie się we wtorek 15 września 2020 r., a głosowanie końcowe – w środę 16 września 2020 r.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Magdalena Adamowicz (PPE), *na piśmie*. – Włączenie transportu morskiego do unijnego systemu handlu uprawnieniami do emisji gazów cieplarnianych (EU ETS), redukcja emisji CO₂ ze statków o 40% do 2030 roku czy w końcu maksymalne ograniczenie emisji gazów cieplarnianych podczas postoju statków w porcie – to niezwykle ambitne zadania, przed którymi stoi dzisiaj europejska żegluga morska.

To jednocześnie konieczny wkład sektora morskiego w redukcję emisji gazów cieplarnianych pochodzących z europejskiej gospodarki, której celem jest osiągnięcie przez Europę pełnej neutralności klimatycznej do 2050 roku. Należy jednak pamiętać, iż, aby te rozwiązania mogły zostać wprowadzone w życie, potrzebna jest kompleksowa ocena wpływu proponowanych regulacji na takie kwestie jak konkurencyjność europejskiego transportu morskiego czy też zatrudnienie w branży morskiej.

Równie ważna jest dostępność zaawansowanych technologii umożliwiających skuteczną redukcję emisji. Obecnie wiele mówi się choćby o paliwach alternatywnych dla statków, m.in. o wykorzystaniu wodoru do napędzania jednostek, ale nie są to jeszcze rozwiązania powszechnie stosowane. Bez odpowiedniego wsparcia inwestycji w innowacyjne technologie i infrastrukturę stopniowa dekarbonizacja transportu morskiego nie będzie możliwa.

Benoît Lutgen (PPE), *par écrit*. – Chers collègues, je vous invite à soutenir ce texte jusqu'au bout car il est essentiel que tous les secteurs de l'économie – y compris le secteur maritime – contribuent et participent aujourd'hui à l'effort commun visant à achever la transition pour parvenir à l'objectif de neutralité climatique au sein de l'Union européenne en 2050.

En effet, je vous rappelle qu'actuellement, le transport maritime est le seul secteur qui n'est pas expressément visé par un objectif de réduction des émissions de CO₂ ou de mesures d'atténuation spécifiques. Or, si rien ne change, il faut s'attendre à ce qu'en 2050 les émissions mondiales du secteur maritime augmentent de 50% à 250 %.

Je vous invite donc à voter: pour l'inclusion du secteur maritime dans le système d'échange de quotas d'émission de CO₂ (SEQE); pour l'introduction, au niveau de l'UE, de normes de rendements énergétiques pour les navires; pour une réglementation de l'accès des navires les plus polluants aux ports de l'UE et la possibilité de contraindre les navires amarrés à utiliser l'alimentation électrique à quai. Je précise aussi qu'un Fonds pour les océans devrait être créé à partir des recettes créées. Je vous remercie

24. Waffenexporte: Umsetzung des gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Hannah Neumann w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie wywozu broni: wdrażanie wspólnego stanowiska 2008/944/WPZiB (2020/2003(INI)) (A9-0137/2020).

Hannah Neumann, *rapporteur*. – Madam President, arms are not like any other export goods, because far too often they are used to suppress opposition or to kill civilians. And that is why it's so important that once a year we discuss EU arms exports in this Parliament, and that's also why it's so important that we use this report to improve our way to control where arms end up in this world. And that's why I decided to use my report to focus on two things: on transparency and on convergence. In our report we all together reached quite a lot. For example, we are calling on the European External Action Service to actually translate these 500 pages of numbers and columns into an online-searchable database so that public oversight is actually possible.

We also ask the European External Action Service to build up a joint EU-level end-user control, rather than forcing 27 - Member States to do like a semi-functional system, and we have a number of other suggestions on which we reached broad consensus in our negotiations. And I think we can be very proud, because they help us to better scrutinise and regulate EU arms exports. But as proud as we all can be, this doesn't solve the main problem, and the main problem is that we have one common position on arms export of the EU, but we have 27 national interpretations, 27 export systems, and an increasing divergence in actual exports of Member States. And the more we work together in arms production, the more this will be a problem – the more this will be a problem for democratic control and oversight, because if Member States produce arms together, who actually decides over the exports? Is it the Member State that puts in the most parts? Is it the Member State that puts in the last screw? Can one block all? Do you need to vouch your rights for democratic control before you can join? This is not very clear. And the conflict between France and Germany last year over arms exports to Saudi Arabia clearly showed how easily this can create tensions.

But this divergence is also a problem for a common EU foreign and security policy. We were also happy about the good results of the Berlin Conference earlier this year. We even set up an EU mission in the Mediterranean to enforce the arms embargo against Libya, and this very same mission reported a violation of the arms embargo by Turkey and the UAE, yet EU Member States still supply Turkey, the UAE and all the other countries breaking this arms embargo with weapons, and some of these weapons end up with Sarraj, others end up with Haftar, all fuelling the violence. And Mr Borrell, I really wouldn't want to be in your shoes trying to build a consistent EU foreign policy on that mess.

And then, my dear colleagues from EPP, there's the arms industry: the arms industry that already today complains that all these national regulations make cooperation super difficult, that arms export decisions are not reliable and that they cannot do business that way. And to be frank, I totally get their point. And dear colleagues, all these examples clearly show that if we want to do joint arms production, we need to do joint arms export control as one EU. What I really don't understand is why the Commission, the Member States and parts of this Parliament are pushing so much for an internal defence market for joint arms production – even putting money into it – and at the same time, the very same people refuse to even discuss an EU-level involvement in democratic oversight and export control and thereby undermine what they want to reach: a European defence union and strategic autonomy of the European Union.

I want to thank all my shadows for the very fierce and fair debates we had in the negotiations. We've reached a lot, but on this point we didn't reach consensus, and that's why I decided to bring it to the parliamentary debate today. I'm very much looking forward to the discussion.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I would like to start by thanking Ms Neumann and Members who have contributed to this important resolution on European arms exports. I think it includes many useful suggestions that will help me to deal with a difficult subject like this in a more convergent, transparent and responsible way.

You are right that decisions on arms exports receive great attention and are politically sensitive because indeed trade in arms may potentially carry the risk of serious breaches for human rights, humanitarian law and regional stability, and most of the time the three things together. A strict implementation by Member States of the agreed common positions on arms exports is therefore essential to uphold the European Union's values and its strategic objective. As you state in your report, this is also crucial for our credibility as a geopolitical player. A high level of convergence with regard to its full application will indeed more effectively ensure respect for human rights and international law by all parties involved.

I think we can say that we, the European Union, are moving fast in the field of defence. The European Defence Fund and the European Peace Facility will serve to strengthen internal collaboration on defence matters to make the European Union a more capable security provider at the global level. Our defence industries will become ever more closely intertwined. They will strengthen our strategic autonomy and the protection of our citizens, fostering innovation and saving cost. All that is right, but, at the same time, in this context, further convergence of arms export policies becomes still more important.

As mentioned in your motion for a resolution, maintaining a vibrant and innovative defence industry in the European Union is a key component of our strategic autonomy and our European defence. It serves to ensure our capabilities and reduce dependency, while the defence industry is also a major source of technological innovation. I will give you some examples. In 2018, it generated more than EUR 100 billion in revenue and supported more than 400 000 jobs in Europe – 400 000 jobs!

To ensure a thriving defence industry, exports are essential, but of course the defence industry is different from other industrial sectors and deserves special consideration, taking into account its obvious links to national and international security, human rights and humanitarian values. That's why the European Union Member States have also exported control rules in place for military equipment since 2008. Under the common position on arms export, Member States assess arms export license applications against a number of criteria established to ensure our strategic interests and also our values. A review of this text was finalised last year. The Council agreed that the common position will serve this purpose but introduce some changes to bring the text into line with the adopted Arms Trade Treaty and other recent developments.

In your own statement on the common position on arms export control, you stress three key objectives: the need for increased control, convergence and transparency. First, your support for an increase control. Let me start by saying that I am grateful the report welcomes operations within these objectives to implement a United Nations arms embargo on Libya. This is a concrete example of what the European Union does to prevent arms ending up in the wrong hands. Further, as a global actor, the EU supports outreach activities to assist countries in the European neighbourhood and beyond in setting up arms export control mechanisms and implementing the Arms Trade Treaty.

Second, on transparency, European Union Member States are already among the most transparent countries, including in arms exports. Still, in order to increase the possibility to further scrutinise accountability, I am glad to say that this year the European External Action Service will launch a public, searchable database on its website to allow all stakeholders to consult and analyse Member States' arms exports in a user-friendly way. So everybody will be able to know what the Member States' arms exports are about – everybody will be able to find out whatever data they want to know about it.

Third, and lastly, increased convergence. Member States are holding regular exchanges to share information on policies, denial of licences and possible measures. As a concrete result, a new initiative has been launched and the working party on arms exports is currently preparing a Council decision to set rules on end-user certificates for the export of small arms and light weapons and their ammunition.

Let me conclude by anticipating that the next annual European Union arms export report on 2019 will become available shortly, probably in October, two months earlier than in previous years, and it will bring a lot of precious information about these developments. I would like to thank you for your attention. I am looking forward to hearing your points or views.

Arnaud Danjean, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, merci à la rapporteure et à tous les collègues qui se sont impliqués sur ce texte difficile.

Difficile, parce que ce sujet mêle des considérations industrielles, juridiques et morales, on l'a bien compris dans l'exposé d'introduction, sur un sujet sensible. Et puis difficile aussi parce qu'il faut bien l'avouer, ce Parlement n'a pas de prérogatives sur le sujet.

Je comprends que cela chagrine beaucoup de collègues qui aimeraient pouvoir se saisir du contrôle des exportations d'armement mais ce n'est pas le cas, c'est une prérogative nationale. Là où je m'inscris en faux contre ce qui a été dit en introduction de ce débat, c'est que ce n'est pas parce que ce Parlement européen n'exerce pas de contrôle sur un sujet, que le contrôle démocratique n'existe pas. Le contrôle démocratique existe dans nos parlements nationaux sur ce sujet très précis des contrôles d'exportation d'armement. C'est une des réserves assez fortes que mon groupe a sur ce rapport, à savoir que ces prérogatives nationales ne doivent pas engendrer une suspicion systématique de la part de notre Parlement.

L'autre point de réserve concerne un point abordé par la rapporteure, qui est la production d'armement à l'échelle européenne. Cependant, Mesdames et Messieurs, l'Union européenne en tant que telle ne produit pas d'armement et les instruments que vous évoquez, le Fonds européen de défense par exemple, sont encore des instruments virtuels. Je vous rappelle que ce fonds n'a ni budget, pour l'instant, ni même règlement d'application et que quand il entrera en vigueur, il portera vraisemblablement sur un milliard par an. Chacun sait que les programmes d'armement sont bien plus vastes que cela. Donc, on en parlera en temps utile. Quand ces programmes d'armement européens, véritablement européens, existeront, nous pourrions peut-être parler des modalités de contrôle. Pour l'instant, c'est du virtuel. Donc, je comprends l'impatience de certains collègues à vouloir faire jouer un rôle plus actif à cette chambre, mais nous n'en sommes pas là. C'est pour cela que mon groupe a de fortes réserves sur les motivations très idéologiques de ce rapport, même si nous soutiendrons tout ce qui va dans le sens de la convergence, de la transparence et de la bonne information.

Joachim Schuster, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte der Berichterstatterin danken für die viele Arbeit, die in dem Entwurf steckt. Ich glaube, es gibt viele Gründe, die es nahelegen, dass die EU außen- und sicherheitspolitisch stärker zusammenrückt.

Und ein Element einer größeren außen- und sicherheitspolitischen Souveränität liegt sicherlich auch in einer verstärkten Zusammenarbeit bei der Rüstungsproduktion. Europäische Kooperation macht kostspielige Doppelstrukturen überflüssig und kann damit auch öffentliche Mittel einsparen, die wir dringend für friedliche Konfliktbearbeitung und für die Beseitigung von Konfliktursachen benötigen.

Aber vermehrte Rüstungskoooperation, sei es nun im Rahmen der EU oder sei es zwischen einzelnen Mitgliedstaaten, erfordert auch eine europäische Rüstungsexportkontrolle, gerade angesichts der Tatsache, dass die EU-Staaten zusammen der zweitgrößte Rüstungsexporteur der Welt hinter den USA sind. Denn strikte Rüstungsexportkontrolle ist unzweifelhaft verbunden mit einer stärkeren europäischen Kooperation und kann dann eben nicht mehr nur noch als nationale Angelegenheit betrachtet werden.

Schon 2008 hat die EU Kriterien verabschiedet, die im Falle von Rüstungsexporten durch die Mitgliedstaaten geprüft und eingehalten werden sollen. Allerdings werden die Kriterien bis heute nicht immer beachtet. Das gilt selbst bei Waffenexporten an Länder, die sich an den Kriegen im Jemen und in Libyen beteiligen.

Waffenexporte ermöglichen zum Teil erst militärische Auseinandersetzungen oder verlängern sie. Häufig wird es durch sie ermöglicht, Völkerrecht zu brechen. Das heißt, es reicht nicht nur, hehre Absichten zu bekunden und Mitgliedstaaten folgenlos aufzufordern, sich entsprechend der gemeinsamen Kriterien zu verhalten. Wir brauchen auch einen Sanktionsmechanismus für den Fall, dass einzelne Mitgliedstaaten die vereinbarten gemeinsamen Kriterien ignorieren, denn europäische Kooperation erfordert auch europäische Durchsetzung.

Und ein Weiteres, was aktuell hinzugekommen ist: Wir brauchen einen sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte in die Türkei. Die Türkei bedroht uns mit Krieg. Es wäre doch absurd, wenn wir der Türkei auch noch die Waffen dazu liefern, um EU-Bürger umzubringen. Deswegen möchte ich Sie bitten, den Änderungsantrag der S&D-Fraktion zu unterstützen.

Klemen Grošelj, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, the report assesses the implementation of the Common Position on arms export and related technologies, and evaluates the progress that the EU, and especially Member States, have made so far.

This report is a political compromise that reflects the complex nature of the topic. It spans from the basic right of every state to self-defence, enshrined in the UN Charter, to the eternal aspiration of human kind for universal peace and security. Arms export and related technologies are inevitably subject to fierce ideological discussion.

The report reflects the steps forward made by Member States towards respecting the EU Common Position on arms export, and more and more Member States are following the Common Position and its eight criteria on arms export and related technologies. Although greater progress is needed, it is important to recognise all efforts made in this report. And we must bear in mind that arms export is still a Member State competence, which is why the progress made in respecting the Common Position is even more important.

The future development of the Union and of the international environment will require greater convergence among Member States on arms export. A growing number of joint development programmes in the field of defence production will expose the need for a common approach to arms export among Member States as well as at EU-level. Defence production is destined to become more European and arms export control mechanisms will need to reflect this new reality. This new reality, in turn, will need to be reflected in EU legislation as well.

But despite great ambitions, we are not yet at that point. This is why we are not in favour of an ad hoc sanction mechanism in this field and prefer a future European solution instead. This can be achieved through a gradual approach, in parallel with the development and strengthening of the common security and defence policy.

Regardless of all differences, the report reiterates that the Common Position and its necessary mechanisms must ensure that exported arms and related technologies are not used in a wrong way and above all, are not in the possession of the wrong actors. We need to ensure that exported arms and technologies are not used for violating human rights and basic values.

Jérôme Rivière, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, depuis le début de cette mandature, certains groupes, sous le regard bienveillant de la Commission, manifestent une folle volonté de s'ingérer dans un domaine régalien par excellence, qui n'appartient qu'aux nations, celui de la défense.

Après avoir essayé de détourner des crédits pour les perdre dans un Fonds européen de défense, qui viendrait soutenir des programmes d'armement sans qu'un besoin opérationnel d'état-major les ait validés, ils tentent avec ce texte de réguler les exportations d'armement. Tous les prétextes sont bons pour arracher aux États les derniers pans de leur souveraineté. Quel aveuglement!

Plus que jamais, le monde est incertain. En Méditerranée, cet espace historique, économique et culturel, éclatent des tensions qui vont façonner notre avenir. L'Union européenne démontre son incapacité à agir; pire, elle marque de fortes divergences entre un bloc continental, emmené par l'Allemagne, et les pays du Sud. Menacée par la Turquie, c'est bien la France qui, par sa politique souveraine d'exportation d'armements, dans les aires autonomes de son armée et de sa marine, livre à la Grèce dans un temps record les Rafale dont elle a besoin.

Chaque fois, l'actualité démontre l'absurdité de ces projets. Nous continuerons à nous opposer à cette vision centralisatrice, réductrice et affaiblissante, qui consiste à éloigner les peuples des nations et de leurs parlements, seuls centres légitimes de la prise de décision politique.

Salima Yenbou, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur Borrell, dites -moi comment l'Union européenne peut encore être crédible dans ses discours sur les droits humains, si ses propres États membres continuent d'exporter des armes utilisées contre les populations vers des zones de guerre, parfois sous des prétextes sécuritaires, souvent en réalité dans un but économique. Comment pouvons-nous accepter que, dans mon pays et ailleurs, une ministre de la défense puisse se cacher derrière le manque de transparence pour nier que des armes françaises participent à la perpétuation de crimes de guerre, notamment au Yémen?

La situation actuelle est inacceptable. Nous attendons de la Commission von der Leyen et de la présidence allemande une véritable stratégie pour faire en sorte que cela cesse. Je rappelle que parmi les dix premiers pays exportateurs d'armes au monde, sept sont européens. C'est une raison supplémentaire d'exiger qu'aucune arme européenne ne puisse être utilisée contre les populations civiles, nulle part dans le monde. La transparence la plus totale doit être instaurée. L'Union européenne ne doit plus fermer les yeux sur ces scandales. Pour finir, soyons cohérents de nos paroles à nos actes.

Özlem Demirel, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Borrell! Die Friedensnobelpreisträgerin EU lässt nicht nur unmenschliche Zustände in Moria zu, nein, mit Waffenexporten werden sogar Fluchtursachen geschaffen.

Diese Politik ist in keiner Weise zu relativieren oder zu entschuldigen. Beispiele wären: Jemen, ein brutaler Krieg, mit dabei Waffen *made in EU*. Syrien, Dschihadisten auf Leopardpanzern, ein völkerrechtswidriger Einmarsch, mit dabei Waffen *made in EU*. Östliches Mittelmeer, eine Eskalationsspirale. Griechenland bekommt Waffen aus Frankreich, die Türkei Waffen aus Deutschland. Was heißt das? Wieder Waffen *made in EU*!

Liebe Kollegen, die EU ist Vize-Weltmeisterin in Waffenexporten. Die Kassen der Rüstungskonzerne klingeln. Und ich frage mich, was ist eigentlich mit dem gemeinsamen Standpunkt, der Rüstungsexporte in Krisengebiete verbietet, untersagt – interessiert das hier überhaupt noch? Ich finde, wir brauchen Sanktionen für diese Missbräuche, denn der gemeinsame Standpunkt muss eingehalten werden. Und dafür sind auch Sie in der Pflicht, Herr Borrell!

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Alto rappresentante, negli ultimi quattro anni i 28, ora 27 Stati membri dell'UE sono stati complessivamente il secondo maggior fornitore mondiale di attrezzature militare con il 26% dell'export totale.

Cifre importanti che, da un lato, dimostrano la competitività del settore industriale, dall'altro mettono in discussione lo strumento guida per quanto riguarda la concessione di licenze di export, quella posizione comune giuridicamente vincolante, ma spesso, anzi quasi sempre, non rispettata, perché mancano ripercussioni per le violazioni. Credo fortemente che questo processo debba essere accompagnato da altrettanti strumenti di controllo finalmente comunitari che vadano oltre la posizione comune.

Abbiamo fatto tanto per la difesa, creando il nuovo fondo europeo per la difesa e parlando di mobilità militare, ma questo non può non andare di pari passo con l'introduzione di un regime comune in materia di esportazioni, che comprenda un organo di vigilanza e un robusto meccanismo sanzionatorio per tutti i governi violatori.

È necessario fare questo per essere credibili, se vogliamo davvero essere quell'attore globale campione di pace e diplomazia che spesso dichiariamo.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Αντιπρόεδρε, σήμερα συζητάμε για την εφαρμογή της κοινής θέσης του Συμβουλίου για τις εξαγωγές όπλων σε τρίτες χώρες. Αν θέλουμε να είμαστε ειλικρινείς με τους εαυτούς μας, η κοινή αυτή θέση παραμένει ένα ευχολόγιο. Χαρακτηριστικό παράδειγμα είναι η Τουρκία: Μόνο τα τελευταία δύο χρόνια, έχουμε παράνομες εισβολές στη Συρία και μία παράνομη εισβολή στο Ιράκ, τον μη σεβασμό της απόφασης για εμπάργκο όπλων στη Λιβύη — όπου μάλιστα η Τουρκία απείλησε φρεγάτα που δρούσε στο πλαίσιο της επιχείρησης «Ειρήνη» —, τις παραβιάσεις των κυριαρχικών δικαιωμάτων Ελλάδας και Κύπρου, και βεβαίως μια απειλή πολέμου — το γνωστό «casus belli» που χρονολογείται από το 1995. Παρόλα αυτά, και ενώ το Συμβούλιο έχει ζητήσει ήδη από τον περασμένο Οκτώβριο την αυστηρή εφαρμογή της κοινής θέσης απέναντι στην Τουρκία, τίποτα δεν έχει αλλάξει. Για αυτό τον λόγο σας ζητούμε, με τροπολογία που καταθέσαμε, να αναλάβετε πρωτοβουλία ώστε να σταματήσουν οι εξαγωγές ευρωπαϊκών όπλων προς την Τουρκία. Δεν μπορεί να χρησιμοποιούνται τα ευρωπαϊκά όπλα για να απειλούνται δύο κράτη μέλη μας. Και μάλιστα αυτό που πρέπει να κάνετε είναι το ελάχιστο δείγμα αλληλεγγύης, και πρέπει να γίνει άμεσα.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Madam President, this Parliament has repeatedly called for arms exports to Saudi Arabia to stop. But these calls are ignored. Spain has a long tradition of arms deals with Saudi Arabia and the government of Mr Sánchez, keeping up with this tradition, has authorised sales for about 400 million in 2019. Deals with the Saudis are the family business of the Spanish royals, a business that operates under the complacent watch of all Spanish governments since 1975. King Juan Carlos's affairs with his Saudi buddies are now finally under investigation, but not in Spain – in Switzerland. What are the Spanish authorities doing about this? Nothing. They not only refused to investigate, they participated in the cover-up. They sent the King to Abu Dhabi to hide away from Swiss justice and they keep on selling weapons to the Saudis. This must stop. Corrupt interest in Member States cannot take precedence over our moral obligations.

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il commercio e l'esportazione di armi devono obbedire non solo a delle logiche industriali ma innanzitutto a delle strategie di politica estera europea e, in questo contesto, al rigoroso rispetto dei diritti umani e dei nostri valori fondamentali.

Per questo dobbiamo migliorare la trasparenza e il controllo parlamentare e definire un meccanismo di sanzioni che garantiscano l'assoluto rispetto delle regole.

La situazione è davvero molto preoccupante: ce lo dobbiamo dire. Pensiamo al fatto che diversi Stati membri continuano ed esportare in Egitto armi e strumenti utilizzati per la repressione interna, in un paese dove è conclamata l'assenza di diritti umani e democratici, e ciò nonostante una decisione del Consiglio europeo del 2013, palesemente ignorata. O agli affari – pensiamo anche a questo – sempre legati all'industria degli armamenti, che troppi fanno in Turchia, o a quel che accade in Libia.

Il controllo sulla vendita di armi non è certamente la soluzione di tutti i problemi ma è un elemento essenziale per mandare segnali politici chiari e forti di cui c'è un enorme bisogno.

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, I understand the criticism. I heard some interesting points for sure. Let me summarise some of your points.

First, criticism on exports from Member States to sensitive destinations. Yemen, Saudi Arabia and Turkey have been mentioned, but as one of the members that participated in the debate rightly remembered, decisions when issuing export licences are taken at the national level. So there is very little we can do from the European Commission. This is something that is taken at the national level, but we can call for more conversions in arms export policies as the Member States implement it. And on that, I agree completely. Here we are together, because we think that we can behave together in accordance with general rules which reflect our values. So it's a Member State competence, but we need more convergence on the way each Member State implements these competences.

There are also calls for arms embargoes for specific destinations. I could also agree, but an arms embargo to a specific destination requires unanimity in the Council. You should be aware of that, and you know how difficult it is to get unanimity today. But for sure, we can try to agree an arms embargo, but then you have to implement them and experience shows how difficult it is to do so, as we tried to do with the Irini operation in Libya. First unanimity, and second the willingness to really implement the decision.

Military weapons have an indispensable role in the preservation of security, freedom and peace, provided that they are used in accordance with international law, human rights law and international humanitarian law. You cannot pretend to have security, and to protect freedom and peace, without having military resources. But you have to use them according to the law, and weapons of war are, by definition, capable of inflicting death and destruction. This ambivalence means that governments that export the weapons must ensure that they are traded and used in a responsible and accountable way, and prevent their diversion to terrorists, criminals and other unauthorised users. This must remain our ambition: to control the use of these weapons in order that they are not being misused. But by definition weapons inflict death and destruction, and our role is to try to be sure that they are used in accordance with the rules of war, and with the rules that protect human rights.

Accountability for arms export decisions can only take place when authorities are transparent, and the European Union does all it can to ensure that utmost transparency is being upheld. This enables national parliaments, civil society and also the European Parliament to hold informed debate, and the Council and the Parliament clearly agree that the strengthening of the European defence technologies and industrial base should be accompanied by closer cooperation and conversions in the control of exports of military technology and equipment.

I will continue working in the process of increased convergence, and promoting more transparency in arms exports in the framework of the competences of the Commission and of the High Representative.

Hannah Neumann, rapporteur. – Madam President, we reached a lot with this report and I would be very happy if we could confirm our many forward-looking proposals in the final version on Wednesday. But let's not stop halfway. If we want the EU to play a role in this world in chaos, and if we want to build a true European defence union, we need to join in arms production, but we also need to join in oversight and arms export control. *Et je comprends bien que ce sujet est une prérogative nationale, oui*, but there is one thing that this European project has taught us: no one is going to come, Mr Borrell, and give this European Union and this Commission any competences all by themselves, and no one is going to come and offer this Parliament any rights for scrutiny, oversight or control. If we do not claim it and fight for it, it's not going to happen.

And that's why I call on all pro-European parties in this House – and I deliberately include PPE and Renew in this one – to vote tomorrow for Amendment 19; to vote for Amendment 19 that calls on the Member States and Commission to translate the Common Position on EU arms export, the Common Position that was reaffirmed by all 27 Member States one year ago, to transfer this Common Position into EU law. And to do it, to finish what we started, and make sure that the European Union can really control where EU arms, arms produced inside the EU, end up in this world in chaos.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie nad poprawkami odbędzie się we wtorek 15 września 2020 r., a głosowanie końcowe – w środę 16 września 2020 r.

25. Umsetzung des Assoziierungsabkommens der EU mit Georgien (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Svena Miksera w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie wdrażania układu o stowarzyszeniu UE z Gruzją (2019/2200(INI)) (A9-0136/2020).

Kati Piri, *deputising for the rapporteur.* – Madam President, it is the first time in this Parliament that I address you on behalf of a colleague, and not on behalf of myself: the rapporteur, Sven Mikser, who unfortunately couldn't be here today. So allow me to give you his statement.

As we are discussing a report focusing on the implementation of the Association Agreement between the EU and Georgia, I would like to recall that the Association Agreement is a comprehensive framework that covers a wide range of policy areas from political dialogue, rule of law, human rights and fundamental freedoms, all the way to economic and trade relations. The report points out that enhanced cooperation and EU assistance to Georgia are based on the more-for-more principle and are conditional on continued reform processes across all policy areas. Georgia has undertaken ambitious reforms and achieved a lot. It deserves to be underscored that Georgia's European aspirations enjoy broad support among almost all the political parties as well as among the Georgian people. The report also recalls that the EU-Georgia Association Agreement and ECFTA aims to gradually integrate the country with the EU single market and calls on the Commission to be more vocal in promoting and advancing this goal.

Political life in Georgia, as we all know, is lively and dynamic. A worrying trend is the increased polarisation of the political scene. This report underscores the need to de-escalate the political discourse and continue reforms in order to guarantee media freedom and independence of the judiciary. Recently, Georgia has experienced a period of tensions between the government and the political opposition over changes to the electoral system. At the end of June the Georgian parliament passed a constitutional amendment that is designed to provide for more proportional representation and, hopefully, for more pluralistic political discourse after the parliamentary elections in 2020. With those elections approaching, the report emphasises the need to uphold and protect media freedom and guarantee equal access to the media for all political parties during this important election campaign.

The elections will take place on 31 October, and I believe that if the COVID-19 situation allows for it, the European Parliament should also dispatch an election observation mission to Georgia. The report commends Georgia's internationally-acclaimed response to the COVID-19 outbreak, and I would also like to highlight the exemplary cooperation between the EU and Georgia in responding to this crisis. And while assessing the progress Georgia has made, we cannot forget that one fifth of the territory of the country continues to be occupied. Hundreds of thousands of people are unable to return to their homes or face restrictions to their fundamental rights and freedom. And in addition, Georgia continues to be a target of Russian hybrid activities. The report strongly condemns the ongoing provocations and the borderisation activities that continue along the administrative boundary line.

Finally, the report received the almost unanimous support of the Foreign Affairs Committee in this House, and the rapporteur, Sven Mikser, would like to thank all the political parties and the Groups who expressed their support to the legitimate aspirations of the Georgian people as well as to the sovereignty and territorial integrity of Georgia.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, as you know very well, Georgia is a very close partner in our neighbourhood and subscribes to an ambitious Association Agreement with a deep and comprehensive free-trade area underpinned by common values, shared ownership and responsibility. Our relations have been maturing from the human rights agenda to connectivity, security, cooperation and academic exchanges under Erasmus+. Our norms on standards are gradually aligning, making real improvements in the lives of Georgian citizens.

We are looking forward to continuing to cooperate with Georgia, to agree joint priorities in an Association Agenda for post-2020, strengthening our cooperation, for instance to fight abuses in the visa-free regime, and I am also confident that our Eastern Partnership in March 2020 will devise a compelling vision for our multilateral relations. Our solidarity to support Georgia in mitigating the socio-economic consequences of COVID-19 is steadfast. I think more than EUR 180 million in bilateral funds and EUR 150 million in macro-financial assistance remains conditional on progress made.

Let me have a look at the domestic challenges and opportunities of this country, and let me make reference to three important issues: the electoral context; the justice reform; and the conflicts. This is a crucial month ahead of the October parliamentary elections in Georgia. In March, the political parties reached a historic agreement, co-facilitated by the European Union delegation. It created a new electoral system more conducive to inclusive gradual and transparent elections. And now we expect effective implementation of these laws and respect for the highest democratic standards.

In the justice sector it is important for the Georgian parliament to revisit the selection procedure for Supreme Court judges, which undermines a transparent, genuine, merit-based nomination process, as you mentioned in the report. It is critical to uphold the highest standards of ethics and integrity in the judiciary.

Finally, let me also reaffirm our unwavering commitment to Georgia's sovereignty and territorial integrity within its internationally recognised borders. I agree with you that the continuing borderisation is completely unacceptable, since we have seen a deterioration of security along the administrative boundary line with the breakaway region of South Ossetia, such as in the Chorchana-Tselisi area. I am also very concerned about the continuous closure of crossing points, complicating medical treatment, contacts and access to livelihood. We are constantly reiterating our concerns to Russia in bilateral and multilateral fora and we will continue doing so on behalf of the stability of Georgia that deserves peaceful borders with all its neighbours. Thank you for your attention. I'm looking forward to our discussion.

Andrea Bocskor, *a PPE képviselőcsoport nevében.* – Tisztelt Elnök Asszony! Gratulálok előadó kollégámnak a kiegyensúlyozott jelentéshez, mely – remélem – széles támogatást kap a szavazás során. Georgia jó úton halad, elkötelezett a társulási megállapodás, valamint a DCFTA végrehajtása mellett, erőfeszítéseket tett a demokrácia, az alapvető emberi és szabadságjogok és a jó kormányzás érdekében. A belpolitikai feszültség feloldása céljából március 8-án egyetértési megállapodás jött létre, melynek eredményeként módosították az alkotmányt és a választási törvényt a nemzetközi ajánlások szerint, így az októberi parlamenti választás már az új elvek alapján fog zajlani. Ez egy mérföldkő Georgia belpolitikai környezetének normalizálása terén, amit mindannyian várunk, és reméljük, hogy fair és tiszta választásokat fogunk látni.

A georgiai társadalom Európát választotta, így támogatnunk kell ebben. Kölcsönösen ki kell aknáznunk a társulási megállapodásban rejlő lehetőségeket a gazdasági, kereskedelmi együttműködés elmélyítése érdekében. Fontos a pozitív megközelítés, a többet többért elv, és fontos Georgia támogatása a szükséges reformok végrehajtásában. Fontos a fiatalok segítése, hogy minél inkább részt vehessenek az EU mobilitási programjaiban, és minőségi tanulási lehetőségeket kapjanak. Kiemelném Georgia hatékony védekezését a Covid-járvány idején, amely példaértékű. Végezetül hangsúlyoznám, hogy ki kell állnunk Georgia szuverenitása és területi integritása mellett, és azt kell kijelentenünk, hogy támogatjuk euroatlanti és NATO-integrációs törekvéseit. Köszönöm.

Marina Kaljurand, *on behalf of the S&D Group.* – Madam President, to start with, I would also like to thank my good colleague Sven Mikser for this timely and well-balanced report. It is encouraging to see that popular support for the EU remains at a record high in Georgia. This also means the Georgian people deserve our solidarity. Therefore, as the co-chair of the EU-Georgia Parliamentary Association Committee, I would like to reiterate our full and unwavering support to Georgia's sovereignty and territorial integrity.

The report on the implementation of the association agreement is an excellent framework to evaluate Georgia's progress and talk openly about challenges. I welcome the recent electoral reform in line with the recommendations of the Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) and hope that it will contribute to ease the polarisation in Georgia's political and media landscape. I would also like to recognise the promotion of women's representation. I urge all political parties, especially and including the opposition, to do their utmost to guarantee peaceful, fair and free elections on 21 October. These elections will be crucial in determining Georgia's future for years to come.

Georgia has an impressive reform record. Of course, further approximation is still needed in some areas like environmental protection and the fight against discrimination of vulnerable groups. It is also true that Georgia is a young democracy where the rule of law must be further consolidated.

To conclude, I would like to congratulate the Georgian authorities for handling the COVID-19 crisis in an exemplary manner.

Urmas Paet, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, the upcoming parliamentary elections in Georgia on 31 October are a possibility for Georgia to demonstrate to its people that it is set and ready to be a stable democratic country.

The agreement reached by the political parties earlier this year on electoral reforms is the right step and must be fully implemented in order to be able to move forward and to overcome the political polarisation that has long been hampering progress in Georgia.

The Georgian authorities should refrain from pursuing any politically motivated judicial cases and harassing opposition politicians. It is also imperative to guarantee media freedom, editorial independence and to take steps to prevent disinformation campaigns. Also, the people must be guaranteed freedom of thought and assembly. There are still many areas that need to be improved, like consolidating the rule of law, the fight against corruption and strengthening human rights and fundamental freedoms.

It has been 12 years since the beginning of the recent conflict between Russia and Georgia. Unfortunately the conflict is still there. The ongoing illegal borderisation along the dividing lines damages the situation, prolongs the conflict and destabilises the whole region. In these especially fragile times of the COVID-19 pandemic, it is unacceptable that the de-facto South Ossetian authorities have repeatedly denied emergency medical evacuations and incoming humanitarian aid.

We have the obligation to not forget this conflict, but to continue supporting Georgia's independence, sovereignty and territorial integrity within its internationally recognised borders.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, l'histoire récente de la Géorgie conduit à réclamer une politique équilibrée et prudente envers Tbilissi. Je me souviens de la stupeur de la communauté internationale, à la suite des terribles conséquences pour la Géorgie de la défaite de 2008, après les aventures de M. Mikheil Saakachvili, qui abandonna ensuite le pays pour rejoindre l'Ukraine.

Je doute que nous ayons retenu la leçon douloureuse de cette expérience, car l'Union européenne ne cherche plus à améliorer ses relations avec les membres du Partenariat oriental, mais à leur décerner de bons ou de mauvais points de l'atlantisme. Le gouvernement serbe a récemment annoncé qu'il arrêterait l'exercice militaire conjoint «Fraternité slave» avec la Russie et la Biélorussie, à cause des pressions de l'Union européenne. Dans le même temps, l'exercice militaire «Partenaire noble» s'ouvrait en Géorgie sous l'égide de l'OTAN et réunissait 2 800 soldats avec la participation de l'armée française.

Quand allons-nous enfin nous émanciper de la tutelle américaine? Allons-nous continuer à confier le destin d'une partie de notre continent à une organisation décrite à raison comme en état de mort cérébrale et dont l'action se résume parfois à multiplier les provocations envers la Russie pour soutenir la supériorité finissante des États-Unis?

Viola Von Cramon-Taubadel, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, we would like to thank the rapporteur for his excellent work. Since we have seen many challenges in Georgia throughout the past year, it was good to see that cooperation among the international friends of Georgia worked. With all our and your support, the major political parties struck a deal on a new electoral system for the upcoming elections. These elections are crucial to Georgia's democratic path. Georgia also demonstrated significant success in fighting COVID-19. In this struggle, the EU supported Georgia with assistance worth some EUR 100 million.

Despite being the leader in the region, some problems still have to be overcome. Internally, the shadow rule of billionaire Ivanishvili threatens democracy. Externally Russia's continuous hybrid war threatens the country's sovereignty through military occupation, creeping annexation and cyberattacks. We need to support Georgia's sovereignty, territorial integrity and its European future. A level playing field should be guaranteed for all political actors, while the judicial system should become more transparent.

Anna Fotyga, on behalf of the ECR Group. – Madam President, I would like to thank the rapporteur for the excellent report. Despite obstacles and difficulties, Georgia is maintaining its Euro-Atlantic direction, in particular in the security and defence domain.

In the run-up to the parliamentary election, I urge the Georgian authorities to ensure its free, fair and transparent character. I also appeal to them to free Giorgi Gurua, thus fulfilling the 8 March agreement reached with all the opposition leaders.

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte mich zunächst beim Kollegen Sven Mikser für seinen umfassenden Bericht herzlich bedanken.

Ich freue mich, dass es einen breiten Konsens in der Bewertung der Entwicklung Georgiens hier im Hause gibt. In Georgien gibt es einen breiten politischen Konsens hinsichtlich der europäischen Ausrichtung des Landes. Die EU hat ja im Gegensatz zu Russland auch etwas Positives anzubieten.

Gleichwohl ist die politische Landschaft, wie in den meisten Transformationsstaaten, sehr polarisiert und vom gegenseitigen Misstrauen geprägt. Das ist weder der innenpolitischen Atmosphäre noch einer Annäherung an die EU zuträglich. Deshalb ist es außerordentlich begrüßenswert, dass alle großen Parteien sich auf die gemeinsame Erklärung vom 8. März geeinigt haben, in der man sich auf ein neues Wahlsystem geeinigt hat – im Einklang auch mit den Empfehlungen der Venedig-Kommission. Ich möchte bei der Gelegenheit insbesondere unserem Botschafter Hartzell und seinem Team herzlich für ihren Beitrag dazu danken.

Ich hoffe, dass der Wahlkampf und die Wahl am 31. Oktober von allen Verantwortlichen im Geist der Fairness bei der Anwendung des neuen rechtlichen Rahmens genutzt werden. Wenn die Medien die Vielfalt der politischen Meinungen fair widerspiegeln, wenn die Wahlbeobachter den Eindruck haben, dass die Bürger ihre Stimmen gut informiert abgeben konnten und die Wahlbehörde über jeden Zweifel erhaben ist, dass sie unparteiisch agiert, dann wäre das ein guter Tag für das Land und seine Zukunft.

Nacho Sánchez Amor (S&D). – Señora presidenta, quisiera agradecer, como el resto de sus señorías, el trabajo excelente de Sven Mikser. Nos congratulamos de que Georgia vuelva al camino de la reforma que lo ha convertido, como han dicho algunas de sus señorías, en uno de los países de la zona que más se acerca a los estándares europeos, tras superar una doble crisis, que ha sido superada con el diálogo y con la negociación y, en este punto, reconozco también el trabajo del Servicio Europeo de Acción Exterior y del embajador Hartzell para manejar ese acuerdo con la oposición.

Lamentamos que la oposición no haya apoyado en el Parlamento la reforma constitucional y la reforma electoral, a pesar de sus compromisos y a pesar de los indultos que se produjeron, que eran una de sus peticiones. Fuimos muy exigentes con el Gobierno y muy exigentes con el partido mayoritario y creemos que la oposición debía haber apoyado esas reformas, que eran la continuidad del acuerdo político al que contribuyó la Unión Europea y que, además, beneficiarían, al perder el sesgo mayoritario, a esos partidos menores en el sistema.

En cualquier caso, con ese nuevo marco las elecciones siguen adelante. Y la preocupación ahora, señor Borrell, es cómo vamos a observar unas elecciones en una situación de pandemia, con unas dificultades por parte del Parlamento y con dificultad para articular una misión de las habituales. Acabo de saber que la OSCE va a enviar una misión electoral normal. Creo que la Unión Europea, el Servicio Europeo de Acción Exterior y el Parlamento deben hacer lo mismo y debemos apoyar, en cualquier caso, la observación doméstica, porque hay grandes ONG trabajando muy profesionalmente en ese país. Porque es necesario tranquilizar el periodo inmediatamente después de las elecciones, en un clima tan polarizado como es tradicional en Georgia y, para eso, una observación internacional ha sido siempre imprescindible. Para que Georgia siga en ese camino que todos hemos alabado, en la dirección de los valores europeos.

Helmut Geuking (ECR). – Frau Präsidentin! Mir war es im letzten Jahr vergönnt, mit der Delegation nach Georgien zu reisen.

Ich war erstaunt, wie schnell der Staat reagierte: Ich kriegte da die Liste übergeben mit den 85 Inhaftierten, innerhalb von 24 Stunden wurde das geregelt – 81 waren ja frei, und vier wurden angeklagt, aber auch zu Recht angeklagt, weil sie mit Waffengewalt einen Umsturz versucht hatten. Also Georgien, will ich damit sagen, war sehr flexibel.

Wir hatten das Wahlrecht angesprochen. 2024 sollte es erst geändert werden. Es wurde, wie wir alle wissen, im März geändert. Also das sind alles Zeichen, dass Georgien unbedingt nach Europa möchte und das lieber gestern als heute. Das heißt, wir haben es in der Hand, dass wir Georgien schnellstmöglich in unser Haus Europa holen. Denn wir wissen alle um die Situation mit Russland, wir sehen es auf der Krim, mit der Ukraine, wie Russland teilweise agiert, und wir wissen um die besetzten Gebiete auch in Georgien.

Hier ist Europa jetzt in der Pflicht. Wir sollten jetzt schnellstmöglich Georgien nach Europa holen und es wirklich zum vollständigen Mitglied machen. Georgien ist so weit. Deswegen liegt es an uns, nach den Wahlen im Oktober hier tätig zu werden und zu sagen: Georgien wird volles Mitglied in der Europäischen Union. Das würde ich mir wünschen, damit das Land eine richtige Perspektive hat. Es hat sich so gut entwickelt, dass wir jetzt am Zuge sind, diesen letzten Schritt auch zu vollziehen, und nicht nur ein Abkommen.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, honourable Members are right that these are crucial times for Georgia to demonstrate the maturity of its democracy. I have also been in Georgia in difficult times, much more difficult than now.

The country is demonstrating democratic strength and economic development, and I think that we have to welcome that this Parliament will be stepping up its cooperation with the Georgian Parliament after the next elections and will also not shy away from reminding Georgia of the need to deliver on the full reform agenda. The problems at their borders should not be an excuse for not solving the problems in the interior of the country that only the Georgian people can solve. The European Union, through our Association Agreement, will continue supporting Georgia in this endeavour.

Kati Piri, *deputising for the rapporteur.* – Madam President, *[inaudible]* to close today's plenary. This debate clearly demonstrates that Georgia has made substantial progress on its European path. This Parliament acknowledges the reforms on the part of the Georgian Government which strengthen democracy, the rule of law, human rights and fundamental freedoms, and of course, we also know work is still to be done.

Let me just highlight two items that require Georgia's continued commitment. First and absolutely core in the implementation of the Association Agreement is the need for the Georgian Government to consolidate the rule of law and to continue its pursuit of justice reform.

Second, and crucial to Georgia's adherence to the terms in the Association Agreement, is guaranteeing media freedom. We all know that Georgia's media landscape is highly politicised and as we are here speaking on Georgia ahead of the national elections, we also know the great responsibility that lies on the shoulders of all the political parties in Georgia to ensure a free and fair election.

Let me conclude with some positive words, with some words of support. Georgia is a country close to my heart. Some of my best friends live in that country and the country has come a long way in its aspirations for democracy, freedom and prosperity, and that in a very difficult geopolitical environment. The EU must recognise this and continue to be a key motivator for reforms to continue. I think we all agree that the Georgian people deserve no less.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie nad poprawkami odbędzie się we wtorek 15 września 2020 r., a głosowanie końcowe – w środę 16 września 2020 r.

26. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

27. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

28. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 22.27)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4887

9.8.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. SEPTEMBER 2020

(C/2024/4887)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 14. bis 17. September 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	3
3. Wiederaufnahme der Sitzung	3
4. Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates zu der gefährlichen Eskalation und der Rolle der Türkei im östlichen Mittelmeerraum (Aussprache)	3
5. Erste Abstimmungsrunde	17
6. Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates zu der gefährlichen Eskalation und der Rolle der Türkei im östlichen Mittelmeerraum (Fortsetzung der Aussprache)	17
7. Lage in Belarus – Lage im Libanon – Lage in Russland, der Giftanschlag auf Alexei Nawalny (Aussprache) .	24
8. Wiederaufnahme der Sitzung	48
9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	48
10. Wiederaufnahme der Sitzung	48

Inhalt	Seite
11. COVID-19: EU-weite Koordinierung von medizinischen Beurteilungen und Risikoeinstufungen und die Folgen für den Schengen-Raum und den Binnenmarkt (Aussprache)	49
12. Wiederaufnahme der Sitzung	64
13. Zweite Abstimmungsrunde	64
14. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	64
15. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	65
16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	65
17. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	65
18. Schluss der Sitzung	65

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. SEPTEMBER 2020

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 9.06 Uhr unterbrochen)

3. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.17 Uhr wieder aufgenommen)

4. Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates zu der gefährlichen Eskalation und der Rolle der Türkei im östlichen Mittelmeerraum (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Rates und der Kommission zur Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates zu der gefährlichen Eskalation und der Rolle der Türkei im östlichen Mittelmeerraum (2020/2774(RSP)).

Ich darf, wie bereits gestern, die Mitglieder darauf hinweisen, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Zu Wort gemeldet hat sich für diese Erklärung der Vertreter der Ratspräsidentschaft und des Rates, und ich darf Herrn Minister Michael Roth das Wort erteilen.

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Verehrter Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, Herr Vizepräsident der Europäischen Kommission, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fühle mich geehrt, heute auch bei diesem wichtigen Punkt Teil dieser Debatte sein zu dürfen. Ich freue mich darüber, Ihnen die Schwerpunkte des Sonderrates der Staats- und Regierungschefs und -chefinnen der Europäischen Union vortragen zu dürfen.

In dieser krisengeschüttelten Zeit ist es wichtig, dass die Europäische Union zusammenhält, mit einer Stimme spricht, sich nicht spalten lässt. Genau das ist der Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Einen substanziellen Beitrag dazu zu leisten, dass das Gewicht der Europäischen Union auf der internationalen Ebene gestärkt wird, weil wir eine ganze Menge Positives einzubringen haben.

Wir alle wissen: Das Autoritäre wächst, die Demokratie steht weltweit unter Druck, und umso wichtiger ist es, dass wir unser gemeinsames Modell, das auf Demokratie, Vielfalt, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten beruht, stärken und ausbauen. Genau darum wird es auch beim Sonderrat gehen.

Wir haben es mit schwierigen Akteuren zu tun. Ich will mal mit einem schwierigen Akteur beginnen: der Türkei. Die Lage im östlichen Mittelmeer ist aus vielerlei Gründen höchst fragil: die Lage im Nahen und Mittleren Osten, die ungeklärten Migrations- und Flüchtlingsfragen und dann die Türkei, die in dieser Region nicht der Verantwortung gerecht wird, die sie eigentlich zu übernehmen hat, nämlich zu Stabilität und Frieden aktiv beizutragen. Deswegen muss vom nächsten Europäischen Rat ein Signal ausgehen, dass wir uneingeschränkt solidarisch sind mit Griechenland und mit Zypern.

Das zweite wichtige Signal, was von diesem Rat ausgehen sollte, ist, dass wir jetzt keine weitere Eskalation brauchen, sondern dass wir zur Deeskalation beitragen. Dass es für diesen Konflikt keine militärische Lösung geben kann, sondern dass wir eine politische Lösung anstreben, und dass wir dazu einen substanziellen Beitrag leisten, auch in der Art, dass alle Optionen auf dem Tisch liegen. Die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen werden gemeinsam auch mit Josep Borrell und mit anderen darüber zu verhandeln haben, was dann auch zu geschehen hat, wenn die Türkei ihrer besonderen Verantwortung nicht gerecht wird.

Ein weiterer zentraler Akteur, über den wir schon viel diskutiert und gestritten haben, ist China. Das ist besonders kompliziert, weil wir in China zum einen einen Partner sehen. Ich kann mir einen nachhaltigen Klimaschutz weltweit nicht vorstellen, ohne dass wir China an Bord haben.

Wir haben es natürlich auch mit einem Wettbewerber in handels- und wirtschaftspolitischen Fragen zu tun. Es sollte unser gemeinsames Interesse sein, eine regelbasierte Grundlage dafür zu finden, dass wir in Handel und wirtschaftlichen Fragen eng zusammenarbeiten. Aber – und das macht es am schwersten – China ist für uns auch systemischer Rivale.

Wir haben ein eigenes Sozialmodell. Unser Sozialmodell ist ohne Menschenrechte, ohne Demokratie und Rechtsstaatlichkeit undenkbar. Deswegen muss es auch in diesen Fragen einen offenen und konstruktiven Austausch geben. Gerade gestern – in der Videokonferenz – sind diese Fragen – Klimaschutz, Handel, Wirtschaft, aber eben auch Menschenrechte – entsprechend angesprochen worden.

Verehrte Abgeordnete, Herr Präsident! Ich will Ihre Aufmerksamkeit aber auch noch auf andere Punkte lenken, die ich zumindest hier ansprechen möchte, weil sie auch im Mittelpunkt des Sonderrates stehen, denn wir alle wissen, dass coronabedingt im März die wichtigen Themen zu Wirtschaft, Digitalisierung, Klimaschutz hinten runterfallen mussten.

Wir haben gerade gestern Abend im Rahmen der Eigenmitteldebatte noch einmal darüber gesprochen, wie wichtig das Aufbauprogramm „Next Generation EU“ ist. Nicht nur für die krisengeschüttelten Staaten, sondern für uns alle, denn wir wollen nicht etwas Altes aufbauen, wir wollen nicht an das Konventionelle anknüpfen, sondern wir wollen den sozialökologischen Umbau der Europäischen Union mit diesem Geld vorantreiben. Darüber werden die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen ebenso sprechen.

COVID-19 hat den Binnenmarkt schwerst erschüttert. Es darf aber nicht nur unser Anspruch sein, den Binnenmarkt wiederherzustellen. Wir wollen den Binnenmarkt auch vertiefen, vor allem auch mit einer ambitionierten Industriestrategie. Denn wenn wir den Klimaschutz wirklich ernst nehmen, müssen wir auch zeigen, dass wir in industriepolitischen Fragen wettbewerbsfähig bleiben, dass wir *front runner* bleiben. Das wird denen Mut machen, die sagen: Industrie ist eigentlich mit einem ambitionierten Klimaschutz nicht vereinbar. Wir müssen das Gegenteil beweisen: Klimaschutz, eine nachhaltige Industrie, eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und ein starker Sozialstaat passen zusammen.

Es wird einen weiteren Punkt auf der Tagesordnung der Staats- und Regierungschefs und -chefinnen geben, das ist die Frage der strategischen Autonomie. Wir müssen unsere Resilienz verbessern. Wir wollen damit nicht den freien und fairen Handel außer Kraft setzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber wir haben bei Produkten, die für die Sicherheit und für die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung sind, festgestellt, dass wir auch eigene Kraft brauchen, dass wir die europäischen Lieferketten stärken müssen, und genau darum wird es auch bei den Staats- und Regierungschefs und -chefinnen gehen.

Bitte sehen Sie mir nach, dass ich auf diese wichtigen Punkte hinweisen wollte. Aber sie gehören auch zu einem starken Europa in der Welt. Das ist nicht nur eine Frage, wie wir uns zu anderen Akteuren definieren, sondern es geht immer auch um die eigene Stärke. Dabei spielen für uns die Fragen des Klimaschutzes, der nachhaltigen Wirtschaft und des sozialökologischen Umbaus eine ganz zentrale Rolle.

Der Präsident. – Zur eigenen Stärke gehören Geschlossenheit und eine starke gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Dazu darf ich jetzt dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Josep Borrell Fontelles, das Wort erteilen.

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, the subject of our discussion today is the preparation of the special European Council, but focusing on the dangerous escalation and the role of Turkey in the Eastern Mediterranean. That is what I am going to try to do, although as the Presidency of the Council has pointed out, rightly, there are many other issues. Yesterday, we had this important high-level talk with China, and in general, Europe is facing a situation in which we can say that the empires are coming back. The old empires are coming back. There are at least three of them. We can say Russia, China and Turkey, big empires in the past, are coming back with an approach on their immediate neighbourhood and globally, which represents, for us, a new environment. And Turkey is one of these elements that changes our environment.

This debate is very timely. I have to say that tensions have been continuing to rise over the summer. I've spent the last few months, including the summer, trying to facilitate de-escalation efforts, but the least I can say is that more efforts are needed; this is the softest way of saying that the situation has not been improving. And the latest move by Turkey to discontinue seismic exploration in the continental shelf of Greece is a step in the right direction and gives us some hope that it will lead to further steps towards dialogue because, as the Presidency said, we are not going to solve it by military means, but through dialogue and negotiations.

European Union and Turkey relations were at the forefront of an extraordinary Foreign Ministers discussion at the meeting that we held in the middle of August, 14 August, and of our Gymnich meeting at the beginning of September, and we will continue next week at Monday's Foreign Affairs Council and then the European Council at the end of the month.

All that is good and needed because the situation in the Eastern Mediterranean requires urgent and collective engagement. What has been happening during the summer are unacceptable events. Turkey has to refrain from taking unilateral actions and this is a basic element to allow the dialogue to advance, or rather, to start, and the position of the Foreign Affairs Ministers Council has always been very clear: to defend the European Union's interests and stand in full solidarity with Greece and Cyprus. Immediate de-escalation is essential to allow the resumption of dialogue and negotiation, which is the only path towards stability and lasting solutions.

My colleagues, the European Union Foreign Ministers, were very clear about the possible consequences in the absence of progress in engaging with Turkey, and the European Council will consider this in the light of the most recent developments by the time they meet. There is still some days. The reaching-out continues, hoping that the European Council will be able to develop a constructive approach to our relations with Turkey which are – I can say firmly – at a watershed moment in history. The world will go one side or the other, depending on what's going to happen in the next few days.

I therefore ask you to support my efforts and the efforts of the Council to create the urgently needed space to work with the Turkish leadership to achieve a de-escalation that will allow the pursuit of lasting solutions to the underlying problems of today's crisis. Anything else would also undermine the perspective for the resumption of talks on a comprehensive settlement of the Cyprus problem that the United Nations are ready to restart after the election of the Turkish community in Cyprus in October. I've been talking with the Secretary-General of the United Nations about it and I think that we need to push for the resumption of these talks.

The EU and I, as High Representative, will continue to do everything we can to support the efforts to achieve this comprehensive settlement under United Nations auspices, in accordance with the relevant United Nations Security Council resolutions and in line with the principles on which we have founded our *acquis*.

In terms of domestic developments in Turkey, we perceive a worrying backsliding in the area of rule of law and fundamental freedoms that continues to raise our concerns. We still fail to see Turkey delivering on its promises to take effective measures on a strengthening the independence and impartiality of the judiciary.

Turkey's serious backsliding away from European Union values and reforms and tense relations with several Member States led the Council to decide in 2018 on a stand-still of the accession negotiation and suspension of work on modernising the Customs Union. These were commitments that we took with Turkey under the 2016 agreement, but in 2018 the Council decided to stand still on these negotiations and on suspension of the work on modernising the customs union. With the serious developments in the Eastern Mediterranean and Turkish foreign policy actions in the region since last fall, things have become even more worrying and complex, and as I said, this is a watershed moment in the history of our relations with Turkey.

It's clear that solutions will not come from an increasingly confrontational relationship. We don't want it, we don't look for it. Turkey is an important neighbour for the European Union, and we are not going to change geography. It will remain so. It's a key partner in many areas, migration, for example. It is going to be difficult to believe that we can solve the migration flows without the help of Turkey both in the Eastern Mediterranean and now with the Libyan crisis in the Central Mediterranean. Turkey is an accession candidate, and a large majority of this population embraces our values and looks to the European Union as a societal model. But it's clear that the developments in Turkey and Turkey's action in the Eastern Mediterranean and beyond put into question how our relations will develop in the future, and we have to look for an answer to these questions urgently.

I strongly believe in the need for a solid relationship anchored in a common agenda of partnership that respects mutual interest and is based on values, but this requires us to look at the full relationship in a comprehensive way.

I think that this discussion will help us to advance in this direction.

David McAllister, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, during the past weeks, we have witnessed an alarming military build-up in the Eastern Mediterranean. All of us are extremely concerned by the very real risk of a direct military confrontation.

Last Thursday, in the Committee on Foreign Affairs (AFET), we discussed this dangerous escalation with the Alternate Minister of Foreign Affairs for European Affairs of Greece and the Minister of Foreign Affairs of the Republic of Turkey. It was a remarkable meeting in several aspects.

Listening to the comments of colleagues across party lines, for me four points are very clear. First, de-escalation is urgently needed. Second, we fully support the Council's clear position of solidarity with our Member States, Greece and Cyprus. Third, we condemn the Turkish drilling activities in the exclusive economic zones of Greece and Cyprus, and we consider them illegal. Fourth, at the next European Council the option of additional sanctions against Turkey must be openly discussed in the light of continued Turkish aggression.

This conflict can only be resolved through dialogue and negotiations. I very much hope that the ongoing mediation efforts will bear fruit. But, as the High Representative just underlined, further concrete steps towards creating an environment conducive to dialogue in good faith are needed now.

(Applause)

Nacho Sánchez Amor, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, en la reunión a la que se refería el colega McAllister terminé pidiéndole al ministro turco que reexaminara la sinceridad de la apuesta europea de Turquía. Porque a Turquía le hemos ofrecido lo mejor que tenemos: ser miembro de la Unión Europea. Y ser candidato significa converger en todo: en valores, en análisis, en intereses —incluidos los estratégicos—. Y sin embargo Turquía diverge en todo de la Unión Europea. En todos los análisis, en todos los valores, en todas las políticas.

Yo me planteo incluso si la divergencia de la Unión Europea no se está convirtiendo en una política de Estado en Turquía y por eso la relación está completamente afectada por una falta de confianza que no conduce a ningún sitio. Divergimos, por supuesto, en el Estado de Derecho, divergimos en política exterior —es obvio— y divergimos en la forma en que planteamos los asuntos en la escala internacional.

Turquía defiende sus teóricos derechos con un discurso oficial agresivo, insolente, insultante y despreciativo hacia la Unión Europea, a la que dice pretender unirse, y ahora además con una exhibición irresponsable de fuerza militar en el Mediterráneo. ¿Es necesario considerar a Grecia una colonia de Europa para defender los derechos que Turquía crea tener? ¿Es necesario sobrevolar el suelo turco —digo el suelo y no el mar— para defender esas ideas?

La defensa diplomática de los puntos de vista de Turquía queda sepultada por esa retórica ultranacionalista para consumo interno y profundiza la brecha con la Unión Europea. Hay que agradecer los esfuerzos del señor Borrell, los esfuerzos de Alemania, los esfuerzos de España, también, para desescalar. Pero Turquía debe retirar sus barcos de las aguas disputadas y sentarse a la mesa, cambiando la forma de dirigirse a la Unión Europea, porque la única forma de hacerlo es con un lenguaje diplomático adecuado a las relaciones con un país con el que, en un formato u otro, tenemos que seguir compartiendo intereses en el futuro.

Malik Azmani, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, anyone following the news knows there are mounting tensions in the Eastern Mediterranean. The situation has become so tense, that a tiny spark could have devastating consequences. The EU must prevent a conflict by being united, constructive, but also by being firm. Threatening a fellow family member with war is not something Renew Europe takes lightly: we will not accept that! it is quite a strong response.

On a positive note, Renew Europe suggested last week to the Turkish Foreign Minister to withdraw its research vessel to Turkish waters. This suggested act of goodwill appears to have been honoured: a positive step, one that we applaud!

Now we call for an end to the threats, the opening of further dialogue and finding a lasting and sustainable solution to this conflict, possibly via the ICJ in The Hague. We need to de-escalate now. But let me be honest: it is very difficult to see Turkey as an EU candidate member. We need a renewed future relationship with our vital neighbour Turkey.

Jérôme Rivière, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, au moment de la première prière guidée par Erdoğan dans Sainte-Sophie reconvertie en mosquée, les églises de Grèce ont sonné le glas.

La Turquie n'en est pas à son coup d'essai: forages illégaux dans les eaux territoriales de Chypre, chantage et extorsion de fonds avec les migrants utilisés comme monnaie d'échange et moyens de pression sur l'Union européenne, complaisance objective avec le djihadisme en Syrie et en Libye, massacre des Kurdes, nos alliés dans la lutte contre Daech.

Le 5 septembre dernier, 40 chars turcs se sont positionnés le long du fleuve Evros, notre frontière extérieure. Parlant de son voisin grec, le président turc déclarait: «ils vont comprendre que la Turquie a le pouvoir politique, économique et militaire de déchirer les cartes et documents immoraux imposés». Le 30 août, il ajoutait: «lorsqu'il s'agit de combattre, nous n'hésiterons pas à donner des martyrs». Nous ne pourrions pas dire que nous ne savions pas.

Je demande ici solennellement à la Commission et au Parlement de ne plus s'incliner face aux demandes et aux menaces du dirigeant turc. Cette posture de soumission conduit à continuer de négocier un processus d'adhésion avec un régime qui ne partage aucune des valeurs communes dont vous vous gargarisez à longueur de temps. Une soumission qui conduit à payer le régime d'Erdoğan pour qu'il garde chez lui les migrants qu'il amasse lui-même à nos portes. Une soumission qui conduit à laisser la Grèce se défendre quasiment seule.

Avant qu'il ne soit trop tard, avant que cette Turquie ne commette l'irréparable, retrouvez un peu de dignité et de courage. Assez avec les mots, des actes! Mettons un terme immédiat à l'union douanière qui coûte des milliards à nos pays en perte de recettes.

Enfin et surtout, stoppons, sans détour ni faux-fuyant, ce processus d'adhésion qui n'envoie qu'un signal de capitulation face aux délires de ce régime au parfum totalitaire. Européens, réveillez-vous!

Sergey Lagodinsky, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to start by expressing our unconditional solidarity with, and empathy for, our Greek colleagues and their citizens. It is hard to overestimate how it must feel to be threatened by a very aggressive and big, powerful neighbour. At the same time, let's admit something: this conflict will not be solved by one-sided blaming or bilateral escalation.

The legal claims of neither side are solid enough to convince the world and this Union, nor are the nationalist shouting matches that we witnessed in the Committee on Foreign Affairs (AFET) just last week, on both sides. What will solve the problem are four things. First, stop the escalation and return to the status quo ante. Second, start negotiating a comprehensive strategic deal on the Eastern Mediterranean, which will prevent similar conflicts in the future. Third, we should refuse to talk about empires – I refuse to do so. We're not in Ottoman times and we're not in the times of the Roman Empire. We should urge our Turkish colleagues to gain more credibility as a foreign power and as a democracy. Without credibility in terms of democracy in Ankara, we will not be able to avoid conflicts in the future. And fourth, and I will end with this, we should extend the Green Deal to the Mediterranean. Stop fighting over fossil fuels of the 19th century! Let's invest jointly in new green technology in that region too.

Εμμανουήλ Φράγκος, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, τις τελευταίες ημέρες, από τη στιγμή που άρχισα να προετοιμάζομαι για τη σημερινή μου ομιλία και να σκέφτομαι τι θα πω εδώ, συνειδητοποίησα πως οι θέσεις μου είναι ίδιες με την τελευταία φορά που συναντηθήκαμε, πριν από έξι ολόκληρους μήνες. Συμπέρασμα: Δεν έχει αλλάξει τίποτα, προφανώς. Για τον λόγο αυτό ας κάνουμε μια επανάληψη, για να βοηθήσουμε κάποιους.

Είναι ξεκάθαρο πως η Τουρκία δεν καταλαβαίνει από διάλογο και λογική. Μέχρι στιγμής, έχει καταπατήσει κάθε όρο της Συνθήκης της Λωζάνης, που όρισε τα σύνορά της, και έχει αποδείξει πως, όταν δεν βλέπει αντίδραση, αυξάνονται οι ορέξεις της. Για τον λόγο αυτό, η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να αντιδράσει δυναμικά. Αν θέλετε να προκληθεί πόλεμος, δώστε στην Τουρκία στήριξη αντί για κυρώσεις. Εμείς λέμε ότι χρειάζεται να επιβληθούν τώρα βαρύτερες οικονομικές κυρώσεις για να πληγεί και άλλο η οικονομία του Erdoğan. Μόνο έτσι θα καταλάβουν.

Είναι βέβαια σημαντικό να έχει η Ευρωπαϊκή Ένωση ανθρώπους που κατανοούν την κατάσταση και κινούνται με ειλικρίνεια στο καθήκον τους. Δυστυχώς, ο κύριος Borrell και οι συνεργάτες του προβάλλουν τα τουρκικά αιτήματα, έτσι που θα νόμιζε κανείς ότι εκπροσωπούν την Τουρκία. Ντρέπομαι που τέτοια άτομα εκπροσωπούν την Ευρωπαϊκή Ένωση, και ελπίζω την επόμενη φορά που θα συναντηθούμε να έχει αλλάξει αυτή η κατάσταση.

Martin Schirdewan, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, der Konflikt im östlichen Mittelmeer ist ein europäischer Konflikt, und er ist das in vielfacher Hinsicht: in Fragen europäischer Souveränität, bei der verfehlten EU-Migrationspolitik und bei der Lösung der Zypernfrage.

Die Türkei muss unverzüglich ihre Provokation und militärischen Drohgebärden einstellen und in eine Phase der Deeskalation und des politischen Dialogs eintreten. Und direkt an den Präsidenten Erdoğan gerichtet, der uns ja sicherlich sehr aufmerksam zuhört hier und heute: Das Osmanische Reich existiert nicht mehr, auch wenn Sie das noch nicht begriffen haben mögen.

Um die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Dialog und Konfliktlösung zu ermöglichen, muss die Türkei unverzüglich die illegalen Bohrungen in griechischen und zyprischen Hoheitsgewässern einstellen und internationales Recht und Seerecht akzeptieren. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, Herr Staatsminister, fordere ich die Mitgliedstaaten auf, einen sofortigen Stopp der Waffenexporte in die Türkei durchzusetzen.

Der EU-Türkei-Deal, dieses auf dem Rücken der Geflüchteten geschlossene Abkommen der Schande, muss beendet werden. Es braucht endlich eine Reform der EU-Migrationspolitik, die Asyl und Menschenrechte achtet, das lehren uns die Bilder und Ereignisse aus und in Moria.

Die angekündigte türkische Siedlungspolitik in Varosha auf Zypern behindert zusätzlich eine Lösung der Zypernfrage. Die Friedensgespräche müssen unverzüglich wieder bei dem erreichten Verhandlungsstand der Zypernkonferenz von Crans-Montana aufgenommen werden, um zu einer friedlichen Lösung des Zypernkonfliktes zu gelangen.

Und nochmal direkt an Präsident Erdoğan gerichtet: Die Türkei kann ein dauerhafter Partner der EU sein – dann, wenn sie zu einem grundlegenden Wechsel ihrer Politik im östlichen Mittelmeer gelangt.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση για την τουρκική επιθετικότητα, που αμφισβητεί τα σύνορα στο Αιγαίο, διατηρεί την κατοχή στην Κύπρο και καταπατά την κυπριακή ΑΟΖ, δεν μπορεί να αποκρύψει τις ευθύνες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η οποία διατηρεί υψηλού επιπέδου οικονομικές, πολιτικές και στρατιωτικές σχέσεις με την Τουρκία, και μαζί με τις Ηνωμένες Πολιτείες και το NATO υποθάλπουν επιθετικές της ενέργειες στην ευρύτερη περιοχή. Στόχος τους είναι τόσο η απόσπαση της Τουρκίας από την επιρροή της Ρωσίας και η ενίσχυση της νοτιοανατολικής πτέρυγας του NATO όσο και η συνεκμετάλλευση του Αιγαίου και της Ανατολικής Μεσογείου προς όφελος των αστικών τάξεων και αμερικανικών και ευρωπαϊκών μονοπωλίων μέσα από επικίνδυνους ανταγωνισμούς και παζάρια κατά των λαών.

Αυτά δεν μπορούν να κρυφτούν με ψηφίσματα ωραιοποίησης του ρόλου της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η απάντηση είναι: κοινή πάλη των λαών, καμιά αλλαγή συνόρων, απόρριψη των οδυνηρών διευθετήσεων Ηνωμένων Πολιτειών–NATO–Ευρωπαϊκής Ένωσης και αποδέσμευση από τις ιμπεριαλιστικές συμμαχίες. Αξιοποίηση του θαλάσσιου πλούτου με κριτήριο τις λαϊκές ανάγκες, με τον λαό να κάνει κουμάντο στον τόπο του.

Esteban González Pons (PPE). – Señor presidente, ser vecinos no significa necesariamente ser amigos. Los amigos se respetan y se ayudan, ni se amenazan ni se chantajea. Turquía y Europa somos vecinos, pero hace tiempo que hemos dejado de ser amigos.

Hace veinte años se abrió un camino para que Turquía formara parte de la Unión Europea, pero Erdogan ha traicionado nuestra amistad, ha cerrado esa puerta y ha levantado un muro frente a ella. A Erdogan le gusta nuestro dinero, pero no le gustan nuestros valores. Si no respeta los derechos del pueblo turco, ¿cómo queremos que respete los nuestros?

Erdogan ha cortado el camino hacia una Turquía europea. Lo que está sucediendo en Chipre, en Lesbos, en la frontera greco-turca, es una tragedia inaceptable. Esas cosas no deberían ocurrir en Europa y esas cosas no ocurren entre amigos. Por eso aplaudo la visita inmediata que el vicepresidente Schinas hizo en los primeros días al campo de Moria. Porque el problema migratorio no es un problema griego, es un problema europeo.

Turquía ha hecho de la provocación su instrumento para desestabilizar Europa; no Grecia, no Chipre, para desestabilizar Europa. Ayer eran los refugiados utilizados como arma. Puede que lo vuelvan a ser mañana. Hoy son los barcos de perforación en aguas griegas.

Por eso, del próximo Consejo solo puede salir un mensaje claro para Erdogan: Grecia y Chipre son parte de la familia europea. No vamos a dejarlos solos, vamos a defenderlos. Siempre estaremos en la mesa para negociar, pero quien chantajea, amenaza o extorsiona a un país de la Unión Europea debe saber que nos está chantajeando, amenazando o extorsionando a todos.

Tonino Picula (S&D). – Mr President, our relations with Turkey are the biggest challenge on the European Union's external borders at the moment. Illegal drilling activities in the Eastern Mediterranean are the latest layer added to this complex foreign-policy question.

Member States have very different policy stances towards Turkey. From finalising trade deals, to calling to completely halt the European Union integration path of Turkey. This would have immense consequences on Turkish citizens that see the European Union as one of the rare possibilities to change their worsening situation for the better.

But we cannot remain silent when Turkey as a member of NATO is threatening with *casus belli* to our Member States and questioning their territorial integrity. Greek and Cypriot borders are our external borders.

We should first and foremost call for a de-escalation of tensions and dialogue. It is clear that in order to allow the dialogue to advance, Turkey has to refrain from unilateral actions. But we must also support the call for further sanctions against Turkey, in the case that Erdoğan continues with this action.

I do hope that leaders can draw common conclusions, also when it comes to defining our policy towards Turkey in general.

To conclude, this situation is also a good reminder to continue strengthening the European Defence Union and our common resilience.

Nathalie Loiseau (Renew). – Monsieur le Président, la Turquie est membre de l'OTAN et du Conseil de l'Europe et candidate à l'adhésion à l'Union européenne. À ce titre, elle reçoit des fonds européens significatifs, participe à une union douanière avec l'UE et à des programmes européens en matière de recherche, d'éducation ou de culture.

L'Europe, qui n'a aucune responsabilité dans les causes de la tragédie syrienne, soutient massivement la Turquie pour l'accueil de millions de réfugiés sur son sol. Et pourtant. La présence militaire turque en Syrie, décidée sans concertation, fragilise notre lutte contre Daech. En Libye, la Turquie exporte des armes et des mercenaires au mépris des résolutions du Conseil de sécurité. En Méditerranée orientale, elle menace et provoque la Grèce et Chypre. Au sein de l'OTAN, le bilan n'est pas meilleur. Ankara a acheté du matériel militaire russe, a bloqué les plans de défense des États baltes et menacé des navires alliés.

Je ne veux pas davantage passer sous silence les violations des droits de l'homme dont sont victimes d'innombrables citoyens turcs. J'ai une pensée particulière pour Ebru Timtik, morte en prison pour avoir réclamé un procès équitable, ou pour Osman Kavala, détenu depuis plus de 1000 jours et dont le seul crime est d'aimer la liberté du peuple turc plus que la sienne propre.

Nous représentons ici le peuple européen. Ce peuple croit au respect du droit international, au respect des droits de l'homme et exige d'être respecté. Délibérément, le gouvernement de Recep Tayyip Erdoğan, jamais à court d'insultes à destination de l'Europe, nous tourne le dos. Oui, nous souhaitons une désescalade en Méditerranée. Oui, il doit y avoir une négociation, mais d'abord et avant tout, soyons unis derrière la Grèce et Chypre autant que derrière nos valeurs.

Angelo Ciocca (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi è il 15 settembre 2020 e io percepisco in quest'Aula la preoccupazione per il comportamento della Turchia, il comportamento di Erdogan.

Questa preoccupazione l'abbiamo gridata, votata, sollecitata con una parte di coscienza critica di quest'Aula, quando venivano regalati 9 miliardi alla Turchia, quando qualcuno sosteneva il progetto di fare entrare la Turchia islamica in Europa.

Ecco, io mi chiedo perché non c'erano allora queste preoccupazioni di oggi. Addirittura quando la Lega, quando l'opposizione di quest'Aula, quando la coscienza critica di quest'Aula, cercava di svegliare la coscienza dei filoturchi in Europa sui 9 miliardi regalati in Europa, venivamo tacciati di nazionalisti, fascisti, razzisti, xenofobi, cioè tutti gli aggettivi possibili e immaginabili.

E allora oggi è dura pensare che si fa sul serio, che qualcuno è realmente preoccupato, perché, ad aprile, 5 mesi fa, si è approvato e stanziato un finanziamento di 3 miliardi e 200 milioni per la Turchia. Cinque mesi fa, quando qualcuno chiedeva risorse per l'emergenza COVID-19 non c'erano soldi: per la Turchia c'erano 3 miliardi e 200 milioni.

Quando a qualcuno veniva chiesto di pagare più tasse, per la Turchia c'erano soldi, per la stessa Turchia che bombardava i curdi, la Turchia che stava con l'estremismo islamico, la Turchia che sta con Haftar, con il governo e la dittatura libica, che in questo momento tiene in ostaggio dei lavoratori italiani.

Chiedo a tutta l'Aula di aiutarci, chiedo al Presidente Sassoli, invece di scatenarsi contro il sottoscritto con una sospensione di dieci giorni e 5000 euro di multa per aver buttato a terra il cioccolato turco e dire no alla Turchia in Europa, chiedo al presidente Sassoli e a tutta quest'Aula di aiutarci a liberare i nostri connazionali. Abbiamo dei lavoratori italiani che sono ostaggio in questo momento in Libia: aiutateci a liberare i nostri lavoratori.

Der Präsident. – Ich möchte Ihnen noch einmal sehr klar sagen: Erstens, Sie haben Ihre Redezeit stark überzogen, und zweitens, es ist von der Geschäftsordnung her in diesem Haus nicht erlaubt, dass Sie Banner hochhalten. Beim ersten Mal war das sehr kurz, aber Sie haben es laufend wiederholt. Das widerspricht der Geschäftsordnung, und ich würde Sie ersuchen und auffordern, das nie mehr zu tun.

Mounir Satouri (Verts/ALE). – Monsieur le président, chers collègues, en Méditerranée orientale, la Turquie et des pays membres de l'Union risquent d'engendrer une escalade militaire pour assurer leur exploitation du gaz naturel. Nous ne résoudrons pas cette situation par un simple bras de fer militaire.

M. Erdoğan fait preuve d'un nouveau degré d'unilatéralisme en cherchant à intimider ses propres alliés de l'OTAN et des membres de l'Union européenne. Cette conduite prend racine dans son exercice du pouvoir sans partage en Turquie et nous devons donc surtout, plus que jamais, soutenir les forces vives démocratiques turques.

Je condamne l'unilatéralisme de M. Erdoğan mais je regrette aussi l'objet de cette dispute. Je me tourne ici vers toutes les parties prenantes: nous allons à la confrontation entre pays alliés pour exploiter des ressources non renouvelables, polluantes et qui accélèrent le réchauffement climatique. Le gaz naturel n'est pas notre avenir et il est regrettable que cette impasse nous amène déjà à de tels déboires avec nos voisins.

J'en appelle à un dialogue véritable avec la Turquie. Les 27 et l'Union doivent être aux côtés de la Grèce et de Chypre et défendre une position ferme mais raisonnée sur le plan écologique et prenant en compte les besoins de toutes les populations.

Ангел Джамбазки (ЕКР). – Уважаеми г-н Председател, уважаеми г-н Върховен представител, г-н Вебер, уважаеми колеги, ескалацията на напрежението в Средиземноморието е пряка последица от поведението и провокациите на турския президент г-н Ердоган. Това е пряка последица от неговата неоосманистка политика, която е провокация към Европейския съюз и към нашите ценности, и към начина ни на живот.

Нека напомня, че промяната, опитът да бъдат превърнати в джамии светилищата на православното християнство, като „Света София“, като „Христос Спасител“, всъщност са част от тези тежки провокации срещу нас.

И уважаеми колеги, крайно време е да си отворите очите и да прогледнете. Говоря тук на лявата част от залата, които сте малко двулични по отношение на поведението на диктатора Ердоган.

Уважаеми колеги, Турция в момента, ердоганова, неоосманистка Турция, не е европейска държава, и трябва да престанем да се правим, че не виждаме това. Трябва да спрем да наливаме европейски средства там, трябва да си кажем ясно, че в момента неоосманистка, ердоганова Турция не е европейска държава и не може да бъде част от Европейския съюз. Трябва да прекратим това лицемерие и да си кажем нещата такива каквито са. В противен случай ни очаква продължаваща провокация.

Έλενα Κουντουρά (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Borrell, δυστυχώς το Συμβούλιο δεν έχει δείξει την πολιτική βούληση να αρθρώσει μία ηχηρή απάντηση στις τουρκικές απειλές, γι' αυτό και η Τουρκία συνεχίζει να αγνοεί τις εκκλήσεις προς αποκλιμάκωση. Οι τουρκικές απειλές όμως δεν στρέφονται μόνο κατά της Ελλάδας, της Κύπρου ή, σήμερα, κατά της Γαλλίας· στρέφονται κατά της ίδιας της Ευρώπης. Προσβάλλουν ευθέως την ουσία των αρχών και τον πυρήνα του κεκτημένου της. Είναι προκλητικό η Ευρωπαϊκή Ένωση να επιβάλλει με ευκολία «fast track» κυρώσεις κατά τρίτων χωρών αλλά την ίδια στιγμή να μην υπάρχει ομοφωνία για ισχυρές κυρώσεις απέναντι στην Τουρκία, που επιτίθεται στην Ευρώπη, διότι τα ευρωπαϊκά κράτη συνεχίζουν να διατηρούν ισχυρούς οικονομικούς δεσμούς με τη χώρα αυτή, και η αλληλεγγύη τελικά μένει στα λόγια.

Μπροστά σε αυτή την εξωτερική απειλή, η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να αποδείξει ότι μπορεί να συγκροτήσει ένα ισχυρό μέτωπο για την άμεση επιβολή ισχυρών οικονομικών κυρώσεων. Αυτός είναι ο μόνος τρόπος για να κατανοήσει η Τουρκία ότι, απέναντι στις προκλήσεις της, υπάρχει μια ενωμένη, αποφασιστική Ευρώπη. Μόνο έτσι θα εγκαταλείψει την επιθετική πολιτική της, και θα δοθεί η δυνατότητα για έναν πραγματικό διάλογο.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Mr President, Mr Borrell, for a long time, Turkish authoritarian leadership has become more and more outspoken. However, the EU has never really dared to criticise its actions. Today, to confront Erdoğan's escalation in the Eastern Mediterranean, the EU has the responsibility to stay united in front of Turkey's expansionist actions. All Member States must support both Greece and Cyprus and need to immediately limit their military ties with Ankara and no one should export more arms to them or organise joint naval manoeuvres. It is time for the EU to raise its voice and concerns on the constant harassment of the Kurdish people by Erdoğan's regime, the constant persecution of independent journalists and the constant jailing of dissidents.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, το διεθνές δίκαιο, και μόνο το διεθνές δίκαιο, είναι η λύση στο πρόβλημα της Τουρκίας. Η Σύμβαση των Ηνωμένων Εθνών για το Δίκαιο της Θάλασσας υπεγράφη στις αρχές της δεκαετίας του 1980 και επικυρώθηκε από 167 κράτη. Αποτελεί εθιμικό δίκαιο. Κάθε χώρα οφείλει να συμμορφώνεται με το δίκαιο της θάλασσας, ακόμα και αυτές που δεν έχουν υπογράψει τη Σύμβαση, γεγονός που αποδέχτηκε και ο υπουργός των Εξωτερικών της Τουρκίας στην πρόσφατη συζήτηση που είχαμε στην Επιτροπή Εξωτερικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Το διεθνές δίκαιο και το δίκαιο της θάλασσας δεν είναι δίκαιο «α λα καρτ», δεν είναι δίκαιο «αλά τούρκα», δεν είναι δίκαιο με ανατολίτικο παζάρι. Η Σύμβαση για το Δίκαιο της Θάλασσας, στο άρθρο 121, αναφέρεται στα νησιά με οικονομική δραστηριότητα. Τα νησιά αυτά έχουν δική τους υφαλοκρηπίδα, δική τους αποκλειστική οικονομική ζώνη, και χωρικά ύδατα στα δώδεκα μίλια. Σύμφωνα με το άρθρο 3 της Σύμβασης, η Ελλάδα έχει αναφαίρετο δικαίωμα να επεκτείνει τα χωρικά της ύδατα στα δώδεκα μίλια. Όμως η Τουρκία, από το 1995, όταν η Ελλάδα επικύρωσε τη Σύμβαση για το Δίκαιο της Θάλασσας, απειλεί με «casus belli», δηλαδή αιτία πολέμου, αν η Ελλάδα επεκτείνει τα χωρικά της ύδατα στα δώδεκα μίλια.

Διάλογος, λοιπόν, ναι· αλλά η Τουρκία θέλει διάλογο με το πιστόλι στον κρόταφο της Ελλάδας και της Κύπρου. Αυτό δεν είναι διάλογος· είναι εκβιασμός των γειτόνων της στην Ανατολική Μεσόγειο. Και αυτό δεν μπορεί να γίνει αποδεκτό ούτε από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ούτε από την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, η Τουρκία έχει μετατραπεί από εταίρο σε ταραξία. Οι ενέργειές της έχουν αναστατώσει την Ανατολική Μεσόγειο, ενώ από το 1995 απειλεί την Ελλάδα με «casus belli», δηλαδή αιτία πολέμου. Χθες ο Τούρκος υπουργός Άμυνας, Akar, ζητούσε αποστρατιωτικοποίηση των ελληνικών νησιών· δηλαδή να τους διευκολύνουμε. Ας είμαστε ρεαλιστές. Δεν υπάρχει ευρωπαϊκή προοπτική για την Τουρκία. Χρειάζεται μια νέα ειδική σχέση που θα περιλαμβάνει τόσο το καρότο της αναβάθμισης των οικονομικών μας σχέσεων και της συνεργασίας μας όσο και το μαστίγιο των αυτοματοποιημένων κυρώσεων όταν καταπατά ανθρώπινα δικαιώματα στο εσωτερικό της ή κυριαρχικά δικαιώματα γειτονικών χωρών. Μέρος αυτής της συμφωνίας θα πρέπει να είναι και η πρόβλεψη από κοινού χάραξης των θαλασσιών ζωνών βάσει του διεθνούς δικαίου με την Ελλάδα και την Κύπρο, εντός ενός χρονικά περιορισμένου διαστήματος. Αλλιώς, με συνυποσχετικό, να βρούμε λύση στο Διεθνές Δικαστήριο της Χάγης μόνο για αυτό το θέμα. Χρειαζόμαστε, συνάδελφοι, ενιαία ευρωπαϊκή στρατηγική. Οποιαδήποτε ρωγμή στην πολιτική μας απλώς ενισχύει το θράσος της Τουρκίας και του κυρίου Erdoğan.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Mr President, I want to thank Mr Borrell especially for his great effort in bridging the tension on both sides and, as already said by my colleague Sergey Lagodinsky, blaming and shaming will not help in resolving this European problem, I would say.

Europe is worried. We all have to be worried about the Eastern Mediterranean. The deepening confrontation in the Aegean, in the waters of Cyprus and Libya, is a very serious sign which would have profound implications for regional stability and NATO. We all have much to lose from an actual conflict. This is a no-win situation. We need a de-escalation immediately. It's not enough to know that a dialogue based on compromise is the only working solution. I urge both sides to sit at the negotiation table without allowing third countries to take actions that encourage either party. The first positive sign was made, and I am very much looking forward to more comprehensive engagement from the European Union as well.

Peter Kofod (ID). – Hr. formand, igen diskuterer vi Tyrkiet. Igen er Tyrkiet gået langt over strengen, og igen viser diktator Erdogan, at han er til stor fare for Europa, denne gang Grækenland og Cypern. Hvor længe skal det her cirkus egentlig fortsætte? Jeg har sagt det før, og jeg siger det igen: Stop med at tro, at I kan tale fornuft med Erdogan! Han er ikke Europas ven, han er vores fjende. Han har regnet ud, at EU ikke har tænkt sig at gøre andet, end at holde diplomat-iske forståelsesmøder og drikke dialogkaffe. Hvis EU vil have styr på Erdogan, så må man behandle ham som det, han er: en bølge. Bølger i en skolegård opfører sig ikke pænere af, at stræberne fordrer dem med flødekarameller, ligesom Erdogan heller ikke bliver venligere af, at I fylder hans lommer med skatteborgernes penge. Luk grænserne mod Tyrkiet fuldstændig. Gør det klart, at Tyrkiet aldrig nogensinde må blive medlem af EU, og luk pengekassen for Tyrkiet, hellere i dag end i morgen!

François Alfonsi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, la Turquie de M. Erdoğan cumule les atteintes aux droits de l'homme et les violations du droit international.

Sur le territoire turc, de très nombreux élus ont été privés de leur mandat et remplacés de manière autoritaire par des gouverneurs imposés par l'État. Depuis des années, des députés et des maires sont emprisonnés pour des accusations imaginaires de terrorisme. Beaucoup sont kurdes et leur terrorisme consiste en fait à revendiquer les droits du peuple kurde. Mais c'est à toute l'opposition que Recep Tayyip Erdoğan s'attaque: elle a également été touchée par cette répres-sion.

Hors de ses frontières, la Turquie a envahi une partie de la Syrie dans les zones à peuplement kurde. Elle mène en Irak des opérations militaires sans aucun mandat pouvant le justifier et, bien sûr – cela a été largement abordé au sommet du Med7, qui réunit les sept pays méditerranéens de l'Union européenne, tenu en Corse il y a une semaine – il y a eu la violation des eaux territoriales de la Grèce et de Chypre pour s'accaparer leurs ressources gazières. Cette agression a été fermement condamnée et ce sommet l'a permis. Le fait est que le navire de recherche turc et la flotte militaire qui l'escortait ont regagné leur port de Turquie, sans qu'il y ait eu besoin d'engager une escalade dangereuse pour la paix.

Cependant, tous les problèmes que j'ai évoqués demeurent comme autant de menaces pour la paix et la démocratie.

Hermann Tertsch (ECR). – Señor presidente, creo que tenemos hoy una rara situación en este Parlamento y es que hay un consenso amplísimo, que es una muy buena noticia para el alto representante Borrell, pero también para el Consejo Europeo, que tiene un Parlamento casi con la opinión unánime de que hay que tomar medidas frente a la deriva alarmante del régimen de Erdogan, frente a lo que está sucediendo en todos los terrenos: en la involución de los derechos humanos, en el desafío permanente a las fronteras de Chipre y a las fronteras de Grecia, en el acoso, la manipulación, el uso de los refugiados, y en las provocaciones ya militares que están teniendo lugar con la cuestión de las perforaciones también.

En ese sentido, ya ha llegado la hora de que se le presente cara a Erdogan, se le diga que esta deriva es imposible, que no la continúe y que vea que Turquía no puede comportarse como un enemigo más y ser tratado como un amigo sub-vencionado. Esto no puede continuar así, hay que decirle a Erdogan que queremos colaboración, pero que lo uno excluye lo otro, y hay que decirselo de una forma muy contundente, con sanciones.

Γιώργος Γεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, στην Ανατολική Μεσόγειο αναζωπυρώνονται ο ψυχρός πόλεμος και οι παλιοί ανταγωνισμοί για την κατάκτηση εδαφών και το μοίρασμα του πλούτου των λαών της περιοχής. Κύριε Borrell, να είμαστε ειλικρινείς. Δεν επανέρχονται μόνον οι παλιές αυτοκρατορίες· είναι εδώ και νέες αυτοκρατορίες σε αυτό το επικίνδυνο παιχνίδι — και το NATO και η Ευρωπαϊκή Ένωση. Πρωταγωνιστής, βέβαια, παραμένει η Τουρκία, με τις πειρατικές της ενέργειες, η οποία παραβιάζει το διεθνές δίκαιο, το δίκαιο της θάλασσας και τα κυριαρχικά δικαιώματα της Κύπρου και της Ελλάδας.

Καταδικάζουμε με τον πιο έντονο τρόπο το νέο σχέδιο της Τουρκίας για εποικισμό της Αμμοχώστου. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να αλληθωρίζει πλέον. Η Ευρωπαϊκή Ένωση μοιράζει δεξιά και αριστερά κυρώσεις, όμως την Τουρκία τη χαϊδεύει. Σαφώς και πρέπει να περιοριστεί η ένταση με ειλικρινείς ενέργειες. Το Ουγς Reis έφυγε και δεν έφυγε. Το Yavuz και το Barbaros, όμως, συνεχίζουν να είναι στα κυπριακά παράλια. Να γίνει διάλογος αλλά να είναι έντιμος και ειλικρινής, με όρια, αρχές και πλαίσιο, έτσι ώστε να οδηγήσει σε μια δίκαιη λύση των προβλημάτων των λαών της περιοχής, ιδιαίτερα όμως του Κυπριακού, κύριε Πρόεδρε, που είναι το πιο έντονο και το πιο οξύ.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gentile Alto rappresentante, la guerra non è mai necessaria né inevitabile: si può sempre trovare un'alternativa; è la via del dialogo e dell'incontro, lo ha detto Papa Francesco.

Fermo sostegno quindi alla mediazione della Presidenza tedesca e all'azione dell'Alto rappresentante per fermare l'escalation del Mediterraneo. Attenzione però: mediazione non significa imparzialità. Questo non è possibile! Grecia e Cipro, ai quali va tutta la mia solidarietà, sono Stati membri, sono amici e fratelli che difendono la legalità internazionale, mentre la Turchia è un paese solo formalmente candidato che ormai ha rinunciato a qualsiasi rispetto dei valori europei, un paese che ha intrapreso una serie di azioni unilaterali, provocatorie, illegali, inaccettabili.

Troppe volte l'ho denunciato nel corso degli ultimi sei anni: cos'altro deve accadere dopo quanto accaduto ai curdi? Cos'altro deve accadere dopo quanto è successo negli ultimi giorni? Sì alle sanzioni mirate per far capire ad Ankara che serve avere un dialogo costruttivo, che deve fare un passo indietro da queste provocazioni e che ancora una volta, per noi, finalmente, questi valori europei non devono essere solo uno slogan ma veramente pilastri irrinunciabili.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, οι εγκληματικές ενέργειες της Τουρκίας συνεχίζονται σε βάρος δύο χωρών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης: της Κύπρου και της Ελλάδος. Αυτές οι απειλές δεν στρέφονται μόνο εναντίον αυτών των δύο χωρών μελών αλλά στρέφονται ευθέως εναντίον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αφού παραβιάζονται τα εξωτερικά της σύνορα, τα κυριαρχικά της δικαιώματα και τα συμφέροντά της. Αναδεικνύεται περίτρανα για μία ακόμη φορά ότι η Τουρκία δεν καταλαβαίνει από λόγια, από διακηρύξεις και ψηφίσματα. Η Τουρκία και η τουρκική επιθετικότητα αναχαιτίζονται μόνο με αυστηρές κυρώσεις και μέτρα.

Να σας θυμίσω ότι, παρά τη διεθνή κατακραυγή και παρά τις δικές μας ενστάσεις και αντιδράσεις, εν μία νυκτί μετέτρεψαν το οικουμενικό σύμβολο της χριστιανοσύνης, την Αγία Σοφία, σε τζαμί. Να σας θυμίσω ότι, εδώ και 46 χρόνια, η δική μου η πατρίδα, η Κύπρος, βρίσκεται υπό κατοχή. Και η Τουρκία αρνείται να αποσύρει τα στρατεύματά για να προχωρήσουμε σε λύση του κυπριακού προβλήματος και να απολαύσουμε και εμείς το πανανθρώπινό μας δικαίωμα να επιστρέψουμε μετά από 46 χρόνια στην κατεχόμενη γη μας και στις πατρογονικές μας εστίες. Να σας θυμίσω ότι η Τουρκία δεν σέβεται καμία απόφαση, κανένα ψήφισμα, καμία συμφωνία του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αφού δεν αναγνωρίζει έως σήμερα την Κυπριακή Δημοκρατία.

Όμως, πέραν από το να σας θυμίσω, οφείλω σήμερα να σας προειδοποιήσω ότι η πόλη μου, η πόλη της Αμμοχώστου, επαιτείται με εποικισμό από τους Τούρκους, με άνοιγμα της κλειστής περιοχής. Και θα ζητήσω από εσάς, κύριε Πρόεδρε, και από όλες τις πολιτικές ομάδες να τεθεί προς συζήτηση το θέμα της Αμμοχώστου στην επόμενη σύνοδο της Ολομέλειας· για να προλάβουμε τώρα, γιατί μετά θα είναι αργά.

Αγαπητέ κύριε Πρόεδρε, σήμερα μας παρακολουθούν 450 εκατομμύρια Ευρωπαίων πολιτών που θέλουν να λάβουμε μέτρα εναντίον της Τουρκίας. Για μένα τα μέτρα είναι απλά και είναι μόνον τέσσερα:

α) να σταματήσει οποιαδήποτε χρηματοδότηση στην Τουρκία —ούτε ένα ευρώ στην Τουρκία·

β) να σταματήσει η πώληση όπλων προς την Τουρκία. Είναι αδιανόητο έστω και μία σφαίρα να πηγαινει από χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην Τουρκία, όταν αυτή η σφαίρα θα χρησιμοποιηθεί εναντίον Ευρωπαίων πολιτών·

γ) να παγώσει η τελωνειακή ένωση της Τουρκίας· και

δ) να διασφαλιστούν τα κυριαρχικά δικαιώματα και τα εξωτερικά σύνορα με έμπρακτη στήριξη και έμπρακτη αλληλεγγύη από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Γιατί αλληλεγγύη δεν είναι μόνο λόγια αλλά είναι και έργα, και αυτό ζητούμε και δικαιούμαστε από την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, ας υποθέσουμε ότι η Τουρκία δεν κατέχει το 37% της Κύπρου, ότι δεν απειλεί καθημερινά την Ελλάδα και δεν έχει εισβάλει στο Αιγαίο. Ας υποθέσουμε ότι η Τουρκία δεν έχει υπογράψει σύμφωνο με τη Λιβύη. Ας υποθέσουμε ότι η Τουρκία δεν εκβιάζει την Ευρώπη με το μεταναστευτικό. Τότε θα καταλάβαινα τη χλιαρή στάση που τηρούν οι εταίροι μας απέναντί τους. Σήμερα που μιλάμε, το Οργς Reis πήγε για σέρβις και κάποιοι πανηγυρίζουν. Την ίδια στιγμή, το Barbaros και το Yavuz αλωνίζουν στην αποκλειστική οικονομική ζώνη της Κύπρου. Στόχος θα πρέπει να είναι η αποκλιμάκωση. Αν δεν ληφθούν αυστηρές κυρώσεις κατά της Τουρκίας, όλοι αυτοί που συμπεριφέρονται με τον τρόπο με τον οποίο συμπεριφέρονται σήμερα θα είναι συνυπεύθυνοι για τις ενέργειές της.

Hilde Vautmans (Renew). – Mr President, High Representative, it's good that we will have a special European Council on external affairs in 10 days. We really need it. Look at the world around us –Trump, Putin, Erdoğan, they all challenge the status quo in Europe. Europe stands by and watches, instead of living up to its ambition to become a strong geopolitical actor. Take Turkey, which we are debating today, an EU candidate country. Our relations have been under strain for a long time and not because of the EU's actions, but because of Turkey's actions. Yes, we need to stay on speaking terms, but let's be honest and acknowledge that this Turkey cannot join Europe. We need to stop the accession negotiations and build a strong, new partnership with Turkey. This should be our message ahead of the special European Council.

(Applause)

Roman Haider (ID). – Herr Präsident! Ich verstehe ja überhaupt nicht, dass die Türkei noch Beitrittskandidat bei der EU ist.

Es ist mir auch prinzipiell unverständlich, dass ein asiatischer Staat Beitrittskandidat zur EU sein kann. Es ist auch völlig unverständlich, dass ein Staat, der einem anderen EU-Staat mit Krieg droht, Beitrittskandidat sein kann. Und es ist absolut unverständlich, dass diese orientalische Despotie nicht nur mit Milliarden Euro von der EU mittels sogenannter Heranführungshilfe gesponsert wird, sondern die EU auch noch erpressen kann.

Jetzt, wo zwei EU-Mitglieder direkt mit Krieg bedroht werden, wo ist sie jetzt, die europäische, die vielgepriesene europäische Solidarität? Da übt sich die EU in vornehmer Zurückhaltung. Um ernste, schmerzhaft Sanktionen gegen diesen Politraubauken am Bosphorus macht man hier leider einen weiten Bogen in der EU. Das ist traurig, denn dieser Kuschelkurs wird diesen selbsternannten Sultan kaum beeindrucken. Dort, wo die EU aufgerufen wäre, Stärke zu zeigen, da versagt sie. Das ist traurig.

Assita Kanko (ECR). – Mr President, Turkey is an important strategic partner for the EU, both economically and geopolitically, but that does not negate its many misdemeanours: backsliding democracy and human rights; devastating actions in Syria and Libya; disregard of international law with regard to Greece and Cyprus; lack of respect for Christian communities. And this is not the first, second, third or even fourth time we've had this exact same debate in this Parliament.

Turkey has not presented itself as a worthy candidate country for years. We need a fundamental strategic rethink of our relationship. It's time the EU accepts that at best we can only have a business relationship with Turkey. Accession negotiations should be stopped and the budget allocation also for this process should be put to better use. We need the money for other things. Trying to turn Erdoğan into a reliable and cooperative partner is like trying to flog a dead horse. I don't want to do that.

Özlem Demirel (GUE/NGL). – Herr Präsident! Die militarisierte Außenpolitik des Erdoğan-Regimes ist natürlich zu verurteilen. Doch in diesem Konflikt geht es nicht um Erdoğan. Hier hat er sogar Rückhalt aus der Bevölkerung.

Fakt ist, altbekannte Streitigkeiten sind neu entfacht wegen dem vielen Gas. Fakt ist, es gibt viele Akteure im östlichen Mittelmeer: Internationale Ölkonzerne versuchen ihre Anteile zu sichern. Doch statt der Begierde von Exxon Mobile, ENI oder Total nachzugeben, sollten faire, nachhaltige politische Lösungen gefunden werden – im Übrigen auch zentral für die Zypernfrage.

Aber Herr Roth, die Türkei jetzt zur Deeskalation aufzurufen und gleichzeitig Kriegsschiffe aus Deutschland zu exportieren, ist nicht glaubwürdig. Aber es ist auch Fakt, dass Frankreich im Moment zahlreiches Kriegsgerät an Griechenland verkauft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Säbelrasseln wird keine Lösung bringen. Lassen Sie uns aufhören, die Interessen von Waffen- und Ölkonzernen zu bedienen, und lassen Sie uns im Interesse der Menschen in Europa, der Türkei und in Griechenland nachhaltig für Frieden sorgen.

Arnaud Danjean (PPE). – Monsieur le Président, avec la pandémie et ses conséquences sanitaires, économiques et sociales, il a beaucoup été question dans nos institutions européennes de solidarité européenne.

Il serait toutefois temps – et c'est urgent – que cette solidarité s'applique de façon inconditionnelle et résolue à nos États membres grec et chypriote. En Méditerranée orientale, il n'y a pas d'hésitation à avoir. Sans rappel fondamental et essentiel de ce principe vital pour l'Union européenne qu'est la solidarité, nous ne parviendrons pas à la désescalade et au dialogue parce que, bien sûr, c'est le dialogue et la négociation qui permettront de résoudre ces contentieux anciens et nombreux entre les États membres et la Turquie.

Il ne faut cependant pas se faire d'illusions: pour engager un dialogue de bonne foi, il faut d'abord être en mesure de soutenir le rapport de force des provocateurs et soutenir le rapport de force verbal et militaire de M. Erdoğan, c'est montrer nos capacités et notre solidarité. De ce point de vue-là, attention à l'ambiguïté qui entoure le concept de médiation de l'Union européenne. L'Union européenne n'est pas un médiateur dans cette crise: elle doit appuyer la désescalade et le dialogue, mais reste un acteur aux côtés de tous ses États membres.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, a relação da União Europeia com a Turquia está de novo a ser posta à prova e, mais uma vez, por ações unilaterais provocatórias por parte do Governo turco. São muitos os exemplos que se poderia citar, desde incidentes nas fronteiras terrestres ao desrespeito pelo Estado de direito e, agora, a intervenção gravíssima nas zonas marítimas exclusivas de dois Estados-Membros.

Até quando é que este tipo de comportamento por um Estado candidato à adesão e que é membro parceiro na NATO será tolerado? É tempo de sermos claros. Já foram cruzadas várias linhas vermelhas. É, assim, imperioso avançar para o embargo do fornecimento de armas e reforçar as listas de sanções direcionadas. Devemos manter o apoio à sociedade civil turca, também ela vítima dos desmandos totalitários do Senhor Erdogan. Devemos manter os canais diplomáticos de diálogo abertos, mas estes incidentes não podem ser ignorados. Erdogan tem que perceber que os comportamentos das últimas semanas e a sua estratégia de desestabilização, em geral, não ficarão sem resposta. Os ataques à Grécia e a Chipre são ataques à União Europeia.

Chrysoula Zacharopoulou (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Haut-représentant, chers collègues, nous sommes réunis aujourd'hui pour débattre encore une fois du rôle de la Turquie, au lieu de répondre aux questions suivantes: quel est le rôle de l'Union européenne en Méditerranée orientale? Quelle est notre politique extérieure vis-à-vis de la Turquie?

Depuis trop longtemps, le Président turc joue avec l'Europe au jeu du chat et de la souris. La Syrie, la Libye, les forages illégaux... Il faut mettre un terme à l'ambiguïté. Certains disent qu'avant-hier, il a retiré son navire turc des eaux grecques. Est-ce suffisant? Peut-on lui faire confiance?

Mes chers collègues, de la crise sanitaire est né le plan de relance, signe d'une Europe mature qui veut éviter les erreurs du passé. De cette crise politique devra aussi naître une diplomatie commune pour assurer notre sécurité et protéger notre souveraineté européenne.

Comme l'a dit le président de la République française, nous devons bâtir cette *pax Mediterranea*, pas seulement avec des mots, mais avec des actes.

Le sort de l'Europe, chers collègues, est lié au sort de la Méditerranée. Il est urgent que l'Union européenne et ses politiques s'affirment.

Jaak Madison (ID). – Mr President, yesterday evening we all got an email from the Turkish Minister of Foreign Affairs to our mailing list with some explanations and proof of its rights. In the last sentence of the letter, they say, 'As a candidate country, we expect the EU and the European Parliament to maintain an equal distance to the parties.'

First of all, I think 99% of this House agrees on one thing today: Turkey will never be part of the EU, part of Europe. Our histories are too different. Our religions are too different. Our ideologies are too different. That's why I have a question for Mr Borrell. As you have seen today, we all agree on one thing. For how much longer will we give the Turkish side the opportunity to say 'as a candidate country'? Just take it away. It stops. We know very well that at least Greece, France, Estonia and many other countries will never accept the idea of Turkey in the EU. We will never accept spending our taxpayers' money and billions on Turkey while it supports mosques and radical Islam in the EU. Can you say when it will be possible to say it is no longer a candidate country of the EU?

(Die Aussprache wird unterbrochen)

5. Erste Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, liebe Frau Wiseler-Lima, ich muss jetzt kurz die Sitzung unterbrechen für den Beginn der ersten Abstimmungsrunde, und dann sind Sie am Wort.

Daher muss ich, bevor wir mit der Aussprache fortfahren, die erste heutige Abstimmungsrunde eröffnen. Die Dossiers, über die wir nun abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde ist von 10.30 Uhr bis 11.45 Uhr geöffnet. Es kommt das Ihnen bereits bekannte Abstimmungsverfahren zur Anwendung. Alle Abstimmungen sind heute namentliche Abstimmungen, und sowohl die Mitglieder des Europäischen Parlaments als auch die Bürgerinnen und Bürger können die Stimmabgabe und die Ergebnisse der Abstimmung anhand des Dokuments überprüfen, das auf der Website der Plenartagung veröffentlicht wird.

Ich erkläre daher die erste Abstimmungsrunde des heutigen Tages für eröffnet. Sie können bis 11.45 Uhr abstimmen. Das Ergebnis dieser Abstimmungsrunde werden wir um 14.15 Uhr heute Nachmittag bekannt geben.

6. Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates zu der gefährlichen Eskalation und der Rolle der Türkei im östlichen Mittelmeerraum (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Erklärung des Rates und der Kommission zur Vorbereitung der Sondertagung des Europäischen Rates zu der gefährlichen Eskalation und der Rolle der Türkei im östlichen Mittelmeerraum (2020/2774(RSP)) fort.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Monsieur le Président, la Turquie a le statut de pays candidat à l'adhésion à l'Union européenne. Elle est membre de l'union douanière de l'Union européenne et de l'OTAN.

En outre, des pans entiers de la société civile turque aspirent aux valeurs promues au sein de l'Union européenne. Le pouvoir en place est ainsi contesté de l'intérieur pour ses écarts constants par rapport aux valeurs démocratiques et aux libertés fondamentales: annulation des résultats d'élections gagnées par l'opposition; intimidation et emprisonnement, notamment de journalistes.

Il existe ainsi une société civile militante, désireuse de voir les droits humains respectés, qui regarde vers l'Union européenne avec espoir. Pour le pouvoir en place, instaurer une relation belliciste avec l'Union européenne est une manière d'ériger celle-ci en adversaire, rôle que nous refusons à l'égard du peuple turc. L'attitude du pouvoir turc en Méditerranée est une pure provocation: violation régulière de l'espace aérien et des eaux territoriales grecques sans but apparent, eaux contestées où aucune ressource naturelle n'a été découverte. Je vous le demande: que recherche donc vraiment ce pouvoir turc?

Nous demandons des mesures fortes contre ces provocations et continuons à assurer nos amis turcs, défenseurs des droits fondamentaux, de notre soutien.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, parlando delle azioni di Erdogan, siamo tristemente abituati a usare espressioni dure. Tuttavia, quanto avviene nel Mediterraneo orientale va ben oltre ogni limite, con Ankara che è arrivata a minacciare direttamente Atene dopo mesi e mesi di trivellazioni illegali e accordi contrari al diritto internazionale, come il memorandum d'intesa con la Libia sulla delimitazione delle giurisdizioni marittime.

Erdogan abbia chiara una cosa: quando minaccia la Grecia o Cipro non sta minacciando semplicemente i propri vicini, con Bruxelles come mediatore. Sta minacciando l'intera Unione europea. E come Europa dobbiamo reagire uniti, mantenendo aperto un canale di dialogo, lavorando per una *de-escalation*, certo, ma il Consiglio europeo straordinario della prossima settimana dia un segnale forte, con un pacchetto di sanzioni, ma anche con un embargo sulla vendita di armi a un paese che, oltre a violare apertamente il diritto internazionale e mettere a repentaglio i rapporti interni alla stessa NATO, continua a regredire nel rispetto dei diritti umani, delle libertà fondamentali e della democrazia.

È ora che l'Europa porti avanti una propria politica nel Mediterraneo senza rimanere schiacciata da ricatti da parte di autocrati come il presidente Erdogan.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident! In meiner Jugend war die Türkei ein Militärregime, das von allen Linken bekämpft wurde und der Paria der internationalen Gesellschaft war, aber es war ein säkulares Regime.

Heute ist die Lage in der Türkei noch deutlich schlechter als damals, vor allem was die Lage von ethnischen und religiösen Minoritäten oder von Frauen angeht. Ansonsten gibt es auch heute keine Pressefreiheit, keine Meinungsfreiheit und keine Rechtsstaatlichkeit. Wir wissen das, und wir diskutieren es immer wieder, und nichts passiert.

Jetzt droht die Türkei sogar zwei Vollmitgliedern der EU mit militärischen Schritten, und weiterhin passiert gar nichts. Wir diskutieren hier, aber weiterhin höre ich von der Linken, wir brauchten mehr Dialog und Deeskalation.

Deeskalation, liebe Linken, ist ein anderes Wort für Verrat an den europäischen Werten. Deshalb bin ich dafür, den Dialog jetzt endlich zu beenden und nicht mehr zu deeskalieren, sondern zu eskalieren, nämlich zu eskalieren im Sinne der europäischen Werte, und diese europäischen Werte endlich durchzusetzen – auch im Verhältnis zur Türkei.

Paulo Rangel (PPE). – Mr President, we should not need to remind ourselves that Greek and Cypriot borders are European borders – European Union borders. When Russia invaded Georgia, the Donbass in Ukraine, and Crimea, all the European Union reacted because Russia was not respecting international law or international borders. Now that we have this constant bullying at our own European borders, are we going to be silent? Are we going to be inactive? Aren't we going to do something?

Turkey is not a third country. It has a customs union. It is a candidate country and a member of NATO, and so it has obligations that other countries don't have. We therefore have to be firm and clear. It's European borders that are at stake.

(Applause)

Evin Incir (S&D). – Herr talman! Där argumenten tryter blir hot om våld alternativ för vissa. Där är Erdoğan just nu.

I en allt mer osäker värld behöver vi mer dialog, inte eskalering. Vi behöver mer förståelse, inte polarisering. Men jag måste säga att jag efter förra veckans möte i utrikesutskottet nästan tappade hoppet.

Att Turkiets utrikesminister Cavusoglu på mötet känner sig tvungen att säga att han är stolt över sina förfäder, ottomanerna, och att EU:s gränser inte slutar efter Cypern och Grekland får mig att undra dels om han vet vad ottomanerna sysslade med, dels om hur bra han kan läsa en karta.

Tro mig, även jag önskar att Turkiet var vid en punkt där det fanns hopp om ett EU-medlemskap. Det skulle nämligen innebära att alla folken – turkar, kurder, syrianer, assyrier, armenier, aleviter och alla andra – i Turkiet levde i demokrati och frihet, att ockupationen av Cypern var historia, och att konflikten med Grekland var löst. Men där är vi dessvärre inte ännu, och med Erdoğan-styret är det helt omöjligt.

Nu om någon gång är det dags för sanktioner mot Erdoğan och hans lakejer.

Isabella Tovaglieri (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il presidente Erdogan, per estendere l'egemonia islamica sul Mediterraneo orientale, non perde occasione per minacciare l'Unione europea e per sfidare i suoi interessi economici e i suoi valori culturali.

A luglio, infatti, con un atto di aperta ostilità verso le radici cristiane d'Europa, ha convertito la Basilica di Santa Sofia di Istanbul in una moschea. Ad agosto, invece, ha schierato 25 navi da guerra per sondare i giacimenti intorno a Cipro e alle isole greche, attaccando la flotta di Atene, che difendeva le proprie zone economiche esclusive.

È evidente che non possiamo più tollerare queste provocazioni. Il presidente Macron, pur gravemente minacciato da Ankara, non ha esitato ad agire con parole e fatti, consapevole che l'escalation voluta da Erdogan, potrà avere conseguenze pericolose per tutti i paesi del Mediterraneo.

Invece, il governo Conte balbetta indeciso sul da farsi, sempre più succube dei dittatori e sempre più ai margini della politica internazionale, occupato evidentemente più ad accogliere gli immigrati clandestini che a tutelare la sicurezza delle coste italiane e i confini d'Europa, confini che, per quanto ci riguarda, la Turchia non dovrà mai varcare.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, alto rappresentante, noi abbiamo una responsabilità enorme che ci deriva dalla consapevolezza che non è affatto vero che la Turchia non possa essere fermata.

Il problema è che non la sta fermando l'Europa: sia in Siria che in Libia, la Russia si è incaricata di svolgere di fatto questo compito. Allora qual è la nostra emergenza? Ritornare come europei a difendere il Mediterraneo e oggi la minaccia è costituita dalla Turchia.

Come possiamo ottenere questo risultato? Una proposta può essere quella della istituzione di un inviato speciale dell'Unione europea per il Mediterraneo orientale, esattamente con lo scopo, da un lato, di dirimere le controversie giuridiche sul diritto del mare e, dall'altro, di garantire una pace targata Europa, perché quella della Turchia verso di noi, quindi verso Grecia e Cipro in particolare, non è una provocazione: è un attacco dentro quella che definiamo, appunto, strategia neo-ottomana, la cui vittima è la storia greca, latina e cristiana dell'Europa.

Εύα Καϊλή (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, στην Ανατολική Μεσόγειο διαδραματίζεται ένα ακόμη επεισόδιο μιας χρόνιας κρίσης που απλώς επιδεινώθηκε από τις ηγεμονικές φιλοδοξίες του Erdoğan να καλύψει το κενό που άφησε η απουσία της Αμερικής και το βραχυκυκλωμένο πλέον NATO, ώσπου τουλάχιστον η Ευρωπαϊκή Ένωση να ενηλικιωθεί στην εξωτερική της πολιτική, αναλαμβάνοντας επιτέλους ηγετικό ρόλο στην ευρύτερη περιοχή της Μεσογείου και ίσως, κύριε Εκπρόσωπε, αναθέτοντας σε έναν ειδικό Ευρωπαϊκό εκπρόσωπο για την Ανατολική Μεσόγειο τη συνεννόηση σε όλα τα επίπεδα με την Τουρκία υπέρ μιας ειρηνικής συνύπαρξης με την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Επιτρέψτε μου να υπογραμμίσω εδώ το αυτονόητο: ότι ο σεβασμός στο διεθνές δίκαιο και τα κυριαρχικά δικαιώματα της Ελλάδας και της Κύπρου είναι αδιαπραγμάτευτα και δεν μπαίνουν στο τραπέζι κανενός. Η Ευρώπη, λοιπόν, οφείλει να ξεκόψει τις νεοθωμανικές γεωπολιτικές κατακτητικές ορέξεις του Erdoğan —γιατί Ελλάδα και Κύπρος είναι Ευρώπη—, σταματώντας να χρησιμοποιεί δυο μέτρα και δυο σταθμά, ανάλογα με τα οικονομικά και εξοπλιστικά συμφέροντα κάποιων κρατών μελών, και αποκτώντας επιτέλους μια ισχυρή και μακροπρόθεσμη στρατηγική, από τη Λιβύη ως τη Συρία, στα ευρύτερα σύνορά μας.

Tom Vandendriessche (ID). – Voorzitter, begin maart belegerden tienduizenden migranten, overwegend jonge mannen op militaire leeftijd, de Griekse grens. Sultan Erdogan gebruikte de massamigratie als chantagemiddel om meer geld voor zijn regime los te weken. Er kwam amper reactie. Erdogan weet sindsdien hoe zwak en besluiteloos de Europese Unie is. Vandaag schendt zijn regime de territoriale wateren en het luchtruim van Griekenland. Opnieuw wordt er geaarzeld om daadkrachtig in te grijpen. *Apeasement* werkt niet bij dit soort leiders. We moeten het regime van Erdogan op de knieën krijgen of we blijven overgeleverd aan de Turkse chantage en agressie. Stop daarom de miljarden voor Turkije. Schaf de douane-unie af en kondig economische sancties af. En vooral: stop eindelijk de toetredingsgesprekken tot de Europese Unie, want Turkije is geografisch religieus, cultureel en historisch geen deel van Europa en zal het ook nooit worden.

Άννα-Μισέλ Ασημακοπούλου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, στην πολιτική υπάρχουν στιγμές που πρέπει να διαλέξεις με ποιανού το μέρος είσαι. Στην περίπτωση, λοιπόν, των τουρκικών απειλών, των εκβιασμών, της προκλητικότητας, της κατάφωρης παραβίασης των κυριαρχικών δικαιωμάτων της Ελλάδας και της Κύπρου, αλλά και του διεθνούς δικαίου, είναι αυτονόητο ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση θα πάρει το μέρος των κρατών μελών της· τουλάχιστον στα λόγια, γιατί μέχρι στιγμής το μόνο που έχουμε είναι δηλώσεις του κυρίου Borrell, των κορυφαίων θεσμικών ευρωπαϊκών παραγόντων, των κρατών μελών – δηλώσεις, δηλώσεις, δηλώσεις. Δηλώσεις αλληλεγγύης και στήριξης και δηλώσεις οι οποίες μας ωθούν στην αποκλιμάκωση και στον διάλογο. Και, μη με παρεξηγείτε, είναι ευπρόσδεκτες οι δηλώσεις· όπως είναι ευπρόσδεκτη και η αποκλιμάκωση και ο διάλογος. Γιατί, όπως δήλωσε ο δικός μας πρωθυπουργός, Κυριάκος Μητσοτάκης, «σταματούν οι προκλήσεις, ξεκινούν οι συζητήσεις». Όμως στην πολιτική, εν τέλει, δεν κρίνεται από τις δηλώσεις αλλά από το αποτέλεσμα. Είναι προφανές ότι ο κύριος Erdoğan δεν παίρνει από λόγια. Γι' αυτό σας ζητώ σήμερα να στείλουμε ενωμένοι ένα ξεκάθαρο μήνυμα στη σύνοδο κορυφής ότι, όσον αφορά την Τουρκία, ήρθε η ώρα να περάσουμε επιτέλους από τις δηλώσεις στις κυρώσεις.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, παραθέτω μερικά βασικά γεγονότα —τονίζω τη λέξη «γεγονότα»— για τη συμπεριφορά της Τουρκίας, που ως Ευρωπαϊκή Ένωση αποδεχόμαστε αδιαμφισβήτητα. Η Τουρκία έχει ήδη παραβιάσει την κυριαρχία και τα κυριαρχικά δικαιώματα δύο κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης: της Ελλάδας και της Κύπρου. Αλλά, ειδικά σε σχέση με την Κύπρο, δεν απειλεί απλά· έχει ήδη εισβάλει στην αποκλειστική οικονομική της ζώνη και κατέχει, από το 1974, το βόρειο μέρος της Κυπριακής Δημοκρατίας. Η Τουρκία έχει εισβάλει στη Συρία. Έχει επέμβει στη Λιβύη και στο Ιράκ. Αυτό που μας έφερε εδώ, λοιπόν, είναι η ατιμωρησία του εγκληματία· και, δυστυχώς, αυτή είναι και η αποτυχία της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Διότι έχουμε εργαλεία: κυρώσεις, απαγόρευση πώλησης όπλων και αναστολή της τελωνειακής ένωσης που αφορά τον τεράστιο εξαγωγικό τομέα της Τουρκίας. Το τελευταίο προτάθηκε σε περιπτώσεις άλλων κρατών εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης· εδώ, όμως, σιωπούμε. Και μια τελευταία έκκληση προς εσάς, αγαπητέ μου κύριε Borrell, και προς τη γερμανική Προεδρία: Το νεοθωμανικό τέρας δεν το αντιμετωπίζεις με διάλογο· πρώτα το τιμωρείς και μετά διαπραγματεύσαι.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Borrell, ήδη αργήσαμε πολύ να βάλουμε φρένο στην ανεξέλεγκτη και προκλητική συμπεριφορά του εγκληματία Erdoğan και της παρέας του. Είδατε πότε πάει σε διάλογο η Τουρκία: τώρα, υπό την απειλή των μέτρων. Αργήσαμε, όμως, πολύ και της δώσαμε το δικαίωμα, κύριε Borrell, να απειλεί καθημερινά με πόλεμο δύο κράτη μέλη. Δεν νομίζω να υπάρχει κάποιος εδώ που να μην υποστηρίζει ότι είναι τώρα αναγκαίο να επιβληθούν μέτρα στην Τουρκία. Από αυτήν εδώ την αίθουσα οφείλουμε να στείλουμε το μήνυμα στον φασιόστα Erdoğan, ο οποίος καταπιέζει ακόμα και τον ίδιο του τον λαό, ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι εδώ, δεν απειλείται και δεν εκβιάζεται. Ήρθε η ώρα να αποδείξουμε ότι αυτή η οικογένεια, η ευρωπαϊκή μας οικογένεια, ορθώνει ανάστημα και στηρίζει εταίρους έμπρακτα, όχι μόνο με λόγια. Πάνω από τα συμφέροντα βάζει το δίκαιο, τις αρχές και τις αξίες. Όπως αντιμετωπίζουμε τον κάθε Lukašenko, να αντιμετωπίζουμε και τον Erdoğan.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, gospodine Borrell, Europski parlament očito je većinom posvećen europskoj poruci solidarnosti i traženju rješenja za ipak deeskalaciju, a ne eskalaciju na terenu. Geopolitički ciljevi i činjenice destabiliziraju stanje u regiji i mi zastupnici u Europskom parlamentu moramo snažno stati iza naših europskih vrijednosti, ali u duhu partnerstva i mira.

Granica s Turskom je europska granica, čulo se nekoliko puta, i moramo je znati očuvati. Međutim, potreban nam je dijalog kako bismo smirili tenzije, ali dijalog ne može biti uspješan ukoliko počiva na ucjenama. Teritorijalni integritet svake države članice moramo znati zaštititi. Trebamo graditi mostove, ne smijemo ih rušiti.

Naše strateške partnere moramo upozoriti da postoji duh europskih vrijednosti, ali inzistirajući na poštivanju kopna, mora i zračnog prostora, kao i na primjeni međunarodnoga prava. Mislim da je Turska čula naše poruke, vidjet ćemo odgovor.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President. I wish to thank Members for all their contributions to the analysis of the situation and the proposal for the next Foreign Affairs Council and the next European Council. I will consider all these comprehensive views and I will share them with my colleagues at the Foreign Affairs Council and transmit them to the members of the European Union when the heads of state and government meet. I have the honour and the responsibility to attend the European Council meeting, and I will transmit the positions of the European Parliament which have been expressed today.

It is clear to me that we have to stand by our interests and demonstrate our readiness to protect the rights and interests of the European Union and especially the ones of Cyprus and Greece, which has been threatened. In our Gymnich meeting in Berlin we got a political agreement and now we are trying to make this particular agreement become a decision, a formal decision at the Foreign Affairs Council. The working group at the Council are engaged on that. Unhappily, today there is no agreement. You know that sanctions require strong agreements between Member States, unanimity in some cases, and this for the time being is not the case. We will continue working in order to find a solution that could make possible both sanctions on Belarus and sanctions on Turkey, to follow the same base as we agreed in the informal meeting in Berlin.

But, at the same time, it has also been expressed here that a minimum of trust and dialogue with Turkey has to be pursued in order to stop the escalation. I do think both things are contradictory. We have on the one hand to show our readiness and our stance, and on the other to continue talking. This is the work of diplomacy and that we are trying to do, especially I myself with the help of the External Action Service – to look for ways to work through our problems and improve our relations. I cannot answer all the questions that you have been raising.

I would only like to say to Mr Lagodinsky and others that I share very much their approach to try to substitute the search for energy in those seas, which is something that we know that it is not exactly in accordance with our Green Deal, and instead of that we should try to provide to Cyprus, Turkey and the Greek islands big support in order to develop alternatives energies. The sun is there. The wind is there. All the natural resources that we want to mobilise in order to provide cleaner and decarbonised energy are there. I think that one of the ways to try to solve the problem is that we would like to stop looking for carbon energies – and although gas is a 'less-carbon' one it is still a carbon one – and to look for another solution. This will be part of the solution.

At the same time, you claim here decisions that are outside my capacity and the capacity of the Council. Like, for example, the arms issue. It is a matter for the Member States and all of you can influence the attitude of your Member States through the national parliaments. I'm sure that the voices that have been expressed here at the European Parliament will also be heard at the national parliaments, and the political parties that you represent will ask at national level the same thing that you have been asking, here because the answer has to come from Member States. The European Union has not the capacity, for example, to decide an arms embargo. It is a unilateral decision of the Member States to decide what to do with their arms policy.

About the resources that we have been providing to Turkey, as some have been mentioning, I want to make the difference between the resources that we allocate to Turkey and the resources that we allocate to help Syrian and other refugees being hosted by Turkey. These are different things. This money goes to provide schools and health care and social security, and even food, for hundreds of thousands of the refugees that are in Turkey. So the money in some cases goes through the Turkish Government, but in most of the cases it goes directly to the interested people through NGOs and through United Nations organisations. I suppose that everybody here will be in favour of giving financial support to alleviate the situation of the refugees being hosted in Turkey. Please make the difference, because these are completely different things.

Thank you very much for all your contributions. I understand that there are strong feelings about the Turkey issue, Turkish membership. Our relations with Turkey are, as I said, at a watershed moment. It is one of those moments in history where decision-makers have to go and face difficult decisions, trying to look for the best for all of us. I am sure that this is what the European Union Council will try to do at the next meeting.

(Applause)

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, Hoher Vertreter! Von dieser wichtigen Debatte hier im Parlament gehen zwei Botschaften aus. Die erste richtet sich an Ankara: Herr Präsident Erdoğan, beenden Sie diese Politik der Aggression, der militärischen Eskalation. Sie werden damit nicht erfolgreich sein.

Die zweite wichtige Botschaft richtet sich an unsere Partnerinnen und Partner in Griechenland und Zypern. Sie stehen in dieser brandgefährlichen Auseinandersetzung nicht allein. Wir stehen an Ihrer Seite, und wir tun alles, was in unseren Möglichkeiten steht, um wieder zu einem politischen Dialog zurückzukehren.

Ich habe großes Verständnis für die Emotionalität, die hier in vielen Redebeiträgen zum Ausdruck gebracht wurde. Aber in einem Punkt bin ich etwas verwundert. Die Europäische Union ist dem Frieden und dem Dialog verpflichtet. Ich weiß nicht, ob es uns hilft, an der rhetorischen Eskalationsspirale immer weiter zu drehen.

Und ich verstehe auch nicht, wie hier der Eindruck entstehen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, als würden wir nichts tun, außer reden. Aber ohne Gespräche ist alles andere nichts.

Und wenn hier erzählt wird, wir würden der Türkei ständig neues Geld in den Rachen schmeißen, will ich mich ausdrücklich dem Hohen Vertreter anschließen. Wir haben die Heranführungsmittel neu justiert. Das Geld, was wir der Türkei zu Verfügung stellen, geht in erster Linie dahin, wo es dringend gebraucht wird: an den kritischen Teil der türkischen Zivilgesellschaft in ihrem Bemühen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu stärken. Und ich stehe voll und ganz hinter dieser Politik.

Und es ist genauso wie es der Hohe Vertreter eben dargestellt hat: Die Türkei hat vier Millionen Geflüchtete aufgenommen. Ich verantworte es Ihrer Bewertung, ob dort oder in der Europäischen Union die Geflüchteten besser behandelt werden.

Und ich habe den Eindruck, dass das Geld, das die Europäische Union für die Türkei zur Verfügung stellt, um die Lage der Geflüchteten zu verbessern, um Jobs zu kreieren, um Bildung zu verbessern, gut angelegtes Geld ist. Dafür müssen wir uns überhaupt nicht schämen. Und wenn hier der Eindruck entsteht, wir würden auch da nichts mehr tun, will ich doch einmal darauf hinweisen, dass die Verhandlungen über eine Vertiefung der Zollunion auf Eis liegen, genauso wie auch die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf Eis liegen.

Aber bitte, vergessen wir eines nicht: Die Türkei besteht doch nicht nur aus Herrn Erdoğan. Wir haben dort eine kritische Zivilgesellschaft, die ihren Blick nach wie vor in Richtung Europäische Union richtet. Es ist eine gesplante Gesellschaft.

Und ich akzeptiere jedes Argument in Richtung Türkei: Rückschritte, massive Rückschritte bei der Rechtsstaatlichkeit, bei der Medienfreiheit, bei der Meinungsfreiheit, bei der Unabhängigkeit der Justiz. Aber ein Argument, verehrte Abgeordnete, akzeptiere ich nicht: Religion darf bei der Bewertung der Türkei keine Rolle spielen, jedenfalls nicht in der Europäischen Union. Wir sind eine Gemeinschaft, die auf Religionsfreiheit beruht. Wir sind nicht ein exklusiver Klub nur einer einzigen Religion. Hier in der Europäischen Union leben Millionen von Menschen muslimischen Glaubens, also darf das auch kein Argument sein, das sich gegen die Türkei richtet. Es gibt viele andere Argumente.

Insofern will ich Ihnen noch einmal zusichern – und ich bedanke mich für die wichtigen Beiträge –, dass der Ratspräsident, aber auch die Ratspräsidentschaft, die deutsche Ratspräsidentschaft, unermüdlich dafür arbeiten werden, dass wir diesen Konflikt beilegen. Und ich freue mich sehr, dass wir dabei auf Ihre Unterstützung zählen können.

Der Präsident. – Ich bedanke mich zum Schluss bei beiden Rednern von Kommission und Rat für das Eingehen auf unsere Debattenbeiträge und den differenzierten und entschlossenen Zugang, daraus die richtigen Rückschlüsse zu ziehen.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet am Mittwoch, 16. September 2020, statt, die Schlussabstimmung am Donnerstag, 17. September 2020.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Guido Reil (ID), schriftlich. – Die Türkei drohte in den letzten Tagen zum wiederholten Male einigen EU-Mitgliedstaaten. Es geht dabei immer um Gas im Mittelmeer, um Migration und, oder um Zypern. Das EU-Parlament weist diese Drohungen als „inakzeptabel“ für ein EU-Bewerberland zurück. Inakzeptabel? Ich halte das Agieren der EU für inakzeptabel. Wieso ist die Türkei noch immer ein EU-Beitrittskandidat? Was muss denn noch alles passieren? Muss die Türkei etwa erst Griechenland offiziell den Krieg erklären? Die Beitrittsverhandlungen sind gescheitert. Die Milliarden von Euro, die wir als Beitrittschilfen an die Türkei gezahlt haben, sind in den Sand gesetzt. Wir können sie abschreiben. Wir führen nur noch Scheinverhandlungen. Wir sollten dieses Theater so schnell wie möglich beenden und endlich die Realität zu Kenntnis nehmen. Von 2007 bis 2020 haben wir insgesamt etwa 10 Milliarden Euro an die Türkei gezahlt. Das Geld ist weg. Wenn wir glauben, dass Erdoğan seinen Kurs ändert, nur weil wir ihm ein paar Milliarden schenken, dann sind wir naiv und hängen einer Fiktion an. Die Türkei wickelt 30 % ihres internationalen Handels mit Deutschland ab. Wir sollten auf unsere Marktmacht hinweisen, um unsere Interessen gegenüber Erdoğan durchzusetzen. Stattdessen lässt sich unsere Bundeskanzlerin mit einem halbgen „Flüchtlingsdeal“ von diesem Möchtegern-Sultan erpressen.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), γραπτώς. – Η παραβατική στάση της Τουρκίας στο Αιγαίο και την Ανατολική Μεσόγειο είναι διαρκής και κλιμακούμενη. Η αποχώρηση του τουρκικού ερευνητικού σκάφους από την ελληνική υφαλοκρηπίδα δεν σηματοδοτεί αποκλιμάκωση της έντασης, καθώς ο τουρκικός στόλος παραμένει στην περιοχή, και κορυφαία στελέχη της τουρκικής κυβέρνησης συνεχίζουν την προκλητική ρητορική, τονίζοντας ότι το Ουρς Reis θα επανέλθει μετά την επίσκεψή του. Ο Πρόεδρος Erdoğan επικαλείται προσχηματικά διάλογο για να κερδίσει χρόνο ενόψει της ευρωπαϊκής συνόδου κορυφής την ερχόμενη εβδομάδα. Επιδιώκει να επιβάλει εκβιαστικά μια πολιτική ατζέντα που προσβάλλει ευθέως το διεθνές δίκαιο και τα κυριαρχικά δικαιώματα της Ελλάδας, περιφρονεί τις αποφάσεις μας και τους ευρωπαϊκούς θεσμούς και εντείνει τον τουρκικό αναθεωρητισμό. Ο μόνος τρόπος για να αντιληφθεί η Τουρκία ότι πρέπει να αλλάξει πολιτική είναι να της επιβληθούν σοβαρές οικονομικές κυρώσεις που πλήττουν τον πυρήνα της οικονομίας της, όπως η αναστολή των ευνοϊκών όρων της τελωνειακής ένωσης. Διαφορετικά, αν η Ευρωπαϊκή Ένωση υποχωρήσει για μία ακόμη φορά στην παράνομη, εκβιαστική και προκλητική αναθεωρητική πολιτική της Τουρκίας, αυτό θα ερμηνευτεί ως αδυναμία μιας ισχυρής Ευρώπης, που αριθμεί 500 εκατομμύρια πολίτες αλλά δεν μπορεί να επιβάλει τις αποφάσεις της. Είναι προσβλητικό για την Ένωση, οικονομικές συμφωνίες να υπερτερούν αρχών και αξιών και να κλονίζουν την ενότητά της.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Είναι θετικό το γεγονός ότι η περίοδος των ψευδαισθήσεων για το μέλλον των σχέσεών μας με την Τουρκία έχει παρέλθει ανεπιστρεπτή. Αυτό το καλοκαίρι αποδείχτηκε περίτρανα ότι η Τουρκία συνιστά απειλή όχι μόνο για την Ελλάδα και την Κύπρο αλλά για ολόκληρη την Ευρώπη. Κόντρα σε κάθε αρχή του διεθνούς δικαίου, παραβιάζει προκλητικά τα κυριαρχικά δικαιώματα των χωρών της περιοχής της Ανατολικής Μεσογείου και με απειλές και τραμπουκισμούς προσπαθεί εκβιαστικά να δημιουργήσει τετελεσμένα στην περιοχή. Η Ελλάδα από την πλευρά της έκανε και θα συνεχίσει να κάνει το αυτονόητο. Να υπερασπίζεται τα νόμιμα δικαιώματά της και να φυλάει με τρόπο αποφασιστικό τα σύνορά της ΕΕ. Τώρα είναι η σειρά της ΕΕ να σταθεί στο ύψος των περιστάσεων και να απαντήσει με τρόπο αποφασιστικό στην προκλητική και προσβλητική συμπεριφορά της Τουρκίας ξεκινώντας με άμεσες και σκληρές κυρώσεις σε εμπορικό και οικονομικό επίπεδο. Η υπεράσπιση των ευρωπαϊκών συνόρων αλλά και του διεθνούς δικαίου δεν είναι ούτε προς διαπραγμάτευση ούτε αποτελεί διμερές πρόβλημα ενός κράτους μέλους. Σας καλώ να σταθείτε στο ύψος των περιστάσεων για να βάλουμε όλοι μαζί ένα τέλος στα επικίνδυνα παιχνίδια της Τουρκίας. Είμαι βέβαιος ότι και μπορούμε και θα το κάνουμε.

7. Lage in Belarus – Lage im Libanon – Lage in Russland, der Giftanschlag auf Alexei Nawalny (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über die Erklärungen des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

— zur Lage in Belarus (2020/2779(RSP)),

— zur Lage im Libanon (2020/2775(RSP)) und

— zur Lage in Russland und dem Giftanschlag auf Alexei Nawalny (2020/2777(RSP)).

Ich weise noch einmal darauf hin, dass bei dieser Debatte keine spontanen Wortmeldungen und blauen Karten akzeptiert werden.

Ich darf noch einmal dem Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Kommission, Herrn Josep Borrell Fontelles, das Wort zu dieser gemeinsamen Aussprache über diese so wichtigen tagespolitischen und grundsätzlichen Fragen geben.

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, you have invited me to address the plenary on three very important issues. Altogether, the three of them are going to be a lot of work and we do not have enough time to deal with them as much as needed, but let's try to summarise what has indeed been a summer of crisis.

Let us start with Belarus. You know, the situation is clear for us. We consider the elections on 9 August fraudulent. *(Interruption from the floor)*. So we don't recognise Lukashenko as the legitimate president of Belarus and I appreciate the support that this Parliament has demonstrated for the rights of the Belarusian people, as well as the actions taken until now by the European Union.

But the brutal crackdown continues. More than 7 500 peaceful protesters have been detained, 500 cases of torture have been recorded and documented. All Presidium members of the Coordination Council have been arrested or forced into exile, with the exception of the Nobel Prize Laureate Ms Alexievich.

We have reacted. We have reacted across four pillars of action. First, by adopting sanctions. We are in the process of adopting sanctions for a substantial number of those responsible for the violence, repression and falsification of election results. They are right now under examination by the Council working parties, with a view to adoption as soon as possible.

As soon as possible – what does this mean? They should be adopted before the European Council. We want to keep European credibility. We are trying to apply a gradual approach and if the situation further deteriorates, additional sanctions will be envisaged.

Secondly, we call on the Belarusian authorities to find a way out of the crisis by ending the violence and unlawful detentions and by establishing an inclusive national dialogue. We continue to stress that we are ready to support any credible initiative in this direction. For example, the offer of the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) Chair-in-Office to visit Minsk. It could help to resolve the crisis. But we stress the fact that, from our point of view, the re-run of the elections under OSCE supervision would be the best solution, but so far, it has been impossible for us to reach out to the Belarus authorities at any level.

The single-minded determination of Lukashenko to stay in power with the apparently increasing support of Moscow makes all this difficult. You know that there was a meeting between Lukashenko and Putin on Monday, yesterday, and it seems from this meeting that support by Russia for Belarus, for Lukashenko, continues.

Thirdly, we are committed to strengthening our engagement with the Belarusian people and civil society. President von der Leyen announced EUR 53 million allocated to Belarus, funds which have immediately been made available to the victims of violence, and we are trying to provide support to the independent media.

And finally, we are conducting a review of EU-Belarus relations. We are identifying areas where contact should be suspended or scaled back, areas where it is in our interest to engage and even intensify contacts in support of the Belarusian people and civil society, and finally areas where we can assist further if there is a move towards a new democratic Belarus. I want to stress these three areas: where we can suspend or scale back, where we can engage and where we can further assist. This is telegraphically what I can say about the Belarusian situation.

Let's now focus, as you have requested, on the difficult situation in Lebanon. As you know, there was a devastating explosion on 4 August in Beirut that struck the country in the financial, economic and political dimension. The situation is compounded by the pandemic, and the consequences of the conflict in Syria, including the fact that Lebanon has been hosting over a million Syrian refugees for many years now. Last week, additionally, we witnessed a huge fire in the port of Beirut.

I am proud to say that our response to the explosion was swift and solid. We mobilised civil protection and immediate humanitarian and crisis response in the amount of EUR 63 million. Our civil protection mechanism mobilised 17 - Member States, plus Norway and Turkey, with search and rescue teams and medical care providing substantial life-saving assistance.

Our determination is strong and clear. The European Union is a long-standing partner and a major donor of humanitarian, development and other assistance to Lebanon, and we remain committed to assisting the Lebanese people in the upcoming period.

Going forward, and as called for by President Macron during his visit of 1 September, we want to quickly see the formation of a capable, representative and accountable Lebanese government. It should deliver on a credible reform agenda, as the Lebanese people have long been claiming. Concrete steps to reform the financial system and to adopt anti-corruption measures remain vital. As important are the necessary reform of the electricity sector and public procurement.

Lebanon needs also to reach agreement with the International Monetary Fund in order to solve its deep economic crisis. It is also a precondition for a possible macro-financial assistance programme from the EU. We cannot do that without, first, an agreement with the International Monetary Fund. But we have recently finalised with the World Bank and the United Nations a joint rapid damage and needs assessment for rehabilitation and reconstruction, and work continues on its operationalisation

This should help to provide assistance in the future and we will continue to apply safeguards to ensure that funds reach the intended beneficiaries. That's what the people of Lebanon asked, to give the help directly to the people in need. They do not seem to rely very much on or trust a lot their institutions and government.

And finally, an independent and credible investigation into the explosion should be conducted and we stand ready to help. We want to help Lebanon, but Lebanon must also do its part and proceed urgently to implement long-standing reform.

And now, let's have a look at the situation, as you have requested, in Russia, and particularly the poisoning of the Opposition Leader Mr Alexei Navalny, which has shocked all of us. I would like to take this opportunity to transmit, once again, my best wishes to him and his family, and the fact that we condemn in the strongest possible terms this assassination attempt. Because this is the word we have to use: assassination attempt.

I personally issued two statements immediately after this event happened, on 24 August and 2 September, and the EU 27 issued a declaration on 3 September.

The German Government confirmed on 2 September that Mr Navalny was poisoned by a military chemical and yesterday we learned that French and Swedish laboratories have ratified this conclusion. There is now irrefutable evidence that a nerve agent from the Novichok group, similar to the one used in the assassination attempt on Sergei and also on Yulia Skripal in March 2018, was used to try to assassinate Mr Navalny.

The use of chemical weapons by anyone, anywhere, and at any time and under any circumstances constitutes a serious breach of international law and international human rights standards. So we will keep calling upon the Russian authorities to cooperate fully in this investigation and particularly with the Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons.

This is all I have to inform you of and I am looking forward to hearing your contribution to these three very important issues of our foreign policy.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich bewundere die Menschen, die in Belarus friedlich, aber entschlossen gegen den Wahlbetrug des alten Regimes aufstehen. Sie haben unsere Unterstützung verdient. Auch wir erkennen diese Wahl nicht an. Auch wir fordern Neuwahlen. Auch wir fordern einen Dialog des Regimes mit dem Koordinierungsrat.

Swetlana Tichanowskaja ist durch die Wähler legitimiert zu verhandeln, wie der Weg zu Neuwahlen zu gestalten ist. Auch wir fordern ein Ende der Gewalt des KGB, der Omon-Truppen und der Polizei gegen die friedlichen Bürger. Auch wir fordern die sofortige Freilassung aller Demonstranten und der politischen Gefangenen, wie Kolesnikowa, Tichanowski, Babaryko, Sewjarynez, Wlassowa, Snak, Dylewski.

Auch wir fordern, dass es keine ausländische Intervention geben soll, damit die Belarussen ihre demokratische Revolution nach ihren Wünschen gestalten. Aber auch Russland ist Ausland, Herr Putin. Die Breschnew-Doktrin ist mit der Charta von Paris und dem Ende des Warschauer Paktes auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet.

Ich fordere den russischen Präsidenten auf, ausnahmsweise mal den Willen eines Volkes zu akzeptieren. Eines Volkes, das bisher keinerlei antirussische Gefühle entwickelt hat. Nutzen Sie das! Unterstützen Sie den Volkswillen und gewinnen dadurch Einfluss, und nicht durch Gewalt, Besetzung, Unterdrückung, Einschüchterung und Troll-Propaganda!

Und ich fordere den Rat und die Kommission auf: Orientieren wir unsere Politik gegenüber Belarus an den Wünschen und Erwartungen der Menschen dort und nicht an den Wünschen von Herrn Putin. Wir sollten für die Zeit nach dem Sieg der demokratischen Revolution ein umfangreiches Hilfspaket für Belarus bereithalten, das die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung unterstützt. Die einzige Bedingung sollte sein, dass diese Regierung aus freien, demokratischen Wahlen hervorgegangen ist. Alles andere ist Sache der Belarussen. Wir akzeptieren den Weg, wir schicken in keinem Fall Panzer oder grüne Männchen. Das können wir zusichern.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, ni los miles de detenciones practicadas desde las fraudulentas elecciones del pasado 9 de agosto contra manifestantes, líderes opositores, trabajadores, estudiantes y periodistas, ni los cientos de denuncias de torturas en los centros de detención han atemorizado a una población que considera que la dictadura de Lukashenko es el principal problema de Bielorrusia.

Señor Borrell, puede contar con el compromiso de la familia socialdemócrata para acompañar al pueblo bielorruso en su camino hacia la democracia y la libertad. Somos conscientes de que la solución no pasa solo por lo que suceda en Minsk, sino también en Moscú. Y estamos comprometidos con las aspiraciones del conjunto de la oposición política, encarnada por el Consejo de Coordinación. Una transición pacífica, la liberación de los presos políticos y la celebración de unas nuevas elecciones.

La labor de Tijanóvskaya, Tsepkaló y Kolésnikova a favor de la democratización y el respeto a los derechos humanos en Bielorrusia constituyen una fuente de inspiración para todos los demócratas del mundo. Por ello, nuestro Grupo ha propuesto que su sacrificio sea galardonado con el Premio Sájarov para la libertad de conciencia. La detención de Kolésnikova es un nuevo e intolerable paso en el túnel del tiempo en el que la dictadura mantiene a Bielorrusia desde 1994.

Ha llegado la hora de las mujeres en Bielorrusia. Lukashenko identifica al feminismo con los valores occidentales que ponen en peligro su concepto de Estado. La igualdad de género nunca ha estado en la agenda de su Gobierno y, según el último informe de ONU Mujeres, Bielorrusia encabeza la lista de países con una menor participación de las mujeres en puestos de gobierno. Con frecuencia le gusta decir que la vocación de las mujeres es adornar el mundo, y la de los hombres, proteger al mundo y a las mujeres. No, señor Lukashenko: la responsabilidad de un jefe de Gobierno es promover el progreso de todos los hombres y mujeres que nacen libres e iguales en derechos.

Y desde la Unión Europea, por nuestros principios, debemos escuchar la legítima reclamación, el valor de miles de mujeres y hombres que ponen su vida en peligro. Su lucha es su libertad y es nuestra lucha.

Dacian Ciolos, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, mercredi dernier, un mois après les soi-disant élections présidentielles en Biélorussie, Svetlana Aleksievitch a reçu des coups de fil anonymes et subi des tentatives d'intrusion dans son appartement. Des sept membres du Conseil de coordination, Aleksievitch est la seule qui n'a pas été arrêtée ou forcée à l'exil.

En réponse, les ambassadeurs de nos États membres, y compris l'ambassadeur roumain Viorel Moșanu, qui sait très bien ce que répression veut dire, se sont déplacés en urgence à son domicile afin de lui apporter soutien et protection. Un geste symbolique fort renouvelé dans les jours suivants.

Voilà l'Europe dont les citoyens de Biélorussie et de notre voisinage ont besoin. Une Europe qui protège ceux qui osent lutter pour la liberté d'expression et la démocratie. Depuis plus d'un mois, des manifestations d'une ampleur sans précédent ont lieu partout en Biélorussie. Quelle leçon de courage et de liberté donnent ces citoyens de tout âge qui se réunissent sous un *leadership* féminin! Ils demandent à Loukachenko de respecter le vote exprimé le 9 août, falsifié sans aucun scrupule. Face aux demandes des manifestants, Loukachenko répond comme à l'époque soviétique: 7000 personnes ont été arrêtées et plus de 450 torturées. De plus, il s'imagina des ennemis (l'OTAN, l'Europe, l'Occident) et demande l'aide de Poutine, mais aucune solution durable ne peut être trouvée à ceci car la seule voie correcte est une transition pacifique du pouvoir autocratique vers le pouvoir démocratique, résultat d'un dialogue transparent avec l'opposition. Il est urgent que la violence et la répression s'arrêtent. Il est urgent, aussi, que les prisonniers politiques soient tous libérés. L'Europe doit tout mettre en œuvre en faveur de cette solution. Des sanctions fortes et efficaces contre les responsables de la falsification des élections et de la répression contre le peuple biélorusse doivent être mises en place au plus vite. Loukachenko mérite de figurer tout en haut de cette liste. Comment, en effet, les citoyens biélorusses qui luttent pour la liberté pourraient-ils comprendre que ce ne soit pas le cas?

L'Union européenne doit également être prête à assurer la protection de tous ceux qui fuient la répression de Loukachenko, ainsi qu'à soutenir activement celle de la société civile, des activistes politiques et des journalistes qui continuent de lutter pour la liberté d'expression. Si nous voulons que l'Union européenne soit vraiment un pilier crédible du soutien au respect des libertés individuelles et de la démocratie, nos réactions doivent être, à l'avenir, plus fermes et plus efficaces.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, je connais la Biélorussie grâce à de nombreuses missions d'observation électorale que j'ai pu mener dans le pays ces 15 dernières années. À chaque scrutin, les manifestations dénoncent les méthodes de l'État et protestent contre le traitement de l'opposition.

S'il n'est donc pas nouveau de voir la société biélorusse s'émouvoir des résultats et du déroulement des élections, ce qui constitue un véritable changement c'est l'ampleur et la détermination de ces manifestations. Faut-il écouter la colère de ces manifestants? Oui, bien sûr. Faut-il profiter de leur colère pour essayer de manipuler certains esprits? Je ne le pense pas. L'Union européenne doit éviter un nouveau Maïdan en Biélorussie. Le triste sort de l'Ukraine, depuis cet épisode influencé depuis l'étranger, prouve suffisamment que c'est par le seul dialogue que nous arriverons à rétablir la justice et le calme au sein de ce pays. Oui, il faut éviter la violence. Oui, il faut que les personnes arrêtées soient libérées. Mais aidons plutôt la Biélorussie à entamer un véritable dialogue national entre les différentes parties. C'est à mon avis le seul moyen de progresser et de ramener le calme dans ce pays.

Viola Von Cramon-Taubadel, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entwicklungen in Belarus in den letzten Wochen sind dramatisch. Hunderttausende friedliche Protestierende gehen täglich für Freiheit und gegen gefälschte Wahlen auf die Straße. Und es ist vor allem der friedliche Widerstand der Frauen, der uns ganz unglaublich imponiert. Ihr Mut ist einmalig.

Extrem schockierend dagegen ist die Brutalität des Regimes, mit der Lukaschenko gegen seine friedlichen Bürgerinnen und Bürger vorgeht. Polizeigewalt, martialisch mit Kalaschnikows hier auf der einen Seite, Rosen, Tanz und Musik dort. Krasser könnte der Gegensatz kaum sein. Die Bilder von der Emanzipation der Frauen und ihrem friedlichen Widerstand entlarven den Diktator. Diese Revolution ist weiblich.

Die Bürgerinnen und Bürger in Belarus wünschen sich derzeit nur zwei Dinge: freie faire Wahlen und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Der Rat der EU tat gut daran, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen. Jetzt wäre ein einstimmiges Votum für Neuwahlen wichtig.

Der massive Polizeieinsatz, die Folterungen in den Gefängnissen und die Wahlfälschung müssen Konsequenzen für diejenigen haben, die es anordnen und ausführen. Deshalb fordern wir eine harte Sanktionsliste für alle im Apparat des Regimes, Lukaschenko eingeschlossen, die an der Unterdrückung der Zivilgesellschaft, der Studierenden in den Universitäten und den Streikenden in den Betrieben beteiligt sind.

Auf keinen Fall dürfen die EU-Coronabeihilfen oder andere Wirtschaftshilfen der EU jetzt dazu führen, das alte Regime weiter zu stützen. Das Geld muss bei den Menschen in Belarus ankommen, nicht bei ihren Peinigern. Um die Peiniger in Belarus zur Rechenschaft zu ziehen, fordern wir eine internationale Untersuchungskommission im Rahmen des Mandats des UN-Sonderberichterstatters gegen Folter. Aber wir sollten die Sanktionsliste auch um diejenigen erweitern, die aus Russland direkt mit dem Regime Lukaschenkos kooperieren, wie zum Beispiel die russischen Journalisten, die in den staatlichen Fernsehsendern von Belarus für Lukaschenko die Propaganda übernehmen.

Nur wenn alle Beteiligten spüren, dass ihr Handeln nicht folgenlos bleibt, können wir wirkmächtig sein. Herr Borrell, übernehmen Sie mit ihren Außenministern und sehen Sie zu, dass wir den friedlichen Demonstrierenden in Belarus gerecht werden.

Anna Fotyga, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Uzurpator władzy prezydenckiej na Białorusi jest gotów poświęcić suwerenność swojego kraju, bezpieczeństwo – a w wielu przypadkach życie – swoich obywateli w zamian za kremlowskie gwarancje trwania swojej władzy. Żądamy natychmiastowego zaprzestania przemocy na Białorusi, uwolnienia wszystkich więźniów politycznych, rozpisania ponownych wyborów zgodnie z wolą narodu. Od Rosji wymagamy powstrzymania się od wsparcia dla uzurpatora.

Manu Pineda, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, señor Borrell, la Unión Europea está fracasando en su política de vecindad con los países orientales. Lo hemos visto en Ucrania, lo hemos visto en Georgia y ahora lo estamos viendo en Bielorrusia.

Este fracaso es fruto de que, en lugar de tener una política exterior propia, hacemos todo lo que sea para contentar a los Estados Unidos en su confrontación con Rusia. Por eso permitimos en el último año que en torno a 20 000 soldados americanos se hayan trasladado en territorio europeo a la frontera de un país vecino de la Unión Europea.

En lugar de actuar como un actor que promueve el diálogo, la paz, la negociación y la vía política, la Unión Europea está contribuyendo a un conflicto que es un problema para Europa. Los Estados Unidos están utilizando de nuevo a Europa como tablero de juego para librar otra guerra.

Señor Borrell, la Unión Europea no debe tomar medidas que favorezcan un conflicto bélico en territorio europeo, sino generar las condiciones necesarias para evitarlo.

Márton Gyöngyösi (NI). – Mr President, I would say to Mr Borrell that I tend to agree with those colleagues who suggest the best the EU can offer to Belarus is the prospect of European values. While Putin offers military support to shore up Lukashenko's regime, Europe must offer an alternative prospect of a free society, rule of law, democracy and freedom. But how credible is the European Union in doing so if it cannot speak with a single voice on this subject, and if it tolerates Lukashenko-style authoritarianism amongst its ranks, like the Prime Minister of Hungary, Viktor Orbán, who was the last official visitor to Belarus as a symbolic move, and who used this occasion to praise Lukashenko's regime and to bash the European Union? Ever since, he has been busy constructing a regime which looks very much like that of Lukashenko's: suppressing press freedom, rigging elections, stifling the opposition and building a corrupt system. All these are attributes of Viktor Orbán's Hungary today.

Andrius Kubilius (PPE). – Mr President, I would like to say to Mr Vice-President of the Commission that we stand together with the Belarusian people. The Belarusian people in their majority are saying to Lukashenko, 'Get out!'

Putin is standing together with Lukashenko and that is why Lukashenko continues with the violence. From our side, it is not enough only to speak words of solidarity and concern. The EU needs to act and the European Parliament needs to take leadership.

What do we need to do? First, to recognise Sviatlana Tsikhanouskaya and the Coordination Council as the legitimate representatives of the people of Belarus and invite them to the European Parliament. Second, to denounce Lukashenko as a criminal usurper if he does not resign when his term in office is over. Third, to start an international investigation into OMON war crimes and to demand that all those who participating in OMON pogroms be included in the EU sanctions list. Fourth, to start to prepare a new Marshall Plan for assistance to democratic Belarus. And fifth, to award the Sakharov Prize to the brave women and men of Belarus. Let's do it!

(The speaker concluded in Belarusian: 'Zhiv'e Bielarus')

Kati Piri (S&D). – Mr President, for a long time, Belarus was seen as a black hole on the European map, not only because of its dictatorship but also because of the weak and unambitious EU policy towards that country. Nowadays, Belarus is where we see pride and hope on our continent. The Belarusian people deserve no less than swift, determined and principled action by the European Union. August ninth wasn't fraud; it was theft. Ever since, we see peaceful protesters being arrested, beaten up, tortured, 'disappeared' and even killed. We need broad, targeted sanctions now, including against Lukashenko himself.

Finally, I would like to make a call to all my colleagues here in the European Parliament. We have all seen that freedom's face in Belarus is female. So let us unite behind giving this year's Sakharov Prize to the brave women of Belarus.

(The speaker concluded in Belarusian: 'Zhiv'e Bielarus')

Petras Auštrevičius (Renew). – Mr President, the day of 9 August marked the change in the Belarusian people's perception towards their, and their country's, future. People no longer tolerate Lukashenko's dictatorship, fraudulent elections, brutal oppression and economic uncertainty.

For the fifth week in a row, tens of thousands of Belarusians in the streets are demanding a halt to violence against peaceful protestors, the organisation of new free and fair elections, and the release of all detained protestors and political prisoners. They are demanding a power transition, as they voted for Sviatlana Tsikhanouskaya as their President.

The European Union policy line since 2016, based on realpolitik and ignorant to the signals sent by Belarusian civil society, has failed. The EU needs a new approach towards Belarus which includes termination of any cooperation with the Belarusian regime, in particular freezing official membership of the Eastern Partnership initiative, and, instead, supporting the democratic opposition and civil society.

The situation in Belarus has become a matter of geopolitics. We witness hybrid intervention from the Russian side, as it seeks to preserve its influence and pursues the continuous ambition of incorporating Belarus into the Russian Federation. We have to stop Russia's poisoning politics, focused on violating the territorial integrity of its neighbours.

Finally, we need solidarity, support and sanctions. I look forward to that policy line of the European Union.

Maximilian Krah (ID). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lange bevor ich in dieses Parlament gewählt wurde, war ich eines der Gründungsmitglieder der Freundschaftsgesellschaft Deutschland-Belarus.

Ich kann Ihnen versichern: Es ist ein großartiges Volk, voller intelligenter und angenehmer Menschen, die im Übrigen auch sehr konservativ sind – wahrscheinlich das konservativste Volk, das wir in Europa haben. Es gibt also wenig Grund zu glauben, dass da eine feministische Revolution vor der Tür steht. Dieses Volk hat aber den Diktator Lukaschenko und seine Kolchosmethoden satt. Die Wahl ist eindeutig gefälscht, und es bedarf eindeutigen Drucks, dass wir mit ihm Schluss machen wollen.

Wir sollten aber immer auch aus den Fehlern der Ukraine lernen. Es gibt eben keinen Grund, das Einsetzen für Volkssouveränität in Belarus mit antirussischer Rhetorik – wie wir sie heute hier wieder gehört haben – zu verknüpfen. Russland muss man ins Boot holen und Ängste vor einem neuen Maidan abbauen, wenn man realistisch den Belarussen helfen will, wieder Herr im eigenen Land zu werden. Wer antirussische Töne schwingt, der bringt Russland an die Seite Lukaschenkos und erzeugt den Konflikt, den hier niemand haben will.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Borrell, wert Kolleginnen und Kollegen! Die Europäische Union hat von Anfang an in diesem Konflikt die Aspirationen der Menschen in Belarus für Demokratie und Freiheit unterstützt, aber keine eigenen geopolitischen Ziele verfolgt.

Ich glaube, das war richtig. Das heißt aber nicht, dass andere das nicht tun. Wer das Video gesehen hat, bei dem der ehemalige Diktator, diese lächerliche Figur Lukaschenko, Putin anflehte, ihm doch zu Hilfe zu kommen, der hat erkennen können, wie dort gerade die Gewichte verschoben werden. Russland hat längst angefangen, die Gewichte zu verschieben.

Es gibt für Belarus zwei mögliche Zukünfte: eine weißrussische und eine russische. Wir haben kein Interesse daran, dass das zweite der Fall ist. Deswegen bin ich zwar einverstanden damit, dass man sagt: Wir wollen nicht antirussisch sein. Aber gegen Putin zu sein, ist nicht antirussisch, das würde ich gerne festhalten.

Wir müssen aber meines Erachtens darauf Wert legen, dass Lukaschenko in Zukunft nur noch eine Funktion haben kann: Weißrussland Putin zu überliefern. Deswegen müssen wir klar sagen: Eine Zukunft, einen Ausweg für Weißrussland, kann es nur ohne Lukaschenko geben.

Witold Jan Waszczykowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Uważam, że Białoruś musi być tematem najbliższej Rady i to nawet tematem ważniejszym niż kwestie tureckie. Z Białorusi, z Mińska do Brukseli jest bliżej niż z Turcji, a jeszcze bliżej niż z Mali. Białoruś to sąsiad Unii, to państwo europejskie, to członek Partnerstwa Wschodniego. Białoruś jest też od wielu tygodni celem hybrydowej interwencji rosyjskiej. Jest miejscem demonstracji trwających od ponad trzydziestu dni w Mińsku i w wielu innych miastach.

Polska jako jedno z nielicznych państw Unii Europejskiej od początku kryzysu zaoferowała plan wsparcia – plan Morawieckiego. Do tego planu została również przekonana Grupa Wyszehradzka. Swoisty „europejski plan Marshalla” zostanie zaproponowany na tej najbliższej Radzie przez polskiego premiera Mateusza Morawieckiego.

Czy w związku z tym doczekamy się skutecznej interwencji Unii Europejskiej w kontekście tego, że Putin już zaofiarował półtora miliarda dolarów, a my tylko kilka milionów euro? Czy obronimy to społeczeństwo ...(*Przewodniczący odebrał mówcy głos*)

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Herr Präsident, Herr Borrell! Ich stimme mit allen überein. Lukaschenko muss endlich eingestehen, dass sein Volk ihn absetzen will, anstatt auf Repressionen, Einschüchterungen, Entführung und Folter zu setzen, um an der Macht zu bleiben. Eine Macht, die er – immer – eingesetzt hat für seine persönlichen Interessen, mal mit Putin, mal mit der EU. Das sollten wir nicht vergessen.

Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, den unverzüglichen Stopp aller Repressionen, polizeiliche Maßnahmen und juristische Schritte gegen die Banden in Minsk und anderen Großstädten, die willkürlich brutale Attacken auf Bürger verüben.

Gebraucht wird dringend, ja, da stimme ich mit allen Rednerinnen und Rednern hier im Plenarsaal überein, die Eröffnung eines transparenten und gesellschaftlich breiten Dialogs zur Überwindung der politischen Konfrontation. Und dieser Dialog wird sicherlich in freie und faire Neuwahlen münden müssen.

Damit dies aber möglich wird, ist sicherlich auch internationale Moderation notwendig, zugleich strikte Zurückhaltung und Unterlassen jeglicher ausländischen Einmischung in die innergesellschaftliche Neubestimmung des Landes. Das muss für die mit Belarus vertraglich verbundene Russische Föderation ebenso gelten wie für die EU und andere, also im Rahmen der OSZE.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, I grew up singing *L'Estaca*, the iconic Catalan song of protest that later on became the anthem of revolution in Eastern Europe. Nowadays we hear *L'Estaca* in the streets of Belarus. People in the streets that want their vote respected, police brutality, hundreds arrested, political opponents sent to jail or exiled – yes, this is happening in Belarus today and, yes, our hearts beat with the people of Belarus in their struggle for civil rights and democracy.

But wait: people in the streets wanting to vote, police violence, political prisoners – have you not seen this elsewhere in Europe? Yes, we have seen this in Catalonia inside the EU. *L'Estaca* has also returned to the streets of Barcelona and its composer, Lluís Llach, is now one of the leaders in the Catalan Republican Council. This Parliament must stop its hypocrisy if it wants to be credible in upholding civil rights everywhere. First, especially, look after civil rights in the EU.

David McAllister (PPE). – Mr President, as the European Parliament we need to make clear firstly that we strongly support the protesting Belarusians and their demands for freedom, dignity, democracy and the right to choose their own destiny. Secondly, that we don't recognise the results of the presidential elections held in Belarus on 9 August as they were conducted in flagrant violation of all internationally recognised standards, and thirdly that we condemn the ongoing intimidation and disproportionate use of force towards peaceful protesters, participants of strikes and members of the Coordination Council.

High Representative, the restrictive measures targeted against those responsible for the repression in Belarus should be immediately implemented, they are certainly overdue.

Tonino Picula (S&D). – Mr President, the arrest of presidential candidates and peaceful protesters, a violent crackdown on the opposition and civil society – this is a picture of Belarus today that we condemn in the strongest possible terms. Of course we do not recognise the results of the elections, which were neither fair nor free. They did not allow for election observers nor did they respect international standards. New presidential elections must be held. We must insist on targeted sanctions against the perpetrators of acts of violence and repression, including Lukashenko and reassess our relations with Belarus. It must be very clear that we expect Russia to abstain from igniting further violence or repression, also given its latest financial assistance to the regime.

Belarusian citizens, as much as all others, deserve to live in a country where their fundamental freedoms and human rights are respected, where those in government serve the people and where people's health and safety, and economic and social prosperity are the guideline for all state activity.

Karin Karlsbro (Renew). – Mr President, for weeks the people of Belarus have entered the streets with great courage against Lukashenko's dictatorship and election fraud. But where is the courage of the European Union? Where are the tougher sanctions? It is time to act now. As stated by my colleague Katalin Cseh, slow sanctions are no sanctions. Those responsible for violence and oppression, as well as Lukashenko himself, must be punished, not encouraged. Also, private actors need to be held accountable. European telecom companies taking orders from the regime and cutting mobile internet is of course unacceptable. It is time for the people to decide about their own future. It is time to support Belarus on its own way towards democracy. It is not a question for Putin or anyone else. It is time for us to stand up with the people who want their votes to count.

(Applause)

Ville Niinistö (Verts/ALE). – Arvoisa puhemies, Valko-Venäjän kansa ansaitsee oikeuden valita itse johtajansa. Kaiken, mitä Euroopan unioni tekee, pitää nyt puolustaa sitä, että järjestetään uudet, demokraattiset ja vapaat vaalit Valko-Venäjällä. Tässä tilanteessa diktaattori, joka on menettänyt kaiken tukensa ja jota kansa ei enää pelkää, takertuu kaikkiin mahdollisuuksiin pitää valtansa.

On yksi asia, johon Lukašenka on toistuvasti takertunut: se on jääkiekko. Lukašenka on toistuvasti käyttänyt jääkiekon arvokisoja ja suhteitaan entisiin NHL-tähtiin tapana pönkittää valtaansa ja osoittaa sillä, että ulkomailma arvostaa häntä. Hän itse luistelee siellä kentällä näiden vieraiden kanssa. Tässä tilanteessa Euroopan unioni ei voi mitenkään hyväksyä sitä, että ensi keväänä meidän maidemme joukkueet menisivät Valko-Venäjälle tukemaan Lukašenkan diktatuuria jääkiekon MM-kisoihin. Näin ollen meidän on tehtävä kaikkemme, että Kansainvälinen jääkiekkoliitto vetää Valko-Venäjältä oikeuden isännöidä näitä kisoja, ja tässä tuettava Latviaa, EU-maata, jonka hallitus on vedonnut samaan. Tätä vihreät edellyttävät parlamentilta ja koko unionilta.

Kosma Złotowski (ECR). – Szanowny Panie Przewodniczący! Widzę tutaj dzisiaj zgodę, zgodę co do tego, że wspierać musimy społeczeństwo obywatelskie na Białorusi. I bardzo się z tego cieszę. Myślę, że to jest dobra ostroga dla Komisji Europejskiej do działania.

Szanowni Państwo! Do tych wszystkich argumentów o wolnych wyborach, o społeczeństwie demokratycznym chciałbym dodać jeszcze jeden: otóż dzisiaj w okolicach Smoleńska stacjonują rosyjskie jednostki pancerne. Istnieje niebezpieczeństwo, że te jednostki mogą być przesunięte do Grodna, 600 kilometrów na zachód, bliżej Unii Europejskiej. Do tego też nie możemy dopuścić, a wspieranie społeczeństwa obywatelskiego na Białorusi jest jedną z zapór przeciwko tym planom, które może mieć Władimir Putin, o którym za chwilę będziemy tutaj debatować w kontekście pana Nawalnego.

Andrzej Halicki (PPE). – Panie Przewodniczący! Tak jak powiedział mój przedmówca, dzisiaj wszyscy jesteśmy solidarni z Białorusinami, i to ponad podziałami frakcyjnymi. Parlament Europejski ma ogromną rolę do odegrania w tym dramatycznym kryzysie i myślę, że bezzwłocznie musi nawiązać relacje z Komisją Koordynacyjną reprezentującą białoruskie społeczeństwo oraz z jej reprezentantką Swiatłaną Cichanouską.

Białoruskie społeczeństwo oczekuje też sprawiedliwości. Nie uzyska jej u siebie, kiedy stosowane są tortury, bicie na porządku dziennym i aresztowania. Ale my mamy pewne narzędzia – mam listę 650 funkcjonariuszy OMON-u i policji, którzy pod koniec sierpnia zostali nagrodzeni dużymi nagrodami pieniężnymi. To właśnie oni powinni trafić na listę personalnych sankcji, to oni nie powinni być wpuszczani do Unii Europejskiej, a ich nazwiska powinny być publicznie znane. Nie mogą być anonimowi i takich narzędzi powinniśmy używać w ramach grupy wsparcia dla społeczeństwa białoruskiego.

Norbert Neuser (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lukaschenko und Putin sind zwei Staatsführer, die gerissen sind, die hintertrieben sind, die geschickt verstehen, alle Instrumente des Machterhalts zu spielen.

Jetzt kommen sie mit neuen Vorschlägen, eventuell eine Verfassungsänderung, eventuell doch in einen Dialog einzutreten, und wir dürfen uns als Europäer nicht davon täuschen lassen. Wir müssen klug mit allen Instrumenten, die unsere Diplomatie hat, darauf reagieren. Klug heißt: Wir brauchen breite internationale Unterstützung gegen das System Lukaschenko. Wir brauchen die Einbindung der OSZE, und wir brauchen als Verhandlungspartner die tapferen und mutigen Frauen, die jetzt in Weißrussland auf der Straße sind. Das sind unsere Möglichkeiten. Deswegen müssen wir auch klar sein bei den Sanktionen gegenüber Lukaschenko und den Machteliten in Belarus.

Urmas Paet (Renew). – Mr President, it is clear that change in Belarus can come from within. It is in the hands of the Belarusian people to not give up and keep on demanding change.

However, the EU can still do many things in this situation. Most importantly, it must not be blinded by the role of Russia in this conflict. Lukashenko would not be in power if Russia did not support him. Also, the EU must take a strong stance on Lukashenko and not let itself be manipulated as it has been in past decades. Indeed, when discussing possible sanctions on the individuals responsible for the violence and election manipulations, Lukashenko must be on the list. Lukashenko's regime, with him in charge, is responsible for the violence and election fraud and should therefore be on the sanctions list.

The ultimate goal in Belarus should be new, fair elections. It is also imperative that all those detained and tortured during protests be released and those responsible brought to justice.

Beata Mazurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Pokojowe protesty obywateli Białorusi przeciwko nieuczciwym wyborom, a równocześnie agresywne próby stłumienia tych protestów przez władze stają się coraz poważniejszym problemem dla całej Europy. Społeczeństwo białoruskie jest zdeterminowane w walce o wolną i demokratyczną Białoruś, władza białoruska nie ustaje w brutalnych próbach stłumienia wolnościowego zrywu. Niejasne stanowisko Rosji, która zdaje się wspierać Łukaszenkę w jego działaniach, może zagrozić pokojowi i stabilizacji politycznej we wschodniej części kontynentu.

Wcześniej Unia Europejska była bezradna wobec rosyjskiej agresji na Krymie i na wschodzie Ukrainy. Nie wyciągnęliśmy wniosków z tych dramatycznych wydarzeń. Nie możemy powtórzyć tych samych błędów, nie możemy pozostawić braci naszych na Białorusi samym sobie. W interesie Europy, a także Polski jest suwerenność państwa białoruskiego.

Musimy domagać się powtórzenia sfałszowanych wyborów, zwolnienia więźniów politycznych, ukarania oprawców i zaprzestania terroru, który obecnie rozgrywa się na naszych oczach. Do uzyskania tych celów konieczna jest solidarna i zdecydowana postawa wszystkich państw Wspólnoty. Nie możemy pozostać bierni: działajmy i bądźmy solidarni w działaniu. Solidarni z Białorusią.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, antes do mais sempre que há uma fraude eleitoral a União Europeia, como garante do *rule of law* e da democracia, tem de estar ao lado de todos os povos. E aqui houve uma enorme fraude eleitoral, mas esta fraude eleitoral não é nenhuma surpresa: o regime bielorrusso é um dos regimes ditatoriais mais terríveis que temos na atualidade. Conheço-o pessoalmente, estive lá com o PPE mais do que uma vez, fui sempre perseguido pelo KGB, vi o que os opositores sofriam com prisões intermitentes e sistemáticas, com chantagem e ameaças sobre familiares.

Sei o que passa o povo bielorrusso, e por isso digo: nós não podemos ceder. Temos de aplicar sanções já, e temos também de pressionar a Rússia para, juntamente com a União Europeia, ser o garante de que o povo bielorrusso pode ter o seu destino nas suas próprias mãos.

Isabel Santos (S&D). – É verdadeiramente impressionante a presença do povo bielorrusso nas ruas desde as eleições de agosto a pedir respeito pelos direitos humanos e democracia. Direitos humanos e democracia, é esta agenda que tem levado milhares de manifestantes a perder o medo e afrontar o regime que tem um historial negro de desrespeito da liberdade.

Muitos têm sido vítimas de violência, repressão, detenções arbitrárias, tortura e exílio. A União Europeia não pode voltar as costas ao apelo dos sindicalistas, estudantes, jornalistas, homens e mulheres que arriscam a vida. A Europa não pode deixar de apoiar o povo bielorrusso.

Ouvi atentamente o Senhor Comissário falar sobre o apoio disponibilizado e saúdo-o, mas é necessário avançar para a aplicação de sanções ao regime de Lukashenko e exigir eleições supervisionadas pela OSCE e organizadas de acordo com as recomendações da OSCE-ODIHR em atos eleitorais anteriores.

Charles Goerens (Renew). – Monsieur le Président, je n'ai pas l'intention de parler du côté ordurier de celui qu'on qualifie de dernier dictateur européen. Il y a quelques années, c'était peut-être vrai, aujourd'hui, c'est moins sûr.

Cela étant, je me déclare d'accord avec une approche prudente et déterminée de l'Union européenne. En effet, il serait contre-productif de s'ingérer directement dans cette affaire, ni par une musculation de la part de l'OTAN, ni par une action réfléchie de l'Union européenne. Par contre, là où nous devons faire preuve de détermination, c'est dans notre volonté de faire respecter les textes et conventions ou accords auxquels ont souscrit tous les États européens et notamment la Biélorussie.

Rappelons aussi que nous sommes seuls, terriblement seuls dans la présente situation. Notre principal allié pratique la langue de bois et ne fait rien. Nous ne pouvons, certes, pas tout faire, mais entre tout et rien, entre toujours et jamais, il existe une petite marge, celle d'une volonté inébranlable de rappeler les dispositions des institutions multilatérales, dont l'OSCE, et de réfléchir à la meilleure façon de les faire aboutir. Ce n'est pas spectaculaire, ni garant d'une issue rapide et favorable. Ce n'est pas de l'ingérence, mais le renouvellement de notre foi dans un ordre international basé sur le droit et non pas sur la violence.

Vladimír Bilčík (PPE). – Mr President, let me express my deepest condolences to those who have lost their loved ones in the aftermath of the brutal suppression of peaceful demonstrations. It is crucial that people in Belarus know the full facts about the events in the run-up to, and since, the presidential elections. We need a thorough investigation of the deaths, ongoing disappearances, abductions, violence and electoral fraud. People in Belarus deserve justice. Lukashenko must leave office and new elections must take place.

Belarus and its repressive regime exists in a geopolitical space with its big neighbour that does not provide support to basic fundamental freedoms. It is important that we in the EU provide targeted support to free media and independent civil society in Belarus. It's also important that Europe stand united in its answer to Lukashenko's regime. The declaration made by the High Representative, on behalf of the EU, on the presidential elections has been supported by candidate and potential candidate countries in the Western Balkans.

Long live Belarus.

(The speaker concluded in Belarusian: 'Žhiv'e Bielarus!')

Nils Ušakovs (S&D). – Mr President, what we are seeing right now is Member State governments trying to discuss a pretty short sanctions list. We are seeing an attempt to find a balance between trade, geopolitics and video footage from Minsk, where we see innocent women being beaten and humiliated by armed men, who are masked without any identification. And while we witness these political calculations, I still believe that we've got measures we can introduce almost instantly to help provide support to the Belarusian people. First of all, scholarships for young Belarusians. Lithuania and Poland are doing a lot, but we can still do much more. The visa regime can be made much more liberal for ordinary Belarusians wanting to travel to the European Union. Employment opportunities, especially for highly educated Belarusians. The European Union has capacities and we can do it fast. We must act.

(Applause)

Bernard Guetta (Renew). – Monsieur le Président, je voudrais m'adresser au président russe pour lui dire: vous avez le choix Monsieur Poutine, mais faites le bon.

Vous pouvez bien sûr arracher un accord d'union à un Loukachenko aux abois et intégrer ainsi la Biélorussie à la Russie, mais vous ne feriez alors que perdre ce pays comme vous avez perdu l'Ukraine en annexant la Crimée. Ne faites pas cela, Monsieur le président. Ne le faites pas, parce que les Biélorusses ne veulent pas rompre avec votre pays, parce que l'OTAN n'ambitionne pas de s'élargir grâce à cette crise, parce que tous les pays de l'Union européenne souhaitent un compromis à Minsk et parce que vous vous grandiriez et grandiriez la Russie en devenant faiseur de paix en Biélorussie. Par ce geste, Monsieur Poutine, vous jetteriez les bases d'une coopération entre l'Union européenne et la Fédération de Russie et changeriez le cours d'une trop longue histoire de défiance et de conflits. Il est encore temps, Monsieur Poutine, mais ce bon choix, faites-le et vite.

Rasa Juknevičienė (PPE). – Mr President, why Belarus matters to all of the EU, not only to its neighbours is because people in Belarus are fighting for a better Europe as a whole – for a Europe without dictators. The people of Belarus will not give up and they are heroes of Europe because they fight for a European way of life. The people of Belarus can change the European continent because they can change not only Belarus but Russia as well, giving example for Russians. That's why Putin is afraid of a Belarussian revolution and supports the bloody dictator, Lukashenko.

I call on the EU Member States to fundamentally change their policy from Russia first to Ukraine, Georgia, Moldova, Belarus first. This is the only way to help Russia change and cease being a state that uses chemical weapons against the Kremlin's critics.

(The speaker spoke in Belarusian) 'Zhiv'e Bielarus!'

President-elect Sviatlana for the Sakharov Prize! EU stay brave.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Monsieur le Président, à Minsk et ailleurs en Biélorussie, des manifestants pacifiques, par dizaines de milliers, crient haut et fort leur refus d'Alexandre Loukachenko. Ils bravent intimidations, brutalités, emprisonnements et même la torture. J'ai pour eux une profonde admiration.

L'Union européenne a raison de demander de nouvelles élections, par-delà le refus de ne pas reconnaître les résultats proclamés. Le parallèle parfois relevé avec le Venezuela est tout à fait justifié. Ici aussi, un président refuse une alternance démocratique et s'agrippe au pouvoir en écrasant un peuple dans la durée. Pour ces dictateurs, la crainte de voir se ternir une réputation internationale ou même nationale ne prend plus. L'absence de réputation, liée à la soif absolue de pouvoir, dicte leurs décisions à l'encontre de tout bon sens. Ceci est un état dangereux tout comme l'est le prolongement de la situation actuelle en Biélorussie.

Svetlana Tsikanovskaya, le conseil de coordination biélorusse et la société civile ont besoin de notre soutien. Leur révolution est une révolution démocratique, non géopolitique. Que la Russie en convienne. Notre soutien est un soutien à un peuple avide de démocratie.

Leopoldo López Gil (PPE). – Señor presidente, señor alto representante, si algún aporte al desarrollo de la humanidad para mejorar el bienestar de los ciudadanos ha hecho Europa, es la idea y el perfeccionamiento de la democracia como forma de gobierno. Por su principio fundamental —el voto—, los bielorrusos llevan manifestándose pacíficamente cinco semanas consecutivas ante el fraude cometido por el dictador Lukashenko.

El domingo pasado fueron reportados 250 arrestos, con mucha violencia contra los participantes de estas marchas. Hoy, seguramente, con los informes que tenemos, también habrá torturados. La Unión Europea no puede caer en la trampa de legitimar fraudes electorales. Con duras sanciones debe obligar al diálogo con los legítimos representantes de la oposición para celebrar elecciones verificables y al respeto de la voluntad soberana.

Como padre de un dirigente inhabilitado, preso, perseguido por sátrapas hermanos por el uso en su comportamiento de torturas y abusos contra sus opositores, quiero exaltar la importancia de las sanciones a los violadores de los derechos humanos y usurpadores del poder legítimo. Pido una Resolución inequívoca, fuerte, de condena al régimen de Lukashenko.

Antonio López-Istúriz White, en nombre del Grupo PPE. – Señor presidente, señor alto representante, muchísimas gracias por estar aquí con nosotros hoy. No está de menos si tenemos que recordar todos los tristes acontecimientos que ocurrieron el 4 de agosto y que se han vuelto a repetir, por cierto, con un nuevo incendio en el puerto del Líbano.

En la bomba del 4 de agosto perdió la vida el secretario general del Kataeb —un partido miembro del Partido Popular Europeo asociado del Líbano—, Nazar Najarian. Un hombre que luchó por la democracia y las libertades en el Líbano toda su vida.

No es novedad, puesto que el Partido Popular Europeo es el único partido europeo que ha apostado firmemente siempre por tener una presencia, no solo vocal como ahora todos estamos haciendo por la causa del Líbano, sino también pragmática, con la inclusión de estos partidos como asociados nuestros.

Estos partidos nuestros siempre han denunciado sistemáticamente la corrupción del sistema. Por eso, muchos de ellos no han querido participar, porque siempre han denunciado que detrás de la corrupción en el caso del Líbano está indudablemente la mano, la injerencia extranjera de Siria e Irán a través de Hezbolá.

No dudo de los esfuerzos que se están haciendo por parte de países europeos —y no hace falta ser Emmanuel Macron— para solidarizarse evidentemente con el Líbano, que es un país tan cercano, tan querido por nosotros, los europeos, que estamos todos de acuerdo —y estoy convencido de que las fuerzas políticas también— en apoyar los esfuerzos de la Comisión y el Consejo también en cuanto al dinero que se está dando en estos momentos a la causa y a ayudar al pueblo libanés.

Pero quería preguntarle, señor representante, señor Borrell, sobre la cuestión de Hezbolá. ¿Qué vamos a hacer? Numerosos países, por supuesto, lo han puesto en la lista de organizaciones terroristas. ¿La Unión Europea tiene alguna opinión al respecto?

Isabel Santos, em nome do Grupo S&D. – Senhor Presidente, a explosão no porto de Beirute encontrou o Líbano de rastros, a braços com a pandemia e mergulhado numa profunda crise económica, política e social que impõe um extenso processo de reformas e um intenso combate à corrupção, acompanhado de uma cabal assunção de responsabilidades por todos os atores políticos. O resiliente povo libanês não merecia tamanha provação.

Agora é preciso, acima de tudo, garantir que a ajuda chegue rapidamente aos que ficaram sem teto, aos que necessitam de cuidados de saúde e alimentos e que esta seja entregue a quem necessita, sem qualquer tipo de aproveitamentos espúrios.

Saúdo o envio de ajuda através de diversos países europeus, como Portugal e a Alemanha, e a visita, há poucos dias, do Comissário Lenarčič.

A modernização e as reformas são fundamentais para a recuperação e a reconstrução do país, mas exigem um diálogo entre todas as forças políticas e sociais, e a União Europeia tem um papel crucial a desempenhar, evitando a conquista do espaço por interesses geopolíticos com consequências nefastas para o povo libanês e para a região.

(O Presidente retira a palavra à oradora)

Nathalie Loiseau, au nom du groupe Renew. – Monsieur le Président, nous célébrons le centième anniversaire de la création de l'État du Grand Liban. Pourtant, le Liban de 2020 n'est pas à la fête. Il est traversé par une série de crises qui ne peuvent pas nous laisser indifférents.

Je voudrais saluer ici l'engagement du président français, Emmanuel Macron, au nom de la France mais aussi de l'Europe tout entière, qui prouve au peuple libanais qu'il n'est pas seul. Plus que quiconque, notre Parlement doit entendre les aspirations de ce peuple libanais en colère, qui sait ce qu'il veut et surtout ce qu'il ne veut plus. Le peuple libanais n'en peut plus de la corruption qui gangrène le pays. Il faut une enquête internationale et indépendante sur l'explosion du port de Beyrouth et il faut mettre fin à l'impunité. Non seulement l'aide européenne doit aller aux populations qu'elle soutient, mais nous devons aussi insister pour que l'organe libanais de lutte contre la corruption devienne enfin opérationnel.

Par ailleurs, il nous faudra bien un jour nous pencher sur les biens libanais mal acquis qui dorment dans les banques européennes. Nous ne pourrions pas continuer à regarder ailleurs. Le peuple libanais n'en peut plus d'être représenté par une classe politique qui n'a d'autres combats que celui de sa propre survie et de ses propres privilèges. Sa société civile fait preuve de dynamisme et de courage et doit pouvoir se faire entendre. Notre devoir est de l'aider. Nous devrions ainsi soutenir techniquement et financièrement la mise en place d'une plateforme de consultation nationale.

Le Liban est beaucoup plus qu'un petit pays à l'est de la Méditerranée. Le Liban a toujours été une promesse: celle d'une réconciliation entre les confessions et les communautés du Proche Orient, celle d'une société libre, éduquée et prospère. La survie de cette promesse et sa victoire sur les forces qui veulent l'étouffer dépendent beaucoup de nous.

Elena Lizzi, a nome del gruppo ID. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Alto rappresentante, la terribile esplosione che il 4 agosto scorso ha devastato Beirut sta rapidamente portando il Libano verso una sanguinosa rivoluzione anarchica, di quelle che distruggono senza nulla costruire.

È certamente compito dell'Europa proporre soluzioni per aiutare il paese dei cedri e non lasciare spazi politici a Stati come la Turchia o l'Iran, in un paese strategico nello scacchiere del Medio Oriente. Ma l'intervento dell'Unione europea deve avvenire a determinate condizioni: il Libano, infatti, fa i conti con la corruzione e con un sistema clientelare che necessita di riforme richieste dalla stessa società civile.

È necessario che l'Unione europea controlli in che modo e da chi verranno utilizzati sia i fondi del primo soccorso, sia quelli per la ricostruzione di Beirut. Anche la proposta di chi vorrebbe bypassare il denaro attraverso le ONG lascia alquanto perplessi, alla luce della critica della Corte dei conti europea in fatto di trasparenza sulle rendicontazioni ...

(Il Presidente toglie la parola all'oratrice)

Salima Yenbou, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, Monsieur Borrell, compte tenu des problèmes notoires de corruption et d'abus de pouvoir des dirigeants politiques libanais, quelles mesures concrètes l'Union européenne prend-elle pour véritablement garantir que l'aide humanitaire soit effectivement fournie à celles et ceux qui en ont le plus besoin au Liban, notamment les groupes vulnérables, tels que les réfugiés, les travailleurs migrants, les femmes, les enfants, les personnes âgées et les personnes handicapées?

Beaucoup d'ONG, pas seulement libanaises d'ailleurs, se plaignent que les aides internationales n'atteignent souvent pas les personnes qui en ont vraiment besoin, mais disparaissent dans les poches d'élites corrompues. Certaines ONG nous suggèrent ainsi d'associer à ces aides des garanties concrètes pour combattre la corruption et soutenir les demandes de réformes. Que pensez-vous de cela? En effet, tant que des réformes n'ont pas lieu, le risque de catastrophes, comme l'incendie qui a détruit des équipements d'aide de la Croix-Rouge, ne sera pas derrière nous. Nous devons aider les Libanais à tailler ce joyau brut d'Orient en se débarrassant de la corruption et à construire sa démocratie et sa liberté.

Je souligne que la plupart des Libanais semblent satisfaits et reconnaissants de la forte implication du président français. Je vous demande alors: où est l'Europe dans tout cela? Quel rôle joue ou ne joue-t-elle pas au Liban? Comment l'Europe peut-elle accompagner les réformes?

Le président du Conseil européen, Charles Michel, s'est rendu à Beyrouth le 8 août et le commissaire européen à la gestion des crises, Janez Lenarčič, le 12 septembre. Monsieur Borrell, quand allez-vous vous rendre au Liban? Quand la présidente de la Commission européenne, M^{me} von der Leyen, a-t-elle prévu de se rendre au Liban, dont Fairuz chantait [phrase en arabe], le «Liban digne et son peuple battant» auprès duquel nous nous devons d'être?

Beata Kempa, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Liban płacze i woła o pomoc. Sytuacja sprzed wybuchu już była bardzo dramatyczna. Nie tylko zostały zniszczone strategiczne rezerwy zboża, ale przede wszystkim zapas materiałów medycznych sprowadzonych do kraju w związku z pandemią koronawirusa. Jeśli do tego dodamy głód, fatalną sytuację uchodźców syryjskich i palestyńskich, ludzi, którzy tracą pracę, i właśnie pandemię, to sytuacja związana z tym położeniem najsłabszych Libańczyków jest dramatyczna.

Jedna trzecia mieszkańców Bejrutu pozbawionych dachu nad głową to dzieci. Zwróćmy na to uwagę – to są małe dzieci. Dzisiaj trzeba rzeczywiście, tak jak mówił nam wysoki przedstawiciel, skierować te środki bezpośrednio do beneficjentów i mój kraj te środki skierował. Dwie organizacje „Redemptoris Missio” i „Pomoc Kościołowi w Potrzebie” przy wsparciu polskiego wojska zawiozły w ostatnim czasie tony żywności, a także środków dezynfekujących. Ale tej pomocy, która powinna trafić do najbardziej potrzebujących, potrzeba zdecydowanie więcej i to jest zadanie Unii Europejskiej.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, antes da crise pandémica assistimos no Líbano a muitas manifestações de jovens, jovens que lutavam contra a corrupção, que lutavam contra a crise económica que os tem afetado, contra a pobreza, contra o desemprego. Mas, na realidade, a crise pandémica foi acompanhada também de uma enorme explosão e estes jovens estão a precisar agora do nosso apoio. Não apenas os jovens libaneses, mas também tantos refugiados que puderam ali instalar-se no seguimento da enorme generosidade do povo libanês.

Neste sentido creio que a União Europeia não pode fugir a este apelo, a um apelo de apoiar a população libanesa, seja pelos instrumentos que já tem, de vizinhança, o Trust Fund, seja pela UNRWA, mas para responder à população e aos refugiados, mais de um milhão de refugiados sírios, cerca de meio milhão de refugiados palestinianos.

É este o tempo também de evitarmos tentações, não ter aproveitamento político, não ter ingerência, não ter jogos geopolíticos. A solidariedade europeia tem que ser a resposta à generosidade libanesa.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio innanzitutto esprimere tutta la mia solidarietà e vicinanza agli amici libanesi: non siete e non sarete soli nella sfida per la ricostruzione, non solo infrastrutturale, ma anche e soprattutto sociale ed economica.

Auguro al nuovo Primo ministro, Mustapha Adib, buona fortuna nella formazione del nuovo governo e ne approfitto per mandare un monito a tutti i leader che partecipano ai negoziati: davanti a circostanze straordinarie serve un senso di responsabilità e serve un coraggio straordinario; mettete da parte le divergenze politiche e gli interessi personali: c'è bisogno di un governo determinato che dovrà affrontare un'emergenza umanitaria e combattere, senza quartiere, alla corruzione e al clientelismo.

Le riforme sono necessarie e urgenti ma devono essere condivise e sostenute dal basso, coinvolgendo in particolare quei giovani che nelle piazze chiedono da mesi, a gran voce, un Libano nuovo, moderno, trasparente e soprattutto libero. Senza pace e giustizia sociale in Libano, non ci sarà mai pace e giustizia sociale nell'intero Medio Oriente.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Monsieur le Président, depuis le 4 août, le Liban vit, après cette explosion, une succession d'incendies. Nous n'avons pas le droit de nous résigner à ce que cette date marque l'entrée en agonie de ce pays chéri de l'Europe et de la France.

L'Europe doit tout faire, d'abord pour garantir la neutralité du Liban, pays martyr de tous les conflits qui traversent la région. Cela suppose de pousser enfin le Hezbollah à accepter le désarmement des milices prévu dans les conventions de l'ONU, qui permettra à ce pays de retrouver sa souveraineté en se débarrassant des ingérences étrangères.

L'Europe doit enfin sanctionner les membres de cette classe politique corrompue qui ont bradé la souveraineté de leur pays. Il faut passer des paroles aux actes aujourd'hui et la lutte contre la corruption et le traçage des aides européennes doivent enfin devenir une réalité efficace.

Enfin, l'Europe doit exiger cette enquête internationale qui permettra de connaître les vrais coupables de cette explosion dévastatrice et des crimes qu'elle a causés. C'est la paix aujourd'hui au Liban ou le chaos au Proche-Orient. Souvenons-nous qu'Europe est née dans ce pays, nous raconte la mythologie.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, la déflagration du port de Beyrouth, qui a causé des centaines de morts, des milliers de blessés, plus de 300 000 sans-abris et la destruction entière des quartiers de la ville vient s'ajouter au ras-le-bol qui a conduit les millions de Libanais, déjà en octobre 2019, à manifester leur colère contre un système politique inefficace et corrompu.

Le peuple libanais réclame un changement: un pays neutre d'un point de vue religieux, des institutions efficaces et progressistes... Surtout il veut tourner la page de la corruption. On le sait, le Liban, depuis son indépendance, est le terrain où s'exerce l'influence des puissances régionales et de leurs alliés. Notre devoir d'Européens est cependant d'être aux côtés des Libanais. Nous faisons face à une urgence humanitaire et nous devons garantir que les moyens de l'Europe aillent directement aux populations. Nous voyons l'urgence de la reconstruction politique et économique: aider la société civile à faire siennes les réformes aujourd'hui demandées par le FMI donnera la possibilité à ce pays de revenir sur la scène économique et politique et de pouvoir débloquer 11 milliards d'euros d'aides. Cette société civile sait ce qu'elle veut, nous devons travailler avec elle.

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Herr Präsident! Bei der Explosion im Hafen von Beirut wurden am 4. August über 200 Menschen getötet, 6 500 verletzt und 300 000 Menschen haben ihr Zuhause verloren.

Die Bilder waren erschreckend. Ich möchte an dieser Stelle meine Solidarität mit dem libanesischen Volk ausdrücken. Wir müssen jetzt alles tun, damit die Hilfe dort ankommt, wo sie dringend gebraucht wird: bei den Menschen.

Aber diese Hilfe ist nur ein Pflaster auf einer offenen Wunde. Jahrzehntelange Misswirtschaft, Korruption, politisches Chaos und die Folgen der Corona-Pandemie haben zu einem beispiellosen wirtschaftlichen Infarkt geführt. Das Land ist seit März zahlungsunfähig. Die Bevölkerung verarmt, und viele gut ausgebildete Menschen verlassen das Land. Zudem beherbergen die sechs Millionen Libanesen mittlerweile 1,5 Millionen syrische Geflüchtete.

Ohne Hilfe von außen steht bald kein Geld mehr bereit, um Nahrungsmittel oder wichtige Medikamente zu importieren. Wir Europäer bieten unsere volle Unterstützung an. Aber dafür bedarf es auch eines grundlegenden Umdenkens bei der regierenden Klasse Libanons. Ich begrüße deshalb die Initiative von Präsident Macron, grundlegende Reformen einzufordern. Europa muss sich diesen Forderungen anschließen, denn die Menschen haben das Vertrauen in die Politik verloren. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.

Jordan Bardella (ID). – Monsieur le Président, nous ne pouvons que nous réjouir de voir aujourd'hui le Liban à l'ordre du jour de nos débats parlementaires, tant les images du 4 août dernier ont affecté le monde.

Fort de son amitié et de ses liens historiques, la France a été la première à apporter son soutien au peuple libanais dans cette tragédie humanitaire et économique. Il est désormais dans notre intérêt à tous de veiller à ce que le Liban, carrefour de toutes les tensions politico-religieuses, ne sombre dans une crise qui sèmerait les graines d'une nouvelle guerre civile.

Le quartier chrétien de Beyrouth, cœur battant de la ville, n'est plus qu'un amas de ruines: c'est là un symbole qu'il nous faut considérer. Alors que dans tout le Moyen-Orient, les minorités chrétiennes sont plus menacées que jamais, la paix et la stabilité d'un pays où elles bénéficient d'une relative tolérance sont plus que jamais vitales.

Nous savons que l'Union européenne éprouve la plus grande gêne à invoquer ses racines mais la France a ici une mission imposée par son histoire et avec laquelle elle ne saurait rompre sans se trahir: protéger les chrétiens d'Orient. Le soutien économique et logistique que nous devons offrir au Liban ne se discute pas. Il doit être à la hauteur de l'histoire et constitue, je n'en doute pas, un sujet sur lequel nous serons probablement tous enfin d'accord.

Jakop G. Dalunde (Verts/ALE). – Mr President, Lebanon is a resilient country that has endured many challenges; but after the tragic explosion in Beirut's harbour, Lebanon is on the brink of disaster. The Lebanese people are sick and tired of having to be resilient, and I understand them. In this dire situation, the first priority must be to form an impartial government that is able to tackle the immediate crisis. I call upon Europe to support, in any way possible, the formation of such a government.

Decades of corruption must come to an end. The Lebanese people deserve leaders who solve problems, not cause them. They deserve leaders who inspire hope, not despair. These leaders exist. I have met them. They are young, capable and visionary. They fight for social justice, human rights and sustainability. Many of them are women who struggle in the face of patriarchal elites. We have to support them. Europe needs to support them.

Benoît Lutgen (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Haut représentant, le peuple libanais est un peuple ami, ce sont nos frères. Nous devons, dans la situation actuelle, les soutenir, bien sûr, au travers de nos déclarations mais bien plus encore les accompagner dans les différentes réformes bien nécessaires: une réforme politique, d'une part, mais aussi le désarmement, notamment des milices, conformément à la résolution 1599 du Conseil de sécurité des Nations Unies, ou encore, bien sûr, l'offre du soutien budgétaire nécessaire pour relever le pays.

Les Libanais sont certes meurtris, mais ils sont debout. Je demande que nous puissions envoyer rapidement une délégation du Parlement européen – j'ai déjà écrit en ce sens, afin d'être accompagnés du haut représentant – pour créer, nouer encore et construire encore davantage ces liens importants entre l'Europe et le peuple libanais et pour accompagner ces réformes nécessaires en soutien au peuple libanais.

Javi López (S&D). – Señor presidente, señor alto representante, este verano en el Líbano ha llovido sobre mojado. Las catastróficas consecuencias de la explosión en el puerto de Beirut han acabado agravando lo que ya era una profunda crisis económica y política en el país, sumido durante meses en protestas y descontento social. Un país que ha padecido, como bien sabemos, las turbulencias de la región y que ha hecho durante los últimos años un gigantesco esfuerzo en materia de acogida de refugiados.

Por todo ello, el Parlamento Europeo hoy reclama una posición común entre las instituciones europeas y los Estados miembros para la reconstrucción, la necesaria reconstrucción del Líbano. Una posición coordinada. De todos. Y por ello, también será necesario que en el Líbano se investigue a los responsables de la explosión, que asuman las consecuencias, se ponga en marcha de una vez un Gobierno y haya reformas. Reformas para acabar con un método de gobernanza inoperativo y sectario, que tantas veces ha abierto la puerta a la corrupción.

El Líbano nos necesita y, sobre todo, el pueblo libanés está exhausto.

Łukasz Kohut (S&D). – Mr President, six weeks ago a massive explosion rocked the port area of Lebanon's capital Beirut. It killed over 200 people, injured 7 000 and destroyed one third of the city. The blast hit both Lebanese as well as refugee and migrant communities from Syria who make up 30% of Lebanon's population.

I'm proud to see the support provided by the European Union to Lebanon. Firstly, the swift activation of the EU Civil Protection Mechanism. Secondly, immediate assistance from the EU Copernicus satellite service and, thirdly, donations of money, medical supplies, food and equipment.

We must continue helping the Lebanese population at this time of need. We must also strongly encourage the Lebanese authorities to undertake critical structural reforms. Lebanon is a fragile state. Let's help support its people to maintain it and my message to the Lebanese people is: you will rise like a phoenix from the ashes, I have no doubt.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señor presidente, en primer lugar, quiero trasladar la simpatía y la solidaridad al pueblo libanés tras la devastación provocada por la explosión del 4 de agosto en el puerto de Beirut con las consecuencias que todos conocemos, particularmente teniendo en cuenta que el Líbano —además de muchas otras dimensiones que se han citado— es el país que en este momento alberga el mayor número de refugiados per cápita del mundo, con alrededor de un millón de ciudadanos sirios.

Apoyo, por supuesto, las palabras del alto representante y las acciones de la Comisión y del conjunto de la Unión Europea para ayudar en la reconstrucción. Pero, como han dicho otras de sus señorías, creo que tenemos que prestar mucha atención a la reforma del sistema político, con una fuerza como Hezbolá, que trabaja al servicio de Irán y de Siria y, en general, un sistema de partidos confesionales que no son aceptables en una democracia. Yo creo que ese es el verdadero desafío del sistema político libanés: partidos políticos que no respondan a claves confesionales.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich habe gerade eben den ersten Tweet von Alexei Nawalny mit einem Foto aus dem Krankenhaus gesehen. Er hat jetzt die erste Nacht hindurch ohne Hilfe und aus eigener Kraft geatmet. Wir wünschen ihm hier alle, glaube ich, gute weitere Genesung.

Er ist mit Nowitschok vergiftet worden. Das hat ein deutsches Labor festgestellt, und über die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen haben das auch Labore in Frankreich und Schweden bestätigt. In der langen Serie politischer Morde im In- und Ausland ist das nur der jüngste Fall. Es gibt wenig Zweifel, wer dafür – wenn nicht strafrechtlich, dann jedenfalls politisch – verantwortlich ist: der Herr im Kreml.

Ich denke, wir dürfen diesen Anschlag nicht isoliert betrachten, wenn wir uns gemeinsam überlegen, wie wir reagieren. Es gibt nur eine russische Regierung, die im Inland, aber auch außerhalb Russlands in vielfältiger Weise nicht für Freiheit, Demokratie, Zusammenarbeit und Transparenz unterwegs ist. Ein ganzheitlicher Ansatz muss diese Tat zum Anlass nehmen, auch das Verhalten in Belarus, im Donbass, auf der Krim, in Georgien, Moldawien, Syrien wirksam zu sanktionieren.

Allen, die es betrifft, rufe ich zu: Hören Sie auf, sich dieses putinistische Russland schönzusehen und schönzureden! Es handelt sich leider um einen systemischen Gegner, der alles daransetzt, die EU zu schwächen, die demokratischen Staaten insgesamt zu destabilisieren, weil unsere Art, Gesellschaft zu organisieren, in seinem Einflussbereich attraktiver und faszinierender ist als das, was seine Strukturen hinter der Staatsfassade zu bieten haben. Also, seien wir uns einig in dem Ansatz gegenüber diesem Land und treffen die notwendigen

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, 'Alexei Navalny' is a name President Putin refuses to say out loud, hoping this will make him irrelevant. But Navalny's popular support, his intimidation and arrest by the authorities, and now his poisoning actually show the opposite. This is a man with impact, exposing the massive corruption by the Kremlin and its allies. Following this assassination attempt, Navalny is now added to a long list of Russian citizens who have been a thorn in the side of the authorities.

Navalny was poisoned with a chemical nerve agent to which only the Russian military and intelligence agencies have access, so there is no need for a guessing game as to who bears responsibility. To demand a real investigation by the Kremlin would – we can say from experience – be wishful thinking. It won't happen, just as it never happened with the other poisonings or the shooting down of Malaysia Airlines flight 17 (MH17).

The Kremlin's denial, however, is not a reason to fail to hold Moscow accountable for a very serious violation of international law. If ever we were serious about the EU's strategic autonomy, this is the moment to put that theoretical academic concept into practice, and to do so by cancelling Nord Stream 2.

I wish Mr Navalny a speedy recovery.

(Applause)

Bernard Guetta, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, non, nous ne savons pas qui a commandité ce crime, mais nous savons que l'opposition est une maladie mortelle sous M. Poutine. Laissons donc la question du qui, car la seule question qui se pose est celle du pourquoi.

Pour le régime russe, rien ne va plus. À l'Est, les manifestations de Khabarovsk ne cessent pas, tandis qu'à l'Ouest, chaque dimanche, la Biélorussie descend dans la rue pour exiger sa liberté. Tandis que les cours du pétrole s'écroulent et que les caisses se vident, le niveau de vie dégringole en Russie et même en Syrie. M. Poutine se retrouve bien seul depuis que le clan Assad se fractionne et que la théocratie iranienne perd pied. Alors ce régime a peur car Victor Hugo le disait: «rien n'est plus imminent que l'impossible». La Pologne communiste n'avait pas vu Solidarité venir, M. Loukachenko n'avait pas senti la colère monter autour de lui et tout peut arriver dans ce magasin de poudre que devient la Russie.

Alors, oui, M. Poutine, vous avez raison d'avoir peur et, avant qu'il ne soit trop tard, avant que des troubles ne gagnent votre pays et ne vous acculent à pire encore que cet empoisonnement, facilitez un compromis en Biélorussie, retirez-vous d'Ukraine, rendez sa liberté au peuple russe, laissez-le respirer plutôt que de lui faire pleurer l'un après l'autre les meilleurs et les plus courageux de ses enfants, M. Navalny empoisonné et tous vos opposants disparus.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID.* – Monsieur le Président, Monsieur le Haut représentant, pour une fois, j'ai trouvé votre position parfaitement équilibrée.

Oui, bien sûr, nous souhaitons tous le rétablissement de M. Navalny. Oui, nous souhaitons avant tout une enquête indépendante et attendons avant de savoir qui est le véritable coupable.

Quand j'écoute, dans cet hémicycle, certains diabolisent la Russie à longueur de journée et connaissent déjà les résultats de l'enquête avant même qu'elle n'ait commencé. Certains, ensuite, sont des fauteurs de guerre qui n'ont même pas attendu une journée pour réclamer de nouvelles sanctions contre la Russie. Ces nostalgiques de la guerre froide veulent utiliser tous les drames pour recommencer un affrontement Est-Ouest.

Mais les devins et les fauteurs de guerre ont oublié une chose: la Russie est signataire de la convention sur les armes chimiques. Le Novitchok fait partie des substances intégrées au protocole de l'OIAC depuis l'année dernière. L'enquête internationale est donc prévue dans le droit international, sauf que le droit dispose que la première enquête soit d'abord menée par la Russie qui, jusqu'à preuve du contraire, est un État souverain.

La Russie n'est ni en dessous ni au-dessus du droit international. Les fauteurs de guerre et les devins du Parlement européen non plus. Attendons les résultats d'une véritable enquête.

Sergey Lagodinsky, *on behalf of the Verts/ALE Group.* – Mr President, our sympathy is with Alexei Navalny and his family. The attempt on his life is something that we have known before, for many years. Opposition leaders and independent journalists in Russia are not safe – from Politkovskaya to Nemtsov, from Kara-Murza to Verzilov. Those are just the names that we know. The list of victims pains us, because we have grown with pain together with the Russian people: with the parents and brother of Navalny, with the daughter of Nemtsov, with the daughter of Anastasia Shevchenko, who has been locked up for months without any reason. The only reason is that they dared to dream. They dared to dream about freedom – something which is absolutely natural to us – and yet they are branded as foreign agents, they are called undesirable organisations, and they are dehumanised on the propaganda TV.

Anyone who claims that Europe doesn't care about Russia, listen to these words. We want a strategic partnership with Russia, but we want this strategy to be a strategy towards democracy and towards civil rights, a strategy for people and not for corrupt Russian elites, and not for a gas project to undermine our neighbours, not for a nuclear plant in Hungary, and not a strategy on how to harbour the assets of corrupt individuals in the European Union.

Until this strategy exists, we need truth. We need truth about the poisoning. For that, we wrote to Mr Borrell and the German Presidency and called for an international investigation. We know the truth about the assets of corrupt individuals in Europe. For this we can use the list drawn up by Navalny's organisation itself in order to go for them.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group.* – Mr President, Politkovskaya, Magnitsky, Litvinenko, Nemtsov, Skripal, opponents of the Kremlin, victims of Kremlin and now Alexei Navalny poisoned with the military-grade nerve agent Novichok.

It is time to stop Putin's impunity. It is time to impose broader sectoral sanctions. Let us start with stopping Nord Stream 2.

(Applause)

Idoia Villanueva Ruiz, *en nombre del Grupo GUE/NGL.* – Señor presidente, condenamos lo sucedido y transmitimos nuestros mejores deseos de recuperación y nuestra solidaridad al señor Navalny.

Cualquier utilización de sustancias o armas químicas es inhumana, ilegal e intolerable; un asunto complicado y preocupante que exige un posicionamiento independiente. Pero debemos preguntarnos qué queremos conseguir con la Resolución de este Parlamento. Cada vez que hablamos de Rusia o de los países del Este no hacemos más que tensar las relaciones de la Unión Europea, de una manera un tanto hipócrita porque todas las partes saben que tenemos relaciones comerciales y energéticas estrechas; el proyecto Nord Stream es ejemplo de ello. Y yo pregunto: ¿qué beneficios puede tener sobre los pueblos de la Unión Europea y sobre el pueblo ruso el posible uso de las sanciones?

Seguimos atados a unas alianzas del siglo pasado. Ucrania es ejemplo de ello. Renunciamos a construir una política de vecindad y exterior independiente y contribuimos a una escalada de tensiones que, por cierto, no hace de la Unión Europea un lugar más seguro.

Debemos construir unas relaciones comerciales justas, denunciar las violaciones de derechos humanos y no permitir su instrumentalización constante. Promover la paz y los derechos humanos empieza por cambiar estas políticas de vecindad, y hoy no puedo dejar de hacer mención, en este Parlamento, de que también debemos cumplir los derechos humanos dentro del territorio y de que lo que estamos... *(el presidente retira la palabra a la oradora)*.

Andrius Kubilius (PPE). – Mr President, there is no need to explain what a brutal crime was executed against Alexei Navalny, the leader of the political opposition in Russia. Novichok, regular attempts to kill opposition leaders, and permanent support to all dictators, from Maduro to Lukashenko – these are the main features of Kremlin policies.

That is why today we need to speak not only about the Navalny case. We need to speak about our policy towards Russia – or, more precisely, towards Putin. I have a dream that Russia can be different. The democratic revolution in Belarus makes this dream much more realistic. Alexei Navalny is fighting for this dream to become a reality, and the EU needs to stand together with the people of Russia, who want to live in a democracy. Let's stop our attempts to build an unconditional friendship with Putin, who is stealing that dream, not only from the Russian people.

The poisoning of Navalny is a wake-up call to all of us! We need to make an in-depth review of our strategy towards Russia: democracy in Russia should be our priority, not business as usual of the Nord Stream 2 type.

Tonino Picula (S&D). – Mr President, we deeply regret the assassination attempt against Alexei Navalny and express our utmost concern about this repeated use of chemical and nerve agents against Russian citizens.

Russian authorities should finally put an end to the harassment, intimidation, violence and repression against their political opponents by ending the prevailing impunity. Journalists, human rights defenders and opposition politicians have to be able to conduct their legitimate activities without fear for their lives.

Our relations with Russia are at a low point; characterised by mistrust caused by Russia's actions in violation of international law in Ukraine, intervention in Syria, the spread of disinformation and fake news.

Of particular concern is the high-level support by Russia to extreme anti-European forces in the European Union. Nevertheless, some pragmatic engagement with Russia should continue in areas where it is still possible and necessary for the interest of global governance.

This is why the five guiding principles for the EU policy towards Russia should serve as a base for a much-needed new comprehensive strategy towards Russia. A strategy that should primarily be based on the need for respect for international law and human rights standards, while strengthening peace and security.

Hilde Vautmans (Renew). – Mr President, I say to the High Representative and the House: it's incredible I think that in 2020 people are poisoned to silence them for their political ideas, and it's not the first time this has happened. I would like to wish Mr Navalny a quick recovery. Our group condemns firmly the poisoning of Mr Navalny.

We ask Russia to investigate in a transparent and impartial manner the assassination attempt on Alexei Navalny, and we ask Russia to bring to justice those responsible for it on whatever level they might be. For me, it's very clear with everything that happens with Russia, and colleagues have said it already: we need, Mr Borrell, a new EU-Russia strategy, one of sticks and carrots and we need to adopt an ambitious EU human rights sanctions regime. Let's make work of it.

(Applause)

Gunnar Beck (ID). – Herr Präsident, werte Kollegen! Laut der Bundesregierung wurde Alexei Nawalny zweifelsfrei Nowitschok-Nervengift verabreicht.

Scheinbar unabhängige, aber doch wohl handverlesene Labore in Schweden und Frankreich hätten diesen Bundeswehrbefund bestätigt. Nawalyns russische Ärzte indes fanden keinen Beweis für Vergiftung. Das Votum der *Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons* steht noch aus. Unstreitig ist, dass seit den 90er Jahren mindestens 20 Staaten und organisierte Kriminelle Besitz des Giftes erlangten.

Was also wissen wir? Vergiftung scheint durchaus möglich, ist aber nicht zweifelsfrei erwiesen. Wurde vergiftet, dann scheinbar in Sibirien. Der Täter bleibt freilich unklar, nur Motive hat Mancher. Wir wissen nicht viel mehr als fast nichts, und debattieren beherzt, aber wohl vorzeitig und fast faktenfrei.

Pär Holmgren (Verts/ALE). – Herr talman! I går var det 37,9 grader i Frankrike. Det är ett nytt septemberrekord för det landet. På hundratals platser här i västra Europa slogs det nya värerekord, och ännu fler lär det bli i dag.

Den här extremt sena högsommarvärmerna är ytterligare ett exempel på och en påminnelse om den globala uppvärmningen. Mitt i denna, bokstavligen, brinnande klimatkrisen vill Ryssland bygga fast EU, inte minst Tyskland, i ett långsiktigt beroende av fossil energi genom gasledningen Nord Stream 2.

Om Nord Stream 2 stoppas, ökar möjligheten att vi trots allt ska lyckas med de klimatmål som vi röstade om förra veckan i bland annat miljöutskottet. Den tyska regeringen får dessutom en möjlighet att kraftfullt markera mot Ryssland och mot Putin, med tanke på hur dessa återkommande behandlar politiska motståndare och olikstänkande på ett fullständigt oacceptabelt vis.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Po pierwsze, wyrazy współczucia dla pana Nawalnego i jego rodziny, i życzenia powrotu do zdrowia. Po drugie, konieczność szybkiego i wiarygodnego śledztwa. Po trzecie, Rosja słabnie ekonomicznie i wbrew pozorom traci wpływy w swoich tradycyjnych regionach wpływów, takich jak Azja Centralna, Kaukaz Południowy czy Europa Środkowo-Wschodnia.

To – jak sądzę – jest sygnał dla Moskwy, że powinna starać się o dialog z Unią Europejską, o dialog z Zachodem. Sytuacje takie jak z panem Nawalnym, próby morderstwa, wcześniej casus Litwinienki, Niemcowa, Skripala – to psuje wizerunek Rosji, to zachęca do nakładania sankcji na Rosję i to jest najgorsza droga dla Rosji do tego, by być partnerem Europy.

Peter van Dalen (PPE). – Voorzitter, Sergej Joesjtsjenko, Anna Politkovskaja, Boris Nemtsov en nu Aleksej Navalny. Enkele namen op de lange lijst van Russen die vermoord zijn of vergiftigd door de dictator in Moskou. En als Nederlander denk ik hierbij natuurlijk extra nog aan een andere misdaad van de Russen: een Boek-raket die de vlucht MH17 heeft neergehaald. Wij moeten nu krachtig stelling nemen tegen Rusland en tegen dit regime. En dat kan ook. Laten we de grootste West-Europese geostrategische blunder ooit nu corrigeren! Stoppen met Nord Stream 2. Welke sufferd heeft ooit bedacht dat wij meer afhankelijk moeten worden van Poetins gasvoorraad? Kortom, dit regime moeten we nu volledig isoleren.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, junto a minha voz ao meu colega van Dalen para aqui lembrar Serguei Iuchtchenko, Alexander Litviniov, Anna Politkovskaja, Natalia Estemirova, Sergei Magnitski, Boris Nemtsov, uma lista demasiado longa de opositores políticos do Senhor Putin, jornalistas, ativistas de direitos humanos assassinados e cujas mortes ocorreram em circunstâncias misteriosas.

Sejamos claros, há um padrão de eliminação física de figuras incómodas ao regime do Senhor Putin e que não pode continuar impune. No caso do envenenamento de Alexei Navalny impõe-se a entrega rápida de provas do uso do agente neurológico da família do Novichok reunidas pelas autoridades alemãs e confirmadas por laboratórios franceses e suecos e que a Federação Russa coopere numa investigação independente e imparcial e que todos os responsáveis

(O Presidente retira a palavra à oradora)

Hermann Tertsch (ECR). – Señor presidente, se han dicho aquí los nombres de muchas de las víctimas de estos envenenamientos; en parte eran traidores que habían huido — desertores, como los calificarían en el Kremlin—, ahora son opositores.

Rusia entra en una situación económica muy, muy difícil: Putin ha tenido veinte años y Putin ha hecho muy pocas cosas aparte de reforzarse en el poder. Ahora entra en una situación mucho más inestable para él y está claro que lo que quiere es sembrar terror y crear miedo con este caso. Por eso creo que las señales para que esa lista no se agrande y no se amplíe infinitamente tienen que ser muy, muy claras, y las señales ya no pueden ser unas sanciones cualquiera, como las que está habiendo —que en parte se ignoran y se camuflan—; tienen que ser señales claras, como, por ejemplo, la suspensión inmediata de Nord Stream 2, que sería una señal clarísima de que la Unión Europea y, sobre todo, Alemania no toleran que sucedan estas cosas y que se haga *business as usual* con estos crímenes.

Vladimír Bilčík (PPE). – Mr President, first I would like to wish Alexei Navalny a speedy and full recovery. For years now, we have seen a consistent trend in Russia: elimination of opposition and critics of the regime with the most brutal tactics. We cannot accept that in Europe in the 21st century we witness the use of chemical weapons against political opponents.

We must act united in our response, and I'm sorry to say that the representatives of the German EU Council Presidency have left the room before this debate. We cannot be engaged in any other conversation with Russia besides the one in which together in the European Union we hold Russia responsible, and demand clear answers and explanations from Moscow. And we must act in line with our words. Indeed, in this situation, we cannot conduct business deals or carry out strategic infrastructure projects with Moscow.

Europe's economic relations with Russia must depend on acceptable political relations, not the other way around.

(Applause)

Andreas Schieder (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Alexei Nawalny ist vergiftet worden, weil er die Missstände in Russland angeprangert hat. Nawalny sollte zum Schweigen gebracht werden, und mit ihm sollten die Kritik und der Widerspruch und die Opposition vergiftet werden. Immer wieder werden in Russland Oppositionelle aus dem Weg geräumt, aber die Stimme der Opposition konnte bei den Regionalwahlen zum Beispiel nicht ganz zum Verstummen gebracht werden – und das ist gut so.

Die Demokratie ist eine schwache Pflanze in Russland und gehört gestärkt. In Nowosibirsk hat „Einiges Russland“ immerhin Verluste hinnehmen müssen. Aber – und das ist, glaube ich, ganz wichtig zu betonen –, auch wenn versucht wird, immer wieder Oppositionelle zu vergiften und aus dem Weg zu räumen, der Wunsch nach Demokratie, der Kampf um Demokratie kann nicht vergiftet werden.

Rasa Juknevičienė (PPE). – Mr President, I will start by saying that Germany has played a decisive role by taking Navalny to a safe environment, by saving Navalny's life and by establishing that this was indeed a military chemical weapon attack.

But we need another important step: to withdraw from the Nord Stream 2 project. Why? Because with the money for gas, the Kremlin regime is able to develop such chemical weapons as Novichok and to finance such operations as the poisoning of Alexei Navalny.

The EU countries cannot be complicit. Putin is guilty of this and a series of other murders. The Russian authorities cannot be trusted with an investigation. The EU must lead the initiative for an international investigation into the poisoning of Navalny and into the breach of Russia's international commitments by using chemical weapons.

Riho Terras (PPE). – Lugupeetud härra asepresident! Täna arutame Aleksei Navalnõi mürgitamise juhtumit. Erinevad laborid on juba kinnitanud, et vene opositsionäär mürgitati novitšokiga, mille tootmise võimekus on vaid Vene Föderatsiooni riiklikel laboritel ning selle kasutamise sai heaks kiita vaid kõrgem juhtkond, see tähendab Vladimir Putin. Me soovime loomulikult Aleksei Navalnõile kiiret paranemist ja loodame, et tema tervis taastub sellest argpükslikust rünnakust. Oma kodanike kõrvaldamine on vaid üks selle KGB alampolkovniku arsenalis kuuluvatest räpastest meetoditest. Putini režiim kujutab endast ohtu tervele Euroopale. Minu küsimus on, et kuidas plaanib Euroopa Liit kaitsta oma kodanikke Venemaa agressiivse tegevuse eest olukorras, kus Euroopa Liidu järgmise pikaajalise eelarve kaitsevaldkonda suunatud kulusid on olulisel määral kärbitud?

Eugen Tomac (PPE). – Domnule vicepreședinte, cui servește otrăvirea lui Navalnii? Nu mai este vorba aici de un caz izolat, ci asistăm, iată, la un mod stalinist de acțiune prin care opoziția regimului Putin sunt eliminați. Mai mult, această politică a agresivității nu se oprește la graniță. Moscova practică și înțelege doar limbajul puterii și în plan extern, sfidând orice principiu de drept internațional. Ce putem face noi: să acționăm unitar și mai dur ca niciodată pentru a opri acest mod primitiv prin care democrația este lichidată de Kremlin. Rusia trebuie sancționată. Rusia are obligația să accepte rapid o anchetă internațională în cazul Navalnii. Sancțiunile trebuie să vizeze instituțiile și companiile care girează regimul Putin. Acest regim poate fi oprit doar dacă acționăm acum ferm și fără nici o concesie, indiferent de consecințe. Aici vorbim de viață și de valori care nu pot fi negociate cu nimeni. Domnule vicepreședinte Borrell, aveți responsabilitatea de a acționa ferm și categoric pentru a promova valorile europene în vecinătatea noastră. Politica externă începe în vecinătate.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, thank you and I thank the Members for all their contributions to the debate. I don't have a lot of time to summarise.

We are using all the tools that we have at our disposal to contribute to the end of the violent repression that has been developing in Belarus after the elections, which we don't consider to legitimise Lukashenko. We support a peaceful and democratic solution to the crisis through political engagement, restrictive measures, increased support to civil society and an independent media.

This is what we can do and that's what we are doing. Don't ask for things that are out of the competences of the European institutions. Sometimes you ask for a decision that belongs to the Member States for which, I'm sorry, but I cannot feel responsible.

I try to work within the framework of the European institutions' treaties and the capacities we have. And, believe me, it's not always easy. We are still discussing about the sanctions in Belarus, and my main purpose is to try to approve them with an agreement on the technical working groups of the Council, in order to have it approved before European Union Council. But we will continue engaging on the situation in Belarus, with all the tools at our disposal.

On Lebanon, we will require Lebanon to implement reforms. Helping to ensure the stability of the country and the stability of the region. We will allocate the resources we have, but you know that we are at the end of the financial perspective, and as long as we don't have new resources, we cannot do more than we are doing.

Some of you ask about changing the position on Hezbollah. For the time being, the EU position on Hezbollah remains unchanged. The military wing of Hezbollah is on the sanctions regime. The presence of Hezbollah in the government is not new, and we are convinced that engaging in a constructive dialogue with all political parties gives the possibility of strengthening its institutions, including the Lebanese Armed Forces and the state security agencies, and this is key for the stability of Lebanon and the Middle East. But in order to change the position on Hezbollah, it would require, once again, unanimity from all Member States, and this is not the case.

Finally, on the situation in Russia, and in particular about Mr Navalny, we continue calling on Russia to investigate this crime through a fully transparent procedure under the auspices of the Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons.

For sure, we can expect that the poisoning of Mr Navalny will have an impact on European Union-Russia relations. We are going to discuss that at the next Foreign Affairs Council.

Some of you talk about the possibility of this affecting Nord Stream 2, well this is the once again something that is out of the possibilities of the European institutions. What I can tell you is that the Commission has never shown a lot of enthusiasm for this gas pipeline. The Commission does not consider it a relevant infrastructure priority, but it is something that is up to the Member States that have been pushing for this infrastructure to be built. This is apart from the scepticism from the Commission, which has never shown a strong support for it.

And finally, about the possibility of a sanction in Russia with a kind of Magnitsky-style regime. Since I took office, I immediately launched a global human rights sanctions regime, which has been discussed once again in the last Foreign Affairs Council. Discussion continues in the Council, legal acts are currently being drafted.

I hope that what has happened with Mr Navalny will represent encouragement for the Member States to stop discussing and start acting, and approving this human rights sanctions regime. In the same way that the Americans speak of Magnitsky legislation, we could call it our Navalny sanctions regime. This would be a good way of taking stock of what is happening and to keep on the record for the future the fact that Mr Navalny's name is associated with a sanctions regime for people who have violated human rights.

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmungen über die Änderungsanträge zu den Entschließungsanträgen zur Lage in Belarus und zu den Entschließungsanträgen zur Lage in Russland und dem Giftanschlag auf Alexei Nawalny finden am Mittwoch, 16. September 2020 statt, die Schlussabstimmungen am Donnerstag, 17. September 2020.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Patryk Jaki (ECR), na piśmie. – Wiarygodność Federacji Rosyjskiej w stosunkach międzynarodowych w ostatnich latach została zachwiana przede wszystkim z powodu jej działań w Gruzji oraz na Ukrainie, w wyniku których Federacja Rosyjska – z pogwałceniem wszelkich zasad – naruszyła suwerenność i integralność terytorialną tych państw.

Również inne działania podejmowane z pogwałceniem wszelkich międzynarodowych reguł i norm wymagają wyjaśnień. Potwierdzeniem tego są m.in. podejrzenia kierowane pod adresem Kremla o otrucie Siergieja Skripala w Wielkiej Brytanii, zmordowanie czeczeńskiego uciekiniera w berlińskim parku Tiergarten czy przeprowadzenie ataku hakerskiego na Bundestag. Istnieje realne podejrzenie, że Federacja Rosyjska stoi za atakiem na Aleksieja Nawalnego.

Powyższe przykłady obrazują brutalną politykę Federacji Rosyjskiej, stojącą w sprzeczności z zasadami stanowiącymi fundamenty Unii Europejskiej. UE powinna podjąć wspólne i zdecydowane działania przeciwdziałające praktykom Federacji Rosyjskiej. Mając na uwadze fakt, iż Republika Federalna Niemiec sprawuje obecnie prezydencję w Radzie Unii Europejskiej, to na niej ciąży tym większa odpowiedzialność za przestrzeganie przede wszystkim europejskiej solidarności, będącej jedną z podstawowych zasad Unii Europejskiej. Rząd RFN winien natychmiast porzucić partykularne interesy i zacząć kierować się przede wszystkim interesem UE jako wspólnoty państw członkowskich. Wobec tego podjęcie przez rząd RFN decyzji o zaprzestaniu dalszej budowy szkodliwego dla UE projektu Nord Stream 2, który może uzależnić UE od rosyjskiego gazu.

Gheorghe-Vlad Nistor (PPE), *în scris*. – Situația actuală din Belarus nu este doar deosebit de complicată, dar și extrem de neclară. Un lucru însă este cert: abuzul autorităților îndreptat împotriva propriilor cetățeni. Uniunea Europeană trebuie să ofere toată susținerea sa pentru stoparea abuzurilor, anchetarea acestor încălcări ale drepturilor omului, asigurarea libertății de exprimare și îndeplinirea aspirațiilor democratice. Președintele Lukașenko conduce Belarusul de 25 de ani, într-un pur stil dictatorial. Urmărește Rusia compromiterea definitivă a acestuia sau transformarea sa într-un pion? Jocul Moscovei poate fi unul foarte complex și de durată. Miza este imensă pentru Rusia: Kremlinul dorește realipirea economico-politică a Belarusului de aproape un sfert de secol. Protestele actuale nu sunt nici anti-Rusia, dar nici pro-UE și NATO, iar interesele Moscovei sunt evidente. În aceste condiții, dezinformarea rusească ne poate afecta în moduri foarte subtile și insidioase. Pentru moment, opoziția este foarte activă, însă fără o conducere coagulată. Leadership-ul este fragmentat și în stare amorfă; liderii par a fi animați de interese uneori divergente, iar asupra unora planează semne de întrebare. Intervenția mea îndeamnă la solidaritate și la acțiuni concrete ale Uniunii Europene, construite pe informații corecte și complete, cu rezultate pozitive atât pentru UE, cât și pentru poporul belarus.

Alexandr Vondra (ECR), *písemně*. – Dění v Bělorusku má pro mě a určitě i pro některé kolegy retrospektivní nádech. Před 30 lety jsme stejně jako Bělorusové stáli proti obuškům, abychom si vybojovali přirozené lidské právo na svobodu a demokracii, proti cenzuře a brutálnímu policejnímu násilí. Minulý týden jsme slyšeli příběh Marie Kolesnikove: barokní flétnistka vyskočí z policejního auta a roztrhává svůj cestovní pas, aby zabránila násilnému vystěhování ze země. Čest jejímu hrdinství a vlastenectví, které mi připomnělo mé bývalé kolegy z Charty 77. Sedí ve vězení a my musíme žádat její okamžité propuštění. Před 15 lety jsem do Běloruska jezdil často a hovořil s mladými lidmi, kteří se živě zajímali o naše zkušenosti z roku 1989. Bělorusko čeká dlouhá cesta. Je v jiném geopolitickém postavení, které má významný dopad na jeho další směřování. Jenže to si demonstrující uvědomují. Chápou, že budou muset v budoucnosti mít nějak vybalancované a přátelské vztahy s Ruskem. A také Rusko by mělo chápat, že případnou intervencí je nenávratně poškodí. Naším úkolem je Bělorusy na cestě k větší svobodě podporovat tam, kde si to přejí. Nejen sankcemi proti představitelům Lukašenkova režimu a tlakem na konání voleb pod mezinárodním azylem, ale i symbolicky: politickým azylem, lékařskou péčí, stipendii pro mladé lidi.

(Die Sitzung wird um 13.05 Uhr unterbrochen)

IN THE CHAIR: KATARINA BARLEY

Vice-President

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 14.17)

9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 14.22)

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 14.45)

11. COVID-19: EU-weite Koordinierung von medizinischen Beurteilungen und Risikoeinstufungen und die Folgen für den Schengen-Raum und den Binnenmarkt (Aussprache)

President. – Dear colleagues, I think we shouldn't wait any longer. I was told that the Council is on its way so maybe the Commissioner could prepare to take over first.

Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Als nächster Punkt der Tagesordnung folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zu COVID-19: EU-weite Koordinierung von medizinischen Beurteilungen und Risikoeinstufungen und die Folgen für den Schengen-Raum und den Binnenmarkt.

Ich weise die Mitglieder daraufhin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Dann darf ich als erstes, wenn das in Ordnung ist, Herrn Kommissar Reynders für die Kommission das Wort erteilen.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, permettez-moi d'abord de remercier le Parlement européen d'avoir inscrit ce point à l'ordre du jour de la plénière d'aujourd'hui. C'est l'occasion pour la Commission de faire état de la situation des efforts accomplis et mis en œuvre pour une approche plus coordonnée en matière de restriction de la libre-circulation dans la lutte contre la COVID-19.

Depuis le début de la pandémie, les États membres ont adopté une série de mesures en vue de lutter contre la propagation du virus, certaines d'entre elles venant limiter la libre-circulation au sein de l'Union. Ces mesures unilatérales, bien que prises en vue de protéger la santé publique, ont eu pour résultat d'importantes perturbations.

The Commission has always stressed that any restrictions to the fundamental right of free movement taken to address public health risks should only be used where strictly necessary, and be coordinated, proportionate and non-discriminatory.

Businesses and citizens have been confronted with diverging measures, often adopted at very short notice and not sufficiently coordinated with other Member States. Many of us have felt this in our daily lives with long queues at the borders and confusion about where we can travel in the EU and under which conditions.

Throughout the last months, the Commission has worked closely with the Member States to ensure EU citizens' rights are respected. We issued several guidelines and communications linked to the pandemic. In a first step, we have successfully addressed challenges, such as blanket restrictions to free movement, but now most Member States have put an end to the controls they at first introduced at their international borders.

However, restrictions to free movement persist and in some Member States have even been reinforced. Half a year after the beginning of this crisis, we can no longer afford uncoordinated restrictions to cross-border movement.

Mesdames et Messieurs, nous avons besoin d'une approche plus coordonnée, prévisible et transparente pour prévenir la diffusion du virus et préserver la santé des citoyens et la libre-circulation dans l'Union. Une coordination renforcée est cruciale pour les millions de citoyens qui traversent une frontière intérieure de manière régulière, pour la reconstruction de l'économie européenne et pour éviter les séparations de nombreuses familles de part et d'autre d'une frontière. C'est pour cette raison que, le 4 septembre dernier, la Commission a proposé une recommandation du Conseil pour une approche coordonnée en matière de restriction à la libre circulation. Notre proposition se fonde sur deux principes fondamentaux du droit européen, notamment en matière de libre-circulation: la proportionnalité et la non-discrimination. Ces principes doivent être respectés pour toutes les restrictions adoptées par les États membres. Notre proposition de recommandation met en avant une approche fondée sur quatre points.

First, the introduction of common criteria for Member States when deciding whether to introduce restrictions to free movement: the case notification rate, which is the total number of newly notified cases per 100 000 people in a given area in the last 14 days, the test positivity rate, which is the percentage of positive tests among all tests carried out during the last week, and the testing rate, which is the number of tests per 100 000 people carried out during the last week.

Second, a common colour code should be used across the Union to provide clarity for all. Third, a common approach should be established when dealing with travellers coming from areas deemed to be at higher risk. Fourth, giving clear, comprehensive and timely information to the public.

We need to step up our communication efforts. Member States should also inform each other and the Commission of any upcoming restriction on a weekly basis. This information should also be regularly provided to the Commission for publication on the reopened EU web platform, which already contains valuable information.

The Commission does not propose any new restrictions or encourage Member States to do so. Instead the European Centre for Disease Prevention and Control stresses the importance of general sanitary measures in containing the virus, such as physical distancing and the wearing of masks. However, where a Member State does consider that travel restrictions are essential, the Commission wants to ensure that this is done in a more coordinated way.

The decision to introduce such restrictions remains the responsibility of the Member States, which have to comply with EU law. Of course Member States have the possibility not to introduce restrictions at all, even if the different criteria outlined in the draft recommendation are met. We are working closely with the German Presidency and we look forward to the discussion on this proposal.

If I may, allow me to add a few words on the Schengen area and the free movement of goods and services. Schengen is a major achievement of the EU and it is a living project. During 35 years of existence, it has faced many challenges that reshaped it, but now Schengen is at risk and not only because of the pandemic.

Never before has the Schengen area been put to the test as in the last five years. After the migration crisis of 2015, but also after increased terrorist threats, controls at internal borders sometimes became the new normal. We are determined to change this situation.

In the recent Security Union Strategy and in the upcoming New Pact on Migration and Asylum, the Commission is identifying a number of initiatives for a stronger and more complete Schengen, in particular as regards trust-building and efficiency of controls at the external borders.

I know that, in addition to free movement of people, free movement of goods and services is a subject that is close to the heart of many in House. In this regard, let me reiterate a message already raised by Commissioner Breton within the Competitiveness Council on 1 September.

We need to ensure free movement of goods and services between Member States to safeguard supply chains. It is essential that all necessary measures are taken for this to become a reality on the ground so that both workers and goods are able to cross borders in less than 15 minutes.

And, while our focus today is the smooth functioning of the EU internal market and Schengen, let us bear in mind that European supply chains have to remain connected to global ones, and the unrestricted access of essential transport workers from third countries needs to be upheld as well.

Madame la Présidente, Mesdames, Messieurs, pour conclure, la libre-circulation, l'espace Schengen et le marché intérieur sont parmi les principales réalisations de l'Union et sont d'une importance capitale pour l'économie européenne. Nous avons le devoir, plus que jamais, de les protéger dans cette période de crise. Nous devons travailler ensemble, plus étroitement encore, pour montrer aux citoyens européens qu'en cette période difficile, l'Union européenne est présente pour préserver leur santé ainsi que leurs droits et libertés. Nous travaillons de manière très étroite, je l'ai dit, avec la présidence allemande sur ces sujets et je vous remercie, évidemment, d'avoir inscrit ce point à l'ordre du jour. Je serai très heureux d'entendre vos observations et, si possible, de répondre à vos questions.

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zuerst einmal bitte ich Sie um Entschuldigung, dass ich Sie habe warten lassen, aber ich hatte ein Gespräch mit Ihrem Präsidenten Sassoli. Das hat etwas länger gedauert, und deswegen musste ich hierher eilen. Aber in bewährter Kollegialität klappt das zwischen Kommission und Rat – nicht nur in dieser Frage – sehr gut.

Ich bin Ihnen dankbar, dass ich heute Gelegenheit habe, ein paar Gedanken mit Ihnen teilen zu dürfen zu einem Thema, was ja nicht nur die Abgeordneten, nicht nur die Vertreterinnen und Vertreter des Rats und der Kommission bewegt, sondern was alle Menschen bewegt. In diesen Tagen spüren wir alle: Die schwere Krise ist noch nicht vorbei. In fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union steigen die Zahlen teilweise dramatisch. Es geht um nichts weniger als um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Wir alle – die Institutionen – stehen gleichermaßen in der Verpflichtung, alles dafür zu tun, dass der Schutz der Gesundheit der Menschen bestmöglich gewährleistet wird.

Wenn es denn stimmt, was wir immer wieder sagen, nicht nur hier im Europäischen Parlament, dass das Virus keinen Reisepass hat und dass das Virus sich nicht um nationale Grenzen schert, dann müssen wir aus diesen sehr simplen Erkenntnissen auch das richtige Handeln entwickeln. Nach einigen schwierigen Wochen ist es uns zu Beginn der Krise doch gelungen, die richtigen Konsequenzen insofern zu ziehen, dass wir gesagt haben: Solidarität ist das Gebot der Stunde. Bei der Ausstattung mit medizinischen Gütern, mit technischem Equipment helfen wir uns inzwischen. Wir haben Verfahren entwickelt, die gewährleisten, dass alle Menschen – egal in welchem EU-Staat sie leben – besser versorgt werden können.

Aber: Was die unmittelbaren Konsequenzen in der Bekämpfung der Pandemie anbelangt, haben wir noch nicht den Punkt erreicht, wo wir alle sagen können: Die Koordination, die Abstimmung funktioniert. Deswegen hat die deutsche EU-Ratspräsidentschaft entschieden, das Thema der Koordination unserer Maßnahmen auf die Tagesordnung zu setzen. Und noch einmal danke, dass wir das auch heute hier im Parlament besprechen müssen.

Sie alle kommen aus ganz unterschiedlichen Ländern, und Sie wissen, dass die Reaktionen auf die Krise ganz unterschiedlich sind. Wir haben derzeit im Rat damit zu kämpfen, dass wir nicht genau wissen, ob alle Ministerinnen und Minister an den physischen Treffen teilnehmen können. Teilweise sind die ergriffenen nationalen Maßnahmen derart restriktiv, dass die Ministerinnen und Minister nicht herreisen können. Ich bin jetzt hier, und das bedeutet für mich, dass, wenn ich am Donnerstag zurückreise, ich mehrere Tage in Quarantäne muss und ich mich mehrfach testen lassen muss.

Das erschwert es dann wiederum auch in anderen Bereichen. Nächste Woche bin ich wieder hier. Also das hat ganz praktische Auswirkung, doch ich will jetzt nicht über Politikerinnen und Politiker reden, ich will über das reden, was die Menschen tagtäglich erfahren. Didier Reynders hat es schon angesprochen: Wir haben aus der Wiedereinführung der Grenzkontrollen in den Grenzregionen teilweise sehr schmerzhaft Erfahrungen gesammelt. Am Anfang wurde das von allen gefordert. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger schützen. Aber schon nach kurzer Zeit hat sich herausgestellt, dass die Wiedereinführung von Grenzkontrollen auch erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt.

Deswegen sind mir zwei Botschaften in Ihre Richtung, verehrte Abgeordnete, wichtig. Zum einen bleibt es das Vorrecht der Mitgliedstaaten, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendig und angemessen sind. Ob das die Quarantäne-Anforderungen sind, ob das Tests sind, ob das Reisebeschränkungen sind oder ob das die Einführung von vorübergehenden Kontrollen ist.

Aber – und das ist meine zweite Botschaft –: Alle von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen, und ich spreche jetzt ja auch für die Mitgliedstaaten, müssen verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein und müssen mit EU-Recht im Einklang stehen. Und es ist auch eine ordentliche Portion Pragmatismus gefragt. Am Ende müssen die restriktiven Maßnahmen auch praktikabel sein, und sie dürfen nicht zu stark in den Lebensalltag der Menschen eingreifen.

Auf allen politischen Ebenen befasst sich der Rat derzeit mit einer engeren Abstimmung. In der nächsten Woche werden beispielsweise auch die Europaministerinnen und Europaminister darüber reden, also nicht nur die mit Gesundheit betrauten Ministerinnen und Minister werden dazu einen Austausch suchen. Denn wir wissen: Es hat massive politische Konsequenzen.

Ich will einige wenige Beispiele benennen, wo wir ja schon vorangekommen sind. Am 30. Juni hat der Rat beispielsweise eine Empfehlung zur schrittweisen Aufhebung der vorübergehenden Beschränkung für nicht unbedingt notwendige Reisen in die EU angenommen. Wir haben auch erklärt, dass wir die epidemiologische Lage in verschiedenen Drittstaaten so bewerten werden, dass man das dann auch EU-weit koordinieren kann.

Am 4. September haben wir eine Ad-hoc-Tagung der Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister einberufen, um ein grundlegendes Verständnis darüber zu finden, wie gemeinsame Quarantäne, wie ein gemeinsames Testregime innerhalb der EU aussehen könnte und wie das auch in Übereinstimmung zu bringen ist mit den Kompetenzen der Mitgliedstaaten.

Noch in dieser Woche werden sich die für den Binnenmarkt zuständigen Ministerinnen und Minister noch einmal auch darüber austauschen, wie unnötige Binnenmarkthindernisse ausgeräumt werden können. Wir werden natürlich auch die Mitgliedstaaten entsprechend auffordern, keine neuen Hindernisse zu schaffen. Wir werden aller Voraussicht nach auch die Kommission noch einmal auffordern, entsprechende Lehren aus der COVID-19-Krise zu ziehen, damit wir auch für zukünftige Krisen besser gewappnet sind.

Ich hoffe, dass es uns auch in enger gemeinsamer Abstimmung gelingen wird, eine Reihe neuer Maßnahmen vorzuschlagen, um den Binnenmarkt widerstandsfähiger zu gestalten.

Schließlich kennen wir alle den jüngsten Vorschlag der Kommission: das berühmte Ampelsystem. Mit einem Farbkodierungssystem wollen wir bei der Einstufung von Risikogebieten noch einmal helfen, auch die Entscheidungen transparenter zu machen. Dass deutlich wird, es geht ja nicht um eine losgelöste Entscheidung eines einzelnen Mitgliedstaates, sondern das hat in einer der Offenheit und der Transparenz verpflichteten Europäischen Union auch immer entsprechende Auswirkungen auf die anderen Mitgliedstaaten. Und dabei geht es auch um Maßnahmen bei der Rückkehr von Reisen in Gebiete mit einem erhöhten Risiko. Mein bescheidenes persönliches Beispiel hatte ich dabei ja schon genannt.

Wir haben einiges erreicht. Aber ich glaube, dass es jetzt wichtig ist – die Krise ist noch nicht vorbei –, dass wir aus den Schwachstellen lernen, dass wir noch enger zusammenrücken, dass wir auch die positiven Beispiele in den Vordergrund unserer Diskussion rücken und dass am Ende die Freizügigkeit, die Freiheit, die Transparenz und die Grenzenlosigkeit, für die die Europäische Union ja in erster Linie steht, nicht nachhaltig Schaden erleiden.

Das sollte ein gemeinsames Interesse von Parlament, Kommission und selbstverständlich auch vom Rat sein.

Andreas Schwab, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Minister. Vielen Dank für diese klaren Botschaften. Ich glaube, das ist erfreulich zu sehen im Europäischen Parlament, dass Sie an einem Strang ziehen und dass die Botschaften, die Sie heute aussenden, so klar sind.

Allerdings darf ich Ihnen sagen: In der Wirklichkeit ist, glaube ich, noch nicht alles von dem angekommen, was Sie uns hier heute vortragen. Die Menschen in den Grenzgebieten, die Bürgerinnen und Bürger, die beruflich oder privat reisen müssen, haben von dieser neuen Welt der Koordination, die uns heute beschworen wurde, noch nicht so viel erlebt.

Sie erleben mehrere Exemplare auf Inlandsflügen, die in unterschiedlichen Sprachen auszufüllen sind. Sie stellen fest, dass nicht alle Länder die gleichen Einstufungen vornehmen, wie die Risikozonen wirklich geschnitten sind, und sie stellen fest, dass Grenzsicherungen nach wie vor zum Arsenal der so gelobten mitgliedstaatlichen Zuständigkeiten gehören.

Deswegen, Herr Minister, Herr Kommissar, denke ich, dass wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger – für die wir alle arbeiten – deutlich sagen müssen: Die Freiheit, die Freizügigkeit in Europa dürfen hier nicht wieder erneut eingeschränkt werden. Das war am Anfang der Krise nachvollziehbar, aber jetzt haben die Mitgliedstaaten gelernt. Jetzt ist es die Aufgabe aller Politikerinnen und Politiker, dafür zu sorgen, dass die Menschen in den Grenzgebieten, die den Binnenmarkt am Leben erhalten, nicht zum Testlabor für den Lernprozess der Mitgliedstaaten werden.

Natürlich wissen wir, dass die Corona-Krise eine nie gekannte Herausforderung ist – für uns alle. Aber umso wichtiger ist, dass der Rat und die Mitgliedstaaten sich jetzt gemeinsam dazu verpflichten, den Weg, den Sie hier beschrieben haben, auch zu gehen.

Ich glaube, dass, wenn wir heute und morgen als Europäisches Parlament erklären, dass der offene Binnenmarkt und offene Grenzen und Tests als Grenzmöglichkeit, aber nicht die Nationalität als Kontrollmöglichkeit die Prinzipien sein müssen, dann tun wir das, was wir brauchen, nämlich einem europäischen Weg im Kampf gegen das Virus den Weg zu ebnen. Ich denke, daran sind wir alle interessiert.

Sara Cerdas, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, nove meses de uma pandemia sem precedentes, atravessamos agora uma fase crónica de gestão do risco. Em 9 meses e, apesar dos esforços das instituições europeias, assistimos a uma verdadeira falta de coordenação entre os Estados-Membros. Relembro que a saúde pública é uma competência partilhada entre todos os Estados-Membros e a União, devendo sempre respeitar os direitos fundamentais dos cidadãos europeus.

Urge, assim, criar uma verdadeira União para a Saúde Europeia. Esta é uma das maiores necessidades sentidas no decorrer desta pandemia. Precisamos de uma gestão efetiva, coordenada e partilhada, por forma a assegurar aos cidadãos europeus confiança nas suas autoridades aos mais diversos níveis.

A Comissão com o parecer do ECDC deve promover com os Estados-Membros uma metodologia comum de recolha de dados com a uniformização das definições de caso e de morte por COVID-19. Só assim conseguiremos harmonizar a avaliação do risco em toda a União.

Urge elaborar um quadro comum de medidas de saúde pública a adotar pelas autoridades perante os diferentes níveis de risco, permitindo, assim, uma melhor perceção e adesão por parte dos cidadãos. Apenas com uma coordenação efetiva poderemos assegurar um mercado único eficiente e resiliente que garanta a disponibilidade de produtos em toda a União Europeia e para todos os seus cidadãos.

Véronique Trillet-Lenoir, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, les citoyens européens ont été exemplaires dans leur combat contre la COVID-19. Ils ont courageusement fait face à une menace sanitaire grave. Ils ont payé le lourd tribut économique, social et psychologique du confinement. Voilà qu'ils ont été pris tout l'été dans le chaos aux frontières intérieures de l'Union européenne, soumis à des décisions unilatérales de contrôle ou de restriction de la circulation sur la base de cartographie disparates et de non-reconnaissance mutuelle des tests biologiques.

Hier des touristes, demain des travailleurs transfrontaliers, des étudiants, des artistes. Cette désorganisation aura des répercussions sanitaires mais aussi économiques, scientifiques, culturelles. La liberté de circulation au sein de l'espace Schengen ne peut pas être ainsi sans cesse menacée. La crise sanitaire ne doit pas servir d'excuse à des égoïsmes nationaux et au manque de solidarité.

Monsieur le Commissaire, l'Union européenne doit adopter rapidement des critères épidémiologiques communs et des codes couleurs comparables, nous avons vu que nous sommes sur la bonne voie. Monsieur le Ministre des affaires européennes, il est urgent d'organiser une concertation avec vos homologues sur des recommandations sanitaires concertées et si possible, communes. Ce n'est pas une question de budget, c'est une question de volonté politique. Les citoyens européens nous regardent, ils veulent davantage qu'une juxtaposition de mesures sanitaires nationales, ils réclament une véritable politique de santé publique européenne.

Silvia Sardone, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo sentito dire dal Commissario che abbiamo bisogno di un approccio più coordinato sul COVID: beh, siamo a metà settembre! Diciamo che con la tempistica non siete proprio sul pezzo! L'Unione europea è stata inesistente e inefficace.

Le faccio una breve fotografia: ogni paese gestisce l'emergenza sanitaria in autonomia; non c'è nessun coordinamento con l'Unione europea e spesso neanche con i paesi confinanti; le frontiere sono chiuse senza alcun tipo di logica chiara; le quarantene sono imposte in maniera diversa da Stato a Stato; non c'è chiarezza su quando e a chi fare i tamponi; ora sono in discussione anche i quindici giorni di quarantena per i positivi. Insomma, un caos totale.

Ha detto, Commissario, che bisogna introdurre linee comuni: ben svegliato! Siamo ad un paradosso. Sentivo prima dal Consiglio europeo che, insomma, stanno facendo un duro lavoro con riunioni e riunioni sul COVID. Peccato che siano gli stessi che in piena pandemia hanno tagliato 7,7 miliardi di euro sul programma sanitario: scompaiono obiettivi di miglioramento del sistema sanitario europeo, quindi.

Per quanto riguarda l'immigrazione, l'Italia, complice il governo indegno, sostiene l'arrivo di migliaia di immigrati, molti positiva al COVID. L'Unione europea se ne frega. Non c'è assistenza comune, non c'è ripartizione dei profughi, non c'è solidarietà. Insomma, i confini ci sono per tutti tranne che per l'Italia, costretta a nuovi rischi sanitari.

Concludo: la vostra incapacità è semplicemente la dimostrazione che questa Europa non funziona.

Petra De Sutter, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, many EU citizens craved holidays this summer and some did go on holidays, to Spain for instance. After their holidays, Belgian tourists returning from Spain faced 14 days of quarantine. Dutch tourists only faced 10 days, and French (tourists) zero. For us Belgians, Spain is a red zone in its entirety, but not so for the French authorities.

We cannot explain these diverging practices to our citizens. It creates an idea of arbitrariness amongst our citizens, while it is very important that everyone keeps following the guidelines.

It does not make sense from a health perspective. All EU citizens are equal, also in the eyes of the virus. A Dutch person who visits a Spanish village faces the same risk of infection as a Greek, Swedish or Slovakian person who went to the same village. It also does not make sense from an internal market perspective. It creates uncertainties for businesses and cross-border workers if Member States apply different quarantine lengths or definitions of essential travel.

Luckily, the Commission indeed proposed earlier this month that Member States would use common criteria and thresholds to base their travel restrictions on. As a parliament we should support this. Member States should follow the ECDC's recommendations and agree on common rules for returning travellers, identical colour coding and common criteria.

I hope that all Member States can agree on a common viewpoint on this matter in the interest of all EU citizens.

(Applause)

Geert Bourgeois, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, we hebben heel terecht beklemtoond dat volksgezondheid een lidstatelijke bevoegdheid is, bij ons zelfs een deelstatelijke bevoegdheid. Dat moet ook zo blijven. Het beleid, de keuzes, de financiering moet daar blijven. De EU heeft geen harmoniserende bevoegdheid, dat staat in het Verdrag. Waar kan de EU wél een meerwaarde betekenen?

Wel, ten eerste door het coördineren van de kleuren codes: snel te komen tot dezelfde kleuren codes in alle lidstaten. We hebben het meegemaakt dat dezelfde zone in Frankrijk rood is en in België oranje ingekleurd wordt. Die codes ook dezelfde betekenis geven. Ten tweede, maximaal zorgen voor het vrije verkeer van personen en goederen. Ons kroonjuweel, de interne markt, en de Schengen-zone moeten gevrijwaard worden. Ten derde, het is ook goed dat de Commissie het voortouw neemt in de aankoop van vaccinprogramma's. Ik wil dat daar betrouwbare informatie over gegeven wordt: over de test, de resultaten, de vooruitgang.

Maar ik vraag de Commissie ook om transparant te zijn over de aankoopcontracten met de farmareuzen, om transparant te zijn over de onderhandelingssteams. Ik heb in het kader van openbaarheid van bestuur de informatie daaromtrent opgevraagd bij de commissaris. Ik wacht op het antwoord daarop. De Commissie vraagt transparantie, toont vaak transparantie. Welnu, toon dat u niets te verbergen hebt: *practice what you preach*.

Kateřina Konečná, *za skupinu GUE/NGL*. – Paní předsedající, je potřeba si otevřeně přiznat, že jsme poslední tři měsíce naprosto promrhali. Protože to, co se dnes děje v přeshraničním styku a to, co denně zažívají naši občané, cestující, pracovníci, ale i firmy, je prostě neuvěřitelné. Lví podíl na tom všem samozřejmě nesou především členské státy a jejich vlády, pane ministře, které prokázaly nulovou ochotu k nějaké spolupráci a zároveň v této oblasti drží klíčové pravomoci, tak jak bylo řečeno. Nicméně velké máslo na hlavě má i Komise: Jak je možné, že teprve teď předložila návrhy týkající se přeshraničního pohybu a spolupráce? To jste si opravdu mysleli, že jsme to v červnu všechno vyřešili? Jak je vůbec se sjednocením Evropy možné, že úřady některých členských států odmítají občanovi Evropské unie uznat jakýkoli druh testu na COVID-19, který byl provedený v jiném členském státu? To laboratoře a lékaři v každém členském státu fungují podle jiných standardů nebo jsou používány podřadné testy? A Belgie je toho příkladem, přijedete do Belgie a

test jiné země vám prostě nikdo neuzná.

Proč stále neexistuje harmonizovaná metodika sběru a hodnocení počtu nakažených osob, ani harmonizovaná metodika týkající se „semaforů“? Kvůli těmto chybějícím metodikám jsou údaje o infikovaných chybně vyhodnocovány, což vede následně členské státy k chybným změnám v jejich semaforech a tak dále a tak dále a tak dále.

Kolegové, Evropa se prostě musí probrat! Pokud se teď nevzpamatujeme a neukážeme závčas přidanou hodnotu evropské integrace, Evropská unie tak, jak ji známe, skončí na nedůvěře vlastních obyvatel. Doufám, že i rezoluce, na které všichni společně pracujeme, přispěje k tomu, že se všichni probereme a že tato rezoluce bude vnímána jak na straně Rady, tak na straně Komise ne jako něco z Evropského parlamentu, ale jako dokument, se kterým musí začít pracovat, protože jsou v něm názory evropských občanů.

Ιωάννης Λαγός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση απέδειξε ότι ακούει τυφλά τη νέα τάξη πραγμάτων, η οποία προκαθορίζει το πώς θα ζήσουμε και το πώς θα κινηθούμε στην υπόλοιπη ζωή μας. Ακούω τις ομιλίες που γίνονται όλο αυτό το διάστημα και δεν άκουσα να συζητάμε για το πιο βασικό. Γιατί δεν λέμε ότι πλέον οι άνθρωποι χάνουν τα θεμελιώδη δικαιώματά τους, τις απλές, ανθρώπινες καθημερινές ελευθερίες, τις οποίες είχαν διεκδικήσει και είχαν κερδίσει τόσα χρόνια; Πλέον έχουμε μπει σε μια διαδικασία στην οποία κανείς δεν μπορεί να μιλήσει και κανείς δεν μπορεί να αμφισβητήσει το θέσφατο του κορονοϊού.

Όμως εμείς δεν μπορούμε να τα κρίνουμε όλα αυτά, όταν βλέπουμε να είναι πραγματικότητα άλλα πράγματα από αυτά που συμβαίνουν και από αυτά που θέλουν να μας περάσουν. Το ένα λεπτό που έχω μόνο για να μιλήσω είναι ελάχιστο, και θα σταθώ σε ένα χαρακτηριστικό γεγονός: Πριν από λίγο καιρό ξεκίνησε μια εταιρεία η οποία θέλει να βγάλει εμβόλιο. Εμείς στην Ελλάδα, και εγώ σαν ευρωβουλευτής, θέσαμε ερώτημα στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να μας πουν γιατί η εταιρεία αυτή ήρθε σε συνεννόηση με τις ηγεσίες τουλάχιστον 25 ευρωπαϊκών κρατών, ώστε να μην μπορεί κανείς να ασκήσει ποινική δίωξη εις βάρος της σε περίπτωση παρενέργειας. Δεν έχω πάρει καμία απάντηση, δεν έχει τολμήσει κανείς να μου μιλήσει, μέχρι που η ίδια η εταιρεία σταμάτησε κάποια στιγμή να βγάζει το εμβόλιο αυτό και να κάνει πειράματα, γιατί έλεγε ότι οι παρενέργειες είναι πάρα πολύ δυσβάστακτες. Δεν μπορούμε, λοιπόν, να μιλάμε για ανθρωπισμό στην Ευρωπαϊκή Ένωση, όταν ένα παιδί δεν μπορεί να δει τον πατέρα του ή τη μητέρα του που πεθαίνει, και δεν μπορεί να πάει στο νοσοκομείο με τη δικαιολογία της COVID-19. Και επίσης δεν γίνονται καν νεκροψίες στα θύματα. Υπάρχει ένα παραμύθι το οποίο προσπαθούν να μας επιβάλλουν.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache mir in den letzten Tagen wirklich große Sorgen. Im Juni und Juli hatten wir es geschafft. Die Zahl der Infizierten war in fast allen europäischen Ländern sehr, sehr niedrig, und wir hatten Corona eigentlich im Griff. Jetzt explodieren die Zahlen in vielen Teilen Europas, und wir müssen leider auch in einigen Ländern wieder zusätzliche Todesfälle feststellen.

Herbst und Winter, mit der Tatsache, dass sich das Coronavirus in geschlossenen Räumen leichter verbreitet – achtzehn Mal leichter –, stehen erst vor der Tür. Deswegen brauchen wir gezielte Maßnahmen, und wir brauchen gemeinsame Maßnahmen. Denn auch die Akzeptanz der Bevölkerung für das, was wir zur Eindämmung beschließen, wird ja nicht gesteigert, wenn jedes Land was anderes macht und keiner mehr da durchschaut. Und nur dann schaffen wir Vertrauen.

Zum Schluss einen Satz an die Kollegin von der Rechten, die leider ihren Platz jetzt verlassen hat. Es wurde gesagt, es gab keine europäische Solidarität. Also, wir haben alle nicht gut genug gearbeitet, und Ursula von der Leyen hat sich ja bei Italien zu Recht entschuldigt. Aber zu sagen, es gab keine Solidarität, ist eine Verhöhnung der Pflegekräfte und vieler anderer, die Patienten aufgenommen haben und Leben gerettet haben, auch in anderen europäischen Ländern. Das darf man doch nicht unter den Tisch fallen lassen.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand, vi kan godt vinde kampen mod coronaen, men hvis vi skal det, så skal vi gøre det sammen, i fællesskab, det har forårets begivenheder vist os. Prøv at huske tilbage til foråret, nærmere bestemt begyndelsen af marts. Coronaepidemien hærgede i Europa, vi havde kilometervis af lange køer ved grænseovergangene, og millioner af europæere var kastet ud i usikkerhed. Usikkerhed i forhold til om de blev syge, hvornår de igen kunne besøge deres familie på den anden side af grænsen, men også i forhold til om man kunne få den mad, man havde brug for. Når jeg kigger tilbage på den tid, så er vi heldigvis kommet langt. Det er lykkedes os at sikre, at varer kan cirkulere frit i Europa. Det er lykkedes os at lave fælles indkøb af medicin og hjælpemidler, og vi har aftalt at holde hånden under hinanden med historisk store hjælpepakker. Alt det har vi koordineret i EU, og det har været med til at dæmpe den usikkerhed, der har været, men vi er ikke i mål endnu. Vi bliver nødt til at gøre noget mere, og coronakrisen har også

vist os, at vi har nogle svagheder. Vi har stadigvæk platforme, som sælger farlige varer online, uden at de bliver fjernet. Vi har stadigvæk flyselskaber, som ikke har tilbagebetalt penge til kunderne, og vi har heller ikke gensidig anerkendelse af coronatest på tværs af grænserne. Der er stadigvæk rigtig mange ting, vi har brug for at gøre, og vi bliver nødt til at gøre dem, for ellers har vi ikke et velfungerende indre marked, og det vi har brug for. Til gengæld så ved jeg også godt, at hvis vi vil, så kan vi godt gøre tingene, i hvert fald hvis vi gør det sammen.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Doamna președintă Barley, domnule comisar Reynders, domnule ministru Roth, în urmă cu câteva săptămâni, priveam consternat cum pentru o țară europeană toate celelalte țări europene erau zone roșii. Pentru o alta, erau roșii doar anumite zone, iar Bruxelles-ul însuși era roșu pentru alte state europene. Țări diferite au definiții diferite pentru ce înseamnă un caz Covid și ce înseamnă o zonă roșie.

Vă întreb, ce fel de Uniune este aceea în care „roșu” înseamnă ceva la Berlin, ceva la Bruxelles și altceva la București.

În mijlocul acestei crize de sănătate, Uniunea Europeană trebuie să vorbească cu o singură voce. După ce s-a întâmplat în februarie, în martie, în aprilie, cetățeanul european nu mai acceptă ezitări din partea noastră. Populismul și dezinformarea se hrănesc din stângăciile noastre.

Maya Angelou spunea: „când știi mai mult ar trebui să faci mai mult”. Acum cred că știm mai mult decât în aprilie, iar a face mai mult astăzi înseamnă să creăm un limbaj unitar pentru această criză și măsuri comune pentru statele membre.

Herr Roth, Sie müssen nicht nur uns überzeugen. Sie müssen als Minister handeln.

Vreimea experților a trecut, experții s-au exprimat, e nevoie ca miniștrii sănătății să ia decizii politice.

Virginie Joron (ID). – Madame la Présidente, les conséquences de la COVID, parlons-en.

Protocole n° 6, article unique: «[l]e Parlement européen a son siège à Strasbourg». C'est ce qui est inscrit dans les traités européens. Pourtant, à la dernière minute, on a demandé aux députés de venir à Bruxelles alors qu'on y trouve deux fois plus de nouveaux cas de COVID-19. Pourtant, Strasbourg était prête. Pourtant, des mesures strictes ont été mises en place dans les taxis, hôtels, restaurants et rues piétonnes. Des travaux ont même été faits cet été au Parlement. Mais on le sait: la majorité des députés français écologistes votent contre Strasbourg. Pourtant, Bruxelles est classée zone rouge depuis le mois d'août et vous avez cédé sous la pression des Verts et des socialistes qui n'ont jamais aimé venir à Strasbourg car ils habitent à Bruxelles.

Se servir du coronavirus ou des émissions de CO₂ pour faire sauter le siège de Strasbourg est inadmissible. Quand on s'engage dans un mandat, on respecte la loi et la loi dit que le siège du Parlement européen est à Strasbourg pour 12 périodes de sessions. Nous voulons que l'année 2021 rattrape cette perte pour Strasbourg.

Avant de donner une feuille de route européenne, montrons l'exemple ici en respectant les traités.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, il est vrai que nous vivons une confusion sans précédent. Vous l'avez dit: il n'y a pas eu de coordination ni d'harmonisation. Nous l'avons vu sur les tests, nous l'avons vu sur les critères communs, même pour l'évaluation du nombre de morts, et nous le voyons aussi sur la classification et la cartographie européenne par couleurs. Nous l'avons même vu, dernièrement, concernant la quarantaine, puisqu'elle varie entre 7, 10 et 14 jours. Il est très important d'harmoniser ces éléments. Nous disposons des recommandations de l'ECDC et, selon moi, les États membres doivent suivre ces recommandations.

Il existe également une confusion concernant la transparence de la Commission. Nous avons appris qu'il y avait huit négociateurs, qui établissent des contrats avec des laboratoires mais dont on ne veut pas nous donner les noms. Cela est complètement anormal puisque nous voulons vérifier les liens ou les conflits d'intérêts entre les négociateurs et les laboratoires pharmaceutiques. Nous voulons avoir accès aux marchés et on nous répond que ce sont des marchés privés. C'est de l'argent public que nous donnons aux laboratoires! De plus, nous voulons savoir combien nous donnons à chaque laboratoire. Nous voulons aussi connaître la responsabilité par rapport aux effets secondaires. Qui est responsable: les laboratoires où les États membres? Enfin, nous ne pouvons pas construire une confiance si nous n'avons pas accès aux études cliniques avant l'autorisation de mise sur le marché. C'est ainsi que l'on retrouve la confiance.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidenta, las pérdidas económicas provocadas por las restricciones a la movilidad han sido enormes para muchos sectores, especialmente el turismo y la hostelería. Ni las llamadas a la Comisión para levantar estos controles ni la web Re-open EU han sido suficientes, ya que seguimos sin acuerdos entre los Estados miembros. No hay criterios comunes de evaluación sanitaria, ni tampoco mecanismos de seguridad jurídica para recibir a los viajeros y trabajadores. Nos hemos encontrado desde calificaciones de riesgo dispares a falta de reconocimiento de pruebas diagnósticas, que obligan a imponer cuarentenas ilógicas: diez días, catorce días, siete días. Esta falta de coordinación y seriedad ha provocado una caída sin precedentes del turismo, sector del que viven muchas familias en España. Su situación es hoy insostenible.

Todo esto pone en manifiesto la necesidad de tomar medidas armonizadas que aseguren, por un lado, el funcionamiento del espacio Schengen y, por otro lado, el ejercicio de la soberanía de los Estados miembros en la protección de la salud de los ciudadanos.

Desde el pasado mes de mayo pedimos acción en este sentido. Esta situación era previsible y siguen ustedes enredados en ganar y ganar competencias, como demuestra esta Resolución, en vez de trabajar en soluciones prácticas y efectivas.

Clare Daly (GUE/NGL). – Madam President, I obviously welcome the fact that some attempt is now being made to coordinate the COVID response, but it's pretty incredible that we're six months into the most serious pandemic in living memory, in one of the richest regions in the world, with a massive institutional bureaucracy and we're only getting around to it now. We cannot even compare COVID statistics because of the different arrangements in place in Member States. So is it any wonder that EU citizens are looking on in disbelief.

This is a single virus so why are there so many different responses? People want to follow the rules, but it's difficult when the rules change and when they are inconsistent. The ECDC all along advised against border controls, but they were ignored, and the problem, you see, is that what it needed was a politically coordinated response, but it didn't come. It needed solidarity, but you can't develop solidarity overnight. There was no solidarity when Irish single mothers paid the price of Munich stockholders in the financial crisis and no solidarity for the thousands of desperate migrants on the Greek island, so it's no wonder there was no solidarity on COVID. It's an awful pity we're coming to this situation now, but I hope we learned the lessons of it.

Daniela Rondinelli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a sei mesi dalla pandemia, come Parlamento europeo torniamo giustamente a chiedere con forza un maggiore coordinamento degli Stati membri nella lotta al COVID.

L'Unione ha dimostrato una grande ambizione e una grande volontà politica con l'accordo sulle risorse del *Recovery Fund* e *EU Next Generation*, ma non potrà esserci alcuna ripresa se gli Stati membri non estendono il medesimo approccio anche agli altri aspetti: quelli sanitari, del lavoro, della libera circolazione delle persone e dei lavoratori; altrimenti si rischia di mandare in blocco il mercato interno.

È fondamentale, quindi, il coordinamento europeo per rafforzare la capacità della tracciabilità, anche istituendo test rapidi prima dell'imbarco su aerei, navi e treni; dobbiamo stabilire gli stessi tempi per la quarantena e definire sanzioni uguali per i contagiati che non rispettano le norme dell'isolamento.

Noi del Movimento 5 Stelle riteniamo che la Commissione e il Consiglio non possano più nascondersi dietro la scusa delle competenze stabilite dai Trattati per non agire, perché non abbiamo il tempo per una loro riforma complessiva. Devono invece dimostrare quella volontà politica per ridefinire i trattati in materia di salute e un accordo sul modello sociale e di *welfare* di cui l'Europa ha urgente bisogno.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, eu penso que neste momento é muito fácil saber o que temos de fazer. Quando fomos apanhados de surpresa pela pandemia era difícil e gerou-se o caos. Mesmo assim, a Comissão, na altura, queria coordenar o fecho das fronteiras e as restrições. Foram os Estados-Membros e os seus governos que não quiseram.

Agora é simples: harmonizar critérios em todo o espaço da União, definir as restrições por regiões e não por Estado-Membro e ter exatamente os mesmos condicionamentos nas zonas verdes, nas zonas amarelas, nas zonas laranja, nas zonas vermelhas.

Isto não é nada difícil de fazer e é a forma de salvarmos Schengen e de salvarmos Schengen sob três aspetos: o aspeto da saúde, o aspeto do mercado interno e o aspeto dos direitos dos cidadãos. Desta vez eles não estão em conflito. Eles convergem se nós formos capazes de ter uma resposta coordenada dada pelo Conselho. A resposta está na mão dos governos dos 27 Estados-Membros.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Corona im Schengenraum. Erst vor drei Monaten haben wir hier darüber diskutiert, wie wichtig es ist, Reisebeschränkungen europäisch zu koordinieren und den Schengenraum zu erhalten.

Doch aus dem damaligen Flickenteppich von Grenzschießungen ist jetzt ein schier undurchschaubares Labyrinth geworden. Ein Labyrinth aus grünen, gelben und roten Zonen, unbegründeten Maßnahmen, uneinheitlichen Kriterien, wo die gleiche Region von dem einen Staat als gelbe und von dem anderen als grüne Region eingestuft wird.

Deshalb fordere ich den Rat dringend auf: Vereinheitlichen Sie diese Kriterien und Maßnahmen! Schaffen Sie die Sicherheit und das Vertrauen, das unsere Bürgerinnen und Bürger und auch unsere Wirtschaft in dieser Zeit brauchen!

Ich erwarte gemeinsame Lösungen für gemeinsame Herausforderungen und auf keinen Fall eine nächste Welle nationaler Alleingänge, die am Ende allen schaden.

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, even before COVID's start protectionism was on the rise, globally and in Europe.

COVID has clearly intensified the protectionist mind-set in Europe and has forced EU citizens to think once again in terms of national borders. Is France a red zone or orange zone? Will I be allowed to go to Denmark from Belgium without having quarantine?

We must fight these base nationalist tendencies that would be fundamentally negative to all of us. While protecting health must be our first priority, this crisis must not be used as an excuse for actions against the single market. The single market has been fundamental in improving the competitiveness of our economies and prosperity for our citizens.

The four freedoms are what make the European Union real. The pandemic has made it necessary to rethink many of our policies, but it doesn't mean rethinking our values. The EU has grown and prospered thanks to its values of openness and free trade, and we must make sure that our actions are not undermined.

Georg Mayer (ID). – Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen, was haben wir nicht alle schon für Märchen gehört, wenn es um die Schengengrenzen geht. 2015 etwa hat es da geheißen, um Gottes Willen, man kann keine Binnengrenzkontrollen im Rahmen des Schengen-Raumes einführen. Das ist EU-rechtswidrig.

Was erleben wir jetzt? Wir erleben jetzt das genaue chaotische Gegenteil von dem damals Gesagten. Und was erleben wir jetzt noch, geschätzte Kollegen? Wir erleben die Einschränkung der Reisefreiheit in Europa mit voller Absicht. Und was erleben wir noch, geschätzte Kollegen? Wir erleben politische Angstmache bei einem großen Teil der europäischen Regierungen.

Besonders hervor tut sich da die österreichische Bundesregierung, die nach innen rechtswidrig die österreichische Bundesverfassung missachtet und nach außen rechtswidrig, wenn es um die Reisefreiheit geht, EU-Recht missachtet. Da könnte man durchaus einen Artikel 7 des EU-Vertrages andenken, denke ich. Diese COVID-Pandemie zeigt einmal mehr die Unkoordiniertheit und die Schwachstellen dieses Schengen-Raumes. Es ist dringend notwendig, dass wir diesen Flickenteppich beseitigen, den die Bürger heute leider jeden Tag miterleben, und eine vernünftige Koordination zusammenbringen.

Anna Cavazzini (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Im Frühjahr hatte ich das Gefühl, dass uns Europa zwischen den Händen zerrinnt. Schlagbäume gingen wieder hoch, und das Militär stand an der deutsch-polnischen Grenze, Familien und Freunde wurden auseinandergerissen, der Binnenmarkt gestört und Grenzpendler und Grenzpendlerinnen konnten nicht mehr zur Arbeit. Das darf nicht noch einmal passieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn das grenzenlose Europa ist eine der größten Errungenschaften.

Aber gerade sehen wir einen Flickenteppich von Reisewarnungen und Grenzmaßnahmen. Ich habe nicht das Gefühl, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten aus dem Frühjahr gelernt haben. Statt dieses Chaos brauchen wir eine Koordinierung der Gesundheitsmaßnahmen und der Reisewarnungen. Nur durch ein gemeinsames Vorgehen können wir diesen Virus eindämmen.

Die Kommission hat jetzt endlich einen Vorschlag für ein koordiniertes Grenzmanagement im Schengen-Raum gemacht. Aber sehr viel kostbare Zeit ist im Sommer verloren gegangen. Deshalb muss dieser Vorschlag jetzt schnell vom Rat umgesetzt werden und von den Mitgliedstaaten angewandt werden.

Eine Sache ist mir persönlich noch ganz wichtig, weil ich auch davon betroffen bin. Ob an Außengrenzen oder innerhalb der EU: Auch für binationale unverheiratete Paare muss die Freizügigkeit gelten, denn Liebe ist kein Tourismus.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, el virus es uno y nos ataca a todos sin distinción. Y lejos de unirnos para su derrota hemos sufrido cómo cada Estado miembro adopta restricciones a la libre circulación de personas y bienes sin coordinación entre el conjunto de los países, ni tampoco con la Unión Europea. Esta falta de armonización provoca caos, incertidumbre y desinformación entre los ciudadanos europeos; fragmenta el mercado interior y también bloquea el espacio Schengen.

Por lo tanto, necesitamos que la Comisión y el Consejo establezcan con urgencia y eficacia medidas armonizadas que reconstruyan la confianza entre todos los Estados miembros y los ciudadanos europeos; que el Centro Europeo para la Prevención y el Control de las Enfermedades sea quien proporcione los datos oficiales de contagiados, fallecidos y mapeo, y que también establezca los mismos criterios de salud para todos los Estados miembros, sobre todo basándose en zonas o regiones y no en países enteros.

Necesitamos test en todos los aeropuertos y accesos para restablecer la libre circulación de personas, sin barreras adicionales y siempre protegiendo la salud de todos. Es fundamental para todos, ciudadanos y empresas, que personas y bienes puedan desplazarse en libertad y con seguridad por toda la Unión Europea.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Herr kommissionär! Covid-19 har drabbat Europa mycket hårt. Inte minst har många människor drabbats hårt under hälsokrisen genom sjukdom, och anhöriga har drabbats hårt efter alltför många dödsfall. Vi vet också att människor lider av de begränsningar och restriktioner som införts, ibland med rätta, men ibland har det tyvärr rört sig om verktyg som gått åt fel håll.

Jag vill inte bidra till någon ensidig svartmålning av vad som har gjorts. Jag tycker att hur EU har reagerat och hur medlemsländerna har försökt agera har varit viktiga politiska verktyg för att förhindra pandemin från att spridas. Människor har också ställt upp. Hälso- och sjukvårdssektorn har gjort heroiska insatser. Doktorer har hjälpt patienter över landsgränser. Det finns dock saker som vi bör vara försiktiga med – vi redan sett tendenser inte bara till protektionism, utan även till populism i krisens anda.

Denna riktning får vi inte ha för framtiden. Jag tillhör dem som verkligen vill värna den fria rörligheten och som ser med stor oro på hur människor nu har svårt att resa mellan våra länder och passera våra gränser. Jag tänker på en ung generation studenter som kanske inte vågar ta steget att studera i ett annat land. Det kan få långtgående konsekvenser för Europa när den fria rörligheten attackeras.

Edina Tóth (PPE). – Tisztelt Elnök Asszony! A járványügyi helyzet az elmúlt időszakban az unió számos tagállamában kedvezőtlenül alakult, ezért többen döntöttek úgy, köztük hazám, Magyarország is, hogy a már sikeresen alkalmazott intézkedéseket ismét bevezeti. Az elmúlt hetekben több alkalommal felmerült a határzár kérdése. Szeretném leszögezni, hogy teljes mértékben alaptalannak tartom az aggályokat, mivel a határforgalmat és a beutazást érintő korlátozások nem lépik túl a Schengeni határellenőrzési kódexben meghatározott, a veszély elhárításához feltétlenül szükséges mértéket.

Minden tagállam saját felelőssége az általa megfelelőnek tartott határzárát érintő intézkedések meghozatala. A harmonizáció az uniós intézmények lassúsága miatt nem lehet megoldás. A második hullám alatt is az emberek egészségének és életének védelme a legfontosabb, és a védelmet a tapasztalatokra alapozva, csak a tagállamok tudják kellőképpen biztosítani. Köszönöm szépen!

Didier Reynders, membre de la Commission. – Madame la Présidente, Monsieur le Secrétaire d'État, chers membres du Parlement, je vous remercie d'abord d'avoir partagé vos points de vue sur la situation mais surtout vos préoccupations, parce que la pandémie de COVID-19 a eu un impact profond, vous l'avez rappelé, sur nos vies. Elle a modifié notre façon de vivre, de travailler et de voyager et nos relations avec notre famille et nos amis. Personne n'a échappé à ses conséquences.

Je voudrais tout d'abord préciser que la Commission a répondu rapidement, dès le début de la pandémie, à l'appel d'un grand nombre de citoyens, d'entreprises et d'autorités publiques. Elle a réalisé des efforts importants pour une coordination rapide et étroite entre les États membres dans tous les domaines, y compris et surtout dans ceux qui ont un impact direct sur la vie des citoyens. La Commission a notamment adopté une série de lignes directrices et de recommandations en matière de gestion des frontières et de libre circulation. J'ai bien entendu M. Schwab, M^{me} Trillet-Lenoir et M^{me} De Sutter parler de cette libre circulation. Dès le 30 mars, il existait des recommandations sur les travailleurs frontaliers, saisonniers et indépendants, particulièrement en difficulté. Dès le début, des propositions de coordination ont été présentées et ces efforts doivent se poursuivre et surtout s'intensifier pour que nous puissions mieux protéger le marché unique et la liberté de circulation à laquelle, on le sait, les citoyens européens sont profondément attachés. Le manque de coordination fait que nous devons aujourd'hui tout faire pour gagner ou regagner la confiance des citoyens. C'est pourquoi, je le répète, dès le début et cet été encore, la Commission a pris des initiatives puisque dès le début du mois d'août, sans perdre de temps, quand on a vu apparaître les nouvelles situations dans un certain nombre d'États membres, des efforts ont été consentis pour renforcer une coordination manifestement déficiente. Le 7 août, nous avons envoyé à tous les États membres une lettre rappelant les principes applicables en matière de restriction à la libre circulation. Cette lettre a été suivie par un document technique élaborant davantage certains de ces principes. Et je voudrais préciser sur un certain nombre de points, en fonction des questions, qu'en ce qui concerne la reconnaissance mutuelle des tests, la recommandation de M^{me} Cerdas, notamment, va dans ce sens et préconise aussi cette reconnaissance mutuelle des tests. De la même façon, nous travaillons sur une méthode commune de collecte des données; M^{me} Konečná y a fait allusion. Des méthodes communes ont déjà été fournies par le Centre européen en ce qui concerne cette collecte des tests au niveau national. Dorénavant, le travail se poursuit pour faire de même au niveau régional. Je voudrais aussi préciser la situation en ce qui concerne les vaccins.

I have seen the question from Mr Bourgeois and Ms Rivasi about that and first of all we have a robust, now complete, portfolio with six promising vaccine candidates. I want to say that we are also in more advanced discussions with one because one agreement has been signed was with AstraZeneca on 27 August. The vaccines will have to meet all the necessary safety requirements and to be approved by the European Medicines Agency and the Product Liability Directive remains fully in force. The agreements allow Member States to indemnify the manufacturer but patents and consumer rights remain fully in force so we are continually applying the same rules and maybe some comments on two other questions that I heard during these discussions.

I want to insist on the fact that citizens who exercise their right of free movement, Ms Cavazzini, and their family members are exempt from the travel restrictions currently in place. As regards EU citizens who have not exercised their right to free movement, we know that several Schengen states also allow entry for unmarried partners. We have repeatedly encouraged the remaining Member States to follow this broad interpretation of the free movement of rules in order to give unmarried couples the possibility to reunite after months of separation, so it's important to insist on that. This is not of course about Hungary. We have sent a letter to the Ministers of Justice and the Ministers of the Interior to know what are the reasons for a possible differentiation between some nationals and others. I'm thinking about the countries of the Visegrad Group and so of course we try to understand why it's possible to make such a differentiation. We have received a response and will analyse that, but you know that we don't want to have discrimination between different national people at the EU level and it is not a discussion for the moment about Hungary.

To conclude, I want to go back to the proposal for a recommendation sent to the German Presidency and to the Council. In fact

Le 4 septembre, nous avons adopté cette proposition de recommandation en faveur d'une approche coordonnée qui offrirait notamment – j'insiste sur les points principaux – des critères communs et un code de couleurs commun pour dessiner une carte commune à l'échelon européen sur la base des mêmes critères et permettrait un meilleur accès à l'information pour l'ensemble des acteurs. Cela rejoint d'ailleurs l'idée de communiquer une fois par semaine sur les changements de mesures qui pourraient intervenir en fonction des évolutions de la carte. La Commission reste évidemment disponible pour collaborer étroitement avec les États membres et notamment – je l'ai dit – avec la présidence allemande du Conseil pour faire avancer nos efforts communs en ce sens.

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete, lieber Herr Kommissar! Ich bedanke mich herzlich für diesen entschiedenen Appell für eine bessere Koordination, für ein engeres Zusammenarbeiten, für das Prinzip Voneinander-und-Miteinander-Lernen. Ich bitte Sie aber auch um Fairness. Niemand von uns – weder Sie noch ich noch irgendjemand anderes – hatte einen Masterplan oder eine Blaupause in der Schublade, um nach Ausbruch der Pandemie so zu handeln, wie es im Rückblick nötig und möglicherweise auch besser gewesen wäre.

Wenn eine von mir hochgeschätzte Abgeordnete, die aus demselben Land kommt wie ich, Ansprüche an die Europäische Union – und insbesondere an den Rat – formuliert, liebe Frau Sippel, dann will ich mal meine Erfahrungen schildern aus einem föderalen Land wie Deutschland, wo wir es noch nicht einmal hinkriegen, einheitliche Regelungen für 16 Bundesländer auf den Weg zu bringen. Also Ihre Ambition, die ich ja im Grundsatz teile, stößt schon in bundesstaatlich organisierten Ländern an ihre Grenzen. Und dafür gibt es Gründe.

Das mögen überwiegend Gründe sein, die wir alle gemeinsam nicht teilen. Es sind aber auch Gründe, über die man zumindest mal nachdenken sollte. Einmal, dafür bin ich sehr dankbar, stellt sich die Lage in den Grenzregionen ganz besonders dramatisch dar, weil wir doch eines gespürt haben, dass Grenzen, die im Alltag der Menschen – auch im Alltag der Wirtschaft – überhaupt gar keine Rolle mehr spielten, auf einmal zu einem ganz großen Schmerz führen, wenn sie wieder eingeführt werden, faktisch, durch die Grenzkontrollen. Das ist vielleicht in Ländern, die nicht diese enge Zusammenarbeit in den Grenzregionen pflegen, etwas anders gelagert.

Insgesamt sind 186 000 Menschen in der Europäischen Union an oder mit Corona verstorben. Eine große Tragödie. Wir haben aber höchst unterschiedlich reagiert. Deutschland ist einen anderen Weg gegangen als Italien und Frankreich, auch weil in Teilen Italiens und Frankreichs die Pandemie ganz anders gewütet hat als dies überwiegend bei uns der Fall war. Schweden ist einen komplett anderen Weg gegangen. Die Wissenschaft streitet sich, und das ist ja auch beruhigend, weil es absolute Gewissheiten nicht gibt.

Und insofern habe ich ein Problem mit Ihrem Vorwurf, wir hätten Zeit verschwendet. Ja, es hat vielleicht an der einen oder anderen Stelle zu lange gedauert, und ich will Ihnen auch versichern, verehrte Abgeordnete, Frau Präsidentin, dass wir auch auf Grundlage der Empfehlung der Kommission, die für uns eine ganz wichtige Grundlage ist, auch zu einer besseren Koordination kommen müssen. Denn solange es keinen Impfstoff gibt, haben wir keine Gewissheiten ob dieser eingeschlagene Weg oder jener eingeschlagene Weg der bessere ist.

Und dass das Thema so emotional aufgeladen ist, hat ja vor allem auch damit zu tun, dass es wirklich um Menschenleben geht, um den Schutz von Menschenleben. Und damit wollte ich nicht die Mitgliedstaaten in irgendeiner Weise verteidigen. Ich wollte nur deutlich machen, dass wir alle diesen Zweifel in uns spüren, egal aus welchem Mitgliedsstaat wir kommen.

Aber noch einmal, es ist wichtig, dass wir aus dieser Krise lernen und dass wir die Prinzipien des Binnenmarktes, dass wir die Prinzipien von Schengen nicht preisgeben, sondern dass wir versuchen, den notwendigen Gesundheitsschutz in Übereinstimmung zu bringen mit dem, was Europa im Kern ausmacht. Insofern war die Debatte hier ausgesprochen hilfreich, auch für die weiteren Beratungen im Rat. Noch einmal herzlichen Dank an alle, die sich zu Wort gemeldet haben. Wir nehmen das sehr ernst, und ich würde mich über eine Fortsetzung dieses Dialogs mit Ihnen sehr freuen.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 17. September 2020, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Marc Angel (S&D), in writing. – With acknowledging the fact that in several Member States COVID-19 cases have increased significantly since the beginning of summer, we also must declare that the restrictions some Member States put in place have not been in line with the actual risk level. Such as closing the Hungarian borders at time of low infection rates. The four freedoms, including the free movement of people, goods and services are essential for a well-functioning internal market. Uncoordinated, unilateral decisions of the Member States are strongly fragmenting the internal market. We cannot expect from citizens or businesses to be able to comply with so diverse measures (such as quarantine for 7, 10 or 14 days; different traveller locator forms; different country 'colours'; different measures on mask use obligations etc.). Especially when those are also rapidly changing and not always announced well in advance. Beside preserving the integrity of the internal market and also the Schengen area we need: to harmonise restrictive measures, based on data provided by ECDC; common colour code and regional approach at risk mapping; mutual recognition of PCR results in Member States; a harmonised 'EU traveller locator form' and to rebuild trust between Member States.

Pablo Arias Echeverría (PPE), por escrito. – Nos encontramos ante un reto de dimensiones nunca vistas y que requiere la coordinación de todos los Estados miembros. La cooperación y el entendimiento son la base del proyecto europeo, y eso precisamente es lo que busca potenciar esta Resolución común.

Durante meses hemos visto amagos de medidas unilaterales por parte de algunos Estados miembros, como discrepancias en la designación de zonas o países de riesgo e incluso en las medidas sanitarias aplicables (como las cuarentenas). Si el virus no entiende de fronteras, tampoco deberíamos nosotros.

Más que nunca, debemos estar unidos en la lucha contra el coronavirus. Debemos verlo como una oportunidad para salir reforzados de esta crisis y estar mejor preparados ante futuros eventos similares. Este es el mensaje que transmite esta Resolución común y desde aquí llamamos a los Estados miembros a que tomen buena nota.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Pandemia koronawirusa spowodowała niespotykany dotąd wstrząs zarówno dla europejskiej jak i światowej gospodarki, jak również w sposób znaczny wpłynęła na życie prawie wszystkich obywateli na świecie. Po kilku miesiącach walki z wirusem częściowo udało się nam zaadaptować do nowej rzeczywistości, jednocześnie jednak niezwykle potrzebna jest lepsza koordynacja działań pomiędzy państwami członkowskimi.

Nie ulega wątpliwości, że to, czego w tej szczególnej sytuacji potrzebują zarówno przedsiębiorstwa, jak i obywatele, to przewidywalność. Wspólny rynek czy strefa Schengen to nasze europejskie niezwykle osiągnięcia i musimy dołożyć wszelki starań, by mogły one funkcjonować w sposób pewny i stabilny.

Brak przewidywalności oraz jasnych reguł dotyczących sposobów walki z pandemią na poziomie europejskim powoduje niepewność i spadek zaufania Europejczyków, konieczność wstrzymywania się z decyzjami oraz generuje niepotrzebne koszty. Wzywam zatem do przyjęcia zharmonizowanych działań pomiędzy państwami członkowskimi w odniesieniu do walki z pandemią koronawirusa.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Zaledwie kilka miesięcy temu wielu osobom w Europie wydawało się, że najgorsze momenty pandemii Covid-19 są już za nami. Tymczasem w ostatnich tygodniach obserwujemy wzrost liczby zachorowań i w konsekwencji zwiększającą się presję na służbę zdrowia.

Czy Komisja dobrze wykorzystała spokojniejszy okres wakacji, aby przygotować się na drugą falę kryzysu? Czy jest przygotowana do koordynacji działań poszczególnych państw członkowskich, tak żeby uniknąć chaosu i zadbać o interesy najbardziej narażonych obywateli?

Wzywam Komisję, aby przy ścisłej współpracy z Radą i poszczególnymi państwami członkowskimi, pilnie wzmocniła koordynację w zakresie ograniczeń bezpośrednio wpływających na swobodę ruchu. Ograniczeń kluczowych dla osób przemieszczających się w celu wykonywania swojej pracy i wspierania swoich rodzin. Nieakceptowalny jest też fakt, że osoby te wciąż czekają na przejrzyste i zharmonizowane kryterium oceny sytuacji epidemiologicznej, co przy jej obecnym braku utrudnia odpowiedzialne podjęcie decyzji o podróży.

Wreszcie przestrzegam Komisję i Radę przed zakusami przerzucenia kosztów wykonywania obowiązkowych testów na obywateli podróżujących i przemieszczających się w celach istotnych jak studia lub ze względu na obowiązki ścisłe zawodowe, np. kierowcy czy załogi lotnicze. Nie może być zgody na dodatkowe koszty dla i tak już mocno doświadczonych mieszkańców Europy, szczególnie jeśli wynikają one z zaniechań na poziomie Komisji i Rady.

Έλενα Κουντουρά (GUE/NGL), γραπτώς. – Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, μετά το πρώτο σοκ της πανδημίας, απαίτησε εγκαίρως, ήδη από την άνοιξη, μέσω των Επιτροπών του και με ψηφίσματα της Ολομέλειας, τον συντονισμό του ανοίγματος των συνόρων ενόψει της τουριστικής περιόδου. Είχαμε προβλέψει ότι, χωρίς συντονισμό, το αποτέλεσμα θα ήταν καταστροφικό. Το επανέλαβε και ο Πρόεδρος Sassoli πριν από δύο εβδομάδες. Δυστυχώς, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή μάς αγνόησε και έμεινε παθητικός παρατηρητής. Μόλις την προηγούμενη εβδομάδα έκανε μια καθυστερημένη προσπάθεια συντονισμού. Η Ευρωπαϊκή Επιτροπή έδειξε αδικαιολόγητη αδράνεια, με αποτέλεσμα μεγάλη ταλαιπωρία για χιλιάδες ταξιδιώτες και, δυστυχώς, την αναζωπύρωση της πανδημίας σε πολλές περιοχές της Ευρώπης. Το χάος που επικρατεί ακόμα και σήμερα πρέπει να σταματήσει άμεσα. Χρειάζεται να μπουν απλοί, αναλογικοί και αποτελεσματικοί κανόνες για όλους. Όλοι οι πολίτες, ανεξάρτητα από το πού ζουν ή πού ταξιδεύουν, πρέπει να γνωρίζουν σαφώς τι ισχύει σε όλη την Ευρώπη. Και είναι αναγκαίος ο συντονισμός και η στήριξη των κρατών μελών από την Επιτροπή, προκειμένου να εφαρμόσουν σωστά τους κανόνες αυτούς. Η υγειονομική-οικονομική κρίση είναι εδώ και θα έχει διάρκεια. Μόνο οι ενιαίοι κανόνες μπορούν να δώσουν αποτελεσματική απάντηση στην αντιμετώπιση της πανδημίας.

Urmas Paet (Renew), kirjalikult. – COVID-19 kriis on selgelt näidanud, et ELi riikidel on vaja mitmes küsimuses suuremat koostööd teha, selle asemel et ühepoolselt toimetada. Samuti on oluline, et ühiste meetmete kehtestamisel kõik riigid neid ka järgiksid. Ühepoolsete sammude tagajärgi nägime alles lähiminevikus ELi sees riigipiiride sulgemise ühepoolsete otsuste puhul, mis halvas Schengeni ning mida jätkab ka praegu Ungari, kes on keelanud sissesõidu teiste ELi riikide kodanikele. Samuti võiks olla näiteks ühtne arusaam lennureeglitest, et ei oleks olukorda, kus kunstlikult tekitakse lennupiiranguid. Selleks on vaja 27 liikmesriigil ühiste seisukohtade nimel palju rohkem pingutada.

Roberts Zīle (ECR), rakstiski. – Cienījamais prezidenta kungs, godājamie Padomes un Komisijas priekšsēdētāji!

Eiropas Komisija nesen publicējusi apspriešanai ES Padomes rekomendācijas par brīvas pārvietošanās ierobežojumu noteikšanu Covid-19 pandēmijas novēršanai, kas paredz ieviest ES dalībvalstīs vienotus kritērijus personu pārvietošanās ierobežojumiem. Lai gan rekomendāciju nolūks ir samazināt pandēmijas negatīvo ietekmi uz valstu ekonomiku, tomēr šāda vienota un vienkāršota pieeja būtu pretrunā atsevišķu valstu, tajā skaitā Latvijas, individuāli noteiktajiem stingrākiem kritērijiem, kurus izstrādājuši vietējie speciālisti ar dziļāku un detalizētāku izpratni par savas valsts iedzīvotāju veselības nosargāšanas iespējām. Nav pieļaujams noteikt universālu risinājumu, neizvērtējot dalībvalstu individuālās iespējas, tajā skaitā veselības aprūpes sistēmas kapacitāti. Nav attaisnojama arī īpaša statusa noteikšana, kas ļauj neievērot pašizolācijas prasības, sezonālajam darbaspēkam, kā arī diplomātiem un starptautisko institūciju darbiniekiem, jo ne statuss, ne ieņemamais amats neveido imunitāti pret vīrusu. Latvijas valdībai šis pandēmijas laiks būtu jāizmanto, lai parūpētos par savu pilsoņu aicināšanu atgriezties uz dzīvi Latvijā, šim mērķim izmantojot gan ES finanšu resursus, gan fiskālo "rāmju" brīvlaikpāršanu. Latvijai šī ir iespēja mainīt nelabvēlīgo pilsoņu migrācijas plūsmu un uzlabot demogrāfisko situāciju valstī. Šim dokumentam būs tikai rekomendējošs raksturs. Lieku lielas cerības uz Latvijas valdību, ka tā, izvērtējot ne tikai ekonomiskos, bet arī visus citus kritērijus, spēs izvēlēties saviem pilsoņiem labāko iespējamo aizsardzību.

Carlos Zorrinho (S&D), por escrito. – Face ao impacto brutal de uma pandemia inesperada e para a qual a comunidade científica dispunha de pouco conhecimento de aplicação imediata, os Estados-Membros colocaram no terreno respostas de proximidade e de contenção.

Progressivamente essas respostas foram assumindo graus de coordenação no quadro da União Europeia, designadamente ao nível da partilha de informação e da procura de soluções e equipamentos, de que a reserva conjunta de potenciais vacinas constitui um exemplo marcante. É preciso ir mais longe.

A resolução em debate identifica domínios chave em que a ação dos Estados-Membros tem que ser coordenada, quer no plano das práticas e dos protocolos sanitários, quer no plano do restabelecimento das cadeias de fornecimento de bens e serviços no quadro do mercado único, quer na simplificação da contratação pública para efeitos de contenção da pandemia, quer ainda no restabelecimento progressivo das condições de livre circulação de pessoas.

Vivemos uma situação de exceção, que exigiu e exige respostas excecionais. Respostas que serão tanto mais eficazes quanto mais coordenadas forem na avaliação e na comunicação de riscos, na partilha de informação e na proteção das liberdades fundadoras da União Europeia.

(Die Sitzung wird um 15.53 Uhr unterbrochen)

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(A sessão é reiniciada às 17h04)

13. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – Passamos à votação dos dossiês conforme indicado na ordem do dia. O período de votação decorrerá entre as 17 horas e as 18h15.

A votação será feita de acordo com o mesmo procedimento que tem vindo a ser utilizado e que já foi aplicado no período de votação anterior.

Todas as votações serão realizadas por votação nominal e os deputados poderão verificar os seus votos expressos nas votações consultando o documento que será publicado no sítio Web da sessão plenária.

Declaro aberto o segundo período de votação. Podem votar até às 18h15.

Os resultados do segundo período de votação serão comunicados, como previsto, amanhã, às 9 horas da manhã.

A sessão será suspensa após o final do segundo período de votação, às 18h15. Como disse será reiniciada amanhã, às 9 horas.

A ordem do dia foi publicada e está disponível do sítio Web do Parlamento Europeu.

Passamos à votação.

14. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

15. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

17. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

18. Schluss der Sitzung

(A sessão é encerrada às 18h15)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. SEPTEMBER 2020

(C/2024/4888)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 14. bis 17. September 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	3
3. Lage der Union (Aussprache über ein aktuelles Thema) (Aussprache)	3
4. Erste Abstimmungsrunde	42
5. Lage der Union (Aussprache über ein aktuelles Thema) (Fortsetzung der Aussprache)	42
6. Erste Abstimmungsrunde (Fortsetzung)	60
7. Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll	62
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll .	62
9. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 111 Absatz 6 und Artikel 112 Absatz 4 Buchstabe d GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll	62
10. Anträge auf Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (Artikel 145 GO) (Billigung): siehe Protokoll	62

Inhalt	Seite
11. Wiederaufnahme der Sitzung	63
12. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	63
13. Wiederaufnahme der Sitzung	63
14. Zweite Abstimmungsrunde	63
15. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	63
16. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	63
17. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	64
18. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	64
19. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	64
20. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	64
21. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	64
22. Petitionen: siehe Protokoll	64
23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	64
24. Schluss der Sitzung	64

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 16. SEPTEMBER 2020

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(A sessão é aberta às 9h10)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

3. Lage der Union (Aussprache über ein aktuelles Thema) (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca in discussione la dichiarazione della Presidente della Commissione sullo stato dell'Unione (2020/2696(RSP)).

Si tratta di un appuntamento molto atteso. Tante cose sono cambiate in questo anno sotto il cielo dell'Europa e naturalmente c'è molta attenzione per quanto ci dirà la Presidente von der Leyen.

Ursula von der Leyen, Présidente de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, l'un des esprits les plus courageux de notre époque, Andreï Sakharov, un homme tant admiré par ce Parlement, parlait toujours de sa foi inébranlable dans la force cachée de l'esprit humain. Au cours de ces six derniers mois, les Européens ont fait preuve de toute cette force. Nous l'avons vu avec les soignants qui ont déménagé dans les maisons de retraite pour s'occuper des malades et des personnes âgées, avec les médecins et les infirmières qui sont devenus membres de famille pour les malades arrivés à leur dernier souffle, et avec tous les travailleurs de première ligne qui, jour et nuit, semaine après semaine, ont pris des risques pour nous tous. Leur empathie, leur courage et leur sens du devoir nous inspirent et je voudrais commencer ce discours en leur rendant hommage.

(Applaudissements)

Their stories also reveal a lot about the state of our world and the state of our Union. They show the power of humanity and the sense of mourning which will live long in our society. And they expose to us the fragility all around us. A virus a thousand times smaller than a grain of sand exposed how delicate life can be. It laid bare the strains on our health systems and the limits of a model that values wealth above wellbeing. It brought into sharper focus the planetary fragility that we see every day through melting glaciers, burning forests and now through global pandemics. It changed the way we behave and communicate – keeping our arms at length, and our faces behind masks. It showed us just how fragile our community of values really is, and how quickly it can be called into question around the world and even here in our Union.

But people want to move out of this Corona world, out of this fragility, out of this uncertainty. They are ready for change and they are ready to move on. And this is the moment for Europe. The moment for Europe to lead the way from this fragility towards a new vitality, and that is what I want to talk about today.

Honourable Members, I say this because in the last months we have rediscovered the value of what we hold in common. As individuals, we have all sacrificed a piece of our personal liberty for the safety of others. And as a Union, we all shared a part of our sovereignty for the common good. We turned fear and division between Member States into confidence in our Union. We showed that it is possible and what is possible when we trust each other and we trust the European institutions. And with all of that, we choose to not only repair and recover for the here and now, but to shape a better way of living for the world of tomorrow.

This is NextGenerationEU. This is our opportunity to make change happen by design, and not by disaster or by diktat from others in the world. To emerge stronger by creating opportunities for the world of tomorrow, and not just building contingencies for the world of yesterday. We have everything we need to make this happen. We have shaken off the old excuses and home comforts. We have the vision, we have a plan, we have the investment. It is now time to get to work.

This morning, I sent a Letter of Intent to President Sassoli and Chancellor Merkel, on behalf of the German Presidency, outlining the Commission's plans for the year ahead. I will not present every initiative today but I want to touch on what our Union must focus on in the next twelve months.

Honourable Members, the people of Europe are still suffering. It is a period of profound anxiety for millions who are concerned about the health of their families, the future of their jobs, or simply getting through to the end of the month. The pandemic and the uncertainty that goes with it is not over. And the recovery is still in its early stage. So our first priority is to pull each other through this and to be there for those that need it. And thanks to our unique social market economy, Europe can do just that. It is above all a human economy that protects us against the great risks of life – illness, ill-fortune, unemployment and poverty. It offers stability and helps us better absorb shocks. It creates opportunities and prosperity by promoting innovation, growth and fair competition. Never before has that enduring promise of protection, stability and opportunity been more important than it is today.

Allow me to explain why. First, Europe must continue to protect lives and livelihoods. This is all the more important in the middle of a pandemic that shows no sign of running out of steam or intensity. We know how quickly numbers can spiral out of control, so we must continue to handle this pandemic with extreme care, responsibility and unity.

In the last six months, our health systems and workers have produced miracles. Every country has worked to do its best for its citizens. And Europe has done more together than ever before. When the Member States closed borders, we created green lanes for goods. When more than 600 000 European citizens were stranded all over the world, the EU brought them back home. When some countries introduced export bans for critical medical goods, we stopped that and ensured that critical medical goods should go where they were needed.

We worked with European industry to increase the production of masks, of gloves, of tests, of ventilators. Our Civil Protection Mechanism ensured that doctors from Romania could treat patients in Italy, or that Latvia could send masks to its Baltic neighbours. And we achieved all that without having full competences. So for me, it is crystal clear: we need to build a stronger European Health Union. It is time to do that.

(Applause)

And to start making this a reality, we must now draw the first lessons from the health crisis. We need to make our new EU4Health programme future proof. This is why I had proposed to increase funding and I am grateful that this Parliament is ready to fight for more funding and remedy the cuts made by the European Council. And we need to strengthen our crisis preparedness and management of cross-border health issues.

As a first step, we will propose to reinforce and empower the European Medicines Agency and ECDC, our centre for disease prevention and control. As a second step, we will build a European BARDA, an agency for biomedical advanced research and development. This new agency will support our capacity and readiness to respond to cross-border threats and emergencies, whether of natural or deliberate origin. We need strategic stockpiling to address supply chain dependencies, notably for pharmaceutical goods. And as a third step, it is clearer than ever that we must discuss the question of health competences. I think it is a noble and urgent task to do this for the Conference on the Future of Europe.

(Applause)

And finally – and because this was a global crisis – we need to learn global lessons. This is why, along with Prime Minister Conte and the Italian G20 Presidency next year, I will convene a Global Health Summit next year in Italy. This will show Europeans that our Union is there to protect them all, and this is exactly what we have done when it comes to workers. When I took office, I vowed to create an instrument to protect workers and businesses from external shocks. Because I knew from my experience as a Minister for Labour and Social Affairs that these schemes work. They keep people in jobs, they keep the skills in companies and of course they keep SMEs in business. These SMEs are the motor of our economy and they will be the engine of our recovery.

This is why the Commission created the SURE programme, and I want to thank this House for working on it in record time. If Europe has so far avoided mass unemployment seen elsewhere, it is thanks in large part to the fact that around 40 million people applied for short-time work schemes. The speed and unity of purpose means that 16 countries will soon receive almost EUR 90 billion from SURE to support workers and companies. From Lithuania to Spain, it will give peace of mind to families who need that income to put food on the table or to pay the rent. And it will help protect millions of jobs, incomes and companies right across our Union.

This is real European solidarity in action and it reflects the fact that in our Union the dignity of work must be sacred. But the truth is that for too many people, work no longer pays. Dumping wages destroys the dignity of work, penalises the entrepreneur who pays decent wages and distorts fair competition in the Single Market, and this has to stop. This is why the Commission will put forward a legal proposal to support Member States to set up a framework for minimum wages. Everyone must have access to minimum wages either through collective bargaining or through statutory minimum wages.

I personally am a strong advocate of collective bargaining and the proposal will fully respect national competencies and traditions. We have seen in many Member States that introduced collectively-bargained minimum wages how a well-negotiated minimum wage secures jobs and creates fairness – both for the workers and for the companies really value them. Minimum wages work, and it is time that work paid.

(Applause)

The second promise of the social market economy is that of stability. By showing it was united and up to the task, Europe provided the stability that our economies needed. I will not forget when the crisis hit, the Commission immediately triggered the general escape clause for the very first time in our history. We flexibilised our European funds and State aid rules. Authorising more than EUR three trillion in support to companies and industry: from fishermen in Croatia to farmers in Greece, from SMEs in Italy to freelancers in Denmark. The European Central Bank took decisive action through the PEPP programme. The Commission proposed NextGenerationEU in record time, thus combining investment with much needed reforms. The Council endorsed it in record time. This House is working towards voting on it with maximum speed.

Honourable Members, for the first time – and for exceptional times – Europe has put in place its own common tools to complement national fiscal stabilisers. This is a remarkable moment of unity in the European Union, and this is an achievement we should take collective pride in. We made that!

(Applause)

Now is the time to hold our course. We have all seen the forecasts. We can expect our economies to start moving again after a 12% drop in GDP in the second quarter. But as the virus lingers so does the uncertainty here in Europe and around the world. So this is definitely not the time to withdraw support. Our economies need continued policy support and a delicate balance will need to be struck between providing financial support and ensuring fiscal sustainability.

In the longer-term there is no greater way to stability and competitiveness than through a stronger Economic and Monetary Union. Confidence in the euro has never been stronger. The historic agreement on NextGenerationEU shows the political backing that it has. And we must now use this opportunity to make structural reforms in our economies and complete the Capital Markets Union and the Banking Union.

Deep and liquid capital markets are essential to give businesses access to the finance they need, and they need it to grow and invest in recovery and in the future, and they are also a pre-requisite to further strengthen the international role of the euro. So let's get to work and finally complete this generational project.

The third enduring promise is the promise of opportunity. The pandemic reminded us of many things we may have forgotten or we may have taken for granted. We were reminded how linked our economies are and how crucial a fully functioning Single Market is to our prosperity and to the way we do things. The Single Market is all about opportunity – opportunity for consumers to get value for money, opportunities for a company to sell everywhere in Europe and opportunities for industry to drive global competitiveness.

And for all of us, it is about the opportunity to make the most of the freedoms we cherish as Europeans. It gives our companies the scale they need to prosper and a safe haven for them in times of trouble. We rely on it every day to make our lives easier, and it is crucial for managing the crisis and recovering our strength.

So let's give it a boost. We must tear down the barriers of the Single Market. We must cut red tape. We must step up implementation and enforcement. And we must restore the four freedoms in full and as fast as possible. The linchpin of this is a fully functioning Schengen area of free movement. We will work with Parliament and Member States to bring this high up on our political agenda and we will propose a new strategy for the future of Schengen.

Based on this strong internal market, the European industry has long powered our economy, providing a stable living for millions and creating the social hubs around which our communities are built. We presented a new industry strategy in March to ensure industry could lead the twin green and digital transition. The last six months have only accelerated that transformation at a time when the global competitive landscape is fundamentally changing. We too, we have to keep up and this is why we will update our industry strategy in the first half of next year and adapt our competition framework, which should also keep pace.

Honourable Members, all of this will ensure Europe gets back on its feet. But as we pull through together, we must also propel ourselves forwards in the world of tomorrow. There is no more urgent need for acceleration than when it comes to the future of our fragile planet. While much of the world's activity froze during lockdowns and shutdowns, the planet continued to get dangerously hotter. We see it all around us: from houses evacuated due to glacier collapse on the Mont Blanc, to fires burning through Oregon, to crops destroyed in Romania by the most severe drought in decades. But we also saw nature come back into our lives. We longed for green spaces and cleaner air, for our mental health and our physical wellbeing.

We know change is needed, and we also know it is possible. The European Green Deal is our blueprint to make that transformation. At the heart of it is our mission to become the first climate-neutral continent in 2050. But we will not get there with the status quo: we need to go faster and we need to do things better.

We looked in-depth at every sector to see how fast we could go and how to do it in a responsible, evidence-based way. We held a wide public consultation and conducted an extensive impact assessment. On this basis, the Commission is proposing to increase the 2030 target for emission reduction to at least 55%.

(Applause)

I recognise that this increase from 40 to 55 is too much for some, and not enough for others. But our impact assessment clearly shows that our economy and industry can manage this, and they want it. Just yesterday, 170 business leaders and investors, from SME's to some of the world's biggest companies, wrote to me calling on Europe to set a target of at least 55%. Our impact assessment clearly shows that meeting this target would put the European Union firmly on track for climate neutrality by 2050 and for meeting our Paris Agreement obligations. And if others follow our lead, the world will be able to keep warming below 1.5 degrees Celsius.

I am fully aware that many of our partners are far away from that – but we have to lead, and I will come back to the Carbon Border Adjustment Mechanism later. But for us, the 2030 target is ambitious, it's achievable, and it is beneficial for Europe. We can do it, and we have already shown we can do it. While emissions dropped 25% since 1990, our economy grew more than 60%. The difference is we now have the technology, we have way more expertise and we have the investment, and we are already embarking towards a circular economy with carbon neutral production. We want to be leading in the world on that. We have more young people pushing for change. We have more proof that what is good for the climate is good for business and is good for us all. And we have a solemn promise to leave no one behind in this transformation. With our Just Transition Fund we will support the regions that have a bigger and more costly change to make. We have it all. Now it's our responsibility to implement it, and to make it happen. And I want you at my side and I invite you in this endeavour because we can only do it together. This is our mission on the European level, honourable Members.

Meeting this new target will reduce our energy import dependency, will create millions of extra jobs and more than halve air pollution. To get there, we have to start now. By next summer, we will revise all of our climate and energy legislation to make it «fit for 55». We will enhance emission trading, boost renewable energy, improve energy efficiency, reform energy taxation.

But the mission of the European Green Deal involves much more than cutting emissions. It is important, but it is about making systemic modernisation across our economy, society and industry. It is about building a stronger world to live in. Our current levels of consumption of raw materials, energy, water, food and land use are not sustainable. We need to change how we treat nature, how we produce and consume, how we live and work, eat and heat, travel and transport. So we will tackle everything from hazardous chemicals to deforestation, to pollution. This is a plan for a true recovery. It is an investment plan for Europe, and this is where NextGenerationEU will make a real difference.

Firstly, 37% of NextGenerationEU will be spent directly on our European Green Deal objectives. I will ensure that it also takes green financing to the next level. We are world leaders in green finance and we are the largest issuer of green bonds worldwide. We are leading the way in developing a reliable EU Green Bond Standard. And I can today announce that we will set a target of 30% of NextGenerationEU's EUR 750 billion to be raised through green bonds.

(Applause)

Secondly, NextGenerationEU should invest in lighthouse European projects with the biggest impact: hydrogen, renovation and one million electric charging points. Allow me to explain how this could work. Two weeks ago in Sweden, a unique fossil-free steel pilot began test operations. It will replace coal with hydrogen to produce clean steel. This shows the potential of hydrogen to support our industry with a new, clean, licence to operate. I want NextGenerationEU to create new European Hydrogen Valleys to modernise our industries, to power our vehicles and to bring new life to our rural areas.

The second example are the buildings we live and work in. Our buildings generate more than 40% of our emissions. They need to become less wasteful, less expensive and more sustainable. And we know that the construction sector can even be turned from a carbon source into a carbon sink, if organic building materials like wood and smart technologies like AI are being used.

I want NextGenerationEU to kickstart a European renovation wave and make our Union a leader in the circular economy. But this is not just an environmental or economic project: it needs to be a new cultural project for Europe. Every movement has its own look and feel. And we need to give our systemic change its own distinct aesthetics to match style with sustainability.

This is why we will set up a new European Bauhaus – a co-creation space where architects, artists, students, engineers and designers work together to make that happen. This is NextGenerationEU. This is shaping the world we want to live in. A world served by an economy that cuts emissions, boosts competitiveness, reduces energy poverty, creates rewarding jobs and improves quality of life. A world where we use digital technologies to build a healthier, greener society, and this can only be achieved if we all do it together. And I will insist that recovery plans don't just bring us out of the crisis, but also help us propel Europe forward into the world of tomorrow.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Stellen wir uns für einen Moment diese Pandemie vor ohne das Digitale. Quarantäne – vollständig isoliert von Familie und Gemeinschaft, abgeschnitten von der Arbeitswelt, gewaltige Versorgungsprobleme. So oder so ähnlich muss es wohl vor 100 Jahren bei der letzten Pandemie ausgesehen haben.

Ein Jahrhundert später erlaubt uns moderne Technologie bei einer schlimmen Pandemie, dass junge Menschen aus der Ferne lernen, zu Hause, und Millionen von Menschen von zu Hause aus arbeiten. Sie ermöglicht Unternehmen, die Produktion am Laufen zu halten und ihre Produkte zu vertreiben, und sie ermöglicht öffentlichen Verwaltungen, wichtige Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

Wir haben in wenigen Wochen mehr digitale Innovation und Transformation erlebt, als sonst in Jahren. Aber wir stoßen an die Grenzen dessen, was wir auf analogem Wege noch tun können. Und diese digitale Beschleunigung hat gerade erst begonnen.

Das kommende Jahrzehnt muss Europas *Digital Decade* sein. Und wir brauchen einen gemeinsamen Plan für das digitale Europa mit ganz klar definierten Zielen bis 2050. Wir brauchen Ziele bis 2030, unter anderem in den Feldern Konnektivität, digitale Kompetenzen, öffentliche Verwaltung und vieles anderes mehr.

Und wir brauchen klare Prinzipien: das Recht auf Privatsphäre, das Recht auf Zugang, freie Meinungsäußerung, freier Datenfluss und Cybersicherheit.

Um das zu erreichen, muss Europa jetzt führen. Oder es wird lange anderen folgen müssen, die dann für uns die Standards setzen. Deswegen müssen wir schnell handeln, und wir müssen entschlossen handeln.

Es gibt drei Bereiche, auf die wir uns meiner Meinung nach konzentrieren müssen:

Zuerst die Daten. Bei den personalisierten Daten, Business-to-Consumer, war Europa zu langsam und ist nun auf andere angewiesen. Das darf uns bei den Industriedaten nicht passieren. Und hier ist die gute Nachricht: Hier ist Europa in Führung – wir haben die Technologie, und wir haben vor allem die Industrie, die wir dazu brauchen. Aber das Rennen ist damit noch nicht gewonnen.

Die Menge der Industriedaten in der Welt wird sich in den nächsten fünf Jahren vervierfachen – und damit ebenso auch die verbundenen Chancen.

Das heißt, wir müssen jetzt unseren Unternehmen, jetzt unseren Mittelständlern, den Start-ups, den Forscherinnen und Forschern die Möglichkeiten eröffnen, aus dem Vollen zu schöpfen. Industriedaten sind Gold wert, wenn es darum geht, neue Produkte und neue Dienstleistungen zu entwickeln. Die Realität sieht aber noch anders aus: 80 % der Industriedaten, die gesammelt werden, werden leider nie genutzt. Das ist eine riesige Verschwendung.

Eine echte Datenwirtschaft wäre hingegen ein kraftvoller Motor für Innovation und für neue Arbeitsplätze. Und deshalb müssen wir diese Daten für Europa sichern und breit zugänglich machen. Dafür brauchen wir gemeinsame Datenräume – zum Beispiel im Energie- und Gesundheitswesen. Diese werden Innovationscluster stärken, in denen Universitäten, Unternehmen und Forschungseinrichtungen sicher auf die Daten zugreifen können und zusammenarbeiten können. Deshalb werden wir im Rahmen von NextGenerationEU eine europäische Cloud aufbauen – auf der Grundlage von Gaia-X.

Der zweite Bereich, auf den wir uns konzentrieren müssen, ist die Technologie – und hier insbesondere die künstliche Intelligenz. Ob es um den Präzisionsanbau in der Landwirtschaft geht oder um treffgenaue medizinische Frühdiagnosen oder ob es um sicheres autonomes Fahren geht – die künstliche Intelligenz eröffnet uns Welten, das ist fantastisch, aber diese Welten brauchen auch Regeln. Das heißt, Algorithmen dürfen keine Blackbox sein, und es muss klare Regeln geben, wenn etwas schiefgeht.

Die Kommission wird im nächsten Jahr ein entsprechendes Gesetz vorlegen.

Dazu gehört auch die Kontrolle über unsere persönlichen Daten, die wir heute viel zu selten haben. Jedes Mal, wenn eine Website uns auffordert, eine neue digitale Identität zu erstellen oder uns bequem über eine große Plattform anzumelden, haben wir in Wirklichkeit keine Ahnung, was eigentlich mit unseren Daten passiert. Und das muss aufhören. Aus diesem Grund wird die Kommission demnächst eine sichere europäische digitale Identität vorschlagen. Eine, der wir vertrauen und die Bürgerinnen und Bürger überall in Europa nutzen können, um alles zu tun, vom Steuernzahlen bis zum Fahrradmieten. Eine Technologie, bei der wir selbst kontrollieren können, welche Daten ausgetauscht und wie sie verwendet werden. Das ist unser Verständnis von einer menschenzentrierten Technologie, die wir beherrschen, die uns dient.

Der dritte Punkt ist die Infrastruktur.

Die Datenverbindungen müssen mit dem rasanten Tempo Schritt halten. Wenn wir uns ein Europa der gleichen Startchancen tatsächlich auf die Fahnen schreiben, dann kann es nicht sein, dass 40 % der Menschen in den ländlichen Räumen immer noch ohne Zugang zu schnellen Breitbandverbindungen sind. Breitbandverbindungen sind heute die Voraussetzung für Online-Learning, Homeoffice, Onlineshopping und viele, viele Dienstleistungen, die jeden Tag neu erstellt werden. Und ohne Breitbandverbindung lässt sich heute ein Unternehmen einfach nicht mehr führen, geschweige denn aufbauen.

Das heißt, diese schnellen Daten sind die Voraussetzung, aber sie sind auch eine Riesenchance für die Revitalisierung der ländlichen Räume. Nur dann können diese ländlichen Räume ihr Potenzial voll ausschöpfen und dann aber auch wieder Menschen und Investitionen anziehen.

Der Investitionsschub durch NextGenerationEU ist eine einmalige Gelegenheit, den Ausbau bis ins letzte Dorf voranzutreiben. Deswegen wollen wir bei den Aufbauplänen einen Schwerpunkt auf sichere Konnektivität, auf den Ausbau von 5G, 6G und Glasfaser setzen. NextGenerationEU ist ebenso eine einmalige Gelegenheit, die wir nutzen sollten, einen gemeinsamen europäischen Ansatz für Konnektivität und für den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu entwickeln.

All dies ist kein Selbstzweck – es geht um Europas digitale Souveränität, im Kleinen wie im Großen. In diesem Sinne freue ich mich, Investitionen von 8 Milliarden Euro in die nächste Generation von Supercomputern ankündigen zu können. Das ist Spitzentechnologie *made in Europe*!

(Beifall)

Und wir wollen, dass die Europäische Industrie einen eigenen Mikroprozessor der nächsten Generation entwickelt, der uns erlaubt, die steigenden Datenmengen energieeffizient und sicher zu nutzen. All das und noch viel mehr gehört für mich zu Europas *Digital Decade*!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wenn Europa jetzt aufs Tempo drückt, müssen wir aber vor allem unsere Zögerlichkeit ablegen. Es geht vor allem darum, dass wir mehr Kontrolle über unsere Zukunft haben, Europa mehr Kontrolle über seine Zukunft geben. Wir haben alles, was es dazu braucht, um sie Wirklichkeit werden zu lassen. Der Privatsektor wartet dringend auf einen Plan – der ist jetzt da. Es gab noch nie einen besseren Zeitpunkt, um in europäische Technologieunternehmen zu investieren, überall von Sofia über Lissabon bis Kattowitz neue digitale Cluster aufzubauen.

Wir haben die Menschen, wir haben die Ideen, wir haben die Investitionskraft, um als Europäische Union erfolgreich zu sein. Deshalb werden wir 20 Prozent von NextGenerationEU in das Digitale investieren. Wir wollen damit den europäischen Weg ins Digitalzeitalter gehen – basierend auf unseren Werten, unserer Stärke und unseren Ambitionen.

Honourable Members, Europe is determined to use this transition. To build the world we want to live in, and that of course extends well beyond our external borders. The pandemic has simultaneously shown both the fragility of the global system and the importance of cooperation to tackle collective change.

And in the face of the crisis some around the world choose to retreat into isolation. Others actively destabilise the system. Europe chose to reach out.

Our leadership is not about self-serving propaganda. It is not about Europe first. It is about being the first to seriously answer the call when it is needed.

In the pandemic, European planes delivering thousands of tons of protective equipment landed everywhere from Sudan to Afghanistan, Somalia to Venezuela.

We know none of us will ever be safe until all of us are safe and we know wherever we live, whatever we have, there has to be access, affordable and safe access, to vaccines, treatments and diagnostics.

At the beginning of the pandemic, there was no funding, there was no global framework for a COVID-19 vaccine, there was just the rush to be the first one to get one.

This was the moment when the European Union stepped up to lead the global response with civil society, with G20, with the WHO and others, we brought more than 40 countries together to raise EUR 16 billion to finance research on vaccines, on tests, on treatments for the whole world. And this is Europe's unmatched convening power we can be so proud of. It is not enough to find a vaccine, we need to make sure that European citizens and those around the world have access to it.

And just this month the European Union joined the COVAX global facility and contributed EUR 400 million to help ensure that safe vaccines are available not only for those who can afford it but for everyone who needs it.

Because we know vaccine nationalism puts lives at risks, only vaccine cooperation saves lives.

(Applause)

Honourable Members, we are firm believers in the strength and value of cooperating and international bodies. It is with a strong united nation that we can find long term solutions for crises like Libya and Syria. It is with a strong World Health Organisation, that we can better prepare and respond to global pandemics or local outbreaks, be it Corona or Ebola. And it is with a strong World Trade Organisation that we can ensure fair competition for all.

But the truth is also that the need to revitalise and to reform the multilateral system has never been so urgent. Our global system has grown into a creeping paralysis. Major powers are either pulling out or they are taking the institutions hostage for their own interests, and neither road will lead anywhere.

Yes, we need change, but we need change by design and not by destruction of our international system.

(Applause)

And this is why I want the European Union to lead reforms on WHO and WTO so that they are fit for today's world.

But we know that multilateral reforms take time, and in the meantime the world will not stop. Without any doubt there is a clear need for Europe to take clear positions and quick actions on global affairs.

Two days ago the latest EU-China leaders meeting took place. The relationship between the European Union and China is simultaneously one of the most strategically important and one of the most challenging we have.

And from the outset we have said China is a negotiating partner, an economic competitor and a systemic rival.

We have interests in common on issues such as climate change, and China has shown it is willing to engage through a high-level dialogue but we expect also China to live up to its commitments in the Paris Agreement and to lead by example.

In the economic field there is still hard work to do on a fair market access for European companies — reciprocity and overcapacity. And we continue to have an unbalanced trade and investment partnership. And there is no doubt that we promote very different systems of governance and society.

We believe in the universal value of democracy and the rights of the individual. Europe is certainly not without issues, think for example of growing anti-Semitism. But criticism and opposition, we discuss them here publicly. Criticism and opposition are not only accepted, but they are legally protected, there is an open debate about all these issues. So we must call out human rights abuses whenever and wherever they occur, be it in Hong Kong or be it with Uyghurs.

(Applause)

But what holds us back? Why are even simple statements on EU values delayed, watered down or held hostage for other motives?

When Member States say Europe is too slow, I say be courageous and finally move to qualified majority voting, at least on human rights and sanctions implementation.

(Sustained applause)

This House has called many times for a European Magnitsky Act and I can announce that we will now come forward with a proposal, we need to complete our toolbox.

(Applause)

Honourable Members, be it in Hong Kong, Moscow or Minsk, Europe must take a clear and swift position. And I want to say it loud and clear. The European Union is on the side of the people of Belarus.

(Applause)

We have all been moved by the immense courage of those peacefully gathering in the Independence Square or taking part in the fearless women's march. The elections that brought them into the streets were neither free nor fair, and the brutal response by the government ever since has been shameful. The people of Belarus must be free to decide their own future for themselves, they are not pieces on someone else's chess board.

(Applause)

And to those that advocate closer ties with Russia, I say that the poisoning of Alexei Navalny with an advanced chemical agent is not a one-off. We have seen the pattern in Georgia, and in Ukraine, in Syria and Salisbury, and in election meddling around the world, and this pattern is not changing and no pipeline will change that.

(Applause)

Turkey is and will always be an important neighbour. But while we are close together on the map, the distance between us appears to be growing.

Yes, Turkey is in a troubled neighbourhood and yes it is hosting millions of refugees for which we support them with considerable funding, but none of this is justification for attempts to intimidate their neighbours. Our Member States, Cyprus and Greece, can always count on Europe's full solidarity on protecting their legitimate sovereignty rights.

(Applause)

De-escalation in the eastern Mediterranean is in our mutual interest. The return of exploratory vessels to Turkish ports in the past few days is a positive step in this direction. This is necessary to create the much needed space for dialogue, refraining from unilateral actions and resuming talks in good faith, is the only path forward. The only path to stability and lasting solutions.

Honourable Members, as well as responding more assertively to global events, Europe must deepen and refine its partnerships with its friends and allies and this starts with revitalising our most enduring partnerships.

We might not always agree with recent decisions of the White House but we will always cherish the transatlantic alliance, based on shared values and history and an unbreakable bond between our people.

So whatever may happen later this year, we are ready to build a new transatlantic agenda, to strengthen our bilateral partnership, be it on trade, on tech or taxation, and we are ready to work together on reforming the international system we built together, jointly with like-minded partners.

For our own interests and in the interest of the common good, we need new beginnings with old friends on both sides of the Atlantic and on both sides of the channel.

The scenes in this very room when we held hands and sang goodbye with Auld Lang Syne, spoke a thousand words, and they showed an affection for the British people that will never fade.

But with every day that passes the chances for a timely agreement do start to fade. Negotiations are always difficult and we are used to that and the Commission has the best and most experienced negotiator, Michel Barnier, to navigate us through that. But talks have not progressed as we would have wished and that leaves us very little time.

As ever, this House will be the first to know and it will be the one that has the last say, and I can assure you we will continue to update you thoroughly just as we did with the withdrawal agreement.

This withdrawal agreement took three years to negotiate and we worked relentlessly on it, line by line, word by word and together we succeeded and the result guarantees our citizens' rights, financial interests, the integrity of the single market, and crucially, the Good Friday Agreement. And the European Union and the UK jointly agreed it was the best and only way for ensuring peace on the island of Ireland and we will never backtrack on that and this agreement has been ratified by this House and by the House of Commons. It cannot be unilaterally changed, disregarded or dis-applied. This is a matter of law and trust and good faith.

(Applause)

And that is not just me saying it. I remind you of the words of Margaret Thatcher. I quote, «Britain does not break treaties. It would be bad for Britain, bad for relations with the rest of the world and bad for any future treaty on trade», end of quote. This was true then and this is true today.

(Applause)

Trust is the foundation of any strong partnership and Europe will always be ready to build strong partnerships with our closest neighbours. This starts with the Western Balkans.

The decision six month ago to open accession negotiations with Albania and North Macedonia was truly historical. Indeed the future of the whole region lies in the European Union. We share the same history. We share the same destiny. The Western Balkans are part of Europe and they're not just a stopover on the Silk Road.

We will soon present an economic recovery package for the Western Balkans focusing on a number of regional investment initiatives. And we will be there for the Eastern Partnership countries and our partners in the southern neighbourhood, to help create jobs and kick-start their economies.

When I came into office, I chose for the very first trip outside the European Union to visit the African Union, and it was a natural choice.

It was a natural choice and it was a very clear message because we are not just neighbours, but we are natural partners. Three months later I returned with my entire college to set out the priorities for new strategies with Africa. It is a partnership of equals where both sides share opportunities and responsibilities. Africa will be a key partner in building the world we want to live in, whether it is on climate, digital or trade.

Honourable Members, we will continue to believe in open and fair trade across the world, not as an end in itself but as a way to deliver prosperity at home and promote values and standards. More than 600 000 jobs in Europe are tied for example to trade with Japan, and our recent agreement with Vietnam alone helped secure historic labour rights for millions of workers in the country.

We will use our diplomatic strength and economic clout to broker agreements that make a difference, such as designating maritime protected areas in Antarctica. This would be one of the biggest acts of environmental protection in history.

We will form high ambition coalitions on issues such as the digital ethics of fighting deforestation and we will develop partnerships with all like-minded partners from Asian democracies to Australia, Africa, the Americas and anyone else who wants to join.

We will work on just globalisation. We cannot take this for granted.

We must insist on fairness and a level playing field, and Europe will always move forward alone or with partners to do that.

I want to come back to the Carbon Border Adjustment Mechanism. Carbon must have its price because nature cannot pay this price anymore. And this Carbon Border Adjustment Mechanism should motivate foreign producers and EU importers to reduce their carbon emissions, while ensuring that we level the playing field in a WTO compatible way.

The same principle applies to digital taxation. We will spare no effort to reach agreement in the framework of OECD and G20. But let there be no doubt, should an agreement fall short of a fair tax system that provides long-term sustainable revenues, Europe will come forward with a proposal early next year. I want Europe to be a global advocate for that.

(Applause)

Honourable Members, if Europe is to play a vital role in the world, it must also create new vitality inside, and to move forward we must now overcome the differences that held us back.

The historic agreement on NextGenerationEU shows that it can be done and the speed with which we took decisions on fiscal rules, state aid or SURE, all these show it can be done. So let's do it!

Migration is an issue that has been discussed long enough. Migration has always been a fact for Europe and it will always be. Throughout centuries, it has defined our societies. It has enriched our cultures and it has shaped many of our lives and this will always be the case.

As we all know, the 2015 migration crisis caused many deep divisions between Member States, with some of those scars still healing today. A lot has been done since, but a lot is still missing. If we are all ready to make compromises, without compromising on our principles, we can find a solution.

Next week, the Commission will put forward its pact on migration. We will take a human and humane approach. And there are principles, saving lives at sea is not optional.

(Applause)

And those countries who fulfil their legal and moral duties or are more exposed than others must be able to rely on the solidarity of our whole European Union.

We will ensure a closer link between asylum and return. We have to make a clear distinction between those who have the right to stay and those who do not. We will take action to fight smugglers, strengthen external borders, deepen external partnerships and create legal pathways. And we will make sure that people who have the right to stay are integrated and made to feel welcome. They have a future to build and skills, energy and talent.

I think of Suaad, the teenage Syrian refugee who arrived in Europe dreaming of being a medical doctor. Within three years she was awarded a prestigious scholarship from the Royal College of Surgeons in Ireland. I think of the Libyan and Somalian refugee doctors who offered their medical skills the moment the pandemic struck in France. And last year I told you the story of Muaz, whom I had the honour to meet. He is studying physics today in Europe.

Honourable Members, if we think about what they have overcome and what they have achieved, then we simply must be able to manage the question of migration together. The images of the Moria camp are a painful reminder of the need for Europe to come together.

(Applause)

Everybody has to take a step up here and take responsibility, and the Commission will do just that. The Commission is now working on a plan for a joint pilot with the Greek authorities for new camp on Lesbos. We can assist with asylum and return processes and significantly improve the conditions for the refugees.

But I want to be clear. If we step up, then I expect all Member States to step up too. Migration is a European challenge, and the whole of Europe must do its part.

(Applause)

We must rebuild the trust among us and move forward together and this trust is at the very heart of our Union and the way we do things together.

It is anchored in our founding values, our democracies and in our community of law, as Walter Hallstein used to say.

This is not an abstract term. The rule of law helps protect people from the rule of the powerful. It is the guarantor of our most basic, everyday rights and freedoms. It allows us to give our opinion and to be informed by a free press.

Before the end of the month the Commission will adopt the first annual rule of law report covering all Member States. It is a preventive tool for early detection of challenges and for finding solutions. I want this to be a starting point for Commission, Parliament and Member States to ensure there is no backsliding.

The Commission attaches the highest importance to the rule of law and this is why we will ensure that money from our budget and NextGenerationEU is protected against any kind of fraud, corruption or conflict of interest. This is non-negotiable.

(Applause)

But the last months have also reminded us how fragile, it can be. We have a duty to always be vigilant, to care and nurture for the rule of law and breaches of the rule of law cannot be tolerated.

I will continue to defend it and the integrity of our European institutions, be it about the primacy of EU law, the freedom of the press, the independence of the judiciary, or the sale of golden passports, European values are not for sale.

(Applause)

Honourable Members, these values are more important than ever. I say that because when I think of the State of the Union, I am reminded of the words of John Hume, one of the great Europeans who sadly passed away this year.

If so many people live in peace today on the island of Ireland, it is in large part because of his unwavering belief in humanity and conflict resolution.

He used to say that conflict was about difference and that peace was about respect for difference. And as he so rightly reminded this House in 1998 and I quote, «The European visionaries decided that difference is not a threat. Difference is natural. Difference is the essence of humanity». End of quote.

And these words are just as important today as they ever have been because when I look around we ask ourselves, where is the essence of humanity when three children in Wisconsin watched their father shot by the police while they sat in the car? Where is the essence of humanity when anti-Semitic carnival costumes are openly paraded on our streets? Where is the essence of humanity when every single day Roma people are excluded from society and others held back simply because of the colour of their skin, or their religious belief?

I am proud to live in Europe in this open society of values and diversity, but even here in this Union these stories are daily reality for so many people, and this reminds us that progress on fighting racism and hate is fragile. It is hard won but very easily lost. So now is the moment to make change, to build a truly anti-racist union that goes from condemnation to action, and the Commission is putting forward an action plan to start making that happen.

As part of this we will propose to extend the list of EU crimes to all forms of hate crime and hate speech, whether because of race, religion, gender or sexuality, hate is hate and no one should have to put up with that.

(Applause)

We must strengthen our racial equality laws where there are gaps. We will use our budget to address discrimination in areas such as employment, housing or health care. We will get tougher on enforcement when implementation lags behind, because in this Union fighting racism will never be optional.

We will improve education and knowledge on the historical, cultural causes of racism. We will tackle unconscious bias that exist in people, in institutions, well, yes, and even in algorithms, and we will appoint the Commission's first ever anti-racism coordinator to keep this at the top of our agenda and to work directly with people, civil society and institutions.

Honourable Members, I will not rest when it comes to building a union of equality. A union where you can be who you are and love who you want without fear and recrimination.

(Applause)

Because being yourself is not your ideology, it is your identity, and no one can ever take it away. So I want to be crystal clear. LGBTQI-free zones are humanity free zones and they have no place in our union.

(Applause)

And to make sure that we support the whole community, the Commission will soon put forward a strategy to strengthen LGBTQI rights. As part of this I will also push for mutual recognition of family relations in the EU, because if you are a parent in one country you are of course a parent in every country.

(Applause)

Mesdames et Messieurs les députés, voici le monde dans lequel nous voulons vivre, le monde où nous sommes unis, dans la diversité et l'adversité, où nous travaillons ensemble pour surmonter nos différences et où nous nous soutenons dans les moments difficiles. Le monde plus fort, le monde plus respectueux et plus sain de demain que nous construisons aujourd'hui, pour nos enfants.

Mais pendant que nous essayons d'apprendre la vie à nos enfants, nos enfants nous apprennent ce qu'est la vie. Cette année nous a montré à quel point cela est vrai. Nous pouvons parler des millions de jeunes qui demandent un changement pour une planète plus saine, ou des centaines de milliers de magnifiques arcs-en-ciel de solidarité affichés dans les fenêtres de toute l'Europe par nos enfants.

Il y a une image qui m'est restée en tête au cours de ces six derniers mois, une image qui saisit le monde à travers les yeux de nos enfants. C'est l'image de Carola et de Vittoria, les deux jeunes filles jouant au tennis sur les toits de la Ligurie, en Italie, pendant le confinement. Il n'y a pas que le talent et le courage des filles qui ressort de cette image, c'est surtout la leçon qui se cache derrière, une leçon de ne jamais se laisser bloquer par des obstacles sur notre chemin, une leçon de ne jamais se faire freiner par les conventions et de toujours saisir le moment. Voici ce que Carola, Vittoria et tous les jeunes d'Europe nous apprennent chaque jour sur la vie. Cela, c'est la prochaine génération d'Europe, *NextGenerationEU*.

Et cette année, l'Europe a suivi leur exemple et a fait un bond en avant, ensemble. Quand il fallait trouver une voie pour notre avenir, nous n'avons pas laissé les vieilles conventions nous freiner. Quand nous avons senti la fragilité autour de nous, nous avons saisi le moment pour donner une nouvelle vitalité à notre Union. Et quand nous avons eu le choix de faire cavalier seul, comme par le passé, nous avons utilisé toute la force des 27 pour donner à tous les 27 une chance pour l'avenir. Nous avons montré que nous sommes ensemble dans cette histoire et que nous en sortirons ensemble.

Mesdames et Messieurs les députés, l'avenir sera ce que nous en ferons et l'Europe sera ce que nous voulons. Cessons donc de la rabaisser et travaillons pour la construire, pour la faire forte et pour bâtir le monde dans lequel nous voulons vivre. Vive l'Europe! *Long live Europe! Lang Lebe Europa!*

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, let me start first with a thank you. Your State of the Union speech today marks the end of the first year of your mandate and the mandate of all of us.

It was for sure a challenging year, but you managed it, and together with the whole Commission team, I want to thank you. I also want to thank the colleagues in the European Parliament, because in the last year we have shown unity and good cooperation in the house, despite all our political differences. We have shown Europeans that we speak with one voice when it matters most.

The State of the Union speech is an important point in our agenda, and we as the EPP fully support the main line of your speech. It is about health, migration, the rule of law and a Europe without hate.

I want to focus my contribution on our main title – how can we address the fears of Europeans after the crisis, or during the crisis? How can we answer this? And our main message is that we have to now show credibility.

For the European People's Party, the headline of the upcoming weeks is jobs, jobs and jobs. Take Italy, where 40% of young people are still unemployed. We can never accept another lost generation in today's European Union.

When we insist on a 5G network for Europe, and a project to fight against cancer, and the idea of a new battery technology, it's not just about showing EU flags on billboards and how much money we spend, it's about delivering on jobs.

You can spend recovery fund money only once, and our priority is the future of Europe's young generation. Let us now use one-third of the recovery funds to finance a pact for European jobs.

For us, credibility means immediately starting the digital catch-up. You spoke about this. But, I must ask, where are the initiatives from the Commission? We have had green papers, we have had white papers, but no real progress has been made. And that is what we need. We can probably even have a kind of Digital Act like we do the Climate Act, to prioritise things – investment in infrastructure and investment in technologies.

For us credibility means finalising an ambitious but realistic Green Deal to stimulate new and innovative jobs. For us credibility means screening all EU legislation to check if it stimulates jobs or not. Now is again the time to cut the bureaucratic burden and to reinforce the single market. And credibility means that the recovery fund must protect and support European interests and – let me be frank – not Chinese ones. That's why we need clear rules. No money from European taxpayers in the pockets of State-owned companies from China.

The second point I want to underline concerns the external dimension. Because credibility means that we have to speak with one voice in the world.

Belarus and Russia. 30 years ago, people in Budapest, Dresden and Warsaw went out and fought for democracy and freedom. 12 years ago Kiev and now Minsk. Lukashenko said in an interview a few days ago that if Belarus falls, Russia will fall. I say it in my words: the idea of free people is going to the east and no-one can stop it, neither Lukashenko nor Putin. We are credible, and the people out on the streets in Minsk see that Europe is on their side. After the Navalny case, all options of further sanctions must be on the table: as you yourself said, even stopping the Nord Stream 2 project.

And one word to our colleagues from Front National, Salvini and Syriza. We are here to serve European citizens. A true patriot is never Putin's puppet.

And Turkey is the second subject for External Affairs. While the Greek government is ready to accept the decision of the International Court of Justice on the gas dispute, Turkey is sending warships, is breaking international law in Syria, suppressing free media and stoking religious tensions with its decision on Hagia Sophia.

So I ask, are we credible when Turkey still wants to join the European Union? I say no, that is not credible, and when Erdoğan attacks our family, we – especially the German Presidency – cannot be a fair mediator. We have to be close to our friends in Cyprus and Greece. That is why we are a union of values.

And finally, on Brexit, here too the need for credibility is really, really big. It makes no sense to negotiate a future agreement in the face of a British Prime Minister who is throwing out of the window the agreement that he himself signed. Great Britain, you are losing your credibility on the global level. What I can say is that the European Parliament can never vote for any trade agreement with Great Britain if we cannot trust each other.

So the upcoming months will be extremely challenging. They will shape Europe. Let's show our citizens that Europe shows solidarity and first of all credibility.

(Applause)

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señora presidenta Von der Leyen, señorías, estamos aquí para analizar cuál es el estado de nuestra Unión. Debemos hacer un diagnóstico exacto para poder acertar con las recetas. La situación, digámoslo claramente, no es buena. Y no lo es, porque la pandemia nos ha sacudido de una forma imprevisible.

Pero también la COVID ha hecho más patente la necesidad de abordar otros problemas que llevamos mucho tiempo arrastrando. Y me refiero, por ejemplo, a la gestión común de la migración, que nos hubiera ahorrado la situación y el episodio vergonzoso de Moria. Me refiero a los instrumentos incompletos para gestionar el euro. Me refiero a unos recursos propios que hoy son minúsculos. Pero hay algo en lo que sin duda hemos acertado. Y es que la respuesta a esta crisis no va a ser la misma que en el 2008. Porque esta vez daremos una respuesta centrada en las personas y en la solidaridad. No en la austeridad, no en la macrocondicionalidad.

Este es su primer discurso, señora Von der Leyen. Y yo le agradezco los esfuerzos que ha hecho por escuchar a este Parlamento. Hace un año ni usted ni yo hubiéramos imaginado lo que iba a suceder. Al gran reto de la transformación ecológica y digital, se suma ahora la necesidad de afrontar los efectos sanitarios, sociales y económicos de la COVID, que son muchos, y además hacerlo en un contexto de total incertidumbre. Y si no lo gestionamos bien, corremos el riesgo de alimentar los discursos antieuropeos y antisistema.

Pronto comenzará la Conferencia sobre el Futuro de Europa y tenemos que ver cuáles son los resultados, pero no podemos esperar a sus conclusiones. La gente nos espera. Espera a Europa. Y lo peor que podemos hacer es decepcionarles. Llevamos décadas hablando de recursos propios y de fiscalidad europea, del impuesto de transacciones financieras, por ejemplo. Porque es totalmente inaceptable que el peso de la recaudación fiscal en Europa caiga sobre la renta y los bolsillos de los trabajadores y las trabajadoras, y no sobre los grandes movimientos financieros y los especuladores.

Hay otras propuestas también sobre las que debemos hablar. Pero tenemos que decidir, porque solo así podremos invertir en la transición ecológica y digital, atendiendo también a la dimensión social, sin dejar a nadie en el camino. Ahora es el momento de invertir en esa Europa resiliente que nos ha planteado la prospectiva estratégica. Nos alegra que haya asumido el objetivo vinculante de reducir al menos el 55 % de los gases de efecto invernadero antes del 2030. Mi Grupo lleva mucho tiempo luchando por eso.

Pero no olvidemos que el cuidado de las personas también forma parte de la sostenibilidad. Y, ahora más que nunca, debemos insistir en una estrategia contra la pobreza, que incluya la Garantía Infantil y una Directiva marco para el salario mínimo. La Presidencia alemana ha asumido nuestra propuesta del sistema de ingreso mínimo que esperamos salga adelante. Ahora debemos reformar la gobernanza económica. Suspender el pacto fiscal hasta 2022 fue una decisión acertada y ahora debemos abrirnos también a una posible regla de oro para la inversión sostenible. Esta crisis amenaza a nuestras sociedades porque puede abrir brechas insalvables. La cohesión social es una de nuestras señas de identidad, de la que nos orgullecemos en Europa, y debemos protegerla.

Así como debemos proteger a un sector de la cultura, muy castigado, que es otro elemento de cohesión social también y de identidad compartida y de integración. Usted ha hecho referencia, señora Von der Leyen, al Bauhaus europeo y yo le propongo hoy la creación de un bono o carné cultural europeo destinado a jóvenes y desempleados, en coordinación con los Estados miembros. Será un instrumento para reforzar el tejido cultural europeo y estimular una ciudadanía europea madura y crítica.

Señorías, hay una decisión fundamental que tenemos pendiente, con toda franqueza, y es la de nuestros valores. Es alarmante ver el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros. No vale solo con levantar la voz, tiene que haber consecuencias. No hay democracia sin independencia judicial. Y es inadmisibile que haya ciudades en la Unión que se declaren libres de LGTBI. Es una deriva muy peligrosa que hay que atajar y exigimos al Consejo que adopte una posición común de forma inmediata para empezar la negociación del mecanismo del Estado de Derecho.

Decía, al principio de mi intervención, que el estado de la Unión no es bueno, pero también, déjenme que sea sincera, no veo ningún otro lugar del mundo donde yo quisiera vivir en este momento. Precisamente porque tenemos la capacidad, los valores y las instituciones que pueden hacer frente a esta crisis de manera solidaria y eficaz, yo me niego a resignarme. Nosotros nos negamos a resignarnos. La ciudadanía tiene muchas esperanzas puestas en nosotros. Por favor, no les defraudemos.

Dacian Ciolos, în numele grupului Renew. – Domnule Președinte, doamna Președintă, Europa a făcut progrese considerabile în ultimele luni. Fără îndoială, planul de relansare este un pas istoric înainte și înfrunchează forța Uniunii și capacitatea noastră de a depăși crizele împreună. Am început să construim o Europă cetățenească în adevăratul sens al cuvântului.

S-a mai auzit vocea naționaliștilor sau antieuropenilor în ultimele săptămâni? Au început să se încurce în propriile argumente care denigrau proiectul european și azi nu prea mai au nimic relevant de spus. Vor să ascundă faptul că au nevoie de acest plan de relansare – la fel ca toți ceilalți europeni – pentru că și ei au nevoie de Europa. Evident, nu o vor recunoaște niciodată, dar azi e tot mai clar că proiectul naționalist rămâne, încet-încet, fără obiect, pentru că Europa își face treaba și e concretă, și e directă. Este, deci, momentul să fim clari și când vorbim despre valorile noastre, nu doar când vrem bani de la Uniunea Europeană.

Nu există un compromis posibil între o Europă a investițiilor sau o Europă a valorilor. Europa nu este una sau cealaltă, nu poate fi decât amândouă. Statul de drept nu este o alternativă, este un principiu-cheie inclusiv pentru dumneavoastră, doamna Președintă, pentru Comisie, pentru Parlament și pentru Consiliu.

Pentru că ce se va întâmpla cu încrederea cetățenilor câștigată în aceste zile dacă, peste un an sau doi, vom citi articole în presă care arată cum bani din planul de redresare sau din bugetul viitor se scurg în buzunarele celor care și-au găsit vocație de autocrați în Uniunea noastră? O justiție slabă într-un singur stat membru subminează credibilitatea întregului stat de drept din Europa.

Consiliul a dorit o mai mare flexibilitate în utilizarea fondurilor europene, dar sumele implicate sunt colosale și sunt datorii făcute în numele cetățenilor europeni. De aceea, interesele financiare ale Uniunii trebuie protejate împotriva corupției și a conflictelor de interese. Statul de drept nu este abstract și este responsabilitatea dumneavoastră să stați alături de Parlament în această luptă, la fel ca în lupta pentru resursele proprii, pentru un nou buget, pentru că așa începem să construim Europa. Apoi, fiecare din deciziile noastre trebuie să le permită cetățenilor să câștige prosperitate durabilă.

Tocmai a fost făcut un pas important pentru legea europeană a climei cu setarea unui obiectiv ambițios de 55 % pentru reducerea emisiilor de carbon. Și ați răspuns aici, doamna Președintă, și unei solicitări de analiză de impact pe care a făcut-o Renew Europe și vă felicit, și vă mulțumesc pentru asta. Este o decizie exemplară și istorică ca atunci când luăm o astfel de decizie să avem și o analiză de impact.

Așteptăm acum o lege digitală care deschide calea către independență în ceea ce privește procesoarele, criptarea datelor, stocarea în *cloud*, așa cum ați spus-o. Aceste tehnologii de zi cu zi ne determină modul de viață viitor. Ar fi iresponsabil să ne bazăm pe state din afara Uniunii pentru astfel de lucruri strategice și salut decizia dumneavoastră de a rezerva cel puțin 20 % din buget pentru acest tip de investiții. Construcția unei Europe verzi și digitale trebuie să provoace încredere, nu teamă, dar, pentru asta, haideți să construim fără constrângeri administrative și fără îngrădiri de libertăți. Să creăm premisele unei tranziții pozitive către o nouă relație cu resursele naturale prin inovații digitale, sociale și economice. Să construim o Europă care nu se clatină în fața unui prim-ministru britanic care începe să-și piardă reperele sau a unui lider turc care are o vizibilă febră naționalistă și un Putin dornic să semene discordie. O Europă care nu lasă în urmă teritoriile rurale cu o agricultură în care digitalul și ecologizarea nu sunt acolo pentru a crea birocrație, ci pentru a genera venituri pentru fermieri și bunăstare pentru consumator.

Doamna Președintă, Europa trebuie să fie un reper de stabilitate în fața anxietății cetățenilor și să ofere soluții în fața incertitudinilor și temerilor. Am oferit câteva răspunsuri bune în ultimele luni, dar criza nu a trecut. Mai mult ca oricând, oamenii așteaptă o Europă concretă, reactivă și prezentă acolo unde e nevoie. Vom câștiga dacă vom ști să generăm solidaritate prin ceea ce decidem și facem. Vă mulțumesc.

Nicolas Bay, au nom du groupe ID. – Monsieur le Président, «ils entendent sans comprendre et sont semblables à des sourds. Le proverbe s'applique à eux: présents, ils sont absents.» Cette citation d'Héraclite, on la croirait, Madame von der Leyen, faite pour vous. Vous venez de parler de l'état de l'Union, mais l'état dans lequel se trouve l'Union européenne aujourd'hui est déplorable et, chaque jour, son impuissance apparaît plus flagrante.

L'Union européenne, soyons-en conscients, suscite déjà des sarcasmes sur la scène internationale. Elle ne suscite pas seulement la défiance de nos concitoyens, mais aujourd'hui, l'exaspération. L'exaspération légitime des peuples face à l'impréparation et au manque de coordination sur la crise sanitaire, et aussi face à cette autosatisfaction des institutions européennes, toujours aussi sûres d'elles-mêmes.

Votre plan de relance européen est une réponse conjoncturelle, éphémère, largement inopérante et surtout très coûteuse. La question, d'ailleurs, n'est pas de savoir combien nous allons toucher, mais combien nous allons payer et qui va payer. Encore et toujours, ce sont les mêmes qui paieront, les pays contributeurs nets, qui, évidemment, devront verser bien davantage qu'ils ne recevront.

Vous avez évoqué les ressources propres comme étant la solution miracle, mais vous n'en avez pas parlé lors de votre long discours, il y a quelques instants. Vous avez contracté, au nom de nos nations, une dette exorbitante de 750 milliards d'euros. Mais qui peut croire une seule seconde qu'une taxe GAFAM, une taxe carbone ou une taxe plastique seraient susceptibles de parvenir au remboursement de cette dette? Vous n'apportez ni le calendrier, ni la méthode, ni aucune garantie pour le remboursement. Vous évoquez les transformations économiques qui seraient nécessaires, vous ajoutez des charges, des normes, des contraintes environnementales notamment, pour nos entreprises, pour nos industries, pour nos agriculteurs. Ils seront donc moins compétitifs face à une concurrence mondiale d'autant plus féroce que vous concevez l'Europe comme un marché totalement ouvert à tous les vents.

A minima, il aurait fallu, en contrepartie, mettre en œuvre des protections de notre marché. C'est ce que vous refusez de faire: même pendant la crise sanitaire, vous avez continué les négociations vers des accords de libre-échange. Il faudrait libérer, c'est à dire faciliter la production, la créativité, les richesses et l'inventivité, et protéger, y compris d'ailleurs par des quotas, des droits de douane, des contingents. Vous faites exactement le contraire, vous contraignez à l'intérieur et vous dérégulez à nos frontières.

Le pacte vert pour l'Europe et *Next Generation EU*, ne sont que des mots. Ils n'assureront en rien l'avenir, l'indépendance et la prospérité économique de l'Europe; ils fragiliseront encore davantage l'Europe sur la scène mondiale.

Où est maintenant l'Union européenne face au défi migratoire? Nous attendons, sans grande illusion, la semaine prochaine, votre pacte sur l'immigration. Là encore, le constat est accablant: l'asile est devenu une filière à part entière d'immigration clandestine. Depuis 6 ans, on compte 5,3 millions de demandeurs d'asile, dont l'immense majorité ne répondent pas aux critères de l'asile. Cela représente autant que la population du Danemark. Ils ne fuient pas la guerre, ils viennent pour des raisons économiques et ils savent que, par votre laxisme, ils pourront rester. Le laxisme provoque des drames et amplifie d'ailleurs la traite des êtres humains. Chaque drame humanitaire est devenu aujourd'hui le prétexte pour toujours plus de laxisme. Parce que vous annoncez aujourd'hui l'accueil de nombreux migrants de Moria, il y aura 100 Moria demain. C'est la fermeté et le contrôle des frontières, en amont, et l'expulsion systématique, en aval, qui permettront de protéger nos nations et surtout qui éviteront les drames et les morts en Méditerranée.

Et puis, où est l'Union européenne face à la Chine? La crise sanitaire a révélé notre dépendance, notre vulnérabilité face au géant asiatique. Le sommet de lundi dernier a accouché d'une souris. M^{me} Merkel a théorisé la politique du millimètre, mais pendant ce temps, la Chine avance de plusieurs kilomètres. Elle conquiert nos marchés et achète nos ports et nos aéroports. L'Union européenne, elle, n'obtient rien: rien sur l'accord d'investissement, rien sur les droits de l'homme, rien sur l'environnement. Vous faites de la morale; la Chine, elle, fait de la politique et elle vous donne quelques miettes avec l'accord sur les indications géographiques.

Où est l'Union européenne face à la Turquie? La Turquie occupe illégalement Chypre, fait des forages illégaux, multiplie les manœuvres militaires en Méditerranée orientale, transforme la basilique Sainte-Sophie en mosquée et organise la submersion migratoire. Pendant ce temps, nous avons versé 50 milliards d'euros en 20 ans, par la Banque européenne d'investissement, par les fonds de préadhésion, par les fonds de maîtrise de l'immigration, sans parler de l'union douanière, qui permet à la Turquie de faire son commerce extérieur largement à destination du marché européen. Bref, Erdoğan nous insulte, nous méprise et nous submerge, et vous continuez de payer.

Alors, Madame von der Leyen, vous avez dit tout à l'heure que vous refusez *Europe first*, mais alors, vous aurez *Europe dead*. Parce que la vérité, c'est que nos concurrents et nos adversaires sur la scène mondiale vont profiter de ce manque d'ambition, de ce manque de volonté, de cette incapacité à rayonner. Vous vous donnez bonne conscience avec des normes environnementales draconiennes, mais vous tuez nos entreprises. Vous vous donnez bonne conscience en voulant accueillir encore et toujours plus de migrants, mais vous menacez la cohésion de nos nations et la sécurité de nos peuples. Vous vous donnez bonne conscience en donnant des leçons d'état de droit aux États membres qui ont pourtant le courage de défendre une civilisation. Vous vous donnez bonne conscience par des leçons de droits de l'homme à la Chine à la Turquie, et vous les laissez nous mépriser et nous ruiner. Ces coups de menton n'aboutissent qu'à l'affaiblissement collectif, à l'impuissance européenne. Georges Bernanos disait que l'avenir est une chose qui se surmonte, mais il manque la volonté, malheureusement pour l'Europe.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the state of this Union today is defined by our failure at the external borders, by the fact that we let children sleep on the streets, that we refuse to give water to those in need, that we send police against those fleeing from war and violence and that we knowingly let people down and drown at sea. This is a very shameful state that we're in.

It was exactly the historic experience of people suffering from war, destruction and displacement that motivated Europeans in the first place to build the EU. What a sad moment in our common history that we stand idle in the face of so much suffering on our doorstep. This shameful situation is our collective responsibility as Europeans. Greece has failed for many years to produce conditions in refugee camps that would at least be acceptable. Countries like the Netherlands and Austria told Greece not to allow refugees on the mainland and actively wanted to see terrible conditions in order that it might deter people fleeing from war and terror, and countries like Hungary refused to accept anyone in need.

But it is also true that the EU itself has turned a blind eye, has not insisted and has given up hope. I urge you, Commission President, to take up the fight with the Member States, to make it a top priority to help people in need, and not to give in to this disastrous state we're in. Let us demonstrate that we are courageous and that we're wholeheartedly European, and we have demonstrated that we can be courageous and lead the way forward towards progress. Together, the European Union will mobilise the means and funds to counter the worst of the economic effects of the pandemic, proof that we can be a strong union indeed.

The agreement of July has a lot of shortcomings, but the signal of sticking together and finding a solution was very important. Now is the time to bring the Recovery Fund, as well as the long-term budget, into reality. Right now we set the standards for how we will spend the money and what we will spend it on. EU funds have to foster EU values and uphold the fundamentals of EU treaties. There can be no discount on the rule of law, not for Hungary, not for Poland, not for any other country.

I want to thank you for your strong words on the rights of LGBTI people and I would like to ask you to follow up on those strong words with a measure that the Commission has in its hands, namely an infringement procedure, because zones free of the essence of humanity cannot be accepted.

(Applause)

Public money should also not enhance the climate crisis. This sounds obvious, but unfortunately it is still the case that the EU budget subsidises fossil fuels. The common agricultural policy, as well as the trade policy, finally need to align with the Green Deal and the biodiversity strategy. For the next seven years, we need a European climate budget.

It is good to see, Commission President, that you have set out a new and higher emission reduction target of at least 55%. We welcome that and I'm sure there has been a lot of pressure to try to prevent you from doing so. These new targets are an important step forward, but any greenwashing with creative calculations would render them null and void. Even then, we know from a scientific point of view that at least -55% would not be enough. But luckily we have in this House in our Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) a good climate law that has been prepared. I hope this will come to a conclusion soon as time is of the essence. The climate cannot be negotiated with so we'd better move fast.

Let me finish by saluting the incredible courage that we see by the people in Belarus, who have demonstrated on the streets of the country in these weeks, especially the women. We see you, we see your wish for freedom, for democracy and to define your own future, and your courage is inspirational. From the freedom fighters in Belarus to the environmental activists in the Amazon, to the democracy protesters in Bulgaria, they are all looking at the European Union to uphold fundamental rights, to defend pluralism and to enforce the highest climate and environmental standards both in Europe and beyond. These are high standards to live by and it is up to all of us to make sure that we fulfil them.

(Applause)

Ryszard Antoni Legutko, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the last decade has been rather turbulent for the European Union and the problems will of course continue. The EU today is in a worse shape than it was ten years ago.

I therefore find it rather puzzling that every year over the last decade we have heard from every Commission President that a radiant future is awaiting us and that the days of EU glory are just around the corner, provided of course that the European Commission and the European institutions get more competences. You must be aware, Madam President, that fewer and fewer people across Europe take this message seriously. The European Health Agency, the European Cloud, the European Bauhaus – I wonder if the new European architecture will resemble this building. What a frightening perspective.

Madam President, the gist of your argument today was that the pandemic crisis is a good opportunity to launch ambitious radical programmes, including the Green Deal. I'm sorry to say it, but this is a bad argument. This is bad logic and bad logic generates bad policy. What you are proposing is a great leap forward in a situation in which the future is more precarious than ever. The Green Deal with 55% – why not 60? – is a costly extravaganza, animated solely by a spirit of environmentalist crusade, not by a sober social and economic calculation.

Now a few words on the so-called rule of law provisions. I say 'so-called' because it has nothing to do with rule or with law. The whole idea, as you remember, was an iniquitous trick of the previous Commission, in complete disregard of the treaties, with the intention of bullying the governments that dissented from the mainstream. It is not what those governments do, because they don't do anything objectionable, but what they are. The previous Commission let a malignant genie out of the bottle, a genie of political foul play, and they are not interested in putting it back. This so-called conditionality is another step towards complete lawlessness, the prospect of which makes the majority of my colleagues almost ecstatic.

Madam President, do not be deluded by the sanctimonious rhetoric you hear in this Chamber. As usual, behind sanctimoniousness, there is ugly politics and there is hypocrisy. What this rule of politics amounts to is brutal majoritarianism. The mainstream majority wants to crush every form of dissent. Do not open the door for more instruments of the tyranny of the majority, as you promised you would do. That was the scariest part of your speech. This is already getting uglier and uglier, wider and more mendacious. The European institutions want to switch off the democratically constituted institutions of the nation states. They instigate internal conflicts by endorsing some parties rather than other parties. This is not your business. You shouldn't do it. This is political arrogance at its worst.

Let me conclude. If we continue – if you and your Commission continue – on the current course, the course espoused by many of my fellow group leaders here this morning, Europe will be wrecked. I repeat, Europe will be wrecked, caught in an ideological pincer movement, orchestrated by green and federalist extremists. Mr Juncker will forever be remembered as the Commission President who lost Britain. You, Ms von der Leyen, must make sure that you are not the President who lost the peoples of Europe. I urge you to work with the Member States, not with the ideologically-driven campaigns masquerading as political groups in this House. Save the European Union from ideology and return it to reality.

(Applause)

Manon Aubry, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Madame la Présidente von der Leyen, chers collègues, pour décrire fidèlement l'état de l'Union et lui donner un cap politique adapté, encore faut-il être lucide sur la situation dramatique dans laquelle elle se trouve. Encore faut-il être lucide sur la crise sociale qui frappe, s'attaquant aux premiers de corvée, devenus les premiers sacrifiés d'entreprises comme Sanofi ou Auchan, qui licencient après s'être enrichis grâce à la pandémie. Encore faut-il être lucide sur la crise des inégalités qui se creusent, quand les 25 milliardaires les plus riches au monde, dont de nombreux Européens, ont vu leur fortune encore augmenter de plus de 200 milliards entre mars et mai. Encore faut-il être lucide sur la crise de la solidarité européenne, quand un petit nombre de paradis fiscaux pillent leurs voisins en organisant l'évasion fiscale à échelle industrielle. Encore faut-il être lucide sur la crise écologique qui s'accélère et la multiplication de signaux d'alerte inquiétants: des incendies à foison, la multiplication de vagues caniculaires qui sont de plus en plus fréquentes, comme cette semaine même, et une biodiversité en chute libre. Encore faut-il être lucide devant la crise morale qui nous intoxique: c'est sa propre déchéance que l'Union européenne regarde froidement dans les flammes qui ravagent le camp de migrants de Moria. Encore faut-il être lucide sur la crise de l'état de droit qui fracture l'Union européenne, alors que la Pologne et la Hongrie continuent de s'enfoncer dans un autoritarisme abject où les minorités sont en danger.

C'est cette lucidité qui vous manque terriblement, Madame von der Leyen. Ces crises que vous ne voyez pas affectent pourtant les vies de centaines de millions de femmes et d'hommes qui, à défaut de vous avoir élue, ont le droit d'attendre de vous des réponses concrètes. Face à eux, l'incertitude, Madame von der Leyen, est le privilège des dirigeants car c'est d'inquiétude qu'est fait le quotidien des citoyens. Ils n'attendent pas des slogans vides et n'en peuvent plus de vos contradictions.

Vous annoncez aujourd'hui en grande pompe un nouvel objectif de réduction des émissions de gaz à effet de serre de 55 % à l'horizon 2030; mais il est déjà bien en deçà des 65 % scientifiquement nécessaires pour respecter l'accord de Paris. Comment osez-vous affaiblir encore plus cet objectif par un tour de passe-passe, en déduisant les émissions absorbées par les puits de carbone, comme les forêts? Ce choix est irresponsable, Madame von der Leyen. Pour sauver l'humanité du réchauffement climatique, nous devons réduire nos émissions, pas bidouiller les comptes.

Vous promettez la souveraineté industrielle, mais vous continuez à négocier à tout-va des accords de libre-échange avec le Mexique, la Chine, le Mercosur et tant d'autres. Vous prétendez revoir le mécanisme de contrôle budgétaire, mais vous vous apprêtez à exiger des États bénéficiaires du plan de relance l'application d'énormes réformes austéritaires dont personne ne veut. Vous empruntez le mot de résilience et parlez de nouveaux indicateurs de progrès, mais votre politique cherche encore la croissance à tout prix.

Personne n'est dupe, Madame von der Leyen. Si vos mots changent progressivement, vos recettes restent les mêmes: libre-échange, austerité et concurrence, ces mêmes recettes qui nous ont menés au bord du gouffre. Pour faire face à l'urgence du moment, il faut tout changer: notre unique boussole doit être la bifurcation écologique et sociale. Elle doit s'appuyer sur la planification publique et la création massive d'emplois durables dans les transports, le fret, l'isolation des bâtiments et la transition énergétique. Elle doit être financée par le rétablissement de la justice fiscale, la taxation des profiteurs de crise, l'imposition des plus grandes fortunes et la fin des paradis fiscaux européens.

Madame von der Leyen, vous avez parlé plus d'une heure vingt pendant ce discours. À aucun moment vous n'avez mentionné la justice fiscale, l'imposition des plus riches, les paradis fiscaux dans l'Union européenne, qui gangrènent aujourd'hui la justice sociale de cette Union.

Enfin, cette bifurcation ne pourra pas avoir lieu sans une mise à contribution de la Banque centrale européenne, a minima en annulant les dettes publiques qu'elle détient. Elle doit s'enclencher dès maintenant, dans le cadre d'un plan de relance ambitieux où chaque euro d'argent public est conditionné à des contreparties sociales et écologiques pour l'emploi et le climat. Ça suffit, les chèques en blanc donnés aux grandes entreprises qui polluent et licencient pour satisfaire leurs actionnaires toujours plus avides de profits. Une fois de plus, soyons lucides. Cette bifurcation ne se fera pas par magie, en croisant les doigts pour que la main invisible du marché répare naturellement ce qu'il a détruit.

Alors, Madame von der Leyen, si vous voulez sortir de l'incertitude, acceptez enfin de bousculer vos certitudes.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in uno dei momenti più difficili per l'economia, la salute, il lavoro, l'Unione europea ha reagito con un piano per la ripresa che prevede ingenti fondi contro la disoccupazione e per la transizione ambientale e tecnologica.

Presidente von der Leyen, i tempi ora sono il nemico di questa ripresa. Bisogna procedere rapidamente e fare in modo che questa ripresa sia un'opportunità per tutti e non soltanto per pochi. Come Movimento 5 Stelle, ci aspettiamo che il nuovo Green deal europeo preveda investimenti solo in energia rinnovabile senza elargire favori alle lobby delle fonti fossili.

Bene, poi, la proposta annunciata sul salario minimo in tutti gli Stati membri dell'Unione europea, una proposta che il Movimento ha già avanzato da tempo anche in Italia; sulle risorse proprie – quindi, tassa sul digitale, carbon tax, transazioni finanziarie – non ceda: non possiamo aumentare il contributo dei paesi membri, già messi in difficoltà dalla pandemia, e chiedere ulteriori sacrifici ai cittadini.

Infine, sulla gestione dei flussi migratori, è necessario un meccanismo che sia automatico ed obbligatorio e che preveda un'equa ripartizione delle responsabilità tra tutti gli Stati membri. Sul lavoro, sull'ambiente, sulla salute, sul rilancio economico, i cittadini vogliono i fatti e noi siamo qui per loro.

Ursula von der Leyen, President of the Commission. – Mr President, listening to the Extreme Right shows again that there is a fundamental difference when looking at the human being and the individual.

We are convinced that each human being has a solemn dignity that can never be touched, independent of where this individual comes from. Obviously, the Extreme Right has a different view, that there are different types of human beings – ‘them and us’, and ‘they’ have to be confronted with hate. But hate has never given any good advice. So we will always insist on the fact that ...

(In response to dissent from the floor)

... this makes him angry because we got him on the point where he sees that we have a different soul where that is concerned.

(Loud applause)

And that is democracy. That is democracy. He has to bear it. He cannot bear the contradiction that they are preaching hate and we want solutions. We want a constructive approach towards migration because it will always be with us.

(Applause)

Therefore this is the right moment for a fresh start on migration. Just two numbers: every year, about two million people come to Europe – two million – and 140 000 refugees. So we should be able to manage that. Two million people are coming to Europe. There's a good reason why. It's because Europe is a wonderful continent that offers a lot of opportunities. This is the normality, and on top of that 140 000 refugees last year. We should be able, we have to be able, to manage that. Therefore, we will put forward the legislation next week. There will be time to discuss it.

The rule of law. With the new report we will put forward before the end of the month, the Commission is taking the most systematic and the most comprehensive approach to the rule of law in our history. Because never before have we looked in such detail at these issues across every country. The report is not just on the judiciary, which is important, but also on anti-corruption, the media landscape, and institutional checks and balances. The report that will be published before the end of this month will show many challenges and then we will have a broad debate here, to really confront that. If it's necessary and we do need new instruments, new tools, well let's address it. This is what we're here for. That's why we do politics here. So that is a chance to move forward on that subject.

Sie haben die NextGenerationEU erwähnt und das Thema der Arbeitsplätze und dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann – und das ist richtig. Und zu Recht die Forderung, im Digitalen mehr voranzuschreiten. Deshalb werden wir von NextGenerationEU zwanzig Prozent in das Digitale investieren – und das ist richtig.

Wir haben jetzt einen Plan, wir haben klare Ziele bis 2030, wir haben klare Aufgaben in der Infrastruktur – bei den Daten, bei der Technologie, wir haben Gesetze, die wir auf den Weg bringen wollen. Das ist die Zeit, wo wir das Digitale, die digitale Dekade für Europa ausrufen müssen und auf den Weg bringen müssen! Und es kam zu Recht der Gedanke, dass wir bei den gewaltigen Investitionen, die wir mit NextGenerationEU haben, unserer Verantwortung gerecht werden müssen, dass wir diese Investitionen präzise, zukunftsorientiert und effizient tätigen.

Und meine Damen und Herren, ich habe auch Ihnen zugehört. Ich teile nicht den düsteren Blick auf die Welt, den Sie haben, sondern ich gehöre eher zu den Menschen, die mit der Hoffnung arbeiten und die mit Optimismus an Aufgaben herangehen. Meine Damen und Herren, natürlich sind diese schwierige Zeiten. Aber was war in allen schwierigen Zeiten meistens das Problem, das uns gehindert hat, voranzuschreiten? Erstens die Trägheit, aus der derzeitigen Situation herauszukommen, und zweitens, die fehlenden Mittel. Das ist jetzt anders! In diesen Corona-Zeiten, so wie wir sie jetzt haben, wollen wir nicht bleiben! Keiner will in diesem Stadium verharren. Das heißt, die eigene Trägheit ist aufgehoben, und wir alle wissen, wir müssen uns hinbewegen auf eine Welt nach Corona.

Und jetzt ist die Frage: Wie stellen wir uns die Welt nach Corona vor? Ich habe meine Vorstellung der Welt nach Corona dargelegt, und ich glaube, viele in diesem Hohen Haus teilen sie. Und ich glaube, wir haben die Verantwortung – jetzt mit der tiefen Überzeugung, dass Menschen wissen, dass wir uns nach vorne bewegen müssen –, europäische Führung zu zeigen, europäische Visionen zu entwickeln, die die Welt von morgen auch zeigen, und wir haben die Investitionen. Und diese Investitionen vertrauenswürdig, effizient, zukunftsgerichtet zu investieren, einzusetzen – das wird unsere gemeinsame Aufgabe sein.

Viele unterschiedliche Meinungen sind hier sichtbar geworden – das ist das Schöne an der Demokratie. Lasst uns miteinander darüber streiten! Aber ich habe auch sehr viel breite Mehrheit für eine gemeinsame Überzeugung gespürt, diese Welt nach vorne zu bringen in eine grünere Welt, eine sauberere Welt, eine gesündere Welt mit einer kraftvollen Wirtschaft, die in der Lage ist, den Weg in die Zukunft mit modernen Technologien zu führen, wie wir sie brauchen, damit dieser Planet auch überleben kann.

Wir wollen die Zukunft gemeinsam gestalten. Wir sehen nicht den Untergang, sondern wir sehen eher den Fortschritt, die Möglichkeiten, die sich uns eröffnen – und lasst uns daran gemeinsam arbeiten!

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, Frau Kommissionspräsidentin! In einer krisengeschüttelten Welt, in der Nationalismus und Populismus ihr hässliches Gesicht zeigen, in der die Demokratie unter Druck gerät und das Autoritäre wächst, geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Selbstbehauptung Europas. Sie haben heute, Frau Kommissionspräsidentin, einen optimistischen Blick der Zuversicht auf Europa gerichtet, und dabei haben Sie unsere Unterstützung.

Frau Präsidentin, Sie werden sicherlich nicht erwartet haben, dass der Rat jeden Ihrer Vorschläge uneingeschränkt teilt. Aber es ist wichtig, dass wir in diesen schwierigen Zeiten der Krise ein klares Signal des Zusammenhalts und der Geschlossenheit zeigen. Und dazu gehört selbstverständlich auch der Streit, und dazu sind wir bereit. Jede Institution – die Kommission, das Parlament, der Rat – trägt ihre Verantwortung, aber am Ende muss klar sein, dass wir in eine Richtung gehen, dass wir uns auf die wesentlichen Grundsätze zu verständigen vermögen.

Frau Präsidentin, ich sichere Ihnen zu, dass wir Ihnen beim raschen Abschluss des größten Finanzpaketes in der Geschichte des vereinten Europas, dass wir Ihnen da alle Unterstützung zuteilwerden lassen. Denn wir stehen bei den Menschen, die unter dieser Krise so massiv gelitten haben und immer noch leiden, im Wort. Die Hilfe muss da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht wird, und zwar unverzüglich.

Aber, Frau Präsidentin, und auch da haben Sie unsere Unterstützung, es geht nicht nur darum, dass wir in Althergebrachtes investieren. Es geht um die Weiterentwicklung, es geht um den Neuaufbau Europas, es geht um einen sozialökologischen Umbau Europas. Und deswegen haben Sie unsere Unterstützung bei der Stärkung von Digitalisierung und Klimaschutz. Gerade der Klimaschutz macht deutlich, dass es in unseren Gesellschaften nach wie vor große Ängste und Sorgen gibt. Deswegen brauchen wir einen sozial gerechten Klimaschutz. Und deswegen haben Sie auch hier unsere Unterstützung, Frau Präsidentin.

Der soziale Zusammenhalt im vereinten Europa muss gestärkt werden. Der deutsche Ratsvorsitz wird Sie darin unterstützen, dass wir beim EU-weiten Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne entschieden vorankommen. Denn der Satz, den uns Nationalisten und Populisten immer wieder einzureden versuchen, dass der Klimaschutz ein Jobkiller sei, ist nicht wahr. Der Klimaschutz sichert zukunftsweisende Arbeitsplätze. Aber es muss ein gerechter Klimaschutz sein, und auch hierfür haben Sie unsere Unterstützung.

Die Europäische Union, Sie haben es zum Ausdruck gebracht, Frau Präsidentin, ist nicht in erster Linie ein Binnenmarkt. Wir sind zuerst und vor allem eine Werte- und eine Rechtsgemeinschaft. Und diese Rechtsgemeinschaft und Wertegemeinschaft gilt für alle. Und hier unterstützen wir Sie beim Aufbau einer stärkeren Rechts- und Wertegemeinschaft. Wir unterstützen die Einführung der Rechtsstaatskonditionalität. Wir unterstützen Sie beim Aufbau eines Rechtsstaatsmechanismus aufbauend auf dem Bericht, auf den wir uns schon freuen und den wir mit Spannung Ende September erwarten.

Sie haben unsere Unterstützung, Frau Präsidentin, dabei, dass wir in dieser krisengeschüttelten Welt mit einer Stimme sprechen. Sie haben die großen globalen Akteure angesprochen – Russland, China, andere. Das wirksamste Mittel gegen das Gift der Spaltung ist der Zusammenhalt. Dass wir es immer wieder schaffen, eine Synthese zwischen unterschiedlichen Positionen zu bringen, das ist im Rat schwierig, das ist in allen Institutionen schwierig, aber wir sind dazu bereit.

Und, Frau Präsidentin, Sie haben auch unsere Unterstützung beim Aufbau einer Migrations- und Asylpolitik, die der gemeinsamen Verantwortung, der Solidarität und der Humanität verpflichtet ist, weil Migration und Flucht keine nationale Bewährungsprobe allein, sondern eine globale und eine europäische Bewährungsprobe ist. Europa ist der Ort, an dem wir alle ohne Angst verschieden sein können. Hier zählt nicht die Religion, hier zählt nicht die Frage, woher du kommst, an wen du glaubst. Hier zählt nur eines: dass man sich zu diesen Werten, für die Europa steht, bekennt. Und nur so wird Europa, unser Europa, überleben, und wir werden Sie dabei im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, verehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir befinden uns im Krisenmodus. COVID-19 ist längst nicht ausgestanden, das Virus bestimmt weiterhin unseren Alltag, unser Leben, unsere Wirtschaft. Viele unserer Bürger sind verunsichert, unsere Wirtschaft steht unter enormem Druck. Ich denke, in Krisenzeiten wie diesen ist es wichtig – Sie haben es angesprochen –, Vertrauen zu schaffen und vor allen Dingen auf die richtigen Prioritäten zu setzen.

Priorität 1 ist für mich die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger, und da muss ich der Europäischen Kommission ein Kompliment machen: 16 Milliarden Euro zu mobilisieren für die Entwicklung des Impfstoffes, Frau Präsidentin, das finde ich großartig, genauso wie Ihre Bemühungen, dass der Impfstoff, so er dann entwickelt ist, auch unseren Bürgerinnen und Bürgern in Europa zur Verfügung gestellt wird.

Priorität Nr. 2 muss in meinen Augen unsere Wirtschaft sein. Wir müssen unsere Betriebe durch die Krise führen, an unseren Betrieben hängen die Arbeitsplätze, an unseren Betrieben hängen unsere Sozialsysteme, hängt unser Wohlstand. Die Zahlen, die ich aus meiner Heimatregion mitnehme, die sich in ganz Europa widerspiegeln, sind in meinen Augen alarmierend. Stellen werden abgebaut ohne Ende. In meiner Region MAN 10 000 Stellen, Schaeffler, Continental, ... Airbus streicht, die Flughäfen sind weitgehend lahmgelegt, die Messehallen stehen leer, Kreative haben keine Arbeit. Wir sind wirklich mittendrin, und alles läuft auf Sparflamme, und ich stelle fest, es ist nur die Spitze des Eisbergs.

Europa hat mit dem Wiederaufbauplan, glaube ich, einen kraftvollen Aufschlag geleistet, aber für mich ist es jetzt wichtig, dass wir uns bei weiterer Regulierung und mit weiteren Belastungen, gerade für unsere Betriebe, vor allen Dingen für unsere mittelständischen Familienbetriebe, zurückhalten.

Ich teile ambitionierte Klimaschutzziele, aber es kommt bei der Umsetzung auf die Einzelheiten an, und da möchte ich Sie, Frau Präsidentin, und die ganze Kommission einfach ermuntern, die Mechanismen bei der Umsetzung des Grünen Deals, des Klimaschutzprogramms anzusetzen, die unseren Erfolg in Europa ausmachen.

Setzen Sie auf marktwirtschaftliche Instrumente, auf die Ausweitung des Emissionshandels, setzen Sie auf Technologieneutralität. Elektrifizierung allein kann die Lösung nicht sein, und nehmen Sie vor allen Dingen unseren Mittelstand mit. COVID-19 ist Krise, wir müssen jetzt in der Situation, glaube ich, auch unsere Politik an diesen großen Krisenmodus anpassen.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA*Vice-Presidente*

Miriam Dalli (S&D). – F'dan iż-żmien ta' krizi minhabba din il-pandemija, ir-rwol tagħna huwa li nibnu mill-ġdid l-ekonomija tagħna biex ikunu reżiljenti u jkunu preparati għall-futur. Għalhekk huwa pożittiv li dalghodu smajtek issemmi l-prijorità lill-aġenda digitali u dik ambjentali. Hija urġenti llum, aktar minn qatt qabel. Jekk verament irridu nilhqu l-miri tagħna ta' *carbon neutrality* sas-sena 2050, irridu nibdew naġixxu mil-lum. Għaliya huwa pożittiv li l-Kummissjoni Ewropea ppreżentat il-pjan tagħha biex sas-sena 2030 innaqqsu t-tniġġis b'minn tal-inqas 55 %. Nafu li x-xjenza titlobna hafna aktar minn hekk. Għalhekk li dan il-grupp politiku huwa kommess li jara li ma jiddaħhlux *loop-holes* biex innaqqsu u ndgħajfu dik il-mira.

It-tieni punt huwa dwar il-qasam tas-saħħa. Irridu naċċertaw ruħna li jkollna aktar kompetenzi fejn jidhol il-qasam tas-saħħa. Għalhekk li ser naraw li ma jkunx hemm tnaqqis fuq programm daqshekk vitali u importanti.

U l-aħħar punt: l-immigrazzjoni.

Nistenna li fiż-żmien li ġej naraw patt dwar l-immigrazzjoni hafna iktar b'saħħtu. Irridu soluzzjonijiet innovattivi. Is-soluzzjonijiet tal-bieraħ, la huma qed jaħdmu llum, u lanqas mhu se jaħdmu għada. U jekk verament irridu li s-solidarjetà ma tibqax paroli fuq il-karta imma ssir fatti, irridu naraw li verament ikollna l-miżuri u l-ghodda biex nindirizzaw din l-isfida.

Malik Azmani (Renew). – Mr President, I would say to the President of the Commission that I think we can all agree it has been a turbulent first year for this Commission, and for us all. Madam President, you and your team started this mandate with high ambitions. But then the world was faced with perhaps the biggest health crisis in our history. As COVID-19 began to spread in Europe, everything came to a halt.

Now that we have overcome the first shockwave of this pandemic, we have to pick up our momentum again. Not just to overcome this health crisis and protecting and creating jobs, but also by moving forward on other priorities. Take for example the awful scenes in Camp Moria last week, to which we have been referring. This is not the moment to look away, to kick the can that is called 'migration policy' down the road once more. This is the moment we have to decide. What is happening on Lesbos is unacceptable and we have a European responsibility to put in place a sustainable migration policy, so that we can avoid unnecessary suffering and so that we can regain control of migration. I am glad to see the Commission will present proposals next week. Last year you said in this House: our greatest achievements have always come when we are bold. And my question will be: will you be bold now?

Secondly, the rule of law. How can we lecture other nations on respect for the rule of law, when the rule of law is no longer respected in part of our Union? 'Rule of law can never be compromised.' These are your words, and I share them. What will you do to ensure the EU remains a credible ambassador for rule of law in the world? Will you stand with us on having a rule of law conditionality in our new budget?

We have an obligation to our voters, to our citizens of the EU, to deal with these and other challenges: the green transition; but also the digital transition – they are equal to me, they go hand in hand – and our foreign policy response that needs to be stronger and bolder in order for the EU to become the geopolitical actor you yourself spoke of last year. We have to show courage to focus on these priorities and set the wheels in motion.

Madam President of the Commission, this year is going to be a real test case for you and your team. I ask you: are you up for it? Ready? With 'Renewed' energy?

Marco Campomenosi (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la Presidente von der Leyen, anche se mi è spiaciuto molto che se la sia presa con l'unica opposizione vera che siede in questo Parlamento. Mi è spiaciuto molto non ascoltare autocritica rispetto agli errori fatti su politiche economiche e commerciali dalla Commissione europea negli anni scorsi, e mi è spiaciuto molto vedere un disallineamento rispetto alla propaganda che il governo italiano in questo momento sta facendo sul Fondo per la ripresa, un governo italiano che non riuscirà a fare tutto quello che sta promettendo ai propri cittadini.

Io credo che, alla luce di tutto questo, si possa dire che stiate sottovalutando la crisi che stiamo vivendo e che vivremo nei prossimi mesi, che stiate sottovalutando quello che ci dicono gli Stati Uniti rispetto alla Cina. È clamoroso come, per esempio, non abbiate citato sul panorama geopolitico internazionale gli accordi che Israele, grazie all'amministrazione entrante, sta stringendo con alcuni paesi arabi ed è clamoroso come su Cina e Turchia il coraggio, purtroppo, manchi ancora.

Vede, la mia famiglia viene dalla lotta al fascismo, quindi delle sue minacce io non ho alcuna paura. Quando nel 1943 mio nonno ha fatto cadere la statua di Mussolini dalla sede del Comune di Santo Stefano d'Aveto, si figuri, se sapeva a cosa poteva andare incontro! E invece rispondo anche al collega Weber, che ha citato il leader del mio partito: sì, Matteo Salvini, un vero patriota italiano. È un patriota italiano che ha difeso i confini dell'Europa e che il prossimo 3 ottobre a Catania andrà di fronte a un tribunale.

Se questa è la vostra idea di democrazia, io preferisco subire i vostri attacchi e state tranquilli che le risposte le troverete sempre da me e soprattutto dai cittadini che sono dietro di noi.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, we have been through difficult times this year and still difficult times lie ahead of us. So many challenges overlapping. You mentioned them. That's why it is so important that this time the EU, contrary to the 2008 crisis, stands by its citizens, that the EU shows it is useful for fighting against a pandemic, for helping the economies recover, for taking care of people and businesses most affected by the crisis and useful for transforming these economies into greener and fairer ones.

But the EU also has to deliver when conflicts on democracy and self-determination arise inside the Union. Madame President, it's not me who should be addressing you right now. It should be Oriol Junqueras, elected MEP and one of the Catalan political prisoners, shamefully behind bars for now almost three years. Yes, here Europe must deliver too, because this injustice is a stain not only for Spain but for the whole of Europe. So help them and the exiles be back home and demand that the Spanish government, once and for all, be brave and negotiate a solution for Catalonia based on respect and real democracy.

Peter Lundgren (ECR). – Herr talman! Vi har nu lyssnat på anförandet, linjetalet av kommissionens ordförande. För mig var det slående likt det av en extrem vänsterföreträdare, som klart och tydligt visar att "det är våra åsikter som är de rätta. Skulle ni våga ha andra åsikter, då ska ni stämplas som hatiska och extrema".

Det är då jag frågar mig som svensk medborgare som står här i dag: Varför ska vi vara med och betala för detta? Varför ska Sverige låna upp pengar för att ge bort de pengarna till andra EU-länder utan att få något tillbaka? Det är en sanning med modifikation, eftersom vi ju får skulderna som vi lämnar över till våra barn och barnbarn som de får betala under många år.

Vi har stora problem i Sverige med ständiga skjutningar och bombdåd, precis som i andra länder, Tyskland till exempel. Jag tror att vi alla minns förbundskansler Merkels tal *Wir schaffen das!*. Nej, det gjorde ni inte! Ni har minst lika stora problem som Sverige har, och ju längre ni ihärdar i byggandet av Europas förenta stater, desto snabbare kommer det fler folkomröstningar om utträde ur EU.

Nikolaj Villumsen (GUE/NGL). – Hr. Formand! Kære kommissionsformand, Ursula von der Leyen, planeten har feber, isen smelter, skovene brænder. Der er akut brug for klimahandling, og der skal handles hurtigt, hvis vi skal undgå, at krisen kommer fuldstændig ud af kontrol. Vi ved fra videnskaben, at 55 % reduktion i 2030 ikke er nok, vi har brug for mindst 65 % reduktion, hvis vi skal leve op til Parisaftalen. Gør vi ikke det nødvendige, så vil katastrofen ramme os hårdt. Kommissionsformand, lyt til ungdommen, lyt til klimabevægelsen, lyt til videnskaben og sæt gang i den nødvendige klimahandling nu.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Mr President, the greatest economic crisis of our time has been knocking on our doors. Tens of millions of people are being threatened by poverty, hunger and civil unrest. It's high time we do something. You have left over 100 million people, after the last crisis in 2008, in poverty. How many do you intend to leave in poverty after this crisis? I am hereby inviting you all to implement a universal basic income in all of Europe. I am ready to do whatever it takes to prevent my fellow Croatians and other nations of the European Union from going bankrupt. If we fail at this, if we don't make this step, then Europeans will be on the breadline, stripped of everything. I am asking for no charity, I am asking to give people back what was taken from them by unjust crisis, by artificial crisis, and by bad policies. Many lives have already been ruined. Let us not ruin the lives of our children. Let us take this historic responsibility.

Siegfried Mureșan (PPE). – Mr President, President von der Leyen, thank you. Thank you for your ideas, your initiatives and your proposals. The proposals made by the European Commission over the course of last year and adopted by the European Parliament have saved lives in Europe, have helped care for people in need, treat people affected by the virus and helped overcome the crisis. Now is the time to start further strengthening the Union, further building the European Union, making it fitter for the future – a Union which is open, which is inclusive, which cares for those in need, and in which we can all strive; a Union in which we are all winning, in which people can strive, in which enterprises can innovate, can develop, in which countries are helping each other.

To achieve this we need the right tools. The main tool in order to achieve our objectives is the budget of the European Union. The budget is the holy grail to fulfilling our commitments. Without an ambitious budget all our commitments on greening, digital, helping young people, helping farmers, better protecting our borders, remain only empty words. What shall we do? Now is the time to equip the European Union with own sources of revenue – own resources. Own resources mean a stronger, a more stable, a more solid European Union. We must put in place own resources as early as the year 2021 to help pay back for the costs of the crisis and to help deliver to the people what we have promised. Own resources means that we can finance the traditional priorities of the European Union and we can also finance new priorities of the European Union – we can invest in research, in innovation, we can help farmers, we can protect all of our borders. It means that we can deliver on what people are expecting from the European Union.

Madam President, one year from now on we will all remember the hard times but we will be judged by our actions. This is why I kindly request that you stand with us, stand with the European Parliament, to equip the Union with an ambitious budget, with a strong budget so we can deliver what people are expecting from us.

Eric Andrieu (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, nous sommes à un moment crucial pour le devenir de l'Europe. Vous nous l'avez dit, si nous souhaitons qu'elle reste un acteur essentiel sur l'échiquier international, nous devons nous en donner les moyens, aujourd'hui et demain.

Si le plan de relance est un pas majeur et semble aller dans la direction de la solidarité, il est conjoncturel. Il ne doit pas cacher la faiblesse ou les limites du futur budget européen. L'Union a besoin d'un budget pluriannuel fort, ce qui implique les moyens financiers et de financer celui-ci avec notamment la création de plusieurs ressources propres et, au premier rang d'entre elles, la taxe sur les transactions financières.

Par ailleurs, nous devons nous arc-bouter sur ce totem qui est l'état de droit, sans lequel l'Union européenne n'existerait pas.

Oui, nous devons surmonter collectivement cette crise sans précédent et nous emparer de ce moment pour faire de l'Union le fer de lance d'une transformation profonde de nos sociétés vers plus de bien-être pour toutes et tous, sur le plan social et environnemental. Oui, il y a urgence climatique. Oui, il y a urgence sociale et nous n'avons collectivement plus le droit à l'erreur. C'est pourquoi nous exigeons de votre Commission et de votre collège non seulement de la clarté, mais de l'audace, Madame la Présidente, de l'audace pour tous et en particulier pour les plus démunis.

Stéphane Séjourné (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Présidente de la Commission, je voulais d'abord dire aux collègues qu'il ne faut pas laisser s'installer le clivage que tentent d'installer l'extrême droite et l'extrême gauche de cet hémicycle sur le fait qu'il y aurait les lucides, de leur côté, ceux qui ont vu les choses, et puis les eurobéats, ceux qui ne voient rien, ceux qui sont pour l'Europe, qui regroupent les socialistes jusqu'au PPE. Je pense qu'il est assez dangereux de faire cette lecture-là. De plus, la lucidité, c'était d'abord de faire des propositions dans cette crise. Je n'en ai pas beaucoup entendu de la part des deux groupes d'extrême gauche et d'extrême droite dans cet hémicycle. Il faut quand même le rappeler, dans ce débat qui est important pour l'avenir de l'Europe.

D'ailleurs, cette crise et cette année nous auront quand même à la fois déroutés et étonnés, dans la manière dont elles se sont déroulées, à la fois parce que la crise sanitaire a bloqué l'ensemble de nos institutions, y compris notre fonctionnement à nous. Évidemment, les mesures de rétablissement des frontières sont des mesures qui nous ont également étonnés, dans la manière dont cela s'est passé.

Et puis, Madame von der Leyen, à l'instar aussi de cette année, la Commission nous a étonnés et déroutés. Étonnés, parce que je pense que le pacte que vous avez initié avec l'accord franco-allemand est à la hauteur. Je pense que les réponses dans votre discours sont aussi à la hauteur. Mais il faut voir également – et je reprendrai les éléments de lucidité – nos fragilités à la fois institutionnelles, organisationnelles et dans la manière dont s'est déroulée cette crise.

Cela fait maintenant un an que nous sommes élus et il n'y a que peu de textes législatifs qui sont sortis aujourd'hui de la Commission. Alors il y a eu la COVID-19, certes, mais je ne sais pas quel parlement national attendrait un an avant de voir un programme de législature arriver.

Il y a donc urgence aujourd'hui et je retrouve dans votre discours un volontarisme pour cette future année, que j'appelle de mes vœux, pour accélérer les réformes et accélérer l'urgence que nous portons depuis le début de cette mandature.

Gerolf Annemans (ID). – Voorzitter, ik ben boos. Niet zozeer omdat u hier vandaag met zoveel vuur uw haat hebt geëtaleerd voor mensen, *human beings*, die u voor het gemak allemaal extreemrechts hebt genoemd. Ik ben boos omdat ik de woorden wil overbrengen van miljoenen Europeanen over de gang van zaken. Als ik het aantal dogma's optel dat u hier vandaag hebt geproduceerd, mag ik spreken van een religieuze toespraak, een religieuze toespraak in de kathedraal van de democratie, met veel bombast, maar toch een schandaal. Een schandaal omdat u van dat Europese Unieplatform, dat een vorm van vrije samenwerking van vrije naties zou moeten zijn, meer dan ooit een totaal geïntegreerde, door immigratie aangewakkerde eenheidsstaat hebt gemaakt. Daarom breng ik die woede over. Wij zijn boos. Ondanks 88 miljard euro minder bijdragen van het Verenigd Koninkrijk hebt u dat meerjarig financieel kader verhoogd en, samen met het coronafonds, hebt u daarbovenop in feite de middelen en dus ook de politieke projecten van deze Europese Unie verdubbeld. Dat is onaanvaardbaar. U maakt van het Europese continent iets dat wij niet gewild hebben.

Petra De Sutter (Verts/ALE). – Mr President, Covid-19 is still omnipresent in our daily lives, but also in the political debates. In the EU, we tend to focus a lot on economic recovery, but we must not forget that the health of every European citizen is even more important. European citizens worry about the future, about their health, about their jobs, about the climate, and about their future. This is the moment when we as Europe have to show that we are ready to help them, and that we're on their side, step by step. How will we reassure people that there will be an affordable vaccine for all of us who need it? How will we convince people that we will coordinate Member States' policies better during the next health crisis? The only way to show people we mean it is to maintain budgets that we set aside for EU for Health and Horizon Europe. These flagship programmes are crucial for the next generation of Europe and we will fight for them.

But the most important call that I want to strengthen is of course to redirect investments towards a green economy. Innovative companies are showing the way forward to a more circular economy and sustainable product design, as well as a socially just transition. Let's keep our targets sufficiently high. Let's listen to what the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) decided last week. We need at least 60% or 65% to be ambitious. The more we reduce now, the more relaxed we will be towards 2050.

Derk Jan Eppink (ECR). – Voorzitter, mevrouw van der Leyen heeft een toespraak gehouden van Castroachtig formaat moet ik zeggen, maar het werd verteld in sprookjesvorm. Als ik al die plannen hoor, dan stel ik me als calvinist altijd de vraag: wie gaat dat betalen. Hallo? Wie gaat dat betalen? Nou, dat wordt betaald via Europese belastingen, dus de burger. En u komt met nieuwe Europese belastingen. Gelukkig zijn er nog de lidstaten, want die moeten die belastingen goedkeuren, dat wil zeggen in nationale parlementen en in Nederland in de Eerste en Tweede Kamer.

En dan stel ik mij de vraag: wat is de positie van de VVD en van het CDA? De heer Azmani heeft net gesproken. Ik heb hem niet gehoord over hoe hij dat wil gaan betalen. Hij juicht het toe en zegt vervolgens niks. Mevrouw De Lange, hoe zit dat met uw partij? Ik weet niet aan welke bloedgroep ik het moet vragen, maar waar staat u eigenlijk? En ik zou u willen oproepen dat u eens ophoudt met het ene te zeggen in Nederland en voor het andere te stemmen in Brussel. Zeg wat u doet en doe wat u zegt. Het is maar een advies.

José Gusmão (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhora Presidente da Comissão, falou-nos da importância do investimento na saúde, da promoção da contratação coletiva, da defesa dos salários mínimos na Europa, mas foi a sua Comissão Europeia que há 5 meses atrás dizia ao Governo português para cortar na despesa de saúde. Foi a Comissão Europeia, foram várias Comissões Europeias, que promoveram e pressionaram os Estados-Membros para desmantelarem os sistemas de contratação coletiva. Foram várias Comissões Europeias que disseram ao meu e a outros governos para congelar o salário mínimo e, portanto, em que é que ficamos?

O que vamos ter nos próximos anos é uma Comissão Europeia que vai assinalar uma absoluta viragem nas políticas europeias nestas áreas, ou isto são apenas ideias bonitas para pôr no seu discurso, enquanto as suas equipas técnicas pressionam os governos para fazer o contrário?

Sobre o ambiente, queria perceber uma coisa: como é que alterámos radicalmente os objetivos para a redução das emissões de carbono – e não foi o suficiente – sem que aqui venha apresentar as medidas concretas que vão suportar esses objetivos mais ambiciosos, porque, o que parece ao ouvir a sua intervenção, é que existe simplesmente uma fé inabalável nos líderes da indústria, que nos trouxeram aqui, em novas tecnologias cujos resultados são incertos, para ser simpático, ou na velha tecnologia de martelar as contas, que poderá enganar alguns cidadãos, mas não engana o planeta.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, από την αποτυχία των εμπορευματοποιημένων δημόσιων συστημάτων υγείας σε όλες τις χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης να αντιμετωπίσουν την COVID-19, από τις δεκάδες εκατομμύριων εργαζομένων που έχασαν τις δουλειές τους ή βρίσκονται σήμερα σε αναστολή, από τους 95 εκατομμύρια ανθρώπους που ζουν κάτω από το όριο της φτώχειας αποδεικνύεται ότι η πολιτική σας είναι αντιλαϊκή και έχει για κριτήριο τα κέρδη των λίγων. Μπροστά στη νέα καπιταλιστική κρίση, αυτό που σας ενδιαφέρει είναι να ενισχύσετε τους ευρωπαϊκούς ομίλους κόντρα στους ανταγωνιστές τους με τον ιδρώτα των εργαζομένων. Γι' αυτό επιβάλλετε νέους φόρους στους λαούς, που παραπλανητικά ονομάζετε ιδίους πόρους, ενώ το σχέδιο ανάκαμψης κατευθύνεται κυρίως στη στήριξη επιχειρήσεων σε πεδία υψηλής κερδοφορίας, όπως η πράσινη ενέργεια, η ψηφιακή τεχνολογία και τα δίκτυα. Οι λαοί της Ευρώπης έχουν πληρώσει πάρα πολύ ακριβά και την ανάπτυξη και την κρίση σας. Δεν θα αποδεχτούν να τους φορτώσετε και πάλι νέα βάρη και νέα μνημόνια με τα εθνικά σχέδια ανάκαμψης. Θα διεκδικήσουν μαχητικά τα σύγχρονα δικαιώματά τους κόντρα στη στρατηγική Ευρωπαϊκής Ένωσης, κυβερνήσεων και μονοπωλίων που εσείς εκπροσωπείτε.

Tamás Deutsch (PPE). – Elnök Úr! Az unió mindennapjait a remélt kölcsönös bizalom helyett súlyos belső megosztottságok terhelik. Ezek a megosztottságok megbéklyózzák az európai polgárok százmillióinak életét. Az Unió emiatt elvesztette vezető szerepét a világban. Ha nem nézünk szembe ezzel az alapvető problémával, a súlyos belső megosztottsággal, akkor minden tervünk csupán óhaj marad. Három javaslatot kívánok ezért megfogalmazni az Uniót legyenítő megosztottságok felszámolására. Mindenekelőtt véget kell vetni a tagállamokkal szembeni, politikai és ideológiai hidegháborúnak és a kettős mérce alkalmazásának.

Szégyenteljes, amikor a koronavírus járvánnyal szemben sikeresen védekező, az emberek életét és egészségét megvédő tagállamot ócska hazugságok alapján hátba támadnak uniós intézmények és politikusok. Másodikként: az Európai Bizottság tegyen javaslatokat az Unión belüli intézményes megosztottság felszámolására. Kezdeményezze, hogy valamilyen uniós tagállam polgárai szabadon dolgozhassanak, egyformán hozzáférhessenek a más országokban történő szabad munkavállalás lehetőségéhez. Haladéktalanul tegyen a Bizottság javaslatot a közép- és kelet-európai kis- és középvállalkozásokat hátrányosan megkülönböztető jogszabályok, így a szállítás és a szállítmányozás területén, a megosztottsághoz vezető versenyhátrányok megszüntetésére.

És azonnal szülessen döntés, Bulgária, Horvátország és Románia schengeni csatlakozásáról. Évtizedes uniós tagságuk ellenére, ezeknek az országoknak a polgárai még mindig kirekesztettek a schengeni rendszerből. Ez az állapot szomorú szimbóluma az Unió megosztottságának. És harmadikként: az Európai Bizottság végre olyan új jogalkotási javaslatokat fogalmazzon meg, mindenekelőtt a klímavédelem, az úgynevezett szociális pillér és a bevándorlás kérdéseiben, amelyek nem újabb és még a jelenleginél is mélyebb megosztottsághoz, további ideológiai vitákhoz vezetnek, hanem amelyek a tagállamok és az uniós intézmények széles körű támogatását élvezik.

Kati Piri (S&D). – Mr President, we like to speak about the Union's value-driven soft power. We are proud to be a model, a positive force for the world and standing up for the rule of law and fundamental freedoms. But how long can we keep up that image if we fail to apply those standards to ourselves? How can we speak about protecting human rights when thousands of people, many who fled war, are now going through the most inhumane misery on the Greek islands? When we hear phrases being used like 'protecting frontline countries and our borders', I believe we have forgotten who the real victims are here. How can we speak about supporting the fight for democracy in Belarus when we do nothing when our own Member States are turning into autocracies?

The next EU budget must have an insurance policy against our own autocrats. President von der Leyen, we expect you to protect our citizens but also to protect our values.

Guy Verhofstadt (Renew). – Monsieur le Président, c'est dommage que M. Bay ne soit plus là, lui qui donne des leçons à tout le monde, même sur le financement du fonds de redressement, à un moment où c'est lui, M. Salvini, M^{me} Le Pen et leurs amis autrichiens qui reçoivent de l'argent de M. Poutine. Peut-être qu'il peut s'occuper de repayer l'argent à M. Poutine. Je trouve ça personnellement scandaleux que des gens pareils soient en train de nous donner des leçons, alors qu'ils reçoivent de l'argent pour détruire l'Union européenne. C'est peut-être ce qu'il est en train de faire, je suppose, parce qu'il n'est plus là.

My proposal, Ms von der Leyen, is that you repeat these 75 minutes of your speech, that I liked a lot, in the Council. Because let's be honest, half of the issues that you raised are in fact blocked in the Council.

When we talk about migration, the tragedy in the Moria camp. That's the consequence of the impossibility to reform Dublin, to reform the Migration Policy. When we talk about Belarus, it's 40 days after these elections were stolen by Lukashenko and we are not capable of putting sanctions on the table – 40 days later.

When we're talking about Turkey drilling in the Eastern Mediterranean, in Greek waters, no sanction, no action at all. When we talk about Hong Kong, when we talk about the minority of the Uighurs, words yes, but sanctions no, action no.

And when we talk about the rule of law inside the European Union, let's be honest, it's 5...6 years that we are talking about that here in Europe and in the European Parliament. There are no sanctions against these authoritarian regimes.

So my plea to you, is to repeat this as fast as possible, or in 75 minutes in the Council and let's make a pact, a deal between us, that that is the priority for 2021 next to the Recovery Fund, Mr Frans Timmermans, and to the Green Deal, naturally. That is the priority. To end unanimity, to have a Magnitsky or Navalny Act as Mr Borrell named it. And to have a real rule of law mechanism, because I don't want it to be that at the end, in a few years, we are calling you not the geopolitical Commission, but the geominimal Commission — that I want to avoid. *(Applause)*

Laura Huhtasaari (ID). – Mr President, Madam von der Leyen is wrong. The EU did not succeed; it broke the rules. No matter how much von der Leyen is trying to convince people that she's better than us politicians critical of the EU, she broke the no-bail-out rule. We didn't.

A community that does not follow its own rules has no credibility. The EU is a hypocrite. What Europe needs now is immediate tariffs on Chinese imports, following the example of the United States, to save its own industrial production and European way of life. We are the ones who want to follow the rule of law and von der Leyen does not. That needs to be made clear.

David Cormand (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, chers amis, vous avez dit dans votre discours, à un moment: «Heureusement que nous avons eu le numérique pendant la crise.» J'ai pensé, à ce moment-là: «Heureusement aussi que nous avons eu un certain nombre d'emplois», ceux que l'on appelle les emplois du quotidien: les infirmières, les éboueurs, les livreurs, ceux qui achalandaient les magasins. En effet, ils ont été très utiles.

Comme vous l'avez dit, pour ces personnes-là, le travail ne paie pas. Par contre, pour d'autres, il paie. Pour d'autres, la rente paie, les transactions financières paient, la destruction de l'environnement paie.

Dans votre discours, vous avez parlé de tout ce que nous devons faire. Il y a un sujet sur lequel, à mon avis, nous n'avons pas assez insisté: il s'agit des recettes. J'ai un message à vous faire passer: si nous voulons une Europe ambitieuse, si nous voulons avoir les moyens de nos actions, il faut que ceux qui, aujourd'hui, échappent à l'impôt paient l'impôt.

Il y a un impôt que vous n'avez pas mentionné, la taxe sur les transactions financières. Cela fait des années qu'on en parle; c'est un impôt juste, qui permet de faire des économies aux citoyens lambda qui, eux, ne peuvent pas échapper à l'impôt.

Alors, Madame la Présidente, comme l'a dit notre ami, M. Verhofstadt, dites au Conseil que cette assemblée ne tolérera pas qu'il n'y ait pas de nouvelles ressources propres pour financer tout ce que nous devons financer.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, resiliencia, sostenibilidad, igualdad de género, Europa digital, Pacto Verde, Agenda 2030, más competencias para la Unión, más leyes europeas, más impuestos europeos, y ahora incluso un coordinador contra el racismo: bla, bla, bla.

Con todos los respetos, señora Von der Leyen, señorías de los grupos populares, liberales y socialistas, ¿en qué mundo viven? ¿Han salido ustedes ahí fuera? ¿Han visto los carteles de «cerrado» en negocios, incluso aquí al lado del Parlamento Europeo? Si quieren les acompaño a España para que vean las colas para recoger comida y ropa en las parroquias. Y esto va a ir a peor. Y va a ir a peor si ustedes no tocan la realidad y se olvidan de sus agendas globales, llenas de «climatismo», «inmigracionismo», progresismo y socialismo. Bruselas, si no toca la realidad, hundirá a toda Europa.

Toca traer de vuelta a nuestra industria; toca defender a nuestras familias y a los trabajadores; toca apostar por la ley y el orden, garantizar la seguridad en nuestras fronteras; en fin, por esa Europa de las patrias y la colaboración voluntaria. Señora Von der Leyen, usted ha terminado su discurso con un «¡Viva Europa!». Si me lo permite, yo voy a terminar el mío con un «¡Vivan las naciones europeas, vivan los europeos y viva Europa!».

Chris MacManus (GUE/NGL). – Mr President, in 2016, Sinn Féin MEPs warned this Parliament about the threat Brexit was to the Good Friday Agreement. Little did I realise that, four years later, I would be saying the same thing.

We have a long experience with the British establishment. We know that they don't care about Ireland, north or south. We know that they renege on their commitments. They have continually reinterpreted, misinterpreted and ignored the Good Friday Agreement to suit their own domestic political agenda. Now you are learning what we have known all along. They cannot be trusted. The British legislation is not only a breach of the Withdrawal Agreement, it is a full frontal assault on all aspects of our Good Friday Agreement. So, again, we look to you all in Europe to help protect our agreement, our peace process and to help us escape from British misrule.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovani predsjedavajući, poštovani kolege, poštovana predsjednice Europske komisije, danas ste izjavili da mi kao Unija ne težimo biti lider već da budemo tu na pomoć. To mi zvuči kao da najbolji svjetski atletičar pušta druge da pobjeđuju u svakoj utrci.

Europska unija ima sve sposobnosti da bude svjetski lider u svim područjima i mi moramo težiti ka tome i moramo to i postići.

Govorili ste o vladavini prava, međutim, strašno je da upravo Europska komisija krši i ne poštuje Uredbu o viznom režimu. Sedam godina, dakle, se ne uvodi viza za građane Sjedinjenih Američkih Država u slučaju reciprociteta jer Sjedinjene Američke Države imaju vizni režim za četiri članice Europske unije. To je nedopustivo!

Ponašamo se kao miševi, a trebali bismo biti kao lavovi. I moramo poštovati naše propise.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, el coronavirus ha situado a la Unión Europea ante el mayor desafío de nuestras vidas. La pandemia ha provocado daños inimaginables. Miles de familias han perdido a un ser querido. Millones de personas han perdido su empleo. En estas horas graves, la Unión Europea, más que nunca, debe estar al lado de los que más lo necesitan. Ningún enfermo de COVID puede quedar sin atender. La economía y el empleo deben recuperarse. Europa no puede permitirse una generación perdida. Necesitamos la vacuna. Es imprescindible y debe ser accesible para todos. Pero no podemos fiar exclusivamente la salida de la crisis sanitaria, económica y social a la vacuna, porque todo lo perdido y destruido hasta ahora solo se recuperará si tomamos medidas urgentes ya.

El Plan de Recuperación es indispensable. Para que sea efectivo y transforme, necesitamos que los Gobiernos nacionales hagan sus deberes. Con un impulso de reformas nacionales ambiciosas, que fomente una economía moderna, resiliente, competitiva, ante el cambio climático y la era digital, que priorice la creación de empleo de calidad, porque es la mejor política social, que refuerce los sistemas nacionales y que garantice, sobre todo, la mejor educación para todos nuestros jóvenes.

Debemos conseguir que Europa sea de nuevo un faro de libertad que ilumine un mundo que está volviendo a oscurecerse. Porque el coronavirus también ha acelerado fenómenos que ya estaban produciéndose y que socavaban la fuerza de la Unión y el futuro de los europeos. No podemos dar ni un paso atrás en la defensa de los derechos y las libertades. Ni un paso atrás en la defensa de la democracia ante la amenaza autoritaria, venga de Bielorrusia, de Venezuela o incluso del interior de nuestras propias sociedades. Ni un paso atrás en la defensa del Estado de Derecho ante esos nacionalismos y populismos retrógrados. Consigamos un *Brexit* ordenado y recuperemos entre nosotros el espíritu de Schengen. La nueva realidad no debe suponer la renuncia de nuestros valores europeos.

Ismail Ertug (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin! Erst letzte Woche fand der EU-China-Gipfel statt, und ich glaube dieser Gipfel hat uns nochmal gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Europäische Union für die Zukunft gewappnet ist und auch unabhängig ist. Ich glaube, wenn wir über Industriepolitik sprechen, da müssen wir uns klar darüber sein – und das war ja der Bereich, bei dem Sie angekündigt haben, womöglich nicht ins Detail zu gehen, den ich aber nochmal aufwerfen will.

In diesen Industriebereichen gibt es nach meiner Auffassung zwei, wo wir weltweit führend sein können und wo wir auch die Standards, wie Sie es gesagt haben, setzen können: zum einen die europäische Wasserstoffindustrie und zum zweiten die europäische Batteriezellenindustrie.

Ich glaube, wir haben mit unseren beiden Kommissaren Timmermans und Šefčovič zwei Leute, die jetzt schon weltweit auch für Aufsehen gesorgt haben mit konkreten Maßnahmen. Was uns noch fehlt, sind eben diese konkreten Gesetzgebungen. Ich meine nach einem chinesischen Philosophen zu sprechen: Fordere viel von dir selbst und erwarte wenig von den anderen. Wenn wir nach diesem Prinzip vorgehen, werden wir auch in Zukunft erfolgreich sein.

Dita Charanzová (Renew). – Mr President, today we are in the hurricane called COVID. Very soon we will be in the hurricane called Brexit. Both will test the European Union, our society, our economy and the faith of our citizens. This is why we need strong leadership now, a strong EU that helps citizens and keeps Europeans and European businesses safe – something that citizens have been waiting for since the spring.

The Commission does not need new powers to do it. Let's exploit its existing ones. You must accelerate your actions and grant additional aid and exceptions to our industry. Now is really not the time to burden them with new regulations.

President von der Leyen, the EU economy is a ship in a hurricane and we need a captain to navigate us safely to shore. I hope you will be that captain.

Peter Kofod (ID). – Hr. formand! Kommissionsformand von der Leyen, i din tale sagde du, at migration var en berigelse for Europa. Du tager fejl! Indvandring fra Afrika og Mellemøsten har ikke været nogen berigelse for Europa. Ikke i mit hjemland Danmark, ikke noget andet sted. Til gengæld har det medført stigende kriminalitet og høje udgifter. Jeg synes, at denne Kommission og tidligere Kommissioner svigter deres ansvar for det europæiske kontinent. Men du har ret i én ting, og det er, at der findes et dem og et os. Og der findes i særdeleshed et dem og et os i det her hus. Der findes en EU-elite, som i årevis har forsømt at gøre vores ydre grænser sikre, som har brugt energien på at bekæmpe vores nationale grænsekontrol i stedet for. Og så findes der et os, som uanset prisen vil forsvare vores lande, vores kontinent og overgive det i en bedre stand til fremtiden, end da vi selv modtog det af forrige generationer.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Sie haben gesagt, dass Sie den Bruch europäischen Rechts nicht tolerieren wollen. Aber was passiert derzeit in Moria, an unseren Außengrenzen?

In Moria hat nicht nur das Flüchtlingslager gebrannt. An den Außengrenzen brennt seit Jahren das europäische Recht und die europäische Rechtsgemeinschaft. Sie steht in Flammen. Mit der aktuellen Außenpolitik im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik bricht Europa sein eigenes Recht. Und genauso sehen wir nach Bulgarien: Seit Monaten demonstrieren dort die Menschen – ohne Reaktion der Europäischen Kommission – gegen Straflosigkeit und Korruption. In zahlreichen Alltagsprodukten befinden sich verbotene Chemikalien – gegen europäisches Recht. Deutschland ist ein Geldwäscheparadies – gegen europäisches Recht. Und genauso finden wir im Bereich der Grundrechte zahlreiche Verletzungen.

Daher meine Bitte an Sie fürs nächste Jahr: Seien Sie konsequenter als Hüterin der Verträge. Eröffnen Sie Vertragsverletzungsverfahren. Die Blockaden der Mitgliedsstaaten – dafür können Sie nichts. Aber Sie können das europäische Recht durchsetzen und damit den Respekt vor unserer Rechtsgemeinschaft und vor dem europäischen Projekt stärken.

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, ook met de pandemie moeten we meer dan ooit inzetten op duurzame welvaart, op jobcreatie, en ik heb goede dingen gehoord in uw toespraak: aandacht voor het industriële beleid, voor artificiële intelligentie en voor digitalisering, maar zet alstublieft veel meer in op het verdiepen van de interne markt, maak een kapitaalmarkt voor onze kleine en middelgrote ondernemingen.

U doet er ook goed aan om de EU te profileren als de globale actor inzake handel en inzake stabiliteit. Ik ben het volledig met u eens op dat vlak. Maar ik zou wat meer assertiviteit willen als het gaat over mensenrechten. Het kan toch niet dat wij verder producten blijven invoeren die in China gemaakt zijn met dwangarbeid? Laten we ook op dat vlak heel consequent zijn. Laten we ons ook verzetten tegen dumping en tegen overmatige staatssubsidies.

Ten derde, veel meer budget naar innovatie, de sleutel voor herstel, de sleutel evenzeer voor de Green Deal. Het is goed dat waterstof op de radar staat, maar vergeet niet dat we zullen moeten investeren in vervangers van zeldzame materialen. We zijn daar veel te fragiel, dus verhoog dat budget voor innovatie. Tot slot, humanaan asielbeleid, maar wel onze buitengrenzen beschermen en geen illegalen binnenlaten. Dit is wat de mensen vragen. Dit is wat vertrouwen in de Unie zal creëren.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, le discours que vous avez prononcé fixe des objectifs ambitieux, mais si nous n'assumons pas les moyens pour agir, ils resteront des appels sans lendemain. La vulnérabilité de l'Europe face à la crise sanitaire devrait être une leçon pour nous.

Vous avez appelé à une éthique des nouvelles technologies et du numérique, mais si nous n'investissons pas pour que nos pays reconquièrent leur autonomie stratégique, nous serons les satellites des puissances technologiques de demain.

Vous avez évoqué le défi migratoire. Bien sûr, les drames qui se déroulent en mer Méditerranée devraient tous nous empêcher de dormir, mais la seule manière de les éviter, c'est d'assumer de maîtriser nos frontières, pour que personne ne tente d'entrer en Europe sans y avoir été légalement autorisé. C'est sur notre impuissance que prospère le trafic des êtres humains qui fait tant de morts aujourd'hui.

Vous avez rappelé l'urgence écologique. Là encore, quelle naïveté il y aurait à croire que nous allons traiter ce problème global seulement en cherchant à nous réformer nous-mêmes! Bien sûr, nous pouvons et nous devons produire mieux, mais l'Europe émet 8 % des émissions de carbone. Si nous ne faisons qu'imposer des contraintes à ceux qui produisent en Europe, nous n'aurons pas progressé sur le terrain de l'écologie; nous aurons seulement détruit notre économie. Il est temps de faire du marché unique un levier pour pouvoir avancer vers cette transition écologique globale. C'est la raison pour laquelle le mécanisme d'inclusion carbone est absolument urgent.

Enfin, vous avez appelé à ce que la haine ne déchire pas nos sociétés, mais il ne sera possible de résister à tout ce qui les fracture aujourd'hui que si l'Europe assume ce que nous avons en commun: une civilisation qu'il nous appartient de transmettre. C'est à cette condition seulement qu'elle retrouvera aussi un avenir.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! Tack till ordförande von der Leyen för ett mycket starkt tal. Ja, vi har alla påverkats av krisen och pandemin. Vi står därför inför ett starkt ledarskap, och vi står inför att vi måste visa handling från EU:s sida när vi nu ska bygga upp en hållbar ekonomisk tillväxt och skapa nya gröna jobb.

Vi ska inte bygga den gamla ekonomin. Vi ska bygga den nya, gröna ekonomin. Den inre marknaden, digital ekonomi, klimatneutral teknik – allt det kommer att bli avgörande för de nya jobben.

Vi ska emellertid också driva på för ett mer socialt och ekologiskt Europa, där livs- och arbetsvillkor tar plats. I det arbetet vet vi som kommer från Sverige att den mest framgångsrika modellen för löner är kollektivavtal.

Sist men inte minst vill jag också lyfta jämställdhetsfrågorna. Ordförande von der Leyen nämnde inte jämställdhetsstrategin, men det gör jag eftersom den är bra för både kvinnor och män och inte minst för barn och unga som ska växa upp i ett jämlikt och jämställt EU.

Luis Garicano (Renew). – Señor presidente, señora Von der Leyen, han sido unos meses muy muy duros. Muchos ciudadanos han perdido a sus seres queridos, se han quedado sin empleo o han tenido que cerrar su negocio. Pero creo que debemos estar orgullosos de la respuesta ante esta crisis de la Unión Europea.

Cuando aprobamos el Plan de Recuperación de la UE, les transmitimos un mensaje muy importante a nuestros conciudadanos: Europa está con vosotros, Europa no os va a dejar solos, vamos a salir de esta juntos. Pero no todo está resuelto. El dinero hay que gastarlo bien; algunos Gobiernos quieren gastarlo de forma insensata. El vicepresidente del Gobierno español, por ejemplo, esta semana, en una entrevista, sugería que los fondos del Plan de Recuperación debían usarse para crear nuevas élites empresariales.

Y yo lo quiero decir con absoluta claridad: desde este Parlamento Europeo, haremos lo necesario para asegurar que el dinero se gasta bien, no se gasta para ayudar a amigos y amiguetes; que se utiliza para favorecer a las familias en educación, sanidad; para luchar contra el cambio climático y proteger a nuestro planeta. Porque Europa no es un cajero automático, sino una oportunidad de luchar por el bienestar de nuestras familias.

Jaak Madison (ID). – Mr President, first of all I would like to focus on one of the biggest topics for the next year: the New Migration Pact. I've seen this idea that was proposed already, and I think the most remarked thing is that the Commission is going forward to push the idea of migration codes and of relocation for migrants.

I don't have to be very smart or clever to understand that it's going to be like a huge conflict between the Member States. The problem is that several countries have pushed this idea, like German or Sweden, and have practised their open borders immigration policy. They have ignored the fact that absolutely different cultures and religions don't fit together. It doesn't work. And now they're trying to export their problems to other Member States.

Liebe Frau von der Leyen, lassen Sie also Deutschland oder Schweden in ihren Ländern so regieren, wie sie es möchten, aber machen Sie nicht andere Länder für deren fatale Fehler verantwortlich, und lösen Sie Ihre Migrationsprobleme allein.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, I would like to thank President von der Leyen for the State of the Union. I think it's an ambitious programme and it is absolutely clear that this Commission wants to do things differently. There is a change of course; we hear that and we very much support that. We also think that it reflects the results of the elections last year, where European citizens were asking for that change, very well. So we thank you for that.

But, of course, now it comes down to action. The words need to be translated into action, and there is sometimes still a big battle ahead of us, a big battle that we also need to have here in the European Parliament. I want to direct these words to my colleagues, who quite often applaud the nice speeches of the Commission and the statements that are being made but which are not being translated into law-making that really makes that change. We are still supporting subsidies for fossil fuels, we are still not strong enough on the rule of law, and we are still not fighting to make sure that refugees are being helped on this continent. These issues now need to be taken care of. After the words, the real work has to start, and we are willing to do that together to make sure that this Europe becomes a green and a social Europe.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаеми г-н Председател, уважаема г-жо Председател, уважаеми, почитаеми Комисари, скъпи колеги. Г-жо Председател, със съжаление трябва да отчета, че Вашата реч беше разочароваша, пълна с полуистини и с противоречия.

Говорите за върховенство на закона, а Вие се каните да нарушите Договора за функциониране на Европейския съюз, теплейки огромен заем, който ще трябва да плащат нашите деца, за да финансирате налудни социални експерименти. Говорите за свободен пазар, а пък налагате силово пакети като „Мобилност“, които крадат работни места от Централна и Източна Европа. Говорите за работни места, а се каните със зеленото безумие да закрийте стотици хиляди работни места в Централна и Източна Европа.

Говорите за права на човека, а не смеете да изречете името на диктатора неоосманист Ердоган и на комунистически Китай. Питам се защо се страхувате да попитате комунистически Китай кога ще поеме отговорност за китайския вирус, който разруши световната икономика. Говорите за разширяване на Европейския съюз, но не казвате, че една Македония трябва да влезе, само когато погребете и забравите завинаги своето комунистическо, антибългарско, македонистко минало. Нали не искате в тази зала да има знаме с петолъчка и сърп и чук? Или искате, не зная.

Говорите също така за нелегална миграция, като ги наричате бежанци. Уважаема г-жо Председател, не говорим за бежанци, говорим за стотици хиляди, милиони нелегални имигранти, които ще променят културно идентичността на европейските нации, на суверенните европейски нации. Обвинявате крайнодесните, уважаема г-жо Председател, но управляват крайнодесни, управляват Вие. Пробудете се, излезте от този брюкселски балон, излезте от тази затворена сфера, в която живеете и погледнете живота такъв, какъвто е. От Вас зависи бъдещето на Европейския съюз в следващите няколко години, поемете своята отговорност. Благодаря за вниманието.

Markus Pieper (PPE). – Herr Präsident, Frau Präsidentin! Klima schützen, Umwelt schützen, Menschen und Betriebe mitnehmen, mit Offenheit für Technologien, mit Marktwirtschaft herangehen. Klimaschutz ist nicht nur notwendig für den Planeten, er ist auch eine Chance für die europäische Wirtschaft, gerade auf den globalen Märkten.

Zu Recht deshalb die Mahnung von der Kommissionspräsidentin – hin zur Klimaneutralität so schnell wie möglich! Wir unterstützen auch die 55 % bis 2030, Fragen zum Kommissionsvorschlag sind dennoch erlaubt: Warum sagt die Folgenabschätzung, dass heute möglich ist, was vor der Coronakrise unmöglich war? Damals hieß es, 40 % sind im Einklang mit Paris und die Belastungsgrenze für Menschen und Unternehmen – jetzt sind es 55 %!

Wir sind aber erst mitten in der Pandemie, der Brexit steht bevor, afrikanische Schweinepest, niemand, auch nicht Herr Timmermans, kann heute seriös sagen, zu welchen Verwerfungen das auf den Weltmärkten führt. Wir brauchen deshalb eine Review der Folgenabschätzung und der Klimaziele spätestens in zwei Jahren, und fast noch wichtiger: Unser Mittelstand braucht Freiräume für Innovation, also keine Technikverbote oder Sanierungsquoten, aber Marktwirtschaft und Emissionshandel.

Wir sprechen heute über Klimagesetz, Lieferkettengesetz, neue Steuern und Abgaben. Sicher ist das alles richtig, aber ich frage die Kommission: Wo ist die Stimme des Mittelstands in der Kommission? Wo bleibt der versprochene Ansprechpartner für SMLs? Wo ist die *One-in-One-out*-Regel? Wir können nicht immer nur subventionieren und regulieren, wir müssen auch Freiräume für die Unternehmen zulassen, gerade in der Krise und gerade beim Thema Klimaschutz.

Сергей Станишев (S&D). – Уважаеми г-н Председател, уважаема г-жо Президент, днес огромното мнозинство от европейците изпитват несигурност и тревога за своето бъдеще, за своите доходи, за своята работа, за своите семейства. За да бъде чут Вашият призив за повече оптимизъм, са нужни действия.

Чудесно е, че след първоначалния шок, в това число и с много активната роля на социалистите, Европейският съюз взе важни решения за икономическото възстановяване в резултат от пандемията. Най-важното, историческо, разбира се, това е издаването на общ европейски дълг, за да се осигурят ресурси за инвестиции и за да могат хората и бизнесът да получат реална протегната ръка и подкрепа.

Но сега жизненоважна е скоростта, с която това ще се реализира. Орязани бюджети за следващите години не са отговорът и пътят към глобално лидерство. Повечето от политиките, които са необходими за възстановяването на Европейския съюз, са предложени от социалистите от доста време и те изискват прилагане, за да бъде Европа по-социална, по-справедлива, по-демократична.

Искам да обърна Вашето внимание на това, че вече повече от два месеца хиляди български граждани протестират за тези европейски ценности, за които Вие говорите, за подотчетно правителство, за прозрачност, за демокрация. Те очакват техният глас да бъде чул в Европейския съюз и да има реакция. Призовавам Ви да действате по този начин. Благодаря ви.

Sophia in 't Veld (Renew). – Mr President, I would like to thank Madam President von der Leyen for your very ambitious and pro-European speech this morning. I particularly welcomed your strong words on the importance of the rule of law. They are great words that meet with the approval of this House, as you know.

Unfortunately, they also meet with the approval of the government offices in, say, Budapest, Warsaw and other places, and I think that, unfortunately, corrupt, autocratic leaders like Viktor Orbán and others listen to your speech knowing that they have nothing to worry about, because for years now they have been attacking democracy, the rule of law and fundamental rights with impunity, and they have become an example to others. Others are following because the Commission is afraid to speak up to the Member States. It is a profoundly intergovernmental Commission.

In Poland, can the judges and the LGBTI people count on you to stand shoulder to shoulder with them as you stand shoulder to shoulder with the protesters in Belarus? Can the journalists in Bulgaria count on your support? Can the academics in Hungary count on your support? I thank you for your words, Madam President, but you will convince us only with actions.

Harald Vilimsky (ID). – Herr Präsident! Erlauben Sie mir vielleicht vorab ein sehr offenes Wort, dass so viel an Realitätsverweigerung und Selbstbeweihräucherung, wie sich hier in diesem Haus manifestiert, sehr, sehr selten zu erleben ist. Man hat fast den Eindruck, dass hier ein Paralleluniversum entstanden ist, das mit der Welt draußen schon überhaupt nichts mehr zu tun hat.

Wenn Sie heute halbwegs ehrlich gewesen wären, hätten Sie eine Bankrott- und Kapitulationserklärung Ihrer Politik abgeben müssen, statt sich selbst zu beweihräuchern. Schauen Sie doch an die zentralen Bereiche dieser Europäischen Union, wo überall nichts funktioniert, ob das die Frage Corona ist, wo Sie zu Beginn der Pandemie Italien und andere Staaten komplett im Regen stehen gelassen haben. Schauen Sie nach Moria: Sie haben aus der Migrationskrise seit 2015 nichts gelernt. Immer noch breiten Sie ihre Arme aus, holen Menschen aus aller Herren Länder nach Europa und ignorieren die vielen Probleme, die damit entstehen.

Heute postulieren Sie großartig Ihre Klimapolitik. Sie schließen Ihre Augen dann, wenn quer durch den Kontinent LKWs landwirtschaftliche Produkte transportieren, ohne irgendeinen Sinn, statt auf Regionalität zu setzen. Und auf der anderen Seite nehmen Sie den Menschen dann das Geld aus der einen Tasche und stecken einen Bruchteil des Geldes in die andere Tasche. Das ist eine Hokusfokuspolitik, aber keine ehrliche Politik für die Menschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Selbsterkenntnis ist – so heißt es – der erste Weg zur Besserung. Wenn Sie erkennen, dass Sie mit Ihrer Politik auf dem Holzweg sind, wenn Sie eine Kehrtwende machen, eine richtige Politik beschreiten, werden die Menschen davon profitieren, und auch Ihr Image wird davon profitieren.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora presidenta, es el momento de ayudar a la gente que peor lo ha pasado en esta crisis y que peor lo pasará con la crisis económica. Usted ha hecho hoy anuncios importantes, como la Directiva para un salario mínimo, o su ambición climática, con el objetivo del 55 % en 2030, que celebramos. Pero también tengo que decirle que, para que la ambición climática sea real, necesitamos que los Reglamentos legislativos claramente excluyan que el dinero del fondo de recuperación vaya a ser usado para invertir en combustibles fósiles o energías contaminantes. Espero que la Comisión Europea pueda ayudarnos en ello.

Hoy Europa camina hacia una senda más social y más verde. Es de celebrar. También quiero decir que eso es una victoria de todos aquellos que durante años lucharon contra el dogma «austeritario» —«a la fuerza ahorcan», que dirían algunos—. Pero tengo que decirle, señora presidenta, que usted ha dejado para el final el gran agujero negro de la Unión Europea en estos momentos, que es nuestra política de inmigración y de asilo. Nuestra defensa de los derechos humanos, nuestro Estado de Derecho mueren hoy en día en el campo de Moria. Y ya sé que no todo es responsabilidad suya; somos perfectamente conscientes de ello. Pero le pido un mayor liderazgo político para afrontar la situación, la emergencia humanitaria, y para que los Estados miembros, finalmente, acepten reubicar a esos refugiados. Su liderazgo político es necesario en esa cuestión más que nunca, y creo que también esa es hoy su responsabilidad, y tengo que lamentar que esa parte la haya dejado para el final. Creo que la Comisión debe ser mucho más contundente ante una vulneración tan sistemática de los derechos humanos como la que se ha producido y se produce en nuestras fronteras.

Paulo Rangel (PPE). – Mr President, I would like to say to President von der Leyen that sometimes speeches are inspiring but not credible. Other times they are credible but not inspiring. But this time it was both inspiring and credible. Thank you very much.

— Senhora Presidente, apesar disso eu queria levantar uma questão: vi pouca referência aos jovens e, Senhora Presidente, o emprego jovem está em crise. Depois de uma crise em 2008 e 2009, agora uma crise em 2020. Isto significa que há uma geração que vai estar 20 anos em crise, primeiro em 2008 e depois para recuperar até 2020 e, quando estava a recuperar, leva com outra crise. Há uma geração de jovens perdidos e eles têm de ser um alvo preferencial das políticas europeias.

Em segundo lugar, queria que nos pudesse dizer que princípios vão inspirar a reforma de Schengen, porque disse que há uma nova estratégia para o futuro de Schengen e ela é bem precisa, mas que princípios é que a vão inspirar? É fundamental responder a isto, porque nós demonstramos, neste momento, por exemplo, que muitas das guardas que estavam nas fronteiras externas estão nas fronteiras internas da União, desguarnecendo o espaço exterior e criando problemas no espaço interior e, finalmente, gostava também de ter tido uma palavra mais forte e mais clara para a Conferência sobre o Futuro da Europa. Dizer que ela tem que tratar da União para a Saúde é, sem dúvida, importante, mas é preciso que a Comissão seja uma *driving force*, senão não vamos ter Conferência sobre o Futuro da Europa nos próximos meses a arrancar e penso que isso será uma perda muito grande para os europeus neste momento, que é um momento de viragem da Europa, como a Senhora Presidente aqui demonstrou.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente von der Leyen, grazie per questo discorso appassionato. La pandemia ci ha preso un po' di sorpresa, per certi aspetti, qualche mese fa, con un'Unione con competenze in materia sanitaria ancora molto limitate rispetto alle emergenze sanitarie e con sistemi sanitari ancora pieni di squilibri. Per questo è un'ottima notizia il *summit* globale per la salute, nel 2021 in Italia, da lei ha annunciato.

Il diritto alla salute è un diritto umano e noi dobbiamo ribadirlo con forza e renderlo una realtà: oggi non è sempre così. E sul tema dei diritti, ancora ieri, di fronte a questo Parlamento, si è manifestato contro le gravissime violenze nei confronti degli attivisti LGBTIQ avvenute in Polonia. Sono contento per le sue parole chiare sullo stato di diritto, ma noi vogliamo azioni conseguenti: nuove leggi contro le discriminazioni e sanzioni nei confronti dei governi ungheresi e polacco.

Serve andare avanti, Presidente von der Leyen, con le riforme delle istituzioni; servono meccanismi contro i veti del Consiglio, tassare la finanza speculativa e i grandi inquinatori per sostenere le trasformazioni della nostra società e il nuovo debito comune. Bisogna, infine, sostenere le nuove generazioni, le quali non possono sopportare il peso di questa crisi da sole: serve fare molto, molto di più per loro.

Insieme possiamo combattere, insieme possiamo fare il bene dei nostri cittadini. Noi siamo pronti: vogliamo la Commissione dalla nostra parte.

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Herr Präsident, Frau von der Leyen! 429 – das ist nicht die Zahl der Kinder, die zunächst aus Moria aufgenommen werden sollten. Sondern es ist 429 Tage her, dass Sie das erste Mal hier in diesem Hause gesprochen haben. 429 Tage, die wir darauf warten, dass die Europäische Kommission endlich eines der größten Themen angeht, bei dem die Menschen eine europäische Lösung erwarten.

Ich hatte im Laufe Ihrer Rede schon fast gedacht, Sie sprechen das Thema gar nicht an, dann doch einige Eckpunkte zur Migrations- und Asylpolitik. Sie wollen Humanität und Solidarität, Seenotrettung – dabei haben Sie die volle Unterstützung von Renew. Sie wollen die Integration von anerkannten Asylbewerbern verbessern – volle Unterstützung. Rückführung derjenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben – einverstanden.

Aber in dem, was Sie heute vorgestellt haben, fehlt ein wichtiger Baustein. Frau von der Leyen, wenn es kein Konzept dafür gibt, wie wir die Migration in den Arbeitsmarkt, die wir in einigen Mitgliedstaaten brauchen, europäisch organisieren, werden sich weiter Menschen in Boote setzen, um über das Mittelmeer zu kommen. Es wird weiter überfüllte Lager an den EU-Außengrenzen geben. Und das ist inakzeptabel.

Wenn Sie Migration ganzheitlich organisieren wollen, dann müssen Sie die Migration in den Arbeitsmarkt mitdenken. Als Renew-Fraktion haben wir einen Vorschlag für einen europäischen *talent pool* vorgelegt mit Einwanderungskriterien nach kanadischem Vorbild. Greifen Sie das bitte auf, bleiben Sie nicht auf halber Strecke stehen.

Karima Delli (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame von der Leyen, nous sommes à la fois la première génération à subir les effets du dérèglement climatique, mais aussi la dernière génération à pouvoir y remédier. Il n'y a pas de plan B pour la planète. Regardez le scénario catastrophe partout dans le monde, de l'Amazonie au Groenland, de l'Australie à la Méditerranée. Désormais, la nature ne s'accommode pas de petits pas, elle réagit à grandes enjambées.

Aujourd'hui, nous devons limiter la casse, due à l'inaction des gouvernements successifs. Je rappelle que les premières victimes sont les pauvres et les plus précaires. Il faut donc répondre à la justice climatique avec la justice sociale. Madame von der Leyen, je vous demande une chose: n'attendez pas la révolution verte, faites-la. La baisse des émissions d'ici 2030, c'est moins 65 %, en accord avec la COP 21. Faites rentrer dans la transition écologique notamment l'aviation et le maritime. Relancez le fret, Madame von der Leyen.

La bataille du climat, c'est la bataille de l'emploi. Nous avons un moment historique, un moment inédit dans l'histoire de l'humanité. Les fenêtres d'opportunité se rétrécissent très vite. Donnons-nous donc les moyens de remporter la victoire du climat. Faisons tous ensemble en sorte que l'Europe devienne le leader du climat. Vous avez dit que le compte à rebours était lancé, mais il est déjà là.

Esther de Lange (PPE). – Mr President, I would like President von der Leyen to know that one sentence in her speech made me particularly happy. Madam President, don't get me wrong, I congratulate you on your entire speech but, in particular, your promise to adjust our competition framework, especially given the international situation which often lacks fairness and a level playing field. Because let's be honest, if we want European companies to produce our green and digital goods and services, they at least deserve a fair chance. For this a revision of our competition and public procurement rules is, according to the PPE Group, long overdue.

— Een eerlijke kans voor bedrijven zorgt immers voor het behoud van banen, banen die zeker verloren zouden gaan bij een nexit, zoals de heer Eppink wil. Of wilde die nou geen nexit? Legt u het mij nog eens uit. Lost u in elk geval de schizofrenie in uw eigen partij en in uw eigen hoofd eerst op voordat u naar anderen wijst.

En daar waar de heer Eppink een ritueel dansje opvoert, ben ik, zoals mijn kiezers van mij verwachten, in de voorstellen gedoken en daar zie ik op bladzijde 244 van de effectbeoordeling bij de klimaatwet dat een gemiddeld gezin bij een reductie van 55% CO₂ in 2030 weliswaar 70 euro bespaart aan stookkosten, maar drie tot vier keer dat bedrag kwijt is aan duurzame apparaten en de isolatie van zijn woning.

Mevrouw de voorzitter, dit gaat over de mensen waarover u sprak, die aan het eind van de maand, wel 'maand' maar geen geld over hebben en die zich zorgen maken over hun baan. Je kunt niet groen doen als je rood staat. Deze mensen heb je ook in landen die niet profiteren van de FFF of het mechanisme voor een rechtvaardige transitie, dus op het moment dat wij voor deze mensen een antwoord hebben op de vraag hoe wij ze gaan helpen om die inspanning te leveren, dan sta ik aan uw zijde, maar op dat antwoord wacht ik nog wel.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Présidente von der Leyen, merci pour ce grand discours. L'Europe en avait besoin.

La pandemia y la crisis sanitaria han trastornado nuestras vidas y la agenda de nuestro proyecto europeo, pero también nos están ofreciendo una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Nuestras prioridades políticas del inicio de esta legislatura se han convertido en urgencias políticas, sociales y económicas.

La Unión ha sobrevivido a todo tipo de crisis y siempre ha salido reforzada. Y esta vez lo lograremos con una respuesta valiente y contundente, basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos propios. En julio se han sentado las bases y los principios de la recuperación económica y ahora deben ser los Estados miembros los que presenten y lleven a cabo las reformas. Reformas que, como ha planteado el presidente Pedro Sánchez, deben desarrollarse de la mano de las autoridades regionales y locales e ir destinadas a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, así como la cohesión social y territorial y la igualdad de género. En este sentido quiero felicitarla, presidenta, por haber reforzado aún más la paridad en el colegio de comisarios con el nombramiento de nuestra colega McGuinness.

Sigamos haciendo historia y trabajemos juntos para mejorar el estado de la Unión y reforzar la confianza de la ciudadanía en el proyecto europeo.

Roberta Metsola (PPE). – Mr President, I join my colleagues in thanking President von der Leyen for her commitment. Over the last year, our systems have been tested like little else before. We must now be able to respond faster to shared challenges and we must have common solutions and protocols that work first of all to preserve our single market under the Schengen area, to ensure joint procurement becomes the norm, to safeguard our environment and fight climate change, and to protect and create jobs and opportunities for a new generation looking to us for direction, and to repair decimated sectors of our economy.

But if 2020 is the year of corona, 2021 must be the year of Europe, the year of optimism, and the year of real solidarity. This is particularly true in the area of migration. People are still dying on our shores. The same Member States are still responsible for a disproportionate number of people. We need to give humans at least the same importance that we in this House give to our fish, our seas and our crops.

The new migration pact must finally make us a Union of shared responsibility. Our approach must be permanent and not ad hoc. The bottom line must be every Member State showing meaningful solidarity in a system that is fair with those in need of protection, firm with those who are not eligible and harsh with traffickers. The challenge for our generation is something that we can only tackle together.

— Marbuta ma' dan kollu, hemm ukoll il-htieġa li nagħtu protezzjoni lill-media indipendenti. Irridu li b'mod ikkoordinat niġġieldu wkoll is-SLAPP. Dmirna hu li nsahħu lill-ġurnalisti u l-media kontra dawk li jridu jdghajfuhom. U rridu wkoll insahħu l-ġlieda kontra l-korruzzjoni. U nieqaf hawnhekk: il-korruzzjoni hija l-kuntrarju ta dak kollu li l-Unjoni Ewropea tirrappreżenta. Jekk mhux se niġġieldu l-korruzzjoni, jekk dawk li huma involuti fil-korruzzjoni mhumix se jittressqu l-qorti, allura nkunu qed nissograw li titnaqqas il-fiduċja fil-proġett Ewropew.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

Leszek Miller (S&D). – Panie Przewodniczący! Pani przewodnicząca! Nie po raz pierwszy Unia staje w obliczu poważnego kryzysu, ale po raz pierwszy jest on tak powszechny i wywołuje tak potężne skutki. W obliczu pandemii takie kroki, jak wspólne zwalczanie COVID-u czy wspólny plan odbudowy są działaniami właściwymi. Ale w czasie pandemii zobaczyliśmy też w sposób bardziej jaskrawy niż zwykle wszystkie słabości Unii, które biorą się najczęściej z płytkiej integracji i przewagi trybu międzyrządowego nad wspólnotowym, a przecież tryb wspólnotowy lepiej służy Europie. Głosowanie większościowe jest bardziej funkcjonalne niż jednomyślność w Radzie Europejskiej przypominająca polskie liberum veto, które w dużym stopniu przyczyniło się do upadku państwa polskiego w XVIII w. Potrzebny jest wyraźny zwrot w kierunku obywateli, a nie rządów. Potrzebne są: głębsza integracja, efektywna polityka zagraniczna, więcej kompetencji dla unijnych instytucji i usprawniony proces decyzyjny. Jeśli te cele wymagają zmian traktatowych, to trzeba je zainicjować. Debata o przyszłości Europy będzie dobrą ku temu okazją.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Kære Ursula von der Leyen, kære kollegaer. Tak for en god tale. EU står med utroligt komplicerede udfordringer, mange flere end da vi begyndte samarbejdet sidste år. Vi skal for alvor til at bestige stejle bjerge sammen, og det kommer til at kræve rigtig meget af os alle. Nogle skal blive bedre til at samarbejde. Andre skal bruge mere tid på de enkelte sager, mens andre igen skal turde at være mere ambitiøse især på klimaets vegne. Men vi skal alle huske, at vi kun har fået muligheden for at sidde i dette rum, fordi vælgerne har tillid til os og stoler på, at vi sammen kan gøre Europa et bedre sted at leve og en stærkere rollemodel for resten af verden. Den tillid må vi ikke svigte. Om det så handler om at sænke CO₂ maksimalt eller hæve hammeren i det øjeblik, retsstaten krænkes, så skal vi opføre os ordenligt over for hinanden, over for opgaven og hele tiden med viljen til at levere resultater. Så tak for at have givet mere medvind til et 2030-klimamål langt over 55 %, men ærgerligt, at du ikke beskrev en proaktiv og effektiv bødekasse, der passer bedre på retsstatens ukrænkelige principper i EU. Jeg ser frem til et godt arbejdsår

Andreas Schieder (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissionspräsidentin! COVID hat in der Tat sehr viel geändert im letzten Jahr. Aber es hat auch wie ein Brennglas auf die Probleme der Europäischen Union, die sich verstärkt haben, gezeigt. Die soziale Spaltung nimmt immer mehr zu: Hunderte, Tausende, Millionen Menschen auf unserem Kontinent haben ihren Job verloren, sind arbeitslos. Die Steuerlast der Arbeitnehmer steigt, während die Steuerlast der großen Konzerne durch Steuertricksereien und Steueroasen weiterhin ganz gering ist, und die Profite auf der anderen Seite massiv steigen.

Das *rule of law* wird ignoriert. Es sind die Regierungen von Ungarn und Polen, die die europäischen Grundrechte kaputt machen und in ihrem Land schrittweise zerstören. Wir müssen hier dagegen vorgehen. Die Migration zeigt, dass wir kein gemeinsames Vorgehen schaffen. Es ist eine Schande von Moria, dass einzelne Regierungen hier in Europa weiterhin blockieren. Das müssen wir ändern. Ich glaube, das sind die Themen, die wir nächstes Jahr ändern müssen, wir gemeinsam.

(La discussione è sospesa)

4. Erste Abstimmungsrunde

Presidente. – Dichiaro aperto il primo turno di votazioni di oggi. I voti saranno aperti dalle ore 13.00 alle ore 14.15.

5. Lage der Union (Aussprache über ein aktuelles Thema) (Fortsetzung der Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca il proseguimento della discussione sulla dichiarazione della Presidente della Commissione relativa allo stato dell'Unione (2020/2696(RSP)).

Riho Terras (PPE). – Austatud istungi juhataja! Austatud president, tänan teid sisuka sõnavõtu eest. Mul on hea meel, et Euroopa Liit on tõsiselt võtmas meie mahajäämust teadus- ja arendustegevuse ning uute tehnoloogiate rakendamise valdkonnas. Kaheksa miljardi euro investeerimine kvantarvuti arendamisse on väga õige ja õigeaegne samm. Samuti on positiivne, et mitmedki teised digipöördega seotud arengud loovad meie inimestele parema elu- ja töökeskkonna ning avardavad nende võimalusi. Toimiva digitaalse infrastruktuuri rajamine maapiirkondadesse ja äärealadele on äärmiselt vajalik tegevus.

Meie ees täna seisvatele väljakutsetele ei ole lihtsaid ja lineaarseid lahendusi. COVID-19 viirusest tingitud tervishoiukriis on üheks parimaks näiteks. Kuid lisaks meie igapäevast elu mõjutavale viirusele, on äärmiselt muret tekitav ka meid ümbritsev julgeolekukeskkond. Oma sõnavõtus ei puudutanud te küsimusi, mis on seotud Euroopa Liidu kaitsevalmiduse tõstmisega. Minu hinnangul ei saa me rahulduda tõdemusega, et Venemaa väljakujunenud käitumismustriga pole võimalik midagi ette võtta. Nord Stream-2 gaasijuhtme ehitamise peatamine oleks ehk selge signaal Venemaa juhtkonnale, et kusagil on piir.

Euroopa Liit ei ole paraku veel näidanud, et meil oleks ühine ning selge arusaam meid ähvardavatest julgeolekuohtudest. Selgeks näiteks on kaitsevaldkonna kulutuste märkimisväärtne kärpimine järgmises finantsraamistikus. Millised oleksid teie arvates need sammud, mis vastaksid adekvaatselt neile väljakutsetele?

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, laat me je uitdrukkelijk bedanken voor je toespraak vandaag in het kader van de State of the Union. Ten eerste, omdat die effectief inging op de grote uitdagingen waar Europa, eigenlijk de wereld voor staat, maar vooral omdat je een toekomstproject geschetst hebt. Een toekomst en een project dat hoopvol is, en dat is wat de Europeanen vandaag de dag erg nodig hebben.

In jouw project zie ik een rode draad en dat is dat de mens weer centraal staat. Bijvoorbeeld door ervoor te zorgen dat alle Europeanen recht hebben op een deftig loon en dat betekent een project rond een minimuminkomen in Europa. Bijvoorbeeld door opnieuw te benadrukken hoe belangrijk de opdracht van onze collega Timmermans is in de Europese Green Deal, waarin ook de mens opnieuw centraal staat. Want het klimaat redden, dat betekent niet de aarde redden. De aarde zal zichzelf wel redden. Neen. Dat betekent de mensheid redden.

En over mensheid gesproken – en dat vond ik bijzonder sterk en wil ik bijzonder benadrukken, en daarvoor hebt u de steun van onze volledige fractie – de mensheid heeft geen duurzame toekomst als de mensenrechten daarin niet centraal staan. En uw stevige engagement tegen haat in Europa, tegen antisemitisme, vóór vrouwenrechten, vóór al die rechten van de LGBTQ-gemeenschap. U hebt mij echt een hart onder de riem gestoken, en dat vind ik eerlijk gezegd een hoopvol toekomstproject, dat maakt me trots op onze Europese waarden en dat maakt me er vandaag ook extra trots op Europeaan te zijn.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Πρόεδρε von der Leyen, ενώ η πανδημία εξελίσσεται τραυματίζοντας τους πολίτες μας και αλλάζοντας τις ζωές μας, η κοινωνική οικονομία της αγοράς προσφέρει ένα δίχτυ προστασίας. Κι αυτό είναι το επίτευγμα της δικής μας Ευρώπης, και σας ευχαριστούμε πολύ γι' αυτό από την καρδιά μας. Όμως η Ευρωπαϊκή Ένωση, ως παγκόσμιος παίκτης, καλείται να πάρει τρεις γενναίες αποφάσεις ξεκινώντας, κατά τη γνώμη μου, από τον ρεαλιστικό επαναπροσδιορισμό της σχέσης μας με την Τουρκία. Υπάρχει άραγε εδώ μέσα κάποιος ευρωβουλευτής η Επίτροπος που να πιστεύει ότι η ενταξιακή προοπτική της Τουρκίας είναι ζωντανή; Η Τουρκία παραβιάζει το διεθνές δίκαιο. Η Τουρκία παραβιάζει το εμπάργκο όπλων στη Λιβύη. Η Τουρκία παραβιάζει το κράτος δικαίου. Η Τουρκία μετατρέπει τα μνημεία παγκόσμιας πολιτιστικής κληρονομιάς σε τζαμιά. Η Τουρκία απειλεί κυριαρχικά δικαιώματα δύο κρατών μελών. Είναι η ώρα να οδηγήσουμε, ως Ευρωπαϊκή Ένωση, την Τουρκία στη συμμόρφωση με το κράτος δικαίου. Είναι η ώρα να οδηγήσουμε, ως Ευρωπαϊκή Ένωση, την Τουρκία στη συμμόρφωση με το διεθνές δίκαιο.

Η δεύτερη γενναία απόφαση είναι η πραγματική αλληλεγγύη για το προσφυγικό. Πράγματι θα φέρετε το νέο πακέτο. Όμως αυτό το νέο πακέτο πρέπει να περιλαμβάνει υποχρεωτικό επιμερισμό των ευθυνών, καθώς υπάρχουν χώρες οι οποίες δρέπουν τους καρπούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ελέγχονται για την εφαρμογή του κράτους δικαίου, και συγχρόνως δεν εφαρμόζουν κανέναν από τους κανόνες της αλληλεγγύης. Ως Ευρωπαίοι χρειαζόμαστε κανόνες —κανόνες αλληλεγγύης—, και αυτούς πρέπει να εφαρμόσουμε.

Και η τρίτη απόφαση αφορά τη στρατηγική μας αυτονομία. Είναι απαραίτητο η νέα εποχή να πάει χέρι-χέρι με την αντιμετώπιση της κλιματικής αλλαγής, την ψηφιοποίηση, αλλά και τη δυνατότητα να μην αφήσουμε κανέναν στο περιθώριο. Ας δώσουμε, αγαπητή κυρία Πρόεδρε και αγαπητοί Επίτροποι, στους πολίτες μας την ασφάλεια, τις ευκαιρίες, την προστασία και τη ζωή που μας αξίζουν.

Tonino Picula (S&D). – Poštovani predsjedniče, poštovana predsjednice Komisije, Europska unija odavno nije više eksperiment nego politička činjenica, jedinstvena u povijesti. Međutim, Europska je unija danas na prekretnici.

U prvim tjednima pandemije mnogi su pitali hoće li Europska unija iz ove krize izaći ista, promijenjena ili neće ni izaći. U kratko vrijeme koronavirus je ugrozio baštinu Europske unije izgrađenu proteklih desetljeća.

Govorom o stanju Unije ponudili ste razloge za novi europski optimizam kao dogradnju dogovora postignutog ljetos i velikih očekivanja građana koji itekako osjećaju posljedice ekonomskih nedaća bez presedana u novije doba.

Iskoristimo krizu, ostvarimo zeleni plan, nastavimo proces digitalizacije, pokrenimo Zdravstvenu uniju, uložimo više u znanost i istraživanja, oslanjajući se na jaku kohezijsku politiku.

Na primjer, otoci su energetsom tranzicijom dokazali da mali pomaci mogu imati veliki učinak. Naš oporavak i rast moraju biti održivi, a isplata europskih sredstava utemeljena na vladavini prava.

Jačajmo zajedničku vanjsku i sigurnosnu politiku kvalificiranim odlučivanjem te obnovom politike proširenja zajamčimo snažniju Uniju u sve kaotičnijem međunarodnom okruženju.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, muito obrigado também à Senhora von der Leyen pelo entusiasmo e motivação que nos transmitiu. De facto, este não é apenas um debate sobre o estado da União. Este é um debate sobre a sobrevivência da União.

Os europeus e o mundo precisam de uma União Europeia forte e resiliente. A Senhora Presidente percebeu que é preciso medidas concretas, mensagens diretas que toquem nos problemas que cada um dos nossos concidadãos vivem neste momento, respostas rápidas com sentido solidário aos desafios imediatos colocados pela pandemia.

É preciso lançar um novo ciclo de esperança. Responder, recuperar, transformar. Responder, pondo em prática os instrumentos solidários que já temos, mas temos que os pôr em prática. Recuperar, adaptando os processos institucionais e tendo recursos próprios. E transformar com todas as estratégias que conhecemos, no digital, na energia, na afirmação multilateral da União Europeia. É um desafio que temos que estar à altura.

Csaba Molnár (S&D). – Elnök Úr! Az Európai Unió talán még soha nem állt akkora kihívás előtt, mint éppen most. De ezek a rendkívüli idők rendkívüli tetteket hoztak ki Európából. Itt született meg minden idők legnagyobb uniós mentőcsomagja, védve az európai munkahelyeket és az európai polgárokat. Van azonban egy miniszterelnök Európában, egy Orbán Viktor nevű, aki vétóval fenyegeti ezt a csomagot, pusztán azért, mert szerepel benne a jogállamiság feltételrendszere. Az ok egyszerű, azért nem akarják a jogállamisági feltételt, mert ezt az uniós pénzt is el szeretnék lopni Magyarországon.

Kérem képviselőtársaimat, tegyék fel maguknak a kérdést: Az Önök által képviselt tisztességes európai polgárok azért dolgoznak, hogy az ő pénzükből legyen Magyarország leggazdagabb embere Orbán Viktor? Akinek a rendszere megszálta Magyarország legnagyobb internetes újságját, elfoglalja és megszünteti a Klubrádiót, most pedig legutoljára kultúrharcos támadást indított Magyarország régi egyeteme, a Színházművészeti Egyetemmel szemben, és most csak az Orbán rendszer elmúlt néhány hetéről beszéltem. Mert ha az Önök által képviselt európai polgárok nem ezért dolgoznak, akkor arra kérem Önöket, hogy foggal-körömmel ragaszkodjanak a jogállamisági feltételéhez, mert ezzel nemcsak Európát védelmezik, hanem tisztességes magyar emberek millióit is megvédik a saját tolvaj kormányukkal szemben.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente da Comissão, dois pontos, o primeiro sobre o Reino Unido e a mensagem é simples, nós desejamos um bom acordo para uma relação futura que sirva os interesses das duas partes, mas a União Europeia não pode fazer o segundo acordo com quem diz que não vai cumprir o primeiro. É tão simples como isso.

Para que possa haver um novo acordo com o Reino Unido, como desejamos, é preciso que o Governo de Boris Johnson assegure o total respeito pelo acordo de saída que assinou e que é uma obrigação clara de direito internacional.

A segunda mensagem diz respeito ao seguinte: a União Europeia enfrenta muitos desafios, mas nenhum é mais decisivo do que estar à altura dos anseios dos cidadãos na resposta a esta crise económica devastadora causada pela pandemia. A proposta do Conselho pode e deve ser melhorada nas negociações com o Parlamento, mas todos devem recordar o essencial: é preciso que o dinheiro chegue à economia, e chegue depressa, à economia real. Os cidadãos europeus não compreenderiam mais demoras e falhar na resposta à crise é falhar em tudo e é pôr em risco o projeto europeu.

Ursula von der Leyen, President of the Commission. – Mr President, honourable Members, listening to today's debate, we are seeing where the state of our union is, and this is the sign of a very strong democracy. It shows all the ideas, all the projects and all the demands. It also reveals a lot about this period of uncertainty and change we are in.

I listened carefully to your demands, to your fears, to your anxieties and questions, because your voices are the voices of the European people that you represent. So thank you very much for this enormously inspiring debate over many hours.

I heard what you said on the urgent need to come forward with a European solution to Europe's challenge on migration, and I think I heard the message – like my message – that we need to step up. All of us. As I said, next Wednesday the Commission will come forward with a new pact on migration. At the heart of it is a commitment to a more European system. I can announce that we will abolish the Dublin Regulation and we will replace it with the new European migration governance system. It will have common structures on asylum and return and it will have a new strong solidarity mechanism.

I'm very much looking forward to the debate. Let's discuss this. There will be points where we agree and there will be points where we disagree. I heard very interesting proposals that we should take into account. I know that I'm partly preaching in the wrong church when I say that, at the very end, the most important part is that we come to a result, but I know that the German Presidency, at our side, also wants a result on the migration topic. So I'm looking forward to the next days and weeks, when we're going to discuss that subject.

Beim Thema Klimaschutz – ich habe das chinesische Sprichwort sehr wohl gehört, ich zitiere den Kollegen: 'Fordere viel von dir selbst, erwarte wenig von den anderen'.

Wenn ich mal den ersten Teil nehme, den kann ich voll unterschreiben: 'Fordere viel von dir selbst'. Es ist richtig, wir müssen zeigen, dass es möglich ist, erfolgreich zu wirtschaften, ohne Raubbau an unserem Planeten zu treiben.

Ich setze auf die Kraft unserer Ingenieure, unseres Mittelstandes, der kleinen und mittleren Unternehmen, die häufig zu Recht heute erwähnt worden sind und die zeigen können, dass Innovation und Klimaschutz eben doch Hand in Hand gehen können. Zu Recht ist angefordert worden vom Kollegen Pieper, dem Mittelstand bei diesen Diskussionen ganz konsequent seinen Raum einzuräumen.

Wir sind uns völlig darüber im Klaren, es geht nur mit dem Mittelstand. Ohne den Mittelstand wird es nicht gehen, nur mit dem Mittelstand. Aber umgekehrt wissen wir auch, der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, der Mittelstand zeichnet sich aus durch diese Fähigkeit, in den vielen, vielen Feldern, in Nischen, Innovationen zu machen, die dann dazu führen, dass wir in diesen Nischen Weltmarktführer sind. Also diese Innovationen nutzen, die Nischen nutzen, nach vorne gehen, das ist das Signum unseres Mittelstandes, und darauf setzen wir auch hier bei dem Fortschritt, den wir brauchen.

Wir können zeigen, dass die Kreislaufwirtschaft funktioniert. Wir können zeigen, dass Produktionen ohne Treibhausgasemissionen möglich sind. Heute ist öfter der Begriff 'Wasserstoff' zu Recht gefallen, die Leuchtturmprojekte, die wir gemeinsam auf den Weg bringen werden.

Wenn es zum zweiten Teil des Sprichwortes kommt 'Erwarte wenig von den anderen', da bin ich nicht mehr damit einverstanden. Wir müssen sehr viel von den anderen erwarten, das heißt, dass ich nicht leugne, dass maximal 10 % der Treibhausgasemissionen von uns Europäern sind. Aber umgekehrt wird doch ein Schuh daraus. Wenn wir mal den *carbon border adjustment mechanism*, den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus nehmen: Am liebsten wäre mir, wir müssten ihn nicht einführen, nämlich, dass andere Länder, die zum Beispiel zu uns exportieren – also wir hier importieren –, dass andere Länder ihr ETS-System, ihr *emissions trading system* so gut einrichten, dass sie von mir aus gerne den Preis auf CO₂ setzen, dieses Geld zu Hause bei sich behalten, und wir nicht durch einen *carbon border adjustment mechanism* die Schranke einsetzen müssen, dass wir nicht ein *carbon leakage* haben.

Andere Länder müssen ebenfalls vorangehen, aber wir haben in Europa zurzeit die Technologieführerschaft, und ich setze darauf, weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Menschheit alles tun wird, um diesen tödlichen Klimawandel zu stoppen. Wir wissen, was passiert, wenn wir ihn nicht stoppen – zu Recht wurde gesagt: 'Dem Planeten macht es zum Schluss nichts aus, aber der Menschheit auf dem Planeten?' Wenn wir diesen Klimawandel stoppen wollen, dann wird es um diese neuen Technologien gehen.

Dann möchte ich, dass Europa vorne ist, dass Europa diese Technologien in die Welt exportiert, dass Europa in der Lage ist, zu zeigen, dass es funktioniert, und dass wir der Exporteur sind. China führt jetzt ein *emissions trading system* ein, sie haben bei uns – und das ist gut – Erfahrung damit gesammelt, das ist der Schritt in die richtige Richtung.

Wenn wir zeigen, dass wir einen erfolgreichen Binnenmarkt, eine erfolgreiche europäische soziale Marktwirtschaft haben können mit gleichzeitigem Klimaschutz, mit der Transformation über den *European Green Deal* und das Digitale, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Es kam bei dem Thema *NextGenerationEU* die Bemerkung aus Schweden: Warum sollten die Schweden das eigentlich machen, *NextGenerationEU* mittragen? 'Why give money?' war so ungefähr der Satz.

Well, I just want to answer that I met with CEOs from Sweden. One CEO from a very well-known car company explained to me that his car company is actually very important in Sweden. It's a car company that is giving its share to the prosperity of the country and is creating good and qualified jobs.

But he told me that his company cannot build a single truck in Sweden on its own because it needs spare parts from other EU Member States and it needs supply chains all over Europe. So it is in the common interest of Sweden and the European Union that we bounce back to prosperity and restore the supply chains. This is going to pay back Sweden a thousand fold, and is the right investment to make. So this should be the answer we give to the question that was raised.

Throughout history, wars and pandemics have changed the course of the world. That is certainly true for our continent and it will certainly be true for this pandemic. In front of us is the opportunity of a lifetime to shape that change.

The change will happen, but let's shape that change and not be shaped by it. But we can only do that if we do this together. What I heard today was – not in all cases but in the vast majority of cases – most encouraging.

I invite all of you to embark on this historic journey together. You listened to me – for quite a while, I know – and I listened to you. I think we have a plan, we have the investment and I think this will now be the year of implementation, implementation, implementation.

For me this is the most important part now. Many times have I heard: 'yes, the concept is right, yes, they are good ideas, yes, you have a roadmap, yes you have the investment, now implement, deliver, deliver, deliver'. Our duty is to design our destiny and I want to go on this journey together with you.

(Applause)

Márton Gyöngyösi (NI). – Mr President, I would like to say to Madam President of the Commission that credibility is essential if you want to implement reforms or your ambitious agenda, and it is also essential if you want to speak in a single voice in international affairs and show an alternative to democratic opposition in Belarus or elsewhere.

Implementing the rule of law criteria is an issue on which the Commission is not credible. I just want to remind you that the MFF proposal which was brokered by the Commission and the Council was rejected by this Chamber exactly on that ground and for that reason. We have so many times heard your words on no compromise on rule of law that we all know it by heart and we are somewhat bored of it. I'm also happy to hear that the Commission is going to compile a report on rule of law and I will be very happy to read it and I will be very glad to come back here and debate it. But I'm afraid that it will have absolutely nothing new to say to me on my country at least, Hungary, where my country stands on rule of law. The criteria that you have set out – judicial independence, press freedom, institutional checks and balances, corruption – I can tell you exactly where Hungary stands on this subject and on this issue and you can save your time and energy.

This week I was very happy to come here and listen to the Commission Vice-President Věra Jourová stand up for linking EU funds to rule of law, saying who doesn't understand the talk about values will understand the language of money. After this I was curious to come here and hear some details and specifics from you about what this will really entail, but now I'm a bit suspicious that once again the money talks, will work backwards and in another way.

Last time we discussed here in this Chamber rule of law in Hungary and heard from the Commission that there will be no compromise, a few days later a German Minister, your successor to the Ministry of Defence in Germany, Ms Kramp-Karrenbauer arrived in Budapest to sign one of the greatest contracts on arms deals in the history of Hungary with the Hungarian Government. Is there anyone surprised here why there is little if any progress on this issue vis-à-vis Hungary. Ms von der Leyen, when will you back up your words with action on rule of law?

Manon Aubry (GUE/NGL). – Monsieur le Président, Madame von der Leyen, après ces presque trois heures de débat, j'ai un peu l'impression que nous avons assisté à un dialogue de sourds, pour être honnête. Nous vous avons parlé justice sociale, égalité, climat, lutte contre l'évasion fiscale, vous nous avez répondu compétitivité, stabilité, marché unique, soutenabilité fiscale, voici vos mots.

Mais ce qui me trouble le plus, c'est votre manque d'honnêteté. D'abord parce que, à aucun moment dans votre discours, vous ne nous dites comment le plan de relance sera financé. Est-ce que vous comptez jouer à l'Euromillions ou pensez-vous avoir un vrai plan pour des ressources propres au niveau européen? Une taxe sur les transactions financières, la taxation des plus grosses fortunes ou du dumping écologique, c'est la seule manière d'éviter aux citoyens européens de payer la crise.

Deuxième chose, des ONG vous alertent déjà, mais vous bidouillez les chiffres. Votre objectif de réduction des émissions de gaz à effet de serre de 55 % d'ici 2030 n'est en réalité qu'un objectif de 49 %, puisque vous changez la méthodologie en incluant les puits de carbone comme les forêts. Si vous préférez comparer maintenant des poires à des bananes – ou n'importe quelle autre expression –, si vous continuez à maquiller les comptes, alors plus personne ne vous croira.

En parlant de comptes, vous devez bien sûr rendre des comptes aux citoyens plutôt que, justement, les maquiller.

Beata Szydło (ECR). – Szanowna Pani Przewodnicząca! Panie Przewodniczący! Dużo mówiła Pani o solidarności, o ochronie godności miejsc pracy. Bardzo dobrze, że te tematy są przez panią dostrzegane i poruszane. Mówiła Pani też o równości szans rozwoju, ale jednocześnie zgłasza pani pomysł zwiększenia, przyspieszenia redukcji CO₂ do 2030 r., co wyklucza całe regiony i wielu, wielu Europejczyków z szansy na to, żeby właśnie taką godną pracę mieć. Trzeba walczyć ze zmianami klimatycznymi. To jest konieczne. Ale trzeba to robić racjonalnie.

Druga kwestia, do której chcę się odnieść i która, mam nadzieję, również zostanie przez Komisję uwzględniona, a przynajmniej pochylicie się, a bardzo proszę, żeby Pani Przewodnicząca przede wszystkim nad tym się pochyliła – to, by fake newsy nie stawały się podstawą walki z praworządnością w poszczególnych krajach, bo tak właśnie stało się między innymi w przypadku Polski oskarżanej o to, że łamie prawa osób, które promują ideologię LGBT.

Ska Keller (Verts/ALE). – Mr President, President von der Leyen, you said it yourself, now is the time for implementation. Now we had the announcement of which we share many of them, but of course the important task is to put all of that into life, and I want to thank you for your strong words when it comes to human rights, be it on the human rights of refugees, of LGBTI people, also human rights in Russia and in China. The question is, what are the consequences of those words? How will we put them into action, into life, what action will follow? I think it's very important to make sure that our policies are coherent so that we're not exporting weapons and then are surprised about refugees, that were not subsidising fossil fuels and then wondering about climate change, and that we also don't put profits over human rights when it comes to our external relations – and I'm thinking about relations with China, where there's lots of important talks going on, but also, for example, when it comes to Russia. Thank you very much and good luck. We're ready to support you.

Jörg Meuthen (ID). – Frau Kommissionspräsidentin, Herr Parlamentspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau von der Leyen, Sie hielten uns heute hier eine höchst pathetische Rede zur Lage der Union. Diese Titulierung Ihrer Rede geschieht fraglos mit Bedacht. Sie ist jedoch letztlich nur ein weiterer schamloser Etikettenschwindel der Kommission. Die Anleihe ist klar: Sie ist eine Übertragung der Reden zum *State of the Union*, wie wir sie von Präsidenten der Vereinigten Staaten kennen, oder der Reden zur Lage der Nation, wie sie zuweilen auch europäische Staats- und Regierungschefs vornehmen.

Die Sache hat nur einen entscheidenden Haken, der durch diese Wortwahl kaschiert werden soll: Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein Staat, Deutschland, Frankreich und Italien sind Staaten. Die Europäische Union aber ist kein Staat, und Sie, Frau von der Leyen, sind keine Staatschefin, und wenn Sie noch so gern eine wären. Da können Sie noch so viele lange Reden zur Lage der Union schwingen.

Und ich versichere Ihnen, wir werden Ihr schon viel zu weit fortgeschrittenes Ansinnen, die EU zu einem eigenen Staatswesen auszubauen samt ganz eigener Ausbeutungsrechte der Bürger durch die Gewährung von Besteuerungs- und neuerdings auch von Verschuldungskompetenzen, erbittert bekämpfen. Die EU – merken Sie sich das bitte – ist kein Staat, und wir werden uns, mit allem, was in unseren Möglichkeiten steht, dafür einsetzen, dass sie auch niemals einer wird.

Wenn Sie in der üblichen Heuchelei dieses Hauses wie auch der Kommission uns deshalb zeihen, wir seien Europagegner oder wir seien gar Feinde Europas, dann rufe ich Ihnen entgegen: Nicht wir sind hier die eigentlichen Feinde Europas, nein, Sie sind das! Denn die Ideale, auf denen unser wundervoller und vielfältiger Kontinent historisch und kulturell fußt, sind die Ideale der Freiheit und der Demokratie. Beides treten Sie hier durch Ihre Superstaatsphantasien mit der entsprechenden Macht über die Bürger Europas mit Füßen.

Sie nutzen derzeit die Coronakrise, die zwar tatsächlich eine Krise ist, aber keineswegs eine so beispiellose Katastrophe, wie Sie uns weismachen wollen, ganz gezielt zur Anmaßung immer weiterer Kompetenzen auf die Ebene der EU, wo sie in keiner Weise gerechtfertigt sind. COVID-19 kommt Ihnen tatsächlich höchst gelegen. Sie sprechen von einem beispiellosen Gegensteuern in einer beispiellosen Krise. Sie finden darin die willkommene Gelegenheit zu einer immer weiteren Vergemeinschaftung.

Sie sprechen von einem Wiederaufbaufonds – *Recovery Fund* –, als befänden wir uns am Ende eines desaströsen Krieges mit verwüsteten Städten und Millionen zu beklagenden Toten, wie das 1945 der Fall war. Das ist Unfug! Es ist eine bewusste, gezielte Überzeichnung dieser Krise, die wir durch COVID-19 und übrigens auch durch völlig überzogene *Lockdowns* des Wirtschaftslebens tatsächlich haben. Ihr sogenanntes Gegensteuern durch Verschuldungs- und Besteuerungsorgien, Frau Kommissionspräsidentin, wird uns nicht aus der Krise hinaushelfen. Im Gegenteil, ich sage Ihnen, es wird die Krise noch verschärfen, weil es uns auf einen völlig falschen, einen im Wesenskern sozialistischen Pfad führt. Nicht zufällig applaudieren Ihnen hier in diesem Haus die Grünen und die Kommunisten am allerlautesten.

Da frage ich: Wie geschichtsblind kann man eigentlich sein? Die Lehren des zu weiten Teilen und für Hunderte Millionen Menschen schrecklichen 20. Jahrhunderts – Sie haben sie immer noch nicht begriffen. Sie sind auf einem verhängnisvollen Irrweg, der Preis wird enorm sein, nicht für Sie persönlich, sondern für die Bürger, deren Interessen Sie zu vertreten hier vorgeben.

Dacian Cioloș (Renew). – Mr President, President von der Leyen, today you undertook a lot of commitments, which is the right way to do things, but I think now the expectation of people is to start to deliver. After one year of mandate, after more than six months of this crisis, I think now, a lot of people are waiting for us to deliver results, to come with the legislative proposals.

First of all, in order to give credibility to all this project and to all this amount of money committed on behalf of Europeans, I think we have to insist on two main things, and you mentioned this in your intervention today. First of all, to clearly connect money with values, resources with values. This is an important pillar for a real European Union and second to reinforce new own resources. This is the only way to build a real European project.

We expect very clear results in this direction. I hope that the Commission will be on behalf of Parliament in order to fight for that. So if the first step in order to rebuild our European credibility was to come with a plan, with a vision, this is done, in my opinion. Now the second step is to start to deliver and to implement these results and we have to work together on it, because I heard here about people who don't hear or don't see really what's happened. I think only those who don't want to, didn't perceive the fact that we have really made progress.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señor presidente, yo creo que hoy hemos hecho un buen ejercicio, aquí, de escucha; de escucharnos las diferencias, que evidentemente existen, pero también de escuchar todo aquello que nos une —que es mucho—, y hemos podido oír lamentos, pero también hemos oído propuestas. Por cierto, señora Von der Leyen. Si yo fuera usted estaría muy orgullosa de escuchar las críticas de la extrema derecha que ha recibido durante esta sesión plenaria, porque demuestran muy mucho su compromiso con construir más y mejor Europa.

Tengo una cosa muy clara: Europa será social y justa o no será. Europa será verde y sostenible o no será. Europa será feminista o no será. Porque todos esos son los valores que nos unen como proyecto: la igualdad, la justicia, la tolerancia, la solidaridad... Y esos son también los valores que van a hacer posible la supervivencia del proyecto europeo.

Hagamos de este momento de crisis también una oportunidad. Y seamos capaces de entender que es el momento de estar cerca de los más vulnerables y de pedir un esfuerzo —por supuesto que también— a quienes más tienen para poder sostener el modelo social europeo, para poder avanzar en la lucha contra el cambio climático, para poder abordar el pilar social europeo. Esa es nuestra tarea en estos momentos y debemos ser conscientes de que hay, hoy, muchísima gente pasándolo muy mal, con miedos, con incertidumbres, con angustias, y que solo tienen una cosa, la esperanza de que Europa responda a sus problemas. Por lo tanto, es nuestra responsabilidad, pero, sobre todo, nuestra obligación.

Arnaud Danjean (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Présidente, à chaque débat, j'entends des collègues nous expliquer qu'ils ne sont pas anti-européens, mais que la seule Europe qui marcherait serait une somme d'États avec des coopérations minimales.

Cette Europe, chers collègues, nous l'avons eue au début de la crise sanitaire: l'Europe du chacun pour soi, du chacun chez soi, du repli et des coopérations minimales. Je ne crois pas que le bilan ait été très satisfaisant. Pour autant, il faut être lucide, Madame la Présidente, chers collègues: l'échec de cette Europe du repli n'a pas, comme par magie, rétabli la confiance dans l'Europe intégrée que vous nous proposez.

Mais aujourd'hui, je vous rejoins, il y a une opportunité historique pour que l'Europe prouve qu'elle peut être une ambition et une solution pour l'avenir, et pas une utopie du passé. Vous avez eu un discours volontariste, que je salue. Vous avez eu un discours avec beaucoup d'ambitions, dont beaucoup rencontrent celles de notre groupe. Notre rôle, désormais, va être de mettre en application cette feuille de route très ambitieuse. Attention, la tâche ne sera pas simple. Nos concitoyens attendent des actions concrètes, visibles, rapides et qui répondent à leurs préoccupations, et pas simplement de bonnes intentions.

Il nous faudra donc veiller d'abord à des budgets qui permettront d'atteindre ces ambitions en matière de solidarité et d'autonomie stratégique. Permettez-moi d'exprimer quelques doutes par rapport aux prévisions actuelles, qui dépendent d'ailleurs beaucoup des États membres. Je pense en particulier à la défense, qui, malheureusement, n'a pas été beaucoup abordée aujourd'hui. Je pense aussi à l'agriculture, qui n'a pas été beaucoup abordée autrement que par le pacte vert pour l'Europe, mais qui constitue le socle de notre autonomie alimentaire et c'est quelque chose que nous ne devons pas sacrifier.

Madame la Présidente, il va falloir aujourd'hui travailler à la mise en œuvre rapide de cette feuille de route et il faudra s'assurer que les budgets suivent et, je dois conclure là-dessus, que nous ne ferons pas une politique déconnectée des réalités. En effet, nous sommes dans une bulle institutionnelle, nous députés y compris, qui est parfois éloignée des préoccupations de nos concitoyens. Nous devons veiller à rapprocher les peuples de ces institutions.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Clara Aguilera (S&D), por escrito. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias económicas, supone una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Por eso necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas, que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros, donde se pone en peligro la independencia judicial y la tutela de los derechos humanos. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión formal inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Andrus Ansip (Renew), *kirjalikult.* – Mõneti üllatuslikult oli selles kõnes minu jaoks eriti sümpaatne välispoliitika osa. Raske oleks komisjoni presidendile midagi lisada või kusagil tema suhtumist korrigeerida. Ta kõneles nii, nagu oleks kõnelenud eestlane, lätlane või leedulane. Meie väärtushinnanguid ja ohutunnet väljendas Ursula von der Leyen selgelt. Kui siiski norida, siis suhtumises Nord Stream 2 gaasijuhtmesse oleks oodanud enamat. Praegu ütles ta sisuliselt, et Venemaa muutmiseks on vaja enamat, üks torujuhe Venemaad ei muuda. Kas ta gaasijuhtme lõpuni ehitamist toetab või ei toeta, jäigi teadmata.

Loomulikult ootasid ma erilise huviga digitaalvaldkonna käsitlust ning sellest vallast tugev sõnum ka tuli – Ursula von der Leyen rõhutas Euroopa Liidu ühtse digitaalse identiteedi loomise vajadust. Jah, meil on olemas mehhanism liikmesriikides kasutusel olevate digitaalsete identiteetide piiritlemiseks tunnustamiseks, kuid paraku pole selle kasutamine massidesse jõudnud ning eestlaste digitaalse identiteediga pole mujal Euroopas suurt midagi peale hakata. Loodan, et Euroopa Komisjoni presidendi väga tugevale avaldusele järgnevad ka konkreetset teod.

Presidendi käsitlus andmemajandusest ning tehisintellektist ei erinenud eelmise komisjoni koosseisu omast. Kummalisel kombel ei nimetanud president sõnagagi selle komisjoni kõige suuremat väljakuulutatud digitaalset algatust – digitaalsete teenuste akti.

Gunnar Beck (ID), *schriftlich.* – Letzten Mittwoch hielt Ursula von der Leyen (VDL) im EU-Parlament ihre erste visionäre Rede zur Lage der Union. Von der Leyen sieht sich bereits als Staatspräsidentin, doch die EU kein Staat. Das will sie ändern. Und wie will VDL dem Geist aus der Flasche helfen? Durch noch mehr Aufgabe von nationaler Souveränität, mehr Ausgaben, mehr Klimapolitik und natürlich: mehr Migration. Corona habe verdeutlicht: Die EU brauche eine gemeinsame Gesundheits- und Sozialpolitik. Verschärfen müsse die EU auch ihre Klimaschutzpolitik und solle ihre CO₂-Emissionen bis 2030 nicht um 40 %, sondern um 55 % verringern. Unerwähnt bleibt, dass die EU nicht einmal 10 % zu den weltweiten CO₂-Emissionen beiträgt. Außerdem wolle die EU den Rechtsstaat schützen. Das bedeutet: Maßregelung Polens und Ungarns sowie moralisierende Abwertung der Mächte China und Russland. Und final ein Bekenntnis zur Migration. Migration gebe es in Europa schon immer, sie hätte uns definiert und unsere Kultur geprägt. Migration bereichere uns. Kein Wort jedoch über die kulturellen und finanziellen Kosten. Zudem werde die EU künftig noch härter gegen sogenannte Hassrede vorgehen. Die EU werde VDL zur „Antirassismus-Union“ ausbauen. Ursula VDLs Rede liest sich wie die visionäre Moralpredigt einer spätberufenen Hohepriesterin. Wer solche Visionen hat, sollte besser zum Arzt gehen.

Marc Botenga (GUE/NGL), *par écrit.* – Madame la présidente de la Commission européenne, vous dites parfois de belles choses. Quand on vous entend parler, on a presque envie d'y croire. Mais malheureusement, entre les lignes, la réalité est moins belle.

Je prends deux exemples. D'abord, les travailleurs. Celles et ceux qui ont fait tourner notre société pendant toute la crise. Celles et ceux qui aujourd'hui doivent se battre pour ne pas subir de plein fouet le poids de la crise. Quelle perspective concrète est-ce que vous leur donnez ? Quelle garantie d'emploi ? Quelle garantie de salaire ? Vous parlez de dumping salarial. Très bien. Mais vous n'offrez aucune piste concrète pour en finir avec le dumping social. Non, votre première priorité, c'est le marché et encore le marché. Et bientôt, le retour à l'austérité.

Un deuxième exemple. En avril, vous nous promettiez que le vaccin contre la Covid-19 serait «notre bien commun universel.» Vous nous promettiez donc que le vaccin ne serait pas la propriété privée d'une grande multinationale pharmaceutique. Aujourd'hui, pendant que vous êtes en pleine négociation avec les multinationales, vous ne le répétez plus. Est-ce que vous n'osez plus? Ou est-ce que vous nous avez menti en avril?

Milan Brglez (S&D), *pisno*. – Govor Ursule von der Leyen se je začel s poklonom delavkam in delavcem, ki so bili v prvih vrstah boja proti virusu (Covid-19). Tudi sam se pridružujem poklonu in opozarjam, da se podpora delavstvu ne sme končati pri simbolnih gestah.

Predsednica je v svojem govoru izpostavila vrsto dobrodošlih prioritet, ki naj bi prispevale k utrjevanju Unije, a (namerno) brez jasnega zaporedja ali načrta. Posebej pozdravljam nedvoumno zavezo Komisije za izgradnjo zdravstvene unije, prevzemanje večje iniciative pri odzivanju na krize s krepitvijo mehanizma civilne zaščite EU, zavarovanje delovnih mest ter določitev evropskega zakonskega okvira za minimalno plačo in kolektivna pogajanja. V okviru svojega delovnega področja si bom tudi sam aktivno prizadeval, da Komisija čim prej uresniči zaveze za krepitev pristojnosti EU pri zagotavljanju socialne varnosti, zdravja in blagostanja državljanek in državljanov EU.

Kriza ob izbruhu pandemije Covid-19 je ponovno pokazala na nezmožnost držav, da bi hitro in usklajeno ukrepale. Nekateri predsedniki vlad in držav skušajo s kompromisom zmanjšati nujno potrebna sredstva za okrevanje po pandemiji, kakor tudi sredstva za zeleni (pravični) prehod. Tako je Unija, z izjemo nekaj mesecev, ko so ljudje dobili prednost pred interesi gospodarstva, žal še vedno vse preveč osredotočena na zasledovanje trajne (ekonomske) rasti namesto trajnosti.

Estrella Durá Ferrandis (S&D), *por escrito*. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias económicas, supone una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Por eso necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas, que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros, donde se pone en peligro la independencia judicial y la tutela de los derechos humanos. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión formal inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Josianne Cutajar (S&D), *bil-miktub*. – Huma sinjali sbieh li rċevejna f'dan l-indirizz storiku. Hija sensazzjoni taseww pożittiva li tara empatija mill-Kummissjoni Ewropea lejn dawk iċ-ċittadini li sofrew l-aktar fl-ahhar xhur f'din is-sitwazzjoni bla preċedent u lejn dawk iċ-ċittadini li anke l-qadi ta' dmirijietom kien jitleb aktar kuraġġ. Nisslet sensazzjoni pożittiva wkoll il-viżjoni, imma fuq kollox ir-rieda, li qed naraw biex nattivaw il-miri iebes li poġġejna quddiemna biex nimmodernizzaw u niddigitalizzaw l-industrija u l-ekonomija, biex naghmluhom iktar nodfa, ahjar għal saħħitna u għad-dinja tagħna stess. Imma meta nħares madwari nara mkejjen tal-Unjoni li jinsabu fi stat differenti minn oħrajn. Nara mwiet isehhu b'regolarità fl-ibhra li jdawruna. Nara ċrieki kriminali jużaw l-istess sistema li din l-Unjoni ddefendiet għal tant snin. Ma narax solidarjetà biex din l-isfida komuni, kif issejnhilha l-President, nindirizzawha b'mod kongunt. Ahna nafu li hija sfida Ewropea u ilna nafu sew. Sar wisq hin biex nistennew għas-solidarjetà. Intilfu wisq hajjiet. Iċ-ċittadini fil-pajjiżi tal-fruntieri ma jistgħux jistennew iżjed sa ma l-Ewropej l-oħra tniggizhom il-kuxjenza. Sforz fir-ripatrijazzjoni ta' min ma jikkwalifikax għal protezzjoni huwa punt bażiku li tajjeb nitilqu minnu, iżda l-Patt il-gdid dwar il-Migrazzjoni jrid jinkludi pjan ta' rilokazzjoni mandatorja biex verament nibdew naraw u nemmnju fil-ġustizzja.

Johan Danielsson (S&D), *skriftlig*. – Det rådet ingen tvekan om att lönerna måste höjas runtom i Europa. Att kunna leva på sin lön är ett fundament som vi byggt vårt samhälle på. Vi kan aldrig acceptera en samhällsordning där arbete inte ger ekonomisk trygghet.

Det är glädjande att Ursula von der Leyen säger sig vilja förbättra villkoren för Europas löntagare. Något behöver göras åt de låga lönerna runt om i Europa, men den lösning som kommissionen föreslår i form av europeiska minimilöner är inte svaret. Ett införande av bindande lagstiftning på löneområdet ligger utanför EU:s kompetens och går emot EU-fördraget. Det går också på tvärs mot de premisser som gällde när Sverige gick med i EU, då den svenska arbetsmarknadsmodellen skulle förbli fredad. Den svenska arbetsmarknadsmodellen, som innebär att självständiga parter sätter löner genom kollektivavtal, har genom åren gett god avkastning för både löntagare och arbetsgivare i Sverige. I Sverige ska vi inte ha politisk inblandning i lönebildningen.

Vi svenska socialdemokrater vill aktivt bidra till ett arbete i EU för att stärka parterna på arbetsmarknaden och för att bygga fungerande system för kollektivavtal i fler länder. Vi kan också stödja rekommendationer till länder med system för lagstadgade minimilöner. Däremot är bindande lagstiftning för löner inte förenligt med vår arbetsmarknadsmodell.

Tanja Fajon (S&D), pisno. – Sporočila predsednice Evropske komisije so bila na današnji predstavitvi stanja v Evropski uniji zelo jasna in nedvoumna. Ohromljen svet, ki ga je za seboj pustila pandemija covid-19, je treba spet čim prej postaviti na noge. Zato potrebujemo odločno ukrepanje Evrope.

Von der Leyen Evropejcem obljublja zaščito, stabilnost in priložnosti. Pri tem ima vso mojo podporo. Pozdravljam izgradnjo zdravstvene unije, enega najpomembnejših političnih projektov Evrope po pandemiji. Virus ni mogoče ustaviti na meji. Skrajni čas je, da Uniji podelimo več pristojnosti na področju zdravstvene politike. Podpiram pobudo predsednice po krepitvi ključnih agencij EU ter oblikovanje nove za biomedicino, raziskave in razvoj.

Veseli me tudi napoved o zavezujočem mehanizmu vzpostavitve minimalne evropske plače in zavezi Evropske komisije k 55-odstotnem zmanjšanju emisij do leta 2030, četudi bi si sama želela še ambicioznejši načrt. Dodatno moramo preobraziti, digitalizirati in ozeleniti gospodarstva in Evropo, da bomo resnično pripravljeni na prihodnost. Hkrati pa moramo zaščititi strateški interes EU in skupne temeljne vrednote. Zato še posebej pozdravljam pobudo von der Leyen za razširitev evropskega kazenskega zakonika za prepoved sovraštva in vsakršnih oblik diskriminacij ter zaščito najranljivejših.

Cindy Franssen (PPE), schriftelijk. – Voor mij legt Commissievoorzitter Von der Leyen absoluut de juiste prioriteiten: sociaal, duurzaam en innovatief. Werken moet lonen, waardoor een Europees kader voor minimumlonen echt een must is. Samen met een sterk opvangnet van tijdelijke werkloosheid bouwen we verder aan een echte sociale Unie. De sterke nadruk op collectieve onderhandelingen is daarbij cruciaal. Ook de ambitieuze, maar haalbare klimaatdoelstellingen, met de nodige middelen voor strategische investeringen, moet de lidstaten op scherp stellen. We moeten werk maken van een sterke Europese gezondheidsunie. Dit zal ons in staat stellen om bij een volgende crisis kordater op te treden. Ook het heroverwegen van de bevoegdheidsverdeling op het vlak van gezondheidszorg zal ongetwijfeld op tafel komen in de gesprekken over de toekomst van Europa. Ik verwelkom ook het nieuw Europees agentschap voor biomedisch onderzoek en de versterkte rol voor het Europees Centrum voor ziektepreventie en -bestrijding en het Europees Geneesmiddelenbureau. Een eerste belangrijke opdracht voor de Europese Unie is de ontwikkeling en de uitrol van een vaccin. Door gezamenlijk in te zetten op een veilig vaccin dat voor iedereen toegankelijk is, kunnen we levens redden. Nu moeten we met zijn allen deze ambitieuze "State of the Union" omzetten in daden!

Isabel García Muñoz (S&D), por escrito. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias económicas, supone una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Por eso necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas, que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros, donde se pone en peligro la independencia judicial y la tutela de los derechos humanos. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión formal inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Nicolás González Casares (S&D), *por escrito*. – La pandemia provocada por la COVID-19 se ha cobrado, se sigue cobrando, un altísimo peaje en Europa. El más dramático, el de los miles de ciudadanos fallecidos a causa del virus.

A pesar de una respuesta inicial vacilante, la UE ha ido tomando decisiones de calado para hacer frente a las consecuencias de la pandemia, que también ha supuesto un mazazo económico sin parangón. Europa debe estar a la altura.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo reformas que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, a afrontar la transición digital y ecológica justas, a reforzar la cohesión social y territorial y a promover y garantizar la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos Estados miembros. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Robert Hajšel (S&D), *písomne*. – Vo svojem prvom prejave o stave EÚ sa predsedníčka EK Ursula von der Leyen snažila vyjsť v ústrety požiadavkám všetkých relevantných politických frakcií vrátane našej sociálnodemokratickej. Avizovala totiž nielen vytváranie nových pracovných miest, ale aj posilnenie ochrany najzraniteľnejších skupín obyvateľov a rokovania o nastolení minimálnej mzdy. Osobitne ma potešilo, že v čase koronakrízy zdôraznila nevyhnutnosť finančného posilnenia Európskej zdravotnej únie, čo by bolo isto nápomocné pre krajiny ako Slovensko. Tie totiž v prípade očakávaného prepuknutia výraznejšej druhej vlny ochorenia COVID-19 budú odkázané aj na vonkajšiu pomoc, pokiaľ ide o testovanie, zdravotný materiál a dodávky liekov. Ako kompromis medzi tlakmi Európskeho parlamentu a odporu niektorých členských štátov považujem oznámenie zámeru zvýšiť percento, o ktoré sa v snahe dosiahnuť uhlíkovú neutralitu, majú znížiť emisie skleníkových plynov z platných 40 na aspoň 55 percent do roku 2030. Dosiahnuť to bude pre niektoré štáty a priemyselné sektory veľmi náročné, ale už teraz máme na to k dispozícii nástroje, ako je Fond pre spravodlivú transformáciu. O to viac sa budem po júlových škrtach európskych lídrov aj so svojimi kolegami snažiť presadzovať zvýšenie financovania tohto fondu.

Agnes Jongerius (S&D), *schriftelijk*. – We zijn blij dat de Commissie meer ziet in Europa dan alleen een interne markt. Sociale maatregelen zoals Europese minimumlonen en een klimaatneutraal Europa waar iedereen meekan, zijn hard nodig. De Europese Commissie toont aan dit begrepen te hebben. Tegelijkertijd gaat von der Leyen voorbij aan essentiële punten als de rechtstaat en migratie. Wat ons betreft had ze meer nadruk mogen leggen op de vluchtelingencrisis en met name de ramp in vluchtelingenkamp Moria. Wij verwachten dan ook duidelijke plannen van de Commissie om deze mensen in nood te helpen. Daarnaast sprak von der Leyen de LHBTI-gemeenschap toe, maar de Commissie moet verder gaan dan hen alleen een hart onder de riem te steken. Er kan niet langer geld gaan naar Europese regio's die onze waarden met de voeten treden. Dat staat bij ons nooit ter discussie.

Julie Lechanteux (ID), *par écrit*. – Depuis le traité de Lisbonne, le discours sur l'état de l'Union du président de la Commission européenne ressemble de plus en plus à un moment d'autocomplaisance pendant lequel le représentant du pouvoir exécutif, aujourd'hui M^{me} von der Leyen, fait le bilan de l'action du collège des commissaires tout en présentant les grandes lignes pour l'avenir. Eh bien, cette année, marquée par la crise de la COVID-19, la présidente de la Commission devrait éviter l'éloge et l'auto-absolution et reconnaître sa totale incompétence, démontrée pendant la gestion de la pandémie, dans le domaine de la santé publique ainsi que pour la crise économique qui en a résulté. En ce qui concerne la crise sanitaire, la Commission a brillé par son absence, étant donné que selon l'article 168 du traité FUE, elle était censée compléter les politiques nationales en matière de santé publique et coordonner les fournitures de médicaments et de dispositifs médicaux. En ce qui concerne la crise économique, le moment hamiltonien de l'Europe, la création d'une dette fédérale, avec un emprunt de 750 milliards d'euros sur le marché des capitaux, marque le début d'une spirale infernale de la dette publique par une organisation qui avait fait de l'équilibre budgétaire sa marque de fabrique.

César Luena (S&D), *por escrito*. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias económicas, supone una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Por eso necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas, que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros, donde se pone en peligro la independencia judicial y la tutela de los derechos humanos. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión formal inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), *por escrito*. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias económicas, supone una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Por eso necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas, que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros, donde se pone en peligro la independencia judicial y la tutela de los derechos humanos. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión formal inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias económicas, supone una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Por eso necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas, que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros, donde se pone en peligro la independencia judicial y la tutela de los derechos humanos. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión formal inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Comisia Europeană a ridicat ștacheta ambițiilor sale de decarbonizare la 55% până în 2030. Se pune problema cum vom atinge această țintă și care vor fi costurile economice și sociale. Cred că vom putea reuși doar prin coordonare. De aceea, am depus o serie de amendamente la Regulamentul privind redresarea și reziliența, prin care solicit elaborarea unor proiecte care să aducă valoare adăugată europeană. Câteva exemple ar fi elaborarea unor proiecte privind circulația pe căile navigabile interne ale UE (pe Dunăre, în cazul României) sau instalarea sistemelor automate pe calea ferată. Am propus și elaborarea unor proiecte în turism și în domeniul aeronautic. Va fi nevoie de o decizie europeană care să oblige statele membre să investească din cele 750 de miliarde de euro disponibile în aceste proiecte europene. Dacă doar un stat investește pe Dunăre, iar celelalte nu, atunci nu se obține rezultatul dorit. De aceea, este nevoie de coordonare la nivel european și apoi la nivel național. Așa cum arăta și președinta Comisiei Europene, doamna von der Leyen, lucrurile s-ar mișca mult mai repede dacă în Consiliu deciziile s-ar lua nu prin unanimitate, ci prin majoritate calificată. Succesul atingerii obiectivelor verzi ale Uniunii ar putea depinde și de această schimbare, care pare din ce în ce mai necesară.

Margarida Marques (S&D), *por escrito*. – O debate sobre o Estado da União no Parlamento dignifica a UE. Pela solenidade. Pelo momento de reflexão. Pela oportunidade de questionar a Presidente da Comissão sobre o percurso do último ano e sobre o futuro. E este ano é bem carregado de desafios: os tradicionais e todos aqueles que são resultado da crise pandémica.

A Presidente dá destaque, e bem, à função geoestratégica da UE. Considera esta uma Comissão geopolítica. A UE está no centro da rede de alianças multilaterais. É um pilar do sistema multilateral. Privilegia relações com organizações internacionais. Aprovou recentemente uma estratégia para África em cinco pilares: crescimento e emprego, Green Deal, transição digital, paz e segurança e migrações e mobilidade.

As boas relações de vizinhança, a manutenção da paz e o crescimento económico das regiões vizinhas da UE são igualmente prioridade. O mesmo se passa com a ajuda humanitária e as políticas de desenvolvimento onde a UE é o parceiro mundial mais generoso em matéria financiamento.

Escolho este tema, porque a proposta orçamental da UE 2021/2027 é claramente insuficiente para satisfazer todas estas ambições. A proposta da Comissão de aumentar o financiamento da política externa da UE pelo Fundo de Recuperação não teve o acordo do Conselho Europeu. Ora, efetivamente, a crise teve um impacto nas organizações internacionais, no sistema multilateral, nos cidadãos e nas organizações dos países terceiros.

Pedro Marques (S&D), *por escrito*. – Estes são tempos desafiantes para a União Europeia. O grau de complexidade dos desafios atuais aumentou e muito. Com os olhos postos no futuro dos cidadãos, temos de fazer todos os possíveis para construir uma verdadeira União Europeia da saúde, que seja mais resiliente a futuras ameaças. Temos o dever de dar uma resposta económica sem precedentes. É preciso que o incentivo financeiro chegue depressa às pessoas e às economias europeias.

Só com medidas concretas que promovam a recuperação e o crescimento sustentáveis seremos capazes de superar esta crise. Por isso, é absolutamente necessário proteger os mais frágeis com o reforço dos apoios sociais e compromisso com a criação um salário mínimo em toda a União Europeia. Assegurar apoio financeiro para a transição digital e reforçar o compromisso da descarbonização da economia europeia o mais tardar até 2050.

Por último, é urgente dar resposta ao desafio demográfico que enfrentamos. Continuaremos a envidar esforços para sair desta pandemia mais fortes e com uma estratégia europeia robusta e mais coordenada. O objetivo? Esse, continua o mesmo: construir uma Europa mais unida, mais solidária, mais forte e mais democrática.

Eva Maydell (PPE), *in writing*. – During Commission President Ursula von der Leyen's State of the European Union speech, I was pleased to see ambitious and concrete actions regarding digital and technology policy. More concretely, in three main areas: Increasing our industrial data cloud capacities so we can obtain the benefits of innovation and economic growth; a human-centered approach to Artificial Intelligence and a new law for EU digital identity; investing in broadband infrastructure and connectivity.

I welcome all of these commitments on the side of the Commission, as I am a firm believer that we will not be able to achieve any of our ambitious sustainable economy goals without technology. We must work towards identifying the investment streams to cater for future breakthrough technologies to help transform existing industries, e.g. steel and cement, automotive, aviation, and more. We must also strive to identify the ecosystem of start-ups and small SMEs that can come up with the future clean breakthrough technology solutions and can create European technology leadership. If the European Union is to meet our ambitious green goals, maintain our global position and ensure a high living standard for our citizens, we must continue to be at the forefront of technological advancements.

Dan-Ștefan Motreanu (PPE), *în scris*. – Doamnă președintă Von der Leyen, încep prin a saluta eforturile susținute ale Comisiei Europene pentru atingerea neutralității climatice în 2050, precum și propunerea de astăzi de creștere a obiectivului de reducere al emisiilor de gaze cu efect de seră pentru anul 2030, de la 40 % aprobat de către Parlament și Consiliu în legislatura precedentă, la cel puțin 55 %. Efectele schimbărilor climatice produc, însă, demult, efecte în majoritatea statelor membre, unde mii de hectare de teren fertil se transformă în deșert, de la an la an. Avem nevoie așadar, și vă solicit pe această cale, un plan de acțiune european ambițios, cu obiective clare și evaluări periodice, precum și alocarea unei finanțări europene adecvate în vederea prevenirii și remedierii deșertificării și a degradării terenurilor în Uniunea Europeană.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Salut primul discurs privind Starea Uniunii al președintei Comisiei Europene, Ursula von der Leyen. De la abordarea echilibrată și constructivă până la rezultate, distanța este însă lungă. Pentru a avansa, proiectul european trebuie să evolueze, să adăugăm noi competențe în domeniul sănătății și educației. Parlamentul European are așteptări mari în privința viitorului Europei și este timpul ca și executivul european să îndeplinească promisiunile făcute. În discurs au fost prezente patru puncte importante:

— susținerea inițiativei mele privind crearea corpului medical european de urgență pornind de la exemplul pozitiv oferit de doctorii români;

— introducerea salariului minim european susținută activ de stânga românească și petiția semnată de peste 20.000 de persoane;

— referințele la decența muncii, inclusiv pentru lucrătorii sezonieri;

— nevoia unei transformări digitale echilibrate care pune accent pe inovare, accesibilitate și infrastructură.

Pentru a se dezvolta, UE trebuie să își asume proiecte ambițioase privind digitalizarea, educația și formarea, dar și referitoare la protecția mediului. Însă, pentru orice inițiativă, trebuie să ne asigurăm că aceste transformări nu lasă pe nimeni în urmă și mai ales că suntem uniți în acțiunea noastră internă și externă. Europa trebuie să ofere soluții pentru o dezvoltare sustenabilă și echitabilă la nivel european.

Inma Rodríguez-Piñero (S&D), *por escrito*. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias económicas, supone una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Por eso necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas, que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros, donde se pone en peligro la independencia judicial y la tutela de los derechos humanos. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión formal inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Marcos Ros Sempere (S&D), *por escrito*. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias económicas, supone una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Por eso necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas, que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros, donde se pone en peligro la independencia judicial y la tutela de los derechos humanos. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión formal inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Domènec Ruiz Devesa (S&D), por escrito. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias humanitarias, sociales y económicas, supone al mismo tiempo una oportunidad histórica para devolver la esperanza a nuestra ciudadanía. Por ello necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

El 21 de julio, tras el acuerdo en el Consejo Europeo, se sentaron las bases de la recuperación, y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición ecológica y digital, la cohesión social y territorial y la igualdad de género. Todo ello con el objetivo de garantizar la igualdad de oportunidades para el conjunto de la ciudadanía tras la pandemia de la COVID-19.

Como socialistas incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras. Coincidimos con la Comisión en que el Plan de Recuperación es la oportunidad para transformar Europa. También a nivel político, con su plena federalización.

Nacho Sánchez Amor (S&D), por escrito. – La pandemia, y la respuesta de la Unión Europea a sus consecuencias económicas, supone una oportunidad histórica para devolver la ilusión y la esperanza a nuestros ciudadanos y ciudadanas. Por eso necesitamos una respuesta valiente basada en medios presupuestarios adecuados y a través de nuevos recursos.

En julio se sentaron las bases de la recuperación y ahora deben ser los Estados miembros los que lleven a cabo las reformas, que deben dirigirse a reforzar la sanidad pública, la transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género.

Como socialistas, incidimos en la necesidad de una Estrategia Europea contra la Pobreza que incluya la Garantía Infantil, una Directiva marco para el salario mínimo y una Decisión sobre los recursos propios y la fiscalidad europea para evitar que el peso de la recaudación fiscal caiga sobre la renta de los trabajadores y las trabajadoras.

Nos alarma el deterioro del Estado de Derecho en algunos países miembros, donde se pone en peligro la independencia judicial y la tutela de los derechos humanos. Por eso hemos pedido al Consejo que adopte una decisión formal inmediata para negociar un Mecanismo Europeo del Estado de Derecho.

Alfred Sant (S&D), in writing. – In her first State of the Union speech to the European Parliament, Ms von der Leyen faced the problem of having her declaration of vision and purpose dominated by the coronavirus pandemic. She could hardly ignore it, and sought to find the right balance between firefighting and articulating a long-term mission. To a certain extent, the Commission President achieved this. Her proposals to bolster the public health component of the EU's profile were constructive and down to earth. On the other hand, there was little new where the main horizons of EU policy (especially the Green Deal) are concerned, though affirming them again as she intelligently did makes sense. However, the commitment expressed to make QMV operational in more areas of EU activity actually underlines a basic aspect of the state of the Union today that she failed to address: the locus of decision-making within the institutions has shifted again towards the Council. Both the Commission and the Parliament make bold proposals, then go into wait-and-see mode while Member States palaver about the issues. Regarding this, the President did not seem to have anything better than a band-aid solution, when what is needed is an institutional revamp that addresses adequately the political and social realities.

Isabel Santos (S&D), *por escrito*. – O discurso da Presidente da Comissão deixou um conjunto de muito boas intenções. Foi importante ouvir as opiniões, no sentido correto e humanista, sobre a política europeia para os migrantes e refugiados. Espero que sejam plasmadas no Pacto Europeu para as Migrações.

Faltou uma crítica clara às violações dos Direitos Humanos nas fronteiras da União e um compromisso com a instituição de um processo de recolocação baseado na solidariedade vinculativa entre os Estados-Membros. O desastre de Mória é a sua própria existência, bem como de muitos outros campos de refugiados, onde a esperança se esvai na desumanidade da sobrevivência.

Tomo também como muito positiva a sua defesa do fim da obrigatoriedade da regra da unanimidade na UE em matéria de decisões sobre Direitos Humanos e política externa, algo pelo qual sempre me tenho batido. Espero que exista suficiente coragem política para avançar.

A ver vamos se a visão que a Presidente da Comissão revelou no seu discurso virá a ser efetivada, superando egoísmos, nacionalismos, populismos, enfim, as vistas curtas de muitos. Infelizmente, habituámo-nos a ver grandes ideias e propostas demorarem demasiado a sair do papel e, quando saem, ficam muitas vezes aquém da ambição indicada nos discursos de apresentação. Espero que desta vez possa ser diferente!

Christine Schneider (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze die Position unserer Kommissionspräsidentin. Corona-Pandemie, Klimawandel, Digitalisierung oder Migration – Nur gemeinsam werden wir die aktuellen Krisen und Herausforderungen bestehen und Europa zukunftsfit machen. Es ist richtig, den europäischen Wiederaufbaufonds NextGenerationEU jetzt als Chance zu sehen. Die Erhöhung des CO₂-Reduktionsziels auf mindestens 55 % bis 2030 ist sehr ehrgeizig. Jetzt müssen wir sehen, wie dieses Ziel umgesetzt werden soll. Für mich spielt dabei Technologieneutralität eine große Rolle. Und zudem dürfen wir unseren Mittelstand dabei nicht überfordern.

Андрей Слабаков (ECR), *в писмена форма*. – Уважаема г-жо председател, Говорихте много за икономиката и за здравеопазването, за мигрантите, Зелената сделка. Нищо не чух за културата и образованието. Сякаш за Вас те не съществуват. 7,4 милиона европейци останаха без работа в културния сектор, предимно „фрийлансъри“. Те нямат постоянно работно място или здравно осигуряване, не получават обезщетения за безработица. Говорихте повече от час и не ги споменахте веднъж. Това ли е светлото бъдеще, което обещавате на младите? Свят на неграмотни, лесни за манипулиране избиратели? По време на карантината десетки милиони граждани, затворени вкъщи, потърсиха убежище в културата. Гледаха филми, театър, балет и опера, посещаваха виртуално музеи. Културният сектор продължаваше да работи, за да поддържа духа им. Невъзможно е напълно да се оцени приносът на културата за запазването на психическото здраве по време на карантината. Вие поставихте цена – 0! Има време да се вразумите. Отделете специални средства за възстановяване на културния сектор. С мои колеги сме внесли предложение за резолюция, с което изискваме най-малко 2% от бюджета за възстановяване да бъде отделен за култура и за увеличаване на средствата за „Творческа Европа“. Дайте 2% в сравнение с 30% за зелени политики. Иначе, когато постигнете неутралност по отношение на климата, гражданите Ви ще са бездуховни полутрамотни получовещи, гонещи катерици по дърветата. Благодаря.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Správa o stave Únie prednesená predsedníčkou Európskej komisie Ursulou von der Leyen naznačuje veľa pozitívnych iniciatív Európskej komisie v jej budúcom pracovnom smerovaní. Od tém týkajúcich sa Európskej zelenej dohody, cez pripravenosť EÚ na digitálny vek, až po posilňovanie demokracie a silnejšieho postavenia EÚ vo svete. Jej prejav bol smerovaný v značnej miere k vrcholným predstaviteľom členských štátov, pričom sa nezmienila o rozpočtových pravidlách fiškálnych politík. Z toho možno predpokladať, že v súvislosti s pandémiou COVID-19 bude dôraz v ekonomickej rovine sústredený viac na získavanie príjmov do štátnych rozpočtov, ako na obmedzenie míňania a nezadlžovanie sa jednotlivých členských štátov.

Mihai Tudose (S&D), *în scris*. – Apreciez ambiția exprimată de președinta Comisiei Europene în plenul europarlamentar.

Primul său discurs privind Starea Uniunii e reușit din punct de vedere politic și oferă o perspectivă încurajatoare cetățenilor traumatizați de pandemie și criza social-economică. Cu o condiție, însă: ca aceste bune intenții să se concretizeze în acțiuni rapide, pe măsura așteptărilor.

Din partea Parlamentului European a existat, în această perioadă critică, o cooperare promptă pentru adoptarea primelor măsuri de susținere a țărilor membre.

Din păcate, viziunea în mare măsură comună a Parlamentului și Comisiei se lovește de un Consiliu paralizat de regula deciziei unanime și de interesele egoiste ale unora dintre cele mai vechi state ale Uniunii. Cetățenii europeni au nevoie de suport concret pentru a face față greutăților cu care se confruntă.

Solicit Comisiei să acționeze pentru ca sprijinul de la Bruxelles să ajungă acolo unde e mai mare nevoie de el. Urgența sanitară e dublată de o urgență social-economică. Aceasta e ordinea corectă a priorităților. Apoi, putem face planuri având drept orizont anul 2050. Dar e indicat ca aceste planuri, cum e cel al tranziției energetice, să fie sustenabile economic și social, pentru a putea fi transpuse în practică.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Az Európai Bizottság mindenkori elnökének éwertékelőjét egy olyan időszakban tartották meg először, amikor az EU szintén komoly válságban volt. Azóta Bizottságok jöttek és mentek, tagállami kormányok cserélődtek, egy valami azonban szinte állandósult: a válság. Nem jelent ez feltétlenül rosszat, hiszen a válságok folyamatos fejlődésre, javításra ösztökélik az embert, így az európai közösségünk is egyre csak jobb lehet. Magyar képviselőként jelen vitában beszélhetnék az EU-ellenes, illiberális kormányok közösségromboló politikájáról és kárhoztathatnám az Unió vezetőit, amiért évek óta csak tehetetlenül nézik, ahogy hülyét csinálnak belőlük a jogállamiságot porba tipró politikai kalandorok.

Magyar képviselőként és az Európai Egészségügyi Unió koncepciójának egyik kidolgozójaként most, az Unió jövőjéről szóló vitában azonban az egészségügy fontosságát akarom kiemelni. Az egészségügyet, amely tagállami hatáskörként az EU számára eddig harmadrangú terület volt. A koronavírus azonban megmutatta: erős és minőségi ellátást biztosítani tudó egészségügyi rendszerek nélkül nincs egészség, de nincs kiszámíthatóan működtethető gazdaság sem. Sorsfordító időszak ez, amikor radikális átalakítások kellenek: a tagállami egészségügyi rendszerek közötti egyensúlytalanság nem tartható tovább. Olyan megoldás kell, amely meghagyja a sokak által túlzott féltéssel őrzött tagállami hatáskört, de mindenhol garantálja a minőségi ellátást és a betegbiztonságot. Az Európai Egészségügyi Unió koncepciója ilyen. Komoly áttörésnek gondolom, hogy a Bizottság elnöke is beállt az ügy mögé.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – Kulunut vuosi on ollut koko Euroopalle vaativa, eikä tuleva syksy näytä sen helpommalta. Euroopan tulevaisuuden kannalta meillä on tänä syksynä neljä isoa haastetta ratkaistavana. Keskeistä on vauhdittaa kestävää talouskasvua ja kilpailukykyä. Akuutin koronaviruksen jälkeen Euroopalla on edessään iso taloushaaste. Aivan kuten Ursula von der Leyen linjasi, kasvun vauhdittamiseksi on tärkeää purkaa yritysten byrokratiaa ja sisämarkkinoiden esteitä, vahvistaa pääomamarkkinoita sekä investoida *Green Dealin* ja digitalisaatioon. Samaan aikaan on huolehdittava Euroopan unionin tärkeimmästä perustasta: yhteisistä arvoista. On varmistettava demokratia, vapaus ja oikeusvaltioperiaate kaikissa EU-jäsenmaissa. Meidän on myös kyettävä löytämään yhteinen linja maahanmuuttopolitiikkaan. Tässä ei ole varaa epäonnistua toistamiseen.

Neljäs olennainen teema on yhteinen ulko- ja turvallisuuspolitiikka. Unioni on tässä liian hidas ja jähmeä, kuten viimeaikaisissa Venäjän ja Valko-Venäjän tapahtumissa on nähty. Kansainvälisissä kriiseissä tarvitaan nopeampaa reagointikykyä. Ulkopoliittista päätöksentekoa on siis muutettava ja tehostettava lisäämällä määränemistöpäätöksentekoa.

Tämän vuoden oli määrä olla Euroopan unionille iso ilmastopolitiikan vuosi. Vaikka koronaviruksen on vienyt paljon aikaa ja energiaa, Euroopan unionin tulee edelleen olla sitoutunut olemaan ilmastoneutraali vuonna 2050. Kannatan komission esitystä vuoden 2030 päästövähennystavoitteen kiristämisestä vähintään 55 prosenttiin tämän varmistamiseksi.

Bettina Vollath (S&D), schriftlich. – Mein persönliches Fazit nach der Rede von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hier im Plenum zur Lage der Union: Die Lage ist ernst. Auch wenn die Kommissionspräsidentin viele lobende Worte für die EU fand, so lassen sich die Probleme unserer Union nicht leugnen – sei es in ihrem Inneren oder an ihren Außengrenzen. Während die in der Rede ausgesprochenen klaren Bekenntnisse zu einer antirassistischen Union, gleichen Rechten für LGBTI-Menschen und einer menschenrechtszentrierten Außenpolitik Hoffnung gestiftet haben, haben die halbherzigen Lippenbekenntnisse zur dringend notwendigen Asylreform, und der ebenso dringenden Konditionalität für Auszahlung von EU-Mitteln nicht davon überzeugen können, dass diesen Worten auch tatsächlich Taten mit Hand und Fuß folgen werden. Klare Worte gab es in den Plädoyers zum Stärken der Grenzen, zum Verbessern von Rückführungen und zum Bekämpfen von Schleusern, während ich diese hinsichtlich Menschenrechtsschutz bei Geflüchteten oder zur Rechtsstaatlichkeit schmerzlich vermisste. Am Ende war Präsidentin von der Leyens Ansprache wie die Lage der Union selbst: Voller Licht und Schatten. Voller Chancen, die uns eine bessere, sozialere und solidarischere Union in der Zukunft ermöglichen, wenn wir sie ergreifen. Aber auch voller Probleme, die – wenn wir sie nicht mutig und im europäischen Geiste angehen – diese unsere Union vor eine Zerreißprobe stellen.

Marco Zanni (ID), *per iscritto*. – Il termine più adeguato per descrivere lo stato dell'Unione europea è «immobilismo». Il nostro continente è stato travolto da una delle crisi più grandi della storia, eppure Bruxelles continua a portare avanti la propria linea politica, ostentando una totale assenza di autocritica.

Le forze di opposizione vengono tacciate di estremismo, di conseguenza ignorate ed estromesse da qualsiasi decisione. Assistiamo ad appelli quotidiani a difesa dello stato di diritto e a favore della democrazia, ma quando un leader politico ed ex-ministro viene mandato a processo per aver difeso il proprio Paese, l'Italia, nessuno muove un dito.

Sul fronte geopolitico l'UE dimostra incoerenza e inerzia nei confronti della Cina e della Turchia, certe di poter contare sulle debolezze di un sistema che si regge sugli interessi particolari di alcuni Stati membri: un approccio miope e fallimentare, che danneggia in primo luogo i cittadini europei.

L'UE dovrebbe riflettere con attenzione su ciò che è accaduto negli ultimi mesi, ricordando che gli Stati membri potranno veramente ripartire solo dopo la sospensione di alcune regole imposte da Bruxelles.

Non c'è più tempo da perdere: se non ci sarà un vero cambiamento, l'Europa proseguirà verso una deriva decadente che ne decreterà la fine.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

6. Erste Abstimmungsrunde (Fortsetzung)

Elnök asszony. – Megadom a szót Androulakis úrnak, aki az 59. cikk (4) bekezdése alapján kért lehetőséget felszólalásra, az uniós polgári védelmi mechanizmusról szóló 1313/2013/EU határozat módosításával kapcsolatos jelentésnek intézményközi tárgyalások céljából a bizottság elé történő visszaküldésére COM(2020)0220 – C9-0160/2020 – (2019/0097(COD)).

Νίκος Ανδρουλάκης, *Εισηγητής*. – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, θέλω να σας ευχαριστήσω για την εμπιστοσύνη που μας δείξατε υπερψηφίζοντας τις τροπολογίες που παρουσιάσαμε στην Ολομέλεια. Το Κοινοβούλιο, μόλις τρεις μήνες από την παρουσίαση της πρότασης της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, είναι πανέτοιμο να ξεκινήσει διαπραγματεύσεις. Σύμφωνα με το άρθρο 59 παράγραφος 4 του Κανονισμού μας, ζητώ να επιστραφεί ο φάκελος στην Επιτροπή Περιβάλλοντος, ώστε να μπορούμε να ξεκινήσουμε τις διαπραγματεύσεις με το Συμβούλιο και την Επιτροπή. Ελπίζω ότι η γερμανική Προεδρία θα καταλάβει σύντομα ότι δεν υπάρχει άλλη επιλογή από το να προσέλθει στο τραπέζι των διαπραγματεύσεων χωρίς καθυστερήσεις για ένα τόσο σημαντικό θέμα για την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Jutta Paulus, *rapporteur*. – Madam President, I would like to follow suit with my colleague and I would like request a referral back to the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety for entering into interinstitutional negotiations. I'm very glad that the amendments have been carried. I hope that the final vote will carry too, as this is a very important topic if we look at the CO₂ emissions from maritime transport.

Ciarán Cuffe, *rapporteur*. – Madam President, today, President von der Leyen called for European buildings to become less wasteful, less expensive and more sustainable. As rapporteur for this report, maximising the energy efficiency of the European building stock, I know we can do this. I want to thank the shadow rapporteurs for their close cooperation and support during negotiations. We now have a strong and united position on our demands for the upcoming renovation wave strategy. This is a good news story – we can create jobs, tackle energy poverty, improve air quality and reduce emissions in these extraordinary times. It tackles the health crisis, the economic crisis and the climate crisis. Yesterday, weather records were broken here in Belgium. 35° of heat is not normal and we know that 40% of emissions that cause this come from buildings. With the right investment, buildings can reduce emissions rather than raise them.

The report says we must fight energy poverty by working with neighbourhoods and communities to ensure healthy and safe living conditions and ensure affordability. We must raise national targets and revise the energy efficiency directives and the energy performance of buildings directives and binding minimum energy performance standards are required. We also require integrated renovation programmes, a holistic approach from rooftop solar and e-mobility, from heat pumps to district heating is required. So let's use recovery funds for the renovation way.

I endorse the President's call for a new Bauhaus. As an architect, I welcome this. So let's harness the creativity, the design skills and the demand for change and let's start with the worst performing buildings and the communities most at risk. Let's lift people out of energy poverty and give them the buildings and the homes that they deserve.

Nathalie Colin-Oesterlé, *rapporteuse*. – Madame la Présidente, chers collègues, je souhaite tout d'abord saluer mes collègues rapporteurs qui m'ont accompagnée dans ce travail. Le texte que nous voterons aujourd'hui et demain traduit bien notre volonté commune d'apporter des réponses concrètes aux patients, aux familles, mais également aux professionnels de santé qui sont concernés par ces pénuries de médicaments.

Cette crise a mis en évidence notre dépendance de plus en plus forte à l'égard de pays tiers, principalement la Chine et l'Inde, et la concentration de l'offre entre les mains de quelques fournisseurs. Nous découvrons, mais un peu tard, que la santé publique est devenue une arme géostratégique capable de mettre à genoux un continent et au-delà.

Si la santé relève de la compétence de chacun des États membres, il appartient à l'Union européenne de coordonner et de compléter ces actions nationales. Je me félicite des annonces faites ce matin par la présidente Ursula von der Leyen, qui souhaite construire une véritable Europe de la santé. J'invite la Commission et les États membres à retenir nos propositions qui vont dans ce sens. Elles reposent sur trois piliers: davantage de coopération, de coordination et d'harmonisation.

Nous proposons notamment la création d'une pharmacie européenne d'urgence et d'un panier commun de médicaments et de vaccins prioritaires, l'élargissement des compétences de l'Agence européenne des médicaments pour en faire l'autorité régulatrice garantissant une plus grande transparence dans la chaîne de distribution, mais également au niveau des stocks des États membres, le rapatriement en Europe, quand cela est possible, de l'ensemble des lignes de production, par des incitations fiscales et financières, et enfin la création d'un ou plusieurs établissements pharmaceutiques européens à but non lucratif, capables de produire les médicaments souvent essentiels, mais qui sont délaissés par les industriels, par manque de rentabilité.

Dans le même temps, bien sûr, nous devons faire de l'Europe le continent du médicament du futur, en investissant massivement dans la recherche et l'innovation et en diversifiant nos ressources. Au Parlement européen, nous avons pris nos responsabilités: nous avons travaillé de concert afin d'apporter des réponses. Je demande maintenant aux États membres de faire de même et d'agir collectivement. Arnaud Danjean le disait, les actions individuelles sont tout à fait contre-productives et nous l'avons vu. Nous avons besoin d'une véritable stratégie industrielle pharmaceutique européenne pour retrouver notre indépendance sanitaire et garantir la sécurité des patients.

Romeo Franz, Berichterstatter. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich erinnere mich, als ich sechs Jahre alt war und in die Schule kam. Ich wurde von den Kindern „dreckiger Zigeuner“ genannt und geschlagen. Im Schulbus durfte mein Freund mir keinen Platz freihalten, weil ihn die anderen Kinder als „Zigeunerfreund“ beschimpften. Ich kann Ihnen kaum beschreiben, wie diese Worte und dieser Umgang mit mir schmerzten. 47 Jahre später müssen so viele Kinder mit Romani-Hintergrund den gleichen Schmerz fühlen, wie ich es tat.

Heute bin ich hier, und es ist mir eine große Ehre, an diesem besonderen Tag in diesem Haus für meine Menschen zu sprechen. Im Herzen der europäischen Demokratie wird ein starker Ruf nach Gleichheit, Gerechtigkeit und Inklusion gehört. Dieses Haus und seine ehrenwerten Mitglieder, Sie, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, werden der größten und der am stärksten unterdrückten Minderheit in unserer europäischen Geschichte gerecht. Wir werden uns gemeinsam gegen Ungleichheiten sowie Ungerechtigkeiten wehren und nachdrücklich bekräftigen, dass Gleichheit für alle Menschen gelten muss, unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder und jede von Ihnen hat es nun in seinen Händen, einen wichtigen Schritt gegen die jahrhundertealte Ungerechtigkeit zu gehen und Gerechtigkeit für fast 80 % der Menschen mit Romani-Hintergrund, die in der EU in prekären Lebenssituationen leben, zu ermöglichen. Mit dieser historischen Entschloßung leiten wir einen Prozess ein, diesen Menschen eine Perspektive für eine Verbesserung und eine Chance für eine tatsächliche gleichberechtigte Teilhabe zu geben.

Die Schattenberichterstatter und ich haben mit den Menschen mit Romani-Hintergrund zusammengearbeitet, um ihre Stimme endlich hörbar zu machen. Es ist gerade die Stimme der Menschen mit Romani-Hintergrund, die Sie in diesem Bericht hören. Wir haben es gemeinsam geschafft – einen Dank für die gute Zusammenarbeit an die Schattenberichterstatter! –, einen entscheidenden Bericht auf den Tisch zu legen, in dem wir nicht mehr und nicht weniger als die Gleichberechtigung der Menschen mit Romani-Hintergrund fordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können heute das Leben vieler Menschen positiv verändern, Sie können heute ein Teil dieses historischen Prozesses sein. Ja, Sie können es tun, tun Sie es! Sie haben die Macht, Gerechtigkeit zu schaffen.

(Der Redner beendet seine Ausführungen in einer Sprache, die nicht Amtssprache ist.)

Elnök asszony. – Tájékoztatom a képviselőtársaimat, hogy a szavazásra 14:15 -ig van lehetőségük, a szavazások eredményét pedig 16:45 -kor fogjuk bejelenteni.

7. **Berichtigung (Artikel 241 der Geschäftsordnung) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll**
8. **Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll**
9. **Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 111 Absatz 6 und Artikel 112 Absatz 4 Buchstabe d GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll**
10. **Anträge auf Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (Artikel 145 GO) (Billigung): siehe Protokoll**

(Az ülést 14:15-kor felfüggesztik.)

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 16.49)

12. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(La seduta è sospesa alle 16.56)

13. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 17.30)

14. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. –Prima di iniziare, darei la parola all'on. de Lange, che ha chiesto di intervenire a norma dell'articolo 59, paragrafo 4, del regolamento, sul rinvio in commissione per i negoziati interistituzionali della sua relazione sull'omologazione dei veicoli a motore.

Darò inoltre la parola all'on. Kefalogiannis, a norma dell'articolo 59, paragrafo 4, sul rinvio in commissione per i negoziati interistituzionali della sua relazione sull'istituzione del Fondo per una transizione giusta.

Tali richieste saranno poi messe ai voti in seguito alla votazione sulla proposta della Commissione.

Esther de Lange, rapporteur. – Mr President, my Italian is good enough to know that you've basically said it all. So I'm here in this full House as the rapporteur on the real driving emissions type approval report, and I would like to move a request for referral back to committee for interinstitutional negotiations based on Rule 59(4) of the Rules of Procedure. You said it all, but then in Italian!

Μανώλης Κεφαλογιάννης, εισηγητής. – Κύριε Πρόεδρε, ζητώ αναπομπή στην αρμόδια επιτροπή REGI για διοργανικές διαπραγματεύσεις, σύμφωνα με τα άρθρα 59, 60 και 74 του Κανονισμού.

Presidente. – Dichiaro aperto il secondo turno di votazioni. Avete tempo fino alle ore 18.45 per completare le operazioni di voto.

15. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

16. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

17. **Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll**
18. **Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll**
19. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
20. **Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll**
21. **Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll**
22. **Petitionen: siehe Protokoll**
23. **Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**
24. **Schluss der Sitzung**

(La seduta è tolta alle 18.45)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. SEPTEMBER 2020

(C/2024/4889)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 14. bis 17. September 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	4
3. Wiederaufnahme der Sitzung	4
4. Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern (Aussprache)	4
5. Erste Abstimmungsrunde	13
6. Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern (Fortsetzung der Aussprache)	13
7. Erholung der Kultur in Europa (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	14
8. Die Bedeutung städtischer und grüner Infrastruktur – Europäisches Jahr für grünere Städte 2022 (Aussprache)	14
9. Das Erfordernis einer unmittelbaren humanitären Reaktion der EU auf die aktuelle Lage im Flüchtlingslager Moria (Aussprache)	17
10. Wiederaufnahme der Sitzung	35

Inhalt	Seite
11. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	35
11.1. Lage auf den Philippinen, insbesondere der Fall Maria Ressa	35
11.2. Der Fall Dr. Denis Mukwege in der Demokratischen Republik Kongo (DRK)	39
11.3. Humanitäre Lage in Mosambik	45
12. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	49
13. Wiederaufnahme der Sitzung	49
14. Zweite Abstimmungsrunde	49
15. Wiederaufnahme der Sitzung	50
16. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	50
17. Erklärungen zur Abstimmung	50
18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	50
19. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	50
20. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	50
21. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	50
22. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	50
23. Rückzug von Verfahren auf der Grundlage eines Initiativberichts: siehe Protokoll	50
24. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	50
25. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll	50
26. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	50

Inhalt	Seite
27. Schluss der Sitzung	50
28. Unterbrechung der Sitzungsperiode	51

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 17. SEPTEMBER 2020

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 8.30 Uhr eröffnet.)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 8.34 Uhr unterbrochen.)

3. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 8.45 Uhr wieder aufgenommen.)

4. Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern (2020/2702(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Mr President, we as adults are responsible for the safety of children. We as politicians are responsible for legislation to protect children, and, to be honest, I don't think we are doing enough. There are people out there who use and abuse children, and we have the obligation to protect our children from these predators.

In June, I spoke at the webinar jointly hosted with the European Parliament Intergroup on Children's Rights. Many experts and decision makers and our allies in the struggle spoke there – the Dutch Government, Europol, the United States National Center for Missing & Exploited Children (NCMEC) – but most impressive was the testimony of Sarah. Sarah is a survivor. She was groomed online as a teenager and forced into sex slavery. She said to us, 'Let my story not become a story we would hear from a friend, sister or mother'. So let's do her justice.

I know that you all feel as strongly as I do about this, but just let me repeat some of the terrible statistics. In the last 10 years, reports by internet companies of child sexual abuse increased exponentially. From 1 million to 17 million worldwide in 10 years, and from 23 000 to 725 000 in Europe. European servers host the majority of this content. Reports of abuse increased during COVID. In the country I know best, a perpetrator posted, 'Thank you, Corona. Now it's so easy to find the children.'

Behind the statistics, there are real children, sometimes very small children. From the country I know best, we are seeing that, during Corona, small children around the age of seven were groomed and by March the grooming of children at that age had been growing; children of that age forced to film themselves. And they were told, 'if you tell anybody, I will kill your dog or your hamster'. You can imagine how that is for a small child.

These predators have a business model that fuels this increase. Closed and secret groups on the internet have an entrance fee of new and unseen material. To see videos of raped children, paedophiles must rape children. That's how the business model works. Most of the perpetrators are men, but not only men; 10% to 20% of offences are committed by women, or with the aid of women. Most of the victims are girls, but not only girls. Around 15% to 20% are boys.

Supported by Europol, police forces in our Member States are cracking down on abuse. The DarkScandals website was taken down with more than 2 000 videos and images. This website used the slogan 'real blackmail, rape and forced videos of girls all around the world'. Police have taken down this site. The owner is now behind bars. But we need to do much more to support the police. In your resolution, this House asked us to work with industry and the big ICT companies, because detection and reporting by internet companies is necessary to save children.

Last week, I presented a regulation, an interim solution, to make sure internet companies can continue to detect, report and remove child sexual abuse material. Why am I proposing interim legislation? Because of an unintended effect of the Electronic Communications Code, and this comes into force in December this year. That would have an unintended effect: companies will no longer be allowed to pursue their voluntary efforts to detect and report child abuse online. That would pull the rug out from under our entire law enforcement effort against predators.

Last year, law enforcement in Europe received 40 000 newly produced images and 100 000 newly produced videos, images that made it possible for authorities to find children and prosecute perpetrators. If we do not adopt that interim legislation, this will no longer be possible.

I call on you to support this important regulation, which is a temporary solution until our long-term sector-specific legislation is in place. We are now working on this permanent legislation and will present it by next June, proposals that would make it mandatory for companies to detect and report known child sexual abuse materials to public authorities. Current EU legislation puts strong obligations on internet companies to protect copyright – but not children who are being raped. And of course we must protect children more than we protect copyright.

We also want to set up a European centre to prevent and counter child sexual abuse. In Ireland, police get 80% of their tip-offs from the US-based National Center for Missing & Exploited Children, and only 20% from parents and guardians. Just last Friday, two men were sentenced to 13 years in prison in Germany. They had had abused two girls for five years and that was thanks to a NCMEC report that saved them.

It's time for Europe to have its own centre, to build on Europol's work, to work with companies and law-enforcement bodies, to identify victims and bring offenders to justice.

I will soon launch a study as a first step in setting up our own European centre against child sexual abuse. The EU directive on child sexual abuse dates from 2011. I will launch a study to assist its implementation and to see how and where we need to upgrade and update our legislation. We cannot allow paedophiles or perpetrators to win an online high-tech arms race. To keep one step ahead, Europol will set up an innovation hub and lab. We will support Member States with funding. The Commission is also working with experts and industry to find technical solutions to detect and report encrypted online child sexual abuse.

I must underline that this is, of course, important to do without prohibiting or weakening encryption, and in full respect of privacy. I must say, I do not accept that we have to choose between protecting children or privacy. It's absolutely possible to combine the two. But we must also work on prevention. Very often children are abused by someone they know and trust. We will create a prevention network of practitioners and researchers to share expertise to stop perpetrators from acting. We also need to encourage children, to tell them, 'it's not your fault'.

It's not okay what these adults are doing. We need to empower children to speak out. And I want Europe to take global leadership, because abuse doesn't stop at national or European borders. We will work together with governments, tech companies and civil society organisations worldwide.

I need your help to pass this legislation. I need your help to protect children. A child has no power, and children that are abused least of all. But we do have power, so let's use that power to protect children.

(Applause)

Jeroen Lenaers, *namens de PPE-Fractie*. – Dank u voorzitter. En dank ook aan mevrouw de commissaris voor haar inleiding. Het is om stil van te worden. Ik ben dit jaar zelf voor het eerst vader geworden en dat gevoel is met niets te vergelijken. De liefde, de verantwoordelijkheid, de drang tot bescherming die je voelt voor je kind is heel bijzonder.

Ik word er dan ook kotsmisselijk van dat er mensen op deze wereld zijn die lol beleven of geld verdienen aan het misbruiken van kinderen. En toch zien we dat dat misbruik toeneemt, en flink ook, u heeft dat gezegd. Ik ben ook blij dat de Commissie hier vandaag die urgentie toont. Die urgentie mis ik bij de lidstaten. Het is schandalig dat er bij 23 van de 27 lidstaten inbreukprocedures lopen voor het niet-uitvoeren van de kindermisbruikrichtlijn uit 2011. Wat heeft het in godsnaam voor zin om hier met zijn allen afspraken te maken als niemand ze uitvoert?

Kinderporno moet zo snel mogelijk ontdekt, gerapporteerd en verwijderd worden. Hostingbedrijven spelen daarbij een cruciale rol en ze moeten die verantwoordelijkheid nemen, of ze niet willen of niet. We moeten ze daartoe dwingen. En dat moet met regels en met "naming en shaming". In Nederland wordt er binnenkort een zwarte lijst gepubliceerd van hostingbedrijven die niet meewerken, en ik zou ook willen voorstellen om in Europa zo'n initiatief te ondersteunen.

Tot slot: encryptie. U heeft het al gezegd, encryptie is ontzettend belangrijk voor de bescherming van onze privacy. Maar dat is op dit moment tegelijkertijd een schild waarachter smeerlappen die zich schuldig maken aan kindermisbruik, zich kunnen verschuilen. Daar moeten we een oplossing voor vinden. Een kind dat misbruikt wordt, is getekend voor het leven en zoals de Commissaris terecht zei, we doen op dit moment niet genoeg om dat te voorkomen. Laat vandaag alsjeblieft de laatste dag zijn dat we dit moeten zeggen.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Sexuelle Straftaten gegen Kinder sind abscheuliche Verbrechen mit schwerwiegenden Folgen für die Opfer. Und wir müssen den Austausch von Bildern im Netz bekämpfen, ohne dabei zu vergessen, dass der Missbrauch von Kindern in unserer Nachbarschaft stattfindet – durch Eltern, Nachbarn, Betreuer, Priester. Wegschauen und Schweigen ist hier wie dort keine Option.

Bereits 2011 haben wir eine Richtlinie zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch verabschiedet. Doch die große Mehrheit der Mitgliedstaaten hat es in neun Jahren nicht geschafft, diese umzusetzen. Weiterhin besteht massiver Nachholbedarf bei Prävention, Unterstützung und Schutz von Kindern, der Harmonisierung von Straftaten und Strafen. Und so musste die Kommission im letzten Jahr gegen 23 Mitgliedstaaten nach neun Jahren Vertragsverletzungsverfahren einleiten.

Kinderschutz ist ein wichtiges Thema. Und wir müssen mehr tun – auch online. Doch zugleich dürfen wir keine falschen Erwartungen wecken, denn es gibt ja keine Wundermittel, mit denen die Bilder mal eben so verschwinden. Vertraulichkeit von Kommunikation, Privatsphäre ist wichtig – auch für unsere Kinder, online. Verschlüsselung etwa kann verhindern, dass Bilder, die Jugendliche untereinander austauschen, von Tätern abgegriffen und mit Dritten geteilt werden.

Deshalb ist ganz klar: Wir müssen unsere Kinder online wie offline besser schützen. Gesetze müssen umgesetzt werden, Präventionsstellen mehr Mittel bekommen, Strafverfolgungsbehörden personell, finanziell und technisch angemessen ausgestattet sein, um unsere Kinder und ihre Spielräume offline wie online besser zu schützen.

Hilde Vautmans, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, what's in a number, dear colleagues?

If I told you that the number of reports of child sexual abuse has increased to nearly 70 million in 2019, would you believe it? Or if I told you that, according to the Council of Europe, one out of five children falls victim to sexual violence. Would you believe it? What if I told you that Europe is the biggest hub for child pornography, that can't be true, right?

The list of these numbers goes on and on. Sixty per cent of worldwide child sexual abuse content is circulating in Europe. Isn't that staggering? Let it be clear. Sexual abuse of children is not just one of the 99 problems. It is 'the' problem that all European decision makers have to face, and the fight against it must be our priority.

Therefore, I would like to thank you, Commissioner Johansson, for the bold and concrete steps forward in the fight against child sexual abuse. This is a strong, balanced and comprehensive strategy. But this alone is not enough. We all know that, we all have to play a role in this fight. I am fully convinced that a dedicated EU centre will be a major added value in the fight against these terrible crimes.

Commissioner Johansson, I fully support your strategy. You can count on me, on us, on Renew Europe and on the Intergroup on Children's Rights to implement it. If we don't do it, who will do it?

So European leadership please, you can count on us.

Christine Anderson, im Namen der ID-Fraktion. – Herr Präsident! Der sexuelle Missbrauch und die sexuelle Ausbeutung von Kindern kann gar nicht oft genug auf der Tagesordnung stehen. Die Opfer sind jung, hilflos. Viele Verbrechen, die kleinen Kinderseelen angetan werden, bleiben oftmals auch unentdeckt, weil Familien in einem Schweigekartell leben.

In vielen Staaten der Welt steht Kindesmissbrauch auf der Tagesordnung. Die internationale Kinderhilfsorganisation *World Vision* warnt, dass infolge des COVID-19-Lockdowns viele Familien von Armut bedroht sind, und geht davon aus, dass bis zu vier Millionen Mädchen weltweit als Kinderbräute – nicht selten von den eigenen Eltern – an Ehemänner verkauft werden, die unter dem Deckmantel der Religion des Friedens ihre kranke Pädophilie ausleben.

Das Problem der Kinderehen existiert zu größten Teilen in afrikanischen und arabischen Ländern. Und aus diesen Ländern strömen gerade illegale Migranten hierher, und damit wird eben auch die Kinderehe nach Europa importiert. Mit diesen illegalen Migrantenströmen kommt die legalisierte, weil als Ehe deklarierte Vergewaltigung von Mädchen nach Europa.

In einem Artikel beklagt gestern die Welt, dass in Deutschland vom Instrument der Aufhebung von im Ausland geschlossenen Kinderehen kaum, um nicht zu sagen fast nie, Gebrauch gemacht wird, und trifft die erschreckende Feststellung, dass selbst in Deutschland jedes Wochenende eine Kinderehe geschlossen wird. Aber Kinderehen gehören nicht nur in Sonntagsreden angeprangert und im Rahmen von Lippenbekenntnissen halbherzig geächtet, sondern entschlossen bekämpft.

Meine Damen und Herren, Kinderehen gehören nicht nach Europa. Aber warum in die Ferne schweifen, wenn das Schlechte liegt so nah: Mit wenigen Mausklicks liefert das Internet schreckliche Bilder und Videos, in denen Kinder sexuell missbraucht, ihre Körper geschändet ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Saskia Bricmont, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, chère commissaire Johansson, chers collègues, un enfant sur cinq serait victime de violences sexuelles, et dans près de 80 % des cas, l'enfant connaît son agresseur. Il est donc souvent victime de personnes en qui il a confiance.

Lutter contre les abus sexuels est une absolue priorité et nous devons agir de concert. Mon intervention s'adresse toutefois particulièrement aux 23 États membres qui n'appliquent pas la directive de 2011, et l'absence de représentants du Conseil aujourd'hui m'interroge: combien de cas d'abus auraient pu être évités depuis toutes ces années et combien de vies ruinées faudra-t-il encore avant que les États membres mettent effectivement en œuvre la législation?

Il y a un angle mort dans les actions actuellement et c'est la prévention: éduquer et sensibiliser les enfants et leur entourage à ce type de violence, aux risques et menaces liés à la présence en ligne; mettre en place de véritables programmes de prévention et d'accompagnement destinés aux agresseurs; identifier et accompagner les victimes. Des mesures qui sont déjà prévues par le droit européen et pourtant non mises en œuvre. Quelle sera l'efficacité d'une nouvelle stratégie si les États membres n'y mettent pas les efforts nécessaires? Les dépenses publiques doivent servir à renforcer nos services de protection de l'enfance, de police, de justice, sous-équipés et en sous-effectifs. Accomplir les difficiles missions qui leur sont assignées exige de revoir fondamentalement les moyens publics investis. Face à ces

lacunes graves, penser que les solutions technologiques vont pallier des années de sous-investissement chronique dans les services précités est un écran de fumée.

Nos efforts doivent se concentrer sur les femmes et hommes de terrain qui protègent les enfants, enquêtent, arrêtent et poursuivent les pédophiles. Nous voulons des actes, des moyens et pas seulement des bonnes intentions.

Jorge Buxadé Villalba, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, es penoso participar en un debate sobre la pederastia y el abuso sexual a menores al día siguiente de ver cómo este Parlamento Europeo condenó a Polonia por intentar aprobar una ley contra la pedofilia. Llevan ustedes años, años exponiendo que el sexo es algo banal, hipersexualizando la sociedad, considerando que el sexo no forma parte de esa inviolable dignidad del ser humano. Miren, déjense de palabrerías, esto es un problema serio que afecta a cientos de miles de niños en Europa y que se ha desarrollado con el silencio cómplice de autoridades y medios de comunicación.

Ahí están los casos de Telford o Rotherham, que fueron vergonzosamente silenciados por los medios de comunicación porque los proxenetas y abusadores eran de origen paquistaní; o en mi país, España, en Baleares, donde tenemos un caso de decenas de niñas prostituidas en centros de atención social que los Gobiernos de izquierdas están rechazando y en el que están paralizando la investigación judicial y administrativa. Tampoco la Comisión Europea dijo nada al respecto de este caso de niñas prostituidas en Baleares cuando le pregunté, en nombre de Vox, en enero.

Menos palabrería: más ley y orden; penas más severas; cumplimiento íntegro. Nos va en ello la civilización europea.

Anne-Sophie Pelletier, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, merci pour votre initiative. Nous sommes tous d'accord ici pour dire qu'il faut combattre fermement les abus sexuels contre les enfants et nous avons bien compris que votre priorité est la lutte contre la pédocriminalité en ligne. Pour autant, je ne voudrais pas que l'on se serve de ce sujet grave pour supprimer la protection personnelle de tous nos concitoyens.

Je me permets de vous dire que l'exploitation des enfants n'a pas commencé avec internet. Internet n'est parfois qu'une partie visible de réseaux tentaculaires d'exploitation infantile et humaine utilisant des enfants pour engranger des profits. La pédocriminalité, le tourisme sexuel, la prostitution infantile, les abus intrafamiliaux n'ont pas commencé avec internet et ils traversent les siècles et les continents. Pire, ces procès de pédocriminalité étaient parfois autorisés, souvenez-vous de cet écrivain encensé pour son roman racontant ses relations sexuelles avec une jeune fille de 14 ans, Gabriel Matzneff.

Pour terminer, Madame la Commissaire, la traite commence aussi par l'abandon de certains enfants, je veux parler des enfants exilés, des enfants roms, qui sont sciemment sortis du champ de la protection de l'enfance. Nous ne pouvons plus accepter les discussions d'arrière-boutique, tous les enfants méritent la protection de l'Europe. Et je pense que, quand on protège un enfant, on gagne un citoyen.

Ewa Kopacz (PPE). – Panie Przewodniczący! Współpraca, edukacja i pomoc dla ofiar powinny być wśród podstawowych filarów skutecznej walki z wykorzystywaniem i przemocą seksualną wobec dzieci. Czas pandemii wyraźnie pokazał, że przynajmniej część życia naszych dzieci przeniosła się do internetu. To nie tylko kwestia zdalnego nauczania, to przede wszystkim zdalne utrzymywanie kontaktów, nie tylko z rówieśnikami.

W związku z tym powinniśmy wyposażać dzieci i młodzież w wiedzę, która pozwoli im na rozpoznawanie zagrożenia, tak by umiały chronić siebie i swoją prywatność w internecie i poza nim. Do tego potrzebne są programy edukacyjne, w tym odpowiednio dostosowana do wieku rzetelna edukacja seksualna. Te działania powinny iść w parze z szeroko zakrojoną kampanią skierowaną do rodziców oraz osób na co dzień zajmujących się pracą z dziećmi i młodzieżą.

Uważam, że walka z przemocą seksualną i wykorzystywaniem seksualnym dzieci musi opierać się na kompleksowej strategii, która będzie skuteczna zarówno w świecie realnym, jak i online. Do takich wielopłaszczyznowych działań powinny zobowiązać się wszystkie kraje członkowskie. Koszt i konsekwencje nieskutecznej walki z przemocą seksualną to nie tylko stracone dzieciństwo, ale i często całe przyszłe dorosłe życie naszych dzieci.

Pani komisarz, dziękuję pani za propozycję. Jako koordynator Parlamentu Europejskiego ds. praw dziecka deklaruję pełne wsparcie dla pani działań.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, usted lo ha dicho: durante los últimos años, el número de denuncias de abuso sexual contra menores ha aumentado drásticamente. Las cifras son espeluznantes: solo en 2019 se interpusieron casi 17 millones de denuncias de abuso sexual y se interceptaron más de 70 millones de imágenes y de vídeos de pornografía infantil. Detrás de estas imágenes, hay un delito. Un abuso real que trunca la vida de las víctimas y deja en ellas profundas cicatrices internas. Desgraciadamente, la actual pandemia ha contribuido a agravar aún más el problema.

Por eso le agradezco, señora comisaria, su compromiso a la hora de defender los derechos de los niños desde el comienzo de su mandato y, en particular, de poner el foco sobre un delito grave del que no se habla lo suficiente, y de desarrollar una verdadera política europea para erradicar el abuso y la explotación sexual de menores. Por eso celebro la presentación de esta estrategia y su propuesta de incluir una excepción temporal a determinadas disposiciones de la Directiva sobre la privacidad y las comunicaciones electrónicas para garantizar que las empresas puedan continuar la detección voluntaria del abuso sexual infantil en línea.

Pero debemos ir más lejos y ser más ambiciosos, sustituyendo la Directiva actual por un Reglamento para resolver los problemas de transposición y desarrollar estándares claros a la hora de prevenir y perseguir estos delitos. También convirtiendo en imperativo legal la detección de los contenidos de abuso sexual infantil y su inmediata comunicación a las autoridades públicas por parte de los principales proveedores de servicios en línea. Y poniendo en marcha un centro europeo para combatir y prevenir el abuso sexual infantil y apoyando el papel de las ONG, tal como llevamos reclamando desde el Intergrupo del Parlamento sobre los derechos de los niños y niñas.

Finalmente, es necesario seguir trabajando en materia de prevención. Debemos seguir educando, no solo a los menores, sino también a sus padres y sus tutores, así como a todos los adultos que trabajan con ellos, sobre los peligros del mundo virtual, a través de iniciativas educativas y de sensibilización.

Actuemos unidos para proteger a nuestros niños y a nuestras niñas.

France Jamet (ID). – Monsieur le Président, Madame Johansson, mes chers collègues, il est quand même incroyable qu'à cette heure, il n'y ait aucune statistique fiable et réelle sur un sujet aussi douloureux que les abus et l'exploitation sexuels d'enfants par des réseaux criminels. Ne pas quantifier un problème, c'est quelque fois le nier. Et nous savons que des réseaux pédophiles et la pédophilie s'appuient sur des réseaux mafieux puissants, organisés, qui profitent aussi de la complaisance de l'Union européenne vis-à-vis des passeurs de toutes sortes, que ce soit en Méditerranée ou en Europe de l'Est, ou de l'absence de frontières, qui leur donne toute latitude pour cet innommable trafic.

Nous avons entendu votre proposition – temporaire –, mais il faut traquer ces mafieux. Il faut les arrêter, il faut appliquer la tolérance zéro contre ces monstres, il faut être impitoyable, parce que la place d'un violeur ou d'un trafiquant d'enfants est en prison, parce que la sanction doit donner la mesure réelle du crime commis: application de la perpétuité. Perpétuité réelle.

Marcel Kolaja (Verts/ALE). – Mr President, I fully support the protection of children. However, I am terrified that the Commission is presenting a derogation from the ePrivacy Directive – a derogation that not only approves automated filters, but also creates a blanket authorisation to use them for private communication. This is a clear threat to encryption and distraction from more serious issues, such as: first, the lack of national implementation of the Child Sexual Abuse Directive – nine whole years have passed since the adoption of this European legislation – second, the financial difficulties of many hotlines, which form the basic infrastructure of handling the analysis and reporting of child abuse material; and, third, the need to increase the capacities of the judicial system and law enforcement to make sure that they have the resources to follow up on investigations.

I support the Commission's action on tackling these serious issues, but I urge you: focus on protecting children instead of playing whack-a-mole with criminals online and violating the privacy of innocent people.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Komisarz! Panie Przewodniczący! Dziękuję Pani za inicjatywę chronienia dzieci przed pedofilami. Dane są zatrważające. To dziś Europa stała się globalnym hotspotem wykorzystania seksualnego dzieci. Prawie 90% materiałów pedofilskich na świecie znajduje się obecnie na serwerach europejskich, z czego 71% jest hostowanych w Holandii. Rzeczywiście musimy chronić dzieci. Dziecko jest bezsilne, ale my, tak jak Pani powiedziała, mamy siłę, by je ochronić. I nie możemy pozwolić na to, by pedofile wygrywali z nami. Ochrona dzieci jest sprawą absolutnie najważniejszą.

Nie zgadzam się z moim przedmówcą, że musimy wybierać między ochroną danych osobowych a ochroną dzieci. Tutaj wybór jest zerojedynkowy. Pornografia dziecięca musi być surowo karana. Pedofili musi spotykać najbardziej surowa kara. Ale pamiętajmy, że to w Unii Europejskiej dochodzi do przymusowych małżeństw z dziećmi. Każdego dnia dzieci w tych małżeństwach są gwałcone, wykorzystywane i to dzieje się w Unii Europejskiej...

(Przewodniczący odebrał mówczyni głos)

Marion Walsmann (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Kommissarin Johansson! Circa 10 bis 20 % der Kinder in Europa werden während ihrer Kindheit sexuell angegriffen. Das sind 10 bis 20 % zu viel.

Ich begrüße zwar die Strategie der EU-Kommission zur wirksamen Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern, aber wir brauchen keine weiteren Studien und Untersuchungen. Die Zeit läuft uns davon. Wir brauchen eine wirksame Durchsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften in den Mitgliedsstaaten.

Wir brauchen konkrete Maßnahmen, um dieser Unmenschlichkeit online und offline ein Ende zu bereiten. Konkrete Maßnahmen, um nicht nur Missbrauchsfälle aufzudecken, sondern sie zu verhindern. Prävention, um es den Ermittlungsbehörden tatsächlich zu ermöglichen, die Täter zu identifizieren, damit nicht Datenschutz gleich Täterschutz ist, um die Verbreitung von Kinderpornografie im Keim zu ersticken und um ein kindgerechtes Strafverfahren und entsprechende Opferhilfe zu ermöglichen.

Josianne Cutajar (S&D). – Soċjetà ċivilizzata tiċċelebra t-tfal u tagħtihom ambjent sigur fejn jikbru u jitghallmu. Soċjetà li tippermetti l-isfruttament u l-abbuż ta' wliedha hija però soċjetà marida.

Il-midja diġitali poġġiet lit-tfal friskju akbar.

Rapporti ta' abbuz splodew fl-ahhar snin u l-maġġoranza relatati mal-internet.

Il-futur u l-istat mentali ta' generazzjoni shiha jinsab mhedded minhabba min b'hażen juża l-ghodod li hloqna biex intejbu hajjitna, biex jiehu vantaġġ minn persuni innoċenti fuq in-naħa l-oħra tal-iskrin.

Din l-istrategġija trid iżżid il-harsien u tassigura li kull spazju jkun sigur għat-tfal tagħna: kemm dak fiżiku u anke dak diġitali.

L-infurzar huwa kruċjali. L-awtoritajiet nazzjonali jrid ikollhom ir-riżorsi kollha f'idejhom biex jaġixxu u jaġixxu malajr.

Imma r-responsabbiltà taqa' wkoll fuq il-pjattaformi diġitali nfushom biex jaraw li hemm l-istrategġiji għal harsien, li jaqsmu l-informazzjoni u jagħmluha faċli biex il-vittmi jirrappurtaw.

Ahna lkoll responsabbli

(Il-President irtira l-kelma lill-kelliem)

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Monsieur le Président, vos communications sont bien sûr essentielles lorsqu'elles cherchent à protéger nos enfants des prédateurs sexuels, mais, malheureusement, elles restent muettes sur deux points majeurs.

Le premier point, c'est la lutte contre les produits incitant à la pédophilie. J'ai pour exemple récent Netflix et sa scandaleuse série intitulée «Mignonnes», qui met en scène des préadolescentes ultra-sexualisées et banalise honteusement la sexualité infantile. Deuxième exemple abject: des poupées sexuelles à la taille et au corps d'enfant qu'Amazon ou Cdiscount, filiale du groupe Casino, ont pu librement mettre en vente sans soulever un seul mot de protestation, ni française, ni européenne.

Deuxième point: l'harmonisation des lois pénales au sein de l'Union européenne, notamment sur l'âge du consentement sexuel, qui entraîne la définition même du viol sur mineur et diffère totalement d'un pays européen à l'autre. Il faut s'assurer qu'un abus sexuel sur un enfant dans un pays soit puni de manière aussi sévère dans chaque pays voisin.

Voilà une occasion de montrer que l'Europe n'est pas qu'une structure construite autour de valeurs mercantiles. En agissant sur ces deux points, elle lutterait contre les prédateurs et protégerait nos enfants.

Assita Kanko (ECR). – Mr President, the measure of a society is how it protects the most vulnerable. Right now, Europe is letting its children down. Interpol, Europol, the Internet Watch Foundation and many others have highlighted the shocking and vast extent of the sexual abuse of children online in Europe.

Our aims are clear: that more victims need to be identified and protected that more criminals need to be brought to justice and that we will do all we can to create a world free from child sexual exploitation. To achieve this, the EU needs to lead the world on creating effective partnerships between governments, industry, law enforcement and NGOs.

The EU must give the necessary political will, expertise and resources needed to end this horrific pattern of criminality once and for all, and also in how we show children on television and in the media.

Lena Düpont (PPE). – Herr Präsident! Statistisch sitzt in jeder Schulklasse in Deutschland ein Kind mit Missbrauchserfahrung. Die meisten Dateien mit Darstellungen liegen auf niederländischen Servern. Allein beim letzten Skandal wurden 500 Terabyte Datenmaterial sichergestellt. Täter und Nutzer sitzen in ganz Europa. Wir brauchen eine stärkere europäische Antwort auf dieses grauenhafte und leider sehr dynamische Geschäftsmodell.

Das Gemeinsame Zentrum, eine stärkere Koordinierung der europäischen Bemühungen sind notwendiger denn je. Darüber hinaus brauchen wir aber auch ein robustes Mandat für Europol, was die Zusammenarbeit mit Drittparteien angeht, was die Möglichkeit zu eigenen Ermittlungen angeht, was den Einsatz von KI und neuester Technologie angeht, was die lückenlose Verknüpfung mit SIS und dem Prüm-Netzwerk angeht, aber auch was die Unterstützung und Betreuung für die Ermittlungsbeamten angeht, die sich tagtäglich mit diesem grauenhaften Datenmaterial auseinandersetzen müssen.

Und zu guter Letzt: Wir brauchen die Vorratsdatenspeicherung, und wir brauchen *e-evidence*. Datenschutz darf unter keinen Umständen eine Ausrede für Täterschutz sein.

Beata Kempa (ECR). – Panie Przewodniczący! Bardzo dziękuję, pani komisarz, za materiał, który pani przedstawiła. Gwarantujemy, że będziemy panią wspierać we wszystkich tych rozwiązaniach, które pani przedstawiła i planuje. Przede wszystkim to, żeby zrobić kwereńdę możliwości Unii, a także poprawić przepisy – ostre, jasne, zdecydowane – będziemy popierać.

I kilka słów, co zrobiła Polska, tak bardzo tu przez państwa krytykowana. Otóż my podnosimy kary za pedofilię: trzydzieści lat pozbawienia wolności, dożywocie w przypadku gdy dziecko umrze na skutek przestępstwa pedofila, bez możliwości warunkowego zwolnienia, rejestr pedofili jawny dla wszystkich, tak żeby wszyscy mogli wiedzieć, kto obok nich mieszka, kto ubiega się o pracę, być może miał właśnie styczność z pedofilią – to są nasze rozwiązania.

I wreszcie cyberprzemoc. Proszę państwa, ta cyberprzemoc, wobec której dziecko jest absolutnie bezbronne. My musimy jako dorośli odłożyć nasze ambicje, nawet może i nasze wolności, bo przestępcy w internecie są bardzo sprawni i są przeciwko dzieciom.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący ! Każdego roku miliony dzieci pada ofiarą wykorzystywania seksualnego. Każdego roku miliony dzieci są wykorzystywane w internecie. Każdego roku słyszymy o przypadkach molestowania dzieci tam, gdzie powinny się czuć najbezpieczniej, czyli w rodzinie. Każdego roku słyszymy o tysiącach pedofili, którzy unikają odpowiedzialności karnej. I proszę Państwa, przecież nikt tutaj nie powiedział, że doświadczenie przemocy w dzieciństwie odciska trwale piętno na psychice dziecka, powoduje spiralę, czy prowadzi do spirali przemocy, a także do licznych samobójstw. Dlatego wspieram tych wszystkich, którzy mówią, że dane pedofila nie powinny absolutnie być utajnione, powinny być podane do publicznej wiadomości. Żaden pedofil, bez względu na pochodzenie, wykonywany zawód, miejsce zamieszkania, nie może stosować przemocy. Proszę Państwa, najlepsze prawo – i mówię to też do koleżanek z Polski – nie ochroni naszych dzieci, jeżeli ono nie jest stosowane tak samo dla wszystkich pedofilów, czy to...

(Przewodniczący odebrał mówczyni głos)

Javier Zarzalejos (PPE). – Señor presidente, después de leer y de escuchar la Comunicación de la Comisión no solamente nos deberíamos sentir horrorizados: nos deberíamos sentir avergonzados por nuestra incapacidad para asumir las responsabilidades que nos corresponden en este tema.

Europa se ha convertido en el centro mundial de distribución de pornografía infantil. Y esto ocurre cuando veintitrés de los veintisiete Estados miembros –como se ha recordado– no han traspuesto la Directiva relativa a la lucha contra los abusos sexuales. Necesitamos aumentar la penalización de estas conductas y armonizar los tipos penales.

Es preciso que establezcamos con rapidez un marco jurídico para que los proveedores de servicios en internet puedan actuar de manera más eficaz en este tema. Es imprescindible que apoyemos más y que trabajemos codo con codo con las organizaciones de la sociedad civil que están también en esta lucha.

Necesitamos nuevos instrumentos de cooperación judicial transfronteriza y es preciso reforzar la competencia de Europol, que ha demostrado ser un instrumento privilegiado por su eficacia en la cooperación policial. Debemos declarar la guerra a todos aquellos que todos los años destrazan la vida de miles de niños y niñas.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nell'Unione europea, circola la maggior quantità di materiale pedopornografico su scala mondiale, secondo i dati dell'*Internet Watch Foundation*. Questo dato fa comprendere la gravità di un fenomeno che genera crimini odiosi e in aumento, commessi sia online che offline con forme diverse, in ogni segmento della società.

I minori disabili, migranti, le bambine e le ragazze vittima di tratta sono le categorie vulnerabili più a rischio. L'attuazione del quadro legislativo esistente da parte degli Stati membri è fondamentale per la prevenzione, l'indagine, il perseguimento dei reati, nonché per l'assistenza e la protezione delle vittime.

La cooperazione tra i diversi attori sociali, come istituzioni, famiglie, scuola, servizi sociali e sanitari, ha un ruolo primario nel fornire aiuto e protezione. Se saremo in grado di proteggere i minori proteggeremo il presente e il futuro della nostra società.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

5. Erste Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir mit dem Abschlussstatement von Frau Kommissarin Johansson fortfahren, würde ich gern die erste heutige Abstimmungsrunde eröffnen. Nicht um die Debatte geringzuschätzen, sondern um die weiteren Abläufe des Tages nicht in Verzug zu bringen.

Die Dossiers, über die wir abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde ist von 9.30 Uhr bis 10.45 Uhrgeöffnet. Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie bei den vorherigen Abstimmungsunden. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Ich erkläre die erste Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 10.45 Uhr abstimmen. Die Ergebnisse der ersten Abstimmungsunde werden um 12.30 Uhr bekannt gegeben.

6. Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern (2020/2702(RSP)) fort.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Mr President, I feel the honourable Members' strong commitment to fighting child sexual abuse. I count on your support for the interim legislation on the table and I count on good cooperation with the implementation of the strategy.

We heard from Mr Lenaers about being a parent and the strong emotions that you feel to protect your child. But I think that we all also feel, as adults, strong emotions about protecting all children and the obligation, as politicians, to take the proper measures to do so.

I will work with you to protect children, both online and offline, and of course, there is also a very strong link between online and offline crimes. Ms Pelletier mentioned that because, to be able to see this content online, you have to produce new content and that is the ongoing raping and abuse of children. It is also, of course, the case that, when these materials can stay there for years, being watched again and again and again, the crime is been done again and again and again towards the victims.

I think that our upcoming European centre to prevent and counter child sexual abuse will play a key role in this area. It's important that many of you have stressed the implementation of the directive. We already have the ongoing infringement procedures and all of you that are studying the strategy can see that there are a lot of things in the strategy that will help Member States to really implement the directive, so this will be the focus.

May I also say something about the interim legislation that we have on the table. This is to avoid an unintended situation where otherwise we would make it impossible for the voluntary detection of child sex abuse materials that the companies do right now. I must say that I think that Mr Kolaja is falling into a very dangerous trap here. There is no contradiction between working on prevention, working with victims, working on the implementation of the directives, working with hotlines and also making it possible that we do not put into force an unintended effect that would stop the internet companies from doing this important detection and reporting. Hotlines play a very important role, but they only detect a very small fraction of this material because most of the material is not public. It's in communication or more closed areas.

Some of you have also mentioned trafficking and that is important. I can tell you that we are coming forward with new proposals and a new strategy to fight trafficking. That will be part of the upcoming proposals at the beginning of next year on fighting organised crime.

To conclude, I must say that there is one thing that perpetrating paedophiles fear more than anything else, and that is the light. They would like to stay and act in the dark. I think that Ms Sippel said something very wise here: being silent and looking away is simply not an option. I fully agree. Let's turn on the light. As Ms Vautmans said, if we don't do it, who will do it? I fully agree with that as well. We have the power. Let's use that important power together to protect children.

(Applause)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – L'abuso e lo sfruttamento sessuale dei minori rappresentano un'intollerabile violazione dei diritti umani. Secondo stime del Consiglio d'Europa, un minore su cinque in Europa è vittima di una qualche forma di violenza sessuale. Nel 2019, inoltre, l'UE ha raggiunto il primato mondiale per materiale pedopornografico ospitato. E la crisi di Covid-19 ha aggravato una situazione già sconcertante: in alcuni Stati membri, la domanda di materiale pedopornografico è aumentata fino al 25%, e a livello mondiale il numero di segnalazioni di abusi sessuali su minori è quadruplicato. Considerata la natura spesso transfrontaliera di questi crimini, occorre un'azione coordinata e comune a livello di UE, per contrastare questo fenomeno *offline* e *online*. Prevenzione, protezione, assistenza alle vittime, coordinamento investigativo, repressione e condivisione delle *best practice* devono rappresentare le priorità di un approccio multisettoriale, che coinvolga autorità di contrasto, ricercatori, organizzazioni impegnate nel supporto ai minori e settore privato, in particolare i fornitori di servizi *online*. La strategia presentata dalla Commissione, frutto del dialogo instaurato con il Parlamento e con l'Intergruppo sui diritti dei minori, si muove in questa direzione. Devono ora seguire misure legislative e azioni concrete, per assicurare davvero il rispetto dei diritti dei bambini come sanciti nell'art. 24 - CDFUE.

Rovana Plumb (S&D), in writing. – Sexual violence knows no boundaries. It occurs in every country, across all parts of society. In the last ten years, online child sexual abuse increased exponentially worldwide, from 1 million reports of child sexual abuse material in 2010 to 17 million in 2019. The old warning 'don't talk to strangers' has lost its power. In online chat, strangers come disguised as teenagers; they know all the right words and all the right music. The current COVID-19 pandemic has further increased the risk of sexual exploitation for children, because they are spending more time online. For children who live with their abusers, the isolation linked to the COVID-19 crisis may have dramatic consequences. Fighting child sexual exploitation is a joint effort between law enforcement, EU Member States, non-governmental organisations, international organisations and the private sector. I am very pleased that the European Commission launched in July 2020 a package of measures to better combat child sex abuse – a European strategy to fight child sexual abuse. I am convinced that such a strategy is the right way forward, as increased cooperation is needed to coordinate efforts to protect our children online. It is our obligation to protect children. Let us do what is needed.

7. Erholung der Kultur in Europa (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

8. Die Bedeutung städtischer und grüner Infrastruktur – Europäisches Jahr für grünere Städte 2022 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Bedeutung städtischer und grüner Infrastruktur – Europäisches Jahr für grünere Städte 2022 von Sirpa Pietikäinen, Christel Schaldemose, Karin Karlsbro, Bas Eickhout, Jadwiga Wiśniewska und Idoia Villanueva Ruiz im Namen des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (O-000039/2020) (B9-0014/2020).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Christel Schaldemose, stiller. – Hr. formand! Ærede kollegaer, formand og repræsentanter for Kommissionen. Jeg står her i dag på vegne af Miljøudvalget for at tale om, hvordan vi kan sørge for, at vores byer bliver grønnere. Grønne byer er vigtigere end nogensinde før. De er centrale for håndteringen af de store udfordringer, som vi står overfor klimamæssigt og miljømæssigt. Tre fjerdedele af EU's befolkning bor i byer og forstæder, og andelen er stadig stigende. Så vi har brug for at gøre en indsats for at hjælpe alle de mange mennesker til at leve et renere og sundere og bedre liv.

Grønnere byer handler ikke bare om at få byer til at se grønnere ud, grønne byer handler også om at sikre renere luft, vand og jord og om at mindske støj og stress. Grønne byer handler om at sikre længere og bedre liv, og det handler om at bekæmpe konsekvenserne af klimakrisen. Tag for eksempel luftkvalitet. Luftkvaliteten i byerne er en af EU's allerstørste sundhedsudfordringer. Hvert år dør hundredetusindvis af mennesker for tidligt på grund af luftforurening. Og efter luftforurening er støjforurening den største miljømæssige årsag til sundhedsproblemer.

Vi kan gøre noget ved det her, hvis vi gør noget for at sikre, at vores byer bliver grønnere. Vi kan løse problemerne med intelligente og simple og grønne investeringer. For eksempel kan vi plante naturlige støjafskærmninger, vi kan forhindre jorderosion og oversvømmelser med god byplanlægning. Vi kan også erstatte asfalt og beton med tilplantet jord og underlag, som vandet lettere kan trænge ned igennem. De grønne initiativer i byerne kan også være med til at sikre vores biodiversitet, for med støjafskærmninger og oversvømmelsesværn og luftrensningsinitiativer kan vi faktisk hjælpe vores bier, sommerfugle, blomster og anden fauna.

Vi bliver virkelig nødt til at gøre en kæmpe indsats for at gøre noget ved vores byer. Det er også derfor, vi i Miljøudvalget har ønsket at stille dette spørgsmål. Så for at summere op: Grøn infrastruktur kan tackle mange af de udfordringer, som bymiljøerne står overfor, f.eks. konsekvenserne af ekstreme vejrforhold, tab af biodiversitet osv. Og det er også derfor, vi gerne vil spørge Kommissionen her i dag: Overvejer Kommissionen at udnævne eller støtte udnævnelsen af et år for grønnere byer i 2022? Vi tror nemlig på, at det kan være med til at øge opmærksomheden om, hvordan vi kan gøre vores byer grønne. Og hvordan ønsker Kommissionen at fremme udveksling af de bedste initiativer rundt omkring fra medlemslandenes storbyer? Og hvilke foranstaltninger vil Kommissionen træffe for at bidrage til at udbrede en grøn infrastruktur? Med andre ord vi ønsker i Miljøudvalget at gøre en indsats for grønne byer, og vi ønsker at spørge Kommissionen, hvad de har tænkt sig at gøre for at understøtte denne udvikling af grønne byer.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Mr President, this year probably more than ever, the two thirds of Europeans living in cities and urban areas have particularly valued the green spaces in our cities.

During lockdown, we have rediscovered the comfort they provide, both physically and mentally, and during the extreme heat waves that have hit Europe this summer, we have enjoyed the cooling they brought.

We all know greener cities are cooler, smarter and healthier. The ambition to green European cities and increase biodiversity in urban spaces was enshrined in the goals set out in the European Green Deal, which highlights the importance of urban green infrastructure for improving the quality of life in urban areas.

Reflecting the importance of this subject, you propose in your draft resolutions a European Year of Greener Cities for 2022, which could possibly offer a platform to promote policies and to buy in support at city level to strengthen the implementation of EU environmental laws and policies and, thereby, to support delivery of the European Green Deal.

I have taken note with great interest of this idea, and once adopted by this House, we will assess its feasibility and timing, also within the context of various city initiatives and programmes already under way or in the pipeline that aim to green urban areas and improve nature in cities.

Now let me give you a few examples of the various initiatives and programmes through which we already today promote and scale up urban green infrastructure.

The best known one, the European Green Capital, this year Lisbon and next year Lahti, and the Green Leaf awards. They reward and disseminate best practice in urban green infrastructure. The Green City tool offers guidance and advice, including on funding and capacity-building, and the soon-to-be-launched Green City Accord, which aims to support the EU biodiversity strategy for 2030 by encouraging greater nature and biodiversity actions in cities.

Let me also mention the Urban Partnership on Sustainable Land Use and Nature-Based Solutions, which forms part of the Urban Agenda for the EU as well as the Urban Innovative Actions programme, that supports the testing of innovative ideas in cities, including in the area of green infrastructure.

The EU MAES Initiative, which provides technical guidance for cities through the mapping and assessment of ecosystems and their services; the Horizon 2020 policy agenda for nature-based solutions and re-naturing cities, which aims to position the EU as a leader in innovating with nature; as well as the Horizon Europe mission on climate-neutral and smart cities, which will support 100 European cities in their systemic transformation towards climate neutrality and the Biodiverse Cities pilot project, which aims to enhance the use of green infrastructure in the urban context.

More generally, EU funding for cities will provide important opportunities. Member States and regions can support green infrastructure through the EU cohesion policy, and will continue to do so in the upcoming programming period for cohesion policy, including through instruments such as the LIFE programme.

Let me recall that scaling up the deployment of green infrastructure plays a key part in the recent EU biodiversity strategy for 2030, which recognises the importance of green urban spaces and calls on European cities of at least 20 000 inhabitants to develop ambitious urban greening plans by the end of 2021.

The biodiversity strategy also contains a roadmap for planting at least 3 billion additional trees in the EU by 2030, which will be part of our upcoming forest strategy. This will be particularly beneficial in cities, not least as it will help us to cool urban areas.

No less than 11 000 Natura 2000 sites designated under EU nature legislation are located within urban and peri-urban areas all over the European Union. Natura 2000 sites constitute the core of EU-level green infrastructure and often offer a strong basis for the development of urban greening plans.

These may include measures to create biodiverse and accessible urban forest, parks and gardens, urban farms, green roofs and walls, tree-lined streets, urban meadows and urban hedges. This should help improve connections between green spaces, eliminate the use of pesticides in cities, and limit excessive mowing of urban green spaces and other biodiversity-harmful practices.

Such plans could mobilise policy, regulatory and financial tools, and the Commission will support Member States and local and regional authorities through technical guidance and will help to mobilise funding and organise capacity-building. The Commission will also reflect this objective in the European Climate Pact.

The process will be facilitated through the establishment of an EU urban greening platform in 2021 in close collaboration with cities and, of course, mayors.

All these new commitments, both directly on urban greening but also the EU-wide commitments on nature protection and restoration, represent a major scaling-up of the deployment of green infrastructure across all of Europe.

As a key element of our biodiversity strategy for 2030, green cities remain high on our political agenda, and I am counting on your, as well as on Member States' and regions', support to implement our ambitious goal to bring nature back to our cities.

I look forward to working very closely with you on this important subject.

Der Präsident. – Gemäß Artikel 136 Absatz 5 der Geschäftsordnung wurde ein Entschließungsantrag eingereicht*.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Donnerstag, 17. September 2020, statt.

*Siehe Protokoll.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Eurooppalaisten kaupunkien, kuntien ja taajamien viherympäristöt ovat tärkeitä hyvinvoinnillemme ja taloudellemme. Viherympäristöt tuottavat monia terveydelle ja taloudelle arvokkaita palveluita, edistävät luonnon monimuotoisuutta ja antavat mahdollisuuden luonnosta nauttimiseen myös heille, joille luontoon pääseminen on vaikeampaa. Vihreät naapurustot ovat arvokkaita ja houkuttelevia. Viherympäristöjen suunnittelulla, rakentamisella ja kunnossapidolla on Euroopassa myös suuri kansantaloudellinen merkitys. Ala työllistää vaikeasti työllistyviä henkilöitä. Luonnon monimuotoisuus on kriisissä ja ilmastonmuutos pahenee. Rakennettujen viherympäristöjen järjestelmällistä lisäämistä kaupunkeihin ja taajamiin tarvitaan Euroopassa nopeasti. Rakennetut viherympäristöt paranta-

vat ilmanlaatua, vähentävät äänisaastetta ja ilman hiilidioksidipitoisuutta, lieventävät äärisääilmiöiden vaikutuksia, suojelevat hyvin rakennettuina luonnon monimuotoisuutta ja kannustavat liikkumaan.

Näiden tärkeiden viherympäristöjen vaikutusten vuoksi esitän vuoden 2022 nimeämistä eurooppalaiseksi vihervuodeksi. Teemavuosi lisää tietoisuutta viheralueiden merkityksestä, korostaa viherympäristöjen taloudellista ja ympäristöhyötyä sekä roolia elämänlaadun parantamisessa ja vaikuttaa kaavoituspolitiikkaan.

Viheralueiden ja lähimetsien tärkeys on valjennut monelle eurooppalaiselle koronakriisin aikana. Kun ravintolat, museot, liikuntakeskukset ja muut vapaa-ajanviettopaikat sulkeutuivat, monelle luonnossa liikkuminen oli yksi ainoista tavoista liikkua kodin ulkopuolella. Koronavirus on entisestään korostanut tarvetta lisätä kaupunkiympäristöön viheralueita, joilla ihmiset voivat liikkua vapaasti ja väljästi, fyysisestä etäisyydestä huolehtien. Eurooppalainen vihervuosi 2022 on koronaviruksen vuoksi entistäkin tärkeämpi aloite.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – Inicjatywa zielonych miast jest koniecznością naszych czasów. Zawiera wiele postulatów rozwoju infrastruktury w miastach w ten sposób, aby poprawić jakość życia, jakość powietrza, zmniejszyć hałas. Odsetek populacji miejskiej cały czas rośnie i może osiągnąć 80 % w 2020, a co roku w UE 430 000 osób umiera przedwcześnie z powodu oddychania zanieczyszczonym powietrzem.

Na szczęście od lat obserwujemy trend przywracania miast do przyrody. Jednym z wielu miast europejskich, które przechodzą taką transformację, są bliskie mi Katowice. Miasto będące kolebką polskiego przemysłu węglowego przez lata znacznie poprawiło jakość życia poprzez inwestycje infrastrukturalne. Od wielu lat realizują program zazieleniania miasta, pokazując, że taką samą wagę jak do rozwoju gospodarczego przywiązują do zapewnienia mieszkańcom czystego powietrza.

Dziś potrzebujemy zielonej infrastruktury, wykorzystania naturalnego kapitału, ale nie możemy zapominać o ważnej roli zwykłej infrastruktury, która może poprawiać jakość życia. Dlatego złożyłam jedną poprawkę o ciepłownictwie sieciowym, które może znacząco przyczynić się do poprawy jakości powietrza przez obniżenie niskiej emisji z domów; wiem, że ten element jest niedoceniany w wielu krajach, ale w moim regionie Europy ma znaczący wpływ.

9. Das Erfordernis einer unmittelbaren humanitären Reaktion der EU auf die aktuelle Lage im Flüchtlingslager Moria (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu dem Erfordernis einer unmittelbaren humanitären Reaktion der EU auf die aktuelle Lage im Flüchtlingslager Moria (2020/2781(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Mr President, I think I share the feelings of many of you watching the pictures from Moria after the fire, but also before the fire. And one of the goals I've been working on is to find and present a new pact on migration and asylum to be able to come to a solution where we can agree on a common European migration and asylum. One important aim is: no more Morias.

(Applause)

We should not accept people living under these conditions.

I have said many times here in Parliament that the conditions in Moria are unacceptable and now it has just got worse. The pictures and reports remind us that the people in Moria are just like us – fathers, mothers, sisters and brothers, sons and daughters, people, men, women, old people, and all too many children who already had little and now have nothing. People running away from the fire, families torn apart, people sleeping on the burnt ground under the sky.

What we know: on Tuesday at midnight fires started in several parts of Moria reception centre. A large part of the population ran into the surrounding areas and hills, others fled into the city of Mytilene and the vicinity of the Kara Tepe centre. On Wednesday two fires burnt down another part of the Moria centre. In practice, the Moria centre no longer exists.

How these fires started is not yet clear, and I will not speculate. No one died or needed to go to hospital and that's of course very good, luckily that's the outcome. But 2 362 people are now in need of shelter, acute need. Our first priority must be the children. All remaining 406 unaccompanied minors in Moria have been transferred to the Greek mainland with the Commission's help and financial support, and we did that the first day.

I can today announce that the unaccompanied minors on the other islands will be moved to safety as well, and we have already started, as you know, the relocation of unaccompanied minors to other Member States and now we will step up on this and continue this coordination and relocation of unaccompanied minors. But I'm also worried about other vulnerable people – families with small children, the elderly and pregnant women.

I have recently written a letter together with the Presidency and German Minister Horst Seehofer to all Member States arguing that we asked them to step in to do more voluntary relocation and more of this voluntary solidarity that is necessary now.

Our immediate focus right now is to provide food and shelter and to prevent suffering, and to support the Greek authorities to this end. Last week Vice- President Schinas travelled to Greece to assess the situation. The Commission has been in constant contact with the Greek authorities and the German Presidency.

On 12 September, Greece asked for assistance under the Union Civil Protection Mechanism. Now we have 12 Member States that have already offered support – shelter, water, sanitation and hygiene products and medical assistance. Already more than 100 000 items have been included in this so far.

Our Emergency Response Coordination Centre (ERCC) is coordinating this effort, facilitating delivery and co-financing transport. Other Member States are providing medical teams and shelter on a bilateral basis. Reportedly, the support of food and water has been secured. Seven hundred tents and seven Rubb halls have now been installed to provide shelter which could house an estimated 5 000 people today. Vulnerable people and women with children are receiving priority. At the beginning of this week, 800 people were living in these tents.

Progress is slow in part perhaps because all these people are being tested for COVID-19 and those that are found positive are being kept in isolation, but also because people are afraid to enter the new tent centre. We have to remember that these people are in a very, very difficult situation. Our agencies EASO and Frontex are on the ground offering support. For example, the offices of the Greek asylum service in Moria have been completely destroyed, but asylum interviews will resume in Lesbos in the coming days.

These emergency measures build on our efforts over the last six months. You have heard me before saying in the beginning of my mandate that the conditions in these overcrowded reception centres on the Greek islands has been unacceptable.

When we started, when I started and took office, there was more than 50 000 people living in the centres on the islands, and now there are half as many. In Moria in six months we have gone from 25 000 people to 12 000 people. It's still too many, it's still unacceptable, but I've pushed for change and numbers are going down thanks to the efforts of the Greek authorities and thanks to the efforts of the Commission.

We have put in place a programme as you know to give unaccompanied minors a new chance and a new life in Europe, and one Member State also decided to welcome sick children with their families. So we are now on track to relocate 2 000 unaccompanied teenagers and children together with their families, and now we could top up that with the new pledges from Member States.

Every week a plane is leaving to a welcoming Member State with these unaccompanied minors. In Moria, we went from 1 200 unaccompanied minors to 400, and these 400 have now also been moved to safety as I just said.

In the last six months, we have also made efforts to build more and better reception facilities. You know, Moria has been destroyed and right now the acute task is to give shelter, food and medicine. A new permanent and proper centre is the priority, but there can be no more Morias.

We need a fresh start on migration and this is the right moment, as President von der Leyen said yesterday in the State of the European Union. In her inspiring speech, she said: 'Migration has always been a fact for Europe, and will always be. Throughout the centuries, it has defined our societies, enriched our cultures and shaped many of our lives, and this will always be the case.'

I could not agree more. That's what I have always said: Moria is not normal but migration is normal. It's something that we can manage.

Moria is a leftover of the 2015 migration crisis, but times have changed. In 2015, almost two million people fled to Europe and crossed our borders irregularly. Now it's 140 000 people irregularly arriving. In 2015, most refugees were from Syria and 90% received refugee status. Now the majority of irregular arrivals – two thirds – are not entitled to international protection. The situation has changed, but the need for a common European policy and common European legislation to manage migration and asylum is still there.

As President von der Leyen said yesterday, we want a constructive approach towards migration because it will always be with us. We need a humane and human approach. That means saving lives at sea is not optional.

A closer link between asylum and returns, fighting smugglers, working with external parties and creating legal pathways to Europe. Welcoming people who have the right to stay, and helping them to integrate and be a part of our society. Solidarity with those countries who fulfil their legal and moral duties or are most under pressure. And with all Member States taking their share of the responsibility.

(Applause)

Roberta Metsola, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the devastation on Moria, as you said, is horrifying; thousands are homeless, they are scared and they have lost everything. The combination of a continued migration influx, a pandemic, and Turkish sabre-rattling have made dealing with this emergency all the more challenging, and I really want to pay tribute to the Greek authorities, who are performing miracles in exceptionally difficult circumstances. Since last summer, as we heard, Greece with the EU's support has managed, incredibly, to nearly halve the inherited numbers in the camp, from 22 000 to 12 000, and such is the scale of the challenge. Member States and the Commission have also been very quick to step forward with relocation pledges and immediate solidarity.

I think in this discussion, we have to reiterate that the point is greater. We simply cannot have ad-hoc solidarity anymore. We need permanent instruments where every state plays its part, where meaningful solidarity is more than just a buzzword, where responsibility is truly shared, where lives are saved, where we completely reform Dublin, we improve our rate of return, we go after traffickers, we give people in need of protection a chance at a future without fear, where we strengthen our external border management, where we look at safe paths like resettlement that allow people a way out without getting on boats, where we invest in integration, where we end ghettos and tackle the causes fuelling extremism. As President von der Leyen pointed out, Moria cannot become yet another painful reminder of the (inaudible) Member States to step (inaudible). Three-year-old Alan Kurdi drowned ...

(The President cut off the speaker)

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, el incendio que ha devastado el mayor campo de refugiados en suelo europeo es el último capítulo de la vergüenza de Europa.

Desde 2013, los socialdemócratas hemos advertido que Moria era un infierno. Y no se ha actuado. La construcción de otro Moria no puede ser la solución. La recuperación de la dignidad y los derechos de más de 12 000 seres humanos, muchos de ellos menores, requiere su acogida por parte de los Gobiernos nacionales. ¿Hasta dónde están algunos dispuestos a llegar para convertir al Mediterráneo en un cementerio? ¿No somos conscientes de que en el Mediterráneo no solo se hunden las vidas, sino que también estamos hundiendo la dignidad del propio proyecto europeo?

Hay quienes olvidan que el Mediterráneo es la cuna del Derecho. Y el refugio es un derecho fundamental. Desprecian sin pudor la memoria de Europa, ese gesto de solidaridad humana tan noble como es el asilo, brindado por otros países a millones de refugiados europeos que huyeron de las guerras que arrasaron en muchas ocasiones Europa, y ponen en peligro la credibilidad de nuestro proyecto europeo.

Desde hace años, el Consejo ha bloqueado una respuesta común que reemplace las soluciones de emergencia. Y ahora esperamos que la propuesta de la Comisión Europea —que presentará la próxima semana— plantee un mecanismo de reparto obligatorio basado en la responsabilidad y en la solidaridad, así como en los visados humanitarios.

No puede hacer buena política quien no tiene buen corazón. Y negarse a rescatar a las personas y negarse a recuperar su dignidad demuestra no estar habilitado para llevar a cabo esta gran responsabilidad que tenemos como europeos.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, thank you, Madam Commissioner, and no thanks to the Council which is absent once again. I hear a lot these days that Moria is a failure of policy.

Unfortunately it's not a failure of policy, it is policy. This is what Member State governments have been doing deliberately. So they actually think it's a success because Moria was supposed to be a deterrent and not a success, and therefore I would not want to improve the camps, we have to abolish camps. This is Europe, we don't keep people in camps.

How can we with moral authority judge, criticise the United States where Trump is building a wall, separating children from their parents, even forced sterilisation of women, if we let people drown, if we let them starve, if we let them live in the streets without even water, food and medicine? Can we look ourselves in the eyes?

Now, this is a joint European responsibility, I'll come back to that, but it's also a Greek responsibility. What happened to the hundreds of millions of euros that were allocated to the Greek authorities earlier this year to improve reception conditions? How is it possible that amongst the 12 000 in Moria there were 2 000 who had already obtained their status, but they were homeless and forced to live in Moria? Why did the Greek authorities lock people up in the camp where there was Corona, which is basically arbitrary detention, which is illegal.

Now, some governments have been very generous in taking in refugees, but some governments, including my own, have been heartless and stingy. But we also have to be honest colleagues because those governments cover parties which are EPP, S&D, RENEW and the Greens.

And you know what, because they're all scared of the people over there: the far right who are dehumanising human beings. But we should stop being scared and we should take our responsibility and listen to our citizens, because they are actually a lot less scared. Listen to all those local authorities in all our countries who say we are ready, we can do it, yes we can we can do it, '*wir schaffen das*'.

And one last sentence, President, read my lips: Moria shall not be the model for the migration act that we will ...

(The Chair cut off the speaker)

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, l'incendie du camp de Moria est le symbole de l'échec des politiques migratoires de l'Union: 12 000 migrants y étaient entassés dans un lieu prévu pour 3 000 seulement.

Paralysée par son indécision, l'Union européenne n'a réussi ni à les empêcher d'arriver en Grèce, ni à les héberger dignement. Ce qui est encore plus grave, c'est que la Commission n'en a pas tiré les leçons. Dans son discours du 16 septembre, M^{me} von der Leyen nous a expliqué qu'il fallait désormais ouvrir les bras aux nouvelles vagues de migrants. Elle veut abroger le règlement de Dublin pour forcer les États européens à se répartir les centaines de milliers de migrants qui arriveront en Grèce et en Italie. Comme pompe aspirante de l'immigration, on ne fait pas mieux. Et en plus, elle veut créer des voies légales d'immigration, infligeant ainsi en quelque sorte une double peine aux nations européennes.

La vraie solution se situe évidemment aux antipodes de ce triste programme de soumission, elle consiste à résister fermement aux passeurs et aux États, comme la Turquie, qui facilitent notre submersion. Mais l'Union ne sera pas capable de s'y résoudre, en tout cas pas tant qu'elle sera dirigée par le trio Merkel-Macron-von der Leyen.

C'est par des décisions politiques fortes et non pas par des arguties juridiques que les peuples européens reprendront leur destin en main.

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, actually in this debate, far too few of the people who are most affected by this situation get to be heard: the refugees themselves.

Our colleague Erik Marquardt is in Moria right now and he wanted to change that. That is why I want all of you to listen to the testimony that Zabi from Afghanistan gave to him,

(Ms Reintke plays an audio message from her mobile phone into the microphone)

'Hi. My name is Zabi I'm from Afghanistan and I'm also one of the refugees who used to live in Camp Moria. Now that they have left Camp Moria, these refugees have been sleeping on the ground. This is an extremely horrible and heart-breaking situation.'

(The President interrupted the speaker)

IN THE CHAIR: KATARINA BARLEY

Vice-President

President. – Colleagues, we are here as Members of Parliament to help other people. We have other people to speak here. If we start that, we could have 450 million people speaking here!

Ms Reintke, I am sorry, even though I understand what you want to say, please could you carry on in a different way – maybe reading it out or something?

Terry Reintke, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, if I must, I am going to read out the rest of the statement that Zabi from Afghanistan gave. He said:

'If you think that the refugees are not suffering here, please see if you can come here with your own families, with your beloved ones. Cross the sea with a rubber boat and try to see if you can sleep on the ground with your beloved ones. Try it without having enough food, water or some sort of shelter. How can this happen? Honestly, we as refugees believed that human rights would be respected in Europe. The fact that we are refugees still doesn't mean that we should be a burden on anyone's shoulders. No, we can work as long as there are opportunities provided for us. We know how to even offer help because we have been through so much in life. We had heart-breaking reasons for leaving our countries. We had heart breaking reasons for leaving our families and our beloved ones behind. I don't really know what else to say because these words should be enough to wake up those who take decisions.'

(Applause)

Εμμανουήλ Φράγκος, εξ ονόματος της ομάδας ECR. – Κυρία Πρόεδρε, όπως όλοι γνωρίζετε, η Μόρια κάηκε από ισλαμιστές λαθρομετανάστες, και το ερώτημα είναι ποιος τους συντόνισε και με ποιους συνεργάστηκαν· ενδεχομένως οι ίδιες οι ΜΚΟ, ενδεχομένως στάλθηκαν ομαδικά μηνύματα. Σε κάθε περίπτωση, η φωτιά στη Μόρια έρχεται να επιβεβαιώσει την άποψή μας ότι η συνύπαρξη με τους λαθρομετανάστες εκτός από αδύνατη είναι και επικίνδυνη. Η λύση που προτείνουμε είναι απλή και απόλυτα εφαρμόσιμη: Απαιτούμε σφράγισμα των συνόρων μας και μεταφορά όλων αυτών σε κλειστές δομές σε ακατοίκητα νησιά, μακριά από τα σύνορα με την Τουρκία. Τέτοια νησιά είναι η Γιάρος και η Μακρόνησος. Εκεί θα παραμένουν για ένα διάστημα έως έξι μηνών, μέχρι να ολοκληρωθεί η διαδικασία της απέλασής τους. Και μιλώ για απέλαση, διότι όλοι αυτοί έρχονται παράνομα από την Τουρκία, μια χώρα που ούτε έχει πόλεμο ούτε είναι επικίνδυνη χώρα. Συνεπώς, δεν δικαιούνται άσυλο στην Ελλάδα. Κλείνοντας, θέλω να σας μεταφέρω τον φόβο με τον οποίο ξυπνούν οι Έλληνες που έχουν στη διπλανή τους πόρτα μια δομή με χιλιάδες άτομα τα οποία δημιουργούν, καθημερινά, προβλήματα. Και θέλω να ρωτήσω εσάς: Καθήκον σας είναι να προστατεύετε τους Έλληνες και Ευρωπαίους φορολογούμενους ή τους λαθρομετανάστες;

Έλενα Κουντουρά, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Johansson, η ευρωπαϊκή πολιτική για το προσφυγικό έχει αποτύχει. Η Ευρωπαϊκή Ένωση των 27 κρατών μελών μετατοπίζει την ευθύνη της αδιέξοδης πολιτικής της στις χώρες υποδοχής. Η μέριμνα για τους αιτούντες άσυλο δεν είναι ευθύνη της Ελλάδας ή της Ιταλίας· είναι ευθύνη ευρωπαϊκή, και η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αναλάβει το μερίδιο ευθύνης που της αναλογεί.

Δημιουργήσατε στην Ελλάδα μια μορφή άτυπων φυλακών, παραβιάζοντας κατάφωρα το διεθνές δίκαιο των προσφύγων. Ως τότε θα δεχόμαστε να σηκώνουν το βάρος της ευθύνης για το προσφυγικό τα ελληνικά νησιά; Η λύση σ' αυτή την ανθρωπιστική κρίση δεν είναι άλλη μία «Μόρια». Χρειάζεται απάντηση ευρωπαϊκή στη βάση μιας αληθινής αλληλεγγύης. Είναι επιτακτική ανάγκη να συγκληθεί μια έκτακτη σύνοδος κορυφής της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την επίλυση της ανθρωπιστικής καταστροφής. Χρειάζεται ένα βιώσιμο νέο Σύμφωνο για το Άσυλο και τη Μετανάστευση που θα είναι πριν απ' όλα δίκαιο, που θα βασίζεται σε μία υποχρεωτική, αυτόματη μετεγκατάσταση των αιτούντων άσυλο, και με ένα σταθερό προκαθορισμένο ποσοστό καταμερισμού των προσφύγων σε όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Ιωάννης Λαγός, Μη εγγεγραμμένος. – Κυρία Πρόεδρε, η κ. Johansson απέκρουσε στην ομιλία της, —εσκεμμένα, πιστεύω— το γεγονός ότι η πυρκαγιά στη Μόρια δεν ήταν ένα τυχαίο γεγονός αλλά ήταν ένα οργανωμένο σχέδιο —σύμφωνα με το πόρισμα της πυροσβεστικής υπηρεσίας της χώρας μας, της Ελλάδος— πεντακοσίων, τουλάχιστον, οργανωμένων λαθρομεταναστών. Μάλιστα, σε μία ταυτοποίηση που έγινε εν συνεχεία, δύο από αυτούς συνελήφθησαν και προσήχθησαν, και είναι δεκαεφτάχρονοι· είναι αυτοί οι ταλαίπωροι, δήθεν, ανήλικοι, οι οποίοι μπαίνουν μέσα, οι οποίοι κρύβουν την ηλικία τους και οι οποίοι λεηλατούν, βιάζουν, σκοτώνουν τον Έλληνα πολίτη. Αυτά, λοιπόν, πρέπει να ακουστούν στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, για να ξέρετε τι ακριβώς έχει γίνει. Η κ. Johansson είπε ότι η Μόρια καταστράφηκε. Αλήθεια, από τι καταστράφηκε η Μόρια; Από τους πολίτες που μένουν εκεί τόσα χρόνια; Από τους κατοίκους της Λέσβου; Ή από τους λαθρομετανάστες που, παρανόμως, χωρίς να ρωτήσουν κανέναν, έχουν μπει στη χώρα μας και κάνουν ό, τι θέλουν; Για να τελειώνει το παραμύθι, εμείς ζητούμε την άμεση απέλαση όλων των λαθρομεταναστών και των ΜΚΟ. Και ας μην ξεχάσουμε ότι υπήρξαν και μηνύματα από υπαλλήλους των ΜΚΟ μέσα στη Μόρια, οι οποίοι προέτρεπαν τους λαθρομετανάστες να ξεκινήσουν αυτή την εξέγερση και την επανάσταση. Αυτά τα γνωρίζουν οι ευρωβουλευτές; Τα γνωρίζει το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο;

Και ένα τελευταίο ερώτημα που έχω να απευθύνω σε όλους: Γιατί οι λαθρο-μουσουλμάνοι δεν πηγαίνουν στις πλούσιες μουσουλμανικές χώρες —στη Σαουδική Αραβία, στο Κατάρ— και έρχονται στην Ευρώπη, στην οποία δεν είναι αποδεκτοί;

Malin Björk (GUE/NGL). – Madam President, this speaker and the previous speaker, what they're saying amounts to hate speech. To accuse migrants of rape and to accuse them of being Islamists setting fire to the camp – this is hate speech. I think that this should not be allowed in this way in this Chamber.

(Loud applause)

President. – So a point of order. I consider that you want this checked by the Bureau, which we are going to do, and we are going to evaluate it.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, για μία ακόμη φορά, από το 2015, μας απασχολεί σοβαρά το μεταναστευτικό. Ένα θέμα που συνδέεται άμεσα με την αναθεωρητική Τουρκία, η οποία μας εκβιάζει εργαλειοποιώντας ανθρώπινες ψυχές. Στην αντιμετώπιση του προβλήματος αυτού, κύριοι συνάδελφοι, έχουμε αποτύχει. Αυτή είναι η αλήθεια. Και η Ευρώπη δεν μπορεί να αποτύχει δυο φορές, όπως εύστοχα παρατήρησε πρόσφατα ο Αντιπρόεδρος κ. Σχοινιάς.

Έχουμε ενώπιόν μας μια μεγάλη πρόκληση: Να επιτύχουμε, για να συνεχίσουμε ενωμένοι. Δεν υπάρχουν μαγικές λύσεις αλλά ένας και μόνο δρόμος: Να αναλάβουν όλα τα κράτη μέλη δράση. Αυτό επεσήμανε εμφατικά και η Πρόεδρος κ. von der Leyen χθες, στη σημαντική ομιλία της. Η ελληνική κυβέρνηση έχει προβεί σε ουσιαστικά βήματα: αποτελεσματική φύλαξη των εξωτερικών συνόρων, επιτάχυνση των διαδικασιών ασύλου, σταδιακή αποσυμφόρηση των νησιών και πρόοδο στις επιστροφές. Όμως η Ελλάδα δεν μπορεί μόνη της.

Το νέο Ευρωπαϊκό Σύστημα Ασύλου πρέπει να σηματοδοτήσει μια καινούργια εποχή για τη μετανάστευση· να προσδίδει στην αλληλεγγύη υποχρεωτικό χαρακτήρα έναντι όλων, για να αναλάβουμε όλοι τις ευθύνες μας· να θεσμοθετηθεί μόνιμος ευρωπαϊκός μηχανισμός επιστροφών και διαρκές σύστημα μετεγκατάστασης προσφύγων, αναλογικά και βάσει κριτηρίων, σε όλα τα κράτη μέλη, διότι δεν είναι δυνατόν να επωμίζονται πάντα το βάρος της διαχείρισης χιλιάδων ανθρώπων μόνον οι χώρες πρώτης υποδοχής. Το μεταναστευτικό, συνάδελφοι, είναι ουσιαστικό ευρωπαϊκό κεφάλαιο, γι' αυτό οφείλουμε να μην επιτρέψουμε να μας διχάσει.

President. – Before we continue, I just want to say that we obviously have had differences within interpreting, so I just want to remind everyone that this is not the place where we distribute hate speech or false accusations. We will carefully look at what just happened in the last speeches.

Kati Piri (S&D). – Madam President, Moria equals Europe's shame. This is how we, the richest continent in the world, in 2020 welcome people fleeing war. Not by giving them protection but by stripping them of their human dignity.

Gerald Knaus has rightly referred to the camp as the 'Guantanamo for refugees', and what happened in Moria last week is a shock but not a surprise. Moria was a time-bomb waiting to explode, and now 12 000 people lost the only thing they had left: their tents. Hope, they had already lost months' ago.

It's a collective moral failure of the European Union by the Member States, leaving the burden all on the shoulders of the people living on the Greek islands, and some even wanting the misery to be a deterrent for others to arrive. But also by the Greek authorities who failed with EUR 2.6 billion in financial support to build decent humane reception facilities, and with the coast guard actively engaged in illegal and dangerous push-backs.

With some empathy, solidarity and moral authority, we know what has to happen. Evacuation and relocation, and not only for the unaccompanied minors.

Next week, the Commission will present its Migration Pact. Commissioner, we count on you. Let this finally be the moment of renewal of our principles. With a mandatory relocation of refugees and, as you said, no more Morias on European soil ever again.

Malik Azmani (Renew). – Madam President, for years we have been debating incident after incident, whilst we should have been realising a renewed migration policy. Our current immigration policy is not fit for purpose. Recent fires in Moria are another cynical reminder that we must do much better. It is time to act.

Despite the efforts of the current Greek Government to improve the situation on Lesbos, we need a sustainable solution. We need a future-proof migration policy. Renew Europe already presented proposals in January.

Proper migration management is about being in control, and it is a shared European responsibility. As long as migrants find their way to the EU via irregular routes, we need a proper response. We owe that to these people, but also to our citizens.

We need European reception centres at the EU external borders with adequate facilities. We need a first assessment at external borders to determine who is likely to get asylum and who is not. We need a joint effort to improve returns for those not eligible to stay and we need better and faster asylum procedures. Unfortunately, the Council is not joining us today in this important debate.

My question would be, when will the German Presidency start negotiations on the proposals that will be presented next week? There is no time to lose.

Gianantonio Da Re (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'incendio del campo profughi di Moria, che ospitava quasi tredicimila persone, è un tipico esempio di catastrofe annunciata, avvenuta nell'indifferenza e la colpevole inerzia dell'Unione europea.

Il campo profughi di Moria rappresenta infatti il fallimento della politica migratoria europea, il cui apice è stato raggiunto nel 2016 con l'accordo nefasto tra l'Unione europea e la Turchia, un accordo che il dittatore Erdogan non ha mai rispettato e che di fatto ha trasformato le isole greche in carcere a cielo aperto.

Da mesi la Turchia provoca l'Europa in due modi: incentivando il passaggio dei migranti illegali in Grecia, pur ricevendo finanziamenti europei di 6 miliardi di euro per accoglierli, e violando la sovranità greca e cipriota con navi da perforazione e navi da guerra.

Non dobbiamo cedere alle minacce della Turchia, che non è e non sarà mai Europa. Non posso che condividere quanto affermato ieri dalla Presidente von der Leyen, secondo cui la politica migratoria è una sfida dell'Europa e i paesi più esposti ai flussi migratori come la Grecia e l'Italia devono poter contare sulla solidarietà di tutta l'Unione europea.

La prossima settimana la Commissione europea presenterà un nuovo patto sulla migrazione e l'asilo: ebbene, auspico che la nuova proposta della Commissione europea non sia solo uno spot elettorale ma si traduca in fatti concreti ed azioni rapide. L'Europa non può essere assente in questa fase.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Madam President. I wish to thank the Commissioner for her statement. The lacking statement of the German Presidency is unfortunately also a message.

Yesterday, President von der Leyen emphasised the importance of our common values. Tell the children in Moria – exhausted after six months of confinement, lacking sufficient care and food, traumatised by the fire, sleeping on the street. Tell them about our common values. Share it with the refugee who said 'we lost everything in Syria. We came for protection and we found ourselves in life-threatening circumstances right here. Take us out of this hell'. The strength and sincerity of our common values are best shown in the way we treat refugees, who rely on us. Until now the EU has failed this test.

So Commissioner, and also the Council – I hope they're listening – please prove that these values also apply to refugees. I urge you, do not rebuild Moria on the islands as this will end up in the same misery. Ensure the right to asylum by acting firmly against the push-backs to Turkey. Take your responsibilities seriously and assure a real protective environment and procedure. Evacuate them from the islands, distribute them among the Member States and apply these harmful lessons to the new pact. We have no time to lose.

(Applause)

Carlo Fidanza (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il campo profughi di Moria e l'intera isola di Lesbo sono diventati un inferno senza speranza per tutti: residenti, immigrati ed operatori. L'incendio divampato nel campo è solamente l'ultimo episodio e un ulteriore grave problema per l'isola greca.

Peraltro, secondo le autorità greche, a cui va tutta la nostra vicinanza, sarebbero stati proprio alcuni dei residenti del campo ad appiccare l'incendio, com'era già successo in passato, per protestare contro la situazione nel campo. La situazione a Lesbo è al collasso, come anche in altre zone di confine dell'Unione, come nella nostra Lampedusa, in Sicilia, nella totale inerzia delle autorità europee.

È un'Europa che non agisce per fermare le partenze e nemmeno per rimpatriare quella stragrande maggioranza di immigrati che, purtroppo, non sono profughi bensì irregolari, e come tali devono essere espulsi.

Un'Europa sotto ricatto dei trafficanti di esseri umani, un'Europa che subisce i diktat di Erdogan, il quale usa il ricatto migratorio come arma di pressione politica contro l'Europa, cui unisce una sempre più aggressiva presenza militare in tutto il Mediterraneo. L'Europa si difenda o sarà troppo tardi.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, hemos escuchado hipócritas lamentaciones —y lo digo así, «hipócritas lamentaciones»— por parte de la Comisión en esta Cámara. El incendio de Moria es una tragedia anunciada desde hace mucho tiempo. No es una casualidad, sino que es una consecuencia directa de una política migratoria criminal de la que la Unión Europea es culpable. Igual que de las muertes en el Egeo, el Mediterráneo o el Atlántico.

Unas políticas migratorias que cuestionan a refugiados y migrantes el derecho a tener derechos; y cuestionando sus derechos cuestionan los de todos los europeos. Exigimos la reubicación urgente y en condiciones dignas de las más de 13 000 personas atrapadas en Lesbos; la prohibición de los campamentos cerrados, que son auténticas cárceles a cielo abierto; y un cambio radical de la política migratoria europea para que no vuelva a existir ningún campamento de Moria, ningún campamento de la vergüenza. ¡Tomen medidas ya!

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η τραγωδία στη Μόρια είναι προδιαγεγραμμένο έγκλημα με ενόχους την πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των ελληνικών κυβερνήσεων, που δημιούργησαν αποθήκες ψυχών και επέτρεψαν να ενταθούν οι ανθρωπιστικοί και υγειονομικοί κίνδυνοι για ανθρώπους κατατρεγμένους από τους πολέμους και από τις ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις, που οι ίδιοι —η Ευρωπαϊκή Ένωση, το NATO και οι Ηνωμένες Πολιτείες, δηλαδή— διεξάγουν. Έχουν σταθερό στόχο τη δημιουργία Κέντρου Υποδοχής και Ταυτοποίησης με μετατροπή της Λέσβου και άλλων νησιών του Αιγαίου σε μόνιμα στρατόπεδα συγκέντρωσης και, για να τον επιτύχουν, επιστρατεύουν τα ΜΑΤ και εντείνουν την καταστολή σε βάρος προσφύγων και νησιωτών.

Παρά τις υποκριτικές ανησυχίες που επιδιώκουν να συσκοτίσουν τις ευθύνες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όσο παραμένουν σε ισχύ η συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας και ο κανονισμός του Δουβλίνου, τόσο θα συντηρείται και θα γιγαντώνεται το πρόβλημα. Να κλείσουν οριστικά η Μόρια και τα άλλα ΚΥΤ των νησιών. Να οργανωθεί άμεσα η μεταφορά των προσφύγων προς την ηπειρωτική χώρα, με τήρηση των υγειονομικών πρωτοκόλλων. Να εξασφαλιστούν ανθρώπινες συνθήκες ασφάλειας και υγιεινής για την προσωρινή τους φιλοξενία, με δυνατότητα να αιτηθούν άσυλο αφού φτάσουν στις χώρες του τελικού τους προορισμού.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, het is niet de eerste keer dat we over Moria spreken, maar het moet wel de laatste keer zijn. Slechte voorzieningen in overbevolkte kampen, het is een schande voor Europa. En hoe nu verder? Voor de korte termijn is dat duidelijk. Asielzoekers die door de brand getroffen zijn, moeten snel geholpen worden en de Griekse regering moet daarbij op onze steun kunnen rekenen. Betere opvang in Griekenland en herverdelen, ook over andere lidstaten. Het is goed dat zoveel lidstaten al hulp aangeboden hebben.

Voor een echte oplossing hebben we echter een echt Europees effectief asiel- en migratiebeleid nodig. Samenwerken met andere landen om te voorkomen dat mensen zonder perspectief op asiel levensgevaarlijke tochten op gammele bootjes ondernemen. Efficiënte en rechtvaardige procedures aan onze grenzen om snel vast te stellen of iemand daadwerkelijk vlucht voor oorlog. Want zoals de commissaris terecht zei: bij twee derde van de mensen die op dit moment aankomen in de Europese Unie is die bescherming niet noodzakelijk, en ook dat is een onderdeel van dit debat, dat we echt wat eerlijker zullen moeten voeren.

Fatsoenlijke opvang en integratie van echte vluchtelingen is absoluut cruciaal. Daar moeten we veel meer aan doen, maar tegelijkertijd moeten we er ook echt voor zorgen dat we eindelijk een systeem krijgen waarbij mensen die geen asiel ontvangen ook daadwerkelijk terugkeren naar het land van herkomst. Het draagvlak in onze samenleving voor de opvang van kwetsbare vluchtelingen is groot, dat hebben we in de nasleep van de brand op Moria gezien en daar mogen we trots op zijn. Het is aan ons hier in dit huis om er samen met de Raad, die inderdaad jammer genoeg afwezig is, en met de Europese Commissie voor te zorgen dat dat draagvlak in de toekomst niet verloren gaat.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Keine Perspektive, keine Hoffnung, kein Ausweg! Die Zustände in Moria waren seit Langem für alle Menschen auf der Insel unerträglich. Moria steht zugleich symbolisch für das Versagen aller Mitgliedsstaaten, unsere Werte und internationales Recht solidarisch umzusetzen.

Überforderten Regionen wird echte Solidarität verweigert, Mitgliedsstaaten missachten Gesetze und Werte ohne Konsequenz, hilfesuchenden Menschen werden fundamentale Rechte verwehrt, auch ohne Konsequenz. Das ist ein politischer Scherbenhaufen. In Kürze erwarten wir den neuen Migrationspakt der Kommission. Wir könnten die Scherben jetzt gemeinsam auslegen, einen neuen Aufbruch wagen.

Next Generation – das bedeutet aber kein „weiter so“ mit Abschreckung durch unwürdige Bedingungen, *Push Backs* und Wegsperrungen von Menschen. Auf dem Spiel steht nicht nur die Zukunft der Geflüchteten, sondern unser Europa, unsere Werte. Daher ist es umso wichtiger, dass Bewegung in den Rat kommt, wir gemeinsam eine solidarische Reform gestalten. Eine Reform, die einen Verteilungsschlüssel beinhaltet, Seenotrettung koordiniert und nicht kriminalisiert, Migration und Vielfalt als Chance organisiert und vor allem ein zweites Moria verhindert.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señora comisaria Johansson, yo quiero agradecerle sinceramente el trabajo que está haciendo. Creo que es encomiable.

Ahora bien, con todo respeto, no sé cómo el comisario Schinas puede decir que Moria representa la Europa que debemos cambiar, después de cinco años de poner dinero, desde las instituciones europeas, para aquel engendro inhumano. No sé cómo se puede pensar en construir otro macrocampo en Lesbos. No sé cómo, después de cinco años, podemos pensar en repetir el esquema, en repetir el sistema. Moria era un infierno. Incluso para los funcionarios griegos que estaban allí era un infierno. Y debemos pensar en toda la gente que quiere el refugio en Europa y debemos pensar también en los habitantes de las islas como Lesbos. Porque ese esquema es tóxico socialmente también.

No creemos otro Moria de las cenizas de Moria. Ningún modelo de política migratoria puede incluir la humillación y la vejación de los seres humanos. Y, por cierto, está Samos, está Quíos, y el Parlamento debe decidir enviar una misión urgente a las islas ya.

Teuvo Hakkarainen (ID). – Arvoisa puhemies, Morian leirin asukkaat sytyttivät ja polttivat oman leirinsä. Osa leirin asukkaista yritti myös estää palomiesten työtä. Palkkioksi tuhopolttajat voivat saada matkalipun Eurooppaan. Tämä lienee uusin keino tehdä väkivaltainen maihinnousu mantereellemme.

Välimerellä purjehtii edelleen eri avustusjärjestöjen laivoja, jotka kulisseista huolimatta ovat ihmissalakuljettajia. Ne vaativat Libyan rannikon edustalla ja nostavat kumivene-seilaajat laivaan. Miksi heidät päästetään Eurooppaan? Oikea osoite on se paikka, mistä he tulivatkin. Voi kun näkisi vielä sen päivän, että Euroopan päättäjät tulevat järkiinsä ja rajat suljetaan kansainvaellukselta! Uskoteko oikeasti, että tulijat loppuvat vastaanottamalla?

Damien Carême (Verts/ALE). – Madame la Présidente, *Shame on you*, honte aux gouvernements européens et à leurs minables comptes d'apothicaires.

12 000 êtres humains, après avoir vécu des mois dans des conditions immondes et honteuses, sont aujourd'hui livrés à eux-mêmes sur l'île de Lesbos. Et que font les gouvernements européens? Ils acceptent d'accueillir au compte-gouttes quelques dizaines de mineurs isolés. La honte.

Honte au gouvernement grec qui, en ce moment même, alors que des réfugiés sont transférés dans un nouveau camp, interdit à Médecins sans frontières l'accès à sa clinique.

Honte à cette Europe incapable d'accueillir les 24 000 chercheurs de refuge coincés sur les îles grecques.

Honte à nos dirigeants qui, depuis des mois, des années, sont restés sourds à nos appels répétés à la solidarité et à leur relocalisation depuis la Grèce.

Honte à ceux, dans cet hémicycle, qui distillent la peur, cultivent la fracture, et à ceux qui surenchérisent par calculs électoraux, au mépris des droits humains les plus fondamentaux.

Honte, mais aussi espoir immense.

Espoir, en voyant les manifestations en Allemagne, où des citoyens européens scandent la vérité: nous avons de la place. Oui, nous avons de la place pour des êtres humains qui représentent à peine le quart des spectateurs d'un stade de foot, à peine 0,005 % de la population européenne.

Espoir, en voyant ces communes en France, en Allemagne et ailleurs, qui se disent prêtes à les accueillir.

Espoir, en discutant cette semaine avec des jeunes citoyens européens engagés en faveur des droits humains et qui veulent faire changer les politiques et les discours des dirigeants européens sur l'immigration.

Cessez donc ces discours nauséabonds et ces politiques mortifères au nom des citoyens. Cessez la honte et portez l'espoir et la solidarité. C'est cela dont l'Europe a plus que jamais besoin. Mettons en œuvre des solutions pérennes pour faire face au fait structurel qu'est la migration, au lieu d'apporter des réponses misérables à une situation que certains essaient de faire croire qu'elle n'est que conjoncturelle.

Helmut Geuking (ECR). – Frau Präsidentin! Menschliche Tragödien und menschliche Dramen spielen sich in Moria nicht erst seit dem Brand ab, sondern dieser Zustand ist seit Jahren bekannt. Wir wissen um die Problematik und wir haben geschwiegen – überwiegend geschwiegen.

Jetzt ist es doch an der Zeit, endlich nachhaltig zu reagieren, dass Europa nachhaltig reagiert, denn die Flüchtlingspolitik wird sich entsprechend noch weiter verschärfen. Das heißt, wir haben seinerzeit den Vorschlag gemacht, dass wir gesagt haben, wir müssen keine Flüchtlingscamps, sondern richtige Flüchtlingsstädte mit Infrastruktur – das heißt mit Schulen, Kitas und Krankenhäusern – errichten, wo Menschen aufgenommen werden, wo die Menschen würdig untergebracht werden und versorgt werden, und wo dann ein Asylverfahren durchlaufen werden kann.

Und ein positiver Asylbescheid heißt, die Menschen in Europa einzuführen, und ein negativer Asylbescheid heißt, die Menschen müssen zurückkehren in ihre Heimatländer, um diese Länder aufzubauen, denn dort werden sie dringend gebraucht. Sonst destabilisieren wir noch ganz andere Regionen, und dieses verschärft die Sache noch viel schlimmer.

Im 21. Jahrhundert können wir Flüchtlingsstädte in kürzester Zeit errichten, dazu sind wir in der Lage, und das sollten wir auch dringendst und tunlichst schnellstens angehen.

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Moria är inte en olycklig utveckling. Moria är ett politiskt val som kommissionen, tillsammans med medlemsländerna, har gjort. Det är tänkt att avskräcka, avhumanisera och behandla människor som om de just inte vore människor.

Här i Europaparlamentet vill jag ha sagt att det är skamligt att mitt land, Sverige, inte har erbjudit sig att ta emot en enda person som är drabbad i Moria. Men det är också skamligt att kommissionen med en gång säger att vi nu ska bygga upp ett nytt läger på Lesbos.

Vi ska inte ha några läger. Vi ska stänga lägren. Vi ska evakuera Moria. Vi ska komma överens om en politik, en modell som ska läggas fram nästa vecka, som bygger på att vi gemensamt fördelar ansvaret för mottagandet – ett värdigt mottagande – där vi behandlar människor som kommer till Europa på det sätt som vi själva skulle vilja bli behandlade. Det är inte svårare än så, och i det kan det inte finnas några läger. Som en tidigare kollega sade: Det är 2020. Vi är i Europa. Den här kontinenten ska inte ha några läger.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Madame la Présidente, le camp de Moria a été conçu pour accueillir 2 800 personnes. Lorsqu'il a pris feu, 13 000 réfugiés vivaient dans ce camp, le plus grand d'Europe, dans des conditions inhumaines, sans eau potable, avec de la nourriture rationnée, avec une toilette pour 150 personnes et une douche pour 500.

Lorsque le camp a été fermé à cause de la COVID, la violence a augmenté et les problèmes de santé mentale ont explosé. Qui est responsable de cette catastrophe humanitaire?

L'Union européenne ne peut plus cacher sa responsabilité, notre politique d'asile est directement responsable de cette honte. Ce qui a été brûlé dans le camp de Moria, c'est notre dignité collective.

Nous avons besoin, en urgence, d'un programme d'accueil commun, une politique d'asile beaucoup plus solidaire qui oblige tous les États de l'Union européenne à assumer leur part de responsabilité et qui tienne compte des capacités des gouvernements régionaux et locaux. L'Espagne n'accepterait pas un des réfugiés de Moria? Sans une défense efficace des droits de l'homme, l'Union européenne ne sert à rien, ne l'oublions pas.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, αγαπητοί συνάδελφοι, τα όσα παρακολουθήσαμε στη Μόρια προκαλούν θλίψη και προβληματισμό. Όμως, για κάποιους από εμάς ήταν αναμενόμενα, και προειδοποιούσαμε γι' αυτά εδώ και πάρα πολύ καιρό. Όταν το μεταναστευτικό φορτώθηκε στους ώμους μερικών κρατών μελών, με τους περισσότερους από εμάς να ασκούν εκ του ασφαλούς κριτική τραβώντας την ουρά τους έξω από τις ευθύνες, αλήθεια, δεν περιμένατε αυτά που έγιναν; Όταν Έλληνες αξιωματούχοι μάς τόνιζαν, εδώ στις Βρυξέλλες, ότι η Ελλάδα δεν μπορεί να σηκώσει μόνη της το βάρος και, ως απάντηση, την κατηγορούσαμε ακόμη και για εγκλήματα χωρίς καμία απόδειξη, αλήθεια, δεν περιμένατε όλα αυτά που έγιναν;

Ακούστε ακόμη μία αλήθεια, κυρία Επίτροπε. Ξέρετε ότι στη χώρα μου, την Κύπρο, σήμερα, το 3,8% του πληθυσμού, σε μία ημικατεχόμενη πατρίδα, είναι αιτητές πολιτικού ασύλου και πρόσφυγες; Αν γίνει κάτι εκεί, σε ποιον θα ρίξουν την ευθύνη σε αυτό εδώ το Ημικύκλιο; Δεν νομίζετε ότι είναι καιρός, μετά απ' όλα αυτά, να πείσουμε κάποιους τις χώρες μας να αναλάβουν επιτέλους τις ευθύνες τους; Όσο δεν το κατανοούν, θα έχουμε φαινόμενα όπως αυτό που είδαμε στη Μόρια, και η ευθύνη είναι πλέον συλλογική.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, comisaria Johansson, la tragedia de Moria es perfectamente predecible y era anunciada: 12 000 personas sin techo, sin medicinas... Ha habido 25 000 encerradas en un campo de miseria, y eso es completamente incompatible con Europa, sea en Lesbos, sea en Lampedusa, sea en Arguineguín, Canarias.

Vergüenza, shame, Schande, honte, vergogna es el grito que expresa la ciudadanía europea que piensa que, si no somos capaces de cerrar todas las «Morias», lo que habría que cerrar es este Parlamento Europeo, la Comisión Europea, el conjunto de la Unión Europea. Pero la respuesta no puede ser sino cambiar la mirada, que significa cambiar la política: de una política de rechazo a una política humana y humanitaria.

En el largo plazo, eso exige atender las causas últimas, en Oriente Medio, en África, en el Mediterráneo, incluida Turquía.

En el medio plazo, exige el nuevo Pacto Europeo sobre Inmigración y Asilo, con solidaridad vinculante, responsabilidad compartida, un mecanismo europeo de salvamento y rescate en la mar que no criminalice el salvamento de vidas. Y vías legales y visados humanitarios.

Pero, en el corto plazo, hay que exigir a las autoridades griegas que respeten los derechos humanos y, desde luego, hay que decir no a las devoluciones en caliente. Pero también hace falta realojamiento urgente, no fragmentario ni raquítico: cuatrocientos menores no acompañados, 1 600 antes de final de año. Frente a los 12 000 que se hacían, hace falta un realojamiento vinculante obligatorio y permanente en todos los Estados miembros de la Unión Europea. Solo así será posible *no more Moria, never again*.

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Frau Präsidentin, Frau Johansson! Moria ist eine Schande für Europa, und Sie sind sehenden Auges in diese Katastrophe gelaufen. Ich glaube, wir wussten alle, was dort passieren kann. Für mich ist völlig klar: Menschen haben ein Anrecht auf angemessene Unterbringung, auf Zugang zu medizinischer Versorgung und auf ein ordentliches rechtsstaatliches Verfahren. Wir müssen jetzt aber nicht nur nach hinten gucken, sondern auch nach vorne.

Sie haben angekündigt, Frau Johansson, dass Sie ein Pilotprojekt auf Lesbos machen wollen – gemeinsam mit der griechischen Regierung – und dass ein neues Lager errichtet werden soll. Für mich ist klar: Eine solche Einrichtung auf Lesbos kann nur temporär sein, kann nur dazu dienen, dass man eine erste Feststellung der Identität macht, eine erste medizinische Versorgung macht, um dann weiter zu verteilen, weiter zu verteilen auf andere Länder in Europa oder sie auf das griechische Festland zu bringen.

Es darf keine dauerhafte Einrichtung auf Lesbos geben, wo Menschen Monate oder Jahre darauf warten, dass ihr Asylverfahren bearbeitet wird. So was darf es nicht wieder geben, sondern wir brauchen einen Mechanismus, bei dem alle Länder in Europa sich beteiligen und Solidarität zeigen.

Bernhard Zimniok (ID). – Frau Präsidentin! Unsere Hypermoralisten hier im Parlament überbieten sich wieder einmal mit Forderungen, die illegalen Migranten als Belohnung für die Brandstiftung aufzunehmen. Streichhölzer als Eintrittskarte in die EU – welch ein fatales Signal an die Welt!

Letztes Jahr wurden 1 500 Migranten aus Moria aufgenommen, und am Tag darauf wurde dieses Lager von der Türkei aus wieder mit 1 500 neuen Migranten aufgefüllt. Das ist nicht nachhaltig, das ist Selbstmord. Der Grüne Marquardt ist mehr in Moria als hier im Parlament. Was vertritt er denn eigentlich, was vertrittet Ihr eigentlich? Die europäischen Bürger oder die illegalen Migranten?

Wer denkt denn an die seit Jahren leidenden Bewohner in Lesbos oder an unsere europäischen Bürger, die sich massiv verändern werden durch diesen illegalen Zuzug? Was jetzt folgt – welch ein Zufall –: noch ein neuer Migrationspakt, der illegale Migration legalisieren soll. Wir werden überrannt, wenn wir nicht endlich die Grenzen schließen. Und Ihr angeblichen Pro-Europäer, mit von der Leyen an der Spitze, werdet als die Totengräber der EU in die Geschichte eingehen.

Damian Boeselager (Verts/ALE). – Madam President, I say to the Commissioner: Moria showed it clearly, but we see the same across the continent. We deliberately create suffering and hardship in camps to dissuade people from coming. We try to match their suffering outside Europe by creating suffering on European soil, traumatising people with hardly any shelter, sustenance and medication. I call this the policy of ‘deterrence by systematic suffering’.

Today, I plead to you for two things. First of all, please help all the people of Moria to travel to communities across Europe who are very happy to welcome them. And second, I plead to you to ensure that something like Moria can never happen again.

I repeat your call, ‘no more Moria’, but I would also extend it. No more Chios, no more Samos, no more camps in general. Don’t finance camps with EU money. Close them all.

(Applause)

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidenta, realmente el campo de Moria es una tragedia, pero es una tragedia que existiera.

Lo han quemado quienes estaban dentro, porque querían acelerar su entrada ilegal en un continente que no puede acoger a todos los demás continentes, por mucho que tengamos aquí a una serie de gente representando, con esa superioridad moral, al parecer, a quienes quieren acoger a todo el que se quiera venir. Porque no caben.

Y a ver si respetamos un poquito a los europeos. A ver si respetamos a los griegos, que están sufriendo, porque les han destruido su hábitat en Lesbos y en tantas otras islas.

¿Por qué no vamos a los orígenes? ¿Por qué no vamos a ver a Turquía, que ha estado manipulando a estos refugiados, a estos inmigrantes ilegales que se acumulan allí, que no tienen, ninguno de ellos, derecho al asilo, que tenían que haber sido deportados y llevados a sus países de origen hace tiempo, pero que son utilizados por Turquía? ¿Por qué ayer condenaron aquí todos a Turquía y ahora sacan una Resolución donde no hay una sola sanción contra Turquía? ¿Por qué no hay ni una sanción contra Turquía? ¿Por qué no vamos al origen y no lloramos e intentamos traernos a todos los continentes aquí a Europa para destruir Europa?

Pernando Barrena Arza (GUE/NGL). – Señora presidenta, señora comisaria, si la situación anterior ya era catastrófica, el incendio y destrucción del campo de refugiados de Moria hace necesario replantear con urgencia la situación de los refugiados atrapados en Lesbos.

Nuestro Grupo no tiene complejos en decir que no queremos otro campo como el de Moria. Moria no era un campo de acogida. Era un campo de concentración, de suspensión de derechos humanos básicos, hacinamiento e insalubridad, y por eso es necesario plantearse la evacuación de emergencia de todos los refugiados en Moria.

En ese sentido, es necesaria la reubicación de todos los solicitantes de asilo en condiciones seguras en otros Estados miembros de la Unión, porque es una responsabilidad de la Unión. Y estas acciones deben hacerse cuanto antes, sin esperar a otra situación de máxima emergencia, como ya estuvo a punto de ocurrir el pasado martes.

Cientos de municipios y regiones de la Unión han manifestado su interés en recibir a solicitantes de asilo y para ello es necesario que se active un plan de reubicación, incluyendo la creación de las infraestructuras necesarias. Y son los Estados miembros los que deben mostrar voluntad, pero es la Comisión la que tiene que ejercer presión política positiva para que esto sea posible. Es urgente, hay que hacerlo ya, y esperemos que una actuación en ese sentido abra una nueva política de migración europea que considere el derecho a migrar como un derecho humano básico.

Die Präsidentin. – Wir sind hier ein Ort der Auseinandersetzung, der politischen, auch der zugespitzten Auseinandersetzung, wir haben sehr unterschiedliche Meinungen, und das ist auch gut und richtig so, dass wir das hier ausdrücken.

Ich muss zugeben, als Deutsche empfinde ich die Erwähnung des Wortes „Konzentrationslager“ in diesem Zusammenhang als hoch grenzwertig. Aber darüber habe ich jetzt nicht allein zu entscheiden. Das wird das Präsidium tun. Nur ist es jetzt, glaube ich, schon mehrfach passiert. Ich würde da gern zu etwas historischem Bewusstsein mahnen.

Lena Düpont (PPE). – Frau Präsidentin! Wir haben in den letzten Tagen viel gehört über das Versagen der Europäischen Union, doch wer hat eigentlich versagt? Da war eine griechische Regierung unter Tsipras, die zu lange zugesehen hat, wie sich die Zustände auf den Inseln verschlechtern. Da sind Mitgliedstaaten im Rat, die sich einen schlanken Fuß machen oder in Fundamentalopposition gehen. Dazwischen sind verzweifelte Mitgliedstaaten, die stellvertretend für alle anderen die Lasten tragen.

Was gehört also dazu zum neuen GEAS? Ordnung und Humanität, die ineinandergreifen. Denn machen wir uns nichts vor, und dafür ist nicht nur Moria ein Beispiel, im Chaos lässt sich unser humanitärer Anspruch nur schwer aufrechterhalten. Deswegen sind die Entscheidungen von Mitsotakis in den letzten Monaten richtig gewesen – Verfahren straffen, Zustände auf den Inseln verbessern, klare Signale an die Türkei, dass wir uns nicht erpressen lassen.

Unterstützen wir sie dabei, wo wir können, mit den Mitteln, die sie brauchen. Was Europa jetzt braucht? Eine Kette der Verantwortung, angefangen in den Herkunfts- und Transitstaaten, über einen funktionierenden Grenzschutz mit einem ordentlichen Grenzverfahren, auf das sich alle verlassen können und das klar unterscheidet zwischen Schutzbedürftigkeit und anderer Motivation, eine solidarische Aufnahme bei Schutzbedürftigen und konsequente Rückführung derer, die es nicht sind. Meine Bitte an den Rat: Bringen wir es endlich zu Ende, damit wir uns nicht mehr von Notlösung zu Notlösung hangeln müssen.

Eva Kaili (S&D). – Madam President, Madam Commissioner, the situation of Moria should never happen again on EU soil. These leftovers, as you mentioned, are indeed shameful and still today we need to address the root cause of migration by framing a real EU policy in our neighbourhood where migration originates.

Syria, Libya, Sahel and sub-Saharan Africa – we cannot remain absent. So we need definitely to introduce a new control of European funding to governments and NGOs with quality standards. We need to provide legal and safe ways in EU consulates and embassies – for example, even in Turkey, which is a safe country to receive refugees – and make sure they can approach the EU.

Third, strong conditionality for European Member States that share the burden in solidarity but also to make sure that we will use economic leverage for those EU Member States that do not share the burden.

And fourth, I do welcome the commitment to abolish the Dublin Regulation, by Ursula von der Leyen, but still there is a contradiction since the EPP encompasses parties from Member States with mentalities like Orbán's in approaching the migration crisis.

Hilde Vautmans (Renew). – Madam President, I would like to say to the Commissioner that I have visited refugee camps many times. Next week – I invited you but you can't come – I will go to Dunkirk not far away from here, because another 'Jungle' is starting to unfold there.

Honestly, these camps are a shame for Europe. I always say, if we put our dog or our cat in such conditions, animal rights organisations would be at our door, but we put human beings in camps like that.

Next week, you will come with a new migration strategy. I have one specific question for you because a lot has been said by my good colleagues. I want you to pay a lot more attention to the unaccompanied minors. You know that Europol stated that 10 000 went missing in Europe.

Please, Commissioner, pay specific attention to these children. If we don't protect them, who will?

(Applause)

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señora presidenta, señora comisaria Johansson, lo que ha sucedido en Moria y lo que sucede a diario en la frontera sur de Europa es conocido. Y es consecuencia de la inoperancia y del vergonzante papel de la Unión Europea, que, durante años, ha tolerado la contención de personas migrantes en condiciones infra-humanas.

¿A qué espera la Unión Europea para actuar? ¿A qué? Lo que hoy estamos llorando aquí ayer podía resolverse. Por esto, hoy mismo, la Unión Europea y los Estados deberían garantizar la reubicación de todas las personas refugiadas de Moria; presentar, sin más demora, mecanismos de reubicación permanente y vinculante, y terminar con las violaciones de derechos que sufren las personas migrantes y peticionarias de asilo.

No podemos caer en la actitud cínica de dar lecciones de justicia y derechos humanos a terceros países, cuando es obvio que no los respetamos ni en nuestras fronteras ni en varios de nuestros Estados miembros.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, obrigada Senhora Comissária por estar aqui, mas deixe-me dizer-lhe, Moria não é um acaso, é o resultado concreto das políticas de migração e da falta de políticas de asilo na União Europeia. Moria não é de agora, são já vários anos, embora toda a gente tente fechar os olhos e Moria sim, é o resultado mais visível daquilo que tem sido uma política vergonhosa.

Enquanto nós estamos aqui a falar de milhares de pessoas que continuam sem teto, sem medicamentos, sem comida, e entre essas pessoas mais de 3 mil crianças continuam a dormir ao relento, e nós precisamos, de facto, de trazer à nossa intervenção política aquilo que tem faltado. Estas pessoas não podem ser sujeitas a zero dignidade, a zero humanidade, como se não fossem pessoas como nós somos.

Eu gostava de ver, da parte dos Estados europeus, a mesma rejeição da venda de armas para os territórios em conflito que eu vejo quando rejeitam que estas pessoas tentem chegar aos países europeus. Este é o resultado da nossa vergonha, mas não é obrigatório que seja assim. Por favor não deixe que se construa mais um campo em Moria. Vamos ter, finalmente, uma política solidária e responder a estas pessoas agora.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, požar u Moriji samo je posljednji pokazatelj, simbol manjkavosti u europskom sustavu migracija i azila, ali više ne možemo zatvarati oči. Ne možemo izbjegavati suočavanje s teškim pitanjem migracija i moramo to učiniti ozbiljno, odgovorno i sveobuhvatno i bez ikakvih improviziranih rješenja.

Preduvjet za sve to je jednostavno učinkovita zaštita vanjskih granica. Zato je ohrabrujuće da danas, za razliku od prije pet godina, i na grčkoj i na hrvatskoj vanjskoj granici Europske unije imamo zaštitu, ali isto tako i da Europska unija jasno podržava politiku sprečavanja nezakonitih, nekontroliranih i stihijskih migracija.

Novi sustav migracija i azila mora biti human prema onima koji trebaju podršku, odlučan prema onima koji nemaju pravo na azil, na međunarodnu zaštitu, ali isto tako i potpuno beskompromisan prema trgovcima ljudima i krijumčarima koji profitiraju na tuđoj patnji.

Pietro Bartolo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo avete visto il campo bruciato di Moria? Una bimba in fuga ha chiesto al padre: «Vero che moriremo?» Cosa mai può rispondere un padre? Cosa volete che risponda un padre? Ma noi sì che dobbiamo rispondere, con durezza estrema.

Lo spettacolo triste che l'Europa sta offrendo è inaccettabile: uno spettacolo triste! Un imperativo morale e politico ci obbliga a chiedere, ora e subito, l'evacuazione immediata del campo e l'accelerazione del ricollocamento dalle isole verso gli Stati membri, in particolare i minori, più vulnerabili.

Bene che la Merkel si impegni ad accogliere 2750 persone dalle isole: ma serve una modifica del sistema d'asilo. Parliamoci chiaro: alla vigilia del patto sulla migrazione della Commissione, dico ai governi che qui si gioca la credibilità delle istituzioni. Vanno cambiate le regole: serve un meccanismo di solidarietà obbligatoria che preveda la ricollocazione automatica e sanzioni per chi non lo rispetta. Non serve costruire nuovi campi, non serve! Servono invece riforme strutturali, e servono ora, non fra decenni.

Barry Andrews (Renew). – Madam President, I visited Moria this time last year – 12 months ago – and you can't help but be struck by the astonishingly poor conditions. I've been to lots of refugee camps around the world, and these are the worst conditions I've seen. I was struck by the violence, by the children who can't get an education, by the sanitation, and by the smell of the camp. When you walk in, you can't believe that you're on EU territory. It has got worse in the last 12 months. Now we've had this fire, and COVID-19 on top of it.

I have some hope, though. I have some faith listening to President von der Leyen giving her excellent speech yesterday, when she talked about a progressive migration and asylum pact. I have faith in Chancellor Merkel – notwithstanding the Group of the European People's Party's (PPE) continuing tolerance of Mr Orbán – that we can build a safe and fair Europe that welcomes those who are fleeing for their lives and those who are seeking a better life. I would like to go back to Moria. I cannot do so, but it is as much about the people in the camp as it is about us and the people we aspire to be, and the values we aspire to protect.

Margrete Auken (Verts/ALE). – Fru formand! Alle ved, at det med flygtninge og migranter ikke går over. Vi ved også, at det vil tage til. Langt de fleste flygtninge er og bliver i deres nærområder, men mange – sikkert også flere nu, når vi for alvor begynder at se klimaflygtninge – vil søge mod Europa, og vi har juridisk forpligtet os til at behandle dem ordentligt. Klimaindsatser i områder ramt af naturkatastrofer, nødhjælp til krigsofre og udviklingshjælp i lavindkomstlande virker og skal styrkes, men løser langt fra hele problemet. Der vil komme mange flere til os, og vi skal udvikle fælles strategier i EU. Alle kan være med, også mit eget Danmark, som jeg lige her ikke er ret stolt af. Det, der er på spil nu, er ikke risikoen for, at EU bliver oversvømmet af fremmede, det er vores værdier, vores menneskelighed. Værner vi ikke om den og rækker vores medmennesker i nød den hjælpende hånd, også ved at tage imod dem, er vi i langt større fare. Hvis der ikke er medfølelse og barmhjertighed i et samfund, bliver det et grumt sted at leve. Og husk nu: Ingen kan hjælpe alle, men alle kan hjælpe nogen.

Idoia Villanueva Ruiz (GUE/NGL). – Señora presidenta, Moria ya era un infierno antes de arder. El fuego de Moria no es la noticia, su propia existencia lo es: más de 13 000 personas en un campo con capacidad para 4 000. No es un accidente. Es la consecuencia directa de las políticas nefastas, hostiles, de migración y fronteras de la Unión Europea. Seguimos exportando armas a países de conflicto, seguimos expoliando recursos y alimentando guerras de donde huyen millones de personas y, cuando llegan —las que llegan—, las metemos en tiendas de campaña en condiciones infrahumanas y les negamos el derecho de pedir asilo.

Debemos reubicar inmediatamente a todas y cada una de esas personas, no solo a niños y niñas, y no solo de Moria, también en Samos, en Quíos, en Calais y en todos los campos que se extienden a lo largo de nuestro territorio. Debemos acabar con la militarización de las fronteras. Debemos luchar de forma eficaz contra las mafias, ofrecer vías legales y seguras y garantizar un pacto de migración y asilo.

Ayer, la presidenta de la Comisión dijo en este Pleno que la Unión Europea tenía retos por delante. La Unión Europea tiene retos y obligaciones hoy, aquí, en el presente: respetar y cumplir el Derecho internacional. No podemos mirar al futuro viendo la muerte pasar. Somos cómplices y hoy esa complicidad mata.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist bedrückend, es ist erschütternd, was im Flüchtlingslager Moria passiert ist. Und ganz ehrlich gesagt, es ist schlicht eine Schande für die Europäische Union, dass solche Zustände innerhalb Europas überhaupt herrschen können.

Das ist nicht erst seit dem Brand bekannt, das war schon vorher der Fall. Und wir haben die moralische Insolvenz in Europa noch nicht abgewendet. Die Lage in Moria ist ein weiterer humanitärer Brandherd in Europa. Doch es geht nicht nur um Migration. Es gibt viele Brandherde. Sie werden durch Corona verstärkt, und sie werden mehr: die hohe Arbeitslosigkeit, wachsende soziale Ungleichheit und die daraus resultierende Hoffnungslosigkeit der Menschen.

Wir benötigen – und das erwarte ich, wenn wir die Rede von Ursula von der Leyen umsetzen – ein Gesamtpaket, das uns vorgestellt wird: Hilfe vor Ort – außerhalb der Grenzen der Europäischen Union –, einen effektiven Außengrenzschutz, ein Abkommen mit Drittländern, eine Lastenverteilung und eine europäische Asyl- und Migrationsspolitik, die diesen Namen auch verdient und der Rede von Ursula von der Leyen entspricht.

Claudia Gamon (Renew). – Frau Präsidentin! Schon so lange weiß man Bescheid über schreckliche unhaltbare Zustände in griechischen Flüchtlingslagern, und seit Tagen schauen manche vollkommen ungerührt dabei zu, wie Familien mit Kindern nach diesem verheerenden Brand in Wäldern, auf der Straße, im Dreck schlafen und hausen müssen.

Junge Europäerinnen und Europäer schreiben mir jeden Tag, die so wie ich nicht wahrhaben wollen, dass das Europa ist, dass das unsere Werte sein sollen. Ich schäme mich auch für Österreich, ein Land das von Konservativen und Grünen regiert wird, für die Weigerung, auch nur Kinder aufzunehmen.

Es darf kein Moria mehr geben in Zukunft. Wir müssen auch die griechische Regierung in die Pflicht nehmen. Europäerinnen und Europäer, Unionsbürgerinnen und Unionsbürger erwarten, dass mit ihrem Steuergeld auch menschliche europäische Politik gemacht wird. Wir brauchen in Zukunft eine europäische Behörde, wir brauchen ein europäisches Asyl- und Migrationssystem, wir brauchen europäische Werte, die gelebt werden!

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, požár spálil hotspot Moria, který nebyl dobrým místem k životu, byl přelidněný. Je naší povinností reagovat. Jsem tedy ráda, že paní komisařka jasně řekla: „Už žádný nový hotspot Moria!“. Jsem ráda, že Evropská komise ve spolupráci s řeckou vládou pomůže připravit lepší podmínky pro život, ať už to bude hotspot nebo jiné ubytovací zařízení, které pro tyto lidi bude příznivější. To není dlouhodobé řešení. Dlouhodobým řešením je, jak víme, zrychlení azylových procesů, efektivní návratová politika, ochrana vnějších hranic, boj proti pašerákům a především pomoc těm, kteří tu pomoc skutečně nutně potřebují.

Já doufám, že i česká vláda se konečně rozhodne zapojit, protože i v České republice jsou občané, kteří jsou solidární. Já apeluji na kolegy z liberální a socialistické strany, aby apelovali na liberálního premiéra a socialistického ministra vnitra, který tvrdí, že v řeckých táborech nejsou nedoprovázené děti a nezletilí. Prosím vás, i my chceme pomoci.

Samira Rafaela (Renew). – Madam President, I would like to say to the Commissioner that 13 000 human lives are damaged and traumatised, left without shelter, access to water, food and medical care. This has all happened on the doorstep of our Union – the Union that globally promotes human rights and is ready to act in cases of human rights violations.

What about the violations of human rights within our Union? It is time for serious self-reflection. I'm ashamed, as a Member of the European Parliament and as the daughter of a migrant who came to Europe for a better future. How can we look at ourselves in the mirror? Resolutions for humane migration policies have been on the table for years now, but several Member States are walking away from that table. Do you understand the fundamental principles of this Union? Your denial is putting lives in danger.

Madam Commissioner, what are we going to do? Because we are all accountable. Our values, including the protection of human rights, are not negotiable.

(Applause)

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, (*inaudible*) people in Moria are like us. I think being a human being is having the ability to look another person in his or her eyes and understand some of the conditions that they are living under. This is really important, and Ms Kountoura brought one of those voices here, which is important.

Moria does not exist anymore, and there should be no more Morias – no more camps like Moria. Of course, Moria should not be restored.

We need proper reception facilities, efficient and fair processes. We need clear rules, and people should not be left in limbo.

During the debate – and I thank you very much for your engagement here – many of you asked for mandatory solidarity, and that of course is something that we need. Ms Metsola said it well that we can't have *ad hoc* solidarity anymore, and mandatory solidarity will be part of the upcoming pact that I will present next week.

I can also answer another question. There will be a clear child perspective in the pact that I will present next week. It's obvious that we need that.

I must say that, of course, not all migrants have the right to stay in the European Union. Those that are not eligible to stay have to be returned, but all migrants have dignity and rights. Ms García Pérez rightly said that, and they have to be treated properly. Together we need to stand up for and protect the right to apply for asylum. To be honest, this right is under threat. Asylum applicants have the right to a proper process, and we have to make sure that they have that.

Of course, we also have to make a distinction between those who have the right to stay, and those who have not and have to be returned, but in a proper and dignified way.

Ms In't Veld said something important here, early in the debate. She encouraged us not to be afraid. We should be proud Europeans. We should act in line with our values. We should act as global leaders. Migration is normal. Of course, it has to be managed, and to be able to do so we need to agree on a common European migration policy. To be able to agree on a common migration policy we need to de-dramatise migration policy.

The EU is not in a migration crisis, but some migrants are in crisis. One reason that we lack this common policy is this dramatisation of the issue. One reason for this failure, for many years, to agree on a proper compromise is that migration policy has been dramatised and seen as something very special.

But we are policymakers, and you are legislators, and we are able to give support and respect the dignity and rights of people. To be able to do that, we need to be calm and pragmatic. I count on your support for the process of the proposal that I will put forward next week. Thank you for the debate.

President. – The debate is closed.

I don't know if you have the same problem with your interpretation as we have up here, but we are going to give the technicians the possibility to check that and hopefully to solve the problem.

Written declarations (Rule 171)

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Уважаеми колеги, случилото в лагера Мория е нещо, за което предупреждавах още в началото на мигрантската криза. Беше ясно, че миграционният натиск и пренаселените бежански центрове в близост до населени места ще предизвикат реакцията на местните. Колегите отляво говорят за политическо решение на кризата, говорят за прием и разселване на имигранти „солидарно“, но удобно забравят, че те заедно с г-жа Меркел поканиха всички отвсякъде да дойдат в Европа, за да я превърнат в един огромен лагер за нелегални имигранти. Изключително лицемерно е да говорим за солидарност, когато определени държави с действията си предизвикаха дестабилизация в Близкия изток и Северна Африка. Тогава тези държави взеха своето решение егоистично, но когато дойде моментът за носене на отговорност, вече искат от нас солидарност. Решението е едно – всички, които бягат от война и няма къде да се върнат, могат да потърсят убежище. Всички останали имигранти трябва да бъдат незабавно репатрирани. Трябва да преследваме всички организации и хора, подпомагащи влизането на нелегални имигранти в Европа. Повече подкрепа за ФРОНТЕКС, повече подкрепа за държавите на първа линия, повече финансиране за защита на границите на ЕС.

Laura Ferrara (NI), per iscritto. – Negli ultimi anni abbiamo sempre invocato una gestione europea dei flussi migratori, un'equa ripartizione delle responsabilità tra gli Stati membri, denunciando l'inadeguatezza e l'inefficienza delle attuali politiche migratorie europee e l'opportunismo e l'atteggiamento ricattatorio del governo turco, che hanno messo a dura prova paesi di frontiera come la Grecia, più esposti alla pressione migratoria. Più che una tragedia annunciata, Moria è l'emblema della negazione di quei valori su cui l'UE si fonda, sia per le condizioni degradanti e disumane in cui sono state tenute le persone nel centro, sia per l'insostenibile sistema di migrazione ed asilo che sono stati realizzati. Oltre agli

aiuti immediati e all'assistenza da fornire dopo la tragedia, in particolare ai gruppi più vulnerabili come famiglie con minori, anziani e donne incinte, l'auspicio è che il nuovo patto sulla migrazione ed asilo fornisca nuovi strumenti e politiche che non facciano ripetere gli errori del passato e avere nuovi casi come quello di Moria.

Janina Ochojska (PPE), *na piśmie*. – Moria była zapomnianym miejscem w Europie i musiało dojść do wielkiej tragedii, abyśmy znowu podjęli temat migracji. Tylko tym razem nie możemy poprzestać na wymianie poglądów. Z niecierpliwością czekam na propozycję Komisji – Pakt ws. Migracji i Azylu, licząc na wprowadzenie systemu kwot określających ilość przyjmowanych migrantów do poszczególnych państw członkowskich.

Podczas debaty pojawiło się wiele głosów wzywających do solidarności i humanitaryzmu, a przez ostatnich 5 lat zostawiliśmy Grecję samą z problemem! Czuję się osobiście winna, bo mój kraj w 2015 roku nie przyjął nikogo. Bez konkretnych zapisów nakładających obowiązek przyjęcia migrantów nie możemy być pewni, że sytuacja się nie powtórzy.

Zgadzam się z Ursulą von der Leyen, która powiedziała, że migracja stanowi część naszej europejskiej historii. Co więcej, to zjawisko będzie wielokrotnie m.in. przez zmiany klimatu, a nadal nie jesteśmy w stanie zaakceptować kategorii tzw. uchodźców klimatycznych. Dlaczego tworzymy polityki reakcyjne a nie prewencyjne? Już dzisiaj wiadomo, że możemy przeciwdziałać barbarzyńskiemu biznesowi przemytników, transportujących uchodźców w nieludzkich warunkach przez Morze Śródziemne, poprzez tworzenie korytarzy humanitarnych.

Tragedii w Morii nie byłoby także, gdyby funkcjonowała sprawna polityka azylowa, dzisiaj procedura rozpatrzenia wniosku trwa kilka lat. Pamiętajmy, że takich miejsc jak Moria nie można tworzyć. Wzywam kraje członkowskie do przyjęcia uchodźców pozostawionych na ulicach Lesbos, to nasz chrześcijański i obywatelski obowiązek.

Sandra Pereira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os incêndios que deflagraram na madrugada de 9 de setembro no campo de refugiados de Moria reduziram a cinzas aquele que era o centro acolhimento para os que procuram ajuda e uma vida melhor na Europa. Mais de 12 mil pessoas, entre elas crianças e adolescentes, estavam ali detidas em condições desumanas num campo com uma lotação considerada quatro vezes superior à sua capacidade por parte de várias organizações de defesa dos direitos humanos. Se antes da COVID-19 as condições neste campo eram já manifestamente precárias, agravaram-se ainda mais com o confinamento dos campos, colocando em perigo a saúde e mesmo a vida das pessoas que ali estavam. Estes incêndios num campo de refugiados expõem uma realidade que revela bem a consequência da implementação das políticas migratórias da UE, a construção da «Europa Fortaleza» que atenta contra os direitos humanos mais elementares ou a ausência de rotas legais e seguras. Neste momento, torna-se imperativo socorrer, acolher e integrar na sociedade estas pessoas e, simultaneamente, garantir que acidentes destes não ocorrem noutros campos de refugiados, assegurando as condições de higiene e salubridade bem como serviços de saúde, enquanto as pessoas não são retiradas dos campos para sítios mais seguros e humanos.

(The sitting was suspended for a few moments)

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 11.23)

11. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

11.1. Lage auf den Philippinen, insbesondere der Fall Maria Ressa

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit nach Artikel 144 der Geschäftsordnung.

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Das Thema der ersten Aussprache über sechs Entschließungsanträge ist „Lage auf den Philippinen, insbesondere der Fall Maria Ressa“ (2020/2782(RSP)) (*).

Hannah Neumann (Verts/ALE). – Madam President, I think we have the wrong order because I was actually the one negotiating these resolutions. There must be a mistake, but if the author gets the first word that should be me.

President. – I have Urbán Crespo, Bielan, Neumann, Fuglsang, Wiseler-Lima and Guetta as the order, and it's being signalled to me that is the correct order. I cannot check that.

We have four points of order now. I don't know if this really makes sense to discuss the order because there are very few people watching us live. You are going to put it on to your social media anyway, only yours, but OK, if it's important, yes.

Who wants to reply? There have been so many.

Frédérique Ries (Renew). – Madam President, I'm sorry but we have exactly the same problem for the next debate on Dr Mukwege, which is that the first three authors to take the floor have not participated in the negotiations.

I don't understand why we don't do things like we used to do them: take the authors in the order of importance of the groups. At least you could do that. It's completely awkward to have as a first orator taking the floor someone from ID who has been completely absent. This is a problem for some of us as we have no clue what they think on the issue.

So it's more than just a cosmetic problem. I think it's really problematic. It's symbolic who takes the floor in the first place, and that's not the kind of signal we want to send to the person who we are defending today. So please convey this huge concern to the people responsible for that. Don't talk to us about the rules, because rules have limits and these are not good rules.

President. – I have a problem here, of course, because I wasn't present. I completely understand what you are saying and appreciate that you tell us. The idea obviously is that the order is by the order of tabling, and then it is one speaker each per group. This is how it has been explained to me.

For me this is a difficult situation, but I would say – and I take this on my shoulders now – if you all agree on this, if all the speakers that I just mentioned are fine with that, I think we should then proceed as the people concerned suggest. Is everyone fine with that?

OK. Hannah Neumann. But then you have to tell me who's next!

Hannah Neumann, author. – Madam President, before the summer I spoke to Maria Ressa. She had just lost a made-up case, and I was so worried about the human rights situation in the Philippines.

I said Maria, what can we do as the international community? She said 'democracy dies in darkness so you should shed light on the situation'. That is exactly why we are having this debate today and that's why I'm happy to see you here Ms Urpilainen.

But someone is missing, and that's our new trade commissioner Mr Dombrovskis, because as the European Union we don't have that many tools to protect human rights and democracy, and maybe our trade policy is the strongest one.

But Duterte, the president of the Philippines, who is encouraging his own services to kill tens of thousands of people, still enjoys EU trade privileges under the GSP Plus scheme that are supposedly linked to improvements in human rights.

The situation is just getting worse, and that's why I'm so happy that across all political parties in this resolution we call on the Commission to start the procedure to revoke these privileges immediately and – to be frank – by immediately, we mean by Monday.

Isabel Wiseler-Lima, auteure. – Madame la Présidente, la situation des droits humains est très préoccupante aux Philippines.

Les exécutions extrajudiciaires dans la lutte contre les drogues sont des pratiques inacceptables au regard de la dignité humaine, mais aussi du droit international. Nous les condamnons fermement. Tout comme nous condamnons les menaces, intimidations, viols et violences de toute sorte contre ceux qui dans le pays s'insurgent contre ces pratiques, notamment des défenseurs des droits humains et des journalistes. La liberté de la presse est d'ailleurs toute relative dans le pays vu les menaces, intimidations et violences à l'encontre des journalistes. Je voudrais dans ce contexte évoquer le nom de la journaliste Maria Ressa.

Vu les situations de détresse vécues par de nombreuses personnes aux Philippines, nous exprimons notre condamnation des violences contre les personnes LGBTIQ; notre condamnation du trafic d'enfants, de leur recrutement pour des conflits armés; notre condamnation des viols de femmes et de filles, viols d'ailleurs banalisés par des déclarations du président Duterte, absolument inacceptables.

Les députés qui voteront pour cette résolution demandent instamment au gouvernement des Philippines de se conformer à ses obligations relevant du droit international et nous demandons à l'Union européenne d'user de tous les moyens adéquats pour amener le gouvernement philippin à une gouvernance en accord avec les droits humains.

Niels Fuglsang, author. – Madam President, last June, the UN High Commissioner for Human Rights presented an alarming report on the human rights violations in the Philippines, where the situation is horrendous.

For half a decade, the so-called war on drugs has led to thousands of killings by illegal police actions and death squads. Hundreds of thousands of people have been arrested. In these five years, the European Parliament has written four declarations concerning the state of the human rights in the Philippines, but the situation has not improved whatsoever.

On the contrary, since last year, the country has actually withdrawn from the International Criminal Court jurisdiction, and recently there has been a resurgence of extra-judicial killings, assassinations of human rights activists and intimidation and prosecutions of journalists. The most notorious is the former CNN journalist, Maria Ressa, who is now exposed to one hundred years in prison as a result of all the charges against her.

The Philippines should adopt and implement the recommendations from the UN report and, without substantial improvement, we as the European Union should suspend the Philippines' beneficial trade preferences with us.

Bernard Guetta, auteur. – Madame la Présidente, *Hold the line*, tenir tête, en français, c'est la promesse que se sont courageusement, noblement, faite les opposants de M. Duterte.

Tenir tête car aux Philippines près de 9 000 personnes et sans doute beaucoup, beaucoup plus ont été tuées par des sbires du pouvoir sous prétexte de trafic ou consommation de drogue. Tenir tête car, journalistes, intellectuels, universitaires ou avocats, les opposants risquent non seulement l'arrestation, mais aussi l'assassinat. Tenir tête car le taux d'occupation des prisons vient d'atteindre 534 %.

Les dictateurs s'indignent d'ordinaire des rapports les accablant mais M. Duterte, non, bien au contraire, il s'en vante, car, à l'entendre, il ne faut pas – surtout pas – s'embarrasser de procédures et de respect des droits de l'homme. Il est là, et cela suffit puisque ce juge suprême s'est donné droit de vie et de mort.

L'histoire a connu un autre Duterte, c'était à Rome, il s'appelait Néron. M. Duterte, pour notre honte à tous, est le Néron des temps modernes.

(¹) Siehe Protokoll.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV*alelnök*

Miguel Urbán Crespo, *autor*. – Señora presidenta, en Filipinas, durante la supuesta guerra contra las drogas, se ha asesinado a más de 27 000 personas y, con la excusa de la lucha contra el terrorismo, se ataca, se asesina y se encarcela a sindicalistas, a personas defensoras de derechos humanos, a activistas y a periodistas como Zara Alvarez, Maria Ressa y Leila de Lima. Pero, aparentemente, estas violaciones de derechos humanos no son suficientes para que la derecha de este Parlamento exija de manera rotunda y clara la suspensión inmediata de los privilegios otorgados en el marco del sistema de preferencias generalizadas, un sistema que debería estar condicionado a la aplicación de los convenios internacionales de derechos humanos y laborales que, claramente, no se cumplen ahora mismo en Filipinas.

Exigimos que se dejen de comercializar armas y equipos militares con Filipinas y que se suspendan inmediatamente las preferencias comerciales hasta que no se respeten los derechos humanos. Esto se tiene que hacer de manera urgente. Ya. No esperemos a mañana.

Adam Bielan, *author*. – Madam President, in the Philippines, the situation of citizens, human rights defenders and media representatives has been worsening in recent years.

The UN High Commissioner for Human Rights' report of June 2020 found that the killings related to the government's anti-drug campaign were 'widespread and systematic'. At least 8 663 people have been killed, according to government data, and some estimations even triple that number.

Meanwhile, human rights defenders, journalists such as Maria Ressa and activists routinely face harassment, intimidation and violence for seeking to expose allegations of extrajudicial killings. Threats, intimidation, violence, harassment, unfair prosecutions or corruption do not go hand-in-hand with a democratically elected government.

Today, we call on the Republic of the Philippines to cease immediately all violence and human rights abuses. The fight against illicit drugs must be pursued in full compliance with due process of law.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, les exécutions extrajudiciaires perpétrées dans le cadre de la guerre contre la drogue et le terrorisme se sont multipliées et se poursuivent en toute impunité. La commission des droits de l'homme aux Philippines a estimé que près de 27 000 personnes ont trouvé la mort. Duterte continue de profiter de cette guerre pour éliminer, torturer, menacer les acteurs qui le gênent – les leaders, les paysans, les prêtres, les journalistes, les avocats – sans avoir de comptes à rendre.

Le dernier rapport des Nations unies met en évidence l'urgente nécessité d'enquêtes complémentaires sur ces violations. Le Conseil des droits de l'homme de l'ONU doit à présent mettre en place un mécanisme indépendant international chargé d'enquêter sur les exécutions extraordinaires et les autres violations commises dans ce pays. Mais dans ce climat de répression et de terreur, les communautés locales n'osent plus demander justice pour les violations subies, ni s'opposer au gouvernement. Il est temps que nous les soutenions, que nous les aidions à faire ce travail.

Et enfin, la question que nous devons aussi nous poser est celle-ci: pourquoi maintenir un régime préférentiel d'accès au marché européen dans ce contexte de répression massive des droits humains? Il y a aujourd'hui, aux Philippines, 18 000 femmes et enfants qui travaillent dans des mines, non protégés, 85 000 enfants qui travaillent, forcés, dans l'agriculture. Ce SPG n'a plus de raison d'être aujourd'hui avec les Philippines.

Lars Patrick Berg, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich möchte meine kurzen Bemerkungen auf den spezifischen Fall von Maria Ressa beschränken. Soweit ich weiß, ist Frau Ressa derzeit auf Kautionsfrei und wartet auf ihr Urteil. Mir ist auch bekannt, dass die Richterin in diesem Fall erklärt hat, dass Frau Ressa offenbar nicht in der Lage war, ihre Behauptungen zu begründen, und dafür auch keine Beweise vorgelegt hat.

Ich habe aber auch keinen Zweifel daran, dass auf den Philippinen Auftragsmorde stattfinden und schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Die Inhaftierung von Frau Ressa ist deswegen natürlich völlig übertrieben und auch die Anschuldigungen wegen Verleumdung. Ich denke jedoch, es obliegt dem Anwaltsteam von Frau Ressa, Beweise vorzulegen, die ihre ursprüngliche Geschichte untermauern. Und dann können wir über die Unterdrückung beziehungsweise auch die Aussetzung von Redefreiheit und die Schikanierung der Medien durch die Regierung sprechen.

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for their remarks.

The EU has expressed its concern about various human rights issues in the Philippines on numerous occasions, recently through the EU 27 statement at the Human Rights Council and the February 2020 biennial Generalised Scheme of Preferences report discussed in the European Parliament, as well as directly through the authorities, such as during the first Joint Committee of the Partnership and Cooperation Agreement in January 2020.

More specifically on Maria Ressa's case, the EU External Action Service spokesperson issued a statement on 16 June 2020 — so a few months ago — underlining that her conviction raised serious doubts over the respect for freedom of expression, as well as for the rule of law, in the Philippines.

We expect the Philippines, like all countries, to uphold its international human rights obligations and protect and promote fundamental freedoms.

With regard to the monitoring of the Philippines' commitment under GSP+, the Trade Commissioner — you were referring to that, Ms Neumann — had clearly communicated our concerns to his counterpart in Manila, and the Philippines' reply will be taken into account in assessing compliance through the chief GSP+ conditionalities during our bilateral dialogue with the Government.

The EU remains convinced that both the Philippines and the EU have most to gain from constructive engagement. During our January Joint Committee, we agreed on the establishment of a Sub-Committee on Good Governance, Rule of Law and Human Rights. This sub-committee, expected to meet regularly, will be an important forum for directly addressing all human rights issues.

The External Action Service has proposed to hold a first meeting already this autumn — by the end of this year — even under a virtual format. So the European Commission and the External Action Service will continue raising these matters with the Philippine Government in a clear and constructive way.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a mai napon kerül sor.

11.2. Der Fall Dr. Denis Mukwege in der Demokratischen Republik Kongo (DRK)

Elnök asszony. – A következő pont vita hét, Dr. Denis Mukwege ügyével a Kongói Demokratikus Köztársaságban kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról (2020/2783(RSP)) (†).

Maria Arena, *auteure*. – Madame la Présidente, Denis Mukwege, gynécologue et militant des droits humains, consacre sa vie à la lutte contre les violences sexuelles faites aux femmes à l'est de la RDC, son pays, sa région.

Depuis plus de 20 ans, Denis Mukwege et ses équipes sont confrontés aux pires atrocités dont sont victimes les femmes, les jeunes filles — voire même les bébés —: violées, des organes génitaux saccagés par des criminels appartenant à des groupes armés, qui utilisent ces violences comme arme de guerre et de destruction massive.

Plus de 55 000 femmes, filles et enfants ont été soignés dans l'hôpital Panzi depuis sa création, et malheureusement, cela n'est pas près de s'arrêter. Les récentes attaques en Ituri, qualifiées de crimes contre l'humanité par M^{me} Bachelet, et les tensions dans les Kivu restent très préoccupantes.

Dans ce contexte, Denis Mukwege, comme toujours, a pris des positions claires, demandant que la lutte contre l'impunité ne reste pas à l'état de rapport, en faisant référence au rapport Mapping, mais que chacun prenne ses responsabilités. Il en appelle à la RDC pour qu'elle garantisse la protection des populations et assure la démilitarisation des sites miniers. Il demande à la communauté internationale de soutenir le processus judiciaire en RDC avec l'établissement de tribunaux mixtes. Il en appelle aussi à la communauté internationale pour qu'il soit possible de poursuivre les auteurs des crimes qualifiés de crimes contre l'humanité dans le rapport Mapping pour la période 1993-2003, et pour qu'elle soutienne la création d'un tribunal ad hoc, car, comme tout le monde le sait, la Cour pénale internationale n'est pas compétente en la matière.

Ses positions lui ont valu à nouveau des menaces qui doivent être prises au sérieux, car depuis la création de son premier hôpital qui a été détruit en 1996, il a subi des menaces en 2012 et il subit à nouveau des menaces aujourd'hui. Nous devons le protéger, effectivement, mais nous devons aussi faire en sorte que cela ne puisse plus durer en RDC. C'est comme cela que M. Mukwege sera le plus protégé, c'est comme cela qu'il pourra continuer à travailler comme militant des droits humains.

Dominique Bilde, auteure. – Madame la Présidente, les attaques et intimidations visant, depuis 2012 et jusque juillet 2020, le prix Nobel de la paix Denis Mukwege constituent un cas limite des violences ciblant le personnel médical dans l'est de la République démocratique du Congo, ravagée par un conflit interminable.

Cette situation souligne la portée de l'œuvre de celui qui, depuis 1999, a secouru dans son hôpital de Panzi quelque 50 000 victimes de violences sexuelles, parfois gravement mutilées, dénonçant avec justesse ces exactions comme relevant d'une véritable tactique de terreur.

Ne jetons pas l'anathème sur la République démocratique du Congo, qui a démontré une certaine détermination contre ces crimes, bien que, de l'indemnisation des victimes au soutien à des enfants issus de viols, beaucoup reste à accomplir.

De notre côté, nos résolutions onusiennes et européennes seront en effet sans effet tant que les acteurs du commerce de tantale, cause sous-jacente du conflit, ne prendront pas leurs responsabilités. De même, toute aide internationale face aux crises sanitaires en Afrique achoppera sur le défi de la sécurité des praticiens médicaux, dont le cas de Denis Mukwege est désormais l'emblème tragique, hélas.

Marisa Matias, author. – Madam President, I ask you not to count this as an intervention. I think it is more correct if, after the colleague who negotiated the resolution, we then have all the authors according to the d'Hondt method. So I'm more than happy to speak last, so give the floor to the colleagues in the correct order as usual. They know who they are. I'll be speaking last.

President. – Just so we understand correctly, Ms Matias, you are not an author, because on the list you are ...

Marisa Matias, author. – Madam President, I am, but I am from the GUE/NGL Group and I know that we normally follow the d'Hondt method. So we can pass to the EPP, then Renew and so on, and so I'll speak last very happily. I don't mean to generate any confusion, sorry.

President. – I am really sorry for the confusion; the lists are still a little bit incorrect. So the next speaker is then Mr Vincze from the EPP.

Loránt Vincze, author. – Madam President, my appreciation to the colleague for agreeing to use speaking time on the weight of the groups.

It takes extreme bravery to be an outspoken defender of human rights in a state crippled by decades of corruption and armed conflict and in which rebel militia groups continue to abduct, rape and murder civilians with impunity.

Dr Denis Mukwege, renowned gynaecologist, pastor, Nobel and Sakharov prize laureate from the Democratic Republic of Congo, has dedicated most of his life to end the use of sexual violence as a weapon of war and armed conflict. Nearly 55 000 survivors have been treated in Panzi hospital, which he established in 1999. His courage, dedication and strength in denouncing wartime sexual violence made him the international symbol of this struggle. Now his life, and those of his co-workers and members of his family, are newly and repeatedly under threat. It is our moral obligation that we defend them with all the means at our disposal.

While raising our voice for Dr Mukwege, we praise all human rights defenders in the Democratic Republic of Congo who still carry out their work in spite of the challenges they are faced with. The EPP Group welcomes the resolution that urges the government of the DRC to undertake immediately a comprehensive investigation into the threats he and other human rights defenders have received.

I also welcome that the document calls upon the Congolese Government and judiciary to prosecute human rights abuses carried out against women in that country. We fully echo Dr Mukwege's call for peace and justice, the defence of human rights, the need for accountability and the implementation of the UN human rights report mapping abuses.

Frédérique Ries, *auteure*. – Madame la Présidente, le Dr. Mukwege est un héros. Un héros pour les femmes congolaises qu'il répare et à qui il rend le goût de vivre et la dignité. Un père de substitution – dans le fond – pour toutes les victimes de crimes sexuels.

Denis Mukwege est un héros aussi pour les militants des droits de l'homme partout dans le monde, où son courage force l'admiration. Il est victime aujourd'hui encore de menaces de mort, mais Denis Mukwege ne se tait pas, notre prix Sakharov ne se tait pas, non plus, il dit le vrai et en assume les risques, qui sont immenses, on le sait.

Alors, notre obligation aujourd'hui, c'est d'arrêter l'incantation. D'abord, il faut le protéger, lui et ses proches, et ensuite relayer son exigence de justice pour les victimes des conflits qui ravagent l'est du pays. Certes, la Monusco est de retour, on peut dire que Panzi reste un refuge, mais pour combien de temps? On le sait, la protection des Nations unies est temporaire. Reste maintenant le travail de mémoire, reste la justice. Un Congo pacifié et un Congo réconcilié avec son histoire, un Congo qui met fin à l'impunité des bourreaux, c'est ce Congo, celui du Dr. Mukwege, que l'Europe doit accompagner – au-delà des mots, au-delà de l'incantation – dans les actes, et c'est ce que propose notre texte.

Salima Yenbou, *auteure*. – Madame la Présidente, aujourd'hui, le Parlement européen clame sa solidarité et son soutien au Dr. Mukwege, l'homme qui répare les femmes, car il est malheureusement victime de menaces de mort.

Nous demandons au gouvernement congolais de continuer et d'intensifier sa lutte contre toutes les violations des droits humains et, dans la continuité du rapport Mapping des Nations unies, de mettre en place des moyens judiciaires qui permettent de juger les crimes passés et présents, mais aussi de respecter les droits sexuels et reproductifs, y compris la légalisation de l'avortement en cas de viol.

Mais n'oublions pas que derrière tout cela il y a le problème de l'exploitation des minerais, qui engendre corruption et violence. Les Amish n'ont, eux, aucune responsabilité dans ces crimes. On ne peut pas en dire autant de nous, qui utilisons chaque jour notre smartphone, que nous devrons d'ailleurs sans doute changer avec la 5G à venir.

Cette résolution met à l'honneur non seulement le Dr Mukwege et les défenseurs des droits humains en RDC, mais aussi toute la communauté des lauréats du prix Sakharov, à qui nous disons merci. Le Parlement européen continuera de soutenir vos combats.

Marisa Matias, *autora*. – Senhora Presidente, Denis Mukwege dedicou a maior parte da sua vida a tentar acabar com o uso da violência sexual contra as mulheres como uma arma de guerra.

Denis Mukwege tratou de mais de 55 mil vítimas sobreviventes no Hospital de Panzi. A sua vida tem sido ameaçada sempre, mas, nos últimos meses, estas ameaças reforçaram-se muito. A violência sexual contra as mulheres em contexto de guerra não pode continuar impune e, por isso, damos as boas vindas à decisão recente que foi tomada no dia 3 de setembro, uma decisão judicial importante para não manter este crime impune. Mas, a juntar aquilo que são os conflitos dentro do território, há ainda a violência que é multiplicada pela presença de grupos estrangeiros que, no Leste do país, exploram os minerais.

Neste sentido, apelamos à comunidade internacional para que apoie os defensores de direitos humanos no Congo, que não deixe impunes os crimes cometidos e que recuse a comercialização com empresas que detêm recursos naturais e que promovem a violência no país.

Assita Kanko, author. – Madam President, years ago I was honoured to interview Dr Mukwege for a book I wrote on women's rights. He inspired me with his simple belief that we all have a duty to do the right thing. He is not a man who thinks women's rights is an issue for women. He just jumps in and fights. He said, 'I became a feminist because, in the face of the atrocity I witnessed, I had a choice: to go away or to act. I couldn't just leave'.

The EU must do all it can to protect the points of light that shine through darkness. For the many thousands of victims of sexual violence in the Congo, Dr Mukwege is that light. We must call for a deep and impartial investigation into the threats made against him, and the EU must urge the Congolese authorities to adopt the draft law which protects human rights defenders and installs transitional justice. By defending Dr Mukwege's life, we also defend the lives and dignity of those that every day rely upon his bravery. We must do all we can to help him continue to fight for the change he has spent a lifetime trying to achieve: the delivery of justice, truth and the empowerment of women.

Krzysztof Hetman, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Pochylamy się dzisiaj nad sprawą dr. Denisa Mukwege, laureata Pokojowej Nagrody Nobla i wieloletniego działacza społecznego, uhonorowanego również Nagrodą im. Sacharowa. Szpital, którego dyrektorem jest dr Mukwege, jest największym ośrodkiem pomagającym ofiarom gwałtów i przemocy seksualnej w kraju, a sam lekarz otwarcie przeciwstawia się przemocy seksualnej i domaga się sprawiedliwości dla jej ofiar.

Dr Mukwege zażarcie broni ofiar przemocy, ale teraz nadszedł czas, żeby bronić także i jego. To właśnie ze względu na swoją działalność dr Mukwege, ale także jego rodzina i współpracownicy otrzymują groźby śmierci. Niestety już raz podjęto próbę zamachu na dr. Mukwege, w której zginął jeden z jego ochroniarzy. Nie możemy mieć więc wątpliwości, że zagrożenie jest jak najbardziej realne. Dlatego też uważam, że Parlament Europejski nie może wobec tego zagrożenia być obojętny. Musimy domagać się podejmowania działań na rzecz ochrony dr. Mukwege, ale także wezwać rząd Demokratycznej Republiki Konga do wszczęcia rzetelnego śledztwa w celu ustalenia źródła gróźb, które otrzymuje dr Mukwege, jego bliscy i personel szpitala.

Dzisiejsza debata też z pewnością jest okazją, by zwrócić uwagę na problemy, którymi od lat zajmuje się dr Mukwege. Unia Europejska naturalnie potępia przemoc seksualną, ale nasza rola nie może się do tego ograniczać. Należy wyraźnie wspierać aktywistów w Demokratycznej Republice Konga działających przeciw przemocy, w tym przemocy seksualnej, i niosących wsparcie jej ofiarom, a także domagać się zdecydowanych działań rządu w tym zakresie.

Carlos Zorrinho, em nome do Grupo S&D. – Senhora Presidente, no Congo, os abusos sexuais são usados como armas de guerra e o médico que denuncia e trata clinicamente esses crimes está sob ameaça de morte. Esse médico é Denis Mukwege, laureado com o prémio Sakharov e o Nobel da Paz. A União Europeia, as Nações Unidas, a União Africana e os Estados de direito devem estar todos ao seu lado na luta contra as graves violações dos direitos humanos e da impunidade com que são atropelados os mais básicos pilares da sociedade.

A denúncia que fez recentemente de mais um massacre em Kivu e o pedido para que sejam levados à justiça os grupos armados responsáveis pelos crimes continuados de violência sexual despoletaram uma ameaça real à sua integridade física, que exigiu a reposição da proteção pelas forças da ONU ao Hospital de Panzi, interrompida em maio deste ano por causa da pandemia.

É preciso garantir o funcionamento das instâncias judiciais e a União Europeia deve manter-se vigilante e proativa e sancionar todos os perpetradores da violência e violadores dos direitos humanos.

Reitero a solidariedade com o Dr. Denis Mukwege e o seu corpo clínico pelo extraordinário trabalho de luta contra a violência sexual como estratégia e ação terrorista.

Hilde Vautmans, au nom du groupe Renew. – Madame la Présidente, chers collègues, je suis outrée, choquée et inquiète par le fait que nous devons discuter de la sécurité du Dr Denis Mukwege. Ceci montre à quel point la terreur et l'impunité ont atteint un niveau sans précédent à l'échelle humaine dans cette région.

Cet homme, que l'on ne doit plus présenter – prix Sakharov, prix Nobel de la paix, et surtout un héros pour tout un peuple –, est la voix des femmes violées, le mur contre la souffrance, la terreur et les exécutions.

Chers collègues, il est de notre devoir de renforcer ce rempart qui défend nos valeurs fondamentales dans son pays. *Amani Kwenu. La paix pour vous. Vrede voor u.*

Christine Anderson, im Namen der ID-Fraktion. – Frau Präsidentin! Doktor Mukwege gebührt mein höchster Respekt für seinen unermüdlichen Kampf gegen diese bestialische sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen und deren verheerende Folgen. Die feigen Einschüchterungsversuche und Morddrohungen gegen ihn, seine Familie und Mitarbeiter verurteile ich aufs Schärfste.

Aber anstatt unser Entsetzen, unsere Betroffenheit immer wieder zu bekunden, wann handeln wir denn endlich? Seit der lächerlichen Wahl in 2018 ist der Kongo immer weiter in die Anarchie gerutscht. Vergewaltigungen, Übergriffe auf Frauen durch Milizen finden tagtäglich statt, fünf Millionen Flüchtlinge in Zeltlagern – und die Verursacher genießen Straffreiheit. Entweder, weil sie von hochrangigen Militärs gedeckt werden, oder weil sie von der in weiten Teilen von Korruption durchsetzten Gerichtsbarkeit ohnehin nichts zu befürchten haben.

Aber, und das ist der eigentliche Skandal, während die systematische sexuelle Gewalt gegen Frauen, standrechtliche Erschießungen immer weiter zunehmen, wird die kongolesische Regierung nach wie vor von der EU unterstützt. Allein in diesem Jahr mit 40 Millionen Euro an humanitärer Hilfe. Es ist dringend geboten, dass wir als EU unsere Haltung und Beziehung zum Kongo einer kritischen Prüfung unterziehen, damit Leute wie Doktor Mukwege nicht länger ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, um Frauen vor dieser bestialischen Gewalt zu schützen.

Jadwiga Wiśniewska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Doktor Denis Mukwege, laureat Pokojowej Nagrody Nobla, Nagrody im. Sacharowa, niezwykle silny, odważny, bohaterski lekarz, który z wielką determinacją, zaangażowaniem i skutecznością walczy z przemocą seksualną i wykorzystywaniem kobiet w konfliktach zbrojnych. Nagłaśnia informacje o gwałtach. Publicznie mówi o bezkarności władz. Teraz to on potrzebuje naszego zdecydowanego wsparcia. Naszym więc obowiązkiem jest zadbać teraz o jego bezpieczeństwo, dlatego wzywamy ONZ i rząd kongijski do zapewnienia bezpieczeństwa doktorowi, jego rodzinie, pacjentom, pracownikom szpitala. Powinniśmy wesprzeć ofiary przemocy seksualnej w Kongo, a także aktywistów niosących im tę pomoc.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Madame la Présidente, le Dr. Denis Mukwege est une personne admirable, il a consacré la plus grande partie de sa vie à combattre la violence sexuelle comme arme de guerre.

Il a reçu en 2018 le prix Nobel de la paix, après avoir reçu en 2014 le prix Sakharov. Ce choix de 2014 exprime mieux que nous ne pouvons le faire aujourd'hui notre admiration pour le Dr. Mukwege, mais ce choix implique aussi pour nous, aujourd'hui encore, une responsabilité particulière en tant que député européen. Nous lui devons notre appui pour qu'il puisse continuer à défendre en toute sécurité les droits humains. Les présentes menaces sur son droit fondamental à la vie sont dues à son infatigable combat, et plus particulièrement à ses appels à mettre fin à l'impunité dont jouissent ceux qui commettent des crimes sexuels et des massacres dans plusieurs provinces de la République démocratique du Congo.

Nous en appelons donc avec force aux autorités congolaises afin qu'elles garantissent la sécurité du Dr. Mukwege et fassent en sorte que les auteurs des menaces soient empêchés de nuire et répondent de leurs actes devant la justice. Mais nous en appelons aussi à la communauté internationale pour qu'elle intensifie ses efforts afin d'éliminer l'utilisation de la violence sexuelle en tant qu'arme de guerre, de protéger les victimes, de mettre fin à l'impunité des agresseurs et de garantir l'accès à la justice et à la réparation pour les victimes.

Evelyn Regner (S&D). – Madam President, let me start with a quotation: 'Rape is not just a physical violent act perpetrated against one victim. It's an assault on humanity'. These are the words of Denis Mukwege.

Dr Mukwege has dedicated his life to the treatment of women who have become victims of rape and horrendous sexual violence. He has given new hope to tens of thousands of women, supporting them on the way back through medical treatment and psychological counsel, giving them the chance to get back on their own two feet by providing them with an education and job training. He needs our support to ensure his safety and that of his family and staff.

Women are amongst the most vulnerable in conflicts across the globe. Using sexual violence as a weapon in a war is a terrible crime. Denis Mukwege is one of the big heroes of our time. He needs our support and he deserves it.

Samira Rafaela (Renew). – Madam President, I welcome Nobel Peace Prize winner Dr Mukwege's call for protection and the resolution in support for this. We know that conflict has horrible consequences for the countries concerned, for the many women victimised. As Dr Mukwege correctly said, we need to recognise that sexual violence in conflict is not just a problem in his country. Therefore, it is important that people like Dr Mukwege can continue their important work, work that not only helps the victims but also advocates for women's rights.

Dr Mukwege and his Panzi Hospital are an example of how activists who do the groundwork need and deserve our protection. A pandemic cannot be an excuse to look away. Our support, especially during a crisis, is desperately needed. I call on our institutions, our Parliament and the international community to ensure that people like Dr Mukwege are free and safe to continue their work.

Evin Incir (S&D). – Fru talman! Fru kommissionär! "Ingen vila som ej är allas, ingen stillhet förrän allt är fullbordat" yttrade FN:s före detta generalsekreterare Dag Hammarskjöld. Det är ord som vi måste ta fasta på. Det vilar ett tungt ansvar på oss att ta kampen för att upprätthålla de mänskliga fri- och rättigheterna och stödja alla de krafter som kämpar för dem världen över.

Dr Denis Mukwege är ett lysande exempel på vad mod, ihärdighet och bärande hopp kan uträtta för mänskliga rättigheter. Men som så ofta är fallet för dem som står upp för jämställdhet och mänskliga rättigheter har han, hans kolleger och hans familj konstant utsatts för hat och mordförsök på grund av det viktiga arbete som han utför.

Det är välkommet att Dr Mukwege återigen får skydd av FN, om än temporärt. Dock är det inte acceptabelt att det sker först efter påtryckningar. Vad är det för signal vi sänder till alla människorättsförsvarare? Att de kommer att få stå ensamma när faran är framme?

Nej, det räcker nu! Vi behöver ett EU som engagerar sig globalt för kvinnors rättigheter i en sann feministisk utrikespolitisk anda och som samtidigt fortsätter att aktivt samtala med FN för att trygga situationen för människorättsförsvarare som dagligen riskerar sitt liv för andra människors frihet.

Jutta Urpilainen, Member of the Commission. – Madam President, I am grateful to the Members of the European Parliament for raising this matter, and for giving me the opportunity to address it here.

The European Union greatly admires the courage and the tireless work of Dr Denis Mukwege. His strong commitment to peace, justice and human rights in the east of the Democratic Republic of the Congo (DRC) has unfortunately exposed him to death threats. Despite that, he continues to devote his life to defending and restoring the dignity of countless women, the victims of brutal acts of violence, and we must continue to support his work.

We have publicly condemned the most recent threats made against him and we are pleased to note that the UN has now decided to redeploy a unit for the safety of Dr Mukwege and the staff and patients of the Panzi Hospital. We remain extremely worried about almost daily attacks on the population in the east of the DRC. This cannot become a forgotten crisis 10 years after the UN Mapping Exercise Report.

We are calling upon the DRC, supported by its international partners, in particular in the region and the United Nations Organisation Stabilisation Mission in the Democratic Republic of the Congo (MONUSCO), to put an end to the violence and the impunity.

The Congolese authorities should adopt and implement reforms to establish effective security institutions and an independent justice sector. Those responsible should be brought before justice so that the rights and dignity of the victims can finally be recognised.

The EU is taking concrete action in this direction through support programmes for justice, the strengthening of the mechanism for prosecuting and supporting victims, including survivors of sexual and gender-based violence, and is continuing its direct support to Dr Mukwege's Panzi Hospital, which so far amounts to EUR 19 million.

We will never, never abandon the women and girls who had to go through the unspeakable pain of sexual violence, and stand ready to contribute to the support they need to rebuild their lives.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a mai napon kerül sor.

(¹) Lásd a jegyzőkönyvet.

11.3. Humanitäre Lage in Mosambik

Elnök asszony. – A következő pont vita hét, a Mozambikban kialakult humanitárius helyzettel kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról (2020/2784(RSP)) (¹).

Paulo Rangel, Autor. – Senhora Presidente, nós não podemos abandonar Moçambique, não podemos deixar Moçambique e os moçambicanos no esquecimento. Há, neste momento, um drama humanitário terrível no norte de Moçambique, na província de Cabo Delgado, há já mais de 1.500 mortos, há centenas de milhares de deslocados, há terrorismo nas aldeias e nas vilas de Moçambique. Muitas das jovens mulheres têm sido raptadas ou escravizadas sexualmente, muitos dos jovens homens têm sido recrutados à força para milícias e para exércitos temporários.

É uma ofensiva claramente inspirada no jiadismo islâmico, no extremismo, com ligações já comprovadas ao Daesh. Este drama humanitário, que se está a viver num dos países mais pobres do mundo, que tinha já índices de desenvolvimento dos terríveis, que foi assolado por alterações climáticas, ciclones provocados pelas alterações climáticas gravíssimas, este é um problema político e religioso que se soma a essa situação trágica. E é grave, muito grave e, por isso, insisto.

O esquecimento a que a comunidade internacional e a União Europeia, em particular, votou à situação de Moçambique. A pandemia não desculpa tudo. Não pode ser um véu que tapa aquilo que se está a passar no norte de Moçambique. Ninguém fala de Moçambique, nem nos países mais próximos, como Portugal, ou como a Itália, que têm responsabilidades especiais relativamente a Moçambique, nem esses! Este é um assunto da atualidade.

Este não é apenas um problema para os moçambicanos que estão a sofrer e precisam de ajuda humanitária. É também um problema regional porque se está a espalhar o jiadismo islâmico pelos países à volta, que já veio do Sahel, que veio do Corno de África, são surtos vários em toda a África a que nós não estamos a dar atenção e, por isso, é fundamental o apoio da União Europeia, o envolvimento da União Africana, o envolvimento da Comunidade de Desenvolvimento do sul da África, da África Austral.

Nós temos que envolver todos estes parceiros para salvar estas pessoas que estão em desespero e que, para além do desespero, estão totalmente esquecidas e abandonadas pela comunidade internacional. Valha o papel da Igreja Católica e, em particular, do bispo de Pemba, Luíz Lisboa, que tem sido a única voz internacional a fazer eco daquilo que estão a sofrer as populações cristãs e as populações muçulmanas que sempre conviveram pacificamente e nunca tiveram nenhum radicalismo nesta região.

Carlos Zorrinho, Autor. – Senhora Presidente, pobreza endémica, ganância económica, fragilidade institucional, catástrofes naturais e terrorismo sob a capa da intolerância religiosa, criaram um contexto de crise humanitária na província de Cabo Delgado. Os números conhecidos de ataques e de vítimas civis e as imagens que circulam sobre as atrocidades cometidas são chocantes. A resolução conjunta que estamos a debater explícita, de forma concisa, mas objetiva, as razões porque temos que atuar e depressa.

Senhora Comissária, não podemos refugiar-nos na desculpa da complexidade, nem da pandemia, para abandonar o povo de Cabo Delgado. Temos que agir de forma articulada sobre as raízes do problema, mas, no imediato, temos que responder à urgência humanitária com que nos confrontamos.

O diálogo multilateral entre a União Europeia e o Governo de Moçambique, bem como com as organizações políticas económicas regionais, tem que ser aprofundado, funcionando também como um catalisador para encorajar o diálogo entre as autoridades nacionais e a sociedade civil.

E sim, Senhor Deputado Paulo Rangel, os Estados-Membros também têm um papel a desempenhar e, felizmente, Portugal, através do seu ministro dos Negócios Estrangeiros, tem desempenhado esse papel. Que sirva de exemplo e que sirva também de motivador para o trabalho que é necessário prosseguir.

Jan-Christoph Oetjen, *author*. – Madam President, the humanitarian situation in Mozambique is dire. The people of Mozambique are faced with one crisis after another, yet their plight is often neglected and ignored around the world. Since 2017, Mozambique has been in a constant state of insecurity and has suffered from terrorist attacks by the so-called al-Shabaab and one climate-related natural disaster after the other.

The Mozambique authorities need the assistance of the international community to combat this danger. But military insurgencies are no excuse for human rights violations reprisals, and the government of Mozambique has the responsibility to protect its citizens, not make them fear for their lives.

We therefore call on Mozambique to investigate without delay the alleged accusations of human rights abuses against their security forces and to respect the fundamentals of international law. We call on them to immediately cease the mauling of freedom of speech and to defend the universal value of freedom of speech. We also call on the international community to work closely with the local authorities to address the humanitarian crisis which follows these natural disasters and is only worsened by COVID-19.

Katrin Langensiepen, *Verfasserin*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir im Europäischen Parlament haben die Möglichkeit, mit unseren Entschlüssen den Blick dorthin zu lenken, wo er nicht zuerst hinfällt, wenn es um Verstöße gegen grundlegende Menschenrechte geht. In Mosambik ist das gegenwärtig der Fall. Mosambik, ein Land, das gebeutelt ist von Klimakatastrophen, Unruhen, militärischer Gewalt und fehlender Demokratie.

Wir sind nicht besorgt aus Arroganz, sondern wir machen uns wirklich Sorgen um die Menschen vor Ort. Wenn Journalistinnen und Journalisten und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten willkürlich in ihren Freiheitsrechten eingeschränkt werden und Gewalt ausgesetzt sind, dann benennen wir das und fordern die Einhaltung universeller Standards. Wenn sie verschwinden, wenn sie über Korruption, Menschenrechtsverletzungen und den Terrorismus in der Provinz Cabo Delgado berichten, dann benennen wir das, und wir fordern Aufklärung. Die EU-Afrika-Strategie und der kommende EU-AU-Gipfel bieten die Chance, als Partner auf Augenhöhe Fragen der Sicherheit, der nachhaltigen Entwicklung zu diskutieren und konkrete Szenarien internationaler Kooperation und gesellschaftlichen Fortschritts zu entwerfen. Lasst uns den afrikanischen Kontinent, Mosambik, nicht als hilfsbedürftige Region sehen, sondern als Partner. Nutzen wir die Chance!

Ryszard Czarnecki, *autor*. – Pani Przewodnicząca! Przede wszystkim – wyrazy współczucia dla rodzin ofiar. To są setki osób, ponad tysiąc osób. Również wyrazy współczucia dla tych, którzy musieli w wyniku tej islamskiej rebelii opuścić swoje domy. Dobrze, że o tym dzisiaj mówimy, to jest wyraz solidarności z tymi ludźmi. Chciałem też bardzo wyraźnie powiedzieć – i w tym kierunku szła poprawka mojej grupy politycznej – że przecież nie tylko bieda i brak perspektyw są źródłem terroryzmu, ale również nierzadko jest to ideologia. Są to przyczyny *stricte* ideologiczne, bo czasem również ludzie zamożni uciekają się do terroryzmu. Warto widzieć to w szerszym kontekście i dobrze, że dzisiaj wyrażamy solidarność z ludźmi w Mozambiku, w Cabo Delgado.

Marisa Matias, *Autora*. – Senhora Presidente, a situação em Moçambique agravou-se muito nos últimos anos e a descoberta de enormes reservas de gás, as maiores zonas do mundo, só veio agravar a situação e aumentar os níveis de corrupção. Atualmente, com a pandemia e, em resultado de desastres naturais, há 7,9 milhões de pessoas a necessitar de assistência. Assistimos a uma enorme tragédia humanitária a que precisamos de responder.

Em Cabo Delgado já morreram mais de 1.500 pessoas e a riqueza dos recursos naturais do país tem levado a que multinacionais compitam, como abutres, para ter acesso à região. Esse é o exemplo da Total francesa, que continua com planos de exploração como se nada estivesse a acontecer, como se nada houvesse.

O que nós precisamos nesta situação é, de facto, de denunciar o que se está a passar e acabar com o silêncio. Condenar os atentados terroristas e o jihadismo é fundamental, mas não chega. É preciso denunciar e parar a exploração dos recursos naturais. É preciso ter em conta os direitos ambientais e é preciso estabelecer a ligação de tudo isto com o contexto económico e social. De outra forma, tapamos o sol com a peneira, mas não ajudamos verdadeiramente o povo em Moçambique.

Lars Patrick Berg, *Verfasser*. – Frau Präsidentin! Die Gründe für die humanitäre Katastrophe in Mosambik sind vielschichtig, aber ich möchte darauf hinweisen, dass der Hauptgrund für diese Katastrophe der Wettlauf um die Ausbeutung der Öl- und Gasfelder ist, insbesondere der Offshore-Felder, und diese gehören zu den größten Gasressourcen in ganz Afrika.

Die Probleme werden aber am besten durch den Fall von André Hanekom verdeutlicht, einem südafrikanischen Staatsbürger und Eigentümer eines kleinen Yachthafens, der als strategischer Stützpunkt für die Versorgung der Offshore-Industrie angesehen wurde. Sein Zögern, seinen Besitz zu verkaufen, führte zu seiner Entführung durch mosambikanische Sicherheitskräfte, zu falschen Anschuldigungen, mit Islamisten zu tun zu haben, und schließlich zu seinem Tod in Polizeigewahrsam.

Das Agieren sogenannter PMC, *Private Military Companies*, Morde, der Aufstieg des Islamismus und viele andere unschöne Dinge sind auf die grassierende Korruption zurückzuführen. All das ist im heutigen Mosambik weit verbreitet, und doch stehen im Zentrum dieser Anarchie viele ausländische Ölkonzerne, auch einige aus Europa, die im Namen der Sicherheit diese Morde tolerieren. Die multinationalen Unternehmen müssen die Verantwortung, die sie haben, anerkennen, damit das Töten in Mosambik aufhört.

Željana Zovko, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, in Mozambique since 2010, Cabo Delgado has witnessed the discovery of substantial gas reserves off its coasts. This area is now home to Africa's largest liquefied natural gas, attracting enormous investment for eventual extraction. Since 2017, this northern province has been rocketed by deadly attacks perpetrated by armed groups whose operations are becoming increasingly sophisticated. Even before the discovery of the gas reserves and the attacks, Cabo Delgado was already nursing discontentment due to the high level of poverty and marginalisation by the central government. The Bishop of Pemba has received death threats for being outspoken on behalf of the poor in Cabo Delgado. He has called on the government to do more to protect the people against Jihadist attacks linked to ISIS.

With this resolution we also urge the government of Mozambique to take effective and decisive action against the insurgencies of international terrorist groups.

Dear colleagues, the government of Mozambique has a big responsibility, but unfortunately lacks the means. A coordinated response from the region and international efforts are urgently needed.

This week we adopted the new and an effective European approach on fighting terrorism in the Sahel and the Horn of Africa. Building on these experiences we can offer our assistance to the people of Mozambique.

Nacho Sánchez Amor, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, ciclones, en plural; cólera, malaria, COVID-19, en plural; violencia, en plural: violencia terrorista, en el norte, violencia política, en el centro, violencia institucional, en las elecciones —y lamento que no haya una referencia mayor a este asunto—; falta de distribución de alimentos; acusaciones de tortura a las fuerzas de seguridad; una corrupción política en todos los ámbitos; periodistas atacados y medios de comunicación incendiados; compañías occidentales haciendo la rapiña de los recursos naturales y un narcotráfico incontrolable. Es como un epítome, como un resumen de todos los males de África, pero concentrados en el tiempo y en el espacio.

Mozambique ha sido en algún momento una gran esperanza para la Unión Europea, y la Unión Europea hizo una gran inversión financiera y política en Mozambique, y estamos como estamos. Eso quiere decir que tenemos que cambiar completamente nuestra perspectiva. No basta lo que se ha hecho hasta ahora.

Hay que exigir cambios, y la existencia de violencia no puede ser una excusa para dejar de exigir las reformas que ese país necesita. Porque, si no hacemos reformas en el nivel institucional, no será manejable la situación ni de violencia, ni de hambre, ni de falta de respeto a los derechos humanos. Por lo tanto, la Unión Europea tiene que cambiar el enfoque con Mozambique. No solo ayudas: exigencia de reformas.

Charles Goerens, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, en 2005, sous l'égide des Nations unies, les chefs d'État et de gouvernement s'étaient accordés sur le principe de la responsabilité de protéger. L'analyse qui sous-tend cette déclaration avait été finalisée dans le document *Responsibility to protect* que tout le monde connaît. Les principaux enseignements de cette déclaration sont qu'il n'y a pas de sécurité sans développement et qu'il n'y a pas de développement sans sécurité. La réponse ne peut donc pas être uniquement humanitaire. Elle est, certes, humanitaire, mais il faut aussi travailler sur le plus long terme. Il faut, pour résoudre cette crise à long terme, un État fort, capable d'assumer ses fonctions régaliennes.

C'est dans ce cadre que j'invite la Commission à préciser peut-être déjà leur vue quant à la programmation réservée pour le Mozambique dans les sept années qui vont venir. L'instrument de voisinage, de coopération au développement et de coopération internationale (IVCDI) que nous avons adopté en première lecture a toute la panoplie d'instruments susceptibles de venir en aide à la création de cet État fort et au renforcement de sa gouvernance.

Je suis d'accord avec tout ce qui a été dit sur les souffrances qui frappent le pays, je fais part également de toute ma compassion, mais il faut aussi travailler sur le long terme.

Isabel Santos (S&D). – Senhora Presidente, e pego nas palavras do meu colega Goerens para dizer que, de facto, não há segurança sem desenvolvimento e não há desenvolvimento sem segurança. O tempo urge e corre contra nós no sentido de darmos uma resposta àqueles que, neste momento, estão refugiados nos matos, sem água, sem alimentos, sem cuidados médicos, de darmos uma resposta aos mais de 7 milhões de pessoas que precisam urgentemente de ajuda e que lutam num país empobrecido e num país que passou por diversos desastres ao longo dos últimos tempos.

Por isso, a União Europeia tem a obrigação de dar uma resposta, mas uma resposta estruturada, numa primeira fase, uma resposta humanitária àquilo que são as necessidades mais prementes das populações e, numa segunda instância, que deve caminhar em paralelo, num projeto desenvolvido em conjunto com as outras instituições locais, as organizações regionais, os governos vizinhos no sentido de haver um programa de desenvolvimento e paz para a região e aquilo que está a acontecer em Moçambique não afeta só Moçambique e tem um vasto potencial de vir a afetar os países vizinhos.

Mas eu não posso falar de Moçambique sem falar do caso de Américo Sebastião, um cidadão europeu, de nacionalidade portuguesa, desaparecido há 4 anos na província de Sofala e quero aqui a pedir a todas as autoridades europeias que, em diálogo com as autoridades moçambicanas, levanten este caso e peçam uma explicação para este caso. Há uma família e há um conjunto de amigos que ainda hoje esperam por uma explicação para aquilo que aconteceu a Américo Sebastião.

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Madam President, last year when cyclones Idai and Kenneth struck, the EU used all available instruments to respond to those tragedies. Today, northern Mozambique faces another threat: an outbreak of armed violence with a dangerous regional dimension.

I would first like to reiterate our solidarity with the people of Mozambique. We have strong political and developmental relations with Mozambique and we are ready to discuss options for assistance. I am also glad to inform you that the government and the EU have opened a policy dialogue, with a focus on humanitarian development and security issues in Cabo Delgado.

In the April Council conclusions, the EU emphasised that, regardless of the urgency, any response to the violence in the north must ensure full respect for human rights. The recent Amnesty report is extremely shocking. All its allegations, including those concerning members of the Mozambique armed defence forces and the police, must be investigated transparently and effectively, with full respect for the legal rights of both the victims and the accused.

The EU advocates an integrated and coordinated approach to development, promoting democracy, human rights and the rule of law. This encompasses also freedom of the media and civil society, and I recall here the memory of the activist and electoral observer, Anastácio Matavele.

Let me also underline our commitment to following African processes, working with the African Union Peace and Security Architecture and especially SADC. I think this is the way to ensure the regional drivers and impacts of this crisis are properly addressed.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a mai napon kerül sor.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Dominique Bilde (ID), *par écrit.* – Les mots manquent pour condamner l'attaque abominable contre une femme isolée par des hommes en armes — atrocité au sujet desquelles il convient d'attendre les conclusions de l'enquête.

N'occultons pas néanmoins la rudesse du combat livré par le Mozambique contre la mouvance de l'État islamique, Al-Shabaab, qui met depuis 2017 le Cabo Delgado à feu et à sang. Une lutte que ce pays mène bien seul, puisque la Communauté de développement d'Afrique australe a jusqu'à présent brillé par son absence.

À la clef, le lot habituel de carnages, en particulier à l'encontre des chrétiens qui ont vu ces derniers temps leurs édifices réduits en cendres et certains qui parmi leurs fidèles refusaient d'abjurer leur foi, lâchement assassinés. À cet égard, cette situation dramatique s'inscrit dans la lignée de tragédies similaires au Nigéria ou au Burkina Faso.

Ainsi, quand bien même les débats géopolitiques complexes restent pertinents, nous ne devons pas, par une fausse pudeur politiquement correcte, esquiver la dénonciation d'un quasi-génocide, qui de l'Afrique subsaharienne au Moyen-Orient, décime les chrétiens dans un silence général.

(¹) Lásd a jegyzőkönyvet.

12. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Az ülést 12:40-kor felfüggesztik.)

13. Wiederaufnahme der Sitzung

(Az ülés 12.59-kor folytatódik.)

14. Zweite Abstimmungsrunde

Elnök asszony. – A mai második szavazással folytatjuk.

A napirenden jelzettek szerint fogunk szavazni az indítványokról. Szavazásra 13:00-tól 14:15-ig van lehetőség. A szavazási módszer azonos az előző szavazás során alkalmazottal.

Az összes szavazás név szerint zajlik. Megnyitom a második szavazást, 14:15-ig szavazhatnak. A második szavazás eredményeit 16:30-kor jelentjük be.

(Az ülést 14.15-kor felfüggesztik.)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

15. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.33 Uhr wieder aufgenommen.)

16. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

17. Erklärungen zur Abstimmung

18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

19. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

20. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

21. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll

22. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

23. Rückzug von Verfahren auf der Grundlage eines Initiativberichts: siehe Protokoll

24. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

25. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll

26. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

27. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.35 Uhr geschlossen.)

28. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. OKTOBER 2020

(C/2024/4890)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 5. bis 8. Oktober 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärung des Präsidenten	3
4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll	3
5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	3
6. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	3
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	3
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO): siehe Protokoll	4
9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll	4
10. Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	4

Inhalt	Seite
11. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	4
12. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
14. Arbeitsplan	4
15. Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (Aussprache)	5
16. Rechtsstaatlichkeitskonditionalität im Rahmen des MFR 2021-2027 und von „Next Generation EU“ (Aussprache)	21
17. Abstimmungsrunde	31
18. Rechtsstaatlichkeitskonditionalität im Rahmen des MFR 2021-2027 und von „Next Generation EU“ (Fortsetzung der Aussprache)	32
19. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Bulgarien (Aussprache)	40
20. Wiederaufnahme der Sitzung	44
21. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Bulgarien (Fortsetzung der Aussprache)	45
22. Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Aussprache)	52
23. Frauen in Entscheidungspositionen in Leitungsgremien von Unternehmen und aktueller Stand der Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen (Aussprache)	57
24. Stärkung der Jugendgarantie (Aussprache)	68
25. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	71
26. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	71
27. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	71
28. Schluss der Sitzung	71

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 5. OKTOBER 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 17 settembre 2020.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.00)

3. Erklärung des Präsidenten

Presidente. – È con profondo rammarico che abbiamo assistito in questi giorni alle devastanti inondazioni che hanno colpito il sud-est della Francia e il nord-ovest dell'Italia: diverse persone sono morte, molte risultano ancora disperse. Rendiamo omaggio alle vittime e, naturalmente, trasmettiamo le nostre condoglianze alle famiglie e alle persone colpite.

Esprimiamo tutta la nostra solidarietà e il nostro rispetto per il lavoro svolto dalle squadre di soccorso della Protezione Civile, che continuano ad assistere le vittime, a cercare le persone scomparse e ad aiutare le comunità che sono state in questi giorni colpite così durante.

4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

6. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

8. **Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO): siehe Protokoll**
9. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll**
10. **Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll**
11. **Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll**
12. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
13. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

14. **Arbeitsplan**

Presidente. – Il progetto definitivo di ordine del giorno, fissato dalla Conferenza dei presidenti, ai sensi dell'articolo 157 del regolamento, nella riunione di giovedì 1 ottobre 2020 è stato distribuito. Sono state presentate le seguenti proposte di modifica:

Comunico di aver ricevuto tre richieste di applicazione della procedura d'urgenza, a norma dell'articolo 163 del regolamento, per aggiungere i seguenti documenti legislativi da adottare durante questa tornata:

- applicazione delle norme di sicurezza ferroviaria e di interoperabilità nel tunnel sotto la Manica;
- decisione che autorizza la Francia a concludere un accordo internazionale relativo al tunnel sotto la Manica;
- produzione biologica: data di applicazione e alcune altre date.

Queste richieste saranno votate oggi nel primo turno di votazione.

Ai sensi del regolamento, potranno essere ascoltati soltanto gli autori delle richieste e un oratore contrario, nonché i presidenti o i relatori delle commissioni competenti.

C'è qualcuno in Aula che desidera intervenire su una delle richieste di procedura d'urgenza?

Allora non c'è nessuno.

Per quanto riguarda due posizioni del Consiglio sui mercati degli strumenti finanziari e sui fornitori europei di servizi di *crowdfunding* per le imprese, vorrei informare l'Aula che non sono state presentate proposte di reiezione delle posizioni del Consiglio, né sono stati presentati emendamenti a norma degli articoli 67 e 68 del regolamento.

Gli atti proposti si considerano pertanto approvati.

Infine, le votazioni sono state distribuite in diversi turni di voto. Tale distribuzione potrebbe essere soggetta a modifiche a seconda del numero di emendamenti e del numero di richieste di votazione per parti separate e distinte.

Le informazioni relative alla distribuzione delle votazioni sono disponibili sul sito web del Parlamento europeo, nella sezione «Informazioni e documenti prioritari».

Infine, a seguito di consultazioni con i gruppi politici, desidero sottoporre all'Aula la seguente proposta di modifica al progetto definitivo di ordine del giorno:

Mercoledì

Il titolo della dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza su «La ripresa delle ostilità tra Armenia e Azerbaigian in relazione all'enclave del Nagorno-Karabakh» è così modificato. «La ripresa delle ostilità tra Armenia e Azerbaigian in relazione al conflitto del Nagorno-Karabakh».

Vi sono obiezioni?

La modifica è così approvata.

Sylvia Limmer (ID). – Herr Präsident! Normalerweise würde ich an dieser Stelle im Namen der ID-Fraktion um eine Verschiebung der Abstimmung zum Klimagesetz ersuchen. Coronabedingt sind aber spontane Abstimmungen derzeit nicht möglich. Daher bleibt mir derzeit nur eine Rüge, dass die Abstimmung zum europäischen Klimagesetz für morgen angesetzt wurde, mit der Bitte, dies im Protokoll anzumerken.

Der Grund ist, dass im zuständigen ENVI-Ausschuss trotz eklatanter Rechtsmängel am 10. September eine Abstimmung zu den Änderungsanträgen des Klimagesetzes stattfand. Mein schriftlicher und mündlicher Einwand hierzu wurde vom Ausschussvorsitzenden ignoriert. Das stellt einen eklatanten Verstoß gegen Artikel 180 Absatz 6 der Geschäftsordnung dar, deren Sinn und Zweck es ist, die Minderheiten in diesem Hause und die Mehrsprachigkeit zu schützen.

Das von der ID-Fraktion dazu angeforderte Rechtsgutachten vom Juristischen Dienst des Hauses liegt derzeit noch nicht vor. Dennoch wurde die Abstimmung über das Klimagesetz von der Konferenz der Präsidenten – obwohl über die Vorgänge informiert – auf die Tagesordnung gesetzt.

Ich bitte, ins Protokoll aufzunehmen, dass ich dies für einen klaren Verstoß gegen unsere Geschäftsordnung halte. Die Beliebigkeit, mit der in diesem Haus die Regeln umgangen werden, ist erschütternd.

Presidente. – Onorevole Limmer, come lei sa, la procedura è stata approvata dalla commissione. Per quanto riguarda gli atti presentati in Aula, l'interpretazione è a disposizione di tutti i parlamentari di ogni nazionalità.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, ik sluit me aan bij wat mevrouw Limmer zegt. Het is belangrijk dat we de procedures volgen en er zijn duidelijke regels over vertalingen. De regels bestaan omdat we in een meertalige omgeving werken en omdat iedereen zich correct moet kunnen informeren. Er was bij de stemming van ENVI helemaal geen haast en een uitzondering is dus eigenlijk ook helemaal niet mogelijk. Het is voor de mensen thuis sowieso al moeilijk om te volgen wat hier in Brussel gebeurt. Het is dus uiterst belangrijk dat we het taalgebruik respecteren.

Presidente. – Onorevole Roos, le do la stessa risposta data all'onorevole Limmer: la relazione è stata adottata in commissione ENVI e depositata per la plenaria; tutti i documenti per la plenaria sono disponibili in tutte le lingue.

15. Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Michal Šimečka, a nome della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, sull'istituzione di un meccanismo dell'UE per la democrazia, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali (2020/2072(INI)) (A9-0170/2020).

Michal Šimečka, *rapporteur*. – Mr President, we are of course here to discuss the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights, but what we are really discussing – and should be debating – is the very future identity of the EU as a democratic peace project.

I grew up in Slovakia in the years after the Velvet Revolution. For people of my generation membership of the European Union basically meant a guarantee of life in freedom and democracy. The EU was meant to be a place where you don't get imprisoned if you speak out freely, which is what the Communist regime did to my grandfather, who was a dissident intellectual. The EU was meant to be a place where you don't get thrown out of your job for disagreeing with those in power, which is what happened to other members of my family.

But the problem is that this image of the EU, the image of my youth, the image of the EU as a guardian of democracy is now being shattered and instead it has developed a very high tolerance – an unacceptably high tolerance – for authoritarian politics. We have at least one Member State which can no longer be considered a democracy; we have another Member State – Poland – in which judges can be prosecuted for a verdict against the interests of the ruling party; and, in many other Member States, we have thousands on the street protesting against years of corruption and state capture, all of which begs the question where has the EU been while national governments have undermined democratic institutions or plundered public resources?

The proposal that we put before the plenary should put the EU in a position to do much more. What we need is a permanent, legally binding mechanism that, first of all, streamlines and makes more effective the rule of law instruments that we have; second, covers all aspects of Article 2 and all values enshrined there; and, third, ensures that compliance by Member States is not just reviewed periodically but also enforced. Enforcement action is precisely what has so far also been missing from the Commission's otherwise thorough and very welcome report last week. But it is clear that monitoring alone will not bring back judicial independence in Poland, nor will it save the Index media in Hungary. We really do need enforcement. For instance, in Poland, the Commission still hasn't come up with a request to impose fines, despite the fact that the Polish Government is disrespecting the ruling of the European Court of Justice, and we can continue on and on.

But, equally importantly, the Council needs to stop diluting the budget conditionality proposal. We know that EU money has demonstrably fuelled the rise of authoritarian and corrupt politics in our Member States and this cannot continue. But the problem is that it will continue if the proposal of the German Presidency is adopted because it is weak and will not protect either the EU budget or the rule of law in Europe.

If the Commission and the Council are serious about restoring the EU as a community of shared values, I would expect them immediately to begin negotiations on the proposal that Parliament is putting forward for a binding mechanism as soon as possible. We know that there will be pushback and we know that some Member States might reject it outright, seeing as they are willing to hold the entire continent hostage to rule of law conditionality, but there is a piece of good news as well. The Council only needs a qualified majority to negotiate and adopt our proposal and therefore reclaim some of the EU's aspiration for a democratic project.

(Applause)

Timo Wölken, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Rechtsausschusses*. – Herr Präsident! Wir stehen vor einer immer schärfer werdenden Grundwertekrise in der Europäischen Union, einer Krise, die das Überleben der Europäischen Union gefährden kann. Um nichts Geringeres als das Überleben der Europäischen Union geht es, wenn Journalistinnen und Journalisten in der Europäischen Union angegriffen werden, Korruption nicht bekämpft wird, die Unabhängigkeit der Justiz gefährdet wird.

Daher ist es richtig, dass die Kommission jährlich einen Bericht zur Rechtsstaatsituation verfasst, aber es ist ein Unding, dass in diesem Bericht gerade die Aspekte „Grundrechte“ und „Demokratie“ fehlen. Wie sonst sollen wir dagegen vorgehen, wenn in einem Mitgliedstaat zum Beispiel LGBTQI-freie Zonen geschaffen werden?

Wir brauchen daher den in diesem Bericht geforderten Überwachungsmechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte. Dieser Mechanismus ist dann wirksam, wenn er mit einer starken Konditionalisierung im Haushalt unterstrichen wird. Dafür werden wir weiter kämpfen. Die Feinde der Rechtsstaatlichkeit finden ihren erbittertesten Widerstand hier in diesem Haus.

Ich möchte mich bei Michal für die sehr gute Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen bedanken und insbesondere für die Aufnahme von wichtigen Punkten zum Whistleblowerschutz, zur Förderung und der Aus- und Weiterbildung von in Rechtsberufen Tätigen und für die Unterstützung, was die Finanzierung so wichtiger Projekte im MFR angeht.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Mr President, it's an honour to be here with you today to speak about our Parliament's proposal for a Mechanism on Democracy, the Rule of Law and Fundamental Rights. Let me first thank the rapporteur, Mr Šimečka, for his work dedicated to defending the fundamental values of the EU and such a comprehensive report.

President von der Leyen said it clearly in her State of the Union speech of a few days ago. Mutual trust is at the very heart of the Union and the way we do things together. Breaches of the rule of law cannot be tolerated, and we will continue to defend the rule of law and the integrity of our European institutions. European values are not for sale.

We share the objectives of the proposals of the Parliament to set a positive agenda for promoting, protecting and reinforcing Union values in accordance with Article 2 of the Treaty. This also corresponds to the objectives of the Commission for a new push for European democracy, including the first annual rule of law report published on 30 September as part of the new Comprehensive European Rule of Law Mechanism, and the Commission is well aware of the request of the Parliament for a broader mechanism covering not only the rule of law but also democracy and fundamental rights. I would like to underline, then, that the scope of the rule of law mechanism is already comprehensive, as it is covering four areas: the national justice systems; the anti-corruption frameworks; media pluralism and media freedom; and other institutional issues related to checks and balances.

The wide scope covers issues which are particularly important for the European Parliament, such as the enabling framework for civil society. All these aspects contribute also to the promotion of democracy and respect of fundamental rights. In the next years, the Commission will consider consolidating its monitoring in these areas and could cover additional aspects.

The Commission also recognises the necessity to further promote democracy and respect for fundamental rights. We believe that it requires a diversity of tailor-made approaches and instruments. As regards fundamental rights, the Commission intends to present, still this year, the new strategy for the application of the Charter of Fundamental Rights. Particular attention will be given to the application of the Charter in the Member States and impact on citizens daily lives. And also by the end of this year, the Commission will present another flagship initiative – the European Democracy Action Plan – which will focus on countering disinformation and adapting to evolving threats and manipulations, as well as supporting free and independent media. The European Democracy Action Plan will specifically contribute to upholding fundamental rights and strengthening democracies through three integrated themes. They are: elections' integrity; the second is strengthening freedom of expression and democratic debate; and the third theme is tackling disinformation in a coherent manner considering the need to look together at all the means used to interfere in our democratic system.

The Action Plan will also have a particular focus on citizens' participation and the role of civil society. Other initiatives and strategies will also further promote our basic foundations, for instance the forthcoming EU citizenship report and other strategies to build a Union of equality.

The Commission will continue to monitor the impact of measures adopted in the context of the COVID-19 crisis as regards compliance with EU law and ensuring free and fair elections and a fair democratic debate until restrictions are lifted.

As regards more specifically the concrete Parliament proposals for the rule-of-law monitoring and its follow-up, I will now give the floor to Commissioner Reynders.

Didier Reynders, *Member of the Commission*. – *Grazie, Presidente*. Honourable Members, I would like to reinforce, if it's possible, what Vice-President Jourová just said: the Commission fully agrees with the European Parliament with regard to the importance of strengthening the EU's capacity to monitor respect of our common values.

For this reason, the Commission presented last week – as was said by the rapporteur, Mr Šimečka, and thank you for your report – its first annual report on the rule of law, at the centre of a comprehensive European rule of law mechanism. The mechanism is broader than just the report. The mechanism is a yearly process with the aim to prevent problems from emerging or deepening, notably by having open debates and by changing best practices.

The aim of the rule of law report is to look at key developments as regards the rule of law across the whole European Union. It covers both positive developments and challenges, and provides a country-specific assessment of all the 27 - Member States.

With regard to the methodology as proposed by the Parliament for the annual monitoring cycle, the Commission agrees on the importance of the consultation of stakeholders and on using a variety of sources, including via visits in the Member States. This has been the approach already for the first annual rule of law report. All the Member States provided written input and we also carried out a targeted stakeholder consultation where over 200 stakeholders provided written input. We also conducted more than 300 virtual country visits, meeting with Member State national authorities, with judicial and other independent authorities and with relevant stakeholders, including civil society organisations. We made sure that this process was robust, transparent and inclusive. We have also kept the Parliament fully informed of all progress. This report represents the Commission's assessment, but it relies also on assessments prepared by a variety of independent experts and bodies, including the Fundamental Rights Agency and the Council of Europe.

Let me also say a few words on the follow-up to the report. Its aim is to kick-start an inclusive debate at European and national level. I know that is precisely one of the objectives of the draft report of the European Parliament discussed today. In this respect, we welcome in particular the proposal that the Parliament and the Council discuss the content of the annual report presented by the Commission. We should maximise this momentum to bring about change in the Union.

In this regard I know technical preparations in Parliament have started too. Your first meetings with national parliaments are in October, November. I can only welcome this as a very positive development. We are committed to work on strengthening the cooperation with the European Parliament and the Council through regular meetings and exchanges of views in order to build this process together in an inclusive and constructive way.

We have a common interest to swiftly set up the rule of law mechanism, and the publication of the rule of law report last week is an important first step towards this objective. Pursuing this under the existing institutional arrangements would ensure the effectiveness of our cooperation. We should develop our *modus operandi* step by step. Whether in the future such cooperation should be codified in an interinstitutional agreement will have to be assessed at a later stage on the basis of the experience gained through the application of the European rule of law mechanism. So we will continue a permanent debate year after year on the basis of the next report, and maybe we'll try to organise better cooperation, year after year among the two institutions.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

Domènec Ruiz Devesa, *en sustitución del ponente de opinión de la Comisión de Asuntos Constitucionales*. – Señora presidenta, gracias a mi colega Włodzimierz Cimoszewicz, que no puede estar hoy aquí y, así, intervengo yo en su lugar.

Realmente, señorías, nada caracteriza más a nuestra Unión que sus valores. Y, por tanto, con este primer informe de la Comisión Europea sobre el Estado de Derecho, podemos decir que inauguramos —modestamente, todo es mejorable— una nueva etapa; una etapa que ya no es solo la del Pacto de Estabilidad y Crecimiento, la de las normas fiscales y presupuestarias y la del Semestre Europeo, sino la era —esperemos— del semestre o del ciclo anual de los derechos.

Doy también la bienvenida al informe de iniciativa legislativa que ha elaborado el Parlamento y que propone precisamente aquello a lo que el comisario aludía en su parte final de la intervención: ese acuerdo interinstitucional que es fundamental para poder defender efectivamente los derechos y los valores de la Unión.

Una última reflexión: es muy importante que, cuando este mecanismo para el Estado de Derecho identifique incumplimientos graves del artículo 2, se pongan en marcha por parte de la Comisión los procedimientos de infracción ante el Tribunal de Justicia y, en su caso, también la condicionalidad presupuestaria y la activación del artículo 7 del Tratado.

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

Vladimír Bilčík, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, former Czechoslovak President, Václav Havel, would have been 84 today. So let me begin my remarks by reminding all of us of Havel's words, and I quote: 'Keep the company of those who seek the truth, run from those who have found it.'

Havel saw the truth his whole life, often doubting his own thoughts. He believed in reflection, critical thinking and honest discussion – something that Communism forbade for decades and something that Havel saw as the essence of a free and democratic Europe. He believed in an open Europe and worked relentlessly and successfully for the return of central Europeans to our common European project.

So let's think of people like Havel and the Europe of the past, divided and weak, as we discuss the current need for an effective mechanism on democracy, rule of law and fundamental rights.

Europe must protect common democratic principles and the sense of European justice in order to maintain its purpose and have a meaningful future.

Today's discussion is about fundamentals, which we must monitor, guard and protect diligently, but also fairly, with respect to all Member States. This mechanism is not about a single country or the naming and shaming of particular individuals. It is about the essential foundations of democracy and institutions that should work for the benefit of all Europeans.

I want to thank the rapporteur for steering our work on this report along these lines. We have a solid text and we should send a strong message from this House this week to the Council and the Commission about the necessity for joint ownership and joint protection of rule of law.

In Havel's words, all European institutions should keep our company in search of a more just and more democratic European Union.

(Applause)

Katarina Barley, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, 80% of Europeans think that the rule of law has great importance and that it should be enforced in the European Union. The European Parliament has been calling for such monitoring for a long time now. Already in 2016 we delivered a report on that matter and since then the situation in the Member States has not become any better.

Now we have the report of the Commission – thank you very much for it. We still believe that our report – thank you to Michal Šimečka and the other shadows – goes further, especially in scope but also concerning independent experts and an automatic reaction to the breaches. Still, we are happy that this report is here and we are also happy with the way it has been presented, using very clear language. It is good because now we can compare, and as for the argument of ‘well, here we do the same as this country and that country’, we can now see the bigger picture. And you have to look at all of it.

As for the key questions – ‘do you, as a government, want to be controlled?’ ‘Do you believe that criticism is something positive that brings you further in democracy?’ – I am deeply convinced that we can compromise on everything – on posts, on persons, on money, on budget, on everything – but we can never compromise on our core values. We have to be very clear on this. We have the values in the treaty. We have the European Court of Justice that rules on it and there we are not willing to compromise on anything.

(Applause)

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, first of all I would like to congratulate and thank the rapporteur for doing an excellent job in getting a very large majority behind this very important report. I am quite proud to be a member of a House which has always been the champion of democracy, the rule of law and fundamental rights. Four years ago, almost to the day, this House adopted the first proposal for an annual report covering all the Member States, because we see in Europe today – but we also see it across the Atlantic – that the democratic rule of law is actually quite vulnerable to attacks from the inside. We are protecting ourselves from attacks from the outside, but there are attacks from the inside, and that is why we need to strengthen the toolkit to uphold the values laid down in the Treaties.

I would like to thank both Commissioners for putting forward an excellent report last week, but we are going to take it one step further. I would like to conclude by reminding President von der Leyen of her promise that she would treat legislative proposals from this House as if this House has the proper legislative right of initiative. So please, Ms von der Leyen, a follow-up to the report.

Nicolaus Fest, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Kommission will die Auszahlung von Geldmitteln an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie knüpfen. Das ist grundsätzlich eine gute Idee, wenn es denn um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU gut bestellt wäre. Das ist aber leider nicht der Fall. Im Gegenteil erleben wir seit Jahren, dass die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit ausschließlich instrumentell genutzt wird, nämlich dann, wenn es gerade passt.

Ein paar Beispiele: In Deutschland werden Richter des Verfassungsgerichts von der Politik eingesetzt. Das ist in Ordnung – in Polen ist es ein Skandal. Die brutalen Übergriffe von Polizeikräften auf Gelbwesten in Frankreich werden im Rechtsstaatsbericht nicht einmal erwähnt. Die Türkei ist seit Jahren eine islamistische Diktatur. Reaktion der EU: nichts. Man verhandelt weiter mit der Türkei über ihren Beitritt und zahlt ihr weiter Milliarden.

Beispiel Afrika: Kaum eines der dortigen Länder genügt unseren rechtsstaatlichen Anforderungen. Aber ausgerechnet mit Afrika will die EU nun eine neue Partnerschaft begründen, also reiche, korrupte Regime noch reicher machen.

Beispiel Palästina: Auch dort, wissen wir, ist eines der korruptesten Regime der Welt. Auch dort tut die EU nichts, sondern schweigt.

Wie so vieles in der EU ist auch der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus eine Lüge. Es geht nicht um Rechtsstaatlichkeit. Es geht darum, andere Länder zu erpressen. Länder wie Polen, die sich gegen den Unsinn der Gender-Ideologie wenden, oder Länder wie Ungarn, die keine Migration von Verbrechern und Sozialschmarotzern wollen.

Der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus ist also eine Lüge, und wer bei Sinnen ist, wird ihr nicht zustimmen.

Sergey Lagodinsky, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Letzte Woche hat die Kommission einen Rechtsstaatlichkeitsbericht vorgestellt, vielen Dank! Seit Monaten dümpeln Artikel 7-Verfahren vor sich hin; es gibt *European Semester*, es gibt *European Justice Scoreboard*, im Rat ist ein *peer review* vorgesehen, und morgen stimmen wir über unseren Bericht über einen Rechtsstaatsmechanismus ab.

Warum? Ganz einfach – es ist Zeit für eine Konsolidierung. Es kann nicht sein, dass alle Institutionen in einem so wichtigen Feld unabgestimmt durcheinanderreden. Deswegen fordern wir in unserem Bericht abgestimmtes Monitoring von allen drei Institutionen.

Es ist Zeit für mehr Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit. Eine ehrliche Bestandsaufnahme ist nur vorstellbar, wenn Expertinnen und Experten aktiv einbezogen werden. Daher fordern wir, dass ein Gremium von Experten diesen Bericht begleitet. Es ist Zeit für mehr echten politischen Ehrgeiz. Ja, der Bericht der Kommission ist ein Schritt in die richtige Richtung und keine Lüge, Herr Fest. Aber Hand aufs Herz: Haben wir die Kommissarinnen und Kommissare letztes Jahr ins Rennen geschickt und in die Kommission geschickt, damit sie akademische Bestandsaufnahme betreiben und Think Tank-Listen abarbeiten?

Nein! Nur wenn ein Parlament tatsächlich einbezogen wird, nur dann wird aus diesem Bericht eine echte effektive Geschichte. Und es ist Zeit für den Blick aufs Ganze. Dieses Ganze schließt auch Grundrechte mit ein, Grundrechte und Antidiskriminierung, so wie es im Artikel 2 steht, und das fordern wir. Dafür wurden wir gewählt, das werden wir abarbeiten. Morgen abstimmen!

Beata Kempa, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Nie ma i nie będzie zgody na pozatraktatowe działanie, nie ma podstawy prawnej dla tego sprawozdania. *Crème de la crème* to powoływanie się w preambule na Radę Europy, w której zasiada Rosja, tę samą Radę, która dotąd nie potępiła Moskwy za atak na Aleksieja Nawalnego.

Nie miejmy złudzeń: to sprytna strategia, a za zasłoną walki o praworządność kryje się kolejny etap federalizacji Unii Europejskiej i spełnienie federalistycznych snów eurolewicy o zarządzaniu państwami członkowskimi z ostatniego piętra budynku Komisji Europejskiej. Urzędnicy z Brukseli chcą mieć wpływ na każdą reformę w krajach członkowskich, chcą pod płaszczykiem troski o demokrację wprowadzać aborcję, ideologię gender oraz specjalne prawa dla mniejszości seksualnych. Nie ma na to zgody chrześcijańskiej części Europy. Debaturujemy nad sprawozdaniem, które jest kolejną odsłoną ataku na suwerenne państwa członkowskie. Według niego niewybierani i anonimowi urzędnicy będą oceniać niezależne kraje europejskie.

Pani Przewodnicząca i panie pośle Šimečko! Ja przeżyłam komunę, ale nie dałam się tak zmanipulować, jak Pan dzisiaj, mówiący nieprawdę o tym, co się dzieje w Polsce. Proszę podać sygnaturę akt sędziego, sprawy sędziego, i wtedy porozmawiamy. Takich spraw po prostu nie ma w polskich sądach.

Nikolaj Villumsen, for GUE/NGL-Gruppen. – Fru. formand! Skal vi acceptere, at en række EU-lande krænker helt grundlæggende retsstatsprincipper og demokratiske rettigheder? Svaret er et rungende nej! Men ser vi på, hvad der er sket i Ungarn under Orban, ser vi på, hvad der er sket i Polen med den siddende højrenationale regering, ser vi på udviklingen i Bulgarien, så står det klart, at EU har svigtet forsvaret af menneskerettighederne og demokratiet. Hvis EU skal bryste sig af at være demokratiets og menneskerettighedernes vogter, så er flotte ord ikke nok. Så er der brug for handling.

Vi har brug for en uafhængig og løbende overvågning af overholdelsen af de demokratiske spilleregler og af, at menneskerettighederne bliver overholdt i de enkelte medlemslande. Vi har brug for en klokkeklar konsekvens over for regeringer, der vælger at krænke borgernes rettigheder. Derfor skal EU-kassen smækkes i over for Orban og alle andre, der krænker grundlæggende menneskerettigheder og demokratiet. Det handler ikke alene om at sikre ungarske og polske borgers demokratiske rettigheder. Det handler om, at alle borgere i EU fortjener, at deres menneskerettigheder og deres retsstatsprincipper respekteres, og at dem, der krænker dem, mærker en konsekvens. Sådan er det ikke i dag, og det skal ændres.

Laura Ferrara (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la procedura prevista dall'articolo 7 del trattato sull'Unione europea si è dimostrata inadeguata a prevenire, correggere e sanzionare gli attacchi e le minacce allo Stato di diritto, alla democrazia e al rispetto dei diritti fondamentali nell'Unione europea.

Di ciò ne è consapevole chi, con le violazioni dei valori comuni dell'Unione europea, che sono indicati nell'articolo 2 del trattato, contribuisce a minare i diritti dei cittadini e la fiducia reciproca tra gli Stati membri e a indebolire le basi giuridiche e politiche del progetto europeo.

Nella relazione sulla situazione dei diritti fondamentali nell'Unione europea per il 2013 e il 2014, di cui sono stata relatrice, così come in altre occasioni, ad esempio la relazione in 't Veld, questo Parlamento ha chiesto l'istituzione di un meccanismo di monitoraggio e una valutazione sistematica, paese per paese, con formulazione di raccomandazioni e misure preventive e correttive, al fine di garantire il rispetto complessivo dei valori su cui si fonda l'Unione europea.

Al fine di garantire un controllo democratico ed evitare ogni uso politico e strumentale di tale meccanismo, esso deve basarsi su criteri oggettivi e uniformarsi ai principi di trasparenza, di imparzialità e di uguaglianza tra gli Stati membri, soprattutto in caso di procedure sanzionatorie e di procedure legate a condizionalità di bilancio.

Parametri come la separazione dei poteri, l'indipendenza della magistratura, la libertà di espressione e il pluralismo dei media, i diritti umani e di partecipazione democratica attiva e passiva nell'ambito dei processi elettorali, nonché aspetti problematici come la lotta alla corruzione e a qualunque forma di discriminazione, devono rimanere dei capisaldi contro qualsiasi tendenza autoritaria, illiberale e antidemocratica che minacci il futuro dell'Europa e dei suoi cittadini.

Esteban González Pons (PPE). – Señora presidenta, Europa es fruto de los valores que fueron quebrados antes, durante y después de la guerra, los valores en los cuales se fundó después la Unión Europea: dignidad, libertad, democracia, derechos humanos; en definitiva, Estado de Derecho y separación de poderes. Los valores son anteriores a la Unión Europea.

Para los demócratas pertenecer a la Unión Europea no es una obligación; cumplir con los principios del Estado de Derecho, sí. Por eso debe existir en la Unión Europea un mecanismo de control que sea neutral y que nos advierta del peligro cuando el Estado de Derecho pueda estar en riesgo en algún lugar, da igual que ese lugar sea Rumanía, Hungría, Malta, España, la República Alemana, Francia, cualquier lugar. Debe existir un instrumento que garantice que todos los Estados miembros son medidos por el mismo rasero.

El mecanismo que hoy se propone no sirve para juzgar gobiernos, no somos ni queremos ser tribunales de justicia. Pero sirve para acabar con esa práctica según la cual el Estado de Derecho está más o menos en riesgo según el color del partido político que tenga. Cuando se trata de gobiernos de la izquierda, nos parece a la derecha que está en riesgo el Estado de Derecho; cuando se trata de gobiernos de izquierdas, sucede al revés. Esto no va de derechas o de izquierdas, esto va de defender el Estado de Derecho, porque el Estado de Derecho es tan importante, demasiado importante como para jugar con él a la política.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, la historia de la Unión es la historia de una integración regida por el Derecho y fundada en valores, pero la historia de este mecanismo para la democracia, el Estado de Derecho y los derechos fundamentales arranca en la Comisión de Libertades de este Parlamento Europeo. Érase una vez el «dilema de Copenhague», que es la distancia que media entre los criterios de Copenhague —los valores consagrados en el artículo 2— y nuestra capacidad para responder a quienes los ofenden agresivamente desde dentro: esos llamados «liberales». Por cierto, comisaria Jourová, toda la solidaridad ante los ataques injustos dirigidos contra usted para intimidarla.

Aquellos Estados señalados por el artículo 7 se quejan: todo está sesgado, todos practican *double standard*. Pues, precisamente, el mecanismo tiene la intención de examinar con carácter periódico, con carácter general y con parámetros objetivos a todos los Estados miembros de la Unión Europea.

El comisario Reynders lo presentó ante la Comisión de Libertades el pasado 30 de septiembre y lo celebramos: bienvenido. La metodología y las fuentes se pueden mejorar y perfeccionar. Ahora añadido: esta historia no acabará bien hasta que no establezcamos por un reglamento la condicionalidad en el acceso a los fondos europeos y al presupuesto europeo estrictamente vinculada al cumplimiento del Estado de Derecho, la democracia y los derechos fundamentales. Si no, esta historia no tendrá final feliz.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señora presidenta, aquí estamos atravesando la tormenta y sabemos que, si no reforzamos la confianza democrática europea, no podremos afrontar ni cada reto social, ni cada reto económico.

Nunca hasta ahora hemos tenido sobre la mesa un mecanismo real de seguimiento de la calidad de las democracias de los Estados miembros, y lo primero que tenemos que recordarnos es de qué va esto del Estado de Derecho. Bueno, pues tiene como objetivo evitar la arbitrariedad del poder sobre los ciudadanos, tiene que ver con que los derechos y las obligaciones sean objetivos, y tiene que ver con la dignidad. De esto va la democracia, y de vez en cuando, cada cierto tiempo, tenemos que recordarlo, porque el virus del populismo, el virus del autoritarismo, de los caciques, está ahí, siempre latente.

Este es un momento en que tenemos que hacer este trabajo y la Comisión, aunque el Parlamento quiera más, tendrá un papel central, al menos de momento, en la aplicación de este mecanismo. Es muy importante —ya lo ha dicho el señor González Pons— que se convierta en un cuaderno de bitácora, que no esté politizado, que sea objetivo, porque, si no, no podremos alentar a unos a que mejoren sus estándares y a otros a que no pasen ciertas líneas rojas.

Y tenemos que hacer esto sin que haya puntos ciegos, sean entidades estatales o subestatales las que pongan en riesgo la democracia, porque los populistas prometen pan, pero es pan para hoy y hambre para mañana.

Gilles Lebreton (ID). – Madame la Présidente, l'Union européenne exerce déjà une tutelle économique sur ses États membres, mais cela ne lui suffit plus, elle veut désormais exercer aussi sur eux une tutelle idéologique. Le rapport Šimečka est l'instrument de cette nouvelle offensive fédéraliste.

Personnellement, je m'y oppose fermement car je ne veux pas que mon pays soit traité comme un enfant. Je ne veux pas qu'il soit noté par de pseudo-experts qui se comporteront comme des commissaires politiques. Je ne veux pas qu'ils l'obligent à respecter toutes les lubies de l'Union, comme l'idéologie du genre, l'apologie des migrants, la toute-puissance des juges ou la détestation des racines religieuses et culturelles de notre identité nationale. Et je ne veux pas qu'ils lui imposent la chape de plomb du politiquement correct, sous prétexte de lutte contre les fake news ou la désinformation.

L'Europe dont je rêve est à l'opposé de votre modèle du Père Fouettard. Je veux une Europe libre, fière des multiples identités nationales qui la composent et dont l'ambition consisterait à promouvoir sa civilisation plutôt qu'à s'autoflageller. Je veux une Europe rayonnante qui organiserait la résistance de ses États membres face aux multiples dangers extérieurs et à la submersion migratoire, au lieu d'y apporter toujours la même réponse molle qu'on peut résumer en un mot: la soumission.

Sylvia Spurek (Verts/ALE). – Pani Przewodnicząca! W ubiegłym tygodniu w Polsce odbył się pogrzeb dziecka, dwunastoletniej dziewczynki, która popełniła samobójstwo zaszczuta na tle orientacji seksualnej. Od miesięcy polscy politycy atakują osoby LGBT+, naruszają ich godność, nawołują do nienawiści. Kandydatem na nowego ministra edukacji jest osoba propagująca homofobię. To wszystko dzieje się w Unii w 2020 roku.

Na poprzedniej sesji Parlamentu przewodnicząca Komisji Europejskiej pięknie mówiła o równości, godności i szacunku, ale to tylko słowa. Do polskiego rządu nadal szerokim strumieniem płyną unijne środki. A od dwunastu lat Komisja Europejska nie potrafi doprowadzić do przyjęcia równościowej dyrektywy horyzontalnej. Potrzebujemy oczywiście mechanizmu dotyczącego praworządności i to takiego, który obejmie pełen zakres wartości z artykułu 2, ale jeśli Komisja nie będzie nadal korzystała ze swoich kompetencji, to nadal to będą słowa, słowa, słowa.

Patryk Jaki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Atakujecie Polskę, zresztą w szczególnie bezczelny sposób, historycznie wypominając nam jakieś totalitaryzmy. Tymczasem ja chcę Państwu powiedzieć, dlaczego wy dzisiaj macie tę przewagę ekonomiczną, która wam pozwala na taką arogancję wobec Polski. Dlatego że, szanowni Państwo, historycznie właśnie – jak już mówicie – wtedy, kiedy Polska była atakowana przez Niemcy i przez Sowieców, to wasze państwa stały i patrzyły, jak Polska honorowo broni wartości, a potem za to, że Polska broniła tych wartości, oddaliście Polskę Sowiecom i patrzyliście, jak przez dekady nie mogła się rozwijać. I dlatego macie dzisiaj tę przewagę ekonomiczną i bezczelnie... Ja powiem wam tak: oddajcie nam te lata, które Polska straciła, to wtedy nikt z was sobie nie pozwoli na tę arogancję.

Ja więcej wam powiem: wypominacie nam dzisiaj strefy wolne od LGBT. A wiecie, że Polska była jedynym państwem, gdzie homoseksualizm nie był penalizowany? Od Polaków to moglibyście się jeszcze wiele uczyć, szczególnie jeżeli chodzi o wartości, tolerancję. Dzisiaj Polska wam przeszkadza, bo dużo lepiej sobie radzi od was. Szczególnie popatrzcie na Hiszpanię, gdzie prawie co drugi młody człowiek nie ma pracy. Od Polski to moglibyście się uczyć dzisiaj, ale was to uwiera, dlatego Polskę atakujecie.

Milan Uhrík (NI). – Pani predsedajúca, pán Šimečka, prepáčte ale toto sa už naozaj nedá počúvať.

Vypĺacanie peňazí zo spoločného európskeho rozpočtu chcete podmieniť dodržiavaním nejakých liberálnych pravidiel EÚ. Čiže štáty, o ktorých nie nezávislé súdy, ale vy, bruselskí liberálni politici, rozhodnete, že neposlúchajú, budú musieť do EÚ už iba platiť, a nedostanú z nej nič.

Povedzte to rovno, že chcete trestať Poliakov, Maďarov, Slovákov aj všetkých ostatných, pretože nechcú prijímať imigrantov. Že nechcú presadzovať LGBT agendu, že nechcú slepo poslúchať zahraničné mimovládne organizácie a liberálnych novinárov, pretože o to tu v skutočnosti ide.

My takéto niečo nikdy nemôžeme podporiť, pretože na Slovensku, v strednej Európe, s tým už máme svoje skúsenosti a v minulosti sa to nazývalo totalita.

Eudia tam vonku už nemajú čo dať do hrnca a vy tu blokujete schválenie európskeho rozpočtu a poskytnutie pomoci práve takýmito nezmyselnými požiadavkami na posilnenie vlastnej nadvlády.

To je niečo nehorázne, naozaj nehorázne.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Senhoras comissárias, Sr. Šimečka, queria, em primeiro lugar, cumprimentá-los, a ambos, pelos relatórios que foram capazes de fazer. Sinceramente, estou muito feliz por saber que, finalmente, estamos a dar passos para ter um mecanismo que se aplica a todos os Estados, um mecanismo de controlo do Estado de Direito. Mas há um ponto para o qual eu gostaria de chamar a atenção: estamos muito focados, e bem, na ideia de que não pode haver ajudas aos Estados que não cumpram as regras do Estado de direito. Mas há Estados europeus que não recebem ajudas, e para esses também tem de haver sanções, no caso de não cumprirem o Estado de Direito.

Porque os valores do Estado de Direito não são valores pecuniários, são valores fundamentais. Como disse aqui o meu colega Bilčík e o meu colega González Pons, são valores fundamentais da identidade da Europa, da identidade das democracias. E, por isso, nós temos de pensar num mecanismo que se aplique mesmo a todos os Estados, e não só àqueles que são Estados recetores líquidos de fundos da União Europeia, porque não pode haver um mecanismo de controlo dos valores democráticos e do Estado de Direito que só se aplique aos Estados mais pobres, àqueles que estão em convergência.

Tem de haver um mecanismo que possa valer para todos os Estados, do mais rico e maior ao mais pequeno e mais pobre.

Evin Incir (S&D). – Madam President, it's time for the EU to not only talk the talk but also walk the walk. The EU is built on the notion that we are stronger together and that fundamental rights and values must never be an issue up for compromise. I'm happy, therefore, that there is still an overwhelming majority here in this Parliament who stand up for those rights, even though there are a few extremists on that side who are trying to say otherwise.

However, I am worried about the current developments at the same time. We see attacks on independent media, on LGBTQI people, we see attacks on women, we see attacks on migrants. We also see a politicisation of the independent judiciary. I welcome, of course, the new rule of law report presented last week, but we need to go further.

This resolution suggests important, measurable goals, involvement of civil society and a broader scope to also include fundamental rights and democracy. We must make sure that the EU does not remain a toothless tiger, because this report is good – but we must make sure to provide it with teeth. One of the best ways of providing the tiger with teeth is through stronger conditionality linked to the budget. Our values are, for sure, not up for compromise.

Anna Júlia Donáth (Renew). – Tisztelt Elnök asszony! Ma Európában egyes kormányok a jogállamot rombolják, embertelen és igazságtalan rendszert kiépítve. Örülök, hogy Európa végre elszánta magát, mert ez ellen most már tennünk kell valamit! Nekünk, az igazságos jogállam mellett elkötelezett képviselőknek három követelésünk van. Egy: Európának erősen fel kell lépnie a jogállamiság védelmében és az igazságtalan rendszereket kiépítő vezetőkkal szemben! Kettő: olyan eszközökre, olyan mechanizmusra van szükségünk, amelyet nem tud két, egymásnak falazó kormány egyenesen kijátszani. Három: minden esetben elvárjuk, hogy ne az érintett tagállamok népei bűnhődjenek kormányaik bűneiért!

Képviselőtársaim! A magyar emberek azt üzenik Önöknek, európai döntéshozóknak, hogy a magyar nép nem egyenlő Orbán Viktorral! Ne a miniszterelnököt tömjük ki európai forrásokkal, hanem adjuk azoknak, akiknek alapvetően szántuk: a tisztességes embereknek, vállalkozásoknak, civil szervezeteknek! Elég volt a tehetetlenségből! Európa jövője nem lehet más, mint egy erős, igazságos és cselekvő szövetség.

Filip De Man (ID). – Voorzitter, collega's, men wil bepaalde rechten van lidstaten koppelen aan respect voor democratie. Dat klinkt natuurlijk nobel, maar de geheime agenda is de volgende: wie niet plooit naar de progressieve, globalistische, multiculturele agenda van de niet-verkozen commissarissen en co zal gepakt worden. Polen, Hongarije en andere weerspannige landen moeten gestraft worden omdat ze niet in de pas lopen.

Alleen stelt zich een probleempje voor de EU-nomenkloera. Zij beschikt niet over middelen om de lidstaten te straffen. Daarom wordt nu een wijziging van het Verdrag van de Unie voorgesteld waarmee een sanctiemechanisme wordt ingevoerd. Unanieme beslissingen zouden hierbij niet meer nodig zijn. De landen die nog de moed opbrengen om tegen de Commissie en co in te gaan, zouden door dit nieuwe dictaat gedwongen worden om hun verweer op te geven. Met andere woorden, wie zich verzet tegen de massa-immigratie, wie niet meegaat in de genderwaanzen, wie – volgens de Commissie – een pluralistische pers onmogelijk maakt, wie zogenaamd de onafhankelijkheid van de rechterlijke macht bedreigt, die zal de wraak – de financiële wraak van de Commissie en co – zelf voelen.

Dit is, collega's, niet het Europa van de soevereine naties waar wij voor staan, waar de ID-Fractie voor staat. Dit is eerder een in wording zijnde EUSSR-soft-dictatuur.

Assita Kanko (ECR). – Madam President, the deeper our challenges, the more our values matter. Times of crisis can erode freedom and fairness. As we all know, no country is immune to this. Protecting human rights, promoting free speech and free media, passing legislation that increases freedom and does not discriminate, and ensuring court systems that do not allow political interference or bias – this is the only true path to stability and prosperity. The rule of law is not the enemy of great government – the belief that our values are extinguishable is! The rule of law was not designed to protect governments and elites, but to protect people. For those that seek to stray from our shared values, I hope they reach the conclusion that by respecting democracy and the rule of law, there is much to be gained and far less to lose.

Dorien Rookmaker (NI). – Voorzitter, is een EU-mechanisme, zoals hier wordt voorgesteld, de oplossing? Ik ben bang van niet.

Ten eerste heb je hiervoor een eenduidig objectieve maatstaf nodig waarlangs we de situatie in de verschillende lidstaten kunnen meten of vaststellen, en die is er nu niet. En of je die überhaupt kunt ontwikkelen is maar zeer de vraag. Het voorstel zal zeker leiden tot veel onderlinge strijd en misschien zelfs tot een hexit, een pexit of een spexit.

Ten tweede werkt een dergelijk mechanisme alleen goed als lidstaten de gebruikte methode omarmen en onderschrijven. En zo niet, dan levert het alleen maar meer administratieve troep op tegen hoge kosten, zonder dat er een doel wordt bereikt. Het is zonde van het geld en zeker nu.

Kortom, met respect voor alle goede bedoelingen en het vele werk om iets te fabriceren dat een positieve ontwikkeling van democratie en de rechtsstaat bevordert, vraag ik alle leden om dit verslag vooralsnog naar de prullenbak te verwijzen omdat het meer kwaad zou doen dan goed. Wij pleiten voor een decentrale aanpak. Helaas heb ik geen tijd om hier nader op in te gaan.

Ten slotte wijs ik erop dat de EU zelf niet erg democratisch is. Laten we daar eerst eens wat aan doen.

Kris Peeters (PPE). – Voorzitter, geachte commissarissen, beste collega's, Ursula von der Leyen kwam in haar State of the Union tot de kern van de zaak en ik citeer: "De rechtsstaat beschermt de mensen tegen de machtsstaat." We kunnen het belang moeilijk onderschatten, want zonder onafhankelijke rechters en journalisten is er geen rechtvaardigheid mogelijk. Toch staan journalisten steeds meer onder druk en worden rechters steeds meer beïnvloed.

Onze reactie als Europees Parlement moet duidelijk zijn, want de artikel 7-procedures zitten muurvast en het begrotingsvoorstel om EU-fondsen afhankelijk te maken van het respect voor de rechtsstaat wordt elke week afgezwakt. Wij roepen daarom op tot een structurele en objectieve evaluatie van de rechtsstaat met voelbare gevolgen voor overtreders. Zolang we deze knoop niet ontwarren, zullen alle discussies over respect voor de rechtsstaat hol klinken.

Klára Dobrev (S&D). – Tisztelt Elnök asszony! Kiért küzdünk, kérdezik tőlem sokan, amikor jogállamiságot követelünk. A válaszom, hogy a jogállam az egyszerű embereket védi, amikor az állam visszaél a hatalmával, amikor a hatóságok, a bíróságok nem szolgáltatnak nekik igazságot. Amikor a jogállamért küzdünk, akkor az egyszerű emberekért küzdünk. Amikor a jogállamért küzdünk, akkor az adófizetőkért küzdünk, akiknek jogukban áll tudni, hogy az állam vezetői a közpénzeket saját magukra, családjuk gazdagodására, vagy az ország javára fordítják. A jogállam intézményei azt szolgálják, hogy egyetlenegy kormány se tudja eltüntetni az adófizetők pénzét. Amikor a jogállamiságért küzdünk, akkor az adófizetőkért küzdünk. Orbán Viktor azért ágál a jogállamiság ellen, mert ő az Európai Unió támogatását továbbra is családtagjai, oligarchái gazdagodására akarja felhasználni. Mi azonban azt szeretnénk, hogy ezek a milliárdok a magyar emberek, Magyarország érdekét szolgálják, ezért ragaszkodunk ahhoz, hogy az európai támogatások feltétele a jogállam legyen.

Ιωάννης Λαγός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ακούω πολλά λόγια τα οποία για μένα είναι μόνο λόγια, γιατί έχω ζήσει στην πράξη αυτό που κάποιοι λένε εδώ για φασισμό και ρατσισμό, το έχω βιώσει. Πριν από εφτά χρόνια μπήκα στη φυλακή παράνομα, με προσωπική παρέμβαση του τότε πρωθυπουργού της Ελλάδος, Αντώνη Σαμαρά. Το ηχητικό ντοκουμέντο υπάρχει, είχε ακουστεί μέσα στην ελληνική Βουλή. Ο πρωθυπουργός της χώρας μιλούσε σε ανώτατο δικαστικό, ονόματι Ντογιάκος, και του έλεγε ότι την επόμενη μέρα θα περάσουν τρεις εν ενεργεία βουλευτές να προφυλακιστούν. Το έγκλημά τους ήταν ότι μιλούσαν για Ελλάδα, μιλούσαν για χριστιανισμό, σε εποχές που όλοι μιλάμε για τη νέα τάξη πραγμάτων και την παράνομη λαθρομετανάστευση. Αυτό ήταν το τίμημα που πληρώσαμε σε κάποιους οι οποίοι είχαν βάλει τη χώρα μου στην μέγγενη των μνημονίων, είχαν ισοπεδώσει και είχαν ξεπουλήσει την Ελλάδα.

Αυτό το ηχητικό ντοκουμέντο υπήρξε και δεν τόλμησε κανείς μέσα στο Ελληνικό Κοινοβούλιο να αντιδράσει. Μάλιστα μετά από λίγους μήνες, ενώ το έθισαν όλοι αυτοί οι πολιτικοί, ήρθε αίτημα από τις εισαγγελικές αρχές της πατρίδος μου, οι οποίες ζητούσαν να εξεταστεί η υπόθεση και να διωχθεί ο τότε πρωθυπουργός, πράγμα το οποίο δεν έγινε, καθώς αυτός καλυπτόταν από όλο το πολιτικό φάσμα.

Άκουσα προηγουμένως τον εκπρόσωπο του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος να μιλάει και να μας λέει ωραία λόγια για τη δημοκρατία, όταν στο δικό του κόμμα βρίσκεται αυτός ο πολιτικός αλήτης, ο τότε πρωθυπουργός, ο οποίος δεν διώχθηκε γιατί τον κάλυψαν οι μεγάλοι που τον καλύπτουν. Αυτή είναι η δημοκρατία που θέλει να εφαρμόσει η Ευρωπαϊκή Ένωση ενάντια σε όσους αντιτίθενται και λένε τις αλήθειες. Εγώ σας ενημερώνω ότι, μετά από εφτά χρόνια διώξεων που έχω υποστεί και μετά από όλες τις συνέπειες, δεν πρόκειται να κάνω πίσω και θα συνεχίσω να μιλάω για την πατρίδα μου και για τον χριστιανισμό στην Ευρώπη.

Емил Радев (PPE). – Г-жо Председател, бих искал да поздравя г-н Шимечка за неговия доклад. Върховенството на закона е една от основополагащите ценности на Европейския съюз. Ето защо е важно да има съгласуваност между европейските институции по тези въпроси.

Отстояването на върховенството на закона, около което безусловно сме обединени всички в Европейския парламент, означава и недопускане на всякаква форма на двоен стандарт спрямо отделни държави членки. Искам да отбележа, че първият годишен доклад е правилна стъпка в тази посока. Новият недискриминационен механизъм, който беше представен от Европейската комисия, постави всички страни в Евросъюза на равна основа, като ги оценява по еднакви и обективни критерии и дава препоръки в подкрепа на усилията, които се полагат на национално ниво.

При обсъждането на последното заседание на комисията по граждански свободи, правосъдие и вътрешни работи комисар Рейндерс заяви ангажимента да се работи за изграждането на истинска култура на върховенството на закона. Друга такава инициатива е и обвързването на разпределението на средствата от Европейския съюз с придържането към върховенството на закона от страна на държавите членки, което Европейската народна партия подкрепи още миналата година. Смятам, че това трябва задължително да залегне в инструментариума на Европейския съюз в защита на върховенството на закона и демократичните ценности.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for this fruitful discussion which shows the urgency of the topic.

I think that developments in the EU in the last decades show that we had undermined something, that we believe that the rule of law principle, democracy, fundamental rights, all these universal – not left and right – but universal European values will last forever, that they do not need any kind of effort or any kind of protection. We were mistaken.

That's why now we are trying to enlarge our toolbox and enlarge our possibilities to address the problems we see in the Member States and to tackle the problems together with the Member States. It is the meaning and purpose of the rule of law report which we presented last week. We needed to have a new preventive tool which we will create in the report, we will develop it in an inclusive manner, using transparent methodology which will invite us for the dialogue with the Member States, and I believe in dialogue, even with the Member States where we seem not to have very welcoming reactions.

We also needed to come with a conditionality relating to EU money. We are going to distribute EUR 1.7 trillion in the next years for a very good reason: the European Union has to use the money for the best purpose to help European citizens to get out of this crisis and to develop new qualities and to open the chance for development in promising areas. But it cannot work to distribute such a big amount of money while we are in the atmosphere of decreasing trust. It cannot work. That's why we want to achieve this conditionality to be introduced in our system.

The Commission will work also, as I said to you, on the strategy on the implementation of the Charter of Fundamental Rights and the European Democracy Action Plan. You're calling for covering the whole scope, which we see also in Mr Šimečka's report, which I heard many times from Sophie in't Veld and other Members of Parliament. The Commission is addressing all three, but uses three different, if I may say, vehicles or methods. In the European Democracy Action Plan, we want to come up with efficient measures on how to protect free and fair elections because whatever positives we do to protect democracy and the rule of law in the Member States, the first and the last word is for the citizens living in the Member States. That's why I think we should do more to protect their right to cast their free vote and that's why in the action plan, we will focus on protecting the system where there is a level playing field for campaigning and financing of the political parties and political campaigns. We would like to have guaranteed fairer judiciary oversight over the elections and, last but not least, access to objective information, so we will focus on the freedom of speech and pluralistic media, which will deliver objective information.

I think that we have to continue our work. It's quite obvious also from today's debate that there is a very demanding job for all three institutions, be it the Commission, Parliament, or the Council. We have to find a way to continue the work and not rely on the naivety from the past that our rule of law, democracy and fundamental rights are some kind of perpetual pillar which will last forever.

(Applause)

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, je voudrais remercier Mesdames et Messieurs les députés pour le soutien très large qui a été apporté à la défense des valeurs communes. C'est un élément important parce que ces valeurs communes permettent de développer un climat de confiance à l'intérieur de l'Union européenne et de la faire fonctionner dans tous ses aspects, comme la coopération entre les juridictions mais aussi le marché intérieur et bien d'autres éléments de relations entre les citoyens.

Je voudrais revenir sur quelques points concernant le rapport annuel sur l'état de droit, qui fait partie de ce mécanisme.

Je rappellerais tout d'abord que ce rapport de la Commission, gardienne des traités, présente sur un pied d'égalité les 27 - États membres de l'Union. Ce rapport ne contient pas de recommandations au sens formel du terme, mais des évaluations claires, qui permettront à la Commission et à toute autre institution de continuer le monitoring dans les éditions à venir.

Ensuite, la Commission va continuer à utiliser tous les outils qui sont à sa disposition, le rapport, les procédures d'infraction, ou les procédures liées à l'article 7, qui sont en cours pour l'instant devant le Conseil afin d'apporter une réponse efficace et proportionnée à toute atteinte au respect de l'état de droit. La Commission est prête à participer à la mise en place des outils supplémentaires, dont un outil efficace de protection du budget européen, en lien avec le respect de l'état de droit.

Je voudrais également rappeler que la Commission s'est engagée, sur l'État de droit, en faveur d'un dialogue interinstitutionnel qu'un certain nombre de membres de cette assemblée ont appelé de leurs vœux. Et nous serons ravis de continuer à échanger avec vous et avec le Conseil non seulement au sujet du premier rapport mais aussi des mécanismes à mettre en place à l'avenir.

Je rappelle donc encore une fois que c'est bien un rapport de la Commission qui vous est présenté, mais rien n'interdira bien sûr au Parlement, d'associer des experts à ses propres travaux et débats.

Et puis, nous comptons également sur votre soutien, Mesdames et Messieurs les députés pour engager le dialogue avec les parlements nationaux. Ce sera une occasion importante de débattre non seulement ici au Conseil, la présidence allemande ayant déjà programmé les réunions de débat sur le rapport et sur un certain nombre d'États membres, mais également au Parlement européen et dans les parlements nationaux. Et je rappelle, comme je l'ai déjà dit en commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures, que si vous souhaitez aborder aussi les rapports par État membre au sein du Parlement, la Commission est à votre disposition.

Et puis, certes le rapport porte sur les États membres, mais pour pouvoir parler d'état de droit et de respect des valeurs fondamentales avec des voisins, des candidats, des partenaires, y compris en Afrique ou ailleurs dans le monde, nous devons d'abord aussi penser à faire le travail à la maison. C'est à cela que servent toute une série de procédures que nous utilisons, c'est à cela que va servir le rapport annuel qui va permettre d'ouvrir un débat permanent sur l'état de droit au sein de l'Union européenne, c'est une condition importante pour être crédibles quand nous défendons des valeurs communes qui nous sont chères, y compris à l'extérieur de l'Union européenne.

Michal Šimečka, *rapporteur*. – Madam President, I would like to thank everyone who took part in this debate and, specifically, I would like to thank all the shadow rapporteurs who have worked on this file and made it a better text. They were all very constructive and helped produce a report which, I hope, will gain a broad majority in the vote tomorrow.

Let me also very briefly respond to some of the critical comments and, specifically, to Mr Fest, who is somehow suggesting that this is a disingenuous exercise because we don't criticise Turkey or some African Republics. Obviously, I would love it if Turkey and countries in our neighbourhood subscribed to the same rule of law mechanism and conditionality that we have here, but that's not possible. I think that, precisely to have credibility externally, we need to do this at home, to make sure that our Member States subscribe to the values and principles of the EU.

To Ms Kempa, who is suggesting that somehow I don't like Poland or I am being manipulated, first of all, this is nothing against Poland. Being a Slovak, obviously I consider Poles to be my brotherly nation. The problem is with the current Polish Government, and it's not just me saying that, it's the European Commission, the European Court of Justice, the Council of Europe and all sorts of other organisations. So there's no conspiracy against Poland.

Finally, I would like to thank both Vice-President Jourová and Commissioner Reynders for their commitment to the rule of law report presented today, which indeed is a historic step forward that must be acknowledged. The issue that we have and the proposal that we are putting forward is to make it stronger and to make a clear link with enforcement and further action. It is obviously to enlarge the scope, but also to put it on solid legal grounds through an interinstitutional agreement, which the Parliament can propose, because there might be Commissioners after you who will not have the same kind of commitment. There might be a Presidency after which will not have the same kind of commitment. So we want to have something that is solid and which all three institutions can have joint ownership of.

(Applause)

President. – The debate is closed.

The vote on the amendments will take place on Tuesday, 6 October 2020 and the final vote on Wednesday, 7 October 2020.

Written statements (Rule 171)

Robert Hajšel (S&D), písomne. – Vláda práva je základom ozajstnej demokracie, najmä ak nechceme, aby práva slabších boli pošliapávané tými silnejšími. Aby to ale fungovalo, treba dodržiavanie princípov demokracie vrátane vlády práva a rešpektovania ľudských práv aj objektívne hodnotiť a v prípade vážnych porušení aj trestať. Preto vítam všetky iniciatívy, ktoré volajú po zriadení spravodlivého mechanizmu pravidelného hodnotenia tejto oblasti vo všetkých štátoch EÚ rovnako. Pred niekoľkými dňami zverejnila Európska komisia prvé hodnotenie stavu právneho štátu, pričom najhoršiu známku dala Poľsku a Maďarsku. Vláda v Budapešti ale vzápätí označila správu za nespravodlivú, založenú hlavne na informáciách tzv. Sorosovských organizácií. O to viac je dôležitejšie, aby prípadný nový mechanizmus monitorovania produkoval iba absolútne objektívne správy. Dnes sa ale hovorí o podmienení čerpania európskych peňazí členskými štátmi dodržiavaním právneho štátu. V krajnom prípade to znamená pozastavenie fondov pre vládu štátu, ktorá tieto princípy nedodržiava. Nie som proti tomu, ak nový monitorovací nástroj Európskej komisie bude obsahovať presne definovaný mechanizmus, ako sa peniaze vyčlenené danému štátu dostanú ich oprávneným prijímateľom bez toho, aby prechádzali cez vládne nástroje. Ľudia ani podniky štátov, ktorých vlády dostanú negatívne hodnotenie, sa totiž nemôžu stať rukojemníkmi svojich vlád a prísť o peniaze z rozpočtu EÚ, do ktorého cez svoje dane prispievajú.

Julie Lechanteux (ID), par écrit. – La création d'un mécanisme de l'Union pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux est la pièce maîtresse d'une législation punitive, qui vise à museler les gouvernements qui s'opposent à la dérive mondialiste, autoritaire et illibérale de l'Union européenne. Ce rapport fait suite au «Nouveau pacte sur la migration et l'asile» du 23 septembre et au «Rapport 2020 sur l'état de droit» présenté le 30 septembre: un triptyque destiné à sanctionner les défenseurs de la souveraineté nationale et tous ceux qui refusent l'ouverture indiscriminée des frontières aux flux migratoires illégaux.

Dans la ligne de mire de cette nouvelle législation punitive on trouve la Hongrie ainsi que son Premier ministre Viktor Orbán, qui a osé défendre les intérêts de son pays contre l'ingérence politique d'ONG mercenaires et fermer ses frontières à la déferlante migratoire. Dernier épisode en date, les affirmations de la Commissaire européenne chargée des valeurs et de la transparence, Věra Jourová, qui a qualifié la Hongrie de «démocratie malade», intolérable jugement de valeur de la part d'un haut responsable européen, censé travailler dans l'intérêt, et non pas contre, les 27 États membres.

Maria Manuel Leitão Marques (S&D), por escrito. – Democracia, Estado de Direito, direitos fundamentais, respeito pelas minorias e sua proteção são valores fundamentais da UE. Assistimos à violação de alguns destes princípios por Estados-Membros. A capacidade das instituições europeias de agirem em casos em que estes valores parecem não estarem a ser respeitados deve ser assegurada. Por isso, um mecanismo Estado de Direito é urgente; não mais um, mas numa perspetiva complementar com outros instrumentos.

O relatório Estado de Direito na UE, apresentado agora pela Comissão Europeia, é uma iniciativa que merece apoio. É bom que a corrupção e a liberdade de imprensa sejam elementos a escrutinar no âmbito deste relatório regular. Mas não é suficiente. A democracia, os direitos fundamentais, a liberdade de associação, ou a proteção de grupos mais vulneráveis têm de ser igualmente escrutinados.

Este mecanismo de monitorização, objetivo e baseado em dados concretos, deve assegurar o acompanhamento destes princípios em todos os Estados-Membros da UE. Esta estratégia deve basear-se numa cooperação interinstitucional, num processo transparente e regular, para que a promoção dos valores da UE se torne efetiva e tenha visibilidade na agenda europeia. Abordar a crise de valores na UE é também uma condição prévia para restabelecer confiança mútua entre os Estados-Membros.

Beata Mazurek (ECR), na piśmie. – Czemu służyć ma ta debata? Kolejny raz Parlament Europejski atakuje Polskę, opierając się na fake newsach i mocno przeinaczonych informacjach podawanych przez polską opozycję, której celem nie jest dobro kraju, a walka z polskim rządem wybranym w demokratycznych wyborach. Czy w obecnych czasach nie ma poważnych problemów, nad którymi musimy się pochylić? Co z pandemią koronawirusa, w której widmo drugiej fali zagląda nam w oczy? Co z chwiejącą się gospodarką? Co ze zwiększającym się bezrobociem? O kryzysie migracyjnym już nie wspomnę, bo to kolejny temat, z którym Europa sobie nie radzi. Czy naprawdę nie mamy poważniejszych problemów na głowie?

A może ta debata to swego rodzaju ucieczka i temat zastępczy wobec problemów, na które nie możemy znaleźć rozwiązania? Na celownik wzięliście Polskę i Węgry. Zdajecie się nie zauważać, iż systemy sądownicze czy media w Polsce funkcjonują tak jak w krajach Europy Zachodniej. Nie ma i nie będzie naszej zgody na podejmowanie decyzji uderzających w Polskę przez urzędników, którzy – z nadania, nie z demokratycznego wyboru – będą decydować o sprawach, które są jedynie domeną państw członkowskich, posługując się przy tym „batem praworządności” używanym, jak już historia pokazała, wybiórczo. Nie ma na to naszej zgody.

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. – Tratatul privind funcționarea Uniunii Europene prevede deja mecanisme și proceduri de protejare a valorilor fundamentale ale Uniunii, precum procedurile de sancționare prevăzute în articolul 7 sau procedurile de constatare a neîndeplinirii obligațiilor. Pe parcurs, au fost adăugate Mecanismul de cooperare și verificare și includerea capitolului justiție în raportările pentru semestrul european. Cu toate acestea, dezbateră privind eficiența instrumentelor de care dispune UE continuă.

Un pas foarte important a fost propunerea Comisiei din iulie 2019 de a verifica soliditatea statului de drept în toate statele membre, iar primul raport a fost realizat la 30 septembrie 2020. Însă acest demers singular trebuie instituționalizat și permanentizat.

În acest context, susțin propunerea Parlamentului de a stabili, împreună cu Consiliul European și Comisia Europeană, Mecanismul european privind democrația, statul de drept și drepturile fundamentale (DSF). În esență, propunem o monitorizare anuală a respectării valorilor fundamentale ale UE, în toate statele membre.

Monitorizarea va cuprinde 3 etape: pregătitoare – în care sunt adunate toate informațiile necesare, publicarea raportului anual, cu recomandări specifice pentru fiecare țară și dezbateră conținutului raportului Comisiei de către Consiliul European și Parlamentul European. Concluziile raportului vor sta la baza deciziei de a declanșa sau nu procedura articolului 7 sau a procedurilor de constatare a neîndeplinirii obligațiilor.

Kathleen Van Brempt (S&D), schriftelijk. – Is de Europese Unie bang voor de vrijheid? Daar begint het toch hard op te lijken. Als we spreken over het ondergraven van de democratie, de rechtstaat en de grondwaarden van de EU verwijzen we eufemistisch naar “illiberale democratieën” en “autocratieën”. We durven niet luidop zeggen dat er lidstaten zijn die géén democratie meer zijn en geregeerd worden door dictators. Human Rights Watch zei het onlangs wél: “Tien miljoen Europeanen leven onder een autoritair bestuur.” Tien miljoen. In de EU.

De instrumenten waarover we beschikken om de basiswaarden van artikel 2 VEU te beschermen, voldoen niet. We sleutelen nu aan oplossingen, maar opnieuw rijden de Commissie en de Raad met de rem op. In het voorgestelde mechanisme van de Raad om de meerjarenbegroting te koppelen aan de naleving van de democratie, de rechtstaat en de grondrechten, controleren we enkel of lidstaten de financiële belangen van de EU niet schaden. Daar is geen rechter, geen journalist en geen LGBTI-burger mee geholpen. En in het zopas gelanceerde monitoringssysteem voor de rechtstaat worden de democratie en de grondrechten niet gemonitord. Als de Raad blijft buigen voor één dictator, zullen er anderen volgen. Daarom opnieuw de vraag: is de Europese Unie bang voor de vrijheid?

16. Rechtsstaatlichkeitskonditionalität im Rahmen des MFR 2021-2027 und von „Next Generation EU“ (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on Rule of Law conditionality in the framework of the MFF 2021-2027 and Next Generation EU (2020/2797(RSP)).

I should like to inform Members that for all debates of this part-session there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted.

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Frau Präsidentin, ehrenwerte Abgeordnete! Ich danke Ihnen allen von Herzen, dass ich wieder einmal Gelegenheit habe, an einer solch wichtigen Debatte teilnehmen zu dürfen. Gleichwohl bin ich einigermaßen fassungslos, dass es Abgeordnete wagen, die Europäische Union mit einer kommunistischen Diktatur gleichzusetzen.

Viele von uns vertreten Staaten, in denen Menschen ihr Leben lassen mussten, verfolgt und diskriminiert wurden, weil sie genau für diese europäischen Werte eingetreten sind: für Freiheit, für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit, für eine unabhängige Justiz, für einen respektvollen Umgang mit Minderheiten – welcher Art auch immer.

Als ich – Frau Abgeordnete Kempa – in der vergangenen Woche LGBTI- Aktivistinnen und Aktivisten aus Polen getroffen habe, habe ich noch einmal deutlich gemacht, dass es nicht um Sonderrechte geht. Es geht um gleiche Rechte. Niemand erwartet Sonderrechte für Minderheiten. Aber Minderheiten haben zu Recht einen Anspruch darauf, dass sie genauso behandelt werden wie diejenigen, die sich zur Mehrheitsgesellschaft zugehörig fühlen.

Ja, wer hätte das vor Jahrzehnten gedacht, dass wir einmal in eine Situation geraten, dass wir nicht mehr gewiss sind darüber, was uns im Innersten der Europäischen Union zusammenhält. Wir sind nämlich nicht in erster Linie ein Binnenmarkt oder eine Währungsgemeinschaft, wir sind vor allem und zuerst eine Werte- und eine Rechtsgemeinschaft. Nicht zuletzt die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs gegenüber den Entscheidungen von einigen Mitgliedstaaten haben deutlich gemacht, dass es ganz objektive Mängel gibt, die beseitigt werden müssen.

Ich will das noch einmal für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft klarstellen: Alle Mitgliedstaaten sollen gleichbehandelt werden. Es geht nicht darum, mit dem Finger auf einige wenige zu weisen. Deswegen sehe ich diese Debatte – auch die Debatte, die wir eben geführt haben – als Rückenwind für unsere Diskussion, die zugegebenermaßen schmerzhaft, mühselig und hoch kontrovers ist.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat nach langen Diskussionen, aufbauend auf dem Beschluss der europäischen Staats- und Regierungschefs, einen Vorschlag unterbreitet. Ich kann sehr gut verstehen, verehrte Abgeordnete, dass der eine oder die andere unzufrieden sind. Wenn ich hier als Vertreter der deutschen Regierung stünde, könnte ich mich dieser Unzufriedenheit sogar anschließen. Ich stehe aber hier als Vertreter des Rates. Ich vertrete den Rat. Und noch nicht mal der Vorschlag, den wir unterbreitet haben, hat die Zustimmung aller Delegationen der Mitgliedstaaten gefunden.

Das ist unser Angebot für die Verhandlungen mit Ihnen. Ich kann nur an alle appellieren, dass wir so schnell wie irgend möglich zu einem substanziellen Ergebnis kommen. Ich kann Ihnen noch einmal versichern, und ich hoffe Sie vertrauen mir, nicht mir als Person, aber Sie vertrauen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und Sie vertrauen dem, was die Bundeskanzlerin in ihrer Rede hier auch gegenüber dem Europäischen Parlament bekundet hat: Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit steht ganz oben auf der Tagesordnung dessen, was wir uns mit Ihnen gemeinsam und mit der Kommission vorgenommen haben. Ich bitte darum, zu respektieren, dass die Rechtsstaatskonditionalität nur ein Baustein ist.

Nachdem in der vergangenen Ratssitzung die Kommission einen intensiven Bericht über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn abgegeben hat im Rahmen des Artikel-7-Verfahrens, wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die Artikel-7-Verfahren fortsetzen, weil aus Sicht der Kommission die schwerwiegenden Bedenken noch nicht vollständig ausgeräumt werden konnten. Das heißt, wir werden uns noch einmal – vermutlich in Form von *hearings* – mit der Lage der Rechtsstaatlichkeit in diesen beiden Staaten beschäftigen. Wir sind der EU-Kommission sehr dankbar, dass sie zum allerersten Mal in der Geschichte des vereinten Europas einen Rechtsstaatlichkeitsbericht vorgelegt hat, der alle Mitgliedstaaten betrifft und der im Übrigen auch für mein eigenes Heimatland einige kritische Anmerkungen beinhaltet.

Wir werden uns zwei Mal mit diesem Bericht befassen, weil wir doch alle wissen, es mangelt uns vor allem an einem gemeinsamen Verständnis von dem, was uns ausmacht. Rechtsstaatlichkeit eint uns nicht mehr – und das ist ein bitterer, trauriger Befund –, Rechtsstaatlichkeit spaltet uns. Und das schwächt uns auch in einer Welt, in der die Demokratie unter Druck geraten ist und das Autoritäre wächst. Deswegen müssen wir sehen, dass wir diesen Laden Europäische Union zusammenhalten. Aber es kann bei der Infragestellung von Rechtsstaatlichkeit keine politischen Rabatte geben. Die Rechtsstaatskonditionalität ist nun das neue Element.

Ja, wir haben einen Vorschlag gemacht, der nicht das außer Acht lassen kann und darf, worauf sich die Staats- und Regierungschefs und -chefinnen verständigt haben. Aber ich will noch einmal allen, die sich Sorgen machen, ob das auch ein funktionsfähiges Instrumentarium ist, entgegenrufen: Ja, das ist es, weil es um die Brüche der Rechtsstaatlichkeit geht. Schon im Vorschlag 2018 gab es einen konkreten Bezug auf den EU-Haushalt. Das haben wir uns nicht neu einfallen lassen.

Ich will auch noch mal deutlich machen, dass der Hinweis auf den Europäischen Rat kein Veto-Instrument für den Europäischen Rat nach sich zieht, sondern es ist der Vorschlag gewesen, auch noch einmal den Europäischen Rat – wenn dies ein Mitgliedstaat wünscht – zu befassen, um vielleicht auch noch einmal das notwendige Maß an Gemeinsamkeit, das wir brauchen, zu erreichen. Aber es gibt zwei Gesetzgebungsorgane: Das ist das Parlament, und das ist der Rat, und das ist nicht der Europäische Rat. Deswegen handelt es sich nicht um eine Veto-Kompetenz für den Europäischen Rat. Es handelt sich nur noch mal um eine weitere Möglichkeit, im Rahmen des Dialoges Gravamina aus dem Weg zu räumen.

Insofern bitte ich Sie alle, Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass wir im Rahmen dieses sehr komplizierten und komplexen Sachverhaltes – „Next Generation EU“, MFR, Klima-Mainstreaming, Gender-Mainstreaming, Eigenmittelbeschluss – auch eine Regelung schaffen, die deutlich macht, worum es uns in der Europäischen Union im Kern geht, nämlich Rechtsstaatlichkeit leben. Wenn jemand fragt, worum es dabei eigentlich geht, sind genau die Punkte auch noch einmal umrissen, die auch für den Bericht der EU-Kommission Grundlage waren, nämlich die Unabhängigkeit der Justiz, Fragen der *checks and balances*, Medienpluralismus und Medienvielfalt und eben auch eine effektive Korruptionsbekämpfung in allen EU-Mitgliedstaaten.

Insofern, Herr Lagodinsky, im Rat dümpelt überhaupt nichts vor sich hin, und auch der Abgeordnete Villumsen hat Unrecht. Niemand legt die Hände in den Schoß. Wir sind so nah an einer Lösung wie schon lange nicht mehr. Aber dafür brauchen wir einen konstruktiven Geist der Kompromissbereitschaft und des Miteinanders in allen Organen der EU. Darum bitte ich Sie von Herzen.

VORSITZ: NICOLA BEER

Vizepräsidentin

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Mesdames, Messieurs les députés, je voudrais d'abord vous remercier pour l'invitation à débattre aujourd'hui de la conditionnalité liée au respect de l'état de droit, dans le contexte du cadre financier pluriannuel. À cet égard, je voudrais d'ailleurs remercier aussi la présidence allemande pour l'inscription à l'ordre du jour de chaque réunion du Conseil des affaires générales, de ce thème de l'état de droit d'ici à la fin de l'année.

Dans son intervention devant le Parlement européen, le 16 septembre, la présidente Ursula von der Leyen, a rappelé que la Commission attache la plus grande importance au respect de l'état de droit. Le projet européen repose sur le respect de cet état de droit dans tous les États membres.

C'est peut-être la question la plus essentielle pour définir qui nous sommes en Europe. Il s'agit non seulement d'un impératif moral, mais aussi d'un prérequis pour le respect de la démocratie et des droits fondamentaux, le bon fonctionnement du marché intérieur, l'application correcte du droit européen, la confiance mutuelle et le maintien d'un environnement favorable aux investissements.

C'est notre devoir commun de défendre l'état de droit dans tous les États membres, car les citoyens s'attendent à voir leurs droits protégés avec cet état de droit comme pierre angulaire de la protection que nous leur devons.

Ladies and gentlemen, in 2018 the Commission proposed a regulation to protect the EU budget against rule-of-law deficiencies. I thank the Parliament for its strong support for this proposal. The agreement of the July European Council on the Multiannual Financial Framework and Next Generation EU has created important expectations across Europe.

The COVID-19 crisis presents an unprecedented challenge to all of us. The lives of millions of people, the future of hundreds of thousands of companies and the prospects of many regions depend on our recovery plan. Once adopted, this will be the largest package ever financed through the EU budget – a total of EUR 1.8 trillion. This makes it even more important that an agreement on the MFF and Next Generation EU is accompanied by a full set of measures to protect the EU budget. The Commission will continue to ensure that the EU budget is spent in line with applicable rules and principles. And so, every project financed by the EU budget shall generate added value. In addition, the Commission fully agrees with the Parliament's request on the need to ensure the protection of final recipients and beneficiaries, and the Commission is committed to address this and other issues in all trilogues.

The European Council's conclusions on the next MFF and Next Generation EU contain a clear commitment to the rule of law and to the protection of the financial interests of the Union. The Council Presidency has now a mandate for negotiations with the Parliament on the Commission proposal. The Commission has always said that it's ready to work with the co-legislators to improve the proposal on the table. I want to insist that we hope that the trilogue will now allow for a rapid adoption and for setting up an effective mechanism. And I insist on that: it must be effective, for European recovery and resilience will mean little if we get lost along the way. So we'll be very strong on such common defence of the values.

Mesdames et Messieurs les députés, je compte évidemment sur le soutien ferme du Parlement européen en vue d'arriver à un accord et de mettre en place rapidement la nouvelle génération de programme. La protection de notre budget est dans l'intérêt de tous et nous entendrons évidemment avec beaucoup d'attention vos remarques et vos observations. Mon collègue, le commissaire Hahn, est ici présent pour d'ailleurs réagir ensuite à ces questions ou observations que vous auriez formulées.

Petri Sarvamaa, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would like to thank the German Presidency and Mr Roth for his statement and willingness to enter the negotiations. But let me also right away remind us all why we constantly return to this pressing matter in this House – and now, finally, we are going to address it together – and it's this: our civil liberties are under excessive pressure.

Attacks on freedom of the press, civil society and judicial independence are seemingly becoming the standard in some Member States. Press freedom and the independence of the judiciary should not be privileges for the few; they are the fundamentals for free and functioning democracies. We just cannot allow the values enshrined in our Treaties to be systematically threatened or violated by any – and I underline by any – of the Member States while EU funds continue to be reserved by the responsible governments.

The citizens and taxpayers of Europe deserve a properly functioning conditionality mechanism on the rule of law, linked to the budget. The clock is ticking, and now we have to deliver, but a mechanism that cannot ever be triggered in practice due to back doors or indecisive processes serves only the interests of those who do not wish to see any measures taken.

So we urge the Council to join Parliament's efforts to uphold democracy, the rule of law and fundamental rights in Europe and hope really for constructive negotiations. We simply have to do everything we can in these negotiations.

(Applause)

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, decía Jacques Delors en el año 2000 que la Unión va bien cuando funciona el triángulo institucional y se puede avanzar con responsabilidad democrática y con el apoyo de la ciudadanía. Pero si el Consejo se bloquea en cuestiones fundamentales y la Comisión se debilita, finalmente, la Unión se resiente. Por eso debemos subsanar cuanto antes un problema de fondo, como es el respeto al Estado de Derecho, porque si no, no podremos avanzar.

Mi Grupo lleva mucho tiempo pidiendo un mecanismo de respeto del Estado de Derecho, vinculado al presupuesto. Por fin tenemos encima de la mesa una propuesta, pero todavía es insuficiente, porque no se trata solo de atajar la corrupción —eso ya lo damos por sentado, faltaría más—. El Estado de Derecho va mucho más allá: es un patrimonio constitucional común que se exige a quienes aspiran a entrar en la Unión Europea y se presupone a los que ya somos miembros.

Lo dice el artículo 2 del Tratado: la Unión se fundamenta en los valores de respeto de la dignidad humana, libertad, democracia, igualdad, Estado de Derecho y respeto de los derechos humanos; el pluralismo, la no discriminación, la tolerancia, la justicia, la solidaridad y la igualdad entre hombres y mujeres. Este es el corazón del proyecto europeo —no lo olvidemos—, mucho más importante que el mercado.

El papel de la Comisión Europea es velar por que se cumplan los Tratados y, por eso, su evaluación debe ser objetiva y, para reforzar su capacidad, sería bueno poder crear un panel asesor especializado. Una Comisión fuerte es imprescindible para el buen funcionamiento de la Unión, no puede estar coartada por los bloqueos del Consejo. Si un Estado miembro hace oídos sordos a la Comisión Europea y esta envía sus observaciones al Consejo, el Consejo no puede verse maniatado por una mayoría cualificada.

De la misma manera, el Consejo debe entender que la democracia europea otorga el papel de supervisión a esta Cámara, al Parlamento Europeo. Hagamos las cosas bien y evitemos caer en el chantaje y en el regateo. Europa no se lo merece. A alguien le debe interesar que se hable de una supuesta pugna entre la calidad democrática y la recuperación económica. Yo quiero ambas cosas.

Por eso les pido responsabilidad y que no alimentemos las divisiones. Todos tenemos que ser muy cuidadosos con el respeto a nuestras democracias, porque, con el auge de los populismos, el riesgo se extiende por nuestros países, y porque nadie aquí es policía de nadie ni puede mirar por encima del hombro al vecino. La democracia se conquista cada día. Nunca se puede dar por sentada.

Y por eso también es importante que este mensaje llegue a la ciudadanía —que el objetivo es ayudar—, y por eso hemos insistido tanto en que los destinatarios finales de los fondos no se vean perjudicados. He escuchado en esta Cámara utilizar argumentos retorcidos para decir que estamos en contra de Hungría y Polonia. Nada más lejos de la realidad. Lo que queremos es defender a los hombres y mujeres de la Unión Europea con independencia de donde vivan, de lo que crean, de a quien amen, porque eso es el Estado de Derecho.

No vayamos ahora a echarlo por la borda. Nuestros principios son la columna vertebral de la Unión y el presupuesto es el músculo que necesitamos para movernos y para avanzar. No renunciemos a ninguno de ellos.

Moritz Körner, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Pressefreiheit, die eingeschränkt wird. Minderheiten, die benachteiligt werden. Gelder, die in korrupte Hände fließen. All das findet jetzt in Europa statt, und es muss jetzt beendet werden, weil es sogar teilweise noch mit Geld aus der EU ermöglicht wird, weil wir teilweise mit dem Geld noch diesen Autokraten in die Hände spielen. Das muss jetzt gestoppt werden.

Und wenn wir uns jetzt anschauen, was – bei allem Respekt, lieber Herr Staatsminister Roth – der Rat jetzt auf den Tisch gelegt hat, das ist eigentlich kein Rechtsstaatsmechanismus mehr. Das ist nämlich kein genereller Angriff mehr auf die Rechtstaatlichkeit, sondern es geht nur noch um sehr konkrete Verstöße. Das ist eigentlich kein Rechtsstaatsmechanismus, das ist ein Pseudo-Rechtsstaatsmechanismus. Und dieser Pseudo-Rechtsstaatsmechanismus, der läuft auch noch Gefahr, niemals ausgelöst zu werden, weil Sie die umgekehrte qualifizierte Mehrheit herausgenommen haben.

Herr Staatsminister Roth, Sie haben hier gerade ausführlich dargelegt, warum der Rat zu dieser Position gekommen ist und dass wir jetzt möglichst schnell eine gemeinsame Position finden müssen. Aber ich sage hier ganz klar – und ich glaube, für viele Kollegen: Wir werden unsere Position nicht einfach nur ändern und die Position des Rates abnicken. Das kann ich Ihnen versprechen.

Sie sind jetzt auf Orbán ein Stück weit zugegangen, und man sieht, was macht Orbán jetzt? Er geht wieder einen Schritt weiter. Diese Lektion müssten wir doch jetzt endlich mal gelernt haben. Er spielt mit uns, und er sagt jetzt, er würde den Haushalt und den Wiederaufbaufonds blockieren. Er sagt also, dass er jetzt sicher nicht mehr Geld nehmen will, weil er möglicherweise hinterher durch den Rechtsstaatsmechanismus weniger Geld oder Geld zurückbehalten bekommen werde. Das ist ungefähr so, als ob man aufgrund der Sorge, angegriffen zu werden, sich vorsorglich selber ins Knie schießt. Und dieses Spiel müssen wir aufdecken; es ist ein Kartenspiel, und wir müssen diesen Bluff aufdecken.

Dazu müssen wir hart bleiben als Europäisches Parlament, und dazu werden wir hart bleiben als Europäisches Parlament. Das ist eine rote Linie für dieses Europäische Parlament. Wir werden keine Rabatte auf Rechtsstaatlichkeit mehr zulassen.

Jérôme Rivière, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, état de droit, état de droit, avec ces termes depuis des années, vous vous acharnez contre la Hongrie et la Pologne qui refusent la soumission à votre vision fédéraliste, vision qui fait de la promotion de l'immigration un enjeu essentiel de l'Union européenne. M^{me} Johansson nous l'a rappelé la semaine dernière.

Mais la Commission et la majorité du Parlement européen respectent-elle ces principes évidents? Non et je vais vous en faire la démonstration immédiate.

Vos opposants politiques n'ont pas d'accès effectif à un juge, droit pourtant consacré par l'article 6 de la Convention européenne des droits de l'homme. Oui, courant 2017, M^{me} Le Pen déposa une plainte pour faux et usage de faux, avec constitution de partie civile entre les mains d'un juge d'instruction, à l'encontre de trois personnes: M Kessler, alors directeur général de l'OLAF, M^{me} Redrado, directrice de l'OLAF et M. Welle, qui est toujours le Secrétaire général de notre assemblée parlementaire.

Cette plainte dénonce des faux et usage de faux commis par ces trois personnes dans le cadre de leurs fonctions et singulièrement dans le cadre d'une enquête que diligentait l'OLAF à l'encontre de M^{me} Le Pen, au sujet de ses assistants parlementaires européens. Or, le juge d'instruction de Bruxelles a demandé à plusieurs reprises au procureur du roi, la levée de l'immunité parlementaire de ces trois personnes.

À ce jour, plus de trois ans plus tard, quelle est l'attitude du Parlement européen face à cette demande? Les institutions de l'Union européenne font la sourde oreille. Où est le respect de cet état de droit invoqué à tout bout de champ? Monsieur Roth, où est la justice indépendante que vous évoquiez tout à l'heure? On connaît pourtant la célérité de la majorité parlementaire quand il s'agit de lever l'immunité de membres de l'opposition, le plus souvent pour de prétendus délits d'opinion ou en raison d'actes qui s'inscrivent dans le cadre de leurs activités politiques.

Vos indignations sont à la tête du client. L'état de droit, tel qu'il doit être appliqué, c'est d'abord le respect du choix démocratique des peuples. Les gouvernements hongrois et polonais triomphent régulièrement dans les urnes. Respectons les décisions des Hongrois comme des Polonais. Cessons les menaces avec ce dispositif de conditionnalité.

L'état de droit c'est aussi une même justice pour tous, majorité comme opposition. Respectez enfin les demandes d'un juge d'instruction (*mots inaudibles*) qui donne le sentiment que ces institutions sont tentées par une dérive totalitaire, bien éloignée de l'état de droit.

Daniel Freund, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, lieber Michael Roth! Der Vorschlag, den ihr zu Rechtsstaatlichkeit in der EU gemacht habt, legt die Hürde so hoch, dass wir alle wissen, in der Praxis wird es so nie zu einer Sanktion kommen.

Wenn es in einem Mitgliedstaat keine unabhängigen Medien mehr gibt, so wie das ja jetzt in Ungarn schon der Fall ist, dann soll da nicht sanktioniert werden können. Wenn in einem Mitgliedstaat die Regierung alle ihr unliebsamen Richter rausschmeißt, so wie sich das die polnische Regierung gerne vorstellt, dann müsste die Kommission erst einmal beweisen, wo das die EU-Steuerzahler Geld kostet, bevor wir sanktionieren können.

Das hat doch mit dem Schutz des Rechtsstaats nichts zu tun. Das ist auch kein Kompromiss zwischen dem, was das Europäische Parlament schon vor anderthalb Jahren hier beschlossen hat, und eurer Position im Rat. Das, was ihr vorgelegt habt, ist ein weiteres Einknicken vor dem Diktator in Budapest.

Damit muss endlich Schluss sein! Wir brauchen diesen funktionierenden, wirklich funktionierenden, Rechtsstaatsmechanismus, im Notfall gegen Ungarn und Polen.

Der Bluff, dass sie jetzt die ganzen Corona-Hilfen für die ganze Europäische Union sabotieren wollen, wird sich in Luft auflösen, wenn ihr im Europäischen Rat endlich zusammen mit uns im Europäischen Parlament für den Rechtsstaat in Europa kämpft.

Bogdan Rzońca, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Panowie Komisarze! Panie Ministrze! Wieloletnie ramy finansowe, instrument odbudowy i zasoby własne Unii to główny oręż walki wspólnoty o lepszą przyszłość. Jesteśmy tego świadomi. W lipcu tego roku przedstawiciele 27 krajów porozumieli się, zbudowali międzynarodową solidarność wobec pandemii – bardzo potrzebną solidarność.

Niestety ten pozytywny wizerunek Unii Europejskiej zaciemnia niesprawiedliwa dyskusja o rzekomym braku praworządności w Polsce i na Węgrzech. Co więcej, Komisja Europejska zamiast solidarności europejskiej chce dzielić kraje na lepsze i gorsze, proponując pozatraktatowe przepisy o wiązaniu funduszy z praworządnością. Komisja Europejska robi to bez podstaw prawnych. Niestety Komisja Europejska narusza też prawo państwa członkowskiego do obrony jego dobrego imienia. Komisja Europejska dubluje artykuł 7 traktatu o Unii Europejskiej, marginalizując również przy tym Radę Europejską.

Nie możemy mówić o praworządności takim językiem, jakim mówi pani poseł Barley, nie można mówić, że trzeba zgłodzić pewne kraje, takie jak Polska czy Węgry. Zapraszam panią Barley do Polski – pokażemy jej te miejsca, gdzie głodzono, gdzie systemy totalitarne – komunistyczny i hitlerowski – powodowały, że ludzie, dzieci byli głodzeni i żywcem paleni. Tego w Polsce i na Węgrzech nie ma. Nie mówmy tym językiem, to jest bardzo zły język, on przeszkadza porozumieniu. I wróćmy – i tu proszę komisarzy – do pracy nad realnymi zasadami i zasobami własnymi, i budżetem Unii Europejskiej, bo on jest potrzebny w walce z pandemią i z kryzysem europejskim.

Silvia Modig, GUE/NGL-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, oikeusvaltioperiaate on Euroopan arvojen ytimessä. Jos emme voi luottaa yhteiskuntiemme laillisuuteen, murenee pohja kaikelta. Muutamisessa jäsenmaissa on nähty niin huolestuttavia kehityskulkuja ja toistuvasti, että me emme voi mennä yhdessä eteenpäin ennen kuin meillä on toimiva mekanismi.

Tällä hetkellä EU-rahalla pönkitetään vallanpitäjiä, jotka eivät kunnioita, eivätkä aio, eivätkä halua kunnioittaa oikeusvaltioperiaatteita. Puheenjohtajamaan ehdotuksen sanamuodot ovat niin heikkoja ja päätöksentapa sellainen, että tämä ehdotus ei anna minkäänlaista varmuutta siitä, että tällä saataisiin aikaiseksi mekanismi, jolla pystytään tehokkaasti puuttumaan oikeusvaltioperiaatetta uhkaavaan tai sen vastaiseen toimintaan.

On aivan selvää, että jos oikeuslaitos ei ole vapaa eikä riippumaton, ei tällaisella maalla ole uskottavaa tapaa selvittää varojen mahdollisia väärinkäytöksiä. Tämä itsessään luo niin ison riskin budjetille, että sen pitäisi olla riittävä. Sen tulisi automaattisesti laukaista toimenpiteet, mutta esitetyssä mandaatissa näin ei ole. Komissiolle asetetaan aikamoinen todistustaakka näyttää toteen budjetin väärinkäyttö, ennen kuin sanktioihin päästään.

Päätöksenteon tulisi olla suhteellinen enemmistö. Sanktioita pitäisi enemmistön erikseen vastustaa. Jos toimet vaativat enemmistön äänet, on hyvin epätodennäköistä, että mitään sanktioita kenellekään koskaan annetaan. Mutta arvoisa puhemies, hyvät kollegat, tässä ei ole kyse vain budjetin turvaamisesta vaan oikeusvaltioperiaate suojelee myös vapaata kansalaisyhteiskuntaa, demokratiaa, vapaata mediaa, vapaita vaaleja, vähemmistöjä ja sananvapautta. Toimiva oikeusvaltio takaa vapaan yhteiskunnan ja sen jäsenten perusoikeudet, ja toteutuakseen ne vaativat laillisuuden noudattamista. Siksi me tarvitsemme tehokkaan, sitovan mekanismin ja vetoan neuvoston puheenjohtajamaahan, että nostatte kunnianhimonne tasoa.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Madam President, evaluating the rule of law is difficult so let's trust objective criteria. The UN report on arbitrary detention has complaints regarding political prisoners in 42 states. Only one, only one, is an EU Member State. Guess who? Hungary? Poland? No! Spain. One of the prisoners, Mr Junqueras, is an elected Member of this Parliament.

So all democrats recognise that holding political prisoners is incompatible with the rule of law. However, the Commissioners writing their report about the rule of law in Spain have totally disregarded this fact. It's not even mentioned! How can you want to have credibility when you speak about the rule of law when you write these kind of reports?

This report about Spain is a shame. Last week, the Supreme Court of Spain dismissed the President of Catalonia. The votes of Catalans are not valid to elect MEPs or to elect presidents. How can you have some respect for these reports? Please act before it's too late.

Siegfried Mureșan (PPE). – Madam President, three years ago, the citizens of my home country, Romania, went to the streets to defend the rule of law, the fight against (*inaudible passage*), a strong and independent judiciary, in the cold in the winter, in the heat in the summer. They did that with the European flag in their hands, and I can tell you that was one of my proudest moments as a Romanian citizen and as a European citizen.

The people in the streets were asking for a strong role of the European Union in defence of European values. Colleagues, I turn to you tonight: now is the time to answer the call of the people of Europe, who expect us to stand up for European values.

Why now? Because we are about to adopt the budget of the European Union for the next seven years and we are going to add on top – rightly so – a EUR 750 billion EU recovery mechanism. We're going to spend more money than ever, and the more money we spend, the better the control of it needs to be.

Now is the time to invent a clear rule of law mechanism linked to European funds. How should it be? It should be clear. It should be objective. It should treat all countries fairly and it should treat all Member States equally. It should not be political. It should be effective. It should not be watered down.

This is what we call for. There is a clear majority in favour of it in the European Parliament. Mr Roth, let's start negotiations on this without any further delays. We have had a position on it for one and a half years, and let's deliver now.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señora presidenta, comisario, yo creo que aquí somos todos conscientes de la importancia que tiene este debate, porque hablamos, nada más y nada menos, que del Estado de Derecho; pero, también, de la importancia que tiene por su relación con los tres dosieres que seguramente serán los tres dosieres más importantes para los próximos años: marco financiero, recursos propios y plan de recuperación.

Y todos también somos conscientes de la necesidad, de la urgencia de llegar a un acuerdo lo antes posible para que los programas puedan arrancar sin retraso. Pero el tiempo no es lo más importante, porque tenemos la responsabilidad de negociar un mecanismo impecable desde el punto de vista democrático y, por supuesto, eficaz, fijando unos criterios claros y sin equivocarnos de objetivo.

Y lo he dicho en varias ocasiones: lo más positivo es que, por fin, tenemos una propuesta del Consejo sobre la que podemos sentarnos a negociar. En esa posición hay aspectos positivos y me gustaría destacar la inclusión de ese plan de recuperación en ese Reglamento. Es algo que la mayoría de los grupos apoyamos aquí, pero que evidentemente no incluimos en nuestra posición porque la negociamos hace dos años.

Pero también hay puntos en esa posición que me preocupan bastante: que se reduzca a la mínima expresión la definición de Estado de Derecho, cuando deberíamos ser igual de exigentes con los Estados que ahora son miembros de la Unión como lo fuimos en su momento, cuando quisieron entrar en la Unión, o como lo estamos siendo con los candidatos, creo que ha sido un error.

Evidentemente, me preocupa que cambien la mayoría cualificada inversa por mayoría cualificada, o que apenas hayan dedicado una frase a proteger a los beneficiarios finales, porque —lo repito— no nos tenemos que equivocar de objetivo, y, una vez más —y esto ya empieza a ser indignante—, que otorguen al Parlamento Europeo casi un mero papel consultivo o, como mucho, de validación de lo que se decide en el Consejo, porque esto ya empieza a ser preocupante.

En fin, que nos queda mucho por discutir, pero por lo menos tenemos esa propuesta con la que empezar a negociar.

Valérie Hayer (Renew). – Madame la Présidente, chers collègues, la semaine dernière, Viktor Orbán demandait la démission de la commissaire Jourová, chargée de faire respecter nos valeurs. Réaction des autres États: rien! On note, mais surtout on ne s'offusque pas. Et aujourd'hui, ce même Viktor Orbán menace de bloquer le plan de relance. Pourquoi cela? Parce que les Européens refusent que les démocraties, leur démocratie soit détricotée, avec l'aide de leurs impôts.

Franchement comment en est-on arrivés là? Peut-être que si les États n'étaient plus sclérosés par l'unanimité alors nous pourrions enfin protéger nos démocraties. Peut-être que si les États n'étaient plus sclérosés par l'unanimité, nous pourrions amorcer la relance rapidement sans que certains poussent des cris d'orfraie dès qu'on parle de solidarité.

Monsieur le Ministre, les négociations sur le prochain budget sont dans une impasse. Chez vous, chacun a déposé sa menace de veto, il va maintenant falloir démêler tout cela. Alors avançons! Nous sommes prêts! 2021 c'est dans trois mois!

Peter Kofod (ID). – Fru formand! Vi skal passe godt på skatteborgernes penge, og derfor bakker jeg selvfølgelig op om, at vi tager en diskussion om, hvilke krav man som land skal leve op til for at få adgang til EU's svimlende mange milliarder. Men lad mig i denne forbindelse bare sige to ting: For det første så piner det mig at se, at lande som mit eget skal betale langt mere til et EU-projekt, der imod mit partis anbefaling for år tilbage lukkede en gruppe lande ind i EU ud fra nogle meget naive forestillinger, og hvor demokratierne er skrøbelige. Og vores danske skattekroner vælter afsted! EU har grundlagt en fejl for mange år siden, og nu har man så et problem med, at disse lande er stormodtagere af EU-støtte.

Stod det til mig, så fandtes mange af disse støttemilliarder overhovedet ikke. Hvis vi havde sløffet mange af EU's pengesplanke, så ville meget af problemet løse sig selv. For det andet: Hvis man virkelig havde villet sætte ind i forhold til retsstatsprincipperne, så var man startet et helt andet sted. Så var man startet med Tyrkiet. Selvom Tyrkiet ikke er medlem, så modtager landet milliarder af euro fra EU. Lad os starte der. Men det er der ingen vilje til – pudsigt nok. Der findes masser af forhold rundt omkring i Europa, der kan kritiseres med rette, men jeg synes, hykleriet driver ned ad væggene herinde i salen, når man samtidig lefler for den skruppelløse diktator i Tyrkiet.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, lieber Herr Staatsminister Roth! Ich danke Ihnen für Ihre schönen Worte, die Sie gefunden haben, aber ich glaube, Sie wissen selbst, dass der Vorschlag, den Sie hier im Namen des Rates verteidigen müssen, vollkommen unzureichend ist, um dieses Ziel zu erreichen.

Und an die Kollegen auf der rechten Seite des Hauses gerichtet: Ich möchte Ihnen auch sagen, es geht hier nicht darum, den Ländern Europas Werte aufzuzwingen, die ihnen fremd sind. Ich finde es spannend, wie Sie hier die Maske fallen lassen und sagen, dass Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Demokratie fremde Werte sind. Das sind doch alles Werte, zu denen sich unsere Länder alle beim Beitritt ausdrücklich bekannt haben, weil sie genau das wollten. Gerade in den Ländern, wo Menschen unter Diktaturen gelitten haben, sind diese Werte, sind diese Grundrechte, diese klar verbrieften Grundrechte, und die Gewaltenteilung so wichtig.

Es geht auch nicht darum, Länder zu bestrafen, aber die Europäische Union darf eben nicht mit Fördermitteln autoritäre Regime fördern. Das ist genau das, was passieren wird: dass sich Machthaber bereichern, dass Freiheiten noch mehr eingeschränkt werden. Gerade jetzt, wo wir noch einmal 750 Milliarden zusätzlich zum Mehrjährigen Finanzrahmen verteilen, müssen wir hier ganz klar sagen: So geht das nicht!

Wir brauchen den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus jetzt. Das ist auch etwas, was der Großteil der europäischen Bürgerinnen und Bürger sehr laut einfordert, und das müssen wir hier verteidigen. Für sie stehen wir hier.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Ministrze! Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej debacie, chcę podkreślić, że propozycja prezydencji niemieckiej w sprawie powiązania wypłat z przyszłego budżetu unijnego z tzw. praworządnością jest rażąco niezgodna z ustaleniami podjętymi 21 lipca na posiedzeniu Rady Europejskiej w Brukseli. Szefowie rządów wprowadzili zgodzili się wówczas na takie powiązanie, ale mechanizm ten miał na celu walkę z zagrożeniami przy wydatkowaniu środków europejskich, takimi jak korupcja, niegospodarność czy defraudacja. Prezydencja niemiecka, chcąc przypodobać się najbardziej radykalnym oczekiwaniom formułowanym tutaj, na tej sali, głównie przez jej lewą stronę, proponuje mechanizm, który ma dać Komisji Europejskiej w zasadzie wolną rękę w arbitralnym karaniu państw członkowskich.

Panie ministrze Roth! Panie komisarzu Reynders! Panom nie zależy na ochronie interesów finansowych Unii Europejskiej, jak tutaj mówiliście. Panom zależy na przygotowaniu ideologicznej pałki, którą będziecie okładać rządy państw członkowskich, których nie lubicie. Polska i inne państwa członkowskie na takie rozwiązania nigdy się nie...

(Przewodnicząca odebrała mówcy głos.)

Sira Rego (GUE/NGL). – Señora presidenta, la verdad es que en un debate como este es inevitable preguntarse en qué momento nos empezó a parecer normal discutir sobre la necesidad de que en Europa se cumpla o no con el Estado de Derecho. En qué momento hemos aceptado que dos Gobiernos de extrema derecha impongan su agenda y normalicen el incumplimiento de la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea. Lo cierto es que mi sensación es que, en el fondo, lo que estamos haciendo aquí es pactar cuánto de indiferentes vamos a ser ante la vulneración de derechos en determinados Estados.

Por ejemplo, cuánto de indiferentes vamos a ser frente a que Hungría gasee a migrantes en su frontera, o cuánto frente a esa Polonia que declara zonas libres de personas LGTBI. Es más, cuánto de indiferentes vamos a ser frente a quienes nos odian, a las mujeres. En definitiva, aquí lo que se está debatiendo es sobre una falsa disyuntiva para poder acceder a dinero público. Pero no caben posiciones intermedias. Los derechos humanos se cumplen o no se cumplen. Y a nosotros nos corresponde exigir que se cumplan. Por eso, la fórmula vaga que plantean en el Consejo, en el fondo, les hace cómplices.

Dorien Rookmaker (NI). – Voorzitter, is het onthouden van subsidies bij ongewenste situaties in lidstaten een goed idee? Het korte antwoord is “nee”. Even praktisch. EU-subsidies zijn – als het goed is – zeer nodig om EU-doelstellingen te realiseren. Houdt de geldstroom op, dan stopt het project en worden doelstellingen niet gehaald. Bovendien werkt het verbinden van politieke doeleinden aan geldstromen corrumperend en ontwrichtend. Perverse prikkels leiden nooit tot een gewenste uitkomst.

Nederland zou dit allemaal als geen ander moeten weten. Na 1975 heeft het land jarenlang de situatie in haar voormalige kolonie Suriname verknoeid met deze *carrot-and-stick*-benadering. Het werkt niet. De oprechte zorg over de rechtmatige besteding van EU-gelden, die deel ik. Maar dat kan ook anders en beter worden aangepakt, bijvoorbeeld door simpelweg de EU-subsidies en de besteding ervan realtime inzichtelijk te maken op de website van de Europese Commissie, zodat die door iedereen te raadplegen zijn. Zo kan elke burger toezicht houden op de gang van zaken.

De ontwikkeling van democratische rechtsstaten kost tijd. Neem die tijd en geef die tijd.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, respeitar o Estado de Direito e os valores da União Europeia tem que ser uma obrigação, não pode ser uma opção. Aliás, impressiona-me muito que os Estados-Membros que, para entrarem na União Europeia, cumpriram com os critérios de adesão, comprometeram-se a respeitar os valores, depois de estarem na União Europeia deixam de respeitar esses mesmos valores e retrocedem. É um retrocesso que não é aceitável. Como também não é aceitável que os contribuintes europeus, os cidadãos europeus, paguem e contribuam para aqueles que não estão a respeitar o Estado de Direito. E, nesse sentido, considero que todos deveríamos estar no mesmo barco, todos deveríamos trabalhar para esse respeito.

E há algo, e vou terminar, que considero duplamente inaceitável: para além desta falta de solidariedade, é inaceitável que os Estados-Membros que não respeitam o Estado de Direito, em simultâneo, queiram fazer chantagem, como, por exemplo, com o Fundo de Recuperação, que é essencial para a União Europeia.

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, ministro Roth, comissário Hahn, nunca é de mais lembrar que os critérios de Copenhaga estabelecem, e passo a citar, «a estabilidade das instituições que garantem a democracia, o Estado de Direito, os direitos humanos e o respeito pelas minorias e a sua proteção», fim de citação.

Cada país sabe, desde 1993, que, para ser candidato a Estado-Membro da União Europeia, tem de respeitar este princípio. E, para que as negociações sejam iniciadas, o país tem de cumprir o primeiro critério. Este, o que eu citei. Ora, nenhum país pode deixar de o respeitar a partir do momento em que passa a ser membro de pleno direito. É uma obrigação de todos os 27. É essa também a orientação do relatório da Comissão Europeia. É esta a União Europeia que queremos.

O financiamento que a União Europeia dispõe, ou está em condições de pôr à disposição dos Estados-Membros, ou seja, o Quadro Financeiro Plurianual e o Fundo de Recuperação, são financiados, direta ou indiretamente, pelo dinheiro dos cidadãos europeus.

E princípios como o da transparência e o bom uso dos dinheiros públicos prevalecem, mas prevalece também o compromisso das prioridades políticas europeias, o compromisso dos valores europeus.

E é por isso que precisamos de um mecanismo robusto, que proteja os beneficiários finais, que proteja os valores europeus, que não ponha em causa a capacidade da União Europeia de dar uma resposta europeia a esta crise. Expetativa que criámos já, e bem, junto dos cidadãos europeus, designadamente com a criação do Fundo de Recuperação.

E confiamos em si, ministro Roth, para alcançar um acordo em torno de um mecanismo de Estado de Direito no Conselho.

Sophia in 't Veld (Renew). – Madam President, I would like to thank Minister Roth for his very personal commitment, but we have to recognise that Council has basically passed on the hot potato to the European Parliament because a majority of governments secretly hopes that Parliament will do their dirty work for them, because they are being held hostage by the autocrats in their midst. And that is why reverse QMV has to be a red line for this House. And let's not fall into the trap that we have to accept a trade-off, either the rule of law or some of our other demands like our resources, for example, because we don't, because this is not about money, this is about what kind of European Union will be funded with taxpayers' money in the next seven years. Will it be the illiberal democracy of Orbán and his Orbanettes or will it be a European community of values and a community of law? Colleagues, we have one opportunity. One. We cannot fail.

(Applause)

Vincenzo Sofo (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la Presidente von der Leyen ha svelato a quest'Aula la volontà di sfruttare la crisi COVID per imporre in Europa l'ideologia multiculturalista, immigrazionista e LGBT, annunciando che il rispetto del cosiddetto stato di diritto diventerà condizione di accesso al *Recovery Fund*.

Ebbene, condizione già usata dalla Commissione nella sua relazione di sorveglianza per intimare all'Italia di bloccare, ad esempio, le campagne di denuncia nei confronti delle ONG che importano migranti in Europa.

È dunque evidente che lo Stato di diritto altro non sia che una subdola arma per ricattare i popoli europei messi in ginocchio dalla crisi sanitaria e sottometterli alla dittatura del «politicamente corretto», in cambio della speranza di ottenere soldi che, in realtà, non appartengono a voi ma ai sacrifici di questi stessi popoli.

Ve lo dico, dunque, chiaramente: toglietevi dalla testa di strumentalizzare la pandemia per imporre, con metodi da strozzini, accoglienza indiscriminata, follie LGBT, assunzioni *ad hoc* per gli immigrati, insomma per imporre con il ricatto quell'opera di distruzione della civiltà europea che non riuscite a imporre con la democrazia.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Madam President, we need a strong and functional rule of law conditionality for the EU budget – an overwhelming majority in this Parliament agrees on this. The arguments why have been exchanged extensively. What I find particularly interesting are the arguments against. The Polish and the Hungarian governments have repeatedly claimed – and we have also heard this again today in this Chamber – that this is merely some kind of left-wing evil conspiracy against conservative values in the European Union. What absolute utter nonsense. Because if we look at this proposal, at this conditionality, it is actually exactly that at its core. It's conservative. It is law-and-order politics at its best. You play by the rules that all Member States – again, all Member States – have jointly agreed on, or you live with the consequences. And the consequences might mean that you cannot distribute EU money to your liking anymore.

I want to show you: this is where the big consensus in the European Parliament starts, on this left side, and then it goes all the way up until here – the EPP. This is not a left-wing conspiracy. Let's go back to reality and talk about real arguments. We need this conditionality and we need it now.

Cristian Terheș (ECR). – Doamnă președintă, am ascultat cu foarte mare atenție colegii în acest Parlament vorbind despre condiționarea fondurilor europene pentru respectarea statului de drept. Orice persoană din Uniunea Europeană care a ascultat această dezbatere s-ar fi așteptat ca astăzi să audă experți ori să audă colegi în acest Parlament care să vorbească despre argumente, despre principii, despre valori și despre metode de măsurare a ceea ce înseamnă statul de drept în Europa.

Ceea ce am auzit astăzi, însă, este despre implementarea acestui mecanism de condiționare a fondurilor europene sub pretextul respectării statului de drept, în fapt, pentru a presa diverse state sau guverne sau pentru a condiționa banii pentru anumite guverne, dacă nu acceptă o anumită direcție care vine de la Bruxelles. Ideea statului de drept este de a lăsa argumentele să bată majoritatea.

S-a vorbit astăzi, în această sală, despre faptul că există o anumită majoritate. Nu s-a vorbit însă despre argumente. O colegă din Renew vorbea despre faptul că acest raport trebuie, și citez, „să fie un raport profesionist și obiectiv”. Avem cazul raportului cu privire la România care nu este nici obiectiv, și nici profesionist.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin! Rechtsstaatlichkeit ist nicht verhandelbar. Es ist ein Jammer, dass Europas Werte jetzt als Faustpfand in den Finanzverhandlungen missbraucht werden. Deshalb kann das Parlament nur eine Richtung gehen: Ohne starke Verknüpfung der Gelder an Recht und Ordnung kann es keinen Corona-Fonds, keinen MFR, kein *business as usual* geben. Dann machen wir eben mit dem bisherigen Haushalt weiter, lassen ein Jahr verstreichen – ich bin da relativ gelassen.

European Rule of Law ist eine klare Bedingung. Es gibt aber weitere. Der *Recovery Fund* muss klar in europäischen Mehrwert investiert werden: in Energiewende, in moderne Gesundheitssysteme, in Forschung. Wenn dieser Fonds missbraucht wird, um übliche Staatsausgaben zu finanzieren, ist das kein Wiederaufbau. Dann haben wir vier Jahre Strohfeuer und 40 Jahre Schuldenlast für nichts.

Auch hier müssen wir klare Kante zeigen. Ohne verbindlichen europäischen Mehrwert macht der Wiederaufbaufonds genauso wenig Sinn wie ohne eine Bindung an ein funktionierendes Rechtssystem.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

17. Abstimmungsrunde

Die Präsidentin. – Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir mit der Aussprache fortfahren, werde ich die heutige Abstimmungsrunde eröffnen.

Die Dossiers, über die wir nun abstimmen, sind der heute angenommenen Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde ist von 19.15 bis 20.30 Uhrgeöffnet. Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den letzten Tagungen. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen, und die Mitglieder können ihre Stimmabgabe und die Ergebnisse der Abstimmungen anhand des Dokuments überprüfen, das auf der Website der Plenartagung veröffentlicht wird.

Erklärungen zur Abstimmung können schriftlich eingereicht werden. Ausnahmsweise dürfen die Erklärungen zur Abstimmung höchstens 400 Wörter enthalten.

Ich erkläre die erste Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können jetzt bis 20.30 Uhr abstimmen.

Die Ergebnisse der Abstimmung werden morgen um 9.00 Uhr bekannt gegeben.

18. Rechtsstaatlichkeitskonditionalität im Rahmen des MFR 2021-2027 und von „Next Generation EU“ (Fortsetzung der Aussprache)

Die Präsidentin. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Rechtsstaatlichkeitskonditionalität im Rahmen des MFR 2021-2027 und von „Next Generation EU“ (2020/2797(RSP)) fort.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Beginn der Plenarwoche und direkt drei Debatten zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Next Generation? Orbán, Kaczyński und Co. verfolgen weiter ihren antidemokratischen Weg – teilweise mit Hilfe von EU-Geldern.

Die Stärkung der demokratischen Rechtsstaatlichkeit ist eine Priorität der deutschen Ratspräsidentschaft – aber wirklich für alle? Der nun vorgelegte Kompromiss für die Konditionalität jedenfalls ist enttäuschend.

Keine umgekehrt qualifizierte Mehrheit, die die Streichung von EU-Geldern fast automatisch möglich gemacht hätte, und die Verfahren können endlos in die Länge gezogen werden. Das Risiko der Gefährdung des Rechtsstaates: gestrichen. Notwendig ist nun eine ausreichend direkte Gefährdung des Haushalts.

Next Generation? Meine „Next Generation EU“ wäre das nicht. Deshalb: Für unsere Demokratie muss auch der Rat sich endlich klar positionieren.

Sandro Gozi (Renew). – Madame la Présidente, nous avons une occasion unique, je m'adresse donc au Conseil, cher Michael Roth.

Cette fois-ci, placez vraiment l'état de droit au cœur du budget. Cette fois-ci, faites gagner l'état de droit contre la raison d'État. Personne ne croit au chantage de Viktor Orbán. Il bluffe quand il dit qu'il va bloquer le plan de relance. N'ayons pas peur de le démasquer. Soyons plus ambitieux sur le plan d'application.

Cher Michael Roth, l'état de droit, c'est beaucoup plus qu'une simple protection des intérêts financiers. Il s'agit de nos libertés! Et la conditionnalité est le seul moyen de retrouver une confiance réciproque entre nous sur le plan de relance.

Mais ne punissons pas les citoyens deux fois. Nous avons proposé une conditionnalité intelligente. La Commission doit gérer directement les fonds en cas de violation de l'état de droit car ce sont les gouvernements qu'il faut sanctionner, pas les citoyens. Et rappelons-nous de ce que disait Martin Luther King: un droit retardé est un droit refusé. Cette fois-ci, assurons une véritable protection de nos valeurs!

Teuvo Hakkarainen (ID). – Arvoisa puhemies, onko EU oikea taho keskustelemaan oikeusvaltioperiaatteesta? Samalla tänne Eurooppaan päästetään ihmisiä, jotka eivät kunnioita kenenkään oikeuksia, ei vähemmistöjen eikä kenenkään miuitenkaan, joilla on länsimaiset periaatteet. Juuri nyt elvytyspaketin yhteydessä se rikkoo härskesti omia sääntöjään, mutta vaatii jäsenmailta ehdotonta kuuliaisuutta.

Koko keskustelu oikeusvaltioperiaatteesta on jälleen yksi esimerkki EU:n kahlitsevasta otteesta. Jäsenvaltioilta halutaan viedä viimeisetkin rippeet omasta päätösvallasta. Jokainen maa on omanlaisensa. Jokaisella maalla on pitkä kulttuuriperintö omista arvoistaan. On luonnollista, etteivät EU:n usein kaavamaiset ja isojen jäsenmaiden sanelemat mallit ja komennot sovi kaikille maille.

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Madame la Présidente, nous n'avons parlé pendant une décennie dans cette Union européenne, que d'ajustements structurels et de coupes budgétaires au détriment des services publics essentiels et des populations.

La Commission vient de publier son premier rapport annuel de l'état de droit et dit vouloir créer une culture de l'état de droit entre nous. C'est une bonne initiative et c'est un bon rapport. Mais si les questions de libertés et de droits ne restent que le sujet de discussions feutrées dans nos parlements nationaux et l'objet, une fois par an, d'une dissertation au Parlement européen, où nous dirons d'un air affligé que «l'état de droit ne s'améliore pas dans l'Union européenne», alors nous aurons failli.

Pourquoi la Commission n'hésite-t-elle pas à déclencher des procédures d'infraction quand il s'agit de problèmes financiers ou de compétition? Comment expliquer que ses experts arrivent toujours à trouver des fondements juridiques? Pourquoi les États membres n'hésitent-ils pas à isoler l'un des leurs quand il s'écarte des règles monétaires, ce qui peut avoir des conséquences terribles sur les populations, mais que nous n'arrivons pas à créer un mécanisme financier de sanction digne de son nom lorsque des autocrates détournent notre argent commun en réduisant les libertés et la démocratie ?

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Brak mi słów, gdy widzę, jak niemiecka prezydencja nie dotrzymuje słowa wypracowanego na lipcowym szczycie. Brak mi słów, gdy widzę manipulacje Komisji Europejskiej, jak obejść artykuł 7, mimo że służby prawne Rady mówią wprost, że ten mechanizm jest dublowaniem artykułu 7. Brak mi słów, gdy słyszę, jak niemiecka wiceprzewodnicząca Parlamentu Europejskiego Barley mówi o zagłodzeniu państwa członkowskiego, po czym beczelnie zabiera głos w Parlamencie i mówi o wartościach.

Brak mi słów, Pani Przewodnicząca, gdy słyszę, jak niemiecka prezydencja mówi o sprawiedliwości i praworządności. To może najwyższy czas, żebyście Państwo zadeklarowali wypłatę należnych Polsce reparacji? Zagłada 6 milionów polskich obywateli, grabież polskiego majątku, zrównanie z ziemią Warszawy, eksterminacja elit polskich. I brak mi słów, gdy w trosce o demokrację nie szanujecie demokratycznych rządów w Warszawie.

Tamás Deutsch (PPE). – Tisztelt Elnök asszony! Magyar vagyok, szeretem a hazámat, és szeretem a szabadságot. A hazámért és a szabadságért küzdöttem a kommunista diktatúrával szemben. Annak az országnak a polgára vagyok, amelyik országot a jogállamiság nagyobb dicsőségére betegnek minősítette Jourová biztos. Ahhoz a közösséghez, a magyarok közösségéhez tartozom, amelyikről a liberális Jourová a jogállamiság iránti mély elkötelezettségtől vezettetve, azt mondta, hogy a magyarok nagy része nem tud saját véleményét alkotni. És a hazámat a napokban a jogállamiság nevében azzal fenyegette meg az EP német szocialista alelnöke, Barley képviselő, hogy pénzügyileg ki kell éheztetni. Sértegetés, fenyegetés, politikai zsarolás, hatalmi arrogancia. Ez teljességgel elfogadhatatlan. Tisztelt Roth miniszter úr! Ezek a megszólalások igenis a hetvenes-nyolcvanas évek pöffeszkedő kommunista párttitkáira emlékeztetnek, akik azt képviselték, hogy vagy elfogadjuk az ő erőszakos pártideológiájukat, vagy végiünk van. Elbírtunk velük és kivívtuk a szabadságunkat. El fogunk bírni ezekkel a támadásokkal is. *(Az elnök megvonja a szót)*

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non è più tollerabile che vi siano governi, come quello polacco e ungherese, che arrivano a ricattare – sì uso questa parola, ricattare! – gli altri esecutivi europei chiedendo di ignorare la questione dello Stato di diritto in cambio di una più celere partenza di *Next Generation EU*.

Il piano di ripresa non può e non deve dipendere dai capricci e dai *bluff*, com'è già stato detto, dei nazionalisti: bisogna essere uniti, isolando queste posizioni pericolose.

Dobbiamo tutelare il nostro modello europeo fondato su un forte stato sociale e sui diritti di libertà perché, mentre i leader politici nazionalisti e di estrema destra parlano di un'astratta difesa dei valori, in realtà sono proprio loro a non difendere affatto i valori di libertà, uguaglianza, democrazia e autodeterminazione di cui l'Unione è espressione.

Per questo serve un accordo ambizioso sulla condizionalità legata al rispetto dello stato di diritto, perché ripartire dopo la pandemia significa anche cambiare, significa far arrivare presto nei nostri territori le risorse per la ripresa e significa anche lottare per il rispetto dei diritti democratici e di libertà in tutto il territorio dell'Unione, senza esclusioni.

Katalin Cseh (Renew). – Madam President, this in my hand is the European Commission's annual report on Hungary's rule of law situation. It says that there is a systemic lack of determined action to investigate and prosecute corruption cases involving high-level officials or their immediate circles.

And this is the 2019 report of OLAF, the European Union's anti-fraud body, which shows that financial irregularities in Hungary are ten times above the EU's average. So what we have is that the European Union's official position is that we have a Member State where corruption is off the charts, and there are basically no guarantees against the government pocketing EU taxpayers' money.

So the question is obvious: when are we going to do something about it? When the rule of law is in danger, these projects should be directly managed by the Commission so that they reach the final beneficiaries, the small businesses, the civil society, those who need it the most.

Because let's face it, words are not enough anymore. Let's act. There is a pandemic raging around us. We need to help those who are in need.

(Applause)

Tineke Strik (Verts/ALE). – Madam President, trying to solve the health crisis and the economic crisis without ensuring that the rule of law is respected is like repairing the roof of a building with sagging floors. We can no longer stay silent to the numerous rule of law violations in the EU, and we need an effective instrument and the political courage to bring an end to impunity.

The EU budget will grow unprecedentedly high. We must use this momentum not only because of the financial interests of the EU, but also because it creates the opportunity to use the interest of autocrats like Orbán in EU money.

But the Council position gives the impression that Member States don't want an effective instrument. What message do they send to the citizens under threat? We are one Union but you need to fight for your own rights? That is really justifying actually the distrust that many citizens already have in the EU.

I call on you: let us make sure that this will not happen. We need conditionality on all aspects of the rule-of-law, not only corruption and fraud. We need to stay united as a Parliament and don't let the Member States leave us with empty hands. After all, we're not here to defeat our governments, but...

(the President cut the speaker off)

Jörgen Warborn (PPE). – Fru talman! Medborgarnas tillit är grunden för Europasamarbetet. Skattebetalarna ska känna sig trygga med att deras pengar används på rätt sätt. Tyvärr ser vi många exempel runtom i Europa där rättsstatens principer åsidosätts. För oss inom Moderaterna är en stark rättsstatsmekanism avgörande. Vi måste bli mycket skarpare med att följa upp hur EU-medel används. Men det nya förslaget från ordförandeskapet är för blekt och för urvattnat. Vi måste gå mycket hårdare fram. Inte en krona ska gå till regeringar som utmanar demokratin eller underblåser korruption. Det måste vara en glasklar princip i den här budgeten och i alla kommande budgetar. Det handlar i grund och botten om trovärdigheten för hela Europasamarbetet, att vi har kontroll över hur pengarna används. Korrupta och odemokratiska krafter ska inte gödas av de svenska skattebetalarna.

Dragoș Tudorache (Renew). – Doamna președintă, dragi colegi, dezbateră de astăzi, de fapt, nu ar fi trebuit să aibă loc, pentru simplul motiv că statul de drept e o valoare elementară pentru o democrație și ea nu ar trebui să mai facă obiectul unei discuții, cu atât mai mult nu ar trebui să facă obiectul unei negocieri între Consiliu și Parlament sau obiectul unei condiționări. Dar iată că, din păcate, suntem în situația în care state membre forțează echilibrele interne ale statului de drept, iar această realitate nu mai poate fi nici ignorată și nici ascunsă sub preș!

Ne trebuie mecanisme de corecție și condiționare eficiente, ne trebuie un mecanism pentru condiționarea accesului guvernelor la banii europeni, cu respectarea beneficiarilor direcți și cu un mecanism eficient de decizie prin majoritate inversată. Cetățenii care ne-au votat acum un an așteaptă de la noi să fim consecvenți cu valorile fundamentale care îi definesc pe ei ca națiuni și pe noi toți ca europeni.

Johannes Hahn, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin! Ich kann mich eigentlich den Worten meines Vorredners nur anschließen, dass eigentlich so eine Diskussion hier nicht notwendig ist. Umso mehr war ich perplex, den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hakkarainen zu lauschen – der allerdings dann gleich gegangen ist nach seinen Ausführungen –, der gemeint hat, es ist nicht Aufgabe von europäischen Institutionen, über Rechtsstaatsfragen zu reden.

Wo denn sonst sollten und müssen wir über dieses Thema reden? Insbesondere dann, wenn es ganz offensichtlich Probleme gibt und wenn das thematisiert wird. Insofern bin ich dankbar für diese Debatte und für das starke Bekenntnis dieses Hauses, was mich allerdings auch nicht überrascht, und auch dafür, dass es auf Seiten des Rates, Herr Staatsminister Roth, hier ein starkes Bekenntnis gibt.

Der Umstand, dass die Kommission sozusagen ihre Wortmeldung hier und heute zwischen dem zuständigen Rechtskommissar und dem Budgetkommissar zweigeteilt hat, ist auch Ausdruck, dass das als Package zu sehen ist, dass das gemeinsam zu sehen ist, dass die Frage der Rechtsstaatlichkeit, der Konditionalität in Zusammenhang mit dem europäischen Budget ein integraler Bestandteil ist. Ich hoffe, dass wir hier nicht in den nächsten Wochen, sondern in den nächsten Tagen – und das sage ich jetzt als Budgetkommissar – bei allen Schwierigkeiten doch eine Einigung finden – eine Einigung, die die rechtsstaatlichen Prinzipien, die bei einer seriösen Implementierung des Budgets notwendig sind, gewahrt wissen lässt, die aber gleichzeitig auch begreift, dass wir in einer schwierigen Situation sind.

Überall in Europa gehen die Zahlen der Infektionen in die Höhe, die Wirtschaft leidet nach wie vor. Wir werden praktisch in allen Ländern einen zweistelligen Wirtschaftseinbruch haben. Wir sind gefordert, mit den Mechanismen, die wir vorgeschlagen haben bereitzustellen – MFR, „Next Generation EU“, SURE – gegenwärtig schon – schnell und möglichst unkompliziert unseren Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, das allerdings bei Wahrung der notwendigen rechtsstaatlichen Prinzipien.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Verehrter Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Wir führen heute keine Debatte um Regierungen, wir führen heute eine Debatte um ein neues Instrument.

Ich will Ihnen noch einmal versichern, dass wir hier im Grundsatz übereinstimmen, dass wir nach vielen Jahren, wo es keine Verständigung über dieses Instrument gab, dieses Instrument auch als konkreter Vorschlag noch nicht auf dem Tisch lag – wir reden darüber erst seit 2018 –, wir nunmal eine einzigartige Chance haben, mit einem neuen Instrument dazu beizutragen, dass wir uns wieder neue Gewissheit darüber verschaffen, wer wir eigentlich sind in der Europäischen Union und wo wir gemeinsam hinwollen.

Ich werte es als Zeichen höchsten Engagements, dass hier im Europäischen Parlament mit viel Leidenschaft gestritten und auch deutlich kritisiert wird. Ich bitte Sie aber um eines: Reden wir über die Inhalte! Wir sind nicht die Komplizen von Rechtsbrechern, ich gehe auch vor keinem Diktator in die Knie.

Ich finde, wir sollten schon versuchen – trotz der nachvollziehbaren Emotionalität –, immer wieder auch zu prüfen, wo können wir uns aufeinander zu bewegen und wie können wir uns aufeinander zu bewegen. Ich bitte auch um Respekt für die unterschiedlichen Rollen dieser Organe.

Eben hat sich ein Abgeordneter hingestellt und gesagt: Wenn es nach ihm geht, hat das mit „Next Generation EU“ Zeit. Ich habe das, verehrte Abgeordnete, immer anders verstanden. Ich habe das immer so verstanden, dass wir alle gemeinsam ein Versprechen abgegeben haben, dass die notwendigen Mittel zur Bekämpfung der Pandemie so schnell wie irgend möglich dahin kommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden.

Ja, und da gibt es eben eine Schwierigkeit, die wir im Rat meistern müssen. Sie können sich darauf verlassen, dass wir diese Schwierigkeit angehen werden. Aber mit Respekt, auf Augenhöhe.

Wir brauchen für die Verordnung zum mehrjährigen Finanzrahmen und wir brauchen für den Eigenmittelbeschluss Einstimmigkeit. Wir brauchen für den Eigenmittelbeschluss sogar eine Ratifizierung in allen 27 Mitgliedstaaten. Der verehrte Präsident dieses Parlaments hat immer wieder auch kritisch in Richtung meines Heimatlandes gefragt, ob wir denn das in den wenigen verbleibenden Wochen noch schaffen. Bei SURE – Sie werden sich daran erinnern – hat der nationale Ratifizierungsprozess auch lange gedauert.

Insofern will ich Ihnen noch einmal zusichern, dass dieses Mandat bei allen Schwierigkeiten, es ohne Zustimmung aller nationalen Delegationen auf den Weg zu bringen, ein ehrliches Angebot für ehrliche Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament ist. Wir wünschen uns im Hinblick auf das Gesamtpaket einen raschen Abschluss.

Natürlich geht es um die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Wenn denn der Kommission in allen mir vorliegenden Vorschlägen und Überlegungen eine zentrale Rolle zukommt, dann nehme ich auch das, was die Kommission bislang zu den Kernelementen der Rechtsstaatlichkeit gesagt hat, sehr ernst. Dann nehme ich zur Kenntnis, dass es nicht alleine um budgetäre Fragen geht. Es geht dabei um die Unabhängigkeit der Justiz, es geht um *checks and balances*, es geht um eine effiziente Korruptionsbekämpfung, und es geht um Medienpluralismus und Medienfreiheit. Und das nehmen wir auch ernst.

Es gibt auch in diesem Entwurf einen konkreten Bezug zu Artikel 2, weil wir ja um die Schwierigkeiten wissen und weil wir darum wissen, dass der Europäische Gerichtshof mehrfach entsprechende schwerwiegende Gravamina in einigen Mitgliedstaaten aufgebracht hat. Aber es ist ein Instrument für uns alle.

Deswegen meine Bitte an Sie alle: Sprechen wir uns unsere Absichten nicht ab! Gehen wir jetzt möglich rasch in die letzte Etappe der ausstehenden Verhandlungen und machen wir deutlich, dass Rat, Kommission und Europäisches Parlament in Fragen der Rechtsstaatlichkeit an einem Strang ziehen und das noch möglichst in dieselbe Richtung! Die deutsche Ratspräsidentschaft ist mit Ihrer Unterstützung sehr gerne dazu bereit.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich die Kolleginnen und Kollegen des Hauses darüber informieren, dass Dolmetscher aus Malta und Irland aufgrund der Reisebeschränkungen nur eingeschränkt verfügbar sind und daher von 20.00 Uhr bis 22.30 Uhr nur eine passive Verdolmetschung aus dem Maltesischen und Gälischen in andere Sprachen garantiert wird, das heißt, jeder kann in seiner Sprache sprechen, aber es wird in diesem Zeitraum nur in die anderen Sprachen gedolmetscht.

Wir hoffen, dass die Reisebeschränkungen bald wieder reduziert werden und aufgehoben werden können.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Clara Aguilera (S&D), por escrito. – El artículo 2 del Tratado recoge los valores fundamentales de la UE y el papel de la Comisión Europea, que es el de velar por que se cumplan los Tratados. Una Comisión fuerte es imprescindible para el buen funcionamiento de la Unión, que no puede estar coartada por los bloqueos del Consejo.

En este momento, el debate sobre el Estado de Derecho tiene, si cabe, mayor importancia por su relación con los temas que seguramente serán los más importantes para los próximos años: marco financiero, recursos propios y plan de recuperación.

No tenemos por qué elegir entre la calidad democrática y la recuperación económica, sino que ambas son posibles y por ello pedimos responsabilidad, no alimentar divisiones y no dar por sentada la democracia ante el auge de los populismos.

Consideramos importante que este mensaje llegue a la ciudadanía y por eso insistimos en que los destinatarios finales de los fondos no se vean perjudicados.

Nuestro grupo lleva mucho tiempo pidiendo un mecanismo de respeto del Estado de Derecho, vinculado al presupuesto y, por fin, tenemos una propuesta con la que empezar a negociar. Ahora es importante llegar a un acuerdo lo antes posible para que los programas puedan arrancar sin retraso.

Marc Angel (S&D), in writing. – Given the current circumstances, where some of our Member States do not respect fundamental rights and where right-wing, fascist and anti-gender movements are at the forefront, the German Presidency's approved proposal on a mechanism on the rule of law is just not enough. This proposal, which limits itself to purely protection of the EU budget, will not help us achieve our goals on safeguarding European values and fundamental rights. There is a fundamental misunderstanding, because the 'financial interest of the Union' is not a goal in itself! We should not adopt a regulation to 'protect the Union budget in the case of breaches of the principles of rule of law in the Member States', but the other way around. This proposal will not bring us any further than the Article 7 procedures. There, the EP should refuse any deal on the MFF as long as there is no clear commitment on a serious mechanism on the rule of law with a reverse qualified majority and without the need for a direct impact on the EU budget in case of a violation of the rule of law.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na piśmie. – Stajemy dziś wobec kuriozalnej sytuacji, gdy duża część PE próbuje za wszelką cenę zinstrumentalizować pojęcie praworządności. Niestety przodują w tym lewicowe frakcje w tej izbie, które nie cofają się przed niczym, by dopiąć swego celu – afirmowania lewicowych pseudowartości przy jednoczesnym niszczeniu wszelkich przejawów myślenia i działania chrześcijańskiego czy konserwatywnego. Polska stawiana jest pod pręgierzem instytucji międzynarodowych na podstawie ewidentnych fake newsów.

W tej debacie toczy się dyskusja nad kolejnymi instrumentami wywierania presji na państwa członkowskie UE, instrumenty całkowicie oderwane od traktatów UE. Niemiecki polityk, wiceprzewodnicząca PE Katarina Barley mówi o „zagłodzeniu” finansowym Polski i Węgier. Mówi o kraju, w którym Niemcy bestialsko mordowali w celach śmierci właśnie śmiercią głodową. Mówi to w kontekście dzisiejszej debaty, w dyskusji o mechanizmie warunkowości w budżecie UE i zawieszenia funduszy za łamanie praworządności.

Jak daleko można się jeszcze posunąć w ideologicznym zaślepieniu? Czy ktokolwiek potrafi wskazać przepisy unijne czy zapisy traktatowe, które definiują tak zwane łamanie praworządności? Nie ma mowy o zgodzie na rozporządzenie, które bazuje na terminach i przesłankach niejasno zdefiniowanych. Dawałoby ono drogę do tego, by w dowolnym momencie wystąpić przeciwko interesom finansowym wybranych państw członkowskich UE, a na to nie wolno nam się zgodzić.

Estrella Durá Ferrandis (S&D), por escrito. – El artículo 2 del Tratado recoge los valores fundamentales de la UE y el papel de la Comisión Europea, que es el de velar por que se cumplan los Tratados. Una Comisión fuerte es imprescindible para el buen funcionamiento de la Unión, que no puede estar coartada por los bloqueos del Consejo.

En este momento, el debate sobre el Estado de Derecho tiene, si cabe, mayor importancia por su relación con los temas que seguramente serán los más importantes de cara a los próximos años: marco financiero, recursos propios y plan de recuperación.

No tenemos por qué elegir entre la calidad democrática y la recuperación económica, ambas son posibles y por ello pedimos responsabilidad, en contra de alimentar divisiones y no dar por sentada la democracia ante el auge de los populismos.

Consideramos importante que este mensaje llegue a la ciudadanía y por eso insistimos en que los destinatarios finales de los fondos no se vean perjudicados.

Desde el Grupo S&D llevamos mucho tiempo pidiendo un mecanismo de respeto del Estado de Derecho, vinculado al presupuesto y, finalmente, tenemos una propuesta con la que empezar a negociar. Es importante llegar a un acuerdo lo antes posible para que los programas puedan arrancar sin retraso.

Isabel García Muñoz (S&D), por escrito. – El artículo 2 del Tratado recoge los valores fundamentales de la UE y el papel de la Comisión Europea, que es el de velar por que se cumplan los Tratados. Una Comisión fuerte es imprescindible para el buen funcionamiento de la Unión, que no puede estar coartada por los bloqueos del Consejo.

En este momento, el debate sobre el Estado de Derecho tiene, si cabe, mayor importancia por su relación con los temas que seguramente serán los más importantes para los próximos años: marco financiero, recursos propios y plan de recuperación.

No tenemos por qué elegir entre la calidad democrática y la recuperación económica, sino que ambas son posibles y por ello pedimos responsabilidad, no alimentar divisiones y no dar por sentada la democracia ante el auge de los populismos.

Consideramos importante que este mensaje llegue a la ciudadanía y por eso insistimos en que los destinatarios finales de los fondos no se vean perjudicados.

Nuestro grupo lleva mucho tiempo pidiendo un mecanismo de respeto del Estado de Derecho, vinculado al presupuesto y, por fin, tenemos una propuesta con la que empezar a negociar. Ahora es importante llegar a un acuerdo lo antes posible para que los programas puedan arrancar sin retraso.

Alicia Homs Ginel (S&D), *por escrito*. – El artículo 2 del Tratado recoge los valores fundamentales de la UE y el papel de la Comisión Europea, que es el de velar por que se cumplan los Tratados. Una Comisión fuerte es imprescindible para el buen funcionamiento de la Unión, que no puede estar coartada por los bloqueos del Consejo.

En este momento, el debate sobre el Estado de Derecho tiene, si cabe, mayor importancia por su relación con los temas que seguramente serán los más importantes para los próximos años: marco financiero, recursos propios y plan de recuperación.

No tenemos por qué elegir entre la calidad democrática y la recuperación económica, sino que ambas son posibles y por ello pedimos responsabilidad, no alimentar divisiones y no dar por sentada la democracia ante el auge de los populismos.

Consideramos importante que este mensaje llegue a la ciudadanía y por eso insistimos en que los destinatarios finales de los fondos no se vean perjudicados.

Nuestro grupo lleva mucho tiempo pidiendo un mecanismo de respeto del Estado de Derecho, vinculado al presupuesto y, por fin, tenemos una propuesta con la que empezar a negociar. Ahora es importante llegar a un acuerdo lo antes posible para que los programas puedan arrancar sin retraso.

Patryk Jaki (ECR), *na piśmie*. – Unia Europejska to wspólnota, która opiera się na równości wszystkich państw. Polska nie zgadza się na pełnienie roli drugiej kategorii, gdzie inne państwa ingerują w jej wewnętrzną politykę, która jest poza kompetencjami UE. Obecna presja UE to działania polityczne i nie ma nic wspólnego z praworządnością. Mamy swoje prawa, Polska ma prawo do reform, to Polacy w demokratycznych wyborach zdecydowali o potrzebie zmian. Reformując, wzorujemy się na przepisach obowiązujących w UE i państwach członkowskich.

Mechanizm powiązania budżetu z naruszeniami w obszarze praworządności (naruszeniem wartości, o których mowa w art. 2 TUE) powinien zostać trwale usunięty z projektu rozporządzenia. Dubluje on mechanizm wynikający z art. 7 TUE, marginalizując rolę Rady UE oraz Rady Europejskiej w procesie oceny naruszenia praworządności przez państwo członkowskie, a także pozbawia procedurę z art. 7 charakteru wieloetapowości, naruszając w ten sposób prawa państwa członkowskiego, pod którego adresem kierowane są zarzuty. Wprowadzenie odrębnego od art. 7 TUE mechanizmu powiązania budżetu i praworządności jest pozbawione podstaw traktatowych. Z tego powodu Polska nie zgadza się z treścią nowej wersji projektu rozporządzenia przedstawionej przez niemiecką prezydencję w dniu 27 września 2020 r. Polska była też przeciwna przyznaniu prezydencji mandatu do rozpoczęcia negocjacji z PE na podstawie tej wersji projektu.

Łukasz Kohut (S&D), *na piśmie*. – W najmniejszym stopniu nie cieszy mnie to, że znaleźliśmy się w sytuacji, w której jesteśmy zmuszeni prowadzić dyskusję dotyczącą powiązania wypłat funduszy unijnych z kwestią przestrzegania zasady praworządności przez państwa członkowskie. Przestrzeganie tej zasady powinno być bowiem dla państw członkowskich oczywiste i naturalne.

Unia Europejska to nie tylko wspólny rynek, to również wspólne zasady i wartości. Zresztą nawet gdybyśmy nadal znajdowali się na najwcześniejszym etapie integracji, na etapie wspólnego rynku, to przestrzeganie zasady państwa prawa, budującej pewność prawa i zaufanie do niego, byłoby nieodzowne. Podkreślimy również, że ta zasada to nie kwestia teorii, to w końcowym efekcie odbieranie konkretnym osobom prawa do wolności, bezpieczeństwa, dostępu do niezawisłego sądu. Ale skoro już antydemokratyczne działania niektórych rządów zmusiły nas do tej dyskusji i do pracy nad odpowiednimi aktami prawnymi w tym obszarze, to chciałbym mocno podkreślić: nie ma miejsca w Unii Europejskiej na łamanie praworządności i musimy zrobić wszystko, żeby nie miało ono miejsca. I zrobić to tak, by konsekwencji nie ponosili obywatele UE, ale antydemokratyczne rządy.

Dlatego uważam, że wypłaty środków powinny być natychmiast wznowiane, gdy łamanie praworządności ustąpi. Opowiadam się również za mechanizmem, który zapewni wypłatę środków beneficjentom końcowym, na przykład organizacjom pozarządowym czy samorządom, z pominięciem rządów centralnych łamiących praworządność.

César Luena (S&D), *por escrito*. – El artículo 2 del Tratado recoge los valores fundamentales de la UE y el papel de la Comisión Europea, que es el de velar por que se cumplan los Tratados. Una Comisión fuerte es imprescindible para el buen funcionamiento de la Unión, que no puede estar coartada por los bloqueos del Consejo.

En este momento, el debate sobre el Estado de Derecho tiene, si cabe, mayor importancia por su relación con los temas que seguramente serán los más importantes para los próximos años: marco financiero, recursos propios y plan de recuperación.

No tenemos por qué elegir entre la calidad democrática y la recuperación económica, sino que ambas son posibles y por ello pedimos responsabilidad, no alimentar divisiones y no dar por sentada la democracia ante el auge de los populismos.

Consideramos importante que este mensaje llegue a la ciudadanía y por eso insistimos en que los destinatarios finales de los fondos no se vean perjudicados.

Nuestro grupo lleva mucho tiempo pidiendo un mecanismo de respeto del Estado de Derecho, vinculado al presupuesto y, por fin, tenemos una propuesta con la que empezar a negociar. Ahora es importante llegar a un acuerdo lo antes posible para que los programas puedan arrancar sin retraso.

Leszek Miller (S&D), *na piśmie*. – Z zadowoleniem odnotowaliśmy postępy prac legislacyjnych w Radzie nad projektem rozporządzenia przewidującego ustanowienie mechanizmu warunkowości budżetowej. Kompromis państw członkowskich znacząco odbiega jednak od stanowiska Parlamentu Europejskiego przyjętego w pierwszym czytaniu.

Przed wszystkim Rada zawęży stosowanie rozporządzenia, łącząc przestrzeganie praworządności z ochroną interesów finansowych UE. Posunięcie to może wydawać się poniekąd uzasadnione w kontekście opinii sugerujących niedopuszczalne dublowanie w rozporządzeniu PE i Rady traktatowego mechanizmu ochrony praworządności. Należy jednak mieć na uwadze, że art. 7 TUE okazał się zupełnie nieskuteczny. Jest to zasadniczy problem, który w dłuższej perspektywie grozi zniszczeniem Unii. Dlatego uważam, że jako Parlament Europejski powinniśmy dążyć do skuteczniejszej ochrony wszystkich wartości z art. 2 TUE. Nasz głos nie może zostać zlekceważony przez państwa członkowskie zgromadzone w Radzie, choć w dzisiejszych realiach ustanowienie generalnego mechanizmu warunkowości budżetowej jest rzeczywistym wyzwaniem – zarówno pod względem politycznym, jak i prawnym.

Nie możemy ograniczyć się do uznania kompromisu prezydencji niemieckiej i konieczne jest poszukiwanie dalej idących rozwiązań. Liczę, że Parlament będzie nadal prezentował pryncypialne stanowisko w sprawie omawianego rozporządzenia i dążył do jego modyfikacji zgodnie ze stanowiskiem zajętym w pierwszym czytaniu. Kwestią newralgiczną jest przywrócenie stosowania przy wdrażaniu sankcji metody głosowania odwróconą większością kwalifikowaną w Radzie i efektywna ochrona beneficjentów końcowych funduszy unijnych.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A koronavírus okozta gazdasági, szociális és egészségügyi válságra csakis közös, uniós szintű megoldás nyújtható. Az Európai Unió egy eddig még nem látott mértékű mentőcsomagot tett le az asztalra, hogy a koronavírus következtében kialakult negatív gazdasági, társadalmi és egészségügyi hatásokat megfelelő módon tudja kezelni. A 2021 és 2027 közötti időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keret és a Next Generation EU-ból származó uniós források kifizetései a Bizottság jogállamisági feltételekhez kötötté, amit a Tanácsban többek között a magyar kormány blokkol. Tisztelt Képviselőtársaim! Ne engedjünk a populistáknak, uniós értékeket eltiprós, szélsőjobboldali kormányok zsarolásának. Ki kell tartanunk a jogállamisági feltétel mellett, hiszen feladatunk az uniós adófizetők érdekeinek védelme. Az Orbán-kormány az uniós forrásokat közeli hozzátartozói, barátai gazdagodására használja, nem pedig a magyar

emberek megsegítésére. Annak érdekében, hogy ezt megakadályozzuk, be kell vezetni a jogállamiság feltételét, de úgy, hogy az uniós értékeket tiszteletben nem tartó tagállamok esetében az önkormányzatokon, kis- és közép vállalkozásokon keresztül juthasson el az uniós pénzügyi támogatás az adófizetőkhez. Mi azért küzdünk, hogy az Európai Unió az uniós polgárok érdekeit szolgálja!

Mihai Tudose (S&D), *în scris*. – Sunt în curs negocieri între Consiliu și Parlament privind condiționarea fondurilor europene de respectarea statului de drept. Din păcate, pozițiile celor doi colegiitori – definite la Consiliul din 17-21 iulie, respectiv prin rezoluția europeană pe care am votat-o la 23 iulie — par greu de armonizat.

De aceea, fac un apel la ordonarea corectă a priorităților, conform realității cu care se confruntă cetățenii Uniunii. Să nu uităm cât de greu s-a obținut acordul pentru crearea instrumentului de redresare, la al doilea cel mai lung summit din istoria UE. Dar nici să nu neglijăm necesitatea de a proteja bugetul UE, când apare o amenințare sistemică la adresa valorilor de la baza proiectului european.

Există riscul blocării în Parlamentul European a adoptării bugetului UE pe următorii șapte ani, dacă nu vedem din partea Consiliului deschidere pentru crearea mecanismului de condiționare a fondurilor europene de respectarea principiilor statului de drept. Pentru a fi funcțional, acest mecanism trebuie să poată fi activat printr-o majoritate calificată în Consiliu. Țări care au aderat acum 16 ani la UE se confruntă cu evoluții democratice îngrijorătoare. E nevoie de un cadru european care să răspundă noilor provocări, fără a pierde din vedere o clipă urgența sanitară și economică!

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Euroopan komissio julkaisi viime viikolla ensimmäisen oikeusvaltioreportinsa. Raportti on eräiden jäsenmaiden osalta synkkää luettavaa. Oikeusvaltioperiaate sekä perusvapauksien ja demokratian toteutuminen ovat näissä jäsenmaissa vakavasti uhattuina. Tämä on erittäin huolestuttavaa, sillä nämä eurooppalaiset arvot muodostavat Euroopan unionin perustan, jonka päälle koko eurooppalainen yhteistyö rakentuu.

Euroopan parlamentin ryhmäjohtajat vahvistivat tällä viikolla yhteiskirjoituksellaan jälleen kerran parlamentin kannan, jonka mukaan parlamentti ei anna hyväksyntäänsä EU:n uudelle pitkän aikavälin budjetille, jos varojen käyttöä ei sidota oikeusvaltioperiaatteen noudattamiseen. Parlamentti ei ole valmis hyväksymään oikeusvaltiomekanismia, jonka kautta ei tehokkaasti voitaisi puuttua oikeusvaltio-ongelmiin jäsenvaltioissa, joissa niitä komission tekemän arvion mukaan on. Nykyinen ministerineuvoston esitys on kaukana tästä. Neuvotteluissa EU:n pitkän aikavälin budjetista ja varojenkäytön sitomisesta oikeusvaltioperiaatteeseen on kyse moneen vuoteen ainoasta todellisesta mahdollisuudesta puuttua negatiiviseen oikeusvaltiokehitykseen. Sitä EU:lla ei ole varaa hukata.

19. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Bulgarien (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit und zu den Grundrechten in Bulgarien (2020/2793(RSP)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen und keine blauen Karten akzeptiert werden.

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Abermals haben wir Gelegenheit, uns über die Fragen der Rechtsstaatlichkeit auszutauschen. Ich möchte es am Anfang kurz machen, will aber doch noch einmal an konkreten Beispielen darauf hinweisen, wie ernst es auch dem Rat, wie ernst es der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist, aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen und es besser zu machen.

Denn noch einmal: Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur ein Leitprinzip, dem sich die Organe und Institutionen der Europäischen Union unterzuordnen haben. Nein, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit gilt für alle Mitgliedstaaten ausnahmslos.

Ich bin deshalb – und ich will das noch mal hervorheben – sehr, sehr dankbar, dass wir nun auch im Rat die Chance haben, einen großen Schritt voranzukommen, um eben dieses Gemeinsame bei den Werten, beim Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, bei der demokratischen Kultur hervorzuheben und nicht alleine das, was uns derzeit leider trennt.

Dabei spielt der neue Rechtsstaatscheck auf Grundlage des Kommissionsberichts eine ganz zentrale Rolle. Wir werden jetzt im Oktober eine erste Aussprache herbeiführen, wo es um die generelle Situation der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union geht, und wir als Ratspräsidentschaft haben dann vorgeschlagen, jedes Land im Einzelnen zu überprüfen.

Damit es zu einer fundierten, objektiven, nichtdiskriminierenden Aussprache kommt, die aber auch faktenbasiert ist, werden wir mit fünf Mitgliedstaaten beginnen. Das werden dann im November gemäß alphabetischer Reihenfolge Belgien, Dänemark, Estland, Bulgarien und Tschechien sein.

Damit werden wir auch noch einmal über die Lage in dem Land reden, das heute auch Gegenstand Ihrer Debatte ist. Ich nehme Ihre Anregungen und Ihre Hinweise sehr gerne mit, auch als Zeichen, dass Sie mit uns der Auffassung sind, dass Rechtsstaatlichkeit eben eine Verpflichtung für alle ist und nicht nur für einige wenige.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would like to thank Parliament for putting the item on the rule of law and fundamental rights in Bulgaria on the plenary agenda today.

The Commission is aware of the protests in Bulgaria and we have been following the situation closely. Let me start by being very clear on an important point: the Commission fully supports the right to demonstrate peacefully. Peaceful demonstrations constitute the exercise of a fundamental right which exists in all democratic countries and must be fully respected. The demonstrations show that citizens attach great importance to an independent and efficient judiciary and also to good governance.

The Commission is also aware of the announcement made by Prime Minister Borisov on a possible revision of the Bulgarian Constitution. It is not for the Commission to comment at this stage on the details of the proposed reforms. However, we stand ready to support Bulgaria in its reform process.

As I already said in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) in September, like in any Member State, constitutional reform should be subject to a large and inclusive debate, take the time to be able to reflect a large consensus and achieve the necessary checks and balances. A best practice is to seek the specific advice of organisations like the Venice Commission.

Now let me turn to the cooperation and verification mechanism (CVM). As regards the CVM, as you know, it had been set up at accession to help Bulgaria in making reforms and to allow for monitoring this reform process based on a given set of benchmarks to achieve. The Commission considers that the CVM has proven to be instrumental in the reform process, which has put in place legal and institutional measures to address the mechanism's objectives.

As underlined in the October 2019 CVM report, Bulgaria made sufficient progress to meet the commitments made at the time of accession. The situation now, looked at from the perspective of its institutional and legislative framework, is no longer the situation of 2007. At the same time, in the October 2019 CVM report, the Commission was also clear that Bulgaria needs to ensure continued implementation of the necessary reforms, notably relating to judicial independence and the fight against corruption. Wrapping up any leftover from the accession process has always been the objective of the Commission. It emphasises the need for stability, and no backtracking on past structural achievements and continuity, which means pursuit of the implementation of reforms and the fight against corruption and organised crime.

Before taking a final decision on lifting the CVM in Bulgaria, the Commission will also take duly into account the observations of the European Parliament and also of the Council. It would be premature to give a date at this stage.

(Interruption owing to problems with microphone)

Mr President, thank you very much for your help. You will see from what I am going to say that it was indeed important, because the only missing sentence was that the Commission will continue following the developments in Bulgaria. It remains essential that these do not reverse the course of progress underlying the baseline assessment of January 2017.

(Applause)

Didier Reynders, *Member of the Commission*. – Mr President, I will continue with the last words of Vice-President Jourová, because our work does not stop here, of course, and the Commission will continue to work with Bulgaria under the new rule of law mechanism, as it does with all the Member States. The scope of the rule of law mechanism is broader than the cooperation and verification mechanism (CVM) and it covers not only judicial reform and the fight against corruption, but also – as we have discussed just before – freedom and privileges, as well as institutional checks and balances. The rule of law report was just adopted last week and, as I explained in my presentation to the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) last week or around then, the report on the country chapters developed for each Member State cover the rule of law situation in all of them, including Bulgaria.

More particularly, as regards Bulgaria, let me underline some of the most significant developments taken into account in the report. As regards judicial independence, Bulgaria still needs to finalise, taking account of the opinion of the Venice Commission, legal procedures concerning the effective accountability and criminal liability of the Prosecutor-General. In addition, the composition and functioning of the Supreme Judicial Council has been subject of further debate. On a more positive tone, controversial provisions relating to the automatic suspensions of magistrates in case of a criminal investigation and to the obligation for magistrates to declare their membership in professional organisations have been repealed. However, and it also confirms past CVM findings, despite a comprehensive reform of its legal and institutional anti-corruption framework and improved cooperation between the authorities, there is still the need to establish a solid track record of final convictions in high-level corruption cases. It is important that the authorities are provided with sufficient resources in order to be able to fight corruption effectively. The necessary strictures are essentially in place, but Bulgaria has to make them deliver reserves more efficiently. Lack of reserves in the fight against corruption is one of the key aspects raised throughout the ongoing process. Perception surveys show a very low level of public trust in the anti-corruption institutions. It is important to show that there is political will to fight corruption in a credible manner.

As to media privilege, the legal framework is in place, but safeguards are often not effectively implemented in practice. In addition, lack of transparency of media ownership is considered a source of concern.

Finally, the issues concerning checks and balances include concerns about the limited use of public consultations and impact assessments in the legislative process. Furthermore, the already narrow civic space in Bulgaria could be further affected in view of a new draft law on foreign funding for NGOs.

To conclude, let me reiterate once more that the Commission is determined to continue to use all the instruments at its disposal to address the concerns identified in the country. I am convinced that it is important to look at all the Member States in a fully objective and comparable manner. This is what we are now doing with the new rule of law report, and the Commission appreciates the continued support of the European Parliament in this respect. Of course, we have been working for some years about the CVM, but we continue, also, to work with the annual report of the rule of law with a broader scope on all the Member States, including Bulgaria.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Ratsvorsitzender, liebe Kollegen von der Kommission! Ja, Bulgarien ist ein Land, das auf dem Weg ist, und es hat noch einen langen Weg zu gehen, um die Standards, die wir uns alle in Europa gesetzt haben, auch umzusetzen. Ja, man muss auch sagen, dass in Bulgarien nicht alles perfekt ist. Deswegen finde ich es auch gut, dass junge Menschen auf die Straße gehen, dass sie demonstrieren, dass sie ihre Positionen darstellen, dass sie ihre Ideen auf den Weg bringen. Gerade junge Menschen haben wenig Verständnis, dass es lange dauert; sie wollen schnellen Fortschritt erzielen. Das ist gut zu sehen.

Die Fakten, die Bulgarien kennzeichnen, wurden letzte Woche durch den Bericht der Kommission beschrieben, der fair ist, der ausbalanciert ist, der faktenbasiert ist, und der die Grundlage für die weitere Arbeit sein soll. Wie gesagt, die Bulgaren dürfen aber trotz aller Aufgaben, die vor ihnen stehen, auch stolz sein auf das, was erreicht worden ist. Auch das gilt es erst einmal festzuhalten.

Wir sprechen aber heute nicht über die generelle Lage, sondern über *Rule of Law*. *Rule of Law* kennzeichnet beispielsweise, dass die Demokratie funktioniert. Wir haben in Bulgarien eine Regierung der Europäischen Volkspartei, und wir haben einen sozialistischen Staatspräsidenten, der demokratisch ins Amt gekommen ist. *Balance of Power* – zwei verschiedene Parteien sind dort in der Verantwortung. Wir haben das Prinzip, dass die Freiheit der Medien, der Meinung gewährleistet sein muss: Seit Sommer wird dort jedes Wochenende und dauerhaft demonstriert, gehen junge Menschen auf die Straße, können zeigen, welche Positionen sie haben. Es kann doch niemand behaupten, dass wir dort nicht Freiheit der Medien und der Presse und der Meinungsäußerung hätten.

Bojko Borissow hat ausdrücklich diesen Willen der jungen Menschen immer geschützt. Er hat die Demonstranten immer geschützt, und er hat gesagt: Geht auf die Straße und zeigt eure Meinung!

Wir müssen auch bei *Rule of Law* festhalten, dass man Respekt vor einem Wahlergebnis hat. Die jetzige Regierung hat eine Mehrheit im Parlament, ist von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Deswegen gibt es überhaupt keinen Grund, jetzt zurückzutreten und gerade in Coronazeiten eine nicht gewählte Regierung übergangsweise ins Amt zu bringen.

Man darf auch festhalten, im Bereich der Rechtsstaatlichkeit sind natürlich manche Fortschritte erzielt worden sind. Gerade im Bereich von Schmugglertätigkeiten wurden die Zahlen deutlich reduziert. Ich möchte auch ausdrücklich sagen, dass Bojko Borissow eine proeuropäische Regierung führt. Er hat die Einführung zum Euro mit auf den Weg gebracht, und was das Thema heute ist, er hat den *Rule of Law*-Mechanismus im Rat immer unterstützt, den wir hier als Europäisches Parlament einfordern. Bojko Borissow will diesen *Rule of Law*-Mechanismus.

Also, es bleibt zu sagen, dass nicht alles perfekt ist, dass viele Aufgaben noch vor der bulgarischen Regierung stehen, aber dass Bulgarien im Kern auf dem richtigen Weg ist. An die Demonstranten nur eine Bitte und eine Klarstellung: Einen Wechsel in der Regierung erreicht man nicht durch Demonstrationen, sondern erreicht man durch Wahlen, indem Wahlen durchgeführt werden, und die finden nächstes Jahr im März statt, und es soll sich jeder beteiligen. Dann werden die Bürgerinnen und Bürger Bulgariens entscheiden, wie es weitergeht.

Juan Fernando López Aguilar, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, de nuevo un debate sobre Estado de Derecho, democracia y derechos fundamentales. ¿Es divertido, es agradable traer a este Parlamento Europeo una Resolución que exprese preocupación por el Estado de Derecho en un Estado miembro? Desde luego no lo es. Pero puede ser dolorosamente necesario: en este caso, Bulgaria, un Estado de reciente adhesión, que se incorporó con un mecanismo de cooperación y de verificación de sus progresos en reforma judicial y en lucha contra la corrupción, pero lo que hemos visto en los últimos tiempos no son progresos, sino preocupantes retrocesos.

«Estado de Derecho» significa respeto de las sentencias de los tribunales, y se acumulan cuarenta y cinco sentencias condenatorias del Tribunal Europeo de Derechos Humanos pendientes de cumplimiento de acuerdo con el informe del Comité de Ministros del Consejo de Europa.

«Estado de Derecho» significa separación de poderes, y vemos continuas alegaciones y acusaciones de corrupción judicial y de intervención política de la Fiscalía en persecución de los adversarios políticos.

«Estado de Derecho» significa también respeto de las libertades, y vemos concentración de medios de comunicación por parte del Gobierno y también clientelismo en aquellos medios que permanecen en manos privadas.

Y «Estado de Derecho» significa también respetar las libertades públicas, el derecho de manifestación, y hemos asistido a ejercicios de brutalidad policial, además de persecución sobre minorías.

Así pues, expresamos (*palabras inaudibles*) Bulgaria y decimos que esto no significa, en ningún caso, un cargo contra Bulgaria. Significa que este Parlamento Europeo, del mismo modo que con Hungría, por diez millones de ciudadanas y ciudadanos húngaros, y con Polonia, por cuarenta millones de ciudadanas y ciudadanos polacos, expresa preocupación por siete millones de ciudadanas y ciudadanos búlgaros que, por serlo, son europeos.

Ramona Strugariu, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, when we Romanians took to the streets in that really cold winter of 2017, I remember we felt quite lonely out there, because I was out there, and then one day, President Juncker and Vice-President Timmermans stood up and they spoke up about it, very clear and very loud. Then other voices joined them, including the one of this Parliament through a very powerful resolution, and I am grateful for that. You know why? Because it didn't feel cold anymore and we were no longer lonely. I am here today to ask for this voice of the Commission and of the Council, and of this House, because the Bulgarian people need it. Because it matters to them, it is really important to them and we owe this to the people. It mattered fundamentally for Romania back then and for every single victory of the people and of democracy in Romania since then. I have seen powerful names in some of our political families endorsing Mr Borissov and his team and I just want to ask, do you know who you are endorsing? Because you are endorsing a carefully knitted network of people facing serious allegations of corruption, money laundering and fraud with European money and a system which is stepping on the rule of law, democracy and European values as we speak. I have seen women dragged outside by the police and pictures of children sprayed with teargas. Is this protection? Are you sure that this is what you endorse? I am calling for your voice because it does matter to the people and because this voice can make the difference between a captured state and a truly healing democracy. It happened like this in Romania, it is for the people of Bulgaria and, at the end of the day, they are the ones that matter most.

(Applause)

Daniel Freund, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I actually went to the protests in Sofia last week. I had the opportunity to speak to a lot of people on the ground. I heard that they are fed up with the corruption in Bulgaria. I heard that the justice system is captured, and I heard that media freedom is being eroded at an alarming pace. So I can understand that Bulgarians are fed up with the speed of reform. I can understand that they say EU money, in a lot of cases, is actually making things worse, because systematically the EU funds that we give are being stolen by a corrupt elite. They are being used to cement their power or to buy up the remaining independent media.

So what are we doing as the European Union? Well, what Bulgarians see is that we are publishing another report on the rule of law. They see that Donald Tusk is fist-bumping Borisov, and a Prime Minister that has recently called protestors 'gamblers and smugglers'. But what Bulgarians unfortunately so far are not seeing is decisive action from the European Union. The Commission is contemplating stopping the CVM; the European Council is dismantling the rule-of-law mechanism. So when I asked the Bulgarians on the ground what we should do as the European Union, the reply was unanimous: everyone I met was telling me, 'Please stop the EU funds, because that money is not feeding hungry children. If you stop the money, you are basically taking away the caviar from corrupt oligarchs.' So I think that is right, that is what we should do. And the EU should be with those citizens who are fighting corruption and fighting for democracy in Bulgaria.

(Die Sitzung wird um 20.06 Uhr unterbrochen.)

20. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 20.16 Uhr wieder aufgenommen.)

21. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Bulgarien (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Ich hoffe, dass die Unterbrechung in unser aller Sinne war und wir nun die Möglichkeit haben, von den einzelnen Plätzen die Wortmeldungen abzugeben.

Ich sage gleich vorweg: Sollte dies wiederum zu Schwierigkeiten führen, bitte ich Sie, so flexibel zu sein, dass wir die Reden von einem Mikrofon halten, das arbeitet, um die Debatte fortsetzen zu können. Es kommt auf den Inhalt und die Rede an und nicht auf den Platz im Europäischen Parlament, von dem aus wir die Rede halten.

Aber meine Information von der Technik ist, dass jetzt alle Mikrofone wieder gehen müssten. Ich bedanke mich für die Unterstützung in dieser schwierigen Situation und für Ihre Flexibilität.

Wir setzen nun die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit und zu den Grundrechten in Bulgarien (2020/2793(RSP)) fort.

Ангел Джамбазки, от името на групата ECR. – Г-жо Комисар, колеги, както видяхме, а и както показахме, ние сме склонни да даваме думата на всеки. От моя микрофон – ние сме част от управлението – дадохме думата на нашите най-големи политически противници. Това казва много за нашето намерение и нашето отношение към свободата на словото, почитаеми Председателю, и към различните мнения.

Уважаеми, ще изложа позиция, която няма да се хареса на огромната част от вас, на това ляво мнозинство, което се е събрало за политически консенсус, в който да прави тази резолюция, която между другото е изцяло и крайно лява – и политически, и идеологически.

Говорихме за правото на мирни протести. Уважаеми, в България хората протестират, имат право на това, ние сме част от управлението, но уважаваме тяхното право на изразяване и на мирен протест. Но когато говорим за върховенство на закона, нека да дадем определението за върховенство на закона. Това означава независимо, бързо, справедливо правосъдие. Това обаче противоречи на проекта на резолюция. Тук виждам зелени, крайна левица, а хора, които отричат правото на българския Конституционен съд да взема решения. Отричат взето решение. Това е в пряко противоречие с идеята за върховенство на закона.

Виждам текстове в проекта за резолюция, които защитават поведението на група хора от една етническа група, които нарушават закона. Това също противоречи на идеята за върховенство на закона – говорим тука за случая във Войводиново. Говорим изобщо за коментара на съдебната власт. Политици не трябва да коментират съдебна власт, това противоречи на идеята за върховенство на закона.

Сега отиваме на другата тема – темата за корупцията. Ами в този проект на резолюция липсва нещо много важно. Когато в България се говори за корупция – нека тук не ми се сърдят колегите от Движението за права и свободи – почтени, работят така в защита на националния интерес, но винаги в България хората се сещат за Движението за права и свободи, част от групата Renew. Най-големите корупционни скандали бяха свързани с тази политическа група, която прави резолюцията. Ние, почитаеми, вкарахме темата за злоупотребите в Росенец, но ние, не истанбулската коалиция, ние, и тези хора не смеят да кажат имената. Когато в България говорите за корупция, винаги хората се сещат за Движението за права и свободи – част от Renew. Би трябвало да се засрамят тези колеги, които говорят безадресно. Корупция, но няма имена. Корупцията си има имена и това е Движението за права и свободи.

И сега странните неща. Странни текстове – уж говорим за корупция, Истанбулска конвенция, еднополови бракове, сепаратизъм, през втори официален език по време на изборите. Почтаеми, това подменя протеста. Протестът не е за Истанбулската конвенция или поне аз така си мисля, така го виждам. Има ясни заявки. Как така изведнъж ви хрумва и каква всъщност е ценността да поставяте темата за еднополовите бракове, за истанбулските конвенции. Това е нещо съвсем, съвсем, съвсем различно. Това, което искам да ви кажа с цялото ми уважение, знаейки че няма да се съгласите, ще ми позволите малкото уважение, защото давах думата и ми отнехте думата. Исках да ви кажа цялото нещо. Комисарят спомена неправителствените организации и финансирането. Ами да, ние искаме в европейска държава като България да нямат тежест НПО-тата на Еродоган, които налагат ислямизъм, и да нямат тежест фалшиви кремълски НПО-та. Ние срещу това се борим – не за друго и вярвам, че всички ще ни подкрепите – никой не иска зелени човечета и никой не иска радикален ислямизъм в Европа. Нали не бъркам? Мисля, че не бъркам. Момент, още една секунда.

Това, което казвам, почитаеми, че България е еднонационална, унитарна държава с един официален език, и това е българският език, и това не може да бъде нито дискутирано, нито променяно по никакъв начин от каквато и да е резолюция.

Der Präsident. – Obwohl Sie mir heute mehrfach entgegengekommen sind, muss ich Ihnen sagen: Niemand hat Ihnen das Wort genommen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir in diesem Parlament niemandem unterstellen, dass er jemand anderem das Wort nimmt, sondern ich habe Sie gebeten, einer Unterbrechung zuzustimmen. Sie haben Ihr Wort, ich habe Ihnen kein Wort genommen.

Clare Daly, on behalf of the GUE/NGL Group. – Mr President, I think the importance of this motion is very obvious to anybody who saw Prime Minister Borisov and his MEPs bragging about the Commission's rule of law report last week, claiming that it vindicated his government's progress. And sure why wouldn't they do that when they've been getting away with it for years? Playing the Commission, telling you what you want to hear, pretending to comply and then doing whatever they like and laughing all the way to the bank. And why is it happening? We heard it from the EPP – it's because they are a pro-European party. So it doesn't matter about the corruption. It doesn't matter about the manipulation. Angela Merkel likes Borisov, so he's OK. Donald Tusk says he's one of our men. You can't even give speaking time to the one Bulgarian opposition Member in your Group because you're afraid of what he'll say.

But it won't work because the Bulgarian people are off their knees and they've had enough. Night after night, including tonight, for over three months they're on the streets. They've been beaten, threatened with water cannons, pepper-sprayed by the police, but their resolve is stronger. They're demanding the resignation of Borisov and new elections.

I find it astounding that people come in here and they support elections in every country outside the EU and you don't think that Bulgarian citizens deserve the same. This motion encapsulates the demands of the protesters. It calls for the general prosecutor in the personage of Ivan Geshev, which has been described as neither politically nor legally binding, to be dealt with, it condemns the abuse of EU funds, the staggering revelations of the Prime Minister conniving with former prosecutors to tell judges what to do, the bullying of judges, the suppression of the media, and on and on it goes!

But, do you know what? The Bulgarian citizens will deal with their government. I'm very confident of that. They're not asking us to do that. But they do need us to stop feeding the vampires who are sucking the life blood out of the wonderful people and country. Pauperising your people, driving your young people away! Fundamental rights are just that – they're fundamental, and the people of Bulgaria deserve them just as much as anyone else.

Андрей Ковачев (PPE). – Г-н Председател, много тежки думи, които не могат да бъдат оставени без коментар. Този парламент не трябва да бъде инструментализиран за политическа пропаганда на една или друга партия. Инструментът „върховенство на закона“ е изключително важен и ние, като демократи, заставаме зад върховенството на закона, зад ефективната борба с корупцията.

Да, всички искаме и ефективни присъди. Това е независимата власт. Нали това е също част от върховенството на закона? Демокрацията, мандатността също е част от върховенството на закона. Демократичните избори, подготовката за тях, които са редовни за следващата година през месец март. Всеки един, който иска и има желание за промяна в България, трябва да се подготвя за демократичните избори и да доведе до тази промяна. Но демократично, а не с такива опити да се злоупотребява с този парламент.

Разбира се, че благодарим на Европейската комисия за всички препоръки. Българското правителство, България ще изпълни всички препоръки, трябва да ги изпълни, защото те са в интерес на българските граждани. Повече справедливост, повече върховенство на закона.

Но тази резолюция, за сметка на доклада, е абсолютно политическа рожба на лявата страна на този парламент. Ние можем да се съгласим с тази резолюция, която се базира на предположения, на слухове, на недоказани факти и по-точно – на недоказани съмнения за едно или друго нещо. И разбира се, много интересно – аз не виждам вече тук представител на ръководството на социалистите, но тяхната партия в България, първо, е най-прокремълската партия, и второ, по много от тези теми е на абсолютно различно мнение от европейските социалисти.

Също така категорично не се съгласявам левицата да ни накара да приемем така нареченото македонско малцинство. Категорично не! Демокрацията, разбира се, винаги побеждава.

Katarina Barley (S&D). – Herr Präsident! Seit Monaten gehen in Bulgarien die Menschen auf die Straße. Sie zeigen ihren Unmut über Korruption, fehlende Gewaltenteilung und mangelnde Pressefreiheit im Land. Die Botschaft unserer heutigen Debatte und der EntschlieÙung, über die wir diese Woche abstimmen, sollte daher sein: Wir stehen an der Seite der Zivilgesellschaft Bulgariens und unterstützen ihre legitimen Forderungen nach Gerechtigkeit, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Nur einige Auszüge aus dem jährlichen *Rule-of-law-Monitoring*-bericht der Kommission, der letzte Woche veröffentlicht wurde: Die Korruptionsbekämpfung in dem Land, vor allem in Fällen von hochrangigen Politikern, hat noch viel Luft nach oben. Laut Eurobarometer sehen 80 % der Bevölkerung Korruption als weit verbreitet in ihrem Land an.

Systemische Probleme in der Justiz, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und der Venedig-Kommission festgestellt wurden, sind nach wie vor nicht behoben. Unter dem Deckmantel der Unabhängigkeit wurde ein Posten geschaffen – der Generalstaatsanwalt –, der eine gewaltige Machtfülle hat. Symptomatisch hierfür hat sich der Generalstaatsanwalt selbst als *instrument in the hands of God* bezeichnet – und so handelt er auch. Es fehlen wirksame Mechanismen für die Rechenschaftspflicht.

Grund zur Besorgnis gibt auch die mangelnde Transparenz der Besitzverhältnisse der bulgarischen Medien. So gibt es laut dem Bericht Hinweise auf enge Verbindungen zwischen Medien und führenden Politikern. Darüber hinaus werden viele Journalistinnen und Journalisten politische Einmischung in den Medien in Bulgarien als weit verbreitet bezeichnen. Wir wissen auch von Fällen, in denen Journalistinnen und Journalisten konkret bedroht wurden.

Die Kommission sollte alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um in diesen Dialog einzutreten und die Einhaltung der europäischen Grundwerte einzufordern.

Weil mein Vorredner so viel Extrazeit hatte, möchte ich an die geschätzten Kollegen der EVP das noch sagen: Immer wenn es hier um Regierungen geht, die nicht Ihrer Parteienfamilie angehören, dann sind Sie unglaublich moralisierend. Dann ist überhaupt nicht mehr davon die Rede, dass man Wahlen respektieren soll. Da fordern Sie ganz schnell irgendwelche Rücktritte. Immer wenn es um Ihre eigenen Regierungen geht, da hört sich das ganz anders an. Machen Sie nicht denselben Fehler, den Sie schon einmal gemacht haben! Wir sind auch deswegen hier, weil Sie in Ungarn zehn Jahre lang zugeschaut haben und immer noch nicht Konsequenzen gezogen haben. Machen Sie diesen Fehler bei Bulgarien nicht wieder!

Илхан Кючюк (Renew). – Г-н Председател, в началото искам да кажа, че това не е дебат срещу българската страна, не е дебат и срещу българските граждани. Това е дебат за демокрацията в Република България. Това обсъждане и последваща резолюция могат да успеят, само ако се основават на факти, а не на идеологически противоречия.

Няма по-демократична трибуна от тази на Европейския парламент, защото тук говорим на 24 езика. Един от хроничните проблеми за последните 30 години на българската демокрация, г-н Вебер, е, че няма възможност да се води предизборна кампания на друг език, освен на официалния български език, при наличието на преводач и при необходимост.

Ако Вие решите да се кандидатира за евродепутат в България, законите на страната Ви го позволяват, българската партия ГЕРБ Ви припознае или класическата десница в лицето на СДС реши да Ви включи в листите си. Дотук всичко добре. Но идва големият въпрос. На какъв език ще говорите? Българският изборен закон казва – само на един, на български. Вие всъщност имате избор. Изборите са два: единият е всеки път, когато кажете нещо на немски и на английски, да плащате по 500 евро глоба; вторият Ви избор е да правите предизборна кампания, без да говорите, без да комуникирате.

Тук го боли националистът Джамбазки. Боли го и за още нещо. Той каза за много неща, които са неверни сами по себе си, но забрави да каже и за касичката на ВМРО, за така наречените паспорти, златните паспорти. И тук има парламентарна комисия, която ще се занимава с този въпрос.

Der Präsident. – Haben Sie eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung?

Angel Dzhambazki (ECR). – Yes Mr President, this was a clear personal attack. It was personal, and a clear lie, so I will want from you and the Bureau to take a decision and to have all the records so to punish our colleague under the Rules of the European Parliament, because it was a lie, clear lie, unacceptable.

Der Präsident. – Ich werde ihre Wortmeldung überprüfen lassen, und wir werden uns bei Ihnen melden.

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Mr President, addressing you today on the state of corruption and the rule of law in Bulgaria, I have a feeling of *déjà vu*. We have already discussed upholding democracy and fighting corruption while tens of thousands of EU citizens protest on the streets. Yet again, we are noting with concern the high level of corruption, the degradation of judicial independence and the lack of media freedom in an EU Member State. Yet again, our response to their continued cries for support remains too weak, too little and too late.

Commissioners, we have complimented you, and we want to compliment you, on the quality of the annual rule of law report. It seems to me that we have the same long-term priorities. However, in order to demonstrate that we are fully committed to the rule of law right now, we need to see concrete action resulting from this exercise. We cannot fight an open fire only with an inventory of what started the fire. Have we not learned anything from the cases of Hungary and Poland?

The annual report just published shows significant deficiencies in Bulgaria across a number of areas, but most notably in the use of public funds. The Commission needs to act on these findings. As a bare minimum we need to maintain the cooperation and verification mechanism, and on this we disagree with the Commission because no other instrument exists at the moment to challenge the situation and fight the corruption.

Roberta Metsola (PPE). – Din l-istituzzjoni hija l-aktar vuċi b'sahhitha biex tassigura li s-saltna tad-dritt tiġi mharsa, li d-drittijiet taċ-ċittadini tagħna jiġu garantiti. Huwa proprju għaliex is-saltna tad-dritt hi tant importanti, tant serja, tant ċentrali għal dak li tfisser u tirrappreżenta l-Unjoni Ewropea li ma nistghux nissugraw li dan il-prinċipju jixxellef.

U għalhekk hemm bżonn li jkollna riżoluzzjonijiet li huma abbozzati tajjeb u li jkunu eżatti.

F'dan il-proċess serju rridu nkunu rigorużi. Ma jistax ikun li l-fatti, l-opinjoni jew hsibijiet soġġettivi jitpoġġew fl-istess keffa. U allura l-biża' tiegħi hi li r-riżoluzzjoni li għandna quddiemna tista' tintuża minn min għandu interess li jfittex kull skuża biex jinjora dan il-Parlament.

Hu għalhekk li l-appell tiegħillum huwa li dak li għandna quddiemna jrid jinhaseb mill-ġdid u jinkiteb mill-ġdid. Ejjew flimkien nassiguraw li dan il-proċess ikun wiehed li jirrifletti s-serjetà li jixraq u l-importanza politika li għandu. Hu biss b'dan il-mod li nkunu lkoll qed inharsu u niddefendu l-kredibilità ta' dan il-Parlament u tal-Unjoni Ewropea.

Елена Йончева (S&D). – Г-н Председател, днес гласът на българските граждани вече се чува ясно в цяла Европа. Това е глас, който призовава за незабавно връщане на принципите на върховенството на закона и демокрацията в страната.

Г-н Борисов за повече от десетилетие на власт позволи на определени лица и кръгове да се възползват от членството на България в Европейския съюз, за сметка на българския народ. Година след година неговото управление води до все повече (*дулите не се чуват*), все повече злоупотреба с власт, повече бедност и повече крах на медийната свобода.

Затова днес казваме – стига! И резолюцията, която ще гласуваме тази седмица за България, това е резолюция за ... (*дулите не се чуват*). Настояваме за държава, в която политиките се фокусират върху реформите, където се зачита човешкото достойнство и правото на всяка една група в обществото.

Днес се обръщам и към немското председателство с един въпрос – докога Съветът ще мълчи? Обръщам се и към Комисията, защото от това, което тя предприеме, ще зависи дали България ще продължи по този авторитарен път. Днес болката на България вече е и болка на целия Европейски съюз.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Monsieur le Président, je crois que nous assistons une fois de plus, ce soir, à un précédent préoccupant. On peut, et c'est incontestable, ne pas être d'accord avec le Premier ministre bulgare, c'est un fait. Mais certains, ici, cherchent une nouvelle fois à utiliser la question fondamentale de l'état de droit pour traduire des désaccords politiques.

La question de l'état de droit est la suivante: les citoyens bulgares peuvent-ils manifester librement? La réponse est oui, chers collègues, vous étiez à ces manifestations. Les médias passent-ils sous silence les critiques contre le gouvernement? La réponse est non, nous le savons tous. Y a-t-il un pluralisme politique en Bulgarie? Bien sûr que oui, le Président est même d'un camp différent de celui du Premier ministre, et il joue un rôle non négligeable dans les manifestations en cours. La Commission, elle-même, vient de souligner les progrès incontestables qui ont été faits par la Bulgarie.

Bien sûr, beaucoup reste à accomplir, mais si les Bulgares ne sont pas satisfaits de leur gouvernement, ils peuvent, ils doivent, ils vont le dire eux-mêmes dans les élections qui viendront et si ils en sont satisfaits alors ils choisiront de le reconduire. Chers collègues, la démocratie est trop importante pour que nous choissions d'entrer dans un processus électoral et de prendre part à ce qui s'apparente à une forme de manipulation de la liberté électorale, je crois que l'état de droit passe bien sûr par-là, en premier c'est notre responsabilité.

Андрей Новаков (PPE). – Уважаеми колеги, както и да свърши този дебат, името на страната ни ще бъде опетнено. Аз съм член на този парламент с мандат от пет години, но съм българин, докато съм жив, и като такъв ви питам: Вие това ли обещахте на вашите избиратели преди една година? Кой спира хората в България да протестират, ми кажете?

Всеки ден през последните три месеца имаме доказателства точно за обратното и никой не твърди, че това управление е абсолютно безгрешно и е решило всички проблеми на прехода. Но да се изправиш в Европейския парламент и да кажеш, че в България се обгазват деца – за Бога, трябва да имате някакви граници!

Всички искаме независима съдебна система, но тя е плод на общи усилия, общи усилия, в които вие не участвате. И нещо повече – това няма да се получи със смяната на едно правителство с друго. Този парламент не може да се ползва за партийни битки. Още по-лошо – за стремежа на един да застане на власт, без да е избран за това. Всяка опозиция, която настоява легитимно избрано правителство да се оттегли броени дни преди редовните избори, сама признава, че няма сили да спечели такива избори.

Уважаеми, правителствата идват и си отиват, но хората остават. И такива дебати няма да ви спечелят изборите, нито ще ви дадат 10 години доверие да управлявате. Ще се оправим, когато спрем да изнасяме проблемите навън и започнем да ги решаваме сами. Подаваме и ръка да работим с всеки един. България над всичко!

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members, I think it was quite a symbolic thing that we had a technical problem with the microphones while speaking about democracy and freedom of speech and pluralism of media, because we saw that simply speaking, the more microphones we have the better the debate is. So thank you very much, this was a very good debate again about a very serious and important topic relating to the rule of law, in this case the rule of law relating to one concrete country which is Bulgaria.

As I said at the beginning, we will continue working on the cooperation and verification mechanism because simply there is still unfinished business, there are still things to be done, and CVM was never just ticking the boxes, because, at the Commission which followed very closely the progress of the reforms, we wanted to see tangible results and a sustainable, positive effect on the Bulgarian judiciary and on the Bulgarian system for fighting corruption and organised crime. And I have to add one thing, we continue the CVM also while seeing that there was quite strong interest from the Bulgarian people that there is this work continuing, that due to the fact that there is still very low trust in the Bulgarian judiciary and fight against corruption, many Bulgarian people, according to many surveys, gave us the message, 'Continue and accomplish the work properly. We want to see the job done'. And this is what we are doing now. And next to that we started to work on the rule of law mechanism which Didier Reynders spoke about before and I think that it is important that now we work in those two tracks. We believe that we can achieve those tangible results, but it requires very good cooperation with the Bulgarian authorities.

I want to mention one more thing, soon we will see the European Public Prosecutor's Office starting to function and Bulgaria is one of the countries which joined the EPPO, which was very active over the process of negotiations and which is now working towards the full functioning of the EPPO, the good representation of Bulgaria in the structures of the EPPO, and the EPPO will be one of the very serious and I believe useful contributions of the EU in helping the Member States to fight against corruption and crime relating to EU money.

So I'm ready to continue working with the Bulgarian authorities both on CVM and the continuation of the work following the rule of law report. Bulgaria will be among the first five countries which will be debated at the Council, and I believe that together we can achieve results, which will also increase the trust of Bulgarian people, because all the reforms, all the efforts have to be done in Bulgaria not because Brussels wants it, but because the Bulgarian people deserve it.

Didier Reynders, *Member of the Commission*. – Mr President, I don't want to add so much after what was said by Vice-President Jourová, but just to insist on the fact that of course we have the opportunity to take actions. As just said, at the end of the year, beginning of next year, we'll start with the European Public Prosecutor's Office, so it's a real action from all the institutions together, and now we will have the possibility to organise prosecutions after investigations, at EU level, so it's a good instrument to fight against these kinds of crime at the different levels in the European Union.

We have the CVM, of course, but we also have the rule of law report, and in the rule of law report I have said we have positive developments but also we have real concern. I don't want to repeat what I've said on the different chapters also about Bulgaria, like all the Member States. I just want to insist on one point. As Michael Roth said on behalf of the German Presidency, we will have a discussion in November about five Member States, including Bulgaria, because it's very important to analyse the situation not in general, but country by country, Member State by Member State. And I repeat what I have said in the discussions in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs: we are open to come and discuss with Parliament the situation in all the different Member States, including Bulgaria. It's the best way to have a fair analysis of the situation and really explain what it is possible to do with the actual tools that we have in our toolbox concerning the rule of law in Bulgaria like in all Member States.

But it's not true to say there are words and papers but no action. Again, it will be very important in the fight against corruption to start with the EPPO next year, but we will use all the tools at our disposal in Bulgaria, like in all the Member States, but please, maybe it will be fine to organise a debate on the basis of the rule of law report on each and every Member State, including Bulgaria.

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke, auch für die Gelegenheit, an dieser Aussprache teilnehmen zu können.

Menschen, die friedlich für unsere europäischen Werte demonstrieren, verdienen unseren Respekt, unsere Sympathie und unsere Solidarität – in Bulgarien und an allen anderen Orten Europas.

Ich möchte gerne einen Punkt herausgreifen, den ein Abgeordneter hier zum Ausdruck brachte, indem er sagte, diese Debatte hier würde ihn, würde sein Land beflecken. Ich glaube, dass dieses Argument den Kern des Problems berührt. Diese Debatten mögen schmerzhaft sein, sie mögen auch für den einen oder anderen aus politischen Erwägungen heraus problematisch sein, aber sie sind notwendig. Ich sage das als Bürger eines Landes, in dem es gestern einen Anschlag auf einen Menschen jüdischen Glaubens gegeben hat – in einer liberalen und weltoffenen Stadt. Wir haben eine massive Zunahme von antisemitischer Gewalt in meinem Heimatland, und ich kann es nicht als Befleckung Deutschlands ansehen, wenn wir uns dieser schmerzhaften Diskussion stellen.

Minderheiten, seien es religiöse, sexuelle, ethnische, kulturelle, haben überall in der Europäischen Union ihren Platz verdient. Wenn es Probleme gibt – Ausgrenzung, Diskriminierung, Unterdrückung –, dann muss man das ansprechen, ohne dass es als Einnischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Landes gesehen wird und ohne dass es als Benachteiligung des jeweiligen Landes gesehen wird.

Deshalb ist es so wichtig – und deshalb auch „Danke“ an Sie alle für diese Debatte –, dass wir allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Überprüfung der Lage der Rechtsstaatlichkeit auferlegen. Ich anerkenne, dass die Partnerinnen und Partner in Bulgarien sehr rasch auch ihre Bereitschaft erklärt haben, in der ersten Runde dem Rechtsstaatscheck aktiv beizuwohnen. Die Debatten und Argumente, die Sie, verehrte Abgeordnete, auch geliefert haben – mal positiver und wohlwollender, mal etwas kritischer –, werden sicherlich auch in die sehr offene Aussprache des Rates, geplant für den November, mit einbezogen werden.

Der Rat, verehrte Abgeordnete, schweigt nicht. Der Rat nimmt seine Verantwortung wahr – genauso wie die Kommission, genauso wie das Europäische Parlament –, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Und noch einmal: Das ist eine der Kernprioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Der Präsident. – Herr Minister Roth, herzlichen Dank!

Darf ich zum Schluss in einer schwierigen Debatte nur noch einmal sagen: Recht vereint und ist Grundlage für Reformen, schützt den Bürger. Recht spaltet nicht.

Vielleicht ist es ein schönes Symbol, was wir heute hier erlebt haben, dass auf der einen Seite die Mikrofone ein paar Mal nicht gegangen sind. Das heißt, es ist nicht überall alles in Ordnung. Aber wir haben uns gemeinsam dazu entschieden, kurz zu unterbrechen, um dann wieder dafür Sorge zu tragen, jeder und jedem seine Stimme auf seinem Platz zu geben.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet am Mittwoch statt, die Schlussabstimmung am Donnerstag.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Carmen Avram (S&D), in writing. – Although there were obvious and loud signs of the deterioration of the political and democratic situation in Bulgaria, due to unfortunate political interests, the European Parliament took months to finally have a debate on this issue. And even so, it was too brief to cover in depth the complexity of the events in Sofia. One of my main concerns is the abuse on the Bulgarian journalists, having been persecuted by the Government, in ways incompatible with the basic principles of our Union, being denied access to crucial decision-making forums and being targeted and smeared by hateful campaigns of denigration. This is why, I salute this resolution regarding the Rule of Law and Fundamental Right in Bulgaria which calls, rightly so, for the protection of the journalists, the watchdogs of our societies, and asks the Bulgarian Government to protect them and their freedom of expression, to open investigations on the acts of violence against members of the media and to ensure that authorities respect the freedom of the press and the vital work of the journalists.

Radan Kanev (PPE), in writing. – Being not granted the floor for this debate, I am addressing you under Rule 171(11) of our Rules of Procedure. I am specifically addressing my EPP colleagues to carefully consider the situation in Bulgaria and the importance of the debate, not only for the Bulgarian citizens and European taxpayers, but for the future of the EU. This debate may easily slip into pre-election partisanship. To avoid that risk, I am calling on you to focus on the real problem, and to consider it in the context of the other two major debates we are holding today – on the rule of law mechanism and on the conditionality clause. Our problem is simple, yet most serious: there is a mafia takeover of the judiciary and media in a Member State. You may support the government in Bulgaria, or you may not. These are sometimes challenging political choices. If you trust the government, you may try to help it get rid of dangerous dependencies – a futile, but noble effort. But there is no such choice as denying the truth, neither staying idle, when the rule of law is trampled in a European country. This is not a choice, but complicity.

Guido Reil (ID), schriftlich. – Das Parlament kritisiert den Mangel an Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in Bulgarien und zeigt sich besorgt, dass sich die Korruption bis auf die höchsten Regierungsebenen ausgeweitet hat. Im Widerspruch dazu hat das Parlament vor einiger Zeit die Empfehlung der Kommission unterstützt, das Kooperations- und Kontrollverfahren für Bulgarien aufzuheben, dessen Ziel es gewesen ist, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte zu überprüfen und damit die Situation zu verhindern, die nun eingetreten ist. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus übernahm in Bulgarien eine korrupte, oligarchische Elite die Macht. Der EU-Beitritt hat nur zu noch mehr Korruption geführt. Ein Großteil der EU-Gelder aus den verschiedenen Strukturfonds ist von Anfang an in die Taschen korrupter Beamter unter der politischen und wirtschaftlichen Elite geflossen. Alle Warnungen am Vorabend des Beitritts wurden nicht gehört. Das Ergebnis ist, dass zehntausende Bulgaren ihr Land verlassen haben, um vor Korruption und Armut zu fliehen. Beispielsweise arbeiten bulgarische Pflegekräfte überall in Europa, aber die Kliniken in Bulgarien sind unterfinanziert und leiden

an Personalmangel. Das EU-Parlament hat das Recht, sich aufzuregen, verwirkt. Es hat die verheerende Entwicklung Bulgariens sehenden Auges in Kauf genommen.

22. Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (2020/2697(RSP)).

Ich brauche die Mitteilung nicht zu wiederholen, dass bei dieser Debatte keine blaue Karte und keine spontane Wortmeldung möglich ist.

Bettina Hagedorn, amtierende Ratspräsidentin. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kommissar, lieber Johannes, meine Damen und Herren! Ich freue mich, Ihnen heute den Standpunkt des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021 vorstellen zu dürfen.

Zu Beginn möchte ich einige Punkte hervorheben, insbesondere die Herausforderung, vor die wir uns alle durch die COVID-19-Pandemie gestellt sehen. Diese Pandemie hat erhebliche Auswirkungen auf das Verfahren zur Aufstellung des EU-Haushalts für 2021. Wir müssen innerhalb kürzester Zeit und mit begrenzten Möglichkeiten zu physischen Sitzungen gemeinsam eine Einigung über den Haushaltsplan 2021 erzielen.

Darüber hinaus beraten unsere drei Institution in einem anderen Kontext über den mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021-2027, und das Ergebnis dieser Beratung ist ein entscheidender Faktor für die Aufstellung eines Haushaltsplans für 2021. Ich möchte betonen, dass uns in diesen turbulenten Zeiten unsere Verantwortung als Arm der Haushaltsbehörde voll und ganz bewusst ist. Wir sind bereit, den Erwartungen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger gerecht zu werden und einen ausgewogenen und zukunftsorientierten Haushalt für 2021 aufzustellen. Vor diesem Hintergrund müssen wir sorgfältig abwägen, wofür die Beiträge der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in der EU ausgegeben werden. Der Rat wird, wie immer, Umsicht und Haushaltsdisziplin anmahnen. Wie die derzeitige Pandemie zeigt, ist dieser Ansatz aktuell wichtiger denn je, denn wir müssen über einen ausreichenden Spielraum verfügen, um die noch unbekannten Herausforderungen und Risiken zu bewältigen, die uns möglicherweise zusätzlich noch nächstes Jahr erwarten werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird ihr Möglichstes tun, um für das kommende Jahr zu einer Einigung auf einen EU-Haushalt zu gelangen, der die EU voranbringen wird und bei dem die Haushaltsziele der Union und der Nutzen für unsere Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun näher auf den Standpunkt des Rates eingehen. Wir haben unsere Arbeit unmittelbar nach der Vorlage des Kommissionsvorschlags am 24. Juni in Angriff genommen. Da keine Einigung über den mittelfristigen Finanzrahmen 2021-2027 vorlag, stützte sich der Haushaltsentwurf der Kommission auf deren eigenen Vorschlag für den MFR 2021-2027, der zuletzt am 27. Mai aktualisiert wurde. Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung im Juli eine Einigung über den mittelfristigen Finanzrahmen für die kommenden sieben Jahre erzielt, dieser weicht aber von der Grundlage ab, auf die die Kommission den Haushaltsentwurf für 2021 gestützt hat. Da die Kommission keinen überarbeiteten Haushaltsplanentwurf für 2021 vorgelegt hat, hat der Rat seinen Standpunkt folgendermaßen erarbeitet.

Zunächst zu den operativen Ausgaben. Der Rat hat die von der Kommission im Haushaltsplanentwurf 2021 vorgeschlagenen Beiträge grundsätzlich akzeptiert, jedoch in angepasster Form, um den Leitlinien des Europäischen Rates Rechnung zu tragen. Dem Rat ist bewusst, dass bei dieser Methode die spezifischen Ausgabenprofile einiger Programme möglicherweise außer Acht gelassen werden, und daher wird der Rat auch seinen Standpunkt neu bewerten, sobald die Kommission im Zusammenhang mit dem Berichtungsschreiben einschlägige Informationen vorlegt. Nebenbei sei erwähnt, dass der Rat das Berichtungsschreiben vor dem 31. Oktober erwartet, erhofft, um hinreichend Zeit zur Prüfung vor unserer gemeinsamen Vermittlungsperiode zu haben.

Was die Verwaltungsausgaben angeht, so wurde ein zweigleisiger Ansatz verfolgt. Erstens hat der Rat die Personalausstattung aller Organe mit Ausnahme der des Europäischen Parlaments – selbstverständlich – auf dem derzeitigen Niveau konsolidiert. Zweitens hat der Rat die Beiträge für Dienstreisen und Sitzungskosten entsprechend der durch COVID-19 bedingten Änderungen der Arbeitsmethoden aller Organe gekürzt, aber auch bei dieser Maßnahme ist das Europäische Parlament ausgenommen.

Lassen Sie mich einige Kernpunkte des Standpunkts des Rates näher erläutern. Erstens hat der Rat eine arithmetische Korrektur der von der Kommission für 2021 vorgeschlagenen Beträge bei den Mitteln für Verpflichtungen und den Mitteln für Zahlungen vorgenommen. Dies betrifft alle Programme, für die im Vergleich zu dem MFR-Vorschlag der Kommission vom 27. Mai nun ein anderer Beitrag vorgesehen ist. Die zweite Maßnahme des Rates ist eine Aufstockung der Mittel für Zahlungen um 3,6 Milliarden Euro. Damit sollen die Haushaltsauswirkungen einer Anhebung des Vorfinanzierungssatzes bestimmter Programme von 1 % auf 2 % ab dem 1. Januar 2021 aufgefangen werden. Und drittens hat der Rat die Mittel für die Zahlung für REACT-EU angepasst und für das Solvenzhilfsmittel gestrichen, nachdem beschlossen worden war, den laufenden MFR 2014-2020 nicht zu ändern. Schließlich wurde eine Haushaltslinie für die neue Brexit-Reserve festgelegt. Aus diesem Ansatz ergibt sich ein Standpunkt des Rates, der einen Betrag von 162,9 Milliarden Euro an Mitteln für Verpflichtungen und von 164,8 Milliarden Euro an Mitteln für Zahlungen vorsieht. Diese Beträge gewährleisten eine sehr gute Ausgabenentwicklung.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments, sehr geehrter Herr Kommissar, lieber Johannes, meine Damen und Herren, ich möchte abschließend feststellen, dass die heutige Aussprache meines Erachtens eine Reihe konstruktiver und offener Gespräche einleiten wird. Diese Gespräche werden es uns ermöglichen, zu einem ausgewogenen und zukunftsorientierten Kompromiss zu gelangen. Wir dürfen nicht von unseren gemeinsamen Zielen abweichen, und wir müssen unser starkes Bekenntnis zu Europa unter Beweis stellen. Ich bin überzeugt, dass wir uns innerhalb des gemeinsam vereinbarten Zeitraums auf einen Haushaltsplan für 2021 verständigen können. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, firstly I would like to congratulate the German Presidency on reaching an agreement with the Member States on the draft budget 2021 position. We understand that this is a provisional position, which more or less mechanically translates the European Council's July MFF agreement into the annual budget.

I cannot stress enough how vital it is to reach a political agreement on the MFF as soon as possible. Based on this, I understand the Council will re-evaluate its position once an agreement has been reached with Parliament and once the Commission has updated the draft budget proposal in accordance with the amending letter. Let me assure you that we will deliver the proposal for the amending letter as soon as possible after the MFF agreement, but there needs to be an agreement first. Prolonging the current framework is absolutely no substitute. Contingency arrangements would prolong uncertainty and entail further difficulties.

The Commission will of course continue to act as an honest broker to facilitate a compromise. We will work day and night if necessary to bring these negotiations to a successful outcome.

As regards Parliament's reading of the budget, we take good note of the positions expressed in Parliament's guidelines and proposals for amendments. The Commission will respond to Parliament's and the Council's proposals for amendments in detail in its executability letter, which will be presented ahead of the conciliation procedure.

On our timeline for the draft budget 2021 negotiations, let me emphasise that this year we have virtually no room for manoeuvre in our calendar and, of course, the prerequisite is the MFF agreement. Due to the delay in the MFF procedure, the Conciliation Committee cannot be convened until 17 November and, as usual, we have 21 days (which means until 7 December) to reach an agreement. I trust we all understand that this leaves no margin for failure. The agreement on the draft budget 2021 has to be found within these 21 days if we want to start 2021 with a budget in place. There will be simply no time to present a second proposal for a draft budget.

We will need to work together more actively and constructively. Both Parliament and the Council have already expressed the sincere wish to cooperate and find an agreement. I am thus confident that this is possible and I see no reason why we should fail. Our citizens rely on us to find effective solutions in this time of crisis. The 2021 budget will make a vital contribution to supporting our people and our pandemic relief activities, as well as the many other sectors that the Union budget supports. The recent rise in COVID-19 infections across Europe proves more than anything else the need to find an agreement on the MFF and ensure a functioning budget as of 1 January 2021.

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA*místopředseda*

Pierre Larrouturou, rapporteur. – Monsieur le Président, Madame la secrétaire d'État, Monsieur le Commissaire, vous le savez, nous ne pouvons pas accepter le budget que vous proposez pour l'Europe. Nous ne pouvons pas accepter les coupes que le Conseil a décidé de faire dans la santé, l'emploi, la recherche ou le climat.

Alors comment débloquer la négociation, comment arriver à un accord gagnant-gagnant, comment trouver les moyens pour financer les 15 priorités définies par le Parlement le 23 juillet. La solution c'est d'avancer de façon très concrète et très rapide sur les ressources propres. Le Conseil a déjà accepté la contribution plastique. C'est une très bonne chose, mais cela va rapporter 7 milliards par an, et cette somme devrait diminuer si les gens consomment moins de plastique. Voilà pourquoi il faut avancer aussi très vite et de façon très concrète sur les cinq autres ressources propres que demande le Parlement européen et en particulier sur la taxe sur les transactions financières.

C'est la Commission Barroso en 2011 qui avait proposé la directive relative à cette taxe et avait fait l'étude d'impact. Tout est prêt pour qu'on la mette en place. Parmi toutes les ressources propres demandées par le Parlement, c'est celle qui est la plus mûre techniquement et politiquement, et la Commission Barroso disait qu'elle pourrait rapporter 81 milliards d'euros en 2020. Le Brexit nous fait perdre 30 % de l'assiette, mais les marchés financiers vont très bien. Malgré le Brexit, malgré la crise économique, la taxe sur les transactions financières peut rapporter chaque année 50 milliards d'euros.

Cinquante milliards chaque année, c'est 50 fois plus qu'une taxe numérique, même si cette dernière est, elle aussi, une très bonne idée. Avec *Next Génération EU*, l'Allemagne devra rembourser un peu plus de 100 milliards d'euros. Si l'ensemble de la dette commune était remboursé par la TTF, l'Allemagne pourrait garder ses 100 milliards et s'en servir pour la santé et les retraites.

Si le Parlement insiste tellement pour que la TTF arrive en 2024, (cette date est encore aujourd'hui l'un des points de blocage du trilogue) c'est pour éviter de retomber dans la récession. Car en 2024, après un afflux d'argent de trois ans grâce à *Next Generation EU*, les États membres auront un peu oublié les contraintes. Et si chaque pays doit respecter les règles classiques de déficit, et si l'Union revient à un tout petit CFP, nous retomberons dans la récession. C'est pour cela que le Parlement veut que la TTF pour 2024 et non 2026, car si on a deux années de trou budgétaire, on risque très très fortement de retomber en récession, ce qui serait dramatique pour la reprise.

Par contre, si on arrive à un accord sur la TTF dans les prochaines semaines et si nous pouvons compter sur cette taxe pendant quatre ans, cela nous donnera 200 milliards de plus pour l'ensemble du CFP. Et avec ces 200 milliards, nous pourrions remonter les plafonds pour 2021 et trouver sans problème des financements dès 2021 pour les quinze priorités du Parlement.

Nous pouvons donc débloquer en même temps la négociation CFP et la négociation en 2021. Tout est prêt et la présidence allemande a dit que c'était une de ses priorités. Alors qu'est-ce qu'on attend? Vous dites que vous êtes prêt à travailler jour et nuit, Monsieur le Commissaire, Michael Roth l'a répété lui aussi tout à l'heure, donc il faut qu'on avance, tout est prêt.

Je suis rapporteur du budget. Je l'ai déjà dit et je le répète: en conscience: je ne pourrai pas voter le prochain budget si nous n'obtenons pas un accord sur les 50 milliards de plus chaque année pour le climat, la santé et l'emploi grâce à la TTF. Il faut qu'on avance, il faut qu'on débloque la négociation, voilà pourquoi je vous ai écrit pour proposer une réunion spécifique sur la question de la TTF pour débloquer la négociation en 2021 et la négociation CFP. Une réunion dont l'objet serait d'avancer vraiment sur cette demande du Parlement: taxer la spéculation pour avoir plus d'argent pour nos quinze priorités.

Je voudrais pour terminer évoquer notre ambition. Si nous avons une grande ambition pour l'Europe, une grande ambition pour nos enfants, nous devons disposer d'un budget important. Voilà pourquoi je vous propose qu'on se remette vraiment au travail sans tarder, dès cette semaine. Revoyons-nous cette semaine pour avancer et débloquent la négociation. C'est ensemble que nous construirons cette ambition et c'est ensemble que nous pourrons la financer!

Olivier Chastel, *rapporteur pour avis de la commission des budgets*. – Monsieur le Président, Madame la secrétaire d'État, Monsieur le Commissaire, comme nous le savons ce budget 2021 est particulièrement important puisqu'il est, par définition, le premier du prochain cadre financier pluriannuel. Les délais de décision, Pierre Larroust vient d'en parler, sont extrêmement serrés et le Parlement européen n'a pas à endosser la responsabilité de cet état de fait. Nous avons arrêté notre position il y a bientôt deux ans, en novembre 2018. Or, il a fallu attendre le 21 juillet de cette année pour que le Conseil se positionne en faveur de la solidarité européenne.

Il s'agit maintenant de concrétiser cette solidarité pour 2021 en allouant un budget suffisant pour assurer le fonctionnement des réformes structurelles et l'efficacité des politiques menées par l'Union. Nous ne pouvons pas décevoir nos citoyens frappés par une double crise sanitaire et économique sans précédent, avec des programmes européens au rabais. Nous avons besoin d'un budget 2021 ambitieux, qui soit en mesure de soutenir [passage manquant] durables et résilientes et qui tracent le chemin d'une souveraineté européenne sur les plans sanitaire, numérique, industriel et sécuritaire.

Le Conseil a fait le choix d'une approche arithmétique des montants proposés par la Commission pour 2021 pour plusieurs programmes basés sur la position du Conseil européen et sans dégager de vraie priorités. Les coupes effectuées dans les programmes phares de l'Union européenne clairement orientés vers l'avenir, comme la transition climatique, numérique, la santé ou la recherche compromettent d'ores et déjà les fondements même de cette relance. Les citoyens attendent que l'Union européenne leur propose une sortie de crise porteuse de projets collectifs et solidaires et seule la volonté politique permettrait de conclure un accord ambitieux juste et équilibré sur le prochain cadre financier pluriannuel.

Nous espérons vivement qu'un tel accord se dégage avant la fin octobre, pour que la Commission puisse au plus vite nous faire parvenir sa lettre rectificative qui mettra à jour ainsi sa position sur le budget 2021. Le Parlement n'a pas choisi de travailler sous la pression du temps qui nous est imposée par le Conseil. Nous l'exhortons à revoir sa position au plus vite pour nous permettre d'ajuster la nôtre avant le début de la conciliation qui s'ouvre le 17 novembre et pour 21 jours de conciliation dans un esprit constructif, ouvert, avec des échanges francs et honnêtes pour que nous puissions répondre aux attentes légitimes des citoyens européens. Nous devons pouvoir obtenir dans les meilleurs délais des montants financiers stabilisés qui nous permettent de dégager des décisions européennes porteuses d'investissements durables et de coopération humaine au service des citoyens européens.

Bettina Hagedorn, *amtierende Ratspräsidentin*. – Herr Präsident, verehrte Mitglieder des Europäischen Parlaments, meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für diesen Start in einen interessanten und – davon bin ich überzeugt – fruchtbaren Gedankenaustausch.

Die heutige Aussprache zeigt, dass wir trotz in Einzelpunkten unterschiedlichen Auffassungen ein gemeinsames Ziel verfolgen, nämlich einen soliden Haushaltsplan für 2021 aufzustellen.

Lassen Sie mich wie folgt auf die Anliegen aus Ihren Reihen eingehen: Viele Einwände, die uns zur Ratsposition erreichen, betreffen die Vorgehensweise des Rates bei der Erstellung seiner Ratsposition zum Haushaltsplanentwurf 2021. Dieser arithmetische Ansatz des Rates ist linear und berücksichtigt noch nicht die möglicherweise schnelleren Umsetzungspläne bestimmter Programme wie das Instrument für Nachbarschaft, für Entwicklungszusammenarbeit und für internationale Zusammenarbeit.

Der Rat ist bereit – wie ich bereits zu Beginn der heutigen Aussprache gesagt habe –, diese fachlichen Details im Rahmen der Vermittlung auf Grundlage des noch ausstehenden Berichtungsschreibens der Kommission zu klären.

Die Personalausgaben haben wir im Einklang mit unserem Ansatz zur Stabilisierung des Personalbestands gekürzt; die von verschiedenen Institutionen vorgeschlagenen Erhöhungen lassen sich unserer Auffassung nach durch Umschichtungen bewerkstelligen.

Betonen möchte ich, dass diese Einsparungen keinerlei Auswirkungen auf die individuellen Gehälter etwa hätten.

Zur vorläufigen Kürzung von 140 Stellen bei der Kommission: Wir sind offen für die Vorschläge der Kommission.

Zu der Frage, wie der zusätzliche Bedarf bei den dezentralen Agenturen unter Berücksichtigung unseres Standpunktes zur Stabilisierung des Gesamtpersonalbestands gedeckt werden kann: Die Kürzung der Reise- und Dienstreisekosten um 10 % ist aus unserer Sicht allein schon dadurch begründet, dass es nicht nur 2020, sondern auch noch 2021 weniger Sitzungen, Konferenzen und sonstige Veranstaltungen geben wird, die eine physische Präsenz erfordern. Denn wir werden sicherlich noch eine Weile an dem, was wir an Videokonferenzen machen, festhalten.

Aus den Reihen des Parlaments wurde das Anliegen an uns herangetragen, die Nomenklatur des Haushaltsplans, insbesondere in Rubrik 6 anzupassen. Es mag sich um eine sehr technische Frage handeln, aber die Haushaltsstruktur berührt in der Tat den Kern der Rolle, die uns, dem Europäischen Parlament und dem Rat als Haushaltsbehörde, zukommt.

Wir werden alle offiziellen Vorschläge des Europäischen Parlaments prüfen, wenn wir das Mandat des Rates für unsere abschließende Vermittlung vorbereiten.

Lassen Sie mich nun auch noch kurz auf die aufgeworfenen Fragen zum Komplex des mehrjährigen Finanzrahmens und des Eigenmittelsystems eingehen. Wie bereits zu Beginn gesagt, beraten unsere drei Institutionen diese Fragen in einem anderen Kontext. Der Rat wird demnächst einen neuen Eigenmittelbeschluss annehmen, der eine neue Eigenmittelkategorie auf der Grundlage von Verpackungsabfällen aus Kunststoff enthalten wird.

Ferner hat der Europäische Rat die Kommission aufgefordert, im ersten Halbjahr 2021 Vorschläge für ein CO₂-Grenzausgleichssystem und eine Digitalabgabe vorzulegen. Schließlich wird die Union im Laufe des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens auf die Einführung anderer Eigenmittel hinarbeiten, zu denen auch eine Finanztransaktionssteuer gehören kann.

In der Position des Rates wird nicht auf die Auswirkungen des Instruments „Next Generation EU“ auf Unionsprogramme eingegangen, da es sich bei den für Ausgaben zu verwendenden Beträge um externe, zweckgebundene Einnahmen handelt. Wir teilen jedoch die Auffassung des Europäischen Parlaments, dass der Haushaltsbehörde eine größere Rolle in Bezug auf externe, zweckgebundene Einnahmen zukommen sollte, um eine angemessene Kontrolle und Beteiligung an der Verwendung dieser Einnahmen zu gewährleisten. Hieran arbeiten wir derzeit bekanntlich auch gemeinsam.

Lassen Sie mich nun abschließend sagen, dass ich dem Standpunkt des Europäischen Parlaments zum Haushaltsplan 2021 entgegenstehe. Viele dieser Punkte werden sicher aufgegriffen und damit zum Gegenstand der Vermittlung gemacht. Wir können uns darauf verlassen, dass die Kommission – Johannes – als ehrlicher Makler handeln wird, um mögliche Differenzen zwischen unseren Positionen zu überbrücken und ausgewogene Kompromisslösungen vorzuschlagen.

Europa als Ganzes braucht einen Haushalt, der den Bedürfnissen seiner Bürgerinnen und Bürger gerecht wird und das Vertrauen in eine bessere Zukunft – gerade in diesen schwierigen Zeiten – stärkt.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit vollem Einsatz seitens des Europäischen Parlaments, der Kommission wie auch unsererseits rechtzeitig zu einer Einigung gelangen können. Darum nochmals vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

President. – The debate is closed.

I'd like to inform Members that, due to the partial unavailability of interpreters from Malta and Ireland because of the travel limitations, there will only be passive interpretation from Maltese and Gaelic to other languages guaranteed from 20.00 to 22.30.

Written statements (Rule 171)

Marco Zanni (ID), per iscritto. – Ancora una volta, anche quest'anno, ci troviamo a discutere un bilancio sconfacente, che non fornisce risposte concrete ai veri problemi dei cittadini, nemmeno a fronte della terribile crisi prodotta dalla pandemia di Coronavirus.

L'Italia, che ricordo essere un importante contributore netto al bilancio dell'UE, non ha bisogno di sentire gli ennesimi slogan che si ripetono oramai da anni, grazie ai quali questa Europa sembra perfetta in qualsiasi momento, quando in realtà non lo è affatto.

Come si può perseverare nei consueti errori, che da anni oramai vedo? I soliti sprechi amministrativi, gli identici sperperi di denaro dei contribuenti, le stesse promesse di solidarietà che poi non si mantengono. Stiamo discutendo un bilancio che, tanto per cambiare, non dà segni di razionalizzazione delle proprie spese. Le imprese europee stanno chiudendo per la crisi in corso e intanto i costi di questo Parlamento aumentano.

Per non parlare del rinnovato sostegno alla Turchia, per cui sono previsti ancora fondi UE nonostante nelle ultime settimane abbia dimostrato, nuovamente, quanto non rispetti gli Stati membri del Mediterraneo orientale.

Il bilancio delle istituzioni non è altro che la strategia politica dell'UE declinata in cifre. E guardando ogni anno i numeri proposti, ho sempre più la conferma di quanto questa Europa debba essere rivista, insieme alle sue priorità.

23. Frauen in Entscheidungspositionen in Leitungsgremien von Unternehmen und aktueller Stand der Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Council and Commission statements on women in decision making on company boards, including the state of play on the directive on improving the gender balance among non-executive directors of companies listed on stock exchanges and related measures (2020/2808(RSP)).

I would like to inform Members that for all the debates of this part-session there will be no catch-the-eye procedure and no blue cards will be accepted.

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Ich bin Ihnen dankbar, auch an dieser Aussprache teilnehmen zu dürfen, weil die Gleichstellung der Geschlechter, Geschlechtergerechtigkeit einer der Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist. Wir haben uns dazu entschlossen, vor allem zwei Schwerpunkte in den Mittelpunkt der kurzen Präsidentschaft zu rücken. Das ist die nach wie vor massive Ungerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf den *Gender Pay Gap*, der im Durchschnitt der Europäischen Union 14,8 % beträgt – in meinem Heimatland sogar deutlich über 20 %. Das ist mit unseren Vorstellungen von gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort nicht vereinbar.

Ein weiterer Punkt ist die nach wie vor dramatisch hohe Gewalt gegenüber Frauen. Auch hier wollen wir entsprechende Initiativen unterstützen. Und das führt mich zu dem Thema, das nun schon seit 2017 im Rat liegt, ohne dass es irgendeinen substantiellen Fortschritt gibt. 2017 unter der maltesischen Ratspräsidentschaft von Kommissarin Dalli hat man den letzten Versuch unternommen, bei *Women on Board* zu einer Einigung zu kommen. Wir alle teilen hier ein gemeinsames Interesse: Die gläserne Decke muss zerbrochen werden.

Wir haben hier in der politischen Sphäre erhebliche Fortschritte erzielt, aber wir sind auch hier von Geschlechterparität in den Parlamenten noch entfernt. Wir haben hier im Europäischen Parlament einen Frauenanteil von 38 %. Das ist noch nicht ausreichend, weil nun mal die Hälfte unserer Gesellschaft Frauen sind, die einen selbstverständlichen Anteil an Repräsentativität besitzen.

Wir haben es mit zwei gefährlichen Formen der Segregation zu tun. Das eine ist die horizontale und das andere ist die vertikale Segregation. Es gibt nach wie vor Branchen in unserer Gesellschaft, in der Männer das Sagen haben. Vor allem im Bereich Technologie und Wirtschaft, aber nach wie vor auch in der Wissenschaft und im Mediensektor ist der Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert. Und dann haben wir eine andere Segregation in der Weise, dass Männer nicht bereit sind, in bestimmten Bereichen, die im Übrigen in der Regel deutlich schlechter bezahlt werden, Verantwortung zu übernehmen. Das ist die familiäre Fürsorge, das ist der Gesundheits- und Pflegebereich, wo Männer nach wie vor faktisch kaum eine Rolle spielen. Deswegen ist der Punkt *Gender Pay Gap* so wichtig, weil es in der Regel auch Berufe sind, die deutlich schlechter bezahlt werden. Und da sagen Männer oft: Nein, da wollen wir uns nicht engagieren.

Sie wissen um die Position meiner Regierung. Ich stehe aber hier nicht als Vertreter der Bundesregierung, sondern ich vertrete hier den Rat. Deswegen sichere ich Ihnen allen nochmals zu, dass wir uns trotz der kontroversen Diskussionen in meiner eigenen Regierung als ehrlicher Makler verstehen, zumal ich Ihnen erklären kann, dass gesetzliche Vorgaben etwas Positives bewirken. Wir haben nämlich im Bereich Führungspersönlichkeiten in der Wirtschaft eine Quote eingeführt, die zumindest dazu geführt hat, dass ein Drittel der Positionen in den Aufsichtsräten von Frauen besetzt werden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. In den Vorständen, wo es noch keine gesetzliche Regelung gibt, liegt der Anteil leider immer noch bei deutlich unter 10 %.

Insofern hoffe ich, dass wir jetzt auch nochmal durch eine intensive Beratung und auch durch eine Unterstützung des Engagements von Frau Kommissarin Dalli einen großen Schritt nach vorne machen können, damit die Europäische Union auch hier deutlich machen kann, dass sie in Fragen von Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung Benchmarks auf der internationalen Ebene zu setzen vermag. Und wir als deutsche Ratspräsidentschaft werden hier unserer Verantwortung als Makler und als Brückenbauer im Rat gerecht werden.

Helena Dalli, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members of Parliament, thank you for putting this important topic of women in corporate decision-making on the agenda today. I am grateful for your continued strong support to our fight for gender equality, non-discrimination and inclusion for all EU citizens. I'm equally grateful for the support you are showing these days on moving the Commission's proposal for the directive on gender balance on corporate boards of listed companies forward. We urgently need progress on this file, now more than ever.

Progress regarding female representation on corporate boards and business leadership positions remains very slow and uneven across the EU. The figures from the Gender Equality Index of the European Institute for Gender Equality are of concern. They clearly show that we need urgent action. On average, only around 28% of board members of the largest publicly-listed companies registered in the EU are women, and women still only account for 8% of CEOs. These are not the numbers of a gender-equal Europe, nor does it reflect the talent available. Beyond being a matter of equality or lack thereof, this is a clear waste of human capital. Evidence shows that a broad range of talents and skills in the boardroom contributes to better decisions, better corporate governance, and public trust in business. This is what drives economic growth.

Despite their capabilities and educational achievements, women continue to struggle against long-held and systemic entry barriers into corporate boards and leadership positions. We need to ask why.

One major obstacle is the lack of transparency in the selection process and qualification criteria, and this is what the Commission's proposal aims to address. I must be clear again on this point. The Commission is not imposing binding gender quotas. What the proposal does instead is to require the establishment of transparent procedures for the selection of board positions in the largest EU-listed companies to address the gender imbalance.

Such an approach places qualification and merit of candidates as the main criterion for board membership. With this approach, which places qualification and merit upfront, it is hard to understand why we are not managing to adopt this directive.

I regret to say that, after 8 years, we still are waiting for a general approach in Council. At the same time, this Commission has put equality high on the political agenda. The Commission is striving to lead by example. For the first time in its history we are closest to a gender-balanced college.

The Commission has also just adopted new measures to reinforce gender equality at all levels of management within the Commission. The objective to unblock the negotiations is one of my core tasks. It is also a priority. It is also a priority action in the gender equality strategy for 2020-25, which we adopted earlier this year.

The Commission has been engaged in discussions with opponents and supporters of the initiative. Our message is clear: the adoption of the directive would represent a major step forward in our fight for gender equality in Europe. It would send a strong, clear message to the EU citizens and beyond: the European economy makes the best use of all its talent.

Some voices try to depict this proposal as a burden on companies. Experience shows that it is not. On the contrary, it is a tool bringing concrete benefits to European and national economies. I count on your continued support on this file and to make Europe a continent where women have the same opportunities as men to reach their full potential.

Angelika Niebler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich finde es gut, dass diese Anfrage heute an den Rat gerichtet wurde. Ich möchte mich bei Kollegin Evelyn Regner ganz herzlich bedanken, die diese Initiative ja auch ergriffen hat.

Geschlechtergleichheit, Geschlechtergerechtigkeit, das ist eines der wichtigsten Themen, die wir hier in der Europäischen Union haben. Egalität ist eines unserer zentralen Prinzipien in der Europäischen Union. Und wenn ich so sehe, wie sich die Situation von Frauen in den Mitgliedstaaten entwickelt hat, dann kann ich nur sagen: Es gibt sehr, sehr viel zu tun.

Die Richtlinie hat einen hohen Symbolcharakter. Es reicht natürlich die Richtlinie alleine nicht, ich glaube, der *mindset* muss sich auch ändern. Aber die Richtlinie hat auch ihre Bedeutung.

Die Situation von Frauen hat sich – gerade in Corona-Zeiten –, glaube ich, nicht verbessert, sondern ganz im Gegenteil, sie hat sich eher verschlechtert. Wenn ich sehe: In meinem Heimatland sind die Berufe der Frauen – also die Berufe, in denen viele Frauen sind – als systemrelevant eingestuft worden. Ohne alle unsere Frauen in den Kliniken, in den Pflegeheimen, in den Schulen, in den Kitas, in den Supermärkten und und und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wären wir durch die Krise bislang nicht so gut hindurchgekommen. Wertschätzung war da, aber das war es dann auch. Aber das reicht natürlich nicht. Es muss ein Ruck durch die Gesellschaft gehen, dass hier Frauen eben auch Chancengleichheit haben und gleichberechtigt sind.

Ich habe eine Frage an die Kommission, weil es ja aufgegriffen worden ist, dass diese Richtlinie seit vielen Jahren im Rat auf Eis liegt. Ich weiß aus den Debatten, die wir im Rechtsausschuss über Monate hatten, dass das Thema Rechtsgrundlage eines der Themen war – neben der politischen Debatte –, dass viele gesagt haben – auch Deutschland –, das ist eine Verletzung der Subsidiarität. Daher frage ich noch mal nach: Was hat man unternommen – auch seitens der Kommission –, um das Thema Rechtsgrundlage noch mal hier abzuräumen? Weil das ist, glaube ich, auch der Nukleus, um den sich alles dreht.

Evelyn Regner, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, women are an asset, an asset in every company when they are also on the board.

The most successful companies are those with the most diverse board of directors. Yet there are still too few, and we know voluntary measures are not enough. We need binding measures. We need binding quotas – they are key. Only then will women have a fair chance.

We have the newest European Institute for Gender Equality (EIGE) data from June 2020. Countries with a binding quota have about 10% more women on boards than in countries with only voluntary measures – and that's what we see. And countries which did nothing, they have almost no progress.

And yet we know, for so many years already, this 'women on boards' directive has been blocked in the Council. And so therefore, we say: we don't accept, in the European Parliament, this snail's pace. We need to speed up in order really to have equal chances.

Therefore my question to the Council: what are you doing? What are you really doing? Because we want to progress. And we see it in these days, the Council also nominates again two men for the European Central Bank. Okay, this is another issue. But we really have to speed up, so please take this on board. We, the European Parliament, we don't give up.

(Applause),

Samira Rafaela, namens de Renew-Fractie. – Voorzitter, het glazen plafond bestaat, of misschien zeggen we inmiddels beter: het betonnen plafond bestaat. Al jaren schiet het niet op met de richtlijn “Women on Board” omdat het vastloopt in de Raad. Lidstaten, inclusief die van mijzelf, Nederland, blijven weigeren om voor deze richtlijn te stemmen. Bang voor het subsidiariteitsbeginsel – altijd een makkelijk excuus – terwijl de lidstaten en de bedrijven juist veel ruimte krijgen om deze richtlijn naar eigen invulling tot een succes te brengen.

Het 40 %-criterium uit de richtlijn “Women on Board” is niet veel gevraagd. Wat is er mis met een evenredige verdeling van verantwoordelijkheden tussen mannen en vrouwen? Waar het voor mannen een gegeven is, moeten we het voor vrouwen kwantificeren in cijfers. We zeggen tegen vrouwen: jullie zijn goed, maar niet meer dan 33 %. Wij willen gelijke kansen, ook aan de tafels bij de raden van bestuur. En voor de lidstaten die niet willen meewerken, regel het dan ook echt: cijfers liegen niet, en jullie zijn er nog niet.

De coronacrisis laat zien hoe onmisbaar het leiderschap en de inzet van vrouwen in de frontlinie maar ook op topposities is. Meer dan ooit is duidelijk geworden dat we aan tafel nodig zijn, maar niet op de stoel aan die tafel worden benoemd. Jonge vrouwen die nu opgroeien in Europa hebben rolmodellen nodig, rolmodellen die hen laten zien dat zij ook de top kunnen bereiken. Maar ze moeten er ook op vertrouwen dat er genoeg vrouwelijke leiders zijn die hun toekomst veiligstellen. Het stelselmatig uitsluiten van vrouwen in topposities binnen bedrijven die dagelijks van invloed zijn op onze toekomst, is ronduit dom.

In de Europese Unie maken wij er een belangrijk speerpunt van: gelijkheid tussen man en vrouw. Maar de lidstaten zijn bang: bang om nationale politieke partijen tegen het verkeerde been te schoppen, bang om zogenaamd kiezers te verliezen en bang om naar de eigen volksvertegenwoordiging in de EU te luisteren. Dat allemaal over de rug van vrouwen.

De economische positie van vrouwen verbeteren en de invloed van vrouwen vergroten kan door akkoord te gaan met de richtlijn “Women on Board”. Wees onderdeel van de oplossing en stem voor de richtlijn.

Christine Anderson (ID). – Herr Präsident! Ein jedes Unternehmen handelt so, dass es seinen Gewinn maximiert. Dies gilt natürlich auch für Stellenbesetzungen. Wenn also eine Frau für eine Stelle geeigneter ist als ein Mann, dann liegt es im ureigensten Interesse des Unternehmens, diese Frau einzustellen und den Mann eben nicht. Aber darauf verlässt sich die Kommission nicht. Stattdessen drangsaliert die Kommission die Mitgliedstaaten jetzt mit ihrem hochnotpeinlichen politisch korrekten Frauenquotengedöns.

Aber wieso beschränkt sich die Forderung eigentlich nur auf Frauenquoten in Führungspositionen? Wieso fordern wir nicht auch Frauenquoten bei Bauarbeitern, LKW-Fahrern oder Kanalarbeitern? Kein Wunder, dass immer mehr Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländer abwandern, in denen sie frei von ideologischem Schwachsinn unternehmerisch sinnvolle Entscheidungen treffen können. So wird am Ende der Markt regeln, was die Kommission zu erzwingen versucht. Wenn dann am Ende Männer und Frauen gleichermaßen arbeitslos sind, können sie ja im Bereich der Transferleistungen ihre Geschlechterparität herstellen. Im Rahmen der EU-Arbeitslosenversicherung findet sich da sicherlich was.

Nein, es bleibt dabei: Frauenquoten sind staatlich zelebrierter benevolenter Sexismus. Eine staatlich erzwungene Frauenquote bringt zum Ausdruck, wogegen Frauenbewegungen der Vergangenheit zu Recht gekämpft haben – nämlich das Frauenbild, dass Frauen offenbar zu schwach sind, um im Job erfolgreich zu sein, und deswegen der Unterstützung der Staatsgewalt bedürfen.

Mit Ihrer Forderung nach Frauenquoten helfen Sie Frauen nicht. Im Gegenteil: Sie offenbaren damit in beschämender Art und Weise Ihre erbärmliche, herablassende, anmaßende und patronisierende Haltung gegenüber Frauen. Die Chauvinisten und Machos dieser Welt lassen die Sektkorken knallen. Die EU-Kommission unter Führung einer Frau bestätigt höchst offiziell das chauvinistische Frauenbild – na bravo!

Ernest Urtasun, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, my colleague Manon Aubry just pointed out to me that in such an important debate for gender equality we have, like, 25 speakers, and only Mr Roth and I are men in that debate. I think this is really shameful and I would like to say that that we need women on board, but I think we need more men on board in those debates as well. Having said so, I think that we absolutely need to unblock that directive: it's about time. We have had time since 2012 for this, and I would like to say that now we also have the experience of countries that have established those kinds of quotas and that it has actually worked. Look at Norway: Norway has at the moment, thanks to quotas, 35% of women on boards, while in some Member States we don't reach even 10%. So now it's about time that we do that. Also I think that in order to put gender equality at the top of the agenda when a lot of women are suffering inequalities now during the pandemic, EU institutions need to send a clear message that we take that seriously.

I know that the Presidency is committed to unblock that, and I know that around 18 Member States are already convinced. I can only say to the German Presidency: please try to unblock that file and make that file a reality by the end of the year.

Margarita de la Pisa Carrión, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, señorías, señora comisaria Dalli, ¿por qué está usted hoy aquí? ¿Es por sus méritos o tenemos que pensar que es por cumplir con una cuota? Cuando la mujer se incorporó al mercado laboral, tuvo la libertad de elegir las profesiones. Ocho de cada diez sanitarios europeos son mujeres. ¿Es esto desproporcionado? ¿Inventamos ahora una cuota para favorecer la presencia masculina?

Esto carecería de sentido común. Desde las instituciones europeas nos amenazan con sanciones, legislación dura, para tenernos controlados y teledirigidos en sus objetivos ideológicos. Pero no aterrizan en las preocupaciones reales de la gente. Los problemas son diferentes en cada país, en cada empresa o en cada familia. No pueden ser solucionados por cuotas preestablecidas, que está demostrado, además, que es que no funcionan.

Si quieren ayudarnos, si quieren ayudar a las mujeres de verdad, no nos consideren estadísticas ni nos exijan imitar a los hombres. Valórennos por lo que somos, mujeres, madres y excelentes profesionales. No necesitamos que ustedes discriminen a nadie para poder brillar.

Έλενα Κουντουρά, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, το ζήτημα της ισότητας των φύλων στη λήψη οικονομικών αποφάσεων είναι σήμερα πιο επίκαιρο από ποτέ. Δεν αποτελεί μονάχα αίτημα κοινωνικής δικαιοσύνης, αλλά είναι ζωτικό στοιχείο της οικονομικής ανάκαμψης που τόσο έχει ανάγκη η Ευρώπη. Είναι όμως προφανές ότι οι γυναίκες δεν θα εμφανιστούν στα διοικητικά συμβούλια αυτόματα και τα εθνικά εθελοντικά μέτρα που λαμβάνονται μέχρι σήμερα σε ορισμένα κράτη μέλη δεν αρκούν ώστε να κάνουμε τη διαφορά στην ευρωπαϊκή επιχειρηματική κοινότητα.

Είναι πράγματι οξύμωρο ότι, ενώ τα επίσημα ευρωπαϊκά στοιχεία αποδεικνύουν ότι οι ευρωπαϊκές εταιρείες αποδίδουν καλύτερα όταν υπάρχει υψηλή εκπροσώπηση και των δύο φύλων στα διοικητικά συμβούλια, οι γυναίκες εξακολουθούν να αποτελούν περίπου το ένα τέταρτο των μη εκτελεστικών διευθυντών και μόλις το 8% είναι γυναίκες διευθύνοντες σύμβουλοι στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Γι' αυτό πρέπει να συνεχίσουμε να πιέζουμε από κοινού, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και η Επιτροπή, για να ξεπεραστεί το αδιέξοδο στο Συμβούλιο και να εγκριθεί άμεσα η προτεινόμενη οδηγία για τη συμμετοχή των γυναικών στα διοικητικά συμβούλια των εταιρειών, που έχει παγώσει από το 2013.

Arba Kokalari (PPE). – Herr talman och kollegor! Att kvinnor och män ska ha samma valmöjligheter och frihet att forma sitt eget liv och sin framtid, ja, det är grunden i ett demokratiskt och jämställt samhälle, men tyvärr är vi inte där i dag. Ändå reduceras jämställdhetsdebatten till en enda symbolfråga: kvotering i privata bolagsstyrelser. Har vi inte kommit längre än så här? Att kvotera ett fåtal, en extrem liten andel, den högsta eliten. Det kommer inte att lösa de jämställdhetsproblem som 250 miljoner kvinnor runt om i Europa upplever.

Studier har faktiskt visat att där man har tillämpat kvotering i bolagsstyrelser är det alltid samma kvinnor som får fler uppdrag, inte fler kvinnor som får uppdrag. Däremot i bolag som uppnår jämställdhet på frivillig grund, där är bolaget mer välmående, har högre avkastning och har fler kvinnor i toppen. Ska vi angripa jämställdhetsproblemen måste vi ha fler kvinnor som jobbar, fler kvinnor som blir ekonomiskt självständiga – att vi uppmuntrar fler kvinnor att äga och att fler kvinnor får leva fritt från våld.

För jag vet en hel generation unga kvinnor som är ambitiösa och drivna, som vill visa vad de går för, och de vill inte bara sitta i bolagsstyrelser; de vill leda bolagen. Så låt oss inte slå undan benen för de här unga kvinnorna, och inte införa kvotering och reducera deras ambitioner till deras kön.

Lara Wolters (S&D). – Mr President, seven years of inaction have given us more evidence of what we essentially already knew, which is that self-regulation and laissez-faire ultimately fail to bring more diversity to our boardrooms.

Today the four countries in the EU with a binding quota have 23.6 percentage points more women on non-executive boards than those 11 with no rules whatsoever. Not only is that at odds with gender equality, a core principle of the EU of course, it's also a waste of talent, and not only is it a waste of talent, it's a bad business case because we know that diverse companies do better.

Parliament understood this seven years ago, the Commission understands this and the majority of Member States today understand this. There are of course a few sad exceptions and my country and yours, Mr Roth, are amongst them. But I urge you again – and you said it very well – I urge the German Presidency, and not Germany, to take leadership here at last and to fulfil its political, its moral and its institutional duty to us all.

Monica Semedo (Renew). – Mr President, looking at our EU financial institutions you can see that governing boards are male-dominated. That is why I co-authored the Renew Europe principles to help achieve gender balance in the nomination process.

This problem is mirrored in the private sector where women face the same barriers. We should encourage companies to promote diversity and they should choose the best qualified candidates, and honestly speaking, I would not like to be appointed only because I'm a woman, because I'm young or because I'm black. So in order to have more qualified female candidates, we have to foster financial and entrepreneurial skills from an early age.

I urge the Commissioner, it's time to get rid of outdated views in our society and work towards a future where women – and men – truly have the same opportunities.

France Jamet (ID). – Monsieur le Président, mes chers collègues, cette directive européenne sur l'équilibre entre les hommes et les femmes dans les conseils d'administration est probablement l'un des documents les plus aberrants qu'il m'ait été donné de lire.

Vous nous expliquez qu'il faut imposer aux entreprises des quotas au motif «que les conseils à dominance masculine risquent nettement plus d'être marqués par un conformisme étiqué». Je n'aurai pas le temps de discuter ici de la forme: le principe absurde des quotas. Mais je reviendrai sur le fond. Selon vous, le conformisme a un sexe. L'ouverture d'esprit, l'intelligence, l'empathie, etc. auraient un sexe. Eh bien, en matière de stéréotypes discriminants, vous vous posez bien là!

Mes chers collègues, l'économie européenne est en train de s'écrouler, le monde est de plus en plus dangereux, les grosses sociétés cotées en bourse nous flouent, délocalisent, font pression sur les gouvernements, pratiquent le dumping fiscal, social, environnemental et mettent des milliers de gens, d'hommes et de femmes, au chômage. Et tout ce qui vous intéresse, c'est le sexe des décideurs au sein des conseils d'administration...

Je ne vois pourtant pas plus d'anticonformisme, ni d'ailleurs de succès dans la politique d'austérité mondialiste imposée par M^{me} von der Leyen ou M^{me} Merkel. Vous voyez bien que la diversité des sexes n'entraîne pas mécaniquement la diversité des idées.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, it is beyond doubt that diversity of company boards is an asset, because diversity means that the board members have different views, different backgrounds, different experiences. So, the question then is why was diversity of company boards then doing better than it is today? I believe that one problem is hidden criteria for the selection of board members, where still the stereotype is a certain type of white man, and this should now be broken somehow. We have seen, for instance, in Finland, which has so far chosen the way of self-regulation, that you come to a certain degree: you can have 29% of women on listed company boards, but you won't get that further with self-regulation. I believe that we should not be satisfied with that low number, and that's why we need this European regulation. I also very much believe that, because women are barely represented in those committees in companies which actually choose board members, this has to be corrected. In Finland, only 14% are women on this kind of body in companies.

Manon Aubry (GUE/NGL). – Monsieur le Président, cela fait sept ans, sept ans, que notre Parlement a voté pour l'augmentation obligatoire de la part des femmes dans les conseils d'administration, alors qu'elles sont largement sous-représentées. Sept ans pour obtenir un maigre objectif de 40 % de femmes, et combien d'années encore avant la parité. Sept ans que les incitations non contraignantes échouent faute de régulation. Sept ans que nous tentons d'imposer l'évidence, sauf à considérer que les femmes sont par essence moins capables que les hommes. Sept ans que le Conseil européen fait le mort et que se sont succédés, entre temps, trois mandats de députés européens ici. Sept ans de perdus parce qu'une poignée de machos refusent de bouger le petit doigt. Sept ans de perdus parce que, comme toujours, les droits des femmes passent en dernier et sont considérés comme un détail négligeable. Sept ans de perdus parce que quelques hommes s'accrochent obstinément à leur cercle de pouvoir.

Alors je vous le demande, puisque sept ans ne vous ont pas suffi pour la parité dans les conseils d'administration, combien de siècles faudra-t-il encore avant la revalorisation des métiers féminisés, l'égalité salariale entre les femmes et les hommes, l'égalité devant la parentalité? Je vous le dis tout de suite, nous n'attendons pas plus et surtout pas sept ans pour réaliser l'égalité qui nous est due.

Cindy Franssen (PPE). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, geachte collega's, in het post-coronatijdperk is het van groot belang dat we vrouwen aan boord houden, zowel letterlijk als figuurlijk. Figuurlijk, want het waren de vrouwen die overwegend in de frontlinie stonden om het virus te bestrijden, maar ook letterlijk aan boord brengen, door vrouwen een stem te geven in de raden van bestuur van beursgenoteerde bedrijven.

Anno 2020 blijven vrouwen nog steeds ondervertegenwoordigd. Slechts drie op tien leden van de raden van bestuur zijn vrouwen. In sommige lidstaten is dit minder dan één op tien. En slechts 7,5 % van de CEO's zijn vrouwen. Landen als Frankrijk en België tonen aan dat goede wetgeving wel degelijk het verschil maakt.

Meer vrouwen in de raad van bestuur betekent een boost, een verrijking van bedrijven. Dit blijkt uit talrijke studies van de ILO en de OESO. Dit talent, deze bron van expertise en creativiteit, moeten we nu aanboren.

Er is dringend nood aan een andere bedrijfscultuur, waar vrouwen en mannen samen het heft in handen nemen. We moeten streven naar een samenleving waar quota niet nodig zijn en een gelijke vertegenwoordiging een evidentie is. Maar zolang dit niet het geval is, hebben we nood aan duidelijke wetgeving. Het wordt dan ook tijd dat de lidstaten in de Raad aan één zeel trekken, het dossier uit de diepvries halen en de EU à point maken voor gendergelijkheid, ook in de raden van bestuur.

Maria Noichl (S&D). – Herr Präsident! Die *Women-on-boards*-Richtlinie ist so etwas wie ein Hustensaft – ein Hustensaft für eine Gesellschaft, die nicht in der Balance ist. Sie ist nicht in der Balance, wir alle wissen es. Dieser Hustensaft soll helfen, dass Balance eintritt, wo momentan Unwucht herrscht.

Dass Männer immer wieder Männer auswählen, wenn Positionen besetzt werden, da wird nach dem Ähnlichkeitsprinzip gearbeitet. Aber das bringt uns als Gesellschaft nicht weiter.

Ich möchte ganz bewusst als deutsche Rednerin heute den Elefant im Raum benennen, der mir noch zu kurz kam: Es ist auch Deutschland, es ist auch mein Land, das die *Women-on-boards*-Richtlinie blockiert. Ich möchte es hier ganz konkret sagen: Es ist Angela Merkel, die sie blockiert.

Ich wünsche mir – und ich hoffe, sie hört die Rede morgen, sie hört sie nach –, ich wünsche mir von Angela Merkel, dass sie den Fuß vom Bremspedal der *Women-on-boards*-Richtlinie nimmt. Ich wünsche mir, dass sie vorangeht, dass sie als momentane Chefin innerhalb der Ratspräsidentschaft deutlich macht: Es ist ein Zeichen von Respekt, wer Frauen die Partizipation gibt – an jeder Stelle. Es ist ein Zeichen von Respekt. Den haben wir uns verdient.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE). – Señor presidente, hace veinticinco años, en China, el mundo hizo una promesa: la igualdad de derechos entre hombres y mujeres y la igualdad para todas las mujeres y niñas del planeta.

También está en nuestra esencia, en la Unión Europea, la igualdad de oportunidades entre hombres y mujeres: es el reflejo realmente de lo que somos. También lo recoge la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión; las propias Naciones Unidas han alentado, para poder conseguir un equilibrio en la toma de decisiones, a tomar iniciativas y a adoptar medidas temporales para poder acelerar este proceso. También está la Estrategia para la Igualdad de Género 2020-2025. Y también la Comisión del Mercado de Valores revisó el código de buena conducta para poder acelerar ese equilibrio en los puestos de decisión.

No contar con las mujeres en los consejos de administración no ejecutivos de las empresas que cotizan en bolsa es perder el crecimiento económico, es perder la prosperidad y perder la competitividad. Contar con ellas fortalece la democracia, fortalece el Estado de Derecho, fortalece el correcto funcionamiento de esta democracia y, además, reduce de manera considerable la brecha salarial y la brecha laboral.

Qué duda cabe de que hay que aprovechar, en ese mundo, toda la diversidad, todos los talentos y todas las capacidades de todos los hombres y de todas las mujeres. Necesitamos un liderazgo inclusivo para los nuevos desafíos, no solamente el demográfico. Los nuevos desafíos necesitan inclusividad, innovación, sostenibilidad.

Somos líderes en igualdad de género en la Unión Europea porque, de los veinte países líderes, hay catorce que son Estados miembros, pero todavía ninguno ha tenido la plena inclusión. Por lo tanto, animo a la Comisión a coeducar, a romper estereotipos, a animar a las mujeres a que sean emprendedoras y a conseguir un mundo más justo.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhor Presidente, em 2017, em Portugal havia 12% de mulheres nos órgãos de administração das empresas cotadas em bolsa. Nesse mesmo ano aprovámos, no nosso Parlamento, uma lei que obrigava a cotas e, em 2019, a percentagem de mulheres era de 22% em cargos executivos.

Recordo os argumentos invocados contra a lei, que não havia mulheres competentes, em particular para as empresas do setor financeiro – a avaliar pela crise de 2008 os homens também não mostraram grande competência –, que as mulheres não tinham experiência de direção, mas se não ocupam os cargos como podem ter experiência? Que as mulheres não estavam disponíveis, mas como lhes terá sido feito o convite? Vá lá, pense bem, isto é difícil e os seus filhos vão precisar de si, não vai dar cabo da sua vida pessoal. E, finalmente, que avançaríamos na mesma sem cotas, por diálogo e autorregulação, o que sabemos não ser verdade.

É tempo de ultrapassar este impasse. Desejo que o faça a Presidência alemã, mas se isso não acontecer, espero que a Presidência portuguesa se inspire no seu próprio caso de sucesso e encontre a maioria necessária para vencer este bloqueio que já dura há demasiado tempo.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Myślę, że wstydem jest, że dyrektywa utknęła na kilka lat w Komisji. Wstydem jest, że w XXI wieku są politycy, którzy uważają, że miejsce kobiety jest w domu. Wstydem jest, że kobiety, które osiągnęły sukces – często dzięki wsparciu innych kobiet – dzisiaj o tych kobietach zapominają.

Badania pokazują, że firmy, gdzie jest co najmniej 30% kobiet w zarządach, osiągają lepsze wyniki finansowe i są mniej podatne na kryzys. I wszyscy wiemy i widzimy, że wiele kobiet, chociaż są lepsze od mężczyzn, często nie ma szans na zajęcie stanowiska kierowniczego właśnie z powodu tradycyjnego postrzegania roli kobiet i tego, że część społeczeństwa ciągle myśli, że funkcje kierownicze powinni zajmować mężczyźni.

Covid-19 zrewolucjonizował styl pracy, praca zdalna zakwestionowała w wielu przypadkach takie męskie przywództwo. Dzisiaj w firmie liczy się takie zarządzanie holistyczne, budowanie relacji, komunikacja, a także zrozumienie i empatia. Myślę, że kobiety są mistrzyniami w takim zarządzaniu, i wierzę, że w tej kadencji wspólnie, pani komisarz, uda nam się przebić ten szklany sufit. I ten szklany sufit uda nam się przebić przy wsparciu mężczyzn, mądrych mężczyzn, i przy wsparciu wszystkich silnych, odpowiedzialnych kobiet. I tego życzę nam i wszystkim europejskim kobietom.

Heléne Fritzson (S&D). – Herr talman! Förra året bestod styrelserna för de största börsnoterade företagen i EU:s medlemsstater av 72 procent män. 72 procent män. Representationen av kvinnor i dessa styrelser är skamligt låg. För oss svenska socialdemokrater är den här frågan mycket viktig. Det är en fråga om jämställdhet, men det är lika mycket en fråga om bättre beslutsfattande.

Det gynnar våra företag och det gynnar våra samhällen. Vi skulle öka sysselsättningsgraden. Om EU blir mer jämställt skulle över 10 miljoner nya arbetstillfällen skapas, och EU:s bruttonationalprodukt per capita skulle växa med nästan 10 procent. Detta säger Europeiska jämställdhetsinstitutet. Vad är det vi väntar på? Vi svenska socialdemokrater stödjer direktivet om en jämnare könsfördelning. Använd kvinnors kompetens och kunskap nu. Jag vill inte vänta.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! EU er blevet en stærk økonomi i kraft af vores mangfoldighed. Mangfoldighed er en central del af EU's kulturelle DNA. Derfor kan jeg sagtens forstå, at mange ikke fatter, hvorfor det går så langsomt med mangfoldigheden i nogle bestyrelser, især når man ser på antallet af kvinder i forhold til antallet af mænd. Men selvom jeg er kvinde og født i fiskens tegn, så er jeg altså modstander af kvoter. Aldrig vil jeg finde mig i at blive valgt til noget som helst, bare fordi jeg er kvinde. Aldrig vil jeg, som tidligere virksomhedsejer, tillade mig som europaparlamentariker at blande mig i, hvordan Europas virksomhedsejere skal sammensætte deres bestyrelser. Det ved de bedst selv.

Men de kan åbenbart godt blive klogere. For der er vitterligt mange fordele ved at have kvinder i bestyrelser, som alt for mange virksomheder enten ikke kender til eller ved, hvordan de skal få aktiveret i deres branche. Fordele, som kan gøre EU's økonomi endnu stærkere, og det har vi brug for mere end nogensinde før. Derfor: Vil Kommissionen og Rådet ikke godt gøre noget mere for at udbrede viden om fordelene ved mangfoldighed i bestyrelserne? Lad os høre mere om de kloge gulerødder i stedet for de symbolpolitiske piske.

Marianne Vind (S&D). – Hr. formand! Vi skriver år 2020. Men nogle gange kan det godt føles, som om vi stadig lever i begyndelsen af det 20. århundrede. Andelen af kvinder i bestyrelserne for de største europæiske børsnoterede virksomheder ligger nu på 28 %, og i mange bestyrelser er der slet ingen kvinder. Det gælder også i offentligt ejede virksomheder. Tænk hvis det var omvendt. De kompetente kvinder er derude og de er mange, men de kommer ikke i spil. Det er et kæmpe talentspild. Det er ikke kun retfærdigt, at der er ligestilling på toppen – undersøgelser viser også, at det er godt for virksomhedernes bundlinje. Vi har jo allerede kvoter, for der er medarbejderrepræsentanter i aktieselskabsbestyrelserne. Så vi kender det jo. Jeg vil, som medlem af S&D, derfor gerne og kraftigt opfordre både Kommissionen og Rådet til at arbejde videre med nogle faste mål, minimum 40 % af hvert køn i Europas bestyrelser.

Helena Dalli, Member of the Commission. – Mr President, thank you so much for your continuous support in our efforts towards a fair gender balance at decision-making levels.

With regards to the legal basis, clarification on the legal basis will always be provided, and we continuously engage with Member States. So this is a question of will. Do we want equality for all at the European level or don't we? This is what Council has to decide.

If we believe we are a Union of equality, then the answer is natural: we need an EU directive. And yes, you are right: yes, we do need more men to support this, and this is not something about women only. It's about better decision-making, because there is more diversity and there is strength in that diversity.

We've been hearing how companies which have a diversified management, or at board level, make more profit, and this is data which we have. This is not a hunch that we have, this is scientific data which we have. So having qualified men and women at the decision-making levels means that there is the perspective of both halves of the population, and we are not wasting a lot of talent which is available. This is human capital we are talking about here, but we are wasting so much. There's so much research: ILO, OECD, and they all point in the same direction.

But this will not happen on its own. That is why I say we need the directive. We have waited and waited, and it didn't happen. It will not happen naturally, unless we want to wait another hundred years – and I don't think that is what we want, and so that is why we need to introduce mechanisms to make it happen. And when it happens, we won't need the mechanism any more. This is not something forever. This is for some years, until we get that gender balance, and then we will not need the mechanism any more. I reiterate: diversity is a strength, and we are wasting that strength by not using the full potential of the many qualified women which we have.

It's really a shame, and I really can't understand. I've tried to understand. I've listened to all the arguments here, and it's not about wanting to be in the boardroom. It's about making use of all this potential and working together, and making use of this strength in diversity. So really, I think that people who want to understand this can understand it.

I will keep on working with the Member States who have yet to be convinced that this is the right way forward. But equality will not be achieved unless we act decisively.

We've been tottering on this for far too long: too many years. I want to use this platform which you have given me today to urge Council to act now. Women have waited long enough.

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Herr Präsident! Vielen Dank auch nochmal für den Hinweis, dass ich für den Rat spreche und nicht alleine für meine Regierung.

Ich bin dem Abgeordneten außerordentlich dankbar, dass er noch einmal einen wichtigen Punkt genannt hat. Wenn wir Gleichstellung der Geschlechter und Gleichberechtigung nur als ausschließliche Angelegenheit von Frauen ansehen, dann werden wir alle scheitern. Es muss darum gehen, dass Männer und Frauen ihrer Verantwortung gerecht werden. Deswegen freue ich mich genauso wie Sie über jeden Mann, der heute hier auch an dieser Diskussion teilnimmt.

Ich habe auch den Eindruck, dass es einen großen Konsens gibt – zumindest doch in weiten Teilen des Europäischen Parlaments, das gilt aber auch für den Rat und selbstverständlich für die Kommission –, die Europäische Union wirklich zu einer *Union of Equality* weiterzuentwickeln. Es gibt zugegebenermaßen im Rat nach wie vor eine kontroverse Diskussion über gesetzliche Vorgaben. Ich habe den Eindruck, dass dies auch hier im Europäischen Parlament noch einmal zum Ausdruck gebracht wurde, ich habe aber gleichzeitig auch positive Beispiele hervorgehoben. Und ich will nochmal daran erinnern, dass uns im vergangenen Jahr mit der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben auch ein großer Schritt nach vorne gelungen ist. Denn wir alle wissen – nicht nur Frauen –, wie schwierig es nach wie vor im Alltag ist, Beruf und Familie miteinander zu verbinden. Das zeigt sich gerade auch jetzt in dieser schweren Krise.

Wenn danach gefragt wird, welche konkreten Schritte die Ratspräsidentschaft in den nächsten Wochen noch einzuleiten beabsichtigt, dann will ich zum einen daran erinnern, dass es am 13. Oktober – bedauerlicherweise in einer Videokonferenz – eine Aussprache der Arbeits- und Sozialministerinnen und -minister geben wird zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, und in einer informellen Ratssitzung im November soll es mit den zuständigen Ministerinnen und Ministern noch einmal um die Gleichstellung der Geschlechter gehen. Wir wollen wirklich – und deswegen verstehe ich auch diese Debatte als Rückenwind für das Engagement des Rates – in unserer Ratspräsidentschaft dieses Thema voranbringen.

Ich will auch nochmal auf ein anderes Projekt hinweisen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, weil die Initiative da auch aus der Mitte des Rates heraus entwickelt wurde. Dabei handelt es sich um etwas, das wir in meinem Land und in den meisten anderen Ländern auch nicht kennen, nämlich das Gender Mainstreaming. Wir haben das eingeführt für den mehrjährigen Finanzrahmen. Das ist zumindest Teil unseres Verhandlungsmandats, dass alle Ausgaben der Europäischen Union daraufhin überprüft werden sollen, ob sie Männern und Frauen gleichermaßen zugutekommen. Das ist ein großer Paradigmenwechsel, der auch wieder eines deutlich macht: Wir dürfen einen Wert Europas nicht geringschätzen, nämlich den Wert, voneinander und miteinander zu lernen, vorurteilsfrei voranzukommen und die Stärken, die andere haben, auch irgendwann zu den Stärken der jeweils anderen werden zu lassen.

Danke für diese inspirierende Debatte und danke, dass ich heute dabei sein durfte.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Josianne Cutajar (S&D), bil-miktub. – Bil-politika u l-ligijiet li introduċejna fis-snin l-imghoddija nemmen li rajna qabza fir-rikonoxximent tal-ugwaljanza bejn is-sessi minkejja s-sentiment rigressiv li sfortunatament qed jgħolli rasu f'imkejjen ta' din l-Unjoni. Għad illi tibdil kien hemm, l-istrutturi soċjali antiki li jpoġġu lil mara fi żvantagġ, jiehdu ż-żmien biex jiġu indirizzati. Biex naraw bidla tangibbli nehtieġu li direttiva bħal din li qed niddiskutu, li ilha mwahhla fil-Kunsill, u li tistabilixxi minimu ta' nisa li jridu jkun madwar il-mejda jiehdu d-deċiżjonijiet, kemm fis-settur privat kif ukoll f'dak pubbliku, trid tiġi implimentata u f'qasir żmien. Inhela biżżejjed talent femminili. Stennejna wisq lis-soċjetà tlahhaq. Illum l-istudji u l-esperjenza juruna kif aktar nisa madwar il-mejda jistgħu jgħibu aktar nisa. Malli jkun hemm kontribut aktar diversifikat fit-tfassil tal-futur tagħna, il-futur tagħna jkun jista' jwieġeb ahjar għall-bżonnijiet u r-realtajiet ta' kulhadd. Ma nkunux solvejna kollox. Nehtieġu wkoll trasparenza u ugwaljanza fil-hlas u qsim ahjar tar-responsabbiltajiet tat-trobbija u tad-dar. Biex naslu għal bidliet qawwijin u li jagħtuna l-ugwaljanza li nemmnu fiha però importanti li l-ewwel niehdu dan il-pass. Hadd ma jemmen li mara għandha tkun mal-mejda biss għax hi mara, imma għax hi mara kapaci li tagħti kontribut shih. B'ligi bħal din nistgħu nagħtu ċans u nwasslu għall-bidla pożittiva.

Lina Gálvez Muñoz (S&D), por escrito. – La presencia de mujeres en consejos de administración, es una iniciativa de la Comisión de 2012, a favor de la cual el Parlamento Europeo se posicionó a favor en 2013. Desde entonces, la propuesta de Directiva está bloqueada en el Consejo, ya que hay países que no están de acuerdo con la fijación de un 40 % de presencia de ambos géneros en los cuadros directivos de administración.

La presidenta de la Comisión anunció, en su toma de posesión, la prioridad de este tema, que, al aprobarse la Directiva, obligaría a la presencia de ese 40 % en 2020. De este objetivo, casi todos los países europeos están lejos (Islandia y Francia lo superan, la media europea está en un 28,7 % y España está en un 27,4 %) y la experiencia prueba que la autorregulación no se ha traducido en avances sustanciales, mientras que los desarrollos legislativos en algunos países sí han supuesto cambios notables.

La delegación socialista española apoya esta iniciativa por una cuestión de justicia social y económica, ya que se calcula que la incorporación de mujeres a los consejos de administración supondría un incremento del PIB per cápita de la UE de entre un 6,1 y un 9,6 % en 2050.

Elżbieta Kruk (ECR), na piśmie. – Zasada równości kobiet i mężczyzn to dziś elementarny standard praw człowieka i obywatela. W Polsce zasada ta jest prawnie uregulowana i konstytucyjne chroniona. Oczywiście jest też, że zwiększenie udziału kobiet w najwyższych gremiach decyzyjnych spółek notowanych na giełdzie jest ważnym celem.

Jednak analiza konsekwencji wprowadzenia w życie przepisów przedłożonej dyrektywy prowadzi do zakwestionowania ich przydatności w dochodzeniu do wspomnianej równości, a nałożenie na podmioty prawa handlowego sztywnych norm parytetowych może mieć odwrotny skutek. Może doprowadzić do sytuacji obniżenia stopnia motywacji wśród kobiet przedsiębiorców z uwagi na oczekiwanie preferencyjnego traktowania.

Możliwe jest również pojawienie się zjawiska tzw. złotych spółniczek, polegającego na jednoczesnym uczestniczeniu przez niewielką grupę kobiet w radach nadzorczych i zarządach wielu spółek, w efekcie czego udział kobiet w najwyższych gremiach decyzyjnych spółek nie zwiększy się. Celem dyrektywy nie jest więc poprawa statusu i sytuacji kobiet, a jest ona wyrazem ideologicznego feminizmu. A co równie istotne, projekt ten kłóci się z zasadą pomocniczości i proporcjonalności uregulowanych w art. 5 ust. 3 Traktatu o Unii Europejskiej. Zauważyć warto na koniec, że wymuszenie reprezentacji kobiecej zasadą parytetu z góry umniejsza wartość kandydatek, kłóci się też z elementarnym poczuciem sprawiedliwości i godności.

Andżelika Anna Możdżanowska (ECR), *na piśmie*. – Dbałość o równe prawa kobiet do zasiadania w zarządach jest naszym obowiązkiem!

Zatrudnianie na wysokich stanowiskach decyzyjnych kobiet i mężczyzn posiadających wymagane kompetencje to lepsze strategie i świetne wyniki finansowe. To różne podejście do rozwiązywania problemów czy kultury organizacyjnej przedsiębiorstw. Kobiety są bardzo dobrze wykształcone, a organizacja i poczucie obowiązku jest ich naturalną przewagą. Kto inny lepiej niż matka, żona i córka dbająca o wychowanie dzieci, domowy mir i opiekę nad starszymi rodzicami jest w stanie pogodzić życie rodzinne z pracą zawodową?

W procesie wyrównywania zatrudnienia kobiet i mężczyzn w zarządach nie tylko słowo parytet ma znaczenie. Dbajmy o inwestycje wspierające kobiety, które chcą pracować i osiągać zamierzone cele, również w czasie wychowywania dzieci. Propozycja wniosku z 2012 r. dotycząca dyrektywy narzuca państwom członkowskim twarde cele i sankcje, nakładając na podmioty prawa handlowego regulacje wykraczające poza niezbędne minimum potrzebne do osiągnięcia celu.

Kobiety muszą być traktowane w sposób równy podczas procesu rekrutacji. Jednak wiele państw osiąga poprawę w tej materii bez wdrażania twardych regulacji.

Wspierajmy kobiety, promujmy ich kompetencje i wybierajmy do zarządów najlepszych kandydatów zgodnie z zasadą równości płci i poszanowania prawa w państwach członkowskich.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Zwiększenie udziału kobiet w najwyższych gremiach decyzyjnych spółek to ważny cel na drodze do osiągnięcia równouprawnienia, a realizacja tego celu musi być adekwatna do warunków gospodarczych i społecznych. Musimy wspierać kobiety i promować ich przedsiębiorczość. Rekrutacja i kryteria kwalifikacji na stanowiska powinny być jasne i przejrzyste, a także brać pod uwagę zasadę polityki różnorodności.

Uważam, że cele projektu dyrektywy mogą zostać w sposób dostateczny osiągnięte za pomocą inicjatyw krajowych o różnym zakresie, zasięgu i skuteczności.

24. Stärkung der Jugendgarantie (Aussprache)

President. – The next item is the debate on:

— the oral question to the Council on reinforcing the Youth Guarantee by Lucia Ďuriš Nicholsonová, Cindy Franssen, Brando Benifei, Monica Semedo, Elena Lizzi, Kira Marie Peter-Hansen, Elżbieta Rafalska and Leila Chaibi, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs (O-000058/2020 - B9-0018/20), and

— the oral question to the Commission on reinforcing the Youth Guarantee by Lucia Ďuriš Nicholsonová, Cindy Franssen, Brando Benifei, Monica Semedo, Elena Lizzi, Kira Marie Peter-Hansen, Elżbieta Rafalska and Leila Chaibi, on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs (O-000059/2020 - B9-0019/20).

Lucia Ďuriš Nicholsonová, *author*. – Mr President, in her political priorities, Commission President von der Leyen recognised the success of the Youth Guarantee in the fight against youth unemployment and declared it should be given an increased budget and involve regular reporting to ensure that it delivers on what it promises in every Member State. On 1 July this year, the Commission put forward a proposal for a Council recommendation on reinforcing the Youth Guarantee. As a result of the COVID-19 pandemic, unemployment and inactivity rates in the EU are rising and millions of people are at risk of losing their jobs. As past experience shows, young people are likely to be hardest hit by the negative consequences of this crisis. However, the 15% allocation of the four targeted actions for young people not in employment contained in the amended Commission proposal on the European Social Fund Plus (ESF+) has been reduced to 10% in the European Council's conclusion, which runs wholly counter to the Union's ambitions to invest in young people.

On behalf of the Committee on Employment and Social Affairs (EMPL), my questions to the Council are: does the Council consider that this significant reduction supports the Union's ambitions to invest in young people? How can it be justified if the fight against youth unemployment is one of the Union's top priorities? How can this significant reduction address the need to develop skills and contribute to tackling the social and employment challenges of the post COVID-19 era? How does the Council intend to encourage Member States to enhance the efficiency of this instrument? Does the Council support Parliament's view that the quality of jobs and traineeships offered to young people is key to ensuring their sustainable integration into the labour market? Does the Council plan to introduce binding quality criteria for the offers? What concrete measures does the Council intend to take in order to improve the outreach strategies and the inclusiveness of the Youth Guarantee?

Now my questions to the Commission: what is the Commission's assessment of the reduction that I previously mentioned? How does the Commission intend to improve the monitoring of the implementation of the Youth Guarantee and encourage Member States to enhance its efficiency? Does the Commission support Parliament's call to strengthen the quality of offers of employment under this instrument, for example, by reviewing the recommendation on a quality framework for traineeships and by supporting the introduction of a binding principle of remuneration? How does the Commission plan to encourage the Member States to implement this and to help them define binding criteria for quality offers? The last question would be: what concrete measures does the Commission intend to take to reduce unemployment by promoting participation in vocational training programmes under the Youth Guarantee?

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, lieber Kommissar! Zu später Stunde ein wichtiges Thema. Ich hoffe, dass ich meine Gedanken noch ein wenig zu ordnen vermag. Das bin ich gar nicht gewohnt, so lange im Parlament zu sitzen. Aber ich stehe Ihnen natürlich uneingeschränkt zu Diensten.

Die Lage ist dramatisch. Wir haben im Jahr 2013 die Jugendgarantie als Reaktion auf eine furchtbare wirtschaftliche und soziale Krise auf den Weg gebracht, möglicherweise ein bisschen zu spät. Wir haben auch – in einer damals nicht einfachen Lage – versucht, aus den Fehlern zu lernen.

Ich würde uns allen dazu raten, jetzt, wo die Jugendarbeitslosigkeit wieder dramatisch steigt – in viel zu vielen Mitgliedstaaten –, sehr rasch die richtigen und notwendigen Konsequenzen zu ziehen, denn es muss für uns alle klar sein: Wir dürfen es niemals zulassen, dass eine ganze Generation von jungen Menschen verlorenzugehen droht.

Sie erwarten von uns etwas: dass wir ihnen dabei helfen, eine Perspektive zu haben und in Beschäftigung zu bleiben oder mit notwendiger Qualifizierung in Beschäftigung zu kommen.

Wir haben am zweiten Tag der deutschen Ratspräsidentschaft die Vorschläge der Kommission auf den Tisch gelegt bekommen, und ich darf Ihnen allen sagen – so viele sind es ja jetzt nicht mehr –, dass wir sehr weit vorangekommen sind und in Bälde auch einen entsprechenden Beschluss im Rat werden treffen können. Wir wollen, dass die Jugendgarantie dadurch gestärkt wird, dass die Altersgrenze erhöht wird, und zwar auf höchstens 29 Jahre; wir wollen mehr Inklusivität.

Lassen Sie mich noch ein paar weitere Punkte hier hervorheben. Wir erwarten und wir empfehlen, dass die Mitgliedstaaten ihr Angebot im Rahmen der Jugendgarantie verbessern, beispielsweise durch Bewertung der digitalen Kompetenzen aller Personen, die weder einen Arbeitsplatz haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren können.

Die Staaten werden außerdem aufgefordert, Weiterbildung und Neuqualifizierung zu ermöglichen. Das Angebot sollte auf die Bedürfnisse der einzelnen Personen, die weder einen Arbeitsplatz haben noch eine Ausbildung absolvieren, ausgerichtet sein, und dabei brauchen wir nachvollziehbare und hohe Standards für Qualität und für Gerechtigkeit.

Besondere Aufmerksamkeit muss den jungen Frauen gelten und den benachteiligten Gruppen, einschließlich Menschen mit Behinderungen. Die gehören in der Regel zu den ersten Opfern einer angespannten Situation auf unseren Arbeitsmärkten.

Abschließend betonen wir noch einmal, dass allen Mitgliedstaaten mit Nachdruck empfohlen wird, auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Wenn ich mir aber die Liste der Staaten anschau, die derzeit mit einem dramatischen Anwuchs der Jugendarbeitslosigkeit zu rechnen haben, dann wird es auch maßgeblich auf „Next Generation EU“ und auf den neuen mehrjährigen Finanzrahmen ankommen, dass wir rasch, flexibel und zielgenau die Mittel dort zur Verfügung stellen können, wo sie dringend gebraucht werden: bei den jungen Menschen. Dabei haben Sie unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Mr President, I first want to thank the Members of the Parliament for this question which underlines the importance of youth employment and especially the threat of massive youth unemployment. I share your analysis; I share your description, and I share also your concerns and what the President of the Council has just said about our concern: we have to prevent a new lost generation. I think this is a common duty of all of us in the Member States and at the level of the Union. Indeed, youth unemployment is rising very rapidly in certain Member States, and therefore, when we compare it to last year August, it has increased by 2.8 percentage points already, reaching 17.6% in the EU in August 2020, and it is significantly higher than the general unemployment rate, which stands at 7.4 in the EU, which shows that the young are much more sensitive to the recession and that they are the first victims of this crisis.

Tackling youth unemployment is a pressing priority, given the hard impact also of the COVID-19 crisis on young generations. It is only with resolute, as the President of the Council has said, bold and swift action that we can turn things around before the situation aggravates further.

Our youth employment support – YES, as we call it – package adopted in July provides a first step for such a resolute action. But the Commission cannot do it alone; we have to rely on Member States, but we also have to rely on the European Parliament. This is why I welcome Parliament's resolution on the Youth Guarantee. I share your view that the fight against youth unemployment is a common political priority for Parliament. It is certainly a common priority for the Commission, and I'm sure also, as I heard now, it is a priority for the Member States, as it contributes to achieving the Union's objective of sustainable and inclusive growth and social and economic resilience. Therefore I welcome what the President has just said, that the German Presidency is about to adopt the proposal of our strengthened Youth Guarantee.

The European Parliament and its Members have a crucial role to play in the next chapter of our reinforced Youth Guarantee. You can fuel the national debates like no other institution. You can raise the bar in terms of our joint ambition for implementing the reinforced Youth Guarantee and improving it further in the years to come. First and foremost, the Commission counts on the European Parliament for ensuring adequate levels of EU funding, supporting the success story that is the Youth Guarantee. But as a response to your first question, certainly the Commission is never happy if the funding is reduced. But we need to maximize synergies between the Youth Guarantee, the European Social Fund Plus, REACT-EU and the Recovery and Resilience Facility, as well as the many other relevant EU funds and instruments now available to the Member States. And I think we can pool a lot of funding, a lot of resources for the fight against youth employment and especially by creating jobs, and I think this is also one of your major concerns. Our ambition must be – and that has been clearly expressed by the Commission – that we invest at least 22 billion on youth employment, and I also call on the Member States to support this ambition. We need to create and save jobs – and, I insist, quality jobs – which also answers your question, and the recovery has to be focused on the creation of quality jobs, and that's the meaning of the Next Generation EU. And when I say quality jobs, I mean not these precarious jobs that do not allow young people to plan their lives, to found a family and to afford decent housing. Too many young people, precisely those in precarious jobs, were the first to be fired, to lose their jobs, to lose their income, and I think that we have to draw the right lessons from that.

I know the call to review the quality framework for traineeships concerning the obligation for remuneration of traineeships. I have some doubt if this is legally possible, but I'm sure that in the years to come we can further develop a joint understanding, and also a civil society and social partners would be able to contribute to such an understanding too. And paying young people who are at work, even in the context of a traineeship, should be part of the social responsibility of companies. And by the way, I think a lot of companies have this social responsibility.

Finally, let me be clear about the monitoring. Supporting the quantitative monitoring of Youth Guarantee schemes based on the established indicative framework is crucial and remains a priority. We are looking into strengthening this process, and the Parliament's Committee on Employment and Social Affairs will be our partner in this endeavour.

Before I close, allow me one word on vocational education and training. Vocational education, be it at the very start of a career or along the career, is not only the best transition between education and the labour market but it is also a truly effective way for re- and upskilling. The Commission has renewed the European Alliance for Apprenticeships to ensure a sustained offer of apprenticeships and to align it with the twin digital and green transitions. Moreover we propose the Council recommendation on vocational education and training to modernise and reform those systems, and under the German Presidency we had a very fruitful meeting in Osnabrück really to promote vocational training.

In closing, let me reiterate our appreciation for the work of the European Parliament and its continued efforts to contribute to our common efforts to make the recovery just and fair for all, including also the young.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 8 October 2020.

Written statements (Rule 171)

Victor Negrescu (S&D), in writing. – Since 2013, the Youth Guarantee has created opportunities and has helped over 24 million young people to find employment or participate in a continuing education, apprenticeship or traineeship programme. Despite that, too many young people are still in precarious work, and too many have to leave their region or country to find a decent job. The situation has become even more complicated in the context of the pandemic. I welcome the creation of a reinforced Youth Guarantee covering a wider age bracket to include young people aged 15-29 and applying a more individualised and targeted approach. I recall the need to make the Youth Guarantee more inclusive and to avoid any form of discrimination. I therefore insist for the strengthening of the financing of the Youth Guarantee. I join my colleagues in deploring the fact that the European Council significantly reduced the amounts, which is wholly contradictory to the Union's ambitions. I reiterated our request that Member States should invest at least 3 % of their ESF+ resources under shared management in tackling youth unemployment. I finally call upon the Commission to explore the idea of an EU web portal specifically dedicated to traineeships and apprenticeships in the EU.

25. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

26. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

27. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

28. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.30)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. OKTOBER 2020

(C/2024/4891)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 5. bis 8. Oktober 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	3
3. Wiederaufnahme der Sitzung	4
4. Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 1./2. Oktober 2020 — Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. Oktober 2020 (Aussprache)	4
5. Erste Abstimmungsrunde	18
6. Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 1./2. Oktober 2020 — Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. Oktober 2020 (Fortsetzung der Aussprache)	19
7. Europäische Forststrategie – künftiges Vorgehen (Aussprache)	30
8. Wiederaufnahme der Sitzung	47
9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	47
10. Wiederaufnahme der Sitzung	47

Inhalt	Seite
11. Europäisches Klimagesetz (Aussprache)	48
12. Wiederaufnahme der Sitzung	74
13. Zweite Abstimmungsrunde	74
14. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	75
15. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	75
16. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	75
17. Schluss der Sitzung	75

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 6. OKTOBER 2020

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Die Präsidentin. – Ich beginne mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmungsrunde von gestern. Die Ergebnisse der Abstimmungsrunde vom Montag, 5. Oktober, lauten wie folgt:

Abstimmungen über Anträge auf Dringlichkeitsverfahren (Artikel 163 GO):

— Eisenbahnsicherheit und die Interoperabilität im Eisenbahnverkehr im Ärmelkanaltunnel: angenommen;

— Ermächtigung Frankreichs zum Abschluss einer internationalen Vereinbarung über den Ärmelkanaltunnel: angenommen;

— Ökologische/biologische Produktion: Geltungsbeginn und bestimmte andere Daten: angenommen;

Schlussabstimmungen:

— Kommissionsvorschlag: Änderung der Verordnung (EU) Nr. 514/2014: angenommen;

— Kommissionsvorschlag: Guadeloupe, Französisch-Guayana, Martinique und Réunion: indirekte Steuern auf „traditionellen“ Rum: angenommen;

— Kommissionsvorschlag: AIEM-Steuern auf den Kanarischen Inseln: angenommen;

— Kommissionsvorschlag: Verlängerung des Anwendungszeitraums der Sondersteuer „octroi de mer“ in den französischen Gebieten in äußerster Randlage: angenommenen;

— Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nummer 7/2020: Aktualisierung der Einnahmen (Eigenmittel): angenommen.

Ich werde nun Herrn Jörgen Warborn das Wort erteilen, der beantragt hat, vor der ersten Abstimmungsrunde des heutigen Tages zu seinem Bericht über die Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2018 sprechen zu dürfen. Herr Warborn hat für zwei Minuten das Wort.

Jürgen Warborn, *rapporteur*. – Madam President, so this is the yearly report on the implementation of the common commercial policy. The European Parliament wrote the latest report of this kind in 2018 but it did not write one last year because of the European elections. I therefore focus on the recent developments in the two last years and I look to the future, because this is also the input to the Commission's trade policy review and to the incoming Trade Commissioner.

The report covers ongoing negotiations, implementation of free trade agreements, WTO issues, relations with the US, China, the UK and other important partners, as well as SMEs, trade and sustainable developments and digital trade and services. This report is also our response to the COVID-19 crisis. My main message here is that of European competitiveness, that this is not the time for protectionism. The response to a decline in trade due to the crisis shouldn't be political control of companies' value chains. Instead, rules-based free trade is even more important now and we must diversify our value chains, not shorten them.

This is the way forward to secure our resilience, supply and growth, and trade agreements play an important role in this. And we need to remove trade barriers. Export restrictions on the internal market are unacceptable; so are those to third countries.

In the last few years, we have closed trade deals with Canada, Japan, Singapore and Vietnam. We need to finish deals with Mercosur, Mexico, Australia, New Zealand and Taiwan, to mention a few. We must resolve trade disputes with the US, no matter who sits in the White House and we need the US by our side, not least to handle unfair competition from China, and we need close ties to the UK.

With this report we, the European Parliament, take our position for the future. We push back protectionism and pave the way for a competitive Europe. I would like to thank the shadows and all the advisers that have worked on this report.

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr unterbrochen)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

3. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 9.27)

4. Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 1./2. Oktober 2020 — Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. Oktober 2020 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione congiunta sulle riunioni del Consiglio europeo straordinario del 1° e 2 ottobre 2020 e del 15 e 16 ottobre 2020 (2020/2787(RSP) (2020/2788(RSP)).

Charles Michel, *President of the European Council*. – Mr President, we want a stronger Europe to shape a better world. Less dependence, more influence. That's why our last European Council focused on strengthening Europe, both within our borders and beyond our borders. We discussed how to reinforce our common house. Strategic autonomy and open economies are the centrepiece. We also addressed measures for the first issues and took key decisions.

We had a comprehensive debate on the situation in the Eastern Mediterranean and our relationship with Turkey. A more stable and predictable Eastern Mediterranean region is in our strategic interest and we are united towards Turkey. We have agreed on a two-track approach: firmness and readiness to engage. EU solidarity with Cyprus and Greece is unwavering. Sovereignty and sovereign rights must be respected. We welcomed the start of a confidence-building dialogue between Greece and Turkey and we strongly condemned violations of the sovereign rights of the people of Cyprus. More steps are needed in that direction.

We call on Turkey to accept the invitation by Cyprus to engage in dialogue to settle all maritime-related disputes and we support the speedy resumption of UN-led negotiations and we remain fully committed to a comprehensive settlement of the Cyprus problem within the UN framework. Many issues need to be discussed, like the sharing of revenue from hydrocarbons. In case of renewed unilateral actions or provocations in breach of international law, we'll use all the instruments at our disposal to defend our interests and those of our Member States. But, of course, our preference is to engage in a positive EU-Turkey agenda with a focus on, for instance, the modernisation of the customs union and trade facilitation, people-to-people contact, high-level dialogues and continued cooperation on migration issues.

It's not only about Turkey. There are conflicts, disputes and many overlapping challenges across the Eastern Mediterranean, and that's why I have proposed a multilateral conference on the Eastern Mediterranean. We call for a multilateral conference on the Eastern Mediterranean and we invite the High Representative to engage in talks about its organisation. This conference could address issues that need multilateral solutions, including maritime delimitations, security, energy, migration and economic cooperation.

On Belarus, our goals are clear: first, to end the repression and the violence against the opposition and the population; second, to allow the people of Belarus to decide on their future without interference. This means an inclusive national dialogue, which could be facilitated by the Organisation for Security and Co-operation in Europe (OSCE), and those responsible for the violence must be held to account. We, therefore, took the decision on sanctions, which was immediately implemented.

We condemn the assassination attempt on Alexei Navalny with a military chemical nerve agent and we call on the Russian authorities to fully cooperate with the Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (OPCW) to ensure an impartial international investigation to bring those responsible to justice. We will revert to this issue in two weeks.

Concerning Nagorno-Karabakh, we call for a cessation of hostilities and the resumption of peaceful negotiations. External interference, military in particular, is unacceptable.

We now have a clear strategy towards China. We want to remain engaged with China. China is a major partner in addressing global challenges like climate change or COVID-19. We welcome China's recent commitment to carbon neutrality by 2060. We have encouraged China to take this path. China is also a key trading partner, but we want a more balanced relationship, with a level playing field and greater reciprocity. We expect our negotiations on the investment agreement to conclude successfully by the end of this year. On human rights, we will not paper over our differences, especially the rights of minorities and the rule of law like in Hong Kong.

Mesdames et messieurs, ce Conseil européen a aussi été l'occasion de nous pencher sur l'autonomie stratégique de l'Union européenne, en lien avec une économie ouverte. Cela nous a permis d'affirmer notre ambition de travailler ensemble, non seulement pour réparer le marché intérieur, abîmé par la crise du Covid-19, mais surtout pour améliorer le fonctionnement de ce marché intérieur, qui est une valeur centrale au cœur du projet européen.

Ce fut l'occasion d'affirmer des orientations fortes et ambitieuses sur le terrain numérique, après le terrain climatique. Ces deux transitions majeures sont des leviers fondamentaux pour réussir la transformation du projet économique et social sur le plan européen.

Nous voulons être un leader numérique, nous voulons accélérer les transformations nécessaires, ce qui suppose d'investir et de nous doter des moyens, notamment au travers de la capacité régulatoire inspirée par nos valeurs fondamentales. Le cœur du sujet n'est pas seulement l'économie, ce sont aussi les valeurs et le type de modèle numérique que nous voulons.

C'est pourquoi nous sommes totalement convaincus de la voie à suivre: il faut se montrer plus résilients, être mieux à même d'orienter notre destin en l'inscrivant dans notre engagement pour le multilatéralisme et l'économie ouverte, et conserver l'ambition d'une Europe plus forte pour un monde plus juste et pour un monde plus engagé.

Concernant le Covid-19, il est nécessaire d'améliorer la coopération entre les États membres car, tant au niveau des tests, que des règles relatives aux déplacements internationaux ou à la quarantaine, la coopération et la coordination entre les États membres sont très perfectibles. On a prévu de revenir très régulièrement sur ce sujet et de demander tant à la Commission, qu'aux États membres, au travers du Conseil d'être extrêmement engagés.

La question des vaccins a également été abordée. Ce fut l'occasion pour la Commission de présenter un état des lieux précis de l'état d'avancement des décisions qui ont été prises. Ceci, afin de garantir que, lorsque qu'ils seront disponibles, les vaccins puissent être mis à disposition de manière juste et équitable en Europe. Afin également que la question de la distribution et des priorités puisse faire l'objet de clarification entre nous et que l'on puisse aussi totalement assumer notre responsabilité sur le plan international, parce que ce vaccin est un bien commun, que ce défi est un défi mondial et qu'il ne s'agit pas simplement de s'en sortir seuls. En tant qu'Union européenne, nous devons aussi soutenir nos partenaires pour progresser sur ce sujet-là.

Pour conclure, je dirais que, dans le cadre du processus politique, démocratique et institutionnel et grâce au prochain budget pluriannuel et à ce fonds de relance exceptionnel, nous devons donner à l'Union européenne dans les années à venir les ressources nécessaires pour agir et pour mettre en œuvre ce en quoi nous croyons.

Nous allons continuer de bonne foi, dans le dialogue et dans le respect mutuel, à travailler et à négocier avec vous, le Parlement, afin que nous puissions dégager le plus rapidement possible des décisions et des solutions, aller de l'avant, assumer nos responsabilités et répondre aux attentes des 450 millions de citoyens européens ainsi que de ceux qui, partout dans le monde sont convaincus que ce projet européen est une valeur ajoutée nécessaire.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me address this House today on behalf of the Commission's President, Ursula von der Leyen.

As you are well aware, she is still in self-isolation today after participating in a meeting attended by a person who tested positive for coronavirus, and as the President has said, we have to be careful and do our utmost to reduce the spread of the virus.

Now, if you will allow me, turning to the topic at hand – the European Council – President Michel has debriefed you on the very substantial discussion on foreign affairs. I would sum it up very simply: we at the Commission are very glad that the European Council has finally found unity after a very long debate, because when we are united we have the power to address the many challenges that surround our European Union.

Today, I would like to focus on two issues from the European Council where our unity will be needed and will be tested again: our climate and digital goals, and Brexit.

First, on our climate goals, which will be at the core of the next European Council. This Parliament and Europe's heads of state and government have agreed on making Europe the first climate neutral continent by 2050.

For that, we need to speed up. If we continued with business-as-usual, we would only cut our emissions by 60% by 2050, and that's too little to contain global warming and its devastating impact. That is why the Commission proposes to increase our climate ambition for 2030. We propose a reduction of at least 55% by 2030 compared to 1990. It is an ambitious goal, but it is within our reach.

There is an economic rationale for 55%. Our cost-benefit analyses tell us that the benefits are bigger than the costs. Science tells us that we have no choice. The Paris Agreement requires it. And the public consultation we have conducted shows that a very large majority of Europeans expect this from us, including in the business sector. They all observe the increase in extreme weather conditions.

Businesses want to invest in green innovation, but they also want certainty and predictability.

Do we have a plan to realise the increased ambition? Yes, we do. We have policies and rules in place that have delivered CO₂ reductions in the past while growing our economy. The emissions trading system coupled with other rules and mechanisms is proving its effectiveness.

We can and will propose by June 2021 an upgrade for our policy toolbox to become 'fit for 55' in the most cost-efficient and innovation-enhancing manner. This will be underpinned again by impact assessments for Member States and economic sectors.

The second question is: do we have the resources to finance the higher climate ambitions? Yes, we do.

The next EU budget and Next Generation EU will make available more than EUR 600 billion for climate and green investment. This investment from the EU level should leverage a multiple of this in further private and public investment that will support the transition, and this includes investment for a fair transition.

Then we have to ask: do we have allies in this task? Yes, we do.

President Michel just made reference to the fact that, at the UN General Assembly two weeks ago, President Xi announced that China aims to achieve carbon neutrality before 2060, and that it will peak its CO₂ emissions before 2030. The same with the President of South Africa, Cyril Ramaphosa, who declared that his country will aim at carbon neutrality by 2050.

These are messages we want to hear and we need more of them. Europe will not solve climate change alone. We represent less than 10% of global CO₂ emissions, but we are not alone and this is good news for the world. But it also means that we must preserve our 'first-mover' advantage. We must step up our climate ambition if we want the best green technologies to be European technologies.

So the question that remains is: do we have the resolve?

If you look around us, we are heading from the wildfire season straight into the flood season, and I want to appreciate President Sassoli's remarks and expression of solidarity with the floods which took place just this weekend in Italy and France. Is this the world we want to live in? A world of never-ending natural disasters? A constant increase in desertification?

Now it is the question for you, for the European Parliament, to unite around an ambitious climate objective of at least 55% by 2030. And we will push for Europe's heads of state and government to unite behind the same ambition before the end of the year. The Commission wants it to be our common goal to deliver the European Union's nationally determined contribution by the end of 2020, a date that marks the fifth anniversary of the Paris Agreement.

The green transition goes hand in hand with the digital one. Like for the green transition we need clear objectives for the next decade. Just like with our 2030 climate goals, Europe needs to up its game. This is how the 2020s can become Europe's digital decade. Last week's European Council recognised that need, calling for a digital compass to navigate this transformational period and has concluded to invest 20% of the Recovery and Resilience Facility in digital projects.

That investment will support and profit from our actions in three fields:

First, we must establish a true digital single market through firm enforcement of the rules we already have, and we must deepen it in fields such as digital services.

Second, fair competition. We need new tools to address the power of global tech platforms over small European companies and to respond to global subsidy races. That's why we will propose a digital service act in December of this year, and a foreign subsidies instrument in early 2021.

Third, we must build up the digital capacity of our industries, and for this we need European flagships and alliances, for instance on secure 5G networks, low energy data processing and quantum computing.

In parallel to this, we must also better serve citizens and businesses through digital public services and common European digital identity.

All this requires major investment which Next Generation EU can drive. Next Generation EU is our opportunity to deliver. Let's use it!

Finally, we will need all our energy in this final stage of negotiations with the United Kingdom. We are less than 100 days away from the end of the transition period. There are two tracks to which we should devote our full attention and energy. The ongoing negotiations on our future partnership, which are tough, and the full and timely implementation of the Withdrawal Agreement, which I have the honour to oversee.

This Agreement guarantees our citizens' rights, our financial interests, the integrity of the single market – and crucially – the Good Friday Agreement. The fact that our British friends now, all of a sudden, propose the draft bill that, by its very nature, is a breach of this Withdrawal Agreement is a heavy blow to the British signature and reliability.

Respecting agreements is first a matter of law, but also of trust and of good faith, and this is why last week the Commission started an infringement procedure by sending a letter of formal notice to the UK Government. We invited them to submit their observations by the beginning of November. The full and timely implementation of the Withdrawal Agreement is simply not debatable.

Concerning the negotiations on our future partnership, Prime Minister Johnson and President von der Leyen took stock of the negotiations last Saturday. They both agreed that some progress had been made but that a lot remains to be done.

We all know where the difficulties are. We all know our mandate, our red lines, our objectives. Our negotiators were instructed to work as hard as they can to try to finalise an agreement. Michel Barnier and his team have, as always, our full trust. But time is short.

In case we reach an agreement, which is our objective, both parties will have to ensure ratification in time for an entry into force by 1 January 2021, and this will need some time, including time for this House.

If this is not the case, we will be in the 'no-deal' territory. Given that we are less than 100 days away from this date, we cannot exclude this scenario. This is why we will continue to work with you and the Member States to ensure that we are ready for every scenario.

This is a delicate moment for Europe. The Brexit deadline looms. The pandemic is still with us. It is a moment of uncertainty, so it must be the moment of unity. The moment of courage.

Long live Europe.

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, let me start with a brief remark on the Commission. Tomorrow, after a successful hearing in the committees, we will vote on one new Commissioner and one Commissioner who is changing portfolio. I remind us of this because it's an historic moment: it's the first time we have the chance to achieve a really gender-balanced Commission, and I think that is a good thing. I promised citizens this during the campaign, as did a lot of other politicians; we are making it now and that is good for Europe.

Now for the daily assessment of last week's Council. Again, the glass is half-full and half-empty; that's the principle of the Council. Half-full, because we have concrete sanctions against those who are responsible for violence and torture in Belarus. That's good, but, on the other hand, Lukashenko is not on the list. Please explain to us why the brain of the whole system is not on the list. Second, we have Greece, Cyprus and Turkey. Greek and Cypriot interests are European interests. There's no doubt about this. We use strong words and have a clear strategy, but still, the glass is half-empty. I think we cannot explain to citizens all over Europe that we are still negotiating with Turkey about enlargement, about Turkey's full membership of the European Union. So, once again, small steps, right direction, but no clear signal. Good compromise but no leadership. Once again, that's the outcome of the Council.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die größte Sorge, die mich im Moment umtreibt, ist, was in unserer Wirtschaft los ist.

Es geht nämlich um die Substanz: 15 Millionen Arbeitslose auf diesem Kontinent. In Spanien 40 % der jungen Generation, die keine Arbeitsplätze hat. Frankreich – Renault, 15 000 Arbeitsplätze, Air France, 7 500. In Deutschland werden in Summe alle DAX- Konzerne 80 000 Arbeitsplätze in den nächsten zwei Jahren abbauen – Mercedes 4 000, VW 27 000 –, und in Italien sind die Zahlen innerhalb von sechs Monaten um 290 000 Arbeitslose gestiegen. Studien zeigen, dass mit der Corona-Krise jetzt jeder fünfte Arbeitsplatz auf diesem Kontinent betroffen ist.

Wir haben derzeit keine Antworten auf diese Aufgaben. Die Menschen haben Angst um ihren Lebensstandard, um ihre Zukunft, um ihren sozialen Standard, und wir haben derzeit keine Antworten.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich nicht glaube, dass dies nur eine Delle ist, eine kurzfristige Entwicklung, die wir haben. Wer sich beispielsweise die Zahlen von China anschaut, der muss leider Gottes sehen, dass China in diesem Jahr nur einige Monate hatte, wo wirtschaftlicher Rückgang war; schon heute wächst China wieder. Fürs nächste Jahr sind über 8 % plus bei den Wirtschaftszahlen in China vorhergesehen.

Die wirtschaftliche Macht auf dieser Welt wird aktuell neu verteilt. Man kann das mit einer Nachkriegssituation vergleichen, wo die Gewichte sich massiv verschieben. China ist derzeit der Gewinner, und Europa ist derzeit der Verlierer. Das ist die Realität, wenn wir auf die Weltkarte blicken.

Deswegen müssen wir jetzt Arbeitsplätze und Jobs in den Mittelpunkt der politischen Debatte stellen. Beim *Recovery Fund*, Vizepräsident Šefčovič hat es angesprochen, muss eine Priorisierung für die Zukunftsagenda geschaffen werden. Beim Binnenmarkt brauchen wir wieder eine Erneuerung unserer Wohlstandsgrundlage. Wir brauchen ein Ende der Abschottung und des Egoismus. Wir brauchen wieder Lust auf gemeinsame Regelungen auf europäischer Ebene. Da brauchen wir endlich Vorschläge der Kommission und nicht nur Statements der Kommission.

Als Drittes müssen wir die Bürokratie anpacken. 60, 70 Jahre immer neue Regulierung obendrauf führt zur Lähmung und nicht zur Freiheit unserer Betriebe. Wir müssen uns dieser Frage endlich stellen.

Als Viertes müssen wir uns um den Export kümmern. Unser Wohlstand basiert darauf, dass wir in die Nachbarländer exportieren, und da macht mir vieles schon Sorge, wenn ich mir beispielsweise die Diskussion um Mercosur vergegenwärtige. Europa muss die Kraft haben, auch in Zukunft Handelsverträge abzuschließen, sonst werden wir unseren Wohlstand nicht auf Dauer sichern können.

Innovation: Die Finanzierung von Innovation ist wichtig. Eine Reformagenda auf nationaler Ebene, und Vizepräsident Šefčovič hat es angesprochen: Wir müssen den harten Brexit, diesen Irrsinn, beenden. Wir müssen zu einem vernünftigen Kompromiss mit unseren britischen Freunden kommen.

Wir als EVP-Fraktion wollen, dass in den nächsten Wochen jetzt endlich das Hauptthema des Kontinents diskutiert wird, und das ist die wirtschaftliche Frage, ob wir Wohlstand werden sichern können. Sie ist die Grundlage für unser Gesellschaftsmodell, und deswegen brauchen wir Jobs, Jobs und Jobs.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, los acontecimientos en el vecindario de la Unión Europea no se detienen, y el pasado verano lo ha demostrado con una serie de crisis en el Líbano, Bielorrusia, Mali y el Mediterráneo oriental.

La unidad alcanzada en el Consejo Europeo para sancionar a los responsables de la represión violenta en Bielorrusia es una buena noticia. También lo es el mensaje de firmeza ante Turquía para que respete el Derecho internacional. Hay margen para reducir las tensiones en el Mediterráneo y la celebración de una conferencia multilateral es el espacio idóneo para ello.

La pandemia ha puesto de relieve tanto nuestras fortalezas como nuestras debilidades. Frente a la rivalidad estratégica entre los Estados Unidos y China, la Unión Europea no puede ser un mero árbitro. Tiene que convertirse en un actor global con voz propia. Por ello, apoyamos una autonomía estratégica que nos permita reconstruir nuestra independencia industrial y digital ante futuras crisis.

Pero seamos francos, la autonomía estratégica de la Unión Europea solo será realidad si somos capaces de garantizar la cohesión social, un mercado único que cumpla con los objetivos del Pacto Verde Europeo y una transición digital competitiva que no deje a nadie atrás.

La primera ola de la pandemia atacó a todos por igual, pero en la segunda ola no todos pueden defenderse de la misma manera. Los recortes en sanidad, ciencia y educación derivados de la crisis del 2008 han dejado sin protección adecuada a una amplia franja de la población. Frente a las capas de población que pueden hacer frente a la pandemia con teletrabajo y apoyo educativo y tecnológico para sus hijos, las clases más desfavorecidas conviven en pisos pequeños, en barrios con alta densidad, con trabajos presenciales, sin recursos para complementar la educación de sus hijos y con centros de salud que están desbordados.

Esta vez no podemos permitirnos una recuperación de la economía europea a dos velocidades, y para evitarlo necesitamos que el presupuesto de la Unión Europea para los próximos siete años y el plan de recuperación estén disponibles cuanto antes. Estamos preparados para lograr un acuerdo a través de una negociación leal y sincera. Pero el Consejo debe aparcarse su juego de acusaciones. Hace dos años que estamos esperando a los ministros para negociar, por lo que ahora no podemos ceder como Parlamento para sacrificar las prioridades pactadas ya en esta Cámara.

Si queremos terminar con la brecha tecnológica, necesitamos un plan de recuperación que invierta un 20 % en la transición digital. Si pretendemos garantizar el capital humano de la Unión Europea, programas como Erasmus o como Horizonte Europa deben ser respetados en el próximo presupuesto. Y si aspiramos a derrotar definitivamente a la pandemia, la cooperación al desarrollo y la ayuda humanitaria deben contar con una financiación suficiente, porque solo derrotaremos al virus dentro y fuera de nuestras fronteras.

Estamos a tiempo de evitar una fractura social si logramos que el sacrificio de la recuperación no recaiga sobre los más vulnerables. Hagámoslo con un calendario claro y ambicioso sobre nuevos recursos propios. Porque la adopción de nuevos impuestos, como el de transiciones financieras o el de emisiones de gases de efecto invernadero, nos permitirá garantizar las cuentas públicas de los Estados miembros y el poder adquisitivo de los contribuyentes. Que no caiga sobre las espaldas de los contribuyentes el poder hacer frente a este plan de recuperación.

Somos conscientes de la dificultad de las negociaciones, pero con el Consejo y el Parlamento en pie de igualdad tenemos la obligación de alcanzar un acuerdo que esté a la altura del mayor reto de nuestras generaciones. La ciudadanía nos está esperando.

Dacian Cioloș, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président, cher Charles, merci encore d'être là.

En parlant de relations internationales, ce débat qui a eu lieu au Conseil était plus que nécessaire. Certaines puissances ont décidé de compliquer la situation, comme si la crise sanitaire, la crise économique et la crise climatique ne suffisaient pas.

En cette période où le monde doit se serrer les coudes, certains ont plutôt décidé d'en jouer. Nous devons donc faire en sorte que l'Union devienne une puissance géopolitique, économique et démocratique. Il est urgent de se doter d'une vision stratégique commune pour devenir une Europe réellement géopolitique, pour agir plutôt que réagir, et ce, avec rapidité lorsque c'est nécessaire. Mais cela suppose que les États membres comprennent l'intérêt d'une action réellement collective. Ce qui n'est pas toujours le cas en matière de relations internationales, car chacun défend ses intérêts.

Et face à la Chine, à la Turquie ou à la Russie, nous avons maintenant besoin d'une vision stratégique, mais aussi d'unité et de fermeté dans l'action. Comment pourrait-on se définir comme un véritable acteur géopolitique s'il nous faut deux mois pour sanctionner le régime Loukachenko et que, encore deux mois plus tard, il n'a toujours pas été placé sur cette liste.

Nous perdons tout simplement en crédibilité quand nous réunissons le Conseil juste pour discuter. Notre puissance doit s'appuyer sur de nouveaux outils d'action et de décision. Passer la politique étrangère à la majorité qualifiée et mettre en place un régime de sanctions liées aux droits de l'homme, font partie des urgences maintenant. Cela nous permettrait de réagir rapidement, par exemple dans des situations du type de l'empoisonnement dont a été victime Alexeï Navalny.

Le Conseil a aussi évoqué la puissance économique de l'Europe. Notre influence passe par notre rayonnement économique et ce rayonnement économique passe par notre ambition climatique et notre maîtrise du numérique. Le Parlement a créé récemment une commission spéciale sur l'intelligence artificielle à l'ère numérique, nous avons l'intention de faire des propositions dans ce domaine. Notre marché intérieur, notre organisation sociale et démocratique et l'autonomie stratégique de notre économie nécessitent une vraie ambition d'investir dans le numérique.

La puissance démocratique, enfin. Nous ne pouvons être crédibles au niveau international que si nous sommes nous-mêmes irréprochables. Tout développement stratégique doit reposer sur des valeurs solides: la liberté, la démocratie et l'état de droit. Quelle crédibilité aurions-nous, au-delà de nos frontières, si chaque Européen ne pouvait compter sur un pouvoir judiciaire indépendant, libre de toute pression politique et de tout clientélisme. Si chaque Européen ne pouvait compter sur une presse indépendante, et sur des journalistes libres de toute influence exercée par des oligarques proches du pouvoir. Si les fonds publics, au lieu d'alimenter l'innovation et les investissements sains, finissent parfois dans la poche des corrompus et des réseaux d'intérêts obscurs.

Il faut donc être lucide: sans les valeurs démocratiques, l'injection de liquidités financières ne sera pas suffisante. Il nous faut les deux. S'il nous manque un socle de valeurs communes, nous n'arriverons pas à régler des problèmes concrets, comme la coordination sanitaire pour faire face au coronavirus. Et cette coordination, le Parlement la demande et la réclame depuis des mois, et on voit qu'il y a encore des États membres qui n'y répondent pas. Si elle n'est toujours pas en place, c'est bien que certains veulent nourrir un nationalisme sanitaire, un choc de valeurs sur notre continent, plus qu'un choc de solidarité. Nous ne devons pas l'accepter, car nous en payerons tous le prix. L'Union doit donc être cette force capable de protéger la santé, l'emploi et les droits de tous les citoyens européens.

Marco Zanni, a nome del gruppo ID. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Presidente Michel, io ho sempre più l'impressione che ogni volta che importanti Istituzioni europee, soprattutto in un momento di crisi, si riuniscono per decidere qualcosa, dimostrino solo quanto questo continente sia lacerato e quanto questo continente sia ormai alla deriva, un continente secondario, vittima delle scelte politiche sbagliate fatte soprattutto negli ultimi vent'anni.

Lei ha iniziato il suo discorso parlando di politica estera, parlando di quello che avete deciso riguardo ai vari focolai geopolitici in giro per l'Europa – e lo hanno ricordato i miei colleghi: i dittatori stranieri si fanno beffe di noi vedendo queste decisioni. Avete sanzionato la Bielorussia, ma vi siete dimenticati di sanzionare il leader di quel paese, responsabile di ciò che sta accadendo.

Come al solito, lei ha elogiato l'atteggiamento verso la Turchia, che rimane comunque un atteggiamento lascivo, un atteggiamento che permette a Erdoğan, il dittatore turco, di farsi beffe delle Istituzioni europee, di farsi beffe degli Stati membri europei e di continuare a sfidare e a provocare l'Unione europea e gli Stati membri facendo quello che vuole, senza che noi siamo capaci di prendere azioni decise.

È ancora una volta un approccio totalmente incoerente, dove siamo lascivi con dittatori stranieri mentre ci permettiamo di dibattere sullo Stato di diritto, sul comportamento di certi Stati membri, dimenticandoci, ancora una volta, che non è l'Unione europea che legittima gli Stati membri, ma sono gli Stati che legittimano l'Unione: questo è un concetto di cui dovremmo avere tutti più rispetto.

Il secondo punto, con cui vado a chiudere, è quello a mio avviso più importante: si è parlato di *Recovery Fund*, a luglio si è propagandato un grande accordo ma alla fine cosa rimane sul tavolo? Rimane un accordo non ancora stilato; non sappiamo quando e come arriveranno i soldi e l'impatto, vedendo i numeri pubblicati dalla Commissione, è assolutamente minimo.

L'anno prossimo, nel 2021, se ci sarà un accordo verranno erogati pagamenti per il 6 % della cifra. A fronte di un calo del PIL in doppia cifra per il mio Paese, riceveremo un supporto pari allo 0,16 % del PIL: non è certo questo che cambierà il futuro e il destino dell'Unione europea.

Però siamo certi che arriveranno delle tasse, quelle che voi chiamate risorse proprie. Dal 1° gennaio arriverà una tassa sulla plastica. Voi direte: «benissimo», aiuta perché ci permette di attirare risorse e ci permette anche di ridurre l'utilizzo di plastica non riciclata. Ma ancora una volta, delle due l'una. O avremo una fonte di finanziamento, tramite una tassa europea, o avremo una riduzione delle plastiche: non è possibile raggiungere contemporaneamente entrambi gli obiettivi.

Chiudo con una riflessione, che vorrei vedere nel prossimo Consiglio europeo. Siamo nel più grande momento di crisi dell'Unione europea e degli Stati membri, una crisi esogena che non dipende da noi. Abbiamo fatto un patto di stabilità e crescita, proprio perché nei momenti di difficoltà dobbiamo avere stabilità e crescita e invece cosa succede? Proprio nel momento in cui affrontiamo la più grande crisi, in cui abbiamo bisogno di stabilità e crescita, dobbiamo sospendere questo patto! Questa è una riflessione che vorrei vedere nel prossimo Consiglio.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, ce qui me frappe dans les conclusions du Conseil européen, c'est l'asymétrie dans le traitement des cas biélorusse, chinois, russe et turc. Les autorités de ces quatre États bafouent quotidiennement et brutalement les principes mêmes de la démocratie et, sur le plan international, opposent systématiquement la force du fait accompli au droit. Mais voilà pourtant que seul le régime de Loukachenko se voit infliger des sanctions qui veillent bien, comprenne qui pourra, à épargner l'autocrate alors qu'il y a deux jours encore, ses forces anti-émeutes arrêtaient onze reporters et même une adolescente de 13 ans. Grande menace.

Face à la Chine, les chefs d'État et de gouvernement se refusent encore à ne fut-ce que nommer la minorité ouïghoure, dont un million des citoyens sont prisonniers de camps de rééducation. Face à la Russie, on se contentera de demander une enquête sur l'empoisonnement de l'opposant à Vladimir Poutine, Alexeï Navalny. Quant à la Turquie, elle est encore une fois invitée au dialogue alors qu'Erdoğan poursuit de sa vindicte, l'opposition politique, les journalistes, les universitaires, les militants des droits de l'homme et multiplie les aventures militaires à l'extérieur.

Comme vous, Monsieur Michel, je crois aux vertus du dialogue mais je crois aussi qu'il faut savoir résister si l'on veut se faire respecter. Or, la volonté de l'Union européenne de résister est inversement proportionnelle à la dépendance qu'elle accepte vis-à-vis de ses voisins: dépendance commerciale à l'égard de la Chine, dépendance énergétique à l'égard de la Russie, dépendance en matière d'asile et de migration à l'égard de la Turquie.

Nous devons donc retrouver les moyens d'une plus grande autonomie. La relocalisation de notre économie, tout comme la transition énergétique vont dans ce sens. De même, une Union capable de prendre sa juste part dans l'accueil des réfugiés et migrants serait moins vulnérable au chantage des potentats à qui nous avons bien imprudemment confié les clés de nos frontières. Et ce ne sont pas les propositions récentes de la Commission, Monsieur le vice-Président, qui feront sortir l'Europe de ce mythe indigne de la forteresse.

Plus que tout cela, chers collègues, ce qui dévalorise la parole de l'Union européenne, c'est son incapacité à faire respecter en son sein même l'état de droit dont elle voudrait se faire le héraut à l'extérieur. Et qu'on ne s'y trompe pas, les atteintes aux libertés ne sont pas l'apanage des deux suspects habituels.

La répression du droit de manifester en France, l'affaire Chovanec en Belgique, le traitement discriminatoire des prisonniers catalans en Espagne ou la manière dont nous traitons les réfugiés à nos frontières, nous rappellent qu'aucun État membre ne doit jouir d'une présomption d'exemplarité et que notre vigilance doit être permanente. C'est là le sens de l'engagement résolu du Parlement européen dans la négociation actuelle sur le budget de l'Union et son plan de relance.

Nous voulons qu'enfin, l'Union européenne se dote d'un instrument efficace qui permette de faire respecter un principe tout simple: les bénéfices de l'appartenance à l'Union exigent le respect des fondements de la démocratie et de nos valeurs, à commencer par le respect de la dignité humaine, celle de tous les humains présents et à venir, ici et ailleurs.

Une interdépendance plus équilibrée, une capacité à prendre ses responsabilités et une cohérence plus forte avec les valeurs qu'elle proclame, voilà, Monsieur le Président, les conditions d'une Union européenne plus géopolitique.

Mais pour cela il faut encore s'en donner les moyens. Les moyens d'une action commune efficace en affaires extérieures, comme en matière budgétaire ou en matière fiscale, la règle de l'unanimité met l'Union à la merci des points de vue des plus extrêmes. Il est temps de l'abolir.

Derk Jan Eppink, namens de ECR-Fractie. – Voorzitter, ik zal proberen binnen de spreektijd te blijven, zoals gebruikelijk. Een van de laatste punten in de conclusies van de Raad is Armenië. Dat is natuurlijk wel erg jammer, want we zien dat het tegelijk eigenlijk het zwakste deel is van deze conclusies.

In 2012 kreeg de Europese Unie de Nobelprijs voor de vrede en ik vraag me soms af waarom. Als ik nu eens kijk naar de Verenigde Staten heb ik de indruk dat de heer Trump in vier jaar meer successen heeft geboekt dan de Europese Unie in 20 jaar. Als ik het lijstje – en nu moet u natuurlijk niet boos worden – mag nemen: Kosovo, Servië, voor de voordeur, de economische normalisering dankzij de Verenigde Staten; Israël, diplomatieke betrekkingen met de Verenigde Arabische Emiraten en Bahrein; in Afghanistan vredesonderhandelingen na 20 jaar oorlog; Noord-Korea, de dikke man in toom gehouden via onderhandelingen; een handelsakkoord Verenigde Staten, Canada en Mexico. Ja, dat is toch niet niks. En mijnheer Michel, u komt niet verder dan oproepen. Ik zou zeggen: *a bit more energy, a bit more Trumpism*, misschien.

Want nu, na tien jaar Europese gemeenschappelijke buitenlandse politiek, zien we alleen maar slappe pap, terwijl er drukmiddelen zijn om Azerbeidzjan en Turkije onder druk te zetten, maar men durft die niet te gebruiken. Ik stel dus een *coalition of the willing* voor van staten, zowel in Europa en hopelijk ook met de Verenigde Staten, om deze landen onder druk te zetten. Want, mijnheer de voorzitter, het is toch macaber dat wij 100 jaar na de genocide in Armenië niet verder komen dan wat morele oproepen. We moeten wat doen. En als de EU dat niet kan, dan moeten Europese staten dat zelf doen in samenwerking met de Verenigde Staten, want die kan tenminste *power* tonen. Wij hebben alleen in de aanbieding: slappe pap.

Γιώργος Γεωργίου, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Michel, εδώ και δύο χρόνια η Τουρκία συνεχίζει την παράνομη δραστηριότητά της στην κυπριακή ΑΟΖ. Εδώ και δύο χρόνια γινόμαστε, δυστυχώς, μάρτυρες ενός κακόγουστου θεάτρου. Για να σας πω την αλήθεια, βέβαια, δεν περίμενα ότι το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο θα επέβαλε κυρώσεις στην Τουρκία και είμαι βέβαιος ότι ούτε και τον Δεκέμβριο θα της επιβάλει, για τους λόγους που όλοι γνωρίζουμε πάρα πολύ καλά. Και βέβαια οι κυρώσεις δεν είναι αυτοσκοπός, κύριε Michel, όμως θα δοθεί στην Τουρκία θετική πολιτική ατζέντα. Όμως θα πρέπει η Τουρκία να αλλάξει ρότα, να σταματήσει να παραβιάζει τα κυριαρχικά δικαιώματα της Κυπριακής Δημοκρατίας, να προσέλθει στις διαπραγματεύσεις με θετική διάθεση για λύση του Κυπριακού στη βάση της διζωνικής δικοινοτικής ομοσπονδίας, να πάψει να απειλεί και να μεθοδεύει τον παράνομο εποικισμό της Αμμοχώστου. Διότι το Yavuz έφυγε μεν από τις κυπριακές θάλασσες κι αυτό είναι καλό, όμως η πόλη φάντασμα, η πόλη της Αμμοχώστου, απειλείται ξανά και κινδυνεύει.

450 χρόνια μετά από την πολιορκία της για ένα χρόνο και την κατάληψή της από τον Λαλά Μουσταφά, παρά την ηρωική αντίσταση ενός Βενετσιάνου, κύριε Πρόεδρε, κύριε Sassoli, του Μαρκαντώνιου Βραγαδίνου, απειλείται ξανά η Αμμόχωστος με παράνομο εποικισμό. Η Αμμόχωστος είναι ευρωπαϊκή υπόθεση. Δεν πρέπει να επαναληφθεί η ιστορία, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να δράσει αμέσως για να αποτρέψει αυτό το ενδεχόμενο, διότι εάν εποικιστεί η Αμμόχωστος, αυτό θα είναι ταφόπλακα για τη λύση του Κυπριακού. Εάν το Κυπριακό όμως δεν λυθεί, να είστε βέβαιοι, κύριε Πρόεδρε, ότι οι εντάσεις στη Μεσόγειο θα συνεχιστούν και κανένας διάλογος δεν θα ευοδωθεί. Η Ευρώπη πρέπει να δράσει τώρα, κυριολεκτικά τώρα, γιατί αύριο θα είναι αργά.

Mario Furore (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, su una cosa sicuramente l'Europa primeggia nel mondo: il tempo impiegato dai suoi leader nel discutere. Bene, ma alla fine vanno prese decisioni, perché i cittadini si aspettano decisioni e purtroppo noi, ancora una volta, siamo costretti qui a commentare le troppe indecisioni del Consiglio.

Mi riferisco, ad esempio, alla risposta europea alla crisi sanitaria ed economica. Le minacce dei paesi egoisti di rallentare *Next Generation EU* sono inaccettabili, tanto più che il Parlamento europeo, questa Assemblée – unica Istituzione democraticamente eletta dai cittadini – ha più volte indicato la strada.

Se il Consiglio ascoltasse un po' di più questo Parlamento e un po' di meno gli *aut aut* che arrivano ora da Budapest, ora dall'Aja, sicuramente faremo passi avanti. Lo stesso dicasi per la politica estera: va bene discutere ma alla fine Bielorussia e Turchia devono rispettare i diritti umani fondamentali.

Se siamo deboli con i dittatori fuori dallo spazio europeo incoraggiamo i «dittatorelli» di casa nostra a fare altrettanto e questa sarebbe la fine. All'Europa servono invece coraggio e risolutezza per essere, così come chiedono i cittadini, un faro di libertà e giustizia sociale nel mondo.

Charles Michel, *président du Conseil*. – Monsieur le Président, merci de me donner l'occasion de répliquer après ce premier tour de parole, c'est une preuve de l'interactivité entre les institutions européennes démocratiques.

Monsieur Weber, vous avez dit: «c'est un bon compromis, mais il n'y a pas de leadership». Et c'est bien à mes yeux, le vrai sujet pour l'avenir de l'Union européenne et c'est la raison pour laquelle j'ai démarré mon message en déclarant que notre objectif devait être: «moins de dépendance et plus d'influence». Et pour la première fois, au Conseil, j'ai choisi de faire porter le débat sur l'autonomie stratégique dans des économies ouvertes en soutenant le modèle multilatéral.

Le débat n'est pas clos, mais c'est un point de départ sur lequel lancer le débat, car l'Europe est une puissance économique: première puissance commerciale, deuxième puissance économique dans le monde. Elle est aussi une puissance démocratique: nous garantissons un ordre mondial fondé sur des valeurs, sur l'état de droit, sur la règle de droit, valeurs qui inspirent chacune des actions que nous devons entreprendre. Et la question est de savoir comment l'Europe de demain peut être davantage une puissance politique, avec un effet positif inspiré par nos valeurs, considérant que le pilier du changement climatique couplé au pilier du changement numérique sont des espaces dans le cadre duquel nous allons exercer notre influence stratégique, comme il nous est arrivé de le faire autrefois, par exemple, dans le domaine chimique, ou celui du traitement des données privées par exemple, c'est cela l'enjeu.

Et vous observerez que depuis ce nouveau cycle institutionnel, il y a quelques mois seulement, quelques choix clairs ont été posés. La Chine, par exemple. Je me souviens que pendant longtemps l'Europe était totalement divisée. Comment aborder la relation avec la Chine? En quelques mois, grâce à un travail politique, à un dialogue entre nous, nous avons aligné une position claire, stratégique et nous exprimons avec clarté le message. Quand je m'adresse au Président Xi sur les valeurs fondamentales, les droits de l'homme, je ne baisse pas les yeux, je parle des Ouïgours.

Nous n'avons ni le même modèle politique, ni le même modèle économique. Il y a trois points: nous voulons être engagés avec la Chine, nous croyons aux vertus du dialogue, nous pensons que la Chine est un partenaire pour gérer la question comme le COVID et la question climatique. Vous observerez d'ailleurs que la Chine, comme l'Afrique du Sud, s'est engagée sur la question de la neutralité climatique. Ce n'est certes pas suffisant, il faut rester vigilants, mais c'est une démarche montre que l'on a une influence, cela va dans la bonne direction.

Et enfin, je voudrais aussi mettre en évidence un autre point qu'il me plaît de mettre en évidence pour ne pas faire genre que je n'ai pas entendu. La question des sanctions: Bélarus, Turquie, différences d'avis exprimés sur la question des sanctions. De mon point de vue, comme pour le Conseil européen, les sanctions ne sont pas un but en soi. Les sanctions sont un instrument. Elles sont un élément, avec beaucoup d'autres d'ailleurs sur le plan international, que l'on pourrait peut-être davantage mettre en cohérence, pas seulement pour une Commission géopolitique, mais pour une Union européenne géopolitique. C'est selon moi le sens de la démarche que l'on doit poursuivre. Une fois les sanctions activées on peut effectivement, décider de les alléger, de les supprimer, de les étendre, de les aggraver et c'est dans cet esprit-là, qu'en pleine conscience, un choix a été fait.

Nous plaçons pour un dialogue inclusif, cher Monsieur Weber, dans le cadre du Bélarus, nous plaçons pour que les OSC puissent jouer un rôle et nous reviendrons régulièrement sur la question du Bélarus pour voir comment on doit agir et peut-être prendre des décisions en fonction des développements positifs ou négatifs qui interviendront.

La Turquie maintenant. Solidarité claire et nette avec la Grèce et avec Chypre. Nous défendons les souverainetés. Nous défendons les droits souverains. Un premier impact, certes léger, certes timide, est intervenu puisque avant même le Conseil européen, s'est ouverte la perspective d'une reprise du dialogue, après des semaines de tension tout au long de l'été, entre la Grèce et la Turquie. Ce n'est pas suffisant, c'est fragile, pas de naïveté, mais c'est un premier effet, c'est un premier impact, me semble-t-il.

À Chypre, il y a quelques heures, le navire Yavuz a quitté les eaux. Ce n'est pas suffisant, nous allons rester attentifs, vigilants, et je serai en contact au nom de l'Union européenne avec le Président Erdoğan pour voir de quelle manière je peux, au nom de l'Union, agir sur le terrain, en faisant preuve à la fois de fermeté (sur le plan des principes et du droit international) mais aussi d'ouverture pour engager des discussions plus positives s'il y a volonté commune.

Je soutiens aussi totalement le processus des Nations unies, j'espère qu'après les élections dans la partie nord de l'île, qui doivent intervenir au mois d'octobre, il y aura la capacité pour les Nations-Unies de relancer ce dialogue et c'est la raison pour laquelle j'ai indiqué que dans ce dialogue plusieurs questions centrales et difficiles devront être débattues par le dialogue et j'espère des progrès pourront être réalisés, comme par exemple la question du partage des revenus liés aux hydrocarbures qui est un sujet avec d'autres qui doit être débattu.

Et, enfin, l'Europe est au rendez-vous quand, par exemple, nous prenons l'initiative de cette conférence multilatérale sur cette partie de la Méditerranée pour mettre autour de la table, pour engager ensemble celles et ceux qui ont parfois des points de vue communs mais aussi parfois des points de vue différents sur les disputes maritimes, sur les questions énergétiques, sur les questions de sécurité, sur les questions de développement économique.

Voilà, Mesdames et Messieurs les parlementaires, comment j'envisage le rôle de l'Union européenne et donc je réagis, Monsieur Weber, un bon compromis, pas de leadership, moi je me retrouve les manches pour un leadership européen moins de dépendance, plus d'influence.

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident, Herr Präsident Michel! Was Sie gerade ausformuliert haben, ist sehr spannend. Nur, mein Eindruck ist: Meistens tagt ja nicht der Europäische Rat, sondern meistens tagt der Rat der europäischen Staaten.

Was meine ich damit? Ich habe den Eindruck, dass in dem Gremium, dem Sie vorsitzen, die Mitgliedstaaten sich sehr, sehr oft eben nicht um das gemeinsame europäische Interesse kümmern, sie nicht vor Augen haben, dass, wenn wir uns gemeinsam aufstellen, wenn man Kompromisse eingeht, wenn man versucht, eine gemeinsame europäische Lösung zu finden, dass das im Zweifel allen gemeinsam weiterhelfen könnte, sondern ich habe den Eindruck, dass Sie einem Gremium vorsitzen, in dem viele dabeisitzen, die denken, wenn sie ihr nationales Interesse nach vorne stellen, dann erreichen sie mehr. Deswegen kommen wir doch auch bei vielen Themen nicht voran.

Wie sieht es aus im Binnenmarkt? Sie haben im letzten Rat angesprochen, wir wollen den Binnenmarkt weiterentwickeln und stärken. Aber wir erleben doch in vielen Bereichen, dass sich nationale Märkte abschotten.

Sie haben das Thema Klimapolitik angesprochen. Wir können uns da gern als Europäische Union ambitionierte Ziele setzen. Aber ich sehe, dass viele Mitgliedstaaten sich immer noch verweigern, dann entsprechend auch den Beitrag zu leisten, den jedes Land bringen muss.

Sie sprechen von der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Aber wir haben ja auch am Wochenende wieder erlebt, wie es im Schwerpunkt nicht um gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ging, sondern wie die Mitgliedstaaten wieder ihre nationalen Interessen nach vorne gestellt haben.

In dem Sinne wünsche ich mir, dass Sie die Kraft haben, in Ihrem Gremium eine Stimmung zu bringen und eine Stimmung zu kreieren, dass die Mitgliedstaaten und ihre Staats- und Regierungschefs wirklich das europäische Interesse sehen und wir diese nationalen Dinge, die wir in den letzten Monaten wieder verstärkt gesehen haben, hoffentlich gemeinsam zurück... *(Mikrofon aus)*

VORSITZ: KATARINA BARLEY*Vizepräsidentin*

Ismail Ertug (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Vizepräsident Šefčovič, sehr geehrte Ratsvertreterinnen und -vertreter! Viele wichtige Punkte sind heute angesprochen worden. Dennoch möchte ich auf ein wichtiges Thema noch eingehen, nämlich die Zukunft unserer digitalen Entwicklung in der Europäischen Union. Ich glaube, es ist unbestritten, dass uns der Green Deal nur dann erfolgreich gelingt, wenn wir als Europäische Union auch neue Technologien begreifen.

Jetzt geht es mir primär darum, wie wir mit den 5G-Weiterentwicklungen umgehen. 5G ist ganz entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union, und wir sehen, dass wir hier auch an dieser Stelle zurückhängen – zurückhängen gegenüber China, gegenüber den USA, gegenüber Südkorea und auch gegenüber Japan.

Jetzt geht es hier darum, wie die Europäische Union unterstützen kann, dass wir hier gute Beispiele haben, zum Beispiel in Form der *Important Projects of Common European Interest*, der sogenannten IPCEI, die wir dank Ihres Einsatzes, Herr Šefčovič, auch im Bereich der Batterienindustrie haben. Sie sollten wir auch im Bereich der 5G-Technologie einsetzen, denn ohne werden wir im internationalen Vergleich noch weiter zurückfallen.

Luis Garicano (Renew). – Señora presidenta, el presidente Sánchez, en la cumbre europea, pidió a este Parlamento que trabaje con celeridad, para asegurar que el dinero de los planes europeos esté disponible desde el uno de enero, y también el señor Michel nos lo ha dicho hoy. Compartimos, creo, todos en esta sala la urgencia y le garantizamos al Consejo que haremos nuestra parte; los equipos negociadores están trabajando sin parar para conseguirlo.

Pero también el Consejo y los Estados deben hacer la suya. El Consejo debe dejar de bloquear el mecanismo del Estado de Derecho, que es tan importante para evitar que el dinero se utilice para vulnerar los derechos de los ciudadanos. Y también el Consejo debe trabajar con nosotros para elaborar reglas transparentes y exigentes, que aseguren que el dinero europeo se gasta para transformar nuestras economías, en beneficio de todos.

También cada país debe hacer su parte. Quedan nueve días escasos para el fin del plazo para entregar los planes de recuperación, y deben ser planes coherentes, transformadores, ambiciosos, para reconstruir nuestras economías en beneficio de todos. El señor Michel tiene razón cuando nos dice que los ciudadanos esperan que actuemos, pero también esperan que invirtamos su dinero bien, y debemos trabajar juntos para ello.

Nicolas Bay (ID). – Madame la Présidente, entre 3 000 et 4 000 djihadistes ont été transférés de Syrie en Arménie par la Turquie, ce qu'Emmanuel Macron lui-même a admis.

Des milliers de mercenaires islamistes coupables de crimes de guerre par Daech, envoyés par Erdoğan pour en commettre d'autres et poursuivre le génocide arménien perpétré il y a 80 ans par l'Empire ottoman. Entre 1,2 et 1,5 million de victimes, un génocide que les autorités turques n'ont jamais reconnu, dont la reconnaissance par d'autres États a été qualifiée par Erdoğan de plus grande insulte qui soit. Mais l'histoire n'est pas une insulte! Une histoire qu'Erdoğan voudrait pourtant réécrire puisque toutes ses manœuvres convergent vers un seul but: reconstituer l'Empire ottoman, retrouver le rôle de leader du monde islamique sunnite, qu'avait la Turquie au temps du califat. Un projet qu'il assume, y compris dans ses vidéos officielles de propagande: des actions militaires en Syrie et en Libye, la proximité, à peine dissimulée, avec l'État islamique, l'orchestration d'une véritable invasion migratoire en Grèce, la destruction des églises en Anatolie, les pirateries sur les ressources chypriotes en Méditerranée, la transformation de la basilique Sainte-Sophie en mosquée et maintenant l'incursion sur le territoire arménien, le plus vieux pays chrétien du monde. Tous les actes d'Erdoğan signent cette inspiration néo-ottomane et pendant ce temps, le Conseil a un goût prononcé pour la litote. Dans ses conclusions du 2 octobre, il annonce condamner fermement les violations des droits souverains de la République de Chypre, qui doivent cesser. Mais cela fait 50 ans que ça dure, 50 ans que la Turquie occupe la moitié du territoire d'un État membre, et vous persistez à vouloir, je cite, un dialogue de bonne foi. Des mesures de rétorsion auraient pu être prises sur l'argent du processus d'adhésion, sur les financements de la BEI, sur la sécurisation nécessaire des frontières de la Grèce et de la Bulgarie, sur la suspension de l'union douanière, qui permet à la Turquie de faire 40 % de son commerce extérieur avec l'Union européenne. Mais rien. Rien! L'Europe a peur de la Turquie et la réponse est tragique, le Conseil a une nouvelle fois cédé à ce racket permanent, il nous rappelle Balzac, disant que la résignation est un suicide quotidien.

Si les nations d'Europe sont incapables de lui opposer une réponse à la hauteur de l'enjeu, Erdoğan pourrait réussir demain à accomplir son rêve impérialiste et islamiste, pendant qu'une fois de plus ici à Bruxelles, on discute du sexe des anges.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señora presidenta, más allá del volumen económico o de los porcentajes de atribución financiera a las políticas sectoriales, quisiera remarcar la importancia de la participación de las regiones europeas en la gestión del futuro Mecanismo de Recuperación y Resiliencia.

Desde el inicio de la crisis de la COVID, la mayoría de las regiones y entes locales han estado al frente de las necesidades de la población, algunas de ellas incluso gestionando competencias clave como la sanidad, la educación o el ámbito social. Por lo tanto, son las administraciones regionales quienes mejor conocen a sus comunidades y, además, ya tienen experiencia en la gestión de los fondos europeos. La inclusión de las regiones en la gestión de los fondos nos permitiría agilizar y realizar más proyectos, ganando así la Unión Europea más credibilidad.

Estimados colegas, la gestión de la crisis ha hecho evidente la necesidad de una mayor coordinación, pero, al mismo tiempo, de una mayor gobernanza multinivel. Solo así seremos capaces de atajar las múltiples consecuencias de la crisis, que ha impactado de forma distinta en nuestras regiones. Algunas de las enmiendas al texto de la Comisión, ahora en negociación en el Parlamento Europeo, ya contienen esta propuesta. Esperemos que se adopten y que posteriormente el Consejo también las tome en consideración. Pensar globalmente para actuar localmente es más necesario que nunca.

Johan Van Overtveldt (ECR). – Voorzitter, collega's, het is nogal duidelijk dat we in een penibele situatie zitten als gevolg van een aanhoudende gezondheids crisis met verregaande sociaal-economische gevolgen. Er heerst grote onzekerheid rond wat er met de vaccins kan gebeuren, rond de effectiviteit van een aantal anticoronamaatregelen, rond de economische vooruitzichten op korte en op middellange termijn enzovoort.

Die onzekerheid zorgt ervoor dat de neerwaartse spiraal negatief doorgetrokken wordt in plaats van zich te keren, en het is absoluut noodzakelijk dat op alle publieke beleidsniveaus krachtadig opgetreden wordt om die negatieve spiraal te keren. Op dat vlak schiet de EU vandaag toch wel tekort.

Ik verwijs hier bijvoorbeeld naar de onderhandelingen over de nieuwe meerjarenbegroting en de faciliteit voor herstel en veerkracht. Klare, duidelijke en toekomstgerichte maatregelen inzake deze materies zouden al een groot verschil kunnen maken en zouden een heel stuk onzekerheid kunnen wegnemen. Maar dat signaal blijft uit. De effectieve lancering van dat broodnodige herstelfonds laat op zich wachten. Dat heeft absoluut niets te maken met de houding van het Parlement. Dat heeft alles te maken met het feit dat er vanuit de Raad geen of nauwelijks zinvolle voorstellen komen op suggesties die het Parlement doet om de maatregelen die thans voorliggen te verbeteren.

Ik kan alleen maar de hoop uitdrukken dat deze situatie snel keert en dat we snel zinvolle antwoorden krijgen op uiterst zinvolle voorstellen.

Idoia Villanueva Ruiz (GUE/NGL). – Señora presidenta, Europa tiene hoy la oportunidad y la responsabilidad de decidir quién es y cómo contribuye al mundo; le va la vida en ello. Planes de reconstrucción: de la determinación de hacer frente a la pandemia de forma unida hay que pasar a los hechos, y para eso es necesario sacar inmediatamente adelante los planes de reconstrucción.

No podemos permitir salir de esta nueva crisis con una nueva brecha de desigualdad, y para eso es necesario garantizar los servicios públicos, reactivar la economía de los cuidados; que la transición energética y la digitalización no se conviertan en el negocio de unos pocos y que sirvan para afianzar la industria, que también miren al sector primario, a fijar población en el territorio, al empleo joven y a conseguir los objetivos contra el cambio climático.

Necesitamos una mirada clara con autonomía en política exterior. Pero, ante todo, necesitamos acabar con la vergüenza de esta Europa: cumplir con los derechos humanos en nuestro territorio, para poder llamarnos como tales, humanos; reubicación inmediata de todos los campos de refugiados; vías legales y seguras. No más Morias, no más muertes, no más vergüenza.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο χάρησε για μια ακόμα φορά την αστική τάξη της Τουρκίας, σπεύδοντας σε κυρώσεις στη Λευκωσία. Οι σχέσεις Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας είναι αλυσοδεμένες με ισχυρά οικονομικά, πολιτικά και στρατιωτικά συμφέροντα, με άθλιες συμφωνίες για το προσφυγικό. Αυτά υπαγορεύει το ανακινωθέν που νομιμοποιεί όλες τις κατάφωρες τουρκικές παραβιάσεις που έχουν πραγματοποιηθεί ως τώρα σε Αιγαίο και κυπριακή ΑΟΖ, με υποκριτικές ανησυχίες για το μέλλον. Γι' αυτό επίσης δεν έχει ειπωθεί κουβέντα για τις επεμβάσεις της Τουρκίας σε Συρία, Λιβύη, Ιράκ, Κύπρο ή για τον ειδικό της ρόλο στο Ναγκόρνο Καραμπάχ.

Κοινή επιδίωξη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, των ΗΠΑ, του NATO, των αστικών τάξεών τους, της Ελλάδας και της Τουρκίας, αλλά και των κυβερνήσεων και των αστικών κομμάτων, αποτελεί το στρώσιμο του τραπέζιου διαπραγματεύσεων για συνεκμετάλλευση, με θυσία κυριαρχικά δικαιώματα στο Αιγαίο και στη Νοτιοανατολική Μεσόγειο, με στόχο διχοτομική λύση στο Κυπριακό υπό ευρωατλαντική εποπτεία, με χωροφύλακα το NATO, και γι' αυτό είναι και ο κύριος Στόλτενμπεργκ στην Αθήνα. Μόνη διέξοδος για τους λαούς αποτελεί η πάλη για απεμπλοκή από τα ιμπεριαλιστικά σχέδια, με αποδέσμευση από Ευρωπαϊκή Ένωση και NATO και με τον λαό να κάνει κουμάντο στον πλούτο του τόπου του.

Tamás Deutsch (PPE). – Tisztelt Elnök asszony, nemcsak egységes, közös piac az Európai Unió, hanem értékközösség, hallhatjuk nap nap után. Ezt a megfontolást most egy pillanatra hagyjuk is. Azt a kérdést, hogy az értékközösség nem ideológiai azonosságot jelent, és hagyjuk azt a kérdést, hogy az értékközösséget hogyan rombolja szét az a baloldali, liberális, föderalista megközelítés, amelyik egy harcos, agresszív, pártpolitikai, ideológiai küzdelmet folytat. Most erről ne beszéljünk!

Nemcsak közös piac, hanem értékközösség is, de ebből nem következhet az, hogy a közös piacról, az egységes piacról elfeledkezünk. Ma már itt az Európai Parlamentben a Néppárton kívül az ég egy adta világon senki sem beszél munkahelyteremtésről. Ma már itt az Európai Parlamentben a Néppárton kívül senki nem beszél arról, hogy az Európai Unió közös gazdasági problémáit hogyan lehetne megoldani. Vagy ha baloldali, liberális, zöld vagy kommunista európai parlamenti képviselő a gazdaság kérdéseiről beszélne, akkor bár ne tenné, mert a saját maguk ideológiai elfogultságaitól vezettetve olyan ötletekkel állnak elő, ami rombolja az Európai Unió gazdaságának a versenyképességét. Mindezt teszik egy olyan helyzetben, amikor az Európai Unió húsz esztendővel ezelőtt a világ gazdasági teljesítményének 24-25 százalékát adta, ma pedig ez a teljesítmény 15 százalékra csökkent. Szóval ne mellébeszéljünk, hanem beszéljünk a gazdaságról: munkahelyteremtés, munkahelyteremtés, munkahelyteremtés.

Eric Andrieu (S&D). – Madame la Présidente, l'urgence climatique est une course que nous sommes en train de perdre, a dit le Secrétaire général des Nations unies, António Guterres, le week-end dernier.

C'est un constat que nous sommes de plus en plus nombreux à partager. Ce nouveau mandat européen et le pacte vert pour l'Europe sonnent donc comme ceux de la dernière chance. Mais je ne peux m'empêcher de constater que, derrière les phrases choc de la Commission ou du Conseil et les belles déclarations d'intention, il n'y a encore aucun acte réel et, pire encore, il n'y a toujours pas d'accord sur les moyens de parvenir à poser ces questions. Je constate que nous avançons de manière désordonnée et que nous manquons de cohérence. Je ne voudrais pas, à ce stade-là de mon propos, que le plan de relance cache la faiblesse du cadre financier pluriannuel. Oui, nous avons besoin de véritables moyens pour mettre en place nos politiques publiques. Oui, la crise du coronavirus a montré combien il était nécessaire de mettre en œuvre des politiques publiques. Nous avons besoin de véritables ressources propres, aujourd'hui et demain, pour répondre à nos enjeux politiques majeurs.

La planète se meurt, la biodiversité se meurt, l'Humanité se meurt, nous n'avons plus le temps pour un nouvel échec.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

5. Erste Abstimmungsrunde

Die Präsidentin. – Bevor wir mit den Aussprachen fortfahren, werde ich die erste Abstimmungsrunde des heutigen Tages eröffnen. Die Dossiers, über die wir nun abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde ist von 10.30 Uhr mit etwas Verspätung bis 11.45 Uhr geöffnet.

Ich erkläre die erste Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 11.45 Uhr abstimmen. Die Ergebnisse der ersten Abstimmungsrunde werden um 14.15 Uhr bekanntgegeben.

6. Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 1./2. Oktober 2020 — Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. Oktober 2020 (Fortsetzung der Aussprache)

Die Präsidentin. – Wir setzen nun unsere gemeinsame Aussprache über

— die Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission über die Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 1./2. Oktober 2020 (2020/2787(RSP)) und

— die Erklärungen des Rates und der Kommission über die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. Oktober 2020 (2020/2788(RSP)) fort.

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, the images we have seen from Belarus were both horrific and inspiring. We have seen brutal repression but we've seen also Belarusian society that stood up for their rights. The struggle in Belarus is not over and Belarusians need our support now more than ever. The decision last week to impose sanctions was the correct one, but waiting 55 days was far too long and, of course, the main question is why the elephant in the room, Mr Lukashenko, is not on the list this time?

These actions are important, but the European Union must find additional ways how to support Belarusians in their day-to-day struggle towards freedom.

Jörg Meuthen (ID). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der heute hier vorgestellten Ergebnisse des EU-Gipfels von letzter Woche muss man tatsächlich von einem Gipfel sprechen, und zwar von einem Gipfel an Ratlosigkeit und Realitätsverweigerung – also überhaupt keine Überraschung.

Gewohnt großspurig schwadronieren Merkel, Macron und Co. schon von der Verteilung eines Corona-Impfstoffes, den es überhaupt noch nicht gibt. Und der daniederliegenden Konjunktur unseres Binnenmarktes soll ihre grüne Allzweckpille wieder auf die Beine helfen – wirklich? Ja glauben Sie denn ernsthaft selbst an diese Quacksalberei? Sie scheinen tatsächlich gewillt, dem europäischen Patienten nicht nur eine sehr bittere Medizin zu verabreichen, sondern vor allem eine mit absolut tödlichen Nebenwirkungen für unsere Wirtschaft.

Wer jetzt aber annimmt, Sie würden, wenn Sie schon offenkundig nichts von Wirtschaft verstehen, wenigstens den Gipfel dazu nutzen, den cholerischen Möchtegern-Sultan Erdoğan einmal entschieden in die Schranken zu weisen, der irrt gewaltig. Aufhebung der Zollunion – nichts! Endlich Schluss mit den absurden Beitrittsverhandlungen, Kollege Weber hat es schon erwähnt – Fehlanzeige! Da Sie doch so gerne das Wort der Solidarität im Munde führen: Wo ist denn bitte schön Ihr wirklicher Beistand für Griechenland und Zypern, deren territoriale Integrität – und damit nicht zuletzt auch unsere EU-Außengrenze – von den Türken bedroht wird? Die wollten Sie auch. Ihnen sind ja die Hände gebunden, nachdem Sie sich systematisch sehenden Auges in die Abhängigkeit von Ankara begeben haben.

Tatenlos werden Sie nun mit ansehen, wie 100 Jahre nach dem Völkermord an den Armeniern, 30 Jahre nach dem Pogrom von Baku, heute die aserbajdschanische Armee gemeinsam mit den syrischen Dschihadisten auf Geheiß der türkischen Regierung wieder armenische Christen töten wird. Hier lediglich einen wohlfeilen Appell an beide Seiten zu richten, man möge doch bitte sehr die Feindseligkeiten einstellen, ist einfach nur beschämend. Eine sehr klare Positionierung wäre angezeigt. Die EU ist und bleibt leider außenpolitisch ein zahnloser Tiger, den niemand ernst nimmt. Sie können es einfach nicht, und das ist betrüblich.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Madam President, I'm very happy that the Council also focused on the digital sector, which is absolutely crucial if we want to live in freedom and democracy in the future, because today, this way of living is involuntarily threatened by the business model of a few global tech companies. And what is that business model? It's collecting huge amounts of data on citizens, creating detailed profiles and selling them to advertisers, and this has side effects. It promotes disinformation. It promotes hate in our society. It distorts competition and it reduces the revenue of our press. These enormous amounts of data, as well as the staggering profits, don't allow for a level playing field for our European industry and threaten democracies globally. But the good news is that we now have the chance to change this with the new competition framework, with the digital services act. We can have a new start in Europe because, in Europe, what we want are digital technologies to implement the European green deals and make the lives of European

citizens better.

Eugen Jurzyca (ECR). – Pani predsedajúca, obnova Európskej únie po pandémie by mala byť najmä o využití rezerv, ktoré máme v Európskej únii už dnes, a nemusíme si na ne brať úver. Takouto rezervou je hlavne európsky trh bez zbytočných bariér.

Štúdia Európskeho parlamentu už v roku 2017 odhadovala, že dokončenie jednotného trhu by zvýšilo ročný výkon európskej ekonomiky o vyše 600 miliárd eur. To je takmer celý plán obnovy navyše každý jeden rok.

Členské štáty majú napríklad stovky regulovaných povolání, ktoré vytvárajú bariéry pre cezhraničné poskytovanie služieb. Považujem preto za kľúčové, aby sme si splnili svoje domáce úlohy aj ďalším odstraňovaním prekážok cezhraničného podnikania a poskytovania služieb, ktoré dnes obmedzujú potenciál nášho zotavenia a rastu.

Chris MacManus (GUE/NGL). – Mr President, two weeks ago the British Parliament voted for a government bill giving British soldiers immunity for war crimes, including unlawful killing and torture. The British Government wear their contempt for what they would refer to as ‘foreign laws’, just as they wear their hostility to the EU, as a badge of honour. The evidence is in their flagrant violation of the Withdrawal Agreement and our Good Friday Agreement.

The European Council would do well to face up to the reality that Britain is not interested in being a friendly neighbour. They will seek to destroy jobs across the European Union, to drive down pay and conditions and environmental standards, both in Britain and in the EU. I urge the European Council to hold firm in rejecting British provocations, in asserting international law, and in defending the interests of Ireland and the EU.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Madame la Présidente, le Conseil européen a parlé de la Turquie, de la Chine, du Bélarus, du Haut-Karabagh. C’était nécessaire, et c’est vraiment bien. Le monde devait entendre la voix de l’Europe, même si elle est un peu timide mais nous, Européens, nous voulons aussi entendre la voix de l’Europe lorsqu’il y a des abus et des violations de droits fondamentaux à l’intérieur de nos frontières. N’y a-t-il rien à dire sur un État qui destitue deux présidents consécutifs d’une minorité nationale pour des raisons exclusivement politiques? N’y a-t-il rien à dire sur un parquet proposant un programme de rééducation constitutionnelle pour les prisonniers politiques? N’y a-t-il rien à dire sur un État qui condamne la plus importante université du pays pour avoir exigé la libération de prisonniers politiques et défendu la liberté d’expression? Pour être crédible, pour être influent ailleurs, le Conseil devrait aussi parler de tout cela.

Esteban González Pons (PPE). – Señora presidenta, el Consejo debería adoptar cuanto antes la decisión sobre recursos propios de la Unión Europea. Sin eso, el Parlamento no puede aprobar el marco financiero.

El plan de recuperación no es deuda mancomunada, porque ningún Estado miembro pone su propio dinero: es deuda europea. Pero tampoco es dinero gratis que llega sin que los Estados tengan que subir impuestos o emitir deuda, aunque a muchos les vaya a parecer dinero gratis. Por eso, sin saber de dónde vendrá el dinero para pagar, no podemos aprobar el marco financiero.

Si no entendemos bien lo que estamos haciendo, podemos acabar desmontando el proyecto europeo para que los Estados miembros se repartan los trozos. Es inaceptable que este Parlamento no controle el gasto del plan de recuperación. Es inaceptable que se recorten las políticas europeas en el presupuesto. Es inaceptable que la Comisión emita deuda sin que sepamos cuándo y cómo se pagará. Es inaceptable que no se considere el respeto al Estado de Derecho como una condición. Sería inaceptable que la Unión Europea se hiciera un *Brexit* a sí misma.

Este Parlamento tiene que estar preparado para oponerse a que el próximo marco financiero pase de la construcción a la deconstrucción europea. Es inaceptable que aquí estemos manteniendo un debate con el Consejo y el Consejo no tenga ningún miembro presente. Es una demostración de lo que el Consejo piensa de este Parlamento. Es completamente inaceptable que el Consejo nos considere una institución irrelevante. Y le exijo a la Presidencia que o envíe una nota de protesta al Consejo o suspenda inmediatamente este debate hasta que el Consejo vuelva a sentarse en su sitio.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente, Maroš Šefčovič trouxe a este debate o tema do Brexit e fez muito bem ao sublinhar aqui a importância de manter a unidade da União Europeia, do Conselho, do Parlamento, nesta fase crucial. Eu quero apoiar a oportuna e firme iniciativa da Presidente da Comissão e do Vice-Presidente Šefčovič e abrir um processo de infração contra o Reino Unido por incumprimento dos deveres de boa-fé na implementação do Acordo de Saída.

A Comissão fez a única coisa que podia e devia fazer. Em nome do grupo socialista quero também apoiar os esforços da equipa do Senhor Barnier para chegar a um acordo para a relação futura até ao fim de outubro. Nós queremos um acordo, mas exigimos um bom acordo e há um princípio essencial que é oportuno lembrar: qualquer acordo que dê ao Reino Unido acesso ao mercado europeu com 0 tarifas e 0 cotas tem de assegurar também 0 dumping, o que significa não permitir qualquer retrocesso nos nossos padrões de proteção ambiental, social e laboral. O final de outubro é mesmo a data limite porque este Parlamento não abdica do escrutínio democrático de qualquer acordo.

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, meneer de commissaris, ik denk dat we een gedreven Charles Michel hier net hebben horen zeggen: “wij gaan voor een sterker Europa, minder afhankelijk, meer invloed”. Dat deel ik natuurlijk. Ik ben ook blij dat hij in moeilijke omstandigheden toch een akkoord heeft kunnen bereiken. Maar laat ons eerlijk zijn, collega's – en we hebben het hier al verschillende keren gehoord –, eigenlijk moeten we zeggen: te traag, te *soft* en niet verenigd genoeg.

Te traag. Twee maanden na de opstanden in Belarus. En eigenlijk, over Hongkong, hoelang praten we daar al over? Maar wanneer komen er acties? Te *soft*. Ja, sancties, maar zonder – een collega noemde hem de olifant in de kamer – Loekasjenko op die lijst. En niet verenigd genoeg, als je ziet dat één land heel veel kan blokkeren.

Voor mij is het echt duidelijk, collega's. We moeten een vuist maken. We moeten geopolitiek kunnen meespelen, en dan moeten we de Unie hervormen. We moeten af van die unanimité-regel. Ik roep dus de Raad en de Commissie op: maak daar werk van.

Gerolf Annemans (ID). – Voorzitter, ik zou hier vandaag de Europese Raad ter verantwoording willen roepen. De Europese Commissie heeft op 23 september reeds een zogenaamd migratiepact van de Europese Unie aan de pers voorgesteld. Maar de Europese Raad, die de lidstaten vertegenwoordigt, heeft aanvaard dat Charles Michel en het Duitse voorzitterschap dit hebben weggehouden van de agenda van de Europese top van zowel 2 oktober als 15 oktober. Het migratiepact is nergens te bekennen. Overigens, ook in het Europees Parlement heeft de meerderheid het migratiepact van de plenaire agenda geweerd. Dat u allemaal dit pact uit de aandacht wil houden, is absoluut niet normaal en is absoluut onaanvaardbaar. Migratie is immers het tophema bij uitstek voor de burgers in de lidstaten die u moet vertegenwoordigen.

Collega's, vorige zaterdag is in deze zaal tijdens een bijeenkomst van het Belgisch parlement de nieuwe Belgische regering geïnstalleerd, nadat de vorige eind oktober 2018 — bijna twee jaar geleden — gevallen was over het migratiepact van de Verenigde Naties, dat overigens tegen de wil van zijn eigen regering door Charles Michel werd ondertekend namens België. Dat was de reden waarom de regering viel. Wat de bevolking denkt over dat migratiepact, is inmiddels bekend. Het Vlaams Belang, mijn partij, die zich daartegen verzette, kwam hier in het Europees Parlement terug met drie keer zoveel zetels als voorheen.

Uw migratiepact ligt in dezelfde globalistische lijn: verbaal de zogenaamde terugkeer van vreemdelingen omarmen, maar in de praktijk goochelen met het begrip “solidariteit” totdat de doorstroming van migranten richting onze lidstaten een heuse distributie van migranten wordt met een dwang op de lidstaten om – desnoods tegen hun wil – uw migranten op te nemen op basis van een asielsysteem dat compleet achterhaald is en misbruikt wordt.

Ik roep hier de Raad dan ook op om het verzet tegen dit migratiepact van de Europese Unie meteen op de agenda te plaatsen. *Enough is enough*. De bevolking van de EU wil niet meer maar minder immigratie, niet meer maar minder open grenzen. Stop, naar het woord van Viktor Orbán, deze globalistische waanzin.

Tineke Strik (Verts/ALE). – Madam President, it was a good step of the European Council to finally break its deadlock and agree on sanctions for 40 individuals of the Lukashenko regime, responsible for manipulating the elections and oppressing its citizens. But why not include the person most responsible, Mr Lukashenko himself? This cannot be explained to the Belarusian people. How long do we accept his regime violently cracking down on peaceful protests, and him flirting with Putin, before the Council realises that we are long past a political solution with Mr Lukashenko?

And this is why calling for an inclusive national dialogue is important, but not enough. If we want to ensure new and fair elections, much more pressure from the EU is necessary, and freedom of speech, association and media is vital to preserve democratic rights in Belarus. Apart from an economic plan, we call for substantial support of civil society and the independent media. This is the time for the EU to show some of the courage that the people in Belarus show us every day.

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Decyzje w sprawie sankcji dla przedstawicieli białoruskiego reżimu są dobrą wiadomością ze szczytu Rady. Unia musi mieć w tej sprawie stanowcze i spójne stanowisko. Tylko dzięki presji politycznej i gospodarczej możemy skutecznie powstrzymać przemoc, która dla Łukaszenki jest dziś jedynym środkiem utrzymania jego władzy. W konkluzjach z posiedzenia Rady stwierdzono, że oprócz deklaracji i gestów solidarności potrzebne jest konkretne wsparcie dla procesów demokratycznych zmian na Białorusi.

Polska od początku tego kryzysu postulowała utworzenie planu gospodarczego na rzecz demokratycznej Białorusi, który obejmie wsparcie finansowe, programy stypendialne i ułatwienia w przekraczaniu granic. Gratuluję z tego miejsca premierowi Morawieckiemu skuteczności w forsowaniu tego pomysłu i mam nadzieję, że Komisja skutecznie wcieli ten plan w życie.

Ostatnie miesiące powinny również przekonać wiele państw członkowskich do zdecydowanej rewizji relacji z Rosją, która jest głównym źródłem niestabilności i konfliktów w naszym najbliższym sąsiedztwie. Bardziej niż kiedykolwiek porzucenie projektu Nord Stream 2 wydaje się dzisiaj krokiem koniecznym.

Özlem Demirel (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Der Berg kreite und gebar eine Maus. So lässt sich die Ratssitzung mit Blick auf die Türkei zusammenfassen.

Die Beziehungen der EU zur Türkei werden neu definiert, hieß es. Aber dann: Deutschland setzte sich durch. Sanktionen für Belarus – Freundschaft für Erdoğan. Und das in einer Woche, wo Dutzende Oppositionelle und HDP-Mitglieder verhaftet wurden. Erdoğan hat dem Rat in einem Brief seine Forderungen aufgelistet.

Er hat angeboten, de facto Moria in die Türkei zu verlagern. Der Rat hat dankend angenommen. Die EU erkaufte sich Zeit – aber gibt dafür Erdoğan einen Freibrief. Er hat nicht nur in Syrien gegen die Kurden Islamisten eingesetzt, sondern mutmaßlich auch in Libyen und aktuell in Bergkarabach. Die Wahrheit ist: Sie reden gerne immer von der Werteunion EU. Doch wer soll Ihnen das aktuell noch glauben? Hat die EU so den Friedensnobelpreis wirklich verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen?

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, le Conseil a enfin, enfin parlé de la Turquie, mais une nouvelle fois quelle désarmante passivité! Il est temps d'agir maintenant, agir d'urgence parce que la Turquie fait aujourd'hui peser une menace sur ses voisins, mais aussi sur l'Europe tout entière et sur le monde qui nous entoure. De fait, M. Erdoğan a organisé en février dernier une crise migratoire à la frontière de l'Union européenne, il viole la souveraineté de Chypre, il menace les eaux territoriales, l'espace aérien de nos amis grecs de manière systématique, il envahit des territoires en Syrie pour opprimer les Kurdes, il finance et recrute des djihadistes en se rêvant le nouveau chef d'une internationale islamiste et, aujourd'hui, c'est avec l'Azerbaïdjan, à l'Arménie qu'il s'en prend. À l'Arménie déjà martyr d'un génocide, parce que l'Arménie est chrétienne, aujourd'hui encore niée par toute la propagande turque. Il est temps de réagir enfin. Que faisons-nous? Le Conseil n'a toujours pas mis fin à cette procédure d'adhésion de la Turquie à l'Union européenne, qui était une aberration et qui est maintenant un scandale moral absolu. Il met sur le même plan les agresseurs et les agressés en appelant simplement à la fin des hostilités. Comment croyons-nous faire reculer M. Erdoğan avec un tel vocabulaire? Enfin, enfin, il n'est même pas question à un seul moment de sanctions à l'égard de la Turquie. Chers amis, nous parlons beaucoup d'état de droit ici. La Turquie tente de montrer que la violence peut l'emporter sur le droit international, allons-nous encore consentir longtemps à cette lâcheté collective? C'est la question qui nous est posée à tous, aujourd'hui.

Tonino Picula (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, zaključci pozivaju na spuštanje tenzija i potporu dijalogu u slučaju istočnog Mediterana gdje Europska unija mora braniti svoj suverenitet te sve intenzivnijih sukoba u Nagorno Karabahu.

Pozdravljam dogovor o mjerama za 40 bjeloruskih dužnosnika. Međutim, ova lista nije potpuna bez samoprozvanog predsjednika Lukašenka. Dugujemo to građanima koji trpe represiju režima i ustrajni su u prosvjedima. Ovo dokazuje kako je kvalificirano odlučivanje o sankcijama neophodno u sve napetijim vanjsko-političkim prilikama u susjedstvu i globalno.

Ohrabruje najava Kine o dostizanju ugljične neutralnosti do 2060., uz jasan podsjetnik na neprihvatljivo stanje ljudskih prava i potrebu ujednačavanja pravila tržišne utakmice. Politički dogovor Vijeća nije finale višegodišnjeg finansijskog okvira. Europski parlament jasno je komunicirao svoj mandat što se tiče iznosa i prioriteta. Parlament se mora uvažavati kao suzakonodavac, vladavina prava kao preduvjet povlačenja sredstava uz vlastita sredstva za oporavak u interesu su građana koji su nam dali direktni legitimitet.

Nathalie Loiseau (Renew). – Madame la Présidente, autonomie stratégique, souveraineté européenne, combien de fois a-t-on critiqué une France prétendument seule. Seule à s'attacher à des concepts qu'elle serait seule à défendre en Europe. Eh bien, Madame la Présidente, je me réjouis de constater, à la lecture des conclusions du Conseil du 1^{er} et du 2 octobre, que ces idées d'autonomie stratégique, de souveraineté européenne font désormais partie du vocabulaire de l'Union européenne.

Qu'il s'agisse de penser notre avenir numérique, notre politique industrielle ou de faire face aux crises géopolitiques du monde d'aujourd'hui, nous ne pouvons plus nous contenter de rester un marché ouvert à tous vents, ni refuser de peser en tant que puissance pacifique mais déterminée. Nous pouvons nous protéger sans devenir protectionnistes, nous devons nous défendre sans devenir agressifs.

Face à la rivalité systématique de la Chine, face à l'aventurisme militaire systématique de la Turquie, au vu de la nostalgie impérialiste de la Russie et de la passivité indifférente des États-Unis, nous devons nous affirmer, défendre nos intérêts, être fiers de nos valeurs non seulement en mots, mais aussi en actes.

Jaak Madison (ID). – Austatud istungi juhataja! Ma olen tähelepanelikult kuulanud debatti ja tõesti huvitatav on olnud. Ma sooviksin mainida teemasid, mis puudutavad majandust, tööpuudust ja rohepöoret. Kas ei ole mitte naljakas, et me räägime siin pidevalt tööpuuduse kasvust, majanduslikest probleemidest ja enneolematust kriisist, aga me lahendame majanduslikke probleeme meeletu laenu rahaga, 750 miljardit euroga, mille tagasimaksmise kohta me mitte midagi ei tea? Me plaanime uusi üleeuroopalisi makse, et finantseerida laenu, millega keegi mitte midagi ei oska peale hakata, ja põhiprobleeme majanduses me tegelikult ei paranda. Me räägime konkurentsivõime vähenemisest globaalselt Hiina, Venemaa ja Ameerika Ühendriikide suhtes ja samal ajal mõtleme, et me lahendame oma majanduslikke probleeme globaalselt meeletu laenu paketi, et omakorda finantseerida rohepöoret. Rohepöoret, et väidetavalt päästa maailma, minnes kaasa kliimapolitika hullusega, mis on puhas fanatism. Ja samal ajal, et katta puudujääke energias, me impordime odavat gaasi näiteks Venemaalt Nord Stream 2 kaudu Saksamaale, mis on ju väga roheline ja globaalselt maailma päästev. Selle nimi on kahepalgelisus ja silmakirjalikkus! Me oleme hävitanud oma majandusliku konkurentsivõime läbi ülereguleerimise, bürokraatia ja tsentraliseerimise ja nüüd me üritame lahendada põhiprobleeme hoopis uute probleemide pikaajalise tekkena. Mitte ükski uus üleeuroopaline maks ei lahenda majanduslikke probleeme, see on elemen-

taarne baasteadmine, millest teie ei pruugi ju kahjuks aru saada, sest mis on viga istuda piisavalt hea palga peal maksu-maksja rahast?

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señora presidenta, en este Parlamento estamos hartos de ver cómo el consenso progresa peor a socios de pleno derecho de la Unión Europea que a naciones abiertamente hostiles, como Turquía o China.

Aquí se vierten las peores acusaciones contra nuestros amigos polacos, húngaros, griegos o búlgaros, mientras se aplaude al régimen comunista chino o, por el contrario, se pretende hacer la paz con Turquía, rindiéndose cada día.

Los ataques de Turquía contra nuestra soberanía, nuestras fronteras, nuestra cultura, no son simples provocaciones, como se ha dicho este fin de semana, son auténticos actos hostiles de un régimen que nos desprecia, mientras seguimos negociando su entrada en la Unión Europea y se siguen enviando sacos de dinero desde Bruselas; dinero que, precisamente, necesitan ahora nuestros empresarios y trabajadores.

Señores de la Comisión y del Consejo, basta de amenazas a quienes no se someten a su agenda ideológica, hasta el punto de decir que hay países que quedarán fuera del fondo de recuperación porque no cumplen sus exigencias, mientras miles de millones se lanzan a países terceros donde se violan sistemáticamente los derechos humanos. Creo que ha llegado el momento: los europeos nos exigen que pongamos los pies en la tierra y que bajen ustedes de su paraíso laico.

Sira Rego (GUE/NGL). – Señora presidenta, ¿han tenido alguna vez ese sueño en el que tienen que echar a correr, pero hay algo que les frena y no pueden avanzar? Pues, sinceramente, yo es la sensación que tengo con determinados debates que se dan en el Parlamento Europeo, por ejemplo, el de los objetivos climáticos, que se debatirá la próxima semana en el Consejo.

Por una parte, impulsamos una ley climática razonable, pero, por otra, nos posicionamos a favor de un Fondo de Transición Justa, que es poco justo y que tiene poco de transición hacia un modelo energético de bajas emisiones, porque sigue dopando al gas. O seguimos firmando tratados de libre comercio que hacen que las naranjas que comemos, que son de Sudáfrica, tengan una huella de carbono que sobrepasa con creces la del total de la producción de mi tierra de origen, Valencia. Eso sin mencionar el destrozo a los derechos de los agricultores o los abusos de los tribunales de arbitraje.

Tengo una duda muy concreta que me hubiera encantado poder formular al Consejo directamente, pero, como ha dicho mi colega, no están aquí. Pero bueno, aun así, la voy a formular. Es sencilla: ¿qué pegamento van a usar ustedes para hacer compatibles los objetivos climáticos con el fondo de transición injusta o con la escalada de tratados de libre comercio? Y, sobre todo, ¿cómo van a hacer para que lo que nos cuentan deje de parecer un folleto publicitario?

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυονίδη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, η Σύνοδος Κορυφής έδωσε χρόνο, χώρο και κατεύθυνση στην αντιμετώπιση των ελληνοτουρκικών διαφορών με συγκεκριμένες θέσεις. Ζήτησε την επανέναρξη των διαπραγματεύσεων υπό την αιγίδα του ΟΗΕ, με μοναδικό αντικείμενο την οριοθέτηση των θαλασσίων ζωνών. Καταδίκασε έντονα τις παραβιάσεις των κυριαρχικών δικαιωμάτων της Κύπρου και δήλωσε ρητά ότι σε τυχόν μονομερείς ενέργειες και προκλήσεις της Τουρκίας η Ευρωπαϊκή Ένωση θα χρησιμοποιήσει όλα τα εργαλεία που της δίνουν οι Συνθήκες. Όμως, συνάδελφοι, ας είμαστε ρεαλιστές. Πριν ακόμη ξεκινήσουν οι διερευνητικές επαφές η Τουρκία ήδη τερματίζει τον διάλογο. Προσπαθεί να αλλάξει την ατζέντα των συνομιλιών, προσθέτοντας αποστρατιωτικοποίηση των νησιών, ενώ μιλάει πάλι για γκρίζες ζώνες.

Μόλις χθες, παρουσία του Γενικού Γραμματέα του NATO, κυρίου Stoltenberg, ο Υπουργός Εξωτερικών Mevlüt Çavuşoğlu αποκάλυψε κράτη εγκληματίες την Κύπρο, το Ισραήλ και τη Συρία, ενώ δήλωσε ότι την ένταση στην Ανατολική Μεσόγειο προκάλεσε, αν είναι δυνατόν, η Ελλάδα, στέλνοντας πολεμικά πλοία στην τουρκική υφαλοκρηπίδα. Κανείς δεν μπορεί να μας χωρίσει, είπε η Πρόεδρος von der Leyen. Για να είμαστε, όμως, ενωμένοι και ισχυροί, συνάδελφοι, οφείλουμε να έχουμε μία φωνή και μία πολιτική εναντίον της γείτονος όταν απειλεί την Ένωση μας.

Ο Πρόεδρος Erdoğan δεν πτοείται από γενικόλογες αναφορές ως απάντηση στον αναθεωρητισμό του. Επιβάλλεται συγκεκριμένη περιγραφή κυρώσεων κατά της Τουρκίας, καθώς και προσδιορισμός του τρόπου άμεσης εφαρμογής τους στην πρώτη έμπρακτη επιθετική πράξη σε βάρος κράτους μέλους της Ευρωπαϊκής Ένωσης κατά παραβίαση του διεθνούς δικαίου.

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, Vice-Presidente Šefčovič, há «agenda» e a «não agenda» do próximo Conselho Europeu. O processo de ratificação pelos parlamentos nacionais, necessário para a constituição do Fundo de Recuperação, está bloqueado no Conselho. O mecanismo «Estado de direito» está a ser um instrumento de chantagem no Conselho. Os europeus esperam a resposta europeia à crise. Em julho, pensaram que a iam ter, mas, de facto, ela está bloqueada no Conselho e cada vez mais atrasada.

Gostaria, enquanto membro da equipa de negociação, de fazer um apelo ao Conselho, que aproveite este Conselho Europeu para na «não agenda» fazer o seu trabalho junto dos líderes europeus para acabar com este bloqueamento, e os cidadãos, as famílias, as empresas, os Estados, possam beneficiar da resposta europeia à crise. Não basta dizer que desta vez conseguimos uma resposta europeia, inovadora. É necessário e urgente que ela chegue aos cidadãos e que sintam que a UE os protege...

(O Presidente retira a palavra à oradora)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la pandemia ha mostrato la vulnerabilità europea, mettendo in pericolo la salute e la vita di milioni di cittadini.

Ora dobbiamo dimostrare di aver imparato la lezione e non solo nel campo sanitario. La sfida è quella di garantire un ambiente digitale resiliente, in grado di proteggere la sicurezza dei cittadini, la loro privacy, i loro dati, il sistema produttivo e la proprietà intellettuale, nonché in grado di fronteggiare le minacce informatiche.

Per troppi anni gli Stati membri hanno dimostrato poca ambizione – come è accaduto per la direttiva NIS, per l'atto europeo di cibersicurezza o per la gestione e il dispiegamento del 5G. Sfruttare le opportunità della rivoluzione digitale, minimizzandone però i rischi, è diventata una priorità della nuova Commissione.

In questa direzione apprezziamo la decisione di destinare almeno il 20 % delle risorse del *Recovery Fund* alla trasformazione digitale. Si tratta certamente di mantenere competitivo il nostro sistema produttivo, anche quello più tradizionale delle piccole e medie imprese, ma allo stesso tempo garantire libertà e sovranità tecnologica, presupposti essenziali per la nostra democrazia.

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, σήμερα είναι μία σημαντική ημέρα για εμένα. Μία ημέρα που έχω την ευκαιρία να σταθώ απέναντι στον Πρόεδρο του Συμβουλίου και να του εκφράσω όχι μόνο την άποψή μου, αλλά και την άποψη της μεγάλης πλειοψηφίας των Ελλήνων για τη στάση που κρατά η Ευρωπαϊκή Ένωση απέναντι στην Ελλάδα, στην Κύπρο και στην Τουρκία. Την άποψη των Ελλήνων, κύριε Michel, που βλέπουν καθημερινά τουρκικά πολεμικά αεροσκάφη να παραβιάζουν τον ελληνικό εναέριο χώρο, τουρκικές φρεγάτες να πλέουν παράνομα σε ελληνικά ύδατα και τουρκικά ερευνητικά πλοία να γκριζάρουν προκλητικά ελληνικές περιοχές. Και την ώρα που συμβαίνουν όλα αυτά, και περιμένουμε να επιβληθούν κυρώσεις στην Τουρκία, βλέπουμε την Ευρωπαϊκή Ένωση να εξισώνει τον θύτη με το θύμα και να ζητά διάλογο. Την ίδια στιγμή, βέβαια, το Συμβούλιο, κρατώντας μια προκλητική στάση δύο μέτρων και δύο σταθμών, επιβάλλει άμεσα κυρώσεις στη Λευκορωσία.

Κλείνοντας, θέλω να σας πω πως αντιλαμβάνομαι πλήρως τις οικονομικές και ιστορικές σχέσεις της Γερμανίας και της Τουρκίας, αλλά θεωρώ απαράδεκτο αυτές οι σχέσεις όχι μόνο να επηρεάζουν την πολιτική της Ένωσης, αλλά και να θέτουν σε κίνδυνο την ασφάλεια των κρατών μελών. Ζητάμε την άμεση επιβολή κυρώσεων στην Τουρκία.

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, as we look to the year 2020, we have to admit that this is an atypical year and a very challenging year. And as we look to this year, we have to keep in mind two things: firstly, we delivered this year for the people of Europe, and secondly, people outside of the EU, outside of our 27 Member States, are looking up towards the European Union, towards the EU institutions, and they have high expectations of us. Firstly, on what we delivered, one thing is clear: people expect results from the European Union. We got our act together during the crisis, we provided concrete results and now we are finalising negotiations to provide the biggest financial support to Member States, which are in need of EUR 750 billion. This is important, this is not small, this is concrete, and this will help overcome the crisis and make the lives of people better within the Member States of the European Union. It will modernise the economies, it will make them greener, more digital, more innovative, it will provide for stable and well-

paid jobs in the future.

Outside of the European Union, people are looking towards us with expectations and I want to say one thing very clearly: in order to live in stability and safety within the European Union, we need to be surrounded by countries which are safe and stable, and for stability, rules are essential and values are essential. This is why we need to stand up for the defence of European values also in the countries in our immediate neighbourhood and we should use all the tools that we have available to defend EU values in countries which are our immediate neighbours.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señor presidente, dos mensajes al Consejo, que, por cierto, sigue desaparecido.

El tiempo apremia, la pandemia sigue golpeando y los ciudadanos y las empresas necesitan que los fondos lleguen ya, por eso tenemos que alcanzar un acuerdo cuanto antes. Recuerden que el Parlamento es colegislador; negocien, no traten de imponer su acuerdo. No podemos responder a la crisis de la COVID-19 con un bloqueo institucional.

Mañana, el Gobierno español presentará un plan de recuperación ambicioso para superar esta crisis, modernizar la sociedad y devolver la esperanza a nuestros jóvenes; un plan con capacidad de absorción y una gestión eficaz y transparente, en línea con nuestro tradicional cumplimiento de las normas europeas. La transición digital y ecológica justa, la cohesión social y territorial y la igualdad de género serán sus ejes principales.

Segundo apunte: las relaciones con África. Mientras estamos aquí debatiendo, siguen jugándose la vida muchos emigrantes en alta mar. Estos Estados deben poner los recursos para garantizar el rescate y el salvamento marítimo. Demostremos a nuestra ciudadanía y a nuestros vecinos africanos que el Pacto sobre Migración es realmente un *fresh start*.

Claudia Gamon (Renew). – Herr Präsident! In ganz Europa schnellen die Infektionszahlen wieder nach oben. Was dabei für die Bürger/innen der Union schon überraschend ist, ist, dass es die Regierungen der Mitgliedstaaten während der Durchschnaupause im Sommer nicht geschafft haben, sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen.

Das Resultat ist ein Sammelsurium an unterschiedlichen Regeln, wo selbst die Findigsten sich überhaupt nicht mehr auskennen. Braucht man einen negativen Test? Muss man trotzdem in Isolation? Sind es dann zwei, vier, fünf, zehn, vierzehn Tage? Wer hat wen auf die rote Liste gesetzt und warum eigentlich?

Ich glaube, dass die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hier nicht erkennen, dass die Lebensrealität so vieler Menschen mittlerweile eine ganz klar europäische ist. Wir leben, arbeiten über Grenzen hinweg; es gibt Existenzen in Grenzregionen, die davon abhängig sind, dass die Grenzen weiterhin offen bleiben.

Ich appelliere an den Rat, hier für die Bürgerinnen und Bürger der Union sich endlich an die Arbeit zu machen und einheitliche Regeln zu schaffen, sonst sind es nämlich die Grundfreiheiten der Union, die das nächste Opfer dieser Pandemie werden.

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, wij gaan grotendeels akkoord met de economische conclusies van de Raad: inzetten op open strategische autonomie, waar ik al voor pleitte op 10 maart, maar geen naïef geloof in zelfvoorziening, geen protectionisme. Wel: *to protect without protectionism*. Eindelijk zien we ook een grote inzet op de digitalisering, collega's, waar we wereldwijd een grote achterstand in hebben. Het is goed, commissaris, dat er 20 % vanuit het herstelplan naar digitalisering gaat.

Maar, was Charles Michel hier nog geweest, ik zou hem gezegd hebben: voeg de daad bij het woord en doe niets af van het begrotingsvoorstel van de Commissie voor onderzoek en ontwikkeling. Maak eindelijk een begroting voor de 21e eeuw. De wereld wacht niet op ons.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, de corona-epidemie raakt de meest kwetsbaren op de arbeidsmarkt het hardst. Platformwerkers als de Uber-chauffeurs raakten meteen hun werk en hun inkomen kwijt en de maaltijdbezorgers rijden nog steeds onverzekerd rond. Iedereen is inmiddels ervaringsdeskundige geworden als het gaat om telewerken, maar het blijft toch eigenlijk wel behelpen. Onze bedrijven en onze samenleving zijn nog niet klaar voor die digitale samenleving. Wat doe je als 's ochtends vroeg, 's avonds laat en in het hele weekend de werkmails en de apps maar blijven binnenkomen?

De Europese platformtop is vanwege de coronacrisis uitgesteld en dat is zonde. Maar wat eigenlijk echt onbegrijpelijk is, is dat er nog geen plan is op Europees niveau voor eerlijk werk in die digitale economie. De wet inzake digitale diensten volstaat wat mij betreft niet. Europa moet voorbereid worden op die digitale economie, en dat betekent dat platformwerkers eerlijke contracten verdienen, mensen ondersteuning moeten krijgen bij thuiswerken, en dat overal in Europa het recht om offline te zijn komt te ...

(de voorzitter onderbreekt de spreker)

Leszek Miller (S&D). – Panie Przewodniczący! Z zadowoleniem przyjęliśmy fakt, że Rada Europejska znalazła ostateczne porozumienie w sprawie sankcji dla osób odpowiedzialnych za stosowanie przemocy i represji wobec protestujących na Białorusi. Jednak proces dochodzenia do tego porozumienia i przeciągające się w nieskończoność negocjacje pokazały, jak system zarządzania Unią jest niewydolny, bo nawet w najbardziej oczywistych kwestiach wymaga jednomyślności wszystkich członków Rady.

Zgodnie z zaprezentowaną agendą liderów do połowy przyszłego roku Rada Europejska planuje podejmowanie licznych działań strategicznych w obszarze polityki zagranicznej. Chodzi między innymi o nasze relacje z Chinami, Afryką, Rosją, czy wreszcie Wielką Brytanią. W tym kontekście jestem przekonany, że Rada powinna jak najszybciej podjąć efektywne starania, żeby odstąpić od stosowania niefunkcjonalnej zasady jednomyślności na rzecz stosowania metody wspólnotowej w dziedzinie polityki zagranicznej i bezpieczeństwa. W tym celu nie jest niezbędna zmiana traktatów – wystarczy jedynie wola polityczna państw członkowskich. Nie możemy prowadzić nieskutecznej i rozwodnionej polityki zagranicznej jedynie dlatego, że kluczowe decyzje mogą być blokowane przez partykularne interesy któregoś z państw. Unia nie może być kolosem na glinianych nogach. Mamy uzasadnione aspiracje, a jak się okazało na przykład w sprawie Białorusi – brak naszych zdolności do skutecznego działania obnażył jeden pomniejszy satrapa.

Elisabetta Gualmini (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo Stato di diritto non tutela solo la democrazia dell'Unione europea ma difende anche il bilancio delle Istituzioni europee e quindi il loro modo di operare, il loro modo di funzionare.

Servono condizionalità molto più severe di quelle fissate dal Consiglio, che riducono al minimo la nozione di Stato di diritto e addirittura chiedono una maggioranza qualificata da parte degli Stati membri per ipotizzare un eventuale blocco.

L'Unione europea non è un bancomat, né un'Istituzione neutra che distribuisce denaro al di fuori di ogni regola: l'Ungheria ha avuto tra il 2013 e il 2020 circa 47 miliardi di euro dall'Unione europea, un terzo del suo PIL annuale; la Polonia ha avuto 207 miliardi di euro. Questo non è accettabile!

Cosa sarebbe, cosa rimarrebbe dell'Unione europea senza democrazia? Cosa rimarrebbe dell'Unione europea senza un bilancio trasparente e solido? Cosa rimarrebbe dell'Unione europea senza giustizia, se alcuni Stati hanno in spregio la democrazia e mettono sotto silenzio i parlamenti? Servono condizionalità severe!

Robert Biedroń (S&D). – Panie Przewodniczący! Od 26 lat Białorusią rządzi ostatni dyktator Europy. Od trzech miesięcy społeczeństwo Białorusi wychodzi na ulice, żeby domagać się czegoś, co my w Unii Europejskiej bierzemy za rzecz oczywistą – wolności, demokracji i praworządności. Ludzie giną na Białorusi z rozkazu Łukaszenki, ludzie zmuszani są do ucieczki z Białorusi, w więzieniach na Białorusi kobiety są gwałcone z rozkazu Łukaszenki.

Co robi w tej sprawie Unia Europejska? Nakłada sankcje na 40 osób. Przypomnę: w 2016 roku w sprawie Białorusi nałożyliśmy sankcje na 170 osób w dużo mniej poważnej sytuacji. Dzisiaj od lewa do prawa na tej sali padają głosy, że sankcjami nie jest objęty sam prezydent Łukaszenko. Jeżeli Unia Europejska chce zachować wiarygodność, te sankcje muszą być w trybie pilnym nałożone na samego Łukaszenkę.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, I would also like to thank wholeheartedly the honourable Members of this House, because they made this debate very rich and covered a lot of topics about the last European Council and the next one. I will try to cover as much as I can within the time limit.

First, I would like to underline the fact that President Michel covered quite extensively the issues linked with foreign policy, but I feel that it was very much present in a lot of interventions, so let me add a couple of points on behalf of the Commission.

First and foremost, I would like to underline the unity which was achieved in this European Council: the unity which, as many of you said, took us quite some time. Therefore, I would also refer all of you to the clear statement of our President that, clearly, if comes to human rights and to sanction regimes, we would prefer in the Commission to use the passerelle clause and to move to the qualified majority vote, because I believe that in this case we would be much more action-based, more operational, and it would allow us to be much faster in adopting sometimes very difficult decisions.

I would also like to do one more thing. I would like to send a very clear and positive message to the people of Greece and Cyprus: we have your back. You have our unconditional solidarity and strong support, and we stand united in defence of your sovereignty and of your legitimate sovereign rights. I think that it's also important to underscore the fact that the EU leaders have made it very clear, in the case of renewed unilateral actions by Turkey, that we are ready to use our restrictive measures. That message was also very clear. But we want to reach a solution through dialogue.

Many of you – I think the last was Mr Biedroń – made reference to Belarus. I think here our unity was simply a moral obligation, and therefore I am so glad that today the European Union is united at the side of the people of Belarus and that we would fight and push for the right of all Belarus citizens to elect their President through new elections, which would be free and fair. This is the European Union's position. Therefore, I would underline once again the gradual approach in the case of sanctions against the concrete persons of Belarus.

The leaders of the European Parliament – Mr Weber, Mr Ciolos, Ms García Pérez – have made very important reference to the fact that the EU must remain a global player, that we have to make sure that the European Union is a geopolitical union as well, and that we have to reduce the dependencies on third countries – as was underlined by Mr Lamberts – and that what is very important is the jobs, jobs, jobs in this crisis.

I want to tell you that we in the Commission hear you loud and clear, and all our actions are aimed at making sure that the European Union remains a global economic superpower, a green and digital transformation leader and a social model for the rest of the world, and that we are the first major economy to put competitive sustainability at the core of our policies. We are working very hard to achieve what Madame Loiseau described so well as the strategic autonomy of our economy.

To achieve that, we are strengthening the pillar of social rights. Very soon we will come to present to you our proposals on the minimum wage and on pay transparency. We are going to use the Just Transition Mechanism in a very efficient way to make sure that nobody is left behind in this very demanding twin green and digital transition. We will introduce the concrete steps in applying the new industrial strategy, where we will use fully the convening power of the Commission and the economic strength of the European single market. I am sure you have noticed, because many of you are working on very concrete projects linked with the forging of our new European alliances to make sure that the EU will be the leader in all key technologies of the 21st century.

With Mr Ertug we are working together on the European Battery Alliance and, within two and a half years, we have completely reversed the table where Europe is now the number one direction of foreign investment when it comes to batteries. We are investing three times more in Europe in the battery sectors than in China, and we want to achieve the same result when it comes to hydrogen, quantum computing and critical raw materials. We are also very conscious that, to achieve all that, we need to cut red tape and reduce the administrative burden. We will come very soon to you with very concrete proposals in that direction.

Ms Geese referred to the importance of a state aid review and Mr Jurzyca underlined the importance of the single market. We are working very hard to remove as many obstacles as possible on the single market to re-energise and revive it, and we are currently undergoing the most in-depth review of the state aid rules in the history of the Commission. Very soon, in the middle of October, we will start to receive the first recovery plans from our Member States, and we clearly want these plans to be focused on people, on their jobs and on the twin transition. We want 20% of the financial support to be used for digital means, 37% for green goal deals, and we want to use this unique chance for every single Member State to leap forward, to build new economies, not to restore the old ones. And I believe that, with the help of all of you, we will achieve that. I would like to reassure Ms Marques and Mr Mureşan that the Commission will do all in its power to be the best facilitator to achieve the speedy agreement on the next multiannual financial perspective and the Next Generation EU Mechanism.

Last, a word to Mr Silva Pereira on Brexit. I really would like to thank this House for the strong support which we feel in every step of the negotiations and in every round of talks. I would like to reassure you that Michel Barnier on his track and I myself on the Withdrawal Agreement implementation will negotiate in good faith until the very last minute possible, despite very difficult circumstances.

Der Präsident. – Die gemeinsame Aussprache ist geschlossen.

Ich möchte die Abgeordneten darüber informieren, dass Dolmetscher aus Malta aufgrund der Reisebeschränkungen nur eingeschränkt verfügbar sind und daher heute Morgen nur eine passive Verdolmetschung aus dem Maltesischen in andere Sprachen garantiert wird.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Tebesitęsianti COVID pandemija kelia didelį nerimą ES piliečių tarpe. Iki šiol neturime aiškumo, koks yra ES planas kovojant su šia pandemija bei jos sukeltomis pasekmėmis. Neturime ir Europos lygmens atsako, kaip toliau gyvensime ir kokiomis priemonėmis bus bandoma suvaldyti šią krizę. Valstybės narės iki šiol taiko skirtingus reikalavimus ir apribojimus, susijusius su COVID pandemija, ir tai labai skaldo, sukuria daug neaiškumo ir nestabilumo tiek ES žmonėms, tiek ir verslui. ES vidaus rinką. Dėl šios pandemijos ES jau praradome per penkis milijonus darbo vietų. Tarptautinės darbo organizacijos duomenimis, šias metais gali būti prarasta per dvylika milijonų darbo vietų ES. Tai yra milžiniški skaičiai, todėl ES reakcija privalo būti greita, koordinuota ir efektyvi. Laikas užtikrinti tinkamą vidaus rinkos veikimą ir nustatyti aiškias ES lygmens priemones ir taisykles, kad mūsų žmonės ir verslas turėtų daugiau aiškumo.

Domènec Ruiz Devesa (S&D), por escrito. – Los temas de discusión en el seno del Consejo Europeo del 1 y el 2 de octubre acapararon diversas temáticas.

En el marco de la política exterior se trataron la lucha por la democracia en Bielorrusia, las relaciones con Turquía, el envenenamiento de Alexei Navalny, así como las relaciones entre la UE y China.

Respecto a la política interna se debatió sobre las fórmulas para reforzar el mercado único y cómo desarrollar una política industrial más ambiciosa haciendo las industrias de la UE más competitivas a escala mundial e impulsando la transformación digital.

La Delegación Socialista Española pide al Consejo intermediación para conseguir elecciones justas y libres en Bielorrusia. En el caso de Turquía, debe respetar el Derecho internacional volviendo al diálogo y a la cooperación. Defendemos una autonomía estratégica que nos permita reconstruir nuestra independencia industrial y digital ante futuras crisis, garantizando la cohesión social, construyendo un mercado único que cumpla con los objetivos del Pacto Verde Europeo y asegurando una transición digital justa que no deje a nadie atrás.

Por eso necesitamos que un presupuesto reforzado de la Unión Europea para los próximos siete años y el plan de recuperación estén disponibles cuanto antes.

Edina Tóth (PPE), írásban. – Üdvözlöm az Európai Tanács október 1–2-i – digitális célkitűzéseket is magában foglaló – következtetéseit. Az elmúlt néhány évben sorra követik egymást az olyan projektek, amelyek egyre látványosabban mutatják meg a rohamosan fejlődő mesterséges intelligencia képességeit és kihívásait. Napjainkban a legnagyobb probléma a nagy adathalmazok intelligens feldolgozására épülő AI természetében van elrejtve. A februárban megjelent uniós adatstratégia ambiciózus célokat jelöl ki az európai adatterek létrehozása és összekapcsolása területén. Az adatok jelentik az alapját az új technológiáknak, amelyek a gazdaság összes területén meghatározó jelentőséggel bírnak. Cél, hogy minél több és minél jobb minőségű adat álljon rendelkezésre, amelyet a köz- és magánszféra is fel tud használni. Az Európai Bizottság csak 2021 első felében fogja bemutatni az adatstratégiát magában foglaló, tervezett uniós jogalkotási aktust. Úgy gondolom, hogy számos fogalmat kell tisztázni ezen időszak alatt, és ezzel egyidőben előtérbe kell helyezni az érzékeny és értékes nemzeti adatkészletek és személyes adatok védelmét, így a különleges adatnak minősülő egészségügyi adatokra.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O Conselho Europeu de 1 e 2 de outubro foi marcado por um esforço relevante de reforço da coordenação das políticas chave para a resposta da União aos desafios colocados pela pandemia e pelas dinâmicas de mudança geopolítica. Saúdo o esforço feito no incremento permanente da resposta global à pandemia e, em particular, na necessidade de assegurar o bom funcionamento do mercado único e adequar a política industrial aos desafios da recuperação e da transformação.

Realço também a ambiciosa abordagem de uma estratégia articulada de digitalização, à qual foi decidido afetar pelo menos 20% dos recursos do mecanismo de recuperação e resiliência. A agenda do Conselho previsto para 15 e 16 de outubro prossegue essa linha, quer na afirmação de uma posição negocial no quadro do BREXIT que defenda os princípios da boa negociação, quer na abordagem prevista de uma maior coordenação da resposta aos desafios das alterações climáticas. A boa coordenação intergovernamental é fundamental para que todos os pilares institucionais necessários se alinhem, aprovelem e permitam por em prática quanto antes os fundos de nova geração (REACT EU, PRR e QFP) decisivos para a consistência sanitária, económica e social da UE, face aos desafios de recuperação e modernização que enfrenta.

7. Europäische Forststrategie – künftiges Vorgehen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Petri Sarvamaa im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung über das Thema „Europäische Forststrategie – künftiges Vorgehen“ (A9-0154/2020) (2019/2157(INI)).

Ich weise die Mitglieder darauf hin, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und keine blaue Karten akzeptiert werden.

Petri Sarvamaa, *rapporteur*. – Mr President, first, just a couple of words to set the stage. We already have a biodiversity strategy from the Commission. Now, here today we are talking about the EU forest strategy. Having said that, I would now like to explain to this Chamber how a balanced forest strategy should and could be built for us.

Forests and the forest-based sector have a crucial role to play in achieving the Union's climate, environmental and biodiversity goals, namely within the Green Deal. The enhancement of biodiversity, the fight against climate change and the transitions to a circular bioeconomy and to a fossil-free society will never be possible without multifunctional, healthy, and sustainably managed forests. The Commission will publish its new forest strategy during the first quarter of 2021. The previous strategy was published in 2013, so a new one is now needed for the post-2020 period.

We need an ambitious and self-standing EU forest strategy. It should highlight a balanced approach between the economic, ecological and social sustainability of forests to ensure the continuity of the multifunctional role of forests in the European Union. The new EU forest strategy should act as an effective coordination tool between the various EU forest-related policies, taking into account the whole forest-based value chain. Forests and the forest-based value chain offer crucial climate benefits, such as the promotion of carbon sequestration, the storage of carbon in wood-based products, and the substitution of fossil-based raw materials and energy. In addition, it is crucial to ensure appropriate measures to prevent natural disasters such as bark beetle epidemics, droughts and forest fires.

The own initiative report to be voted on today and tomorrow is a balanced one, and the positions of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) and the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) were taken into account in the negotiations. The report addresses the importance of enhancing forest biodiversity; just to mention, the word 'biodiversity' is mentioned 39 times in this report. The report points out that healthy and resilient forests are a precondition for the general well-being of our forests, as well as for their economic and social sustainability. It also addresses afforestation and reforestation as suitable tools in enhancing forest cover.

The report calls for the protection of primary forests. Yes indeed, it does, contrary to some of the claims that the members of this Chamber have received. And it calls on the Commission to introduce a definition for old-growth forests. It also emphasises the important role of sustainable forest management and bioeconomy at a time when forests are playing a key role in offering sustainable solutions to the challenges of our time. Lastly, the report notes that the jobs within the sector are dependent on resilient and well-managed forest ecosystems in the long term.

Jessica Polfjärd, *föredragande av yttrande från utskottet ENVI*. – Herr talman! För mig står skogen och skogsnäringen för klimatnytta, men också för hoppfullheten, som vanligtvis så väldigt ofta saknas i klimat- och miljödebatten. För det är inte bara så att skogen absorberar koldioxid, utan den spelar också en nyckelroll för att minska utsläppen, genom att byta ut fossilbaserade material och produkter mot biobaserade.

Det här måste vi värna om och utveckla. Därför är jag glad att betänkandet starkt tar ställning för den biobaserade cirkulära ekonomin. Politiska ambitioner spelar roll, men det är genom ny teknik och innovation som vi kan sänka våra utsläpp i framtiden. Därför behöver vi mer tilltro till människors och företags innovationskraft och uppfinningsrikedom. För det är bara så vi kan lyckas minska våra utsläpp och nå våra klimatmål.

Janusz Wojciechowski, *Member of the Commission*. – Mr President. Forests occupy about 45% of the European Union's territory. Forestry is a place of work: the wood-based industry employs 2.5 million people; about 500 000 European foresters work directly in the forest. The forest is a place for rest, recreation and contact with nature for almost 500 million European citizens, because everybody has some contact with forests.

The gross value added from forestry directly is EUR 26.5 billion, and about EUR 142 billion from the wood-based sector. This is a very important sector. Of course, the forest plays a very important role in the protection of biodiversity, climate protection, water management, air protection, etc.

I hope this own initiative report will be adopted by the European Parliament, because it will be very helpful and inspiring for the forest strategy being prepared by the Commission. This strategy will be published in the first quarter of 2021. The main direction of this strategy is defined in the Green Deal Communication, which mentioned that, building on the 23rd biodiversity strategy, the Commission would prepare a new forest strategy covering the whole forest cycle and promoting the many services that forests provide. The biodiversity strategy also mentioned that the EU must increase the quantity, quality and resilience of its forest, notably against fires, droughts, pests and diseases, and other threats likely to increase with climate change.

There is a strong link between forestry and agriculture and the farm to fork strategy. Agroforestry was listed as a potential eco-scheme – a very important part of the first pillar of the common agricultural policy – and the Commission will propose agroforestry as a potential eco-scheme in the recommendation to the Member States for their national strategic plans.

As President von der Leyen stated in her recent State of the Union speech, our current levels of consumption of raw materials, energy, water, food and land use are not sustainable. We need to change how we treat nature, how we produce and consume. Securing the health and resilience of existing and new forests, including under novel climatic conditions in the future, is crucial for their effective support to all the environmental, social and economic functions and services that forests provide to our society. This is why forests are an integral part of the European Green Deal and its EU biodiversity strategy 2030, which reiterates that forests are hugely important for biodiversity, climate and water regulation, the provision of food, medicines and materials, carbon sequestration and storage, soil stabilisation and the purification of air and water. They are also a natural home for recreation and learning about nature, while culture and heritage are preserved. With lively rural areas and wealthy rural populations, they offer opportunities for people and the planet.

Against the wider context that I outlined above, the EU forest strategy will reflect the importance of forests for achieving the different objectives and priorities of the European Green Deal. It will require a holistic approach carried out for, on the one hand, sustainable forest management that improves both their quantity and quality and, on the other hand, the multifunctional role of forests for the economic sector and communities that depend on them.

Key objectives of the new EU forest strategy will be effective re- and afforestation, as well as forest preservation and restoration in Europe. Furthermore, the aim is to help increase absorption of CO₂, reduce the incidence and extent of forest fires and other climate-related pressures, and promote the circular bioeconomy in full respect of ecological principles favourable to biodiversity.

The strategy will need the right balance and synergies between the different socioeconomic interests related to forests and the need to increase our forest protection and restoration efforts to achieve our climate and biodiversity goals.

The forest strategy will need to have a strong protection and restoration dimension in strong cooperation with foresters and local communities. In line with the biodiversity strategy, the last remaining primary and old growth forests in the EU need to be protected. An inclusive process has already started, involving Member States and all stakeholders, to achieve that. In addition, some parts of the new protected areas under the regular protection regime will probably also need to include forests.

The upcoming forest strategy will also include a roadmap for planting at least three billion additional trees – maybe more – in the EU by 2030, in full respect of ecological principles. This was a key commitment in the biodiversity strategy to deliver on Green Deal objectives and thus contribute to both climate mitigation and adaptation and revert biodiversity loss.

In parallel, the EU forest strategy will have to have a strong economic dimension. It has to lay the foundations for innovation and the promotion of new products, and to replace the intensive fossil-based materials and effectively contribute to a new low carbon society. As an example, President von der Leyen referred in her State of the Union speech to turning the construction sector from a carbon source to a carbon sink by applying organic building materials like wood. Moreover, under the CAP, the EU will also increasingly have to help to ensure that forestry in the EU, together with agriculture, is socially, economically and environmentally sustainable, supporting and strengthening the benefits that forestry brings to European society and providing sustainable economic rewards for farmers, forest managers and the EU as a whole.

Overall, let me conclude, the new EU forest strategy will aim to build sustainable forest management and, aligned with relevant EU international commitments, the strategy's principles and objectives should also help inform EU policy relevant to forests and the forest sector.

It is essential to ensure consistency on EU forest-related policies and the action on internal forests. We will take the European Parliament's resolution fully into account when developing the upcoming forest strategy, as well as the recently adopted resolution on the Commission's communication on stepping up action to protect the world's forests, which we welcome.

The Commission looks forward to working closely together with the European Parliament on the future strategy.

Fredrick Federley, *föredragande av yttrande från utskottet för industrifrågor, forskning och energi*. – Herr talman! Skogen är fantastisk, och det är skönt att skog är hett på den politiska agendan. Det är så klart för att den erbjuder oss rekreation, den ger oss jaktmöjligheter och den innebär stor möjlighet att bevara den biologiska mångfalden, att bygga mer klimatsmart och att få rimliga kolsänkor som hjälper oss i de stora klimatutmaningarna. I det här gäller att vi får en balans framöver som gör att ingen av de här faktorerna kommer att dominera de andra.

Det gäller också att vi hela tiden visar ansvar och ser att skogen ser väldigt, väldigt olika ut. Delar av Europa har avskogat sig själv under århundraden eller för årtusenden sen, medan vi i Sverige numera för vart avverkat träd planterar två nya. Det innebär att vi de senaste 100 åren har mer än fördubblat vår skogsmassa i Sverige, samtidigt som vi bevarar mer av skogen för biologiska mångfaldsvärden och också får ut mer av skogens material, som gör att vi kan ersätta fossilbaserade material i både byggnationer och kemikalieindustrin. Här har vi en möjlighet för framtiden, och det gäller att se till att vi inte lägger krokben för oss själva.

Herbert Dorfmann, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, verehrte Kollegen, Herr Kommissar! Wälder erfüllen in Europa viele Funktionen: Sie produzieren Holz, sie absorbieren CO₂, sie emittieren Sauerstoff, sie sind Erholungsgebiete, sie sind Erlebnisraum, und sie schützen die Menschen vor Naturgewalten und vor Lawinen.

Letzteres gilt vor allem für Wälder in den Bergen und im alpinen Raum, und die Forststrategie der Europäischen Union sollte besonders auch diese Wälder im Blick haben. Dort ist die eh schon schwierige Wirtschaftslage des Waldes und des Holzes noch einmal komplizierter: Die Ernte ist teuer und die Transportwege oft lang. Trotzdem sollen und müssen auch diese Wälder bewirtschaftet werden. Nur wenn sie regelmäßig verjüngt werden, können sie dieser Schutzfunktion eben auch nachkommen.

Zudem wird in diesen Wäldern oft hochwertiges Holz hergestellt, und diese Wälder sind auch wichtige Energielieferanten. Es sind oft auch innovative Kreisläufe, lokale Kreisläufe entstanden, die dazu beitragen, dass importiertes Öl, Gas, dass Beton, Plastik oder Stahl eben durch heimisches Holz ersetzt wird. In diesen alpinen Regionen verfügen wir außerdem auch über funktionierende Forstdienste, die schon dafür sorgen, dass Nachhaltigkeit gewährleistet wird.

Wir brauchen uns hier in Brüssel auch nicht als große Lehrmeister aufzuspielen und neue Regeln zu schaffen. Vielmehr sollten wir unsere Möglichkeiten – die GAP, die Strukturfonds, Horizont – nutzen, um innovative Ideen und Projekte vor Ort zu fördern und damit auch eine lokale Holznutzung interessant zu machen.

Carmen Avram, in nomele grupului S&D. — Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, spre deosebire de toate celelalte strategii ale pactului ecologic - *Farm to Fork*, biodiversitate, tranziție justă și așa mai departe – prima strategie pentru păduri de după activarea revoluției verzi nu costă nimic. Nici Uniunea, nici statele membre. Sau, dacă vreți, costă bunăvoință, responsabilitate și înțelegerea vremurilor în care trăim. De aceea, ca raportor din umbră al S&D, mi-am dorit, am luptat și, împreună cu ceilalți raportori și raportori din umbră, am ajuns la un compromis echilibrat, viabil și conform cu ambițiile Uniunii Europene.

În această strategie nouă pentru păduri există o combinație în premieră a acelor elemente care pot duce Europa spre un model mondial de bune practici în relația om-natură și în cea de gestionare a pădurilor naționale. După șapte luni de negocieri complicate, în raport se regăsesc: un mesaj dur pentru cei care și-au făcut un obicei din a tăia pădurile ilegal, mesaj care poate fi sintetizat în două cuvinte: „game over”.

Avem nevoie imediată de a implementa un sistem eficient și imbatabil de trasabilitate a lemnului la nivel european. Avem urgența de a defini, identifica și proteja cu maximă strictețe ce a mai rămas din pădurile virgine ale Europei.

O premieră absolută este legarea conceptului de agrosilvicultură de viitoarea politică agricolă comună, cu recomandarea ca statele membre să exploateze la maximum această oportunitate în favoarea fermierului, a mediului și a noastră, a tuturor. Avem prevederi pentru o exploatare cu adevărat sustenabilă a pădurilor, astfel încât doar ultimele resturi de lemn să poată fi folosite pentru a produce energie. Vă încurajez, așadar, să votați acest raport.

Ulrike Müller, im Namen der Renew-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Der Begriff der Nachhaltigkeit hat seine Heimat in der Forstwirtschaft bereits 1713 schriftlich dokumentiert. Natürlich ist unser Verständnis davon nicht mehr dasselbe wie vor 300 Jahren. Wir müssen die Bewirtschaftung an die sich wandelnden Herausforderungen anpassen. Klima und Naturschutz verdienen heute zu Recht mehr Aufmerksamkeit.

Die Folgen des Klimawandels führen zu größeren Anfälligkeiten der Wälder, zum Beispiel für Schädlinge und für Waldbrände. Durch Forschung und aus der Praxis wissen wir heute auch mehr über spezifische Faktoren und die Ökosystemleistung des Waldes: Naherholung für Menschen, die Bedeutung gesunder Böden, Humusbildung, pflanzenverfügbarer Wasserspeicher, standortangepasste Baumarten.

Eine einseitige Fokussierung hier nur auf eine CO₂-Senke greift viel zu kurz. Ich lehne es ab, die Wälder zu strikten Schutzgebieten zu machen. Wälder sind keine statischen Naturkundemuseen. Kulturlandschaft verändert sich permanent. Nur durch eine aktive Bewirtschaftung können wir die Herausforderungen bewältigen.

Unsere Wälder liefern Rohstoffe, schließen den Ressourcenkreislauf, bieten dem ländlichen Raum einen wirtschaftlichen Standort. Die Forststrategie muss auf diese Entwicklungen reagieren und die verschiedenen Funktionen der Wälder zu ihrer Entfaltung bringen. Unser Bericht hat Ausgewogenheit gezeigt und weist in die richtige Richtung.

Teuvo Hakkarainen, ID-ryhmän puolesta. – Arvoisa puhemies, me suomalaiset elämme metsästä ja metsässä. Metsässä olen kotona ja hengitän vapaasti. Näissä betonihelveteissä on saasteita ja näen ympäristön tuhoa.

Talousmetsä takaa elannon, ravinnon, raaka-aineen, energian ja virkistyskäytön sekä villin luonnon. Hiili on metsän ruokaa ja parantaa kasvua. Lämpö on kasvun edellytys. Miksi positiivisista asioista vaietaan?

Hoidettu talousmetsä on omistajansa ylpeyden aihe. Eurososialistit ja kaupunkien vihreät: olette tervetulleita vieraita suomalaiseen metsään, mutta muistakaa, olette vieraita. Älkää sanelko sääntöjämme. Älkää tulko neuvomaan. Älkää maksattako hiilivajetta meillä. Suunnatkaa vaatimuksenne Välimeren maihin, joissa metsät on hävitetty. Markkinaehtoinen vihreän kunnan toimiala ei kaipaa sääntelyä tai tukia, vaan vapautta toimia. Eivät suomalaisetkaan mene hollantilaisia neuvomaan miten tulppaaneja kasvatetaan. Taikka italialaisille neuvomaan miten pizza tehdään.

Sarvamaan mietinnössä en voi hyväksyä vihreitä utopioita, sääntelyä enkä EU-tukia. Kokonaisuus on kuitenkin tasapainoinen ja hyväksyttävissä.

Anna Deparnay-Grunenberg, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Die Europäische Union muss mehr Verantwortung für ihre Wälder übernehmen. Unsere Wälder können eine erhebliche Rolle im Kampf gegen die Klimakrise spielen, das wissen wir, sie sind zurzeit aber auch Opfer des Klimawandels. Die EU muss deshalb heute dringend mehr Verantwortung für den Umbau unserer Wälder übernehmen. Wir brauchen dringend den Waldumbau, hin zu resilienteren und artenreicheren Beständen, die Wasser besser speichern können.

Die Forstwirtschaft der Zukunft muss durch und durch mit dem European Green Deal und mit der Biodiversitätsstrategie zusammen gedacht sein, denn Hölzer aus artenreichen Wäldern, die tiefe, humusreiche Böden bilden, haben langfristig die beste CO₂-Bilanz, die man sich vorstellen kann. Hingegen weisen trockene Forste und Plantagen, die ständig der Dürre, den Stürmen und dem Borkenkäfer zum Opfer fallen, auf Dauer eben eine miserable CO₂-Bilanz auf.

Und da kommt Artenschutz und Forstwirtschaft eben zusammen. Das wird mancherorts eine gravierende Änderung der forstwirtschaftlichen Praxis erfordern. Kein Sektor reagiert jedoch so allergisch auf das Wort „Veränderung“ wie der Forstsektor – und auch zurecht: Da Bäume und Wälder langsam wachsen, müssen wir mit Försterinnen und Förstern zusammen die Veränderungen gut durchdenken. Deshalb muss die EU auch dem Sektor und den Waldbesitzern eine Perspektive bieten – eine massive Unterstützung für diesen Wandel, der uns bevorsteht.

Der Wandel muss zusammen mit einer EU-weiten Holzbau- und Bioökonomiestrategie gedacht werden, denn die neuen Hölzer, die ja in gemischten Beständen wachsen sollen, müssen ja auch Abnehmer finden. Holz ist nämlich ein exzellenter CO₂-Speicher – wir haben es gehört –, weshalb wir auch diesen wertvollen Rohstoff lieber in langlebigen Produkten verwenden sollten, durch Holzbauweise oder hochwertige Möbel. Das industrielle Verfahren und Verfeuern extra angelegter Forste ist hingegen eine klimapolitische Katastrophe.

Unterm Strich geht uns der Initiativbericht, der heute zur Abstimmung steht, nicht weit genug in seiner Verantwortung für die Wälder der Zukunft. Deswegen appelliere ich an die Kolleginnen und Kollegen: Lesen Sie die alternative Entschließung des Änderungsantrags 2! Ich kann mir für mich und für meine Kinder und auch die Kinder der Zukunft kein Europa ohne Wald

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Mazaly Aguilar, en nombre del Grupo ECR. – Señor presidente, pues yo apoyo íntegramente el informe del señor Sarvamaa sobre la estrategia forestal, y lo hago por dos motivos principales. Uno, porque, aunque hay aspectos que no comparto, creo que es un texto muy equilibrado y constructivo que tiene que ser la base de la futura estrategia forestal europea. Y, en segundo lugar, si apoyo este informe es porque, como ponente del Grupo ECR, he podido comprobar de primera mano la flexibilidad del ponente para intentar integrar las principales reivindicaciones de todos los grupos en el texto final.

Sin embargo, a pesar de las cesiones del ponente a los Verdes —a mi juicio, excesivas e injustificadas—, estas no han sido suficientes para colmar ese apetito insaciable al que nos tienen acostumbrados los Verdes y compañía. Lo quieren todo o nada. Me sorprende que los grupos que más hablan de diálogo, de consenso, de entendimiento en esta Cámara sean luego los primeros en boicotear todos aquellos informes donde no consiguen el 100 % de sus reivindicaciones.

Manuel Bompard, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, chers collègues, depuis la mise en place de la Commission von der Leyen, l'action écologique de l'Union européenne se traduit par de belles déclarations qui se fracassent malheureusement sur la réalité des actes. C'est le cas, encore une fois de ce texte sur la stratégie forestière de l'Union européenne.

Ainsi d'un côté, nous disons qu'il faut protéger les forêts primaires, mais de l'autre, ce texte fait la promotion du bois comme source d'énergie, alors que tout le monde sait que le rendement énergétique du bois est extrêmement mauvais et que sa combustion contribue aux émissions de gaz à effet de serre.

Ainsi, d'un côté, nous disons que la forêt est un bien commun qu'il faut protéger, mais dans le même temps, ce texte s'oppose au fait que nous puissions dénoncer la privatisation des organismes d'État de gestion forestière, qui administrent 40 % de la surface forestière en Europe.

Ainsi, d'un côté, nous disons et nous appelons la Commission européenne à prendre des mesures pour sauvegarder la biodiversité en favorisant notamment la diversité des essences forestières, mais en même temps ce texte défend et encourage une gestion commerciale des forêts, qui s'appuie sur de la monoculture commerciale et des coupes rases extrêmement préjudiciables pour une gestion durable des forêts.

Alors, mes chers collègues, allons-nous, à un moment, nous interroger pour savoir si l'espèce humaine a vocation à passer d'une sauvagerie écologique à l'autre? Après avoir utilisé le gaz, le pétrole, le charbon, allons-nous maintenant brûler toutes nos forêts ou est-il enfin possible de penser un modèle de société dans lequel l'espèce humaine vivrait en harmonie avec la nature.

Dino Giarrusso (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, foreste e terreni boschivi occupano il 43 % della superficie dell'Unione e impiegano, direttamente, più di 500 000 cittadini e, indirettamente, 2,6 milioni. Il 60 % sono di proprietà privata e la loro gestione è di competenza degli Stati membri.

Non essendoci disposizioni specifiche per una politica forestale, come si evince dalla richiesta della relatrice, è necessaria una visione olistica e indipendente. Pertanto si richiede una nuova strategia forestale, con almeno tre urgenze.

Primo: integrare la gestione forestale sostenibile e il ruolo multifunzionale delle foreste basandola su una sostenibilità prima di tutto ambientale e poi economica e sociale.

Secondo: inserire la strategia forestale come parte integrante e indipendente nel nuovo *Green Deal* europeo.

Terzo: attuare azioni concrete per fermare sia la deforestazione globale che possibili nuove privatizzazioni a scapito di parchi nazionali e incoraggiando non solo il rimboschimento ma anche la gestione sostenibile delle risorse forestali.

Per questo pensiamo che la PAC possa avere un'importanza cruciale nella gestione sostenibile e multifunzionale e che il finanziamento delle misure forestali e lo sviluppo della bioeconomia vada aumentato nelle zone rurali.

Marlene Mortler (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Wälder sind Ausflugs- und Erholungsort, Lebensraum für Pflanzen und Tiere, Kulturgut, Holzproduzent und damit eine wichtige und unverzichtbare Einkommensquelle für unsere Waldbauern.

Unsere Wälder sind aber auch die bedeutendste Ressource, die wir im Kampf gegen den Klimawandel haben. Die neue EU-Forststrategie muss diese Multifunktionalität widerspiegeln. Sie soll alle Potenziale, die unsere Wälder bieten, berücksichtigen. Das heißt: Ökologie, Soziales und Ökonomie müssen in der Balance sein – schützen und nützen.

Wir brauchen eine bewährte nachhaltige Waldwirtschaft in Europa. Das heißt aber eben nicht, den Wald seinem Schicksal zu überlassen oder sich an jeden Baum zu ketten. Wer klimatolerante Wälder will, muss zulassen, dass kranke Bäume durch neue, standortangepasste Bäume ersetzt werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass hinter jedem Baum Menschen stehen, die seit Generationen ihren Wald pflegen, erhalten und praktisches Wissen weitergeben. Sie alle sorgen mit ihrer Arbeit im und für den Wald für enorme Vielfalt.

Mein Appell an die Kommission: Die positiven Funktionen einer nachhaltigen Nutzung von Wäldern müssen intensiver vermittelt werden, denn die Kohlenstoffsенке Wald ist elementar und somit die Wunderwaffe unserer grünen Zukunft in Europa. Das muss im politischen Handeln endlich sichtbarer werden.

Paolo De Castro (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, la situazione delle nostre foreste rappresenta uno dei più importanti risultati raggiunti dall'Unione, anche e soprattutto grazie alla politica agricola comune.

In controtendenza rispetto ai trend globali, negli ultimi vent'anni abbiamo infatti assistito a un incremento della nostra superficie forestale pari alla dimensione del Portogallo, con impatti sociali sostanziosi per un settore della bioeconomia che rappresenta quasi il 10 % dell'occupazione europea. Segno di una strategia europea che, seppur migliorabile, ha portato a risultati importanti.

Non possiamo fermarci, caro Commissario. Serve mettere a disposizione dei nostri agricoltori e silvicoltori strumenti di gestione dei rischi e delle catastrofi che, insieme a una maggiore innovazione e digitalizzazione del settore, tutelino un sistema tanto fondamentale quanto fragile. In questo senso, come non ricordare le immagini delle decine di migliaia di ettari di bosco distrutti nel mio paese dal maltempo del 2018.

I nostri agricoltori e silvicoltori devono diventare i veri protagonisti della sfida per raggiungere la neutralità climatica entro il 2050. Per questo la strategia...

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Mr President, forests are not just wood. Forests are not just a resource for our economy. Passing this report as it is would be like looking at our greatest resource in the fight against climate change and only seeing a business. The report speaks often in optimistic terms about forest management in the EU and less about the protection of forests and biodiversity. It speaks too little about this, about the illegal logging in the EU. This is why I ask you to support and ask you to vote for Amendment 2. Let us call on the Commission and the Member States to set targets for forest covers, to call for strict protection of old-growth and primary forests. Let us all speak about the way forests can help the ambitious goals we set in the Climate Law. Forest protection provides us with hope, gives us a chance to have a buffer against the worst dangers of climate change. Let's not miss the forest for the wood in it. Let's act now.

Gilles Lebreton (ID). – Monsieur le Président, la gestion des forêts n'est pas un domaine que les traités ont confié à l'Union européenne. J'estime par conséquent qu'elle doit rester nationale et proteste contre la volonté du rapport Sarvamaa de bâtir une stratégie forestière européenne. Mon groupe «Identité et démocratie» a d'ailleurs déposé une résolution alternative pour marquer cette opposition.

L'Union prend désormais la détestable habitude de violer les traités quand ça l'arrange. Notre présence à Bruxelles en est la preuve car d'après les traités, nous devrions siéger à Strasbourg. Et sous la Commission Juncker, la scandaleuse nomination de Martin Selmayr, en a été une autre illustration éclatante. Avant de donner des leçons d'état de droit à la Pologne et à la Hongrie, l'Union devrait commencer par balayer devant sa porte.

Dans le cas qui nous préoccupe aujourd'hui, l'ingérence de l'Union est d'autant plus absurde que les États gèrent très bien leurs forêts. En France, par exemple, la forêt s'accroît de 40 000 hectares par an.

Plutôt que de satisfaire sa vaine volonté de puissance, l'Union ferait mieux de protéger ses frontières contre les traders chinois qui viennent piller notre production de bois, mettant ainsi nos scieries en danger.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Lebreton!

Herr Kollege Lebreton, ich rufe Sie zur Ordnung, weil es nicht üblich ist, Botschaften in Gestalt von Transparenten und auf T-Shirts hier im Plenum zur Schau zu tragen. Das ist unparlamentarisch.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, Monsieur le Commissaire, les forêts sont le poumon de l'humanité et de la planète. Notre avenir se joue en grande partie sur notre capacité à stopper les déforestations et les dégradations en cours, dont les conséquences écologiques sont un désastre.

Vous le savez, la quasi-totalité des forêts européennes sont aujourd'hui menacées, seules 15 % d'entre elles, sont dans un état considéré comme favorable. Quinze %. Qu'attendons-nous pour agir? Attendons-nous que le dernier arbre de la dernière forêt primaire d'Europe ait été abattu? Ce serait une aberration.

C'est pourtant exactement ce que nous propose la stratégie européenne dont nous discutons ce jour. Derrière le flou des mots, se cache une politique qui ne dit pas son nom, parce qu'elle est en réalité inacceptable. On nous propose finalement de continuer comme avant, sans changer de logique. Depuis des années, nous regardons la forêt amazonienne mourir et nous n'avons pas de mots assez durs pour condamner la politique de Bolsonaro.

Mais pourtant en Guyane, que fait l'Europe? Nous abandonnons l'Amazonie aux orpailleurs légaux et illégaux et nous prévoyons d'ouvrir une centrale au fioul. Partout sur le territoire européen, nous accélérons la disparition de la forêt, au lieu de corriger notre directive sur les énergies renouvelables pour éviter que celle-ci ne contribue à la déforestation de zones que nous devrions impérativement protéger.

Il est temps de dire stop aux crimes contre les forêts et contre ceux qui les protègent, comme ces 170 gardes forestiers agressés ces dernières années en Roumanie. Il est temps de réaffirmer que les lois du profit ne sont pas au-dessus de la nature. Il est temps d'envisager les forêts comme des communs naturels, des entités vivantes, des partenaires à protéger. Je vous appelle à voter pour l'amendement 2.

Krzysztof Jurgiel (ECR). – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie dotyczące przyszłej strategii leśnej cechuje się całościowym podejściem i nie tylko podkreśla ekologiczną rolę lasów, ale także zwraca uwagę na ich społeczne aspekty. Europa potrzebuje ambitnej, silnej strategii leśnej, aby zapewnić skoordynowane podejście do lasów, sektora leśno-drzewnego i wielu świadczonych przez nie usług.

Sprawozdanie należy poprzeć, ponieważ po pierwsze, opiera się na zasadach zrównoważonego rozwoju, który promuje ekologiczne, gospodarcze i społeczne funkcje lasów. Po drugie, kładzie nacisk na aspekty ludzkie, odnosząc się w szczególności do ludzi, którzy pracują, utrzymują się bezpośrednio lub pośrednio z lasów i sektora leśnego. Po trzecie, apeluje o ambitną, niezależną, samodzielną strategię leśną Unii Europejskiej na okres po 2020 roku i podkreśla potrzebę lepszej koordynacji, integracji z innymi przepisami Unii Europejskiej, które odnoszą się do lasów, leśnictwa, a także rolnictwa.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, nós não podemos apoiar esta proposta porque ela se traduz numa progressiva financeirização da floresta e essa financeirização da floresta conduz não apenas a uma lógica produtivista, mas a uma lógica produtivista de curto prazo.

Esta proposta deveria apontar para uma estratégia de combate às alterações climáticas, sendo que as florestas representam um elemento fundamental na redução das emissões de dióxido de carbono. Deveria apontar para a preservação, a conservação e a biodiversidade numa altura em que apenas 15% das florestas se encontram em estado de conservação favorável na União Europeia. Deveria apontar para a florestação e reflorestação. Deveria apontar para a resiliência contra incêndios e pragas e não faz nada disto.

Por isso, apelamos ao voto na alteração n.º 2, que é aquela que permite ter uma estratégia para as florestas que realmente responde ao combate às alterações climáticas, e que seja uma estratégia dos nossos tempos e não uma estratégia do passado. Por isso, apelo mesmo a todos os colegas, não deixem passar esta recomendação. O que nós precisamos é, como o nome indica, de uma estratégia para a floresta na União Europeia.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, nikakva šumska strategija u Europi ne može uspjeti dok se ne riješi problem ilegalne deforestacije. Mnogo sam govorio i činio protiv takozvane drvne mafije koja postoji u Hrvatskoj, Rumunjskoj i nekim drugim zemljama. Radi se o organiziranom kriminalu, masovnoj sječi najboljih stabala radi zgrtanja profita. Međutim osim tog organiziranog kriminala postoje naši sugrađani, ljudi koji nemaju druge nego da se upuste u ilegalnu deforestaciju.

Radi se o ljudima koji to čine jer nemaju kako preživjeti zimu, jer nemaju kako zatvoriti kućni budžet. U Europi imamo sto milijuna siromašnih. Zato moramo uvesti univerzalni temeljni dohodak za cijelu Europu kako bi se suzbilo siromaštvo, kako bi se tim ljudima omogućio dostojanstven život da ne moraju ići u ilegalnu deforestaciju da prežive. Univerzalnim temeljnim dohotkom riješit će se ovaj pritisak na šume, devastacije okoliša i prirode.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, importanța pădurilor nu poate fi subestimată. Depindem de acestea pentru a putea supraviețui mai departe. În prezent Uniunea Europeană nu are o politică forestieră comună, iar statele membre sunt responsabile pentru măsurile din domeniul forestier.

Strategia Uniunii Europene pentru păduri de până acum a contribuit la promovarea dezvoltării durabile și a consolidat cooperarea dintre statele membre. Este esențial însă ca viitoarea strategie forestieră post-2020 să conțină elemente care să accentueze armonizarea legislațiilor naționale la nivelul Uniunii Europene. În același timp, strategia forestieră a Uniunii Europene trebuie să influențeze contextul politic global și să accentueze măsurile pentru stoparea defrișărilor la nivel mondial.

Politica agricolă comună reprezintă principala sursă de finanțare europeană pentru păduri, dar în același timp, sectorul trebuie să fie finanțat și din cadrul fondurilor structurale și nu numai. Este esențial pentru viitorul durabil al acestui sector să regăsim pârgurile necesare și accesibile care să încurajeze refacerea și conservarea pădurilor, iar autoritățile locale și regionale trebuie să-și intensifice cooperarea în acest sens.

Fermierii sunt cei mai conștienți de importanța pădurilor pentru sectorul agricol și zona rurală. Un sector forestier consolidat contribuie la creșterea economică a zonelor rurale. Pădurile aduc o contribuție esențială la securitatea alimentară, contribuind la menținerea condițiilor de mediu necesare producției agricole, a biodiversității, dar și la prevenirea și combaterea secetei.

Sectorul forestier competitiv și agricultura dețin un rol important în ceea ce înseamnă generarea locurilor de muncă, iar în același timp mențin vitalitatea zonelor rurale.

Isabel Carvalhais (S&D). – Senhor Comissário, caros Colegas, a criação de um quadro comum em que se articulem as políticas e os mecanismos capazes de gerar sinergias que permitam às florestas europeias a concretização de todo o seu potencial, enquanto ecossistemas saudáveis, produtivos e resilientes, e enquanto espaços estruturantes das zonas rurais essenciais ao seu desenvolvimento, é uma inegável necessidade.

Proteger as florestas é proteger a biodiversidade da Europa, que enfrenta hoje níveis alarmantes de ameaça. Mas a conservação da biodiversidade não tem de ser incompatível com o desenvolvimento social e económico. Exige um muito árduo esforço, um árduo esforço de conciliação, mas exequível, e que temos de alcançar, a bem da sociedade.

As florestas europeias enfrentam múltiplas ameaças: incêndios, secas, alterações climáticas, espécies invasoras, pressão urbana – todas devem ser devidamente identificadas e avaliadas numa estratégia florestal que contemple a gestão ambiental e socialmente sustentável, que promova a conservação da biodiversidade, mas também a inclusão social nas zonas rurais.

Cristian Ghinea (Renew). – Domnule președinte, în timpul crizei de Covid, am petrecut ceva vreme în zona montană a României și am observat acolo un fenomen îngrijorător: oamenii au grijă ca nu cumva să crească pădure pe terenul lor. De ce? Simplu, pentru că pierd subvenția europeană pentru pășune și fânețe.

În mod tradițional, acolo cresc animale sau se face fân. Asta este o muncă fizică grea, odată ce populația îmbătrânește, se schimbă modul de viață, mulți ar renunța în favoarea pădurii, care crește natural.

Ce se întâmplă acum? Ne luptăm, practic, cu pădurea pentru că astea sunt regulile de primire a subvenției și este mare păcat pentru că vorbim foarte mult aici despre rolul pădurii, vorbim foarte frumos despre păduri, dar facem reguli prin care silim oamenii din zona de munte să se lupte cu aceste păduri.

Vă propun, ca membru al Comisiei pentru agricultură, să regândim această politică, să gândim eco-scheme dedicate pădurilor, atât pentru pilonul unu pentru subvenții, cât și pentru pilonul doi, astfel încât să încurajăm oamenii să împădurească, nu să se lupte cu pădurea.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Herr Präsident! Wer den Kampf gegen die Klimakrise ernst nimmt, der kommt an der Rolle der Wälder nicht vorbei. Tatsächlich können Wälder, bestehende oder noch aufzuforstende, einen wesentlichen Beitrag zum Sammeln und zum Sequestrieren von CO₂ leisten. Um diese Leistung zu erbringen, müssen wir aber mit der Kahlschlagwirtschaft aufhören, denn das führt zu Austrocknung, zu Wasserverlust, zu Humusverlust, und übrigens braucht der Wald 80 bis 100 Jahre, bis er all dieses CO₂ wieder gesammelt hat.

Wir müssen aufhören, mit schwersten Erntemaschinen den Boden zu zerstören. Bodenerosion, Bodenverdichtung, Humusverlust sind die Folgen von diesen Eingriffen. Wir müssen unsere Monokulturplantagen in Europa in Mischwälder umwandeln, die klimafit sind und die auch den Herausforderungen des Klimawandels widerstehen können. Nur Naturwaldwirtschaft kann das so leisten, kann eine Wasserversorgung sicherstellen, kann den höchsten Holzertrag sicherstellen, kann die beste Holzqualität sicherstellen und sorgt übrigens für Biodiversität und die maximale CO₂-Speicherung.

Unsere Waldbäuerinnen und Waldbauern, so wie ich, wissen, wie das geht. Es wird Zeit, dass auch die Industrie diesen Weg einschlägt. Stimmen Sie mir doch ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Waitz!

Herr Kollege Waitz, das Mikrofon ist nicht mehr an.

(Zwischenruf)

Ja, aber die Dolmetscher können Sie nicht hören, und dann bleibt der Nachwelt verborgen, was Sie an bedeutenden Dingen zu sagen haben.

Es wäre gut, wenn sich alle an die Rednerliste halten. Jeder hat etwas Wichtiges zu sagen; das kann man alles in einer Minute ausdrücken.

Beata Mazurek (ECR). – Nowa strategia leśna powinna stanowić kluczowe ramy prawne dla spójnych, skoordynowanych działań na szczeblu Unii Europejskiej. Ona powinna być kontynuacją poprzedniej z wyraźnym podkreśleniem zachowania zasady suwerenności i kompetencji państw członkowskich w zarządzaniu lasami. Dla Polski bardzo istotne jest wzmocnienie roli Stałego Komitetu ds. Leśnictwa, nie tylko jako sieci dyskusyjnej służącej wymianie wiedzy i ekspertyz, ale także jako forum opiniotwórczego dla inicjatyw leśnych w instytucjach unijnych.

Zapewnienie trwałości lasów poprzez poprawę odporności, szczególnie w zakresie ochrony przed pożarami, suszami, szkodnikami, chorobami i innymi zagrożeniami, których występowanie może wzrosnąć na skutek zmiany klimatu, powinno być jednym z głównych celów nowej strategii. Niezabezpieczenie lasów przed zamieraniem będzie skutkować utratą na tych terenach specyficznych cech ekosystemów leśnych na długie lata. To może być podstawą zubożenia, a nawet utraty bioróżnorodności typowej dla poszczególnych siedlisk leśnych. Szczególną uwagę musimy zwrócić na potrzebę wspierania badań i innowacji oraz wdrażania technologii w lasach i sektorze leśnym, jak również stale podnosić umiejętności poprzez edukację akademicką i zawodową, by jeszcze efektywniej chronić naturalne płuca Ziemi.

Daniela Rondinelli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le foreste sono una delle massime espressioni della natura ma, in nome di uno sviluppo scellerato, distruggiamo ciò che dovremmo custodire per le future generazioni.

Credo che la relazione approvata dalla commissione AGRI sia innovativa, perché afferma che la strategia forestale è uno dei pilastri del nuovo *Green Deal* e che è indispensabile prevedere strumenti economici e normativi per proteggere e ampliare le foreste esistenti.

Dobbiamo allora scegliere di abbandonare vecchi modelli. Noi del Movimento 5Stelle crediamo che le biomasse debbano essere eliminate dalle strategie energetiche europee e nazionali, così come la caccia, che non può più essere considerata fonte di reddito o destinataria di fondi europei.

Siamo consapevoli che più di due milioni di lavoratori sono nell'economia legata alle foreste, ma ciò non vuol dire necessariamente uno sfruttamento sfrenato e indiscriminato. Sono i modelli virtuosi le fondamenta per costruire un quadro europeo ecologico.

Allora, è una sfida immane e che è in controtendenza con quanto avviene oggi nel resto del mondo. Solo l'Europa si sta ponendo seriamente questo obiettivo, con la partecipazione attiva dei cittadini e delle sue forze produttive e sociali.

Questo è il modello da realizzare per una vera transizione verde.

Simone Schmiedtbauer (PPE). – Herr Präsident! Die Klimakrise ist allgegenwärtig, und wir werden täglich damit konfrontiert. Das ist eine Tatsache. Lösen können wir das Problem aber nur, indem wir fossile Energieträger reduzieren und langfristig aus unserem System verbannen.

In der Forstwirtschaft können wir aber jetzt schon jederzeit reagieren. Wir sind bereit, mit unserem Knowhow und unseren nachwachsenden Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, einen Beitrag zu leisten. Wir brauchen eine aktive, multifunktionale Waldbewirtschaftung auf nachhaltige Art und Weise, mit Berücksichtigung der Biodiversität. Unsere Wälder müssen so bewirtschaftet werden, dass sie so viel CO₂ wie möglich aus der Atmosphäre aufnehmen können.

Es ist ein völlig falscher Ansatz und Irrglaube anzunehmen, dass wir mit einer Außernutzungstellung und anderen Restriktionen die Aufnahme von CO₂ steigern könnten. Weniger Waldbewirtschaftung in Europa ist ein Konzept, mit dem wir die künftigen Generationen an die Wand fahren. Das müssen wir verhindern.

Europa hat genug Holz; es wächst stetig nach, und es soll sinnvoll genutzt werden. Reden wir von Holzbauoffensiven, von Biomasseanlagen, Holz-Gas und Holz-Diesel: alles Möglichkeiten, die uns der Wald jetzt schon bietet. Reden wir auch von über drei Millionen Arbeitsplätzen in Europa! Stärken wir den ländlichen Raum und die Regionen, wirken wir der Abwanderung entgegen! Das alles kann der Wald.

Kommen wir bitte weg von populistischen Aussagen, die uns momentan ganz sicherlich nicht weiterbringen, sondern nur Stillstand bedeuten! Deshalb die Unterstützung unseres Berichts.

Jytte Guteland (S&D). – Mr President, it has obviously not been easy to find a good balance in this report. I think this debate shows it. And from the S&D Group, our perspective is that there certainly are aspects that could have been better included in the process. We need to take good care of our forests. There is no doubt about it. They are one of our green lungs. I'm from a country which has a large and thriving forest myself, and for me a good day is a day when I walk in the forest with my dog or spend time there enjoying the biodiversity. But that being said, I also believe in a sustainable forest management that it's possible to combine, and I'm convinced that the objectives of forest protection, strengthening biodiversity and wood protection can actually be challenges that together go as a big opportunity for our Member States and also for the climate and climate policy in the EU. So I look forward to seeing the Commission's proposal taking that into account.

Irène Tolleret (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Mesdames et Messieurs, chers collègues, la forêt est notre bien le plus précieux pour atteindre nos objectifs climatiques.

Il est pour cela très important de renforcer le soutien de l'Union européenne à la lutte contre les causes de la détérioration de la forêt. Je pense plus particulièrement aux incendies, qui ravagent chaque année des milliers d'hectares de forêts en Europe et dans le monde.

J'aimerais souligner dans cet hémicycle le travail réalisé par les agriculteurs européens dans les régions agro-forestières: leur rôle dans la prévention contre les incendies est essentiel. Je me réjouis de la reconnaissance que le Parlement européen accorde à cette activité dans les rapports que nous voterons cette semaine. Et j'espère que lorsque nous adopterons la nouvelle PAC dans deux semaines, notre institution manifesterà la même reconnaissance à ces producteurs, souvent installés dans des zones difficiles.

Je souhaiterais aussi insister sur la nécessité d'étendre les vertus des politiques environnementales européennes aux pays tiers. Je me félicite à cet égard du large accord auquel est parvenu le Parlement européen quant à l'interdiction d'importer des produits de zones déboisées et au respect des forêts imposés dans les accords commerciaux avec les pays tiers.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist leider noch nicht von Allen verstanden: Unsere Wälder sind in erster Linie Lebensräume, Kohlenstoffspeicher, natürliche Klimaanlage, die bereits heute durch den Klimawandel enorm gestresst sind, und es gilt sie zu schützen.

Um diesen Schutz ist es schlecht bestellt. Heute hat die Europäische Umweltagentur veröffentlicht, dass selbst die nach Natura 2000 geschützten Wälder zu über 80 % in keinem guten Zustand sind, weil die Schutzpläne fehlen, weil die Managementpläne nicht durchgeführt werden und weil gegen Verstöße nicht vorgegangen wird.

Statt, wie hier manchmal geschehen, den Mythos einer klimaneutralen Biomasseverbrennung weiter zu befeuern – im wahrsten Sinne des Wortes –, sollten wir doch lieber der Wissenschaft folgen. Die sagt: Alte Wälder schützen, stringente, nachprüfbare Kriterien für eine wirklich nachhaltige Waldwirtschaft und gegen illegale Abholzung vorgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen den Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität ernst nehmen. Bitte stimmen Sie deshalb für den Alternativvorschlag des Unterausschusses für eine wirklich nachhaltige Nutzung der Wälder!

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, gracias al ponente, al señor Sarvamaa, por el buen trabajo realizado.

Los bosques y los recursos forestales tienen una gran importancia desde el punto de vista medioambiental, económico y social. En España, Galicia cuenta con más de la mitad de los aprovechamientos madereros de todo el país. El sector forestal es estratégico para mi región —Galicia, como he dicho—. Es necesario trabajar en favor de unos bosques y montes sostenibles y multifuncionales, que sean fuente de riqueza natural y económica. En Galicia apostamos por una gestión de los recursos forestales basada en la bioeconomía.

En este sentido, me ha gustado ver cómo este informe del señor Sarvamaa va en esa línea y apuesta también por el refuerzo de la gestión sostenible de los bosques. Además, los bosques también son una vía para impulsar la reactivación económica necesaria tras la pandemia de la COVID-19; por ejemplo, la Xunta de Galicia está evaluando la creación de un centro de fabricación de fibras textiles, a partir de madera, en el marco de la economía circular.

Otro asunto muy relevante es la prevención de los incendios forestales, una terrible amenaza que España y otros países del sur afrontan cada verano y que se ve agravada por el cambio climático. Los incendios no entienden de fronteras. En el seno de la Unión Europea, como propone el informe que ahora debatimos, es necesario destinar mayor financiación y desarrollar una mayor cooperación y capacidad de actuación conjunta para la lucha contra los incendios forestales. Es importante que la Comisión Europea incorpore este elemento en la estrategia forestal que está preparando.

Eric Andrieu (S&D). – Monsieur le Président, les forêts et les zones boisées couvrent actuellement 43 % de la surface de l'Union. Elles sont de véritables purificateurs en éliminant 10 % du total des gaz à effet de serre émis en Europe.

Mais on constate ces dernières années une nette augmentation de l'abattage et de la déforestation. Aussi il est déterminant que nous mettions tout en œuvre pour garder l'équilibre entre la demande en bois et la nécessité de préserver ces écosystèmes essentiels pour l'environnement. Il faut une gestion efficace, cohérente et harmonisée au niveau européen de notre patrimoine forestier.

La proposition de la Commission devra donc s'axer sur les trois piliers que sont la durabilité économique, la durabilité sociale et bien sûr la durabilité environnementale. Les défis sont nombreux: intensifier la lutte contre l'exploitation illégale des forêts, promouvoir la bio-économie circulaire, l'agroforesterie ou encore renforcer la résilience aux catastrophes naturelles. Il est de notre responsabilité de reconnaître la valeur et l'importance des forêts pour la société et d'élaborer des politiques efficaces, aptes à assurer que cette valeur soit protégée, maintenue et renforcée.

Karin Karlsbro (Renew). – Herr talman! Skogen är hem åt en ovärderlig biologisk mångfald, och som kolsänka är skogen avgörande för att nå klimatmålen. För att bevara artrikedomen och för att rädda klimatet har vi alla intresse av att skog bevaras inom hela EU. Jag kommer från ett land som till över hälften består av skog. Skogen är en av våra främsta resurser som skapar tillväxt och nytta och som måste hanteras ansvarsfullt och hållbart.

EU ska självklart förespråka en ansvarsfull skogsförvaltning som kombinerar ekonomiska intressen med skyddet av biologisk mångfald. Men det är viktigt att minnas att kunskapen om skogsbruk finns framför allt lokalt. Skogen och förutsättningarna för skogsbruk och skogsförvaltning skiljer sig enormt mellan olika medlemsländer. Skogsbruk beslutas därför bäst om lokalt och måste förbli nationell kompetens.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 285 000 Hektar Wald sind in Deutschland im Moment zerstört. Folge des Klimawandels: Borkenkäfer, Trockenheit, neue Pilzkrankheiten.

Der Wald ist schon lange kein CO₂-Speicher mehr. Dieser Bericht, muss ich ehrlich sagen, wird den neuen Herausforderungen nicht gerecht. Da wird nach wie vor der Schwerpunkt auf Nutzung gelegt. Ja, nichts gegen eine sinnvolle Nutzung. Aber können wir es denn in Europa verantworten, dass Holz in Kraftwerken verfeuert wird, damit Mitgliedstaaten ihre CO₂-Bilanzen schönen? Das können wir nicht mehr akzeptieren. Deshalb müssen wir das ganz klar in Zukunft ablehnen.

Wir müssen unsere Wälder unter verstärkten Schutz stellen. Wir zeigen mit dem Finger nach Brasilien, sind aber in Europa noch nicht mal in der Lage, die Karpaten zu schützen, FFH-Gebiete zu schützen. In Deutschland wird eine Autobahn, die A 49, durch FFH-Gebiete gebaut. Das können wir nicht mehr akzeptieren.

Deshalb: Wir müssen einen neuen Wald, natürliche Wälder aufbauen, weg von Fichten-, Kiefern- und Eukalyptusplantagen. Dazu gehört auch, dass wir das Jagdrecht ändern, damit nicht in manchen Gebieten die Trophäenjagd den Wald abfrisst.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, přestože odpovědnost za lesy a lesnictví je plně v rukou členských států, tak víme dobře, že Evropská unie svými politikami zcela zásadně ovlivňuje kvalitu lesů. V situaci, kdy Evropa čelí dezertifikaci, lesní porosty jsou ničeny suchem, škůdci, požáry a dalšími dopady klimatických změn si musíme vybrat, co je pro nás důležitější – zda zdraví a dlouhodobý efekt z druhově pestrých lesních porostů anebo krátkodobý ekonomický zisk z intenzivního lesního hospodářství a rozšiřování pěstování lesů za účelem biomasy.

Domnívám se, že pokud chceme, aby lesy zůstaly našimi plícemi, aby produkovaly kyslík, pohlcovaly alespoň těch 10 % skleníkových plynů, které vyprodukujeme, aby zadržovaly vodu a zachovaly si řadu dalších funkcí, včetně té produkční, o které se tady hodně hovoří a kterou nepodceňuji, pak je nutné dnes ochranu lesů dát na první místo.

Očekávám, že Komise přijme řadu nových opatření včetně revize směrnice o obnovitelných zdrojích energie. Myslím také, že stojí za zvážení, zda je účelné, aby všechny jednorázově používané předměty, které byly dříve z plastu, byly nyní masivně nahrazovány dřevěnými materiály, zda není lepším řešením snížení spotřeby než její zvyšování v podobě právě produktů ze dřeva. Já osobně si velmi vážím práce, kterou odvedl kolega Sarvamaa, ale přesto ten důraz na ochranu životního prostředí a ochranu lesů... (předsedající řečníci odebral slovo).

Clara Aguilera (S&D). – Señor presidente, soy partidaria —quiero dejarlo bien claro en mi intervención— de una estrategia forestal europea con ambición y que vaya trasladándose a futuras normativas en el ámbito europeo para que la gestión nacional de la política forestal en la actualidad pueda ir dando paso a una gestión europea. Pero ahora esta política es competencia nacional.

Además, estamos ante la gran lucha contra el cambio climático y debemos tener en cuenta nuestros compromisos climáticos contraídos en la Cumbre de París y las propuestas del Pacto Verde Europeo —por eso, esta Resolución afirma que la estrategia forestal debe ser un pilar importante dentro de este Pacto Verde—, aspectos ambos que son recogidos en la Resolución aprobada por la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural, cuyo ponente es el señor Sarvamaa, al que felicito junto al grupo de ponentes y a mi compañera Avram.

Para mí es una propuesta equilibrada que recoge aspectos importantes como la necesidad de preservar y promover la biodiversidad o la importancia de la reforestación. Por eso pido el voto a favor de esta propuesta y en contra de las enmiendas 1 y 2.

Franc Bogovič (PPE). – Gospod predsednik! Najprej iskrene čestitke poročevalcu gospodu Sarvamai. Vidi se, da prihaja iz Finske, ki zna gospodariti z gozdovi, ima veliko gozdov, zato je tudi to poročilo celovito in tudi usklajeno s številnimi deležniki, ki smo sodelovali pri pripravi tega poročila.

Gozdovi imajo večnamensko vlogo. Tako kot je trajnostni razvoj sestavljen iz okoljske, gospodarske, socialne komponente, so prav vse te komponente vključene tudi v gospodarjenje z gozdovi.

Gozdovi imajo pomembno vlogo tudi v okviru zelenega dogovora, naše nove razvojne paradigme, zato je prav, da izpostavimo tako to zaščitno funkcijo, tako pomembna področja biodiverzitete, skladiščenje vodnih virov, boje proti požarom in plazovom.

Vsekakor pa moramo govoriti, poleg ponora ogljikov, tudi o gospodarski rabi gozdov, o tem, kaj pravzaprav kmetje lahko z gozdovi naredijo in kaj lahko s pomočjo raziskav še nadgradimo v okviru biogospodarstva, kjer ima gozdarstvo pomembno vlogo.

Veseli me, da smo lahko Slovenci ponosni na naš trajnostni razvoj upravljanja z gozdovi, kar je prepoznal tudi gospod Sarvamaa v svojem poročilu.

Kmetje so tisti, ki bodo še naprej zagotavljali trajnostni razvoj gozdarstva, zato je prav, da ga preko skupne kmetijske politike in programa razvoja podeželja podpremo, hkrati pa tudi omogočimo dobro gospodarjenje tam, kjer so gozdovi zaščiteni.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che il testo così come è stato votato dalla commissione AGRI sia un buon compromesso, che va nella direzione giusta, ovvero nella direzione di delineare l'impegno che dovremo mettere in campo nei prossimi anni a difesa del nostro patrimonio forestale, tenendo conto naturalmente degli aspetti ambientali, che sono fondamentali, ma anche degli aspetti economici e sociali che sono legati ad esso.

Stiamo parlando di una strategia importante – è stato sottolineato da tutti i miei colleghi – che ha già portato però in questi anni a risultati importanti. È stato detto: il 43 % del territorio è coperto da foreste che danno lavoro a più di tre milioni di persone: ecco perché è importante avere una strategia ambiziosa, coordinata e coerente a livello europeo.

Io credo che con questo testo si vada nella direzione giusta.

Balázs Hidvéghi (PPE). – Tisztelt Elnök úr! A 2020 utáni uniós erdészeti stratégia a fenntarthatóság három pillérének kiegyensúlyozott képviselését leghatékonyabban a fenntartható erdőgazdálkodás révén tudja érvényesíteni. Örülök annak, hogy ez a jelentés megerősíti ennek fontosságát. Magyarország az elmúlt évszázadban csaknem megduplázta erdő területeit. Célunk, hogy az erdőkkel borított területek aránya 2030-ra elérje a 27 százalékot. Ez fontos része a magyar klíma és természetvédelmi akciótervnek.

Továbbá szeretném azt is hangsúlyozni, hogy a biológiai sokféleség hanyatlásának megállítására irányuló erőfeszítések támogatandók. Viszont ez leghatékonyabb módon a fenntartható erdőgazdálkodás keretei között valósítható meg, ezért sajnálatos, hogy a biodiverzitási stratégia közzététele megelőzte az erdészeti stratégiát. Ez hiba volt az Európai Bizottság részéről véleményem szerint. Ennek párhuzamosan, összehangolt módon kellett volna megtörténnie.

Annál is inkább, mert a biodiverzitási stratégia célkitűzései, gazdaságilag és társadalmilag jelentősen befolyásolják a mezőgazdaságot és az erdőgazdálkodást. Azonban előzetes felmérés hiányában borítékolható, hogy ezek nem az elvárt hatást fogják elérni, ezért átfogó hatásvizsgálatok elkészítésére van szükség. Nem engedhető meg a társadalmi rétegek, gazdálkodók, erdőtulajdonosok, illetve a mezőgazdaság, az erdőgazdálkodás túlzott és indokolatlan terhelése. Erre kiemelt figyelmet kell fordítani. Ezért is tartom rendkívül fontosnak, hogy a fenntartható erdőgazdálkodás alapelvei legyenek az irányadók mindkét stratégiában.

Delara Burkhardt (S&D). – Herr Präsident! Der Wald ist nicht nur ein wichtiger Verbündeter im Kampf gegen die Klimakrise, sondern auch gleichzeitig ihr Opfer. Wie schlecht es den Wäldern geht, kann jeder erleben, der einen betritt: Trockenheit, Stürme und Parasiten setzen ihm zu. Nur 15 % Prozent des Waldhabitats sind in einem guten Zustand. Wenig überraschend, dass der diesjährige Bericht der Umweltagentur zum Zustand der Natur zum Schluss kommt, dass die EU bisher das Ziel verfehlt, diesen Verlust aufzuhalten.

Ich befürchte, dass der heute zur Abstimmung stehende Bericht diesen Trend nicht umkehren wird. Er reduziert unsere Wälder zum Wirtschaftsfaktor und macht den vagen Begriff des sogenannten nachhaltigen Forstmanagements zu einer Zauberformel für so ziemlich alles.

Mit dem Bericht des Unterausschusses, der als Änderung eingereicht wurde, schlagen wir eine Waldstrategie vor, die die Rolle von Wäldern für die europäische Wirtschaft in Einklang bringt mit dem Green Deal. Damit machen wir den Klimakämpfer Wald fit für die Zukunft, und das ist eben unsere Aufgabe.

Асим Адемов (PPE). – Господин Председател, европейските гори усвояват 10 процента от въглеродните емисии на Европейския съюз. Горите и секторът на горското стопанство имат потенциал да окажат все по-голям принос към борбата с климатичните промени и за постигане на целите на Европейския зелен пакт за неутрална по отношение на климата икономика.

Здравите гори и устойчивите екосистеми имат естествени защитни функции да се адаптират към климатичните промени. Ето защо на първо място трябва да се погрижим за екологичното състояние на горите, да се борим с незаконната и голата сеч, да насърчаваме практиките по залесяване и да съхраняваме естествените, старите и вековните гори, които са незаменим източник на биологично разнообразие.

Горите изпълняват важна социалноикономическа роля в селските и в най-обезлюдените райони в Европейския съюз, създавайки работа и поминък за местното население (в т.ч. екотуризм, събиране на гъби и горски плодове, пчеларство).

За постигане на по-високи екологични цели на новата ОСП е важно да продължи подкрепата за сектора на горското стопанство и развитието на биоикономиката, да се прилагат агролесовъдни практики, както и стимули за лесовъдите да опазват, отглеждат и управляват горите по устойчив начин.

Benoît Lutgen (PPE). – Monsieur le Président, chers collègues, je crois qu'on doit cesser d'affronter les trois enjeux essentiels de la forêt.

Tout d'abord, l'enjeu économique qui est déterminant pour trois millions de personnes, de familles, en Europe.

Ensuite, l'enjeu environnemental et climatique, protéger bien sûr la biodiversité, mais aussi faire en sorte que l'ensemble de la forêt puisse participer à la lutte contre le réchauffement climatique par le stockage de CO₂ et aussi préparer d'ailleurs notre forêt en termes de plantation pour que cette forêt ne soit pas mise à mal par le réchauffement climatique, comme on peut le constater dans certaines contrées européennes.

Et enfin, l'enjeu social qui est très important, notamment l'accès de la population à la forêt et l'enjeu touristique qui s'y rattache.

Cela ne sert à rien, il faut trouver les interactions nécessaires entre ces trois enjeux qui sont évidemment déterminants. Le rapport, globalement, va dans le bon sens et respecte ces équilibres et surtout apporte ces interactions entre ces trois enjeux essentiels.

Il y a une faiblesse, pourtant. Celle de la souveraineté européenne. Aujourd'hui nous exportons de façon massive depuis différents États membres, vers la Chine notamment, une partie de notre matière première. Reconnaissons que nous n'avons pas la même réciprocité puisque la Chine interdit l'exportation de bois non transformé vers d'autres contrées mondiales.

Là on doit agir pour que cette souveraineté soit beaucoup plus forte pour faire en sorte que demain cette matière première soit transformée chez nous, dans des circuits courts, pour faire en sorte que l'ensemble de la filière puisse se développer et là, nous répondrons concrètement à l'emploi, à l'environnement et à la réalité du défi climatique.

Michał Wiezik (PPE). – Mr President, European forests are not doing well. The majority of them are not in good shape. Europe desperately needs a good forest strategy – a strategy that would facilitate sustainable forest management for forests intended to be extracted, and strict conservation for those which should remain untouched. Neither of these approaches is optional, nor can they be merged. Otherwise, we will see the last untouched valleys in the Făgăraș Mountains being cut down ‘sustainably’. We will see the last capercaillie forest in the Tatra Mountains being savaged ‘sustainably’. We will see another sustainable harvest in the Białowieża primeval forest. All of these ecological tragedies have already happened, because sustainable forestry was promoted where strict protection should have been the only option.

The AGRI report fails to be a good forest strategy proposal. It virtually demands an increase in wood harvesting all over Europe, regardless of its inevitable impact on resilience, complexity, sequestration and biodiversity. This is not a good strategy in times of climate crisis and the sixth mass extinction. Not at all. But there is an option. We have an alternative file, which is complex, based on factual science and goes along the exact path a good forest strategy should follow. It promotes sustainable forest management and strict protection. It calls for balance. Honourable Members, I, as a forest scientist, openly encourage you to vote in favour of Amendment 2. It is the only way forward for European forests.

Janusz Wojciechowski, Członek Komisji. – Dziękuję, Panie Przewodniczący! Dziękuję wszystkim państwu posłom za uwagi oraz za przedstawione propozycje co do strategii. One są bardzo ważne, bardzo cenne i mogę zadeklarować, że zarówno pan komisarz Sinkevičius, jak i ja – bo razem pracujemy nad koncepcją tej strategii – włączymy te uwagi, które państwo przedstawiają, w takim zakresie, w jakim to jest możliwe. Oczywiście weźmiemy pod uwagę treść sprawozdania, które zostanie przyjęte. Oczywiście nie odniosę się do wszystkich wypowiedzi, których było prawie 50. Cieszę się z takiego dużego zaangażowania państwa posłów, z zainteresowania tą strategią.

Kilka kwestii może wymaga wyjaśnienia. Pierwsza to to, że strategii jeszcze nie ma. Tu padały takie głosy, wskazujące, jakbyśmy dyskutowali o istniejącej strategii. Mamy dotychczasową strategię, nowa będzie oczywiście jej kontynuacją, ale ulepszoną kontynuacją – takie są nasze ambicje, żeby przygotować lepszą strategię niż ta, która była do tej pory.

Podstawy prawne. Oczywiście pamiętamy, że zarządzanie lasami należy do kompetencji krajowych. Strategia nie będzie wiążącym aktem prawnym zmuszającym państwa członkowskie do czegokolwiek. Będzie – mamy taką nadzieję – pewną uzgodnioną polityczną deklaracją woli państw członkowskich, aby wspólnie, na równych zasadach, z równą uwagą dbać o to, żeby zachować lasy europejskie we właściwym stanie.

Wiele wypowiedzi państwa podkreślało kwestie wielofunkcyjności. To jest zresztą kluczowe w projekcie sprawozdania pana posła Sarvamy. Bardzo się cieszę z takiego podejścia, takie też będzie podejście Komisji. Oczywiście dla niektórych ważniejsza jest funkcja środowiskowa, inni podkreślają kwestie gospodarcze jako bardzo istotne. Musimy to zrównoważyć. Chcemy, żeby lasy europejskie były ostoją przyrody, były zielonymi płucami, tak jak to było podkreślane w niektórych wypowiedziach, ale żeby były otwarte, żeby były dostępne dla naszego społeczeństwa, nie żeby tylko można było je podziwiać z daleka, ale żeby można było z nich korzystać.

No i oczywiście rola gospodarcza. Z tej nie można zrezygnować i trzeba tę gospodarkę leśną prowadzić w sposób zrównoważony. 60% lasów europejskich jest własnością prywatną, więc musimy respektować również prawa właścicieli, którzy – na co wskazano w jednej wypowiedzi – są oczywiście dumni, jeżeli ich lasy są dobrze zarządzane.

Nie może być sprzeczności między strategiami, które Komisja Europejska już przyjęła. Strategia leśna musi być zgodna zarówno z ogólnym komunikatem dotyczącym Zielonego Ładu, jak i ze strategiami bioróżnorodności, w pewnym zakresie też ze strategią „od pola do stołu”.

Dla mnie osobiście szczególnie ważne jest właściwe wykorzystanie elementów wspólnej polityki rolnej, bo takie instrumenty są – środki na zalesianie w drugim filarze. Wspomniałem i powtórzę: agro-leśnictwo jako jeden z potencjalnych ekoprogramów, do których będziemy zachęcać państwa członkowskie, rolników, żeby z niego korzystali. To będzie też jeden ze sposobów zwiększenia lesistości Unii Europejskiej. Na szczęście powierzchnia lasów w Unii Europejskiej zwiększa się, lesistość zwiększa się i tę tendencję trzeba utrzymać. Potrzebujemy dobrych, rozwijających się lasów.

Oczywiście będziemy też pamiętać o lasach na świecie, mamy instrumenty we wspólnej w polityce handlowej Unii Europejskiej. Będziemy starali się prowadzić taką politykę, żeby nie tylko nie sprzyjać jakiejś rabunkowej gospodarce leśnej poza granicami Europy, ale też żeby promować ochronę lasów i wykorzystywać do tego – na ile to możliwe – politykę handlową Unii Europejskiej.

Będziemy opierać nasze działania na badaniach naukowych, oczywiście. Tutaj bardzo ważna jest współpraca z nauką i podejmowanie wszelkich działań w oparciu o solidną wiedzę naukową. Też ważne jest, aby uniknąć tendencji związanej z faktem, że walczymy z plastikiem, o czym była mowa w niektórych wypowiedziach, i żeby lasy nie padły ofiarą tej zmiany koncepcji. Musimy też racjonalnie kształtować zapotrzebowanie na drewno, żeby to oczywiście nie było kosztem nadmiernej eksploatacji lasów.

Panie Przewodniczący, reasumując, bardzo się cieszę z tej dyskusji. Myślę, że jesteśmy wspólnie na dobrej drodze, żeby wypracować dobrą strategię leśną – taką, która będzie akceptowana przez wszystkich w Unii Europejskiej i konsekwentnie realizowana. I dzięki niej zachowamy piękno naszych lasów, ich wartości przyrodnicze, ale także zachowamy ich ważny potencjał gospodarczy. Bardzo dziękuję, Panie Przewodniczący.

Petri Sarvamaa, rapporteur. – Mr President, just a couple of remarks on the lengthy and very interesting discussion that we've just had. First of all, I would say to Ms Toussaint – unfortunately she is not here, but maybe you will give my regards – that I would probably enjoy condemning Mr Bolsonaro on how he treats the Brazilian forests, but this is the European forests strategy, once again, that we are debating today.

Then to Mr Bompard, I want to just make one factual correction – there were plenty of reasons to do that in many speeches, but there's one that I would specifically like to make – and that's when he said that this report is promoting wood as a source of energy. The way I understand the word 'promote' in the English language, this report is not promoting the use of wood as a source of energy.

That leads me to say the most important thing about this report and about this discussion. Forests are of enormous importance to all of us. So we must not have anything, and we must not accept anything, but a holistic and self-standing forest strategy. That is what we need.

I really want to use this opportunity to thank everyone. It was an exceptionally heated process for an own-initiative report, with almost 500 amendments and lengthy and numerous shadow meetings. I think that what the Commissioner just said sums it up best. We need to strike a balance, and I think that this report gives Members a chance to do that.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet heute statt. Die Schlussabstimmung findet am Mittwoch, 7. Oktober 2020, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Urmas Paet (Renew), kirjalikult. – EL peab toetama säästvat metsastrateegiat, mis on oluline metsamajanduse ja metsasektori majandusliku elujõulisuse ja konkurentsivõime tagamisel. Uus strateegia on ka oluline pakkumaks lahendusi nii kliima kui ka elurikkuse, bioenergeetika ning bio- ja rohemajanduse edendamisel. On oluline, et ELi metsamajandamise strateegiad oleksid kooskõlas roheleppe eesmärkidega, samas jäädes liikmesriikide pädevusse. ELi võimekus reageerida eriolukordadele ning ennetada kataastroofe peab samuti tõusma, näiteks tulekahjude või üleujutuste korral. Lisaks soovitatakse resolutsioonis puidu laialdasemat kasutamist säästva ehitusmaterjalina, kutsutakse üles tõhustama võitlust ebaseadusliku metsaraie vastu ning nõutakse säästva metsanduse edendamist kogu maailmas.

Riho Terras (PPE), kirjalikult. – Euroopa Komisjoni metsandusstrateegia jaoks on parlamendil vaja anda suunis, mis aitaks kujundada järgmist metsandusstrateegiat tasakaalustatult. Euroopa metsadel on mitu väga olulist mõõdet ning neid tuleb kõiki tasakaalustatult käsitleda. Keskkonnaalane mõõde on kõigile väga selge, sest metsad on CO₂ sidujatena äärmiselt oluline globaalne vara. Paljudes ELi liikmesriikides on metsade arvukus drastiliselt kahanenud ning sellel on erinevaid põhjusi – peamiselt tööstuse ja põllumajanduse areng ning rahvastiku kasv. Euroopas on aga ka riike, kus metsad katavad üle poole territooriumist ning on heas seisukorras. Eesti koos teiste põhjamaadega on heaks näiteks. Selleks, et säilitada metsade tervis, tuleb metsi arukalt majandada. Metsade majandamine on taastuvressursi majandamine ehk lisaks metsaraiele tuleb silmas pidada ka metsade taastamise tähtsust. Mitmetes liikmesriikides on metsade ülestõttamine väga oluline elatusallikas ning annab tööd paljudele erinevatele tööstusharudele. Komisjoni metsandusstrateegias tuleb metsade majandamise olulisust rõhutada, sest metsade ülestõttamisega seotud poole miljoni töötajani ja valdkonnaga laiemalt seotud 2,6 miljoni inimeseni tuleb viia selge sõnum valdkonna perspektiivikusest ja potentsiaalist. Metsadel on ka väga tugev sotsio-kultuuriline mõõde, mille kaitsmine on iga rahva kohustus. Eestile on metsadel oluline tähendus, sest tuhanded inimesed põgenesid nõukogude okupatsiooni eest metsa. Metsast korraldati ka vastupanu okupatsioonir-

ežiimile. Viimane metsavend August Sabbe langes KGB käe läbi 1978. aastal ehk mets varjas teda üle 30 aasta.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Tvarios miškotvarkos skatinimas ES įgyvendinant ES miškų strategiją ir kaimo plėtros priemonės pagal bendrą žemės ūkio politiką teigiamai paveikė miškus ir jų būklę bei pragyvenimo šaltinius kaimo vietovėse, ES miškų biologinę įvairovę ir padidino naudą miškų sektoriui. Bet vis tiek vis dar reikia subalansuotai stiprinti tvarią miškotvarką norint užtikrinti, kad būtų gerinama miškų ekologinė būklė, ekosistemų sveikata bei atsparumas ir užtikrinama, kad miškai sugebėtų geriau prisitaikyti prie kintančio klimato. Tai ypač svarbu labai miškingoms šalims, tokioms kaip Lietuva. ES miškų strategija turėtų skatinti ir remti dalijimąsi naudingiausia praktika, susijusia su tvarios miškotvarkos įgyvendinimu, miškų sektoriaus darbuotojų ir valdytojų profesiniu mokymu, miškininkystės sektoriaus rezultatais ir geresniu valstybių narių bendradarbiavimu vykdant tarpvalstybinius veiksmus ir dalijantis informacija, siekiant užtikrinti sveikų Europos miškų augimą. Reikia užtikrinti geresnį informavimą apie tvarios miškotvarkos svarbą, taip pat sudaryti galimybes plėsti, įgyvendinti ir koordinuoti informuotumo didinimo kampanijas apie miško daugiafunkciškumą ir daugiopą naudą, kurią tvari miškotvarka teikia ekonominiu, socialiniu ir aplinkosaugos požiūriu. Visi Europos piliečiai turėtų įsisąmoninti šio paveldo turtingumą ir būtinybę valdyti, prižiūrėti ir tausiai naudoti mūsų išteklius.

(Die Sitzung wird um 13.00 Uhr unterbrochen.)

IN THE CHAIR: KATARINA BARLEY

Vice-President

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 14.16 Uhr wieder aufgenommen.)

9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 14.20 Uhr unterbrochen.)

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(Az ülés 15.07-kor folytatódik)

Elnök asszony. – Először szeretnék bejelentést tenni. Sok szeretettel üdvözlöm Önöket! Utazási korlátozások miatt sajnos máltai tolmácsok részben nem elérhetőek, ezért a mai ülésen máltai nyelvből más nyelvekre csak passzív tolmácsolásra lesz lehetőség. Ez azt jelenti, hogy a máltai képviselők felszólalhatnak a saját nyelvükön, azonban a többi nyelven történő felszólalást nem fogják máltai nyelvre lefordítani, úgyhogy kénytelenek más nyelvet, angol, francia vagy német nyelvet használni. Köszönöm a megértésüket.

11. Europäisches Klimagesetz (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Jytte Guteland által a Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság nevében készített, a klímasemlegesség elérését célzó keret létrehozásáról és az (EU) 2018/1999 rendelet (az európai klímarendelet) módosításáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre irányuló javaslatról szóló jelentésről folytatott vita (COM(2020)0080 – C9-0077/2020 – 2020/0036(COD)) (A9-0162/2020).

Jytte Guteland, rapporteur. – Madam President, this is a historic moment. The European Climate Law is indeed the cornerstone of the European Green Deal, as it enshrines into legislation the Union's objective to reach net-zero greenhouse gas emissions by 2050 at the latest. The climate neutrality objective brings with it a transition of historic dimension, which Europe will undergo in the coming decades. We are moving away from our history as the coal and steel union and heading towards climate neutrality. The report that we will see voted on this afternoon improves the Commission's proposal on a number of points and, colleagues, we are responsible for this; we need to listen to citizens, scientists and the movement of young people and do our very best to improve this legislation and make it responsible for our time.

The report sets a binding target for the Union and the Member States to achieve climate neutrality by 2050 at the latest. Thereafter, emissions shall be negative. Everyone must contribute to reach the climate neutrality objective. This is something we need to do together. The report proposes a strengthened 2030 climate target of 60% in order to be in line with science and give Europe the best possible chance of reaching its climate neutrality objective and respecting the Paris Agreement. We need to have a higher target for 2030. The Commission has proposed a net target of at least 55% for 2030, meaning approximately between 51% and 53% in real emission reductions, depending on how much greenhouse gas our natural sinks will be able to remove from the atmosphere. This is not good enough. We need a stronger target if we are serious about respecting the Paris Agreement and our own responsibility to reach climate neutrality. This is also why the report includes a new EU climate target for 2040. This is a crucial element to ensure that Europe is on track to achieve climate neutrality by 2050.

To take responsible climate action, we also need to know exactly how much Europe can emit without undermining the Union's commitment under the Paris Agreement. Therefore, the report also calls for the introduction of a greenhouse gas budget setting out the total remaining quantity of greenhouse gas emissions as CO₂ equivalent that could be emitted up to 2050 without putting at risk the 1.5 degree temperature goal. Elements of social fairness and solidarity have been strengthened throughout the regulation. For the S&D Group, this is fundamental. We will only succeed in our climate efforts if everyone is with us, if no one is left behind. It must be socially just and we must make sure that it's for all the citizens.

I would like to underline the importance of the reference to the 2015 International Labour Organization's guidelines for a just transition towards environmentally sustainable economies and societies. We also emphasise the importance of social partners, which I'm very proud of. There are also strong provisions on science, not to mention the set-up of an independent climate council at European level: the European Climate Change Council (ECCC), which, with the creation of climate advisory bodies at Member State level, will assess whether we are on track to achieve the climate neutrality objective and identify opportunities to further reduce greenhouse gas emissions and increase the carbon sequestration potential. Furthermore, the provisions for climate adaptation have been strengthened, with increased consideration of vulnerable groups.

I will conclude by saying this is a good proposal. I would like to thank my colleagues, all the shadows, all the people that worked with this legislation, the advisors, and also the interpretation, which has been good, the technical advisers. Thank you so much. No one is left behind.

(Applause)

Zdzisław Krasnodębski, autor projektu opinii Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii. – Pani Przewodnicząca! Jak pokazuje doświadczenie historyczne, nieliczący się z realiami radykalizm prowadzi bardzo często do skutków przeciwnych do celu, który chce osiągnąć, a nierzadko kończy się katastrofą. Także my, parlamentarzyści europejscy, nie powinniśmy się skupiać na populistycznym licytowaniu się w propozycjach jak największej redukcji gazów cieplarnianych w jak najkrótszym czasie, lecz poszukiwać realistycznych scenariuszy, akceptowalnych dla wszystkich – poszczególnych państw członkowskich i ich społeczeństw. Takich scenariuszy, które nie udaremnią osiągnięcia innych celów Unii, np. odbudowy gospodarki po pandemii, wzmocnienia jej konkurencyjności, jej suwerenności technologicznej.

Cel neutralności klimatycznej, na który zgodziła się Rada Europejska w grudniu ubiegłego roku, ma obowiązywać na poziomie Unii. Przyjęto, że osiągnięcie zeroemisyjności w poszczególnych państwach nastąpi w różnych perspektywach czasowych. Jest to zgodne z zasadami sprawiedliwej transformacji, która musi brać pod uwagę różne pierwotne uwarunkowania przekształceń krajowych gospodarek. Także w projekcie rozporządzenia zakłada się osiągnięcie neutralności klimatycznej do 2050 r. przez Unię Europejską jako całość. To jest realistyczne stanowisko i to ono powinno znaleźć poparcie Parlamentu.

Frans Timmermans, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, first of all I have to apologise to Members for being late. It's because of the College – it finished and I immediately came here. I'm really happy to discuss with you today what is I think a landmark of the European Green Deal, the climate law to turn Europe's political climate ambitions into binding legislation.

Moving towards a climate-neutral future is the right thing to do for our children and future generations especially now, and everything we're doing is science-based, so actually those who deny the science are being ideological, not the ones who embrace science!

(Applause)

If we invest hundreds of billions of euros in rescuing our economy from this pandemic we must not throw money at the old economy. We must guide our societies to a cleaner and healthier future, one that our children can embrace with hope, not fear. We must be very clear and very honest about this. This transition will affect our daily lives: from the cars we drive, from the houses we live in, from the jobs we will have in the future. I'm confident that we can make it if we do two things: if we set ourselves a sound direction and stand together as a continent in mastering the challenge. The Climate Law will set the direction by making our 2050 climate neutrality goal binding. That provides certainty at a time when so much is uncertain.

I want to stress three points. This is a Union-wide commitment to climate neutrality with a just transition for all. The target is also economy-wide: all sectors must contribute, no exceptions granted, and it's a domestic objective delivered in Europe to inspire the world to follow our lead, and we see across the world other nations following the lead already.

For 2030 we need to increase our ambition if we want a realistic pathway to climate neutrality. Our proposal to increase the 2030 target to at least 55% emissions reductions compared to 1990 was not just conjured from thin air. We did a thorough impact assessment, as I had promised to this House. I have to say I'm really impressed by the work the Commission services have done on this.

I know that this proposal goes too far for some, and for others not far enough, but the target is ambitious. We propose to reduce our emissions over the next decade by as much as we have achieved over the past quarter century. The target is well founded in science. It shows responsibility towards developing countries, but doesn't take on an undue burden given the ambition needed from other industrial nations. I think it's the right target. Just as important as the goal is the realisation that we're in this together. The transition is just – has to be just or there will just be no transition.

We must help households in regions that are at risk of being left behind. We will soon propose a renovation wave to lower energy bills and fight energy poverty. We will continue developing our Just Transition Mechanism to deliver a new future to regions where the path towards climate neutrality is particularly steep. This is our message to the miners in Asturias, the workers on Baltic peatlands and many, many others. We will stand with you to make the journey to climate neutrality with us.

Let me address the role of forests and other landscapes that remove CO₂ from our atmosphere. The point of climate neutrality in 2050 is that by that year we must balance CO₂ emissions with removals – taking out what we put in, if you prefer a cruder expression. The sink in our forests is declining, shrinking. Rather than waiting for 2050 we want to recognise the role of natural carbon sinks now. Including the full sink in our climate target in line with our international obligations will drive us to take better care of our forests and sinks so that they can play this vital role and also give an opportunity to rural communities. This is no accounting trick or cheat code: it's the reality of how we neutralise the negative impact of human activity on our planet and care for our natural habitat.

Honourable Members, you have discussed for many months how to fix the pathway between 2030 and 2050, including an intermediate target for 2040. There is criticism of our proposal to use delegated acts to check whether we're on track for that pathway. Let me repeat today, and you know this is my opinion: what counts is that we reach our goals. I'm open to discuss which instruments should get us there. Please help me find a solution that we can all support.

Tomorrow you will vote on turning our climate ambitions into binding law. The Commission will be an honest broker for negotiations between Parliament and Council. We will push for an ambitious seven-year budget to finance our climate ambitions, but I want to thank Parliament, and Ms Guteland in particular, already for the work on this historic piece of legislation, the Climate Law. Ambitious climate action is what we need in Europe today and in the world. Let's set our pathway towards climate neutrality as quickly as possible and start walking along this path together as quickly as possible.

Tilly Metz, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Madam President, for months, and even years, youngsters have taken to the streets and called for action on climate change. Now, when these same young people have started to vote, we are witnessing green waves, country by country. Our youth knows what is the challenge of our time, but do we as current politicians?

Today we have the chance to vote for something historic: the European Climate Law. This law will set the ambition for the EU's climate actions in the coming decades. Transport and tourism are responsible for nearly a third of Europeans' greenhouse gas emissions. Transport, and in particular maritime and aviation, is the only sector where emissions are still higher than in 1990, with more than a 25% increase.

I expect that the upcoming Mobility Strategy and the legislative proposals by the Commission will deeply transform the sector. This is crucial to stay below 1.5 degrees warming so that future generations will have a planet to live on. For that, Parliament needs to send a strong signal today and vote for the most ambitious, science-based targets.

Caroline Roose, *rapporteuse pour avis, commission REGI*. – Madame la Présidente, hier, le Président Sassoli a rendu hommage aux victimes des intempéries et des inondations qui ont frappé le nord de l'Italie et le sud-est de la France, là où j'habite.

Les scientifiques sont formels: ces intempéries se multiplieront, si nous n'agissons pas fortement contre le dérèglement climatique. Dans ma région et en Italie, en novembre dernier, il y a déjà eu des inondations. Nous devons voter pour un objectif de réduction des émissions de gaz à effet de serre d'au moins 65 % d'ici 2030.

J'aimerais bien que celles et ceux qui refusent d'écouter les scientifiques viennent expliquer aux habitantes et aux habitants de ma région que la vie de leurs proches ne compte pas, que la destruction de leur maison ne compte pas, que vous préférez sacrifier leur vie plutôt que quelques points de croissance.

La loi climat doit être compatible avec l'objectif de l'accord de Paris de limiter le réchauffement global à 1,5 degrés, c'est une question de survie. La loi climat est la première pierre du pacte vert européen. En tant que rapporteure de la commission du développement régional, j'aimerais insister sur le rôle que les territoires ont à jouer dans la lutte contre le changement climatique. Nous devons les y aider en fixant des objectifs ambitieux et en alignant les fonds européens avec cet objectif. En dirigeant les investissements vers des solutions, nous pouvons créer des emplois de qualité non délocalisables dans nos régions. Nous avons le devoir de tout faire pour prévenir les effets désastreux du changement climatique. Écoutons les scientifiques, écoutons les jeunes qui sont dans la rue, soyons à la hauteur de nos enjeux.

Asger Christensen, *ordfører for udtalelse fra Landbrugsudvalget*. – Fru formand! Klimaloven lægger stort ud for den grønne omstilling i de næste 30 år. Det er vigtigt, at EU går forrest og viser vejen med den grønne omstilling. Venstre går ind for et ambitiøst mål i 2030 med 65 procents reduktion for alle medlemsstater. Jeg har været ansvarlig i Landbrugsudvalget og bidraget til klimaloven. Landbrug, miljø og klima er hinandens forudsætninger, ikke hinandens modsætninger. Derfor skal vi have konkrete løsninger på bordet.

Jeg foreslår, at EU skal støtte landmændene i at opsuge CO₂ i jorden. Der er et kæmpe potentiale, hvis vi etablerer et separat kvotesystem for at suge og lagre CO₂ i jorden. Det skaber muligheder for at finansiere den grønne omstilling. Jeg har stillet et ændringsforslag omkring dette, som jeg håber, vi kan stemme igennem i morgen. Vi skal også have fælles standarder for at kunne måle landmandens klimaaftryk ved en fælles vurdering af et klimaregnskab. Landbrugssektoren vil levere et stort bidrag til den grønne omstilling, men det må ikke skade fødevarerikkeheden eller skubbe produktionen ud af EU. Mit forslag omkring fødevarerikkeheden er med i Miljøudvalgets betænkning.

Peter Liese, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Klimawandel ist es so ähnlich wie mit der Corona-Krise, die uns leider alle noch beschäftigt. Wenn man wirklich merkt, wie schlimm es ist, dann ist es zu spät. Deswegen müssen wir vorsorgen. Wir müssen rechtzeitig handeln, und wir müssen in der Tat auf die Wissenschaft hören. Es ist ganz klar, dass alle weltweit mehr tun müssen, um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden, um zu vermeiden, dass unsere Kinder und Enkelkinder in einer Welt leben, wo sie den Klimawandel eben nicht mehr kontrollieren können.

Deswegen vielen Dank an alle, die mitgeholfen haben, vor allen Dingen bei der EVP an Mairead McGuinness, die wir hoffentlich morgen in eine andere Aufgabe wählen werden. Aber ich bedanke mich vor allem bei der Europäischen Kommission – bei Herrn Timmermans und bei Ursula von der Leyen und bei allen anderen.

Die Europäische Kommission hat ein wirklich ambitioniertes Ziel vorgelegt für 2030 und auch für 2050. Ich erlaube nicht, dass das kleingeredet wird. Keine andere große Volkswirtschaft auf der Welt ist auch nur ansatzweise in der Richtung, in die die Europäische Kommission gehen will, und der Kommissar – ich freue mich, Sie hier wieder gesund zu sehen, Herr *Executive Vicepresident*; letzte Woche im Umweltausschuss waren Sie leider in Quarantäne, da haben Sie sehr gut erklärt, warum dieses Ziel Paris-kompatibel ist. Meine Redezeit ist gleich abgelaufen, deswegen: Bitte gehen Sie da am Schluss noch mal darauf ein! Was die Kommission vorschlägt, ist Paris-kompatibel.

Ich höre als Argument vom Umweltausschuss für die 60 % gegen den Kommissionsvorschlag eigentlich immer nur: Das ist taktisch. Der Rat wird uns möglicherweise nach unten drücken, und deswegen müssen wir jetzt für was Höheres stimmen. Aber erstens ist der Rat schon mit qualifizierter Mehrheit bei 55 %, und zweitens kann man doch nicht den Menschen, die sich um ihren Arbeitsplatz sorgen, in der Stahlindustrie, in der Automobilzulieferindustrie usw., sagen: „Das haben wir nicht so gemeint, das war nur Taktik.“ Stimmen wir für das, was wir meinen, und das ist die Vorlage der Kommission: 55 %!

Nicolás González Casares, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, esta Ley constituye un hito histórico. Estamos ante el fundamento legal que nos guiará a la neutralidad climática en 2050, la piedra angular del Pacto Verde Europeo y de nuestra lucha contra el cambio climático. La Ley climática nos obligará a revisar otras regulaciones, a aumentar nuestros objetivos de renovables, de eficiencia energética y de conexiones de redes -lo haremos en la Comisión ITRE, que también somos progresistas-, también a mejorar las políticas que preserven nuestra biodiversidad. Es una oportunidad para una Europa comprometida, Estado a Estado, con una nueva economía limpia.

Quiero dar las gracias al vicepresidente Timmermans y, sin duda, a mi Grupo socialista, y a la ponente, Jytte Guteland, y a todos los Grupos que creen que es el momento de actuar. Vamos a marcar el paso para que nuestro planeta frene su calentamiento y cumplir con el Acuerdo de París. Esta Ley será la demostración del liderazgo de Europa, de cara a las próximas cumbres climáticas internacionales; otros ya empiezan a seguir nuestro camino. La crisis actual no debe ser un freno en la ambición. Debemos demostrarlo con esta Ley, y de paso mostrar a miles y miles de jóvenes europeos que hicieron escuchar su voz en las calles que estamos con ellos. Su futuro es Europa.

Una última reflexión. No hay ambición climática plausible sin justicia social. Votaremos por la ambición y por el realismo. Ya hemos demostrado que la economía puede mejorar al tiempo que reducimos las emisiones. Hagámoslo juntos apoyando a quien más le cuesta. No hay Pacto Verde sin corazón rojo. Debemos recuperarnos impulsando una nueva economía limpia e innovadora, a la vez que justa y solidaria. Les pido al Consejo, a la Comisión y a este Parlamento que no retardemos más esta cita, no hagamos esperar más a la Tierra.

Pascal Canfin, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le vice-Président, chers collègues, je crois qu'on peut dire qu'on se souviendra tous de ce moment lorsque nous serons plus vieux. Nous avons voté la première Loi climat européenne. Nous avons gravé dans le marbre la neutralité climatique pour 2050. Et on aura été le premier continent au monde à le faire.

Il y a trois ans, trois pays ont commencé cette bataille: la France, la Suède et le Luxembourg. C'était une toute petite minorité et en trois ans, ils ont réussi à convaincre tout le monde et ici personne n'a même mentionné le fait que nous allons être les premiers au monde à le faire, c'est devenu une telle évidence que le débat est maintenant derrière nous. Donc, il faut se mesurer le chemin parcouru et s'en réjouir.

Le deuxième point, c'est qu'évidemment l'objectif de 2030 doit être cohérent avec cet objectif de neutralité climatique et là, nous, commission environnement au sein du groupe Renew, pensons que nous pouvons obtenir une majorité autour de 60 %. Et il y a au sein de la droite européenne, des gens qui sont plus progressistes que d'autres, et si nous voulons vraiment avoir au moins 55 % comme point d'arrivée final de la négociation avec les États membres, nous devons, nous parlementaires, faire de la politique, faire de la tactique et envoyer le message le plus ambitieux possible avec une majorité. Ce message le plus ambitieux possible c'est 60 % c'est pour cela que nous le soutenons et j'espère que des collègues du PPP, de la droite et du centre droit européen rejoindront cette majorité pour l'emporter demain lors de la plénière du Parlement.

Un dernier mot: l'adaptation au changement climatique, c'est fondamental, tous les territoires européens sont concernés, les agriculteurs qui vivent les sécheresses, les personnes qui vivent les inondations, la montée des eaux sur les littoraux, cette loi européenne est encore trop faible sur l'adaptation, c'est pour cela que nous avons déposé un amendement, pour arrêter de dépenser de l'argent européen si on ne teste pas la capacité des grands projets que l'on finance à s'adapter, à être résilients au changement climatique. J'espère que l'ensemble de cet hémicycle pourra soutenir cet amendement demain, qui est absolument fondamental, à la fois pour le climat, pour les territoires et pour le bon usage de l'argent public.

Sylvia Limmer, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Das Europäische Klimagesetz: laut Kommission das Herzstück einer – man nennt es inzwischen ganz schamfrei beim Namen – kompletten Transformation nicht nur unserer Wirtschaft, sondern unserer gesamten Gesellschaft.

In Zukunft darf kein Gesetz erlassen werden ohne vorherige Prüfung, ob es sich nicht vielleicht im Widerspruch zu eben jenem Klimagesetz befände. Sogar rückwirkend sollen bereits bestehende Verordnungen geprüft und gegebenenfalls verändert werden.

Dieses Gesetz ist das Mutterkorn aller Gesetze: vergiftend und schaurig grün-diktatorisch. Statt einen stabilen Rechtsrahmen für eine prosperierende Wirtschaft zu schaffen, überbietet sich eine selbstgefällige, faktenbefreite Notstands-Jammerelite mit „ambitionierten“ Zielen: 40, 55 oder 60 % Treibhausgasreduktion, gerne auch ein wenig mehr. Koste es, was es wolle. Und das darf man hier wörtlich nehmen.

Letztes Jahr stand im Kleingedruckten der Kommission, dass 40 % Reduktion jährliche Mehrkosten von 260 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre bedeuten. Nun heißt es, dass weitere, zusätzliche 350 Milliarden Euro jährlich für dieses grüne Diktat notwendig sind: jährlich 610 Milliarden Euro.

Derweilen bröckeln, nein, brechen die Jobs zu Zehntausenden in der deutschen Schlüsseltechnologie, der Automobilbranche und ihren Zuliefererbetrieben, weg. Ich bin gespannt, ob das die grünen CDU/CSU-Abgeordneten der EVP-Fraktion kümmert.

Als gäbe es weder Chemie noch Physik, schwafelt man von der Verbesserung der Luftqualität bei Treibhausgasreduktion und verschweigt, dass es gewaltig stinkt unter dem angeblich CO₂-freien Mantel der erneuerbaren Energien, nicht nur, wenn es um die katastrophalen Abbaubedingungen – weit weg – von Lithium, Kobalt, Mangan und Co. geht.

Der Kaiser ist nackt, meine Damen und Herren –, und keiner sieht hin.

Michael Bloss, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, we only have one planet, one house, and it's on fire – in Portugal, in California, in Siberia we are burning this planet. We must take bold steps, but the conservatives in the House are weighing economic costs against people's lives. People's lives, like the life of Vlad Petru. He's a farmer from Romania. He says there is no longer enough water for his cattle and sheep to drink. He should seek water higher in the mountains, but above 2 000 m there is only the sky.

People's lives like the life of Sanna Vanar. She is from the Saami culture from Sweden and the culture is based on the cultivation of reindeer, but the reindeer are on the verge of getting extinct due to the climate crisis. Sanna says: 'if we lose the reindeer, we lose the Saami culture too.'

We are here in the European Parliament; we are here to represent them and we can do something about their future. With our vote today, we can show that we listen to science. We can vote today to limit global warming to 1.5 degrees by reducing our toxic CO₂ emissions by 65%.

Dear colleagues, we are not voting on numbers here today. We are voting on the future of Vlad Petru, of Sanna Vanar and of many others lives. I will become a father in December. We are also voting today on the future of my children and on the future of our children. We are the first generation to suffer from the climate crisis, but we are also the last generation to stop it. So let's start listening to science, let's give hope to the younger generation, and let's stop this climate crisis.

(Applause)

President. – Congratulations on your child, but I would like to ask the group not to show photos in the Parliament.

Anna Zalewska, *w imieniu grupy ECR*. – Tak, to historyczny moment, moment naszej parlamentarnej odpowiedzialności. Tak, obiecywaliśmy ochronę środowiska, wody, powietrza, ale obiecywaliśmy odpowiedzialność, posługiwanie się faktami i konsekwencję. Tak, myślimy o tym, co za 10 lat, za 20, za 30, ale musimy myśleć o tym, co za rok, co za dwa i za trzy.

Kiedy przeczytacie państwo dokładnie ocenę skutków – choć na wiele spraw nie odpowiada – dowiecie się państwo, że beztrzęsco mówi się o tym, jak wzrośnie bezrobocie, jak wzrośnie ubóstwo energetyczne, jak wzrośnie cena wody, śmieci, wreszcie cena energii. Tego naszym obywatelom nie obiecywaliśmy. Obiecywaliśmy naszym obywatelom solidarność europejską i poszanowanie traktatów. A co robimy? Nasi premierzy, prezydenci ustalili w Radzie Europejskiej, że będziemy mówić o zeroemisyjności na poziomie Unii Europejskiej. Prawo klimatyczne mówi dokładnie odwrotnie. Obiecywaliśmy, że będziemy rozsądni. Jeszcze kilkanaście, kilka miesięcy temu słyszeliśmy od Agencji Środowiska, że nie jesteśmy w stanie zrealizować ambitnego celu 40% a już mówimy o 55%, wiedząc, co się stanie z cenami uprawnień, bo to się stało. Podczas pandemii prawie dwukrotnie wzrosła cena tony dwutlenku węgla.

Obiecywaliśmy ograniczenie biurokracji. A co? Mamy nowe narzędzie, nowej instytucje, w dodatku niepolicone. Nikt nie wie, czym się będą zajmować. Zaslaniamy się hasłem, że będą to naukowcy, którzy będą – znowu to jest niezgodne z traktatami – wspierać Komisję w odbieraniu praw państwom członkowskim. Wreszcie powiedzmy to rolnikom. Nie wiem, czy Franz Timmermans – poprosiłam go o to ostatnio, kiedy troszczyliśmy się o jego zdrowie – czy rozmawiał już ze swoimi niderlandzkimi rolnikami. Porozmawiajcie z nimi, policzcie z nimi budżet cieplarniany. Nie dość, że uważamy, że tylko oni są odpowiedzialni za to, żeby realizować strategię bioróżnorodności, strategię „od pola do stołu”, to jeszcze każemy im liczyć, każemy im zatrudniać księgowych i zwiększać biurokrację. Tak, jesteśmy odpowiedzialni i będziemy to potwierdzać swoim głosowaniem.

Silvia Modig, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, me olemme se joukko päättäjiä, joilla on mahdollisuus ja velvollisuus tehdä päätökset ilmastonmuutoksen ratkaisemiseksi. Tulevilla päättäjillä ei ole siihen enää mahdollisuutta, koska aika on meiltä loppumassa. Tänä syksynä kotimaassani Suomessa on mitattu jälleen ennätyksellisiä lämpötiloja. Tällä viikolla kukkaan puhkesi kasveja, jotka eivät ole koskaan kukkineet tähän aikaan vuodesta. Ilmastonmuutos on todellinen ja jos emme tee riittäviä päätöksiä, tulee taloudellinen ja inhimillinen hinta olemaan valtava.

Edessämme on päätös, joka joko pitää meidät Pariisin sopimuksen puolella tai sitten ei. Komission esitys ei sitä tee. Kaiken lisäksi komissio muutti 2030 päästövähennystavoitteen nettotavoitteeksi, joka tarkoittaa, että todellinen päästövähennys on paljon alle komission esittämän 55 prosenttia. Eri arvioiden mukaan se on jopa 3-10 prosenttia matalampi. Tämä ratkaisu osoittaa komission todellisen kunnianhimon tason, joka on liian matala. Komission esitys on selvästi alle tieteilisen suosituksen, vaikka komissio kuinka yrittää puhua mustaa valkoiseksi. Elinkeinoelämä ja teollisuus ovat pyytäneet, että saisivat varmuuden sääntely-ympäristöstä tulevana vuosina, jotta ne pystyisivät kehittämään omaa toimintaansa sitä vastaavaksi ja jotta investoinnit suuntautuisivat oikein. Tämä on äärimmäisen tärkeää työpaikkojen säilymisen

kannalta ja uusien luomisen puolesta.

Komission esitys tuo epävarmuutta. Liian alhainen kunnianhimo tänään tarkoittaa, että joudumme korjaamaan tavoitetta voimallisesti ylöspäin tulevinä vuosina. Tämä on paljon vaikeampaa ja kalliimpaa kaikille kuin asettaa taso riittävällä kunnianhimolla jo nyt. Koska halusimme tai ei, ilmastonmuutos etenee meidän mielipiteistämme riippumatta.

Valiokunnassa selvä enemmistö asettui tukemaan 60 prosenttia päästövähennykseksi vuodelle 2030. Nyt kun komissio on entisestään heikentänyt esitystään on äärimmäisen tärkeää, että tämä täysistunto nostaa esityksen kunnianhimoa. Jotta meillä on mahdollisuus selvitä ilmastonmuutoksesta, me emme voi mennä alle tuon 60 prosentin ja jotta pidämme sanamme niille miljoonille eurooppalaisille, joille lupasimme vaaleissa kunnianhimoisia ja riittäviä päästövähennystavoitteita. Komissio ei pitänyt sanaansa, mutta tällä talolla on mahdollisuus korjata tämä äänestämällä muuttavan hyvän mietinnön puolesta.

Eleonora Evi (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, una riduzione del 65 % delle emissioni entro il 2030 farebbe risparmiare all'Unione europea più di 10 trilioni di euro in termini di danni ambientali evitati. A quante alluvioni e a quante frane, come quelle avvenute in questi giorni in Piemonte, in Liguria, in Lombardia e in Valle d'Aosta, dobbiamo ancora assistere per capire che la crisi climatica è in corso e che bisogna agire ora?

La legge europea sul clima che ci apprestiamo a votare deve essere ambiziosa e coraggiosa. E a tutti quelli che, anche qui presenti in questo Parlamento, continuano a negare l'evidenza e cercano di affossare questa legge o dilazionare gli impegni con vari stratagemmi, ignorando completamente la scienza e i cittadini, io dico che siete fuori dalla storia. Investire oggi in economia a zero emissioni di carbonio può generare milioni di posti di lavoro: 18 milioni nel mondo secondo l'ILO. Non ci sono quindi più scuse!

Ma attenzione: un percorso serio verso la neutralità climatica non può permettere il finanziamento di progetti infrastrutturali dal forte impatto ambientale, come ad esempio la TAV. Un buco nella montagna per far passare un treno per cui i lavori di cantiere riverserebbero in atmosfera oltre dieci milioni di tonnellate di CO₂, e il primo chilogrammo di CO₂ risparmiato non sarà prima 2040, quando sarà decisamente troppo tardi.

Adam Jarubas (PPE). – Pani Przewodnicząca! Dzisiaj musimy wziąć odpowiedzialność za naszą wspólną przyszłość, przyszłość naszych dzieci, a decyzję tę musimy podjąć w szczególnie trudnym dla Europy czasie bezprecedensowego kryzysu ekonomicznego i pandemii zagrażającej naszemu zdrowiu i życiu. O działanie apelują do nas młodzi ludzie – ci, do których będzie należała przyszłość – i my jesteśmy im to działanie winni.

Popieramy dzisiaj najbardziej ambitny na świecie plan walki ze zmianami klimatycznymi, znacząco redukując emisje tu i teraz. Robimy to, dbając o gospodarkę, o miejsca pracy. Na naszych oczach, równoległe do walki ze zmianą klimatu, odbywa się ogólnoswiatowa, nie tylko ogólnoeuropejska, rewolucja przemysłowa. Żeby nadążyć za zmianami, już dzisiaj musimy budować miejsca pracy przyszłości, ale równocześnie musimy dbać, aby nikt nie został sam z tyłu, bez wsparcia. Stąd konieczne jest stworzenie skutecznych mechanizmów sprawiedliwej transformacji. Głosujemy dziś nad prawem klimatycznym, które mówi o celach, jakie chcemy osiągnąć, ale nie możemy zapomnieć, że jest to tylko część Europejskiego Zielonego Ładu, który musi być kołem zamachowym naszej gospodarki.

Alessandra Moretti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Vicepresidente Timmermans, grazie a questo regolamento, l'Europa sarà il primo continente a raggiungere la neutralità climatica al più tardi entro il 2050.

La legge sul clima è la prima legge al mondo ed è la traduzione del nostro impegno politico, che ci pone irreversibilmente sulla strada verso un futuro più sostenibile. È il cuore del *Green Deal* europeo, offre prevedibilità e trasparenza per l'industria e gli investitori, orienta la nostra strategia di crescita verde e garantisce una transizione più graduale ed equa. Stiamo trasformando le parole in azioni, per dimostrare ai nostri concittadini che facciamo sul serio.

La legge sul clima è anche un messaggio i nostri partner internazionali: questo è l'anno decisivo per alzare il livello di ambizione globale nel perseguimento degli obiettivi contenuti nell'accordo di Parigi e per scuotere, finalmente, le coscienze di quei Paesi, in primis gli Stati Uniti e la Cina, che si sono sottratti ad oggi alle loro responsabilità.

Sono molto orgogliosa del fatto che Parlamento e Commissione abbiano agito rapidamente: un segnale, questo, di come ormai non ci sia più tempo da perdere. Mi aspettavo, a dire il vero, un po' più di ambizione da parte della Commissione. Ma mi auguro che il Parlamento nel voto odierno, e gli Stati membri nei passaggi successivi, si facciano guidare nelle loro scelte future non dall'egoismo ma dalla scienza.

Oggi più che mai non ci possiamo permettere di fallire e la pandemia ha evidenziato plasticamente come sia indissolubile la correlazione tra ambiente e salute. Il *lockdown*, se ci sarà, non potrà più rinviare l'attuazione del *Green Deal* europeo: la ripresa avrà successo solo se sarà *green* ed è nostra la responsabilità di realizzare una strategia di sviluppo che preveda una transizione equa e giusta per tutti.

Dobbiamo votare convintamente questa legge, rimanere coerenti con i nostri ideali e votare un testo ambizioso.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señora presidenta, el año 2020 se paró, pero la crisis climática, no, y el Parlamento Europeo, tampoco. Hoy trasladamos al ordenamiento jurídico nuestros compromisos adquiridos en el Acuerdo de París. Esta Ley climática marca una hoja de ruta clara y ambiciosa, un marco jurídico estable y previsible para los agentes económicos, certidumbre, y también el reconocimiento del derecho de nuestros ciudadanos a un planeta sano y habitable.

Esta Ley climática, en una profunda crisis económica marcada por la COVID, debe ayudarnos a que todo el crecimiento económico y la recuperación del empleo estén marcados por la acción climática, y a que los fondos de recuperación europeos se inviertan en tecnologías limpias, innovación y nuevas tecnologías.

Hoy, estimados colegas, esta Ley climática rompe la brecha entre las advertencias científicas y la acción política. Hoy este Parlamento se alinea con la ciencia. Hoy nos reconciamos también con nuestros hijos.

Silvia Sardone (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, siamo tutti consapevoli dei cambiamenti climatici, della tutela della natura, dell'urgenza di salvaguardare l'ambiente; siamo tutti in prima linea, indistintamente. Ma l'approccio dell'Unione europea, fatemelo dire, l'Europa ha un approccio un po' ideologico, è un po' succube degli slogan di Greta e ha un approccio potenzialmente dannoso per il continente.

Sì, ho detto dannoso. Perché le vostre politiche rischiano di dissanguare le economie a fronte di risultati che, francamente, sono trascurabili in termini di riduzione delle emissioni. Parliamoci chiaro: per ottenere i risultati che avete in mente, siete di fatto costretti a imporre tasse etiche o verdi, che sono una vera e propria mazzata, che avranno ricadute pesantissime su imprese e lavoratori con delocalizzazioni, impoverimenti e abbassamenti salariali.

Vi faccio un esempio: in Italia applicare questo regolamento nei modi e nei tempi che voi prevedete, vuol dire portare nuove tasse, nuova burocrazia, sacrificare intere filiere produttive italiane, a favore di chi? Di che cosa? Di monopattini cinesi, di auto francesi o tedesche dotate di batterie cinesi!

Insomma, voi avete in mente uno sviluppo sostenibile – così definito – che però vale solo per i paesi europei, perché siete totalmente zitti con i paesi asiatici, come l'India e la Cina, con i quali continuate a stringere accordi commerciali senza dire assolutamente nulla, e dico nulla, sull'ambiente!

Allora, siamo in crisi economica, in Europa più forte che altrove. E voi che cosa fate? Spingete su provvedimenti che rischiano di amplificare questa crisi. Riflettete! Non è questo il momento di nuove tasse e nuovi obblighi e, tra l'altro, nei confronti di chi? Di chi fa fatica ad andare avanti.

Questo non è a tutela dell'ambiente ma è un'ideologia ambientalista fatta da burocrati europei.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, les sécheresses consécutives ont eu des conséquences dramatiques sur la vie de ma famille et sur celle de nombreux citoyens européens. Ce ne sont pas mes mots, ce sont ceux de Maurice Feschet, un simple agriculteur de la région drômoise, qui a eu le courage de porter plainte en 2018 contre l'inaction climatique de l'Union européenne.

Je veux faire ici entendre sa voix parce qu'il est, pour moi, le symbole de toutes celles et tous ceux qui voient leur vie très fortement affectée par le dérèglement climatique, celles qui voient leur vie menacée par les catastrophes naturelles engendrées par notre modèle de développement, celles et ceux qui finalement comptent si peu. Car de quoi discutons-nous quand nous parlons de la loi climat? De chiffres? Non, nous parlons de la vie, de la vie des gens, de la vie des nôtres pour les protéger. Nous n'avons plus le temps d'attendre. Les dix prochaines années sont cruciales: les tempêtes, la sécheresse, les glaciers menacés, les territoires entiers plongés dans la précarité énergétique demandent une action à la hauteur des dangers. Pour sauver le climat, c'est bien au moins 65 %, chers collègues, que nous devons viser à l'horizon 2030. Tout le monde le sait! Fixer des objectifs au rabais n'a donc aucun sens. Soyons responsables, soyons réalistes.

President. – I have to ask you again not to show pictures and placards in the Chamber. The groups have decided that we use the power of language in this Chamber, so please do not do it again. Thank you very much.

Grzegorz Tobiszowski (ECR). – Szanowna Pani Przewodnicząca! Troska o klimat powinna być jednym z priorytetów Unii Europejskiej. I jest. I to nie podlega, i nie powinno podlegać dyskusji. Jednakże powinniśmy pamiętać, że to przemysł jest nadal głównym czynnikiem rozwoju i dobrobytu Europy. Dlatego słusznie Unia Europejska obrała sobie za cel zwiększenie produkcji przemysłowej, tak by stanowiła ona co najmniej 20% w 2000 r. (obecnie 15-16%). Warunkiem minimum osiągnięcia tego celu jest zagwarantowanie ciągłości, spójności prawa unijnego i przewidywalności dla przemysłu. W 2014 r. Unia Europejska wyznaczyła cel redukcji emisji do 2030 r. o co najmniej 40%. Dopiero kilka lat temu uzgodniła zasady osiągnięcia tego celu, natomiast na stronach Komisji Europejskiej mamy ekspertyzy, które mówią, że będzie ciężko osiągnąć 40%. A więc pojawia się pytanie: Dlaczego w pierwszej kolejności nie analizujemy, dlaczego jest problem w osiągnięciu celów, a stawiamy nowe założenia? Jak w tym przypadku ma się rozwijać przemysł, kiedy brak spójności tego, co do tej pory, z tym, co nakładamy?

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Ja, wenn wir ein Klimagesetz machen, dann müssen wir das auch richtig tun. Dazu gehört, dass wir an keiner Stelle zulassen, dass Gas in dieses Gesetz hineinkommt, dass wir auf Gas setzen. Worauf wir setzen müssen, das sind Erneuerbare, und zwar durchgängig. Denn Gas ist keine Brückentechnologie, sondern Investition in fossile Energieträger. Ganz ehrlich: Gas ist ungefähr so klimafreundlich wie beispielsweise Cola light gesund ist. Methan-Emissionen, CO₂-Emissionen – dafür steht Gas, und Cola light ist ein Risiko für Diabetes.

Deshalb fordere ich Sie dringend auf, gegen jeden einzelnen Änderungsantrag zu stimmen, der auf Gas setzt und versucht, es durch die Hintertür hereinzulassen.

Machen wir es doch deutlich: Wir brauchen konsequente, mutige Schritte für den Klimaschutz. Wir brauchen echte Energieeffizienzmethoden in unseren Häusern, in allen Gebäuden. Wir brauchen starke Infrastruktur für Erneuerbare, und vor allem brauchen wir auch Bekämpfung von Energiearmut. Was wir auch machen müssen, ist, aufhören, von Technologieneutralität zu reden, damit fossile Energieträger eben nicht mehr begünstigt werden.

Eines steht doch auch fest, das sehen wir doch bei diesem Gesetz: Der Markt richtet eben nicht alles allein, und schon gar nicht, wenn es um Klimaneutralität geht.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, c'è un'Unione europea che ci delude, che è quella che, quando valuta lo Stato di diritto, tace davanti ai prigionieri politici dello Stato spagnolo. Ma c'è anche l'Unione che ci dà speranza e la legge europea sul cambiamento climatico ne è il miglior esempio.

È forse la legge più importante dell'intero mandato, una delle più trascendenti che questo Parlamento ha mai votato. Celebriamo il fatto, tra l'altro, che incorpori alcuni dei nostri emendamenti.

L'Unione climaticamente neutra nel 2050 e vogliamo realizzare questo progetto senza mettere a rischio né la competitività delle nostre aziende, né la coesione delle nostre società. Al contrario, questa transizione di dimensioni storiche deve aiutarci a costruire un'economia non solo più verde ma anche più egualitaria ed efficiente.

Facciamo del nuovo *Green Deal* un'opportunità per trasformare la società europea perché diventi una società più giusta. E non abbiamo più tempo: l'accordo di Parigi può sembrare molto ambizioso se pensiamo al lavoro che ci attende. Ma è un obiettivo di minimis se pensiamo dal punto di vista della scienza. Siamo in ritardo e dobbiamo agire immediatamente!

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, la lucha contra el cambio climático es una tarea de todos. Apoyamos los esfuerzos y el liderazgo de la Unión Europea para acometer una transformación hacia una economía más circular, limpia, responsable, que cuide de nuestra salud y que cuide de nuestro planeta.

La Unión Europea debe liderar la lucha contra el cambio climático, pero sin perder de vista la competitividad de las empresas y la creación de empleo. Son muchos los protagonistas de esta transición: los trabajadores, los empresarios, los autónomos, los agricultores, los pescadores, los transportistas, los jóvenes, todas las familias. Todas las medidas que adoptemos deben hacerse con todos los protagonistas, con diálogo, buscando la aceptación social y con ayudas.

Llevamos mucho tiempo hablando del refuerzo de la política industrial. Hoy hay dos mil trabajadores en huelga en España por el cierre de la planta intensiva de producción de aluminio en Galicia. Una de las razones para el cierre tiene que ver con los costes de la energía. La industria europea no puede seguir desangrándose, especialmente expuesta por la competencia desleal de terceros países. Por tanto, necesitamos acelerar la economía limpia, la digitalización, pero también debemos reforzar nuestras bases industriales y nuestra autonomía estratégica, para que el peso de la industria alcance el 20 % del total de la riqueza nacional de los Estados miembros: es compatible. Debemos tomar medidas concretas ya, siendo coherentes a la hora de establecer nuevos objetivos climáticos, y no podemos hacer como si la pandemia de la COVID-19 y el *Brexit* no existieran. En estos momentos, especialmente difíciles, no dejemos a nadie atrás.

Miriam Dalli (S&D). – Madam President, allow me to say thank you to our rapporteur Jytte Guteland for her work, because this is the time to decide whether we are serious about embarking on a sustainable path towards climate neutrality by 2050 or whether what we had in this House was only political rhetoric. How we vote on the climate law today will define us.

The climate crisis we are facing will not go away on its own, nor will it be solved by individual action alone. So we must reduce carbon pollution and transform our economy to run on clean renewable energy. This is not about elitists, as we heard today. This is about realists who are seeing with their eyes the impact of climate change all around us. That's why this political group is being progressive and realistic in pushing forward a 60% CO₂ reduction by 2030.

S&D are pushing also for a new climate target for 2040 because we want to provide direction for our Member States, our industries and our citizens. From the very beginning we were at the forefront in asking for a climate law that can put us strongly on the path to ditch fossil fuels and switch to clean energy whilst sustaining a resilient, robust economy.

We need these laws to make sure that we are on track with our targets for 2030, for 2040 and for ensuring carbon neutrality in 2050. Just having vague goals on paper did not work, and they will definitely not work. We know some lawmakers will refuse to act. They would rather risk climate catastrophe and let the rest of us deal with the fallout. But this is not acceptable for us. We want to make sure that we start acting today and make our societies and our continent future proof. Today and tomorrow we have the opportunity to prove that.

(Applause)

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ*místopředsedkyně*

Frédérique Ries (Renew). – Madam President, last December President von der Leyen referred to Europe's 'man on the moon' moment.

Well here we are. This is the first step.

Je poursuis en français, mais un peu dans la métaphore lunaire tout de même. Ce soir, quand nous allons adopter les amendements à la loi climat l'Europe fera un pas de géant pour se donner les moyens de devenir en 2050, le premier continent à atteindre la neutralité carbone. C'est historique, cela a été dit. Les négociations avec le Conseil s'annoncent musclées et j'en entends déjà, ici, maintenant qui veulent affaiblir nos ambitions et plafonner à 55 % net notre objectif de réduction CO₂ pour 2030. Je pense à l'inverse, évidemment, que se donner les moyens de peser, c'est viser 60 %.

Plus largement et rapidement maintenant, c'est le vote, le paquet de la commission de l'environnement tout simplement qu'il faut soutenir ce soir, à savoir un budget carbone pour 2023, un Conseil européen pour le changement climatique et 100 euros minimum la tonne carbone lorsque les États membres ne respectent pas les objectifs du règlement sur la répartition de l'effort.

Les crues catastrophiques de cette semaine dans le sud-est de la France et le nord de l'Italie, nous le rappellent de façon cruelle: nous n'avons d'autre option que l'ambition face à l'urgence climatique.

Catherine Griset (ID). – Madame la Présidente, tout dans cette loi, de son parcours législatif à son contenu, est à revoir. L'objectif de 60 % de réduction des émissions d'ici 2030 n'est pas fondé scientifiquement. Son caractère contraignant à l'échelle des États ne respecte ni leur souveraineté, ni le principe de subsidiarité et on se demande bien quel sera le régime de sanctions.

Quant au budget carbone européen, comment sera-t-il calculé et qui le déterminera? Votre empressement à faire de l'Europe le premier continent neutre en carbone est idéologique. Notre trajectoire actuelle de 40 % est déjà presque impossible à réaliser. En la portant à 60 %, vous imposerez une écologie punitive à des entreprises et à des ménages fragilisés par la crise, au seul bénéfice de nos concurrents.

Il faut se donner les moyens de ses ambitions: le recours au nucléaire, la confiance dans l'innovation technologique, la lutte contre la concurrence étrangère déloyale et une transition énergétique graduelle tenant compte des réalités nationales. La neutralité climatique doit venir d'un effort collectif mené à l'échelle des États, guidé par des préoccupations écologiques légitimes mais aussi par l'intérêt de nos peuples.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Madam President, first of all I would like to thank the rapporteur, who is there, for her excellent report, which I think is really setting the right ambition level.

In this House last year we all signed up to the climate emergency. In this House, time and time and again, we signed up to climate neutrality in 30 years' time. Now in the Climate Law we are going to act – and suddenly you see people getting nervous. Maybe they didn't realise what they were signing up to because it was just a resolution. But that's not how politics works. If you sign up to these targets you also have to translate it into a binding law, which we are discussing now for 2030.

Talking about science, it is very clear, and the United Nations Gap Report states very clearly, that if you want to maintain a chance on 1.5°, staying below that, the world needs to reduce by 67% – the world. This means an additional challenge for Europe.

Maybe a last point on the challenges for industry. I also would like to hope that the EPP is a bit consistent, because we have been fighting international offsets under the Kyoto Protocol together and now I see amendments of the EPP Group bringing back these international offsets and further watering down the targets we are discussing. I think this is really a problem. Please, EPP, stay a bit consistent for once.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, men spreekt hier altijd met grote woorden over de democratie, maar ondertussen staat dit Europees Parlement op het punt akkoord te gaan met de Europese klimaatwet. Dit zal de klimaatdoelen ont-trekken aan nationale democratische besluitvorming.

Ten eerste, er is gedurende 30 jaar geen nooduitgang in deze wet om tussentijds rekening te houden met economische tegenspoed of nieuwe technologische inzichten.

Ten tweede, ngo's kunnen naar de rechter stappen om het beleid op deze doelen af te stemmen. Die situatie, meneer Timmermans, kennen wij in Nederland van de Urgenda-zaak en de stikstof-uitspraak. De rechter neemt de rol van de politiek over. En dat is niet hoe wij de democratie zien.

Wij Europarlementariërs hebben een mandaat van de kiezer om hem op een goede wijze in dit huis te vertegenwoordigen. Beleid, en ook klimaatbeleid, moet onderwerp zijn van een permanent democratisch debat en niet worden vastgelegd voor 30 jaar.

Manuel Bompard (GUE/NGL). – Madame la Présidente, il y a un an, notre Parlement a décrété l'état d'urgence climatique et environnementale.

Depuis, les événements qui se sont succédés sous nos yeux démontrent les conséquences de cette urgence. Ce sont les sécheresses qui assèchent les rivières de notre enfance, les forêts qui brûlent partout sur le globe, les inondations qui ont ravagé récemment le sud de la France et l'Italie.

Aujourd'hui, nous pouvons être à la hauteur de cette situation, nous devons fixer dans la Loi climat un objectif de réduction des émissions de gaz à effet de serre d'ici à 2030 d'au moins 65 %. Ce chiffre n'est pas pris par hasard, c'est celui qui, selon les Nations Unies, permet de respecter nos engagements internationaux et de limiter la hausse de la température à 1,5°C. Nous devons pour cela inclure une réduction qui n'inclut pas les réductions par absorption des puits de carbone naturels.

Nous devons le dire franchement et clairement à M^{me} von der Leyen, nous n'avons pas le temps aujourd'hui pour les petites entourloupes et les calculs qui visent à masquer un manque d'ambition et à satisfaire quelques intérêts économiques bien placés. Nous n'avons pas le temps d'attendre, nous devons agir maintenant, nous n'avons pas le temps de jouer alors soyons à la hauteur de la situation.

Edina Tóth (PPE). – Tisztelt Elnök asszony, az éghajlatváltozás és a környezet károsodása komoly veszélyt jelent Európa és az egész világ számára. Ezért is fontos, hogy ambíciózusak legyünk, és Európa legyen a világ első klímasemleges kontinense. Az előttünk fekvő uniós klímarendelet elfogadása megerősítheti, hogy nemcsak egyes tagállamok, hanem az EU maga is valóban cselekszik az éghajlatváltozás elleni küzdelemben teremtett világunk megóvásáért.

Azonban nem mindegy, hogy ezt milyen formában tesszük. Először is kiemelném, hogy a Bizottság legújabb hatástanulmánya sajnos nem mutatta be a tagállami szintű hatásokat, ezért részletes modellezést kell majd végezni, amihez persze idő kell. Fontos, hogy a közös célok elérése érdekében a tagállamok kövessék a jó példákat. Magyarország például az uniós élmezőnybe tartozik a vállalt kibocsátás-csökkentési célok elérése terén.

Azonban, tisztelt képviselőtársaim, van egy olyan pont, amiből nem engedhetünk! Ragaszkodunk ahhoz, hogy ne a családokkal fiztessék meg a költségeket a klímabarbolók helyett. El kell kerülni az élelmiszerárak és az energiaárak emelkedését. Ahhoz, hogy teljesüljön a klímasemlegességi cél, minden gazdasági ágazatnak cselekednie kell. Viszont azt sem engedhetjük meg, hogy az ipari szereplők ellehetetlenüljenek közben. Fontos azonban az is, hogy nemzeti szinten is végrehajtsuk majd az uniós klímavédelmi intézkedéseket, s a célirányos lépéseket pedig egy működőképes egységes keretbe tudjuk majd foglalni.

Delara Burkhardt (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Klimagesetz haben wir die große Aufgabe, das Fundament des Green Deals zu legen. Unser Vorschlag verbessert den Vorschlag der Kommission enorm – mit einem EU-Treibhausgasbudget, das klar aufzeigt, wieviel Emission die EU in den kommenden Jahren noch ausstoßen darf, einem unabhängigen Klimarat, der wissenschaftlich begleitet und berät.

Bei der Frage, wieviel mehr Ambitionen wir auf dem Weg zur Klimaneutralität hinlegen sollen, wird es dann hitzig hier im Haus. Auch bei den von Frau von der Leyen vorgeschlagenen mindestens 55 % bis 2030 lohnt sich nämlich ein Blick aufs Kleingedruckte. Erstmals wird dort nämlich von einem Nettoziel gesprochen, bei dem die positive Klimaleistung von Wäldern mit einbezogen wird. Zieht man das ab, sind wir nämlich nur noch bei schwachen 52 %. Es ist aber wichtig, heute einzusparen, um Klimakipp-Punkte und Klimaschäden morgen zu vermeiden. Laut Klimawissenschaft bedeutet das ein Ziel von zirka 65 %. Mit Blick auf die Umstände ist 60 % bereits ein großer politischer Erfolg, der auch unsere Verhandlungsposition später stärkt.

Es ist eben auch machbar, wenn wir aufhören, Beschäftigung und Klimaschutz gegeneinander auszuspielen, und den notwendigen Wandel anpacken. Ich sage mal so: 2050 klingt immer so weit weg, aber es handelt sich dabei um die Zeit, wo meine Generation noch nicht mal in Rente ist. Also ist es jetzt wichtig, anzupacken und die richtigen Instrumente auf den Weg zu bringen, weil wir keine Zeit mehr zu verlieren haben.

President. – I should like to inform Members that due to the partial unavailability of interpreters from Ireland because of the travel limitations, there will be no interpretation from and to Gaelic guaranteed today from 16.15 until 17.15.

Claudia Gamon (Renew). – Frau Präsidentin! Das Europäische Klimagesetz ist der erste große und wichtige Schritt in Richtung Klimaneutralität. Es ist auch eine Anerkennung der Realität, die zwar düster ist, aber nicht hoffnungslos.

Wir müssen jetzt von den Zielen zu wirklich mutigen Umsetzungsschritten kommen, damit wir die Klimaneutralität auch schaffen werden. Wir brauchen einen smarten CO₂-Ausgleichsmechanismus, um zu verhindern, dass wir die Emissionen bloß in andere Länder hin verschieben, denn letztendlich werden wir das Klima global schützen müssen. Und nur weil wir dann einmal eine schöne Statistik in Europa haben, werden wir noch gar nichts gerettet haben.

Wir müssen den Straßenverkehr und die Bauten sofort in den Emissionshandel mit reinnehmen, damit er auch ein schlagkräftiges Instrument wird, und wir müssen das volle Potenzial technologischer Innovation nutzen und auch Energiespeicher zu einer Priorität machen, damit wir die Energiewende zur Realität machen.

Ich glaube, wenn wir ein mutiges Emissionsreduktionsziel beschließen, können wir uns einen Tag lang gerne auf die Schulter klopfen, aber morgen muss dann die Arbeit weitergehen. Es fängt nämlich jetzt im Endeffekt erst an, und es ist noch einige Überzeugungsarbeit – auch im Rat – zu leisten.

Laura Huhtasaari (ID). – Arvoisa puhemies, jos suomalaiset olisivat 90-luvulla äänestäessään EU-jäsenyydestä tienneet, että EU aikoo kontrolloida myös Suomen metsiä, täällä ei olisi yhtään suomalaista meppiä. EU:n ilmastotoimet eivät saa johtaa siihen, että Suomen metsien pitää kompensoida, kun Saksa ja Puola polttavat hiiltä.

Mutta on tässä ilmastolaissa hyviäkin asioita, esimerkiksi uusiutuvien materiaalien ilmastohyötyjen huomioiminen ja muutoksessa nousevat voittajiksi puusta valmistetut tuotteet aina massiivisesta puunrakentamisesta mikroskooppiseen nanoselluun. Hyvä asia tässä on myös se, että pyritään teollisuuden hiilivuodon torjuntaan. Euroopassa on maailman puhtainta teollisuutta ja siksi työpaikka täällä on ilmastoteko.

Pär Holmgren (Verts/ALE). – Fru talman! När jag står här i dag blir jag faktiskt både förvånad och ganska frustrerad. Förvånad över att det fortfarande, i alla fall bland vissa här inne, är så stor brist på kunskap och insikt i klimatfrågan. Men också frustrerad över att det är så pass många av er som använder en politisk retorik som ligger långt, långt ifrån det som vetenskapen visar krävs. Tror ni – framför allt vänder jag mig nu till mina kollegor i högergruppen – att ni på riktigt har expertisen bakom er? Eller väljer ni medvetet att ljuga när ni säger att det lilla som ni vill bidra med skulle vara tillräckligt? För det är inte det.

Men i dag har vi en chans att göra någonting som är riktigt viktigt. Vi vet vad som krävs för att göra det. Det är att rösta på ett förslag som ser till att vi minskar utsläppen med absolut minst 65 procent till 2030. Och sedan alla de hjälpmedel som behövs för att nå dit, till exempel en ordentlig koldioxidbudget. Det är det minsta vi kan, också det minsta som vi måste göra. Vi har en chans att göra skillnad i dag. Ta den chansen. Det kanske är sista gången vi har en sådan chans.

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidenta, cuando oímos hablar de ciencia, siempre pensamos, viniendo de la izquierda, que es ideología, y es lo que sucede -lo estamos viendo en España continuamente-: cómo se protegen tras la supuesta ciencia, para hacer barbaridades, todas las arbitrariedades posibles con la ideología.

El debate sobre la Ley Europea del Clima muestra sin tapujos ya las debilidades de una Unión Europea que está sometida a los dictados de una nueva y reforzada ideología o religión verde. Esta sumisión climática en la Unión Europea, en plena pandemia, con inmensos problemas, no va a aportar ni estabilidad ni seguridad jurídica ni una visión a largo plazo basada en esa evidencia científica.

Desde luego, no se respeta ni la soberanía, no se respeta la subsidiariedad y no se respeta el sentido común, y, al final, sobre todo, no se respetan los intereses de los europeos, que no se tienen en cuenta cuando se está jugando con los topes de las emisiones; se está hablando de una reducción en un 55, después en un 60, después, quién sabe, si en un 70. Eso es una falta de respeto a los intereses de los pueblos europeos. Todo eso no es ciencia, es ideología pura.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, setting a 55% net target for 2030 is climate change denial. The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) has said that in the gap between 1.5 and 2 degrees, hundreds of millions of lives are at stake. A target of 55% would mean the EU has given up on any chance of limiting global temperature rises to 1.5 degrees.

To avoid climate breakdown, we have to cut world emissions at least in half by 2030, and get to zero by 2050. But this is a global average target. Given their greater responsibility for historic emissions, the better-off nations – like in Europe – must do it a lot faster.

Setting a climate neutrality target for 2050 is also a climate change denial. Climate neutrality is not a decarbonising strategy. Why are we continuing to prop up the fossil fuel industry? We need real zero carbon emissions by 2040 and we cannot rely on negative emissions technologies that might never even exist.

Scientists say that we will fail if we keep growing the economy at the same rate. GDP may speak for the welfare of capitalism but not for the welfare of humanity.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin! Umwelt, Wirtschaft, Arbeitsplätze: Der Weg zur Klimaneutralität bietet uns die große Chance, mit europäischem Knowhow die Innovation für die Weltmärkte zu liefern.

Mit 55 % CO₂-Reduzierung bis 2030 stellen wir Menschen und Betriebe dabei vor extreme Herausforderungen. Wir müssen sie mitnehmen, Klimaschutz als Chance begreifen, mit positivem *spirit* das Ganze angehen.

Zu diesem Optimismus gehört Technologieoffenheit. Wer aber heute Verbrennungsmotoren verbietet, verbaut Europas Zukunft für das synthetische Zeitalter. Zur positiven Innovation gehört der Blick über Europas Grenzen hinaus. Wer aber heute sagt, wir dürfen Klimaschutzinvestitionen nicht mit Entwicklungshilfe verbinden, der versündigt sich an Afrikas Zukunft, der ist mitverantwortlich für Migration aus wirtschaftlichen Gründen.

Zum positiven Blick auf den Klimaschutz gehört Marktwirtschaft, nicht Verbote und Quoten. Nein. Stattdessen Emissionszertifikate im Einklang mit den Pariser Vorgaben; den Rest regelt die Wirtschaft mit ihren Arbeitnehmern.

Ich weiß, liebe Kollegen von S&D, Renew Europe, Verts/ALE und GUE/NGL: positiv und frei denken, das ist nicht Ihre Welt. Sie trauen sich mehr zu als den Menschen und den Betrieben. Sie behaupten wider besseren Wissens, nur mit 60 oder 70 % geht die Welt nicht unter. Wollen Sie gar nicht mehr argumentieren? Wollen Sie einschüchtern, wenn Sie das Ende der Welt an die Wand malen?

Nein, meine Damen und Herren, nicht einschüchtern und Angst machen. Argumentieren und mitnehmen – das ist gelebte Demokratie, auch im Klimaschutz. Dafür steht die EVP.

Mohammed Chahim (S&D). – Voorzitter, geachte collega's, geachte heer Timmermans, met deze klimaatwet gaan we de kosten van de energietransitie eerlijk verdelen, leiden we door het goede voorbeeld te geven en maken we onze klimaatdoelstellingen bindend. Voor mij is het heel belangrijk dat de grootste vervuilers de grootste bijdrage leveren, want de kosten van de energietransitie mogen we niet afschuiven op onze mensen. Dit is tot de dag van vandaag nog steeds het geval.

Energieproducenten die verantwoordelijk zijn voor meer dan 80 % van de broeikasgassen in Nederland betalen minder belasting op hun uitstoot dan gewone huishoudens. En uit een studie van de OESO blijkt dat we in Nederland gemiddeld 60 euro per ton CO₂ betalen en onze industrie maar 15 euro per ton, dat is vier keer minder. De kosten voor CO₂-uitstoot zijn gewoonweg niet eerlijk verdeeld. Dit kan en moet anders, en met deze klimaatwet zetten we de eerste stap.

Voorzitter, er is veel discussie over tussentijdse klimaatdoelen. Het gaat over 55, 60 of 65. Er lijkt een compromis voor 60 % in het Parlement. Ik ben daar ook niet helemaal tevreden over. Er is geen enkele reden om niet naar de wetenschap te luisteren. Maar ik ben positief. Met het investeringsprogramma van deze Commissie, met de Europese Green Deal van onze Frans Timmermans, en met de innovatiekracht van het bedrijfsleven ben ik ervan overtuigd dat een hoger doel haalbaar is en dat we met het opzetten van onder andere een waterstofeconomie en een circulaire economie ingehaald gaan worden door de praktijk.

Laten we vandaag voor de klimaatwet stemmen. Laten we een duidelijk signaal geven aan onze jeugd, onze mensen en ons bedrijfsleven.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! Vi har ingen tid att förlora. EU behöver en klimatlag som gör våra ambitiösa klimatmål rättsligt bindande i dag, helst i går. Liberalerna vill se en utsläppsminskning på 65 procent till 2030. Men vi vill också fokusera på hur vi når dit; klimatmål betyder ingenting utan ekonomiskt effektiva hållbara lösningar.

Därför säger vi ja till en gemensam koldioxidskatt, ja till att skrota subventioner till fossila bränslen, ja till att satsa stort på forskning och ny teknik och vi säger ja till kärnkraft och koldioxidlagring som en del av lösningen. USA har vänt Parisavtalet ryggen. EU gör nu precis tvärtom. EU tar på sig ledartröjan och växlar upp. Därför säger liberalerna ja till ett starkt EU och ja till en ambitiös europeisk klimatpolitik.

Roman Haider (ID). – Frau Präsidentin! Wenn es um die Forderungen nach immer strengeren Klimazielen geht, dann überbieten sich ja die EU-Institutionen, die politischen Gruppen und die NGO fast schon im Wochentakt. Nur an eine Gruppe wird dabei nicht gedacht – nämlich an die Bürger Europas. An jene Bürger, die auf dem Land und nicht in den großen Städten leben, und an jene Bürger, die ihr Auto brauchen, um zum Arbeitsplatz zu kommen.

In meinem Heimatland Österreich hat eine Studie errechnet, dass die Umsetzung Ihrer Ziele zu einer ganz realen Mehrbelastung von 1 541 Euro für jeden Bürger führt. Allein für die Mobilität, 1 541 Euro, allein um zum Arbeitsplatz zu kommen. Für EU-Bürokraten mit fürstlichen Gehältern ist das nicht viel Geld; für normale Bürger ist das sehr viel Geld, und das alles mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten.

Die Menschen stehen vor der Arbeitslosigkeit, wissen nicht, wie sie ihre Familien ernähren sollen, und die Rezepte der Europäischen Union sind Zerschlagung der Industrie, der Arbeitsplätze und Mehrbelastungen für die Bürger. Herr Timmermans, Sie führen die EU nicht an den Abgrund, Sie führen sie in den Abgrund.

Grace O'Sullivan (Verts/ALE). – Madam President, the Climate Law is the main reason why my somewhat reluctant move into politics was actually the right move. Our vote here this evening is a culmination of calls for action from citizens across the globe who recognise the emergency we are in.

We have to slash greenhouse gas emissions within a timeframe that gives us some hope of avoiding a total wipe-out of life on our planet. We must set a truly ambitious target that will create the change we need by 2030. The implementation of the Paris Agreement is essential to achieving the Sustainable Development Goals by 2030. No Paris, No SDGs.

We must have official, international, legally-binding commitments that see every single decision we make as individuals and as nations benchmarked against the goal of climate neutrality. Our survival depends upon this.

(Applause)

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Pani Przewodnicząca! Musimy mówić jak poważni politycy, a nie jak uczestnicy młodzieżowego strajku klimatycznego. Mówmy konkretnie o kosztach polityki klimatycznej i jej ofiarach. Powiem wam, jaka jest cena Zielonego Ładu z perspektywy ludzi – mieszkańców mojego regionu. Koszt stworzenia nowych miejsc pracy dla pracowników samej tylko Polskiej Grupy Górniczej to 200 miliardów złotych. A mowa tylko o jednej spółce, jednej z największych w Europie. 140 miliardów zabraknie do przeprowadzenia modernizacji Śląska. Tych środków nie dostaniemy z Brukseli.

Kilka państw zarabia na wymuszanych technologiach, a regiony takie jak Śląsk mają pogrążyć się w biedzie i kryzysie społecznym. Są państwa, których transformacja klimatyczna nic nie będzie kosztować, inne państwa poradzą sobie przy minimalnym wysiłku. Polska, której przemysł jest najbardziej uzależniony od węgla, będzie zdewastowana gospodarczo i społecznie, a Komisja Europejska i niektórzy europosłowie zamiast nas zrozumieć, straszą sankcjami i grożą obcięciem funduszy. To jest wasza sprawiedliwość!

Agnès Evren (PPE). – Madame la Présidente, cette loi climat permet de tirer deux leçons. La première, c'est la volonté politique d'agir pour que l'Union européenne devienne d'ici à 2050, le premier continent au monde à atteindre l'objectif d'une neutralité carbone. La deuxième, c'est que pour y parvenir, deux visions s'affrontent.

D'un côté, il y a ceux qui portent une vision ambitieuse mais réaliste, comme nous le faisons au PPE avec Peter Liese. L'étude d'impact que nous avons demandée a montré qu'un objectif d'au moins 55 % était la voie la plus réaliste et permettait d'apporter de la visibilité à nos entreprises et industries qui devront s'engager dans cette transition. Nous soutenons donc les 55 % évidemment.

D'un autre côté, il y a ceux qui sont dans l'affichage politique, c'est la position de mes collègues Renew, Socialistes, Verts ou d'extrême gauche, c'est celle d'une course à l'échalote qui consiste à demander 5 % de plus que son voisin de droite pour paraître le plus écolo, le plus ambitieux possible. La préservation de nos emplois, les mesures d'adaptation que devront prendre nos entreprises et nos industries, le risque de délocalisation et donc de fuite de carbone, tout cela passe après.

Mes chers collègues, vous l'aurez donc compris: entre ces deux visions, mon choix est clair. Je refuse d'être dans l'idéologie, dans l'affichage politique ou encore dans les incantations. La transition écologique nous engage tous, elle doit être crédible pour être réalisable, c'est la seule condition de sa réussite.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Kolleger! Kloden er overophedet. Europa har et medansvar for denne situation, og derfor skal vi også være med til at tage ansvar for at løse den. Vi bliver nødt til at handle nu, inden det er for sent. Det er også derfor, vi skal have en ambitiøs europæisk klimalov. Hvis ikke vi får det, så skubber vi regningen videre til fremtidens generationer, og det går simpelthen ikke. Derfor er jeg glad for at kunne være med til at stemme for Miljøudvalgets betænkning, for med den sætter vi netop et ambitiøst mål for reduktion i 2030. Og vi kræver et nyt delmål. Vi vil have et mål for 2040. Vi kræver, at både EU og medlemslandene tager ansvar og har bindende målsætninger.

Jeg tror, at denne klimalov og den måde, vi gør tingene på i Europa-Parlamentet, kan være med til at sikre, at vi både kan redde miljøet og sikre fremtidens generationer. Jeg synes, det er helt afgørende, at EU, som en af de rigeste regioner i verden, går foran og viser resten af verden, at vi skal håndtere denne klimakrise. Vi kan det. Hvis vi gør det, hvis vi får stemt denne betænkning igennem, så kan vi faktisk opnå, at vi ændrer kul- og stålunionen til at blive en klimaunion. Hvilken flot målsætning er det ikke for fremtidige generationer at kunne sige ja til. Så tak for det, og stem for Miljøudvalgets betænkning. Det er den, der er den mest ambitiøse.

Ulrike Müller (Renew). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident! In den letzten 30 Jahren haben wir unsere CO₂-Emissionen um etwas mehr als 20 % reduzieren können. Wollen wir bis 2050 klimaneutral werden, bedeutet das, dass wir in den nächsten 30 Jahren 80 % schaffen müssen. Das wird ein gewaltiger Kraftakt, der unsere Industrie vor riesige Herausforderungen stellt.

In den Branchen mit den größten Emissionen wird jetzt schon über Investitionen entschieden, die bis 2050 wirken. Planungssicherheit ist hier elementar. Daher begrüße ich die Verankerung des langfristigen Ziels – eines Pfades bis dorthin – sehr. Diesen Pfad müssen wir aber mit großer Umsicht planen. Für unsere innovationsstarken Unternehmen kann ein europäisches Schaufenster „klimafreundliche Innovationen“ eine große Chance sein. Wenn wir aber zu schnell und zu viel wollen, würden wir den Motor ab, der uns ans Ziel bringen muss.

Deshalb ein klares „Ja“ zu langfristigen Zielen. Der Zielpfad muss sich aber am Machbaren orientieren.

Gianantonio Da Re (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con la legge europea sul clima la Commissione impone agli Stati membri l'obiettivo dell'azzeramento delle emissioni dei gas a effetto serra entro il 2050. Tale vincolo prevede una sorveglianza serrata da parte della Commissione, un pretesto per un vero e proprio controllo sulle politiche nazionali.

Gli obiettivi da raggiungere sono chiari ma nulla viene detto sui costi sociali ed economici che ciò comporterà: pensiamo all'inevitabile perdita di competitività delle nostre imprese rispetto a paesi come Cina, India e Stati Uniti, che non condividono l'obiettivo climatico; le nostre industrie europee, soprattutto quelle siderurgiche, sono soggette a costi energetici improporzionabili rispetto ai concorrenti globali.

La transizione energetica richiede gradualità, condivisione e ingenti aiuti economici, che le nostre imprese in questo momento non hanno. La lotta al cambiamento climatico deve avvenire salvaguardando le nostre imprese e soprattutto ricordiamoci di salvarle dal fallimento.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Madam President, you can see the stripes representing global warming on my mask and I must say to you, please fight every crisis. Fight the corona crisis, but fight the climate crisis with as much enthusiasm. I will continue in German.

Frau Präsidentin! Ich will mich auf die Methanemissionen konzentrieren, weil die so oft übersehen werden. Auch die Kommission rechnet mit einem veralteten Wert für die Treibhausgasintensität von Methan. Auf einen 20-Jahres-Zeitraum gerechnet, ist es mehr als 80 Mal so wirksam wie CO₂. Deshalb brauchen wir schnelle und wirksame Maßnahmen zur Reduktion dieser Emissionen.

Wir warten auf die Methanstrategie der Kommission. Nach allem, was man erfährt, möchte die Kommission nur ein bisschen besser zählen als bisher, aber sie will die Emissionen nicht wirksam reduzieren. Das können wir uns in dieser Klimakrise nicht leisten. Im Energiesektor wäre es ganz einfach: Da brauchen wir Regulierung, undichte Pipelines stopfen, Ventile austauschen, Bohrlöcher verschließen, veraltetes Equipment tauschen.

Aber wir müssen auch an die Landwirtschaft gehen, und da zeigt sich ganz deutlich: Wir müssen da raus aus der Massentierhaltung, sonst kriegen wir die Methanemissionen nicht in den Griff.

Johan Van Overtveldt (ECR). – Voorzitter, collega's, commissaris, mijn delegatie steunt het doel van klimaatneutraliteit op EU-niveau tegen 2050. Europa kan een voortrekkersrol spelen inzake de duurzame transitie. Doelstellingen op korte en op lange termijn zijn nodig, niet in het minst om investeerders meer zekerheid te bieden.

Ambitie tonen is een goede zaak, maar ik maak me toch wel zorgen over het opbod dat duidelijk aan de gang is en waarbij maatschappelijke en economische gevolgen weleens uit het oog worden verloren, zoals bijvoorbeeld in verband met het optrekken van het uitstootverminderingpercentage. Bovendien verwacht dit Parlement dat elke lidstaat tegen 2050 klimaatneutraal zou zijn – of zou moeten zijn –, terwijl we nog geen impactbeoordeling op niveau van elke lidstaat hebben. Vlaanderen bijvoorbeeld – en ik wijs hiermee uiteraard op de grote diversiteit onder de lidstaten –, is een kleine en dichtbevolkte regio met uitgebreide energie-intensieve clusters waar letterlijk honderdduizenden jobs van afhangen.

Ik hoor collega's pleiten voor een energiesysteem dat gebaseerd is op hernieuwbare energie, maar zonder kernenergie is klimaatneutraliteit een illusie. Wij pleiten en zullen blijven pleiten voor een haalbaar en betaalbaar klimaatbeleid dat welvaart en concurrentiekracht ook mee centraal stelt.

Alexander Bernhuber (PPE). – Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Klimaschutz hat gerade für mich als junger Mensch eine große Priorität, und das EU-Klimagesetz ist ein wichtiger Schritt. Aber wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen, dann müssen wir über alle Kontinente hinweg denken und alle Kontinente auch mit in die Pflicht nehmen, denn hier ist es eine globale Verantwortung. Für mich ergibt es dann aber wenig Sinn, wenn wir hier auf der einen Seite Klimaschutz fordern, auf der anderen Seite aber Handelsabkommen wie Mercosur abschließen wollen. Wir schauen weg, wie tausende Hektar Regenwald abgebrannt werden und zig Schiffe mit Billigfleisch nach Europa kommen – das ist doch absurd.

Wir müssen endlich beginnen, Freihandel neu zu denken, wo Klimaschutz eine prägende Rolle spielt und keine Gefahr durch Billigimporte für Landwirte oder Unternehmer droht. Wir brauchen nicht stolz darauf zu sein, wenn wir uns in der EU ein grünes Mascherl umhängen, auf dem wir sagen, wir sind der klimafreundlichste Kontinent, aber jegliche Produktion in andere Kontinente verlegen, egal ob das Lebensmittel sind oder Stahl. Das ist weder glaubwürdig noch trägt es zum Klimaschutz bei.

Zum Klimagesetz möchte ich sagen, dass die darin festgelegten CO₂-Reduktionsziele realistisch sein müssen. Ein fiktives Zahlenpoker, wie wir es hier in diesem Haus betreiben, ist weder einzuhalten noch bringt dies der Wirtschaft oder dem Bürger etwas. Besser, wir setzen uns hier realistische, praxistaugliche Ziele, die wir erreichen und übertreffen können, als zu hoch gesteckte Ziele, an denen wir scheitern.

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'Unione Europea in più circostanze ha preso impegni chiari e per il contrasto al cambiamento climatico e oggi abbiamo la prima legge al mondo sul clima, che mette nero su bianco questi impegni, in particolare la traiettoria che dobbiamo intraprendere nei prossimi anni per raggiungere l'obiettivo della neutralità climatica nel 2050.

Si tratta di un percorso obbligato, che deve necessariamente partire da una revisione più ambiziosa dei *target* di riduzione delle emissioni di CO₂ nel 2030. Ecco perché noi chiediamo una riduzione di almeno il 65 %.

Stiamo affrontando un'emergenza sanitaria e non possiamo permetterci di trovarci, prima di quanto già oggi la scienza ci dice, in una vera e propria emergenza climatica dagli effetti altrettanto devastanti. Muoverci subito, con determinazione e ambizione, è l'unico modo per riuscire a garantire una crescita sostenibile per le future generazioni.

Del resto, questo è il momento giusto per agire: la crisi senza precedenti causata dal coronavirus ha accelerato quella che già era avvertita come la necessità di rivedere radicalmente il nostro modello di sviluppo. Oggi abbiamo sul tavolo il più grande pacchetto di aiuti economici della storia dell'Unione europea e dobbiamo utilizzare queste risorse in maniera intelligente e lungimirante, per avviare un nuovo paradigma economico, sociale e ambientale.

Ecco perché abbiamo bisogno di una legislazione chiara, come la legge sul clima che approviamo oggi, con tempi e obiettivi precisi, che dica qual è la direzione di marcia che l'Europa intende intraprendere e sulla quale non intende tornare indietro. Sottolineo, non intende tornare indietro!

Barry Andrews (Renew). – Madam President, I'm very happy to support the EU Climate Law today. I'm delighted that the European Union is providing global leadership in achieving the targets of the Paris Agreement and providing legal certainty. Despite the difficulties this might cause in my country, in Ireland, I will be supporting the 60% target for emissions reductions. I do so for a number of reasons, but one I wish to call out. By 2050, the global population will have reached 9 billion; that's up from 7 billion today. And those 2 billion new citizens will not live in the EU or in developed countries; they will live in developing countries. They will live in parts of developing countries that are vulnerable to environmental shocks: on hillsides, in river deltas. So, what we need to do is to acknowledge that these new citizens will live with the greatest vulnerabilities associated with climate change, having contributed the least, and that is the essence of climate justice based on human rights. So, in this Parliament, in 2020, we have an opportunity to do something that we don't always do, which is to set aside all electoral considerations and do the right thing, and make a down payment for those coming generations against whose credit today's emissions are being paid.

Jordan Bardella (ID). – Madame la Présidente, si l'ambition d'une neutralité carbone en 2050 sur le territoire européen est un objectif louable, l'Union européenne se heurte une fois de plus au mur de ses contradictions.

Comment prôner en même temps le durcissement des taxes carbone en Europe d'un côté et de l'autre, le grand déménagement du monde par la multiplication des accords de libre-échange. Ce n'est pas aux contribuables de payer pour compenser un tant soit peu les effets délétères de votre politique économique. C'est cette politique elle-même, qu'il faut changer par la réappropriation du local, du circuit court et du patriotisme économique.

Au profit d'autres énergies renouvelables plus coûteuses et moins efficaces, vous souhaitez réduire de manière idéologique, la part du nucléaire dans le mix énergétique: c'est une erreur politique et écologique. Le nucléaire est l'énergie la moins chère, la plus décarbonée dont nous disposons aujourd'hui, indispensable au développement massif des filières hydrogènes, promues à juste titre par l'Union européenne.

Je vous appelle à ne pas culpabiliser les peuples, nous sommes les meilleurs élèves au monde, les plus propres et les plus respectueux de l'environnement. La transition écologique ne doit être ni punitive, ni sacrificielle, elle doit au contraire être un moyen d'offrir de nouveaux débouchés à notre industrie et d'améliorer, avec raison, la qualité de vie des Européens en les réenracinant dans leur environnement.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Durch die COVID-19-Krise erlebt unsere Gesellschaft eine gemeinschaftliche dramatische Krisenerfahrung. Das gibt uns einen Vorgeschmack darauf, was hier noch auf uns zukommt. Die Klimakrise werden wir nicht lösen durch Impfungen, durch Masken oder durch Medikamente. Die einzige Möglichkeit, die Klimakrise aufzuhalten, ist es, massiv CO₂ einzusparen.

Ich appelliere hier an die Abgeordneten im Haus: Unterstützen Sie eine ambitionierte Klimapolitik! Es geht hier um die Ziele, die wir uns setzen. Mit den Maßnahmen müssen wir dann ohnehin noch folgen. Unterstützen Sie unseren Antrag auf 65 % Einsparungen oder zumindest den Kompromiss auf 60 %, dem wir möglicherweise zustimmen könnten! Für die nächsten Generationen, für unsere Natur, die hart unter Druck ist – bereits durch die Erwärmungen –, aber auch für unsere Wirtschaft.

Bereits heute beklagen wir jährlich einen Schaden von 14 Milliarden Euro durch den Klimawandel. Bei + 2 Grad kommen wir eher Richtung geschätzte 120 Milliarden Euro.

Ich appelliere auch an die Industrie, die für weniger als 50 % Einsparungen hier im Haus lobbyiert. Bitte nehmen Sie Vernunft an! Das ist kurzfristig. Wenn Sie langfristig wirtschaftliche Aktivitäten aufrecht halten wollen, müssen wir dem Klimawandel effektiv begegnen.

Jessica Polfjärd (PPE). – Fru talman! Det behöver inte vara så att vi reducerar klimatdebatter, eller klimatarbetet, till klimatpopulism eller pessimism. Vi kan rösta för en ambitionshöjning som levererar både sänkta utsläpp och ökad ekonomisk tillväxt. Men då krävs det att det skapas rätt förutsättningar för företag att ställa om, satsningar på ny teknik och på innovation, samt att vi också säkerställer tillgången på ren energi.

Orealistiska mål kommer aldrig att minska utsläppen. Tvärtom riskerar det att urholka tilltron till de mål som vi gemensamt sätter upp och klimatarbetet i stort. Vi riskerar också att driva företag och jobb ut från Europa, och vi måste kunna klara omställningen med bibehållen konkurrenskraft. För att klara det här behöver alla, både länder och människor, känna delaktighet och dela förståelsen för omställningen. Bara då kan Europa ställa om och inte stänga ner.

Javi López (S&D). – Señora presidenta, hoy lo que hacemos es pasar de objetivos retóricos a verdaderos compromisos legales y vinculantes en materia climática. Eso es lo que significa la Ley del Clima.

Además, en este caso, el Parlamento lo hace demandando que tengamos una reducción de las emisiones de gases de efecto invernadero de un 60 % para el año 2030, con el horizonte puesto en la neutralidad climática para el año 2050. Esta Ley es la piedra angular del Pacto Verde Europeo, probablemente el proyecto más relevante para Europa en la próxima década, en la que luego habrá regulaciones y una enorme transformación de nuestras fuentes de energía, de nuestra industria, de nuestro transporte y movilidad y de nuestra vivienda. Una transformación que también tiene que ser justa y social.

Pero hoy también lanzamos un mensaje al mundo: que queremos, como europeos, el liderazgo en lo que será la carrera en el viaje a la Luna del siglo XXI. Esta vez no vamos a viajar a ningún planeta, vamos a tener que salvar nuestro planeta. China ha anunciado la voluntad de tener neutralidad climática en el año 2060, esperamos que los Estados Unidos vuelvan a esta carrera después de noviembre. No estamos solos. Y después toda la humanidad, porque es la humanidad lo que está en juego y hoy damos un paso en esa defensa.

Ondřej Knotek (Renew). – Madam President, we definitely need a climate law, but it must bring all EU regions together. The current proposal is unfortunately dividing the EU again into east and west. One of the key issues is the energy transition. Member States with industrial regions can reach ambitious climate goals but not only through switching to renewables. Besides renewables, here will also play low carbon technologies, like nuclear, and transition technologies, like fossil gas projects.

Therefore, I strongly encourage in the upcoming climate law negotiations, and within the negotiations on the various sustainability tools and state aid, to build the conditions for all technologies to reduce emissions. Such technological openness will be one of the key success factors in the climate transition and will maintain public support in the most challenged regions.

Franc Bogovič (PPE). – Gospa predsednica! V zadnjih desetletjih se je zgodila eksponentna rast prebivalstva, posledično poraba energije, hrane, surovin. Zato imamo danes težave z okoljem, kajti izpusti presejajo sposobnosti našega kontinenta.

Evropa je že desetletja vodilna država na poti v smeri ozelenitve našega kontinenta in zato je tudi podnebna zakonodaja del te poti, na kateri upam, da nam bo sledilo čim več držav, ostalih zunaj Evropske unije, tistih, ki proizvedejo 90 % toplogrednih plinov.

Mi lahko sprejemamo zelo ambiciozno zakonodajo. Danes Komisija predlaga dvig iz 40 na 55 % zmanjšanja izpustov, v Parlamentu imamo predloge 60, 65, 70. Vendar, dragi kolegi, okolja ne bomo rešili s sprejetjem zahtevne in ambiciozne zakonodaje, ampak v gospodarstvu, med prebivalstvom, v realnem svetu, med kmeti.

Zato moramo tu sprejeti odločitve, ki bodo omogočile razvoj novih tehnologij, ki bodo zmanjšale izpuste toplogrednih plinov. Preprečiti moramo zmanjšanje in izgubo delovnih mest, ki bi bile posledica prehitrih potez. Preprečiti moramo energetske revščine tistih ljudi, ki imajo najnižje prihodke.

Prehod mora biti pravičen za vse države. In v prihodnosti bodo potrebne hrabre odločitve, tudi takrat, ko bomo umeščali v prostor, ne vem, vetrne elektrarne ali pa se odločali tudi o jedrski elektrarni.

In tisti, ki so danes najbolj ambiciozni, upam, da bodo takšne sklepe, ki bodo zahtevali hrabre odločitve, podprli tudi v realnem življenju.

Sándor Rónai (S&D). – Elnök Úr! Nem nézhetjük tétlenül, ahogy a szemünk láttára megy tönkre a környezetünk. Minden egyes eltékozolt nappal csak közelebb kerülünk a klímakatasztrófához. Éppen ezért nem engedhetünk azokból a célokból, amelyekben hiszünk, és amelyekkel kézzelfogható eredményeket érhetünk el a következő években, évtizedekben. De mi kell ahhoz, hogy 2030-ra vagy 2050-re valódi változásokat tapasztaljunk? Például ragaszkodnunk kell ahhoz, hogy tíz év múlva már 65 százalékkal kevesebb üvegházhatású gáz jusson a levegőbe.

Nem hagyhatjuk azt sem, hogy kormányok, köztük a magyar kormány, csak 2030 után kezdjen el valódi zöld politikával foglalkozni. Erre már nincs idő. Ha ezt hagyjuk, akkor nem fogjuk elérni 2050-re a teljes klímasemlegességet. Én viszont húsz év múlva is bele szeretnék tudni nézni az emberek szemébe, és büszkén azt mondani, hogy nem csak próbálkoztunk, hanem valódi eredményeket is elértünk a klímaváltozás ellen. Ahogy mondtam már sokszor, nincs másik bolygónk, ezért bátornak és zöldnek kell lenni. Csináljunk egy bátor és zöld klímátörvényt!

Valter Flego (Renew). – Poštovana predsjedavajuća, naš planet nije dobro. On je bolestan. Mladi, a i svi odgovorni ljudi su u strahu, svjesni da je budućnost neizvjesna. Zato trebamo položiti ovaj popravni ispit. Trebamo ga odraditi kako treba, jer danas stvaramo klimatski neutralnu Europu, predvodnicu jednog zdravijeg, boljeg svijeta, ali na tom putu nemojmo zalutati i spetljati se u zareze, u postotke i statistike. Neka nam čovjek bude u središtu, jer pred nama je puno promjena i ponašanja, u investicijama, ali i u troškovima. I zato, koliko god to koštalo proračun Europske unije i država članica, treba to platiti jer alternative nemamo. I borba protiv klimatskih promjena treba i mora ići ruku pod ruku s proračunom. Iz tog razloga prečesto slušamo kako je svaka kriza prilika za novi početak. Pokažimo to sada djelima i glasajmo za ovaj Zakon o klimi.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, αντιπρόεδρε Timmermans, σήμερα κάνουμε όλοι μαζί ένα ιστορικό βήμα που στηρίζεται σε ισχυρά επιστημονικά δεδομένα και οδηγεί την ανθρωπότητα στην αποκατάσταση της ισορροπίας του πλανήτη, ενώ ταυτόχρονα επανασχεδιάζει την οικονομία μας και αλλάζει τις συνήθειες όλων μας. Οι πολίτες στην Καρδίτσα, τη Φθιώτιδα, τη Μακεδονία, την Κρήτη, γνωρίζουν καλύτερα από τον καθένα πόσο μεγάλη είναι η ανάγκη για την αντιμετώπιση της κλιματικής αλλαγής, την ενίσχυση της βιώσιμης ανάπτυξης, τα βιώσιμα τρόφιμα, τις βιώσιμες μεταφορές, την αλλαγή στα κτίρια, τις νέες πρωτοποριακές θεραπείες στα φάρμακα. Είναι, ταυτόχρονα, η στιγμή το βήμα αυτό να γίνει με ρεαλισμό, ώστε ο στόχος για το 2030 να βασίζεται σε επικαιροποιημένη μελέτη επιπτώσεων και να λαμβάνει υπόψη τις επιπτώσεις από την πανδημία και τον κορονοϊό.

Οποιοσδήποτε υψηλός στόχος κινδυνεύει να υπονομεύσει την αξιοπιστία μας και ταυτόχρονα να δημιουργήσει προσδοκίες στους πολίτες, τις οποίες δεν μπορούμε να εκπληρώσουμε. Το βήμα αυτό πρέπει να περιλαμβάνει πράσινες ψηφιακές και ανθεκτικές επενδύσεις και δουλειές για να αντιμετωπιστεί η ύφεση. Οι πολίτες στη Δυτική Μακεδονία και τη Μεγαλόπολη, κύριε Επίτροπε, έχουν στραμμένο το βλέμμα εδώ, στην Ευρωπαϊκή Ένωση, και περιμένουν από εμάς να τους καθοδηγήσουμε και να χρηματοδοτήσουμε τα έργα, ώστε κανένας να μη μείνει πίσω. Το βήμα αυτό πρέπει να εφαρμοστεί άμεσα από όλα τα κράτη μέλη με ισχυρή επιτήρηση. Είναι χρέος μας σήμερα να δώσουμε στους Ευρωπαίους πολίτες και την παγκόσμια κοινότητα ένα σύγχρονο, ρεαλιστικό, αναπτυξιακό νομοθετικό πλαίσιο για το κλίμα.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Myślę, że prawie wszyscy na tej sali jesteśmy zgodni co do tego, że chcemy zapewnić sobie oraz naszym dzieciom i wnukom świeże powietrze, czystą wodę i bezpieczne środowisko naturalne. W ogóle jak słucham tej naszej dzisiejszej dyskusji, to odnoszę wrażenie, że wszyscy po trochu mamy trochę racji. Bez wątplenia potrzebujemy ambitnych celów w zakresie polityki klimatycznej i sporego wysiłku wszystkich Europejczyków, aby je osiągnąć.

Pamiętajmy jednak, że ambitny nie oznacza brawurowy ani nierozsądny. W drodze do osiągnięcia tych celów nie możemy pozbawić miejsc pracy setek tysięcy Europejczyków. Nie możemy też przerzucać kosztów tej transformacji na zwykłych obywateli, którzy będą musieli je pokryć, chociażby w postaci wyższych rachunków za prąd. Tak, stawiamy sobie poprzeczkę wysoko, ale dajmy jednocześnie też europejskim firmom i obywatelom narzędzia i środki, by tę poprzeczkę przeskoczyć. Transformacja musi być przeprowadzona rozważnie.

Pernille Weiss (PPE). – Fru formand! Alle drømmer vi vel om en enklere verden, et nemmere liv og en garanti for, at alt ender godt. Sådan er vi mennesker. Men sådan er verden bare ikke indrettet, og især ikke klimaets udfordringer. Derfor er det altså vores fornemmeste opgave som politikere at have mod til at sætte både kurs og tempo, så vi når det endelige mål i 2050, uden at sende arbejdspladser og CO₂ ud af EU og gøre hverdagen dyrere, end almindelige mennesker har råd til at betale.

EU's klimalov er altså mere end et enkelt tal, som har fyldt alt for meget i debatten, nemlig reduktionsmålet for 2030. Om det skal være 55, 60 eller 65 er jo i grunden ligegyldigt, hvis ikke værktøjerne og især opbakningen er til stede ude i virkeligheden, og ikke kun på de sociale medier. Derfor er jeg ærlig talt flov over, at vi ikke har fokuseret mere på værktøjerne, eksempelvis forslaget om branchespecifikke og grænseoverskridende strategiske klimapartnerskaber for virksomheder og forskere, som her kan finde rollemodeller og sparing for at få de nyeste teknologier til at blomstre mere og hurtigere. Jeg håber, kære kolleger, at uanset hvilket 2030-mål, I stemmer for i aften, så stemmer I for disse strategiske grønne partnerskaber.

Frans Timmermans, Executive Vice-President of the Commission. – Madam President, I see that many people who've made comments have left, but still, I'll try and answer more in general to some of the comments that were made.

First of all, to those people mostly sitting here, who are always referring to the citizens to not be ambitious. Well, if there's one thing that's consistent over the last year – even in the middle of the pandemic – a large majority of our citizens want us to act to face the climate crisis. It is the citizens who are asking this of us: even in the middle of the pandemic, when they're very much worried about their health, when they are very much worried about their jobs, they still see the climate crisis as something they want us to act upon.

Secondly, in the same context, don't come at me with 'sovereignty – we need to do it at the national level'. Our citizens understand this is a problem we can only tackle on a global level, and that Europe needs to take the leadership as Europe. Individual Member States can no longer do that.

Another remark in reaction to some of the criticisms: the costs. It's expensive. Well, let me be very clear. If you look at our impact assessment, and to put it in layman's terms: this is going to be *bloody* hard to do! It is hard to do, and we will ask sacrifice of everyone – industry, our citizens, the transport system, etc. It's a tough job, but it can be done, and the sooner we start, the lower the cost. The sooner we start, the earlier the benefits. That's why we had our target of -55% for 2030. So we shouldn't hide the fact that this is going to be, as I said, bloody difficult to do – but just imagine for one second the cost of non-action. How are you going to go to a small town, such as Limone Piemonte, where they've just suffered the most horrible weather conditions and people have died and the village is a shambles, and tell them: no, it's too costly, we won't do this. What's the cost of that? What's the cost of another monthly *gota fria* in Valencia if we don't do something about that? What's the cost if people are saying: here, we should keep all these coal mines open, but there's no market for the coal – what's the cost of keeping people in jobs that have no future? The cost is huge. We need to help people find new jobs, retrain them – but show solidarity. That's why Just Transition is essential. Without Just Transition there will just be no transition and we will never get to our -55% goal.

Now of course, on the other side of the Chamber, you want a higher target. I maintain that -55 is difficult but feasible. I also maintain it is in line with our international obligations. I say this with force, because I do not like the argument that we should be doing more because other industrialised nations are doing less. We should be leading but also taking others along the way. I am quite sure that Xi Jinping saying that China will be carbon-neutral by 2060 is a consequence of what we're doing, and we need to convince others. The fact that South Africa has now said: 'we want to be climate-neutral by 2050' – that's huge for a country like South Africa. Let's use that and create more international cooperation, and then -55, I think, is very important.

A final point on using carbon sink. Look at the state of our forests. Look at what's happening with biodiversity in Europe. If we continue like this, there will be no pollinators anymore. How are you going to explain that to the farmers when they say: 'let's keep the present agricultural policy'? There will be no agriculture if there are no pollinators. There will be no agriculture if there's no water for the land. There will be no agriculture if a storm sweeps away the topsoil every time. And we need to look after our forests. Carbon sink is diminishing in Europe. We need to increase it. We need to look after the situation of our grasslands, our peatlands, our forests, and in that context, I believe it is wise to include carbon sink in our targets and to make sure we increase the health of our natural environment.

Jytte Guteland, *rapporteur*. – Madam President, I would like to thank Executive Vice-President Timmermans for introducing this new chapter for the EU to become climate neutral. It is indeed a big change, it's a historic moment and it is a new chapter that we are going to write together in the upcoming decades.

I would like to paint a picture, inspired by a young climate activist who doesn't need to be presented. I would like to paint a picture of a house that's on fire. This planet is on fire and the young people, the young movement, noticed it and heard the alarm faster than many others. The scientists saw that the installation and the heating system is not functioning anymore. The conservatives say: 'oh, but please keep it as it is because it was my daddy who actually installed it'. But that's not a serious way to act when we have a problem with a system that is actually catching fire and already needs to have water put on it to make sure that we don't have the catastrophe in some of the rooms that we already actually have.

In the debate today we got many important messages from the Members. I would say that we have a big majority who see the necessity of doing more and who see that it's not a sustainable way to keep giving subsidies to a system that is old. Therefore, we need to get rid of those fossil fuel subsidies by 2025 at the latest.

Many also pointed out the necessity of doing it together. Yes, we need to do it together. It's not OK if some Member States are not there helping out. Then the reparation will take further time, and we don't have the time. Some others pointed out the importance of giving us more time. No, sorry, we don't have that. A long reparation will actually endanger us more – all of us, all on this planet.

Last but not least, it has been a privilege to work in this House together with the shadows. I would also, Commissioner, like to mention a shadow who is now going to be your colleague in the Commission, Ms McGuinness. I would like to say that she did a tremendously good job and that she will be a good colleague of yours, so I also mention that.

(Applause)

President. – The debate is closed.

The vote on the amendments will take place shortly and the final vote in the afternoon of Wednesday, 7 October 2020.

Written statements (Rule 171)

Magdalena Adamowicz (PPE), *na piśmie*. – Europejskie prawo o klimacie to akt prawny, który wyznacza drogę dochodzenia Unii Europejskiej do pełnej neutralności klimatycznej najpóźniej w 2050 roku. To nie jest łatwy proces. Wielu obawia się o konkurencyjność naszych przedsiębiorstw, utrzymanie miejsc pracy, a także możliwy wzrost cen produktów i usług. Dla Polski to szczególnie duże wyzwanie ze względu na bardzo wysoki udział węgla w produkcji energii elektrycznej i ciepła. Radykalne ograniczenie emisji gazów cieplarnianych jest jednak absolutnie konieczne, aby powstrzymać katastrofę klimatyczną. To nie jest już pytanie o to, czy, ale kiedy i jak osiągnąć ten cel.

Nie ulega żadnej wątpliwości, iż walkę o klimat musimy dzisiaj toczyć na wielu frontach, a neutralności klimatycznej nie osiągniemy jedynie dzięki Europejskiemu prawu o klimacie. Już teraz Komisja Europejska zapowiedziała m.in. rewizję i rozszerzenie unijnego systemu handlu uprawnieniami do emisji gazów cieplarnianych, zaostrzenie norm emisji dwutlenku węgla dla pojazdów drogowych, dalsze wsparcie dla rozwoju elektromobilności, usprawnienie polityki w zakresie efektywności energetycznej i energii odnawialnej. Te działania są konieczne, aby doprowadzić do dekarbonizacji europejskiej gospodarki. Równie ważne jest jednak odpowiednie finansowe wsparcie – choćby w ramach unijnej polityki spójności i Funduszu Sprawiedliwej Transformacji. Tylko wówczas uda się pogodzić ochronę klimatu z wyzwaniami społeczno-gospodarczymi, przed którymi dzisiaj stoimy.

Andrus Ansip (Renew), *kirjalikult.* – Meie huvides on tagada energiasõltumatus Euroopa Liidus. Me ei tohiks sõltuda fossiilkütuste sisseveost või fossiilkütuste põletamisel toodetud energia sisseveost kolmandatest riikidest. Mida vähem me põletame fossiilkütuseid Euroopas, seda tervemad on meie inimesed ja seda pikem on meie eluiga. Kliimaeesmärkide saavutamine on Euroopale oluline ka julgeoleku aspektist. Rohelisem Euroopa sõltub oma energiapoliitikas vähem kolmandatest riikidest. Energiaküsimused on tihedalt seotud meie suveräänsusega.

Marc Botenga (GUE/NGL), *schriftelijk.* – De wetenschappelijke consensus is duidelijk: we moeten tegen 2030 naar een emissiereductie van 65 %. En toch kwam de Commissie met een veel minder ambitieuze doelstelling. Gelukkig doet het Europees Parlement beter, maar ook hier is er geen meerderheid voor een klimaatwet die gewoon de wetenschappelijke consensus zou weerspiegelen. Dat is toch vreemd? Hoe kan dat? Het moet haast wel te maken hebben met economische belangen.

De reden waarom extreemrechts alles op alles zet om ambitieuze klimaatdoelstellingen te vermijden, kennen we. Zij willen de grote aandeelhouders van petroleummultinationals beschermen. Daarom spugen ze graag op de jongeren die op straat komen voor een leefbare planeet. Maar ook de traditionele partijen treuzelen, aarzelen, terwijl er net géén tijd is. Waarom toch? Omdat ze beseffen dat echt ambitieuze doelstellingen ook zouden betekenen dat we aan grote multinationals bijdragen gaan vragen, en niet weer vooral de gewone werknemer doen betalen met allerlei ecotaksen? Dat we dan moeten breken met de marktlogica en het energiebeleid weer in openbare handen nemen, in plaats van het te laten aan de Engies, Electrabels of Shells van deze wereld? Dat we dan een heel ander productiemodel nodig hebben, want dat het kapitalisme geen toekomst biedt voor onze planeet?

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Schimbările climatice afectează omenirea, iar fenomenele meteorologice extreme, devin din ce în ce mai frecvente. Pactul verde european reafirmă ambiția instituțiilor europene de a face din Europa primul continent neutru din punct de vedere climatic până în 2050. Agricultură depinde în mare măsură de condițiile meteorologice, fiind unul dintre cele mai vulnerabile sectoare.

România, al doilea exportator de grâu din UE, a fost afectată de cea mai gravă secetă din ultimii 100 de ani, cu efect direct asupra economiei europene, ceea ce denotă importanța respectării măsurilor climatice la nivel european, cât și respectarea celor de la nivel global. Parlamentul European a votat reducerea emisiilor de gaze cu efect de seră cu 60 % până în 2030, reprezentând un efort financiar suplimentar, extrem de dificil de atins de către statele membre.

În mod sigur cu toții ne dorim un continent neutru din punct de vedere climatic, dar fără a provoca o creștere semnificativă a șomajului la nivelul Uniunii Europene. Obiectivele climatice nu trebuie să pună în pericol milioanele de locuri de muncă, fără certitudinea că lucrătorii din industriile afectate direct vor avea un viitor pe piața muncii europene. Europa trebuie să ia măsuri rapide și ferme pentru protejarea locurilor de muncă.

Tanja Fajon (S&D), *pisno.* – Danes je pred nami izjemno pomembna naloga. EU se bo namreč z zakonodajo obvezala izpolniti ogljično nevtralnost do leta 2050 ter določila srednjeročni cilj zmanjšanja emisij do leta 2030.

Glasovanje in nato uveljavitev evropskega podnebnege zakona je zgodovinsko in prelomno dejanje. Pri doseganju obeh ciljev sta zelo pomembni solidarnost in pravičnost. Izhodišča za doseganje podnebne nevtralnosti se med članicami namreč razlikujejo, zato bodo imele države na voljo podporne mehanizme in financiranja, kot je denimo Sklad za pravičen prehod.

Iz tega sklada lahko črpa tudi Slovenija, zato pozivam vlado, da postavi bolj ambiciozne cilje. Slovenija se je namreč zavezala, da do leta 2030 zmanjša izpuste CO₂ za 30 % in to ni dovolj. Pomembno je, da pri prehajanju v ogljično nevtralnost ne zaostajamo. Na socialno pravičen način moramo obdavčiti emisije CO₂, tako da bodo za škodo, povzročeno okolju in ljudem, dejansko plačali onesnaževalci, brez izjem tudi za veliko industrijo in korporacije.

Čeprav pozdravljam višji predlog Komisije po 55-odstotnem zmanjšanju emisij, Socialisti in demokrati v EP zagovarjamo še ambicioznejše 60-odstotno zmanjšanje. Časa ne moremo zavrtneti nazaj, zato moramo sprejemati drznejše ukrepe in v celoti izpolniti zaveze iz Pariškega sporazuma ter cilje trajnostnega razvoja. Planeta B namreč ni!

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A klímahelyzet súlyossága vitán felül áll. Ezért a figyelemfelhívás, vagy ha úgy tetszik egy újabb adminisztratív lépés megvitatása ma már kevés. Cselekednünk kell, mégpedig felelősen. A koronavírus-járvány közepette az Európai Parlamentnek a javasolt célkitűzések gazdaságra, kkv-kra és munkahelyekre gyakorolt hatásaira és nem különféle rendeletekkel kapcsolatos elvont vitákra kellene összpontosítania. Ennek ellenére a klímavédelmi célok megvalósulására van még remény. Ehhez három feltételnek kell teljesülnie.

Az első az Európai Tanács júliusi többéves pénzügyi keretről és a „Következő Generáció EU” helyreállítási alapról szóló megállapodásának életbe léptetése. Elfogadhatatlan, hogy a Parlament kicsinyes politikai játszmát folytatva, késlelteti a klímavédelemhez elengedhetetlen programok és pénzügyi eszközök elindítását. A második kritérium a tagállami sajátosságok figyelembe vétele. Aggályos, hogy az Európai Bizottság és a Parlament tagállami szintű hatástanulmányok hiányában szeretné elfogadtatni a klímarendeletet. A tagállamok eltérő helyzetből kezdik meg klímavédelmi erőfeszítéseiket, ennek tiszteletben tartása kulcsfontosságú. Végül, igazságos és méltányos klímavédelemre van szükség.

Olyan intézkedésekre, amelyek nem vezetnek a fogyasztói árak ugrásszerű növekedéséhez, és nem veszélyeztetik a tagállamok ellátásbiztonságát. Semmilyen klímaszabályozás nem járhat a rezsiköltségek emelkedésével. Ennek kapcsán érdemes számba vennünk a tagállami jó gyakorlatokat is. Egy ilyen jó példa Magyarország, mely az utóbbi évtizedben folyamatosan egyidejűleg csökkentette az üvegházhatású gázok kibocsátását és a lakossági energiaárakat is.

Krzysztof Jurgiel (ECR), *na piśmie*. – Europejskie prawo o klimacie jest jednym ze sztanदारowych elementów Europejskiego Zielonego Ładu i jako takie powinno charakteryzować się jak najwyższym standardem ustawodawczym. Mam pewne zastrzeżenia co do sprawozdania komisji ENVI. Po pierwsze, ocena skutków tego wniosku nie jest wystarczająca – powinna się ona odnosić zarówno do UE jako całości, jak i do państw członkowskich, i zawierać konkretne dane na temat wpływu podwyższonego celu na poszczególne sektory. Po drugie, wyznaczenie trajektorii przez jedną tylko instytucję, czyli Komisję Europejską, bez szerszych konsultacji z zainteresowanymi stronami i rządami państw członkowskich, budzi poważne wątpliwości. Po trzecie, jako poseł należący do komisji AGRI w Parlamencie Europejskim, nie popieram wprowadzania do prawa klimatycznego budżetu cieplarnianego, który obciąży wszystkie sektory, w tym sektor rolny.

Rolnicy zostaną obarczeni nie tylko nowymi wymogami ekologicznymi zawartymi w strategii „Od pola do stołu” i w strategii na rzecz bioróżnorodności, ale i wymogami związanymi z emisją gazów cieplarnianych. Nie możemy zapominać, że rolnictwo jest wprawdzie emitentem dwutlenku węgla, ale i jego istotnym pochłaniaczem. Tę rolę należy na każdym kroku podkreślać, jeśli nie chcemy, by nadmierne wymogi zmusiły rolników do zaprzestania produkcji. Z wyżej wymienionych powodów głosowałem przeciwko sprawozdaniu w sprawie Europejskiego prawa o klimacie.

Eva Maydell (PPE), *in writing*. – The climate law is the landmark legislation of the current mandate of the EU institutions. Not only because it will stimulate record-high government spending aiming to reach net-zero emissions by 2050, but also our ambition will determine the economic and social landscape in Europe in the coming decades.

If we are wise and smart, we could make Europe a better place for our children and grandchildren. We should be aware of not ruining this chance by disengaging whole regions and Member States. I cannot support a text calling for the binding objective of climate neutrality on Member State level. Our countries differ widely in terms of the starting points. There are also path-dependent factors formed over decades and centuries such as industrial base and capacities, as well as factors completely irrelevant to the political government such as geographic situation and natural resources.

Furthermore, we should not undermine the weight of our institution if we set prescriptive targets without having scientific proof for their adequacy. The stakes are too high – the future of our economies, of our European way of life. The profound implications that the climate law will have means that it requires rigorous impact assessment at all levels.

Dan-Ștefan Motreanu (PPE), *în scris*. – Consider extrem de important să efectuăm tranziția către neutralitatea climatică, bazându-ne pe studiul amplu de impact efectuat de către Comisia Europeană în ultimele luni, într-un mod responsabil, progresiv și sigur, protejând și economia Uniunii Europene, generând locuri de muncă și nu distrugându-le, fără a impune taxe suplimentare cetățenilor.

România, țara pe care o reprezintă, susține propunerea Comisiei Europene de a crește obiectivul de reducere a emisiilor pentru anul 2030 de la 40 % la 55 %. Este o creștere ambițioasă, și mai aproape de realitatea economică a momentului, în contextul în care obiectivul de 55 % implică deja costuri de circa 350 de miliarde EUR pentru următorii 10 ani la nivelul UE.

Bineînțeles, cu toții ne dorim o Europă neutră din punct de vedere climatic cât mai curând, însă subliniez faptul că efortul economic pentru atingerea unui obiectiv de peste 55 % este extrem de îngrijorător chiar și pentru statele cele mai dezvoltate ale Uniunii, presupunând costuri noi, extraordinare, care încă nu sunt nici identificate, nici prevăzute.

În plus, ne aflăm în mijlocul unei pandemii care provoacă și va continua să provoace pierderi economice semnificative pe termen lung, iar la sfârșitul anului Marea Britanie, una dintre principalele forțe economice europene, va părăsi oficial Uniunea Europeană.

Rovana Plumb (S&D), in writing. – The European Parliament has, alongside several countries, local authorities and scientists, declared that our planet is facing a climate and environment emergency. To avoid accelerated and irreversible climate change and a massive decline in biodiversity, global greenhouse gas emissions need to be rapidly reduced. In response to this challenge, the European Commission has presented a Green Deal, aiming to make Europe the first climate neutral continent by 2050, achieving economic development with respect for the natural boundaries of the planet while ensuring a just transition with no person and no place left behind. The Climate Law represents a cornerstone of the Green Deal. We have the policies, we have the commitment, and we have the funds to support it. But fairness is key. Our ambition should help, not hurt, the most vulnerable in society. This transition will be just, or there will be no transition. We expect this fairness will drive to eradicate energy poverty, creating jobs and ensuring solidarity among all Member States. We have to act in time so we can still manage the transition. That is why it is so important that we start now, no time to waste.

Андрей Слабаков (ECR), в писмена форма. – Уважаеми колеги, събрали сме се тук днес, изглежда, в религиозно преклонение пред олтара на Зелената сделка. Е, аз отказвам да боготворя тази очевидно заблудена идея или неразумния начин, по който сте тръгнали да я реализирате. Заложници сме на една лява зелена политика, която не спира да иска и не се интересува от ефекта върху държавите и хората.

Първо, Съветът се съгласи на цел от 43% до 2030 година. Комисията реши да вдигне до 55%, а сега Парламентът ще гласува, сигурен съм, цел от 60%. За пореден път ви казвам, че с този климатичен закон вие поставяте природата пред хората. Не може да настоявате за незабавен зелен преход и за затваряне на цели индустрии, когато животът на десетки милиони европейци и на техните семейства зависи от тези сектори. Всеки път, когато си вдигате целите и се поздравявате колко сте прогресивни, обричате хора на безработица и глад. Гладни хора не произвеждат емисии на въглероден диоксид, сигурен съм. Междувременно вие същите гласувахте за „Мобилния пакет“, който разруши цял един сектор в Централна и Източна Европа и кара хиляди камиони да пътуват празни по пътищата. И те не произвеждат въглероден диоксид, сигурен съм. Срамота! Благодаря.

Susana Solís Pérez (Renew), por escrito. – Uno de los objetivos prioritarios de la UE es la lucha contra el cambio climático. Por ello, la Ley Europea del Clima tiene una importancia fundamental para nuestro futuro. Esta ley se configura como la piedra angular del Pacto Verde europeo y consagrará en la legislación europea el objetivo de alcanzar la neutralidad climática en la UE a más tardar en 2050.

Debemos apoyar esta propuesta histórica que convertirá a Europa en líder mundial y referente en alcanzar la neutralidad climática. Todo ello debe servir también para reforzar la competitividad de la industria europea y lograr una transición económica y digital.

Esta Ley debe proporcionar un marco que impulse nuevas oportunidades y sitúe a la UE en la vanguardia de la innovación y las tecnologías limpias. Para ello, necesitamos crear los incentivos económicos adecuados y promover la inversión en innovación.

Es nuestra obligación asegurar una transición justa con el apoyo adecuado para las regiones, sectores y ciudadanos que se vean más afectados.

Entre todos tenemos que conseguir que esta ley se haga realidad y convertirla en una historia de éxito europeo para nuestros ciudadanos.

Sylvia Spurek (Verts/ALE), *na piśmie*. – Ulewy, susze, tornada, ekstremalne upały, podnoszenie się poziomu mórz i oceanów, wymieranie gatunków, głód, przymusowe migracje, epidemie. To tylko niektóre ze skutków kryzysu klimatycznego. Dekady bezlitosnej eksploatacji zasobów planety doprowadziły nas na skraj przepaści. Wielu strat nie uda nam się już odwrócić, ale nadal możemy i jesteśmy zobowiązani podjąć kroki, które uchronią Ziemię i jej mieszkańców i mieszkanki przed katastrofą.

Zgodnie z opublikowanym w 2019 r. raportem UNEP osiągnięcie celu ograniczenia ocieplenia klimatu do 1,5°C, który został wskazany w porozumieniu paryskim jako pożądany stan, wymagać będzie od UE ograniczenia emisji do roku 2030 o co najmniej 65%. Opracowania naukowe jasno pokazują, że skutki podniesienia średniej temperatury choćby o 0,5°C więcej niż 1,5°C będą nieporównywalnie bardziej dotkliwe. W pierwszym przypadku szacuje się, że ok. 37% ludności narażone będzie na ekstremalnie wysokie temperatury raz na 5 lat, w drugim zaś mowa o 14%. Wzrost temperatury o 2°C oznacza też m.in. utratę ok. 99% raf koralowych czy podniesienie poziomu mórz o 0,46 m. Stawka jest wysoka. Dlatego istotne jest, żeby UE nie szła na kompromisy i podążała za aktualną wiedzą naukową, która w tym zakresie jest jasna – ambitny cel redukcji na 2030 r. jest konieczny i musimy zacząć realizować go już dziś.

Alexandr Vondra (ECR), *pisemně*. – Hlavním problémem této zprávy je, že nerespektuje realitu. A mohli bychom se bavit o dalších nebezpečných nápadech, které obsahuje, námlouvou o žalobách na státy, které v očích znepokojených aktivistů nebudou dělat dost, ale ve světle této skutečnosti se jeví jako podružné. Neustále je nám opakováno, abychom poslouchali vědce, ale když Evropská agentura pro životní prostředí EEA tvrdí, že problematický bude i cíl 40 % do roku 2030, navrhovatelé reagují stachanovským číslem 60 %. Dokonce hodnocení dopadů, jehož jsme se mimochodem dočkali až po hlasování ve výboru ENVI, počítá ještě s maximem 55 % do roku 2030. Závazek klimatické neutrality do roku 2050 se týká nejen EU, ale i členských států, nebere do úvahy jejich rozdílnou výchozí situaci s pandemií COVID-19, která poškodila a ještě poškodí jejich ekonomiky, ani závěry Evropské rady. Někteří kolegové zkrátka opět prokázali, že jim jde hlavně o stavění vzdušných zámků a že jim v tom nezabrání žádná fakta či racionální analýza. Ale věřte, že motivace k plnění nedosažitelného se v některých členských státech rychle vytratí a bez jejich vůle zůstane jen tento ambiciózní plán jako svědectví doby.

(The sitting was suspended at 17.08)

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 17.49)

13. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – Possiamo ora al secondo turno di votazioni di oggi. Voteremo sui fascicoli indicati nell'ordine del giorno. Il turno di votazioni sarà aperto dalle 17.45 alle 19.00 Le votazioni si svolgeranno con le stesse modalità dei precedenti turni di votazione.

Tutte le votazioni si svolgeranno per appello nominale e i deputati potranno verificare i propri voti e i risultati delle votazioni consultando il documento che sarà pubblicato sul sito della plenaria.

Dichiaro aperto il secondo turno di votazioni. Avete tempo fino alle 19.00 per votare. I risultati del secondo turno di votazioni saranno comunicati domani alle 9.00.

La seduta sarà sospesa alle 19.00 al termine del secondo turno di votazioni e sarà ripresa domani alle 9.00. L'ordine del giorno è stato pubblicato ed è disponibile sul sito Internet del Parlamento europeo.

14. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

15. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

16. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

17. Schluss der Sitzung

(La seduta è tolta alle 19.00)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4892

9.8.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 7. OKTOBER 2020

(C/2024/4892)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 5. bis 8. Oktober 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	3
3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll .	3
4. Wiederaufnahme der Sitzung	3
5. Die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidshan in Verbindung mit dem Bergkarabach-Konflikt (Aussprache)	4
6. Erste Abstimmungsrunde	17
7. Die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidshan in Verbindung mit dem Bergkarabach-Konflikt (Fortsetzung der Aussprache)	18
8. Diplomatische Mission der EU in Venezuela im Hinblick auf mögliche Wahlen (Aussprache)	25
9. Lage in Iran (Aussprache)	38
10. Wiederaufnahme der Sitzung	49

Inhalt	Seite
11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	49
12. Wiederaufnahme der Sitzung	50
13. Die Rolle der Europäischen Aufsichtsbehörden im Wirecard-Skandal (Aussprache)	50
14. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll	60
15. Digitales Finanzwesen: neu auftretende Risiken bei Kryptoanlagen – Herausforderungen in Bezug auf Regulierung und Aufsicht im Bereich Finanzdienstleistungen, Finanzinstitute und Finanzmärkte – Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion: Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln am Kapitalmarkt, insbesondere durch KMU, und Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Kleinanleger (Aussprache) . .	60
16. Wiederaufnahme der Sitzung	74
17. Zweite Abstimmungsrunde	74
18. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	74
19. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	74
20. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	74
21. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	74
22. Petitionen: siehe Protokoll	75
23. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	75
24. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	75
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	75
26. Schluss der Sitzung	75

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 7. OKTOBER 2020

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.01 Uhr eröffnet)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

3. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 9.10 Uhr unterbrochen)

4. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.16 Uhr wieder aufgenommen)

Der Präsident. – Ich möchte die Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen darüber informieren, dass Dolmetscher aus Irland aufgrund der Reisebeschränkungen nur eingeschränkt verfügbar sind und daher heute Morgen von 9.00 Uhr bis 10.30 Uhr keine Verdolmetschung aus der und in die gälische Sprache garantiert werden kann. Wir versuchen, unser Bestes zu geben.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, επιτρέψτε μου να ενημερώσω το Σώμα για τις αρνητικές εξελίξεις που συμβαίνουν αυτή τη στιγμή στην πατρίδα μου την Κύπρο. Η Τουρκία, επιδεικνύοντας επανειλημμένα προκλητικότητα και επιθετικότητα, προβαίνει σε νέες εγκληματικές ενέργειες σε βάρος της Κυπριακής Δημοκρατίας, παραβιάζοντας τις αρχές των Ηνωμένων Εθνών, τα ψηφίσματα του Συμβουλίου Ασφαλείας, αλλά και του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, και ανοίγει την κλειστή περιοχή της Αμμοχώστου. Ο πρόεδρος της Τουρκίας Ερντογάν και ο ψευδοπρωθυπουργός ανακοίνωσαν ότι αύριο Πέμπτη ανοίγουν την κλειστή περιοχή της Αμμοχώστου.

Καλώ το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και τον Ύπατο Εκπρόσωπο της Ευρωπαϊκής Ένωσης να καταδικάσουν άμεσα την εγκληματική, επιθετική, επεκτατική Τουρκία, αλλά και να πάρουν μέτρα εναντίον της. Την Τουρκία που δεν σταματά με τίποτε, παραβιάζοντας ακόμα και τα συμπεράσματα του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, σύμφωνα με τα οποία πρέπει να σεβαστεί τα ψηφίσματα των Ηνωμένων Εθνών.

Der Präsident. – Herr Kollege, ich glaube, es war wichtig, auf diesen Zwischenfall hinzuweisen, der ja heute Früh bereits von den Medien aufgegriffen wurde. Vielleicht kann der Vizepräsident der Kommission und Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Herr Borrell, bei der Debatte kurz darauf eingehen.

5. Die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan in Verbindung mit dem Bergkarabach-Konflikt (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan in Verbindung mit dem Bergkarabach-Konflikt (2020/2809(RSP)).

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, I am going to make reference to the issue of the debate on the Nagorno-Karabakh region, and if you allow me at the end I will say some words about the issue raised by our Cypriot colleague.

The current military confrontation along the line of contact in the Nagorno-Karabakh conflict zone is of our utmost concern. It is the largest confrontation since 1993-1994. We have been very engaged on this issue. On the day that fighting erupted, I released a statement as High Representative calling for an immediate cessation of hostilities, de-escalation and a strict observance of the cease-fire. During those days I had several phone calls separately with Armenian and Azerbaijani Foreign Ministers urging both sides to stop hostilities and return to the negotiation table.

Our position is clear: the fighting must stop. Both sides need to re-engage in meaningful negotiation, which, by the way, has not been very fruitful over the last 30 years, without preconditions under the auspices of the OSCE Minsk Group Co-Chairs. There cannot be a military solution to the conflict no less an external interference. This position was reinforced by the European Council held on 1 and 2 October.

We have seen extremely worrying reports of a surge in attacks on populated areas which is taking a deadly toll on civilians. We strongly urge the sides to fully observe their international obligations to protect civilian populations, and with the resources we have, we have urgently allocated a small amount of money in humanitarian aid for the affected populations. In fact, we don't have a lot of information about how the conflict is developing. Detailed information is scarce and there is a lot of fake news.

We see monitoring underground remains suspended, so we don't have that service. But what we observed is an increasing amount of information which is aimed at mobilising the domestic audiences in both countries and could be used to pull regional actors into the conflict. Media reports need therefore to be examined with great caution because some of the news that has been disseminated, we don't have confirmation about it.

At this a stage further escalation of the conflict and involvement of regional actors unhappily cannot be excluded. This would seriously threaten the stability of the whole region.

On 30 September I discussed the situation with the Russian Foreign Minister. I also spoke with the Turkish Foreign Minister, the two regional actors which are closer to the conflict. I emphasised the importance of de-escalating, the importance that regional actors refrain from any activity and rhetoric that could inflame things even further. I spoke to the Foreign Ministers of Armenia and Azerbaijan during the weekend. I stressed that the increase in civilian casualties is unacceptable. I knew from both sides the actions taken by the other side. Each one of them blames the other for starting and for attacking civilian population from the territory, not from Nagorno-Karabakh itself, the region in dispute, but from Armenia to Azerbaijan and Azerbaijan to Armenia.

The fighting should stop. The Minsk Co-Chairs are going to have meetings this week with the Foreign Affairs Ministers of two countries and the only way of getting out of this situation is that the Minsk Group Co-Chairs pushes for immediate negotiations as soon as possible.

We will continue working with the key partners and try to help stop hostilities because the only solution is to go back to the negotiating table, but this negotiating table has been open for the last 30 years – 30 – without any kind of advance. The war is not an alternative. We have to push both parties to stop fighting and negotiating without preconditioning, but this is for the time being not the case. I'm sorry I cannot inform you more about that because I accept that information is very scarce, and we have to take much care in disseminating news which has not been confirmed.

About the situation in Cyprus, I share the concern of the honourable Member who took the floor a moment ago. For sure, this issue of Famagusta was taken into consideration and the European Council also. The opening of this area, which is a closed area according to the cease-fire agreements under the auspices of the United Nations, is a serious violation of this agreement. Yesterday we issued a statement and today the 27 will issue another one asking Turkey to stop doing this activity.

You know that the European Council issued a statement about the situation in the Eastern Mediterranean, and for sure this is not going to help. On the contrary, it is going to increase tension and make it more difficult to reach an agreement on an especially difficult situation for all of us in the Eastern Mediterranean.

Andrey Kovatchev, on behalf of the PPE Group. – Mr President, it is indeed very painful and sad to see killings and people suffering as part of this conflict which has been going on for decades while we, as observers in the international community, do very little, despite the statements we put out. Since the fighting broke out again, more than 200 people have been killed. My deepest condolences and sympathy to the victims and their families on both sides.

Reports vary, but so do – as the High Representative himself said – the claims made by the fake news media, disinformation campaigns, propaganda and by both sides with the aim of mobilising their own people and confusing the international community. I can tell you that lies cannot be hidden forever and sooner or later the truth will come out.

I would also like to repeat that the violence, the hostilities and the killing of people must stop immediately. The conflict has been surrounded by various claims – as you mentioned, according to Amnesty International even cluster bombs have been used. This needs to be clarified and investigated, as does the involvement of third parties and even Syrian fighters going through Turkey to the conflict area. All violence must stop immediately. The two sides should return to the negotiating table under the umbrella of the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) Minsk Group to find a mutually acceptable solution, based on agreed principles, and refrain from the threat of the use of force, which – sadly – has clearly been violated now, territorial integrity and the equal rights of the self-determination of people. The involvement of any other parties needs to stop as soon as possible. Unfortunately, we saw at one point in time that they were very close to a mutually acceptable situation and compromise but now this is far away.

Tonino Picula, on behalf of the S&D Group. – Mr President, High Representative, firstly, let me express our utmost concern about the eruption of renewed military hostilities between Armenia and Azerbaijan both in the Nagorno-Karabakh region and along the line of conflict. The fighting must stop immediately and all sides of the conflict must return to respecting the cease-fire agreement without any delay and without any preconditions. As the S&D, we have repeatedly appealed to refrain from any actions and also from any rhetoric that may fuel tensions between the two countries.

Today we urge to stop the fighting and return to negotiations. There is no other path to solving the conflict other than to return to the negotiating table under the chairmanship of the OSCE Minsk Group. The principles of the UN Charter, the OSCE Helsinki Final Act and the 2009 Basic Principles continue to be the guiding principles for the solution to this conflict. With the role of Russia as mediator diminishing, we must expect other partners to contribute to the same goal. This is especially important given the reports about the presence of mercenaries sent by Turkey. It seems that many, if not most, of our foreign policy challenges at external borders have Turkey as the common denominator and cause. The latest actions are yet another clear sign of Ankara's depart from EU values and international law standards.

Urmas Paet, on behalf of the Renew Group. – Mr President, it is not acceptable to use violence and killings in international affairs, also between Armenia and Azerbaijan. You can try to force things and make changes when you have power, but it is clear that such changes do not last. The only lasting solution can be a mutually agreed and mutually accepted solution. This means negotiations. It means talking to each other. It means diplomacy.

Right now, the only result of the actions of the political leaders is the suffering of ordinary people, killings and people losing their homes. Violence creates violence and this will have long-lasting consequences. If some other interested parties, like Turkey or Russia, really and truly want to invest in ending this conflict, then there is a way, but it's not by sending fighters to fight in the conflict or by assisting in some other military forum. They can help through diplomacy or by facilitating negotiations.

If you take a look at history, including recent history, the people of South Caucasus, including the people of Armenia and Azerbaijan, have suffered enormously under this political violence. The spiral of violence must be stopped. The EU has also tried to contribute to the well-being and growth of these societies through, for example, the Eastern Partnership programme, trying to demonstrate that the only way to bring prosperity to societies is through peace. Violent choices tend to throw societies into long and agonising misery, poverty and aggression. The EU must continue to help Armenia and Azerbaijan find a way to alleviate this long-term hatred and reach a solution, but this cannot be done at a time of war.

Jérôme Rivière, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, le petit territoire montagneux du Haut-Karabakh s'est embrasé ces dernières semaines, ravivant ainsi un conflit ancien.

Comme en Syrie, en Libye, en Méditerranée orientale, c'est bien Erdoğan qui vient de rouvrir un conflit à la frontière de l'Europe. La volonté d'Erdoğan de s'ériger en leader d'un Islam politique, de reconstruire l'empire ottoman, est évidente. Il déploie sa politique expansionniste sans aucune vergogne. Il faut sanctionner et isoler le régime d'Erdoğan, mais aussi reprendre l'initiative.

À l'origine de ce conflit du Haut-Karabakh, il y a bien sûr la configuration des frontières internes de l'ex-URSS, savamment organisée de façon à enchevêtrer les peuples, à multiplier à l'infini les références identitaires pour mieux asseoir le totalitarisme écrasant du communisme.

De cette situation, l'Union, pourtant concernée au premier chef, n'a pas été capable de se saisir pour proposer des solutions à la fois réalistes, justes et pacifiques. Aujourd'hui, si l'Azerbaïdjan a choisi, en prenant l'initiative de l'offensive de raviver ce conflit, c'est parce que ses dirigeants ont reçu des gages de soutien affirmés de la part du président turc. Erdoğan choisit aujourd'hui encore, en poussant l'Azerbaïdjan à l'affrontement, de lancer un défi majeur aux pays européens en s'en prenant de plus directement à l'Arménie, avec laquelle tant de liens historiques et humains nous unissent. Erdoğan, tel un criminel revenant sur les lieux de son forfait, montre le peu de cas qu'il fait du génocide des 1,5 million d'Arméniens perpétré par ceux qui l'ont précédé au pouvoir.

Les mots sont insuffisants, Monsieur Borrell. Qu'attend l'Union européenne pour mettre fin définitivement au processus d'adhésion de la Turquie à l'Union? Notre collègue l'a rappelé à l'instant, il nous défie encore à Chypre. Comme le disait Thucydide, les hommes sont ainsi faits qu'ils méprisent ceux qui les ménagent et respectent ceux qui ne leur concèdent rien.

Viola Von Cramon-Taubadel, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Im aktuellen Krieg um Nagorno-Karabach stehen sich zwei Prinzipien diametral gegenüber: zum einen das Prinzip der territorialen Integrität, zum anderen das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker.

Das große Versagen der internationalen Gemeinschaft liegt vor allem darin, dass sie es nach 28 Jahren Verhandlungen nicht vermocht hat, diesen grundsätzlichen Konflikt aufzulösen. Schlimmer noch: Statt vertrauensbildender Maßnahmen wurde die Region hochgerüstet. So wurden beide Kriegsparteien – Armenien und Aserbaidschan gleichermaßen – vor allem von Russland und Serbien bis an die Zähne bewaffnet.

In diesem Sinne gibt es im Konflikt im Grunde nur Verlierer: erstens die OSZE Minsk-Group als Verhandler, zweitens die Zivilbevölkerung in Armenien, Nagorno-Karabach und natürlich in Aserbaidschan selbst.

Die einzige Gruppe, die aktuell von den Kriegshandlungen zu profitieren scheint, ist die der internationalen Militärbeobachter, schauen sie doch mit großem Interesse derzeit nach Nagorno-Karabach, wo verschiedene Hochtechnologiewaffen teilweise zum ersten Mal im Einsatz sind. Diese neue Form der Kriegsführung – mit Hilfe von bewaffneten Drohnen und anderen Präzisionswaffen –, heißt es, sei erst der Anfang einer technologisch weiterentwickelten Kriegsführung.

Was kann die EU sinnvollerweise tun? Erstens muss sie in den Verhandlungen auf Frankreich, Russland und die USA einwirken, dass sie sich nicht weiter einseitig auf die Seite der Armenier schlagen. Zweitens muss sie dafür sorgen, dass der NATO-Partner Türkei nicht weiter Öl ins Feuer gießt. Drittens muss sie dafür sorgen, sich um die humanitäre Versorgung der zivilen Kriegsoffer zu kümmern.

Ich denke, wir sollten nicht naiv sein, sondern unsere Rolle genau darin sehen, realistisch, klar und zielgerichtet auf unsere Partner einzuwirken.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the recent flare-up of the conflict is very serious and broader than just Nagorno-Karabakh. We call for an immediate ceasefire and engagement of parties of the Minsk Group, but also other important players like the EU.

Armenia enjoys Russian security guarantees that do not include Nagorno-Karabakh, as it is an internationally recognised part of Azerbaijani territory. Azerbaijan has Turkish backing. The problem is that the conflict concerns this time a different part of the southern Caucasus, with key routes of oil pipelines, gas pipelines, roads, rail and fibre optics leading outside of Russian influence to Europe, among others. So we have to have a look at this and we have to see the whole broad picture.

Idoia Villanueva Ruiz, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, el conflicto del Cáucaso sur está sin resolver desde hace más de tres décadas, un conflicto más de la vecindad de la Unión Europea: tanto Armenia como Azerbaiyán, dos de los países más militarizados del mundo; Nagorno Karabaj, enclave de disputa política, un pasillo para que los gasoductos lleguen desde el mar Caspio hasta los mercados mundiales; Rusia, mayor exportador de armas de la región; Turquía, que, mientras, busca recolocarse como un actor clave en el Cáucaso desestabilizando la región, algo que debe terminar.

Esta escalada del conflicto y las agresiones tiene el potencial de crear miles de refugiados y desplazados internos. Nos sumamos claramente a la petición de la ONU y del alto representante y pedimos un alto el fuego inmediato, el fin de las hostilidades, la vuelta a la mesa de la negociación en el marco del Grupo de Minsk sin precondiciones, como ya Armenia ha declarado que está dispuesta a hacer.

La Unión Europea debe implicarse, de manera coordinada en colaboración con los organismos regionales, la sociedad civil y los países vecinos. Tras diecisiete años de política de vecindad tenemos más conflictos en nuestras fronteras. Los países europeos están divididos en su política exterior. La Unión Europea, en su exterior, es cada vez más irrelevante.

Necesitamos una nueva política de vecindad, cooperativa y no competitiva, basada en los principios de seguridad humana, de las poblaciones, cultura de paz y desarme, con un desarrollo económico siempre en mutuo beneficio. Si no, seguiremos sufriendo sus consecuencias.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η βαθιά καπιταλιστική κρίση φέρνει σφοδρούς ανταγωνισμούς ανάμεσα στις αστικές τάξεις των δυο χωρών με αναβίωση εθνικισμών, πολέμων και προσφυγιάς. Ευρωπαϊκή Ένωση, ΗΠΑ και NATO έχουν μεγάλες ευθύνες για τη σύγκρουση στο Ναγκόρνο Καραμπάχ και εμπλέκονται στον ανταγωνισμό τους με Ρωσία και Κίνα. Ξαναμοιράζουν τη γη, αναδιανέμουν τους ενεργειακούς δρόμους, με των λαών το αίμα τα σύνορα χαράζουν. Ειδικός είναι ο ρόλος της αστικής τάξης της Τουρκίας στο πλευρό του Αζερμπαϊτζάν, τον οποίο καθόλου τυχαία υπέθαλψε το πρόσφατο ανακοινωθέν του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου. Και να που τώρα ανοίγουν το παραλιακό μέτωπο των Βαρβωσιών, γεγονός το οποίο καταγγέλλουμε.

Τέλος, η πορεία των γεγονότων δείχνει ότι στα εδάφη που για δεκαετίες επί Σοβιετικής Ένωσης ζούσαν ειρηνικά Αρμένιοι και Αζέροι, τώρα αλληλοσκοτώνονται στα συντρίμια της ανατροπής του σοσιαλισμού. Πρόκειται για άλλη μια απόδειξη της ανωτερότητας του σοσιαλισμού και της σημερινής καπιταλιστικής βαρβαρότητας. Οι δύο λαοί, διδασκόμενοι από την ίδια τους την ιστορία, οφείλουν να αντιπαλέψουν τα μονοπώλια και να διαμορφώσουν προϋποθέσεις, με κριτήριο τα δικά τους συμφέροντα, για ρήξη με το καπιταλιστικό σύστημα.

Željana Zovko (PPE). – Mr President, since the first day of this military confrontation, we in the European Parliament urged both sides to come to a cease-fire. We called for a balanced approach, based on the principles both sides agreed on.

The most important and invaluable stake to take into account are the lives of the citizens. The continued fighting does not contribute to anything. It puts the stability of the region in danger. No country should add fuel to the fire by providing mercenaries, weapons or inflammatory speeches.

I express my condolences to the victims of the conflict and to all the refugees of the past –now and in the future – of this clash, where no one will gain and everyone will lose. No empire will be built in the 21st century, regardless of the insane dreams. So my message goes to those who are adding fuel to this fire, and I'm asking them to stop – especially Mr Erdoğan.

The European Union is ready to help, to mediate and to support the Minsk Group that already addressed its strong engagement based on the agreed principles. The European Union does not export mercenaries and sorrow. The EU exports values for decent lives for all citizens.

Marina Kaljurand (S&D). – Mr President, I would like to thank the High Representative for his remarks and comments. I would like to share some thoughts as the Chair of the South Caucasus delegation after I spoke to my counterparts, Mr Arman Yeghoyan and Mr Javanshir Feyziyev. The EU does not have a formal role in the Minsk Group negotiations, but that does not mean that we should not be active, vocal and crystal clear about our messages. We are talking about our Eastern Partnership and we are talking about our eastern partners.

First, we should convince the political leaderships of both sides to establish a ceasefire and protect civilians. Reports, if they are true, about the use of cluster bombs are very worrisome and, High Representative, I agree that we need clear facts and information from the region. Second, we should convince both sides to return to the negotiations without preconditions and with good faith and commitment so that this time there will be a solution based on UN resolutions, Minsk Group basic principles and international law. Third, we should urge other regional powers, especially Russia and Turkey, to stay out of the military conflict. The interference of any outside elements will expand the conflict and make the escalation more difficult. War is never a solution. The people of Nagorno-Karabakh deserve long-lasting peace and prosperity.

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, mijnheer de hoge vertegenwoordiger, de situatie in Nagorno-Karabach baart mij, net als u, net als alle collega's, grote zorgen. Daarom debatteren wij hier vandaag ook over. En als je vandaag Brussel binnenreed, dan zag je de vlaggen in de straten: de mensen zijn bezorgd om de mensenlevens die sneuvelen in de regio.

Mijnheer de hoge vertegenwoordiger, de Europese Raad heeft u vorige week de opdracht gegeven om u te beraden over verdere EU-ondersteuning in het vredesproces. U was heel duidelijk vandaag: u gaat voor een staakt-het-vuren, u spreekt met alle partijen. Maar wat mij verwonderd heeft: u hebt eigenlijk niet gesproken over het gebruik van clusterbommen. U hebt eigenlijk niet de buitenlandse partner genoemd die zich daar innemt, namelijk Turkije. U hebt niet gesproken over de buitenlandse strijders die naar daar gestuurd worden. Nee, u spreekt over een positieve agenda met Turkije voor het conflict dat mijn Cypriotische collega aanhaalde, wat ik begrijp. Maar met Turkije gaan we eens alle kaarten op tafel moeten leggen om duidelijk te maken dat dit niet verder kan.

Dank u wel, u hebt onze steun om dit conflict op te lossen.

Lars Patrick Berg (ID). – Herr Präsident, Hoher Vertreter! Zunächst einmal möchte ich die Freunde Aserbaidschans für ihre überaus professionelle Medien- und Lobbykampagne loben. Jede Kritik des aserbajdschanischen Vorgehens löst umgehend eine Lawine aus Social-Media-Beiträgen und persönlichen Beschimpfungen aus. Die aserbajdschanische Seite ist offensichtlich hier sehr gut organisiert.

Das aserbajdschanische Vorgehen sollte uns nicht verwundern. Bereits seit Wochen sind zunehmend kriegerische Töne mit ständigen Drohungen gegen Bergkarabach und Armenien aus Baku zu vernehmen. Im August hielt Aserbaidschan gemeinsame Militärübungen mit der Türkei ab, in deren Zuge die Türkei die Unterstützung ihrer Regierung für einen aserbajdschanischen Einmarsch in Bergkarabach zusicherte. Es sollen bereits Clusterbomben im Einsatz sein, und glaubwürdigen Berichten zufolge habe Ankara syrische Milizen zur Unterstützung der aserbajdschanischen Armee entsandt. Damit verhält sich die Türkei genau wie in Libyen: Sie bringt weitere Instabilität und noch mehr Gewalt in eine bereits mit Unruhen konfrontierte Region.

Besonders besorgt bin ich über die türkische Strategie, syrische Söldner einzusetzen. Sollte sich die türkische Libyen-Strategie hier wiederholen, werden diese Söldner nicht bezahlt und schließlich sich selbst überlassen. Das Risiko, das von unzufriedenen Extremisten ausgeht, ist kaum auszudenken. Und dieses Risiko betrifft nicht nur Armenien, es betrifft uns alle.

Markéta Gregorová (Verts/ALE). – Mr President, High Representative, dear colleagues, for me as a member of the Euronest Bureau it is incredibly saddening to witness such acrimony and outspoken hostility between two participating countries. The objective to increase cooperation between the EU and our Eastern neighbours, which we are carrying out through the Eastern Partnership, obliges us to pay full attention to the ongoing conflict and to play a proactive role in its peaceful resolution.

I call on you, Mr Borrell, to start negotiating the conflict resolution with both parties. Some may explicitly take sides and support one country or the other, but this House should stick to two simple but fundamental points. Firstly, hostilities should cease immediately. Above all, it is imperative that Armenia and Azerbaijan must stop targeting civilians. At least four journalists were severely injured a few days back, while civilian casualties are being reported daily by both sides as a consequence of heavy fighting and bombings of inhabited centres.

Secondly, neighbouring powers should refrain from fanning the flames of war through military statements and military support of any kind. Whoever engages in these acts puts the stability of the region further at risk and hinders any attempt to bring the warring parties to the negotiating table. In this regard, Erdoğan's Turkey is displaying very irresponsible behaviour, which must be firmly condemned by all political forces.

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Z tego miejsca chciałbym się zwrócić do naszych przyjaciół z Azerbejdżanu, do naszych przyjaciół z Armenii: jest kraina zwana Arcach i tam od siedemnastu wieków żyją Ormianie, i oni tam będą żyć nadal niezależnie od tych wojen, no chyba że się zastosuje metodę *Aushungerung*.

Przypomnijcie sobie Drodzy Przyjaciele rok 1812, rok 1828, przypomnijcie sobie lata dwudzieste ubiegłego stulecia, i wtedy będziecie wiedzieć, kto Wam narzucił te granice, które dzisiaj są początkiem tej wojny. Odejdźcie od tego, co zaproponowała Wam Rosja, wtedy możecie usiąść do stołu i tylko wtedy możecie się dogadać. Wasz północny sąsiad dzisiaj patrzy i zaciera ręce.

Emmanuel Maurel (GUE/NGL). – Monsieur le Président, pourquoi sommes-nous concernés et inquiets? Parce que la population du Haut-Karabakh est à 95 % arménienne, et si les combats se poursuivent, c'est évidemment l'assurance d'un bain de sang ou d'un exode massif.

Mais c'est aussi parce que le Caucase est une terre de convoitise, d'affrontements, qui a déjà connu deux guerres graves depuis la chute de l'URSS, en Tchétchénie et en Géorgie, et que la région peut s'enflammer.

Et c'est enfin parce que derrière les belligérants il y a deux grandes puissances: la Russie, censée être solidaire de l'Arménie, et la Turquie, qui participe à de nombreuses opérations armées, Libye, Syrie, Méditerranée orientale et, aujourd'hui, ce conflit.

Je pense que l'Europe ne peut pas se contenter de déplorer, elle peut prendre l'initiative. Bien sûr, il faut exiger un cessez-le-feu immédiat, il faut travailler de concert avec le groupe de Minsk, mais il faut aussi mettre la pression sur Ankara parce que nous allons apparaître comme des médiateurs, c'est bien, mais je crains qu'à un moment, nous soyons obligés de choisir notre camp.

Márton Gyöngyösi (NI). – Mr President, the Nagorno-Karabakh conflict is a frozen conflict and frozen conflicts have the nature of erupting every now and again. So who started this conflict now, this time round, is completely irrelevant.

If we want to be responsible concerning the worrying escalation of the Nagorno-Karabakh conflict, and find a long-term solution, we have to remember the source of the conflict. Thirty years ago, at the time of the break-up of the Soviet Union, Armenian forces, together with Russian forces, invaded Nagorno-Karabakh and seven adjacent territories, territories of Azerbaijan, leaving many dead on both sides and over one million internally displaced people.

Since then, a dozen resolutions issued by the UN Security Council, NATO, the European Parliament and the OSCE have all been adopted with an overwhelming majority, if not unanimously. They all say the same: Armenia must withdraw unilaterally, restore the territorial integrity of Azerbaijan, and the Armenian minority must be granted autonomy on the territory of Azerbaijan. So international law provides clear guidance. The real question is how we enforce and implement our resolutions.

David McAllister (PPE). – Mr President, High Representative, ladies and gentlemen, as colleagues have previously mentioned, the renewed escalation of violence in and around Nagorno-Karabakh puts at risk the fragile stability in the whole South Caucasus region. Of all territorial disputes of the post-Soviet states, this one is the most dangerous. As the European Parliament has repeatedly stated – and to be very clear once again – there is no, and there cannot be, a military solution to this conflict. Instead, a political settlement is necessary, in accordance with international law: for example, the principles enshrined in the United Nations Charter, the 1975 OSCE Helsinki Final Act, as well as the OSCE Minsk Group's 2009 Basic Principles.

Therefore, we all call for an immediate halt to any military activity in the region. Both sides need to return to diplomatic dialogue without preconditions and in good faith. As many colleagues have already pointed out, third parties in the region should refrain from any action which can fuel the conflict and undermine the desire of the people from both countries for a peaceful future.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Alto Representante, sim, não há solução para o conflito no Nagorno-Karabakh que não passe pela via do diálogo e da negociação e, assim, como já foi insistentemente repetido, impõe-se o imediato cessar-fogo, sem condições, o retomar do diálogo mediado e a condução das partes ao mais estrito respeito pelos princípios inscritos na Ata Final de Helsínquia e pelos 6 princípios-base básicos acordados no quadro do Grupo de Minsk da OSCE.

Discursos belicistas ou de apelo ao uso da força e ações de confronto não podem ser tolerados e um ataque a alvos civis jamais pode passar em branco, devendo ser investigado o uso de bombas de fragmentação.

Não podem ser toleradas ingerências desestabilizadoras por parte de terceiros, como temos vindo a assistir por parte da Turquia, uma atitude absolutamente inaceitável num país candidato à adesão e que está a proceder constantemente, em diversos pontos fronteiriços à União Europeia, a um permanente apelo ao confronto e à desestabilização.

Dito isto, Senhor Alto Representante, resta-me apelar ao mais ativo envolvimento da União Europeia, não só neste conflito, mas também noutros conflitos prolongados, que são sempre potenciais focos de desestabilização.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Mr President, High Representative, it is indeed extremely concerning to see the outbreak of hostilities in Nagorno-Karabakh between Armenia and Azerbaijan. These countries have been involved for decades in territorial conflict, and the use of force against territorial integrity and the loss of life, including among the civilian population recently, runs the risk of escalating into a larger regional conflict.

Indeed, despite the fact that the UN Security Council, in its four resolutions, underscored the sovereignty and territorial integrity of Azerbaijan within its internationally-recognised borders, as also the European Parliament confirmed numerous times in its resolutions, and the OSCE and the Minsk Group have promoted the peace process for many years, today a lasting peaceful settlement of this conflict is possible only in substantive and meaningful negotiations. War is not a solution. The violence must stop. But it's also time for the European Union to act.

Roman Haider (ID). – Herr Präsident! Im Kaukasus leben rund 50 Volksgruppen auf sehr engem Raum nebeneinander, und die Wurzeln vieler Konflikte liegen oft schon Jahrhunderte zurück. Gleichzeitig ist der Kaukasus seit der Antike ein Spielball der angrenzenden Mächte. Vor 2 000 Jahren waren es das Persische und das Römische Reich, und jetzt sind es vor allem Russland und die Türkei, aber auch andere Mächte, die ihre Finger im Spiel haben. Wer in diesem Wirrwarr einen Schuldigen sucht, der findet entweder viele Schuldige oder gar keinen.

Natürlich wird sich Armenien auf der einen Seite immer als Schutzmacht der armenischen Volksgruppe in der Enklave Bergkarabach sehen. Auf der anderen Seite kann natürlich Aserbaidschan nicht zusehen, wie, völlig völkerrechtswidrig, über diese Enklave hinaus jahrelang 20 % seines Staatsgebiets von einer fremden Macht militärisch besetzt werden.

Neben Russland, das man in diesem Stellvertreterkrieg genauso in die Kritik nehmen muss, schürt vor allem auch die Türkei unter ihrem Sultan Erdoğan diesen Konflikt. Daher frage ich Sie und vor allem die Abgeordneten, die Kollegen von der Volkspartei und von den Sozialdemokraten: Wie lange wollen Sie noch die Türkei als EU-Beitrittskandidat dulden? Was muss denn noch passieren, bis Sie einsehen, dass die Türkei kein Partner für Europa sein kann?

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, nearly three decades of diplomatic efforts haven't been able to end a conflict that again is taking a big toll in human lives. Now we are confronted with a risk of a fully-fledged war in the South Caucasus with the dangerous involvement of external actors.

We have to call on all sides for an immediate ceasefire and for de-escalation. All sides have to resume talks under the auspices of the OSCE Minsk Group without preconditions, and everyone in the region and beyond should be working to foster peace instead of escalating the situation.

However, I also call for the need to recognise and respect the right to self-determination of the people of Nagorno-Karabakh. For the need to uphold their democratic will and choices, already made several times. This is not only a territorial issue. Disregard for the right to self-determination is at the root of too many conflicts. Without respecting the democratic will of the people of Artsakh, I am afraid there will hardly be a viable and fair way out of this conflict.

Charlie Weimers (ECR). – Mr President, I would say to High Representative Borrell that we all lament the casualties in Nagorno-Karabakh. We all support a non-military solution.

But should we pretend Armenia and Azerbaijan are tarred with the same brush? No! This is a war of aggression by the Azeri dictator Aliyev, supported by President Erdoğan's Jihadist allies from Turkey to enforce the injustice of Joseph Stalin's separation of Nagorno-Karabakh from Armenia.

Sanction Aliyev, the aggressor. Expel Turkey from the OSCE Minsk Group. Have the courtesy not to portray the suffering people of Artsakh as equally belligerent as President Aliyev. In the words of Andrei Sakharov, for Azerbaijan the issue of Armenia is a matter of ambition, for the Armenians of Karabakh it is a matter of life and death.

Martina Michels (GUE/NGL). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Wir haben jetzt die ganze Zeit über die Konfliktländer gesprochen. Wenn es eines gibt, schrieb kürzlich die linke Jugend Aserbaidschans, was unsere unterfinanzierten Bildungseinrichtungen gut hinbekommen haben, so ist es, Hass zu säen und nationalistische Propaganda zu verbreiten. Inzwischen fallen geächtete Streubomben auf die inoffizielle Hauptstadt Bergkarabachs, kämpfen Erdoğan's Söldner für Aserbaidschan, liefert Russland weiter Waffen an Armenien und Aserbaidschan.

Machen wir uns nichts vor: Der Europäische Rat leistet mit seiner Türkei-Politik einen teuflischen Beitrag zur Destabilisierung des Südkaukasus. Damit werden am Ende des Tages die Bemühungen der Minsker-Gruppe der OSZE ausgebremst.

Aber reden wir über unsere eigene Verantwortung: Zum Beispiel sollte Euronest umgehend aktiv werden, denn wir müssen endlich denen eine Stimme geben, die wie die jungen Menschen aus Aserbaidschan sagen: Der Feind ist kein Armenier – unser Feind sind die Menschen an der Macht.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Alto rappresentante, è gravissima l'accusa di Amnesty International che conferma l'uso di bombe a grappolo nella città di Stepanakert, con ogni probabilità da parte di forze azere: un atroce e flagrante violazione del diritto internazionale umanitario.

L'UE non può più tacere o limitarsi a ripetere i consueti mantra: è giunto il momento di azioni per proteggere i civili di questa martoriata regione, partendo dalla revisione del quadro negoziale con l'inclusione diretta dell'Unione europea.

Non bisogna avere paura di mettere sul tavolo sanzioni mirate, consistenti e dissuasive verso quegli attori che non accetteranno di sospendere le ostilità e di negoziare, ma ancor di più verso quelle parti terze che intervengono nel conflitto, esacerbando ulteriormente per i propri interessi. Bravo il Canada che ha prontamente sospeso l'esportazione di armi verso la Turchia a seguito delle denunce sul loro uso nel Nagorno-Karabakh.

Lo dico chiaramente: condanno con fermezza il ruolo che ha la Turchia nel conflitto. Quante volte dobbiamo ripetere che Ankara, paese candidato all'adesione e alleato NATO, ha un'agenda geopolitica divergente e contrastante rispetto alla nostra? Basta parole, servono azioni! Se non ora, quando?

Andrius Kubilius (PPE). – Mr President, Mr Vice-President, as a co-chair of Euronest, I would like to make just two comments. First of all, I would like to appeal to our friends, the Armenians and the Azerbaijanis: you are fighting and killing not only children, you are killing your own future, the future of your children and grandchildren. The war is a sign of weakness of leadership, not of their strength. Compromise and peace demand much more political courage.

And second, I would like to appeal to colleagues inside this House and inside of the EU. In this House we like to talk about EU strategic autonomy but our strategic autonomy starts from our strategic responsibility and the EU till now was failing, from that point of view, especially on this conflict. For almost 30 years, the conflict in Nagorno-Karabakh is here and in the EU we have only our permanent statements of our concern. That is not working.

My rhetorical question, first of all to the Vice-President: can we learn from the recent actions of the US administration on how to implement strategic responsibility? Recently, the US administration managed to resolve longstanding conflicts between Serbia and Kosovo on the European continent and between Israel and several Arab countries in the Middle East. The American model is very simple: agreement on peace brings huge economic benefits. Mr Vice-President, let's start to be really strategically responsible.

Robert Hajšel (S&D). – Pán predsedajúci, v Náhornom Karabachu sa rozpútala vojna. Zomierali aj civilisti a zomierajú aj deti a ženy. Boje sa dokonca rozšírili aj za hranice tohto územia štátu, ktorý nikto neuznáva a ktorý dlho patril Azerbajdžanu, ale je prevažne obývaný Arménmi, a ktorý bol vždy zdrojom nepokojov medzi Arménmi a Azerbajdžancami.

Najťažšie boje od 90. rokov vyvolávajú obavy aj o osud potrubia s azerbajdžanskou ropou a plynom, ktorá ide aj do Európy.

Aj keď ide o konflikt o Náhorný Karabach, ktorý chcú ovládať tak Arménsko, ako aj Azerbajdžan, je odsúdeniahodné, že sa doň aktívne zapája aj Turecko. Ako jediný členský štát NATO a kandidát na vstup do Európskej únie podporuje otvorene jednu z bojujúcich strán, a to Azerbajdžan. A ak máme veriť početným reportážam z regiónu, Turecko nielen dodáva Azerbajdžanu zbrane a muníciu, ale dokonca sprostredkováva príchod platených žoldnierov a džihádistov zo Sýrie, aby bojovali v Náhornom Karabachu.

Som preto presvedčený, že nestačí, aby sme tu iba diskutovali. Ale mali by sme urobiť viac. O to viac som sklamaný, že sa tu nenašla vôľa ani na to, aby sme prijali rezolúciu, v ktorej by sme vyzvali na okamžité prerušenie bojov a návrat k rokovaciemu stolu, v ktorej by sme však vyzvali aj všetky regionálne veľmoci, aby sa zdržali akejkolvek otvorenej podpory jednej z bojujúcich strán. Čiže ako Rusko, zatiaľ napriek dohode s Arménskom o vojenskej pomoci zaujíma celkom racionálny, a povedal by som, takmer neutrálny postoj, tak aj Turecko musí prestať s otvorenou podporou Azerbajdžanu.

Preto vás, pán Borrell, šéf európskej diplomacie prosím, aby ste aspoň Vy, v mene Európskej únie zaujali aktívny a tvrdý postoj v tomto smere.

Nathalie Loiseau (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Haut-représentant, il y a plusieurs façons de voir la reprise du conflit dans le Haut-Karabakh.

La première, la plus diplomatique, consiste à soutenir le groupe de Minsk et ses co-présidents, les États-Unis, la Russie et la France, c'est ce que nous faisons tous.

La deuxième, la plus réaliste, exige de regarder le monde en face. Le conflit s'enflamme au moment où l'Amérique regarde ailleurs. Mais il s'est enlisé, parce que la Russie s'est appliquée à laisser des plaies ouvertes aux quatre coins de son ancien empire. Cela n'augure rien de bon.

La troisième enfin, relève de l'émotion et c'est avec beaucoup d'émotion et d'inquiétude, que je vois la Turquie s'impliquer militairement contre des populations arméniennes.

Monsieur le Haut-représentant, vous êtes diplomate et prêchez la neutralité, certes, mais qu'il me soit permis de dire ici ma colère et ma peine de voir la Turquie, un pays qui continue à refuser de reconnaître le génocide arménien, prendre militairement à partie des populations arméniennes. Il est temps que la paix revienne, il est aussi temps de reconnaître les blessures de l'Histoire.

Alessandro Panza (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, riscontro con piacere che c'è una trasversalità della condanna al regime di Erdoğan oggi, dagli stessi gruppi che poi votano a favore dei fondi di preadesione. Ma va bene.

Lo scorso settembre sono riprese le ostilità nella tormentata regione caucasica del Nagorno-Karabakh, situazione che ha riaperto un conflitto sopito da tempo. Ancora non è chiaro chi abbia dato il via al conflitto, anche se i dubbi ci sono. Ma oltre alla preoccupazione per il coinvolgimento dei civili finiti sotto i bombardamenti, preoccupa la possibilità che potenze straniere, come Russia e Turchia, possano intervenire direttamente nell'area, dando il via a un'escalation dall'esito tutt'altro che scontato.

Sappiamo molto bene come l'Azerbaigian sia un partner economico importante per l'Europa, Italia compresa. Ma allo stesso tempo sappiamo come la piccola e fiera Armenia sia la prima nazione cristiana al mondo e la prima a subire un genocidio in epoca moderna ad opera dell'Impero ottomano che, nonostante questo, qualcuno ancora nega.

Chiediamo quindi che l'Alto rappresentante, e con esso tutta l'Unione europea, si destino dal torpore, prendendo una chiara posizione a favore del processo di autodeterminazione dei popoli e appoggiando con forza i diritti fondamentali e la pace.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Mr President, there is obviously a sweeping consensus in this House that the fighting should be stopped without preconditions. But what then? And just pretending that sending the parties back to the negotiating table would bring them anywhere closer to a solution would be foolhardy because it hasn't happened in 30 years. So what are we doing to show our own responsibility?

It's not just tensions as usual in the South Caucasus. There are two factors that are changing. First, the United States are dialling down their engagement in the region, even though they are one of the three co-chairs, and, second, Turkey is not de-escalating – on the contrary.

We are presently in a situation where two European neighbours – Russia and Turkey – are squaring off against each other in three distinct arenas. Both neighbours have withdrawn from the international rule of law as a principle they adhere to.

The EU does not have a formal role in this conflict, but if the EU doesn't take more responsibility on itself, who will help in solving the issue? That's why I subscribe to the term that Mr Kūbiľius has used, the strategic responsibility of the EU.

Assita Kanko (ECR). – Voorzitter, de regio Nagorno-Karabach staat op een breekpunt. Mijn hart bloedt als ik het zie. De levens van gewone burgers gaan verloren. Dit escalerende geweld is een weg naar nergens. Geen enkele militaire oplossing zal vrede brengen, alleen dialoog. Zoals de Armeense premier zei: “een staakt-het-vuren kan alleen worden ingesteld als Turkije wordt verwijderd uit de zuidelijke Kaukasus.”

We kunnen hier wel allemaal zeggen dat Turkije een belangrijke bondgenoot van de EU en een waardevol NAVO-lid is, maar hoeveel conflicten, urgenties en spanningen zijn er niet erger geworden door het handelen van Erdoğan? Hoelang zal het duren voordat de EU de moed vindt om eerlijk te spreken en Turkije laat zien dat zijn acties consequenties hebben? Turkije had een keuze. Het had zijn aanzienlijke invloed kunnen gebruiken om de spanningen te kalmeren. In plaats daarvan stuurt het strijders uit Syrië om de vlammen van het conflict verder aan te wakkeren.

De EU denkt misschien dat ze pragmatisme aan de dag legt wat Turkije betreft. In plaats daarvan toont ze alleen zwakte.

Martin Sonneborn (NI). – Herr Präsident! Ich möchte nicht vom Corona-Virus ablenken, aber gesundheitsgefährdender erscheint mir, ein friedliebendes, demokratisches Gemeinwesen zu überfallen und seine Wohngebiete mit Streumunition zu beschießen. Genau das praktizieren derzeit die Irren vom Bosphorus und aus Baku in Bergkarabach. Sie killen die Risikogruppe der Armenier, unabhängig von Alter, Gewicht und Vorerkrankungen.

Ich möchte mich nicht mit Aserbaidschan aufhalten. Der Kaputtnik-Staat ist mit den europäischen Werten allein über Erdölleitungen verbunden. Was immer Baku dort verbricht, verbricht es dank Erdoğan, der sich wild entschlossen zeigt, einen vor 100 Jahren begonnenen Genozid nun zu vollenden. Unfassbar, dass die EU, dass wir ihn immer noch als Partner sehen, während er mit dschihadistischen Söldnern Terror verbreitet – im Kaukasus, Irak, Syrien, Libyen und im Mittelmeer.

Als inoffizieller Sprecher der fraktionslosen Abgeordneten erkenne ich hiermit die Republik Arzach offiziell an. Mögen andere folgen und ihr den Schutz der Völkergemeinschaft verschaffen, der ihr viel zu lang versagt geblieben ist. Die EU aber sollte den Friedensnobelpreis zurückgeben und sich als Lohn (*der Präsident unterbricht den Redner*) um die Neville Chamberlain-Gedächtnismedaille bewerben.

Michael Gahler (PPE). – Herr Präsident! Ein scheinbar eingefrorener Konflikt um Nagorny-Karabach ist plötzlich wieder heiß geworden. Alle rufen zu einem Stopp der Kampfhandlungen auf und zu einer Rückkehr zum vereinbarten Minsk-Format. Die Prinzipien der territorialen Integrität und der Selbstbestimmung stehen sich hier gegenüber. Der Minsk-Prozess sollte eigentlich eine Lösung herbeiführen. Ich hoffe, wir lernen daraus, die anderen angeblich eingefrorenen Konflikte nicht einfach sich selbst zu überlassen, sondern präventiv tätig zu werden.

Was hat sich verändert, seit sich Anfang der 90er Karabach für unabhängig erklärt und Armenien durch die Besetzung aserbajdschanischen Territoriums einen territorialen Lückenschluss zu der Enklave herbeigeführt hat?

Der Unterschied ist heute, dass das fragile Gleichgewicht einseitig durch die Türkei verändert wird und zwar durch unbedingte militärische und politische Solidarität mit dem Regime Aliyev und wohl auch durch den Transfer islamistischer Kämpfer aus Syrien nach Aserbaidschan, die dort zum Einsatz kommen.

Ich finde, da kommt das NATO-Mitglied Türkei auch Russland gefährlich nah. Angesichts der tragischen Geschichte hat die Türkei allen Anlass, auch nur den Anschein zu vermeiden, dass sie hier gegen Armenier vorgeht.

Ich fordere die EU auf, Verbündete in der Weltgemeinschaft zu finden, um gemeinsam einen Waffenstillstand und Verhandlungen zu erzwingen. Vielleicht muss man eine Internationalisierung in der Form anstreben, dass UN-Blauhelme oder eine OSZE-Friedenstruppe dauerhaft dafür sorgen, dass beide Seiten getrennt bleiben, die Menschen in Bergkarabach selbstbestimmt dort bleiben und Aseris ungefährdet in ihre Heimat zurückkehren können.

Nacho Sánchez Amor (S&D). – Señor presidente, el señor Borrell se refería a la enorme cantidad de propaganda alrededor del conflicto y la dificultad para determinar los hechos.

Por eso, hacer un buen análisis seguramente es adecuado. Desde luego, esto no es una guerra de religión, como a veces se ha pretendido hacer creer, creando una cruzada, ni creo que sea particularmente útil volver a hablar de los asesinatos étnicos masivos de hace un siglo. Es un conflicto derivado de la Unión Soviética y de su disolución, y es una demostración de que lo que llamamos conflictos congelados, en este clima de calentamiento geopolítico global, pueden descongelarse y crear conflictos inmediatamente.

La participación de Turquía. Un primer efecto —se ha visto en este debate— es que nadie habla casi de Azerbaiyán, ni de Bakú, ni de Aliyev; parece que es un conflicto entre Turquía y Armenia y dejamos al lado a uno de los actores principales. El asunto principal de la participación de Turquía, incluso aunque no se pudiera confirmar la participación con el envío militar, es la retórica belicista. Turquía es el único país del mundo que se ha sumado a la retórica bélica y no al coro universal de voces que está llamando a un cese al fuego, a una desescalada y a retomar las negociaciones. Ese es nuestro papel, señor Borrell: en este nuevo clima con Turquía, exigir que Turquía se una a la comunidad internacional en esta posición... (*el presidente retira la palabra al orador*).

Malik Azmani (Renew). – Mr President, firstly on behalf of Renew Europe, I want to express my deepest sorrow for all civilians in Nagorno-Karabakh.

Secondly, I call on those who are responsible to end all violence, and let me be clear – an immediate ceasefire is paramount.

There are even indications that cluster ammunition has been used, and this is an absolute red line. There are also indications that Turkey is playing a growing role backing Azerbaijan. These are signs that Turkey has sent Syrian mercenaries and weapons, including offensive drones. I would like to ask Mr Borrell why this has not yet been confirmed, as the EU so many intelligence services with vast resources. I don't understand.

The European Council conclusions last week were very clear, Mr Borrell. You are responsible for finding a strong European response. Therefore, I would like to know: will we stay quiet or will we act to bring this violence to an immediate end?

There is no time to lose.

Jordan Bardella (ID). – Monsieur le Président, depuis plus de dix jours maintenant, les forces azerbaïdjanaises mènent une offensive contre le Haut-Karabakh. Aux pertes militaires s'ajoutent de nombreux civils qui, victimes de tirs de roquettes, de bombardement ou de drones kamikazes sont obligés de chercher refuge en Arménie voisine. Derrière ce conflit localisé, il faut être aveugle pour ne pas voir la main du sultan Erdoğan. Au risque de choquer, j'affirme ici que vous, dirigeants de l'Union européenne recherchez sans cesse à éviter l'opposition, vous tremblez de peur à l'idée de prendre de véritables sanctions à l'égard de la Turquie. Vous nous parlez d'Europe puissante lorsqu'il s'agit d'éoliennes ou d'accords commerciaux mais vous laissez un autocrate islamiste agir en toute impunité dans un espace impérial. Vous donnez des leçons de morale et d'état de droit à tout va, mais vous fournissez des subsides à un pays, la Turquie d'Erdoğan, qui refuse aujourd'hui de reconnaître le génocide arménien, ce qui devrait vous faire réfléchir au vu de la dimension religieuse et ethnique des affrontements en cours. Sanctionnez et faites enfin plier le sultan Erdoğan et vous verrez que le Haut-Karabakh, la Libye et la Méditerranée orientale s'en trouveront plus apaisés.

François Alfonsi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, l'agression menée par l'armée d'Azerbaïdjan et son allié turc contre le peuple arménien du Haut-Karabakh doit nous alerter et nous mobiliser.

Le peuple arménien a connu le pire avec le génocide perpétré par la Turquie en 1915. Il a subi un demi-siècle de domination soviétique et, depuis la chute du mur de Berlin, il aspire à la liberté et à la démocratie. Le Haut-Karabakh est un exemple de démocratie dans cette partie du monde, qui est celle d'un peuple dont la culture millénaire est menacée par la volonté d'hégémonie de ses voisins.

L'Europe est directement concernée car la montée en puissance de régimes dictatoriaux et liberticides à ses portes, finira par la menacer elle-même. Elle a les moyens de faire reculer les agresseurs en prenant des sanctions économiques lourdes, c'est ainsi qu'elle agit pour préserver les intérêts de Chypre et de la Grèce en Méditerranée, c'est ainsi qu'elle doit agir vis-à-vis de Bakou et d'Ankara pour venir en aide au peuple arménien aujourd'hui agressé.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, г-н Върховен представител, преди близо един век един велик воевода на ВМРО и български поет Пейо Крачолов Яворов пише за арменците следното: „... отломка нишожна от всякога храбър народ мъченик, дечица на майка робиня тревожна и жертви на подвиг чутовно велик...“. Това е част от стихотворението, посветено на арменския геноцид – едно от най-големите престъпления срещу арменския народ, все още непризнат и извършен от Турция.

Днес отново виждаме бруталната намеса на султана Ердоган. Ние виждаме как той със своята риторика, със своите наемници, които прехвърля, с оръжията, които прехвърля, с начина, по който говори, отново прави света за смях и отново е в основата на агресията. И тук е крайно време и Вие като Върховен представител, и този Парламент най-сетне да спрат с двуличното и двойствено отношение по отношение на президента Ердоган, на този кандидат-султан, на този диктатор. Защото когато трябва да се скарате на някой бананов диктатор, всички се обединяват, четат големи декларации, но когато говорим за Ердоган, всички тук или с малки изключения мълчат, срамуват се, не смеят да го кажат.

Разбира се, че нашите симпатии и сърцата ни ще бъдат винаги с народа на Армения и също така убедено вярвам, че символът на Армения Арарат отново трябва да се върне в Армения.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, the attack launched by Azerbaijan with the support of Turkey threatens the stability of the whole Caucasus.

The Commission must increase its pressure on Azerbaijan and Turkey to halt the military aggressions against the Armenian people and reject the use of violence to change the status quo in the region.

But the Commission must also call on the Member States that are selling weapons to Turkey that go to this conflict. Spain is the main Member State selling weapons to Turkey. This must be stopped by the Commission, Mr Borrell.

The conflict can and will be solved through constructive negotiation between the parties, but to reach a peaceful solution that must respect the self-determination right of the citizens in the Republic of Artsakh.

Traian Băsescu (PPE). – Domnule președinte, Armenia și Azerbaidjan nu pot ajunge singure la un compromis, dar vor ajunge cu siguranță la un război devastator. Grupul de la Minsk este divizat și, de aceea, inefficient. Federația Rusă susține principiul autodeterminării cu care ar justifica toate intervențiile în regiune: Transnistria, estul Ucrainei, Crimeea, Nagorno-Karabakh. De aceea, cred că soluția corectă pentru Uniunea Europeană, este o intervenție fermă alături de Franța și Statele Unite pentru ca Rusia să accepte o rezoluție a Consiliului de Securitate în sensul celor șase principii convenite la Madrid.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Δεν υπάρχει εμπόλεμη ζώνη στην ευρύτερη περιοχή, στην οποία να μη συμμετέχει Τουρκία: Λιβύη, Συρία, Ιράκ και τώρα Ναγκόρνο Καραμπάχ. Όχι μόνο δεν έχουν συμφιλιωθεί με την ιστορική αλήθεια, μη αποδεχόμενοι μία από τις χειρότερες τραγωδίες της ανθρώπινης ιστορίας, τη γενοκτονία των Αρμενίων, αλλά σήμερα εμπλέκονται ενεργά, μεταφέροντας τζιχαντιστές από τη Συρία στην εμπόλεμη ζώνη του Ναγκόρνο Καραμπάχ, για να πολεμήσουν στο πλευρό του Αζερμπαϊτζάν. Οι αποφάσεις του κυρίου Ερντογάν υπονομεύουν την επίτευξη εκεχειρίας και οδηγούν στην εκδίωξη πληθυσμών από τα πατρογονικά τους εδάφη.

Κύριε Borrell, όποιος πιστεύει ότι μπορεί να κερδίσει τον πόλεμο, δεν σταματά για να κάνει ειρήνη. Γι' αυτό πρέπει να παρέμβουμε δυναμικά τώρα. Πρέπει να αναλάβετε πρωτοβουλίες για να κατανοήσουν τα εμπλεκόμενα μέρη ότι οι κυρώσεις δεν είναι α λα καρτ για όσους παραβιάζουν το διεθνές δίκαιο, ακόμη και γι' αυτούς που κάποιες ευρωπαϊκές χώρες έχουν ειδικό οικονομικό συμφέρον. Πρέπει να επιτύχουμε τη λήξη των εχθροπραξιών και την επανέναρξη των διαπραγματεύσεων υπό την αιγίδα της Ομάδας του Μινσκ.

Klemen Grošelj (Renew). – Gospod predsednik! Spoštovani visoki predstavnik! EU se ponovno sooča s krizo v svoji neposredni sosesčini. Tokrat vre na vedno nestabilnem južnem Kavkazu, kjer se je ob pomoči Turčije odmrznil konflikt za Gorski Karabah.

Menim, da je prišel čas, ko mora Evropska unija končno pokazati različnim regionalnim igralcem, ki si želijo obnovljati takšne in drugačne imperialne sanje, ki so za vse druge navadna nočna mora, kje so meje naše potrpežljivosti.

Zato pričakujem, da EU enotno zahteva, tako od vojskujočih se strani kot njunih regionalnih sponzorjev, prekinitev oboroženih spopadov in začetek pogajanj za mirno rešitev krize. Ob tem pa jim moramo zelo jasno povedati, da v nasprotnem primeru sledijo obsežne gospodarske sankcije.

Če kaj, ima EU ogromno gospodarsko moč, predvsem v regijah v neposredni sosesčini, in nastopil je čas, da jo tudi uporabi.

Nedavne izkušnje v vzhodnem Sredozemlju kažejo, da ima enoten in odločen nastop Evropske unije učinek.

Marco Dreosto (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, assistiamo con orrore e sgomento all'escalation di violenza che si sta verificando in questi giorni nel Nagorno-Karabakh. Condividiamo le parole dell'Alto rappresentante Borrel e le sue richieste di cessate il fuoco e di dialogo tra l'Armenia e l'Azerbaijan.

Siamo però molto preoccupati dall'invio da parte della Turchia di jihadisti siriani per combattere a fianco dell'Azerbaigian: centinaia, secondo alcune fonti addirittura migliaia, di ribelli siriani vicini ai movimenti islamisti mandati a combattere in quella Turchia che continua a destabilizzare intere aree geografiche, che vanno dalla Libia alla Siria.

Proprio per chiedere una ferma posizione da parte dell'Unione europea, ho confermato, insieme ad altri 48 deputati di tutti gli schieramenti politici, una lettera in cui si chiedeva all'Unione di avere una posizione ferma sulle interferenze turche in questo conflitto.

È stato già ricordato come l'Armenia sia la prima nazione cristiana della storia e la sua popolazione sia stata la prima a subire un genocidio in epoca moderna, proprio da parte dell'impero ottomano all'inizio del ventesimo secolo.

Cari colleghi, non lasciamo soli i nostri fratelli armeni, nuovamente vittime del sogno neo-ottomano del sultano Erdoğan.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Panie Przewodniczący! W zasadzie można było się spodziewać wybuchu tego konfliktu, bo było tylko kwestią czasu, by jedna ze stron zaatakowała, jeśli uzna, że ma przewagę militarną. Mimo to Unia jak zwykle wydaje się zaskoczona i bezradna.

W związku z tym chciałbym zapytać pana przewodniczącego, jakimi środkami – oprócz rezolucji potępiającej użycie siły, oprócz rytualnych wezwań do rozejmu i pokoju oraz naszych poselskich budujących wystąpień – dysponuje Unia Europejska, by znacząco wpłynąć na rozwiązanie tego konfliktu? Czy będąc głównym partnerem gospodarczym zarówno Armenii, jak i Azerbejdżanu dysponuje jakąś znaczącą soft power, nie mówię już o hard power, by pozytywnie wpłynąć na rozwój sytuacji w tym regionie? Czy wykorzystaliśmy dotąd tę soft power w dostatecznym stopniu? Czy też w ogóle jej nie mamy, co powinno nas skłonić do nieco bardziej realistycznej oceny naszej Unii.

(Die Aussprache wird unterbrochen)

6. Erste Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Bevor wir mit der Aussprache fortfahren, werde ich pünktlich um 10.30 Uhr die erste Abstimmungsrunde des heutigen Tages eröffnen.

Die Dossiers, über die wir nun abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde erfolgt von 10.30 Uhr bis 11.45 Uhr. Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den vorangegangenen Abstimmungsrunden; es ist allen Kolleginnen und Kollegen ausreichend bekannt.

Die Abstimmungen über die Billigung der Zuweisung neuer Zuständigkeiten des Exekutiv-Vizepräsidenten der Kommission Valdis Dombrovskis und die Billigung der Ernennung von Mairead McGuinness zum Mitglied der Europäischen Kommission finden in geheimer Abstimmung statt.

Die Mitglieder geben ihre Stimme in herkömmlicher Weise ab, allerdings ist aus dem Stimmzettel, den sie erhalten und unterschreiben müssen, nicht ersichtlich, wie sie abgestimmt haben, sondern nur, dass sie abgestimmt haben – in diesen beiden Fällen.

Alle übrigen Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Ich erkläre die erste Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können – wie gesagt – bis 11.45 Uhr abstimmen.

Die Ergebnisse dieser Abstimmungsrunde werden um 14.15 Uhr bekannt gegeben.

7. Die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan in Verbindung mit dem Bergkarabach-Konflikt (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan in Verbindung mit dem Bergkarabach-Konflikt (2020/2809(RSP)) fort.

Ιωάννης Λαγός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, αυτό που συντελείται αυτό το διάστημα στο Ναγκόρνο Καραμπάχ είναι η συνέχιση της γενοκτονίας των Αρμενίων από τους αιμοσταγείς Τούρκους. Η ερώτηση που έχω να κάνω προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και προς τον κύριο Borrell είναι η εξής: ως πότε θα ανέχεται το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο αυτή την απαράδεκτη στάση της Τουρκίας; Το έχει κάνει κατ' εξακολούθηση, συνεχίζει να το κάνει διαρκώς. Και όσο είμαι εγώ τουλάχιστον ευρωβουλευτής, εδώ και 16 μήνες, ακούω μόνο λόγια για την Τουρκία και δεν έχω δει ούτε μία πράξη.

Βλέπουμε, λοιπόν, ότι θέλουν να στείλουν αυτή τη στιγμή παρανόμως στρατό και όπλα στο Αζερμπαϊτζάν, προκειμένου να πλήξουν άμαχο πληθυσμό και να χτυπήσουν τους Αρμένιους, οι οποίοι έχουν το δικío με το μέρος τους. Και εδώ θα πρέπει να ξεκαθαρίσουμε ποιοι είναι αυτοί που επιτίθενται και ποιοι είναι αυτοί που αμύνονται, γιατί δεν μπορούμε να τους εξομοιώσουμε. Άλλοι κάνουν αναίτια επίθεση κι άλλοι προσπαθούν να ζήσουν και να αμυνθούν.

Πρέπει, λοιπόν, να εξετάσουμε την κατάσταση. Έχω να προτείνω στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να επιβάλει άμεσα σκληρές κυρώσεις στην Τουρκία και στο Αζερμπαϊτζάν και να χορηγηθεί άμεση βοήθεια από την Ευρωπαϊκή Ένωση και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο προς τον λαό της Αρμενίας, και με στρατιωτικό υλικό αλλά και χρηματική βοήθεια.

Τέλος, θα ήθελα να πω ότι έχω δηλώσει εμπράκτως ότι επιθυμώ να συμμετάσχω στην προσπάθεια του αρμενικού στρατού και να καταταγώ εθελοντικά για να πολεμήσουμε τον εχθρό, τον Τούρκο.

Rasa Juknevičienė (PPE). – Mr President, we need effective leadership to solve conflict. There are two ways to achieving peace over Nagorno Karabakh. There are two ways to achieving peace over Nagorno Karabakh: The first way, leaders of Azerbaijan and Armenia stop being hostages to this problem and find compromise themselves. However, there are very little chances this may happen unfortunately.

The second path, the democratic powers USA and EU both take over this responsibility. They bring both parties to the negotiating table by proposing clear, tailor-made political and economic plan for the future. If normalisation agreements were possible with Serbia and Kosovo, it is also possible with Armenia and Azerbaijan. We often speak about EU strategic autonomy, I support colleagues. This term will become meaningful only if it comes with EU strategic responsibility. So my question today, is the EU ready to take responsibility for peace in its neighbourhood, be it south or east?

Andreas Schieder (S&D). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident! Der Konflikt um Bergkarabach ist ein langjähriger und auch ein sehr komplizierter Konflikt. Natürlich verurteilen wir die Kämpfe, die aktuell stattfinden, und wir fordern auch einen sofortigen Waffenstillstand. Denn Krieg fordert viele zivile, unschuldige Opfer, Krieg ist vor allem keine Lösung zu diesem Konflikt.

Was es braucht, ist eine Lösung, die das Zusammenleben der verschiedenen Völkergruppen in der Region nachhaltig ermöglicht. Für Bergkarabach gibt es nur eine diplomatische und eine politische Lösung auf Basis des Völkerrechts. Die Minsk-Gruppe ist die internationale Plattform für diese internationalen Verhandlungen und muss daher auch genutzt werden.

Alle – Armenien, Aserbaidschan, Russland, und vor allem die aggressive Türkei – müssen für Deeskalation sorgen. Es braucht einen sofortigen Waffenstillstand und ein „zurück an den Verhandlungstisch“.

Bernard Guetta (Renew). – Monsieur le Président, nous entendons Arménie, guerre, Haut-Karabakh, et nous pensons évidemment à ce génocide toujours nié par l'État qui l'a perpétré.

Devant ces combats, c'est le souvenir de la douleur arménienne qui nous revient, mais attention, Staline avait dessiné les frontières intérieures de l'URSS, afin que chaque République ait une ou plusieurs minorités et que le Kremlin puisse diviser pour régner. Si nous acceptons aujourd'hui la mise en question de ces frontières devenues internationales, c'est toute l'ancienne ère soviétique qui serait bientôt en flammes.

Alors il ne s'agit pas de prendre parti, mais de ramener les belligérants à la table des négociations. Ce sera difficile. Oui, ce le sera. Mais raison de plus pour que nous, les Européens, nous y mettions avec les États-Unis et avec la Russie, qui a besoin de nous car de Minsk à Bichkek, en passant par Stepanakert, le fait est que M. Poutine perd de plus en plus la main.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Wysoki Przedstawicielu! Można zadać w kontekście tego konfliktu tradycyjne pytanie: *qui bono*. W czym leży interesie? Nie w interesie Ormian, nie w interesie Azerów, leży on w interesie Rosji. To Putin zaprasza od czasu do czasu prezydentów obu państw i jest takim sędzią, arbitrem, wychowawcą i prokuratorem. Myślę, że trzeba jasno stwierdzić, że ten konflikt to – poza oczywiście odmiennym interesami, poza historią – również kwestia po prostu interesu Kremla.

Myślę, że Unia Europejska powinna być bardziej aktywna, nie tylko w sensie rezolucji naszego Parlamentu (to dobrze) i głosu Komisji Europejskiej, ale być może wysłania misji pokojowej, misji rozjemczej, tak aby nie tylko Rosja była *playmakerem* w tym regionie.

Peter van Dalen (PPE). – Voorzitter, mijnheer Borrell, alstublieft, houdt u de oren en ogen open. Wat is hier aan de hand? Despoot Erdoğan wil het aloude Ottomaanse Rijk herstellen. Zijn agressie is in en buiten Turkije alom zichtbaar. Nieuwste slachtoffers: Armenië en Nagorno-Karabach. Erdoğans geweld kunnen we niet stoppen met praten.

Het is tijd dat de Europese Unie nu een streep in het zand trekt. Dat betekent sancties tegen het regime in Ankara. Geen woorden, maar daden dus. De tijd van praten, statements, Minsk-vergaderingen is voorbij. Ik sta naast het Armeense volk. Dat is door de harde Turkse vuist al heel lang geslagen. Denk aan 1915, de genocide.

We moeten nu actie nemen tegen Turkije, en dat is mijn vraag aan u.

Evin Incir (S&D). – Mr President, the conflict in, and over, Nagorno-Karabakh has, both historically and now in the current escalation of the conflict, deprived many people of their lives and children of the possibility to grow up in peace and security. It is vital that the hostility ends and the two parties to the conflict, Armenia and Azerbaijan, meet at the negotiation table rather than on the battlefield. There is no way other than a peaceful solution out of this long ongoing conflict.

International peace needs to be an international endeavour. It is therefore absolutely unacceptable that countries such as Turkey, for example, contribute with mercenaries, among other things, to worsen the situation even more. The EU is a region built on the idea that dialogue is the only way forward for long-lasting peace. It is our duty at the same time to take leadership for those ideas in our neighbouring countries. I am glad that the international community is ready to assist and the EU needs to support the ongoing process in the OSCE.

My questions to the High Representative are: first, what is the Commission doing to end the conflict, and, second, how are the discussions going with Erdoğan in Turkey, who has already caused too many conflicts in other regions?

Carlo Fidanza (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quella del Nagorno-Karabakh è una storia tormentata. Nel 1921 la regione, abitata in grande prevalenza da armeni cristiani, venne annessa all'Azerbaijan dai sovietici.

Dopo il crollo dell'URSS, nel 1991, gli armeni della regione votarono per l'indipendenza; il non riconoscimento da parte azera dell'esito di quel referendum ha provocato un lungo conflitto che oggi vive un'escalation che dobbiamo assolutamente fermare.

Si deve arrivare al cessate il fuoco, alla fine dell'aggressione militare azera, alla ripresa del processo di pace coordinato dal gruppo di Minsk e per farlo bisogna ridimensionare il ruolo della Turchia di Erdoğan, che vuole fare di questa regione un altro tassello del suo progetto neo-ottomano, non facendosi scrupoli di coinvolgere nel conflitto addirittura jihadisti provenienti dalla Siria.

Che a farlo sia un paese NATO, amareggia e fa riflettere; che sia addirittura un paese candidato alla preadesione all'Unione europea dovrebbe invece indurci, una volta per tutte, a chiudere questa pagina e a ritirare lo status di paese candidato alla Turchia.

Vladimír Bilčík (PPE). – Mr President, let me first express my sincere condolences to all of those who have lost their loved ones and friends in this conflict since it erupted in the Caucasus again. People are dying in the region and we must therefore do our utmost to seek peace – peace through international dialogue, diplomatic channels and ultimately a lasting solution to the conflict between Armenia and Azerbaijan.

Many speakers today have mentioned problems with Turkey. But the conflict in Nagorno-Karabakh has its true origins in Soviet times and in Moscow. What we in the EU once saw as a ring of European friends in our neighbourhood is turning into a ring of fire and enemies.

We cannot stand by and look at neighbourhood policy through the lenses of the last decade. If we do not change our approach to external relations, we shall remain spectators not just in Nagorno-Karabakh. It is high time to commit more resources to political and economic engagement on the ground, to our active communication, to debunking of disinformation about this conflict as well as strategic foresight. It is high time for true European foreign policy action.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, έχει καταντήσει κουραστικό να μιλάμε για τον διεθνή ταραχοποιό, την Τουρκία. Πίσω απ' όλες τις ταραχές βρίσκεται το καθεστώς της Τουρκίας, στη Νοτιοανατολική Μεσόγειο, στην Ελλάδα, στην Κύπρο, στη Συρία, στη Λιβύη και τώρα στην Αρμενία. Δυστυχώς, κάποιοι στην Ευρώπη θέλουν να επιβραβεύσουν την Τουρκία, η οποία συνετέλεσε στην καταστροφή της Συρίας, και επειδή φιλοξένησε τους πρόσφυγες που και εκείνη δημιούργησε. Πόσο υποκριτικό! Τώρα έχει δημιουργηθεί ένα πολύ μεγάλο ζήτημα στον Καύκασο, στο Ναγκόρνο Καραμπάχ, με πρωτοστάτη και πάλι την Τουρκία. Αυτός που υποφέρει είναι ο αρμενικός λαός. Βεβαίως, στο παιχνίδι αυτό πίσω από τη σκηνή εμπλέκονται και άλλοι παίκτες: η Ρωσία, το Ιράν, η Κίνα. Αλήθεια, η Ευρωπαϊκή Ένωση τι ρόλο διαδραματίζει; Τι ρόλο μπορεί να διαδραματίσει;

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, o conflito de Nagorno-Karabakh, em primeiro lugar, obriga-nos a enviar as mais sinceras condolências a todas as vítimas deste conflito, que não são apenas as de agora, mas são também as do passado. Mas se ele demonstra algo eu diria que podemos resumi-lo em duas ideias fundamentais: a primeira é que a União Europeia tem de atuar mais e mais fortemente junto da Turquia. Não podemos ter um conflito com a Grécia e com Chipre, não podemos ter a Turquia na Líbia, a Turquia na Síria, a Turquia no Curdistão e agora a Turquia no Cáucaso do sul. Isto é inaceitável! E, a segunda conclusão, Senhor Borrell, nós precisamos da União Europeia neste conflito. Este é daqueles conflitos em que nós podemos ter um papel ativo e desenvolver aquela que é a política externa europeia e é uma pena que estejamos a remeter a solução deste conflito para outras instâncias quando nós temos toda a capacidade para, junto da Arménia e do Azerbaijão, sermos mediadores credíveis.

Петър Витанов (S&D). – Г-н Председател, г-н Върховен представител, днес сутринта, докато идвах към залата, видях млади арменци с националния флаг. От другата страна вероятно се събират и азербайджанци. Дано тези хора ни помогнат да си дадем сметка за всички онези опасности, които произтичат от този конфликт, защото аз считам, че има няколко вида рискове.

Първо, за превръщането на този районен конфликт, бих казал, в междудържавен такъв – вече има индикации, че е надхвърлил района на Нагорни Карабах. За превръщането му в регионална война предвид воинствашата риторика на Турция, наемниците, джихадистите, които вече са там, и присъствието на Русия в Армения. И разбира се, да се превърне в елемент от глобалното противопоставяне.

Колко сериозно е положението, виждаме от общата позиция на САЩ, Русия и Франция. Необходимо е безусловно и моментално спиране на огъня и тук. Отговорността е на НАТО, която заедно в диалог с Русия, чрез омиротворяване на Турция и с участието на Европейския съюз през Франция, като съпредседател на Минската група, да намери решения за възстановяване на преговорния процес.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO*Vicepresidente*

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Borrell, οι εικόνες που φτάνουν από τα διεθνή πρακτορεία κοντά μας είναι σκληρές και αδυσώπητες. Νεκροί άμαχοι και δυνάμεις του Αζερμπαϊτζάν υποστηριζόμενες από Τούρκους στρατιωτικούς, στρατιωτικά ελικόπτερα, drones και μισθοφόρους τζιχαντιστές πανηγυρίζουν για κατάληψη εδαφών. Πραγματικά αναρωτιέμαι για πόσο ακόμα θα εξισώνουμε τον θύτη με το θύμα. Το Αζερμπαϊτζάν και η Τουρκία επιτίθενται και οι Αρμένιοι στο Ναγκόρνο Καραμπάχ αμύνονται. Φτάνει! Καμία ανοχή! Να κατανοήσουν όλοι όσοι κάνουν πλάτες στον Ερντογάν και τον Αλίεφ ότι εκτρέφουν ένα τέρας, το οποίο κάποτε θα βρούμε μπροστά μας.

Χθες, ο κύριος Ερντογάν έφτυσε στα μούτρα την Ευρώπη και ανοίγει το Βαρώσι, το κατεχόμενο Βαρώσι, ατιμώρητος από την Ευρωπαϊκή Ένωση και οι ευθύνες εδώ για κάποιους είναι ασήκωτες.

Στεκόμαστε δίπλα στον αρμενικό λαό. 105 χρόνια μετά τη γενοκτονία, η Τουρκία και ο σύμμαχός της Αλίεφ είναι και πάλι στο δρόμο του αρμενικού λαού. Αυτή τη φορά όμως θα μας βρουν όλους απέναντί τους.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, depuis le 27 septembre une guerre fait rage aux portes de l'Union européenne. L'armée azerbaïdjanaise a attaqué le Haut-Karabakh comme elle l'avait fait vis-à-vis de l'Arménie en juillet dernier.

Je vais avoir d'abord une pensée émue pour les populations civiles, terrorisées, blessées, tuées par les raids. Après de longs jours de sidération, la communauté internationale a enfin commencé à bouger. La CEDH a statué en urgence, de même, l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe a été on ne peut plus claire vis-à-vis des ingérences de la Turquie dans le conflit.

Notre message doit donc être parfaitement clair: cessation immédiate des combats, car l'escalade des hostilités met en danger la sécurité de toute la région, et fermeté totale à l'égard de la Turquie, qui attise et instrumentalise le conflit, y compris en payant des mercenaires syriens. Et enfin, depuis de nombreuses années, le Groupe de Minsk de l'OSCE parle de créer un chemin vers la paix. Ses efforts devront être largement plus déterminés pour éviter que l'histoire du génocide arménien ne se répète. L'Union européenne doit être à l'avant-poste pour qu'un règlement pacifique voie le jour.

VORSITZ: OTHMAR KARAS*Vizepräsident*

Geoffroy Didier (PPE). – Monsieur le Président, après la Syrie, la Libye et la Méditerranée orientale, le gouvernement turc poursuit méthodiquement son expansionnisme politique et culturel, cette fois dans la région du Haut-Karabakh. Le leader turc attise des tensions régionales déjà très fortes et provoque, un siècle après un génocide, de nouvelles victimes, notamment arméniennes.

Face à ces agissements je pose ici la question au Parlement européen: où est l'Europe, Monsieur le Commissaire? Quelles sont les réponses effectives de fermeté face à ce dirigeant nationaliste et conquérant qui, aux portes de l'Europe, est en train de bafouer nos valeurs et nos principes?

Avec, à mes côtés, de nombreux parlementaires et notamment de la délégation française du PPE je l'ai dit et je le redis ici, il n'est pas admissible que l'Europe n'ait toujours pas abandonné de manière définitive le processus d'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Cet abandon, et non pas la seule suspension, est désormais une exigence et ce pour une raison simple: l'Europe n'est pas un jouet et nos valeurs, nos principes, ce qui fonde notre civilisation et notre héritage culturel, ne se négocient pas.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, θεωρώ τον κύριο Borrell έναν κορυφαίο και έμπειρο πολιτικό και προτού χαρεί για τα καλά μου λόγια, θα του πω ότι οι κορυφαίοι και οι έμπειροι πολιτικοί είναι για τα δύσκολα, τα πολύ δύσκολα. Κατά την άποψή μου, λοιπόν, πρέπει να πάρει πρωτοβουλία για να επιβληθεί ευρωπαϊκό εμπάργκο στην πώληση οπλικών συστημάτων στην Τουρκία, γιατί βλέπουμε το ρόλο της Τουρκίας στο Ναγκόρνο Καραμπάχ, και τον βλέπουμε και γενικότερα στη Συρία, στη Λιβύη, στην Ανατολική Μεσόγειο.

Η πρότασή μου δεν είναι ιδιαίτερα πρωτότυπη, γιατί ήδη ο Καναδάς, ο οποίος έχει προμηθεύσει την τεχνολογία για τα τουρκικά drones που χρησιμοποιούνται στον πόλεμο μεταξύ Αζέρων και Αρμενίων, έχει επιβάλει πάγωμα των εξαγωγών, έστω και καθυστερημένα. Θα με ρωτήσετε τι θα γίνει με τις θέσεις εργασίας, για παράδειγμα στην Ισπανία, όπου κατασκευάζεται τουρκικό αεροπλανοφόρο. Νομίζω ότι η λύση σε αυτά τα ζητήματα είναι μία κοινή ευρωπαϊκή πολιτική άμυνας.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, το Αζερμπαϊτζάν, παραβιάζοντας τη συμφωνία εκεχειρίας και το διεθνές δίκαιο, αιφνιδίως και αναίτιως, επιτέθηκε εναντίον των Αρμενίων του Ναγκόρνο Καραμπάχ, υποβοηθούμενο από Σύρους τρομοκράτες και έχοντας τη σταθερή, φανερή στήριξη και υποστήριξη της Τουρκίας. Η ιστορία, αγαπητοί συνάδελφοι, είναι αμείλικτη και αδέκαστη απέναντί μας. Η ανθρωπότητα πριν από έναν αιώνα αδιαφόρησε για τις εγκληματικές ενέργειες των Νεοτούρκων, και τούτες οδήγησαν στην αρμενική γενοκτονία και τη γενοκτονία των Ελλήνων του Πόντου. Η ιστορία μας καταχώρισε στις μαύρες σελίδες της γενοκτονίας, αλλά ταυτόχρονα καταχώρισε και αυτούς που εγκληματικά αδιαφόρησαν όταν αυτές συντελούνταν. Αποτελεί ιστορικό χρέος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά και υπέρτατο καθήκον, να αναχαιτίσει τις εγκληματικές ενέργειες των Τούρκων και των Αζέρων εναντίον των αδελφών μας Αρμενίων.

Τι κάνει Ευρωπαϊκή Ένωση, αγαπητέ κύριε Borrell, σήμερα; Ο υπέροχος και περήφανος αρμενικός λαός, με τη μακρά ιστορική παρουσία του και με την τεράστια προσφορά του στον πολιτισμό και στην ανθρωπότητα, αξίζει και δικαιούται τη σταθερή συμπαράστασή μας. Γι' αυτό σήμερα, από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, από την καρδιά της Ευρώπης, της ελευθερίας και της δημοκρατίας, σας καλώ να στείλουμε ένα ισχυρό μήνυμα. Όλοι μας με μια φωνή, σήμερα, διαμηνύουμε και διατρανώνουμε ότι είμαστε όλοι Αρμένιοι! Στεκόμαστε δίπλα στην Αρμενία και δίπλα στον αγωνιζόμενο, δοκιμαζόμενο αρμενικό λαό, εναντίον των Αζέρων και των Τούρκων.

Anna-Michelle Asimakopoulou (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, πριν από μόλις λίγα λεπτά ανακοινώθηκε μια ιστορική απόφαση της ελληνικής δικαιοσύνης σχετικά με το νεοαζιτικό κόμμα της Χρυσής Αυγής. Η καταδίκη του φασιστικού μορφώματος της Χρυσής Αυγής ως εγκληματικής οργάνωσης είναι μια νίκη της ίδιας της δημοκρατίας. Την κρίσιμη στιγμή η παράταξή μου, η Νέα Δημοκρατία, με τον πρώην πρωθυπουργό της Ελλάδας, Αντώνη Σαμαρά, είχε το θάρρος και βρήκε τον τρόπο να αντιμετωπίσει τη Χρυσή Αυγή, ανοίγοντας τον δρόμο για να κάνει η δικαιοσύνη σήμερα το καθήκον της.

Η Ευρώπη στο παρελθόν άργησε να βρει το θάρρος και τον τρόπο να αντιμετωπίσει τον Χίτλερ και το αποτέλεσμα ήταν το Ολοκαύτωμα των Εβραίων. Και τώρα, ενώ σύσσωμη η διεθνής κοινότητα ζητά την κατάπαυση του πυρός στο Ναγκόρνο Καραμπάχ, μόνο ο Ερντογάν δηλώνει ότι θα στηρίξει τους Αζέρους κατά των Αρμενίων με κάθε δυνατό τρόπο. Και ρωτώ, κύριε Borrell, τι θα πει «με κάθε δυνατό τρόπο», όταν το λέει ο Πρόεδρος μιας χώρας που δεν αναγνωρίζει καν τη θηριωδία και το φρικαλέο έγκλημα κατά της ανθρωπότητας που συνιστά η γενοκτονία των Αρμενίων; Ας μην επαναλάβουμε, λοιπόν, τα λάθη του παρελθόντος, ας βρούμε επιτέλους το θάρρος και τον τρόπο να αντιμετωπίσουμε τον Ερντογάν προτού να είναι αργά.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, αντιπρόεδρε Borrell, η σύρραξη στο Ναγκόρνο Καραμπάχ ενθαρρύνεται απροσημάτιστα από την Τουρκία και κοστίζει δεκάδες, εκατοντάδες ζωές αμάχων, γιατί στο Ναγκόρνο Καραμπάχ επιχειρείται εξόντωση του αρμενικού πληθυσμού, του πολύπαδου εκείνου κόσμου που στάθηκε απέναντι στην ιστορία και δουλεύει ειρηνικά, που έχει ριζώσει εκεί, ενώ η Τουρκία δεν αναγνωρίζει τη γενοκτονία.

Κύριε αντιπρόεδρε, υπάρχουν βόμβες διασποράς στο Ναγκόρνο Καραμπάχ, υπάρχουν άμαχοι που σκοτώνονται στο Ναγκόρνο Καραμπάχ, υπάρχουν μαχητές που χρηματοδοτούνται από την Τουρκία και ήρθαν από τη Συρία στο Ναγκόρνο Καραμπάχ, και αν έχουμε την πρώτη εντύπωση ότι η Τουρκία αντιπαράκειται με τη Ρωσία στην περιοχή, εν τέλει Τουρκία και Ρωσία υπηρετούν τον ίδιο στόχο: τον περιορισμό της διαφοροποίησης των ενεργειακών πηγών της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Δεν αρκούν λοιπόν οι διαπιστώσεις μας και οι εκκλήσεις αποκλιμάκωσης. Οφείλουμε ως Ευρωπαϊκή Ένωση να εμπλακούμε ενεργά στην περιοχή του Καυκάσου, με γνώμονα τις αρχές μας, και να υπερασπιστούμε τα συμφέροντά μας. Κάποιος είπε εδώ ότι ήρθε η ώρα να κλείσουν οι πληγές της ιστορίας. Κυρίως, ήρθε η ώρα να αναγνωριστεί στον αρμενικό λαό αυτό που του αναλογεί στη μετασοβιετική εποχή: τα δικαιώματά του.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, I would like to thank the honourable Members for their interesting and engaging remarks. I think your message is clear. It has been repeated 65 times, with different voices, but expressing the same concern and the same request to act. Next Monday, I will bring your voice to the Foreign Affairs Council in Luxembourg, where we will have to follow up on the situation and see what we can decide about it.

But the European Council has made it very clear that they consider that the frame in which to mediate and to act on this conflict is the OSCE Minsk Group Co-Chairs. This was clearly what the European Council said. They asked me to support the work of the OSCE Minsk Group Co-Chairs. That's what we are doing. But we have to allow this group of people to work because it is the only group that is being recognised by the two sides.

I think that Mr Bütikofer is right when he says that there are some new things in this conflict. One is that the Americans are withdrawing and Turkey is taking a stronger, much more assertive, position. The European Council also discussed the relationship with Turkey – and I invite you to listen to the conclusions of the European Council – and said that, in December, we will take stock of the evolution of the situation in the Eastern Mediterranean and all the conflicts in which Turkey is more or less involved in order to take decisions on how we continue our relationship with the country. We are going to continue calling for a ceasefire and I will bring your voice to the Foreign Affairs Council of Ministers. We will remind both sides of the obligation to protect civilians under international humanitarian law and keep working with Turkey in order to build a constructive contribution to the conflict settlement and help the efforts to stop the hostilities.

We have a Special Representative for the South Caucasus, who is there and who is in touch with both sides. Yesterday, the Turkish Minister was in Baku and I was really concerned when I saw that he was expressing full support for Azerbaijan. My last talk with the Azerbaijan Minister was also very worrying because he was clearly saying that the fight will continue until Armenia accepts a concrete schedule for withdrawing from Nagorno-Karabakh, which is a precondition for talks. It is very difficult. The situation is becoming worse and worse.

All of you have been asking us to act, but I've been hearing very few concrete versions of the verb 'act'. What do you mean by 'act'? We can do what we can do, but this is the way that we have to take this situation. We'll do whatever we can do in order, as I said, to support the OSCE Minsk Group Co-Chairs, which is the frame that the European Council decided to support in order to look for a negotiated solution, pushing both sides to end the fighting, and especially putting pressure on Turkey not to continue intervening.

But by act if you mean take military action, that is completely out of the question. We are going to do what we can do as the European Union with the resources that we have on the diplomatic arena, and wait for December, as decided by the European Council, and see what happens from now until December to review our relationship with Turkey. This is what the European Council decided after a long discussion on Turkey and our relations with Turkey and I have to stick to that. I will obey, and I will try to implement, the mandate of the European Council in order to support the OSCE Minsk Group Co-Chairs that I hope this week will have meetings with the Foreign Affairs Minister of Azerbaijan and I hope also with Armenia.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Kinga Gál (PPE), írásban. – Állampolgáraink biztonsága mindnyájunk elsődleges szempontja Európában. Ehhez fontos a szomszédságunkban lévő térség stabilitása, biztonságának és békéjének megőrzése. Az első számú cél a harcok beszüntetése kell, hogy legyen. Tűzszünetet kell kötnie a feleknek és vissza kell térni a tárgyalóasztalhoz, az erőszak sehova sem vezethet, csakis békés tárgyalások útján lehet rendezni a helyzetet. Az EU-nak támogatni kell a béke irányába tett lépéseket. Közös felelősségünk a stabilitás feletti őrködés, főleg ha a konfliktus egy hozzánk közeli régióban bontakozik ki, amely az emberéleteken túl újabb migrációs hullámokat is kiválthat.

Sandra Kalniete (PPE), in writing. – I am genuinely concerned about the rapid development of the armed conflict over Nagorno-Karabakh and believe that the only way to end the escalation is to end hostilities and begin to seek the resolve of the conflict by diplomatic means. The conflict claims lives of innocent people, hampers the development of the whole region and threatens European energy stability. I would like to emphasise that the armed conflict can only be resolved peacefully and in accordance with the principles of international law and the Basic Principles of the OSCE Minsk Group. It is important that both parties to the conflict, Armenia and Azerbaijan, enter into negotiations for a peaceful solution to the conflict at the highest level.

Gheorghe-Vlad Nistor (PPE), in writing. – The state of conflict between Armenia and Azerbaijan in Nagorno Karabakh is escalating with every passing day. I cannot stress the importance of the South Caucasus for the European Union enough, as we have managed to construct partnerships with most countries from that region. Its volatility should be of greatest concern to the EU; we must be an active part of the process that will secure a ceasefire and a lasting peace between those two countries. This future agreement must also settle the status of Nagorno Karabakh, with highest regard to both international law and the realities on the ground. Far too many unresolved disputes and frozen conflicts are scattered in the European Union's neighbourhood. These can easily turn violent and can fall under the influence of countries with unfriendly attitudes towards our Union. The main causes behind most frozen conflicts in the region are the actions of Russia, under all its historical avatars. We are also concerned about Turkey's implication in this long-lasting dispute. Its support for one of the sides has the capacity to prolong and intensify this conflict. Today we are witnessing the legacies generated by painful historical abuse and a continuum of poisonous interference.

Janina Ochojska (PPE), na piśmie. – Konflikt w Górskim Karabachu, którego jesteśmy świadkami, to tak naprawdę wynik zamrożonego konfliktu, który przez wiele lat nie został rozwiązany ani nie zostały podjęte odpowiednie negocjacje prowadzące do zakończenia sporu. W konsekwencji na naszych oczach giną cywile, niszczone są ich domy, a wielu z nich staje się uchodźcami, którzy w poszukiwaniu bezpiecznego schronienia poza swoim miejscem zamieszkania porzucają dobytek całego swojego życia. Wszyscy chcemy zaprzestania eskalacji konfliktu oraz rozpoczęcia rozmów negocjacyjnych, a perspektywa wojny budzi nasze szczególne zaniepokojenie.

Oczywiste jest, że kwestia Górskiego Karabachu wymaga natychmiastowego działania. Chciałabym zwrócić uwagę na fakt, iż kwestie tak zwanych „zamrożonych” konfliktów są gorąco dyskutowane jedynie w momencie, gdy dochodzi do nasilenia działań, w tym działań zbrojnych. W związku z powyższym chciałabym zaproponować, abyśmy poświęcili więcej uwagi tego rodzaju konfliktom, szczególnie ze względu na fakt, iż niektóre z nich leżą w bezpośrednim sąsiedztwie UE. Proponuję, abyśmy już teraz wsparli negocjacje między stronami sporów, zanim dojdzie do eskalacji kolejnych konfliktów.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Azerbajdžanská invázia do Náhorného Karabachu si už vyžiadala niekoľko stoviek životov vrátane civilného obyvateľstva. Sú ničené kostoly a kultúrne pamiatky. Medzinárodné spoločenstvo vrátane Európskej únie by sa nemalo prizeráť, ale musí sa aktívne zasadiť za ukončenie bojov a prešetrenie prípadných zločinov. Násilie nie je nikdy riešením, to sa dá nájsť len za rokovacím stolom.

Bettina Vollath (S&D), schriftlich. – Seit über einer Woche herrscht im Vorhof Europas ein neuer alter Krieg – und kaum jemand spricht darüber. Seit zehn Tagen gibt es zwischen Armenien und Aserbaidschan wieder bewaffnete Auseinandersetzungen. Gegenstand des Konflikts: die Region Bergkarabach. Über 286 Menschen wurden dort in den Kämpfen bisher getötet – mindestens 46 davon Zivilist*innen. Die Bevölkerung in Bergkarabach leidet seit Jahrzehnten unter diesem Konflikt, der nun abermals einen traurigen Höhepunkt erreicht. Schätzungen zufolge musste bereits mehr als die Hälfte der etwa 75 000 Bewohner*innen von Bergkarabach vor den Kämpfen fliehen. Dauern diese weiter an, werden wohl noch mehr Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Damit diese grausige Statistik nicht immer höhere Zahlen beinhaltet, brauchen die Menschen sofort eine Waffenruhe! Beide Seiten müssen die Kampfhandlungen einstellen und das Waffenstillstandsabkommen von 1994 achten. Außerdem rufen wir alle ausländischen Parteien dazu auf, ihre Einmischung in den Konflikt umgehend zu beenden. Es darf nicht sein, dass ausländische Aggressoren wie die Türkei Söldnertruppen aus Syrien in das Kampfgebiet schicken und so weiter Öl ins Feuer gießen.

Stattdessen müssen beide Parteien das Vorhaben der Minsk-Gruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterstützen, die Verhandlungen schnellstmöglich wiederaufzunehmen. Das Ziel ist also klar: Kampfhandlungen beenden, Menschenleben schützen und Verhandlungen wiederaufnehmen.

8. Diplomatische Mission der EU in Venezuela im Hinblick auf mögliche Wahlen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur diplomatischen Mission der EU in Venezuela im Hinblick auf mögliche Wahlen (2020/2810(RSP)).

Die Vorgangsweise im Hinblick auf blaue Karten und spontane Wortmeldungen ist die gleiche wie in den anderen Debatten.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, I think I can speak in Spanish because I believe that the majority of members who are going to follow this debate speak Spanish very well.

So, if you don't mind, I will use the Spanish language, which, after all, is the second most spoken language in the world.

Señor presidente, señoras y señores diputados, este Pleno ha abordado ya muchas veces las diversas crisis que golpean a Venezuela. Y el paulatino colapso de lo que una vez fue uno de los países más ricos del mundo occidental, del hemisferio occidental, es hoy una de las grandes tragedias de nuestra época, por lo que no puedo sino compartir su interés y su preocupación por la situación en la que se encuentra el pueblo de Venezuela. Y no solo Venezuela, sino toda la región, que se ve afectada por el número extraordinario de personas que han dejado ese país.

Conocemos de sobra la situación en Venezuela: cómo la sociedad venezolana se encuentra profundamente fracturada, también políticamente. Ni siquiera la propia oposición tiene la unidad necesaria para hacer frente a esta dramática situación; una situación que nos han descrito bien los recientes informes de la misión de investigación y, sobre todo, de la Oficina del Alto Comisionado de las Naciones Unidas para los Derechos Humanos. Y es obvio decir -lo hemos dicho muchas veces- que condenamos la violación de los derechos humanos en Venezuela y por esta razón es por la que hemos estado trabajando con la sociedad civil de ese país desde hace mucho tiempo y en particular durante este verano.

No voy a detenerme en explicar cuál es la situación política en Venezuela —la conocen ustedes de sobra—, pero quiero centrar mi intervención en el título de la interpelación y explicarles el desarrollo de los acontecimientos desde el pasado mes de julio, cuando empezamos una tarea, en coordinación con los Estados miembros de la Unión Europea y con el apoyo de los socios latinoamericanos del Grupo Internacional de Contacto, para tratar de ayudar a encontrar una solución democrática y pacífica a la situación por la que pasa Venezuela. Y el primer paso para intentar -intentar, digo bien, intentar- salir del punto muerto político en el que se encuentra Venezuela era promover el marco para unas elecciones legislativas creíbles, en el caso de que tal cosa fuera posible.

Pero créanme, no me he lanzado al ruedo como un espontáneo, armado con mi simple muletilla. Empecé a hacerlo porque así me lo pidió el G4, dirigido por el presidente Guaidó, para que trasladase al régimen las condiciones mínimas que la oposición consideraba necesarias para poder participar en un proceso electoral creíble. Así lo hice y, durante todo el mes de agosto, durante todo el verano, he mantenido contactos por videoconferencia, telefónicos, tanto con el G4 como con otros líderes de la oposición, como, por supuesto, con el Gobierno del señor Maduro, y de todo ello he hecho declaraciones públicas, tanto en foros formales como en la reunión ministerial del Grupo Internacional de Contacto, que tuvo lugar a la vuelta del verano el 17 de septiembre, y en el Consejo de Asuntos Exteriores del 21 de septiembre. Durante el mes de agosto emití comunicados explicando que no se daban las condiciones para que se pudieran considerar como libres y participativas las elecciones convocadas para el 6 de diciembre, pero, al mismo tiempo, insistí tanto al Gobierno como a la oposición en que debían intentar encontrar una aproximación de sus posiciones para hacer posibles unas elecciones en las que la Unión Europea pudiese participar como observador. Toda esta información es pública y lo ha sido siempre.

A la vuelta del verano, uno de los líderes de la oposición, el señor Capriles, manifestó su intención de participar en las elecciones si se daban las condiciones para ello, al mismo tiempo que otros, empezando por el propio presidente Guaidó, ya consideraban imposible que eso pudiera ocurrir, pero no estaban en contra de que se intentase prolongar el plazo electoral para poder seguir negociando y para poder seguir considerando la posibilidad de una observación electoral por nuestra parte, cosa que solamente podía ocurrir, como ustedes saben muy bien, si previamente se daban las condiciones necesarias para ello.

En la reunión del Grupo de Contacto y en el Consejo de Asuntos Exteriores tuve el mayor apoyo para continuar los contactos con el Gobierno para ver si era posible acordar una prolongación del plazo electoral, como condición imprescindible para cualquier otra cosa, porque, como ustedes saben, una misión de observación electoral pasa primero por enviar una misión de exploración electoral, que vuelve con un informe sobre si se dan o no las condiciones necesarias para poder enviar una misión de observación. La decisión de mandar la misión de observación va precedida por una misión de exploración que analiza la situación sobre el terreno, y eso lleva un mínimo de cinco o seis meses y, por lo tanto, cualquier intento era incompatible con la fecha del día 6 de diciembre. Había pues que explorar la posibilidad, con lo que todo el mundo estuvo de acuerdo, de que esas elecciones se pospusieran.

Y, para acelerar los contactos, que -insisto- se han venido desarrollando por teléfono y videoconferencia durante tres meses, decidí enviar a dos funcionarios de nuestro Servicio de Acción Exterior para que sobre el terreno contactaran con todos los actores políticos y vieran cuál era el estado de la situación. Eso ha creado una cierta extrañeza en algunas de sus señorías, como si fuera algo novedoso. Pero esto es una práctica diplomática totalmente habitual. Durante el pasado año hubo tres misiones del Grupo Internacional de Contacto con diversos formatos, todas ellas dirigidas por un alto funcionario de la Unión Europea y con el mismo objetivo que esta última. El Gobierno noruego, con el que hemos colaborado, también ha enviado varias misiones para intentar desbloquear el estancamiento político, la última también durante el verano pasado. Esta misión, antes de salir, informó por escrito a los Estados miembros de la Unión Europea, de manera que eso de llamarla clandestina..., vamos, que yo sepa las actividades clandestinas no se comunican por escrito a todos los Estados miembros antes de que tengan lugar. Y en Venezuela estos dos altos funcionarios se reunieron con toda una amplia gama de representantes de sectores. Hablaron y escucharon a más de setenta personas. Para ser secreta, no ha habido ningún problema en difundir su actividad todo lo que ha sido necesario.

Por supuesto, se reunieron con el presidente de la Asamblea Nacional, el señor Guaidó, presidente encargado del país, que apoyó los esfuerzos para contribuir a lograr, a intentar lograr, un aplazamiento electoral, siendo muy escéptico al respecto. Se reunieron con todas las fuerzas de la oposición, empezando por el G4. Los representantes de este grupo insistieron en las condiciones necesarias para unas elecciones democráticas y transparentes, que me adelantaron y que yo mismo transmití al Gobierno durante mis contactos en julio y agosto. Y además mantuvieron conversaciones con el antiguo jefe de gabinete del señor Guaidó, el señor Roberto Marrero, recientemente liberado de prisión y que lamentablemente no ha sido autorizado a venir a España, como era su deseo. También se reunieron con don Henrique Capriles y dos de sus colegas. Instaron a la Unión Europea a mantener abiertos todos los canales de comunicación y aprovechar esta oportunidad para evitar, intentar evitar, que Venezuela vaya todavía más hacia un caos político y social que la asola. Tuvieron la ocasión de entrevistarse con dos representantes del régimen de Maduro, el ministro Rodríguez y el gobernador del Estado de Miranda, Héctor Rodríguez, en respuesta a la invitación extendida por el régimen a la Unión Europea para observar las elecciones de diciembre. Sí, tuvimos una petición concreta; es la primera vez que se pide a la Unión Europea que observe las elecciones.

Primero, pidieron una misión de acompañamiento electoral. Les explicamos que tal cosa no existía, que la Unión Europea tiene unos procedimientos reglados, establecidos, que no acompaña, que observa. Y eso, como les he dicho, pasa por un proceso muy pautado de, primero, una exploración y, después, en su caso, la observación. Les explicamos que si querían estudiar las posibilidades de una misión de observación electoral había que pasar por este proceso y que eso, inevitablemente, conllevaba un atraso, porque, de lo contrario, no teníamos nada de lo que hablar.

Los funcionarios allí desplazados no estaban para negociar, sino simplemente para transmitir este importante mensaje a todos los sectores políticos y recibir su respuesta. También se mantuvieron contactos con representantes de la llamada Mesa de Diálogo Nacional y con Henri Falcón. Fue el único grupo en contra del aplazamiento de las elecciones. Mantuvieron reuniones con la Conferencia Episcopal Venezolana, que desempeña un papel clave en la sociedad, y que ya saben que ha pedido que la oposición participe en el proceso electoral y en la provisión de asistencia al pueblo venezolano ante la actual crisis humanitaria. Los representantes de la Conferencia Episcopal, tal como habían declarado mediante carta publicada hacía algunas semanas, alertaron de que, si se dejaba pasar la oportunidad de presentarse a estas elecciones, se dejaría el espacio político vacante y el control absoluto de todas las instituciones al régimen de Maduro. Se reunieron con interlocutores de la sociedad civil, del mundo académico y del mundo empresarial. Y creo que en Caracas hubo un amplio apoyo a la labor de esa misión y a los esfuerzos de la Unión Europea para ayudar a lograr el espacio necesario para el diálogo, que sigue siendo nuestro objetivo. Porque la Unión Europea es considerada por todos los interlocutores, o por la mayoría de ellos, como el único actor que puede hablar con todas las facciones y que puede hacerlo con credibilidad. Y eso es lo que pretendemos los que defendemos una Unión con una dimensión geopolítica.

El otro mensaje claro que recibimos es que la gran mayoría de la oposición apoyaría un aplazamiento de las elecciones para dejar tiempo para mejorar las condiciones en que estas pudiesen celebrarse, lo cual quizá nos hubiera permitido enviar una misión de observación electoral. Pero la opinión predominante es que, aunque claramente la decisión de aplazar las elecciones por sí sola no es una solución, sería una manera de mantener la puerta abierta a la negociación política. Sin embargo, como ustedes saben, el Gobierno, después de esa misión, ha contestado de una manera clara y rotunda, diciendo que de ninguna manera van a posponer las elecciones porque la Constitución de Venezuela se lo impide, ya que hay un mandato muy claro de que se deben hacer en una fecha determinada, antes de que acabe este año, lo cual, obviamente, cierra cualquier posibilidad a que el diálogo continúe en la perspectiva que antes les he explicado.

Creemos que la única manera de salir del *impasse* en el que se encuentra Venezuela será a través del diálogo y la negociación política entre las fuerzas venezolanas. No habrá un único acontecimiento catártico que haga desaparecer las múltiples crisis que azotan al país. Y nuestro papel, nuestra voluntad, es ayudar a encontrar una vía que responda a las necesidades y a las propias demandas del pueblo venezolano. Y, después de lo que ha ocurrido y he escuchado a unos y a otros, y, en particular, después de haber recibido, no como respuesta a nuestras cartas, que respondían a la suyas, sino como declaraciones públicas, el mensaje de que las elecciones no se van a posponer, la Unión Europea, evidentemente, no podrá ni siquiera plantearse, ni siquiera plantearse, el envío de la misión de observación electoral. Eso requeriría no solo el respeto a los estándares democráticos, que —como ya he declarado en varias ocasiones— no se dan o no se daban y siguen sin darse, puesto que no ha sido posible modificarlos, sino también, como he explicado, un calendario realista.

Creo que el comunicado de prensa del régimen de Maduro, que se niega a aplazar las elecciones argumentando que no puede hacerlo por mandato constitucional, solo sirve para empeorar la situación política en Venezuela. Seguiremos apoyando todos los esfuerzos en pro de una salida política, pacífica y democrática de la crisis que el pueblo venezolano sufre, para que pueda superarla como merece.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA*Vice-Presidente*

Dolors Montserrat, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor Borrell, nos preocupa saber que usted, como vicepresidente y alto representante —por cierto, ambos cargos no se pueden disociar—, mandó el pasado 23 de septiembre una misión semiclandestina a negociar con la dictadura de Maduro el aplazamiento de las elecciones. Siete días antes, se publicó el demoledor informe de las Naciones Unidas que acusa al régimen de Maduro de violaciones de derechos humanos y crímenes de lesa humanidad, que usted casi ni ha mencionado. Seis días antes, usted se reunió con el Grupo de Contacto, que le confiere el mandato de explorar el retraso de las elecciones fraudulentas en Venezuela. Tres días antes, usted se reunió con los ministros de Exteriores de la UE, a los que les explicó este mandato, pero en ambas reuniones evitó mencionar misión alguna.

Por eso, le pregunto: ¿cuándo organizó la misión clandestina? ¿Quizás cuando el régimen le traslada la preocupación por ese informe demoledor de las Naciones Unidas? ¿Le pidió el régimen un gesto político? ¿El intercambio era: usted les manda una misión diplomática y el régimen retrasa las elecciones y usted les garantiza una misión exploratoria para esas futuras elecciones? Y todo esto sin una sola condición; no les exige unas elecciones presidenciales. Sin presidenciales, no salimos del régimen. Ni siquiera les exige la inmediata liberación de todos los presos políticos, ni el retorno de los exiliados forzados, ni el cese de la represión.

Nos preocupa mucho que usted no haya informado de la misión clandestina ni a los ministros de los veintisiete, ni a la Comisión, ni a este Parlamento, pero aún más grave es que haya ignorado a los demócratas venezolanos representados por el presidente Juan Guaidó, reconocido por este Parlamento y veinticinco Estados miembros.

Una cadena de mentiras y medias verdades no hacen una verdad, sino la confirmación de que esconde unos contactos profundamente antidemocráticos. No nos ofrezca hoy disimulos, explíquenos toda la verdad. La misión ha sido el medio, el instrumento para blanquear al régimen, debilitar y dividir a quienes se oponen a Maduro, y el resultado final será un nuevo engaño de Maduro, que alargará el sufrimiento del pueblo venezolano con más violencia, más pobreza y menos libertad. La UE no puede contribuir de ninguna manera a esto, jamás.

Javi López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, en primer lugar, lo que querría hacer es, en mi nombre y en nombre de mi Grupo, defender y celebrar todos los esfuerzos que puedan hacer el alto representante y la diplomacia europea para encontrar una salida pacífica, democrática, a la grave situación que vive el país, Venezuela, que, al mismo tiempo, tiene unas derivadas en términos humanitarios y regionales terribles. Porque es la única salida y porque es la posición europea, y para eso, evidentemente, la diplomacia y el diálogo para encontrar una salida con condiciones democráticas —que, como bien se ha explicado hoy, no se dan— son la única salida.

En segundo lugar, querría reflexionar con ustedes sobre el hecho de que, muy a menudo, en esta Cámara, nos hacemos cruces y lamentamos la irrelevancia que tenemos en los conflictos de nuestra vecindad, para encontrar una salida —esto lo decimos muy a menudo—. Pues resulta que tenemos un conflicto como el de Venezuela, una situación gravísima como la de Venezuela, donde se nos otorga capacidad de interlocución para jugar un papel constructivo, y ahí, donde podemos actuar y cuando actuamos, nos encontramos con falsas polémicas prefabricadas. Esa es la realidad.

En tercer lugar: a este Parlamento le importa mucho Venezuela. Hemos hecho seis debates en lo que llevamos de legislatura, trece Resoluciones en cinco años; no ha habido nada que hayamos debatido tanto: eso indica que le importa. Pero no solo eso: quiero decir que muchas veces se hace un uso espurio, como ariete político, más pensando en la política nacional, española —solo hace falta ver la lista de intervinientes—, y no pensando ni en el prestigio de esta casa, ni, obviamente, en los venezolanos y las venezolanas y su dolor.

Jordi Cañas, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, señor Borrell, pedimos su comparecencia ante esta Cámara para que nos diera explicaciones, esperábamos excusas. Pero, es que, además, no ha dicho la verdad. Y eso es clave. ¿Sabe por qué? Porque a usted no le mandató ni le pidió la oposición que intercediera ante el régimen para convocar unas elecciones o posponerlas; fue a instancia suya, no se lo pidió Guaidó ni el G4, lo propuso usted. Y si usted empieza haciendo una argumentación faltando a la verdad, tenemos un problema, porque todo lo demás cae.

Todo lo demás cae: fue usted el que propuso, después de mantener conversaciones con el régimen, que la oposición le diera unas condiciones mínimas para participar en unas elecciones fraudulentas, porque el Gobierno del señor Maduro no tiene la capacidad de convocarlas, porque recuerde que es un Gobierno ilegítimo. La oposición —como usted la llama sistemáticamente, enfrentándola a ese Gobierno— es la que esta Cámara reconoce como Gobierno legítimo, y la Asamblea Nacional como el único órgano democrático de Venezuela.

Entonces, después de recibir el enésimo no por parte del régimen en agosto, usted propone una misión en septiembre —sin conocimiento, hasta que están volando, de la oposición— para no se sabe qué volver a ofrecer al régimen. Sí: aplazar unas elecciones fraudulentas sin tener las mínimas condiciones para poderse celebrar. ¿Qué se consigue con eso? Lanzar un mensaje muy malo al conjunto de Venezuela: que se pretende llegar a un acuerdo con aquel que no tiene legitimidad para convocar unas elecciones.

Para finalizar, señor Borrell, mire usted, como sabe, el 5 de enero vence el mandato de la Asamblea. Es lo que espera el Gobierno de Maduro porque se quedará con las manos libres. Entonces la pregunta es: ¿usted, ya que las elecciones del 6 de diciembre no serán democráticas ni podrán ser reconocidos sus resultados, va a apoyar la continuidad constitucional del mandato de la actual Asamblea hasta que en Venezuela puedan celebrarse unas verdaderas elecciones libres y democráticas? Esa debe ser la estrategia de la Unión Europea: garantizar la Asamblea como único órgano democrático vigente hasta que no se puedan celebrar unas verdaderas elecciones libres y democráticas en Venezuela.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, le Venezuela est un sujet qui revient dans cet hémicycle aussi fréquemment que la pluie à Bruxelles ou les compromis entre le PPE et les socialistes.

Je disais, en décembre 2019 que la politique de Nicolás Maduro n'était pas la mienne, et la politique de sanctions américaines qui appauvrit la population vénézuélienne non plus. L'Union européenne devrait avoir une voix différente, apaisée qui ne plonge ni dans l'utilitarisme ni dans le collectivisme.

Dans le débat de juillet dernier, je justifie ainsi mon vote sur les amendements concernant les migrants du Venezuela: je me suis abstenu car le texte manquait d'équilibre et soutenait Juan Guaidó comme candidat de l'Union européenne à la direction du Venezuela, alors que c'est au peuple de ce pays qu'il appartient de trouver les compromis politiques nécessaires au retour au calme.

Et en janvier 2019, j'insistais: «les sanctions américaines aident-elles le peuple vénézuélien? Ne prouvent-t-elles pas au contraire que, derrière des affichages humanitaires, se cache une volonté politique d'exercer une hégémonie culturelle et économique dans cette partie du monde?»

Depuis, rien n'a changé! Six débats. 13 résolutions. Aujourd'hui, le Parlement a simplement ajouté un débat qui ne changera rien, qui n'avancera à rien et qui n'apportera aucun élément nouveau.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, tengo la impresión de que, una vez más, estamos discutiendo sobre Venezuela pensando más en las estrategias de la oposición al Gobierno de España que en un debate serio sobre qué tiene que hacer la Unión Europea en este caso.

Y, miren, yo les escucho, la verdad, y mi problema es que no sé qué proponen. Prácticamente en enero hará dos años de la operación de reconocimiento del señor Guaidó —que, por cierto, les recuerdo que no ha sido reconocido por parte de la Unión Europea—, y ¿dónde les ha llevado eso? ¿Qué es lo que proponen? La única solución se la digo yo: es lo que está intentando el alto representante, que es sentar en una mesa a oposición y Gobierno para celebrar unas elecciones libres y reconocidas por ambas partes. Es la única solución.

Por cierto, con una misión que es un mecanismo —como muy bien ha explicado el alto representante— habitual de la diplomacia europea, y necesitamos que se desarrollen más misiones como estas.

Y una última cosa —permítanme— a las delegaciones españolas del Partido Popular y de Renew: me parece una manera un tanto extraña de defender la democracia en el mundo firmar cartas dirigidas a nuestras instituciones junto con la extrema derecha española; mala manera de defender la democracia en el mundo es hacer iniciativas aquí con aquellos que atacan la democracia dentro de nuestras fronteras.

Hermann Tertsch, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, aquí los únicos que atacan a la democracia, porque defienden una dictadura, una dictadura narcocomunista, asesina y con crímenes de lesa humanidad, como acaba de referir en las Naciones Unidas la poco sospechosa Bachelet, son ustedes, son los partidos del Gobierno en España. Y eso sí que es una desgracia, y eso además es el origen de la sospecha. Es el origen de la sospecha que existe y que alarma en Venezuela, y que alarma a todos los demócratas que quieren cambiar Venezuela y quieren que caiga el régimen criminal de Maduro.

Porque el régimen criminal de Maduro no se puede perpetuar. No podemos dejar que se perpetúe con unas elecciones que van a ser una farsa, porque no puede haber unas elecciones correctas con Maduro en el poder. Y, sin embargo, aquí se ha organizado, por parte del Gobierno de España y, por desgracia, muchos sospechan que con ayuda del señor Borrell, una farsa para buscar unas elecciones que perpetúen a Maduro, porque con Maduro en el poder no puede haber elecciones libres en Venezuela.

Y quien lo pretenda está estafando a Europa, está estafando a los venezolanos y está estafando al mundo.

Manu Pineda, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor presidente, señor Borrell, aquí estamos otra vez hablando sobre Venezuela, como casi en cada Pleno, aunque usted y yo sabemos que este debate en el fondo no es sobre Venezuela, es sobre la visión distorsionada que tienen sobre la democracia la derecha y la extrema derecha española, y sobre el papel que quieren hacer que juegue la Unión Europea en las relaciones exteriores.

Organizan este debate no porque la Unión Europea haya mandado una misión para continuar el diálogo con Venezuela, sino porque no reconocen la democracia, los derechos, la diplomacia, ni el diálogo. Y ¿cuál es la alternativa que nos plantean? ¿La del diputado que me ha precedido en el debate que pidió una intervención militar contra el Gobierno español porque él no reconoce los resultados de las elecciones en España? ¿Esa es la alternativa que nos plantean? Solo se plantean la violencia como método.

Teniendo en cuenta que muchos de los que han promovido este debate han declarado ilegítimo al Gobierno español, ¿qué puede ser lo siguiente? ¿Que se traiga aquí un reconocimiento del señor Casado como presidente encargado de España porque la semana pasada se reunió con una serie de embajadores de la Unión Europea?

Señor Borrell, cuidado con alimentar la bestia, siga adelante con el diálogo, aunque le costará críticas y algún que otro debate absurdo en este Parlamento. Tenga en cuenta que aquí las posiciones más antidemocráticas van ganando terreno cada día. Le digo una cosa: va a haber elecciones, no es que posiblemente vaya a haber elecciones, va a haber elecciones el día 6 de diciembre en Venezuela, elecciones democráticas y limpias, como desde hace más de veinte años. Y no hay motivo confesable... *(el presidente retira la palabra al orador)*.

Presidente. – Terminou o seu tempo. Vamos prosseguir com o debate. Já excedeu em muito o seu tempo.

Hermann Tertsch (ECR). – Señor presidente, me han acusado nada menos que de promover un golpe de Estado en España. Yo creo que no es baladí. Eso es rigurosamente mentira. Yo siempre he pedido que en nuestro país se cumpla estrictamente la Constitución por parte de todas las instituciones. Yo defiendo la Constitución en España. Ese señor, no. Ese señor es aliado de terroristas, de golpistas y demás... *(el presidente retira la palabra al orador)*.

Presidente. – O colega teve oportunidade de intervir no final do debate se entendesse nessa ocasião fazer a defesa de honra. Considero que acabou por fazê-la desde já e, por isso, prosseguimos com as intervenções.

Antonio Tajani (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dobbiamo essere coerenti, non possiamo difendere lo Stato di diritto all'interno della nostra Unione e in Bielorussia, e poi non difenderlo in Venezuela. Il regime di Maduro è stato dichiarato dall'ONU colpevole di crimini contro l'umanità.

E lei, signor Vicepresidente, ha autorizzato una missione per trattare con questo dittatore: ma quella missione si è risolta con una farsa che è servita di fatto a sostenere Maduro, visto che il viaggio è stato organizzato insieme al regime.

¿Sabe usted lo que es La Carlota? La Carlota es una base aérea militar en el centro de Caracas, que solo utilizan como pista de aterrizaje los aviones del régimen y los aviones privados que el régimen autoriza.

¿Cómo es posible que una misión de la Unión Europea haya podido utilizar ese aeropuerto militar? ¿Existe pues mayor prueba de que su viaje se preparó y se organizó en connivencia con el régimen de Maduro que el hecho de que su delegación se planteara la posibilidad de aterrizar en La Carlota? ¿Aterrizaron allí finalmente? ¿O dónde aterrizó el avión privado? ¿Quién contrató ese avión? ¿Estaría dispuesto a enseñar las facturas del pago de ese vuelo?

Quali obiettivi ha raggiunto poi questo viaggio? Maduro si è forse impegnato a garantire un voto trasparente, monitoraggio da autorità terze? L'uso delle impronte digitali o di software? Legalizzazione di partiti e leader che si oppongono alla dittatura, a comizi elettorali liberi? Ha forse rassicurato sul fatto che il regime smetterà di finanziare illegalmente partiti europei che sono al governo, come in Italia e in Spagna, come è stato denunciato alcune inchieste giornalistiche?

Il punto chiave, per concludere, signor Presidente, è che Maduro sta tentando di non avere elezioni presidenziali, con la scusa di avere elezioni per rinnovare l'Assemblea legislativa. Ma l'Assemblea legislativa è già stata rinnovata e il partito di Maduro ha perso!

Ora bisogna votare per eleggere il nuovo capo di Stato!

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhor Presidente, hoje devíamos estar aqui a discutir o impacto da Covid na América Latina, como foi proposto pelos socialistas e democratas. Os problemas de saúde pública que agravou, o desemprego que provocou, as desigualdades que aprofundou e o desespero e a falta de esperança que deixou. Cerca de uma em cada 3 mortes por coronavírus no mundo estão na América Latina, somando mais de 300 mil vítimas.

Deveríamos discutir que ajuda podemos mobilizar para esta região com quem temos tantos laços históricos. Deveríamos analisar a regressão que esta crise provocou na luta contra a pobreza, estimando-se a perda do progresso de uma década em apenas 6 meses. Deveríamos pensar como podemos não deixar para trás os milhares de crianças que ficaram sem escola, que não têm Internet, nem pais em casa que as possam ensinar.

Mas não, nada disto pareceu urgente aos grupos políticos à nossa direita. Trocaram este debate por mais uma discussão sobre a crise política na Venezuela, cuja gravidade não pretendo ignorar, sem que houvesse uma nova proposta, uma nova ideia, que nos permita sair do impasse a que se chegou, apenas porque o Vice-Presidente e Alto Representante desenvolveu uma tentativa de vida para que houvesse eleições justas e livres mantendo uma via de diálogo. Eis uma decisão que não dignifica o Parlamento, em nada ajuda a Venezuela e muito menos a América Latina.

Dita Charanzová (Renew). – Señor presidente, señor alto representante, ¿cómo es posible que esta Cámara, el Parlamento Europeo, se entere a través de la prensa de su misión a Caracas, su misión para negociar con la dictadura?

¿Es esta la nueva política exterior de la Unión Europea con respecto a Venezuela? No, no lo es. No lo es. Usted, el alto representante, actuó de manera independiente. Más tarde, usted dijo en la prensa que la oposición venezolana le encargó negociar con la dictadura. Pues yo le pregunto ahora: ¿quién concretamente de la oposición se lo encargó? Hasta ahora, en todos mis contactos con los representantes del presidente Guaidó y la oposición democrática, no he oído nada acerca de esa petición.

Quiero dejar claro a las fuerzas democráticas en Venezuela, a todos nuestros amigos en Venezuela, que, primero, el Parlamento Europeo no reconoce a Maduro y reconoce que no puede haber un gobierno de transición con él. Reconocemos a Juan Guaidó como presidente interino legítimo de Venezuela. Y, segundo, hasta que no se celebren elecciones presidenciales libres con las condiciones necesarias, no se puede avanzar con las medidas legislativas.

El Parlamento Europeo siempre ha sido muy claro en cuanto a su posición respecto de Venezuela. Acciones como esta socavan los esfuerzos de actuar como Unión Europea de manera conjunta y creíble en la escena mundial.

Paolo Borchia (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Alto rappresentante, io non posso nascondere il mio sconcerto per un approccio così rinunciatario nei confronti di questa questione. Oggi oltre 5 milioni di venezuelani vivono al di fuori dei confini, costretti a fuggire per fame e per repressione, cinicamente trasformati in armi di controllo del potere da parte del regime.

La Banca mondiale definisce «povero» un individuo che vive con circa 2 euro al giorno: attualmente in Venezuela il salario minimo è di neanche la metà, con il Fondo monetario internazionale che stima al 15 000 % l'inflazione per il 2020.

Io da quest'Aula vorrei lanciare anche un messaggio di vicinanza e di solidarietà ai cittadini italiani ed europei che vivono nel Venezuela di Maduro, un paese senza acqua potabile, senza gas, senza carburante, senza industria, senza più risorse né speranze. E quando parliamo di sanzioni, onorevoli colleghi, ricordiamoci che il popolo venezuelano ne patisce quotidianamente una veramente pesante: questa sanzione si chiama comunismo.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Señor presidente, señor Borrell, debo reconocer que no sé por qué estamos haciendo este debate, no acabo de entender por qué determinadas fuerzas, concretamente las fuerzas de derecha y de extrema derecha de esta Cámara, están poniendo en cuestión que la Unión Europea mande a través del Servicio Europeo de Acción Exterior a una delegación de prospectiva, cuya misión es intentar encontrar una solución democrática y pacífica a la situación complicada, delicada, preocupante, que se vive en Venezuela.

¿Realmente ustedes están poniendo en cuestión que la Unión Europea juegue un papel constructivo? ¿Diplomático? ¿Ustedes saben de qué va la diplomacia? Lo saben perfectamente, lo saben con respecto a todos los conflictos del mundo. Acabamos de hacer un debate sobre el conflicto entre Azerbaiyán y Armenia y muchos de nosotros hemos pedido mayor involucración de la Unión Europea. Siempre pedimos un papel reforzado de la Unión Europea como actor global, exportando los valores europeos, pero cuando llegamos a Venezuela ocurre el efecto contrario al del imán. Ustedes se van a los extremos y se lanzan Venezuela por la cabeza. Normalmente los representantes del Estado español porque tiene intereses de política interna. No, la solución al problema de Venezuela recaerá en su gente, en sus instituciones, pero la Unión Europea debe hacer todo lo que está en su mano para ayudar a encontrar esas soluciones.

Carlo Fidanza (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, intanto io vorrei sgombrare il campo da un equivoco: questo non è un dibattito di politica interna spagnola. Noi stiamo parlando di questo grave fatto perché è un problema che riguarda l'intera comunità internazionale, le Nazioni Unite, il mondo libero che si oppone a questa dittatura criminale. Se qualcuno a sinistra non l'ha ancora capito, forse farebbe bene ad aggiornare il suo messaggio e capire che ci stiamo occupando di un problema che riguarda tutto il mondo, oltre che il popolo venezuelano.

Abbiamo ascoltato, caro Vicepresidente, parole gravi, perché rappresentano forse una parte della verità ma sicuramente non tutta la verità. Abbiamo assistito a una missione di alti funzionari dell'Unione che ha finito con il legittimare ulteriormente il regime di Maduro come interlocutore.

Allora, ancora una volta noi chiediamo a gran voce elezioni presidenziali libere, democratiche e trasparenti e contestuale abbandono del potere da parte di Maduro, il cui regime anarco-comunista si è reso responsabile di gravi crimini, anche di una vera e propria emergenza umanitaria, ricordando, in questi pochi secondi, i milioni di profughi, veri profughi, che scappano da questa dittatura. Tra loro anche centinaia di migliaia di italiani di origine o di passaporto a cui voglio mandare un fraterno abbraccio.

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, apesar das ameaças e das chantagens, das pressões e da desestabilização, dos bloqueios e das sanções, tudo à margem do direito internacional, a República bolivariana da Venezuela está a organizar um processo eleitoral no quadro da sua Constituição para o próximo dia 6 de dezembro para eleições presidenciais e parlamentares.

Lamentavelmente, uma vez mais a União Europeia, ao recusar participar como observador das eleições prefere ficar do lado daqueles que arquitetam golpes e orquestram farsas para promover um presidente autodesignado que não foi escolhido pelo povo, mas sim pela administração Trump.

O que se impõe neste momento é que a União Europeia exija respeito pelo funcionamento das instituições democráticas venezuelanas e não alinhe em golpes que diariamente agredem os direitos e as condições de vida do povo venezuelano e da comunidade lusa venezuelana. O que se impõe é o fim do bloqueio que tantas provações tem ditado àquele povo, designadamente em tempos de COVID-19, dificultando o acesso a bens de primeira necessidade e a medicamentos, ou seja, o direito à vida e à saúde.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Alto Representante, não estranha, não acha estranho que aqui só estejam a defender a sua visita clandestina ou semiclandestina aqueles que apoiam o regime de Maduro? Isso diz tudo sobre o sentido desta visita e já agora viro-me aqui aos senhores deputados dos Verdes, o Sr. Urtasun, isto não é uma questão espanhola e olhe que no PPE tenho uma holandesa, um italiano, uma espanhola, um português a falar, é uma questão de direitos humanos, é uma questão de democracia. Os senhores que estão sempre com os direitos humanos e a democracia na boca aceitam uma visita do Alto Representante que vai legitimar um regime que acaba de ser condenado como um regime que tem crimes contra a humanidade? E por isso eu digo à senhora deputada Leitão Marques como é que é possível vir aqui dizer que este debate não é pertinente depois de o Conselho de Direitos Humanos da Nações Unidas dizer que o regime comete crimes contra a humanidade? Como é possível? Por amor de Deus, se pensa nas crianças e nos refugiados também tem que pensar naqueles que são objeto de crimes contra a humanidade e este debate é totalmente pertinente se a União Europeia está a legitimar, ou a branquear, ou a dar ao menos algum fôlego a um regime que comete crimes contra a humanidade.

Señor alto representante, le voy ahora a contestar en la lengua de Cervantes, con un dicho español. Después de escucharle le diré: yo no creo en las brujas, mas que las hay, las hay.

Nacho Sánchez Amor (S&D). – Señor presidente, el debate sobre el fondo del asunto de Venezuela sería interesante, el problema es que lo que trae este debate aquí es el envío de la misión y eso es una tormenta en un vaso de agua.

Miren: Montserrat, López, Cañas, Urtasun, Tertsch, Pineda, Solé, Sánchez, Bilbao, Nart, López Gil, López y Millán, esto no es un debate español. Esto es otra vez que la derecha española ha arrastrado a la derecha europea a un debate que debería producirse en las Cortes españolas. Y el problema no es que el señor Borrell se haya separado un solo centímetro de la posición europea. El problema es que ustedes se están deslizado hacia la posición americana, como alguno de ellos lo ha hecho desde esa parte (*palabras inaudibles*).

Solamente voy a decir una cosa muy sencilla: si el señor Borrell se llamara Dombrovskis, no estaríamos hoy aquí hablando de esto.

Izaskun Bilbao Barandica (Renew). – Señor presidente, aportar, ayudar, propiciar una solución pacífica, dialogada y, en consecuencia, duradera y viable para resolver el drama humanitario, social y político que vive Venezuela exige que nos centremos, aquí y allá, en lo que nos une. Lo que nos une es que cada observación, cada escrutinio, constata que, en Venezuela hoy, no hay democracia ni condiciones para unas elecciones libres.

Nuestro deber, al hablar de Venezuela, es recordar que millones de personas en aquel país merecen que nos centremos en ayudarlas a recuperar la libertad. Por eso, desde aquí pido que el consenso para recuperar los derechos y libertades fundamentales sea la divisa y la primera herramienta de los que, sobre el terreno, padecen y se oponen al régimen madurista.

Pero pido lo mismo también a todos los que desde la Unión Europea queremos ayudar. Cualquier debate que siembre dudas sobre nuestro acuerdo básico ayuda a Maduro. Le permite sugerir que tiene mucho más apoyo fuera de Venezuela del que realmente tiene, que es muy poco. La inmensa mayoría sabemos que es un dictador.

A la causa de la libertad en Venezuela no le ayuda nada que esta tragedia se utilice como arma arrojada en el debate político. Centrémonos mejor en subrayar que allí el debate es imposible y que la prioridad es recuperar la democracia.

Esther de Lange (PPE). – Mr President, to know the suffering of the Venezuelan people you don't even need to go there.

Please take some time to talk to one of the men who prepare your coffee in the bar right next to this hemicycle. He will tell you about his family back home and the shortages of food and medicines, even before the coronavirus struck. And now even more people are dying in the streets.

So let's be clear, Mr High Representative, there is no division. We are united in wanting to address this humanitarian crisis.

But you can't be blind to the fact that this suffering is caused by the Maduro regime. A corrupt regime that relies on the smuggling of oil, drugs and gold. A regime that, according to the UN Human Rights Council, murders, tortures, commits sexual violence and random detention. A regime that you did a huge favour by dispatching this premature diplomatic mission, and giving it a certain legitimacy.

It's like talking to Lukashenko behind the opposition's back. This is not – and I say this as a Dutch representative – this is not an internal Spanish debate. This is about the values and the credibility of the European Union.

The Maduro regime has already made clear, it does not want to fulfil your conditions. It does not want to postpone the elections.

Can you basically answer one simple question to this house?

Do you think all of it was still worth it?

(Applause)

Sara Cerdas (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Alto Representante, uma vez mais falamos sobre a Venezuela. Com eleições previstas em dezembro que se realizam num contexto de crise pandémica, mas também num contexto social, político e económico de degradação. Este é um cenário que já se vem arrastando há vários anos e que já deu lugar a várias resoluções e debates nesta Casa. É importante que enquanto União Europeia tenhamos um papel ativo e estejamos na linha da frente na questão da Venezuela. Precisamos de soluções pacíficas e democráticas.

Apelo assim ao Alto Representante para que continue os seus bons ofícios no sentido de garantir que a via diplomática e o diálogo com todos os intervenientes se mantenha aberta. Somos eleitos para trabalhar para as pessoas. Temos de garantir também que o povo da Venezuela pode contar com o nosso apoio e solidariedade.

Javier Nart (Renew). – Señor presidente, yo constato que muchas veces este Parlamento es el Parlamento del deber ser, y no del poder hacer, del deber hacer.

En segundo lugar, estamos todos de acuerdo, excepto el paleocomunismo residual, en que el Gobierno *de facto* de Maduro es un Gobierno brutal, criminal y absolutamente condenable, pero es una realidad. Y tenemos también una legalidad plena, que es la del presidente Guaidó, en una situación cuya Asamblea termina muy próximamente. Y hay otra realidad brutal, que es el pueblo de Venezuela, convertido en un sujeto de privaciones absolutas, pero que algunos usan para hacer la revolución hasta el último venezolano, eso sí, desde la cómoda Europa.

Señor Borrell, desde el apoyo a sus esfuerzos y a la misión que usted ha enviado yo constato lo siguiente. Primero, que todos los procesos que se han realizado con el Gobierno venezolano, desde el señor Zapatero al Vaticano, pasando por todos los demás, no han servido para otra cosa que para prolongar el sufrimiento y el mantenimiento del régimen de Maduro. Que el último portazo de Maduro, que ha dado a sus esfuerzos legítimos y que yo apoyo y entiendo, y que no comprendo cómo se condenan, ha significado que se mantiene en la propia misma durísima situación. Cualquier proceso de negociación, yo lo veo inviable. Mi pregunta y mi posición es: la única posibilidad es incrementar la presión y, desde luego, propiciar, si es posible, un diálogo, que yo francamente veo metafísico.

Leopoldo López Gil (PPE). – Señor presidente, señor alto representante, recientemente usted declaró —lo cito—: «La situación humanitaria en Venezuela es desesperada. Es la crisis humanitaria más grave que se está viviendo en un país y la comunidad internacional no le presta demasiada atención porque solo ve el aspecto político en la cuestión». Siga con la cita.

Sin embargo, aun conociendo las conclusiones de la misión independiente de las Naciones Unidas, que acusan al régimen de Maduro de crímenes de lesa humanidad, usted organizó una misión para negociar con esos violadores de derechos humanos la postergación de unas elecciones fraudulentas. Y dije «régimen» y no «Gobierno», pues esta Cámara y veinticinco países miembros de la Unión Europea solo reconocen como Gobierno legítimo a la Asamblea Nacional, presidida por Juan Guaidó.

Como alto representante, una de sus responsabilidades es asegurar la coherencia de la acción exterior de la Unión Europea. ¿Enviaría usted una misión a Bielorrusia para negociar con ese régimen las futuras elecciones organizadas por el propio Lukashenko? ¿Existen garantías que permiten llevar a cabo unas elecciones transparentes, democráticas y creíbles en Venezuela?

El objetivo último de la dictadura de Maduro es mantenerse a toda costa en el poder. Concertar con ese régimen de manera secreta es ingenuo. La observación electoral, emanada de nuestra institución, no puede avalar un fraude convocado para diciembre ni para seis meses después. Anteponer la elección del Poder Legislativo al cambio del Poder Ejecutivo es simplemente absurdo.

Le pregunto: ¿podrá Venezuela -la Venezuela democrática- contar con el apoyo de la Unión Europea?

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Señor presidente, señor Sánchez Amor, una cosa que sabemos que es una verdad absoluta es que, si Valdis Dombrovskis estuviese en el lugar del señor Borrell, seguro que este viaje no se hubiese producido.

El señor Borrell y todos sabemos perfectamente que las Naciones Unidas han emitido un informe demoledor por los ataques a los derechos humanos en Venezuela. Sabemos también que se amplía el plazo para investigar los crímenes cometidos por el régimen; ayer las Naciones Unidas, en su Pleno, así lo decidieron. Pero desayuno esta mañana con un video de la televisión venezolana donde se ve a la embajadora de la Unión Europea, Isabel Brillante, reuniéndose con el fiscal del régimen, Tarek William Saab, entregándole un contrainforme de derechos humanos del régimen venezolano. Pero el asunto grave y que tienen que saber mis colegas es que Tarek William Saab está denunciado por la Unión Europea, sufre las sanciones de la Unión Europea. Mi pregunta es: ¿qué hace la embajadora de la Unión Europea sentada con este personaje? Compañeros, colegas del Parlamento Europeo, ¿de qué se acusa, entre otras cosas, a Tarek William Saab? De arrojar a un concejal de la oposición por la ventana.

Pregunta: ¿qué está haciendo esta embajadora sentada ahí?

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor presidente, señor Borrell, la realidad es testaruda. Después de los distintos intentos de diálogo —el de la Santa Sede, el de la República Dominicana o el de Noruega en Barbados—, no sé qué le hizo pensar a usted que relanzar un nuevo diálogo podría ser fructífero.

Como era de esperar, la misión que usted ideó se ha saldado con otro fracaso, que no ha dejado en buen lugar a la UE ni ha contribuido a la causa democrática. Y, como veo que usted está necesitado de una hoja de ruta para Venezuela, y nos lo piden nuestros compañeros de hemiciclo, permítame que ofrezca de forma resumida, aunque sea modestamente, los siguientes principios o ideas.

Primero, insistir en la celebración de elecciones democráticas, preferentemente las presidenciales. Segundo, evitar iniciativas que contribuyan a la fragmentación de la oposición. Tercero, retomar la vía de la presión y evitar los diálogos tramposos. La Unión Europea debe ampliar las sanciones a los responsables políticos y también a los más de cuarenta autores de crímenes mencionados *expressis verbis* en la Resolución, en el informe del Consejo de Derechos Humanos. Cuarto, intensificar las conversaciones con el Grupo de Lima e intentar acercamientos con otros grandes actores. El Grupo Internacional de Contacto es claramente insuficiente.

Me gustaría conocer, señor Borrell, sus puntos de vista al respecto y también qué iniciativas concretas tomará para recuperar la libertad y el respeto de los derechos humanos en Venezuela. ¿Hará usted hoy algo de autocrítica?

Josep Borrell Fontelles, *vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad*. – Señor presidente, señorías, señora Montserrat, le tomó la palabra. Usted lo ha dicho: una cadena de mentiras y medias verdades no hace una verdad, aplíquese el cuento. Lo que usted y otros han hecho es precisamente eso: una cadena de mentiras y medias verdades. Han organizado ustedes una escandalera sin fundamento, simplemente para agitar y —me temo— combatir al Gobierno español. Pero esto no es la Carrera de San Jerónimo, esto no es el Parlamento español. Si quieren ustedes discutir de política española, háganlo en Madrid. Ni yo soy ya el ministro de Asuntos Exteriores del Gobierno del señor Sánchez.

(Reacciones diversas)

Y usted ha sido presidente del Parlamento Europeo y debiera guardar la compostura.

(Reacciones diversas)

Señor presidente, ¿puedo continuar? ¿Puedo continuar sin tener que sufrir las interrupciones del señor Tajani? Muchas gracias.

Y todo lo que ustedes han dicho ahora de semiclandestina. Miren, la clandestinidad, como algunos atributos de la fisiología del cuerpo humano, es o no es: es clandestina o no es clandestina. No pueden ustedes decir que es una misión secreta o clandestina a medias, cuando les he explicado que hemos pasado por el Grupo Internacional de Contacto, donde hemos dicho claramente que seguiríamos contactando con todos los actores políticos a los niveles necesarios, y todo el mundo estuvo de acuerdo. Y he informado al Consejo de Ministros de Asuntos Exteriores de que seguiríamos contactando por todos los medios necesarios y adecuados con todos los actores políticos.

¿A qué viene este sacramental? ¿A qué viene esta agitación de secretos y complots porque usted quiso hacer un gesto para que el Gobierno español sacara tajada? Pero, señora Montserrat, todo eso es ridículo, francamente. ¿De qué se quejan ustedes? ¿Qué es lo que encuentran criticable en hacer la misión diplomática que nos corresponde hacer y que venimos haciendo durante meses por el simple hecho de que, en vez de hacerla por teléfono, la hacemos presencialmente?

Vamos a ver: las elecciones en Bielorrusia no han sido ni libres ni transparentes ni participativas. ¿Verdad que no? Y, sin embargo, la oposición en Bielorrusia ha participado en ellas. ¿Ustedes creen que la participación de la oposición en Bielorrusia ha blanqueado al régimen del señor Lukashenko? ¿Ustedes creen que esa participación ha servido para legitimar al régimen del señor Lukashenko? Claro que no, en absoluto, al contrario. Precisamente esa participación ha servido de palanca para poner de manifiesto la falsedad de esas elecciones y combatirlo.

Pero ¿en qué se blanquea al régimen del señor Maduro por el hecho de enviar a un funcionario a hablar con todo el mundo en Venezuela? Por favor, un poco de seriedad. ¿En qué se blanquea? ¿En qué se legitima? Cuando hemos estado diciendo y seguimos diciendo lo que pensamos con respecto al régimen del señor Maduro. Estamos haciendo lo que nos corresponde hacer. ¿Que no he informado anteriormente al Parlamento Europeo? Pues claro que no. No tengo ni obligación ni necesidad de hacerlo. Mi *constituency* es el Consejo de Asuntos Exteriores, es el Grupo Internacional de Contacto.

Y, bueno, ya lo que me faltaba es que me diga alguien que yo no tenía ningún contacto con la oposición para trasladar al régimen del señor Maduro sus condiciones. Ah, ¿no? Bueno, muy bien, pues mire: un documento con cinco puntos concretos me fue suministrado por la oposición para que lo hiciera llegar al régimen del señor Maduro y esperara su respuesta.

Sí, me he empeñado en intentar ver si había alguna posibilidad, ciertamente escasa, de si era posible, ciertamente poco probable, que se pudiesen aproximar las posiciones del Gobierno, del régimen del señor Maduro y de la oposición. Y ustedes me dicen: ¿mandaría usted a alguien a Bielorrusia para intentar aproximar posiciones? Sí, claro que sí. Claro que sí. Si mañana pudiésemos enviar a alguien a Bielorrusia para intentar crear un diálogo político nacional, claro que lo haríamos; lo hemos ofrecido. Pero ¿en qué mundo viven? Pero ¿en qué mundo viven?

El presidente del Consejo Europeo ha llamado o intentado llamar al señor Lukashenko. No lo ha conseguido, pero si se hubiera puesto al teléfono, habría hablado con él. ¿Eso es blanquearlo? ¿Eso es legitimarlo? ¿Qué les preocupa a ustedes de verdad? ¿Les preocupa la suerte del pueblo venezolano? No digo que no, a mí también, y no acepto lecciones sobre cómo tengo que conducir la tarea del alto representante en este caso concreto. He hecho lo que tenía que hacer y lo volvería a hacer.

No hemos tenido éxito. Pero creo que era necesario. Creo que era necesario para intentar encontrar una vía de aproximación, que es la única forma de salir de la situación en Venezuela, y fomentar y propiciar el diálogo político, y diálogo político ha habido, porque ha habido representantes de la oposición que han estado hablando con el régimen: el señor Capriles, sin ir más lejos, que ha hecho manifestaciones públicas diciendo «si se dieran las condiciones, yo participaría». Si se dieran las condiciones, pero las condiciones no van a caer del cielo, no van a surgir por generación espontánea, hay que trabajarlas, hay que discutir las.

¿Qué creen que ha estado haciendo el Gobierno de Noruega, que ha estado perfectamente al corriente de lo que hemos hecho y que nos ha apoyado? ¿Qué creen que ha estado haciendo el Gobierno de Noruega? Pues fomentar ese diálogo, tampoco con éxito, pero en el fondo lo que hemos intentando hacer nosotros es lo mismo que ha hecho el Gobierno de Noruega, y lo seguirá intentando hacer y lo seguiremos intentando hacer, porque no apoyamos soluciones militares, porque no apoyamos intervenciones militares en el exterior para resolver ese problema, porque la única solución es precisamente el diálogo y el pacto entre las fuerzas políticas de Venezuela. Y eso, si podemos propiciarlo, lo haremos.

Y es lo que he estado haciendo, y lo he hecho con pleno conocimiento del grupo del G4, con quien he tenido varias videoconferencias durante este verano. ¿Ahora va a resultar que no he estado hablando con ellos? Y lo he hecho con plena conciencia de que eso iba a ser aprovechado por quienes tienen más interés en agitar las aguas políticas que en buscar una solución al problema de Venezuela, y sabiendo, también, que también recibiría críticas por parte de los que dicen que no hemos querido participar, una vez más, en el proceso electoral. No, no hemos podido participar. No, señora Pereira, no hemos podido participar. Porque, para participar —insisto—, hay un proceso reglado, que pasa por una misión de exploración electoral, que vuelve con un informe y dice si se dan o no se dan las condiciones, y, si se dan —y me correspondería a mí haberlo juzgado—, se pone en marcha un proceso que los que trabajan en el terreno de las observaciones electorales saben que es largo y complejo, que no se puede hacer con menos de cuatro o cinco meses. Y eso fue lo que por carta le dije al Gobierno de Venezuela antes de mandar esa misión: que sepan ustedes que primero tenemos que ver si se dan unas condiciones, que hoy no se dan, y que después necesitaríamos cinco meses para poder participar.

La respuesta ha sido la que es, y desgraciadamente me temo que eso va a seguir empujando a Venezuela hacia una situación más difícil todavía, a una situación de desinstitucionalización. La Asamblea Nacional es hoy una asamblea democráticamente elegida. Es la única institución que lo es. Dicen ustedes elecciones presidenciales. Sí, bueno, pero es que ahora estamos hablando de las legislativas, que son a fecha fija, porque esa Asamblea llega al final de su mandato y hay que elegir otra nueva. ¿A ustedes les parece mal que intentemos discutir de qué forma se pueden celebrar estas elecciones? ¿En qué nos hemos comprometido? ¿En qué hemos cedido? ¿En qué hemos blanqueado? ¿En qué hemos legitimado? Absolutamente en nada.

Señor López, comprendo que, si estuviera en su piel y tuviera un hijo acogido en la Embajada de España, tendría una carga emocional que seguramente me haría decir lo mismo que usted ha dicho, pero, por favor, no diga que es una misión secreta. Las misiones secretas no se comunican por carta a todos los Estados miembros. No diga que hemos ido a blanquear el régimen del señor Maduro. Usted sabe cuál es mi opinión sobre ese régimen.

Usted sabe que su hijo fue acogido en la Embajada de España cuando yo era ministro de Asuntos Exteriores y que me siento muy orgulloso de haber conseguido contribuir en algo a eso.

Mi compromiso con la democracia en Venezuela no me lo tienen que validar ustedes; está demostrado con los hechos, y lo que hemos hecho ahora no lo desmiente. Es un esfuerzo arriesgado. Es un esfuerzo criticable. Ustedes lo están criticando mucho más de lo que merece, y del otro lado también, para intentar encontrar una solución y ayudar a la oposición a que se sienta más fuerte y respaldada por la comunidad internacional y por la Unión Europea cuando habla con el Gobierno.

Desgraciadamente, no hemos tenido éxito, si el Gobierno de Venezuela, el régimen del señor Maduro, me hubiera dicho, antes de que mandara la misión, «no vale la pena que venga porque no pienso cambiar la fecha electoral, porque la Constitución me lo prohíbe», como están diciendo ahora, entonces sí, ciertamente, no hubiéramos ido. ¿Para qué? Pero eso no estaba tan claro, eso no estaba tan claro, en todas las discusiones que hemos tenido directamente, a través de la oposición, eso no estaba tan claro. Había una pequeña luz de esperanza. Había una pequeña posibilidad, y me sentí obligado a explorarla, a intentar ver si había algo que se podía hacer para impulsar este diálogo político que, a fin de cuentas, algún día será la única solución para el pueblo de Venezuela. Y, créanme, su contribución en este caso ha sido lamentable.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

Puhemies. – Julistan tämän keskustelun päättyneeksi enkä myönnä enää jatkopuheenvuoroja. Edustajat, te varmasti kuulette mitä minä sanon. Siirrymme nyt seuraavaan asiaan.

Jordi Cañas (Renew). – *(inicio de la intervención fuera de micrófono)* ... respeto a los miembros de esta Cámara. No se les puede acusar de intentar hacer su labor de control al vicepresidente y alto representante y no se les puede llamar lamentables. Es una cuestión de respeto básico. Es una cuestión de respeto por esta institución y su labor de control político. Al alto representante y vicepresidente: tiene usted la obligación de venir a dar explicaciones. No es algo discrecional.

Puhemies. – Arvoisa edustaja, pyydän Teitä nyt rauhoittumaan ja lopettamaan puheenvuoronne. Me olemme sulkeneet jo Teidän mikrofoninne. Nyt siirrytään seuraavaan asiaan.

Keskustelu on päättynyt.

9. Lage in Iran (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana komission varapuheenjohtajan ja unionin ulkoasioiden ja turvallisuuspolitiikan korkean edustajan julkilausuma Iranin tilanteesta (2020/2811(RSP)).

Toistan vielä sen mitä täällä on monesti sanottu, että tällä istuntojaksolla siis keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä niin sanottuja "catch-the-eye" -puheenvuoroja eikä myöskään hyväksyä sinisen kortin kysymyksiä.

Josep Borrell Fontelles, *vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad.* – Señora presidenta, en efecto, la situación en Irán merece un debate que promete, a la vista del anterior, ser interesante.

Quiero empezar agradeciendo al Parlamento Europeo su permanente compromiso con la situación en Irán, incluyendo su preocupación por los derechos humanos...

Puhemies. – Voitte varmasti siirtyä salin ulkopuolelle käymään yksityisiä keskusteluja edustaja Bütikofer.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – *(referring to Mr Canas's remarks off mic)* Madam President, I'm asking him to try to insult me in a language that I understand.

Puhemies. – Minäkin toivoisin ymmärtäväni sen. Mutta nyt jatkamme keskustelua Iranista ja annamme puheenvuoron korkealle edustajalle. Kaikki jotka haluavat jatkaa Venezuela-keskustelua voivat varmasti tehdä sen salin ulkopuolella.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I was saying that I thank the European Parliament for its ongoing concern about the situation in Iran, including the recent worrying human-rights related developments.

Iran is in the middle of a difficult period. COVID-19 is affecting the country severely with more than 3 000 new infections every day, half a million to-date, and at least 27 000 deaths. The COVID crisis is further deepening Iran's existing economic difficulties.

Following the Joint Comprehensive Plan of Action, the so-called JCPOA, Iran had the legitimate expectation that this nuclear deal will result in more concrete economic benefits.

Yet, after the regrettable US departure from the agreement and the reinstatement of severe sanctions, the overall economic figures speak for themselves.

The International Monetary Fund is predicting a 10% drop in GDP this year; 8.5% last year. Unemployment is at 16%. The Iranian Rial has lost almost half its value towards the US dollar. Trade with the European Union has decreased.

In addition, Iran is experiencing shortages of important humanitarian items, like personal protective equipment and medicine that could help in fighting COVID. There is a severe shortage of all capacities to fight COVID.

As the European Union, we were quick to provide humanitarian support with an air bridge and we keep strongly advocating, together with the UN Secretary-General, that sanctions must not impede humanitarian trade.

Together with European Union Member States, we also keep looking at ways to encourage more legitimate trade between the EU and Iran – including through the EU-Iran trading mechanism (INSTEX) – but we need to do more.

These difficulties have also had a political impact in Iran. Not least at the parliamentary election earlier this year. We have seen a strengthening of those opposed to the nuclear deal, who are distrustful of the West and who do not support diplomacy and engagement.

Together with our European and international partners, we are working hard to make sure that diplomacy with Iran continues to be possible. We have also witnessed several deeply concerning human-rights developments recently.

This includes the treatment of Nasrin Sotoudeh and the many other political prisoners who remain in prison, whose health is at risk and should be released on humanitarian grounds, but at the very least have prompt access to medical assistance if they require it.

We also condemn publicly the execution of the Iranian wrestler, Navid Afkari, and call on the Iranian authorities to investigate allegations that he was tortured in detention.

We underline to all our partners and not just Iran, that the perpetrators of such acts must be held accountable.

We continue to engage the Iranian authorities on their distressing practice of arbitrarily detaining European Union-Iranian dual nationals. We acknowledge the temporary release of French citizen Fariba Adelkhah. No individual should be used as a pawn, and I want once again urge the Iranian authorities to cease this policy.

Mr President, honourable members, let me finish with some remarks on the nuclear agreement.

I want to be clear, as coordinator – because the High Representative acts as coordinator of the JCPOA – I will continue to do everything possible to ensure the preservation and full implementation of the nuclear deal by all parties.

Why is this so important? Because it is in our very own European security interest, and because the agreement continues to deliver. Without the nuclear deal, Iran could have developed a nuclear weapon by now, with all the security implications for the region and beyond.

Of course, I am very concerned about Iran's reduced implementation of its JCPOA nuclear commitments, following the US withdrawal from the agreement two years ago. I do believe that full implementation of the nuclear deal by Iran and other parties remain crucial to our efforts to preserve it.

However, we should not forget that even though the amount of nuclear material Iran possesses today is more than it had two years ago, it is still far less than the 10 tonnes of enriched uranium that Iran possessed before the agreement.

We know that this is thanks to the JCPOA. Iran is the most monitored country in the world by the International Atomic Energy Agency, with now almost 400 inspections per year. If we were to lose the agreement, we would lose such critical information about their nuclear programme.

During recent weeks, a great amount of attention has been devoted to attempts by United States to bring back the United Nations Iran sanctions, and here I want to be very clear also. Once more: bringing back these sanctions would have meant the end of the JCPOA.

Thirteen members of the Security Council – thirteen, including all European members – rejected this approach and underlined the importance of keeping the agreement in place. In this way supporting my understanding that the US are no longer part of the JCPOA because they freely decided to withdraw from it.

They were also very clear that after leaving the agreement in 2018, the United States was not in a position to initiate the so-called 'snapback process' of bringing back United Nations sanctions under the UN Security Council resolution 2231.

As JCPOA coordinator, I just want to reiterate that all sanctions-lifting commitments under the agreement remain in place. I want to reiterate that all sanctions-lifting commitments under the agreement, remain in place.

I will personally continue to remain engaged on all of these issues, knowing that you are being criticized both parts when you take this stance, and I count on the strong backing of this Parliament and the Council to promote a holistic approach to Iran, that takes into account different facets of our bilateral relationship.

Engagement with Iran on all these issues remains in the European Union's vital and strategic interest and that's why we are approaching the issue the way we do.

David McAllister, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, thank you Mr High Representative for your statement. I would like to echo your justified words on the urgent need to ensure the preservation and the implementation of the JCPOA by all parties. This multilateral agreement, as we have underlined many times in this European Parliament, is a crucial achievement of European diplomacy. It remains a key pillar of the global non-proliferation architecture, contributing to regional security and stability and it addresses Iran's nuclear programme in a comprehensive manner.

Colleagues, in 2018 the Foreign Affairs Committee visited Iran and Saudi Arabia. We had very interesting talks in Riyadh and Tehran and our key message was consistently a de-escalation in the region is a must. Today, more than two years later, this is more needed than ever before and that's why, dear High Representative, I would like to underline what you announced as regards the snapback mechanism. All parties involved should do their utmost to preserve the JCPOA and to refrain from any action that could be perceived as an escalation in this current situation.

(Applause)

Tonino Picula, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, dear Mr High Representative, JCPOA is an unmatched diplomatic achievement of the European Union, but it seems to be an even bigger challenge to maintain it. The European Union has committed itself to its survival and full implementation. As some would add, the deal is still alive but could be in a better health condition. Hopefully, the United States will soon enough return to deal and towards the restoration of multilateralism in general, and Iran will also uphold its commitments as stated in the Treaty. Our support to the nuclear deal, however, does not mean that we should be shy calling out Iran for its role in conflicts in Syria and Yemen, its action in the Strait of Hormuz and attacks on US troops in Iraq. We are most definitely not indifferent towards the situation of human rights in Iran, which is appalling. A Sakharov Prize awardee Nasrin Sotoudeh recently was on hunger strike, and the latest case of execution of Navid Afkari deserves our strongest condemnation. A number of dual EU-Iranian citizens are still unjustly detained in Iran. We support the EEAS Iran task force and its balanced comprehensive approach, but today we have to make it clear that if Iran wants continued European Union engagement, it needs to dramatically improve its human rights record.

(Applause)

Bart Groothuis, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, 11 days from now, on 18 October, the United Nations arms embargo will expire and 11 days from now China and Russia will be very eager to sell strategic weapons to Iran. The Iranian Foreign Minister has welcomed it, and 11 days from now, like the Islamic Revolutionary Guard Corps has said, a new phase in military cooperation between Iran and the world will commence. And since the Iranian options are limited, and their cash flow is limited, and their foreign currencies are limited, they might very well offer, as a quid pro quo, naval bases or air bases to Russian or Chinese military in the Middle East, and this is of course all bad news, very bad news, for anyone living in Israel, in Lebanon, in Yemen, but also in the European Union. Debates, however, seem to be concentrating on whoever gets the ticket in the White House. I admit, most rivals are dependent on who makes the decisions in the beginning of next year in Washington, but right now in the next couple of months, we have an expiring weapons embargo and there is no movement from the USA to be expected, which creates a daunting challenge, I must say, to try to restrain and limit arms sales to Iran, and here lies a task for Europe. And I was very pleased to learn that a while ago that European efforts to restrain, to limit, or at least to delay arms sales to Iran within the P5+1 framework were underway. Any alternative means to find a solution is welcome because Beijing will sell its arms. But it's been quiet ever since, and therefore I ask for some assurance. Are we still on the same page? Are talks with Europe, with Beijing and Moscow ongoing? Can you assure me that we are doing everything that we can to restrain? Is there still hope to limit arms sales? As coordinator for the JCPOA, which we fully support, and also as a diplomatic success from the European Union, I would ask you in the next 11 days and beyond to do your utmost best.

(Applause)

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, l'Iran est une puissance régionale majeure au Moyen-Orient. Téhéran inquiète parfois pour des raisons très objectives et parfois pour des causes qui n'ont rien à voir avec le droit international. La voix de l'Union européenne n'est malheureusement pas entendue. D'abord, parce que nous avons été humiliés par le retrait américain des accords de Vienne. Ensuite, parce que nous faisons les yeux doux aux puissances arabes sans presque jamais rappeler qu'elles font parfois pire que l'Iran. Enfin, parce que nous ne sommes pas libres en Iran à cause de l'inacceptable extraterritorialité du droit américain.

L'Union européenne n'a aucun intérêt à accepter l'ambition iranienne de former un croissant chiite allant de Téhéran à Beyrouth, mais elle ne sera crédible que quand elle agira avec la même vigueur contre l'impérialisme ottoman ou contre la manipulation des populations sunnites par l'argent du Golfe. Les nations européennes connaissent mieux le Proche-Orient que les États-Unis, il est temps que nous nous libérions du carcan de l'OTAN et de l'atlantisme pour retrouver crédibilité et indépendance sur les dossiers dans cette région.

Oui, nous devons établir un dialogue avec l'Iran, un dialogue qui n'exclut aucun des sujets brûlants comme le désarmement des milices irakiennes ou le maintien de la peine de mort pour apostasie. Nous devons cependant penser ce dialogue, non pas pour exclure l'Iran de la diplomatie internationale, mais au contraire pour être des artisans de la paix et du dialogue dans cette région.

Ernest Urtasun, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Iran's Covid 19 cases are at an all-time high at the moment. The pandemic has hit hard at a time when the country's economy was at its lowest point, partly due to the sanctions imposed by the US, which have harmed Iranians' access to essential medicines.

When it comes to the situation on human rights we want to reiterate our call to release all human rights defenders in prison and who have been sentenced, and call for the unconditional release of all EU-Iranian dual nationals, which is a growing concern in that parliament. But the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) is still the central element of our capacity to influence both the nuclear development and human rights situation in the country. We would like to welcome the conclusions of the meeting of the Joint Commission on 1 September and support the High Representative's efforts to ensure that the agreement is preserved and fully implemented by all sides.

As the EEAS has recently done in a statement, I would like to remind everyone that the non-participating member of the JCPOA, the US, cannot initiate the process to re-impose sanctions under United Nations Security Council Resolution 2231.

The JCPOA framework is today the framework that avoids further escalation and that is why this Parliament and the European Union should firmly stand behind it.

(Applause)

Witold Jan Waszczykowski, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I would like to thank Mr Borrell Fontelles for the information about the situation in Iran and about the condition of the JCPOA. Yes, this agreement is of important value for us.

However, I would like to appeal for transatlantic unity on Iran. Despite disputes and competition between the United States and Russia, the United States and China and the United States and Iran, I think there is no room for the European Union to be in the middle. There is no room for strategic autonomy in this particular case, especially in the case of Iran. The European Union has to take sides. We may differ, of course, about the measures and the instruments in how to deal with Iran. However, we have to work together, because Iran is determined to develop a nuclear programme and to change the security architecture. It's a nasty regime which has disrespected human rights. There is no room for quick economic benefits. Our security matters. Let's keep Iran away from the nuclear bomb and let's do it together.

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Wenn wir heute über die Lage im Iran sprechen, dann doch wohl zuerst über die zahlreichen Opfer von COVID-19 und darüber, warum die EU nicht wie bei anderen schwerstbetroffenen Ländern ausreichend Unterstützung gewährt.

Wieder einmal werden die Menschen in diesem Land alleingelassen, wie auch beim Ausstieg der USA aus einem der wichtigsten internationalen Verträge der Gegenwart, dem JCPOA. Es gab nie ernst zu nehmende Konsequenzen. Auch in Bezug auf INSTEX nicht, als Trump Völkerrecht brach und exterritoriale Sanktionen verhängte, die dramatische Auswirkungen auf das Leben jedes einzelnen Iraners, jeder einzelnen Iranerin haben. Es die Geschichte grandiosen Versagens des Westens und der Enttäuschung all derer im Iran, die ihr Land öffnen und verändern wollen.

Wenn Sie jetzt beklagen, dass die Hardliner ihre Dominanz zurückbekommen und die Menschenrechte im Iran mehr denn je mit Füßen getreten werden, dann ist das halbherzig. Für mich ist es eine persönliche Niederlage – das will ich so sagen –, dass Nasrin Sotudeh seit Jahren wieder inhaftiert ist, weil sie die Hoffnungen ganz vieler Menschen im Iran verkörpert – und im Übrigen auch meine Ideale.

Allmählich schließen sich die Türen zum Iran, und wir stehen da und warten. Worauf eigentlich? Auf die US-Wahlen? Wir haben Verantwortung für unser Tun und dafür, dass die Kräfte des Friedens und der Demokratie im Iran entschlossen unterstützt werden. Dafür müssen wir einfach mehr tun.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I thought the High Representative gave a very balanced statement on the situation in Iran containing the good, the bad and the ugly, and how particularly the economic situation is impacting on the poor unfortunate citizens of Iran. As my colleague David McAllister pointed out, the JCPOA was a triumph for European diplomacy and particularly also for three powerful women who helped negotiate it. Again, we express our disappointment that the US administration unilaterally withdrew from the agreement in May 2018, and heightened tensions further with the assassination of Iranian General Soleimani.

The nuclear deal is a key pillar of regional border security and the EU has made a great effort in keeping the pact alive, despite US pressure, and we deserve credit for it. We must remain clear and unwavering in our commitment to non-violence and continue to de-escalate tensions in the region. As has been pointed out, since the United States has already withdrawn from the international agreement curbing Iran's nuclear ambitions, it can't now use its former membership of the pact to try and impose a permanent arms embargo on Iran. We must do everything we can to ensure that sanction-lifting continues while the conditions are met, and with 400 inspections per year, that's pretty clear.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman, höga representanten Borell, kollegor! Gällande det mycket breda ämnet situationen i Iran finns det mycket att säga. Iran är på många sätt i en kris just nu med, som kolleger har nämnt, en förfärlig situation när det gäller covid-19. Men också ett land drabbat av fattigdom, enorm korruption, klimatförändringar. Och till det har vi en situation vad gäller mänskliga rättigheter som lämnar allt att önska.

EU har fördömt, men behöver också fortsätta att fördöma, det som drabbar samvetsfångar i landet. Jag tänker på Nasrin Sotoudeh, som kämpat så hårt för mänskliga rättigheter i sitt engagemang som advokat, och som nu hungerstrejkar och pekar på de vidriga förhållanden som hon och många med henne drabbas av när man kämpar för sitt folk och de mänskliga rättigheterna. Vi måste också fortsätta att fördöma de avrättningar som sker. Det plågade världen att se på när idrottsmannen Navid Afkari avrättades. Det gör ont att människors liv tas ifrån dem. Iran är ett av de länder i världen som har sämst statistik när det gäller det här området. FN pekar på allvarliga brister.

Om EU ska lyckas med en stabil situation säkerhetsmässigt i förhållande till Iran – se till att kärnenergiavtalet fortsätter att respekteras, bygga en transatlantisk länk med USA, stå upp för mänskliga rättigheter – då krävs ett stort engagemang från EU-kommissionen och rådet, och jag utgår från att den höga representanten Borell står för det.

Nicola Beer (Renew). – Frau Präsidentin! Belarus, Aserbajdschan, Armenien – diese Bilder von Gewalt und Konflikt erreichen uns täglich, und zu Recht stehen wir auf, um laut dagegen zu protestieren. Wir sollten aber auch für die aufstehen, die außerhalb der Weltöffentlichkeit leiden – ohne Politik, ohne Presse, ohne Anteilnahme.

Auch im Iran herrscht Krieg, ein leiser, ein zäher Krieg, den das Regime gegen sein eigenes Volk führt, gegen die Menschen, die ihre Meinung kundtun, gegen die Jugend und im Besonderen gegen die Frauen. Dieser Krieg gegen das eigene Volk wird auf dem Rücken der Frauen ausgetragen.

Eine von ihnen, Giti Purfasel – und ihr Name ist zu Unrecht nahezu unbekannt –, wird weggesperrt, bedroht, drangsaliert. Für sie sowie für unsere Sacharow-Preisträgerin Nasrin Sotoudeh wird der Kampf für Frauen und Menschenrechte zum Verhängnis. Sie ist nur das jüngste Beispiel für das Schicksal der Frauen im Iran, die schon für ein schlecht sitzendes Kopftuch ihrer Freiheit beraubt werden.

Diese Frauen haben nicht das Privileg, dass die Medien täglich über sie berichten. Diese Frauen haben keine Anwälte; diese Frauen müssen wir durch unsere Aufmerksamkeit schützen. Konkret, wir brauchen Botschafterbesuche im Gefängnis für Giti Purfasel und die anderen politisch Inhaftierten, bis sie endlich freikommen. Aber nicht nur.

Lassen Sie uns endlich dem Ruf nach einem geopolitischen Europa folgen und gegenüber diktatorischen Regimes eine unmissverständliche Linie ziehen! Genug ist genug! Wir brauchen weniger Kooperation mit, weniger Verständnis für das iranische Regime, dafür mehr direkte Unterstützung für iranische Frauen, für die iranische Zivilgesellschaft, damit Heldinnen wie Giti Purfasel auch weiterhin außerhalb unserer Grenzen europäische Werte verteidigen können.

Marco Campomenosi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Alto rappresentante, lo hanno detto molti dei miei colleghi: tortura per ottenere false confessioni, arresti di massa, i diritti degli oppositori e delle donne calpestati da un regime che ha per nemici i suoi stessi cittadini, per non parlare delle minoranze e dello stato di Israele.

Una gestione della COVID drammatica, soprattutto per le minoranze, e un quadro economico, come ha ricordato l'Alto rappresentante, nefasto. Eppure il denaro per finanziare milizie in Siria, in Iraq, Hezbollah e Hamas, non manca.

La gravità di quello che ci dice l'Amministrazione americana deve essere portata alla massima attenzione a Bruxelles, perché anche io e molti avevamo accolto l'accordo sul nucleare in maniera molto positiva. Ma ritenerlo oggi ancora attuabile, secondo me, è un errore e forse un'ingenuità.

Per la stessa ragione credo che non debbano essere sottovalutate le intese fra Israele e alcuni stati sunniti. Insomma, qualcosa in quell'area stia cambiando e sicuramente dobbiamo sostenere la possibilità che vi sia un cambio di regime in uno Stato che, lo abbiamo nominato tutti, non permette a persone come Navid Afkari di difendersi liberamente. Oggi lui non può essere tra noi perché è stato impiccato: eppure probabilmente aveva ragione a protestare contro quel regime.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Madam President, Mr Borrell, the aggressive oppression of the people of Iran by the regime is presently the worst it's been in over 30 years, and, as Ms Beer said, the regime is waging war on its people and we have to stand steadfastly on their side to protect them, to help them and to make the world know, and make the European public know, what is going on.

At the same time, we're talking about the JCPOA, and we try to hold on to that – and we should. But we are holding on to a political ruin. Even if President Biden were to be elected in November, there is scarcely a chance that the US would return to the JCPOA, if we are honest with ourselves. The JCPOA was a European initiative. We are proud of that, but that pride should be translated into a new European initiative. I think there is a new dynamic in the region, particularly with some of the deals that have already been mentioned today. The European Union should start – you should start, Mr Borrell – an initiative for a regional conference for stability and peace, and of course we need the US on board, we need the Russians on board and the Chinese and all the powers in the region. But we should not just look back, deploring what went wrong, but look forward, finding new initiatives.

Anna Fotyga (ECR). – Madam President, the economic disaster in Iran started long before COVID-19 and American sanctions. Actually, massive protests were because of the misuse of funds after de-freezing by banks following the signing of the JCPOA. We have to find a way to keep the arms embargo on the regime that is responsible for financing terrorism, crushing protests in the country so brutally and downing civilian airplanes.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Madam President, not extending the sanctions against Iran at the UN Security Council was certainly welcome. But Mr Borrell, you said that the EU has learned lessons from recent developments and that the EU must take a more independent position. Are you prepared to act out upon these lessons?

Due to the US unilateral sanctions, the EU as a member and coordinator of the JCPOA has not complied with its own obligations under the JCPOA. You are tasked with overseeing the implementation of the EU law, including the blocking statute Council Regulation (EC) No 2271/96. What have you done in practice to protect legitimate trade with Iran? Under the blocking statute, EU countries are not allowed to abide by US extraterritorial sanctions. But our failure to stand against the lawless behaviour of the US makes us complicit in punishing millions of Iranians and abusing their human rights.

When is the EU going to find the courage to abide by international law and say 'no' to US bullying? When will you, Mr Borrell, say 'no' to US imperialism?

Maria Arena (S&D). – Madame la présidente, Monsieur le Haut représentant, vous l'avez dit, l'Union européenne demeure pleinement investie sur le dossier nucléaire, et c'est une bonne chose, car nous savons qu'au cœur de cette question, il y a la sécurité dans la région, mais de manière plus générale, la sécurité internationale.

Mais la coopération internationale avec l'Iran – et vous l'avez dit aussi – ne peut laisser dans l'angle mort la question des droits de l'homme, car en la matière, l'Iran est loin, très loin des objectifs souhaités. Le 10 octobre sera la journée mondiale contre la peine de mort et pourtant, l'Iran est le pays qui exécute le plus, y compris des jeunes qui ont été condamnés alors qu'ils étaient enfants; des filles, condamnées à 9 ans, des garçons, condamnés à 15 ans, qui attendent dans le couloir de la mort d'être exécutés à 18 ans. L'Iran condamne à la peine de mort des personnes pour des délits tels que la trahison, l'espionnage, la prostitution, l'adultère, l'apostasie ou encore les manifestations contre la pauvreté ou la corruption. Des aveux sont obtenus sous la torture, et c'est le cas d'Ahmadreza Djalali actuellement. En Iran, défendre les droits humains ou lutter contre la peine de mort est passible de plus de 10 ans d'emprisonnement. C'est le cas de nombreux activistes, tels que Nasrine Sotoudeh, ou encore Narges Mohammadi, qui est en exil.

Oui, la coopération internationale avec l'Iran est importante, oui, le dialogue est important, mais elle doit également consister à exercer des pressions en faveur des droits de l'homme et exiger la libération immédiate de ceux qui n'ont fait qu'exercer pacifiquement leurs droits fondamentaux.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señora presidenta, gracias, señor Borrell, y gracias también por sus esfuerzos para mantener el Plan de Acción Integral Conjunto. Pero tenemos que exigir a las autoridades iraníes que cesen en su vulneración de los derechos humanos.

Nasrín Sotudé ha estado a punto de morir al iniciar una huelga de hambre para denunciar la situación de los presos políticos. Pero, detrás de ella y detrás de los presos políticos, está la sociedad civil iraní, contra la cual el régimen iraní está en guerra. La represión en Irán está institucionalizada: los fiscales apoyan denuncias falsas, los jueces dictan condenas basándose en declaraciones obtenidas con tortura y las ejecuciones son diarias, judiciales y extrajudiciales.

Tenemos, por lo tanto, que hacer saber al régimen iraní que tiene que responder de sus crímenes. Y tenemos que apoyar una misión de investigación en el seno del Consejo de Derechos Humanos que vaya a Irán, que se persone en las cárceles y que haga un informe que nos dé cuenta de la realidad brutal que vive el pueblo iraní.

Lars Patrick Berg (ID). – Frau Präsidentin, Hoher Vertreter! Die Entschlossenheit des Hohen Vertreters, die Wiener Nuklearvereinbarung über das iranische Atomprogramm trotz der erdrückenden Beweise dafür, dass es sich um eine schwache Initiative handelt, aufrechtzuerhalten, kann man nur bewundern.

Natürlich verstehe ich den Wunsch, der nuklearen Proliferation Einhalt zu gebieten, und das Anliegen der E3, die Integrität der Vereinten Nationen zu wahren. Meiner Auffassung nach müssen wir jedoch der Realität ins Auge sehen: Iran ist nicht vertrauenswürdig. Die Mullahs unterdrücken ihr eigenes Volk mit Gewalt, sie finanzieren Terroristen in aller Welt, destabilisieren ihre Nachbarn und sind für die massenhafte Tötung von Zivilisten im Jemen verantwortlich. Sie exekutieren politische Gegner und inhaftieren unschuldige Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft, um einen vermeintlichen politischen Vorteil zu erzielen. Die iranische Revolutionsgarde ist eine der größten Drogenbanden der Welt.

Die Resolution 2231 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen ermöglicht es dem Iran weiterhin, Terrorangst und Instabilität zu exportieren. Sie erlaubt es den nicht demokratisch legitimierte Mullahs, das iranische Volk weiterhin zu terrorisieren.

Salima Yenbou (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur Borrell, connaissez-vous madame Aras Amiri? Elle travaillait pour le British Council au Royaume-Uni, où elle s'occupait de faire connaître l'art et la culture de l'Iran.

En mars 2018, elle a été arrêtée à l'aéroport de Téhéran et condamnée à dix ans de prison. Monsieur Borrell, l'Union européenne doit la soutenir. Le cas d'Aras Amiri nous montre à quel point la culture fait peur aux régimes autoritaires.

M^{me} Amiri n'est malheureusement pas la seule citoyenne iranienne qui dérange son gouvernement par son engagement culturel. Rappelons-nous, en 2016, Golshifteh Farahani, qui incarnait si bien Anna Karénine au Théâtre de Paris, avait dû quitter son pays pour pouvoir continuer à exercer son art. Rendez-vous compte, un chef-d'œuvre de la littérature russe porté par une actrice iranienne à Paris. La culture dépasse ainsi les frontières et émeut au-delà des différences culturelles. La culture est un vocabulaire mondial, disait Marjane Satrapi.

Vous qui lutez tous les jours pour la liberté culturelle, n'oubliez pas, n'oubliez jamais à quel point les régimes vous craignent, n'oubliez jamais qu'en la culture réside votre pouvoir. Merci pour votre courage.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, alto representante Borrell, me cuento entre los muchos y las muchas eurodiputados y eurodiputadas que aprecian sus esfuerzos, a menudo ingratos, por imprimir a la política exterior de la Unión Europea autonomía, carácter y compromiso, sea en el conflicto entre Armenia y Azerbaiyán, dos países miembros del Consejo de Europa en guerra, apoyados por otros tantos países del Consejo de Europa, sea en el caso de Venezuela, o sea también en este caso, en Irán, al recordar a los Estados Unidos que, al haber abandonado el acuerdo, ya no son miembros del Plan de Acción Integral Conjunto y, por tanto, no está bajo la cobertura de la Resolución 2231 de las Naciones Unidas la imposición unilateral de sanciones, que además intentaron que avalara el Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas, y fracasaron en el intento.

Pero, al mismo tiempo, me cuento entre los que exigimos de la Unión Europea que se emplee a fondo para exigir a Irán respeto por los derechos humanos, que cese en la represión brutal de la disidencia, en la discriminación de categorías enteras de personas, empezando por las mujeres, y en la aplicación sistemática y frecuente de la pena de muerte.

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Madame la Présidente, les États-Unis ont décidé unilatéralement de rétablir les sanctions sur l'Iran, le secrétaire d'État américain s'empressant d'annoncer des mesures contre ceux qui violent les sanctions, c'est-à-dire en nous imposant par la force leur politique.

L'évocation de ces mesures nous rappelle d'ailleurs l'amende exorbitante de 8 milliards d'euros infligée par le département du Trésor américain à BNP Paribas en 2015. À l'époque, qu'avait fait la Commission pour protéger les entreprises européennes soumises à ces amendes? Rien. Jeudi dernier en Conseil européen, vous avez abordé la construction d'une autonomie stratégique européenne. Est-ce que cette autonomie ne passe pas, avant tout, par la protection de nos entreprises vis à vis de sanctions et d'interventionnismes étrangers? Que compte faire la Commission en ce sens et ne serait-il pas grand temps pour elle de sortir les muscles et d'enfin protéger les entreprises européennes de l'ingérence américaine? Mettre en place, par exemple, des barrières écologiques aux frontières ciblant principalement des produits américains ou interdire tout bonnement à certaines entreprises de pénétrer sur le marché européen, comme Trump a pu le faire avec TikTok.

Hannah Neumann (Verts/ALE). – Madam President, we have talked for nearly an hour now about the threats to the JCPOA, about global power dynamics, about national repression. While all of this is true and very frustrating, there is also hope in Iran.

There were massive protests of young people last year in the streets, taking their claims to the streets. Just a few weeks ago, women of Iran have started a 'Me Too' movement. There is even a 'Fight for the Future' group in the country. Young people in Iran are not living on a different planet. They are part of global movements, and they challenge the regime. Yes, they have to face crackdowns, oppression, repression, torture. They are in prison, some of them are executed. But they are coming back again, and again, and again. And the old ones who have gone through this for decades and decades have not stopped.

As long as people in Iran still have the courage to face this regime, it is our duty to support their cause and protect them. And while it is so important that the EU engages in regional dynamics, as Reinhard Bütikofer said, we can only do so if we also manage to engage the people that suffer under the various regimes in the region.

Evin Incir (S&D). – Madam President, High Representative, for over 40 years human rights defenders and the political opposition have been under constant attack by the regime in Iran. Their oppression towards the Iranian people is heavy and relentless.

Just this September, Amnesty International reported how protesters were subjected to extensive torture following the large popular demonstration last year. Feminists, journalists, union leaders, civil society and minorities, such as the Kurds and Bahai, are sentenced to harsh penalties, including corporal punishment and the death penalty.

Sadly, this is probably not news to anyone in this room. Iran sees some of its citizens as threats. Repression happens to real people, people with family and friends. Right now, the brother of a Swedish inhabitant is facing the death penalty while being held in jail. Nasreen Sotoudeh and Narges Mohammadi are the names of additional people in Iranian jails that are facing the death penalty. So my question is basically what is the Commission doing to prevent the execution of these innocent people, who only dream of democracy and freedom?

Bernhard Zimniok (ID). – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor Kurzem wurde der Ringer Navid Afkari ohne rechtsstaatliches Verfahren hingerichtet. Wo blieb da unser lautstarker Protest?

Aktuell befindet sich die Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh, Trägerin des Sacharow-Preises, in ernsthafter Gefahr; ihr Zustand ist besorgniserregend. Sie wurde 2019 zu 33 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt, weil sie zwei Frauen verteidigt hat, die gegen den geltenden Kopftuchzwang protestiert hatten. Jenes Kopftuch, das in Europa von Linken und Grünen gern als Zeichen der Emanzipation verharmlost wird. Die Peitschenhiebe wird sie nicht überleben.

Der Iran wird immer noch hofiert, um den Atom-Deal nicht zu gefährden. Der Deal war von Anfang an eine Nebelkerze, die es den Iranern erlaubte, weiterhin ihre Atombomben zu bauen – unter dem Applaus des Westens.

Nehmen wir unsere sogenannten, viel zitierten Werte doch endlich mal ernst und beenden den Kuschelkurs mit Iran! Zeigen wir ihnen endlich die rote Karte!

Robert Hajšel (S&D). – Madam President, the European Union wants to maintain a nuclear deal with Iran and rejects American unilateral action aimed at imposing further sanctions. President Trump promises that if he is elected again, he will negotiate a better deal with Iran, not only on its nuclear program. Can we believe it? I do not know.

It's clear that nothing will be solved on nuclear deal until we learn who wins the election, and whether Washington is returning to a nuclear deal or continuing with the controversial sanctions mechanism. Time is passing by. Now we face the problem when the weapons export embargo will expire in two weeks.

On the other hand, we have to remember that we in the EU must remain critical and very tough against Tehran in dealing with the ideological opponent, opposition, – Iran needs to make further significant progress in the area of human rights if it wants to get more European engagement. The release of some detained citizens with a dual citizenship is a step in the right direction. I think, it is not sufficient – all the repression should stop now.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señora presidenta, gracias al alto representante, Josep Borrell, por su presencia hoy aquí, por su intervención.

Yo creo que la gran mayoría de la Cámara está de acuerdo con la posición que ha expresado: tratar de hacer todos los esfuerzos para mantener con vida el acuerdo nuclear, que es de gran importancia, y, al mismo tiempo, exigir el respeto a los derechos humanos en Irán por parte del régimen.

No podemos olvidar la larga lista de agresiones del régimen iraní, desde el punto de vista de la desestabilización regional, pero también la detención y ejecución de opositores —se ha mencionado aquí la de Afkari, la situación de nuestra laureada Sájarov, Nasrín Sotudé, muy preocupante—; pero también el secuestro ilegal de ciudadanos con doble nacionalidad, la disposición a comprar armas en cuanto acabe el embargo, el derribo por error de un avión civil, la represión de las protestas de noviembre del año pasado.

La cuestión es: ¿disponemos de herramientas para presionar al régimen más allá de las de tipo declarativo?

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin! Über den grundsätzlichen Charakter des iranischen Regimes sind wir uns ja sicher weitgehend einig, und alles, was hier an Kritik an den Zuständen im Innern des Landes aufgezählt wurde, ist verurteilenswert. Beispielhaft eben die Exekution von Navid Afkari, die Inhaftierung von Nasrin Sotoudeh oder auch die grundsätzliche Rechtlosstellung der Bahá'í als eine verfolgte Religionsgemeinschaft. Auch die Kritik am außenpolitischen Verhalten – alles, was hier aufgezählt wurde, ist berechtigt.

Aber: Wir waren uns über viele Jahre weltweit einig, das Allerschlimmste wäre es, wenn Iran eine Atombombe bekäme, und das war richtig zu verhindern und ist richtig zu verhindern, und das JCPOA muss deswegen beibehalten werden. Wir müssen versuchen, hoffentlich eine neue amerikanische Administration Biden dazu zu bekommen, dass sie da wieder beiträgt, denn wir haben ja die Effekte erlebt, dass die Radikalisierung zunimmt im Iran.

Hätten wir eine gegenteilige Entwicklung gehabt – mit der Anwendung des Abkommens, mit der Aufhebung von Wirtschaftssanktionen und mit einer Möglichkeit für die Menschen dort, sich zu entwickeln –, dann hätten sie mehr Kraft gehabt, sich gegen das Regime zu wenden; da bin ich mit Hannah Neumann einig.

Ich habe sehr viel Vertrauen in die jungen Menschen, eigentlich in alle Menschen, die wirklich die Nase voll haben bei diesem Regime. Eines Tages werden die Iraner dieses Regime überwinden, und wenn wir bis dahin eine Politik betreiben, die ihnen diese Zuversicht nicht nimmt, dann ist das eine richtige Politik, und dazu gehört, dass wir das JCPOA weiterführen sollten.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Alto rappresentante, la situazione dei diritti umani in Iran si è rapidamente deteriorata in quest'ultimo anno. Le sanzioni imposte dagli Stati Uniti hanno avuto un impatto devastante sull'economia del paese, con gravi conseguenze sul godimento dei diritti economici e sociali, creando una vera bomba interna.

Le proteste scoppiate il 25 novembre dello scorso anno sono state brutalmente represses dalle autorità, che hanno impiegato forza non necessaria o eccessiva e detenuto arbitrariamente i manifestanti pacifici. Da allora magistratura e forze di sicurezza hanno continuato a utilizzare disposizioni approssimative del codice penale per arrestare e perseguire gli attivisti, contro la libertà di espressione e di riunione pacifica. Il caso di Nasrin Sotoudeh, a cui va il nostro sostegno e la nostra solidarietà, è emblematico di questo deterioramento verso difensori dei diritti umani, avvocati e dissidenti.

Collegli, servono strumenti anche sanzionatori verso i responsabili di ogni violazione dei diritti umani, ovunque siano! Ma senza diplomazia, senza negoziato, senza una difesa europea degli impegni assunti in modo reciproco nell'accordo sul nucleare, non ci sarà un tavolo per migliorare e negoziare questo stato inaccettabile dei diritti umani.

Gli Stati Uniti si sono ritirati dal multilateralismo: sta noi difenderlo concretamente ora.

Josep Borrell Fontelles, Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Madam President, it has been a busy morning. We have been here for four hours, and we are reaching the end of this intense debate about three very important issues. Many things have been said, and I agree with many of them. I could say exactly what Mr Gahler said at the end: the worst thing would be if Iran were to become nuclear. Thanks to this deal, it's not nuclear. Others Members have said the same thing; I cannot mention all of them.

So to try to keep the JCPOA alive – although, as Mr Bütikofer has said, it is very weak because the withdrawal of the US is certainly something that jeopardises its existence and the continuity – to keep it working, even at a lower regime, is not contradictory with the importance that we have to give to the situation of human rights in Iran. I know that this is something that all Parliament is very concerned about and I can assure you that we will continue working in order to put our concerns, our rejection of the executions and detentions that have been mentioned here today before the Iranian authorities. We will do that in collaboration with the German Embassy in Tehran, which is currently acting as our local representation since we don't have a European delegation on the ground.

And Mr Bütikofer is also right: we have to look further at whatever is going to happen in the US after the next elections. It is not sure that the JCPOA will survive. We have to look for a new agreement. Is it possible? Remember how difficult it was to reach this agreement, how many years of tough work were required to rebuild the agreement in order to adapt it to the new circumstances, and even enlarging it could be good, if possible. It will depend very much on the political landscape in January next year.

In the meantime, about the arms embargo: I want to stress that we Europeans will continue to put our arms embargo in place. Our arms embargo, the comprehensive arms embargo of the European Union – not the JCPOA arms embargo – will continue into 2023. But we cannot say that we fight to keep the JCPOA alive and, at the same time, to impose an arms embargo on the JCPOA itself – what is considered part of it – and ban. On that, we cannot share the position of the US as they didn't share 13 Members of the Security Council. All I know is we are trying to do our best in order to increase trade with Iran. It is very difficult because the American sanctions are very powerful, but the Iran deal is not just a nuclear deal. It is a dual task. It is a nuclear deal on the one side and an economic deal on the other, and one thing goes with the other. We cannot pretend that Iran fulfils all its nuclear obligations and at the same time not get any kind of reward on the economic side. This is a delicate balance. Let's try to work on two things at the same time: the nuclear agreement and human rights.

We will continue fighting to keep the nuclear agreement alive and working and at the same time we will continue working in order to make the Iranian authorities aware that respect for human rights is a *sine qua non* for us to engage with them. And on both points I need the support of the European Parliament and a realistic approach to one of the most important problems for our security, because without the JCPOA today Iran would be a nuclear power and then we would be in a completely different scenario, in a completely different situation.

I think that this achievement for European diplomacy, which took a lot of effort from Javier Solana until Ms Mogherini – a lot of people have been working on that – deserves to be preserved, deserves to be continued, deserves to be facilitating a non-nuclear Iran, and it also gives us leverage to engage with Iran on these other very important issues, such as human rights, which I know the Members of this Parliament are very attached to, as I am. You can count on the External Action Service to engage on this issue. The two of them can go in parallel; one thing doesn't prevent the other. Thank you very much, Members of the Parliament, for your support and for this long and moving session.

(Applause)

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Adam Bielan (ECR), *in writing*. – The economic and social situation in Iran have deteriorated rapidly and the Covid-19 pandemic is aggravating the situation. Iran's economy suffers from high inflation and is predicted to shrink by 10% this year.

It should not be only in the EU's security interest to maintain the JCPOA, but also in the interest of the people, as the agreement is also contributing to regional and global security. This is, I believe, of utmost importance.

In parallel, the EU should work on how to keep arms embargo on the regime and should try to re-establish transatlantic unity on Iran.

Fundamental rights such as freedom of expression and of assembly must always be respected. Therefore, while maintaining the JCPOA, the EU and especially the HRVP should continue raising human rights concerns with the Iranian authorities in bilateral and multilateral forums.

(Istunto keskeytettiin klo 13.13)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 14.20)

11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(La seduta è sospesa alle 14.25)

Puhetta johti HEIDI HAUTALA*varapuhemies***12. Wiederaufnahme der Sitzung***(The sitting resumed at 15.00)*

President. – Let me first congratulate Executive Vice-President Valdis Dombrovskis on his nomination by this House also to extend his responsibilities to trade policy. And I am confident that the House and you will have an excellent cooperation also in the future. So, congratulations.

13. Die Rolle der Europäischen Aufsichtsbehörden im Wirecard-Skandal (Aussprache)

Puhemies. - Esityslistalla on seuraavana neuvoston ja komission julkilausumat Euroopan valvontaviranomaisten roolista Wirecard-skandaalissa (2020/2701(RSP)).

Tällä istuntojaksolla keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä "catch-the-eye" -puheenvuoroja eikä myöskään hyväksytä sinisen kortin kysymyksiä.

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Sie wissen, dass ich hier den Rat vertrete und für den Rat spreche; dennoch möchte ich auch ein paar Anmerkungen aus Sicht der deutschen Bundesregierung machen. Ich möchte Ihnen noch einmal versichern, dass meine Regierung diesen Betrugsskandal sehr ernst nimmt. Deshalb haben wir inzwischen auch eine entsprechende Untersuchung eingeleitet. Wir arbeiten an konkreten Reformvorschlägen, die darauf abzielen, das *enforcement* im Bereich der Rechnungslegung und die Effektivität unserer Aufseherinnen und Aufseher zu stärken.

Wir haben inzwischen in Deutschland auch parlamentarische Untersuchungen laufen, die wir ebenso uneingeschränkt und engagiert unterstützen. Gerade auch diese parlamentarischen Untersuchungen werden dazu beitragen können, dass die notwendigen Reformen im Bereich der Rechnungslegung, der Buchprüfung und der Aufsicht ermittelt, dann aber auch umgesetzt werden. Das ist unser gemeinsames Interesse.

Seien wir ehrlich: Die Ereignisse um den schweren Betrugsskandal Wirecard haben ein ausgesprochen schlechtes Licht auf unsere Kapitalmärkte, die Rolle der Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer, die Corporate Governance sowie die *Enforcement*-Systeme geworfen. Daher ist es jetzt an uns gemeinsam, das dringend benötigte Vertrauen in unsere Märkte wiederherzustellen.

Wir teilen deshalb auch die Bedenken, die das Europäische Parlament geäußert hat. Deshalb haben auch die Finanzministerinnen und Finanzminister begonnen, eine Debatte über die Angemessenheit der Bilanzprüfungsvorschriften sowie das *Enforcement*-System der Europäischen Union zu führen und auch darüber, ob wir eine stärkere Kontrollinstanz auf der EU-Ebene brauchen, um die Stabilität unserer Kapitalmärkte zu gewährleisten. Wir müssen die richtigen Lehren aus diesem Betrugsskandal ziehen, und ich bin mir sicher, dass wir das im Kontext des gemeinsamen Marktes am besten auch gemeinsam tun können.

Der Rat, auch das will ich Ihnen noch mal versichern, liebe Abgeordnete, wird das Thema Wirecard als Priorität behandeln. Wir beabsichtigen, noch vor Ende unserer Ratspräsidentschaft ehrgeizige Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung der Kapitalmarktunion vorzulegen, und genau dies wird uns auch die Möglichkeit eröffnen, diese Angelegenheit im Zusammenhang mit einer breiteren Debatte über die Kapitalmarktunion zu erörtern und eine politisch koordinierte Antwort auf diesen schweren Betrugsskandal zu finden. Die Antwort auf diesen Betrugsskandal kann aber nicht alleine darin liegen, einfach mit dem Finger auf die Aufsichtsbehörden zu zeigen oder den europäischen Agenturen mehr Zuständigkeiten, mehr Befugnisse zu übertragen.

Es gibt auch, verehrte Abgeordnete, andere Bereiche, die dringend angegangen werden müssen und die dafür Sorge tragen müssen, dass eine solche Situation nie wieder vorkommt. Wir müssen uns mit den Vorschriften im Bereich der Buchprüfung sowie der Rolle der Prüferinnen und Prüfer an den Kapitalmärkten beschäftigen. Gleichmaßen müssen wir Interessenkonflikte zwischen den Geschäftssparten, Beratung und Prüfung diskutieren, und wir müssen uns auch Gedanken darüber machen, wie wir den Aufsichtsrahmen für bestimmte Dienstleistungserbringer regeln, und wir müssen uns fragen, ob die bislang geltenden Vorschriften auch verantwortungsbewusst und verantwortungsvoll genug ausgearbeitet worden sind.

Das gilt umso mehr, als die Finanzierung der EU-Wirtschaft aus einer Vielzahl von Quellen ein zentrales politisches Ziel bleiben muss. Die Märkte in der Europäischen Union müssen ihre Attraktivität für Investitionen und Finanzierungen behalten können, und die Unternehmen in der EU müssen Zugang zu einer ganz breiten Palette von Finanzierungsquellen behalten.

Nach einer der schwersten Krisen, die wir je erlebt haben, brauchen unsere Unternehmen jetzt, in dieser schwierigen Zeit, gute Finanzierungsbedingungen, um ihre Eigenmittel- und ihre Kapitalausstattung zu vertretbaren Kosten wiederherzustellen. Dies kann nur erreicht werden, wenn wir Vertrauen zurückgewinnen – Vertrauen in die europäischen Kapitalmärkte. Das muss unser gemeinsames Interesse sein.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, the Commission welcomes today's debate. It is essential to investigate fully whether EU investors were fully protected in the Wirecard case, as provided for by European legislation. We must draw all lessons that are necessary to ensure that cases like Wirecard are detected and addressed immediately. We simply cannot allow again that a company that is part of a major stock market index, that is regulated and overseen by national supervisors, and whose auditor is one of the so-called 'Big Four', could collapse in such a way, wiping off EUR 22 billion of market capitalisation.

Every aspect needs to be looked at – from reporting requirements to auditors and supervision. This is why the Commission has been following this case very closely. As soon as Wirecard announced that it would file for insolvency, we asked the European Securities and Markets Authority to carry out a preliminary investigation on what happened.

The Commission welcomed the preliminary considerations that ESMA published on 15 July. We expect further results by the end of this month from the fast-track Peer Review of enforcement activities that ESMA has announced, and from the ongoing investigations by the various national authorities.

It is too early to draw definitive conclusions about the causes of Wirecard's collapse before those investigations have been completed. Having said that, it seems that the principal cause of the collapse is financial reporting fraud, potentially perpetrated over several years. We can and should already start reflecting on how to better protect investors in the EU from such failures in the future.

EU rules and the way they are applied aim to eliminate risk of financial reporting fraud as much as possible. They set out three lines of defence to ensure that financial reports issued by listed companies present a true and fair view of a company's financial position. This is very important to ensure that investors in those companies have all the information they need and are protected.

The first line of defence is at the level of the company. EU law requires that EU companies with securities listed on an EU regulated market establish an audit committee. A majority of members of this committee must be independent of the audited entity. The audit committee has a broad range of responsibilities. For example, it must oversee the work of the statutory auditor. It must ensure the effectiveness of the company's internal quality control and risk management systems and, where applicable, its internal audit. The EU law also requires disclosure of information about the company's internal control and risk management systems in relation to the financial reporting process.

The second line of defence is at the level of the auditors themselves. EU rules require independent external audits. They aim to ensure high quality audits based on professional skills, independence and professional scepticism. Auditors must signal any issue that could materially affect the judgement of investors and other users of financial information provided by companies. The auditor of listed companies must also report suspected irregularities, including fraud, to the authorities.

The third line of defence is at the level of supervision. National authorities must carry out the daily supervision of financial reporting by companies listed on regulated markets. Competent authorities must ensure that financial statements are drawn up in accordance with the relevant reporting framework and that they take appropriate measures when this is not the case. EU legislation on audits also requires national authorities to supervise the activities of statutory auditors. If appropriate, national authorities should also take enforcement actions, including by imposing sanctions.

Supervision is a crucial element of EU policy, at a time when European financial markets are rapidly evolving. New types of business models and players bring innovation and benefits to citizens and companies, both in terms of cost and greater competition. But they need to be supervised in accordance with the regulatory framework.

The Wirecard case raises serious questions about the effectiveness of all the three lines of defence. We need to take necessary actions on all fronts, including amending EU law where needed.

The Commission has already identified certain areas that are worth exploring. On corporate governance, these may include reinforcing a listed company's management responsibility for the design and proper functioning of internal controls of financial reporting. We could also propose to require compliance with corporate governance requirements like establishing an audit committee as a condition for listing on a regulated market.

On external audit, changes could include reinforcing the role of auditors as regards the risks of fraud and the effectiveness of internal controls on financial reporting.

On supervision, we could consider strengthening the alertness and response by supervisory authorities to early warning signals. ESMA could be given more powers towards national competent authorities on enforcement activities. National supervisory activities could be made more transparent, both towards the European Authorities, but also possibly towards the public. And we could reflect on reinforcing audit oversight and enforcement at national and European level.

Again, as I said earlier, we will have more knowledge of what action is needed once the investigations have been completed. But in any case it is clear that we will need to react to this.

Thank you very much. I look forward to hearing your views on this important issue.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident, Herr Vizekommissionspräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Fall Wirecard zeigt vor allem eines: Geballte kriminelle Energie, der vor allem mit Mitteln der Staatsanwaltschaft und nicht mit Mitteln der Finanzaufsicht beizukommen ist, ist eine besondere Herausforderung.

Wenn wir gerade heute wieder lesen, dass eine Bank in Österreich über 30 Jahre hinweg die Aufsichtsbehörden an der Nase herumgeführt hat – mit krimineller Energie –, dann zeigt das, dass wir nicht ein Problem der Aufsicht haben, sondern ein Problem, wie wir über Aufsichtsregeln kriminelle Machenschaften aufdecken können.

Natürlich ist die erste Frage, Herr Ratspräsident, die, welche Rolle die nationale Aufsicht im betroffenen Land gespielt hat. Immerhin, man konnte ja der internationalen Presse entnehmen, dass da vielleicht was nicht stimmt, und trotzdem hat die BaFin alles abgewiegt. Es ist schon die Frage auch mit zu beantworten, ob eine kleine Bank mit einem riesigen Geschäftsfeld richtig kontrolliert ist, wenn die kleine Bank von der BaFin beaufsichtigt wird und der Rest vom zuständigen örtlichen Gewerbeaufsichtsamt. Das sind doch die strukturellen Probleme, mit denen wir es hier zunächst mal zu tun haben.

Zum Zweiten sage ich auch ganz offen, wenn jetzt gefordert wird – auch vom Bundesfinanzminister –, man müsse da dringend die europäischen Behörden stärken: Er war schon im Amt, als wir das *Review* der europäischen Aufsichtsbehörden verhandelt haben. Da war er nicht an der Spitze der Bewegung, der europäischen Aufsichtsbehörde mehr Durchgriffsrechte zu geben, sondern er war im Bremserhäuschen. Deswegen gehört das auch hier deutlich mit angesprochen.

Deswegen, denke ich, gehöre ich nicht zu denen, die schon wissen, wo die Lösungen sind, weil wir uns die Probleme mal genauer anschauen müssen. Noch mal: Überall dort, wo mit krimineller Energie gearbeitet wird, werden wir mit *tick boxes* – mit Formularen, wo man ankreuzt, ob irgendwas erfüllt ist – nicht in der Lage sein, diesem Problem wirklich Herr zu werden.

Deswegen glaube ich schon, dass es auch Sinn macht, auf europäischer Ebene über eine Sonderstaatsanwaltschaft nachzudenken, wie wir das bei den finanziellen Interessen auch haben. Das wäre der richtige Weg, und nicht noch schärfere Regeln an Stellen, wo man nichts erreichen kann.

Jonás Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, Consejo, Comisión, estamos de nuevo ante un nuevo escándalo, un nuevo fraude, en el que miles de ciudadanos ven cómo sus ahorros desaparecen por prácticas ilícitas.

Yo creo que es importante reconocer que, en esta Unión, donde existe una libertad plena de movimientos de capitales, en esta Unión en la que estamos trabajando para mejorar la consolidación de los mercados de capitales continentales, con nuevos impulsos para, como digo, impulsar esa unión de los mercados de capitales en la Unión, necesitamos también reconocer que la supervisión nacional no es suficiente, que las grandes compañías utilizan los márgenes de la regulación nacional para arbitrar en estos comportamientos y que, por lo tanto, necesitamos, si de verdad creemos en esa unión de los mercados de capitales, un organismo supervisor único en la Unión Europea que pase por encima de la simple coordinación. Porque se está demostrando que la coordinación de los supervisores nacionales no es suficiente.

Luis Garicano, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, the tale of Wirecard is a tale of economic nationalism. It's a case of economic nationalism because, when the *Financial Times* discovers this scandal, the reaction of the regulators is first to investigate the journalists; second, forbid shorting, forbid trading against the stock, something that has never been done for individual stock in Germany; third, continue allowing staff to trade, basically closing your eyes and defending the suspect illicit activity. The problem with economic nationalism is that the supervisor doesn't have the incentive to act against the companies of their own country. They do it out of national pride. They do it out of economic interest. These are the national champions. Wirecard was the leading fintech.

There have been many instances before of such economic nationalism. Very recently, we had the Danske Bank scandal where the supervisors in Denmark and in Estonia of this Danish subsidiary see hundreds of billions of euro money laundering and do nothing. We had it during the banking crisis, we systematically saw regulators in their home country pretending that the banks were much better than they were. The truth of the matter is that the banks were not good, the supervisors pretended that they were good.

What's the cure against economic nationalism? We know it. We've done it in banking. We know the national banking authorities don't have the incentive to look carefully at their own banks. That's why we have a single banking supervisor. Mr Roth, when you say that the solution is not European supervision, I think that this is denying the reality of what we see. The reality of what we see is that, as long as we have national regulators overseeing their national champions, they are going to have the incentive to turn a blind eye. We need common supervision at a European level and to stop with this coordination.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Bereits 2015 veröffentlichte die *Financial Times* eine Artikelserie mit dem vielsagenden Namen „House of Wirecard“. Die Rede war von Korruption und Bilanzbetrug, doch Wirtschaftsprüfer, die BaFin und die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) bescheinigten Wirecard tadelloses Finanzgebaren. Deutsche und die EU-Behörden blieben untätig, und die ESMA attestierte der DPR 2017 sogar sehr gute Arbeit. So stieg Wirecard bis zum DAX- Unternehmen auf.

Im September 2019 noch setzte sich Kanzlerin Merkel während ihrer Chinareise für Wirecard ein – trotz Warnungen der Deutschen Botschaft in Beijing, die allein aufgrund von Zeitungsberichten besorgt war. Die Behörden in Singapur ermittelten da bereits gegen das Unternehmen. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft München auch wegen Verdachts auf Geldwäsche.

Offensichtlich hielt sich keine Behörde bis zur Unternehmensinsolvenz überhaupt für zuständig. Die Finanzaufsicht BaFin stufte Wirecard als Technologiekonzern ein, während die Bezirksregierung Niederbayern Wirecard dem Finanzsektor zuordnete. Die EU-Behörden leugnen jede Verantwortung, da sie nur noch von der *Green Economy* träumen.

Wirecard musste als erster DAX-Konzern überhaupt Insolvenz anmelden, da 1,9 Milliarden Euro in der Bilanz einfach fehlen. Zwei Vorstände wurden festgenommen, einer ist flüchtig.

Alles deutet auf ein Totalversagen der deutschen und EU-Behörden und auf politische Protektion windiger Finanzinvestoren – nicht anders als vor der Finanzkrise von 2008. Und auf die nächste Finanzkatastrophe deutet nicht nur Wirecard.

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident! Dieses Parlament vertritt seit vielen, vielen Jahren eine Leitidee. Die Leitidee in der Finanzaufsicht ist, dass große europäische Akteure unter gemeinsamer Aufsicht kommen, während kleinere Akteure nach wie vor nach dem Subsidiaritätsprinzip national beaufsichtigt werden.

Was wir hier sehen, ist: Im FinTech-Bereich ist mit Wirecard in Deutschland ein großes Unternehmen entstanden, das europaweite Bedeutung hatte, aber vom deutschen Finanzaufseher nicht ordentlich beaufsichtigt wurde und auch von den anderen Behörden nicht ordentlich beaufsichtigt wurde.

Was man daraus lernen müsste, ist doch, dass dieses Prinzip, dass große Akteure im Binnenmarkt national beaufsichtigt werden, überwunden werden muss – im Sinne einer echten, funktionierenden Kapitalmarktunion. Was ich hier leider gehört habe – wieder die Warnung der deutschen Ratspräsidentschaft vor einem angeblichen Allheilmittel zusätzlicher europäischer Kompetenzen –, ist doch nachgerade ein Anachronismus nach diesem Skandal.

Denn was wir gesehen haben, ist, dass nicht nur in der Presse, sondern auch im Rat der Aufseher der Finanzaufsichtsbehörden vor dem Wirecard-Skandal gewarnt worden ist. Die BaFin hat dort hinter verschlossenen Türen alles weggewischt und gesagt: Bei uns ist alles in Ordnung.

Deshalb lassen Sie uns hier die Konsequenzen ziehen! An die Bundesregierung als Ratspräsident: Ich hoffe da auf Ihre Unterstützung für eine gestärkte europäische Finanzaufsicht, die für alle großen Akteure tatsächlich verantwortlich ist, damit wir hier den ökonomischen Nationalismus überwinden.

Martin Schirdewan, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Der Fall Wirecard ist ja nicht nur ein großer Finanzskandal, es ist auch ein riesiger politischer Skandal. Ein betrügerisches, von Gier getriebenes Management fälscht über Jahre Bilanzen und führt so Anleger und Kreditgeber gezielt in die Irre. Begünstigt wird dieser Betrug durch das Versagen der deutschen Finanzaufsichtsbehörden und die miserable Arbeit der Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young – soweit.

In dieser Zeit hatte Wirecard einen privilegierten Zugang zur deutschen Regierung, und sowohl die Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch Finanzminister Olaf Scholz haben im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages ernsthafte Fragen zu beantworten: Welche Rolle spielte die Lobbyarbeit von Wirecards kriminellen Bankern im politischen Entscheidungsprozess? Welche Rolle spielte der politische Schutz für Wirecard bei der Verlängerung dieses Betrugsfalls? Welchen Zugang haben andere Finanzunternehmen zu Führungskräften der Bundesregierung, Herr Staatsminister, und zu Führungskräften der EU-Institutionen, Herr Kommissar?

Ich schlage folgende Maßnahmen vor, um künftig solche Skandale und Machenschaften zu unterbinden: Auch im FinTech-Sektor muss das „Too big to fail“-Problem verhindert, die Tätigkeit von Finanzdienstleistern auf das ökonomisch sinnvolle Maß beschränkt werden, sonst zahlt am Ende wieder die Allgemeinheit die Folgekosten der Gier der Wenigen.

Wir brauchen eine Stärkung der europäischen Aufsichtsbehörden; der Rechtsrahmen der EU muss geeignet sein, auf die Veränderung in der Finanzbranche adäquat zu reagieren. Das bedeutet harmonisierte Standards zur Klassifizierung, eine schärfere Regulierung und Aufsicht von FinTech-Unternehmen.

Weiterhin braucht es eine Änderung der EU-Wirtschaftsprüfungsrichtlinie. Die innige Beziehung zwischen den *Big Four* und den von Ihnen untersuchten Unternehmen mit Gefälligkeitsprüfung muss beendet und eine öffentliche Prüfgesellschaft eingerichtet werden.

Piernicola Pedicini (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, solo fino a qualche mese fa la Wirecard figurava tra le prime trenta aziende quotata in Borsa in Germania, insieme alla Deutsche Bank, alla Volkswagen, alla Bayer. Eppure è stato un giornalista del *Financial Times* a scoprire questa frode, così come per il *dieselgate* sono stati i giornalisti americani a scoprire quella frode.

Oggi parleremo in questa plenaria anche di riciclaggio di denaro sporco e scopriamo che la Deutsche Bank è l'istituto europeo più segnalato, con 1 300 miliardi di euro di riciclaggio; anche in questo caso sono stati i giornalisti a scoprire il caso.

Allora la domanda è: a che cosa servono le Agenzie decentrate se non hanno il potere di fare controllo e vigilanza, se possono soltanto coordinare?

Signor Presidente, la mia questione è quella di riconsiderare l'intero assetto delle Agenzie decentrate, perché evidentemente conflittuali, evidentemente contaminate da conflitto di interesse a favore degli Stati più forti e delle lobby più potenti.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Der Wirecard-Skandal hat nicht nur dem deutschen, er hat dem gesamten europäischen Kapitalmarkt immens geschadet.

Seit 2015 diskutieren wir einen Aktionsplan nach dem anderen zur Schaffung einer europäischen Kapitalmarktunion. Dabei muss der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Kleinanlegerinnen und Kleinanleger oberste Priorität haben. Doch gerade die dafür wesentlichen Kontrollmechanismen haben wir nicht. Der Wirecard-Skandal hat es einmal mehr deutlich gemacht: Versagen der beteiligten Aufsichtsbehörden, Marktmanipulation, Insiderhandel und so weiter und so fort.

Deshalb wird einmal mehr deutlich: Ohne eine direkte und einheitliche europäische Aufsicht wird der nächste Bilanzskandal nicht lange auf sich warten lassen.

Noch etwas: Die Überarbeitung der Abschlussprüferrichtlinie ist überfällig. Die Marktdominanz und die Interessenskonflikte der *Big Four* müssen durchbrochen werden.

Engin Eroglu (Renew). – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Als Politiker, der auch Unternehmer ist, hafte ich heute noch für meine Entscheidung, die ich in meiner Firma habe.

Und wir haben neben dem Wirecard-Skandal hier einen weiteren Skandal, und den müssen wir auch mal so ganz deutlich ansprechen: Das ist der Skandal der Wirtschaftsprüfer. Wirecard hat jetzt Milliarden als Barmittel in ihrer Bilanz ausgewiesen, die aber nie da waren. Diese Bilanzen wurden aber testiert von Ernst & Young. Ernst & Young hat dafür Millionen kassiert in Rechnungsform, hat sich die Taschen vollgemacht. Anleger, die Aktien gekauft haben, die diesem Testat von Ernst & Young vertraut haben – die gesagt haben: Ich glaube das, was der Wirtschaftsprüfer gesagt hat, ich kaufe diese Wertpapiere – gehen leer aus. Ernst & Young zuckt mit den Schultern, hat das Geld in der Tasche.

Und das ist das, wo wir ranmüssen, und das muss auch das sein, was wir in den Nationalregierungen, auch in der Kommission, machen müssen: Wir müssen ein System schaffen, wo auch Wirtschaftsprüfer in der Zukunft für ihre Testate haften. Dann wird das nicht passieren.

Dieses ewige Mantra „Es geht was schief – wir brauchen mehr Kontrolle, mehr Behörden, mehr Beamte“ bestraft doch am Ende alle, nämlich alle, die Steuern zahlen. Bestrafen wird die, die die Fehler machen!

Antonio Maria Rinaldi (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non posso fare a meno di citare la celeberrima locuzione latina di Giovenale, *Quis custodiet ipsos custodes*, per esprimere tutto il mio disappunto sullo scandalo Wirecard.

Paradossalmente la Germania, che agli occhi del mondo è rappresentata come modello di efficienza e rigore, troppo spesso invece si rivela essere il centro di enormi scandali, dalla Siemens alla Volkswagen, dai crediti d'imposta sui dividendi incassati due volte alla manipolazione Libor e i derivati opachi, questi ultimi grazie alla Deutsche Bank.

Questa volta però, con lo scandalo che ha travolto Wirecard, si va a minare profondamente la fiducia di tutto il comparto relativo alle carte di pagamento, comprese le prepagate, notoriamente utilizzati dai più giovani e dagli – economicamente parlando – più deboli, proprio nel momento in cui si vuole sempre di più imporre il non-uso del contante.

In Italia, ad esempio, ma anche in molti altri paesi dell'Unione europea, alcuni circuiti di popolari carte di credito che si affidavano come server a Wirecard non hanno funzionato per giorni, creando non pochi problemi in regime di piena emergenza COVID, con il risultato che moltissimi utenti non sono riusciti neanche a fare la spesa.

Premesso che la stessa BCE nel gennaio 2020 ha sconsigliato l'abolizione alla limitazione dell'uso del contante, la problematica diventa ancora maggiore se chi è autorizzato a gestire tali strumenti alternativi al contante non è a sua volta controllato puntualmente nel suo operato. Si legge sui media internazionali che vi sono stati conflitti di interesse macroscopici fra dipendenti di Bafin e *trading* sullo stesso titolo Wirecard, generando sconcerto e il più che legittimo sospetto che chi doveva controllare aveva entrambi gli occhi chiusi.

Quale ruolo hanno svolto i revisori e le agenzie di rating che certificano i bilanci delle società quotate? Anche loro distratti? Non dimentichiamo inoltre che Wirecard è anche in possesso di una licenza bancaria e quindi è ulteriormente soggetta alla rigida vigilanza prevista per gli istituti di credito: è puntualmente avvenuta come per le altre banche?

Si chiede pertanto di recuperare un minimo di fiducia e credibilità per i cittadini europei.

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident! Gefälschte Bilanzen, erfundene Umsätze und Gewinn: Der Wirecard-Skandal ist ein hochkomplexes Täuschungsmanöver, der unter sogenannter Aufsicht gar nicht hätte passieren dürfen.

Wir brauchen hier eine genaue Prüfung und einen grenzüberschreitenden Fahrplan, damit ein solcher Riesenbetrug in Zukunft unmöglich wird. Im Fall Wirecard muss das genau überprüft werden. Das Versagen der deutschen Finanzaufsicht BaFin, der privaten Wirtschaftsprüfung und auch die Rolle der europäischen Aufsicht müssen angeguckt werden.

Klar ist, wir müssen Lücken im europäischen Rechtssystem schließen. Europäische, nationale und regionale Aufsichtsbehörden müssen mit einer ausreichenden Anzahl von Expertinnen und Experten effizient zusammenarbeiten, um diese komplexen Geschäftsmodelle überhaupt zu durchschauen.

Das muss auch gesagt werden: Der Firmensitz von Wirecard ist in Bayern. Deswegen muss ich das auch ganz klar hier ausbuchstabieren: Bewusstes Wegschauen und überfordert sein bei Wirtschafts- und Finanzkriminalität, so wie das bei Wirecard die bayrische Landesregierung praktiziert hat, schadet ganz ausdrücklich dem Finanz- und Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa.

Deswegen schauen wir heute hier im Europäischen Parlament ganz genau hin. Wir brauchen eine Verbesserung der EU-Aufsicht und Prüfung, um Betrug zu verhindern. Das ist nur der Anfang der Liste, was zu tun ist. Wir müssen uns besser aufstellen.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, secretismo, corrupción, mentiras, fraude, ingeniería fiscal, y todo esto con la connivencia de otras empresas, de Gobiernos y de los supuestos reguladores del mercado.

Miren, tenemos dos opciones. Podemos escandalizarnos por este caso concreto de Wirecard o podemos asumir que no se trata de un ejemplo aislado, sino que es un claro ejemplo de la economía de casino en la que vivimos. La autorregulación no funciona. Este caso lo vuelve a demostrar. Necesitamos reglas vinculantes, de obligado cumplimiento, con sanciones reales y efectivas para las empresas que no cumplan con sus obligaciones fiscales, laborales o medioambientales.

De nada sirven las listas negras, como la de la Unión Europea, que sirven para blanquear paraísos fiscales, y de la que hace unos días salieron las islas Caimán. Hace muchos años que se está advirtiendo el fracaso de las medidas de la Unión Europea para combatir el fraude fiscal. Y la pregunta es clara: ¿se trata de errores aislados o de una política consciente de connivencia con los estafadores? Que responda... *(la presidenta retira la palabra al orador).*

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, se c'è una lezione chiara che abbiamo imparato dal fallimento di Wirecard, uno dei più grandi crack finanziari della storia dell'Unione europea, è la seguente: l'industria della revisione contabile ha bisogno di una riforma immediata.

Un'industria troppo spesso coinvolta in gravi conflitti d'interesse: le revisioni contabili falliscono infatti perché sono pagate dalla stessa azienda sottoposta a revisione; le revisioni esterne, che hanno lo scopo di assistere gli investitori, finiscono per essere influenzate dalle stesse aziende valutate, proprio come è accaduto con le agenzie di rating internazionali durante la crisi finanziaria di dieci anni fa.

Chi controlla i controllori? Una rendicontazione finanziaria corretta, lo voglio ricordare, è un bene pubblico ma paradossalmente è sotto schiaffo del privato, che dovrebbe controllare. Eppure in Europa questo argomento non sembra interessare, almeno fino al prossimo scandalo finanziario, quando tutti ci mostreremo di nuovo stupiti e addolorati.

Il conflitto di interessi delle agenzie di rating può e deve essere risolto. Serve un'agenzia di rating europea, pubblica, sottoposta a una regolamentazione rigida, chiara e stringente per la revisione contabile, con sanzioni pesanti e dissuasive.

Questo vogliamo, come proposto dalla Commissione: equità, trasparenza, assenza di conflitti di interesse, per un'Europa non più forte con i deboli e debole con i forti.

Eero Heinäluoma (S&D). – Madam President, Executive Vice-President Dombrovskis made the right analysis in August by stating that the Wirecard breached several lines of defence that should normally protect EU investors. We are now two months further on and I welcome your proposal on digital finance, where you seem to give more supervisory power to the European Banking Authority. I further call on you and the German Presidency to be ambitious in setting up an effective EU supervisory regime to tackle money laundering. Only a strong EU supervision, together with an EU financial intelligence unit will tackle money laundering properly.

At the same time, the Commission is far too silent in the field of the audit review. Time and time again, every scandal demonstrates how deeply audit companies are also involved. Therefore, it's high time that you come forward with a proposal for review with an operational separation of the audit and non-audit services under a direct EU supervision. So it's time for change. We are awaiting the proposals of the Commission.

Stéphanie Yon-Courtin (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-Président exécutif, Monsieur le Ministre, Mairead McGuinness l'a rappelé lors de son audition vendredi dernier: le scandale Wirecard est une affaire intolérable de fraude et un échec de notre modèle de supervision.

Il est insupportable que Wirecard ait été protégée pendant de si longues années, malgré les questions posées par des journalistes d'investigation, par des lanceurs d'alerte et même par des investisseurs. Dans un modèle véritablement européen, l'AEMF aurait, elle-même, activement posé ces questions, sans concession aux autorités nationales. Réformer la gouvernance des autorités européennes de supervision pour renforcer leur indépendance vis-à-vis des superviseurs nationaux est l'une des demandes concrètes du Parlement dans le rapport sur l'UMC.

Je compte sur la présidence allemande et sur la Commission pour engager cette réforme ambitieuse et urgente.

Dorien Rookmaker (NI). – Madam President, Wirecard was a billion euro company bigger than the Deutsche Bank. The management cooked the books, embezzled of billions of euros, and Jan Marsalek, the COO, disappeared without a trace. More rules and regulation will not improve the situation.

As a former chief risk officer, I can assure you, there is no industry that is more regulated than the financial industry. Instead, the German supervisor, the BaFin, should wake up and take responsibility. How is it possible for Jan Marsalek to completely disappear in this age of digital control? What were BaFin employees thinking when they bought shares from the company that they're supposed to supervise? How is it possible that BaFin let the Wirecard management get away with millions of euros just before bankruptcy was filed?

If BaFin does not do its job, Germany will lose its reputation in the financial world, and investors will lose confidence. The EU will not be able to finance their green dream if the financial world cannot rely on the BaFin. This could turn out to be a bigger risk than COVID-19.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, mijnheer Dombrovskis, de Wirecard-affaire is blootgelegd door één goede journalist, en Dan McCrum verdient daarvoor alle lof. Maar we kunnen het toezicht op de financiële sector natuurlijk niet overlaten aan die ene journalist. Dat moet op alle niveaus goed zijn. En het heeft op alle niveaus gefaald. Zie het hemeltergende handelen van Ernst & Young, dat fout op fout stapelde en interne klokkenluiders het zwijgen oplegde. Zie de toezichthouder BaFin, waarbij inderdaad werknemers handelden in aandelen van Wirecard, en na de publicatie achter de journalisten aangingen en niet achter Wirecard.

Een bedrijf van meer dan 20 miljard, een rolmodel voor fintech, is in elkaar gezakt. Dat had niet mogen gebeuren, en het is toch gebeurd. Na dieselgate is het nu Wirecard. Geen enkel land is immuun voor fraude. Als er één les te trekken valt, dan is dat dat wij het gevoel van “ons kent ons” en elkaar de hand boven het hoofd houden, zullen moeten doorbreken. Dat is hét grote voordeel van Europees toezicht: dat dat gevoel doorbroken wordt.

Valdis Dombrovskis, Executive Vice-President of the Commission. – Madam President, what I've heard today confirms my resolve to act swiftly to address whatever shortcomings in the rules and their application that investigations of the Wirecard scandal reveal.

This is particularly true when it comes to supervision. The recent review of European supervisory authorities has improved the supervisory convergence powers of these authorities. ESMA's fast-track peer review of the enforcement of financial information in Germany will be the first review to be conducted according to the new rules.

Thanks to the more independent and strengthened process, ESMA can where necessary issue individual recommendations towards national supervisors, following a 'comply or explain' mechanism. This mechanism allows a close follow-up on the recommendation and better understanding of the approach of the national supervisor. ESMA can also submit an opinion to the Commission if it considers that further harmonisation of EU rules would be needed.

In a single market, the impact of national supervisory failure extends far beyond the borders of the single Member State. National as well as European supervisors need to have the right tools, skills and powers to oversee complex value chains and group structures, as well as to investigate possible cases of fraud or abuse, in particular when it comes to publicly-listed companies and auditors' responsibilities.

This is why the Commission plans to work towards an enhanced single rulebook for capital markets by assessing the need for further harmonisation of EU rules and monitoring progress towards supervisory convergence. It will take stock of what has been achieved by the end of the next year and propose measures for stronger supervisory coordination or direct supervision by European supervisory authorities where needed.

Wirecard was also offering payment processing services and other non-regulated technical services. This shows that supervision and oversight of the actors in the payment chains has become increasingly complex, taking into account the emergence of many new business models and group structures. Activities performed by unregulated entities can have an impact on many other companies in the system. This is why, as part of the review of the Payment Services Directive, the Commission will evaluate any new risks stemming from unregulated activities, especially technical services ancillary to payment or e-money services. We will assess how to best to mitigate those risks and whether some of these activities should be brought under supervision. More broadly, we need to ensure appropriate regulation and supervision of the more complex ecosystem and fragmented value chains that may emerge from the increased involvement of technology companies in the provision of financial services.

As regards auditors, the Commission will publish a report on the functioning of the EU audit market. Separately, the Commission also launched an assessment on how current EU audit market rules work. These were planned before Wirecard's collapse, but both reports will highlight issues of relevance in this case – for instance, the performance of all the committees, given the different approaches in the Member States.

Honourable Members, thank you again for this debate. We look forward to continue working with you on these critical issues for the confidence of EU investors in financial markets.

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Vielen Dank, verehrte Frau Präsidentin! Ich kann mich dem Dank des Kommissars nur anschließen. Diese Debatte verstehen wir – als Ratspräsidentschaft – auch als Ermutigung unseres Bemühens, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass wir aus den Fehlern lernen. Danke dafür!

Ich kann auch verstehen, Herr Abgeordneter Ferber, dass es verlockend für Sie zu sein scheint, die Probleme genau bei einer einzigen Person zu adressieren. Das sind dann eher innenpolitische Erwägungen – ich weiß nicht, ob die hierher gehören. Aber widersprechen Sie sich doch dann bitte nicht selbst, denn ich stimme Ihnen uneingeschränkt zu. Sie haben gesagt: Bevor wir zu entscheidenden Vorschlägen für konkrete Maßnahmen kommen, müssen wir erstmal ausführlich die derzeitige Situation analysieren.

Die Ratspräsidentschaft ist genau dazu bereit, und wir werden bis zum Ende unserer Ratspräsidentschaft auch entsprechende Vorschläge – mit Ihrer Unterstützung – auf den Weg bringen.

Also, es geht noch mal darum: Bevor wir Schlussfolgerungen ziehen, müssen wir genau analysieren – das ist Ihre Auffassung, und das ist auch unsere Auffassung.

Herr Abgeordneter Giegold, jetzt bauen Sie doch bitte keinen Konflikt auf, wo es überhaupt gar keinen gibt. Noch einmal: Der Wirecard-Betrugsskandal hat noch einmal – es hat ja schon viele Skandale gegeben – deutlich gemacht, dass wir uns mit der Regulierung und mit der Durchsetzung der Vorschriften im Bereich der Buchprüfung und der Rechnungslegung beschäftigen müssen.

Das ist nicht nur eine nationale Verpflichtung, das ist natürlich auch eine europäische Verpflichtung. Wenn wir über einen EU-Watchdog sprechen, dann wird es hier niemanden geben, der sich diesem Bemühen entgegenstellt. Ganz im Gegenteil: Wir unterstützen das. Aber es kann doch nicht angehen, dass wir das nur isoliert betrachten.

Ich bin deshalb dem Abgeordneten Schirdewan und auch dem Abgeordneten Eroglu dankbar, dass sie noch einmal auf die Skandale bei den Rechnungsprüfern hingewiesen haben. Das werden wir natürlich in erster Linie auf der nationalen Ebene zu klären haben. Also – da sind wir doch relativ nah beieinander –, wie auch immer die neue Architektur aussehen wird, es wird von ganz entscheidender Bedeutung sein, für ein angemessenes Maß an Koordinierung und Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden vor Ort sowie den europäischen Behörden zu sorgen.

Wenn wir das in den nächsten Wochen hinbekommen, dann würde uns das alle sehr freuen, weil noch einmal: Es geht um Vertrauen. Dieses Vertrauen ist erschüttert worden, und Kapitalmärkte brauchen ein Mindestmaß an Vertrauen. Ich glaube nicht, dass es uns dabei hilft, wenn wir uns hier spalten oder auseinanderdividieren lassen, sondern dass es uns hilft, wenn wir hier ein Höchstmaß an Zusammenarbeit finden.

Ich bin auch der Auffassung der EU-Kommission, dass wir jetzt erstmal den entsprechenden Bericht von ESMA abzuwarten haben; auch das kann eine wichtige Bewertungsquelle für unser gemeinsames Engagement sein. Aber in unserem Ziel, die Finanzmarktkoordination auf der Ebene der Europäischen Union effizienter, nachhaltiger und auch strenger zu machen, stimmen wir überein.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Dace Melbārde (ECR), in writing. – The collapse of Germany's fintech company Wirecard has exposed the weaknesses in the supervisory framework. Although arguments are now being made in favour of a single financial markets supervisor at the EU level, it is no panacea. Before anything we need to have a well-functioning interplay between national and EU regulators where competencies are clearly marked and there is no supervisory vacuum. This also means that it is first and foremost the duty of national financial watchdogs to make sure that relevant companies are playing by the rules and that these rules are effectively monitored and enforced. If they are failing in their duty, it is the responsibility of the Member States to reinforce their capabilities and ensure the necessary independence from any political influence. Unless this happens, it is reasonable to expect more Wirecard-like scandals in the future which in turn would continue undermining people's trust in the financial system and may affect the smooth functioning of the single market.

14. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

15. Digitales Finanzwesen: neu auftretende Risiken bei Kryptoanlagen – Herausforderungen in Bezug auf Regulierung und Aufsicht im Bereich Finanzdienstleistungen, Finanzinstitute und Finanzmärkte – Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion: Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln am Kapitalmarkt, insbesondere durch KMU, und Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Kleinanleger (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana yhteiskeskustelu rahoituspalveluista

— Ondřej Kovařík talous- ja raha-asioiden valiokunnan puolesta laatimasta mietinnöstä Rahoitusalan digitalisaatioprosessi: kryptovarojen kehittymässä olevat riskit – rahoituspalveluihin, -laitoksiin ja -markkinoihin liittyvät sääntely- ja valvontahaasteet (2020/2034(INL)) (A9-0161/2020) ja

— Isabel Benjumea Benjumea talous- ja raha-asioiden valiokunnan puolesta laatimasta mietinnöstä Pääomamarkkinaunionin kehittämisen jatkaminen: erityisesti pk-yritysten pääomamarkkinarahoituksen saannin parantaminen ja vähittäissijoittajien osallistumisen entistä suurempi mahdollistaminen (2020/2034(INI)) (A9-0155/2020).

Toistan että tällä istuntojaksolla keskustelussa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä "catch-the-eye" -puheenpuoroja, eikä hyväksytä sinisen kortin kysymyksiä.

Ondřej Kovařík, rapporteur. – Madam President, digital finance touches the lives of every European citizen without many of us even realising it. During the global pandemic this year, there has been a more urgent need to move our normal activities online. Take the example of opening a bank account, transferring money or requesting a loan. Many banks had to rapidly adapt to provide these services online when most of Europe went into lockdown.

The infrastructure behind this depends on a model based on providing security for businesses, investors and customers. This is a key part of what the report on digital finance is about.

Consider your favourite microbrewery, which is a business operating fully offline, relying on clients coming inside to make purchases. With the pandemic and the fight to sink or swim, many moved online to offer their specialty craft beers via online platforms. From one day to the next, they tapped into e-commerce and could explore new possibilities for funding or reach out to new promising markets.

Digital finance, and particularly online banking, shopping and payments, can simplify the financial life of our citizens and of our businesses, from small to large. It's clear that the pandemic has accelerated a trend we had already been seeing in digital finance. This report addresses a number of these trends and suggests appropriate measures to ensure that the EU framework is fit for a digital age in the area of financial services.

The report on digital finance is a legislative initiative report, which is a relatively underused tool in Parliament, but, in our case, we were already working closely with the Commission. I welcome the two concrete frameworks proposed on 24 September by the College on cryptosets, digital operational resilience and other digital finance-related issues. On crypto-assets, the report calls for a framework which is future facing and adaptable to changes that are steadily coming in the near future. The report foresees an open-ended taxonomy to categorise different crypto-assets. The report also calls for a proposal for a legislative framework for stablecoins, whether they be public or private stablecoins, to ensure they meet at least the standards set out in the E-Money Directive. Furthermore, we must ensure that in any legislation there is a stable conversion rate between stablecoin and fiat currencies and the respective stablecoin is reconvertible into fiat currency at par value at any time. For all crypto-assets, the overarching aim is for more transparency, integrity and accountability, and also their full compliance with the existing and future AML framework.

On operational resilience, the report asks for a legislative framework that applies consistency and strengthens the ICT and cybersecurity in a harmonised manner across the EU. EU businesses are currently very reliant on third countries' ICT providers, particularly cloud services. Without access to those providers, the capacity for EU businesses to grow would be diminished. I believe we must work closely with the big tech companies providing these services, ensuring that, when providing services to EU clients, they do apply EU legislation in good faith.

Finally, the report also calls for a framework on digital onboarding, which would lead to harmonisation across the single market of key aspects of digital finance, such as digital financial identities and data sharing fully in line with data protection provisions. There are other aspects of the report, which include a strong call to improve AML provisions, central bank digital currencies, the issue of supervision and the single EU supervision in different aspects of digital finance and, crucially, the question of financial redress.

Together with a team of shadows, which I would like to thank here, we are able to present the Parliament today with a report that offers a holistic, thorough and sensible approach to questions that the EU will have to answer on digital finances in the coming years.

(Applause)

Isabel Benjumea Benjumea, ponente. – Señora presidenta, en el año 2015, la Comisión Europea se marcó el propósito, con su primer plan de acción, de hacer realidad el proyecto de la unión de los mercados de capitales. Cinco años después nos acaba de presentar un nuevo plan de acción. Con este motivo, en la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios del Parlamento, hemos trabajado para elaborar un informe en el que damos nuestra visión, nuestra perspectiva, de cómo se está planteando esa unión de los mercados de capitales, cómo se debe ejecutar, y, sobre todo, señalamos la urgencia y la necesidad de que se lleve a cabo lo antes posible.

Esta es la gran asignatura pendiente del proceso de integración europeo, pero, en la actualidad, con la grave crisis social y económica consecuencia de la COVID-19, se vuelve una necesidad todavía más grande para los ciudadanos europeos.

¿Por qué es importante la unión de los mercados de capitales dentro de la Unión? Es importante porque permite a las pequeñas y medianas empresas tener una mayor opción de acceder a mercados de capitales y no tener que depender tanto de la deuda. Es importante también porque permite a los pequeños ahorradores, que no son otros que las pequeñas familias, las economías domésticas, poder tener mayores opciones de inversión.

Es importante que haya una unión de los mercados de capitales para que no existan trabas, para que no existan obstáculos, para rebajar la imposición que existe para esos movimientos de capital, pero, sobre todo, es importante para que Europa se convierta en un mercado más competitivo, sea capaz de atraer más capital dentro de esos mercados, sea capaz de que, no solo las empresas europeas puedan encontrar opciones de financiación dentro del mercado, sino que aquellos que están buscando financiación en el mundo global, en otros mercados, nos consideren como un mercado competitivo, un mercado atractivo. Y es todavía más importante teniendo en cuenta el *Brexit*.

Con todas estas circunstancias, hemos trabajado en un informe que, a través de siete bloques, da sugerencias a la Comisión en cuanto a las tareas más importantes, más urgentes, para hacer realidad esta unión de los mercados de capitales.

Hemos trabajado, y quiero aprovechar para agradecer profundamente su labor a todos los ponentes alternativos y a todos los equipos que han trabajado en este informe contrarreloj, para poder por lo menos aprobarlo en la Comisión ECON antes de que publicara su plan de acción la Comisión. Y lo conseguimos.

Hoy podemos hacer una valoración de ese plan de acción, cosa que no estaba en el informe original, y, en esa valoración, mi valoración personal es que queda mucho por hacer y no podemos perder más tiempo aún. La Comisión se apoya en las recomendaciones del Foro de Alto Nivel y es capaz de identificar los pasos que hay que dar, pero no se marca objetivos, no se marca plazos, ni siquiera es capaz de dar soluciones a los temas más complicados, a los temas donde hay falta de consenso.

La unión de los mercados de capitales es una herramienta muy necesaria y muy importante ante la gran crisis económica y la recesión económica que van a sufrir los ciudadanos europeos. Espero que la Comisión sea capaz de trabajar con los Estados miembros y también con los principales actores de los mercados financieros para poner en marcha esta realidad.

Necesitamos ser capaces de tener una Europa donde las pymes encuentren financiación en los mercados de capitales, donde los pequeños ahorradores tengan cada vez más opciones de inversión y de una manera más segura. Necesitamos una Europa que atraiga al capital extranjero y atraiga a empresas extranjeras a buscar capital en nuestros mercados. Y necesitamos una Europa donde trabajemos en dar educación financiera a nuestros ciudadanos, una Europa que permita a los ciudadanos tener las herramientas suficientes para tener la capacidad de tomar las decisiones adecuadas en relación con sus inversiones.

Por lo tanto, este es un proyecto muy importante. Recibimos con satisfacción la propuesta de la Comisión, pero pedimos que haya plazos concretos, que haya medidas concretas y que lo antes posible esto sea una realidad. No olvidemos que en Europa existe la libertad de circulación de capitales. ¿Cómo va ser esta libertad una realidad si no existe un mercado único de capitales?

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, today's debate is very timely and important to make progress on key EU priorities: the recovery, strengthening the resilience of our economy, supporting the transition to a green and digital economy. The Commission recently adopted two major initiatives to promote those objectives: a Digital Finance package and a new Action plan on the Capital Markets Union.

First, I would like to thank Mr Kovařík for his report. The Commission's digital finance strategy is fully in line with its principles. But it is not only about principles. Commission President Ursula von der Leyen committed to responding with a legislative act, in full respect of the proportionality, subsidiarity and better law making principles, when Parliament adopts a resolution requesting that the Commission submit legislative proposals, based on Article 225 of the Treaty on the Functioning of the European Union.

Indeed, with the digital finance strategy, the Commission committed to take specific action to follow up on the report's recommendations. For example, we will propose in 2021 to harmonise rules on customer onboarding, and we will build on the upcoming review of the rules on electronic identification to implement an interoperable cross-border framework for digital identities.

Time is of the essence in the fast-moving world of digital finance. This is why the Commission has already acted in line with the recommendations of the report.

The proposal on crypto-assets brings clarity on the rules governing transparency, prudential standards and market integrity. It aims to allow companies to draw on the possibilities offered by these assets, and more generally by new technologies such as blockchain, and to do it in such a way as to mitigate risks for investors and preserve financial stability.

The Commission moved not only to close the regulatory gap for those crypto-assets that are not covered by the existing rules. In line with your report, we are also proposing amendments to make sure that certain crypto-assets fit into the current regulatory framework. We also proposed a pilot regime for market operators to test innovations in a safe and controlled environment.

The report rightly addresses the risk of tax evasion linked to crypto-assets. Our July action plan for fair and simple taxation envisages expanding the scope of the directive on administrative cooperation to cover all crypto-assets. We will come with a proposal in 2021.

I also share the concerns expressed in the report about the money-laundering risks that may be associated with crypto-assets. Crypto-assets are already covered by the Fifth Anti-Money Laundering Directive. Our proposal covers all the crypto-asset service providers listed in the Financial Action Task Force standards. It puts considerable requirements on service providers to protect consumers, market integrity and financial stability. Additional requirements will follow from future proposals to overhaul the EU anti-money laundering framework in 2021.

The Commission also agrees on the need for a common approach to resilience of our ICT infrastructures. This is why we put forward a legislative proposal on digital operational resilience. It aims to ensure that all financial market participants have put safeguards in place to cope with cyber-attacks and other ICT risks. It also introduces an EU oversight framework for ICT providers to financial entities, such as cloud computing service providers. So I count on Parliament to make swift progress on these proposals.

Let me now turn to the Capital Markets Union. I would like to thank Ms Benjumea for her draft report. The Commission shares its priorities, and welcomes its ambition. Developing our capital markets now, at a time of crisis, matters more than ever. As your report underlines, we need to stimulate financing around Europe. We need more financing opportunities to help start-ups and to help larger companies to thrive.

We now have 27 national capital markets that are neither fully developed nor fully integrated. This is particularly important in light of Brexit. Europeans do not get the most out of their savings because they lack the confidence to invest in capital markets, so we need to create more opportunities for Europeans to invest safely for their future. We also need to get more funding for the green and digital transitions and, last but not least, to strengthen the international role of the euro.

With our action plan, we have 16 initiatives to achieve these objectives. Let me just name a few: helping large investors to invest more in EU businesses, including for the long term; making information on EU companies more easily accessible – digitally – for EU and non-EU investors by using a single access point; helping Europeans to save safely for their future, for them to buy the best and cheapest financial products and so that their pensions are adequate and sustainable.

The Commission will propose legislation as of next year to achieve these objectives, and, with your support, we can really make progress towards completing the Capital Markets Union.

Stefan Berger, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, digitalisation is changing the world. We see the digital revolution of our payment systems starting with the credit card going to bitcoins. There are 18 million bitcoins with a market capitalisation of EUR 170 billion, and now we are about to face stablecoins like Libra. Soon, Facebook will launch its own digital currency Libra. Admittedly, the fact that Libra money could be sent cheaply across borders as quickly as text messages is very tempting, and nevertheless there are serious concerns – data protection, terrorist financing, money laundering – and therefore we need a set of rules. The digital finance report is a good basis. It provides a framework for crypto-assets.

And on the other hand, now the European Central Bank must take responsibility. As a consumer, of course, I rather trust the Central Bank more than Zuckerberg, and if we let Facebook open a Pandora's box, or in this case a Pandora's wallet in Europe, then it's too late. A digital euro is not an option. A digital euro is a necessity for Europe to achieve digital sovereignty. And a digital euro is the best answer to private initiatives such as Libra.

Let's take a look at our global neighbours China, Japan or Switzerland. They are working on their own central bank digital currency and at the end of the day the conclusion is: the question is not if there will be digital currencies in the future, but who will issue and control them? We need a framework for crypto-assets and we need a European Central Bank digital currency as an answer to Libra.

Eero Heinäluoma, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would like to thank our rapporteur Mr Kovařík for the very inclusive way of working. Digitalisation of the financial sector is really booming now, partly helped by COVID-19. The possible advantages are clear: it can reduce prices and inefficiencies and increase transparency.

At the same time, we can't be naive, and we need to look at it in a very accurate way. Indeed, the previous debate on Wirecard clearly demonstrates we have to draw the right lessons. Half of the crypto-assets transactions is linked to illegal activities, like the buying or selling of illegal goods or services, money laundering, and payments in ransomware attacks. Recent findings suggest that 76 billion dollars of illegal activity per year involves Bitcoins. Therefore we can't leave any regulatory loophole open.

I will come to recent legislative proposals of the Commission, but let there be no misunderstanding: for my group, only a strict regulatory framework, which fully ensures investor and data protection, market stability and integrity, and which is properly supervised from EU level together with national authorities, will be good enough.

Particularly in times of Green Deal, we can't be blind to the carbon footprint of the applications, either.

I furthermore welcome the ECB stands on central digital currency. We cannot let Libra undermine monetary sovereignty. There is no place for digital assets not meeting high-level EU standards. And the same is true for critical third-party providers. Cyber security is one of the main risks the financial sector is exposed to today. We need to regulate and supervise these providers properly. Finally, it's critical that no one is left behind. That's the sincere aim of our group.

Stéphanie Yon-Courtin, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, je me réjouis que demain soit votée au Parlement européen sa vision sur l'Union des Marchés de capitaux. Le Parlement a tranché pour porter la voix des citoyens, des consommateurs, et des épargnants, qui sont souvent moins bien représentés dans les discussions d'experts.

Au nom du groupe Renew, j'ai porté trois grandes priorités pour que l'union des marchés de capitaux soit à la fois plus inclusive, c'est-à-dire qu'elle offre des moyens de financements innovants pour les PME et pour l'économie sociale et solidaire, pour également qu'elle soit au cœur de la relance post-COVID et pour qu'elle soit une garantie de l'autonomie stratégique européenne.

Clairement, le plan d'action de la Commission publié fin septembre n'est pas à la hauteur, en particulier, pour protéger nos épargnants et pour répondre au scandale Wirecard. Il faut faire en sorte que l'épargne arrête de dormir sur des comptes mais soit injectée directement dans l'économie. Il faut également que chaque épargnant participe directement à la construction de l'économie européenne de demain, plus durable et plus résiliente. Vous pouvez compter sur le groupe Renew et sur le Parlement européen pour continuer à porter cette ambition car chaque citoyen doit devenir un *consommateur*: un vrai acteur de la consommation.

Je souhaite remercier chaleureusement Isabel Benjumea, rapporteure, pour son écoute et sa collaboration au cours de riches et intenses discussions en un temps record! Bravo! Je voterai donc en faveur de ce rapport, demain.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Plötzlich soll nach den Nachhaltigkeitskriterien der Kommission alles digital sein: medizinische Versorgung, Bildung, Arbeitswelt, Umweltschutz und der Kampf gegen den Klimawandel. Selbst Frieden, Gerechtigkeit und verlorenes Vertrauen in die EU sollen digital gestärkt werden. Freilich: Einwanderung bleibt analog, real und unwiderruflich, direkt am Arbeitsmarkt vorbei ins überlastete soziale Netz.

Die EU-Wirtschaft wächst seit 2010 beharrlich langsamer als andere OECD-Staaten, ausgenommen vielleicht Japan, und bricht nun ein. Ihr Motor Deutschland ist zurzeit in der Deflation, und die Europäer verlieren das Vertrauen in eine gescheiterte Politik. Europas Städte afrikanisieren, die EZB japanisiert den Euro, und die Kapitalmärkte werden weiter amerikanisiert.

Vor zwei Wochen ließ die EZB den digitalen Euro als Warenzeichen registrieren. Die Zentralbank kann fortan Privatkonten führen und agieren wie Geschäftsbanken. Das alles ist vertragswidrig und dient nur der unbegrenzten Geldschöpfung.

Digitalisierung ist Anpassung, die der Wettbewerb erzwingt, und tut not, wo sie Produktivität erhöht und knappes Humankapital in Europa freisetzt. Sie ist aber kein Allheilmittel gegen verfehlt Politik, die Kosten unkontrollierter Zuwanderung und sterile Investitionen infolge hemmungsloser Geldschöpfung.

Kira Marie Peter-Hansen, for Verts/ALE-Gruppen. – Fru formand! Jeg vil tale på dansk i dag, så vi kan få lidt sproglig mangfoldighed her i Parlamentet. Først og fremmest vil jeg gerne sige tusind tak til vores ordfører for det store arbejde og for det gode samarbejde. Jeg sætter pris på, der er blevet lyttet til den grønne gruppes bekymringer, og at mange af vores ideer er taget med.

Desværre kan vi ikke stemme for denne betænkning alligevel på grund af de ord, der er omkring finansiell deregulering, som vi ser som en stor udfordring.

Der er måske ikke så meget at sige til, at det er endt på denne måde. Når man kigger på Kommissionens ekspertgruppe, så var den fyldt med lobbyister fra den finansielle sektor og interessegrupper, der havde ét mål for øje, nemlig finansiell deregulering.

Kommissionen er jo ellers forpligtet til at sammensætte en blandet ekspertgruppe, og derfor har vi også bedt den europæiske ombudskvinde om at undersøge dette, og jeg glæder mig til at høre hendes svar.

Så håber jeg, når vi ser Kommissionens handlingsplan på dette område og i det videre arbejde, at man da vil huske på mangfoldigheden i sammensætningen af ekspertgrupperne, og at vi får en mere afbalanceret rapport. Vi har nemlig brug for et kapitalmarked, der er gennemsigtigt og transparent, og hvor der er en ordenlig forbrugerbeskyttelse. Hvor vi har sunde kapitalmarkeder, og hvor finansiell deregulering ikke er målet, men derimod finansiell stabilitet.

Derfor glæder jeg mig meget til igen at arbejde sammen med dig, hr. kommissær, og også med vores ordfører om dette vigtige område og vigtige arbejde.

Eugen Jurzyca, za skupinu ECR. – Pani predsedajúca, fungujúce kapitálové trhy pomáhajú nielen firmám a hospodárskemu rastu, ale aj občanom, ktorým umožňujú, aby ich úspory zarábali namiesto toho, aby strácali na hodnote.

Na sfunkčnenie kapitálových trhov potrebujeme poznať príčiny, prečo v EÚ nefungujú dobre, musíme mať analýzu najlepších praktík v rôznych štátoch a musíme merať skutočný osôh pre občana.

Príčiny, pre ktoré kapitálové trhy nefungujú, dlhodobo nemáme dobre identifikované. Kapitálovú úniu už totiž zavádzame už od roku 1999, pričom odvtedy podiel financovania cez kapitálové trhy v Eurozóne klesol a v USA stúpol.

V akčných plánoch evidentne nemáme analýzu najlepších praktík, nevieme dosť o tom, prečo v USA 41 % finančných aktív, držaných americkými domácnosťami, je investovaných cez kapitálové trhy, v Európskej únii je to len 21 %.

Nevieme dosť ani o tom, prečo napríklad v investíciách obchodovateľných akcií majú estónske domácnosti 51 % svojho finančného bohatstva a slovenské domácnosti len 1 %.

Komisia dnes tvrdí, že si splnila všetky svoje úlohy zo starého akčného plánu z roku 2015.

Ako je ale možné mať splnené všetky úlohy na zavedenie kapitálovej únie a súčasne sa vzdialiť od cieľa, ktorým sú lepšie fungujúce kapitálové trhy.

Úspech nemôžeme merať počtom prijatých legislatívnych úprav, ale ukazovateľmi, ktoré zodpovedajú skutočnému osahu pre európskeho občana.

José Gusmão, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, mais de uma década depois da crise financeira o que constatamos, com estes relatórios, é que o Parlamento continua a legislar sobre o sistema financeiro falando dos consumidores, falando das pequenas empresas, mas pensando, sobretudo, nos interesses da indústria financeira.

Dois exemplos do que acabo de dizer nestes dois relatórios. Em primeiro lugar, a pressão, a insistência na pressão de um tratamento fiscal mais favorável para os produtos de pensões privados. Mesmo depois de todas as experiências de privatização dos sistemas de segurança social terem resultado em catástrofes sociais este Parlamento insiste em pôr os contribuintes a pagar processos de privatização da segurança social dos países através de isenções e de benefícios fiscais.

O segundo exemplo tem a ver com a fraquíssima regulação que é proposta para as criptomoedas apesar do diagnóstico comum de uma grande parte dos grupos políticos de que as criptomoedas não têm nenhuma utilidade, não produzem nenhuma vantagem social, não respondem a nenhuma necessidade dos clientes, servem para promover a evasão e a fraude fiscal e promover transações ilegais e, no entanto, o Parlamento avança com uma proposta de regulação extraordinariamente recuada, inclusive contribuindo para a ideia de que as criptomoedas têm alguma coisa a oferecer aos consumidores quando não têm. Moedas só há umas, são as moedas que beneficiam de garantias que só os Estados estão em condições de oferecer.

Piernicola Pedicini (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io non concordo con quanto ha detto il collega poco fa. Dall'inizio della pandemia, la BCE ha acquistato titoli di Stato per 1 350 miliardi di euro con i suoi programmi di acquisto per l'emergenza; i paesi più indebitati hanno pagato questo denaro con alti tassi di interesse. Eppure, contemporaneamente, la BCE ha finanziato le banche private con 1 600 miliardi di euro con i programmi TL e TRO, che sono stati riversati nelle banche private praticamente a tassi negativi, quindi con un grande favore alle banche private.

Eppure queste banche, come sempre succede nelle crisi, si sono riempite la pancia ma non hanno riversato questo denaro nell'economia reale. È questo il punto, questo è quello che succede durante tutte le crisi: le banche diventano sempre più ricche e i cittadini si impoveriscono sempre di più.

Questo meccanismo non può funzionare: è un meccanismo insostenibile e, non appena i cittadini si renderanno conto che con le crypto-valute potranno liberarsi dal settore bancario definitivamente e dalla loro speculazione, lo faranno senza mezzi termini.

Markus Ferber (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissionsvizepräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Corona-Krise hat die Eigenkapitalsituation vieler europäischer Unternehmen auf eine harte Probe gestellt. Gleichzeitig wird mit London künftig der liquideste Finanzplatz Europas außerhalb der Europäischen Union liegen. Es ist alles andere als klar, dass der Zugriff auf diesen Liquiditätspool künftig ohne Weiteres möglich sein wird.

Das heißt, das Projekt Kapitalmarktunion ist heute so dringend notwendig wie niemals zuvor. Leider hat sich der Fortschritt in den vergangenen Jahren eher im Bereich Trippelschritte abgespielt als im Bereich von großen Sprüngen.

Das Europäische Parlament hat in seinem Initiativbericht – für den ich mich ausdrücklich bedanken will – klar beschrieben, wo die Baustellen liegen. Die Kommission muss diese nun angehen, und zwar nicht mit neuen Aktionsplänen, sondern mit Aktionen. Pläne haben wir genug; wir brauchen jetzt die Aktivitäten.

Die ganz großen Stolpersteine sind dabei bekannt: Das ist das Steuerrecht, und das ist das Insolvenzrecht. Beide Dinge müssen mit angegangen werden, und da bedauere ich sehr, dass der Rat nicht da ist. Ich habe mich ja vorhin gefreut, dass ich eine Zeugnisnote vom Herrn Ratsvertreter bekommen habe; ich hätte die jetzt auch gerne bekommen.

Wir brauchen hier die Mitgliedstaaten. Und wenn die Mitgliedstaaten nicht mitspielen, wird die Kapitalmarktunion immer ein Torso bleiben. Deswegen auch meine Aufforderung in der Expertenrunde, die jetzt zwischen Rat und Kommission eingesetzt wird, dass hier Aktivitäten beschlossen werden und nicht nur Aktionspläne.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, la verdad es que tenemos muy poco tiempo para discutir dos informes muy relevantes para el futuro de la legislatura.

Primero, informe sobre la unión de los mercados de capitales, buen informe. Pero nuestro Grupo, comprometido con esa consolidación de los mercados de capitales, está comprometido también con una regulación y una supervisión común, algo que todavía no tenemos y que, escándalo tras escándalo, los ciudadanos europeos nos exigen.

Informe sobre finanzas digitales: un entorno nuevo donde es necesario combinar el apoyo y el respaldo a la innovación con la necesidad de control, la necesidad de una regulación también muy estricta para evitar el abuso, el fraude o los usos fraudulentos. En cualquier caso, en este informe, me gustaría celebrar en este momento la publicación de la propuesta del Banco Central Europeo para iniciar el trabajo para la emisión de un euro digital. Porque, si tiene que haber monedas digitales, tiene que haberlas públicas, y el monopolio del Banco Central Europeo tiene que ser garantizado.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, first and foremost, may I say I am very disappointed that in the context of the report that has just been published and that we are debating that we again go for a big ideological debate around consolidated corporate tax and other inclusions in a report that was wholly unnecessary. The capital markets union is critically important. It needs to be brought forward as urgently as possible, but if we want to unlock Council and other obstacles, the idea that we would bring everything into a report that is clearly unnecessary in the context of the capital markets union is very disingenuous, to be quite truthful. I'm disappointed that we consistently raise issues that are not relevant to the capital markets union and, in particular, paragraph 22 of the report.

But beyond that, it is urgent that we have the capital markets union. We have to untap the potential of our small and medium-sized sector post-Covid. We need to ensure there is stimulus and growth in the economies and access to credit – access to other forms of capital are more critically important than the traditional banking sector because our banks are impaired and are not involved in traditional lending as they would have been into the real economy. So the capital markets union is urgent, but please desist from undermining what is a good report by including things in it that are not necessary.

Thierry Mariani (ID). – Madame la Présidente, quand elle n'a plus la valeur que lui confère l'or ou l'argent, la monnaie repose sur la souveraineté de la puissance qui l'émet. Voilà pourquoi depuis un siècle, la monnaie est émise par les États qui ont le monopole de la puissance.

Des entreprises privées rivalisent aujourd'hui de puissance avec les États. Pour fabriquer le consommateur idéal, soumis à l'injonction publicitaire, elles entendent rompre ce lien avec la puissance souveraine qu'est la monnaie. Pour achever la mise en place de la société du marché total, elles veulent privatiser la monnaie et se mettent en capacité d'émettre leur propre monnaie.

Le mouvement en ce sens est représenté par le Bitcoin. Même si le Bitcoin, qui n'a pas de pouvoir libérateur, n'est pas une monnaie et s'apparente à une pyramide de Ponzi. Il ne vaut que par la croyance qu'il va prendre de la valeur. Concernant le Libra, il demeure une monnaie privée et n'a rien à voir avec le projet de plusieurs banques centrales désireuses d'émettre une ou des monnaies électroniques, mais dont la gouvernance sera celle des instituts d'émission, in fine appuyée sur la souveraineté de l'État.

Voilà pourquoi nous sommes en faveur de ce texte. Nous devons prévenir le développement des monnaies privées concurrentes de celles des États pour protéger l'épargne et la sécurité des transactions. Nous devons préciser le cadre réglementaire de l'émission de la monnaie pour ne pas subir un nouveau recul démocratique.

Stasys Jakeliūnas (Verts/ALE). – Madam President, Agustin Carstens, Director-General of the Bank of International Settlements, called Bitcoin a combination of Ponzi scheme, financial bubble and environmental disaster. I tend to agree with him, and would add that Bitcoin and thousands, now thousands, of other so-called crypto assets are also a ripe environment and vehicle for financial crime, including money laundering.

Therefore, these assets, basically, have no sustainable value for society and, because of that, are prohibited in a number of jurisdictions. Some of them, some of us, call that financial innovation. That would be a fine thing. Another financial innovation, global stablecoins, has even more serious and wider reaching negative implications, especially regarding financial stability, privacy and data protection risks, monetary policy transmission and especially monetary sovereignty, as was mentioned here already.

As a response to that, the third financial innovation, central bank digital currencies, were initiated and this should be studied and debated thoroughly here at the European Parliament and other institutions, and we will certainly do that. If constructed and implemented properly, a digital euro could help deal with the remaining payment and financial inclusion issue, but more importantly, it could increase financial stability on our fragmented financial supervision landscape and boost the role of the euro on the global scene. The report on crypto assets is a step forward in order to balance somewhat unwarranted enthusiasm at the European Commission in the FinTech area.

Elżbieta Kruk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Małe i średnie przedsiębiorstwa mają kluczowe znaczenie dla unijnej gospodarki – stanowią 99% unijnych przedsiębiorstw i zapewniają dwie trzecie miejsc pracy w sektorze prywatnym. Jednocześnie to właśnie one najbardziej odczuły skutki kryzysu gospodarczego związanego z COVID-19. Niemal 90% z nich odnotowało zmniejszenie obrotów, a prawie połowa kłopoty z płynnością finansową. Firmy te będą więc potrzebować bardziej stabilnych źródeł finansowania, np. z rynku kapitałowego.

Szczególnie, że podjęte dotychczas działania są niewystarczające. Propozycja wieloletnich ram finansowych i unijny plan odbudowy nie odpowiadają dzisiejszym potrzebom, a Strategia na rzecz zrównoważonej i cyfrowej Europy opublikowana w marcu nie uwzględnia obecnej sytuacji gospodarczej.

W projekcie budowy europejskiej unii rynków kapitałowych sprawia się wrażenie, że to małe i średnie przedsiębiorstwa mają być w centrum uwagi budowania wspólnego rynku kapitałowego w Europie, a w rzeczywistości słyszymy o przesuwaniu uprawnień nadzoru krajowego w stronę europejskich instytucji, co będzie miało szkodliwe konsekwencje właśnie dla małych i średnich przedsiębiorstw, o uprzywilejowaniu banków, a dodatkowo wnioskuje się tu o nowe obowiązki, np. związane z zieloną transformacją.

Apeluję, zajmijmy się dziś odbudową zniszczonej przez lockdown gospodarki, a dopiero potem agendą zielonego ładu, inaczej na dobre pogrzebiemy dorobek wielu Europejczyków.

Budując instrumenty pomocowe, pamiętajmy też, że małe i średnie przedsiębiorstwa nie tylko są najbardziej dotknięte przez kryzys gospodarczy, ale też najbardziej odczuwają dodatkowe obciążenia administracyjne i inne.

W kwestii cyfryzacji pozostaje mi wyrazić nadzieję, że będzie miała kluczowe znaczenie dla sprawnego finansowania europejskiej gospodarki. To potencjał, którego Europa nie może zmarnować. Wnoszę jednak, abyśmy nie stwarzali zbyt nakazowych ram prawnych, które nie będą odpowiadać dynamicznemu rozwojowi technologii. Tylko jeśli będziemy otwarci na dialog, stworzymy lepsze możliwości dla przedsiębiorstw i jednocześnie ułatwimy życie konsumentom.

Enikő Győri (PPE). – Elnök Asszony! Ma minden erőfeszítésünknek arra kell irányulnia, hogy Európa kilábaljon a járvány okozta gazdasági válságból. Sok ezer kis- és középvállalkozás túlélése, több millió munkahely megőrzése a tét. A vállalkozások számára lehetővé kell tenni, hogy EU-szerte forrásokhoz jussanak, s ne csak a saját tagállamukban. Ráadásul egyre nehezebb az európai tőkepiacok versenyképes működése, a sokkal nagyobb és hatékonyabban működő amerikai, vagy a gyorsan növekvő kínai tőkepiacokhoz képest. A brexittel az Unió elveszíti továbbá egyik legerősebb tőkepiaci szereplőjét, az Egyesült Királyságot. Ha valóban vezető szerepet kívánunk betölteni a fenntartható finanszírozás és a digitalizáció terén, akkor ehhez is létszükséglet a tőkepiacok integritásának növelése.

A Bizottság által most javasolt intézkedések közül különösen pozitívként emelem ki a nemzeti tőkepiacok erősítését, a kis- és középvállalkozások finanszírozásának hatékonyabb biztosítását, és a pénzügyi tudatosság fejlesztését, mint elérendő célt. Arra ugyanakkor szeretném felhívni a figyelmet, hogy mindig figyelembe kell venni a nemzeti sajátosságokat, így bármilyen jogalkotási lépést átfogó hatástanulmánynak kell megelőznie. Végezetül a felügyeleti konvergencia erősítése támogatandó cél, azonban óva intenek az uniós felügyeleti hatóságok közvetlen felügyeleti esetköreinek esetleges bővítésétől, a tagállami felügyeleti hatóságok jogkörének rovására. Egy ilyen rendelkezés a hatékonyság rovására menne, s csak zűrzavart okozna a nemzeti piacokon.

Eva Kaili (S&D). – Madam President, we welcome the Digital Finance Strategy of the Commission as well as the Crypto-assets Regulation, and thank you, Vice-President, because both the files address the expectations and concerns of the initiative report of this House.

Digital finance and crypto-assets can be considered valuable for the transition to better financial markets, but also a more efficient payment regime to remove barriers of cross-border payments, and they should definitely be based on solid political principles. We definitely need to see technological neutrality combined with business model neutrality, and the regulator should not favour only legacy business models.

Secondly, digital finance is about data, not just crypto-assets, and more about open finance, so even broader than open banking.

Thirdly, a risk-based approach is necessary, putting investor and consumer protection first, but knowledge and understanding of the technologies is equally necessary, otherwise we would be less cautious and more fearful of innovation.

And fourthly, the scandal of Wirecard showed that technological risks should be addressed by harmonised supervision and strong RegTech, because these failures of Germany showed that no country can address data-intensive financial services with the current inefficiencies and lack of data governance. So thank you for taking this into consideration and for your work until now.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Diese Entwicklung von FinTechs und Digital Finance birgt große Innovationschancen, Chancen auf neue Angebote, auf härteren Wettbewerb, auf günstigere und zugänglichere Finanzprodukte.

Aber gleichzeitig sehen wir, wie derzeit die BigTechs – also Amazon, Microsoft, Google, Facebook – auf die Märkte der Finanzmärkte gehen und hier eine neue Gefahr für die Konzentration wirtschaftlicher Macht einhergeht. Diese Konzentration wirtschaftlicher Macht passt nicht in die soziale Marktwirtschaft.

Dem müssen wir entgegentreten durch zwei zentrale Instrumente: Erstens braucht Europa eine eigene öffentliche, von der Europäischen Zentralbank herausgegebene digitale Währung. Und zweitens müssen auch für die großen Anbieter die gleichen Regeln gelten wie für die herkömmlichen Finanzmarktakteure, also: Geldwäschekontrollen, *know your customers*, keine grauen Zonen mehr für Geldwäsche und Finanzkriminalität.

Dann kann aus FinTech und Digital Finance eine Erfolgsstory für Europa werden.

Helmut Geuking (ECR). – Frau Präsidentin! Vielen Dank an die Berichterstatter! Wir haben zwei sehr gute Berichte vorliegen als Arbeitsgrundlage für die Kommission. Ich denke, damit lässt sich arbeiten.

Ich möchte für meinen Teil auf die Kryptowährungen eingehen, weil ich hier die größte Gefahr für die Zukunft sehe. Die Kryptowährungen – wir haben es vorhin schon angesprochen mit Facebook Libra zum Beispiel –, das ist ein – für mich – finanzieller Angriff auf unsere Währungseinheiten. Wir sollten schleunigst dazu übergehen, dass wir diese Kryptowährungen, die in privater Hand sind und von Global Playern gemacht werden, verbieten.

Wir müssen natürlich eine eigene digitale Eurowährung hervorbringen. Ab dem 12. Oktober soll meines Wissens nach das Versuchsprojekt über die EZB-Bank laufen – das ist der richtige Weg. Aber dieser Weg kann nur erfolgreich sein, wenn wir zeitgleich auch den Mut haben, uns diesen Global Playern entgegenzustellen, die den Finanzmarkt entern wollen.

Machen wir uns nichts anderes vor: Hier geht es um viel schnelles Geld – schnelles Geld, das für kriminelle Banden, für Terrorismus-Finanzierung eingesetzt wird. Hier geht es um Geldwäsche im großen Stil, Kryptowährungen, bei denen nicht nachverfolgbar ist, woher die Gelder kommen, was das genau für Gelder sind.

Nicht mal die Banken Europas weisen heute aus, inwieweit sie mit Kryptowährungen arbeiten. Das ist schon mal sehr bedenklich. Also wir züchten hier Blasen heran, die eines Tages vielleicht einmal platzen und die die nachfolgende Generation teuer zu stehen kommen werden.

Da bedarf es, jetzt entschieden gegenzusteuern. Und das geht eigentlich nur mit einem generellen Verbot von Kryptowährungen, außer sie sind an Länder gekoppelt. Daher müssen wir Facebook Libra verhindern, und wir müssen auch den Bitcoin verbieten, sonst hinterlassen wir den nachfolgenden Generationen ein Finanzchaos und Fiasko.

Daher noch einmal meine Bitte auch an die Kommission, hier tätig zu werden, viel aggressiver vorzugehen gegen diese kriminellen Machenschaften, die im Internet heute schon tagtäglich stattfinden.

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κατά την άποψή μου, η έκθεση της κ. Benjumea είναι μια σοβαρή προσπάθεια για την ενίσχυση των μικρομεσαίων επιχειρήσεων μέσω των κεφαλαιαγορών και της ευρωπαϊκής ενοποίησης τους. Επιτέλους καλά νέα και για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, οι οποίες δοκιμάζονται. Σύμφωνα με τις εκτιμήσεις της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις και οι χώρες που εξαρτώνται σε μεγαλύτερο βαθμό από μικρομεσαίες επιχειρήσεις, όπως είναι η Ελλάδα, θα χτυπηθούν πάρα πολύ από την κρίση που συνδέεται με τον κορονοϊό.

Το δεύτερο είναι ότι η πανδημία έχει μεγαλύτερη διάρκεια από ό,τι είχαμε εκτιμήσει και σε ό,τι αφορά την οικονομία τα αποτελέσματα είναι χειρότερα, ιδιαίτερα για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Επίσης για το 2020 δεν υπάρχει -εκτός από την Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα- ουσιαστική ενίσχυση της ευρωπαϊκής οικονομίας. Όλα αφήνονται στους κρατικούς προϋπολογισμούς.

Τέλος, το Ευρωπαϊκό Ταμείο Ανάκαμψης φαίνεται ότι καθυστερεί λόγω πολιτικών αντιπαραθέσεων και χρειαζόμαστε τα χρήματά του, διότι βάζουμε συνεχώς πιο δύσκολα στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, όπως για παράδειγμα η πράσινη μετάβαση, περιορίζοντας, ταυτόχρονα, τη χρηματοδότηση για να ανταποκριθούμε στους νέους στόχους. Επομένως είναι καλά τα νέα, αλλά, όπως είπαν και προηγούμενοι συνάδελφοι, πέρα από το νομοθετικό έργο πρέπει να δούμε το αποτέλεσμα.

Pedro Marques (S&D). – Senhora Presidente, o desenvolvimento do mercado de capitais na Europa é essencial para o crescimento económico depois desta pandemia.

Melhores oportunidades de financiamento da atividade das nossas PME são essenciais para conseguirmos melhores oportunidades de emprego para os europeus. É preciso informar muito mais os cidadãos para aumentar a base de investidores individuais. É preciso envolver mais as soluções de produtos de poupança e de investimento nas empresas através das plataformas digitais, o que permitirá alargar muito os serviços e os utilizadores e integrar mais facilmente os mercados na Europa. Mas a experiência tem demonstrado vastas vezes, como em sucessivos escândalos como o do Wirecard, que com o desenvolvimento dos serviços digitais de transferências, com as criptomoedas também vem muita lavagem de dinheiro e muita fraude fiscal.

Por isso a regulação e supervisão europeias têm que promover um desenvolvimento controlado destes mercados, regulando as transações e promovendo uma forte base monetária associada às moedas digitais para que a insegurança dos cidadãos não venha no futuro a minar um mercado tão promissor.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident der Kommission! Ich begrüße ausdrücklich die beiden umfassenden Forderungskataloge, die uns heute vorliegen, mit über 140 konkreten Handlungsanleitungen zur Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion und eines digitalen Finanzwesens.

Diese Maßnahmen sind richtig, notwendig und wichtig. Satte 120 Milliarden Euro Mehrwert pro Jahr bringt eine starke Kapitalmarktunion. Wir wollen die Finanzierungsmöglichkeiten nicht amerikanisieren. Wir wollen, dass der europäische Kapitalmarkt besser funktioniert.

Die Kernaufgaben sind eindeutig: die Realwirtschaft zu finanzieren, die kleinen und mittelständischen Unternehmen aus einer möglichen Kreditklemme zu befreien und Unternehmertum zu fördern und Investitionen anzuregen.

Die Kapitalmarktunion ist eine notwendige Ergänzung zum europäischen Kreditmarkt, führt zu einem Ende des nationalen Fleckerlteppichs, schafft mehr Finanzierungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, mehr Potenzial für Wachstum und Beschäftigung und mehr Kraft für die Bewältigung des Klimawandels und der Digitalisierung.

Herr Giegold hat bereits die Frage angeschnitten, dass wir uns natürlich auch gegen die Kryptoanlagen aus den USA und China wehren und alles tun müssen, dass multinationale Unternehmen wie Facebook mit ihrer Libra-Währung nicht im rechtsfreien Raum agieren können. Wir brauchen einen digitalen Euro der EZB und ein eigenes Echtzeitzahlungsmittel, die *European Payments Initiative*. Mögen wir das gemeinsam schaffen!

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Die europäische Kapitalmarktunion bietet zweifellos viele neue Möglichkeiten, gute Möglichkeiten für Sparer/innen, für Investor/innen. Aber das Ganze kann nur dann funktionieren, wenn alle Elemente harmonisch ineinandergreifen. Ein einziges schlechtes Element wirkt sich schon negativ auf die Menschen aus.

Das bedeutet also: Wie soll das Ganze gehen? Es braucht Kontrolle der Finanzwirtschaft am europäischen Kapitalmarkt. Wie? Durch eine Stärkung, durch eine Erweiterung der Rolle der ESMA.

Und es braucht Regulierung. Wer grenzüberschreitendes Investment sagt, der muss auch „Ja“ sagen zur CCCTB, zur Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage – die hat hier sehr wohl etwas verloren. Der europäische Mindeststeuersatz für Unternehmen ist nicht nur ein Gewinn für Investoren/Investorinnen, sondern für alle Menschen in Europa.

Christophe Hansen (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-président, afin de pouvoir sortir de cette crise économique généralisée, il importe plus que jamais de créer une Union des marchés des capitaux digne de ce nom.

Il nous faut des alternatives aux prêts bancaires, notamment pour les PME, mais aussi de nouvelles possibilités d'investissements pour les épargnants. En tant que rapporteur pour les futures relations avec le Royaume-Uni, je dois également vous dire que notre dépendance vis-à-vis de Londres en matière de capitaux me préoccupe fortement car, en fonction de leur nature, entre 40 et 80 % des activités des marchés de capitaux des 27 sont réalisées à Londres.

Nous avons donc du pain sur la planche pour mettre en place un véritable marché intérieur des capitaux ayant la masse critique nécessaire, une UMC mieux coordonnée, capable de valoriser les spécialisations que nos places financières ont réussi à construire au cours des années. Ainsi, notre rôle pionnier dans le domaine des finances durables qui nous permettra justement de réaliser nos objectifs ambitieux dans le cadre du pacte vert.

Notre force réside dans la diversité de nos places financières et non pas dans la centralisation. Mesdames et Messieurs, nous disposons d'une opportunité mais aussi d'une obligation unique à rendre la zone euro et l'économie de l'Union européenne plus résistantes face à des crises futures. Saisissons-la avec des actions concrètes et pas seulement avec des plans d'action.

Paul Tang (S&D). – Madam President, there's nothing wrong with the idea of the capital markets union in the sense that it could offer new opportunities and promote efficiency and risk diversification. It's a pity though if it's translated into a call for deregulation or cutting red tape, as if that's the only and real impediment to intra-European investments.

Think big. European capital markets require a uniform rulebook and European supervision. Besides, they require that the debt bias is removed from the corporate tax system, and they would be promoted if we had a common withholding tax. Well, this isn't on the table, is it? As long as it's not on the table, let's be realistic and pragmatic on what we can achieve with the capital markets union, and with the European Union, in this.

Besides – and this is the main point I would like to make – don't compare us to the US. We need the European in the capital market. That means strong protection of retail investors and clear standards for sustainability, both environmental and social. The US is not an example for Europe on this. We need to take the lead ourselves.

Ivan Štefanec (PPE). – Pani predsedajúca, vybudovanie kapitálovej únie je dôležité najmä pre malé a stredné podniky, ktoré sú chrbtovou kosťou našej ekonomiky. Z mnohých prieskumov vyplýva, že to, čím najviac trpia, a to najmä v čase krízy, je prístup k finančným zdrojom a nedostatok kapitálu. Oproti veľkým spoločnostiam a konkurencii tak majú veľkú nevýhodu.

Ak chceme digitálnu, zelenú a inovatívnu ekonomiku, jedným dychom musíme hovoriť aj o finančnej podpore malých a stredných podnikov. Malá firma si jednoducho nebude môcť dovoliť zakúpiť také vybavenie a služby, aby dokázala držať krok s konkurenciou. Preto dobre nastavené podmienky kapitálovej únie im pomôžu prekonať ťažšie obdobie a ďalej sa rozvíjať.

Vybudovanie kapitálovej únie je dôležité aj pre odstránenie európskej komparatívnej nevýhody v porovnaní s americkým kapitálovým trhom. Kapitálová únia je tak dôležitým prvkom pre európsky rast a tvorbu nových pracovných miest.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, the impact the pandemic has had on the European economy has been enormous, with a drop of 12% in GDP reported in the eurozone. The impact of course is global. We have seen similar hits elsewhere. The United Kingdom 20%, the US 9%, my own country 6%, but we are officially back in recession. So in the context of getting the economy back on track, initiatives like the capital markets union are ever more relevant than they were before the pandemic. Putting in place a well functioning capital markets union, as we see in the United States for example, should be considered an important part of our growth strategy for the next decade. It would provide new sources of funding for businesses, reduce the cost of raising capital, increase options for savings across the EU, and make EU financial system more stable, resilient and competitive. The CMU offers enormous potential for our businesses and start-ups, it would make the EU a far more attractive location for innovation and entrepreneurship and help drive jobs to the economy and also of course be very valuable to SMEs. I look forward to Commissioner Dombrovskis and my good friend Mairead McGuinness, who is now taking over his role, making this a reality during this term.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission.* – Madam President, thank you once again for this opportunity to debate these important topics today. The future of finance is digital. We have seen it also during the lockdown and we will need it for the recovery, to give better financial products for consumers and to open new funding channels for companies.

A number of points were raised by Members during this debate on the new market players where we would follow an approach of 'same activity, same rules', ensuring a level playing field between existing market players and potential newcomers. We are supportive of the work of the European Central Bank on the initiative of a central bank digital currency and, as you know, the European Central Bank recently published a report in this regard.

I heard a number of concerns which were raised in the context of crypto-assets, and we will continue to bring crypto-assets into the regulated sphere, to address the risks properly for financial stability, for consumer protection, for anti-money laundering, and especially crypto-assets like Global stablecoins will require – and that's what we have proposed – more stringent rules, given their potentially systematic impact.

Moving to the capital markets union, over the past five years we have made a lot of progress with our plan to integrate European capital markets into a union. Now we need to go further still. It's important for our people and our businesses to diversify the funding sources of the European economy and to put European savings to productive use. We know that it's not going to be easy to go to the next level, but our recovery will be far more robust and lasting if we do.

I am glad that the Commission's approach in these initiatives is closely aligned with your reports. We share the same main objectives, and I am confident that this House will confirm this at the vote: that our two institutions are indeed the strong partners the EU needs in this critical moment. Please rest assured that these reports will remain an important reference point for our work to implement those policies.

Ondřej Kovařík, *rapporteur.* – Madam President, there were a number of issues raised during this debate, which I think shows that actually there is an urgency and an importance in the debate that we are about to have about digital financial services.

I would definitely welcome, Executive Vice-President, a number of the commitments that you made in your introductory speech, especially those on putting forward initiatives on digital onboarding. I think this is a very important initiative that we really need to put forward in the European Union, especially in order to strengthen and enhance the single market in this area, and also the further strengthening of the anti-money laundering framework, which you mentioned will take place next year. I think this is also a very important point for this House to discuss.

Another issue that was raised – and I think this is also why the urgency is there – is the reaction from our side to initiatives such as Libra, a private stablecoin which has the potential to change drastically the way financial and monetary relations are organised in the economy. So I think this House will be happy to have a debate on this issue, and we also welcome the ECB proposals and the scenarios that were published recently.

We're definitely looking forward to a discussion of the proposals that the Commission has already made on crypto-assets and digital operational resilience. I also see a very good link between enhancing digital financial services and tapping the potential of the capital markets union, as was mentioned by a number of colleagues.

Finally, you mentioned, Mr Executive Vice-President, that the future of financial services is digital. I would say that the future of the economy and the future of the European Union is digital, so actually we should make sure that the framework that we have is fit for this purpose.

Isabel Benjumea Benjumea, ponente. – Señora presidenta, muchas gracias, vicepresidenta, por estar aquí hoy con nosotros, y muchas gracias a todas sus señorías por las aportaciones al debate que hemos tenido.

Verdaderamente, como decía en mi intervención inicial, después de esta terrible pandemia que estamos todavía sufriendo, viene una terrible crisis social y económica, y no hay mejor política social que la creación de empleo. Quienes crean empleo son los futuros empresarios, esas pequeñas *start-ups* que están buscando financiación para poner en marcha una idea de negocio, o las pequeñas y medianas empresas, que, como también se ha dicho, son los principales creadores de empleo dentro de la Unión

Por lo tanto, necesitamos que tanto aquellos que están buscando financiación para poner en marcha un negocio, como aquellos que están buscando financiación para poder mantener en marcha su negocio, tengan mejor y mayor acceso a financiación. Y la unión de los mercados de capitales, la capacidad de acceder a los mercados de capital por toda la Unión de una manera accesible, simplificada, sin barreras, sin excesivos impuestos y de una manera que permita a estas empresas acceder a esos fondos, permitirá una forma de financiación que, en estos momentos en los que nos adentramos en una terrible crisis económica, sin duda tiene que ser una realidad.

Pero, para que haya esos fondos, necesitamos que entre dinero en los mercados, y para eso son clave los pequeños ahorradores. Los pequeños ahorradores tienen que encontrar atractivos estos mercados de capital y, por lo tanto, hay que hacerlo de una manera segura y de una manera atractiva para ellos, para que tengan una oferta más variada de inversión.

Pero nada de lo que pone en el informe del que he tenido el honor de ser ponente, ni nada de lo que pone en el plan de acción que nos ha presentado la Comisión, que sin duda es un buen plan de acción, tiene sentido si no se ponen encima de la mesa los temas más complicados, que son los temas de insolvencia, los temas de impuestos y los temas de supervisión, y si no se pone sobre la mesa un plan con fechas concretas, con objetivos concretos, y si no se trabaja junto con los Estados miembros y el resto de los actores del sector financiero. Por lo tanto, le pido a la Comisión más ambición para poder hacer que la unión de los mercados de capitales sea una realidad y le pido a sus señorías el apoyo, con su voto, al informe que se votará esta tarde.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie nad poprawkami odbędzie się w środę 7 października 2020 r. Głosowanie końcowe odbędzie się w czwartek 8 października 2020 r.

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Alfred Sant (S&D), in writing. – This report focuses on measures to reboot the capital markets union while targeting the need for SMEs to reduce their reliance on bank loans by getting access to funding on capital markets. Proposed actions include facilitating SME listing, a pan-European IPO fund for floating SME shares on stock markets and a European single access point which centralises relevant information to help them attract investors. Other proposals call for the encouragement of retail investors through the design of appropriate products and the promotion of financial literacy, starting with schools. Moreover, a link with programmes to develop sustainable finance has been hardwired into the proposals. Emphasis is maintained on safeguarding the robust regulatory standards, built since 2008, to protect citizens from any financial crash. A fundamental aim is to establish a long-term European culture of direct investment by citizens in productive assets, especially those run by SMEs. Indeed, alternative channels of financing are more than ever needed to support the economic and social fabric constituted by SMEs. This would also reduce the pressure on banks which presently seem overloaded with targets they must meet, not all of them congruent with each other. I am glad to have helped with the preparation of this report on behalf of the S&D Group.

(Posiedzenie zostało zawieszono o godz. 16.58)

16. Wiederaufnahme der Sitzung

(Posiedzenie zostało wznowione o godz. 17.15)

17. Zweite Abstimmungsrunde

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest druga część głosowania.

Będziemy głosować nad punktami podanymi w porządku obrad.

Przed rozpoczęciem głosowania chciałabym oddać głos pani poseł Jytte Guteland, która wystąpi zgodnie z art. 59 ust. 4 - Regulaminu w sprawie odesłania do komisji właściwej w celu przeprowadzenia negocjacji międzyinstytucjonalnych i w sprawie sprawozdania dotyczącego Europejskiego prawa o klimacie.

Jytte Guteland, rapporteur. – Madam President, I will keep it brief this time. We already had the debate, and it was a very constructive and good debate in this Chamber. I would just like to say the formal procedure now.

In line with Article 59(4), subparagraph 4, of the EP Rules of Procedure, I would like to request to refer the matter back to the committee responsible for the interinstitutional negotiations in accordance with Rules 60 and 74. In addition, if the draft legislative act fails to secure a majority, I would ask for it to be referred back to committee for consideration.

Przewodnicząca. – Wniosek ten zostanie poddany pod głosowanie po głosowaniu nad wnioskiem Komisji.

Głosowanie będzie otwarte od godz. 17.15 do godz. 18.30. Przyjęto taką samą metodę głosowania jak w poprzednich głosowaniach. Wszystkie głosowania będą imienne, a posłowie będą mogli sprawdzić oddane przez siebie głosy oraz wyniki głosowań w dokumencie, który zostanie opublikowany na stronie internetowej posiedzenia plenarnego.

Ogłaszam otwarcie drugiej części głosowania, można głosować do godz. 18.30. Wyniki drugiej części głosowania zostaną ogłoszone jutro o godz. 8.30. Posiedzenie zostanie zawieszono po zakończeniu drugiej części głosowania o godz. 18.30 i wznowione jutro rano o godz. 8.30. Porządek obrad został opublikowany i jest dostępny na stronie internetowej Parlamentu Europejskiego.

18. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

19. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

20. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

21. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

22. Petitionen: siehe Protokoll

23. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

24. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

26. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 18.30)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 8. OKTOBER 2020

(C/2024/4893)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 5. bis 8. Oktober 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	3
3. Wiederaufnahme der Sitzung	6
4. Bekämpfung von Geldwäsche aufgrund der FinCEN-Files (Aussprache)	7
5. Erste Abstimmungsrunde	16
6. Bekämpfung von Geldwäsche aufgrund der FinCEN-Files (Fortsetzung der Aussprache)	16
7. Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Langzeitpflegeeinrichtungen (Aussprache)	21
8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	39
8.1. Eritrea: der Fall Dawit Isaak	39
8.2. Das Gesetz zur Registrierung „ausländischer Agenten“ in Nicaragua	44

Inhalt	Seite
8.3. Die Lage äthiopischer Migranten in Internierungslagern in Saudi-Arabien	48
9. Wiederaufnahme der Sitzung	53
10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	53
11. Wiederaufnahme der Sitzung	53
12. Zweite Abstimmungsrunde	53
13. Wiederaufnahme der Sitzung	53
14. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	53
15. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	53
16. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	54
17. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	54
18. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	54
19. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	54
20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	54
21. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll	54
22. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	54
23. Schluss der Sitzung	54
24. Unterbrechung der Sitzungsperiode	54

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 8. OKTOBER 2020

VORSITZ: NICOLA BEER

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 8.30 Uhr eröffnet.)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Die Präsidentin. – Wir beginnen mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde von gestern. Die Ergebnisse dieser Abstimmungsrunde lauten wie folgt:

— Europäisches Klimagesetz (Kommissionsvorschlag wie abgeändert): angenommen;

— Europäisches Klimagesetz (Rücküberweisung an den Ausschuss): angenommen;

— Gleichstellung von Feldbesichtigungen von Getreidesaatgutvermehrungsbeständen in der Ukraine sowie Gleichstellung von in der Ukraine erzeugtem Getreidesaatgut (Kommissionsvorschlag): angenommen;

— Einwand gemäß Artikel 112 Absatz 2, Absatz 3 und Absatz 4 Buchstabe c: Spezifikationen für Titandioxid (E 171): angenommen;

— Einwand gemäß Artikel 112 Absatz 2, Absatz 3 und Absatz 4 Buchstabe c: Höchstgehalte für Acrylamid in bestimmten Lebensmitteln für Säuglinge und Kleinkinder: angenommen;

— Europäische Forststrategie – künftiges Vorgehen (Entschließung als Ganzes): angenommen;

— Kommissionsvorschlag zur Anwendung von Vorschriften für die Eisenbahnsicherheit und die Interoperabilität im Eisenbahnverkehr im Ärmelkanaltunnel – Änderungsanträge 1, 2 und 3: angenommen;

— Kommissionsvorschlag zum Beschluss zur Ermächtigung Frankreichs zum Abschluss einer internationalen Vereinbarung über den Ärmelkanaltunnel – Änderungsanträge 1, 2 und 3: angenommen;

— Entschließungsantrag: Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Bulgarien – Änderungsanträge 3d und 35d: abgelehnt;

Änderungsantrag 36: abgelehnt;

Änderungsantrag 37: abgelehnt;

Änderungsantrag 4: abgelehnt;

Änderungsantrag 38: abgelehnt;

Änderungsantrag 39: abgelehnt;

Änderungsantrag 40: abgelehnt;
Änderungsantrag 41: abgelehnt;
Absatz 7 1. Teil: angenommen
Absatz 7 2. Teil: angenommen;
Absatz 7 3. Teil: angenommen;
Absatz 7 4. Teil: angenommen;
Änderungsantrag 42: abgelehnt;
Änderungsantrag 43: abgelehnt;
Änderungsantrag 44: abgelehnt;
Absatz 12: angenommen;
Änderungsantrag 5d: abgelehnt;
Änderungsantrag 6d: abgelehnt;
Änderungsantrag 7: abgelehnt;
Änderungsantrag 8d: abgelehnt;
Änderungsantrag 45: abgelehnt;
Änderungsantrag 46: abgelehnt;
Änderungsantrag 12: angenommen;
Änderungsantrag 47: abgelehnt;
Änderungsantrag 48: abgelehnt;
Änderungsantrag 49: angenommen;
Änderungsantrag 9d: abgelehnt;
Änderungsantrag 13: angenommen;
Änderungsantrag 14: angenommen;
Änderungsantrag 15: angenommen;
Änderungsantrag 16: angenommen;
Änderungsanträge 10 und 17: angenommen;
Änderungsanträge 1d und 18d: abgelehnt;
Änderungsantrag 2d: abgelehnt;
Änderungsantrag 19: abgelehnt;
Änderungsantrag 20d: abgelehnt;
Änderungsantrag 21: abgelehnt;
Änderungsantrag 22: abgelehnt;
Änderungsantrag 23: angenommen;
Änderungsantrag 24: abgelehnt;

Änderungsantrag 25: abgelehnt;

Änderungsantrag 26: angenommen;

Änderungsantrag 27: abgelehnt;

Änderungsantrag 29: angenommen;

Änderungsantrag 30: abgelehnt;

Änderungsantrag 31: abgelehnt;

Änderungsantrag 32: abgelehnt;

Änderungsantrag 33: angenommen;

Änderungsantrag 34: abgelehnt;

Änderungsantrag 11: angenommen.

— Bericht von Herrn Kovařík zum digitalen Finanzwesen: neu auftretende Risiken bei Kryptoanlagen – Herausforderungen in Bezug auf Regulierung und Aufsicht im Bereich Finanzdienstleistungen, Finanzinstitute und Finanzmärkte –

Änderungsantrag 9: angenommen;

Änderungsantrag 5: abgelehnt;

Änderungsantrag 6: abgelehnt;

Änderungsantrag 7: angenommen;

Änderungsantrag 1: abgelehnt;

Änderungsantrag 2: abgelehnt;

Änderungsantrag 3: abgelehnt;

Änderungsantrag 10: angenommen;

Änderungsantrag 11: abgelehnt;

Absatz 40: angenommen;

Absatz 58: angenommen;

Änderungsantrag 4: abgelehnt;

Änderungsantrag 12: abgelehnt;

Änderungsantrag 13: angenommen;

Änderungsantrag 8: angenommen.

— Bericht von Frau Benjumea Benjumea zur Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion: Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln am Kapitalmarkt, insbesondere durch KMU, und Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Kleinanleger –

Änderungsantrag 1: angenommen;

Absatz 26: abgelehnt;

Änderungstrag 2: angenommen, damit wird der Absatz 38 hinfällig;

Änderungsantrag 3: angenommen;

Erwägung R: abgelehnt.

Ich werde nun Frau Vizepräsidentin Dubravka Šuica das Wort erteilen, die darum ersucht hat, eine Erklärung im Namen der Kommission abzugeben.

Dubravka Šuica, Vice-President of the Commission. – Madam President, Honourable Members, the Commission takes note of this Resolution objecting to specifications for titanium dioxide adopted by the European Parliament. It considers that the draft Commission Regulation is in line with the implementing powers conferred on the Commission by Regulation (EC) No 1333/2008. The Standing Committee has given a favourable opinion on the draft act and the Council has already decided not to oppose it.

The Commission regrets that the European Parliament has rejected this measure, which is based on the scientific assessment of the European Food Safety Authority. If adopted, the measure would have resulted in an improved level of safety regarding the use of this food additive and better control of the products present on the market, thus allowing a better enforcement by Member States of the legislation. Such decisions by the European Parliament undermine the EU's well-established science-based approach to food safety.

— Madam President, Honourable Members, the Commission takes note of this resolution objecting to maximum levels of acrylamide, adopted by the European Parliament. It considers that the draft Commission Regulation is in line with the implementing powers conferred on the Commission by Regulation (EEC) No 315/93 aiming to protect public health. The Standing Committee has given a favourable opinion by unanimity on the draft act and the Council has not opposed it.

The Commission regrets that the European Parliament has rejected this measure, which protects health and is based on the scientific assessment of the European Food Safety Authority. The levels of acrylamide raise concerns with respect to its carcinogenic effects, including for infants and young children. If adopted, the EU would have become the first region in the world to set legally-binding maximum levels of acrylamide and would have resulted in an improved level of food safety for infants and young children. There are every day foods on the market containing acrylamide above the proposed maximum levels, but in the absence of this Regulation, there will be no basis to remove them from the market. Consequently, children and infants will continue being exposed to levels of acrylamide, which are scientifically considered not safe. The Commission wants to emphasise that additional data are being collected and further consultations are being held with a view to extending the measure to other food categories. As such, this objection to this first step might undermine and delay the ongoing work on setting maximum levels for acrylamide in other relevant food categories. The Commission calls on the European Parliament to follow the European Union's well-established science-based approach to food safety. Thank you President, thank you Honourable Members.

President, Honourable Members. The Commission disagrees with the omission of Article 2(1) TFEU as legal basis of the decision empowering France to negotiate with the United Kingdom.

While Article 91 TFEU empowers the Union to adopt acts of transport policy, the legislator is warranted powers to authorise Member States to act in the Union's stead in an area of exclusive Union competence only under Article 2(1) TFEU.

The decision can therefore be adopted only on the basis of both provisions. Thank you President, thank you Honourable Members.

(The sitting was suspended at 8.39)

3. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 8.45 Uhr wieder aufgenommen.)

4. Bekämpfung von Geldwäsche aufgrund der FinCEN-Files (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Bekämpfung von Geldwäsche aufgrund der FinCEN-Files (2020/2812(RSP)).

Ich weise die Kolleginnen und Kollegen nochmals darauf hin, dass bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen und auch keine blauen Karten akzeptiert werden.

Dubravka Šuica, Vice-President of the Commission. – Madam President, the Commission and my colleague Valdis Dombrovskis, who is unable to be here today, welcomes today's debate.

Dirty money is highly mobile. Time and again, we see criminals move it around the world with relative ease. Each new money-laundering revelation sparks more public anger. It erodes trust in our banks and financial institutions, in our authorities and our governments.

The FinCEN case we are discussing today confirms the Commission's own reports and risk assessments from July 2019 that money laundering is a global challenge that demands a global response. If we are to succeed in fighting global cross-border crime, then we must all pull together and work with global partners, such as the United States, on closing loopholes.

EU countries must also join forces to make the system less open to abuse. Member States acting alone are simply not up to the task of addressing a global challenge of such magnitude. The FinCEN files illustrate the vast scale of the problem. The European Union has to act decisively and collectively, with the European approach to supervision, a European approach to financial intelligence coordination.

Dirty money should have nowhere to hide. Before the summer break on 8 July, the Commission outlined in this House the action plan for a comprehensive Union policy on preventing money laundering and terrorist financing, which the Commission adopted on 7 May 2020. It is now critical that we deliver on our action plan.

The FinCEN files are yet another illustration of why it is essential that financial institutions and other private sector entities detect suspicious financial flows and report their suspicions to the relevant authorities. They also highlight how important it is that national financial intelligence units have adequate tools and the capacity to process and analyse this information. These are all issues addressed in our action plan with a number of concrete actions proposed.

The Commission is also looking much more closely at how Member States implement the anti-money laundering directives so that our rules are effective on the ground. Enforcement is not only about ensuring the complete or correct transposition of the 4th and 5th Anti-Money Laundering Directives: enforcement is also about ensuring that anti-money laundering directives are effectively implemented.

The Commission recently sent questionnaires to some Member States. We will actively follow up on our findings. We will investigate ongoing problems and we will not hesitate to take legal steps if needed. There must be no divergences nor systematic weaknesses that could attract criminals. The European Union Supervisory System is only as strong as its weakest link.

We know that national supervisors cannot do this alone, which is why our action plan proposed EU-level supervision. For European Union supervision to work efficiently and seamlessly, we need an integrated system where national supervisors and the European Union Supervisor work effectively together, including by carrying out joint examinations here, and European Union anti-money laundering authorities would need to be equipped with significant and direct supervisory powers regarding the most risky obliged entities.

While the financial sector should be our initial priority, the European Union would need to progressively and significantly increase supervision of the non-financial sector. The anti-money laundering authority should also check that all national supervisors have adequate resources and powers to carry out their task. This could include on-site checks and would be the best way to monitor and make sure that the rules are applied effectively and consistently across the European Union.

The FinCEN case made it also clear that the increased number of reports submitted to the financial intelligence units puts pressure on their resources. We intend to put a coordination and support mechanism in place to support financial intelligence units in the European Union as a first step. This is vital for improving the detection of suspicious cash flows, especially those with a cross-border dimension, and for developing better analytical tools. Concretely we plan to support financial intelligence units in carrying out joint analyses, developing standards for reporting suspicious transactions, and providing IT assistance and support for exchanging financial information.

The momentum to act decisively is with us. Everyone – authorities, stakeholders and citizens alike – expects the Union to act and ensure the stability and integrity of the Union's financial system. We are grateful to this Parliament for setting the tone with its resolution last July. The time to act is now. We must close the door on dirty money decisively. The Commission is fully committed to presenting ambitious proposals in the first quarter of 2021 and counts on your full support.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin der Kommission, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die FinCEN-Files zeigen etwas auf, was wir erst vor wenigen Monaten hier in dieser Runde mit Herrn Dombrovskis diskutiert haben – Frau Šuica, Sie haben ja darauf hingewiesen. Und was hat sich seitdem geändert? Nichts.

Ich bedaure es sehr – und ich sage das gleich zu Beginn dieser Debatte –, dass der Rat mal wieder nicht vertreten ist. Denn wo haben wir die Kernprobleme? In den Mitgliedstaaten. In den Mitgliedstaaten, die nicht in der Lage sind, das, was sie hier auf europäischer Ebene beschließen, auch zu Hause in geltendes Recht umzusetzen.

Ich bin der Kommission sehr dankbar, die ja jetzt auch mit Vertragsverletzungsverfahren hier gegen Mitgliedstaaten vorgeht. Die Frist zur Umsetzung der 5. Antigeldwäscherichtlinie war der 1. Januar 2020, also in der guten, alten Zeit vor Corona. Man hätte das also alles machen können. Bisher haben erst 17 Mitgliedstaaten eine vollständige Umsetzung gemeldet. Ich hoffe, die Kommission prüft auch, ob die Meldung der Wahrheit entspricht. Der Rest hat nur teilweise umgesetzt, das sind neun, und einer hat es nicht mal für nötig befunden, zu melden, was er getan hat, nämlich Zypern.

Das sind die Probleme, mit denen wir es hier in Europa zu tun haben. Problem Nummer zwei – und auch das ist keine Neuigkeit, sondern das haben wir ja schon öfters debattiert: Finanzaufsichtsbehörden sind nicht in der Lage, gegenüber Kriminellen adäquat vorzugehen. Die Aufhängung der Geldwäschereinheit bei der Europäischen Bankenaufsicht war eine Notlösung, ist eine Notlösung und muss ersetzt werden durch eine dauerhafte Lösung mit einer Behörde, die auch juristische Eingriffsmöglichkeiten hat.

Geldwäsche darf nicht nur eine Ordnungswidrigkeit auf europäischer Ebene sein, sondern muss ein Straftatbestand sein. Dazu müssen wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Der europäische Weg muss sein, dass Geldwäsche in Europa keine Chance hat. Für den Rest der Welt können wir nur Beschränkungen machen, aber die sollten dann dem europäischen Beispiel folgen.

Eero Heinäluoma, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, USD 2 000 billion: this is almost twice the amount of the seven-year MFF and three times the value of the recovery and resilience instrument and, at the same time, it is at least 30 times the Finnish annual budget.

Suspicious activity reports which were recently leaked concern transactions worth USD 2 000 billion. Banks must fill in one of these reports if they are worried one of their clients might be up to no good. The report is sent to the authorities. Despite these alarms, banks still often execute these transactions. Again, it is thanks to the great work of investigation journalists that this scandal is revealed.

It demonstrates once again that the existing Anti-Money Laundering (AML) system simply does not work. It is a Swiss cheese, full of holes.

For a long time, my group has been calling for a uniform regulatory framework, an AML regulation. Regulatory clarity and certainty is needed for the public sector and for industry. We also need stricter rules around rules on consumer due diligence and beneficial ownership transparency.

Stronger EU supervision is urgently needed too. Whether we need a new EU agency or extending the powers of the European Banking Authority is in a way less important, as long as the job is done far much better than today. Therefore, the supervisor should get enough resources, staff and independence and, of course, more EU supervision will only work provided there is good cooperation with the national competent authorities, as they are on the ground.

Supervising can only be done properly provided data around suspicious transactions flow easily cross-border. Therefore, we need a European Union Finance Intelligence Unit. Detecting and supervising suspicious cases is one thing, tackling and sanctioning is something else.

I realise this is a very sensitive field of crime enforcement, and Member States like to keep control. Nonetheless, if we want to be serious in tackling AML, we need more deterring sanctions. Imposing big fines is all well and good, but I have not the impression that it changes fundamentally a culture. Here a stronger role for Europol is really needed.

Ramona Strugariu, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, 2 100 suspicious activity reports and more than USD 2 trillion in transactions; these are stunning numbers. The leaks revealed suspicious transactions at Deutsche Bank. Russian criminals and money launderers working for terrorist groups allegedly laundered money through the Moscow branch. The name of Vladimir Putin's cousin, Igor Putin, is also linked to such a transaction.

Another leak revealed a transaction of USD 31 million between two offshore companies. The first one, with an account at Piraeus Bank, is owned by a person involved in arms trafficking for the Islamic State, and the other, with an account in the state-controlled Bulgarian Development Bank, is owned by a notorious Bulgarian arms dealer.

All of this is happening under the eyes of the financial intelligence units, of the European banking authorities, of the European Central Bank (ECB), of the law-enforcement national authorities. Can I ask how is it possible that we see such impressive amounts of money transferred to safe places through the banking system? Basically, there is zero time to waste, and if we want to efficiently fight money laundering, we need full judicial cooperation in criminal matters; we need an anti-money laundering (AML) regulation, which we have been talking about for a long time; we need full transparency on beneficial ownership, which we have been talking about for a long time; cooperation with national authorities as well, but a truly functioning supervisory body. This is if we really want to fight money laundering. If not, it will never happen.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind heute hier, und ich glaube, wir sind uns alle einig, dass Geldwäsche nicht geht. Aber wir vergießen hier Krokodilstränen darüber, wie furchtbar das alles ist und dass wir schon so viele Regeln getroffen haben, aber dass die Regeln nicht umgesetzt werden.

Ich glaube, wir müssen feststellen: Es nützt nichts, nur die Symptome zu bekämpfen. Es nützt nichts, immer nur gegen die Geldwäsche vorzugehen, denn wir müssen das, was dahinterliegt, angehen. Nur so können wir diesen Sumpf, der sich hier auftut, trockenlegen.

Wir müssen die kriminellen Machenschaften, die zu diesem schmutzigen Geld führen, bekämpfen. Und erst, wenn wir das geschafft haben, wenn wir der Habgier, die sich hier breitmacht, Schranken setzen, dann können wir auch letztendlich die Geldwäsche erfolgreich bekämpfen. Und dazu wünsche ich Ihnen viel Erfolg und viel Glück!

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FinCEN-Files haben ja auch eine überraschend positive Nebenwirkung, denn endlich wissen mal alle, was die amerikanische FinCEN ist. Genau so eine Behörde wie die amerikanische FinCEN brauchen wir in Europa dringend. Nun gut – sie haben jetzt vielleicht auf ihre Daten nicht richtig aufgepasst, aber das hatte ja jetzt durchaus eine positive Wirkung für die weltweite Debatte über Geldwäsche und für unsere Debatte hier in Europa.

Die amerikanische FinCEN ist eine Analyse-Behörde, die Geldwäsche amerikaweit und auch weltweit untersucht. Der Grund, warum einige der schmutzigsten Banken in Europa – ABLV in Lettland – oder auch die Verhältnisse auf Zypern unter Druck gekommen sind, ist ja nicht, weil die Europäische Kommission oder europäische und nationale Behörden dort die Verhältnisse aufgemischt haben, sondern weil die FinCEN mit rigiden Untersuchungen immer wieder den Finger in die Wunde gelegt hat und Amerika auch mit Sanktionen, wie etwa im Fall von Lettland und Zypern, gedroht hat.

Während all dem hat die Kommission weitgehend tatenlos zugeschaut. Die amerikanische FinCEN analysiert für ganz Amerika die Verdachtsmeldungen. Es gibt nicht 51 Staaten, FIU, und 51 Geldwäscheraufseher, sondern es gibt einen gemeinsamen Akteur. Wir haben den gemeinsam besucht, mit einer fraktionsübergreifenden Delegation.

Eine solche Behörde, Frau Kommissarin, erwarten wir in Ihrem Vorschlag. Eine Behörde, die tatsächlich eingreifen kann, eine Behörde, die gemeinsam analysiert. Genau das steht leider nicht in Ihrem Aktionsplan. Da steht zwar eine gemeinsame Geldwäscheraufsicht drin, da steht aber keine gemeinsame FIU, sondern Sie wollen nur den nationalen Behörden helfen, besser zu kooperieren. Wir brauchen aber für die großen grenzüberschreitenden Fälle, dem Subsidiaritätsprinzip folgend, eine gemeinsame *Financial Intelligence Unit*, damit wir wie Amerika großen Geldwäschefällen wirklich nachgehen können.

Dann habe ich noch eine Frage an Sie: Ich finde es ja gut, dass Sie endlich Fragebögen an einige EU-Mitgliedstaaten wegen der schlechten Umsetzung der Geldwäschebekämpfung – nicht wegen der Übertragung – geschickt haben. Sagen Sie uns bitte mal hier öffentlich: Welche Mitgliedstaaten waren das? Und zweitens: Wann eröffnen Sie endlich Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten, die seit 2007 notorisch europäisches Geldwäscherecht brechen? Das ist die Frage, die Sie beantworten müssen.

Jorge Buxadé Villalba, *en nombre del Grupo ECR*. – Señora presidente, la filtración masiva de documentos de la agencia estadounidense FinCEN ha desvelado las actividades criminales de altos cargos del Gobierno de Maduro, que han amasado auténticas fortunas expoliando los recursos de su país y con el tráfico de drogas; fondos que, tal como ha ocurrido en algunos países, como en España, han acabado financiando las actividades de partidos políticos comunistas y mafiosos, que tienen por exclusivo objetivo destruir el orden social, a pesar de que el señor Borrell vino ayer a decirnos que Maduro era Blancanieves.

También resulta muy preocupante la participación de bancos europeos en las operaciones de blanqueo de capitales procedentes de esas actividades ilícitas. No podemos, señores de la Comisión, permitir que las narcodictaduras, los terroristas y todo tipo de delinquentes vayan campando a sus anchas delante de nuestras narices, ya sea utilizando ingeniería financiera con bancos europeos, o ya sea trasladando sus fondos a paraísos fiscales, como Gibraltar, infame colonia desde la cual durante años se ha blanqueado el dinero procedente de actividades ilícitas.

Bajen a la tierra: ahí fuera, hay millones de europeos sin empleo, hay miles de empresarios honrados y de familias que están sufriendo, y es absolutamente obsceno que, en lugar de luchar a campo abierto contra las operaciones de blanqueo de capitales, el narcotráfico y el terrorismo, estemos destinando miles de fondos y se exija la subida de impuestos y la creación de nuevos impuestos europeos para financiar la fiesta climática de las grandes multinacionales globalistas. Lo que esperan de nosotros los europeos es otra cosa.

Manon Aubry, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, c'est l'histoire de grandes banques, de grandes fortunes et de paradis fiscaux qui se croient au-dessus des lois.

Cette histoire c'est celle du scandale financier des *FinCEN files* et ses 2 100 milliards de transactions toutes plus louches les unes que les autres. Fraude fiscale, évasion fiscale, blanchiment, c'est une histoire que l'on connaît par cœur, tellement elle se répète, toujours avec les mêmes protagonistes. C'est l'histoire des *Panama Papers*, des *Paradise Papers*, des *Swiss Leaks*, la liste est sans fin.

Ce qui a été révélé par le travail formidable des journalistes d'investigation n'est donc pas une simple dérive. C'est un système parfaitement huilé, dont les coupables sont précisément identifiés. Les grandes banques internationales d'abord, dont la HSBC, Deutsche Bank, la Société générale qui organisent les transferts financiers douteux en toute impunité. Les paradis fiscaux ensuite toujours les mêmes, les Îles Caïmans, Chypre, Hong-Kong, les Îles Vierges qui accueillent l'argent sale en toute opacité. Et pour y faire face les ministres des finances de l'Union européenne n'ont rien trouvé de mieux cette semaine que de retirer les Îles Caïmans de la liste noire des paradis fiscaux. C'est vrai que ce n'est pas comme si les Îles Caïmans n'avaient pas été citées dans l'intégralité des scandales financiers de ces dernières années. Et sans aucun paradis fiscal notoire, notamment européen comme l'Irlande ou le Luxembourg, votre pseudo-liste noire est surtout une

carte blanche aux magouilles financières.

Alors combien de temps faudra-t-il encore supporter les larmes de crocodile des dirigeants qui crient au scandale sans jamais se donner les moyens d'y mettre fin. Les citoyens n'en peuvent plus de cette tolérance de classe envers la délinquance financière en col blanc pendant qu'on leur demande de payer le coût de la crise. Il est temps d'aller chercher l'argent où il est.

Laura Ferrara (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, criminalità organizzata, grandi evasori, terroristi, potenti uomini orbitanti intorno al mondo politico ed economico: questi sono i protagonisti che muovono fiumi di denaro e fanno affari, sfruttando il lato oscuro del sistema finanziario mondiale. Secondo l'inchiesta dei fascicoli FinCEN ciò avverrebbe grazie a paradisi fiscali, società offshore e al ruolo di primo piano giocato dalle grandi banche internazionali compiacenti, alcune di queste operanti in Europa.

Nell'Unione europea abbiamo adottato la sesta direttiva antiriciclaggio: eppure c'è ancora molto lavoro da fare con l'attuazione della legislazione di settore, i sistemi di screening e monitoraggio, la cooperazione con autorità di regolamentazione e di contrasto, al fine di arginare efficacemente un fenomeno che è in continua evoluzione.

Il riciclaggio non può e non deve diventare per le banche una forma di profitto, soprattutto se esso supera i costi di eventuali sanzioni; non possiamo permettere che l'inazione nel contrasto di queste attività criminali finisca per alimentare diseguaglianza economica, distorcere le regole di mercato e prosciugare risorse destinate a finanziare servizi essenziali per i cittadini.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, verehrte Vizepräsidentinnen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FinCEN-Papiere sind ein weiteres Beispiel dafür, wie tief der Sumpf aus Geldwäsche, Korruption und Finanzkriminalität ist und wie riesengroß der gemeinsame Handlungsbedarf. Den Kampf gegen diese Geldwäsche, Korruption und Kriminalität können wir nur gemeinsam gewinnen – global und europäisch gemeinsam.

Rund 2 000 Milliarden Euro – das sind ungefähr fünf Prozent der Weltwirtschaftsleistung – werden weltweit pro Jahr gewaschen. Aber auch bei uns in der Europäischen Union sind es 110 Milliarden Euro – das kommt dem Jahresbudget der EU schon sehr, sehr nahe. Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich daher zu Recht: Wie viele Enthüllungen braucht es noch, bis wir den kriminellen Netzwerken endlich den Geldhahn zudrehen?

Es ist haarsträubend! Noch immer gibt es einen Widerspruch zwischen Regelung, Verpflichtung und Umsetzung. Noch immer ist die vierte und fünfte Geldwäscherichtlinie nicht umgesetzt. Noch immer gibt es einen Fleckerlteppich. Und noch immer benötigen wir mehr Kontrolle, Personal und Sanktionen, eine einheitliche europäische Vorgangsweise, eine Geldwäscheverordnung statt einer -richtlinie, eine gemeinsame Geldwäschaufsicht – vielleicht sogar eine Behörde –, eine europäische Finanzpolizei, eine europäische Meldestelle.

Meine Damen und Herren, tun wir endlich europaweit das, wozu wir uns seit Jahren verpflichten!

Paul Tang (S&D). – Madam President, as Manon Aubry said, this is not the first time we have had LuxLeaks, Panama Papers, Paradise Papers, and I agree with Sven Giegold – transparency is a wonderful thing. But let's face it, this story has been told a thousand times.

We in this room know it; ordinary people are still confused by the tools that are used. They don't usually have trusts in Jersey, a Swiss bank account or a shell company in the Netherlands, and they don't get it. But we must realise – certainly the people that are aware – that this is used mainly by the rich: terrorists, criminals, the rich. They own the hidden wealth in the world, at least half of the hidden wealth according to calculations by economists, and it's not even the one percent that owns the hidden wealth in offshore jurisdictions. It's the one percent of the one percent that owns half of the hidden wealth in the world.

It is very clear from the FinCEN files that action needs to be taken and not enough action has been taken so far. Because now bankers blindly forward transactions to their financial investigations unit (FIU), only to find out later that they have facilitated fraudulent transactions. And these FIUs on the other hand are flooded with information but lack the means and resources to keep up.

If transactions are investigated and found to breach law, the money has long been gone. Take former President Yanukovich, who was able to transport billions out of Ukraine, or take former president's daughter Isabel Dos Santos, by now the richest woman in Africa. She is also spending her days in luxury, not in Angola but in Russia and other places.

So what we need is to staff and strengthen FIUs, and of course, FIUs need to exchange information on close cooperation, but in addition we need to make banks act upon their role as gate-keepers. Forwarding alone is not enough. Banks need to know their customers and when they find suspicious activities, press pause.

The point is, of course, that making private actors fulfil public roles is hard. It cannot be done without clear rules, strict oversight and very tough penalties. We need to work on that now so that we can avoid former dictators spending their days in luxury.

Gilles Boyer (Renew). – Madame la Présidente, régulièrement des scandales comme celui-là viennent saper la confiance des citoyens européens dans notre système financier et fiscal. Nous pouvons réagir, c'est ce que nous faisons ce matin, mais nous devons surtout agir et répondre à ce sentiment d'iniquité, d'injustice et d'opacité fiscale au niveau mondial et aussi, il faut bien le dire, parfois à l'intérieur de l'Union européenne. Et nous serons tous jugés sur ce que nous ferons ou sur ce que nous ne ferons pas, la Commission sera jugée là-dessus, le Conseil sera jugé là-dessus et nous, Parlement, nous serons aussi jugés là-dessus.

Nous avons donné récemment un signal politique fort en créant une sous-commission chargée spécifiquement de ces questions au sein de notre commission des affaires économiques et monétaires. Une commission qui sera permanente et non pas temporaire, pour lutter contre la fraude et l'évasion fiscales et pour que chacun, à commencer par le plus puissant, paie ce qu'il doit, là où il le doit.

Et vous pouvez compter sur notre vigilance pour la mise en œuvre du paquet fiscal de la Commission, qui est ambitieux. Vous pouvez compter sur notre vigilance pour interpeler l'opinion sur les dossiers bloqués au Conseil depuis des années, comme l'assiette commune pour l'impôt sur les sociétés. Et plus généralement, vous pouvez compter sur notre détermination pour inviter le Conseil à mettre fin à la règle de l'unanimité en matière fiscale, qui d'évidence est un facteur de blocage et nous empêche d'avancer.

Jaak Madison (ID). – Austatud istungi juhataja! See on väga huvitav teema. Esiteks ma tutvustan, et ma olen selle teemaga üpris hästi kursis, kuna minu koduerakond Eestis on valitsuses ja meie erakonna esimees on rahandusminister. Ja Eestis toimus aastatel 2005-2014 väga suuremahuline rahapesu, mis oli siis korraldatud Taani panga, Danske panga filiaali kaudu Eestis, Venemaal, põhimõtteliselt põhjalasse ja lääneriikidesse. Kuid ma ei ole kuidagi nõus selle lahendusega, mida siin pakutakse. Euroopa Komisjon ja ka suur osa Euroopa Parlamendist nõuavad uue asutuse loomist, uue bürokraatia loomist, suurema võimu andmist, liikmesriikide võimu vähendamist. Kuid ma tean väga hästi meie riigi näitel: viimase aasta jooksul, kui me oleme valitsuses, on võimalik poliitilise tahte korral uurida rahapesu kriminaaljuhtumeid. Me oleme sõlminud väga efektiivsed lepingud, me oleme karmistanud kriminaalseadusi, me oleme pannud pankadele uusi kohustusi ja seda kõike ilma Euroopa Komisjoni ja Euroopa Parlamendi suure abita või poliitilise surveta, seega aitäh abi pakkumast võitluses rahapesuga, aga me viisakalt keeldume.

Saskia Bricmont (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, de 2013 avec les *Offshore Leaks*, à 2020 avec les *FinCEN files*, en passant par les *LuxLeaks*, *SwissLeaks*, *Panama Papers*, *Paradise Papers*, *Dubai Papers*, c'est d'abord au travail des journalistes et des lanceurs d'alerte, qui ont permis de dévoiler ces agissements criminels, que l'on doit ces informations et auxquels je tiens à rendre hommage aujourd'hui.

Vos révélations alimentent le travail de ce Parlement depuis des années pour que la mafia, les oligarques, les despotes, les terroristes, les barons de la drogue, mais aussi les politiciens véreux arrêtent de piller les ressources collectives avec la complicité de banques sans scrupules, comme la deutsche Bank ou ING qui sont pointées dans les dossiers FinCEN.

À l'heure où on gratte les fonds de tiroirs pour répondre aux conséquences de la crise de la COVID, comment expliquer que 2 000 milliards de transactions financières suspectes soient possibles par l'intermédiaire de banques recapitalisées grâce à cet argent public?

FinCEN sonne comme un signal d'alarme. Pour entraver l'action des criminels et des politiciens véreux, les banques doivent respecter leurs obligations anti-blanchiment et les pouvoirs publics doivent les y contraindre.

Qu'attendent nos gouvernements et le Conseil qui brille, une fois de plus, par son absence, pour mettre en œuvre une fois pour toutes la législation européenne, pour cesser de fermer les yeux sur le soutien apporté par les banques aux entreprises criminelles et pour appliquer de lourdes amendes ainsi que des sanctions pénales à l'égard des dirigeants des établissements bancaires, pour encourager la mise en place de l'unité financière de supervision européenne, pour consolider les capacités d'enquête et de poursuite à l'échelle de l'Union, pour renforcer les services de lutte contre la criminalité financière afin de combattre efficacement ces délits financiers.

Et n'oublions pas que derrière ces transactions, cette criminalité, il y a aussi des milliers de victimes. Des victimes de trafic de drogue, de corruption, de terrorisme et de conflits armés. Autant d'activités qui sont rendues possibles par un dénominateur commun: l'argent sale qui circule grâce aux banques. Donc les droits des victimes doivent être assurés ainsi que leur indemnisation.

Beata Kempa (ECR). – Pani Przewodnicząca! Dziękuję bardzo za głos w tej bardzo ważnej dyskusji w Europie, ale i na świecie.

Jestem z Polski i zapraszam do Polski dlatego, że bardzo często tutaj Polska jest łajana za to, że rzekomo nie przestrzega praworządności, a to właśnie w Polsce bardzo skutecznie walczy się z przestępcami w białych kołnierzykach, szczególnie z tymi, którzy w sposób bezczelny wykorzystują klientów banku, także z praniem brudnych pieniędzy. Praktycznie nie ma tygodnia, nie ma miesiąca, żeby opinia publiczna nie dowiadywała się o kolejnych zatrzymaniach i stawianych zarzutach w tych procedurach, o których dzisiaj rozmawiamy. Tu trzeba być skutecznym i postawić na bardzo skuteczną walkę, dać narzędzia prokuraturze i wymagać, żeby skutecznie działała. Tak dzisiaj dzieje się pod kierunkiem prokuratora generalnego ministra sprawiedliwości pana Zbigniewa Ziobry.

Potężni bankierzy, mocno usytuowani u szczytów władzy, którzy posiadają rozległe międzynarodowe koneksje i pracujący dla największych europejskich banków – tak wygląda afera. Trzeba z nią walczyć, nie mówić o walce, tylko bezwzględnie wprowadzać twardą ręką przepisy, które ukróć ten bezczelny proceder.

José Gusmão (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a Comissão Europeia veio aqui chorar lágrimas de crocodilo na mesma semana em que retirou as Ilhas Caimão da lista dos *offshores* não cooperantes, uma lista tão curta que diria que indicaria que as jurisdições, pelo menos na Europa, são todas muito cooperantes com as autoridades, que se torna difícil perceber porque é que estes escândalos se continuam a repetir e os únicos que têm feito alguma coisa para combater o branqueamento de capitais têm sido os jornalistas e os denunciantes que têm promovido esses escândalos. Porque este escândalo, em particular, tem lá os bancos, muitos deles europeus, alemães, franceses, cipriotas, tem lá as transações, tem lá os crimes que foram promovidos e dos quais esses bancos são cúmplices.

O que é que vai acontecer a estes bancos europeus? O que é que vai acontecer aos Estados-Membros que estão no topo do *ranking* mundial do segredo financeiro e que protegem estes bancos?

A Comissão diz que não hesitará em responsabilizar os Estados-Membros. Há anos que ouvimos essa conversa por parte da Comissão e o que vemos é a Comissão a hesitar, a hesitar, a hesitar.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, i mi u Hrvatskoj imamo velikih problema s pranjem novca. Nedavno je otkriven skandal Zagrebačke banke i pranja velike količine novca, tri člana uprave dali su ostavke. Centralna banka, Hrvatska narodna banka, trebala je to sve trebala štititi, kontrolirati, ali po starom običaju ona je to sve prikrivala a možda i sudjelovala u tome. I što hrvatski građani pa i cijela Europa ima od tih bankarskih kriminalaca, nema zapravo ništa. Dok oni peru milijarde, mi u Europi imamo 100 milijuna siromašnih građana.

Mnogi od njih su djeca. Imamo milijune i milijune siromašne djece, samo u Hrvatskoj imamo više od 200000 siromašne djece. Djeca koja su siromašna su pod stresom, neuhranjena su, sporije se razvijaju, slabije uče i imaju veliku šansu da i sama jednoga dana budu siromašna. To sve možemo dokinuti na način da bogatstvo ovog kontinenta maknemo s tih nesretnih banaka i damo onima kojima je stvarno potrebno. Dajmo tim ljudima, dajmo toj djeci šansu u životu. Ovo nije samo ekonomsko pitanje, ovo je i moralno i civilizacijsko pitanje ovog svijeta u 21. stoljeću.

David Casa (PPE). – Sinjura President, ghal darb'ohra ghandna leak kbir ta' dokumenti b'rabta mal-hasil ta' flus u l-kriminalità organizzata. Il-FinCEN leaks huma differenti minn dawk tal-Panama Papers, jew Paradise Papers ghaliex dawn l-elfejn u hames mitt dokument ma jtkellmex biss dwar kazijiet ta' hasil ta' flus li saru minn persuna jew kumpanija wahda. Anzi dawn id-dokumenti jaghtu stampa cara ta' dak li qed jigi fid-dinja u ta' kemm din l-attività kriminali hi kbira, u dan, bl-użu tal-banek.

Certu banek qed jaghmlu rapporti dwar affarijiet zgħar waqt li fl-istess hin qed jippermettu l-hasil ta' flus tal-kriminalità organizzata. Dan mhux qed jigi biss fl-Istati Uniti, imma ghandna problema wkoll fl-Ewropa. Ghalhekk ghandna bżonn regoli ċari li jindirizzaw dawn il-prattiki.

L-ghan tagħna mhux li nżidu l-ispejjeż għall-banek jew li naghmluha impossibbli għal negozji onesti li jkomplu bil-hidma tagħhom. L-ghan tagħna hu li nwaqqfu lill-kriminali milli jabbużaw mis-sistema finanzjarja b'detriment għaċ-ċittadini onesti. L-ghan tagħna għandu jkun il-hasil tal-flus li jkun identifikat, jitwaqqaf u li dawk li jkunu involuti jiffaċċjaw il-gustizzja.

Dan għandu jsir billi jkollna, iva, FIUs iktar b'saħħithom u jkollna wkoll regolament fuq livell Ewropew kontra l-hasil tal-flus. Jiena nappella li dan isir malajr kemm jista' jkun biex inwaqqfu lil dawn il-kriminali.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, un nuevo debate sobre escándalos adicionales de blanqueo de dinero. Llevamos ya demasiado tiempo en este camino. Lo que todos compartimos es que todos queremos acabar con el blanqueo de capitales.

Pero resulta que, hasta ahora, regulamos a través de directivas, que los Estados interpretan, y que en muchos casos ni aplican. Tenemos supervisores nacionales que son incapaces de controlar, en un mercado global de capitales con libertad plena de movimientos. Y después tenemos unas listas de paraísos fiscales en las que hay Estados que entran y salen, en fin, sin que se sepa muy bien cuáles son los requisitos para sacar a las islas Caimán o a otros países de esas listas.

Necesitamos reglamentos, regulación europea. Necesitamos un supervisor y una Fiscalía Europea, y necesitamos tomarlos muy en serio el combate, la lucha contra los paraísos fiscales por donde pasa el blanqueo de capitales.

Ondřej Kovařík (Renew). – Madam President, the FinCEN files show clearly the sheer quantity of suspicious transactions taking place in US dollars across the globe, including the EU. It is no different if we consider transactions in euros or other currencies in the EU. This highlights the need for better global cooperation.

The FinCEN case also demonstrates that reporting works, because reports are filed in the first place. However, what happens after these are reported is what truly matters. Do the authorities adequately check and if necessary investigate activities? In the EU, Europol reported, for instance, that there were one million STRs in 2014. Of these only ten percent were further investigated and only one percent of the money reported as suspicious was recovered. This was not a one-off. This is indeed a trend, repeating itself since the early 2000s. So clearly we are missing a link. We need better supervision and information sharing, not just between national, European and international authorities, but also between banks and, importantly, within banking groups.

I believe that one of these missing links could be a more generalised use of regulatory and supervisory technologies based, for instance, on AI for processing transactions. This could significantly improve compliance with regulations, identify suspicious activities faster and more efficiently, and also signal them to the relevant authorities. So, yes, let's strengthen our regulatory framework, but let's also beef up the authorities so that they are able to have an efficient fight against money laundering in Europe.

Peter Kofod (ID). – Fru formand! Dette er et utroligt vigtigt emne. Hvidvask er rent brændstof til andre former for grov kriminalitet, terror, bandekriminalitet, korruption og anden organiseret kriminalitet. Det er med andre ord meget, meget vigtigt, at der sættes hårdt ind, og at vores lande bliver bedre til at håndtere bekæmpelsen af hvidvask.

Jeg tror ikke nødvendigvis på, at det bare er et spørgsmål om mere EU-regulering. Til gengæld tror jeg, der er behov for, at den lovgivning, der allerede findes, håndhæves bedre; at de forskellige lande bliver bedre til at underrette og hjælpe hinanden, udveksle oplysninger, supplere hinandens arbejde. Uanset hvad man har af store ambitioner, så er det i medlemslandene, at musklerne skal løse dette problem.

Så lad os droppe alle de store skåltaler og faktisk fokusere på de praktiske ting, der allerede er lovgivet for, få det til at virke og sætte ind over for kriminalitet.

Claude Gruffat (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, *LuxLeaks*, *Panama Papers*, *FinCEN*, scandale après scandale, on voit bien que l'Europe et les États trouvent toujours de bonnes raisons de ne pas contrarier leurs grandes banques.

La criminalité financière est un business juteux. C'est d'autant plus scandaleux dans le contexte économique actuel et dans la crise qui se profile. Où est passé le courage politique européen? Celui qui devait protéger les contribuables et l'économie réelle des dérives de la finance? Le scandale *FinCEN* prouve l'implication consciente des grandes banques européennes dans le blanchiment d'argent. Ces pratiques inacceptables ne doivent pas rester sans suites. Comment demander aux citoyens un code de bonne conduite quand on laisse agir la grande finance en voyou sans la sanctionner?

Les dossiers *FinCEN* doivent motiver et inspirer une réforme ambitieuse du système financier européen. Il est temps que la Commission mette en place des règles qui encadrent les pratiques des grandes banques européennes. Toutes les transactions financières illicites qui pénalisent nos économies, notre exemplarité et nuisent aux valeurs fondatrices doivent être sanctionnées.

Je vous demande d'imposer de réels contrôles et des sanctions dissuasives à la hauteur des exactions. Ne donnons plus aux banques des droits à frauder comme on a donné à l'économie carbonée des droits à polluer.

Nikolaj Villumsen (GUE/NGL). – Fru formand! Storkriminelle, voldelige forbrydersyndikater, narkokarteller, våbensmuglere, terrorister og korrupte oligarker har infiltreret det finansielle system. Det er desværre ikke noget nyt. Det nye er, at *FinCEN*-filerne sætter navne og kød og blod på et lille hjørne af råddenskab.

I Danmark har afsløringerne ramt den største bank af dem alle, Danske Bank. Årtiers afregulering og udsultning af kontrollen med bankerne og finanssektoren har givet forbryderne alt for let spil. Vi har brug for en international indsats, en målrettet indsats. Vi har brug for en skærpet regulering af bankerne, vi har brug bedre offentlig kontrol og en offentlig samfundsbank.

Kære kollegaer, når EU fjerner Cayman Islands fra listen over skattely, så blåstempler EU ikke alene et berygtet skattely, så bidrager EU til at svække indsatsen mod råddenskab og hvidvask. Det går ikke. Hvidvask og skattely må og skal bekæmpes!

Pedro Marques (S&D). – Senhora Presidente, uma vez mais o escândalo das transferências ilegais de dinheiro através do mundo para escapar ao controlo de capitais, para escapar às sanções, sempre com a opacidade e a fuga aos impostos como pano de fundo.

A Europa tem que agir, falar menos e fazer mais, avançar finalmente para regulamentação mais dura, mas sobretudo de aplicação obrigatória em todos os Estados-Membros e organismos europeus de controlo com recursos suficientes para agir. Os capitais não conhecem fronteiras e, por isso, está evidente que os Estados nacionais não conseguem ser eficazes de modo próprio.

Da Europa não precisamos de regulamentação como aquela que levou à decisão do Conselho desta semana de retirar as Ilhas Caimão da lista de paraísos fiscais. O que nós precisamos e, isso sim, é de sanções mais fortes aos países não cooperantes.

Não é admissível que pelo mundo continue a haver quem se aproveite da opacidade como fator de competitividade.

Vamos fazer desta uma luta de todos para que os cidadãos não continuem a perder a confiança nas instituições.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

5. Erste Abstimmungsrunde

Die Präsidentin. – Bevor wir die Aussprache fortsetzen, werde ich die erste Abstimmungsrunde des heutigen Tages eröffnen. Die Dossiers, über die wir nun abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde ist von 9.30 Uhr bis 10.45 Uhrgeöffnet. Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den vorangegangenen Abstimmungsrunden. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Ich erkläre hiermit die erste Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können nun bis 10.45 Uhr abstimmen. Die Ergebnisse der ersten Abstimmungsrunde werden um 12.30 Uhr bekanntgegeben.

6. Bekämpfung von Geldwäsche aufgrund der FinCEN-Files (Fortsetzung der Aussprache)

Die Präsidentin. – Wir setzen nun die Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Bekämpfung von Geldwäsche aufgrund der FinCEN-Files (2020/2812(RSP)) fort.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, first and foremost, two trillion US dollars – that's what was exposed in the context of the recent FinCEN files. The fact of the matter is that it's sophisticated, it's complex and it's massive, and it's on a global scale. The idea that national supervisors alone, or regulators or enforcers, can deal with this particular challenge simply is delusional

From that context, we have to insist that we have closer cooperation, that we have proper international enforcement and that we do say what we need in terms of insisting that there are prosecutions. HSBC, JP Morgan, Barclays, Deutsche Bank, Standard Chartered, they're not tinpot banks. They are massive banks that underpin the financial system across the globe, and yet they're named in these files. We have oligarchs, we have drug dealers, we have terrorists, we have all forms of everything going through these banking systems, and yet nothing happens.

We have consistently, in this Chamber, highlighted this particular fact, but until such time as there is proper enforcement and, more importantly, underpinning of enforcement with resources, because these, as I said, are very sophisticated and complex, from that point of view, I think that the European Union, the United States and other countries have to come together on an international level to ensure that we can root out this. We can go to any capital in Europe and see quite clearly that there is dirty money washing around very close to the regulatory systems.

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich höre sehr viel über neue Behörden, neue Regulierungen, neue Verbote, aber ich warne auch davor, in dem Kampf gegen das eine Ziel, nämlich die Geldwäsche, die Verhältnismäßigkeit zu verlieren.

Die Deutsche Bank hat als Reaktion auf die FinCEN-Files nach eigenen Angaben eine Milliarde Euro in neue Compliance Institutionen investiert. Ich glaube nicht, dass die zum Wohlstand in Europa beitragen. Wer als mittelständischer Unternehmer heute ein neues Konto bei seiner Geschäftsbank eröffnen will, der hat sich durch einen mittleren dicken Papierstapel an Formularen zu quälen.

Es geht einfach so weit, dass wir jetzt neue Finanzpolizei, neue Meldepflichten haben wollen. Glauben Sie denn wirklich, dass diese dazu dienen, die chronische Wachstumsschwäche der Europäischen Union zu beseitigen?

Insofern kann ich nur davor warnen, immer nur mit neuen Regulierungen, neuen Verboten und neuen Behörden reagieren zu wollen. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass es Kriminelle gibt, und wir dürfen nicht durch den Kampf gegen diese Kriminellen einen größeren Schaden hervorrufen, als es die Geldwäsche selbst tut.

Kira Marie Peter-Hansen (Verts/ALE). – Madam President, I will continue this speech in Danish so that even Danske Bank can also hear me.

— Fru formand! Det er lidt sjovt at sidde fire danske kollegaer herinde i dag, men det er måske ikke så underligt, for mellem 2007 og 2015 strømmede 1 500 mistænkelige milliarder kroner igennem Danske Banks afdeling i Estland, uden at bankerne opdagede noget, og uden at finanstilsynene talte ordentligt sammen og kunne sætte ind over for det.

I forrige uge fik vi så lidt flere informationer om dette, da vi med FinCEN så, at det var en del af et organiseret netværk af kriminelle bagmænd, der bruger etablerede banker som Danske Bank til at hvidvaske enorme summer penge. Det er penge, der er forbundet til ulovlig våbenhandel, narkokarteller og terrorisme; og det er penge, som ville have været langt bedre brugt på den klimalov, vi vedtog i dag, eller på velfærd ude i medlemslandene.

Nu venter vi jo så spændt på at høre, hvordan Kommissionens hvidvaskmyndighed kommer til at se ud. Det er vist overflødigt at sige, at den bliver nødt til at levere, og at det skal være så stærkt som overhovedet muligt.

FinCEN-filerne viste også, at 1/5 af alle aktiviteter strømmede igennem Caymanøerne, og som min kollega fra Enhedslisten sagde, valgte man alligevel at fjerne Caymanøerne fra skattelylisten. Det er ikke godt nok. Det er lige så absurd, som det lyder, og EU's finansminister bliver nødt til at revidere listen. I den grønne gruppe kommer vi til at presse på for en stærk hvidvaskmyndighed og en stærk skattelyliste, og vi glæder os til samarbejdet.

Emmanuel Maurel (GUE/NGL). – Madame la présidente, alors les scandales financiers se succèdent, avec leur cortège de transactions opaques, de pratiques immorales illégales avec des sommes astronomiques inimaginable pour le commun des mortels, et là on en a un nouvel exemple. Et je me demande dans quelle société on vit quand de telles pratiques sont accueillies avec des haussements d'épaules ou de la résignation de la part des dirigeants européens.

Alors évidemment il faut dire notre colère parce que les *finCEN files* révèlent des transactions criminelles depuis 1999. Il y a eu des directives, qui manifestement, n'ont pas été suivies d'effet. D'autant plus que là on a des banques qui ont pignon sur rue. La Deutsche Bank 62 % des transactions frauduleuses, sur les 2000 milliards. HSBC qui avait fait des promesses sur la lutte anti-blanchiment est mouillé jusqu'au cou.

Donc il ne faut pas simplement s'indigner, mais il faut aussi agir, en transformant les directives anti-blanchiment en règlements. Parce qu'on voit bien qu'il y a une défaillance des régulateurs nationaux. Il faut prendre des sanctions contre les coupables. Je pense qu'il faut, comme le demandait le Parlement européen en 2019 placer un régulateur européen vraiment doté de vrais moyens humains au-dessus des régulateurs nationaux.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Schon wieder ein neuer Finanzskandal. So langsam verlieren wir den Überblick.

Damit wir diesem ganzen Geldwäsche-Finanzsteuer-Skandal endlich den Garaus machen können, brauchen wir trotz der Liberalisierungswelle zwei Dinge: zentralisierte starke Kontrollen und starke einheitliche Regulierungen.

Denn dass die Geldwäschetransaktionen überhaupt stattfinden können, liegt unter anderem daran, dass die Banken ja selbst entscheiden, welche Geldüberweisungen sie für verdächtig halten und welche nicht. Tatsächlich müssen Banken die Überweisungen, die sie selbst für verdächtig halten, ja nicht einmal stoppen. Die FinCEN-Files haben auch gezeigt, dass die Verdachtsmeldungen häufig so spät abgegeben werden, dass die Strafverfolgungsbehörden letztlich ja gar nicht wirklich was tun können, denn 166 Tage waren der Durchschnitt. 166 Tage – da ist das Geld schon weg.

Deshalb brauchen wir starke Aufsichtsbehörden, am besten ein europäisches FBI, gut geschultes Personal in den nationalen Banken selbst und eine Harmonisierung der nationalen Anti-Geldwäsche-Gesetze.

Luis Garicano (Renew). – Madam President, again one more scandal, again I have to hear my colleagues on both sides of the aisle complaining, and again we see that nothing happens in the fight against money laundering.

I think that the key to the answer is that Europe needs to be more confident in this fight. We have shown that we can be regulatory leaders. We have put the GDPR standard, and some people would have been afraid that, with this standard, Facebook or some others would not operate in Europe. The fact of the matter is that, whatever the threats, they cannot afford not to operate in Europe.

This is similar. If we say to world companies, to companies based abroad, you can't operate here unless we know who is your owner, if we rule out beneficial ownership, it is not going to be the case that people are going to renounce a 400 million market. They are going to want to be here, they are going to want to serve European citizens. So if we are confident and we set out the regulatory standards for transparency, for disclosure, for this beneficial ownership, it is going to be the case that companies will have to comply.

What are the main things we need to change in the way this fight is going? I think we need three things. We need transparency, as I was saying, particularly no opaque companies – we need to know who is behind every account. We need a European financial intelligence unit – we need to know what is going on, and that requires police work. And we need a single supervisory authority that is able to centralise and doesn't succumb to the economic nationalism that we are always seeing, with each authority protecting their own banks and their own transactions, and each authority happy to receive money from abroad.

So this is the moment to show that Europe is confident. I have heard all my colleagues speak and I have taken close note. I think that we all see things in a very similar way. We need to really change the way we are doing things. We need a confident Europe that leads in this fight.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Madam President, we are again facing a major scandal –EUR 2 trillion that has gone in money laundering and the big institutions like Deutsche Bank are really affected. But what strikes me is that OK, we have the information, it's a new investigation – for which we have to thank the journalists – but now we need to act and here is where we really meet a problem at the European level: we have to do much more.

There are three things to mention to the Commissioner that I think are extremely urgent:

Firstly, as many of my colleagues have said before, we need these intelligence units to fight money laundering and to fight financial crime. It's not in the action plan, but we need it and I think that this Parliament is united behind that idea.

Secondly, as Mr Sven Giegold has mentioned before, when we have a serious problem at Member State level of enforcing our framework against money laundering, we need infringement procedures, and it would be good, Commissioner, for you to tell us when you will start doing that.

Finally, and I will end here, I think it is a real shame that the Council has taken the Cayman Islands out of the tax haven list this week. This is something that our citizens cannot understand.

Franco Roberti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i fascicoli FinCEN mostrano ancora una volta il fallimento delle regole antiriciclaggio di fronte alle condotte favoreggiatrici di banche e operatori finanziari, che continuano a trarre profitto dal crimine.

La normativa europea antiriciclaggio non viene attuata sufficientemente in troppi paesi dell'Unione: ciò è tanto più grave e inaccettabile nel momento in cui la catastrofe economica indotta dalla pandemia sta aprendo enormi spazi di attività alle organizzazioni criminali.

Serve certamente un sistema unitario, serve certamente un'agenzia europea antiriciclaggio, come è stato sottolineato anche dalla Commissione fin dalla passata legislatura, ma soprattutto, se il riciclaggio è l'essenza della criminalità organizzata, occorre una strategia europea unitaria che punti alla disarticolazione delle organizzazioni criminali transnazionali e dei loro complici esterni, attraverso una piena cooperazione investigativa e giudiziaria.

A questo scopo avevo chiesto, finora inutilmente nella totale indifferenza di tutti i gruppi politici, l'istituzione di una commissione speciale del Parlamento europeo contro la criminalità organizzata, il terrorismo e la corruzione, sempre più intrecciati tra loro, che sono una crescente minaccia per lo Stato di diritto nei paesi dell'Unione.

Dopo l'istituzione di cinque commissioni speciali mi auguro che nel prossimo futuro maturi la volontà politica di dare priorità a questo tema, se vogliamo difendere lo Stato di diritto e l'economia reale dall'assalto dei poteri criminali.

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei den FinCEN-Files können wir sehen, wie löchrig und fehlerhaft unser System ist, wenn es um die Abwehr von Geldwäsche geht. Wir sehen Enthüllungen über kriminelle Aktivitäten international operierender Banken, die Geldwäsche betreiben – mit der Mafia, mit Terrorhelfern, mit Drogenbossen –, und mittendrin in diesem Vorgang sind die Deutsche Bank und die Commerzbank.

Kriminelle machen sich hier zunutze, dass staatliche Aufsicht – die ja eigentlich per se dafür geschaffen wurde, um solche Skandale abzuwenden – nicht funktioniert. Banken haben offensichtlich auch nach der Finanzkrise kein Problem mit ihrem Verhalten, und politische Maßnahmen werden durch die vielen Schlupflöcher bedeutungslos.

Und deshalb brauchen wir von den EU-Mitgliedstaaten ein klares Ja zu einer zentralen europäischen Behörde gegen Geldwäsche – ein klares Ja, das jetzt passieren muss und nicht noch viele Jahre dauern darf. Und wir brauchen ein klares Ja zur Umsetzung von bestehenden Vorschriften mit einem Rechtsrahmen, der in der EU harmonisch umgesetzt wird, ohne Ausreißer, die lieber ein Vertragsverletzungsverfahren abwarten und riskieren als etwas zu tun. Nur eine gemeinsame, bessere Koordination in Europa kann an diesem unethischen Filz etwas ändern – und da müssen wir jetzt etwas tun.

Dubravka Šuica, Vice-President of the Commission. – Madam President, I thank the honourable Members for all their comments and I definitely take note of all they have said. What I heard today confirms the Commission's resolve to act swiftly and address the shortcomings of the Union's anti-money laundering legal framework.

There were some questions which I would like to answer, especially from Mr Giegold and Mr Urtasun. You were asking about cases where we have sent formal letters to Member States, and these are publically known. The Commission has opened infringement procedures against Member States that failed to notify transposition of the 5th Anti-Money Laundering Directive against Cyprus, Hungary, Netherlands, Portugal, Romania, Slovakia, Slovenia and Spain.

In parallel, we are continuing to check those Member States that have fully and correctly transposed the 4th Anti-Money Laundering Directive. I cannot disclose here to which Member States we have sent informal letters. However, rest assured, that over the course of the next years, we will address all Member States.

Let me stress again, the enforcement and effective implementation of the existing rules remain a top priority for the Commission. We are also stepping up practical work to help national authorities detect money laundering. For example, the interconnection of beneficial ownership – ownership registers – should be operational in 2021. A similar interconnection between bank account registers is also part of our action plan, as it will speed up cross-border access to bank account information.

However, criminals are highly adaptive and their methods are constantly evolving. The FinCEN revelations clearly illustrate the ongoing challenges that the main actors face in their efforts to detect illegal financial flows and prevent criminals from using the financial system to launder dirty money. Our framework must therefore continuously evolve in order to keep pace with technological developments and the growing sophistication of financial crime.

We are up to the challenge. In the first quarter of 2021, we will propose an ambitious anti-money laundering package in order to further strengthen the capacity to fight money laundering and protect the integrity of the financial system. In a single market, we can no longer afford to work in silos. We need to build bridges between anti-money laundering supervisors and financial intelligence units. For this, we need not only a stronger regulatory framework but also strong European Union level structures to ensure its implementation.

I wanted to be fair to those who mentioned the Cayman Islands. I wanted to clarify. There are two lists: one list is anti-money laundering and the other is fiscal cooperation tax. So some Members were mixing this up, but okay. Some Members were speaking about tax non-cooperative jurisdiction, but of course we have to deal with this too.

Thank you for this debate. The Commission and my colleague Valdis Dombrovskis, who was not able to attend this meeting today, we look forward to continuing to work with you on these crucial issues in order to further strengthen the integrity of the financial system and to ensure that dirty money finds no place to hide in the European Union. Thank you once again for this fruitful debate.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Madam President, I have to say I am appalled by that response and I ask you, President, to hold the Commission...

(The President cut off the speaker)

Die Präsidentin. – Herr Giegold! Ein Geschäftsordnungsantrag, gerne, ansonsten können wir die Debatte hier nicht ... Ja, dann begründen Sie den Geschäftsordnungsantrag, aber geben Sie kein Statement ab!

President. – I think the Commission heard the question and will find a way to respond to that, but not now here in a public debate. I'm sorry. This was not really something on the agenda.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – Le pubblicazioni dei fascicoli FinCEN, che rivelano segnalazioni di attività sospette provenienti anche da istituti bancari europei all'agenzia antiriciclaggio degli Stati Uniti, per un totale di 2 099 miliardi di dollari nel periodo 2000-2017, dimostrano, nonostante le norme adottate, ancora una volta le lacune legislative dell'ordinamento europeo nella lotta al riciclaggio e la facilità con cui i profitti illeciti ottenuti dalle organizzazioni criminali vengano riciclati in Europa e nel mondo. Nella sessione Plenaria di luglio, avevamo accolto con favore la comunicazione della Commissione relativa ad un piano d'azione per aggiornare la quarta e la quinta direttiva antiriciclaggio. Vorrei ribadire con forza la necessità e l'urgenza di istituire un corpus normativo unico a livello comunitario, anche trasponendo le disposizioni della direttiva antiriciclaggio in un regolamento; creare un'autorità di vigilanza AML/CFT europea e un meccanismo di sostegno e coordinamento per le FIU; assicurare cooperazione e scambio informativo efficaci tra queste e le autorità di contrasto. Regole più stringenti sui movimenti di denaro sospetti, maggiore trasparenza da parte di tutti gli operatori finanziari e un'attività investigativa coordinata fra gli Stati membri, possono bloccare il riciclaggio di denaro da parte delle organizzazioni criminali garantendo sicurezza per i cittadini e una sana concorrenza fra le imprese.

Nicolás González Casares (S&D), por escrito. – El escándalo de los archivos de FinCEN revelados por una investigación realizada por el Consorcio Internacional de Periodistas de Investigación evidenció una vez más que hay muchas lagunas en la legislación y supervisión europeas en la lucha contra el lavado de dinero.

Hace tiempo que el Grupo S&D está a la vanguardia en el impulso de un marco europeo en la lucha contra el blanqueo de capitales y la financiación del terrorismo. Las revelaciones FinCen vienen a dar la razón a nuestras demandas. Pedimos ahora, más que nunca, que la legislación vigente vaya más allá de la existente, que es claramente insuficiente para prevenir y combatir la actividad delictiva que es cada vez más compleja y transfronteriza.

Por lo tanto, apoyamos el cambio a una legislación de la UE que establezca estándares que superen los mínimos actuales para asegurar un conjunto de normas más prescriptivo, que sea efectivamente aplicado por los Estados miembros y que evite y penalice los malos comportamientos de las instituciones financieras.

Lídia Pereira (PPE), por escrito. – O combate ao branqueamento de capitais tem de ser uma prioridade da União Europeia. Os sucessivos escândalos e revelações, aos quais se soma o caso dos ficheiros FinCEN, são prova de que os Estados-Membros não estão a conseguir, por si, erradicar este crime que, para além de corrupção, está na origem do financiamento de organizações criminosas e terroristas. Entre as várias instituições citadas, há bancos europeus que terão movimentado milhares de milhões com origens suspeitas durante 17 anos.

Precisamos, por isso, de maior integração europeia nesta matéria. No imediato, precisamos que os Estados-Membros transponham e, sobretudo, implementem, com urgência e corretamente, as Diretivas europeias sobre branqueamento de capitais, sobretudo a quarta e a quinta.

A comunicação da Comissão de Maio sobre a matéria tem de ser consequente e este Parlamento deve estar pronto a responder com ambição. Perante a evidência de atividade criminosa, as instituições bancárias não podem consentir a continuidade de transações financeiras. Temos de avançar com regras vinculativas no campo da regulação. Assim, apelo à Comissão que apresente uma proposta de Regulamento nesse sentido.

A prazo precisamos, também, de discutir a criação de uma autoridade europeia de supervisão e coordenação das estruturas nacionais de combate a este crime.

7. Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Langzeitpflegeeinrichtungen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Langzeitpflegeeinrichtungen (2020/2794(RSP)).

Dubravka Šuica, Vice-President of the Commission. – Madam President, what we are discussing here today is people's lives. Talking about long-term care facilities means talking about both those giving and receiving care in a particularly vulnerable situation. Due to protective measures, persons in care could no longer receive family and visitors. Long-term care facilities could not immediately provide the type of care required in such exceptional circumstances.

At particular moments in life we also rely on the commitment and dedication of others. Never has this been more visible than during the current pandemic, when carers held the hands of their residents. The staff in long-term care facilities did their best to provide not just comfort and dignity at the end of a precious life, but also a sense of tenderness and care.

People working in long-term care facilities deserve more than our applause and gratitude. We can pay tribute to them, but we must also take action. We need to deliver for residents and carers in our policymaking.

COVID-19 brings unprecedented challenges health-wise, economically and socially. Some people are more at risk than others, especially the elderly, and people with a disability. When it comes to social services, there are users and service providers; we cannot help one if we do not help the other. We have seen how care workers and those receiving care are particularly exposed to the virus and its devastating consequences. This is of great concern to us. We need to improve the protection of the most vulnerable in our societies. Too many lives have already been lost. We know that social services have been under particular strain and the Commission is committed to help. Together with Commissioners Nicolas Schmit, who is responsible for jobs and social rights, and Stella Kyriakides, in charge of health, and Helena Dalli, responsible for equality, we have held discussions with organisations focusing on services to the elderly, people with disabilities, and others who are in need of long-term care. We are listening to the sector and are assessing different instruments and possible solutions to support both providers and users of these services.

Not all of today's problems are new. The capacity of long-term care facilities to deal with any crisis was laid bare by COVID-19. Clearly, there are structural deficiencies – the lack of staff, difficult working conditions, low salaries and access to services.

Ongoing issues with affordability and the quality of long-term care services also come to mind, as well as the availability of such services in rural and remote regions. This explains why we are assessing whether our social protection systems are fit to deal with the needs of an aging population. Families of women provide a large part of informal long-term care. Informal carers deserve better support such as social protection, income replacement, training, counselling and day care.

The gender care gap must be addressed, including the equal sharing of informal care responsibilities. We can do this through the implementation of the Directive on Work-life Balance, which should be transposed by 2022.

Long-term care systems need revamping to better prepare them for rising long-term care needs and future health crisis. Funding issues must be addressed at Member State level because this is where the competence lies. However, I cannot stand here as a Member of the Commission and say that our hands are tied. We have been very active. I will share some examples with you.

The React-EU programme will continue and extend to the crisis response and repair measures by reinforcing capacities in health and long-term care. In addition, the Commission is working with the European Centre for Disease Prevention and Control to protect vulnerable groups including older people in residential homes, but also in places like migrant centres and prisons.

The European Centre for Disease Prevention and Control has published guidance on infection prevention, control and preparedness for COVID-19 in healthcare settings as well as guidance regarding surveillance of COVID-19 in long-term care facilities.

This guidance is a much needed tool for use right across the European Union. The joint report of the Commission and the Social Protection Committee on the preparedness of long-term care systems in the European Union will provide evidence and clear mapping of the challenges that need to be tackled.

The Commission is committed to implementing the European pillar of social rights, including principles of access to quality health and long-term care. Preparations are ongoing for the upcoming action plan for the implementation of the European pillar of social rights to be adopted in 2021 under the guidance of my colleague Commissioner Schmit. The elderly must fully enjoy these rights, too. It is beyond doubt that COVID-19 has hit the elderly hardest. At the same time, our work in tackling demographic change shows that our Union is aging. Given the current and future context, we need to discuss this and factor it into all aspects of our policy action.

Let me be clear, dear Members of Parliament: aging concerns all generations, not just the elderly. In early 2021 we will present a Green Paper on aging with the aim of launching a wide debate to discuss the long-term impacts of aging, care and pensions, active aging and the capacity of social protection systems to deal with an aging population. We will look at inter-generational solidarity and fairness, impacts on the labour market, the economy, and health and care systems. A substantial part will deal with questions on long-term care. Based on the outcome of the consultations, the Commission could be in a better position to consider what further initiatives could be taken on long-term care.

To conclude, dear ladies and gentlemen, to borrow a thought from Dostoevsky: you can best judge a society by how by how it treats its most vulnerable members, and those who take care of them. If we learn one lesson from the COVID-19 pandemic, let it be the importance of solidarity. Solidarity between generations must be one of the driving forces of Europe's recovery, as set out in the Commission's proposal for a major recovery plan to repair and prepare for the next generation. Only together can we successfully exit the crisis and build a future.

As I said at the beginning, we can pay tribute to the service providers, but we must also take action. We need to deliver for the service providers and users in our policymaking. In this I count on your support.

Cindy Franssen, namens de PPE-Fractie. – Voorzitter, mevrouw de commissaris, dank u voor uw gedreven toespraak. Bij het begin van de coronapandemie kon niemand de vreselijke tsunami voorspellen die zoveel mensenlevens heeft geëist. Vooral onze ouderen stonden in het oog van de storm. De moeilijke keuzes in sommige fel geteisterde gebieden over wie in het ziekenhuis opgenomen kon worden en wie niet, mondden vaak uit in een op leeftijd gebaseerde beslissing. Keuzes die we als samenleving sinds de Tweede Wereldoorlog niet meer hebben moeten maken.

En laat het nu net die generatie zijn die gezwogen heeft om onze welvaartsstaat op te bouwen, net die generatie hebben we als samenleving fysiek en mentaal tekortgedaan. Nochtans staat het recht op langdurige zorg vervat in onze sociale pijler.

Laten we eerlijk zijn, bij de eerste golf waren we te weinig voorbereid om een dergelijke crisis aan te pakken. Het is niet het moment om publieke tribunalen te organiseren over wie hier eindverantwoordelijkheid in draagt. Maar laten we vooral lessen trekken.

We moeten op zoek naar een betere balans tussen welzijn en fysieke gezondheid, tussen veiligheid en mentaal welbevinden van onze meest kwetsbaren.

We mogen niet meer inleveren op bezoekrecht en het recht op waardig afscheid nemen.

En nestwarmte is het beste medicijn tegen de broosheid en kwetsbaarheid van mensen met dementie.

Dezelfde conclusies kunnen trouwens getrokken worden voor de gehandicaptensector, voor jongeren die in een jeugdinstelling verblijven, en ook voor alleenstaande ouderen die thuiszorg genieten.

Tijdens ons gebrek aan daadkracht heeft het zorgpersoneel het beste van zichzelf gegeven. Zij hebben de menselijke drama's meegenomen op hun reeds overbelaste schouders. Een sector die al jaren op zijn tandvlees zit, ondergewaardeerd wordt en niet bekendstaat om als eerste langs de compensatiekassa te passeren.

Net daarom, beste collega's, juich ik het initiatief toe van mijn collega's Fitzgerald en Radtke voor hun "EU Carers' Strategy", waarbij zij pleiten voor betere werkomstandigheden en betere omkadering, zodat we meer zorgkwaliteit kunnen bieden. Onze helden van de zorg verdienen meer dan alleen maar een applaus. Laat de echo van dat applaus nu maar luid weerklinken in concrete daden!

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

Pierfrancesco Majorino, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho visto consumarsi una tragedia nella tragedia che non possiamo permetterci di ignorare ancora ed è per questo che è importante la discussione di oggi.

Oltre la metà delle morti COVID sono infatti avvenute nelle strutture di cura a lungo termine, nelle case di riposo, nelle residenze per anziani e per persone con disabilità; cittadini che spesso sono stati lasciati vergognosamente soli e di cui si sono occupati lavoratrici e lavoratori troppe volte privi di dispositivi di protezione individuale e protocolli di formazione e sicurezza.

E questo è avvenuto in diversi paesi dell'Unione europea: penso ovviamente anche alla mia regione, la Lombardia, dove è stata scritta una vera propria pagina nera, con il fallimento del sistema sociosanitario e un carico di morti sconvolgente, proprio nelle residenze per anziani e anche a seguito delle scelte sciagurate di chi gestisce il *welfare*.

È fondamentale che dalle Istituzioni europee si faccia piena luce su quanto è avvenuto, non solo per individuare evidenti storture e responsabilità politiche, che è giusto e sacrosanto individuare, ma anche per evitare di assistere in questi mesi al ripetersi dello stesso tragico copione.

Anche per questo serve un'Europa più sociale. La Commissione deve crederci ancora di più: più attenta al diritto alla salute e all'assistenza. Abbiamo bisogno di maggiori investimenti, scelte nuove per affrontare questa seconda fase d'emergenza senza commettere gli errori enormi del passato e, infine, dobbiamo pensare a come riprogettare in futuro i servizi stessi. Dobbiamo farlo coinvolgendo i migliori e più significativi operatori del terzo settore, le organizzazioni sindacali e le associazioni dei cittadini.

Anche le persone che vivono nelle case di riposo per anziani e nelle residenze per i disabili sono l'Europa: meritano più spirito di comunità e legami sociali e meno disattenzioni.

Dragoș Pîslaru, *în numele Grupului Renew*. – Domnule președinte, stimată doamnă comisar Șuica, în povestea tristă a Covid-19, situația instituțiilor de îngrijire este unul dintre cele mai dezastruoase capitole. O mare parte din statele membre ale Uniunii – trebuie să recunoaștem – au greșit și sper să putem avea, la un moment dat, o anchetă care să ne arate ce s-a întâmplat cu adevărat și de ce aceste centre au devenit și continuă să fie focare de infecție.

Vorbim despre cei mai vulnerabili dintre cetățenii europeni, persoane care necesită îngrijire permanentă, persoane cu dizabilități sau persoane în vârstă care au fost efectiv abandonate în fața pandemiei. În absența oricărui plan de urgență, personalul de îngrijire a depus eforturi extraordinare și vreau să le mulțumesc, cu această ocazie, tuturor celor care au rămas la datorie în fața pericolului.

Din păcate, însă, rata mortalității a fost extrem de mare. Comisia trebuie să lucreze cu statele membre pentru a găsi soluții în două direcții: un personal de îngrijire bine plătit și pregătit și centre moderne unde persoanele vulnerabile pot primi îngrijirea de care au nevoie în siguranță.

Renew Europe, grupul nostru politic, militează pentru o regândire a îngrijirii și a centrelor de îngrijire în gestiunea comunităților pentru a ne asigura că nu vom mai avea situații de abandon al persoanelor vulnerabile în sisteme instituționalizate. În perioada următoare, trebuie să investim substanțial în crearea de acces și oportunitate pentru ca orice cetățean european care are nevoie să poată beneficia de îngrijire într-un mod sustenabil prin acces direct sau în cadrul comunității din care face parte, fără fi exclus social.

Nu în ultimul rând, o industrie modernă a îngrijirii la nivel european poate avea beneficii atât pentru cei care s-ar bucura de serviciile ei, dar și prin crearea de locuri de muncă și impactul social benefic pe care l-ar avea. O strategie clară cu privire la îngrijire la nivel european este, doamnă comisar, imperativă.

Guido Reil, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! COVID-19 macht uns Angst. Das ist auch kein Wunder, denn wir stehen auf mit COVID-19 und gehen schlafen mit COVID-19.

Ich befürchte, dass die Maßnahmen, die wir zur Bekämpfung der Pandemie ergreifen, viel mehr Schäden anrichten als die Pandemie selber. Ich meine damit nicht die verheerenden wirtschaftlichen Folgen, die diese Maßnahmen haben. Nein, ich meine die Maßnahmen, die getroffen wurden, die die Schwächsten der Gesellschaft betreffen – die Menschen in Pflegeeinrichtungen.

In Deutschland ist jeder zweite, der an COVID-19 gestorben ist, in einer Pflegeeinrichtung gestorben. Welche Maßnahmen hat die Regierung ergriffen? Sie hat diese Menschen isoliert. Sie hat ihnen ein Kontaktverbot zu ihren Angehörigen auferlegt.

Diese Maßnahme hat kein Menschenleben gerettet – ganz im Gegenteil. Sie war unglaublich grausam, sie war unmenschlich, und sie hat Menschenleben gekostet. Gerade in einer solchen schweren Phase brauchen diese Menschen natürlich die Liebe und die Zuneigung und die Nähe zu ihren Angehörigen. Das wäre unter Einhaltung der Maßnahmen natürlich ohne Probleme möglich gewesen. Das wissen wir heute. So etwas darf nicht mehr passieren. Diese Maßnahme war grausam und unmenschlich.

Was ist aus den heimlichen Helden der Pandemie geworden, unseren Pflegekräften, die ja wirklich an vorderster Front standen, die sich aufgeopfert haben? Was haben sie bekommen? Applaus. Und, sonst? Applaus ist schön, Wertschätzung. Aber war das schon alles? Unsere Bundesregierung hat lächerliche Einmalzahlungen bereitgestellt – wirklich lächerliche. Aber hat sich an der Grundsituation der Pflegekräfte irgendwas verändert?

Schon vorher war die Situation eine Katastrophe. Eine examinierte Pflegekraft in Deutschland verdient 2 500 Euro brutto. 2 500 Euro! Dafür muss sie acht Stunden hart arbeiten, körperlich und seelisch. Nach diesen acht Stunden kann sie sich meist noch ein, zwei Stunden hinsetzen für Dokumentation. Das weiß ich jetzt so, nicht, weil ich das gelesen habe, sondern meine Frau arbeitet da, deswegen kenne ich die Probleme.

Wir brauchen endlich eine Politik der Menschlichkeit.

Tilly Metz, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, il est insupportable que pendant cette crise les citoyennes et citoyens les plus vulnérables, que ce soit par leur âge ou par leurs besoins spécifiques, aient souffert plus que les autres durant cette crise. Et ce dans le silence le plus complet, sans réponse adéquate, ni de la part des États Membres ni de l'Union Européenne.

Et pourtant, l'OMS a sonné l'alerte déjà au mois de mars sur la situation dramatique dans les institutions de soins de longue durée dans l'Union, soulignant que la moitié des décès liés à la COVID-19 avait eu lieu dans ces établissements.

L'isolement, le manque de matériel, de protections et de médicaments ainsi que l'absence de tests pour les résidents ont fait de ces institutions des nids d'infection où les mesures de sécurité sanitaire n'ont pas été garanties. Beaucoup d'États n'ont même pas tenu compte des personnes décédées dans ces résidences dans leurs décomptes statistiques, souhaitant masquer la réalité de la situation.

J'appelle ce Parlement à former une commission d'enquête pour que la lumière soit faite sur ce qui s'est passé. Les traitements indignes et les violations des droits de l'homme ne peuvent rester sans conséquences. Et il est de notre responsabilité de donner une voix à ces personnes et de montrer qu'il n'y a pas de citoyennes et de citoyens de seconde classe en Europe.

Je terminerai par deux questions à la Commission: êtes-vous d'accord qu'il est urgent d'appliquer l'article 19 de la Convention sur le droit des personnes handicapées en Europe? Et ce faisant, d'orienter les investissements européens vers les soins basés sur l'entraide, l'auto-détermination et la vie en dehors des institutions spécialisées, soins qui permettent de mieux respecter la liberté de ces personnes?

Elżbieta Rafalska, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! W pandemii, która ciągle trwa i zbiera śmiertelne żniwo, w najbardziej dramatycznej sytuacji znalazły się osoby starsze, przebywające w placówkach opieki długoterminowej. Osoby starsze przewlekłe chore były i są najbardziej zagrożone zakażeniem, mają też cięższy przebieg choroby i większą śmiertelność. Odsetek zgonów wśród osób starszych sięga 15%, a w domach opieki jest to znacznie więcej.

Tak było w placówkach w wielu krajach Europy – Francji, Hiszpanii, Belgii, Włoszech, gdzie śmiertelność była znacznie wyższa, między 30, a nawet 50%. Placówki te stały się ogniskami zakażeń, które dziesiątkowały też personel, powodując dotkliwe, trudne do uzupełnienia braki kadrowe. Pacjenci mogli czuć się dyskryminowani.

Najbardziej drastycznym przykładem jest Hiszpania, gdzie wprowadzono selekcję przy wyborze pacjentów do leczenia. Przez „sito życia” często nie przechodziły osoby korzystające z opieki długoterminowej. To wstrząsające i nie do zaakceptowania, że w Europie, która mówi o solidarności, chce być solidarna, takie sytuacje się zdarzają, a dylemat, kogo leczyć, a kogo nie, musi rozstrzygać lekarz.

Mamy wzrost zachorowań na Covid-19 i sezonowy wzrost zachorowań na grypę. Jak te wcześniejsze doświadczenia wpłyną na podejście do opieki długoterminowej? Czy z tej wiosennej bolesnej lekcji zostanie wyciągnięta nauka? Czasu niewiele, a wiemy więcej.

Kateřina Konečná, za skupinu GUE/NGL. – Pane předsedající, paní komisařko, tisíce obyvatel těchto zařízení, pečovatelských domů přímo zemřeli na COVID-19, nicméně další tisíce zemřeli kvůli samotné izolaci, strachu a samotě, která zhoršila jejich stav, a na to nesmíme zapomenout. Tito lidé mohli žít klidně dalších 20 let a obohacovat mladší generace svými znalostmi a přítomností.

Já musím říct, že jsem trochu zděšená, paní komisařko, když slyším, že nám říkáte, že budete vytvářet nové akční plány a strategie. Systém pečovatelských domů, péče o staré lidi je tady 20 let absolutně zanedbán. Je podfinancován i vinou Komise, která několikrát rozhodla o tom, že se má různě privatizovat či že se v něm má škrtat. Já jsem od Vás očekávala, že vezmete peníze, které zbytečně investujete do zbrojení a podobných kravin, na to, abyste zafinancovali lidi, kteří pracují v pečovatelských domech, a věnovali je do výstavby nových pečovatelských domů. Akční plány, strategie a řeči už nám nepomůžou. Zaměstnanci a lidé v těchto domech, to jsou ti, o které se musíme v tuto chvíli zajímat především.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Señor presidente, sabemos desde hace años que uno de los mayores retos, sino el mayor reto de nuestros sistemas de salud, es el envejecimiento de la población. Hasta ahora focalizados en las enfermedades agudas, estos modelos asistenciales se van centrando cada vez más en la atención de la cronicidad.

¿Nuestra esperanza? Responder a este reto desde el paradigma comunitario, que es tratar y cuidar al paciente crónico sin separarlo de su propio entorno social y familiar. Pero no nos engañemos, porque este virus ha venido a complicarnos muy dramáticamente las cosas. En efecto, para proteger a la población mayor de la pandemia, las autoridades sanitarias se han visto obligadas a dictar medidas drásticas de aislamiento o, cuando menos, de restricción del grado de interacción social de estas personas mayores, tanto en las residencias como en los domicilios, ya sean asistidos u ordinarios. ¡Qué contradicción!

Y, además, los y las profesionales de los centros de cuidados de larga duración a menudo se han encontrado muy solos en su combate contra la COVID, y muy desprotegidos. Es imperativo dotarlos de más medios y de mejores condiciones de trabajo, pero, sobre todo, no esperemos a mañana para hacer una revisión crítica de un modelo de residencias que queda muy lejos de una idea profunda de la solidaridad intergeneracional.

Ádám Kósa (PPE). – Elnök Asszony! A járvány mindennél jobban megmutatta, hogy az intézményekben ápoltak nagyon kiszolgáltatott helyzetben vannak. Különösen az időotthonokban történt sok haláleset tavasszal. Ebből a szempontból nagyon tanulságos volt a magyar főváros, Budapest esete is. A baloldali városvezetés, politikai okokból nem hajtotta végre, a jobboldali kormány védekező intézkedéseit. A következmény tragédia lett. Az egyik otthonban 313 gondozott és 21 dolgozó fertőződött meg, és ebből 55-en meg is haltak. A lefolytatott vizsgálatok alapján a felelős egyértelműen a baloldali városvezetés.

Kedves Kollégák, a koronavírus nem politizál! Nekiünk egységesnek kell lennünk! Pártállástól függetlenül felszólítom minden politikustársamat, hogy fenntartás nélkül segítsék a nemzeti kormányok intézkedéseit, a járvány elleni küzdelemben. Ha nem is értenek egyet ezzel, akkor legalább ne akadályozzák ezeket. Bár már a második hullám közepén járunk, ugyanúgy veszély fenyegeti az időseket, vagy éppen a fogyatékosággal élőket, de még mindig nem késő összefogni. Az emberi életet nem lehet a politika oltárán feláldozni!

Milan Brglez (S&D). – Gospod predsednik! Pozdravljam današnje razpravo, obžalujem dejstvo, da z njo že mesece zamujamo.

To potrjujejo podatki Svetovne zdravstvene organizacije, saj je bilo v prvem valu pandemije med smrtnimi žrtvami EU več kot polovica stanovalcev domov za starejše in drugih socialnih zavodov.

Ta statistika je grozljiva in se nikoli ne bi smela zgoditi. Žal ne v državah članicah ne na ravni EU ni politične volje za temeljito preiskavo vzrokov ter odpravo napak.

Zadnji meseci so tako razgalili zakoreninjenost starizma ali staromrzništva. Medtem ko se prebivalstvo EU stara, je staranje tema, ki se je ogibamo, ji pristopamo s številnimi predsodki in stereotipi ali jo enačimo z boleznijo in onemoglostjo. Posledica tega je ogromno število socialno izključenih starejših ljudi. Nanje gledamo kot na družbeno breme, domov za starejše pa ne razumemo kot toplega doma, ampak le kot zadnjo postajo življenja.

Toda človekove pravice, vključno z ustrezno zdravstveno oskrbo, pripadajo vsem ljudem, v vseh starostnih obdobjih in brez kakršnekoli diskriminacije. Nedopustno je, da so v prvem valu domovi za starejše in drugi zavodi bili marsikje po Evropi prepuščeni sami sebi in prisiljeni postati improvizirane bolnišnice, brez ustrezne opreme in usposobljenega zdravstvenega kadra.

Zato zelo podpiram zavezo predsednice Komisije za oblikovanje močne zdravstvene unije, vendar to ni dovolj. Skupaj moramo storiti tudi več za solidarnost med generacijami, boj proti diskriminaciji na osnovi starosti ter polno spoštovanje pravic starejših. Nujno potrebujemo skupni evropski okvir za dolgotrajno oskrbo, temelječ na človekovih pravicah in družbeni solidarnosti.

Komisijo pozivam k oblikovanju skupnega okvira pravil in standardov kakovosti storitev dolgotrajne oskrbe, ki bo zavezoval vse članice. Ta mora izhajati iz celostnih potreb ljudi in poleg zdravstvene nege nuditi tudi socialno in psihološko podporo za obdobje življenja, ki je ob pravem pristopu družbe in politike lahko enako lepo, učljivo in kvalitetno kot vsa druga.

Véronique Trillet-Lenoir (Renew). – Monsieur le Président, la qualité et la sécurité des patients doivent être toujours notre priorité. Les résidents des établissements de soins de longue durée, notamment dans les établissements hospitaliers pour personnes âgées dépendantes, ont été particulièrement, majoritairement, touchés par l'épidémie de COVID-19, touchés par la maladie et touchés par l'isolement du confinement.

Nous devons tirer les leçons de cette crise et prendre les mesures qui s'imposent: renforcer la surveillance et la préparation des établissements. C'est un nouvel exemple de la nécessité d'une Europe de la santé et du renforcement du Centre européen de contrôle des maladies. Nous devons revoir l'organisation et la structuration de ces établissements de soins de longue durée. C'est la part à prendre par les États membres.

Enfin, nous devons améliorer la formation et les conditions de travail du personnel, en lien avec le commissaire Schmit. Sans oublier les aidants, professionnels ou familiaux, qui agissent sans relâche au quotidien pour accompagner les plus fragiles et notamment nos aînés.

Merci d'avoir initié ce débat nécessaire, ce n'est pas qu'une question de santé, c'est une question de dignité humaine.

Hélène Laporte (ID). – Monsieur le Président, les patients des établissements de soins de longue durée ont payé un lourd tribut à la pandémie, dont le nombre important de décès est également dû à l'isolement drastique imposé à ces personnes vulnérables. Rattaché à un établissement hospitalier, ces unités soignent des personnes très dépendantes dont les capacités cognitives ou comportementales sont altérées, dont l'état nécessite une surveillance médicale constante.

La COVID-19 n'a fait qu'accentuer la fragilité de ces patients souvent atteints de cancer évolutif, de pathologies cardiaques ou respiratoires non stabilisées ou encore de la maladie d'Alzheimer. Selon le réseau social européen, la COVID-19 a touché de manière disproportionnée les personnes âgées et a eu des conséquences considérables sur la fourniture de soins de longue durée. D'après le Centre européen de prévention et de contrôle des maladies, entre 30 et 60 % de l'ensemble des décès dus à la COVID-19 se sont vérifiés dans ces établissements au cours des premiers mois de la pandémie. Les autorités publiques ont dû faire face à de nombreux défis en vue de continuer à assurer la fourniture de soins de longue durée, tout en palliant le manque de matériel de protection à disposition du personnel soignant. La distanciation sociale et l'isolement ont eu un impact négatif sur la santé et le bien-être des résidents. La vie sociale a été bouleversée par l'installation de huis clos, privant les malades de leurs proches. L'unique lien avec le monde extérieur passait par les infirmières, dont le port du masque ne permettait aucune expression du visage. Le protocole pour les visites autorisées des proches implique une distanciation physique d'au moins 1,5 mètre excluant à ce titre, tout lien charnel.

Depuis le début de la pandémie, le principe général demeure celui du report des nouvelles admissions non urgentes, excluant ainsi des milliers de personnes du bénéfice de ces soins, mais on ne peut pas continuer ainsi. L'heure est désormais aux solutions: l'aménagement d'espaces réservés aux patients en isolement et aux visiteurs, ainsi qu'une meilleure coopération entre les autorités sociales et sanitaires sont des mesures nécessaires dans chaque unité de soins.

L'hypothèse d'une seconde vague aussi meurtrière ne pourra pas se régler par une vidéo de M^{me} von der Leyen, nous apprenant à nous laver les mains. La situation sanitaire actuelle implique de repenser complètement la fourniture des soins de longue durée en Europe afin de mieux se préparer en cas de nouvelle crise.

Sylwia Spurek (Verts/ALE). – Mr President, no access to healthcare services, no infection protection measures or testing, isolation from society – but we did not only leave the residents of long-term care facilities without the necessary support, we forgot that elderly people and people with disabilities have the right to live independently and be included in the community. That is their fundamental human right.

The right to independent life is not only our moral obligation, but also – above all – a matter of compliance with the Convention on the Rights of Persons with Disabilities that was ratified not only by all Member States, but also by the EU. We need to stop delaying the transition away from institutions now.

Lucia Ďuriš Nicholsonová (ECR). – Pán predsedajúci, po prvé, chýbajú nám porovnateľné dáta v rámci členských štátov Európskej únie. Z tých krajín, ktoré si vedú takéto štatistiky, sa dozvedáme strašné čísla, 30 až 66 % zo všetkých úmrtí na COVID sa stali priamo v zariadeniach sociálnych služieb.

Podľa Európskeho centra pre prevenciu a kontrolu chorôb nám chýbali v zariadeniach sociálnych služieb už pred pandémiou monitorovacie systémy, ktoré by dokázali systematicky monitorovať napríklad respiračné ochorenia v zariadeniach a včas dávať reporting na národnej úrovni, čím by sme mohli predchádzať úmrtiam.

Obzvlášť zraniteľnými sú ľudia s neurologickými stavmi ako demencia alebo neuropatické poruchy. U nich sa ukazuje, že majú abscentujúce príznaky, až kým sa rapídne nezhorší ten stav pacienta, a to už je častokrát neskoro. To znamená, toto musíme tiež začať systematicky monitorovať v zariadeniach sociálnych služieb.

Problémom je obrovská personálna poddimenzovanosť, to už tu zaznelo niekoľkokrát, a nedostatok kvalifikovaných zamestnancov na pracovnom trhu. Sú to nielen mizerne zaplatení ľudia v niektorých členských štátoch, ale aj veľmi zraniteľní, nemôžu dodržiavať ani sociálny odstup a častokrát trpia nedostatkom ochranných pomôcok.

Na druhej strane, na Slovensku, a na to by som chcela upozorniť, sa nám ukázali prípady v zariadeniach sociálnych služieb, kde dochádzalo k týraniu klientov personálom, priväzovali ich k posteliám alebo ich zamykali na izbách a obmedzovali ich pohyb. Samozrejme nechodili návštevy, príbuzní, takže toto všetko bolo skryté.

Z tejto pandémie sa jednoznačne musíme poučiť, nastaviť monitorovacie systémy, doplniť chýbajúcich kvalifikovaných zamestnancov, musíme zbierať porovnateľné dáta, a efektívne chrániť zamestnancov, ako aj klientov.

Anne-Sophie Pelletier (GUE/NGL). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, personnes en situation de handicap, tel Dimitri Fargette, jeune autiste enfermé en psychiatrie que la COVID a d'autant plus isolé, personnes âgées en maison de retraite, isolées, décédées, familles endeuillées, soignants infectés, décédés, tel le Dr. Loupiac, par manque de protection, voilà l'impact de la COVID sur les soins de santé de longue durée.

On nous dit que la santé n'est pas une compétence de l'Union mais, sous la pression de la Commission, elle est devenue une variable d'ajustement des budgets nationaux. Les logiques comptables, qui s'attaquent au nombre de lits, de soignants, d'hôpitaux sur un territoire sont responsables de l'impréparation, du chaos et des morts. Contrairement aux recommandations de la Commission, les dysfonctionnements des systèmes nationaux ne proviennent pas d'une inadéquation entre l'offre et la demande, ce qui n'a aucun sens lorsqu'on parle de santé, mais d'une déconsidération, d'une maltraitance organisée, qui a coordonné le démantèlement et la privatisation de nos services publics de santé.

Chers collègues, on mesure l'état de santé d'une société dans sa prise en soin de ses malades, de ses blessés et de ses accidentés de la vie.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η απaráδεκτη κατάσταση σε γηροκομεία και ιδρύματα μακροχρόνιας φροντίδας σε όλη την Ευρωπαϊκή Ένωση δεν αφορά μόνο την περίοδο του κορονοϊού, αλλά αντανakλά τη βαρβαρότητα που κυριαρχούσε και vorίτερα. Η ευρωενωσιακή πολιτική που εφαρμόστηκε και στην Ελλάδα από Νέα Δημοκρατία και ΣΥΡΙΖΑ, όπως και στην υγεία, έτσι και στη φροντίδα ηλικιωμένων, ήταν αυτή των σκόπιμα ελάχιστων και υποβαθμισμένων, υποχρηματοδοτούμενων και υποστελεχομένων δημόσιων δομών, για να ανοίγουν τον δρόμο στα υπερκέρδη των ιδιωτικών ομίλων της πρόνοιας. Το αποτέλεσμα είναι η κακομεταχείριση των ηλικιωμένων και οι μονάδες που αποτελούν εστίες μόλυνσης από τον ιό, τόσο για ηλικιωμένους όσο και για εργαζόμενους.

Δείχνετε ενδιαφέρον μόνο και μόνο γιατί από τα κρούσματα των γηροκομείων γεμίζουν με διασωληνωμένους τα ελάχιστα κρεβάτια ΜΕΘ των εμπορευματοποιημένων δημοσίων συστημάτων υγείας. Κριτήριο είναι το κόστος-όφελος για εσάς και η ατομική ευθύνη με απαλλαγή ευθυνών για τους ιδιωτικούς ομίλους. Άρα, λοιπόν, σήμερα κατεπείγουσα ανάγκη είναι η ενίσχυση των μέτρων προφύλαξης, τα μαζικά επαναλαμβανόμενα τεστ, οι άμεσες μόνιμες προσλήψεις προσωπικού, η επίταξη των ιδιωτικών μονάδων και η ανάληψη ευθύνης για αυτές από το κράτος, καθώς και η ένταξή τους στο κρατικό σχέδιο με δωρεάν υπηρεσίες.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Miliony osób starszych, terminalnie chorych, niepełnosprawnych, o obniżonej odporności przebywa w ośrodkach opieki długoterminowej. 86% pracowników tych ośrodków to kobiety – pielęgniarki, opiekunki medyczne – często zatrudniane ze względów finansowych w kilku różnych placówkach czy szpitalach, co zwiększa ryzyko przeniesienia wirusa. Pracownicy tych ośrodków sygnalizują brak odpowiedniego zabezpieczenia kadrowego i sprzętowego, co prowadzi tam do dużej śmiertelności. Dodatkowa izolacja i brak kontaktu z bliskimi nie ułatwiają leczenia.

Trzeba też pamiętać, że w przypadku wprowadzenia podwyższonych obostrzeń wielu opiekunów może nie dotrzeć do pracy, inni będą brali urlop bądź zwolnienie, bo nie mają nikogo, kto mógłby zająć się ich rodzinami czy ich dziećmi.

Musimy mieć świadomość, że bez odpowiedniego wsparcia sprzętowego, kadrowego i finansowego, bez lepszego wynagradzania personelu nie uda się poprawić sytuacji w tych placówkach, bo trudno walczyć z epidemią, gdy brakuje podstawowego sprzętu ochrony: maseczek, rękawiczek czy kombinezonów.

Jeden z kolegów powiedział, że w Niemczech wynagrodzenie takich pracowników to 2,5 tys. euro. Proszę Państwa, w krajach Europy Wschodniej taki pracownik zarabia zaledwie kilkaset euro – jest to żenująco nisko patrząc na zaangażowanie i zagrożenie.

Pani Komisarz, działania i reakcje są potrzebne tu i teraz, nie w 2021 roku. Wiem, że to jest obowiązek państw członkowskich, ale w wielu tych krajach bez wsparcia Komisji będzie tylko i wyłącznie gorzej.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, of je nou je werk verloor, je gezondheid in de problemen kwam of je dierbaren moest missen, we hebben allemaal ons eigen verhaal over hoe corona ons leven heeft beïnvloed, en dat nog steeds doet. Maar vooral de ic's, tehuizen en verpleeghuizen overal in Europa hebben het zwaar te verduren gekregen en op veel plaatsen moesten ze hermetisch op slot. Niemand kwam er meer in.

Mijn eigen zus woont in een woon-zorgcomplex en mocht maandenlang geen bezoek ontvangen – slechts een telefoontje of zwaaien vanaf de parkeerplaats, meer kon er niet af. Veel families in Europa hebben hetzelfde meegemaakt en mochten maandenlang hun grootouders, hun vader, hun moeder, hun zus, hun broer niet zien en niet knuffelen, en enige vorm van menselijkheid was zoek.

Helaas wijst alles op dit moment op die zogenaamde – gehate – tweede golf. Laat Europa alsjeblieft nu wél de koe bij de horens vatten en samen deze crisis aanpakken, want het is aan de Commissie om ervoor te zorgen dat er een gecoördineerde aanpak komt, zodat niet alle lidstaten louter op zichzelf zijn aangewezen.

Er moeten ook strenge voorschriften komen voor veiligheid op het werk. En de Commissie moet ervoor zorgen dat er voldoende beschermingsmiddelen ter beschikking zijn voor iedereen in de zorg, in de verpleeghuizen, in de verzorgingshuizen en in de ziekenhuizen. Want iedereen heeft het recht om zijn werk op een veilige manier te doen. En iedereen heeft ook het recht om zich omringd te weten door zijn geliefden.

Jordi Cañas (Renew). – Señor presidente, señora comisaria, si la altura moral de una sociedad se mide por el trato que damos a nuestros mayores, tenemos que reconocer que no hemos estado a la altura. No hemos estado a la altura de lo que esperan, necesitan, nuestros mayores, ni de lo que les debemos a nuestros mayores. Hemos visto cómo han muerto solos, desamparados, abandonados, indefensos, angustiados, con miedo.

Esta crisis sanitaria ha enfrentado nuestras sociedades ante el espejo de la realidad, y hemos visto lo mejor y lo peor de nuestras sociedades. Hemos visto nuestras fortalezas, pero también hemos visto nuestras miserias. Y es el momento de dar respuesta a un problema que tenemos y que nos afecta a todos nosotros, porque ellos seremos nosotros, y nunca más podemos dejar que nuestros mayores vivan la angustia y el miedo a morir solos, a no ser considerados ciudadanos de primera.

Y le propongo, comisaria, que desde aquí nos conjuremos todos, diputados y Comisión, para impulsar una carta de derechos de la tercera edad, que dé un mensaje claro, lance un mensaje a nuestros mayores de que nunca volveremos a dejarlos solos, de que son nuestra prioridad, de que vamos a cuidarlos siempre con la dignidad y el amor que merecen, siempre y hasta el final.

Isabella Tovaglieri (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, anche in Italia, come in tutta Europa, l'impatto della prima ondata di COVID sulle lungodegenze è stato più grave che in altri ambiti sanitari e professionali, costringendoci così a rendere più rigorosi tutti i protocolli operativi.

In questa nuova fase, invece, la protezione dei malati e degli anziani nelle case di cura sarà garantita soprattutto dal numero e dalla preparazione del personale medico, infermieristico e paramedico che, oggi come ieri, è in prima linea per assistere i pazienti più fragili e le loro famiglie.

Desidero ringraziare ancora una volta questa categoria che, con abnegazione e rischio personale, ha tenuto vive letteralmente l'Italia e tutte le nazioni d'Europa in un momento particolarmente drammatico. Tra loro ci sono tanti giovani operatori sanitari pieni di energia e di passione: sono il nostro avvenire e dobbiamo investire su di loro per affrontare con efficacia questa nuova stagione pandemica, evitando gli eccessivi carichi di lavoro e di stress della prima ondata.

Quale giovane europarlamentare porto all'attenzione di quest'Aula la necessità di maggiori incentivi e finanziamenti per la formazione, la stabilizzazione e le carriere di questi giovani medici e infermieri, spesso privi del giusto riconoscimento economico e professionale per il loro insostituibile lavoro.

In Italia il governo PD/5Stelle, che spesso supplisce con la retorica ai provvedimenti concreti, li ha definiti eroi salvo poi dimenticarsi di loro, dimostrando miopia e incapacità di programmazione strategica. Nei prossimi tre anni, infatti, in Italia mancheranno all'appello 10 000 medici. Eppure il ministero dell'Università ha appena sospeso le graduatorie del concorso per le scuole di specializzazione in medicina, allungando così i tempi d'ingresso negli ospedali e penalizzando, contemporaneamente, medici e pazienti.

Sono certa che su questo fronte l'Unione europea possa fare la differenza. Per questo chiediamo un suo contributo efficace e concreto per supportare il personale sanitario nelle case di cura italiane e di tutta Europa.

Helmut Geuking (ECR). – Herr Präsident! Als allererstes sind meine Gedanken natürlich bei den Opfern von COVID-19 und ihren Angehörigen. Und ich muss mal sagen, wir müssen uns alle auch entschuldigen. Denn diese Problematiken, die wir hier in den Langzeitpflegeheimen hatten, sind ja seit Jahrzehnten bekannt: mangelhafte Personalschlüssel, mangelhafte Ausstattung des Personals, teilweise Überbelegung und mangelhafte Versorgung – aber nicht durch den Willen der Pflegekräfte, denn die sind bemüht, sondern durch Arbeitsplatzverdichtung und durch Bürokratie und falsche Dokumentationspflichten. Das ist Fakt.

Ich selber bin Krankenpflegedienstleiter – ich weiß, wovon ich rede. Wir haben als Familien-Partei Deutschlands damals, weit vor COVID-19, Jahre vorher, das K21-Konzept eingebracht. Und es gibt eigentlich nur eines: Wenn ich höre „Pflegezentren“ – völlig falsch. Was wir brauchen, ist „ambulant vor stationär“ für ein selbstbestimmtes Leben der Menschen. „Ambulant vor stationär“ ist auch ein Grundsatz in Deutschland, wird aber nicht gelebt. Wir müssen diesen Grundsatz leben. Im K21-Konzept haben wir es vor Jahren festgeschrieben. Es hätte wesentlich weniger Tote gegeben. Das heißt, lassen Sie uns doch endlich mal aufhören mit dieser Politik des Versagens in der Pflege!

Und eines nur ganz kurz zum Abschluss: Ich habe immer zu meinem Pflegepersonal gesagt, wenn sie fragten, wie sie pflegen sollen: „Pflege deinen Menschen so, wie du gepflegt werden möchtest. Und wenn du das beherzigst, dann machst du nichts verkehrt.“ Ich glaube, das sollten wir alle hier beherzigen.

Eugenia Rodríguez Palop (GUE/NGL). – Señor presidente, sabemos que la COVID ha matado sobre todo en centros de cuidados de larga duración, especialmente en residencias para personas mayores, aunque la información que tenemos es parcial y fragmentada, porque algunas administraciones no ofrecen datos o los maquillan, no vaya a ser que pierdan atractivo para sus inversores -suponemos-.

Este es el caso de la Comunidad de Madrid, en España, que tiene el dudoso honor de liderar la segunda ola de contagios en Europa. Por lo que sabemos, Madrid acumula 9 634 fallecidos desde marzo, de ellos el 62,67 % han muerto en residencias de mayores. La gestión de las residencias es una competencia exclusiva de las comunidades autónomas y en Madrid se ha producido un auténtico gerontocidio: más de 6 000 padres, abuelos, abuelas, personas que no han tenido ni acompañamiento familiar ni despedida.

Hay un duelo pendiente que vamos a tener que hacer algún día, pero no queremos solo vivir nuestro duelo. Queremos saber, saber qué ha fallado, qué ha pasado con esas personas y por qué sus cuidadoras, mayoritariamente mujeres precarizadas, se han visto completamente desprotegidas, sin equipos de protección ni protocolos claros. Bueno, sí, en Madrid sí había un protocolo. En marzo y abril, mientras los mayores de residencias eran rechazados en los hospitales públicos, sus compañeros con seguro privado eran atendidos en centros privados. Han oído bien: la Consejería de Sanidad elaboró protocolos que excluían a mayores de residencias en fase terminal.

El impacto de la pandemia ha sido mayor en Madrid porque arrastraba un largo proceso de privatizaciones y desmantelamientos de lo público en materia sanitaria. Y, como esa lógica privatizadora continúa, Madrid sigue estando en el ojo del huracán.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovani predsjedavajući, gotovo godinu dana nakon provođenja pandemijske kampanje, mi još uvijek dopuštamo da se na potpuno znanstveno neutemeljeni način i protuzakonito utvrđuje broj umrlih od Covida-19. Osobe koje su umrle od srčanih udara, moždanih udara proglašavaju se umrlima od Covida-19 samo zato jer su 28 dana prije bili pozitivni na virus korone, iako nisu pokazali nikakve znakove bolesti.

Kada bismo takav način primijenili na prehladu imali bismo desetine milijuna umrlih. Do čega je to dovelo? Davelo je do ekstremne kampanje straha. U karantenu smo stavili naše najstarije ljude. U Hrvatskoj, pa i u ostatku Europe, polovica ljudi je umrla u staračkim domovima. S druge strane, stotine tisuća građana starije dobi bili su ovo ljeto na hrvatskoj obali, hrvatskim kupalištima i gotovo nitko se nije razbolio niti umro.

David Casa (PPE). – Sur President, sfortunatament il-pandemija COVID-19 laqtet lil kulhadd; min spicča bla xoghol, min bla part-time, min marad u fieq, min tilef lil xi hadd qrib tieghu u min sfortunatament halliena kawża ta' dan il-virus. Id-dinja nbidlet ta' taht fuq imma ma nistghux inhallu lil dan il-virus jirbħilna. Irridu negħlbuh illum qabel għada.

Illum qegħdin niffukaw id-diskussjonijiet tagħna fuq il-facilitajiet li qegħdin noffru lill-anzjani tagħna – dawk li sfortunatament huma aktar vulnerabbli, partikolarment dawk li jsofru bil-marda tad-dimenzja, u li allura l-virus tal-COVID jahkimhom b'mod aktar aggressiv.

Madwar l-Ewropa kollha, imma anke f'pajjiżi, rajna l-virus jisplodi fid-djar tal-anzjani, u jiena nifhem illi mhux faċli wiehed jikkontrolla t-tixrid tal-virus, imma nemmen li, anke fuq livell Ewropew, għandna nassiguraw l-iktar standards bażiċi lil kull home, kull dar tal-anzjani u kull sptar. Ghaddew aktar minn seba' xhur minn meta l-pandemija bdiet tinfirex fl-Ewropa, tlietna hafna minnha imma tghallimna wkoll. U għalhekk nappella lill-Kummissjoni Ewropea biex tassigura standards bażiċi f'kull dar tal-anzjani u f'kull sptar li għandna fl-Ewropa.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! I alla våra medlemsstater har pandemin inneburit stora påfrestningar på såväl hälso- och sjukvård som äldreomsorg. Personalen i dessa verksamheter, där en majoritet är kvinnor, har gjort storartade insatser under mycket hög arbetsbelastning.

Situationen ser olika ut i våra olika medlemsstater. Men krisen har visat att vi har brister vi måste ta ansvar för, och här måste alla medlemsstater ta sitt ansvar. Ansvaret för att välfärden behöver mer resurser, ansvaret för att vi behöver mer personal i sjukvård och omsorg och ansvaret för att vi har trygga anställningar och en god arbetsmiljö. Men också Europa och EU har en viktig roll att spela i att samordna och stödja insatser för såväl hälsa som sjukvård, och jag välkomnar flera av de besked som kommissionen har gett.

Jag kommer själv från ett starkt välfärdsland, men också i Sverige krävs stora insatser i krisen. Min socialdemokratiskt ledda regering har därför beslutat om ytterligare insatser för sjukvård och äldreomsorg, och det är precis så vi måste göra i alla medlemsstater. Bygga ett starkare EU, en starkare välfärd. Det har vi alla ett gemensamt ansvar för.

Barry Andrews (Renew). – Mr President, it can't go unnoted today that the accidental, but most notorious, long-term care facility in the EU burned down last month, in Moria in Lesbos, but that is a debate we've already had. Today, I want to note that at the very beginning of the COVID outbreak, a lot of mistakes were made in relation to nursing homes, particularly around the wearing of masks, advice about allowing visitation, etc. We've learned some very hard lessons, as other speakers have said. More than half of the deaths in the EU, according to the WHO, were in nursing homes.

In this second wave, as it appears to be apparent, I think we should also concentrate, as others have said, on people living in long-term residential care with physical and learning disabilities, of whom there are very many. I received an email from a constituent, which I want to quote: 'we brought our special needs son back to his residential home last week, as my wife and I are totally drained after five months of cocooning. As per rules of the residential home, he has to spend 14 days in isolation in his bedroom', which underlines the distress for both parents and for patients.

I wish to make two quick points. One, we have to make sure that we fund staff with PPE, with testing and with overtime cover and decent wages, and we have to partner with families and listen to older people who know better than anybody else the balance that has to be struck between the loss of emotional and physical contact, and public health on the other hand.

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Monsieur le Président, les établissements de soins de longue durée, c'est à dire les maisons de retraite et les cliniques de soins continus, sont au cœur de la réflexion à porter sur les effets du coronavirus.

Dans mon pays, la France, les personnes âgées représentent 95 % des décès que nous déplorons. Or, en France, qu'avons-nous fait pour les personnes âgées? Rien. Nous n'avons cessé de diminuer les budgets, d'augmenter les coûts, de précariser les retraités. Le gouvernement a beau jeu, aujourd'hui, de créer une nouvelle branche «Dépendance» de la sécurité sociale, il est dans la communication et dans l'improvisation, comme il l'est d'ailleurs depuis le début de cette pandémie.

Concernant d'abord l'hôpital, où 3 400 lits ont été supprimés en 2019, nous sommes allés de réductions d'effectifs en réductions de financements. Les soignants ont manifesté pendant deux ans leur colère dans la rue, ils n'ont jamais été écoutés. Je rappelle ici, d'ailleurs, que la Commission européenne, entre 2011 et 2018, a demandé pas moins de 63 fois aux États membres de baisser leurs dépenses de santé. Vous êtes, vous aussi, responsables.

Concernant les Ehpad, pendant plusieurs mois de confinement, les morts n'y ont pas été connus ni comptabilisés, abandonnés, privés de matériel de protection en raison d'une pénurie dont l'État est responsable. Pendant le confinement, nos aînés, déjà délaissés dans les établissements en manque de moyens et d'effectifs, ont été privés de la visite de leurs proches, leur manquant parfois pendant leurs derniers instants.

Ce tableau déplorable ne fera qu'empirer. Les démographes prévoient que le nombre de personnes âgées dépendantes doublera d'ici à 2060. La population européenne en général vieillit et s'amenuise. Il nous faut une jeunesse, bien sûr, non seulement pour assurer la prise en charge des anciens mais aussi pour prendre leur relève, sans laquelle un peuple ne saurait vivre.

Loin de l'amateurisme qui a caractérisé cette gestion de crise, la situation des établissements de soins, nous impose deux conclusions. D'une part, renforcer l'assistance aux personnes âgées, non seulement sur le plan économique et médical, mais aussi en matière d'inclusion sociale et familiale. Et d'autre part, engager un renouveau de la natalité européenne, qui soutiendra et accompagnera nos anciens.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señor presidente, la situación en las residencias de España ha sido dramática: nuestros mayores han estado encarcelados.

No es una metáfora. Es literal: encerrados bajo llave, golpes, gritos a través de las puertas; sus cuidadores no han podido hacer nada, estaban sin medios y tenían orden del Gobierno de prohibirles salir, ni siquiera al hospital, desahuciados. Los medios de comunicación no han reflejado la situación real; se ha silenciado. Han sido muertes en completa soledad, con profundo dolor por la distancia con sus familiares.

¿Cómo ha podido pasar? ¿Cuáles son los valores de una cultura que deja morir a sus padres? Ellos que son la reserva de sabiduría de nuestra sociedad. El corazón de nuestras familias. Estamos frente a una de las mayores amenazas que puede sufrir una civilización: la deshumanización.

Chris MacManus (GUE/NGL). – A Uachtaráin, is ábhar an-tábhachtach é seo do gach duine againn.

I'll return to English as unfortunately there are No Irish interpreters available.

COVID-19 outbreaks in care facilities have had a devastating impact on all our communities. In Ireland, we have seen many clusters of COVID in nursing homes, with tragic results. An example of this in my own constituency would be Dealgan Nursing Home, a privately run facility in Dundalk. Last April and May, almost a third of the residents in that nursing home died of COVID. This case really highlights the lack of state oversight in my Member State regarding privately run and profit-driven care facilities, leaving them vulnerable to mismanagement.

There are many similar examples and we need a public inquiry on such matters to learn from this pandemic. Most importantly, it shows that we must, as a society, commit to universal public health and social care that will better protect our communities from communal diseases such as COVID.

Go raibh maith agaibh.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Man skal være et usandsynligt afstumpet menneske, hvis man ikke bliver forfærdet over de alt for mange tilfælde rundt om i EU, hvor beboere i plejeboliger er blevet svigtet på det groveste i coronakrisen.

Men som sygeplejerske med mange år i social- og sundhedssektoren ved jeg, at der er masser af forskel mellem institutionerne. Disse forskelle er naturligvis nationale, og lad os ikke glemme, at sundheds- og socialområdet er et nationalt ansvar, både i forhold til kvalitet og kvantitet og ikke mindst økonomisk.

Jeg fornemmer lidt på debatten, at vi her i Parlamentet kunne fristes til at sætte et monster af papirtigere fri med tal og tunge rapporter fyldt med krav, så vi kan forsøge at trække dem ned over alle landene og alle institutionerne, fordi vi i bestemt den gode sags tjeneste forsøger at generalisere det, der også handler om kultur, kompetence og ledelse på den enkelte institution i det enkelte land. Disse dyre papirtigere kan vi så slippe løs på hinanden i helt sikkert følelsesladede debatter her i huset, hvor vi kan udskamme lande og ramme hundredetusindvis af fantastisk dygtige medarbejdere, som yder en kæmpe indsats hver eneste dag. Det skaber falske forhåbninger og nærer lokal ansvarsforflygtigelse, og det får ingen af plejeboligernes borgere noget som helst ud af.

Det, der er brug for, er, at EU byder sig til som den dygtige vært, koordinator og facilitator for meget mere samarbejde over grænser og institutionstyper for at lære af hinanden og løfte hinanden. Så hvad vil Kommissionen gøre for at sætte sådan en uforfængelig og i bund og grund etisk forpligtelse i gang, og hvornår regner Kommissionen med, at beboerne kan mærke en klar forskel ude i deres hverdag?

Marc Angel (S&D). – Monsieur le Président, interruption des soins, isolement, charge mentale excessive, manque de matériel de protection et de tests, réduction des effectifs dans les institutions de soins de longue durée situées en zone frontalière vu la fermeture des frontières, risques de violence et d'abus: voilà des situations auxquelles ont été confrontées les personnes à besoins spécifiques et le personnel soignant.

L'impact de la crise COVID-19 aurait pu être limité si les États membres avaient laissé à l'Europe l'opportunité de s'imposer dans la coordination des politiques de gestion de crise.

L'Europe peut collecter des données, relever les échanges de bonnes pratiques, anticiper les risques et agir de manière coordonnée. Voilà pourquoi le groupe S&D soutient l'idée d'une Union de la santé.

Voici nos revendications: faire de l'Europe sociale une priorité du Semestre européen au même titre que les enjeux financiers afin de contribuer au refinancement des soins de santé en Europe, mettre en place une stratégie européenne en faveur des personnes handicapées, susceptible d'apporter des réponses en période de crise sanitaire telle que la COVID-19, et surtout, réviser Schengen, de façon à garantir l'accès aux soins transfrontaliers et la mobilité des professionnels de santé et à financer la création d'institutions de soins de proximité, notamment dans les zones rurales.

Eugen Jurzyca (ECR). – Pán predsedajúci, podľa Svetovej zdravotníckej organizácie súvisí v niektorých vyspelých krajinách až 80 % úmrtí na koronavírus práve so zariadeniami dlhodobej spravodlivosti.

Medzi jednotlivými členskými štátmi však existujú v spôsobe vykazovania stále veľké rozdiely, najmä čo sa týka úmrtí, hoci Európske centrum pre prevenciu a kontrolu chorôb vydalo metodiku pre evidenciu prípadov koronavírusu.

Bez kvalitných a porovnateľných dát sa však nedá dobre rozhodovať: napríklad bez nich nebudeme vedieť zabezpečiť distribúciu obmedzeného počtu vakcín alebo účinných liekov proti koronavírusu ľuďom, ktorí to najviac potrebujú. Aj malá chyba pri vykazovaní môže preto ohroziť životy veľmi veľkého počtu tých najzraniteľnejších ľudí.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Przede wszystkim cieszę się, że podjęliśmy dzisiejszą debatę na ten ważny temat. Sytuacja epidemiologiczna w domach opieki długoterminowej była, zwłaszcza podczas pierwszej fali pandemii, bardzo zła. W niektórych krajach zgony w tych placówkach stanowiły ponad połowę wszystkich ofiar Covid-19. Rezydenci domów opieki należą oczywiście do grupy podwyższonego ryzyka, ale niestety doniesienia z poszczególnych krajów wskazują, że także wiele środków bezpieczeństwa zostało podjętych zbyt późno lub w niewystarczającym zakresie.

W chwili obecnej najważniejsze jest, aby wyciągnąć wnioski z tych dramatycznych wydarzeń, gdyż jest już oczywiste, że pandemia nadal trwa i nie udało się jej jeszcze pokonać, a przed nami wciąż długa walka. Aby to zrobić, potrzebujemy także skoordynowanych działań na poziomie europejskim. Należy jasno zidentyfikować największe wyzwania i ustalić, w jaki sposób można wesprzeć państwa członkowskie w zarządzaniu kryzysowym w tych placówkach. Niezwykle ważny jest odpowiedni system nadzoru, który pozwoli na gromadzenie i przekazywanie niezbędnych danych oraz jak najwcześniejsze wykrywanie nowych ognisk, aby maksymalnie ograniczyć transmisję zarówno między pacjentami, jak i personelem.

Sara Cerdas (S&D). – Senhor Presidente, os bares e outras unidades residenciais tornaram-se num dos principais desafios desta pandemia em termos, em especial, de prevenção e de controlo de infeção por SARS-CoV- 2.

Recordo que estas não são unidades de saúde. Segundo o ECD, um dos principais fatores que contribuem para a disseminação deste vírus diz respeito aos trabalhadores destas unidades que podem ter sido portadores do vírus ou que, simplesmente, podem não ter tido formação e acesso a equipamento adequado e a testes, atempadamente.

Urge, assim, uma resposta coordenada para este desafio, apostar na proteção dos nossos mais vulneráveis, dotar os cuidadores profissionais e profissionais com formação adequada, intensificar a despistagem e apostar numa boa coordenação a nível regional, a nível nacional e a nível europeu, tal como já pedido por este Parlamento na última sessão plenária. Temos que cuidar dos nossos mais vulneráveis, mas também de cuidar de quem os cuida.

Patryk Jaki (ECR). – Panie Przewodniczący! Ośrodki opieki długoterminowej to przede wszystkim ludzie, którzy tam pracują, ludzie wyjątkowi, gdyż, jak wiadomo, po pierwsze – nie zarabiają wiele, po drugie – praca w tym czasie wiązała się z gigantycznym zagrożeniem życia, a mimo to zostali na miejscu, żeby służyć niepełnosprawnym, żeby służyć seniorom, żeby służyć chorym. Dlatego właśnie jest to wyjątkowy rodzaj solidarności. Solidarności również europejskiej, którą powinniśmy docenić i na którą, Pani Komisarz, powinny znaleźć się pieniądze.

Mówili Państwo o wielu negatywnych przypadkach, gdy ludzie umierali bez żadnej pomocy, podawali Państwo przypadki w Hiszpanii. Natomiast ja chcę Państwu podać bardzo pozytywny przypadek z Domu Pomocy Społecznej w Bochni, w Polsce, gdzie brakowało pomocy ze względu na to, że wykryto tam koronawirusa, ale na wolontariuszki zgłosiły się siostry dominikanki, które pracowały tam przez długi czas i pomagały chorym. Warto docenić takie osoby jak siostry dominikanki, które były na miejscu.

Możemy Państwu powiedzieć, że u nas, w Polsce, mieliśmy wiele takich pozytywnych doświadczeń.

Miriam Lexmann (PPE). – Pán predsedajúci, ešte stále prebiehajúca pandémie nám ukázala obrovskú zraniteľnosť systému dlhodobej starostlivosti o staršie osoby a osoby so zdravotným postihnutím. Boli sme svedkami situácií, keď množstvo klientov týchto zariadení podľahlo koronavírusu, pretože nebol zabezpečený prístup k ochranným pomôckam, bezpečnej izolácii chorých alebo testovaniu.

Všetky zlyhania vrátane nedostatočnej podpory zariadení by preto mali byť riadne a bezodkladne preskúmané. Pandémia nám tiež ukázala, že opakované výzvy na deinštitucionalizáciu zariadení dlhodobej starostlivosti sú ešte dôležitejšie než kedykoľvek predtým. Menšie zariadenia rodinného typu by nielen zlepšili šancu klientov na plnohodnotný život, ale boli by aj preukázateľne odolnejšie voči epidemiologickým krízam. V najbližšej dobe preto potrebujeme zamerať našu činnosť, ale aj dostatočné zdroje na to, aby sme cieľ prechodu z inštitucionálnej na komunitnú starostlivosť dotiahli do konca.

V neposlednom rade nám, bohužiaľ, pandémie nastavila zrkadlo. Sme svedkami toho, že sa vytratila úcta k starším či akceptácia osôb so zdravotným postihnutím.

Úroveň spoločnosti sa meria podľa toho, ako sa správa k tým najzraniteľnejším. Pandémia nám však ukázala, že naša spoločnosť musí ešte vyvinúť veľkú snahu na to, aby sme naplnili hodnoty, ku ktorým sa hlásime.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Są różne państwa i różne społeczeństwa. Przed chwilą koleżanka z Europejskiej Partii Ludowej mówiła o braku wrażliwości społeczeństw. Mam wrażenie, że moje społeczeństwo, polskie społeczeństwo, reagowało w sposób bardzo przemyślany, a z drugiej strony humanitarny. O tym przed chwilą mówił pan eurodeputowany Patryk Jaki.

A państwa też w sposób różny reagowały: jedne bardzo niefrasobliwie, inne, jak mój kraj, ale nie tylko mój kraj, reagowały w sposób bardzo przewidujący. W związku z tym w moim kraju, w Polsce, liczba ofiar śmiertelnych na milion mieszkańców była dwadzieścia parę razy mniejsza niż w Belgii – w kraju, w którym jesteśmy. Jestem pod wrażeniem tego, co tutaj powiedziała pani z Hiszpanii. Mam nadzieję, że do tego się ustosunkują inni posłowie z Hiszpanii. Podobne sytuacje były też w Belgii.

Jeszcze jedna kwestia – mówimy, że Unia Europejska na to nie reagowała. Rzeczywiście to jest fakt, ale w zasadzie nie ma w traktatach europejskich zapisów dotyczących zdrowia. Tyle że praworządności też nie ma. Unia wpadła zatem w sidła hipokryzji.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, cara Comissária, caros Colegas, há mortes nos lares da União Europeia, no meu país, em Portugal, que deveriam ter sido, e poderiam ter sido evitadas. Houve desleixo, houve incompetência, houve inércia dos governos. Bem sei que é uma competência nacional, mas a União Europeia, também ela deve coordenar e fazer mais e as palavras da Senhora Comissária são encorajadoras e dão esperança nesse sentido. Precisamos de coordenação na saúde, mas também precisamos de um verdadeiro plano e pacto para combater a solidão na União Europeia. Valeram-nos os excelentes profissionais de saúde e também os excelentes profissionais que trabalham nas IPSS e nas Misericórdias, muitas vezes desamparados.

Fica aqui também um desafio: os Estados-Membros vão receber milhares de milhões de euros, por exemplo no fundo de recuperação. É essencial usar também estes recursos para proteger os mais vulneráveis, para ajudar aqueles que mais precisam e os fundos que vão para os Estados-Membros devem também ter aqui um objetivo nesta área. Nós temos uma média de idades de cerca de 44 anos, tem tendência para aumentar, é algo que nos obriga a agir e é preciso envelhecer com qualidade, não basta durar muito mais tempo.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, prema podacima Europskog centra za sprečavanje i kontrolu bolesti, smrtni ishodi povezani s koronavirusom među korisnicima usluga ustanova za dugotrajnu njegu predstavljaju 30-60% smrtnih slučajeva od Covida -19.

Mnoge su osobe s potrebom za dugotrajnom skrbi, tjednima izolirane u domovima, što je dovelo do smanjenog socijalnog kontakta, poremećenih i promijenjenih rutina, straha i anksioznosti.

Zbog njihove zaštite, društveno su isključeni, žrtve su socijalne izolacije, samoća i isključenost za njih su posebno stresni. Generacija je to, ipak, koja ne živi u digitalnom svijetu.

Zabrinjavajuće je izvješće Svjetske zdravstvene organizacije o utjecaju Covida -19 koje pokazuje da je nasilje nad starijim osobama naglo poraslo od početka pandemije.

Moramo poticati države članice da osiguraju mentalnu i emocionalnu podršku, kao i psihosocijalnu pomoć, ali ne manje važno, i onu financijsku.

Reducirati socijalnu izolaciju, no spasiti život novi je izazov koji često isključuje jedan drugog.

Nadam se da će Europska komisija to uzeti u obzir u Zelenom papiru o starenju, kojeg ste spomenuli u svom obraćanju, potpredsjednice, razmatrati primjerenost sustava socijalne zaštite i politike aktivnog starenja, kao i politike dugoročne skrbi.

Koliko ćemo brinuti o našim starijim sugrađanima, bit će to zrcalo naše humanosti i čovječnosti – jer danas smo i vi i ja stariji za jedan dan, a ljudi o kojima govorimo sutra ćemo biti mi!

Benoît Lutgen (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la situation était dramatique dans beaucoup d'établissements de soins et de maisons de repos durant la pandémie, singulièrement d'ailleurs dans mon pays, la Belgique.

La question qui se pose est, dès lors, fondamentale: quelle est la place des aînés dans notre société? Et quelles sont les mesures à mettre en place dans les États membres et au niveau européen pour mieux soutenir les proches aidants, pour qu'ils obtiennent plus de reconnaissance, pour respecter la liberté de choix des personnes âgées d'aller ou de ne pas aller en maison de soins et de repos, de soutenir les aides familiales et tous les acteurs de la santé afin de permettre à un maximum de personnes âgées de rester à domicile, dans leur environnement de vie.

C'est un élément évidemment très important dans une stratégie plus globale qui pourrait être développée au niveau de l'Union. Le taux en Belgique de personnes présentes dans les maisons de repos est très important, beaucoup s'y retrouvent sans vraiment l'avoir choisi ou parce qu'on n'a pas pris suffisamment en compte l'ensemble des acteurs qui permettraient à ces personnes âgées de rester chez elles et de conserver cette liberté et cette sérénité de vivre à la maison.

Je crois que c'est un axe important, on ne peut pas isoler la réalité des maisons de repos, on doit pouvoir voir cela de façon plus globale sur l'ensemble de l'enjeu et de la préoccupation pour les personnes âgées et les aînés dans notre société en soutenant très fortement, notamment les aidants proches, les aides familiales, les aides à domicile.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, dok sam istraživao potatke o temi ove rasprave, ostao sam osupnut. Do 66 % umrlih od Covid-19 u pojedinim državama su bili do sada štićenici ustanova za dugotrajnu skrb. I to je strašno. Zatim, ono što je još strašnije, a što se vidjelo kroz ovu raspravu su razlike između pojedinih država članica u tom smislu. Razlike u standardima, u dostupnosti usluge, u načinima kako se ta usluga pruža.

Ovdje smo dosta puta čuli od kolega kako Europska unija nema nadležnosti, nema mogućnosti djelovati. To je djelomice točno, ali ne do kraja. Naime, postoji fond za oporavak kojim se financiraju, odnosno kojim će se financirati saniranje posljedica pandemije. Ima Europski socijalni fond koji može pomoći za financiranje osposobljavanja radne snage u ustanovama za socijalnu skrb. Imamo Europski fond za regionalni razvoj kojim se može financirati zdravstvena infrastruktura.

Dakle, postoje financijski instrumenti kojim Europska unija itekako može doprinijeti da se te razlike u kvaliteti dugotrajne skrbi smanje. I na kraju krajeva, postoji Europski semestar kao mehanizam kontrole ispunjavaju li države one standarde za koje su obvezu same preuzele. Dakle, Europska unija može itekako puno napraviti u ujednačavanju kvalitete dugotrajne skrbi u Europskoj uniji i time može pokazati da život svih građana Europske unije vrijedi jednako. I meni je jako drago da Europska komisija i kroz portfelj potpredsjednice Šuice pokazuje kako je to prioritet i ja vjerujem da će se tako nastaviti jer na kraju krajeva svi mi ćemo jednom doći u te godine i moramo pokazati da su životi svih građana u Europskoj uniji jednako važni.

Salvatore De Meo (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nell'intera Unione europea ad oggi si sono contati circa 3 milioni e 700 000 contagiati di COVID-19 e quasi 200 000 deceduti.

I numeri continuano a crescere e in questo bollettino di guerra le statistiche ci dicono che le strutture che accolgono anziani e persone diversamente abili sono diventate cluster di diffusione del virus e che gli operatori sanitari hanno rischiato, e in alcuni casi sacrificato, le loro stesse vite per salvare quelle degli altri.

È doveroso analizzare questi dati per comprendere, anche con l'istituzione di una commissione d'inchiesta, quali possano essere state le criticità che hanno aumentato le condizioni di rischio del contagio in queste strutture, che non possono essere considerate periferie umane.

È nostro dovere sollecitare una revisione delle procedure di accoglienza e gestione delle case di cura di anziani disabili: dobbiamo immaginare nuovi protocolli europei per meglio tutelare le persone fragili e permettere agli operatori sanitari di affrontare meglio la nuova sfida, che ormai è quasi vicina.

La COVID è ancora tra noi ed è doveroso non farsi trovare impreparati.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, ik wil complimenten maken aan commissaris Šuica voor de waardigheid waarmee zij dit probleem heeft beschreven in haar bijdrage. COVID-19 heeft ons overvallen en wij hebben gezien dat door COVID-19 heel veel slachtoffers zijn gevallen als gevolg van het systeem, dat eigenlijk ontstaan is door het neoliberalisme, waarin iedereen individueel de maatschappij benadert en waarin we oudere en zwakke mensen in hokjes plaatsen, als ze maar van de maatschappij verwijderd zijn.

Ik ben blij met de toezegging van de commissaris dat er een groenboek komt om het zorgstelsel op Europees niveau te verbeteren. Ik hoop dat dat een interne markt voor de zorg zal betekenen, dat het zou betekenen dat de EU de competentie voor de zorg krijgt, in integrale zin, en ik hoop dat er in heel Europa ook een minimumprijs voor medicijnen en medische producten komt.

Vervolgens zullen wij de mensen ook gezonder moeten maken, want 50 % van de bevolking is 50-plusser. De andere helft wil het graag worden, en we moeten dus zorgen dat we een gezondere maatschappij creëren. Levensloopbestendig bouwen is daarbij van belang.

Het apart zetten van ouderen heeft geleid tot de problemen die we kennen, en ik heb me ontzettend boos gemaakt over een journalist die in Nederland schreef: “Het dorre hout wordt gekapt, misschien een paar maanden eerder dan zonder het virus.” Dat is een grote schande en ik vind dat journalisten, als opiniemakers, de waardigheid van alle mensen moeten respecteren.

Dubravka Šuica, Vice-President of the Commission. – Mr President, once again, I thank the honourable Members for this important debate on the impact of COVID-19 on long-term care facilities. Those affected include the elderly, and I take this opportunity to welcome the work of the German Presidency on the rights of the elderly in digitalisation, which was mentioned by one or two Members. Member States are aware that active ageing also means being able to fully participate in society. Today we inhabit a more digitalised world. Digitalisation and technology help older people in their autonomy and ability to connect with others.

It also raises issues on the right to privacy. This calls for action in increasing digital literacy for older people. Digital tools must be accessible and easy to use for all ages. Those who are unable to use them must be provided with alternative ways of accessing essential services.

The fundamental rights and values of the European Union are indivisible, universal values of human dignity, freedom, equality and solidarity. These rights are valid throughout the whole life cycle, from birth to death. In my role as Vice-President for Democracy and Demography, the whole of the live cycle is the focus of my work, and I have to think about the most vulnerable in our policy-making, particularly when we consider long-term care facilities.

I see that you share these views and would like to address some points raised here today. There were questions on Article 19 from Ms Metz on implementation and on funding. I would like to answer that the Commission is committed to the entire European Pillar of Social Rights. In order to deliver, we will present, next year, an action plan on the implementation of the European Pillar of Social Rights.

Regarding funding, someone said that there is no reference in the Treaty on European Union responsibilities, but there is the Coronavirus Response Investment Initiative and, of course, the European Union Recovery and Resilience Facility. Then, as I mentioned in my introductory statement, there is REACT-EU, but also don't forget that we are negotiating the Multiannual Financial Framework. Also, of course, there is the European Social Fund, and I am aligned with those who said that the European Semester can also be one of the tools.

Mr Brglez mentioned the quality standards for long-term care. I mentioned the Green Paper consultation at the beginning, so let's discuss which measures are required and at which level – at European level and at Member State level. We will need to take a close look at long-term care, and I'm totally in alignment with you.

Regarding a stronger role for the European Union in health care and long-term care, you will remember the State of the Union address by our President, Ursula von der Leyen, which was held here two weeks ago. She mentioned health. So let's use the Conference on the Future of Europe to discuss the role of health and the role of the European Union: what can we do and what can we improve? Because almost all of you were talking about this. So I think this Conference on the Future of Europe, which will be launched soon, may be one of the instruments through which we can debate this important issue.

The COVID-19 pandemic exposed gaps in long-term care, showing a lack of coordination of services between healthcare and long-term care providers, and of course this resulted in difficulties for home residents to access health services, including patients with COVID-19 and patients with chronic conditions.

The pandemic and containment measures also intensified loneliness. Many of you mentioned loneliness, solitude and isolation. We are completely aware that loneliness is a phenomenon, and we will definitely tackle this issue. There is psychological distress here too, not only among older people, but among all users of these facilities. The service providers themselves – the carers – have had to work under extremely difficult conditions, improvising on many levels in their efforts to go above and beyond the call of duty. Effective care management through the involvement and collaboration of clinicians, patients, users and caregivers is necessary. It can form the cornerstone in the transformation of health and long-term care systems in providing services that are adapted to the needs, values and preferences of the users, while supporting the providers.

Once again, I cannot forget the images of isolation, loneliness and grief that emerged from our long-term care homes across the European Union. In some places it is still happening. We must strive to ensure that no one has to experience the loss of a loved one in such a traumatic way ever again. By pulling together, we can demonstrate the value of our solidarity by providing the long-term care sector with the support they need, which in turn helps build a better society for all of us. This requires efforts on all sides, as many of you said – at European level, at Member State level, among regional and local authorities, and, yes, at a societal and individual level.

Thank you once again for this debate. I am looking forward to cooperation in the future.

President. – The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Ioan-Rareș Bogdan (PPE), în scris. – În situații de criză sanitară, unii oameni sunt mai vulnerabili decât alții. Mă refer aici, la persoanele în vârstă și la cele cu dizabilități. Când vine vorba de serviciile de îngrijire, nu putem ajuta categoriile care beneficiază de ele dacă nu venim și în sprijinul celor care le oferă. De aceea este esențial să găsim un echilibru mai bun între prosperitate, sănătate publică și securitate.

Este necesar să avem un personal de îngrijire bine pregătit și stimulat financiar, dar și instituții care să vină în sprijinul persoanelor vulnerabile și unde acestea să se simtă în siguranță și să dispună de condiții decente de îngrijire. Este absolut obligatoriu să oferim acces egal, pentru ca toți cetățenii europeni să poată beneficia de îngrijire medicală într-un mod sustenabil.

În acest context, vreau să mulțumesc din tot sufletul personalului de îngrijire care a depus și depune în continuare eforturi considerabile și care și-a făcut datoria exemplară în fața unei situații critice generate de pandemia de COVID-19. Acum, mai mult ca oricând, siguranța și calitatea pacienților trebuie să fie prioritatea noastră numărul unu. De aceea, trebuie să luptăm pentru o mai bună protejare și finanțare a acestor instituții de îngrijire.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Epidemia koronawirusa ma szerokie i daleko idące konsekwencje dla całego społeczeństwa, lecz sytuacja w placówkach opieki długoterminowej wymaga szczególnej uwagi. Znaczną część pensjonariuszy takich placówek stanowią osoby starsze, które ze względu na wiek są narażone na wysokie ryzyko ostrego przebiegu choroby oraz śmierć. Jednocześnie ryzyko przeniesienia wirusa w placówkach opieki jest bardzo wysokie ze względu na bliski kontakt pensjonariuszy z innymi osobami. Gwałtowny wzrost liczby zachorowań w takich ośrodkach może zbyt- nio obciążyć lokalne szpitale, co spowoduje gorszą opiekę zdrowotną dla najbardziej podatnej na skutki koronawirusa grupy społecznej.

Trzeba przy tym pamiętać, że odizolowanie osób starszych przebywających w takich placówkach nie jest rozwiązaniem. Zakaz odwiedzin oraz zajęć grupowych wpływa niekorzystnie na zdrowie psychiczne, a izolacja zwiększa ryzyko zaniedbania, a niekiedy także znęcania się nad osobami starszymi. Nie można doprowadzić do sytuacji, w której osoby starsze zostaną porzucone i pozostawione samym sobie.

Troska o zdrowie i życie osób starszych to moralny obowiązek nas wszystkich i element tak nam dziś potrzebnej solidarności międzypokoleniowej. Nie można doprowadzać do sytuacji znanych z Belgii czy Holandii, gdzie osobom starszym odmawiano pomocy, ponieważ priorytetem była opieka nad osobami młodszymi. Należy wdrożyć działania, które zapewnią bezpieczeństwo, opiekę oraz komfort w placówkach dla najbardziej wrażliwych grup.

Sandra Pereira (GUE/NGL), por escrito. – A COVID-19 veio expor as fragilidades que existem, em alguns Estados-Membros, nas Unidades de Cuidados Continuados cuja resposta para as necessidades da população é muito insuficiente. As inúmeras carências na prestação de cuidados a este nível, no que respeita à capacidade e meios humanos, não são de agora: o problema já existia; o vírus apenas o expôs. O envelhecimento de uma parte significativa da população deveria levar a que estas áreas fossem consideradas importantes ou prioritárias, condicionando também a necessidade da maior integração de cuidados primários com os hospitalares. Há muito que se exige um reforço das unidades de cuidados continuados com a criação de redes integradas nos serviços públicos, em articulação com os cuidados de saúde primários. O modelo de contratação de serviços com o sector social e privado cria muitas dificuldades no acesso aos cuidados necessários no tempo e locais adequados. Se queremos prestar cuidados continuados integrados a pessoas que, independentemente da idade, se encontrem em situação de dependência, então são necessárias outras políticas que permitam o investimento público e o reforço de meios, capazes de garantir respostas universais, acessíveis e de qualidade a todos os que necessitem destes cuidados.

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Maaailman terveystärkeistö WHO:n Euroopan toimisto on arvioinut, että keväällä ensimmäisessä covid-19-tautiaallossa jopa puolet virukseen liittyvistä kuolemista Euroopassa tapahtuivat hoivakodeissa. Tämä on tutkittava perinpohjaisesti, ja mahdolliset laiminlyönnit ja virheet on käsiteltävä läpinäkyvästi. EU:n tulisi perustaa tutkimuskomitea selvittämään, mitä hoivakodeissa tapahtui koronaviruksen ensimmäisen aallon aikana. On hyvin huolestuttavaa, että tilanteessa, jossa Euroopan väestöstä vain noin 0,5 prosenttia eli 3,7 miljoonaa eurooppalaista asuu vanhainkodeissa, tapahtui niissä puolet koronavirukseen liittyvistä kuolemista.

Meidän tulee suojella vanhuksiamme koronavirukselta. Emme voi antaa sen, mitä keväällä tapahtui, toistua. Monien hoivakotien toiminta, niiden resursointi ja hoivan taso olivat jo ennen koronapandemiaa huonossa jamassa. Raportit eurooppalaisista hoivakodeista ovat olleet pysäyttävää luettavaa: koronavirukseen sairastuneita ei ole viety lääkäriin eikä hoidettu kunnolla. Meidän tulee etsiä yhteistä eurooppalaista ratkaisua, jolla takaamme ihmisoikeuksia ja perusoikeuksia kunnioittavan vanhustenhoidon kaikille eurooppalaisille. EU tarvitsee yhteisen hoivastrategian, joka tarjoaa valinnanvaraa ja tarpeeksi resursseja hoidon järjestämiseen.

8. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

8.1. Eritrea: der Fall Dawit Isaak

President. – The next item is the debate on seven motions for resolutions on Eritrea, the case of Dawit Isaak (2020/2813(RSP)).

Marisa Matias, author. – Mr President, I want to make a point of order first, because we had this problem also at the last plenary session. In the urgencies from the session previous to this one, the order was not the d'Hondt method. The colleagues asked for it to be like that last session, and I would request that we keep to that. So I'm glad to talk, but I would be the last, following the d'Hondt method.

President. – I called in the order in which the motions were tabled because it's a long-term practice in the plenary to do it this way, and I would like to stick to it.

I am, of course, open to changes. However, I think that the political groups should agree first on a different practice if we change it. I don't think that it's a good idea to change it for one debate this way and for another debate another way. So I would like to stick to the order that I called for.

Marisa Matias, author. – I can stick to the order, but it was not my request last plenary. It was a request from the colleagues from EPP and S&D, and I agree with them, because normally the order was the d'Hondt method and not the order of tabling the resolutions. In any case, I don't want to lose any more time. If you think that the order is the one to follow, okay, but it was not the agreement of the colleagues last session, and we changed the order last session in order that the urgencies would be according to the d'Hondt method. So I don't know what the colleagues have to say, but if it is the case, so I'll take the floor – or we can follow the regular order.

President. – Please have the floor. As I said, I am open to changes if the political groups agree at the COP level. I'm not willing to change the long-term practice just for...

Marisa Matias (GUE/NGL), author. – It is not a long-term practice. But in any case, I'm going to start and I'm going to speak in Portuguese. I'm sorry for this.

— Senhor Presidente, Dawit Isaak, cidadão eritreu, mas também sueco, foi detido, pela primeira vez, em 2001. Nunca foi levado a julgamento e nunca foi acusado. No entanto, durante o regime de Isaias Afewerki, já foram detidas milhares de pessoas devido às suas opiniões políticas ou ao seu trabalho enquanto jornalistas independentes.

Nesta resolução o que fazemos é exigir saber o que se passa com Dawit Isaak e pedir a libertação imediata e incondicional de todos os prisioneiros de consciência na Eritreia. É uma medida básica em linha com o direito internacional. Lamentamos também que a Eritreia não deixe qualquer margem de ação a defensores de direitos humanos, membros da oposição política ou jornalistas independentes.

Nesse sentido, apelamos a que todo o Parlamento tome posição. Como disse, desde 2001 que o Sr. Isaak está detido e, apesar de já ter sido libertado algumas vezes, a verdade é que volta sempre à prisão. A sua família não sabe dele. É um cidadão da União Europeia, temos a obrigação de ter respostas.

Lars Patrick Berg, author. – Mr President, first of all, let me say that I fully support the campaign regarding Dawit Isaak. I think we also need to reaffirm our support for the right to freedom of belief. On a much wider note, I think the Member States need to review policy regarding Eritrea, and in particular our financial support that keeps this despotic regime in power. Their reliance on the national service law, which is in fact modern slavery, ensures a fearful and compliant population. Their intimidation of any opposition, including deadly force, should be no longer tolerated. Eritrea's foreign policy, such as it is, serves to destabilise an already desperate region. The Member States need to come together to agree a policy on Eritrea, Ethiopia, Somalia, and not simply provide support to maintain the status quo.

Evin Incir, author. – Mr President, first and foremost, I want to thank all my colleagues for the good cooperation that has made this resolution possible – an urgency that talks about real people's lives, because oppression and injustice are not only words. Right now, and for 19 years, the Swedish and European journalist and citizen, Dawit Isaak, has been unlawfully imprisoned by the oppressing regime in Eritrea. For 19 years, his wife and his children have tried to do everything they can to get him released.

Dreaming and peacefully acting for democracy must never be a crime. There is something rotten in the world when people can be jailed and in the worst cases, be deprived of their lives, just because they dream of a better society, a better world. Dawit Isaak must immediately receive all the help he can get, both medical and consular. Firm action is now required. We demand the immediate release of Dawit Isaak and all other political prisoners, journalists, opposition and innocent civilians. Martin Luther King wisely once said: 'In the end, we will remember not the words of our enemies, but the silence of our friends.'

To Dawit Isaak and his family, I just want to say that you have many friends in this Parliament and we will not stay silent until the day Dawit Isaak is back home in Sweden in safety.

Ryszard Czarnecki, *autor*. – Panie Przewodniczący! Problem jest szerszy. Oczywiście nasz Parlament dobrze robi, domagając się ponad podziałami politycznymi uwolnienia człowieka, który tyle lat spędził w więzieniu. Ma on przecież obywatelstwo jednego z krajów członkowskich Unii Europejskiej. Ale tu nie chodzi tylko o niego, chodzi o szerszy problem prześladowania grup religijnych przez władze Erytrei, konkretnie chrześcijan, katolików, i to dzieje się cały czas. Wzywając do uwolnienia Dawita Isaaka, powinniśmy również bardzo zdecydowanie domagać się zaprzestania prześladowania religijnego ludzi, którzy wyznają swoją wiarę i mają do tego pełne prawo.

Dobrze się dzieje, że Parlament Europejski zabiera głos w tej sprawie, nie jest to jednak – podkreślam bardzo mocno – sprawa odoosobniona. Tego typu represyjne działania władz Erytrei trwają od dłuższego czasu i zasługują na absolutne potępienie. W moim przekonaniu trzeba to zrobić bardzo dobitnie.

Arba Kokalari, *författare*. – Herr talman! Det har gått 19 år sedan den svenskeritreanske journalisten Dawit Isaak fängslades i Eritrea. Han fick aldrig en rättegång eller en dom. Han fängslades för att han nyttjade sin grundläggande mänskliga rättighet, sin yttrandefrihet. Han hade modet att kritisera den eritreanska regeringen och att kräva demokratiska reformer.

I somras fick vi däremot tecken på att Dawit Isaak fortfarande är vid liv. Det är otroligt hoppingivande. Det är just därför som arbetet för att få honom frigiven nu måste trappas upp, och det är därför vi nu försöker samla ett brett stöd i Europaparlamentet för hans frigivande. EU och omvärlden måste höja rösten mot regimen i Eritrea, och vi måste säkerställa att vårt bistånd inte går till den eritreanska regeringen, i ett land som är väldigt mycket beroende av bistånd.

Runt om i världen fängslas journalister och människorättsförsvarare. Vi får inte låta dem falla i glömska, för det är precis det som regimer som Eritrea vill, att de ska glömmas bort. Men vi tänker inte glömma bort och vi tänker inte vara tysta. För budskapet till Eritreas regering måste vara tydligt från EU: släpp Dawit Isaak fri nu!

Karin Karlsbro, *författare*. – Herr talman! 6 955 dagar, 6 955 nätter, så länge har den svenskeritreanske journalisten Dawit Isaak suttit fängslad i Eritrea utan rättegång. Han har inte fått träffa sin familj, ingen advokat och inte heller några diplomater under tiden. Rätten att uttrycka vår åsikt tar vi här för given. Men på andra håll i världen kan det få dig inlåst i 19 år. Den eritreanska regimens grymhet, förtryck och kränkningar av mänskliga fri- och rättigheter saknar motstycke.

Dawit Isaak är europeisk medborgare. Hans sak är Europeiska unionen sak. Det är EU:s skyldighet att göra allt för hans frihet. Det är en högt prioriterad uppgift för EU:s utrikeschef, för herr Borrell. Europeiska unionen måste öka trycket på Eritrea för att släppa Dawit Isaak och alla andra samvetsfångar. Media- och yttrandefriheten måste respekteras.

De senaste åren har Eritrea fått många miljoner euro i bistånd från EU. Detta måste stoppas. Våra gemensamma resurser ska aldrig finansiera diktaturer och förtryck. Men det finns hopp. Dawits dotter Betlehem berättade i somras att hennes pappa lever. Hjälp oss nu att få hem Dawit till sin familj, där han hör hemma. Free Dawit Now!

Krzysztof Hetman, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Dziewiętnaście lat – tyle bez żadnego procesu, nawet bez postawienia zarzutów, spędził w więzieniu Dawit Isaak, dziennikarz, pisarz i dwukrotny finalista Nagrody im. Sacharowa. Do więzienia został wtrącony po publikacji otwartego listu wzywającego do reform demokratycznych. Wraz z nim aresztowano dwadzieścia jeden innych osób, a następnie zdelegalizowano wszystkie niezależne media. Był to więc jawny i brutalny atak na wolność słowa.

Wzywamy dziś rząd Erytrei do natychmiastowego uwolnienia Dawita Isaaka i innych więźniów sumienia. Ponadto domagamy się, aby Unia Europejska miała możliwość nawiązania kontaktu z uwięzionym dziennikarzem, który jest również jej obywatelem, a także dostęp do informacji na temat jego stanu zdrowia i możliwości przekazania mu wsparcia. Bez wolnych mediów i poszanowania praw człowieka nie ma demokracji. Wzywamy więc rząd Erytrei do przywrócenia porządku demokratycznego, zagwarantowania swobodnego funkcjonowania mediów i przywrócenia rządów prawa, które nie pozwalają na przetrzymywanie w więzieniach niewinnych obywateli.

Jednocześnie póki niezbędne zmiany nie zostaną wprowadzone, nie możemy dopuścić, aby fundusze unijne stanowiły wsparcie dla rządu Erytrei. Wsparcie to powinno trafić bezpośrednio do obywateli kraju i wesprzeć działania na rzecz demokracji, praw człowieka i akcje humanitarne.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, le cas Dawit Isaak est emblématique de la situation en Érythrée, qui est l'une des dictatures militaires les plus dures au monde.

Dans cette dictature, le travail forcé est organisé de manière institutionnelle par le pouvoir, avec ce fameux système de service national illimité. Le soutien européen à l'Érythrée ne devrait jamais contribuer à ce travail forcé. Pourtant, en finançant ce pays par l'aide au développement, en finançant ses routes sans nous être assurés que leur construction ne repose pas sur ce travail forcé, nous nous rendons complices de cette pratique.

Par ailleurs aucun migrant ne devrait pouvoir être renvoyé dans ce pays, jugé comme le plus répressif au monde. Et pourtant l'OIM, avec le soutien de l'Union européenne, a renvoyé des dizaines d'Érythréens dans leur pays, leur garantissant l'emprisonnement et donc les mêmes abus et maltraitements dont est victime le journaliste Dawit Isaak dans les prisons érythréennes.

Donc, oui, nous devons élever la voix face à ce qui se passe en Érythrée, mais nous devons aussi être responsables de nos actes, tant sur la question de la coopération au développement que sur celle du retour des migrants dans ce pays.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

Abir Al-Sahlani, *för Renew-gruppen*. – Fru talman! Auktoritära regimer världen över tror att de kan fängsla den fria tanken, det fria ordet, för att tysta sitt folk, för att frånta dem deras röst. Dawit Isaak använder sin röst, sin mänskliga rättighet, för yttrandefrihet, och därför har han suttit fängslad i 19 år. Fängslad i 19 år utan rättegång, utan kontakt med omvärlden. I 19 år har Dawit Isaak inte fått vara pappa åt sina barn.

Jag vet att vår värld skakas om just nu, och vi har många utmaningar. Men det fria ordet är inget undantag. Det förföljs även här på vår egen kontinent, även här i den enda unionen av demokratier.

Det finns hjältar, de som jobbar oförtröttligt, som kämpar varje dag för det fria ordet. Dawit Isaak, som står upp än i dag, efter 19 år, är en sån hjälte, och hans kamp får vi inte glömma i det här huset. Därför förväntar jag mig inget mindre av Europaparlamentet än att tydligt ta ställning för det fria ordet och att kräva omedelbart att Dawit Isaak blir frisläppt och att regeringen i Asmara stoppar alla kränkningar av de mänskliga rättigheterna. Free Dawit Isaak Now!

Alice Kuhnke, *för Verts/ALE-gruppen*. – Fru talman! "Jag vill ta adjö av dig, min läsare, tills vi åter ses i nästa berättelse. Det kommer ytterligare en bok. Jag tar farväl för denna gång." Det här skrev Dawit Isaak. Men det har inte blivit tillräckligt många texter sedan dess, eftersom han är fängslad sedan 19 år tillbaka. 6 955 dagar i fängelse. Vi är många som inte har gett upp. Vi kommer att fortsätta kampen för Dawit Isaak, för hans familj och för rättvisan. Free Dawit Isaak!

Patryk Jaki, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Erytrea wykazuje wszystkie cechy państwa totalitarnego, zarówno jeżeli chodzi o ustrój państwa, nieodbywające się wybory, posiedzenia parlamentu, brak wolności, w ogóle jakiegokolwiek wolności, jak i prasę, działalność opozycji, brak procesów, nadużywanie siły. David Isaak, o którym dzisiaj rozmawiamy, jest właśnie symbolem tego typu postępowania. Nie dość, że jest więziony od ponad 20 lat, to w dodatku bez procesu, bez prawa do obrony, bez rzetelnej informacji o stanie jego zdrowia.

W związku z tym przyłączam się do wszystkich koleżanek i kolegów w tej Izbie z wnioskiem, aby Unia Europejska bardzo stanowczo stanęła w obronie tego, jak i innych więźniów politycznych w tym reżimie. Uważam też, że to właśnie takim sprawom powinniśmy poświęcać bardzo dużo czasu, jeżeli mówimy o wolności słowa, o podstawowych wartościach, jakie tworzą Unię Europejską. Powinniśmy walczyć o takich ludzi tym bardziej, że to jest przecież również obywatel szwedzki, i dlatego jest to nasze zobowiązanie.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! Dawit Isaak har, som många kollegor i det här huset har tagit upp, varit fängslad i 19 år. I 19 år har han varit berövad rätten att vara pappa, i 19 år har världen berövats hans röst. I 19 år har vi misslyckats med att rädda honom och därmed fråntagit journalister över världen en modig kollega. Varje dag i fängelset är en oförlätlig stöld, från Dawit, från hans familj och för världen som behöver modiga journalister, nu mer än någonsin.

Jag är glad att vi Europaparlamentet återigen kräver att Dawit Isaak och de andra eritreanska samvetsfångarna släpps med omedelbar verkan, och att vi genast får bevis för att de lever. 7 av de 28 som fängslades samtidigt som Dawit Isaak har redan dött. Vi svenska socialdemokrater kommer att fortsätta att kämpa för rättvisa för Dawit Isaak, och jag vet att många i det här huset känner samma sak.

Vi måste se till att han friges. Det var ett hopp att höra hans dotter berätta att han lever den här sommaren. Låt oss fortsätta att berätta om Dawit Isaak och att rädda honom.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, je voulais intervenir sur l'Érythrée parce que je trouve que c'est vraiment la Corée du Nord de l'Afrique. Prenons le cas de Dawit Isaak: cela fait 19 ans que ce journaliste et opposant est détenu dans les geôles érythréennes. On ne sait rien de ces geôles. Une femme, nommée Ciham Ali, y est détenue au secret depuis l'âge de 15 ans. Des milliers de personnes partagent leur sort et sont détenues pour avoir exprimé leurs idées politiques.

Or, rien n'a changé depuis 1993 en Érythrée: il n'y a toujours pas d'état de droit ni de Constitution, il y a des détentions arbitraires, des tortures, des violations continues des droits...

Mais je voudrais attirer votre attention sur la position de la Commission européenne. Je suis intervenue en commission du contrôle budgétaire et en commission du développement parce que je me suis aperçue que la Commission avait donné 80 millions d'euros pour restaurer des routes. Or, vous savez qu'à l'heure actuelle, la Commission donne de l'argent sans conditionnalité. Et cela on ne peut pas l'accepter, nous, députés européens, qui nous battons pour les droits de l'homme. Et il est hors de question que l'on continue à subventionner une dictature.

Dubravka Šuica, Vice-President of the Commission. – Madam President, honourable Members, the European Union has been following the case of Dawit Isaak from the outset and remains concerned about his whereabouts and health. We have shared these concerns with the authorities in Eritrea on numerous occasions.

Violations of human rights, including the arbitrary detention of political prisoners and non-respect for freedom of speech and the media, are of continued concern to us. We have addressed them and will continue to do so. We have raised these concerns bilaterally and at the appropriate international fora, such as the Human Rights Council, urging the government of Eritrea to take concrete steps to address and remedy them.

But we can not only criticise. We have to engage proactively to promote positive change. This is not something that happens overnight. It requires continued energetic efforts. I believe that our robust engagement on the political and cooperation track has improved bilateral relations, increased the level of trust and allowed us to discuss sensitive issues with a view to improving respect for human rights. We do that in the interest of improving the living conditions of the people of Eritrea and increasing our ability to promote reforms. Results, however small, bring us closer to where we would like to be. The bilateral engagement on human rights between the Government of Eritrea and Eamon Gilmore, our Special Representative for Human Rights; Eritrea's engagement within the Human Rights Council's Universal Periodic Review; and our support to help them implement some of the recommendations they have accepted are concrete cases in point.

The European Union looks forward to Eritrea's action plan on the recommendations and is making good progress with the Government to start activities soon. I trust that, by engaging in dialogue and exploring ways to work together, we stand a better chance to make our voice heard and to positively influence the country's human rights record, promote the protection of human rights and fundamental freedoms, and advance the case of Dawit Isaak.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a viták végén kerül sor.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Dominique Bilde (ID), *par écrit.* – L'affaire Dawit Isaak démontre d'une part l'extrême précarité de la condition de journaliste indépendant dans certains pays et, d'autre part, les limites de la diplomatie européenne, caractérisée en l'occurrence par l'offensive «silencieuse» (peut-être trop?) de la Suède depuis le début des années 2000. De fait, l'Érythrée est toujours l'un des régimes les plus répressifs au monde. En 2015, Reporters sans frontières lui décernait la dernière place de son classement relatif à la liberté de la presse, tandis que les cultes restent soumis à une étroite tutelle gouvernementale. Cette oppression irrigue, du reste, l'ensemble de la société, au travers d'un service national fréquemment abusé et qui s'apparente presque à une nouvelle forme d'esclavage. Il pousse ainsi chaque année d'innombrables ressortissants de ce petit pays d'Afrique dans les bras des trafiquants d'êtres humains et sur les routes migratoires mondiales. À cet égard, si les Européens et les autres grandes puissances ne sauraient répondre de toutes les atrocités commises à travers le monde, ni d'ailleurs les résoudre, nous devrions au moins nous abstenir d'y concourir, même indirectement, via par exemple la promotion de projets d'infrastructures susceptibles de laisser la part belle à des violations flagrantes des droits fondamentaux.

8.2. Das Gesetz zur Registrierung „ausländischer Agenten“ in Nicaragua

Elnök asszony. – A következő pont vita öt, a „külföldi ügynökökről” szóló nicaraguai törvénnyel kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról (2020/2814(RSP)).

I would like to remind you again: I know that there was a request about changing the regulation on the speaking order. In the next Bureau meeting we will discuss this, but for now in this session we are going to stick to the regulation, so it's in order of tabling.

Tilly Metz, author. – Madam President, the proposed Law on Foreign Agents comes after weeks of increased repression against activists and human rights defenders in Nicaragua. Especially women activists face growing violence and intimidation, including sexual violence and threats on social media.

This law, together with the proposed Special Law on Cybercrime, could have a negative impact on the right to equal political and public participation and lead to unlawful criminalisation of civil society organisations, activists and human rights defenders. Numerous NGOs have expressed their concern. I hope that their voices will be heard and that the Congress of Nicaragua rejects these laws.

Repression of the opposition and silencing their voices is not the way forward. Dialogue is. I call on the Government of Nicaragua and all parties concerned to engage in a meaningful and comprehensive national dialogue to come to an agreement of electoral reforms that would guarantee credible, inclusive and transparent elections next year.

Alicia Homs Ginel, autora. – Señora presidenta, la ciudadanía de Nicaragua vive desde hace demasiado tiempo en circunstancias inaceptables. El Gobierno de Daniel Ortega ha renunciado a defender a su pueblo y se aferra al poder a costa de la mayoría.

Desde el Parlamento Europeo, pedimos al Gobierno de Nicaragua que abandone el camino autoritario de la represión. Si siguen restringiendo los derechos de sus ciudadanos, habrá consecuencias, como pueden ser nuevas sanciones. Retiren las leyes que vulneran los derechos humanos, como pueda ser la de los agentes extranjeros, cesen las hostilidades contra quienes dicen lo que piensan, liberen a aquellos detenidos por expresar sus ideas y dejen volver a quienes han tenido que exiliarse por luchar por la Nicaragua en la que creen. Vuelvan al cauce democrático, vuelvan al diálogo nacional y acometan las reformas necesarias para que las próximas elecciones puedan ser libres y justas.

Desde Europa, muchos ánimos a todos aquellos que resisten día a día, a todos aquellos colectivos que se ven amenazados, como, por ejemplo, todas las mujeres que, además de la represión política, también sufren la violencia de género y los abusos sexuales.

Por muchos kilómetros que nos separen, seguiremos luchando para ayudaros a recuperar vuestros derechos; nos une nuestra lucha por la democracia, por la libertad y por la justicia social. Estamos de vuestro lado, del lado de quienes luchan por la Nicaragua plural, donde quepan todos y todas sin importar su género, sus orígenes o sus ideas. Y solo a través del diálogo se puede construir esta Nicaragua.

José Ramón Bauzá Díaz, *autor*. – Señora presidenta, Nicaragua se encuentra actualmente en un punto de inflexión: o bien el camino de las reformas y del compromiso para llegar a unas elecciones libres y transparentes en el año 2021, o bien el camino que ha seguido Ortega, que nos lleva, sin duda, a unas elecciones con un fraude electoral.

Por lo tanto, no nos engañemos. ¿Qué pensamos que va a ocurrir en Nicaragua si se cierra la vía democrática? ¿Es que no hemos aprendido lo suficiente de lo que ha pasado en Venezuela? Con esta Resolución mandamos un mensaje nítido y claro al alto representante y también al Consejo: en Nicaragua debe haber un cambio democrático ya. Y, de lo contrario, si no lo hay, tiene que haber consecuencias. Si Ortega prosigue con su ataque a la democracia y a los derechos humanos, debe actuar rápidamente, de una manera contundente y nítida, la Unión Europea.

¿Qué se exige en esta Resolución? Se exigen dos cosas fundamentales: las sanciones a Ortega y a Murillo y a toda su banda criminal, y también la activación de la cláusula democrática del Acuerdo de Asociación. En el año 2012 nos comprometimos todos los demócratas del Parlamento Europeo a suspender el Acuerdo de Asociación si no se cumplían los derechos humanos, si no se cumplía la democracia.

¿Cuántos muertos, cuántos exiliados debe haber en Nicaragua para que nos sigamos avergonzando y nos indignemos? Señoras y señores, si Ortega y Murillo quieren seguir robando lo poco que le queda al pueblo de Nicaragua, que no sea con nuestra connivencia. Por eso hoy el Parlamento Europeo cumple con su deber, cumple con su función, es decir, hoy cumplimos con nuestro mandato. Ahora es el momento de que también cumplan el señor Borrell y el Consejo.

Leopoldo López Gil, *autor*. – Señora presidenta, hoy nos encontramos ante un claro intento de la dictadura de continuar reprimiendo los derechos y libertades fundamentales en Nicaragua: la Ley de Regulación de Agentes Extranjeros, promovida por los diputados de la Alianza Frente Sandinista de Liberación Nacional, que hoy venimos a debatir, junto con la Ley contra los Delitos de Odio y la Ley Especial de Cibercrimitos, son la estrategia clara de ese régimen de Ortega para impedir legalmente la participación de la oposición en futuras elecciones y mantenerse en el poder amparándose en un supuesto Estado de Derecho.

Estas tres leyes no solo distorsionarían el sistema político en Nicaragua, sino que avalarían la persecución y el acoso a la oposición política y la censura de los medios digitales y permitirían la imposición de cadena perpetua por disidencia política. De aprobarse, la Ley de Regulación de Agentes Extranjeros se podría utilizar como un instrumento sancionador contra las personas y organizaciones de derechos humanos que reciben recursos de cooperación internacional, incluyendo los de la Unión Europea. Iniciativas como estos proyectos de ley demuestran que no hay ninguna intención por parte del autoritario Gobierno de Nicaragua de cesar en su violación de los derechos humanos.

La Unión Europea tiene el deber de reaccionar ante estas provocaciones. Activemos los recursos que tenemos a nuestro alcance invocando la cláusula democrática del Acuerdo de Asociación entre la Unión Europea y los países de Centroamérica.

Hermann Tertsch, *autor*. – Señora presidenta, tenemos en Nicaragua otro caso más de una dictadura a la que estamos tratando demasiado bien. Y esa dictadura se crece, precisamente por el trato que tiene de favorecimiento, y está aplastando y creando unas situaciones en las cuales realmente está cerrando la jaula cada vez más a su población; está matando a su población.

Continuamente, desde el año 2017, hemos tenido una escalada de la represión brutal. Ahora tenemos unas leyes en vistas, que se han presentado, para cerrar absolutamente la discusión: tanto la Ley de Regulación de Agentes Extranjeros, que supone que prácticamente no va a haber cooperación internacional posible, como la Ley Especial de Ciberdelitos, que no va a dejar opinión ni resquicio allí.

Estamos ante una dictadura que tenemos que tratar como tal, como tenemos que tratar a la de Cuba, que tiene tanta influencia en Nicaragua. Por favor, el alto representante tiene que enviar aquí una señal clara; aquí, en Venezuela y en Cuba.

Isabel Benjumea Benjumea, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, Nicaragua es un país que sufre desde hace demasiado tiempo un Gobierno enemigo de la libertad, de la democracia y de los derechos humanos. Y eso sucede porque Nicaragua sufre un Gobierno comunista, un Gobierno sandinista, marxista, revolucionario, perteneciente a esa alianza mal conocida como «socialismo del siglo XXI», un grupo de Gobiernos totalitarios que debemos combatir sin atajos ni concesiones, si de verdad queremos exportar al mundo nuestro modelo de democracia liberal, de respeto a las libertades individuales y a los derechos humanos.

No cometamos un error, tantas veces cometido a lo largo de la historia, de querer contentar, mediante la cesión, a ideologías insaciables. Por ello, apoyo esta Resolución y el acuerdo alcanzado sobre su contenido por la firme condena a ese régimen enemigo de la libertad. Sin embargo, no puedo evitar mencionar que me llama poderosamente la atención con qué facilidad utilizamos en esta Cámara la expresión «extrema derecha» y cómo somos incapaces de utilizar la expresión «extrema izquierda», que no aparece en ningún momento a lo largo del texto. Ni una sola referencia en el texto.

Como ya se ha dicho anteriormente, este Gobierno socialcomunista nicaragüense ha presentado dos proyectos de ley a través de las fuerzas sandinistas, que le apoyan. Dos proyectos que lo que quieren es callar a la oposición. Dos proyectos que lo que quieren es callar a la oposición, que no puede batallar y defender los derechos de los ciudadanos.

Por lo tanto, quiero pedir que la Unión Europea condene firmemente estas dos leyes, muestre su apoyo a la oposición nicaragüense y diga «viva la libertad».

Maria-Manuel Leitão-Marques, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, a crise de Covid-19 fez milhares de vítimas e agravou as desigualdades na América Latina. O pior que poderia acontecer lá, como cá, é que, além disso, a COVID fosse também um pretexto para suprimir direitos e liberdades fundamentais. É o que está a acontecer na Nicarágua. As 3 propostas em discussão, a lei dos agentes estrangeiros, a lei do cibercrime e notícias falsas e a alteração de penas para crimes de ódio aprofundam a deriva autoritária do presidente Ortega.

Perante esta situação, a União Europeia só pode responder de forma firme e clara, não pactuando com esta grave violação dos direitos humanos. Contudo, uma rutura diplomática não serve os interesses da União, nem dos nicaraguenses. Por isso faremos tudo para apoiar a sociedade civil da Nicarágua, encontrar uma via de diálogo, assegurando que se mantém viva a esperança de encaminhar este país no caminho da democracia.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, en la Revolución Sandinista, la lucha contra el tirano Anastasio Somoza sonó bien. En mi memoria está asociada a las canciones de Carlos Mejía Godoy, alegres, esperanzadoras. Hoy solo pueden escucharse con nostalgia.

El Gobierno de Daniel Ortega destrozó estas partituras. Hoy, es reflejo corregido y aumentado de la dictadura que derrocó. Los acuerdos alcanzados en 2019 para buscar una salida pacífica, dialogada y duradera a una crisis sin precedentes, organizar unas elecciones libres y reanudar la convivencia han quedado en agua de borrajas. Y la responsabilidad del fracaso es de quienes promueven leyes como la de regulación de los llamados «agentes extranjeros» o la que, bajo la excusa de combatir el cibercrimen, santifica la censura; ambas, flagrante violación de principios democráticos básicos y de tratados internacionales firmados por Nicaragua; ambas profundizan en la deriva represiva denunciada por todo tipo de organizaciones internacionales y defensores de derechos humanos.

Por eso, expreso mi apoyo y solidaridad a las víctimas de la represión. Además, apoyo las sanciones a los jerarcas de este régimen criminal y el envío de una misión parlamentaria allí en cuanto sea posible. Aplaudo el compromiso de la Unión con los defensores de los derechos humanos, los medios independientes, la oposición democrática y cuantos trabajan allí por la paz y la convivencia.

En definitiva, se trata de exigir el inmediato y total cumplimiento a Nicaragua de las cláusulas del Acuerdo de Asociación entre la Unión y los países de Centroamérica centradas en la defensa del Estado de Derecho.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, depuis la répression féroce des mouvements sociaux d'avril 2018, le Nicaragua semble happé par une interminable dérive autoritaire.

On parle à juste titre des ONG et autres organisations bénéficiant de financements étrangers. Elles seront désormais chapeautées, au terme d'un projet de loi du 22 septembre 2020, par une étroite tutelle gouvernementale.

On parle moins, en fait, de l'église catholique, cible d'attaques verbales et physiques du président Ortega et de ses partisans. Que l'archevêque Carlos Avilés Cantón évoque des persécutions devrait pourtant nous interpeller, à l'heure où, du Moyen-Orient au monde occidental, le christianisme figure au rang de la religion la plus opprimée au monde.

Plus absent de nos débats, également, le projet de loi sur les soi-disant fausses nouvelles, dorénavant sanctionnées par une peine allant jusqu'à quatre ans de prison. Ainsi, le prétexte fallacieux de la désinformation aura fait bien des émules pour museler définitivement la liberté d'expression. Et à cet égard, le Nicaragua est un cas limite et caricatural d'un recul spectaculaire et général de nos droits fondamentaux.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Nasz parlament, który spiera się w różnych sprawach, w tej sprawie, jak się wydaje, będzie zjednoczony – i to dobrze. To ważny i potrzebny sygnał dla naszych przyjaciół w Nikaragui, którzy walczą o wolność słowa, o wolność demonstrowania, o takie podstawowe prawa, o których mówiła przed chwilą moja koleżanka. Myślę, że trzeba tutaj powiedzieć, że to nie jest wybryk ze strony władz Nikaragui, ale rzecz, która tam dzieje się cały czas. Ten nacisk z naszej strony musi być konkretny. To znaczy, że tutaj nie wystarczy rezolucja, tutaj trzeba bardzo wyraźnie powiedzieć, że jeżeli reżim w Nikaragui nie zrezygnuje z takiej polityki w dotychczasowym kształcie, to wówczas nastąpią z naszej strony sankcje, na przykład czarna lista osób, które nie mogą wjechać z Nikaragui do Unii Europejskiej. Chodzi o polityków tego kraju.

Javi López (S&D). – Señora presidenta, hoy desde el Parlamento Europeo, una vez más, denunciamos de forma enérgica la deriva autoritaria del actual presidente Ortega en Nicaragua y, especialmente, lo hacemos porque entendemos que la batería de medidas legislativas, entre ellas la Ley de Regulación de Agentes Extranjeros, es una vuelta de tuerca más a una inaceptable represión y persecución de la disidencia política, falta de respeto al pluralismo y, sobre todo, falta de respeto a la libertad de expresión y a la libertad de prensa.

Hacemos un llamamiento, desde el Parlamento Europeo, al cese de las hostilidades contra la sociedad civil y la disidencia política en Nicaragua y al uso inteligente de todas nuestras herramientas, como europeos, para presionar en la situación actual al Gobierno de Nicaragua: todas las herramientas diplomáticas a nuestro alcance. ¿Para qué? Para que haya reformas electorales, reformas en el país, para asegurar una competición electoral justa, que garantice democráticamente a la oposición y a la sociedad civil que puedan competir en libertad; en libertad y en igualdad de condiciones con el actual Gobierno nicaragüense.

Dubravka Šuica, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, since the last time we discussed Nicaragua in this Parliament last December, the situation in the country has not improved. Against the renewed pattern of persecution, harassment and intimidation, the European Union is following the possible adoption of the Law on Regulation of Foreign Agents and the Special Law on Cybercrimes, which could be used to tighten further the grip over civil society in Nicaragua. The draft foreign agents law in particular could be used to impose further restrictions on civil and political rights of individuals, civil society and on media outlets. It will also probably affect our cooperation programmes as well as Nicaragua's human rights obligations and commitments.

Since the beginning we have followed with utmost attention the tabling of the draft foreign agents law. On Tuesday our head of delegation in Managua, accompanied by all EU Member States present in the country, reached out to the Nicaraguan authorities in Managua at Minister of Foreign Affairs level to voice our concerns and find out more about the draft text, as well as to share our preoccupation on how the law would affect international human rights law and civil liberties in Nicaragua.

The European Union has consistently voiced concerns against laws labelling NGOs as foreign agents all over the world. Nicaraguan citizens should be able to exercise their freedom of association effectively, and non-governmental organisations should operate in an environment conducive to the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms. Civil society should operate free from hindrance and insecurity. Civil society organisations are essential actors for the promotion of human rights, good governance, democracy and the rule of law. The European Union comments and expresses its support for all individuals and organisations in Nicaragua who are still carrying out their legitimate and peaceful human rights work, despite the challenging circumstances in which they operate.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a viták végén kerül sor.

8.3. Die Lage äthiopischer Migranten in Internierungslagern in Saudi-Arabien

Elnök asszony. – A következő pont vita hat, a szaúd-arábiai idegenrendészeti fogdáknban tartózkodó etióp migránsok helyzetével kapcsolatos állásfoglalásra irányuló indítványról (2020/2815(RSP)).

I would like to repeat again what I said before the debate, that the order of interventions remains according to the rules now, but at the next Bureau meeting we are going to talk about the request by several MEPs to change the order of intervention.

Miguel Urbán Crespo, *autor*. – Señora presidenta, miles de migrantes están encerrados en condiciones inhumanas y son víctimas de torturas y violaciones en centros de detención en Arabia Saudí.

El escándalo ha estallado ahora, pero, por desgracia, al menos desde 2017, se están realizando estas detenciones y expulsiones masivas, contrarias al Derecho internacional humanitario; un Derecho internacional que Arabia Saudí es experta en vulnerar e ignorar, amparada por los Estados Unidos y muchas veces también por la Unión Europea.

De hecho, hace apenas una semana, el señor Borrell se reunió con las autoridades saudíes, pero, aparentemente, según su nota de prensa, se le olvidó mencionar justamente esta situación de la que estamos hablando aquí, en el Parlamento. La ilegal política migratoria de Arabia Saudí es un ejemplo más de las muchas violaciones de los derechos humanos que se cometen en este país. Pero, mientras pasa esto, Europa -esta Europa- le sigue vendiendo armas y le ofrece acuerdos de cooperación.

Una vez más exigimos acciones contundentes y no solo palabras bonitas: embargo de armas, liberación inmediata de todos los inmigrantes y de las defensoras de derechos humanos encarcelados en Arabia Saudí. Tomemos nota y hagamos, sobre todo, políticas concretas.

Ernest Urtasun, *autor*. – Señora presidenta, mañana el Parlamento mandará un mensaje fuerte de condena a la situación de los inmigrantes etiopes, trabajadores que están en una situación pésima encerrados en campos en Arabia Saudí, pero es una Resolución que va mucho más allá de eso: vamos también a tratar vulneraciones sistemáticas de derechos humanos en ese país; hay que hablar de las defensoras de derechos humanos, de la situación de las mujeres, y el texto habla de ello; hablemos también de que no tenemos aún un castigo para los responsables del crimen y el asesinato del señor Jashogui, de la situación de Raif Badawi, que por cierto es Premio Sájarov de esta casa. Es totalmente intolerable que, ante una situación tan grave en materia de derechos humanos, los países de la Unión Europea sigan teniendo un

comercio de armas de una manera tan sistemática con este país.

Dos cosas para terminar mi intervención: la primera, la Resolución va a pedir que las instituciones europeas rebajen el nivel de participación en el G20; no queremos al presidente del Consejo ni de la Comisión allí. Y, para terminar, tengo que decirle al Partido Popular que, después de la escandalera que montaron con Venezuela ayer en el Pleno, que no hayan sido capaces de firmar esta Resolución, francamente, es una doble vara de medir en materia de derechos humanos que es francamente intolerable.

Isabel Santos, Autora. – Senhora Presidente, são alarmantes os relatos de tortura, tratamento degradante e até morte a que os migrantes etíopes, incluindo mulheres e crianças, se encontram expostos na Arábia Saudita, arbitrariamente detidos em centros sobrelotados, onde faltam condições sanitárias, água e alimentos, isto quando escapam a ser abatidos ao cruzar a fronteira, um cenário que persiste no tempo, tendo sido agravado pela pandemia.

Tudo isto num país onde vigora a pena de morte e que tem sido autor de reiterados atropelos aos direitos humanos, como são os casos dos Srs. Khashoggi, Badawi e tantos outros objeto de resolução neste Parlamento no passado.

Não esquecemos Moria, dentro das nossas fronteiras, e também não viremos a cara ao drama dos cerca de 30 mil migrantes etíopes detidos na Arábia Saudita e às muitas outras vítimas de violações de direitos humanos. Condenamos o tratamento desumano destes migrantes e pedimos a sua rápida libertação.

A União Europeia deve dar sinais claros na sua relação com a Arábia Saudita, reduzindo a representação diplomática na próxima Cimeira do G20 organizada neste país e cessar os acordos de cooperação, bem como colocar um ponto final na venda de material que possa ser usado para vigilância ou repressão da população. É também necessário apoiar a Etiópia na criação de condições para um retorno voluntário digno e seguro destes migrantes.

Urmas Paet, author. – Madam President, the situation of the Ethiopian migrants in detention centres in Saudi Arabia is deplorable. Thirty thousand people held in dire conditions in ten centres in Saudi Arabia, after escaping the crossfire from Houthi and Saudi forces on the border.

They lack water and food, the sanitary conditions are appalling and they have no medical care, with tuberculosis and other diseases rapidly spreading. Saudi Arabia needs to immediately release all detainees and transfer them to facilities where they have access at least to the basics: food, water, medical services, sanitation and space.

The torture and ill-treatment in the detention centres must stop immediately and an investigation must be conducted into all allegations of human rights violations. International monitors must be given access to monitor the situation there, and Ethiopian migrants must be provided a safe and dignified repatriation, in cooperation with the International Organization for Migration (IOM).

As human rights are, and must be, at the core of the EU's external policy, the EU and Member States must raise this issue also with Saudi Arabia most urgently. I think that it's also necessary to downgrade EU institutional and diplomatic representation at the upcoming G20 leaders' summit to send a clear message that this kind of treatment is not acceptable.

Isabel Wiseler-Lima, auteure. – Madame la Présidente, il est important que nous parlions des lois révoltantes, car incroyablement discriminatoires, à l'égard des femmes en Arabie Saoudite. Il est important que nous parlions des défenseurs des droits de l'homme et des prisonniers politiques, dont les droits sont bafoués dans ce pays. Il est important que nous condamnions les punitions corporelles d'un autre âge et l'application de la peine de mort dans ce pays. Il est important que le Parlement européen traite sans tarder de l'ensemble de la situation des droits humains en Arabie Saoudite. Je demanderai à mes collègues, coordinateurs en droit, que ce soit un de nos tous prochains sujets à l'ordre du jour.

Aujourd'hui, est à l'ordre du jour une résolution intitulée «La situation des migrants éthiopiens dans les centres de détention en Arabie Saoudite». Je me limiterai donc au sujet de cette résolution et aux problèmes de migrations y relatifs. Ce sera aussi uniquement sur ces points que portera mon vote. Permettez-moi tout simplement d'ajouter qu'il faudrait aller bien au-delà du sujet à l'examen, les choix ne manquent pas. Les autres centres de détention de par le monde où des migrants sont retenus dans des conditions abominables n'auraient pas moins mérité notre attention.

Parmi les migrants en Arabie Saoudite, les Éthiopiens sont assurément ceux dont les conditions de vie sont les plus difficiles. Souvent déjà victimes de passeurs les faisant traverser le Yémen, une fois arrivés, ils sont exploités, sous-payés et souvent à la merci de leur employeur sous le système *kafala*, système qui équivaut à une situation d'esclavage moderne. Désormais rejetés à cause de la pandémie de COVID-19, des milliers de migrants éthiopiens se retrouvent dans une détresse encore accrue sans ressources, sans moyens de subsistance.

Tout aussi démunis sont les Éthiopiens expulsés par milliers du Yémen vers l'Arabie Saoudite. L'Éthiopie ne réussissant pas à rapatrier ses ressortissants, ceux-ci se retrouvent en attente, retenus et détenus par centaines dans des camps aux conditions de vie inhumaines, dans des lieux clos, souvent infectés par le virus de la COVID ou livrés à toute autre sorte d'abus. Et ceci pendant des semaines, si ce n'est pendant des mois. On trouve parmi eux des personnes particulièrement vulnérables, comme des enfants ou des femmes enceintes. Tout ceci est simplement insoutenable.

C'est pourquoi nous demandons aux autorités éthiopiennes de rapatrier aussi vite que possible leurs ressortissants et à l'Arabie Saoudite de veiller à ce que ses centres de rétention respectent les normes internationales et que les migrants sous leur autorité ne soient soumis à aucun mauvais traitement, torture ou abus sexuel.

Nous demandons non seulement à l'Union européenne d'alerter sur ces conditions de détention inhumaines, mais aussi d'utiliser tous les leviers diplomatiques et politiques pour chercher à les faire cesser. Enfin, je tiens à affirmer notre soutien au pacte mondial des migrations des États-Unis, qui promeut des normes pour que les pays d'accueil protègent les droits de l'homme, notamment ceux des groupes vulnérables.

Seán Kelly, on behalf of the PPE Group. – Madam President, like many more I'm very concerned about the various reports of inadequate and inhumane conditions at the detention centres in Saudi Arabia for Ethiopian migrants.

The migrants from Ethiopia and other countries, who had been working in northern Yemen but were forced out by the Houthi rebels, now face unimaginable cruelty, including being chained together in pairs and using their cell floors as toilets.

Saudi Arabia has also been cracking down on illegal migrants, with at least 10 000 Ethiopians on average being deported each month. But earlier this year Ethiopian officials requested a moratorium because of the coronavirus pandemic, the news agency AFP reports.

The EU should work with the Ethiopian authorities to help create enough space and quarantine facilities to welcome people back, to ensure they are not bringing coronavirus with them and that if individuals are repatriated to their home countries, it should be done in a dignified way.

So therefore, we are calling on Saudi Arabia to fulfil its promise to launch an investigation into the allegations of cruelty in the detention centre.

Maria Arena, au nom du groupe S&D. – Madame la Présidente, le gouvernement saoudien a dépensé des milliards de dollars dans le cadre d'une stratégie de communication visant à améliorer son image auprès de la communauté internationale. Mais ne nous méprenons pas, le bilan de l'Arabie saoudite en matière de droits de l'homme est déplorable. L'assassinat brutal de Jamal Khashoggi par des agents saoudiens n'a donné lieu à aucune mise en cause de responsabilité de haut rang impliquée dans ce meurtre.

Pendant que le prince Mohammed Ben Salmane s'efforce de redorer son blason par des efforts de communication, les autorités saoudiennes ordonnent des vagues d'arrestations arbitraires de dissidents, d'activistes, d'intellectuels, de membres de la famille royale. Pas étonnant alors que les conditions de migrants, principalement éthiopiens, soient dramatiques dans ce pays, qui, finalement ne sait pas ce que signifient les droits de l'homme.

Non, il ne suffira pas d'inviter des stars de la culture ou du sport, ni d'accueillir le G 20 pour cacher les atrocités et les violations des droits de l'homme en Arabie saoudite. Mais en participant à cette stratégie, nous sommes complices, nous Européens, c'est pourquoi nous demandons de «rétrograder» la participation de l'Union européenne au G 20 et de lancer des messages politiques clairs à l'Arabie Saoudite dans toutes les relations que nous avons avec ce pays pour faire passer en priorité la question des droits de l'homme.

Samira Rafaela, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, imagine the cruelty of being put in detention camps with thousands and thousands, chained with no roofs and using cell floors as your bed.

For migrant workers from Ethiopia in search of a better future, this is the day-to-day reality. In the past six months, at least 30 000 migrants have been put into these cruel, inhumane conditions.

Human rights organisations report cases of deaths due to inhumane treatment, and these men, women and children have the right to have a dignified life. They have the right to safely return to their homes.

The EU should call upon the Kingdom of Saudi Arabia to respect international law and immediately improve conditions.

The EU should call upon the Ethiopian government to respect the citizens' rights and urgently facilitate the voluntary repatriation of its nationals, and I call upon the European Commission to provide support to Ethiopians voluntarily returning home from Saudi Arabia and to send diplomatic representatives from the EU to visit the detention camps.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, ils sont des centaines: hommes, femmes enceintes et enfants, cloîtrés dans une unique cellule de prison dans une saleté pestilentielle respirant la mort et la maladie. Ceux qui tentent de s'enfuir subissent parfois tortures et exécutions sommaires. Voilà à quoi sont réduits les 16 000 migrants éthiopiens, fiers descendants de la reine de Saba dans les géoles saoudiennes.

Au-delà de l'émoi, reconnaissons que nous autres, Occidentaux, sommes conscients du traitement souvent déplorable des migrants par quelques arabo-musulmans dont ces atrocités sont des cas extrêmes. N'est-il pas en effet hypocrite de s'élever aujourd'hui contre le kafala, alors qu'on accordait en 2010, la Coupe du monde de football 2022 au Qatar, dont le recours à cette forme de quasi esclavage était alors largement connu.

Le drame des migrants éthiopiens illustre le deux poids, deux mesures qui régit la crise migratoire mondiale. D'un côté une Europe sommée d'ouvrir largement ses portes à une marée humaine venant d'Afrique ou du Moyen-Orient, de l'autre l'inhumanité et le cynisme assumés des États du Golfe, qui rejettent leurs propres coreligionnaires notamment les syriens, et expulsent manu militari, à raison de 10 000 par mois s'agissant des ressortissants éthiopiens.

Cette tragédie démontre l'impasse du développement de tant d'États d'Afrique subsaharienne, pris en étau entre l'explosion démographique et l'absence de débouchés économiques. En Éthiopie, fin 2018, il y avait 2,9 millions de personnes déplacées dans leur propre pays, sans qu'aucune solution pérenne ne puisse être trouvée. Avec l'énergie du désespoir, beaucoup iront grossir les rangs des candidats à l'exil, parfois au prix de leur vie et de leur liberté.

Marc Tarabella (S&D). – Madam President, the situation of Ethiopian migrants in Saudi Arabian prison is just the last episode of a long list of human rights violations in the country. Since March, over 30 000 people, including pregnant women and children, have been arbitrarily detained in unthinkable sanitary conditions.

We are all aware of the importance of Saudi Arabia as a partner for the European Union and for the stability in the Middle East. However, this cannot be an excuse for the EU to ignore those violations.

We all remember Jamal Khashoggi, Raif Badawi, Loujain al-Hathloul and the woman activists, and also Prince Salman bin Abdul Aziz and the Princess Basmah, arbitrarily detained for years.

The EU cannot remain silent or use double standards. The sharing of our fundamental values and the respect of human rights must be an essential condition in our relations with third countries.

For this reason, with this resolution we strongly urge President von der Leyen and Charles Michel to reconsider, or downgrade, the EU participation in the G20 summit in November.

And finally, this would be an opportunity for the EU to show coherence with its values and not to legitimise impunity for the crimes committed in Saudi Arabia.

Dubravka Šuica, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, my colleagues High Representative Borrell and Commissioner Lenarčič are travelling to Addis Ababa with the last EU humanitarian air bridge flight.

This humanitarian air bridge flight is very specific in its nature as it aims at bringing support to the African Union and the Africa Centres for Disease Control and Prevention to be further distributed in African countries. It will be the third and last shipment to Addis, the most significant one, and also the last humanitarian air bridge flight organised by the European Union jointly with Germany.

Besides the COVID-19 component, the joint visit to Addis is extremely timely. Regarding the African Union, it will be an opportunity to keep the momentum of a strengthened European Union-African Union partnership despite the postponement of the summit. With Ethiopian partners, it will be an opportunity to express our concerns over the political situation in the run-up to the elections.

We have seen the shocking reports about African migrants, mainly Ethiopians, reportedly held under dreadful conditions in detention centres in Saudi Arabia. We also understand that earlier this week, eight Ethiopians died and 12 went missing off the coast of Djibouti after failing to reach Yemen. We knew already that the conflict in Yemen has created the world's gravest humanitarian crisis. However, what we are discussing today shows that it also makes the situation of many migrants in the region close to unbearable.

Despite the conflict, migration continues. The conflict in Yemen provides a fertile breeding ground for trafficking and smuggling networks, which profit from desperate African citizens looking for a better life in the Gulf. We are taking this situation seriously, and are following up and helping where we can. The EU delegation in Riyadh has raised the conditions in detention centres with the Saudi Ministry of Foreign Affairs. Labour rights and migration management are indeed issues we want to discuss more regularly with our Saudi interlocutors.

There are indeed things to be said. Last week, High Representative Borrell received the Saudi Foreign Minister and reaffirmed the European Union's interest in a structured human rights dialogue in which migration features prominently. We hope to launch this dialogue soon.

We are also reinforcing our engagement with the countries of origin in the Horn of Africa. Today, the High Representative and Commissioner Lenarčič are in Ethiopia. They will visit an International Organization for Migration transit centre where Ethiopian deportees, including from the Gulf, are quarantined upon arrival.

We have recently provided EUR 60 million to the Horn of Africa Intergovernmental Authority (IGAD) to address the impact of COVID-19. This aid will also benefit migrants. We are eager to encourage a region-to-region dialogue on migration management between the Horn and the Gulf, as proposed by the Intergovernmental Authority on Development. We also hope that the soon-to-be-launched Red Sea Council can provide a platform for this.

More broadly, in our external action we are committed to, and indeed an advocate for, the protection of the human rights of all migrants. The recently adopted EU Action Plan on Human Rights and Democracy 2020-2024 calls for the protection of migrants, refugees and internally displaced persons. It also calls for support measures to improve integration and access to basic services. In our times of COVID-19 this is, of course, even more important. In third countries we strive to have migrants and forcibly displaced persons benefit from healthcare systems and include these groups in strategies related to COVID-19.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra a viták végén kerül sor.

(Az ülést 12.29-kor felfüggesztik)

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(Az ülés 12.30-kor folytatódik)

10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Az ülést 12.35-kor felfüggesztik)

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(Az ülés 13.00-kor folytatódik)

12. Zweite Abstimmungsrunde

Elnök asszony. – Most rátérünk a mai második szavazásra. A napirenden szereplő dokumentumokról szavazunk.

A szavazás 13.00-tól 14.15-ig tart. Az előző szavazáson alkalmazott módszer szerint szavazunk. Minden szavazás név szerinti szavazás lesz.

A szavazást megnyitom. 14.15-ig szavazhatnak.

A második szavazási kör eredményét 16.30-kor ismertetjük.

(Az ülést 13.01-kor felfüggesztik)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

13. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.33 Uhr wieder aufgenommen.)

14. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

15. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

16. **Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**
17. **Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll**
18. **Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll**
19. **Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll**
20. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
21. **Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll**
22. **Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**
23. **Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 16.35 Uhr geschlossen.)

24. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 19. OKTOBER 2020

(C/2024/4894)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 19. bis 23. Oktober 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärung des Präsidenten	3
4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll	4
5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	4
6. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	4
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	4
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO): siehe Protokoll	4
9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll	4
10. Tagungskalender: siehe Protokoll	4

Inhalt	Seite
11. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	4
12. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
14. Arbeitsplan	4
15. Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts – Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen – Gesetz über digitale Dienste und die Grundrechte betreffende Fragen – Rahmen für die ethischen Aspekte von künstlicher Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängenden Technologien – Regelung der zivilrechtlichen Haftung beim Einsatz künstlicher Intelligenz – Rechte des geistigen Eigentums bei der Entwicklung von KI-Technologien (Aussprache)	5
16. Abstimmungsrunde	28
17. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	28
18. Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts – Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen – Gesetz über digitale Dienste und die Grundrechte betreffende Fragen – Rahmen für die ethischen Aspekte von künstlicher Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängenden Technologien – Regelung der zivilrechtlichen Haftung beim Einsatz künstlicher Intelligenz – Rechte des geistigen Eigentums bei der Entwicklung von KI-Technologien (Fortsetzung der Aussprache)	28
19. Die Zukunft der Bildung in Europa vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie (Aussprache)	42
20. Verpflichtungen der Kommission im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Visumpflicht gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) 2018/1806 (Aussprache)	46
21. Empfehlung an den Rat und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu der Umsetzung und Steuerung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) (kurze Darstellung)	49
22. Bericht über die Durchführung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Republik Moldau (kurze Darstellung)	51
23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	53
24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	53
25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	53
26. Schluss der Sitzung	53

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 19. OKTOBER 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta giovedì 8 ottobre 2020.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 17.02)

3. Erklärung des Präsidenten

Le Président. – Chers collègues, Mesdames et Messieurs, Samuel Paty, professeur d'histoire-géographie dans les Yvelines, en France, a été brutalement assassiné vendredi par un terroriste islamiste parce qu'il croyait à la liberté d'expression, parce qu'il voulait transmettre à ses élèves la liberté de penser, l'ouverture d'esprit et les valeurs du vivre-ensemble.

Cinq ans après l'attentat contre *Charlie Hebdo*, le fait de montrer, pendant son cours, une caricature de Mahomet, tue. Le fanatisme et l'intolérance tuent.

Toutes nos pensées vont à la famille et aux proches de Samuel Paty et à tout le corps enseignant, en France et partout ailleurs.

La terreur se combat par l'éducation, par l'enseignement auquel Samuel Paty croyait et tel qu'il le pratiquait. Un enseignement bienveillant et critique, ouvert sur la société, sur l'autre, prônant le dialogue et la connaissance.

Ce combat est quotidien. Il est engagé par des millions d'enseignants, qui mènent leur mission avec courage et détermination, et qui ont besoin de notre soutien, du soutien d'une société pour laquelle la liberté d'expression est une valeur fondamentale et un principe majeur.

C'est avec beaucoup d'émotion que je vous propose de faire une minute de silence en hommage à Samuel Paty, à toutes les victimes du terrorisme et à toutes celles et ceux qui le combattent au quotidien par leur métier, leur engagement et leur exemple.

(L'Assemblée, debout, observe une minute de silence)

4. **Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll**
5. **Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**
6. **Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll**
7. **Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll**
8. **Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO): siehe Protokoll**
9. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO): siehe Protokoll**
10. **Tagungskalender: siehe Protokoll**
11. **Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**
12. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
13. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
14. **Arbeitsplan**

Presidente. – E adesso passiamo all'ordine dei lavori. Il progetto definitivo è stato distribuito, così come approvato dalla Conferenza dei presidenti il 15 ottobre a norma dell'articolo 157.

A seguito delle consultazioni con i gruppi politici, desidero sottoporre all'Aula la seguente la seguente proposta di modifica al progetto di ordine del giorno definitivo.

Venerdì: il secondo turno di votazioni sarà aperto dalle 13.15 alle 14.30 e i risultati del secondo turno di votazioni saranno annunciati alle ore 17. Sarà aggiunto un terzo turno di votazioni che sarà aperto dalle ore 18 alle 19.15 e i risultati del terzo turno saranno annunciati alle 21.30.

Vi sono obiezioni? Non vi sono obiezioni. Questa modifica è approvata.

Inoltre vorrei informarvi che, a seconda del numero di emendamenti presentati, le votazioni previste nei vari turni sono state ridistribuite. Le informazioni relative alla distribuzione delle votazioni sono disponibili sul sito web del Parlamento nella sezione «informazioni e documenti prioritari». Ricordo inoltre che questa redistribuzione potrebbe essere soggetta a ulteriori modifiche, a seconda del numero finale di emendamenti e del numero di richieste di votazioni per parti separati e distinte.

L'ordine dei lavori è così fissato.

Iniziamo con il primo dibattito e cedo la Presidenza alla on. Dobrev.

Vorrei ricordare a tutti che siamo in una situazione di emergenza, ma questo lo sapete, che la situazione della pandemia tormenta ancora i nostri paesi, che sta crescendo ed è naturale anche per noi aver preso e adottato delle misure per contenere il contagio, ma nello stesso tempo mantenere viva l'attività del nostro Parlamento. È stato con grande dispiacere che anche questa volta non siamo riusciti a trasferire la nostra plenaria a Strasburgo, ma abbiamo dovuto, anche per le condizioni del Belgio e di Bruxelles, limitare la presenza e adottare misure straordinarie. Sapete che i colleghi che sono negli Stati membri potranno per partecipare al dibattito avvalersi degli uffici nazionali del Parlamento europeo. Questa è la prima volta che questo accade, ma ci è sembrato giusto. Per questo ringrazio tutti i gruppi politici per aver adottato una misura che ci consente di mantenere viva la democrazia europea.

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

15. Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts – Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen – Gesetz über digitale Dienste und die Grundrechte betreffende Fragen – Rahmen für die ethischen Aspekte von künstlicher Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängenden Technologien – Regelung der zivilrechtlichen Haftung beim Einsatz künstlicher Intelligenz – Rechte des geistigen Eigentums bei der Entwicklung von KI-Technologien (Aussprache)

Elnök asszony. – Jó napot kívánok, sok szeretettel üdvözlöm önöket a mai vitán. A következő napirendi pont a digitális szolgáltatásokról és a mesterséges intelligenciáról szóló közös vita. A hét jelentés Agius Saliba, Wölken, Peeters, García Del Blanco, Voss és Séjourné rapportőrök, jelentéstevőknek a riportja. Először szeretném megadni a szót Agius Salibának, a jelentés egyik előadójának. Öné a szó, képviselő úr.

Alex Agius Saliba, rapporteur. – Madam President, first of all, may I remark that it is very symbolic today that the first discussion being undertaken by this Parliament by digital means, to give access to all our Members to participate, will be held on the Digital Services Act (DSA).

After months of negotiations, more than 1 000 amendments in the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) and a lot of hard work, this Committee agreed on a progressive and robust report on the Digital Services Act.

First of all, I would like to thank all the shadow rapporteurs working with me on the IMCO report for their transparency and also for their cooperation. I do not think that we would have been able to achieve this tangible positive result without all the support, which I hope you can confirm in tomorrow's vote in the same way that you did during the negotiations and the vote in the Committee on the Internal Market and Consumer Affairs.

Today we are discussing all three DSA reports. Despite the fact that they are interlinked, they all have different scopes. The IMCO report is the one that deals with the comprehensive revision of the 20-year-old e-Commerce Directive and the first-ever internal market *ex-ante* instrument in the digital sector. The e-Commerce Directive is one of the most essential pieces of Union legislation and the foundation of the digital single market as we know it today. Digital transformation has profoundly changed the functioning of the global economy and of our societies, which requires an update to improve the situation in several areas. The Digital Services Act will be this first update to the legal framework on online services after 20 years. The report therefore sets the internal market and consumer protection priorities on how digital services, including online platforms and marketplaces, should be – and must be – regulated in the future.

The Committee recommendations touch upon a range of issues. However, some of the fundamental points and measures that the Commission must, and should, introduce in the DSA are as follows. First of all, introduce the principle that what is illegal offline should also be illegal online, together with consumer protection and also user-safety principles. The second point is to extend the scope of the DSA to companies established outside Europe, mainly the ones targeting our European market, our European consumers and our European citizens. The third point is that the online harmful business models' manipulation and discriminatory practices, designed to maximise user attention dedicated to the platform based on illegal or sensationalist content, must be addressed through privacy and accountability measures such as the 'Know Your Business Customer' principle. The 'Know Your Business Customer' is a new obligation on plat-

forms to check and stop fraudulent companies from using their services. Such a measure would reduce the number of illegitimate traders and illegal activities online.

The Commission must promote transparent advertising practices that do not track our consumers and users through the Net. To this end, the DSA should include stricter measures on harmful advertising practices, digital nudging, microtargeting, recommended systems for advertisement, and also preferential treatment.

Another essential element in my report is targeted measures on online marketplaces and here we have dedicated a whole chapter in our report targeting online marketplaces such as Amazon and Alibaba. Consumers should be equally safe when shopping online or in stores and the Commission must, and should, address and reinforce liability for online marketplaces.

The report also deals with the e-Commerce Directive's fundamental parts, dealing with the liability regime when removing illegal content online. Finally, we are also proposing, for the first time in the digital sector, *ex-ante* rules to tackle the digital players' uncompetitive practice. The Commission must, and should, introduce this as a separate instrument from competition policy.

I would like to conclude by saying that I am hopeful that we can get your support for the IMCO report in tomorrow's vote and that this institution will send a strong message to the Commission on the measures to be included in the DSA.

Tiemo Wölken, *Berichterstatler*. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Kommissarin, in den letzten Wochen war die Dokumentation „The social dilemma“ durchgehend in den Top Ten der meistgesehenen Filme auf Netflix. Die Botschaft des Films oder der Dokumentation ist angsteinflößend und sehr eindringlich zugleich.

Soziale Medienplattformen sind längst kein simples Kommunikationsinstrument mehr, sondern riesige Profitmaschinen, die den öffentlichen Diskurs maßgeblich mit beeinflussen. Das tun sie, indem sie nicht nur darüber entscheiden, welche Informationen wir angezeigt bekommen, sondern auch darüber entscheiden, welche Inhalte überhaupt angezeigt werden dürfen und welche nicht – leider oft auch im Widerspruch zum Recht. Ich will aber gerade nicht, dass die Meinungsfreiheit der Nutzerinnen und Nutzer in Europa in den Händen von privaten Unternehmen liegt, die sich als Hilfsheriffs aufführen und Entscheidungen treffen, die eigentlich nur Gerichte treffen dürfen.

Wenn wir sagen, dass das Recht online genauso wie offline gelten soll, dann muss Schluss sein mit Eingriffen in die Meinungsfreiheit durch *overblocking* und willkürliche Löschung durch Plattformen. Deswegen schlägt der JURI-Bericht vor, klare Verfahrensregeln für das *Notice-and-Action*–System im Umgang mit illegalen Inhalten festzulegen. Das ist wichtig, weil es Rechtssicherheit schafft einerseits für die Plattformen, aber eben auch Rechtssicherheit schafft für Nutzerinnen und Nutzer und deren Grundrechte respektiert.

Außerdem fordert unser Bericht eine starke europäische Aufsichtsbehörde, die auf die Einhaltung der Regeln achten kann und vor allem die nötigen Durchsetzungsbefugnisse hat, um die gebotene Transparenz sicherzustellen. Eine Online-Plattform darf keine Blackbox sein. Ihr Handeln muss transparent, begründet und nachvollziehbar sein, insbesondere wenn sie so wichtige Entscheidungen über die Meinungsfreiheit der Nutzerinnen und Nutzer trifft.

Und das führt mich dann zu einem Punkt, auf den ich besonders stolz bin in unserem Bericht, dass wir vorgeschlagen haben, dass wir ein System installieren, das ohne Vorabkontrolle hochgeladener Inhalte auskommt. Tatsächlich schreiben wir der Kommission ausdrücklich vor, dass der *Digital Services Act* Plattformen nicht dazu anhalten darf, Uploadfilter einzusetzen. Auch der freiwillige Einsatz technischer Hilfsmittel durch Plattformen darf nicht dazu führen, dass Inhalte zum Zeitpunkt des Uploads gescannt und geblockt werden. Und ich glaube, das ist ein riesiger Erfolg nach der Debatte im letzten Jahr und ein Schritt zu einem Internet ohne weitere Uploadfilter.

Daneben gibt es Inhalte, die zwar legal sind, aber trotzdem großen gesellschaftlichen Schaden anrichten können. Für solche Inhalte wie *fake news*, Desinformationen, Hassrede und Propaganda können nicht die gleichen Regeln gelten wie im Umgang mit illegalen Inhalten, da solche Inhalte zwar oftmals unter der Geschmacksgrenze liegen, aber eben von der Meinungsfreiheit geschützt sind. Und das Problem, das wir mit solchen Inhalten haben, ist also nicht so sehr, dass es sie überhaupt gibt, sondern dass sie sich wie ein Lauffeuer durch das Internet verbreiten und von Plattformen bevorzugt in die Timelines der Nutzerinnen und Nutzer gespült werden, weil Algorithmen glauben, dass Aufmerksamkeit haschende Inhalte wichtiger sind als demokratische Auseinandersetzung zum Beispiel. Somit können Plattformen ihren eigentlichen Kunden – das sind nicht wir als Nutzerinnen und Nutzer, sondern die Werbetreibenden – eine besonders effektive Unterbreitung von gezielter personalisierter Werbung versprechen.

Wenn aber Algorithmen die menschliche Neugierde für Aufmerksamkeit erregende Inhalte aus Profitgründen ausnutzen und *fake news*, Hass und Hetze das Geschenkpapier dafür sind, in dem online personalisierte Werbung verpackt wird, dann müssen wir als Gesetzgeber einschreiten und gegen dieses Geschäftsmodell vorgehen. Deswegen fordern wir in dem Bericht, dass die *user* mehr Kontrolle über ihre Inhalte bekommen. Sie müssen entscheiden, welche Inhalte ihnen angezeigt werden, und sie müssen entscheiden, ob sie überhaupt gezielte Online-Werbung angezeigt bekommen wollen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass *user* Algorithmen ausgeliefert sind, die unsere gemeinsame gesellschaftliche Informationsbasis erodieren und unsere Demokratie gefährden. Wenn das der Preis dafür sein soll, dass Unternehmen aus dem Silicon Valley mehr Profite mit personalisierter Werbung machen können, dann ist dieser Preis eindeutig zu hoch, und dieses Geschäftsmodell hat in unserem digitalen Binnenmarkt nichts zu suchen. Deswegen werbe ich ausdrücklich dafür, bei der morgigen Abstimmung trotz des beantragten *split vote* zur Werbung eindeutig beim Text des Rechtsausschusses zu bleiben. Der *split vote* zu Ziffer siebzehn will nämlich den Schutz vor eben diesen schädlichen Geschäftspraktiken untergraben – und für uns ist klar, dass das nicht kommen darf, die Geschäftsinteressen der Werbeindustrie dürfen nicht vor den Interessen der Bürgerinnen und Bürger stehen.

Wir sind zwar – liebe Kolleginnen und Kollegen – in der Europäischen Union noch keine Spitzenreiter, was die Entwicklung von KI angeht, aber mit der Diskussion, die wir hier heute führen, sind wir sowohl China als auch dem Silicon Valley einen großen Schritt voraus. In Europa haben künstliche Intelligenz und digitale Dienste unseren Grundsätzen, unseren Werten und unseren Grundrechten zu folgen und nicht andersherum.

Kris Peeters, rapporteur. – Madam President, online services are everywhere, from the way we inform ourselves to the way we keep in touch with friends; from the way we buy books and clothes to the way we travel; from the way we eat to the way we make a date. Some people born in a different time, like myself, might want to go back to how it was before, because it seems like a simpler time. But we can't. We simply cannot put the genie back into the bottle. The online world with digital services, with artificial intelligence – it's all here to stay. The future will be more digital, not less, and it brings incredible progress that we, as policymakers, should embrace. But... it also brings dangers that we cannot ignore anymore.

Let us be honest with each other, colleagues. The EU has done more to regulate the online world than any other continent. Yet, even here, it is still the Wild West! Over the past decades, we have not followed up on illegal content and illegal activities online with the same rigour as we have illegal activities offline. We have not achieved any meaningful transparency over how algorithms push content to users on a massive scale. We have not grasped the impact of it on our democracies, our culture and our fundamental rights. Instead, we have focused on voluntary cooperation, which is good, but not good enough. Not nearly good enough.

So as this European Parliament discusses these six reports on the Digital Services Act (DSA) and artificial intelligence (AI), I have one overarching message: these digital files matter a great deal more than many people think. We cannot leave this to the private sector without oversight and enforcement. We must keep this in the public debate as a priority and we must regulate, no matter how technical these files are. The difficult challenge before us is to find the balance between digital progress and respect for fundamental rights.

As rapporteur for the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) DSA report, I'm raising a few issues right now. The value of lawmaking is the real change it effects. If we start off with conflicting regulations and directives that undermine each other instead of complementing each other, we have lost the battle before it starts. We must respect the scope of each digital file.

Secondly, the fundamentals of the e-commerce Directive were great, but its greatest issue was transparency. We must improve and enforce meaningful transparency, and I call for a clear mandate from this Parliament.

Thirdly, we all agree on the importance of notice and action mechanisms to remove illegal content online, but it places the burden almost entirely on users. We therefore should complement notice and action with clear and appropriate obligations to remove illegal content, and it's the public authorities who should provide the funding to follow up on this.

Finally, I would like of course personally to thank all the shadow rapporteurs and all my colleagues on the LIBE DSA report for their excellent cooperation.

Marcos Ros Sempere, *ponente suplente*. – Señora presidenta, voy a tomar la palabra en nombre de mi compañero y ponente de este informe, Ibán García del Blanco, que no puede estar hoy aquí en el Pleno y a quien hay que agradecerle el inmenso trabajo realizado.

El marco de principios éticos aplicables a la inteligencia artificial es el primer informe de iniciativa legislativa en el paquete sobre inteligencia artificial, elaborado en el Parlamento. La posición del Parlamento Europeo que aprobaremos esta semana será sin duda alguna esencial en la futura normativa europea.

El informe es el resultado de largas y complejas negociaciones entre todos los grupos políticos, que partían de posiciones muy alejadas, y también del trabajo realizado con las siete comisiones parlamentarias que han emitido opiniones. De parte del ponente, Ibán García del Blanco, quiero agradecerles a todos su trabajo y su compromiso para lograr una normativa totalmente novedosa, que sitúa a Europa en la vanguardia de la creación de una regulación que permita que los avances tecnológicos se transformen en beneficios para todos.

El informe legislativo contiene una propuesta de Resolución con recomendaciones destinadas a la Comisión y una propuesta de Reglamento europeo que establece los principios éticos aplicables al desarrollo, la implementación y el uso de la inteligencia artificial, la robótica y las tecnologías conexas en la Unión.

La inteligencia artificial se nos presenta como una tecnología con el potencial de cambiar el mundo tal y como lo conocemos, ofrece grandes oportunidades y conlleva grandes riesgos. Nuestra propuesta es un equilibrio para, por un lado, garantizar la confianza y la seguridad de los ciudadanos en las nuevas tecnologías y, por otro, apoyar la innovación en Europa. Es una propuesta respetuosa con la neutralidad tecnológica y proporciona un marco de futuro adecuado para responder con solvencia y responsabilidad a la rapidez de los cambios.

Nuestro informe se apoya en la creación de un marco regulador de principios éticos que sea de obligado cumplimiento para los programas informáticos, algoritmos y datos incluidos en la inteligencia artificial, la robótica y las tecnologías conexas que se desarrollen, se implementen o se utilicen en la Unión Europea.

Todas las tecnologías que operen en Europa deberán respetar esta perspectiva antropocéntrica. La dignidad humana, la autonomía y la seguridad de los ciudadanos no puede ser puesta en entredicho y, del mismo modo, debemos garantizar el cumplimiento de los derechos fundamentales y la legalidad de la Unión. Las tecnologías que impliquen una violación de estos principios no podrán operar en Europa, sin importar dónde se producen ni si tienen soporte o están en la nube.

En segundo lugar, hemos acordado una aproximación en función de los riesgos que pueden presentar. Serán consideradas de alto riesgo aquellas tecnologías que puedan tener un riesgo significativo de causar un daño o perjuicio -tanto a los ciudadanos como a la sociedad en su conjunto-, violar derechos fundamentales o quebrantar las leyes de la Unión. Para valorar estos riesgos hemos establecido criterios objetivos, atendiendo al sector, a los usos o propósitos y a la severidad de los daños o perjuicios que puedan causar. Esta definición pretende evitar que se produzcan vacíos legales.

También se incluye una lista exhaustiva de los sectores y de los usos que se consideran de alto riesgo, como la educación, la salud, el empleo y reclutamiento de trabajadores, las finanzas y la concesión de créditos, el transporte automático de vehículos, las decisiones de la administración pública o las cuestiones medioambientales.

Cuando una aplicación o tecnología sea considerada de alto riesgo, debe asegurar el cumplimiento de una serie de requisitos y obligaciones legales: garantizar el control humano, estrictas normas de seguridad, transparencia, explicabilidad y responsabilidad, fiabilidad de los datos, la no discriminación y la eliminación de sesgos en los algoritmos y los resultados de las decisiones automáticas, con garantías de privacidad muy estrictas en el caso de los reconocimientos remotos con datos biométricos y la exigencia de aplicación de los más rigurosos estándares de gobernanza.

En el Parlamento queremos garantizar, además, una inteligencia artificial sostenible medioambientalmente y con responsabilidad social, porque una inteligencia artificial ética es democrática, igualitaria, respeta a los trabajadores y a la propiedad intelectual, la diversidad cultural y el derecho a la ilustración digital. Y por ello apelamos a los Estados miembros y a la Unión para que las inversiones en investigación se dirijan a aquellos proyectos que ofrezcan un beneficio social o medioambiental.

Para asegurar el desarrollo democrático de las tecnologías, tanto las autoridades europeas como las nacionales deberán mantener un diálogo con las partes interesadas, incluyendo la sociedad civil, sindicatos, el establecimiento de los parámetros y estándares de gobernanza, así como prestar apoyo a pymes y empresas emergentes.

Además de establecer los principios, hemos de controlar el cumplimiento de estas obligaciones. Nuestro modelo refuerza la coordinación europea y enumera las tareas que deben realizarse, entre otras, establecer directrices obligatorias para la evaluación de la conformidad con los principios éticos.

Cuando se hayan probado, se otorga un certificado europeo de conformidad con los principios éticos. Esta garantía o sello de calidad será voluntaria para aquellas tecnologías que no sean de alto riesgo.

Cada Estado miembro nombrará una autoridad independiente encargada de aplicar dichas directrices, conceder el certificado europeo y realizar una supervisión continua de cumplimiento con los principios éticos, dotándola de medios y recursos suficientes.

La Comisión debe evaluar qué organismos y agencias existentes o futuros pueden cumplir con estas tareas.

Con el ponente, en mi Grupo consideramos que una agencia europea para la inteligencia artificial supondrá un valor añadido para conseguir un objetivo común, compartido por todos los miembros de la Cámara: hacer que la Unión Europea lidere en el mundo una inteligencia artificial ética, que sitúe al ser humano en el centro de su desarrollo y que garantice nuestros principios y valores.

Stéphane Séjourné (Renew). – Madame la Présidente, puisque nous parlons de l'intelligence artificielle et des nouvelles technologies, merci beaucoup au Parlement européen et également au bureau de Paris d'avoir donné aux parlementaires la possibilité d'intervenir depuis les bureaux! Merci également au Président du Parlement.

Madame la Présidente, nous parlons d'intelligence artificielle: celle-ci est présente dans notre vie quotidienne, avec les réseaux sociaux évidemment, avec des algorithmes de tous les jours, et dans notre économie aussi, bien sûr. D'ici 2022, 42 % des tâches seront effectuées par des algorithmes, contre 29 % aujourd'hui: c'est une mesure exponentielle. Deux entreprises sur trois utilisent déjà l'intelligence artificielle au quotidien.

Deux rapports ont déjà été présentés sur la responsabilité et sur l'éthique. Je voudrais remercier d'abord M. Voss pour son rapport important, car il aborde concrètement la question de la responsabilité, ainsi que la manière de réguler les grandes technologies d'avenir, comme la voiture autonome. Il permet aussi d'avoir un droit qui ne se morcelle pas et d'avoir une législation et une jurisprudence qui soient justement unifiées au niveau européen. Je voudrais remercier aussi M. García Del Blanco, qui lui non plus n'a pas pu être avec vous, pour ses travaux sur la question de l'éthique, qui est une question d'abord de confiance, et à cet égard la transparence n'est pas une fin en soi, c'est un outil de la confiance. Je vais prendre l'exemple de la reconnaissance par l'image: utilisée par les smartphones, la reconnaissance est, quand elle fonctionne, un bon outil, mais il peut y avoir des dérives, comme lorsqu'on voit un certain nombre d'États policiers utiliser cette technologie.

Mon rapport, Madame la Présidente, constitue lui aussi un élément de protection. Après la protection de l'éthique, après la protection de la responsabilité, il y a aussi la protection des innovations, qui doivent être protégées via la propriété intellectuelle. Nous recommandons à la Commission de revoir cette question et de faire un *reset* à ce sujet. Jamais la planète n'a eu autant d'idées, puisque 3,3 millions de demandes de brevet ont été déposées l'année dernière, et c'est en perpétuelle augmentation. La question de ce rapport est de savoir qui détient le droit de propriété intellectuelle d'un travail intellectuel entièrement généré par l'intelligence artificielle. Mon rapport, sans vouloir décourager la création humaine, donne un certain nombre de préconisations.

J'en citerai trois. Nous recommandons justement de ne pas reconnaître la personnalité juridique à une intelligence artificielle. Nous recommandons aussi de distinguer la création qui a été aidée par l'intelligence artificielle d'une création qui a été entièrement générée par l'intelligence artificielle. Il faudra également se doter d'une grande stratégie des données. Je sais que Margrethe Vestager et Thierry Breton sont très sensibles à ces questions. Cette stratégie est nécessaire, nous avons besoin des grands ensembles de données pour qu'un système d'intelligence artificielle puisse se développer et également développer des idées.

Je finirai, Madame la Présidente, par un point d'actualité qui est peut-être en dehors du champ de mon rapport, mais qui s'inscrit lui aussi dans ce débat conjoint sur la législation sur les services numériques (DSA). L'actualité française nous montre aussi à quel point nous allons devoir réfléchir collectivement à la régulation des données: je parle du drame que nous avons vécu en France avec la décapitation d'un enseignant qui avait été lynché sur les réseaux sociaux pendant des semaines. Pour ma part, je pense qu'il faut mettre fin à l'autorégulation des réseaux sociaux et fin au contenu haineux. Il faut sortir de l'hypocrisie sur cette question-là. Qui peut accepter que des comptes Twitter fassent l'apologie du terrorisme pendant des semaines sans que personne ne fasse rien? À mon avis, personne! Qui peut accepter un tel déversement de haine sur tous les réseaux, sur Facebook? Personne. Qui peut accepter le lynchage en public d'un enseignant qui ne faisait que son travail? Personne. Madame la Présidente, il s'agit de prendre nos responsabilités, avec nos collègues, avec toute la représentation européenne, avec la Commission et en son soutien. Il en va de nos valeurs, de nos valeurs européennes, de nos valeurs de démocratie. Il s'agit de réguler les réseaux sociaux et d'aller un peu plus loin que la seule question des contenus illicites en abordant celle des contenus préjudiciables. Je pense que c'est un bon moyen d'action.

Merci beaucoup de nous avoir permis d'intégrer cette réflexion depuis le bureau de Paris et depuis d'autres bureaux pour d'autres collègues. J'interviendrai de nouveau s'il le faut dans le débat.

Axel Voss, Berichterstatter. – Frau Präsidentin, liebe Frau Vizepräsidentin Vestager! Zunächst einmal handelt mein Bericht jetzt von Haftung und künstlicher Intelligenz, und ich möchte zunächst einmal den Schattenberichterstattern recht herzlich danken, weil wir hier einen sehr kooperativen *spirit* hatten, der uns weiter nach vorne gebracht hat, der aber letztlich auch ein starkes Signal sendet, sowohl an die Kommission als auch an die Mitgliedsstaaten. Die Digitalisierung insgesamt ist natürlich für die Gesellschaft, für die Wirtschaft von extrem großer Bedeutung und Herausforderung, aber es geht meines Erachtens eben auch um unser wirtschaftliches Überleben.

Die künstliche Intelligenz nimmt in diesem Zusammenhang einen besonderen Stellenwert ein und stellt eine besondere Herausforderung dar und ist von strategischer Relevanz für unsere wirtschaftliche Entwicklung insgesamt. Wir werden den Wettbewerb nur wirklich aufnehmen können, wenn wir tatsächlich auch einen digitalen Binnenmarkt hinbekommen, weil wir sonst anderen Regionen dieser Welt einfach zu fragmentiert gegenüberstehen.

Und deshalb, meine ich, müssen die Mitgliedsstaaten hier auch in sich gehen und auch mal über ihre Kompetenzen hinausgehen und sagen, das ist zum Wohl aller, wenn wir uns über zivilrechtliche Haftung auch entsprechend unterhalten. Da kann man nicht einfach blockieren und dann sagen, das ist unsere Kompetenz. Nein, hier geht es um einen digitalen Binnenmarkt, um unser aller Vorankommen. Folgerichtig fordern wir diesbezüglich im Grunde auch eine Verordnung, und wir meinen das auch wirklich ernst, gerade im Hinblick auf diesen digitalen Binnenmarkt.

Was hat uns eigentlich dazu geleitet, das zu machen? Wir wollen, dass der Einzelne auch eine Entschädigung erhält wie nach dem normalen nationalen Deliktsrecht. Wir wollen aber auch, dass er nicht darlegen muss, ob es jetzt die Software, die Hardware, die falsche Betreibung oder falsche Algorithmen waren. Wir wollen einfach, dass er entschädigt wird. Wir wollen auch existierenden Haftungsregelungen aus den Mitgliedsstaaten entsprechen. Wir wollen keine Verhinderung von künstlicher Intelligenz und deren System, und wir wollen zukunftsorientiert nach vorne gehen.

Warum meinen wir, dass das wichtig ist? Wir sitzen jetzt in dieser Zeit da dran, das zu entwickeln. Wir brauchen deshalb eine klare Sicht auf die Dinge, eine Rechtssicherheit, eine Rechtsklarheit, einen voll harmonisierten Rahmen, keine Fragmentierung, um hier die unterschiedlichen Anwendungen im Binnenmarkt auch auszuschließen. Wir wollen auch Klarheit haben – nicht erst durch höchstinstanzliche Gerichte nach fünf bis acht Jahren –, und wir wollen Rechtslücken füllen.

Deshalb aber gibt es am Ende keine Überregulierung, deshalb ist das Ganze keine Revolution, sondern lediglich das Verbinden von entsprechenden risikoreichen künstlichen Intelligenzsystemen zu dem, was schon existiert, und diese Verbindung zu dem existierenden Recht halten wir auch für vernünftig. Deshalb müssen wir immer nochmal beachten, dass wir als Rechtsausschuss im Moment auch kein kohärentes System bieten können, weil wir internen Regelungen folgend bestimmte Dinge einfach nicht berücksichtigen können.

Das Ziel ist es hier eigentlich, sich auch nur auf Hochrisikoanwendungen zu beschränken, weil wir denken, nur das macht eigentlich dann auch Sinn, das mit einer entsprechenden Haftung zu versehen. Andere Risiko-KI-Systeme werden ohnehin den normalen Rechtsfolgen von Haftung entsprechend unterzogen.

Wir wollen wegen der Rechtsklarheit eine klare Liste haben, welches KI-System darunter fällt, und wir wollen als Gesetzgeber flexibel agieren, dass wir auch schnell auf rasante Veränderungen hinweisen können, indem wir der Kommission delegierte Rechtsakte anheimstellen. Darüber hinaus ist auch der immaterielle Schadensersatz angesprochen, und da bitten wir die Kommission zu prüfen, ob es auch hier Harmonisierungsbedarf gibt.

Dita Charanzová, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Madam President, the Internet is a vital part of our lives and our economy. Because of this, we all should want an Internet that reflects our European values, while being a fair single market for businesses to compete in. This is what the Renew Europe Group wants and this is what is in the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO) report, and for this, I thank the rapporteur.

Renew Europe wants any future European regulation to respect what makes the Internet great, which is the freedom to speak your mind, to upload your creations and to, at the click of a button, share new innovations and new business models which change the world. We don't want to over-regulate. The reason why we have this Internet we love is because we set down very basic rules in Europe and then got out of the way. We let the Internet grow organically. We let innovation and start-ups run free, and here we are 20 years later.

Governments should not get in the way of a global system that is working well. Governments should especially not get in the way of the freedom of speech online. This must be equally true for the EU as a whole.

At the same time, a lot of things in the digital world have changed in 20 years – just look at where this debate is happening. One of these changes is the growth of Internet giants. The Renew Europe group is not against such companies that millions of users use and trust. Nevertheless, we must make sure they play fairly with other companies and take a greater role in social responsibility.

We, however, don't want to force actions where they are not needed – regulation for the sake of regulation. Artificial barriers to foreign companies and the creation of false European champions are not the answer to a strong digital single market in Europe. This is why we call on the Commission to keep this balanced approach as we work on the Digital Services Act and the Digital Market Act.

Alexandra Geese, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz*. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin Vestager! Das Internet war und ist ein Ort der Freiheit, insbesondere in autokratischen Staaten, und diese Freiheit zu bewahren, das ist unsere wichtigste Aufgabe. Aber heute ist die Sorge darum riesig: Falschinformationen verbreiten sich mit atemberaubender Geschwindigkeit, Hass und Hetze verdrängen Frauen und Minderheiten aus dem öffentlichen digitalen Diskurs, und auch das bedroht die Meinungsfreiheit.

Aber wie konnte das geschehen in den letzten 20 Jahren? Heute sind es wenige monopolartige Unternehmen, die maßgeblich darüber entscheiden, was Menschen im Internet überhaupt zu sehen bekommen. Deswegen brauchen wir jetzt eine neue Gesetzgebung für digitale Dienste und neue Regeln für den Wettbewerb.

Was sind dabei die dringendsten Aufgaben? Wir müssen zunächst einmal einem Werbegeschäftsmodell ein Ende setzen, das Menschen ausspioniert und ihr Verhalten manipuliert. Diese Chance müssen wir auch nutzen, um die Finanzierung der Qualitätspresse wieder auf sichere Füße zu stellen, denn wir brauchen sie so dringend in Zeiten der Unsicherheit. Heute gehen nämlich drei Viertel der digitalen Werbeeinnahmen – in Frankreich und Deutschland zum Beispiel – an Google und Facebook.

Zweitens: Online-Plattformen müssen offenlegen, nach welchen Grundsätzen sie Beiträge priorisieren. Wir müssen hier Licht ins Dunkel dieser Plattformen bringen, und Nutzerinnen und Nutzer müssen die Möglichkeiten haben, ihre Time-lines nach eigenen Wünschen zu gestalten.

Drittens brauchen wir ganz klare Regeln für den Umgang mit illegalen Inhalten, das heißt detaillierte und verbindliche *Notice-and-Action*-Verfahren. Transparenz und demokratische Kontrolle also, das sind auch unsere Leitwerte für künstliche Intelligenz. Künstliche Intelligenz muss den europäischen Prioritäten dienen, und das ist im Moment zuallererst der *European Green Deal*, denn unsere dringendste Aufgabe ist immer noch der Klimaschutz.

Aber wenn es um Menschen geht, dann brauchen wir strenge Regeln, denn wir wissen, dass künstliche Intelligenz ein guter Diener ist, aber ein schlechter Herr. Wir wissen, dass künstliche Intelligenz Schief lagen aus der Vergangenheit wie Rassismus oder die Benachteiligung von Frauen in die Zukunft projiziert und uns deshalb in der Vergangenheit verankert, und das wollen wir nicht.

Zuletzt müssen wir europäische Grundrechte auch bei künstlicher Intelligenz wirksam durchsetzen, und das wird nur mit einer europäischen Stelle gehen, die die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe mit den global agierenden digitalen Unternehmen vertreten kann.

Josianne Cutajar, *Rapporteur għal opinjoni tal-Kumitat għat-Trasport u t-Turiżmu*. – Tkellimna hafna fl-ahħar xħur fuq kif l-Ewropa trid tikseb awtonomija teknoloġika. Ir-rapport li qed niddiskutu llum huwa pass importanti f'din id-direzzjoni. Is-suq globali ddominat mill-ggħanti itellef lill-kumpaniji zghar Ewropej waqt li jimpatta hażin lill-konsumaturi.

B'mod li nirrikonoxxu n-natura diġitali tal-pjattaformi jeħtieġ li nżidu r-responsabbiltajiet li għandhom iġorru. Biex nipproteġu aħjar lill-konsumatur jeħtieġ li l-pjattaformi diġitali jkunu mistennija jivverifikaw l-identità ta' dawk li jip-provdu s-servizz tagħhom. Mħux biss, imma neħtieġu protokoll ċar għall-pjattaformi biex jiehdu azzjoni fuq kontenut illegali fl-ispażji tagħhom.

It-turisti u l-passiġġieri jixraqilhom trattament tajjeb. Dan ifisser servizz trasparenti u li l-konsumatur ikun infurmat biżżejjed biex jagħmel l-aħjar għażliet għalih. Ikollna suq ġust biss jekk kulhadd igawdi mid-data li niġġeneraw il-hin kollu.

Huma dawn l-elementi li neħtieġu għal suq inqas frammentat u iktar konsolidat li jipproteġi lill-aktar vulnerabbli u jħares id-drittijiet.

Izaskun Bilbao Barandica, *ponente de opinión de la Comisión de Transportes y Turismo*. – Señora presidenta, comisaria, el desarrollo de la computación, del Big Data y de los algoritmos han propiciado que la inteligencia artificial sea hoy estratégica. Pero solo las personas podemos garantizar que valores como el pluralismo, la solidaridad y la democracia nos vacunen contra los errores y abusos que pueden convertir esta oportunidad en una pandemia de «negligencia artificial». Necesitamos una legislación clara, sencilla, flexible y común que no perjudique la competitividad de nuestros emprendedores en el mercado global y evite la fragmentación, que controle los procesos de generación y funcionamiento de estas herramientas, detecte riesgos y corrija disfunciones mediante la evaluación permanente y que garantice una participación estructurada de las y los usuarios.

Este plan global debe animar una intensa actuación local, centrada en coordinar y conocer mejor las capacidades tecnológicas, promocionar talento y apoyar el intraemprendimiento y la creación de nuevas empresas. Así, aportando conocimiento y valor al sistema industrial local, regiones como Euskadi, recientemente señalada como ejemplo de innovación por la presidenta Von der Leyen, deben ayudar a la Unión a ganar competitividad global.

La inteligencia artificial necesita principios éticos para prevenir sesgos en los algoritmos, clarificar aspectos industriales y jurídicos y establecer fórmulas para determinar y depurar la responsabilidad civil derivada de hechos en los que la influencia de la inteligencia artificial sea clave.

Este es un aspecto crucial en el ámbito de la movilidad. Desde la Comisión de Transportes y Turismo apostamos por la inteligencia artificial para ofrecer servicios integrados, mejor adaptados a los usuarios y más verdes. Pero advertimos que, sin inversión en infraestructuras para que los datos se recojan y circulen adecuadamente, la tecnología no bastará.

Los cambios que vienen exigen una visión holística del transporte urbano e interurbano e innovación y formación para consolidar los nuevos oficios que demanda ya la movilidad inteligente.

Petra Kammerevert, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die bisherigen Debatten zum *Digital Services Act* haben mir gezeigt, dass wir noch nicht hinreichend verinnerlicht haben, was es eigentlich bedeutet, dass die EU seit nunmehr 15 Jahren Rechtssubjekt der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt und der kulturellen Ausdrucksformen ist.

Das zufällige Vorhandensein vieler bunter Videos im Netz mag vielleicht unterhaltsam sein, ist aber mitnichten die Sicherung kultureller Vielfalt oder gar von Medienvielfalt. Kulturelle und mediale Vielfalt sind erst dann sichergestellt, wenn wir alle wesentlichen Akteure verpflichten, die Auffindbarkeit journalistischer Inhalte sowie Inhalte der kulturellen Bildung jenseits wirtschaftlicher Interessen ohne Wenn und Aber zu garantieren.

Dafür braucht es mutige Regulierung, die ansetzt, bevor große Dienstleister wichtig oder gar Gatekeeper sind. Dafür braucht es besondere Regelung, weil Medien eben nicht nur Wirtschaftsgut, sondern auch Kulturgut sind und deshalb anders zu behandeln sind als Butter oder Schrauben.

Nicht die Vielfalt bunter Videos, sondern das Vorhandensein glaubwürdiger und qualitativ hochwertiger Informationsangebote, die für jedermann leicht erreichbar sind, ist die Grundvoraussetzung, um in einer digitalisierten Welt eine sinnstiftende öffentliche Debatte zu ermöglichen, die das Fundament einer freien, demokratischen Gesellschaft bildet. Weil dies so wichtig ist, braucht es insbesondere im Bereich kultureller und medialer Vielfalt besondere Regulierungen.

Und in einer Welt, in der Big Data und algorithmische Entscheidungen eine immer größere Rolle spielen, stehen wir gleichsam vor einem Paradox: Für die Intermediäre selbst werden die Meinungsbildungsprozesse durch Daten, die ihnen zugänglich sind, immer transparenter. Die Öffentlichkeit aber weiß immer weniger darüber, welche Mechanismen und Einflüsse die politische Meinungsbildung prägen.

Sie sehen selbst, dass hierfür die Offenlegung von Algorithmen allein nicht ausreichen wird. Es bedarf mutiger und vor allen Dingen vorabgestaltender Vielfaltssicherung und darüber hinaus auch neuer politischer Initiativen für die Sicherung eines unabhängigen Qualitätsjournalismus in der EU. Ich glaube, in dieser Hinsicht haben wir noch eine ganze Menge Arbeit vor uns.

Patrick Breyer, *rapporteur for the opinion of the Committee on Legal Affairs*. – Madam President, the digital age we live in today permeates our daily lives and even more so our children's lives.

Can we accept that algorithms created by international corporations decide on what we can say and read online, what human rights defenders can say, what dissidents and whistle-blowers can publish?

Do you know that YouTube's filters suppressed a parliamentary debate on torture because they confused it with violence online? Many constitutions ban ex-ante censorship. It is high time we take back control and do the same with censorship machines used by digital platforms.

Secondly, let's tackle the predominant business model of surveillance capitalism. Major platforms are tracking our every click, everything we read and write online, to analyse our personalities, our likes, our weaknesses, our illnesses.

We cannot accept this permanent surveillance of users online, and therefore we need to make sure that we are not subject to pervasive tracking.

Likewise, the right to anonymity is essential to safeguard our identity online and prevent abuses and data losses and sales.

Finally, let's address the gated communities on the internet. Let's make sure consumers can choose which platform to use to ensure competition and to ensure interaction across platforms, to break the dependency and the user lock-in that is predominant on the internet. Let's make sure we take back control of our digital lives.

Let me add one aspect regarding the AI reports. There is some mention here of biometrics surveillance that has nothing to do with the report on AI and IPR protection. Let's make sure that we do not confuse artificial intelligence with surveillance. This language on biometrics surveillance needs to be deleted.

Assita Kanko, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Madam President, we are in the midst of a global tech race. Technology should empower us all, but we see everyday how it can be deployed for malign purposes, from deep-fake videos undermining democracy to the challenge of fully autonomous weapon systems.

The EU is a regulatory power, but we must also be a tech superpower, not only for regulation but also for promoting technology and supporting it. That means developing metadata skills and partnerships with like-minded allies. The only way to ensure ethical development of AI is for the world's democracies to win the global tech race and set the global standards. If China comes first, our ethical frameworks will be nothing more than well-intentioned empty words, and that cannot be.

Marina Kaljurand, *rapporteur for the opinion of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Madam President, as the S&D shadow, first of all, I'd like to thank our rapporteur Kris Peeters and all the other shadows for the constructive work and I'd like to congratulate us all on a balanced and forward-looking report.

This topic is very close to my heart. I come from Estonia, a country where we have had the privilege of enjoying the benefits of online services for almost 30 years and I will continue in Estonian.

COVID-19 kriisi tõestas kogu maailmale seda, mida meie Eestis oleme teadnud digiühiskonnast juba ligi kolmkümmend aastat. Me oleme harjunud võimalustega, mida digiteenused pakuvad, ja me teame väljakutseid ning ohte, mida digiteenuste kasutamine kaasa toob.

Olen veendunud, et toimiv digitaalne ühisturg toob majanduslikku ja ühiskondlikku kasu igale inimesele, igale liikmesriigile – Euroopa Liidule tervikuna. Ja mul on hea meel, et oleme jõudnud digiteenuseid reguleeriva korra ülevaatamiseni ja kaasajastamiseni Euroopa Liidu tasemel. E-kaubanduse direktiiv võeti vastu kakskümmend aastat tagasi. See vajab kaasajastamist. Ootan huviga komisjoni digiteenuste õigusakti ettepanekut ja loodan, et see arvestab meie raportis tehtud ettepanekutega, mis keskenduvad eelkõige põhiõigustele ja andmekaitsele. Nimetan neist olulisemaid. Digiteenused peavad tuginema kehtivatele Euroopa Liidu õigusaktidele, kaasa arvatud isikuandmete kaitse üldmäärusele ja e-privatsuse direktiivile. Peab olema tagatud õiglane digitaalne ökosüsteem, kus järgitakse põhiõigusi, eelkõige väljendus- ja teabevaldust, ning igasugune diskrimineerimine on välistatud. See, mis on ebaseaduslik väljaspool internetti, peab olema ebaseaduslik ka veebis ning kõrvaldatud. Digiteenuste osutajatele, sh veebiplatvormidele peavad olema kehtestatud selged ja konkreetset kohustused ebaseadusliku sisu kõrvaldamiseks. Paranema peab koostöö teenustepakkujate ja liikmesriikide ametiasutuste vahel. Jätkuvalt peab olema keelatud üldine järelevalvekohustus, mis on täna sätestatud e-kaubanduse direktiivis. Seejuures tuleb rõhutada, et tänaste automaatsete vahenditega ei ole võimalik piisavalt analüüsida ja mõista veebisisu ning lõpliku otsuse tegemine peab jääma inimesele.

Olen veendunud, et digiteenuste turg ei saa olla täielik ja täiuslik ilma üleeuroopalise kehtiva digitaalse ID-ta. Loodan, et komisjon kiirendab tegevusi elektroonilise identifitseerimise määrase jõustamiseks üle kogu Euroopa Liidu territooriumi, sest praeguse tempoga ei saa rahul olla. Ning tunnustan Euroopa Liidu Nõukogu käesoleva aasta oktoobri järeldusi, milles rõhutatakse isikute turvalise identifitseerimise vajadust läbi Euroopa Liidu ülese raamistiku. Tahan rõhutada ka küberjulgeoleku aspekte, nii tavainimese – tarbija aspektist kui ka teenuste pakkumise aspektist. Me kõik vajame koolitust, me kõik vajame pädevat tarbijat.

Head kolleegid, kutsun teid kõiki üles hääletama kõigi kolme raporti poolt.

Margrethe Vestager, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, I think it is kind of strange: we are few here because this is a digital debate, and yet the energy and the enthusiasm is to be felt. I think that comes from the fact that the work done is truly impressive, because it's work that has involved so many colleagues in this assembly, so many colleagues who have done the effort to study the subjects, to form opinions and to discuss. Even though it will be, I think, a truly amazing debate today, it will in no way do justice to what has gone before this debate, because it is truly a thing that includes the entire Parliament. This is also why it's a bit unfair to start thanking some rapporteurs and leaders in this, but I would say to Alex Saliba, Tiemo Wölken and Kris Peeters that this is outstanding work.

We will respond to your initiatives with two legislative proposals: the Digital Services Act and the Digital Markets Act, and this will reflect ideas. Fundamentally we share the same goals. I think that is most obvious. We want to better protect citizens when they use the internet, whether that is in protection against illegal goods, services, content online. As it was put, we need to make sure that as we feel safe offline we should feel safe online.

Also, to better secure the freedom of expression online. This of course, as you have heard already, is a tricky balance to strike. To achieve this, we need to lay down a solid and impactful EU-wide accountability framework. Obviously that has to come with enforcement, because words alone will not do it; then it would be just window dressing. The balance we will have to strike here is of course that we will have to say to some of the gatekeepers, the largest platforms, that things will change.

Europe is open and we will do this in full compliance with our international obligations, also because we would want to work with the rest of the world to set new standards. In order to do so, we intend to break down legal barriers in the internal market and combat unfair practices by gatekeeper platforms. This will help European innovators, small businesses, to scale, to grow, to be able to compete for our attention, to compete for our business.

With the Digital Services Act I think two things have stood the test of time: no general monitoring of user content is one; and, second, a well-balanced system of liability, and the internal market as the core.

But things have changed, so obviously we also need to set out in law the responsibilities that platforms must have in relation to their role as societal and economic impactors, as they are. This is one of the reasons why we're working on this Digital Markets Act in parallel with the Digital Services Act. This regulation will specifically target large digital gatekeepers defined by objective criteria, setting out a clear list of 'dos and don'ts' in full compliance again, of course, with international obligations. It will also provide for a market investigation framework to address digital markets that may be prone to market failure and prone to the creation of new gatekeepers.

On artificial intelligence, let me thank also MEP Ibán García Del Blanco for the intense work. I really welcome Parliament's contribution here. This is ground-breaking, this has not been done before. We share the same ambition to create a sound and future-proof legal framework for trustworthy artificial intelligence in Europe so that people can benefit from AI-driven products and services that are safe and that respect European fundamental rights and values. For this we need an AI framework that creates new opportunities for European businesses to innovate, to scale up. We ought to be the global hub for AI Made in Europe and set the global standard for trustworthy AI.

We want to fully leverage the potential of AI while mitigating associated risks, and I think we all recognise that this is the balance. We will be discussing this back and forth and back and forth, because it is indeed a balance to be struck as not every AI implies a risk. High-risk applications of AI should be put under intense scrutiny. However, we should not define high-risk AI so broadly that it creates legal uncertainty and disproportionately overburdens businesses or hampers innovation. We need to form a framework that is future-proof, and I expect that we will engage in this very intensely because it is indeed a balance.

We also welcome the report for dealing with liability for AI, and here Axel Voss has done outstanding work. It's very impressive, and we agree that the current liability rules are challenged by AI characteristics.

Our institutions also agree on the objective for liability aiming for the same level of protection for victims of AI-related damages, and victims of damages of other technologies. I think that is a very sound and straightforward principle. For what concerns the Product Liability Directive, the Commission appreciates the Parliament report. We will carefully consider it and then we will discuss.

On the Parliament report on intellectual property (IP) rights, I think that shows the pivotal role of IP rights for the EU to become a leader in artificial intelligence. Without this, it will not happen, and we want to thank also MEP Stéphane Séjourné for his excellent work. We need an EU IP framework that enables innovations in the field of AI technologies. Companies in the European Union, must be able to efficiently protect but also to share their inventions in the field of AI technologies. That is what will create excellence in artificial intelligence. Thank you again also for this ground-breaking work.

Last, but not least, I think this will be an amazing debate. We have started it, I think, already in the best possible manner. One of the delights is to see how there is convergence between the different reports, between the thinking of the Commission and what Parliament is proposing here. I think that is very strong because that shows citizens that what we want to create is a society where technology serves humans, where humans are empowered, where humans are in control. We don't want a society where people feel estranged, feel that there is the risk that some machine will take some decision in complete transparency without knowing if their rights are actually being fulfilled. We have one generation to do this. This is now, it is happening, and I do hope that you will recognise many of these valuable points in what we suggest. I'm looking forward not only to the debate today, not only to the proposals, but also to the debate that we will have to make sure that we get a strong European regulatory framework that can actually be enforced in real life.

Lina Gálvez Muñoz, *ponente de opinión de la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales*. – Señora presidenta, como ponente de la opinión de la Comisión de Empleo y Asuntos Sociales sobre el informe relativo a los aspectos éticos de la inteligencia artificial, elaborado por Ibán García del Blanco en la Comisión de Asuntos Jurídicos, me gustaría subrayar la trascendencia que este expediente tiene para la dignidad y los derechos de los trabajadores.

La mayor flexibilidad o eficiencia que puedan traer el uso de estas tecnologías no puede ser sinónimo de formas más sofisticadas de explotación o de supervisión de los trabajadores. Como resultado, la ley, nuestro marco legislativo, debe avanzar en una normativa que proteja a los trabajadores contra mecanismos de supervisión y métrica que vulneren su privacidad, su reputación o sus posibilidades de promoción o de permanecer en su puesto de trabajo.

Debemos asegurar que los datos de los trabajadores pertenezcan a los trabajadores, incluso cuando la relación laboral haya terminado. El desarrollo de esta tecnología debe estar libre de sesgos discriminatorios y de la reproducción de estereotipos de género, de raza, de clase o en función de las preferencias sexuales.

Esta iniciativa es simplemente un primer paso y debe estar seguida de legislación específica para los temas laborales.

Adam Bielan, *autor projektu opinii Komisji Rynku Wewnętrznego i Ochrony Konsumentów*. – Pani Przewodnicząca! Działania Unii Europejskiej na rzecz pogłębienia jednolitego rynku usług cyfrowych, które zwiększą suwerenność i konkurencyjność cyfrową Europy, powinny być dla nas – szczególnie teraz, po doświadczeniach epidemii koronawirusa – sprawą priorytetową, jednym z najważniejszych zadań dla tej izby.

Dlatego z zadowoleniem przyjmuję zobowiązania i postępy Komisji przy wprowadzaniu zharmonizowanego podejścia dotyczącego obowiązków dostawców usług cyfrowych, w tym pośredników internetowych, w celu uniknięcia podziału rynku wewnętrznego i niespójnego egzekwowania przepisów. Wprowadzając nowe przepisy, musimy jednak pamiętać, że obciążanie małych i średnich przedsiębiorstw niepotrzebnymi nowymi obowiązkami może zahamować ich rozwój i uniemożliwić im zdobycie pozycji na rynku.

Kodeks usług cyfrowych musi być również zgodny z podstawowymi prawami użytkowników i konsumentów, takimi jak ochrona prywatności i niedyskryminacja, a przede wszystkim nie może osłabiać wolności słowa – wielkiej zdobyczy internetu. Chciałbym także podkreślić znaczenie poszanowania odmiennych tradycji narodowych, tak abyśmy walcząc z nielegalnymi treściami, nie narzucali tych samych zasad w całej Europie, na przykład w przypadku budzących kontrowersje wypowiedzi. Dlatego opowiadam się za utrzymaniem zakazu ogólnego obowiązku monitorowania treści i uważam, że należy zapewnić nadzór nad systemem moderowania treści, tak aby nie stał się narzędziem cenzury oddanej w ręce prywatnych firm.

Kodeks usług cyfrowych może ingerować jedynie w treści nielegalne, nie może być mowy o żadnych kompromisach w kwestii obrony wolności słowa.

Svenja Hahn, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz*. – Frau Präsidentin! Künstliche Intelligenz ist Alltag für uns. Zum Beispiel, wenn unsere Musikstreaming-App uns neue Songs vorschlägt, basierend auf unseren Hörgewohnheiten. Andere Bereiche sind für die meisten von uns vielleicht weniger alltäglich, aber haben das Potenzial, Produkte, Branchen, ja unser ganzes Leben zu verändern – in der Medizin, in der Mobilität oder in der Landwirtschaft.

Die EU hat sich nun zum Ziel gesetzt, ein einheitliches Regelwerk zu schaffen. Das ist Pionierarbeit, und man muss auch einfach sagen, es bietet eine echte wirtschaftliche und gesellschaftliche Chance und kann zu einem großen Standortvorteil werden.

Dabei gibt es drei Punkte, auf die wir besonders achten müssen: Erstens: Wir müssen Innovationen fördern statt bremsen. Wir sollten bei jeder Art von Regulierung technologieoffen bleiben und auf unbürokratische Regeln setzen.

Zweitens: Bürgerrechte sind nicht verhandelbar. Der Schutz von Grundrechten steht für mich ganz oben auf der Agenda. Massenüberwachung durch automatische Gesichtserkennung darf es genauso wenig geben wie Verpflichtung zu Uploadfiltern.

Drittens: Die Harmonisierung im Binnenmarkt. Die Chance von künstlicher Intelligenz für Menschen und Wirtschaft heben wir eben nur mit einheitlichen Regeln für den gesamten Binnenmarkt. Denn das schafft größtmögliche Rechtssicherheit für Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher.

Doch dafür müssen wir das Rad nicht neu erfinden. In vielen Bereichen haben wir bereits bestehende Regelungen, zum Beispiel in der Frage der Haftung, in der Frage des geistigen Eigentums. Aber wir müssen genau hinsehen: In welchen Punkten brauchen wir vielleicht Updates, die den Charakteristika von künstlicher Intelligenz entsprechen? Denn unser Ziel muss es sein, einen Rahmen zu setzen, der smart, technologieoffen und nachhaltig ist und auf ethischen Grundsätzen und europäischen Grundwerten basiert. Dann können wir es schaffen, dann kann die Europäische Union es an die Weltspitze schaffen, an die Weltspitze der Innovation.

Cláudia Monteiro de Aguiar, *relatora de parecer da Comissão dos Transportes e do Turismo*. – Senhor Presidente, o desejo de construir máquinas que substituam as atividades do ser humano existe há séculos. O que antes era considerado o futuro agora faz parte do nosso quotidiano com o nome de inteligência artificial. A inteligência artificial é, pois, um modelo baseado em dados e estes dados são o principal catalisador para a inovação na atual era digital e tecnológica.

No que respeita aos transportes, seja nos veículos automatizados, nas infraestruturas ou nas soluções inteligentes de gestão de tráfego para mercadorias ou, simplesmente, para a mobilidade, os níveis de automatização e inteligência artificial, além de distintos, são bastante desenvolvidos neste setor face a outros setores.

O nosso papel enquanto legisladores é garantir que a União crie princípios comuns adaptados a esta realidade, que no quadro da responsabilidade civil na Europa sejam garantidos os mesmos níveis de proteção aos consumidores quando se trata da utilização da inteligência artificial no espaço físico ou virtual, assegurando confiança nestes sistemas, apoiando a inovação tecnológica sem criar burocracias desnecessárias ao tecido empresarial que tenciona inovar. Julgo que é neste sentido, pois, que todos devemos e temos de trabalhar.

Andor Deli, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Madam President, as the draftsman for the Committee on Transport and Tourism opinion on Intellectual property (IP), I can say that the role of AI in these sectors will be crucial.

Traffic safety and security in all transport modes, automated driving, navigation, car manufacturing, the hostility sector – these need access not only to big data but also to standard-essential patents (SEP) and other intellectual property under equal and fair conditions throughout the EU internal market.

But with AI it became obvious that intellectual property protection strategies of the past cannot work. We must develop flexible copyright, patent, trademark design protection and even trade secret rules that will accommodate all these new aspects.

Europe needs these legal instruments fast. We need the IP and AI framework that incentivises innovation and protects Europe's pole position in car manufacturing and in tourism, for example. There is no time to waste, so I am urging the Commission to act as fast as possible.

Łukasz Kohut, *rapporteur for the opinion of the Committee on Culture and Education*. – Madam President, while the advantages of AI for society as a whole are indisputable, we need to make sure that everyone benefits from it. Digital social exclusion: without the know-how on the ever-progressing digital tools, many of our citizens will not be able to benefit from them, especially senior citizens. But, not only that, they might also be excluded from certain public spaces completely, if the only way to participate is digitally and they have no such competence.

Education is key. We need custom-tailored digital education at all levels. Education is also paramount for fighting AI-related conspiracy theories, which feed the agenda of those who want to politically cash in on people's fears. Let me just mention 5G or chemtrails conspiracies. So, once again, education is essential for this process to be successful.

Pablo Arias Echeverría, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, señora vicepresidenta Vestager. En primer lugar, quería agradecer al ponente, el señor Saliba, y a todos los ponentes alternativos el esfuerzo y el espíritu de colaboración para llegar a los consensos durante las negociaciones de este informe. Creo que entre todos hemos hecho un buen trabajo y llegado a acuerdos que lanzan un mensaje claro a la Comisión sobre cómo debe abordarse la Ley de servicios digitales.

La Ley de servicios digitales debe aspirar a crear un mercado único digital más seguro, justo y transparente para todos: ciudadanos, consumidores y empresas, especialmente nuestras pymes. Para ello es importante elaborar una legislación equilibrada ajustada a los retos que nos llegan desde la constante evolución del ámbito digital.

La Comisión Europea ha establecido tres pilares sobre los que cimentar su estrategia: el pilar digital, el pilar medioambiental -o el Pacto Verde- y el modo de vida europeo. Este informe de la Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor se basa, por su naturaleza, en el ámbito digital. También reflejamos la importancia del Pacto Verde: el comercio electrónico debe tener en cuenta el impacto medioambiental y actuar en consecuencia, siempre y cuando su práctica no lastre la competitividad de nuestras empresas.

A lo largo de su historia, nuestros valores y nuestra manera de vivir nos han hecho diferenciarnos del resto del mundo. Nos ha convertido en un ejemplo a seguir en muchos ámbitos. Nosotros no somos ni chinos ni estadounidenses. Aquí tenemos una alta consideración de nuestra privacidad y protección de los datos, no se los cedemos ni a los gobiernos ni a las empresas de cualquier manera. Nos importa la transparencia, queremos saber por qué, cómo y para qué se recopilan nuestros datos y quién se los queda. Cada empresa extranjera que opere aquí debe cumplir con nuestra manera de hacer las cosas.

En definitiva, tenemos que encontrar nuestra propia manera de regular el ecosistema digital, encontrando un equilibrio que, a la larga, será sin duda una ventaja competitiva para nuestras pymes, nuestros ciudadanos y en general para la Unión Europea.

Por todo ello, creo que es importante recoger el modo de vida europeo. Sin este tercer pilar el informe queda incompleto. La enmienda que presento en nombre de mi Grupo va en esta dirección, no va en contra de nadie; más bien al contrario, va a favor de todos y cada uno de los europeos y pretende reflejar los valores que nos unen. Solo siendo fieles a los mismos nos convertiremos en un actor relevante en la carrera global digital.

Christel Schaldemose, *for S&D-Gruppen*. – Tak fru formand og fru kommissær! Vi har en meget bred debat i dag med en lang række aspekter omkring digitalisering og kunstig intelligens, og jeg synes, den er rigtig nyttig. Men jeg vil med min taletid i dag prioritere at kigge på det, der handler om det indre marked og forbrugerbeskyttelsesområdet. Mit budskab i dag til Kommissionen, er ganske kort: Det er, at vi i den fremtidige lovgivning skal sikre, at det, der er ulovligt offline, også fortsætter med at være ulovligt online. Derfor er det også dejligt at høre, at kommissæren allerede har tilkendegivet, at det også er tilgangen fra Kommissionen med den kommende lovgivning, det er rigtig vigtigt. Men vi har set en lang række eksempler på farlige babyrangler, giftige legetøjsfigurer, ubrugelige ansigtsmasker osv. – ting, der bliver solgt i dag online, som er farlige for forbrugerne, noget, vi ikke ville acceptere lå på hylderne i de fysiske butikker. Det er vigtigt at få gjort noget ved det, også når vi får revideret e-handelsdirektivet. Vi skal nemlig sørge for, at forbrugersikkerheden er i top, også når vi handler online, og derfor er jeg også glad for, at den betænkning, vi har lavet i IMCO, lige præcis lægger vægt på dette. Forbrugerne skal være lige så sikre, når de handler online, som når de handler offline.

Det er også vigtigt – og det sender vi også et signal om i betænkningen – at de virksomheder, som vil sælge varer til de europæiske forbrugere, selv om de kommer uden for Europa – altså virksomhederne – skal overholde de europæiske regler. Hvis de vil have glæde af det europæiske marked, så skal de overholde det, og vi skal sørge for, at det kan ske. Og så synes jeg også, at det er vigtigt at understrege, at forbrugerinformation også er et centralt punkt, når folk handler og agerer online. Vi skal sørge for, at virksomhederne informerer forbrugerne, hvis et produkt bliver fjernet fra deres platform. Så det der sker offline på det almindelige marked i dag, skal i virkeligheden også være noget vi overfører til onlinevirksomhederne i fremtiden. På den måde kan vi sikre, at forbrugerne kan være trygge, og jeg ser frem til, at Kommissionen også tager det med i den kommende lovgivning.

Karen Melchior, for Renew-Gruppen. – Tak fru formand og fru kommissær! Kære kolleger! Jeg taler til jer fra Europa-Parlamentets hus her i København. Jeg vil først spørge jer: Kan I huske de gode gamle dage helt tilbage i 2010, dengang vi stadig troede på, at det nye og fantastiske internet af sig selv ville åbne og demokratisere den offentlige debat, give alle mulighed for at komme til orde, gøre underkuede befolkninger i stand til at organisere sig og vælte diktatorer. De dage kan jeg godt huske. En drøm om et åbent internet for en åben og fri verden. Men sådan blev det desværre ikke. Vi tog fejl!

En stor del af den offentlige debat er flyttet til de online platforme, og det har givet dem en enorm indflydelse på vores demokrati – og desværre nok ikke for det bedre. Vi har set, hvordan platformenes forretningsmodel har gødet jorden for konspirationsteorier og polarisering, fordi det netop er den type indhold, der skaber interaktion og får dig til at blive bare lidt længere. Det er ikke en forretningsmodel, der har vores offentlige debat og demokratiets velvære for øje. Derfor er vi nødt til at lovgive og stille krav til platformene. For det første skal platformene være gennemsigtige og åbne for samfundets kontrol. Platformene skal have regler for og løbende evaluere deres retningslinjer for indhold og indgå i en dialog om dem. For det andet skal platformene ikke blive til censurmaskiner med brug af uploadfiltre. Fjernelse af ulovligt indhold skal ske efter en transparent proces og med menneskelig kontrol, selvfølgelig med undtagelse af klart ulovligt materiale som opfordringer til terrorisme. For det tredje og sidste skal ansvaret for at afgøre tvister mellem brugere og platform ikke ligge hos platformene selv. Vi sætter heller ikke ræven til at vogte gæs! Onlineplatforme har givet os utallige muligheder, men vi skal adressere de udfordringer, de stiller os overfor og tackle udfordringerne rigtigt. Og det er akkurat det, Retsudvalgets betænkning handler om. Derfor skal vi turde stille krav til platformene med størst magt.

Som Pippi Langstrømpe ville have sagt: Når man er ekstra stor, har man en ekstra forpligtelse til at være fair over for andre. Jeg håber, Kommissionen lytter og vælger at følge vores anbefalinger, for så er europæerne et skridt nærmere et mere frit og et mere åbent internet. Tak for ordet!

Gilles Lebreton, au nom du groupe ID. – Madame la Présidente, l'intelligence artificielle est une chance à saisir car elle va améliorer l'efficacité de la plupart des activités humaines. Elle est aussi une formidable source d'emplois et de développement économique, notamment pour les start-up et les petites et moyennes entreprises.

Il faut toutefois être vigilant, car elle peut également constituer un danger. C'est pour y faire face que les trois rapports Voss, García Del Blanco et Séjourné ont été rédigés. Globalement, ces trois rapports ont atteint leur objectif en exigeant que l'intelligence artificielle reste toujours sous contrôle humain pour en éviter les éventuelles dérives les plus liberticides.

J'approuve particulièrement le rapport Voss, qui a le mérite d'éviter toute centralisation excessive en demandant de confier les dommages causés par l'intelligence artificielle aux régimes nationaux de responsabilité civile pour faute. Ce n'est, à juste titre, que pour les systèmes d'intelligence artificielle à haut risque qu'il préconise un nouveau régime de responsabilité reposant sur l'obligation faite à leur déployeur de souscrire une assurance responsabilité civile, afin de garantir à leurs victimes d'obtenir une indemnisation.

Tout n'est cependant pas parfait et je déplore notamment que certains rapports persistent à envisager la création d'une nouvelle agence européenne dédiée à l'intelligence artificielle. De mon point de vue, il y a déjà trop d'agences.

Je regrette aussi que le rapport García Del Blanco envisage d'utiliser l'intelligence artificielle pour censurer les discours de haine et les fausses informations: ce sont des incriminations trop floues qui ouvriront la voie à des abus à l'encontre de la liberté d'expression. Il faudrait les préciser, en dégageant par exemple l'infraction d'incitation au terrorisme islamiste.

Enfin, en ce qui concerne le rapport Wölken sur les services numériques, j'approuve ses principales orientations, notamment l'idée que la légalité des contenus générés par leurs utilisateurs doit être déterminée par une autorité judiciaire nationale et non par une entité commerciale privée. J'approuve aussi le principe du respect de la liberté d'expression des utilisateurs des plateformes, ainsi que la volonté de lutter contre les formes de publicité ciblée les plus intrusives.

En définitive, je suis heureux d'avoir contribué à élaborer ces quatre rapports et remercie les rapporteurs d'avoir retenu certaines de mes suggestions.

Sergey Lagodinsky, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Bundesregierung hat gerade einen Chat-Bot vorgestellt, der uns allen in diesen schwierigen Covid-Zeiten Orientierung bieten sollte – ein Beispiel für künstliche Intelligenz im Kleinen.

Ich habe den Bot gerade ausprobiert und eine Sache festgestellt: Eine normale menschenähnliche Kommunikation ist abseits von Stichwort-Bingo nicht möglich. Ein Chat-Bot der Bundesregierung ist natürlich kein Spiegelbild der atemberaubenden Entwicklungen, vor denen wir stehen, aber eines zeigt er deutlich: Es kann keine KI ohne Menschen als Schöpfer geben, aber auch ohne Menschen als Endadressaten.

Unsere Strategien für künstliche Intelligenz müssen menschenzentriert gedacht werden. Und mit diesen Berichten machen wir den ersten richtigen Schritt in diese Richtung. Wir schreiben menschliche Verantwortung für KI fest. Wir schreiben aber auch fest: Verantwortung für Menschen.

Die Intelligenz mag künstlich sein, aber nur mit echten, nicht künstlichen Grundrechten kommen wir weiter. Und deswegen begrüßen wir ausdrücklich, dass es im Bericht über die Ethik nicht nur um das Philosophieren über abstrakte ethische Grundsätze geht, sondern dies eine Grundlage ist für verbindliche europäische Regelungen und für Grundrechte.

Da, wo Algorithmen Schäden verursachen – und das begrüßen wir auch in dem anderen Bericht –, soll es nicht nur um Eigentum gehen, das geschützt wird, sondern auch um Persönlichkeitsrechte, um Menschenwürde, um Gleichheit. Wenn der Mensch den Chat-Bot der Bundesregierung nicht versteht, dann ist die Technologie gescheitert. Wenn der Mensch durch Algorithmen diskriminiert wird, dann ist die Technologie gescheitert. Wenn die künstliche Intelligenz das Habitat der Menschen bis zur Unkenntlichkeit verändert und unser Klima zerstört, dann ist die Technologie gescheitert. Und das ist kein Appel für Pessimismus, sondern für den Optimismus des Fortschritts. Das ist das wichtigste für uns.

Schließlich darf KI ohne eine grüne Bilanzierung nicht gedacht werden. Natürlich brauchen wir die KI für unseren grünen Wandel, aber wir können sie uns nicht vorstellen, ohne auf die Schäden der künstlichen Intelligenz zu schauen. In Frankfurt alleine entstehen 20 % der Energiekosten durch Rechenzentren. Internet verbraucht in Deutschland mehr an CO₂-Kosten als Flugverkehr. Das müssen wir ändern, das müssen wir in die grüne Bilanzierung der KI hineinstellen – nur so kommen wir weiter. Keine KI-Technologie ohne Grundrechte und ohne Umweltschutz.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Szanowna Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Komisarz! Tworzenie regulacji prawnych w obszarze nowych technologii to wyścig z czasem. Innowacyjne systemy, które wymykają się standardowym definicjom, budzą ogromne nadzieje, ale także liczne społeczne obawy. Dlatego w centrum transformacji cyfrowej musi zawsze znajdować się człowiek, jego godność i prawa. Nie może on być traktowany jako nieświadomy, bierny użytkownik lub – co gorsza – wyłącznie jako źródło danych.

Pełne wykorzystanie potencjału rewolucji cyfrowej będzie możliwe tylko, jeśli właściwie i transparentnie zdefiniujemy szanse i zagrożenia, jakie niesie ze sobą pełna automatyzacja wielu dziedzin naszego życia. Żadna technologia nie jest jednak niezawodna. Zmiana istniejących przepisów w takich obszarach jak egzekwowanie odpowiedzialności za wypadki i awarie wywołane przez systemy oparte o sztuczną inteligencję jest konieczna. Proces dochodzenia roszczeń i odszkodowań musi być przejrzysty, a identyfikacja podmiotu odpowiedzialnego za wypłaty zadośćuczynienia nie może stanowić problemu.

Obowiązki w tym zakresie należy rozłożyć adekwatnie do zdolności do kontrolowania ryzyka przez producentów, operatorów i użytkowników systemów wykorzystujących sztuczną inteligencję. To bardzo istotne przy tworzeniu właściwych produktów ubezpieczeniowych, na przykład dla pojazdów autonomicznych. Jestem przekonany, że sprawozdanie pana posła Vossa dobrze definiuje wyzwania w tym obszarze i sugeruje właściwe rozwiązania prawne. Mam nadzieję, że Komisja przychyli się do naszej rekomendacji.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

Emmanuel Maurel, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, quel est, au fond, l'enjeu de ces différents textes dont nous discutons ce soir? La question est la suivante: peut-on reprendre le contrôle sur nos vies numériques? Et est-il possible, est-on capable d'inventer un modèle européen qui soit différent de celui des États-Unis, où on remarque vraiment la recherche du profit à tout prix, et qui soit aussi différent du modèle chinois, où on voit bien que la technologie est mise au service de la surveillance de masse pour que la dictature perdure?

Je crois que c'est possible, à condition d'être respectueux d'un certain nombre de principes fondamentaux, d'être capable de fixer des limites et de fixer un cadre. Il y a au moins deux points sur lesquels nous pouvons, selon moi, aller plus loin.

Le premier, c'est celui de la reconnaissance faciale. Je partage les doutes qui ont été exprimés par les nombreuses organisations de défense des droits de l'homme, qui ont averti de l'utilisation de la vidéosurveillance pilotée par l'intelligence artificielle, qui va limiter de manière totalement disproportionnée les possibilités de mouvement anonyme et qui constitue une intrusion insupportable dans la vie privée avec, en plus, des risques, parce que l'IA est incapable d'éviter les erreurs d'identification fondée sur le genre, l'âge ou l'origine ethnique. C'est un vrai problème et il faut un moratoire européen sur la vidéosurveillance ou, en tout cas, sur la reconnaissance faciale.

Le deuxième point, c'est celui de la protection des consommateurs. Il faut veiller au respect de la propriété intellectuelle, ce qui n'est pas le cas aujourd'hui. Des plateformes comme Amazon ou Alibaba commercialisent des produits contrefaits. Près de deux tiers des produits aujourd'hui, selon le Bureau européen des consommateurs, sont des produits illégaux. Et là, l'Europe doit sévir, parce que ce n'est pas aux plateformes de déterminer ce qui est permis et ce qui ne l'est pas.

Enfin, permettez-moi, car je m'exprime depuis Paris, de vous dire qu'il faut absolument que les droits des citoyens, le respect de la dignité et le respect des droits humains soient assurés par les plateformes, pour que nous échappions à ce déferlement de haine numérique qui a abouti, avant-hier en France, à ce meurtre abominable d'un enseignant qui était réellement poursuivi par une fatwa. Cela fait aussi partie du débat sur la récupération de notre souveraineté numérique et le respect des droits des citoyens européens.

Sabrina Pignedoli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto ringrazio i relatori per il loro grande lavoro. Giustamente, il punto di partenza è una riflessione etica da cui devono scaturire leggi adeguate. Non possiamo permettere che la soglia etica dei sistemi di IA scenda sotto quella umana.

L'intelligenza artificiale porrà molte sfide. Uno scenario da valutare riguarda il suo uso improprio da parte di organizzazioni criminali e terroristiche. C'è il rischio che i software che gestiscono l'IA vengano sabotati o manomessi.

Sarebbe da ingenui pensare che il cybercrime e il terrorismo informatico non compiranno un salto di qualità con l'evolversi dei sistemi di intelligenza artificiale. Furto e contrabbando di dati, hackeraggio, violazione di copyright industriale, sabotaggio e presa in ostaggio di sistemi di IA. Non stiamo parlando di fantascienza, è già successo. Se da un lato dobbiamo proteggere i brevetti che gestiscono i sistemi, dall'altro lato sarà necessario rendere accessibili questi sistemi a chi conduce le indagini, come magistrati e forze di polizia.

Si è già visto in passato come le aziende detentrici di sistemi di criptaggio abbiano ostacolato o addirittura rifiutato l'accesso a chi indagava su gruppi terroristici e organizzazioni criminali. Voglio dunque che il testo della Commissione sugli aspetti etici dell'IA rappresenti il giusto equilibrio fra trasparenza dei sistemi, diritto alla riservatezza dei cittadini, necessità investigative per la lotta alle organizzazioni criminali e tutela del copyright.

Geoffroy Didier (PPE). – Monsieur le Président, depuis l'assassinat sauvage d'un enseignant français, Samuel Paty, tué pour n'avoir fait que son métier, ce n'est pas seulement la France qui pleure, c'est le cœur épris de liberté de chaque individu qui saigne. Vendredi, ce sont les valeurs de notre civilisation européenne qui ont été poignardées. Des individus islamistes ont permis ce crime en dévoilant sur les réseaux sociaux le nom et l'adresse de l'enseignant. Un compte Facebook peut devenir une arme létale. Les GAFA ne peuvent plus regarder ailleurs et s'en laver les mains. L'Europe est la bonne échelle pour contraindre les GAFA. Je saisis donc la Commission européenne de trois mesures concrètes.

Je propose que les comptes sociaux recueillent, à chaque ouverture d'un compte, une copie de la carte d'identité de son titulaire. Je crois à la possibilité d'utiliser des pseudonymes sur internet, mais il faut que la personne puisse être identifiable en cas de violation de la loi.

Je propose que chaque réseau social soit contraint d'afficher sur sa page d'accueil un lien vers une pré-plainte en ligne, lorsqu'il y a lieu, pour créer une véritable capacité de riposte des victimes.

Je propose, enfin, un nouveau statut pour les réseaux sociaux car il est indécent qu'ils se réfugient derrière leur statut d'hébergeur pour, en fait, s'exonérer de leur responsabilité. Demain, avec ce nouveau statut, ils pourront être considérés comme complice au regard de la loi en cas d'inertie ou de refus de coopérer.

Le temps des petites bougies et des grands discours est terminé. Ce que je propose, c'est une offensive européenne contre la haine sur internet. Nous ne rendrons pas la vie à Samuel Paty, mais l'action n'est plus une option, sinon nous disparaîtrons.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, notre débat sur les textes qui préfigurent la législation sur les services numériques (DSA) a en effet lieu dans un contexte bien particulier aujourd'hui, à la suite de l'attaque terroriste islamiste survenue vendredi en France.

La liberté d'expression défendue par ce professeur de collège lui a valu une mise à mort atroce organisée par des obscurantistes. Les réseaux sociaux ont manifestement tenu un rôle fondamental dans cet attentat, puisque s'y sont épanouis des appels à la haine. Certes, les contenus préjudiciables et les incitations à la haine sur internet ne sont pas exactement notre sujet aujourd'hui, mais comment ne pas avoir en tête cette question hautement sensible des outils dont on se dote – ou pas – pour défendre les libertés fondamentales tout en combattant les criminels?

Aujourd'hui, les textes portent sur l'acte sur les services numériques. Ils énoncent des pistes d'amélioration sans précédent pour combler les lacunes actuelles de l'environnement en ligne et établir un internet plus sûr pour ses utilisateurs. Je note particulièrement le principe selon lequel ce qui est illégal hors ligne doit également être illégal en ligne, mais aussi un mécanisme contraignant de notification et d'action pour lutter contre les contenus illégaux en ligne, tout en protégeant les droits fondamentaux des utilisateurs.

Le texte de mon collègue, Alex Agius Saliba, ambitionne de garantir une meilleure protection des consommateurs en ligne en rendant les places de marché en ligne plus responsables. Celles-ci devront dévoiler l'identité de leurs vendeurs, couvrir toutes les entités qui proposent des services et des produits aux consommateurs, y compris lorsqu'elles sont établies en dehors de l'Union. Elles devront retirer les produits identifiés illégaux mais aussi ceux identifiés comme dangereux dans les 48 heures après notification, et informer les consommateurs de tout problème de sécurité. C'est un premier pas plus que nécessaire au vu des problèmes rencontrés, notamment dans le contexte de crise sanitaire actuelle.

Liesje Schreinemacher (Renew). – Voorzitter, soms ben je weleens op zoek naar een nieuwe oplader of een cadeautje voor je jarige neefje. En dan kom je online spullen tegen voor zulke lage prijzen dat je je afvraagt hoe dit zo goedkoop kan zijn. Het is bijna te mooi om waar te zijn. En dat is het ook!

Meer dan twee derde van de producten die op buitenlandse onlinemarktplaatsen worden gekocht, zijn illegaal of voldoen niet aan de Europese veiligheidsvereisten. Hun producenten zijn meestal niet gevestigd binnen de EU, waardoor consumenten ook nog eens met hun klacht naar het buitenland moeten. En nu we online werken, leren en winkelen, groeit de elektronische handel in Europa hard. Dat is goed, maar het is wel belangrijk dat mensen op de kwaliteit en veiligheid van hun producten aan kunnen, zeker omdat onze Europese marktplaatsen en producenten zich – een uitzondering daargelaten – wél netjes aan de regels houden.

Ik ben dan ook blij dat de Europese regels voor de onlinedienstverlening worden herzien zodat consumenten beter worden beschermd en onze bedrijven niet op achterstand blijven staan. Dat betekent ook dat als je actief bent in de EU, je een aanspreekpunt in de EU moet hebben wanneer producten of diensten niet voldoen aan de Europese normen. Kortom, ook buitenlandse bedrijven moeten zich op onze markt aan onze regels houden.

Door de coronacrisis hebben we ook het potentieel van nieuwe technologieën gezien. Zo helpt artificiële intelligentie artsen bij de zoektocht naar een vaccin en het monitoren van patiënten. Willen we AI op grotere schaal gaan gebruiken, dan is vertrouwen van mensen en bedrijven daarvoor cruciaal. Daar kunnen duidelijke en transparante regels bij helpen.

Gelukkig is AI niet nieuw en wordt dit al door verschillende wetten gereguleerd. Ik pleit er dan ook voor dat we bij de introductie van nieuwe regels ervoor zorgen dat die regels in verhouding staan tot de impact van de toepassing. Want een slimme thermostaat voor de verwarming in huis is nu eenmaal niet te vergelijken met een algoritme dat nepnieuws via sociale media verspreidt. De digitale markt is bij uitstek een internationale markt en onze ontwikkelaars moeten wat mij betreft de ruimte krijgen om onze Europese ambities waar te maken.

Alessandra Basso (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la sede di Milano per questo collegamento. Il DSA dovrebbe rafforzare il regime di responsabilità e sicurezza delle piattaforme Internet dei servizi e dei mercati online e di tutela dei consumatori, considerando anche la possibilità di regolamentare in modo più rigoroso le pubblicità che si basano sullo studio dei comportamenti, favorendo forme meno intrusive e che non richiedano un'ampia tracciabilità dell'utente rispetto ai contenuti che visualizza.

Il provvedimento in votazione chiede che il pacchetto DSA includa anche una proposta che imponga obblighi ex ante alle grandi piattaforme che hanno un ruolo di *gatekeeper*. L'obiettivo è quello di impedire monopoli e di aprire il mercato a nuovi operatori.

Inoltre, nel testo finale, vi è un riferimento esplicito all'obbligo di utilizzo dello strumento di *opt-in* anche per le pubblicità politiche. Questo può essere utile nel caso di pubblicità di prodotti o servizi, ma la pubblicità politica non è un servizio né un prodotto e ciascuno Stato membro ha la propria legislazione specifica in ambito di pubblicità politica, per cui questo riferimento per noi è inaccettabile.

Un altro punto in contestazione è stata l'idea della creazione di una nuova agenzia europea di vigilanza dotata di poteri di indagine e di esecuzione. Il compromesso per fortuna ha portato alla cancellazione della proposta iniziale, ma permane un forte accentramento del sistema di supervisione e controllo in capo all'Unione europea a danno della sovranità dei singoli Stati, che deve invece rimanere intatta.

Ritengo poi che sia stato mal contestualizzato il riferimento in materia di *e-speech*, di disinformazione e di *fake news*.

Marcel Kolaja (Verts/ALE). – Mr President, I'd like to thank the rapporteur, Mr Saliba, for his work on the Committee on Internal Market and Consumer Protection (IMCO) report on the Digital Services Act (DSA) report, that gives clear political guidance on the Digital Services Act.

With this report, Parliament calls for an active, unified notice and action system, while insisting that the final decision about the illegality of content remains with the courts. This also means that there will be safeguards against notices in bad faith. People will also have the possibility to better understand the reasons why their content was removed and contest removals in an out-of-court dispute settlement mechanism.

At the same time, Parliament calls for interoperability rules that can help SMEs, start-ups or volunteer projects to provide alternatives to dominant platforms. However, transparency on removals, the possibility to contest removals and the possibility to choose alternative services is not enough because, if at the same time we encourage online platforms to use automated filters, we cannot ensure that completely legal speech doesn't get systematically removed. The internet needs to remain a place where people can share time-sensitive information, have an open public debate or promote their products at the time of their choice, and this cannot be guaranteed with automated filters in place.

We ask the Commission to take these points into account in the upcoming legislation. I apologise that I cannot stay longer for the debate because of other commitments I have.

Eugen Jurzyca (ECR). – Vážený pán predsedajúci, smernica o elektronickom obchode je platná už dvadsať rokov, takže mnohé princípy sa zrejme osvedčili. Napriek tomu diskutujeme, ktoré nové európske pravidlá sú potrebné od oblasti online trhovísk až po dezinformácie.

Často hovoríme o prínosoch pre ochranu spotrebiteľa, ale nepoviem už to, aké náklady vzniknú spotrebiteľovi. Napríklad zakázať cieľenú reklamu znie super. Aký to bude mať ale dopad na spotrebiteľa? Niektoré analýzy tvrdia, že príjmy vydavateľov pri zákaze cieľenej reklamy klesnú o viac ako 50 %. Mne z toho vyplýva, že nielen služby, ktoré sú dnes kvázi zadarmo, budú platené, ale aj rôzne ďalšie služby môžu zdražieť. Musíme pri každom návrhu vedieť aj to, aké všetky náklady vzniknú spotrebiteľovi.

Preto je dobré, že sa do správy podarilo zaradiť, aby boli pravidlá prijímané s ohľadom na celkový dopad na spotrebiteľa (consumer welfare). Ak sa budeme tohto pravidla držať, verím, že pomôžeme nielen spotrebiteľovi, ale aj celému európskemu digitálnemu trhu.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, jsem ráda, že se zde bavíme o tématu, které se bude tak významným způsobem podílet na podobě budoucího světa a Evropy – umělé inteligenci. Pronikání systémů umělé inteligence do výroby, služeb a všech odvětví hospodářství je nedílnou součástí průmyslové revoluce 4.0, která bude mít zásadní a širokosáhlé dopady. V konečném důsledku se nebude jednat o změnu technologickou, ale o komplexní proměnu kyberneticko-fyzicko-sociální. Rozvoj umělé inteligence bude mít dopad na celou společnost a na všechny součásti našich životů.

Umělá inteligence není pouze robot, jak bychom si mohli představit na základě hry Karla Čapka a sci-fi, ale také software – zjednodušeně algoritmus, což není často zcela zřejmé a může to způsobit problémy s důvěryhodností. Je přitom zcela zásadní, aby se v Evropě užívané systémy těšily zasloužené důvěryhodnosti i na základě dodržování principu legality a předpisů a etických zásad.

Dnes jistě mnohokrát zaznělo a ještě zazní, že musíme vytvořit rovnováhu – musíme mít jasná pravidla, avšak nesmíme přílišnými restrikcemi zničit šance evropských firem na trhu. S tímto přístupem lze samozřejmě částečně souhlasit. Také preferuji, aby v Evropě využívali evropské systémy a technologie a stali se pomyslnými šampiony na světovém trhu. Ovšem nikdy se tak nesmí stát na úkor ochrany evropských spotřebitelů. Domnívám se, že je nutné, aby se v Evropské unii vyvíjely, zaváděly a používaly systémy umělé inteligence pouze, pokud dodržují etické zásady týkající se respektování lidské autonomie, předcházení újmám, spravedlnosti a vysvětlitelnosti.

Čtvrtá průmyslová revoluce nám nedává lehké výzvy, ale je nutné se s nimi co nejdříve popasovat. Platí totiž to, že každá příležitost je zároveň potenciální hrozbou, a v sázce je skutečně mnohé.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, last July, the Guardian reported that many Catalan politicians, among them collaborators of MEP Carles Puigdemont i Casamajó, are being spied on illegally through Pegasus, a software that operates through WhatsApp and sells only to governments.

Since the confirmation that the Spanish Government uses Pegasus to illegally spy on political opponents, there has been no judicial investigation and no one has resigned over this scandal. After all, in Spain, using illegal means, including censorship of web pages, is a routine practice to prosecute Catalan dissidents.

What did the European Commission have to say about this scandal? Nothing. They feel they have the right to preach about fundamental rights all over the world: in Russia, in Belarus and even in the US, but when the abuse happens inside the EU, they selectively use the internal matter mantra and when it applies to Spain violating laws, the Commission is embarrassingly blind.

The Digital Services Act must prevent companies and governments that collude to store data illegally and must also punish Member States that abuse digital technology against citizens.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich den Berichterstattern gratulieren zu den verschiedenen Berichten, die wir heute besprechen. Und im Kern, Herr Präsident, geht es um eines: Es geht darum, dass Unternehmen in Europa praktikabel und einfach arbeiten können und dass wir einen fairen Markt in Europa herstellen, auf dem europäische Anbieter genauso wie nichteuropäische Anbieter in ordentlicher Weise miteinander im Wettbewerb stehen.

Am ersten Prinzip wird das am einfachsten deutlich. Der Kollege Kris Peeters hat es vorher schon gesagt: Was illegal ist – was politisch entschieden wurde, dass es illegal ist – muss auch im Internet illegal sein. Die Entscheidung, was illegal ist, trifft die Politik – die können nicht die Plattform treffen. Das durchzusetzen, wird eine entscheidende Frage sein, die wir mit dem *Digital Services Act* angehen wollen.

Zum Zweiten, Herr Präsident: Natürlich lehnen wir gemeinsam in allen Berichten eine allgemeine Kontrolle der Nutzer auf Plattformen ab. Die Freiheit ist ein Kernprinzip des *European Way of Life*, den wir als EVP-Fraktion mit besonderem Nachdruck verteidigten.

Drittens, liebe Kolleginnen und Kollegen: faire Märkte. Der Kampf gegen Oligopole oder Monopole ist ein Kernprinzip der sozialen Marktwirtschaft, das im digitalen Umfeld leider ein Stück weit in Schieflage geraten ist.

Dies zu verteidigen, wird die Aufgabe des Europäischen Parlaments sein, der wir uns mit diesen Berichten gemeinsam verschreiben. Und deswegen, Herr Präsident, hoffe ich, dass der Bericht des Binnenmarktausschusses genauso wie der der anderen Kollegen morgen eine breite Mehrheit findet.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhor Presidente, a inteligência artificial é uma palavra na moda. Alguns maravilham-se com os seus poderes, outros ficam apavorados. A verdade é que ela tanto pode servir para o diagnóstico de um cancro complexo, para prever diabetes, como esses mesmos dados permitirem seleção discriminatória por parte das empresas privadas, por exemplo, seguradoras. Qual destes dois extremos proliferará depende da nossa capacidade de encontrar a regulação adequada que, sem travar a inovação, dê confiança necessária aos cidadãos.

Este Parlamento apresentou, hoje, aqui, o seu contributo ao defendermos uma abordagem ética *by design* para a inteligência artificial. Pretendemos garantir que as suas aplicações são centradas nas pessoas e contribuem para o bem da Humanidade. Contudo, a ética já não é suficiente e, por isso, também discutimos hoje outros aspetos da regulação, desde a certificação à responsabilidade, para garantir que eventuais danos da inteligência artificial sejam mitigados e compensados, aos *standards* e à harmonização para termos um mercado único de serviços digitais a funcionar.

Num mundo de superpotências que usam a tecnologia como instrumento de poder estratégico, a Europa não pode recuar, Sra. Comissária, e ficar a ver passar a onda da inteligência artificial.

O Parlamento está aqui para garantir que faremos como a União sempre faz: desenvolve a inovação de ponta, mas no respeito pelos nossos valores básicos e pelos direitos do consumidor.

Moritz Körner (Renew). – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin! Wir beraten heute über den *Digital Services Act* und wollen damit neue Regeln für die Digitalisierung setzen. Wir wollen die Freiheit im Internet schützen, Chancen, Innovationen nutzen, aber auch negative Effekte wie *hate speech* und *fake news* ansprechen.

Ich glaube ganz konkret, wenn wir in meinen Bericht, in den LIBE-Bericht, mit reinschauen, an dem ich mitschreiben durfte – ich bedanke mich auch bei dem Berichterstatter, Herrn Peeters –, haben wir dafür gesorgt, dass es mehr Transparenz gibt bei den Algorithmen, dass *user* mehr Möglichkeiten haben sollen, tatsächlich mitzubestimmen, was sie an Inhalten sehen, dass wir klare Regeln haben für *notice* und *takedown* und dass wir auch klarmachen – das haben schon viele gesagt – was illegal ist, das entscheiden auch im Internet Gerichte und das entscheidet am Ende nicht die Plattform.

Aber was allen drei Berichten auch gemeinsam ist – und ich finde, das ist ein wichtiges Zeichen –, alle drei Berichte sprechen sich klar gegen Uploadfilter aus, gegen jede Filterpflicht *de jure* und *de facto*. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen, denn damit emanzipiert sich dieses Parlament heute auch ein Stück weit von einer Entscheidung der letzten Periode zu Artikel 13. Ich weiß, lieber Axel, da sind wir anderer Meinung, aber ich glaube, das setzt auch ein gutes Zeichen an all die jungen Leute da draußen, die auf den Straßen waren, die enttäuscht waren über die Entscheidung des Parlaments, aber die jetzt auch sehen, es macht Sinn, sich einzubringen in diese europäische Demokratie, weil wir diese Dinge auch wahrnehmen, aufnehmen und verbessern. Und das, finde ich, ist heute ein starkes Zeichen.

Aber wir setzen jetzt viele wichtige Regeln oder wir wollen viele wichtige Regeln mit diesem *Digital Services Act* setzen. Aber wir sollten auch mal daran arbeiten, dass wir in Europa besser werden, nicht nur Regeln aufzustellen, sondern sie auch durchzusetzen. Das sehen wir doch bei der Datenschutzgrundverordnung: Wir haben uns tolle Regeln einfallen lassen, und am Ende halten sich die großen Plattformen immer noch nicht daran.

Wir sollten also auch beim *Digital Service Act* ein besonderes Augenmerk darauf legen, kluge, richtige, realistische Regeln zu setzen, und wir sollten vor allem darauf achten, diese Regeln auch in Europa durchzusetzen. Darum geht es.

Christine Anderson (ID). – Herr Präsident! Der *Digital Services Act* soll also das Patentrezept der EU sein, um Online-Plattformen an die Leine zu legen. Allerdings gibt es auch hier erhebliche Risiken und Nebenwirkungen.

Eine Nebenwirkung sind zum Beispiel die sogenannten Faktenchecker. Das Problem ist nur: Faktenchecker checken keine Fakten, sie checken Inhalte auf die richtige – politisch gewünschte – Gesinnung. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde dazu treffend bilanziert – ich zitiere: „Das von Facebook als Anti-Fake-News-Brigade angeheuerte Journalistenbüro Correctiv sollte an sich dieselben Maßstäbe anlegen, die es an andere anlegt, auf keinem Auge blind sein und nicht nur in eine Richtung recherchieren.“

Der nächste Schritt zum Orwellschen Wahrheitsministerium sind die sogenannten Uploadfilter, die bewirken, dass politisch nicht erwünschte Meinungen gar nicht erst veröffentlicht werden. Wie das geht, haben wir letzte Woche in den USA bereits sehen können: Offenbar ist Präsidentschaftskandidat Joe Biden in einen handfesten Korruptionsskandal in der Ukraine verwickelt, was die New York Post in einer Veröffentlichung thematisieren wollte. Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf, wurde besagter Artikel auf Facebook und Twitter kurzerhand mittels Uploadfiltern blockiert. Und so erfährt die Welt eben nichts von Bidens Korruptionsskandal. Und da kann man wirklich nur hoffen, dass Trump tatsächlich wiedergewählt wird. Ich wünsche ihm jedenfalls dazu viel Erfolg.

Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert die Meinungsfreiheit und sagt unmissverständlich: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Aber eine Union, die die Verfassung ihrer Mitgliedsstaaten derart mit Füßen tritt, ist nicht nur nicht demokratisch, sie ist antidemokratisch, diktatorisch und totalitär. Als Deutsche und als Verfechterin des deutschen Grundgesetzes sage ich: Wir brauchen keinen *Digital Services Act*, wir brauchen keine EU, wir brauchen einen Exit. Je eher desto besser! Exit jetzt!

Kim Van Sparrentak (Verts/ALE). – Mr President, what you and I get to see on the internet is based on what gives big tech companies the highest profits for their shareholders. Their algorithms decide what we get to see, based on clicks, manipulation and micro-targeting.

But the Digital Services Act is our opportunity to rethink and reclaim our internet. We see now that extreme content is often promoted and queer content is sometimes censored by big platforms, but we have no way of holding platforms accountable for these decisions. We can only protect the freedom of speech and the freedom of information if we know what is actually happening online and we regulate the players who control it. Online platforms must be transparent about what they show to whom and why, but also about what they delete from the internet. Only then can we hold online platforms accountable. We need to take the internet back from big corporations and put it back into the hands of the people.

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, inzake artificiële intelligentie zijn de VS, China en Japan al aan de spurt bezig, terwijl de EU zich nog op gang moet trekken. We hebben te weinig innovatie, te weinig starters en ook te weinig octrooien. Daarom, mevrouw de vicevoorzitter, moeten wij massaal investeren in onderzoek. Wij zien onze beste onderzoekers en onze beste studenten weggehaald worden door het buitenland.

Stel concrete doelstellingen inzake het aantal te behalen octrooien, inzake starters en inzake implementatie van AI door bestaande bedrijven. Reguleren, collega's, ja. Maar onderzoek van het Duitse Bondsministerie heeft aangegeven dat 60 % van de implementaties zonder risico is. Voor de overige 40 % bestaat al sectorreglementering. Het is dus zaak doelgericht te reglementeren en burgers en consumenten te beschermen, maar de ontwikkeling niet af te remmen.

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, hoje debatemos, com pertinência e atualidade, a inteligência artificial, os seus impactos no presente e a forma como pensamos que deverá impactar o futuro das nossas sociedades.

Se é certo que é pertinente que se discutam as questões éticas associadas ao desenvolvimento e produção de tecnologias de inteligência artificial, assim como as questões ligadas aos regimes de responsabilidade civil e a sua necessidade de adequação e adaptação às novas realidades, também é certo que, apesar de os documentos conterem alguns pontos positivos, esta discussão é feita num plano inclinado, um plano inclinado para o lado do capital, onde se visa, no essencial, desresponsabilizar os produtores e os fabricantes, onde as questões éticas se centram mais na promoção e desenvolvimento das tecnologias ligadas à guerra do que nos impactos da inteligência artificial na vida dos trabalhadores.

Num momento em que tanto se fala de desenvolvimento tecnológico, economia digital, inteligência artificial, indústria 4.0, para impor novos ataques aos direitos e a lei da selva nos horários de trabalho, mais importante se torna trazer a debate os impactos destes importantes avanços científicos e tecnológicos na vida dos trabalhadores.

A inteligência artificial e a robótica contribuem para incrementar a produtividade social do trabalho humano. O aumento da produtividade cria as condições para o aumento real dos salários e para uma vida melhor, mas essa potencialidade é permanentemente posta em causa na sociedade capitalista em prol da defesa e aumento dos lucros.

É nestes momentos que é necessário tomar partido. Queremos colocar as potencialidades da ciência e da tecnologia ao serviço do progresso e da justiça social ou, pelo contrário, ao serviço apenas da exploração e da acumulação de lucro de uma minoria.

Direitos dos trabalhadores e avanços científicos são aliados, não são inimigos, mesmo que os segundos sejam utilizados tantas vezes como ferramenta de pressão e de chantagem do patronato. A inteligência artificial tem de ser uma aliada da redução do horário de trabalho, do combate à precariedade e à penosidade do trabalho, sem que isso signifique perda de rendimentos para os trabalhadores. Tem de ser aliada na melhoria das condições de trabalho e de vida. É este o debate que trazemos e é nele que estamos empenhados.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι νέες ψηφιακές τεχνολογίες και η τεχνητή νοημοσύνη συνιστούν σύγχρονους δρόμους εκτίναξης της κερδοφορίας των μονοπωλίων. Είναι σφοδρές οι αντιπαραθέσεις ευρωπαϊκών ομίλων με άλλους —κυρίως κινέζικους και αμερικανικούς— για την κυριαρχία στην αγορά, πάνω στο αβέβαιο έδαφος της καπιταλιστικής κρίσης. Τα ευρωπαϊκά μονοπώλια προμοδοτούνται με δεκάδες δισεκατομμύρια ευρώ, από το Ταμείο Ανάκαμψης και το Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο, που αποτελούν όλα χρήμα από τον μόχθο των λαών, για να βγουν κερδισμένα τα μονοπώλια.

Τα περί αυτοελέγχου των ομίλων, σεβασμού δικαιωμάτων, προσωπικών δεδομένων και ηθικής χρήσης των πληροφοριών που συγκεντρώνονται, μόνο με ανέκδοτο μοιάζουν. Η εντεινόμενη λογοκρισία αναρτήσεων —με ή χωρίς αλγόριθμους— ενάντια δηθεν στη ριζοσπαστικοποίηση αποδεικνύει ότι το καθεστώς των νέων τεχνολογιών υπαγορεύεται από τα συμφέροντα των ιδιοκτητών, δηλαδή από τους μεγάλους ομίλους που θησαυρίζουν.

Τα περί αποτροπής πολεμικών συρράξεων δεν πείθουν, καθώς ομολογείται ότι ήδη χρησιμοποιούνται νέου τύπου οπτικά συστήματα από το ΝΑΤΟ και την Ευρωπαϊκή Ένωση και γίνονται ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις σε βάρος των λαών για την εξυπηρέτηση των γεωπολιτικών τους συμφερόντων, ενώ οι εκθέσεις προετοιμάζουν το έδαφος για να βγαίνουν λάδι σε κάθε περίπτωση τα μονοπώλια.

Στην κούρσα του ανελέητου καπιταλιστικού κέρδους, τα μεγάλα τεχνολογικά επιτεύγματα μετατρέπονται σε δεσμά, σε αύξηση της ανεργίας, της ανασφάλειας και της εκμετάλλευσης των εργαζομένων, όπως η τηλεργασία. Απογειώνεται το ευρωφακέλωμα, η μαζική συλλογή, αποθήκευση, επεξεργασία και εμπορία προσωπικών δεδομένων.

Πραγματική απελευθέρωση όλων των δυνατοτήτων τους μπορούν να εξασφαλίσουν μόνον οι σοσιαλιστικές σχέσεις παραγωγής, χωρίς εκμετάλλευση, μονοπώλια και καπιταλιστική κερδοφορία.

(O debate está suspenso.)

16. Abstimmungsrunde

Presidente. – Antes de prosseguirmos o debate, daremos início ao período de votação de hoje. Votaremos os dossiês conforme indicado na ordem do dia.

O período de votação decorrerá das 19h15 às 20h30. A votação é realizada segundo o mesmo procedimento utilizado nos últimos períodos de votação. Todas as votações serão realizadas por votação nominal. Os Senhores Deputados poderão verificar os seus votos e os resultados das votações, consultando o documento publicado no sítio Web da sessão plenária.

As declarações de voto podem ser apresentadas por escrito e, a título excecional, só serão aceites declarações de voto com um máximo de 400 palavras.

Declaro aberto o período de votação. Podem votar até às 20h30. Os resultados das votações serão comunicados amanhã às 9 horas.

Aproveito para fazer um aviso. Na sequência da nomeação da nossa colega Miriam Dali como deputada do parlamento nacional, o Parlamento Europeu declara a correspondente abertura de vaga, com efeito a partir de 19 de outubro de 2020, seguindo-se o procedimento habitual.

17. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

18. Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts – Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen – Gesetz über digitale Dienste und die Grundrechte betreffende Fragen – Rahmen für die ethischen Aspekte von künstlicher Intelligenz, Robotik und damit zusammenhängenden Technologien – Regelung der zivilrechtlichen Haftung beim Einsatz künstlicher Intelligenz – Rechte des geistigen Eigentums bei der Entwicklung von KI-Technologien (Fortsetzung der Aussprache)

Presidente. – Retomamos o debate sobre o Ato legislativo sobre os serviços digitais: Melhorar o funcionamento do Mercado Único – o Ato legislativo sobre os serviços digitais que adapta a regulamentação comercial e o Direito Civil aplicável às entidades que operem em linha – o Ato legislativo sobre os serviços digitais e questões suscitadas em matéria de direitos fundamentais – o Quadro para os aspetos éticos da inteligência artificial, da robótica e das tecnologias conexas – o Regime de responsabilidade civil aplicável à inteligência artificial – os Direitos de propriedade intelectual relativos ao desenvolvimento de tecnologias ligadas à inteligência artificial.

Edina Tóth (PPE). – Elnök Úr! A technológia segíti az emberek mindennapi problémáinak megoldását, számos kényelmi funkciót tölt be, magában hordozva a folyamatos fejlődés lehetőségét. Ugyanakkor a technológiai óriáscégek hatalmi, gazdasági súlya és vitathatatlan társadalmi hatása valamennyi uniós tagállam figyelmét kihívta. Az Európai Parlamentben az a feladatunk, hogy biztosítsuk állampolgáraink maximális biztonságát az online térben, illetve garantáljuk az átláthatóságot és a számonkérhetőséget demokratikus alapértékeink érvényesülését. Fontos, hogy ami jogellenes az online téren kívül, azt jogellenesnek kell tekinteni az online térben is. Ennek érdekében a platformoknak fokozottabban fel kell lépniük a jogellenes tartalmak gyors felderítése és eltávolítása érdekében. A jogellenes tartalmakkal csak akkor tudunk leszámolni, ha nemzeti szempontokat figyelembe véve a tagállamok összehangoltan és együttesen lépnek fel. A digitális óriáscégek algoritmusokkal napi szinten befolyásolják az életünket, befolyásolják a fogyasztási szokásainkat, döntéseinket. Ezért fontos, hogy a fogyasztók tájékoztatást kapjanak, amennyiben egy digitális szolgáltatás mesterséges intelligenciát használ, és garantálni kell a szolgáltatás mivoltából keletkezett hiba orvoslását is. Ha a problémák kezelése elmarad, a mesterséges intelligencia téves döntésekhez vezethet, hamis adatokkal befolyásolhat egy-egy döntést. Korunk egyik legnagyobb kihívása, hogy képesek leszünk-e kilépni a digitális buborékból és uralni a technológiát, vagy hagyjuk,

hogy a technológia vegye át az irányítást az életünk felett. Véleményem szerint egy olyan mesterséges intelligencia ökoszisztémát kell létrehoznunk, amely az emberek érdekeit szolgálja, az embereket állítja a középpontba.

Eva Kaili (S&D). – Mr President, I'd like to express my thanks for the efforts made during these challenging times of the pandemic, when people actually expect fast and safe technological solutions; in parallel scientists need access to quality data that are collected faster but with clear consent. So we need to make sure citizens have options when data is collected, when they are recorded on their mics and cameras, and their locations recorded, and we definitely need immediately to set standards, clear standards, to remove regulatory obstacles for a real harmonised digital single market.

At the same time we need to make sure, in order to protect our European quality of life, that the design of algorithms, and the metrics that we request, will be bound by legislation in order to translate ethical principles and human rights to the digital era – by law to ensure that we will not compromise safety or privacy with extra security criteria, and will make sure that automation remains under human control. In this case we can avoid exclusion or manipulation of perception, predicting the policing or ranking of citizens and the profiling of citizens. In that case we can collaborate more with democracies to protect our democracies.

Irena Joveva (Renew). – Spoštovani predsednik! Vsi vemo, da se je meja med 'online' in 'offline' že zdavnaj razblinila. Vsi vemo, kakšne posledice v resničnem svetu ima dogajanje v virtualnem, in vsi vemo, da so trenutne razmere trend digitalne transformacije družbe samo še pospešile.

A kam vodi trenutni ustroj? Ustroj netransparentnih algoritmov, ki določajo, kako se nam prikazuje svet na podlagi naših osebnih podatkov, ki se prodajajo tistemu, ki je zanje pripravljen dati največ denarja. Ko se dezinformacije širijo veliko hitreje kot karkoli preverjenega in ko algoritmi točno vedo, kdo je najbolj dovzeten za teorije zarot.

Ta ustroj vodi v enostavno manipuliranje volivcev, v organizirano širjenje dezinformacij in teorij zarot, prodajo nelegalnih, škodljivih izdelkov, sovražni govor, celo spodbuja k nasilju in žal pogosto dejansko vodi v nasilje.

Vse to – tudi zaradi tistih politikov, ki zlorablajo strah in jezo ljudi za svoje interese ter bijejo kulturno vojno z mediji in duhovi preteklosti – vse to namensko spodkopava zaupanje ljudi v stroko in avtoritete, znižuje kakovost javne debate ter splošne kulture in posledično onemogoča reševanje resnično perečih težav ljudi.

Politične manipulacije in bitke interesov na polju naših osebnosti so največja grožnja demokratičnosti. Zato so ključni poudarki poročil Akta o digitalnih storitvah, zahteve o transparentnosti algoritmov, označevanje izvora oglaševanj in zavajajočih informacij ter jasna pravila moderiranja vsebin na spletu.

Poskušamo najti primerno raven med svobodo govora in poročanja ter zasebnostjo internetnih uporabnikov in zaščito pred zlonamernimi vsebinami. Ljudje naj vedo, kaj in kdo stoji za prikazovanjem vsebin, in naj imajo nadzor nad svojo identiteto.

Internetni velikani sicer počasi napredujejo pri zaščiti tako uporabnikov kot naših demokracij, pa vendar je nujno, da zasebnim korporacijam ter njihovim algoritmom odvzamemo monopol nad javnim prostorom in od njih zahtevamo več transparentnosti in več odgovornosti.

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, nous sommes à l'aube d'une révolution technologique majeure, celle de l'intelligence artificielle. Cette révolution va bouleverser nos modes de vie et nous avons, comme législateurs, le devoir de prévoir et de préparer le monde qui s'annonce.

Certains rejettent en bloc les avancées techniques, ils s'opposent à la robotisation de nos systèmes de production, ils imaginent des taxes sur l'intelligence artificielle et les robots, taxes qui nuiront à notre compétitivité. Ils s'opposent aux technologies, comme la 5G, nécessaires à la numérisation de nos sociétés. Ils oublient que chaque innovation que l'Europe voit filer, chaque brevet que nous ne déposons pas, chaque start-up qui quitte notre continent est une arme remise aux mains de nos concurrents étrangers.

D'autres imaginent un monde post-humain où l'homme fera corps avec la machine, où le libéralisme aura été jusqu'à modifier la place de l'homme: ces apôtres du transhumanisme doivent eux aussi être combattus.

Mais une synthèse entre la puissance et l'éthique est possible. Notre héritage philosophique grec et chrétien nous permet de naviguer dans les eaux troubles de la modernité. Cependant cette voie ne pourra être la nôtre que si nous sortons de notre léthargie. Dès aujourd'hui, la Commission doit se dresser face aux géants américains et chinois de l'intelligence artificielle, leur interdire de collecter nos données, favoriser l'émergence de géants européens, investir dans la recherche et le développement, mieux rémunérer nos chercheurs pour éviter leur départ chez nos concurrents.

Tout cela ne pourra cependant se faire qu'en abandonnant votre vision désuète de la concurrence libre et non faussée. L'ouverture des accès à tous les marchés, l'égalité permettant à tous, sans aucune distinction, de se déployer en Europe: tout cela doit cesser. Et quand vous y aurez renoncé, il vous faudra une stratégie. Vous l'avez déjà tenté avec le nuage européen de données Gaia X, en juin dernier, mais vos dogmes vous ont rattrapés et vous avez scrupuleusement saboté cet indispensable projet en l'ouvrant aux entreprises extra-européennes.

Chers collègues, ne ratons pas cette ultime possibilité de maintenir nos pays européens dans le concert des nations. Il en va de la survie de notre civilisation et de notre indépendance.

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Mr President, in this joint debate, we have covered a broad range of subjects, but I will emphasise how much artificial intelligence has an impact on structural inequalities in our societies.

We ask for legislation guided by strong ethical principles with the protection of citizens and the environment as a priority. Regulation must address racial and gender-based discrimination. Such systems need to be subject to constant review and analysis. Further research is needed on the way in which algorithms perpetuate harmful biases. When content is considered problematic or dangerous, who decides how it's removed from platforms? We are particularly concerned that introducing a separate category of legal but harmful context will lead to online censorship.

The text does not contain clear enough language on upload filters. Even more worrying is the call for an electronic identification scheme that paves the way for master variance. This is a huge issue.

Most of all, we must reiterate the importance of digital education. Only by equipping citizens with facts and enabling them to identify disinformation and misinformation can we make sure that we have an inclusive digital transformation.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! Dzisiaj cały cywilizowany świat jest w szoku po okrutnym mordzie dokonanym przez ortodoksyjnego barbarzyńcę na francuskim nauczycielu. Dzisiaj również jest dziesiąta rocznica mordu dokonanego z przyczyn politycznych w Polsce na działaczu Prawa i Sprawiedliwości Marku Rosiaku. Co łączy te morderstwa? Chora nienawiść i fakt, że znaleźli się ludzie, którzy w internecie gloryfikowali, a nawet wzywają do podobnych działań.

Dlatego cieszy kierunek zawarty w omawianym sprawozdaniu, dotyczący usuwania treści niezgodnych z prawem bez zbędnej zwłoki, szczególnie tych dotyczących dzieci i o charakterze terrorystycznym. Nowe przepisy muszą przyczynić się do zwiększenia bezpieczeństwa w sieci i zwalczania cyberprzestępczości przy jednoczesnym zagwarantowaniu ochrony praw podstawowych użytkowników internetu, w szczególności wolności wypowiedzi i prawa do informacji.

Należy zwrócić uwagę na niebezpieczeństwo cenzurowania treści pod kątem ich zgodności z polityczną poprawnością narzuconą przez lewicowo-liberalne elity. Nie może być zgody, by pod hasłem walki z niebezpiecznymi treściami niezgodnymi z prawem krępowano prawo do swobody wypowiedzi, np. w zakresie spraw światopoglądowych.

Tomasz Frankowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Jako poseł z ramienia grupy PPE, odpowiedzialny za pracę przy trzech opiniach Komisji Kultury i Edukacji do ram prawnych Unii Europejskiej dotyczących usług cyfrowych, chciałbym powiedzieć, że te ramy prawne muszą zostać uaktualnione, tak by odzwierciedlić szybką transformację cyfrową. Dlatego z niecierpliwością czekamy na ambitny pakiet wniosków ustawodawczych Komisji Europejskiej.

Z punktu widzenia Komisji Edukacji i Kultury chciałbym zwrócić uwagę na dwie kwestie. Po pierwsze, to problem niezwłocznego usuwania nielegalnych treści. Jest to szczególnie ważne w przypadku naruszania treści udostępnianych na żywo, takich jak wydarzenia sportowe czy koncerty muzyczne. W swojej opinii Komisja Kultury zawarła wezwanie do Komisji Europejskiej do doprecyzowania, czym jest niezwłoczne usuwanie nielegalnych treści, o których już mowa w artykule czternastym dyrektywy o handlu elektronicznym. Reakcja pośredników internetowych powinna następować natychmiast po otrzymaniu powiadomienia od właścicieli praw, maksymalnie w ciągu 30 minut. Jest to kluczowe w przypadku usuwania nielegalnych treści na żywo.

Po drugie, chciałbym również powiedzieć o poprawce, którą moja grupa polityczna złożyła w odniesieniu do sprawozdania posła Saliby z komisji IMCO. Mam nadzieję, że uzyska ona szerokie poparcie wszystkich grup politycznych. W tej poprawce chcielibyśmy dodać odniesienie do dyrektywy o świadczeniu usług audiowizualnych. Warto przypomnieć, że akt prawny o usługach cyfrowych powinien mieć zastosowanie bez uszczerbku dla innych legislacji sektorowych, takich jak dyrektywa w sprawie prawa autorskiego czy rozporządzenie o ochronie danych osobowych. Niestety w tym momencie tego odniesienia do dyrektywy o usługach audiowizualnych brakuje, i dlatego proszę o poparcie tej poprawki w głosowaniu.

Bardzo żałuję również, że w aneksie sprawozdania Komisji Prawnej nie ma niestety konkretnego paragrafu, który jasno mówi, że akt prawny o usługach cyfrowych powinien stanowić ramy horyzontalne uzupełnione istniejącymi i przyszłymi przepisami sektorowymi, takimi jak prawo autorskie i dyrektywa o usługach audiowizualnych, i że prawodawca uniknie kolizji przepisów. Mam nadzieję, że gdy otrzymamy wniosek ustawodawczy z Komisji Europejskiej, będziemy mieć jasne odniesienie w tej kwestii.

Evelyne Gebhardt (S&D). – Herr Präsident! Ich melde mich aus dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in München und freue mich sehr, dass diese neuen Möglichkeiten geschaffen worden sind. Vernetzte Produkte kommen immer häufiger zum Einsatz, Algorithmen beeinflussen die Verbraucherentscheidungen, sie steuern vernetzte Haushaltswaren, treffen sogar Entscheidungen über Kreditwürdigkeit oder in einer Personalabteilung. Das sind alles Errungenschaften, die sehr schön sind, sehr gut sind.

Allerdings müssen wir daran denken, dass damit auch immer wieder Gefahren verbunden sind und auch Schäden entstehen können. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir uns darüber Gedanken gemacht haben, wie wir dabei das Haftungsrecht an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz anpassen können.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren ein paar bestimmte Punkte ganz besonders wichtig, und ich möchte drei davon herausgreifen. Das eine: Es ist uns ganz wichtig, dass nicht nur physische Schäden, sondern auch immaterielle Schäden angegangen werden. Algorithmen werden eventuell mit verzerrten Daten gefüttert und können dazu führen, dass falsche Entscheidungen getroffen werden, die sehr diskriminierend sein können. Sie können zum Beispiel eine Kreditverweigerung bedeuten, und das ist absolut nicht akzeptabel. Da muss dafür gesorgt werden, dass wir Antworten darauf haben.

Zum Zweiten brauchen wir eine Haftung nicht nur vom Hersteller des Produktes, sondern auch von den Softwareentwicklern, denn sie haben unter Umständen die bessere und größere Kontrolle über das Vorgehen in diesem Bereich.

Zum Dritten: Wir wollen die volle Umkehr der Beweislast. Wenn eine Kaffeemaschine zum Beispiel defekt ist, dann merken wir es sehr schnell und können eventuell auch als Verbraucherinnen und Verbraucher erkennen, woran das denn eigentlich liegt. Wenn es ein Softwareprodukt ist, dann können wir das allerdings nicht, und deswegen ist es wichtig, dass die Beweislast nicht bei den Verbrauchern und Verbraucherinnen verbleibt.

Deshalb appellieren wir an die Europäische Kommission: Die Grundrechte müssen auf jeden Fall gewahrt werden in allen Bereichen der künstlichen Intelligenz. Die neuen Regeln müssen verbraucherfreundlich geschaffen werden und in der Risikobewertung alle Gefahren und Schäden betrachten. Und außerdem muss die Produkthaftungsrichtlinie modernisiert werden.

Sandro Gozi (Renew). – Monsieur le Président, avec la crise de la COVID-19, nous sommes tous entrés de manière irréversible dans la digitalisation mais nos règles, elles, ont déjà plus de 20 ans, ce qui, dans le numérique, correspond à plus d'un siècle de retard. Retard, car le cercle vertueux et plein d'opportunités que nous présentait internet nous montre aujourd'hui ses limites. L'enjeu, ce sont l'innovation et la compétitivité, et ce sont aussi les libertés publiques et la sécurité.

La terrible attaque qui s'est déroulée ce week-end en France, à Conflans, nous montre encore une fois l'urgence de légiférer et d'assumer nos responsabilités. Soyons courageux! Aujourd'hui, appelons ensemble à développer un marché numérique sans barrières nationales disproportionnées et injustifiées, à faire face aux risques qui existent pour les citoyens, à augmenter et à encadrer la responsabilité des plateformes. Ce programme du Parlement est ambitieux et j'espère, Madame la Commissaire, Madame la Vice-présidente, que la Commission saura se montrer encore plus ambitieuse sur le devoir de diligence et sur la lutte contre les contenus et pratiques illicites.

Aucune complaisance ne doit être admise envers les contenus illégaux sur les réseaux sociaux. Comme il a été dit, être libre signifie avant tout être responsable. Cette maxime vaut pour nous tous, citoyens ou plateformes, que ce soit dans la vie réelle ou virtuelle: appelons au civisme sur internet et pensons aux victimes d'aujourd'hui et de demain.

Gunnar Beck (ID). – Herr Präsident! Digitalisierung ist notwendig, birgt Risiken, aber auch Chancen. Notwendig ist sie, weil internationaler Wettbewerb Strukturwandel und Modernisierung erzwingt, und ohne Anpassungen keine Volkswirtschaft Bestand hat. Digitaler Wandel birgt Risiken – gewiss – doch der Gesetzentwurf gewährt hier mangelhaften Schutz der Nutzer und ihrer Daten, und die Parlamentsberichte nicht mehr als Erste Hilfe.

Denn Kommission und Parlament geht es gar nicht um Verbraucherschutz, sondern wie fast immer um Deutungshoheit nicht nur über unerlaubte, sondern auch über unerwünschte Inhalte. Online geteilt werden soll nur, was gefällt – nicht den Nutzern, sondern Justiz, Staatsanwalt und einer neuen EU-Agentur zu diesem Zweck.

Unser Vertrauen gilt hier eher John Stuart Mill und seinem Glauben an den Durchblick der Vernunft – nicht per Dekret oder Zensur, sondern durch Meinungsfreiheit im dezentralen Wettstreit der Ideen.

Und seien wir ehrlich: Digitaler Wandel und künstliche Intelligenz sind das Rettende, wenn uns die natürliche Intelligenz knapp wird infolge immer weniger junger Europäer. Denn künstliche Intelligenz setzt knappe menschliche Intelligenz frei und ist sozialpolitisch billiger als unqualifizierte Zuwanderung.

Dace Melbārde (ECR). – Mr President, artificial intelligence is set to unchain the next wave of digitalisation that Europe so desperately needs. As past experience has shown, automation creates more jobs, increases productivity and improves the living standards of societies.

Unfortunately, to date, the EU has been slow in embracing AI. Even the discussions are delayed and focus primarily on the potential risks of AI and the need for regulation, as opposed to the enormous opportunities it provides.

Meanwhile, the development of AI as well as public and private investment in it is lagging behind other regions in the world. To catch up, the EU should turn to soft law solutions for AI and incentivise developers who promote trustworthy AI, as stated in a recent non-paper signed by a group of Member States.

Innovation and proportionality – not restriction – is the way forward.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señor presidente, señora vicepresidenta de la Comisión, en el informe de la Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor sobre la futura ley de servicios digitales, el Parlamento Europeo transmite un mensaje claro sobre la necesidad de adaptar las normas europeas a la era digital y a la economía de datos.

El informe, centrándose en la revisión de la Directiva sobre el comercio electrónico, pretende ser una contribución valiosa a la inminente propuesta legislativa de la Comisión. La futura norma debe seguir respetando principios bien establecidos en la Directiva, como la cláusula de mercado interior, la libertad de establecimiento y la prohibición de imponer una obligación general de monitorización a los intermediarios digitales.

Ahora lo importante, de todas formas, es que se actualice esa Directiva sobre el comercio electrónico y así, por ejemplo, clarifique el régimen de responsabilidad en materia de gestión de contenidos y proporcione herramientas para hacer frente al creciente volumen de mercancías ilegales, que tanto están perjudicando al sector de las manufacturas.

Dicho esto, el ámbito de actuación de la nueva propuesta debe ir más allá de la Directiva sobre el comercio electrónico y adaptar los conceptos de competencia a la digitalización. Tal y como se ha hecho en otros sectores, los reguladores nacionales deben contar con instrumentos para afrontar el creciente número de barreras para el acceso a los datos que encuentran las empresas para intentar llegar a los clientes. Me refiero a eliminar condiciones de acceso inflexible, al acceso ilimitado de las funciones de los sistemas operativos o también a los datos de las transacciones legales.

En definitiva, debemos garantizar que en un mercado digital todas las empresas tengan acceso a terceros proveedores en condiciones de igualdad y transparencia, porque eso va a redundar, en último término, en mejores servicios y en una mayor investigación.

Adriana Maldonado López (S&D). – Señor presidente, señora comisaria. En primer lugar me gustaría poner en valor el papel que hoy está teniendo aquí el Pleno del Parlamento Europeo. Muchos meses de trabajo de diferentes comisiones del Parlamento Europeo se reflejan hoy aquí en un debate intenso, técnico y con solvencia de diferentes comisiones. Por lo tanto, creo que es importante que la Comisión escuche al Parlamento Europeo y ponga de manifiesto las propuestas que, mediante los diferentes informes que presenta el Parlamento Europeo, llevamos a la Comisión Europea.

Por lo tanto, estarán de acuerdo conmigo en que la Unión Europea ha cambiado mucho desde el año 1985 hasta el año 2020. Por eso quiero hacer hincapié en la Directiva de responsabilidad por productos defectuosos, que trata de ese año. Pero la sociedad ha cambiado tanto, que esa Directiva no habla en ningún momento ni de teléfonos móviles, ni de ordenadores, ni del teletrabajo, elementos fundamentales en la economía europea, en nuestra forma de relacionarnos, en nuestra forma de trabajar hoy en el siglo XXI.

Por lo tanto, para los socialistas europeos, es muy importante que se ponga de manifiesto esta actualización del siglo XXI. Es verdad que alrededor del 50 % de los fabricantes de productos europeos utilizan hoy la inteligencia artificial en sus procesos de elaboración de sus productos; y también es verdad que una gran parte de los ciudadanos europeos consideran que la inteligencia artificial no es del todo de su confianza en el uso de su día a día. Por lo tanto, como legisladores, tenemos el reto de ser capaces de trabajar en una Directiva que dé confianza a las instituciones europeas, pero, sobre todo, a nuestros ciudadanos. Esa seguridad tiene que ir amparada, sin duda alguna, en la seguridad de muchos de nuestros productos.

Y, como se ha comentado aquí también, es fundamental que esa carga de la prueba no recaiga sobre los consumidores. Es verdad que necesitamos empoderar a nuestros consumidores europeos. Necesitamos que los consumidores europeos tengan un mayor conocimiento de todo lo que tiene que ver con las nuevas tecnologías, pero no puede caer sobre ellos una responsabilidad que tiene que ser de los productores.

Maximilian Krah (ID). – Herr Präsident! Meine lieben Kollegen, die Europäische Union ist der Raum mit der niedrigsten Innovationskraft von den großen Wirtschaftsräumen in Bezug auf IT und künstliche Intelligenz. Die Musik spielt in den USA und in Asien.

Wir legen hier einen neuen Regulierungsvorschlag vor, der die Freiheit beschränkt, aber – und das ist mittlerweile typisch geworden – eine neue Agentur und damit neue Beamtenstellen schafft. Ich befürchte, das ist die falsche Schwerpunktsetzung.

Wir können digitale Entwicklung nur dann regulieren, wenn sie überhaupt stattfindet, und unsere Regulierung muss sie befördern und darf sie nicht weiter einschränken. Wir brauchen nicht mehr Beamte, sondern mehr Forschung. Wir brauchen nicht mehr Regulierung, sondern mehr Freiheit, und das gilt nicht nur für die Technik, sondern auch für die Meinung.

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir wegkommen sollten von einem Gedankenspiel, das darauf basiert, jedes Lebensrisiko rechtlich fassen und für jede mögliche Gesetzesübertretung eine Agentur schaffen zu wollen. Wir sollten wieder hin zu der Bereitschaft kommen, auch Risiken aushalten zu können, weil ein Risiko eben auch immer eine Chance bietet. Eine Chance dafür, dass die Entwicklung weitergeht und Europa vielleicht seine Innovationsschwäche überwindet und dafür seine Regulierungsstärke hinter sich lassen kann.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, twee weken geleden vroeg ik aan commissaris Breton hoe hij zou garanderen dat inhoudsmoderatie op onlineplatformen niet de vrijheid van meningsuiting zou ondermijnen. Hij stelde dat de nadruk van zijn beleid zou liggen op het sneller aanpakken van inhoud die al illegaal is, zoals terrorisme en kinderporno. Daarin heeft commissaris Breton uiteraard onze steun.

Het Europees Parlement gaat echter volledig de verkeerde kant op. Als het aan dit huis ligt, wordt het mogelijk om onwelgevallige of politiek incorrecte inhoud onder het mom van "schadelijkheid" van de sociale platformen te weren, los van het feit of deze inhoud ook als illegaal aan te merken is.

De vrijheid van meningsuiting is het fundament van onze vrije westerse samenleving, een culturele kernwaarde. Ik reken erop dat de Commissie dit gevaar onderkent en dat zij nooit zal toestaan dat deze culturele kernwaarde in gevaar komt.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, tämä on historiallinen hetki, ensimmäinen kerta, kun Euroopan parlamentin täysistunnossa käytetään puheenvuoro Helsingistä ja vielä mitä parhaimmasta teemasta: digitalisaatiosta ja tekoälystä.

Nyt meneillään oleva koronapandemia on tarkoittanut isoa digiloikkaa koko Euroopassa, ja varmasti osa näistä muutoksista jää pysyväksi. Samalla se on nostanut myös esiin erittäin isot erot alueiden ja ihmisten välillä ja osoittaa sen, että meidän on investoitava lisää nopeaan moderniin infrastruktuuriin ja yhteyksiin, ihmisten digitaaliseen osaamiseen ja että meidän on investoitava myös lisää digitaalisten palveluiden ja alan tutkimukseen ja innovaatioihin, jotta voimme olla kilpailukykyisiä tulevaisuudessa.

Tämä on siis samalla myös viesti nyt meneillään oleviin rahoitusneuvotteluihin. Lisäinvestointeja tarvitaan moderneihin nopeisiin yhteyksiin, ihmisten digitaaliseen osaamiseen ja alan tutkimukseen ja tuotekehitykseen. Se on se tapa, miten Eurooppa voi pysyä kilpailukykyisenä ja menestyvänä tulevaisuudessa.

Mutta investointien ja innovaatioiden lisäksi meidän on varmistettava juuri se, että meillä on sellainen lainsäädäntö, joka tukee uusia innovaatioita ja kannustaa uusien teknologioiden ja uusien sovellusten käyttöönottoon. Samalla on varmistettava, että hyvä kuluttajansuoja ja ihmisten perusoikeudet toteutuvat myös digitaalisessa maailmassa, ja tässä meidän on tärkeää nyt lainsäädännössä löytää oikea balanssi. Me emme saa lähteä ylisääntelemään digitaalisia palveluita tai tekoälyä, mutta meidän on varmistettava samalla se, että kuluttajien ja yritysten luottamus digitaalisiin palveluihin säilyy. Se tarkoittaa sitä, että sääntelyä on uudistettava alustojen vastuun osalta ja meidän on luotava tekoälyyn myös omat eettiset eurooppalaiset periaatteet.

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il voto di domani in Parlamento pone le basi per una moderna normazione dei servizi digitali riformando la direttiva e-commerce che risale al 2000, ben prima dello strapotere delle grandi piattaforme, quando il commercio online era molto meno diffuso.

Allo stesso tempo avremo anche i primi frutti del lavoro sull'intelligenza artificiale avviato insieme alla Commissione europea, definendo un quadro generale sugli aspetti etici di responsabilità civile e di proprietà intellettuale, questioni fondamentali per garantire la fiducia dei cittadini verso questa tecnologia e per dare certezza legale alle imprese che vi ricorrono.

Con l'approvazione di queste relazioni, stabiliamo un vero e proprio modello europeo per il digitale, fondato sulla centralità dell'uomo e sulla tecnologia, sui nostri diritti e libertà fondamentali, sulla stessa democrazia. Un quadro che garantisca la protezione dei cittadini e dei consumatori, ma anche la promozione dell'innovazione e dell'eccellenza, per sfruttare appieno le grandi opportunità offerte dalle nuove tecnologie e minimizzando così i rischi per la nostra società.

Sono particolarmente contento del focus specifico sulla contraffazione del commercio elettronico, a cui ho lavorato, sancendo il principio «ciò che è illegale offline è illegale online» e aprendo l'obbligatorietà di alcune disposizioni, ora volontarie, in materia, proteggeremo ancora meglio i consumatori europei e le nostre aziende dal proliferare di prodotti falsi e pericolosi, una tendenza, purtroppo, aumentata a dismisura durante la pandemia di Covid-19.

Andiamo avanti in questo lavoro quindi per un'Europa inclusiva e all'avanguardia nella trasformazione digitale.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Nadszedł czas przyspieszenia, jeśli chodzi o technologie cyfrowe. Pandemia COVID-19 pokazała, jak istotna jest dla nas wszystkich ta dziedzina w tej trudnej sytuacji. Z całą pewnością potrzebujemy mniej biurokracji, a więcej cyfryzacji. A zatem powinniśmy w tej nowej perspektywie postawić na innowacyjność, i co do tego nie ma absolutnie żadnej wątpliwości.

Ale wraz z rozwojem cyfryzacji i dostępu do usług internetowych również powinniśmy dużą uwagę zwrócić na chronienie dzieci przed wykorzystywaniem w internecie. I ta kwestia jest dla mnie absolutnie priorytetowa, bo wiemy, że niestety ten proceder jest bardzo szeroko występujący w Unii Europejskiej.

I chciałabym również zwrócić uwagę, że projektując rozwiązania, należy pamiętać o zachowaniu równowagi między, z jednej strony, potrzebą bezpieczeństwa, a ochroną przed cenzurą w internecie z drugiej strony, a także o odpowiednich gwarancjach, jeśli chodzi o wolność wypowiedzi i prawo do informacji.

Ivan Štefanec (PPE). – Vážení pán predsedajúci, ochrana duševného vlastníctva je v čase nástupu umelej inteligencie stále dôležitejšou témou. Je zrejmé, že váha duševnej práce bude neustále narastať a jej ochrana tak bude stále dôležitejšia. Do nedávnej doby bol koncept duševného vlastníctva viac-menej jasný. Nieкто niečo vyrobil, či vytvoril a ak to iný bez dovolenia okopíroval, porušil tak zákon.

V čase digitálnych technológií však do tejto oblasti vstupuje čoraz viac nejasností. Musíme odpovedať na otázky, ktoré by sme nedávno zaradili skôr do sveta sci-fi. Keď bude umelá inteligencia vedieť tvoriť, kto vlastne bude vlastníkom výsledkov tejto tvorby? Kto bude zodpovedný za autonómne rozhodnutia strojov? A čo keď začne umelá inteligencia tvoriť samú seba?

Môže sa to zdať predčasné, no vývoj ide obrovským tempom a skôr či neskôr budeme pred tieto dilemy postavení. A vtedy už musíme mať nastavené jasné pravidlá a jasné právne rámce. Hlavným princípom, na ktorý musíme pamätať, je to, že technológie vždy slúžia človeku a spoločnosti a nie naopak.

Akokoľvek zložitý stroj či program je vždy napokon len výsledkom ľudského umu a práce. Preto na konci rozhodovania musí byť vždy človek. Tak, ako človek sa vždy môže rozhodnúť, či umelú inteligenciu použije alebo nie, tak aj v procese rozhodovania musí mať konečné slovo len človek. Len tak dokážeme zabezpečiť, aby nám umelá inteligencia slúžila, zlepšovala naše procesy a skvalitňovala naše služby.

Javier Zarzalejos (PPE). – Señor presidente, el debate que estamos teniendo viene dado por la evidencia de que las tecnologías han tenido y tienen un impacto espectacular sobre los modelos de negocio y, al mismo tiempo, sobre la posición de los derechos de los consumidores y de los usuarios.

No podemos renunciar a lo que estas tecnologías significan y tampoco someternos a ellas como sujetos pasivos. Necesitamos, por tanto, un entorno seguro desde el punto de vista jurídico, desde el punto de vista tecnológico y desde el punto de vista de la protección que los consumidores esperan. Y es necesario, por tanto, para empezar, que se produzca una armonización real en las legislaciones nacionales, normas claras sobre responsabilidad y la afirmación evidente del principio de que lo que es ilegal fuera de línea, lo es también en línea.

Tenemos que asociar, sin duda, a las compañías prestadoras de servicios para que colaboren y aporten condiciones de transparencia y legalidad. Quiero decir que la tecnología es verdad que crea desafíos, pero también la tecnología misma debe ayudar a responder a ellos. Por ello debemos contar con la tecnología presente y la que se desarrolle en el futuro como instrumento para resolver las amenazas y los riesgos específicos del mundo online. Entendemos que no hay que prohibir, sino que hay que regular de acuerdo con la madurez de cada una de las tecnologías.

Y finalmente permítanme decir que necesitamos mantener la legislación sectorial para hacer frente a los desafíos y las amenazas específicas que existen en el mundo digital. Entre ellos la regulación de los contenidos terroristas después de que el terrorismo haya vuelto a atentar en Europa contra un inocente, víctima de la libertad.

Arba Kokalari (PPE). – Herr talman! Många av oss i dag i vår uppkopplade värld spenderar väldigt många timmar på nätet. Samtidigt så pågår det på nätet också bedrägerier, sexualbrott och försäljning av olagliga produkter. Hat, hot och falska nyheter får lätt stor spridning, och det har vi sett inte minst nu under pandemin. Vi måste både sätta stopp för kriminaliteten online, men också samtidigt värna om människors frihet på nätet. Det är ett fundament i vår demokrati. I diktaturer har de svårt att hålla isär dessa tankar. Men inom EU, som ändå vilar på en värdegemenskap, har vi ett ansvar att göra det.

Jag vill därför se en ny lag där internetplattformar tar bort olagligt innehåll effektivt, utan att man skapar incitament för att de här plattformarna ska bedriva nätcensur. För vi minns alla ändå debatten om länkskatter, uppladdningsfilter och krånglet med GDPR. Därför är det centralt att vi bevarar ansvarsbegränsningen för plattformar och ser till att bara olagligt innehåll tas bort, inte satir eller politiska åsikter. För Europa ska leda digitaliseringen, och människor i Sverige och EU ska kunna använda digitala plattformar på ett tryggt och säkert sätt. Men politikerns iver att städa internet får inte gå ut över yttrandefriheten eller skapa överdrivet krångel för småföretag, för då gör vi en björntjänst både för friheten och tryggheten.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, geachte commissaris, vooral dit onderwerp laat zien dat de markt niet wacht op de wetgever. Kunstmatige intelligentie biedt kansen, maar brengt ook bedreigingen met zich mee. Veel is al gezegd. Inhoudelijk zal ik daar niet op ingaan als voormalig advocaat. Daarvoor is anderhalve minuut veel te kort. Maar ik roep de Commissie op om ons te verzekeren dat wij niet afhankelijk worden van Chinese of Amerikaanse bedrijven. Ik roep de Commissie op om te verzekeren dat Europese gegevens ook daadwerkelijk in Europa blijven.

Wij kunnen nu de regels maken die ons een voorsprong geven op de rest van de wereld. Daar moeten we inhoudelijk goed over nadenken. Kunstmatig intelligentie en gegevens zijn namelijk de olie van de toekomst. Als wij daar een voorsprong in nemen, zal dat Europa ook veel bieden. Voor ons is het heel belangrijk dat bij kunstmatige intelligentie en wetgeving die daarvoor wordt voorgesteld, de mens centraal blijft staan. Wij bepalen tenslotte de wetten en niet de kunstmatige intelligentie.

Kunstmatige intelligentie moet helpen om actief ouder worden mogelijk te maken en ouderen opnieuw bij onze maatschappij te betrekken. 50 % van de Europese bevolking is 50 jaar of ouder. De helft is dus ouder in de ogen van jongeren. Maar jongeren willen heel graag 50-plusser worden. Dus wat dat betreft praten we voor iedereen. Goede wetgeving is voor iedereen van belang. Ik zie dan ook graag de voorstellen van de Commissie tegemoet.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, danas smo imali doista vrlo kvalitetnu raspravu i čuli smo mnoge argumente o mnogim aspektima uređenja digitalnog tržišta. Jedan od najvažnijih, a to je nešto što se spominjalo više puta, to je pitanje govora mržnje i slobode izražavanja. Ja bih samo, ovim putem, spomenuo da osim zločina, koji je spomenut više puta, koji se dogodio u Francuskoj, bili smo, nažalost, prošli tjedan svjedoci jednog napada na zgradu Vlade Republike Hrvatske u Zagrebu, gdje je nažalost, jedan dvadesetdvogodišnjak pucao po zgradi Vlade i teško ozlijedio policajca koji je bio na straži, odnosno, u osiguranju zgrade Vlade. Nažalost, očito je da je taj dvadesetdvogodišnjak bio motiviran govorom mržnje i *fake newsom* na internetu, a što je najgore, nažalost, nakon što se taj čin dogodio, mogli smo vidjeti niz izljeva glorificiranja njegovog čina, upravo na društvenim mrežama.

To pokazuje koliko je opasno širenje mržnje na internetu, pokazuje koliko je opasno širenje dezinformacija i koliko se moramo boriti protiv takvih pojava. Naravno, to ne znači da nam treba „Ministarstvo istine“, to ne znači da smo za cenzuru, to samo znači da moramo postići pravi balans između slobode izražavanja s jedne strane, ali i govora mržnje, koji je itekako opasan i koji može dovesti do ovakvih tragedija u budućnosti.

Drago mi je da Komisija djeluje u tom smjeru, drago mi je da su najavljene mjere koje idu upravo prema postizanju tog balansa i vjerujem da ćemo uspjeti postići tu ravnotežu i da ćemo zaštititi sve one vrijednosti koje čine i štite europski način života.

Alex Agius Saliba, rapporteur. – Mr President, first of all my thanks to all the colleagues who participated in this very interesting discussion. I want to start my last intervention by quoting, as my colleague Tiemo did, the social dilemma: if you are not paying for it then you are the product. And this is the idea that we are fighting throughout our report, by increasing transparency, by increasing consumer protection – we must never treat our citizens just as simple products.

Today we are living in a world where digital services and platforms are essential in our social and economic lives. Just imagine the consequences of the Covid-19 pandemic on our lives without digital infrastructure and without digital industries. These digital services basically helped us to continue with our commercial and social lives. But online platforms and digital services have largely evolved during the past 20 years and therefore, as EU legislators, we need to catch up. The ideas that we are moving forward in our reports are aiming at this target. Therefore we are directly asking the Commission to be ambitious, as we were in our reports, by introducing in its proposal these concepts: know your business customer principle, and know your business customer principle not only for online marketplaces but for all digital service providers; ex ante rules for digital sectors; special responsibilities for online marketplaces to guarantee consumer safety; stricter controls on targeted advertising and the AI mechanism; and a scope that will encompass companies established outside the EU which are targeting us and targeting our consumers.

I want also to reply to a comment made by one of our colleagues and make it totally clear that our proposal is stating explicitly that what we are proposing is without prejudice to the Audiovisual Media Services Directive (AVMSD), to copyright law and to specific legislation. I hope that the report will gain your support in tomorrow's vote.

Tiemo Wölken, Berichterstatter. – Herr Präsident! Liebe Frau Kommissarin und jetzt auch lieber Michael für die deutsche Ratspräsidentschaft! Ich möchte zunächst nochmal einige Worte zur heutigen Debatte sagen. In der Tat war das eine sehr intensive, sehr aufschlussreiche Sitzung. Es ging auch viel um Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern, und zu diesem Punkt gibt es auch noch einen Änderungsantrag zu dem Bericht im Rechtsausschuss. Ich werde morgen die Ablehnung der Änderungsanträge in diesem Bereich empfehlen, weil ich glaube, dass sie in den IMCO-Bericht gehört hätten, und weil ich auch glaube, dass wir diese Themen auch sehr gut in den Schattenberichterstattertreffen hätten diskutieren können.

Ich möchte noch zwei, drei Worte zu dem Bericht „IP rights for artificial intelligence“ sagen, da war ich Schattenberichtersteller: Ich glaube, dass der Erfolg von künstlicher Intelligenz maßgeblich auch davon abhängt, dass Daten verfügbar sind, und es hilft nicht, nur Algorithmen zu trainieren, sondern wir müssen dafür sorgen, dass sie diskriminierungsfrei operieren, und dafür brauchen wir das Teilen und Weitergeben von Daten. Und wir brauchen das, um Datenmonopole aufzubrechen und den digitalen Binnenmarkt für alle Marktteilnehmer fair zu gestalten. Dadurch würden wir Innovation in Europa fördern.

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es aber wichtig, dass es Regeln zu geistigen Eigentumsrechten gibt, die nicht den Effekt haben, dass das Teilen und Wiederverwerten von Daten beeinträchtigt wird. Das Konzept des Dateneigentums lehnen wir ab, genauso wie Regeln, die in der Praxis den gleichen Effekt hätten. Gleichzeitig müssen wir aber gerade darauf achten, dass die Früchte der Arbeit menschlicher Schöpferinnen und menschlicher Schöpfer angemessen geschützt werden. In Zeiten, in denen mehr und mehr Werke mit KI-basierten Hilfsmitteln erarbeitet werden und in denen KI zunehmend in der Lage ist, eigenständig ohne jeglichen menschlichen Input Werke zu generieren, muss der Wert menschlicher Arbeit insbesondere im Kunst- und Kreativsektor anerkannt werden.

Und ein letzter Satz noch zu dem weiteren DSA: Wir haben hier heute deutlich gemacht, dass es uns um die Meinungsfreiheit im Internet geht und dass wir bereit sind, dafür zu kämpfen. Wir freuen uns auf den Vorschlag der Kommission im Dezember.

Kris Peeters, *rapporteur*. – Mr President, first of all, I would like to thank you for this debate. The core ideas for the Digital Services Act (DSA) are clear. The DSA must improve the framework for digital service providers to stimulate growth, but it must also make the fight against illegal content more successful and it must improve transparency and oversight.

Our core idea for digital intelligence should be clear as well. Either we develop AI based on our own values and with economic benefits or we end up using AI developed on other continents without those values and without a large part of the economic benefits. A strong risk-based approach offers the best way forward here.

These challenges are difficult, but I fully support the efforts of all the rapporteurs here today. We are not even close to a satisfying legal situation, but these reports are an excellent start. Madam Commissioner, listening to your reaction, I am very positive about the proposals that you will make and we can discuss very soon.

Axel Voss, *Berichterstatter*. – Herr Präsident, liebe Frau Vizepräsidentin Vestager, lieber Herr Roth. Ich finde es schön, Herr Roth, dass Sie heute Abend noch zu dieser eigentlich wichtigen Debatte gekommen sind, und ich möchte gerne auch nochmal darauf Bezug nehmen, was ich vorhin gesagt hatte. Wie schaffen wir es eigentlich, all die guten Ideen, die jetzt seitens der Kommission oder auch seitens des Parlaments kommen, in die Mitgliedsstaaten entsprechend hineinzu-tragen?

Wenn es Europa nicht gelingt, als eins zu handeln am Ende des Tages, werden wir den Wettbewerb gegenüber China und den USA letztlich nicht gewinnen können. Deshalb brauchen wir hier, glaube ich, ein anderes *mind setting* in den Mitgliedsstaaten, nämlich, dass wir ein europäisches Ziel verfolgen und nicht ein nationales Ziel auf europäischer Ebene.

Ich weiß nicht, wie wir das hinkriegen, und es soll kein Vorwurf an Sie sein, weil ich weiß, dass Sie da ganz anders aufgestellt sind. Aber ich glaube, das ist eines der wesentlichsten Dinge, warum es uns nicht gelingen wird, sollten wir mit Europa nicht vorankommen, oder warum es uns nicht gelingen wird, das dann entsprechend umzusetzen. Deshalb meine ich, müssen wir darauf hinarbeiten, dass wir wirklich als eins handeln.

Natürlich sind die einzelnen Punkte, die wir heute vorgestellt haben, nur ein kleiner Baustein dazu. Wir brauchen darüber hinaus viele, viele andere kleine Punkte, ob nun Geld, Investment und Infrastruktur etc., um digital souverän zu werden, um mithalten zu können.

Es liegt, meine ich, auch an den Mitgliedsstaaten, dass wir uns hier zu sehr blockieren, und darum würde ich bitten, dass wir da nochmal vorankommen. Wir brauchen, glaube ich, eine vernünftige Strategie, eine Konzeption diesbezüglich, und ich glaube, das, was wir heute gehört haben, kann auch noch verbessert werden durch die Kommission selber.

Letztlich müssen wir, glaube ich, auch die Regeln, die wir haben, nachher durchsetzen. Aber bei all dem führt kein Weg daran vorbei, dass wir als Einheit handeln müssen und uns nach vorne orientieren müssen und eben nicht nur darauf bedacht sein dürfen, dass es in Frankreich, Deutschland, Spanien etc. irgendwie gut läuft. Wir müssen als Europa in Gänze den Schritt nach vorne wagen.

Margrethe Vestager, *Executive Vice-President of the Commission*. – Mr President, this has indeed been a rich, nuanced, very, very good debate. We have come from liability, intellectual property rights, innovation, hate speech, upload filters, consumer protection – I think we have shown the width and the depth of the work that has been ongoing here.

But, the thing is that the fundamental question is answered with a 'yes'. Can we have a European model? There are other models, obviously. But the debate tonight has shown with all clarity that no one wants just to leave that to the state. Neither will anyone just say, 'well, let business take care of this'.

Now this has been a promise: that democracy will shape our society. That promise has been given tonight by everyone who has been taking the floor, that in our democracy we will shape this – for the state, for the business community, to serve the real asset here, which is the individual citizen, and that I find extremely promising.

Obviously, the level of complexity is quite high. There's been a lot of very nuanced speeches, trying to balance that on the one hand, there are so obviously things that should not be out there, because it's illegal in the offline world, while at the same time, no one wants censorship, no one wants the state to control. No one wants to limit a debate that can be free and nurture our democracy and that, of course, is the thing that we will have to grapple with in the months to come.

I just read an article in a Danish paper, in Danish, about artificial intelligence and part of that article was written by AI, in my mother tongue, on a rather complex subject, and I couldn't distinguish what was written by the authors and what was written by AI. Maybe the grammar was slightly better by the AI – I wouldn't know, but it's just to say that when we're in a world where artificial intelligence can write an op-ed, can write a poem, can write music, and we cannot tell the difference anymore, then it's about time that democracy catches up with technology. Otherwise we cannot stand by the promise that the humans are the empowered here and that the machine is a servant.

The thing is that now the digital world, the online world, is not another world. It's our world. For the children who are being bullied, it is just as real as when it was in the schoolyard back in the day. For the people who decide not to participate in democracy because of the hate speech online, it is as real as if someone has threatened them offline. This is our world and this is now, when we went to frame it, because it has matured. Back in the digital stone age, in the year 2000, of course, how could we have known any better? But this is the time and with this level of complexity, what a pleasure it is to see that we then discuss the principles.

What are the fundamentals? That humans are in control; that transparency, responsibility, accountability, is what we want to work with; that you should know your customer; that you should be able to identify yourself to create the trust that people know who they are dealing with and you know that you are in control of the data that you create.

The principle of freedom, of fair markets. I think that is the core of the debate today and then, of course, the obvious: that the legislation that we will discuss and hopefully decide upon, should be implemented, should be enforceable, so that these promises are not empty, that it's not just more words on paper, but that it's real rights for citizens, for businesses, in the real world, to make the best possible use of digital technologies. It is, of course, a framework of legislation. It is the Digital Services Act, the Digital Market Act, it's the legislation on artificial intelligence. It will be the Data Governance Act and the Data Act and the European Digital Identity, just to mention the most obvious things.

That should create ecosystems of excellence – because Europe has so much to offer. We have a culture of doing this and we will do it again. This is how we can create an ecosystem of trust, so that citizens do not feel estranged to a society that they have seen in the movies and found fascinating, but never ever wanted to live in.

And obviously, as was just said, this is a European debate that should be rooted in every Member State. As we have seen with all the different proposals coming in every Member State because this is not just something down in Brussels. This is grown from every Member State but it needs a European response and this response you have given tonight by a promise that democracy will make sure that we frame this.

(Applause)

President. – The joint debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 20 October 2020.

Written statements (Rule 171)

Andrus Ansip (Renew), *kirjalikult*. – Digiteenuste liigid ja digiteenuste osutajate rollid on sellest ajast saadik, kui e-kaubanduse direktiiv 20 aastat tagasi vastu võeti, oluliselt muutunud. Muutunud oludes on liikmesriigid hakanud võrguteenuseid erinevalt defineerima (näiteks NetzDG Saksamaal, Prantsusmaa ebaseadusliku veebisisu reguleeriv seadus jt) ning see viiks paratamatult Euroopa Liidu ühtse turu fragmenteerumisele. Seetõttu on võrguteenuste definitsiooni kaasaajastamine hädavajalik. Kaasaajastamisel tuleks kindlasti säilitada e-kaubanduse direktiivi põhiseisukohad: piiratud vastutuse printsiip, asukohamaa printsiip (COO) ja üldise jälgimiskohustuse keelu printsiip. Digiteenuste reguleerimisega ei tohiks seada ettevõtetele ebaproportsionaalseid uusi kohustusi. Samuti ei tohiks regulatsioonidega kahjustada innovatsiooni. Olen kategooriliselt vastu tehisintellektil põhinevate näotuvastussüsteemide kasutamise keelustamisele avaliku sektori poolt. Me peame kaitsma inimeste privaatsust, kuid seejuures ei tohi me tappa innovatsiooni. Ma ei pea mõistlikuks suunatud reklaami keelustamist. Tarbijana eelistan saada informatsiooni kaupade ja teenuste kohta, mis mulle tõepoolest huvi pakuvad, selmet uppuda lausreklaami mürasse. Raske südamega toetasin kompromissettepanekut.

Patryk Jaki (ECR), *na piśmie*. – Sztuczna inteligencja to bardzo trudny temat pod względem prawnym. Trzeba powiedzieć sobie jasno, że nie można zaakceptować stanu, w którym proces decyzyjny będzie całkowicie niezależny od człowieka. Sztuczna inteligencja wiąże się z wieloma udogodnieniami, ułatwia nasze życie, bez wątpienia pomaga, ale nie może ponosić odpowiedzialności. Za wszelkie procesy na niej oparte, za ich zaprojektowanie i stworzenie zawsze musi ponosić odpowiedzialność człowiek. Nie może być też mowy o przekazywaniu jakichkolwiek kompetencji organów państwa maszynom.

Ondřej Kovařík (Renew), *in writing*. – I believe that AI can make a huge contribution to improve the lives of European citizens. AI is a strategic engine that contributes to improving productivity and economic growth. AI is also transforming the way we interact with money helping to streamline and optimize greater access to financial services and efficiency of operations. AI is a powerful ally when it comes to preventing and battling money laundering. Its sophisticated technology not only settles the infrastructure to recognise suspicious activity, but also helps to cut the costs of investigating alleged money-laundering schemes. However, as AI flourishes beyond the realm of science & research and penetrates into our daily lives, lawmakers should commit to steering it in a direction that benefits the common good. AI also raises a number of ethical challenges since it can potentially entail risks for EU citizens' fundamental rights. The challenges presented by AI circle around the balance between the need to take advantage of this technology and the development of leading regulatory standards that puts people first. AI should be a human-centric technology. I believe it is necessary to establish a comprehensive European legal framework that enables technically robust AI development, while setting up ethical standards.

Eva Maydell (PPE), *in writing*. – When it comes to digitalisation of the economy, the truth is that we missed already several opportunities. We missed the opportunity created by the previous crisis to change the structure of capital investment in Europe and to increase the share of ICT; we also missed the opportunity of the start of this technological revolution when the main giants were created, when the new services were established.

Today we have two opportunities at the same time. First, it is the economic crisis created by COVID19 that is pushing us to change the model. Second, it is the Artificial Intelligence (AI) and data breakthroughs that are happening. It gives us a chance to be back in the global digital competition, having in mind that Europe produces huge amounts of industrial data. We should use AI as a catalyst for the process of digitalisation and innovation in all industries. AI can be a solution to enhance Europe's productivity which has been lagging compared to global competitors – and that is just one example. Understanding and addressing the current challenges faced by businesses will be key to ensuring Europe realizes the economic potential of AI to the fullest extent.

Beata Mazurek (ECR), *na piśmie*. – Kodeks Usług Cyfrowych to inicjatywa, która ma na celu ulepszenie działania jednolitego rynku usług cyfrowych. Jej głównym priorytetem musi być usunięcie barier utrudniających jego prawidłowe działanie przy zachowaniu zasad, które legły u podstaw istnienia i funkcjonowania jednolitego rynku cyfrowego. Wraz z usprawnieniami rynkowymi równie istotne będzie zwiększenie bezpieczeństwa w sieci i ochrona praw podstawowych użytkowników internetu, a także wprowadzenie skutecznego nadzoru nad rynkiem w odniesieniu do moderacji nielegalnych treści przez pośredników. W dzisiejszych czasach, gdzie dostęp do internetowych treści jest powszechny, potrzebne są transparentne narzędzia powiadamiania platform i odwoływania się od ich decyzji. Obecne przepisy i praktyki nie są spójne, co w dużej mierze działa na niekorzyść użytkowników i wprowadza chaos na jednolitym rynku.

Kolejnym ważnym elementem jest zapewnienie bezpieczeństwa wszystkim użytkownikom sieci poprzez zapobieganie cyberprzestępczości i jej zwalczanie. Kluczową kwestią będzie usprawnienie współpracy między platformami internetowymi a właściwymi organami egzekwowania prawa w poszczególnych państwach członkowskich przy zachowaniu najwyższych gwarancji w zakresie praw podstawowych. Istnieje potrzeba stworzenia skutecznego mechanizmu oddzielającego treści nielegalne od tych legalnych, ale szkodzących czy dezinformujących. DSA musi być rozwiązaniem przyszłościowym, zapewniającym bezpieczeństwo i pewność prawną wszystkim użytkownikom rynku cyfrowego.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Pachetul Legislativ pentru servicii digitale reprezintă un element esențial în transformarea digitală a Uniunii Europene. De la adoptarea Directivei privind comerțul electronic în 2000, mediul online a evoluat semnificativ și de aceea este nevoie de noi modalități de a reglementa, de a defini platformele online, de a stimula inovația și de a sprijini sectorul digital european.

Totodată, cetățenii au fost expuși unor noi riscuri suplimentare în timp ce companiile online au întâmpinat dificultăți în ceea ce privește posibilitatea de contestare, echitatea și intrarea pe piață, în special în raport cu marile companii din domeniu.

De aceea avem nevoie de o abordare deschisă pentru reglementarea și dezvoltarea sectorului pornind de la următoarele direcții: combaterea produselor și a conținutului ilegal, contrafăcut sau nesigur; implementarea unui mecanism de notificare și avertizarea privind infracțiunile; crearea profilurilor vânzătorilor online; posibilitatea de a accesa platformele în mod anonim și de a fi uitat de către sistemele informatice; aplicarea tuturor măsurilor platformelor din afara spațiului UE.

Ce este clar este că tot ce este ilegal offline, devine ilegal și online, dar tot ce este bun online trebuie sprijinit activ și corespunzător pentru ca Uniunea Europeană să devină un lider în materie de platforme online.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – Digitalisaatio ja tekoäly luovat yhteiskunnille meidän ihmisille uskomattomia mahdollisuuksia ja helpottavat tuntuvasti elämäämme monin tavoin. Uudet kehittyvät teknologiat eivät ole itsessään hyviä tai huonoja, vaan riippuu meistä ihmisistä, millaisiksi me ne luomme. Digitaalisuus ja uudet teknologiat ovat tärkeä osa arkipäiväämme monin eri tavoin. Niihin liittyvä lainsäädäntö tulisikin integroida jo olemassa olevaan lainsäädäntöön sen sijaan, että luotaisiin täysin erillistä digilainsäädäntöä. Se, mikä on laitonta verkon ulkopuolella, on laitonta myös verkossa. Digi ei ole erillinen saareke, myös siellä tapahtuvaan vihapuheeseen, uhkailuun ja häiriköintiin tulee puuttua ja se pitää estää. Verkossa tapahtuva rikollisuus on myös rikollisuutta, ja sitä ei pidä sallia.

József Szájer (PPE), *in writing*. – Any future legislation on the digital services should focus on the issue of combating illegal content. Achieving this goal also includes emphasizing the principles that what is illegal offline should be illegal online as well and manifestly illegal content should be removed immediately from the online space. Online platforms have an increasingly important role to play in our fight against illegal content online. On the other hand, the vast majority of online platforms impose certain self-established rules on users of their services. Any breach of these rules generally restrict the publication of content and, in some cases, users' access to the platform. Decisions based on these set of norms have a serious impact on the constitutional right to freedom of expression, as the platforms themselves determine its limits and its oversight procedures without constitutional guarantees. We need to work on a legal framework building on the responsibility of platforms that is effective against illegal content but does not interfere with freedom of expression or national sovereignty.

Mihai Tudose (S&D), *în scris*. – Pachetul de șase rapoarte europarlamentare consacrate serviciilor digitale și inteligenței artificiale reflectă îngrijorarea cauzată de discrepanța între impactul noilor tehnologii asupra vieții noastre și legislația deficitară și perimată în domeniu. Spre exemplu, Directiva privind comerțul electronic datează din anul 2000, când acest sector era în stadiu de pionierat.

Mă îngrijorează, în special, volumul de conținut online ilegal, vulnerabilitatea UE la atacuri cibernetice și dezinformare, precum și dificultatea de a reglementa activitatea marilor platforme de Internet pentru protejarea drepturilor utilizatorilor. Cadrul juridic al UE trebuie adaptat la economia digitală, aflată în dezvoltare accelerată.

De aceea, solicit Comisiei Europene să elaboreze promisul Act legislativ privind serviciile digitale, pentru a avea un cadru coerent și stimulativ pentru piața unică digitală. Avem nevoie de adaptarea normelor de drept civil și comercial pentru activitatea online, precum și de un cadru de răspundere civilă pentru exploatarea sistemelor de inteligență artificială, respectiv de un regim al drepturilor de proprietate intelectuală în dezvoltarea și utilizarea tehnologiilor emergente.

Nu în ultimul rând, impactul inteligenței artificiale asupra apărării și securității europene ne obligă să dezvoltăm reziliența strategică, printr-o strategie sectorială, care consider că trebuie definită în strânsă colaborare de către UE și NATO.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O debate conjunto dos atos legislativos sobre os serviços digitais e inteligência artificial ocorre num momento em que é fundamental robustecer juridicamente, e no plano da segurança, as regras que devem regular as plataformas digitais, os serviços e os produtos para completar o mercado único digital.

Com a aceleração tecnológica e o crescimento das transações feitas por via digital, os direitos fundamentais têm que ser salvaguardados. O pacote legislativo em apreciação é um passo importante nesse sentido. O rápido desenvolvimento da inteligência artificial coloca novos desafios, oportunidades e ameaças no plano do desenvolvimento do mercado único digital.

Baseado no Livro Branco da Comissão Europeia sobre inteligência artificial, apresentado em fevereiro do corrente ano, o relatório de iniciativa legislativa sobre a dimensão ética da inteligência artificial, da robótica e das tecnologias relacionadas assume um caminho de autonomia estratégica da União Europeia, baseada nos seus valores e princípios, definindo regras obrigatórias baseadas numa ética humanista e colocando as pessoas, a sua proteção, os seus direitos e os seus interesses no centro do processo de desenvolvimento da inteligência artificial. Este é, em meu entender, um caminho promissor, que pode conduzir a uma liderança global da União no desenvolvimento de soluções seguras para os cidadãos.

19. Die Zukunft der Bildung in Europa vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie (Aussprache)

President. – The next item is the debate on

— the oral question to the Council on the future of European education in the context of COVID-19 by Sabine Verheyen, on behalf of the Committee on Culture and Education (O-000052/2020 – B9-0020/20) (2020/2760(RSP)), and

— the oral question to the Commission on the future of European education in the context of COVID-19 by Sabine Verheyen, on behalf of the Committee on Culture and Education (O-000053/2020 – B9-0021/20) (2020/2760(RSP)).

Victor Negrescu (S&D) (*deputising for the author*). – Mr President, I'm glad to be live from Romania speaking about education.

Our education and training systems are now facing severe challenges due to the COVID-19 pandemic. 94% of the global learner population, meaning many nearly 1.6 billion learners, were affected by the closure of education and training institutions at the top of the crisis. Unfortunately, today the numbers remain high in the context of a potential second wave.

Not everyone had access to digital education, with severe gaps at EU level. Up to 32% of pupils did not have access to education for several months in some Member States, among them Romania, where close to one million children did not have access to online education.

Despite that, many countries are still unprepared in front of the second wave that is now hitting Europe. More things should be done to ensure access to quality education and training for all Europeans, and for that we need to invest more in education. We need to invest in infrastructure, in digital skills and lifelong learning, in improving the connectivity of remote areas, in new initiatives like the European Online University, in the new tools, curriculums and devices that have been developed across Europe.

This crisis has shown us positive examples set up by professors, parents, learners, civil society and education providers, and we praise everyone's efforts. Therefore, we recommend scaling up and increasing the visibility of effective initiatives and providing a platform for Member States to share good practices. We deeply regret that the Council is proposing budgetary cuts specifically in those programmes that support education and training policies. We reiterate our call for the Erasmus+ budget to be tripled while actively encouraging Member States to significantly increase public spending on education and on the Commission to prioritise education and training in the recovery plan – some of us are even calling for a 10% allocation.

Education is a right, and access to digital education should not be a privilege anymore. Therefore, we are asking the Council and the Commission to present a transparent and complete assessment of the impact of the crisis. It is key to see the lessons that have been learned. The upgraded digital education action plan and the plan to achieve the European education area by 2025 are just initial steps. The current situation demands a much quicker and stronger reaction, both at national and European level.

We call upon Member States, with the support of the Commission, to present the education policy priorities that have been identified to make our education and training systems more inclusive and more evident in the current context. You must come up with a long-term vision for EU education policy. We need to see the EU playing a more prominent role in shaping education policy, and the first step could be to see better cooperation and coordination among Member States on how to deal with the current crisis.

Our resolution, and this is the goal of this debate, calls to work closely together to minimise the health risks for staff and learners and to maximise the chances that in-person education and training is safe and can continue. The future of education depends on us making sure that all individuals, without discrimination, have access to education.

Michael Roth, amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, lieber Victor, Frau Kommissarin! Wir alle erleben das in diesen Tagen und Wochen ganz besonders schmerzhaft: Die Corona-Pandemie wirkt sich dramatisch auf alle politischen, aber vor allem auch auf alle gesellschaftlichen Bereiche aus, und vor allem der Bildungssektor ist davon nicht ausgenommen – ganz im Gegenteil. Wir haben in den vergangenen Monaten seit Ausbruch der Pandemie sehr schmerzhaft Erfahrungen gemacht.

Im ersten Schritt ging es darum, dass unsere Bildungseinrichtungen – von den Kindergärten bis hoch zu den Hochschulen – strenge Schutz- und Hygienemaßnahmen vorzunehmen hatten. In einem zweiten, noch viel schmerzhafteren Schritt mussten viele, viele Bildungseinrichtungen in nahezu allen EU-Mitgliedsstaaten geschlossen werden. Dann, als sich die Lage deutlich verbesserte, ging es darum: Wie können wir die Schulen, die Kindergärten wieder öffnen? Und was heißt es, das Lernen zu verknüpfen aus Präsenzbestandteilen in den Einrichtungen und einem Fernunterricht? Das war eine schwerwiegende Bewährungsprobe für die Mitgliedsstaaten und für all diejenigen in der Europäischen Union, die für Bildung und Hochschule und Wissenschaft in der Verantwortung stehen.

Nun wissen Sie alle, sehr verehrte Abgeordnete, dass der Bildungsbereich eine der wesentlichen Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten ist. Dennoch gibt es selbstverständlich auch eine Aufgabe für die Europäische Union, und die stellt sich in diesen schwierigen Zeiten vor allem so dar: Voneinander lernen, miteinander lernen. Corona hat, und das ist die schmerzhafteste Erfahrung, die wir in diesen Monaten machen mussten, Corona hat die Unterschiede im Bildungsbereich dramatisch verschärft. Diejenigen, die bislang schon einen nur unzureichenden Zugang zu Bildung hatten, sind jetzt noch einmal gestraft.

Ich möchte auf ein paar besondere Bewährungsproben hinweisen, die derzeit auch die Diskussion der Bildungsministerinnen und Bildungsminister in der Europäischen Union, aber auch uns alle prägen. Einmal: Inklusion und gleichberechtigter Zugang zum Fernunterricht sind nach wie vor schwer zu erreichen. Dabei geht es nicht nur um die mangelnden digitalen Kompetenzen, die wir teilweise im sozialen Umfeld finden, teilweise aber auch in Schulen. Es geht vor allem auch um den fehlenden Zugang zum Internet und zu technischer Ausstattung. Das ist ein großes, großes Hindernis, weil wir hier in der Europäischen Union in Sachen Digitalisierung noch nicht flächendeckend so weit sind, wie wir das eigentlich sein müssten.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der mir und der dem Rat besonders am Herzen liegt: Schulen, Universitäten, Hochschulen – ich beziehe jetzt auch mal die frühkindliche Bildung ausdrücklich mit ein – sind nicht nur Orte des Lernens. Sie sind auch Orte des sozialen Miteinanders, sie sind ein sicheres Umfeld, das Kindern, aber auch älteren Lernenden ein Gefühl von Zugehörigkeit und von Gemeinschaft vermittelt. Die Pandemie ist an sich schon eine Ursache für Stress, für Angst und für große Sorge. Hinzu kommt noch die Angst vieler Lernender vor einer zunehmenden sozialen Isolation, weil sie ihre Freundinnen und Freunde, ihre Mitschülerinnen und Mitschüler nicht mehr treffen können.

Die Bildungseinrichtungen, insbesondere die Schulen und ihr Personal, mussten, wie die Familien, eine große Flexibilität unter Beweis stellen. Die Lehrkräfte mussten sich sehr rasch an die neuen bitteren Realitäten anpassen, vor allem an die Realität des Fernunterrichts. Das bedeutete auch für viele schulische Einrichtungen zusätzliche gezielte Fortbildung.

Aber Familien und Lernende mussten auch durch psychologische und emotionale Unterstützung entsprechend begleitet werden. Auch hier sehen wir nach wie vor große Defizite. Viele Familien, viele Schülerinnen und Schüler, aber auch viele Lehrkräfte fühlen sich in dieser Krise alleingelassen.

Auf der Ebene der Bildungseinrichtungen und der Bildungssysteme insgesamt liegt eine der größten Bewährungsproben in der Leistungsbeurteilung und in der Benotung. Wie will man bei einem Schuljahr, das wenig Präsenzunterricht enthielt, überhaupt eine vergleichbare Bewertung der Leistung in der Schule vornehmen? Das ist eine Frage, die nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern eben auch die Lehrkräfte massiv gefordert hat.

Die Pandemie hat sich selbstverständlich auch auf die Lernmobilitätsprogramme ausgewirkt. Das tut mir besonders leid, denn hier geht es um eine Kernkompetenz der Europäischen Union. Wenn ich einmal an die Erasmus+-Programme denke: Viele junge Menschen, die sich auf ein Auslandssemester gefreut haben, konnten dieses Auslandssemester nicht antreten und hatten nicht die Möglichkeit, in einem anderen europäischen Land zu lernen, zu leben und zu lieben. Ich hoffe, dass es uns im Nachhinein gelingt, auch diesen jungen Menschen noch etwas zu geben von dem, worauf sie aus meiner Sicht einen selbstverständlichen Anspruch haben.

Die Auswirkungen der Krise sind also erheblich, die Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Europäischen Union werden am 30. November dazu Schlussfolgerungen ziehen, insbesondere zur digitalen Bildung in Europas Wissensgesellschaften. Und unsere Botschaft, die auch von der heutigen Debatte ausgehen sollte, lautet: Die Generation Corona darf zu keiner verlorenen Generation werden.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Mr President, this year has been an unprecedented year of challenge and disruption for education and training with 100 million learners across the European Union affected by the physical closure of educational institutions.

Major and impressive efforts have been made by educational institutions, their staff and learners. Still, many learners were lacking suitable devices, appropriate tools, reliable internet connections and interaction. Educators and teachers were struggling to ensure a structured process and to keep students engaged. Teachers were not adequately prepared to use digital technologies. Teaching practices varied significantly, leading to uneven quality.

Initial findings estimate that the closure of schools has negatively affected learning outcomes. The lack of social interaction between pupils has also had a negative impact on the well-being of children and pupils. School-leaving exams and enrolment in higher education institutions have also been a major challenge and Member States' approaches varied significantly. Most importantly – and most alarmingly – the pandemic has affected vulnerable learners most, including those from disadvantaged backgrounds and unsupportive home environments.

As for the lesson learned from this crisis, Member States managed to switch to online learning quickly, but it's clear that there is room for improvement. First and foremost, the shift to distance learning raised significant challenges in terms of equity and quality. We need to overcome the suboptimal practices leading to inequalities and learning losses. Second, the digital skills of learners and the capacity of educational institutions to provide quality and inclusive education remotely need to improve. Third, we also learned that the effectiveness of the response at national level was linked to the level of preparedness in terms of infrastructure, tools, content and teachers. The adaptation to the crisis was easier for those Member States that had national digital education strategies in place and had made efficient use of relevant EU funds.

Regarding your next questions on education policy priorities in response to the crisis, the recent Commission communication on the European Education Area takes the lesson learned from the pandemic fully on board. Inclusion and equality are indeed at the heart of the European Education Area. It recognises and reinforces the role of education and training in the recovery and represents an ambitious answer to Member States' call for cooperation at EU level to build resilient and forward-looking education systems.

Dedicated initiatives in various areas, such as inclusion, building capacities for the digital transition or supporting teachers are vital to achieve this goal. While the pathways to the school success initiative will address the risk of dropout and low achievement, the proposed Erasmus teacher academies will promote cooperation between existing teacher education and training institutions.

The new Digital Education Action Plan also addresses the lessons learned from the ongoing COVID-19 crisis and the more structural challenges linked to the digital transformation of education and training. It looks at what is needed to enable and foster the development of a high-performing digital education ecosystem and it also aims at enhancing digital skills for the digital transformation. Last but not least, the future, more inclusive Erasmus Programme aims to provide a wide range of opportunities for institutions, learners and educators to be better equipped for digital learning and for overcoming social dividers.

The European Education Area and the Digital Education Action Plan, together with the emblematic Erasmus Programme, contains the gist of the Commission's vision for EU education policy. Indeed, education is the foundation for personal fulfilment, employability and active and responsible citizenship. The Union is resetting its growth strategy with the green and digital transitions as its transformative drivers. Education is at the heart of these transitions, strengthening the social market economy and democracy with freedom, diversity, human rights and social justice.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 21 October 2020.

Written statements (Rule 171)

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A koronavírus járvány az európai közösségünk számos, létező hiányosságára rámutatott: az egészségügyi rendszereink közötti egyensúlytalanságok mellett például a digitális oktatás hozzáférhetőségének területén tapasztalható súlyos lemaradásra. Most már tudjuk, hogy egyes tagállamokban a tanulók akár egyharmada is kimaradt az oktatásból hónapokig, mert nem volt biztosított számukra a digitális oktatás lehetősége és feltétele.

Magyarországon vannak családok, ahol nemhogy internet vagy számítógép, de áram sincsen. Ez a helyzet tarthatatlan és tűrhetetlen. A járvány elleni védekezés része kell legyen a digitális oktatás eszközháttérének megerősítése és hozzáférhetőségének biztosítása a rászoruló tagállamokban. A digitális szakadék igenis létezik, amely fölé az Európai Uniónak késlekedés nélkül erős hidat kell építenie, ezért a mostani állásfoglalás elfogadását szorgalmazom és felszólítom a Bizottság, illetve a Tanács képviselőit, hogy a következő uniós költségvetésben biztosítsák annak célzott forrását, hogy radikális módon növelni tudjuk a rászoruló régiókban a digitális felzárkóztatást! Enélkül nincs erős oktatás, erős oktatás nélkül pedig nincs erős európai társadalom!

Ugyanitt hívom fel a figyelmet a korábban általam mentorált DiscoverEU program fontosságára és az európai közös értékeinkre gyakorolt pozitív hatására, ezért a program jövőjét és folytatását mindenképpen garantálnunk kell! Az Erasmus+ program forrásainak tervezett megnyirbálása éppen ezért botrányos, sőt bűnös cselekedet!

Sabine Verheyen (PPE), *schriftlich*. – Der im Plenum debattierte gemeinsame Entschließungsantrag zur Zukunft der Bildung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum gemeinsamen Europäischen Bildungsraum, der auch die digitale Bildung stärker ins Auge fassen muss. Heute hat die Corona-Krise zu einer Art Ad-hoc-Digitalisierung geführt. In diesen Krisenzeiten zeigt sich, welche Länder bereits in digitale Bildungssysteme investiert haben. Die Krise erinnert uns daran, wo in Europa wir dringend nachrüsten müssen. Ich stehe hinter der Initiative, eine europäische Bildungsplattform mit digitalen Bildungsmöglichkeiten, für die gemeinsame Nutzung von Bildungsmaterialien und für den Austausch bewährter Praktiken einzurichten. Auch Chancengleichheit in der Bildung ist wichtig. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein Kind nicht im gleichen Maße wie andere an der digitalen Bildung teilnehmen kann, nur weil seine Eltern möglicherweise nicht in der Lage sind, sich die notwendigen Hilfsmittel leisten zu können. Qualitativ hochwertige Bildungssysteme sind die Grundlage der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU. Gut funktionierende Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung erfordern allerdings entsprechende öffentliche Investitionen. Ehrgeizige politische Maßnahmen ohne entsprechende Finanzierung sind nicht glaubwürdig. Daher bedauern wir zutiefst, dass gerade bei den Programmen, die die Politik im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung unterstützen – Erasmus+, Horizont Europa und der Europäische Sozialfonds – beim nächsten MFR Haushaltskürzungen vorgenommen wurden.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. –Koronakriisi on aiheuttanut maailmanlaajuisen oppimisen kriisin. Yli 90 prosentilla maailman koululaisista ja opiskelijoista koulut ovat olleet tänä vuonna suljettuna, osalla kuukausia. Opettajat, oppilaat ja perheet ovat venyneet uskomattomiin suorituksiin etäopetuksessa. Samalla korona-aika on nostanut esiin suuret erot alueiden ja koulujen välillä. Puutetta on sekä infrastruktuurista että digitaalisen opetuksen ja oppimisen valmiuksista. Jopa EU-maissa, joka kymmenes talous on kokonaan ilman internet-yhteyttä. Arvioiden mukaan joissakin maissa jopa kolmannes oppilaista jäi koronasulkujen aikana tyystin vaille opetusta. On selvää, että tätä oppimisen kuilua joudutaan kuroma kiinni pitkästi.

Digitaitojen, digitaalisen infrastruktuurin sekä laitteiden saatavuuden on nyt oltava koulutuspolitiikan keskiössä tasa-arvoisen oppimisen takaamiseksi kaikkialla Euroopassa. Elämme jo toista korona-aaltoa ja investointeja koulutukseen tarvitaan kipeämmin kuin koskaan. On pettymys, että jäsenmailta ei ole tullut tähän riittävää ymmärrystä, ja neuvosto olisi valmiina tekemään leikkauksia Erasmus-ohjelmaan. Siksi on erittäin tärkeää, että me Euroopan parlamentissa pidämme kiinni tavoitteestamme kolminkertaistaa tulevan ohjelman rahoitus 41 miljardiin euroon. Samalla on pidettävä huolta, että eurooppalaisen koulutusalueen ja digitaalisen koulutuksen toimintasuunnitelmat etenevät konkreettisiksi tavoitteellisiksi strategioiksi. Vain investoimalla koulutukseen ja osaamiseen Eurooppa voi jatkossa menestyä.

20. Verpflichtungen der Kommission im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Visumpflicht gemäß Artikel 7 der Verordnung (EU) 2018/1806 (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on obligations in the field of visa reciprocity in accordance with Article of Regulation (EU) 2018/1806 by Juan Fernando López Aguilar, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (O-000049/2020 – B9—0022/20) (2020/2605(RSP)).

Juan Fernando López Aguilar, *autor*. – Señor presidente, señora comisaria Johansson, sin duda comprenderá usted la oportunidad de esta pregunta oral, a modo de interpelación, que tengo el honor de formularle en mi calidad de presidente de la Comisión de Libertades Civiles, Justicia e Interior. Pero lo que quiero subrayar es su necesidad.

El Tratado de Lisboa entró en vigor hace más de diez años y, con el Tratado de Lisboa, el espacio de libertad, justicia y seguridad, que hace de la gestión de las fronteras de la Unión y de la libre circulación de personas dentro del espacio Schengen, por fin, una política común sujeta a la legislación de este Parlamento Europeo, uno de cuyos pilares es una política común de visados y una legislación europea de visados.

Este Parlamento ha hecho su trabajo. Adaptó el primer Reglamento de visados de 2001 en 2013 sobre el principio de reciprocidad consagrado por el Tratado de Lisboa. Y el principio de reciprocidad significa que la Unión Europea concede a terceros Estados y a sus nacionales exención de visados a condición de reciprocidad, de que esos terceros Estados eximan a los nacionales de los Estados miembros de la Unión Europea del correspondiente visado para acceder al territorio de esos países.

Y, además, en 2018, establecimos no solamente un Reglamento de reciprocidad con una lista de terceros Estados cuyos nacionales están exentos de visa a condición de que esos terceros Estados eximan de visa a los europeos, sino también un Código europeo de visados del que tuve el honor de ser ponente.

Pues bien, ya en 2017, le formulamos a la Comisión la pregunta de cuándo va a cumplir la Comisión el Derecho europeo en vigor que ordena que, si un tercer Estado que tiene exención de visados no la garantiza a todos los Estados de la Unión Europea, la Unión Europea tiene la obligación de adoptar un acto delegado para suspender esa exención de visados en términos de reciprocidad por, al menos, seis meses.

Se lo dijimos en 2017 porque había dos Estados con exención de visados, Canadá y los Estados Unidos, que no se la garantizaban entonces a cinco Estados de la Unión Europea: Polonia, Rumanía, Bulgaria, Croacia y Chipre.

Polonia ya tiene exención de visados y Canadá la ha garantizado a todos los Estados miembros de la Unión Europea. Pero los Estados Unidos aún se la deniegan a cuatro Estados miembros de la Unión Europea: Bulgaria, Rumanía, Croacia y Chipre.

Y por tanto, la consecuencia legal es obligada, sancionada además por el Tribunal de Justicia, ante el que la Comisión interpuso un asunto en 2013, resuelto en 2014 favorablemente para el Parlamento Europeo en 2014, diciendo con claridad que la Comisión sí tiene la obligación de adoptar el acto delegado cuando los Estados notifican transcurrido un período de 24 meses.

Ese período de 24 meses transcurrió holgadamente en 2016 porque la notificación se produjo en 2014. El Parlamento Europeo trajo el asunto a debate del Pleno en 2017 y sigue pendiente.

Por eso traemos el asunto por segunda vez y le formulamos la pregunta con claridad.

En primer lugar, ¿comparte la Comisión la obligación legal de adoptar el acto delegado como exige el Parlamento Europeo?

Segundo, ¿va a adoptarlo?

Y tercero, si no, explique por qué.

Ylva Johansson, *Member of the Commission*. – Mr President, I know how important visa reciprocity is to you and I especially thank Mr López Aguilar for his great engagement in this subject. I know that Parliament expects the Commission to do its utmost to ensure visa reciprocity for all EU citizens, including Bulgarians, Croatians, Cypriots and Romanians. For me, visa reciprocity – for all Member States – is a priority.

With the United States, we remain engaged in a result-oriented diplomatic process towards full visa reciprocity, in close coordination with the Member States concerned. Our communication on visa reciprocity of March 2020 details our engagement with the United States and shows we've consistently placed the issue high on the agenda. That communication also reported significant progress. In November last year, Poland entered the US visa waiver programme. Our approach is working. It has worked with other countries such as Canada, where full visa reciprocity for all EU citizens has already been achieved, and it is now showing results with the United States as well. Working on the result-oriented

process, the four other Member States concerned have made continued progress. The United States is providing concrete guidance. The Member States have a clear perspective of joining the US visa waiver programme once they meet the outstanding requirements. These are not arbitrary but set out in US law. The Commission actively supports and works closely with these Member States to help them to fulfil all benchmarks and requirements. All four Member States have concrete prospects of progress; some appear to be very close to fulfilling the requirements and to being considered for entry to the US visa waiver programme.

All four Member States want to continue this approach. This is important. None of them has asked the Commission to temporarily suspend visa-free travel for US citizens. They have all agreed to continue dialogue and to work on the benchmarks. Temporarily suspending the visa waiver for US citizens would be counter-productive. It would undermine the progress achieved in our current work. Suspending visa-free travel for US citizens would inevitably lead the United States to impose visa requirements for all EU citizens. This is the opposite of what we are trying to achieve. It would be difficult to explain to EU citizens how this were in their interest, especially when diplomatic engagement has brought positive results. I should also say that, with the global COVID-19 pandemic, maybe this is not the time to escalate. At the moment, COVID-19 travel restrictions are in force on both sides of the Atlantic. Non-essential travel is simply not taking place, visa-free or not.

Despite COVID-19, the Commission continues to work with the United States and the Member States concerned to accelerate progress on visas. We discussed visas at the most recent EU-US Justice and Home Affairs Ministerial Meeting in May this year, and at the meeting between the United States, the Commission and the Member States concerned on 18 and 19 June of this year. Our continued engagement in difficult times shows how important this issue is to the Commission.

Finally, I turn to the legal aspect raised in your question. The visa reciprocity mechanism, as set out in the visa regulation, requires the adoption of a delegated act suspending the visa waiver for nationals of the third country concerned for 12 months. According to the legislation, we must also take into account the possible consequences for the external relations of the EU and its Member States and for all European citizens. On the one hand, there is the progress achieved so far, notably Poland achieving visa-free access last year and the continued progress made by the other Member States concerned. On the other hand, the expected negative effects of visa suspension for our external relations and visa reciprocity. My assessment is that as long as we see continuing progress through engagement with the United States, full visa reciprocity for all EU nationals can be best achieved through continued diplomatic cooperation. We will of course continue to keep you informed. I know that we all share the same objective: full visa waiver reciprocity. I'm confident that the remaining Member States will join the US visa waiver programme and I call on you to give this approach another chance.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 21 October 2020.

Written statements (Rule 171)

Емил Радев (РРЕ), в писмена форма. – Въпросът за визовата реципрочност е изключително важен за моята страна България. За съжаление, българските граждани, както и гражданите на още три държави-членки – Кипър, Румъния и Хърватия – продължават да се третират различно, като те са и единствените граждани на ЕС, които все още не могат да влизат на територията на САЩ без виза. В отговор на двойните стандарти в сферата на визите, единственото правилно решение на ЕК е да приеме делегиран акт относно временното преустановяване на възможността американски граждани да влизат в Европа без визи. Резолюцията, която ЕП ще гласува е въпрос на солидарност между държавите-членки на ЕС и потвърждава правото на българските граждани и гражданите на другите три държави, които не се ползват от визовата реципрочност, да пътуват безвизово до САЩ, така както го правят гражданите на останалите държави-членки. Въпросът за нарушението на принципа на реципрочност за гражданите на България, Хърватия, Кипър и Румъния се поставя още от 2014 г., но за съжаление все още не може да намери своето решение. От 2016 г. насам ЕК не е предприела ответни действия и, въпреки че с резолюция от март 2017 г. ЕП призова да се следват правилата на европейското законодателство, механизмът за визова реципрочност и досега не е задействан.

21. Empfehlung an den Rat und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu der Umsetzung und Steuerung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) (kurze Darstellung)

President. – The next item is a short presentation of the report by Radosław Sikorski, on behalf of the Committee on Foreign Affairs, on a European Parliament recommendation to the Council and the Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, concerning the implementation and governance of Permanent Structured Cooperation (PESCO) (2020/2080(INI)) (A9-0165/2020).

Radosław Sikorski, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Państwa członkowskie jednomyślnie zgodziły się realizować wspólną politykę bezpieczeństwa i obrony, wpisując ją do Traktatu. Rozpisano strategię, stworzono agencje i instrumenty, utworzono fundusze w dziedzinie obrony. Pytamy dzisiaj, czy one są skuteczne.

Z każdym konfliktem w sąsiedztwie Unii zdajemy sobie coraz bardziej sprawę z naszej zależności i niemalże bezbronności w obliczu potencjalnego zagrożenia. Owocuje to co prawda robieniem kroków naprzód, ale niestety zbyt małych, by móc realnie powiedzieć, że jesteśmy w stanie zapewnić sobie bezpieczeństwo w naszym otoczeniu.

W ostatnich latach do zagrożeń konwencjonalnych doszły także konflikty o charakterze hybrydowym, takie jak cyberataki, dezinformacja czy naciski gospodarcze. Do tego globalne wyzwania: zmiany klimatu i pandemia. Zdaliśmy sobie sprawę, że Europa musi mieć wpływ na budowanie porządku w swoim regionie. Nasza miękka siła musi być uzupełniona siłą twardą. Unia Europejska potrzebuje wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony dla własnego bezpieczeństwa, dla stabilizowania sytuacji w swoim otoczeniu. Ci, którzy dzisiaj, także w moim kraju, tak głośno krzyczą o narodowej suwerenności, nie dostrzegają albo ignorują naszą zależność w dziedzinie bezpieczeństwa. Nadszedł czas na budowanie większej odpowiedzialności za własne bezpieczeństwo, nie w kontrze do NATO, ale obok i dla wsparcia NATO.

Wypracowanie kompromisu wokół PESCO unaocznilo jednak stopień oderwania politycznej retoryki od wojskowej rzeczywistości. Polityczne narracje o europejskiej autonomii strategicznej zderzają się z rzeczywistością rażących braków w zdolnościach wojskowych oraz obecną niepewnością co do amerykańskiej obecności wojskowej na kontynencie.

Czym więc jest PESCO? Stała współpraca w dziedzinie bezpieczeństwa opisana w Traktacie z Lizbony już ponad dekadę temu realnie została ustanowiona dopiero w 2017 r. Jest to forma współpracy wojskowej i obronnej, w której uczestniczy obecnie 25 państw członkowskich, w tym Polska. Opiera się na dwóch filarach: realizacji 20 zobowiązań i wspólnej realizacji projektów.

Główne rekomendacje zawarte w moim sprawozdaniu dotyczą apelu do uczestniczących państw członkowskich o przejście z poziomu priorytetów krajowych w dziedzinie obronności na rzecz podejścia europejskiego, gdyż żadne państwo członkowskie nie jest w stanie sprostać obecnym zagrożeniom we własnym zakresie. W pierwotnym zamyśle PESCO była koncepcją awangardową, obejmującą państwa członkowskie najbardziej rozwinięte i ambitne w dziedzinie obrony. Uczestnictwo 25 państw oznacza, iż PESCO nie jest współpracą liderów.

Apelujemy, aby w wyniku pandemii COVID-19 nie dochodziło do cięć krajowych budżetów na obronność, gdyż paradoksalnie wydatki na wojsko mogą zwiększyć gotowość na ewentualną kolejną pandemię. Kilka spośród realizowanych obecnie projektów PESCO, takich jak mobilność wojskowa czy europejskie dowództwo medyczne, zwiększyłoby naszą zdolność do podejmowania wspólnego działania w pandemii.

Rekomendujemy również rozważenie włączenia do PESCO systemu grup bojowych Unii Europejskiej, który bezsprzecznie wymaga reformy. Sugerujemy, że mogłoby to zwiększyć jego zdolność operacyjną i sprawność poprzez utworzenie stałych jednostek wielonarodowych wykorzystywanych do zadań wojskowych czy zarządzania kryzysami. Zamiast sklejania brygady z batalionów narodowych brygada europejska powinna składać się z ochotników z państw członkowskich i być finansowana ze wspólnego budżetu oraz podlegać Radzie do Spraw Zagranicznych.

Wreszcie apelujemy o niezwłoczne przyjęcie decyzji regulującej przyszłą współpracę w ramach PESCO z państwami trzecimi.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, let me thank your rapporteur, Mr Sikorski, and all Members of Parliament who have contributed to this recommendation on the implementation and governance of Permanent Structured Cooperation (PESCO). It is very timely as the PESCO strategic review will be finalised in the coming weeks. I can say that I will probably support and share your recommendations. We need to strengthen PESCO's operational dimension. We need to maintain the European Union's budgetary ambition in the field of defence, including with regard to the European Defence Fund and military mobility, and we need to sustain efforts to ensure coherence among defence initiatives. There are many of them and we have to make them work together in a coherent way.

PESCO is a key tool for Member States willing to cooperate more in the field of defence within the Union – for those who want to cooperate more in the field of defence. It has three main objectives: first, to enhance the European Union's capacity as an international security actor; second, to maximise the effectiveness of our spending on defence; and third, and above all, to contribute better to the protection of the population of the countries of destination and, hence, European Union citizens. I think that we can be proud of what has been done in such a short time frame because, let's not forget, PESCO projects were launched just a couple of years ago in 2018 and 2019. A large-scale PESCO project requires between 10 and 25 years to see the light of day. Whether carried out within the framework of PESCO or not, it takes 10 years. However, 15 PESCO projects could be operational as early as 2025, including in the cyber domain (the cyber rapid response teams), the field of medical support (the European Medical Command) and the area of land battlefield missiles. Other projects, such as those in the anti-missile defence field – the European Patrol Corvette or the TWISTER project – will need more time, but they are already producing concrete and variable results and reinforcing our European Union and our Member States' military capacity to act and enhance their strategic autonomy.

Today, everybody is talking about 'strategic autonomy', but there is also a big debate about what these words that everybody is using actually mean. I know that there are strong differences of opinion on the meaning of these two words. However, I think that we can already see good coherence between PESCO and the European Defence Fund. In fact, 50% of the actions that will receive funding from the European Defence Industrial Development Programme, the precursor of the European Defence Fund, are related to PESCO projects. We will keep working together with the Commission, with my friend Commissioner Breton, to ensure such coherence and synergies.

Let me also highlight that 38 of the 47 PESCO projects are fully coherent with NATO priorities. The need to avoid overlap with NATO priorities is considered when selecting new PESCO projects. The other nine projects are more of an operational nature, combining existing capabilities, or they specifically contribute to the development of European technological sectors. This is the case, for instance, with the project 'material and components for technological EU competitiveness', which will develop highly technological electronic components. At the same time, one of the key goals put forward for the next phase of PESCO is to focus more on operational projects. We should prioritise projects where Member States stand ready to deploy joint forces on the ground and which deliver concrete and visible results. I think this is the kind of project that we have to prioritise – several Member States deploying joint forces on the ground – as this is something visible that makes it easy to understand what it means to have a common European security policy.

PESCO has great potential, and it is only just starting. Of course, we are still on a learning curve and there is room for improvement, as I stressed in my assessment report this year and as you point out in your recommendation.

More binding commitments are at the heart of PESCO. We have seen progress in many areas, including on the need to regularly increase defence budgets. That said, I think there is scope for Member States to better fulfil their commitments. Allow me to give a couple of examples. I think that there is scope for them first to provide substantive support to cover security and defence policy missions and operations – as I said, deploying forces on the ground through our missions and operations should be a priority – and, second, to make more systematic use of the European Union defence tools in national planning and decision-making.

As I stated in my recent letter to EU defence ministers, the PESCO strategic review should serve to set up clear milestones for the next phase. I can assure you that many topics raised in your recommendation will be reflected in this review.

Wrapping up this review offers an opportunity to reaffirm PESCO's main political objective for the next five years, to highlight the projects that will deliver concrete results before 2025 and, last but not least, to identify concrete incentives that will help Member States to fulfil their commitments, in particular when it comes to operational projects. We will discuss these issues with defence ministers in November and I sincerely hope that our Member States will decide on an ambitious next phase for PESCO.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 20 October 2020.

22. Bericht über die Durchführung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Republik Moldau (kurze Darstellung)

President. – The next item is a short presentation of the report by Dragoș Tudorache, on behalf of the Committee on Foreign Affairs, on the implementation of the EU Association Agreement with the Republic of Moldova (2019/2201(INI)) (A9-0166/2020).

Dragoș Tudorache, rapporteur. – Mr President, the Association Agreement between the EU and the Republic of Moldova is not just a list of reforms and is not just a financial envelope. It is about shared values and a common destination. We are partners, the Republic of Moldova and us, because we made a commitment to each other. At the heart of that commitment lies one value, one which is being debated now even amongst ourselves, the members of the Union. That value is rule of law. And as we tell and remind our own Member States that rule of law is the fabric of democracy, we also tell and remind Moldovans, over and over again, that the commitment to rule of law and democracy is the essential building block for the common destination that we have set ourselves, which is European integration.

My report and the main message which I would like that we, as Parliament, pass this week to the Republic of Moldova is precisely about these fundamental choices and these fundamental values, those that make us all European.

The Republic of Moldova has delivered on a number of reforms in the course of last year and the report acknowledges those efforts, albeit the political instability and the often-confusing signals coming from the authorities.

Very importantly, Moldova followed through with the concrete institutional and legislative deliverables that were conditionalities for the second tranche of macro-financial assistance. The citizenship for investment scheme was abandoned, the legislative framework for NGOs was duly adopted, some elements of the judicial reform package were implemented. That led to the disbursement of the much-needed financial aid, along with an additional amount of redirected assistance focusing on COVID-19 immediate response measures. Add to that the EUR 100 million in the omnibus instrument and we have a consistent package for which I praise the Commission and the European External Action Service (EEAS), which understood the need to stand by the Republic of Moldova in these times of need.

The report also acknowledges those reforms that are not yet complete, where either the political will is still faltering or where the administrative capacity is insufficient. Democratic mechanisms need to be strengthened, the civil society needs to be more involved, and above all else, the judiciary needs to function independently, beyond any suspicion of political bias or outright corruption. For that reason, the Superior Council of Magistracy needs this reform completed, the activity of prosecutors must be freed of interference and undue pressure, including from obsolete legal provisions in the criminal code.

The banking and financial sectors require transparency, stability and predictability if trust in the investment environment of Moldova is to be sustained. It cannot be that several years later, the Moldovans still do not know who is responsible for defrauding EUR one billion from their bank.

The Union and us, the European Parliament, will keep watching over those reforms because they are important for Moldova and for its citizens. Now, a final word to them, the Moldovan citizens, and I will do that in their own mother tongue.

Europa a fost și va rămâne ‘acasă’. Este deja pentru mulți dintre moldovenii care circulă liber, momentan afectați, ca noi toți, de restricțiile legate de pandemie, pentru cei care muncesc în toate colțurile Europei, sau cei care își însoțesc familia.

Conducătorii Moldovei – oricine ar fi ei – datorează cetățenilor lor o țară din care să le vină mai greu să plece, iar reformele pe care noi – Uniunea și instituțiile sale – le cerem autorităților sunt acolo pentru voi, pentru a construi o societate și o democrație funcțională, sănătoasă și prosperă. Asta vă dorește Uniunea Europeană, asta vă doresc și eu.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, it's true: the Moldova Association Agreement is a very ambitious one. It has been in place for the last four years. It's rooted in democracy, respect for human rights and for the rule of law. These values are at the core of the objective of political association and economic integration of the Republic of Moldova with the European Union.

But as you have been emphasising, only tangible significant progress on the Moldovan side, with the full implementation of necessary reforms, will enable progress in addressing long-term challenges with which you are very familiar. These challenges are weak state institutions, persistently high levels of corruption and oligarch structures, a deficient judiciary, an aging population and economic challenges faced by young people, leading to poverty and brain drain through immigration. As an associated country, Moldova remains an important partner within the Eastern Partnership Framework.

The presidential elections on 1 November will be a crucial juncture in our partnership, and as the report highlights, these elections will be a test for democracy and the rule of law in the country, thus practices contravening international standards must be absolutely avoided. In previous elections, the Organisation for Security and Co-operation in Europe (OSCE) observed vote-buying, misuse of state resources and pressuring voters, among others. That's quite a lot – vote-buying, misuse of state resources, pressuring voters, among others. In the current COVID-19 context, it is even more important to ensure that all Moldovans are given a free and fair opportunity to vote, following a transparent, inclusive and credible election process, which we will be closely monitoring.

We also expect the Moldovan authorities to address the recent actions that risk the hard-won independence of the National Bank of Moldova and the stability of the global banking sector. I agree with your report that the lack of results of the prosecution are unexplainable – not to use another word. Multiple postponements of the ongoing trials of the 2014 one-billion-dollar banking fraud, which means 15% of Moldova's GDP, are deeply problematic. Clear delivery on that issue is a litmus test for Moldova's fight against corruption.

On the other hand, the COVID-19 pandemic is having a devastating impact on Moldova. Our solidarity and assistance in response to the pandemic has been strong and the European Union remains the biggest provider of aid. We have mobilised over EUR 100 million in bilateral grant support, focusing on the immediate need for protective equipment, strengthening the healthcare system and supporting socio-economic recovery.

Looking ahead, we will be updating our association agenda. This offers a further opportunity to focus on reform priorities across all sectors, supporting civil society and, in particular, engaging with local actors and strengthening independent media will remain key. We shall also continue the full implementation of the Deep and Comprehensive Free Trade Area, supporting small and medium enterprises and advancing the ambitious process of regulatory approximation. Our future assistance will continue to be linked to clear delivery and reforms. The European Union's strict and smart conditionality phase out as it pushes the necessary reform to improve lives and strengthen Moldova's resilience. This is the purpose of our association agreement, and I am very happy to participate in this presentation of your report.

I fully agree with the need to continue working with Moldova and to fully engage on the fight against coronavirus and these challenges that I have been mentioning which show that this country really needs and deserves our support.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 20 October 2020.

Written statements (Rule 171)

Gheorghe-Vlad Nistor (PPE), *în scris*. – Viitorul european al Republicii Moldova este o certitudine, iar traiectoria sa democratică este evidentă. Deși a întâmpinat numeroase obstacole în această direcție, multe venite chiar din partea propriei clase politice, calea progresului de tip european a rămas deschisă.

Deplâng acțiunile acelor forțe politice retrograde de la Chișinău ce nu înțeleg că prosperitatea nu poate fi asigurată decât prin crearea condițiilor statului de drept : justiție independentă și funcțională, economie liberă, robustă și predictibilă și respectarea libertăților individuale ale cetățenilor.

Astăzi dezbatem în plen Raportul asupra acordului de asociere UE-Republica Moldova, pentru adoptarea căruia voi vota. Documentul prezintă atât progresele făcute de Republica Moldova, recunoscute și încurajate pe deplin de către instituțiile și statele UE, cât și neajunsurile, precum corupția endemică și justiția deficitară, printre multe altele. Susțin propunerea de a crea un mecanism strict de condiționalitate, ce va lega asistența furnizată de UE de adoptarea și implementarea, într-un ritm alert, a reformelor necesare.

Beneficiile rezultate în urma legăturilor strânse cu UE sunt evidente, iar această cooperare trebuie continuată, consolidată și dezvoltată. Fac apel la întreaga conducere a Republicii Moldova, administrație și partide politice, să se ridice la înălțimea acestei provocări, asumându-și pe deplin responsabilitatea față de propriii săi cetățeni.

23. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

24. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

25. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

26. Schluss der Sitzung

(Denní zasedání skončilo v 21:09.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 20. OKTOBER 2020

(C/2024/4895)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 19. bis 23. Oktober 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	3
3. Wiederaufnahme der Sitzung	3
4. Erste Abstimmungsrunde	3
5. Gemeinsame Agrarpolitik: Unterstützung der von den Mitgliedstaaten zu erstellenden und durch den EGFL und den ELER zu finanzierenden Strategiepläne – Gemeinsame Agrarpolitik: Finanzierung, Verwaltung und Überwachung – Gemeinsame Agrarpolitik: Änderung der GMO-Verordnung und weiterer Verordnungen (Aussprache)	4
6. Änderung der Tagesordnung	45
7. Wiederaufnahme der Sitzung	46
8. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	46
9. Wiederaufnahme der Sitzung	46
10. Zweite Abstimmungsrunde	46

Inhalt	Seite
11. Wiederaufnahme der Sitzung	46
12. Arbeitsprogramm der Kommission für 2021 (Aussprache)	47
13. Empfehlung an den Rat, die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Beziehungen mit Belarus (Aussprache)	55
14. Empfehlung an den VP/HR und den Rat zur Vorbereitung des im Jahr 2020 vorgesehenen Verfahrens zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV), zur nuklearen Rüstungskontrolle und zu Möglichkeiten der nuklearen Abrüstung (Aussprache)	63
15. Polizeibrutalität in der EU (Aussprache)	68
16. Wiederaufnahme der Sitzung	78
17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	78
18. Wiederaufnahme der Sitzung	78
19. Dritte Abstimmungsrunde	78
20. Wiederaufnahme der Sitzung	79
21. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	79
22. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	79
23. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	79
24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	79
25. Schluss der Sitzung	79

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 20. OKTOBER 2020

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(A sessão é aberta às 9h01)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(A sessão é suspensa às 9h03)

3. Wiederaufnahme der Sitzung

(A sessão é reiniciada às 9h17)

4. Erste Abstimmungsrunde

Presidente. – Antes de continuarmos os debates, passamos ao primeiro período de votação de hoje.

Votaremos então os dossiês conforme indicado na ordem do dia e, antes de começarmos, o relator Tomáš Zdechovský pediu para usar da palavra antes do período de votação relativo aos seus relatórios de quitação de 2018.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl říct, že z Lisabonské smlouvy vyplývá jedna důležitá role Evropského parlamentu, a to je kontrolovat rozpočet Evropské unie. A my se nemůžeme smířit s tím, že jsou orgány Evropské unie, které rozpočet Evropské unie berou jako dárek, jako něco, co jim přichází každý rok, a které se domnívají, že se můžou chovat tak, jak se chovají.

Tento rok jsme se s Výborem pro rozpočtovou kontrolu rozhodli usnést jednoznačně na tom, že nepodporujeme *discharge* dvěma orgánům. Jedním je už tradičně Evropská rada a Rada, kde se bohužel nepodařilo najít přes obrovskou snahu konsenzus na tom, jakým způsobem má procedura účetní uzávěrky probíhat.

Druhým orgánem je Evropský hospodářský a sociální výbor, který jednoznačně při komunikaci s námi při svých různých pochybeních nebyl schopen odpovědět na naše otázky a nebyl schopen udělat taková opatření, která by nám dávala důvěru v to, že tento orgán je schopen správně ochránit zájmy evropských občanů.

Dámy a pánové, to je i ten důvod, proč jsem si dnes vzal slovo. Je potřeba vyslat jednoznačný signál, že nebudeme tolerovat v Evropském parlamentu ani v evropských orgánech nikoho, kdo se nechová řádně k evropským prostředkům, a já vás prosím o to, abyste jednoznačně svým hlasováním dali podporu našemu návrhu.

Děkuju, přeju hezký den, veselou mysl a hlavně vám všem přeju zdraví!

Presidente. – O período de votação decorrerá das 9h15às10h30

A votação é feita segundo o mesmo procedimento utilizado anteriormente.

Todas as votações serão realizadas por votação nominal.

Declaro aberto o período de votação. Podem votar até às 10h30.

Os resultados deste primeiro período de votação serão comunicados às 13 horas.

Passamos agora aos debates previstos na ordem do dia e segue-se o debate conjunto sobre a Política Agrícola Comum.

5. Gemeinsame Agrarpolitik: Unterstützung der von den Mitgliedstaaten zu erstellenden und durch den EGFL und den ELER zu finanzierenden Strategiepläne – Gemeinsame Agrarpolitik: Finanzierung, Verwaltung und Überwachung – Gemeinsame Agrarpolitik: Änderung der GMO-Verordnung und weiterer Verordnungen (Aussprache)

Presidente. – Gostaria de informar os Senhores Deputados de que, neste debate, não haverá procedimentos «catch the eye» nem perguntas «cartão azul», sendo aceites invocações do Regimento.

Além disso, preveem-se intervenções à distância dos Gabinetes de Ligação dos Estados-Membros.

Peter Jahr, Berichterstatter. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen!

There is a time for discussion. There is also a right time for compromise, and there is also a right time for decisions.

Richtig, über die Reform wurde lange diskutiert. Man könnte sagen, anno 2018 wurde die Reform von Phil Hogan eingebracht. Zur Information für unsere jüngeren Kollegen – das war unser damaliger Agrarkommissar. Bis zur Wahl begleitete Kollegin Herranz das Dossier, und nach der Wahl 2019 haben wir eine breit angelegte Debatte begonnen. Wir wollten zusammen mit dem Kollegen des Umweltausschusses einen großen Kompromiss erzielen, leider hat der Umweltausschussvorsitzende diese Gespräche gecancel.

Nun liegt ein Paket auf dem Tisch, und ehrlich, ich hätte die Reform ganz anders gemacht. Das geht meiner Kollegin Noichl, Kollegen Hlaváček, Häusling, Bert-Jan Ruissen und allen anderen Berichterstattern ganz genauso. Jeder hatte eigene Ideen und würde das viel, viel besser machen. Natürlich müssen wir Fraktionsstandpunkte formulieren, aber wir sind vor allem hier, um Kompromisse zu finden. Das erfordert Mut. Meckern ist immer einfacher als Mithelfen, und deshalb meine Bitte an alle Fraktionen: Seien Sie mutig und stimmen Sie dem Kompromiss zu.

Zum Inhalt: 30 % sind für die sogenannten *eco-schemes* reserviert, 35 % der zweiten Säule für Umwelt- und Klimamaßnahmen. Flexibilität zwischen den beiden Säulen ist gegeben für umweltrelevante Maßnahmen. 30 % der Investitionen sind für Investitionen in Klima- und Umweltmaßnahmen vorgesehen. Wir haben die Konditionalität verstärkt, Leguminosen in der Fruchtfolge, Definitionen von Gewässerschutzrandstreifen, das Land soll ganzjährig grün sein, jeder Landwirt muss 5 % seiner landwirtschaftlichen Fläche frei von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln halten. Auf Mitgliedstaatsebene soll diese Zahl übrigens 10 % betragen, und wir haben einen völlig neuen Duktus. Es soll ja umgestellt werden von einem bisher maßnahmenbezogenen Modell auf ein zielorientiertes Modell, und das schafft bei Zielerreichung die nötige Freiheit für die Mitgliedsstaaten.

Deshalb auch nochmal der Appell an alle Kolleginnen und Kollegen, die vielleicht im Detail unzufrieden sind: Das eigentlich Wichtige wird dann dieser nationale Strategieplan sein, und dort müssen wir ganz einfach mithelfen, dass die Mitgliedsstaaten auch die Chance ergreifen und dass weniger Bürokratie für die europäischen Landwirte entsteht. Deshalb nochmal – auch an alle Kritiker – nochmal der Appell: Geben Sie der Reform eine Chance im Interesse der Umwelt, im Interesse des Klimaschutzes, vor allem im Interesse auch der europäischen Landwirte. Die brauchen Planungssicherheit. Wir haben eine zweijährige Übergangsperiode beschlossen, um genau dieses neue Deliver-Modell in die Praxis umzusetzen.

Dieses Modell muss nicht nur beschlossen werden, es muss nicht nur abgestimmt werden mit Brüssel, es muss auch von der Praxis verstanden werden. Deshalb nochmal die Bitte an alle Parlamentskolleginnen und -kollegen: Beteiligen Sie sich an der Kompromissfindung, stehen Sie nicht abseits und geben Sie der Reform, geben Sie der europäischen Landwirtschaft eine Chance!

Ulrike Müller, Berichterstatterin. – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nach zwei Jahren intensiver Arbeit kommen wir jetzt endlich zu einer Abstimmung der gemeinsamen Agrarpolitik. Wir müssen in dieser Abstimmung klar Stellung nehmen und beziehen für die zehn Millionen Landwirte, die wir innerhalb Europas haben. Sie brauchen eine Zukunftsperspektive und Planungssicherheit.

Bedauerlicherweise wurde und wird viel negative Stimmung gemacht in der Frage, was Landwirte für die Gesellschaft leisten sollen und was die Leistung der Gesellschaft wert ist. Klar ist, wir brauchen unsere Bauersfamilien und starke wirtschaftliche Räume in allen Regionen Europas – ich betone Bauersfamilien. 8,5 Millionen Betriebe sind nämlich kleiner als siebzehn Hektar. Diese Bäuerinnen und Bauern setzen auf uns und versorgen uns tagtäglich mit hochwertigsten Lebensmitteln.

Gerade in der Zeit der Coronapandemie hat die Bevölkerung – besonders in den wohlhabenden Mitgliedstaaten – sich vermutlich zum ersten Mal seit Langem Gedanken gemacht über die Versorgungssicherheit. Wir setzen jetzt einen praktischen, praktikablen Rahmen für die Gemeinsame Agrarpolitik, und sie braucht pragmatische und vernünftige Ansätze und darf nicht ideologiegetrieben im Umgang mit Landwirtschaft und Ernährung gesehen werden. Die GAP ist seit Jahrzehnten eine wichtige Klammer unserer Region und eine wichtige Klammer innerhalb Europas. „Einheit in Vielfalt“, das ist unser Motto und das kommt jetzt auch in dieser neuen zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik zum Ausdruck.

Für mich in meinem Bericht gab es vier wichtige Themen und große Blöcke: Wie soll die künftige Agrarpolitik ausschauen? Erstens: Die Menschen in den Regionen wissen am besten wie in den nationalen Strategieplänen der Rahmen gestaltet werden muss. Deshalb ist der Ansatz richtig, mehr Flexibilität für die Mitgliedstaaten zu verankern und das Prinzip „one size fits all“ abzuschaffen. Das heißt, die Land- und Forstwirtschaft als Berufszweig und die Bevölkerung in den ländlichen Räumen müssen in die Erstellung der nationalen Strategiepläne in den europäischen Ländern aktiv mit eingebunden werden.

Zweitens: Mehr Verantwortung in die Mitgliedstaaten zu verlagern, aber gleichzeitig eine wirkliche Gemeinsame Agrarpolitik zu erhalten, das ist für mich ein wichtiger Fortschritt. Die konsequente Umsetzung des Single-Audit-Prinzips – also des Wegfalls der doppelten Rechnungsprüfung – entlastet die Mitgliedstaaten und somit auch die Landwirte. Gleichzeitig bewirkt die Berichtslegung der tatsächlichen Ergebnisse auf Basis europaweiter Kennzahlen eine faire und transparente Umsetzung der Ziele der GAP.

Drittens: Unsere Bäuerinnen und Bauern leisten jetzt schon viel dafür, neben der Versorgung mit Lebensmitteln auch die Förderung der Biodiversität, Bodenschutz und Gewässerschutz und den Klimaschutz voranzubringen. Dazu braucht es umsetzbare, regional zugeschnittene Konzepte plus Aus- und Weiterbildung mit neuestem wissenschaftlichen Stand. Das ist die große Chance des Liefermodells und der *eco-schemes* und die gemeinsame Möglichkeit, Anreize zu schaffen, damit die Landwirte belohnt werden, die in ihren Regionen auf ihrem Betrieb die bestmöglichen Wirtschaftsmethoden umsetzen. In Bayern ist jeder dritte Hektar in Umweltschutzprogrammen – auch das darf in der zweiten Säule nicht gefährdet werden.

Und viertens: In manchen Mitgliedstaaten ist die Umsetzung und Kontrolle der EU-Fördermittel schwierig, sei es durch schwache Verwaltungsstrukturen oder mangelnde Transparenz. Dieser Beschwerdemechanismus, den wir für Landwirte einführen, ist ein wichtiger Schritt dazu.

Ich glaube, durch den von mir vorgelegten Bericht zur Finanzierung, Verwaltung und Kontrolle sind wir fit für die Zukunft und in der Lage, auf die Herausforderungen in der Gesellschaft angemessen zu reagieren. Mein Dank gilt allen Schattenberichterstattem für den konstruktiven offenen Dialog, und ich hoffe weiterhin auf Ihre Unterstützung.

Eric Andrieu, rapporteur. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, il y aurait beaucoup à dire sur la façon dont se présente cette réforme de la politique agricole commune, mais je vais bien sûr ne présenter et n'aborder que le rapport dont j'ai la responsabilité, qui est le rapport sur l'organisation commune des marchés.

L'organisation commune des marchés: ces trois mots n'ont jamais été autant d'actualité. La crise sanitaire que nous vivons est bien là pour nous rappeler, s'il en était besoin, que la main invisible du marché n'existe pas, Monsieur le Président, que les marchés ne peuvent pas s'autoréguler, que tout ceci est un leurre et que la ou les régulations sont là pour améliorer le fonctionnement des marchés. Les marchés agricoles sont structurellement instables, c'est un fait. Or, nous devons garantir un revenu plus équitable et plus stable à nos agriculteurs afin de les soutenir dans la transition verte à venir, et l'organisation commune des marchés est là avant tout pour mieux gérer les crises. Il nous faut être efficaces. Oui, les marchés sont instables: c'est un fait, mais ce n'est pas une fatalité.

C'est pour cette raison, Monsieur le Commissaire, que nous devons mettre la Commission au centre du dispositif. C'est pour cette raison que la Commission doit rester le garant de l'intégrité du marché face aux crises, qu'elle doit pleinement jouer son rôle de régulateur sectoriel – et c'est là notre première proposition: régulateur sectoriel en matière agricole. Comme toute autorité de gestion, elle doit établir une stratégie d'action dans un cadre de performance, sur la base d'indicateurs de suivi et de résultats. Elle devra, de ce fait, être évaluée tous les ans et rendre compte de son action devant le Parlement et devant le Conseil.

Pour permettre à la Commission de jouer efficacement son rôle de régulateur sectoriel, nous proposons de créer un observatoire unique européen des marchés agricoles, qui devra collecter plus d'informations, pas uniquement sur le lait et le sucre, mais sur tous les secteurs – c'est la nouveauté. Il devra permettre d'améliorer la transparence et ainsi de déclencher des alertes précoces afin de mettre en place des outils de gestion adaptés: l'aide au stockage privé bien sûr, le stockage public en dernier ressort, les retraits volontaires qui ont été proposés à l'unanimité des groupes en présence. Mais également, Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, nous allons proposer avec mon groupe – et je remercie ma présidente Iratxe García Pérez – le retrait obligatoire. L'idée est de permettre qu'en cas de crise grave, la Commission puisse décider le retrait obligatoire. Je vous appellerai à voter en masse cet amendement, parce qu'il permettra de réguler la production en cas de crise grave.

Par votre vote, mes chers collègues, vous pourrez également sécuriser les producteurs bio. Si nous voulons atteindre 25 % des surfaces en agriculture biologique dès 2030, il faut sécuriser les agriculteurs et leur garantir un niveau de prix afin qu'ils puissent effectuer leur transition. C'est ce que nous vous proposons dans l'amendement 274, également déposé par mon groupe. En cas de crise de marché, l'Union européenne devra prendre à sa charge le différentiel entre le prix du produit issu de l'agriculture biologique et le prix du produit issu de l'agriculture conventionnelle.

Parmi les autres mesures, il est impératif que les contingents d'importation de produits à droits favorables respectent les conditions sociales et environnementales. Les produits importés qui ne respecteront pas les normes de production de l'Union européenne seront carrément interdits.

Quant à la viticulture, vous le savez, ce secteur est durement touché par la crise sanitaire: il fallait lui donner des perspectives. Aussi, nous proposons la prolongation des autorisations de plantation jusqu'en 2050 et une simplification de la procédure pour modifier les cahiers des charges des appellations d'origine protégées. Et pour permettre au secteur de s'adapter à l'évolution de la consommation, nous allons autoriser les vins en dessous de 8,5° à être bel et bien des vins, pour que cette frange-là du marché n'échappe pas au secteur de la viticulture. C'est un enjeu important. Enfin, pour permettre aux consommateurs de bien comprendre ce qu'ils ingèrent, en particulier en ce qui concerne les produits de la viticulture, comme pour les aliments solides, nous allons proposer un étiquetage indiquant les calories et ce qu'il y a dans la bouteille de vin, c'est-à-dire la liste des ingrédients, soit sur la bouteille, soit de façon dématérialisée. Il en va, là aussi, de l'avenir de la filière viticole et je tenais à le souligner.

Une autre avancée me semble importante: tous les produits sous appellation d'origine protégée pourront collectivement adapter leur production à la demande. Ce qui est possible aujourd'hui pour le vin, le fromage et le jambon seulement pourra dorénavant s'appliquer à tous les secteurs. Si je prends l'exemple du comté en France, on voit comment ce secteur peut réguler la production puisqu'il maîtrise toute la filière depuis l'amont jusqu'à l'aval, ce qui est important aussi de faire avec force.

Enfin, nous proposons d'améliorer le fonctionnement des organisations de producteurs et des organisations interprofessionnelles, et de les renforcer. C'est impératif afin que les agriculteurs puissent rechercher davantage de valeur. C'est par davantage d'actions collectives, et non par l'individualisme et l'opportunisme, qu'ils s'en sortiront mieux demain.

Je voudrais aussi dire quelques mots sur la dénomination des viandes. Monsieur le Commissaire, il y a, sur cette question, un manque dans la législation européenne. Il faut informer correctement le consommateur, mais aussi permettre que les protéines végétales se développent aussi bien que les protéines animales. Il va donc falloir compléter la législation européenne. C'est l'objet de l'amendement 275 qui porte sur l'article 78 et que nous vous proposons, là encore, avec mon groupe. Il est important de maintenir l'équité entre les protéines végétales et les protéines animales.

Pour conclure, je voudrais, Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, remercier tous les rapporteurs fictifs et toutes les équipes qui ont participé à nos travaux et ont permis un excellent travail et, ainsi, l'élaboration d'un rapport qui va sans nul doute donner des perspectives économiques pour l'avenir de l'agriculture européenne.

Christophe Hansen, rapporteur pour avis de la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire. – Monsieur le Président, la pandémie actuelle nous a clairement rappelé l'importance de la PAC pour garantir la sécurité alimentaire en Europe.

En même temps, l'agriculture en tant que secteur économique doit contribuer, dans la mesure du possible, aux combats communs qui sont les combats contre le changement climatique, pour une meilleure protection de nos réserves d'eau et contre la perte de la biodiversité. Mais aussi la survie même de nos agriculteurs doit être garantie, car sans agriculteurs, on ne pourra ni combattre le changement climatique, ni produire des aliments sains en quantité suffisante.

En tant que rapporteur sur les plans stratégiques en commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire, je remercie tous les collègues qui ont contribué de manière constructive au processus car on a des résultats: les zones tampons le long des rivières et la protection des prairies permanentes pour n'en citer que quelques-uns.

Cependant, je dénonce le comportement irresponsable de ceux qui ont torpillé le travail en commun entre la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire et la commission de l'agriculture et du développement durable. On aurait pu mieux faire et plus vite dans l'intérêt de l'environnement et de nos agriculteurs.

Janusz Wojciechowski, Member of the Commission. – Mr President, I'd like to thank the rapporteurs, Mr Jahr, Ms Müller and Mr Andrieu, for their hard work in recent months to reach a compromise with the shadow rapporteurs and the political groups on the three common agricultural policy (CAP) legislative proposals.

We are at a crucial moment in the process towards the new common agricultural policy. Both the Council, negotiating the general approach at this very moment in Luxembourg, and the European Parliament here in Brussels are finalising their respective mandates and preparing to enter the decisive stage of trilogues.

It is important for our farmers and our farming community to have clarity on the legal framework for the years to come. We need a strong common agricultural policy to ensure that European agriculture can continue to provide economic, environmental and social benefits for our farmers and citizens in the future. This includes the delivery of stronger environmental and climate ambitions, as set out in the Green Deal and the farm to fork strategy.

I welcome the fact that many honourable Members agree with this basic orientation for the future common agricultural policy. However, I note that some amendments do not share our ambition for a greener and fairer CAP.

Let me briefly turn now to the individual proposals to mention a few key points about the Strategic Plan Regulation. If we want to achieve the objectives of the European Green Deal, it is essential that the key elements of its green architecture are maintained or further strengthened in the future CAP. This is especially essential if we want the CAP to contribute in a credible manner with 40% of its spending to the 30% overall climate objective of the EU budget.

Let me now highlight the main building blocks of our green architecture and where we stand in this respect. Regarding conditionality, the foundation of the future environmental ambition comes from the proposed enhanced conditionality, including the good agricultural and environmental conditions (GAEC) applicable to all farmers as a condition for receiving full direct payment. Strong GAECs are essential for reaching the climate and environmental goals established by the European Green Deal. This is particularly true for GAEC 9, which is key to the success of the biodiversity strategy. The proposal to reduce the scope of this GAEC to arable land only will not be sufficient to reach our targets. While I agree that the problem may be more acute on arable land, such an approach is counterproductive in halting the loss of biodiversity because other types of agricultural land should also contribute to the biodiversity targets. Allowing farmers to fulfil their obligation with respect to biodiversity by simply not spraying pesticides and fertiliser on 5% of their arable land, regardless of the crops, would be a step backwards compared with the current situation. This would not contribute to our biodiversity strategy.

Regarding the eco-schemes, these are key and they are designed to make a difference and incentivise farmers to maintain and adopt the practices necessary for the green transition. The Commission strongly supports an ambitious and credible ring-fencing of eco-schemes and welcomes the amendment in this respect. The Commission is, at the same time, fully aware of the risk that some funding could be left unspent if farmers do not sign up to these measures in sufficient numbers, especially in the first years. We share these concerns and are ready to explore possible solutions, such as making ring-fencing in Pillar 1 more flexible or taking on board higher efforts made under Pillar 2 on the environmental objectives. Any flexibility must be compatible with the high environmental and climate ambition and the 40% spending target to which I referred previously.

In that sense, when considering eco-schemes, let's keep in mind that it is not only about ambitious budget allocations. The quality of eco-schemes is equally essential to delivering our environmental and climate ambition.

During my recent exchange with the members of the Committee on Agriculture and Rural Development (AGRI), we discussed a non-exhaustive list of possible eco-schemes. We are ready to continue working with the co-legislator in this area, while acknowledging that Member States should be able to design eco-schemes best adapted to their specific needs and circumstances.

Another layer in our environmental ambition concerns the ring-fencing of 30% of the European Agricultural Fund for Rural Development (EAFRD) budget for agro-environmental measures. We now see attempts to include payments to areas with natural constraints (ANCs) and with limited environmental contribution, as shown by recent evaluations, in this ring-fencing. This is not credible. The European Court of Auditors has rightly criticised this. We are aware of this. This would be backsliding from the current situation where at EU level we are spending 35% on the environment and climate under the Agricultural Fund for Rural Development without ANC payments. If the finally proposed ring-fencing of 35% were to include 40% of ANC payments, this would be a step backwards compared with today. We have to be serious about the new environmental ambition of the CAP and, therefore, we are determined to count under the ring-fencing only payments for farmers or other beneficiaries who do more for the environment than simply respecting baseline obligations. This is not the case of ANC payments.

Please allow me to make one final comment on the Strategic Plan Regulation and the performance review. To ensure the CAP delivers on its core objectives and the Green Deal objectives, we need the right performance indicators and a regular review. If it is to have a credible mechanism to defend publicly the added value of the CAP, the Commission needs the means to adequately monitor and, if necessary, take action against those Member States lagging behind. Ideally, we need a yearly review covering all results indicators included in the CAP plan. A strong monitoring system and the means to steer implementation will allow the Commission to report regularly and comprehensively to the European Parliament, ensuring transparency and enabling public scrutiny.

Regarding the new delivery model and the horizontal regulation proposed by Ms Müller, I note that the Commission proposal for the new common agricultural policy is based on the premise that it is working well. There is continuity from the current period in the structure and role of the governance bodies. The Commission proposal clearly states that the Member States must deliver on performance and have a robust governance system in place, such as paying agencies as part of the integrated administration and control system and the land parcel identification system. This will ensure sound financial management.

Member States will check eligibility at beneficiary level. This does not mean that there will be no controls in the future. Moreover, the Commission can take appropriate measures if national control systems are not operational. We will still have a robust assurance model. However, detailed eligibility rules set at the level of the Union requirements would create a system where Member States would have to report on compliance on top of performance and the Commission would have to audit the detailed rules. This two-layer system – compliance and performance-based – would entail an unbearable administrative burden for the Member States. A two-layer system, together with the amendments proposed on the performance review and the performance clearance, may prevent the Member States from timely delivery on performance.

Finally, on the Common Market Organisation (CMO) Regulation and Mr Andrieu's report on the proposal, in its 2018 proposal, the Commission maintained the architecture and main features of the current CMO. It is my firm conviction that we should avoid reverting to the old CAP with permanent intervention in markets with automatic triggers of crisis measures that would blow market signals and annihilate the market orientation given to the policy since the 1990s. Market intervention instruments have been successfully triggered in a flexible and timely manner in previous years, together with the possibility for the Commission to adopt exceptional measures whenever needed. Introducing new compulsory procedural steps would weaken and slow down the ability of the European Union to respond to any agricultural market crises. Exceptional measures should respect the same principles of market orientation, avoiding the reintroduction of production quotas.

In relation to the wine package, we are open to discuss some of the amendments, but the duration of our current vine-planting authorisation scheme, introduced in 2016, should not be changed as it would be premature to extract any conclusions today. The regime is due to be reassessed in 2023.

Panie Przewodniczący! Jeszcze raz dziękuję za wspólną pracę, za konstruktywną współpracę. Jestem przekonany, że stworzymy reformę, która uczyni rolnictwo europejskie bardziej przyjaznym dla środowiska, dla klimatu, dla dobrostanu zwierząt, ale również reformę, która uczyni rolnictwo europejskie bardziej odpornym na kryzysy. Reformę, która wzmocni bezpieczeństwo ekonomiczne naszych rolników i która zapewni bezpieczeństwo żywnościowe dla naszych obywateli teraz i w przyszłości.

Franc Bogovič, pripravljavec mnenja Odbora za regionalni razvoj. – Spoštovani poročevalci, vsi trije, iskrena hvala za vaše delo v zadnjem letu, letu in pol, dveh. Bilo je ogromno.

Spoštovani kolegi, naša velika odgovornost je, da sprejmemo takšno reformo skupne kmetijske politike, ki bo evropskim kmetom omogočila, da bodo še naprej zagotavljali zdravo, kakovostno in cenovno dostopno hrano za Evropejce. Kmetom moramo zagotoviti dostojne prihodke za njihovo delo in enakovreden položaj v prehranski verigi.

Dodatno moramo podpreti male kmetije, ki zelo hitro opuščajo kmetovanje. Povprečna starost evropskih kmetov je preko 57 let, zato pozdravljam ukrepe, ki podpirajo mlade prevzemnike. Ne smemo pa pozabiti na socialni položaj tistih, ki predajo kmetije.

Podpiram ukrepe, ki spodbujajo prenos znanja, digitalizacijo kmetijske proizvodnje in ukrepe v podporo koncepta pametnih vasi. To so ukrepi, ki bodo omogočili poseljenost evropskega podeželja.

Kmetje so bili že doslej tisti, katerim se moramo zahvaliti za obdelano krajino in varovanje okolja.

V prihodnje je predvideno še več sredstev v okviru zelene arhitekture skupne kmetijske politike, za varovanje okolja in boj proti podnebnim spremembam, katerih posledice najprej čutijo prav kmetje.

Vsekakor pa ostaja osnovna funkcija kmetijstva, da proizvede dovolj hrane, da imajo kmetje dostojen prihodek, zato moramo podpreti kmete, ki dejansko pridelajo hrano preko osnovnega plačila in proizvodno vezanih plačil.

Younous Omarjee, *rapporteur pour avis de la commission du développement régional*. – Monsieur le Président, nous avons fait de la cohésion et de l'écologie les maîtres mots de la relance économique du nouveau pacte vert pour l'Europe et du nouveau cadre budgétaire. Nous devons veiller à la cohérence des objectifs dans les politiques communautaires et c'est précisément ce que nous attendons de la politique agricole commune.

Pour notre commission du développement régional, la réduction des fractures territoriales est une obsession. Nous considérons que la politique agricole commune peut contribuer au développement des territoires ruraux, forestiers, agricoles et que ceci passe par le maintien des populations dans les zones rurales, ainsi que par des revenus viables pour les agriculteurs.

Notre commission REGI demande également que la future PAC ne pénalise pas des régions ultra-périphériques et c'est pourquoi notre rapport rejette les baisses proposées par la Commission européenne et je veux remercier, au nom de toute notre commission, la commission de l'agriculture et du développement durable, ainsi que le rapporteur Éric Andrieu d'avoir maintenu leur position ferme et intransigeante dans cette direction.

Nous attendons désormais, Monsieur le Commissaire, que le Conseil, qui est réuni aujourd'hui, revienne à une position de raison et valide la position du Parlement européen pour le maintien du budget POSEI.

Pour conclure, j'appelle l'ensemble des collègues à tenir bon et à ne pas céder sur cette bataille.

Anne Sander, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la politique agricole commune permet à toute une profession de mener à bien la plus noble des missions qui soit: assurer un approvisionnement alimentaire en produits abordables et de qualité à nos concitoyens, mais aussi participer au développement de nos territoires ruraux.

En tant que membre de l'équipe de négociation du groupe PPE sur cette réforme, je sais combien le processus de négociation a été difficile et parfois frustrant au cours des derniers mois. Néanmoins, un accord a été trouvé. L'intégration progressive des enjeux environnementaux et climatiques dans la politique agricole commune est l'une des lignes de force de son évolution. Néanmoins, ne cédon pas à la surenchère dans ce domaine en promouvant des totems politiques et des grands chiffres en dehors de toute réalité concrète. Je préfère m'appuyer sur le terrain et la vérité est que les agriculteurs ne nous ont pas attendus pour s'engager dans la transition de leurs pratiques et nous nous devons de les soutenir via l'incitation plutôt que la contrainte, via l'accompagnement plutôt que par les sanctions. Si l'ambition environnementale et climatique de la PAC sort renforcée de cet accord, elle assure également un équilibre entre ces objectifs et le soutien au revenu des agriculteurs et le développement économique des filières.

Chers collègues, nous nous sommes battus au cours des derniers mois pour que la politique agricole commune reste un outil d'économie agricole, tant cette politique est essentielle pour accompagner les filières européennes dans leur développement, leur structuration mais aussi pour les aider à faire face à la mondialisation des échanges.

Nous avons introduit de nouveaux programmes opérationnels, révisé les règles relatives aux outils de coopération entre agriculteurs, sécurisé les missions des interprofessions par rapport à l'application du droit de la concurrence, renforcé les outils de gestion de l'offre pour les produits sous signe de qualité et, enfin, pérennisé le système des autorisations de plantation jusqu'en 2050.

De même, nous nous sommes battus pour réformer la réserve de crise pour la rendre plus opérationnelle et mettre en place un observatoire européen pour améliorer la transparence des marchés et permettre à l'Union d'intervenir rapidement en cas de crise majeure.

Enfin, une barrière écologique est introduite via l'interdiction d'entrée sur le marché européen des produits qui ne respecteraient pas nos standards sanitaires et environnementaux.

Chers collègues, l'un des enjeux principaux de la réforme est aussi le maintien du caractère commun de la politique agricole commune. Si la PAC se doit d'être flexible pour s'adapter aux réalités des territoires européens, il est primordial de maintenir un socle commun fort, sinon nous irons vers 27 politiques agricoles européennes divergentes et nous ne pourrions garantir une égalité de traitement entre les agriculteurs.

Aussi, le Parlement s'est engagé contre cette tendance mortifère de l'idée européenne. Chers collègues, ensemble malgré nos divergences, défendons cette ambition commune.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, a mediados de marzo Europa paró. Cerraron las empresas, cerraron las oficinas, cerraron los colegios. Europa paró, pero fuimos capaces, a través del impulso del trabajo y del compromiso de nuestro sector primario, de nuestros agricultores y agricultoras, de nuestros ganaderos y ganaderas, de garantizar la seguridad alimentaria, de garantizar el alimento para nuestras familias.

Sin duda alguna este ha sido un momento esencial para ver la importancia que tiene el debate que hoy nos trae aquí, el de una nueva reforma de la política agrícola común que avance en el objetivo que tenemos claro por parte de las instituciones europeas: una PAC más sostenible medioambientalmente, más sostenible socialmente, que sea capaz de garantizar la seguridad alimentaria para no depender de la producción de fuera y, también, que sea capaz de garantizar salarios dignos a los agricultores y a las agricultoras.

Llevamos ya varias décadas tratando de transformar nuestra agricultura para que esté más acorde con nuestras políticas medioambientales y también para que los productos tengan una mayor calidad y seguridad, con nuevos sistemas de trazabilidad. Con cada reforma ahondamos en estos objetivos, pero —como hemos dicho— hay que intentar adaptarlos a la gran diversidad que tenemos en Europa.

Este texto pone la arquitectura medioambiental en el centro de la reforma. La primera clave es que los pagos directos estarán sometidos a una condicionalidad reforzada con un claro sello medioambiental. Lo que hasta ahora era opcional, ahora se convierte en norma. El 30 % del pilar primero quedará reservado para los nuevos ecoesquemas, una serie de nuevas intervenciones. Eso llevará la ambición medioambiental a niveles sin precedentes en lo que se refiere al presupuesto: el 30 % en el primer pilar de ayudas directas. Y, además, queremos asegurar al menos el 35 % en el desarrollo rural.

No queremos que sea una política solo medioambiental, también queremos que tenga una dimensión social, y para eso es necesario asegurar que los empleos son de calidad y que hay una renovación generacional. Es necesario acabar con el tapón generacional que existe ahora mismo en las explotaciones agrarias, y, por lo tanto, la incorporación de los jóvenes es esencial.

Pero no olvidemos también la importancia que tienen las mujeres. Nuestro medio rural está totalmente masculinizado. Perdemos a las mujeres en el medio rural, y cuando un pueblo pierde a la última mujer que vive en ese pueblo está abocado a su desaparición. Por lo tanto, es esencial que incorporemos la dimensión de género para que haya políticas dirigidas a las mujeres.

El 95 % son pequeños negocios familiares, y en cada una de las zonas de la Unión Europea se enfrentan a retos diversos. Y por eso los planes nacionales se tienen también que adaptar a las realidades regionales que tenemos en estos momentos en Europa. La agricultura en la Unión Europea es la más diversificada del mundo, y nos estamos adaptando. La PAC es un pilar fundamental del Pacto Verde Europeo.

La PAC junto con la estrategia «de la granja a la mesa» y la estrategia de la biodiversidad deben hacer que nuestra industria alimentaria sea más saludable, más justa y más respetuosa con el medio ambiente. Y por eso seguiremos trabajando para dotar a la Unión de un marco legislativo que vaya más allá de esta PAC, porque necesitamos adaptarla a una nueva realidad. Por todos ellos y por todas ellas seguiremos trabajando.

Jan Huitema, *namens de Renew-Fractie*. – Voorzitter, boeren zouden veel minder afhankelijk moeten zijn van directe inkomenssteun. Directe inkomenssteun is geen maatregel waardoor boeren structureel een betere concurrentiepositie krijgen. In plaats daarvan zouden boeren veel meer de mogelijkheid moeten krijgen om hun inkomen uit de markt te verdienen.

Ik ben daarom ook blij dat een voorstel van mij in de uiteindelijke compromistekst van het Europees Parlement is opgenomen. Ik pleit er namelijk voor dat de Europese mededingingsregels meer ruimte laten voor duurzaamheidsinitiatieven vanuit de landbouw. Natuurlijk is het zo dat afspraken in de keten er niet toe moeten leiden dat prijzen hoog worden. Dit is niet in het belang van de consument, maar het is wel in het belang van de consument dat de producten duurzamer geproduceerd worden.

Dus ik vind dat ook de Europese mededingingsautoriteit hiernaar moet kijken en meer ruimte moet laten in de keten om afspraken te maken op het gebied van duurzaamheid, en dat de extra kosten die gemaakt worden voor een beter milieu, beter dierenwelzijn en een beter klimaat zo ook daadwerkelijk doorberekend kunnen worden in de prijs.

Een tweede aspect is het vergroeningsbeleid binnen het gemeenschappelijk landbouwbeleid. De Europese Rekenkamer is er nogal kritisch op geweest dat dit niet gewerkt heeft. Ik ben het daarmee eens en ik zie dat verschillende zaken aangepast moeten worden. Op dit moment is het zo dat generieke maatregelen vanuit Brussel boeren sturen om duurzamer te werken. Alleen, de verschillen in Europa zijn groot: in Finland sneeuwt het op dit moment en in Athene is het prachtig weer. Er wordt onvoldoende gekeken naar de lokale omstandigheden.

En misschien nog wel een groter probleem is dat alleen gekeken wordt of de maatregelen vanuit Brussel daadwerkelijk door de boer zijn geïmplementeerd en dat helemaal niet gekeken wordt naar wat nu de effecten zijn geweest van die maatregelen op het bedrijf.

Dus we moeten het andersom doen. We moeten gaan sturen op de prestaties. We moeten sturen op de resultaten die de individuele bedrijven halen. En gebruik dan alsjeblieft daarbij ook de kennis van de boer. Want die weet precies wat er op zijn bedrijf in de lokale omstandigheden gebeurt.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la nuova politica agricola comune è sicuramente una delle riforme più importanti dell'intera legislatura. La PAC è uno dei pochi programmi europei che in questi anni ha funzionato e che ha portato soldi veri alle nostre aziende e ai nostri territori.

Io, che ho avuto modo di partecipare alla redazione normativa di questa PAC, posso dire che in questa riforma ci sono stati aspetti positivi, ma anche aspetti negativi. Bene quello che si è fatto, ma si poteva fare molto di più. Si poteva fare molto di più per tagliare la burocrazia, che è il primo vero grande problema che i nostri agricoltori si trovano a vivere ogni giorno; si poteva fare molto di più per non caricare sulle spalle degli agricoltori il peso delle misure ambientali volute dalla Commissione europea.

Spesso a Bruxelles ci si dimentica che i primi custodi dell'ambiente sono proprio gli agricoltori e che c'è bisogno di un'agricoltura sostenibile dal punto di vista ambientale, ma soprattutto sostenibile dal punto di vista economico. Si poteva fare di più per la difesa dei prodotti DOP e IGP e si poteva fare di più nella lotta alla concorrenza sleale che ruba 100 miliardi di euro all'anno al Made in Italy.

La nuova PAC mette sul tavolo anche nuove sfide, come la denominazione della carne che riguarda milioni di allevatori e consumatori. Non esiste carne senza carne. La carne sintetica, quella fatta in laboratorio, al cui interno non c'è un solo milligrammo di carne non può essere chiamata carne. I nostri allevatori e consumatori vanno tutelati, non truffati per compiacere gli interessi di qualche multinazionale.

Sappiamo tutti che la vera partita che si gioca sulla PAC è quella collegata al bilancio europeo. La futura PAC sarà positiva o negativa a seconda di quanti soldi saranno destinati all'agricoltura nel bilancio 2021-2027 e su questo punto c'è ancora il buio più totale. Ma una cosa deve essere chiara a tutti, come abbiamo già fatto in questi mesi noi siamo pronti a combattere per respingere qualsiasi proposta di tagli sulla PAC.

Agli agricoltori italiani non dovrà essere tolto un euro. Su questo noi daremo battaglia fino alla fine, insieme ai nostri agricoltori, perché c'è in gioco la vita di migliaia di aziende e tutti noi dobbiamo tutelarle, perché, come ha dimostrato l'emergenza Coronavirus, un paese senza agricoltura è un paese che non ha futuro.

Martin Häusling, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was die große Koalition hier auf den Tisch legt, das verdient nicht den Namen „Reform“. Das ist ein „weiter so“ in der Gemeinsamen Agrarpolitik.

Wir haben einen chaotischen Prozess bei den Schattenberichterstatern gehabt, und wir haben heute eine Abstimmung, die schlichtweg ein Skandal ist. Keine *split votes*, über alles wird sozusagen nur abgestimmt, wenn es die große Koalition will, und wir mit Änderungsanträgen kommen einfach nicht zu Wort. Das ist ein Skandal. Im Schatten der Coronakrise will man jetzt etwas durchwinken, was den Namen „Reform“ wirklich nicht verdient.

Was mich ärgert ist, alle reden hier über 30 % *eco-schemes*. Reden Sie doch darüber, dass jetzt festgeschrieben werden soll, dass 60 % der Zahlungen weiterhin Direktzahlungen sind, per Fläche! Da profitieren halt die großen Bauern von, aber davon profitieren halt nicht die Kleinbauern, die wir brauchen. Da können sich Herr Babiš und Herr Orbán freuen, und 80 % der Gelder gehen immer noch an 20 % der Betriebe. Das wird so bleiben, deshalb ist das keine Reform!

Für mich muss ich ehrlich sagen, sind die Sozialisten die Umfaller des Jahres. Wir haben in den *central meetings* eigentlich immer gut zusammengearbeitet, aber jetzt schließen sie sich der EPP an. Das wundert mich nur, das müssen sie erklären.

Gestern haben wir einen Bericht der Umweltagentur auf den Tisch bekommen, der sehr dramatische Zahlen präsentiert. 81 % der Naturräume sind in Gefahr, 63 % der Tierarten sind in Gefahr, und wir machen so, als könnten wir weitermachen mit dieser Agrarpolitik. Was ist denn mit der *Farm-to-Fork*-Strategie, die nicht drin ist in der Vorlage? Was ist mit der Biodiversitätsstrategie, die nicht drin ist?

Sie verzichten auf konkrete Ziele, wie in der *Farm-to-Fork*-Strategie. 50 % weniger Pestizide, 50 % weniger Antibiotika, weniger Düngemittel, aber auch weniger billige Sojaimporte, Wasserverbrauch, mehr Eiweißproduktion in Europa. Wir brauchen 10 % der Fläche, die eine biologische Vielfalt garantiert. All das findet sich überhaupt nicht in den Vorschlägen. Stattdessen reden Sie bei den *eco-schemes* von *precision farming*, ein Bauer, der genauer spritzt, spritzt doch nicht automatisch weniger!

Also, das Ganze ist eine Lachnummer, wenn man das so sieht, was da jetzt vorgeschlagen wird. Was mich wundert ist, Herr Kommissar, dass Sie bei der ganzen Geschichte so ruhig bleiben. Mit dieser „Reform“ wird die Kommission weder den Green Deal machen können noch ihre Klimaziele erreichen. Das wird dann nichts werden. Deshalb, Herr Kommissar, legen Sie einen neuen Vorschlag vor, das können Sie jederzeit tun. Vielleicht können wir noch was retten, aber dafür brauchen wir die Kommission.

Bert-Jan Ruissen, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, de uitdagingen waar we voor staan bij het gemeenschappelijk landbouwbeleid zijn groot en divers: zorgen voor voldoende gezond en veilig voedsel, voor gezonde economische bedrijven en dat met voldoende aandacht voor natuur en milieu op en rond de bedrijven.

Het pakket van de strategische plannen dat vandaag voorligt, stelt wat dat betreft toch wel teleur. Niet alleen omdat het slechts door drie fracties wordt ingediend, maar vooral ook vanwege de denkrichting in deze plannen. Er wordt nog te veel van uitgegaan dat alles centraal vanuit Brussel geregeld moet worden, met alle gevolgen van dien voor de regeldruk. Je ziet het heel duidelijk bij de basispremie, waar nóg meer eisen aan worden gesteld, terwijl de uitdagingen van de toekomst juist ondernemerschap vereisen en dus vrijheid voor de ondernemer om eigen keuzes te kunnen maken.

Bij de ecoregeling is het gelukkig wel gelukt om te zorgen voor een stuk maatwerk. We vinden het ook erg bezwaarlijk dat er onvoldoende wordt voorzien in redelijke financiële compensatie. Er worden, zoals gezegd, hogere eisen gesteld aan de basispremie, maar tegelijkertijd gaat deze wel met 30 % of meer omlaag. Dat is natuurlijk niet eerlijk. Van de boer wordt ook nog eens verlangd dat hij 10 % van zijn land uit de productie neemt, terwijl hij daarvoor vanwege de gekozen systematiek via bijlage III maar voor de helft financieel gecompenseerd kan worden. Ook dat is natuurlijk zeer discutabel.

We hebben een beleid nodig dat ruimte laat voor innovatiekracht en bijdraagt aan een eerlijke prijs. Daarbij is het van cruciaal belang dat het landbouwbudget op peil blijft, dit in het belang van een sterke en een duurzame landbouwsector, hetgeen uiteindelijk in het belang is van ons allemaal.

Luke Ming Flanagan, on behalf of the GUE/NGL Group. – Mr President, this is a massively important debate. It is a massively important reform of the common agricultural policy (CAP). It will decide how our food is produced, how our land is managed, how our environment is protected or indeed destroyed. My message to the EPP, the S&D and the Renew Group is that if you are so sure that what you propose is good then leave it open to democratic scrutiny. However, the use of Rule 183 makes that impossible and you know that. The chairman of the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI) Committee tells us that we torpedoed the process. This is totally untrue. I have tried to make this work, but the reality is that the EPP clearly don't want it to work. They deliberately destroyed the process in the same way as a spoilt rich kid calls halt to a game of football because they own the ball and they can.

I did not sign the rejection amendment because I had some little bit of faith in those that I have worked with for the last few years. Not anymore. I had some hope that her amendments would make the CAP reform in some way meaningful. Amendments that would have really ringfenced money for the environment. Amendments that would have excluded areas that have nothing to do with the environment. Amendments that would have led to more money for the family farm. Amendments that would have recognised the reality that without a just transition, there will be no transition at all.

However, now I am forced to vote for Amendment 1147 to send back the CAP to the Commission in order for them to come up with a green deal that is compatible with what they should be doing. We have time to do this correctly. We have the two-year transition period where we can come up with a common agricultural policy that works for farmers, for consumers and for the planet.

We have the evidence from the European Court of Auditors. They are not biased. They just follow the evidence. They are telling us that we must change our ways. They are telling us that what we have been doing is not working, and to ignore them is to throw insult at the people of the European Union, and we shouldn't do this. We should reject this proposal.

Dino Giarrusso (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, andiamo a votare la riforma della politica agricola comune e potremo fare la storia, perché niente come l'agricoltura può far ripartire l'Europa dilaniata dal Covid, può creare sviluppo e lavoro, migliorare l'ambiente e promuovere le eccellenze nostrane.

Purtroppo il Parlamento dovrebbe osare di più, vincere la ritrosia di alcuni Stati membri che al Consiglio sono sempre conservatori quando si parla di *greening*, stabilità, sostenibilità e innovazione. Niente tagli, posizione chiara sugli ecoschemi con percentuale adeguata obbligatoria. Serve più ambizione su allevamenti intensivi e benessere animale, inserire il biologico e l'agricoltura di precisione; accelerare la digitalizzazione affinché si riducano le emissioni, aumentando la qualità dei prodotti e lavorare per un sistema di etichettature onesto che promuova tutto questo, abbandonando il disastroso Nutri-Score e rispettando il Made in, il Made in Italy in particolare.

Serve agire contro il caporalato in modo intelligente. L'imprenditore agricolo e il lavoratore devono avere lo stesso interesse ad un accordo regolare, con vantaggi per chi ben si comporta inserendo la condizionalità sociale. Si taglino quindi i pagamenti a chi non rispetta i lavoratori.

La nuova PAC dovrà servire a cambiare in meglio e non a perpetuare freni sociali e culturali che limitano il decollo della nostra agricoltura. Sono quindi soddisfatto per l'estensione del diritto d'impianto per le viti e per l'inserimento della canapa nei market standard, ma mi auguro che lo standard arrivi allo 0,5 % e che tutti gli Stati membri a partire dall'Italia siano obbligati da regolamenti europei a spezzare il pregiudizio culturale verso questo settore che porterà enormi vantaggi ambientali, sociali, economici e culturali anche contro le mafie. È una battaglia che va vinta insieme, sulla quale non arretreremo di un millimetro.

Herbert Dorfmann (PPE). – Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen, die Gemeinsame Agrarpolitik ist eine Königspolitik der Europäischen Union, und mit dieser Abstimmung in diesen Tagen geben wir dieser Politik eine Grundausrichtung für dieses Jahrzehnt. Meine Fraktion wird die ausgehandelten Kompromisse unterstützen. Wir glauben, sie gehen in die richtige Richtung.

Wir brauchen eine ausbalancierte europäische Agrarpolitik. Wir brauchen ein Gleichgewicht zwischen einer Politik die – ja – auf Nachhaltigkeit schaut, die auf den Klimawandel schaut, die aber auch auf die Notwendigkeiten für das tägliche Essen der Bürger schaut. Und auch, geschätzter Herr Kommissar, auch diese Ernährungssicherheit ist wichtig, und auch das sollten Sie als zuständiger Agrarkommissar im Kopf haben.

Ich glaube, gerade die traurigen Momente der COVID-19-Krise haben uns gezeigt, wie wichtig es ist, uns selbst zu versorgen. Und ich will nicht, dass es uns mit dem Essen geht wie mit den Schutzmasken und Beatmungsgeräten, wo wir jeden Ramsch aus der Welt importieren mussten und sie uns dann vor der Nase weggekauft wurden.

Wir brauchen aber auch eine Landwirtschaft, die auf die vielfältigen Verbraucherwünsche schaut und die Notwendigkeiten im Blick hat – gut, wenn es mehr Nachfrage nach Bio-Ware gibt, nach lokaler Produktion, nach kurzen Lieferketten. Aber wir müssen schon auch jene sicher und würdig ernähren, die sich den Feinkostladen nicht jeden Tag leisten können – auch die gibt es in Europa. Ich will jedenfalls keine europäische Landwirtschaft, die für die oberen Zehntausend produziert, und diejenigen, die auf die Geldbörse schauen müssen, wenn sie in den Supermarkt gehen, bekommen dann billigen Ramsch von auswärts.

Eines sollten wir nicht vergessen: Letztendlich geht es um die rund zehn Millionen Bäuerinnen und Bauern in Europa. Nur wenn unsere Politik auch ihnen hilft, damit sie ein Einkommen bekommen, dann wird es sie auch weiterhin geben und dann wird es auch weiterhin junge Menschen in der Landwirtschaft geben. Bauer sein ist nämlich nicht ein Hobby, so wie es manchmal hier dargestellt wird, es ist ein Beruf. Und nur, wenn wir allen Bäuerinnen und Bauern, auch in den schwierigeren Lagen – in den Bergen – Rahmenbedingungen schaffen, mit denen sie leben können, dann werden sie auch weiterhin junge Nachfolger finden.

Ich hoffe, wir setzen in dieser Woche einen guten Grundstein für die Bäuerinnen und Bauern, für die Jungbauern, für die Konsumenten und für die Umwelt in Europa.

Maria Noichl (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zualererst möchte ich mal heftig protestieren, dass die Abstimmungen der GAP von Mittwoch auf Dienstag vorverlegt wurden. Das ist ein unabgesprochener Schritt, am Montag wurde noch eine andere Tagesordnung beschlossen.

Dieses Verwaltungshandeln hat sehr, sehr große Unruhe ins Parlament gebracht. Zu Recht ist es angegriffen worden, zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sind aufgebracht, und NGO und Pressevertreter meinen, hier wird geschummelt. Man liest, es ist Taktik, man liest, es ist eine Selbstherrlichkeit, und ich möchte noch einmal sagen als Schattenberichterstatterin der S&D: Diese Entscheidung muss sofort rückgängig gemacht werden, es muss die alte Tagesordnung eingehalten werden.

Aber jetzt zum Inhalt: Ein langer, sehr komplizierter Abstimmungsweg in Richtung GAP liegt hinter uns. Ich möchte meine Rede zualererst an Frau Ursula von der Leyen adressieren. Ursula von der Leyen hat ihre Sorgfaltspflicht nicht ausgeführt. Sie hat stillschweigend in Kauf genommen, dass – obwohl sie den Green Deal ausgerufen hat – ein alter Vorschlag in der Agrarkommission weiterhin auf dem Tisch blieb. Sie hat stillschweigend in Kauf genommen, dass es keinen richtigen Link zum Green Deal, zur *Farm-to-Fork* – oder zur Biodiversitätsstrategie gibt. Sie hat geschwiegen, obwohl wir an vielen Stellen immer wieder gesagt haben: Wir brauchen ein neues Reformpaket. Es ist fahrlässig gewesen von ihr, nichts zu tun, einfach zu schweigen und nicht zu handeln.

Jetzt haben wir die Situation, vor der wir stehen: Ist dieser alte Reformentwurf überhaupt Green-Deal-fähig, können wir ihn überhaupt so verändern, dass er in die Welt jetzt passt? Ich glaube, das ist wirklich eine ganz, ganz schwierige Frage. Wir haben versucht – es ist unsere Aufgabe als Parlament, zu versuchen –, das Beste rauszuholen. Wir haben versucht, diesen wirklich schlechten Entwurf vom Herrn Hogan zu verbessern. Wir haben zahlreiche Änderungsanträge vom ENVI, und ich wünsche mir, obwohl ich im Agrarausschuss arbeite, dass alle Änderungsanträge vom ENVI dann wirklich im Parlament auch angenommen und wahrgenommen werden.

Wir brauchen unbedingt 30 % *eco-schemes* – das ist für mich das Mindeste. Wir brauchen unbedingt klare Ziele für die GAP. Wir brauchen unbedingt eine klare Verquickung zur *Farm-to-Fork*-, zur Biodiversitätsstrategie und zum Paris-Abkommen. Wir brauchen unbedingt eine gute grüne Architektur, wir brauchen eine gute rote Architektur, die soziale Architektur in der Landwirtschaft. Wir müssen deutlich machen, dass eine Kappung eine Sache von Gerechtigkeit ist. Kappen heißt Gerechtigkeit, und wir brauchen eine klare Verankerung unserer Agrarpolitik in der Region.

Der alte Vorschlag, so wie er hier liegt, hat immer noch einen rechnerischen Klimaschutz in sich. Wir haben es geschafft, diesen Bereich absolut vom Tisch zu wischen, wir können nicht mit einem rechnerischen Klimaschutz sagen, die Flächenzahlen rechnen wir automatisch mit 40 % an. Und da bin ich meiner Fraktion dankbar, der Fraktion der S&D, die von vornherein gesagt hat, einen rechnerischen Klimaschutz wird es mit uns nicht geben, sondern nur einen wirklichen, einen tatsächlich, einen wissenschaftsbasierten Klimaschutz.

Ich möchte auch an Frau Klöckner unbedingt noch ein paar Worte setzen: Frau Klöckner, Sie im Rat, wenn Sie sich trauen, dieses Ergebnis hier aus dem Parlament zu verwässern, dann versündigen Sie sich an der nächsten Generation. Wenn Sie sich trauen, hier von Freiwilligkeit bei *eco-schemes* zu sprechen, wenn Sie sich trauen, davon zu sprechen, dass Klimagelder am Schluss bei den Bis-Zahlungen landen, dann versündigen Sie sich. Sie dürfen auf keinen Fall die Ergebnisse der Abstimmung des Parlaments, wie immer sie danach ausgehen, *greenwashen*. Das ist nicht erlaubt.

Ich möchte mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Parlament bedanken, dass wir so gut zusammengearbeitet haben, und ich möchte unbedingt den NGO-Gruppierungen, die auf der Straße stehen, danken. Denn Druck von der Straße ist wichtig, wichtig, wichtig!

Martin Hlaváček (Renew). – Pane předsedající, krajina, venkov, zemědělci, potravináři a občané čekají už třetím rokem na naši schopnost se domluvit na směřování společné zemědělské politiky a na vizi pro náš venkov. Už bychom neměli dále otálet.

Občané nechápou, proč nejsme schopni se po takové době dohodnout, obzvlášť v této velmi složité době. Kdo se nechce dohodnout, vážně riskuje podporu evropského projektu a pomáhá těm, kdo chtějí evropský projekt rozvrátit. Jsem rád, že naše frakce Renew Europe mezi takové nepatří. Je součástí dohody o zelené architektuře společné zemědělské politiky. Ambiciózního plánu, který bude lépe a účinněji chránit naši půdu, vodu, vzduch a krajinu. A to, jak víte, nelze dělat bez zemědělství a venkova.

Zemědělství a venkov budou součástí tohoto řešení a mají zároveň jistotu, že jejich úsilí bude podpořeno dostatečnou podporou a ekonomickou životaschopností. Zároveň se musí jednat o řešení, které zachovává zemědělskou politiku společnou a brání nespravedlivým zásahům do konkurenceschopnosti.

Přejme si, aby výsledek našeho hlasování v tomto týdnu nebyl jenom změtí protichůdných výkřiků, ale srozumitelnou a promyšlenou politikou. Jedině tak budeme důstojným partnerem pro Radu a pro pana komisaře v následujících jednáních. Jedině tak budou moci občané pochopit, jak zásadně a přitom životaschopně tuto důležitou politiku můžeme zreformovat.

Gilles Lebreton (ID). – Monsieur le Président, la création de plans stratégiques nationaux est, à mes yeux, l'innovation majeure de la nouvelle politique agricole commune.

Ces plans auront l'immense mérite de permettre à chaque État d'adapter la PAC à ses besoins dans le respect des grandes orientations communes. Ils réalisent ainsi une sorte de renationalisation partielle de la PAC, qui peut permettre d'assouplir les rigidités du système et de constituer une alternative au retour pur et simple à des politiques agricoles nationales. Trois problèmes me font hélas douter de l'efficacité de ce nouveau modèle agricole.

D'abord, le budget de la PAC va considérablement baisser et ce n'est pas l'écran de fumée des 8 milliards d'euros promis par le plan de relance qui pourra me faire oublier cette réalité. Le montant du droit au paiement de base, calculé à l'hectare et auquel les agriculteurs sont très attachés, va diminuer et plonger beaucoup d'exploitants dans des difficultés insolubles.

En second lieu, les amendements déposés en plénière risquent d'accroître dans des proportions déraisonnables leur charge environnementale. Une multiplication d'indicateurs environnementaux entraînerait la généralisation d'un système de certification privé dont le coût pèserait lourdement sur les agriculteurs. Pour éviter cette dérive, je souhaite qu'on plafonne à 30 % le budget environnemental global et qu'on privilégie les incitations plutôt que les contraintes.

Enfin, ce verdissement à marche forcée de l'agriculture européenne n'aurait de sens que si on renonçait simultanément au libre-échange mondialisé, qui favorise la concurrence déloyale des puissances agricoles non européennes. Hélas, on n'en prend pas le chemin, puisque le 28 avril, l'Union a conclu un accord avec le Mexique par lequel elle accepte d'importer 20 000 tonnes de viande de bœuf mexicaine par an. En réalité, la Commission ne respecte pas nos agriculteurs; elle vient d'ailleurs d'avouer son cynisme en faisant voter par le Parlement, le 10 juillet, l'affectation aux migrants de Turquie de 653 millions d'euros prélevés sur des fonds destinés aux agriculteurs.

Je vous mets en garde: si vous continuez à traiter ainsi l'agriculture comme la cinquième roue du carrosse, il ne faudra pas vous étonner de voir un jour la France remplacer la PAC par une PAF, une politique agricole française.

Benoît Biteau (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, les citoyennes et les citoyens de l'Union européenne nous regardent dans l'espoir que la PAC, permise par leurs efforts à la contribution fiscale et qui représente un tiers du budget de l'Union européenne, permette de satisfaire enfin les attentes sociétales pour les sept prochaines années.

Les mangeuses et les mangeurs de l'Union européenne nous regardent dans l'espoir que la PAC préserve les ressources vitales, comme l'air que nous respirons à chaque instant, comme l'eau que nous buvons, comme la nourriture que nous mangeons, et que le tout soit de bonne qualité.

Les mangeurs et les mangeuses de l'Union européenne nous regardent dans l'espoir que la PAC intègre les enseignements de la crise du COVID-19 pour favoriser les circuits courts plutôt qu'une agriculture exportatrice, prédatrice pour nos écosystèmes et pour les paysans du Sud.

Les mangeuses et les mangeurs de l'Union européenne nous regardent dans l'espoir d'un engagement radical pour le bien-être animal.

Les générations futures du monde entier nous regardent dans l'espoir que la PAC, potentielle clé de voûte du pacte vert européen nécessaire à la préservation de leur avenir, relève les défis de l'urgence climatique, de la lutte contre l'effondrement de la biodiversité et pour l'atteinte d'une souveraineté alimentaire planétaire.

Les paysannes et les paysans de l'Union européenne nous regardent dans l'espoir que la PAC leur offre enfin des conditions de vie dignes, des revenus décents qui pourraient rémunérer les services écosystémiques qui servent l'intérêt commun.

Le temps de l'opposition entre les enjeux économiques et les obligations environnementales, vieille marotte des libéraux et des conservateurs, est dépassé, daté, éculé! C'est quand on est dans le rouge qu'il faut faire plus vert pour sortir définitivement du rouge. Or, rien, dans cette PAC, ne permet d'atteindre ces ambitions. Forts de ces constats et de ces attentes, nous avons la responsabilité historique de rejeter maintenant cette mauvaise réforme de la PAC, sur le fond, donc, comme sur la forme, puisque le calendrier de vote est accéléré de façon inadmissible, dégradant ainsi le processus démocratique.

Nous devons donc saisir l'opportunité historique de rédiger une nouvelle PAC, celle qui nous éloigne définitivement de ces périls et qui saura relever le défi de satisfaire l'intérêt supérieur des générations futures, en faisant du pacte vert le socle robuste de l'avenir de nos enfants, qui est aussi le fil conducteur de cette mandature.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Debatujemy o przyszłości wspólnej polityki rolnej w okresie pandemii koronawirusa, w czasie, kiedy europejskie rolnictwo i europejscy rolnicy zapewnili bezpieczeństwo żywnościowe 500 milionom europejskich konsumentów. W zamian za to oczekują oni od nas, abyśmy przygotowali im warunki do zdecydowanie lepszego funkcjonowania niż do tej pory.

Moja grupa polityczna ma zastrzeżenia do wysokiego poziomu wydatków na cele środowiskowe i klimatyczne, ale delegacja polska będzie jednak za tym poziomem głosować, ponieważ jest to rozwiązanie korzystne dla mniejszych gospodarstw, a tych akurat w naszym kraju jest zdecydowana większość. Grupa ECR zabiegała podczas prac nad reformą WPR o wyłączenie kwalifikowalności małych gospodarstw, pobierających dopłaty do 2000 euro. Dlatego wspólnie z PPE złożyliśmy odpowiednią poprawkę – nr 283 – i mamy nadzieję na jej poparcie ponad politycznymi podziałami. Jesteśmy bowiem przekonani, że wyłączenie tych gospodarstw z kryterium kwalifikowalności nie zagrazi ambicjom środowiskowym, a będzie ważnym krokiem w kierunku uproszczenia WPR, czego oczekuje europejskie rolnictwo.

Podsumowując, szczególnie w okresie wstrząsów, jakim dla WPR jest najpierw brexit, a potem pandemia koronawirusa, potrzebne są naszym zdaniem skoordynowane działania służące utrzymaniu zrównoważonego rolnictwa oraz bezpieczeństwa żywnościowego Unii, a temu będzie służyła zreformowana wspólna polityka rolna.

Mick Wallace (GUE/NGL). – Mr President, we've worked on the CAP file for over a year. Adrian in my office has done over 700 hours on it; and we get a minute to talk about it.

We were trying to make an influence on the decision-making that affects a lot of the items: we wanted to help protect family farms; we wanted to help farmers to move away from pesticides and chemicals; we wanted farmers to be sustainable and to produce cleaner food; we wanted to protect biodiversity; we wanted the CAP money to go to the farmers that needed it most, and to stop the 80% going to the 20% that don't need it.

But backroom deals were done between the three big groups; EPP, Renewal and the S&Ds. Lots of nice talk about Farm to Fork, biodiversity strategy, the Green Deal – but they've all been thrown to the wind.

This is not democracy. Democracy isn't about majority voting. Democracy is about giving the people a say. This is not the CAP that the people want.

And speaking of democracy – if we turn to Bolivia at the weekend – I'd like to ask the MEPs who supported the right wing coup, to consider apologising to the families who lost loved ones during the year of the coup.

Daniela Rondinelli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in questi mesi di discussione intorno alla PAC ho sentito parlare di «nuova PAC», ma se il nuovo che avanza consiste nella regionalizzazione, nel consentire agli Stati Membri di gestire a piacimento i fondi a fronte di vari obiettivi sociali e ambientali nell'ulteriore arricchimento di chi già possiede grandi possedimenti o nell'inerzia a difesa delle nostre eccellenze agroalimentari e ci mettiamo anche il Nutri-Score, sinceramente credo che milioni di cittadini e agricoltori ne farebbero tranquillamente a meno.

Noi del Movimento 5 Stelle chiediamo una PAC moderna, ambiziosa, ambientalista e a guida europea. Vogliamo che i fondi arrivino a chi vive davvero di agricoltura con la convergenza interna che ridistribuisce la ricchezza ai piccoli e piccolissimi produttori e una convergenza esterna che si basa su un *capping* obbligatorio e un rispetto ferreo delle norme ambientali e del lavoro, proprio al fine di spezzare i monopoli che creano distorsioni nel mercato interno.

Credo in una PAC e in un settore agricolo che finalmente possa davvero rispettare le norme fondamentali del lavoro e anche il pilastro dei diritti sociali. È fondamentale un legame vero tra la PAC e le strategie Farm2Fork e Biodiversità, ma con obiettivi chiari, ambiziosi e realistici per abbandonare progressivamente ogni forma di sfruttamento intensivo e raggiungere un'autosufficienza alimentare, basata su un nuovo equilibrio tra uomo e ambiente, per una natura da custodire e lasciare alle future generazioni.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, è stato questo un anno di negoziazioni complesse, di negoziazioni articolate, difficili, ma è stato un anno di negoziazioni necessarie, Commissario, per permettere al Parlamento di arrivare finalmente ad una posizione alta, ad una posizione ambiziosa, forte per migliorare il testo che era stato proposto dalla Commissione che presentava – lo abbiamo detto tante volte – moltissime lacune, presentava una struttura che era assolutamente poco convincente.

Lo sappiamo, caro Commissario, cari colleghi, questo è il tempo delle ambizioni alte. Le sfide del nostro tempo, il cambiamento climatico, l'irrobustirsi della competizione globale non contemplano la possibilità di volare basso. E allora la nuova PAC deve contenere obiettivi chiari legati agli obiettivi che qui in Parlamento ci siamo dati su ambiente e su lotta al cambiamento climatico, come è stato anche qui ricordato stamattina.

Un'agricoltura socialmente ed ecologicamente sostenibile è fondamentale per una crescita equilibrata continentale e mondiale, lo sappiamo benissimo, ma questa ambizione alta deve essere coltivata insieme al mondo agricolo, insieme alla sua filiera e non può essere in nessun modo imposta dall'alto. Questo è il punto fondamentale, allora io credo che i compromessi fin qui raggiunti tengano bene in considerazione questo aspetto che, per quanto ci riguarda, è dirimente e contendono le priorità che sono state espresse dalla maggioranza di questo Parlamento.

Sul regolamento orizzontale, in particolare, credo che il compromesso raggiunto sia un segnale chiaro. Il Parlamento pensa sia un errore rinazionalizzare la PAC, come abbiamo più volte detto. Abbiamo cercato di mitigare quella eccessiva flessibilità che era stata concessa agli Stati membri nella proposta iniziale, ritornando quindi ad un sistema di controllo e pagamento basato sulla conformità alle regole, al contempo però, proprio perché siamo convinti che sia necessario aspettarsi dei risultati, quando parliamo di un investimento pubblico così ingente e così importante, abbiamo mantenuto anche un controllo sulla *performance*, in due fasi, una annuale e una biennale, di intensità differenti per di più a condizioni stringenti, più stringenti addirittura per gli Stati membri.

Crediamo così, Presidente, di aver creato un giusto equilibrio tra la certezza di non creare disparità e concorrenza tra gli agricoltori europei, mantenendo però il carattere comune di questa politica e il controllo di come vengono spesi i soldi di questa politica che, non dobbiamo mai dimenticarlo, consente a tutti i cittadini europei di continuare ad avere cibo di qualità sulle loro tavole.

L'ultima questione che voglio rapidamente ricordare è la condizionalità sociale. So che ho terminato il tempo, ma mi pare una questione fondamentale che abbiamo inserito nel testo ed è molto rilevante.

Jarosław Kalinowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Mam nadzieję, że tym razem się uda. Rozpocznę od dopłat bezpośrednich, które pozostają najważniejszym instrumentem wspierającym europejskich rolników w dochodach. Problem polega jednak na tym, że wielkość tych płatności jest bardzo zróżnicowana i nie wynika ona z obiektywnych kryteriów ani też z warunków produkcji. Wielkość tych płatności zależy od wielkości produkcji w danym kraju ponad 20 lat temu. To łamie równość warunków konkurencji, czas z tą historyczną metodą skończyć.

Szanowni Państwo! Po wdrożeniu procedowanych zmian rolnictwo europejskie w większym stopniu niż dotychczas ma realizować działania środowiskowo-klimatyczne, i to bardzo dobrze, ale żeby ten cel osiągnąć, należy wyeliminować patologiczne w wielu krajach sytuacje, że to nie rolnicy, a właściciele gruntów rolnych są beneficjentami płatności bezpośrednich.

W Polsce – co potwierdza Polska Akademia Nauk – aż 70% beneficjentów płatności nie prowadzi działalności rolniczej. Są to najczęściej właściciele kilku hektarów, czyli traktowani są priorytetowo jako małe gospodarstwa, są zwolnieni też z działań prośrodowiskowych.

Dlatego tak ważna jest definicja aktywnego rolnika w poprawce do artykułu 4, by to prawdziwi rolnicy byli podmiotem polityki rolnej, a właściciele gruntów uzyskiwali czynsz. Nikt nie straci, zyskają prawdziwi rolnicy i środowisko, na czym tak bardzo nam wszystkim zależy.

Jérémy Decerle (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, agriculteur bien avant d'être député, amoureux de mon métier, engagé depuis des années dans la défense de la profession, cet échange sur la politique agricole commune que nous avons ce matin revêt pour moi une importance particulière. Je regrette d'ailleurs que la situation sanitaire ne nous permette pas un débat plus serein.

La réforme de la PAC que nous nous apprêtons à voter n'est pas parfaite et des combats resteront à mener lors des prochaines révisions, mais contrairement à certains, y compris parmi nos collègues des Verts et d'autres groupes, qui choisissent l'arme de la critique sans fondement, du *spamming* mal argumenté et de l'attaque personnelle, je crois qu'il faut commencer par reconnaître ce qui va dans le bon sens.

La PAC de demain sera plus verte en aidant ceux qui ont déjà fait des efforts de transition à les valoriser et en incitant davantage ceux qui ne se sont pas encore lancés à le faire. Mais une PAC plus écologique ne pourra se faire sans une PAC plus économique. Nous avons la responsabilité de défendre aussi les aides et les outils à même de mieux protéger nos agriculteurs demain.

Je compte, chers collègues, sur notre assemblée et, durant le trilogue, sur la Commission et le Conseil pour faire preuve d'autant d'ambition sur l'environnement que sur les aides versées aux jeunes ou sur le versement de l'aide par agriculteur actif. Car l'agriculture lavant plus blanc que blanc que certains réclament a besoin de femmes et d'hommes nombreux, fiers, libres et debout.

Sylvia Limmer (ID). – Herr Präsident! Nach eineinhalb Jahren Untätigkeit ist es für mich völlig unverständlich, dass man ausgerechnet jetzt mitten im COVID-19-Lockdown die Abstimmungen über die Gemeinsame Agrarpolitik angesetzt hat. Es liegen über zweitausend Änderungsanträge auf dem Tisch. Beredtes Zeugnis davon, dass man in den Ausschüssen nicht fähig war, tragbare Kompromisse auszuarbeiten. Und so gilt mein Redebeitrag heute eher auch nicht den Abgeordneten in dieser Scheindebatte, sondern den Bürgern und Landwirten, so sie denn wohl eher aus Versehen hier zuhören, denn es ist –wie immer – auch kaum jemand anwesend, mit dem man debattieren könnte.

Wer wissen will, wie erfolgreich die EU-Agrarwirtschaft bisher war, muss sich nur das Höfesterben ansehen. In den letzten zwanzig Jahren hat sich in Deutschland die Zahl der Betriebe halbiert. Viele davon wirtschaften im Nebenbetrieb, weil es nicht zum Leben langt, weil man die Investitionen der immer zahlreicheren Auflagen nicht stemmen kann. Bäuerliche Familienbetriebe, die man zu schützen vorgibt, gehören bald der Vergangenheit an.

Die neue GAP – da muss man sich nur die kurze Zusammenfassung der Kommission ansehen, um zu verstehen, wohin die Reise geht. Auf neunzehn Seiten wird erklärt, wie der Landwirt die Umwelt- und Klimaleistung verbessern soll. Die Hauptpriorität seien ehrgeizigere Ziele beim Klimaschutz, so die Kommission, und die will entgegen anderslautenden Aussagen immer stärker in die nationale Agrarpolitik hineinregieren und fordert von den Mitgliedstaaten Strategiepläne, die zu genehmigen sind.

Der Landwirt der Zukunft: Er darf Hecken anlegen, Bäume pflanzen, Blumen sähen und Nistplätze schaffen. Nur eines soll er nicht mehr: Lebensmittel produzieren, weil das nach Ansicht der Kommission für Artensterben und Umweltverschmutzung verantwortlich sei. Derweilen importiert man Lebensmittel und hebt so den Verbraucherschutz aus. Beispiel China: Dort sind 27 000 Pestizide zugelassen, die über verarbeitete Lebensmittel den Weg zu uns finden. Zum Vergleich: In Deutschland sind nur Tausend zugelassen.

Und der deutsche Landwirt, geschlagen mit untätigen Verbänden und einer ebensolchen Regierung, deren einzige Priorität die Ratspräsidentschaft ist, zahlt die Zeche für EU-Wettbewerbsverzerrungen – jüngstes Opfer sind die deutschen Zuckerrübenbauern – und finanziert damit seine eigene Abschaffung mit deutschem Steuergeld.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, thank you very much, good morning and greetings from the Netherlands. We're going to have a very important discussion today and in the coming weeks and months on the future of European agriculture. I think what is very important is that yesterday again it was once more confirmed by the European Environmental Agency how within Europe we are still losing biodiversity, and there is a direct link with our common agricultural policies and that loss of biodiversity.

So this is the chance to fix it, to really link the CAP reform to the Green Deal, and how that possibility has been missed by the deal of the Christian Democrats, Social Democrats and Liberals. Just to go through a couple of these measures. First of all, there is this voluntary way of dealing with eco-schemes. So it's voluntary, but if you don't look at how you can comply with it, we come to very vague terminology like 'you need to have actions to improve the sustainable use of pesticides'. What does that mean? Almost any measure will comply with these eco-schemes; it's not meaningful at all.

On the other hand, the price we pay for that is that we are weakening even the general conditions, weakening the proposal of the previous Commission that did not even link it to the Green Deal, so that's another very clear example that we are just copy-pasting non-functioning conditions from the previous time to this time. And then on top of that, we are even stating that the direct payment should be at least 60%, with that capping the possibility of companies to go even further on greening, and on top of that no link at all with the Farm to Fork Strategy being made.

You know how weak this deal is, you know it very well. That's why you do all the tricks now to influence the voting list and to make it as early as possible – because you know that the deal is weak and the more it will be scrutinised, the more people will doubt it. So therefore, dear progressive forces in Renew and Social Democrats, follow your own voice and don't follow this crappy deal that is missing the opportunity of linking this CAP reform with the Green Deal that is so badly needed.

Krzysztof Jurgiel (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Kończymy dzisiaj prace nad wspólną polityką rolną na lata 2021-2027. Wsparcie w ramach wspólnej polityki rolnej zgodnie z traktatem obejmuje wsparcie dochodów, wsparcie rynku, a także wsparcie obszarów wiejskich. Niestety proponowany od lat podział środków prowadzi do utrzymania rażąco niesprawiedliwych różnic wysokości dopłat dla rolników w poszczególnych państwach członkowskich i jest krzywdzący dla rolników w części państw członkowskich, zwłaszcza tych nowych, także w Polsce.

W ocenie polskiego Sejmu narusza to zasadę niedyskryminacji obywateli ze względu na przynależność państwową (artykuł 18 Traktatu). Zakaz dyskryminacji między producentami wewnątrz Unii (artykuł 40 ustęp 2 Traktatu). Przy ustalaniu wspólnej polityki rolnej mogą być brane pod uwagę różnice między regionami rolniczymi, nie zaś różnice między państwami członkowskimi (artykuł 39 ustęp 2 Traktatu). Powyższa dyskryminacja powoduje zagrożenie dla przyszłości rolnictwa w niektórych państwach członkowskich, w tym szczególnie w Polsce. Dlatego namawiam do refleksji. Praworządność – tak. Niedyskryminacja nie powinna też mieć miejsca.

Πέτρος Κόκκαλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, αυτό το Σώμα υποστήριξε με μεγάλη πλειοψηφία την Ευρωπαϊκή Πράσινη Συμφωνία και τον νόμο για το κλίμα. Την αναγκαιότητα δηλαδή και την ευκαιρία της πράσινης μετάβασης σε ένα νέο, ανθεκτικό και δίκαιο μοντέλο παραγωγής και κατανάλωσης. Και ήρθε η μέρα, σήμερα, που πρέπει να ψηφίσουμε για τη μεταρρύθμιση της Κοινής Γεωργικής Πολιτικής. Αν δεν ενσωματωθούν σε αυτήν οι στόχοι της Ευρωπαϊκής Πράσινης Συμφωνίας, για ποια μετάβαση μιλάμε; Πώς θα προστατεύσουμε τους πιο ευάλωτους στην κλιματική κρίση, τους αγρότες; Απλά θα κλείσουμε την πόρτα στην όποια ελπίδα έχουν οι αγρότες μας να ζουν αξιοπρεπώς από το επάγγελμά τους; Στην όποια ευκαιρία έχουμε για βιώσιμα, υγιή και ανθεκτικά συστήματα τροφίμων; Στην όποια εναλλακτική μας έχει απομείνει για την πρόληψη της καταστροφικής κλιματικής αλλαγής και της ραγδαίας απώλειας της βιοποικιλότητας; Στην όποια ευκαιρία έχουν οι αγροτικές περιοχές της Ευρώπης να παραμείνουν ελκυστικές και ανθρώπινες;

Η διαδικασία, συνάδελφοι, με την οποία σήμερα αποφασίζουμε για το ένα τρίτο του ευρωπαϊκού προϋπολογισμού και για το μέλλον εκατομμυρίων ανθρώπων είναι απαράδεκτη. Έχουμε τον χρόνο να δουλέψουμε για μια πραγματικά νέα και δίκαιη κοινή γεωργική πολιτική, κατάλληλη για τον 21ο αιώνα, και να απαιτήσουμε ανοιχτές πραγματικές διαβουλεύσεις για τα εθνικά στρατηγικά σχέδια στις χώρες μας. Για την Ελλάδα, η νέα ΚΓΠ και η πλήρης σύνδεσή της με την οδηγία για τη βιοποικιλότητα και τη στρατηγική «από το αγρόκτημα στο πιάτο» αποτελεί μοναδική ευκαιρία για την αξιοποίηση —επιτέλους— των εξαιρετικών συγκριτικών της πλεονεκτημάτων στην παραγωγή ποιοτικών και υγιεινών τροφίμων με σεβασμό για τον άνθρωπο και το περιβάλλον. Ας το κάνουμε σωστά επιτέλους.

Πρόεδρος. – Όπως ξέρετε, είναι η πρώτη φορά που η Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου δίνει τη δυνατότητα στους συναδέλφους να λαμβάνουν τον λόγο και εξ αποστάσεως, από τα γραφεία του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στα κράτη μέλη. Σημειώνω ότι αυτή η καινοτομία, που ενισχύει και τη λειτουργία του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου αλλά και την προστασία των συναδέλφων από τους κινδύνους της πανδημίας, λειτουργεί πολύ θετικά και νομίζω ότι αυτό δείχνει πώς μπορούμε να εξασφαλίζουμε την ομαλή λειτουργία των κοινοβουλευτικών θεσμών της δημοκρατίας και ταυτόχρονα να προστατεύουμε και την κοινωνία από τους επιπλέον κινδύνους λόγω της πανδημίας.

Λεωτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η ΚΓΠ συνιστά βασικό πυλώνα της αντιλαϊκής στρατηγικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κυβερνήσεων. Στο επίκεντρό της για την περίοδο 2021-2027 βρίσκεται η προσαρμογή στις στρατηγικές προτεραιότητες της Ευρωπαϊκής Ένωσης για συγκέντρωση της παραγωγής μέσα από διάφορες μορφές: πράσινη ανάπτυξη στα πλαίσια της Πράσινης Συμφωνίας, ψηφιοποίηση, ανάπτυξη της ευφύους γεωργίας ακριβείας. Πρόκειται για όρους και προϋποθέσεις με στόχο την αύξηση της παραγωγικότητας της εργασίας, την οποία στον καπιταλισμό καρπώνονται τα μονοπώλια της Ευρωπαϊκής Ένωσης έτσι ώστε να ευνοηθούν στον ανταγωνισμό τους με άλλες δυνάμεις, όπως οι Ηνωμένες Πολιτείες της Αμερικής και η Βραζιλία. Το «μάρμαρο», όπως πάντα, θα το πληρώσουν οι βιοπαλαιστές αγρότες που βλέπουν τις σοδειές και τα ζώα τους να χάνονται από τις φυσικές καταστροφές, εξαιτίας της κρατικής εγκατάλειψης· που αναγκάζονται να πωλούν τα προϊόντα τους σε τιμές κάτω του κόστους στους μεγαλέμπορους και στις μεγάλες επιχειρήσεις τροφίμων και μεταποίησης και προσμένουν επιδοτήσεις και προγράμματα τύπου ΚΓΠ ίσα για να εξασφαλίσουν την επόμενη χρονιά.

Ο δρόμος της καπιταλιστικής ανάπτυξης και της ανταγωνιστικότητας, η ΚΓΠ και η πολιτική των κυβερνήσεων διαχρονικά οξύνουν και διαιωνίζουν τα προβλήματα της μικρομεσαίας αγροτιάς. Η λύση βρίσκεται στον οργανωμένο αγώνα των βιοπαλαιστών αγροτών —μαζί με τους εργαζόμενους— απέναντι στον κοινό τους αντίπαλο: την Ευρωπαϊκή Ένωση, τις αστικές κυβερνήσεις και τα μονοπώλια· με στόχο εγγυημένες τιμές που να τους εξασφαλίζουν αξιοπρεπές εισόδημα για την προμήθεια ποιοτικών και φρέσων αγροτικών προϊόντων για τη λαϊκή οικογένεια.

Daniel Buda (PPE). – Domnule președinte, politica agricolă comună asigură protejarea intereselor fermierilor, dar și a consumatorilor în același timp. Trăim într-o lume în continuă schimbare, iar politica agricolă comună post-2020 va trebui să facă față provocărilor actuale și viitoare.

PAC trebuie să asigure mai multă subsidiaritate și flexibilitate pentru a ține cont de condițiile și nevoile locale, dar în același timp ea trebuie să rămână unită. Statele membre sunt obligate să nu împovăreze fermierii cu noi sarcini care nu sunt prevăzute în regulamentele europene. Fermierii joacă un rol-cheie în combaterea schimbărilor climatice, protejarea mediului și conservarea peisajelor și a biodiversității. Această politică va pune accentul pe mediu și climă, dezvoltând zonele Uniunii Europene, valorificând oportunitățile sociale și de mediu.

PAC își propune, în același timp, să răspundă problemelor apărute în sectorul agricol. Îmbătrânirea populației în spațiul rural este o realitate. Încurajarea tinerilor să devină fermieri reprezintă o adevărată provocare, dar care va asigura viitorul securității alimentare a Europei. Utilizarea agriculturii de precizie în Europa este încă foarte scăzută. Programele de investiții în cercetare și inovare vor reprezenta o prioritate-cheie și vor permite fermierilor europeni alinierea la standarde tot mai înalte.

Politica agricolă comună este un parteneriat între agricultură și societate, între Europa și fermieri. Agricultură și industrie alimentară fac din Uniunea Europeană unul dintre cei mai importanți producători de alimente și garanți ai securității alimentare din lume, furnizând milioane de locuri de muncă, iar acest lucru trebuie să fie consolidat și după anul 2020.

Paolo De Castro (S&D). – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, di fronte a una vera emergenza globale che si manifesta nelle sempre più frequenti catastrofi climatiche che affliggono le nostre aree rurali e i nostri agricoltori, la richiesta per un cambiamento radicale non può rimanere inascoltata.

Per affrontare efficacemente questa emergenza serve un approccio comune e coordinato, affinché i nostri agricoltori possano fare un ulteriore salto di qualità nell'erogazione di servizi ambientali a beneficio dell'intera collettività. Al contrario, la proposta di riforma della PAC presentata nel 2018 delega agli Stati membri enormi responsabilità, di fatto una rinazionalizzazione dell'intervento europeo per il settore agricolo e per le aree rurali. Per questo, come gruppo socialista abbiamo preteso di riaprire la discussione su tutti e tre i dossier, nonostante il voto della commissione agricoltura. Una scelta che oggi rivendichiamo come un successo, visti i passi in avanti cruciali che abbiamo ottenuto.

Lasciatemi quindi ringraziare tutto il nostro team negoziale per l'incredibile lavoro svolto a partire dal dossier dell'OCM, con il rafforzamento delle misure di gestione delle crisi di mercato e la maggiore trasparenza lungo la filiera a questo sul regolamento orizzontale, tramite il quale vogliamo salvaguardare la dimensione comune della PAC fino ai piani strategici.

E proprio in merito ai piani strategici mi sorprendono le campagne lanciate negli ultimi giorni da alcuni portatori di interesse contro i risultati raggiunti grazie all'incessante lavoro del nostro team negoziale, passi in avanti inimmaginabili fino a qualche mese fa, voglio citarne solo alcuni.

Chiediamo di dedicare almeno il 30 % dei fondi del primo pilastro agli ecoschemi, la misura definita a livello europeo che dovrà accompagnare e guidare i nostri agricoltori verso metodi produttivi sempre più sostenibili. Vogliamo poi innalzare al 35 % le spese per le misure agroambientali nel secondo pilastro, aggiungendo una soglia minima del 30 % per gli investimenti sostenibili, in linea con gli obiettivi del Green Deal e proprio per allineare la PAC a questi obiettivi, chiediamo anche una revisione entro il 2025 dei piani strategici, che tenga conto delle normative derivanti dall'implementazione del Green Deal, il tutto senza mettere in secondo piano la dimensione economica della PAC, che secondo il trattato deve migliorare la produttività e sostenere il reddito degli agricoltori.

Vogliamo infatti un'agricoltura ancora più forte e competitiva e non possiamo dimenticarci di quanto i nostri agricoltori e lavoratori agricoli hanno fatto durante l'emergenza Covid, mettendo a repentaglio la propria salute pur di garantire la disponibilità di cibo arrivato ogni giorno sulle nostre tavole.

Per questo abbiamo lavorato a un compromesso ambizioso in grado di salvaguardare la sostenibilità sociale, economica e ambientale del settore. Siamo infatti più che mai pronti a raccogliere le sfide lanciate con le strategie Farm2Fork e Biodiversità, che però non devono sostituirsi alla PAC, ma devono affiancare la PAC nel guidare gli 11 milioni di agricoltori europei verso la realizzazione di obiettivi comuni.

Per questo, caro Commissario, ci aspettiamo un'assunzione di responsabilità da parte della Commissione affinché metta sul tavolo proposte legislative concrete, basate su rigorose analisi di impatto e che noi come legislatori valuteremo e cercheremo di migliorare nell'interesse dei nostri agricoltori, produttori agroalimentari e di tutti i cittadini dell'Unione.

Dacian Cioloș (Renew). – Domnule președinte, domnule comisar, ceea ce avem azi pe masă nu e încă suficient pentru a alinia politica agricolă comună la așteptările societății europene. Dar este o etapă de progres pe care nu trebuie să o ratăm.

Vrem o politică comună care să facă legătura între urban și rural, între est și vest, cu un echilibru între flexibilitate locală și ambiție comună. Agricultură europeană are nevoie de o viziune, nu de un agregator de standarde și mecanisme administrative. Decizia noastră trebuie să trimită un semnal clar fermierilor: avem nevoie de voi! Fără voi, nu există niciun Pact Verde. Pentru că Pactul Verde trebuie să fie o oportunitate pentru societate, dar și pentru fermieri.

Când văd situația fermierilor noștri afectați de secetă, dificultatea de a genera venituri decente, așteptările societății cu privire la alimente, la sănătate și mediu, vă spun că nu mai putem aștepta.

Politica Agricolă Comună trebuie modificată acum și, sigur, vom putea folosi și clauza de revizuire, pe care o dorim în 2025, pentru a face încă un pas pe aceste subiecte. Orice amânare a acestor modificări acum, ar însemna să amânăm cu 3-4 ani o oportunitate de a da fermierilor mijloacele să facă un pas în plus în adaptarea la noile realități.

Abordarea pe care o propunem înseamnă o evoluție decisivă a practicilor agricole spre mai mult respect pentru resursele naturale. Agricultorii trebuie să poată produce hrană de calitate la prețuri decente, conștienți că e în interesul lor, dar și al societății, să mențină biodiversitatea, calitatea apei, fertilitatea solului și să reducă emisiile de carbon.

Practicile agricole numite ecoscheme, investițiile în ferme care să producă fără să polueze sau să distrugă, consilierea pentru a conecta agricultura la digital, inovarea vor deveni baza unui model de agricultură, având natura și tehnologia ca aliați pentru a produce hrană sănătoasă.

Cu siguranță politică publică pentru agricultură, pentru alimentație și mediu are nevoie în Uniunea Europeană de o regândire profundă, dar această etapă de aliniere nu trebuie ratată.

Angelo Ciocca (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, se dovessimo chiedere in questo istante a lavoratori, imprenditori, anziani, giovani, anche ai malati, in questo momento di Covid, cosa si aspettano dall'Europa, cosa si aspettano dalla Commissione, cosa si aspettano dal Parlamento europeo, si aspettano azioni concrete per salvare vite umane e per difendere i posti di lavoro.

E proprio in questa direzione può andare la nostra agricoltura se non penalizzata dai provvedimenti europei. Con le risorse europee si possono difendere posti di lavoro dentro all'agricoltura e alla filiera agricola, con le azioni europee si possono difendere appunto i prodotti agroalimentari, il valore agroalimentare, la nostra agricoltura e difendere appunto la vita delle persone.

E invece l'Europa dopo gli insetti a tavola – qualcuno pensava in passato che fosse una barzelletta, gli insetti sulle tavole europee, gli insetti sulle tavole italiane – oggi pensa a come valorizzare la carne sintetica. Ecco, al posto di valorizzare il sistema agroalimentare italiano ed europeo, si pensa a come stare con la lobby delle carni sintetiche.

È follia, io capisco che c'è un business di un miliardo di euro dietro le carni sintetiche, ma l'invito che faccio è di continuare a tenere la barra ferma e chiamare bistecca, salsiccia, scaloppina, hamburger quello che è un derivato della filiera di carne vera, carne animale e non come qualcuno vorrebbe ingannare, con la complicità dell'Europa, ingannare i consumatori.

Ecco, penso che questo debba essere fondamentale e debba essere la direzione di marcia. Non ingannare i consumatori, non offendere il sistema agroalimentare europeo e agroalimentare italiano, non andare nella direzione del Nutri-Score, non andare nella direzione di usare denominazioni che sono legate alle carni per promuovere carni sintetiche.

No a provvedimenti che premiano le carni sintetiche, le carni da laboratorio, che premiano le multinazionali che sprecano, ma provvedimenti concreti, economici e diretti che premiano la nostra agricoltura.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Herr Präsident! In der Tat sind heute vor allem die industrialisierten Teile der Landwirtschaft Teil des Klimaproblems. Dabei hätte die Landwirtschaft so ein großes Potenzial, Teil der Klimалösung zu werden. Mit agrarökologischen Methoden, mit Methoden des biologischen Landbaus können wir CO₂ einsparen und in unsere Böden binden.

Auch wenn die Sozialdemokratie versucht, hier ein schlechtes Verhandlungsergebnis schönzureden, es bleibt eine verpasste Chance, dem Klimawandel, der Klimakrise und der Biodiversitätskrise entschlossen entgegenzutreten. Stattdessen sehen wir weiter Weltmarktgläubigkeit, die bei uns in der Europäischen Union zu Bauernsterben führt und zu ruinösen Erzeugerpreisen.

Auf welcher Seite die Konservativen hier stehen, wird mit einem Abänderungsantrag des Berichterstatters Jahr sehr klar, der sich hier gegen eine verpflichtende Obergrenze bei Förderungen in der europäischen Landwirtschaftspolitik ausspricht. Also weiterhin Millionen für Oligarchen, für Finanzinvestoren, für Großgrundbesitzer und für die Agrarindustrie! Das ist ein Schlag ins Gesicht der bäuerlichen Landwirtschaft und ein schwarzer Tag für den Klima- und Umweltschutz.

Mazaly Aguilar (ECR). – Señor presidente, durante las últimas semanas he recibido muchos correos de ONG ecologistas pidiendo más apoyo y ambición para la arquitectura verde de la PAC.

Mi respuesta es y será siempre la misma: si la agricultura no es una actividad rentable y competitiva, la protección del medio ambiente será una utopía.

Hay que ser ambiciosos, pero también hay que ser muy responsables. Todos los que nos sentamos en este hemiciclo hemos de ser realistas y demostrar que tenemos sentido común.

Sinceramente no puedo apoyar la dirección de esta nueva PAC. Me niego a ser cómplice, porque estamos generando un monstruo burocrático, porque no percibo voluntad alguna para apoyar a los jóvenes agricultores con fondos adecuados y, sobre todo, porque renunciar implícitamente a producir alimentos por beneficiar al medio ambiente va a dejar a nuestros agricultores y consumidores completamente desprotegidos ante las importaciones de terceros países.

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Voorzitter, nog geen jaar geleden presenteerde Frans Timmermans hier zijn Green Deal. Maar hoe groen is Europa eigenlijk nog? Als dit Europees Parlement deze week 383 miljard euro subsidies gaat uitkeren voor meer gif, meer megastallen en meer vervuiling? Veel burgers denken wel aan het klimaat door minder vlees te eten, door zonnepanelen op hun dak te leggen en door de auto wat vaker te laten staan. Toch gaat Brussel gewoon door met miljarden steun aan de vee-industrie, die desastreus is voor dieren en desastreus voor de biodiversiteit, en die meer broeikasgassen uitstoot dan alle auto's in Europa bij elkaar. Bovendien subsidieert Europa ook nog steeds het fokken van stieren voor stierenvechten en promotiecampagnes voor vlees.

Als klap op de vuurpijl is de vleeslobby er ook nog eens in geslaagd om ons te laten stemmen over een verbod op namen als groenteburger en vegaschnitzel. We hebben hier toch wel wat beters te doen! Ik zou zeggen: vleesindustrie, bemoei je met je eigen worst! Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovani predsjedavajući, poštovani kolege, zajednička poljoprivredna proizvodnja, odnosno, politika, su jedan od temelja Europske unije. Zajednička poljoprivredna politika i zaštita potrošača moraju jamčiti građanima Europe zdravu hranu.

Ali, isto tako, moraju jamčiti i brojna radna mjesta u poljoprivredi. Sadašnji sustav poticaja čini upravo suprotno: diljem Europe gase se brojna obiteljska poljoprivredna gospodarstva i omogućava se pojedincima stjecanje enormne zarade i enormne materijalne koristi. U Republici Hrvatskoj 80 % svih sredstava ide za svega nekoliko pojedinaca. Do čega nas to dovodi? Da će oni s tom količinom novca moći otkupiti većinu poljoprivrednog zemljišta pojedinih država što nas vodi nazad nekoliko stoljeća, i vodi nas u feudalizam.

Nadalje, pojedine uredbe su nemušto napisane, kao i Uredba o zajedničkom uređenju tržišta ribarskih proizvoda koja omogućava da se proizvodi označavaju na način: zemlja proizvodnje – Hrvatska, a onda imamo ribolovno područje i vi mislite da se radi o ribolovnom području u Republici Hrvatskoj, a radi se o području u Africi i Aziji.

Mi time potičemo ribolovstvo u Africi i Aziji, a ne u Hrvatskoj i Europskoj uniji.

Juan Ignacio Zoido Álvarez (PPE). – Señor presidente, a menudo en el Parlamento Europeo nos enzarzamos en debates sobre siglas, pero nos olvidamos de lo que se esconde detrás. La PAC no es solo una sigla. Detrás de la PAC se encuentran millones de agricultores y ganaderos de toda Europa; se encuentran millones de ciudadanos dispuestos a dejarse la vida en el campo para sacar adelante a su familia, para levantar un proyecto de vida.

Detrás de la PAC se encuentra el esfuerzo de generaciones, el orgullo por lo conseguido durante años por los padres y las ilusiones para que los hijos puedan seguir ganándose la vida en el campo. Por eso, la votación de esta semana no es una votación cualquiera. Esta semana decidimos sobre el futuro de esos millones de agricultores y de sus familias y sobre los productos de calidad a precios razonables con los que ellos trabajan y que ellos producen.

A pesar del recorte presupuestario que el Consejo asestó a los agricultores el pasado mes de julio, todavía hay quienes quieren imponerles más cargas y exigencias. El Partido Popular es el partido del campo español y por eso no vamos a abandonar jamás a nuestros agricultores. No vamos a tolerar un cambio radical, como el que algunos proponen, para un modelo tan exitoso como ha sido la PAC hasta ahora.

La política agrícola común ha sido durante décadas el pilar maestro de la construcción europea, y en el Partido Popular creemos que debe seguir siéndolo. De lo contrario, una Europa sin una PAC fuerte no solamente acabará con el futuro de millones de agricultores, sino que simplemente será mucha menos Europa.

Günther Sidl (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren! Die Umweltagentur der Europäischen Union hat es gestern wieder mal belegt: Die Natur in Europa ist bedroht, und die biologische Vielfalt geht weiter drastisch zurück. Zusammen mit der Veränderung des Klimas ist das ein gefährlicher Mix für die Zukunft, und da müssen wir Abgeordneten in jedem Bereich, in dem wir Verantwortung tragen, Maßnahmen ergreifen, um hier massiv entgegenzusteuern. Auch und vor allem in der Landwirtschaft.

Wir treffen diese Woche Entscheidungen, in welche Richtung die Gemeinsame Agrarpolitik in Zukunft geht. Der Green Deal, die Biodiversitätsstrategie oder die Ziele der *Farm-to-Fork*-Strategie sind keine Widersprüche zur EU-Agrarpolitik, nein, sie müssen ein starker Teil dieser sein, genauso wie etwa das Tierwohl. Nachhaltigkeit muss das Denken und das Handeln bestimmen, und die Bäuerinnen und Bauern müssen ein aktiver Partner auf diesem Weg sein. Genauso wie es wichtig ist, dass wir als Europäische Union unabhängig von Lebensmittelimporten werden.

Nun liegt ein Basispaket auf dem Tisch, wo sich die drei größten Fraktionen dieses Hauses geeinigt haben, auch mit einer Stärkung der Ökologisierung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das dürfen wir nicht in Abrede stellen. Das gibt es in der ersten und zweiten Säule, es gibt eine Stärkung der Konditionalität, und Umweltgelder müssen Umweltgelder bleiben, wenn sie von der ersten in die zweite oder von der zweiten in die erste Säule verschoben werden. In den kommenden Tagen, wer te Kolleginnen und Kollegen, geht es aber nun darum, progressive Anträge zu unterstützen und gerade beim Umwelt- und beim Klimaschutz weitere Verbesserungen zu erreichen und natürlich auch immer die Machbarkeit für die Betriebe im Auge zu behalten.

Und weiter, was meiner Fraktion natürlich auch sehr wichtig ist, auch beim größten Budgettopf dürfen wir den sozialen Aspekt keineswegs vergessen, er muss sogar berücksichtigt werden. Die Menschen müssen spüren, warum die Europäische Union für sie da ist. Wer bei Erntehelfern oder bei Landarbeitern illegal beschäftigt oder nicht ordentlich sozial absichert, der soll auch keine Gelder aus dem europäischen Landwirtschaftsbudget erhalten.

Asger Christensen (Renew). – Hr. Formand! Landbruget spiller en afgørende rolle for den grønne omstilling. Landmændene er en del af løsningen, ikke en del af problemet. I mine øjne skal EU bakke op om den grønne omstilling i landbruget. Derfor er landbrugsreformen, som vi stemmer om i dag, helt afgørende. Det er den grønne fælles landbrugspolitik, vi nogensinde har set. Jeg arbejder for, at landbrugspolitikken lægger sporet ud for de næste mange års kamp for klimaet, miljøet og biodiversiteten. Derfor har jeg kæmpet for den nye model, bruttoarealmodellen. Modellen sikrer, at vi får mere natur, større biodiversitet og enklere regler. Vi skal til at dyrke andet end korn, græs og majs, vi skal også til at dyrke biodiversitet og klima. Jeg håber, at de fleste af jer vil stemme for ændringsforslag 1148.

Det er vigtigt, at vi arbejder for en sammenhængende landbrugspolitik i EU. Derfor skal vi sørge for, at der er sammenhæng mellem den fælles landbrugspolitik og klimaloven. I landbrugsudvalget har jeg ansvaret for klimaloven, som vi stemte om tidligere på måneden, her foreslog jeg et fokus i den fælles landbrugspolitik på farming, altså opsuge og lagre CO₂ i jorden. Vi skal have nogle konkrete forslag på bordet, heldigvis fik forslaget om lagring af CO₂ i jorden et stort flertal.

I den kommende landbrugsreform er det meget vigtigt, at vi sikrer fleksibilitet og ikke én løsning. Der er stor forskel på Cypern i øst, Sicilien i syd og Finland i nord. Derfor er vi nødt til at sikre en fleksibilitet i landbrugsreformen, sådan at de enkelte medlemsstater kan indrette sig herefter. Vi arbejder for en simplere regel i den fælles landbrugspolitik, vores landmænd har brug for enklere og mere fornuftige rammer. Jeg håber, I allesammen vil stemme for en mere bæredygtig fremtid. En fremtid, hvor landmændene spilles ind i klimakampen. Landbrugsreformen er fundamentet for landmændenes økonomi og millioner af landmænd rundt omkring i Europa. Det skal vi give dem ved at stemme for den grønne fælles landbrugspolitik nogensinde. EU skal vise vejen, kun sådan når vi det fælles mål om klimaneutralitet i 2050.

Jaak Madison (ID). – Aitäh, suur tänu presidendile ja headele debateerijatele! Ma mainiksin ära kahte punkti selle ühe minuti sees, kui mul üldse aega on. Esiteks jällegi see kliimapoliitika, kliimaneutraalsus ja kliimahüsteeria. Täna pölvani pole mitte keegi suutnud kasvõi siin saalis ära tõestada, kui palju mõjutab kliimasoojenemist see, kui me kasvõi sulgeme homne päev kõik põllumajandustootjad, sulgeme kõik tehased, lõpetame igasugused CO₂ heited, seda pole veel keegi suutnud tõestada, kuidas see mõjutab kliimasoojenemist, ja seetõttu on väga kentsakas ja naljakas siin saalis kuulda, et võitleme kliimaneutraalsuse nimel, kuigi isegi mitte keegi siin saalis ei tea, kuidas see tegelikult mõjutab pikaajaliselt kliimasoojenemist või kliimamuutuseid. Rääkimata muidugi kahepalgelisusest, et enamus meist sõidavad ju autodega tööle ja sõidavad lennukitega koduriikidesse tagasi, aga kõik võitleme siin kliimaneutraalsuse nimel.

Ja teiseks ebavõrdsus: me räägime solidaarsusest, ühtsest turust, Euroopa Liidu ühtsest põllumajanduspoliitikast, kuid tänase päevani, kasvõi Eesti puhul – me oleme olnud liikmesriik 16 aastat, kuid Eesti põllumees saab kolmandiku võrra vähem põllumajandustoetusi kui Saksamaa või Prantsusmaa tootja. Kuid turg on meil üks ja tingimused on ühed. See on tõesti Euroopa Liidu solidaarsus, mida me niiväga ju armastame ja kaitseme siin. Aitäh!

Grace O'Sullivan (Verts/ALE). – Mr President, whoever decided to call this the common agricultural policy (CAP) 'reform' might like to check a dictionary. 'Reform' would mean improving the current CAP and aligning the future CAP package with the European Green Deal. This CAP should be transformative. It's not. This CAP is regressive. The recent European Court of Auditors report clearly concluded that declining biodiversity on farmland is a major threat to both the environment and to farming itself.

Rules and rewards shape behaviour and practice. CAP must continue to provide vital support to farmers. But that support needs to be both fair and targeted into a transition into improving farming methods that help to stop, not speed up, runaway progression towards mass extinction.

Veronika Vrecionová (ECR). – Pane předsedající, zdravím všechny z Prahy. Společná zemědělská politika má pomoci samozřejmě zemědělcům, ale má pomoci také venkovu a ochraně životního prostředí.

Pro dobrou kvalitu vod a půdy potřebujeme zvýšit biodiverzitu. S intenzifikací zemědělské produkce se bohužel biologická rozmanitost zhoršuje. Intenzifikace roste také s velikostí firem. My v České republice máme průměrnou velikost největší v celé Evropské unii a také vidíme ty negativní dopady nejen na životní prostředí. Odborníci říkají, že by velice pomohla změna nastavení dotací, a já vidím zcela jasně jeden nástroj, který by nám pomohl, je to povinné zastropování dotací. Povinné zastropování dotací pomůže malým firmám, rodinným farmám, těm, kteří naopak rozmanitost zvyšují a podporují.

Navrhla jsem proto postup hlasování, který povinné zastropování zavádí a který by nám velice pomohl. Já vám také všem zašlu svůj návrh a prosím vás o podporu povinného zastropování dotací a omezení dotací pro zemědělské holdingy, pro obrovské firmy.

Chris MacManus (GUE/NGL). – Mr President, as an Irish MEP representing a mainly rural constituency, I was pleased to have had the opportunity to work directly on this common agricultural policy (CAP) reform. However, I am very concerned and disappointed at this last minute attempt by the centre ground to weaken the substantial reform of CAP that is needed.

Farming families that I represent need to see a fair balance between a reward for producing food that we eat, looking after our environment and an assurance of generational renewal. Therefore, major reform of CAP must include substantial ring-fencing of the redistributing payment, eco-schemes, a capping of payments at EUR 60 000 and the delivery of full convergence. However, elaborate parliamentary footwork over the last few hours is severely limiting our ability to ensure democratic engagement with these proposals and will make delivery of these much needed reforms much more unlikely.

Álvaro Amaro (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, encerramos esta semana um capítulo que começou há demasiado tempo e fazemo-lo hoje num contexto muito diferente daquele em que esta reforma foi pensada, foi estruturada, apresentada e até negociada.

É a importância vital dos alimentos, de que dependemos, que nos mobiliza em torno de uma das mais importantes políticas comunitárias, mas não sejamos ingénuos: a PAC é que garante a soberania, a segurança e a suficiência alimentar dos europeus, reformando igualmente práticas e métodos de produção.

Mas a PAC desempenha ainda um importante papel que é como que um catalisador do progresso. Reforça o tecido socioeconómico da Europa rural e das regiões ultraperiféricas, criando emprego, promovendo o crescimento e a inclusão social, mas sem nunca esquecer os jovens agricultores. Há que dizê-lo com justiça: as zonas rurais são das que mais contribuem para melhorar a prestação ambiental da Europa.

O nosso papel, esta semana, é compatibilizar as ambições climáticas e ambientais com a produção sustentável. Aprovar uma reforma não é aprovar uma rutura.

Sabemos bem que a política é a arte do compromisso e o compromisso que queremos aprovar é a melhor solução, ou é a solução possível, para os 27 Estados-Membros. Defendemo-lo não por ser perfeito, mas porque é viável, pois os nossos agricultores dependem de soluções concretas. Não cedemos a demagogias, nem a populismos. Somos o partido dos agricultores e negociamos esta PAC ao lado dos agricultores e pelos consumidores.

A PAC é, por tradição e princípio, a política da Europa. A política que garante que a Europa tenha presente e futuro, a produção da solidariedade e da prosperidade da União.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Jytte Guteland (S&D). – Mr President, this week we will decide the upcoming seven years in the common agricultural policy (CAP) and how it will look for EU farming. This is of historic importance and we need to reform the CAP. Unfortunately, the text on the CAP strategic plans, voted in the Committee on Agriculture and Rural Development, fell far behind the ambition of the Commission's proposal. The work of us progressives has been to change this and make sure that the goals set in the European green deal, the Farm to Fork, the biodiversity strategies, are compatible with the report that we now have in front of us.

I'm happy for the wins – now we have a large percentage of money going to promote the transition to sustainable practices. I'm also happy that some of the fake climate environmental actions are now gone. The conditionality for farmers to receive direct payments have improved to some degree, but I have to say all this could have been stronger. The mixed results of the group consensus means that we have to do more. I urge all in this Chamber to vote for the amendments which aim to secure that the CAP is aligned with the Paris Agreement goals for the Agenda 2030 and therefore gives us some hope that we can create a sustainable future, because this time we have to consider the climate, the environment, animal welfare. Animals are packed together in intensive farming factories and are a threat to our health and to the climate and also, with growing risk of anti-micro-biological superbugs, a risk of transmission of disease, which can lead to new epidemics.

This time, we also have to make sure that bad employers, who use their often very vulnerable workforce in an unacceptable way, are punished and not rewarded with money. This time, we have to vote to do something about the fact that European agriculture is one of the main polluters and emits enormous amounts of greenhouse gases. This needs to change and it needs to change fast.

Elsi Katainen (Renew). – Arvoisa puhemies, hyvät kollegat, terveiset Helsingistä! Vihdoin ja viimein pääsemme äänestämään yhteisen maatalouspolitiikan uudistuksesta, jota todella tarvitaan, sillä nykyinen järjestelmä ja tämä tilanteen epävarmuus on viljelijälle liian raskas.

Saavutettu kompromissi on tärkeä askel kohti kestävämpää maataloutta. Toivon, että mahdollisimman moni meistä valitsee vastuullisen tien ja tukee saavutettua sopua, vaikka sen sisältö ei olekaan kenellekään täydellinen. Ratkaisuja ei voida enää siirtää, tarvitsemme ruokaturvaa ja huoltovarmuutta.

Olen huolissani siitä, että esitetyt ilmasto- ja ympäristötoimien korkeat prosenttivaatimukset tekevät ruuantuotannosta vaikeampaa. Siihen olen tyytyväinen, että saimme komission esittämät järjestettävät ehdotukset koskien Suomen turvepeltoja ja paljaan maan kieltoa järkevämmiksi. Nautojen korvamerkintäsanktioista ja muista samantyyppisistä sanktioista olisi nyt vihdoin päästävä eroon.

Tukikatosta on sanottava, että sen pitäisi olla jäsenmaille vapaaehtoinen. Suomessa se osuu jopa pieniin perhetiloihin, joita juuri EU:n taholta on kehoitettu investoimaan. Emme saa tehdä ristiriitaista politiikkaa.

On valitettavaa, että vihreät ehdottavat koko komission esityksen kaatamista, eivätkä tue tätä kompromissia. Me kaikki tiedämme, että tällaisella huomionhakuisella tavalla tehdä politiikkaa ei saada toivottuja tuloksia aikaan.

Roman Haider (ID). – Herr Präsident! Der Vorschlag zur Zukunft der gemeinsamen EU-Agrarpolitik hat ja durchaus auch einige positive Ansätze: die Deckelung der Förderung auf hunderttausend Euro pro Betrieb. Das ist durchaus zu begrüßen und kommt den kleinen regionalen Landwirten zugute. Auch begrüßenswert ist der Vorschlag, ausländische Billigimporte zu verringern, davon profitieren sowohl die Konsumenten als auch die heimischen Bauern.

Leider schießt halt dieser Vorschlag auch gerade beim Umweltschutz aber weit über jedes sinnvolle Ziel hinaus. Der Green Deal ist für die Kommission offensichtlich wirklich so etwas wie ein Fetisch geworden. Sie erschaffen hier mithilfe von zweitausend Abänderungsanträgen ein Bürokratiemonster, das unseren Bauern das Leben unnötig schwer macht.

Und das einzige, worüber in der Öffentlichkeit diskutiert wird inmitten der schwersten Wirtschaftskrise seit 1945, ist die Bezeichnung veganer und vegetarischer Produkte und ob der Veggieburger in Zukunft Burger heißen darf. Eine sinnlose Diskussion, wie ich sie noch nie erlebt habe – sinnlos selbst für EU-Verhältnisse.

Francisco Guerreiro (Verts/ALE). – Mr President, I must ask: why vote today on amendments that were only going to be voted on tomorrow? It is a coincidence that these will be the compromise amendments shared by the EPP, Renew and S&D.

It seems that we are continuing this House's tradition of business as usual, and scientists say that, if we continue business as usual, we will reach the point of no return in a decade. Seventy per cent of agricultural emissions come from the livestock sector, so EU funding must not be used in any way to support concentrated animal feeding operations. More, we must also stop funding bullfighting with European money. The common agricultural policy (CAP) was created to aid the production of food, not fuel animal cruelty.

To end, a final reflection on the veggie burger topic. For years, this has never been an issue, but now the meat and dairy sector are so scared that they are starting to fight about food denominations. But if we care about the environment, animals and public health, we should facilitate the choice of European consumers, not the other way around.

Εμμανουήλ Φράγκος (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, δυστυχώς οι αγρότες μας έχουν πέσει θύματα της γραφειοκρατίας και της υποκρισίας των Βρυξελλών. Και μιλώ για υποκρισία διότι, ενώ η Ένωση έχει μια σειρά από εξωφρενικές απαιτήσεις από τους παραγωγούς μας για να πάρουν τις ενισχύσεις, μέσω των συμφωνιών που υπογράφει με τρίτες χώρες γεμίζει τα ευρωπαϊκά ράφια και ταΐζει τους Έλληνες και Ευρωπαίους καταναλωτές με λεμόνια και πεπόνια από την Τουρκία, με ελαιόλαδο από την Τυνησία, με πατάτες από την Αίγυπτο, με μέλι από την Κίνα και άλλα πολλά. Το βασικό πρόβλημα με τα εισαγόμενα προϊόντα είναι ότι αποτελούν μία υγειονομική βόμβα, καθώς δεν υπάρχει ο παραμικρός έλεγχος κατά τη διαδικασία παραγωγής από τις τρίτες χώρες. Με λίγα λόγια, ποιος και κάτω από ποιες συνθήκες θα παράγει. Επίσης, τα εισαγόμενα προϊόντα έχουν τόσο χαμηλό κόστος παραγωγής που είναι αδύνατον να τα ανταγωνιστούν οι παραγωγοί μας. Αν θέλετε λοιπόν να στηρίξετε έμπρακτα τους Έλληνες και Ευρωπαίους αγρότες, μειώστε τις εισαγωγές. Έτσι, θα έχουμε αύξηση στη ζήτηση και στην παραγωγή των δικών μας ποιοτικών προϊόντων και, επίσης, δημιουργία θέσεων εργασίας στην ελληνική περιφέρεια.

Eugenia Rodríguez Palop (GUE/NGL). – Señor presidente, la PAC afecta directamente a la vida de millones de productores en la Unión Europea, y de forma indirecta todos y todas somos beneficiarios de los frutos del campo y sus ecosistemas.

La lucha de hoy es la lucha por el territorio y por la vida. La PAC es una herramienta de cohesión y ahora, además, debe reforzar la transformación verde que afronta Europa. Rechacemos esa idea de que los agricultores son sujetos pasivos subvencionados. No. Los agricultores nos dan de comer, mantienen vivas las zonas rurales y son un dique de contención del cambio climático.

Algunos grupos políticos han venido aquí a defender el modelo de siempre con un envoltorio verde. Pero la PAC de este tiempo es más justa y más sostenible.

Por eso exigimos que se bonifiquen las primeras hectáreas, porque las dos terceras partes de las explotaciones de la Unión Europea tienen cinco hectáreas o menos. Por eso queremos que haya un límite máximo en las ayudas, porque solo el 2 % de los beneficiarios reciben más de 60 000 euros. Por eso defendemos un gasto medioambiental significativo y real en favor también de los jóvenes y las mujeres. Por eso queremos una condicionalidad fuerte, no solo verde sino laboral, que garantice derechos de agricultores, ganaderos, trabajadores y temporeros.

Apostamos por una Europa unida en la que se transforme nuestra forma de cultivar, criar producir, comerciar y consumir. Hoy empieza a nacer buena parte de lo que seremos.

Petri Sarvamaa (PPE). – Arvoisa puhemies, ihan ensimmäiseksi haluan kiittää esittelijöitä ja varjoesittelijöitä tämän valtavan työurakan ja neuvottelujen loppuunsaattamisesta.

Tällä kertaa yhteinen maatalouspolitiikka pyrkii varmastikin saavuttamaan enemmän kuin koskaan aiemmin. Sillä on kunnianhimoiset ympäristö- ja ilmastotavoitteet, mutta minulle ihan yhtä tärkeitä ovat erityinen huomio ruuan laatuun ja turvallisuuteen, nuoriin viljelijöihin, pieniin ja keskisuuriin maataloihin ja maatalojen sukupolvenvaihdoksiin – ihan näin muutaman mainitakseni.

Mutta meidän täytyy muistaa, että kaikkien näiden kunnianhimoisten tavoitteiden keskiössä täytyy ehdottomasti olla se itse tärkein eli ruuan tuotanto: laadukas, kestävä ja turvallinen eurooppalainen ruoka. Ja sen takana on aina viljelijä, ja niinpä viljelijän täytyy olla jatkuvasti tämän meidän työemme keskiössä. Tämä on tärkeää muistaa.

Maataloustuotannon jatkuvuus täytyy ehdottomasti turvata ja säilyttää kaikissa osissa Eurooppaa myös tulevaisuudessa. Siksi on erittäin tärkeää, että myös parlamentin kanta antaa mahdollisuuden ottaa huomioon jäsenvaltioiden erityistarpeet ja vaikeat olosuhteet.

Näistä kasvismakkaroista ja -burgereista olisin voinut puhua enemmänkin, mutta jääköön tällä kertaa.

Isabel Carvalhais (S&D). – Senhor Presidente, termina uma longa e difícil negociação neste Parlamento que cruzou duas legislaturas e diferentes deputados, e cujos resultados – pelo menos alguns –, deixam um sabor de insatisfação em muitos de nós. Este é o resultado dos compromissos que foi necessário fazer, imperfeitos para o que são as nossas posições e ambições enquanto grupo, mas necessários para conseguir progredir. E por isso, pese embora a insatisfação, creio que é também tempo de avançar para as soluções que possam ajudar os agricultores europeus nos desafios importantes para uma agricultura cada vez mais sustentável em todas as suas dimensões. E o Parlamento cá estará para exercer esta pressão de vigilância neste processo.

Por isso, desejo felicitar o resultado dos compromissos no dossiê do regulamento da OCM que contribuirão para o fortalecimento da posição dos agricultores e defesa da produção agrícola europeia. Também no regulamento dos planos estratégicos os compromissos agora alcançados representam um passo no sentido positivo em relação a um documento-base que deixava muito a desejar, e para cujo avanço o S&D teve um papel crucial, e destaco aqui também o empenho dos socialistas e democratas em procurar introduzir o conceito de condicionalidade social.

Gostaria ainda de sublinhar a importância que a atividade agrícola possui para as áreas rurais, em particular no apoio à sua manutenção em zonas mais desfavorecidas com constrangimentos naturais. Apoiar a manutenção da atividade agrícola nestas áreas é também apoiar a manutenção de áreas agrícolas de elevado valor natural, contrariar o abandono das terras e consequentemente lutar pela preservação dos ecossistemas agrícolas e das espécies a eles associadas, e isto também deve ser reconhecido.

Pascal Canfin (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, nous votons cette semaine, au Parlement européen, la politique agricole commune et on le sait, c'est un vote déterminant: 30 % de la totalité du budget européen pour les sept prochaines années.

Avec mes collègues de la délégation Renaissance et du groupe Renew Europe, nous avons deux très grandes priorités.

La première, c'est de donner plus de revenus aux agriculteurs qui en ont besoin, notamment les petits et les moyens agriculteurs, parce qu'on ne peut pas faire la transition agricole, la transition agroécologique, si on n'a pas les moyens nécessaires pour le faire. C'est pour cela, par exemple, que nous soutenons le plafonnement des aides de la politique agricole commune.

La deuxième grande priorité, c'est bien évidemment la transition agroécologique. C'est pour cela que dans le compromis, nous nous réjouissons que 30 % des aides du pilier I, 30 % des subventions directes aux agriculteurs, seront pour la première fois liées à des bonnes pratiques environnementales pour la biodiversité, pour la réduction des pesticides, pour le climat.

Mais il faut aller encore plus loin parce que ce compromis, c'est un compromis. Nous avons encore la possibilité en plénière, cette semaine, d'améliorer considérablement cette réforme, notamment en votant la cinquantaine d'amendements qui ont été redéposés par la commission de l'environnement, de la santé publique et de la sécurité alimentaire du Parlement européen, que je vous invite, bien évidemment, à soutenir. Soutenons aussi un lien direct entre les objectifs des stratégies «biodiversité» et «de la fourche à la fourchette» et la politique agricole commune, par exemple la réduction de 50 % des pesticides sur les dix prochaines années en Europe.

Rosanna Conte (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la nuova PAC deve innanzitutto tutelare la centralità dell'agricoltura per la società e l'economia. La battaglia per la tassazione ecologica è sacrosanta, ma deve garantire il giusto equilibrio tra standard ambientali e sostegno a produttività e competitività. Servono quindi buon senso e flessibilità, elementi che vorremmo vedere nel regolamento sui piani strategici, perché il futuro piano nazionale non può aumentare la burocrazia e cancellare le buone prassi consolidate dalle regioni, come le autorità di gestione.

Ricordo che vi sono già oggi produzioni di fatto sostenibili, come quella del riso in Italia, e sottolineo che ridurre la produzione di carne in Europa, quella vera, favorendo l'import da paesi terzi, rischia di provocare più danni all'ambiente e ai consumatori, invece di alleviarli.

Lo stesso discorso vale per il tabacco, che deve rientrare nella lista dei prodotti aventi il diritto di accedere ai finanziamenti europei della PAC. Il Covid, signori, ci ha insegnato che l'eccessiva dipendenza da paesi terzi in campo industriale è una debolezza che l'Europa non può permettersi. Non facciamo lo stesso errore con l'agricoltura, sosteniamo settori come quello del vino e del miele e aiutiamo i nostri agricoltori a rialzarsi.

Anna Deparnay-Grünenberg (Verts/ALE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Inmitten dieser Pandemie, inmitten dieser unfassbaren Krise, in der wir teilweise schmerzhaft lernen, dass zu große Eingriffe in die Natur uns krank machen, inmitten dieser Zeiten wollen Sie bei der Agrarpolitik an diesen alten Strukturen festhalten? Dabei wird dieses Geld für den großen Wandel doch so benötigt, um die Landwirtinnen und Landwirte zu unterstützen, die mehr Tierwohl, mehr Biodiversität, mehr Klimaschutz und weniger intensive Praktiken vor Ort umsetzen wollen.

Dieses alte System, das vor allem der Agrarindustrie dient, das unsere Ökosysteme nachweislich belastet und somit uns und unseren Planeten krank macht, ist menschengemacht. Und es wird hier einfach fortgeführt, und wir könnten es ändern, wenn sich die Sozialdemokraten, wenn sich die progressiven Kräfte hier nicht einfach vom Acker machen würden. Seien Sie Realist, und stimmen Sie mit uns für einen Neuanfang der GAP!

Андрей Слабаков (ЕКР). – (начало на изказването без микрофон) ...ОСП. Знам, че е важно да продължи процесът и да не се блокира, но не бива на всяка цена да се приема една лоша сделка.

Много важни неща не бяха засегнати от компромисите, например изискванията за условност към малките земеделски стопанства, които буквално ще ги унищожат. С колеги от много политически групи работихме заедно, за да внесем изменения и се надявам те да спасят работещите фермери от фалит и бедност. Най-лесно е оряването на пари за истинските земеделци и за семействата с частни ферми във полза на повече зелени схеми.

В културния сектор, където работя, вече това беше направено и бюджетът беше чудовишно орязан. Докато говорим за солидарност, много от вас с лека ръка унищожават европейската култура, започвайки от артистите и творческите организации. Очевидно земеделието ще бъде следващото в опит да бъде унищожено.

Manuel Bompard (GUE/NGL). – Monsieur le Président, chers collègues, le vote d'aujourd'hui est capital: il nous engagera jusqu'en 2027 sur un sujet — la politique agricole commune — qui concerne plus de 30 % du budget de l'Union européenne.

Ici, j'aurais voulu vous parler de ces 4 millions de fermes qui ont disparu en Europe ces 20 dernières années, de ces agriculteurs qui se suicident, un tous les deux jours dans mon pays la France, de l'extinction de la biodiversité, dont l'agriculture intensive est aujourd'hui la première cause, du changement climatique ou des souffrances infligées aux animaux dans les méga-fermes industrielles.

Mais la Commission, le Conseil et les négociateurs des grands groupes de ce Parlement ont déjà décidé de nous envoyer dans le mur. Leurs accords opaques de dernière minute et leur passage en force s'appêtent à signer l'arrêt de mort de centaines de milliers d'agriculteurs, de la biodiversité et du climat.

Alors, chers collègues, n'acceptez pas les manœuvres qui visent à nous faire taire et à empêcher les citoyens de s'en mêler, votez pour l'amendement de rejet pour forcer la Commission à revoir sa copie, car dans dix ans il sera déjà trop tard.

Salvatore De Meo (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei innanzitutto ringraziare i relatori e tutti i colleghi della commissione agricoltura per l'ottimo lavoro svolto nei difficili negoziati per riformare la politica agricola comune.

Il 47 % del territorio dell'Unione europea è agricolo e 22 milioni di cittadini europei lavorano in questo settore. Riformare la PAC significa modernizzare uno dei settori strategici dell'Europa, renderlo innovativo e coerente con i tempi che viviamo. Questo significa garantire la qualità dei nostri prodotti, rafforzare le imprese, proteggere l'ambiente, favorire il benessere animale e sostenere lo sviluppo digitale delle aree rurali e il passaggio generazionale dell'agricoltura europea.

La crisi del Covid ci ha insegnato che per la prima volta la catena alimentare poteva spezzarsi, ma questo non è avvenuto. La pandemia, anche in agricoltura, ci ha fatto capire che uniti si è maggiormente resilienti, infatti gli agricoltori, i distributori, i trasformatori, i mercati all'ingrosso hanno confermato che lavorando uniti la filiera agroalimentare è più sicura, più forte e più trasparente per le imprese, l'ambiente e i consumatori.

Una PAC riformata permetterà ai nostri agricoltori di essere più competitivi, nel rispetto dell'ambiente, contrastando la concorrenza sleale dei paesi extraeuropei e garantendo ai consumatori sicurezza e qualità alimentare oltre a un prezzo trasparente.

Il Parlamento europeo oggi lancia una sfida affinché la politica agricola comune confermi la sua funzione di integrazione e coesione socioeconomica dell'Unione europea, permettendo ai singoli Stati di essere protagonisti in un settore strategico dell'economia mondiale.

Carmen Avram (S&D). – Domnule președinte, vreau să salut revoluția verde din viitorul pact și perspectiva deschisă odată cu strategiile „Farm to Fork” și biodiversitate care aduc oportunități. Felicit mai ales grupul S&D pentru amprenta pe care o va lăsa prin introducerea dimensiunii sociale. Abuzurile asupra muncitorilor trebuie să înceteze.

Amendamentele apărute peste noapte privind un subiect crucial – o și mai dură plafonare a plăților către fermieri – ne aruncă însă într-un paradox grav pe care, din păcate, nu am avut timp să-l analizăm cum ar fi fost normal.

Adică le cerem fermierilor să facă eforturi uriașe pentru Europa neutră climatic și, totuși, vrem să impunem restricții financiare tot mai dure. Le-am promis europenilor hrană accesibilă și, totuși, aceste restricții riscă să ducă la o scădere a producției actuale și la o invazie a importurilor, care, pe o piață mai săracă, vor dicta prețurile, împărțindu-ne în europeni cu hrană de lux și europeni cu hrană de mâna a doua.

Le-am promis fermierilor că-i vom ajuta să formeze o nouă generație și, totuși, aceste amendamente vor alunga tinerii din sate pentru că agricultura va deveni tot mai descurajantă. Le cerem să fie în fruntea luptei pentru biodiversitate și, totuși, îi împingem la un abandon al pământului pe care unii deja nu-l mai pot lucra din cauza condițiilor de climă și a lipsei de bani. Se întâmplă chiar acum în țara mea, România.

Aceste amendamente, pe o temă atât de importantă, afectează mii de fermieri cu investiții oneste și multe datorii, pentru a pedepsi doi oligarhi miliardari care nu reprezintă agricultura europeană.

Атидже Алиева-Вели (Renew). – Г-н Председател, днес е важно да гласуваме в подкрепа на ОСП, която наред с реформите ще предостави много нови възможности.

Гарантирането на продоволствената сигурност във времена на пандемия е толкова важно, колкото и справедливите доходи. Зеленият преход и иновациите следва да бъдат обезпечени с адекватна финансова рамка. Вярвам, че бъдещето на модерното земеделие зависи от активното включване на младите фермери.

Българските земеделци ще се включат в борбата с климатичните промени и ще работят за осигуряването на чиста храна, чист въздух и чиста вода, но същевременно очакват в зеления преход да бъдат подкрепени с изравняване на директните плащания, със запазване на нивата на обвързаната подкрепа, с продължаване на преходната национална помощ и достоен живот в модерна инфраструктура и качествени услуги в селските райони.

Hélène Laporte (ID). – Monsieur le Président, agriculteurs et citoyens ont des attentes fortes vis-à-vis de la prochaine politique agricole commune.

Je regrette un budget en baisse de 30 milliards d'euros environ par rapport au programme de 2014-2020, alors que le secteur agricole doit faire face à de nouveaux défis. Rappelons tout de même que la France va verser dès l'année prochaine 26,8 milliards d'euros à l'Union européenne – c'est un record nous concernant – et que nous avons besoin de la PAC.

Un débat public est actuellement en cours sur les enjeux de la prochaine PAC, dans une relative indifférence médiatique. Pourtant, les propositions pourraient être reprises dans le plan stratégique national qui sera la déclinaison française de la PAC, remplaçant ainsi, comme il se devrait, les États à l'initiative des décisions. Notre modèle agricole doit désormais affronter le défi écologique de la transition verte, mais sa mise en œuvre est à affiner entre la nouvelle structure verte de la PAC et les mesures environnementales inscrites dans la stratégie F2F.

Les accords commerciaux de l'Union européenne, et notamment l'accord unique de libre-échange UE-Mercosur, suscitent des inquiétudes légitimes sur la protection de nos normes de qualité dans un secteur déjà fortement impacté par la pandémie et la sécheresse.

Gageons que la réforme prévue au premier trimestre 2021 permette de développer les circuits courts et un revenu digne pour nos agriculteurs.

Pär Holmgren (Verts/ALE). – Herr talman! Det är tydligt att EU:s jordbrukspolitik som den ser ut i dag gynnar det tungt industrialiserade storskaliga jordbruket, och det på bekostnad av de här viktiga, mer småskaliga, hållbara alternativen och initiativen som finns. Hundratals miljarder kronor ska inte gå till dem som redan har mest eller till att gynna metoder som faktiskt i förlängningen kan ställa till med problem för oss alla. Kärnan i jordbrukspolitiken borde ju snarare vara en solidarisk omställningsfond för hela Europas jordbruk, i en hållbar riktning.

Bönderna själva vet mycket väl, bättre än de flesta av oss andra antagligen, att såväl klimatförändringar som förlust av biologisk mångfald utgör direkta och långsiktiga hot mot vår livsmedelsförsörjning. De tre största grupperna här i parlamentet skulle kunna använda sin makt för förändring och förbättring. Men tyvärr har de mer eller mindre gått ihop nu för att försvara och behålla det gamla. Men jag vet också att det finns parlamentariker även i de tre grupperna som vill se en omställning. Jag hoppas nu att ni väljer att rösta för djuren, naturen och landsbygdens framtid.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, het Europees gemeenschappelijk landbouwbeleid begon ooit met als doel een stabiele voedselvoorziening te garanderen, met gunstige prijzen voor de consument en een redelijk inkomen voor de boer. Het perverse gevolg in de praktijk is dat Europese boeren de laatste decennia afhankelijk zijn gemaakt van Europese landbouwsubsidies die met heel veel Nederlands belastinggeld worden opgehoest en waar de Nederlandse boeren slechts in de marge van meeprofiteren.

Deze afhankelijkheid van het Europese subsidie-infuus wordt nu door de EU misbruikt om steeds strengere ecologische regelingen af te dwingen. In Brussel wordt niet met de boeren vergaderd, in Brussel wordt óver de boeren vergaderd. Nederland is een klein land, maar in efficiënt gebruik van grond en in zorg voor het milieu zijn wij wereldkampioen!

Nederland kan zelf voor zijn boeren zorgen, zonder Europese bureaucratie. Wij staan voor een onafhankelijke agrarische sector waar de boer weer baas kan zijn op zijn eigen boerderij.

Balázs Hidvéghi (PPE). – Elnök Úr! Gazdáink az uniós gazdaság létfontosságú részét képezik, biztosítják számunkra az élelmiszer-ellátást, az ágazat pedig munkahelyeket teremt a vidéki térségekben. Mindehhez egy modern és megfelelően finanszírozott mezőgazdaságra van szükség. Enélkül a klímaváltozás elleni küzdelem sem valósítható meg megfelelő módon, csak a gazdasági életképesség rovására. Mindazonáltal nem szabad elfeledkeznünk az elmúlt időszak, a világjárvány történéseiről sem, ez alatt az élelmiszer-ellátás végig biztosított volt, és most is az. A jövőben ezt azonban egy jóval kisebb KAP-büdzséből kell megoldani. Az új zöld megállapodás kapcsán nem kísérletezgethetünk. A rendszer új, kimenetele bizonytalan, rugalmasság szükséges. Biztosítani kell, hogy az ökörendszereknél az esetlegesen fel nem használt összegekről a tagállamok szabadon rendelkezessenek. A KAP-nak a vidékről történő elvándorlás megakadályozásában is fontos szerepe van, ezért kulcsfontosságú a nehézségekkel szembesülő szektorok támogatása. A termeléshez kötött támogatásokat ezért a jelenlegi szinten kell fenntartani, az átmeneti nemzeti támogatásokat pedig folytatni kell. Ez utóbbi támogatás költségvetési szempontból semleges, viszont hiánya igen negatívan érintene számos érzékeny szektort. Nem utolsósorban szeretném hangsúlyozni, hogy egyértelmű különbséget kell tennünk növényi alapú termékek és hústermékek között. Gazdálkodóink mindkettőt megtermelik, egyik sem irányul a másik ellen, mindkettő egyaránt fontos. Azonban mindannyiunk érdeke, hogy jól meg tudjuk különböztetni ezeket egymástól, beleértve az elnevezésüket is. Arra kérek mindenkit, hogy hozzunk észszerű, valóságon alapuló döntéseket.

Clara Aguilera (S&D). – Señor presidente, señorías, estamos culminando un proceso de reforma que nos ha llevado dos años y medio de debate. Es una reforma que mantiene su estructura en dos pilares pero que introduce grandes cambios. Por lo tanto, no es una reforma más.

Con la elaboración de los planes estratégicos estamos reforzando la subsidiariedad a los Estados. A nosotros siempre nos preocupó en mi Grupo el exceso de esta subsidiariedad por la posible renacionalización de la política agrícola. Espero que no suceda.

¿Qué es importante y qué hemos venido defendiendo? Que se siga apoyando la renta de los agricultores, algo fundamental si queremos que subsistan los agricultores y que haya actividad en las zonas rurales. Pero necesitamos hacer un cambio en la arquitectura verde.

Es verdad que el *greening* no ha funcionado, y por eso la sociedad tiene la sensación de que tenemos que hacer cambios importantes. Y los tenemos que llevar a cabo con esta arquitectura verde nueva, con una condicionalidad que se está reforzando en los compromisos, con unos ecoesquemas nuevos, voluntarios para los agricultores, pero obligatorios para los Estados, con un alto porcentaje de subvención —el 30 % según los compromisos—. Todo ello, además, con un porcentaje en toda la política agrícola del 40 %.

Por tanto, hay que hacer esos cambios para que la agricultura se siga manteniendo como actividad fundamental en nuestras zonas rurales y la sociedad comprenda y entienda el papel medioambiental que juega. Y si queremos que, además, se apruebe el *capping*, el techo para las explotaciones —algo importante para los Socialistas—, como una condicionalidad social o un mejor papel para las regiones en el caso de mi país. Por tanto, pido que se apoyen y aprueben los compromisos a los que hemos llegado los tres grupos políticos. Son importantes en planes estratégicos. Y además pido el apoyo para la OCM única, sobre la que se ha hecho un gran trabajo, al igual que con el Reglamento horizontal. También para las enmiendas socialistas, que defienden lo que he venido diciendo.

Charles Goerens (Renew). – Monsieur le Président, quoi qu'on en dise, l'agriculture est, a été et restera le métier du risque.

Pour juguler ce risque, elle n'a besoin ni d'être cajolée, ni d'être caressée dans le sens du poil, ni d'être mise sous tutelle. Pour lui permettre de répondre aux multiples attentes économiques, sanitaires et environnementales, l'agriculture aura besoin de plus de prévisibilité, de plus de capacité d'innovation, de cohérence politique, de conditions de concurrence équitables tant à l'intérieur que vis-à-vis de l'extérieur de l'Union européenne. Des conditions de concurrence équitables, disais-je. En effet, il est discutable de mettre fin chez nous à des pratiques culturelles plus respectueuses de l'environnement, même si elles sont très louables, si elles restent maintenues dans les pays tiers qui les maintiennent et qui exportent leurs productions chez nous. On va me dire: le *boarder adjustment mechanism* est là pour mettre fin à cette injustice. J'attends de voir, c'est loin d'être acquis.

Pour conclure, je demanderai pour l'agriculteur: qu'il soit un peu moins exposé à «il n'y a qu'à», «il faut que»; un peu moins de sectarisme; un peu plus de respect; un peu plus d'objectivité; et en fin de compte un peu plus de faisabilité. Je le sais pour l'avoir vécu.

Gianantonio Da Re (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nella futura politica agricola una parte delle risorse erogate sarà condizionata al rispetto della sostenibilità ambientale, una condizionalità obbligatoria che non deve andare a discapito della produttività delle nostre aziende. Non è possibile che i grandi paesi agricoli quali Italia, Spagna, Francia e Germania subiscano veti dai paesi europei in cui l'agricoltura ha un'importanza minore. La competitività delle nostre aziende richiede una maggiore tutela all'indicazione di origine protetta DOP e IGP.

I nostri prodotti tipici sono l'arma vincente sia dal punto di vista produttivo che economico contro i prodotti standard che la globalizzazione ci ha voluto imporre a tutti i costi. Non ci può essere un futuro per la politica agricola comune senza la tutela, il finanziamento dei nostri prodotti e il riconoscimento del lavoro di generazioni svolto sul territorio, che ha fatto di questi prodotti un'eccellenza rinomata in tutto il mondo.

Beata Mazurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Wspólna polityka rolna jest jednym z fundamentów jednolitego rynku Unii Europejskiej. To nie tylko wspieranie i promowanie obszarów wiejskich oraz realizacja ambitnych celów środowiskowo-klimatycznych, ale przede wszystkim zapewnienie bezpieczeństwa żywnościowego dla nas, mieszkańców Europy.

Naszym priorytetem powinno być stworzenie równych warunków konkurencji dla wszystkich rolników na jednolitym rynku Unii Europejskiej. Powinniśmy uprościć przepisy i zmniejszyć bariery administracyjne, w szczególności dla małych gospodarstw rolnych.

Zaproponowane rozporządzenia przez obecny Parlament według mnie nie dają takich gwarancji. Należy dążyć do pełnego wyrównania poziomu płatności bezpośrednich między państwami członkowskimi. Dzięki temu rolnikom z państw słabiej rozwiniętych będzie łatwiej sprostać nowym obowiązkom zaproponowanym przez Komisję Europejską.

Z tego miejsca apeluję o rozsądek. Pamiętajmy, nie wszystkie państwa startują z tego samego poziomu rozwoju gospodarczego! Nie tworzymy podziałów, a niwelujemy różnice!

Michaela Šojdřová (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, chci vás pozdravit z České republiky. Dovolte, abych na úvod poděkovala zemědělcům, kteří žijí čtyři sta padesát milionů obyvatel Evropské unie a vůbec to nemají jednoduché, protože na ně dopadají klimatické změny a dnes také dopady pandemie COVID-19.

Mějme to na paměti, když budeme rozhodovat o reformě společné zemědělské politiky. Ta pro příštích sedm let by měla být především spravedlivější a také musí směřovat ke zdravým potravinám, k ochraně půdy a krajiny a k dobrým životním podmínkám zvířat.

Chci stejně jako většina občanů v Evropské unii, abychom z evropských prostředků podporovali pouze aktivní zemědělce. Nechceme dále podporovat majetkově nepříhlédné agrokomplexy, které zvětšují své podnikání na úkor rodinných farem a malých a středních podniků. To považuji za velké nebezpečí pro venkov, pro ochranu krajiny, ale také pro celé evropské zemědělství.

Navrhla jsem proto s kolegy několik pozměňovacích návrhů. Chceme zjednodušit čerpání dotací pro malé farmáře do 5 000 EUR, chceme omezit přímé platby pro čerpání dotací do maximální výše jeden milion EUR na jeden subjekt. Navrhujeme také možnost pro členské státy dorovnání dotací svým zemědělcům na evropskou úroveň.

Kolegyně a kolegové, chci připomenout, že právě díky evropským dotacím si můžeme dovolit vysoký standard kvality potravin, ale nemůžeme si dovolit dále podporovat oligarchy, a proto prosím, abychom podpořili pozměňovací návrhy, které tomu zabrání.

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, vandaag ligt een noodzakelijke hervorming van het gemeenschappelijk landbouwbeleid op tafel. Noodzakelijk, collega's, voor het voortbestaan van de landbouw, voor een leefbaar inkomen voor de boeren, voor het aantrekken van jonge boeren. Want vergis u niet, in Europa verdwijnen elke dag duizend boeren.

Ik ben met hen gaan praten. En ik bundelde hun verhalen in een boek: "Boerentrots". Als je naar hen luistert, dan hoor je de passie, dan voel je hun vakmanschap. Maar je ziet ook de problemen en uitdagingen waarmee zij elke dag geconfronteerd worden. Dan besef je meer dan ooit dat die hervorming nodig is.

En die hervorming is ook nodig om het landbouwbeleid groener te maken, meer in overeenstemming met de Green Deal. Wel, collega's, voor sommigen is het voorstel te groen, voor anderen is het niet groen genoeg. Ik zeg u: voor mij is het realistisch en ambitieus en zal het het landbouwbeleid combineren met de Green Deal. Dus wees "Boerentrots" en stem voor deze landbouwhervorming.

Mijnheer de commissaris, ik wil u heel graag dit boek overhandigen.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, след епичните дебати по времето на разгара на пандемията, когато тук се обсъждаха амазонските гори и джунгли, днес постигаме нов връх в политическия дебат. По времето, когато се обсъждат парите на земеделските производители, тук колегите в залата спорят дали бургерът е вегански или вегетариански и дали може да бъде бургер, ако е вегански или вегетариански. Както се казва, щом ви е важно, почитаеми – спорете! Но няма как да бъда съгласен с компромисите, които се предлагат от трите най-големи групи в Европейския парламент.

За пореден път тази зала доказва, че когато става дума за разпределение на финансови средства от общите данъци, няма идеологически разделения, а винаги се гледа интересът на старите страни членки срещу новите такива. Историята с пакета „Мобилност“, уви, пак се повтаря.

Опитахме се да въведем изменения за изравняване на процентите, предложени от Съвета. Не се получи. Това ще доведе до какво – до ненадеждни доходи на земеделските производители и до спада на конкурентоспособността. Всъщност всички знаем каква е битката тук – повече пари за неконкурентните фермери от старите държави. Така няма как да има ефективна обща стопанска политика.

Асим Адемов (PPE). – Г-н Председател, настоящата реформа на ОСП е най-амбициозната от всички проведени до момента, тъй като въвежда едновременно нов модел за прилагане, основан на резултатите, и по-високи цели, свързани с борбата с климатичните промени. За първи път се въвеждат и екосхеми, а директните плащания се обвързват с изпълнението на определени екологични изисквания.

Наред с екологичната устойчивост обаче, не трябва да забравяме икономическата и социалната устойчивост. За съжаление и през новия програмен период няма да достигнем пълна външна конвергенция на директните плащания. А без сближаване на плащанията, фермерите от новите държави членки ще продължат да бъдат в по-неравностойно положение спрямо колегите си от други страни.

Инструменти като преходната национална помощ и обвързаната подкрепа частично компенсират по-ниските нива на подпомагане в държавите и имат важен социален ефект в селските райони. Ето защо ви призовавам в предстоящото гласуване да подкрепите преходната национална помощ като инструмент, който осигурява финансова помощ с национални средства за уязвими сектори и земеделски стопани.

По отношение на обвързаната подкрепа, съжалявам, че в компромисното изменение по чл. 86 не се постигна по-голяма финансова гъвкавост, която да даде възможност на държавите членки да заделят по-голям процент от средствата по първи стъп за обвързаната подкрепа. В тази връзка и предвид огромното значение, което тази помощ оказва на чувствителните сектори в някои държави членки, апелирам да се подкрепи обвързаната подкрепа в размер на 13%+2%.

Benoît Lutgen (PPE). – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier très chaleureusement tous les agriculteurs qui, chaque jour, nourrissent la population européenne. On a vu, au travers de la crise de la COVID, combien leur rôle était important chaque jour.

Cette fonction nourricière doit rester, évidemment, au cœur même de la politique agricole commune. Cela n'empêche absolument pas d'atteindre des performances nouvelles et des objectifs nouveaux en matière, notamment, de lutte contre le réchauffement climatique ou de biodiversité. C'est déjà le cas: si on regarde l'Europe et si on se compare au reste du monde, le monde agricole a globalement réalisé des efforts, qui devront être certainement plus importants demain. Mais nous devons le faire en ayant aussi une forme de confiance à l'égard des uns et des autres, sans verser dans une bureaucratie ou des tâches administratives et des charges supplémentaires pesant sur l'ensemble des agriculteurs – et je pense singulièrement aux petits producteurs.

Dans les orientations, nous devons aussi, bien sûr, soutenir les plus petites exploitations agricoles. Pour ce faire, il doit y avoir des aides redistributives pour soutenir davantage les premiers hectares, pour soutenir davantage les petites exploitations familiales au niveau européen.

Enfin, je terminerai en disant que je me joins bien sûr à l'ensemble des objectifs climatiques et de biodiversité, c'est une évidence. Aucun secteur n'a autant de normes que le secteur agricole: normes sanitaires, bien-être animal, biodiversité... Tout cela fait déjà partie des normes et des conditionnalités, qui seront renforcées: on ne peut que s'en réjouir. Mais je voudrais vraiment, une fois pour toutes, que chaque fois qu'on examinera ici des traités de libre-échange, on y prête effectivement cette attention particulière, pour éviter que l'on ne ruine l'économie européenne, que l'on ne ruine des agriculteurs et que, quelque part, on ne gagne pas le pari du climat du fait de ces produits importés.

Riho Terras (PPE). – Lugupeetud istungi juhataja!

Ühtse põllumajanduspoliitika kaudu anname signaali, millist põllumajandust me soosime ja kuidas me valdkonna tulevikku kujundada tahame. Täna kõne all oleva strateegiakava kõige olulisem sõnum on see, et põllumeestelt oodatakse üha kõrgemat keskkonnateadlikkust. Et põllumeestelt nõutakse üha rohkem keskendumist laiematele kliimaeesmärkidele. See aga tähendab rohkem reegleid ja rohkem piiranguid, et olla toetuskõlbulik.

Piirangute ja reeglite karmistamine võib aga viia selleni, et paljude tootjate konkurentsivõime kannatab olulisel määral ning tootmine ei ole enam võimalik. Piirangute kehtestamisel peame lähtuma sellest, et me ei lõikaks põllumeestelt ära tulevikuprospektiivi, sest põllumajanduse ja maaelu säilimine on Euroopa tulevikule ülitähtis.

Piirangute kehtestamisel tuleb rohkem arvestada liikmesriikide eripäradega. Näiteks Eesti põllumehe jaoks, kes toodab Euroopa Liidu äärealal, on juba turule jõudmine seotud oluliste lisakuludega. Samas on meie tootmiskulud keskmisest kõrgemad ja otsetoetused keskmisest oluliselt madalamad.

Sellele vaatamata kavatsen raske südamega toetada hääletusel hea kolleegi Peter Jahri eestvedamisel läbi räägitud kompromisse, isegi kui need on valusad. Aga loodan, et mitmetes olulistest küsimustes leitakse sobivamaid lahendusi kolmepoolsete läbirääkimiste käigus.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I would like to take the opportunity to congratulate the rapporteurs on reaching the compromise text, especially my EPP colleagues Herbert, Peter and others. This has been one of the toughest negotiations we ever had and to finally get agreement on some of the key elements is extremely welcome. No, this is not a perfect text, but as always, the sign of a good compromise is when nobody is fully satisfied. However, we must focus on the positives of the agreement found. One, this is the greenest CAP we have ever had and at least 35% of all rural development funding must be used for environmental and climate measures. 30% of investments must be beneficial for the environment. It is more ambitious than the Commission's proposal and strikes a good balance between ensuring farmers get a fair income, preserving our rural communities and ensuring we secure the production of top quality European food. I additionally welcome the reduction of needless bureaucracy. Coming from a rural constituency I know very well how badly we need simplification and the cutting of red tape. I think this compromise will help in this regard. Most of all this is a good deal for farmers, the people who have devoted their lives, the people who know best how to protect our rural environment, preserve biodiversity and produce sustainable quality food. I hope we will agree with the compromises to put us in a strong position to go with Council for negotiations.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Jednym z filarów, na których opiera się wspólna polityka rolna, są płatności bezpośrednie. To właśnie dzięki nim europejscy rolnicy mają wsparcie w produkcji wysokiej jakości, bezpiecznej i zdrowej żywności. Dzięki płatnościom bezpośrednim niweluje się również część ryzyka związanego z produkcją rolną, która jak żaden inny sektor opatrzona jest dodatkowym ryzykiem związanym z pogodą czy zmianami klimatycznymi. Takie działania są ważne również dla konsumentów, gdyż gwarantują im ciągłość dostaw i przystępne ceny. Niestety, mimo że wyzwania, którym muszą stawiać czoła europejscy rolnicy, jak również koszty, które wiążą się z produkcją rolną, są w Unii Europejskiej podobne, dopłaty bezpośrednie cały czas różnią się od siebie, wpływając na nierówną konkurencję na jednolitym rynku.

Oczywiście dzięki mechanizmowi konwergencji zewnętrznej czy też transferom między filarami różnice te są zmniejszane. I dobrze, że te zapisy znalazły się również w obecnej propozycji. Cały czas jednak nie udało się osiągnąć wyrównania dopłat bezpośrednich między państwami członkowskimi. Chciałbym zatem zaapelować o poparcie poprawki mówiącej o tym, że proces konwergencji płatności bezpośrednich powinien zostać zakończony jak najszybciej, a najpóźniej do końca przyszłego okresu finansowania. Jestem głęboko przekonany o tym, że tylko poprzez równe i sprawiedliwe traktowanie wszystkich europejskich rolników jesteśmy w stanie osiągnąć uczciwą konkurencję w europejskim rolnictwie.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, podemos pasarnos meses debatiendo en esta Cámara sobre cifras y ecoesquemas, asignaciones financieras, Pacto Verde, *capping*, medidas climáticas y otras muchas cuestiones directamente relacionadas con la PAC.

Pero yo les pregunto: ¿Nos hemos parado a reflexionar seriamente sobre si esta PAC es la que sirve mejor a nuestros agricultores? ¿Es la que ellos necesitan? ¿Es la PAC que están esperando? ¿Es esta la reforma que protege el duro trabajo de quienes, pese a tantas dificultades, siguen cultivando la tierra? ¿La que da respuesta a los agricultores que no saben cómo hacer frente a la escasez de agua? ¿Es esta la PAC que cumple con las expectativas de los agricultores y ganaderos de las zonas más desfavorecidas, de las regiones ultraperiféricas, como Canarias, que ven con enorme preocupación cómo se quiere reducir la ficha del POSEI abocándoles a la desaparición? ¿Es la PAC que promueve el empleo agrario y el relevo generacional?

Sinceramente, creo que no. Creo que no es la mejor PAC posible. Porque no es la PAC que ellos necesitan, ni es la PAC que ellos esperan, ni la que les conviene, ni la que les protege. Y, lo que es más importante, ni la que merecen.

Es una PAC ciertamente política y en gran manera desvirtuada. Y no podemos reformar la PAC mirando otras cuestiones y olvidándonos de los agricultores. Porque son ellos quienes pueden quedarse sin futuro. Y no podemos ni debemos dejarles sin esperanzas, no al menos desde este mi escaño.

Simone Schmiedtbauer (PPE). – Herr Präsident! Die neue Gemeinsame Agrarpolitik hat für mich drei gleichwertige Ziele: Klima- und Umweltschutz, selbstverständlich und natürlich. Doch darüber dürfen wir nicht vergessen, dass eine nachhaltige Landwirtschaft nur dann gelingen kann, wenn die Gelder auch bei unseren Betrieben, bei den Bäuerinnen und Bauern, ankommen und unsere Familienbetriebe ein gerechtes Einkommen haben.

Wir müssen dafür sorgen und gewährleisten, eine qualitativ hochwertige und regionale Lebensmittelversorgung sicherstellen zu können. Die neue GAP muss daher ausgewogen sein und gleichermaßen ökologische, ökonomische und sozioökonomische Schwerpunkte setzen. Da geht es doch auch um unsere Lebensqualität.

In Österreich nehmen heute schon über 80 % der Betriebe am freiwilligen Agrarumweltprogramm ÖPUL teil – in der zweiten Säule, in der sogenannten ländlichen Entwicklung. Hier ist für mich die heimische Landwirtschaft ein Vorbild. Diese Leistungen, die manche Länder bereits heute erbringen, müssen auch in der ersten Säule bei der neuen ÖPUL-Regelung berücksichtigt werden können. Als ehemaliger Bürgermeisterin ist mir aber auch die Stärkung des ländlichen Raums, der Regionen, ein Herzensanliegen. Das ist für mich die sozioökonomische Komponente.

Es geht um Investitionen – über Bildung, LEADER-Programme bis hin zur Altenpflege, vergessen wir das nicht. Und ich möchte mir von niemandem die GAP, die wir bisher schon haben, schlechtreden lassen. Die Gemeinsame Agrarpolitik ist für mich ein Grundfundament der Europäischen Union, das jeder Krise standhält – vor allem jetzt in dieser Krise, in der wir uns gemeinsam befinden.

Deshalb ist das ein Kompromiss, den wir eingehen müssen. Und dieser Kompromiss wird jedem ein wenig wehtun, aber für uns ein Erfolg sein und für zu Hause die Grundlage, um in die Trilogverhandlungen einsteigen zu können.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. Formand. Åh, altså. Sagen om navngivning af grøntsagskopier for kødprodukter er altså spændende. Den kan sagtens bruges til at gøre grin med EU – igen. Der er jo så mange eksempler på, at dem dernede i Bruxelles har tabt sutten – igen. Hvem husker ikke eksemplerne med de krumme agurker, lakridspiben og kanelneglene. Selv har jeg smagt meget grundigt på, hvad jeg synes. Jeg er nemlig vegetar gennem flere år. For det er en af mine måder at bidrage til klimaet på, og så passer kødfri kost faktisk rigtig godt til min krop, der befinder sig i overgangsalderen. Men jeg mener altså, at plantebaserede kødkopier skal finde deres egne navne i stedet for at tillades mytteri i køledisken. Jeg nægter at give efter for woke klimafundamentalisme og i virkeligheden gøre livet lettere for dovne markedsføringsafdelinger i fødevarevirksomheder, som vil sikre sig nye markedsandele, fordi vi forbrugere er begyndt at stille kloge spørgsmålstegn ved traditionelle produkters CO₂-aftryk på det indre marked. Jeg nægter at medvirke til at gøre frie borgere i et demokrati dummere, end de bør være over for, hvad der egentlig er i deres indkøbskurv. Og så ønsker jeg faktisk at passe rigtig godt på den fælles madkulturarv i Europa, hvor sproget for det, vi spiser, kun kan blive rigere og rigere. Så derfor, kære kolleger, så stemmer jeg naturligvis for, at en pølse er en pølse, alt andet er pølsesnak. Velbekomme!

Peter Jahr, Berichterstatter. – Herr Präsident! Vielen Dank für die anregende Debatte. Ich habe mir vier oder fünf Argumente der Skeptiker aufgeschrieben. Erstes Argument: Wir brauchen mehr Zeit. Ich denke, wir haben jedes Problem ausdiskutiert in den letzten – je nachdem – drei, zwei oder einem Jahr, und ich könnte formulieren: Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen endlich Beschlüsse sehen.

Zweitens: *eco-schemes*. Ich glaube, da liegt ein Irrtum vor. *Eco-schemes* sind für die Mitgliedsstaaten nicht freiwillig, sie sind verpflichtend. Sie sind für die Landwirte freiwillig, und ich verstehe nicht, wieso wir viele Skeptiker haben, was die Landwirte betrifft. Die Landwirte sind Lösung des Problems, und sie werden die *eco-schemes*, wenn sie von den Mitgliedsstaaten vernünftig umgesetzt worden sind, natürlich annehmen, und sie werden nicht auf 30 % ihres Einkommens verzichten. Die bisherige Nutzung der Umweltprogramme macht uns ja gerade Mut, ich erwarte sogar, dass die *eco-schemes* überzeichnet werden. Die Landwirte werden sich mehr beteiligen, als vielleicht Geld zur Verfügung steht.

Drittes Argument: Kompromiss. Es sei ja nur ein Kompromiss der drei großen Fraktionen. Das ist optisch richtig, stimmt aber in der Realität nicht ganz, denn die drei haben sich auch bemüht, nach links und rechts zu gucken. Und jeder, der die Kompromisse genau liest, wird auch Anregungen der anderen Fraktionen in diesen Kompromissen finden. Die Kompromisse sind extra so gestrickt, dass sie eine breite Mehrheit erzielen könnten.

Viertens, es ist ein altes System. Erst einmal haben wir den Kommissionsvorschlag entscheidend nachgebessert, und zweitens, das *Deliver*-Modell, also die Umstellung von Maßnahmenbezogenheit auf Ergebnisbezogenheit. Ich könnte sagen, wenn man das richtig durchdenkt und versteht, ist das die größte Revolution seit der McSherry-Reform, seit 1992. Also nutzen wir doch gemeinsam die Chance, endlich ergebnisbezogene Gemeinsame Agrarpolitik zu machen. Stichwort: Kleine Betriebe werden zu wenig unterstützt. Da müssten Sie begeisterte Anhänger unserer Umverteilungspläne sein. Deshalb nochmal mein Appell, mein Wunsch: Springen Sie über den Schatten teilweise, helfen Sie mit, dass wir zu Beschlüssen kommen, helfen Sie mit, stimmen Sie der Reform zu und machen wir gemeinsam die Welt ein Stückchen besser.

Ulrike Müller, Berichterstatterin. – Herr Präsident! Die Gemeinsame Agrarpolitik ist seit Jahrzehnten eine wichtige Klammer unserer Union. Eine Klammer, die unsere Regionen in all der Vielfalt zusammengeführt hat. Diese vielfältigen Regionen bieten den Bürgerinnen und Bürgern unseres Europas Heimat und Lebensqualität.

„Einheit in Vielfalt“, das Motto der EU, gilt ganz besonders für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume. Bäuerliches Leben und Arbeiten hat die Traditionen und das Brauchtum gepflegt und geprägt und hat nicht nur den ländlichen Räumen Identität verliehen, sondern unserer ganzen verschiedenartigen europäischen Gesellschaft.

Unsere Fraktion steht zu dem *New-Delivery-Model* und den erarbeiteten Kompromissen, Herr Kommissar. Das neue Liefermodell ist eine echte Chance, die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe in den Mitgliedsstaaten zu stärken. Ich bin der festen Überzeugung, dass damit Umwelt geschützt, Klima verbessert und Artenvielfalt erhalten werden kann. Und das Wichtigste aus meiner persönlichen Sicht ist, dass damit weiterhin hochwertigste Lebensmittel erzeugt werden können. Echte Chancen bietet es auch für die Landwirte und die Forstwirte, denn sie bekommen Planungssicherheit und Wertschätzung zurück und können auch ein Einkommen erwirtschaften.

Drei Schlagworte: Leistung muss honoriert werden – das war unsere Grundvoraussetzung. Flexibilität für die Vielfalt in den Regionen – haben wir geschaffen durch diese Strategiepläne. Vereinfachung in den Mitgliedsstaaten für den Verwaltungsprozess – auch das ist gewährleistet. Vielleicht ist es jetzt nicht das beste Ergebnis, das wir auf dem Tisch haben, Peter, da sind wir uns einig, aber ich bin der festen Überzeugung, wir sind auf dem richtigen Weg und wir können hier die Zukunft gestalten. Weg von Compliance nach vorne zu Performance, und die Landwirte mitnehmen.

Herr Präsident, ich habe noch eine Frage zur Abstimmung unserer horizontalen Liste. Warum wird bei Artikel 183 Absatz 3 der Geschäftsordnung nicht zuerst über die von allen Fraktionen getragenen Kompromisse abgestimmt und dann über die von EPP, S&D und ECR? Bitte können Sie mir das dann nochmal hinterher erklären? Herzlichen Dank. Für unsere europäischen Landwirte, glaube ich, stehen wir zur Abstimmung bereit.

Janusz Wojciechowski, Członek Komisji. – Panie Przewodniczący! To była fascynująca debata, to był znakomity przegląd wszystkich najważniejszych problemów rolnictwa europejskiego, przegląd dokonany z różnych perspektyw, z różnych punktów widzenia. Tylko z takiej debaty rodzą się potem dobre kompromisy i skuteczne rozwiązania. Bardzo za to dziękuję.

Oczywiście z uwagi na krótki czas nie będę w stanie odnieść się do wszystkich osiemdziesięciu kilku wystąpień, jakie zostały w tej debacie wygłoszone, ale do kilku odniosę się osobiście: do wystąpień w imieniu grup politycznych i do niektórych innych wystąpień, zwłaszcza posłów koordynatorów z Komisji Rolnictwa.

Pani Sander. Utrzymanie wspólnego charakteru wspólnej polityki rolnej. O tym samym mówili też inni, pan De Castro zresztą wielokrotnie w naszych debatach to podnosił. Myślę że zrobiliśmy duży krok, żeby ten wspólnotowy charakter zwiększyć, wzmocnić. Te propozycje początkowe Komisji z 2018 r. mogły rzeczywiście budzić pewien niepokój. Ja dziękuję Parlamentowi Europejskiemu, dziękuję państwu, posłom z Komisji Rolnictwa w szczególności, za dyskusję, które też były inspirujące dla Komisji. Ekoprogramy – 30% obowiązkowe. Zamierzamy przedstawić pewne propozycje konkretnych ekoprogramów zainspirowane z Parlamentu. To jest krok w stronę usunięcia tych wątpliwości co do wspólnotowego charakteru polityki rolnej. Musimy połączyć – z jednej strony – uwzględnić te wielkie różnice, jakie są między państwami członkowskimi, między krajami, regionami i sektorami, dlatego plany strategiczne dają dużą elastyczność. Ale myślę, że to, co tutaj wspólnie wypracowaliśmy, będzie służyło utrzymaniu wspólnego charakteru polityki rolnej.

Pani García Pérez. Bezpieczeństwo żywnościowe. To się zresztą przewijało w wielu innych wystąpieniach. Sądzę, że ta reforma wzmocni bezpieczeństwo żywnościowe Europy. To, że lepiej ochronimy naszą ziemię, to, że poprzez ekologiczne rozwiązania będziemy przeciwdziałać dewastacji naszej ziemi, dewastacji środowiska, to w długiej perspektywie zwiększy bezpieczeństwo żywnościowe naszych obywateli.

Pan Huitema mówił o bezpośrednich dopłatach, a z drugiej strony że lepiej byłoby, żeby rolnicy byli w stanie utrzymać się z dochodów na rynku. No, to jest w ogóle pytanie o fundamenty systemu wspólnej polityki rolnej. To była jednak pewna wizja twórców wspólnej polityki rolnej, którzy 60 lat temu uznali, że jednak rolnictwo to nie jest biznes jak każdy inny, tylko rolnictwo to jest działalność, która wymaga jednak wsparcia, i że rolnicy europejscy bez tego wsparcia nie są w stanie sprostać konkurencji, światowej zwłaszcza. Trudności różnego rodzaju, które występują w Europie, wymagają tego, żeby rolnicy mieli wsparcie, i sądzą, że to musimy kontynuować, nie ma tutaj innego rozwiązania. Pan mówił też o uwarunkowaniach lokalnych. Sądzę, że plany strategiczne to jest bardzo dobre miejsce na uwzględnienie tych uwarunkowań lokalnych. Ta reforma daje duże pole do działania w tym zakresie.

Pani Bizzotto powiedziała takie ważne słowa: „Kraj bez rolnictwa to kraj bez przyszłości”. W pełni się z tym zgadzam i myślę, że właśnie to, co robimy, służy przyszłości rolnictwa, temu, żeby cała Unia Europejska i wszystkie państwa członkowskie nie stały się krajami bez rolnictwa. A zwłaszcza to, co robimy dla małych i średnich gospodarstw, bo ta reforma – jestem głęboko przekonany i dołożę wszelkich starań na tym drugim jej etapie, na etapie planów strategicznych, żeby te gospodarstwa zostały silniej włączone w cały system wspólnej polityki rolnej, żeby były w centrum tego systemu. To powinno zapewnić właśnie to, że państwa Unii Europejskiej nie zostaną krajami bez rolnictwa i bez przyszłości.

Pan Häusling zwrócił uwagę na problem, który nas oczywiście martwi: 80% i 20%. 80% rolników, tych mniejszych, bierze tylko 20% środków unijnych, a do 20% większych trafia 80% wszystkich środków. Sądzę jednak, że dzięki ekoprogramom te proporcje się zmienią, może nie na tyle, żeby było to satysfakcjonujące, ale ekoprogramy – zresztą mówił o tym między innymi pan Kuźmiuk – to jest dobre rozwiązanie dla małych gospodarstw. I tutaj chcę wyrazić głębokie przekonanie i też deklarację pewnych działań Komisji na rzecz małych i średnich gospodarstw, ale zwłaszcza tych małych, które dzisiaj wypadają bardzo często z tej konkurencji, znikają, tracimy je w bardzo szybkim tempie – w ciągu dekady cztery miliony gospodarstw. Ten proces zostanie powstrzymany dzięki tej reformie i właśnie dzięki włączeniu małych gospodarstw w system, przede wszystkim w ekoprogramy. Proszę Państwa, 30% to będzie ponad 80 mld euro na działania ekologiczne. I tym mniejszym gospodarstwom łatwiej będzie się w ten system włączyć. Ja jestem przekonany, że nie będzie z tym problemów, żeby zachęcić tych małych rolników, żeby weszli w ten system ekoprogramów. Oni będą w centrum tego systemu. Naprawdę jestem spokojny o to. Są obawy, że będą niewykorzystane fundusze. Oczywiście musimy to przewidywać i być na to przygotowani, żeby nie doszło do utraty tych funduszy, ale ci mali rolnicy na pewno będą zainteresowani, żeby w te działania wchodzić.

Pan Ruissen mówił o zbyt centralnym zarządzaniu i zbyt małym budżecie. Sądzę, że tego centralnego zarządzania będzie mniej. Plany strategiczne, system kontroli przekazujący więcej tej bezpośredniej kontroli do państw członkowskich – to jest mniej centralnego zarządzania. Budżet za mały? To prawda. Chcielibyśmy zawsze większy, ale ja przypomnę, że to właśnie ta Komisja, Komisja pani przewodniczącej von der Leyen, chyba pierwszy raz w historii przedstawiła nowe propozycje, propozycje zwiększone o 26 mld euro. Rada nieco zmniejszyła ten przyrost, ale i tak to jest ponad 21 mld euro więcej, więc to jest ambitny budżet.

Tu była też wypowiedź pani Noichl, że jakby Zielony Ład został nałożony na starą propozycję wspólnej polityki rolnej. No, nie zgodziłbym się z tym. Oczywiście w sensie formalnym to jest stara propozycja, ale szereg nowych rozwiązań zostało tutaj wzmocnionych pod kątem Zielonego Ładu. Zwracam również uwagę, że będzie ten drugi etap – plany strategiczne i dialog między państwami członkowskimi i Komisją. Tam będzie miejsce na pełne wdrożenie strategii „od pola do stołu”, strategii bioróżnorodności czy choćby przyjętej kilka dni temu strategii redukcji emisji metanu w rolnictwie.

I pan Flanagan. Żeby wyjąć z polityki rolnej to, co z rolnictwem niezwiązane. Tak. Ja chcę powiedzieć, że takie są intencje. Np. w drugim filarze do tej pory było finansowanych wiele działań, które mogą być z powodzeniem finansowane z innych funduszy: z polityki spójności, z funduszu naprawczego, który został przecież przyjęty i będzie mógł również wspierać zwłaszcza to otoczenie rolnictwa. Tutaj jest potrzebna pewna refleksja.

Pan Dorfmann. Rolnictwo to nie hobby, to zawód. Ja bym dodał jeszcze coś więcej: rolnictwo to misja. I staramy się poprzez tę reformę, poprzez proponowane rozwiązania tę misję chronić i wspierać.

Szanowni Państwo! Jeszcze raz dziękuję za tę debatę, za przedstawione rozwiązania, za proponowane kompromisy, które w zdecydowanej większości idą w dobrym kierunku, zwłaszcza w tym kluczowym elemencie, jakim są ekoprogramy i przeznaczenie odpowiedniego udziału w budżecie na te ekoprogramy. To jest kluczowe dla tej reformy i to są bardzo dobre propozycje Parlamentu.

Chcę powiedzieć tak: ja się wychowałem w rodzinie rolniczej, w środowisku rolniczym, w którym to środowisku była taka zasada (była i myślę, że jest nadal), że nie liczy się zysk za wszelką cenę, „jak najmniejszym kosztem jak najwięcej zyskać”, ale przede wszystkim zostawić gospodarstwo w jak najlepszym stanie. Przekazać następnym pokoleniom w jak najlepszym stanie: lepiej uprawianą ziemię, lepiej zabezpieczone zwierzęta – to było zawsze celem każdego dobrego rolnika. Wierzę głęboko, że poprzez tę reformę będziemy w stanie pozostawić przyszłym pokoleniom nasze rolnictwo w lepszym stanie, i to jest celem tej reformy. Bardzo dziękuję Państwu Posłom za współpracę właśnie w takim celu, w takim działaniu dla lepszej przyszłości.

Der Präsident. – Herr Kommissar, herzlichen Dank für Ihre ja auch positive Zusammenfassung. Ich darf meine Kollegen noch bitten, hier zu bleiben. Die gemeinsame Aussprache ist nach 85 Wortmeldungen zwar abgeschlossen, ich muss nur noch auf die Frage von Frau Müller eingehen.

Die 85 Wortmeldungen zeigen auch sehr deutlich, wie sehr uns dieses Thema bewegt, wie sehr es in den Regionen, in jedem landwirtschaftlichen Betrieb ankommt, und wie vielseitig die Zugänge bei der Gemeinsamen Agrarpolitik – nämlich wirtschaftlich, ökologisch und sozial – sind, und dass dies eigentlich ein Thema ist, das alle Bürgerinnen und Bürger betrifft.

Im Anschluss an die Beratungen mit den Fraktionen, und darauf möchte ich eingehen, Frau Müller, darf ich, muss ich, möchte ich Sie über folgende Änderungen der Tagesordnung informieren, das heißt Ihre Frage nach dem Grund der Beratungen mit den Fraktionen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Marc Botenga (GUE/NGL), par écrit. – Chers collègues, écoutez les syndicats agricoles mobilisés. Écoutez les associations environnementales. L'heure est grave. Garantir à toutes et tous une alimentation suffisante et de qualité: tel doit être le point de départ de toute politique agricole. Si le but lucratif des spéculateurs ou de l'industrie alimentaire constitue l'étalon, on fait fausse route. Fausse route pour les agriculteurs, pour les consommateurs et pour l'environnement.

Et c'est malheureusement le choix qui a été fait par la politique agricole commune. Depuis que vous avez livré l'agriculture au marché, pensons à l'abolition des quotas laitiers et sucriers, il est devenu pour beaucoup d'agriculteurs impossible de survivre. Dans certains pays, tous les jours, un agriculteur se suicide.

Une nouvelle politique agricole commune devrait tenir compte non seulement de l'activité agricole réelle, de l'emploi et de la fourniture de services à la société, mais contribuer également à la transition vers des pratiques agro-environnementales et biologiques, à la réduction de la consommation de viande en faveur des protéines végétales, à l'agriculture biologique et aux circuits courts.

C'est tout le contraire de ce qui est proposé aujourd'hui. Fidèle à ses dogmes du marché, l'Union européenne va continuer de livrer notre agriculture à l'agrobusiness. Nous continuerons la lutte.

Sara Cerdas (S&D), por escrito. – A proposta de reforma da Política Agrícola Comum (PAC) surge num período determinante para a União Europeia (UE). Numa altura em que falamos sobre o futuro da UE em termos de sustentabilidade e ecologia, é importante que a nova PAC esteja alinhada com os objetivos do Pacto Ecológico Europeu, da Estratégia de Biodiversidade e da Estratégia do Prado ao Prato. Se por um lado temos de garantir que a UE tem uma agricultura mais competitiva e autossuficiente, que aposte no desenvolvimento territorial equilibrado das economias e comunidades rurais, na criação e manutenção de empregos, na formação e incentivos aos agricultores, por outro temos de garantir que existe uma forte ligação com a componente ambiental e de sustentabilidade, e que se assegure uma gestão sustentável dos recursos naturais e das ações climáticas.

A PAC pode e deve ser um aliado nos objetivos da UE em matéria de transição ecológica e digital, e estar assim orientada para os resultados, a fim de fomentar a modernização e a sustentabilidade económica, social, ambiental e climática, em consonância com a Agenda 2030 para o Desenvolvimento Sustentável e o Acordo de Paris sobre o Clima. Só com uma abordagem holística é que teremos mais Europa.

Johan Danielsson (S&D), skriftlig. – Idag går 38 procent av EUs budget till jordbruket. Samtidigt tar vittnesmålen om det hänsynslösa utnyttjandet av arbetskraft i sektorn aldrig slut. Det handlar om människor som arbetar för usla löner och arbetsvillkor. Många gånger bor de också under hemiska förhållanden. Myndigheter i Europa vittnar om hur kvinnor är särskilt utsatta och ibland lever som slavar, de arbetar långa pass på fälten under dagen och tvingas till sex med ägarna på kvällen. Vi har blivit sjukt avtrubbade för mänskligt lidande när vi accepterar att nästan 40 procent av EUs budget går till en sektor där 4 miljoner människor arbetar under illegala anställningsformer. Den här veckan har vi möjlighet att göra någonting på riktigt för dessa människor. Vi måste nu strama upp regelverket så att inget jordbruks-

stöd går till företag som inte respekterar gällande lagar och kollektivavtal. Vår partigrupp har lagt ändringsförslag kring detta, som vi hoppas får stöd av en majoritet i Europaparlamentet. Allt annat vore oanständigt. Vi måste sluta blunda för mänskligt lidande.

Robert Hajšel (S&D), *písomne*. – Budúca spoločná poľnohospodárska politika EÚ musí byť zelenšou, sociálnejšou a spravodlivejšou. Mala by sa zamerať na konkrétnejšiu pomoc menším farmám a ekologicky zmýšľajúcim mladým poľnohospodárom, ako aj na výraznejšie posilnenie práv pracujúcich v sektore. Z európskych fariem treba vykoreniť nové formy moderného otroctva, spočívajúce v tolerovaní nelegálnej práce, nevyhovujúcich pracovných podmienok a doslova vykorisťovania ľudí za nízke mzdy. Reforma SPP musí prispieť k zvýšeniu dodržiavania pracovných práv a farmári, ktorí porušujú sociálne práva, by rovnako ako tí, ktorí porušujú ekologické normy, nemali mať prístup k európskym peniazom. Pokiaľ ide o zaistenie zdravých a bezpečných potravín na našom stole aj do budúcnosti, určite by sa žiadalo prijatie pozmeňujúcich návrhov v duchu programu Z farmy na stôl. Privítal by som aj silnejšiu ochranu biodiverzity, ktorá aj vinou intenzívneho hospodárenia na pôde trpí. Udržateľná spoločná poľnohospodárska politika musí zabezpečiť štedrejší základný minimálny príjem farmárov a posilniť podporné schémy pre mladých ekologických farmárov. Treba konečne zastropovať aj výšku priamych platieb tak, aby európska podpora nekončila hlavne vo vreckách agrobarónov, ale zároveň nepoškodila fungovanie poľnohospodárstva v štátoch s tradične dominujúcim hospodárením vo väčších farmách. Hlavnými príjemcami európskych peňazí musia byť tí, ktorí na pôde pracujú, a nie tí, ktorí ju vlastní.

Dan-Ștefan Motreanu (PPE), *în scris*. – Reforma actuală a politicii agricole este una ambițioasă, introducând modelul de performanță al PAC, dar și obiective importante privind protejarea mediului și schimbările climatice, însă sustenabilitatea economică a fermierilor și cea socială a zonelor rurale trebuie să rămână la fel de importante.

Plățile directe reprezintă un pilon important pentru fermieri, și, neavând încă același nivel al plăților pentru fermierii din toate statele membre, consider că este esențială obținerea convergenței externe depline a plăților directe cât mai curând.

În această perioadă trebuie să continue ajutorul național tranzitoriu care permite sprijinirea fermierilor din sectoarele vulnerabile. Trebuie să ținem seama de specificitățile din statele membre și îmi pare foarte rău că nu am putut avea o flexibilitate mai mare în alocările financiare prevăzute la articolul 86 privind planurile strategice. Trebuie să protejăm toți agricultorii, să susținem activ zonele rurale, să contribuim la menținerea locurilor de muncă din agricultură și la dezvoltarea de noi capacități de producție.

Regret că nu lăsăm o și mai mare flexibilitate statelor membre în aplicarea articolului 15 referitor la planurile strategice. Viitoarea politică agricolă comună trebuie să fie simplă, flexibilă și să reducă la maximum birocrăția administrativă pentru fermierii noștri.

Andželika Anna Moździanowska (ECR), *na piśmie*. – W obliczu światowej pandemii koronawirusa potrzebujemy jak najszybciej nowej wspólnej polityki rolnej, która zapewni bezpieczeństwo żywnościowe i wsparcie finansowe dla ponad 10 milionów gospodarstw rolnych w UE. Wysokiej jakości oraz zdrowa żywność dla 500 milionów Europejczyków to sprawne, stabilne finansowo i innowacyjne rolnictwo!

Dlatego tak ważne są płatności bezpośrednie w ramach Europejskiego Funduszu Rolniczych Gwarancji. Nie zgadzam się, by podział środków między poszczególne kraje UE był nadal niesprawiedliwy i godzący w rolników części państw członkowskich, w tym polskich. Zaproponowane przez Komisję słabe tempo wyrównywania poziomu płatności bezpośrednich utrzymuje niespójne z nowymi celami WPR dysproporcje wsparcia producentów rolnych działających na jednolitym rynku.

Zgadzam się z potrzebą zwiększenia ambicji środowisko-klimatycznych WPR. Sprzeciwiam się jednak ustanawianiu minimalnych poziomów wydatków budżetowych na ekoschematy. Moim zdaniem bardziej zasadne i efektywniejsze jest podejście, w którym to państwa członkowskie mogą zdecydować, w jaki sposób, jakimi środkami i w jakich porcjach cele te będą realizowane. Uważam także, że należy zagwarantować państwom członkowskim elastyczność w zakresie możliwości wykorzystania środków niewykorzystanych w danym roku na ekoschematy. Wierzę, że uda nam się znaleźć szybko porozumienie, które będzie równe i sprawiedliwe dla wszystkich europejskich rolników.

Sandra Pereira (GUE/NGL), por escrito. – A proposta apresentada para a revisão da PAC não dá resposta às desigualdades na distribuição das ajudas entre países, produções e produtores; aos baixos preços à produção; aos baixos rendimentos de produtores; ao problema da concentração de terra, estimulada em parte pela má distribuição das ajudas; à necessária incorporação de jovens e novos agricultores; ao trabalho das mulheres agricultoras – entre outros problemas de fundo que afetam os pequenos e médios agricultores e a agricultura familiar, nomeadamente em Portugal. Os planos estratégicos elaborados pelos EM ficam subordinados e sujeitos à aprovação pela Comissão Europeia, que estabelece linhas orientadoras, com objetivos gerais alinhados com os interesses do grande agro-negócio e distribuição.

Estamos perante a primeira tentativa de responsabilizar ainda mais os EM pela utilização dos fundos da PAC, quando estes são ainda mais balizados e atribuídos segundo as regras impostas pela UE e, em última instância, a abertura da porta para uma renacionalização desta política comum inaceitável. O que se exige são políticas que assegurem: a soberania alimentar de cada Estado; o apoio a pequenos e médios agricultores e à agricultura familiar; preços justos à produção e a melhoria dos rendimentos de quem produz; práticas agrícolas sustentáveis, respeitadoras da biodiversidade e do ambiente; e a segurança e qualidade alimentar acessíveis a todos.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Esama tiesioginių išmokų sistema toli gražu ne visiems ES ūkininkams suteikia vienodas sąlygas. Didelė dalis ūkininkų gauna labai dosnias išmokas – nuo 100 iki net 209 % ES vidurkio. Tuo pat metu kai kuriose kitose šalyse išmokos siekia tik 77 % ES vidurkio. Tiesioginių išmokų sistema neparemta gamybos sąnaudomis ir tai parodo, kad tam tikrų ūkininkų diskriminacija yra vykdoma tikslingai. Turime tai nutraukti dabar. Kita galimybė bus tik 2028 m. Žaliųjų frakcijos nariai, nepaisant, iš kurios šalies jie yra, yra pasirengę siekti sąžiningo ir vienodesnio tiesioginių išmokų paskirstymo, kartu taip suteikiant sąlygas ūkininkams išlikti ir konkuruoti bendroje rinkoje. Ar tai padaryti esate pasirengę Jūs? Liberalai nuolatos kalba apie būtinybę apsaugoti rinką – štai jums proga. Parodykite, kad jūs nepritariate rinkos iškraipymams. Socialistai nuolatos kalba apie būtinybę nediskriminuoti žmonių ir užtikrinti bent minimalias pajamas. Jūs galite tai padaryti balsuodami už mūsų parengtą pataisą. Ji leistų užkirsti kelią ūkių nykimui ir padėtų atstatyti socialinį teisingumą. Konservatoriai nuolatos pasisako apie būtinybę stiprinti bendruomenes – štai jums proga, nes kitu atveju jų nebėliks regionuose. Kviečiu išdrįsti ir imtis pokyčių. Jau netrukus balsavimas parodys, ar mūsų kalbos nesiskiria nuo darbų.

Ivan Vilibor Sinčić (NI), napisan. – Budući da je vrijednost ZPP-a oko 1/3 proračuna EU (365 mlrd. eura u 7 godina), evidentna je važnost ovog akta, kao i utjecaj ZPP-a na sve države članice. Premda pozdravljam pojedine odredbe koje su konstatirane u ZPP-u, poput intencija za smanjenjem pesticida na 50 % do 2030., potrebe povećanja poljoprivrednih površina za organski uzgoj na 25 % te očuvanja bioraznolikosti, negativnih je strana daleko više, pa kao jedan od glavnih razloga ne davanja podrške ovim aktima ističem što će korist izvući ponajviše korporacije koje će dobivati najveći dio novca, dok za male poljoprivrednike osobito OPG-ove, koji čine preko 90 %, ostaju mrvice.

Kao i do sada zapostavljeni su u kontekstu potpora te se ZPP za njih zalaže samo načelno, bez jakih i svrsishodnih rješenja. Zanemareni su npr. prostori hrvatskih krških pašnjaka. Iako se kroz tekst provlači i veća zaštita dobroti životinja, ipak ne djeluje dovoljno u smjeru napuštanja industrijske poljoprivredne proizvodnje. Sadržaj ZPP-a za mene je neprihvatljiv te uzimajući u obzir kako mnogi dobri amandmani nisu dobili podršku, odlučio sam glasati protiv ZPP-a jer u konačnici donosi mnogo više štete nego koristi za Hrvatsku pa i Europu. U prilog protivljenju ZPP-u ide činjenica da je u suštini truli kompromis tri velika kluba establišmenta.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – BŽŪP vaidina svarbų vaidmenį plėtojant kaimo vietoves ES šalyse. Reikėtų sustabdyti ūkininkavimo atsisakymą išlaikant tvirtą ir gerai finansuojamą BŽŪP, siekiant sušvelninti gyventojų mažėjimą kaimo vietovėse ir toliau tenkinant vartotojų ir ūkininkų lūkesčius, kalbant apie aukštos kokybės maisto gamybą. Norint tai pasiekti, būtina vienodai elgtis su visais ES ūkininkais. Tai reikalinga tam, kad visi ūkininkai turėtų vienodas galimybes. Deja, toks nevienodas požiūris į ūkininkus vis dar pasitaiko, ypač tiesioginių išmokų sistemoje. Todėl reikėtų kuo skubiau išlyginti išmokas visiems ūkininkams, nepaisant jų regiono ar šalies. Tai ypač svarbu ūkininkams iš vadinaujamųjų naujų valstybių narių, kaip Lietuva. Tik suderinus subsidijas bus galima sąžiningai konkuruoti ES žemės ūkio rinkoje ir suteikti galimybę plėtoti žemės ūkį mūsų šalyse. Kalbant apie žemės ūkio ateitį, daugiausia dėmesio reikėtų skirti aukštos kokybės maisto gamybai, nes čia turime konkurencinį pranašumą. Taip pat reikalingos priemonės, padedančios pagerinti ilgalaikį maisto gamybos sektoriaus efektyvumą ir konkurencingumą, palengvinti ir finansuoti naujų technologijų diegimą žemės ūkio gamyboje. Būsimus veiksmus taip pat reikėtų sutelkti į naujų darbo vietų žemės ūkyje kūrimą, nes tik tokiu būdu galėsime sustabdyti kaimo vietovių gyventojų skaičiaus mažėjimą, o tai yra rimta problema. Kaimo vietovėse yra galimybių įsidarbinti, tereikia patikimos žemės ūkio politikos. Tai yra pagrindiniai ateinančių metų iššūkiai.

Adrián Vázquez Lázara (Renew), *por escrito*. – Votamos la nueva política agrícola común en el Parlamento Europeo. Sale adelante con el trabajo y apoyo de los tres grupos mayoritarios y supone un nuevo impulso para más de medio siglo de ayudas europeas a agricultores y ganaderos que han cohesionado nuestros países y mercados y han contribuido a la construcción europea.

En España, los datos son incontestables: más de 726 000 agricultores y ganaderos recibieron 5 006 millones de euros en ayudas de la PAC en 2018. Casi un 30 % de su renta media.

Por eso la nueva PAC será más sostenible económica y medioambientalmente. Se introducen nuevos eco-esquemas para apoyar intervenciones verdes y también mayores ayudas a los agricultores jóvenes o un ingreso redistributivo que empuje a crecer a las explotaciones más pequeñas. Además, dará más flexibilidad a los países para adaptarse a sus propias necesidades y acompañar mejor a nuestro sector primario en la modernización que lo impulse hacia el futuro.

A partir de ahora, la PAC seguirá su curso en el Consejo. Allí, el ministro Planas tendrá que conseguir para el campo español lo que no ha conseguido hasta ahora: no obligarles a hacer más con menos y no recortar el presupuesto de la PAC. Le deseo suerte y aciertos, porque serán también los nuestros.

Alexandr Vondra (ECR), *písemně*. – Na začátek mi dovoluť předeslat, že ačkoliv se obvykle neúčastním tolik populární války s uhlíkem, která i zde na půdě Evropského parlamentu v posledním roce převládala všechna ostatní témata, ochrana přírody mi leží upřímně na srdci. Jsem přesvědčen, že dnešní dominantně průmyslové zemědělství poškozují živou přírodu, půdu, vodní režimy i krajinu víc než cokoli jiného. Prokázaný úbytek lučních zpěvných ptáků a opylovačů u nás budiž důkazem. Proto jsem podporoval snahu ornitologů a krajinných ekologů o změnu. Tento návrh však takovou změnou není. Jen betonuje proud přímých dotací, zejména do velkých průmyslových agropodniků. Tyto dotace činí skoro 40 % všech evropských dotací z veřejných peněz. Jde o další podporu nekonečným lánům řepky a kukuřice, které končí v dotované výrobě nafty a v dotovaných bioplynových stanicích. Česká republika je díky řepce a dotacím vůbec „nejžlutější“ země v EU, a tak vám mohu z vlastní zkušenosti říci, že není o co stát.

Roberts Zīle (ECR), *rakstiski*. – Šīs nedēļas plenārsēžu debates ir izgaismojušas kolēģu viedokļu atšķirības attiecībā par lauksaimniecības politikas jautājumiem. Tā vietā, lai rastu kompromisu, kas darbotos katras individuālās dalībvalsts interesēs, katrs balsojums un ierosinātie grozījumi radīja arvien jaunus atšķirīgus viedokļus starp grupām un komitejām. It īpaši starp lauksaimniecības komitejas pārstāvjiem. Attiecīgi, pārstāvēt Latviju, man ir jābūt pārliecinātam, ka tiek atspoguļotas un aizsargātas Latvijas lauksaimnieku intereses. Šajā gadījumā plāns ieviest vienādu noteikumu visiem nesamērīgi ietekmētu Latviju salīdzinājumā ar citām dalībvalstīm. Saviem kolēģiem vēlētos atgādināt, ka ir jāpatur prātā katras dalībvalsts daudzveidība un atšķirības, to stiprās un vājās puses katrā lauksaimniecības nozarē. Lai realizētu ilgstošus pasākumus, ir jāpārliecinās, ka katra dalībvalsts ir spējīga ieviest šos noteikumus. Attiecībā par klimata pārmaiņu normatīvā regulējuma īstenošanu, vienī un tie paši noteikumi nav piemērojami visiem vienādi. Kaut arī Latvijas lauksaimniecības nozarei vēl joprojām jāuzlabo un jāmaina sava prakse, lai nākotnē tiktu nodrošināta zaļāka un ilgstspējīgāka lauksaimniecība, salīdzinot ar situāciju citās dalībvalstīs, Latvija noteikti ir piemērs, kam sekot. Dažāda līmeņa iespējas ne vienmēr ir jāuzskata kā kaut kas negatīvs, ja šādu situāciju ņem vērā un atbilstoši risina. Tomēr šonedēļ bija skaidrs, ka debates un sarunu mērķis nebija atrisināt šo jautājumu, fokusējoties tieši uz lauksaimniecības sektoru, bet gan vairāk to izmantot personisko ambīciju apmierināšanai.

6. Änderung der Tagesordnung

Der Präsident. – Die Ergebnisse der dritten Abstimmung des heutigen Tages werde ich noch heute Abend, Dienstag, 20. Oktober, um 23.00 Uhr anstatt morgen um 9.00 Uhr früh bekanntgeben, also Vorverlegung der Bekanntgabe der dritten Abstimmungsrunde.

Und jetzt komme ich direkt auf Ihre Frage: Außerdem wurden die Abstimmungen auf die verschiedenen Abstimmungstermine neu verteilt, um die Anzahl der eingereichten Änderungsanträge sowie der eingegangenen Anträge auf gesonderte und getrennte Abstimmungen zu berücksichtigen. Also das war ein Paket der Neuordnung, um auch stärker auf die einzelnen Ergebnisse eingehen zu können. Die Informationen über die Neuverteilung der Abstimmungen sind auf der Website des Europäischen Parlaments in der Rubrik „Vorrangige Informationen“ einsehbar, und ich muss Sie daher fragen: Gibt es gegen diese Neuverteilung und gegen diesen neuen Termin für die Bekanntgabe des Ergebnisses der dritten Abstimmungsrunde Einwände? Wenn das nicht der Fall ist, sind diese Änderungen angenommen.

Die Abstimmungen über die Änderungsanträge finden heute, morgen, am Donnerstag und am Freitag statt. Die Schlussabstimmung findet am Freitag, 23. Oktober 2020, statt. Ich glaube, dass wir damit das ganze Paket übersichtlich aufgeplittet haben.

(Die Sitzung wird um 12.43 Uhr unterbrochen.)

7. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 13.12 Uhr wieder aufgenommen.)

8. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 13.21 Uhr unterbrochen.)

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(Az ülés 14.30-kor folytatódik)

10. Zweite Abstimmungsrunde

Elnök asszony. – Jó napot kívánok, folytatjuk az ülést. És ezennel megnyitom a mai szavazások második körét. A napirendben előrejelzett témákról fogunk szavazni. A szavazás 14.30-tól 15 óra 45-ig tart, a szavazási mód ugyanaz, amit az elmúlt hetekben-hónapokban megszokhattunk a korábbi szavazási körök során. Felhívom a figyelmüket, hogy az összes szavazás név szerinti szavazás lesz, és ezzel megnyitom a szavazások második körét, 15 óra 45-ig tudják leadni a szavazataikat.

A második szavazási kör eredményeinek bejelentésére 18 óra 15 perckor fog sor kerülni.

(Az ülést 14.31-kor felfüggesztik)

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 15.01 Uhr wieder aufgenommen.)

12. Arbeitsprogramm der Kommission für 2021 (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2021 (2020/2772(RSP)).

Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass für diese Aussprache eine Rednerrunde der Fraktionen vorgesehen ist. Außerdem werden bei sämtlichen Aussprachen dieser Tagung weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten oder Wortmeldungen zur Geschäftsordnung akzeptiert.

Zusätzlich sind etwaige Online-Wortmeldungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Madam President, it is indeed my pleasure to present to you today the Commission's 2021 work programme. This is the third such programme in the past nine months, as we have had to react to the outbreak of the pandemic, but I hope that it will represent a return to our normal cycle of work.

As you know, in the first 100 days of this Commission's mandate, we set out our vision for the future and our proposed actions, notably to prepare our societies and economies for socially fair, green and digital transitions. Not long after, Europe and the world were blindsided by the COVID-19 pandemic and, together with this House and the Member States in the Council, we have taken forceful action to limit the health-related, social and economic effects of the crisis. Now, with our continent tormented by a second wave of infections, we can see more clearly than ever the magnitude of the challenge we are facing.

The pandemic has sharpened the need to strengthen Europe's long-term resilience, while we remain fully committed to our overarching ambition to lead twin green and digital transitions. It is in this context that we have drawn up the 2021 work programme. It shows how we plan to move beyond the fragility caused by the crisis, to seize the opportunity in front of us and to revitalise the European Union.

This year's action, as well as the preparation of this work, was a joint exercise. A key institutional step in the process was the meeting between the Conference of Committee Chairs of this House and the Vice-Presidents of the Commission. This exchange offered an excellent opportunity for an in-depth discussion of our priorities and expectations. Before that, the discussions of the Conference of Presidents with President von der Leyen contributed to defining the priority initiatives for 2021, which have already been announced in the letter of intent. Let me assure you that our priority is to maintain the special partnership throughout the entire policy cycle.

The 2021 work programme marks a clear shift from strategy to delivery, with an emphasis on new legislative initiatives in Annex 1 and revisions to existing legislation in Annex 2, which stem from commitments made in the strategies adopted in the first year of the mandate. The Commission aims to deliver not only on the recovery, but also on strengthening our long-term resilience. For this reason, the narrative refers to the first strategic foresight report, which focused on resilience, and underlines that the initiatives we will put on the table will be guided by strategic foresight. This means that we consider not only what is needed to recover today, but also what is required to build a better tomorrow.

Let me give you a few examples of the key initiatives planned for 2021.

Thanks to Next Generation EU, the historic recovery plan we presented, together with the revamped long-term budget, Europe has a ready-made tool to seize this opportunity. To repay the funds raised under the Next Generation EU, the Commission will put forward proposals for new own resources, starting with a revised emissions trading system, a carbon border adjustment mechanism and the digital levy.

To achieve a climate neutral Europe by 2050, we have set out many of the measures that we will table as a part of the 'fit for 55' package. You will see the different proposals, ranging from renewables to energy efficiency. We will follow this up with a host of initiatives to implement the EU circular economy action plan, the EU biodiversity strategy and the farm to fork strategy.

To make this Europe's digital decade, we will come forward with a roadmap of clearly defined 2030 digital goals, related to connectivity, skills and digital public services. We will also ensure the follow-up to the white paper on artificial intelligence, and we will draw lessons from the pandemic with a new industrial strategy for Europe and a legislative proposal to improve the working conditions of platform workers.

In order to mitigate the social crisis, we will put forward an ambitious action plan to fully implement the European Pillar of Social Rights, making sure that no one is left behind in Europe's recovery. Another important initiative will be the new European child guarantee scheme, notably ensuring access to basic services like health and education for all children.

To support our economies and strengthen the economic and monetary union, we will revise the framework for handling EU bank failures, take measures to boost cross-border investment in the EU and step up the fight against money laundering. Throughout next year, our geopolitical Commission will ensure that Europe continues to play a vital role in our fragile world, including by leading the global efforts to secure a safe and accessible vaccine for all. In addition, we will propose, not only the trade policy review, but also a joint communication on strengthening the EU's contribution to rules-based multilateralism, among other key initiatives designed to create a stronger Europe in the world.

In the face of COVID-19, the Commission proposes building a stronger European health union, including through the creation of a new agency for biomedical advanced research and development.

To preserve and improve its functioning, a new strategy for the future of Schengen will be tabled, together with a number of measures on legal migration. We will continue the implementation of the security union and will set out a comprehensive strategy on combating anti-Semitism.

Finally, many initiatives will fall under the push for European democracy, including new strategies on the rights of the child and for persons with disabilities, as well as a proposal to combat gender-based violence. The Commission will, among other things, propose clearer rules on the financing of European political parties and take action to protect journalists and civil society against abusive litigation. A long-term vision for rural areas will propose actions to harness the full potential of these regions. To make sure everyone can have their say, we also stress that it is now more important than ever that we launch the Conference on the Future of Europe.

It is clear that the coming year will be a busy one for policymaking in very difficult circumstances. Given that this work programme is focused on delivery, we must therefore be fully committed to our better regulation, better law-making agenda. In the coming weeks, we will put forward a new better regulation communication to offer a renewed focus on consultation, impact assessment, simplification and border reduction.

In total, we are announcing 86 flagship initiatives this year, grouped under 44 policy objectives or packages. Under the regulatory fitness and performance programme (REFIT), we have proposed 43 significant pieces of legislation for evaluation or revision.

To close, let me underline that bringing all our ambitions to life will require a team effort among all institutions. In this respect, let me highlight the importance of the joint declaration on legislative priorities to be endorsed by the presidents of the three institutions. It will serve as a concrete roadmap for our joint work and, in parallel, we will engage in the first ever multiannual programming to capture our common strategic priorities for Europe.

Thank you very much for your attention and for your great cooperation in preparing the Commission's work programme. I am really looking forward to your questions and comments.

Andrey Kovatchev, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the European Union needs to show leadership in these extremely challenging and uncertain times. Our clear strategies also need to be clearly communicated. The EPP Group welcomes the Commission's work programme and we are ready to work together on the implementation of our priorities.

Now I would like to briefly walk you through the EPP's priorities, aside from the multiannual financial framework (MFF) and the recovery package.

First, the digital strategy. During this plenary, the European Parliament is to adopt six reports on the Digital Services Act and artificial intelligence. These files matter a lot and we are now opening up discussions on how we, as regulators, can strike the right balance between digital progress and the respect of fundamental rights and freedoms. It is up to us, as policymakers, to build a regulatory framework for where voluntary commitments from the private sector are not enough. We have to create an artificial intelligence ecosystem that serves the people first. Looking to the future, we have to make education and training systems fit for the digital age. The digital revolution also requires enhanced cross-border judiciary cooperation.

Second, the functions of the Schengen area. With the second wave of the pandemic sweeping through Europe, better coordination is necessary to avoid disruption of the internal market and preserve jobs. We welcome the intention of the Commission to present a new strategy for the future of Schengen. However, unfortunately, we see that Member States have once again adopted various national restrictions which undermine not only the right of EU citizens to free movement, but also the recovery of the EU economy. Our Group supports a healthy Union that enables innovation, invests in the health and well-being of its citizens, and increases our resilience and preparedness to tackle cross-border health threats. An aging population, the need to ensure better access to treatment for all, the high prevalence of chronic diseases or diseases with a high social burden, such as cancer, require a more coordinated response at European level.

We also believe that the EU must shape globalisation and use its trade policy to set standards internationally. Our ability to conclude win-win agreements is fundamental to economic growth and recovery. However, we must not be naive. We strongly support the Commission in ensuring that the interests of the EU are fully protected and that our companies do not suffer from unfair competition. This brings me to the industrial strategy, which has to remain competitive while taking into account the digital and environmental challenges of tomorrow.

Last but not least, the Green Deal. Our environmental ambitions cannot be only about defending targets. The EPP will focus on concrete means that will bring about a significant reduction in emissions. Innovation and research will be key in this field. We ask the Commission to keep this in mind when negotiating the MFF and specific programmes with the Council. Fighting against climate change and fighting for employment in the context of the COVID-19 pandemic are the top priorities of our citizens.

Pedro Marques, on behalf of the S&D Group. – Madam President, I would like to say to Vice-President Šefčovič that 2020 has been marked by the crisis of the century, but also by the construction of an ambitious European response: 2021 must be the time for delivery! That's why we commend the Commission Work Programme and your work, Mr Vice-President, in its preparation. But let me be clear on our priorities.

The Recovery Plan and the MFF cannot be stalled. They are crucial for the economic rebound. Also, the Health Union has to be delivered properly. And we must speed up on the digital and green transitions. But we will deceive ourselves if we think that they have no consequences for the people. They should not go forward without a red heart in them.

In that regard, we salute the Commission's compromise to present an action plan to ensure the full implementation of the European Pillar of Social Rights, but we need more. We need to fight poverty and protect European workers. Many will be vulnerable to the digital transformation. Energy poverty must be addressed or it will be just worsened by the green transition.

The European Union has to do whatever it takes to assure that the recovery and the twin transitions are fair, effective and long lasting. That implies tax fairness across Europe, flexibility on the fiscal rules to be kept for several years, and also that previous rules must change, avoiding pressure over Member States to introduce austerity measures, as it happened 10 years ago with all the consequences we know. By opposite, measures providing a stabilisation function, such as the Unemployment Reinsurance Scheme, must be really implemented.

It is through solidarity that Europe will prevail. Solidarity amongst people, regions and Member States. Solidarity with migrants that need safe and legal paths. Solidarity and values. Fighting for real gender equality. Promoting the rule of law, our values, the SDGs in Europe and all over the world. This is a lot, we know, Mr Vice-President, but this is nothing less than our political family expects from the Commission to deliver next year.

Malik Azmani, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, I would like to start by saying to the Commissioner that we live in troubling times, and as we face the second corona wave we all hoped we could avoid, people's concerns about their health, employment and welfare are deepening. The truth is, we don't know how long we have to live with this virus. We face the unknown, and as creatures of habit we don't like uncertainty.

As once more, we ask people in Europe to work from home, to limit social contacts, to close businesses, it is our job as policymakers not just to ensure we ride out this storm together, we also need to give people perspective. We need to provide people with the certainty that we will pull Europe out of this health and economic crisis.

How do we do this, Commissioner? By focusing on what we can do and on what we know, and by focusing on the silver linings. So what can we do? When a teacher is brutally murdered, we can stand up for free speech and fight against external illiberal threats! When journalists are threatened, we can defend the free press and bring the perpetrators to justice. When we see the rule of law undermined, we cannot stay quiet. Actions that undermine the rule of law need to have consequences.

Our values are the foundation on which we have built our European house and we cannot paint over the cracks. This is something we can do. This is something we should do. And what do we know? We know that we are facing bad economic weather. But we also know that we hold the keys to new economic growth – by finishing the single market, by eliminating barriers to trade for our SMEs, by investing in green innovation and technologies. But the biggest unlocked potential to new growth has come to light as a result of corona.

The silver lining of all of our many online meetings. We can all see that the future is digital. We see it in this House this week with the first online plenary session. To tap into this potential, we need to think globally. Because the internet has no borders and if we don't make the rules, others will. We need a geopolitical digital strategy. The Commission is announcing its proposals for Europe's digital decade in January, and Renew Europe wants to see a solid strategy to build that digital economy.

Commissioner, we live in troubling times, but we have faced troubling times before. Let us focus on what we do know, on what we can do, and find the silver linings together that might lead us to renewed perspectives.

Harald Vilimsky, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herzlichen Dank für das Wort. Lassen Sie mich nur kurz eingangs erwähnen, dass ich diese Vielzahl von Shutdown- und Lockdown-Maßnahmen quer durch Europa für völlig überzogen erachte. Auch hier mehr oder minder vor einem leeren Haus, einem Geisterhaus zu sprechen, ist das falsche Signal, wenn wir den Menschen in Europa und in unseren Mitgliedstaaten hier auch entsprechend Hoffnung machen wollen.

Der Vorwurf, den ich an die Europäische Union hier mache, ist, dass man diese Krise dafür missbraucht, mehr und mehr an Zentralisierung zu implementieren. Das betrifft den Mehrjährigen Finanzrahmen, das betrifft die Sozialunion, das betrifft Corona-Bonds – eine Vielzahl von Maßnahmen, die im Huckepackverfahren dieser Welle ohne demokratische Miteinbindung der Mitgliedstaaten hier plötzlich über die Bühne geht.

Ein anderer Bereich ist die Green-Deal-Vereinbarung, wo mit überzogenen Maßnahmen, mit bis zu 55 % an Einsparungen hier ein Todesstoß für die Wirtschaft und Industrie erfolgt. Gerade in einer Zeit wie jetzt muss man den Menschen Zuversicht geben und hier auch mit Augenmaß reagieren, was aus meiner Sicht nicht der Fall ist. Wenn man Naturschutz und Umweltschutz macht – wofür ich ja bin –, ja bitte setzen Sie an bei der Vielzahl von LKW-Fahrten, völlig überflüssig quer durch Europa. Lebendtiertransporte – hier ist das Wichtige.

Letzter Satz: Weg von der Zentralisierung, hin zu den Mitgliedstaaten, dort ist man viel findiger, besser und effektiver in der Lösung von Problemen.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, je dirais pour commencer à M. Vilimsky que je suis assez content que ce ne soient pas lui et ses amis qui gèrent la crise sanitaire. Quand on voit comment M. Trump le fait et qu'ils voudraient visiblement faire le même genre de choses ici... eh bien, je me sens plus en sécurité lorsque les partis démocratiques gèrent la crise!

This being said, Mr Vice-President, humanity faces a huge challenge beyond the pandemic. It is making sure that this planet still remains inhabitable for human beings. And let me say I am happy to see that for the first time ever I think, this Commission, the one you belong to under the leadership of Ursula von der Leyen, is starting to take the full measure of what that means. And the fact that you have decided to make the European Green Deal the core strategy for the European Union bodes well. I will just say that those who say that this is all window dressing, that this is all greenwashing, do not realise what you are trying to make happen.

So you're right. We have to move from ambition to action and I'm very happy to hear that. I would say that there's two aspects that you need to avoid. The first one is, well, to keep open these blind angles of the Green Deal so far, and by that I mean trade policy — you announced a review of trade policy and that's a very good thing — but also agricultural policy. We are going to vote, and it's already too late. I think you let this one go. The future CAP will not be aligned with the Green Deal. I deeply regret that, and I think that the Commission could have avoided that. The other thing I want to say is that there will be many attempts to gut your plans of the European Green Deal. Resist them. We will be with you to do that.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Šefčovič, η Επιτροπή στα λόγια είναι συνήθως καλή. Το θέμα είναι τι γίνεται στην πράξη. Και στην πράξη ισχύει αυτό που συνήθως λέγεται για τη δράση της Ευρωπαϊκής Ένωσης: «too little, too late». Το δεύτερο κύμα της πανδημίας χτυπά με ιδιαίτερη σφοδρότητα και δείχνει ότι πρέπει να κάνουμε σε ευρωπαϊκό επίπεδο περισσότερα για την προστασία της δημόσιας υγείας. Η μεγάλη αύξηση της ύφεσης και της ανεργίας δείχνει ότι το θετικό βήμα του Ταμείου Ανάκαμψης δεν είναι αρκετό. Χρειαζόμαστε και έναν ισχυρότερο πολυετή κοινοτικό προϋπολογισμό.

Αυτά που είπατε για τον κοινωνικό πυλώνα τα λέτε εδώ και τρία χρόνια, αλλά ελάχιστα έχουν γίνει. Αυτά που είπατε για περισσότερη αλληλεγγύη τα λέτε χρόνια, αλλά εξακολουθεί να εφαρμόζεται μια άδικη πολιτική με ελλιπή αλληλεγγύη στο προσφυγικό/μεταναστευτικό που πλήττει και τη χώρα μου, την Ελλάδα, και αδικεί και την Ευρώπη διότι δημιουργεί Μόριες. Αυτά που είπατε για την κλιματική αλλαγή και την ψηφιακή μετάβαση πρέπει επίσης να τα δούμε να μεταφράζονται και σε γραμμές προϋπολογισμού.

Επίσης, στο θέμα των διαπραγματεύσεων για τον νέο πολυετή προϋπολογισμό —αν θέλετε να είστε honest broker, κύριε Šefčovič— εσείς της Επιτροπής δεν πρέπει να ευθυγραμμίζετε με το Συμβούλιο αλλά να διαδραματίσετε έναν ρόλο διαμεσολαβητή ανάμεσα στο Κοινοβούλιο και το Συμβούλιο, διότι χρειαζόμαστε περισσότερη και καλύτερη Ευρώπη και αυτή απαιτεί ισχυρότερους πόρους, ιδίους και ουσιαστικούς.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I think that the honourable Members touched on the most important elements in the work plan of the Commission for the next year and I fully understand, totally sympathise and support the focus that all the interventions put on the current pandemic, on tackling the virus, and I agree with all of you that in these particular situations we never can say that we did enough, because every day is bringing new challenges, every day brings more suffering, and therefore I totally agree with you that we should really focus our minds on how to tackle the crisis in more efficient way.

I was part of a very vigorous discussion in the General Affairs Council as you know, this was also debated on the level of the European Council, and I know that you devote a lot of time to looking for the best ways on how to tackle the pandemic and I think that the answers you provided are the correct ones.

We need more coordination. We need to inform each other better. We need to listen more to the science and we need the stronger health union – where we will find the better ways for how to inform each other about border closures, where we would align the methodologies for testing for scientific data and where we, as we are doing right now, would be focusing for making sure that we will play this good role of Europe, for making sure that we will guarantee the high quality, tested, proven vaccines for all, not only in Europe but on the entire planet.

That's, I think, one of the key missions: to show that Europe is doing its utmost to make sure that our world is a better place, and I'm sure that with your support we will build the stronger health union in the European Union and also we will equip Europe with the instruments we need, and thank you very much for that support.

The green and digital. There was a lot of discussion and I remember that we have been debating also together whether COVID-19 would in any way slow down our efforts in making sure that this twin transition will bring the transformative effects we expect from it to the benefit of the European economy.

I think we have seen the opposite. We have seen that the COVID-19 crisis has served as an accelerator of our efforts and that more and more people in Europe realised during this first lockdown how nature is important, how protection of the environment is crucial for the survival of the human species, and how important it is not to waiver in protecting our environment, and therefore we need to find the ways for how this twin transition could be mutually reinforced.

It will be part one of our foresight studies for the next year: what are the links and how can we reinforce these green and digital processes together? I would really like to thank you for the very good discussion and your legislative reports on artificial intelligence, on the digital services act and on digital policies. They will, for sure, help us dramatically in launching what is already happening, that this decade should be the decade of digital policies for Europe.

Mr Marques and also Mr Papadimoulis but also Mr Azmani have rightly highlighted the importance of social policies. I think that if you look at our programme you will see that we are presenting a very ambitious action plan. It's not a plan, it's an action plan. Concretely, what we are going to do in making sure that nobody is left behind and that we are going to deliver on the very concrete elements, how to build the European pillar of social rights, and I think that we will be debating every single measure and I'm sure that together we will create a much stronger social network, much stronger social policies, which I hope would mitigate the dire consequences of not only the health but also the economic crisis through which we are going together.

I would like to thank Mr Kovatchev, Mr Marques, and also Mr Lamberts, for on one side the strong calls for being more ambitious and also for reminding us that to achieve all these ambitious policies we need sources, we need instruments, and in our case this is the multiannual financial perspective, this is the Next Generation EU.

I can assure all of you that we will do our utmost to be an honest broker. You know where we stand in this very important institutional debate and discussions, I heard that the negotiators are working very hard, that they are optimistic, despite the very difficult discussions, that we will have this very important financial instrument at our disposal as of 1 January 2021.

I think the citizens would have a hard time forgiving us if we wouldn't manage to get that, so I think we have to put all our minds, all our creativity, all our good political will, to making sure that we will have the budget and the Next Generation EU in place as of 1 January 2021 so we can implement all of the proposals which we discussed today, because as you all underlined, this should be really the year where we will move from strategy to delivery. That's our intention and I'm sure that thanks to your close cooperation and your support, we will achieve that.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – Il 2020 ha rappresentato il momento più difficile per l'Europa unita in tutta la sua storia. Ora che gli Stati membri si trovano a dover fronteggiare la temuta seconda ondata della pandemia di Covid-19, il programma di lavoro della Commissione per il 2021 deve dimostrarsi all'altezza delle difficili sfide che ci attendono. Le priorità individuate – il Green Deal europeo, la trasformazione digitale, un'economia che metta al centro le persone, il rafforzamento dell'UE nel contesto globale, la promozione dei valori e della democrazia europei – si pongono certamente in questa direzione. Particolarmente significativi sono la *Child Guarantee* europea, per assicurare ad ogni bambino l'accesso ai servizi essenziali quali educazione e salute; il rafforzamento dell'Unione della sicurezza, soprattutto con riguardo al contrasto alla criminalità organizzata; le nuove strategie sui diritti delle persone disabili e sui diritti dei bambini, in particolare quanto alla lotta ad ogni forma di violenza anche *online* e alla creazione di una giustizia a misura di minore; l'impegno nel contrasto alla violenza di genere. Deve inoltre assicurarsi una forte dimensione sociale nell'approccio alle politiche economiche ed ambientali. Tali iniziative devono tradursi in proposte legislative entro il prossimo anno, per consentire ai legislatori di adottarle prima della fine della legislatura.

Isabel García Muñoz (S&D), *por escrito*. – El programa de trabajo 2021 está estrechamente relacionado con el plan de recuperación para Europa, con el instrumento de recuperación *Next Generation EU* y un presupuesto de la UE reforzado para 2021-2027.

Como socialistas, incidimos en la necesidad que el plan de recuperación y el MFP no pueden paralizarse porque son cruciales para la recuperación económica. Además, la Unión Europea de la Salud es una urgencia que debe cumplirse correctamente. Debemos acelerar las transiciones digital y verde garantizando que sean justas, eficaces y duraderas. Saludamos el compromiso de la Comisión de presentar un plan de acción para garantizar la plena aplicación del pilar europeo de derechos sociales, pero necesitamos luchar contra la pobreza y proteger a los trabajadores europeos vulnerables a la transformación digital.

La Unión Europea necesita una equidad fiscal en toda Europa y una flexibilidad en las reglas fiscales durante varios años; las medidas como el Régimen Europeo de Reaseguro de Desempleo, deben realmente implementarse.

Saldremos de esta crisis a través de la solidaridad: solidaridad entre personas, regiones y Estados miembros, con los migrantes que necesitan caminos seguros y legales. Luchando por nuestros valores: por una verdadera igualdad de género y Estado de Derecho.

Nicolás González Casares (S&D), *por escrito*. – El programa de trabajo 2021 está estrechamente relacionado con el plan de recuperación para Europa, con el instrumento de recuperación *Next Generation EU* y un presupuesto de la UE reforzado para 2021-2027.

Como socialistas, incidimos en la necesidad que el plan de recuperación y el MFP no pueden paralizarse porque son cruciales para la recuperación económica. Además, la Unión Europea de la Salud es una urgencia que debe cumplirse correctamente. Debemos acelerar las transiciones digital y verde garantizando que sean justas, eficaces y duraderas. Saludamos el compromiso de la Comisión de presentar un plan de acción para garantizar la plena aplicación del pilar europeo de derechos sociales, pero necesitamos luchar contra la pobreza y proteger a los trabajadores europeos vulnerables a la transformación digital.

La Unión Europea necesita una equidad fiscal en toda Europa y una flexibilidad en las reglas fiscales durante varios años; las medidas como el Régimen Europeo de Reaseguro de Desempleo, deben realmente implementarse.

Saldremos de esta crisis a través de la solidaridad: solidaridad entre personas, regiones y Estados miembros, con los migrantes que necesitan caminos seguros y legales. Luchando por nuestros valores: por una verdadera igualdad de género y Estado de Derecho.

Alicia Homs Ginel (S&D), *por escrito*. – El programa de trabajo 2021 está estrechamente relacionado con el plan de recuperación para Europa, con el instrumento de recuperación *Next Generation EU* y un presupuesto de la UE reforzado para 2021-2027.

Como socialistas, incidimos en la necesidad que el plan de recuperación y el MFP no pueden paralizarse porque son cruciales para la recuperación económica. Además, la Unión Europea de la Salud es una urgencia que debe cumplirse correctamente. Debemos acelerar las transiciones digital y verde garantizando que sean justas, eficaces y duraderas. Saludamos el compromiso de la Comisión de presentar un plan de acción para garantizar la plena aplicación del pilar europeo de derechos sociales, pero necesitamos luchar contra la pobreza y proteger a los trabajadores europeos vulnerables a la transformación digital.

La Unión Europea necesita una equidad fiscal en toda Europa y una flexibilidad en las reglas fiscales durante varios años; las medidas como el Régimen Europeo de Reaseguro de Desempleo, deben realmente implementarse.

Saldremos de esta crisis a través de la solidaridad: solidaridad entre personas, regiones y Estados miembros, con los migrantes que necesitan caminos seguros y legales. Luchando por nuestros valores: por una verdadera igualdad de género y Estado de Derecho.

Livia Járóka (PPE), *in writing*. – Never before in modern history has Europe had to face such an overwhelming social, economic, political and health challenge. Europe needs a systemic change for its foundations where the principles of solidarity, union and fellowship are at the core of our enduring priorities.

2020 is not yet over but we need to be decisive in looking towards 2021, and the European Commission's Working Programme is a unique opportunity for achieving great acceleration of change and prosperity. Yes, we need to push towards a comprehensive green and digital transition that makes our societies and economies more resilient. Also, we must ensure that the pandemic will not deepen the inequalities and leave the most vulnerable aside.

I welcome the adoption of the 10-year EU Roma Strategic Framework. 2021 will see the efforts directed to put forward new targets and recommendations for Member States and ensure that the EU does more in providing the vital support that so many Roma living in the EU need. Marginalisation persists, and many Roma continue to face a combination of disproportionate discrimination, anti-gypsyism and socio-economic exclusion in their daily lives that is worsened each day because of the overwhelming global health crisis we are living.

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – El programa de trabajo 2021 está estrechamente relacionado con el plan de recuperación para Europa, con el instrumento de recuperación *Next Generation EU* y un presupuesto de la UE reforzado para 2021-2027.

Como socialistas, incidimos en la necesidad que el plan de recuperación y el MFP no pueden paralizarse porque son cruciales para la recuperación económica. Además, la Unión Europea de la Salud es una urgencia que debe cumplirse correctamente. Debemos acelerar las transiciones digital y verde garantizando que sean justas, eficaces y duraderas. Saludamos el compromiso de la Comisión de presentar un plan de acción para garantizar la plena aplicación del pilar europeo de derechos sociales, pero necesitamos luchar contra la pobreza y proteger a los trabajadores europeos vulnerables a la transformación digital.

La Unión Europea necesita una equidad fiscal en toda Europa y una flexibilidad en las reglas fiscales durante varios años; las medidas como el Régimen Europeo de Reaseguro de Desempleo, deben realmente implementarse.

Saldremos de esta crisis a través de la solidaridad: solidaridad entre personas, regiones y Estados miembros, con los migrantes que necesitan caminos seguros y legales. Luchando por nuestros valores: por una verdadera igualdad de género y Estado de Derecho.

Domènec Ruiz Devesa (S&D), *por escrito*. – El programa de trabajo 2021 está estrechamente relacionado con el plan de recuperación para Europa, con el instrumento de recuperación *Next Generation EU* y un presupuesto de la UE reforzado para 2021-2027.

Como socialistas, incidimos en la necesidad que el plan de recuperación y el MFP no pueden paralizarse porque son cruciales para la recuperación económica. Además, la Unión Europea de la Salud es una urgencia que debe cumplirse correctamente. Debemos acelerar las transiciones digital y verde garantizando que sean justas, eficaces y duraderas. Saludamos el compromiso de la Comisión de presentar un plan de acción para garantizar la plena aplicación del pilar europeo de derechos sociales, pero necesitamos luchar contra la pobreza y proteger a los trabajadores europeos vulnerables a la transformación digital.

La Unión Europea necesita una equidad fiscal en toda Europa y una flexibilidad en las reglas fiscales durante varios años; las medidas como el Régimen Europeo de Reaseguro de Desempleo, deben realmente implementarse.

Saldremos de esta crisis a través de la solidaridad: solidaridad entre personas, regiones y Estados miembros, con los migrantes que necesitan caminos seguros y legales. Luchando por nuestros valores: por una verdadera igualdad de género y Estado de Derecho.

Nacho Sánchez Amor (S&D), *por escrito*. – El programa de trabajo 2021 está estrechamente relacionado con el plan de recuperación para Europa, con el instrumento de recuperación *Next Generation EU* y un presupuesto de la UE reforzado para 2021-2027.

Como socialistas, incidimos en la necesidad que el plan de recuperación y el MFP no pueden paralizarse porque son cruciales para la recuperación económica. Además, la Unión Europea de la Salud es una urgencia que debe cumplirse correctamente. Debemos acelerar las transiciones digital y verde garantizando que sean justas, eficaces y duraderas. Saludamos el compromiso de la Comisión de presentar un plan de acción para garantizar la plena aplicación del pilar europeo de derechos sociales, pero necesitamos luchar contra la pobreza y proteger a los trabajadores europeos vulnerables a la transformación digital.

La Unión Europea necesita una equidad fiscal en toda Europa y una flexibilidad en las reglas fiscales durante varios años; las medidas como el Régimen Europeo de Reaseguro de Desempleo, deben realmente implementarse.

Saldremos de esta crisis a través de la solidaridad: solidaridad entre personas, regiones y Estados miembros, con los migrantes que necesitan caminos seguros y legales. Luchando por nuestros valores: por una verdadera igualdad de género y Estado de Derecho.

Isabel Santos (S&D), *por escrito*. – O Programa de Trabalho da Comissão para 2021 contém muitas das propostas que o meu grupo político reclamava e, por isso, é com redobrada expectativa que aguardamos para estas propostas serem postas em prática. Este não é um momento em que possamos ficar apenas por boas intenções, é necessário concretizar estas ideias para ajudar a resolver todos os desafios que se nos colocam.

Saúdo especialmente o anúncio da apresentação de uma comunicação sobre a renovação da Parceria com a Vizinhança Meridional. Este documento é aguardado com grande expectativa, especialmente devido aos inúmeros problemas e situação dramática pela qual estão a passar alguns dos países desta região. Como Presidente da Delegação UE-Maxerique tenho acompanhado de perto os desenvolvimentos nestes países. Desde guerras, crises políticas, situações humanitárias gravíssimas, acidentes trágicos, entre outros, estas nações têm estado expostas a mais do que conseguem suportar. É por isso fundamental que esta comunicação possa ser um sinal da vontade e disponibilidade da União Europeia em reforçar a sua cooperação com a região e contribuir de forma concreta para a Paz, Democracia e respeito pelos Direitos Humanos destas populações, que estão tão próximas da Europa, mas que, quase sempre, parecem estar tão longe de nós.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Belgickí policajti na zadržanom slovenskom občanovi šestnásť minút kľáčali a robili si z neho posmešky, naznačujúce extrémistické správanie. Zásah vyústil až v smrť tohto človeka. Takéto konanie je pre mňa nie len neakceptovateľné, ale aj nepochopiteľné. Nepochopiteľné podobne ako stav, že sme sa o tomto škandále dozvedeli až po dvoch rokoch. Som rád, že belgická polícia na môj podnet začala konať a zriadila vyšetrovaciu komisiu. No veci sa rozhýbali, až keď prišiel tlak z najvyšších miest. Potrebujeme zabezpečiť, aby bolo samozrejmosťou, že sa nič podobné už nezopakuje.

13. Empfehlung an den Rat, die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Beziehungen mit Belarus (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Petras Auštrevičius im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat, die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Beziehungen mit Belarus (2020/2081(INI)) (A9-0167/2020).

Auch bei dieser Aussprache können weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten oder Wortmeldungen zur Geschäftsordnung akzeptiert werden.

Außerdem sind Online-Wortmeldungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Petras Auštrevičius, *rapporteur*. – Madam President, today is the 73rd day of peaceful protests in Belarus. Belarusian people are bravely facing unlawful arrests, humiliation, assaults, injuries or worse caused by the security forces that should be protecting them. Over 14 000 Belarusians were detained, more than 350 criminal cases initiated and the list of political prisoners is nearing up to 100. All of these brutalities is because of one person – Alexander Lukashenko – who puts his own interests over the future of the Belarusian people and the independence of Belarus.

The Belarusian people are fighting for their freedom and dignity, for their right to free and fair election and their right to have a say in the matters determining the future of their country. They seek to break free from Lukashenko's 26 years-long dictatorship. Their brave and inspiring actions require three simple actions from our side: solidarity, support and sanctions. Together with colleagues, we have made sure that this recommendation report to the Council and Commission and the High Representative would guide the European Union's policy towards Belarus accordingly.

We listened and heard Belarusian people, who are not like their former President, are forward looking. They want to live in a free, democratic and prosperous country. The main demand of the Belarusian people is to halt violence against peaceful protests, to organise new, free and fair elections and release all detained protesters and political prisoners. Our answer must be loud and clear. All violence must stop, everyone detained for political reasons must be immediately released and those responsible have to be brought to justice. The new election has to be held as soon as possible and in compliance with international standards and supervision of the OSCE. The Coordination Council initiated by Sviatlana Tsikhanouskaya, President-elect according to the Belarusian people, should be recognised as the legitimate representative of the Belarusian people and supported in its efforts to start a dialogue with the regime, for the sake of peaceful and democratic transition of power.

The EU-imposed sanctions against the main culprits must be extended. The sanctions list has to include Alexander Lukashenko and go beyond his closest environment. Our support, including the financial one, should go directly to the Belarusian people. The EU must also think about a comprehensive programme for Belarus to invigorate its economy after the new presidential elections are held. The EU-Eastern Partnership programme has all tools and expertise to help Belarus to modernise and diversify its economy and fight corruption, among other things.

In addition to applying pressure to the Belarusian regime over human rights violations, the European Union has to be alert regarding the launch of the unsafe Astravets Nuclear Power Plant this November. Nuclear dictatorship of Lukashenko presents a major threat to the security of Europeans.

People on the streets of Belarus have spoken. Now it's time for us to show our understanding, support and action.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I would like to thank Mr Auštrevičius for his report, and also all the other Members of this Parliament who have contributed to it. It's clear that Parliament has demonstrated overwhelming support for the rights of the Belarusian people and have brought support to the actions taken by the European Union institutions at all levels so far.

I took note of Parliament's September resolution on Belarus and your recommendations today are more than welcome as a further substantive contribution to our work. I agree with you; unfortunately, the situation on the ground in Belarus has not improved. There has been and continues to be a brutal crackdown against citizens, journalists, and against members of the Coordination Council itself. The Interior Minister recently authorised the use of lethal force – lethal force! – and the increasing levels of violence against protesters are extremely worrying. They are sending extremely worrying signs, but also signs of the desperation on the side of the authorities, aware as they are of the unwavering commitment of Belarusians to a democratic future for their country.

This House knows very well that the European Union has firmly rejected the falsified results of the 9 August presidential elections. We did that at the Foreign Affairs Council. They did that at the European Union Council and the Commission had also joined its voice to this choir. Now we have clearly said that Alexander Lukashenko lacks any democratic legitimacy. We say about him the worst thing that one can say about someone who wants to govern a country: 'you lack democratic legitimacy for doing so, we don't recognise you as the legitimate President of Belarus'. I want to stress that and repeat it again, solemnly, at this sitting of European democracy.

We have now adopted sanctions against 40 Belarusian officials responsible for violence, repression and election falsification. We did that a couple of weeks ago, but since the situation in Minsk continues to deteriorate and there seem to be limited prospects for a dialogue – I'm saying 'limited' rather than saying 'not at all' – the Council gave its political green light to start the preparation of the next sanctions package. At that time, it will include also Alexander Lukashenko himself. The technical work started immediately after the Council and it will be finished soon. No Member State put any kind of obstacle forward to that.

The comprehensive Council conclusions we adopted on 12 October 2020 sent a clear message that the conduct of these elections has had an adverse effect on European Union-Belarus relations and we have also stated that 'business as usual' is no longer possible. So our relations with Belarus are in the course of being re-examined.

At the same time, and in line with your recommendation, we have reiterated that the European Union stands in solidarity and will step up support to civil society. I also had the opportunity of conveying this message in a phone call I had with the Foreign Affairs Minister of Belarus.

We have also emphasised that the European Union stands ready to support a meaningful democratic transition in Belarus and we are working on a comprehensive economic support package that the European Union institutions would be ready to offer to a new democratic Belarus.

The European Union remains united in its assessment of the situation and the actions that have to be taken, as I made clear once again when I spoke to Foreign Minister Makei on 9 October, 10 days ago.

All Member States continue to call on the Belarusian authorities to end violence and repression, release all detainees and political prisoners, and respect media freedom. The attempts by the Belarusian authorities to target certain EU Member States by asking them to reduce their diplomatic representation in Minsk will not weaken our unity.

I share the views of Members of this House, as clearly expressed in the recommendation, that only an inclusive national dialogue with the broader society, in particular with the Coordination Council, can lead to a peaceful and sustainable solution of the crisis. We continue to support the proposal for an OSCE mission to facilitate this dialogue and we are promoting such an approach with all international actors, but I have to say that, to my regret, the Belarusian authorities have not responded at all. In French you would say *ils sont aux abonnés absents*, no answer.

The people's patience is running out, as we have seen from the call by Ms Tsikhanouskaya for certain actions to be taken by 25 October. We admire the perseverance and the determination of the peaceful demonstrators facing threats, intimidation and violence, and call on them to remain peaceful and not to fall into provocations. I know this would be difficult but I think this is the best thing they can do.

In this difficult period for the Belarusian people we continue our full support for their democratic right to elect their president through new, free and fair elections under OSCE observation. I have to thank all of you again for your detailed recommendation on Belarus. It's an important contribution and an important support for our work.

Andrius Kubilius, on behalf of the PPE Group. – Madam President, first of all, I would like to say that the EPP fully supports this report on a European Parliament recommendation prepared by Petras Auštrevičius, because we fully support the Belarusian people in their democratic revolution, under the leadership of Sviatlana Tsikhanouskaya and the Coordination Council.

As we know, the people of Belarus have, for 10 weeks in a row, been continuing their protests. The European Parliament, along with all other EU institutions, has until now shown clear and very dynamic political leadership in support of the Belarusian people. Indeed, Parliament President David Sassoli was the first to invite Sviatlana Tsikhanouskaya to visit Brussels. This was a very important visit, which was followed by other high-level meetings.

Today, we need to ask ourselves: what else can we do, in practical terms, as Parliament, as Members of this House? I have three brief ideas.

First, without further delay, by decision of the leadership of Parliament, let's create a high-level Belarusian mission of former presidents and prime ministers, as was done with the Kwaśniewski-Cox mission to Ukraine. In this way, we can consolidate our position within the EU and increase pressure not only on Lukashenko, but also on Putin.

Second, let's join our efforts with Sviatlana Tsikhanouskaya's headquarters and let's assist them in establishing information centres here in Brussels, and maybe later on in other capitals.

Third, together with proper pro-democracy foundations, let's establish a special centre for the international investigation of OMON crimes, with a mandate to collect evidence and assist with legal expertise at the start of individual criminal cases.

Those are just a few ideas of what we can do. We, and the whole EU, can do much more! Let's continue to stand together with the people of Belarus, and *Zhiv'e Bielarus!*

Tonino Picula, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, arrests of presidential candidates and peaceful protesters, and the violent crackdown on the Opposition and civil society is a picture of Belarus today. We condemn it in the strongest possible terms. We cannot tire of repeating that the violence and repression against the people of Belarus must stop and new elections must be held. Cooperation with the Belarusian authorities is no longer possible as long as the regime continues the brutal repression against the people and does not release all recent detainees and political prisoners.

This is why the European Union must move from critical engagement to critical reassessment. To start with, European Union financial assistance must solely benefit civil society. We in the S&D Group also want to support the victims of repression, offer help to deal with the socio-economic consequences of the Covid-19 pandemic, and also continue to engage with the people, no matter what their walk of life. We fully support the extended list of sanctions that now includes Lukashenko too. A business as usual approach has not worked in this case for a long time now.

To conclude, we call on the European Union to reflect upon its approach to the Eastern Partnership countries that violate the joint commitments on democracy, the rule of law, fundamental freedoms and human rights. The European Union must take responsibility for the promise of security and prosperity in the common neighbourhood.

Thierry Mariani, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, l'Union européenne a fait pression sur Chypre pour que Nicosie accepte de participer à la mise en place des sanctions contre Minsk mais n'a brandi aucune menace contre la Turquie d'Erdoğan.

Une diplomatie forte avec les faibles et faible avec les forts est une diplomatie impuissante: c'est ce que nous sommes. Je n'ai pas varié en ce qui concerne le Bélarus: il faut le calme à Minsk, favoriser le dialogue entre les différentes parties et le retour au calme.

Je voudrais quand même m'attarder sur un élément étonnant du rapport: l'Union européenne prétend connaître les résultats du scrutin présidentiel grâce à une enquête sociologique réalisée sur une plateforme internet. Ces méthodes me semblent extrêmement dangereuses pour la démocratie. Si l'Union européenne se fonde désormais sur des enquêtes sociologiques et des affirmations aussi vides de sens pour reconnaître des scrutins, qu'en sera-t-il demain des scrutins? Qui nous dit que, demain, on n'appliquerait pas ce principe pour les élections en Pologne?

Nous avons reconnu, au Venezuela, l'élection de Juan Guaidó; depuis, nous sommes dans une impasse. Monsieur Borrell, ne sommes-nous pas en train de faire la même chose? À vouloir reconnaître absolument l'élection de l'opposante, ne sommes-nous pas dans une impasse et ne nous excluons-nous pas des prochaines discussions?

Viola Von Cramon-Taubadel, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, two months ago Lukashenko stole the elections and here we spend again for the fourth time debating what to do. While we debate, those who dare to speak up against injustice and violence are kidnapped, detained, imprisoned, beaten, tortured and raped. While we debate, athletes, scientists, journalists, doctors are purged, IT specialists expelled from the country, factory workers deprived of their income, parents and kids threatened and blackmailed. While we debate, Putin's Russia has encroached Belarus' sovereignty and the dictator in Minsk is ready to sell his country to save himself.

Enough with debates, let's take actions. First, the sanctions list has to be updated and extended by everyone who executes Lukashenko's orders. We should also include those in the list who spread misinformation and propaganda from Russia. Second, those athletes, scientists, students, doctors, IT specialists, should immediately be given Schengen visas and get the opportunity to work here in the European Union. Third, all brutal regimes come to an end and Lukashenko's dictatorship is no exception. We should be prepared for peaceful transfer of power and already now pledge financial assistance to a post-Lukashenko democratic government. This will send a signal to the people of Belarus that the EU stands with them. In this process, Parliament here should take the lead.

Lastly, the source of Lukashenko's power is President Putin. The dictator can only afford to oppress his own people because he remains useful to the Kremlin. You cannot expect Putin to change; he will not become a reliable partner of the European Union. Instead, we should take decisive measures and send a clear sign that oppressing, annexing, occupying, poisoning, will not be tolerated by the European Union.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, over 70 days of resolute protests of Belarusian people against the usurper president who uses all the power of the country against civilians. I commend Petras Auštrevičius on his excellent report. It was a privilege to work on this file. His three asks are extremely important: solidarity, support and sanctions. Sanctions should be extended. And in terms of support we have to think not only about a future, democratic, better Belarusian state, but currently about the overwhelming support to Belarusian people, not avoiding any governmental channels.

Idoia Villanueva Ruiz, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora presidenta, desde agosto Bielorrusia vive una movilización social masiva contra unos resultados electorales que muchos consideran fraudulentos. Hemos vivido una espiral de detenciones de manifestantes, peticiones de dimisión de Lukashenko y un aumento de las tensiones en las fronteras de la Unión Europea.

Nosotras siempre defenderemos el derecho de cualquier persona, en cualquier lugar, a la protesta contra los abusos, siempre ligado a la exigencia de que cada pueblo es soberano para determinar su destino sin injerencias externas. Por esta razón no toleramos ni subordinar los derechos humanos ni la democracia a intereses geopolíticos ni invocarlos selectivamente para un país sí y para otro no.

En esta semana celebramos precisamente el triunfo del pueblo boliviano, pese a un golpe de Estado de más de un año y múltiples impedimentos. Y miramos con esperanza el plebiscito de Chile, conseguido precisamente por las movilizaciones populares.

Necesitamos en Bielorrusia, como en otros países en conflicto, más que nunca, diálogo y diplomacia, evitar una escalada mayor, exigiendo parar las detenciones inmediatas, pero también injerencias interesadas.

Andrzej Halicki (PPE). – Pani Przewodnicząca! Naród białoruski czeka na silny głos europejski, na silny głos europejskiego wsparcia i solidarności, protestując na ulicach miast, protestując od ponad 10 tygodni. To setki tysięcy ludzi. Ta determinacja nie ustaje. Żądają wolności i demokracji. Są tak zjednoczeni jak nigdy, tak jak my zjednoczeni na tej sali, wyrażając solidarność. Nie uznajemy sfałszowanych wyborów. Żądamy wypuszczenia więźniów politycznych, tworzymy listę sankcji, ale to stanowczo za mało.

Musimy działać aktywniej, musimy działać szybciej. I rzeczywiście mamy do tego narzędzia. Białorusini czekają na tę naszą aktywność, czekają na wsparcie i pomoc. I to nie jest tylko lista sankcji, na której powinien się znaleźć nie tylko Alaksandr Łukaszenka, ale setki oprawców z OMON-u, którzy biją niewinnych ludzi. Mamy także narzędzia, by uruchomić misję dyplomatyczną, misję na wysokim szczeblu, która pomoże rozwiązać ten konflikt w sposób polityczny. Pomoże też Komisji Europejskiej w tym zadaniu, pracując dzień po dniu, współpracując z Komisją Koordynacyjną. Bądźmy bardziej aktywni – powiem jeszcze raz na koniec. Wierzę, że Białorusini swój cel osiągną – będzie wolna i demokratyczna Białoruś. Żywie Białoruś!

Kati Piri (S&D). – Madam President, for the tenth weekend in a row, the Belarusian people have gone out into the streets to protest against their illegitimate government, to protest against the violence and repression, and to let their voice for freedom be heard – all this despite threats from the police to fire with live ammunition. To the brave people of Belarus, let me make this very clear: the European Parliament will not rest until your legitimate demands for free and fair elections are fully implemented, political prisoners are freed and justice is served to all those guilty of torture and repression. This illegitimate president must step down today.

High Representative, continued relations with the Belarusian authorities is an imperative 'NO' under the present circumstances. Our relations must only be with the Belarusian people. The Council decision to finally implement sanctions against Lukashenko is a much-needed first step and the Belarusian people need us to urgently step up. I call on you to ensure a meaningful international coordination of sanctions, to redirect any EU funding away from the regime and to suspend negotiations over partnership priorities until a legitimate government is in place. Above all, the EU must not turn up empty-handed. We must provide any support necessary for the country's democratic transition, in line with its citizens' aspirations.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Madame la Présidente, cher Bélarus, nous avons promis de ne pas nous laisser distraire par l'actualité, de rester fidèles, de maintenir notre soutien à votre formidable engagement sans faille ni peur, à votre dévouement pour une transition démocratique qui fait fi des brutalités, arrestations et jusqu'aux tortures. Nous tenons parole. Vous voilà de nouveau, et aussi longtemps que nécessaire, dans les débats de la séance plénière du Parlement européen.

Des sanctions ont été prises contre les officiels responsables de la répression et de l'intimidation contre les manifestants pacifiques, contre les membres de l'opposition et contre les journalistes. Loukachenko, finalement, se retrouve également sur cette liste – il aurait d'ailleurs dû y être depuis le début –, liste qui doit encore être allongée.

Monsieur le Haut-représentant, l'impunité doit être combattue. Il faut faire plus pour la combattre et je veux, dans ce contexte, saluer la décision de créer un *Magnitsky Act* européen. Il nous faut donc, en Biélorussie, une mission d'enquête indépendante sur la répression brutale qui a eu lieu. Les faits ne doivent pas tomber dans l'oubli ni passer inaperçus, nous le devons aux victimes. Il faut également une coordination des efforts internationaux: les Nations Unies ont un rapporteur spécial pour le Bélarus, le Conseil de l'Europe se montre disposé à jouer un rôle, l'Union européenne peut et doit jouer un rôle moteur dans ce contexte. Par ailleurs, nous devons accroître notre aide à la société civile, aux victimes: une assistance médicale, psychologique et légale leur est nécessaire.

Enfin, je veux souligner que la nomination de l'opposition bélarusse, dont Svetlana Tikhonovskaïa, pour le prix Sakharov est un signe fort de soutien du Parlement européen.

Miriam Lexmann (PPE). – Madam President, I welcome the report drafted by Petras Auštrevičius, and I want to say a special 'thank you' to Petras and his team for working closely with all of us across the political groups to draft this very timely report.

The situation in Belarus remains worrying. The regime continues to engage in repressions and the number of political prisoners is growing, while brave Belarusians are defying the regime's brutality and expressing their desire to live in a free, democratic and sovereign Belarus.

I welcome the fact that the Council has finally adopted targeted sanctions against those responsible for the repressions in Belarus. I also hope for the EU Global Human Rights Sanctions Regime to be adopted as soon as possible so that the EU is better equipped to stand up to those who suppress people's rights and liberties not just in Belarus, but globally.

Finally, let me also state strongly that the European Commission must ensure that no financial assistance is given to the Lukashenko regime, and that the adopted EUR 50 million and future finances must instead be used to support the people of Belarus.

The European Union must stand with the people of Belarus, and support their aspirations to live in a free, democratic, prosperous and sovereign Belarus.

Zhiv'e Belarus!

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, thank you to all Members of the European Parliament for their observations and propositions. The only thing I can say is that you can be sure that we will continue our support to the Belarusian people, to civil society and the independent media, by all the means that we have – financially and politically, through international cooperation and coordination, as some Members have said, trying to support the media, trying to isolate the Lukashenko government, providing financial support to the people of Belarus, avoiding that these resources go through the hands of the government – because we are strongly convinced, as all of you have said, that the Belarusian people deserve better and their demand for new, free and fair elections should be answered positively.

The only way out of this situation is to hold free and fair elections. It means repeating the elections and the support of this Parliament would be vital for this effort. We have been witnessing on the streets of Belarus, in Minsk and other cities, unprecedented levels of repression for the last two months. We do not recognise the result of these elections but unhappily the Belarusian authorities have not accepted any kind of international offer of mediation. We would be very happy to send an observation mission to Belarus but for that we need to have the agreement of the government and for the time being, believe me, all of our efforts have been completely useless.

I am not negotiating or in touch with the Belarusian authorities. I have just made a couple of phone calls trying to express our concern and asking what would be the prospects for the Belarusian Government to accept an OSCE mission. The answer – keep in mind that the next president of the OSCE in office about activities of this kind will be my colleague the Swedish Minister for Foreign Affairs – but unhappily, the answer was completely a negative one.

Finally, let me also stress that we are not going to do that as a geopolitical issue, as some Members were worried about. No, it's not a matter of the Belarusian people having to choose between one side or another. It's a matter of the Belarusian people being able to have a political regime that ensures their human rights and to behave and to live in a democratic system that respects their political will. This is what it is all about and I once again thank the rapporteur and the people who have been helping him with this work.

I know there are issues that Mr Auštrevičius mentioned on nuclear safety cooperation. I would like to answer precisely this specific question and inform you that in the Council conclusions of 12 October we already stressed the importance of this issue and we urged Belarus to comply with the standards and environmental safety of the European Union and to follow the European Union recommendations in this field without delay. In this regard, technical cooperation among the European Union Member States and Belarusian nuclear safety regulators remains of utmost importance for implementing, reviewing and monitoring an ordered implementation of our standards.

Petras Auštrevičius, *rapporteur*. – Madam President, I would really like to thank everyone, particularly the shadow rapporteurs, who have been so actively and effectively engaged in the preparations of this recommendation report, which has also been heard by other European institutions and which I truly believe will be implemented. Thank you very much for today's constructive exchange as well.

I'm very happy to see the increased interest in and support for pro-democratic events in Belarus taking root among our colleagues. We have all been inspired by the bravery of the Belarusian people.

Belarus is our immediate neighbour. Its people share European values and aspire to the same freedoms and rights as EU citizens. The European Union cannot be a passive observer. For many years, we have been supporting human rights defenders and democratic civil society in Belarus. Now that they have emerged from the sidelines, with tens of thousands of Belarusian people marching through the streets calling for democratic change, they should feel the solidarity and support of the EU and its citizens.

As previously mentioned, the European Union's policy towards Belarus should be led by the following three acts: solidarity, support and sanctions. The European Union should take active measures to prevent hybrid or direct Russian intervention in Belarus. I call upon the current German Presidency of the Council to lead the diplomatic efforts to prevent any interference and to support the democratic aspirations of the Belarusian people.

Tens of thousands of Belarusians have reminded us of our very important unfinished business: a democratic and united Europe where Belarus will have its place in time.

Long live European Belarus.

Die Präsidentin. – Danke für diese Debatte, und ich glaube, ich kann sagen, ein Danke auch an die Verwaltung in Brüssel und in den Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments. Es hat hervorragend funktioniert, auch technisch. Da das möglich ist, sind wir vielleicht das fortschrittlichste Parlament der Welt, würde ich sagen, und wir kommen echt gut mit den schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie klar.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet heute und die Schlussabstimmung morgen, Mittwoch, 21. Oktober 2020, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Dace Melbārde (ECR), in writing. – We have seen a systemic crackdown on media following the Belarusian presidential elections. Journalists are being detained and fined, acts of physical violence are clearly targeting media representatives (including incidents involving gunfire). In addition, non-state newspapers had been denied rights to print and websites had been blocked by the Belarusian Ministry of Information. At the same time, international journalists have been stripped of their media accreditation.

In contrast to the ongoing oppression of independent media, Russia's 'assistance' is welcomed. Russia is providing its so-called 'media experts' to replace Belarusian journalists and is using financial funds to buy and take over the media outlets and widely used information channels on Telegram. This could lead to a situation where only information channels controlled by Russia will be available both to the people of Belarus and also to international society.

Despite physical and financial threats, independent Belarusian journalists continue to cover the brutal oppression of peaceful protests. I believe that in the current geopolitical situation, it is the EU that should be more vocal in condemning the crackdown on media freedom in Belarus. In order to support the free press, the EU should increase the financing available from the European Endowment for Democracy and through other instruments.

Urmas Paet (Renew), kirjalikult. – Aleksander Lukašenka režiimi tegevus on kuritegelik ja vastuolus Euroopa väärtuste, demokraatia põhimõtete ja Valgevene rahva tahtega. ELi ja Valgevene suhted tuleb põhjalikult läbi vaadata, sest režiim ei täida rahvusvahelisest õigusest tulenevaid kohustusi ega ELi sõlmitud kokkuleppeid. Valgevenes toimuva taustal pean oluliseks, et Euroopa Komisjon peataks Valgevene riigile rahalise abi eraldamise kavandatud summas 53 miljonit eurot. Valgevene režiimi kätte ei tohi ELi raha enam sattuda. Rahaeraldused saab taastada, kui Valgevenes on läbi viidud uued vabad valimised. Loomulikult peab Euroopa Liit toetama Valgevene rahvast igakülgselt ja näitama üles solidaarsust nendega, kes soovivad Valgevenele demokraatlikku tulevikku. Samas tuleb ELil teha otsus, et rahaline toetus ei satuks Lukašenko ja tema režiimi kätte. Meil oleks võimalik seda toetust jagada Euroopa valitsusväliste organisatsioonide ja fondide, näiteks Euroopa demokraatia sihtkapitali ja idapartnerluse kodanikuühiskonna foorumi kaudu. Loodetavasti tagab Euroopa Komisjon, et Valgevene võimude kätte ELi toetusraha ei satu.

14. Empfehlung an den VP/HR und den Rat zur Vorbereitung des im Jahr 2020 vorgesehenen Verfahrens zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV), zur nuklearen Rüstungskontrolle und zu Möglichkeiten der nuklearen Abrüstung (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Sven Mikser im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Vorbereitung des im Jahr 2020 vorgesehenen Verfahrens zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV), zur nuklearen Rüstungskontrolle und zu Möglichkeiten der nuklearen Abrüstung (2020/2004(INI)) (A9-0020/2020).

Auch in dieser Debatte sind weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten oder Wortmeldungen zur Geschäftsordnung zugelassen.

Es sind keine angemeldet, aber theoretisch würden wir auch hier Online-Zuschaltungen aus den Mitgliedstaaten vorsehen.

Sven Mikser, rapporteur. – Madam President, the NPT or the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons entered into force over 50 years ago, in March 1970. The Treaty consists of three mutually reinforcing pillars which deal respectively with the non-proliferation of nuclear weapons, nuclear disarmament and the civilian use of nuclear energy. The Treaty has been joined by 191 nations, which is the overwhelming majority of the global community, including all five of the recognised nuclear weapons states. As such the Treaty represents the only binding commitment by the five permanent members of the UN Security Council to work towards global nuclear disarmament.

At the 1995 Review Conference the Treaty's duration was extended indefinitely. A review conference of the Treaty is held every five years, but regrettably every other one of those review conferences in this century has ended without a consensus regarding the final document. Therefore I believe that it is of critical importance that the 50-year anniversary review conference, already postponed once because of the COVID pandemic, be a success.

Our 27 Member States joined the NPT as individual nations, but I believe that in order to contribute to the success of the upcoming review conference, it is necessary that a strong consensus position be forged among the EU Member States. The recommendations to the Council that we are going to vote on at this week's plenary session are aimed at helping the Member States to agree on such a position.

I would argue that regarding its central objectives, the NPT has been relatively successful during the past half century. The nightmare scenarios painted during and after the Cold War regarding the proliferation of nuclear weapons to dozens of countries around the world have not materialised, and after the end of the Cold War the nuclear arsenals of Russia and the United States were brought down significantly from the peak numbers of warheads.

Yet significant problems and challenges remain as many of the objectives of the Treaty have yet to be fulfilled and some important stones in the nuclear disarmament and non-proliferation architecture are still missing. The CTBT, or the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, negotiated in the 1990s is still awaiting ratification by a number of its Article 16 countries, and the proposed Fissile Material Cut-off Treaty is still under discussion at the UN Conference on Disarmament, with not much tangible progress to show during the past several years.

Moreover, even though a vast majority of the global community of nations have joined the NPT, there are still some outliers, including countries that are known or believed to be in possession of nuclear weapons or are believed to have pursued nuclear weapons programmes in the past. It must be noted that, with the exception of the five nuclear weapon states, all other countries are only able to accede to the NPT as non-nuclear weapon states. While the immediate accession of the remaining outliers is thus not likely, a question remains as to how to make sure that they would not contribute to global or regional proliferation of nuclear weapons materials and know-how.

There are additional clouds on the horizon. Over the past several years, we have seen gradual erosion of important arms control regimes that have for decades been a critical element of European security. Following the consistent violations by Russia, the US has left the INF, the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty, last year. The future of the JCPOA, the so-called Iran nuclear deal, remains uncertain. The US announcement that it would leave the Open Skies Treaty throws in doubt the future of an important transparency and confidence building instrument. As the New START Treaty is expected to expire next year it is inevitable that the growing level of tensions and mistrust do not contribute positively to the atmosphere of negotiating its successor. Yet when it comes to the future of nuclear disarmament, it is the two

countries in possession of the bulk of global nuclear arsenals that bear the greatest responsibility.

Perhaps even more worrisome is the increasing reliance by some nuclear weapon states on those weapons in their military doctrines. With nuclear disarmament efforts having stalled significantly, a new delivery system is being designed and built, the danger of intentional or unintentional escalation involving the use or effective use of nuclear weapons is growing. All that is why the success of the NPT Review Conference is of utmost importance for global as well as European security.

But let me end with a word of caution. It is clear that our eventual goal must be a nuclear-free world and the elimination of nuclear weapons, but it is a goal that we must approach pragmatically, evaluating very carefully both the immediate and long-term security consequences and implications of each step along the way. A nuclear-free world cannot be negotiated and agreed upon without the participation of the five nuclear weapon states. No false parity must be created between the five nuclear weapon states and those actors that are pursuing nuclear weapons illegally.

While on the one hand every nuclear warhead less is a step towards a more secure world, it is also true that the world where the only remaining nuclear weapons are the illegal ones is not a safer place for us to live in. Therefore I strongly believe that while looking for all possible alternative avenues to reach our eventual goal, we should not choose the ones that risks bringing the time-tested NPT and its review process to a standstill.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I would like to thank the rapporteur and all Members of Parliament who have contributed to these recommendations ahead of the 2020 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons. This upcoming review conference is the next most important event on global non-proliferation and disarmament – at least what remains of it. Despite current uncertainty about when the conference will take place, it remains the most important event in the world on non-proliferation and disarmament.

We are all concerned about the deteriorating security environment and the continued pressure on the nuclear non-proliferation architecture, as illustrated by the demise of the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty. We very much regretted it when it happened and we continue to regret it now.

It is essential that all state parties comply with their Non-Proliferation Treaty obligations and fully implement all commitments under the Treaty. Upholding and preserving the Non-Proliferation Treaty must remain a key priority for European Union foreign policy. The European Union strongly supports all three pillars of the Treaty – non-proliferation, nuclear disarmament and peaceful use of nuclear energy – and we will continue to promote a comprehensive, balanced and full implementation of the 2010 Review Conference Action Plan.

Through intensive diplomatic engagement, backed up by the Common Foreign and Security Policy (CFSP), under the Council decision we are promoting the ratification of the Comprehensive Test Ban Treaty and the preparation of negotiations for a Fissile Material Cut-off Treaty. We are also proud to support the regional conference in preparation for the Non-Proliferation Treaty Review Conference. We are also going to double our efforts to uphold international norms, to restore dialogue and trust, and to promote transparency and confidence-building measures. Together with Member States, we are preparing a strong and forward-looking common European Union position for the Non-Proliferation Treaty Review Conference, and I would like to stress some of the key elements of our position in the context of your report.

First, we will continue to call strongly on the United States and Russia to extend the New START Treaty before February 2021, and we will encourage negotiations for a broader future agreement. Second, we welcome the various initiatives for nuclear disarmament, including the Stockholm Initiative. Third, we acknowledge the increased attention given to risk reduction and we hope discussions on this topic gain broad support.

The promotion of universal adherence and the entry into force of the Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty, as I have already mentioned, remain top priorities for the European Union and this conference will also provide an opportunity to address the non-proliferation crisis. We continue to call on the Democratic People's Republic of Korea to refrain from further provocations and to take concrete steps towards abandoning all its nuclear weapons and ballistic missile programmes.

We will also reaffirm our commitment and support for the Iran nuclear deal, the so-called Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA). We deeply regret the United States' 2018 withdrawal from the Iran nuclear deal and the subsequent reimposition of UN sanctions on Iran. At the same time, we are gravely concerned by Iran's activities that are inconsistent with the JCPOA and have severe proliferation implications.

Finally, let me underline that we also take due note of your proposal to encourage talks on the possibility of a multi-lateral ballistic missile treaty.

Thank you for all your comments, observations and proposals. Mr Mikser, Honourable Members, I look forward to listening to your views and I thank you for your attention.

Lukas Mandl, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Hoher Außenbeauftragter und Außenkommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen uns die verheerende Zerstörungskraft von Atomwaffen vor Augen führen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass es nicht in Vergessenheit gerät, wie anders als alle anderen Waffen Atomwaffen sind. Und wir wissen, dass in der Vergangenheit oft von Abschreckung die Rede war und davon, dass die gegenseitige Abschreckung ein gewisses Maß an Sicherheit bieten würde. Das stimmt sicher bis zu einem gewissen Grad, aber noch besser als Abschreckung, nämlich viel besser, ist Abrüstung bei Atomwaffen.

Ich bin daher froh, dass es den Atomwaffenverbotsvertrag gibt. Ich bin nicht froh, dass erst drei EU-Mitgliedstaaten, nämlich Irland, Malta und mein Heimatland Österreich, den Atomwaffenverbotsvertrag bereits ratifiziert haben. Ich möchte uns alle auch daran erinnern, dass eine große Gefahr auch davon ausgeht, dass nichtstaatliche Akteure in den Besitz von Atomwaffen kommen können, und die verheerenden Auswirkungen, wenn Terrorakte mit Atomwaffen verübt werden, sind fast nicht vorstellbar.

Ich finde es richtig, dass die USA und Russland über ein Nachfolgeabkommen für das vom Hohen Außenbeauftragten bereits genannte START-Abkommen verhandeln. Ich finde es gut, dass das in der Hauptstadt meines Heimatlandes Österreich, in Wien, stattfindet. Ich finde es schlecht, dass China sich völlig entzieht. Ich finde es schlecht, dass China ganz einfach nicht teilnimmt an solchen Verhandlungen, aber wir sollten nicht zurückstecken dabei, Atomwaffen zurückzuschrauben, abzurüsten und – ja – auch an eine atomwaffenfreie Welt eines Tages zu glauben.

Andreas Schieder, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Hoher Beauftragter! Fünfehtausend Atombomben gibt es weltweit, und eine einzelne heutige Atombombe hat ein Vielfaches, ein Zigfaches der Sprengkraft jener Bomben, die auf Hiroshima und Nagasaki geworfen wurden. Mit dem Kernwaffenarsenal, das auf der Welt existiert, könnte man die Welt 150 Mal vernichten, und Russland hat 2019 zehn Milliarden US-Dollar, die USA 35 Milliarden US-Dollar und selbst Frankreich fünf Milliarden Dollar für das jeweilige Atomarsenal ausgegeben.

Was ich will, sehr geehrte Damen und Herren, ist eine atomwaffenfreie Welt, und dafür braucht es ein starkes, funktionierendes internationales Kontrollsystem. Der Atomwaffensperrvertrag ist zentral, insbesondere seit dem Ende des INF-Vertrags. Die USA und Russland müssen den Dialog über Abrüstung und Rüstungskontrolle unter Einbeziehung Chinas schnellstens wiederherstellen.

Und das Ziel einer atomwaffenfreien Welt schließt auch ein, dass wir ein atomwaffenfreies Europa schaffen. Ein Europa, in dem keine Atomwaffen besessen werden, in dem aber auch keine Atomwaffen von anderen Mächten stationiert sind. Und das schließt auch einen kernwaffenfreien Mittleren Osten ein – auch das ist mir ein ganz zentrales Anliegen. Und außerdem braucht es mehr Anstrengung und Umsetzung bei der Ratifizierung des auch von meinem Heimatland Österreich mit initiierten Atomwaffenverbotsvertrages. Hier müssen wir mehr Energie dahinter legen – das ist notwendig.

Albert Einstein, sehr geehrte Damen und Herren, hat einmal gesagt: Der Mensch erfand die Atombombe, doch keine Maus der Welt würde eine Mausefalle konstruieren. Arbeiten wir an einer atomwaffenfreien Welt!

Petras Auštrevičius, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, this year we celebrate the 50th anniversary of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT). This Treaty is a great success. Of the 191 states that have signed up, only nine have nuclear weapons. This is a much smaller number than anyone could have predicted when the Treaty entered into force 50 years ago.

Our biggest challenge now is to make North Korea and Iran adhere to the Treaty. If not, why would any of the other signatory states do so. Saudi Arabia has already declared it will develop nuclear arms if Iran has access to a nuclear bomb, and Turkey might very well follow suit. In this environment, we should not blame Israel for having nuclear weapons. They are essential for its survival.

The EU must continue its efforts to stop Iran from developing nuclear weapons, preferably via the Joint Comprehensive Plan of Action, but if Iran is not willing to honour its engagements, we will have to find other means.

North Korea will not be persuaded by the West alone. For that, we need the Chinese on board. I am afraid that as long as China does not see a North Korean nuclear weapon as a problem, it will be difficult to make any substantial progress.

To conclude, the European Union must continue to promote the NPT and that its Members honour their commitments. We must pursue this in close cooperation with other democracies, because a rules-based world order is our best chance of ensuring peace.

Jérôme Rivière, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, le sujet de la puissance nucléaire est la parfaite incarnation de l'impossibilité d'une diplomatie qui soit purement européenne.

Outil de souveraineté par excellence, la bombe atomique, sur laquelle s'est construite la dissuasion et donc la paix, est aujourd'hui, depuis le Brexit, seule propriété de la France au sein de l'Union européenne. Sauf à partager cette dissuasion avec nos voisins, la souveraineté européenne n'existe donc pas. L'Allemagne le souhaiterait bien sûr, confortée par les contradictions d'Emmanuel Macron, mais il est hors de question, pour les défenseurs d'une Europe des nations que nous sommes, que cet outil soit partagé ou dilué. Seul l'État-nation doté du droit inaliénable de se défendre lui-même est le cadre légitime d'utilisation de cette force suprême.

Le TNP, s'il est un gage de stabilité et d'équilibre nécessaire, ne saurait interdire à notre nation souveraine, la France, de posséder cet outil. Je mets d'ailleurs en garde cette assemblée contre le traité d'interdiction des armes nucléaires qui se cache désormais derrière le TNP. Ce traité-là ne servira pas la cause du désarmement. Aucun État disposant de l'arme nucléaire ne le signera et n'en déplaît aux plus naïfs, l'atome ne sera jamais désinventé.

Plus que des incantations, notre groupe préfère se concentrer sur les trois sujets qui menacent véritablement la sécurité du continent européen: la Turquie, le terrorisme islamiste et l'arsenalisation généralisée de l'espace.

Mounir Satouri, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Haut-représentant, l'Union européenne et ses États membres, dont mon pays, la France, peuvent jouer un rôle important dans le désarmement nucléaire.

Cette force d'initiative fait aujourd'hui cruellement défaut alors que les accords de contrôle des armes nucléaires s'effondrent les uns après les autres et que le risque de détonation nucléaire voulue ou fortuite augmente. Les recommandations que nous donnons aujourd'hui au Conseil et au Haut-représentant de l'Union sont donc d'une importance majeure.

Nous pouvons rester en retrait, et attendre que les politiques délétères des gouvernements qui détiennent ces arsenaux produisent des effets désastreux, ou nous pouvons nous inscrire, pour notre sécurité collective, dans la démarche et l'élan historiques d'une initiative pour le désarmement. Le traité sur la non-prolifération de 1968 posait déjà l'obligation de négocier le désarmement. Pour soutenir pleinement sa mise en œuvre, ce Parlement doit apporter son soutien clair au traité d'interdiction des armes nucléaires. À son adoption, en 2017, certains disaient que ce traité, qui fâche les convaincus de la puissance et de la dissuasion nucléaires, peinerait à entrer en vigueur. Aujourd'hui, son entrée en vigueur est imminente. Au sein de notre Union, l'Autriche, l'Irlande et Malte l'ont déjà ratifié et de nouvelles villes viennent le soutenir.

J'entends certains parler de désarmement réaliste. Le seul réalisme dont je souhaite m'armer, c'est celui qui opte pour protéger les citoyennes et les citoyens et pour faire avancer l'objectif atteignable d'un monde libre sans menace nucléaire. Mesdames et Messieurs, je vous invite donc à soutenir les amendements intergroupes que je porte au nom du groupe des Verts afin de garantir que ce rapport soit à la hauteur de sa mission.

Özlem Demirel (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Vor 75 Jahren wurden US-Atomwaffen auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Eine Wucht der Zerstörung, noch jahrzehntelang spürten Mensch und Natur die Folgen. Eine wichtige Lehre daraus war der Atomwaffensperrvertrag, doch die Abrüstung wird gerade umgekehrt.

Aber nicht einmal die Drohung mit Atomwaffen ist akzeptabel! Es ist ein Trugschluss, dass Atomwaffen mehr Sicherheit bedeuten. Noch immer ist die Erde voll von tausenden Kernwaffen, und sie ist verseucht davon. Derzeit trainiert die deutsche Luftwaffe mit belgischen, niederländischen und italienischen Kampffjets und übt den Abwurf von Atombomben. Hinter den Kulissen verhandelt Deutschland mit Frankreich, um mehr Zugriff auf französisches Atomwaffenarsenal zu bekommen.

Wollen wir das wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen? Nein! Europa muss eine atomwaffenfreie Zone werden. Auch US-Waffen gehören abgerüstet. Die ganze Welt muss atomwaffenfrei werden. Französische, britische, amerikanische oder russische Atombomben, jegliche Atombomben, gehören endlich ausgelöscht, damit eben nicht jegliches Leben ausgelöscht werden kann. Dafür muss der Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen auch von allen – ausnahmslos allen – EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet werden.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Alto rappresentante, il deteriorarsi dei rapporti tra gli Stati dotati di armi nucleari, le campagne di modernizzazione degli arsenali e dei sistemi di lancio, il collasso del trattato INF e lo stallo negoziale del trattato START, l'uscita degli Stati Uniti dall'accordo sul nucleare iraniano e dal trattato Open Skies, la pericolosa retorica sull'utilità delle armi nucleari sono tutti segnali estremamente preoccupanti di una ripresa alla corsa degli armamenti che il mondo non può assolutamente permettersi.

Per questo sono convinto che il rinvio della decima Conferenza di revisione del TNP debba essere interpretato come una vera e propria opportunità. Come europei dobbiamo riaffermare con forza, ancora una volta, la centralità e l'imprescindibilità del TNP, e anzi rilanciare, essere ancora più ambiziosi, perché l'alternativa è semplicemente terrificante.

Approfittiamo di questo tempo aggiuntivo per intensificare il dialogo, tanto con quegli attori che condividono le nostre stesse preoccupazioni, suggerendo nuove iniziative congiunte, quanto con gli attori che ne sono distanti, cercando compromessi su tutti quei temi che rischiano di complicare o persino di minare alla base il successo della conferenza.

È quindi fondamentale che gli Stati membri arrivino alla conferenza con una posizione forte e coordinata a livello europeo, anche basata sulla posizione che voteremo in questa plenaria, che affermi chiaramente che la pace e la sicurezza internazionali sono rafforzate in un mondo libero dall'esistenza o dalla proliferazione delle armi nucleari, che il disarmo nucleare non significa solo la riduzione del numero di testate attive, ma anche il ridimensionamento del ruolo militare e politico che viene assegnato a questo tipo di armi.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I thank you and the Honourable Members for all your contributions to this important debate. Some of you have mentioned figures in the region of 15 000 nuclear bombs. Why so many? This is clear evidence that human intelligence could be used in a better way.

We are firmly convinced of the enduring values of the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons. Upholding the integrity of the rules-based international system, with effective multilateralism as a key principle, remains the European Union's objective. We need to continue working to achieve results and not allow the pandemic to bring multilateralism to a standstill. The field of nuclear prevention is one of those in which we can and should continue working.

Downgrading international treaties and regimes and adopting unilateral measures to enforce compliance with non-proliferation will hardly have the desired results. The major global challenges of our era can only be addressed by working in partnership with others. This pandemic that affects all of us should not stop us from continuing our diplomatic and political engagements to deliver results on the critical issue of the non-proliferation of nuclear arms and nuclear disarmament. I can assure you that we will continue to remind Member States of our common positions and we will continue looking at what else we can do in order to look for common ground and avoid further polarisation.

I can assure you that we will continue to encourage the United States and the Russian Federation to seek further reductions of their arsenals of both strategic and tactical, as well as deployed and non-deployed, nuclear weapons.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Tarkistuksista äänestetään tänä iltana.

15. Polizeibrutalität in der EU (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana neuvoston ja komission julkilausumat poliisiväkivallasta EU:ssa (2020/2823(RSP)).

Toistan, että tällä istuntojaksolla keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä catch-the-eye-puheenvuoroja eikä myöskään hyväksytä sinisen kortin kysymyksiä eikä työjärjestyspuheenvuoroja.

Huomautan, että puheenvuoroja on nyt mahdollista käyttää etäyhteydellä jäsenvaltioiden yhteystoimistoista.

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Mitglieder der Kommission! Als wir uns im Juni dieses Jahres in diesem Haus über die tragischen Ereignisse von Minneapolis austauschten, waren wir alle in Trauer und in Zorn vereint über die brutale Ermordung von George Floyd. Für viele von uns ist das nur die Spitze des Eisberges gewesen, weil wir an viel zu vielen Orten derlei erleben. Nun sind Zorn und Trauer geboten, aber noch wichtiger ist es, dass man daraus auch entsprechende Konsequenzen zieht. Der Rat stimmt ausdrücklich dem zu, was Sie, verehrte Abgeordnete, in Ihrer Entschließung zum Ausdruck gebracht haben.

Nun ist es immer schwierig, Parallelen zu ziehen zwischen den Ereignissen in den Vereinigten Staaten von Amerika und Entwicklungen in der Europäischen Union. Aber dennoch ist es völlig zweifelsfrei, dass alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sicherstellen müssen, dass die Anwendung von Gewalt durch Strafverfolgungsbehörden stets rechtmäßig, verhältnismäßig, notwendig und das letzte Mittel zu sein hat.

Wir haben auf EU-Ebene einige Instrumente, um dieses wichtige Verständnis der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden auf einen festen Grund zu stellen. Ich will nur einige wenige Beispiele benennen und vor allem auf die wichtige Arbeit der EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung hinweisen – CEPOL.

Regelmäßig wird in den entsprechenden Angeboten für die Sicherheitsbehörden die Achtung der Menschenrechte bei Strafverfolgungsmaßnahmen in den Mittelpunkt der Angebote gerückt. Themen wie unrechtmäßiges Profiling, Polizeiethik oder die Erkennung und Bekämpfung von Hassverbrechen waren in den vergangenen Jahren durchgängig zentraler Bestandteil der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von CEPOL für Angehörige der Strafverfolgungsbehörden.

Lassen Sie mich, verehrte Abgeordnete, noch einen weiteren Punkt hervorheben. In jüngster Zeit ist vor allem viel Wert auf Vorbeugung, Prävention anstelle von Zwangsmaßnahmen, gelegt worden. Das Europäische Netz für Kriminalprävention ist förmlich der Gruppe „Strafverfolgung“ des Rates angeschlossen worden, und der Rat hat 2019 Schlussfolgerungen zu bestimmten Aspekten der europäischen präventiven Polizeiarbeit angenommen.

Wir alle wissen natürlich, dass der Schutz der nationalen Sicherheit weiterhin in die alleinige Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten fällt. Das ist so garantiert in Artikel 4 des Vertrags über die Europäische Union und ebenso in Artikel 72 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Dennoch gibt es verschiedene Rechtsinstrumente der EU, die vor allem auch bei der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit zwischen unseren Mitgliedstaaten helfen, dass das, was die Sicherheitsbehörden tun, besser wird und immer konsequent auf Grundlage der rechtsstaatlichen Prinzipien erfolgt.

Insofern entscheidet nach wie vor jeder Mitgliedstaat selbst über die Struktur und die Organisation seiner Strafverfolgung. Und gerade weil dem so ist, ist die gemeinsame Verständigung über rechtsstaatliche Prinzipien, die von allen Mitgliedstaaten zwingend einzuhalten sind, so wichtig. Wir brauchen solide Systeme zur wirksamen gerichtlichen Überprüfung sowie wirksame Rechtsbehelfe. Das ist gerade auch in den Fällen wichtig, die Sie ja hier auch beispielhaft in Ihren Äußerungen erwähnt haben. Dabei geht es vor allem um Ermittlungen nationaler Behörden, es geht um die Arbeit von parlamentarischen Ausschüssen und es geht natürlich auch um die Dienststellen für interne polizeiliche Ermittlung.

Lassen Sie mich nochmals klarstellen: Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind verpflichtet, mit ihren nationalen Behörden jegliche festgestellte strafbare Handlung strafrechtlich zu verfolgen und alle sonstigen geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Wir haben derzeit in der Europäischen Union darüber durchaus auch Kontroversen. Ich will mal die Debatten hervorheben, die wir in meinem eigenen Land, in Deutschland, führen. Es gibt dort eine breite Debatte über institutionellen Rassismus. Wir haben jetzt seitens meiner Regierung entschieden, dass wir noch einmal auch die Sicherheitsbehörden und insbesondere auch die Polizeibehörden überprüfen wollen, wo es Bedarf der Nachjustierung gibt, wo wir besser werden müssen und wo es auch noch an einem gemeinsamen Verständnis im klaren Bekenntnis zur Demokratie und gegen Rassismus mangelt.

Dieses Engagement aller Mitgliedstaaten und diese gemeinsame Verpflichtung sind vor allem auch wichtig gegenüber den Polizistinnen und Polizisten, die tagtäglich eine hervorragende Arbeit leisten, um unsere freiheitliche Demokratie, um unsere Rechtsstaaten vor den Feindinnen und Feinden der Demokratie zu schützen. Gerade auch diese Polizistinnen und Polizisten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden haben Respekt und Anerkennung verdient.

Umso wichtiger ist, dass wir noch einmal hervorheben, dass das Engagement der Mitgliedstaaten darauf ausgerichtet ist, alles dafür zu tun, dass entsprechende Fehler behoben werden, dass es ein klares Bekenntnis gibt zu einem starken Rechtsstaat, der der Freiheit und der Demokratie verpflichtet ist, und dass unsere Sicherheitsbehörden uneingeschränkt die demokratischen Werte und die Grundrechte achten und schützen, und zwar überall in der Europäischen Union und in ihren 27 Mitgliedstaaten.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, I wish to thank Members very much for this debate. I think it's a very important topic to debate in this Parliament.

Let me start to tell you about Rissa. Rissa Seidou is a young policewoman in Sweden. She's black. She says 'the best part of this job is to build trust in the police. We are here for young people. If we succeed in getting someone to leave the criminal path, trust can spread'. That is so right, law enforcement is about trust. Trust in society. Trust in our ability to protect people. Trust that we protect all people regardless of nationality, their sex and their sexual orientation and the colour of their skin.

In Europe we trust the police. It's normal to go up to a policewoman or policeman to ask for directions. It's normal to not be afraid when you report a crime. But Black Lives Matter reminds us it's not normal for everyone in our societies. And not just in America. Sadly, cases of illegal police violence are also reported in Europe.

I firmly condemn all forms of illegal or disproportionate use of violence and discriminatory practices by law enforcement authorities. That goes against the fundamental rights and values upon which our Union is founded. Any use of force by law enforcement authorities should be proportionate and justified, otherwise we'll lose trust. To build trust takes a long time, but it can be lost in an instant.

So we must always work hard on trust because people should be able to trust law enforcement authorities and because European policing is based on trust. European policing is community policing. We can only police effectively if we have constant cooperation and the trust of the community. Policemen and policewomen have an important and difficult job. They keep people safe from terrorists and criminals. I admire the police officers who fight child sexual abuse, who face terrible crimes and trauma in the line of duty.

Police put their lives at risk just doing their job. Last week a police station was attacked in Paris and a gunman shot and wounded a police officer in Zagreb. People join the police because they want to help and protect people and protect fundamental rights. We owe it to these policemen and policewomen to strive for zero tolerance towards illegal and racial violence.

Of course, the European Union has limited competence in this area, but we are a community of values. Member States should promote and respect law enforcement rules in line with their national constitutions in full respect of human rights. Each incident of disproportionate or illegal use of violence brought to oversight bodies should be systematically subject to an in-depth administrative or judicial inquiry. National authorities should investigate individual cases and ensure that justice is served. They should publish the results of these investigations in order to build trust. But there is, of course, a lot that the European Union can do. This discussion is linked to the wider debate on institutional racism.

Our new EU anti-racist action plan includes action for fair policing and protection. For example, training and sharing our best practice at EU level to prevent discrimination, including racial or ethnic profiling, in law enforcement. Training is also key. The European Union Agency for Law Enforcement Training (CEPOL) can support Member States. CEPOL's EU-level training could help create a common understanding of human rights and ethical conduct.

What we lack is data. We will gather data on police attitudes towards minorities as part of our anti-racist action plan. What I also can and will do, is to put the topic on the agenda, coordinate and work with our agencies. I know Member States are already taking their responsibility. They already have, and still are, putting programmes in place to make sure that law enforcement upholds values and to prevent racism and xenophobia.

But I want to make sure that we work together on this. Together with Europol and the German Presidency I am exploring an initiative to assess these existing programmes with European police chiefs, to share and promote the best practice and to identify possible common actions in the future.

I really look forward to listening to your contribution to this important debate.

Vladimír Bilčík, za skupinu PPE. – Vážená pani predsedajúca, žlal by som si, aby sme dnes túto diskusiu nemuseli vôbec viesť. Nesmieme však mlčať.

Dôvod, pre ktorý sme tu, je tragický príbeh Jozefa Chovanca. Slovenského občana, ktorý zomrel v policajnej väzbe v Belgicku po dehonestujúcom zásahu policajtov. Poznáme, žiaľ, viaceré podobné prípady policajnej brutality aj z iných európskych krajín. Aj na Slovensku mám prípady, keď policajti napadnú občanov, len preto, že majú inú farbu pleti a systém týchto policajtov následne chráni.

Testom skutočnej európskosti je preto naša schopnosť postaviť sa priamo a zoči-voči všetkým tragickým prípadom policajnej brutality.

Potrebuje úprimnú snahu o pravdu, spravodlivosť a nápravu v prípade smrti Jozefa Chovanca. V Európe musí platiť, že prípady policajnej brutality sa nezatajujú a nezahmlievajú, riešia sa hneď. Policajti, ktorí hajú v službe, nikdy nemôžu byť skutočnými strážcami zákona v európskej demokracii. Zo šokujúcich záberov v prípade Jozefa Chovanca vidíme, že v belgických bezpečnostných zložkách zlyhala občianska aj policajná príprava.

O smrti Jozefa Chovanca by sme sa dnes nerozprávali, nebyť medializovaných záberov z policajnej cely a tlaku diplomatov a poslancov. Dnešná debata však nie je riešením ani záplatou na problémy, ktorý viedli k smrti človeka, ktorý mohol a mal žiť.

Žiaden problém nezmizne, keď si ho odmietneme pripustiť. Toto platí v mnohých krajinách. A platí to aj v Belgicku, ktoré verím, že čoskoro poskytne rodine Jozefa Chovanca pravdu a spravodlivosť v prípade jeho tragickej smrti.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Polizeigewalt in der EU: Es geht um rechtsextreme und rassistische Chatgruppen, Hakenkreuze, Hitlergrüße, Gewaltaufrufe und Gewaltanwendungen mit Todesfolge. Allein in den letzten Monaten sind in mehreren europäischen Staaten eine Reihe solcher Fälle bekannt geworden. Nein, unsere Polizistinnen und Polizisten stehen nicht unter Generalverdacht, aber die Fälle zeigen: Es gibt Probleme. Und dabei ist gerade unsere Polizei auf Vertrauen und den Respekt der Menschen angewiesen.

Deshalb brauchen wir überall unabhängige Studien über Extremismus bei der Polizei. Wir brauchen externe Meldestellen für Betroffene und Polizisten, einschließlich persönlicher Beratung und regelmäßiger Auswertung und konsequenter Aufklärung gemeldeter Fälle. Rassismus und Extremismus gefährden unsere Demokratie und müssen deshalb in allen Bereichen unserer Gesellschaft bekämpft werden.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, first of all, I would like to start by expressing my sympathy for the widow, Mrs Chovancova, and her little girl, because it's quite horrible that she was forced to publish the video of the violent death of her husband.

As to excessive police violence, incidents will always occur but what sets apart democratic rule of law from dictatorships, for example, is that there is a follow-up, that there is no impunity for excessive police violence. Here there is a big question mark over this case. The question is why was there no investigation? Why did we have to wait for the video to be published before the Belgian authorities started to move? And when are we actually going to get responses to these questions? This is not just a Belgian matter or a Slovak matter, because it concerns a Slovak citizen. It is very much a European matter because if one national system doesn't function then the whole chain is broken.

In the context of police and justice cooperation, we have to be able to rely on each other and to trust each other, and here there is clearly an issue and we need answers. That is also why the Democracy, Rule of Law and Fundamental Rights Monitoring Group is taking up the issue and this week we're going to have a hearing. We will also be hearing Ms De Bolle, who is the head of Europol, but also the head of police in Belgium at the time.

Finally, with regard to the broader issue of excess of police violence and racism, which has also been addressed by the Commissioner, I would like to repeat the call for a European police code of ethics, but also, I think, for training because in this case we are still waiting for the answers and the motives behind what happened, but I think many police people will also confirm that there are lots of police people who are just not adequately equipped for this kind of situation.

So I hope we get answers because it's in the European interest.

Lars Patrick Berg, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Minister! Ich spreche heute aus dem EU-Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in München. Mir ist bewusst, dass Polizeikräften rund um den Globus heutzutage tendenziell unterstellt wird, sie seien außer Kontrolle, rassistisch, von institutioneller Brutalität geprägt und reformbedürftig.

Ich möchte eine alternative Sichtweise anbieten. Die Polizei wird ständig dafür attackiert, dass sie ihre Arbeit macht, und ist selbst dann Angriffen ausgesetzt, wenn sie keine zivilen Unruhen überwacht. Es gibt Fälle in Frankreich, in denen Polizisten von *Drive-by*-Angreifern angeschossen wurden. Ähnliche Vorfälle wurden auch aus den Vereinigten Staaten und weiteren Ländern berichtet. Erst vor wenigen Monaten haben sich unsägliche Gewalttaten gegen Polizeibeamte in Stuttgart und Frankfurt zugetragen.

Unsere Polizeikräfte sind vor eine unmögliche Aufgabe gestellt: Sie sollen die Gesellschaft vor sich selbst schützen, wobei allerdings nicht wenige Menschen, die von der Polizei überwacht werden sollen, die Gesellschaft, wie wir sie kennen, zu Fall bringen möchten.

Wir dürfen diesen Falschdarstellungen über polizeiliche Übergriffe keinen Raum einräumen. Sofern einzelne Polizeibeamte Grenzen überschreiten, wird dies selbstverständlich gerichtlich geahndet. Wir dürfen unsere Polizei nicht einfach deshalb verurteilen, weil die politische Korrektheit gewaltbereite antisoziale Unruhestifter zu honorieren scheint, die auf das neueste *fake*—Thema aufgesprungen sind. Unsere Aufgabe als Politiker sollte sein, unserer Polizei den Rücken zu stärken, und nicht, ihr in den Rücken zu fallen.

Diana Riba i Giner, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, Europa debe actuar ante los casos de violencia policial que se dan en los Estados.

Muchos de estos abusos esconden motivaciones racistas, como los perpetrados contra el pueblo gitano. Pero también suceden durante manifestaciones de diversa índole. En Cataluña, por ejemplo, la brutalidad policial se ha dado especialmente contra el movimiento republicano catalán, dejando heridas físicas y psicológicas difíciles de cicatrizar. A todo ello se suman las noticias de vinculaciones de diferentes cuerpos de policía europeos con grupos de ultraderecha.

La policía no debe, bajo ninguna circunstancia, vulnerar los derechos humanos. Al contrario, debe protegerlos. Por este motivo, proponemos la creación de un sistema independiente de control de la violencia policial dentro del mecanismo para el Estado de Derecho o la revisión de la Directiva sobre la protección de las víctimas.

La Unión debe reconocer la necesidad de supervisar la conducta policial, asegurar la rendición de cuentas y el fin de la violencia policial para proteger los derechos y las libertades de toda la ciudadanía.

Lucia Ďuriš Nicholsonová, *za skupinu ECR*. – Vážená pani predsedajúca, Jozef Chovanec, Tomy Holten, Rashan Charles, Sheku Bayoh, Karol Sendrei, Roland Dančo, Róbert Rybár z Moldavy nad Bodvou. To sú mená len niektorých ľudí, ktorí zažili alebo podľahli policajnej brutalite v rámci Európskej únie.

Až 63 % obetí fyzických a rasistických útokov policajtov nenájde nikdy odvahu hovoriť otvorene o svojich prípadoch a nahlásiť ich. Jozef Chovanec zomrel po brutálnom zásahu belgickej polície sprevádzanom extrémistickými prejavmi. Dva a pol roka sa v tomto prípade nič nedialo a snažili sa to zakryť, namiesto pod kobrec a nebyť odvahy jeho manželky dodnes by sme ani netušili, čo sa vtedy udialo. V júni sme v Parlamente prijali uznesenie k Georgovi Floydovi, americkému občanovi, fajn, aj ja som to podporila, som veľmi rada, že sme tak zareagovali, ale musím povedať, že pri slovenskom občanovi, občanovi Európskej únie, sme museli spolu s niektorými slovenskými kolegami prekonať množstvo prekážok, ale som rada, že sa nakoniec tým zaoberáme, pretože sme to dlžní Jozefovi Chovancovi a jeho rodine.

Podľa niektorých mimovládnych organizácií sú prípady policajnej brutality najčastejšie zamietané pod kobrec. V členských štátoch musíme zaviesť nezávislú policajnú inšpekciu, zbierať podrobné dáta a vytvoriť tak bezpečné prostredie pre občanov Európskej únie.

Clare Daly, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, we talk about European values, but this is Europe.

Spain – asked to investigate and sanction the abusive use of force by police against Catalan protesters, instead they decorate them for their magnificent work.

France – where the police are supposed to protect and serve, kill and maim citizens with golf-ball-sized rubber bullets.

Bulgaria – where police systematically target and harass the Roma population and stand-by while neo-Nazis target them and the LGBT community; facilitating ever increasing homophobic assaults, resulting in incidents like in the city of Plovdiv, where 30 to 40 neo-Nazis in open daylight publicly organised a purge of the park. And then graffiti against the organisers who tried to protest. No public outcry, no investigation. No sanction by the police.

And Croatia last week, where the police were involved in one of the most staggering episodes of violent torture committed against refugees and migrants. Stripped, beaten, robbed of their money. Their belongings burned. Children raped with the branch of a tree. *(The speaker holds up a banner)*

Is this the European values committed by our police. It is an outrage!

President. – Colleague Daly, I am compelled to state that according to our Rules of Procedure banners are not allowed, but thank you for your speech.

Ivan Štefanec (PPE). – Vážená pani predsedajúca, na policajných autách po celej Európe si môžeme prečítať nápisy „pomáhať a chrániť“, „pomáhať a chrániť“. O to je šokujúcejšie, keď v rukách polície bezdôvodne vyhasínajú ľudské životy.

To je aj prípad slovenského občana, pána Jozefa Chovanca, ktorý sa vo februári 2018 nedočkal ani pomoci ani ochrany. Namiesto toho na ňom belgickí policajti 16 minút kľáčali a z jeho utrpenia si robili žarty. Je nepochopiteľné, že informácie o tomto škandále sme sa dozvedeli až viac ako 2 roky po tejto tragickej udalosti.

Okamžite po zverejnení šokujúcich informácií o prejavoch brutality a extrémizmu sme začali konať. A je dobrou správou, že aj belgická polícia. Zriadila tímy na vyšetrovanie tejto udalosti a na môj podnet začali byť vypočúvaní aj svedkovia. V tejto súvislosti chcem oceniť aj súčasný ústretový postoj pána De Mesmaekera, generálneho komisára belgickej federálnej polície. Ale až z najvyšších miest musel prísť tlak, aby sa stalo niečo, čo by malo byť samozrejmosťou.

V tomto prípade teda potrebujeme poznať odpovede na otázky: Prečo sa to stalo? Prečo sme sa o tom dozvedeli až tak neskoro? A kedy bude vyvedená a nastolená spravodlivosť?

Vážim si prácu všetkých poctivých policajtov, ale chcem zdôrazniť, že ľudský život a ľudské zdravie sú prvoradé. Až potom prichádzajú na rad rôzne procedúry.

Verím teda, že aj tento prípad bude vyriešený a vinníci budú potrestaní.

Verím, že aj náš apel povedie k tomu, aby policajné postupy sa zmenili tak, že naplnia podstatu poslania policajta a tým je pomáhať a chrániť. No a verím, že sa už nikdy nestane, aby neboli prípady policajnej brutality objektívne vyšetrené. – Policajná brutalita a extrémizmus nemôžu mať v našej únii miesto.

Nech je aj dnešný deň venovaný pamiatke pána Jozefa Chovanca.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, de aanleiding van dit debat is de dood van de Slowaak Jozef Chovanec. We hebben er al over verteld. Als Belgische vertegenwoordiger ben ik diep getroffen, net als bijna al mijn landgenoten, door wat er in de Belgische cel gebeurd is. Ik hoop voor de nabestaanden, maar ook voor de *rule of law* in mijn land, dat er snel duidelijkheid is en transparantie over wat er gebeurd is, en met de juiste juridische opvolging.

Collega's, onze politie- en veiligheidsdiensten in Europa zijn van cruciaal belang in onze samenleving. Daarom is het zo belangrijk – en mevrouw de commissaris heeft er heel vaak naar verwezen – dat er vertrouwen is in die diensten. Laat ons duidelijk zijn, dit debat gaat niet over het overgrote deel van onze politiediensten, de mannen en vrouwen die elke dag doen waarvoor ze getraind zijn, met name de samenleving en haar inwoners beschermen.

Maar we mogen niet blind zijn voor het feit dat de cijfers bij onze politiediensten over bijvoorbeeld raciale *profiling* of arbitraire arrestaties, ook raciale arrestaties, toenemen. We hebben eigenlijk geen goed zicht op die cijfers en dat is echt een probleem. We moeten weten wat er in onze diensten gebeurt. Transparantie is belangrijk en we moeten ook onze ogen niet sluiten voor het extremisme dat aanwezig is in onze politiediensten. Ik vind het spijtig dat we daar vandaag niet genoeg aandacht aan kunnen besteden in dit debat. Ook daar is transparantie en duidelijkheid nodig en het zal essentieel zijn onze diensten in onze samenleving te versterken op basis van vertrouwen.

Michal Šimečka (Renew). – Madam President, (*inaudible*) have seen the shocking recording of police brutality against Jozef Chovanec, a Slovak citizen, perpetrated by members of the Belgian police in Charleroi, which led to his death. Of course it goes without saying that the behaviour of those police officers is deeply troubling, especially against the background of protests in the US against the killing of George Floyd. It need not be said that excessive, inappropriate use of force contravenes the European Convention on Human Rights, as well as the Belgian Constitution.

Now there was public outrage in Slovakia and Belgium and across Europe, and rightfully so, not least because the proper investigation only picked up steam after public pressure and after the video was released. And again, it goes without saying that there can be no discrimination when it comes to the treatment of EU citizens by the various police forces across Member States. This is why I believe that the issue deserves a broader inquiry. I believe that Europol should look into the actions of police officers and police training across the EU to make sure that EU citizens receive equal treatment. They must feel safe to go anywhere in the European Union without fear of being discriminated against and their rights disrespected by local police forces. We will continue to press on and follow the case of Jozef Chovanec and push for justice for him and his family, but it cannot stop there.

Silvia Sardone (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi qui la discussione è sulla brutalità della polizia in Europa, ma da quando sono in Parlamento non ho mai ascoltato la discussione opposta, e cioè sulle aggressioni che subisce la polizia.

In Italia ogni tre ore un agente di polizia subisce un'aggressione, il che vuol dire otto aggressioni al giorno, il che vuol dire 235 aggressioni al mese. Lo scorso anno più di 6 000 agenti sono finiti in ospedale per aver ricevuto delle aggressioni, spesso da parte di immigrati, ed è un fenomeno in aumento. Eppure poi ad un certo punto veniamo qua in Europa e addirittura sono loro ad essere accusati di brutalità.

Come ogni categoria, ovviamente, c'è qualcuno che sbaglia, tant'è che proprio loro, pensate un po', chiedono delle telecamere addosso sulla divisa. Diciamo che la sinistra tende a solidarizzare con i delinquenti, invece di difendere chi ci difende ogni giorno. Io e il mio gruppo siamo sempre dalla parte delle forze dell'ordine e gli diciamo anche grazie.

Alviina Alametsä (Verts/ALE). – Madam President, we have been devastated to witness police brutality in the US, Hong Kong and Belarus. However, the same violent acts, even people dying in police custody, happen inside our own borders, especially to ethnic minorities.

My home country, Finland, has one of the most trusted police forces, yet we just saw the police using pepper spray against non-violent climate protesters. Some of the protesters were children. To me, this is painful news because I started my political activism in the street as a climate activist. How can you trust the police after this kind of incident?

We need to take action. If the police is tasked to regulate itself, as it often is, there is a conflict of interest. Police forces need training, regulation, oversight and accountability. Police should be here to make us all feel safe, not afraid.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! Przed objęciem mandatu w Parlamencie Europejskim miałem zaszczyt jako minister spraw wewnętrznych w rządzie Rzeczypospolitej Polskiej nadzorować polską policję. Okres ten jest dla mnie powodem do dumy, iż mogłem na co dzień widzieć profesjonalizm, oddanie i poświęcenie funkcjonariuszy policji, którzy – niejednokrotnie z narażeniem życia – dbali o bezpieczeństwo obywateli. Mogłem również osobiście przekonać się poprzez współpracę polskiej policji z naszymi partnerami w Unii Europejskiej, iż ten profesjonalizm i oddanie walce z najgroźniejszą przestępczością, taką jak terroryzm, handel ludźmi, bronią, narkotykami czy pedofilia, towarzyszy także na co dzień funkcjonariuszom policji w całej Unii Europejskiej.

Dziś jednak dyskutujemy o patologicznej i nieakceptowalnej postawie oraz przestępczym zachowaniu policjantów. To bezsprzecznie bulwersujące i godne potępienia zachowanie, nie może ono jednak upoważniać do generalizowania i niesprawiedliwej oceny tysięcy ciężko pracujących i dbających o nasze bezpieczeństwo policjantów. Nieraz – pamiętajmy o tym – płacą oni za to najwyższą cenę, cenę własnego życia.

Robert Hajšel (S&D). – Vážená pani predsedajúca, v auguste tohto roka široká verejnosť nielen na Slovensku, v - Belgicku, ale v celej Únii sa so zdesením dozvedela o pozadí tragickej kauzy, ktoré pred vyše dvoma a pol rokmi stála život slovenského otca rodiny Jozefa Chovanca.

Udialo sa tak po brutálnom zásahu belgickej polície na letisku Charleroi. Celý prípad je o to viac odsúdenia hodný, že popri nadmernom použití sily políciou došlo aj k jasnému prejavu pravicového extrémizmu. Pre mňa je nepochopiteľné, že až do nedávna na strane belgických kompetentných orgánov ako by nebola dostatočná vôľa celú kauzu poriadne prešetriť a zodpovedných potrestať a celý prístup sa pozitívne zmenil až po zverejnení videa médiami, nahratého bezpečnostnými kamerami a brutálny zásah voči občanovi členského štátu EÚ sa ukázal pre nás kompletne nepochopiteľný a neakceptovateľný.

My sme sa, a ja osobne, v našej praxi snažili o zaradenie tohto bodu programu na dnešnú debatu, ale ja o prijatie rezolúcie, čo sa však, bohužiaľ, nepodarilo, ale je dobré, že aj vďaka dnešnej debate sa zvýši povedomie nielen o tejto kauze, ktoré sa dotýka slovenského občana, ale aj o nevyhnutnosti všetkých členských štátov nielen nových alebo starších, tak Belgicka, ako aj Slovenska, podniknúť konkrétne kroky v boji s prejavmi extrémizmu, násilia a rasizmu v policajných zločkách. Takéto prejavy nemajú totiž miesto v našej spoločnosti a už vôbec nie v štátnych zločkách, ktoré sú normálne zodpovedné za presadzovanie zásad právneho štátu.

Jérôme Rivière (ID). – Madame la Présidente, il y a quatre jours, Samuel Paty, professeur d'histoire, a été décapité en France en pleine journée par un terroriste islamiste, heureusement très vite maîtrisé par la police – police dont je salue le travail réalisé avec dévouement malgré un climat de très grande violence contre les policiers.

Quatre jours après cet acte barbare, il nous est proposé ici de débattre d'un sujet essentiellement exagéré et agité, en tout cas en France, par les islamo-gauchistes: celui des violences policières. Alors qu'une autre civilisation organisée autour de l'islam politique s'est installée sur notre continent européen et menace la France par son séparatisme, le Parlement, déconnecté de la réalité, reste dans le déni et voit des violences plus importantes ailleurs. En France, il y a eu en 8 ans 263 victimes de la violence de l'islam politique et non des violences policières: c'est de ce combat contre le terrorisme et non des violences policières dont nous devrions débattre, et les chiffres en attestent.

Madame Johansson, combattre le terrorisme sans stopper l'immigration est une imposture. Cet enjeu de civilisation doit aujourd'hui totalement et entièrement occuper nos travaux car, je vous le dis, demain il sera trop tard.

Patryk Jaki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pamiętajmy, że większość policjantów wykonuje bardzo dobrą pracę dla wszystkich obywateli Unii Europejskiej, ale oczywiście zdarzają się nadużycia. I najważniejsze, i największym problemem jest to, kiedy te nadużycia są autoryzowane przez państwo, i ich skala. Jest tylko kilka państw w Unii Europejskiej, które wysuwają się na czoło tego zestawienia, i to jest prawdziwe łamanie praworządności.

Jednym z takich państw jest oczywiście Francja. Zwróćmy uwagę na statystyki: policja w zeszłym roku, znaczy w 2019 roku, zabiła 26 osób, w tym w samych protestach żółtych kamizelek 11 osób. Pięć osób straciło dłonie od wybuchu granatu, 2000 rannych. Media mówią o prawie 95 atakach na dziennikarzy. W związku z tym ja mam pytanie, kiedy odbędzie się debata na temat łamania praworządności we Francji, i tego, co robi prezydent Macron? Czy są w tej izbie równi i równiejsi?

Tak samo chciałbym usłyszeć, jak wygląda sytuacja również w Niemczech. Widzieliśmy wszyscy, co działo się w Dusseldorfie, widzieliśmy również, co działo się w Nadrenii-Westfalii kiedy, ekologów – i kobiety – w sposób brutalny ściągała policja z drzew. Dlatego chciałbym usłyszeć, jak wygląda ta sytuacja. A o Belgii to powinna być w ogóle osobna debata, o tej sytuacji w Belgii.

Assita Kanko (ECR). – Madam President, good policing is a consequence of understanding the moral responsibility that comes with holding power. The legitimacy of policing is based upon consent, integrity and accountability. 2020 has brought an appetite for change and self-examination. We should not miss this opportunity to renew our social contract and better ourselves as a society, not only to ensure we stamp out any abuses of power or acts of brutality within our police forces, but also to bring to an end the growing threat of violence to police officers on our streets.

These are difficult discussions to have but they are necessary. When our institutions and those within it fail, which at times they do, we must not hesitate to hold our own feet to the fire. Acknowledging the wrongdoing of the few does not undermine the integrity of the many, it only strengthens it.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, миналата година след смъртта на Флойд в тази зала имаше демонстрации, имаше декларации от страна на Черните пантери, на Антифа, на всички анархисти, на всички комунисти. Две години преди това обаче загина Хованец и нито дума за това. Онзи ден във Франция беше обезглавен учител. Няма ги декларации, няма ги вдигнатите юмруци, няма ги разтревожените апели.

Защо, почитаеми? Много е просто: защото и двете жертви бяха европейци, бяха християни, бяха част от тази цивилизация; а техните убийци бяха преследвани и защитавани от кого – от антифашистите, от Антифа, от Черните пантери и всички други марксистки, екстремистки крайно леви организации, които водят културна война срещу нашата цивилизация, срещу нашите корени и срещу нашето убеждение в християнството. Това е причината, това е двойният стандарт. Иначе се карае на Полша, карае се на Унгария, че нямало там права и нямало върховенство на правото.

В заключение изразявам своята съпричастност с българската полиция, която вече 100 дни, въпреки жалкото си оборудване, жалкото си възнаграждение, успява да удържи срещу провокациите на антифашисти, на комунисти, на провокатори, които ги замерят с бомби, камъни, дървета и каквото им падне.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Madame la Présidente, le 1^{er} octobre 2017, la police espagnole a brutalement frappé des milliers de citoyens catalans qui essayaient seulement de voter pacifiquement. Des images de personnes en sang ont fait le tour du monde, vous les avez tous vues. J'étais, à l'époque, responsable de la santé au sein du gouvernement catalan. Le rapport publié par mon ministère a fait état de plus de 1 000 blessés physiques et psychologiques. Qu'a fait l'Union sur ce sujet? Qu'a dit la Commission? Rien. Silence. Un silence embarrassant, honteux!

Nous critiquons les abus de la police partout, en Biélorussie, en Turquie, même en Belgique, mais quand l'Espagne en abuse, il s'agit d'une affaire interne. Au nom de l'unité de l'Espagne, tout est-il permis? Pendant que la Cour de Strasbourg condamnait l'Espagne parce que l'action de sa police n'est pas proportionnée, l'Espagne honorait les policiers qui ont frappé les Catalans. Peut-être que le devoir de proportionnalité n'est pas valable dans le cas de la minorité nationale catalane?

Europe, cesse de te taire devant cette répression!

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, thank you very much for this debate and I very much welcome the strong commitment from the European Parliament to act on these issues.

Many of you have referred to the tragic loss of Mr Chovanec's life and we all share the emotions when we saw these shocking images, and I will also – as many of you already done – convey my deepest sympathy to Mr Chovanec's family.

It's of utmost importance that the Belgian authorities carry out independent and accountable investigations. We need to know all the facts, identify those responsible and take appropriate legal actions.

I have the utmost trust respect and admiration for all the brave police women and policemen who do their duty, day in, day out to protect us. They are doing a great job. They have a very tough job and they deserve our support.

But sadly the tragedy of Mr Chovanec is not the only one. That's why we have to end racism. No institution is immune. Not the Commission, not the Parliament, not the police.

Fighting racists will improve their ability to enforce the law, because law enforcement builds on the trust of the community.

Michael Roth, *amtierender Ratspräsident*. – Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete, Frau Kommissarin! Ich habe die heutige Debatte hier im Europäischen Parlament als Ermutigung und auch als Bestärkung im Einsatz für unsere Werte, für Rechtsstaatlichkeit, für Demokratie, für Menschenrechte verstanden. Insofern möchte auch ich Ihnen im Namen des Rates herzlich danken für diesen wichtigen Impuls und für diesen Beitrag. Und damit da überhaupt gar keine Zweifel auftauchen, gerade auch weil viele Abgeordnete auf den tragischen Fall von Jozef Chovanec hingewiesen haben: Auch wir – der deutsche Vorsitz – bedauern zutiefst den Tod von Herrn Chovanec.

Eine solche Debatte, wie wir sie heute geführt haben, ist immer auch schmerzhaft. Sie ist schmerzhaft für Betroffene. Sie ist vor allem auch schmerzhaft für den Staat und seine politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten, weil die Sicherheitsbehörden in einer Gesellschaft, in der der Staat über das Gewaltmonopol verfügt, natürlich auch eine besondere Verantwortung dafür tragen, dass wir entschlossen vorgehen, entschlossen gegenüber jeglichem unangemessenen Verhalten bei der Polizei und in unseren Sicherheitsbehörden. Entschlossen vorgehen gegen Rassismus, entschlossen vorgehen gegen Homophobie, entschlossen vorgehen gegen Antiziganismus und Nationalismus.

Und wenn wir das tun, stellen wir uns ja schützend vor die vielen, vielen Polizistinnen und Polizisten, die tagtäglich eine hervorragende Arbeit leisten. Sie schützen uns als Bürgerinnen und Bürger, sie schützen unsere liberalen Demokratien, sie schützen unseren Rechtsstaat, sie schützen das, was uns wichtig ist, was uns wertvoll ist und was uns im Kern zu Europäerinnen und Europäern macht.

Und weil – darauf wies ich bereits in meinen einführenden Worten hin – die Mitgliedstaaten auch gemäß unseren Verträgen in der Verantwortung stehen, erwächst daraus natürlich auch eine Pflicht, dass alle Mitgliedstaaten dieser Verantwortung gerecht werden und dass alle Fälle entsprechend den rechtsstaatlichen Prozeduren untersucht werden. Und diese Untersuchungen im Rahmen des Rechtsstaates dienen eben auch dem Schutz der vielen Polizistinnen und Polizisten, die uns und unsere demokratischen Gesellschaften schützen.

Vielen Dank noch einmal für diese Debatte, und ich hoffe, dass daraus auch etwas erwächst, nämlich ein klares Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit für uns alle.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

(Istunto keskeytettiin klo 17.30.)

Oświadczenia pisemne (art. 171)

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie*. – Funkcjonariusze policji niejednokrotnie z narażeniem życia dbają o nasze bezpieczeństwo, często w trudnych okolicznościach. Oczywiście jak wszyscy popełniają błędy, a zdarzają się też nadużycia. Czasem te nadużycia są uprawomocnione przez władze państwowe. Bywa, że policja staje się instrumentem w rękach władzy, by służyć do ograniczania swobód i wolności obywatelskich. Takie przypadki zdarzają się w wielu państwach europejskich, ale o dziwo nie zarzuca się im łamania praworządności. A przecież właśnie wtedy mamy poważny z nią problem.

I tak np. we Francji w 2019 r. w wyniku nadużyć z rąk policji zginęło 26 osób, w tym 11 osób podczas protestów żółtych kamizelek, 2000 osób zostało rannych. Ponadto zgodnie z doniesieniami medialnymi zanotowano 95 ataków policji francuskiej na dziennikarzy. Ostatnio Europejski Trybunał Praw Człowieka skazał Hiszpanię w procesie dotyczącym nadużycia siły przez funkcjonariuszy policji, którzy pobili uczestników legalnego protestu. Do tragicznego wydarzenia doszło również w Belgii. Dwa lata temu obywatel Słowacji Józef Chovanec został zatrzymany na lotnisku Charleroi i śmiertelnie pobity przez pięciu funkcjonariuszy policji. Jedna z funkcjonariuszek wykonywała nazistowski gest i udawała Hitlera. Do tej pory nie przeprowadzono śledztwa w tej skandalicznej sprawie.

W związku z powyższym pytam, czy doczekamy się debaty w PE o łamaniu praworządności w tych państwach.

Sylvia Spurek (Verts/ALE), *na piśmie*. – 7 sierpnia br. europejska opinia publiczna była świadkiem działań polskiej policji, które budzą duże wątpliwości co do poszanowania praw człowieka i proporcjonalności użytych środków. Jak widzieliśmy, rozbito spontaniczne zgromadzenie aktywistów i aktywistek broniących innej aktywistki Margot przed budzącym kontrowersje aresztem. Jak wskazują uczestniczący w proteście, a także Rzecznik Praw Obywatelskich i polskie parlamentarzystki, działania policji i sposób ich prowadzenia rodzą wątpliwości. W ich ocenie, policja używała nieadekwatnych do sytuacji środków przymusu zarówno wobec osób uczestniczących w zgromadzeniu, jak i wobec osób postronnych, niekiedy losowo zatrzymywanych, a zatrzymani nie mieli następnie gwarantowanego prawem kon-

taktu z prawnikiem/czką. Media informowały także o niezapewnieniu zatrzymanym bezpiecznych warunków oraz o możliwym molestowaniu seksualnym zatrzymanych na komendzie.

Czy działania policji wobec osób LGBT+ w 2020 roku to wynik polityki nienawiści prowadzonej przez rząd Prawa i Sprawiedliwości oraz inne partie prawicowe, które czują się bezkarne w obliczu obojętności instytucji unijnych, czy to już problem systemowy? Czy obywatele i obywatelki, a w szczególności społeczność LGBT+, mogą czuć się bezpiecznie we własnym kraju? Czy to wszystko to standardy zgodne z wartościami UE? Ile jeszcze czasu musi minąć, by KE przestała odwracać wzrok i uchylać się od odpowiedzialności za przeciwdziałanie problemowi brutalności policji?

16. Wiederaufnahme der Sitzung

(Istuntoa jatketiin klo 18.18.)

17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 18.23)

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

18. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 20.00)

19. Dritte Abstimmungsrunde

President. – The sitting is resumed. I will now move to the third voting session of the day.

We will vote on the files as indicated on the agenda. The voting session will be opened from 8 p.m. until 9.15 p.m. The same voting method will be used as during the previous voting sessions. All votes will be held by roll call.

I declare the third voting session open. You have until 9.15 p.m. to vote. The results will be announced today at 11 p.m.

(The sitting was suspended at 20.01)

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

20. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.00 Uhr wieder aufgenommen.)

21. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

22. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

23. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

25. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 23.12 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 21. OKTOBER 2020

(C/2024/4896)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 19. bis 23. Oktober 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll .	3
3. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	3
4. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	3
5. Erste Abstimmungsrunde	3
6. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. Oktober 2020, insbesondere die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich (Aussprache)	3
7. Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2020 — Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets 2020 (Aussprache)	31
8. Wiederaufnahme der Sitzung	47
9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	47
10. Wiederaufnahme der Sitzung	47

Inhalt	Seite
11. Zweite Abstimmungsrunde	47
12. Wiederaufnahme der Sitzung	48
13. Maßnahmen der EU zur Milderung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Gesellschaft und Wirtschaft (Aussprache)	48
14. Mitteilungen des Präsidenten	63
15. Entwaldung (Aussprache)	64
16. Wiederaufnahme der Sitzung	77
17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	77
18. Wiederaufnahme der Sitzung	77
19. Dritte Abstimmungsrunde	77
20. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	77
21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	77
22. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	77
23. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	77
24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	77
25. Schluss der Sitzung	77

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 21. OKTOBER 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.22)

2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll

3. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

4. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll

5. Erste Abstimmungsrunde

Presidente. – Aprirò il primo turno di votazioni di oggi.

Colleghe e colleghi, voteremo sui fascicoli indicati nell'ordine del giorno.

Il turno di votazioni sarà aperto dalle 9.15 alle 10.30

Le votazioni si svolgeranno con lo stesso metodo utilizzato nel turno di votazioni precedente.

Tutte le votazioni si svolgeranno per appello nominale.

Dichiaro aperto il primo turno di votazioni. Potete votare fino alle 10.30.

I risultati del primo turno di votazioni saranno comunicati alle 13.00.

6. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. Oktober 2020, insbesondere die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca le dichiarazioni del Consiglio europeo e della Commissione sulle conclusioni della riunione del Consiglio europeo del 15 e 16 ottobre 2020, in particolare i negoziati sulle future relazioni con il Regno Unito (2020/2773(RSP)).

Ricordo agli onorevoli deputati che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettate domande di «cartellino blu» o richiami al regolamento, per le evidenti condizioni organizzative in cui si svolge questa plenaria.

Sono inoltre previsti eventuali interventi a distanza dagli uffici di collegamento del Parlamento europeo negli Stati membri, una procedura inedita che sta procedendo con grande efficienza.

Charles Michel, *President of the European Council*. – Mr President, Brexit means Brexit like Theresa May said. But Brexit also means making choices about our future relationship. We want a deal but not at any cost. The European Council was extremely clear, we are 100% united and we expressed our unwavering support to our chief negotiator Michel Barnier and we re-confirmed all the principles of his mandate. In fact, we face three extremely difficult issues: the level playing field; governance; and fisheries, and we need to find solutions in line with our principles. On the level playing field it's a matter of the integrity of the single market, a question of fair competition. Our UK friends say they want to maintain the highest standards. If that's the case, why don't they commit to them? We don't need words, we need guarantees. The same goes for governance; the internal market bill, which clearly violates the withdrawal agreements, reminds us just how important this is. What's the point of negotiating, signing and ratifying an international agreement if it is not implemented in full? In case of violation of the agreement we need to be able to bring the dispute to binding independent arbitration and get a swift resolution.

Lastly on fisheries. Brexit was not our decision and it was not our fishermen's decision. Stopping access to UK water would cause extraordinary damage to our fishing fleets. Yes, we want to keep access to UK waters for fishermen, exactly like the UK wants to keep access to a huge and diversified markets for its companies.

Mr President, dear Members of Parliament, in June 2016 the United Kingdom took a democratic decision to leave the European Union. We respected this sovereign decision in 2016, and we respect sovereignty now, UK sovereignty now. Our UK friends say they want an ambitious and close relationship. We welcome this because we want the same, but the UK wants access to a single market while at the same time being able to digress from our standards and regulations when it suits them.

On ne peut pas avoir le beurre, l'argent du beurre et le sourire de la crémière.

You can't have your cake and eat it too. In fact, the United Kingdom now has an important choice to make about its own future. It's not about choosing a negotiation tactic, it's about choosing the model of society, the model of economy for their own future. Do our British friends want to regulate state aid? And do they want to maintain high standards in health, food security or climate, in close relationship with Europe? If so, why not commit to them in our future agreement?

Ladies and gentlemen, we are determined to ensure that all businesses – British, Chinese, European or from anywhere – follow the same principles when operating in our market. It's only fair.

Time is very short and we stand ready to negotiate 24/7 on all subjects, based on legal texts. The UK has a big decision to make. It's their free and sovereign choice and we will always respect them whatever choice they make but that sovereign answer will determine the level of access to our internal market, this is just common sense. We want a deal which is fair and balanced but we are also ready in case of no-deal.

Ladies and gentlemen, our strategy 'with Africa and not for Africa' was another important topic of our meeting. We need more than a partnership with Africa. We need a new alliance with this continent. Africa is more than just a neighbour. Africa is a natural partner because of our geography, our history and our cultures. Today, our two continents are more interdependent than ever and there is enormous potential for even greater cooperation. We need to harness the vast opportunities for the benefit of people on both continents and the economic dimension of a partnership will be key. Investments and financing would be crucial in the digital and knowledge economy, in renewable energy and in transport, health, agri-food systems.

One word on debt relief – we fully support international efforts on debt relief, especially in the context of G20, and we are ready to intensify talks in order to deliver on that, but all global players should do their part. We also stand ready to further support efforts on rule of law, peace and security, good governance and, of course, human rights. We want to work with our African partners on mobility and addressing all aspects of migration. We want a mutually beneficial partnership that's balanced and comprehensive, guided by the principles of solidarity and shared responsibility and we stand ready to step up cooperation in the multilateral organisations and fora. We will complete it together with our African partners at our next meeting with the African Union later this year.

We also had an orientation debate on climate. We want climate neutrality by 2050, as we decided last year, and to get there we need to update our 2030 target. We discussed the Commission's 2030 climate proposal, including the emissions reduction target of at least 55% by 2030 and we'll come back to this topic in December.

Nous reviendrons sur ce sujet au mois de décembre, notre objectif étant de conclure un accord sur ce sujet au niveau du Conseil européen avant la fin de l'année. Ce sera un débat difficile, nous le mesurons bien. Nous devons prendre en considération les différents points de départ et les circonstances dans différents pays, mais garder à l'esprit cette ambition de faire du pacte vert pour l'Europe le moteur pour le développement, le moteur pour la prospérité et pour le bien-être en Europe et, plus largement, dans le monde. C'est aussi le sens de la diplomatie climatique que nous tentons d'activer avec beaucoup de force et beaucoup d'ambition.

Chers collègues, vous le savez, non seulement la COVID-19 n'a pas disparu, mais nous faisons même face à la deuxième vague et elle est brutale. Elle est douloureuse, une fois encore, pour les victimes, pour leurs familles, pour les soignants, partout en Europe, pour toutes celles et ceux qui sont directement mobilisés pour faire face à cette crise dure qui frappe le monde et qui frappe l'Europe également. Vous l'avez vu, dans plusieurs pays européens, des mesures restrictives sévères ont de nouveau dû être prises pour contenir la propagation du virus.

Nous avons eu un débat intense sur le sujet, nous avons considéré que nous devons continuer à renforcer considérablement les efforts pour plus de coopération et plus de coordination sur le plan européen. Que nous devons tenter de progresser pour améliorer les capacités de régler ensemble la question des voyages à l'intérieur de l'Union européenne; coopérer pour tenter d'harmoniser – ce qui n'est pas simple – les questions de quarantaine et avoir des règles qui soient davantage cohérentes entre pays européens sur le sujet et surtout – c'est à mon avis la question essentielle pour les prochaines semaines, probablement pour les prochains mois, dans l'attente d'un vaccin qui puisse véritablement faire durablement la différence –, sur la question du *testing* et la question du *tracing*, fondamentales et extrêmement importantes. Nous avons eu l'occasion d'avoir un échange alimenté par les travaux de la Commission et par les travaux de la présidence tournante allemande. Nous avons convenu que très régulièrement, y compris par des vidéoconférences au niveau des chefs d'État ou de gouvernement, nous reviendrions sur ce sujet pour tenter de donner les impulsions utiles afin que des projets puissent être réalisés.

Cette question de la COVID-19 m'amène naturellement à la question aussi des conséquences. Il ne s'agit pas seulement des conséquences psychologiques dures pour nos concitoyens, pas seulement des conséquences dures sur le plan social, en lien avec les impacts économiques qui frappent et vont frapper durement des activités économiques, qui vont singulièrement toucher des secteurs plus sensibles que d'autres aux conséquences de cette situation difficile. Cela m'amène naturellement à la question du budget européen et du fonds de relance européen. Nous avons eu l'occasion, Monsieur le Président, d'avoir un échange avec vous sur cette question.

Je forme le vœu, une fois encore, que les prochains jours soient l'occasion de toutes et tous nous engager réellement afin de pouvoir être à la hauteur, de garantir la crédibilité européenne, de faire en sorte que les orientations fortes et historiques – je veux encore une fois le souligner –, prises au niveau du Conseil européen au mois de juillet – grâce aussi, c'est vrai, aux impulsions données par le Parlement européen avant le mois de juillet –, puissent donner lieu à une décision implémentée. Il s'agit, en fait, de faire en sorte que, le plus rapidement possible, les citoyens européens et les entreprises européennes puissent bénéficier des effets positifs de cette ambition pour la relance, pour le soutien économique, pour le soutien à la prospérité et au bien-être, partout en Europe.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, President of the European Council, honourable Members of the European Parliament, I have pleasure in addressing you today on behalf of the President of the Commission, Ursula von der Leyen, who is, as I am sure you are aware, in preventive self-isolation.

There is a question that is on every European's mind today: when will the pandemic finally pass? No one has the answer. The second wave has come. Infections are rising at a worrying speed again and our Member States again have to take action to contain the second wave and eventually to stop it. Since the first wave hit us, Europe has achieved a lot. Let me just name our main strands of work: vaccines, European coordination and our resilience to prevent future crises.

First, progress on vaccines. We now have three contracts in place with pharmaceutical companies and three more are being finalised. This means that, if they manage to develop a vaccine, there will be doses reserved for Europeans. It also means that all Member States will get a future vaccine on the same terms and at the same time.

Last week, the European Commission delivered a vaccination plan, a European framework on who should get the vaccine first. Our vaccination plan is based on science and on common sense. Health workers will take precedence. High on the list will also be people over 60, people at risk because of their health and of course essential workers, people who cannot socially distance and people who are disadvantaged because of their socioeconomic background. We want to protect these people because it's not only a matter of social justice. We believe it's the smartest way to ease the pressure on our health system and slow down contagion.

Second, progress on European coordination. Last week, the Council adopted the Commission's proposal on colour codes and data exchange. This means that all Member States are now speaking the same language when it comes to their citizens' health and it means clarity for people who need to travel across the border. It is now essential to implement these decisions in full and it is also essential to agree on common rules on testing and quarantine. From Spain to Sweden, we are all facing the same disease so our precautions against it should also be the same.

But we are also aware that we still have a long way to go. It will be months before a vaccine is found and distributed. We must be very disciplined and help everyone to contain the spread of the virus as much as possible in the coming weeks and months. If we fail to do so, we run the risk not only of losing the achievements in the area of health protection, but we are also risking Europe's economic recovery, which we launched with great effort before the summer break. No one in Europe wants a second lockdown. People don't want that and companies don't want it either. That is why I call on European citizens to behave responsibly. Protect yourself and others.

But there is also a lot at stake economically in other areas. The President of the European Council, Charles Michel, has just touched upon them, namely our negotiations with the United Kingdom and our climate target for 2030.

Let me first update you on our negotiations with the UK. The deal we are trying to achieve would be absolutely unprecedented. This was the will of the EU and the UK when agreeing on the scope of the future partnership in our joint political declaration and it is still our will. No other economy is as closely aligned to ours as the British economy. It is only natural after almost 40 years as a part of the single market. UK companies produce the same products, within the same value chains, and with almost no transport costs to reach our market. We need to ensure that the European Union and the United Kingdom's companies face fair competition on the EU market. This is why we have put so much emphasis on ensuring a level playing field and on governance and conflict resolution.

Together with fisheries, these are the main outstanding issues where we are still far apart. On each of these issues, we still have to test whether it is possible to find common ground with our British friends. This needs hard work. We have made it clear that we are ready to engage intensively to find solutions. There is no time to lose. Our objective is still to reach an agreement that will pave the way for a new fruitful relationship between the EU and the UK. We will continue to work for such an agreement, but not at any price. My good colleague and friend, Michel Barnier, will provide you with additional information on the subject.

If you allow me, I will now turn to the Withdrawal Agreement, which must be fully operational as of 1 January 2021. Deal or no deal, the Withdrawal Agreement must be respected.

(Applause)

It is not only a matter of trust, which is of course key, but also of political responsibility vis-à-vis our citizens and peace and stability on the island of Ireland. Therefore I welcome that, at the last Joint Committee meeting, we managed to strike a constructive approach. Now it will be vital that this translates into concrete workable operational solutions.

Finally, let me say a few words on our climate ambitions. Two weeks ago, this Parliament voted for a very ambitious recommendation. The European Council has not yet reached an agreement on targets and percentages but, rest assured, the Commission will continue to push for Europe's Heads of State and Government to unite behind an ambitious climate objective of at least 55% by 2030 and this agreement must come before the end of the year.

Last week, we presented two more stepping stones to pave the way towards 55%, the renovation wave and the methane strategy. Our next steps will include revision of the Emissions Trading System, the strategy for offshore wind, the revised regulation for the trans-European energy networks, the mobility strategy and the new proposal for the circular economy. We have a plan that can lead us to 55% and, thanks to Next Generation EU, we have the resources to turn it into reality. We know how we can achieve this goal, but it is also important to remind ourselves why we are doing it. We are going for at least 55% because this is the only way to contain global warming. We made a commitment in Paris and we want to keep our word, but we are also doing this because it makes sense economically.

If we go for at least 55%, it will strengthen our first-mover advantage in clean technologies. Our companies will be the leaders in tomorrow's markets. We will become less dependent on energy imports from the rest of the world. As we work here in Europe, they are also engaging on the global stage so that other countries match our ambition. Europe wants to lead the way and today many others are following our example but never forget that in the near future companies will compete on international markets based on who has the best green technologies. We have to increase the pace of green innovation to remain competitive. It is the right thing to do and the smartest choice as well. Fifty-five percent is an insurance on Europe's future. I have to repeat and underline that it's decision time. Europe must be ambitious for our planet, for our economy and for our next generation.

Michel Barnier, *Chef de la task-force pour les relations avec le Royaume-Uni*. – Monsieur le président, merci aussi à vous, Monsieur le président, et à Maroš Šefčovič, de me permettre de dire quelques mots maintenant de cette négociation dont j'ai la responsabilité sous votre autorité. Je voudrais aussi commencer par remercier personnellement Maroš Šefčovič pour le travail qu'il fait, je puis vous le dire, avec beaucoup de détermination et de rigueur pour animer le comité mixte sur la mise en œuvre – la bonne mise en œuvre – de l'accord de retrait. C'est un point fondamental dans son lien avec la négociation, puisque comme tous vos présidents de groupes l'ont rappelé ensemble il y a quelques semaines, c'est une question de confiance. Pour bâtir un nouvel accord sur la relation future, nous avons besoin de confiance sur la mise en œuvre de l'accord existant.

Le Conseil européen, comme l'a dit Charles Michel, a été un moment très important pour cette négociation: ce Conseil européen a réaffirmé à nos partenaires et amis britanniques que l'Union européenne veut un accord, un accord dans le bénéfice mutuel de chaque partie, dans le respect de l'autonomie et de la souveraineté de chaque partie, et qui reflète un compromis équilibré. Il n'y aura cependant pas d'accord à n'importe quel prix, comme l'a dit très clairement et à plusieurs reprises notre présidente Ursula von der Leyen. C'est la position qui est au cœur du mandat qui m'a été confié, confirmée par votre Parlement et confirmée par le Conseil européen, réaffirmant aussi notre attitude constructive pour continuer la discussion et la négociation. Je veux rappeler que l'attitude de l'Union européenne dans cette négociation n'a pas changé et ne changera pas jusqu'au dernier jour. Nous resterons calmes, nous resterons constructifs, nous resterons respectueux mais aussi, évidemment, fermes et déterminés dans la défense des principes et des intérêts de chacun des pays de l'Union européenne et de l'Union européenne elle-même. Nous chercherons des compromis nécessaires de chaque côté pour avoir un accord jusqu'au dernier jour utile et notre porte restera toujours ouverte.

Comme cela a été dit à l'instant par le président Charles Michel comme par Maroš Šefčovič, nous sommes prêts à intensifier nos discussions à tout moment et sur tous les sujets, et à le faire sur la base de textes juridiques, puisqu'il s'agit de s'accorder, de négocier un accord sous la forme d'un traité international, donc un document juridique. Nous étions d'ailleurs prêts, avec mon équipe, à venir à Londres dès lundi, au début de cette semaine. Ce qui ne changera pas, non plus, c'est le cadre que nous avons fixé au nom de l'Union européenne pour ce partenariat ambitieux avec le Royaume-Uni, qui soit dans le respect de notre autonomie de décision ; qui soit respectueux de l'intégrité du marché intérieur ; et qui préserve les intérêts économiques, politiques, sociaux, de long terme de tous les pays, de tous les citoyens et de toutes les entreprises de l'Union européenne. Ces principes ont été indiqués et énoncés par l'Union depuis le moment même où le Royaume-Uni a choisi – comme c'est son choix souverain – de quitter l'Union européenne, il y a plus de 4 ans. Ces principes sont, évidemment, de mon point de vue, compatibles avec le respect de la souveraineté

britannique, qui est une préoccupation légitime du gouvernement de Boris Johnson.

Ce qui est en jeu, Mesdames et Messieurs les députés, dans cette négociation, ce n'est pas la souveraineté de l'une ou de l'autre des parties en négociation. Nous l'avons dit dès la déclaration politique: tout futur accord se fera dans le respect de l'autonomie de décision de l'Union européenne et dans le respect de la souveraineté britannique. Ce qui est en jeu, c'est simplement – mais c'est déjà beaucoup – l'organisation, la bonne organisation, de nos relations futures après le divorce, qui est acquis. Nous souhaitons des relations aussi intenses que possible pour notre coopération économique, la sécurité, nos investissements communs, la recherche, l'éducation et un jour, plus tard, sans doute une coopération en matière de politique étrangère et de défense. Nous avons bien entendu les lignes rouges évoquées par Boris Johnson sur le rôle de la Cour de justice européenne, sur l'autonomie législative du Royaume-Uni, sur la pêche. Depuis plusieurs mois, nous nous sommes engagés de manière constructive à la table des négociations pour voir comment ces lignes rouges britanniques que nous connaissons pourraient être compatibles avec nos propres principes et nos propres intérêts, avec la volonté d'arriver à un accord entre nous. Car il va de soi, évidemment, que tout accord international implique des contraintes entre les deux parties, des contraintes mutuellement acceptées.

Voilà pour le cadre général de la négociation. Je pense, Mesdames et Messieurs les députés, malgré les difficultés, qu'un accord est à notre portée. Si nous sommes, des deux côtés, prêts à travailler constructivement et dans un esprit de compromis, si nous avançons dans les prochains jours sur la base de textes juridiques, comme c'est notre souhait, et, enfin et surtout, si nous sommes prêts, dans les jours qui viennent, à aborder et résoudre les sujets les plus difficiles. Le temps est limité, très limité, il est même limité de plus en plus chaque jour, et voilà donc pourquoi nous devons trouver avec les Britanniques, s'ils le veulent, des solutions pour les problèmes les plus difficiles. J'ai indiqué hier encore au groupe de coordination présidé par David McAllister et à ses membres que je remercie – beaucoup sont ici – comme je l'ai indiqué à la conférence des présidents de Commission, que nous avons progressé ces dernières semaines avec les Britanniques sur la coopération policière et judiciaire (je connais la vigilance de votre Parlement): nous avons progressé sur la question de la Convention européenne des droits de l'homme, la protection des données, Europol, Eurojust et sur l'extradition. Voilà: nous voyons clairement se dessiner le contour d'un accord. Nous avons progressé sur les transports: le gouvernement du Royaume-Uni s'engage sur un *level playing field* spécifique, notamment dans le domaine du transport routier, c'est important pour nous; sur la participation du Royaume-Uni à certains programmes importants de l'Union européenne: Horizon Europe, la recherche, Erasmus; et enfin sur la coopération thématique, comme la santé publique, tellement urgente en ce moment, ou la cybersécurité. Voilà les sujets où nous avons bien et positivement progressé grâce à la négociation. Sur d'autres sujets, il existe encore des désaccords, même si nous voyons aussi des perspectives de trouver un agrément, notamment sur le commerce des biens, les services, l'énergie, la coordination en matière de sécurité sociale. Enfin, il reste trois sujets, comme l'a évoqué Charles Michel tout à l'heure, sur lesquels nous devons impérativement progresser parce qu'il y a de vraies divergences: le *level playing field*, la pêche et la gouvernance.

Le *level playing field* – disons de manière un peu moins techno qu'il s'agit du fair-play économique et commercial, au cœur de nos futures relations économiques. Les Britanniques évoquent souvent le modèle canadien dans leur discours, mais nous avons avec le Royaume-Uni, comme l'a dit Maroš Šefčovič tout à l'heure, une proximité unique: 0 kilomètre. Zéro kilomètre entre la République d'Irlande et le Royaume-Uni, donc entre nous et le Royaume-Uni, et une interconnexion économique construite avec les Britanniques pendant 47 ans, qui fait que cette situation n'est comparable à aucune autre. Voilà pourquoi cet accord que nous voulons sera sans précédent. C'est la première fois aussi dans notre histoire que nous négocions un traité commercial avec un pays tiers en posant dès le début le principe qu'il n'y aura pas, ou la proposition qu'il n'y aura pas, de tarifs douaniers entre nous et pas de quotas. Nous n'avons jamais fait ça avec aucun pays tiers, et notamment pas avec le Canada, ou avec le Japon plus récemment. Et puis nous négocions cet accord avec un pays tiers pour la première fois, je le redis, dans un contexte de divergence réglementaire: il ne s'agit pas là, comme dans tous les accords précédents, d'encourager la convergence, il s'agit de maîtriser la divergence que les Britanniques veulent regagner et vont regagner avec le Brexit. Voilà pourquoi le *level playing field* reste une exigence fondamentale, comme l'a rappelé le président du Conseil européen. Nous avons d'ailleurs noté avec intérêt, depuis quelques semaines, que les britanniques comprennent mieux cette exigence et ont évolué pour reconnaître qu'il faut des principes fondamentaux sur le contrôle des aides d'État, au-delà de ce qui existe dans les accords de libre-échange existants ou dans l'OMC, et aussi des standards de non-régression avec de vraies garanties de mise en œuvre nationale et un mécanisme de règlement des différends. Mais il faut que les intentions se traduisent maintenant dans la négociation. Il faut aussi que chaque partie puisse adopter des mesures unilatérales en réaction à des risques de distorsion de concurrence. Voilà pour le premier grand sujet de divergence, mais il est possible de trouver, je crois, un chemin.

De même, la gouvernance de notre futur accord, c'est la clé: il s'agit d'une structure globale pour un accord global, il s'agit de mécanismes contraignants de règlement des différends avec un système de sanctions efficace. Là aussi, Maroš Šefčovič a rappelé tout à l'heure le risque qui s'attache à l'accord de retrait et à son respect. Voilà pourquoi nous allons être évidemment exigeants, dans cette négociation pour la relation future, sur ce qui concerne le règlement des différends et la gouvernance, parce que nous avons cet avertissement des Britanniques qui nous inquiète.

Et puis la pêche, dernier point de blocage important: il n'y aura pas d'accord économique sans une solution durable, équitable, juste pour les pêcheurs des deux côtés. Nous insisterons donc jusqu'au bout pour garantir une perspective durable à nos pêcheurs européens. Ça passe par un accès aux eaux réciproque et stable, et ça passe par une répartition juste des quotas.

En conclusion, Mesdames et Messieurs, et en vous remerciant pour votre confiance, je veux rappeler que notre porte reste ouverte et le restera jusqu'au dernier jour utile, pour travailler ensemble avec notre équipe, qui est aussi votre équipe de négociation. Nous sommes prêts à travailler de manière très intense, jour et nuit s'il le faut, pour finaliser un projet d'accord dans un délai qui doit laisser le temps nécessaire à la démocratie, c'est-à-dire à votre Parlement et aussi aux parlements nationaux ainsi qu'au Conseil, pour s'exprimer. Évidemment, nous continuerons à vous informer en toute transparence, Monsieur le président, Mesdames et Messieurs les députés, de l'évolution de cette négociation. Pour trouver un accord, il faut être deux, et puis il faut se mettre d'accord à la fin. Nous ne sommes pas certains d'y parvenir, mais je pense que c'est possible. Voilà pourquoi aussi nous devons être prêts à assumer les conséquences d'un éventuel *No Deal* et poursuivre parallèlement nos préparations pour ce scénario-là, que nous ne souhaitons pas, d'ici la fin de l'année. Et nous conduisons ces travaux de préparation depuis de nombreux mois en bonne coopération avec toutes les parties concernées et avec les États membres.

Monsieur le président, Mesdames et Messieurs, notre attitude et votre unité, l'unité des 27, l'unité des groupes politiques ici, sont la clé de la réussite de cette négociation qui, nous le savons bien, ne concerne pas seulement la seule relation entre le Royaume-Uni et l'Union européenne pour les générations qui viennent, mais qui concerne aussi, plus largement, l'avenir du projet européen.

(Applaudissements)

Presidente. – Prima di dare la parola ai rappresentanti dei gruppi politici, voglio avvertire le colleghe e i colleghi, soprattutto quelli collegati in remoto, che c'è stato un problema con il sistema di voto, adesso però è stato risolto ed è possibile votare. Il termine per le votazioni è prolungato fino alle ore 11 e l'annuncio, come avevamo indicato, sarà fatto alle 13.30.

Siegfried Mureșan, on behalf of the PPE Group. – Mr President, dear colleagues in times of crisis the citizens of the European Union expect that we provide solutions to the problems that they are facing.

Whenever there is a crisis, whenever people face difficulties, they expect that the European Union to help them.

This was the case ten years ago during the economic and financial crisis. This was the case five years ago during the migration and refugee crisis, and this is the case now during the Corona crisis. The fact that people expect us to deliver in times of crisis, shows that they believe we can deliver. It shows a genuine trust of the people in Europe, in the European institutions, and this is why we need to provide now what people expect of us – provide solutions.

These are times in which we have to trust science; trust the authorities; work together; stay united; keep in mind that facts matter; defend together a rules-based society; trust politicians who have solutions, and say loud and clear – the institutions of the European Union delivered in overcoming the crisis and, under Michel Barnier's leadership, in keeping the EU together in the negotiations for finding the best possible relationship with the United Kingdom for the future.

The developments of recent days have shown to us that passing relatively well through a first wave of Corona crisis, is no guarantee of passing well through the second and through the third wave.

The developments of recent days have shown to us that the Corona crisis is not a short-term crisis, but it will be at least a medium-term crisis, with consequences, potentially, for the long term.

When people expect us to do more, when we have a crisis where it's clear that united we can pass through it better, when people expect us to do more, we need to equip the European Union with the tools it needs to overcome the crisis. And one of our essential tools is the budget of the European Union.

In the EPP group, we are committed to a quick conclusion of the negotiations on the EU budget and on the Recovery and Resilience Facility, so that both instruments can enter into force on 1 January 2021.

We do respect the many good elements of the agreement of the July European Council. However, we want to find solutions to allocate further resources where they are needed. We saw in recent weeks that the EU health programmes need more money, and this is why Mr President Sassoli, I would like to support what you publicly said yesterday – the creation of the Recovery and Resilience Facility of Next Generation EU should not become a burden for the budget of the European Union.

I would like to support what President Sassoli said yesterday. We should not place the interest payments for Next Generation EU within the EU budget. We should not have less money for farmers, for researchers, for students, because we have created the Recovery and Resilience Facility.

As the rapporteur for the Recovery and Resilience Facility, I would like to tell our colleagues in the Council that we are working and respecting our schedule here in the European Parliament. We will be delivering. We have no delays here. We will adopt our position in November.

Be ready for the final negotiations with the Council, and the message to the people is, we will provide the facility that will help them overcome this crisis, and which will protect them for the next crisis.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, el fantasma del virus vuelve a golpear a Europa. Los toques de queda y las restricciones de movilidad sacuden la vida laboral y social de nuestros pueblos y de nuestras ciudades. La segunda ola pone contra las cuerdas, de nuevo, al sistema sanitario. Si hace un mes se contabilizaban más de dos millones de contagios en Europa, hoy estamos con más de cuatro.

Las previsiones del Fondo Monetario Internacional, publicadas la semana pasada, apuntan a un colapso de la zona del euro. Además, la crisis sanitaria y económica nos empuja al precipicio del drama social con un aumento de la pobreza y la desigualdad. Tal y como nos recuerda la Red Europea de Lucha contra la Pobreza, es inaceptable que cerca del 22 % de la población de la Unión Europea se encuentre hoy en riesgo de pobreza o exclusión social.

Y por si todo esto no fuera suficiente, el horizonte se oscurece con la perspectiva del *Brexit* abrupto a finales de este año. No cabe la complacencia. La Unión Europea debe aprender de los errores del pasado y de ayer.

Señor Barnier, cuenta también con el respaldo de la familia socialdemócrata en su último esfuerzo para lograr la mejor relación con el Reino Unido. Pero no lo hagamos a costa de sacrificar uno de nuestros cimientos: el mercado interior. De ninguna manera debemos aceptar competencias desleales, ayudas de Estado distorsionadas o dumping sociales y medioambientales. Junto a los errores del pasado debemos evitar también los errores de ayer.

Y creo que es importante hacer hoy una referencia a algo que el Consejo no abordó, pero en lo que este Parlamento sigue insistiendo, y es en la necesidad, hoy más que nunca, de abordar esa Conferencia del Futuro de Europa para poder tener instrumentos que realmente sean acordes con los tiempos en los que vivimos.

Señor Michel, el Consejo Europeo no puede regresar a la austeridad que desde el año 2008 ha convulsionado nuestro Estado del bienestar. Si con frecuencia afirmamos que la educación es el mejor antídoto contra los extremismos, ¿por qué plantean reducir Erasmus? Si solemos afirmar que la ciencia es clave para la transición ecológica y digital, ¿por qué recortar Horizonte Europa? Si ahora debatimos sobre la necesidad de dotar a la Unión Europea de una autonomía estratégica que se construya desde nuestra sanidad, ¿por qué renunciar a fortalecer el programa de salud? Y no se olviden del apoyo que debemos prestar también a quienes más sufren en África y en América Latina. Porque tengamos claro que nadie va a estar a salvo hasta que todos estemos a salvo.

Aprovechemos el plan de recuperación y el presupuesto para salvar vidas y empleos. Y para compensar el exceso de endeudamiento generado por la crisis. Escuchen al Fondo Monetario Internacional. Ahora piden la aplicación de impuestos más altos, que los individuos más acomodados y las empresas más rentables protejan a los más vulnerables. Y en la Unión Europea tenemos los instrumentos para hacerlo posible: los recursos propios.

Debemos terminar con el agujero fiscal digital. No es aceptable que las multinacionales de los Estados Unidos declaren la mitad de sus ganancias en Europa en un único Estado miembro con un impuesto de sociedades desleal. La presidenta Von der Leyen se comprometió a relanzar la tasa Google si la OCDE no lograba un acuerdo este año. Ahora debe cumplir.

Y no se adentren en un falso dilema sobre la asignación de fondos. El esfuerzo de los contribuyentes no puede servir para financiar a países con Gobiernos que violan el Estado de Derecho. Ayer conocíamos que casi ocho de cada diez ciudadanos y ciudadanas europeos están a favor de vincular los fondos al pleno respeto de los valores democráticos. Actuemos sobre ello. Un retraso en la llegada de las ayudas frustraría las esperanzas de millones de europeos y europeas y les empujaría al antieuropeísmo.

El mañana no está escrito. Con tesón y con generosidad por parte de todos, estamos a tiempo de garantizar el porvenir de las generaciones presentes y futuras.

Dacian Cioloș, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, Colleagues, the European Union's future relations with the United Kingdom has reached a critical point. The EU was always willing to negotiate, but Mr Johnson's government preferred political games. From the beginning of the campaign of the referendum, until now, he played games.

The EU wants, and needs, a strong partnership with our UK neighbours, but, for that to happen, we need a serious partner, and serious partnerships should have a clear understanding.

Firstly, we will not ratify any trade deal as long as the Withdrawal Agreement is not fully respected, especially the Protocol on Northern Ireland. Secondly, my Group will only give its consent to an agreement that protects the interests of European citizens, and is fair and beneficial to our economy. Any possible deal should ensure a level playing field, as you said, Mr Michel, have an effective mechanism of governance, be fair when it comes to fisheries, and respect our strict data protection norms – and we insist on that.

If the United Kingdom wants a deal – which is in the best interests of UK citizens also – its government needs to sit at the negotiating table until one is reached, and stop playing delaying tactics. And Mr Michel, you have our full support in your work.

Let me say some words on the pandemic also. Europe is on the brink of a second wave of the COVID-19 pandemic. The coordination of free movement, requested by my political group and Parliament, is a step forward, but we must strengthen operational coordination at EU level. We have to urgently prepare in order to mitigate the serious social and economic hardship this second wave will cause our citizens.

The Commission and Member States cannot allow themselves to work in anything less than a coordinated manner and learn from the mistakes we witnessed last spring. The cost of national selfishness is too high, and it is simply unacceptable. Furthermore, I hope it is now crystal clear to everyone that we need a European health policy to complement national ones, and this coordination on health will not be enough. We need investment, common investment, and we need an element in the budget for a real European tool on health policy.

Let me end by saying, Mr Charles Michel, that this issue of health and COVID-19 coordination should be, in my opinion, on the agenda of every single European Council in the next months until we are out of this crisis because coordination and exchange of information is essential for this.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, le 31 décembre, conformément à la volonté exprimée démocratiquement par les urnes il y a maintenant plus de quatre ans, le Royaume-Uni sera, enfin, officiellement un pays tiers, avec ou sans accord.

La position de Bruxelles a toujours été, tout au long de ces années de négociations, de punir le peuple britannique pour son choix en rendant la rupture la plus douloureuse et la plus complexe possible pour Londres. Après avoir tenté d'arrimer le Royaume-Uni au marché commun avec le fameux *backstop*, la Commission cherche toujours aujourd'hui à tenir le Royaume-Uni en laisse courte en cherchant à lui imposer, par exemple, la jurisprudence de la Cour européenne des droits de l'homme ou en voulant garder un droit de regard sur sa politique d'aides d'État. Mais la vérité, c'est que votre inflexibilité n'a jamais été payante. Boris Johnson avait démontré la fragilité de cette prétendue intransigeance fin 2019, obtenant juste après son élection, la renégociation de l'accord qui avait été conclu avec Theresa May et dont vous prétendiez qu'il était immuable.

Comme parlementaire français élu en Normandie, je suis aujourd'hui très inquiet pour la pêche, un enjeu pourtant majeur pour nos pays et le mien en particulier. L'Allemagne a déjà fait savoir qu'elle était favorable à des concessions et vous-même, Monsieur Barnier, avait récemment laissé entendre qu'il fallait, je cite, «faire preuve de réalisme concernant l'accès aux eaux britanniques».

Ce sera donc soit la faiblesse, soit le *no deal*, l'absence d'accord. Et je ne me réjouis bien sûr pas de la perspective d'un échec, mais contrairement à ce qui a été affirmé depuis quatre ans, les conséquences d'un *no deal* seraient probablement bien pires pour l'Union européenne que pour le Royaume-Uni.

Vous avez pris le problème à l'envers, au lieu de négocier un accord global en imposant vos dogmes idéologiques, il aurait fallu conditionner l'accord général à la question spécifique de la pêche, mais vous n'osez pas le rapport de force car vous craignez par-dessus tout une future guerre commerciale.

L'Union européenne prétendait nous apporter la prospérité, la stabilité, une force et un rang sur la scène mondiale après les États-Unis, après la Chine, et récemment la Turquie, hé bien le Royaume-Uni aujourd'hui montre que les institutions européennes, à la fois par leur fonctionnement et par leurs orientations politiques, organisent l'impuissance collective de nos nations et donc de notre continent.

Ska Keller, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, with regard to climate, those were very poor Council conclusions indeed. Or can I even call them conclusions, because the only thing that leaders could agree on was that they had actually talked about climate. We are in the midst of a rapidly progressing climate crisis and postponement of action is a mistake. This year again looks set to break any sort of records with regard to climate crisis, be it heat waves, droughts, intensity, extreme weather events, Arctic shield loss, etc.

So, let me be very clear. Deciding to talk about climate later is failing to grasp the urgency of this task. We have to act now and we have to act decisively at all levels and also in all policy areas, and the compromise reached by the European Parliament on reducing greenhouse gases by 60% by 2030 is a good step forward. Some of you have said it's an ambitious target, but it's not so ambitious: it's a more realistic target if we really want to save our planet. Member States should sign up to it quickly – to the 60% goal – so we can finally start acting. The climate doesn't wait and neither should we.

And yes, the economic transformation needed for that is no walk in the park, especially for regions with a long-standing tradition of carbon-intensive economies. That's why the Parliament is insisting on having a proper-sized Just Transition Fund, among others, as part of a new EU budget, because you need to put the money where your policy targets is. You need to put the money where you want to have the EU fit for the tasks ahead and that requires adequate funding. Any government should know that. We need to have a climate spending target of 30% and a biodiversity target of 10% in order to be up to the tasks ahead. And EU funds also need to advance our Union values. That's why compliance with rule of law must be an essential criteria for allocating the funds and these are critical elements in the Parliament's position on the EU budget and recovery fund. It is just inadmissible that the Council disregards such fundamental concerns.

As for Brexit, it's very sad to see that so much time has passed without any agreement being reached on our future relations. We're approaching the end of the time limit and I just want to remind us that of course the UK Government could have asked for an extension and they decided not to, but it's also clear that we cannot accept a deal that would endanger the single market, social rights or environmental standards. So further work is needed on that and we are still extremely sad that Brexit was decided, but now we need to see that we also ensure the Union's togetherness.

We are again holding this meeting under very exceptional circumstances. We're in the midst of a big, big medical crisis. Let us learn from the EU response in the spring, let us now be more coordinated, more cohesive and make sure that border restrictions are avoided. It's an exceptional year in many different ways and the Council needs to step up if it is ready to face these challenges.

(Applause)

Derk Jan Eppink, namens de ECR-Fractie. – Voorzitter, de Europese Raad is eigenlijk geëindigd met één conclusie: Groot-Brittannië, buigen of barsten! Als u weet dat premier Johnson een grote biografie over Winston Churchill heeft geschreven, dan kunt u zich ongeveer voorstellen wat hij gaat doen. We moeten ons dus voorbereiden op een *no deal*.

Als we kijken naar visserij – want daar wil ik het eigenlijk over hebben – dan liggen de twee posities ver uit elkaar. Het Verenigd Koninkrijk claimt de soevereiniteit van de eigen viswateren. De EU wil de huidige situatie eigenlijk zo laten. Maar er is een Brexit. Dus de Britten mogen hun viswateren opeisen.

Nu heb ik een belangrijk punt. Nederland mag zijn vissers niet overboord gooien omdat de Europese Unie achter het net vist. We weten nog niet wat er uit de bus komt. Ik hoop dat u succes hebt met een *deal*. Maar als dat niet zo is, dan is er een andere wereld, mijnheer Barnier. Ik ben erg blij dat u zo goed Nederlands verstaat. Als er geen akkoord wordt bereikt, wil ik niet met een beschuldigende vinger wijzen. Maar dan is er een andere situatie en dan moeten de lidstaten, de vislanden, het recht hebben om bilateraal te onderhandelen met Groot-Brittannië.

Noorwegen biedt een goed model. De Noren hebben vorig jaar visquota afgesproken met Groot-Brittannië. Vlaanderen en Denemarken, ook landen die daar vissen, hebben daar wat aan. We hebben dus een model, want u moet goed weten, mijnheer Barnier, dat Franse vissers heel veel kunnen vissen in de Atlantische Oceaan, maar wij zitten in een fuik. En die fuik wordt steeds kleiner. Wij kunnen dat dus niet opgeven!

Nederland zal nooit zijn eeuwenoude traditie van visserij opgeven en offeren op het offerblok van Brussel. Dit is een nationale zaak die cultureel zeer diep gaat en onze vissersachterban zal ik met hand en tand verdedigen. Bilaterale onderhandelingen moeten daarom mogelijk zijn als u faalt. Want wij kennen de Britten al zo'n 400 jaar. We hebben oorlogen met hen gehad en van alles en nog wat. Maar we kunnen best onze boontjes zelf doppen met de Britten.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, θα σταθώ σε δύο σημεία, απευθυνόμενος κυρίως στο Συμβούλιο, κύριε Michel.

Πρώτο σημείο: σταματήστε να «χαϊδεύετε» τον Ερντογάν, γιατί στέλνετε λάθος μήνυμα και γι' αυτό κλιμακώνει τις μονομερείς προκλήσεις του, όχι μόνο εναντίον της Ελλάδας και της Κύπρου αλλά και εναντίον της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τι απέγινε, κύριε Michel και κύριε Šefčovič, η λίστα των κυρώσεων την οποία ο κύριος Borrell παρουσίασε προφορικά, πριν από περίπου δύο μήνες, στους υπουργούς Εξωτερικών; Πότε θα τη δούμε επιτέλους γραπτή στη σύνοδο κορυφής, να την εγκρίνετε δίπλα στη θετική ατζέντα διαλόγου που προτείνετε προς την Τουρκία; Γιατί η σύνοδος κορυφής —και ιδίως η γερμανική προεδρία, και με τη δική σας ανοχή— αναβάλλει διαρκώς και παραπέμπει το θέμα στο μέλλον; Από τον Ιούνιο το πήγατε στον Σεπτέμβριο και τώρα μας λέτε «ραντεβού τον Δεκέμβριο». Χρειάζεται επιτέλους να δείξετε μεγαλύτερη αυστηρότητα προς τον Ερντογάν και συνέπεια λόγων και έργων.

Δεύτερο σημείο: η σφοδρότητα του δεύτερου κύματος της πανδημίας επιβάλλει ισχυρότερα μέτρα προστασίας της κοινωνίας, της οικονομίας και της δημόσιας υγείας. Γι' αυτό, εκτός από το θετικό βήμα του Ταμείου Ανάκαμψης, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, με μεγάλη πλειοψηφία και με συμφωνία πέντε πολιτικών ομάδων —Ευρωπαϊκό Λαϊκό Κόμμα, Φιλελεύθεροι, Σοσιαλιστές Πράσινοι και Αριστερά, ζητεί έναν πιο φιλόδοξο προϋπολογισμό.

Γι' αυτό ζητώ από εσάς, από το Συμβούλιο, να ακούσετε τη δήλωση που έκανε χθες ο Πρόεδρος του Κοινοβουλίου, ο κύριος Sassoli, και να σταματήσετε το bullying εναντίον του Κοινοβουλίου και να μην το κατηγορείτε με fake news ότι —δήθεν— δεν θέλει συμφωνία. Για να υπάρξει μια συμφωνία πρέπει να μετακινηθεί, κύριε Michel, και το Συμβούλιο. Το Κοινοβούλιο έχει μετακινηθεί από τις αρχικές του προτάσεις, αλλά για να συναντηθούμε στη μέση της γέφυρας και να έχουμε γρήγορα θετικές αποφάσεις, όπως αυτές που ζητούν οι πολίτες (δείτε το χθεσινό Ευρωβαρόμετρο), θα πρέπει και η σύνδοδος κορυφής και το Συμβούλιο να κάνουν κάποια βήματα συμβιβασμού αντί να κατηγορούν το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι επικίνδυνες εξελίξεις στα ελληνοτουρκικά επιβεβαιώνουν και στα ανακοινωθέντα του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου τα αδιέξοδα της πολιτικής —όλων των κυβερνήσεων της Ελλάδας διαχρονικά— εμπλοκής στα αμερικανο-νατοϊκά σχέδια και τους ανταγωνισμούς. Από ένα άλλοτε δήθεν «απάνεμο λιμάνι», η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει γίνει σήμερα για τους απολογητές της ένα τάχα «αργοκίνητο καράβι». Ξεπλένουν έτσι τα ισχυρά οικονομικά και γεωπολιτικά συμφέροντα που συνδέουν Ευρωπαϊκή Ένωση, Γερμανία, Ιταλία, Ισπανία και άλλους με την Τουρκία. Η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι Ηνωμένες Πολιτείες και το ΝΑΤΟ όχι μόνο δεν μπορούν να αναχαιτίσουν την επιθετικότητα της αστικής τάξης της Τουρκίας, αλλά την αποθρασύνουν κιόλας· γεγονός που αποδεικνύει ότι δεν μπορούν να εξασφαλίσουν την ειρήνη. Γι' αυτό συμβαίνουν και οι τουρκικές προκλήσεις στην ελληνική υφαλοκρηπίδα, η NAVTEX, οι χάρτες για τη δικαιοδοσία της διάσωσης, οι γεωτρήσεις στην κυπριακή ΑΟΖ, το άνοιγμα της παραλίας στα Βαρούσια· γι' αυτό και οι επεμβάσεις επίσης σε Συρία, Λιβύη, Ιράκ και αλλού. Τα εμπόρια όπλων, οι αναθεωρήσεις εμπορικών συμφωνιών, οι κυρώσεις και η φιλολογία τους είναι όλα μέσα στο παιχνίδι των διαπιστωμένων μεγάλων ανταγωνισμών των αστικών τάξεων που το πληρώνουν στο τέλος οι λαοί. Καμία προσδοκία από Ευρωπαϊκή Ένωση, ΝΑΤΟ και Ηνωμένες Πολιτείες. Αποτελούν —μαζί με τους ανταγωνισμούς τους— πηγή του προβλήματος και όχι της λύσης. Με τον αγώνα τους, λοιπόν, οι λαοί μπορούν να απορρίψουν τα ιμπεριαλιστικά σχέδια για επικίνδυνες διευθετήσεις στις πλάτες τους.

Esteban González Pons (PPE). – Señor presidente, señorías, ninguno de nosotros pasará a la historia, pero el coronavirus sí. ¿Por qué entonces lo tratamos como si fuera un problema que no tenemos todos o que, en breve, dejaremos de tener? ¿Cómo somos tan irresponsables?

El virus es más rápido, más eficaz, más constante que nuestras medidas para prevenirlo y controlarlo, y la llegada del invierno no hará más que aumentar la ventaja que lleva sobre nosotros. Pero los políticos seguimos confundiendo la realidad con el deseo: por mucho que queramos que la pesadilla acabe, no se va a terminar si no la tratamos como la emergencia sanitaria, económica y social que es.

Nos equivocamos cuando fingimos que se acabaría con el verano y nos hemos vuelto a equivocar contando la mentira de que la vacuna llegará antes de Navidad. Estamos presentando planes de vacunación y no tenemos ninguna vacuna.

Tenemos que prepararnos para una lucha que va a durar años. En España, por ejemplo, el virus en solo ocho meses ha matado a cincuenta mil personas. Hay un millón de contagiados; se contagian trescientas mil personas cada mes. ¿Qué hacemos discutiendo de otras cosas?

Señores del Consejo, ¿no les parece que ya es hora de tener una estrategia común de lucha contra la pandemia? ¿Cuántas personas más tienen que morir en Europa?

En nuestro continente están en juego la vida y la salud de millones de personas, el colapso de los sistemas sanitarios, la supervivencia de nuestro tejido de pequeñas y medianas empresas, el que millones de familias puedan pagar la comida, la ropa o la calefacción.

Por eso se entiende todavía menos que, en estas circunstancias, Boris Johnson queme los puentes que le unen con el continente, condenando hasta lo imposible el futuro de la economía británica. Si Donald Trump pierde las elecciones, a Boris Johnson no le va a quedar ningún amigo en el mundo.

Seamos responsables, respaldemos unidos a nuestro negociador y pidámosle a nuestro negociador que negocie en nombre de todos, por el bien de los británicos también. En estos tiempos, colaborar es sobrevivir.

Kati Piri (S&D). – Mr President, when we last discussed the negotiations in the context of Mr Hansen's and my report on the EU-UK partnership in June, we had only 204 days left before the end of the transition period. Today that number is down to 73. Prime Minister Johnson then gave assurances that all it would take to come to an agreement was a little oomph and self imposed a deadline: first, in July, and then on 15 October. But instead of a real engagement in the negotiations, the UK decided to put forward an internal market bill which breaches international law, jeopardises the Good Friday Agreement and ruined the good faith between the negotiators.

And here we are in the midst of a second wave of the corona crisis with all its economic consequences, and the UK Government, for reasons no one can really grasp, decided to walk away from the negotiation table one minute before midnight, because we do not need a deal in 73 days: we need it within two weeks. Only then will this Parliament be able to ensure the agreement's full democratic scrutiny.

Because, President, let this be very clear to the UK Government: since the beginning of the transition period, the European Parliament has diligently and consistently taken its responsibility in reaching an agreement because we believe that finding one would be in the interests of both the EU and UK citizens. But under no circumstances will we now be bullied by Mr Johnson into rubber stamping just any last-minute deal after the UK Government chose to run down the clock on the negotiations since February. And our position has not changed.

We have always been very clear regarding our red lines. Top social, labour and environmental standards, fair competition, effective governance, a sustainable agreement on fisheries and full compliance with the Withdrawal Agreement. Parliament remains fully committed to a comprehensive agreement with the United Kingdom. But let me draw a clear line in the sand. If the UK Government does not remove those provisions in the internal market bill that are in clear breach of international law, this Parliament cannot and will not consent to any agreement.

And finally, let me underline once again that we, the European Parliament, just like the Council, are absolutely united in our support for our negotiator, Michel Barnier. Mr Barnier, we wish you the very best for the coming few weeks of hopefully intensified negotiations with a good outcome. Now it's up to the UK Government to deliver on its promises for a comprehensive agreement in line with the Political Declaration and the Withdrawal Agreement to which Mr Johnson himself signed up to. We, on our side, are ready.

Nathalie Loiseau (Renew). – Monsieur le Président, Boris Johnson a un jour déclaré «plutôt mourir dans un fossé que demander un report du Brexit». Aujourd'hui, les négociations sont sur une route de crête entre un fossé et un précipice.

Lorsqu'on négocie, il faut se méfier des erreurs de calcul. Boris Johnson en a commis trois. Le projet de loi sur le marché intérieur était censé faire peur aux Européens et souder sa majorité politique. En menaçant de violer le droit international, il a soudé les Européens et fait peur à sa majorité. Quand on roule à vive allure sur une voie étroite, on évite d'enfreindre le code de la route. Le gouvernement britannique pensait mettre la pression sur les Européens en fixant une date limite aux négociations le 15 octobre. Le 15 octobre est passé et les Européens sont restés calmes. Les négociations peuvent reprendre à tout moment. Quand on veut arriver à bon port, on évite de faire des arrêts inutiles. Le gouvernement britannique a cherché à diviser pour régner, en mettant le sujet de la pêche au centre des conversations mais personne n'a été dupe. Le gros sujet, celui qui préoccupe chacun des 27, c'est le risque d'une concurrence déloyale aux portes du marché unique. Or, ce sujet n'est pas réglé, pas plus que la pêche, pas plus que la façon de régler nos différends à l'avenir, alors même que du fait du recul britannique sur l'accord de retrait, la confiance que nous voudrions avoir n'est plus la même. Pour nous, le fossé, ce serait un *no deal* et le précipice un mauvais accord. Parce que nous ne voulons pas faire mourir nos entreprises, si elles étaient confrontées à une concurrence déloyale en matière sanitaire, sociale ou environnementale. Parce que nous ne voulons pas faire mourir notre secteur de la pêche, qui n'a pas à subir les conséquences d'une décision, le Brexit, qu'il n'a pas prise. Alors il reste une voie étroite, celle d'un accord respectueux de la souveraineté de chacun mais capable de servir les intérêts de tous. Ce chemin étroit, il faut le parcourir en très peu de temps. Pour éviter le fossé comme le précipice, M. Johnson, arrêtez les écrans de fumée, ouvrez les yeux sur la réalité des besoins des entreprises, respectez l'accord de retrait et sortez les négociations de l'impasse où vous les avez mises. Vous êtes au volant M. Johnson, c'est vous qui pouvez éviter l'accident.

VORSITZ: RAINER WIELAND*Vizepräsident*

Gunnar Beck (ID). – Mr President, the EU commenced trade negotiations with maximum demands for a level playing field on EU terms, pre-Brexit fishing rights and continued ECJ jurisdiction. Britain wanted a Canada-style trade deal and signalled some flexibility; the EU in contrast barely moved. Negotiation is a discussion between parties with divergent views but a shared interest in finding a compromise. The EU, notably Germany, has a vast trade surplus with the UK, yet the German Presidency and the Commission remain committed to an unequal treaty on EU terms and enforceable before the EU's imperial court. Merkel and von der Leyen know not to negotiate because they know not when to compromise. That way they will not have their way.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, I might not like to say it, but I think it has to be said also here in this House. Boris Johnson has been lying to the people in the UK: the GBP 350 million for the NHS after Brexit; no customs checks between Northern Ireland and the rest of the UK; and then this oven-ready deal that basically just needed signing on the future relations between the EU and the UK. Come on, these lies have to stop. If we want to turn this around, truth has to be spoken.

First, Brexit is a mess. Second, finding a solution to this mess is not going to be easy for either side, but thirdly, and I think this is important, there might not be a good outcome to this, but there are many different levels of how difficult this can become. So, Prime Minister, stop blaming others for your own actions, take responsibility and come back to the negotiation table and avoid the worst outcome for the people in the UK. You owe it to them.

(Applause)

Geert Bourgeois (ECR). – Voorzitter, voor de brexit nadert nu het uur van de waarheid. Ik ben blij dat beide partijen zeggen dat ze tot een hecht partnerschap willen komen, dat inderdaad, mijnheer Barnier, veel meer moet zijn dan een CETA-akkoord. De gevolgen van een *no deal* zijn verschrikkelijk, zeker bovenop de recessie die we nu hebben ten gevolge van de pandemie. De universiteit van Leuven heeft berekend dat de hele Unie één procent van haar bruto nationaal product verliest en dat we structureel 1,2 miljoen arbeidsplaatsen verliezen die we niet over één, twee of drie jaar terugwinnen.

Voor de landen rond de Noordzee is het nog erger. In Vlaanderen verliezen wij 2,5 % van ons bnp en staan 28 000 jobs op de tocht. We moeten dus tot een compromis komen en daartoe al het mogelijke doen.

Ik ben gecharmeerd, mijnheer Barnier, door uw aanpak en de grote lijnen daarvan, namelijk respect voor elkaars soevereiniteit en grote rode lijnen inzake een gelijk speelveld, inzake een goede governance en inzake visserij. Maar het legendarische Britse pragmatisme moeten wij delen om tot een goed akkoord te komen. Vanzelfsprekend, mijnheer Šefčovič, moeten de onaanvaardbare bepalingen weg uit de *Internal Market Bill*. Gelukkig zijn er in het Britse Hogerhuis nog goede conservatieven voor wie een woord een woord is.

Ik wens u in het kader van die lijnen veel succes. De tijd dringt!

Idoia Villanueva Ruiz (GUE/NGL). – Señor presidente, hace 52 meses —52— del referéndum de salida del Reino Unido y seguimos sin un acuerdo sobre las condiciones futuras. Referéndum, quiero recordar, que fue apoyado solo por el 51,9 % del Reino Unido, y en el que Escocia e Irlanda del Norte, por ejemplo, apoyaron quedarse. Una sociedad totalmente dividida. Desgraciadamente hemos vivido cómo Boris Johnson se sumaba rápido a la corriente trumpista de hombres blancos imponiendo, amenazando y despreciando la negociación o la cooperación.

Apoyamos al señor Barnier en sus negociaciones y, en este momento y situación, Europa no debe unirse a ese modo de hacer ni en forma ni en fondo. Siempre debemos tener tendida la mano en beneficio de todas las poblaciones. Eso sí, desde la firmeza, defendiendo nuestros sectores estratégicos, frente a las consecuencias en el sector primario y asegurando planes de contingencia, pero sobre todo debemos poner como prioridad la parte más vulnerable: los derechos de la ciudadanía, asegurando recursos para garantizar estos derechos.

Y, por último, debemos aprender también de este proceso, cambiar las políticas que ante la crisis dejaron fuera a mucha parte de la ciudadanía. Y, ante esta nueva crisis, debemos asegurar un proyecto de derechos, un pilar social fuerte y un proyecto que invite a quedarse.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Mr President, another European Council goes on without concrete advances on Brexit. In addition, even when the deadline is ever closer, I hope for a good deal that ensures that citizens and enterprises can continue to live and operate normally both in the UK and in the EU.

We are in the middle of one of the worst economic crises of our history. We are obliged not to worsen it with political games. On the other hand, Brexit is a reminder that borders change, as we all know. Today, support for Scottish independence is sky high in the latest polls with about 58% of the vote. The future of Scotland is in Scottish hands and we all hope that Westminster will again give an example to the world of how to tackle this kind of situation. London needs to show again how a mature democracy behaves. The UK needs to remind the EU that a referendum is something to agree on, not an excuse to put political rivals in prison as Spain has done. Very soon, Scotland will vote again to decide its future and the House of European democracy must be wide open for their immediate return.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, the discussion between EU leaders at this month's summit covered some pivotal topics for our Union. I fully support further EU coordination in terms of the pandemic and ambition in our fight against climate change. However, it is the ongoing negotiations with the United Kingdom that will have the most immediate and severe effects for my home country of Ireland.

I've always been optimistic that when it came down to it, a deal would be reached. This I drew from the competency and fairness with which I have seen Michel Barnier do his great work. But recently our confidence lessened in this regard because of the shifting sands of Boris Johnson's desires and his collection of supporters in parliament who seem more than willing to not only contradict themselves, but also contradict the foundation of the United Kingdom's reputation by voting to willingly breach international law.

On paper, with our years of close cooperation, the remaining issues on Brexit seem achievable. The sharing of fishing rights and policing state subsidies to industry should not be deal breakers to close allies of 47 years. The real problem is the lack of trust in the seriousness of any commitments that the United Kingdom might give, which was most distinctly displayed by the abrasive introduction of the Internal Market Bill and the legal justification for same. Sometimes we get the sense that the United Kingdom is more concerned with short-term optics than long-term substance. Nobody in the EU, Ireland – and indeed the United Kingdom if they are truly honest – wants an extremely disruptive no-deal. There is a danger that a last-minute agreement could break down into a multitude of legal disputes within a year or so. This must be avoided.

To my friends in the United Kingdom, I say: there is room for a deal in line with your previous agreements that will finally provide certainty to businesses and citizens and avoid economic catastrophe. I plead with you to meet the EU halfway and ensure that ordinary people do not become casualties of ideology. Mr Johnson, bin the bluster and get the deal done.

(Applause)

Pedro Silva Pereira (S&D). – Mr President, first of all as rapporteur of this Parliament for the implementation of the withdrawal agreement, I would like to express my support to the European Commission and Vice-President Šefčovič for their efforts to ensure full compliance by the UK of the withdrawal agreement, and their commitments under international law.

We've always said that trust is a prerequisite for a sound and future economic relationship, and we mean it. And now that the UK Internal Market Bill is under discussion between the House of Lords and the House of Commons, this Parliament recalls that we expect nothing less than full compliance with the withdrawal agreement.

As to the negotiations of the future relationship, I would also like to express full support to Michel Barnier and his team, and thank him for his remarkable patience and the responsible and firm manner in which he is pursuing the goal of reaching an unprecedented, but also fair and balanced agreement.

I can imagine that Mr Boris Johnson is having great fun playing with Brexit, playing with the no-deal scenario and the blame game. But I believe that citizens and businesses expect a much more responsible attitude.

But let me say that I don't see how Mr Boris Johnson can win the blame game in this case. We are running out of time – yes – but he was the one to refuse any extension of the transition period. He was the one to announce the breach by the UK of the withdrawal agreement and international law commitments. He was the one to refuse to apply the commitments on the level playing field on state aid, that were already agreed as objectives in the political declaration, and he is now the one who is refusing to receive Michel Barnier and took the decision to suspend the negotiations.

So I believe that we need a responsible attitude. The EU has shown the political will to reach an agreement. We are waiting to see the same attitude from the part of the UK government.

(Applause)

Morten Petersen (Renew). – Hr. formand! Jeg vil tale på dansk, og bringer hilsner fra København.

Brexit er på alle måder tragisk, og det kan synes helt uforståeligt, hvorfor Brexit skulle være en god idé. Siden 2. verdenskrig har alle europæiske lande jo arbejdet på at fjerne barrierer for samhandel. Og nu sidder vi så og forhandler om, hvordan vi kan gøre det mere bøvlet og besværligt at handle med hinanden. Det giver simpelthen ikke nogen mening, men det er englændernes eget valg, og det må vi respektere, men vi hverken kan eller skal respektere, at engelske virksomheder skulle kunne konkurrere med danske virksomheder på vilkår, der ikke er lige og fair.

Jeg har besøgt danske fiskere i Thyborøn, rederier i Esbjerg, landmænd i Sønderjylland, jeg har talt med industrien over hele Europa og servicesektoren, overalt lyder den samme grundlæggende besked: Brexit er bøvlet, Brexit kommer til at koste penge, Brexit kommer til at koste velfærd.

Fra EU's side skal vi stå sammen – det er lykkedes hidtil, ikke mindst takket være en stor flot indsats fra EU's chefforhandler Michel Barnier. Og vi må gøre et sidste forsøg på at finde hinanden i en aftale. Det bliver ikke nemt: Som anført af kollegaerne i salen, er der kæmpe knaster hvad angår fiskeri. Der er kæmpe problemer, i forhold til hvad for nogle spilleregler der skal gælde fremadrettet for samhandel. Og englænderne må forstå, at når man fra engelsk side rejser tvivl om, hvorvidt man overhovedet vil overholde de aftaler, man selv har skrevet under på, jamen så bliver vi andre temmelig skeptiske. Det skal simpelthen på plads, for at vi kan stole på hinanden fremadrettet. EU skal være fair, men vi skal ikke være tossegode.

Tak for ordet. Og alt muligt held til Michel Barnier i forhandlingerne fremover.

Laura Huhtasaari (ID). – Mr President, I have a dream. I want all Member States to do Brexit. As the EPP President, Manfred Weber, has put it, if Brexit felt like a success, it would be the beginning of the end of the EU. That reveals that if the UK leaves the EU without a deal, it means that the EU has not even tried to be fair.

I have a message for Boris Johnson. Defend your fishing waters, etc. You now have an opportunity to take your sovereignty back. Use it.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, en primer lugar, quisiera transmitir todo mi apoyo a Michel Barnier y a su equipo en la negociación del *Brexit* y desearle mucha suerte en los meses que vienen.

Hoy quería, sin embargo, hablar de que lamentablemente el Consejo no afrontó la cuestión del cambio climático como nos hubiera gustado en la última reunión. Es urgente que, por lo que respecta a la Ley del Clima, el 60 % que les hemos propuesto lo adopten las instituciones europeas y la mayoría de los Estados miembros.

Además de eso, necesitamos alinear todas nuestras políticas con ese objetivo y ayer el Parlamento falló con la votación de la PAC. Como Verdes, no estamos satisfechos con una reforma que no va a defender nuestra biodiversidad, que no va a garantizar una transición hacia otro modo de producir y, por lo tanto, vamos a fallar con la PAC y vamos a tener un gran agujero negro en la lucha contra el cambio climático.

Pero hay otro lugar donde no podemos fallar: en el Fondo de Recuperación. No podemos abocar 750 000 millones de euros sin un claro objetivo de transformación ecológica. Y está bien dedicar el 37 % al objetivo climático, pero no podemos, a la vez, verter dinero en autopistas, en combustibles fósiles. Eso, en los reglamentos que vamos a negociar, debe evitarse y espero, para ello, la colaboración de todo el mundo.

Mazaly Aguilar (ECR). – Señor presidente, señor Barnier, la falta de acuerdo comercial con el Reino Unido es una malísima noticia para las dos partes, pero especialmente muy negativa para los agricultores y los pescadores europeos. El Brexit aumenta la incertidumbre de un sector agrícola, agroalimentario y pesquero golpeado por la pandemia y por una crisis de precios en muchos países de la Unión. Los agricultores tienen un ojo puesto en la PAC y otro en las negociaciones del Brexit.

España, mi nación, exporta anualmente por valor de 4 000 millones de euros al Reino Unido, de los cuales 2 000 millones son en frutas y hortalizas, 400 millones en vino y 200 millones en aceite de oliva. El 10 % de los productos agroalimentarios los importa el Reino Unido de España.

Yo pido a la Comisión Europea que nos comunique con urgencia qué medidas de apoyo va a prestar al sector agroalimentario, y es hora de exigir una respuesta sobre cómo y cuándo pretende la Comisión activar los 5 000 millones de euros de la reserva agrícola para el Brexit.

Y ahora permítanme, simplemente, que le diga al señor Puigdemont —que creo que se ha marchado— que aprenda a diferenciar entre referéndum ilegal y legal. El del Brexit fue legal. El suyo fue ilegal y, además, una pantomima.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Herr Präsident! Danke, Herr Barnier, auch für die klaren Worte, die Sie heute geäußert haben. Aber wo stehen wir eigentlich? Alle Bürgerinnen und Bürger, die Gesellschaften, die Wirtschaft auf beiden Seiten des Ärmelkanals brauchen endlich Klartext. Für Johnson ging es um zentrale Slogans seiner Kampagne für den Brexit nach dem Motto „Was zu beweisen war“.

Britische Souveränität erreicht? Oder werden die Briten auch künftig von uns in der EU beschlossene Standards beachten müssen? Wird der Europäische Gerichtshof über die Einhaltung wachen? Zugang zum Binnenmarkt erhalten? Werden britische Produkte ungehindert exportiert, werden Unternehmerinnen und Unternehmer und Dienstleistungsanbieter frei durch die EU reisen dürfen? Deregulierung erlaubt? Darf die Londoner Finanzwelt bei uns agieren und trotzdem von Downing Street 10 bald dereguliert werden? Fischfang nur für Briten? Oder dürfen die Fischkutter von anderen Nord- und Ostseeanrainerstaaten den Fisch weiter dort fangen, wo er nun mal schwimmt? Und kümmern wir uns gemeinsam über die Fischbestände? Es geht hier auch um unsere eigenen Haltelinien.

Kommen Sie bitte nicht auf den Gedanken, die Uhr herunterticken zu lassen und dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten erst in letzter Sekunde einen Vertrag über eine Minimaleinigung auf den Tisch zu legen. Die Demokratie würde weiteren Schaden erleiden, denn es könnte schiefgehen, bei uns im Europäischen Parlament und in einigen Mitgliedstaaten.

Wir brauchen einen Vertrag mit unseren Nachbarn, aber einen von Qualität. Das EP ist ganz klar dabei: Governance, *level playing field*, Sozial- und Umweltstandards, Bürgerinteresse und der Fischereivertrag – und die vollständige Umsetzung des Karfreitagsabkommens.

Gabriel Mato (PPE). – Señor presidente, siempre he mantenido que el Brexit era una mala noticia tanto para la Unión Europea como para el Reino Unido, y el tiempo nos ha dado la razón (*palabras inaudibles*) que las negociaciones para las relaciones futuras son cada vez más complicadas. Se mueven en un mar de incógnitas en todos los ámbitos, desde el futuro de las producciones hortofrutícolas de mis islas Canarias hasta la pesca.

Y hablando de pesca, hoy creo más necesario que nunca reiterar nuestra posición: no debe alcanzarse ningún acuerdo general con el Reino Unido si previamente no hay un acuerdo estable, duradero y equilibrado sobre pesca que mantenga el acceso a las aguas y la asignación de cuotas y capturas. El Consejo ha mandado un mensaje muy contundente en este sentido y nuestro negociador jefe, Michel Barnier, también. Hoy nos toca a nosotros desde aquí.

La organización de la pesca es mucho más que el establecimiento de un porcentaje de TAC y cuotas. La actual política pesquera común responde a un delicado equilibrio entre el beneficio económico, el bienestar social y la preservación de las poblaciones de peces, y ese equilibrio no puede perderse. Los pescadores de la Unión Europea y del Reino Unido han compartido las aguas de nuestros mares durante siglos, y el nuevo acuerdo no puedo obviarlos.

La política pesquera común es ya un compromiso entre los Estados miembros, incluido el Reino Unido, que hasta el año pasado ha participado en todas las negociaciones sobre sus aspectos más importantes que, además, tienen en cuenta sus prioridades e intereses y de los que se podría seguir beneficiando durante años.

En ese sentido, la posición de la Unión Europea no es maximalista, como algunos podrían pensar. Nosotros en este Parlamento construimos este sistema junto con el Reino Unido y ahora no podemos rebajar ni renegar de ese compromiso, ni ellos ni nosotros. Nuestra responsabilidad va más allá de las flotas pesqueras: es también un compromiso con las personas. No perdamos de vista que cualquier alteración del equilibrio actual va a tener consecuencias en el empleo, desde España hasta Suecia, y es nuestro deber como diputados de este Parlamento luchar por cada uno de esos puestos de trabajo.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la legge sul mercato interno, approvata dalla Camera dei Comuni, è un atto molto grave da parte del governo britannico, un atto che viola l'accordo di recesso e gli obblighi del Regno Unito nei nostri confronti. Il premier Boris Johnson non sta facendo nessun vero passo in avanti sui punti ancora in discussione, mentre ormai mancano solo dieci giorni al 31 ottobre, data limite per poter proseguire efficacemente e concludere la procedura.

Come Unione europea vogliamo giungere a un accordo nell'interesse comune per continuare la collaborazione su settori chiave – penso alla ricerca, alla cooperazione internazionale, alla sicurezza, all'università, penso ai diritti dei cittadini europei nel Regno Unito e viceversa – sono più di 600 000, per esempio, gli italiani nel Regno Unito e queste persone, come tutti i cittadini europei, non possono essere lasciate nell'incertezza.

Oggi, per ripristinare un rapporto di fiducia fra noi è necessario ritirare la legge sul mercato interno e convergere su un meccanismo di *governance* comune, che garantisca un quadro chiaro rispetto agli aiuti di Stato, alla concorrenza, alla pesca.

Dopo il Consiglio della scorsa settimana, il rischio di un *no deal* è concreto. Come Unione europea faremo il possibile per evitarlo e per giungere a un accordo, ma Johnson sbaglia se pensa che ci arriveremo a qualsiasi costo. L'Unione europea, oggi, sta facendo la sua parte, credo sia necessario che oggi anche il governo britannico faccia la sua.

Guy Verhofstadt (Renew). – Monsieur le Président, M. Bay du groupe ID n'est plus là parce que sa position frôle le ridicule. On doit s'arrêter de punir les Britanniques, on doit mieux reconnaître la souveraineté britannique mais quand il s'agit des poissons, ce n'est plus le cas, donc c'est vraiment ridicule, c'est n'importe quoi!

It's the same with Mr Eppink. Mr Eppink is explaining to us that we do not have to do it in a European way, but we have to do a bilateral deal. Every country with the UK. The last time that you did this, you lost New York, I presume, when you got your negotiations with the British.

So, if I have a suggestion to make, Michel, it's the following. If we make a deal with the British — and I hope that there is a deal in the coming weeks — then we put in this final agreement, in this treaty — it's an international treaty — a disposition that automatically that treaty ceases to exist if the British don't follow all the commitments that they have taken, including in the Withdrawal Agreement. In my opinion that is absolutely necessary because otherwise, if there is a deal, if there is an agreement, and the 27 will have ratified it, and they don't follow their commitments, it will be a huge mess and it again be necessary for 27 decisions by the 27 Member States to stop that agreement.

So I think that, after what has happened with the Internal Market Bill, it's in the interest of the European Union to foresee such a disposition in that final agreement as fast as possible. I hope that there is a deal because it's the only way to secure the Good Friday Agreement, to secure peace in Northern Ireland and to secure our internal market.

(Applause)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Verhofstadt. Wenn Sie mir den Kommentar erlauben, es macht große Freude, Ihnen zuzuhören. Ihre Beiträge sind parlamentarisch und nicht abgelesen, und wenn Sie dann auch noch *à point* kochen, dann ist das alles wunderbar.

Jaak Madison (ID). – Mr President, it's always very funny to hear the speeches of Mr Verhofstadt, because he's very active and funny and full of power and has been talking about the damage of Brexit since 2016, saying that they're going to lose everything and that we're going to have to put huge pressure on the UK. Well, since 2016, they have been doing pretty fine, actually.

Unfortunately, the EU is trying to mix together a green deal and climate history, while at the same time take huge loans with some kind of economic reforms, and they are declining more and more. At the same time, the UK and Mr Johnson are just playing with the EU. The EU is trying to play the tough guy, but at the same time it couldn't manage any normal deal. Here I am just talking about fisheries.

So that's why I wouldn't take Mr Verhofstadt very seriously, because he was pretty wrong from 2016 to 2017 and it's pretty clear and understandable that, if there is no deal before the end of the year, the EU stands to lose much more than the UK. In some ways I'm pretty happy about that. Congratulations to Mr Johnson.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, I read with great interest the Council conclusions on Africa and the intention to strengthen our partnership with it. I would like to highlight a very particular kind of partnership that has now been initiated between the European Union, between the Commission and African cocoa-producing countries – Cote d'Ivoire and Ghana – because we really need to do something to eradicate child labour and deforestation from our supply chains. The brand new multi-stakeholder platform on cocoa is exactly what is going to do that, with broad cooperation between partner countries, the EU, civil society and local producers. The aim is to bring about sustainable livelihoods for poor people, poor growers in Africa, and avoid damage to our environment. I would encourage you to vote in favour of the Burkhardt report this week, which is exactly about this partnership to eradicate deforestation from supply chains.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Panie Przewodniczący! Ostatni szczyt Rady Europejskiej poprzez chociażby absencję niektórych przywódców państw członkowskich pokazuje jak na dłoni, z jakimi problemami przychodzi dziś Wspólnocie Europejskiej się zmierzyć wskutek trwającej pandemii koronawirusa. I o ile nie sposób nie zgodzić się z konkluzjami szczytu dotyczącymi chociażby koordynacji środków przyjmowanych przez państwa członkowskie w odpowiedzi na pandemię COVID-19, to już przy konkluzjach dotyczących zmian klimatu wydaje się, że trwanie Komisji Europejskiej przy aberracyjnym, moim zdaniem, dążeniu do podniesienia celu redukcyjnego na 2030 r. do co najmniej 55%, jest zupełnym oderwaniem się urzędników Komisji od rzeczywistości, jaka dzisiaj dotyka światową gospodarkę.

Nikt w Chinach, w USA, w Argentynie, w Brazylii, w Indiach nie zaprzęta sobie głowy zmianami klimatu w kontekście walki ich przemysłu i gospodarek ze skutkami COVID-19. Dlatego, moim zdaniem, nie będzie możliwe podjęcie ewentualnej decyzji o podniesieniu celu redukcyjnego do 2030 r., jeżeli decyzji tej nie będzie towarzyszyć równoczesne określenie przez Radę Europejską kluczowych wytycznych dla ram prawnych i mechanizmów, które pozwolą tak...

(Przewodniczący odebrał mówcy głos.)

Chris MacManus (GUE/NGL). – Mr President, thank you and the many Members for reiterating their support for the Irish protocol, which is extremely important.

But there are other key issues. The all-Ireland economy is not just about goods, it's also about the free movement of people and services. The Common Travel Area, however, does not allow for the free movement of EU nationals. An all-Ireland labour market and cross-border access to services are essential to the lives of thousands of EU nationals living in Ireland north and south, as well as to the all-Ireland economy.

Parliament called for this in a resolution earlier this year and now we should make it a reality.

Because the Good Friday Agreement is based on rights; the right to access EU programmes and healthcare across the EU, and the right to be represented in this Parliament.

We should find a way to give effect to these rights. Rights that are being taken away by the spectre of Brexit, and the right to self-determination, which would allow the majority who opposed Brexit in the north of Ireland to remain within the EU through the vehicle of Irish unity – a central provision of the Good Friday Agreement and which is likely to happen within the next few years.

We all know the real problem is the partition of Ireland and it would be wise for all of us to start preparing for Irish unity.

Christophe Hansen (PPE). – Mr President, last week's European Council did not bring a Brexit-breakthrough, and frankly nobody expected it. It is the UK side that has to move now. Yet London is sulking because their third artificial deadline was not respected, and Lord Frost even dared to be 'disappointed'.

Well, in my honest view, the UK Government has lost the right to be disappointed – the moment it introduced a bill to unilaterally override an international agreement that was the fruit of more than three years of negotiations; a bill that puts the UK's international credibility at stake; a bill that was met with strong rebukes from the European Parliament and the American Congress; a bill that was rejected by the Scottish and Northern Irish Assemblies, and yesterday by the House of Lords; a bill that undermines trust and hangs over the negotiations like a sword of Damocles.

We have stated it again and again: this House will not ratify an agreement if the Withdrawal Agreement is breached, or threatened to be breached.

A no-deal Brexit after four years of negotiations would be a drama for our fisheries, for our hauliers, for our people and, last but not least, for politics. Now is not the time for brinkmanship, now is not the time for blame-games, now is the time to wrap it up and finally land a deal. The EU will never walk away from these negotiations, no matter the amount of spin that comes out of Number 10. For this Parliament, there is still time until the beginning of November, so keep calm and negotiate on. Michel Barnier, Maroš Šefčovič, we trust in you.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señor presidente, sean mis primeras palabras para trasladar el pésame de la Delegación Socialista Española a los familiares del profesor Samuel Paty, víctima de la barbarie, y para condenar asimismo cualquier tipo de terrorismo. Toda nuestra solidaridad con el pueblo y las autoridades francesas en la lucha contra esta lacra.

Porque el fanatismo y la violencia atacan directamente al corazón del proyecto europeo, un proyecto que se sustenta en valores como la tolerancia, la convivencia, la libertad, la diversidad o la paz. Tenemos que actuar con firmeza ante las derivas, tanto de los fanatismos religiosos como de los extremismos políticos que recorren Europa, sembrando odio, división e involución. Ponen en riesgo nuestro futuro común. Las fuerzas políticas moderadas deben estar unidas y ser responsables. No pueden dar alas a la ultraderecha. Aviso a navegantes, especialmente a los de mi país, especialmente hoy.

Quant au Brexit, je désire une fois de plus saluer le travail acharné de notre négociateur, Michel Barnier, et lui transmettre notre ferme appui pour que les négociations soient accélérées et achevées en temps voulu.

M. Johnson doit respecter ses engagements, faute de quoi il serait très difficile de conclure un accord avec un partenaire aussi peu fiable.

Johnson tiene que respetar el acuerdo de retirada, así como las normas comunitarias en materia social, laboral, medioambiental y fiscal. Se deben garantizar los derechos de las ciudadanas y ciudadanos europeos que viven en el Reino Unido.

Sean cuales sean las condiciones del divorcio, nuestra Europa debe seguir avanzando a 27 y reflexionar sobre su futuro. El Consejo debe mover ficha para iniciar cuanto antes la Conferencia sobre el Futuro de Europa. Necesitamos ese nuevo impulso.

Liesje Schreinemacher (Renew). – Mr President, today I'm not here for a 'he said, she said' discussion and how far which door was open and who shut it. No, our citizens and businesses, on both sides of the Channel, are looking at us to be responsible, are looking at us not to play political games, and are looking at us to reach an agreement because they know that a no deal is not in anyone's interests.

We are in the middle of an economic crisis, of which we cannot see the end. The corona crisis hit our businesses hard, not only the European but the British as well. The British economy has hit its largest recession on record. So why make things worse with a hard Brexit? How could that serve the interests of your – and our – citizens and businesses? How could that be in anyone's interests? It is not.

I want to thank Michel Barnier for his tireless efforts to try and reach an agreement. It is the responsible thing to do. But we also have to remain clear that the EU will not accept a deal at any cost. We want a fair deal. But what's fair? That's the million dollar question! Let me tell you what is not fair. A country that wants to leave the European Union, but still wants to enjoy the same rights as a Member State. It was the UK that decided to leave the EU, it was the UK that decided to be a third country, and now it's the UK Government demanding that an entire economic bloc of 27 countries change its way of doing business.

So, when we talk about fair, the UK Government cannot expect us to sacrifice our businesses and our fishermen in order to get Brexit done. This is not their choice and they cannot become collateral damage in this story. What seems fair to me is that the UK can only get access to our market of 450 million consumers if fair competition for our companies is guaranteed and our fishermen can continue to fish in British waters. Time is ticking, so let's get Brexit done, but let's get it done right because a hard Brexit is not in anyone's interest.

Tom Vandendriessche (ID). – Voorzitter, vijf jaar nadat de Britten hun vrijheid terugnamen is er nog steeds geen handelsakkoord. Dat is het gevolg van jarenlange doelbewuste sabotage. De brexit moet blijkbaar zo pijnlijk mogelijk gemaakt worden omdat een positieve nieuwe samenwerking en relatie met het Verenigd Koninkrijk het bewijs zijn dat er een alternatief is voor de EU-superstaat en de steeds hechtere Unie. Mocht de brexit een succes worden, zouden immers nog meer landen de Europese Unie willen verlaten. En dat wil men tegen elke prijs voorkomen.

Ondanks eeuwenlange handelsrelaties met het Verenigd Koninkrijk zijn daardoor nu 40 000 arbeidsplaatsen in Vlaanderen bedreigd. Wij betalen de prijs voor de krampachtige houding van de eurofanatieke elite. Deze Europese Unie is iets aan het worden waar wij nooit voor getekend hebben. Als hiermee wordt doorgegaan, zullen de Vlamingen, net als de Britten, vroeg of laat hun conclusies trekken.

Michael Bloss (Verts/ALE). – Mr President, I'm a full-hearted European. For me it's all in for the Union and for the climate, and I think that the youth want that from us, they want to see passion and commitment for the planet. But what do they see if they look at the meeting of the heads of state? The opposite. They see delay tactics at the expense of our climate and of their future. The heads of state of Europe cannot come to an agreement on climate politics. Your inaction is blocking the progress.

Therefore, I ask you, the German Presidency, don't shy away any more from your responsibility on the climate and the postponement of climate action. And if you can't deliver, just give climate policy back to the normal democratic legislative procedure because we are ready and why aren't you?

Joanna Kopcińska (ECR). – Panie Przewodniczący! Obecna sytuacja epidemiologiczna jest bezprecedensowa i budzi bardzo poważne zaniepokojenie. Nasze zabiegi w walce przeciw wirusowi jednak nie ustają, a my musimy działać odpowiedzialnie i solidarnie. W czasie obecnego wysokiego wzrostu liczby zachorowań należy wypracować wciąż nowe zestawy zaktualizowanych zaleceń i procedur bezpieczeństwa dotyczące skoordynowanych działań dla państw członkowskich Unii Europejskiej. W tym przypadku myślę szczególnie o tym, na ile w konkluzjach Rady uwzględniono stanowisko wrześniego Komitetu do spraw bezpieczeństwa zdrowia Komisji Europejskiej i jego rekomendacje na temat strategii określającej nowe podejście do testowania, aby osiągnąć konkretne cele walki z wirusem.

W kontekście szerzącej się dezinformacji chciałam zapytać, czy widzi się obecnie potrzebę uwzględnienia konkretnych planów przeciwdziałania szerzącej się dezinformacji na temat koronawirusa i narosłych fałszywych teorii, które utrudniają wdrażanie środków bezpieczeństwa i walki z wirusem. Czy Komisja Europejska wspólnie z Radą widzi podstawy stworzenia odpowiedniej platformy, która podjęłaby skuteczną formę przeciwdziałania...

(Przewodniczący odebrał mówczyni głos)

Kris Peeters (PPE). – Voorzitter, de dagen van de overgangperiode lopen af en telkens opnieuw horen we dat de onderhandelingen worden geïntensiveerd. Maar een echte vooruitgang hebben we nog niet waargenomen.

Het is tijd om onze bedrijven, onze kmo's en onze vissers een klare boodschap te geven. *Hope for the best, prepare for the worst.* Maar ondanks alles mogen we nog niet opgeven. Een doelpunt in de laatste minuut kan de overwinning opleveren. De laatste centimeters in een wielervedstrijd kunnen de belangrijkste zijn. De inzet is eenvoudig té belangrijk.

We moeten denken aan de mogelijke ontslagen die zullen volgen als gevolg van een harde brexit. We moeten denken aan het aantal faillissementen dat zal toenemen bij onze kmo's en onze vissers. Daarom, beste collega's, moeten we alles op alles zetten om de Britten tot redelijkheid aan te zetten. Stilaan zien ook de Britten in dat ze de verkeerde weg zijn ingeslagen. De recente stemming in het Hogerhuis over de *Internal Market Bill* moet de Britse regering wakker schudden. De boodschap was duidelijk: *pacta sunt servanda*, internationaal recht breken schaadt de reputatie van een land. Een goed akkoord is immers voor beide zijden van het Kanaal beter dan geen akkoord.

Ik wil afsluiten met Michel Barnier en de vicevoorzitter alle succes toe te wensen. *De affectio societatis*, wanneer men een akkoord wil, moeten beide partijen ervan overtuigd zijn dat een akkoord de beste oplossing is. Aan onze kant is dat zeker duidelijk. Ik hoop dat het de volgende uren en dagen ook duidelijk wordt aan Britse kant.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, vorige week kwam de Raad bijeen met een heel druk programma: corona, de brexit en het klimaat, ze stonden allemaal op de agenda.

Deze week presenteerde de Commissie haar plannen voor 2021. Mooie plannen voor de Green Deal en de digitale transitie. Maar hoe zit het eigenlijk met de sociale plannen? De klappen die de economie moet verwerken door de coronacrisis, waarvan we weten dat die nog lang niet voorbij is, en de klappen van een mogelijke harde brexit, die nog gaat komen over een paar maanden, moeten door iemand betaald worden.

De druk blijft toenemen. De werkloosheid stijgt in heel Europa. Maar de rekening mag niet door de werknemers betaald worden. We moeten nu fundamenteel andere keuzes maken. Juist waar de pijn het grootst is, moet er nu geïnvesteerd worden: in het Europees Sociaal Fonds, om mensen te helpen van baan naar baan te stappen, en in een garantie tegen kinderarmoede. We hebben ook een permanente wet inzake deeltijdwerkloosheid nodig, want alleen samen kunnen we de crisis aan.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Monsieur le Président, tout sera mieux qu'un *no deal*, qu'une sortie du Royaume-Uni sans accord. Nous le savons et c'est la raison pour laquelle je voudrais redire notre soutien à notre négociateur en chef – à vous, cher Michel, pour le travail exceptionnel que vous faites. Nous avons besoin de faire prévaloir les intérêts des activités européennes et je m'étonne que certains ici jouent la politique du pire. J'espère qu'ils viendront s'en expliquer, demain, devant nos entreprises, devant nos pêcheurs en particulier, devant tous ceux qui sont menacés par une sortie sans accord.

La situation m'oblige aussi, Monsieur le Président, à revenir sur un autre sujet, car les Conseils européens se suivent et malheureusement se ressemblent. Le 6 octobre dernier, Varosha a été de nouveau occupée par la Turquie, au mépris de toutes les conventions de l'ONU à Chypre. Quelques jours plus tard, c'était la victoire de M. Tatar, vassal autoproclamé de M. Erdoğan, dans cette enclave occupée par la Turquie depuis 1974 sur le sol européen. Les bateaux turcs sont rentrés de nouveau dans la zone économique exclusive de la Grèce. Qui pouvait croire sérieusement à la désescalade qu'on nous avait annoncée? Erdoğan fait trois pas en avant, un pas en arrière, mais c'est pour mieux reprendre ensuite et lorsqu'il avance, c'est sur l'Europe qu'il marche.

Nous ne pouvons pas oublier, en particulier, le sort de l'Arménie, aujourd'hui frappée par les actions de la Turquie. L'Azerbaïdjan a fait en Arménie, dans le Haut-Karabakh, de si nombreuses victimes civiles: face à cela, que fait l'Europe? Eh bien, elle déplore, elle exhorte, elle appelle à l'apaisement. Autant de manières de cacher ses reniements, autant de manières de ne pas dire le mot «sanction», le seul efficace, le seul qu'il faut prononcer.

Monsieur le Président du Conseil, la Turquie, c'est une crise par semaine, ce sont des morts d'innocents chaque jour, et ici, c'est Munich à chaque instant. Je crois qu'il est temps de sauver l'honneur, il est temps d'agir enfin. Nous n'avons pas le droit de rester impuissants plus longtemps, nous n'avons pas le droit de reprendre à notre compte la propagande de la Turquie, en particulier quand elle soutient – M. Erdoğan le redisait récemment – le terrorisme face aux mesures annoncées dernièrement. Je pense en particulier à l'attentat dont a été victime Samuel Paty, tout récemment en France, et qui nous a valu de nouvelles déclarations du président turc aujourd'hui.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, mais do que nunca os cidadãos europeus estão atentos às respostas políticas daqueles que elegeram para os representar. Querem mais medidas concretas e menos proclamações.

Saúdo, por isso, os progressos feitos na coordenação da resposta europeia à pandemia, a partilha dos dados científicos, a interligação de aplicações de rastreio e estratégias de despistagem, a consolidação de comportamentos comuns no que diz respeito à quarentena, a redução ao essencial das restrições à liberdade de circulação.

São decisões que salvam vidas e são úteis para a comunidade. Devem inspirar outros dossiês que o Conselho tem que resolver, continuando a manter uma atitude firme e defensora dos direitos dos cidadãos europeus nas relações com o Reino Unido. Preparando, em articulação com o Parlamento e a Comissão Europeia, uma rápida disponibilização dos recursos para a recuperação e a resiliência e a transformação económica e social da União. Aprovando um mecanismo de Estado de direito robusto e viável, e fazendo das relações com África um exemplo de parceria entre iguais, de partilha de conhecimento, de recursos, de prioridades, com o forte envolvimento da sociedade civil.

E, Senhor Presidente do Conselho, com respeito pela dimensão institucional, da qual os parlamentos e as Assembleias Parlamentares Paritárias são parte inalienável.

Os cidadãos escutam, querem soluções. Sejamos capazes de as concretizar.

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident, Präsident Michel! Es war gut, dass Sie Afrika auf die Tagesordnung des jüngsten Gipfels gesetzt haben, und es war gut, dass alle Seiten betont haben, dass es uns hier um eine Partnerschaft auf Augenhöhe geht – ja was denn sonst in diesen Zeiten? Aber das wird uns nur dann gelingen, wenn wir mit aller Entschiedenheit die Probleme aufnehmen, die jetzt unserem Nachbarkontinent drohen.

Herr Präsident Michel, Sie wissen, Sie sehen und die Kommission weiß es, dass die Pandemie auch zunehmend den afrikanischen Kontinent in den Griff nimmt. Die afrikanischen Gesellschaften sind nicht vorbereitet, Sie haben ein schwächeres Gesundheitssystem als wir und viele andere.

Sind wir darauf vorbereitet? Leisten wir die entsprechende Hilfe? Ich habe Zweifel. Sie wissen, dass Millionen Kinder nicht in die Schule gehen können in Afrika aufgrund der COVID-19-Maßnahmen. Wir drohen eine ganze Generation zu verlieren. Was wir brauchen, auch als Adresse an die Kommission, ist eine Task Force, ein Aktionsplan, um diese Generation eben nicht verloren zu geben.

Hunger wird ein Thema werden, massenhaft werden Menschen sterben, wenn wir nicht die entsprechenden Ressourcen mobilisieren, die entsprechende Hilfen zur Verfügung stellen. Und im globalen Süden insgesamt wird sich entscheiden, ob wir Partner haben für unsere Werte, Partner für eine multilaterale Welt. Entschuldung, Sie haben es gesagt, Herr Präsident, ist das entscheidende Thema.

Geben Sie keine Ruhe, geben Sie sich nicht zufrieden mit dem, was erreicht ist, treiben Sie uns voran! Und die Kommission sollte weiter gehen als in ihrem Arbeitsprogramm. Das war eine Enttäuschung diesbezüglich, ich bitte Sie um mehr Aktivität, um klare Sprache.

Maroš Šefčovič, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, the debate was very much focused on four major topics, the first one being how to mitigate the economic and social consequences of the corona crisis.

Ms García Pérez and Ms Jongerius have reminded us how important it is to bear in mind that this health crisis, this pandemic, also has very dire social consequences, like possible social exclusion and poverty, and how important it is that we put in place policies where no one is left behind.

Yesterday, in this Chamber, I presented the Commission Work Programme for the next year. I would like to reassure the House that we are going to put enormous emphasis and focus on the Action Plan on the European Pillar of Social Rights, where it would focus on the new European Child Guarantee and other important steps, which I believe would be very important for the future.

We are already working on putting the first foundation stones on a new, stronger health union for Europe. We are proposing operational steps on how improve the work of our European Medicines Agency (EMA) and our European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC), but also on founding the new advanced research biomedical BARDA agency, which I believe will help us not only to be at the cutting edge of research, but – if at any time in the future we are faced with the same challenges – will also mean that we have much faster and much better answers.

I agree with all of you who have been stressing the importance of citizen-to-citizen solidarity – support, but also responsibility – which we have to show to each of us. We can do much more in the European Union. We see how the SURE scheme was important for preserving jobs in Europe, and we can be encouraged by this first interest in European bonds, which I hope is a good indication of how this instrument can work well in the future, and not only of how we can finance the Next Generation EU, but also of how we can combine it well with the next multiannual financial perspective.

The calls, from many of you, to make sure that we negotiate in an honest and speedy way in order to make sure that we have these two powerful instruments at our disposal as of 1 January 2021 was absolutely crucial. I would like to reassure you that the Commission will do its utmost to get the co-legislators closer and to play the role of honest broker. We will be ready to assist in any way possible so that, as of the beginning of next year, we will have all financial instruments at our disposal and we can fund all the operations and all the programmes that we were discussing today. That would, as Mr Mureşan and Ms García Pérez have been calling for, also comprise new own resources.

We are working on a roadmap which would cover a digital levy, a carbon border adjustment system, revision of the Emissions Trading System (ETS) and some other measures which we know are very important, not only from the political and economic point of view, but also from the point of view of making sure that these new own resources will help us to fund the right and correct policies for the future.

I would say that almost every Member of the European Parliament who intervened today addressed the very important issue of our future partnership with our friends in the United Kingdom. I think that this debate clearly demonstrated strong trust and support for our chief negotiator, Michel Barnier. It's well deserved, and, as they say in his country, *bien mérité*. I can assure you that President von der Leyen, myself and all our services are ready to work for a fair deal up to the last minute.

We know – and we listened to your very loud and clear position – that we are interested in this unprecedented partnership – the deepest that was ever negotiated – but not at any cost. Therefore, regarding the concerns of Mr Bourgeois, Mr Scholz and others on fisheries, I would just like to tell you that, without a fair deal on fisheries, there will be no fair deal on a trade agreement. It's part of the deal. We know that, and this is how we are going to negotiate.

At the same time, I totally subscribe to the calls for urgency. Time is really flying by, and every day of lost negotiations is a day of lost opportunities to find the necessary compromises. Our chief negotiator and the President – and I was listening very carefully to the President of the European Council – have been very, very clear on that as well. Therefore, I would again underline that now it's time for responsibility towards our citizens and towards peace and economic prosperity on the island of Ireland. This is what is at stake. This is what we have to bear in mind when negotiating.

I would also like to thank you for your support on the proper and timely implementation of the Withdrawal Agreement. Mr Ciolos and others made it very clear that there cannot be a new deal unless the last one is properly respected. It is very clear and very simple, and we all should understand it very well.

At the same time, I have to say that this Monday I was encouraged because we had a good, constructive discussion with the Chancellor of the Duchy of Lancaster, Mr Gove. We are advancing very well on guaranteeing citizens' rights, as we promised to UK and EU citizens in the Withdrawal Agreement. We agreed to maximise and intensify the frequency of our meetings at the level of the negotiators. We have also been providing clear political steer on what needs to be done to ensure that the Withdrawal Agreement is properly respected, implemented and operationalised. We will be very vigilant at every single step.

I know that our British friends say that the proof of the pudding is in the eating. Therefore, let's see how far we progress and what we can achieve between now and mid-November, when we agreed with Chancellor Gove to see each other again in the form of the next Joint Committee. I hope that this will assuage the concerns that were presented by Mr Kelly, Mr MacManus and Mr Hansen.

I would like to thank Ms Keller, Mr Urtasun and others for your support for our ambitious goal for our climate agenda. Yesterday, when I was presenting the Commission Work Programme for the next year, I made very clear reference to the very ambitious Fit for 55 chapter in our Commission Work Programme. I think, without any exaggeration, that this is the most ambitious host of measures we have ever presented in the area of climate goals, and I hope that – with your support – we will be able to achieve them.

Concerning the right focus in the interventions of honourable Members, Ms Hautala, Mr Bullmann and Mr Zorrinho on Africa. As you know, one of our priorities when we started to work as a Commission was to develop our relationship with our African partners, based on the Strategy with Africa, and I would underline the word 'with' because we really want to have a deep partnership. That was behind the first trip of our President, which she took to Africa and behind our efforts in development of a deeper and stronger partnership with our African partners.

The clear example of this is that, if we are talking about vaccines, we are talking about vaccines for all – including for our partners in Africa. I know that Africa is something that is very close to the heart of the President of the European Council, who very wisely put it up for discussion among the European leaders, and he got a lot of support for that.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

Charles Michel, *Président du Conseil européen*. – Monsieur le Président, chers collègues, merci pour les messages qui ont été adressés.

D'abord, en premier point, un mot bref sur le Brexit parce qu'il me semble qu'il y a là la démonstration de la pleine capacité des institutions européennes à coopérer et à exprimer ensemble, comme nous le faisons, la force tranquille de l'Union européenne. Nous avons des principes, des principes de bon sens, des principes auxquels nous sommes attachés, et c'est dans ce cadre-là que le Parlement, le Conseil et la Commission, avec l'implication très forte de Michel Barnier, nous nous situons. Nous allons donc soutenir, du côté du Conseil européen, tous les efforts, parce que nous pensons effectivement qu'un accord est souhaitable, mais nous allons effectivement défendre les points de préoccupation qui ont été soulevés par beaucoup d'entre vous et que j'ai moi-même mis en exergue avec Michel Barnier et M. Šefčovič en introduction à ce débat.

Deuxième point, auquel beaucoup ont réagi à juste titre: la bataille contre la COVID-19. Nous sommes au cœur de cette bataille, nous devons rester totalement mobilisés. Lorsque la bataille s'est déclenchée, à partir des mois de février/mars de cette année, des initiatives ont été prises, des décisions ont été engagées. La mobilisation de la Commission européenne sur la question des vaccins est essentielle, mais nous voyons bien que, même si des vaccins sont développés dans le courant de l'année prochaine, il faudra du temps pour qu'ils puissent atteindre leur pleine efficacité. Et nous sommes maintenant confrontés, il n'y a pas de doute, à la deuxième vague, ce qui impose des mesures dures, à nouveau, des restrictions, avec des impacts durs tant psychologiques ou économiques que sociaux. C'est la raison pour laquelle nous devons effectivement travailler d'arrache-pied, être encore plus mobilisés sur la question de la coopération et particulièrement, de mon point de vue, sur la question du *tracing*, du *testing*, de la quarantaine, de la circulation intra-européenne. Nul doute, en effet, que dans les prochains mois, même si des vaccins sont disponibles à partir de l'année prochaine, on devra continuer à utiliser ce levier pour faire reculer cette menace, qui est une menace dure pour l'Europe, dure pour nos citoyens, dure pour nos entreprises. C'est la raison pour laquelle, comme Dacian Cioloș l'a mis en évidence, nous avons effectivement considéré que, lors de chacun des Conseils européens, au niveau des chefs d'État ou de gouvernement, le point devra être débattu, évoqué, discuté afin de tenter de donner les impulsions judicieuses nécessaires sur ce sujet. Du reste, depuis que la pandémie s'est déclenchée, que ce soit par vidéoconférence ou par réunion physique, ce point a systématiquement fait l'objet de débats et de discussions au début de chaque réunion du Conseil européen.

Troisième point que je veux mentionner à la suite des interpellations sur le sujet, ce que je comprends, c'est la situation en Méditerranée orientale. Cela fait maintenant pratiquement six ans que je suis membre du Conseil européen, dont je suis, depuis moins d'un an, le président. Pour la première fois, il y a quelques semaines, nous avons eu un débat stratégique approfondi – pratiquement huit heures de débats! – qui s'est concentré sur cette question de la Méditerranée orientale, pour avoir effectivement l'ensemble de la nuance nécessaire sur le sujet. Oui, il faut faire preuve de fermeté pour défendre et faire respecter nos États membres, les souverainetés et les droits souverains! C'est le message ferme et univoque qui est adressé. Par ailleurs, nous souhaitons en effet rendre possible cette double approche avec un agenda positif, le plus positif possible, à la condition effectivement que cessent des provocations unilatérales qui ne sont pas acceptables. Nous maintenons aussi un contact permanent dans le cadre des Nations unies, parce que nous savons bien qu'il y a aussi un rôle à jouer au regard, notamment, de la question de Chypre et du règlement nécessaire de cette question. Soyez assurés qu'en tant que président du Conseil européen, je vais en permanence me mobiliser pour construire un consensus européen pour une stratégie géopolitique plus forte, plus ambitieuse et plus ferme afin de défendre nos valeurs et de faire gagner les intérêts pour lesquels nous sommes toutes et tous ensemble mobilisés.

Je me réjouis que plusieurs d'entre vous aient évoqué la question de l'Afrique – M. Bullmann, d'autres également. Je m'en réjouis parce que je crois effectivement que ce continent voisin est, pour des raisons tellement naturelles, tellement évidentes, un continent pour lequel nous devons nous mobiliser. Nous devons nous engager dans le cadre d'une alliance ambitieuse. Cela veut dire, effectivement, que les questions d'investissements, les questions d'infrastructures, les questions du pacte vert pour l'Europe, probablement aussi d'agenda numérique, les questions d'éducation ou des systèmes de santé, mis à rude épreuve dans le cadre de la COVID-19, doivent faire l'objet de notre mobilisation dans un partenariat d'égal à égal, empreint de respect mutuel, en défendant bien sûr les valeurs auxquelles nous sommes attachés: l'état de droit, la protection des droits de l'homme devront être abordés dans ces dossiers-là, pour faire progresser cet agenda au bénéfice de l'Europe, au bénéfice de l'Afrique. C'est aussi, pour moi, un enjeu de bon sens. Nous devons toutes et tous nous retrousser les manches pour tenter de répondre à cette ambition.

Plusieurs ont évoqué, à juste titre, la question climatique. Je voudrais éviter les malentendus entre nous – permettez que ma présence dans cet hémicycle soit l'occasion de corriger peut-être quelques malentendus. Il n'était pas dans notre intention de prendre une décision sur la question de 2030 lors de ce sommet-ci. J'assume totalement que je considérais et je considère que nous avons besoin d'une discussion stratégique, pas d'une discussion aujourd'hui sur la question du *drafting* et de l'ambition exacte pays par pays. Nous devons prendre cette décision-là le plus tôt possible, j'espère à la fin de l'année, mais cette discussion stratégique était l'étape indispensable, l'étape nécessaire avec l'implication de la Commission européenne, dont nous allons avoir besoin. J'ai constaté – c'est un point important à mettre en évidence – qu'une tendance se dégageait en faveur du soutien à la proposition de 55 % mise sur la table par la Commission, mais avec des préoccupations en termes d'impacts nationaux. D'où les conclusions qui mettent en évidence cette mobilisation de la Commission avec les États membres, spécialement certains d'entre eux, plus directement concernés par la préoccupation du point de départ. Le but, vous le mesurez bien, c'est que chacun des États membres, quand il s'engage, puisse réellement être mobilisé pour mettre en œuvre l'engagement, pour produire des résultats. Soyez assurés que je vais être

très mobilisé personnellement, parce que je crois que ce point est central pour qu'avant la fin de l'année, au prochain Conseil de décembre, nous puissions prendre une décision sur ce sujet. J'ai déjà eu l'occasion de dire à quel point je suis totalement convaincu que cette ambition verte pour l'Union européenne est une ambition clé. Nous sommes cohérents, c'est aussi pour cela nous avons activé davantage ce que j'appelle «la diplomatie climatique». Je me réjouis que, moins d'un an après cette décision – historique, selon moi – du Conseil européen concernant la neutralité climatique à l'horizon 2050, moins d'un an après, donc, on observe des premiers pas: la Chine en vue de 2060 et l'Afrique du Sud se sont exprimées. Nous ne sommes pas naïfs, ce n'est pas suffisant, mais cela montre que la force et la puissance de régulation de l'Union européenne doivent être mises au service de nos valeurs et d'intérêts auxquels nous croyons. C'est le sens de l'action que nous voulons également entreprendre.

Enfin, un mot sur une question essentielle, que plusieurs ont évoquée: celle du prochain budget européen et du Fonds de relance. Je crois effectivement que l'on doit puiser dans la force de créativité qui fait la magie de l'Union européenne pour trouver le plus vite possible un accord afin de le mettre en œuvre. Je voudrais simplement vous demander, avec une extrême délicatesse, une extrême courtoisie et un profond respect, de tout dire quand on débat des chiffres, d'expliquer l'ensemble des éléments. Je respecte bien entendu la position du Parlement européen selon laquelle, à ses yeux, le montant proposé par le Conseil en termes de CFP n'est pas suffisant. C'est très légitime de la part du Parlement européen d'avoir ce point de vue et je le respecte, mais on lit que des coupes massives ont été faites dans Erasmus, dans les fonds d'innovation, dans les fonds de défense: or, précisez bien, quand vous parlez de coupes, à quoi vous vous rapportez pour évoquer ces coupes. Si c'est par rapport à des propositions de la Commission – propositions très légitimes et très respectables –, c'est une chose, mais si je compare aux moyens mobilisés aujourd'hui, jamais, je dis bien jamais, dans l'histoire de l'Union européenne, autant de moyens n'ont été dégagés! 1,8 milliard pour les prochaines années pour Erasmus, pour l'innovation, pour le numérique, pour la question climatique. En termes de fonds de relance, c'est bien plus, proportionnellement, que ce que font la Chine et les États-Unis. Je demande donc respectueusement et avec courtoisie au Parlement européen de présenter, quand on débat de ces questions-là, l'ensemble de l'image telle qu'elle lui a été proposée par le Conseil européen.

Je me réjouis de continuer à engager des débats avec vous, au service de l'Union européenne.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Clara Aguilera (S&D), por escrito. – Los temas de debate fueron: negociaciones entre la UE y el Reino Unido, debate de orientación sobre el clima y el ámbito de las relaciones exteriores con especial atención a África, y se volvieron a abordar los temas del envenenamiento del líder de la oposición rusa Alexéi Navalny y del manejo de la pandemia de coronavirus.

La delegación española celebra la recomendación del Consejo para coordinar de forma clara y precisa las medidas que afectan a la libre circulación entre los Estados miembros.

No obstante, ante las consecuencias económicas y sociales derivadas de la pandemia, la DSE reclama al Consejo Europeo activar los recursos propios de la Unión Europea y terminar con el agujero fiscal digital.

La DSE ofrece todo su apoyo al negociador del *Brexit*, Michel Barnier, para unos últimos meses de negociación con el Reino Unido que se prevén complicados en gran medida debido a la actitud irresponsable del primer ministro británico, Boris Johnson. Una futura relación amistosa entre la UE y el RU será, sin duda, beneficiosa para ambas partes, pero para ello, el señor Johnson debe respetar el acuerdo de retirada y las normas comunitarias en materia social, laboral, medioambiental y fiscal.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Kaip jau buvo ne kartą šiandien pabrėžta, visas pasaulis yra susidūręs su beprecedentinio masto sveikatos krize. Jau netrukus bus metai nuo šios krizės pradžios, tačiau pabaigos dar nematyti. Todėl yra būtina dar labiau koordinuoti veiksmus ir atsaką į šią krizę ES mastu. Visų pirma, tai būtina gerinti koordinavimą tarp valstybių narių dėl įvedamų apribojimų, kurie tiesiogiai daro įtaką mūsų žmonių gyvenimui. Būtina stiprinti visus veiksmus dėl suderintų priemonių karantino laikotarpiu, tarpvalstybinį bendradarbiavimą užtikrinant apsikrėtusių asmenų atsekamumą, testavimo strategijas, abipusį testų pripažinimą ir dar daug kitų veiksmų. Iš tikrųjų, Komisija jau atlieka didelį darbą užtikrinant reikiamo kiekio vakcinų pirkimą, todėl dabar labai svarbu priimti sprendimus, kurie užtikrintų, jog mūsų piliečiai turėtų prieigą prie prieinamos kainos vakcinų, kai jos atsiras rinkoje.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Az Európai Tanács múlt heti ülésén az állam- és kormányfők a mindent felülíró Covid19-világjárványügyi helyzet mellett, ami láthatóan egyre súlyosabb egész Európában, kiemelten foglalkoztak az EU és Afrika közötti kapcsolatokkal. Döntő fontosságú a szolidaritás és a Covid19-világjárvány elleni küzdelemben folytatott szoros együttműködés. Afrika stabilitása közös cél, egy élhető jövőkép alapfeltétele. Együttműködést igényel mind rövid, mind hosszú távon. Együtt kell működnünk afrikai partnerországainkkal az illegális migráció elleni küzdelemben, az embercsempészek elleni harcban és az illegális migránsok visszatérésében és visszafogadásában.

Afrika jövőképeinek szempontjából kulcsfontosságú a tömeges elvándorlás megállítása, hiszen generációk tűnnek így el. Jövőképet kell adnunk ezeknek a fiataloknak, nem ürülhetnek ki ezek az országok. Javítani kell a fiatal munkavállalók körülményeit és bérét hazájukban, megfelelő szakmai oktatást kell biztosítani számukra és támogatni kell vállalkozói készségüket, csak így lehet megakadályozni a további elvándorlást és elérni, hogy a fiatalok hazatérjenek. Sajnos Afrika bizonyos részein még ma is komoly megkülönböztetésnek vannak kitéve a keresztények, ezért sajnálatos, hogy a tanácsi következtetések nem térnek ki a vallási alapon történő megkülönböztetés problémájára, kifejezetten az üldözött keresztények védelmére.

César Luena (S&D), por escrito. – Los temas de debate fueron: negociaciones entre la UE y el Reino Unido, debate de orientación sobre el clima y el ámbito de las relaciones exteriores con especial atención a África, y se volvieron a abordar los temas del envenenamiento del líder de la oposición rusa Alexéi Navalny y del manejo de la pandemia de coronavirus.

La delegación española celebra la recomendación del Consejo para coordinar de forma clara y precisa las medidas que afectan a la libre circulación entre los Estados miembros.

No obstante, ante las consecuencias económicas y sociales derivadas de la pandemia, la DSE reclama al Consejo Europeo activar los recursos propios de la Unión Europea y terminar con el agujero fiscal digital.

La DSE ofrece todo su apoyo al negociador del *Brexit*, Michel Barnier, para unos últimos meses de negociación con el Reino Unido que se prevén complicados en gran medida debido a la actitud irresponsable del primer ministro británico, Boris Johnson. Una futura relación amistosa entre la UE y el RU será, sin duda, beneficiosa para ambas partes, pero para ello, el señor Johnson debe respetar el acuerdo de retirada y las normas comunitarias en materia social, laboral, medioambiental y fiscal.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), por escrito. – Los temas de debate fueron: negociaciones entre la UE y el Reino Unido, debate de orientación sobre el clima y el ámbito de las relaciones exteriores con especial atención a África, y se volvieron a abordar los temas del envenenamiento del líder de la oposición rusa Alexéi Navalny y del manejo de la pandemia de coronavirus.

La delegación española celebra la recomendación del Consejo para coordinar de forma clara y precisa las medidas que afectan a la libre circulación entre los Estados miembros.

No obstante, ante las consecuencias económicas y sociales derivadas de la pandemia, la DSE reclama al Consejo Europeo activar los recursos propios de la Unión Europea y terminar con el agujero fiscal digital.

La DSE ofrece todo su apoyo al negociador del *Brexit*, Michel Barnier, para unos últimos meses de negociación con el Reino Unido que se prevén complicados en gran medida debido a la actitud irresponsable del primer ministro británico, Boris Johnson. Una futura relación amistosa entre la UE y el RU será, sin duda, beneficiosa para ambas partes, pero para ello, el señor Johnson debe respetar el acuerdo de retirada y las normas comunitarias en materia social, laboral, medioambiental y fiscal.

Marcos Ros Sempere (S&D), por escrito. – Los temas de debate fueron: negociaciones entre la UE y el Reino Unido, debate de orientación sobre el clima y el ámbito de las relaciones exteriores con especial atención a África, y se volvieron a abordar los temas del envenenamiento del líder de la oposición rusa Alexéi Navalny y del manejo de la pandemia de coronavirus.

La delegación española celebra la recomendación del Consejo para coordinar de forma clara y precisa las medidas que afectan a la libre circulación entre los Estados miembros.

No obstante, ante las consecuencias económicas y sociales derivadas de la pandemia, la DSE reclama al Consejo Europeo activar los recursos propios de la Unión Europea y terminar con el agujero fiscal digital.

La DSE ofrece todo su apoyo al negociador del *Brexit*, Michel Barnier, para unos últimos meses de negociación con el Reino Unido que se prevén complicados en gran medida debido a la actitud irresponsable del primer ministro británico, Boris Johnson. Una futura relación amistosa entre la UE y el RU será, sin duda, beneficiosa para ambas partes, pero para ello, el señor Johnson debe respetar el acuerdo de retirada y las normas comunitarias en materia social, laboral, medioambiental y fiscal.

Loránt Vincze (PPE), in writing. – It is in the interest of both the European Union and the United Kingdom to agree on an as close as possible partnership for the future. However, any agreement is worth being negotiated and concluded if there is trust that it will be implemented in full. The UK government just dealt a severe blow to this trust when it introduced a bill unilaterally overriding the Withdrawal Agreement, a binding international contract painstakingly negotiated for over three years and concluded less than a year ago. Arriving to an agreement and avoiding a disastrous no-deal outcome would be in the benefit of our industries, services and people. The EU should be ready to negotiate day and night to find the compromises needed for both sides, but only if we have the assurance that the Withdrawal Agreement and the provisions of the new partnership will be fully respected.

Marco Zanni (ID), per iscritto. – Mentre viviamo una delle peggiori crisi della nostra storia, Bruxelles continua a ripetere gli stessi errori. L'approccio al tema del cambiamento climatico resta ideologico e del tutto inadeguato a offrire ai cittadini europei le risposte di cui hanno bisogno. Tra obiettivi poco realistici e previsioni irrealizzabili, l'unico effetto di queste politiche sarà rendere meno competitivi i nostri settori industriali già in sofferenza, senza arrivare a una piena tutela dell'ambiente.

Si continua, inoltre, a mostrare grande fragilità sul fronte geopolitico: negli ultimi mesi la Turchia è stata al centro della scena diplomatica, a partire dalle costanti aggressioni nei confronti di Stati membri come Grecia e Cipro. Ciononostante, l'UE continua a elargire finanziamenti al Paese e a condannare Erdogan solo a parole, dimostrando come sempre poca coerenza.

La credibilità delle istituzioni europee si attenua anche nell'ambito della gestione della crisi economica e sanitaria. Le trattative tra Consiglio e Parlamento per trovare un accordo sul Recovery Fund sono in stallo e, come ampiamente previsto, all'Italia non arriverà alcun aiuto concreto prima del 2021. Per la ripresa servono azioni immediate: i cittadini italiani non possono permettersi di attendere le tempistiche a rilento dell'Unione europea.

7. Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2020 — Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets 2020 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca, in discussione congiunta,

— la relazione di Joachim Schuster, a nome della commissione per i problemi economici e monetari, sulle politiche economiche della zona dell'euro per il 2020 (2020/2078(INI)) (A9-0193/2020), e

— la relazione di Klára Dobrev, a nome della commissione per l'occupazione e gli affari sociali, sulle politiche occupazionali e sociali della zona euro nel 2020 (2020/2079(INI)) (A9-0183/2020).

VORSITZ: RAINER WIELAND*Vizepräsident*

Joachim Schuster, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchte ich allen Berichterstatterinnen und Berichterstatlern sehr herzlich danken. Es waren nicht immer einfache Beratungen, zumal unsere ursprünglichen Positionen doch sehr weit auseinanderlagen, aber wir haben versucht, einen Kompromiss zu finden, weil es wichtig ist, dass das Parlament zur Frage des Europäischen Semesters eine Stellungnahme abgibt. Wir sind uns einig, dass wir in Zukunft eine Wirtschaftspolitik brauchen, die sowohl den Herausforderungen der Coronapandemie als auch den Herausforderungen des Klimaschutzes, der wachsenden sozialen und regionalen Ungleichheit sowie der Digitalisierung Rechnung trägt.

Die Welt hat sich in den letzten zwanzig Jahren verändert, und die Politik muss sich diesen neuen Realitäten stellen. Welche neuen Realitäten meine ich? Die Coronakrise hat schlimmere ökonomische Auswirkungen als die Krise 2008/2009. Es ist uns bisher gelungen, eine solidarische europäische Antwort auf die Krise zu geben. Ein Bestandteil dieser Antwort ist, dass wir bereit sind, auch gemeinsam europäische Schulden aufzunehmen, um aus der Krise möglichst rasch wieder hinauszukommen, und dass wir tolerieren, dass die Verschuldung jedes einzelnen Mitgliedstaates erheblich steigen wird.

Die Coronakrise ist ein symmetrischer Schock, der sich aber in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedlich auswirkt. Das wird aber auch Konsequenzen für die festgelegten Verschuldungsziele haben. Ein Teil dieser zu Beginn der neunziger Jahre festgelegten Ziele wird nicht unverändert bestehen bleiben können. Meine Meinung dazu ist klar: Wir brauchen auch künftig Regeln zur Begrenzung öffentlicher Verschuldung, aber unrealistische und nicht erreichbare Ziele schaden mehr, als sie nutzen.

Eine weitere Realität ist: Auch schon vor der Krise war das Niveau öffentlicher wie privater Investitionen zu niedrig. Das hat die Wachstumsmöglichkeiten der europäischen Volkswirtschaften massiv eingeschränkt. Inzwischen sind auch die Anforderungen des Klimawandels dazugekommen – eine konsequente Klimaschutzpolitik erfordert jährlich zusätzliche öffentliche Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe.

Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass diese Zukunftsinvestitionen auch getätigt werden können und nicht an Schuldenbremsen oder einer restriktiven Finanzpolitik scheitern – darin sind wir uns einig. Das ist übrigens auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit, denn heute unterlassene Investitionen, gerade im Klimaschutz, werden verheerende Schäden zur Folge haben und zukünftige Generationen doppelt belasten.

In dem Bericht haben wir deshalb festgestellt: Wir brauchen eine Überprüfung der wirtschafts- und finanzpolitischen Regelwerke und natürlich, in Abhängigkeit von den Ergebnissen der Überprüfung, eine Veränderung der Regeln. Es müssen die Fehler der Vergangenheit vermieden werden, Wachstumsprozesse schon kurz nach Beendigung einer tiefen Wirtschaftskrise abzuwürgen, weil Verschuldungsziele verabsolutiert werden – das darf nie wieder vorkommen.

Wir brauchen eine maßgeschneiderte antizyklische Politik nachhaltigen Wachstums, die die Anforderung der *Sustainable Development Goals*, der europäischen Säule sozialer Rechte wie auch des Green Deal berücksichtigt. Das heißt, Verteilungsgerechtigkeit, die Verminderung von Arbeitslosigkeit und die Reduzierung des Ausstoßes von CO₂ müssen zentraler Bestandteil der europäischen Wirtschaftspolitik sein, und diese Wirtschaftspolitik muss zudem demokratischer werden. Das alles muss mit einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik in Einklang gebracht werden.

Das ist aber nicht nur eine Frage der Ausgaben, sondern auch der Einnahmen. Deswegen betont der Bericht, dass wir Steuerhinterziehung und Steuerdumping nicht länger hinnehmen dürfen. Und wir brauchen neue Steuereinnahmen insbesondere da, wo nur die europäische Ebene eine gerechte Besteuerung garantieren kann, etwa durch die Einführung einer Digitalsteuer, einer Finanztransaktionssteuer oder eine Harmonisierung der Körperschaftsteuer. Das hilft im Übrigen dann auch, um die europäischen Schulden, die wir jetzt aufnehmen, wirklich zu bedienen.

Wie gesagt, es waren schwierige Diskussionen im Ausschuss. Trotz mancher Unterschiede in den Ausgangspunkten ist es aber gelungen, vernünftige Kompromisse zu finden. Dafür nochmals vielen Dank an die Berichterstatterinnen und Berichterstatter.

Klára Dobrev, Rapporteur. – Elnök Úr! Aki nem tanul a múltból, azzal bűnhődik, hogy megismétli régi tévedéseit. Sokszor hallottuk már ezt a mondatot az elmúlt években. Kedves Kollégák, mi nem akarjuk megismételni a múlt régi tévedéseit. Ezért tanulnunk kell abból a hibából, amit Európa elkövetett a 2008-2009-es gazdasági válság kezelése során. Emlékeznék, az ingatlanbuborék kipukkanása után a második világháború óta nem látott gazdasági összeomlás fenyegette Európát, és mi európaiak sikeresen megvédtük a bankokat és sikeresen megvédtük a gazdaság működőképességét.

Csak éppen elfeledkeztünk a legkiszolgáltatottabbakról, elfeledkeztünk a hóna alá nyúlni azoknak, akik elvesztették a munkájukat, lakásukat, házukat, akik kilátástalan helyzetbe kerültek. Európa soha többé nem követheti el ezt a hibát. És most a történelem újra próbára tesz minket. A koronavírus-válság gazdasági, szociális hatásait még nem is pontosan látjuk. Egyvalami biztos, hogy ha tíz évvel az előző válság után azt mondhatjuk, hogy Európa sikeresen talpra állította a gazdaságot, ám cserbenhagyta az európai polgárokat, akkor soha többé nem engedhetjük meg, hogy tíz évvel a mostani koronavírus-válság után ugyanezt vessék a szemünkre.

Éppen ezért a jelentésemben, minden tekintetben azt szeretném elérni, hogy a legkiszolgáltatottabbaknak, a legelesettebbeknek is nyújtsunk segítséget. Ezért szorgalmazom például az európai minimálbér bevezetését és európai szintű szabályozását. Azt szeretném, hogy ha minden eddiginél sokkal több pénzt fektetnénk oktatásba, szociális beruházásokba, egészségügybe. Ez utóbbi kapcsán a jelentés támogatja az európai egészségügyi unió létrehozását. Megtanultuk a leckét. Továbbá azt javasoljuk, hogy a szegénységi küszöb alatt élő idősöknek is járjon a méltányos és elégséges nyugdíj.

Javasoljuk, hogy a tagállamok az adózási rendszereiket úgy alakítsák át, hogy az ne növelje a különbséget a leggazdagabbak és a szegények között, hanem inkább csökkentse, hiszen ez a feladatunk. És ezért támogatjuk a jogállamiság feltételét is, mert a jogállam az, ami a legelesettebbeket, a szegényeket, a kiszolgáltatottakat tudja megvédeni az erősektől, a hatalmasokkal szemben.

Pontosan tudom, hogy itt mi az Európai Parlamentben túlnyomó többségben ugyanazt akarjuk, egy erős és sikeres Európát. De értsük meg végre, hogy nincs erős és sikeres Európa, erős és sikeres európai polgárok nélkül. Ha nem tudjuk azt mondani, hogy minden európai polgár erős és sikeres, akkor Európa sem lesz az. Kérem ezért, támogassák a jelentésemet. Köszönöm szépen!

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Mr President, today we discuss I think two extremely timely and important reports. First of all I would like, also on behalf of Commissioner Schmit, to congratulate Joachim Schuster and Klára Dobrev, as well as the shadow rapporteurs, on their outstanding work on economic and social policies.

We know that we are facing unprecedented challenges. The human costs and the economic consequences of this crisis are huge. Recovery, from the economic point of view, began indeed last May, but uncertainty is still surrounding us and the speed of recovery is slowing. On 5 November I will present our autumn forecast and I have today a few clear messages coherent with the report Joachim Schuster presented.

First, we need a supportive fiscal stance. It should continue. We should avoid premature withdrawal of supportive measures. We can't risk a double-dip recession. Second, the general escape clause will remain in place for 2021, as Valdis Dombrovskis and I made clear to Member States recently. Next spring we will assess the situation. Third, we should use NextGenerationEU to transform our economies, not to go back to normal but to build more sustainable, resilient and competitive economies.

We increasingly see the social consequences of this crisis. Employment has been falling and unemployment is on the rise, even though so far it has been contained by the massive use of short-term work schemes. We are strongly supporting this effort with the SURE instrument. You saw the success of our first emission of social bonds yesterday.

Population groups that were already vulnerable before the pandemic are particularly hit, for example young people, women, and generally all those in precarious jobs, or disadvantaged children held back from benefiting from digital education. Mitigating the social impacts of the crisis will be one of the overarching objectives of the Recovery and Resilience Facility (RRF).

We would like to highlight three elements which we see as key for success. First, we need a skilling revolution to tap the job opportunities offered in the recovery, and particularly to face green and digital transitions. This is the objective of the recent Skills Agenda proposed by the Commission. Second, we have to enhance the quality of jobs – fair minimum wages are an essential element. We want to reduce wage inequality and poverty for the most vulnerable workers. This is why the Commission will put forward a European framework for a minimum wage later this month to make sure work pays off. This proposal will fully respect national traditions and the role of social partners in collective bargaining.

The third point is addressing poverty and inequalities. One essential element is to eradicate poverty from the start of life. Too many children across the EU grow up in poverty, creating barriers for their career and social integration. The European Child Guarantee, which we will present next year, will make sure that all children, whatever their background, have access to the same services and the same opportunities.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal ist es erfreulich, dass wir aus dem Wirtschafts- und Währungsausschuss es wieder einmal geschafft haben, einen Bericht bis zum Plenum zu bringen. Das war ja in der Vergangenheit nicht immer selbstverständlich, und dafür ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die die Verantwortung getragen haben, dass wir auch von der wirtschaftlichen Seite unsere Kommentare abgeben können. Auf der anderen Seite ist, glaube ich, bei den Verhandlungen schon etwas deutlich geworden, dass wir nicht mehr ganz so dieses gemeinsame Grundverständnis haben, warum es das Europäische Semester eigentlich gibt.

Das Europäische Semester ist geschaffen worden als der präventive Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können natürlich Green Deal und *Sustainable Development Goals* und alles machen, nur wenn wir der nächsten Generation einen wunderschönen Globus, aber wegen hoher Überschuldung keine wirtschaftlichen Ressourcen mehr zur Verfügung stellen, haben wir der nächsten Generation auch keinen Gefallen getan.

Wenn jetzt sogar Anträge im Plenum eingebracht werden, die EZB soll halt einfach die Schulden auf null stellen, die sie aufgekauft hat, dann zeigen sie doch das wahre Gesicht, worum es eigentlich geht, nämlich eine Staatswirtschaft, die ohne Rücksicht auf die nächsten Generationen Geld in die Hand nehmen darf, weil man das einfach auf null stellen kann, wenn man es bei der EZB parkt.

Ich sage Ihnen ganz offen, ich komme aus einem Land, wo man das in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg so betrieben hat. Das hat 1923 zu einer Hyperinflation und zu Armut, wirklicher Armut, Arbeitslosigkeit und dann zu einer dunklen Zeit auf diesem Kontinent geführt.

Ich warne davor, nur zu sagen, wir müssen die Welt retten, koste es, was es wolle. Wir müssen Ökonomie und Ökologie immer im Gleichklang halten, und das ist leider unser Problem, das wir mit diesem Bericht haben. Ich bin froh, dass es im Ausschuss gelungen ist, diese Balance zu finden. Ich hoffe, dass das im Plenum jetzt auch noch der Fall bleibt.

Der Berichterstatter sagt zu Recht, wir müssen eine Überprüfung vornehmen, wir müssen uns auf die 20er Jahre des zweiten Jahrtausends vorbereiten und dafür die Antworten geben. Es ist nicht mehr mit den Fragestellungen der 90er Jahre des ersten Jahrtausends zu beantworten. Aber Sie tun so, als wenn Sie schon die Antwort wissen, bevor sich die zuständigen Institutionen hier überhaupt damit beschäftigt haben. Was müssen wir uns also einer Überprüfung stellen, wenn Teile dieses Hauses jetzt schon wissen, was rauskommen muss? *Sorry*, dann brauche ich keine Überprüfung.

Deswegen ist schon meine Bitte: Konzentrieren wir uns wieder auf das, was zu tun ist – den präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes so auszugestalten, dass die Mitgliedsstaaten nicht in eine dauerhafte Schuldenfalle tappen, dann sind wir nachhaltig im wirklichen Sinne.

Agnes Jongerius, *namens de S&D-Fractie*. – Voorzitter, als zelfs premier Rutte en minister Hoekstra van hun bezuinigingsgeloof vallen, is er echt iets aan de hand! Als grote bedrijven wankelen, dan trekken ze de beurs. Maar helaas moeten we het niet alleen over noodmaatregelen, maar ook over structurele maatregelen gaan hebben.

Het wordt tijd, vinden wij, dat het weer om mensen gaat en niet om de belangen van de multinationals. Europa is méér dan een markt en méér dan een markt met een munt. Het zijn de uitdagingen waar we in Nederland en in Europa voor staan om ons eerlijk uit de crisis te slaan, waarbij we niemand vergeten. Die kant wil de PvdA op.

We willen hogere minimumlonen, zodat niemand aan het eind van de maand hoeft te kiezen tussen warm water of warm eten. We willen een verbod op nulurencontracten zodat je ook eens plannen kunt maken en zeker bent van je inkomen. En we willen meer betaalbare sociale huurwoningen, want dan kunnen starters pas écht met een toekomst beginnen. Met steun vanuit Europa als er banen op de tocht staan door de crisis.

Digitalisering en klimaatverandering kunnen we alleen in goede banen leiden als iedereen mee kan komen. Steun daarom ook amendement nummer 12 van collega Joachim Schuster. We moeten investeren in de kansen van allen en niet alleen van de *happy few*. We moeten ons eerlijk uit de crisis slaan met bindende sociale doelen, zodat iedereen zeker kan zijn van een hoger minimumloon, zekere contracten en een betaalbare woning.

Ivars Ijabs, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, recovery from the COVID crisis demands rethinking the European economic governance, and the European Semester framework can be a good starting point for this.

What we in the Renew Europe have done in this year's report, is try to combine the existing macroeconomic core of the Semester fiscal discipline and healthy debt levels, with the urgent demands of today, like the need for public and private investment, social protection, as well as the need to tackle climate change.

Let me mention a few issues of great importance for us.

First of all, the promotion of reform is still the most important task of the Semester. The country-specific recommendations were often extremely weakly implemented. Member States should have tailor-made solutions for reform in order to promote competitiveness and growth in all European countries, also using Next Generation EU money.

Second, the report urges the review of the existing conditions of the Stability and Growth pact, since the crisis has shown that there are changes to be made. However, it must be done in a careful way, which would effectively motivate the Member States to comply with the requirements of the Stability and Growth pact.

Third, the need to tackle climate change, which is already an overarching, horizontal priority. We need to find its proper place in the framework of the European Semester. Therefore, we urge the Commission to develop a Climate Indicator, which would be supplementary to the existing Semester framework.

When critically adapted to current circumstances, the European Semester can have a real, transformational impact on the European economy, and the current report is a significant attempt to strengthen the Semester framework by making it more sustainable, effective and resilient to future challenges.

France Jamet, *au nom du groupe ID.* – Madame la Présidente, mes chers collègues, ce rapport promeut le principe du salaire minimum européen, que nous n'accepterons jamais. Cette idée fumeuse entraînerait forcément un nivellement par le bas, une dégradation des pays les plus avancés en matière de politique sociale, salariale, et un recul des droits sociaux des travailleurs. Et comme le diable se cache dans les détails, j'ajouterai que je vois dans le vocabulaire employé, «racisme systémique», «discrimination structurelle» l'imprégnation pernicieuse d'une gauche extrême. Ce même procédé sémantique sert de masque aux islamistes pour dissoudre notre civilisation et imposer la leur de manière insidieuse. Bref un rapport typique dont seule l'Union européenne a le secret: notre ruine économique d'un côté et la soumission civilisationnelle à l'islamo-gauchisme, de l'autre. Vous parliez, Madame, d'une Europe forte ; nous avons besoin d'une Europe qui se défend.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE.* – Madame la Présidente, quand j'entends notre collègue M. Ferber, je ne sais pas si je dois rire ou pleurer. Il nous dit essentiellement «OK pour sauver la planète, mais à condition que ça ne ruine pas nos finances publiques et que ça ne ruine pas nos économies». Moi, ce que je lui dis, Monsieur Ferber, c'est que si la planète devient inhabitable pour l'être humain, il n'y aura plus d'économie, il y aura plus de finances publiques, c'est aussi simple que ça. Et il voudrait nous faire croire qu'évidemment, les seuls qui savent bien gérer, ce sont les conservateurs. Or nous sommes aussi convaincus que lorsque l'on fait partie d'une union économique et monétaire, il faut des règles communes qui doivent favoriser la stabilité et la convergence de nos économies. Un élément en ce sens c'est bien sûr la stabilité de nos finances publiques. Mais qui peut encore affirmer que laisser la pandémie s'installer, la fracture sociale s'approfondir, la crise climatique s'emballer, les ressources naturelles s'épuiser ou la biodiversité s'effondrer sera sans impact sur nos finances publiques ?

Je ne suis d'accord avec vos collègues du PPE que sur un point: la réduction des inégalités ou de notre empreinte écologique est en tension avec la poursuite aveugle d'une croissance à tout prix. Mais mener une politique économique et budgétaire qui assure la stabilité et même la compétitivité économique de nos sociétés exige un semestre européen à même de prendre en compte l'entière du tableau, et c'est ce que la Commission évidemment propose. À ce compte, les déclarations de M. Ferber ou de sa collègue Enikő Győri me font penser à ceux qui, après le procès de Galilée, se réjouissaient, en dépit du bon sens et de la science, de voir triompher la thèse que la Terre est le centre de l'univers: pitoyable et indigne d'un grand parti européen.

Eugen Jurzyca, *za skupinu ECR.* – Vážená pani predsedajúca, členské štáty potrebujú čo najrýchlejší návrat k rozpočtovej zodpovednosti a plán znižovania verejného dlhu, ktorý má tento rok presiahnuť astronomických 100 % HDP eurozóny. Práve tomu im majú napomáhať odporúčania Komisie v rámci cyklu európskeho semestra.

Predložená správa však hľadá skôr cesty k ďalšiemu dlhodobému zadlžovaniu členských štátov. Nerešpektovanie fiškálnych pravidiel považujem za dosť veľkú nezodpovednosť a ohrozenie menovej zóny. Členské štáty potrebujú dlhodobovo viac štrukturálnych reforiem, nie viac dlhov. Dlhodobo nové dlhy zvyšujú dane a brzdia rast. Ak členské štáty nepriistúpia k potrebným reformám svojich ekonomík, nebudú mať nakoniec z čoho financovať ani domáce, ani nákladné európske priority ako „Green Deal“. Na úkor budúcnosti sa totiž nedá žiť večne.

José Gusmão, *em nome do Grupo GUE/NGL.* – Senhora Presidente, enquanto membro em simultâneo da Comissão dos Assuntos Económicos e da Comissão do Emprego deste Parlamento, fico bastante triste por verificar que o relatório que sai da ECON continua a ver austeridade e as políticas pró-cíclicas como a única política económica possível dentro da União Europeia, e continua a relegar as questões sociais e as questões climáticas para um segundo plano, como se vê bem no n.º 25.

É por isso que apoiarei a alteração n.º 12. E é por isso que me parece que as lições da última crise económica não foram bem aprendidas por uma parte desta Casa e também pelas instituições europeias. Porque não vale a pena dizer aos Estados que precisam de manter o apoio às economias quando o programa de ação da Comissão Europeia lá volta com o fanatismo, com o discurso irresponsável da prudência orçamental. Prudência orçamental é termos crescimento económico agora, é respondermos perante os desempregados e perante a pobreza.

Não vale a pena lamentar a desigualdade salarial quando se continua a pressionar os Estados-Membros para manterem políticas de desregulação dos mercados de trabalho, que, aliás, foram impostas pelas instituições europeias ao longo de décadas. Não vale a pena dizer que precisamos de uma União Europeia da Saúde quando, durante décadas, andámos a pressionar os Estados-Membros para subfinanciar e privatizar os seus serviços públicos de saúde, os serviços públicos de saúde que hoje estão a salvar a vida a milhões de cidadãos europeus.

Piernicola Pedicini (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei dire che questa crisi, come è evidente a tutti, ha causato tanti problemi, ha messo in evidenza tante criticità e fragilità dei nostri meccanismi unionali.

Pensate che in questo momento, nell'Unione europea, la massa monetaria tende a raddoppiare, ma la velocità di circolazione della moneta tende a dimezzarsi. Questo vuol dire soltanto una cosa: che, mentre la nostra economia, l'economia reale soffre sempre di più, le banche si stanno arricchendo sempre di più. Ormai si è rotta qualsiasi catena di politica monetaria, per cui ad ogni iniezione di nuova moneta non corrisponde più nessun effetto a livello inflazionistico e la politica purtroppo è completamente subordinata al potere delle banche, che rappresentano ormai un pozzo senza fondo che si arricchisce sempre di più a spese dei cittadini.

Allora se vogliamo uscire da questa situazione direi catastrofica, bisogna fare poche cose, semplici ma anche coraggiose: per prima cosa bisogna che la BCE sia liberata dal ricatto delle banche private, gli Stati debbono essere liberati dal ricatto dei mercati e bisogna evitare, abbandonare il concetto di insostenibilità del debito pubblico, abbandonare il concetto di fondi europei, il MES, lo SURE, la parte dei prestiti del recovery fund non hanno senso in regime di moneta fiat, e poi azzerare, eliminare tutte le differenze di costo del denaro, in regime di moneta unica.

Se non si fanno queste cose semplici, purtroppo, il destino del nostro continente è segnato e sarà inevitabilmente un destino da terzo mondo.

Dennis Radtke (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Klára, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann mit Fug und Recht sagen, dass wir mit dem heutigen Bericht ein wirklich gutes sozialpolitisches Werkstück hier vorlegen.

Mir ist klar, dass es auch Kolleginnen und Kollegen im Hause gibt, die das gänzlich anders bewerten, weil sie der Meinung sind, Soziales und Europa, das hat eigentlich nichts miteinander zu tun, und deswegen sollten wir als Parlament am besten auch dazu schweigen. Ich sehe das völlig anders, aus zwei Gründen: Erstens, jedes Mitgliedsland verpflichtet sich durch seine Mitgliedschaft dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, und zweitens, jeder einzelne Bürger der Europäischen Union hat durch seine Unionsbürgerschaft Grundrechte erworben, auch soziale Grundrechte.

Von daher, finde ich, ist es unsere Aufgabe, unsere vornehmste Pflicht als Parlament, auch genau hinzuschauen: Wie weit ist es eigentlich mit diesen Ordnungsprinzipien und wie ist es eigentlich auch um die Einhaltung dieser sozialen Grundrechte bestellt, auch und gerade in der schwersten Wirtschaftskrise der Europäischen Union?

Von daher, finde ich, haben wir mit dem heutigen Bericht wirklich einen wichtigen Beitrag dazu geleistet und wir haben auch eine Brücke geschlagen zu dem, was in den nächsten Wochen und Monaten auf der Agenda steht. Ich sage einfach nur Stichwort Mindestlohn, auch die Weiterentwicklung von Schule, das sind alles Themen, mit denen wir uns in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen werden, genauso auch mit der Frage des Kampfes gegen Obdachlosigkeit.

Ich finde – und damit möchte ich auch zum Schluss kommen –, wer sich an einigen Stellen auf unserem Kontinent die Entwicklung anschaut, der kann einfach nur zu dem Ergebnis kommen, dass Menschen, die von ihrer Hände Arbeit nicht leben können, Kinderarmut und Obdachlosigkeit das Kainsmal auf jeder europapolitischen Grundsatzrede, auf jeder europapolitischen Sonntagsrede sind. Von daher freue ich mich, dass wir heute einen guten Beitrag geliefert haben, um die Dinge in die richtige Richtung zu entwickeln. Bitte daher um Zustimmung.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, en primer lugar me gustaría agradecer el trabajo de los ponentes y, como miembro de la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios, dar las gracias a Joachim Schuster por la preparación de este informe que merece el apoyo del Parlamento. Merece el apoyo del Pleno fundamentalmente por una cuestión —y lo voy a focalizar solo en una—: este informe exige que las políticas fiscales nacionales sigan siendo expansivas hasta que no encontremos una base sólida para la recuperación. Y, en la medida en que las incertidumbres sobre la evolución de la pandemia siguen presentes en nuestras sociedades, creemos que esto va a ser necesario durante bastante tiempo.

En cualquier caso, esto no debe evitar el debate sobre las reglas fiscales que el informe también defiende: una revisión de las reglas fiscales que permita una adecuación del Pacto de Estabilidad y Crecimiento a la gestión ordenada de la economía en el conjunto de la Unión.

Y, por lo tanto, más allá de los debates sobre la flexibilidad de ese Pacto, necesitamos debatir a la vez qué vamos a hacer con el Next Generation EU a medio plazo, porque el informe pide también un estabilizador automático. ¿Podemos discutir también sobre la viabilidad de un activo libre de riesgos en Europa —y hemos visto el éxito de la emisión de deuda del día de ayer—? Y, ¿por qué no hablar también del tratamiento prudencial de la deuda de los Estados?

Pero ese gran debate al que estamos condenados, que tenemos que realizar, no puede evitar que a corto y medio plazo sigamos con esta política expansiva.

Marie-Pierre Vedrenne (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je remercie tout d'abord M^{me} la rapporteure.

Ce rapport est notre réponse au défis sociaux engendrés par le choc de la COVID et notre message est clair: assurer une relance européenne à la hauteur des défis en ne laissant personne de côté. Le Semestre européen sera l'instrument de la relance, c'est très bien, et ce rapport permet de rappeler que le social et l'emploi doivent être tout autant la priorité que nos politiques économiques de relance. Il faut garantir que nous allons tous dans la même direction. Une relance est une transformation innovatrice économiquement, juste socialement et responsable écologiquement. Pour cela, trois priorités simultanées.

Premièrement, l'urgence de la relance. Le plan de relance historique, adopté en juillet dernier, devra soutenir les travailleurs, spécifiquement les plus précaires, afin de préserver leurs emplois, leurs salaires et leurs conditions de travail. Favoriser l'inclusion sociale, lutter contre la pauvreté, accompagner les plus démunis, renforcer l'employabilité des jeunes doivent demeurer nos priorités.

Deuxièmement, le maintien de notre cap. Ce choc nécessite des réponses rapides. Toutefois, nous ne devons absolument pas renoncer à nos objectifs de plus long terme. Nos politiques économiques et sociales doivent contribuer aux objectifs du développement durable, à la mise en œuvre du pacte vert et à la concrétisation du socle européen des droits sociaux.

Troisièmement, l'accélération de la mise en œuvre de l'agenda social. De profondes inégalités et la faiblesse de notre modèle social européen ont été révélées. Nous devons avancer sur notre agenda en faveur de la convergence sociale et de la lutte contre la pauvreté. Vous l'avez évoqué, Monsieur le Commissaire, à titre d'exemple, un instrument pour un salaire minimum équitable dans chaque pays membre est plus que jamais nécessaire. Nous savons la Commission européenne engagée, nous attendons des annonces fortes et vous pourrez alors compter sur le Parlement européen pour bâtir l'Europe de la justice sociale.

Francesca Donato (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Covid-19 ha ripreso vigore in tutta Europa e nel mondo e pesanti danni economici già registrati si protrarranno per anni. Nonostante ciò, l'agenda europea continua a considerare obiettivo prioritario la lotta al cambiamento climatico, vincolando ogni misura e intervento a target irrealistici, invece di concentrare ogni sforzo per evitare il più probabile e imminente tracollo economico dell'intera Unione.

L'unico strumento mostratosi efficace e tempestivo sinora è il programma straordinario di acquisti di bond sovrani della BCE, senza il quale l'eurozona sarebbe saltata. Per reggere all'urto della crisi pandemica, il patto di stabilità ha dovuto essere sospeso. Ciò che serve oggi, dunque, non sono nuovi vincoli climatici all'economia europea, ma la più ampia flessibilità per gli investimenti e il massimo supporto alla spesa degli Stati membri, tramite un potenziamento del mandato della BCE e la rimozione del divieto dell'articolo 123 TFUE.

Vanno altresì riviste le normative bancarie sulla gestione dei rischi di credito e sulla classificazione dei crediti deteriorati, per evitare strette nelle politiche creditizie delle banche europee, deleterie per famiglie e imprese.

Prima di chiedere riforme ai paesi membri, l'Unione europea oggi deve riformare i propri trattati e i propri obiettivi. Solo così sarà credibile e resiliente.

Kira Marie Peter-Hansen (Verts/ALE). – Madam President, I hope that you can hear and see me down in the Parliament. I'm speaking from the Danish office.

Thank you very much to the rapporteur for the work on this file, as there is a strong need to make sure that the social aspects are a key element in the Semester.

This is the way that we will make social process progress in Europe, and especially now, when every country is experiencing downward-turning economies. We need to create incentives for the Member States not to let the burden of a recession fall on the people most in need, and here the European Semester is a golden opportunity for us to create these incentives.

Austerity and tight budgets are not the way to manage the crisis. Making sure that people have decent lives is the way. This means securing a roof over their heads and food on the table. We need to make sure that the social and economic aspects are on an equal footing in this Semester, and taking the Green Deal into account, and we need to push for a European framework for minimum income, binding pay-transparency measures as well as ensuring quality employment with decent fair pay for our young people in Europe through the youth guarantee.

These has been some of the key issues for the Greens Free Alliance group in the work on this file.

Thank you very much to you, Klára Dobrev, for doing a really great job on this report and making sure that the European Parliament has a strong social and sustainable voice on this issue. It's been a pleasure working with all of you and I'm looking forward to keeping this fight up.

Helmut Geuking (ECR). – Frau Präsidentin! Also erst einmal schönen Dank, ich war bei der Beratung dabei, Frau Dobrev, Sie haben das hervorragend gemanagt. Schönen Dank an Herrn Radtke. Das, was Sie vorhin ausgeführt haben, dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, genauso sehe ich es übrigens auch – das mal dazu.

Was allerdings vergessen worden ist, das sind natürlich die Eltern und die Altersarmut. Wenn Sie sich die Altersarmut in Deutschland und anderen europäischen Ländern anschauen, dann wissen Sie, dass die Eltern seit Jahrzehnten um ihre Lebensleistung betrogen werden. Punkt.

Wenn Sie sich anschauen, wie die Kinderarmut weiter voranschreitet, dann wissen Sie, dass Handlungsbedarf besteht und nicht nur mit Schaltgarantie, mit bloßen Worten, wir machen einen Zugang zur Bildung. Wir brauchen direkte finanzielle Unterstützung der Kinder, um die Kinder aus der Kinderarmut herauszuholen.

Deswegen sind wir als Familienpartei Deutschlands vorgedribbelt und haben Pass geschlagen für das Kinderkostengeld 2525. Es ist im Sozialbericht insofern verankert, dass Kinder finanziell bessergestellt werden müssen, und da bleibt nur das Kinderkostengeld über. Wir haben den Pass geschlagen, jetzt liegt es an Frau Merkel und der deutschen Rat-Präsidentschaft, diesen Pass auch zu verwerten und entsprechend ins Tor zu bringen.

Ich appelliere dafür, diesem Sozialbericht im Wesentlichen zuzustimmen, vor allen Dingen, um die Finanzierung der Kinder zu stärken und die Kinderarmut direkt zu bekämpfen. Das sind wir der nachfolgenden Generationen schuldig.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, gospodarska i socijalna budućnost i sadašnjost Europske unije ovisi ponajviše o našoj reakciji na pandemiju COVID-a19. Ove godine u proljeće počeli smo koristiti *lockdown*. Uslijed *lockdowna* i njegove politike izgubljeni su milijuni radnih mjesta u Europskoj uniji. Sada polako pojedine države ponovno uvode i provode politiku *lockdowna*. Izgubit ćemo daljnje milijune radnih mjesta. Ukoliko to nastavimo i do proljeća, moći ćemo govoriti o desetinama milijuna izgubljenih radnih mjesta. Za stvaranje tih radnih mjesta bila su potrebna desetljeća.

Države će se iznimno zadužiti. Sada u Republici Hrvatskoj, premijer je jučer izjavio da zbog posljedica saniranja štete *lockdowna* i financiranja poduzetnika mi nismo u stanju isplatiti jednu milijardu eura dugova veledrogerijama, što znači da nismo sposobni platiti lijekove. Jedna milijarda eura u Hrvatskoj znači šestinu cjelokupnog državnog proračuna. Mi moramo preispitati, u ovom domu, politiku *lockdowna*, postoji li drugi način za borbu protiv pandemije COVID-a 19.

Enikő Győri (PPE). – Elnök Asszony, tisztelt Képviselőtársaim! Az Unió jövője azon áll vagy bukik, hogy a jelenlegi válsághelyzetben újra tudjuk-e teremteni a gazdasági hátterét az európai modellnek, amelyre olyan büszkék vagyunk. Felelős döntéshozóként először biztosítani kell a gazdasági alapokat. Ehhez a munkához iránytű az európai szemeszter. Csak így tudjuk megvalósítani az olyan ambíciózus céljainkat, mint a digitális átállás vagy a klímavédelem, csak így fogunk tudni újra növekedni, megőrizni a munkahelyeket és újakat teremteni.

Ez a stratégia nem létezhet szabályok nélkül. A mostani járvány és válság esetén is elegendő rugalmasságot biztosítottak ezek a tagállamoknak a pénzügyi mozgástér növeléséhez. Az egyeztetések során azt láttam, a baloldal legfőbb célja az, hogy a gazdaságpolitikai koordináció és a fiskális szabályok lényegét egyenként lebontsa; ehhez a Néppárt nem partner. A baloldal el akarja érni, hogy a tagállamok közötti koordináció eszközt, a szemesztert, amelyet a válságok megelőzésére és kezelésére hoztunk létre még a magyar elnökség idején, teleaggassák mindenféle divatos témával.

Ha a baloldalnak sikerülne megvalósítani az elképzeléseit, akkor búcsút inthetünk a versenyképességnek. Nincs ingyen ebéd. Ha az összes baloldali ötletet finanszíroznánk, az olyan költekezési hullámot indítana el, amely végül munkahelyek megszűnéséhez vezetne. Nem hagyhatjuk, hogy gazdaságpolitikánk a versengő célok összevisszaságává váljon. Ezeket az ötleteket a Gazdasági Bizottság leszavazta, a baloldal most próbálja meg azokat visszacsempészni módosító indítványokkal. A felelőtlen gazdaságpolitika veszélyeztetné az Unió helyreállítását és a jövő nemzedékeit adósítaná el. Magyarország polgárai a kommunizmus, majd a szocialista-liberális kormányok alatt megtanulták, hogy az milyen, és nem kérnek belőle még egyszer.

Liberális képviselőtársaink pedig már Európai Föderációban gondolkodnak közös pénzügyminiszterrel, azaz jelentősen csökkentenék a tagállamok hatáskörét. Ez szembemegy a szerződésekkel, megbontaná a politikai, gazdaságpolitikai koordinációban az egyensúlyokat a tagállamok és Brüsszel között. Az ilyen elképzelések válság idején csak rabolják az időt és az energiát a fontos teendő elől, nem segítik a talpra állást. Így arra kérném képviselőtársaimat, hogy ne szavazzák meg a módosításokat, ne legyenek partnerek a felelőtlen gazdaságpolitikai elképzelésekhez.

Marc Angel (S&D). – Madam President, the past financial crisis and the answer the EU has given show how cuts in public services had a negative impact on our economic, environmental and social recovery. No progress in poverty reduction and social inclusion shows that many of our social welfare systems are not robust and resilient enough to absorb social shocks during a crisis and also transition. This is why we Socialists and Democrats urge Member States to stop considering public services as a cost but, on the contrary, as an investment to guarantee a decent life for all of us in the Union. And a decent life means wellbeing that includes access to quality education and jobs, as well as social security, healthcare, housing, justice and social services, and also especially for vulnerable groups.

To achieve this, it's important to change the mind-set of many EU leaders and to come forward with a model that puts social and environmental challenges on an equal footing with economic ones. This is the only way to align our EU policies with the three dimensions of the SDGs and to avoid a lost generation. If we want our next generation in Europe to be strong and resilient, we must invest in their future and therefore must consider Child Guarantee and Youth Guarantee amongst the most precious instruments we have.

Dear colleagues, Child Guarantee and Youth Guarantee can only be successful if we allocate sufficient financial means and if we are able to show creativity when it comes to shaping them and implementing them. Let me finish by thanking Ms Dobrev and Mr Schuster and the shadows for their excellent reports.

Guido Reil (ID). – Frau Präsidentin! Liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen, ich bin stolz darauf, dass Sie den Mut gefunden haben, heute hier zu sein. Denn seit letzter Woche wissen wir: Es ist gefährlich hier. Dieses Gebäude ist anscheinend der COVID-19-Hotspot Europas – das muss man sich mal vorstellen. Es erfordert Mut, in dieses Parlament zu kommen, und das Interessante dabei ist: Woran liegt das? Was sind die Ursachen? Es hat natürlich nichts damit zu tun, dass hier in den letzten Wochen wieder Austern und Champagner gereicht wurden. Es hat damit zu tun, wie intensiv in diesem Parlament gearbeitet wurde – mit nichts anderem hat es zu tun. Und welche Maßnahmen ergeben sich daraus? 80 % unseres Personals sind im Homeoffice. Es wurde vorletzte Woche tatsächlich darüber diskutiert, ob wir überhaupt noch in das Gebäude dürfen – Gott sei Dank dürfen wir noch.

Unsere Sitzungen sollen demnächst komplett digital stattfinden – also zumindest ab Januar. Also ich persönlich finde das gut. Denn dann kann man mit diesem Gebäude vielleicht endlich mal etwas Sinnvolles tun. Zum Beispiel Obdachlose unterbringen, wie übrigens im April schon medienwirksam angekündigt wurde, etwas für Obdachlose zu tun, und dann ist wieder nichts passiert außer warmen Worten. Also lasst uns doch zu Hause bleiben und diejenigen die Arbeit machen, die es können: die nationalen Parlamente! Denn die sind voll arbeitsfähig.

Claude Gruffat (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, tant que les investissements écologiques seront considérés comme de simples déficits sans bénéfices à venir, nous refuserons aux États européens des lendemains solidaires et écologiques pour une société plus viable et vivable.

Bien sûr, j'en conviens, coordonner les politiques économiques est nécessaire, mais les règles actuelles ne font pas la différence entre les dépenses visant à maintenir un système à bout de souffle et celles utiles pour bâtir un avenir pour nous et pour nos enfants. Une nouvelle approche est donc indispensable pour valoriser les investissements verts. De nouveaux indicateurs qui servent l'économie réelle et notre planète doivent être pris en compte pour le calcul des déficits. Sortons-en, entre autres, les dépenses liées à la transition écologique et surtout, arrêtons d'utiliser des indicateurs datant des années 30, dont la crise sanitaire a démontré l'obsolescence. Les services d'utilité publique, ceux qui servent notre planète, ne sont pas des déficits, c'est de l'économie réelle.

Elżbieta Rafalska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Sprawozdanie podkreśla kluczową rolę koordynacji polityki gospodarczej, społecznej i zdrowotnej, w której duże znaczenie odgrywa Europejski filar spraw socjalnych i polityki zajmujące się przestrzenią fiskalną. W czasach kryzysu trafna diagnoza jest bardziej niż kiedykolwiek istotna. Wskazuje też na społeczne zagrożenia związane z kryzysem pandemicznym, takie jak wzrost bezrobocia, w tym bezrobocia młodych, zwiększenie ubóstwa dzieci, pogorszenie sytuacji osób niepełnosprawnych i osób starszych, kryzys usług opiekuńczych, ograniczony dostęp do usług zdrowotnych.

Jednak chciałabym zwrócić uwagę na następujące problematyczne kwestie. Po pierwsze ocena praworządności i skuteczności wymiaru sprawiedliwości uwzględniana w europejskim semestrze. Po drugie znaczenie przypisywane stałemu unijnemu programowi reasekuracji świadczeń dla osób bezrobotnych. Po trzecie wezwanie do utworzenia europejskiej unii zdrowia. Po czwarte wezwanie Komisji do przedstawienia europejskich ram dotyczących płacy minimalnej. To kwestie, które nas zasadniczo różnią.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, caro Comissário, caras e caros Colegas, não é aceitável, na União Europeia, termos 100 milhões de cidadãos em risco de pobreza e 700 mil pessoas sem abrigo. Não podemos ficar indiferentes, temos de agir e cada um fazer a sua parte.

A União Europeia disponibiliza muitos recursos, como o Fundo Social Europeu, a Garantia Jovem, seguida também da Garantia Infância. Têm de ser bem utilizados e disponibilizados, nomeadamente para as instituições de solidariedade social, como as IPSS e as Misericórdias. Mas depois temos sobretudo de ir às causas, promover a autonomia individual, ajudar a ascensão social. É dessa forma que nós devolvemos a dignidade aos nossos cidadãos, e para isso temos de apostar na economia, que tem de ser resiliente, tem de ser competitiva, tem de ser sustentável. Não podemos ter medo das palavras produtividade e sustentabilidade, e do empreendedorismo que é necessário. Para além disso, temos de ajudar as empresas, e nomeadamente as pequenas e médias empresas.

E por isso, Senhor Comissário, é inaceitável que o Conselho tenha cortado um instrumento de solvabilidade precisamente para apoiar as empresas em dificuldade. É inaceitável que o Conselho tenha cortado o *InvestEU*, que promove o investimento.

Cada um tem de fazer a sua parte. A Comissão Europeia tem feito a sua parte, e o Parlamento. Os Estados-Membros nem todos. O Conselho não tem atuado no sentido de fazer aquilo que lhe compete para combater a pobreza, para favorecer a inclusão, para ajudar as pequenas e médias empresas, e espero que um instrumento como o SURE passe de temporário a permanente e que, além disso, seja um instrumento onde o Parlamento Europeu esteja também envolvido. Defendemos, como é óbvio, o método comunitário.

Stefania Zambelli (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gli effetti sociali ed economici della pandemia di Covid-19 sono sotto gli occhi di tutti. L'impatto sul mondo del lavoro è senza precedenti, con un aumento di due punti percentuali della disoccupazione in tutta Europa.

Se vogliamo rilanciare il mercato del lavoro e l'occupazione, lo strumento adatto non sarà di sicuro l'introduzione di nuove tasse per finanziare il recovery fund, perché queste andranno a mettere in ulteriore difficoltà il mondo produttivo. Dobbiamo invece sostenere concretamente imprenditori, artigiani, commercianti, operatori del mondo del turismo, partite IVA, tutti coloro che in questi mesi hanno aspettato invano gli aiuti dall'Europa e dagli Stati membri.

Il numero delle attività commerciali e imprenditoriali chiuse a oggi è agghiacciante e non è nulla in confronto, credetemi, a quanto succederà nei prossimi mesi quando, cessato il blocco dei licenziamenti, centinaia di migliaia di persone si troveranno in mezzo a una strada. L'Europa dovrà farsi carico di questi soggetti e non credo sia utile e nemmeno saggio perdere altro tempo.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, la COVID-19 nos golpea con un dramático balance en pérdida de vidas y de millones de empleos. La Unión Europea ha asumido su responsabilidad y está a la altura de las ingentes y constantes necesidades.

Ahora es el momento de los Estados miembros, de particularizar en cada país el esfuerzo colectivo que estamos haciendo entre todos, para fortalecer nuestros sistemas nacionales de salud y fomentar la recuperación de la economía y el empleo. El empleo es la mejor política social para combatir la pobreza. Pero también debemos ser vigilantes para que, en el caos de la crisis, no se antepongan las agendas partidistas al bien común y colectivo. Los pilares de la Unión deben seguir intactos mediante una firme defensa de la separación de poderes. Y los fondos europeos son para fortalecerlos. Ese es el camino y no socavar el Estado de Derecho. Por ello, para garantizar el buen fin y uso de las ayudas europeas, es imprescindible la implicación responsable de todos los niveles de gobierno, tanto nacional como regional, como local, junto con los agentes sociales, bajo la eficaz coordinación de la Unión Europea.

En España hay que actuar con inmediatez, aplicando los fondos para respaldar a sectores brutalmente castigados como el turismo, la hostelería y los servicios. El Gobierno de España debe centrarse en implementar políticas activas para paliar el 41 % de paro juvenil y aplicar rebajas fiscales, abandonando las políticas restrictivas orientadas a mantener el ingente coste estructural no productivo. Los ciudadanos españoles y los de toda Europa nos miran de forma exigente, como nunca, esperando de nosotros soluciones responsables y de futuro, y de forma inmediata.

Herve Juvin (ID). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, j'ai apprécié, comme beaucoup ici, le torrent de bonnes intentions qui peuplent ce rapport. Je crains malheureusement de ne pas les apprécier sur tous leurs angles.

D'abord, parce que nous n'allons pas vers le monde d'après, nous allons vers le monde d'avec. Nous allons vivre durablement avec la pandémie dont personne ne pense qu'elle va s'achever avant l'été 2021 et peut-être plus longtemps. Nous allons vivre avec la menace d'effondrements écologiques dont on voit déjà l'annonce et dont peut-être cette pandémie a été l'une des premières manifestations. L'enjeu n'est pas la nature ou la planète, l'enjeu, c'est la vie humaine sur cette planète et c'est l'homme, nous allons devoir y réfléchir.

Ensuite, parce que l'effondrement auquel nous assistons aujourd'hui, ne nous attaque pas à ses conséquences, regardons ses causes. Ses causes, ce sont les mouvements transfrontaliers non maîtrisés, c'est l'idéologie du libre-échange, c'est l'idéologie de l'ouverture. Nous allons devoir dans notre travail parlementaire remettre en cause un certain nombre des fondamentaux qui ont provoqué la situation actuelle, des drames sans nom. Nous n'en sommes probablement qu'au début. Ne considérons pas seulement les conséquences, attaquons-nous aux causes.

Peter Kofod (ID). – Fru. formand! EU-Parlamentet lader sig ofte rive med, når man diskuterer beskæftigelsespolitikken, og det er dybest set ikke klogt.

Føderale resultater og beslutninger leder til mere ensretning og tager ikke hensyn til medlemslandenes forskelligheder. Mere EU skaber ikke nødvendigvis et bedre Europa. Vi ser det aktuelt nu, hvor vi jo bl.a. diskuterer en EU-mindsteløn. En sådan beslutning vil efter ledende, førende eksperter skønsmådt den danske model på beskæftigelsesområdet. Det burde være EU's politik at beskytte og forsvare de enkelte landes frihed og forskellighed, ikke at ensrette. Beskæftigelsespolitik er og bør fortsat være et nationalt anliggende, ikke et EU anliggende.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was muss denn noch alles passieren? Gesundheitskrise, Wirtschaftskrise, Sozialkrise, wie in den letzten zehn Jahren nicht vorhanden. Eine zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft durch die Krisen, und wir sind noch immer nicht in der Lage, das zu tun, was die Bürgerinnen und Bürger von uns verlangen. Zwei Drittel sagen nämlich, dass die EU mehr Kompetenzen braucht, um mit Krisen wie der Corona-Pandemie umzugehen. 56 % sind der Meinung, dass die EU über mehr finanzielle Mittel verfügen soll, um die Auswirkungen der Krise zu bewältigen. Wir haben noch immer nicht die politischen Mehrheiten bei den Staats- und Regierungschefs, um die Europäische Union als Gemeinschaft zur Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Forschungs- und Gesundheitsunion weiterzuentwickeln.

Die beiden Berichte sagen es ja deutlich: Ja, wir benötigen eine politische Strategie, um unsere Schlüsselinstrumente – europäischer Green Deal, europäische Säule sozialer Rechte, Europäisches Semester – zu vereinen zu einem schlagkräftigen Instrument. Es ist haarsträubend, dass sechs von zehn länderspezifischen Maßnahmen der EU an die Mitgliedsstaaten von diesen nicht umgesetzt werden und damit 45 Milliarden Euro jährlich auf dem Tisch liegen bleiben, die wir dringend für Investitionen benötigen.

Meine Damen und Herren, legen wir den Schalter um! Sorgen wir dafür, dass wir das nächste Projekt für die Menschen – Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitsunion – gemeinsam vorantreiben im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft.

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Madam President, the debate this morning reflects the deep crisis we're in and the complexity of the relationship between the health dimension, the economic dimension, the social dimension and the environmental dimension. Indeed we need to address all these challenges knowing that in the coming weeks and months, we will have to push on facing an emergency and promoting recovery. There will not be a particular moment when the emergency finishes and recovery begins. They will go hand in hand for some time.

Yes, we need common rules – of course we need fiscal common rules – and I understand many interventions were on the Semester and on our common rules. Next year we will return to the discussion on the review of our fiscal rules which, as you know, was put on hold. It began in February but then the COVID-19 crisis hit and the discussion on the review of the rules was put on hold, but I'm sure that next year we will address it with a little more certainty, also from the economic perspective at that time.

Meanwhile, I repeat that the general escape clause will remain, as should the supportive fiscal stance. It is important, I think, that in view of our future discussion, we now concentrate our efforts primarily on implementing what we have already decided, and I'm confident that the Commission and Parliament will work hand in hand in the coming weeks in taking the necessary legislative steps to have these instruments in place.

Finally, I think that the entire debate shows that it is urgent that we move on with an Action Plan on the European Pillar of Social Rights. The public consultation, as you know, is ongoing. It will last until the end of November and at the beginning of next year we will present our proposal as the Commission and the Portuguese Presidency will then convene a social summit. I think that the interest on the social dimension demonstrated by this debate is very important for the Commission.

Joachim Schuster, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin! Ich möchte nur auf zwei Sachen eingehen, beides hat Herr Ferber angesprochen. Er hat gesagt, dass die EPP uns davor bewahrt hat, dass wir Schuldenorgien machen, das hat er in der Presse gesagt und uns vor einer neuen Schuldenfalle bewahrt. Das finde ich eine sehr gute Unterstützung! Das einzige, die Kritik geht ins Leere, denn in der Arbeitsgruppe hat überhaupt keiner gefordert, so etwas zu machen, weil das auch blanker Unsinn wäre.

Wir haben nur gesagt: Es gibt neue Realitäten, nämlich dass sich die EU selbst verschuldet hat, dass die Schulden der Mitgliedsstaaten richtig steigen und dass wir neue Anforderungen haben, die wir nicht ignorieren können. Das erfordert, dass wir auch unsere Verschuldungsregeln verändern werden, und ich bin ja mal gespannt, wie die EPP dafür argumentiert, dass wir ein 60 %-Schuldenziel weiter aufrechterhalten wollen. Da freue ich mich schon drauf auf diese Debatte.

Übrigens: Viele Mitglieder der EPP haben das auch schon eingesehen, dass es anders ist. Allen voran beispielsweise Bundeskanzlerin Merkel in Deutschland, die ja die europäische Verschuldung noch Anfang des Jahres erst abgelehnt hat, aber inzwischen befürwortet und sogar mit vorgeschlagen hat, weil sie begriffen hat, dass sich die Welt verändert hat.

Die zweite Sache ist, es wird ein merkwürdiger Gegensatz zwischen Wirtschaftspolitik hier und Sozial- und Umweltpolitik auf der anderen Seite gemacht. Gleichzeitig fordern aber alle nachhaltiges Wachstum. Was ist denn nachhaltiges Wachstum? Nachhaltiges Wachstum ist sozial und ökologisch verträglich. Wie will man das eigentlich erreichen, wenn man das gar nicht berücksichtigt in der Wirtschaftspolitik, was sozialverträglich ist und was umweltpolitisch geboten ist? Hier werden Gegensätze aufgebaut, die absurd sind.

Das kann man entweder nur so verstehen, dass man es noch nicht begriffen hat oder dass einem eigentlich die Nachhaltigkeit im Wachstum völlig egal ist. Das ist allerdings wettbewerbspolitisch äußerst schwierig, denn Unternehmen werden in Zukunft nur noch dann wettbewerbsfähig sein, wenn sie nachhaltig wirtschaften, ansonsten wird es keine Wettbewerbsfähigkeit geben.

Deswegen hätte ich zum Abschluss eine Bitte an die Mitglieder der EPP: Graben Sie sich nicht in den ideologischen Schützengräben der Vergangenheit ein, sondern kommen Sie raus. Sie können heute die ersten Schritte dazu machen, indem Sie viele der Anträge, die Renew, die Grünen und die S&D gestellt haben, unterstützen. Das würde mich sehr freuen und wäre ein wirklicher Fortschritt für unsere Debatte.

Klára Dobrev, *Rapporteur*. – Elnök Asszony! A vita elején azt mondtam, hogy biztos vagyok abban, hogy itt, ebben a házban mindenki erős és sikeres Európai Uniót akar, és a vita meggyőzött arról, hogy igen, és nagyon szépen köszönöm a támogatást a különböző pártoktól, a különböző pártok frakcióitól, többségétől.

Többször elhangzott a vitában, hogy a költségvetési hiány, az államadósság, az egyensúly elsőbbséget kell hogy élvezzen. Szeretném a kételkedőket is megnyugtatni, hogy mindannyian tisztában vagyunk a jövőért viselt felelősségünkkel, mindannyian tisztában vagyunk azzal, hogy felelősségünk van abban, hogy hogyan gazdálkodik az Európai Unió. De nézzük meg, hogy mitől lesz versenyképes, innovatív egy ország, mitől lesz versenyképes és innovatív az Európai Unió? A versenyképes és innovatív emberektől. És mitől lesznek versenyképesek és innovatívak az emberek? Ha okosak, ha egészségesek, és hogyha kiegyensúlyozottak. Ez az Európai Unió versenyelőnye.

Ha mindent úgy csinálunk tovább, ahogy eddig, akkor bajban leszünk. Miközben a költségvetési hiányra koncentráltunk kizárólag az elmúlt 10 évben – viszonylagos sikerrel –, aközben azt láttuk, hogy európai gyerekek milliói maradtak ki a minőség oktatásból. Hogyan lesz belőlük okos, versenyképes, innovatív európai; hiányozni fognak. Miközben a költségvetési hiányra koncentráltunk, engedték, hogy tagországok sora kivegye a forrásokat az egészségügyből és ma az egészségügyi ellátás számos helyen nem elérhető mindenki számára egyenlő feltételekkel, és most szó szerint élet-halál harcra vívunk egy új vírus ellen. Hogyan lesz így okos és egészséges az európai ember, aki egy okos, egészséges, innovatív és versenyképes gazdaságot fog tudni majd a jövőben üzemeltetni?

És ha azt mondom, kiegyensúlyozott emberekre van szükségünk, akkor miközben vigyázó tekintetünket folyamatosan csak és kizárólag a költségvetési hiányra fordítottuk, aközben az ifjúsági munkanélküliség az egekben van, aközben a dolgozói szegénység az elmúlt tíz évben nőtt, és a gazdagok és szegények közötti különbség Európában nem csökkent, hanem nőtt. Valamit rosszul csináltunk.

És itt van most a lehetőség, hogy valamit jól csináljunk, hogy olyan célokat tűzzünk ki magunk elé, amelyek nem csupán arról szólnak, hogy a gazdasági mutatók javulnak – arról is –, hanem arról szólnak, hogy az európai emberek élete javul, hiszen mi értelmű van egy gazdaságot jól működtetni, ha nem azért, hogy az emberek jól, kiszámíthatóan és biztonságban élhessenek. Ezért köszönöm a támogatásukat!

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 21 października 2020 r.

Zawieszam posiedzenie do godz. 13.30; pierwszym punktem po wznowieniu posiedzenia będzie ogłoszenie wyników pierwszej części dzisiejszego głosowania.

Oświadczenia pisemne (art. 171 Regulaminu)

Marek Belka (S&D), in writing. – As has been proven up until now, throughout this mandate one of the topics that really splits this House are issues connected to macroeconomic and budgetary policies. Nevertheless, under the guidance of Joachim Schuster, we are debating a report that is balanced, emphasises the most important needs connected to further socio-economic support throughout the pandemic and puts pressure on deepening the Economic and Monetary Union. That being said, most of us would want to have a certain reform of the Stability and Growth Pact. We might differ in what is to be changed but, I presume, the majority of us wants and needs a change, as not everything is perfect. With the COVID-19 pandemic demolishing our economies, undermining our way of life hitherto and threatening the life and health of us and our loved ones, it is not the time for drama. We need to support this report despite some minor differences amongst the political groups. Only then we can be perceived by the Commission and Council as reliable partners in reforming the economic and social frameworks that have an everyday influence on us all. We cannot fail when it comes to this.

Dominique Bilde (ID), par écrit. – François Mitterrand prédisait, en 1976 que «l'Europe sera socialiste ou ne sera pas». À la lecture du rapport sur les politiques sociales de la zone euro 2020, c'est carrément le communautarisme le plus grossier qui semble désormais guider le projet européen. En effet, voté par une écrasante majorité en commission, les autres grands partis nous font passer un message clair: l'Europe sociale a un prix! Ce sera celui d'un aplatissement idéologique devant l'extrême gauche communautariste.

Depuis peu dans les textes européens, il est devenu impossible de parler de pauvreté sans évoquer le racisme. Il n'est plus envisageable de parler d'inégalité sans évoquer les théories du genre. Enfin, il n'est plus autorisé de lutter contre la précarité salariale sans encenser le modèle multiculturaliste.

Le meilleur exemple réside dans la volonté d'instituer une «task-force» pour lutter contre les stéréotypes sur les lieux de travail. L'Union européenne nous laisse entrevoir le monde qu'elle nous concocte. Un monde où le politiquement correct fera la police au bureau. Ni socialiste, ni communautariste: nous voulons l'Europe des nations!

Milan Brglez (S&D), *pisno*. – Zdravstvena kriza ter omejevalni ukrepi ob njej se bodo nedvomno odrazili tudi v globokih gospodarskih in socialnih posledicah, ki so lahko kot take eden izmed največjih skupnih izzivov Evropske unije od njenega nastanka.

Po zadnjih napovedih Svetovne banke, vezanih pretežno na podatke iz obdobja prvega vala epidemije koronavirusa, bo na svetovni ravni do leta 2021 v revščino dodatno pahnjenih med 88 in 115 milijonov ljudi. Pri tem je nujno poudariti, da revščina ni samo ekonomska kategorija in da povzroča tudi vrsto drugih negativnih učinkov, tako na fizično kot psihično zdravje ljudi in na njihovo socialno varnost.

Tokratna razprava je kljub tem že znanim dejstvom preuranjena, saj se nahajamo sredi drugega vala epidemije, ki bo s svojim neprimerno večjim obsegom in učinkom gospodarsko in socialno krizo dodatno poglobil.

O konkretnih ukrepih EU za blaženje teh posledic pa se težko pogovarjamo ob dejstvu, da pogajanja o sredstvih za okrevanje in obnovo ter večletni finančni perspektivi še vedno niso zaključena. Kolateralna škoda odsotnosti tega dogovora je verjetno na tej točki tudi delovni program Evropske komisije za leto 2021, v katerem ni nastavkov za spopad s socialno krizo, in hkrati korenitejše spremembe ter premik k bolj vključujoči in odpornejši družbi.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), *na piśmie*. – Sytuacja na całym świecie w 2020 roku jest zaskoczeniem dla wszystkich. Musimy zmierzyć się z wpływem pandemii Covid-19 na każdy aspekt naszego życia, również na strategię społeczne na rzecz zatrudnienia. Ta sfera od zawsze wymagała stabilizacji, spokoju i dalekosiężnego planowania, by możliwe było inwestowanie w kapitał ludzki i aktywację zawodową wszystkich grup społecznych, począwszy od młodych pracowników po osoby w wieku przedemerytalnym. Dla rozwoju zatrudnienia niezbędne jest poczucie bezpieczeństwa, zabezpieczenia socjalnego i zdrowotnego.

Nasze systemy gospodarcze i społeczne stoją teraz przed bezprecedensowym wyzwaniem polegającym na zapewnieniu równowagi pomiędzy stabilnością i płynnością gospodarczą a zapewnieniem bezpieczeństwa zarówno przed pandemią, jak i przed jej skutkami. A jest to niezbędne zarówno w każdym państwie członkowskim, jak i w całej Wspólnocie, szczególnie zaś w strefie euro. Napawa nadzieją podkreślenie w tym sprawozdaniu roli rodziny, choć wyczuwalne jest dążenie i presja, by sam termin „rodzina”, tę instytucję określać jako gospodarstwo domowe i partnerstwo.

Z zadowoleniem podkreślam, iż grupa ECR poprzez kompromisowe poprawki wzywa tu do zapewnienia dzieciom dostępu do pięciu kluczowych praw socjalnych: dostępu do bezpłatnej opieki zdrowotnej i edukacji, przyzwoitego mieszkania i odpowiedniego wyżywienia. Niepokoi jednocześnie nacisk na kontrowersyjne kwestie, jak to, by ocena praworządności i skuteczności wymiaru sprawiedliwości nadal była uwzględniana w europejskim semestrze.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A jelentés ebben a formájában elfogadhatatlan. A jelentéstevő nem euróövezet-tagállam képviselője, ami a jelentésben nyomon követhető: tele van pakolva olyan ígéretekkel, amelyek nem az euróövezet-tagállamokra korlátozódnak, ez pedig nonszensz, hiszen a jelentés kifejezetten az euróövezetről szól. Ezek az ígéretek ráadásul fedezet nélküli bírói csekknek tekinthetők, hiszen nincs mögöttük semmilyen pénzügyi forrás, tehát ennek árát végül az állampolgárok fizetnék meg. Jól tudjuk, hogy mi vezetett Magyarországnak 2009-es gazdasági válságához: a felelőtlen szociális- és gazdaságpolitika, melynek megismétlésére törekszik ez a jelentés. Most a jelentés legvitatottabb pontjához szeretnék hozzászólni, mégpedig a minimálbér kérdéséhez.

Nem kérdőjelezhető meg a magyar kormány elkötelezettsége a munkavállalók érdekeinek védelme iránt. 2010 óta a minimálbér szintje folyamatosan emelkedik. Meggyőződésünk azonban, hogy csak a tagállamok határozhatják meg minimálbérüket, nemzeti politikájuk és gazdasági képességeik figyelembevételével. Nagyon fontos, hogy a minimálbért minden országban a nemzeti hagyományokkal összhangban kell megállapítani, tiszteletben tartva a nemzeti szintű szociális partnerek autonómiáját és a jól működő kollektív tárgyalási modelleket. A jelentést több okból nem tudom támogatni: nem fogadom el a progresszív adózás követelését, mert nem hatékony, és adóelkerüléshez vezet, továbbá mert az adózás tagállami hatáskör és nem értek egyet azzal sem, hogy a jogállamisági kereteket az Európai Szemeszter keretében kellene vizsgálni.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR), por escrito. – La familia es una institución presente en todas las culturas en razón del importante papel que cumple; efectivamente, en la humanización de las personas, la familia realiza una función insustituible.

Como la primera y fundamental sociedad humana, la familia es titular de derechos naturales y únicos, y la cuna de la vida social y de todas las cuestiones que le atañen. Colabora de manera original y profunda en la construcción del mundo, haciendo posible una vida propiamente humana, en particular custodiando y transmitiendo las virtudes y los valores. Así, está llamada a ser protagonista de la convivencia social, a través de la participación activa de sus miembros en la sociedad. Por consiguiente, es necesario relanzar la familia como institución social que media entre el individuo y la sociedad, como elemento socializador, humanizador y educador que fomenta la libertad y la responsabilidad. Este compromiso debe abarcar los diferentes sectores de la sociedad; tres de ellos, sin embargo, son particularmente importantes: la política, la economía y el trabajo.

Es incomprensible que un informe sobre políticas sociales y de empleo obvie esta institución natural, con vocación social, como es la familia.

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 12.51)

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(Posiedzenie zostało wznowione o godz. 13.40)

9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 13.59)

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 14.30 Uhr wieder aufgenommen)

11. Zweite Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Ich eröffne die zweite Abstimmungsrunde am heutigen Tag. Wir stimmten über jene Dossiers ab, die in der Tagesordnung aufgeführt sind. Die Abstimmungsrunde ist nun von 14.30 Uhr bis 15.45 Uhrgeöffnet. Es kommt das bekannte Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den vergangenen Abstimmungsrunden. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen, und ich erkläre hiermit die zweite Abstimmungsrunde für eröffnet.

Sie haben, wie bereits gesagt, bis 15.45 Uhr Zeit für Ihre Stimmabgabe. Die Ergebnisse dieser Abstimmungsrunde werden um 18.15 Uhr wieder von dieser Stelle aus bekannt gegeben.

Die Aussprache an diesem Nachmittag werden wir um 15.00 Uhr mit der Erklärung des Rates und der Kommission zu den Maßnahmen der Europäischen Union zur Milderung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Gesellschaft und Wirtschaft wieder aufnehmen. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung. Ich bitte Sie, von Ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

(Die Sitzung wird um 14.32 Uhr unterbrochen)

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(Posiedzenie zostało wznowione o godz. 15.01)

13. Maßnahmen der EU zur Milderung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Gesellschaft und Wirtschaft (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego są oświadczenia Rady i Komisji w sprawie unijnych środków mających łagodzić społeczne i gospodarcze skutki kryzysu wywołanego COVID-19 (2020/2792(RSP)).

Chciałabym poinformować Państwa, że w żadnej debacie w tej sesji miesięcznej nie przewidziano procedury zgłoszeń z sali i nie będą przyjmowane niebieskie kartki ani wnioski w sprawie przestrzegania Regulaminu. Przewidziano możliwość wystąpień zdalnych z biur kontaktowych Parlamentu w państwach członkowskich.

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Madam President, we all know that this crisis in eight months changed our world. We will measure its economic impact for the EU with our autumn forecast in a couple of weeks. The last forecasts released a few hours ago by the IMF states that the negative growth for the euro area will be in 2020 of minus 8.3. Just to compare, we had a negative growth of minus 4.1 in 2009, so during the financial crisis it was less than half the crisis that we could have according to this forecast in 2020. The social consequences will be deep and leave scars. Poverty increase according to the World Bank will be, in the world, around 120-140 million and this could put at risk the efforts to eradicate poverty that were done in the last 30 years. And the social consequences will be deep also in our Union, well beyond the numbers of increased unemployment rates because we know that, yes we have an increase of unemployment rates, but we have increasing gender gap, we have difficult situations for precarious jobs and for children, less educated, so we have deep consequences all in all.

This unprecedented crisis triggered unprecedented reactions and several measures as you know were taken by the Union, beginning with the first decision in March of having much more flexible rules, both on the fiscal and on state aid, and then easing the use of remaining cohesion funds and then the decisions of several loans, including the SURE package in support of short-work schemes.

And then the big decision of Next Generation EU that the Commission proposed at the end of May and the Council adopted at the end of July, and is now under discussion with the Parliament. And these common tools are on top of national responses. I think we should be very well aware of this and on average these national responses amount to around 4.5% of GDP in the Union, and together Member States' reaction and common reaction makes our stimulus packages comparable and in some case even stronger to those of other global players.

But uncertainty is still there. It is not decreasing. It may be growing uncertainty in the last weeks, for sure we will not have a so-called V-shaped recovery. We will have to coexist with the virus for a certain amount of time and we have to be very clear in the effort to avoid a double dip recession, keeping supportive fiscal stance and confirming as we did, as Commission, our general escape clause for next year. So now at stake is the implementation and the quality of our decisions. As far as the RRF is concerned, we have to find the right balance between the national ownership, which is fundamental in this initiative – we are not writing memorandum here in Brussels for these plans – and the common priorities and the country-specific recommendation. The balance will be key if we want to have a good result with this Recovery and Resilience Facility.

Our goal in general and in conclusion is to transform our economy in these terrible and difficult crisis, as always happens with crises. Should we be able to have a more sustainable, more competitive, more resilient? Should we be able to mitigate the social consequences of this crisis, and to strengthen the social pillar of our economy? I think that the Commission and this Parliament have not an easy task. It is an enormous responsibility but it is also the unique opportunity to contribute to better economies and better societies in Europe.

Heléne Fritzon, för S&D-gruppen. – Fru talman! Jag vill börja med att tacka kommissionär Gentiloni för inledningen. Covid-19 har inneburit både ekonomiska och sociala påfrestningar. Olika åtgärder har vidtagits, både inom EU och framför allt i våra medlemsstater. Men mycket arbete återstår. Framför allt nu när pandemin dessvärre tagit ny fart på många ställen i Europa.

För mig som socialdemokrat är det viktigt att återhämtningen bygger på åtgärder som inkluderar alla, oavsett bakgrund, och lösningarna måste vara framtidsinriktade. Vi ska bygga en ny grön ekonomi, inte gå tillbaka till den gamla. Det handlar om att stärka det sociala Europa. Vi har i dag en obalans mellan människors möjligheter till ett gott liv, både inom EU och mellan medlemsstaterna. Vi vet att jämlikhet ger höga vinster för social utveckling, hälsa och ekonomi. Så vi har allt att vinna på att vi har gemensamma ambitioner.

Vi måste därför, precis som kommissionären ger uttryck för, höja ambitionerna i arbetet med den sociala pelaren. Det handlar om ett mera socialt och jämlikt Europa, och för att nå dit så måste vi ta tillvara möjligheterna på EU:s inre marknad, främja jobbskapandet, öka investeringarna, klara övergången till det digitala samhället och framför allt klara klimatomställningen. Vi behöver en ny långsiktig strategisk agenda inom EU, med konkreta mål och åtaganden. Och på det sättet kan vi öka ambitionerna och staka ut vägen för en mer jämlik union för ökad rättvisa. Det tjänar vi alla på och inte minst våra medborgare i EU.

Sylvie Brunet, au nom du groupe Renew. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je suis heureuse d'intervenir depuis Marseille. Je voulais souligner que, face à cette crise sanitaire sans précédent, l'Union a réagi rapidement. Dès le début et dans le cadre de ses compétences, elle a tenté de contrer les conséquences économiques et sociales de la COVID-19. D'abord, avec l'adoption d'instruments d'urgence tels que SURE, en soutien des dispositifs de chômage partiel, puis REACT-EU ou l'adaptation rapide de l'aide aux plus démunis. Ensuite, l'Union européenne a réagi avec la présentation d'importants outils de relance. L'Europe est là!

Je plaide pour que le plan de relance soit doté d'une forte composante verte et sociale en consacrant une part significative aux objectifs environnementaux et à la mise en œuvre des principes du socle européen des droits sociaux. Car ma conviction est bien qu'il ne pourra pas y avoir de relance économique et de sortie de crise sans le déploiement de mesures sociales. Je le redis car certaines réticences et le renvoi systématique aux seules compétences des États membres me dépassent. Le social, c'est horizontal; le social, c'est transversal.

Je voudrais insister sur quatre points. Premièrement, une partie des ressources disponibles via REACT-EU doit être fléchée vers la lutte contre la hausse des invisibles, de la grande pauvreté et de la précarité, au moyen du FEAD et du FSE+. Deuxièmement, nous avons besoin, bien sûr, d'un budget pluriannuel ambitieux, avec un FSE+ à la hauteur des besoins et de nouvelles ressources propres. Troisièmement, les investissements dans les transitions numérique et verte doivent comporter des volets puissants de formation et de reconversion des travailleurs, particulièrement des jeunes, avec tous les instruments que nous avons: le Fonds pour une transition juste, la garantie pour la jeunesse, la nouvelle stratégie en matière de compétences. Quatrièmement, la crise a pointé de façon urgente certaines défaillances dans la politique européenne. Je pense à l'Europe de la santé, bien sûr, qu'il faut renforcer, mais aussi au fait qu'il faut déployer deux nouvelles directives dans le chantier de l'Europe sociale: l'une pour instaurer des salaires minimums équitables dans chaque pays de l'Union européenne, l'autre pour garantir de meilleures conditions de travail et des droits sociaux renforcés pour les travailleurs des plateformes.

Jörg Meuthen, im Namen der ID-Fraktion. – Frau Präsidentin, verehrte Kollegen! Wir sprechen heute über die Möglichkeiten der EU, die sozialen und ökonomischen Folgen der COVID-19-Krise zu mildern. Ein solches Ansinnen kommt bei oberflächlicher Betrachtung vermeintlich edel daher. Doch die Frage, die hier gestellt werden muss, ist die: Warum sollte diese Aufgabe überhaupt eine Aufgabe der EU sein?

Die sozialen und ökonomischen Folgen der COVID-19-Krise sind in den einzelnen Mitgliedstaaten erstens sehr unterschiedlich. Zweitens – und noch wichtiger – ist die Sozialpolitik gar keine Aufgabe der EU, sondern die Sozialpolitik ist eine nationalstaatliche Aufgabe, und dort gehört sie auch hin. Jeder Staat muss und kann seine eigene Antwort auf die sozialpolitischen Herausforderungen geben.

Was Sie hier tatsächlich betreiben, ist etwas ganz anderes und läuft der nationalstaatlichen Souveränität mit Verlaub eklatant zuwider. Sie gerieren sich hier als generöse Retter, nur um die Verfügungsgewalt über weitere Finanzmittel zu erlangen und damit Ihre eigene Macht auszubauen. Auf diese Weise streben Sie letztlich nur danach, den Weg zur Eigenstaatlichkeit der EU zu ebnen, und nutzen dazu ganz gezielt die COVID-19-Krise.

Aber die Probleme dieser Krise müssen und können auch von und in den Nationalstaaten selbst gelöst werden. Wenn die Mitgliedstaaten unterschiedliche Maßnahmen ergreifen, dann ist das durchaus gut so. Der Wettbewerb um die beste Lösung ist allemal besser als eine falsche zentralistische Strategie für alle.

Sie können Ihren falschen Ansatz exemplarisch daran erkennen, dass Sie einen geradezu gigantischen 750 Milliarden Euro umfassenden *Recovery Fund* auflegen, ohne dass zuvor auch nur ein einziges Wort darüber verloren wird, was konkret mit diesen 750 Milliarden überhaupt gemacht werden soll. Das Ganze, um einen Wiederaufbau zu finanzieren, der weder Ihre Aufgabe ist, noch – trotz all Ihrer Kassandrarufer – in dieser Dimension tatsächlich notwendig sein wird.

Sie sind gerade munter dabei, ein weiteres Kapitel in der Niedergangsgeschichte Ihrer Machtanmaßung aufzuschlagen. Ich sage es Ihnen noch einmal ganz unmissverständlich: Die Sozialpolitik ist nicht Aufgabe der EU. Diese Aufgabe stellt sich einzig in den Nationalstaaten.

Monika Vana, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße sehr die Möglichkeit, heute direkt aus Wien zu Ihnen ins Plenum sprechen zu können.

Wir stehen in Europa vor über 200 000 Coronatoten, 5 Millionen Coronafällen, 15 Millionen Arbeitslosen und unzähligen Menschen in Kurzarbeit. Europas Bürger und Bürgerinnen schauen auf uns, auf die Europäischen Institutionen, und ob und wie wir die Krisen meistern – Krisen in der Mehrzahl. Denn es handelt sich um eine Wirtschaftskrise, eine soziale und Verteilungskrise und eine Klimakrise.

Das Europäische Parlament hat in den vergangenen Monaten wiederholt deutlich gemacht, dass es große europäische Mehrheiten gibt für ein sozialeres Europa, ein Europa, in dem wir die Kosten der Krisen solidarisch teilen und einander unterstützen. Wir müssen uns nun also aus diesen Krisen massiv herausinvestieren. Und im Zentrum unserer Maßnahmen sollten vorrangig auch die Opfer der Krisen stehen und diejenigen, die uns tagtäglich durch diese Krisen tragen – zum Beispiel auch die Frauen. Es braucht daher dringend einen europäischen *Care Deal* und massive Investitionen in Gesundheit, in Pflege und in öffentliche Dienstleistungen – das hat diese Krise gezeigt.

Und wenn wir die steigende Armut wirksam bekämpfen wollen, müssen wir rasch eine sozialpolitische Offensive auf den Weg bringen, und die muss über kurzfristige Maßnahmen – zum Beispiel zur Kurzarbeit – weit hinausgehen. Das wäre zum Beispiel die europäische Arbeitslosenrückversicherung, das wäre ein europaweiter Mindestlohn und das wäre eine Initiative zur Mindestsicherung. Ich begrüße ausdrücklich die Einigung des Rates zu einem Rahmen für eine europäische Mindestsicherung – ein Mindesteinkommen. Und wir hoffen, dass die Europäische Kommission hier auch rasch Vorschläge vorlegt.

Die Klimakrise verlangt von uns aber auch deutliche Weichenstellungen für *green jobs*, und ich möchte – und wir alle wollen das, glaube ich, gemeinsam –, dass wir die Covid-19-Krise zum Anlass nehmen, die europäische Integration und den Umbau unserer Wirtschaft voranzutreiben.

Beata Szydło, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Po pierwsze, solidarność, po drugie, solidarność i po trzecie – powtórzę – solidarność. To słowo powinno nam dzisiaj przyświecać w podejmowanych przez nas działaniach i w tych wszystkich projektach, ambitnych celach, które przed sobą stawiamy, zarówno jeżeli chodzi o ochronę zdrowia Europejczyków, jak i bronienie miejsc pracy i wspieranie gospodarki.

Te działania, które zostały już podjęte, należy ocenić pozytywnie. Między innymi Europejski Instrument na rzecz Odbudowy to dobre narzędzie, które wspiera Europejczyków w tym trudnym czasie. Ale powinniśmy dalej pracować nad przygotowaniem i przeprowadzeniem właśnie takich projektów, takich planów, które będą uwzględniały tę przywołaną już przeze mnie solidarność i sprawiedliwość.

Podejmowane działania muszą uwzględniać problemy poszczególnych krajów. I tak na przykład forsowana w tej chwili w ramach transformacji klimatycznej redukcja celu CO₂, redukcja CO₂ do 2030 r. do 60%, uderzy między innymi w gospodarkę mojego kraju. A więc warto zastanowić się, czy w tym momencie nie powinniśmy pracować, wypracowywać takich form wsparcia i zajmować się przygotowaniem takich projektów, które będą solidarnie wspierały nas wszystkich, całą Europę, w poradeniu sobie z tym bardzo trudnym dla nas momentem.

Sira Rego, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señora presidenta, durante años, quienes gobernabais la UE nos habéis contado que Europa tenía un modelo económico y social fuerte que podía con todo. Sin embargo, han bastado quince días de pandemia para poner en evidencia nuestra debilidad. Por fortuna, eso sí, en esta ocasión hemos sido capaces de impulsar un acuerdo para el imprescindible Fondo de Recuperación, que puede ser repartido con justicia o puede volver a beneficiar a los mismos.

¿Por qué decimos esto? Pues porque Europa es un lugar de enormes asimetrías y normalmente son unos pocos los que salen beneficiados de los recursos públicos.

Esto es especialmente grave en sectores como la industria, donde vemos a menudo deslocalizaciones que se han aprovechado de subvenciones, han condenado al paro a miles de trabajadores y nos han dejado sin capacidad de producir lo que necesitamos. Un ejemplo de ello, aquí, en España: Alcoa.

No obstante, creemos que la crisis puede ser una oportunidad para cambiar las cosas. La pandemia ha demostrado que solo el control público garantiza el bienestar de todas. Por eso, necesitamos una industria sometida al control y a la planificación pública y, por supuesto, que responda a los retos de la emergencia climática y que cree empleos de calidad.

Por eso, señor Gentiloni, aprovecho mi intervención para, en estos días en que se está negociando el futuro de la plantilla de Airbus, pedirle que nos centremos en lo importante y que hagamos un esfuerzo para que la salida de esta crisis defienda sectores estratégicos como el aeroespacial.

Apoyamos sin fisuras a las trabajadoras que son las que crean la verdadera riqueza en Europa. Hagamos un esfuerzo por exigir que los fondos europeos sirvan para blindar el empleo de calidad y el futuro de nuestra gente.

Daniela Rondinelli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio il Commissario Gentiloni per i suoi interventi di oggi. Nel luglio scorso abbiamo accolto il recovery plan come un nuovo inizio per l'Europa, ma a distanza di pochi mesi alcuni Stati tornano a bloccare i negoziati sul bilancio e questo è grave perché segna una distanza molto forte rispetto a cittadini e imprese. Infatti, ogni giorno che passa, i miliardi di Next Generation EU diventano sempre meno rispetto a quelli necessari per rilanciare occupazione e produzione. Programmi strategici come Horizon e il Fondo sociale rischiano di essere tagliati.

Ieri l'accoglienza di SURE è stata straordinaria sui mercati finanziari, ma non c'è ancora chiarezza sulle condizionalità. La direttiva sul salario minimo, che doveva essere lanciata nei primi cento giorni, ha subito l'ennesimo rinvio. La Garanzia Giovani non sarà quella misura vincolante, universale e permanente su cui tanti ragazzi avrebbero potuto contare.

Infine, siamo ancora lontani dall'aver deciso come procedere sulla revisione del patto di stabilità – è proprio di qualche ora fa – persino lo European Fiscal Board ha sostenuto il suo superamento. Noi del Movimento 5 Stelle siamo stati cruciali un anno fa per eleggere questa Commissione, così come il governo italiano ha contribuito ad un cambio di rotta decisivo in Consiglio europeo. Allora ribadiamo la necessità di intervenire presto e bene. È il momento di osare e di farlo subito, perché ogni ulteriore ritardo genera enormi danni economici e sociali.

Ádám Kósa (PPE). – Elnök Asszony, kedves Kollégák! Az állampolgárok és a tagállamok szempontjából egyaránt a világiárvány okozta válság a legsúlyosabb. Kiszámíthatatlan, nemcsak gazdasági, szociális és egészségügy kihívásokat támasztott velünk szemben. A tagállamok fontosnak tartották a járvány miatt, hogy minél kevesebb ember veszítse el a munkáját, és ha mégis elveszíti, akkor támogatást kapjon erre az átmeneti időszakra, és hamarabb el tudjon helyezkedni. Szeretnék arról beszélni, hogy Magyarországon mit teszünk ennek érdekében. A régi munkahelyek mellett újabb munkahelyeket kell létrehozni, rugalmas munkaidőben való megállapodás lehetővé tétele, az egészséges munkakörnyezet fokozottabb ellenőrzése, otthoni munkavégzés és a távmunka egyoldalú elrendelésének lehetősége. Ugyanakkor olyan munkahelymegőrző intézkedések végrehajtása mellett, így a magyar kormány által indított versenyképesség növelő programra 904 cég jelentkezett a beruházások mellett.

Ennek az összértéke meghaladja a 400 milliárd forintot. Ezzel 154 000 munkahelyet sikerült megőrizni. A hagyományos támogatások 200 000 embert segítettek, tehát összességében 354 000 embert. Az Unió szerepe a koronavírus okozta válság kezelésében, annak megkészt és lassú folyamata miatt az állampolgárok szemében másodlagossá vált. Ezen javítani csak akkor tudunk, hogyha legközelebb gyorsan, hatékonyan, a tagállamok és az állampolgárok érdekeit szem előtt tartva operatívan lépünk fel. Köszönöm a figyelmet.

José Manuel Fernandes, em nome do Grupo PPE. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, a Comissão Europeia e o Parlamento Europeu foram céleres. Fomos rápidos a mobilizar os recursos que ainda tínhamos disponíveis dentro do orçamento da União Europeia. Demos flexibilidade aos Estados-Membros para a utilização dos fundos, demos a possibilidade de utilização de um cofinanciamento de 100%, eliminamos barreiras como os auxílios de Estado, reforçamos o mecanismo de proteção civil. Demos ainda há pouco tempo, neste plenário, autorização à Comissão Europeia para comprar 1.100 milhões de euros de doses de vacinas, 300 milhões de doses logo que estejam disponíveis, com a possibilidade de ir até 400 milhões.

Atuamos depressa, e o que é que fez o Conselho? Nós não precisamos de uma vacina? O que é que faz o Conselho? Reduz a investigação, reduz o programa Horizonte Europa.

Não precisamos de reforçar um programa europeu de saúde? Precisamos. O que é que faz o Conselho? Corta o programa europeu de saúde.

Nós precisamos daquilo que são os investimentos estratégicos e críticos para a União Europeia. O que é que faz o Conselho? Corta o financiamento no InvestEU, que permite esses mesmos investimentos estratégicos.

Anda-se a falar da Europa geopolítica, que nós apoiamos, da autonomia da União Europeia, e depois corta-se naquilo que possibilitava a criação de indústrias para a produção de medicamentos, de uma forma estruturada, uma indústria que possibilitasse a existência de ventiladores.

E mais, e para terminar: é urgente o Fundo de Recuperação.

Nesta mesma câmara, neste Parlamento, aprovamos o nosso parecer que possibilita à Comissão Europeia ir aos mercados. O que é que fez o Conselho? Ainda não decidiu desde 16 de setembro. O Conselho está à espera de quê? É urgente decidir e avançar para o Fundo de Recuperação.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, η πανδημία του κορονοϊού είναι μια πρωτόγνωρη έκτακτη κατάσταση που πλήττει όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Όμως, δεν φτάνει να το δηλώνουμε: πρέπει να αντανακλάται πρακτικά στα μέτρα και τις πολιτικές μας για την αντιμετώπισή του. Τώρα βιώνουμε το δεύτερο κύμα της πανδημίας, με ακόμη μεγαλύτερο οικονομικό και κοινωνικό αντίκτυπο, που υπερβαίνει τον τομέα της οικονομίας. Εργαζόμενοι, νοικοκυριά, επιχειρήσεις, ευάλωτες ομάδες, γυναίκες, παιδιά, εκπαίδευση, πολιτισμός και πολλά άλλα έχουν πληγεί και χρειάζονται άμεσα τη στήριξή μας. Με κάποια καθυστέρηση όμως, αγαπητέ συνάδελφε, αρχικά, η Ευρωπαϊκή Ένωση ανακοίνωσε ουσιαστικές και φιλόδοξες προτάσεις για την αντιμετώπιση των επιπτώσεων της πανδημίας, όπως παρέθεσαν η Επιτροπή και το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο. Για παράδειγμα, πανευρωπαϊκός κατώτατος μισθός ως ένα ελάχιστο μέτρο προστασίας των εργαζομένων. Για να είναι όμως αποτελεσματικά τα μέτρα θα πρέπει να υλοποιηθούν άμεσα και χωρίς προϋποθέσεις που να καθιστούν αυτές τις προτάσεις ανέφικτες. Αυτό σημαίνει στην πράξη «άμβλυνση των οικονομικών και κοινωνικών επιπτώσεων» μπροστά σε αυτή την πρωτόγνωρη και έκτακτη κατάσταση, και δημιουργία ανθεκτικών οικονομιών και κοινωνικών συστημάτων μέσω επενδύσεων —ιδιαίτερα στη δημόσια υγεία.

Η προσπάθεια εκμετάλλευσης της πανδημίας για επιβολή μικρών μνημονίων στα κράτη μέλη είναι απορριπτέα. Ο ρόλος της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας είναι εξίσου σημαντικός και καθοριστικός για την πραγματική οικονομία. Ο ρόλος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στην αντιμετώπιση της πανδημίας πρέπει να αναβαθμιστεί εφόσον εμείς εκπροσωπούμε τους Ευρωπαίους πολίτες.

Τέλος, αγαπητή πρόεδρε, η πανδημία αυτή ανέδειξε ακόμα ένα σημείο: τα συμφωνηθέντα πρέπει να τηρούνται, ακόμη και αν δεν συμφωνούν κάποια ισχυρά κράτη μέλη. Εάν υπήρχε η πανευρωπαϊκή εγγύηση των καταθέσεων, σήμερα θα είχαμε πολύ διευρυμένες δυνατότητες και εργαλεία στα χέρια μας.

Luis Garicano (Renew). – Señora presidenta, del mismo modo que hay consenso entre los virólogos para restringir nuestras libertades individuales y tratar de limitar el progreso de la pandemia, también hay consenso entre los economistas en cuanto a que los gobiernos necesitan incrementar su margen de actuación y gastar mucho dinero ahora, de forma puntual, para conseguir evitar que la economía se desplome durante un momento tan complicado como el actual.

Por eso, desde Europa, hemos acordado este Fondo de Recuperación de 750 000 millones de euros, que va a permitir que todos los países tengan un colchón y una ayuda a la hora de conseguir que sus economías se recuperen y se reconstruyan de la mejor manera posible.

Eso significa que los Gobiernos tienen un margen de maniobra mucho mayor que sin él, pero también esta misma oportunidad tiene unos riesgos evidentes. Debemos evitar que los Gobiernos utilicen este dinero europeo para construir nuevas élites afines, para construir redes clientelares que entre todos consigan perpetuarse en el poder. Este dinero —los fondos europeos— no debe de ninguna manera ser el dinero que financie una larga campaña electoral a ningún gobierno.

Por eso es tan importante que ahora que estamos negociando el Reglamento relativo al Mecanismo de Recuperación y Resiliencia con los Gobiernos y los Grupos dentro del Parlamento Europeo, pongamos reglas claras y exigentes que aseguren que el dinero se usa para el bien de los europeos, que pongamos esos controles que aseguren que no se usa para construir esas redes clientelares ni para hacer esa larga campaña electoral.

El prestigio y el futuro de la Unión Europea también dependen de que este dinero se gaste bien. Si no lo hacemos, dentro de cinco o seis años la gente lo verá como un experimento fallido y nunca más veremos esta solidaridad entre europeos.

Peter Kofod (ID). – Fru. formand! Dybest set handler debatten om at sikre vækst og beskæftigelse i Europa i kølvandet på covid-krisen. Det er ikke mit indtryk, at EU agerer positivt i den nuværende situation, som vi står i lige nu. I Danmark har vi virksomheder, der ikke kan få glæde af regeringens og folketingets hjælpepakker, fordi EU-systemet ikke handler i tide og godkender. Det er jo helt absurd, og imens så taler vi om, hvad EU kan gøre, jamen lad mig komme med svaret: EU kan sætte i gang og give vores egne lande mulighed for at bruge vores egne penge på at hjælpe vores egne borgere og virksomheder, det ville være meget hjælpsomt. Det er mit klare indtryk at EU snarere er et problem end et aktivt gode i den krise, som vi nu står i.

François Alfonsi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, la crise économique et sanitaire consécutive à la crise de la COVID-19 est une crise profonde et durable. Le rebond épidémique que l'on observe ces jours-ci confirme que ses conséquences seront étalées dans le temps et que le pic de la crise économique est encore à venir.

Nous savons également que la crise sanitaire, comme la crise économique, impactent de façon très différente les territoires. Aussi, je veux insister sur la situation particulière des espaces insulaires, qui sont les plus vulnérables face à cette crise. Cette vulnérabilité tient à la place proportionnellement très forte du tourisme dans leur économie. Elle tient aussi au fait que les îles ont une grande dépendance vis-à-vis des chaînes d'approvisionnement, qui sont elles-mêmes fragilisées par la chute des recettes liées au tourisme. Tant pour les lignes maritimes que pour les lignes aériennes, par exemple. Ces secteurs sont les plus impactés et l'effondrement des acteurs en place générerait mécaniquement l'effondrement des échanges et donc un choc économique encore plus grand.

Aussi, il faut que l'Europe apporte une attention particulière à l'impact de la crise économique passée comme à venir dans les îles et que les différents outils de relance prévoient d'y appliquer des moyens spécifiques et d'y alléger les règles habituelles en matière d'aides d'État, dès l'instant qu'une liaison vitale économiquement s'y trouverait menacée.

Joanna Kopcińska (ECR). – Pani Przewodnicząca! W trudnym czasie pandemii solidarnie powinniśmy wesprzeć wszystkich, którzy tego wsparcia potrzebują najbardziej. Dlatego popieram działania uelastyczniające politykę spójności, tj. inicjatywy CRII i CRII+, dzięki którym do tej pory uruchomiono środki o wartości 13 mld euro na inwestycje realizowane z myślą o przeciwdziałaniu skutkom pandemii koronawirusa przez uproszczenie etapów procedur związanych z wdrażaniem programu. Jest to bezprecedensowe działanie ze względu na sytuację spowodowaną przez epidemię COVID-19, ale potrzebujemy więcej zrównoważonych zmian, takich jak sprawna nowelizacja rozporządzenia dotyczącego wspólnych przepisów w sprawie Europejskiego Funduszu Pomocy Najbardziej Potrzebującym.

A wszyscy podejmijmy ten najprostszy krok w postaci ochrony tych, którzy ryzykują swoje życie, walcząc z wirusem. Dlatego apeluję o odpowiedzialność, przestrzeganie zasady „dystans, dezynfekcja, maseczka” i dostosowanie intensywności kontaktów do sytuacji epidemiologicznej. Nie utrudniajmy i tak trudnej pracy lekarzom, pielęgniarkom i ratownikom, którzy codziennie mierzą się z wirusem.

Nikolaj Villumsen (GUE/NGL). – Fru. formand! Vi har brug for en markant ændring af EU's hidtidige politik. Vi står midt i tre alvorlige kriser: En global pandemi, som har kostet millioner af ofre, en økonomisk krise, som betyder at millioner har mistet deres job, og en klimakrise, som kræver akut handling, hvis ikke klimaforandringerne skal komme fuldstændig ud af kontrol.

Vi har brug for en ambitiøs og social retfærdig grøn omstilling, så vi får sat gang i økonomien og får skabt grønne arbejdspladser. Vi har brug for at sætte en effektiv stopper for lyssky skattely, så vi tvinger multinationale selskaber til at bidrage til den fælles velfærd. Det kræver, at vi stopper den sorte landbrugsstøtte og investerer i grøn omstilling. Det kræver, at vi smækker EU-kassen i for landmænd og virksomheder, der ikke respekterer kollektive overenskomster og retten til faglig organisering. Det kræver, at vi sortlister alle skattely, så hverken Luxembourg eller Cayman Island går fri. Kære kollegaer vi har brug for grøn og solidarisk handling.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, credo che la Commissione europea abbia una grande responsabilità, ossia stabilire i criteri più obiettivi e chiari possibile per aiutare gli Stati a decidere quali misure adottare contro il Covid in ogni momento. Disgraziatamente non l'ha fatto, anche se l'abbiamo chiesto all'inizio della pandemia. Criteri basati su indicatori e dati scientifici affidabili e trasparenti: tasso di infezione, numero di positivi, indicatori di ricrescita, tasso di occupazione in terapia intensiva, quando e come fare il lockdown, quando chiudere bar e ristoranti, se è necessario istituire un coprifuoco. Sono decisioni che hanno gravi conseguenze per la salute, la vita, la libertà e l'economia di tutti e non dobbiamo politicizzare queste decisioni, non possiamo farne l'oggetto di una battaglia partigiana, come sta accadendo in Spagna.

Lì la gestione del Covid è diventata una battaglia campale politica, seguita con sdegno dal resto dei paesi dell'Unione. Perché la politica spagnola ha così tante difficoltà a gestire questa crisi in modo maturo, responsabile e intelligente come stanno facendo tanti altri paesi dell'Unione? Forse il fatto che il PIL spagnolo ha le previsioni di caduta più forti di tutta l'Unione ha qualcosa a che fare con tutto questo? È vero che l'economia spagnola è fortemente dipendente dal turismo, ma anche quella l'italiana lo è. E adesso la differenza tra Spagna e Italia, sia dal punto economico che sanitario, è significativa. Alcuni imparano dal passato e altri sembrano ripetersi nei loro errori.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Uważam, że Unia Europejska, jako wspólnota, wiele się nauczyła podczas pandemii. Początki były bardzo trudne. Powaga sytuacji i tempo rozprzestrzeniania się wirusa zaskoczyły nas wszystkich. Mimo to bardzo szybko przystąpiliśmy do wspólnych działań. Podjęte zostały nadzwyczajne środki. W trudnych warunkach i ekspresowym tempie zdecydowaliśmy o maksymalnej elastyczności budżetowej i udzieleniu państwom członkowskim wsparcia na niespotykaną skalę. Mamy więc w efekcie szereg instrumentów, które już działają.

Niestety w chwili obecnej nie możemy w pełni zająć się wychodzeniem z kryzysu i skutkami COVID-19, bo pandemia wciąż trwa. Cała Europa boryka się obecnie z drugą falą zakażeń. Wprowadzane są kolejne obostrzenia w życiu społecznym i gospodarczym. Dlatego wciąż najważniejsza powinna być i pozostać dla nas zasada współpracy i elastyczności. Unia musi reagować na bieżąco, kierując pomoc tam, gdzie jest najbardziej potrzebna, bo nie wszędzie i nie każda grupa społeczna boryka się z podobnymi problemami.

Jak wiele innych kryzysów, także i ten niesie ze sobą ogromne ryzyko powiększania się nierówności. Musimy dbać o to, by nikt nie był pozostawiony w tyle. Niezwykle ważne jest wsparcie dla firm, zwłaszcza małych i średnich, by nie dopuścić do masowych zwolnień i wzrostu bezrobocia. Powinniśmy też wspierać zrównoważone i długofalowe inwestycje, na przykład w sektorze nowoczesnych technologii, które pomogą Unii powrócić na ścieżkę wzrostu. Równie ważne są jednak także aspekty społeczne, jak chociażby systemowe wzmocnienie opieki nad seniorami, którzy są w grupie szczególnego ryzyka.

Estrella Durá Ferrandis (S&D). – Señora presidenta, mi mensaje es el siguiente: no conseguiremos una verdadera recuperación y una Europa socialmente sostenible sin unas medidas adaptadas a la trágica situación que estamos viviendo que hagan frente a sus consecuencias no solo económicas, sino también sociales.

Por ello, necesitamos invertir en medidas y fondos de recuperación permanente, regidos por indicadores, dentro del Semestre Europeo, que garanticen la inversión en sistemas de bienestar y protección social, poniendo en marcha los principios del pilar social.

Solo con un marco financiero plurianual y un fondo de recuperación ambicioso centrado en igual medida, tanto en los aspectos de crecimiento económico como en objetivos sociales, podremos avanzar hacia una Europa realmente sostenible que invierta en lo que realmente importa: las personas.

La crisis de la COVID-19 está afectando a nuestra salud, a las condiciones de vida digna y, sobre todo, al empleo. Por ello, necesitamos también un compromiso de todos los actores sociales y de las empresas para que se comprometan al mantenimiento de la actividad económica y del empleo como contrapartida a las ayudas que reciban, evitando procesos de deslocalización empresarial que provocan despidos masivos.

La idea es muy sencilla: una Europa socialmente sostenible es sinónimo de inversión en los sistemas públicos de bienestar social. El Estado de bienestar, como el Estado de Derecho, es una seña identitaria de nuestra Unión Europea, y debemos seguir apostando por ello.

Monica Semedo (Renew). – Madam President, looking around us, the room is mainly empty. We can see that the pandemic is far from over. In fact, it is gaining strength. While we are anxiously waiting for a vaccine, the situation for citizens and businesses is becoming more and more serious. Youth unemployment has soared, businesses are struggling – many won't be able to survive the second wave – and the most deprived need our help more than ever.

A recent survey in Luxembourg found that almost 60% of people who needed help were below the age of 40 and 39% were single parents. This House passed a resolution in April which addressed these problems. We must live up to that resolution. We need to maintain jobs and provide liquidity to enterprises, especially SMEs. We need to help the most deprived. We must support all of them and provide help quickly. The European Parliament is standing up for citizens but I say to the Council and the Commission: you hold the power to act. You must step up and show how strong our Union can be.

Paolo Borchia (ID). – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, siamo onesti, l'11 marzo l'OMS dichiarò lo stato di pandemia, ma dopo sette mesi di risultati tangibili ne abbiamo ancora troppo pochi rispetto alle aspettative generate da troppi annunci.

Il Consiglio europeo di aprile ha stanziato 540 miliardi – evviva SURE – ma i 240 miliardi del MES non sono stati richiesti da nessun governo, forse perché le condizioni effettivamente non erano poi così vantaggiose. Faticosamente si è poi giunti ad un accordo sul recovery fund i cui tempi lunghi sono stati imputati in maniera grottesca, poco credibile addirittura, a chi nel Consiglio europeo o all'Eurogruppo neppure sedeva.

Solo due giorni fa il quotidiano El País ha rivelato che il governo di Madrid non intende avvalersi della componente prestiti del recovery fund. Qualcuno si è sorpreso, ma da questa parte dell'emiciclo abbiamo più volte cercato di spiegarvi che gli strumenti di cui si discute da mesi qualche problema probabilmente lo presentano.

L'Unione europea – concludo Presidente – è molto estesa, quando le priorità vengono imposte dall'alto, da Bruxelles verso i territori, queste sono le conseguenze.

Ciarán Cuffe (Verts/ALE). – Madam President, here in Ireland we're entering six weeks of Level 5 restrictions, the highest level of restrictions that we have. It's a difficult time for so many in the midst of this global health crisis. We've already seen substantial job losses, particularly in the aviation industry, but also in retail, hospitality and tourism. We've seen this crisis have a huge impact on young people, on older people, on carers, and on everyone's mental health. Many people have had to transition, particularly the young – those in education – from learning in schools and universities to listening to online studies at one point or even now during the pandemic.

But we can't let this crisis go to waste. We need to ramp up public investment and we need to help ensure people's livelihoods are protected and fund a transition towards a fairer and greener socio-economic model in recovery. We cannot respond to the crisis by returning to business as usual.

Helmut Geuking (ECR). – Frau Präsidentin! Eines liegt wohl auf der Hand: Die Leidtragenden dieser COVID-19-Krise und dieser Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Familien in jedem Land. Die Familien haben die Krise auszubaden, und die gilt es zu stärken.

Deswegen habe ich auch vorhin schon in meiner Rede dafür plädiert: Wir müssen endlich dieses Kinderkostengeld einführen, damit wir die Millionen von Kindern aus der Kinderarmut herausführen und die Familien stärken. Das ist die beste Wirtschaftspolitik, nämlich die Familien benötigen das Geld und sie geben dieses Geld aus und führen es dem Geldkreislauf zu. Das heißt ein erheblich höheres Steuereinkommen in jedem einzelnen Land, das heißt Steigerung der Produktivität, Sicherung der Arbeitsplätze und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Deswegen müssen wir den Menschen das Geld direkt in die Hand geben – und das ist sozial und das ist moderne Wirtschaftspolitik.

Und – ich habe nur sechzehn Sekunden – ganz kurz an Herrn Meuthen, der ist leider nicht mehr da. Ich gebe Ihnen gerne die Antworten: weil wir eine menschliche Politik machen – im Gegensatz zu Ihnen – und weil wir eine Politik machen, wo wir den Menschen in den Fokus rücken und Europa eine gewisse Wertevorstellung vertritt. Wir sind ein soziales, humanes Europa für die Menschen und nicht eiskalt und mit rückwärtsgewandter Politik, sondern wir machen eine moderne, zukunftsweisende Politik – nur mal so als Antwort.

Marc Botenga (GUE/NGL). – Voorzitter, mijnheer de commissaris, als een poetshulp straks in quarantaine moet, dan verliest zij haar job of een deel van haar salaris. Ik weet dat het moeilijk is om u dat voor te stellen. Want als u in quarantaine moet, behoudt u gewoon uw 20 000 euro salaris. Maar dit virus is een echt klassenvirus en de werkende klasse wordt veel harder geraakt dan de miljonairssklasse. De werkende klasse kan zich niet terugtrekken op een landgoed. Die moet de werkvloer op, die moet met het openbaar vervoer en die riskeert salaris en job. Terwijl de aandeelhouders dividenden blijven krijgen, verliezen de gewone werknemers hun baan. Dat is de realiteit!

En met wat voor een programma komt de Europese Unie dan? Vooral met honderden miljarden voor het grootbedrijf. Daarvoor moet het grootbedrijf niet eens eerlijk belasting betalen of stoppen met dividenden uit te keren. Dat hoeft allemaal niet. Zelfs banen veiligstellen wordt niet als voorwaarde gesteld. Dat kan toch niet! Gratis aan het infuus, terwijl de gewone man zijn baan verliest! Nee, dat is voor ons echt onaanvaardbaar.

Ik wil u voorstellen die logica om te draaien. Laten we, in plaats van belastinggeld massaal gratis aan het grootbedrijf te geven, het omgekeerde doen. Laten we de allerrijksten, de miljonairs, doen bijdragen en laten we dat geld dan investeren in openbare diensten en onze openbare sector. Dat komt ons allemaal ten goede. Ik denk dat dat een veel betere deal is voor onze hele maatschappij, zowel sociaal als ecologisch.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, de coronacrisis is eerst en vooral natuurlijk een gezondheidscrisis, maar een gezondheidscrisis met grote sociale en economische gevolgen. Er zijn al veel algemene zaken aangestipt, dus laat mij een specifieke casus aanstippen, een kwestie die ons zeker in dit Parlement zou moeten raken. Ik heb het hier vijf maanden geleden al gehad over de situatie van grensondernemers. Grensondernemers zijn in deze crisis ook hard geraakt. Ik denk aan ondernemers met bijvoorbeeld een bedrijf in Nederland, die belasting betalen in Nederland en sociale lasten afdragen in Nederland. Maar die, omdat ze in een ander land wonen, in dit geval vaak België of Duitsland, niet in aanmerking komen voor Nederlandse ondersteuning. Voor velen van hen wordt het steeds moeilijker om het hoofd boven water te houden.

Ik had gehoopt dat deze situatie inmiddels, vijf maanden later, opgelost zou zijn, maar het tegendeel is waar: de Nederlandse staatssecretaris houdt halsstarrig eraan vast dat de Tozo-regeling (tijdelijke overbruggingsregeling zelfstandig ondernemers) een bijstandsregeling is en daarom niet geëxporteerd hoeft te worden. Logisch dus dat deze mensen naar Europa kijken voor hulp. Want de enige reden dat zij deze ondersteuning niet krijgen, is omdat ze gebruik maken van hun verdragsrechten op het gebied van vrij verkeer, verdragsrechten waarvoor wij moeten zorgen dat ze gewaarborgd zijn.

Ik was dan ook heel blij dat de Europese Commissie in antwoord op mijn vraag heel duidelijk aangaf dat Nederland fout zat. Dat er elementen van sociale zekerheid in deze regeling zitten en dat deze mensen dus ook geholpen moeten kunnen worden. Het heeft aan de houding van Nederland en van de staatssecretaris vooralsnog niets veranderd en de grensondernemers staan nog steeds in de kou!

Ik heb dan ook met een groot aantal van hen aanvullende klachten neergelegd bij u, bij de Europese Commissie. Ik wil u, geachte commissaris, vandaag dan ook oproepen: bekijk deze klachten zorgvuldig, lees de schrijvende verhalen van deze ondernemers en help ons stappen te ondernemen om ervoor te zorgen dat deze mensen alsnog geholpen worden.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, creo que es justo reconocer que estamos, en primer lugar, ante una crisis sanitaria con una profunda recesión ante la cual la política económica apenas puede poner algodones. Y hasta que no se disponga de un tratamiento sanitario cierto, hasta que no logremos despejar los miedos y las incertidumbres que desde el punto exclusivamente sanitario golpea nuestras sociedades, será difícil pensar en una política económica que no sea respaldar el gasto, respaldar la inversión desde el sector público. Yo creo que es importante fortalecer la política fiscal expansiva —y espero que el Next Generation EU ayude a ello— y respaldar también actividades de la política monetaria. Porque quiero recordar también que la inflación sigue en la zona del euro en terreno negativo y seguimos muy lejos de ese objetivo del 2 %. Por lo tanto, hay margen para implementar una mayor política fiscal, pero también una mayor política monetaria.

Y cuando la crisis sanitaria comience a amainar y empecemos a ver una cierta certidumbre sobre el futuro —y todos esperamos que sea más pronto que tarde—, debemos reconocer que esta crisis va a dejar unas profundas cicatrices en nuestras sociedades, sobre unas generaciones, las más jóvenes, que habrán sufrido dos crisis en apenas una década. Y será ahí, será en ese momento, cuando debemos construir, debemos financiar, debemos dar futuro a ese pilar europeo de derechos sociales que necesita de un respaldo, de un compromiso muy claro por parte de estas instituciones.

Maxette Pirbakas (ID). – Madame la Présidente, je vais évoquer avec vous aujourd'hui la situation dans les cinq départements d'outre-mer français.

Depuis sept ans de crise sanitaire, sociale et économique, sachez que je me bats pour que soit déclenché un grand plan de relance économique favorable à l'Outre-Mer. Il en va de la survie de nos territoires ultramarins. Moi qui suis guadeloupéenne, je vous le dis: notre insularité et notre éloignement nous pénalisent encore plus dans cette crise de la COVID-19.

Le tourisme, l'agriculture, la pêche et l'artisanat sont des piliers économiques qui sont menacés et qui doivent, au titre de l'article 349 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, bénéficier d'aides en temps normal, auxquelles s'ajoute le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en cette période de crise. Il ne faut pas oublier non plus que notre système hospitalier manque de moyens, que le budget de POSEI est menacé de baisser de 3,9 %, que la simplification administrative n'est toujours pas effective. Tous ces éléments doivent être résolus, et maintenant!

Chers collègues, il est grand temps que chaque aide à destination de l'Outre-mer soit maintenue à l'euro près. Il faut, encore plus que d'habitude, accompagner durant cette crise nos cinq départements d'outre-mer, la Guadeloupe, la Martinique, La Réunion, la Guyane et Mayotte, afin de relancer leur économie pour éviter la faillite de nombreux entreprises et commerces.

Mikuláš Peksa (Verts/ALE). – Madam President, the pandemic has proven two things. Most importantly, it showed us how much we are interconnected and depend on each other. If we suffer or prosper, we are in it together. However, it also showed us how disorganised and weak we are in the face of new challenges. Member States closing borders without coordination, applying different travel conditions, providing contradictory information, and competing for supplies among themselves look like complete chaos, a dangerous chaos with human lives at stake.

We need a coordinated European response. We need stronger rule of law conditionalities, and we need to move the health competencies from national to central EU level, with the backing of a stronger European Centre for Disease Prevention and Control. Only by acting together will we overcome this pandemic.

Carlo Fidanza (ECR). – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, siamo nel pieno di una seconda ondata di Covid ampiamente prevista, eppure gran parte delle nazioni europee sembra essersi fatta trovare impreparata. È vero, l'Unione oggi lavora per il vaccino, si è data pratiche comuni sulle restrizioni ai viaggi, dovrebbe essere in grado di evitare nuovi blocchi al mercato interno, ha raggiunto un maggiore coordinamento sanitario, anche se ancora largamente imperfetto.

Eppure è in grave ritardo sul piano per la ripresa economica, proprio nel momento in cui vengono introdotte nuove restrizioni che colpiscono pesantemente molti settori produttivi. I cosiddetti frugali usano strumentalmente lo Stato di diritto per bloccare un piano che in fondo non hanno mai voluto. È di questi giorni poi la notizia che alcuni paesi, grazie ai tassi negativi all'ombrello della BCE, preferirebbero finanziarsi con bond nazionali e non con i prestiti del recovery fund, il che riduce ulteriormente l'impatto complessivo del piano.

Questo rende ancora più urgente rimuovere i veti strumentali e sbloccare immediatamente il negoziato, perché c'è bisogno di una quota di trasferimenti subito per sostenere le nostre imprese prima che sia troppo tardi.

Vladimír Bilčík (PPE). – Vážená pani predsedajúca, pomaly každý z nás pozná človeka, ktorý trpí na chorobu, ktorá nám všetkým v posledných mesiacoch radikálne zmenila životy. Chcem vás preto ubezpečiť aj z tohto miesta, že je našim úprimným záujmom pomáhať všade tam, kde vieme.

Som rád, že vidím a stretávam každý deň príklady statočnosti, pomoci a odolnosti. Medzi zdravotníckym personálom, pracovníkmi v zásobovaní, obchodoch, na úradoch. Naozaj ďakujem za vašu prácu.

Práve v kríze, akou je táto, je dôležité, aby sme spájali sily a hľadali riešenie, ktoré nám pomôže a nerozloží a nezničí nás ako spoločnosť ešte viac.

Preto počas pandémie potrebujeme zodpovedných politikov, ktorí budú hľadiť za horizont najbližších hodín. Som preto znepokojený, s akou ľahkovážnosťou sa hovorí o zatváraní hraníc. Schengen a hranica je nielen „cesta na dovolenku“, je to aj slobodný a voľný priestor vzájomného obchodu a spoločnej prosperity. Schengenský priestor je naša sloboda, aj naša prosperita. Chráňme si ho. A nebojme sa oceniť prácu tam, kde si to ocenenie žiada. V čase keď sledujeme ako mnohé európske vlády zažívajú veľké problémy s prípravou programov pomoci, povedzme si, že táto situácia je nová a potrebujeme aj trochu veľkorysosti voči Európe a európskym riešeniam. Je v našom záujme, aby sme túto bezprecedentnú koronakrízu vyriešili čo najlepšie, a preto naozaj veľká vďaka a tak trochu aj obdiv patrí aj inštitúciám Európskej únie, za rýchlosť s akou navrhli funkčné programy pomoci a podpory. Tak isto potrebujeme spoluprácu v oblasti zdravia, vedy a výskumu, európsku zdravotnú úniu, áno, ktorá nám všetkým pomôže lepšie reagovať na krízy v oblasti verejného zdravia. Je to potrebná a správna cesta. Cesta, ktorá môže zachraňovať životy.

Dámy a páni, krízu zvládneme len poctivými politickými odpoveďami a poctivou komunikáciou. Hospodárske a spoločenské dôsledky vírusu prekonáme o to lepšie, o čo viac budeme dbať na fakty, overené poznatky a riešenia, ktoré ponúkajú nádej a plán na lepšie podmienky po pandémie. O toto nám musí ísť v Bruseli i naprieč Európou zvlášť v najbližších mesiacoch.

Gabriele Bischoff (S&D). – Frau Präsidentin! Wir sehen auch an den Beiträgen: Das ist eine der schwersten Krisen, die die Europäische Union bislang erlebt hat, und ich fürchte, das Schlimmste steht uns noch bevor. Die Angst vor Armut und sozialem Abstieg wächst und damit auch die Unsicherheit. Wir sehen: COVID-19 ist ein Brandbeschleuniger der Armut. Deshalb ist es richtig, dass Kommissar Gentiloni darauf hingewiesen hat, wie wichtig solidarische Lösungen wie SURE waren.

Aber die Kurzarbeit erfasst bestimmte Gruppen von Beschäftigten nicht, und hier müssen wir handeln. Und das sind insbesondere die prekär Beschäftigten, die Künstlerinnen und Künstler, die kleinen Selbständigen und insbesondere eine Gruppe: die jungen Menschen. Wir wissen, wie wichtig die Adoleszenz für die gesamte Lebensphase, für den Lebensverlauf ist. Und wir sehen, dass Jugendliche in einer zentralen Phase ausgebremst werden und dann auch noch für das Infektionsgeschehen verantwortlich gemacht werden. Wir brauchen echte Perspektiven. Das muss mehr sein als nur die Jugendgarantie.

Und wir stellen fest, wir haben eine Welle von Restrukturierungen in Europa. Unternehmen, die die Krise nutzen, um Arbeitsplätze abzubauen oder zu verlagern, und dabei bestehende Arbeitnehmerrechte auf Information und Konsultation missachten. Wir brauchen stärkere Regeln hier, und wir müssen handeln, damit die Rechte, die für Demokratie am Arbeitsplatz bestehen, auch wirklich durchgesetzt werden. Hier ist mehr zu tun, als die Kommission bislang in ihrem Arbeitsprogramm enthalten hat.

Joachim Kuhs (ID). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, auf etwas Grundsätzliches hinzuweisen: Wir sind in Angst und Schrecken offensichtlich vor einer ominösen Zahl – der Zahl der am Coronavirus positiv Getesteten. Weil diese Zahl exponentiell steigt, ordnen die zuständigen Behörden – zu Recht oder zu Unrecht, das will ich ganz frei stehen lassen –, weitgehende und freiheitsbeschränkende Maßnahmen an, ohne, so scheint es mir, zu hinterfragen, ob die Folgen dieser Maßnahmen nicht viel schwerwiegender sind.

Wir fürchten uns plötzlich vor Zahlen. Dabei sollten wir uns vor Gott fürchten. So wie es auch Jesus Christus sagte in Matthäus 10 Vers 28: „Und fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten, die Seele aber nicht zu töten vermögen. Fürchtet aber vielmehr den, der sowohl Seele als auch Leib zu verderben vermag.“

Weil wir unser christliches Fundament und wahre Gottesfurcht verloren haben, fürchten wir uns jetzt vor einem Virus. Wie peinlich ist denn das! Kehren wir um, hören wir auf, uns als Retter in der Not zu gerieren, und beginnen wir, den Menschen wieder Lebensmut und wahre Lebensfreude zu geben.

Dace Melbārde (ECR). – Madam President, I will speak as a member of the Committee on Culture and Education. Since the outbreak of the COVID pandemic, much energy has been paid to the EU economies and labour markets as a whole, but often not to specific sectors and workers.

The culture and creative, as well as the media, sectors have been hit particularly hard, with dramatic income losses and a high rise of unemployment. Meanwhile, support for these sectors has been inadequate, both at national and EU level. Culture and media cannot simply be bailed out or resurrected after a failure, like other industries. It is deplorable that, during these times when media and culture is consumed more than ever, many of these organisations are struggling for survival.

That is why I reiterate the calls for a 2% earmarking of the Recovery and Resilience Facility to the cultural and creative sectors and the media. I strongly believe that a strong news media and well-financed culture must be at the heart of our democracies and the bedrock of the EU's recovery.

Željana Zovko (PPE). – Madam President, after a lockdown in the spring many activities were put on hold, companies lost their income and people lost their jobs. Actions are required, especially now. We see that many Member States are in a second lockdown, and that it's being initiated.

All these socio-economic measures you talked about depend on a balance of competences at national and European level. I call on the Commission to increase its active monitoring and guidance. I ask the Council to uphold solidarity and Europe-wide coordination. Borders should stay open, internal markets should remain active, health risks should be tackled together.

Special attention should also go to those that are the hardest hit – research, health, the cultural sector, tourism and small and medium enterprises in general. The Croatian Government has announced additional measures to improve support for micro entrepreneurs, as together with small and medium enterprises, they form the backbone of our economy.

Safeguarding jobs, guaranteeing income and on top of that developing actions to limit the spread of the virus, this crisis requires a lot from us. Only with a genuine European approach we can assure social and economic recovery. We are in this together. No one can save themselves by themselves.

Λεωτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, πιστεύω ότι είναι αδιαμφισβήτητο το γεγονός ότι το Ταμείο Ανάκαμψης ήταν και παραμένει μια μεγάλη αναγκαιότητα για να μπορέσουν να στηριχθούν οι οικονομίες των κρατών μελών και να μπορέσουν να αντιμετωπίσουν αυτήν την πρωτοφανή και πρωτόγνωρη πανδημία που σαρώνει τα πάντα στο πέρασμά της. Όμως, είναι και κοινή ομολογία ότι το Ταμείο Ανάκαμψης αποφασίστηκε με διαφορετικά δεδομένα και υπό διαφορετικές συνθήκες, όταν η πανδημία ήταν στην αρχή της και ουδείς μπορούσε να υπολογίσει και να εκτιμήσει τις τεράστιες κοινωνικοοικονομικές επιπτώσεις και το βάθος που θα είχε. Άρα, θεωρώ ότι σήμερα, με τα τωρινά δεδομένα, απαιτείται αναθεώρηση των στόχων και των στοχεύσεών μας. Αφενός μεν, το Ταμείο Ανάκαμψης μπορεί να καταστεί το ταμείο οικονομικής ανάκαμψης των οικονομιών των χωρών, αφετέρου δε, χρειάζεται σήμερα, εδώ και τώρα, ένα νέο ισχυρό αντίστοιχο ταμείο που μπορεί να ονομαστεί «ταμείο κοινωνικής ανάκαμψης». Το ταμείο αυτό θα μπορέσει άμεσα να διοχετεύσει χρήμα στην αγορά για τους ανέργους μας, καθώς υπάρχει κίνδυνος να καταρρεύσουν τα ταμεία ανεργίας όλων των χωρών, για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, τους αγρότες, τις ευάλωτες ομάδες, τους συνταξιούχους, το κοινωνικοοικονομικό σύνολο. Και αυτό είναι ιδιαίτερα σημαντικό, διότι το ταμείο

οικονομικής ανάκαμψης (1,4 τρισεκατομμύρια ευρώ) θα αργήσει πάρα πολύ να φέρει χρήματα στην αγορά.

Προέρχομαι από μια χώρα, την Κύπρο, που εξαρτάται σε μεγάλο βαθμό από τον τουρισμό, όπως και άλλες χώρες του Νότου. Αν αυτές οι χώρες δεν λάβουν άμεση στήριξη για τον τουριστικό τομέα, σας διαβεβαιώνω ότι τα επόμενα χρόνια μπορεί να έχουμε τουρισμό αλλά δεν θα έχουμε τουριστικές επιχειρήσεις διότι θα οδηγηθούν στην πτώχευση. Αρα, επιβάλλεται η ύπαρξη του Ταμείου Κοινωνικής Ανάπτυξης για να προλάβουμε τη χρεωκοπία και την πτώχευση, όχι μόνο των επιχειρήσεων αλλά και των οικονομιών των χωρών μας.

Evelyn Regner (S&D). – Frau Präsidentin! Die europäischen Maßnahmen zum Abfedern der Corona-Pandemie müssen vor allem den Beschäftigten zugutekommen, den Jungen, den Frauen. Die Reichen sollen nicht noch reicher werden durch die Krise.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Finanzspritzen nur Unternehmen zugutekommen – und das ohne jegliche Bedingungen. Warum sage ich das? Als warnendes Beispiel möchte ich die österreichische LKW-Firma MAN nennen. MAN erhielt Unmengen an Steuergeldern, an EU-Unterstützung zum Wiederaufbau, und jetzt wandert das Unternehmen ab und lässt 2 000 Menschen in der Arbeitslosigkeit zurück. So sieht solidarischer Wiederaufbau nicht aus!

Diese 2 000 Beschäftigten stehen exemplarisch für Millionen von arbeitenden Menschen, die ihren Job verloren haben oder jetzt um ihn bangen. Noch dazu sind es meist Frauen, die nicht nur doppelt und dreifach belastet sind, sondern auch als erste gekündigt werden. Dabei sind gerade sie unsere Heldinnen dieser Krise.

Wo genau bitte schön ist Ihre Unterstützung? Durch Investitionen in qualitative Jobs können wir gegensteuern. Genauer gesagt zum Beispiel durch Investitionen in soziale Infrastrukturen, wie hochqualitative Pflege und Betreuung vom Baby bis ins hohe Alter. Wenn nur 2 % des nationalen BIP in qualitative Pflege investiert werden, können wir bis zu 1,5 - Millionen Jobs schaffen. 1,5 Millionen! Deswegen investieren wir jetzt in diese qualitative Care-Arbeit, investieren wir in die Zukunft, in eine *Wellbeing-Economy* für uns alle!

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, globalna pandemija i kriza bez presedana otvaraju duboke rane za cijelu Europu, a osobito za najugroženije skupine.

Društvene i gospodarske posljedice ponovno posebno osjećaju mladi – kao što ih je, ne tako davno, osobito pogodila i financijska kriza.

Masovna nezaposlenost značila je tada za milijune, osobito mladih koji nisu iz zapadne ili sjeverne Europe, marginalizaciju, niske prihode, kasnije osamostaljivanje i teže zasnivanje obitelji. Krize pogađaju sve generacije, ali za mlade u formativnim godinama su njezine posljedice dublje i traju duže.

Ove jeseni i zime, prioritet mora biti zaštita ljudskih života i zdravlja ranjivih skupina. Svaki život je bitan. Svaki život je neprocjenjiv. Puna međugeneracijska solidarnost danas, prije svega, znači zaštitu najranjivijih skupina.

Zdravstveno, to su u ovo vrijeme starije osobe. Gospodarski i društveno, to su zbog posljedica krize – bez ikakve dileme – mladi.

Zato danas trebamo snažnu politiku zapošljavanja i zato nikako ne smijemo dopustiti nove izgubljene godine, nove izgubljene snove nove generacije Europe.

Sunčana Glavak (PPE) – Poštovana predsjedavajuća, u neviđenom naporu da se izborimo s učincima globalne krize uzrokovane pandemijom koronavirusa u posljednjim smo mjesecima na europskoj i na nacionalnim razinama donijeli povijesni i izvanredni paket mjera za oporavak Europe.

Europska unija je namijenila više od 65 milijardi eura za otpornost zdravstvenih sustava i nabavku medicinske opreme. U tom trenutku pokazana je velika solidarnost.

S razine Republike Hrvatske i Vlada Republike Hrvatske također je djelovala brzo i učinkovito kako bi dala potporu, prije svega, privatnom sektoru, radnicima i poslodavcima u cilju očuvanja radnih mjesta. Zahvaljujući financijskoj pomoći Europske unije i aktivnom angažmanu hrvatske vlade, Hrvatska bilježi u usporedbi s veljačom ove godine i više od tri tisuće novih osiguranika. Hrvatska nastavlja i aktivno raditi na ublažavanju utjecaja pandemije. Naravno, uz veliku potporu europskih sredstava.

Jučer su predstavljene i nove mjere za poduzetnike, a do kraja godine predviđa se i da će njihov trošak biti oko 350 milijuna kuna (47 milijuna eura).

Ova je pandemija ogroman izazov, ali ujedno i prigoda za transformaciju i smanjenje razlika u gospodarskom i socijalnom smislu. Europska unija je kompleksan mehanizam, no mora uzeti u obzir prioritete država članica, čvrsto se umrežiti i povezati u zajedničkom interesu. Pred nama je vrijeme u kojem moramo promišljati kao u šahu, barem dva poteza unaprijed.

Paolo Gentiloni, *Member of the Commission*. – Madam President, I think that in this debate it has become very clear how deep the crisis we are facing is and that the new measures and new restrictions that have been taken in these weeks in our Member States could further challenge the recovery.

So this is my first point. The crisis is not behind us because this crisis is not like a war that finishes at a certain point and, with the end of the war, reconstruction begins. In this case, we will have a certain amount of time where emergency policies and recovery policy will go hand in hand.

I think the awareness in the Parliament of the importance of a common reaction is very strong. I have to say that this common reaction came first of all from a sentiment of solidarity, which is a very good and European sentiment, but also from a common interest: the common interest to preserve the single market, because all we are seeing now shows that our concerns about the fact that this crisis could have uneven consequences among different sectors and Member States have been confirmed. So we are seeing that distances are there.

Again, this common interest is not behind us. This is one of the reasons why we should continue to support the recovery with our fiscal policies in the next period. I think that several interventions mentioned the need to make the best possible use of the Recovery and Resilience Facility. What the Commission is committed to is finding the right balance because this is not a memorandum written in Brussels that we have to impose on Member States. These will be proposals coming from Member States and the Commission will work to make sure that these proposals are coherent with our common priorities and with countless specific recommendations, and not only linked to tactical or short-term goals.

But I repeat that the starting point will be national decisions, national governments and national parliaments. Several honourable Members rightly say that we need stronger coordination, but we all know — and you know better than me — that it's always necessary to find the right balance between the demand for stronger coordination and the demand to preserve a national role. We are not a federal state. This could be a good thing or a bad thing, according to political and cultural points of view, but the fact is that we are not. So we have some sectors and some areas where the coordination is easier and others where it is more difficult. I think on this occasion we should go further in coordination, especially on health care safety measures, border coordination and the whole situation concerning travel, which is really very difficult among Member States. But of course this is an effort that the Commission can easily make, if Member States allow us. I appreciate the fact that I understand Parliament is strongly advocating for this stronger coordination.

Several honourable Members took the floor on social issues and our social model. I think that overall in this crisis our social model showed its difficulties, but also its strengths. I think we can be proud of our social model if we compare the social consequences of this crisis in other parts of the world where we don't have social services or even where we have authoritarian models in government.

In my view, the European social model confirms its strength, but of course we have to reinforce it. We have to confirm the commitment to make the social pillar crucial in our semester. We have to be aware that the crisis is increasing social inequalities and that we have winners and losers. We have winners from this crisis, not only rich people in general, but also sectors of our global economy. For example, the digital global platforms are winners in this crisis. We will speak about this when we speak about digital taxation, own resources, etc. but, for sure, they are the winners in this crisis and other sectors that were mentioned here — culture, entertainment, travel, tourism, SMEs, and I am sure that I am forgetting something — are the losers in this crisis. This means that they will need support for a longer time than others. We can't change and phase out the support in these sectors too soon.

Finally, I think that there is broad consensus on the fact that our goal, the goal of this unprecedented common response, is not only to revive our economies and go back to where we were at the end of 2019. We are all aware of the difficulties and some of them were mentioned here. Climate transition is not easy in many countries, but we are also aware of the tremendous responsibility that we have during this crisis to seize the opportunity to change our societies and our economies for the better.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 171 Regulaminu)

Adam Bielan (ECR), na piśmie. – Kryzys spowodowany pandemią Covid-19 ma olbrzymie konsekwencje gospodarcze, społeczne i geopolityczne.

Wyrażam zadowolenie, że Komisja zdecydowała o maksymalnej elastyczności budżetowej i udzieleniu państwom członkowskim wsparcia na niespotykaną skalę. Zwiększona koordynacja w celu uniknięcia nowych blokad na rynku wewnętrznym oraz w zakresie zdrowia to następne pozytywne osiągnięcia.

Jednak w ciągu ostatnich dni sytuacja w Europie ponownie się pogarsza. Wprowadzane są kolejne obostrzenia w życiu społecznym i gospodarczym. Aby zapobiec dalszym skutkom pandemii, niezbędne jest zatem szybkie działanie. Apeluję więc do przedstawicieli Komisji, Parlamentu i Rady o jak najszybsze osiągnięcie porozumienia w sprawie wieloletniego budżetu UE oraz o kierowanie się zasadami współpracy, solidarności i elastyczności.

Niezwykle ważne jest wsparcie dla małych i średnich firm, aby nie dopuścić do masowych zwolnień i wzrostu bezrobocia, gdyż wszelkie wahania w tym obszarze oddziałują na cały rynek wewnętrzny. Finalizując negocjacje w sprawie budżetu, będziemy w stanie wesprzeć nasze europejskie przedsiębiorstwa, zanim będzie za późno.

Cindy Franssen (PPE), schriftelijk. – Vele lidstaten worden geconfronteerd met een tweede COVID-19-golf. Op dit ogenblik riskeren 60 miljoen Europeanen hun job te verliezen. Tot dusver heeft Europa de massale werkloosheid die elders heeft toegeslagen, kunnen vermijden. Dit grotendeels dankzij systemen van arbeidsduurverkorting (zoals het SURE-instrument) waarvan ongeveer 45 miljoen mensen gebruikmaakten, en die mensen moeten helpen bij het betalen van huur of het voorzien in de basisbehoeften. Maar we moeten ook nadenken over de toekomst van onze jobs. De gezondheidscrisis maakte duidelijk dat we meer moeten inzetten op kwaliteitsvolle jobs en waardige arbeidsvoorwaarden, in lijn met de SDG's en de Europese pijler van sociale rechten. Onze werknemers verdienen een eerlijk inkomen en een veilige en gezonde werkomgeving. Dit vraagt om een sterke betrokkenheid van de sociale partners. Daarom vraag ik de Commissie en de lidstaten om de huidige maatregelen ter bescherming van de werkgelegenheid te bewaren tot een echt herstel is ingezet, om een voorstel te lanceren voor een permanent Europees herverzekeringssysteem voor werkloosheid en een Europees kader voor eerlijke minimumlonen. Als schaduwrapporteur namens de EVP ijver ik bovendien voor een aanzienlijke toename van het budget voor het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Epidemia COVID-19 na całym świecie przybiera na sile. W ostatnich dniach zanotowano rekordowy dzienny przyrost zachorowań na całym świecie. Polska, Czechy, Słowacja czy Belgia to tylko niektóre z państw Unii, które zmagają się z najbardziej dynamicznym wzrostem zachorowań od początku epidemii.

Wraz z pogarszającą się sytuacją epidemiologiczną w Europie pogłębia się kryzys społeczny i gospodarczy. Narastające z dnia na dzień zachorowania oznaczają powrót ostrzejszych restrykcji, które nasiliły problemy gospodarcze. Tysiące europejskich przedsiębiorstw, działających w najróżniejszych sektorach, stoi nad przepaścią. Cięcia kosztów, masowe zwolnienia i restrukturyzacje są dziś rzeczywistością, a bez skutecznych działań sytuacja gospodarcza będzie się pogarszać.

Pamiętając o gospodarczych aspektach kryzysu, nie można zapominać o jego społecznym wymiarze. Coraz więcej obywateli zmagają się z wirusem lub obserwuje tę walkę wśród swoich bliskich. Służby zdrowia są na skraju wytrzymałości, czego dowodzi przykład Belgii, gdzie zaprzestano już przeprowadzania testów na obecność COVID-19 wśród osób niewykazujących objawów mimo bliskiego kontaktu z chorymi. W tych chwilach powinniśmy troszczyć się zwłaszcza o obywateli najbardziej zagrożonych ciężkim przebiegiem COVID-19 – osoby starsze i chore. Już dzisiaj wiemy, że skutki kryzysu będziemy odczuwać latami. Zidentyfikowanie potrzeb i dostosowanie do nich odpowiednich środków jest niezbędne dla przetrwania gospodarki.

Guido Reil (ID), *schriftlich*. – Die EU sagt, die neu geschaffenen finanziellen Instrumente wie SURE und der Wiederaufbaufonds seien notwendig, um die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die nationalen Gesellschaften und Wirtschaften in der EU zu mildern. Dies ist falsch. Da die sozialen und ökonomischen Folgen in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich sind, sollen und müssen die Mitgliedstaaten auch ihre eigene spezifische Politik zur Bewältigung dieser Herausforderungen führen. Auf jeden Fall ist der Wiederaufbaufonds ein reiner Etikettenschwindel. Es heißt, die 750 Milliarden Euro dienen zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise. In Wirklichkeit dienen sie aber zur Vorantreibung des „Grünen Deals“ und zur Vollendung einer Schulden- und Transferunion. Nach dem Austritt der Briten gibt es natürlich viel weniger Geld, aber trotzdem will man nicht einkürzen. Immer mehr Geld ausgeben, ist die Botschaft und deswegen werden neue Mittel durch einen neuen Haushalt geschaffen. Die Bundeskanzlerin hat immer betont, es gäbe niemals gemeinschaftliche Schulden. Jetzt gibt es tatsächlich gemeinsame Schulden und es gibt keinen Weg zurück. Dass die EU Schulden aufnimmt, obwohl ihr keine eigene Staatlichkeit und Finanzhoheit zustehen, und dass das Geld an den Parlamenten und ihrem Haushaltsrecht vorbei verteilt wird, ist ein Verstoß gegen Demokratie und Recht. Resultat ist, dass in dieser Transferunion 40 % der EU-Bevölkerung die übrigen 60 % mitfinanzieren.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

14. Mitteilungen des Präsidenten

Presidente. – Care colleghe e cari colleghi, alcuni annunci.

Vorrei informarvi che ho deciso di infliggere una sanzione nei confronti di Vilibor Sinčić, consistente nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per un periodo di due giorni, la sospensione temporanea a partire dal 22 ottobre per un periodo di sette giorni consecutivi dalle riunioni del Parlamento o di qualsiasi dei suoi organi, commissioni o delegazioni e dalla partecipazione a tutte o una parte delle attività del Parlamento nonché il divieto di rappresentare il Parlamento in una delegazione interparlamentare, una conferenza interparlamentare o qualsiasi sede interistituzionale per un periodo di un mese, per avere esposto uno striscione ed essersi svestito, rimanendo in modo inappropriato durante la seduta del 16 settembre scorso. La decisione è stata notificata all'interessato oggi e, a norma dell'articolo 177 del regolamento, l'on. Sinčić dispone di due settimane dalla notifica della sanzione per presentare un ricorso contro tale decisione all'Ufficio di presidenza.

E ancora, vorrei informarvi che ho deciso di infliggere una sanzione nei confronti dell'on. Ioannis Lagos, consistente nella perdita del diritto all'indennità di soggiorno per un periodo di sette giorni, nonché nella sospensione temporanea a partire dal 22 ottobre scorso per un periodo di quattro giorni consecutivi dalle riunioni del Parlamento o di qualsiasi dei suoi organi, commissioni o delegazioni e dalla partecipazione a tutte o a una parte delle attività del Parlamento per aver turbato, con l'utilizzo di un linguaggio ingiurioso, la seduta del 17 settembre 2020. La decisione è stata notificata all'interessato oggi e, a norma dell'articolo 177 del regolamento, l'on. Lagos dispone di due settimane per presentare un ricorso interno contro tale decisione all'Ufficio di presidenza.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ*Wiceprzewodnicząca***15. Entwaldung (Aussprache)**

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Delarę Burkhardt w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności w sprawie wylesiania (2020/2006(INL)) (A9-0179/2020).

Chciałabym poinformować Państwa, że w żadnej debacie w tej sesji miesięcznej nie przewidziano procedury zgłoszeń z sali i nie będą przyjmowane niebieskie kartki ani wnioski w sprawie przestrzegania Regulaminu. Przewidziano możliwość wystąpień zdalnych z biur kontaktowych Parlamentu w państwach członkowskich.

Delara Burkhardt, Berichtersterterin. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, heute aus Berlin mit Ihnen diese wichtige Debatte zu führen, die unser aller Alltag immer wieder betrifft. Ob in unserem morgendlichen Kaffee, in der Schokolade, im Grillfleisch, sogar in Autositzen, in vielen unserer alltäglichen Konsum- und Gebrauchsgüter steckt die Zerstörung unserer Wälder. Und wir Verbraucherinnen und Verbraucher tragen oft unbewusst dazu bei.

Weltweit werden Wälder gerodet, verbrannt und niedergewalzt, um Platz für Landwirtschaft zu schaffen. Es wird Platz gemacht für den Anbau von Soja, Kaffee, Kakao, Palmöl und anderen Rohstoffen. Ebenso für Rinder, deren Fleisch und Leder auch auf dem europäischen Markt gehandelt werden und zu 10 % der globalen Entwaldung beitragen. Da es keine einheitlichen Regeln oder verlässliche Labels gibt, können wir nicht sicher sein, dass die Kaffeebohnen, das Sojafutter, das Rindsleder nicht aus Gebieten wie dem Amazonas stammen, die dort absichtlich in Agrarland umgewandelt wurden.

So kommt es, dass auch für die Steaks, die wir hier in Europa auf den Grill legen, auf einem anderen Kontinent wortwörtlich der Regenwald brennt. Europas größte Fleischverarbeiter und Steakhaus-Ketten beziehen ihre Produkte regelmäßig von führenden brasilianischen Fleischproduzenten, die mit der Zerstörung von Wäldern in Verbindung gebracht werden, obwohl sie sich selbst dazu verpflichtet haben, keine Wälder abzuholzen. Sogar in europäischen Autos steckt Entwaldung: Erst kürzlich haben NGOs aufgedeckt, dass eine bekannte deutsche Automarke das Leder für einige ihrer Luxusautos von italienischen Lieferanten kauft, die wiederum ihr Material von paraguayischen Farmen beziehen, die ihre landwirtschaftlichen Aktivitäten skrupellos auf die Wälder des Gran Chaco ausweiten. Allein im Jahr 2019, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde in Paraguay alle zwei Minuten eine Fläche von der Größe eines Fußballfeldes zerstört. Und das ist nur eines von vielen Beispielen. Im Jahr 2019 kam es zu einem Verlust an primären Regenwäldern von der Größe Belgiens. Länder wie Brasilien, die Republik Kongo und Indonesien sind mit am stärksten betroffen.

Europa trägt durch seinen Verbrauch Anteil an dieser globalen Entwaldung. Und niemand in Europa sollte sich erst vor dem Supermarktregal für oder gegen ein entwaldungsfreies Produkt entscheiden können, aber aktuell gibt es keine europäischen Regeln, die das verbieten. Die Europäische Kommission hat letztes Jahr in ihrer Mitteilung zum Schutz internationaler Wälder angekündigt, dagegen vorzugehen. Und der vorgelegte Arbeitsplan – und darüber freuen wir uns sehr, Herr Sinkevičius, – bestätigt das.

Aber auch im Europäischen Parlament waren wir nicht untätig und haben uns vorbereitet. Wir stimmen diese Woche über einen Bericht ab, der Forderungen für diese Gesetzesinitiative enthält und dabei ein einfaches Prinzip verankert: Wenn ein Unternehmen Produkte auf den EU-Markt – immerhin den größten der Welt – bringen will, muss es nachweisen, dass die gesamte Lieferkette, einschließlich Zulieferern, Geschäftspartnern und Händlern, keine Produkte oder Leistungen beinhaltet, die mit Abholzung von Wäldern oder der Zerstörung von anderen wertvollen Ökosystemen im Zusammenhang stehen.

Doch die Zerstörung von Wäldern, den grünen Lungen unseres Planeten, Heimat für 80 % der ländlichen Artenvielfalt und einer unserer stärksten Verbündeten im Kampf gegen den Klimawandel, ist nicht nur eine ökologische Katastrophe, sie ist auch eine soziale. Denn die Zerstörung von Wäldern ist oftmals Folge und Ursache von Menschenrechtsverletzungen. Deshalb müssen Unternehmen auch nachweisen können, dass ihre Produkte nicht mit Verletzung von Arbeitsrechten, Landraub und Gewalt gegen diejenigen in Verbindung stehen, die von, mit und in Wäldern leben.

Wo Menschenrechtsverletzungen oder Naturzerstörung Teil einer Lieferkette sind, obwohl ein Unternehmen darauf Einfluss gehabt hätte, sollen europäische Unternehmen für diese Schäden zivilrechtlich haftbar gemacht werden können und für Entschädigung aufkommen. Anders als oft behauptet, werden Unternehmen also nicht für Vorgänge verantwortlich gemacht, auf die sie keinerlei Einfluss nehmen können. Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten. Ein Gesetz ohne Haftungsregel wäre nicht viel mehr als eine zahnlose Absichtserklärung.

Diese Regeln sollen auch für Finanzinstitute gelten. Menschen müssen Gewissheit darüber haben, dass ihre Anlagen nicht dazu verwendet werden, umweltzerstörerische, menschenrechtsverletzende Aktivitäten zu finanzieren. Die Globalisierung könnte so dank starker europäischer Standards gerechter und nachhaltiger gestaltet werden. So machen wir einen Unterschied und organisieren einen Green Deal, der nicht nur innerhalb Europas gilt, sondern auch unserer globalen Verantwortung gerecht wird.

Viele Unternehmen teilen die Position, dass verantwortungsvoll produzierte Güter kein *nice-to-have* für Marketinggründe sind, sondern eine Notwendigkeit für das Überleben unseres Planeten. Mit dem hier skizzierten Gesetzesrahmen würden Unternehmen unterstützt, die bereits heute verantwortlich wirtschaften. Gleichzeitig würde ein fairer Wettbewerb gegenüber denjenigen geschaffen, die bisher auf Kosten der Natur und Menschen Profit geschlagen haben.

Das Europäische Parlament hat es also diese Woche in der Hand, Druck zu machen und der Kommission einen ambitionierten Vorschlag mitzugeben. Ursula von der Leyen hat in ihrer Bewerbungsrede gesagt, dass sie Gesetzesvorschläge aus dem Parlament ernst nehmen wird, wenn wir sie unterstützen. Das Parlament sollte sie heute dazu aufrufen und an dieses Versprechen erinnern. Und wir sollten heute Herrn Sinkevičius einen ambitionierten Vorschlag mit in die weitere Arbeit geben, damit uns beim Genuss von Schokolade oder von Kaffee kein bitterer Nachgeschmack bleibt und wir in Europa eine globale Führungsrolle gegen Entwaldung, für Naturschutz sowie die Wahrung der Menschenrechte einnehmen. Und hierzu haben wir heute die Gelegenheit. Bitte unterstützen Sie den Vorschlag.

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

Karin Karlsbro, föredragande av yttrande från utskottet för internationell handel. – Herr talman! "Skogen viskar om förfäders mödor. När jag går i hembygdsskogarna finns spåren överallt av generationers arbete för kommande släkters väl." Så uttryckte sig en vän till mig när jag frågade några bekanta vad skogen betyder för dem. Jag kommer från ett land som till över hälften består av skog. Skogen är en av våra främsta resurser, som skapar tillväxt och nytta och som generationer skogsägare har förvaltat med omsorg och långsiktighet långt innan ordet hållbarhet blev ett internationellt begrepp.

Skogen är jordens lungor, ett skafferi, en energiresurs. Skogen är hem för en ovärderlig biologisk mångfald och en plats för sinnesro. Som koldioxidsänka är skogen helt avgörande för att vi ska rädda klimatet. Men samtidigt hotar ett allt varmare klimat skogarnas framtid. Avskogning är ett globalt problem, ett hot mot klimatet, ett hot mot arternas överlevnad. Men också ett hot mot långsiktig ekonomisk tillväxt. Olaglig skogsavverkning leder inte bara till miljöproblem. Det leder också till fattigdom, uteblivna skatteinkomster och risk för ökad korruption.

Att få fler länder att samarbeta för hållbar handel med skogsprodukter är extremt viktigt, och att göra det tillsammans med näringslivet och i samverkan med civilsamhället är nödvändigt. EU:s ramverk, FLEGT, som syftar till hållbart skogsbruk och att motverka illegal avverkning, är ett led i detta. Därför måste vi utveckla och stärka detta samarbete och göra det lättare för fler länder, företag och skogsbrukare att bedriva och handla med skogsprodukter på ett hållbart sätt. Det gynnar oss, det gynnar oss alla och det gynnar framtida generationer. Ett starkt Europasamarbete mot avskogning och det här betänkandet behövs och gör skillnad.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking this Parliament for its valuable work and for its continuous support to address what has become one of the main threats to our planet – global deforestation.

Let me congratulate you, Ms Burkhardt, and the entire Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, on your important report, which calls for an EU legal framework to halt and reverse EU-driven global deforestation. It is good to see that we agree on the importance of this subject, and that we share a sense of urgency.

Our EU biodiversity strategy for 2030 stresses the importance of increasing the quantity, quality and resilience of our own forests. But while the area covered by forests in Europe increases, forest degradation and international deforestation threaten the well-being of all of us. Deforestation is a major source of greenhouse gas emissions, causing climate change. It is pushing animals and plants to extinction and affecting the rights of indigenous peoples in some parts of the world. In short, it is akin to choking life on Earth.

Deforestation is also a complex problem, and there is no easy solution. No major economy in the world has yet managed to eliminate products linked to deforestation for its supply chains, and yet this is exactly what we have to do and what we plan to do. EU demand and consumption, our way of life, should not trigger deforestation and forest degradation. In fact, this should go for everyone. We have to break the link.

Your report and the legislative initiative resolution which this House will adopt tomorrow is an extremely important contribution in this regard. We particularly appreciate that through this report, the European Parliament has been truly effective in drawing attention to the issue of deforestation. Public awareness and support are crucial if we really want to change things. The report addresses highly relevant issues and contains a number of important messages. It is certainly true that the limited uptake of voluntary schemes failed – failed to deliver on the promise of reducing deforestation – and that mandatory action is needed. Getting the product scope right and ensuring that it is scientifically based and regularly updated will definitely be a key aspect of any future action. It is also true that we should not forget that high carbon stock and biodiversity rich ecosystems, other than forest, marine and coastal ecosystems, wetlands, peatlands or savannas are equally threatened.

Let me be clear, we are determined to act and to use the EU's economic weight to help protect, restore and sustainably manage the world's forests. As you probably know, we have already started preparatory work on a new legislative proposal to curtail the placing of products associated with deforestation or forest degradation on the European market. This objective is enshrined in the European Green Deal, the EU biodiversity strategy for 2030 and farm-to-fork strategy. We are currently working on an impact assessment and we have launched a public consultation that will run until 10 December. The adoption of this proposal is currently scheduled for next year, 2021, the second quarter.

In the current impact assessment process and in line with our better regulation principle, we are of course assessing a variety of policy options. These include due diligence and bilateral agreements with third countries, but not only. We are, for example, studying the system put in place by the EU regulation to prevent, deter and eliminate illegal, unreported and unregulated fishing, as well as different forms of verification systems, among other options. In parallel, we are also conducting a fitness check of the rules in place to fight illegal logging, namely the EU timber regulation and the FLEGT regulation, to take action into account of our past experience and better understand what has worked and what has failed. We expect to finalise these fitness checks in early 2021, so that their results can duly inform the decision-making process. We have been implementing the due diligence system of the EU timber regulation for more than seven years and have been negotiating and implementing flexible, voluntary partnership agreements for much longer.

Let me be clear, we will certainly not shy away from proposing strong mandatory action to address the problem, but we need to make sure that whatever we propose works, that it has the necessary impact on the ground and that it is compatible with our WTO obligations.

Let me conclude by saying that the report of the European Parliament constitutes an important contribution and goes beyond the legislative work of the Commission, meaning it should also translate in the work of other sectors, including working in partnership with producing countries to reduce pressures on forest and help them implement sustainable forest-based value chains – ones adopted by this House. We will carefully analyse your recommendations and will duly consider these when developing our proposal.

Honourable Members, between 1990 and 2020, about 10% of the world's forest cover was destroyed – an area bigger than India. If deforestation were a nation, it would be the third biggest emitter of greenhouse gases after China and the US. We cannot underestimate this challenge, and we have to act. This is also why our efforts to curtail the risk of deforestation and forest degradation feature prominently in the Commission's work programme for the next year, which the College adopted only two days ago. It is our responsibility to do our part to change this course and it is in our hands to do it effectively, already in upcoming months. Let us not waste this unique opportunity. Let us do this together.

Martin Häusling, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Landwirtschaftsausschusses*. – Herr Präsident! Frau Burkhardt, ich darf Ihnen recht herzlich zu diesem Bericht gratulieren, der ist wirklich ein großer Schritt nach vorne. Auch vielen Dank an den Kommissar, dass man daraus jetzt auch Maßnahmen kreieren kann, denn die Dramatik der Abholzung hat in den letzten Jahren dermaßen zugenommen, dass man wirklich was tun muss.

Ich glaube auch, dass Europa zu mehr als 10 % an der Entwaldung beteiligt ist. Wenn ich mir allein vorstelle, dass wir ungefähr 10 % unserer Futterfläche ja nochmal in Südamerika haben – das heißt, Sojaimporte sind ja die Grundlage geworden für die massiven Investitionen in die Massentierhaltung, da müssen wir uns gewahr werden, dass wir einen großen Teil der Verantwortung auch in diesen Ländern tragen. Wir können Eiweiß auch in Europa selber produzieren, das geht, und diese Wege müssen wir eingehen.

Palmöl – ein weiteres großes Thema. Wir haben uns ja entschlossen, Palmöl nicht mehr einzusetzen als erneuerbare Energie. Das müsste eigentlich früher gehen. Aber auch nochmal ganz klar: Freihandelsabkommen, Herr Kommissar, wie das Mercosur-Abkommen – da müssen wir anders mit umgehen, als das, was jetzt auf dem Tisch liegt.

Ein letzter Punkt: Wir müssen auch europäische Wälder schützen, und ich erinnere daran, dass auch in Europa die Karpaten massiven Schutz brauchen, und den haben wir im Moment nicht.

Caroline Roose, *rapporteuse pour avis de la commission du Développement* – Merci monsieur le président. Cette semaine, notre Parlement se prononce sur le projet de réforme de la politique agricole commune, mais comment voter pour cette réforme insuffisante, alors même que l'Amazonie est en proie à la déforestation et à la multiplication des feux de forêt? Regardons les choses en face: notre modèle d'agriculture industrielle fortement dépendant des importations de soja est grandement responsable. Il est responsable de la déforestation, de la destruction d'écosystèmes uniques et des habitats de nombreuses espèces animales, et de l'accaparement des terres aux dépens des droits des paysans et des peuples autochtones.

Cela fait des années que le problème est identifié et pourtant rien n'est fait pour le résoudre. Le rapport que nous allons voter demande à l'Union européenne d'élaborer un cadre légal pour lutter contre la déforestation et la dégradation des forêts. Le rapport repose notamment sur le devoir de vigilance et la responsabilité des entreprises. Je suis rapporteure dans la commission du développement sur la responsabilité environnementale des entreprises. Celles qui, directement ou via des sous-traitants, contribuent à la déforestation doivent pouvoir être jugées. Il est important que les populations des pays en développement aient effectivement accès à la justice. Le temps de l'impunité doit cesser. Les coupables d'écocide doivent être jugés.

Hildegard Bentele, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Geschwindigkeit und der Umfang, mit der wir und in dem wir derzeit weltweit Waldflächen verlieren, sind atemberaubend und hochgefährlich. Wir in der EU tragen mit dem Konsum von Soja, Palmöl und Fleisch zu dieser Zerstörung bei. Auch wenn unser Anteil nur 10 % beträgt, ist für uns klar: Wir müssen handeln, wir müssen diesen Trend umkehren, wir müssen Waldflächen schützen!

Mit dem vorliegenden Entwurf eines neuen EU-Rechtsrahmens, den wir gemeinsam in der Green-Deal-Entscheidung beschlossen haben, gehen wir die richtigen Schritte. Wir wollen, dass für besonders waldgefährdende Produkte die ganze Lieferkette nachverfolgbar wird, insbesondere der Ort, von dem das Produkt stammt. Wir wollen sicherstellen, dass es nicht von einer Fläche kommt, für die Wald gerodet wurde.

Wenn wir ein solches Regelwerk für alle Unternehmen hinbekommen, die ihre Produkte in Zukunft auf den europäischen Markt bringen wollen, dann hätten wir wirklich einen großen Fortschritt erzielt, was unsere Verantwortung als Europäer für den Waldschutz weltweit betrifft. Aber, meine Damen und Herren, hierfür brauchen wir die Unternehmen als Partner, denn der Staat kann nicht jeden Baum und jeden Bauern überwachen.

Wir brauchen schärfere Maßnahmen, wenn das Risiko größer ist. Wir brauchen umsetzbare und auch für kleinere und mittlere Unternehmen erfüllbare Maßnahmen. Wir brauchen vorab eine Folgenabschätzung, wir brauchen Rechtssicherheit durch klare Vorgaben. Ich finde, wir sind klug beraten, wenn wir dabei auf bestehende Zertifizierungssysteme zurückgreifen, sie gegebenenfalls verbessern und standardisieren und idealerweise mit dem Label „EU-geprüft“ versehen.

Wir haben weit ausgeholt im Umweltausschuss. Es soll nicht nur der Wald, es sollen auch die Menschenrechte geschützt werden, insbesondere die Rechte der indigenen Völker. Das ist richtig, denn auch dieser Verantwortung müssen wir uns stellen. Aber wir sollten auch nicht durch die Hintertür Fakten schaffen und die federführenden Ausschüsse bei der Formulierung verbindlicher Sorgfaltspflichten umgehen, so wie das mit diesem Bericht getan werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem neuen Rechtsrahmen verbindet sich die große Hoffnung und Erwartung, dass wir die Entwaldung, die auf den Konsum in der EU zurückgeht, deutlich verringern und damit standardbildend für die anderen 90 % der Verbraucher weltweit wirken. Daher ist es sehr wichtig, dass wir die Maßnahmen jetzt richtig aufsetzen und dass sie schnell wirken.

Jytte Guteland, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, there is no doubt that global deforestation is an enormous problem, and we need to take good care of the world's forests. They are the lungs of this earth.

There is an ongoing and very worrisome trend, with the loss of global tree cover and the destruction of forest in many third countries outside of Europe. This has dramatic consequences for our climate and our ecosystems. It also has grave social impacts. Almost one in every four people in the world today depend on forests for their daily livelihood and income. Indigenous people around the world – for example, in the Amazon – are heavily dependent on forests, and deforestation threatens their livelihood.

There are also completely flagrant and abhorrent human rights violations due to conflicts linked to the situation. In the Amazon region alone, we have seen how more than 300 people have been killed in resource and land use conflicts in the last decade. This is really awful and can never be accepted.

Although this deforestation takes place in other parts of the world, we see here in Europe that we have a responsibility to act. Our own consumption is a big part of the problem; it contributes to at least 10 % of global deforestation. Therefore, we must look at ways to better ensure that we halt global deforestation, including through our own consumption. As a consumer, I want to know that my consumption doesn't have negative effects on the environment or on people who live in other countries. Commodities used in EU should not lead to deforestation and human rights abuses in the countries where the products have been produced. All of us agree on that, and now it's time to act.

Pascal Canfin, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je pense que nous avons tous envie, lorsque nous prenons une tasse de café, lorsque vos enfants ou les miens mangent une escalope de poulet, de savoir si nous contribuons ou non à la déforestation de l'Amazonie.

Or, aujourd'hui, malheureusement, comme nous ne le savons pas, comme aucune règle européenne n'empêche les produits issus de la déforestation de l'Amazonie ou, en Afrique, du bassin du Congo ou encore, en Asie, de l'Indonésie, il est très probable qu'à notre insu, nous y contribuons.

Et c'est là qu'il faut changer. Il faut changer la règle de manière assez simple et finalement très consensuelle. La proposition de loi que nous allons voter aujourd'hui est soutenue de l'extrême gauche au PPE, par la droite, le centre, les Verts et la gauche. Cela veut dire qu'on peut trouver un compromis lorsque l'on travaille intelligemment sur ces sujets, parce que c'est notre intérêt général et c'est notre bien commun: à la fois en tant que consommateurs et aussi en tant que citoyens du monde, notre intérêt général est de protéger un bien commun comme l'Amazonie.

J'ai entendu que vous alliez proposer, dès le premier trimestre 2021, une proposition de loi sur ce sujet: nous la soutiendrons si elle est ambitieuse et cohérente avec ce que nous vous proposons aujourd'hui et qui, encore une fois, est soutenu par une très vaste majorité politique. Les choses sont assez simples, il y a aujourd'hui des entreprises européennes qui ont montré l'exemple, qui sont capables de dire «j'ai mis fin à la déforestation sur ma chaîne d'approvisionnement». Il suffit donc de prendre ce qu'elles ont testé et réussi, de reprendre leurs bonnes pratiques et de dire: «dorénavant, si vous voulez vendre sur le marché européen du chocolat, du soja, de l'huile de palme, de l'hévéa, etc., alors il faut respecter ces bonnes pratiques, qui sont déjà mises en œuvre par nos meilleures entreprises européennes». Le chemin est assez simple, à savoir plus de transparence.

Je voulais dire un mot sur les traders. N'oubliez surtout pas, lorsque vous allez rédiger votre texte, Monsieur le Commissaire, que les traders, c'est une boîte noire opaque qu'il faut absolument ouvrir pour lutter efficacement contre la déforestation. Nous comptons sur vous, vous serez soutenu par le Parlement dans cette aventure.

Teuvo Hakkarainen, *ID-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, metsäkato ei ole niinkään Euroopan ongelma. Metsäkadon suurin syy on ihmisten holtittomuus. Jos sitä ei saada hillittyä, kato kiihtyy. Afrikka on tästä yksi esimerkki. Sinne on heitetty miljarditolkulla kehitysapumiljardeja ja kato vain suurenee.

Pellonraivauksen väitetään aiheuttavan suurimman osan metsäkadosta. Tämä varmaan pitää paikkansa, mutta tilanne ei kuitenkaan surkuttelulla parane, vaan on otettava mallia.

Suomessa metsäpinta-ala kasvaa koko ajan. Suomi on metsien hoidossa esimerkkinä. Ottakaa mallia siitä. Metsänhakuun jälkeen meillä on velvoite välittömästi istuttaa uudet puut tilalle, ja tätä mallia pitää pyrkiä myös sinne kehitysmailiin. Lisäksi kustannus metsien uudistamisessa on hyvin pieni. Esimerkiksi minä olen henkilökohtaisesti varmasti istuttanut vähintään 100 000 puuta. Suurimmat niistä on tämän kokoisia. Tulkaa katsomaan Suomeen mallia, miten torjutaan metsäkatoa ja miten saadaan sitä metsäpinta-alaa lisää.

Marie Toussaint, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Bonjour, Monsieur le Président, chers collègues, Monsieur le commissaire, je nous appelle à mesurer l'importance du texte dont nous débattons aujourd'hui et pour lequel je félicite sa rapporteure Delara Burkhardt.

On peut défendre les forêts pour leur beauté, on peut les défendre pour le mystérieux lien qu'elles tissent entre nous et les origines du monde, on peut défendre les forêts parce que l'on défend les droits de la nature. Mais soyons également convaincus que nous devons défendre les forêts parce qu'en les protégeant, c'est notre existence elle-même que nous protégeons, parce que les forêts sont le poumon de l'humanité et de la planète. Entre 1970 et 2012, 58 % des animaux vertébrés ont disparu à cause de la déforestation. Alors pouvons-nous imaginer préserver la biodiversité sans préserver les forêts du monde? La réponse est non. Pouvons-nous espérer tenir nos engagements climatiques sans préserver les forêts du monde? Là encore, la réponse est non, parce que les forêts couvrent 31 % de la surface terrestre et qu'elles constituent, après les océans, le 2^e grand puits de carbone de la planète.

Continuer de les détruire, c'est nous condamner à perdre la bataille du climat.

J'ajoute que la déforestation exacerbe les menaces qui pèsent sur les communautés autochtones, victimes d'attaques, parfois même de meurtres, parce qu'elles prétendent défendre leurs terres et leurs droits. La déforestation est l'autre nom de la violation des droits des peuples. Qui prétend défendre les droits humains doit donc y mettre un terme.

Parlons clair: nos forêts continuent d'être détruites au bénéfice du commerce; les profits à court terme l'emportent aujourd'hui encore. L'agriculture industrielle à elle seule est responsable de 40 % de la déforestation mondiale, l'Union européenne, de 10 %. Alors oui, l'Europe doit ouvrir la voie. Oui, il nous faut un devoir de vigilance qui s'impose aux entreprises et à leurs financeurs. Nous devons reconnaître le droit universel à un environnement sain pour toutes et pour tous, garantir l'accès à la justice, protéger les défenseurs de l'environnement. Nous devons aussi mettre fin à l'écocide en cours en Amazonie, en portant la reconnaissance de ce crime au niveau international et en garantissant enfin un statut légal pour les communs naturels mondiaux. Alors soyons ambitieux, adoptons ce texte protégeant les forêts: nous parlons de notre avenir, nous parlons de l'Europe, nous parlons de notre responsabilité face à la destruction de la planète.

Mazaly Aguilar, *en nombre del Grupo ECR*. – Señor presidente, la deforestación global es un problema que nos une y, sin embargo, informes como el que estamos discutiendo nos separan. No podemos utilizar la lucha contra la deforestación para atacar sin datos la biotecnología o comenzar la transición hacia un paraíso vegano. No se puede estigmatizar una producción como la soja, que es fundamental para alimentar a nuestro ganado y que procede principalmente de los Estados Unidos de Norteamérica, un país donde no hay deforestación.

Me parece contraproducente ridiculizar los esfuerzos del sector a través de la certificación o los acuerdos voluntarios. Solo a través de objetivos realistas y una cooperación leal con el sector, vamos a conseguir el objetivo de reducir la deforestación fuera de la Unión Europea.

Me gustaría ser muy clara. Tenemos que prohibir en la Unión Europea todas las importaciones de productos que procedan de zonas deforestadas, pero no centremos el debate exclusivamente en Hispanoamérica: la deforestación es mucho mayor en zonas de Asia y África, de las que no hablamos.

Kateřina Konečná, *za skupinu GUE/NGL*. – Pane předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, již skoro pět let se věnuji tématu odlesňování bedlivě, a to i díky tomu, že jsem byla historicky první zpravodajkou Parlamentu k tématu odlesňování a palmového oleje.

Za tu dobu jsem zažila ze strany Komise bohužel všemožné zdržovací taktiky a slyšela od zástupců třetích zemí mnoho pohádek na téma „vše je v pořádku a děláme, co můžeme“. Přiznám se, že toho mám dost. Již delší dobu jsme svědky naprosté devastace celosvětových lesů a pralesů. A nehodlám na nikoho ukazovat prstem, jelikož se jedná o celosvětový problém. Za zásadní fakt však považuji, že Evropská unie je jeho součástí, a tedy i na ní spočívá břemeno hledání řešení.

Není totiž možné jinak, když dáváme palmový olej do biopaliv a evropské banky financují odlesňování ve třetích zemích. Chtěla bych poděkovat kolegyni zpravodajce za její práci a doufám, kolegyně a kolegové, že její zpráva už nebude změněna těmi, co se domnívají, že strkáním hlavy do písku se problémy vyřeší, anebo těmi, co chtějí celý tento komplexní problém hodit na spotřebitele.

Ursula von der Leyenová se ve svém projevu o stavu Unie tématu odlesňování dotkla několikrát a já věřím, že Evropský parlament by se neměl bát ambiciózního přístupu a neměl by měnit stanovisko Výboru pro životní prostředí. A to platí i pro vás, kolegové, kteří jste Ursulu von der Leyenovou do funkce zvolili, prosím respektujte její slova a podpořte náš text.

Eleonora Evi (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dall'inizio di questo dibattito fino all'ultimo intervento, il mondo avrà perso tra i mille e i duemila campi di calcio di superficie forestale. Si stima infatti che dal 1990 al 2016 la deforestazione globale sia ammontata a 1,3 milioni di metri quadrati, ovvero l'equivalente di 800 campi di calcio ogni ora.

Dati satellitari ci dicono che nella foresta amazzonica brasiliana la deforestazione avanza a ritmi ben più elevati. Parliamo dell'equivalente di un campo da calcio ogni minuto e questo trend non accenna a diminuire. Nei primi quattro mesi di quest'anno la distruzione della foresta amazzonica è aumentata del 55 % rispetto all'anno precedente, ma puntare il dito contro le politiche folli e criminali di Bolsonaro non basta, la caccia ai responsabili di questo ecicidio deve iniziare da casa nostra.

L'Unione europea infatti con il suo consumo di prodotti come olio di palma, soia, carne, gomma e legno è responsabile per il 10 % della deforestazione globale. È ora di mettere fine a questa catastrofe, ma la soluzione non è certo indicare in etichetta quali prodotti sono a deforestazione zero e quali no, lasciando così al consumatore la scelta, come suggerivano alcuni, bensì fare in modo che quei prodotti realizzati tramite deforestazione, conversione e degrado degli ecosistemi naturali non possano essere venduti sul mercato europeo.

Per questo serve un quadro giuridico basato sulla *due diligence* e che si applichi a tutti i soggetti che operano all'interno della catena di approvvigionamento dei beni legati alla deforestazione, compresi gli istituti di credito europei che in questi anni non si sono fatti alcun problema a finanziare chi distrugge il polmone verde del nostro paese. I cittadini europei non vogliono macchiarsi di questo crimine ambientale, aiutiamoli.

Michał Wierzyk (PPE). – Mr President, a total of 13 million hectares are deforested globally each year. The main driver of deforestation is the expansion of agricultural land and the production of three commodities: soy, beef and palm oil. The Union has a share in this as it imports up to 10% of the global consumption of products associated with deforestation. We will ask the Commission to come up with a legal framework to prevent this and make supply chains bringing products to our markets sustainable.

The global preservation of forests and preventing their degradation are some of the biggest sustainability challenges of our time. Crucial steps are needed to achieve this, but we are opposing and fighting these steps even in this very House. We should stop pretending that there exists a single ultimate solution called sustainable forest management, a remedy for deforestation. We will lose primary forests all around the world in a vain attempt to manage them sustainably. We must protect primary forests from being extracted.

However, not only forests are affected by the degradation as a result of economic activities. In Brazil, the Cerrado ecosystem is a biodiversity hotspot, home to 5% of global biodiversity. The conversion and degradation of this ecosystem has been happening at a faster pace than for the Amazon rainforest and it is crystal clear that these ecosystems will be exposed to increased pressure to be turned into agricultural land. The problem is complex.

I will vote in favour of a call for a legal framework that takes account of forest and other valuable ecosystems and therefore recognises forest and ecosystem risk commodities. To sum up, I congratulate the rapporteur for preparing such a complex and effective file and I am ready and happy to vote in favour of it.

César Luena (S&D). – Señor presidente, señor comisario, señorías, es muy importante el debate de hoy sobre este informe para luchar contra la deforestación mundial y le quiero dar la enhorabuena a Delara Burkhardt porque creo que ha hecho un excelente trabajo.

Hemos aprobado en este Parlamento un informe sobre la emergencia climática, hemos aprobado también la Ley climática para conseguir la neutralidad y creo que hoy damos un paso más para convertir en la institución más ecologista del mundo al Parlamento Europeo, a una Cámara que está en la vanguardia en la lucha contra los efectos del cambio climático.

Señorías, se está hablando de ellos esta tarde, pero, ¿qué significan los bosques? Los bosques son ecosistemas únicos que albergan 60 000 especies de árboles diferentes, el 80 % de las especies de anfibios, el 75 % de las especies de aves y el 68 % de las especies de mamíferos en la Tierra. Son sumideros naturales de carbono de un valor incalculable en procesos naturales básicos como la purificación del aire y de las aguas, la absorción del carbono o la regulación de las temperaturas. Esto significan los bosques. ¿Cómo nos protegemos? Señor comisario, en virtud del artículo 225 del Tratado de Funcionamiento, está claro que va a haber una propuesta legislativa. Espero que nos la presente pronto. Dígaselo a la presidenta, Ursula von der Leyen.

Tenemos que proteger los ecosistemas forestales, y no quiero que nos olvidemos tampoco de los ecosistemas naturales, de los humedales. Tenemos que incluir capítulos sobre desarrollo sostenible vinculantes en los acuerdos de libre comercio como Mercosur, cumpliendo así el Acuerdo de París y la Agenda 2030 para el Desarrollo Sostenible. Señora Burkhardt, le felicito por el apartado 46 del informe.

En fin, señorías, estamos en la sexta extinción masiva de especies. El Holoceno se puede acabar en cualquier momento si seguimos así, así que aprovechemos este impulso, el impulso de esta tarde y de este informe para proteger y preservar los ecosistemas, la biodiversidad y los bosques.

Ulrike Müller (Renew). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Europäer arbeiten seit vielen Jahren daran, unseren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Natürlich ist es folgerichtig, dass wir uns auch mit den Auswirkungen unserer Importe befassen, vor allem mit unserem Beitrag zum Verlust der Regenwälder. Deshalb begrüße ich die Initiative sehr. Wir müssen damit aber tatsächlich auch etwas Gutes tun, statt uns nur ein grünes Feigenblatt zu schaffen.

Zentral dafür ist das Gesetz in der Praxis, dass es umsetzbar ist und nicht nur unkalkulierte Risiken und hohen bürokratischen Aufwand für unsere Unternehmen bedeutet. Erstens werden wir weiterhin Importe brauchen und darauf angewiesen sein: Viele Früchte wie Kakao, Kaffee, Tee und anderes wachsen nun mal nicht bei uns in Europa. Zweitens wird der ökologische Beitrag eines solchen Lieferkettengesetzes nur dann positiv sein, wenn wir mit den betroffenen Regionen auch weiterhin Handel betreiben und ihnen helfen, nachhaltiger zu werden.

Wir werden uns durch ein nicht umsetzbares Gesetz abschotten. Verschieben sich die Exporte tatsächlich in Richtung anderer Länder, die weniger Bedenken haben, so ist damit für den Regenwald nichts gewonnen, Herr Kommissar. Deshalb fordere ich eine gründliche Gesetzesfolgenabschätzung und einen umsetzbaren Geltungsbereich. Die Schaffung unkalkulierbarer Rechtsrisiken lehne ich dagegen ebenso deutlich ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Initiative wollen wir in unserer Rolle auf die spezielle Situation in den Drittstaaten eingehen, in denen die Prinzipien der nachhaltigen Forstwirtschaft nicht konsequent angewandt werden. Die Forstwirtschaft in unseren Mitgliedstaaten hingegen ist weltweit führend im nachhaltigen, verantwortungsvollen Bewirtschaften der Wälder. Es ist klar, dass hier verschiedene Maßstäbe angesetzt werden müssen. Es muss deshalb auch klar sein, dass wir mit diesem Lieferkettengesetz keine zusätzlichen Belastungen für unsere Forstwirte schaffen dürfen.

Aurelia Beigneux (ID). – Monsieur le Président, l'Europe, je le rappelle, est le premier continent responsable de la déforestation importée. Dans le monde, 13 millions d'hectares sont déboisés chaque année et la grande majorité de cette déforestation a lieu dans les forêts tropicales. Une fois encore, l'Union européenne agit comme principal maillon de la chaîne de la déforestation. Celle-ci est majoritairement liée à trois produits de base: le soja, le bœuf et l'huile de palme. Il y a un lien direct entre la déforestation et le changement climatique, puisque 12 % des émissions mondiales de gaz à effet de serre sont la conséquence de ce déboisement. Il dégrade les écosystèmes endémiques majeurs, notamment dans les zones tropicales, si importantes pour la régulation des températures.

J'aurais pu voter favorablement pour ce rapport, s'il ne contenait pas deux erreurs majeures. Premièrement, encore une fois, nous sommes en présence d'un rapport qui permettra à des ONG de condamner des États souverains via les fameux tribunaux d'arbitrage. C'est une atteinte inqualifiable à la souveraineté de nos nations. Deuxièmement, l'Union européenne ne fait que se donner bonne conscience. Il est inutile de créer des produits estampillés zéro déforestation alors que le problème central reste les accords de libre-échange. Là encore, votre vision européiste nuit tant aux producteurs qu'à l'environnement, vous êtes donc fatalement un maillon de la chaîne de la déforestation. Sortons des trop nombreux traités de libre-échange que l'Union européenne a ratifiés, défendons un autre modèle tourné vers le localisme, stoppons cette libéralisation à outrance et revenons-en à un modèle réellement éthique.

Anna Deparnay-Grunenberg (Verts/ALE). – Mr President, a surface bigger than Switzerland is lost to deforestation worldwide every year. As Europeans, we are sadly jointly responsible every day for deforestation, for an incredible loss of biodiversity, for speeding up climate change, and for harming the rights of indigenous people – for example, when we simply order a ham sandwich at the station, and so maybe consume meat from animals fed with soy planted on illegally-logged forest soil.

No wooden product sold in Europe should come from illicit sources. No product that indirectly results from illegal logging should be imported. We know the mechanism that can help: mandatory due diligence for all enterprises in our common market. People in Europe know that forests are the lungs of our planet. So let's act now.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, prema podacima Global Forest Watch-a svakih šest sekundi izgubimo prašumu površine jednog nogometnog igrališta ili oko 7410 m². Unatoč uspjesima u očuvanju šuma, podaci Organizacije za hranu i poljoprivredu u Izvješću o stanju svjetskih šuma u ovoj godini, ističu jednu činjenicu: borba za suzbijanje gubitaka šuma još uvijek nije gotova.

Krčenje i degradacija šuma negativno utječu na brojne globalne ciljeve Europske unije u različitim poljima politike, kao što su zaštita biološke raznolikosti, klimatske promjene, ljudska prava, mir i sigurnost, dobro upravljanje i vladavina zakona.

Europska unija najprivlačnije je svjetsko tržište. Pravo je vrijeme da se u trgovinskim odnosima sa svijetom, ugrade neki pozitivni zakonski propisi i ciljevi očuvanja okoliša.

Moramo poduzeti mjere kako bismo osigurali da dobro uvezeno u Europsku uniju budu najmanje proizvod krčenja šuma. Stoga pozdravljam ovu inicijativu i vjerujem da će Europska komisija razmotriti predložene regulatorne mjere koje bismo mogli poduzeti i tako utjecati na smanjenje krčenja šuma.

Moj govor traje 90 sekundi. U tom vremenu, kolegice i kolege, iskrčeno je 15 šuma veličine nogometnog igrališta ili 148 200 m² prašume. To možemo promijeniti svojim djelovanjem i – započnimo to sada.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, het verslag over de ontbossing verdient al onze steun want we staan op een kantelpunt in onze geschiedenis. Als bijvoorbeeld de ontbossing van het Amazonegebied in dit tempo doorgaat, dan zal tegen 2030 alle CO₂ die er in miljarden jaren werd opgeslagen, geleidelijk aan weer aan de atmosfeer worden afgegeven. Dat zal als gevolg hebben dat de temperatuur in Latijns-Amerika met 2 graden stijgt en in de rest van de wereld met een halve graad, alleen maar door de ontbossing in het Amazonegebied. We bevinden ons dus op een kantelpunt.

We zijn vandaag allemaal slachtoffer van een wereldwijde pandemie. We weten ook hoe dat komt: omdat we als mens steeds dieper indringen in de natuur. De vraag rijst dan ook: waar zal de volgende pandemie vandaan komen? Uit de wouden van Congo, die steeds kleiner worden door het ontginningsbeleid? Of uit de oerbossen van Oekraïne, waar vandaag de dag heel veel gekapt wordt, bijvoorbeeld voor onze Ikea-meubelen? Het is hier al gezegd, maar we kunnen het niet genoeg benadrukken: 10 % van de ontbossing wereldwijd is het gevolg van wat wij hier eten en consumeren. Wat wij hier doen, heeft een enorm globaal effect. We moeten dus onze verantwoordelijkheid nemen!

Dit verslag is dan ook ontzettend belangrijk omdat het een oproep bevat tot wetgeving die bedrijven heel duidelijk zegt waar het op staat. Jullie producten zijn hier meer dan welkom, maar ze moeten fair geproduceerd zijn, met respect voor het milieu.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señor presidente, efectivamente es fundamental el debate que estamos teniendo hoy, porque cada año perdemos mucha masa forestal, el equivalente de Bélgica, en una pérdida anual de bosques tropicales primarios, pero que es una pérdida irreparable porque los bosques primarios no se pueden sustituir plantando más árboles: los bosques son mucho más que árboles. Por eso, es absolutamente necesario actuar rápido.

La Unión Europea es más o menos responsable de un 10 % de la deforestación mundial, y tenemos que abordar normas seguras y globales. Esta lo es, y no es una legislación contra nadie, es una legislación a favor.

Es una legislación a favor de las empresas europeas que cumplen estándares medioambientales y de derechos humanos y que tienen que competir en un mercado con la desventaja de hacerlo con empresas que no cumplen. Es una legislación a favor de los consumidores, que tienen derecho a conocer de forma transparente la cadena de suministro de los productos finales que consumen. Es a favor de los consumidores también cuando pedimos etiquetados claros, para saber que lo que llega a nuestras mesas y a nuestras casas no proviene de la deforestación ni de la explotación de bosques que están muy degradados. Por lo tanto, es también a favor de aquellas personas que mueren todos los años precisamente por defender los bosques.

Y también nos va a ayudar a comprender que cada vez que talamos, que hacemos desaparecer una hectárea de bosque, estamos haciendo desaparecer nuestra vida. Todos somos víctimas, pero todos somos responsables.

Dominique Bilde (ID). – Monsieur le Président, je suis ravie de vous parler depuis notre belle ville de Strasbourg.

À l'heure où les projecteurs du monde entier sont pointés en direction de la forêt amazonienne, un autre drame a lieu dans l'indifférence générale: celui de la déforestation de l'Afrique. Les forêts du continent africain disparaissent plus vite que les autres. L'explosion démographique est d'ailleurs l'une des causes majeures qui provoque cette accélération infernale. En coupant des arbres pour y étendre les zones agricoles, on détruit une biodiversité pourtant essentielle à la pérennité des cultures. L'expression «couper la branche sur laquelle on est assis» n'a jamais été aussi vraie, dramatiquement vraie.

À cela s'ajoutent les problèmes qu'on rencontre partout ailleurs. La production d'huile de palme, par exemple, qui n'en est d'ailleurs qu'à ses débuts au Cameroun ou en RDC. Une catastrophe annoncée, quand on sait que c'est là que se trouve la forêt tropicale du bassin du Congo – deuxième plus grande forêt du monde, demain réduite à néant? Surpopulation ou surexploitation, des Africains risquent d'être complètement dépassés. Nous en parlons peu, c'est pourtant un sujet essentiel pour eux comme pour nous.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, now is indeed the moment for European leadership, in order to make sure that we don't have deforestation or child labour in our supply chains.

I would like to communicate to you a message that has been sent today by major operators in this field, namely food producers such as Mars and Mondelez, who say that they, as major buyers of cocoa and other agricultural products, with longstanding engagement and continued efforts for sustainable cocoa, defend the report of Ms Burkhardt.

They warn against the amendments that are put there to water down the idea that we need mandatory measures, because that's what they want. They need mandatory measures because they know that voluntary mechanisms don't function. They are not able to guarantee supply chains which are free of deforestation and child labour.

Nicolás González Casares (S&D). – Señor presidente, «[l]os que ayer fueron bosques y selvas de agreste espesura, donde entre el misterio flotaban las brumas y brotaba la fuente, hoy son áridas lomas que ostentan deformes y negras sus hondas fisuras». Esto decía Rosalía de Castro, poetisa gallega sobre la destrucción de los bosques. Y es cierto, cada bosque cuenta una historia, historias de protección del ser humano. Despojándonos de los bosques, nos desprotegemos a nosotros mismos.

Y de esto trata este informe y por ello quiero felicitar también a Delara Burkhardt. Porque este informe nos ayuda a luchar contra la deforestación en todos los lugares del planeta, poniendo reglas de juego a nuestros modelos de consumo.

Necesitamos una mejor regulación. Necesitamos también proteger los bosques primitivos, los primigenios, los autóctonos. No solo fuera de la Unión Europea. También aquí estamos sufriendo esa deforestación y la sustitución por otros modelos de producción agroindustrial. Por eso aquí también tenemos que defendernos. Y recordar además que talar un bosque, despojarnos de él, fomenta el cambio climático y provoca también la huida de sus habitantes, no solo de aquellos biodiversos sino también de los humanos.

Por lo tanto, reclamar una regulación que proteja los bosques a todos los niveles será una buena opción para la Unión Europea.

Nicola Procaccini (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il fatto che in questo Parlamento si parli di deforestazione è già di per sé positivo. Il problema va affrontato, non trascurato, a patto che lo si faccia tenendosi a distanza dal solito estremismo ambientalista a cui non importa nulla dei dati scientifici.

Noi sappiamo che il nostro pianeta è sempre più verde, come documentano gli studi scientifici degli ultimi anni. Questo per effetto di alcune scelte politiche maturate lontano da qui, paradossalmente anche per effetto del riscaldamento globale. Dopodiché, sappiamo d'altra parte che la grave deforestazione tropicale non può essere compensata dalla riforestazione che viene compiuta in altre zone del mondo.

Ben venga dunque una particolare attenzione sul consumo del territorio boschivo, solo attenzione a non gravare le aziende europee di ulteriori oneri di natura geopolitica, perché non sarebbe giusto nei loro confronti, soprattutto in un momento come questo.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Mr President, deforestation is a threat to the biosphere and the well-being of all citizens on Earth. Today's debate has shown that we very largely agree on this and share those huge concerns. It is also a complex problem that requires concerted action among different players to be addressed.

Let me reply to some remarks and issues you have raised today. On the need for an impact assessment and the need to have businesses on board, I absolutely agree. I can only confirm once more that we are assessing all possible impacts and that we, of course, have to consider also the costs and administrative burden, especially on SMEs, and that we are carefully looking at the scope as well. All these elements are currently being carefully assessed in the context of the ongoing impact assessment.

On the need to protect forests also within the EU, I can only strongly reassure you that tackling global deforestation does not mean we stop looking at our domestic forests. Quite the contrary. This Commission, and I personally, are truly committed to fighting the worrying phenomenon of illegal logging. We have launched infringement procedures and are determined to find this till the end. Also, forests play a central role in our biodiversity strategy for 2030. They are a key focus of our work and, as you know, with Commissioner Wojciechowski I am preparing a forest strategy which updates the previous one and will take into account the recent resolution adopted by this Parliament.

On social aspects and the impact of deforestation on indigenous peoples, yes, the environmental dimension of global deforestation is closely interconnected with fundamental socio-economic factors – with poverty, corruption, human rights abuses and stability. This is why our initiative is so important, and this is why the fight against deforestation has to be fought together with indigenous people and local communities. They have to be part of the solution.

We are not playing delaying tactics, quite the contrary. The Commission is determined to act. We are putting to use our previous policy experience, we are leading exchanges among stakeholders and we are trying to design smart legislation that can ensure meaningful action on the ground.

We need to join forces. I would like to thank you once again for your support and your contributions in today's debate, but also for the legislative initiative resolution that you will adopt tomorrow. We look forward to taking it into account and to continue our close cooperation with this House over the next crucial months.

President. – The debate is closed.

The vote on the amendments will take place shortly. The final vote will take place on Thursday, 22 October 2020.

The sitting is suspended until 18.15 and the announcement of the results of the second voting session.

Written declarations (Rule 171)

Carmen Avram (S&D), in writing. – This report recalls the essential role of forests for our planet's ecosystem, biodiversity and future. It is a reminder that biologically diverse forests, being natural carbon sinks, are indispensable in the fight against climate change, in line with the Paris Agreement's goals to hold the increase in the global average temperature to well below 2°C above pre-industrial levels.

Fighting illegal timber logging is also central. It recalls the due diligence criteria of the EU Timber Regulation. The text repeats its demand that imports of timber and timber products should be more thoroughly checked at the EU's borders to ensure that imported products do indeed comply with our legislation.

Moreover, I want to stress that trade and investment policy need to be reviewed in order to address the global deforestation challenge in a more effective manner, and by creating globally a level playing field, and take into account the link between trade agreements and global biodiversity as well as forest ecosystems.

Finally I support the calls on the Commission and Member States to develop information and awareness-raising campaigns about the imported timber products and their impact on the world's forests and biodiversity-rich ecosystems. Our youth and next generation are on our side and we shouldn't lose them.

András Gyürk (PPE), írásban. – Az európai és globális erdők védelmének fontossága vitán felül áll. Ez a jelentés azonban nem alkalmas a kijelölt feladat teljesítésére, átlépi az uniós jogi keretet, és aránytalanul veszélyezteti az európai kis- és középvállalkozások működését. A javaslat hatástanulmány nélkül listázná az olyan termékeket, melyeket a zöld NGO-k leggyakrabban társítanak az erdőirtással, és a természetes ökoszisztémák romlásával. A baloldal ráadásul nyitva hagyná a rendelet alkalmazási körének bővítésének lehetőségét is. Európai tanúsítványrendszer híján a folyamat teljességgel átláthatatlanná és aránytalanná válna. Szintén problémás a jelentés önkényes hatálya. Az előadó kiterjesztené a javaslatot minden gazdasági szereplőre és a teljes értékláncra. Ez beláthatatlan következményeket és adminisztratív terhet jelentene a kkv-kra nézve. Ráadásul a dokumentum ilyen módon számos tagállami hatáskörbe tartozó területet érint, ami szintén elfogadhatatlan. Az erdők védelmét nem listázással és kvótákkal kell előmozdítani sem európai, sem globális szinten. Pozitív ösztönzőkre és nemzetközi együttműködésre van szükség. Ennek során érdemes számításba venni a tagállami bevált gyakorlatokat is. Egy ilyen jó példa Magyarország, amely vállalta, hogy 2030-ra harmadával, 27%-ra növeli erdőterületének nagyságát.

Rovana Plumb (S&D), in writing. – Global preservation of forests and preventing their degradation are some of the biggest sustainability challenges of our times, without which the objectives of the 2030 Agenda for Sustainable Development, the Paris Agreement and the Green Deal cannot be achieved.

I welcome the creation of a forest observatory to collect data and information on deforestation in Europe as well as globally. We have to call for this observatory to establish a mechanism to protect forest defenders. I fully support the creating of the early-warning alert mechanisms in order to notify public authorities, companies, including third-party schemes, and consumers of commodities originating in areas of eco-system conversion risk concerning loss and deterioration of forest and savannah and areas where human rights have been violated, and to assist in tackling these issues by intensifying dialogue and data sharing with respective third countries.

This mechanism is important to preserve the forestry sector which employs at least 500 000 people directly in the Union, and 13 million people worldwide, especially in rural areas. It encourages the Commission to strengthen the EU Action Plan on FLEGT, with a focus on Voluntary Partnership Agreements, and incorporate it into the new European Forest Strategy to encourage third countries to abandon deforestation policies.

Edina Tóth (PPE), írásban. – Az erdőirtás mozgatórugói sokfélék, összetettek és földrajzi területenként másképp kapcsolódnak egymáshoz. A jelentéstevővel egyetértek: az erdőirtásnak valóban számos negatív környezeti, gazdasági és társadalmi hatása van, különös tekintettel az éghajlatra, a biodiverzitásra és a szegénységre. A kérdés kezelésében azonban különböznek álláspontjaink. Úgy gondolom ugyanis, hogy ahhoz, hogy a globális erdészeti védelmi mechanizmus működőképes legyen, további intenzív előkészítő munkára van szükség. Ha aktívan kívánunk küzdeni az erdőirtás ellen, az EU-nak kezdeményező szerepet kell vállalnia sok területen. Ide tartozik a fejlődő országok kapacitásépítésének támogatása, az erdészeti irányítás megerősítése és a hiányosságok pótlása.

Fontosnak tartom, hogy az EU támogassa a már bizonyított kezdeményezéseket: az éghajlatváltozás elleni globális szövetség például megfelelő keretet biztosít a fejlődő országokkal az erdőirtásról folytatott párbeszéd előmozdításához és az erdőirtás problémájának kezelésére irányuló erőfeszítések folytatását elősegítő nyomonkövetési intézkedésekhez. Ami biztos, hogy az erdőirtásra adott globális politikai válasz kialakításában az EU-nak vezető szerepet kell vállalnia. A Községnek és a tagállamoknak együtt kell dolgozniuk az erőforrások egyesítése, és a fellépések kiegészítő jellegének biztosítása érdekében. Az erdőirtás elleni harcot több fronton kell megvívni. Egy dolog biztos, hogy ebben a harcban hazám, Magyarország, mindenképp partner lesz.

(The sitting was suspended at 17.28)

Puhetta johti HEIDI HAUTALA
varapuhemies

16. Wiederaufnahme der Sitzung

(Istuntoa jatkettiin klo 18.19)

17. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(The sitting was suspended at 18.39)

18. Wiederaufnahme der Sitzung

(Istuntoa jatkettiin klo 20.03)

19. Dritte Abstimmungsrunde

Puhemies. – Avaan nyt tämän päivän kolmannet äänestykset.

Äänestämme esityslistalla ilmoitetuista menettelyistä, ja äänestykset ovat avoinna klo 20–21.15. Äänestysmenetelmä on sama kuin edellisissä äänestyksissä, ja kaikki äänestykset toimitetaan nimenhuutoäänestyksinä.

Julistan siis kolmannet äänestykset avatuiksi. Voitte äänestää klo 21.15 asti.

20. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

22. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

23. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

24. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

25. Schluss der Sitzung

(Istunto päättyi klo 21.15.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. OKTOBER 2020

(C/2024/4897)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 19. bis 23. Oktober 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	3
3. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	3
4. Erste Abstimmungsrunde	3
5. Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik der EU (Aussprache)	4
6. Schwerwiegende Sicherheitsbedrohungen aufgrund des Verkaufs von Pässen und Visa der EU an Straftäter (Aussprache)	13
7. Lage der Energieunion (Aussprache)	23
8. Anpassung des Vertrags über die Energiecharta an den europäischen Grünen Deal (Aussprache)	33
9. Sacharow-Preis 2020 (Bekanntgabe des Preisträgers)	37
10. Anpassung des Vertrags über die Energiecharta an den europäischen Grünen Deal (Fortsetzung der Aussprache)	38

Inhalt	Seite
11. Wiederaufnahme der Sitzung	41
12. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	41
13. Wiederaufnahme der Sitzung	41
14. Zweite Abstimmungsrunde	41
15. Wiederaufnahme der Sitzung	41
16. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	41
17. Wiederaufnahme der Sitzung	41
18. Dritte Abstimmungsrunde	42
19. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	42
20. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	42
21. Petitionen: siehe Protokoll	42
22. Zustimmungsverfahren (Artikel 105 GO): siehe Protokoll	42
23. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	42
24. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	42
25. Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll	42
26. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	42
27. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	42
28. Schluss der Sitzung	42

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. OKTOBER 2020

PŘEDSEDNICTVÍ: MARCEL KOLAJA

místopředseda

1. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 09.00)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

(For the results of the vote: see Minutes)

President. – *(addressing Lefteris Christoforou)* There has been a request for a point of order. However, the President announced at the opening of the part-session that no points of order are allowed.

3. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

4. Erste Abstimmungsrunde

President. – Before opening the first voting session of the day, I would like, pursuant to Rule 59(4), to give the floor to Mr Peter Jahr on the referral back to committee for interinstitutional negotiations of his report on Common agricultural policy – support for strategic plans to be drawn up by Member States and financed by the EAGF and by the EAFRD.

I will also give the floor to Ms Ulrike Müller on the referral back to committee of her report on Common agricultural policy: financing, management and monitoring.

I will also give the floor to Mr Norbert Lins, Chair of the Committee on Agriculture and Rural Development, on the referral back to committee of the Andrieu report on Common agricultural policy – amendment of the CMO and other Regulations.

Peter Jahr, Berichterstatter. – Herr Präsident! Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Präsident, Sie haben es so wunderbar formuliert, ich könnte fast sagen, ich schließe mich Ihren Ausführungen an, aber ich möchte es trotzdem nochmal offiziell machen: Ich beantrage auf Basis des Artikels 59.4 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Zurückweisung des folgenden Berichts an den Agrarausschuss für den Start interinstitutioneller Verhandlungen. Und zwar geht es hier um den Bericht „Gemeinsame Agrarpolitik: Unterstützung der von den Mitgliedstaaten zu erstellenden und durch den EGFL und den ELER zu finanzierenden Strategiepläne“, das ist der Bericht von Peter Jahr A8-0200/2019. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sicherstellen könnten, dass das Parlament nach Annahme der betreffenden Gesetzgebungsakte eine Entscheidung zur oben genannten Überweisung trifft.

Ulrike Müller, *Berichterstatterin*. – Herr Präsident! Ich beantrage auf Basis des Artikels 59.4 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Zurückweisung des folgenden Berichtes an den Agrarausschuss für den Start der interinstitutionellen Verhandlungen: „Gemeinsame Agrarpolitik: Finanzierung, Verwaltung und Überwachung“, Bericht Ulrike Müller mit dem Zeichen A8-0199/2019, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sicherstellen können, dass das Parlament nach der Annahme der betreffenden Gesetzgebungsakte die Entscheidungen über die genannte Überweisung an den Ausschuss trifft.

Norbert Lins, *Vorsitzender des AGRI-Ausschusses*. – Herr Präsident! Ich beantrage auf Basis des Artikels 59.4 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Zurückweisung des folgenden Berichts an den Agrarausschuss für den Start der interinstitutionellen Verhandlungen: „Gemeinsame Agrarpolitik: Änderungen der GMO-Verordnung und weiterer Verordnungen“, Bericht Eric Andrieu mit der Nummer A8-0198/2019. Ich wäre Ihnen ebenfalls dankbar, wenn Sie sicherstellen könnten, dass das Parlament nach Annahme der betreffenden Gesetzgebungsakte eine Entscheidung über die oben genannte Überweisung an den Ausschuss treffen könnte.

President. – This request will be put to the vote tomorrow, after the votes on the Commission's proposals.

I will now move to the first voting session of the day. We will vote on the files as indicated on the agenda. The voting session will be open from 9.15 a.m. until 10.30 a.m. The same voting method will be used as during the previous voting sessions. All votes will be held by roll-call.

I declare the first voting session open. You have until 10.30 a.m. to vote. The results of the first voting session will be announced at 1 p.m.

5. Gleichstellung von Frauen und Männern im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik der EU (Aussprache)

President. – The next item is the report by Ernest Urtasun, on behalf of the Committee on Women's Rights and Gender Equality, on Gender Equality in EU's foreign and security policy (2019/2167(INI)) (A9-0145/2020).

I would like to inform Members that for all debates of this part-session, there will be no catch-the-eye procedure and that no blue cards and points of order will be accepted. Furthermore, possible remote interventions from Parliament's Liaison Offices in the Member States are foreseen.

Ernest Urtasun, *rapporteur*. – Mr President, I'm very pleased to be presenting today, with my dear colleague Hannah Neumann, the first ever European Parliament report outlining all the political, institutional and funding aspects needed for the achievement of gender equality in EU foreign and security policy.

In light of the current global challenges, like the climate emergency and growing trends towards authoritarianism, where women and girls are the most impacted, the need for a gender-based EU foreign and security policy becomes more urgent than ever. Following the example of a number of countries, we want the EU and its institutions to follow a similar path. The EU has taken already some important steps in this direction, like the Gender Action Plans I and II or the women, peace and security agenda. However their implementation still displays a number of shortcomings.

In the report we present several recommendations to be considered in the upcoming new Gender Action Plan 2021-25 that will be published shortly. Starting with political representation and participation in decision-making processes, we ask for a gender quota of 50% at all levels of the Commission and EEAS management by 2024, including heads of delegation and heads of CSDP missions. Mandatory training courses on gender equality, with special attention to middle and upper managers of the EEAS and heads of CSDP missions and operations, should also be introduced.

More resources need to be assigned to the EEAS Principal Advisor on Gender to continue and reinforce her work. Therefore, we call on the High Representative to continue his efforts in this area by appointing a full-time gender adviser in each EEAS directorate and to establish gender focal points in all EU delegations. We also need to increase the efficient use of existing and future EU resources through gender responsive budgeting.

As we negotiate at the moment the proposed neighbourhood development and international cooperation instrument we should make gender mainstreaming and targeted actions clear objectives under that regulation and ensure that partners can count on sufficient political and financial support to implement it.

At the same time the EU needs to dedicate efforts to monitor the backlash against gender equality and LGBTIQ+ rights in the world, promote the human rights of women and protect women human rights defenders. In particular, sexual and reproductive health and rights are being threatened inside the EU but also outside; particularly, in crisis zones, women and girls are exposed to sexual violence, sexually transmitted diseases, sexual exploitation and rape as a weapon of war. Therefore, we call on the EU and its Member States to take steps to protect women and their sexual rights in their humanitarian aid response, as well as access to justice.

The year 2020 marks the anniversary of several key events: the 20th anniversary of the UN Security Council resolution 1325 on Women, Peace and Security, the 14th anniversary of the UN Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, and the 25th anniversary of the Beijing Declaration on women's rights. The EU's role has been crucial in advancing on all these milestones, but it needs to stand out now in its commitment to make gender equality a priority in its foreign and security policy. I hope this report will contribute to achieving this goal and I would like to thank all the colleagues, also some of them present here in the room, for their support and their cooperation in achieving that draft report.

Hannah Neumann, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs*. – Mr President, when Operation Sophia, the one that was actually still allowed to do search and rescue in the Mediterranean, was launched in 2015, there were long discussions about the operation plans because it was different, a new mission. Most of the discussion was about what kind of weapons this mission would need to overpower people on the boats and what kind of specific training to do that. At some point, it was a woman who asked about sanitary napkins and diapers because there would be women and small children on the boats and they would be on the ships with us for quite some days. In the end, the sanitary napkins and the diapers were used much more than the weapons.

This example just shows how more diversity leads to better decisions and, yes, sometimes it is that stereotypical. The same is true when we speak about peace negotiations because peace deals last longer if women are involved, because societies are more peaceful if they are gender equal, but still to this day negotiation tables and the whole field of peace and security is a male domain. I can't even remember how many rooms I walked into in the last 15 years where I was the only woman, either being ignored or stared at curiously.

That's why we dedicated large parts of this report to our own EU institutions and our own EU budget because there we actually have 100% of the power to change it and no excuses. That's why we ask for 50% of women in CSDP missions in our own services. That's why we want a specific part of the foreign budget to go into projects that empower women and girls to claim their spot because they know how it works.

There was an amazing spirit during our negotiations in the committee because I think we all agree that we want an EU foreign policy that is for everybody. But now it's time to change the reality out there and to really speed things up on women, peace and security. That's why, Ms Urpilainen, but also Mr Borrell and the whole Commission, you had better come up with an ambitious gender action plan towards the end of this year.

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Mr President, the debate on the participation and role of women in foreign and security policy is relevant at any moment and one I'm very attached to. I fully agree with your report on the necessity to accelerate our ongoing work on gender equality and women's rights.

First, the COVID-19 context – now more than ever – requires a response at the global scale which fully integrates a gender perspective in all our analyses and responses to the pandemic and in the recovery phase. The EU has been frontloading actions to support women and girls in the crisis, notably through the EU-UN Spotlight Initiative. Under this initiative, we were able to adopt priority actions on the elimination of all forms of gender-based violence as urgent needs. We prioritised helplines and shelters for victims of domestic violence and frontline support for women's grass roots organisations. We must transform this into an opportunity to review and accelerate our engagement to promote gender equality within the EU and around the world.

Second, I welcome your call for robust implementation of the EU Action Plan on Women, Peace and Security. The EU is at the forefront of the implementation of the UN Security Council Resolution 1325. Allow me to highlight the importance of holding this discussion today a few days before the 20th anniversary of the adoption of this milestone transformative document. In this context, I fully – I fully – share your view on the importance of the gender advisers and we have already paved new ground through the establishment of posts for gender advisers and the creation of the gender focal points networks in military and civilian operations and missions of our common security and defence policy.

Finally, I am very glad to confirm that I will present with the High Representative in November a new EU Gender Action Plan (GAP) III. It will enable us to reaffirm gender equality and women's and girls' empowerment as a core priority of all EU External Action. GAP III takes the thread from the recent EU Gender Equality Strategy and is the first such EU policy framework on gender equality externally. It draws from the lessons learned from the COVID-19 pandemic, with a focus on building back better from the crisis by addressing structural inequalities. It will integrate the Women, Peace and Security Agenda, as called for in your report. It will also expand action in key areas of engagement, addressing new challenges and opportunities in line with the Commission's political priorities, such as ensuring a fair and inclusive green transition and managing the digital transformation.

Last, but not least, it will very much – very much – draw on your recommendations regarding the need for the EU and its staff to set the example on gender equality and to promote gender-responsive leadership in achieving this.

Mr President, the EU must continue to reaffirm that women's rights are human rights. The ambition is there for a gender-sensitive and responsive geopolitical Commission and I thank this House for its support. I'm looking forward to our discussion.

(Applause)

Frances Fitzgerald, on behalf of the PPE Group. – Mr President, women's rights are human rights, indeed. It is critical that foreign policy, security and defence, peacebuilding, reconciliation and justice are viewed as domains where women's contributions are central. These areas can never again be seen solely through a male lens.

This report is yet another critical step and must be implemented. Women have always been affected by war and peace, as confidants, as victims and as the hidden advisors behind the men at the table: wives, daughters, sisters, soldiers and simply those experiencing the frontline. Whether we are speaking about the women in Rwanda, whether we are talking about Kurdish women, or indeed the women of Northern Ireland who came together to say 'enough', and who contributed hugely to, and guided, the peace process towards the Good Friday Agreement.

Foreign policy more and more – increasingly, but not enough – is guided by strong, brave and ambitious women. It is a statement of fact that women need to be involved, as strongly endorsed by the UN 20 years ago next week with the adoption of the Security Council resolution. I am very proud that Ireland's recent campaign for membership of the Security Council placed the advancement of the ideals in the resolution on women, peace and security at its core, recognising that building lasting peace is not possible without building a more equal and inclusive society.

That's what this report is about. Let's make sure that gender equality applies in these arenas with a critical mass of women. Let us take advantage of women's unique perspective and ensure the barriers that continue to keep women excluded from political decision-making fora are urgently removed. Let's act together here in the EU institutions to ensure that.

Alessandra Moretti, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, diciamo spesso che la questione di genere deve attraversare tutte le politiche europee, la Commissione con la sua Presidente l'ha dichiarata tra le sfide più importanti e noi parlamentari attraverso il *gender mainstreaming network* ci siamo detti pronti a perseguire questa strada e a chiedere le risorse necessarie per realizzare questo obiettivo.

Votando questa relazione possiamo finalmente muovere un passo concreto verso una politica che sia comprensiva dei bisogni, ma soprattutto delle risorse che le donne possono mettere in campo. Le donne sono un valore imprescindibile per la crescita e lo sviluppo della nostra società. La nostra azione deve essere uno strumento per garantire i diritti umani, compresi i diritti delle donne e delle ragazze, che sono i primi ad essere sacrificati. L'accesso ai servizi sanitari sessuali e riproduttivi è una precondizione per l'uguaglianza di genere e quindi per il progresso e il benessere.

E il cambiamento climatico è spesso la causa dell'erosione di questi diritti. Persistono stereotipi di genere che spingono le donne a migrare rischiando violenza, sfruttamento e traffico di esseri umani. Come si può quindi parlare di politica estera ambientale, di migrazioni, senza tener conto dell'uguaglianza di genere?

Ringrazio il relatore e tutti coloro che hanno collaborato alla stesura di un testo progressista, che guarda finalmente alle donne come agenti di cambiamento e non come vittime, che studia la questione di politica estera senza limitarsi ad una piatta descrizione dello status quo, ma che mette al centro le persone di qualsiasi genere, provenienza ed età.

Samira Rafaela, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, freedom, peace and stability are too valuable to leave in the hands of men alone.

Women make up half of our society. Their participation in foreign and security policy is not only a matter of representation, it is also vital for sustainable peace. Unfortunately, the idea of a gender sensitive and inclusive foreign and security policy is not engrained in our societies.

Worse yet, our very own EU institutions lack in this. I am astonished to learn that we have still not progressed on this. Our gender action plan is not implemented properly. We have a lack of gender responsive budgeting, and no gender sensitive institutional structure to reach these critical goals. How is it possible that men still hold 87% of senior management posts in the European External Action Service? We should be embarrassed, and as the EU we lose credibility as proponents of equal rights for men and women in Europe and abroad.

I have said this before and I will say this again: walk the talk.

That is why we as the EU Parliament call for corrective measures. We want binding political commitments for a target of 50% of women in management positions, including heads of delegation and in our common security and defence policy missions and operations.

Let me remind you, 2020 marks important anniversaries of the Beijing Declaration and the UN Security Council resolution 1325 on women, peace and security. This UN resolution stresses the importance of women's equal participation in the maintenance and promotion of peace and security around the globe. They know what is necessary for their own security and safety. These vital conditions contribute to an inclusive and sustainable future for all of us.

As we look for alliances in the region, and internationally, it is important that our institutions at home reflect our vision for abroad, where we reach out to women who have been left behind. The future will challenge us in new and unpredictable ways and it is important we adapt to this. I urge Member States in the EU to adopt a feminist foreign and security policy, leaving no one behind, as we strive for common peace and security at home and abroad.

Striving for equal representation means sustainable peace and security for everyone.

Guido Reil, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute um den Bericht zur Gleichstellung von Männern und Frauen im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik. Also diese Überschrift halte ich schon für einen Skandal, denn wir sprechen von Männern und Frauen und haben dabei die Diversen vergessen – also das ist politisch völlig unkorrekt! Gott sei Dank habe ich dann festgestellt, als ich den Bericht intensiv gelesen habe, dass natürlich die diversen Geschlechter und sexuellen Ausrichtungen eine ganz entscheidende Rolle spielen. Wie sollte die Außen- und Sicherheitspolitik denn auch sonst klarkommen, es ist ja selbstverständlich. Außerdem betont dieser Bericht, dass wir eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik brauchen. Außerdem ist natürlich ganz wichtig, dass wir eine geschlechterspezifische Asyl- und Migrationspolitik fahren.

Und selbstverständlich stellen wir uns auch wieder dem Endgegner – dem Klimawandel. Wir lernen, dass der Klimawandel besonders frauenfeindlich ist, denn er macht besonders Frauen und Mädchen Probleme. Wenn ich mir jetzt die Aktivistinnen von *Fridays for Future* ansehe, dann muss ich diesen Eindruck tatsächlich gewinnen, es sind tatsächlich viele Mädchen aktiv, die in der Regel aus sehr gutem Haus kommen, die reich sind, wie zum Beispiel die Sprösslinge der Reedereifamilie Reemtsma.

Aber nachvollziehen kann ich das nicht. Warum gerade sind Mädchen und warum gerade sind reiche Mädchen so betroffen? Und gerade vom Klimawandel? Ich habe im Lauf meines Lebens viele Frauen kennengelernt, die allermeisten von ihnen haben es gerne warm, weil Frauen frieren. Erlauben Sie mir diesen kleinen Spaß, denn ich kann den ganzen Wahnsinn schlecht ertragen. Es geht hier einzig und allein darum, gut bezahlte Stellen zu schaffen für Frauen und für Diverse. Stellen, die die Allgemeinheit bezahlen muss, und damit muss endlich Schluss sein! Schluss mit diesem ideologischen Wahnsinn!

Charlie Weimers, on behalf of the ECR Group. – Mr President, we used to think that sex should not be an obstacle, nor a factor, in recruitment. Not anymore. This report on gender in foreign policy obsesses over individuals' sex. It calls for binding quotas for management positions, it references gender mainstreaming, also known as radical feminism, 24 times, and intersectional analysis, a.k.a. Balkanisation, seven times. It calls for increased funding and staff to implement gender ideology, with a full-time gender adviser in each EEAS Directorate. I suppose the title 'political gender commissar' was already taken.

The irony is, of course, that you can't have your woke, gender mainstreaming cake and eat it too. What's the point of quotas anyway if gender is a fluid concept? If you, like I do, believe that merit, not identity politics, should be at the heart of recruitment policy, then vote against this report.

Έλενα Κουντουρά, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, πρώτα απ' όλα θέλω να ευχαριστήσω τον εισηγητή για την εξαιρετική δουλειά και τους συναδέλφους για την εξαιρετική συνεργασία. Η σημερινή ψηφοφορία επί της έκθεσης αυτής για την προώθηση της ισότητας των φύλων στην εξωτερική πολιτική και την πολιτική ασφάλειας της Ευρωπαϊκής Ένωσης συμπίπτει με την 20ή επέτειο της ιστορικής υιοθέτησης του ψηφίσματος 1325 των Ηνωμένων Εθνών για τις γυναίκες, την ειρήνη και την ασφάλεια. Είκοσι χρόνια μετά, παρά την πρόοδο που έχει επιτευχθεί, οι γυναίκες εξακολουθούν να υφίστανται σημαντικές ανισότητες και αδικίες. Συνεχίζουν να υποεκπροσωπούνται στην εξωτερική πολιτική, ιδιαίτερα στις θέσεις ευθύνης και στα κέντρα λήψης αποφάσεων, και αποδυναμώνεται έτσι η ικανότητά μας να εξασφαλίσουμε βιώσιμη ειρήνη και να οικοδομήσουμε ανθεκτικότερες κοινωνίες.

Αυτή η προοδευτική έκθεση θα είναι η απάντηση που δίνουμε ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο για την προώθηση της ισότητας στην ευρωπαϊκή εξωτερική πολιτική, ενισχύοντας την ίση εκπροσώπηση, την προάσπιση των δικαιωμάτων των γυναικών και την εξασφάλιση επαρκών χρηματοδοτικών πόρων γι' αυτόν τον σκοπό. Ενσωματώνοντας τη διάσταση του φύλου στη μεταναστευτική και εμπορική πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης, καταπολεμώντας το trafficking, που πλήττει ιδιαίτερα τις γυναίκες και τα παιδιά, διασφαλίζοντας τη διαρκή συνεργασία και την πραγματική στήριξη της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε οργανώσεις γυναικών και υπερασπιστές ανθρωπίνων δικαιωμάτων, υποστηρίζοντας ενεργά τη σεξουαλική και αναπαραγωγική υγεία σε τρίτες χώρες, προωθώντας την ενεργή συμμετοχή των γυναικών στις ειρηνευτικές διαδικασίες και βελτιώνοντας το πλαίσιο στήριξης των γυναικών στο νέο σχέδιο δράσης για την ισότητα GAP III. Για εμάς αυτά δεν αποτελούν απλώς ζητήματα δικαιοσύνης, αλλά καθοριστικούς παράγοντες για έναν κόσμο με περισσότερη ασφάλεια, αλληλεγγύη και δημοκρατία.

Pernille Weiss (PPE). – Mr President, 'what people have the capacity to choose, they have the ability to change.'

Sådan har USA's tidligere udenrigsminister Madeleine Albright sagt. Det er faktisk rigtig tydeligt at høre, at hun er europæer. Sådan kan vi derfor også, i Europa-Parlamentet, vælge at gøre det, vi ikke kan eller ikke må acceptere, at andre skal acceptere. Derfor stemmer EPP naturligvis for, at EU skal steppe op for mere fokus på ligestilling i vores udenrigs- og sikkerhedspolitik. I vores egne institutioner og ikke mindst i måden, vi engagerer os i verden på.

Derfor har jeg som skyggeordfører lagt vægt på de værktøjer, der virker og skaber forandring. For mig, og for EPP, er viljen til og kravet om ligestilling naturligt og ufravigeligt. Det er hævet over køn og mange andre mere eller mindre moderne identitetskategorier og politisk korrekt sprogbrug. Derfor er det egentlig også forkert, at en ligestillingsorienteret sikkerheds- og udenrigspolitik måske i fremtiden skal kaldes 'feministisk'. Lige præcis den del af betænkningen, som vi skal stemme om, er jeg ikke enig i, men jeg vil dog gerne kvittere varmt for et anerkendende og konstruktivt samarbejde med ordfører Urtasun. Vi er blevet enige om det meste, og resten lever vi med i respekt for den demokratiske kultur, som vi netop gerne vil udtrykke tydeligere gennem EU's fremtidige forsvars- og sikkerhedspolitik. Nemlig, at uanset køn og alt muligt andet, så gælder reglen: lige adgang, lige muligheder, lige rettigheder og lige behandling. Og må

jeg ikke have lov at slutte med, at Madeleine Albright også har sagt og er mest kendt for at sige:

‘there is a special place in hell for women who don’t help other women’.

Jeg skal ikke stå her og true af nogen som helst, heller ikke af mændene, men jeg håber, at alle stemmer for betænkningen.

Robert Biedroń (S&D). – Mr President, since this great report stresses that EU foreign and security policy is dominated by men, it’s crucial to engage them – us – in gender equality activities. Boys and men have a special role to play in promoting the empowerment of girls and women. Why? Because we men still – unfairly, of course – keep the power and so hold the key to solving the problem. Achieving gender equality is not possible without the inclusion and active involvement of men and boys in the process of making progress on gender equality. Men and boys must be invited to participate and contribute actively in promoting health and gender norms. Some might ask ‘why?’ Because besides bringing equality, it improves the health of families and economic well-being.

Let me stress the words my colleague Madeleine Albright just said (and I paraphrase): there is a special place in hell for men who don’t help women.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Virginie Joron (ID). – Monsieur le Président, tout d’abord, je souhaitais féliciter le personnel de Strasbourg et de Bruxelles qui a pu organiser dans de parfaites conditions une plénière à distance.

Monsieur le Président, mes chers collègues, je voudrais commencer par rendre hommage à Samuel Paty, décapité parce qu’il voulait enseigner la liberté d’expression, en 2020, en France. Le meilleur hommage que nous puissions rendre à lui et à tous ceux qui sont morts de terrorisme islamiste, c’est de combattre et d’éradiquer l’islamisme.

Le débat d’aujourd’hui porte sur l’égalité entre les hommes et les femmes dans la politique étrangère de l’Union européenne. L’Union européenne étant si désireuse de toujours montrer l’exemple, il est légitime de se demander quel exemple l’Europe et la France donnent réellement au reste du monde. Est-ce avec Axelle, percutée et traînée sur 800 mètres par un jeune alors qu’elle promenait son chien? Est-ce avec Mya, rouée de coups par trois jeunes? Avec C., 15 ans, violée, étranglée et brûlée par un violeur multirécidiviste alors qu’elle allait chercher un colis? Ou encore Mila, harcelée et menacée de mort? Ces barbaries prennent de l’ampleur au même rythme que l’arrivée de migrants à Lesbos ou à Lampedusa. Tout aussi nombreux sont les mariages forcés ou précoces, l’excision et les certificats de virginité pour les femmes. Des pratiques obscures arrivées récemment avec ces vagues migratoires qui se fichent pas mal de vos rapports de 40 pages sur l’égalité pour accéder à des conseils d’administration.

Au lieu de laisser l’Union européenne s’impliquer dans les questions de politique étrangère, je pense que l’Europe doit d’abord mettre de l’ordre dans sa propre maison et protéger toutes ses filles avant de vouloir imposer son idéologie égalitariste à l’autre bout du monde.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señor presidente, la ideología de género supone un asalto a la cordura, un virus que pretende meterse en todos los ámbitos, infectando las leyes y las instituciones, desconfigurando la propia realidad y creando una cultura victimista sin sentido ni esperanza, como ocurre en este informe, que mezcla temas muy importantes y serios, como aspectos que afectan a los derechos humanos —la trata de esclavas sexuales, la mutilación genital femenina, el matrimonio de niñas—, con teorías de género al servicio de otros intereses de poder, manipulando las conciencias, y se presenta como un lobo con piel de cordero.

De esta manera, en vez de inspirar, exportamos fuera de nuestras fronteras filosofías y modelos que enfrentan y polarizan las relaciones entre hombres y mujeres, provocando conflicto, odio y resentimiento. Solo ofrecemos el aborto como fuente de progreso.

Deseamos que nuestra política exterior y de seguridad sea reflejo de los principios y valores que dieron origen al proyecto europeo, sin caer en falsas teorías de moda que nublan la conciencia humana, impidiendo a una cultura liberar su mejor expresión.

Πρόεδρος. – Όπως βλέπετε, συνεχίζεται με πολύ μεγάλη επιτυχία η καινοτομία αυτής της ολομέλειας: να υπάρχει το δικαίωμα των συναδέλφων να μιλούν εξ αποστάσεως. Νομίζω ότι αυτό πρέπει να το πιστώσουμε στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, που συνδυάζει την ασφάλεια στο πλαίσιο της πανδημίας με την ομαλή λειτουργία του θεσμού της κοινοβουλευτικής δημοκρατίας που λέγεται Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señor presidente, la importancia de este informe sobre la igualdad de género en la política exterior y de seguridad de la Unión Europea, por el que felicito a Ernest Urtsun, radica principalmente en tres cuestiones.

Primera, se sigue manteniendo una infrarrepresentación de mujeres en los puestos de representación y de gestión de la política exterior comunitaria.

Segunda, la socialización diferenciada, la vinculación histórica del movimiento feminista con el movimiento pacifista ha hecho siempre que la participación de las mujeres en la resolución de conflictos haya estado más vinculada a la vida, más vinculada a la paz. Por tanto, es necesaria esa visión diferenciada.

Y tercera, porque esos conflictos nos afectan de manera desigual a las mujeres, y es necesario que se oiga nuestra voz.

Este día coincide con el 20 aniversario de la Resolución 1325 de las Naciones Unidas sobre mujeres, paz y seguridad. Y veinte años después, si miramos a lo que está ocurriendo en Bielorrusia, constatamos que las mujeres seguimos afrontando la resolución de los conflictos de una manera diferenciada, muchísimo más pacifista, encarnando los valores de democracia y concordia que queremos que sigan siendo los valores que representan a la Unión Europea.

Por tanto, es muy necesario que avancemos precisamente en la inclusión de la igualdad de género en nuestra política exterior.

Elżbieta Kruk (ECR). – Panie Przewodniczący! Deklarowanym celem niniejszego sprawozdania jest zwiększenie udziału kobiet w europejskiej polityce zagranicznej, która – przypominam – jest i powinna być kompetencją państw członkowskich.

Analiza treści sprawozdania wskazuje, że jest ono w istocie wyrazem ideologii nieustannego dzielenia ludzi, która nakazuje szeregowanie ich według kryteriów płciowych, rasowych i, Bóg raczy wiedzieć, jakich jeszcze.

Stosuje się tu tzw. dyskryminację pozytywną wymyśloną na potrzeby lewackiego feminizmu i nakazującą faworyzowanie jednej płci kosztem drugiej. Tymczasem już samo deklarowanie, że jakąś rolę odgrywa kryterium płci jest dyskryminacją w czystej postaci.

A istotne jest po prostu, by wszystkie osoby miały te same szanse. Kompetentne osoby powinny znajdować się we właściwym miejscu ze względu na swoje predyspozycje. Należy zwrócić uwagę, iż faworyzowanie danej grupy nie tylko obniża stopień motywacji, ale też umniejsza jej wartość i kłóci się z elementarnym poczuciem równości i sprawiedliwości.

Myślę, że ta udawana troska o kobiety ma zakryć fakt, że wszystkie te starania o równouprawnienie są tylko grą o władzę, którą lewica uprawia na zasadzie „dziel i rządź”.

Vladimír Bilčík (PPE). – Vážení pán predsedajúci, dnes máme diskusiu o zahraničnej politike a treba povedať, že postavenie žien v zahraničnej politike v európskych inštitúciách je vcelku úspešným príbehom. Áno, vždy je čo zlepšovať, ale aj v samotnom Európskom parlamente zohrávajú v našich vonkajších vzťahoch silnú úlohu ženy vo vedení delegácií či samotného Parlamentu.

Problém rodovej rovnosti v európskej zahraničnej politike je inde. Vo viacerých členských krajinách vrátane regiónu strednej Európy a mojej vlastnej krajiny, Slovenska. Ak chceme skutočne meniť postavenie žien v európskej zahraničnej politike, zmeny musia prísť hlavne v tých častiach Európy, kde rodová rovnosť zďaleka nefunguje tak ako v bruselských inštitúciách. V zahraničnej politike potrebujeme silné vzory, ktoré budú motivovať v práci na rodovej rovnosti.

Kedy ste naposledy počuli o šéfke diplomacie v krajinách Vyšehradskej štvorky? Ak vás žiadne meno nenapadá, nie je to náhoda. O to viac dnes dievčatá a mladé ženy v strednej Európe môže motivovať úspešný príbeh slovenskej prezidentky Zuzany Čaputovej.

Úspešná rodová rovnosť však nemôže stáť len na inšpiratívnych príbehoch a priaznivých okolnostiach. Je a musí byť o praktických opatreniach, ktoré podporia fungovanie rodinného života či predškolskú starostlivosť o deti tak, aby generácia mojej dcéry mala rovnocennú nádej postaviť sa na čelo diplomacie v strednej Európe, aby debata o rodovej rovnosti v európskej zahraničnej politike mala silný praktický základ naprieč členskými krajinami.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! Tack, kommissionär Urpilainen, för en väldigt progressiv inledning. 2020 skulle bli ett superår för jämställdheten. Det är 25 år sedan Pekingdeklarationen och det är 20 år sedan FN:s säkerhetsråd antog resolutionen om kvinnor och säkerhet. Men i stället för ett starkt år för jämställdheten så har vi fått en pandemi som flyttar fokus, samtidigt som kvinnors och flickors mänskliga rättigheter påverkas hårt. Det gäller inte minst tillgången till sexuell och reproduktiv hälsa och rättigheter.

Det är hög tid att vi ställer om. EU behöver säkerställa ett jämställdhetsperspektiv på alla områden. Jag vill se ett slut på diskrimineringen av kvinnor och flickor världen över. Mitt land, Sverige, och min regering har haft en feministisk utrikespolitik sedan 2014 och nu, nu är det EU:s tur.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, gelijke behandeling begint bij jezelf. Dat heeft te maken met de vrijheid die wij hebben in onze cultuur en met opvoeding en beschaving. Ik steun dus van harte deze resolutie en ik merk dat het nodig is dat er aandacht komt voor gelijke behandeling van mannen en vrouwen, want in de praktijk blijkt dat er buiten Europa, maar ook nog binnen Europa nog steeds geen gelijke behandeling is.

Ik roep iedereen op die discriminatie van vrouwen of mannen of welke andere discriminatie ook constateert, die ook direct te melden bij de verantwoordelijke organisaties. En eventueel, als die organisaties niet willen optreden, aan de media, om voldoende druk te creëren om die discriminatie op te heffen.

In dit geval wil ik aandacht vragen voor een vorm van discriminatie die ik heb geconstateerd bij een van de grootste organisaties van de wellicht grootste bijzaak van deze wereld, namelijk voetbal, de UEFA en de FIFA. Als ik Champions Leaguevoetbalwedstrijden zie, dan zie ik de Europese vlag. Vervolgens kijk ik in het reglement van de FIFA. En daar wordt gewoon knalhard het vrouwenvoetbal gediscrimineerd! Het staat letterlijk in artikel 20 van dat reglement. Ik heb de FIFA daarop aangeschreven. En wat blijkt? Ze geven antwoord en zeggen: meneer Manders, wij weten dat. Zij zeggen dus letterlijk: wij weten dat en we hebben een studiegroep ingericht om te kijken of we het moeten veranderen en om te zien of het ten gunste is van het vrouwenvoetbal dat we die discriminatie opheffen!

Ik roep de Commissie en alle leden op om hier iets aan te doen. Schrijf alsjeblieft een brief naar de FIFA dat ze artikel 20 aanpassen!

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani predsednik! Danes govorimo o ženskah, o njihovi nepogrešljivi vlogi pri reševanjih sporov in gradnji miru. Razprava je zelo pomembna, da okrepimo enakost spolov v zunanji politiki, tudi v odzivanju na epidemijo s koronavirusom.

Po svetu so ženske in deklice najbolj izpostavljene nasilju, zato mora Evropska unija narediti bistveno več. Pozivamo visokega predstavnika Unije, da vložimo več finančnih sredstev, da spodbujamo usposabljanje žensk, da se bodo v večji meri vključile v humanitarne situacije.

Spol ne sme biti ovira. Ženske in deklice so namreč na kriznih območjih pogosto izpostavljene spolnemu nasilju, ki se uporablja tudi kot vojaška taktika. Ženske ne smejo biti več žrtve, mir traja veliko dlje, če so v mirovna pogajanja vključene tudi ženske. Danes pa jih sodeluje manj kot 10 %.

Zagotovimo pariteto, zagotovimo jim pogoje, če smo res zagovorniki ženskih pravic v Evropi.

Želimo zavezujoče ukrepe, letos obeležujemo obletnico iz Pekinga in resolucije Združenih narodov o pravicah žensk.

Željana Zovko (PPE). – Mr President, women remain largely unrepresented and undervalued in politics and the decision-making process in the EU and beyond. Nonetheless, the European Union has committed to the United Nations Sustainable Development Goal to promote and achieve gender equality. This also counts for our foreign and security policy.

Aside from the aspect of equal representation, women's participation also has an added value. Studies show that our contribution to peace negotiations has led to long-lasting peace agreements and improved human security. We can see some progress as almost all EU delegations have carried out a detailed gender analysis and the number of women deployed to security and defence missions and operations has increased, but we are still far from reaching a real balance.

As the PPE shadow rapporteur for the Committee on Foreign Affairs (AFET) opinion to this report, I welcome the guidelines on gender mainstreaming for EU civilian missions and call to extend this concept to all other relevant missions, departments and delegations related to our foreign policy. Only in this way can we fully promote recognition of the significant role women play at the local, national and international levels.

To conclude, I would like to call on the High Representative and the Commission to intensify their actions to reach our ambition of a gender balance by the end of the mandate. Gender mainstreaming requires not only high-level policy statements but also a real political commitment.

Jutta Urpilainen, Member of the Commission. – Mr President, I want to thank Members for this very, very good and interesting discussion. Women's meaningful participation in all matters related to foreign and security policy has a wider relevance to the central role of the European Union in contributing to efforts to achieve peace, security and sustainable development. The action plan will enable us to walk that talk by putting resources where our priorities are, including by reiterating our commitment that 85% of all new EU actions promote gender equality as a significant or principal objective. I would also like to re-confirm that the Commission and the External Action Service attach great importance to ensuring equal opportunities and diversity of staff in management positions and we are already taking concrete steps to this end.

Within the Commission, the gender equality strategy adopted earlier this year gives concrete steps to reach 50-50 equal gender balance in management positions at the Commission. At the External Action Service, the work is jointly done with the Member States as, by nominating one third of the staff, they have a direct contribution to our objective. Today, men hold 66% of middle management positions and 74% of senior management posts, while almost 27% of the heads of delegations are women.

Although this is an improvement, I fully agree with the Members on the need to further promote gender balance in the EU's external representation and reach full equality. This will be addressed as part of the Gender Action Plan (GAP) III, and work is already ongoing to work towards a similar target as for the Commission.

Mr President, putting women and young people in the driving seat of the recovery: I strongly believe this will be the most effective way to collectively respond to the global challenges that we are facing worldwide at this very critical moment of our human history.

(Applause)

Ernest Urtasun, rapporteur. – Mr President, I would like to start by thanking everybody who contributed to our debate. I think that the debate showed that there is a broad majority in Parliament behind what we are going to adopt tomorrow, and this is extremely good news.

I would also like to thank the Commissioner for her words and for being with us. Hannah Neumann and I liked a lot her mention that she wants to build a gender-responsive and geopolitical Commission. We liked that approach a lot. I think this is one of the good conclusions of our debates.

But I think in general that we are all worried about the backlash on women's rights that is happening all around the world, and that is really something that needs to be an additional motivation for us, to push for this feminist foreign policy that we all want.

Three things before I come to an end.

Firstly, as you mentioned, Madam Commissioner, I think that the Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument (NDICI) Regulation is going to be an important tool to achieve gender equality and an important instrument for us. I hope that in the negotiations the targets on gender equality will remain as high as proposed. This is one of the key issues in the coming months.

Secondly, I think it's important to say that the commitment to improve the presence of women both in the EEAS, in the Commission, and in our delegations is an important target.

I would like to remind the House that the High Representative has committed to the 40% target of EU heads of delegation by the end of the term. I think that it should be a joint goal to achieve that, and so I'm very much looking for the actions that that you will be undertaking and, of course, we will be very attentive to the presentation of GAP III in November, which is going to be the most important tool that we will have to achieve all of these goals.

So, all in all, I just want to conclude by thanking everybody, thanking the Commissioner. Let's make a gender-responsive Commission and gender-responsive EU foreign and security policy a reality.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία επί των τροπολογιών θα διεξαχθεί σήμερα, 22 Οκτωβρίου 2020, και η τελική ψηφοφορία θα διεξαχθεί αύριο, 23 Οκτωβρίου 2020.

6. **Schwerwiegende Sicherheitsbedrohungen aufgrund des Verkaufs von Pässen und Visa der EU an Straftäter (Aussprache)**

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η δήλωση της Επιτροπής σχετικά με τις σοβαρές απειλές για την ασφάλεια μέσω της πώλησης διαβατηρίων και θεωρήσεων της ΕΕ σε εγκληματίες (2020/2824(RSP)).

Θα ήθελα να σας ενημερώσω ότι για όλες τις συζητήσεις αυτής της περιόδου συνόδου δεν θα υπάρξει διαδικασία catch-the-eye και δεν θα γίνουν δεκτές ερωτήσεις με γαλάζια κάρτα και παρατηρήσεις επί της εφαρμογής του Κανονισμού.

Επίσης, προβλέπονται ενδεχόμενες εξ αποστάσεως παρεμβάσεις από τα Γραφεία Συνδέσμου του Κοινοβουλίου στα κράτη μέλη.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, pour commencer, je voudrais réitérer ce que la présidente de la Commission, Ursula von der Leyen, a affirmé avec force le mois dernier dans son discours sur l'état de l'Union devant ce Parlement: les valeurs européennes ne sont pas à vendre.

Malheureusement, cette déclaration ne semble pas aussi évidente qu'elle devrait l'être partout dans l'Union. Certains États membres ont, en effet, mis en place des systèmes permettant à de riches investisseurs et aux membres de leur famille d'obtenir un passeport en échange du paiement d'une somme d'argent importante ou d'un investissement conséquent, sans avoir un lien réel avec l'État membre en question.

De tels programmes ont des implications évidentes pour tous les autres États membres et pour l'Union dans son ensemble. En effet, le fait de devenir ressortissant d'un État membre entraîne automatiquement l'obtention de la citoyenneté de l'Union ainsi que tous les droits qui y sont liés. Un investisseur étranger qui achète la nationalité d'un État membre de l'Union peut, sur cette base, se rendre immédiatement dans n'importe quel autre État membre, y exercer une activité économique et bénéficier du principe de non-discrimination entre citoyens européens dans une série de domaines. Il peut même participer au processus démocratique, notamment par l'exercice de son droit de vote et de celui d'être candidat aux élections européennes ou municipales.

For several years now, these programmes have been a source of great concern, notably for this House and the Commission. The Commission has worked hard on this matter, as it is also a European issue with European values at stake.

In January 2019, the Commission published its first-ever report on investor citizenship schemes and investor residence schemes operated in the EU. The report clearly spelled out the inherent risks of such schemes, in particular as regards security, money laundering, tax evasion and corruption. Since the beginning of this Commission's mandate, we have continuously raised this concern with the Member States concerned, urging them to reconsider their decision to operate such schemes.

Since the beginning of my mandate, I have had a constant dialogue with the relevant Member States where I repeatedly highlighted the Commission's concerns and urged them to reconsider their decision to operate such schemes. Before the pandemic, I met personally with the Ministers of the relevant Member States to discuss investor citizenship schemes. In April, I followed up with letters asking to reconsider the schemes. I also had several calls with the competent Ministers to follow up on their commitments to provide more information on their government's plan. While both Malta and Cyprus may have the intention to apply some changes to their investor citizenship schemes, they appear to be determined to continue their schemes in some form. We need to convince them not to do that.

Mesdames et messieurs les députés, une série de récents scandales à Chypre et à Malte ne font que confirmer les graves préoccupations que nous avons déjà exprimées. Dans son rapport, la Commission s'était engagée à surveiller la conformité des régimes en place avec le droit de l'Union et, le cas échéant, à prendre les mesures nécessaires. Aujourd'hui, je suis ici pour vous dire que la Commission tient cet engagement. La Commission a décidé cette semaine d'ouvrir des procédures d'infraction à l'encontre des programmes de citoyenneté par investissement mis en place par Chypre et Malte.

EU citizenship is a collection of shared rights that all Member States provide in solidarity. Together, the Member States create the conditions for the enjoyment of EU citizenship. The European Court of Justice has been clear: it is for each Member State to lay down the conditions for the acquisition and loss of nationality. But, as the Court has also ruled, this competence must be exercised having due regard for EU law.

EU law requires Member States to recognise the nationality of another Member State without imposing any other conditions. As a result, the decision to naturalise a person by a Member State is not limited to its own jurisdiction and is not neutral with regard to other Member States. Member States should, therefore, use their prerogatives to grant nationality with due regard for EU law and, in particular, to the principle of sincere cooperation which is laid down in the Treaties. A Member State fails in that obligation when it establishes a scheme which systematically grants naturalisation in the absence of any true link with the state and on the sole basis of a financial investment or, in other words, where passports are for sale.

Over the span of only a couple of years, Cyprus and Malta have naturalised several thousand persons based on their schemes. The price for a European passport in those Member States range between EUR 1 million and EUR 2 million. These investor citizenship schemes undermine the mutual trust of Member States in each other's naturalisation procedures. This trust is a precondition for the effective enjoyment of EU citizenship rights. By undermining this trust, these schemes threaten the integrity of EU citizenship and its proper functioning and violate the principle of sincere cooperation.

Mesdames et Messieurs les députés, Malte semble s'être engagée à remplacer le régime actuel par un nouveau programme, sur des bases a priori largement inchangées. À Chypre, alors que le gouvernement a annoncé la fin du régime actuel dans un avenir proche, la mise en place d'un nouveau programme est déjà évoquée. Mais la question est trop importante pour attendre l'aboutissement de ce processus. Nous prenons maintenant des mesures pour montrer notre détermination et notre engagement à ne pas accepter que la citoyenneté de l'Union soit mise sur le marché comme une simple commodité. Je pense que nous pouvons tous nous accorder sur un point important: les principes et les valeurs de l'Union sont affaiblis si l'appartenance au projet européen, les droits qui en découlent et la participation à sa vie démocratique font l'objet d'une simple transaction économique.

Let me also add a couple of words on Bulgaria, which also operates an investor citizenship scheme. This week, the Commission sent a letter to the Bulgarian authorities strongly urging them to phase out their scheme in the context of an ongoing national legislative procedure to change the Bulgarian citizenship law. We have also asked for additional information on the scheme. The Commission will not hesitate to consider an infringement procedure against Bulgaria if necessary.

Finally, the Commission has not forgotten about schemes that give foreign investors access to residence permits, also called «golden visas». While golden visa schemes do not raise the same legal issues as schemes that result in the acquisition of EU citizenship, there is often a close interaction between the two types of scheme, as residence can be a prerequisite for the acquisition of nationality. Most of the inherent risks of such schemes, for example regarding security, money laundering and corruption, are the same. Third-country nationals with a valid EU residence permit can travel freely, in particular in the Schengen area. This means that if one Member State does not apply the necessary security checks, other Member States can be negatively affected. Member States should therefore ensure that all the necessary steps are taken to prevent security, corruption, tax evasion and money laundering risks. They must also apply rigorous and transparent criteria to identify and combat crime and corruption.

The Commission has expressed its concern about the risks inherent in residence schemes and about the fact that these risks are not always sufficiently mitigated by the measures taken by Member States. In this context, the Commission continues to closely monitor these schemes and their application, to ensure compliance with EU law, including the need to carry out all obligatory border and security checks, in line with the EU *acquis* prior to the issuance of any permit.

Il en va de même pour les régimes de citoyenneté gérés par des pays tiers, y compris quelques pays candidats à l'adhésion, qui bénéficient d'un accès sans visa à l'Union. Un tel accès ne devrait pas être utilisé comme un outil de marketing pour attirer de l'argent en échange de la citoyenneté. À la suite de l'adoption de son rapport de janvier 2019, la Commission a demandé des informations et a fait part de ses préoccupations à tous les pays tiers exemptés de l'obligation de visa qui appliquent ou planifient des programmes de citoyenneté par investissement et ce, en étroite coopération avec le Service européen pour l'action extérieure. En conséquence, certains pays ont déjà abrogé leur régime et d'autres ont mis fin à leur projet. Nous allons continuer de suivre la question de près afin d'évaluer tout risque éventuel en matière de sécurité lié à ces régimes. Je me réjouis en tout cas d'avoir pu expliquer la politique menée par la Commission, ce matin, devant votre Parlement et je serais très heureux de prendre connaissance, bien entendu, de vos observations et de répondre à vos questions.

Λουκάς Φουρλάς, εξ ονόματος της ομάδας PPE. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, συζητάμε εδώ ένα πολύ σοβαρό θέμα, για το οποίο θα πρέπει να κάνουμε ορισμένες παραδοχές και ξεκινώ λέγοντας το εξής: το πρόγραμμα είχε τις αδυναμίες του, τις οποίες κάποιοι εκμεταλλεύτηκαν και θα πρέπει να αναλάβουν την ευθύνη, να απολογηθούν και να πληρώσουν το τίμημα. Την ίδια ώρα, δεν μπορούμε να παραγνωρίσουμε το γεγονός ότι αυτό το πρόγραμμα υιοθετήθηκε από κάποιες χώρες, όπως η Κύπρος, ως απάντηση στην οικονομική κρίση. Μην ξεχνάτε, αγαπητοί συνάδελφοι, ότι η Κύπρος το 2013 έγινε το πειραματόζωο της Ευρώπης με την επιβολή του κουρέματος καταθέσεων για πρώτη και τελευταία φορά σε ολόκληρη την ευρωπαϊκή επικράτεια.

Θέλω να προσθέσω επίσης το εξής: η Κύπρος έχει τερματίσει —το είπατε κύριε Επίτροπε— με απόφαση του υπουργικού συμβουλίου το πρόγραμμα, μετά τη διαπίστωση ότι έτυχε εκμετάλλευσης από επιτήδειους, ενδεχομένως και από οργανωμένο κύκλωμα. Επαναλαμβάνω ότι οι ευθύνες υπάρχουν και πρέπει να αποδοθούν σε αυτούς που τους αναλογούν, όσο ψηλά κι αν βρίσκονται. Αυτό που δεν δέχομαι είναι η προσπάθεια κάποιων για στοχοποίηση —εσκεμμένα— της Κύπρου και του λαού της σε αυτήν την εξαιρετικά δύσκολη περίοδο που διανύουμε στην πατρίδα μου λόγω της τουρκικής επιθετικότητας, για την οποία κάποιοι εδώ δεν δείχνουν την ίδια ευαισθησία. Στόχος μας εδώ πρέπει να είναι, κύριε Επίτροπε, να χτυπήσουμε τη διαφθορά, όσους εμπλέκονται σε αυτήν και όσους έχουν παρανομήσει και όχι να εξευτελίζουμε έναν ολόκληρο λαό, ο οποίος δίνει αυτήν τη στιγμή μάχη επιβίωσης. Γι' αυτό πρέπει να είμαστε ιδιαίτερα προσεκτικοί.

Eero Heinäluoma, on behalf of the S&D Group. – Mr President, a new plenary, a new debate on money laundering and a tax scandal. This really is a very bad trend. At the same time, our voters are asking for just one thing: a fairer tax regime where everyone pays their fair share, and a society where money laundering cannot be a way for criminals to have a fast track to land in Europe.

Golden visas: research shows that EU Member States have attracted around EUR 25 billion in foreign investment over the last 10 years thanks to golden visa programmes.

Investments are important, but so are our values – today, more so than ever. Cyprus Leaks and the names revealed are worth discussing. With enough criminal money, you can buy legal entry to the European Union, and right-wing politicians in Cyprus seem happy to facilitate this. It's a disgrace for the whole of the European Union. The contrast and indifference with respect to the burning Moria refugee camp could not be bigger. I agree with the Commission that these schemes pose risks for the Member States and for the Union, so this habit must end.

In an equal Europe, there should be no room for golden visa programmes; EU passports and visas are not commodities. Therefore, Council Presidency, Commissioner, I urge you to get your acts together. Let's ban these programmes completely. Let's make Europe a better and safe place for ordinary people – not for criminals.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for coming here and for starting the infringement procedures. I think that is most welcome and we knew that it had been in the pipeline for quite some time. However, this House has been debating the problems with golden passport since 2014. Why did it take so long? Why did the authorities wait so long to intervene? Why did we have to wait for brave journalists to uncover the scandals that we all suspected for a long time? And some of these journalists have paid a very high price – the highest price, as we know. But journalists are not responsible for law enforcement. The authorities are, and the authorities are failing.

Those who have a legitimate interest in investing in the European economy can do so without problem, and no golden passport nor golden visa scheme can ever really be clean and legitimate – because due diligence that relies on cooperation with the Russian and the Chinese and the Saudi authorities, frankly, can never be watertight – and I'm being polite here. Despite the fancy names of the schemes – you know 'residency by investment' sounds nice, evokes these images of villas and yachts, and what have you – in reality, they are just a golden backdoor into the European Union for criminals, criminals. It's not investment; it is criminal money.

Now, we need a full ban, and we're calling on the European Commission, not for the first time, to propose legislation, and I'm proud to say that at the initiative of my group Renew Europe, the Committee for Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) Committee is going to draft a legislative initiative calling for a ban on golden passports. But of course this is a national competence. You know, national governments cannot sell what is not theirs to sell, and that is EU citizenship. It isn't theirs, they cannot sell it. So are governments, is the Council finally also going to take responsibility, or will they continue to knowingly facilitate criminals? The final question, Commissioner: will you also address the 'legacy' of those who have already received a Cypriot or Maltese or other passport? Will there be a second screening to see what kind of people we have actually elevated to the status of EU citizen?

Dominique Bilde, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, tout d'abord, je tiens à préciser que c'est toujours avec plaisir que j'interviens du Parlement de Strasbourg, où j'espère que nous aurons bientôt l'autorisation de revenir régulièrement faire nos plénnières.

Faut-il s'étonner du scandale des visas dorés chypriotes, puisque l'acquisition onéreuse de la citoyenneté et de titres de séjour ne pouvait que servir à des objectifs véreux? Que le Monténégro, à nouveau pourvoyeur de telles facilités, continue de faire la course en tête pour le prochain élargissement européen démontre l'indifférence de la Commission face à une menace sécuritaire tangible. Des faits d'armes peu reluisants qui n'ont pas empêché le Pakistan, leader en matière de tels documents frauduleux, selon un diplomate britannique, de bénéficier, toutes aides confondues, de 4 milliards d'euros d'aide européenne depuis 2014.

L'Union déplore donc des effets dont elle chérit les causes. Au premier chef, son soutien à des États interlopes et, en l'occurrence, partisans avoués de l'islam radical. Ces visas ne sont toutefois qu'un pan d'un juteux business qui alimente la déferlante migratoire comme le terrorisme. En témoignent la vente possible de visas bosniens à des migrants pakistanais, alors que deux ressortissants de ce pays auraient été soupçonnés de terrorisme, ou bien le profil du faux mineur auteur de l'attentat de Paris.

Sven Giegold, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Der europäische Pass ist eines der greifbarsten Ergebnisse europäischer Zusammenarbeit. Er gibt Rechte an alle, die ihn haben, und deshalb dürfen dieses Recht und dieser Pass auch nicht verkauft werden.

EU-Pässe entscheiden darüber, wer Zugang zu unseren Bürgerinnen- und Bürgerrechten hat und wer nicht. Und wenn diese Entscheidung nach dem Geldbeutel getroffen wird und nicht danach, wer sich in unseren Gesellschaften integriert, hier arbeitet, hier lebt, dann herrscht nicht das Prinzip des europäischen Rechts, sondern das Prinzip der Mafia. Und deshalb ist es auch nicht akzeptabel, dass Bürgerinnen- und Bürgerrechte zum Verkauf gestellt werden.

Es kann nicht sein, dass ein einzelnes Land darüber entscheidet, wer Zugang dazu bekommt, dann aber in allen Ländern der EU entsprechende Rechte offengestellt werden. Denn so kassieren einzelne Staaten Milliardenbeträge ab, die aber eigentlich zu Konsequenzen in ganz Europa führen. Und deshalb ist es auch nicht akzeptabel, dass die Europäische Kommission faktisch jahrelang nichts gemacht hat. Umgekehrt danke ich Ihnen aber jetzt für Ihre Initiative. Diese Vertragsverletzungsverfahren waren überfällig. Endlich nehmen Sie sich dessen an – das ist gut, das ist richtig.

Aber Sie sollten nicht nur den Verkauf von Pässen in den Blick nehmen, sondern auch goldene Visa. Das portugiesische Programm zum Beispiel hat in den letzten acht Jahren für Investitionen von über fünf Milliarden Euro 25 000 goldene Visa verkauft, und häufig führt das dann eben auch zur Staatsbürgerschaft. Und deshalb dürfen wir unsere Augen nicht verschließen. Deshalb bitte ich Sie, Herr Kommissar, legen Sie keine doppelten Standards an! Auch Visa dürfen nicht verkauft werden, nicht nur Pässe. Und deshalb muss dieses Parlament einen legislativen Initiativbericht vorlegen, mit dem wir diese Forderung auch durchsetzen.

Ich bitte Sie, Herr Kommissar, aktualisieren Sie die Daten und Ihre Zusammenstellung der Programme. Die jetzigen Webseiten der Kommission sagen sehr wenig aus. Und schließlich – das ist übrigens nicht mein Pass, sondern der meiner Kollegin Hanna Neumann – sie hat ihn mir kostenlos geliehen.

Joachim Stanisław Brudziński, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Nie może być miejsca w Europie dla przestępców, kryminalistów, terrorystów czy dyktatorów, a paszporty, obywatelstwa, wizy nie mogą być towarami. A że niestety jest to dzisiaj dla kilku krajów Unii Europejskiej olbrzymią gałąź dochodowa, najlepiej pokazują liczby. Dla Cypru to aż 5% PKB. Tylko w 2017 r. wpływy do budżetu tego kraju wyniosły ponad 1 mld euro. W Hiszpanii – 976 mln euro, w Grecji – 250 mln, na Malcie czy w Portugalii – około 700 mln euro.

Proceder ten stanowi poważne zagrożenie dla bezpieczeństwa naszych państw i obywateli. Są dostępne raporty, chociażby stacji Al-Dżazira, opisujące, jak łatwo i bezproblemowo przestępcy, w tym również osoby związane z Państwem Islamskim, przenikają w ten sposób do państw członkowskich. Wyłożenie przez handlarza bronią, narkotykami lub ludźmi czy też grup islamskich terrorystów 500 tys. euro za nieruchomości na Cyprze czy 350 tys. na Malcie naprawdę nie stanowi większego problemu. A takie kwoty w wypadku tych państw wydawane były, aby nabyć obywatelstwo pozwalające – podkreślam – na swobodne poruszanie się po całej Unii.

Dlatego niezmiennie ważna jest jak najbardziej rygorystyczna kontrola wnioskodawców pod kątem bezpieczeństwa ze szczególnym uwzględnieniem ich kryminalnej przeszłości.

Γιώργος Γεωργίου, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, η Ευρωπαϊκή Αριστερά ήταν από την αρχή πολύ επιφυλακτική όσον αφορά αυτά τα προγράμματα, κυρίως λόγω των ανησυχιών της για νομιμοποίηση εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, από τη διαφθορά και τη φοροδιαφυγή. Η GUE τονίζει ότι αυτά τα προγράμματα, ιδιαίτερα όταν δεν εμπεριέχουν ασφαλιστικές δικλίδες για διοχέτευση πόρων για την κοινωνική ανάπτυξη, ευνοούν τους πλούσιους και τα κυκλώματα και όχι τον απλό λαό στις χώρες που τα εφαρμόζουν.

Κύριε Επίτροπε, είμαι ευρωβουλευτής της Κύπρου και νιώθω διπλό το χρέος να τονίσω την ανάγκη να σταματήσουν όλα αυτά τα προγράμματα, που έχουν μετατραπεί σε νοσηρές εστίες διαφθοράς και διαπλοκής για κυκλώματα που εμπορεύονται την ευρωπαϊκή ιθαγένεια ή ακόμα για προγράμματα τα οποία καθίστανται διόδος προς την Ευρωπαϊκή Ένωση για απατεώνες απ' όλον τον κόσμο. Εκπροσωπώ τον λαό μου, τους απλούς πολίτες της Κύπρου, που ούτε είδαν, ούτε άκουσαν, ούτε ξέρουν γι' αυτά τα πράγματα και είναι άδικο να στοχοποιηθούν. Παραδέχομαι, όμως, ότι το πρόγραμμα παραχώρησης υπηκοοτήτων στην Κύπρο προκάλεσε στο νησί μου τεράστια προβλήματα, ιδιαίτερα με τον τρόπο που το μετέτρεψε και το χειρίστηκε η κυβέρνηση της Κύπρου, η οποία —δυστυχώς— δεν άκουσε τις εξηγήσεις της Ευρωπαϊκής Επιτροπής για να επιφέρει τις σωστές αλλαγές. Έτσι, μεταφέρω την καθολική απαίτηση της κυπριακής κοινωνίας να υπάρξει διαφάνεια και καταπολέμηση της διαφθοράς σε κάθε επίπεδο, σε όλη την ευρωπαϊκή επικράτεια.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da diversi anni il business europeo dei passaporti e dei visti d'oro è un fenomeno ben conosciuto e in crescita, lo scandalo di Cipro è solo l'ultimo di una lunga serie.

Da tempo consentiamo a diversi Stati membri di lucrare con diritti di cittadinanza e di soggiorno, permettendo loro di dargli un prezzo, di scambiarli con investimenti da parte di ricchi cittadini stranieri. Di questo mercato che muove miliardi di euro, in cui non vi sono regole standard comuni, riescono ad approfittare anche criminali e personaggi che alimentano corruzione e intendono riciclare enormi ricchezze, spesso frutto di attività illecite, usufruendo di regimi fiscali privilegiati.

Le istituzioni europee da anni manifestano preoccupazioni sui programmi nazionali di soggiorno e cittadinanza per gli investitori nell'Unione europea, ma reagiscono decisamente solo in occasione di scandali oggetto di inchieste giornalistiche, come avvenuto di recente con la notizia di attivare procedure d'infrazione contro Cipro e Malta.

L'Unione europea non può tollerare che siano messi in vendita diritti e valori, consentendo a criminali di paesi terzi di ottenere passaporti o visti con cui circolare liberamente nel territorio europeo, con gravi conseguenze per la sicurezza interna e determinando gravi lacune nella lotta alla criminalità organizzata, al riciclaggio del denaro, alla corruzione, all'evasione e all'elusione fiscale.

L'Unione europea ha il dovere di porre fine alle gravi carenze di tali programmi in termini di trasparenza e di controlli rigorosi, salvaguardando la fiducia e il principio di leale cooperazione tra Stati membri e preservando i confini europei da criminali con disponibilità finanziaria.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, gouden paspoort, het klinkt bijna sympathiek, een beetje zoals de gouden wikkels uit Sjakie en de chocoladefabriek. Maar in dat boek worden we door Roald Dahl al gewaarschuwd dat ongewenste mensen met veel geld zich zo'n ticket gewoon toe kunnen eigenen, met alle gevolgen van dien. Dat is irritant voor een chocoladefabriek. Het is domweg gevaarlijk voor een Europese Unie.

Laten we dan ook ophouden met dat eufemisme, gouden paspoort, en laten we het beestje gewoon bij zijn naam noemen. Geen gouden paspoort maar een fraudepaspoort! Een rijke Rus of Chinees die zijn dubieuze geld rondstrooit en zich registreert op een tankstation in Malta is ineens EU-burger, met alle voorrechten en voordelen die daarbij horen. Voordelen en voorrechten voor rijke Chinezen en Russen, voor rijke criminelen, de risico's zijn echter voor ons allemaal: veiligheidsrisico's, witwassen, belastingontduiking, corruptie, ontduiken van EU-regels, risico's waar wij in dit huis al jaren voor waarschuwen.

Het is dan ook goed dat de Europese Commissie eindelijk stappen zet. Beter laat dan nooit, zullen we maar zeggen. Maar een inbreukprocedure tegen twee kleine lidstaten is niet genoeg! We hebben echt strenge en duidelijke regels voor de toekomst nodig om ervoor te zorgen dat dit soort fraudepaspoorten ook daadwerkelijk onmogelijk gemaakt worden in de hele EU. Een EU-paspoort, dat is de belangrijkste conclusie, is een voorrecht en geen handelswaar. Het wordt tijd dat we daar met zijn allen naar gaan handelen.

Paul Tang (S&D). – Mr President, over the years, millions risked their lives to gain an EU passport. If they only had 20 million! In fact, for that money, Cyprus would have welcomed them with open arms. In fact, Cyprus welcomed some of the very same people responsible for others fleeing their home. They welcomed the cousin of Assad, they welcomed the associates of Hun Sen, the dictator of Cambodia, and they welcomed known criminals and gave them safe access to the entire EU, so the EU is fully justified in taking action, and I applaud the Commission's infringement procedure. Better late than never.

But these alone won't do the trick. Criminals looking for a safe haven in the EU will find our weakest spots: today, Cyprus and Malta, tomorrow, Montenegro and Austria. This is why we need clear minimum requirements for citizenships and for residency. This means an end to fast-track procedures. This means – at least – strong anti-money laundering safeguards to ensure funds were legally obtained and this means clear requirements for the kind of investments allowed, investments that indeed require you to actually be here.

Most of all, instead of handing passports to criminals, I'd say we should save our passports for their victims.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señor presidente, dicen que una buena noticia no es noticia, pero cuando se trata de una decisión que pone las cosas más difíciles a los grandes evasores y delincuentes, a mí, desde luego, me parece una buenísima noticia. Y quiero que en mi país, en España, se sepa que la Comisión Europea, por fin, va a iniciar procedimientos de infracción contra Chipre y Malta por la venta de pasaportes a personas extracomunitarias.

Para los diputados —algunos estamos aquí— que formamos parte en la legislatura anterior de la Comisión de Investigación sobre los Papeles de Panamá, es una noticia no solo buena sino necesaria.

No es solo juego de ventaja sacar dinero por vender al mejor postor la residencia o abrir la puerta a la ciudadanía de un país que aparece la ciudadanía europea y la libertad de movimiento y de negocio. Es que eso está mal, es desleal; es un coladero para amigos de dictadores y delincuentes, intoxica nuestras democracias y facilita las redes de corrupción.

En los denominados Papeles de Chipre se habla de condenados por fraude y blanqueo de capitales, de personalidades públicas y políticos acusados de corrupción. No hay excusas: necesitamos datos contrastados.

Y, desde luego, es imprescindible lanzar una revisión de las adjudicaciones sospechosas, revisar los sistemas nacionales de adjudicación acelerada por inversión, sobre todo aquellos en los que no hay ningún requisito de residencia física. Y si Bulgaria tiene que ser aprehendida y si tiene que ser sancionada, que lo sea; y si mi país tiene que ser sancionado, que lo sea.

Señor comisario, para limpiar el campo de juego, tendrá nuestro apoyo.

Bernhard Zimniok (ID). – Herr Präsident! Der Handel mit Staatsangehörigkeiten wie ihn Zypern, Malta und auch andere EU-Länder praktizieren, dient als Einfallstor für reiche Kriminelle in die EU. Interpol hat festgestellt, diese Pässe seien neben der Geldwäsche auch – ich zitiere – „sehr wertvoll für Terroristen und internationale Kriminelle, die sie benutzen, um unentdeckt Grenzen zu überschreiten“.

Eine Parallele zur Migrationspolitik der EU ist dabei offensichtlich. Während die weniger Reichen durch das Wegwerfen des eigenen Passes in die EU gelangen und sich danach, wie häufig geschehen, gleich mehrere Identitäten erschleichen, sind es im Falle der goldenen Pässe die Reichen, die durch den Erwerb eines Passes in die EU kommen.

Beides ist illegal, aber nur das eine scheint die EU zu stören, das andere wird da gefördert. Solange die EU es nicht schafft, ihre Gesetze in ganz Europa durchzusetzen, ist der Protest nur eins – eine erbärmliche Heuchelei. Beides, der Handel mit Pässen und die Einreise ohne Pass, gehören verboten.

Charlie Weimers (ECR). – Mr President, deciding who enters, settles or becomes a citizen is a fundamental right of a sovereign state, but the Cypriot and Maltese golden passport schemes do not require a person to first live in the country before granting citizenship and the right to enter and settle in other European countries. The former Maltese Prime Minister's Chief of Staff was arrested last month as part of an investigation into a kickback for a favourable passport decision scheme. To this debate, I'd like to add that the sale of visas is just as serious. Over two years have passed since 27 Members of this Parliament demanded an investigation into reports of mafia-style sales of visas – papers that enable free movement in Schengen countries. These should be common concerns. The sale of passports and visas is criminal; it impacts us all and it must end.

Rasa Juknevičienė (PPE). – Mr President, our passports are not for sale. I come from a country where hundreds of thousands of people have died because of their right to be a citizen of their country and today, a citizen of the EU. EU citizenship is about a protection of the European way of life. It is about the security of our people, about our defence. It is about the duties of citizens. We must stop money launderers and other criminals that abuse the existing system. We must stop third countries from exploiting the system for their influence on operations. Therefore, all EU Member States must end all existing 'citizenship by investment' or 'residency by investment' schemes as soon as possible.

I would also like to use the opportunity and to draw the Commission's attention to a security loophole in the European visa-issuance system which enables third-country nationals with hostile intentions to enter the EU. Their abuse is possible partly due to their continued acceptance of non-biometric passports for travellers. I invite the EU to take immediate action to address this security gap in the European visa-issuance system.

Evin Incir (S&D). – Mr President, as in a relationship, or any other kind of union, the basis of a functioning one is called trust. Welcoming criminals into our European Union with open arms, just because those criminals are rich, is totally outrageous and means forfeiting that trust because, regardless of what the Cypriot, Maltese, Bulgarian or any other government thinks, access to one EU country's passport also means access to the whole EU, with all the benefits that it takes years for normal people to enjoy, even though they might have been exemplary inhabitants. This is not having sincere cooperation, nor is it upholding the integrity of what EU citizenship should mean. Convicted oligarchs and corrupt businessmen have nothing to do here in the EU.

I am glad that the Commission has at last started to be active on this matter, even though it has taken a long time – too long a time – but I also have a question as to why has it taken such a long time. My second question is also why doesn't it include all the countries who have this kind of system in place, referring to the infringement process, of course. There are many reasons why one should be able to get an EU citizenship, but being rich and / or an oligarch aren't two of them.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, bienvenido a este debate para poner de manifiesto las incoherencias de la Comisión.

Porque por un lado le abren un expediente a Hungría, a Polonia y a Chequia por no aceptar falsos refugiados, que luego degüellan cabezas de profesores en Francia y, sin embargo, sí que abren expedientes a Chipre o a Malta por dar visados a inversores sin vínculo con la Unión Europea. Bienvenido lo de los vínculos genuinos con Europa, pero aplíquelo a toda la política migratoria. Porque ¿qué vínculos genuinos con Europa tienen los miles de inmigrantes agolpados en las costas de Argelia, de Libia o de Marruecos? 2 600 ilegales han sido traídos clandestinamente por las mafias en las últimas dos semanas a Canarias, más que en todo el año pasado.

Dejen de verlo todo en términos económicos y financieros. Dejen de decir que los europeos necesitan miles de inmigrantes para pagar las pensiones, porque no es cierto. Las naciones no son dinero. Las naciones son lazos espirituales, familiares y culturales de comunidades históricas y han de ser respetadas. No queremos visas para especuladores, narcotraficantes y mafiosos. Pero tampoco queremos visas para esos jóvenes soldados que vienen a Europa a delinquir y a combatirnos en la calle.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, г-н Комисар, със сигурност проблемът с продажбата на паспорти, на т.нар. златни визи, е важен за Съюза, но много по-важен е проблемът за подмяната на европейското население чрез вкарването на мигранти от Африка и Близкия изток, наричани за политическа коректност бежанци тук. Вие, колеги от лявата част на залата, подкрепяте и продължавате да подкрепяте вноса на хора в Европа. По време на най-големия имиграционен натиск излязоха стотици, може би хиляди бойци на Ислямска държава в Европа. Днес те живеят тук и чакат момента, в който вашият краен марксизъм и либерален болшеvizъм ще доведат до крах на европейските национални държави и те ще видят в този крах шанс да установят своя т.нар. халифат. Напомням ви националността на ислямиста чеченец, който обезглави френския професор. Той беше със статут на легален имигрант, бежанец.

Хората, които кандидатстват за гражданство, са образовани, с професии и идват от по-бедните от нас държави да търсят възможности, което предлага всяка една държава – членка на Европейския съюз. Не забравяйте, че за да се издаде един паспорт, човек подлежи на серия от проверки. Процесът е много пъти по-сложен и рестриктивен от това нелегален бежанец да получи документ за пребиваване и да прекосява свободно границите на Съюза. Най-големият и тежък проблем не са няколко случая на купени паспорти – всеки един от тях може да бъде проследен и разследван. Най-големият проблем е, че има хиляди престъпници, борци на терористични организации, които са непроследими и идват тук маскирани като мигранти и бежанци. И вината е ваша.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Monsieur le président, Mesdames et Messieurs les députés, merci d'avoir partagé vos points de vue et vos préoccupations au sein de cette assemblée. La Commission partage la plupart des remarques qui ont été formulées, en tout cas à propos du sujet précis des passeports et des visas par investissement. La Commission a soulevé ces préoccupations de manière récurrente, y compris au sein de ce Parlement. Certains d'entre vous auraient peut-être souhaité que la Commission lance des procédures d'infraction plus tôt. La Commission a d'abord tenté de trouver une solution politique sur base d'un dialogue avec les États membres concernés, je l'ai rappelé. J'ai pris les contacts nécessaires à nouveau, depuis décembre dernier, pour demander aux États concernés de sortir de ces programmes. Le maintien des programmes en cause nous oblige aujourd'hui à lancer des procédures d'infraction.

The opening of infringement proceedings is the last step in efforts that have been ongoing for several years to address the concerns raised by monetary schemes that result in the acquisition of EU citizenship. The Commission encourages both Cyprus and Malta to continue their screening of successful applications that was launched following the recent scandals.

I know that there are many questions about the citizenship that Cyprus and Malta have already granted. In accordance with the applicable rules and respecting due processes, naturalisation should be revoked wherever necessary. The question concerning retroactivities needs to be carefully assessed and it's premature to take a position on this now. We have not even gone to the Court of Justice and are even further away from a judgment, but we need to continue to have discussions about such issues.

There were also some remarks about the necessity to finance the different budgets in the different Member States. Fostering investment is of course a legitimate goal for any country to pursue, in particular during these difficult times. However, this should not be done at any cost. EU citizenship is a collection of shared rights that all Member States provide in solidarity. Schemes that result in the selling of citizenship for the sole benefit of an individual Member State could be seen as exploiting this common achievement.

As you know, we have proposed a recovery plan of unprecedented size to protect lives and livelihoods, repair the single market and build a lasting and prosperous recovery. This is proof of strong European solidarity in the face of the enormous challenge our economies face. It would send the wrong signal if one Member State were seen to take economic measures that go against this solidarity among all Member States.

Mesdames et Messieurs les députés, la Commission continuera à défendre les valeurs et les droits liés à la citoyenneté de l'Union. Vous pouvez compter sur son engagement plein et entier et sur mon engagement personnel à défendre une citoyenneté européenne commune, fondée sur les principes de la liberté, de la démocratie, du respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales ainsi que de l'état de droit. Ces valeurs ne sont pas à vendre et la Commission prend ses responsabilités pour éviter qu'elles ne le soient. Nous allons poursuivre nos actions à l'égard tant des passeports que des visas par investissement octroyés dans l'Union européenne, dans les pays candidats comme dans les autres pays tiers.

Residence schemes, as I said in my introductory remarks, are different from citizenship schemes in terms of rights granted, but entail similar risks. They are governed by national law but interact with EU law. The Commission will continue to monitor the situation closely, notably to ensure that the necessary border and security checks are carried out.

Et je voudrais conclure, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, en vous remerciant, non seulement pour votre attention, mais surtout pour votre soutien aux actions entreprises et à entreprendre dans ce domaine.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 171 του Κανονισμού)

Josianne Cutajar (S&D), bil-miktub. – Jiena ghandi rispettt lejn l-istituzzjonijiet Ewropej u l-hidma tagħhom, inkluz tagħna l-membri tal-Parlament, biex inharsu t-trattati li jiddefinixxu l-identità u l-valuri Ewropej. Skont dawk it-trattati stess, iċ-ċittadinanza hija kompitu nazzjonali. Għalhekk m'għandux ikun hemm interferenza li tnaqqas mill-jeddijiet ta' pajjiż sovrani. Nemmen li inizjattivi bħal dawn m'għandhomx jiġu politicizzati. Diversi pajjiżi membri joffru skemi ta' ċittadinanza u residenza. Kull programm huwa differenti mill-iehor. Allegazzjonijiet fuq programm wiehed, fondati kemm huma fondati, m'għandhomx jifgħu dell fuq il-programmi kollha, meta dawn jinkludu l-aktar standard rigidu ta' verifika. L-Unjoni Ewropea tista' tirrakkomanda numru ta' elementi li tistenna li jkunu inkluzi fi programm ta' residenza jew ċittadinanza offrut minn pajjiż membru. Għandna naqblu fuq l-għarfien u l-kwalifiki li għandu jkollu professjonist liċenzjat biex ibigh skemi bħal dawn. M'għandhiex imma tintervjeni biex twaqqaf l-investiment soċjali, edukattiv u mediku li sar f'numru ta' pajjiżi bis-saħħa ta' programmi bħal dawn. Id-dizapprovazzjoni ta' pajjiżi membri mhix raġuni biżżejjed biex jitwaqqfu skemi ta' ċittadinanza u residenza f'pajjiżi oħra. Id-dizapprovazzjoni tagħna ta' ċerti industrij li jiffomentaw kunflitti viċin tagħna, qatt ma naffret dawn l-industrij strateġiċi għal ċerti membri. Nistghu ntejbju dawn il-programmi mingħajr ma neqirduhom.

Julie Lechanteux (ID), *par écrit*. – Les passeports de complaisance, dans les États membres de l'Union européenne, permettent à des personnages douteux de se propager comme une métastase dans le tissu social et économique français ou allemand. Une pratique qui doit absolument cesser!

Une récente enquête journalistique sur la vente de passeports chypriotes, avec implication de hauts responsables politiques, a fait éclater un scandale sans précédent à Nicosie. En effet, depuis 2007, Chypre offre la possibilité à de riches investisseurs non-européens d'obtenir le fameux «passeport doré». Ces procédures d'attribution manquent de rigueur et de transparence, et font difficilement barrage aux investisseurs douteux. Le système devient ainsi une porte ouverte à l'évasion fiscale, au blanchiment d'argent, à la corruption et aux mafias de tous horizons. À Chypre, le ticket du sésame européen est à 2 millions et demi d'euros – le prix de l'investissement que le ressortissant extra-européen doit effectuer pour obtenir la citoyenneté de ce pays.

Chypre n'est évidemment pas le seul pays européen à vendre son passeport, Malte lui emboîte le pas. Le groupe d'experts mis en place par la Commission européenne en janvier 2019 pour étudier ce phénomène ne s'est jamais réuni en 2020.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – Claims that the investment citizenship/visa programmes run by various Member States pose serious security threats would be more credible if placed in the context of cross-border criminality within the EU. OLAF and the Court of Auditors have repeatedly indicated the incidence of massive cross-border fraud in the Union's flagship policies. This has led to their operations being tightened, not cancelled. The same could be done with respect to citizenship/visa programmes if necessary, such as by appropriate AML legislation. Allegations being made against these programmes bear no comparison to ongoing criminal abuses attached to the Union's own policies.

Moreover, claims that the programmes contradict the EU's values become less credible in the wider context of how all European states accord citizenship and residence rights. Some of those who most endorse the claims, have arrangements by which such rights are given widely, non-transparently and with minimal security clearance. Investment citizenship/visa programmes form part of the sovereign rights of Member States and are strictly outside the competences of the Union. Any treatment at EU level of their application can be legitimate only if it forms part of a deeper examination overall of how all states – big and small – accord residence and citizenship to non-EU nationals.

Ramona Strugariu (Renew), *in writing*. – I would like to welcome the initiative of the Commission to launch the infringement procedures against Cyprus and Malta regarding their 'golden passport' schemes, as well as to highlight its concerns regarding an investor citizenship scheme operated by Bulgaria. Besides the investor citizenship scheme, 19 - Member States, plus the United Kingdom, are using investor residency schemes, which gives investors the chance to gain residency in a given country.

These schemes are posing a serious threat to our security and the fight against money laundering, tax evasion and corruption, and are undermining the essence of the European Union and the freedoms that come with citizenship and residence of a Member State. A country like Cyprus should avoid raising the suspicion that they are not cooperating sincerely with the European institutions on other justice matters, such as its participation in the EPPO. Notably, it should move swiftly to appoint full time European delegated prosecutors, as this is a guarantee of independence of the EPPO. It is time to stop criminals from entering the European Union and never allow them to launder their money if we really want to fight corruption efficiently.

Bettina Vollath (S&D), *schriftlich*. – Was haben Ali Beglov, Pham Nhat Vu und Zhang Keqiang gemeinsam? Sie alle sind wohlhabend, einflussreich und vorbestraft; und sie alle sind zypriotische Staatsbürger. Ihre Pässe haben sie alle drei gekauft. Ganz legal. 2,5 Millionen Euro kostet so eine zypriotische Staatsbürgerschaft. Etwas billiger kommt man in Malta oder Bulgarien davon. Da reichen bereits sechsstelligen Beträge für den Erwerb eines EU-Passes. Gezahlt werden die Summen durch „Investitionen“ in den betreffenden Staaten. Worin genau investiert wird und was es für Auflagen gibt? Unklar. Klar ist dagegen, wer von solchen Programmen Gebrauch macht: Menschen wie Ali Beglov, Pham Nhat Vu und Zhang Keqiang. Menschen, die Geld gegen eine EU-Staatsbürgerschaft tauschen. Eine einmalige Zahlung gegen den Schutz vor ausländischer Strafverfolgung und für alle Rechte als Unionsbürgerinnen und -bürger.

Wer versucht, bei diesen Programmen genauer hinzusehen, bezahlt das unter Umständen mit dem Leben. So erging es der maltesischen Investigativjournalistin Daphne Caruana Galizia, die vor ihrer Ermordung genau dazu recherchiert hatte. Der Verkauf dieser „goldenen Pässe“ muss endlich ein Ende haben! Daher bin ich froh, dass die Kommission nun ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Malta und Zypern eingeleitet hat. Damit sich niemand mehr den Pass der EU einfach erkaufen kann – und damit niemand mehr deshalb sein Leben verliert.

7. Lage der Energieunion (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η δήλωση της Επιτροπής σχετικά με την κατάσταση της Ενεργειακής Ένωσης (2020/2825(RSP)).

Θα ήθελα να σας ενημερώσω ότι για όλες τις συζητήσεις αυτής της περιόδου συνόδου δεν θα υπάρξει διαδικασία catch-the-eye και δεν θα γίνουν δεκτές ερωτήσεις με γαλάζια κάρτα και παρατηρήσεις επί της εφαρμογής του Κανονισμού.

Επίσης, προβλέπονται ενδεχόμενες εξ αποστάσεως παρεμβάσεις από τα Γραφεία Συνδέσμου του Κοινοβουλίου στα κράτη μέλη.

Kadri Simson, Member of the Commission. – Mr President, I am honoured to present to you today the State of the Energy Union Report. Every year, it's an opportunity to take stock of our energy policy and assess whether we are on track with implementing the energy union.

The 2020 report is the first one since we launched our new sustainability and growth strategy, the European Green Deal. A well-functioning energy union is the necessary basis to deliver our climate commitment by 2050. Together with this report, I presented three key initiatives on 14 October: the renovation wave, the methane strategy and the Commission recommendations on energy poverty. The initiatives of the 14 October energy package are important stepping stones to reach our 2030 climate target plan. They will make sure that we seize the significant decarbonisation potential of buildings and address energy poverty in order not to leave anybody behind in the clean energy transition.

National energy and climate plans (NECPs) will also remain an important tool in achieving the minimum 55% reduction in greenhouse gases. Together with the State of the Energy Union, we also published a detailed assessment of the plans of each Member State. The final NECPs are complete, robust and ambitious. Our analysis shows that each Member State still has some work to do, especially on energy efficiency. But overall we are heading in the right direction and the plans demonstrate that Europe can meet ambitious climate targets. The Commission will ensure a clear and inclusive follow-up of those plans, including on the progress of implementation and the need to revise the level of ambition of NECPs to reflect a higher carbon emission reduction target for 2030.

Let me now go back to the State of the Energy Union Report. This report provides an overview of the progress of the energy union across all its dimensions. I would like to focus on three areas today.

First, we know that delivering the higher climate ambition in the energy sector is a genuine investment challenge. The State of the Energy Union Report maps out the funding opportunities offered by the recovery and resilience facility and other EU instruments. In particular, the Annual Sustainable Growth Strategy identified three energy-related flagships – clean energy technologies, renovation and sustainable transport – where Member States can focus their national renovation plans.

This shows that Next Generation EU offers an unprecedented opportunity to mobilise resources to promote the clean and digital transformation of our economies, and we should use it. The report, however, shows that national budgets devote a declining share to clean energy research and innovation. When we measure the volumes of research funding as a share of GDP, Europe has one of the lowest rates among the major global players. Private sector investment in energy union R&T priorities is also slowing down and I'm very concerned by this trend.

Second, the report shows that the volume of energy subsidies, in particular for fossil fuels, is still considerable. Fossil fuel subsidies amounted to EUR 50 billion in the EU in 2018. This is one third of all our energy subsidies. The European Green Deal is clear: fossil fuel subsidies have to end. They remain a major impediment to a cost-efficient energy and climate transition, but also to a functioning internal market. Therefore, the Commission will reinforce its cooperation with Member States to phase out fossil fuel subsidies and reduce fossil fuel consumption. Energy subsidies should be targeted to boost the uptake of new energy technologies, to promote sustainable patterns of energy consumption, and to lower energy bills.

Third, this year's State of the Energy Union included for the first time a report on the competitiveness of the clean energy industry in Europe. The findings are quite significant. The growth of the clean energy technology sector has significantly outpaced that of the conventional energy sector. Clean energy technologies have created more jobs and added more to gross domestic product and labour productivity. This has been especially obvious in energy efficiency, where the number of jobs went up 17.4% between 2000 and 2017.

The Competitiveness Report also shows that EU industry holds a strong global position in some of the key technologies, namely offshore solar energy storage, batteries and hydrogen technologies, which have a major scaling-up potential over the coming years. In the coming months, we will take these elements forward and we will focus in our discussions with all relevant stakeholders on a value-chain-based approach to support our industries and innovators in the EU to maintain or achieve global success.

I will stop here and now I will take your questions.

Markus Pieper, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Danke an die Kommissarin für diesen Bericht. In diesem Bericht steht – und das ist schön –, dass wir 2020 CO₂-Ziele schon übertroffen haben. Super auch, dass wir das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch entkoppeln. Danke auch für diesen positiven Ausblick.

Wir sind mitten in der Energiewende. Wir dürfen jetzt aber keine Fehler machen, gerade in der Coronakrise. Gestatten Sie mir deshalb eine Frage an die Kommission: Als wir letztes Jahr den gleichen Bericht diskutierten, hieß es, ich zitiere: „The clean energy package forms a credible path to meeting its Paris agreement commitments“, Zitat Ende. Warum waren vor zwölf Monaten für Paris noch 40 % CO₂-Reduzierung genug, und sogar die Ziele für LKW und PKW wurden vor zwölf Monaten positiv hervorgehoben, ich zitiere, als „ambitious policies on climate mobility“. Im Bericht für 2020 finde ich diese Antwort nicht – nur den Hinweis, dass es jetzt mindestens 55 % sein müssen. Das Parlament will ja sogar 60 %. Ich bin auch für stärkere Vorgaben, aber es ist wie in der Medizin: Viel hilft nicht unbedingt viel, und zu viel schadet.

Ja, unsere Menschen und Betriebe machen mit auf dem Weg nach Paris, aber sie brauchen Planungssicherheit und keine sprunghafte, manchmal von Panik geleitete Willkür. Anstatt die Ziele immer höher zu schrauben, müssen wir sorgfältig über den Weg beraten. Beispiel: Der Bericht sagt, dass Covid-19 das Problem der Energiearmut noch verschärft. Jetzt kommt die *renovation base*. Was können wir Mietern zumuten? Die Pandemie und eine höhere CO₂-Bepreisung?

Der Bericht sagt, neue Energieinfrastruktur ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende, aber die Kommission kündigt neue Klagerechte für NGOs und Umweltverbände an. Wir müssen uns schon entscheiden: Wollen wir eine schnelle Energiewende mit modernen Infrastrukturen, mit großer Wirkung, positiv für die Artenvielfalt, oder wollen wir – weil eine NGO-Klage es erfordert – eine Fledermausfamilie retten? Wir brauchen keine neuen Klagerechte. Wir brauchen schnellere, unbürokratische Genehmigungsverfahren und wir müssen die COVID-Gelder *Recovery Fund* verbindlicher für die Energiewende machen. Wir sind auf einem guten Weg, aber die Schraube der Klimaverpflichtung bitte nicht überdrehen, dann geht sie kaputt.

Nicolás González Casares, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señora comisaria, la Unión de la Energía es crucial e importante para nuestra economía y nuestra transición hacia la neutralidad climática y, para que sea realidad, Europa debe comprometerse a resolver el cuello de botella que tiene. No hay unión sin interconexión y, por ejemplo, la península Ibérica está aislada en cuanto a este aspecto.

Vemos que los objetivos de reducción de emisiones para 2020 se van a cumplir. Esperemos que no sea un espejismo derivado también de la pandemia y recordemos que tenemos aún 34 millones de europeos que sufren la pobreza energética y no pueden calentar adecuadamente sus hogares.

En el informe también se ve que estamos perdiendo fuerza en investigación y desarrollo en Europa con respecto a otros bloques; debemos promocionarlos, estamos bajando el número de patentes.

Señora comisaria, el Parlamento acaba de fijar su compromiso de reducción del 60 %, tenemos una voluntad fuerte. Yo creo que el programa de trabajo de la Comisión es ambicioso para avanzar en el Pacto Verde.

Tenemos todos los asuntos bastante encarrilados; empujémoslos un poco más y no nos dejemos vencer por el escepticismo ni por el daño económico que está produciendo esta pandemia.

Morten Petersen, *for Renew-Gruppen*. – Hr. Formand. Tak til Kommissæren for en fin rapport, der viser, at EU skal vise vejen i den grønne omstilling, og at vi skal gøre noget nu, og at det haster. Vi skal levere. Vi skal have mere vedvarende energi på tværs af landegrænserne.

Et egentligt indre marked for energi vil gøre det nemmere og billigere at integrere den vedvarende energi, eksempelvis fra havvindmølleparker ude på Nordsøen og ud i de europæiske stikkontakter og dermed fortrænge de fossile brændsler fra vores energiforsyning. Derfor bliver off-shore-strategien så vigtig, den som vi går og venter på med spænding, Kommissær.

Investeringerne fra hele genopbygningspakken skal være grønne. Vi skal i Europa i det hele taget opbygge en konkurrencedygtig, grøn industri inden for den vedvarende energi og sikre, at vores grønne virksomheder er i verdensklasse, og at de forbliver i verdensklasse. Vi skal skabe et mere integreret og effektivt energisystem, så borgerne kan få grøn og billig energi. »Renovation wave« er et rigtig godt initiativ, der skaber arbejdspladser og bekæmper klimaforandringerne på samme tid, men det skal være ambitiøst, så vi kan renovere to til tre gange flere bygninger end det, som vi formår at gøre i dag.

Og så kommer vi ikke uden om at skulle revidere nogle af de direktiver, der allerede ligger på bordet, omkring vedvarende energi, energieffektivisering, bygninger og bygningernes rolle. Og de direktiver skal have nogle højere og mere ambitiøse målsætninger og forpligtende mål for medlemslandene. Ifølge det internationale energiagentur bør op mod halvdelen af de globale grønne investeringer rette sig mod energieffektivitet. Samtidig skal vi sikre, Kommissær, at medlemslandene leverer. Det gør de altså ikke i øjeblikket. Jeg vil opfordre Kommissæren til at skrue bissen på over for medlemslandene. Hvis ikke Kommissionen gør det i det kommende år, så svigter vi den grønne omstilling. Det skylder vi vælgerne ikke at gøre. Det haster, så lad os se at komme i gang!

Markus Buchheit, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident! Danke, Frau Kommissarin, auch für Ihre Darstellung vorhin. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Energieunion hätte tatsächlich ein Projekt werden können oder könnte ein solches sein, das den Bürgern den Nutzen einer EU-weiten Kooperation der Mitgliedsstaaten nahebringt und das auch den Kritikern am Brüsseler Moloch, mir beispielsweise, endlich den Wind aus den Segeln nehmen könnte. Stattdessen bläst die Kommission leider, ebenso plan- wie ziellos, so scheint es manchmal, das Hohelied von Begriffen aus dem Bingo-Vokabular weltfremder Ideologen, statt sich der tatsächlichen Probleme der Bürger und Unternehmen anzunehmen – sprich, statt Realpolitik zu betreiben.

Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit, das war der Dreiklang der Energiepolitik der vergangenen Jahrzehnte, und tatsächlich finden sich diese Begriffe natürlich auch innerhalb des Projekts Energieunion. Papier ist eben geduldig, und die Realität spricht eine andere Sprache. In den vergangenen zehn Jahren stieg der Strompreis für Privathaushalte in Deutschland um beinahe 28 %, die Netzentgelte um 26 %, die Steuern und Abgaben um ganze 65 %. Schon titelt die Bild-Zeitung von einem Heizkosten-Schock im kommenden Jahr, wenn auch die Benzin- und Dieselpreise aufgrund steigender Steuern explodieren werden. Wirtschaftlichkeit also, eines der drei zuvor genannten Elemente – Fehlzanzeige.

Auch die Häufigkeit von Beinahe-Blackouts stieg in den vergangenen Jahren rapide und zwar mit der Zunahme der zuvor beschworenen grünen Energie. Immer häufiger musste zum Beispiel Deutschland Strom aus den Nachbarländern, häufig zu horrenden Kosten, importieren. Von Versorgungssicherheit kann also keine Rede sein.

Und wie verhält es sich mit der vielbeschworenen Nachhaltigkeit? Auch das ein Begriff aus dem Vokabular, der heute immer wieder fiel. In Deutschland werden allein in diesem Jahr 6 000 Windenergieanlagen stillgelegt. Dabei entstehen bis zu 4 Millionen Tonnen zum Teil giftiger und schwer zu entsorgender Schrott. Dasselbe gilt für die Solarenergie, wo wir bis 2035 etwa 2,6 Millionen Tonnen Schrott erwarten können.

Sie sehen also, die gegenwärtigen Zustände der sogenannten Energieunion genügen weder wirtschaftlichen Grundsätzen, sie genügen nicht den Grundsätzen der Versorgungssicherheit und schon gar nicht genügen sie der mantraartig vorgebrachten Nachhaltigkeit. Es wäre Zeit, dass auch wir in diesem Hause endlich anerkennen, dass unsere Solidarität und Verantwortung den Bürgern gelten muss und eben nicht der Kommission und dem Zeitgeist.

Ville Niinistö, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the State of the Energy Union report highlights both the successes and the failures of the European Union in this field. We have over-achieved the energy targets for renewable energy for 2020, but obviously these targets are still modest. Now when Parliament is pushing for a higher ambition of 60% emission reductions by 2030, we have to look for a similar target for renewable energy to hasten the energy transition and also to make sure that it is European industries that create those jobs in energy revolution.

But there are also a lot of failures and one is obviously the increasing amount of fossil fuel subsidies. We still have in 2018 even more subsidies for fossil fuels than in 2015. The EUR 50 billion we are using on fossil fuel subsidies is three times more than the amount that we are spending on wind power in 2018. So the Commission has to force change in this field and has to make sure that the Member States get rid of fossil fuel subsidies, as Parliament has pushed for.

Zdzisław Krasnodębski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Ja również chciałem zapytać o pomoc publiczną na energię ogólnie. Otóż rzeczywiście, jak wynika z tego raportu, ta pomoc publiczna rosła w ostatniej dekadzie. W 2017 r. wyniosła 159 mld euro, mimo że Komisja od dawna zapowiada, że zamierza tę pomoc likwidować.

Wiemy, że przyrost w różnych sektorach był bardzo różny, np. transport otrzymał w 2018 r. 20% więcej subwencji niż trzy lata wcześniej. Zróżnicowane są też subwencje w poszczególnych krajach. Jeżeli dobrze odczytuję tabelę, Niemcy wydały w 2018 r. prawie 45 mld euro pieniędzy publicznych na dotacje w dziedzinie energii, z tego na paliwa kopalne – 12 mld, co wniosło 1,2% PKB. Także Francja, Włochy, Belgia w liczbach bezwzględnych znacznie bardziej subsydują paliwa kopalne niż na przykład Polska, która często przedstawiana jest jako kraj hamujący transformację energetyczną. W Polsce przeznaczono 2 mld euro i 0,2% PKB na paliwa kopalne.

Chciałbym więc zapytać, co Komisja zamierza zrobić, by zmniejszyć w najbliższym czasie dotacje. Jak zamierza to uczynić w stosunku do różnych sektorów? I jak te rosnące i zróżnicowane w zależności od potencjału ekonomicznego państw subwencje mają się do Zielonego Ładu i do zasad sprawiedliwej transformacji?

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Obrigada, Senhora Comissária, pela sua apresentação. É obvio que a transição energética é fundamental no combate às alterações climáticas e para a criação de emprego, mas gostaria de questioná-la hoje sobre a pobreza energética e sobre a remodelação dos edifícios.

A estratégia da Comissão Europeia para a pobreza energética que foi agora apresentada é uma estratégia que melhora, em muito, a nossa abordagem sobre esta questão. No entanto, creio que lhe faltam algumas dimensões importantes.

Nós sabemos que, nos agregados familiares mais pobres na União Europeia, a fatura energética representa quase 10% do rendimento mensal. Sabemos também, por vários números que existem, que estamos a falar de dezenas de milhões de cidadãos que na União Europeia vivem em pobreza energética – há relatórios que apontam para mais de 50 milhões –, e sabemos que quem vive em pobreza energética são sobretudo famílias monoparentais, são famílias com muitos filhos ou são idosos que estão, normalmente, isolados. E neste sentido, mesmo que os Estados-Membros tenham que ter medidas específicas para combater a pobreza energética, elas traduzem-se ou em tarifas sociais ou na definição de períodos críticos onde as pessoas estão isentas de pagamento.

A minha questão é muito simples: como é que a União Europeia pode definir o que é um período crítico para quem vive em situação de pobreza ou no limiar da pobreza? Falamos de cerca de 100 milhões, mais de 100 milhões de pessoas, na União Europeia que vivem em situação de pobreza, uma em cada 6 pessoas. Porque é que a União Europeia não define claramente quais são as medidas para evitar que tenhamos pobreza energética? Estamos a entrar no inverno, que é um período crítico, mas para quem é pobre todo o ano é um período crítico, e não apenas o inverno.

Traian Băsescu (PPE). – Domnule președinte, raportul prezintă situația de ansamblu, fără a analiza diferențele de resurse de care dispun statele membre. Dacă analizăm limitările impuse de Legea climei, proaspăt votată în Parlament, și de Regulamentul de taxonomie, constatăm că, în timp, trebuie să eliminăm energia produsă din cărbune, din hidrocarburi – inclusiv gaze naturale – și energia nucleară.

Asta înseamnă, spre exemplu, pentru o țară ca România, ca în următoarele decenii să elimine 60 % din sursele de energie pentru populație și pentru industrie, ceea ce o transformă dintr-o țară independentă energetic într-o țară care va trebui să recurgă la importuri masive de energie electrică.

De asemenea, dacă privim la Fondul pentru o tranziție justă, constatăm că este o mare discrepanță între obiectivele pe care ni le-am stabilit și resursele pe care le punem la dispoziție pentru ca tranziția să fie posibilă și să afecteze, să spunem în mod apropiat, în mod egal, toate statele Uniunii Europene.

De aceea, cred că se impun două concluzii: una, și cea mai importantă, este că trebuie să ne stabilim obiective realiste și cea de-a doua concluzie, obiectivele pe care ni le stabilim să fie în deplin acord cu resursa financiară pe care o alocăm.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Mr President, the climate neutrality target for 2050 requires systemic change and involves citizens. The EU has taken steps in the right direction and decoupled economic growth from greenhouse gas emissions. In 30 years, the EU cut emissions by 25%, while the economy grew by 62%. National energy and climate plans show that most Member States have cut emissions according to the current reduction targets, but Europe lags behind in the energy efficiency target.

The renovation rates proposal could be one solution. We have to make it win-win-win: cut emissions, create local jobs, and make healthier homes and buildings. Renovation rates remain too low and renovations should be placed at the core of a sustainable recovery.

Another big question for the energy transition is how to get private investment to support the green transition. Climate neutrality by 2050 needs investments now. The policy measures need to support predictability and also support demand for clean energy, green products and investments.

Bart Groothuis (Renew). – Mr President, in the biggest energy transition in our history the biggest problem is not the technology to make it happen nor is it the political will to cut greenhouse gases. No, our biggest problem is that the perfect is becoming the enemy of the good. And just look at the political debates: no nuclear energy please, no carbon capture that entails fossil fuels, no biomass, no gas in a transition, no windmills in my backyard and no solar panels on agricultural grounds please. Well, altogether that is not a sustainable posture.

How can we possibly be serious in reaching our climate goals without technologies like carbon capture, biomass or nuclear? But luckily there's one technology we all agree on that has the potential to decarbonise at least our heavy industries and transport: hydrogen. It might not be a silver bullet but we all agree this energy carrier has enormous potential and our aim is clear: to create a new, clean produced, green hydrogen market and a long-term certainty for all parties involved, and that requires massive investments; in infrastructure, in the scale up of electrolyzers, but also in carbon capture utilisation and storage, because we need to be realistic. If we want to pave the way for clean hydrogen we will initially need to invest in transitional technologies and these might not be perfect but they are good.

So, yes, in the beginning of this huge transition we will still need fossil fuels and, therefore, EU policies should support carbon capture, enable government support schemes for blue hydrogen, and I expect the Commission to move forward in this direction in its energy summer package. We have 30 years to reshape our entire energy system and we can do it, and we will fail if we demand to be perfect, but we will definitely succeed by doing it as good as we can.

Jordan Bardella (ID). – Monsieur le Président, la Commission européenne a fait de la transition énergétique un axe majeur de sa politique en affichant notamment l'objectif d'une neutralité carbone en 2050.

Si l'objectif est véritablement de décarboner l'énergie alors où est passé le nucléaire dans vos rapports? Il n'est nulle part reconnu comme une technologie essentielle à promouvoir, alors qu'on sait qu'elle est la source d'énergie la moins chère et la plus décarbonée aujourd'hui à notre disposition, faisant notamment de la France le second pays au monde le plus propre en matière énergétique, d'après un rapport de l'université de Yale. Vous ne jurez que par le dernier rapport du GIEC mais vous refusez de le lire entièrement. Tous les scénarios, je dis bien tous les scénarios, qui doivent permettre de limiter la hausse de la température à l'horizon 2100 incluent une augmentation massive du nucléaire.

Si l'hydrogène est probablement l'ambition la plus raisonnable, l'éolien, destructeur de nos paysages, comme les batteries électriques ont démontré leurs limites. Il est donc temps que la Commission européenne en revienne à la raison et à la science, cesse de se soumettre aux pressions des ayatollahs verts et à leur hystérie anti-nucléaire, il en va de notre indépendance industrielle et énergétique.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, just some days ago, a study was released signalling that in Barcelona, the city from where I'm speaking today, air pollution still causes a thousand deaths a year, and this is largely due to the use of fossil fuels. However, despite the broad consensus on the need to accelerate the clean energy transition and step up our efforts concerning emissions reduction, fossil fuel subsidies actually continue to increase. This is one of the findings of the State of the Energy Union report.

It is very urgent that we put forward a strategy towards subsidies that is coherent with the Green Deal. The EU should stop subsidising fossil fuels – and should urge Member States to do the same – and should instead redirect public money to finance the green energy transition. This is all the more urgent given that, as the report points out and the Commissioner said, funding of green energy research and investment is slowing. This comes on top of the huge cuts that the Council is proposing to the research programme Horizon Europe, which, of course, we are opposing head-on.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Panie Przewodniczący! Miesiąc temu Francja musiała ponownie uruchomić swoje elektrownie węglowe, ponieważ zamknięto starą elektrownię atomową Fessenheim, a farmy wiatrowe nie były w stanie wyprodukować wystarczającej ilości energii. Niemcy też sięgnęli do tradycyjnej energetyki i uruchomili elektrownię węglową w Datteln. Jak widać, stabilności i bezpieczeństwa energetycznego nie da się osiągnąć bez paliw kopalnych. Dotyczy to także gazu ziemnego, który powinien zostać uznany przez Unię Europejską za ważny surowiec przejściowy w procesie transformacji energetycznej. Niestety ekologiczny radykalizm w przepisach unijnych pozbawia państwa członkowskie niezależności energetycznej.

Apeluję więc do Państwa o więcej realizmu politycznego. Narzucając nieosiągalne standardy wymuszające absurdalne koszty, które pogłębiają zjawisko ubóstwa energetycznego, niestety prowadzimy do bardzo złej sytuacji ludzi w Europie. Na to wszystko nakładają się koszty pandemii. Trzeba opamiętania. Proszę spojrzeć na to z ludzkiej perspektywy, a nie tylko z perspektywy biznesu i ekoideologii.

András Gyürk (PPE). – Köszönöm a szót Elnök úr! Öt évvel ezelőtt jött létre az európai energiaunió, ezért időszzerű a kezdeményezést három szempont: az elért eredmények, tanulságok és kilátások mentén megvitatni. Az eredmények ismeretében kijelenthető, hogy az energiaunió sikertörténet. A tagállamok többsége növekvő gazdaság mellett tudta csökkenteni károsanyag-kibocsátását, növelve a megújuló energiaforrások arányát az energiamixben. A sikeresen teljesített hálózatfejlesztési célok és az integrált energiapiac kialakítása okán az európai energiahálózat jóval felkészültebb ma a különféle sokkhatások kezelésére, mint korábban. A tanulságok közül a siker feltételeit érdemes kiemelni. Megalapozott célkitűzésekkel, tisztelettel és konszenzusra törekvő Bizottsággal igenis el lehet érni ilyen eredményeket. Ez utóbbiért köszönet Cañete biztos úrnak. Az energiaunió kilátásai viszont korántsem ennyire biztatóak.

A baloldal az energiapolitikát hitvitává alakította. Az Európai Parlament baloldali többsége az ideológiai alapra helyezett klímarendelet megszavazásával egy olyan jövő felé terelné az Uniót, ami gazdasági stagnáláshoz, több százezer munkahely megszűnéséhez és a rezsiköltségek robbanásszerű emelkedéséhez vezethet. Ez kockázatos. Az európai emberek ennél jobb klíma és energiapolitikát érdemelnek.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! Pokonaliśmy już w Unii Europejskiej wiele nacjonalizmów – nie wszystkie, ale wiele. Jednym z tych, z którymi wciąż mamy do czynienia, jest nacjonalizm energetyczny. Ogromna większość państw członkowskich patrzy na kwestię bezpieczeństwa energetycznego przez pryzmat swoich granic, swoich interesów gospodarczych i finansowych. A przecież Unia to wspólnota wartości, to swoboda przepływu osób, towarów, usług i kapitału. To wspólna odpowiedzialność za unijnych obywateli, za ich bezpieczeństwo energetyczne. To wspólne zobowiązanie do zwalczania ubóstwa energetycznego.

Raport o Unii energetycznej pokazuje doskonale, jak bardzo potrzebujemy solidarności w tym obszarze. Mamy już jej elementy, np. Fundusz na rzecz Sprawiedliwej Transformacji, ale potrzebujemy więcej. Potrzebujemy rzeczywistego, wewnętrznego rynku energii. Nie potrzebujemy projektów godzących w solidarność energetyczną, takich jak Nord Stream 2.

I jeszcze słowo o dekarbonizacji. Tu musimy precyzyjnie zdefiniować, do czego chcemy dojść. I nie mówię tu o procentach, redukcji czy statystykach. Mówię o konkretnych ludziach, którzy, tracąc zatrudnienie w górnictwie, jak u mnie na Śląsku, muszą je dostać w innej branży. Pamiętajmy, człowiek jest najważniejszy. To człowiek musi stać w środku transformacji energetycznej.

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, la relazione sullo stato dell'Unione dell'energia nel 2020 mette un giusto accento sull'impatto della pandemia in questo settore e propone una fase di ripresa che sia in linea con gli obiettivi della transizione digitale e verde.

In questo senso, sono convinto che proprio lo strumento di ripresa e resilienza potrà dare un nuovo slancio agli Stati membri, che dovranno destinare almeno il 37 % delle risorse di ciascun piano alla transizione climatica. Il Covid inoltre ha messo ancora più in luce la necessità per l'Unione europea di ridurre la vulnerabilità e la dipendenza estera anche in questo campo, migliorando la resilienza e la diversificazione delle catene di approvvigionamento, nonché la capacità di stoccaggio.

Tutti gli Stati membri dovranno continuare a contribuire affinché i target del 2030 prima, e l'obiettivo della neutralità climatica nel 2050 poi siano raggiungibili nella pratica, coerentemente con gli impegni presi con l'accordo di Parigi. Questo non significa imporre una strategia di decrescita industriale, ma avviare un processo di trasformazione energetica in modo deciso in tutti i settori, come ripensare radicalmente anche le nostre abitudini. Penso alla mobilità Smart, ai combustibili alternativi, alla conversione delle industrie ad alto impiego energetico e alla digitalizzazione delle infrastrutture energetiche; non ultimo, penso al ruolo giocato dall'idrogeno che, in un sistema energetico integrato ha la possibilità di favorire la decarbonizzazione dell'industria dei trasporti, della produzione di energia elettrica e dell'edilizia in tutta Europa.

Servono però le risorse adeguate, signora Commissaria, lo sviluppo di sistemi energetici ed economici sempre più sostenibili dipenderà dagli investimenti in ricerca e innovazione, investimenti in grado di aumentare ulteriormente la competitività delle energie rinnovabili, soprattutto in termini di fabbisogno energetico e di costi.

VORSITZ: OTHMAR KARAS*Vizepräsident*

Vincenzo Sofo (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Caucaso, Africa, Medio Oriente, Est Europa, tutte aree dalle quali dipendiamo energeticamente, tutte aree dove le potenze straniere alimentano instabilità e conflitti per metterci sotto scacco. Ecco perché l'Europa, se vuole essere un attore geopolitico, forte e autonomo necessita di una sovranità energetica, sovranità che deve dunque rappresentare il cuore della sfida ambientale del Green Deal, non la rincorsa ai capricci di Greta e di multinazionali che vogliono decapitare le nostre aziende, con tasse su carni, plastiche e follie varie. Non la sottomissione alla Cina come accadrebbe puntando solo sull'elettrico.

L'obiettivo deve essere garantire l'autonomia dell'Europa, valorizzando il potenziale energetico di tutti i suoi Stati membri e l'Italia ha tutte le carte per essere protagonista, solare, eolico, l'idrogeno, per non parlare dell'energia da moto ondoso con realtà come il NOEL in Calabria, grazie alle quali potrebbe nascere nella Locride il primo porto turistico a impatto zero.

Se dunque volete costruire un'Europa potenza, valorizzate questa realtà e noi saremo i primi a supportarvi. Se invece siete disposti a uccidere le nostre economie, pur di fare gli zerbini di Greta, ebbene noi saremo i primi a combattervi.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – (*Beginn des Redebeitrags bei ausgeschaltetem Mikro*) ... wir heute hier sind. Ich möchte mich auf die Rolle der erneuerbaren Energien fokussieren: Wir haben ja drei gute Nachrichten, die auch in Ihrem Bericht drinstehen. Erstens: Erneuerbare liefern inzwischen mehr als 20 % der Endenergie in der Europäischen Union. Die Stromerzeugung aus Sonne und Wind hat sich von 2010 bis 2018 mehr als verdoppelt. Und – vielleicht für manche in diesem Haus am wichtigsten – die Erneuerbaren sind den fossil-atomaren Energieträgern hinsichtlich Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen überlegen.

Aber: Die Ausbauziele der Mitgliedstaaten reichen absolut nicht aus, um unsere Emissionen bis 2030 ausreichend zu senken, und deswegen brauchen wir eine riesige gemeinsame Anstrengung. Und viele Bürgerinnen und Bürger wissen das und sind dazu bereit. Und deshalb fordere ich Sie, Frau Simson, hier und heute auf: Bitte sorgen Sie dafür, dass die im *Clean Energy Package* verankerten Rechte für die Bürgerenergie schnell und wirksam in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Dann haben wir eine echte Energieunion, entfesseln die Erneuerbaren, demokratisieren die Energieversorgung, sichern lokale Wertschöpfung und erreichen unsere Klimaziele.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, Επίτροπε Simson, η έκθεση για την κατάσταση της Ενεργειακής Ένωσης επαναφέρει στο προσκήνιο το μεγάλο πρόβλημα της ενεργειακής φτώχειας. Αν και συνολικά στην Ευρωπαϊκή Ένωση έγιναν βήματα προόδου, στην πατρίδα μου, την Ελλάδα, η κατάσταση επιδεινώθηκε δραματικά τα τελευταία χρόνια. Ειδικότερα, το 2018, το 22,7% του πληθυσμού ανέφερε ότι δεν κατάφερε να διατηρήσει το σπίτι του επαρκώς ζεστό κατά τους χειμερινούς μήνες, ενώ ο αντίστοιχος μέσος όρος στην Ευρωπαϊκή Ένωση είναι μόλις 7,3%. Ομοίως, το 2018, το 35,6% του πληθυσμού δεν ανταποκρίθηκε στις οικονομικές του υποχρεώσεις για τους λογαριασμούς ενέργειας λόγω οικονομικών δυσκολιών, ενώ ο αντίστοιχος μέσος όρος της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι μόλις 6,6%.

Τα εθνικά σχέδια για την ενέργεια και το κλίμα, κυρία Επίτροπε, είναι το κλειδί για να αντιμετωπίσουμε το μείζον θέμα της ενεργειακής φτώχειας. Χρειάζονται όμως ταυτόχρονα μεγάλης κλίμακας προγράμματα πολυδιάστατης αναβάθμισης των κτιρίων και των κατοικιών στις περιοχές που υποφέρουν, με έμφαση στη χρήση των κυκλικών υλικών, των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας και των καινοτόμων τεχνολογικών λύσεων. Χρειάζεται να κινητοποιήσουμε όλα τα διαθέσιμα χρηματοδοτικά εργαλεία από το Ταμείο Ανάκαμψης, τον κοινοτικό προϋπολογισμό, την Ευρωπαϊκή Τράπεζα Επενδύσεων και τον ιδιωτικό τομέα. Μόνο με τέτοια δράση θα αντιμετωπίσουμε το πρόβλημα, θα δημιουργήσουμε δουλειές και θα αφήσουμε πίσω μας την ενεργειακή φτώχεια.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, estamos hoje a debater o estado da energia em circunstâncias muito diferentes daquelas em que o fizemos nos anos anteriores e, nestas circunstâncias, temos que colocar todas as políticas e ferramentas ao serviço da recuperação e da resiliência. A boa governação da União da Energia tem que ter em conta esta nova ambição de liderança verde.

Tendo integrado a equipa de negociação do regulamento da governação da energia é com satisfação que verifico a avaliação positiva feita pela Comissão Europeia do conteúdo dos planos nacionais de energia e clima.

As metas definidas para 2030 continuam ao nosso alcance. As metas de interconexões estão atrasadas, precisam de um *forcing* político. Apelo a que, sem perder de vista as metas, nos foquemos no processo e no seu impacto, em garantir energia limpa a preços mais baixos para as empresas e as famílias, em reduzir substancialmente a pobreza energética, em apostar em novos modelos de distribuição e armazenamento e em novas tecnologias, como o hidrogénio verde, que permitem envolver todos os setores do Pacto Ecológico e reforçar o mercado único da energia.

Jakop G. Dalunde (Verts/ALE). – Herr talman! Jag vill börja med att också tacka kommissionen för en viktig rapport, som visar vilken roll energipolitiken har i våra ansträngningar att minska klimatförändringarna. Och årets "Energy State of the Union" visar att vi runtom i EU fortfarande lägger mer pengar på fossila subventioner än vad vi gör på att bygga ut förnybar energi – till och med dubbelt så mycket. Det är 50 miljarder euro årligen som vi lägger på att pumpa in konstgjord andning i gårdagens teknik.

Klimatpolitiken får aldrig vara någonting som stannar vid retorik eller pompösa tal. Därför vill jag påminna om att vi i Europaparlamentet bara för några veckor sedan röstade om EU:s klimatlag, inklusive nya mål till 2030. Och dessa nya mål måste innebära ett paradigmskifte i vår lagstiftningsprocess. Klimatkrisen är akut och framtiden är 100 procent förnybar. Och det är det vi måste arbeta för.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE). – Mr President, the European Green Deal and green recovery are of rather strategic importance for the Union, not only to reach our climate ambitions and respond to climate change, but also in terms of ensuring a fair, yet competitive, energy transition.

Since last year, the Commission has presented initiatives to step up climate ambitions, not only to reach the target for 2030, but also for the long term. I think that we need to update existing legislation, but we also need new proposals as well, for example, in the field of renewables.

For Member States to achieve the decarbonisation target, we need first an achievable target for all Member States, taking into consideration also the different starting points of each. We need an agreement that would be beneficial for everyone.

Secondly, I may say that we, the policymakers, need to ensure that transition is possible for all regions, including those dependent on coal, and that no sector of industry should be further affected, especially given the COVID-19 economic pandemic impact. We need to back the green transition with a consistent and horizontal energy policy, and a modern, climate-neutral, highly resource efficient and competitive industrial base in the EU.

As a conclusion, along this way, in the process, we need to ensure consistency across policies, streamlined Green Deal ambitions, with a feasible transition leaving no region behind, ensuring the resilience of our energy system and the security of our energy supply.

Robert Hajšel (S&D). – Mr President, renewable energy and energy efficiency are the cornerstones of the energy transition. Renewable energy will provide the majority of clean electricity in the decades to come. However, huge capital will also be needed to transform Europe's energy infrastructure. Strategic choices about where to invest must be made now, taking into account the need to phase out fossil fuel subsidies.

But take gas as a fossil fuel: it can be a helpful bridging transitional medium to be used in many Member States if we want to achieve our ambitious climate targets. The gas infrastructure can be used also for the clean hydrogen technology if slightly modified. We need to stop talking only about the energy targets, we have to speak about how to implement these. Today our role is to facilitate a just transition, and also recovery, by linking those opportunities with the needs of people who don't want to fall into energy poverty, where there are already about 50 million Europeans.

Manuela Ripa (Verts/ALE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nahezu täglich beschwören wir den European Green Deal, nahezu täglich beschreiben wir minutiös, wie genau wir nun den Klimaschutz angehen – und dann kommt diese Zahl, für die wir der Kommission dankbar sein müssen. 50 Milliarden Euro jährlich geben die Mitgliedsstaaten für die Subvention von fossilen Energien aus. Das ist der dritthöchste Betrag an Subventionen, den wir in der EU aufwenden. Das macht einen fassungslos und zeigt, dass die Regierungen komplett widersprüchlich handeln. Einerseits wollen wir mit dem ETS die CO₂-Preise erhöhen, wir alle wissen, dass sie viel zu niedrig sind. Andererseits geben die Mitgliedsstaaten diese unglaublich hohe Summe für die Verbilligung von CO₂ aus.

Auch in der Energiepolitik müssen wir das Gesamtbild sehen.

Daher – lasst uns sofort Energie-Subventionen für Fossile verbieten! Lasst uns diese Subvention unmittelbar und sofort in Erneuerbare stecken! Die Kommission ist aufgefordert, mit einem derartigen Vorschlag auf das Parlament zuzukommen. Dafür würden Sie Applaus bekommen.

Kadri Simson, Member of the Commission. – Mr President, the State of the Energy Union is an opportunity for all of us to take a close look at our energy policy, to assess the progress we have made and identify the areas where we need to do even better. It is an extremely thorough exercise to make sure that all the dimensions of our energy policy are delivering and this year's report is not only the first one since the Green Deal, it is also the first one since the delivery and assessment of the final national energy and climate plans. There will be many opportunities to engage with Member States, stakeholders, and of course with the European Parliament, in the coming months on our clean energy transformation and its challenges, and I trust that this report is a good basis to kick off such a dialogue.

As already mentioned during my introduction, the State of the Energy Union contains important additional reports, notably, let me highlight again, the first competitiveness report that is part of the State of the Energy Union. It shows that green energy is outperforming the conventional energy technologies; also the price of renewables has come down significantly, and the energy efficiency first principle in the renovation wave helps us to create jobs across all the EU. So lower heating bills for households, and it also helps us save energy, and energy poverty across EU has declined but this is still 34 million people too many who struggle to afford a comfortable temperature in their homes. So the Green Deal and the clean energy transition is an opportunity also for the economy to relaunch investment and jobs.

Our programme for the next year is to strongly build on these conclusions and we have just adopted the renovation wave, the hydrogen strategy, and we will very soon present our offshore renewable strategy. But we also made a commitment to look at and assess all our basic instruments when it comes to the energy efficiency and renewables. All of these actions are now part of our work programme for 2021.

And this is what the Green Deal means – a cleaner, more competitive, fairer Europe. The EU's current framework will not allow us to reach our 2050 goals and meet our commitments under the Paris Agreement. Simply continuing to implement the clean energy package would see the EU achieving a 60% reduction of greenhouse gas emissions by 2050. This is not enough to get to the Paris Agreement. The EU needs to raise its ambition for this decade now and the impact assessment we have conducted shows that a balanced realistic pathway to carbon neutrality by 2050 requires an emissions reduction target of 55% by 2030. This is why the Commission proposes to cut emissions faster by 2030.

Now let me briefly also touch upon the importance of nuclear safety because I received yesterday a letter from 40 - Members of Parliament expressing their concerns regarding the safety of the Astravets nuclear power plant in Belarus. I would like to reiterate the Commission's commitment to ensuring the highest levels of nuclear safety globally, and especially in the EU's closest neighbourhood. In the case of Astravets power plant this means verifying that all key safety recommendations from the European Nuclear Safety Regulators Group (ENSREG) are implemented prior to the start of commercial operations of the power plant in early 2021.

The 7 November event is a one-off operation to test the generation of a small quantity of electricity. The peer review by ENSREG's nuclear safety experts is well underway. It is important that the experts are able to complete their work, which would allow them to draw their own independent conclusions. The peer review is expected to be completed prior to the commercial operation of the plant.

The Commission is making great efforts to maintain engagements with Belarus in this regard. However, we will need to operate within the current political reality of the political developments in Belarus. Nonetheless, the Commission is prepared to apply increased political pressure to see that the key recommendations are not implemented before the start of the commercial operation of the plant. This is also about our energy union.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Örömmel fogadtam az Európai Bizottság által készített jelentést. Az uniós energiapolitika integrálása polgáraink alapvető érdeke, mivel az energiaunió létrejötte alapfeltétele annak, hogy a klímavédelemmel kapcsolatos kötelezettségvállalásainkat 2050-ig teljesíteni tudjuk.

Tisztelt Képviselőtársaim! A klímavédelem mellett az energiaunió másik fontos célja az európai uniós tagállamok kiszolgáltatottságának csökkentése az energiaforrások terén. A megújuló energiaforrások támogatása és kiépítése tehát nemcsak klímavédelmi célokat szolgál, hanem elősegíti azt is, hogy az európai uniós tagállamok saját maguk képesek legyenek biztosítani polgáraik energiaellátásának biztonságát. Míg az európai uniós irányelvek a stratégiai célú, uniós szintű önellátást szorgalmazzák, néhány tagállam kormánya, mint például az Orbán-kormány egyre inkább függővé teszi magát Oroszországtól az energiaellátás terén. Ha éppen nem gázt vesz tőlük, akkor olyan atomerőművet, amely soha nem lesz képes piaci árakon áramot termelni. Mi azért küzdünk, hogy az Unió egy élhető hely legyen ma, holnap és 50 év múlva is, ezért sürgető az energiaunió mihamarabbi felállítása.

Susana Solís Pérez (Renew), por escrito. – El estado de la Unión de la Energía es un instrumento clave para medir nuestra progresión hacia una energía más limpia, que nos permita cumplir los compromisos de descarbonización aprobados en la Ley Europea del Clima para 2030 y 2050. El estado de la Unión de la Energía nos permite analizar las debilidades de nuestro sistema energético y, sobre todo, mostrarnos en qué puntos debemos invertir más.

Los nuevos fondos de recuperación y de cohesión deben ser un arma clave para garantizar una mejor eficiencia energética de los edificios, para invertir en planes de movilidad sostenible y para reducir el uso de los combustibles fósiles para particulares e industria, a través de una progresiva electrificación e inversión en fuentes alternativas como el hidrógeno verde y las energías renovables.

Es el momento de involucrar a la sociedad civil, fomentar la innovación y la colaboración público-privada para poder alcanzar una mayor independencia energética y una Europa más verde y digital. Los fondos de recuperación, unidos a programas como MCE o el Fondo de Transición Justa, ofrecen una oportunidad única para abordar los retos del futuro sin dejar a nadie atrás.

8. Anpassung des Vertrags über die Energiecharta an den europäischen Grünen Deal (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Anpassung des Vertrags über die Energiecharta an den europäischen Grünen Deal (2020/2827(RSP)).

Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass bei sämtlichen Aussprachen wie bekannt weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten oder Wortmeldungen zur Geschäftsordnung akzeptiert werden können. Und wir werden auch bei dieser Debatte Kolleginnen und Kollegen, die online ihre Wortmeldungen aus den Verbindungsbüros abgeben, zuschalten.

Sie wissen ebenfalls, dass im Laufe dieser Debatte zum Tagesordnungspunkt Präsident Sassoli kommen wird, um uns nach der Sitzung der Konferenz der Präsidenten den Gewinner des Sacharow-Preises mitzuteilen.

Kadri Simson, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, I would like to thank you for this opportunity to debate on this important topic today.

The Energy Charter Treaty is in need of substantial reform. In the past years, the European Union, including this Parliament and the Member States, have repeatedly called for a modernisation of the charter. The need for reform is also considered necessary by most of the other contracting parties.

Based on its negotiating mandate, the Commission has engaged in this negotiation with determination and a clear position. However, we know that a successful modernisation of the Energy Charter Treaty will be a challenge, and it will require that all the contracting parties and stakeholders contribute to this collective result.

For the EU, the objective of making the Energy Charter Treaty green is at the heart of the modernisation process. Member States have given their permission, a mandate to negotiate, which reflects the EU's reformed investment project protection standards, and ensures strong sustainable development provisions.

The Commission also has a duty to make the Energy Charter future-proof, so that it can help us address climate change, and clean energy transition goals, and facilitate a transition to a low carbon energy system in line with the objectives of the Paris Agreement.

With the adoption of the European Green Deal and the EU commitment to move to climate neutrality by 2050, the European Commission has now stepped up its climate ambitions.

Once confirmed by the co-legislators, the revised greenhouse gas emissions reduction targets for 2030 will need to be reflected in our negotiations. A level of ambition, as proposed by the Commission for at least 55% greenhouse gas reduction, requires transposition into concrete actions, including in the external dimension of the UN energy and climate policies.

Honourable Members, let me update you on the progress of the Energy Charter Treaty's modernisation process.

The negotiations with the energy charter's contracting parties have started in 2020. We had two rounds of negotiations so far, in July and September. A third round is scheduled for 3 until 6 November, another round is already planned for the end of February, or March 2021.

Based on the negotiating directives adopted by the Council in July 2019, the Commission submitted in advance of the first round of negotiations, a proposal addressing specifically investment protection and dispute settlement.

The text proposed also puts forward new provisions on sustainable development in the area of climate change, and clean energy transition in particular. These provisions recognise the urgent need of pursuing the Paris Agreement in order to effectively combat climate change and its impacts, and to regulate to that effect, at national level.

Our ambition in the modernisation reflects the EU's leading role in ensuring that the energy transition happens also in partner countries, in line with the Paris Agreement goals. For this reason, we will proceed with a pragmatic and realistic approach to ensure successful outcomes.

The complex negotiations ahead of us involve a variety of factors, and require increased cooperation, and accelerated efforts, in order to achieve the necessary consensus among all contracting parties, some of which are at different stages of development of their energy and climate policies.

We can trust that the European Green Deal is at the core of our EU policy. It is our political aim, to ensure that the Energy Charter Treaty only protects those investments that support transition to a climate neutral energy system.

I want to make the European Charter a tool also for a clean energy transition that is aligned with our EU agenda and with our collective goals under the Paris Agreement.

We count on the European Parliament to support us in this process.

Maria Spyra*ki*, on behalf of the PPE Group. – Mr President, the Energy Charter Treaty provides a multilateral framework for energy cooperation that is unique under international law.

Today 81% of investments protected by the Energy Charter Treaty are intra-EU investments. However, it is important to recognise that the Treaty is outdated, notably when it comes to arbitration clauses between foreign investors and Member States. The Treaty must reinstate Europe's rights to regulate, particularly on the issue of climate change. We must insist on the establishment of a multilateral investment court.

Our response to the voices asking to withdraw collectively from the Energy Charter Treaty, in order to allow for the implementation of Europe's clean energy package, must be a deep revision of the Treaty, addressing the Paris Agreement deals and aligning with our Green Deal road map, in order to reshape our economy into green and digital, and finally secure that this alignment will provide sustainable and affordable energy prices for all consumers.

But we are not naive. Unanimity requires compromise. We must work multilaterally in finally concluding a forward-looking Energy Charter Treaty, with the clear provision of phasing out fossil fuels, with the safeguarding of energy security through the operation of more open and competitive energy markets, while respecting the principles of sustainable development and sovereignty over energy resources.

Kathleen Van Brempt, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, let me be quite clear, crystal clear, the Energy Charter Treaty is not in line with the Green Deal. It's an instrument of the past, it's even an instrument of a former decade.

Favouring large fossil fuel companies over the environment is not the way forward. It's not adapted to the current reality, and not to our climate ambitions.

As has been stated also in the former debate, there's a fundamental reform necessary in our energy system and we will not succeed doing that if the ECT continues to protect fossil fuel investments.

Moreover, and that is very interesting and very frightening to see, that it is expected that more cases targeting climate policies will arise, once Member States start to implement the commitments that they have made in line with the Green Deal and the Paris Agreement, and that is unacceptable.

So we need a fundamental reform of the ECT. This will not be easy, as for instance, Japan already stated that it is not in favour of a fundamental reform. I want to be also crystal clear on what the next step should be, that if it is not possible to have a fundamental reform, I think it's absolutely necessary that the EU prepares itself to withdraw from the ECT.

We've made that clear also in a former debate, and in a former a vote on the climate law, where we clearly made a statement on the ECT.

So my question to the Commission is very simple. The Commissioner thinks it is possible to align the ECT with the Green Deal. I do not doubt the good intentions that the Commissioner has, and the Commission overall, but I do doubt that we have the good partners in place to make that reform possible: will you be able and ready to withdraw from the treaty the moment that you see there is no possibility for a good reform?

Martin Hojsík, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, it's great that we are having this debate, but this should be only the start. We need to put the spotlight on the Energy Charter Treaty and ensure that it receives the attention that it needs.

And it deserves attention, because as they say 'Houston, we have a problem'. Problem, that the Treaty that we only experts only really know about can cost us billions in compensation for private companies, often shell companies. If we want to prevent catastrophic climate change costs us public money that we urgently need to avert the climate crisis. Because the Energy Charter Treaty as it stands is not and, I repeat, not compatible with the European Green Deal nor several international legally binding commitments, let's say, for example, the Paris Agreement.

We have a problem if we, for example, invest now in gas and in twenty years, we need to shut it down because we have available alternative and ran out of the carbon budget. What do we do then? Start compensating all the investors? To put it simple, we cannot and should not protect investments into fossil fuels. The risk of climate crisis is already known to all investors; they don't need the protection and they should not get it.

Now this is where you might expect me to tell you the solution, but I will not. Right now, I want the Commission and the Member States to tell us, the citizens of Europe, what you want to do about it. You want to renegotiate – that's good to hear, but what do you do if the negotiations fail? Because when it comes to climate, we cannot afford to fail. We would not be forgiven.

Markus Buchheit, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! *Welcome back*. Schon scheint es, als ob die *Fridays for Future*-Demos langsam von den Titelseiten der Boulevardblätter verschwunden wären, doch zombieartig hallen ihre Forderungen hier im Alltagsgeschäft der Union fort. Welcher Wahnsinn muss uns als politische Entscheidungsträger reiten, den in seinen Ausmaßen noch gar nicht überschaubaren exogenen Schock der globalen Pandemie durch den Grünen Deal noch weiter anzufachen?

Wir reden hier von einem *Alignment* mit dem Grünen Deal – wunderbare Worte! Sie verkaufen den Bürgern die vielbeschworene grüne Wende hier als das europäische *Men on the Moon*-Projekt, als absolute Notwendigkeit – jetzt sofort – mit CO₂-Reduktionen von 55 oder 60 %, ganz egal, ohne Folgenabschätzungen, was für Auswirkungen diese Zahlen auf unsere Industrie und Gesellschaft tatsächlich haben werden.

Schon heute ist der Strompreis für unsere Industrie in Deutschland fast dreimal so hoch wie in den USA, und er wird weiter steigen. Das wird uns Wettbewerbsfähigkeit, am Schluss natürlich auch Wohlstand, kosten. Das wissen Sie bei der Kommission, und deswegen wird eine absurde Idee durch die nächste absurde Idee ergänzt. Und zwar der Green Deal zum Beispiel durch den *carbon border adjustment mechanism* oder, wie wir jetzt heute auch gehört haben, durch den Ausstieg aus dem ECT.

Haben wir jahrelang hier in der EU andere Staaten für Protektionismus und Isolationismus verurteilt, so betreiben wir diesen jetzt selber. Frau Kommissarin, Sie haben vorhin vom Glauben an den Green Deal gesprochen. Glauben ist schön, doch was sind die Zahlen? Was werden uns diese Maßnahmen am Schluss tatsächlich kosten?

Anna Cavazzini, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, whenever I speak to citizens about the Energy Charter Treaty they are shocked. The Energy Charter Treaty allows investors to bring EU Member States in front of private arbitration panels because those governments want to fulfil the requirements of the Paris Agreement.

The Energy Charter Treaty makes governments pay billions of taxpayers' money just because they want to fight the climate crisis and implement the Green Deal. And does this sound completely insane? Yes, it does, but it is the truth and the Energy Charter Treaty is the embodiment of a fossil era that has to come to an end. And this is why the reform by the Commission is so overdue and also welcomed.

But I have two major concerns to bring before the Commissioner. First, we need an effective reform. So the Commission must delete fossil fuels from the definition of economic activities and thus end the protection of fossil fuels. And second, we have to face the reality. An effective reform is very unlikely, given the anonymity required. So I urge the Commission to set a clear deadline and prepare for leaving the Treaty. And I know, Madam Commissioner, you will come now with a sunset clause. Yes, the sunset clause is bad; it protects investment for another 20 years if we leave the Energy Charter Treaty now. But better leaving earlier than later. At the very least, we need to end inner EU application and thus eliminate already half of the cases. I count on your support.

Beata Szydło, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Komisarz! Realia polityki energetycznej i klimatycznej zmieniają się bardzo szybko. Rośnie potrzeba zacieśniania współpracy regionalnej i globalnej w tym zakresie. W ciągu tylko pięciu ostatnich lat przyjęliśmy porozumienie paryskie i została ogłoszona strategia Zielonego Ładu, a więc rzeczą naturalną jest, że musimy również przystąpić do zmiany Traktatu karty energetycznej.

Powinniśmy jednak czynić to realistycznie, szczególnie w tym trudnym momencie, gdy panuje kryzys spowodowany pandemią, gdy liczy się każde miejsce pracy, gdy trzeba wspierać gospodarkę. Postulaty przyświecające modernizacji traktatu powinny zatem być realistyczne. Musimy chronić inwestycje i dokonywać zmian zgodnie z wypracowanymi wcześniej strategiami i przede wszystkim z myślą o wsparciu gospodarki.

Silvia Modig, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, kun ECT-sopimusta nyt ollaan modernisoimassa, on välttämätöntä, että se saadaan tukemaan siirtymää kohti hiilineutraaleja yhteiskuntia. Tällä hetkellä se ei sitä tee, vaan päinvastoin, se antaa yhtiöille mahdollisuuden nostaa kanne niitä valtioita vastaan, jotka haluavat muuttaa lainsäädäntöään ja siten energiapalettiaan kohti kestäväää hiilineutraalia mallia.

Sopimuksen investointisuoja suojaa fossiilisia polttoaineita huolimatta siitä, että me tiedämme, että ne merkittävästi pahentavat ilmastokriisiä. Tämän lisäksi investointisuojaus sisältyy valtavan ongelman demokratian kannalta. Lainsäädännön muutoksia tekevät hallitukset, jotka ovat päässeet valtaan vaaleissa kansan tahdosta. Kun yhtiöille investointisuoja nimissä annetaan mahdollisuus kyseenalaistaa nämä demokraattiset päätökset, annetaan niille oikeus kyseenalaistaa kansan vaaleissa antama mielipide.

Tälläkin hetkellä yhtiöt voivat pitää hallituksia panttivankinaan uhkaamalla välimiesmenettelyllä, jos kyseinen valtio haluaisi esimerkiksi kieltää kivihiilen käytön. Se mahdollistaa sen, että ilmastotoimia estetään, vesitetään tai hylätään siinä pelossa, että ne johtavat miljardien eurojen kanteeseen.

Kun hyväksyimme ilmastolain, hyväksyimme sen kirjauksen, jonka mukaan kaiken politiikkamme on oltava linjassa ilmastolain tavoitteiden kanssa eli Pariisin sopimuksen kanssa, kuten ilmastolaissa kirjoitetaan. ECT-sopimus on täydessä ristiriidassa *Green Dealin* tavoitteiden kanssa. Se ei sisällä minkäänlaisia tavoitteita päästöjen vähentämiseksi tai ilmastokriisiin ratkaisemiseksi, ja tämän on muututtava perustavanlaatuisella tavalla.

Komissaari, oletko valmis luopumaan ja irtautumaan sopimuksesta, mikäli yksimielisyyttä perustavanlaatuisista muutoksista ei riittävissä aikataulussa saada?

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, zastarjele odredbe Ugovora o energetskej povelji trebaju se modernizirati u skladu s posljednjim ciljevima Europske komisije u namjeri da se ograniči utjecaj klimatskih promjena. Kako bi se zapravo dao doprinos postizanju klimatskih ciljeva zacrtanih u Pariškom sporazumu o ciljevima održivog razvoja te ambicijama Europske unije, ECT bi trebao poticati ulaganja u održivu energiju s niskim udjelom ugljika i, jednako tako, podržati mjere za promicanje pravedne tranzicije.

Međutim, u svjetlu hitne potrebe za klimatskim djelovanjem, ono što ECT stvarno treba temeljiti je preinaka. Današnja rasprava, vjerujem, možda može pozitivno utjecati ne samo na razmišljanje o nužnim promjenama za ostvarenje klimatskih ciljeva nego i na druge odredbe ECT-a koje imaju također značajan negativan utjecaj na međunarodni pravni poredak. Moramo zaustaviti ulaganja u fosilna goriva i ukloniti nepovoljne odredbe koje zapravo investorima daju mogućnost podnošenja tužbi protiv država pred privatnim arbitražnim sudovima. O tome smo već danas nešto čuli.

Najveći izazov možda s kojim se države članice suočavaju jest klauzula o zaštiti investitora. Ona, naime, omogućuje da u slučaju promjene politike i regulative imaju pravo na naknadu štete ako nisu u mogućnosti realizirati investiciju. Ova klauzula često se zloupotrebljava. Prema podacima tajništva ECT-a, ukupno su uložene 134 tužbe energetske tvrtke protiv država, a gotovo polovica postupaka još uvijek traje. Zaključit ću, Europska unija se temelji na vladavini prava i poštivanju pozitivnih zakonskih propisa. Interesi naših građana moraju biti prioritet.

Der Präsident. – Ich kann im Moment nicht mit der Debatte fortfahren, weil ich jetzt unterbreche für die Bekanntgabe des Gewinners des Sacharow-Preises durch den Präsidenten. Wir setzen nach dieser Mitteilung sofort die Debatte wieder fort.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

9. Sacharow-Preis 2020 (Bekanntgabe des Preisträgers)

Presidente. – Signore e signori, è per me un grande onore informarvi che la Conferenza dei presidenti ha deciso di conferire il Premio Sacharov per la libertà di pensiero ai rappresentanti dell'opposizione bielorusa: il Consiglio di coordinamento, l'iniziativa delle donne coraggiose Sviatlana Tsikhanouskaya, Svetlana Alexievich, Maryia Kalesnikava, Volha Kavalkova, Veranika Tsapkala, e le personalità della politica e della società civile Siarhei Tsikhanouski, Ales Bialiatski, Siarhei Dyleuski, Stsiapan Putsila e Mikola Statkevich.

Le massicce proteste di piazza in Bielorussia che hanno commosso il mondo intero sono in corso ormai da 11 settimane. Man mano che cresce la nostra ammirazione nei confronti della popolazione bielorusa, cresce anche il nostro sgomento per le violente rappresaglie di Lukashenko e per i suoi atti di tortura e negazione della verità. Concedetemi di ribadire quanto già affermato dalle nostre istituzioni e dal Parlamento con una sola voce: il governo e il presidente hanno perso le elezioni ed è giunto il momento di ascoltare la voce del suo popolo.

Ma, cosa più importante, desidero congratularmi con i rappresentanti dell'opposizione bielorusa per il loro coraggio, la loro resilienza e la loro determinazione. Essi incarnano quotidianamente la difesa della libertà di pensiero e di espressione che il Premio Sacharov gratifica. Si sono dimostrati e continuano a dimostrarsi forti di fronte a un avversario molto più potente. Ma ciò che li sostiene è qualcosa che la violenza non potrà mai sconfiggere: la verità. Ecco dunque il mio, il nostro messaggio per voi, cari vincitori del premio: continuate ad essere forti e non rinunciate alle vostre battaglie, noi saremo al vostro fianco. Sappiate che siamo con voi. Spero di potervi accogliere presto al Parlamento per consegnarvi il premio che oggi vi abbiamo assegnato.

Vorrei aggiungere una parola anche sulla recente uccisione di uno dei finalisti di quest'anno, il signor Arnold Joaquín Morazán Erazo, leader del gruppo ambientalista di Guapinol, il gruppo che si sta opponendo a una miniera di ossido di ferro in Honduras. Una battaglia significativa molto importante. È imperativo che venga immediatamente avviata un'indagine credibile e indipendente e che i responsabili siano chiamati a risponderne.

In Honduras, in Bielorussia, in Iraq e in qualsiasi altra parte del mondo, nessuno deve essere perseguitato per aver espresso le proprie opinioni. E questo è il messaggio che oggi vogliamo lanciare dal Parlamento europeo.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

10. Anpassung des Vertrags über die Energiecharta an den europäischen Grünen Deal (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Anpassung des Vertrags über die Energiecharta an den europäischen Grünen Deal (2020/2827(RSP)) nach der Erklärung von Präsident Sassoli über die Sacharov-Preisträger fort.

Aurore Lalucq (S&D). – Monsieur le Président, cher Commissaire, chers collègues, la Commission européenne a fait de la question écologique son projet phare à travers le pacte vert pour l'Europe. Ce Parlement a déclaré l'urgence climatique l'an passé. Nous avons voté, il y a quelques semaines, la loi climat. Pourtant, tout cela ne sert à rien si la charte de l'énergie perdure car vous savez aussi bien que moi qu'à chaque fois qu'un État souhaitera mettre en place une législation environnementale ambitieuse, il sera attaqué ou menacé d'être attaqué devant des tribunaux d'arbitrage privés, avec les conséquences que l'on sait, soit la loi est balayée, soit elle est allégée, soit les États doivent déboursier des millions voire des milliards d'euros, un argent public, celui des citoyens, un argent dont nous avons besoin pour mettre en place la transition écologique. Un argent dont nous avons plus que besoin dans un moment de crise.

Ce traité archaïque et climaticide fonctionne comme une véritable assurance vie pour les industries fossiles, assurance vie contre nos vies. Puisque les négociations sont actuellement en cours, nous aimerions connaître, nous parlementaires, quelles sont les lignes rouges de la Commission? Et si ce traité n'est pas renégociable, ce qui est vraiment notre crainte, nous aimerions savoir si la Commission est décidée à organiser une sortie concertée de ce traité, pour que nous puissions mettre en place la transition écologique.

Marie-Pierre Vedrenne (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, une évidence que nous partageons tous: nos politiques commerciales et d'investissement doivent contribuer au respect de l'accord de Paris et à la mise en œuvre de nos engagements définis dans le pacte vert. Une conséquence: l'actuel traité sur la charte de l'énergie est inadapté avec nos objectifs de lutte contre le dérèglement climatique. Alors deux priorités dans les négociations que vous avez déjà évoquées.

Premièrement, être engagé pour exclure les énergies fossiles du champ d'application du traité. Combien d'entreprises opérant dans ce secteur ont attaqué nos États et ont obtenu gain de cause! Et ces cas risquent de se multiplier avec notre objectif de neutralité climatique.

Deuxièmement, être engagé pour l'abandon, dans ce traité, de l'ancien mécanisme de règlement des différends entre investisseurs et États. Le droit à reculer des États doit être protégé. Mais une réalité: malheureusement peu voire aucun des signataires actuels de ce traité ne partagent cette volonté d'adaptation.

Alors une seule conclusion, Madame la Commissaire, il est urgent de se préparer à toutes les situations, dont le retrait organisé de ces négociations.

Saskia Bricmont (Verts/ALE). – Monsieur le Président, la Commission européenne a adopté un ambitieux pacte vert pour l'Europe. Le Parlement européen a voté, il y a à peine 15 jours, la loi climat qui prévoit de réduire de 60 % nos émissions d'ici à 2030. Et pourtant nous sommes coincés dans des textes qui datent des années 1990, qui n'intègrent pas l'urgence climatique.

Il faut arrêter de tergiverser et sortir du traité sur la charte pour l'énergie, qui prévoit la protection des investissements dans les énergies fossiles et le mécanisme de règlement des différends entre investisseurs et États, qui prévoit également une clause de suprématie, donc une supériorité de ce texte sur tout texte postérieur, comme l'accord de Paris, et qui prévoit aussi l'unanimité des décisions entre 50 membres. Un peu plus de 50 membres qui n'arrivent pas à se mettre d'accord sur des questions de durabilité. C'est particulièrement problématique avec un pays comme le Japon, avec qui nous avons pourtant conclu un accord commercial et négocié des chapitres de développement durable, qui devraient nous permettre d'avoir des positions communes sur la scène internationale.

Alors, Madame la Commissaire, après deux rounds de négociations dont on ne voit pas le bout et compte tenu des hostilités face à la modernisation de ce traité, quel est le plan B de l'Union pour en sortir et se prémunir des effets du traité?

Manuel Bompard (GUE/NGL). – Monsieur le Président, chers collègues, le traité sur la charte de l'énergie a été signé en 1994. Il protège les investissements dans les énergies fossiles, en permettant aux multinationales d'attaquer les États devant des tribunaux d'arbitrage.

C'est, par exemple, Vattenfall qui poursuit l'Allemagne pour avoir durci sa réglementation environnementale; c'est Uniper qui s'en prend aux Pays-Bas pour avoir décidé de fermer ses centrales à charbon; c'est l'entreprise canadienne Vermilion qui menace la France de poursuites si elle devait s'engager à en finir avec l'extraction des combustibles fossiles d'ici à 2040. Ce traité protège aujourd'hui 30 gigatonnes d'émissions cumulées, c'est l'équivalent du budget carbone qu'il reste à l'Union européenne d'ici à 2050 pour respecter la trajectoire de l'accord de Paris. Or, notre Parlement a décrété l'objectif de neutralité carbone d'ici à 2050. Serons-nous à notre tour entraînés devant un tribunal? Ça suffit, les intérêts financiers des multinationales ne doivent pas primer sur la souveraineté du peuple. Alors mes chers collègues, il est temps de déchirer le traité sur la charte de l'énergie.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Mr President, the Energy Charter Treaty (ECT) has been rightly criticised. Modernisation to make it compatible with the Green Deal is a necessity. I hope, however, that the Treaty's shortcomings do not blind us from seeing how much we need a modernised treaty to cover renewable energy investments. The Commission estimation shows that for reduction of emissions by the goals we have set, the EU needs annually EUR 350 billion more energy-related investments than were made in the past 10 years. It is clear also that most of this will come from private investors. If we get the true ambitious modernisation that is sought in the EU text proposal, the ECT would then, in effect, become the enforcement tool for the Paris Agreement that we currently lack.

We should recognise that in the multilateral investment treaty covering renewable energy investments, and that no other treaty exists than the ECT. With the modernised treaty we could offer private investors protection and the stable investment environment that is needed to increase investments in renewables. It will not be easy to find an ambitious modernised treaty – unanimity is required among 54 parties to the agreement – but we have to push this and we have to convince our partners that all need an Energy Charter Treaty that is in line with the Green Deal.

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Mr President, once again I would like to thank you for this opportunity to debate on this important topic today. It is a sensitive one and you can trust that the Commission is following it very closely. The Commission will also need to address the definition of economic activity in the energy sector. In line with our mandate, the Commission wants to send a strong signal. Our aim is to ensure that economic activities related to the use of fossil fuels are phased out from the scope of the Charter's investment section.

The transition to a climate neutral energy system requires that the use of fossil fuels should be greatly diminished and eventually phased out. This approach is at the core of the European Green Deal and it is the approach we are following in the modernisation process. We have made it clear and engaged in very good faith in the reform. A successful Energy Charter Treaty negotiation outcome requires consensus. A proposal to remove the investment protection of fossil fuels from the Energy Charter Treaty would certainly be met with fierce resistance from many of the non-EU-ECT contracting parties, many of which are big fossil fuel producers. At the same time the EU has a duty to act in accordance with its long-term energy transition and climate goals which would require that the EU-ECT should only cover investments needed to support transition to a climate neutral energy system.

A balance needs to be struck and we believe that our approach does that. The Energy Charter Treaty protects not only investments in fossil fuels but also investment in electricity, irrespective of the energy source generating that electricity, which means that it also protects investments in renewable energy sources. Therefore, the Commission believes that the ECT could still play a positive role in the future by supporting the investments necessary for the energy transition in particular outside of the EU if all contracting parties accept the necessary changes to the treaty.

So right now, no option is off the table. The EU should first engage in the negotiations and see if partners engage. We must be aware that withdrawal is difficult, indeed the ECT has a 20-year sunset clause, therefore if the EU were to get out now, it would face the application of the unreformed ECT for the next 20 years in relation to investments in existence at the time of withdrawal. So, first, we negotiate and we are ready to assess all options if negotiations do not deliver the result.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Łukasz Kohut (S&D), *na piśmie*. – Europejska Karta Energetyczna od przeszło dwóch dekad reguluje współpracę ponad pięćdziesięciu państw świata, jak również Unii Europejskiej, w kwestiach energetycznych. To traktat potrzebny. Ale to również traktat wymagający pilnej renegotjacji. Państwa członkowskie i regiony Unii, które podejmują obecnie heroiczny wysiłek sprawiedliwej transformacji, tak jak mój Śląsk, nie mogą być osłabiane przez przestarzałe, nieadekwatne regulacje. Unia Europejska wycofuje się z węgla i innych paliw kopalnych. Tymczasem Europejska Karta Energetyczna, w obecnym kształcie, może chronić znacznie ponad 2 biliony euro inwestycji w paliwa kopalne do roku 2050. Inwestycji nie naszych, ale państw trzecich, które dodatkowo mogą powodować odpowiedzialność odszkodowawczą państw Unii. To sytuacja nieakceptowalna. Pilna renegotjacja zapisów Karty jest koniecznością.

(Die Sitzung wird um 12.26 Uhr unterbrochen)

11. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 13.00 Uhr wieder aufgenommen)

12. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 13.09 Uhr unterbrochen)

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

13. Wiederaufnahme der Sitzung

(Posiedzenie zostało wznowione o godz. 14.30)

14. Zweite Abstimmungsrunde

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest druga część głosowania.

Będziemy głosować nad punktami podanymi w porządku obrad. Głosowanie będzie otwarte od godz. 14.30 do godz. 15.45. Przyjęto taką samą metodę głosowania jak w poprzednich głosowaniach. Wszystkie głosowania będą imienne. Ogłaszam otwarcie drugiej części głosowania. Można głosować do godz. 15.45. Wyniki drugiej części głosowania zostaną ogłoszone o godz. 18.15.

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 14.31)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

15. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 18.17 Uhr wieder aufgenommen)

16. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 18.25 Uhr unterbrochen)

17. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 20.00 Uhr wieder aufgenommen)

18. Dritte Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Wir kommen nun zur dritten Abstimmungsrunde.

Wir stimmen über die Dossiers ab, die in der Tagesordnung aufgeführt sind. Die Abstimmungsrunde ist von 20.00 bis 21.15 Uhr geöffnet. Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den vorangegangenen Abstimmungsrunden. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Die Sitzung wird heute um 21.15 Uhr geschlossen und morgen um 8.45 Uhr mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der dritten heutigen Abstimmungsrunde wieder aufgenommen. Die Tagesordnung wurde veröffentlicht und ist auf der Website des Europäischen Parlaments verfügbar.

19. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

20. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

21. Petitionen: siehe Protokoll

22. Zustimmungsverfahren (Artikel 105 GO): siehe Protokoll

23. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

24. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll

25. Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll

26. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

27. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

28. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 21.15 Uhr geschlossen)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. OKTOBER 2020

(C/2024/4898)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 19. bis 23. Oktober 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Änderung der Tagesordnung	3
3. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	3
4. Wiederaufnahme der Sitzung	3
5. Erste Abstimmungsrunde	3
6. Wiederaufnahme der Sitzung	4
7. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	4
8. Wiederaufnahme der Sitzung	4
9. Zweite Abstimmungsrunde	4
10. Wiederaufnahme der Sitzung	4

Inhalt	Seite
11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	4
12. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	4
13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	4
14. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte	5
15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	5
16. Schluss der Sitzung	5
17. Unterbrechung der Sitzungsperiode	5

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. OKTOBER 2020

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 8.45)

2. Änderung der Tagesordnung

Πρόεδρος. – Κατόπιν διαβουλεύσεων με τις πολιτικές ομάδες, θα ήθελα να σας ενημερώσω για τις ακόλουθες αλλαγές στην ημερήσια διάταξη:

Κατόπιν της ανακατανομής των ψηφοφοριών στις διαφορετικές διαδικασίες ψηφοφορίας, οι τελικές ψηφοφορίες για το πακέτο ΚΓΠ – εκδόσεις Jahr, Müller και Andrieu μετακινούνται στη δεύτερη διαδικασία ψηφοφορίας της σημερινής ημέρας.

Κατά συνέπεια, η τρίτη διαδικασία ψηφοφορίας που είχε προγραμματιστεί για σήμερα, Παρασκευή 23 Οκτωβρίου, από τις 18.00 έως τις 19.15, ακυρώνεται, όπως και η ανακοίνωση των αποτελεσμάτων στις 21.30.

Οι επικαιροποιημένες πληροφορίες σχετικά με τις ψηφοφορίες είναι διαθέσιμες στον ιστότοπο του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο τμήμα «Σημαντικές πληροφορίες και έγγραφα».

Υπάρχει κάποια αντίρρηση; Η αλλαγή εγκρίνεται.

3. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Η συνεδρίαση διακόπτεται στις 8.53)

4. Wiederaufnahme der Sitzung

(Η συνεδρίαση επαναλαμβάνεται στις 9.00)

5. Erste Abstimmungsrunde

Πρόεδρος. – Θα προχωρήσουμε στη σημερινή πρώτη ψηφοφορία. Θα ψηφίσουμε επί των φακέλων όπως αναφέρονται στην ημερήσια διάταξη. Η ψηφοφορία θα διαρκέσει από τις 9.00 έως τις 10.15. Θα χρησιμοποιηθεί η ίδια μέθοδος ψηφοφορίας που χρησιμοποιήθηκε και στις προηγούμενες ψηφοφορίες. Όλες οι ψηφοφορίες θα πραγματοποιηθούν με ονομαστική κλήση. Κηρύσσω την έναρξη της πρώτης ψηφοφορίας. Μπορείτε να ψηφίσετε έως τις 10.15. Τα αποτελέσματα της πρώτης ψηφοφορίας θα ανακοινωθούν στις 12.45.

(Η συνεδρίαση διακόπτεται στις 9.01)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

6. Wiederaufnahme der Sitzung*(Die Sitzung wird um 12.45 Uhr wieder aufgenommen)***7. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll***(Die Sitzung wird um 12.51 Uhr unterbrochen)***8. Wiederaufnahme der Sitzung***(Die Sitzung wird um 13.18 Uhr wieder aufgenommen)***9. Zweite Abstimmungsrunde**

Der Präsident. – Wir kommen nun zur Eröffnung der zweiten heutigen Abstimmungsrunde. Wir stimmen über die Dossiers ab, die in der Tagesordnung aufgeführt sind. Die Abstimmungsrunde ist von 13.15 Uhr bis 14.30 Uhrgeöffnet.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den vorangegangenen Abstimmungsrunden. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Ich erkläre die zweite Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie haben bis 14.30 Uhr Zeit für Ihre Stimmabgabe. Die Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde werden um 17.00 Uhr bekannt gegeben.

*(Die Sitzung wird um 13.19 Uhr unterbrochen)***10. Wiederaufnahme der Sitzung***(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr wieder aufgenommen)***11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll****12. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll****13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

14. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte

Der Präsident. – Das Protokoll der Sitzungen vom 19. bis 23. Oktober wird dem Parlament zu Beginn der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

Wenn es keine Einwände gibt, werde ich die in diesen Sitzungen angenommenen Entschlüsse den in den Entschlüssen genannten Personen und Gremien übermitteln.

*
* *
*

Schließlich hat mich zum Schluß der heutigen Sitzung der Präsident gebeten, Ihnen noch folgende Erklärung abzugeben, die auch ganz in meinem Sinne ist. Also im Namen des Präsidenten möchte ich im Namen meiner Person und aller Kolleginnen und Kollegen den Mitarbeitern des Parlaments und allen Personen danken, die diese Plenartagung ermöglicht haben und täglich zur Arbeit des Parlaments in der gegenwärtig herausfordernden Lage beitragen.

Ohne Sie wären die Mitglieder des Parlaments nicht in der Lage, ihr Mandat weiterhin voll auszuüben, gesetzgeberisch tätig zu sein und unsere Bürgerinnen und Bürger in Zeiten zu vertreten, in denen die Demokratie im Mittelpunkt unserer Union stehen muss.

Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit, Ihren Einsatz, Ihre Professionalität und Ihr Engagement. Und ich will mich diesem Dank nochmals ausdrücklich anschließen.

15. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

16. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 17.02 Uhr geschlossen)

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. NOVEMBER 2020

(C/2024/4899)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 11. bis 13. November 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	4
2. Eröffnung der Sitzung	4
3. Erklärungen des Präsidenten	4
4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll	5
5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	5
6. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	5
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	5
8. Wahl eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (Bekanntgabe der Kandidaturen): siehe Protokoll	6
9. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 71 GO): siehe Protokoll	6
10. Berichtigungen (Artikel 241 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll	6

Inhalt	Seite
11. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO); siehe Protokoll	6
12. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	6
13. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO); siehe Protokoll	6
14. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO); siehe Protokoll	6
15. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung); siehe Protokoll	6
16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	6
17. Arbeitsplan	6
18. Mehrjähriger Finanzrahmen (einschließlich Eigenmittel), Mechanismus für Rechtsstaatlichkeit und Aufbau- fonds für Europa (Aussprache)	8
19. Abstimmungsrunde	26
20. Mehrjähriger Finanzrahmen (einschließlich Eigenmittel), Mechanismus für Rechtsstaatlichkeit und Aufbau- fonds für Europa (Fortsetzung der Aussprache)	26
21. Ergebnis der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten (Aussprache)	46
22. Terrorismusbekämpfung und das Recht auf freie Meinungsäußerung und Bildung (Aussprache)	54
23. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	65
24. Wiederaufnahme der Sitzung	65
25. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021 — alle Einzelpläne (Aussprache)	65
26. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	79
27. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021 — alle Einzelpläne (Fortsetzung der Aussprache)	79
28. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	84
29. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	84

Inhalt	Seite
30. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	84
31. Schluss der Sitzung	84

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 11. NOVEMBER 2020

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Presidente. – Dichiaro ripresa la sessione del Parlamento europeo interrotta venerdì 23 ottobre 2020.

2. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 15.06)

3. Erklärungen des Präsidenten

Presidente. – Care colleghe e cari colleghi, abbiamo iniziato la nostra ultima riunione plenaria rendendo omaggio a Samuel Paty, un insegnante ucciso perché credeva nella libertà di espressione.

È con grande tristezza ed emozione che ci troviamo ad aprire questa nostra sessione con parole di cordoglio, mentre il nostro pensiero va alle vittime degli ultimi attentati terroristici islamici in Europa, e il pensiero va alle loro famiglie, ai loro amici.

Un accoltellamento mortale a Dresda, in Germania, all'inizio di ottobre: un attacco terroristico infame. Il 29 ottobre, tre persone sono state uccise all'interno e vicino a una chiesa a Nizza. Poi di nuovo il 2 novembre quattro persone sono state uccise e diverse ferite nel centro di Vienna.

Ogni vittima è parte di noi e ogni attacco, ovunque si verifichi, dobbiamo sentirlo come un attacco a noi, un attacco ai valori fondamentali per cui ci battiamo, di cui discutiamo: libertà di espressione, libertà di religione, libertà di coscienza. Sono attacchi alla società aperta che noi vogliamo, attacchi alla società inclusiva nella quale crediamo.

È quindi nostra comune responsabilità combattere ogni forma di estremismo e restare uniti nella solidarietà contro la violenza e l'odio. Il Parlamento europeo continuerà a contribuire fortemente al nostro vivere insieme, in pace.

Vi prego di unirvi a me per un minuto di silenzio in memoria delle nostre vittime.

(Il Parlamento, in piedi, osserva un minuto di silenzio)

* * *

Guardi onorevole, come Lei sa, per garantire un trattamento uguale ai deputati che sono sia presenti in Aula sia, molti di più, collegati con noi da remoto, il Parlamento in questi mesi, durante le sue plenarie, ha deciso di non accettare richiami al regolamento perché sarebbe un modo per non garantire un trattamento uguale.

Eventuali richiami al regolamento, caro collega, possono essere presentati per iscritto e saranno esaminati successivamente, come abbiamo fatto nelle scorse plenarie.

Onorevole Ferber, Lei non ha la parola. Non ha la parola.

4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll

Presidente. – Il processo verbale delle sedute del 19, 20, 21, 22 e 23 ottobre e i testi approvati sono stati distribuiti.

Vi sono osservazioni?

(Il processo verbale delle sedute precedenti è approvato)

Però prego tutti di non disturbare questa plenaria.

(Interventi fuori microfono dell'on. Ferber)

Lo potete fare per iscritto! Così è stato deciso.

Vi prego, siccome siete parlamentari esperti, di rispettare le regole che ci siamo dati e le regole prevedono, in questo caso... ascoltatemi! Ascoltatemi! Le regole prevedono un atteggiamento non discriminatorio. Questo voi lo potete fare per iscritto, come è stato fatto. Dopodiché io porterò la vostra istanza all'Ufficio di presidenza del Parlamento e decideremo, perché ci sono degli organi in questo Parlamento che decidono, non decide solo il Presidente!

Onorevole Ferber, no, non Le consento di dire queste cose. Lei è talmente esperto che sa che esistono degli organi responsabili!

Andiamo avanti, per cortesia, accomodatevi, perché tanto questo non è possibile farlo, porterò la vostra istanza all'Ufficio di presidenza del Parlamento e decideremo.

Andiamo avanti. La plenaria è aperta, per cui quel cartello mi sembra stonato, scusate! La plenaria è aperta.

Guardi, onorevole, io sono molto paziente. Le ho già detto che porterò le vostre istanze negli organi competenti del Parlamento, ne discuteremo e vi darò una risposta. Però adesso mettetevi a sedere e iniziamo la plenaria, grazie.

Non vorrei richiamarvi all'ordine.

Onorevole, La prego di sedersi, La prego di sedersi.

5. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

6. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

8. **Wahl eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (Bekanntgabe der Kandidaturen): siehe Protokoll**
9. **Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 71 GO): siehe Protokoll**
10. **Berichtigungen (Artikel 241 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll**
11. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll**
12. **Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**
13. **Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll**
14. **Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll**
15. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
16. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**

17. Arbeitsplan

Presidente. – Possiamo ora all'ordine dei lavori.

Il progetto definitivo di ordine del giorno approvato dalla Conferenza dei Presidenti il 22 ottobre 2020, a norma dell'articolo 157, è stato distribuito.

A seguito delle consultazioni con i gruppi politici, desidero sottoporre all'Aula la seguente proposta di modifica del progetto definitivo di ordine del giorno.

— *Mercoledì*

Le dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sul quadro finanziario pluriennale (comprese le risorse proprie), sul meccanismo di condizionalità legata al rispetto dello Stato di diritto e sul Fondo europeo per la ripresa sono aggiunte come primo punto nel pomeriggio.

Due dichiarazioni del vicepresidente/alto rappresentante per gli affari esteri su: 1) la lotta contro l'impunità nei crimini commessi contro i giornalisti in tutto il mondo; e 2) sulle implicazioni geopolitiche degli accordi di Abramo della regione del Medio Oriente sono rinviate alla seconda tronata di novembre.

La discussione sulle relazioni degli onorevoli Mureşan e Tang (A9-0198/2020) sul Piano di investimenti per un'Europa sostenibile – Come finanziare il Green Deal è spostata a giovedì, come ultimo punto del mattino.

La seduta si protrarrà fino alle 22.30.

— *Giovedì*

Le relazioni degli onorevoli Bilbao Barandica (A9-0180/2020, A9-0182/2020) e Roose (A9-0185/2020, A9-0184/2020) che facevano parte della discussione congiunta sugli accordi di partenariato nel settore della pesca con il Senegal e le Seychelles, sono poste direttamente in votazione.

Le relazioni dell'onorevole Winkler (A9-0199/2020, A9-0202/2020), che facevano parte della discussione congiunta sull'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica popolare cinese, sono poste direttamente in votazione.

Di conseguenza viene cancellata la fascia oraria dalle 15.00 alle 16.30

Inoltre sono aggiunti direttamente alle votazioni i seguenti fascicoli: la relazione degli onorevoli Fernandes e Tinagli sull'istituzione del programma InvestEU 2021-2027 (A9-0203/2020) e tre obiezioni a norma dell'articolo 112, due sul mais geneticamente modificato e una sulla soia geneticamente modificata (B9-0346/2020, B9-0349/2020, B9-0347/2020).

Infine desidero informarvi che le votazioni sono distribuiti in diversi turni, tenendo conto del numero di emendamenti presentati e del numero di richieste di votazioni per parti separate e distinte. Le informazioni relative alla distribuzione delle votazioni in diversi turni sono disponibili su sito web del Parlamento nella sezione «Informazioni e documenti prioritari».

Ricordo inoltre che questa redistribuzione potrebbe essere soggetta, come capirete, a ulteriori modifiche e le relative informazioni saranno disponibili sul sito web.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident! Wir hatten im Ausschuss für Wirtschaft und Währung meinen Bericht zur Anpassung der MiFID II verabschiedet und eine große Mehrheit von Fraktionen, die auch eine große Mehrheit von Abgeordneten hier im Haus repräsentiert, hat unterstützt, dass dieser Bericht jetzt hier auf die Tagesordnung dieser Plenarsitzung gesetzt wird. Es wurde abgelehnt von den Kommunisten [*Streichung*]¹.

Ich finde es schon interessant, dass entgegen allen Gepflogenheiten, dass hier Mehrheitsentscheidungen akzeptiert werden, dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde, und insofern bitte ich, dieses Thema auf die Tagesordnung dieser Miniplenarsitzung zu setzen.

1 Auf Antrag des Redners gemäß Artikel 5 des Beschlusses des Präsidiums vom 3. Mai 2004 korrigierter Text.

Presidente. – On. Ferber, il problema è che noi abbiamo un calendario molto stretto rispetto alle modalità con cui si svolge la Plenaria, e questo naturalmente è molto difficile da inserire. Potremmo fare un giro di consultazioni, oppure che cosa? Non ci sono gli spazi. In questo momento non c'è la possibilità di inserire un altro voto.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte schon darauf hinweisen, dass es vorgesehen war, es auf die Tagesordnung der Miniplenartagung zu setzen, und dann hat man es wieder heruntergenommen. Dann haben wir über die Fraktion versucht, es wieder draufzusetzen. Jetzt wird es wieder heruntergenommen. Andere Dinge, die in ihren Entscheidungsprozessen viel kürzer sind – und Sie haben ja gerade eine Reihe von Punkten genannt –, sind trotzdem auf die Tagesordnung gekommen. Ich frage mich wirklich: Nach welchen Kriterien wird hier entschieden? Es geht hier um einen Gesetzgebungsakt, den wir dringend machen müssen, weil er COVID-Relevanz hat. Insofern würde ich mich doch freuen, wenn es hier gelingen könnte, den Willen, den die Fraktionen EVP, S&D, Renew [*Streichung*]¹ und, wenn ich es richtig sehe, auch die ECR in der Konferenz der Fraktionsvorsitze unterstützt haben, durchzusetzen, dass dieser Punkt auch auf die Tagesordnung gesetzt wird. Ich halte es für nicht akzeptabel. Es gibt nämlich keine Regel in der Geschäftsordnung, die sagt, dass hier Einstimmigkeit herrschen müsste, weil es hier ja nicht mehr die Möglichkeit gibt zu debattieren.

Sehr geehrter Herr Präsident, wenn Sie Ihrer Aufgabe gerecht werden wollen, oberster Repräsentant der Abgeordneten zu sein, dann ist es meine eindringliche Bitte, dieser Verantwortung auch nachzukommen. Was Sie zurzeit hier tun, ist nicht, dieser Verantwortung nachzukommen. Sie haben Privilegien, Sie haben einen Fahrer, wir müssen hier öffentliche Verkehrsmittel benutzen. Ist das der Schutz, den Sie uns angedeihen lassen? Sie bekommen selbstverständlich jeden Tag die Tagegelder. Wir bekommen sie nicht, weil Sie das verordnet haben, ohne sich auf irgendeinen Paragraphen stützen zu können. Sie behindern die Arbeit des Parlaments an der konkreten Sache und in vielen anderen Dingen auch.

Ich bitte darum, den Bericht über die Mini-Überprüfung von MiFID II auf die Tagesordnung zu setzen.

1 Auf Antrag des Redners gemäß Artikel 5 des Beschlusses des Präsidiums vom 3. Mai 2004 korrigierter Text.

Presidente. – On. Ferber, io purtroppo La devo deludere, perché da un piccolo esame la Sua richiesta non è mai stata ricevuta come richiesta ufficiale da nessun gruppo politico. Forse Le mancava questo piccolo particolare. Mai ricevuta richiesta ufficiale di aggiungere all'ordine del giorno la proposta che Lei ha formulato poco fa. Le richieste, come Lei sa, vanno fatte un'ora prima dell'inizio della plenaria, sulla base del regolamento. On. Ferber, la Sua richiesta non è mai stata presentata ufficialmente e quindi non è mai stata discussa.

Per quanto riguarda la seconda osservazione che Lei ha fatto, io Le ricordo che la decisione per quanto riguarda il registro delle firme è stata presa all'unanimità dall'Ufficio di presidenza del Parlamento. Naturalmente è stata presa per due motivi, e visto che c'è una certa animazione voglio spiegarli.

Nelle ultime settimane centinaia di casi di contagio si sono verificati al Parlamento, e quindi c'era la necessità, per proteggere la nostra Istituzione e il funzionamento del Parlamento, di prendere una decisione per non affollare il Parlamento. L'Ufficio di presidenza del Parlamento, all'unanimità, ha deciso temporaneamente, per alcune settimane, di sospendere il registro delle firme, che naturalmente potrà essere ripristinato. Però ascoltatevi, altrimenti diventa un dialogo tra sordi! Vi sto spiegando com'è la situazione. È stata presa questa decisione per alcune settimane. Nella prossima riunione dell'Ufficio di presidenza questa misura potrà essere corretta.

Però era importante, per la salute di tutti e per l'efficienza del Parlamento, per consentire i triloghi che avevamo, gli impegni istituzionali che avevamo, molto importanti, non chiudere il Parlamento, perché nelle ultime settimane sono state centinaia – tra parlamentari, collaboratori, staff del Parlamento – le persone contagiate. Soltanto nel penultimo fine settimana abbiamo avuto 171 casi di positivi.

Allora è stata presa una misura temporanea, che so benissimo che vale per evitare che vi sia in questo momento la possibilità di chiudere il Parlamento. Ma naturalmente tutti ci auguriamo che questa misura venga sospesa e si torni alla normalità.

(L'ordine dei lavori è così fissato)

18. Mehrjähriger Finanzrahmen (einschließlich Eigenmittel), Mechanismus für Rechtsstaatlichkeit und Aufbaufonds für Europa (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulle dichiarazioni del Consiglio e della Commissione sul quadro finanziario pluriennale (comprese le risorse proprie), il meccanismo di condizionalità legata al rispetto dello Stato di diritto e il Fondo europeo per la ripresa (2020/2858(RSP)).

Ricordo agli onorevoli deputati che per tutte le discussioni di questa tornata non è prevista la procedura «catch-the-eye», né saranno accettati richiami al regolamento o domande «cartellino blu».

Sono inoltre previsti interventi a distanza dagli Uffici di collegamento del Parlamento (i nostri EPLO) nei vari Stati membri.

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I have to say that today it is with great honour and pride that I am able to address this plenary. Yesterday I think that we, all together, made history. The European Parliament, the Council and the Commission negotiating teams reached an unprecedented agreement on the Multiannual Financial Framework (MFF) and Next Generation EU, and on own resources.

We started this journey in 2018 with Brexit as the biggest challenge for the next EU budget. At that time, of course, nobody could have imagined that the COVID-19 pandemic would have sadly taken and threatened the lives of our citizens, and put a strain on our economies, businesses and the internal market. This new context has been very present in our MFF negotiations.

We are demonstrating that Europe is up to the challenge, that the European institutions can live up to their responsibilities in the face of this unparalleled crisis. Unprecedented circumstances call for unprecedented responses. That is why, once adopted, the new long-term budget and Next Generation EU will represent the largest package ever financed by the EU budget, with a total of EUR 1.8 trillion. This package will help Member States, business, regions and citizens face the pandemic and rebuild a post-COVID-19 Europe. A new Europe, which will be greener, more digital, more resilient, and better fit for the current and forthcoming challenges.

These negotiations have been lengthy and difficult. But yet, thanks to the constructive spirit of all institutions, including this Parliament, which I thank, we have managed to reach a good deal for our institutions, and most importantly for our citizens.

May I say, on a personal note, I want in particular to thank the key representatives of Parliament in these negotiations. We all know it was not always easy to get an agreement, to find a common position, but at the end of the day you made it, we made it and I think this is something I would really like to honour, to salute and to acknowledge.

It's a good deal for the Parliament, I have to acknowledge, and I am grateful for this, because you have attained a number of achievements including the reinforcement of EUR 50 billion for specific programmes compared to the European Council agreement of 21 July.

This includes flagship programmes of our Union and key priorities of this Parliament, such as Horizon Europe, InvestEU, Erasmus+, Creative Europe, Health for Europe... you name it. The increase is very substantial for programmes such as Rights and Values, and as I mentioned already, EU for Health, which will, respectively, double and triple compared to the level agreed by Member States in July. Moreover, 30% of EU funds will be used to fight climate change – the highest share ever and a key priority of this Parliament, while the Do No Harm principle applies to the whole of the EU budget.

Let me just underline that we must also endeavour to translate this ambition into sectorial legislation. The agreed package also pays attention to biodiversity and gender mainstreaming.

The agreement boosts the modernisation of our policies. Considerable funding will be allocated to research and innovation, fair climate and digital transition via the Just Transition Fund and the Digital Europe Programme; and to preparedness, recovery and resilience via the Recovery and Resilience Facility, rescEU and the new EU4Health programme.

Parliament called several times for flexibility, and this budget will have increased mechanisms to guarantee it has the capacity to address unforeseen needs. The Flexibility Instrument has been increased further by EUR 1 billion. The overall functioning of special instruments is preserved even with a new set of special instruments, which followed the European Council agreement.

The Commission has also committed in a declaration to present a review of the long-term budget by 1 January 2024 and, as appropriate, a proposal for revision.

Another big achievement by Parliament and the Union as a whole, which I salute, is a clear roadmap towards new own resources to repay the borrowing for Next Generation EU. A reform of own resources has not been undertaken since the 1980s and we have also succeeded in this during these difficult times.

Another collective achievement is our agreement on a rule of law mechanism giving us more power to protect European Union taxpayers' money. This will be accompanied by an integrated and interoperable information and monitoring system to ensure the collection and comparability of information on the final beneficiaries, to avoid and counter conflicts of interest, irregularities, issues of double funding and criminal mis-use of funds.

So I count on your support in translating these provisions into the sectorial legislation.

With all this good news we must not forget one thing: we still have essential steps to take for the MFF and Next Generation EU to be in place as of 1 January 2021 as agreed, for the annual budget and completing the sectorial instruments.

Time is extremely short and the COVID-19 conditions remain extremely challenging. Our citizens and businesses need the EU budget support. We are on the final sprint and once again I thank you for your strong commitment and dedication.

Jan Olbrycht, w imieniu grupy PPE. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Jesteśmy prawie na końcu bardzo długiej drogi, która – jak wspomniał Pan Komisarz – rozpoczęła się mniej więcej w 2018 r. To była skomplikowana droga, bo przebiegała w różnych sytuacjach.

Po pierwsze musieliśmy reagować na zapowiadający się brexit. I proszę sobie przypomnieć, że wtedy w Parlamencie nasze decyzje wskazywały na to, że po wyjściu Zjednoczonego Królestwa chcemy utrzymać działania Unii Europejskiej na tym samym poziomie i że nie zgadzamy się na obniżenie ambicji Unii. I tego trzymamy się do końca. Uważamy, że brexit nie może spowodować zmiany w działaniach Unii. Po drugie pojawił się problem pandemii, który całkowicie zmienił sytuację. I po trzecie wystąpiły nowe zjawiska, które spowodowały zainteresowanie kwestiami praworządności w Unii Europejskiej bądź utrzymaniem całego systemu demokratycznego w Unii.

Te nowe sytuacje, które pojawiły się w ostatnim okresie oznaczają, że negocjacje w tym roku przebiegają zupełnie inaczej niż w ubiegłych latach. To nie są zwykłe negocjacje, kiedy to wzajemnie próbujemy znaleźć jakieś rozwiązanie, a sytuacja, w której musimy brać pod uwagę wszystkie elementy. Dlatego też te rozmowy były takie trudne. Proszę też zwrócić uwagę, że zastanawiamy się nad przygotowaniem konferencji w sprawie przyszłości Europy, a jeśli popatrzymy na te negocjacje, na sposób rozmowy o zaciąganiu kredytów, o ratyfikacji pewnych działań, o oddawaniu kredytu i tworzeniu dochodów własnych, to tak naprawdę już rozpoczęliśmy dyskusję o przyszłości Europy. Parlament Europejski już teraz po raz pierwszy wypowiedział się na temat przyszłości Europy. My uważamy, że przyszłość Europy leży w Europie silniejszej, i dlatego walczyliśmy o określone rozwiązania.

Pierwszy bardzo istotny sygnał dla obywateli, jaki płynie z wyniku tych negocjacji, jest następujący: uważamy, że cięcia w ważnych politykach europejskich, które dotyczą przyszłości Europy, są niedopuszczalne, i musimy te polityki wzmocnić. Oczywiście nie tak, jak chcielibyśmy, ale na tyle, na ile się da. Po drugie jesteśmy zdania, że są sprawy ważne dla wszystkich obywateli, takie jak bezpieczeństwo, zdrowie, ochrona granic, badania naukowe. I dlatego kładliśmy na nie nacisk. Ale dla nas liczy się też przyszłość budżetu europejskiego. Jak on będzie skonstruowany? Jak będzie funkcjonował po siedmiu latach? Jakie będą konsekwencje perspektywy finansowej, którą teraz rozpoczynamy? Stąd nasz bardzo wyraźny nacisk na konstrukcję budżetu, na mechanizmy wewnętrzne.

Proszę zwrócić uwagę, że nie naruszyliśmy porozumienia politycznego osiągniętego w Radzie Europejskiej w lipcu tego roku, lecz wspólnie z Radą i Komisją Europejską znaleźliśmy rozwiązania, które pozwolą wzmocnić polityki bez jego naruszania. Możemy naprawdę powiedzieć, że wszyscy w gruncie rzeczy wyszli na tym korzystnie.

Dlatego też zwracam uwagę, że jednym z najważniejszych elementów w naszych działaniach była jedność Parlamentu Europejskiego, która była bardzo widoczna w naszej grupie negocjacyjnej. Działaliśmy razem mimo różnicy zdań i poglądów. Chciałem to bardzo wyraźnie powiedzieć, bo to dla Parlamentu ważna lekcja: tylko działanie razem daje dobre efekty.

Chciałem w tym momencie bardzo podziękować wszystkim kolegom z grupy negocjacyjnej. Mam do nich ogromny szacunek, bo to ciężka, choć bardzo interesująca praca. Chciałem podziękować naszym współpracownikom, asystentom, doradcom. Chciałem podziękować Komisji Europejskiej i Panu Komisarzowi za współpracę. Były to trudne rozmowy, ale wydaje się, że wychodzimy z nich zadowoleni, a dyskusja na temat przyszłości Europy się właśnie rozpoczęła.

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, señorías, vivimos momentos muy complicados, pero, poco a poco, vamos viendo noticias esperanzadoras. Comenzábamos la semana con la noticia relativa a la vacuna y yo espero que hoy, también, la Unión Europea pueda ofrecer una nueva esperanza a tantas personas que lo están pasando mal.

Estamos pidiendo grandes sacrificios a las personas para protegernos los unos a los otros. Aparte de la muerte, la enfermedad y la soledad, miles de personas están perdiendo sus trabajos, sus ahorros, los negocios que tanto les costó abrir. Vemos cómo aumenta la pobreza y cómo existen grandes desigualdades para trabajar desde casa o atender a las personas mayores y vulnerables. Por eso, nadie entendería que aquí no nos pusieramos de acuerdo para actuar lo antes posible, sobre todo cuando el Plan ya está encima de la mesa.

Nadie puede, fuera de estas paredes, entender que se pretende bloquear las ayudas o que queden pendientes cuestiones de procedimientos. Es necesario ya abordar una propuesta europea para empezar a hablar y a responder a los problemas de las personas. Para eso es para lo que estamos aquí.

La Unión no toma medidas contra nadie y tampoco las toma la vinculación del Estado de Derecho con el presupuesto comunitario. El nuevo mecanismo ha sido un éxito de este Parlamento y, por lo tanto, de toda la Unión Europea. Porque en esta cámara, donde reside la soberanía popular europea, trabajamos por reforzar la democracia y el marco de convivencia que nos hemos dado. Porque, sin unas instituciones sólidas, es la ciudadanía la que pierde. Por favor, vamos a superar las divisiones, los chantajes, vamos a pensar en las personas.

Ya estamos sumergidos en la segunda ola de la pandemia y es difícil calcular el alcance del daño económico y social. Se prevé la contracción del 8 % del PIB este año. Incluso con una vacuna en los próximos meses, no retomáramos el crecimiento anterior hasta el año 2022. Y por eso necesitamos un esfuerzo durante el próximo año para amortiguar el golpe y la falta de recuperación.

La Unión tardó en reaccionar en la primera ola y, por eso, necesitamos ahora recuperar la iniciativa. No vayamos ahora a estropearlo todo. El Parlamento fue la primera institución -y quiero aquí recordarlo- que pidió con urgencia un Fondo de Recuperación que incluyera la mutualización de la deuda, y el Consejo lo adoptó el mes de julio. Fue una decisión histórica y yo quería que este Plan fuera un éxito histórico de la Unión, de Europa. Y lo será si logramos implementar cuanto antes el próximo marco financiero y, también, si conseguimos nuevas fuentes de financiación.

Vamos por el buen camino. Por primera vez, el Parlamento ha logrado elevar la cifra adoptada por el Consejo: 16 000 millones de euros adicionales que nos van a permitir reforzar los sistemas públicos de salud, las cuestiones relativas a la investigación, Erasmus, cultura, cooperación al desarrollo y, además, hemos introducido el principio horizontal de la igualdad en el presupuesto entre hombres y mujeres. Y, además, un compromiso jurídicamente vinculante con los recursos propios.

Y esto lo hemos hecho, lo han hecho nuestros negociadores, a los que les tenemos que estar muy agradecidos porque nos hemos mantenido unidas y unidos. Ustedes podrán contar siempre con la lealtad de los socialistas y demócratas para avanzar en Europa. Por el bien de la ciudadanía, confío en que los demás Grupos también mantengan la unidad del Parlamento y espero que nadie esté pensando ahora mismo en utilizar otras posibilidades para volver a introducir medidas de austeridad o condicionalidad macroeconómica en el Plan de Recuperación.

Hay una posición clara de este Parlamento y es lo que tenemos que defender. Les pido que se concentren ahora en asegurar un buen acuerdo sobre los recursos propios, porque así podremos financiar la recuperación.

En mi familia política estamos poniendo todo de nuestra parte para asegurar que salimos de esta crisis sin dejar a nadie atrás. No nos verán chantajear ni torpedear acuerdos, ni sacar de la chistera trucos de última hora para aprovechar esta coyuntura. Estamos aquí para trabajar por la ciudadanía. Espero que todos tengamos la misma intención.

VORSITZ: RAINER WIELAND*Vizepräsident*

Dacian Cioloș, *în numele grupului Renew*. – Domnule președinte, astăzi, Uniunea Europeană marchează o realizare istorică prin reforma acestui buget. E o realizare istorică nu doar prin cifrele, prin sumele pe care le punem pe masă pentru a răspunde acestei crize, dar și pentru că această reformă a bugetului înseamnă un pas înainte, înseamnă consolidarea a doi piloni esențiali și cu adevărat europeni ai acestui buget.

Mă gândesc aici în primul rând la resursele proprii. Este pentru prima dată când Uniunea Europeană se împrumută pe piețele financiare externe pentru a finanța o criză, ia o decizie foarte repede, și iată că suntem capabili, suntem în măsură să luăm o decizie pentru că aceste fonduri pe care Uniunea Europeană le asumă cu un împrumut vor fi rambursate din noi resurse proprii.

E un pilon esențial al viitorului buget european, pentru că aceste resurse proprii vor pune la contribuție nu doar pe cei care poluează, pentru că vrem o economie verde, dar și pe cei care au căutat până acum, mari companii din sectorul digital sau din alte domenii, să ocolească să plătească taxe Uniunii Europene, chiar dacă profitau de piața comună.

Și în al doilea rând, un al doilea pilon esențial și puternic legat de acest buget, este respectarea valorilor și principiilor europene traduse printr-un mecanism de condiționare a fondurilor, de respectare a statului de drept. Este pentru prima dată când facem o legătură directă între bugetul european, între banii contribuabililor europeni și respectarea valorilor și a statului de drept, care sunt fundația constituirii acestei Uniuni Europene.

Și iată că atunci când instituțiile europene lucrează în aceeași direcție, atunci când Parlamentul European își asumă cu adevărat puterea de negociere și de reprezentare a cetățenilor pe care o are, putem avansa foarte mult în consolidarea Uniunii Europene.

Dincolo de asta, și de data asta, Parlamentul European a reușit să obțină sume complementare față de ceea ce a propus Consiliul European pentru a consolida programe cu adevărat europene. Și mă gândesc aici nu doar la programul pentru sănătate european, care, chiar dacă a fost propus cu foarte mult entuziasm, a fost lăsat fără finanțare sau cu o finanțare foarte redusă de către Consiliu. Iată că după negocierea Parlamentului, acest program de sănătate iese întărit. Avem mai mulți bani și pentru cercetare, care vedem cât de importantă este în aceste zile, avem mai mulți bani pentru tineri sau pentru întărirea frontierelor europene, iată, mai mulți bani pentru proiecte cu adevărat europene.

Dincolo de aceste lucruri, e important acum să putem avansa și pe negocierile privind instrumentul de redresare și reziliență, unde Parlamentul European trebuie să aibă un cuvânt important de spus totodată.

Concluzionez spunând că iată, de această dată nimeni nu va mai putea spune că Uniunea Europeană este un colos cu picioare de lut, pentru că Uniunea Europeană și Parlamentul European au dovedit forță, flexibilitate, dinamism și curaj în aceste negocieri, și Parlamentul European a reușit să transforme o criză într-o oportunitate pentru a întări Uniunea Europeană. Este, deci, un moment istoric pentru Uniunea Europeană și sper să fie un nou început pentru această Uniune.

Jean-Lin Lacapelle, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, chers collègues, alors que nous préparons le budget européen sur les cinq ans qui viennent et que nous discutons du financement du plan de relance, la Commission européenne, derrière les annonces, entretient des angles morts coupables quant à l'usage qui sera fait de notre argent.

Avez-vous tiré les leçons de la première vague? En mars dernier, devant l'impréparation totale, devant l'Europe privée de masques et de médicaments, devant l'effondrement économique due la rupture des chaînes logistiques dépendant notamment de l'Asie et de la Chine, vous aviez paru réagir.

Nous avons entendu revenir les mots «souveraineté», «stratégie», «indépendance», que notre courant de pensée avait été jusqu'ici seul à porter. Mais ces mots débouchent-ils sur des réalités? Financera-t-on, favorisera-t-on des relocalisations? M. Thierry Breton affirmait qu'elles avaient commencé. A-t-on des chiffres, des statistiques, des exemples précis?

Nous pensons qu'une partie de la relance doit se jouer sur des actions incitatives à la reprise pour les entreprises. Ces aides seront-elles conditionnées? Y aura-t-il des contreparties? Prendra-t-on en compte la vulnérabilité de nos petites et moyennes entreprises?

Enfin, il est fondamental que l'autonomie des États européens puisse être développée. Il faut investir sur le localisme, c'est-à-dire rapprocher les producteurs des lieux de consommation, raccourcir les chaînes logistiques et retrouver une indépendance industrielle sur nos activités stratégiques.

Ces objectifs sont indispensables et ce plan de relance doit consacrer tous ses efforts pour les atteindre. Investissons pour notre sécurité, notre avenir, nos peuples et nos nations.

Chers collègues, le plan de relance, qui doit servir nos emplois, nos entreprises, notre production, nos citoyens, nos peuples, c'est l'argent des contribuables et des citoyens. Mais on n'est citoyen que de son pays. L'artificielle citoyenneté de l'Union européenne, la détestable citoyenneté du monde, fantasmes de cosmopolites déracinés, n'ont et ne doivent avoir aucune réalité politique.

Or, l'Union européenne cherche à accaparer les citoyens, au nom d'une prérogative régaliennne s'il en est, le droit de lever l'impôt.

Jusqu'ici, les recettes financières de l'Union européenne provenaient de reversements, par les États membres, de montants établis sur une fraction du PIB ou de certains impôts nationaux – sans doute était-ce, aux yeux de cette Union européenne, encore trop de place accordée aux États, même si cette place n'était que celle du mouton qui se fait tondre.

Mais voici venir l'impôt européen, cet impôt qui fera de tous les Français, de tous les Allemands, les Italiens, les Espagnols, les Belges, tous les citoyens des pays européens, des assujettis fiscaux au super-État euromondialiste. C'est cet impôt, jusqu'ici interdit, fourbi sous cape, que la crise sanitaire donne l'occasion d'instaurer.

Enfin, ces nouveaux citoyens de la République européenne auront le privilège de rembourser les emprunts géants que l'Union européenne va lever sur les marchés financiers car l'Union, pas plus que les États membres, n'a le droit de se financer auprès de sa propre Banque centrale.

Adoptés en pleine crise, dans la précipitation, ces changements inquiétants, qui changent le statut politique de chacun, des 450 millions d'habitants du territoire européen, représentent un danger pour la démocratie. Si l'on veut se financer, les solutions ne manquent pas: souscriptions publiques avec émissions de bons du trésor, augmentations des taux de reversement des États ou encore abrogation des rabais scandaleux consentis aux États du Nord en échange de l'adoption du plan de relance.

Selon sa Constitution, la France participe à l'Union européenne, mais elle ne doit pas s'y fonder.

Chers collègues, dans le droit fil de la dépossession industrielle permise par l'ultralibéralisme européen et de la dépossession fiscale prévue par les nouvelles ressources propres de l'Union européenne, voici venir enfin la plus détestable dépossession: la dépossession politique. Le plan de relance prévoit de conditionner les aides européennes, non pas à la relocalisation des entreprises ou au maintien de l'emploi, mais au respect de l'état de droit, c'est-à-dire la soumission complète au prétendu progressisme libéral-libertaire.

Nos compatriotes, à force de l'entendre partout, confondent l'État de droit avec l'État légal – l'État légal, c'est celui qui respecte le droit pour agir, l'État de droit, c'est autre chose: c'est l'État qui obéit à certains principes politiques qui eux-mêmes dictent le droit. Mais quels principes? Qui les choisit? Qui les décide?

Gianni Buquicchio, président de la commission de Venise pour l'état de droit et la démocratie du Conseil de l'Europe, déclarait le 5 novembre, à la radio, qu'en fait, l'état de droit n'imposait rien par lui-même et dépendait de ce que la politique y mettait, c'est-à-dire ce que le choix démocratique décide d'y mettre, rien d'autre que le choix démocratique.

Quand les peuples de Pologne et de Hongrie, librement et volontairement, élisent des gouvernements euro-réfractaires, affirment leur attachement à leurs traditions, à leur histoire, ils définissent la doctrine politique que l'état de droit doit appliquer. Ils ont le droit souverain et légitime de le faire. Et leur état de droit est irréprochable.

Quand des gouvernements étrangers, voire des technocrates non élus, comme ceux de la Commission européenne, qui soutiennent d'autres principes politiques, viennent, par un ignoble chantage de gros sous, sommer la Pologne et la Hongrie de trahir les décisions de leurs peuples, ce sont ces gouvernements et ces technocrates qui violent l'état de droit. Un tel comportement d'autoritarisme moral, qui cherche à imposer une hégémonie à la conscience des Européens, est insupportable.

Si le peuple choisit, l'État exécute: l'état de droit est garanti en Hongrie et en Pologne. Si la voix du peuple ne vous plaît pas, c'est vous qui avez un problème avec l'état de droit, chers collègues.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, je ne vais pas m'étendre sur les mérites de l'accord mais plutôt vous affirmer ma fierté, ma fierté à deux titres.

Tout d'abord, celle de faire partie d'un Parlement européen qui, cette fois, a eu le courage de défendre ses convictions. Par le passé, ce même Parlement parlait fort, roulait des mécaniques pour ensuite, bien souvent, baisser pavillon sans même défendre ses valeurs face au Conseil. Il n'en a pas été de même cette fois-ci.

Le Parlement voulait un budget plus ambitieux, voulait un budget aligné sur les valeurs de l'Union européenne, à commencer par le respect de l'État de droit, voulait aussi un budget plus orienté vers l'avenir, à commencer par la transition écologique et solidaire. Et, sur ces trois domaines, il est incontestable que l'accord atteint hier améliore substantiellement l'accord du mois de juillet obtenu par le Conseil.

Bien sûr, ce n'est jamais assez – j'entends déjà certains collègues qui le diront. C'est vrai, mais dans le rapport de force politique que nous ont donné les élections, je pense que c'est le meilleur accord qui était possible.

Deuxième sujet que je voulais aborder, c'est le fait qu'aujourd'hui nous vivons dans un monde politique où il semblerait que, pour réussir, la recette par excellence soit de polariser nos sociétés, d'opposer le camp du bien au camp du mal. Je pense que cette logique est mortifère pour nos sociétés.

Au contraire, c'est la logique du dialogue, la logique du compromis, la logique de l'intelligence collective qui nous a permis de donner à l'Union européenne un instrument, pas le seul, mais un instrument crucial pour relever les défis sociaux, environnementaux, démocratiques, économiques et sanitaires auxquels nous faisons face.

Eh bien je suis fier que ce soit cette logique du compromis qui ait prévalu, et je voudrais adresser un salut à nos collègues conservateurs, libéraux et socialistes et saluer leur esprit d'ouverture et de compromis tout au long de la procédure. Parce que le compromis que nous avons atteint est un compromis qui dépasse bien sûr les familles politiques, mais aussi un compromis qui dépasse les frontières institutionnelles.

Je pense que, cette fois-ci, le Conseil n'a pas traité le Parlement comme une sorte d'accessoire mais nous a respectés. Et tout cela, j'en suis fier.

Johan Van Overtveldt (ECR), *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, yesterday we concluded negotiations on the European Multiannual Financial Framework (MFF). These negotiations have been intense, or intensive, because all those engaged were fully aware of what was at stake.

First of all, I want to thank all the delegations involved, the Council and the Commission, but certainly also my colleagues in the negotiating team – most of them are present here today – for their efforts and their constructive cooperation during those weeks.

It's fair to say that we have been working hard and we needed to work hard because we were faced with a *fait accompli*. The July conditions of the Council conclusions were untouchable; that's what we heard and that's what we had to change because we thought there was a lot wrong in those conclusions. We fought for our priorities and there can be some satisfaction with what we reached or what we achieved.

From the start of the negotiations, I emphasised very much that it is very important that we strengthen the future-oriented, innovation-oriented programmes like Horizon, InvestEU, Erasmus... and EU4Health, of course. When drawing up the budget for 2020 we already made an important change in that direction, and that has been strengthened now. Additional resources will be available for all those things that are crucial – for future jobs, future growth, future competitiveness and also, certainly for the fight against climate change.

Compared to the European Council's conclusion of July, we have EUR 15 billion extra for these flagship programmes. And let me especially draw your attention to the fact that for EU4Health, we have been able to triple the budget, and we also secured that adequate new resources are available, or will be available, to honour the considerable future burden of the EUR 750 billion for the Next Generation EU.

With the conclusion of these negotiations, the Recovery and Resilience Facility (RRF) can finally be activated. This is absolutely important to get us over and beyond the crisis, and it's up to the Council now. We've heard repeatedly in recent months and weeks that it is Parliament that is stalling, Parliament that is delaying, Parliament that is responsible for this or that. Well, the short answer to these allegations is no! Parliament has done what it is supposed to do – defend its priorities, act constructively and fight and try to find a compromise in a positive spirit. The train is on track. The Council should make sure that it can leave the station.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, οι βελτιώσεις που πέτυχε το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο στην αρχική πρόταση του Συμβουλίου είναι ένα θετικό βήμα αλλά δεν είναι αρκετό για να αντιμετωπίσουμε τις προκλήσεις των καιρών και τις απαιτήσεις και τις προσδοκίες των Ευρωπαίων πολιτών. Η πανδημία και η μεγάλη ύφεση που έχει προκαλέσει έχουν μεγαλώσει επικίνδυνα τις ήδη μεγάλες ανισότητες μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση και μέσα στα κράτη μέλη. Γι' αυτό και χρειαζόμαστε έναν ισχυρό και φιλόδοξο πολυετή προϋπολογισμό για τη στήριξη της δημόσιας υγείας, τη βιώσιμη ανάπτυξη της οικονομίας, τη στήριξη της απασχόλησης και της κοινωνικής και της περιφερειακής συνοχής. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο πέτυχε να βελτιώσει την αρχική πρόταση του Συμβουλίου, αλλά η συμφωνία απέχει αρκετά από τις αρχικές μας επιδιώξεις. Ας είμαστε ρεαλιστές!

Η αύξηση που πετύχαμε στον προϋπολογισμό είναι 16 δισεκατομμύρια ευρώ, μόλις 1,5% παραπάνω από την αρχική πρόταση του Συμβουλίου και μπροστά μας έχουμε και στόχους: πρώτον, να μην μπλοκαριστεί από ένα βέτο του κυρίου Orbán ο μηχανισμός για το κράτος δικαίου και, δεύτερον, ο οδικός χάρτης για τους ίδιους πόρους από «ενδεικτικός» να γίνει «δεσμευτικός». Κάναμε ένα θετικό βήμα. Έχουμε πολλά ακόμη μπροστά μας να πετύχουμε και ελπίζω το Συμβούλιο να τηρήσει τη συμφωνία που έχει υπογράψει και να εξασφαλίσει —όπου χρειάζεται— την αναγκαία ομοφωνία.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa negoziazione è stata complessa ma sì, ne è valsa senz'altro la pena.

Abbiamo ottenuto 16 miliardi in più sui programmi chiave per il futuro dei cittadini europei, abbiamo finalmente un calendario per la creazione di nuove risorse proprie che porteranno, secondo le stime, più di 90 miliardi per ripagare i costi di *NextGenerationEU* e ci consentiranno anche di correggere delle asimmetrie del mercato unico provocate proprio da quegli attori che ne abusano spesso, come ad esempio la finanza speculativa e i giganti del digitale.

Un calendario che va rispettato, ma serve anche accelerare la risposta per i cittadini europei, soprattutto per quanto riguarda anche le negoziazioni del RRF; in questo senso plaudo alla proposta del Parlamento di anticipare dal 10 al 20 % del totale, con l'estensione anche di un altro anno per la spesa, che è sostenuta anche dal governo italiano.

Serve una risposta equa, veloce ed efficace nell'interesse di tutti, il che vuol dire riformare anche quelle politiche che non hanno permesso fino ad ora una piena integrazione europea, ad esempio il patto di stabilità, che non dovrà essere semplicemente sospeso ma anche profondamente riformato e rivisto.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caras e Caros Colegas, este é um momento histórico!

Temos um orçamento que reforça o presente e protege o futuro. Reforça o programa da saúde (triplicou-o). Os cidadãos percebem bem essa importância. Precisamos de uma vacina: reforça a investigação. Precisamos de emprego: reforça também o programa InvestEU. Também protege o futuro, protege os cidadãos.

Pela primeira vez, temos um compromisso com o Conselho para que os recursos próprios da União Europeia, as fontes de financiamento, sejam introduzidos de forma a que sejam suficientes para pagar a dívida criada pelo Fundo de Recuperação. Temos um cabaz de recursos próprios, para que não haja cortes nos fundos e nos programas. Este é um ponto crucial também para o futuro.

É que, neste momento, os custos da dívida que estão nos *plafonds* do orçamento são apenas 0,01 % do orçamento para sete anos. São 12,9 mil milhões de euros. Mas, depois de 2027, o custo da dívida será de 15 mil milhões de euros por ano, será 10 % do orçamento e, portanto, é crucial termos novos recursos próprios para protegermos o orçamento no futuro, para não sobrecarregarmos em simultâneo os cidadãos, para evitarmos cortes em programas que são essenciais e também nos respetivos fundos.

Por isso, este acordo, que é vinculativo, um acordo interinstitucional, para além disso, também tem um calendário para a introdução de novos recursos próprios com um princípio simples: quem não paga, deve pagar. E é justo que os gigantes do digital paguem. É justo que haja uma taxa sobre as transações financeiras ou um mecanismo de ajustamento de carbono nas fronteiras que, em simultâneo, inclusivamente, ajudará a dar competitividade às nossas pequenas e médias empresas.

Depois, também reforçamos a legitimidade deste Parlamento. Estaremos envolvidos no Fundo de Recuperação e também fizemos algo de histórico a nível do artigo 122.º que não se tem referido, um artigo que o Conselho tem usado não só para o Fundo de Recuperação, mas, por exemplo, também para o Mecanismo Europeu de Estabilidade. A partir de agora, o Parlamento, quando o Conselho quiser usar o artigo 122.º, desde o início será implicado, com um objetivo de, em reuniões conjuntas, chegar a um entendimento comum sobre as implicações orçamentais.

Nós, portanto, demos esperança aos cidadãos. Damos a possibilidade de os Estados-Membros utilizarem bem os recursos que têm à sua disposição. Reforçamos os recursos próprios, reforçamos também a democracia. Estamos de parabéns!

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señor presidente, comisario Hahn: marco financiero, recursos propios, Estado de Derecho, plan de recuperación... ¡Vaya cuatro temas para un debate! A cada cual más importante. Y la verdad es que 2020 ha sido un año durísimo y necesitábamos buenas noticias y, por fin, parece que noviembre nos las está trayendo.

Sobre el marco financiero y los recursos propios, quiero resaltar también lo histórico del acuerdo. Lo que se ha conseguido supone un cambio radical: por los 16 000 millones extras y también por la introducción de nuevos recursos propios, porque era urgente abordar este debate. Necesitamos mejor financiación para los presupuestos, la necesitamos para el plan de recuperación y, además, tenemos que acabar con las deficiencias de un sistema fragmentado, injusto e insolidario del que muchos se aprovechan.

Y para acuerdo histórico el que alcanzamos también la semana pasada respecto a la vinculación del presupuesto europeo con el Estado de Derecho, algo impensable no hace tanto tiempo. Tenemos, por fin, un mecanismo claro y aplicable sobre el que este Parlamento llevaba años trabajando.

En este acuerdo hemos conseguido mejorar el ámbito de aplicación, vincularlo con los valores definidos en el artículo 2 del Tratado. Hemos introducido el carácter preventivo, hemos añadido una lista de ejemplos y encima hemos incluido el fraude y la evasión fiscal entre los objetivos. Y también hemos establecido un sistema para dar garantías a los beneficiarios finales —es decir, estudiantes, universidades, investigadores, ONG— para que no se vean afectados por la congelación de fondos a sus gobiernos. Y, también, vamos a evaluar la eficacia de este mecanismo dentro de tres años porque es un mecanismo nuevo.

Y, por último —y seguimos haciendo historia—, el plan de recuperación. Aquí todavía nos queda la negociación final del contenido con el Consejo y, para ello, el Parlamento ya tiene su posición. Espero encontrar en el Consejo la misma buena voluntad que en los dosieres anteriores.

La increíble acogida que han tenido estos dos acuerdos históricos demuestra que, cuando trabajamos unidos y con el objetivo de construir una Europa que proteja a sus ciudadanos, las cosas salen bien. Así que muchas gracias y enhorabuena a todos los que habéis contribuido a este acuerdo y a hacer que nos sintamos orgullosos, una vez más, de este proyecto.

Valérie Hayer (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, j'ose espérer que ce matin tous les pro-européens se sont levés le sourire aux lèvres. Prenons le temps, prenons conscience de ce qui a été obtenu hier par les députés européens dans cette Assemblée: 16 milliards d'euros. Seize milliards! C'est une victoire sans précédent. En 2006, quatre milliards d'euros. En 2013, zéro milliard d'euros d'argent frais. Nous avons triplé le budget pour la santé, là où les États membres n'y voyaient qu'une compétence nationale qui devait rester nationale, même en temps de pandémie. Nous avons corrigé ce non-sens.

Ce qu'il s'est passé hier, c'est la preuve que l'Europe n'est pas pilotée seulement par les États, et pour les États seulement. En exerçant pleinement notre rôle, nous, députés européens, nous avons montré que nous sommes les gardiens de l'Europe communautaire, les gardiens des intérêts des Européens, qui demandent plus d'argent pour la mobilité des étudiants, qui demandent plus d'argent pour la recherche, qui demandent plus d'argent pour nos frontières, qui demandent plus d'argent pour notre secteur culturel.

Chers collègues, nous l'avons fait! On nous riait au nez, on nous disait de redescendre sur terre, que nous n'aurions que des clopinettes... Nous l'avons fait.

Et sur les ressources propres, maintenant, que doit-on dire? Parce que les 16 milliards, ce n'est rien en terme de volume par rapport à ce que nous allons obtenir grâce à ces nouvelles ressources propres. On va enfin avoir un mécanisme d'ajustement carbone aux frontières, on va enfin avoir une taxe sur les géants du numérique, on va enfin avoir une taxe sur les transactions financières. Et cette taxe sur les transactions financières, comme les autres, si nous l'avons obtenue, c'est parce que nous avons négocié, pas en faisant des procès d'intention à ceux qui sont de l'autre côté et autour de la table. Rendez-vous compte: nous n'avons pas créé de véritable ressource propre depuis les droits de douane. C'était il y a 50 ans.

Faisons donc les comptes: en avril, nous appelions, dans cette Assemblée, à la création d'un plan de relance massif. Nous sommes aujourd'hui le 11 novembre, et nous avons un plan de 750 milliards d'euros, mais nous avons aussi désormais l'assurance que ce plan ne sera pas remboursé par les citoyens européens, mais qu'il sera remboursé par les géants du numérique, par les institutions financières qui spéculent, ou encore par les entreprises extra-européennes qui polluent.

Mes amis, quelle victoire! Quelle victoire! Même les Verts nous ont annoncé qu'ils allaient voter en faveur de ce budget. Depuis quand, chers collègues, cela n'était pas arrivé? Depuis quand? Chers collègues, moi je dis bravo à ce Parlement européen, je dis félicitations à ce Parlement européen! Nous sommes les seuls à même de réformer l'Europe face à des États empêtrés dans leur unanimité chronique.

Continuons nos batailles! Lançons maintenant la conférence sur l'avenir de l'Europe. Ne lâchons rien, et demain l'Union sera enfin puissance.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Herr Präsident! Diejenigen, die unter der COVID-Krise am meisten leiden, sollten diejenigen sein, die am stärksten vom EU-Haushalt profitieren. Wir befinden uns in einer dramatischen Pandemie. Fast ganz Europa, auch Teile dieses Parlaments, befinden sich im Lockdown, und die Lehre aus COVID sollte sein, dass wir gemeinsam mehr in unser öffentliches Gesundheitssystem investieren.

Deshalb waren wir schockiert, als wir nach dem Ratsgipfel festgestellt haben, dass die Staats- und Regierungschefs bei Gesundheit kürzen wollen. Statt bei Gesundheit zu kürzen, verdreifachen wir jetzt das europäische Gesundheitsprogramm, und ich glaube, das ist ein ganz zentraler Erfolg, den wir hier gemeinsam im Europäischen Parlament erreicht haben.

Die Kultur und die Kreativbranche sind auch sehr stark durch die COVID-Krise betroffen. Wir erleben das alle in unseren Ländern, Theater und Kinos müssen schließen, viele Tourneen werden abgesagt, Künstlerinnen und Künstler kämpfen um ihre Existenz. Und deshalb ist es mehr als nur ein Signal, dass wir über 600 Millionen Euro mehr für das Programm Kreatives Europa ausgehandelt haben.

Aber COVID ist auch eine globale Krise. Ärmere Staaten außerhalb der EU haben nicht dieselben Möglichkeiten, auf die Krise zu reagieren, wie wir es in der Europäischen Union gemeinsam haben. Und deshalb ist es gut und richtig, dass wir 1,5 Milliarden Euro dafür mobilisiert haben, auch für andere Länder, für die globale Entwicklung unseren Beitrag zu leisten.

Aber COVID ist vor allem auch eine Demokratiekrise, wenn wir erleben, was zurzeit in Polen, was in Ungarn, was aber auch in vielen anderen Ländern passiert. Deshalb ist es ausdrücklich richtig und sinnvoll, dass wir jetzt ein Instrument bekommen, das es Demokratiezerstörern wie Viktor Orbán schwerer macht, mit ihrer Politik so weiterzumachen wie bisher.

Und es ist gut und richtig, dass wir das Programm „Rechte und Werte“ verdoppeln werden, um auch NGOs – Demokratie-NGOs, LGBTI-Organisationen, aber auch Organisation, die für Gleichstellung kämpfen –, dabei zu unterstützen, diesen Kampf auch vor Ort zu führen.

Wir müssen alle Krisen bekämpfen, und die größte Krise bleibt die Klimakrise. Und auch wenn mit diesem Haushaltsbeschluss, den wir in ein paar Wochen treffen werden, dann noch nicht alles gelöst sein wird, haben wir es geschafft, wichtige Instrumente in dem Haushaltsziel verbindlich zu vereinbaren: das Prinzip der Schadensvermeidung, eine verbindliche Biodiversitätsquote, die dazu führen wird, dass Biodiversität nicht einfach nur im Haushalt stärker berücksichtigt wird, sondern dass Naturschutz ein eigenes Haushaltsziel wird. Diese Erfolge können sich sehen lassen, und dafür möchte ich mich bei meinen Kollegen und Kolleginnen aus dem Verhandlungsteam bedanken und vor allem bei unseren Mitarbeitern, denn ohne die wäre das alles gar nicht möglich gewesen.

Roberts Zile (ECR). – Mr President, I would like to start by thanking this negotiating team, and particularly the chairman of this team, Johan Van Overtveldt, for the successful finalisation of negotiations with an extra EUR 16 billion for the MFF flagship programmes is a really important issue.

I think we also have to evaluate the roadmap for own resources, but there are still very difficult issues ahead and we have to remember that Member States have to have their say on this very challenging new taxation, which is always the devil in the details.

We still have to decide here in Parliament about the very challenging issues once we receive the Council position – whether we will keep this package or maybe employ some different tactics – because the most important thing is to allow for MFF money to reach those Member States that have been waiting for a long time and have been hit very hard by the pandemic.

Younous Omarjee (GUE/NGL). – Monsieur le président, il y a toujours plus de mérite à effectuer qu'à empêcher. Et je veux saluer le rôle des négociateurs du Parlement, qui n'ont pas ménagé leurs efforts pour obtenir des avancées, notamment en liant le budget à un mécanisme «état de droit».

Sur un plan budgétaire, ces améliorations sont incontestables par rapport à la position au rabais du Conseil. Mais elles demeurent insuffisantes par rapport aux ambitions initiales du Parlement européen. Et les agriculteurs seront les premiers à pâtir de ce budget.

Sur la question des ressources propres, qui étaient, vous le savez tous, un marqueur fort pour le Parlement européen, bien sûr, il y a des novations mais ces novations sont très contraintes. La taxe sur les transactions financières est renvoyée aux calendes grecques, sans garantie de mise en œuvre. Et la contribution sur le plastique, que l'on appelle «ressource propre», est en réalité une contribution payée par les États membres et n'est pas fondée sur une taxe.

Mais le plus inquiétant est ailleurs. Ce budget pluriannuel, adossé au fonds de relance, ouvre le risque d'une renationalisation des politiques européennes. Et nous devons être très attentifs pour cela.

Pour finir, M. le président, nous souhaitons un budget d'un monde d'après et nous avons le budget d'un monde d'avant qui ne répond pas...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, in July the heads of state and government negotiated for four days and four nights and adopted their position on the budget of the European Union for the next seven years. Immediately we, the European Parliament, recognised the good parts of that agreement and we also pointed at those areas where the agreement could still be improved.

We recognised that the allocations which the 27 heads of state and government had negotiated amongst themselves for each country was something that the Parliament should not challenge. But we also said that, in the European programmes – in the future-oriented programmes, those programmes which should make Europe more digital, more modern, more competitive – the heads of state and government had made cuts and more money was needed.

And our negotiators, after intense negotiations, have managed to achieve a very good result, and the number is EUR 16 billion more for the people of Europe as a result of the demands and the fight of the European Parliament. Is that a lot? Yes, it is an amount which makes a big difference to the budgetary lines it will go to.

Let me just mention some figures: on the health programme, we are tripling the budget from EUR 1.7 billion to EUR 5 billion; the research programme, EUR 4.4 billion more – and just two days ago, we learned that the European company which received European support from EU money for research is in the lead with regards to discovering a vaccine; Erasmus, EUR 2.2 billion more, which means almost one million young Europeans will be able to have a scholarship in the next seven years because of the achievements of Parliament.

And we are also reinforcing the Rights and Values Programme because, yes, we have an agreement on the rule of law mechanism, there is conditionality. Those who breach the rule of law should be sanctioned, but those NGOs who defend the rule of law, they should be supported. The rule of law mechanism also contains, as a demand of the Parliament, one very important prerogative: it says that the beneficiaries of EU funds should never suffer if a government attacks the rule of law.

There are three pillars for the EU budget for the next seven years. The multiannual financial framework I just spoke about was a good result. The rule of law I just spoke about was also a good result. And there is also the Recovery and Resilience Facility, and here, Commissioner, I can report that the European Parliament is on track. This week we are giving the final mandate to our negotiating team, to the three co-rapporteurs, and one of them for the final negotiations with Parliament. What will we demand? We will support the allocation criteria and the amounts for each of the countries as negotiated in the Council, but we want to prolong the programme from three to four years because we now learn that Corona is a longer-term crisis, and we want to make sure that money gets where it's needed. The more money you spend, the more you need to make sure that the control is good, that there is a strong goal for OLAF and for the European Public Prosecutor, and a strong goal for reform. Country-specific recommendations and the European Semester are very important because the title of the programme is 'recovery and resilience'...

(The President cut off the speaker)

Margarida Marques (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, conseguimos! Esta é uma vitória histórica do Parlamento Europeu.

Pela primeira vez, conseguimos aumentar o orçamento da União Europeia, que tinha sido acordado pelos chefes de Estado e de Governo. Introduzimos o princípio do financiamento do orçamento da União por novos recursos próprios, sem pedir esforços adicionais aos cidadãos. E isso pode ser um ponto de partida para modificar a estrutura do financiamento do orçamento da União Europeia. As discussões de 7 em 7 anos do famoso 1 % que os Estados-Membros pagam e que verbalizam, mas não verbalizam nunca os benefícios de pertencerem à União Europeia e ao mercado interno.

Assegurámos que os custos do *Next Generation EU* não serão pagos à custa das políticas europeias, da Política de Coesão ou da PAC. Reforçámos os poderes do Parlamento Europeu no Fundo de Recuperação, assegurando, assim, mais transparência e responsabilidade democrática.

Também conseguimos reforçar as políticas europeias em 16 mil milhões de euros. Este orçamento protege os cidadãos da pandemia, triplica o orçamento para o Programa Saúde, reforça o Programa de Investigação, mobiliza recursos adicionais para sectores particularmente afetados pela crise: o sector da cultura ou a ajuda humanitária, ou o Programa Direitos e Valores, essencial para a democracia e o Estado de Direito.

Aumenta a capacidade da União em promover o investimento. Fixa ambições: clima, biodiversidade, igualdade de género.

Termino com agradecimentos: ao Conselho, porque deu um passo seguro em circunstâncias difíceis; à Comissão, que pôs em cima da mesa, sempre que necessário, as soluções alternativas seguras para resolver os problemas. Um agradecimento muito especial ao Comissário Hahn e a toda a sua equipa, aos serviços do Parlamento Europeu e aos grupos políticos na Negoteam, que foi a unidade do Parlamento que permitiu este acordo.

Moritz Körner (Renew). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in diesen Verhandlungen haben wir eindeutig gesehen: Nur das Europäische Parlament kämpft wirklich für die europäischen Prioritäten. 16 Milliarden mehr für wichtige europäische Aufgaben, für Erasmus, für die Studenten, für die Jugend in Europa, für Forschung – und wir sehen doch gerade in den letzten Tagen mit der Entwicklung des Impfstoffs, wie wichtig Forschung ist –, für Digitalisierung, weil wir doch auch gerade in dieser Krise merken, wie wichtig das ist und wie stark wir dort auch abgehängt werden gegenüber China und den USA.

Klar ist: Die Mitgliedstaaten – das haben wir auf dem Gipfel gesehen – kämpfen nur für ihre eigenen Interessen. Es geht nur darum, wie viel wer einzahlt und wie viel er herausbekommt. Wenn wir wirklich Europa zukunftsfit machen wollen, dann müssen wir uns stärker darauf konzentrieren, was wir insgesamt gemeinsam für die Zukunft brauchen. Und da hat das Europäische Parlament einiges geschafft, so viel geschafft, wie möglich war. Aber wir müssen auch sagen: In der Konferenz zur Zukunft Europas müssen wir darüber sprechen, wie wir noch mehr schaffen für die Zukunft Europas.

Und wir sind ein zweites Thema erfolgreich angegangen, das ist die Rechtsstaatlichkeit. Denn es kann doch nicht sein, dass EU-Gelder gerne genommen, aber EU-Werte anschließend mit Füßen getreten werden. Und weil hier gerade ein Vorredner von der französischen Rechten gesagt hat, na ja, es gebe doch eigentlich gar nicht gemeinsame Werte und Rechtsstaatlichkeit, das sei doch in jedem Land anders, und das wäre auch von Traditionen und so weiter abhängig, will ich hier mal ganz klar sagen: Es gibt ganz klar gemeinsame, europäische Werte in Europa, und zu denen hat sich jeder Mitgliedstaat mit seinem Beitritt zur Europäischen Union verpflichtet. Es ist nicht so, dass da einige Leute aus Europa herkommen und sagen, ihr müsst euch jetzt an irgendwelche Werte halten. Die haben wir gemeinsam in Artikel 2 festgelegt, und die werden wir hier verteidigen, und dafür hat dieses Europäische Parlament gekämpft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen ganz klar sagen: Da haben wir einiges erreicht. Wir haben endlich dafür gesorgt, dass Rechtsstaatlichkeit in dieser Verordnung auch wieder auftaucht und dass das nicht, wie der Rat wollte, nur so ein kleiner Zusatz war, sondern es ging tatsächlich darum, dass wir auch die Unabhängigkeit der Justiz wieder schützen. Wir haben es verbunden mit dem jährlichen Rechtsstaatsbericht, damit wir die verschiedenen Instrumente dort zusammenführen. Und wir haben auch dafür gesorgt, dass die Empfänger der Gelder geschützt werden, weil wir am Ende nicht den einfachen Bürger, sondern die Regierungen bestrafen wollen, die sich nicht an europäische Werte halten. Da haben wir viel erreicht.

Dieser Mechanismus ist nicht das, wovon wir geträumt haben. Aber er ist mehr, als ich mir zum Beispiel zwischendurch zu erhoffen gewagt habe, denn die Verhandlungen mit diesem Rat waren wirklich schwierig. Man hatte das Gefühl, Viktor Orbán saß mit am Verhandlungstisch. Und ihm, der jetzt immer noch droht, wegen der Rechtsstaatlichkeit diesen ganzen Haushalt und alles aufzuhalten, will ich hier eines ganz klar sagen: Wenn er das macht, dann zeigt er eindeutig, dass ihm nichts an der europäischen Zukunft, nichts an der Zukunft seines Landes und seiner Bürger liegt, sondern einzig und allein an seinen korrupten Freunden. Das werden wir nicht zulassen.

Und ein letztes Wort an die Kommission: Wir werden jetzt als Europäisches Parlament darauf achten, ob die Kommission diesen Rechtsstaatsmechanismus auch einsetzt. Wir werden darauf drängen.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, overall, we have achieved a good deal. I can even see some historical components in it. Of course, in such a complex deal one can always find flaws and disappointments. But the question that we have to ask ourselves is: with this comprehensive budget deal, are we making the EU stronger or weaker? My answer to that is stronger. Especially when it comes to the post-pandemic Recovery Fund, the new own resources and the rule of law conditionality. These three instruments are a step forward towards more integration. They could have been more ambitious – true, but it's also true that they could have not been there at all. The selfishness of Member States regarding an outdated understanding of national interest – all this could have made all the efforts derail, as so often happens, but this has not been the case so far.

Concerning the content of the MFF (Multiannual Financial Framework), this is the least ambitious part of the deal. For instance, the research programme gets far less money than it should, while military spending appears too much in this budget. But it's also true that the long-term budget has to be regarded together with the additional EUR 750 billion of the Recovery Fund. Let's be honest, just a year ago a fund like this, with a borrowing mechanism like this, would have seemed impossible, but we had to make a virtue out of necessity, and we did it. Finally, it is worth mentioning the climate and biodiversity spending targets – we in my group are proud that we also succeeded on that.

Bogdan Rzońca (ECR). – Szanowny Panie Przewodniczący! Świat i Unia Europejska są w kryzysie ekonomicznym. Wieloletnie ramy finansowe i plany odbudowy mogą łagodzić ten kryzys – EKR o tym bardzo dobrze wie. Konserwatyści wierzą, że uda się wzmocnić Europę dzięki tym instrumentom. Obywateli Unii Europejskiej jednak zdumiewa fakt czy stan, w którym nieraz Parlament Europejski, Komisja Europejska nierzetelnie oceniają rzeczywiste zagrożenia. Wiceprzewodnicząca Parlamentu Europejskiego mówi, że trzeba zagłodzić niektóre kraje i nie dawać im wsparcia finansowego. To zły język, to nie chrześcijański język. Pani Barley, to nie rządy krajowe biorą pieniądze, pieniądze biorą konsumenci, obywatele dwudziestu siedmiu krajów Unii Europejskiej.

Wszyscy wiemy, że praworządność jest wartością Unii Europejskiej, ale dziś rzeczywistym problemem jest kryzys ekonomiczny, terroryzm, brak bezpieczeństwa. We Francji bandyta zabija człowieka, ścina mu głowę, w Niemczech bandyta wjeżdża samochodem w tłum ludzi. Dziś problemem są oczywiście oszuści, którzy wyłudniają środki z Unii Europejskiej. Oni są w każdym kraju i ich musimy wyeliminować z rynku publicznego. Wieloletnie ramy finansowe i plan odbudowy nie mogą być skierowane przeciwko chrześcijańskim rządom, przeciwko prawicowym rządom. Oczywiście walczymy z pandemią, walczymy z nią, pomóżmy plajtującym firmom, niech łączy nas solidarność europejska, a karanie kogokolwiek w Unii Europejskiej może tylko nadwyżyć stan i narazić na śmieszność Unię Europejską.

José Gusmão (GUE/NGL). – Senhor Presidente, o fundo que estamos hoje a aprovar e o seu regulamento são necessários, ainda que insuficientes para a dimensão da crise que estamos a enfrentar. Mas a festa que alguns grupos políticos estão a fazer com a aprovação deste regulamento serve para ocultar duas decisões graves para o futuro da Europa.

A primeira é a não consagração de uma cláusula de exclusão do financiamento a combustíveis fósseis, substituída por uma terminologia muito vaga que, basicamente, atira esta matéria para a Comissão, com consequências imprevisíveis.

A segunda é a introdução de um regime que não surge nos discursos, mas entra no regulamento, de um regime punitivo sobre todos os Estados e todos os Governos democraticamente eleitos que não aceitem implementar a agenda política, nunca sufragada, da Comissão Europeia.

É grave, é um precedente grave, que governos e programas que foram sufragados pelos eleitores das democracias nacionais estejam sujeitos a penalizações, com base numa avaliação discricionária da Comissão Europeia sobre esses programas, baseada em critérios absolutamente graves.

Este é um precedente que não devia ter acontecido e que não deve continuar.

Petri Sarvamaa (PPE). – Mr President, we, as the European Parliament, have certainly delivered in these Multiannual Financial Framework (MFF) negotiations. We have delivered on own-resources. For the MFF, we have delivered on flagship programmes and, for me, most importantly, we have delivered on the rule of law. Last Thursday, we reached an agreement with the Council as regards the rule of law conditionality. I honestly call this a historic milestone for protecting European Union values, a milestone that we have waited for years to come true. For the first time, we have established a mechanism that enables the European Union to stop funding governments that disrespect our common values, such as the rule of law. Most importantly, we did not compromise on the values. We made sure that the rule of law is seen in the context of all the Union's values enshrined in the Treaties, such as the independence of the judiciary. With this regulation, every breach of the rule of law – any breach of the rule of law – can be covered by the mechan-

ism, from individual breaches to systemic or recurrent breaches for which no mechanism has existed so far. And more than that, we opened the scope. We have a separate list for breaches of the principles of the rule of law. We reduced the timeline from the Presidency's proposal; we put back in the text the protection of the final beneficiaries.

I really want to thank my co-rapporteur Eider Gardiazabal Rubial and the whole European Parliament negotiation team. I believe we all agree that this mechanism may not be perfect, but it is a significant improvement compared to the proposal we received from the Presidency. In this connection, I would also like to thank the German Presidency for very, very constructive negotiations. Going back just a couple of years, there were not many who believed we could achieve this much, if anything. We, as the European Parliament, listened to the will of the citizens and pushed for a real rule of law conditionality mechanism that actually works. This is a huge achievement that we can be proud of.

Simona Bonafè (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in un momento straordinario come quello che stiamo vivendo, di fronte a una seconda ondata della pandemia in corso che sta colpendo tutti i nostri paesi, ancora una volta è l'Europa a battere un colpo e lo fa con l'accordo sul bilancio pluriennale dell'Unione, che per la prima volta vedrà, grazie alla battaglia giusta di questo Parlamento, maggiori risorse di quelle previste inizialmente dai capi di Stato e di governo.

I programmi comunitari come *EU4Health* per la sanità pubblica, *Horizon Europe* per la ricerca e la formazione, Europa creativa per la cultura, Erasmus per i nostri giovani non saranno tagliati per ripagare gli interessi sul debito pubblico europeo, perché a quello scopo serviranno finalmente le risorse proprie dell'Unione, di cui si parla da decenni.

Non più tasse per i cittadini, come qualcuno vuole far credere, ma la possibilità finalmente di rimettere sui binari dell'equità il nostro sistema fiscale, con la *web tax*, con la tassa sulle transazioni finanziarie, con la *carbon border tax*.

Il rischio che, con il piano di aiuti straordinario messo in campo dall'Europa per la ripresa economica dalla pandemia, si considerasse esaurito il pur importante contributo degli Stati e che ci si dovesse accontentare di un bilancio addirittura inferiore a quello attuale, quel rischio era alto.

Invece il messaggio che parte da qui è chiaro: non vogliamo sacrificare il futuro di fronte alle esigenze drammatiche del presente che stiamo vivendo, ma anzi l'Europa sta affrontando il presente proprio alzando lo sguardo verso una ripresa futura che non lasci indietro nessuno e che non scarichi i costi sulle future generazioni, che hanno diritto a vivere in un'Europa che sia all'altezza delle loro aspettative e che sia coesa attorno ai suoi valori.

Già, i suoi valori: noi oggi stabiliamo un principio fondamentale, dopo anni di tentativi non riusciti. L'Europa non è un bancomat: chi non rispetta i principi fondanti di questa comunità non può pensare di avere in mano una carta di credito che eroga soldi a prescindere.

Ecco, questa è l'Europa solida e solidale che oggi fa un altro passo in avanti.

Katalin Cseh (Renew). – Mr President, this budget deal is historic for so many reasons, because for the first time we have a rule of law mechanism. We have a tool to fight back against democracy backsliding and to make sure that EU support reaches those who need it the most, instead of disappearing into the pockets of corrupt oligarchs. But our work is not done yet. We need to continue to be the voice of our citizens who witnessed the abuse of EU funds up close day by day and who have spent years calling on Europe to finally do something about it. We need to make sure that Europe continues to listen to them.

This rule of law mechanism is not only a piece of legislation. It is a resounding commitment that Europe is ready to take action. Let me tell you, action could not be more urgent. I am sitting here in Budapest, where every day there is a new scandal breaking. Our country, this morning, woke up to the news that the government is about to amend the constitution to make it easier to funnel public funds to oligarchs. They should be protecting lives but instead they are protecting their own pockets. And, up until now, EU action has been disappointingly slow or even completely absent. But now, we have all European institutions, all major political groups, lined up behind this commitment. Now there are no ifs, no buts and no excuses. Let us remember, a few years ago such a rule of law mechanism or new own resources existed only in the visions that were outlined by my fellow MEPs, Guy Verhofstadt or Sophia in 't Veld, at the plenary of the Parliament. And I was one of those EU citizens who was inspired by them and who kept on enthusiastically hitting the like and share buttons on social media. And now, thanks to this Parliament, these visions are within our grasp and it is very humbling to be present when this first draft of history is being written. This budget shows the stark difference

between those who bet against the European project and those who never stopped believing in it, because even a few months ago, it was unthinkable that we will have a budget of this size and this ambition. This was the bet of European populists – they have written the EU off. They believe that European democracy is losing and the future is creeping authoritarianism from Russia, China or even Donald Trump's United States. But they were completely wrong.

The best thing about liberal institutions is their capacity to constantly renew and reinvent themselves and this is why Europe always rebounds. This is why those writing us off could not be more mistaken. We will keep on fighting and no amount of midnight legislative crackdowns will be able to stop us.

David Cormand (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, merci pour ce débat. Permettez-moi d'avoir un regard assez contrasté sur le paquet qui nous est désormais proposé. On a une formule en France qu'on utilise souvent et que je réutilise ici: cet accord ne mérite ni excès d'honneur, ni indignité.

Pas d'indignité, parce que c'est la première fois que nous avons un plan de relance qui permet d'avoir une solidarité européenne et cela, c'est quelque chose qui n'existait pas. Pas d'indignité, parce que nous avons gagné aussi sur la mise de côté, un tant soit peu, du Semestre, qui nous contraignait à des politiques austéritaires – on voit évidemment que ce n'est pas ce qu'il faut faire aujourd'hui. Pas d'indignité, non plus, parce qu'il y a des premières pistes en direction des ressources propres, mais j'y reviendrai. Pas d'indignité, enfin, parce que, c'est vrai, depuis très longtemps, c'est la première fois que nous avons un budget pluriannuel légèrement – très légèrement, mais tout de même – revalorisé, à hauteur de 16 milliards d'euros.

Mais pas d'excès d'honneur non plus, parce qu'il y a eu des occasions manquées dans ces négociations. Là, je veux revenir sur les ressources propres. Ces ressources propres sont fondamentales, pour deux raisons. D'abord, ce sont elles qui nous garantissent d'avoir une souveraineté européenne où nous ne sommes pas sous le chantage permanent du Conseil pour décider de notre sort en matière budgétaire. Elles sont aussi très importantes parce que c'est ce qui permet d'avoir une fiscalité juste. Et le refus par le Conseil de la taxe sur les transactions financières est une faute politique extrêmement lourde. Pendant cette période de crise, les plus riches ont continué de s'enrichir grâce à la financiarisation de l'économie et à la spéculation. Cette taxe sur les transactions financières aurait été un moyen de mettre de la justice fiscale au niveau de l'Union, et le Conseil a refusé de le faire. Un dernier mot pour dire que je regrette aussi que la Commission n'ait pas été suffisamment aux côtés du Parlement pour porter nos positions. C'est pourtant sa responsabilité de le faire.

Derk Jan Eppink (ECR). – Voorzitter, de Europese begroting bedraagt 1 233 miljard euro voor zeven jaar, plus 25 %, als we de Britten wegdenken. Het compromis tussen de Raad en het Europees Parlement bedraagt nog eens 16 miljard euro. En nu is er ook nog een herstelfonds van 750 miljard euro: *the sky is the limit*. Wie gaat dat betalen?

(Rumoer)

(Richt zich tot de heer Verhofstadt) Ik kan u niet goed verstaan met een masker op. De Amerikanen?

(Richt zich tot de voorzitter) Voorzitter, kan deze onderbreking door de heer Verhofstadt van mijn tijd worden afgetrokken?

Wie gaat dat betalen, mijnheer Verhofstadt? De Europese burger, via Europese belastingen. Er is al een lijst gemaakt van deze belastingen: plasticbelasting, emissiehandelsbelasting, digitale heffing op financiële transacties, enz. Die zullen echter allemaal ontoereikend blijken als we in 2028 moeten beginnen met het terugbetalen van die 750 miljard euro. Weet u wat er dan gaat gebeuren, mijnheer Verhofstadt? Dan worden er nieuwe schulden gemaakt en krijgen we een schulden-carrousel. De Europese Unie wordt een schuldenunie, mede dankzij u.

Commissaris Hahn, deze begroting heet dan misschien *NextGenerationEU*, maar *DebtGenerationEU* lijkt mij toepasselijker. Wij gaan toekomstige generaties overladen met schulden. Ik vind dat onverantwoord en stem daarom tegen.

Sira Rego (GUE/NGL). – Señor presidente, nos acercamos a la recta final de este presupuesto, de este instrumento político que va a determinar nuestras vidas en los próximos años. Y, aunque tiene aspectos positivos, como la reversión de recortes en programas educativos o investigación, también nos preocupa que siga destinando una cantidad inmensa de dinero a la militarización de la UE, demasiado dinero a Frontex. Dicho lo evidente, que esta no es nuestra propuesta ideal, quizás sí que sea el momento de tener el debate de cómo gestionarla.

A mi juicio, está claro: debemos hacer todo lo posible para que haya un control democrático; garantizar el refuerzo de los servicios públicos y del empleo para que nadie sea vulnerable ni por una pandemia ni por falta de trabajo; hacer que los recursos sirvan para recuperar la soberanía productiva con control público. Si algo nos ha demostrado la pandemia, es nuestra debilidad: en la UE no se fabrica ni un paracetamol.

Pero, sobre todo, que no nos engañemos. Si dejamos que las reglas austericidas se cuelen por las rendijas, como quieren las derechas, y si no brindamos una condicionalidad social y un reparto con justicia, quienes desde sus escaños nos escupen su proyecto de odio para Europa ganarán.

Esther de Lange (PPE). – Voorzitter, in de Tweede Kamer van het Nederlands parlement heeft premier Rutte expliciet naar het Europees Parlement verwezen als de instelling die hopelijk nog een aantal zaken kan verbeteren met betrekking tot de Europese top over het MFK. De premier heeft het Europees Parlement dus opgeroepen om een aantal zaken te verbeteren, omdat hij dit op de Europese top zelf niet voor elkaar heeft gekregen.

Aangezien de Nederlandse premier zich in het verleden nogal eens minder positief over het Europees Parlement heeft uitgelaten, wil ik hierbij zeggen: graag gedaan, Mark. Het Europees Parlement heeft inderdaad voor een aantal belangrijke verbeteringen gezorgd. Bijvoorbeeld op het gebied van de rechtsstaat, waar eindelijk het rechtsstaatmechanisme is ingesteld met een breder toepassingsgebied en met de bepaling dat de Raad besluiten niet eeuwig voor zich uit kan schuiven.

Daarnaast wil ik nog een aantal andere zaken noemen, waaronder de extra middelen voor onderzoek. Als we onze economie structureel willen verbeteren, hebben we onderzoek en innovatie hard nodig. De verhoging van Horizon 2020 is in dit verband dus zeer welkom.

Voorts wil ik de bescherming van de buitengrenzen aan de orde stellen. Ik voorspel namelijk dat de lidstaten die tijdens de top enorm op de begroting voor de buitengrenzen hebben bezuinigd, tijdens de volgende migratiecrisis vragen waarom Europa niets doet. Zo ook partijen zoals die van mijnheer Eppink. Als je wilt dat Europa handelt, moet je Europa de middelen geven om te handelen.

Ten slotte wil ik de aandacht vestigen op gezondheid, en met name op de verhoging van de begroting voor gezondheid, die middenin de huidige pandemie niet meer dan logisch was. Ik wil daarom vooral mijn collega's bedanken die dit voor elkaar hebben gekregen.

Kati Piri (S&D). – *[Beginning of speech off-microphone]* ... negotiators struck last week was not even dry, when the Minister of Justice of Hungary made her verdict public: she defined the rule of law conditionality as a political blackmailing tool. Indeed, the statement is in stark contrast to the open cheering of Prime Minister Orbán after the European Council in July. To me, this was a good sign that spoke volumes, and with a clear trademark on it.

While this Parliament has no role in triggering the new mechanism, without this House there would be no strong conditionality between the EU budget and respect for the rule of law and fundamental rights. This was a red line for my group. Our negotiators fought to the end with the Council, and with success. The agreement reached last Thursday makes me proud to be a Member of this Parliament. Being determined and firm, we achieved something unique and something that is there to stay.

We now have a real, effective and enforceable tool to stand up against autocratic leaders trying to take down our democracies and blackmailing our Union. We can finally put an end to leaders enriching themselves, their friends and their relatives with EU money. We created a smart mechanism to make sure the EU budget ends up in the hands of the people who it is meant for.

As Parliament, we kept our promise. We did not give in on our core democratic principles, and the empty bluff of autocratic leaders in panic will no longer hold the EU hostage. We are ready to adopt the agreement and to get started on an ambitious EU budget we have agreed on for the next seven years. Now it is up to the Commission and the EU leaders to make use of this, too. This historic agreement is important for all those Europeans striving hard through crisis and the pandemic, making sacrifices every single day, and bad news for corrupt leaders trying to take advantage of it.

Guy Verhofstadt (Renew). – Mr President, the word 'historic' has been used, I think, 100 times here in this plenary but for once, I think, we are using it in the right way, because my impression is that exactly 20 years after the launch of the Convention, this is a real big step. Why is this a big step? Because we are in fact breaking three long-standing taboos in Europe.

The first taboo was no eurobonds, no recovery bonds – that was impossible. That was the call of the Council and of everybody after the financial crisis. And what we will do now with this programme is launch nearly one trillion of these bonds on the market, and the first bond that has been launched is a huge success.

The second new thing we are doing concerns own resources. I have heard for years 'no, it's impossible to have new own resources' – for 10 years we have fought for that. It's there and it's not taxing the ordinary citizen, it's taxing Google, Amazon, the big tech companies in America, imported products from China, which are in fact bad for our environment, and so on. So I don't know what Mr Eppink has against taxing Google and Facebook and Amazon – who is against it? Not the citizens, anyway.

And then there is the fact that there will no longer be money for authoritarians.

But I want to give two short warnings. The first is to the Commission. Mr Hahn, tell your colleagues to use now the tools. I hear already in the corridors, 'now we going to use this and we're going to try to find out if Hungary and Poland are in accordance with the system'... but you have to do nothing at all, that has already been proved! You have now to use it and not wait two or three years before doing it.

And my second warning is this: let's not stop the reform of the European Union. There are other things to tackle: the lack of a European Defence Community, the unanimity rule, and the fact that we cannot elect our own leader. In America they can do it – not always easily – but we cannot do it.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, it is happening in the US, it is happening here in Europe, it is happening all around the globe. Authoritarian leaders are trying to destroy the basic principles and the very foundations of our democracies. Donald Trump does not want to accept the outcome of a democratic election. Viktor Orbán is threatening to veto the EU budget over the rule of law conditionality.

Some people might think, oh well, if we just back off a little bit, if we just try to see this from their perspective a little bit more, it might all turn out to be a big misunderstanding. Well, here's the thing – it is not! This is not just a misunderstanding. These guys, they mean it. They are planning to undermine our democracy, our values, by spreading baseless conspiracy theories, by scapegoating minorities, by erasing all checks and balances we have built in hard-won battles over the centuries. This is on, and it is on now. That's why we need to use every tool we have available in order to stand up to these attacks.

The rule of law conditionality is not just a side note in these budgetary negotiations, it is a precondition. Without it, the European Parliament is not going to accept this budget. Lastly, you can threaten us, Mr Orbán. You can try to intimidate us. You can send your trolls after us. We in this Parliament are not going to be afraid of you. We have the backing of hundreds of millions of EU citizens with whom we stand side by side in the battle for rule of law, for democracy and for our rights. It is on and we are in it.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA*Vice-Presidente*

(O debate está suspenso.)

19. Abstimmungsrunde

Presidente. – Antes de prosseguirmos com os debates, darei início ao período de votação de hoje.

Votaremos os dossiês conforme indicado na ordem do dia.

O período de votação decorrerá entre as 17h e as 18h15.

A votação é realizada segundo o mesmo procedimento utilizado durante os últimos períodos de sessões.

Todas as votações serão realizadas por votação nominal e os deputados poderão verificar os seus votos e os resultados das votações consultando o documento que será publicado no sítio Web da sessão plenária.

Podem ser apresentadas declarações de voto por escrito. A título excecional, só serão aceites declarações de voto com um máximo de 400 palavras.

Declaro aberto o período de votação. Podem votar até às 18h15.

Os resultados das votações serão comunicados até às 21h.

20. Mehrjähriger Finanzrahmen (einschließlich Eigenmittel), Mechanismus für Rechtsstaatlichkeit und Aufbaufonds für Europa (Fortsetzung der Aussprache)

Presidente. – Prosseguimos agora com o debate sobre o Quadro Financeiro Plurianual (incluindo os recursos próprios), o Mecanismo de Condicionalidade do Estado de Direito e o Fundo de Recuperação para a Europa [2020/2858(RSP)].

Esteban González Pons (PPE). – Señor presidente, Europa es mucho más que la economía europea. Este acuerdo que hoy aprobamos es una buena prueba de ello.

Para Boris Johnson o Donald Trump, Europa era solo un mercado contra el que competir. Se equivocaron. Europa es sus valores y sus principios, contra los que no cabe la competencia. Sin sus valores y sus principios, Europa no es nada. Por eso, antepone hoy el Estado de Derecho al mercado.

Hoy creamos un mecanismo sobre el Estado de Derecho que va a consagrar en este continente que los principios y los valores anteceden siempre al mercado. Nace con la confianza de no ser usado, porque lo que busca no es castigar a nadie, sino protegernos a todos. Es nuestra alarma frente al autoritarismo; pretende protegernos frente a tentaciones presentes o futuras de quienes abusan del poder y pretende que aquellos que ordenan qué decir y qué pensar, qué es verdad y qué no lo es, no se atrevan a hacerlo porque encuentren un castigo.

El nacionalpopulismo, como todos los virus, no discrimina por frontera, raza o género. Miren, si no, lo que está pasando en los Estados Unidos de América, donde la democracia más sólida, estable e ininterrumpida en 250 años no ha podido evitar que su presidente en funciones no acepte un resultado electoral.

Si lo que está haciendo Donald Trump lo hiciera el presidente de otro país americano, el Congreso norteamericano estaría ya hablando de sanciones. De eso se trata con este mecanismo: de anteponer la democracia a la economía.

El Estado de Derecho es respeto a la igualdad de hombres y mujeres; es respeto a la diversidad, a la libertad religiosa, educativa; respeto a la libertad de expresión, a la libertad de prensa, a la independencia de la justicia. Todo eso es más importante que el mercado.

Este mecanismo de Estado de Derecho no nace contra nadie; nace para defendernos a todos. Si algún país lo contraviene, aunque sea el mío, debe ser sancionado.

Elisabetta Gualmini (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi celebriamo il grande successo che abbiamo ottenuto in questi giorni sull'approvazione del bilancio pluriennale, della riforma delle risorse proprie e del Fondo europeo per la ripresa, ma soprattutto celebriamo la forza del Parlamento europeo, il ruolo che ha giocato con determinazione, un ruolo finalmente non subordinato o piccolo rispetto al Consiglio.

E il risultato c'è stato: 16 miliardi in più, per un totale di circa 1 800 miliardi per questo bilancio pluriennale. Ma non contano solo le cifre e la quantità, contano altri due aspetti che vorrei sottolineare.

Il primo è la logica di sistema che è stata utilizzata per la prima volta, direi rivoluzionaria: il quadro pluriennale è stato approvato insieme alla revisione delle risorse proprie e potremo finalmente chiedere contributi pesanti alle multinazionali del web, potremo chiedere alle imprese che inquinano di non farlo più e di pagare tasse, se per caso lo fanno e non ci aiutano nella lotta al cambiamento climatico.

La revisione delle risorse proprie ci consentirà, in una logica appunto di pacchetto, di finanziare il *NextGenerationEU*. Questo non era mai successo, sono risposte straordinarie a bisogni giganteschi. In effetti non possiamo farci piccoli quando le richieste sono enormi, non possiamo arretrare quando arrivano istanze colossali.

Il secondo elemento è il rapporto tra bilancio e democrazia: il bilancio è il cuore pulsante delle democrazie, è il modo in cui noi spieghiamo ai nostri cittadini cosa facciamo e come lo facciamo. Abbiamo bisogno di un bilancio dell'Unione europea sano, pulito e trasparente per far capire dove stiamo andando; abbiamo bisogno di un bilancio ambizioso per evitare che questa devastante crisi si diffonda.

Come ha detto Kamala Harris, la prima donna Vicepresidente eletta negli Stati Uniti: «*dream with ambition, live with conviction*». Questo lo faremo e lo faremo in nome dei nostri cittadini.

Sophia in 't Veld (Renew). – Mr President, let me start by congratulating the negotiating team of the European Parliament: you've done a fantastic job, and it cannot be said enough.

I note that the Council is absent, which is strange because they are the other half of the agreement, but apparently they don't care. And there is a contrast between the attitude of the Council and Parliament. Colleagues, do you remember the scenes of last summer, the balcony scenes, where they were fighting like cats and dogs over money, where there were political games, where there were vetoes, blackmail, and acrimony? It was the worst of the European Union, the image that they showed the citizens.

Compare that to today. The European Parliament has a lot less drama than the Council, but we deliver, we deliver on change. We made a qualitative change. We deliver on the rule of law. We deliver on climate. We deliver on recovery from the COVID crisis. The European Parliament has done its job, as always. We take responsibility.

On the rule of law conditionality, I'm very happy that we have the mechanism, but now we also expect the European Commission to act on it. And we need to remember that this is about conditionality, it's not a sanctions mechanism. That means that every single penny that will be spent has to be checked against compliance with the rule of law standards. Every single penny! So don't come here and say 'oh, we first have to investigate and see if everybody complies' – we know what the situation is, so act.

Finally, I think the situation with Mr Orbán shows that we desperately need to change the system. It cannot be that a single autocrat is holding the entire European Union hostage. It is taxpayers' money that we are talking about, and this should not be for Mr Orbán to determine. This is for the democratically elected representatives of the European people.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Mr President, you might have noticed that two governments – Hungary and Poland – are fuming since last Thursday, since we struck this historic deal on the rule of law conditionality. The Polish minister has been speaking of political, cultural and economic colonisation, and Hungary goes a step further, as always, and speaks of the execution of the Soros plan.

What a bizarre fantasy land these people live in. Hungary and Poland are among the biggest recipients of EU funds. They have profited to the tune of EUR 180 billion of European solidarity since they acceded to the European Union and now, at this moment, where millions of citizens, where thousands of businesses need a lifeline from us and are expecting European solidarity, this is the moment that they threaten to block the whole package, because Kaczyński wants to continue to throw out judges that he doesn't like and because Orbán wants to keep lining his own pockets.

I think one thing is pretty obvious: that those that are screaming the loudest now about this are the ones that have to fear the most from this new conditionality. Just last night, the Hungarian minister, as some colleagues have referred to, has put forward new constitutional changes that would make it impossible for the opposition to run in a coordinated fashion. In Poland, we have an ECJ ruling that this so-called disciplinary chamber should cease to exist, but it continues to operate and to put judges out of work.

For years we have seen how the situation is deteriorating. Commissioner Hahn, I was recently in Hungary. I visited Klub Radio, which is about to lose its frequency – the last independent radio station in Hungary. There are thousands of people in Poland on the street because they lost the independence of the judiciary. These citizens do not have the time to wait. They don't have the time to wait for another rule of law report, another dialogue, we need to act. When this enters into force on 1 January, we don't have a minute to lose, it's time to act.

Jessica Stegud (ECR). – Herr talman! Det är bra att parlamentet och övriga svenska partier, liksom vi, vill höja kraven på rättsstatlighet för att få ta emot EU-bidrag. Det märkliga är att de inte samtidigt ställer krav på ekonomiska reformer, budgetdisciplin och korruptionsåtgärder; att ni så lättvindigt och kravlöst vill ge ut pengar till stater som misskött sina ekonomier i goda tider; att ni nu är beredda att införa nya skatter och skuldsätta kommande generationer; att ni vill lägga tusentals miljarder på ogenomtänkta klimatåtgärder, som kommissionen själv medger inte kommer att räcka eller ha någon avgörande betydelse för det globala klimatet.

Ni pratar er varma för handel, inre marknad, miljösamarbeten och säkerhet. Samtidigt lägger ni pengar på helt andra saker och passar på att flytta ännu mer makt till Bryssel, allt längre från de enskilda medborgarna.

EU talar om en kopernisk revolution, och det är det sannerligen, men inte en revolution som befriar någon, inte en som bygger något för framtiden eller löser några problem.

Eugen Jurzyca (ECR). – Vážený pán predsedajúci. Fond obnovy a odolnosti môže európskej ekonomike veľmi pomôcť. Ak minieme peniaze dobre a budeme investovať do projektov, ktoré nás posunú najviac zo všetkých dostupných alternatív, bude to unikátna príležitosť skokovo zvýšiť hospodársky rast v Európe. Fond obnovy a odolnosti však prináša aj značné riziká. Hrozí vytlačanie súkromného sektora a efektívnejšej časti ekonomiky na okraj, takzvaná holandská choroba, a prichádza riziko zvýšenej korupcie. Namiesto debát o tom, koľko z výdavkov fondu obnovy a odolnosti pridelí jednotlivým sektorom, ktoré sú momentálne v móde, by sme sa mali vrátiť k tomu, ako sme o tomto fonde hovorili na začiatku. Flexibilné podmienky pre členské štáty umožňujúce investovať do návratných reforiem zameraných na hospodársky rast.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir diskutieren hier heute ein ganz breites Paket, das auch den Aufbaufonds mit umfasst. Wir haben in dieser Woche, am Montag, im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft und Währung die Abstimmungen zu diesem Thema finalisiert und sind jetzt auch bereit, über dieses Paket mit dem Rat zu verhandeln.

Ich freue mich, dass es gelungen ist, hier im Europäischen Parlament zu einem gemeinsamen breiten Ansatz zu kommen. Ich möchte nicht verhehlen, dass es natürlich schon auch ein paar Schattenseiten in diesem Dossier gibt. Natürlich war es unsere Aufgabe, das, was die Staats- und Regierungschefs nicht gemacht haben, nämlich einen europäischen Mehrwert zu schaffen, auch in dieses Programm hineinzubringen. Aber während die Staats- und Regierungschefs gesagt haben, dies muss auch an Bedingungen geknüpft sein, gab es hier doch eine große Fraktion, nämlich die Sozialdemokraten, die gesagt hat: Nein, Bedingungen darf es nicht geben. Nicht mal die Bedingungen, die wir jetzt bei der Strukturfondsverordnung drin haben, nicht mal die Bedingungen, die wir bei anderen Förderprogrammen haben, die einzige ist noch die Rechtsstaatlichkeit, aber darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Und deswegen liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diesen Hilfsfonds nur als Spardose sieht, wo man leicht abheben kann, aber keine Bedingungen erfüllen muss – das ist nicht unsere Welt, und ich hoffe, dass das in den Verhandlungen mit dem Rat noch korrigiert werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden über Rechtsstaatlichkeit und freuen uns, dass wir einen Mechanismus verabschiedet haben in einem Plenum, das gegen seine eigene Geschäftsordnung verstößt, das gegen seine eigenen rechtlichen Grundlagen verstößt, das gegen das Statut der Abgeordneten verstößt, das gegen das Gesetz der Privilegien der Abgeordneten verstößt, um mal nur die wenigsten Punkte zu benennen. Wir sollten im eigenen Haus mal anfangen, *Rule of Law* wieder zur Anwendung zu bringen. Dann dürfen wir auch mit dem Finger auf andere Parlamente zeigen.

Katarina Barley (S&D). – Herr Präsident! Heute ist ein guter Tag für die Europäische Union, und es ist ein sehr erfolgreicher Tag für das Europäische Parlament. Nachdem ja am Anfang der Pandemie viele Bürgerinnen und Bürger skeptisch waren, dass die EU zu langsam zu wenig getan hat, beweisen wir jetzt, dass es eine grenzüberschreitende, eine europäische, eine kraftvolle Antwort auf diese Pandemie gibt – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Das wird das Vertrauen in die EU stärken, da bin ich sicher.

Aber ein anderer Punkt oder einer, der darin enthalten ist, ist noch viel existenzieller für das Vertrauen in die Europäische Union. Denn die Akzeptanz der EU leidet seit Langem darunter, dass es Regierungen in Mitgliedstaaten gibt, die sich vom Boden der gemeinsamen Werte weit entfernt haben. Auch hier senden wir mit der Rechtsstaatskonditionalität ein kraftvolles Signal.

Das wichtigste Signal ist: Alle Mitgliedstaaten sind gleichermaßen den Werten aus Artikel 2 verpflichtet. Kein Mitgliedstaat kann für sich in Anspruch nehmen, eine eigene Auslegung dieser Werte vorzunehmen. Wir kennen die Situation, manche Regierungen verwechseln wohl *rule of law* mit *rule by law*. Sie meinen, weil sie eine Mehrheit haben, können sie tun und lassen, was sie wollen, die Justiz von sich abhängig machen, die Medien unterjochen, die Rechte der Opposition beschneiden, also jede demokratische Kontrolle unmöglich machen. Gut, dass die EU da ein Zeichen setzt.

Besonders dankbar bin ich dafür, dass der gesamte Umfang des Artikel 2 erfasst wird, dass auch die Kopenhagener Kriterien genannt werden und dass der präventive Charakter des Mechanismus betont wird. In Vielfalt geeint – ja, wir können unsere Systeme alle anders ausgestalten, aber wir stehen alle auf dem Boden des Artikel 2, und entscheiden tut am Ende einer, was Rechtsstaatlichkeit bedeutet, und das ist der Europäische Gerichtshof.

Und was der Sozialdemokratie besonders wichtig war: Sanktioniert werden am Ende eben nicht die Zuwendungsempfänger und —empfängerinnen, nicht die Städte und Gemeinden, die Unternehmen, die Kulturschaffenden, die Studierenden, die Forschungseinrichtungen, sondern die Regierungen. Die Gelder müssen bei den Berechtigten ankommen, und die Kommission muss das sicherstellen. Es ist nicht so geworden, wie wir es wollten, es ist nicht ideal. Es gäbe noch viel zu kritisieren, aber insgesamt ist es ein großer Erfolg, ein guter Tag für die Europäische Union und ein erfolgreicher Tag für das Parlament.

Sandro Gozi (Renew). – Monsieur le Président, nous n'avons rien lâché, et nous avons eu raison. Félicitations aux négociateurs du Parlement européen.

Certains, dans les capitales, disaient que le Parlement devait faire le dos rond, se taire et rapidement accepter l'accord du Conseil, dès juillet. Ils avaient tort.

Aujourd'hui, certains, comme M. Orbán, menacent à nouveau de bloquer cet accord. Ils ont tort, et nous savons que c'est du bluff.

Nous avons un budget de relance économique, bien sûr, mais aussi un budget plus citoyen: pour notre jeunesse avec Erasmus, pour notre santé avec EU for Health. Un engagement plus crédible, avec un calendrier clair pour les nouvelles ressources propres. Une union plus juste qui, finalement, se donne les moyens de prévenir et de sanctionner les violations de l'état de droit. Répétons-le et prôtons-le fièrement: pas de fonds européens à ceux qui violent les valeurs européennes.

Comme cela a été dit, la manière la plus claire de montrer ce que l'état de droit signifie pour nous est de se rappeler ce qu'il s'est passé lorsqu'il n'y avait pas d'état droit en Europe. En Europe, nous ne pouvons plus tolérer cela. L'union est née pour garantir nos libertés. On ne peut pas être européen quand il s'agit de recevoir des milliards d'euros, et se découvrir nationaliste quand il s'agit de respecter les droits fondamentaux de l'article 2 du traité.

Pour nous, il faut réussir. C'est une obligation de résultat pour la Commission et pour le Conseil. Vous devez donner suite à tous vos engagements et nous vous les rappellerons jusqu'au dernier jour de cette législature. Et il y a encore une priorité, Monsieur le Président, pour laquelle nous attendons le Conseil. Tenez votre engagement. Lançons la conférence sur l'avenir de l'Europe. C'est une question de crédibilité. Les citoyens nous attendent.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, la verdad es que el Consejo pretendió durante meses y semanas un trágala del lado del Parlamento Europeo. No se puede tocar nada del acuerdo de julio. Bueno, hoy hemos logrado cambios sustanciales, y son de agradecer y, sobre todo, los ciudadanos y ciudadanas los van a agradecer: 3 500 millones de euros más para los programas de salud; 4 000 millones de euros más para la investigación —aunque insuficiente, es un avance importante—; 35 % más de fondos para la cultura. Todo eso son cuestiones que los ciudadanos van a notar gracias a la acción del Parlamento Europeo, y esa es una buena noticia.

Y un calendario claro para los recursos propios. Antes lo ha dicho Valérie Hayer: no tenemos un nuevo recurso propio desde los derechos de aduana hace más de cincuenta años. Vamos a introducir el impuesto sobre las transacciones financieras. Vamos a introducir el impuesto digital. Todo con un calendario claro. Nos hubiera gustado un calendario más ambicioso, más cercano, pero es sin duda un paso adelante.

Y un mecanismo de vinculación con el Estado de Derecho, que es un mecanismo imprescindible para que aquellos que utilizan y que reciben fondos europeos no puedan vulnerar normas fundamentales.

Este, evidentemente, no es el acuerdo que deseábamos en su globalidad, pero sí es un avance muy importante teniendo en cuenta lo que había en la mesa del Consejo y lo que el Parlamento ha logrado.

En segundo lugar, este Parlamento, esta semana también, va a dar su visto bueno a la posición sobre el Fondo de Recuperación para Europa, y es muy importante lo que el Parlamento dirá y dice esta semana. No queremos macrocondicionalidad económica. No queremos que se impongan reformas del Semestre Europeo que nada tienen que ver con el mecanismo. Queremos unos objetivos climáticos ambiciosos y que no se gaste dinero en actividades contaminantes. Eso lo dirá el Parlamento y espero y deseo que el Consejo nos escuche en las negociaciones que iniciaremos.

Estamos en un momento muy importante para la Unión Europea. Vamos a doblar la cantidad de recursos disponibles por parte de las instituciones europeas. Vamos a dejar atrás la época de la austeridad para pasar a una época más centrada en la inversión. Hemos avanzado y hemos roto tabús, como, por ejemplo, sacar adelante los eurobonos. Yo creo que este es un paquete que, visto en perspectiva histórica, es un gran paso hacia adelante.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, не знам дали ме чувате, надявам се да ме чувате. Искам да отправя една бележка към Председателството – този начин на функциониране на Европейския парламент е меко казано неудачен.

Но искам да отбележа, че за пореден път дискутираме многогодишната финансова рамка, с което заприличаваме много, Председателю, на пленумите на стария Съветски съюз. Най-голямата, безспорно, е липсата на каквато и да било икономическа логика в този разговор, който водим. Европейската комисия и, между другото, лявото болшинство в залата, то е доста болшевишко, подкрепят икономическото самоубийство, наречено „Зелена сделка“.

В този момент ние би трябвало да мислим как да спасим икономиките си, а не да залагаме на утопии, на зелени утопии, Председателю. Знам, че се усмихвате, виждам, че се усмихвате, но това е утопия и ще го разберете рано или късно. Същото може да се каже за така нареченото „следващо поколение“.

Уважаеми Председателю, колеги, или ще се събудим и ще погледнем нещата, каквито са, или ще катастрофираме като Съветския съюз. Виждам, че сте с бяла коса, вероятно помните Съветския съюз, ще видите какво ще стане. Благодаря ви.

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident! Ich bin den Kollegen sehr dankbar, die in den letzten Wochen hart verhandelt haben. Bei vielen Themen mit europäischem Mehrwert für unsere Bürger haben wir zusätzliche Möglichkeiten geschaffen: Das Forschungsprogramm Horizont Europa erhält vier Milliarden Euro mehr, das Austauschprogramm Erasmus zwei Milliarden Euro mehr, das Gesundheitsprogramm EU4Health drei Milliarden Euro mehr, für besseren Schutz der gemeinsamen Außengrenze, für Rechtsstaatlichkeit und europäische Werte, für Kunst und Kultur jeweils rund eine Milliarde Euro mehr – nur um einige Beispiele zu nennen.

Ich hoffe, die Europäische Kommission, die Mitgliedstaaten und vor allem sie, die Bürgerinnen und Bürger, haben die Kraft und die Ideen, dieses Geld nun sinnvoll einzusetzen. Aber haben wir von den Mitgliedstaaten wirklich genügend Mittel bekommen, um die Europäische Union bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, beim Außengrenzschutz, bei Forschung und Entwicklung und beim Kampf gegen den menschlichen Anteil am Klimawandel wirklich zukunftsfest genug aufzustellen? Ich habe da meine Zweifel.

Auch für den Aufbaufonds haben wir konkrete Forderungen, um sicherzustellen, dass die Gelder von den Mitgliedstaaten nicht in die Aufrechterhaltung überkommener Strukturen fließen, sondern tatsächlich in die gemeinsame Zukunft unseres europäischen Kontinents investiert werden können.

Bitte erlauben Sie mir noch eine Bemerkung, um die mich mehrere Kollegen gebeten haben: Alle nationalen Parlamente in Europa tagen, das belgische Parlament sogar vor einigen Tagen erst hier bei uns in unserem Plenarsaal. Und wir Mitglieder des Europäischen Parlaments sollen zu Hause bleiben!

Wir alle wissen: Parlamentarismus ist weit mehr als das Verlesen von Stellungnahmen, es ist weit mehr als elektronische Teilnahme an Sitzungen, und es ist weit mehr als die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen. Die Bitte ist daher: Stellen Sie bitte unter höchstmöglichen Hygienemaßnahmen sicher, dass die Abgeordneten, die nach Brüssel kommen wollen und können, nach den üblichen Regeln auch an allen Sitzungen teilnehmen können.

Und bitte halten Sie die Regeln der Geschäftsordnung ein, beispielsweise heute hier im Plenum, stellen Sie bitte sicher, dass die heute Anwesenden wie üblich auch nach Artikel 156 ihre Anwesenheit dokumentieren können und wir damit Rechtssicherheit schaffen.

Eero Heinäluoma (S&D). – Arvoisa puhemies, eilen illalla saavutettu sopu on luonteeltaan historiallinen. Se antaa aiheen tyytyväisyyteen ja nyt syntynyttä ratkaisukokonaisuutta on helppo tukea. Sopimus seitsemän vuoden Euroopan unionin budjetista siinä muodossa kuin se on nyt sovittu vie eteenpäin todella tarpeellisia hyviä asioita. Yliopistot ja tutkimus saavat lisää rahaa, myös nuorten vaihto-ohjelmat turvataan, samoin Euroopan unionin rajojen valvontaan laitetaan lisää voimavaroja.

Tärkeätä on myös, että meillä on nyt sopimus EU:n omista varoista. Se turvaa lähivuosien EU:n budjetin ja antaa mahdollisuuden rahoittaa myös isoa elvytysrahastoa. Ja tärkeintä on, että nuo rahat tulevat tavalla, joka on verotuksessa oikeudenmukaisuutta lisäävä, eivätkä ne merkitse jäsenvaltioiden veroihin puuttumista. Esimerkiksi EU:n hiilirajatulli on asia, joka varmasti saa laajan kannatuksen.

Mutta erityisen historiallinen tässä ratkaisussa on sopimus oikeusvaltioperiaatteen noudattamisesta. Ensimmäistä kertaa olemme saavuttaneet yhteisymmärryksen siitä, että EU:n varojen käytön ehdoksi tulee budjetin loukkaamattomuus- ja oikeusvaltioperiaatteen noudattaminen. On siis merkittävää, että jatkossa ehto sille, että voi saada EU:n omia varoja, on perustavaa laatua olevien oikeusvaltioperiaatteiden noudattaminen. Se tarkoittaa tuomioistuinlaitosta ja vapaata lehdistöä. Tulen tukemaan tätä ratkaisua ja uskon, että tämä saa Suomessa erittäin laajan hyväksynnän.

Ramona Strugariu (Renew). – Mr President, the first word that I have in mind about this agreement is gratitude – gratitude to the representatives of the Council, to the Commission, to my colleagues, to our teams, to every one of you who made this possible under extremely difficult circumstances. Now this truly means delivering to the people for their safer and better future, and I would like to thank you for that.

My second thought goes to the role the European Parliament and my Group – Renew Europe – had in defending the rule of law and European values along this process, and we will continue to defend it and keep an eye on the Commission and on the Council to fulfil their commitments as well, because we are defending the mere essence of the European project, the mere essence of democracy. This is the reason that we are stepping into this House every day, doing our work and we are defending the hope of millions of people along with it. I'm so proud to be part of the political family who is writing history in such a way.

My third thought goes to those political leaders who are not so happy with this agreement, who actually stated out loud that they are preparing to veto it, like Mr Orbán. It is a proven fact that those marching against history written by visionary people usually end up in a very cold, unfriendly and insignificant quarter of such a history, and I would like you to think very, very well whether you want to end up like this or not, because the European project and the world moves forward, with or without you. We are pushing it forward, with or without you. Long live Europe!

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Herr Präsident! Dieses Haushaltspaket steht für gelebte europäische Solidarität mit den Ländern, die am stärksten von COVID betroffen sind, aber auch für Solidarität unter den Generationen, da wir einen großen Teil dieses Pakets in den Klimaschutz investieren, aber endlich auch für Solidarität mit den Menschen, die von der Krise am stärksten betroffen sind, nämlich den Frauen. Die Parlamentsposition zum Aufbaufonds fordert klare Gleichstellungsschecks, mit denen gezeigt wird, welche Auswirkung die einzelnen Maßnahmen und Projekte jeweils auf Frauen und Männer haben.

Ich fordere alle Regierungen auf, sich im Rat für die Frauen einzusetzen und diese Forderung mitzutragen. Und ich begrüße es auch sehr, dass die Kommission jetzt zum ersten Mal eine Methode für einen geschlechtergerechten EU-Haushalt entwickeln wird, den wir ab 2023 haben werden.

Und zuletzt der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus: Ich hoffe, dass dieses wichtige Instrument die Frauen unterstützen kann, die sich in den letzten Wochen am stärksten für die Grundrechte in Europa eingesetzt haben, das sind die Frauen in Polen.

Women of Europe, women of Poland, we have your back!

Patryk Jaki (ECR). – Panie Przewodniczący! Jedyną procedurą traktatową dotyczącą praworządności jest artykuł 7. I bardzo dobrze o tym wiecie. Problem polega na tym, że nie potrafiliście znaleźć większości dla skorzystania z artykułu 7, dlatego wymyśliliście procedurę pozatraktatową, łamiąc w ten sposób prawo, co potwierdziły nawet Wasze własne opinie prawne i opinie Europejskiego Trybunału Obrachunkowego.

Po drugiej sfera edukacji i kultury, redystrybucji środków i organizacji sądownictwa według traktatu leży w wyłącznej kompetencji państwa członkowskiego i Polaków. Również tę kompetencję próbujecie zawłaszczyć, czyli tak naprawdę, mówiąc o praworządności, sami tę praworządność łamiecie. A już symboliczne jest to, że prezydencja niemiecka dokonuje napaści m.in. na Polskę w Święto Niepodległości państwa polskiego. To naprawdę ogromny wstyd, tym bardziej że o upolitycznieniu sądów mówią Niemcy, którzy mają najbardziej upolityczniony proces wyboru sędziów w całej Unii Europejskiej.

Kris Peeters (PPE). – Voorzitter, mijnheer de commissaris, het feit dat we gisteren een akkoord hebben bereikt over de meerjarenbegroting en het herstelplan is in deze moeilijke tijden niet alleen goed nieuws, maar is inderdaad zelfs historisch te noemen. Het akkoord moet ons in staat stellen Europa te heropbouwen na de COVID-19-crisis en de EU nog beter te maken om de toekomst van onze burgers en bedrijven beter te verzekeren. Het akkoord betekent kortom meer geld voor onderzoek en ontwikkeling, meer geld voor Europese gezondheidsuitdagingen en betere bescherming van de rechtsstaat.

De middelen voor onderzoek en ontwikkeling worden met vier miljard euro aanzienlijk verhoogd. Dit is goed voor Europa en voor de lidstaten, waaronder voor België en in het bijzonder voor de Belgische deelstaat Vlaanderen. De middelen worden namelijk verdeeld volgens het excellentiebeginsel en Vlaamse onderzoeksinstellingen en -bedrijven nemen doorgaans met veel succes aan deze projectoproepen deel: ongeveer 2,6 % van de Europese middelen voor onderzoek en ontwikkeling stromen door naar Vlaanderen.

Daarnaast wordt de Europese begroting voor gezondheidsuitdagingen verdrievoudigd. Deze zal dienen voor reservevoorraden aan medische benodigdheden en voor grensoverschrijdende teams van gezondheidswerkers.

De huidige crisis heeft aangetoond dat Europese solidariteit daadwerkelijk levens kan redden. Wel geldt daarbij het principe “voor wat, hoort wat”: lidstaten die in het vervolg van Europese middelen willen gebruikmaken, zullen moeten aantonen dat zij een rechtsstaat zijn met persvrijheid en onafhankelijke rechtbanken. Zo beschermen we de democratische waarden van Europa.

Mijn complimenten aan iedereen die dit akkoord mogelijk heeft gemaakt.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, desde hace cuarenta años, este Parlamento Europeo es la única institución directamente electiva de la arquitectura de la Unión. Y en 2019 —su última elección—, por primera vez, durante todo este tiempo, la participación electoral, en lugar de declinar, rebotó con fuerza hacia arriba, aumentando, aún sin saber que nos abismábamos en la peor crisis de la historia: la pandemia y su estrago económico y social.

Pues bien, a todos aquellos que fueron a las urnas aun con escepticismo y con dudas, el mensaje esta tarde es muy claro. Aquí está la prueba de que el Parlamento Europeo importa. Con un logro histórico, por primera vez ha conseguido duplicar la potencia de fuego del marco financiero plurianual, el Fondo de Recuperación y todos los instrumentos para garantizar la financiación necesaria para la educación, la innovación, la cultura.

Pero, además, ha incrementado en 16 000 millones de euros la propuesta del Consejo. Ha conseguido una propuesta vinculante de recursos propios, con nuevas figuras tributarias para financiar la Europa que necesitamos, y la condicionalidad del Estado de Derecho, que obliga a los Estados miembros a cumplir con la democracia, el Estado de Derecho y la separación de poderes si quieren acceder a los fondos europeos. Y no pueden procrastinar, porque tienen que tomar una decisión. Y se protege, al mismo tiempo, a los beneficiarios de esas decisiones y de esos fondos europeos.

Por tanto, este Parlamento ha hecho un logro histórico cumpliendo como autoridad presupuestaria y como motor de legitimación democrática de la Unión. 440 millones de ciudadanos y ciudadanas se pueden sentir representados en este Parlamento Europeo y, sobre todo, en la esperanza de la respuesta que necesitan cuanto antes.

Gracias a los negociadores que lo han hecho posible, porque este Parlamento ha hecho posible esa respuesta para que les llegue de inmediato, cuanto antes.

Charles Goerens (Renew). – Monsieur le Président, deux événements récents nous redonnent espoir. Et parmi eux, d'abord, la réaction de l'Union européenne aux conséquences économiques et financières dramatiques issues de la crise sanitaire actuelle.

Nos trois institutions impliquées dans le processus législatif viennent d'apporter la preuve que nous pouvons laisser derrière nous les obstacles qui, naguère encore, rendaient impossibles les avancées que nous allons approuver sous peu.

Le deuxième facteur de changement, c'est la nouvelle administration américaine qui va se mettre en place, avec un retour à des rapports corrects: ça ne va rien changer? Pour l'optimiste que je suis, ça va tout changer: la coopération internationale, le multilatéralisme — fort endommagé, hélas- et la lutte contre le changement climatique redeviennent des perspectives réelles.

Bonnes nouvelles pour nous, bonnes nouvelles parce que les fossoyeurs de nos valeurs fondamentales, les ennemis d'une presse libre, ainsi que les amis d'une justice à la botte du parti au pouvoir, viennent de perdre un allié de taille dans la lutte contre l'intégration européenne.

La décision d'introduire une clause de respect des valeurs fondamentales tombe à point. Les récipiendaires de fonds européens vont devoir se conformer désormais aux engagements auxquels ils ont eux-mêmes souscrit.

Bon départ pour la nouvelle décennie, bon départ pour la Commission qui va devoir appliquer cette clause avec beaucoup de doigté, beaucoup de talent et beaucoup de persévérance. Donc, tout dépend de nos institutions, et en première ligne de notre Commission, pour pérenniser cet acquis.

«Pourvu que ça dure» disait la mère de Napoléon, et j'espère que cette fois-ci, elle aura raison.

Sylvia Spurek (Verts/ALE). – Panie Przewodniczący! Prawie trzy lata temu po raz pierwszy uruchomiono procedurę z artykułu 7, i to wobec Polski. Od tamtego czasu odbyliśmy wiele debat w sprawie powiązania praworządności z budżetem, przyjęliśmy wiele rezolucji, a w Polsce i na Węgrzech dochodziło do kolejnych naruszeń. Naruszano zasady niezależności sądów i wolności mediów, dochodziło do łamania praw kobiet, osób LGBT plus, walki ze społeczeństwem obywatelskim, niszczenia cennych przyrodniczo obszarów. Rządy Polski i Węgier będą blokować ten mechanizm, bo łamanie praworządności jest częścią ich politycznego DNA. Teraz ważne jest, aby nie skończyło się na słowach. Unia musi chronić obywateli i obywatelki, a nie rządy.

Dzisiaj w Polsce obchodzimy Święto Niepodległości. Marzy mi się, aby wczorajsze porozumienie stało się symbolem walki Unii Europejskiej o niepodległość obywateli Unii i ich ochrony przed rządami, które łamią praworządność.

Niclas Herbst (PPE). – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, man hat ja den Vorteil, wenn man so spät spricht, dass alles schon gesagt wurde und man sich kurzfassen kann. Ich vermute aber, dass die Damen und Herren, die unmittelbar an den Verhandlungen beteiligt waren, mental so stabil sind, dass Sie auch von mir noch etwas Lob vertragen können. Also ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die daran unmittelbar beteiligt waren!

Ich möchte aber die Gelegenheit trotzdem nutzen, um darauf hinzuweisen, dass wir noch nicht am Ziel sind – auf der Zielgeraden ja, aber es gibt noch viel zu tun. Es ist schon mehrfach angesprochen worden, dass wir in den nächsten Tagen das Thema *rule of law* auch noch mal von außen erleben werden, dass wir dort das an den Tag legen müssen, was wir an den Tag gelegt haben als Parlament und warum wir so erfolgreich waren, nämlich Einigkeit und Selbstbewusstsein. Wir werden einig und selbstbewusst sein müssen, um diese Angriffe abzuwehren, und das wird sich übrigens die nächsten Jahre durchziehen. Ich nenne nur mal das Thema Eigenmittel. Das Thema ist nicht durch, sondern es wird bis in die nächste Legislaturperiode hineingehen, dass wir dieses Thema weiterverfolgen. Auch dort müssen wir selbstbewusst und einig sein.

Und machen wir uns nichts vor, wir stehen an einer echten Weggabelung. Wir machen als Europäische Union erstmals Schulden, und das hat das Zeug dazu, die Europäische Union insgesamt zu verändern. Das braucht Diskussion, und zwar nicht von einigen wenigen, sondern vom gesamten Parlament. Und deshalb erwarte ich auch vom Präsidenten, dass wir diese Debatte führen in dieser wichtigen Situation, in der wir jetzt gerade sind, und dass er diese restriktive Herangehensweise überdenkt. Wir müssen jetzt hier im Parlament arbeitsfähig sein – und das erwarte ich vom Präsidenten –, nämlich einig und selbstbewusst. Wir müssen auch diesen öffentlichen Diskurs führen, es nützt ja nichts, wenn wir uns gegenseitig auf die Schultern klopfen. Diesen Erfolg haben wir nicht für uns erreicht, sondern für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Und das müssen wir noch viel deutlicher machen.

Leszek Miller (S&D). – Panie Przewodniczący! Pragnę wyrazić satysfakcję z porozumienia w sprawie budżetu Unii, które między innymi zakłada 15 mld euro więcej na naukę, zdrowie i edukację. Tak samo pozytywnie oceniam kompromisowy projekt rozporządzenia wiążącego fundusze unijne z praworządnością, co oznacza umocnienie wartości, na których zbudowana jest nasza Unia.

Mechanizm warunkowości nie jest zamachem na suwerenność żadnego państwa członkowskiego. Możliwość zawieszania funduszy jest wyłącznie środkiem tymczasowym, który może zostać szybko przywrócony, jeżeli dane państwo powróci na ścieżkę poszanowania prawa i zasad, na których opiera się Unia. Ten mechanizm nie jest wymierzony w interesy obywateli państw członkowskich, ale w politykę rządów, które działają przeciwko własnym obywatelom. Stąd też narzędzia, które w razie konieczności umożliwią finansowanie projektów obywateli, samorządów, organizacji pozarządowych bezpośrednio z Komisji Europejskiej za pośrednictwem rządu centralnego.

Mam nadzieję, że w dalszych pracach wszystkie rządy zachowają odpowiedzialność, okażą się dorosłe i ze zrozumieniem odniosą się do kompromisowych ustaleń. Dotyczy to także polskiego rządu.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, la crise écologique ne s'interrompt pas avec la crise sanitaire. Au contraire, toutes les crises sont liées. Elles proviennent d'un modèle économique et de développement injuste et destructeur.

Face à la pandémie, mobiliser des fonds pour la reprise était indispensable. Mais l'urgence ne doit pas condamner l'avenir. Nos investissements dessinent le futur, il nous faut réorienter notre économie pour qu'elle garantisse à la fois la justice sociale et la protection de notre planète.

Si nous voulons sauver le climat et atteindre la neutralité carbone, comme nous nous y sommes engagés, pas un euro public ne doit être alloué aux énergies fossiles. C'est simple, c'est clair, et c'est la position que nous défendons. Mais être parlementaire écologiste, c'est souvent devoir composer avec des majorités politiques prisonnières du court terme.

Une fois encore, nous avons donc mené la bataille pour exclure clairement les énergies fossiles de cette facilité de reprise et nous avons seulement obtenu que le gaz ne soit pas listé comme une énergie de transition. Il est temps d'aller plus loin et de prendre les décisions radicales qui s'imposent, sans quoi la crise climatique engendrera des maux bien pire que ceux que nous affrontons aujourd'hui.

Andreas Schwab (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissar! Zunächst mal möchte ich allen, die an diesen wirklich erfolgreichen Verhandlungen teilgenommen haben, von Herzen danken. Ich glaube, dass es ein wichtiger Schritt für die Europäische Union in dieser Krise ist, und diesen Schritt konnten wir nur erreichen – der Kollege Herbst hat es gerade schon gesagt – weil wir einig und selbstbewusst waren.

Und die Debatte heute zeigt, dass wir natürlich diese Einigkeit und dieses Selbstbewusstsein auch in den kommenden Monaten, in den kommenden Wochen brauchen werden, damit es uns gelingt, die Mitgliedstaaten – 27 an der Zahl – alle auf einer Linie zu halten, egal ob beim Thema Rechtsstaatlichkeit, egal ob beim Thema Eigenmittel oder beim Thema Vergrößerung des EU-Haushalts. Diese Einigkeit und dieses Selbstbewusstsein, Herr Präsident, gewinnt aber eine Versammlung wie diese – wir haben das in der Geschichte mehrfach gelernt – als Demokratie aus dem *Demos*. Wir leben nicht in einer Videokratie, und deswegen ist es wichtig, dass wir auch in der Krise die Möglichkeit behalten, uns – unter besonderen Sicherheitsvorschriften und in geringerem Umfang – hier zu treffen. Und deswegen ist die Aussprache heute wichtig.

Wenn der Kollege López Aguilar von den Sozialisten hier darauf hinweist, dass wir vierundvierzig Millionen Menschen vertreten, dann macht er dies natürlich auch, um deutlich zu machen, dass wir, wenn wir zusammenhalten, wenn wir einig und selbstbewusst auftreten, genau dieses Ziel erreichen: den Bürgerinnen und Bürgern in Europa das Verständnis dafür zu vermitteln, dass wir solidarisch sein wollen und dass der Haushalt Ausdruck dieser Solidarität ist.

Herr Präsident, ich möchte aber gerne noch hinzufügen: Das Europäische Parlament hat sich in dieser Krise zwar zu jeder Zeit als Unterstützer der Kommission, gerade im Haushaltsbereich, verstanden, aber wir haben nie den Eindruck gehabt, dass wir zur Finanzierung der Mitgliedstaaten da sind. Deswegen verlangen wir zum einen bei der Kontrolle der 750 Milliarden Euro im *Recovery and Resilience Instrument* eine wirkliche Kontrolle, dass diese Mittel auch europäisch ausgegeben werden und nicht gewissermaßen als Spardose für die mitgliedstaatlichen Haushalte dienen. Und zum zweiten bleibt auch im Haushaltsbereich unser Kernsatz, dass wir die Grundwerte der Europäischen Union verteidigen und uns nicht zu willfähigen Helfern der Mitgliedstaaten machen.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, deze tweede golf van de pandemie heeft duidelijk gemaakt dat de gevolgen voor onze economie en ons welzijn veel ernstiger zijn dan verwacht en daarom is dit akkoord zo ontzettend belangrijk. Het woord "historisch" is vandaag meermaals gevallen en we hebben inderdaad historische stappen gezet.

Al meer dan dertig jaar strijden we voor eigen inkomsten van de Europese Unie. We hebben ervoor gezorgd dat er meer middelen worden uitgetrokken voor onderzoek en ontwikkeling en dat 30 % wordt besteed aan het klimaat en 10 % aan biodiversiteit om onze duurzame toekomst veilig te stellen. Het rechtsstaatmechanisme zorgt er daarnaast voor dat in de Unie alleen geld kan worden uitgegeven als ook de Europese waarden worden geëerbiedigd.

Er is zicht op een vaccin en dat biedt perspectief. Hetzelfde geldt voor deze investeringen. We moeten bij het investeren niet winst, maar welzijn vooropstellen. Als we iets van deze pandemie hebben geleerd, dan is het niet dat winst voor meer welzijn zorgt, maar dat welzijn een enorme winst is voor Europese burgers en bedrijven.

Tonino Picula (S&D). – Poštovani predsjedavajući, čestitam prije svega svima koji su doprinijeli dogovoru o novom proračunu jučer i kontrolnom mehanizmu vladavine prava prošli tjedan. Pohvaljujem odličnu suradnju proeuropskih grupa. To je ojačalo našu poziciju, unatoč političkom pritisku na kraju pregovora. Očekujem jednoglasnu podršku Vijeća kako bi sredstva bila dostupna što prije.

Parlament je konačno uvažen kao suzakonodavac. S direktnim mandatom građana, naši prijedlozi omogućuju transparentno korištenje sredstava. To će omogućiti održivi oporavak i razvoj Unije. Zahvaljujući prijedlozima Socijalista i demokrata, ovaj proračun je održiviji i zeleniji i socijalno pravedniji. Povećane su omotnice za istraživanje i obrazovanje. Ukupno devet programa će dobiti više novca nego što je Vijeće dogovorilo.

Ipak posebno želim istaknuti vladavinu prava kao kontrolni mehanizam. Koliko god bio važan iznos novca na raspolaganju građanima putem fondova, još je važnije da se taj novac i koristi u skladu s očekivanjima građana. Naše vrijednosti i prava naših građana nemaju cijenu, a vlade koje ih ugrožavaju moraju za to i financijski odgovarati.

Udo Bullmann (S&D). – Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen, was wir im Moment erleben, ist nichts weniger als eine Zeitenwende, eine Zeitenwende für mehr Solidarität, für mehr gegenseitige Hilfe und für mehr Nachhaltigkeit. Und das ist gut so. Die Beschlüsse der letzten Tage sind ein Meilenstein auf diesem Weg. Ja, wir haben das Zeug dazu in der Europäischen Union. Wir haben die Ressourcen, auch gestärkt aus dieser schlimmen Krise hervorzu-gehen.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir bitte, den Blick auf die Plätze in der Welt zu richten, auf die wir viel zu selten schauen. Lassen Sie uns nicht nur in einer eurozentrischen Sichtweise verharren. Europa ist à la longue nur so stark, so sehr es uns gelingt, unseren Partnern in Lateinamerika, in Afrika, in Asien zu helfen, auf die Füße zu kommen. Und ich bin dem Verhandlungsteam dankbar, dass hier die Gelder für humanitäre Hilfe und für Entwicklungspolitik nicht unter die Räder gekommen sind, sondern sogar noch aufgestockt wurden.

Ich appelliere an Sie, das muss der Geist in diesem Haus sein, auch in den nächsten Monaten und Jahren: Wir müssen den Blick auf unsere Partnerländer richten, und wir müssen selber dafür sorgen, dass wir global handlungsfähig sind. Das ist unsere Aufgabe, auch im Europäischen Parlament.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, Parlamentul European a obținut un acord istoric privind viitorul buget european: 1,8 trilioane de euro pentru prioritățile cetățenilor europeni.

Grupul nostru politic a solicitat și a obținut triplarea bugetului pentru programul pentru sănătate, creșterea fondurilor pentru educație și tineret cu 2,2 miliarde de euro, creșterea bugetului pentru cercetare cu 4 miliarde de euro și creșteri similare pentru programele în domeniul culturii, digitalizării, infrastructurii, agriculturii și antreprenoriatului.

Familia noastră politică va lupta în continuare pentru o relansare economică sustenabilă și un răspuns eficient la noile provocări ridicate de pandemie și de evoluțiile tehnologice. Este central ca aceste resurse financiare să ajungă cât mai repede la beneficiari, iar programele să înceapă în cel mai scurt timp în toate statele membre.

În România resursele europene reprezintă soluția pentru relansarea economică, în contextul unei guvernări incapabile să gestioneze adecvat această criză.

Pentru asta, trebuie să evităm întârzierile și să ne asigurăm că banii europeni vor fi cheltuiți transparent, ca urmare a consultărilor realizate cu partenerii sociali și societatea civilă din fiecare stat membru.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo raggiunto ieri sul bilancio è un risultato importantissimo, una vera prova di maturità da parte delle Istituzioni europee, che hanno saputo reagire con determinazione alla grave minaccia della pandemia e ai suoi effetti disastrosi sulla nostra società.

Trovare un accordo non era per nulla scontato, visti i tempi ristretti, le difficoltà e i nodi politici che andavano sciolti, soprattutto sullo Stato di diritto e sulle risorse proprie. Ora però tra bilancio e piano di ripresa mettiamo in campo risorse per quasi 2 000 miliardi, che vanno utilizzate bene e con la giusta rapidità.

Il calendario vincolante che introduce nuove risorse proprie dell'Unione apre un capitolo nuovo del processo di integrazione europea, perché renderà l'Europa progressivamente sempre meno dipendente dai contributi singoli degli Stati.

Tassare i colossi del web, le transazioni speculative finanziarie e i grandi inquinatori sono passi necessari per raggiungere i nostri obiettivi, così come garantire che di fronte alle violazioni flagranti dello Stato di diritto si potrà bloccare l'erogazione dei fondi. La reazione negativa di Orbán ci dice che siamo proprio nella direzione giusta, lasciatemelo dire.

È tempo perciò di dare all'Europa gli strumenti per diventare grande, il momento è ora e noi ci siamo!

Csaba Molnár (S&D). – Elnök úr! Először is európai magyar polgárként szeretném megköszönni mindenkinek ebben a házban, hogy közösen végre elértük, hogy a jövőben jogállamisági feltételekhez kötjük majd az európai uniós támogatások kifizetését. Az európai magyarok évek óta nézik, ahogy a saját miniszterelnökük köre szétlopja, ellopja a magyaroknak járó uniós támogatásokat. Ezért nekünk ez az új döntés, ez az új szabály, ez hatalmas, sőt egyenesen történelmi jelentőségű.

Másodsorban szeretném megerősíteni abban Európát, hogy jól döntöttünk, amikor így döntöttünk. Íme a bizonyíték: az Orbán-kormány tegnaptól mára az éj leple alatt egy olyan alkotmánymódosítást nyújtott be, amely Magyarországon nagyon jelentősen megkönnyíti majd a közpénzeknek az ellopását, és ezzel párhuzamosan megkezdtek a választójogi törvényeknek az egyoldalú egypárti átalakítását, átdolgozását is. Orbán egyetlen éjszaka alatt megmutatta mindenkinek Európában, hogy jól döntöttünk akkor, amikor bevezettük a jogállamisági feltételt, hiszen erre a jövőben jóval nagyobb szükség lesz, mint korábban bármikor.

Meg kell értetnünk végre közösen a magyar miniszterelnökkel, hogy nem tehet meg bármit a magyar és az európai emberekkel.

Marc Angel (S&D). – *[Inaudible]* While negotiating the multiannual financial framework and the recovery fund this Parliament stayed strong and didn't allow itself to be blackmailed by some autocratic governments or by some of the so-called frugal governments. This shows how crucial it is that the European Parliament has its say on the MFF. The concrete roadmap on new own-resources is the merit of this House, and this will allow us and our budget not to rely too heavily on contributions from Member States which would continue to divide our Union into net payers and net receivers.

As a member of the S&D Group, I'm especially pleased that own resources like a financial transaction tax and corporate tax base ensure that everybody pays their fair share. Moreover, it was again the European Parliament that insisted on linking European funds to respect for the rule of law and fundamental rights. Still, personally I think this is not enough in its current form, but it is for sure a very good first step to ensure conditionality that after all 70% of all citizens consider to be crucial.

This MFF and recovery fund will prevent the European Union from going back to business as usual: on the contrary, it will help the Union to become more resilient, sustainable, gender-balanced and inclusive.

Петър Витанов (S&D). – Г-н Председател, бих искал да поздравя всички ангажирани с преговорите, защото вчера бе направена крачка към една по-социална и по-солидарна Европа. Да, когато се постигат компромиси, много хора правят отстъпки, но вчерашната историческа сделка гарантира, че европейските средства ще стигнат навреме до граждани, бизнес и региони в борбата им с тежките последици от коронакризата.

Приветствам също постигнатите договорености за новите собствени ресурси и пътната карта за тяхното въвеждане, защото чрез тях Европейският съюз може да провежда независима фискална политика, а не да се превръща в заложник на вътрешнополитически аритметики от страна на отделни правителства.

И не на последно място, бих искал да обърна внимание на обвързването на върховенството на закона с финансовите средства на Европейския съюз. Парите на Европейския съюз са пари на гражданите, те не служат за възпроизвеждане на оядена от корупция политическа класа.

И последно, благодаря на всички колеги от Европейския парламент, които отстояваха позицията на институцията в преговорите. Благодаря ви.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Mr President, believe me, today I really appreciated and enjoyed this debate, because it has shown a very broad not only understanding, but in particular support and commitment concerning the next MFF and everything that is related to it.

This is extremely helpful in backing our work because we are not yet there. We have found a political agreement which was important, but now it's about taking the necessary approvals and then of course it's about implementation, and this was highlighted by several speakers.

I think we have really to focus on implementation throughout the seven years, but in particular at the beginning of those seven years, because this is also related to the response to the COVID crisis, where people need our support, where businesses need our support in order to survive and to protect jobs, for instance, which is equally important and therefore I am very grateful for this strong support.

By the way, we have also protected and safeguarded the political priorities which we have discussed for many months, if not to say years here in this House, the Green Deal but also digitalisation, and to work together here. I am confident that we can also achieve in due time all the necessary approvals in order really to start working, and to implement what we have discussed, what we have decided and what we have envisaged.

I once again thank you and I ask for your further support. I have no doubts. I didn't have any doubts, and after this discussion have even fewer doubts that we will get the right backing from this Parliament for these very ambitious goals for the next couple of years. Plus, as was said by almost every speaker, it's about Europe, our citizens and it's about helping people to overcome this crisis, and to be even stronger afterwards, and this should be our goal.

But we should, by the way, not forget our responsibility in the world. This was also highlighted by several speakers. Europe can only be successful, finally, if we are part of a more peaceful, a more cooperative world, and in that respect I think also the recent developments in the United States should give some hope. But on the other hand, we should not overestimate everything, but in general, I think this was and is – it is only Wednesday – a good week for Europe, the world and in particular the citizens.

Presidente. – Está encerrado o debate, tão importante para o futuro do projeto europeu e um bom exemplo de diálogo interinstitucional.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Clara Aguilera (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Adam Bielan (ECR), *na piśmie*. – Obecne wieloletnie ramy finansowe, znane również jako budżet długoterminowy UE, wygasają w grudniu. Propozycje wieloletnich ram finansowych na lata 2021-2027 obejmują, m.in. reformę systemu zasobów własnych, która zapewni jego finansowanie. Wieloletnie ramy finansowe oraz plan odbudowy mogą załagodzić skutki kryzysu wywołanego pandemią Covid-19. Nowy pakiet odbudowy będzie stanowić impuls inwestycyjny do przekształcenia naszych gospodarek i wzmocnienia ich odporności poprzez połączenie strategicznych inwestycji wspierających sektor małych i średnich przedsiębiorstw. Powinien on również zwiększyć możliwości zatrudnienia, aby złagodzić wpływ kryzysu na pracowników i konsumentów.

Parlament Europejski opowiedział się za powiększeniem budżetu programów innowacyjnych i zorientowanych na przyszłość takich jak Horyzont, InvestEU, Erasmus czy EU4Health. Zwiększono również elastyczność budżetu, aby umożliwić łatwiejszą reakcję UE na nieprzewidziane potrzeby, a także wzmocniono rolę Parlamentu Europejskiego w obszarze nowych źródeł dochodów unijnego budżetu.

Niestety zadowolenie z sukcesu tych negocjacji przyćmiewa przyjęcie rozwiązań w zakresie tzw. warunkowości wydatków budżetu proponujących pozatraktatowe przepisy o wiązaniu funduszy z praworządnością. Rozwiązania te przekraczają ochronę interesów finansowych UE, stając się instrumentem politycznej, finansowej i ideologicznej presji na rządy państw członkowskich, które nie podążają głównym nurtem unijnej polityki.

W sytuacji głębokiej recesji gospodarek wszystkich krajów UE spowodowanej pandemią COVID-19 nie powinniśmy przedkładać interesów politycznych niektórych krajów nad interesami ekonomicznymi i społecznymi wszystkich obywateli UE.

Sara Cerdas (S&D), *por escrito*. – Passados meses de negociações, chegámos finalmente a um acordo sobre o orçamento da União Europeia, o próximo Quadro Financeiro Plurianual (QFP) para 2021-2027, e o pacote de recuperação europeu «Next Generation EU». O grupo SD teve um papel fundamental nestas negociações no sentido de pressionar o Conselho a aprovar um orçamento virado para as pessoas.

Este QFP deve garantir que as pessoas são uma prioridade. Estamos a viver uma crise sem precedentes, provocada por uma pandemia sem igual, por isso urge uma resposta eficaz e rápida. É fundamental que haja uma salvaguarda dos interesses dos diferentes Estados-Membros e regiões, nomeadamente as regiões ultraperiféricas, dada as suas especificidades, mas ao mesmo tempo temos de garantir um orçamento progressista, ambicioso e centrado nas necessidades dos cidadãos da UE.

Congratulo especialmente o aumento do orçamento do programa de saúde EU4HEALTH, em 3,4 mil milhões, comparativamente à proposta do Conselho no valor de 1,7 mil milhões. A saúde é um investimento. Por cada euro que é investido em intervenções em saúde pública, existe um retorno de 14 euros. Este é o investimento em saúde que nos permitirá alcançar maiores ganhos para a saúde das populações a longo prazo.

Estrella Durá Ferrandis (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Tanja Fajon (S&D), *pisno*. – Po večletnih zahtevah Evropskega parlamenta bomo v EU končno vzpostavili mehanizem za zaščito evropskega denarja. Ne želimo več posredno ali neposredno finančno podpirati vlad držav, ki sistematično in načrtno rušijo in si politično podrejajo družbene sisteme, razkrajajo pravne države in demokracijo. Državam članicam, ki to počnejo, ne bomo več namenili evropskega davkoplačevalskega denarja.

Dogovor med institucijami EU je izjemno pomemben tudi za Slovenijo in za povrnitev zaupanja državljanov v Unijo in njene institucije. Skoraj 80 odstotkov Evropejcev je namreč v nedavni anketi zelo jasno zahtevalo, da države, ki kršijo skupne vrednote, ne morejo biti upravičene do sredstev EU. Unija tako jasno sporoča, da se ne pusti izsiljevati avtoritarnim voditeljem. Evropske vrednote niso več na prodaj.

Pomemben del dogovora pa je tudi to, da državljani EU ne bodo kaznovani zaradi kršitev svojih vladajočih. Končni upravičenci sredstev, ki so odvisni od podpore EU – na primer študenti, kmetje ali nevladne organizacije – bodo do sredstev upravičeni neposredno s strani Komisije, kar smo ves čas zahtevali tudi v Evropskem parlamentu.

Lina Gálvez Muñoz (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Ibán García Del Blanco (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Isabel García Muñoz (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Nicolás González Casares (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes

multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Porozumienie w sprawie przyszłych wieloletnich ram finansowych na lata 2021-2027 to bez wątpienia historyczny moment, który pozwoli nam budować Europę silniejszą, ukierunkowaną na obywateli, ekologiczną i konkurencyjną na rynkach światowych. Na niezwykle trudności, którym Europejczycy muszą stawić teraz czoła w związku z pandemią COVID-19, a także chcąc kontynuować dotychczasowe polityki i realizować swoje cele, Unia Europejska odpowiedziała największym pakietem finansowym, jaki kiedykolwiek przyjęto, opiewającym na kwotę 1,8 biliona euro. Dzięki tym środkom uda się nam wspierać utrzymanie obecnych i tworzenie nowych miejsc pracy, zapewnić przyszły wzrost gospodarczy czy walczyć ze zmianami klimatycznymi. To również więcej pieniędzy między innymi na zdrowie i edukację. Nie ulega wątpliwości, że jest to teraz szczególnie ważne dla wszystkich państw członkowskich, w tym dla Polski, która może skorzystać na tym niezwykle.

Aby jednak udało się to zrealizować, potrzebne jest zatwierdzenie tych budżetów przez Parlament Europejski oraz jednogłośnie głosowanie w Radzie i, w przypadku Funduszu Odbudowy, ratyfikacje w parlamentach narodowych. Przed nami zatem jeszcze historyczne decyzje, od których zależy przyszłość nie tylko Unii Europejskiej i poszczególnych państw członkowskich, w tym szczególnie mi bliskiej Polski, ale również indywidualnych europejskich rodzin.

Mam nadzieję, że partykularne interesy partii rządzących w niektórych państwach członkowskich nie staną na przeszkodzie w sfinalizowaniu tego niezwykle ważnego dla naszej wspólnej przyszłości porozumienia.

Alicia Homs Ginel (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR), *na piśmie*. – Zabierając głos w debacie dotyczącej wieloletniego budżetu UE na lata 2021-2027, w imieniu delegacji polskiej chciałbym wyrazić radość z zakończonych negocjacji pomiędzy PE, Komisją i prezydentą niemiecką. W wyniku tego porozumienia zwiększono o 16 mld euro środki na programy dotyczące zdrowia, badań naukowych i młodzieży, zwiększono elastyczność budżetu, aby umożliwić łatwiejszą reakcję UE na nieprzewidziane potrzeby, a także wzmocniono rolę PE w obszarze nowych źródeł dochodów unijnego budżetu.

Niestety na zadowolenie z sukcesu tych negocjacji kładzie się głębokim cieniem odejście od kompromisowych konkluzji ze szczytu Rady z 21 lipca tego roku i przyjęcie rozwiązań w zakresie tzw. warunkowości wydatków budżetu, daleko przekraczających ochronę interesów finansowych UE. Rozwiązanie, które wstępnie przyjęto 5 listopada w ramach rozmów trójstronnych, to nic innego jak stworzenie ideologicznej pałki, którą Komisja chce w przyszłości okładać prawicowe rządy, których się w Brukseli nie lubi, i niektórzy negocjatorzy w publicznych wypowiedziach nie kryli, że właśnie to było ich celem.

Pójście na konfrontację z Radą grozi zablokowaniem zarówno wieloletniego budżetu, jak i planu odbudowy, co w sytuacji głębokiej recesji gospodarek wszystkich krajów UE spowodowanej pandemią COVID-19 świadczy o tym, że negocjatorzy przedłożyli interesy polityczne niektórych krajów UE nad interesami ekonomicznymi i społecznymi 450 mln obywateli UE.

César Luena (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Beata Mazurek (ECR), *na piśmie*. – Głównym wyzwaniem, przed którym stoją dziś państwa członkowskie w czasie szalejącej pandemii, rosnącego bezrobocia, upadku wielu przedsiębiorstw, jest sprawność skutecznego i szybkiego reagowania na kryzys, kryzys, który wszyscy dostrzegamy. Nie tylko ten ekonomiczny, ale również społeczny. Dziś Europa powinna być silną siłą swoich państw wspólnoty, a nie siłą niezrozumiałych decyzji podejmowanych w zaciszach europejskich gabinetów. Taka droga prowadzi donikąd i podważa i tak już zachwiane zaufanie społeczne do instytucji europejskich.

Chcę przypomnieć, że wieloletnie ramy finansowe to środki, które są zapisane w traktatach, których nie może zmienić rozporządzenie. Regulacje powiązania wypłaty pieniędzy z tzw. mechanizmem praworządności stoją w sprzeczności nie tylko z treścią traktatów, ale także z ustaleniami Rady Europejskiej z lipca tego roku. Nie możemy zaakceptować żadnych uznaniowych mechanizmów, które są oparte na kryteriach głównie motywowanych politycznie. Te bezprawne i niebezpieczne działania mogą posłużyć jako narzędzie do szantażu i walki z demokratycznie wybranymi rządami chcącymi zachować swoją suwerenność, do której mają prawo. Musimy wypracować zasady, które będą akceptowalne dla wszystkich i pozwolą osiągnąć porozumienie. Na takie działania czekają wszyscy mieszkańcy Wspólnoty.

Rovana Plumb (S&D), in writing. – I welcome the historic agreement reached on MFF of EUR 1.8 trillion. More, the increases secured by Parliament for the key EU programmes in areas including health, research, mainstreaming gender and young people represent a big success of the negotiations held since 2018. The total amount of these top-ups is EUR 15 billion, and another EUR 1 billion will be put aside if unexpected future crises need to be addressed. The pandemic has given us new responsibilities and duties: the responsibility to make choices and the duty to do so in the interests of our European citizens. If we make a summary, it becomes obvious where we should invest: in the green economy, fighting against adverse effects of climate change, restore biodiversity, health, education, and in digital, democratic and social rights. We have managed to secure financing for the Green Deal and for a just transition and to stand up for a budget that is now greener, fairer and more socially just. We have to stay united, working hard for the well-being of the European citizens.

Marcos Ros Sempere (S&D), por escrito. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a la especulación.

Domènec Ruiz Devesa (S&D), por escrito. – He votado a favor del acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, porque constituye un éxito histórico: por primera vez el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de inversiones inicialmente acordada por el Consejo, y ha sido en más de 15 000 millones de euros.

Este acuerdo es un logro del Grupo S&D en el que se preserva la capacidad de la UE de invertir más allá del plan de recuperación. Hemos aumentado la financiación de los programas estratégicos (Horizonte, EU4Health, Erasmus+, Europa Creativa, Derechos y Valores, Ayuda Humanitaria...) y logrado financiación para una transición ecológica justa. Además, este acuerdo establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios de la UE (impuesto al plástico no reciclado y al carbono en frontera en 2021, tasa digital en 2023, TTF e impuesto de sociedades armonizado en 2026) que, junto a la emisión de deuda pública federal para financiar el plan de recuperación, hacen posible la unión financiera temporal que ha de convertirse en una unión permanente en el futuro, siendo esta una de las claves para hacer posible la plena unión política.

Nacho Sánchez Amor (S&D), por escrito. – El acuerdo alcanzado esta semana con el Consejo para el próximo marco financiero plurianual (MFP) 2021-27, tras meses de negociaciones, es un éxito histórico: por primera vez desde que existe el marco financiero plurianual, el Parlamento Europeo ha conseguido aumentar la cantidad de dinero inicialmente acordada por el Consejo.

Hemos alcanzado un presupuesto plurianual ambicioso, progresista y centrado en las personas. Hemos defendido los 15 programas fundamentales de la UE, y nos hemos asegurado de que ninguno de sus beneficiarios se quede fuera del nuevo marco financiero. Además, hemos logrado financiación para el Pacto Verde y para una transición ecológica justa; hemos defendido a las personas y hemos puesto el sello socialista en este presupuesto a largo plazo, que ahora es más verde, más justo y más social. Además, el acuerdo alcanzado establece una hoja de ruta para la introducción de nuevos recursos propios para la Unión Europea, que por un lado nos van a permitir financiar nuestros programas, y por otro tener una fiscalidad más justa, que obligue a pagar impuestos en Europa a las grandes tecnológicas y a las grandes multinacionales, a las empresas más contaminantes, y a quienes hacen transacciones financieras solamente destinadas a

la especulación.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The results obtained by the European Parliament negotiators seem impressive. The increased allocations for very crucial funding programmes such as education and research are highly commendable. Also very essential, especially in this current moment, is the tripling of funding dedicated to the incoming EU4Health funding programme. However, the main problematic issue here naturally remains the one of revenues. A major added source of revenue from this week's agreement is that EU fines will automatically become a source of EU budget revenue. EU colleagues working on competition are suspicious of this new solution, as they fear it to become a new argument by defendants undergoing antitrust procedures. More controversial for some Member States is perhaps the agreement on the introduction of new own resources, over what has already been agreed in Council few months ago. For countries like mine, the introduction of own resources through a Financial Transaction Tax and a Common Corporate Tax Base will not be taken lightly. And here is a stumbling block that one cannot ignore. Such new own resources need approval by Member States in accordance with their respective constitutional requirements. This means that in most cases, each single new proposal needs to be approved by national parliaments: that will not be so plain sailing.

Riho Terras (PPE), *kirjalikult*. – Euroopa Parlamendi otsusekindlus järgmise mitmeaastase eelarveraamistiku läbirääkimistel on väga tervitav ning ma soovin siiralt tänada parlamendipoolseid läbirääkijaid. Läbirääkimistel saavutatud kokkulepe toob olulisel määral lisarahastust just nendesse valdkondadesse, mille arendamine on Euroopa tuleviku jaoks kriitilise tähtsusega. Teadus- ja arendustegevuse ning hariduse võimaluste suurendamine läbi Euroopa Liidu rahastuse on investering tulevikku. Euroopa konkurentsivõime, mille parandamine on meie kõigi igapäevane töö ja kohustus, sõltub väga palju sellest, kui palju ressursi selle tõstmiseks panustatakse. Seda nii riikide tasandil kui ka Euroopa-üleselt, erasektorist rääkimata – seal on see ellujäämise küsimus. Täna ja lähitulevikus on loomulikult tarvis piisaval määral investeerida meie tervishoiuvõimekusse. Euroopa Liit peab olema oma kodanikele tervishoiu küsimustes parem partner. Käimasolev kriis on selle tunnistuseks. Positiivsete arengute kõrval peab aga nentima, et on valdkondi mille osas on Euroopa Liidul kombeks pea jaanalinnu kombel liiva alla peita ning reaalsust eirata. Ma räägin eelkõige kaitsevaldkonnast, mille rahastust kärbiti esialgsete plaanidega võrreldes olulisel määral. Seda kõike tehti olukorras, mille kirjeldamisel ei hoia asjatundjad kokku hoiatavaid sõnu – Euroopat ümbritsev julgeolekukeskkond ei ole täna kindlasti selline, et lubaks kainelt mõtleval otsustajatel niigi piiratud summasid veelgi vähendada. Euroopa Liit on indikeerinud oma suuremat ambitsiooni kaitseküsimustes kaasa rääkida. Ambitsioon peab aga alati olema tagatud reaalse rahalise kattega, vastasel juhul pole see tõsiseltvõetav.

Monika Vana (Verts/ALE), *schriftlich*. – Ohne grünes EU-Budget gibt es keinen Grünen Deal für ein zukunftsfähiges Europa! Letztlich ist es dem EU-Parlament zu verdanken, dass sich diese Einsicht durchsetzte und wir uns nach schwierigen Verhandlungen doch noch mit dem Rat auf den mehrjährigen EU-Finanzrahmen einigen konnten. Die Forderungen des Europaparlaments in puncto Zukunftsinvestitionen sind noch deutlich weiter gegangen, wurden aber von der Kürzungshaltung der Mitgliedstaaten gebremst. Dennoch konnten wir einige wichtige budgetäre Weichenstellungen durchsetzen. 1. Mit dem Rechtsstaatsmechanismus wird ein wichtiges Werkzeug geschaffen, um Grundrechte und Demokratie konsequent gegen autokratische Backlashs zu verteidigen. 2. Wir Grüne haben Vergabekriterien zum Klimaschutz und Biodiversität in den mehrjährigen Finanzrahmen hinein verhandelt. Erstmals sind im MFF auch Finanzmittel vorgesehen, um aktiv gegen das Artensterben vorzugehen. 3. Die rechtlich verbindliche Roadmap zum Auf- und Ausbau des EU-Eigenmittelsystems ist ein weiterer Meilenstein. Mit einer Plastiksteuer im nächsten Jahr, Digitalsteuer und CO₂-Steuermechanismen 2023 sowie Finanztransaktionssteuer und gemeinsamen Körperschaftssteuern 2026 ist der Fahrplan zwar weniger ambitioniert, als von uns Grünen gefordert, dennoch wird damit endlich eine langjährige grüne Forderung auf Schiene gestellt.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Olen tyytyväinen, että parlamentti ja neuvosto löysivät yhteisymmärryksen rahoituskehystä sekä elvytyspaketista. Eurooppa-neuvoston heinäkuun esitykseen verrattuna paketti parani. Heinäkuussa kritisoin sitä, että jäsenmaat leikkasivat merkittäviä EU-ohjelmia, kirjjasivat löperön kannan oikeusvaltiomekanismista ja jättivät velan maksun auki. Nyt jatkoneuvotteluissa näihin kohtiin saatiin muutokset.

Merkittävin parannus oli rahoituksen sitominen oikeusvaltioperiaatteeseen. Kirjaukseen ehdollisuudesta saatiin tarkkara-jaisuutta. EU-varojen väärinkäytöstilanteiden lisäksi mekanismi pätee myös laajemmin unionin perusarvojen vaaran-tuessa. Jo riski oikeusvaltioperiaatteen loukkaukseen riittää lain soveltamiseen. Kyseessä on merkittävä askel EU:n perusarvojen turvaamisessa. Jos tässä ei olisi nyt onnistuttu, seuraavaa mahdollisuutta sulkea rahahanat perusarvoja polkevilta jäsenmailta oltaisiin jouduttu odottamaan pitkään.

Tärkeä parannus oli myös 16 miljardin lisärahoitus EU-lisäarvoa tuottaviin lippulaivaohjelmiin kuten EU4Health, Erasmus+, Luova Eurooppa ja Horisontti Eurooppa. Horisontin osalta lopputulokseen ei kuitenkaan voi vielääkään olla tyytyväinen. Rahoitus jää vajaaseen 85 miljardiin eli nousee hieman viime kaudesta. Siirtymä ilmastokestävään ja digitaaliseen talouteen vaatisi huomattavasti suurempia tutkimuspanostuksia. Euroopan alhainen TKI-investointien taso on iso pettymys, jota jäsenmaiden on nyt kyllä korjattava myös elvytyspaketin avulla. Kun elvytysrahoitusta varten EU-budjettia vastaan otetaan velkaa, samalla on sovittava myös velan takaisinmaksusta. Siksi pidän hyvänä, että uudet omat varat kuten muovijättemaksu voivat osaltaan kattaa elvytyspaketin kuluja. Seuraavaksi toivon parlamentin ja neuvoston hyväksyvän paketin ripeästi. Näin EU-ohjelmien jatkumo ei vaarannu ja elvytysrahoitusta päästään kohdistamaan kestävään kasvuun.

Bettina Vollath (S&D), *schriftlich*. – Beim EU-Budget für die nächsten sieben Jahre geht es um insgesamt 1,1 Billionen Euro. Darin enthalten: EU-Corona-Hilfen in Höhe von 750 Milliarden Euro. Das ist eine Menge Geld. Geld, das nicht leichtfertig versickern, sondern bestmöglich im Sinne der europäischen Werte eingesetzt werden soll. Ich bin sehr froh, dass wir als EU-Parlament den Rechtsstaatlichkeitsschutz durchsetzen konnten. Unsere Standhaftigkeit hat sich gelohnt. Erstmals in der EU-Geschichte werden EU-Mittel – auf unseren Druck – an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gebunden sein. Zwar haben wir als Parlament nicht alles erreicht, dennoch muss gesagt werden: Das ist ein großer und historischer Schritt. Damit wird sichergestellt, dass europäische Mittel in Zukunft nicht mehr dazu verwendet werden können, den Rechtsstaat zu untergraben oder gar abzubauen.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Popieram wszelkie działania mające na celu ochronę budżetu Unii. Muszą one jednak być zgodne z prawem. Nie mogą mieć na celu obejścia istniejących mechanizmów traktatowych. Rada Europejska wezwała Komisję do przygotowania reżimu ochrony budżetu przed naruszeniami. Nie chodziło jednak o naruszenia praworządności, ponieważ ta procedura jest ujęta w art. 7 Traktatu o Unii. Mechanizm powiązania budżetu z naruszeniami w obszarze praworządności dublowałby mechanizm wynikający z art. 7, dodatkowo nadmiernie wzmacniając Komisję i jednocześnie marginalizując rolę państw członkowskich w procesie oceny naruszenia praworządności.

Popieram tę część projektowanego rozporządzenia, która odnosi się do wykonywania budżetu i skutecznego przeciwdziałania nadużyciom. Nie mogę jednak poprzeć propozycji, które prowadzą do dyskryminacji niektórych państw członkowskich. Absolutnie nie zgadzam się na nadanie mechanizmowi charakteru prewencyjnego, poprzez możliwość jego uruchomienia nie tylko w przypadku bezpośredniego naruszenia budżetu, ale także gdy zachodzi samo ryzyko.

Rada Europejska podniosła w swoich lipcowych konkluzjach konieczność obrony budżetu Unii zgodnie z zasadami i wartościami traktatowymi. Podkreśliła znaczenie praworządności. Obowiązek jej przestrzegania spoczywa nie tylko na państwach członkowskich, ale również na instytucjach. Prawo wtórne nie może zastępować traktatu.

Marco Zanni (ID), *per iscritto*. – L'entusiasmo e l'ottimismo ostentati dalle forze di maggioranza per il presunto compromesso raggiunto tra Consiglio e Parlamento sul QFP e sul Recovery Fund sono, come spesso accade, eccessivi e, sfortunatamente per i cittadini europei, immotivati. Si è giunti a una bozza di accordo dopo lunghe settimane di negoziati, questi ultimi influenzati dalle richieste utopistiche della maggioranza dell'Eurocamera. Nel mezzo di una gravissima crisi come quella in corso, a Bruxelles si continua a perdere tempo prezioso progettando l'introduzione di nuove risorse proprie, ossia di ulteriori tasse europee che andrebbero ad aggravare la pressione fiscale nei confronti di un paese come l'Italia, già contributore netto. Sul Recovery Fund, la volontà dell'UE di voler imporre un meccanismo per la tutela dello Stato di Diritto si traduce in uno stratagemma ideato per punire alcuni Paesi «non allineati», al fine di stabilire una sorta di parametro per l'affidamento o la negazione delle risorse previste dal pacchetto. Di fronte alla lentezza burocratica dell'UE che sta mettendo a rischio le sorti di un intero continente, continueremo con ancora più forza a sostenere la necessità di azioni immediate.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Os acordos estabelecidos entre o Parlamento Europeu e o Conselho sobre o Plano de Recuperação para a Europa, o Quadro de Financiamento Plurianual 2021/2027 (QFP), os recursos próprios e o Mecanismo de Condicionalidade relativo à aplicação das regras do Estado de Direito constituem um momento histórico e um passo robusto, quer para a resposta europeia às necessidades dos cidadãos, quer para a afirmação de um novo paradigma de cooperação e solidariedade interinstitucionais.

O Parlamento Europeu conseguiu ganhos negociais substantivos, que dignificam o seu papel de representante direto dos povos europeus. Foram ganhos que ascenderam a um total de 16 mil milhões de euros no reforço do QFP, incluindo o reforço substantivo dos programas de Investigação e Desenvolvimento, de mobilidade (Erasmus), da saúde, do investimento, da inovação e da ajuda humanitária.

A articulação garantida, com supervisão do Parlamento, entre o QFP e o Programa de Recuperação para a Europa é fundamental. 40 % desse plano terá que ser aplicado no Pacto Ecológico Europeu (*Green Deal*) e 20 % na Agenda Digital.

Finalmente, destaco os passos dados nos recursos próprios. Os calendários são menos ambiciosos do que deveriam ser, mas permitem garantir a cobertura solidária do Fundo de Recuperação.

21. Ergebnis der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten (Aussprache)

Presidente. – Segue-se na ordem do dia o debate sobre os resultados das eleições presidenciais dos EUA.

Gostaria de informar de que, neste debate, se prevê uma ronda de oradores dos grupos políticos e de que, em todos os debates neste período de sessões, não haverá procedimento «catch the eye» nem perguntas «cartão azul».

Preveem-se intervenções a partir dos Gabinetes de Ligação do Parlamento Europeu nos Estados-Membros.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Mr President, dear Members, dear colleagues of the European Parliament, thank you for organising a very quick debate, an exchange of views on the results of the US elections. I'm glad to see that you give this event all the importance it has and have a look at the future of our partnership with the US – it's an important thing, a priority of our future engagement and our future foreign policy.

Unfortunately, we will not have a lot of time today to discuss this, but I'm sure that we will have other opportunities to come back to this issue soon and to examine our transatlantic relationship in depth.

Indeed, last week the whole world was following, with a lot of attention and suspense, the elections in the US. And I want to congratulate the American people for the largest participation in US electoral history, which shows clearly that the American citizens were very much aware of the importance of these elections. Americans demonstrated the importance and capacity of democratic institutions and civic engagement and I want to congratulate warmly President-elect Joe Biden and Vice President-elect Kamala Harris for their historic victory.

We are now looking at the opportunities to advance our strategic partnership. This morning at the college, the Commission took a first look at this opportunity and how we are going to manage this new era of our relationship with the US. All the Commissioners participated in this debate and I am happy that the Parliament also wants to advance a first approach to this issue.

I don't have to explain that we have had a very significant bilateral relationship globally. We have a common history, shared values and we adhere to democratic principles. This partnership reflects how cross all economic fields underpinned by broad cooperation.

It's not a secret either that in the past four years things have become complicated in our relations. I am looking forward to getting back to a frank dialogue. Well, the dialogue has always been frank and wherever possible we have formulated joint strategies and put in the necessary resources to make them possible.

First of all, I think that we have to welcome the clear commitment of President-elect Biden to restore unity and respect for democratic norms and institutions and work with allies based on true partnership. We are a partner and a capable and strategic approach to the European Union-United States relationship has to build on this idea of partnership.

For this reason, we have to proceed with our work to enhance what we call Europe's strategic autonomy, a word that will be very much in use, I hope, in the near future, because this means our ability to act and to defend ourselves effectively and at the same time work together with the US in many frameworks, including defence frameworks and others.

Let me take a quick look at the wider spectrum of global challenges that will be at the heart of our transatlantic agenda. I think that there are some priorities that they want to highlight: to re-energise cooperation for multilateral fora, in particular the United Nations; we are continuing to work towards promoting respect for human rights; to address the difficulties of the World Trade Organization, especially the dispute settlement mechanism; to cooperate in fighting COVID-19, including strengthening the workings of the World Health Organization and the capacity of the global health systems, starting with preparedness and response to emergencies; to accelerate ambitious global climate action and to invest in harnessing that in a logical transformation; to look at China and Iran and our neighbourhood, and we will try to reach a common approach with the US. We already started with the previous administration over the last few weeks but for sure it should now be easier.

We also need to become a stronger global player for a stronger transatlantic partnership that benefits NATO.

It's a busy agenda and our capacity for developing digital strategy partnerships will be more effective if both partners are strong and committed, and of course here in Europe we speak with one voice when we engage with the new President, the new administration and the new Congress.

We need to invest at all levels and talk to our American friends across the aisle. For sure the Parliament will also have an important role to play through the transatlantic legislators' dialogue and other contexts.

From our end we will also step up people-to-people programmes – a priority that was supported by this Parliament as well and one I hope will continue. All in all, the European Union and the United States are, and will remain, key strategic partners of first resort in critically difficult moments, such as the one that we are currently experiencing. A strong transatlantic partnership is of key importance and you can rest assured that we are ready to engage quickly with the new administration, although for that we still have to wait until 20 January, because as you very well know there is quite a long transition ahead. Let's hope it's not going to be a bumpy transition.

Michael Gahler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die EVP-Fraktion beglückwünsche ich Joe Biden und Kamala Harris zu ihrer Wahl. Wir freuen uns als Fraktion, der die transatlantische Partnerschaft immer wichtig war, dass wir zu guten Beziehungen zurückkehren können, in einen politischen Rahmen, der sich auf Vernunft, Anstand, Vertrauen, Berechenbarkeit und wertorientierte Partnerschaft gründet.

Wir beglückwünschen die Institutionen, die unzähligen Wahlhelfer, die ihre Arbeit von politisch geschürten Zweifeln und Unterstellungen hinsichtlich der Integrität der Wahl unbeeindruckt durchgeführt haben. Auch unsere europäischen Beobachter haben bestätigt, dass es keinerlei systematische Fälschungen oder Unregelmäßigkeiten gegeben hat. Die OSZE war immerhin auch mit den Kollegen der Parlamentarischen Versammlung dort vertreten, das Europäische Parlament leider nicht.

Wir gratulieren auch den neu und wiedergewählten Kollegen in Repräsentantenhaus und Senat. Wir freuen uns auf einen breiten Dialog mit beiden Häusern und beiden Parteien zu allen Themen, die uns gemeinsam betreffen.

Wir wünschen der neuen Administration zuallererst, dass sie die COVID-19-Pandemie in den Griff bekommt und dass sie die politisch gesplante Nation versöhnen kann. Als Teil der demokratischen Welt wünschen wir uns, dass die USA sich erneut engagieren und Verantwortung übernehmen, wo die multilaterale regelbasierte Weltordnung gestärkt werden muss. Wir Europäer freuen uns daher über die Ankündigung des gewählten Präsidenten, wieder in das Pariser Klimaabkommen einzutreten. Wir begrüßen ebenso die beabsichtigte Rückkehr in die Weltgesundheitsorganisation. Gemeinsam müssen wir die WTO wieder voll handlungsfähig machen. Das Verhalten Chinas in der WTO ist einer der Gründe für die heutigen Probleme. Wir stehen deshalb nicht äquidistant zwischen den USA und China. Wir wollen gemeinsam mit den USA erreichen, diesem systemischen Rivalen gut abgestimmt zu begegnen.

Wir wissen, dass die neue Administration in Sachen Freihandel noch zurückhaltend ist. Ich bin aber überzeugt, dass der Westen der chinesischen Herausforderung langfristig nur erfolgreich begegnen kann, wenn die EU, die USA und weitere Verbündete wie Kanada und Japan gemeinsam Freihandel organisieren und die weltweiten Standards setzen.

Ich danke den USA, dass sie sich sicherheitspolitisch auch um gefährdete Partner wie Taiwan kümmern. Wir sollten das mit einem eigenen Beitrag ergänzen, zum Beispiel durch ein bilaterales Investitionsabkommen mit diesem wichtigen Handelspartner.

Wir unterstützen die wichtigen amerikanischen Überlegungen, dem Iran-Atomabkommen wieder beizutreten. Niemand auf dieser Welt will eine iranische Bombe. Daher müssen alle Vertragspartner dahinterstehen, und der Iran muss das Abkommen wieder einhalten. Dann im Anschluss können wir auch darüber reden, was uns ansonsten mit dem Land noch beschwert, das ist aber eine separate Angelegenheit.

Für die Sicherheit Europas bleiben die USA eine unverzichtbare Nation. Wir werden sie aber nur dann in Europa verankert halten, wenn wir die Lastenteilung fair gestalten. Ich will unseren europäischen Zweiflern klar sagen: Das Zwei-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben ist uns nicht von Herrn Trump aufgedrückt worden, es war ein Beschluss des NATO-Gipfels 2014 in Wales im Angesicht der russischen Aggression gegen die Ukraine.

Ich weiß, dass es hier auch politische Strömungen gibt, die nicht für eine starke Verteidigung eintreten oder gar die Amerikaner aus Europa herauskomplimentieren wollen. „Be careful what you wish for“ ist ein schöner englischer Spruch, den ich Ihnen hier mitgeben möchte.

Für uns Europäer ist es wichtig, dass Rüstungskontrolle und Abrüstungsvereinbarungen gewährleistet bleiben. Wir wissen, dass bald das neue START-Abkommen ausläuft, ich hoffe, dass die Vereinigten Staaten dort der Verlängerung um ein Jahr zustimmen, und diese Zeit muss man dann zu Verhandlungen nutzen. Es gibt weitere Abkommen, die wir uns wünschen, als Europäer speziell. Dafür ist eine berechenbare US-Administration ein besserer Partner, auch für Russland.

Schließlich freuen wir uns, dass Joe Biden ein Freund Europas, aber insbesondere auch Irlands ist und klargemacht hat, wie wichtig ihm der Erhalt des Karfreitagsabkommens ist. Wir vertrauen darauf, dass die USA unter seiner Führung keine Vereinbarung unterstützen, die den Frieden und das Wohlergehen auf der irischen Insel gefährdet. So weit zu diesem Thema.

Ceterum censeo: Ich sitze hier gerade auf dem Platz 156. Das ist ein Zufall, aber Artikel 156 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments sagt: „In jeder Sitzung wird eine Anwesenheitsliste zur Unterzeichnung durch die Mitglieder ausgelegt.“ Das ist keine Kannbestimmung, das liegt nicht im Ermessen. Herr Präsident, bitte sorgen Sie dafür, dass hier die Geschäftsordnung auch in dieser Frage eingehalten wird.

Kati Piri, on behalf of the S&D Group. – Mr President, ‘while I may be the first woman in this office, I won’t be the last’. These were the words spoken by the new Vice President-elect Kamala Harris in her victory speech. To every little girl watching she said: ‘dream with ambition and lead with conviction’. Joe Biden and his Vice President spoke about the people rather than about themselves, about their plans rather than their egos, and they spoke to inspire, not to divide.

The past four years have been tough for our American friends, tough for transatlantic relations and tough for the multilateral global order. Five years ago, we watched in horror as this chapter in American history began on the golden elevator in Trump Tower. On Saturday, we saw it coming crashing down in the parking lot of Four Seasons Total Landscaping.

While this year will go down in history as the year of a global pandemic, economic decline and authoritarian power grabs, the US election result is a clear symbol of hope for all of us. Our American friends have demonstrated that yes, democrats can defeat autocrats, yes, facts can defeat disinformation, and hope can defeat fear. The long nightmare is over. Well, almost over.

It is, of course, worrisome to see that McConnell and other prominent Republicans are doing everything in their power to cast doubt on the fairness of this election, and I believe it's time to face reality. Some of Trump's friends in Europe also had to swallow: they hoped for four more years of support for their repressive illiberalism, and they are left empty handed.

Mr Trump has been fired by a majority of the American voters, but he hasn't conceded. The next 70 days will certainly be bumpy, but they won't change the facts. I'm hopeful that in the end the democratic institutions will halt the power grab of President Trump.

On behalf of the entire S&D Group, let me congratulate President-elect Biden and Vice President-elect Harris on winning the most important US elections of our generation. We are happy and relieved, while we also know that Trumpism is not gone. We know that things have changed in the last four years, and that the EU also needs to take up its own responsibility as a global player. However, it's good to have an ally in the White House again. And it's a joy for millions of girls around the world, especially girls of colour, who in Kamala Harris have the brightest demonstration that there's nothing they cannot achieve.

Mr President, let's make it very clear that we are stronger if we work together, that the damage done is reversible. And therefore let's do so by inviting President Biden to deliver his first foreign address in the European Parliament, because there's no better place to start – to restart – a new transatlantic partnership than at the heart of European democracy.

Hilde Vautmans, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, after the elections, we all felt relief: relief from the endless stream of fake news and – let's be honest – the racism of Mr Trump. But relief is not a strategy; relief doesn't tell us what to do next. Millions of Europeans have been watching the American elections, waiting for the verdict of the American people. But the Americans will not solve our problems. We shouldn't live our lives to the rhythm of American democracy. We should live our lives to the beat of our own drum, to the rhythm of European democracy.

So, let's welcome and congratulate President-elect Joe Biden and Vice-President-elect Kamala Harris with open arms. But let's do so by building from our own strength. This Commission promised to be a geopolitical Commission. We have the perfect opportunity now to show the Americans we mean business by going forward with the European Defence Union, by creating a real European migration policy, by building a European intelligence capacity that is able to combat terrorism on the same level as American agencies.

Mr Biden is a friend of Europe, but he is also an important architect of America's China strategy. He might – and let's hope – he might tweet less than his predecessor, and more politely, but he is also more focused on Asia than on Europe. It's high time that Europe stood on its own feet. Instead of always hiding behind the Americans, we need to stand next to the USA. That will be in the interests of both sides of the Atlantic.

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, gli Stati Uniti sono e saranno sempre la stella polare per la democrazia e la libertà nel mondo.

Ad oggi i risultati delle elezioni americane indicherebbero come nuovo Presidente Joe Biden, al quale, se i dati saranno ufficializzati, vanno i nostri migliori auguri di buon lavoro.

La nuova amministrazione americana, di qualunque colore politico essa sia, democratica o repubblicana, troverà sempre in noi della Lega un alleato serio e affidabile, schierato convintamente con l'alleanza atlantica a difesa dei valori e degli interessi dell'Occidente libero.

La nostra collocazione filoatlantica, che è addirittura super-atlantica su alcuni temi particolarmente sensibili, come il 5G e la difesa dei diritti umani, non è mai stata messa in discussione.

Lo stesso non si può dire, in Italia e in Europa, di tanti partiti o soggetti politici che a parole si dicono democratici, come il PD e i 5 Stelle, ma che in realtà difendono le posizioni di dittature comuniste, come la Cina e il Venezuela, o regimi criminali come l'Iran.

Noi non accettiamo lezioni da falsi democratici, italiani ed europei, che in questi anni hanno portato avanti una guerra assurda contro l'amministrazione Trump e quindi contro gli Stati Uniti.

È cosa nota a tutti la nostra simpatia e il nostro apprezzamento per Trump e per la sua amministrazione. I successi dell'amministrazione Trump, in campo economico e in politica estera, sono sotto gli occhi di tutti e soltanto i ciechi si ostinano a non vederli.

Trump è stato il primo leader a mettere sotto i riflettori dell'opinione pubblica mondiale il grande pericolo rappresentato dalla Cina comunista. Parafrasando un grande Presidente americano come Ronald Reagan, Trump ha il grande merito di aver fatto capire all'Occidente che la Cina comunista è l'impero del male del terzo millennio, potenzialmente molto più forte e pericoloso del comunismo sovietico, perché è un pericolo che investe la vita quotidiana di ognuno di noi.

Ma la politica estera di Trump non è solo Cina: pensiamo al pugno di ferro contro la dittatura di Maduro in Venezuela; pensiamo alla lotta contro il terrorismo islamico, con la distruzione dell'Isis e l'uccisione mirata di Soleimani, il capo militare di un paese canaglia come l'Iran che vorrebbe distruggere Israele con la bomba nucleare. Oppure pensiamo al ruolo decisivo giocato da Trump negli accordi di pace storici tra Israele ed Emirati Arabi.

E ricordiamoci sempre che il Presidente Trump non ha iniziato nessuna nuova guerra nel corso del suo mandato, a differenza del suo predecessore, che di guerre e di danni in giro per il mondo ne ha combinati parecchi. Basti pensare al caos creato nell'area del Mediterraneo con le Primavere arabe e con la scellerata guerra in Libia, che ha provocato conseguenze pesantissime che Italia ed Europa stanno ancora pagando, soprattutto quelle legate all'emergenza dell'immigrazione clandestina.

Insomma, al democratico Obama dovrebbero togliere il Nobel per la pace e darlo a Trump.

Ora la domanda che tutti si pongono è cosa farà Biden in politica estera: seguirà la strada coraggiosa e piena di successi tracciata da Trump oppure tornerà a percorrere la strada caotica e guerrafondaia di Obama? Come si comporterà Biden sui dossier più caldi, sulla Cina e sul 5G, sul Medio Oriente e sull'Iran? Avrà la forza e la lungimiranza di Trump per continuare il braccio di ferro con la Cina? Avrà la forza di combattere la strategia di penetrazione e infiltrazione operata dal regime di Pechino nella nostra società, nella nostra economia e finanche nelle nostre istituzioni?

Noi ci auguriamo che Biden prosegua nella giusta battaglia contro la dittatura comunista cinese, che rappresenta la più grande minaccia alla nostra libertà e alla nostra democrazia. E ci auguriamo che finalmente anche l'Europa abbandoni i doppi giochi, le ambiguità, gli affari sporchi di sangue fatti con Pechino.

Siamo di fronte a un bivio della storia: da una parte il mondo libero delle democrazie occidentali, dall'altro il mondo della dittatura, della tirannia e della repressione. «Non abbiate paura», diceva Papa Giovanni Paolo II. Ecco, noi non abbiamo paura di essere al fianco degli Stati Uniti d'America in questa battaglia di civiltà, perché il bene vinca sul male e perché la libertà trionfi sulla dittatura.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, these US elections have brought some good news. Trump is out, even if he himself doesn't yet want to believe it. I'm sure he will see soon. Joe Biden and his promise of politics based on respect for each other, for facts, and for science has won. Kamala Harris, Vice President-elect, achieved something truly historic. A first woman, a woman of colour: Harris smashed many glass ceilings, and while a lot remains to be done on gender equality, this breakthrough will have a long-lasting impact.

But, while Trump is voted out of the White House, Trumpism – or whatever you want to call this disastrous mix of nationalism, racism, and narcissism – got a lot of support. And it also has a lot of support in Europe and even among some EU governments, as we have seen. Democracy, equality and rule of law are not a given on either side of the Atlantic. It is something we have to strive for every day and never take for granted. Movements like Black Lives Matter, like Me Too, and journalists, democracy activists and many more fought back and defended democracy in the US for the past four years. They are the ones that should be celebrated in these elections.

Transatlantic relations have taken a hard hit over the past four years, and while we all hope and we can be sure that they will become better now, the lesson learned for Europe is that it needs to stand more on its own two feet. In order to be able to do that, we need to also stand stronger together and more firmly. For that, we need to have a common understanding of fundamental values because if we don't know on what grounds we stand as a Union then we cannot grow. And equally, we cannot shy away from the responsibilities of our actions in the external world. That goes for the climate crisis, for weapons exports, for conflict parties or for shady energy projects with even more shady partners such as Nord Stream. If we want Europe to be taken seriously by the world, we have to take ourselves seriously first, and that means taking responsibility for our actions and their impact in the world, no matter who rules the White House.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Г-н Председател, благодаря Ви за дадената дума. Уважаеми колеги, на първо място би било редно и нормално да изчакаме окончателните резултати от изборите. Изборите не се решават от медии, без значение колко пристрастни са те, а се решават от легитимните институции на всяка една държава. Така че изчакайте медиите, не бързайте да се радвате, уважаеми колеги. Казвам за колегата, който преди мен така се зарадва много и пристрастно на един от двамата кандидати.

Това, което е важно за нас, като граждани на държави – членове на Европейския съюз, е да продължим да поддържаме нашата трансатлантическа връзка със Съединените американски щати. Без значение кой е президентът, ние трябва да продължим Черноморското сътрудничество, ние трябва да продължим сътрудничеството в сферата на отбраната, на сигурността. Ние трябва да продължим да поддържаме възстановяването на способностите на нашите въоръжени сили, за да можем да бъдем адекватни на предизвикателствата, които са навсякъде около нас.

Това, което ни трябва, е да отговорим на предизвикателствата от Китай, от Турция, от Русия, те са враждебни към нас. Казвам го за комунистите, болшевиките и колегата, която говори преди мен. Тя също така симпатизира на тези идеи. И да знаем, че тези държави наоколо не са ни приятели. САЩ са наш стратегически партньор и ние трябва да работим с тях задълбочено, разумно, смислено и в интерес на всички наши граждани. Благодаря за вниманието.

Martin Schirdewan, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Demokratie hat gesiegt. Zwar knapp, aber nach vier Jahren Trump'scher Demokratieverachtung, nach Angriffen auf Presse und Minderheiten, nach der offenen Zusammenarbeit mit der extremen Rechten und sogar rassistischen bewaffneten Milizen haben die Wählerinnen und Wähler in den Vereinigten Staaten gesagt: Schluss damit, raus mit diesem Autokraten aus dem Weißen Haus.

Denn diese Wahl in den Vereinigten Staaten war keine normale Wahl zwischen zwei Kandidaten unterschiedlicher Parteien. Es war die Wahl zwischen Demokratie einerseits und Autoritarismus andererseits. Und die Wählerinnen und Wähler haben sich nach vier Jahren Trumpismus für die Demokratie und gegen den Autoritarismus entschieden. Und dieses Ergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, kam zustande durch eine Allianz von linken bis hin zu liberalen Kräften. Und es wird den Demagogen, Autokraten und Diktatoren und ihren Freunden überall auf dieser Welt und auch in der Europäischen Union wehtun und all jene Kräfte stärken, die solchen Typen wie Trump die Stirn bieten.

Und vor diesem Hintergrund habe ich mich entsprechend auch im Vorfeld der Wahlen geäußert und zu Wort gemeldet und habe zum Beispiel auch Ihre Chefin, Herr Vizepräsident Borrell – Sie sind jetzt leider nicht mehr hier –, aufgefordert, das auch zu tun. Denn eine klare Aussage seitens der Europäischen Union – nicht für einen der beiden Kandidaten, sondern für die Einhaltung demokratischer Werte und Grundstandards – wäre ein Zeichen außenpolitischer Stärke gewesen. Ihr Schweigen war es nicht. Denn wenn die Demokratie bedroht ist, dürfen Demokraten nicht schweigen.

Noch immer kann Donald Trump seine Niederlage nicht eingestehen und verbarrikadiert sich trotzig wie ein kleines Kind im Weißen Haus. Er muss das Wahlergebnis anerkennen und eine friedliche Machtübergabe garantieren. Dass das Ergebnis dennoch so knapp ausfällt, sollte uns allen zu denken geben. Wir müssen die Ursachen des Aufkommens solcher antidemokratischen Politiker angehen, das heißt, die soziale Spaltung in unseren Gesellschaften überwinden und die Zukunftsfragen wie die Digitalisierung und den Klimaschutz sozial gerecht lösen.

I want to congratulate Joe Biden and Kamala Harris on their convincing win. This victory also belongs to the young people and the marginalised communities who have fought so hard. But the dangers of Trumpism remain. The narrative that demands like Medicare for All, or movements like Black Lives Matter, pose a threat to progressive electoral victories is completely wrong. The evidence shows the opposite is true: it would be a fatal mistake now to sideline the new generation of leftist leaders who contributed to this victory. The repair of US society requires strong, principled leadership that boldly tackles both inequality and climate change. Mr President-elect, you succeeded because of the unity of progressive forces: their hopes lie on you. Do not let them down or Trumpism will be back.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il grande esercizio di democrazia che ha visto circa 160 milioni di americani – la maggiore affluenza alle urne fin dal 1900 — impegnati nelle elezioni del loro nuovo Presidente lascia spazio ora a una fase di transizione che rischia di essere tra le più complesse di sempre, con i casi giornalieri di COVID-19 che sfiorano quota 100 000 e un Presidente uscente che non sembra disposto a un passaggio di consegne indolore.

Eppure qualcosa è cambiato, e non è un caso che il mondo intero abbia trattenuto il fiato e passato notti insonni nell'estenuante attesa di un verdetto, che mai come in questo caso si è fatto attendere.

Si apre una nuova fase senz'altro delicata: per gli Stati Uniti, che in queste elezioni sono stati dipinti come un paese ancora spaccato e in cerca di una nuova normalità, e per il mondo intero, che in questi ultimi anni ha senz'altro sofferto la mancanza di una direzione chiara espressa da Washington, di un riferimento su cui ci eravamo forse, colpevolmente, fin troppo adagiati nei decenni passati.

Lo dico chiaramente: mi aspetto molto da questa Presidenza americana. Mi aspetto che la lotta ai cambiamenti climatici e alla crescita delle disuguaglianze, le più grandi crisi sistemiche di questa generazione, tornino centrali nell'agenda statunitense e in quella mondiale.

Mi aspetto la fine di una guerra commerciale insensata e perpetua a cui abbiamo assistito negli ultimi anni; coordinazione e non contrapposizione.

Mi aspetto ancora che l'UE ritrovi il suo partner americano nella governance globale e che gli Stati Uniti riprendano il loro posto nel sistema multilaterale internazionale, riconsiderando alcune decisioni critiche prese dall'amministrazione Trump, come per esempio la partecipazione all'accordo nucleare iraniano.

Mi aspetto che ancora una volta sia riconfermato l'indissolubile legame transatlantico, un legame basato sui nostri valori comuni, sulla strenua difesa della democrazia, dello Stato di diritto e della libertà, mai in discussione ma sicuramente messa alla prova, anzi estremamente alla prova, negli ultimi anni, e che questo avvenga anche alla luce del rinnovato processo di integrazione e di ricerca di autonomia strategica dell'UE.

Lo so, Presidente Biden, mi aspetto tanto e ci aspettiamo tanto. Noi siamo pronti. Le auguro buon lavoro e La aspettiamo presto a Bruxelles.

Presidente. – Está encerrado o debate sobre os resultados das eleições presidenciais dos EUA.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Dominique Bilde (ID), par écrit. – L'empressement de l'Union européenne à se féliciter de la victoire de Joe Biden, au point que la présidente de la Commission ait cru bon d'évoquer un nouveau partenariat avant même l'investiture de l'intéressé, contraste avec la prudence de certains chefs d'État, de la Chine à la Russie, en passant par le Mexique.

Ainsi, il est singulier que Bruxelles, pourtant toujours prompte distribuer des brevets de vertu démocratique aux quatre coins du monde, fasse fi des lourdes incertitudes qui pèsent encore sur cette élection contestée. Je rappelle tout de même que le Procureur général des États-Unis William Barr a autorisé lundi des enquêtes sur d'éventuelles fraudes.

Ce n'est hélas que le moindre des scandales qui ont entaché cette élection hors norme. Le déchaînement médiatique aura en particulier atteint des bas-fonds rarement égalés contre un président dont le seul tort est de s'être fait le héraut du «flyover country» — écho américain à la France périphérique, oubliée de la mondialisation.

Assurément, ce haro contre un candidat honni par l'establishment laisse peu augurer des scrutins à venir dans le monde occidental, à l'heure où les libertés publiques accusent un recul spectaculaire.

Milan Brglez (S&D), *pisno*. – Rezultat predsedniških volitev v ZDA obeta vrnitev te velesile k mednarodnim odnosom, ki bodo bolj naklonjeni spoštovanju mednarodnega prava in krepitvi mednarodnih institucij, torej tudi k multilateralizmu, ki lahko potencialno povrne zaupanje v trdnost evroatlantskega strateškega partnerstva. Slednje je nedvomno pogoj za varen in stabilen svet, osnovan na pravilih in normah, v korist tako ZDA kot preostalim (večjim in manjšim) članicam mednarodne skupnosti ter predvsem ljudem, ki jih politične odločitve na najvišji ravni zadevajo v vsakodnevnem življenju.

Ocenjujem, da so prizadevanja odhajajoče administracije šla v drugačno smer, in obenem opozarjam, da bo za odpravo te dediščine potrebnih precej naporov na vseh ravneh. V tej luči si želim videti čimprejše konkretne korake za ponovno krepitev vezi med ZDA in Evropo. Prav tako se nadejam tesnejšega sodelovanja, ki bo temeljilo na zaupanju, spoštovanju dogovorov ter predvidljivosti in ne na osnovi nenapovedanih enostranskih dejanj, kot smo to npr. videli pri jedrskemu sporazumu z Iranom ali dejanjih v škodo bližnjevzhodnemu mirovnemu procesu.

Za uspešno partnerstvo pa so vsekakor ključni enakopravni pogoji sodelovanja. EU mora zato krepiti strateško avtonomijo tudi z vodenjem čim bolj usklajene skupne zunanje politike tako do ZDA kot tudi s preostalimi ključnimi akterji, kot sta na primer Rusija in Kitajska.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *in writing*. – I welcome the victory of Mr Joe Biden in the US presidential election and I particularly salute his commitment to re-join the Paris climate agreement, in line with the EU's Green Deal ambition. The EU and U.S. share common history and values of democracy, human rights, freedom and open economy. I find this moment a good opportunity to reenergise EU's Transatlantic Partnership with our long-time allies and friends and to jointly address increasing and pressing global challenges, such as: climate change, digital transformation, security, defence and the rules-based multilateral system. In the same time, engagement to NATO remains a pillar of security and economic prosperity on both sides of the Atlantic. In my capacities as chair of ITRE Committee and rapporteur for EU programme for health, I highlight just a recent outcome of good EU-US collaboration, where a joint project between a European and an American company succeed to develop a strongly effective vaccine against COVID-19, bringing back hope to people all over the world. Together, the EU and US represent over a half of the global GDP. This one more reason to be confident that together we can lead the global agenda towards a liberal and rules-based international system.

Urmas Paet (Renew), *kirjalikult*. – USA uue presidendi administratsiooniga kaasneb lootus, et see toob endaga kaasa Euroopa ja USA suhete paranemise tasemeni, kus need olid enne eelmisi presidendivalimisi. See on väga tähtis ka Eestile, nii julgeoleku kui ka majanduskeskkonna seisukohast. Meie fookuses peaks ennekõike olema see, et Euroopa ja USA suhted jõuaksid tagasi väga heale sisulisele koostööle, nii nagu see on varem olnud. Olukorras, kus Hiina, Venemaa ja teiste autoritaarsete jõudude surve tugevneb, on Euroopa ja USA igakülgne avatud koostöö meie väärtusruumi äärmiselt oluline hoidja.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Blahoželám vítazovi volieb, ktorým sa stal Joe Biden, s historicky najvyšším počtom hlasov vo voľbách. Na druhej strane vnímam silne rozštiepenú americkú spoločnosť. Za podstatné z pohľadu Európana však považujem to, akým smerom sa bude uberať rozvoj transatlantických vzťahov. Od odstraňovania obchodných bariér cez postoje k environmentálnym výzvam až po podporu demokracie doma aj vo svete. Práve užšia spolupráca demokracií je nevyhnutná, pretože demokratický svet potrebuje oveľa viac vzájomnej spolupráce.

Kathleen Van Brempt (S&D), schriftelijk. – De verkiezing van Joe Biden en Kamala Harris is hoopgevend. Na jaren van politieke wanorde, nepnieuws en polarisering biedt zij de Amerikaanse bevolking opnieuw perspectief op een verbindend presidentschap dat de grote uitdagingen op economisch, maatschappelijk, sociaal en klimaatvlak aangaat.

Ook voor de EU is de wisseling van de wacht in het Witte Huis goed nieuws. Als de VS opnieuw haar plaats aan de internationale tafel inneemt, biedt een vernieuwd partnerschap met de EU kansen om een sterke stem voor democratie en mensenrechten te vormen. Samen staan we sterker: dat geldt ook voor de mondiale strijd tegen klimaatverandering en de transitie naar een koolstofneutrale economie.

De EU heeft met de Green Deal de leidende rol op zich genomen bij de verwezenlijking van de doelstellingen van de Klimaatovereenkomst van Parijs. Ook op dit gebied hopen we in de nieuwe president een partner voor ambitieus klimaatbeleid te vinden.

Tot slot wordt het uitkijken naar de nieuwe rol van de VS op het gebied van internationale handel. Wij hopen in de VS een partner te vinden om de multilaterale samenwerking opnieuw te versterken, de WTO te hervormen en een nieuw partnerschap met Azië en Afrika uit te rollen.

22. Terrorismusbekämpfung und das Recht auf freie Meinungsäußerung und Bildung (Aussprache)

Presidente. – Segue-se na ordem do dia o debate sobre as declarações do Conselho e da Comissão sobre a luta contra o terrorismo e o direito à liberdade de expressão e à educação [2020/2841(RSP)].

Recordo de que, neste debate, se prevê uma ronda de oradores dos grupos políticos e de que não haverá procedimento «catch the eye» nem perguntas «cartão azul».

Preveem-se intervenções a partir dos Gabinetes de Ligação do Parlamento Europeu nos Estados-Membros.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Mr President, I think we are all still in shock because of the recent terrorist attacks in Austria and France. My thoughts are with the victims, their families and friends. My thoughts are with the French and Austrian people and I know yours are as well.

Let's be clear: these were attacks on our European values, on fundamental rights and freedoms. Samuel Paty taught history, geography and civics. His brutal murder was a direct attack on our values, rights and freedoms – the freedom of expression and information, the right to education, the freedom of thought, conscience and religion. We need to unite and show strong solidarity as a Union. No Member State can or should face this threat alone. We need to unite as a society. We need to show that our values are unbreakable and that we cannot be divided on this, and we need to do more to protect our citizens, our societies and our values.

The Vienna attack shows the need to stop illegal firearms. Member States must urgently implement the Firearms Directive. Before the summer, we launched an action plan against firearms trafficking. We are working closely with Western Balkans partners to fight the smuggling of illegal guns. And we need to register all known foreign terrorist fighters in the Schengen Information System so that we can detect them when they try to cross EU borders.

The Vienna attacker tried to buy ammunition in Slovakia. There were contacts in Germany and Switzerland. We need to better share information and to share better information across borders. The Schengen Information System is central here, but so are PNR – passenger name records. They are essential to deter and detect terrorist suspects. Member States should implement the PNR Directive. I am planning to update the Prüm Decision to make it easier for law enforcement to exchange DNA, fingerprints and number plates, and, in future, possibly also photos and police records. I want us, together in the European Union, to move away from ad hoc police cooperation towards systematic police partnership. The Commission has started work on an EU police cooperation code.

Better information-sharing also means making sure that IT systems can talk to each other. Member States need to work hard to achieve full interoperability by 2023. Europol is the backbone of European police cooperation and Europol is providing concrete and invaluable support to the French and Austrian authorities as we speak. Already this year, I will propose a reinforced mandate for Europol so it can do an even better job at fighting crime and terror.

The recent attackers struck in a church in Nice and in the streets and cafés of Vienna. The Commission is supporting Member States to increase the protection of public spaces. Small actions can make a difference, sometimes between life and death. Last year, a far-right terrorist attacked a synagogue in Halle in Germany. A reinforced door and the security cameras helped to save thousands of lives. The Commission made EUR 12 million available to improve security in places of worship. I'm looking into possibilities to increase this amount.

Samuel Paty's murderer used the internet to identify his horrible crime and afterwards posted pictures of his victim online. The Vienna attacker posted a picture with an AK-47. In one month, in July this year, Europol's Internet Referral Unit took down 2 000 links to terrorist content, including tutorials on how to carry out an attack. Europol will continue to work with platforms who want to help, but voluntary cooperation is not enough. Member States need to be able to order the removal of terrorist content from any hosting service provider, irrespective of its place of establishment, with EU-wide effects in one hour. I call on this House, this Parliament, for an agreement on the proposed regulation to prevent the dissemination of terrorist content online as soon as possible.

Besides police intervention, the European Union also invests in the prevention of radicalisation. Prevention is better than cure. It's difficult to measure terrorist attacks that are prevented, but our police forces, with the help of Europol, work hard every day to do justice. The Radicalisation Awareness Network connects teachers, social workers and community police officers. When they successfully lead someone away from violence, there are seldom big headlines, but the results are spectacular. There are former neo-Nazis, former violent Islamists who now reject violence and help others to do the same. Without the Radicalisation Awareness Network and their job, these people would perhaps still be a danger to society.

In a few weeks, on 9 December, I will present our new counter-terrorism agenda. The objective will be to identify and close security gaps in law enforcement cooperation, in the use of technology and information-sharing, to prevent radicalisation, to protect public spaces and to work with Member States, regions, cities and towns and also with key third-country partners. But we also need to look beyond counter-terrorism. Terrorists seek to divide us: to draw a line between 'them and us'. We can only counter this by offering an inclusive, cohesive society in which everyone has a stake, where there is no 'them and us'.

Later this month I will launch an action plan on integration and inclusion, based on opportunities and obligations. Everyone who has a legal right to be in Europe should have the opportunity to take part in society, a society where everyone is protected by European values and fundamental rights, and where everyone must respect those same values and rights, that includes the freedom of speech and the freedom of expression. Fundamental rights, the EU will defend – that includes also the freedom of religion, but we will never accept violence in the name of religion. Education, culture and sport also have a key role to play in this.

Mr President, today is Armistice Day. Europe commemorates the end of the First World War 102 years ago: a war that started with a violent attack – the assassination of Archduke Franz Ferdinand in 1914. New attacks have such cataclysmic consequences. But this is what we mean by 'terrorist offence': international acts which, given their nature or context, may seriously damage a country or an international organisation. This reminds us that our struggle is not a new one. When I grew up, there was the RAF, the Red Brigades, the IRA, ETA. The terrorists change, their causes change and their methods change. What doesn't change is the fear, the death and the suffering that they bring. What we must do is to be united as a Union and as a society and to do everything we can to oppose them, to fight them, to defeat them.

PRESIDENZA DELL'ON. FABIO MASSIMO CASTALDO

Vicepresidente

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Liebe Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Terroranschläge von Paris, von Nizza, von Wien erschüttern Europa. Und Attentate sind Anschläge auf ganz Europa, auf unsere Werte, auf unsere Ideen, auf unsere Demokratie, auf unsere Lebensweise.

Im Mittelpunkt stehen zunächst die Opfer. Wir trauern auch mit den Angehörigen. In Paris ein 47-jähriger Lehrer, der einen Sohn hatte, in Nizza, drei Tote, darunter ein 44-jähriger Altenpfleger, der einfach von der Arbeit heimging. In Wien, vier Tote, eine 44-jährige Frau auf dem Heimweg von der Arbeit, ein 39-jähriger Besitzer eines Chinarestaurants und ein 22-jähriger Kunststudent aus Deutschland. Wahlos wurden Menschen ermordet. Viel Leid bei den Angehörigen, und diese Gedanken sind zunächst in unserem Herzen.

Ich möchte auch den Behörden danken, der Polizei, den Einsatzkräften, den Rettungskräften, den Medizinern, die geholfen haben. Auch sie haben eine hervorragende Arbeit geleistet, und ihnen gebührt unser Dank. Trauer alleine reicht nicht aus. In den letzten zweiundzwanzig Monaten sind in Europa 119 Terroranschläge verübt worden. Fast jedes Land in Europa, fast jede Stadt in Europa hat bereits Opfer und kennt die Bedrohung, kennt die Angst und kennt die Trauer.

Jetzt muss gesagt werden: Es reicht. Wir lassen uns von den Gewalttättern nicht in die Knie zwingen. Radikaler Islamismus und Islamisten zu bekämpfen, ist die Aufgabe, die wir jetzt anpacken müssen. Sie bekämpfen unsere Art und Weise, und deswegen muss jetzt mit aller Härte gegen diese islamistischen Gefährder vorgegangen werden.

Terroristen töten nicht alleine. Sie folgen einer Propaganda. Sie werden angeworben und von Strukturen im Hintergrund unterstützt. All diese radikalen Islamisten bekämpfen unsere Demokratie und sind Feinde unserer Freiheit – auch der religiösen Freiheit. Und deswegen müssen wir jetzt die Netzwerke und Strukturen zerschlagen.

Was ist konkret zu tun? Der erste wichtige Punkt ist: Es gibt viele Menschen, die leider Gottes aus unseren Gesellschaften herauswachsen und radikal werden. Deswegen müssen wir uns die Frage stellen: Was läuft schief, wenn Menschen, die bei uns Erziehung genossen haben, die bei uns aufgewachsen sind, zu Radikalen und zu Einzeltätern werden?

Wir müssen mehr Ambitionen vermitteln und in unsere Werte der Toleranz und der Freiheit investieren. Und wir müssen dafür sorgen, dass Anwerbung im Netz, in den sozialen Netzwerken nicht mehr so effektiv erfolgen kann. Deswegen ist die auf dem Tisch liegende Richtlinie der EU-Kommission zum Löschen von *online content*, das zu Terror aufruft und Terror verherrlicht, so extrem wichtig. Und ich bitte jetzt die Kollegen von Renew und von den Sozialdemokraten, ihre Blockade bei dieser Gesetzgebung zu beenden. Wir haben schon zu viel Zeit verloren. Die Gesetzgebung liegt seit Jahren auf dem Tisch und kommt leider Gottes nicht voran. Es ist jetzt Zeit, diese Gesetzgebung abzuschließen.

Das zweite ist: Wir brauchen die volle Umsetzung der Waffenrichtlinie so, wie es die Kommissarin gesagt hat. Und ich fordere die Kommissarin auch auf, Druck zu machen bei den Innenministerkollegen, dass die bestehenden Gesetze, den Zugang zu Waffen zu reglementieren und zu unterbinden, auf diesem Kontinent einheitlich umgesetzt werden.

Ein weiteres großes Thema für uns als EVP ist eine zentrale Gefährderdatei. Das Schengen-Informationssystem basiert leider nur auf Freiwilligkeit. Wir brauchen es verpflichtend. Alle Gefährder, die wir auf diesem Kontinent haben, die von den nationalen Behörden überwacht werden, müssen obligatorisch, verbindlich in die gemeinsamen Datenbanken eingetragen werden, sodass alle Polizeikräfte den gleichen Informationsstand haben.

Der Terror ist grenzüberschreitend, und Europa muss auch grenzüberschreitend darauf reagieren. Deswegen sprechen wir uns auch dafür aus, die Kompetenzen von Europol zu erweitern, sodass es nicht nur beratend, nicht nur unterstützend tätig ist, sondern eigenständige Ermittlungskapazitäten im Kampf gegen islamistische Terrorzellen aufbaut. Wir wollen Europol auch in diesem Zusammenhang stärken.

Und zu guter Letzt der Grenzschutz, der jetzt in Paris beim Minigipfel mit besprochen worden ist. – Ja – der Grenzschutz muss verbessert werden. Ja – Schengen muss überarbeitet werden. Einreisen ohne Pass darf es nicht geben, wie es bereits heute Rechtslage in Europa ist. Und wir brauchen eine verbindliche, verpflichtende Vernetzung von Dateien, sodass bereits an der Außengrenze geprüft werden kann, ob gegen bestimmte Gefährder Daten vorliegen. Und das größte Problem ist der Vollzug, der entsprechend mit anzugehen ist.

Herr Präsident, liebe Kommissarin, es gibt viel zu tun. Wir müssen das jetzt gemeinsam anpacken. Die Terrorfrage ist wieder auf der politischen Agenda zurück, und das Allerwichtigste, was wir dazu sagen müssen, ist: Wir dürfen nicht zulassen, dass also im Kampf gegen den Terror durch die radikalen Kräfte auch ein Split zwischen den Religionen entsteht. Die Religionen genießen auf diesem Kontinent Freiheit. Das ist kein Kampf zwischen Religionen. Es ist ein Kampf gegen den Terror, den wir führen. Lassen Sie uns ihn beherzt angehen.

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señor presidente, desgraciadamente, tenemos que volver a hablar sobre el terrorismo en esta cámara, de un terrorismo que pretende socavar los cimientos de nuestras sociedades liberales y democráticas.

Los recientes ataques terroristas en Francia y Austria nos llenan de tristeza, pero no nos van a doblegar. Al contrario, perseguiremos a los fanáticos sin renunciar a nuestros principios. Quisiera reiterar mis condolencias a las víctimas y a sus familiares, toda nuestra solidaridad.

No podemos renunciar a la libertad de expresión y a la libertad de educación. Europa no existiría sin ellas y son principios fundamentales de nuestra Unión. También en los casos en que no estoy de acuerdo con el contenido, apoyo siempre la libertad, porque es la base de una sociedad democrática y plural. Debemos educar en la libertad de concienciar y en el pensamiento crítico. Por eso quiero rendir también un homenaje al profesor Samuel Paty. Su legado no caerá en el olvido.

Pero tampoco debemos permitir que los violentos nos dividan, porque eso es lo que ellos quieren. Debemos distinguir entre el islam como religión y el islamismo radical como ideología política que no acepta la libertad y el pluralismo. Respondamos a la amenaza terrorista desde la unidad en la diversidad.

Y debemos hacerlo con los instrumentos del Estado de Derecho. Cada vez que la barbarie nos golpea, repetimos lo mismo: la necesidad de reforzar el intercambio de información entre los Estados miembros. ¿A qué espera el Consejo para crear una verdadera agencia de inteligencia europea?

También debemos asegurarnos de que los grupos terroristas no se aprovechan de ninguna grieta legal para financiar su campaña de muerte. Y, al mismo tiempo, hay que invertir en la inclusión social, para dar futuro a los jóvenes que, quizá desilusionados y marginados, se dejan arrastrar por los fanáticos. Por eso es fundamental atajar el contenido terrorista que circula en las redes sociales. Estas se han convertido en un poderoso instrumento para la radicalización y el reclutamiento. Seguiremos legislando para acabar con la desinformación y el discurso del odio.

En este sentido, el Parlamento va a adoptar nuevas normas para que las plataformas *online* eliminen cualquier contenido que promueva el terrorismo. He escuchado al señor Weber hoy en su intervención y a algunos diputados del Grupo Popular Europeo durante estos días. No se equivoquen, señores del Partido Popular Europeo. No pretendan poner la culpa y la responsabilidad en quienes estamos trabajando por esta cuestión con el mismo compromiso que ustedes. Tenemos que encontrar un equilibrio que garantice la seguridad pero también la libertad de expresión. No queremos renunciar a ninguna de ellas.

Quiero referirme también al debate de Schengen. Algunas voces desvían el foco y proponen controles fronterizos en el espacio Schengen, vinculando migración y terrorismo. Pero, tal y como nos recuerda Europol, no hay datos concluyentes para vincular ambos fenómenos. Schengen es un gran logro de la Unión y no debemos debilitarlo por intereses cortoplacistas. Siempre es un equilibrio complicado, pero no podemos sacrificar nuestras libertades y nuestras sociedades abiertas en aras de la seguridad. Porque, entonces, los violentos habrán ganado la batalla.

Maite Pagazaurtundúa, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, señora comisaria, la democracia en la Unión Europea es cosa de todos y el terrorismo nos pone a prueba. La emoción ante el dolor de los inocentes debe convertirse en el motor para la acción que nos corresponde como políticos, porque somos corresponsables de la respuesta contra la atrocidad.

En nombre de mi Grupo, subrayo la tolerancia cero contra los intolerantes, y eso significa utilizar la fuerza de la ley, de toda la ley, pero nada fuera de la ley; significa evaluar los cambios en la amenaza para no dejar ningún punto ciego por el que puedan escapar los asesinos.

Los terroristas son grandes manipuladores morales: ellos se señalan como víctimas —ellos, los asesinos— y nos quieren imponer sus obsesiones. Y no, no somos responsables de sus actos atroces, pero pueden intoxicar a muchos; y, por eso, tenemos que innovar en la prevención de la radicalización violenta, especialmente en los niveles locales; y, por eso, es tan importante el trabajo de la escuela y de la opinión pública contra los marcos de intolerancia y en favor de la libertad de expresión, como bien sabía Samuel Paty.

El Parlamento Europeo ha sido muy útil en el mandato anterior después de los atentados de París, después de los atentados de Bruselas, de Alemania, de Manchester, de Barcelona, de Estocolmo, de Lieja, y tiene que serlo también ahora, después de los atentados de Hanau, de París, de Niza, de Viena. La sociedad y las víctimas necesitan respuestas, reconocimiento y soluciones.

En el mandato anterior, el comisario King o Gilles de Kerchove fueron realmente importantes y este Parlamento también lo fue y, ahora, tiene que volver a serlo. Se generaron grandes consensos para la mejora de la coordinación entre los países contra la financiación, contra la impunidad, por los derechos de las víctimas; reforzamos Europol.

Tenemos pendiente desarrollar recomendaciones de la Comisión Especial sobre Terrorismo. El terrorismo solo puede triunfar en lugares donde las instituciones están degradadas, con gobernantes incapaces, con políticos que discuten de lo que no tienen que discutir, con servidores públicos mal guiados, en sociedades rotas. No es nuestro caso, pero también es cierto que al terrorismo no se le vence sin esfuerzo y compromiso.

Y estamos negociando efectivamente con el Consejo el Reglamento sobre la retirada de contenido terrorista *online*. Debe ser eficaz, debe contar con las salvaguardas de derechos y libertades. Y sabemos que quien tiene más poder, tiene mayor responsabilidad y, por eso, yo espero que sea posible alcanzar un consenso muy pronto. Desde luego, mi Grupo no dejará de pelear sin desmayo hasta conseguirlo.

Señora comisaria, los que se están radicalizando deben enterarse —y toda Europa debe enterarse— de que no vamos a dejar ningún espacio ni resquicio para su estrategia antidemocrática, y nuestro trabajo, cuando está bien fundado, los desactiva, los desincentiva.

El novelista Amos Oz escribió una vez que la esencia del fanatismo reside en el deseo de obligar a los demás a cambiar: los terroristas lo pretenden desde la crueldad. El Grupo Renew quiere dejar claro que tenemos razón y razones para defender las libertades y la convivencia. Esa es nuestra fuerza, ese es nuestro tributo a cada víctima inocente y a sus seres queridos: no olvidarlos, seguir siendo eficaces y seguir siendo libres.

Nicolas Bay, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, qu'est-ce qui a été attaqué à Vienne? Qu'est-ce qui a été attaqué à Nice et à Madrid, Amsterdam, Londres, Milan, Stockholm, Toulouse, Bruxelles, Copenhague, Paris, Berlin, Saint-Petersbourg? Il y a quelques heures à peine, le consul général de France a encore été visé à Djeddah, en Arabie saoudite, alors qu'il présidait une cérémonie à l'occasion du 11 novembre.

Presque tous nos pays sont touchés et tous sont menacés. Trop nombreuses pour les citer, aucune victime ne doit être oubliée: 450 personnes ont été tuées par le terrorisme islamiste en Europe, depuis l'ignoble attentat de Madrid en 2004, jusqu'à celui d'il y a 10 jours en Autriche.

Ce qui est attaqué, c'est notre civilisation. Vous avez voulu construire l'Union européenne et ses traités en oubliant nos racines chrétiennes. Vous avez voulu bâtir un super-État sur des valeurs universelles abstraites. Vous avez voulu nier notre passé commun pour faire un super-marché sans identité.

Mais aujourd'hui, c'est notre être profond qui est visé. Les islamistes viennent nous le rappeler. Ce n'est pas la laïcité, pas le colonialisme, pas même notre liberté d'expression qu'ils vomissent: c'est avant tout ce que nous sommes. Ils nous attaquent pour ce qu'on est, pas pour ce qu'on fait. Nous ne pourrions pas mener cette bataille si nous refusons de désigner l'ennemi. Nous ne pourrions pas la gagner si nous refusons d'affirmer et de défendre notre identité.

Aujourd'hui, dans l'hémicycle, pour traiter de ce sujet pourtant fondamental, vous ne prévoyez qu'un bref débat et un seul tour d'orateurs. L'intitulé même évite soigneusement le terme «d'islamisme». Alors que notre civilisation est attaquée et assiégée, que nous proposez-vous?

Emmanuel Macron, le président français, prétend combattre l'islamisme en renforçant le communautarisme, en généralisant l'apprentissage de l'arabe à l'école et la prise en charge de la formation des imams par l'État – une idée saugrenue que Charles Michel, d'ailleurs, a aussitôt reprise. Ainsi donc, nous aurions des imams formés par l'Union européenne? Faudra-t-il bientôt avoir un commissaire européen à l'Islam?

Récemment, M. Borrel, haut représentant pour les affaires étrangères, disait qu'il revenait aux réfugiés de décider eux-mêmes s'ils voulaient ou non rentrer en Syrie. Et pas plus tard qu'hier, Madame Johansson, vous avez affirmé, dans un mélange de naïveté et d'irresponsabilité totale, que, je cite, «la migration n'est pas un danger». La migration ne serait pas un danger, Madame Johansson? Les trois dernières attaques en France ont été perpétrées par des migrants. C'est un Pakistanais qui a attaqué des journalistes à Paris. C'est un Tchétchène qui a égorgé un professeur à Conflans. C'est un Tunisien fraîchement arrivé via Lampedusa qui a assassiné trois personnes dans une église à Nice.

Profitant de vos atermoiements et de votre lâcheté, Erdoğan avance lui aussi. Parce que l'Union européenne n'ose pas agir, il fait la guerre à l'Arménie et en Libye, en y déployant des djihadistes issus des rangs de Daech. Il menace notre continent de submersion migratoire. Il convertit la basilique Sainte-Sophie en mosquée. La Turquie, et avec elle les islamistes du monde entier, s'inscrivent dans la plus longue mémoire, contrairement à vous.

Vous voulez former des imams, nous voulons expulser les prêcheurs de haine. Vous voulez que Frontex sécurise la traversée des migrants, nous voulons que Frontex les ramène chez eux. Vous arrosez de subventions et de facilités douanières des pays islamistes comme le Pakistan ou la Turquie, nous voulons, nous, les sanctionner. Vous considérez la libre circulation comme un dogme intouchable, nous considérons que la sécurité des Européens est un droit inaliénable. Vous financez des organisations islamistes, nous voulons les dissoudre.

Oui, je pèse mes mots, vous financez des organisations islamistes. Ici même, dans ce Parlement, des organisations islamistes, comme le Femysa, ont pu participer à des événements officiels. Quand vous ne leur donnez pas la parole, vous leur donnez de l'argent: 51 000 euros pour le CCIF, 584 000 euros pour l'Islamic Human Rights Watch, qui qualifiait *Charlie Hebdo* d'islamophobe, 5,6 millions d'euros pour les réseaux des Frères musulmans. Au total, sur ces cinq dernières années, l'Union européenne a versé 36,5 millions d'euros directement pour les islamistes ou des projets auxquels ils étaient associés – j'ai adressé une question écrite à la Commission à ce sujet pour que cela cesse enfin, et j'attends toujours la réponse.

Vous voulez transformer l'immigration clandestine en immigration légale, nous voulons mettre fin aux migrations illégales, au regroupement familial et à l'immigration de peuplement, car l'immigration de masse est évidemment le terreau de l'islamisme. Il faut stopper les arrivées et considérer que l'accueil et la générosité de nos pays n'ont pas de caractère définitif. L'installation d'étrangers sur notre sol ne doit pas être considérée comme irréversible. Si nous faisons preuve de faiblesse, alors ils nous domineront. Si nous faisons preuve de lâcheté, ils nous soumettront.

Si nous sommes capables, au contraire, d'affirmer avec fierté ce que nous sommes, nous résisterons. Si nous sommes capables de lutter avec force pour nos valeurs de civilisation, nous vaincrons. Eschyle disait déjà des Grecs et, à travers eux, de tous les Européens, qu'ils «estiment n'être les esclaves ni les sujets de personne». Le temps des compromissions, dont vous êtes malheureusement souvent coutumiers, doit cesser.

Nous ne devons rien céder aux injonctions des islamistes. Nous ne nous soumettons pas, et tous ceux qui veulent nous l'imposer, tous ceux qui préfèrent la charia à nos lois et à notre mode de vie, tous ceux qui veulent affaiblir notre civilisation et la remplacer par la leur devront partir. Notre liberté est à ce prix.

L'Histoire a montré que les nations européennes sont capables de sursaut, capables de se battre ensemble face à un ennemi commun, ce n'est qu'ainsi que nous gagnerons cette guerre.

Salima Yenbou, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, l'assassinat brutal de Samuel Paty, Nice, Vienne, Kaboul: toutes ces victimes innocentes ont en commun le désir de liberté.

Voltaire disait: «Je ne suis pas d'accord avec ce que vous dites, mais je me battrai pour que vous ayez le droit de le dire». Mais comment?

La lutte contre le terrorisme s'inscrit dans le temps long, dans l'analyse, dans la compréhension et dans l'action.

La lutte contre le terrorisme, c'est avant toute chose promouvoir la liberté d'expression et l'éducation, c'est sortir d'une vision binaire du bien et du mal, d'un monde qui s'affronte, c'est promouvoir la fraternité, la tolérance. Préserver nos droits, devoirs et valeurs, c'est les transmettre, éduquer, dialoguer, échanger, cultiver.

La lutte contre le terrorisme, c'est promouvoir au quotidien une société inclusive, égalitaire, dans laquelle aucune discrimination n'a sa place car le terrorisme se nourrit de la haine et des divisions de celles et ceux qui subissent la mise à l'écart, l'oppression, l'irrespect, la mise à distance des sources d'information et d'éducation.

La lutte contre la déscolarisation, l'illettrisme, la désinformation, pour l'alphabétisation, sont des combats à mener de manière constante auprès de nos jeunes, riches de leur diversité.

La lutte contre le terrorisme, c'est aussi un combat contre nous-mêmes, contre nos préjugés, nos oppressions, contre le racisme individuel et systémique.

La vraie doctrine d'une lutte contre le terrorisme, c'est une doctrine en faveur du citoyen du monde, avec sa culture ou ses cultures, son histoire ou ses histoires, sans hiérarchisation, sans domination.

Et ces temps de crise sont bien trop souvent récupérés par des discours populistes court-termistes, qui divisent et alimentent le terrorisme, bien plus qu'ils ne font avancer la lutte contre la barbarie.

Les droits et les libertés que l'État doit protéger risquent d'être restreints par des actions censées les défendre. Dans un contexte sécuritaire, certaines actions discriminatoires deviennent peu à peu acceptables en réaction aux attaques.

Enfin, si l'on renonce au respect des droits humains, à l'égalité et à la protection de l'état de droit pour combattre le terrorisme, nous risquons de faire le jeu de ceux qui nous attaquent en vertu de ces valeurs.

Nicola Procaccini, *a nome del gruppo ECR*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, prima di tutto devo constatare come sia un grave errore l'aspettativa «islamica» dal titolo di questa discussione, come dall'intervento appena pronunciato dal Commissario Johansson. La paura di associare una motivazione religiosa agli attentati terroristici che hanno insanguinato l'Europa in questi giorni, come negli ultimi vent'anni, ci impedisce di prevenirli, oltre che di contrastarli.

La paura di nominare l'Islam costituisce la più eclatante dimostrazione dell'efficacia della lotta terroristica, che non vuole solo mietere vittime tra gli infedeli ma vuole soprattutto cambiare il nostro modo di pensare, di vivere e di esprimerci.

La paura di nominare l'Islam ci impedisce di far emergere un pensiero di secolarizzazione tra gli islamici, di dare coraggio a coloro tra i musulmani che vogliono vivere in pace in Europa, professando legittimamente la loro religione.

La paura di dare alle cose il loro nome ci porta a nascondere le radici culturali dei nostri diritti di libertà, che sono religiose: sono radici cristiane, non fate finta di non saperlo! Dove pensate che abbiamo imparato a dare a Cesare quel che è di Cesare e a Dio quel che è di Dio? Chi ci ha detto di porgere l'altra guancia se offesi? Chi ci ha insegnato a rispettare le donne, considerandole al pari degli uomini, e chi ci ha comandato di difendere gli oppressi?

La paura di fare le giuste scelte, anche nel contrasto all'immigrazione illegale, non solo scopre il fianco delle nostre città e delle nostre scuole alla violenza terroristica, ma nello stesso tempo ci impedisce di individuare a monte chi ha bisogno di protezione umanitaria, chi davvero vuole condividere il nostro sistema di valori, possibilmente senza essere costretto a mettersi nelle mani degli scafisti o rischiando di perdere la vita in mare, come è accaduto anche oggi. Dobbiamo governare le partenze per non essere costretti a gestire gli arrivi. Non sappiamo più in che maniera dirvelo!

Io concludo con un ammonimento di un grande scrittore italiano, Cesare Pavese: «ricordati sempre che i mostri non muiono, ciò che muore è la paura che ti incutono». Coraggio, Europa!

Manon Aubry, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, à Conflans, à Nice, à Vienne, par trois fois en moins d'un mois, le terrorisme nous a frappés dans notre chair.

Au nom de notre groupe de la gauche européenne, je veux tout d'abord m'associer aux messages d'émotion et de solidarité pour les victimes de ces assassinats odieux et pour leurs proches.

Alors que nos sociétés sont fragilisées par la crise sanitaire, la catastrophe climatique et l'explosion de la pauvreté, cette série d'attentats abjects a un objectif politique clair: nous affaiblir en nous divisant. Et je lance aujourd'hui l'alerte avec gravité: ne les laissons pas gagner.

Le débat public européen, en reprenant la rhétorique toujours plus haineuse de l'extrême droite, prend une tournure inquiétante en s'aventurant dans la pente dangereuse de l'autoritarisme assumé et du racisme décomplexé. En France, une chasse aux sorcières a été initiée par le gouvernement, qui a tantôt accusé les partis d'opposition, les professeurs d'université, de complicité avec les terroristes, qui a sous-entendu l'existence d'un lien entre les rayons halal des supermarchés et la montée de l'extrémisme religieux.

Partout en Europe, les responsables politiques demandent la création de nouvelles lois d'exception pour affranchir la lutte contre le terrorisme des règles de droit les plus élémentaires, comme si reprendre les méthodes de l'ennemi allait nous en prémunir. C'est une faute fondamentale. Au contraire, face aux terroristes, l'état de droit n'est pas une faiblesse, c'est notre bouclier le plus puissant.

Toute remise en cause de nos libertés fondamentales est une défaite face à leur ambition de mettre à terre nos démocraties. Toute stigmatisation des musulmans comme boucs émissaires est un cadeau pour ceux qui cherchent à relancer les guerres de religion. Ces dérives sont aussi dangereuses qu'inefficaces.

La menace terroriste doit au contraire être abordée avec fermeté et sérieux, autour d'un impératif absolu: le maintien de notre cohésion. Il faut bien sûr lutter activement contre les réseaux jihadistes, en accordant des moyens suffisants à notre justice et à nos services de renseignements, en s'attaquant aux paradis fiscaux et aux banques qui blanchissent l'argent sale des terroristes, en changeant en profondeur nos alliances commerciales et militaires avec les États qui les subventionnent.

Mais il faut aussi s'attaquer au terreau qui permet aux jihadistes de recruter et au fondamentalisme de prospérer. Les discriminations, le racisme, la ghettoïsation, la disparition des services publics de proximité, la précarité, sont les alliés des terroristes.

Notre devoir est de lutter activement contre la relégation systématique d'une partie de nos populations. L'investissement dans le système éducatif doit enfin être notre boussole. Ce sont nos enseignants, comme Samuel Paty, qui apprennent aux jeunes la liberté de conscience et d'expression, le droit à la caricature, le respect de l'opinion de l'autre. C'est à l'école que se forment les citoyens de demain. Nos professeurs sont la meilleure arme contre l'obscurantisme. Alors, ne laissons pas les terroristes dicter leur agenda politique et imposer les termes du débat. Ne tombons pas tout droit dans le piège qu'ils nous tendent et opposons notre indéfectible unité.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'escalation della violenza terroristica avvenuta in Francia e in Austria ci rammenta la grave minaccia che incombe sugli Stati membri dell'Unione europea.

Il terrorismo genera paura, rafforza gli estremismi politici, polarizza le società, crea tensioni tra gruppi sociali e religiosi, alimenta la discriminazione, l'odio, la xenofobia e l'islamofobia.

Ad essere minacciati non sono soltanto sicurezza e ordine pubblico, ma anche i diritti individuali, la pace e la coesione sociale.

Combattiamo da anni un fenomeno variegato e complesso, che agisce con modalità operative, comunicative e di finanziamento in evoluzione, che sfuggono in parte agli sforzi di cooperazione, di monitoraggio e di contrasto, soprattutto quando la lotta si sposta nel mondo online e digitale, il quale può offrire contenuti e strumenti usati per la propaganda, la formazione, il reclutamento e la radicalizzazione.

In questo contesto, su questioni come sorveglianza, individuazione e rimozione di contenuti online, se l'impatto delle legislazioni antiterrorismo sui diritti fondamentali non è valutato con equilibrio si rischia di concedere a determinate autorità pericolosi strumenti per combattere arbitrarietà e abusi, a danno della libertà di espressione e di accesso alle informazioni.

Il contemperamento tra esigenza di sicurezza e diritti fondamentali è basilare per la democrazia e per lo Stato di diritto: oltre alle sfide riguardanti i *foreign fighters*, il rafforzamento della cooperazione nello scambio di informazioni, il controllo delle frontiere esterne, la lotta alle fonti di finanziamento e all'accesso alle armi, il terrorismo va combattuto anche con strumenti culturali, sociali ed economici, incidendo sulle cause.

Non possiamo accettare di avere generazioni di giovani con cittadinanza europea che nutrono un senso di estraneità e di risentimento per la società in cui vivono, al punto da abbracciare la violenza jihadista come risposta alla ricerca di identità, di appartenenza e di rispetto.

Le politiche di integrazione, finalità di ogni percorso di istruzione ed educazione, devono svolgere un ruolo primario nella lotta contro i processi di estremismo e di radicalizzazione violenta, promuovendo tolleranza, dialogo interculturale, sviluppo della persona, piena inclusione sociale e partecipazione alla vita politica, sociale e lavorativa.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Mr President, thank you to the Members for a very good debate. Let me first say to Mr Weber that I fully agree that it should be mandatory for all Member States to insert terrorist alerts in the Schengen Information System. As a matter of fact, it is already mandatory, but we have to make sure that everybody also complies. We need to share information better, we need to share better information and we need to remove terrorist content online immediately.

To Ms García Pérez, I would say I fully agree that we need to defend the right of free speech, even when we totally disagree with the message, but we will also firmly fight those that seriously threaten these freedoms and these rights.

I would say to Mr Bay, migration is not a threat. Today, we have 22 million people in the European Union who are third-country nationals. They have come here to marry a European citizen, they have come here to work here, they have come to do research, to study, they have come here because they need international protection. They are part of our society.

Let me tell you about Osama Joda, a 23-year-old Palestinian immigrant in Vienna. He was just five metres away when a police officer got hit in this terrorist attack. He pulled the police officer to safety, he took off his own shirt, he tied it around the officer's leg to stop the bleeding. You know what? He risked his life despite suffering appalling racism. He was bullied at his job for having the same first name as Osama bin Laden. A mayor also tried to block his family from buying a house because they were Muslims.

The aim of the terrorist is to divide our society, is to destroy our unity, is to abolish our values and rights. We will never let them win.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Napjainkban sajnos ismét a terrorizmus jelenti az egyik legfontosabb problémát, amellyel határozottan fel kell vennünk a harcot. A két, vérfagyasztó kegyetlenséggel végrehajtott lefejezéses támadás Franciaországban, majd a négy ártatlan életet követelő bécsi lövöldözés sokkolta Európát. Ezek az események vészharangok, hogy Európának fel kell ébrednie, és radikális eszközökkel meg kell állítani az illegális migráció okozta fenyegetést az európai emberek és az európai életmód ellen. Az európai balliberálisok továbbra sem képesek beismerni, hogy a terrorhullámnak köze van a bevándorláshoz. Mindaddig, amíg ezt nem teszik meg, addig a terrorizmus veszélye tovább nő, és újabb támadásoknak leszünk szemtanúi. Az antiszemitizmus, rasszizmus, valamint a vallási intolerancia és a diszkrimináció különböző fajtái nem csak egyes személyek biztonságát fenyegetik, hanem a terrorizmus és a bűnözés erősödésének kedvező, a közösségek számára mérgező légkör kialakulásához is hozzájárulhatnak.

Mindezen konfliktusok, az elfogult nézetek és az előítéletek kezelésében kiemelten fontos szerepe van az oktatásnak. A pedagógusok ezáltal nagy felelősséggel bírnak, hisz ők segíthetik a fiatalokat abban, hogy toleráns, másokat tisztelő állampolgárrá váljanak. Az előítéleteken alapuló gyűlöletbeszéd erőszakhoz, gyűlölet-bűncselekményekhez és félelemben élő társadalmak kialakulásához vezethet. Ezért fontos megfékezni az ellenőrzés nélküli bevándorlást az EU-ba, hogy az európai értékek és elvek továbbra is fennmaradhassanak.

Ioan-Rareș Bogdan (PPE), în scris. – Atacurile teroriste de la Paris, Nisa, Viena au zdruncinat puternic Europa. Atentatele reprezintă în fapt un atac direct asupra valorilor și principiilor fundamentale ale Uniunii Europene, asupra democrațiilor și libertăților noastre. Trebuie să existe un schimb de informații mai bun și mai eficace între statele membre și este necesară sporirea protecției spațiilor publice pentru a stopa astfel de evenimente tragice. Nu în ultimul rând, internetul reprezintă un mijloc prin care teroriștii incită la ură și capătă adepți prin intermediul rețelelor de socializare și a site-urilor înșesate de mesaje dedicate. Mă bucur că președintele Grupului PPE din Parlamentul European, Manfred Weber, a adoptat o poziție tranșantă și a cerut deblocarea inițiativei care autorizează eliminarea într-o oră a conținutului platformelor online ce promovează asemenea nenorociri. Securitatea europenilor nu este negociabilă. Trebuie să arătăm tuturor celor vor să inducă teamă și nesiguranță că nu ne vom lăsa ingenuncheați în fața niciunui atac și că vom combate terorismul prin toate mijloacele posibile și că vom proteja în același timp dreptul la libertatea de expresie și la educație. Cu curaj și cu determinare trebuie să oprim astfel de manifestări și să acționăm ferm pentru combaterea oricărui tip de terorism.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Un professore di storia e geografia decapitato a Parigi perché teneva un corso sulla libertà di espressione; un brutale attentato nella cattedrale di Notre-Dame a Nizza dove 3 persone hanno perso la vita; un altro, a Vienna, dove sono morte 4 persone e molte altre ferite. Il terrorismo continua ad insanguinare l'Europa, attacca le libertà, i valori fondamentali alla base della nostra costruzione europea. È pertanto necessaria una forte risposta comune. Occorre rendere più incisive le iniziative assunte a livello UE – scambio informativo, coordinamento investigativo e giudiziario e contrasto patrimoniale – nella lotta al terrorismo e alla criminalità organizzata che, con i propri traffici, soprattutto in droga e armi, fornisce supporto e risorse anche ai gruppi terroristici. Unitamente alla nuova Agenda per la lotta al terrorismo prevista dalla Commissione, l'Unione deve dotarsi di strumenti più incisivi, come l'estensione delle competenze della Procura europea anche ai reati di terrorismo e reati finanziari a questo collegati, dotandola delle risorse e dei mezzi necessari, e ancora attraverso il rafforzamento di Europol, al fine di creare una vera agenzia europea di intelligence. Di fronte al terrorismo, dobbiamo rispondere con determinazione e fermezza, in difesa dei cittadini europei e dei nostri valori condivisi di libertà e pace.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Terroryzm to jedno z największych zagrożeń naszych czasów, a terroryści to bezwzględni przestępcy bez wartości i moralnych granic. W swoich atakach z niespotykanym okrucieństwem wykorzystują nowe techniki i technologie, coraz częściej nastawione na rozgłos medialny.

Ostatnie ataki we Francji i Austrii o podłożu religijnym i kulturowym dowodzą tylko, jak wiele mamy jeszcze do zrobienia, aby zapewnić naszym obywatelom wysoki poziom bezpieczeństwa. W swoich działaniach w zakresie podżegania, werbowania do działalności terrorystycznej i organizowania aktów terroryści w coraz większym stopniu korzystają z narzędzi informacyjnych, w tym z internetu, sięgając jednocześnie po dyspersję informacyjną, tak aby wywołać psychozę, chaos, niekontrolowane reakcje.

Dlatego coraz trudniej jest w praktyce określić granicę między wolnością słowa a naruszeniem praw człowieka. Z definicji wolność słowa jest uprawnieniem każdej jednostki, ale jak wyznaczyć jej granice w obliczu bezpośredniego zagrożenia? Dlatego mamy przed sobą niezwykle trudne zadanie. Musimy pamiętać, że bezpieczeństwo i wolność są komplementarne, a prawa człowieka powinny być centralnym elementem strategii zwalczania terroryzmu.

Proponowane przez nas nowe inicjatywy i metody zapobiegania terroryzmowi i zwalczania go muszą jednocześnie gwarantować, że bezpieczeństwo, prawa człowieka i egzekwowanie prawa nie wykluczają się wzajemnie, ale uzupełniają.

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie*. – Z uwagi na poziom zagrożenia terrorystycznego w państwach zachodnich UE walka z terroryzmem nie może być ograniczana do działań o charakterze militarnym i prawno-karnym. Istotne również pozostają działania podejmowane w sferze informacyjnej i edukacyjnej. Konieczne jest zaangażowanie sektora prywatnego i organizacji pozarządowych. Jednak i w tym przypadku nie można zapominać o podstawowych prawach obywatelskich. Nie można doprowadzić do sytuacji, w której zagrożone zostaną wolności obywatelskie.

Na podstawie rozporządzenia w sprawie zapobiegania rozpowszechnianiu w internecie treści o charakterze terrorystycznym, dostawcy usług hostingowych działający na terytorium UE, będą zobowiązani do usuwania treści o charakterze terrorystycznym. To słuszne, należy jednak uważać, by nie doprowadzić do wykorzystywania zapisów do blokowania lub usuwania treści, które nie mają charakteru propagandy terrorystycznej. Wdrożenie tego rodzaju mechanizmów prewencyjnych nie może ograniczać aktywności użytkowników internetu. Aktywniejsza rola platform w zwalczaniu treści terrorystycznych nie może prowadzić do cenzury, wolności słowa i naruszeń prywatności. Dlatego konieczne są dodatkowe gwarancje i zabezpieczenia, chroniących prawo do wolności wypowiedzi. Należy zapewnić kontrolę sądową decyzji o usunięciu treści z internetu. Przede wszystkim jednakże źródła terroryzmu w Europie należy zwalczać u podstaw.

Błędna polityka zagraniczna i migracyjna państw zachodnich UE doprowadziła do sytuacji, w której zagrożone jest bezpieczeństwo obywateli, a nawet istnienie naszej cywilizacji.

Julie Lechanteux (ID), *par écrit*. – L'assassinat du professeur Samuel Paty, victime de la barbarie islamiste, a mis en évidence le climat d'intolérance et de haine qui règne aujourd'hui dans certaines écoles françaises, où les libertés d'opinion et d'expression sont la cible d'attaques sans précédent de la part d'une mouvance islamiste dont le modèle reste celui de la charia, qui est incompatible avec la démocratie et les principes mêmes de l'école républicaine, comme la laïcité et l'égalité hommes-femmes.

Pour l'imposer, certains islamistes sont prêts aux pires atrocités. Ce meurtre, comme celui des trois chrétiens de la Basilique de Notre-Dame à Nice, fait suite à une campagne de haine mondiale contre la «France blasphématrice», orchestrée notamment par les Frères musulmans, la Turquie, le Qatar et le Pakistan. Une propagande haineuse, relayée en France par les soutiens et les propagateurs de cette idéologie mortifère: une galaxie d'associations islamistes, dont certaines ont pignon sur rue dans de nombreux pays européens.

Face à cette attaque contre la démocratie, nos valeurs européennes, nous devons réagir. Nous devons dénoncer et bannir, une fois pour toutes, les organisations, les prédicateurs et les ressortissants étrangers qui se font les fers de lance, en France, de l'idéologie islamiste et de son bras armé: le terrorisme.

Ελισάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), γραπτώς. – Η Ευρώπη ήρθε αντιμέτωπη για μία ακόμη φορά με ένοπλες αιματηρές επιθέσεις τρομοκρατών, υποκινούμενες από ακραίες αντιλήψεις θρησκευτικού φανατισμού και ρητορική μίσους, που στοίχισαν τη ζωή πολλών συνανθρώπων μας και που μόνο σκοπό έχουν να σπείρουν τον τρόμο και να πλήξουν τις αρχές και τις αξίες μας. Οι επιθέσεις σε Γαλλία και Αυστρία καταδεικνύουν ότι ξεκινά μια νέα δύσκολη περίοδος για τις σχέσεις της Ευρώπης με τα ακραία ισλαμιστικά καθεστώτα, γεγονός που πρέπει να μας βρει όλους ενωμένους και αλληλέγγυους. Έχουμε κάνει πολλά βήματα στον αγώνα κατά της τρομοκρατίας, αλλά έχουμε ακόμα να διανύσουμε μακρύ και δύσκολο δρόμο. Η ενισχυμένη συνεργασία μεταξύ των χωρών της ΕΕ και η ανταλλαγή πληροφοριών πρέπει να συνεχιστούν, καθώς συνέβαλαν στην πρόληψη επιθέσεων ή στον περιορισμό των επιπτώσεών τους. Τους τελευταίους 22 μήνες έχουν αποτραπεί 119 τρομοκρατικές επιθέσεις σε ευρωπαϊκό έδαφος. Ωστόσο, η ριζοσπαστικοποίηση νέων ισλαμιστών, που εκπαιδεύτηκαν να μισούν την Ευρώπη, τη δημοκρατία και τους θεσμούς μας, καθώς και η ισλαμιστική προπαγάνδα στο διαδίκτυο, που προωθεί την τρομοκρατία, πρέπει να αντιμετωπιστούν άμεσα και στοχευμένα. Οι απειλές που αντιμετωπίζουμε είναι κοινές και κοινή πρέπει να είναι και η προσέγγισή μας, χωρίς να κάνουμε εκπτώσεις στις αξίες, τις ελευθερίες, τον τρόπο ζωής μας αλλά ούτε και στην ασφάλεια των Ευρωπαίων πολιτών.

23. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Presidente. – Il gruppo S&D ha comunicato al Presidente una decisione di modifica relativamente alle nomine nelle delegazioni. Questa decisione sarà inclusa nel verbale della seduta odierna ed entrerà in vigore alla data del presente annuncio.

Desidero inoltre informarvi che dovremo sospendere brevemente la seduta per consentire il cambio di turno degli interpreti e la disinfezione delle cabine. La seduta riprenderà alle ore 19.55.

(La seduta è sospesa alle 19.25)

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

24. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 19.56 Uhr wieder aufgenommen.)

25. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021 — alle Einzelpläne (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Pierre Larrouturnou und Olivier Chastel über den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021 — alle Einzelpläne (2020/1998(BUD)) (A9-0206/2020).

Ich möchte Sie wie immer davon in Kenntnis setzen, dass bei sämtlichen Aussprachen dieser Tagung weder spontane Wortmeldungen noch blaue Karten oder Wortmeldungen zur Geschäftsordnung akzeptiert werden. Außerdem sind etwaige Online-Wortmeldungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Pierre Larroustou, rapporteur. – Madame la Présidente, 600 milliards d'euros, le rapport que nous allons voter cette semaine pour dire comment on peut éviter le chaos climatique et social affirme qu'il faut chaque année 600 milliards d'investissements en plus.

Face à des gouvernements qui ne voulaient pas lâcher un euro, l'équipe qui a négocié pour le Parlement européen a obtenu 2 milliards de plus. Merci à Margarida et à toute l'équipe. Bravo, c'est vraiment bien. Mais, en conscience, nous savons tous que ce budget n'est pas à la hauteur.

Monsieur le Commissaire européen chargé du budget, cher Johannes, Madame la Secrétaire d'État, chère Bettina, chers collègues, je suis vraiment persuadé que, dans les semaines qui viennent, il est encore possible de compléter ce budget – je dis bien compléter, non pas le renégocier, compléter ce budget pour être à la hauteur, pour donner plus de moyens à la santé, au climat et à l'emploi.

Si nous étions dans une période de stabilité, si tout allait bien, je dirais bravo, merci, et j'arrêtera ma grève de la faim. Mais nous savons tous que nous devons faire face à trois crises historiques, à trois crises d'une ampleur jamais vue.

Pour faire face à la crise sanitaire, il faut immédiatement plus de moyens pour les hôpitaux, il faut plus de moyens pour la recherche, pour trouver de nouveaux vaccins, pour prévenir les prochaines pandémies.

Pour faire face à la crise sociale, il y a 18 mois, Ursula von der Leyen disait: nous allons vers une nouvelle crise économique et pour éviter une flambée du chômage, il faudra permettre à tous les États membres de développer le *Kurzarbeit*. Ursula von der Leyen disait: l'Europe doit aider chaque pays à protéger l'emploi. Le système du *Kurzarbeit*, c'est très simple: si une entreprise est face à un choc économique, au lieu de licencier un tiers des salariés, elle baisse le temps de travail, on baisse les salaires, il y a des aides qui maintiennent 95 % du revenu. Ursula von der Leyen disait: on va vers un choc économique, il faut éviter une flambée du chômage, l'Europe doit aider les États membres. Pourquoi n'y a-t-il pas, aujourd'hui, une ligne ou un milliard pour ces dispositifs de protection de l'emploi?

Pour faire face à la crise écologique, certains pensent que, avec la crise économique, l'évolution du CO₂ s'est calmée. Hélas, c'est faux. Les feux de forêt en 2020 ont atteint un niveau jamais vu. Les feux de forêts en Australie: 440 morts – 440 morts en Australie dans les feux de forêt! Les feux de forêts en Sibérie, en Amérique, font que 2020 va être la pire année pour l'évolution du CO₂. Certes, le CO₂ est directement lié à l'activité économique ralentie, mais globalement, ça va être une des pires années, donc on ne peut pas attendre pour agir pour le climat.

Il faut agir avec force. L'humanité n'a plus le temps pour les politiques des petits pas. L'humanité veut qu'on arrête les rustines, il est temps de proposer pour l'Europe une nouvelle donne. Nous le savons tous, mes amis, l'Europe est à la croisée des chemins. Nous avons tous conscience que le mélange de la crise sociale, de la crise climatique et de la crise sanitaire peut nous amener à l'effondrement. On le disait l'autre jour en commission des budgets, avec la crise de 1929, l'Europe a sombré dans la barbarie, et nous savons tous que la crise actuelle est pire que la crise de 29. Et nous ne sommes pas, collectivement, à la hauteur.

Mais avec la règle de l'unanimité, je pense qu'il était impossible de faire mieux, notre équipe de négociation a fait le maximum. La règle de l'unanimité, c'est impossible de continuer comme ça. Avec l'unanimité, c'est le plus stupide, le plus égoïste, le plus aveugle face aux dangers du moyen terme, qui peut bloquer toute négociation. Aucun groupe humain ne fonctionne avec l'unanimité – ni un club de foot, ni une chorale, ni une entreprise, ni un parlement démocratique. L'unanimité, c'est la paralysie.

C'est pour cela que, dans le rapport que nous allons adopter cette semaine sur le financement du pacte vert, nous disons qu'il faut sortir de l'unanimité et relancer par une coopération renforcée, sans tarder, la négociation sur la taxe sur les transactions financières, avec 10 ou 15 pays. On ne peut pas, au nom de l'unanimité, bloquer des moyens pour la santé ou pour le climat.

Dans ce rapport, nous demandons qu'on accélère cette coopération renforcée pour une taxe sur les transactions financières qui rapporterait 57 milliards, c'est marqué dans le rapport. Le Parlement veut la vraie taxe sur les transactions financières, pas la toute petite.

Oui mes amis, il est temps d'inventer du neuf! Si on veut éviter le chaos dans les 10 ou les 15 ans qui viennent, il est temps de proposer une nouvelle donne pour l'Europe. Nouvelle donne: c'est le nom de mon parti en France, en référence au New Deal de Roosevelt. Et quand M^{me} von der Leyen parle d'un Green New Deal, c'est évidemment une référence au New Deal de Roosevelt. Mais pour Roosevelt, ce n'était pas seulement de beaux discours.

Roosevelt s'est donné les moyens de créer des millions d'emplois, il a triplé le budget fédéral. Il a triplé le budget fédéral et voulait un budget à l'équilibre. C'est pour ça qu'il crée un impôt sur les millionnaires, qu'il instaure un impôt sur les bénéfices des grandes entreprises. Les banquiers sont furieux et disent que Roosevelt est un communiste qui va tuer l'Amérique. Mais Roosevelt tient bon, il n'a pas tué l'Amérique. Au contraire, au moment où l'Europe allait vers la barbarie, Roosevelt a sauvé la cohésion sociale et sauvé la démocratie, et les États-Unis ont pu aider l'Europe ensuite. Donc, oui, quand on a une vraie ambition, on a un vrai budget.

Quelle est, aujourd'hui, notre ambition, quels sont les moyens que nous nous donnons? J'aimerais ici, avec Bettina Hagedorn – vous représentez le Conseil des chefs d'État et de gouvernement – j'aimerais m'adresser à M^{me} Merkel et à M. Macron.

Madame Merkel et Monsieur Macron, par votre déclaration du 18 mai, vous avez vraiment eu un effet de catalyse, un effet catalyseur. Vous avez proposé un plan très courageux: 500 milliards de dettes communes pour un plan de relance. Évidemment, au début, il y a quatre pays qui ont dit non, non, jamais. Mais deux mois après, la dynamique était tellement forte que tout le monde était d'accord pour un plan de presque 400 milliards d'investissements. C'était impossible, mais vous l'avez fait, et le Parlement vous en remercie.

De même, si nous voulons trouver les moyens pour avoir plus d'argent pour les hôpitaux, pour le climat, pour la recherche, pour l'emploi, il est encore possible de trouver de nouvelles ressources. Il est possible de lancer très vite – ça fait neuf ans qu'on en parle, ça fait neuf ans que la directive est sur la table, ça fait neuf ans qu'on a fait l'étude d'impact qui montre que c'est possible –, il est possible de créer très vite une taxe les transactions financières avec les pays qui le veulent. Montrez, Madame Merkel et Monsieur Macron, que votre engagement est sérieux.

Madame Merkel, vous voulez absolument un accord sur le climat, un accord ambitieux le 10 et le 11 décembre, et vous avez totalement raison. Cela fait 25 ans que vous vous intéressez au climat – c'était déjà vous qui, à Berlin, aviez accueilli le premier sommet sur le climat, il y a 25 ans. Mais le seul moyen pour avoir un vrai accord ambitieux les 10 et 11 décembre, c'est de débloquer des financements, sinon beaucoup de pays vont bloquer l'accord sur le climat, et c'est dramatique.

Dans le mois qui vient, le Parlement européen propose plein de ressources propres, mais la seule qui est techniquement prête, je le répète (1 200 pages d'étude d'impact), la seule que le Parlement soutient et que de plus en plus de pays soutiennent – la Pologne, la Belgique y étaient hostiles il y a cinq ans et sont maintenant d'accord –, c'est la taxe sur les transactions financières.

Mes amis, l'humanité n'a plus le temps pour des politiques de petits pas. Les climatologues nous disent que l'année 2020 est bien pire que ce qu'ils pensaient. Le dérèglement climatique est en train de s'effondrer et la crise sociale peut nous mener à une crise démocratique. Nous ne savons pas quels sont les pays qui seront encore démocratiques dans cinq ou dix ans si on continue comme ça.

Il est temps de prendre des initiatives fortes. En mai 1950, Adenauer et Schuman, pour éviter la guerre, prennent une initiative historique. Schuman dit: «La paix mondiale ne saurait être préservée sans des efforts créateurs, à la mesure des dangers qui la menacent.» Voilà pourquoi l'Allemagne et la France proposent à leurs voisins une initiative limitée mais décisive.

Une initiative limitée mais décisive, c'est mettre ensemble le charbon et l'acier. Cela faisait des décennies qu'on se faisait la guerre, et en deux semaines seulement, en deux semaines, Schuman et Adenauer ont décidé de mettre ensemble le charbon et l'acier. Adenauer a dit: «Ce fut le plus beau jour de ma vie, j'ai vu le ciel s'ouvrir devant moi.»

Mes amis, je pense qu'on a fait un gros travail pour négocier le budget actuel et qu'il est urgent de le compléter, pour avoir des ressources nouvelles pour le climat, la santé, l'emploi.

Madame Merkel, vous êtes une grande européenne, il est temps de prendre une initiative limitée mais décisive: l'Europe est née avec le charbon et l'acier, elle peut renaître avec un projet climat, santé et emploi financé par une taxe sur la spéculation.

Olivier Chastel, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Chers collègues, de prime abord, je voudrais d'abord évidemment saluer l'accord politique obtenu dans le cadre financier pluriannuel et sur le plan de relance, ainsi que le travail exceptionnel de notre équipe de négociation. Le Parlement européen a su faire bouger les lignes du Conseil: c'est une première, c'est une vraie victoire et nous devons nous en féliciter.

En votant notre proposition de budget pour 2021, nous répondons concrètement aux préoccupations des citoyens européens qui font face tous les jours à une crise sanitaire et économique sans précédent, qui s'inscrit dans la durée, avec une contraction de l'économie de plus de 7 % pour cette année.

Nous ne pouvons pas les décevoir avec des programmes européens rabotés alors qu'ils ne se sont pas encore remis de la première vague de cette crise et qu'ils doivent affronter déjà la seconde.

Quand les États membres prennent des décisions sur de grandes politiques, en matière de santé en matière de recherche, le transfert de ces compétences doit aller de pair avec les moyens financiers et humains adéquats. C'est pourquoi le Parlement européen plaide sans relâche depuis des mois pour un budget ambitieux. Nous demandons, pour le budget 2021, une enveloppe supplémentaire conséquente pour financer les programmes phares de l'Union européenne: Erasmus+, EU4health, Horizon Europe et InvestEU.

Nous voulons pouvoir faire comprendre aux citoyens que la solidarité européenne ne se réduit pas à des slogans, que les valeurs européennes ne sont pas de vains mots, que seule une réelle solidarité dès 2021 permettra d'assurer le financement de réformes structurelles et l'efficacité des politiques de l'Union.

Notre budget, qui correspond à la première année du cadre financier pluriannuel, doit être en mesure de soutenir une facilité pour une relance durable et résiliente de 4 ans. Le Conseil a fait le choix d'une approche arithmétique des montants proposés par la Commission pour 2021 pour plusieurs programmes, se fondant en cela sur la position du Conseil européen et sans dégager de vraies priorités politiques. Les coupes effectuées dans les programmes phares de l'Union, clairement orientés vers l'avenir, comme la transition climatique et numérique, la santé, la recherche ou encore la jeunesse et la culture, compromettent d'ores et déjà les fondements mêmes de cette relance.

Dans ces temps particulièrement difficiles pour l'entrepreneuriat, la jeunesse, le milieu hospitalier, ou la société civile, l'Europe propose une sortie de crise, porteuse de projets collectifs et solidaires. Seule une volonté politique commune nous a permis de conclure un accord politique ambitieux, juste et équilibré sur le prochain cadre financier pluriannuel. Le principe du juste retour est dépassé. La conciliation qui va s'ouvrir le 17 novembre est cruciale et il est tout aussi crucial de l'exploiter pleinement: 21 jours de conciliation dans un esprit constructif et ouvert afin qu'aux termes d'échanges francs et honnêtes, nous répondions aux attentes légitimes des citoyens européens dès 2021.

Nous devons tirer un enseignement de cette crise majeure et bâtir dès à présent les fondements d'une souveraineté européenne sur les plans sanitaire, numérique, industriel et même sécuritaire, pour être à même de traiter les défis actuels et futurs en dégageant des décisions européennes porteuses d'investissements durables et de coopération humaine au service de tous les citoyens européens.

Chers collègues, le budget 2021, c'est aussi le budget de notre institution, le Parlement européen, et d'ailleurs des autres institutions. Il est évident qu'on ne peut bâtir des politiques porteuses d'avenir sans institutions opérationnelles, efficaces, modernes, respectueuses de l'environnement et interactives et donc capables de fonctionner, même en cas de force majeure.

C'est pourquoi, avec mes collègues des 5 principaux groupes politiques, nous avons décidé de restaurer les coupes du Conseil, à la demande des institutions, lorsque celles-ci étaient justifiées car ici aussi, le Conseil a fait des propositions de coupes horizontales et systématiques, sans tenir compte des spécificités des institutions. Adopter une telle démarche aurait nui à leur fonctionnement et amputé d'autant la contribution vitale qu'elles apportent au bon fonctionnement de l'Union, dans ce même état d'esprit.

Et sur base de cette même démarche, nous avons restauré le tableau des effectifs. Enfin, à l'égard des propositions des coupes de la Commission, nous avons considéré dans un nombre limité de cas qu'il était nécessaire de restaurer les estimations de ces institutions.

Et je terminerai, Madame la Présidente, en rappelant qu'un euro dépensé au niveau du budget européen permet d'économiser bien plus qu'un euro dans nos différentes capitales, sur base du principe de subsidiarité budgétaire. Les États membres doivent considérer les versements à l'Union européenne, non comme des dépenses mais bien comme des investissements dans un monde globalisé, où l'Europe doit pouvoir traiter sur un pied d'égalité avec la Chine, la Russie, les États-Unis, grâce à une autonomie européenne indispensable pour défendre les intérêts de nos citoyens et des futures générations.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, I'm really grateful for the opportunity to address you even under these very difficult circumstances and I'm also happy to see that Mr Larroustou is with us and still quite well and I hope it stays like this.

Let me first congratulate all of you on the political agreement concerning the Multiannual Financial Framework, which we all could reach just yesterday. Indeed, it required serious compromises on both sides, but it came just in time, and it shows that the Union is ready to act.

This unprecedented agreement is historic both in size and magnitude. At times, when the epidemiological situation is worsening, and economic forecasting is predicting challenging times for our companies, citizens and regions. This demonstrates the Union's ability to act.

As you know, the MFF is a pre-condition for having the annual budget and all the programmes adopted. Ultimately, the envelopes for Union programmes depend on the final agreed MFF ceilings.

The Commission will therefore work tirelessly to introduce the budgetary impact of the MFF agreement in the annual budget procedure as quickly as possible.

We were just about to conclude our work on the amending letter but now we are happy to finalise it taking the MFF agreement into account.

I hope that this will enable us to swiftly come to an agreement on the 2021 budget in the conciliation. I think we can all agree that recent agreements should not directly be re-opened, especially considering the sweat and tears that went into this MFF agreement.

Concerning the budget nomenclature, we have, at the technical level, worked proactively with the Parliament and the Council to find the right balance between flexibility and transparency. The amending letter will provide proposals, which should meet the main concerns.

On the substance of the Council and the Parliament position, I would like to address one issue also raised by State Secretary Hagedorn last time when we met in this Chamber few weeks ago. This concerns the proposal to reduce 162 posts in the Commission's establishment plan of which 140 posts relate to staff increases in the Union's decentralised agencies.

While we fully share the objective to ensuring the efficiency of our administration, I simply cannot accept the rationale in offsetting increases in posts for decentralised agencies by cutting Commission posts. The decentralised agencies work in areas where Member States agree that resources are better pooled for activities that would otherwise have to be performed by national administrations: border control or food safety are just two examples. The Commission doesn't perform these tasks and the pooling of national activities in the decentralised agencies has no impact on the workload within the Commission. Therefore, I urge the Council and the Parliament to reconsider their position on this.

Let me just remind you of the next steps in the annual budgetary procedure. Firstly, we will present the aforementioned amending letter by the end of this week. Secondly, we will also present the executability letter in the coming days. It's one of the Commission's inputs for the conciliation. The executability letter provides the assessment of the implementability of the amendments proposed by the Parliament and the Council.

I am now fully confident that, after reaching the difficult and important MFF compromise, we will also be able to agree on how to translate it into the 2021 budget.

There's no margin for failure in the draft budget 2021 calendar. The conciliation, which starts this coming Tuesday, 17 November, is our one and only shot to find an agreement on the next annual budget. Now, the negotiating teams will, with their political agreement on the MFF, pave the way to an agreement on the 2021 budget as well.

We have only these 21 days until December 7 to reach an agreement. So I trust we all understand the heavy responsibility that this places on everyone, because what is an MFF without an annual budget?

Let's make every single day count and work together proactively and constructively. This is critical if we want the Union's response to the crisis to continue at full force next year.

I have to say my services and I are available at all times to help this process because, once again, we cannot lose any time and it's our one and only last shot, if you like, and this is something which has to be fixed in due time in order to really to enable us, starting on 1 January next year to implement what is necessary in the interest of our citizens.

Νίκος Ανδρουλάκης, *Εισηγητής της γνωμοδότησης της Επιτροπής Εξωτερικών Υποθέσεων*. – Κυρία Πρόεδρε, ο προϋπολογισμός της επόμενης χρονιάς είναι πολύ σημαντικός, καθώς είναι ο πρώτος με το νέο πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο και θα αποτελέσει πρότυπο γι' αυτούς που θα ακολουθήσουν. Είναι ανάγκη να στηρίξουμε τις γειτονικές χώρες στις προκλήσεις που αντιμετωπίζουν· και δεν είναι πάντα η πανδημία, όπως —βέβαια— στην περίπτωση του Λιβάνου. Ως Επιτροπή Εξωτερικών Υποθέσεων αποφασίσαμε να ακολουθήσουμε μια πιο αναλυτική καταγραφή για το πώς κατανέμονται τα ευρωπαϊκά χρήματα.

Δεν μπορούμε να αποδεχτούμε την πρόταση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής για γενικές γραμμές προϋπολογισμού που στερούν από το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο τον πολιτικό έλεγχο για το ποιες χώρες και ποιες δράσεις χρηματοδοτούνται από εμάς. Σταματάμε τη χρηματοδότηση των κυβερνήσεων της Τουρκίας, του Αζερμπαϊτζάν και της Λευκορωσίας, διότι απαραίτητη προϋπόθεση για να λάβεις ευρωπαϊκή χρηματοδότηση είναι να σέβεσαι τα ανθρώπινα δικαιώματα, το κράτος δικαίου και το διεθνές δίκαιο. Είναι απαράδεκτο η Ένωση να χρηματοδοτεί αυτούς που παραβιάζουν συστηματικά τις αρχές και τις αξίες μας. Χρήματα σε αυτές τις χώρες θα πηγαίνουν μόνο στην κοινωνία των πολιτών. Τέλος, τα τελευταία γεγονότα στο Ναγκόρνο-Καραμπάχ κάνουν ακόμη πιο επίκαιρη και επιτακτική την αποδοχή της πρότασής μας από το Συμβούλιο.

Charles Goerens, *rapporteur pour avis de la commission du développement*. – Permettez-moi, Madame la Présidente, de commencer mon discours par deux citations. La première: «L'argent n'est pas tout, mais tout n'est rien sans argent.» Je ne sais pas qui en est l'auteur, mais la seconde citation je peux l'attribuer à Woody Allen, qui a dit: «L'argent est important, ne fût-ce que pour des raisons financières.»

Je crois qu'il a parfaitement raison et, pour nous, l'argent est important, pour des raisons financières et pour des raisons politiques. Nous venons d'adopter notre cadre financier pluriannuel et je tiens à en féliciter toutes nos équipes, qui ont vraiment fait du travail de fond, qui ont réussi à faire bouger les lignes et méritent notre respect. Les prochaines sept années au moins seront marquées par le fruit de leur effort.

Nous avons réussi à faire comprendre aux décideurs politiques qu'il n'est pas question de laisser tomber l'Italie, qu'il n'est pas question de laisser tomber l'Espagne, le Portugal, la France, les pays du Sud, les pays de l'Est. Il y a eu une initiative franco-allemande – et le rapporteur y a fait référence il y a quelques instants – qui a donné l'ampleur politique nécessaire à l'initiative du Parlement européen, qui s'était déjà prononcé auparavant sur un plan de relance très ambitieux. Le seul petit reproche qu'on pourrait peut-être faire à ce plan de relance, c'est qu'il risquerait, avec la deuxième vague de la COVID, de ne pas être suffisant.

Mais, avec les prouesses politique dont nous avons su être capables, je crois que, là aussi, on trouvera une réponse. J'espère que les besoins ne seront pas trop importants, mais en tout cas les réflexes politiques de l'Union commencent à fonctionner. Comme le disait mon amie et collègue Valérie Hayer ce matin, pour la première fois depuis 50 ans, on arrive à créer de nouvelles ressources propres. Ça c'est un vrai succès et, même si cet argent ne rentre pas directement dans le budget, il va nous aider à rembourser les dettes contractées au cours des mois qui suivent.

2021 pourra être une année salubre, ce sera la première année du cycle budgétaire, ce sera aussi la première année qui sera en quelque sorte un test de résistance pour la nouvelle clause de respect des droits fondamentaux. Il ne faut pas reporter ce test de résistance à 2022. Non, c'est maintenant, parce que c'est dès à présent qu'il faut lutter contre les violations. Elles ont eu lieu, elles ont encore lieu et, quand j'entends les discours politiques de certains États membres, elles ne sont pas en voie de disparaître, ces violations, donc on va devoir être très vigilants.

Finalement, en ma qualité de corapporteur sur le NDICI, j'aimerais dire que 2021 pourra aussi être la première année où le Parlement européen pourra bénéficier de nouvelles prérogatives politiques en matière de programmation. Je crois que notre Parlement a son mot à dire, et devra avoir son mot à dire sur la programmation budgétaire du prochain cycle dans le cadre de nos relations extérieures.

Margarida Marques, *relatora de parecer da Comissão dos Assuntos Económicos e Monetários*. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, hoje debatemos o orçamento de 2021 mais seguros. Conhecemos, desde ontem, o orçamento da União Europeia para os próximos sete anos.

As últimas previsões económicas apontam para uma queda do PIB na zona euro acima de 7 %. 2021 vai continuar a ser um ano muito incerto, com consequências ainda não mensuráveis.

Esta semana, duas notícias deram esperança a um 2021 melhor e de melhor prosperidade: uma vacina num horizonte curto, depois do sucesso de testes anunciado; um acordo político de um quadro financeiro reforçado, relativamente às conclusões do Conselho Europeu de julho e superior ao atual quadro 2014-2020. Um acordo que prevê novos recursos próprios alinhados com as prioridades políticas da União Europeia.

Há que apostar na reforma, com investimento e criação de emprego. Uma retoma que deve proteger e inovar: proteger os que têm sido mais afetados por estas incertezas (mulheres, jovens, crianças, trabalhadores precários); inovar na economia.

Desta vez, não cometemos os erros da última crise. Uma sociedade mais desigual é uma sociedade com menor confiança, mais instável, insegura e sujeita a radicalismos que rejeitamos.

Há que apostar no futuro, nas novas gerações e assegurar a transição climática e no digital. A Europa está a mostrar ter visão. Os mercados financeiros reconhecem; os cidadãos renovam confiança.

Este orçamento para 2021 é a porta de entrada para o contributo da União Europeia para a recuperação económica e social, mas tem um desafio fundamental: a entrada em vigor do Quadro Financeiro Plurianual e, consequentemente, dos programas europeus em 1 de janeiro e, para isso, há ainda um longo calendário a cumprir, designadamente, na negociação dos regulamentos dos programas.

Cristian-Silviu Buşoi, *rapporteur for the opinion of the Committee on Industry, Research and Energy*. – Madam President, (start of speech off mic) in the negotiations setting up the budget for the next seven years.

The outcome is particularly important as it increases Horizon Europe by EUR 4 billion; Horizon Europe being key in enabling innovation horizontally in all sectors, and ultimately delivering on the Union remaining competitive worldwide. I would also like to take this opportunity to emphasise the major increase dedicated to EU4Health.

The 2021 budget should be using the entire available margin to strengthen those EU programmes that contribute to the digital and green transformation.

As the rapporteur for the Industry, Research and Energy (ITRE) opinion and chair of ITRE Committee, I would like to recall the important role of the EU agencies and the role they are playing in helping to achieve policy objectives set by the legislator. Therefore, I would like to highlight the need to strengthen the agencies under the ITRE remit with sufficient funding and staffing, in line with their tasks and responsibilities. Particularly important in supporting the energy transition expected in the coming years is the Agency for Cooperation of Energy Regulators, which needs substantial reinforcement.

Leszek Miller, *sprawozdawca IMCO*. – Pani Przewodnicząca! Kryzys pandemii koronawirusa poważnie dotknął niemal wszystkie sektory gospodarki europejskiej. Stajemy obecnie w obliczu nawrotu tej pandemii, co jedynie pogłębi istniejące problemy społeczno-ekonomiczne.

W tym kontekście warunkiem ożywienia gospodarczego jest konieczność pilnego i efektywnego dofinansowania małych i średnich przedsiębiorstw. Pomimo że prace nad nowymi ramami finansowymi nie zostały jeszcze sfinalizowane, uważam, że nowy budżet powinien być silnym centrum finansowania zrównoważonego rozwoju, innowacji, infrastruktury strategicznej i transformacji cyfrowej. Dzięki temu jednolity rynek będzie silniejszy i bardziej odporny.

Istnieje w tej mierze szczególna potrzeba stworzenia synergii między programem na rzecz jednolitego rynku a funduszem odbudowy w celu uruchamiania niezbędnych inwestycji.

Kryzys związany z COVID-19 uwidocznił zależność jednolitego rynku od globalnych łańcuchów dostaw i producentów, a także niebezpieczeństwa związane z brakiem bezpieczeństwa produktów. Kluczowe znaczenie ma zatem opracowanie solidnej polityki konsumenckiej, która zapewni konsumentom właściwy poziom ochrony.

Odbudowa zaufania obywateli Unii do rynku jest kluczem do pobudzenia popytu i ożywienia gospodarczego. Uważamy, że projekt budżetu na 2021 r. stwarza takie szanse.

Markus Ferber, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verkehr und Tourismus*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben alle gemeinsam große Pläne, wenn es um Verkehrspolitik geht: Digitalisierung, Automatisierung, Reduktion der Emissionen. Dafür braucht es aber auch Geld. Unser Problem ist heute, dass die Ansprüche groß sind und der Geldbeutel klein ist. Das ein bisschen zusammenzubringen, war unser Interesse.

Nehmen wir nur ein Beispiel, alternative Infrastruktur: Es gibt heute in der gesamten Europäischen Union 125 Wasserstofftankstellen – 125! Es gibt ein bisschen mehr als 20 000 schnelle Ladestationen. Die Kommission hat selber gesagt, dass wir bis zum Jahr 2025 eine Million schnelle Ladestationen brauchen – etwas mehr als 20 000 haben wir zurzeit. Nur um mal ein paar wenige Beispiele zu benennen, wie groß der Bedarf an Investitionen im Infrastrukturbereich ist.

Deswegen haben wir im Verkehrsausschuss Anträge eingebracht, die Fazilität „Connecting Europe“ zu erhöhen, eine stärkere Finanzierung der Flugsicherheitsagentur, eine stärkere Finanzierung der Europäischen Agentur für die Sicherheit im Seeverkehr sowie die Finanzierung eines Pilotprojekts für mehr Transparenz in der öffentlichen Auftragsvergabe. Und ich hoffe, dass das auch in den Verhandlungen durchgesetzt wird.

Younous Omarjee, *rapporteur pour avis de la commission du développement régional*. – Madame la Présidente, le budget de l'Union pour 2021 doit être réajusté pour pleinement tenir compte de la pandémie de COVID-19. Notre commission REGI rappelle le rôle central que la politique de cohésion jouera en 2021 dans l'atténuation des incidences économiques et sociales de la COVID, ainsi que dans la reprise à l'issue de la pandémie.

Nous rappelons aussi la contribution tout à fait essentielle de la politique de cohésion dans les réponses d'urgence qui ont déjà bénéficié aux régions d'Europe, à travers les règlements CRII et CRII Plus que nous avons adoptés ici, en plénière, pour l'utilisation des fonds ESI en réaction à la pandémie. Nous relevons aussi que la mise en place de ces mesures entraînera un besoin accru de crédits de paiement, dont il faudra tenir compte dans le budget pour l'exercice 2021 si nous voulons, Monsieur le Commissaire Hahn, que tous les projets engagés soit payés.

Nous nous félicitons également de la création du programme REACT-EU, qui mettra des fonds supplémentaires à la disposition du FEDER, ainsi que du FSE et du FEADER. Nous arrivons quasiment au terme du trilogue en cours sur REACT-EU. Nous aurons un trilogue d'accord final la semaine prochaine, les délais sont tenus et des fonds REACT-EU pourront ainsi se déployer en temps et en heure.

Enfin, nous considérons que l'instrument de relance de l'Union européenne est une étape importante vers une relance équitable et durable. Toutefois, nous redoutons, compte tenu des libertés accordées aux États membres, que les objectifs de cohésion, et notamment de réduction des fractures territoriales, ne soient perdus en cours de route.

Martin Hlaváček, *rapporteur for the opinion of the Committee on Fisheries*. – Madam President, as the representative of the Fisheries Committee, I'm observing the developments of the proposed budget with great concerns. The 2021 budget is of particular importance for the entire fisheries and aquaculture sector, and it comes at a time of severe economic instability.

The new European Maritime and Fisheries Fund (EMFF) should help the sector to meet the new objectives of the EU, in particular, to deliver on the Green Deal, and that comes with significant costs. This alone would have well justified an increase in the budget for 2021 but, not only is the budget in decline, but the sector is in difficulty and facing unprecedented crisis.

The sector is suffering from the consequences of the massive drop in demand for fisheries and aquaculture product throughout Europe. We don't even know yet how many waves of lockdowns will hit Europe, we don't know how long and often restaurants and hotels will remain closed in the majority of Member States, with substantially reducing demand for fisheries and aquaculture products and business opportunities for our fishermen.

The amounts proposed by the Commission are well below what is needed: a drop by 13.5% in comparison to 2020. The Council position is even worse. This is simply irregular, irresponsible and unacceptable for us in the Fisheries Committee. This is why the text proposed by our committee for the plenary raises direct management for the EMFF. It would bring it in line with Parliament's original position on the multiannual financial framework (MFF) and also it would help the sector and those in need to act fast and get help very fast. This is why we in the European Parliament must vote in defence of our fisheries sector and in favour of the amendments presented by the Fisheries Committee. Only this could help equip the EMFF with the real strike for 2021.

Romeo Franz, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung*. – Frau Präsidentin! Ich begrüße zwar den Durchbruch bei den MFR-Verhandlungen und insbesondere, dass es für die kommenden sieben Jahre und somit auch für den Haushalt 2021 etwas mehr Mittel für zukunftsorientierte Programme geben soll. Aber die Erhöhungen der Mittel liegen weit hinter den Parlamentsforderungen, nämlich das Budget für Erasmus+ zu verdreifachen und das für Kreatives Europa zu verdoppeln.

Beide Programme sind sowohl für den gesellschaftlichen Zusammenhalt als auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Union als strategische Investition in die Zukunft von großer Bedeutung. Bildungsmöglichkeiten, der Jugendaustausch sowie kulturelle Zusammenarbeit sind wichtige Bausteine, um offene, tolerante und inklusive Gesellschaften zu fördern, und sehr effektive Mittel, um unsere Demokratie zu stärken, Rassismus, Nationalismus und Ungleichheit zu bekämpfen.

Antonio Tajani, *relatore per parere della commissione per gli affari costituzionali*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, viviamo una crisi senza precedenti. Le risposte che l'Unione europea dà ai cittadini sono decisive per il nostro futuro, per le famiglie e per le imprese e, oggi più di ieri, sono convinto che dobbiamo costruire un ponte tra istituzioni e cittadini, perché l'Europa lavora per loro e per noi.

Questo è stato evidenziato nella relazione in cui la commissione per gli affari costituzionali indica alcune priorità chiare.

Primo: l'aumento dei fondi dedicati a promuovere il coinvolgimento e la partecipazione dei cittadini nella vita democratica dell'Unione.

Secondo: l'inserimento di un capitolo di spesa dedicato alla conferenza sul futuro dell'Europa. Se non ci sono finanziamenti, non è possibile realizzare la conferenza, e bene ha fatto la Commissione esecutiva ad aumentare in modo significativo gli investimenti per i servizi di comunicazione, ma serve un ulteriore sforzo dedicato alla lotta contro la disinformazione.

Io credo che si debba anche aumentare il fondo a disposizione delle rappresentanze della Commissione e degli Uffici di collegamento del Parlamento negli Stati membri.

L'accordo raggiunto ieri tra Consiglio e Parlamento riafferma la centralità di questa Assemblea come organo che ha controllo sulla procedura di bilancio, e la commissione per gli affari costituzionali ritiene quindi fondamentale garantire la trasparenza dei nostri bilanci.

Chiediamo, quindi, non solo che il Parlamento faccia un'analisi delle varie fasi di attuazione del bilancio ma anche una pubblicazione regolare di come i fondi vengono spesi e di quali risultati vengono conseguiti.

Robert Biedroń, *rapporteur for the opinion of the Committee on Women's Rights and Gender Equality*. – Madam President, we in the Women's Rights and Gender Equality (FEMM) Committee are glad that Parliament's position reflects so well the important issues of gender budgeting and that so many of FEMM's recommendations have been taken into account.

There is no doubt that gender-responsive budgeting must be mainstreamed in the 2021 general budget as well as in future budgets to better align policies promoting the equal participation of women in the labour market. This is particularly important in times of the COVID-19 crisis, which poses a serious risk of rolling back decades of gains achieved in gender equality in labour market participation.

Thus, we welcome the reinforcement of employment and social innovation strands to support programmes and training targeted at advancing women's participation and tackling their precarity on the labour market. It is also extremely important to secure the Daphne strand to fight violence against girls and women, which has escalated over the last few months.

However, the greatest challenge is still, unfortunately, ahead of us. No real progress can be achieved without a real – I underline real – Council commitment to prioritising gender equality as well, and respect of human rights must also be a part of all Member States' governments' policy.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Angelika Winzig, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das EU-Budget 2021 steht im Schatten der Corona-Pandemie, des EU-Langzeitbudgets und des neuen Aufbauplans und unterscheidet sich somit von den bisherigen.

Eines bleibt jedoch immer gleich, nämlich unsere Pflicht als Abgeordnete zum sparsamen und effizienten Umgang mit den Steuergeldern unserer Bürgerinnen und Bürger. Die finanziellen Mittel sind nicht dafür da, Versäumnisse der Vergangenheit in den Mitgliedstaaten aufzuholen, sondern sie müssen in unsere definierten Ziele fließen. Investitionen in Forschung, Innovation, Bildung, Digitalisierung, in die Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Betriebe, in die Versorgungssicherung durch unsere Landwirte, aber auch in die allgemeine Sicherheit garantieren eine hohe Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger und halten uns auf Augenhöhe mit den anderen Weltmächten. Rechtsstaatlichkeit als Garant für Demokratie muss die DNA der Europäischen Union sein, und daher ist ein kausaler Zusammenhang zwischen Mittelvergabe einerseits und Einhaltung unserer Werte zwingend.

Unsere starke europäische Wertegemeinschaft ist nicht unverwundbar, das mussten wir leider letzte Woche in Wien durch diesen Terroranschlag erkennen. Mein aufrichtiges Beileid gilt daher den Familien und den Freunden der Opfer. *Protecting the European way of life*, der Arbeitsauftrag der Europäischen Kommission, bedingt daher auch ein gemeinsames europäisches Vorgehen gegen rechten und linken Extremismus sowie gegen den politischen Islam. Mehr denn je ist es jetzt wichtig, unsere europäischen Werte, unser System zu verteidigen.

Herr Präsident Sassoli, eine Bitte hätte ich noch: Bitte schaffen Sie auch für uns die Möglichkeit, in der Region an der Debatte teilzunehmen. Es macht wenig Sinn, wenn alle Abgeordneten jetzt in die Hauptstädte pilgern.

Nils Ušakovs, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the EU budget 2021 will be the first one of the new MFF. It will also become the first sign and symbol of European ambitions for the next seven years.

I will start with key programmes. Enhancing Horizon Europe is highly important to boost the digital transformation. This is pretty straightforward. The COVID crisis has shown us all how much we depend on technologies – technologies which are both not perfect and not equally available to every EU country and every European.

Investment in research and innovation must both bring new advanced solutions and narrow the gap between Member States, regions and social groups. Fighting digital inequality will in future be as crucial as fighting social or any other inequalities we are dealing with right now.

As part of the overall MMF deal, the flagship programme Horizon Europe will receive an additional EUR 4 billion for research and innovation – which is great news for European scientists – and that means we have to stand for a corresponding increase in annual allocation for 2021 already.

The COVID crisis has proved once again that medical workers and healthcare systems are probably as important as military personnel and armies. Our enemy right now is invisible and we need medicine and vaccines, rather than guns and bombs, to defeat it. EU4Health is the answer to major cross-border health threats and one of the much-needed steps to create a European Health Union.

An additional EUR 3.4 billion as part of the MFF triples the budget of the programme. We all understand that in order to meet current challenges and to prepare for future ones, we need to increase financing for 2021 significantly. This budget is crucial in order to increase the quality of healthcare systems around Europe and their affordability and of course in order to deal with inequalities between Member States and regions.

Another of the enhanced 15 flagship programmes to mention is Erasmus+. It is our strategic investment – investment in our youth, in social cohesion, in European integration. It is investment in our values, identity and heritage that we wish to pass on to future generations. The investment means EUR 2.2 billion of additional money for the next 7 years, and at least EUR 165 million next year. At the same time I would like to outline that Europe can afford much more for its values.

The 2021 budget is a good tool in helping us in both enhancing and rethinking the way European institutions work during the COVID crisis and after it, when the ‘new normal’ will arrive. Starting with the European Parliament itself, all the institutions are fighting with the challenges of teleworking in 24 different languages, with different quality of internet and technical advancement around the continent. Nevertheless, they all work hard, bringing Europeans and their ideas together, like for instance the Committee of the Regions or the European Economic and Social Committee.

Our experience from previous economic crises tell us, ‘cut down the estimates for institutions’. That is not the case this time. The estimates for the other institutions and agencies take into account both the tasks to be performed next year and the level of possible transformation that each institution may go through, finding the best suitable way to work in future.

I wish us all good luck in the forthcoming negotiations with the Council.

Valérie Hayer, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, voilà que la mère de toutes les batailles s’achève et déjà une nouvelle joute budgétaire démarre, la première de ce nouveau cadre, renforcé par nos soins pas plus tard qu’hier.

Beaucoup a déjà été dit aujourd’hui, je n’irai pas dans le détail de ces renforcements supplémentaires espérés dans ce texte. Je me contenterai de rappeler que la Commission – Monsieur le Commissaire, vous l’avez rappelé – rectifiera sa proposition sur la base de l’accord trouvé hier. Et, indubitablement, il devra y avoir des ajustements.

Au-delà des chiffres, l’important c’est, ce sera le message politique que nous enverrons: quelles priorités pour l’Union en 2021? L’Union qui souffrira encore des effets de la pandémie.

Personnellement, je pense qu’il faut un budget qui se concentre sur la relance, une relance intelligente, verte, numérique et solidaire. C’est cette relance qui nous ramènera la prospérité et qui protégera les plus vulnérables d’entre nous. Alors, oui pour mettre le paquet sur la santé et la recherche et l’innovation. Nos économies ne s’en porteront que mieux et nos emplois pourront ainsi être démultipliés. Mais où trouver l’argent?

Moins de TVA, nos droits douanes ont diminué à cause du ralentissement de nos échanges commerciaux et, il faut le dire, à cause des 5,5 milliards que nous laissons aux États membres pour faire le job, pour remplir de la paperasse, contrôler les marchandises, un job bien trop grassement payé, sans aucun doute. Mais il faut ce qu’il faut pour acheter le consentement à l’Europe de certains chefs d’État et de gouvernement.

Résultat, pour 2021, nous devons encore faire la manche auprès des États pour ajuster nos finances. Heureusement, chers amis, tout cela sera bientôt de l'histoire ancienne. Notre combat collectif pour la création de nouvelles recettes a été décisif. Elles seront créées, nous aurons demain un mécanisme d'ajustement carbone aux frontières, une taxe sur les géants du numérique, une taxe sur les transactions financières.

Pierre n'est plus là mais je l'invite à travailler ensemble pour que cette taxe arrive à bon port. Ces ressources propres, une fois créées, permettront à l'Union de s'assumer en responsabilité. C'est la vision que je porte, que nous portons et que nous porterons jusqu'au bout. Merci Pierre, merci Olivier pour ce travail de longue haleine.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident! Lieber Herr Kommissar Hahn, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir auch zuerst eine persönliche Bemerkung, wie es auch Frau Winzig gerade eben am Schluss ihrer Rede gesagt hat: Ich halte diese Regelungen derzeit, dass man in seinem Land nur an einem oder zwei Orten hier reden darf, für sehr, sehr behindernd. Und ich wünschte mir, wir könnten hier bald wieder zu einer anderen Lösung finden und zur Plenartagung zurückkehren, wie wir es gewohnt sind. Das ist wirklich ein faktischer Ausschluss eines der Parlamentarier aus dem Parlament, und wie soll die Arbeit gemacht werden? Ich sehe da ein großes Problem, und ich kann das auch wirklich nicht anders beurteilen, als ein Zitat meiner Gruppe zu anzubringen: „Die Fernteilnahme ist leider angemessen und kein angemessener Ersatz für tatsächliche Anhörungen und Debatten.“ Wir können das auf Dauer nicht ertragen. Deshalb bitte ich darum, dass wir uns diesen Punkt wirklich zu Herzen nehmen.

Neben dieser Entmachtung des Parlaments auf der einen Seite steht, wenn es um den Haushalt jetzt geht, eine gewisse Selbstermächtigung des Parlaments. Warum nenne ich das so? Nun, selbst der Ratspräsident, Herr Michel, hat vor Kurzem, vor drei Wochen noch gesagt: Bitte hören Sie auf, immer weiter Geld zu fordern von uns. Wir können das letztendlich nicht leisten.

Jetzt hat man heute diese sechzehn Milliarden bekommen, aber im Grunde genommen dreht man die Aufgabe eines Parlaments als Wächter des Haushalts völlig auf den Kopf. Normalerweise sollte man als Haushaltsausschuss auch dafür sorgen, dass eben mit dem Geld sparsam und wirtschaftlich umgegangen wird. Hier erfolgt genau das Gegenteil: Man nutzt die bestehenden Krisen – die leider Gottes da sind – und gewissermaßen im Windschatten dieser Krisen hängt man sich dran und fordert mehr und mehr und mehr Geld und bläht diesen Haushalt wirklich auf, bis er fast nicht mehr zu tragen ist und zum Platzen kommt. Und das ist ein großes Problem.

Und ein weiteres Problem, das nicht angesprochen wird, ist die Frage: Wo nehmen Sie denn das Geld her? Die Einnahmen werden leider nicht im nächsten Jahr fließen, sondern die 46 Milliarden, von denen Frau Marques, oder wer das war, gesprochen hat, diese werden doch erst in fünf Jahren eintreffen. Im nächsten Jahr haben wir nur eine der sechs neuen *own resources*, nämlich diese Plastikabgabe für Verpackungen. Glauben Sie wirklich, dass mit diesem Geld die ganzen Programme, die Sie jetzt neu auflegen wollen, damit gefördert werden können? Das ist völlig unmöglich.

Wir müssen wieder zurück zu einer gesunden, normalen Haushaltsführung. Wir müssen wieder das tun, was einem Haushaltsgesetzgeber ansteht: Er muss die Kommission kontrollieren, den Rat beschneiden – auch in seinen Ansprüchen –, er muss schauen, dass das Geld in der Tasche bleibt, sonst kommt die Retourkutsche. Spätestens nächstes Jahr – in Deutschland ein Superwahljahr – wird der Wähler sich dafür entscheiden, dass er sagt: Wenn ich das Loch in meinem Haus, in meiner Tasche spüre, dann werde ich künftig diesem jetzigen Parlament nicht mehr mein Vertrauen schenken.

David Cormand, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, chers collègues, tout d'abord merci aux rapporteurs, Monsieur Larrourou et Monsieur Chastel, sur ce projet de budget 2021. Cela a été dit, c'est le premier qui s'inscrit dans un cycle de budget pluriannuel dont nous avons débattu plus tôt dans l'après-midi.

Le message que je souhaite adresser, c'est qu'il est urgent de ne plus attendre en matière de transition écologique. Nous savons qu'il nous reste une dizaine d'années pour agir et changer les choses, alors il est temps d'accélérer.

Dans ce budget, il y a des avancées qui sont très positives de ce point de vue-là, avec les 30 % climat, 10 % biodiversité, avec aussi l'idée, évidemment, de ne pas utiliser les pourcentages restants du budget pour détruire ce que l'on met en œuvre avec les critères climat et les critères biodiversité. C'est l'un des sujets sur lesquels nous serons amenés à continuer de débattre.

Dire également que, dans ce rapport, il y a ce pourcentage de 60 % qui s'inscrit dans la logique des 60 % de baisse des rejets de gaz à effet de serre à échéance 2030, rappeler que c'est 65 % qu'il faudrait, c'est l'esprit de l'amendement que j'ai présenté. Également augmenter le budget de la direction générale environnement du Parlement pour pousser et travailler sur la transition écologique.

Et puis, dans la logique de transparence, nous avons parlé du budget qui va être nécessaire pour le vaccin COVID. Un amendement a été proposé également pour qu'il y ait de la transparence dans ces méga-contrats, c'est très important.

Pour conclure, dire que nous nous inscrivons donc dans cette volonté d'urgence à agir. Les «plus tard» d'aujourd'hui seront les «trop tard» de demain si nous n'agissons pas maintenant. L'administration du président Biden, qui vient d'être élu, a un projet de 2 000 milliards de dollars pour la transition verte. Nous sommes très loin du compte et il faut donc bien cibler les dépenses qui sont les nôtres.

Bogdan Rzońca, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Rozmawiamy dzisiaj o budżecie na 2021 r.: rzeczywiście bardzo ważna sprawa. Ten budżet jest powiązany z wieloletnimi ramami finansowymi i z narzędziem służącym odbudowie.

Na pewno mamy wszyscy świadomość, że Europa przechodzi kryzys ekonomiczny, kryzys związany z pandemią, ale też z bezpieczeństwem mieszkańców Unii w ogóle. Z drugiej strony jednak mamy 15 bardzo aktywnych sztandarowych programów, o których mowa w rezolucji z 23 lipca tego roku. Znalazły się wśród nich programy na rzecz służby zdrowia, instrument „Łącząc Europę”, program „Horyzont Europa”, InvestEU, Fundusz na rzecz Sprawiedliwej Transformacji, Europejski Instrument Sąsiedztwa. Wszystkie te sztandarowe programy są niezwykle istotne z punktu widzenia rozwoju Europy. I chcę tu bardzo wyraźnie powiedzieć, że m.in. dlatego ECR będzie głosował za kompromisem w sprawie poprawek budżetowych.

Natomiast jest pewien problem z rezolucją. I tutaj od razu powiem, że wstrzymamy się od głosu, dlatego że naszym zdaniem cele klimatyczne na poziomie 60% do 2030 r. są niewykonalne i będą bardzo dużo kosztować Unię Europejską. Także wprowadzenie w życie mechanizmu praworządności narusza solidarność europejską. W rezolucji znalazł się również postulat zwiększenia środków budżetowych wspierających prawa seksualne i reprodukcyjne i to się nam też nie podoba, dlatego wstrzymamy się od głosu.

Δημήτριος Παπαδημούλης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, η πανδημία, με το σφοδρό δεύτερο κύμα της, στέλνει ένα ηχηρό μήνυμα κινδύνου αλλά και ένα σήμα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Χρειαζόμαστε περισσότερη και καλύτερη Ευρώπη για να μπορέσουμε να πετύχουμε την υποστήριξη της δημόσιας υγείας, μια βιώσιμη και ισχυρή ανάκαμψη της οικονομίας το 2021 και για να υλοποιήσουμε τους στόχους που έχουν τεθεί. Γι' αυτό, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο διεκδικεί για το 2021 έναν προϋπολογισμό πιο ισχυρό, πιο φιλόδοξο, πιο κοινωνικά προσανατολισμένο απ' ό,τι η πρόταση της Επιτροπής και πολύ περισσότερο σε σύγκριση με τις περικοπές που κάνει το Συμβούλιο στην πρόταση της Επιτροπής. Γι' αυτό, στηρίζουμε την έκθεση Larrououtrou και Chastel ως πολιτική ομάδα· γιατί διεκδικεί έναν τέτοιον προϋπολογισμό. Ελπίζω ότι η έγκριση της έκθεσης Larrououtrou και Chastel με μια μεγάλη πλειοψηφία θα δώσει και μια ώθηση στον τριμερή διάλογο, προκειμένου η Επιτροπή και το Συμβούλιο να κάνουν βήματα προς την πλευρά των απόψεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για να στηρίξουμε τις πολιτικές συνοχής, τους αγρότες και την ισότητα των φύλων, σε συνδυασμό με την αναγκαία προσπάθεια για τους κλιματικούς στόχους και την ψηφιοποίηση της οικονομίας. Για να στηρίξουμε την απασχόληση και να εργαστούμε αποτελεσματικά —στην πράξη και όχι στα λόγια— για την καταπολέμηση των αυξανόμενων ανισοτήτων.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Gospodine predsjedavajući, kad govorimo o proračunu za 2021. godinu, govorimo o prvoj od sedam godina koje nam dolaze u sedmogodišnjoj financijskoj ovojnici. Kad govorimo o proračunu za 2021. godinu govorimo o povratu sredstava koje smo uplatili u Europu, u europski proračun. Proračun nije dobar. Htio bih navesti recimo program Horizon 2030 koji je trebao imati i do 140 milijardi eura u sedam godina. Njega ste srezali na samo 85 milijardi i to, ironično, jučer, na Svjetski dan znanosti za mir i razvoj.

No da spomenemo i način na koji se novac troši, odnosno na koji se kontrolira njegova potrošnja. Imao sam osobno čast nekoliko tjedana biti u Bugarskoj i njihovom glavnom gradu Sofiji gdje sam imao priliku govoriti. Imao sam čast govoriti pred desecima tisuća prosvjednika koji su već četiri mjeseca prosvjedovali protiv bugarske vlade. Građani su bili ogorčeni što Europska unija, sad već 13 godina od ulaska Bugarske u Europsku uniju, financira bugarski establišment. U isto vrijeme Bugarska je, nažalost, među najsiromašnijim zemljama u Europi.

I moja je Hrvatska odmah uz bok Bugarskoj među najsiromašnijim zemljama u Europi, i u Hrvatskoj su građani ogorčeni na koji se način troši novac iz europskih fondova. U Hrvatskoj *de facto* nema učinkovite kontrole sredstava iz europskih fondova. Kad se uoči neka nepravilnost, to se prijavi OLAF-u. OLAF to spusti na nacionalno tijelo, na AFCOS, koje je dio Ministarstva financija i prema njihovim vlastitim tvrdnjama, oni nemaju mehanizme da kontroliraju kako se troši taj novac. Oni šalju upit hrvatskom Državnom odvjetništvu koje je tradicionalno neučinkovito, s jedne strane, i s druge strane, samom tom tijelu koje raspisuje natječaje, da kontrolira samo sebe. Dakle, pita se lopova je li on lopov. On odgovara da nije lopov i zaključuje se da je sve u redu s tim novcima. Umjesto da se rasipava novac na ovaj način, bolje bi bilo da smo otvorili program univerzalnog temeljnog dohotka i da smo taj novac podijelili građanima.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, Caro Comissário, Caras e Caros Colegas, não podemos falhar. 2021 tem de ser o ano do relançamento da economia, do restabelecimento da confiança, da promoção, da coesão territorial, económica e social e, em simultâneo também, da convergência, do reforço da nossa competitividade e da nossa produtividade, para criarmos emprego, criarmos riqueza e podermos ter um Estado social ainda mais forte.

Não nos faltam recursos financeiros e é preciso que sejam bem utilizados e que haja complementaridade e sinergias. Vamos ter o próximo Quadro Financeiro Plurianual em execução em 2021, o Fundo de Recuperação e, ainda, aquilo que ainda não foi totalmente utilizado do Quadro Financeiro Plurianual atual. Por exemplo, no meu país, teremos cerca de 11 mil milhões de euros de Portugal 2020, teremos cerca de 33 mil milhões de euros de Portugal 2030, do próximo Quadro Financeiro Plurianual, mais 15,4 mil milhões de euros do Fundo de Recuperação.

Todos estes recursos têm de ser geridos com o objetivo de se atingir metas. Têm de ser geridos de forma a que tenham sinergias. É preciso que se olhe para a sua complementaridade. É essencial que esse trabalho seja feito.

O orçamento da União Europeia, que é um importante instrumento, espero que o Conselho não o veja como uma despesa, mas que o veja como um investimento, porque o normal, o habitual, é o Conselho olhar para um orçamento que é pequeno, mas que tem um enorme valor acrescentado, mas não reconhecer um importante instrumento para a União Europeia.

Carmen Avram (S&D). – Domnule președinte, anul 2021 nu e un an ca oricare altul. El nu e doar primul an din cadrul unui exercițiu financiar multianual, el e cel dintâi an din istoria bugetelor multianuale europene în care trebuie nu doar să privim spre viitor, ci să și reparăm pagubele fără precedent create de cea mai mare criză sanitară din ultimul secol. Nu numai atât, dar e și anul care trebuie să ne așeze pe traiectoria noului pact ecologic.

De aceea, în calitatea mea de raportor din umbră pe opinia AGRI asupra bugetului 2021, am condamnat scăderea cu 7,4% a bugetului din primul pilon al politicii agricole comune.

Dar, cel mai important, am cerut ca banii din *Next Generation EU*, care le revin fermierilor europeni greu încercați, să fie puși la dispoziția lor încă de la începutul anului viitor. Nu e vorba despre un privilegiu, ci despre obligația noastră de a ne asigura că sutele de milioane de europeni vor avea hrană sănătoasă și accesibilă la preț în fiecare moment, indiferent de ce se va mai întâmpla. Iar pentru a asigura acest lucru, fermierii noștri trebuie să-și revină foarte repede după criza provocată de pandemie, cu atât mai mult cu cât începând din 2021 le cerem deja, prin *Green Deal*, să producă la standarde tot mai înalte.

Și tot o datorie a noastră este să grăbim procesul de inovare și cel de digitalizare, astfel încât sectorul agroalimentar să se poată ridica la standardele impuse fără a suferi noi pierderi. Dar, în paralel, statele membre trebuie să facă și ele tot posibilul ca acel lanț scurt de care vorbește *Farm to Fork* să prindă viață și să fie respectat, iar marfa producătorilor noștri să ajungă acolo unde îi este locul, în piețe și pe rafturile *retailer*-ilor, fără taxe exagerate și bine camuflate.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

26. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

27. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021 — alle Einzelpläne (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über den Bericht von Pierre Larroustou und Olivier Chastel über den Standpunkt des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021 (A9-0206/2020) fort.

Maxette Pirbakas (ID). – Monsieur le Président, en tant que députée des outre-mer, je tenais, ce jour, à m'exprimer sur la situation des cinq territoires des DOM français à travers le budget général de l'Union européenne.

Je constate que le Parlement européen continue de dépenser, chaque année, des millions d'euros dans la construction de nouveaux bâtiments, finance des États qui appellent au boycott de nos produits français, comme par exemple la Turquie ou la Jordanie, ce qui pénalise nos agriculteurs français.

Je vous rappelle que certains de mes compatriotes ultramarins sont encore en grande difficulté pour accéder à l'eau potable en 2020, à ce jour, au sein même de l'Union européenne!

Sur le programme d'options spécifiques à l'éloignement et à l'insularité, c'est-à-dire le POSEI, j'appelle la Commission européenne et le Conseil à ne pas diminuer ce programme, qui s'élève aujourd'hui à 280 millions d'euros annuels pour la France. J'attire votre attention sur le fait que le POSEI maintient l'équilibre entre la distance, l'insularité et les coûts supplémentaires qui incombent à une île. Il nous permet de financer de grands projets de politique agricole locale et nationale, afin de garantir une souveraineté alimentaire pour nos îles et nos régions.

Concernant le fonds européen pour les affaires maritimes et la pêche, le FEAMP, il faut que la proposition visant à instaurer un plafond de 50 % du plan de compensation des surcoûts – à laquelle la France est aussi opposée – soit rejetée, car sinon ce seraient des aides directes en moins à destination des marins pêcheurs ultramarins.

Il ne faut pas oublier non plus que la politique de cohésion de l'Union a un but: réduire les inégalités régionales et sociales au sein de l'Union européenne. Alors, il serait temps d'agir concrètement pour nos îles et nos régions françaises, aller vers plus de simplification administrative, de flexibilité, d'accessibilité pour chaque aide européenne pour nos territoires.

Aujourd'hui, le tournant écologique que certains essaient de donner au budget de l'Union européenne doit découler vers de grandes politiques de relocalisation et de protection des filières, comme les filières agricoles, de la pêche ou de l'artisanat. Il faut que ce budget s'oriente vers la défense de la pêche traditionnelle, de l'agriculture familiale, qu'il aille vers plus d'identification géographique protégée mais aussi vers plus de protectionnisme intelligent et moins de traités de libre-échange, qui pénalisent nos agriculteurs.

Nous savons aujourd'hui que l'Europe est déjà un continent très écologique, très propre, avec de nombreux secteurs innovants. Alors, pourquoi continuons-nous à mettre des bâtons dans les roues de nos agriculteurs, de nos pêcheurs et de tous ceux qui participent à notre économie et qui nous nourrissent?

Ensemble, allons vers une Europe au service des nations, des territoires qui la composent, à commencer par les régions ultrapériphériques, ces territoires lointains qui font rayonner l'Europe...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Eugen Jurzyca (ECR). – Vážený pán predsedajúci. Európsky dvor audítorov už roky kritizuje neefektívnosť viacerých európskych programov, ktoré sú orientované na výstupy a nie na výsledky pre občanov. Tieto upozornenia ale Komisia často neakceptuje. Hodnotenia vplyvov návrhov Komisie na spoločnosť sú často nedostatočné a nepoužívajú vhodné indikátory merajúce skutočné výsledky pre občanov. Práve toto plénum, ktorému sa Komisia zodpovedá, má dbať na strážení peňazí európskych daňovníkov. To, čo teraz najviac potrebujeme, je alokovať efektívnejšie. Mali by sme preto žiadať precíznejšie doložky vplyvov a vyššiu kvalitu výsledkových indikátorov, ktoré nám pomôžu robiť rozumné rozhodnutia.

Sandra Pereira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, no momento em que assistimos ao agravamento da situação económica e social e às consequências da COVID-19, exigia-se uma resposta sem precedentes. As medidas até agora adotadas pela União Europeia estão longe de responder à dimensão dos problemas e este orçamento não é exceção.

Em vez do necessário aumento e do reforço da sua função redistributiva, persistem os cortes na coesão e na agricultura e a ausência da promoção de uma efetiva convergência no progresso económico e social entre os Estados-Membros, optando por aumentos no militarismo, na consolidação da UE-Fortaleza e no intervencionismo externo.

Impunham-se medidas que, livres de condicionalidades e constrangimentos das políticas da União Europeia, contribuíssem para o apoio às estratégias de desenvolvimento dos Estados, para a promoção do investimento público, o apoio aos sectores produtivos estratégicos, aos serviços públicos, à criação de emprego com direitos, à luta contra a pobreza e a exclusão social e ao combate às desigualdades e assimetrias no pleno uso do potencial de cada região.

Tamás Deutsch (PPE). – Tisztelt Elnök úr! 2010-ben a magyarok szabad akaratukból elzavarták a korrupt, az országot a csőd szélére juttató és az emberek alapvető jogait lábbal tipró baloldalt, és úgy döntöttek, hogy kétharmados parlamenti többséggel ruházzák fel a Fideszt és a KDNP-t. A demokratikus döntés után azonnal elkezdődött a baloldal gyűlöletkeltése, az indulatos támadások sorozata, aminek az Európai Parlament Magyarországot hazugságok tucatjaival megvádoló Tavares-jelentése lett az összefoglalása. Már ebben a baloldali politikai pamfletben is benne volt az azóta folyamatosan hangoztatott összes hazugság és rágalom, kezdve az antiszemitizmus vádjával, a korrupcióval, a populizmus bélyegével, a sajtószabadság állítólagos halálán keresztül a jogállami intézmények ellen intézett támadásokról szóló hazugságokig. 2014 -ben, a baloldal támadásai közepette is, a magyarok szabad akaratukból ismét kétharmados többséggel támogatták a Fideszt.

A magyar és az európai baloldal a magyarok döntését már egyenesen provokációnak tekintette, és még vehemensebben gyalázta Magyarországot. Különösen 2015 után, amikor összeállt az EP bevándorláspárti többsége a bevándorlást elutasító Magyarországgal szemben. Ezeknek a méltatlan támadásoknak is megszületett az összefoglalása az Európai Parlamentben. Szavazási ügyeskedéssel áterőltették a Sargentini-jelentést, és elindították Magyarországgal szemben a hetedik cikk szerinti eljárást. 2018-ban már torkaszakadtából gyalázkodott a baloldal, de a magyarok megint kétharmados többséggel támogatták a Fideszt. A baloldal pedig arra a következtetésre jutott, hogy a magyarok nem értenek az addigi fenyegetőzésekből, ezért eljött a módszeres és kíméletlen büntetés időszaka. Nos, ezt a büntetőintézkedést hívják a baloldalra történelmileg jellemző abszurditással jogállamisági mechanizmusnak.

Mónica Silvana González (S&D). – Señor presidente, hoy estamos más seguros, tras las felicitaciones a las negociadoras del Parlamento, especialmente a Eider Gardiazabal y a Margarida Marques, por haber alcanzado un acuerdo en el que por primera vez el Parlamento ha conseguido aumentar las cifras propuestas por el Consejo y que, además, permite que los nuevos recursos propios financien los programas emblemáticos en el presupuesto.

Efectivamente, desde la cooperación al desarrollo, desde la ayuda humanitaria, como ponente alternativa de la opinión de la Comisión DEVE, estamos contentos de que se haya alcanzado esto, pero no podemos frenarnos aquí. Necesitamos un compromiso también para el presupuesto 2021. Por lo tanto, le deseamos al ponente Pierre Larrourou mucha suerte en el periodo de conciliación para alcanzar también un buen acuerdo con el Consejo.

Ya nos la jugaron una vez en el Consejo del mes de julio, cuando perdimos los 5 000 millones de euros para ayuda humanitaria. Ante las tremendas crisis que se avecinan, crisis cada vez más numerosas, crisis cada vez más intensas, necesitamos reforzar la cooperación al desarrollo, reforzar la ayuda humanitaria.

Por lo tanto, los fondos deben responder de manera proporcional a las crisis mundiales que tenemos, y debemos reclamar que, si la Unión Europea quiere ser un actor global, quiere garantizar la seguridad en Europa, debe reforzar su acción exterior y su ayuda humanitaria. Este es un mensaje claro para afrontar la negociación con el Consejo del presupuesto 2021.

Roman Haider (ID). – Herr Präsident! Europa wird ja von der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Bestehen der EU gebeutelt. Europa wird vom islamistischen Terror heimgesucht. Europa verliert gerade jetzt gegen China immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit. Da sollte man meinen, dass ein Budget diesen enormen Herausforderungen auch Rechnung trägt. Leider ist das in der EU nicht so.

Wenn man diesen vorliegenden Bericht zum Budget 2021 studiert, dann fallen einem sofort einige absolute Absurditäten auf. Da wird beispielsweise die Errichtung eines Such- und Rettungsfonds zur Unterstützung von Such- und Rettungsmissionen im Mittelmeer gefordert. Offensichtlich will man das lukrative Schleppergeschäft nicht ganz den Kriminellen überlassen. Wem das Geld aus einem solchen Fonds zugute kommt, das kann man sich ganz leicht ausmalen. Diese ganzen Pro-Migrations-NGOs, die sollen offensichtlich noch einmal ganz ordentlich gesponsert werden, wahrscheinlich damit der Islamistentransfer nach Europa nicht ganz so beschwerlich ist. Es ist unglaublich! Und besonders nach den Anschlägen in Frankreich und in Österreich ist das ganz einfach irrsinnig.

Natürlich darf auch in diesem Budget die Forderung nach einem Gender-Mainstreaming-Konzept nicht fehlen. Gender Mainstreaming ist ja für die vielen Arbeitslosen und die Unternehmen, die derzeit vor der Pleite stehen, ganz besonders wichtig. Es ist wirklich unglaublich. Es ist unfassbar, was in diesem Budget steht.

Und was sich natürlich wie ein roter Faden durch dieses ganze Budget zieht, das ist dieser Fetisch des *Green Deal*. Völlig egal offensichtlich, ob wir die umweltfreundlichste Industrie der Welt, nämlich die europäische, mutwillig zerstören. Hauptsache, sie wird im Einklang mit dem *Green Deal* zerstört. Und es wird die Millionen an Arbeitslosen, die wir in Europa haben, sicherlich freuen, wenn sie ihren letzten Euro auch noch für Produkte aus China und Indien ausgeben dürfen. Das ist nämlich das Ergebnis Ihres Fetischs *Green Deal*.

Und zum Abschluss noch ganz kurz ein Punkt, der mir ganz besonders sauer aufstößt. Die EU möchte diese aktuellen Krisen, die Corona-Krise und die grassierende Islamismus-Terrorismus-Krise, ausnutzen, um ihre Agenda in alle Richtungen auszunutzen, um sich auszubreiten. Das fängt an bei der Einführung von Eurobonds, der Schuldenunion, geht über die Forderung nach einer Gesundheits- und Sozialunion bis hin zur totalen Überwachung unbescholtener Bürger. Das ist einer liberalen Demokratie unwürdig und widerspricht den europäischen Werten, die gerade Sie immer wieder so groß hervorstreichen.

Pernille Weiss (PPE). – Hr. formand! Det skal nok gå alt sammen!

Det er nok den sætning, vi har slidt mest på i 2020. For selvom vi godt ved, at sådan er livet alt i alt, så har coronakrisen lagt sig som en tæt tåge omkring vores i forvejen mange udfordringer med brexit, klimaet, migrationspres og handelskrige.

Men vi europæere vi kan overkomme det meste – især når vi står sammen om det, ingen af os kan klare alene.

Alle kender den danske position i forhold til budgetter, som vi mener skal koncentrere sig om kerneopgaverne og indrettes i respekt for at skatteborgernes penge kasser ikke er skåret ud af pengetræer. Men de fleste kender også os danskere på vores pragmatiske optimisme. Lad mig derfor fremhæve, at budgettet giver større slagkraft over for de grænseoverskridende udfordringer, hvor især klimaomstillingen, presset på de ydre grænser og vores evne til at matche USA og Kina på forskningsområdet ikke tåler sparehals. EU er jo ikke stærkere end det svageste led. Og covid har smerteligt afsløret, at der er svage led i EU's stabilitet, omstillingsparathed og robusthed.

Nu har vi så fået et stærkt budget, vi har udsigt til en mere EU-venlig amerikansk præsident og på vaccinefronten lyder der også optimistiske signaler.

Så i aften tør jeg godt sige, at det nok skal gå alt sammen!

Især hvis så også præsident Sassoli indser, at han ikke bør lukke munden på vores parlament. Ellers hører ingen jo vores optimisme, ser vores slid med at nå hinanden og mærker det håb, som vi mere end nogensinde har brug for at dele med hinanden.

Eero Heinäluoma (S&D). – Arvoisa puhemies, arvoisat kollegat, nyt käsittelyssä oleva vuoden 2021 budjetti ei ole rutiinibudjetti. Se on meille kaikille poikkeuksellisen tärkeä budjetti kahden syyn takia. Ensinnäkin tämän budjetin pitää käynnistää todellinen siirtymä kohti hiilidioksidivapaata Eurooppaa, toteuttaa se vihreä siirtymä, johon me kaikki olemme sitoutuneet. Toiseksi tämän budjetin täytyy olla myös väline, jolla nostamme Euroopan koronaviruksen uuteen kasvuun. Ja näiden kahden asian pitää vielä tukea toisiaan.

Olen iloinen, että nyt käsittelyssä oleva budjettiehdotus on peruslinjoiltaan hyvä ja tukee näitä kahta isoa asiaa. Lisää rahaa tutkimukseen ja yliopistojen tutkimustoimintaan sekä innovaatioihin on välttämätön edellytys Euroopan menestykselle. Tärkeä periaate on myös se, että 30 prosenttia budjetista käytetään ilmastonmuutoksen torjuntaan. Ne ovat isoja askeleita eteenpäin.

Otan esille kuitenkin vielä lisäksi yhden tärkeänä pitämäni asian, joka voisi olla tässä budjetissa enemmänkin esillä. Se on rahanpesun torjunta ja tähän liittyvät voimavarat. Miljarit liikkuvat edelleenkin rahanpesussa yhteiskunnan muiden toimintojen ulkopuolella tuottaen verorasitusta niille, jotka veroja joutuvat maksamaan. Siksi on tärkeätä, että ensi vuonna päästään eteenpäin rahanpesun vastaisessa työssä. Tässä yhteydessä erityisen tärkeätä on, että meidän poliisimme Europolin rahat ovat oikealla tolalla. Toivon, että tähän asiaan saadaan vielä tällä vaalikaudella parannuksia.

Iloitsen myös siitä, että vuoden 2021 budjetti on ensimmäinen budjetti, jonka ehtona on oikeusvaltioperiaatteen noudattaminen. Se on merkittävä päätös ja tulee asettamaan velvoitteet tasapuolisesti kaikille jäsenmaille. Näin toimien säilytämme unionin toimintakyvyn ja myös uskottavuuden sekä kansalaisten silmissä että suhteissa ulkopuoliseen maailmaan. Tätä budjettiesitystä voin tukea.

Angelo Ciocca (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa è una discussione estremamente importante: il bilancio del 2021.

Uno dei pochi poteri che ha il Parlamento europeo è proprio il momento del bilancio. E allora bisogna, da un lato, trovare il coraggio di osare e, dall'altro lato, trovare il coraggio di non continuare a sbagliare, perché il prossimo bilancio che viene portato avanti per qualcuno vale +15 miliardi, cioè vengono chiesti 15 miliardi in più ai contribuenti. E allora bisogna capire dove si vuole trovare il coraggio di trovare questi 15 miliardi.

E io dico, chiediamoli al governo cinese! Chiediamo a coloro che hanno creato un'epidemia mondiale di risarcire le nostre famiglie, le nostre aziende e la nostra economia. L'Europa ha questa grande occasione: prevediamo un'entrata nel bilancio europeo come risarcimento da parte del governo cinese. Non possiamo pensare ancora una volta di trovare questi soldi nelle tasche dei cittadini italiani e nelle tasche dei cittadini europei.

Altrettanto importante è fare un bilancio che guardi ad aiutare le nostre imprese, ad aiutare i nostri bar, i nostri commercianti, le nostre attività artigianali e le nostre attività produttive, che sono in forte crisi; gli stessi posti di lavoro, in Italia ma anche in Europa, sono in forte crisi. Quindi da un lato troviamo le risorse chiedendole al governo cinese che ha creato il dramma di quest'epidemia, dall'altro lato tagliamo però anche gli sprechi, tagliamo la sede di Strasburgo: abbiamo visto che non serve, si può intervenire da Milano con un'efficienza direi unica, senza dover traslocare e avere una sede a Strasburgo con i relativi costi.

Tagliamo anche delle agenzie, le agenzie alle Seychelles o agenzie come quella, l'ultima che ho letto, sulla parità di genere, sul genitore uno e genitore due... Tra poco facciamo l'agenzia anche sull'acqua o l'agenzia sul sette e mezzo o l'agenzia sulle farfalle... non lo so su cosa possiamo sprecare soldi.

Dico no ovviamente a un bilancio come questo, che prevede ancora soldi per la Libia, soldi per la Turchia, soldi per l'integrazione dei rom, soldi per l'accoglienza.

Io dico che questo bilancio dovrebbe trovare anche il coraggio di azzerare la quota dell'IVA che arriva nelle tasche dell'Unione europea. I cittadini italiani ogni anno versano 2 miliardi di IVA all'Unione europea. Allora l'Unione europea con questo bilancio rinunci a 2 miliardi e lasci quei 2 miliardi nelle tasche dei cittadini italiani, che ne hanno veramente bisogno.

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Vielen herzlichen Dank an das Parlament für diese engagierte und detailreiche Debatte. Es gab eine Fülle von Anregungen, die sicherlich Gegenstand von intensiven Beratungen in den nächsten Wochen sein werden. Ich bin mir nicht sicher, ob alle Anregungen umgesetzt werden können, weil möglicherweise bis Anfang Jänner ein Deal mit China über die Rückzahlung von Schäden oder Schadenersatzzahlungen wahrscheinlich nicht durchsetzbar sein wird. Aber wir werden uns trotzdem bemühen, das Geld bereitzustellen – nämlich das Geld für die Bürgerinnen und Bürger die das jetzt wirklich brauchen, auch um in der Tat sozusagen ihre Geschäfte über Wasser zu halten, das Geld, um sicherzustellen, dass die Arbeitsplätze gesichert bleiben.

Wir haben das SURE-Instrument. Wir hatten gestern wieder eine sehr erfolgreiche Auktion, um die Mittel bereitzustellen, damit eben gerade in der Kurzarbeitszeitphase Mittel bereitgestellt werden, im Speziellen in jenen Ländern, die dieses Instrument bis dato nicht kennen. Wir werden, wenn es dann die entsprechenden Entscheidungen gibt, REACT-EU haben, ein Instrument, das rückwirkend – wie der Name schon sagt – Mitte, Anfang Februar dieses Jahres es möglich machen wird, dass Kosten, die aus der COVID-Krise entstanden sind, geltend gemacht werden können. Also es gibt da eine Fülle von Möglichkeiten.

Ich möchte aber die Gelegenheit auch zusätzlich nutzen, um das ehrenwerte Parlament aufmerksam zu machen, zu bitten, gemeinsam mit dem Rat die sektorellen Verhandlungen voranzutreiben. Denn ein Budget ist das eine, die Nutzung der Möglichkeiten ist das andere. Und auf europäischer Ebene passiert das im Wesentlichen auf der Grundlage von sektorellen gesetzlichen Regelungen, die die Grundlage darstellen, wie diese Gelder ausgegeben werden können. Und selbst dann bedarf es noch *on top* einer entsprechenden Programmierung, die auch vorzunehmen ist, um eben hier tatsächlich die Mittel dort ankommen zu lassen, wo es notwendig ist, nämlich bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei den Unternehmen, bei den Forschern, bei den Kreativen dieses Landes.

Das heißt, wir haben gestern mit dem Mehrjahresbudget einen großen Wurf gemacht. Aber jetzt geht es darum, die Dinge umzusetzen – das ist das Entscheidende –, und keine Zeit ist zu verlieren und deswegen volle Aufmerksamkeit auf das Budget 2021. Die Verhandlungen beginnen nächste Woche und müssen dann in drei Wochen abgeschlossen sein.

Der Präsident. – Die Aussprache ist damit geschlossen. Die Abstimmung findet am Donnerstag, 12. November 2020, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Daniel Buda (PPE), în scris. – După îndelungi negocieri, Parlamentul European și Consiliul au ajuns la un acord preliminar cu privire la bugetul UE pentru 2021-2027. Instituțiile europene au dat dovadă de responsabilitate și grijă pentru generațiile de azi și de mâine, dezvoltând programe noi cum ar fi Next Generation EU, conceput pentru a stimula redresarea economică după pandemia de Covid-19. România, prin negocierile purtate în Consiliu, este a patra țară ca alocare bugetară după Polonia, Spania și Italia, cu o creștere semnificativă, comparativ cu alocările din bugetul anterior. Reducerea decalajelor economice, sociale și teritoriale vor fi posibile prin banii dedicați politicii de coeziune, în timp ce agricultura românească și zonele rurale vor beneficia de bugete majorate din cadrul politicii agricole comune. De asemenea, noul buget vine cu creșteri semnificative pentru întreaga UE prin: Programul European de Sănătate, Erasmus, cercetare și securitatea frontierelor externe. Chiar dacă unele state vor dori să blocheze prin veto bugetul multianual al Uniunii Europene, reușita condiționării acordării fondurilor UE de respectarea statului de drept reprezintă o adevărată victorie pentru democrația și valorile Uniunii Europene. Este momentul ca statele membre să dea dovadă de viziune și să creioneze viitoarele proiecte pentru a atrage banii europeni în proiecte de investiții durabile.

Josianne Cutajar (S&D), in writing. – As I look forward, I want to be positive. The year 2021 can be the first year of the post-COVID recovery. If we want to recover, we need a strong EU budget that allows us to recover. For this reason, the Budget 2021 has my support. The Parliament is sending a strong message to EU citizens and businesses that says – we are ready to support you, we will stand by you! I would like to highlight the positive provisions in terms of social cohesion, support to SMEs, gender equality and sustainable tourism. The hardly hit tourism sector needs robust assistance to recover sustainably. Islands will also be given specific attention through the Connecting Europe Facility. EU funds must be dedicated to recovery. The leitmotif of the recovery must be resilience. We must build a resilient economy that defends citizens, families and businesses. An economy ready to sustain future shocks, ensuring for Europe the place it deserves in the global arena.

Pierre Karleskind (Renew), par écrit. – Le budget 2021 revêt une importance particulière pour le secteur de la Pêche puisqu'il arrive dans un contexte de grave instabilité économique. Le nouveau FEAMP devra aider le secteur à s'inscrire dans les nouveaux objectifs de l'Union, en particulier le Green Deal. Rien que cela aurait dû justifier d'une hausse du budget pour 2021. Non seulement ce dernier est à la baisse, mais le secteur de la pêche doit surmonter en plus une crise inédite: la crise de la Covid-19. Le secteur souffre encore des conséquences de la baisse massive de la demande de produits de la mer partout en Europe. Le FEAMP doit être suffisamment doté pour soutenir le secteur et devoir faire face à d'éventuels nouveaux chocs de demande liés à la crise sanitaire. Nous ne savons pas combien de vagues vont toucher l'Europe l'an prochain. Nous ne savons pas combien de temps les restaurants resteront porte close, réduisant substantiellement la demande de produits de la mer et les débouchés pour nos pêcheurs. C'est pour cela qu'il faut que nous, Parlement européen, défendions le secteur de la Pêche et en particulier les dotations du FEAMP afin de le doter

d'une vraie force de frappe pour cette année 2021 qui s'annonce particulièrement compliquée.

Andżelika Anna Możdżanowska (ECR), na piśmie. – 2021 to rok wyjątkowy i kluczowy dla państw członkowskich i wszystkich korzystających ze wsparcia. Szczególnym wyzwaniem jest również trwająca pandemia COVID-19. Dlatego musimy zapewnić odpowiednią wysokość środków w budżecie. W 2021 roku musimy spodziewać się kumulacji płatności. Ten budżet rozpoczyna nowy okres programowania na lata 2021-2027, a także musi pokryć zobowiązania z poprzednich wieloletnich ram finansowych 2014-2020. W szczególności dotyczy to polityki spójności oraz programu rozwoju obszarów wiejskich (PROW), które są bardzo istotnymi instrumentami inwestycyjnymi w UE.

Jako sprawozdawczyni opinii do budżetu dotyczącej polityki spójności w Komisji Rozwoju Regionalnego wielokrotnie zwracałam na to uwagę. Mimo zwiększenia budżetu w 2021 r. o ponad 15 mld euro mam wątpliwości w zakresie celu ograniczającego emisję gazów cieplarnianych o 60% do 2030 roku czy wprowadzenia mechanizmu państwa prawa jako warunku zgody PE na roczną procedurę budżetową.

To niezwykle istotne, abyśmy jak najszybciej mogli osiągnąć porozumienie w tej kwestii, by móc sfinalizować prace nad budżetem przyszłorocznym i uruchomić niezbędne środki dla państw członkowskich, w tym bardzo potrzebny instrument REACT-EU nakierowany na walkę ze skutkami gospodarczymi i społecznymi wywołanych pandemią COVID-19.

28. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

29. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

30. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

31. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 21.30 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4900

9.8.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. NOVEMBER 2020

(C/2024/4900)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 11. bis 13. November 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	4
3. Erste Abstimmungsrunde	15
4. Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit (Fortsetzung der Aussprache)	15
5. Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2021-2027) (Programm „EU4Health“) (Aussprache)	19
6. Transparenz des Erwerbs von sowie des Zugangs zu COVID-19-Impfstoffen (Aussprache)	33
7. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	44
8. Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa – Finanzierung des Grünen Deals (Aussprache)	44
9. Wiederaufnahme der Sitzung	62
10. Wahl eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (Nachfolge von Mairead McGuinness): siehe Protokoll	62

Inhalt	Seite
11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	62
12. Wiederaufnahme der Sitzung	63
13. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	63
14. Zweite Abstimmungsrunde	63
15. Wiederaufnahme der Sitzung	63
16. Berichtigungen (Artikel 241 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll	63
17. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	63
18. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	64
19. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	64
20. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	64
21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	64
22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	64
23. Schluss der Sitzung	64

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 12. NOVEMBER 2020

ELNÖKÖL: KLÁRA DOBREV

alelnök

1. Eröffnung der Sitzung

(Az ülést 8.34-kor nyitják meg)

Elnök asszony. – A viták megkezdése előtt szeretném átadni a szót Caroline Roose-nak a mai első szavazást megelőzően.

Caroline Roose az eljárási szabályzat 159. cikkének (4) bekezdése értelmében kérte, hogy felszólalhasson az EU–Seychelle-szigetek fenntartható halászati partnerségi megállapodásról és annak végrehajtásáról (Jegyzőkönyv (2020-2026)) szóló jelentéseit illetően.

Caroline Roose, rapporteure. – Madame la Présidente, hier soir, le Parlement européen a donné son consentement à l'accord de partenariat sur la pêche durable entre l'Union européenne et les Seychelles. L'accord définit les règles gouvernant l'accès des navires de pêche de l'Union aux eaux seychelloises en échange de droits de pêche pour les navires thoniers européens. L'Union européenne apporte aux Seychelles un soutien financier de 5,3 millions d'euros par an et un soutien technique.

Du point de vue financier, l'accord entre l'Union européenne et les Seychelles représente le cinquième plus important accord de pêche de l'Union européenne en vigueur et le plus important dans l'océan Indien. Cet accord prend la suite d'un précédent accord signé en 2007 et d'un précédent protocole signé en 2013. Le nouvel accord présente de nombreuses avancées positives: il devrait améliorer le contrôle des pêches, la lutte contre la pêche INN, il va renforcer la coopération scientifique et la collecte de données. En matière de transparence, nous sommes particulièrement satisfaits de l'engagement du gouvernement des Seychelles de publier les accords de pêche qu'il signe avec d'autres États.

Une des spécificités de ce rapport, c'est que le secteur de la pêche aux Seychelles, y compris la pêche artisanale, pêche aussi le thon. En fait, les navires européens sont en concurrence directe avec les pêcheurs locaux. Il est crucial que le secteur de la pêche soit mieux écouté et soit inclus dans les négociations. Les pêcheurs locaux, les scientifiques et les ONG ont notamment alerté sur le fait que l'effort de pêche est trop important dans la région et que le thon albacore est dans un état critique. Nous déplorons le fait que davantage de navires seront autorisés à pêcher dans le cadre du protocole.

Par ailleurs, nous invitons la Commission européenne à faire preuve d'une plus grande vigilance à l'utilisation de soutiens sectoriels. En effet, les pêcheurs locaux et les journalistes français ont montré qu'une partie de l'argent censé servir à la pêche locale a servi à financer un quai de plusieurs millions d'euros qui sert uniquement à la pêche industrielle européenne. La pêche artisanale ne peut y accéder.

Nous rappelons ces points dans le rapport et j'invite mes collègues à le soutenir largement. Ce rapport sera voté aujourd'hui.

Elnök asszony. – Szeretném felhívni a figyelmet, hogy a hozzászólás időtartamát tartsák be!

Az első szavazásra 9.30-tól kerül sor.

2. Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

Elnök asszony. – Az első napirendi pont a Juan Fernando López Aguilar által az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság nevében a Bizottsághoz intézett, a Covid19 kapcsán bevezetett intézkedések hatása a demokráciáról, az alapvető jogokról és a jogállamiságról szóló szóbeli választ igénylő kérdésről folytatott vita (O-000065/2020 – B9-0023/20) – (2020/2790(RSP)).

Tájékoztatom a képviselőket, hogy az ülés egyik vitája esetében sem kerül sor jelentkezés alapján történő felszólalásra, és nem fogadunk el kékkártyát és ügyrendi pontokat.

Ezen túlmenően távoli kapcsolaton keresztül felszólalások várhatóak a Parlament tagállamokban működő kapcsolattartó irodáiból.

Juan Fernando López Aguilar, autor. – Señora presidenta, comisario Reynders, sabe que ayer mismo tuve ocasión de recordar que esta institución —este Parlamento Europeo— es la única directamente electiva de la Unión: representa a la ciudadanía y, por lo tanto, también expresa sus preocupaciones y sus temores frente a la que está resultando ser la peor crisis de la historia de la Unión.

Inesperadamente, cuando la ciudadanía respondió ante la convocatoria electoral con un incremento, por fin, de la participación, ignoraba que nos abismábamos en una crisis que ha impactado sobre todas nuestras constantes vitales.

Pero el Parlamento Europeo, representando a la ciudadanía, ha respondido desde el minuto uno. Adoptamos una Resolución en abril, otra en mayo y otra en junio, respecto del impacto que las medidas de emergencia adoptadas por los Estados miembros ante la pandemia de COVID-19 y sus estragos estaba teniendo sobre el que, a mi juicio, es el activo máspreciado de la experiencia europea: la libre circulación de personas sin restricciones en las fronteras interiores de la Unión. Y, en consonancia con esta preocupación, planteamos una pregunta oral, que equivale a lo que en el Derecho parlamentario de muchos Estados miembros se considera una interpelación, seguida de una resolución.

Y aquí está la Resolución: veintitrés considerandos y otros veintitrés apartados en los que exigimos a los Estados miembros y a la Comisión que estén a la altura, con un mensaje claro: el Estado de Derecho, la democracia y los derechos fundamentales importan; el Derecho importa, *law matters*. No solamente importa siempre, sino que particularmente importa en tiempos de crisis, porque una crisis nos desafía respecto de lo que decimos ser; puede sacar de nosotros lo mejor, pero también lo peor. Y es muy importante que, a estas alturas, cuando todo el año 2020 ha sido consumido por la reacción frente a la pandemia, empecemos ya a deducir algunas lecciones, extraigamos algunas conclusiones.

Y la primera, efectivamente, es que el Derecho está aquí para ser tomado en serio, y esto transmite un mensaje que tiene que ver con los principios de necesidad y de proporcionalidad pero, sobre todo, de acotamiento temporal —*time frame*—, limitación temporal cuando se adoptan medidas que pueden tener un impacto sobre el Estado de Derecho, la democracia, la calidad de la democracia que estilamos en la Unión Europea, sus Estados miembros y que es un principio constitutivo —artículo 2— de la experiencia europea, y los derechos fundamentales de los ciudadanos.

Y esta Resolución repasa íntegramente el impacto que estas medidas de emergencia han tenido sobre los derechos fundamentales de los ciudadanos, en primer lugar, sobre los que están consagrados en la Carta.

Para empezar, la libre circulación de personas. Hay un Código de fronteras Schengen; hay una Directiva sobre la libre circulación, que ha sido ignorada, cuando no conculcada, en la prisa por adoptar medidas de emergencia. Y la Comisión es responsable, como guardian de los Tratados, de velar por que los Estados miembros se atengan a los principios de proporcionalidad y necesidad en las restricciones impuestas a la libre circulación y por su acotamiento temporal, de modo que, en cuanto sea posible, esas restricciones sean levantadas.

Del mismo modo, nos ocupamos de los derechos fundamentales consagrados en la Carta: la libertad de expresión — incluso de expresión del disenso frente a algunas de las medidas adoptadas por los Estados miembros—, protesta, reunión —*right of assembly*—, derecho de manifestación. Sin duda alguna, derechos condicionados por las medidas de emergencia, condicionados por la necesidad de velar por la salud pública, pero ni se han extinguido ni han desaparecido de la Carta de los Derechos Fundamentales. Por tanto, las medidas que impacten sobre esos derechos tienen que ser también proporcionadas y estar acotadas en el tiempo.

Nos importa particularmente la libre comunicación de las ideas, porque, si nos ocupamos en este Parlamento Europeo de la desinformación, debemos ocuparnos todavía más cuando esa desinformación tóxica produce daño a la salud de las personas; desinformación dirigida a confundir o a poner en cuestión el conocimiento científico y a generar un estado de miedo y de ansiedad fácilmente explotable por los demagogos y populistas, que pescan en el río revuelto del miedo de la ciudadanía ante el impacto de la pandemia.

Es muy importante, por lo tanto, que la Unión Europea adopte las estrategias necesarias para defenderse frente a los ciberataques, frente a la ciberdelincuencia, pero también frente a la desinformación.

Nos preocupa particularmente el impacto de las medidas de emergencia sobre el Derecho penal y el Derecho penitenciario: medidas penales desproporcionadas, represivas, sanciones desproporcionadas, carentes de asento en los principios del Derecho sancionador; y nos preocupa igualmente el impacto sobre la democracia y el control parlamentario y el control judicial.

Esas son las recomendaciones de la Comisión de Venecia, son las recomendaciones del Tribunal Europeo de Derechos Humanos y del Tribunal de Justicia, que no pueden ser conculcadas ni ignoradas, ni siquiera en tiempos de pandemia.

Por tanto, exigimos a los Estados miembros que extraigan las lecciones, que, allí donde ha habido medidas de emergencia, esas medidas de emergencia sean coherentes con sus ordenamientos constitucionales, y que, donde no haya una previsión previa, se adopten ahora las legislaciones específicas que nos permitan responder; y, a la Comisión, que supervise y vele continuamente por el atenuamiento de las respuestas de los Estados miembros a las reglas del Estado de Derecho, la democracia y los derechos fundamentales.

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames, Messieurs, je voudrais tout d'abord vous remercier pour votre engagement concernant l'impact des mesures d'urgence, prises dans le contexte de la lutte contre la COVID-19, sur la démocratie, les droits fondamentaux et l'état de droit.

Au-delà de son incidence sanitaire et économique, la crise qui nous frappe a engendré toute une série de défis pour nos sociétés, y compris, comme cela vient d'être rappelé, pour les valeurs fondamentales de l'Union. Tous les États membres ont pris des mesures exceptionnelles pour protéger la santé publique, mesures qui ont eu pour conséquence des restrictions de certains droits et libertés fondamentales.

La plupart des États membres ont déclaré une forme d'état d'urgence ou octroyé des pouvoirs spéciaux d'urgence. Cela a été fait, soit en vertu de dispositions constitutionnelles, soit en vertu de la législation sur la protection de la santé publique.

La modification ou la suspension de l'équilibre normal des pouvoirs au niveau national peut effectivement poser des problèmes particuliers pour l'état de droit. La crise s'est avérée être un test de résistance permettant d'évaluer la résilience des systèmes nationaux en temps de crise.

La Commission a insisté dès le départ sur le fait que les mesures prises en réaction à la crise doivent respecter nos valeurs fondamentales, telles qu'énoncées dans les traités. Les mesures d'urgence doivent notamment être limitées à ce qui est nécessaire, strictement proportionnées, clairement limitées dans le temps et conformes aux garanties constitutionnelles ainsi qu'aux normes européennes et internationales. En outre, les gouvernements doivent veiller à ce que les mesures fassent l'objet d'un contrôle parlementaire régulier, dans le plein respect des équilibres démocratiques.

These key requirements were reflected following the Commission's proposal in the country-specific recommendations adopted by the Council, in the context of the European Semester this year.

The Commission has been proactively monitoring the emergency measures taken in all the Member States. The first Annual Report on the Rule of Law highlighted the need to maintain established checks and balances, including the role of parliaments in particular, when the measures taken affect fundamental rights.

The resilience of the justice systems was also put to the test. A number of Member States have taken measures to reduce the impact of the pandemic and were able to restart hearings applying distancing rules or video-conferencing techniques.

The COVID-19 pandemic has shown the importance of accelerating reforms to digitalise the handling of cases by the judicial institutions, the exchange of information and documents with parties and lawyers, and continued and easy access to justice for all. We will continue to discuss with the Member States about a real investment in the digitalisation of the justice systems in all the Member States.

On data protection, the Commission has already provided guidance and recommendations to Member States, in particular on apps supporting the fight against the COVID-19 pandemic.

The European interoperability gateway for contact-tracing apps is now operational. It allows people to receive alerts and declare infections, also when abroad, using their home country's app. It ensures a high level of personal data protection and security.

The Commission has continued to monitor the situation and tried to receive a positive answer from all the Member States to take part in such an interoperability gateway. It's not already the case with all the Member States, but we are progressing.

Néanmoins, ce sont les autorités nationales de contrôle de la protection des données et les cours et tribunaux nationaux qui sont en première ligne dans ce domaine, car ils ont la responsabilité principale de veiller au respect des règles. Ces autorités ont pour tâche de conseiller les législateurs nationaux et de surveiller que l'ensemble des opérateurs, publics ou privés, respectent la loi. Elles se coordonnent au sein du Comité européen de la protection des données et la Commission a régulièrement des échanges avec ce Comité européen de la protection des données.

The crisis has also had an impact on democracy, electoral processes and freedom of expression. The COVID-19 pandemic has indeed been accompanied by an unprecedented flood of false or inaccurate information that can create confusion and distrust, undermine an effective public health response and have a negative impact on democratic institutions.

In June this year, the Commission adopted a communication as regards disinformation during the pandemic and getting the facts right. The upcoming democracy action plan will address further challenges along three main pillars: electoral integrity, a free and plural media and combating disinformation.

Closely linked to this action plan, in December the Commission will also issue its EU citizenship report which will present initiatives to promote the enjoyment by EU citizens of their civic rights under EU law. By the end of the year, the Commission will also publish a new strategy on implementation of the EU Charter of Fundamental Rights and we will come with the first annual report on the new strategy next year before Parliament.

With regard to the right to free movement, a right cherished by many EU citizens, the principles of proportionality and non-discrimination must always be respected when restrictions are being considered. Since March 2020, the Commission has adopted a number of guidelines and communications, and following a Commission proposal the Council adopted on 13 October a recommendation on a coordinated approach to the restrictions on free movement in response to the COVID-19 pandemic – you know the common map that we now have published by the ECDC (European Centre for Disease Prevention and Control) every week – and we try also to fight against all possible forms of discrimination also with a dialogue between the Commission and the Member States.

Just to give an example, in the past months we have seen since the end of August a possible discrimination in Hungary with controls at the border except for travellers coming from the other three Visegrad countries – from the Czech Republic, Slovakia and Poland. I have had many contacts with the Hungarian authorities and at the end of October they prolonged the measures about border control but without any exceptions now for the three Visegrad countries. So the dialogue between the Commission and the Member States is also very important to try to avoid some kind of discrimination.

Thanks again for this opportunity to explain what we have been doing since the beginning of the crisis, since March, in the different fields and, of course, we will continue to do that. Oversight by the judicial systems and oversight by the parliaments, and also by the European Parliament is very important in the crisis and I am looking forward to this debate and to hearing your views on this important matter.

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, los Gobiernos han puesto en marcha medidas extraordinarias para contener la pandemia. En general, esas medidas han conllevado restricciones de derechos fundamentales.

El problema no es si un confinamiento o un toque de queda son necesarios -eso les corresponde a los científicos-, sino si tales limitaciones a la libertad individual se adoptan conforme a las garantías del Estado de Derecho.

Pero yo me pregunto hoy si este Parlamento, cerrado y remoto, está en condiciones de recordar a otros Parlamentos abiertos la importancia de defender el principio democrático frente a las cuarentenas.

Sí, me preocupa que, amparados por la urgencia sanitaria, nosotros mismos estemos dimitiendo de la urgencia democrática. Me preocupa que centenares de compañeros nuestros no puedan pedir la palabra en este Pleno porque no viven en la capital de su país y tampoco están autorizados a viajar; que tengamos diputados de élite, que podemos hablar aquí, y diputados de clase dos; que no dispongamos de interpretación en todos los idiomas.

Me preocupa que nuestras agendas cada vez sean más insuficientes, nuestros turnos de oradores más cortos y que votemos el marco financiero, el plan de recuperación o el *Brexit* sin enmiendas ni debate de verdad. Me preocupa que todos los Parlamentos, incluido el de Bélgica, estén abiertos, y el Parlamento Europeo, en lugar de ser el más transparente y garantizar a sus miembros que puedan trabajar en condiciones de seguridad, sea el único que opta por cerrar sus puertas y señalar a sus diputados como si tuvieran la culpa de los contagios.

Si, cuando más falta hacemos, seguimos cerrados y remotos, que no nos extrañe que pronto el público se pregunte para qué sirve el Parlamento Europeo.

Katarina Barley, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Corona-Pandemie ist eine Katastrophe für viele, eine individuelle Katastrophe, aber sie ist eine Herausforderung für uns alle, und sie ist auch eine Herausforderung für die Demokratie. Sie legt hohe Verantwortung auf diejenigen, die zu entscheiden haben über die Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, um diese Pandemie einzudämmen.

Alle Mitgliedstaaten haben Maßnahmen ergriffen, die meisten eine Form von Notstand ausgerufen. Diese Maßnahmen sind sehr unterschiedlich, und wir haben in der Gruppe zur Beobachtung der Einhaltung des Rechtsstaatslichkeitsprinzips unter dem Vorsitz von Sophie in't Veld, die gleich auch noch sprechen wird, einen ausführlichen Bericht über diese Maßnahmen erstellt, der wirklich sehr lesenswert ist.

Es gibt die üblichen Verdächtigen – so will ich sie mal nennen –, die die Situation ausnutzen, um Grundrechte weit über Gebühr einzuschränken. Wir haben in Ungarn gesehen, dass es beispielsweise einen ziemlich ungenierten Zugriff auf die Rechte des Parlaments gegeben hat. Und in Polen ist versucht worden, das Wahlrecht einzuschränken.

Aber in fast allen Staaten gibt es lebhaft Diskussionen darüber – so wie auch hier –, was eigentlich angemessen ist und was nicht – in fast allen Staaten. Und das ist auch gut so und richtig so, denn das ist das Wesen der Demokratie. Wir dürfen nur so weit in Grundrechte eingreifen, wie das unbedingt nötig ist. Alle Maßnahmen müssen verhältnismäßig sein, sie müssen zeitlich befristet sein, sie müssen klar definiert sein, und sie müssen parlamentarischer und gerichtlicher Kontrolle unterliegen.

Und dann gibt es ... (*unverständlicher Zwischenruf*)

Jeder Parlamentarier kann hierherkommen. (*unverständlicher Zwischenruf*) Niemandem ist es verboten herzukommen. Ich weiß nicht, was Sie jetzt von mir wollen, aber niemandem ist es verboten hierherzukommen.

Und dann müssen wir natürlich auf besonders vulnerable Gruppen schauen. Wir wissen: Die häusliche Gewalt an Frauen und Kindern ist gestiegen. Wir wissen: Minderheiten, sind weiter eingeschränkt worden, zum Teil zu Sündenböcken gemacht worden.

Also: Krisenzeiten auch für die Demokratie. Wir müssen alle darauf achten, dass die Grundrechte geschützt werden – hier und auf nationaler Ebene.

Elnök asszony. – Szeretném kérni képviselőtársaimat, hogy mindenkinek adják meg a lehetőséget, hogy elmondja a hozzászólását!

Sophia in 't Veld, on behalf of the Renew Group. – I would ask for a minimum respect for colleagues, please!

Madam President, I think most of us agree that measures have to be taken against the pandemic. There are very few people who deny that, and they are believing in conspiracies, but measures have to be necessary, proportionate and time-limited.

We see huge differences across the Member States and that's actually very strange because, even if the measures are national, fundamental rights are European and they should apply equally to all European citizens. And, as this crisis is lasting longer than just a few weeks, we have to be very vigilant and we have to be very critical because, as Ms Barley also indicated, there are some governments who are very cynically exploiting this pandemic to expand their own authoritarian empires. Yes, it's the usual suspects, it's Hungary and it's Poland. Yes, it's again at the expense of women's rights and LGBTI people's rights.

On democracy and the functioning of Parliament – because democratic scrutiny is more important than ever when governments get exceptional powers or the executives get exceptional powers and we all realise that there are practical and legal restrictions on our work – I very much concur with what has just been said. Why is the European Parliament the only parliament in Europe and indeed the only parliament in Brussels which is virtually shut down? And it has been done by a unilateral decision of the President of this House, there has not been a political decision, it's not time-limited ...

(*Applause*)

... and I think we give completely the wrong signal to the citizen. We should be here, and indeed we are not banned from coming here, but we are banned from physically participating in meetings, we are banned from meeting face to face, at the coffee machine too, because that's part of parliamentary work as well.

So finally, I think we need more harmonisation, also in the exit strategy from this situation, because even if the countries are hit in different ways by the pandemic, all EU citizens are entitled to democracy, the rule of law and fundamental rights in the entire European Union.

(*Applause*)

Sergey Lagodinsky, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Jedes Mal, wenn die COVID-Situation in Ungarn besonders brenzlich wird, richtet sich der Blick von Viktor Orbán unter die Gürtellinie seiner Bürgerinnen und Bürger. Im Mai dieses Jahres war es die Orbán-Regierung, die es als dringend erforderlich angesehen hat, die Anerkennung von Transgender aus den Personalausweisen zu streichen. Nun, mitten in der zweiten Welle, mitten in der Welle, geht es darum, in der Verfassung zu verankern, dass nur christliche Geschlechterbilder in den Familien in Ordnung sind.

Wir kennen diese Tricks aus der Trickkiste der Totalitären, aus Russland und der Türkei. Es geht immer darum, die eigenen Bürger abzulenken vom eigenen Scheitern. Wenn kein Brot, dann zumindest die Spiele – so lautet dieser Spießrutenlauf auf Kosten der Minderheiten: Judit Varga, Viktor Orbán, László Trócsányi. Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Europäischen Parlament von der Fidesz-Partei, habt ihr nichts Besseres zu tun?

Wir haben Besseres zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen. Seit Monaten verhandelt dieses Parlament über Wiederaufbaugelder, auch für Ungarn. Aber in diesem Jahr 2020 entscheidet sich nicht nur die Zukunft unserer Wirtschaft, sondern auch die Zukunft unserer Demokratie. Denn Schönwetterdemokratie – das kann jeder. Aber am Ende einer Krise mitten in einer Demokratie weiterhin zu arbeiten und zu leben, das ist die hohe Kunst der Freiheit und Aufklärung.

Wir haben in der Beobachtergruppe im LIBE-Ausschuss seit dem Krisenausbruch wöchentlich daran gearbeitet, und wir haben gesehen, wie die Meinungsfreiheit und Pressefreiheit in vielen Ländern – Ungarn, Italien, Rumänien – eingeschränkt wurde, wie in Polen eine App verpflichtend wurde, die Menschen beobachtet hat, wie fast alle Länder das Recht auf Asyl abgeschafft haben und wie Anfeindungen gegenüber asiatischen Menschen oder Abriegelungen von Roma-Siedlungen eingeführt wurden, zum Beispiel in Bulgarien.

Mit dieser Entschliebung machen wir klar: Krisenzeiten erfordern Kriseninstrumente. Aber wir sagen auch ganz deutlich: COVID-Zeiten sind keine *anything-goes*—Zeiten. Grundrechte bleiben bestehen, und wir als Europäisches Parlament sorgen auch dafür.

Hermann Tertsch, *en nombre del Grupo ECR*. – Señora presidenta, es cierto que, en todos los países, la expansión del virus ha obligado a imponer restricciones a la vida común, especialmente a la movilidad y a ciertas conductas, pero también es cierto que todos los Gobiernos, de repente, se han visto legitimados por la pandemia y, sobre todo, por el miedo de la población, y están ejerciendo un poder que en condiciones normales sería tachado, en general, siempre de abusivo.

Y muchos Gobiernos han aprovechado para imponer unos niveles de arbitrariedad y de coacción policial y sancionadora absolutamente injustificados. Algunos han ido más allá y han utilizado la pandemia para cambiar la situación legal, tomar medidas administrativas graves, sin contar con la oposición o, peor aún, para aplastar a los críticos y castigar al disidente, llamando a todos negacionistas o conspiranoicos.

Si esto es esperable en dictaduras como Cuba y Venezuela, donde de hecho ha pasado, resulta escandaloso en las democracias y países de la Unión Europea. Y no estamos hablando de los habituales sospechosos —como se dice aquí de Hungría y Polonia—, sino de España, donde un Gobierno socialcomunista ha impuesto un estado de alarma de seis meses que va contra la Constitución, ya que está limitado en ella expresamente a quince días, con renovación parlamentaria obligatoria.

Con el pretexto de la desinformación, muchos están intentando imponer esa censura que, en España, ya se ha convertido en prácticamente oficial, y el Parlamento ha sido cerrado en la práctica, y la arbitrariedad total del Gobierno de Sánchez y de Iglesias está causando gravísimos daños a la calidad democrática de España. La Unión Europea tiene que prestar una especial atención a lo que está pasando en España.

Malin Björk, *för GUE/NGL-gruppen*. – Fru talman! Vi har en pågående folkhälsokris, men vi har också en pågående rättsstats- och demokratikris som många av oss är väldigt medvetna om. Vissa inskränkningar av fri- och rättigheter för att skydda liv och hälsa är naturligtvis nödvändiga, men precis som har sagts här så gäller det faktiskt inte alla de åtgärder som har lagts.

De här kroniska undantagstillstånden tror jag att man ska vara väldigt, väldigt försiktig med. Här har lyfts frågan om parlamentets begränsade roll, mediernas frihet som har begränsats och yttrandefriheten som har begränsats, men vi har också sett hur grundläggande mänskliga rättigheter har attackerats inom ramen för den väldigt speciella situation som vi lever i. I Polen har kvinnors rättigheter och hbtq-personers rättigheter attackerats, och i Ungern har man gått vidare med transfobiska lagstiftningar. Mäns våld mot kvinnor har ökat.

Jag måste också lyfta flyktingarnas situation. Jag har varit på Lesbos efter det att Moria brann. Där sätter man människor bakom taggtråd för att så kallat "isolera" folk. Det är inte värdigt. Det är en skam att ölägren inte har evakuerats och att människor inte har fördelats till andra EU-länder. Det är en skam.

Om vi inte har en plan nu, en plan för att komma ur den här situationen vad gäller rättsstats- och demokratifrågan, då kommer vi inte lyckas. Och vi befäster, vi riskerar att befästa, auktoritära regimer.

Så kommissionen: Ni måste lägga en plan på bordet, inte referera till rapporter som komma skall.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, στην Ελλάδα, η κυβέρνηση της Νέας Δημοκρατίας —όπως και όλες οι κυβερνήσεις σε κάθε κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης— όχι μόνο δεν λαμβάνει ουσιαστικά μέτρα απέναντι στην πανδημία αλλά, εν μέσω καπιταλιστικής κρίσης, κλιμακώνει την επίθεση με νέες σαρωτικές ανατροπές στα εργασιακά δικαιώματα υπέρ των επιχειρηματικών ομίλων. Ο όρος για να επιβληθούν είναι η περαιτέρω ποινικοποίηση και η ένταση της καταστολής των εργατικών λαϊκών αγώνων, ο περιορισμός και το χτύπημα στο δικαίωμα της απεργίας, της διαδήλωσης και της συνδικαλιστικής δράσης.

Το ψήφισμα —παρά τις ανέξοδες ανησυχίες— τα δικαιολογεί όλα αυτά, αρκεί να είναι —όπως αναφέρει— απαραίτητα, αναλογικά, προσωρινά και με στέρεη νομική βάση, ενώ καλεί τα κράτη μέλη να περιορίσουν το δικαίωμα στη διαδήλωση μόνο —όπως λέει— στις περιπτώσεις που είναι απολύτως αναγκαίο και δικαιολογημένο. Έννοιες- «λάστιχα», δηλαδή. Στο όνομα της πανδημίας, δίνει επίσης πράσινο φως για εφαρμογές ιχνηλάτησης και οποιουδήποτε φακελώματος επεξεργασίας προσωπικών δεδομένων. Ο λαός, με την οργανωμένη πάλη του για τις σύγχρονες ανάγκες του και τηρώντας όλα τα μέτρα προστασίας, θα υπερασπιστεί τα δικαιώματά του και θα ακυρώσει στην πράξη αντιδραστικούς νόμους και διατάγματα.

Daniel Caspary (PPE). – Frau Präsidentin! Wo immer auf der Welt Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedroht sind, melden wir uns zu Wort, beispielsweise zu Beginn der Corona-Pandemie, als die Mehrheit dieses Hauses auch nationale Parlamente und Regierungen in Europa für ihr möglicherweise überzogenes Vorgehen kritisiert hat.

Aber welche Auswirkungen hat denn Corona auf unsere Arbeit? Alle nationalen Parlamente tagen, das belgische Parlament vor einigen Wochen sogar als Gast hier in unserem Plenarsaal. Und wir? Wir sollen nach der Meinung einiger am besten zu Hause bleiben! Wir alle wissen: Parlamentarismus ist weit mehr als das zugeschaltete Verlesen von Stellungnahmen oder die elektronische Teilnahme an Abstimmungen. Der Austausch von Argumenten, das Herz parlamentarischer Demokratie funktioniert so nicht wirklich.

Damit es kein Missverständnis gibt, für die Dauer der Pandemie sind die Remote-Möglichkeiten für viele Abgeordnete besser als nichts. Aber es ist nicht in Ordnung, wenn frei gewählten Abgeordneten die übliche reguläre Möglichkeit zur Teilnahme an Sitzungen und zu all dem, was zu unserem funktionierenden parlamentarischen Leben gehört, untersagt wird. Auch heute werden eindeutige Regelungen der Geschäftsordnung wie beispielsweise Artikel 156 gebrochen, und wir offensichtlich Anwesenden können unsere Anwesenheit nicht nachweisen.

Das freie Mandat ist nicht das Recht von uns Abgeordneten. Es ist das Recht der Bürgerinnen und Bürger, die wir vertreten. Und niemals – auch und gerade in Pandemiezeiten – dürfen wir den Menschen ihre demokratischen Rechte nehmen und das freie Mandat einschränken. Das muss schnellstmöglich korrigiert werden, sonst nimmt unser Haus und die Demokratie in Europa weiter Schaden.

Tanja Fajon (S&D). – Gospa predsednica! Pandemija covid je v vseh državah članicah pustila svoj vpliv na demokracijo, pravno državo in temeljne pravice. Problem nastane, ko se vpliv v nekaterih državah spremeni v obstojen, težko izbrisljiv pečat. Prepričana sem, da vsak izmed nas ima svoje mnenje, tudi negodovanje o sprejetih vladnih ukrepih, a nevarno je, ko se nestrinjanja uporabljajo kot izgovor za trajnejše spreminjanje ravnovesja moči.

Z resolucijo zelo nazorno izpostavljamo ukrepe, ki nevarno spodjedajo temeljne sisteme države, od omejevanja svobode gibanja, izražanja in obveščanja, svobode veroizpovedi, pravice do družinskega življenja, izobraževanja in dela. Vse to in še več so vlade Unije, držav sprejemale pod pretvezo, da s tem rešujejo življenja ljudi. Pa jih res? Koliko življenj je rešila Madžarska, ko so bila madžarskemu predsedniku Orbanu dodeljena pooblastila, da lahko v času izrednih razmer vlada z dekreti povsem mimo parlamenta? Koliko življenj smo rešili, ko je slovenska vlada Janeza Janše v prvem valu omejila in onemogočila delovanje mnogih nevladnih organizacij? Koliko življenj bo denimo rešila z novimi kaznimi za protestnike do 10.000 EUR za zbiranje na javnih krajih, ali željo, da vojski dodeli dodatna pooblastila za varovanje zunanje meje? Povsem absurde odločitve, ki nimajo nikakršne povezave z bojem proti virusu in reševanjem življenj.

Zato iskren poziv državam članicam, da delajo izključno v dobro ljudi in sprejemajo ukrepe, ki so nujni, sorazmerni in začasni. Pri tem je ključno posvetovanje in sodelovanje z zdravstveno stroko, s civilno družbo in politično opozicijo. Le s skupnimi močmi nam bo uspelo, prej ko se bomo tega zavedali, prej bomo premagali to krizo. Vsem želim veliko zdravja in vse dobro!

Ramona Strugariu (Renew). – Doamnă președintă, lupta cu virusul nu e deloc ușoară, în multe țări europene vedem proteste, nemulțumiri față de restricții, manifestări violente. Oamenii au obosit.

În acest context, rezoluția Parlamentului e importantă pentru că acoperă un spectru foarte larg de drepturi și include linii directe care să explice ce ar trebui să însemne comportamentul unui stat responsabil în fața pandemiei.

Dar responsabilitatea guvernelor înseamnă, în contextul dificil pe care îl trăim, și o acțiune curajoasă pentru a proteja dreptul la viață al cetățenilor, iar măsurile luate trebuie să fie legale, necesare și proporționale. Și în România au existat probleme, au existat tentative de cenzură, guvernul a comunicat insuficient și a limitat dreptul la informare. În multe locuri din Europa am văzut cum libertatea presei este amenințată prin intervenții arbitrare ale guvernului sau finanțări care subminează independența jurnaliștilor. Dar și dreptul la educație a fost serios afectat ca urmare a închiderii școlilor.

Liderii cu adevărat responsabili se luptă astăzi să mențină echilibrul just între nevoia de securitate sanitară a societății și respectul real față de drepturile omului în perioade de criză. Guvernele și instituțiile europene trebuie să comunice permanent, eficient, curajos și empatic cu oamenii, iar transparența acțiunilor și a achizițiilor este fundamentală în această perioadă de criză.

Numai împreună putem depăși această criză, guverne și oameni. Iar asta se poate face, cu respect pentru drepturile fundamentale care sunt parte din ADN-ul european.

Sylvia Spurek (Verts/ALE). – Pani Przewodnicząca! Czas pandemii odsłonił kolejne słabości Unii Europejskiej: brakuje nam mechanizmów chroniących prawa człowieka, systemu, który gwarantuje prawa, tworzy mechanizmy odstraszające rządy przed ich łamaniem, który jest gotowy do szybkiego reagowania, gdy dochodzi do naruszeń. Unia Europejska musi taki system stworzyć.

Ofiarami COVID-19 są nie tylko chorzy i umierający, nie tylko biznes, ale również kobiety doświadczające przemocy domowej, bo w Unii Europejskiej są państwa, w których kobiety nie czują się bezpiecznie we własnym domu. Ofiarami COVID-19 są kobiety w Polsce, którym tzw. Trybunał pod osłoną pandemii po raz kolejny odbiera prawa do legalnej i bezpiecznej aborcji. To wszystko dzieje się w Unii Europejskiej, pod okiem Komisji Europejskiej. Parafrazując słowa polskiego polityka: „Prawa człowieka albo śmierć”. Albo Unia zacznie chronić prawa człowieka, prawa kobiet, prawa osób LGBT+, albo przestanie istnieć.

Nicola Procaccini (ECR). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, pensavo che questa discussione fosse l'occasione per trattare argomenti delicati come l'espropriazione di alcuni parlamenti nazionali dei poteri di indirizzo e di controllo, che in alcuni casi crea scandalo e in altri no, a seconda del colore politico. Invece ci ritroviamo una lista di chi sarebbe per propria natura più colpito dalla pandemia, ovvero immigrati illegali, alcune minoranze etniche, gay, lesbiche, bisessuali, transessuali e intersessuali...

Mi dispiace, ma questa mania di creare elenchi di presunti discriminati è una realtà discriminatrice inaccettabile: tutti i cittadini sono colpiti, indipendentemente dall'origine etnica e dall'orientamento sessuale. Purtroppo è la solita ideologia che impregna i banchi a sinistra di quest'Aula. Così questa discussione diventa un'occasione persa, e ne sono davvero dispiaciuto.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora presidenta, el autoritarismo no llegó a Europa con el COVID, pero, desde luego, en muchos países el COVID se está utilizando como una coartada para recortar derechos y libertades fundamentales.

Asegurar que las medidas contra el COVID se apliquen de forma no discriminatoria es crucial. Apoyamos por eso cualquier propuesta que luche contra una aplicación clasista, racista y sexista de estas medidas y, por eso, en su momento, denunciamos los confinamientos de clase que se aplicaron en la Comunidad de Madrid.

Pero igual de importante es decir que este clasismo, este racismo y este sexismo ya estaban presentes en el acceso a los derechos fundamentales antes de la pandemia: los desahucios, la mercantilización de la sanidad, la precarización de la educación, el mantenimiento de miles de personas en la irregularidad, la venta de residencias a fondos buitres, la pobreza energética.

No caigamos en el error de pensar que el COVID ha creado estas desigualdades. Urge poner el foco en el problema de fondo: las políticas neoliberales y ecocidas que se vienen imponiendo desde hace años en los países de la Unión Europea. Tenemos que salir de esta crisis no recortando derechos, sino ganando derechos nuevos. Así saldremos de esta crisis.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, lockdown je kao mjera devastirala mnoge grane gospodarstva. Vidimo da bogati postaju još bogatiji, a siromašni sve siromašniji. To nije u redu. To je nedopustivo.

Neke su države nastojale pomoći svojim ekonomijama na način da su centralne banke oslobodile velike količine novca. Taj bi novac onda posudile poslovne banke, pa bi onda one trebale taj novac posuditi poduzećima i građanima. Međutim, ako ste vi pred bankrotom, ako nemate novaca, zašto bi neka poslovna banka posudila novac vama ili vašem poduzeću. Naravno da neće, a ako i hoće, posudit će po vrlo rigoroznim uvjetima i visokim kamatama.

Trebalo je napraviti obrnuto. Helikopterskim su novcem centralne banke trebale direktno i bespovratno pomoći poduzećima i pojedincima i na taj način novac ne bi ostao zaglavljen u financijskom sustavu. Dugoročno se stvar rješava univerzalnim temeljnim dohotkom koji ima za cilj, dakle, bespovratno i bezuvjetno preusmjeriti bogatstvo jedne ekonomije k svojim građanima.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, juist in een tijd van crisis, wanneer onze samenleving zich op onbekend terrein bevindt en wanneer onze democratische instellingen, onze rechtsstaat en onze fundamentele vrijheden onder druk staan, heeft macht tegenmacht nodig. Juist dan hebben we parlementen nodig en juist dan hebben we ook het Europees Parlement nodig. Ik sluit me dan ook aan bij iedereen die er vandaag toe heeft opgeroepen om ervoor te zorgen dat we onze democratische taak ook in dit huis weer zo snel mogelijk op een gezonde en veilige manier volledig kunnen vervullen. Dat is niet alleen voor ons belangrijk, maar ook voor de rest van Europa.

Juist nu moeten we voor onze principes staan en moeten we onze rechtsstaat en onze controles en waarborgen verdedigen en niet simpelweg aan de kant schuiven. De rechtsstaat is geen belemmering voor een doeltreffende aanpak van de pandemie, maar juist een basisvoorwaarde voor een inclusieve, democratische en evenredige aanpak. De maatregelen die door de lidstaten worden genomen, moeten rechtstreeks verband houden met de gezondheidscrisis, afgebakend zijn in de tijd, evenredig zijn en regelmatig door deskundigen en parlementen kunnen worden gecontroleerd.

We hebben deze week met het akkoord over het MFK laten zien hoe belangrijk wij de rechtsstaat vinden. Lidstaten die de rechtsstaat ondermijnen, moeten het voortaan zonder Europese subsidies doen. Juist in tijden van crisis laten mensen – en ook machthebbers – hun ware aard zien. Laten ook wij dus in deze tijd van crisis heel duidelijk maken dat dat engagement voor de rechtsstaat voor ons meer is dan alleen woorden, en dat er ook daden uit moeten voortvloeien.

Петър Витанов (S&D). – Г-жо Председател, коронакризата разобличи автократичните черти на определени правителства в някои държави членки. В България, например, правителството забрави, че здравеопазването е фундаментално човешко право и в провала си със справянето с коронакризата лиши много български граждани от него.

Под претекст, че се бори с Ковид, станахме свидетели на някои определено съмнителни практики и честа злоупотреба с извънредните правомощия на изпълнителната власт, като например извънредни положения, ограничаване на свободата на движение, ограничаване на правото на събиране, ограничаване на медиите, дори суспендиране на парламенти и управление с декрети на министри, без никакъв демократичен контрол.

Прави впечатление, че някои управници използват коронавируса като оправдание, като удобно извинение, за да бетонират властта си по недемократичен начин, включително и тогава, когато избухват протести срещу тях и те биват забранявани или ограничавани по служебен път. Затова считам, че е от решаващо значение да се наблюдават и сравняват различните подходи с оглед на тяхното въздействие върху демокрацията, върху зачитането на основните човешки права и върху принципите на правовата държава.

Всичко това поражда и някои въпроси към Европейската комисия, които бих искал да задам. Първо, ще продължи ли Комисията да наблюдава ситуацията, включително чрез цялостна оценка, която да бъде оповестявана публично? Ще предостави ли Комисията допълнителни насоки за стимулиране на обмена положителни, на най-добри практики? И на трето място, при установяване, че някои мерки не са пропорционални, не са демократични, ще предприеме ли Комисията действия за спазване на правото на Европейския съюз и какви ще бъдат те? Благодаря ви.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señora presidenta, comisario, la democracia europea, el Estado de Derecho democrático es cosa de todos los europeos. Por eso es tan importante, ahora, este Parlamento. Y por eso es tan importante el trabajo de la Comisión Europea y por eso es tan importante su función, comisario Reynders.

Necesitamos transparencia y necesitamos evitar cualquier arbitrariedad, porque es discrecionalidad de los Ejecutivos ultrarreforzados conocer por qué y quién está detrás de cada una de las medidas de restricción de nuestras libertades, porque están tocando el corazón mismo del Estado de Derecho democrático.

Las malas decisiones, el ejercicio tóxico del poder son especialmente negativos y ponzoñosos en este momento, y la tentación del populismo también es más fuerte. Por eso necesitamos el ejercicio de este Parlamento. Y por eso no vamos a ser dóciles ante ninguna arbitrariedad ni discrecionalidad, tampoco de los Ejecutivos, del Ejecutivo y de la Presidencia de este Parlamento.

Necesitamos poder realizar nuestro trabajo plenamente porque es más importante en este momento. Es así, sí.

Y otra cuestión que es muy importante -no se ha dicho todavía-: hay más de 200 000 europeos, según datos oficiales, que han fallecido por el coronavirus en Europa. Más de 200 000, digámoslo en este Parlamento. Y por eso vamos a exigir en este Parlamento una comisión para que estudie objetivamente, técnicamente, qué ha ocurrido en la primera ola. Y por eso este Parlamento va a decir que no va a bajar la guardia frente a ninguna tentación de debilitar nuestro Estado de Derecho, y lo va a exigir.

Y por eso necesitamos este Parlamento absolutamente activo, con todos sus poderes, con todas nuestras capacidades de representación, con todas nuestras capacidades como Parlamento. Y por eso necesitamos indicar cuáles son los datos reales.

En mi país hay 20 000 muertos que ni tan siquiera han sido contabilizados.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señora presidenta, quedarse en casa en época de pandemia ha hecho que la propagación del COVID se reduzca, pero para millones de mujeres estar en casa no es sinónimo de seguridad, sino de violencia.

Según datos de la OMS, en Europa las amenazas y la violencia contra las mujeres por parte de sus parejas se han incrementado un 60 %. Como señalan las Naciones Unidas, la violencia contra las mujeres es la vulneración de derechos humanos más extendida en el mundo, y la pandemia no ha hecho más que agravarla.

Por otra parte, en países como Polonia, Rumanía o Eslovaquia se aprovecha la pandemia para restringir los derechos sexuales y reproductivos de las mujeres. Debemos combatir esta injusticia en las calles de Varsovia, sí, pero también legislando en esta cámara.

Por todo esto, nos urge un mecanismo de vigilancia para la democracia y el Estado de Derecho y los derechos fundamentales que proteja especialmente los derechos de las mujeres, y también que la Comisión introduzca la violencia de género en la lista europea de crímenes.

Dorien Rookmaker (NI). – Voorzitter, noodwetten en -verordeningen die de grondrechten van de burgers beperken moeten alleen worden ingezet in echte noodsituaties, zoals oorlog en andere ernstige crisissituaties. Is er in de EU sprake van een echte noodsituatie? COVID-19 is een relatief mild virus dat alleen tot een crisis heeft kunnen leiden omdat de capaciteit van de zorg niet op pandemieën is berekend en overheden onvoldoende op het beheren van een crisis zijn voorbereid. Als gevolg daarvan moet nu helaas harder worden ingegrepen dan met een goede voorbereiding op noodsituaties nodig zou zijn geweest.

Om te voorkomen dat de geschiedenis zich herhaalt, moet niet alleen binnen overheden, maar ook binnen de EU-instellingen worden ingegrepen. De volgende crisis kan een pandemie zijn, maar ook een zware recessie, maatschappelijke onrust of zelfs oorlog. Overheden moeten daar bij het vaststellen van beleid en begrotingen rekening mee houden en buffers inbouwen voor noodsituaties zodat we ons in de toekomst zelden of nooit hoeven te verlaten op noodingrepen, aangezien echte noodsituaties zich gelukkig zelden voordoen.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Madam President, Albert Camus wrote in *The Plague*, 'I have no idea what's awaiting me, or what will happen when all this ends. For the moment I know this; there are sick people and they need curing.' This is a basic truth. We should remind the national governments for some of them think too much about how all this will end for them.

During the uncertainty caused by the pandemic, there is an especially great potential for abuse of the human tragedy for political ends and here lies an additional danger, the danger that emergency measures taken during the second wave of the pandemic can lead to further and harsher abuse of the circumstances for political means. We must not allow that. We have to be strong, we have to be united in countering any temptation to curtail the rights of citizens in the name of fighting the current plague. COVID-19 must not become a convenient justification for cracking down on social protests, limiting the role of the opposition and holding free and fair elections.

At this moment, we need to consolidate all our efforts towards curing the sick and also towards defending our fundamental values against power grabs by unscrupulous politicians and here we must be vigilant and ensure that in this House the rule of law is respected.

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Przewodnicząca! Rezolucja dotycząca wpływu pandemii COVID-19 na demokrację porusza kwestię zasadniczą, kwestię roli, jaką władza pełni w demokracji. Kwestię jej odpowiedzialności i granic.

W sytuacji nadzwyczajnej, jaką jest pandemia, występują ograniczenia praw obywatelskich, zakazy zgromadzeń, zakazy przemieszczania się. To sprawia, że obywatele są wobec władzy jeszcze bardziej bezbronni.

Sprawdzianem, czy dana władza jest rzeczywiście demokratyczna, jest jej zachowanie w takiej właśnie sytuacji nadzwyczajnej. Pytanie brzmi: czy politycy nie wykorzystują tego momentu, żeby deptać prawa i godność obywateli? Niektóre rządy w Unii tego egzaminu nie zdały. Podam przykład z ostatnich tygodni. Rząd Zjednoczonej Prawicy, który zmusza kobiety w Polsce do rozpaczliwego protestu w obronie ich najbardziej podstawowych praw właśnie teraz, podczas drugiej fali pandemii. Ale ja nie mam żadnych wątpliwości: ta władza nie wygra z kobietami. W demokracji to władza ma służyć obywatelom, a nie odwrotnie. To, co się dzieje obecnie w Polsce, to zwiastun końca pewnego etapu. Rewolucja kobiet zmieni Polskę na lepszą, respektującą prawa człowieka, otwartą, nowoczesną, tolerancyjną i szanującą wszystkich swoich obywateli i obywatelki, obdarzoną poczuciem humoru, dystansem do siebie, wyzbytą nadęcia i obsesji na swoim punkcie. Demokracja jest kobietą. Wielki szacunek dla wszystkich protestujących w tych trudnych czasach. Jesteście nadzieją. Pokazaliście, że demokracja jest silniejsza niż koronawirus.

(A vitát felfüggesztik)

3. Erste Abstimmungsrunde

Elnök asszony. – A viták folytatása előtt megnyitom a mai első szavazást.

A napirendben jelzett dokumentumokról fogunk szavazni.

A szavazás 9.30-tól 10.45-ig tart.

Az összes szavazás név szerinti szavazás lesz.

Ezennel megnyitom a szavazást. 10.45-ig szavazhatnak.

A szavazások eredményeinek bejelentésére 13.00-kor kerül sor.

4. Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit (Fortsetzung der Aussprache)

Elnök asszony. – Most pedig folytatjuk a vitát a szóbeli választ igénylő kérdés a Bizottsághoz – A Covid19 kapcsán bevezetett intézkedések hatása a demokráciára, az alapvető jogokra és a jogállamiságra pontról

Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság – (O-000065/2020 – B9-0023/20) (2020/2790(RSP))

Geoffroy Didier (PPE). – Madame la Présidente, les conséquences de la crise sanitaire sont nombreuses à bien des égards, elles bousculent les démocraties dans leur manière d'organiser les droits et les devoirs de chaque citoyen, mais aussi dans leur fonctionnement interne. Le fait même que l'immense majorité des députés du Parlement européen soient, de fait, assignés à résidence dans l'exercice de leur mission, qu'ils ne puissent plus voter dans l'hémicycle, qu'ils ne puissent plus se rencontrer, pose un vrai problème politique. Et ce, alors que nous avons plus que jamais besoin d'Europe.

Nous sommes le continent le plus touché par l'épidémie, nous sommes le continent le plus touché par la crise économique, la menace terroriste est à nos frontières et sur notre territoire. Nous avons donc le devoir impérieux de trouver d'urgence des solutions qui nous permettent d'exercer pleinement notre mission, ou en tout cas le moins anormalement possible. Et ce, alors que, nous le savons, la crise sanitaire ne durera pas seulement quelques semaines encore, mais plusieurs mois.

Alors, je propose que nous mettions en place des conditions sanitaires plus strictes pour nous permettre d'exercer notre mission en collaboration avec nos équipes. Il peut, par exemple, y avoir des tests antigéniques qui donnent des résultats en quinze minutes et que le Parlement européen peut se procurer. Nous pourrions aussi, avant d'entrer dans l'hémicycle, donner un certificat de test négatif à la COVID. Bref, si nous sommes agiles et si nous sommes inventifs, des solutions existent.

Nous devons être particulièrement intransigeants sur le respect des consignes sanitaires, mais nous devons aussi être exigeants vis-à-vis des attentes populaires, qui souhaitent, surtout en période de crise, que la démocratie puisse produire pleinement ses effets.

Pina Picierno (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sappiamo che la pandemia ha reso assolutamente necessarie delle misure straordinarie a tutela della vita delle cittadine e dei cittadini europei, misure che spesso, purtroppo, come sappiamo, hanno riguardato anche delle limitazioni delle libertà individuali. Si tratta di una condizione di assoluta eccezionalità, che è stata resa indispensabile dalla diffusione del virus e dalla necessità di mettere in salvo delle vite umane.

Ma se questo è accettabile, se questo è comprensibile, se questo è persino giusto, non lo sono, al contrario, gli abusi di potere che pure si stanno verificando, signora Presidente, e che riguardano, lo voglio sottolineare con molta forza, in particolare le donne, perché è ormai provato che in molti paesi l'accesso all'aborto legale e sicuro e a tutte le cure che sono legate alla salute sessuale e alla salute riproduttiva è negato o ostacolato.

Ci sono paesi, come la Polonia, che hanno approfittato di questa situazione emergenziale per limitare la libertà delle cittadine e questo, signora Presidente, è assolutamente inaccettabile.

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, COVID-19 has been and continues to be a stress test for democracies, the resilience of national safeguards and, importantly, the rule of law. COVID-19 impacts on fundamental rights of citizens and democracy. A crisis such as the scale of this pandemic brings unprecedented challenges in every area, including the rule of law. We must – as politicians, as governments, as NGOs – be extremely alert and willing to interrupt and challenge any violations of these across the EU.

A pandemic such as this impacts disproportionately and differentially on women, on gender issues, on minorities and immigrants and those on the margins of society. Women and girls are disproportionately at risk during this pandemic as, during lockdowns, they can be exposed to abusers for long periods of time with no availability of social or institutional support. The risk of child sexual exploitation has, sadly, further increased as have the opportunities for online harassment and disinformation.

Undoubtedly, this crisis has brought about the best in many countries, including here in the EU. We've seen good leadership, but strongman politics and authoritarianism can take hold.

Further restrictive measures must always be accompanied by proper information, education and widespread consultation. Democracy, fundamental rights and the rule of law, are at the core of our societies. They cannot and should not be jeopardised by this pandemic.

Vladimír Bilčík (PPE). – Vážená pani predsedajúca. Pandémia oklieštila náš demokratický život. Nemáme lepší dôkaz ako ten, že plenárne zasadnutie sa dnes odohráva virtuálne, na diaľku. Demokracia tak, našťastie, žije ďalej, je však dôležitá pre ňu najst' zmysluplný život, aby sme demokratické inštitúcie obmedzovali len v nevyhnutnej miere a vo vopred vymedzenom čase. Tieto princípy musia platiť pre prácu všetkých parlamentov v Európe. Pandémia zároveň ukazuje, akí sme zraniteľní. Popri víruse, ktorý napáda naše telá, sa v posledných mesiacoch masívne rozšíril aj vírus, ktorý napáda a ničí overené informácie, fakty a vedecké poznatky, na ktoré sa tak veľmi spoliehame pri hľadaní tých správnych politických rozhodnutí. Boj s dezinformáciami má zrazu iný, naliehavý rozmer, keď vidíme, ako klamstvá na sociálnych sieťach o zaručených liekoch na koronavírus, používanie rúšok či očkovaní, ničia zdravie a životy ľudí. Dezinformácie môžu zabíjať. A my v Európe sa musíme zoči voči rastúcej infodémii brániť spoločne. Naši občania majú právo na poctivé a pravdivé informácie od svojich vlád, médií, ale aj na sociálnych sieťach. Online musí platiť rovnako, ako v tradičných médiách, že fakty majú vždy prednosť pred klamstvami. A každý používateľ sociálnych sietí v Európe si zaslúži rovnakú mieru ochrany pred manipulatívnym obsahom. Demokracia potrebuje digitálne platformy, ktoré sú zodpovedné a transparentné voči svojim používateľom. Nie také, ktoré ničia férovú politickú diskusiu a šíria dezinformácie bez ohľadu na jej dôsledky pre zdravie ľudí.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, en los momentos excepcionales es cuando más necesario es el ejercicio pleno de este Parlamento como garante de la democracia. Señora presidenta, el COVID ha golpeado duramente nuestra salud, con cientos de miles de fallecidos entre nuestros seres queridos, y también nuestra economía, con la pérdida de millones de puestos de trabajo.

Pero esta pandemia ha puesto a prueba la resistencia de nuestras democracias y de nuestras instituciones. La crisis sanitaria no puede servir de excusa para debilitar nuestro Estado de Derecho y degradar nuestros valores. La excepcionalidad de la pandemia debe llevar a los Gobiernos nacionales, ahora más que nunca, a fortalecer, a proteger nuestros derechos fundamentales y el equilibrio de poderes; a más control parlamentario; a luchar contra la desinformación, garantizando la libertad de expresión, el derecho a la información y el pluralismo de los medios de comunicación, y no todo lo contrario.

Es preocupante ver a Gobiernos de democracias consolidadas intentando socavar la independencia judicial, tomando decisiones que pueden limitar o censurar el derecho a la información, o sirviéndose de medidas de excepción para evitar el control parlamentario.

Señorías, esto está pasando hoy dentro de la Unión. Europa no puede volver a los oscuros comités de la verdad. Europa debe mantenerse firme en la defensa de la libertad y el Estado de Derecho, y debemos vencer juntos al virus, sin que nuestras democracias retrocedan.

No solo nos jugamos los fondos europeos para la recuperación sanitaria, económica y social. Nos jugamos la salud y la calidad de la democracia.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, vážení kolegové, víte co je silnější než koronavirus? Láska. Láska lidí, kteří jsou v první linii a pracují pro nás. Tato debata měla být o základních právech a víte, kolik zdravotníků si vybralo v posledních dnech svoji dovolenou? Víte, kolik zdravotníků, kteří pracují denně v první linii, zavírali stejně jako já lidem oči, protože ti lidé umírají? Denně ti lidé umírají a zdravotníků se nikdo neptá, zda mají čas plakat, nikdo se neptá na to, zda mají čas na rodinu, nikdo se neptá na to, zda mají čas si jenom nakoupit. Oni chodí do práce, chodí do práce s COVID-19, s teplotou, chodí do práce v sobotu a v neděli, slouží dvanáctihodinové služby. A já jsem v tomhle sále neslyšel ani jednou, že by někdo řekl zdravotníkům v Evropské unii: „Děkuji.“

Vážení kolegové, my jsme koronavirus nezapřčinili. To je čínská chřipka, Čína nás neinformovala, my můžeme jenom volat po tom, aby tady bylo řádné vyšetření. Ale v současné době, pokud mluvíme o právech, mluvíme o právech těch, kteří jsou v první linii, ti si to nejvíce zaslouží. A milí zdravotníci a všichni, kdo pomáháte, já vám za celý Parlament a za nás za všechny ze srdce děkuji.

Sven Simon (PPE). – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, viele Kolleginnen und Kollegen haben es bereits angesprochen: Die meisten Parlamente in der Welt haben ganz im Sinne dieser EntschlieÙung Lösungen gefunden, die die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten. Für das Europäische Parlament gilt das nicht. Das Europäische Parlament ist ein rechtsfreier Raum geworden. Rechtsstaatlichkeit gilt hier nicht mehr. Wortmeldungen zur Geschäftsordnung sind grundsätzlich verboten worden, der auch jetzt aktuell stattfindende Verstoß gegen Artikel 156 der Geschäftsordnung ist bereits angesprochen worden.

Der Präsident hat am 27. Oktober entschieden, die Sitzungen nur noch aus der Ferne abzuhalten. Dafür gibt es keine Rechtsgrundlage. Dass wir heute dennoch hier versammelt sind, ignoriert groteskerweise die Entscheidung des Präsidenten, aber sie hat weiterhin Bestandskraft. Sie wurde nämlich nie zurückgenommen. Hier herrscht blanke Willkür. Wir wissen nicht, ob das Plenum im November stattfindet oder nicht. Eigentlich dürfte nach dem Beschluss keiner heute hier anwesend sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns gegen diese Entscheidung des Präsidenten vom 27. Oktober nicht zur Wehr setzen, notfalls auch den Rechtsweg beschreiten, wenn wir das Herzstück der parlamentarischen Demokratie, das Zentrum der europäischen Öffentlichkeit, dieses Plenum nicht aufrechterhalten, dann verlieren wir beim Thema Rechtsstaatlichkeit in Europa und in der Welt jegliche Glaubwürdigkeit.

(Beifall)

Didier Reynders, membre de la Commission. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, laissez-moi, tout d'abord, à nouveau vous remercier pour le débat que nous venons de tenir ce matin et soyez certains que la Commission continuera à assurer un suivi attentif des mesures prises par les États membres au titre de la lutte contre la COVID-19.

Nous continuerons à suivre de près l'application des mesures d'urgence dans la pratique et leur incidence sur l'état de droit, sur les droits fondamentaux, notamment les mesures qui pourraient aller au-delà de ce qui est proportionné, et enfin, leur impact sur le droit de l'Union. Nous vérifions notamment si les mesures adoptées entraînent une éventuelle non-application des législations nationales transposant le droit de l'Union.

Dans son rôle en tant que gardienne des traités, la Commission n'hésitera pas à prendre les mesures nécessaires, comme nous l'avons déjà fait par le passé.

We have expressed, also before this House, our serious concerns raised, in particular, by measures taken in Hungary under the state of alert declared in March. Now that a state of alert has again been introduced, we will remain vigilant and closely monitor the application of emergency powers in practice.

On 30 October, the Commission launched an infringement procedure related to the new asylum procedures introduced as a response to the COVID-19 pandemic. We are concerned that these procedures prevent effective access to the asylum procedure and infringe the fundamental right to asylum guaranteed by the Charter of Fundamental Rights.

The COVID-19 pandemic has compounded existing inequalities, particularly among vulnerable groups such as marginalised Roma communities, and elderly people. Limited access to healthcare, low income, precarious job and housing situations and lower health outcomes make too many members of these groups more vulnerable in times of pandemic.

With schools closed, too many Roma children living in remote areas have no access to online learning and missed school for months. This is unacceptable, as the Commission responded from the very outbreak of the crisis. For instance, in April, Commissioners Dalli, Kyriakides and Schmit sent a letter to the relevant ministers in each Member State emphasising the need for specific measures for those groups in the context of the COVID-19 crisis.

In parallel, we drew Member States' attention to the funds available under the Coronavirus Response Investment Initiative and the Coronavirus Response Investment Initiative Plus, and initiated a dialogue on how to better address the specific needs of the most vulnerable where this is possible.

Furthermore, the Commission recently adopted, reformed and strengthened its EU-Roma strategic framework for equality, inclusion and participation, and has adopted today its first lesbian, gay, bisexual, trans(gender), intersex and/or queer (LGBTIQ) equality strategy, both reflecting the new needs emerging from the COVID-19 pandemic.

Ce suivi exercé par la Commission continuera jusqu'à ce que toutes les mesures d'urgence soient intégralement révoquées. Et nous continuerons à publier notre analyse de ces mesures dans nos rapports sur l'état de droit, comme dans le rapport sur la charte des droits fondamentaux, comme je l'ai annoncé tout à l'heure, à la suite de la stratégie qui sera adoptée cette année, à nouveau.

Nous continuerons à publier des recommandations ou des lignes directrices lorsque cela s'avère nécessaire et nous poursuivrons notre travail d'échange des meilleures pratiques, comme nous l'avons fait, notamment avec les ministres de la justice, à propos de la lutte contre les violences domestiques, en augmentation pendant la pandémie.

Je voudrais, Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, répéter que le présent débat est le bienvenu car il importe de maintenir un débat démocratique sur notre réponse aux défis soulevés par la crise de la COVID-19, notamment en ce qui concerne le respect de nos valeurs communes. Le contrôle par les parlements nationaux est très important et, vous le savez, le fonctionnement des parlements nationaux n'est pas simple à organiser pendant la pandémie, vous vous en rendez compte aussi lorsqu'il s'agit d'assurer le bon fonctionnement de votre assemblée.

En ces temps difficiles, l'engagement commun de toutes les institutions de l'Union en faveur du respect des valeurs fondamentales dans l'ensemble de l'Union européenne est essentiel. Je voudrais à nouveau vous remercier, une fois de plus, pour votre engagement à cet égard.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A módosításokról a szavazás ma lesz, a zárószavazásra pedig holnap kerül sor.

Írásos nyilatkozatok (171. cikk)

Andrus Ansip (Renew), kirjalikult. – Ka COVID-19 põhjustatud tervisekriisi ajal tuleb austada inimeste põhiõigusi ja -vabadusi. Viiruse vastu võitlemine ei saa olla õigustuseks inimeste demokraatlike vabaduste piiramisel. Kõik rahvatervise kaitseks rakendatavad meetmed peavad olema eesmärgipärased ja proportsionaalsed. Ebaproportsionaalsete meetmete rakendamisel võivad olla laastavad tagajärjed inimeste vaimsele tervisele. Samuti võivad sellised meetmed ohustada demokraatiat ja õigusriigi põhimõtteid. Rakendatavad meetmed ei tohi kahjustada meie inimesi rohkem kui viirus.

Άννα-Μισέλ Ασημακοπούλου (PPE), γραπτώς. – Δυστυχώς, μεταξύ των πολλαπλών προκλήσεων λόγω της πανδημίας, καλούμαστε να διαχειριστούμε και ζητήματα που αφορούν την ισορροπία μεταξύ των αναγκαίων μέτρων πρόληψης, με την απαραίτητη —όμως— εξασφάλιση των δημοκρατικών δικαιωμάτων των πολιτών. Κατά την ολομέλεια της 17ης Απριλίου 2020, με το ψήφισμα του ΕΚ ως προς τη συντονισμένη δράση της ΕΕ για την καταπολέμηση της πανδημίας και των συνεπειών της, καταδικάσαμε ως πλήρως ασύμβατα με τις ευρωπαϊκές αξίες κάποια από τα έκτακτα μέτρα που πάρθηκαν από ορισμένα κράτη μέλη. Στο πλαίσιο των εργασιών της 130ής Συνόδου των Υπουργών Εξωτερικών των κρατών μελών του Συμβουλίου της Ευρώπης, εκδόθηκε στις 4 Νοεμβρίου 2020, Διακήρυξη σχετικά με την προάσπιση της Δημοκρατίας, του Κράτους Δικαίου και των Ανθρωπίνων Δικαιωμάτων σε καιρό πανδημίας, η «Διακήρυξη των Αθηνών». Σε αυτήν, το Συμβούλιο της Ευρώπης αναγνώρισε τις δραματικές συνέπειες της πανδημίας, οι οποίες —σε πολλές περιπτώσεις— ξεπέρασαν τις προφανείς υγειονομικές και οικονομικές προκλήσεις, διακυβεύοντας αξίες όπως το κράτος δικαίου, θεμελιώδη δικαιώματα, αλλά και την ίδια τη δημοκρατία. Ο σεβασμός αυτών των διαχρονικών μας αξιών δεν νοείται να υπονομεύεται από τα κράτη μέλη, και η Ελλάδα, που «γέννησε» τη

Δημοκρατία, δεν θα μπορούσε παρά να είναι πρωτοπόρος σε αυτό. Σας καλώ, λοιπόν, να μην επιτρέψουμε να μπει η Δημοκρατία σε каранτίνα!

Dace Melbārde (ECR), in writing. – The Covid-19 pandemic and the subsequent fallout is unprecedented for people, countries and their economies. Unfortunately, in many ways this crisis has also dented our democratic processes. I would like to applaud the impeccable work of our journalists and media organisations in providing up-to-date and important information to the people and in that way contributing in the fight against the virus – and the disinformation about Covid-19. As has been stated many times, the best way to fight disinformation is through adequate funding for quality media so as to ensure that independent journalism and media pluralism is flourishing, not stifled. But whilst the media consumption has been on the rise throughout the lockdowns, media organisations are struggling due to subdued incomes from advertising and the general lack of funding which has been ailing them well before the pandemic. Failed media cannot be resurrected or bailed out like other industries. It is high time for Member States and the EU to address this emergency in the sector so as to ensure that media organisations can continue without undue restraints their important social and democratic function, and that they emerge from the crisis stronger and more resilient.

Sandra Pereira (GUE/NGL), por escrito. – Com o surto de COVID-19, os Estados-Membros foram obrigados a tomar medidas, tendo em conta a redução do contágio. Algumas medidas podem ser questionáveis quanto à sua eficácia em termos sanitários e, infelizmente, podem ter um impacto negativo na vida das populações, restringindo os seus direitos, liberdades e garantias. É exemplo disso o recurso ao estado de emergência. Defendemos que as medidas tomadas devem adequar-se às necessidades efetivas e desafios que a situação coloca.

Nesse sentido, necessitamos de medidas que estimulem a proteção individual, promovam a pedagogia da proteção e assegurem condições de segurança sanitária para que a vida possa prosseguir nas suas múltiplas dimensões. É necessário reforçar a capacidade de resposta dos serviços públicos de saúde, de segurança no funcionamento das escolas, dos lares, dos transportes públicos, das instalações e equipamentos culturais e desportivos. O caminho não pode ser suspender, proibir ou impedir atividades ou eventos, nem restringir o exercício de direitos, liberdades e garantias.

5. Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2021-2027) (Programm „EU4Health“) (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Cristian-Silviu Buşoi által a Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság nevében készített a 2021-2027-es időszakra szóló uniós egészségügyi cselekvési programra („az EU az egészségügyért program”) irányuló javaslatról szóló jelentésről folytatott vita (COM(2020)0405 – C9-0152/2020 – 2020/0102(COD)) (A9-0196/2020).

Tájékoztatom a képviselőket, hogy az ülés egyik vitája esetében sem kerül sor jelentkezés alapján történő felszólalásra, és nem fogadunk el kékkártyát és ügyrendi pontokat.

Ezen túlmenően távoli kapcsolaton keresztül felszólalások várhatóak a Parlament tagállamokban működő kapcsolattartó irodáiból.

Cristian-Silviu Buşoi, rapporteur. – Madam President, at Union level we had had three stand-alone health programmes before the proposal in 2018 to have it incorporated in the 4th health programme under the ESF+ as a strand, in times where at least 70% of our population ask for and expect more and bolder EU intervention on health. Myself, at the time I was expressing concerns at the budgetary dilution and asked for the EU health programme to be an independent instrument and a central keystone of EU policy.

The COVID-19 crisis has clearly proven the European Union's need for well-defined and adequately financed policy instruments. Moreover, with the rising expectation from our citizens, from the Union and from us, the policymakers, in the field of health – in particular now, given the current crisis – I am proud to witness that Commissioner Ursula von der Leyen, and especially Commissioner Kyriakides, have delivered both on citizens' expectations and on addressing the challenges we are facing. I would like to take this opportunity to thank you, Commissioner, in the plenary of this House.

The EU4Health programme will stand as the 4th health programme of the Union as a separate instrument for the 2021-2027 period. As a direct consequence of COVID-19, a stand-alone programme was proposed aimed at strengthening EU health systems and health care with an initial robust budget of EUR 9.4 billion. Compared to the 3rd programme for health, the EU4Health programme will deliver on many more actions to support Member States in the field of health and complement their efforts in reforming their health systems to become more resilient.

As the rapporteur, when drafting the initial report, I emphasised the importance of the fact that the EU4Health programme is more than just a response to the COVID-19 crisis and it should deliver not only on short-term crisis management, but also on long-term objectives in ensuring the development of strong and resilient health systems in the Member States, and should address long-term challenges such as cancer, the burden of chronic diseases, and of course, mental health and ageing, vaccine hesitancy and equal access during medicine shortages.

One of the top priorities I had as rapporteur was cancer and the EU4 Health Programme will strengthen the European Union's fight against cancer with concrete actions to address the lack of screening, early diagnosis and access to treatment and care and in synergy with the Europe's Beating Cancer Plan.

Another priority for us, the European Parliament team working on this file, was to digitalise health care, in particular through the creation and application of European e-health records and support for the creation and use of the future European health data space platform.

The programme will not only deliver on fighting cancer, but also on digitalisation and forthcoming worrying realities – future pandemics and health threats – by working in synergy with other programmes, instruments and funds like the Europe's Beating Cancer Plan, Horizon Europe, and especially the mission for cancer, the Digital Agenda and the RRF (Recovery and Resilience Fund).

After the vote in committee, we clearly showed that the European Parliament stands for improving the health of our citizens by health promotion and a person-centred approach to address communicable and non-communicable diseases, with a focus on chronic diseases, early screening, prevention, future development of European reference networks, addressing vaccine hesitancy, shortage of medicines and health inequalities. Therefore, I am looking forward to the vote today in the plenary and I expect to have a clear and strong mandate to start the negotiations.

Regarding the budget, the envelope was cut by EUR 1.7 billion in July and in the committee we restored the amount completely to show that we aim for an increase, and with this commitment we are here today in the plenary.

An agreement was reached this week with a major increase up to EUR 5.1 billion for health compared to the cut in July, and I would like to take this opportunity to thank my party, the PPE, and to thank the European Parliament negotiating team for their support. This increase is a triumph for all of us.

Compared with the 3rd health programme, we have a robust budget that will come in support of Member States. This budget will be able to complement Member States' efforts and national programmes, and in synergy with other instruments will deliver on improving the wellbeing of our citizens by addressing health inequalities, strengthening health care systems, support for digitalisation of health care through the European e-health record and the European health data space. And of course, what was extremely important and I mentioned earlier, last but not least, really fight cancer.

I'd like to take this opportunity to thank my colleagues, the shadow rapporteurs, for their work. It was an extraordinary team, very dedicated and I'm really grateful, colleagues, for your support and collaboration. We succeeded on a fast-track to deliver what will be the most ambitious and well-funded health programme of the Union to date. I'm really grateful and I'm grateful to the Commission for all their efforts and the good cooperation. I'm looking forward to a successful vote tomorrow and a very interesting debate today, and this will be a starting point for what will be a European Union for health, with real achievements, in order to respond to European citizens' expectations.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Madam President, it is indeed a great pleasure to join you to discuss the EU4Health programme. This programme is the key financial tool to help protect our citizens' health, to fight major public threats like COVID-19, and of course to reinforce Europe's health systems. The Commission greatly appreciates the efforts that have gone into preparing today's draft report. In particular, however, I would like to thank the rapporteur Cristian Bușoi and the shadow rapporteurs and of course MEP Ștefănuță, as Budget Committee rapporteur.

These are very difficult times for our citizens, for businesses, for our Member States, for our European health care systems. The worldwide surge of cases is extremely worrying. Over eight million cases have been confirmed in the EU alone. Hospital admissions are increasing every day. Pandemic related health issues are growing. Too many people have lost their loved ones. Too many are suffering and every day when we hear numbers these numbers are about people. They are about families, they are about life stories.

In this context I am delighted that in the trilogues for the Next Generation EU, and our future MFF, this essential programme for the health of our citizens has emerged stronger and reinforced to EUR 5.1 billion. I know that this House has played a key role in this effort and I want to thank everyone, especially Cristian Bușoi in particular, for sharing our vision and for fighting our corner on this. I think actually I have been losing my voice over the last week from, at the beginning, speaking with everyone to thank them for this effort and yesterday from the excitement of hearing the news.

This programme will be a fundamental element of our work towards building a genuine and strong European health union by strengthening our crisis preparedness and management and the resilience of our health systems. COVID has shown us the importance of working together to reinforce our crisis readiness actions. This implies sufficient funding at EU level and building synergies with other instruments such as rescEU for stockpiling products needed for crisis.

We also need to take forward the digital transformation of the health sector to build on the positive momentum and more generally, we need to strengthen the EU's ability to support and complement Member States' programmes and actions.

The public needs to hear a clear message that public health is a priority area for Europe's recovery. At the beginning of this crisis citizens across Europe were all saying, 'where is the EU? We need more EU in public health' and I believe that together, Parliament and the Commission, we have shown that we have been listening. We have been listening that targeted investment in crisis preparedness and stronger health systems are essential for the future. We are mobilising all possible resources to strengthen our defences, including crucially funding, which in many cases is a determinant of feasibility.

I am glad that we agree on the basic rationale and policy objectives of the future EU4Health programme. The amendments proposed take into account the COVID-19 challenges and other public health needs. The Commission notes Parliament's wish for a more inclusive governance framework and we will be doing this. This is clearly an area that we will be discussing, though we should avoid adding anything to the governance, and I stress this, that would be overly burdensome or introduce mechanisms that would prevent efficient preparation and implementation of our programme.

We have built a long tradition of consulting extensively with stakeholders and we place a high value on the input received. I am personally committed to maintaining this approach during the preparatory phase of the work plans as well as their implementation. We are partners in this. The gravity of the current health crisis calls for swift conclusion of the negotiations. It calls for a programme that complements the other important strands of EU action to strengthen the resilience of our health systems and our preparedness and response capacity to cross-border health threats.

I am convinced that an agreement in the first reading is both possible and is absolutely necessary. We will do our utmost to facilitate negotiations between co-legislators. What is now required is close cooperation and the swift agreement between Parliament and the Council to ensure EU4Health can deliver its full potential.

I fully count on your support to take this forward, and what I would like to share with you in ending is that when we put this programme forward, and we called it EU4Health, I felt from that moment on that we had true partners within this institution and having achieved the proposed increase of the budget, I now know that we're going to be partners hand in hand with this because this is what citizens expect from us and this is what we need to deliver.

Nicolae Ștefănuță, Raportor pentru aviz, Comisia pentru bugete. – Doamnă președintă, sunt un pic emoționat pentru că am ascultat discursul doamnei comisar Kyriakides și pentru că toți din această sală avem în momentul acesta oameni, prieteni, rude care sunt în spitale, afectați de pandemia în care ne aflăm, din păcate.

Ei bine, vorbesc în numele colegilor mei de la buget și sunt emoționat că am reușit un lucru fantastic: atunci când doamna președintă Ursula von der Leyen ne-a prezentat Pactul Verde, a spus că acela este momentul nostru de a trimite un om pe Lună, „our man to the Moon moment”, și atunci când dumneavoastră, doamnă Kyriakides, ne-ați prezentat EU4Health, am sperat același lucru, că acesta este un moment de a trimite un om pe Lună. Am sperat asta văzând acel buget inițial de aproape 10 miliarde, am fost foarte decepționat atunci când el a fost scăzut la 1,7 de Consiliu. Acum sunt mândru de toți cei care au participat și l-au făcut măcar de 5,1 miliarde. Asta arată că noi, la Bruxelles, chiar luăm în serios amenințările de sănătate prin care trece acest continent și interacțiunea agresivă a omului cu natura și schimbările climatice care ne afectează.

Cea mai importantă lecție pe care am învățat-o din această criză este că, atunci când investim în știință, în cercetare, câștigăm, facem imposibilul posibil. Iată că în mai puțin de un an reușim să avem un vaccin. Omul pe Lună nu a fost trimis cu discursuri, cu vorbe mari, omul pe Lună a fost trimis cu 20 de miliarde de dolari investiți în nouă ani în programul Apollo.

Discursurile nu construiesc spitale, discursurile nu oferă material de protecție medicilor, discursurile nu salvează oameni, vorbele trebuie întărite de bugete mari. De aceea mă uit la dumneavoastră cu încredere, doamnă Kyriakides, și vă invit să scriem istorie împreună pentru sănătatea europeană.

Chrysoula Zacharopoulou, *rapporteuse pour avis FEMM*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, j'aimerais tout à bord saluer ce programme ambitieux, vers une Europe de la santé.

Alors que nous faisons face à une pandémie d'une ampleur inédite, les femmes soignantes sont en première ligne dans tous les pays européens. Nous leur devons notre salut. Mais leur engagement rend encore plus insupportable une autre réalité: les inégalités et les disparités dans l'accès aux soins entre les femmes et les hommes. Il est donc urgent d'agir.

Nous devons faire progresser la connaissance des questions de genre et de sexe et les intégrer dans le programme EU4Health, dans les domaines de la prévention, des diagnostics, des traitements et de la recherche. Il faut aussi tenir compte des spécificités de chaque sexe pour pouvoir contribuer à l'information et à l'éducation de la population et des soignants.

Madame la Commissaire, chère Stella, parler de la santé des femmes n'est pas possible sans intégrer les questions de santé sexuelle et reproductive et l'éducation à la sexualité. Ces droits sont la condition première de l'émancipation des femmes. C'est un enjeu de santé publique, mais aussi une question de dignité. Pourtant, en Europe et dans le monde, les conservatismes s'attaquent encore et toujours au corps des femmes – dernier exemple en Pologne.

En Europe, pouvons-nous accepter le tourisme de l'IVG? Pouvons-nous accepter que des femmes européennes mettent leur vie en péril en ayant recours à des avortements clandestins?

Chers collègues, nous devons soutenir les amendements sur la santé sexuelle et reproductive. Madame la Commissaire, dans cette Europe des valeurs et cette Europe de la santé que nous voulons, la santé et les droits sont indissociables pour tous.

Peter Liese, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst mal einen ganz herzlichen Glückwunsch an den Berichterstatter Christian Bușoi und an alle, die sonst mitgewirkt haben, aussprechen. Wir haben wirklich ein gutes Konzept für dieses neue große Gesundheitsprogramm.

Und einen großen Dank an Manfred Weber und die anderen, die dazu beigetragen haben, dass wir jetzt eine ordentliche finanzielle Ausstattung haben. Wir haben zehnmal mehr Geld als in der laufenden Periode. Das ist nicht ganz so viel, wie Parlament und Kommission sich gewünscht haben, aber es sind zehnmal mehr Möglichkeiten, den Patienten in der Europäischen Union konkret zu helfen.

Und da geht es natürlich zunächst um diese schreckliche Pandemie. Jeder sollte auf die Zahlen der Todesfälle gucken und nicht nur auf die Infektionen: Wir haben fast viertausend Menschen, die alleine gestern an dieser Pandemie gestorben sind. Und deswegen ist es wichtig, dass wir handeln, aber dass vor allen Dingen in den Mitgliedstaaten die richtigen Maßnahmen getroffen werden. Und deswegen trage ich heute auch bei meiner Rede eine Maske, denn wenn man spricht, kommt etwas raus, und das wird durch eine Maske verhindert.

Aber Christian Buşoi hat recht: Wir müssen auch langfristig schauen. Und da ist für die EVP vor allen Dingen das Thema Krebs besonders wichtig. Die Kommission hat schon einen guten Vorschlag gemacht, das Parlament hat ihn noch mal verbessert. Wir wollen konkrete Maßnahmen, die zu weniger Krebsfällen und zu besserer Behandlung in ganz Europa führen. Vielen Dank an alle, die geholfen haben.

Sara Cerdas, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, Caros Colegas, Senhora Comissária, os europeus pediram e, hoje, este Parlamento dá a resposta.

2020 é um ano histórico, com uma pandemia sem igual e que expôs a fragilidade de todos os sistemas de saúde dos países neste mundo!

Na União Europeia, a prestação de saúde é da competência de cada Estado-Membro, o que poderá ter-se traduzido numa fragilidade inicial na resposta a esta pandemia.

A Comissão apresentou como resposta o plano mais ambicioso de sempre para a saúde europeia, mas este Parlamento vai mais além.

Aprovaremos um programa centrado em dois pontos fundamentais, para não repetirmos os erros do passado e para garantirmos um futuro sustentável.

Um programa centrado em Saúde em todas as políticas e Uma só saúde.

Um programa que dê resposta aos principais desafios para a saúde, em matéria de doenças transmissíveis e doenças não transmissíveis. Que capacite a resposta em saúde da União e que esteja voltado para a redução das desigualdades em saúde, que garanta a acessibilidade universal aos cuidados de saúde e que tenha uma abordagem focada na promoção da saúde e nas diferentes vertentes da prevenção da doença. Com melhorias da literacia em saúde para todos, não deixando ninguém para trás.

E também, porque este é o ano da pandemia, aprendemos as lições.

Porque a saúde da nossa União não pode estar a 27 velocidades, urge uma maior harmonização e coordenação em resposta a crises em saúde e, para isto, pedimos a criação de um mecanismo europeu de respostas a ameaças em saúde pública. Não podemos esperar por outra pandemia. Precisamos de testes de *stress*, de forma controlada, aos mais diversos sistemas de saúde desta União, para identificar as falhas e oportunidades com parâmetros mínimos para os cuidados de saúde prestados por cada um dos 27.

A evidência científica diz-nos que, por cada euro que é investido em intervenções de saúde pública, o retorno, a longo prazo, é de 14 vezes mais. Com a conclusão das negociações, o orçamento foi, assim, triplicado para 5,1 mil milhões de euros para este programa. Agora, chegou a altura de o multiplicarmos por 14.

Véronique Trillet-Lenoir, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, cette crise sanitaire nous a donc révélé l'extraordinaire fragilité de l'Union européenne en matière de santé publique.

Merci, Madame la Commissaire, chère Stella, chère partenaire, comme vous dites, de nous avoir écoutés, ici, dans cet hémicycle, en avril, en juillet et en septembre. Merci d'avoir entendu nos appels pour une Europe de la santé renforcée, plus réactive et mieux coordonnée.

La première étape est franchie. Vous y avez perdu votre voix hier, en présentant le programme pour le renforcement de l'Union européenne dans la préparation aux crises sanitaires.

Les chefs de gouvernement doivent maintenant entendre l'appel des citoyens à une véritable Europe de la santé et valider le triplement du budget santé – merci à Nicolae Ştefănuţă et à la commission des budgets de l'avoir porté.

Nous devons promouvoir la santé globale, veiller à la prise en compte de l'impact sanitaire de toutes les politiques européennes – emploi, agriculture, transports, éducation, développement. Cette vision holistique nous permettra d'accomplir notre objectif prioritaire: la réduction des inégalités de santé. Dans les négociations avec le Conseil, nous défendrons nos grandes priorités thématiques: un plan ambitieux contre le cancer, la prévention des maladies chroniques, la meilleure prise en compte des maladies rares, le renforcement de l'Europe du médicament, mais aussi la santé environnementale, la santé au travail et la santé sexuelle et reproductive. Nous plaiderons également pour une plus grande implication de la société civile et des associations de patients.

Nous espérons tous un mandat fort au vote demain, pour préfigurer cette Europe de la santé que nous souhaitons voir se développer dans le cadre de la conférence pour l'avenir de l'Europe.

Silvia Sardone, a nome del gruppo ID. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dobbiamo dirlo con chiarezza: l'Europa in questi anni non ha puntato sulla sanità, purtroppo. Anzi, dal 2011 al 2018 la Commissione europea ha chiesto per ben 63 volte agli Stati membri di tagliare le proprie spese sulla sanità. Le criticità legate a questa situazione di emergenza e alla crisi del settore nascono quindi da problemi che avete creato voi e che ora ci troviamo a fronteggiare.

Tra l'altro la gestione di questa pandemia, sia nella prima che nella seconda fase, è stata confusionaria, poco coordinata e costantemente in ritardo nelle decisioni da attuare. Siete andati a ruota, in maniera pessima, dietro all'Organizzazione mondiale della sanità.

E ancora, poi, ci ricordiamo la decisione del Consiglio europeo del luglio scorso, la decisione di ridurre i finanziamenti per il programma sulla sanità. Sono stati ridotti, o almeno questa era la proposta a maggio, da 9,4 miliardi di euro a 1,67 miliardi di euro. Tutto questo nel bel mezzo di una pandemia globale. Un paradosso, ovviamente, di cui in molti dovrebbero onestamente vergognarsi.

L'Unione europea deve capire che non può destinare *budget* ridicoli rispetto alle sfide sanitarie che siamo costretti ad affrontare.

Bisogna anche cambiare la filosofia generale: io vedo un'Europa troppo concentrata nell'inseguire i bei sogni di ogni Greta di turno, di ogni Greta che si sveglia al mattino. Ma voi vi rendete conto che la priorità attuale è salvare le vite umane e tenere in piedi il sistema sanitario continentale?

Ora si cerca un cambio di linea e un tentativo di riparare i danni fatti. Bene, noi lo accogliamo con favore, ma c'è ancora molto da fare. La proposta della Commissione deve essere chiarita meglio.

E poi lasciatemi fare un appunto: i soldi europei non siano ancora sprecati per finanziamenti assurdi come quello all'istituto di virologia di Wuhan. Mai più, per favore!

Ovviamente bisogna garantire il miglior programma possibile per la salute dei cittadini europei. In tempi di crisi sanitaria, i cittadini si aspettano giustamente che l'Unione europea assuma un ruolo più attivo, più serio, che sia un'istituzione in grado davvero di coordinare gli altri Stati. Vogliono un'Europa che spinga per investire in maggiori infrastrutture, che favorisca l'occupazione di medici e di infermieri, che investa nella ricerca. Va cambiato molto per garantire una piena capacità di rispondere proattivamente alle esigenze. Ovviamente, in questo momento di emergenza, dall'Europa i cittadini si aspettano qualcosa di più.

Noi crediamo che questo piano debba aumentare la sicurezza della produzione, quella dell'approvvigionamento e anche la distribuzione di farmaci e dispositivi medici, cosa che purtroppo non abbiamo visto finora, arrivando al dramma di paesi che si sono visti rifiutare respiratori e non solo all'inizio della pandemia. Per esempio l'Italia, il mio paese, si è vista negare aiuti per settimane, altro che solidarietà europea! Poi la Presidente von der Leyen ha chiesto scusa, ma sinceramente non ci aspettiamo le scuse, ci aspettiamo i fatti, ci aspettiamo un'Europa diversa.

Allo stesso tempo bisogna sostenere la produzione europea, perché oggi più che mai bisogna ridurre la dipendenza da paesi terzi per le materie prime, per i farmaci, per i dispositivi medici e tanto altro. Da troppo tempo noi dipendiamo dai paesi asiatici, non è possibile continuare in questo modo.

L'Europa deve smetterla di concentrarsi su progetti costosissimi per un mondo ecologico e profumato, non è questo il momento. La salute dei cittadini ora va messa come priorità e non può essere considerata un fastidio da non affrontare seriamente.

Insomma, l'Europa inizi a fare l'Europa, inizi davvero ad avere un ruolo nei diversi Stati. Non l'abbiamo vista in questi mesi e, quando l'abbiamo vista, l'abbiamo vista agire male e in ritardo. Non ci servono le scuse, noi abbiamo bisogno di provvedimenti concreti e reali per gli Stati. Siamo in una pandemia, l'Europa inizi a fare l'Europa!

Michèle Rivasi, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Rapporteur, Cristian Bușoi, par rapport à ce plan, je voudrais féliciter la Commissaire parce que j'ai vu, hier, votre stratégie sur l'Union européenne pour la santé, et j'avoue qu'il y a beaucoup de points communs entre ce que nous avons travaillé sur ce quatrième programme d'action, EU4Health, et vos propositions. Je me félicite qu'il y ait des points communs.

Vous avez notamment abordé le problème des stress tests, or vous savez que cela avait été une demande des Verts et je vous avais beaucoup interpellée sur ce sujet pour que nous fassions un état des lieux et que nous regardions, en cas de crise sanitaire, quel est l'état des systèmes de santé dans les différents pays, comment nous pouvons mieux harmoniser, comment nous pouvons comparer différentes stratégies, c'est très important pour avoir ensuite des réponses adaptées. En même temps, normalement, ce EU4Health doit améliorer la gestion des crises sanitaires, rendre les médicaments ainsi que des produits de santé plus accessibles et améliorer l'accès aux soins.

Nous avons appris que le budget a été voté à la commission budget, je l'en remercie. Nous, les eurodéputés, nous avons veillé à imposer certaines priorités à ce programme-cadre, en particulier à travers le soutien et la mise en place d'établissements public-privé pharmaceutiques sans but lucratif, pour produire des médicaments essentiels qui pouvaient manquer au niveau de l'Europe. Il s'agit de retrouver la souveraineté sanitaire. Et même à l'heure actuelle, au niveau de la crise, dans certains pays, il y a pénurie. Il est donc très important de le faire.

On parle beaucoup aussi d'épidémie de cancers, ces maladies chroniques, et là, nous sommes pour la création d'un institut européen du cancer, qui aura notamment pour mission de faire la synthèse des registres nationaux, existants et à venir, et qui permettra de connaître précisément le nombre de cancers par pays, de quel type de cancer il s'agit, selon quelle classe d'âge ou quel sexe. L'axe de la prévention est donc essentiel.

Mais la meilleure thérapie contre le cancer, rappelons-le, est d'abord de ne pas en développer. Et l'Europe a une responsabilité sur les pollutions chimiques, sur les perturbateurs endocriniens, voire aussi sur les ondes électromagnétiques. Alors je me réjouis de la complémentarité entre la stratégie de la Commission et ce rapport qui va définir le programme-cadre.

Kateřina Konečná, *za skupinu GUE/NGL*. – Paní předsedající, nejprve mi dovolu vyjádřit opravdovou radost nad navýšením celkového rozpočtu na 5,1 miliardy EUR. Je to sice méně, než kolik bylo původně navrženo Komisí a kolik si poslanci EP představovali, ale myslím, že se začínáme dostávat k situaci, která nám umožní dostatečně financovat alespoň některé priority. Jak jistě víte, ve výboru jsme byli nuceni dělat velmi bolestivé škrt, abychom se vešli. Teď je sice budeme muset dělat také, ale pod menším tlakem.

K celkovému rozsahu a cílům programu bych jen ráda uvedla, že doufám, že se nebude zaměřovat jen a pouze na řešení pandemie COVID-19 či na pacienty s rakovinou. Je potřeba zdůraznit, že jsou i jiná onemocnění a jiné strukturální problémy ve zdravotnictví Evropské unie, které jsou desetiletí přehlíženy a jež je potřeba také řešit. Jsem ráda, že zpráva kolegy Bușoie byla přijata prakticky jednomyslně a na základě široké politické dohody. Doufám, že to takto proběhne i zde na plénu.

Po navýšení rozpočtu před námi stále leží otázka možného vytváření zásob. I přes navýšení bych s jeho zavedením byla opatrná. Je zjevné, že *stockpiling* je schopen sám o sobě vyčerpat značnou část rozpočtu, ať už bude v jakékoliv formě, a současnou částku stále nepovažuji za dostatečnou pro jeho zavedení. Kolegové, těším se na výsledky hlasování i na nadcházející dialogy. Čeká nás ještě spousta práce, ale práce, kterou Evropa potřebuje a která může pomoci stovkám, tisícům a milionům pacientů.

Dorien Rookmaker (NI). – Voorzitter, gezondheid is voor iedereen van groot belang. De Commissie zet nu een stap in de goede richting door de overheden van de lidstaten erop te wijzen dat ze in tijden van crisis moeten samenwerken. Daarnaast pleit ze voor een brede Europese aanpak om in de toekomst tekorten in de gezondheidszorg te kunnen voorkomen en zo naar behoren op crises te kunnen reageren. Deze aanpak is toegespitst op de COVID-19-crisis. Crises kunnen echter zich in vele vormen voordoen.

Aangezien er op deze planeet veel – naar mijn mening te veel – mensen rondlopen, kunnen we in de toekomst op veel meer crises rekenen. Dit biedt bureaucraten, nationale regeringen en de EU een uitgelezen kans om meer macht naar zich toe te trekken en vormt daarmee dus een risico voor de democratische rechtsorde en de bescherming van de burger tegen machtsmisbruik door de overheid.

De EU moet in dit opzicht dan ook het goede voorbeeld geven en zelfbeheersing tonen, en bovenal de kwaliteit van de democratische rechtsstaat bewaken in alle lidstaten. Gezondheidszorg is nog altijd de primaire verantwoordelijkheid van de lidstaten.

Edina Tóth (PPE). – Tisztelt Elnök asszony! A koronavírus okozta válság rávilágított arra, hogy milyen fontos az egészségünk, és milyen hatása van az egészségnek az életünkre, a gazdaságra és a társadalomra. Itt állunk a világiárvány közepén, de előre kell tekintenünk az új és rendezett élet felé. Ehhez azonban ambiciózus célokra, tettekre és programokra van szükség. Kijelenthetjük, hogy nagyobb hangsúlyt kell helyezni az egészségügyre, mint eddig bármikor, és sokkal gyorsabban kell reagálni az előre nem látható egészségügyi veszélyekre. Az „EU az egészségügyért” program, illetve a bizottság által tegnap bemutatott európai egészségügyi unió együttesen egy új fejezetet nyithat meg az uniós szintű egészségügyi politikában. Üdvözlendő, hogy az „EU az egészségügyért” program ambiciózus pénzügyi kerettel rendelkezik, de szeretném felhívni a figyelmet arra, hogy a program sikere szempontjából elengedhetetlen, hogy minden tagállam azonos mértékben élvezze a program előnyeit. Ezért kulcsfontossággal bír az arányos földrajzi elosztás.

Végül az Európai Néppárt tagjaként örömmel tölt el, hogy az Európai Egészségügyi Unió egy közös frakcióközi kezdeményezés, amelyben a pártcsaládom is aktívan részt vett. Az egészségügy helyzetének javítása minden tagállamban közös érdekünk, amelyet teljes mértékben támogatunk. Nem szabad viszont elfelejtenünk azt, hogy az egészségügy tagállami hatáskör, és ez a jövőben sem lehet másként.

Jytte Guteland (S&D). – Madam President, Madam Commissioner, ensuring the good health and well-being of citizens is one of the most fundamental responsibilities of a society.

The right to physical and mental health is a fundamental human right and every person, without discrimination, has the right to access modern and comprehensive healthcare.

We Socialists and Democrats are convinced that Europe needs stronger and more robust health programmes, both to strengthen the cooperation between the Member States, but also to overcome the common transnational health emergencies such as the present COVID-19 pandemic.

The pandemic shows clearly that we need to do more to protect the citizens' health and we need to do it better. We welcome the EU4Health programme which significantly boosts Europe's effort to improve the health of all citizens, and to be an important building block for the Health Union.

In order to achieve concrete results, we must also fully take into account the underlying root causes that threaten our health. There are important social, economic and societal factors that have a clear impact on our health.

Economic inequalities, social factors such as alcohol intake, dietary habits or the exposure to chemicals affect us. These factors must be included in Europe's actions so we can prevent disease and illness. Therefore we have worked hard to further develop proper health determinants in this regulation. All people have the same right to high quality, safe, accessible and affordable health care.

Finally, I'd like to mention also the tremendous work that my colleague, Sara Cerdas, has done for this programme and who managed to secure the Parliament's position which contains many of the important wins for Europe's citizens.

Frédérique Ries (Renew). – Madame la Présidente, je veux moi aussi, bien évidemment, saluer l'accord trouvé avant-hier avec le Conseil sur le budget européen pour les sept prochaines années. Plus de 5 milliards d'euros pour la santé. Alors, certes, c'est la moitié de ce que nous demandions, Commission et Parlement, mais cela reste une révolution, c'est douze fois ce qui était prévu par la Commission précédente. Il aura malheureusement fallu une crise sans précédent, comme celle que nous traversons, pour faire comprendre à chacun l'importance vitale, cruciale du chaînon européen dans la protection de la santé.

Alors il n'y a pas que la COVID, que mes collègues ont déjà largement commentée. Personnellement, je voudrais évoquer un sujet particulier, un combat mené depuis plusieurs années sur les bancs de ce Parlement, je voudrais parler ce matin des maladies rares. Pour ces patients souvent oubliés, à des centaines de kilomètres de leur spécialiste, parfois même de l'autre côté de la frontière, nous avons, à tâtons, inventé les outils nouveaux d'une médecine nouvelle. Je pense aux consultations en ligne, à la mise en réseau des connaissances, ce sont les réseaux de référence, ou encore aux plateformes d'informations communes, comme Orphanet. Ce sont des outils formidables et je suis ravie que la Commission se propose de les élargir, de les partager, notamment au cancer ou partout où c'est utile, mais pas aux dépens des maladies rares.

Ces avancées sont fragiles encore, elles doivent être consolidées, leur budget renforcé et sanctuarisé. Alors, c'est un appel que je voulais lancer ce matin: faire de la lutte contre les maladies rares une priorité, c'est aussi se battre pour la santé de tous les Européens.

Jordan Bardella (ID). – Madame la Présidente, avoir su «trop tard», avoir compris «trop tard», avoir agi «trop tard», c'est probablement, pour reprendre l'expression de MacArthur, les deux mots qui résument au mieux l'attitude de l'Union européenne sur la crise sanitaire.

Alors que le tsunami arrivait, que des mesures de confinement drastiques étaient décrétées, en Chine notamment, l'Union européenne s'est contentée, dans un premier temps, de rappeler à l'ordre tous les États qui ont eu le bon sens de rétablir des contrôles aux frontières nationales pour se prémunir et ralentir la progression du virus, et de faire des tutos pour se laver les mains. Mais rien sur les masques, rien sur les productions de tests, rien sur la relocalisation de nos filières de médicaments, à tel point que cette inertie a jeté de nombreux pays, comme l'Italie, dans les bras de la Chine.

Le texte qui nous est présenté aujourd'hui est censé marquer l'acte de naissance de l'Europe de la santé. Mais cette Europe de la santé existe déjà depuis des années, lorsqu'il s'est agi de taper des États au portefeuille en leur imposant des cures d'austérité drastiques, notamment dans les services publics. À 63 reprises entre 2011 et 2018, la Commission européenne a recommandé aux États membres de réduire leurs dépenses publiques en matière de santé.

Poussée par l'Union européenne, l'Espagne a elle-même réduit ses dépenses de santé de 11 % sur la dernière décennie. Et aujourd'hui, ce n'est pas sans un certain cynisme que la Commission demande à l'Espagne d'investir dans la santé, précisément pour réparer des problèmes structurels révélés par l'épidémie. L'Union européenne se mord la queue en dénonçant les maux qu'elle a elle-même causés.

En Italie, ce sont quelque 37 milliards d'euros de ressources destinées à la santé qui ont été supprimées ces dernières décennies. Ces coupes se sont traduites par une diminution de 50 % du nombre de lits dans le secteur hospitalier et par la perte de 70 000 unités en soins intensifs.

Si la santé publique en tant que telle doit rester de la compétence exclusive des États, nous sommes évidemment favorables à une coopération entre nations souveraines face à la pandémie, notamment pour le financement de projets de recherche, les sommes à débloquent étant évidemment considérables. Mais pour que cette coopération soit efficace, elle doit s'organiser de la façon la plus souple possible, entre États, plutôt que d'être placée sous l'égide d'un organe centralisé et bureaucratique. Voilà tout le sens d'une Europe à la carte et des projets que nous défendons.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist traurig, dass es eine Pandemie brauchte, um zu erkennen, dass wir ein gemeinsames Gesundheitsprogramm brauchen. Und in diesem Gesundheitsprogramm, das sehr gut ist, vermisste ich den konsequenten Ansatz „Eine Gesundheit“, denn nur in einer gesunden Umwelt gibt es gesunde Menschen.

Ich will mich konzentrieren auf den Punkt 7, nämlich die Bedrohung durch antibiotikaresistente Keime. Das ist adressiert, aber aus meiner Sicht viel zu zögerlich. Ich vermisste zum Beispiel striktere Vorgaben für die Tierhaltung. Das Beispiel Schweden zeigt, dass mit mehr Tierwohl auch sehr viel weniger Antibiotikaeinsatz einhergeht.

Und ich fordere Sie auf, setzen Sie sich endlich dafür ein, dass Umweltkriterien in die Gute Herstellungspraxis (GHP), die ja weltweit gilt, aufgenommen werden. Im Moment laufen in indischen Produktionsstätten Abwässer ungeklärt in die Flüsse. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir heftige antibiotikaresistente Keime bei uns haben, die die nächste Pandemie auslösen können. Bitte handeln Sie sehr schnell!

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, as consequências de anos de desinvestimento nos serviços públicos de saúde, para abrir campo à mercantilização do sector e ao negócio da doença, são agora expostos à evidência com a pandemia de COVID-19.

A União Europeia tem responsabilidades neste caminho. Foi impondo, por via do Pacto de Estabilidade e seus sucedâneos, como as recomendações por país, ao abrigo do Semestre Europeu, cortes nas despesas em saúde, diminuição de profissionais no sector público, degradação das suas condições de trabalho.

Ora, este programa não chega para não se ficar mal na fotografia. Não apenas fica aquém daquilo que se exigiria, como abre alguns caminhos perversos.

Procurámos trabalhar para corrigir alguns dos seus aspetos mais negativos e algumas insuficiências.

No respeito pela soberania e competências nacionais, este programa deve concentrar recursos nos sistemas públicos de saúde, apoiar investimentos nos meios de prevenção, diagnóstico, tratamento, em infraestruturas e equipamentos profissionais, apoiar o desenvolvimento de políticas de medicamento centradas nas necessidades dos doentes, na acessibilidade, na segurança do abastecimento, libertos dos constrangimentos da indústria farmacêutica.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Señora presidenta, los sistemas de salud de los Estados miembros se enfrentan a retos inmensos: el aumento de la esperanza de vida y, por tanto, de la cronicidad, enfermedades no transmisibles —cáncer, particularmente—, enfermedades raras, las viejas y las nuevas enfermedades infecciosas como el COVID, o las enfermedades mentales, desigualdades de salud entre países, entre regiones, entre clases sociales, entre géneros, que nos enfrentan al problema de los determinantes sociales de la salud, el impacto de la degradación medioambiental —por citar solo los más importantes—.

Y para afrontar estos retos necesitamos investigación, más investigación, desde el paradigma de *One Health*; promoción y prevención; crear, de verdad, en el concepto de salud en todas las políticas; y, por supuesto, hay que igualar las capacidades sanitarias en el ámbito de los profesionales, en el de las tecnologías médicas, en el acceso a las innovaciones terapéuticas, etcétera.

Si pensamos y abordamos estos instrumentos y estas estrategias a escala europea, avanzaremos más rápido y llegaremos más lejos. Tenemos que construir una política europea de salud y el programa EU4Health es un paso en la dirección correcta.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Радан Кънев (PPE). – Г-н Председател, колеги, здравето и животът на хората отново са точка №1 в нашия дневен ред. И ако през пролетта в Източна Европа бяхме слабо засегнати, ако при нас пандемията беше по-скоро повод за самохвалство и за злоупотреба с власт, то днес тя се развива в плашещи мащаби и показва неподготвеността на нашите институции.

В България, в моята родина, заразата и смъртността са на нивата на Италия и Испания от пролетта, а жертви са тези, които са най-нужни на обществото ни – лекарите, медицинските сестри, учителите, родителите. Европа показва, че ако е обединена, тя може да помогне и финансово да компенсира загубите там, където пасивността и инерцията на правителствата не го направиха, и да се ангажира с отварянето на границите за професии и стоки, без които не можем.

Днес хората очакват от Европейския парламент ясни правила и критерии за защита на гражданите, честен пазар на лекарства, гаранции, че финансовите помощи отиват при нуждаещите се, а не за купуване на избори. Нашият най-голям успех и надежда е разработването на ваксина от една малка, иновативна европейска фирма, с решаващата помощ на европейските програми за иновации, в партньорство с лидерите в индустрията. Успех, който показва колко са важни инвестициите в науката, а ключовата ни задача е тази ваксина да стигне до гражданите на Европа със строг ред и по ясни правила. Благодаря ви.

István Ujhelyi (S&D). – Tisztelt Elnök Úr! Lehetetlenség több év küzdelmét összefoglalni, egy percre sűríteni. Ezért én most köszönetemet szeretném kifejezni mindazon szakmai szervezeteknek, az Európai Parlament képviselőcsoportjainak és most már az Európai Bizottságnak, hogy hozzájárultak ahhoz, hogy végre napirendre kerüljön az európai egészségügyi unió létrehozása. Több éve küzdünk érte, és büszke vagyok a szociáldemokrata frakcióra, hogy elsőként karolta fel a javaslatunkat. Számomra, magyarként, az volt a kiindulási pont, onnan jött ez a javaslat, hogy meg akarok küzdeni azért, hogy egy kübekházi kis faluban élő polgárnak ugyanannyi, ugyanolyan lehetősége legyen az egészségügyi szolgáltatásokhoz hozzájutni, mint egy brüsszelinek. Éppen ezért küzdünk az európai egészségügyi unióért, és örülök annak, hogy a biztos asszony is mellé állt. Jöjjenek tehát a konkrét lépések.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι μονάδες εντατικής θεραπείας σε όλη την Ευρωπαϊκή Ένωση «χτυπάνε κόκκινο». Λόγω των τραγικών ελλείψεων, οι γιατροί καλούνται ξανά να αποφασίσουν ποιος θα ζήσει και ποιος θα πεθάνει. Οι αστικές κυβερνήσεις και η Ευρωπαϊκή Ένωση υπερασπίζονται την υγεία-εμπόρευμα και την ανταγωνιστική λειτουργία της προς όφελος των ομίλων, που έχει κοστίσει εκατοντάδες χιλιάδες νεκρούς. Οι πανηγυρισμοί σας για το εμβόλιο δεν μπορούν να κρύψουν τους σφοδρούς ανταγωνισμούς των φαρμακευτικών εταιρειών, που είναι ασύμβατοι με το κοινωνικό αγαθό της υγείας και επιφυλάσσουν όρους συμβολαίων άγνωστους και επικίνδυνους για τους λαούς. Σε ομίλους και τράπεζες δίνετε 1,7 τρισεκατομμύρια ευρώ, αλλά για την υγεία προβλέπετε μόλις 9 δισεκατομμύρια ευρώ, που ούτε αυτά θα διατεθούν στις δημόσιες δομές αλλά θα διατεθούν για περαιτέρω εμπορευματοποίηση και συμπράξεις δημόσιου και ιδιωτικού τομέα, ενώ ο λαός θα πληρώνει αδρά.

Εδώ και τώρα να επιταχθούν ιδιωτικές κλινικές και να ενταχθούν στον εθνικό σχεδιασμό χωρίς αποζημίωση. Να εξασφαλιστούν χειρουργεία, τεστ και εξετάσεις για όλες τις ασθένειες. Να γίνουν μαζικές προσλήψεις υγειονομικών, να ανοίξουν μονάδες εντατικής θεραπείας και να υλοποιηθούν μέτρα πρόληψης της νόσου σε χώρους εργασίας, σε γηροκομεία και σε μέσα μαζικής μεταφοράς.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhor Presidente, o novo programa para a saúde é um passo em frente na construção europeia. Prova, mais uma vez, que não somos apenas uma União Económica e Monetária, mas uma verdadeira união de pessoas e para as pessoas.

O reforço das competências da União na saúde, que a COVID-19 mostrou ser tão essencial, irá trazer-nos benefícios na articulação das políticas destinadas a prevenir e combater doenças, incluindo pandemias.

Irá, ainda, assegurar a melhor cooperação na investigação científica, desde a fundamental à investigação clínica.

Aproveito para saudar o anúncio da criação de uma Agência Europeia de Investigação Biomédica. É uma medida que venho a defender, pessoalmente, há muito tempo.

Crucial será também a criação de uma base de dados europeia na área da saúde. As nossas populações enfrentam problemas semelhantes. Desde o cancro às doenças cardiovasculares, faz sentido que partilhemos conhecimento em busca de soluções que servirão a todos.

Respeitando a confidencialidade dos nossos cidadãos e tomando medidas para garantir essa confidencialidade, temos tudo a ganhar com um espaço comum de dados da saúde.

César Luena (S&D). – Señor presidente, la salud es uno de los temas que más preocupan a los ciudadanos, según el Eurobarómetro, y el derecho a la protección de la salud está, además, recogido en la Carta de los Derechos Fundamentales, en su artículo 35. Me alegra ver que la partida presupuestaria para este programa se ha triplicado y vamos a llegar a 5 100 millones de euros.

Tenemos cinco desafíos sanitarios: superar las desigualdades, mejorar la preparación para las crisis, fortalecer la industria de la Unión innovando y apoyando la competencia de las empresas, abordar los desafíos ambientales relacionados con la salud y con las sustancias y los productos farmacéuticos y liderar la transformación digital de los sistemas de salud.

Pido el apoyo a las enmiendas de mi Grupo que abogan por realizar pruebas de estrés en los sistemas sanitarios, evaluando específicamente la capacidad de las instituciones de salud para hacer frente a escenarios como el actual, de alta presión.

Y hago, por último, un llamamiento a la Comisión Europea porque necesitamos contar con un sistema o unidad de detección, control y vigilancia de procesos zoonóticos con recursos suficientes para que situaciones como la actual o posibles nuevas amenazas, como la de los visones en Dinamarca, estén bajo un control efectivo.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! Kiedy w maju tego roku Komisja wyszła z projektem samodzielnego programu unijnego na rzecz zdrowia na kolejne siedem lat, mieliśmy pierwszą falę pandemii. Już po kilku tygodniach walki z COVID-19 było dla wszystkich jasne, że zabrakło nam w tej walce odpowiednich narzędzi i środków, w tym finansowych. Tylko ostatni cynik może powiedzieć, że system ochrony zdrowia może funkcjonować samą ideą. Nie, potrzebne są pieniądze.

Jako Parlament Europejski chcieliśmy na program „Europa dla zdrowia” większych środków niż Rada, na szczęście w negocjacjach udało nam się w dużej mierze zabezpieczyć na program konkretne pieniądze. To dobry start. Zdrowie obywateli jest bezcenne i nie można na nim oszczędzać.

COVID-19 pokazał nam też siłę i wagę solidarności europejskiej. Solidarni jesteśmy o wiele bardziej skuteczni. Trzymając się egoizmów narodowych, przegrywamy. Z lekcji o solidarności wyciągnęliśmy naukę. Jestem mocno zbudowany, gdy teraz, w drugiej fali, państwa członkowskie sobie pomagają. Tu dziękuję władzom niemieckim za pomoc oferowaną w walce o zdrowie pacjentów w całej Europie. Niestety rząd polski nie przyjmuje tej pomocy z powodów politycznych, ale my na Śląsku (...) i mówimy Wam, przyjaciele, *Danke schön*.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Mr President, I have listened to this discussion with great interest. I want to thank you for your insights, for your comments and really again for your support. All of the EU, all the Member States continue to fight this crisis. We're in the middle of this pandemic, and we need to fight it with all the means available to us. Yesterday, when we presented the European Health Union proposal, it is coming out from the lessons we have learnt, but are also learning, and what we need to do in order to respond to what citizens expect from us.

Many of you mentioned needing to do more about cancer, needing to do more about rare diseases. Yes, this is absolutely true, and in the EU4Health and with the increased budget that together we have achieved, we will be able to do a great deal more. We don't have any time to lose. It is absolutely clear that we need to send these signals, and we owe it to our citizens in order to roll out what they have been demanding.

I want to end by saying that this House has played a key role by insisting on reinforcing the EU4Health budget significantly, and I really want to thank you for that, because coming from Parliament myself, I know I could not have done this, and we could not have done this as the Commission, without you. We can only do this together for one reason – because we share the same vision, a vision that is citizen-centred and health-centred. So I look forward to working with you on this important file, but let's remember this is just the beginning.

(Applause)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet heute und die Schlussabstimmung morgen, Freitag, 13. November 2020, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Magdalena Adamowicz (PPE), na piśmie. – Program działań Unii Europejskiej w dziedzinie zdrowia na lata 2021-2027 będący przedmiotem dzisiejszej debaty to odpowiedź na apele naszych obywateli, którzy oczekują zdecydowanie bardziej aktywnej roli Unii Europejskiej w obszarze zdrowia. Nigdy więcej nie powinniśmy doświadczyć tak drastycznych niedoborów sprzętu medycznego jak w ostatnich miesiącach z powodu pandemii koronawirusa. Nigdy więcej pracownicy służby zdrowia nie powinni musieć wybierać, którzy pacjenci otrzymają sprzęt ratujący życie.

Pandemie koronawirusa powinna stanowić przełomowy moment w działaniach Unii Europejskiej w dziedzinie zdrowia. Dlatego pilnym priorytetem jest dzisiaj stworzenie europejskiej unii dla zdrowia, w ramach której państwa członkowskie będą mogły odpowiednio przygotować się na ewentualne kryzysy zdrowotne i wspólnie na nie reagować, pozyskiwać innowacyjne produkty medyczne oraz wspólnie doskonalić metody zapobiegania, leczenia i opieki w przypadku chorób takich jak choroby nowotworowe.

Unia Europejska ma ogromny potencjał, aby przyczynić się do zapewnienia wyższego poziomu ochrony zdrowia Europejczyków. Mam nadzieję, że europejska unia dla zdrowia pozwoli ten potencjał odpowiednio wykorzystać.

Christine Anderson (ID), *schriftlich*. – Die Kommission geht mit dem EU4Health-Programm einen annehmbaren Schritt in die richtige Richtung, jedoch fehlen hier Punkte in den Bereichen der Gesundheitsvorsorge, damit medizinische Behandlungen durch eine ungesunde Lebensweise gar nicht erst notwendig werden. Leider wird hierüber kaum bis gar nicht gesprochen, geschweige denn dies als Ziel gesetzt. Es gilt die Ursachen für Erkrankungen zu bekämpfen, statt an den Symptomen herumzudoktern. Ich möchte ein paar Beispiele aus den Bereichen der Sportförderung und Schulbildung nennen. Durch eine Anerkennung von Fitnessstudios als systemrelevant und der Aufwertung der Bedeutung von Schulsport und der Vermeidung entsprechender Ausfallstunden, gerade vor dem Hintergrund des Bewegungsmangels der Schüler, kann hier nicht nur für die Schüler, sondern auch für deren Zukunft eine erhebliche Steigerung der Gesundheit in ihrem Leben erzielt werden. Ergänzend kann hier zu mehr Aufklärung in gesunder und ausgewogener Ernährung an Schulen und in der Breite der Bevölkerung hingewirkt werden. Es muss das Ziel sein, die Bürger bereits in ihrer Kindheit von einer gesunden Lebensweise zu überzeugen und entsprechend über die Folgen einer ungesunden Ernährung aufzuklären. Somit kann die Gesundheit in der Breite der Bevölkerung nach und nach verbessert und das Gesundheitssystem entlastet werden.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτιώς*. – Οραματίζομαστε ένα ισχυρό πλαίσιο υγείας για την Ευρωπαϊκή Ένωση. Το φιλόδοξο, ελπιδοφόρο νέο πρόγραμμα, EU4Health, δεν πρέπει να μείνει μόνον ως ένα σχέδιο αντιμετώπισης της COVID-19, αλλά ως ένα γενικό σχέδιο που θα αντιμετωπίσει όλες τις προκλήσεις στον τομέα της υγείας. Όπως πολύ εύστοχα σημείωσε η πρόεδρος της Επιτροπής, δεν πρόκειται να σταματήσουμε πουθενά προκειμένου να σώσουμε ζωές. Ταυτόχρονα, τονίζουμε ότι δεν θα σταματήσουμε μέχρι η ΕΕ να δημιουργήσει ένα ισχυρό πλαίσιο συστήματος υγείας που θα διασώζει προληπτικά τις ζωές των Ευρωπαίων πολιτών, θα διασφαλίζει υψηλά επίπεδα υγείας και θα εκτείνεται σε όλα τα επίπεδα, σε όλες τις χώρες μέλη και σε κάθε Ευρωπαίο πολίτη. Απαιτείται ένα ενιαίο σχέδιο υγείας, ικανό και αποτελεσματικό να αντιμετωπίσει όλους τους υγειονομικούς κινδύνους, με έμφαση στην πρόληψη. Ο σχεδιασμός για τη διαχείριση των ζητημάτων υγείας δεν αφορά μόνο την τρέχουσα πανδημία κορονοϊού, αλλά νοιαζόμαστε για όλες τις προκλήσεις και τα προβλήματα υγείας, όπως η πρόληψη και η αντιμετώπιση του καρκίνου και άλλων σοβαρών ασθενειών. Εάν δεν κατορθώσουμε να θωρακίσουμε την ΕΕ με ένα ισχυρό και ενιαίο σύστημα υγείας, τότε θα αποδυναμωθούμε και θα αποτύχουμε να υλοποιήσουμε έναν κυρίαρχο στόχο προτεραιότητας για όλους τους Ευρωπαίους πολίτες.

Cindy Franssen (PPE), *schriftelijk*. – Een sterkere Europese Unie op het gebied van gezondheidszorg is een echte *game-changer*. Voor het eerst in de geschiedenis wil Europa zo hard inzetten op gezondheidszorg. We moeten dit moment dus aangrijpen en de juiste nadruk leggen om de verschillende gezondheidssystemen van de lidstaten weerbaar en toekomstgericht te maken.

In deze tekst wordt naar mijn mening de juiste nadruk gelegd: meer aandacht voor preventie, bevordering van een gezonde levensstijl en terugdringing van sociale ongelijkheden.

Verder sta ik achter de vraag om extra investeringen, gezondheid op alle beleidsgebieden en een versterkte rol voor het Europees Geneesmiddelenbureau en het Europees Centrum voor ziektepreventie en -bestrijding. Daarnaast moet in de gezondheidszorg worden ingezet op innovatie, digitalisering en digitale geletterdheid.

Als PPE-coördinator van de Bijzondere Commissie kankerbestrijding ben ik bovendien uitermate tevreden dat er uitdrukkelijk wordt ingezet op de bestrijding van kanker en de afstemming op Europe's Beating Cancer Plan. Ten slotte wordt ook een sterke nadruk gelegd op het wegwerken van geneesmiddelentekorten, wat in de komende jaren een belangrijke uitdaging zal vormen.

Ik ben ervan overtuigd dat we onze gezondheidszorg met de voorlopig overeengekomen 5,1 miljard euro sterker en weerbaarder kunnen maken en klaar kunnen stomen voor de toekomst.

Joanna Kopcińska (ECR), *na piśmie*. – „Zdrowi obywatele to największy atut każdego kraju”, dlatego popieram specjalny program na rzecz zdrowia EU4Health, którego obecne środki i tak są nieporównywalnie większe od środków finansowania dotychczasowo realizowanych programów.

Program EU4Health jest ambitną samodzielną inicjatywą zdrowotną na lata 2021-2027 i uważam, że realizacja jego założeń wniesie znaczący wkład w poprawę funkcjonowania systemów opieki zdrowotnej po pandemii COVID-19. Wierzę, że dzięki jasno określonym celom program z jednej strony stanie się narzędziem szeroko promującym zdrowie, z drugiej zaś strony wykaże obszary możliwej poprawy współpracy i zmniejszania nierówności w licznych obszarach zdrowia publicznego.

W pracach nad programem szczególnie skupiłam się na działaniach zgodnych ze strategicznymi priorytetami, tj. cyfryzacją ochrony zdrowia, eliminowaniem niedoboru leków – wspominając przywrócenie i utrzymanie bezpieczeństwa lekowego – oraz szeroko zakrojonymi działaniami prewencyjnymi w zakresie chorób przewlekłych, chorób układu krążenia i cukrzycy.

Nie zapomnieliśmy również o zapisach na temat lepszego zarządzania środkami przeciwdrobnoustrojowymi takimi jak antybiotyki. Komplementarność i synergia z europejskim planem walki z rakiem oraz z pozostałymi programami UE będzie opierać się na poszanowaniu podziału kompetencji w dziedzinie polityki zdrowotnej, jaki określa art. 168 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej (TFUE). Oczekuję zatem bardzo konstruktywnych negocjacji międzyinstytucjonalnych z Radą i Komisją w przyszłym tygodniu.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Prin recentul acord provizoriu dintre Parlamentul European și Consiliul European, bugetul Programului UE pentru Sănătate, (EU4Health) a fost crescut la 5,1 miliarde euro. Prevăzut cu un buget inițial de 9,4 miliarde euro, acest program a fost practic sacrificat de către Consiliu, care a redus bugetul la doar 1,7 miliarde euro. Parlamentul European nu a acceptat sub nicio formă acest regres, în condițiile în care sănătatea cetățenilor europeni trebuie să rămână prioritatea noastră.

Susțin în continuare eforturile legislativului european de a asigura un buget satisfăcător, care să poată susține măsurile de reformare și consolidare a sistemelor naționale de sănătate.

Cu cel mai mare buget alocat vreodată pentru sănătate, vom putea concretiza măsurile privind consolidarea prevenției, creșterea rezilienței sistemelor de sănătate, reducerea inegalităților în accesul la sănătate și digitalizarea sănătății. Amendamentele mele au urmărit îmbunătățirea accesului egal la îngrijire medicală, la tratamente, medicamente și aparatură moderne, precum și intensificarea acțiunilor privind prevenția. Am contribuit semnificativ la mai buna implementare a programului cerând programare anuală și criterii clare de acordare a finanțării.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Pentru prima dată, UE pune bazele unui program european pentru sănătate. Un set de acțiuni menit să adune resursele disponibile la nivel european pentru a genera soluții pentru toate statele membre, a reduce inegalitățile și a crește calitatea procesului medical. Încă din anul 2014, am solicitat public crearea unui astfel de program. Avem nevoie de cooperare între statele membre, de soluții comune și să investim mai mult, creând o Uniune a sănătății. Trebuie ca nivelul nostru de ambiție să fie mai ridicat. Comisia Europeană a propus alocare substanțială, dar Consiliul a redus suma. Investiția în sănătate trebuie să devină o prioritate pentru construcția unei societăți în care cetățenii europeni au acces la cele mai bune facilități medicale. Este esențial ca aceste resurse financiare să fie investite în îmbunătățirea infrastructurii, în formarea personalului medical, în vederea creșterii calității actului medical, în cercetare, dar și în crearea unor mecanisme de cooperare, precum crearea unor unități medicale comune la nivel european pentru situații de urgență sau în situațiile în care statele membre întâmpină dificultăți. Propunerea de a crea Blue Medical Corps, construită pe exemplul pozitiv dat de medicii români care au mers în Italia în timpul pandemiei, poate arăta din nou că împreună suntem mai puternici.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – Olen jo pitkään ajanut EU:n terveysyhteistyön tiivistämistä sekä ajanut tartuntautiasetusta, joka asettaisi yhteiset kriteerit EU-tasolla tarttuvien tautien valvontaan, hoitoon ja ehkäisyyn. On tärkeää, että meillä on EU-tasolla asetetut yhteiset kriteerit tarttuvien tautien monitorointiin, ehkäisyyn ja sääntelyyn. Uusi asetust olisi tiedeperustainen ja vahvistaisi Euroopan tautien ehkäisy- ja -valvontakeskuksen ECDC:n resursseja ja mandaattia. Asetuksessa tulisi myös asettaa minimi-investointitaso terveyden saralla, jotta jäsenmaiden terveysjärjestelmät olisivat hyvin valmistautuneita tuleviin pandemioihin. EU4Health-ohjelma on askel oikeaan suuntaan. On tärkeää, että ohjelman avulla voimme valmistautua entistä perusteellisemmin merkittäviin rajat ylittäviin terveysuhkiin. Jäsenmaat eivät yksin kykene toimimaan tarpeeksi tehokkaasti suojellakseen kansalaisia. Terveys on globaali kysymys, ja niin tulisi olla myös ratkaisujen, joita haemme. Emme myöskään saa uummistaa silmiämme tulevilta terveysuhilta, joihin tulee proaktiivisesti hakea ratkaisuja, kuten antibioottiresistenssi ja sen aiheuttamat globaalit terveysuhat.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Sąjungos veiksmai sveikatos srityje yra riboti dėl sutarčių trūkumo, tačiau Sąjunga turėtų siekti nuoseklios visuomenės sveikatos strategijos, kad reaguotų į egzistuojančias epidemijas, atsižvelgiant į regioninius ir nacionalinius ypatumus. Sąjunga turėtų padėti valstybėms narėms mažinti sveikatos priežiūros sistemos nelygybes ir užtikrinti visuotinę sveikatos apsaugą, spręsti su sveikatos priežiūra susijusių infekcijų problemą, spręsti pažeidžiamų grupių, pvz. vaikų, kūdikių ir motinų priežiūros, senėjančios visuomenės, lėtinių ligų ir ligų prevencijos problemas ir skatinti sveiką gyvenimo būdą, teikti prevencijos paslaugas ir rengti sveikatos sistemas tobulėjančioms technologijoms. COVID-19 krizės metu įgyta patirtis įrodė, kad būtina imtis tolesnių ryžtingų veiksmų Sąjungos lygmeniu siekiant remti valstybių narių bendradarbiavimą ir veiksmų koordinavimą, ypač kaimyninių regionų ir taip pat valdžios institucijų ir atitinkamų suinteresuotų subjektų. Šis bendradarbiavimas turėtų padėti pasirengti sunkių infekcinių žmonių ligų plitimui tarpvalstybiniu mastu, jų kontrolei, sudaryti sąlygas ligų prevencijai ir gydymui skirtų produktų kūrimui ir prieinamumui, kovai su kitomis rimtomis tarpvalstybinėmis sveikatos grėsmėmis. Taip pat padėtų apsaugoti bei gerinti visų Sąjungos gyventojų sveikatą ir gerovę. Tačiau nepamirškime, kad dėl šių sprendimų turi būti susitarta su valstybėmis narėmis ir jie turi būti pateikti tik joms sutikus. Solidarumas ir vienybė yra Sąjungos principai, o sveikatos programa turėtų užtikrinti nuoseklų Sąjungos požiūrį į tarpvalstybinių grėsmių sveikatai šalinimą.

6. Transparenz des Erwerbs von sowie des Zugangs zu COVID-19-Impfstoffen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Transparenz des Erwerbs von sowie des Zugangs zu COVID-19-Impfstoffen (2020/2843(RSP)).

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I'm not going to repeat what I have already been saying, that we have been witnessing with great concern increasingly rapid infection rates and loss of life across the EU.

Every day when we listen to the news and we hear in all our countries the number of people who have been admitted to hospitals to intensive care, the number of people who lose their lives, we understand that we need to do everything possible, and this is what we have been doing as a Commission from the very beginning.

Vaccination is not going to be a magic solution that will allow us to go back to our everyday lives overnight. Unfortunately, for COVID-19 there is really no silver bullet and it is important that when we communicate to citizens, we are open and frank about this. But vaccinations, once we have a safe and effective vaccine, will play a crucial role. It will play a crucial role in saving lives, in containing the pandemic, in protecting our health systems and, of course, in restoring our economy. It will provide our citizens with a sense of hope and predictability. Predictability is something that we often take for granted, but what we have been living with in the last 10 months is the uncertainty of not knowing what the next day will hold.

On Monday, we saw financial markets reacting with glee to the encouraging announcements from one of the vaccine developers. But I also saw something else, I saw the element of hope that European Union citizens felt with this news. We are therefore doing everything we can to ensure that vaccines are produced as quickly and as safely as possible.

To maximise our chances of success, we have been working very intensively to have a diverse, common EU portfolio of vaccines against COVID-19 as soon as possible and developed using different technologies. The negotiations with companies have been intensive and inclusive, carried out with and for Member States. To date, we have signed three contracts, and are about to sign the fourth with Pfizer/BioNTech. Our negotiations are also advanced with another two companies and exploratory talks are ongoing with a number of producers.

I have often been asked over the last few days, and I want to reassure you, that once a vaccine becomes available, all Member States will have equal access to the available doses at the same time, according to the agreements we have concluded.

Now I fully recognise the importance of transparency in this process. Due to the highly competitive nature of this global market, the Commission is legally not able to disclose the information contained in the contracts. Non-disclosure clauses are a standard feature of these agreements that vaccine developers have also concluded with other countries. This is necessary to protect these sensitive negotiations and business-related information, such as financial information, development and production plans.

The companies require that such sensitive business information remains confidential between the signatories of the contract. The Commission, therefore, cannot really decide to unilaterally disclose them without the consent of all involved parties. But these are rules that also protect the tendering process and we fully abide by them, not for the reasons linked to contractors' commercial interests, but also because we do not want to weaken the position of the Commission in the negotiations. We need to be extremely careful during these negotiations, so that we do not have companies leading to cherry-picking on the best conditions.

So let me conclude by addressing some of the worries that I'm sure I will hear about today and I have heard over the past weeks. Safety: safety is a fundamental requirement for any vaccine to be deployed in the EU. The safety of our citizens is a top priority and it is not negotiable for us. The European Medicines Agency will be doing everything possible once any vaccine submits for authorisation, to ensure that the safety dimension is covered. Let me stress this: we all need to have the same messaging because we see a lot of vaccination hesitancy. This has been ongoing before COVID-19 with vaccination hesitancy to do with children's diseases, with measles, and we cannot afford to encourage this. So, what we want to do is have common communication and assure citizens that we will not lower the bar in terms of safety at any cost.

Secondly, the agreements with the vaccine developers do not change or derogate from the EU legislation and rules on liability. Finally, we are acting in full compliance with all the applicable rules regarding financial management and are confident that the process will stand any future review or audit.

I look forward to hearing this debate. I'm sure it is going to be a very lively one. I can assure you that over the last five to six months we have been working 24/7 on this and we need to continue to do this because it is possibly the only way we have out of this pandemic, but not at the cost of reducing safety concerns for citizens. I will never stop saying that. Thank you for your patience.

Peter Liese, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Das ist eine gute Woche für die Menschen in der Europäischen Union. Der erste seriöse Impfstoff weltweit ist in Europa entwickelt worden, wird in Europa produziert, und das mit Mitteln aus drei verschiedenen Fonds der Europäischen Union. Natürlich müssen wir genau hinschauen, und die EMA muss die Ergebnisse noch prüfen, aber es gibt Grund zur Hoffnung. Ich kenne die Firma BioNTech, und ich halte sie für sehr seriös.

Und wir haben einen Vertrag. Die Europäer kriegen den Impfstoff. Danke an Stella Kyriakides, danke an Sandra Gallina und auch danke an den Ratspräsidenten Jens Spahn, der sich sehr engagiert hat.

Ich habe heute drei politische Botschaften: Die erste an die Rechten hier im Haus und anderswo, die immer gegen alles Fremde hetzen. Der Gründer von BioNTech ist im Alter von vier Jahren aus der Türkei nach Deutschland gekommen, und es ist Zeit, den Beitrag der Migranten für unsere Gesellschaft, für den Fortschritt zu würdigen. Dann an die Linken und die Grünen, die immer gewettert haben gegen diese Verhandlungen, die die Kommission führt. Ich spreche ganz persönlich an: Michèle Rivasi, Tilly Metz, Jutta Paulus. Sie haben heute die Gelegenheit, sich zu entschuldigen und zu sagen: Hut ab, die Kommission hat es gut gemacht.

Und als Drittes an alle, die gegen die Corona-Schutzmaßnahmen wettern: Wir haben Licht am Ende des Tunnels, und jetzt wäre es wirklich tragisch, wenn weiterhin wie gestern fast 4 000 Menschen an dem Virus sterben. Halten wir zusammen, halten wir Abstand! Durchhalten und an die Regeln halten ist das Gebot der Stunde – mehr denn jemals zuvor.

Jytte Guteland, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, allow me to thank Stella Kyriakides for her work, your good work, Commissioner.

We are in the middle of the second wave of the COVID pandemic and the race for a safe and effective vaccine has never been more urgent. Researchers all around Europe – and the rest of the world – are working at an impressive speed to develop a safe and effective vaccine. Just the other day we received very promising results on a potential vaccine which is still undergoing clinical trials in testing phase 3. Although it is still too early to say for certain, the indicative results give some perspective for a return to life without fear of the virus. Even though I hear, Stella, what you say – we must still take care and we need to know that we still need the measures – but still this is promising.

Once again it shows the great potential of science. The Commission has signed three advance purchase agreements with different companies. We agree with the assessment that we need a broad portfolio with vaccine producers. It is crucial also to ensure that advance purchase agreements are fully transparent. We demand that the following provisions in the contract are made public: the cost for the producers of the vaccine and the prices to be paid; where the vaccine will be produced; the access to the vaccine; and also the liability linked to possible damage caused by the vaccine. This is absolutely fundamental.

Véronique Trillet-Lenoir, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, les récentes annonces sur des vaccins efficaces sont porteuses de grands espoirs, mais nous devons rester prudents. Surtout, nous allons devoir faire des efforts de pédagogie.

Voyez-vous, Madame la Commissaire, il y a actuellement dans mon pays, la France, le pays de Louis Pasteur, deux courants qui s'affrontent, y compris au sein d'un même parti politique et y compris entre des eurodéputés issus de ce même parti. Ces courants sont tous les deux dans l'erreur, car, comme le dit Talleyrand, un autre Français, tout ce qui est excessif est insignifiant.

Le premier courant veut faire de la coercition, plutôt que de la prévention, et propose une obligation de vaccination à toute la population. C'est irréaliste et ce n'est pas la bonne façon de faire de la santé publique. Nous devons débiter par des stratégies d'identification des populations à protéger en priorité. Vous proposez une liste de ces personnes prioritaires. Pourra-t-elle, selon vous, faire l'objet d'un accord entre les États membres pour permettre une approche coordonnée?

Le deuxième courant, radicalement opposé, proche du lobby des anti-vaccins déjà cité par Peter Liese, remet systématiquement en cause les avancées scientifiques et profite de la situation d'incertitude pour semer le doute sur la fiabilité des vaccins. C'est dangereux et déraisonnable.

Nous devons réagir!

Comment augmenter la transparence sur les clauses des contrats conclus avec l'industrie pharmaceutique? Des campagnes d'information seront-elles envisagées pour lutter contre les *fake news* et renforcer la confiance?

Madame la Commissaire, aidez-nous à convaincre nos citoyens et nos gouvernements de s'appuyer sur l'Union européenne de la santé, dont vous avez posé hier la première pierre. Les citoyens nous regardent et nous attendent.

Joëlle Mélin, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, de nombreux pays ont déjà passé des contrats commerciaux de pré-achat de vaccins anti-COVID, afin d'être réactifs lors de la mise sur le marché de vaccins sûrs et efficaces. L'Union européenne a fait de même et a précommandé, avec de l'argent public déjà versé, 300 millions de doses auprès de sept grands laboratoires.

Les négociations font l'objet de présomptions de manque de clarté quant aux négociateurs, aux termes des contrats, à l'objet du contrat ou à des effets collatéraux éventuels.

Les négociateurs: ils sont sept, tous ne sont pas connus, et un au moins avait des liens de haut niveau avec l'industrie pharmaceutique. Connaître un cœur de métier est une chose. Avoir des conflits d'intérêts en est une autre.

Les termes des contrats. Vous venez de dire, Madame la Commissaire, que les négociations doivent rester confidentielles. Je vous rappellerai seulement que vous êtes notre mandataire, à nous contribuables européens. Elles se font donc de façon accélérée et aux conditions de l'industrie pharmaceutique. Il y a des conditions de compensation en cas de pertes financières et, surtout, une exemption de toute responsabilité des laboratoires en cas d'effets secondaires des vaccins. Et la Commission elle-même se refuse à toute responsabilité sanitaire, au risque de bloquer l'acceptation maximale.

L'objet du contrat est lui-même entaché d'opacité. Malgré les annonces récentes de vaccin disponible, nul ne sait ni quand, ni comment, ni où les campagnes de vaccination pourront se faire.

Enfin, les effets collatéraux. Par définition, ils sont aujourd'hui imprévisibles. Déjà, tout le domaine de la pharmacie – et grâce à de l'argent public, rappelons-le encore une fois – fait l'objet de spéculations boursières jamais vues. Mais surtout, le juste et nécessaire respect de la propriété intellectuelle sur les brevets ne devrait pas déboucher sur des prix inabornables et empêcher les pays pauvres d'avoir accès au vaccin. Cela prolongerait l'épidémie. Le VIH n'a été réellement freiné que lorsque le monde entier, ou presque, a eu accès à la trithérapie.

Tilly Metz, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, comme vous le savez, il y a beaucoup d'attente, et de craintes aussi, de la part des citoyennes et des citoyens quant au futur vaccin contre la COVID-19, et c'est notre rôle de représentants européens de les rassurer. Mais comment voulez-vous que nous y parvenions si vous ne nous transmettez pas les informations nécessaires pour cela? C'est le principe de bonne coopération entre la Commission et le Parlement qui est en jeu, et notre droit à l'information est bafoué.

Je vous appelle donc à y remédier au plus vite et à rendre publics les contrats passés avec l'industrie, ainsi qu'à faire votre possible pour publier les données des essais cliniques avant la mise sur le marché des futurs vaccins. C'est indispensable pour garantir la confiance des citoyens dans les actions de l'Union et dans ce futur vaccin.

Nous nous devons d'être exemplaires dans la gestion de cette crise et le devoir de transparence en fait partie.

Helmut Geuking, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Es ist so weit, wir werden einen Impfstoff haben. Danach sieht es aus. Im Frühjahr werden wahrscheinlich, optimistisch gesehen, die Impfungen beginnen dürfen.

Aber mit den Impfungen allein ist es nicht getan. Das dürfen wir nicht vergessen. Denn wir brauchen wirksame Therapien, wirksame Medikamente. Die Impfung an sich gibt eine trügerische Sicherheit wieder. Viele Bürger werden sich nicht impfen lassen. Das haben Sie zu Recht erkannt, Frau Kommissarin, weil hier dann Leute unterwegs sind, die das ganze kaputtreden, schlechtreden, wie auch immer. Hier bedarf es Aufklärungskampagnen und so weiter.

Wir müssen dringende Sachen regeln und diskutieren wie zum Beispiel den Patentschutz. Ist hier die öffentliche Daseinsvorsorge weltweit gegeben? Denn wir haben die Gelder hineingepulvert in die Forschung. Haben wir nicht jetzt auch das Recht, den Patentschutz entsprechend aufzuweisen? Denn wir brauchen Produktionsstätten, auch in den ärmeren Ländern. Wir brauchen kurze Wege, das heißt, Produktionsstätten weltweit verteilt, die Impfstoffe herstellen.

Und die Medikation: Wir müssen hier ganz, ganz viele Sachen debattieren und beraten. Wir müssen die ethischen, die rechtlichen und die medizinischen Voraussetzungen einer Impfung beraten. Welcher Bürger? Wo fangen wir an? Nehmen wir die WHO-Empfehlung? Und, und, und.

Dafür braucht es aber ein handlungsfähiges Parlament. Und jetzt mache ich es ganz kurz: Ich fordere den Präsidenten auf, die Handlungsfähigkeit dieses Parlaments wiederherzustellen. Die Tagegelder, die Reisegelder, sodass die Abgeordneten hierhinkommen können und debattieren können in einer lebhaften Demokratie. Und ich mache immer auch Vorschläge, wir haben Vorschläge gemacht, zum Beispiel gibt es Luftreinigungsfilter, es gibt Schnelltests. Wir haben es schriftlich vorgelegt, keine Antworten. Ich warte auch noch auf die Rechtsgrundlage der Streichung. Wir brauchen ein Parlament, das arbeitet in diesen Zeiten und nicht einen Parlamentspräsidenten, der die Arbeit verhindert.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort)

Marc Botenga, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, vous avez signé de très gros contrats avec l'industrie pharmaceutique, et quand les citoyens européens vous demandent de voir ces contrats, vous répondez qu'ils peuvent aller voir ailleurs, que vous n'avez pas de comptes à rendre. Cela me semble faux.

Alors j'ai fait une petite enquête moi-même. J'ai été regarder d'abord, et j'ai vu que les multinationales pharmaceutiques vendent très cher leurs produits et que vous, en fait, vous dites que vous négociez mais vous payez exactement le prix qu'elles demandent. Gilead vous demande 1 milliard, vous donnez 1 milliard. Pfizer vous demande 5 milliards, vous donnez 5 milliards. Cela, ce n'est pas négocier, c'est se prosterner.

Deuxièmement, j'ai vu aussi que vous ne savez pas exactement ce que vous achetez. Parce que nous avons eu un communiqué de presse de Pfizer sur ce vaccin, Pfizer qui dit «notre vaccin a 90 % d'efficacité». Très bien, cela donne espoir, la bourse explose. Pendant que le PDG de Pfizer vend ses actions, vous, vous achetez 300 millions de doses. Mais nous ignorons, ce que cette «efficacité» veut dire. Est-ce que cela veut dire que vous êtes protégé de symptômes légers mais aussi de la maladie grave? Ce n'est pas dit. Est-ce que cela veut dire que ce sont uniquement les jeunes qui sont protégés et pas les personnes âgées? Tout cela, ce sont des questions auxquelles nous voulons des réponses. Et finalement, avec tout cet argent dépensé, nous ne savons pas s'il y aura un vaccin pour tout le monde. Il y aura des gens qui n'auront peut-être pas accès à ce vaccin.

Alors sincèrement, je trouve qu'il est temps de commencer à rendre des comptes aux citoyens, arrêtez de protéger Big Pharma et publiez, s'il vous plaît, ces contrats maintenant.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, ovaj tjedan svjedočili smo potencijalno povijesnoj vijesti da je cjepivo protiv COVID-a 19 gotovo pa spremno. U srijedu je Komisija dobila još jedan ugovor za kupnju do 300 milijuna doza cjepiva protiv koronavirusa koje će biti dostupne svim državama članicama i posebno, na početku, onim rizičnim skupinama koje najviše trebamo zaštititi.

S druge strane, podsjetimo se, Svjetska zdravstvena organizacija je protivljenje cijepljenju proglasila jednu od deset prijetnji globalnom zdravlju 2019. godine. Protivljenje cijepljenju odnosi se na kasno prihvatanje ili odbijanje cjepiva unatoč dostupnosti usluga cijepljenja. Pitanje važnosti cijepljenja ne bi trebalo biti sporno u 21. stoljeću. Međutim, određene skupine i političari čine ga složenim i upitnim, koristeći nepotpune, lažne, pa i opasne informacije. Zbog takvih je protivljenje cijepljenju izazov na koji se moramo usredotočiti.

Ovim je ugovorima Europa svojim građanima osigurala široku lepezu kandidata za cjepivo od kojih je većina u fazi naprednih ispitivanja. Što se tiče transparentnosti nabave budućih cjepiva, moram istaknuti da svi želimo brzo i sigurno rješenje koje je ujedno i transparentno. Pregovori i ugovori koje je Komisija zaključila u potpunosti su u skladu s propisima te su izvrstan primjer brige za vlastito stanovništvo. Postignut je pravi balans između zaštite zdravlja populacije s jedne strane te brzine, transparentnosti i odgovornosti.

Žao mi je što su neki političari protiv ovakve prakse samo da bi sebi osigurali jeftine političke poene, ali drago mi je vidjeti da u tome nisu uspjeli, niti će uspjeti. Europa je ujedinjena i ostat će ujedinjena.

Sara Cerdas (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, a iminência de termos uma vacina disponível traz grandes desafios para todos. Desde a perspetiva de um início da resolução desta pandemia, há hesitação em vacinar.

Aqui importa ser realista e perceber que, muito dificilmente, voltará tudo ao que era dantes, apesar da importância de uma vacina segura e efetiva.

A União esteve bem e, hoje, é inegável o valor acrescido das aquisições conjuntas. Garantem que estejamos na linha da frente na garantia do acesso equitativo dos cidadãos europeus a uma vacina.

Mas, para isso e apesar das notícias positivas dos últimos dias, ainda há um longo caminho a percorrer. E é fundamental uma total transparência ao longo deste processo. Só assim poderemos garantir a confiança dos cidadãos nesta imunização massiva que se pretende célere.

Importa saber aqui qual é o ponto de situação dos estudos de monitorização da farmacovigilância efetuados pela Agência Europeia do Medicamento e pelo Centro Europeu de Controlo e Prevenção de Doenças. Irá este processo condicionar a disponibilidade da vacina dentro da União Europeia?

Quais são as ações que estão contempladas para a deteção de eventuais efeitos adversos, não expetáveis a curto, a médio e a longo prazo, para a necessidade de uma suspensão da distribuição da vacina?

Temos o dever de informar e os cidadãos europeus têm o direito a ser informados. Tenhamos esta premissa como objetivo.

Pascal Canfin (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, il y a deux semaines, en tant que président de la commission environnement et santé publique, je vous ai envoyé un courrier pour vous demander la transparence sur des éléments-clés des contrats que vous êtes en train de signer. Nos demandes sont des demandes justifiées et équilibrées, nous ne vous demandons pas la transparence totale des contrats. Pourquoi? Parce que nous savons que, dans ces contrats, il y a effectivement des clauses qui relèvent du secret professionnel, du secret industriel. Néanmoins, il n'y a aucune raison pour que vous ne soyez pas en capacité de publier le prix des vaccins, la marge faite par les laboratoires.

Quelle est la structure de coûts, comment vous contrôlez cette structure de coûts, quel est le régime de responsabilité juridique, quelle est la propriété intellectuelle? Nous mettons énormément d'argent, est-ce que nous cédon toute la propriété intellectuelle aux compagnies privées, ou non? Et enfin, le lieu de production. Ce sont quatre éléments qui ne doivent pas rester opaques.

Vous vous drapez derrière des arguments juridiques qui ne tiendront pas et, derrière, politiquement, nous voulons que ce vaccin réussisse. Ne vous trompez pas, Madame la Commissaire, nous voulons tous que ce vaccin réussisse. Mais pour qu'il réussisse, il faut qu'il soit largement accepté. Et pour qu'il soit largement accepté, il faut qu'il y ait la confiance. Et pour qu'il y ait la confiance, il faut qu'il y ait la transparence, notamment sur ces quatre éléments-clés.

S'il vous plaît, aidez-nous à convaincre les populations qu'elles peuvent ensuite avoir confiance, c'est un enjeu majeur de santé publique. Ne commettons pas à nouveau l'erreur industrielle des tests et des masques, réussissons la bataille des vaccins.

Simona Baldassarre (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in questi giorni l'Europa è devastata dalla pandemia.

Ad oggi sono oltre 13 milioni i tamponi positivi, anche se poco sappiamo su quanti siano i soggetti unici, quanti gli asintomatici, quanti i casi gravi, sui tempi di degenza e la rotazione nelle terapie intensive e, soprattutto, sul numero dei soggetti che hanno sviluppato l'immunità.

Purtroppo alle famiglie e a tutti i cittadini sono stati chiesti enormi sacrifici affettivi, psicologici ed economici, con modalità spesso discutibili, visti i risultati.

Dobbiamo constatare con rammarico che questa Unione europea non è stata all'altezza della situazione. I preavvisi della minaccia c'erano fin dall'inizio: io stessa sono intervenuta a gennaio in quest'Aula per denunciare che l'Unione europea stava sottovalutando i controlli alle frontiere, con azioni inefficaci e tardive. Quasi due mesi di ritardo!

Anche l'ECDC si è messo in moto solo a pandemia oramai avviata e il piano pandemico europeo del 2005 non è mai stato aggiornato né messo in pratica, i piani pandemici nazionali sono stati negati, secretati e pubblicati solo in parte. E alle nostre domande la Commissione ha risposto in modo vago.

Ora sui vaccini non possiamo fallire ancora. Chiediamo massima trasparenza, in tutte le fasi che porteranno a un vaccino efficace: trasparenza su chi lo produce, sugli interessi che lo riguardano e sugli effetti sulla salute delle persone. Chiediamo come siano stati spesi i 660 milioni di euro che la Commissione ha destinato allo sviluppo di vaccini, nuove cure, test diagnostici e sistemi medici. Chiediamo chiarezza sugli accordi di acquisto anticipato, che la Presidente von der Leyen sta concludendo – l'ultimo con la Pfizer per 300 milioni di dosi. Chiediamo trasparenza nella distribuzione, con la garanzia che non ci saranno cittadini di serie A e di serie B, tanto più che non esiste una mappatura della popolazione immune.

La notizia dell'arrivo imminente di più vaccini è confortante. Nella speranza che siano sicuri ed efficaci, ora la politica deve fare la sua parte. Evitiamo errori e garantiamo libertà e sicurezza a tutti i cittadini europei.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Monsieur le président, Madame la Commissaire, on vit quand même une situation incroyable. On vit une crise sanitaire mondiale, on voit que, à l'heure actuelle, il y a plus de 200 laboratoires qui essaient de trouver un vaccin, et il y en a 7 à 8 qui sont en phase III.

Donc nous espérons trouver vraiment un vaccin sûr et efficace. Mais dans les vaccins qui nous sont proposés, certains quand même sont particuliers. Soit on a des vaccins génétiquement modifiés, dans le cas d'AstraZeneca, par exemple, soit on a des vaccins à ARN messager et ces vaccins n'ont jamais été autorisés à l'heure actuelle au niveau des humains.

Pour retrouver la confiance – tout le monde parle de la confiance des citoyens européens – eh bien, il nous faut une transparence totale. Moi je m'inscris avec d'autres sur le fait que, pour qu'il y ait une acceptabilité sociale pour une vaccination, pour que les gens aient confiance dans les vaccins, il nous faut quoi? Il nous faut la transparence des contrats, il faut savoir combien l'Europe a donné aux laboratoires, il faut savoir le coût des vaccins, il faut savoir aussi la propriété intellectuelle que vous accordez à des laboratoires qui vont se faire de l'argent aussi. Donc la confiance, ça se construit.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, obrigada por estar aqui conosco. A expectativa em relação à vacina é legítima. Estamos a viver uma das maiores crises de saúde pública e desafios que alguma vez conhecemos. Mas é preciso que saibamos exatamente o que é que foi negociado. A questão da transparência não é uma questão de somenos importância. A Senhora Comissária disse que todos os Estados-Membros terão acesso às vacinas de acordo com o que foi negociado. Podem os cidadãos saber ou não saber o que foi negociado? Podem os cidadãos saber ou não saber quem vai ter acesso? Estas questões são fundamentais para podermos ter uma resposta à crise que vivemos.

Para além disso, precisamos também de respeito. A União Europeia e os cidadãos europeus pagaram milhões de euros a empresas farmacêuticas para desenvolverem esta vacina e, nas audições que estamos a fazer ao nível da comissão parlamentar, há indústrias farmacêuticas que nem sequer se dão ao respeito de aparecer e de prestar contas.

Precisamos também de saber de quem vai ser a propriedade do conhecimento. Mais uma vez, estaremos a falar de dinheiro público e de conhecimento privado? Não será o caso de discutirmos de quem é esta propriedade e dizer: é um investimento público muito importante e, por isso mesmo, não pode ser negócio.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, Dia dhaoibh ar maidin, a chairde, ó oifig Pharlaimint na hEorpa i mBaile Átha Cliath.

To paraphrase the great Irish poet, William Butler Yeats, “all’s changed, changed utterly: a terrible virus is born”. Yet the announcement of a more than 90% effective COVID-19 vaccine is very encouraging news and offers a glimmer of hope that we may reclaim normal lives from the hands of this terrible virus.

This vaccine, produced by BioNTech in collaboration with Pfizer, which has a base in Cork in my own constituency, has been described as a huge success for European research and innovation policy, and rightly so. Partly financed by Horizon 2020, InnovFin and the European Fund for Strategic Investments, this is really a positive achievement for European research. There’s no harm in informing people about this, and perhaps we should send an email to the likes of Boris Johnson, Donald Trump and Marine Le Pen. I’m sure they’d be delighted.

However, a good vaccine must be efficient, safe, affordable, developed quickly and be able to achieve EU market authorisation. I therefore welcome the news that the European Commission have completed a deal to purchase up to 300 million doses of this frontrunner vaccine. Of course, we need buy-in from citizens, and that requires both trust and transparency. We must continue to work to ensure the widespread availability of vaccines because everybody must have access to it. We will not be safe until everybody is safe. So our task is clear – provide a vaccine that is universally available, easily accessible, affordable and effective and brings trust. We need trust for it to be effective.

Javi López (S&D). – Señor presidente, ahora que tenemos esperanzadores avances en la obtención de una vacuna segura y efectiva para la pandemia de COVID-19, es un buen momento para recordar los criterios que deben guiar este proceso: las garantías científicas y la seguridad para nuestros ciudadanos; la accesibilidad de la futura vacuna pero, al mismo tiempo, priorizando los grupos de riesgo; y, obviamente, que queremos una vacuna que sea asequible en términos de precio para los Estados pero gratuita para nuestros ciudadanos.

Al mismo tiempo quiero enviar dos mensajes. Uno: Europa nos está dando poder de negociación frente a las farmacéuticas en los procesos de compra, con ya cuatro contratos firmados, pero ese poder de negociación no puede ir en detrimento de la transparencia, necesaria transparencia para proteger el interés general, obviamente, y generar confianza en nuestros ciudadanos. Y, al mismo tiempo, cabe recordar que todo este proceso está siendo posible gracias a la colaboración público-privada, porque todas las administraciones públicas, Estados, instituciones europeas están volcando grandes cantidades de dinero público para encontrar la vacuna.

Margrete Auken (Verts/ALE). – Hr. formand! Alle længes efter igen at få lov til at leve et almindeligt liv i vores fællesskab, og alle her længes åbenbart også efter at få klarhed over, hvad der faktisk foregår. EU har hidtil brugt mere end 20 mia. kr. på forhandlinger med industrien om at kunne skaffe medlemslandene vacciner, men offentligheden ved stadig for lidt. Mange spørgsmål er helt ubesvarede:

Hvordan ser kontakterne ud? Hvor meget er gået til udvidelse af produktionen, og hvordan afspejler denne støtte sig i vaccinen endelige pris? Får uafhængige forskere fuldt adgang til resultaterne af de kliniske forsøg, inden vaccinen tilbydes borgerne? Og hvad med erstatningsansvaret i tilfælde af bivirkninger? Hænger industrien på den eller staten, altså borgerne selv? Som et minimum skal vi have garanti for åbenhed om alt, senest et år efter at produktet er kommet på markedet, så både industrien og EU-Kommissionen er klar over, at de kommer til at stå til ansvar, også hvis man på forhånd ved, at der nærmest ingen effekt er. Vi skal ikke have en Tamiflu-skandale en gang til.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, sehr verehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gelegentlich werde ich gefragt, was die Europäische Union eigentlich macht, um die Pandemie zu bekämpfen. Ich kann mit großer Leidenschaft sagen: Wir machen viel, und wir machen auch viel Gutes, wie wir gerade in den letzten Tagen wieder gesehen haben.

Erstens: Wir haben uns als Europäer den Impfstoff gesichert. Ich möchte der Kommission heute ganz, ganz herzlich danken. Ich finde, Sie haben, Frau Kommissarin, großartige Arbeit geleistet. Keine 24 Stunden nach Ankündigung des Durchbruchs beim Impfstoff hat die Kommission bereits Hunderte Millionen Impfdosen für die europäischen Bürgerinnen und Bürger reserviert. Das ist wirklich eine ganz, ganz großartige Leistung. Hierfür möchte ich Ihnen ganz, ganz herzlich danken.

Und ich bin auch zuversichtlich, dass die Verteilung des Impfstoffes auf die 27 Mitgliedstaaten gerecht erfolgen wird. Auch dafür schon für Ihre Vorschläge ein Dankeschön. Als Europäer werfen wir natürlich, wenn wir Bestellungen für 440 Millionen Bürgerinnen und Bürger aufgeben, ein ganz anderes Gewicht in die Waagschale, und ich freue mich, dass es eben nicht dazu gekommen ist, dass wir unter den 27 Staaten hier gekämpft haben, wer zuerst den Impfstoff bekommen kann. Wenn es nach den Grünen und Linken gegangen wäre – ich möchte das auch betonen, gerade wenn ich die Debatte heute verfolge –, hätten wir heute noch keinen Vertrag, keine Option auf eine einzige Impfdosis.

Zweitens: Wir haben als Europäer BioNTech, die Firma, die den Durchbruch geschafft hat, mit vielen europäischen Mitteln gefördert. Ich sage: Auch unsere Forschungs- und Innovationspolitik ist richtig aufgestellt. Auch dafür ein Dankeschön. Lassen Sie uns heute ein wenig stolz sein darauf, dass wir für uns Europäer etwas Gutes tun. Es ist wirklich ein guter Tag für uns in Europa.

Romana Jerković (S&D). – Poštovani predsjedavajući, poštovana povjerenice, ponovno se suočavamo s rekordnim brojem zaraženih. Neke su države članice ušle u novi lockdown. Naši su zdravstveni sustavi ponovno dovedeni na rub održivosti. Medicinsko osoblje ulaže nadljudske napore kako bi pružili skrb svima kojima je potrebna, dok gospodarstvo i dalje posrće ili u najboljem slučaju stagnira.

Utoliko ovotjedna objava o postignutom napretku u razvoju novog cjepiva svakako ulijeva dašak optimizma. No nema mjesta euforiji. Situacija je i dalje vrlo kritična i zahtjeva dodatan angažman svih nas. Kada govorimo o dostupnosti cjepiva u narednom periodu bit će ključne tri stvari. Prvo, osigurati sigurnost i efikasnost cjepiva i tu ne smijemo raditi kompromise. Drugo, ojačati proizvodne kapacitete kako bismo zadovoljili veliku potražnju i treće, razraditi planove i globalne distribucije.

U svim fazama, slažem se sa svojim prethodnicima, iznimno je važna transparentnost. Naši su nam sugrađani poslali jasnu poruku kako žele više Europe u svojoj svakodnevnici i stoga želim izraziti svoje zadovoljstvo što je jučer Europska komisija objavila komunikaciju o izgradnji Europske zdravstvene unije jer je to vrlo važan korak u jačanju naše kolektivne spremnosti za buduće prijetnje zdravlju.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Herr Präsident! Vielen Dank, Frau Kommissarin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir sind alle sehr froh, dass es heute diese positiven Signale gibt. Und es ist umso wichtiger, dass wir jetzt auch eine gemeinsame, eine koordinierte Strategie verfolgen, wenn es um die gerechte Verteilung geht.

Das ECDC hat dazu bereits sehr gute Vorschläge gemacht. Denn es muss ja neben den Beschäftigten in Gesundheitsberufen oder auch den besonders exponierten Gruppen vor allem darum gehen, die Schwachen, die Verletzlichen in unserer Gesellschaft zu schützen. Das sind Menschen mit Vorerkrankungen, das sind Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen wie zum Beispiel viele Körperbehinderte, das sind aber auch Menschen in schwierigen Wohnverhältnissen. Ich wünsche mir, dass die Europäische Union da einen guten gemeinsamen Ansatz findet.

Ich muss aber mal was sagen, lieber Herr Liese: Wir haben ja immer als Grüne – Linke weiß ich nicht, das habe ich nicht so verfolgt – gesagt: gerne Verträge, aber die müssen transparent sein. Es muss klar sein, wofür die Milliarden der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausgegeben werden. Und ich freue mich sehr, dass Frau Guteland und Herr Canfin und viele andere diese Problematik auch angesprochen haben. Um nichts anderes ging es uns. Wir brauchen die Transparenz, denn nur so entsteht Vertrauen.

Stella Kyriakides, Member of the Commission. – Mr President, first of all, I want to thank the House for your words of encouragement at these times and for supporting our vaccine strategy, but I really feel that credit needs also to go to my whole team in my Cabinet, my DG, and especially Director Sandra Gallina, for all the negotiations – this needs to be said.

Now until we have found a sustainable solution, we have all agreed at least that the coronavirus affects each and every day of our lives. And until we have found a sustainable solution it will continue to impact on our societies, on our economies and on the everyday way we live. So a safe, effective and affordable vaccine, universally accessible, is a crucial exit to the pandemic. I also believe that we share the vision that we want what is best for our citizens. We want them to have the vaccine as soon as possible and under the best possible conditions.

Now to do so – and I want to be clear because I have heard questions on the negotiations from several Members and I need to answer them. First of all, Member States had to organise with the Commission a new process. We presented a vaccine strategy a few months ago. I want to assure you that we're following both EU law and the vaccine strategy, and Member States have been part of this constant negotiation process so that we would be as inclusive as possible from the very beginning.

It is important that we all understand that this way of working, with and for 27 Member States, fully guarantees both accountability and compliance with the rules that protect the interests of those involved, but in doing so we must also respect the rules on what information can be made public and what has to remain protected. And more crucially, we need to work together to deliver a lasting and decisive solution for our citizens.

There were questions on liability. I will repeat what I said in my opening remarks: that the agreements with the vaccine developers do not change or derogate from EU legislation and rules on liability.

There were questions on when a vaccine will be available, how will citizens know about this. Well first of all, let us be clear, we are still not at the point when any company has submitted for market authorisation to the European Medicines Agency. You have seen with us that along the phase of clinical trials you can have twists and turns. So I think we have to be cautious about saying when a vaccine will be available and when it would reach citizens. We have spoken of best case scenarios for the end of this year or the beginning of the next, but again I follow what Véronique Trillet-Lenoir also said: that we have to be very cautious in our communication with citizens.

Véronique Trillet-Lenoir also spoke about the need for prioritisation, which citizens will be vaccinated first, and I wanted to share with you that we have been working on this with the ECDC (European Centre for Disease Prevention) and we've already shared with Member States which groups, what prioritisation they should look at. But of course all Member States will be doing this according to their own situation on the ground.

In terms of rapid tests, which were mentioned, and antigen tests, we have been looking at this with the ECDC for the last few weeks and we hope to come out with guidance next week for the settings of rapid tests.

On tests of therapeutics – this was also mentioned and you're absolutely right – we haven't taken our eyes off therapeutics for the last eight months. I have had weekly calls with the European Medicines Agency and with the ECDC every day for over eight months now and we follow every single development as it comes out on therapeutics.

In terms of efficacy: until we have a safe and effective vaccine that has actually been submitted for authorisation and we have the independent scientific assessment by the European Medicines Agency, I think it is too early to start now hypothesising whether this vaccine will be used for the young, the old, for prevention. We will know that once we have a safe and effective vaccine.

But what I can assure you of is that we are leaving no stone unturned in order to be able to ensure that we have a result as quickly as possible. And because speed often creates concern, why so quickly? Well, we are in a time when the whole world is investing in this research but also there are now different technologies which allow us to move much more quickly for this.

I heard from the Chair of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI), Pascal Canfin, about the importance of trust. He's absolutely correct in this, and it's important that we know that transparency creates trust and trust is key. We've heard your concerns about transparency and what I can tell you is that within the contractual constraints, we are ready to explore making information about the contracts available to nominated Members of the Parliament, with specific arrangements, once the sensitive ongoing negotiations are concluded.

So let us move forwards together. We need your support in the roll-out of vaccines in your Member States and in building trust in the solution that citizens expect from us.

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Tai buvo sudėtingi ir precedento neturintys metai visame pasaulyje. COVID pandemija skaudžiai palietė be išimties visus. Pirmą kartą tokį ilgą laikotarpį gyvename izoliacijoje ir turime susitaikyti su būtinais apribojimais, kad ši pandemija būtų pažabota. Kaip ne kartą šiandien kolegos minėjo, labai svarbu, jog valstybių narių būtų taikomi apribojimai. Tačiau su nepaprastąja padėtimi susiję įgaliojimai turi būti papildomai tikrinami siekiant užtikrinti, kad jie nebūtų naudojami kaip pretekstas ilgam laikui pakeisti įgaliojimų pusiausvyrą ir kad tai nepakenktų mūsų piliečių teisėms ar kitaip nepagrįstai neapribotų jų laisvių ir teisių, negu tai būtina siekiant suvaldyti pandemiją. Iš Komisijos tikimės geresnio koordinavimo ES mastu, tam, kad būtų laikomasi vienodo požiūrio dėl suvaržymų ir ypač dėl kelionių ES viduje. Valstybių narių taikomos skirtingos priemonės ir reikalavimai dar labiau apsunkina jau ir taip itin sudėtingą situaciją, todėl norėtume vieno požiūrio ES lygmeniu. Noriu pasveikinti Komisiją už jos pastangas organizuojant vakcinų pirkimą ES lygmeniu. Tik tokiu būdu galėsime užtikrinti prieinamumą prie vakcinų visiems ES piliečiams. Sąjungos solidarumas šiuo metu yra būtinas kaip niekada, todėl labai tikiuosi, jog bendromis pastangomis pagaliau įveiksime šią krizę.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A koronavírus-járvány második hulláma nagy erővel sújtott le az Európai Unióra. A vírus terjedését az európai polgárok összefogása és áldozatvállalása, valamint a tagállami kormányok megfelelő intézkedései tudják lassítani. Végleges megoldást azonban csak a megbízható, biztonságos és hatékony védőoltás kifejlesztése jelenthet. Óvatos bizakodásra adhatnak okot a koronavírus elleni vakcinák tesztelésével kapcsolatos pozitív hírek. Különösen örömteli, hogy a reményt keltő projektek között a tagállamok és az Európai Unió által közösen finanszírozott vakcinát is találunk. Az európai emberek számára leghamarabb a biztonságos védőoltás hozhatja vissza a kiszámíthatóságot és stabilitást mindennapjaikba.

Fontos, hogy a vakcinák beszerzése és hozzáférhetőségük biztosítása a vonatkozó jogszabályoknak megfelelően, kellő tudományos alapossággal történjen. Azonban a gyors és hatékony fellépés érdekében meg kell adni a bizalmat az uniós és tagállami hatóságoknak. Nem engedhetjük meg azt, hogy az európai baloldal által hangoztatott ideológiai szlogenek a járvány elleni védekezést hátráltassák!

Végül a koronavírussal szembeni védekezés kapcsán érdemes számba venni a tagállami jó gyakorlatokat is. Egy ilyen jó példa Magyarország, mely az oltóanyag általános hozzáféréseinek biztosítása érdekében a Nemzeti Oltóanyaggyár létrehozását kezdeményezte.

Robert Hajšel (S&D), *písomne*. – Je dobre, že po dlhšie trvajúcej a zo začiatku málo účinnej reakcii centrálnych európskych orgánov na vypuknutie pandémie COVID-19 pokračuje Európska komisia v prijímaní krokov, ktoré prispievajú k lepšiemu zvládnutiu tejto zdravotnej krízy vo všetkých štátoch EÚ. Európska komisia pristúpila k podpísaniu predkupných zmlúv s viacerými farmaceutickými dodávateľmi, čím by mala zabezpečiť vytvorenie čo najviac diverzifikovaného portfólia vakcín pre našich občanov. Teraz je dôležité zabezpečiť, aby sa k občanom dostali iba vakcíny, u ktorých sa definitívne preukáže nielen vysoká účinnosť, ale aj maximálna bezpečnosť. Musím ale zdôrazniť, že celý proces obstarania vakcín nie je ani pre nás – poslancov EP dostatočne transparentný. Chápem, že nie všetko sa dá kvôli obchodnému tajomstvu, ale Komisia musí aj tak komunikáciu o tomto celom procese výrazne zlepšiť. Pre nás všetkých, aj na Slovensku, je dôležité, aby sa Európska komisia zaviazala zabezpečiť vakcínu pre všetkých, ktorí ju potrebujú, a aby to bolo ešte túto zimu. Nie na centrálnych orgánoch, ale na členských štátoch musí byť, aké kategórie obyvateľstva zahrnú do prvej sady očkovania. Očkovanie by nemalo byť povinné, ale Európska komisia spolu s vládami členských štátov by mala zabezpečiť čo najkvalitnejšie a najdôveryhodnejšie informácie o výhodách vakcinácie.

Łukasz Kohut (S&D), *in writing*. – The whole of Europe, the whole world, is impatiently waiting for a vaccine against COVID-19. We have heard some promising news lately about advanced stages of clinical trials in the search for such a vaccine, and that gives hope. While researchers and scientists are doing their part, we as policy makers must do ours. That means that we have to make sure that the vaccine, once ready, is available to all. Appropriate mechanisms and procedures have to be put in place to provide for a swift roll-out of the vaccination process. That means that already now the EU and the Member States need to be preparing scenarios for effective distribution chains. Every day of delay would mean further lost lives. I would like to underline one more important element of the vaccination process – the trust of citizens in its safety and value. We have been witnessing a disturbing spread of anti-vaccine misinformation, fuelled by supporters of conspiracy theories. Misinformation in the area of public health can have literally deadly effects, so we have to fight it very hard.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR), *por escrito*. – Ningún país europeo podrá ir por libre a la hora de adquirir las vacunas contra la COVID-19 que están desarrollando numerosas farmacéuticas. Los Estados miembros se tendrán que plegar a lo que decida la Comisión Europea y no podrán negociar por separado su adquisición. ¿Por qué se ha establecido la central de compras en Bruselas? Esta práctica podría romper la sana competencia. ¿Habrá una cartera diversificada de vacunas para hacer frente al coronavirus?

Acelerar el desarrollo, la producción y el despliegue de vacunas contra la COVID-19 puede comprometer la seguridad. Esperamos que la Comisión Europea no promueva el uso de ninguna vacuna antes de que finalicen con éxito todos los ensayos clínicos y se demuestre su eficacia tanto para evitar contraer la enfermedad como para transmitirla. Necesitamos una vacuna en la que poder confiar y que pueda ser una de las herramientas que nos ayude a contener la pandemia.

Edina Tóth (PPE), írásban. – 2020-ban a koronavírus-járvány egész Európában rendkívüli helyzetet teremtett, a megbetegedések száma egyre nő, és a második hullám közepén kijelenthetjük, hogy a vírusnak csak akkor lesz vége, ha lesz vakcina.

Idén júniusban került elfogadásra az oltóanyag-stratégia, amelynek legfőbb célja, hogy minden állampolgár számára magas színvonalú, biztonságos, hatékony és megfizethető oltóanyagokat biztosítson. A stratégia keretében az Európai Bizottság már öt szerződést kötött különböző gyógyszerállalatokkal, nagyban növelve ezzel annak az esélyét, hogy az év végén, illetve jövőre megfelelő mennyiségű vakcina áll majd rendelkezésre és a koronavírus-járvány elleni védekezés sikeres lesz.

Üdvözlöm az Európai Bizottság vakcina-beszerzéssel kapcsolatos erőfeszítéseit, és egyben megdöbbenéssel látom, hogy vannak akik ebben a rendkívüli helyzetben is a kákán a csomót keresik. Az Európai Bizottság rendszeres vendég az ENVI bizottság ülésein, és számos alkalommal adott választ az átláthatósággal kapcsolatos észrevételekre és kérdésekre, hangsúlyozva, hogy „jogilag képtelen arra, hogy a szerződésekben foglalt információkat közzétegye”. Tisztelt Kollégák! Emberéletek megmentése most a legfőbb cél, kérem legyünk felelősségteljesek és együtt dolgozzunk azért, hogy minél hamarabb és mindenki egyenlő módon férjen majd hozzá a vakcinához!

7. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

8. Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa – Finanzierung des Grünen Deals (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Siegfried Mureşan und Paul Tang im Namen des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über das Thema „Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa – Finanzierung des Grünen Deals“ (2020/2058(INI)) (A9-0198/2020).

Siegfried Mureşan, rapporteur. – Madam President, I would like to welcome Vice-President Dombrovskis back to the European Parliament.

Paul Tang and myself, as co-rapporteurs, are presenting to you today Parliament's report on the Sustainable Europe Investment Plan. This is the financing of the Green Deal: it's an own-initiative report by Parliament which should lay the framework for the financing of the Green Deal, because we believe much of the success of the Green Deal will depend on its financing. We have set ambitious objectives there, and we will only meet those objectives if we follow suit with appropriate financial resources. Resources will be needed from the European level, from the national level and from the local level, and they will be needed from the private and from the public sector alike in order to meet these objectives.

We started our work on this report immediately after the Commission presented the Green Deal and the Sustainable Europe Investment Plan – that was at the beginning of this year. It was before the start of the pandemic, and we set ambitious objectives. The one thing which I want to say very clearly for Parliament now is that we are sticking to the objectives of the Green Deal: combating climate change; polluting less; improving our energy efficiency. Those need to be permanent tasks. They should not only be tasks that we are busy with when there is no other crisis.

So we are committed to the objectives of the Green Deal, but obviously we need to see, together with the Commission, how we ensure the financing in the new context. We set the objective to mobilise EUR 1 trillion for the next 10 years before the pandemic, but we are seeing that the pandemic is affecting our economies, and it is affecting our enterprises, and we need to reach the objectives of the Green Deal together with our enterprises and with our economies, not against them.

The first important question will be, how much financing can we mobilise and how much can the private sector do to reach these objectives? This is why the report which Paul Tang and myself are putting in front of you today raises an important element. Will we reach, Vice-President Dombrovskis, the leverage effects that we were planning at the beginning of the year?

We need to see if the objectives which we had for the next 10 years are reachable, and how. We need to see if the leverage effects which we were planning at the beginning of the year are realistic and we also need to see what the synergies between the resources that we mobilised after the pandemic and the objectives of the Green Deal will be. How will Next Generation EU, the recovery and resilience facility, contribute to these objectives?

We, as the European Parliament, are setting ambitious green objectives, including for the recovery and resilience facility. The Commission rightly proposed 37% climate mainstreaming under the recovery and resilience facility. We, as the European Parliament, are backing the Commission in the 37%, but I am going one small step further and I am proposing 40%. The question is, do we count the resources from the recovery resilience facility under the Sustainable Europe Investment Plan or not? This is an important question that we need to clarify together. We also recognise the important role of the EU budget and the positive contribution towards reaching the objectives of the Green Deal which cohesion policy has, which research policy has, which agriculture policies have and which the Just Transition Fund also has.

With regard to the Just Transition Fund, I would like to say that it is crucial that the Just Transition Fund is sufficiently financed and that the climate transition takes into consideration the different levels of development and dependence on fossil fuels in different EU Member States. Obviously Member States are deciding by themselves their own energy mixes. We are committed and Member States are committed – they should be committed – to transitioning from the least clean sources of energy, but we need to see how the transition can take place from country to country.

We, in our report, are also saying that the projects with the highest potential to reach our climate objectives should be financed as a priority and we also say that a level playing field should be guaranteed for EU companies.

We are also aware of the importance of own resources, where the Council, the Commission and Parliament have made together very good progress for a calendar for own resources in the next seven years. We see own resources as a source of revenue, but also as a tool to incentivise greening at the level of consumers and at the level of the private sector. We believe that private financing is very important as well because, as I said, financial needs are very big. The investment needs are between EUR 250 and 400 billion per year.

We, as the public sector, are doing our part, but we need a commitment from the private sector as well. And the role of the European Investment Bank is also important, as well as other financial institutions, such as such as the European Bank for Reconstruction and Development.

This being said, Madam President, I would like to thank my co-rapporteur Paul Tang for the excellent work which we did together, himself on behalf of the Economic and Monetary Affairs (ECON) Committee, myself on behalf of the Budget Committee, and all of our shadow rapporteurs, who really spent tens of hours in the negotiations with us.

The report was adopted with a very large majority at the level of the committees. We're looking forward to the final vote tomorrow in plenary, and then we're looking forward to the cooperation with the European Commission on the basis of what Parliament will be saying in this report.

Paul Tang, rapporteur. – Madam President, let me remind you that one month ago this House took a giant step towards securing the future of our planet. The European Parliament pledged to commit Europe to reduce its greenhouse gas emissions by 60% and set in this way an example for the rest of the world. It was sometimes seen as impossible, and also in this House, but don't call something impossible if you haven't looked for the possibilities and this report – and I present together with Siegfried Mureşan – is about making possible. Yes, much money is needed. I recently saw a calculation that economists say that we need an additional EUR 300 billion each year to reach the goals of the Paris Agreement. At the same time, that's only 3% of the amount of money that we are spending now on COVID support by national governments. So let's be honest, it can be done.

Indeed, what this report does is build a bridge between ambition and reality. Our bridge has four arches and we need all of them to reach our aims. The four arches are the EU budget, the EU's monetary and financial institutions, private investment and public spending.

Let me start with the EU budget. Siegfried Mureşan has already addressed part of it, including own resources, but let me add two things. First, don't allow green washing. With the EU taxonomy, we obliged the financial sector to back any claims of sustainability. But what kind of government applies a set of rules to others and not to itself? That's why we clearly state EU spending on sustainability must be taxonomy compliant. Second, don't shoot yourself in the foot. How can we spend money on fighting climate change if we subsidise fossil fuels at the same time? How can we spend money on social services if public money supports a company that dodges taxes and exploits employees. That is why all EU spending, including the Next Generation EU, including through the EIB, should adhere to the important principle of do no significant harm. Environmental and social progress need to go hand-in-hand.

Next up are the EU's monetary and financial institutions. The EIB and the ECB have billions to spend. Let's make sure that they spend it wisely – again, in line with the EU taxonomy and without harming people or the planet – to reach our aims of the Paris Agreement. In doing so, no stone should be left unturned. New Green Bonds should be issued by the EIB, whereas the ECB needs to reform its corporate sector purchasing programme. As supervisor, the ECB needs to force banks to address climate-related risks that are still on the balance sheets of banks.

The third arch concerns private investment. The report insists on the phasing-out of all investment in harmful activities. Soon investment in new fossil fuel plants and unsustainable heavy industry will be history. The market is already moving in that direction, but sometimes a lack reliable data can hamper progress. We need good and publicly accessible data and for credit rating agencies to take these data into account.

The last part of the bridge between ambition and reality is public spending. The national governments make the bulk of public spending and investments. The EU should stimulate them to do it sustainably, not hamper them. Therefore, we call for new tools, such as a Green Bond standard, to make this easy. But governments also need revenue. Tax avoidance cuts the ground under governments' feet. We need to fight tax avoidance as concerns corporate profits and private wealth. Other incomes should come from taxing polluters – the polluter pays principle. Indeed, the Energy Tax Directive is out of date. The excise duties have lost their effect due to inflation and they should be corrected. Let's face it, kerosene should eventually be taxed in line with other fossil fuels.

With this report, the European Parliament shows how it bridges the gap between ambition and reality, bringing a sustainable society closer and closer.

My last remark is to thank Siegfried Mureşan, my co-rapporteur, for very close and fine cooperation. It is much appreciated. I would also like to thank very much the shadows because we have worked in difficult circumstances and we required a lot of your patience and efforts. You have always been very constructive, which Siegfried and I appreciate very much.

Πέτρος Κόκκαλης, Συντάκτης της γνωμοδότησης της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων. – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Αντιπρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, η κλιματική ουδετερότητα απαιτεί καινοτομία σε όλα τα επίπεδα και όχι μόνο στην τεχνολογία. Ο κλιματικός νόμος που ψηφίσαμε πρόσφατα αποτελεί παράδειγμα κανονιστικής και πολιτικής καινοτομίας. Καινοτομία, σχέδιο και σταθερή θέληση είναι απαραίτητα για την πράσινη μετάβαση και του χρηματοπιστωτικού τομέα. Με το επενδυτικό σχέδιο για μια βιώσιμη Ευρώπη και, κυρίως, ενόψει της επικείμενης αναθεώρησης της στρατηγικής για τη βιώσιμη χρηματοδότηση, βάζουμε τις βάσεις για την επιτυχία της Ευρωπαϊκής Πράσινης Συμφωνίας και την οικοδόμηση μιας κοινωνικά, οικονομικά και οικολογικά ανθεκτικής Ευρώπης. Ενόψει της υλοποίησης της συμφωνίας για το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο που επετεύχθη χθες, πρέπει να εξασφαλίσουμε ότι τα δημόσια χρήματα παράγουν δημόσια αγαθά και ότι προάγουν και δεν υπονομεύουν τη δημόσια υγεία, την κοινωνική συνοχή και την κλιματική ασφάλεια. Ήρθε η ώρα να ενσωματωθούν αυτοί οι στόχοι στον πυρήνα του χρηματοπιστωτικού τομέα. Όμως, η ταξινόμηση, η αρχή του «μη βλάπτει» και το πλαίσιο για τα πράσινα ομόλογα είναι τα εργαλεία που πρέπει να καθοδηγούν όχι μόνο τις ιδιωτικές αλλά και τις δημόσιες επενδύσεις. Πάνω απ' όλα, το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο πρέπει να μεταρρυθμιστεί ώστε να εστιάζει στην ευημερία των ανθρώπων και όχι των αριθμών.

Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, σας ζητώ να στηρίξετε τις τροπολογίες της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων που βοηθούν ένα καλό κείμενο να κινηθεί σε ακόμα καλύτερη κατεύθυνση. Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, ο χρόνος δεν είναι με το μέρος μας και πρέπει να διασφαλίσουμε ότι, από εδώ και εμπρός, κάθε ευρώ θα είναι ένα «πράσινο» ευρώ και ότι κανένα ευρώ δεν θα είναι ένα «μαύρο» ευρώ. Σας ευχαριστώ πολύ, ευχαριστώ τους συναδέλφους για τη συνεργασία.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, first of all I would like to thank the rapporteurs, Mr Mureşan and Mr Tang, for their report.

Nearly ten months ago, the Commission adopted the Sustainable Europe Investment Plan, which is an investment plan for the European Green Deal. On that day I presented the plan to this Parliament. As I speak to you today, I'm struck by how much the world has changed since then. The EU fight against climate change and environmental degradation now takes place amid an unprecedented health and economic crisis of COVID-19. The EU has taken immediate action to fight the pandemic, and we are sparing no effort to support the economy. But as your report also highlights, the climate change crisis has not disappeared. Today, I assure you that the Sustainable Europe Investment Plan is as relevant as it was in January. In fact, it's even more critical now as we support the economic recovery.

Our commitment to become the first climate-neutral continent by 2050 remains firm, and we have proposed more ambitious emissions cuts by 2030. We will need massive investment to reach those goals. Through the Sustainable Europe Investment Plan, the EU set out how to generate at least one trillion euros of sustainable investments over the next decade. The Commission welcomes the historic agreement between the European Parliament and the Council on the EU's next long-term budget and Next Generation EU. It will also be fundamental for the green recovery, but public finance will not be enough.

Investor appetite for sustainable opportunities is on the rise. We will harness this demand by enabling frameworks, for example the EU taxonomy and EU Green Bond Standard. I'm happy that European financial institutions are also stepping up to the mark. Both the European Investment Bank and the European Bank for Reconstruction and Development are increasing their ambitions in green finance and both are looking into using the EU taxonomy in their activities.

International cooperation beyond EU borders is also needed to scale up sustainable finance. The EU's key role in the International Platform for Sustainable Finance is at the heart of this global response.

Honourable Members, our massive recovery package is fully in line with the Green Deal. The Commission also agrees with the Parliament that leaving no one behind is now more important than ever. We look forward to working with the European Parliament in translating these ambitions into relevant sectoral legislations.

Your efforts will be an important reference point as we push ahead with our plan to finance the Green Deal in a sustainable and fair manner.

Caroline Nagtegaal, *rapporteur for the opinion of the Committee on Transport and Tourism*. – Madam President, the COVID-19 crisis we're facing today has shown that the transport and logistics sector, as well as its workers, has proven to be the backbone of the 'cure and stay-at-home' economy. The uninterrupted freight transport of medical equipment and food has been essential for its functioning and the continued operation of supply chains during the pandemic.

As rapporteur on behalf of the Committee on Transport and Tourism (TRAN), I stressed in our opinion that transport and tourism should be given an important role in the financing plans surrounding the Green Deal. So in that regard, I'm very glad to see that the report prepared by the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) and the Committee on Budgets (BUDG) mentioned the important role of SMEs in the transport and also the tourism sector, and the call to revise the EIB transport lending policy in order to open financial opportunities for sustainable and digital innovations.

But to be honest, we have to do more. Substantial support and close public-private cooperation is needed for the completion of the trans-European transport network. And on top of this, the sector needs support in a transition in order to comply with the goals of the Green Deal. And then you have to think of boosting the use of alternative fuels, including hydrogen, and the deployment also of the associated infrastructure. So it's therefore important for all of us to keep this in mind during future discussions. Together we should invest our way out of the crisis.

Salvatore De Meo, *relatore per parere della commissione per l'agricoltura*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio i colleghi relatori Mureşan e Tang per l'ottimo lavoro svolto in questa iniziativa.

In qualità di relatore per parere della commissione AGRI voglio confermare che il settore dell'agricoltura sarà parte attiva nel raggiungimento degli obiettivi del *Green Deal*. L'Europa è leader mondiale in agricoltura per qualità, sicurezza alimentare, innovazione ed elevati standard ambientali e l'Italia, mi piace ricordare, è prima in Europa per numero di prodotti di qualità certificata.

Appreziamo sicuramente la proposta della Commissione di destinare 7,5 miliardi di euro allo sviluppo rurale nel quadro di *NextGenerationEU*, ma per affrontare le criticità dell'emergenza COVID-19 le aziende hanno bisogno di maggiori pagamenti diretti e di programmi settoriali.

Se vogliamo un'agricoltura moderna e competitiva, che sappia coniugare gli obiettivi previsti nel *Green Deal* con la salvaguardia dei livelli di produzione, non si devono però ridurre gli importi destinati all'agricoltura e allo sviluppo rurale.

Per raggiungere gli obiettivi delle strategie *From Farm to Fork* e sulla biodiversità c'è bisogno di nuove risorse proprie dell'Unione europea. Non possiamo privare gli agricoltori di parte delle attuali risorse della PAC per poi chiedere loro di impegnarsi in una transizione verde.

Romeo Franz, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Kultur und Bildung*. – Frau Präsidentin! Um eine umfassende und erfolgreiche ökologische Umgestaltung und Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen und damit die Priorität der Kommission eines *Green New Deals* gelingt, müssen wir die Synergien zwischen dem *Green New Deal* und den EU-Programmen in den Bereichen Bildung, Freiwilligentätigkeit und Kultur fördern.

Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps und Kreatives Europa sind wichtige Instrumente gegen den Klimawandel. Sie sind wesentlich für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft und für eine auf Nachhaltigkeit beruhende Gesellschaft, denn sie fördern die erforderlichen Fähigkeiten, wie die Sensibilisierung für Umweltfragen und Fragen des Klimawandels insbesondere bei jungen Menschen, die für ein neues sozioökonomisches Umfeld vorbereitet werden müssen. Dieses Umfeld erfordert kreative inklusive und technisch innovative Lösungen, um ökologische Herausforderungen bewältigen zu können. Daher muss es in der EU eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Bildung, Umwelt und Klimawandel geben.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Exekutiv-Vizepräsident Dombrovskis, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben uns als Europäische Union ein ehrgeiziges Klimaziel gesetzt, und dieses Ziel wird nur erreichbar sein, wenn wir auch entsprechend Investitionen auslösen. Ich glaube, das ist unbestritten.

Das Geld für Investitionen muss auch irgendwoher kommen. Auch das ist, glaube ich, unbestritten. Und der Bericht, über den wir heute abstimmen, heißt deswegen auch richtigerweise: „Wie finanzieren wir den *Green Deal*?“ Ich habe deswegen schon ein bisschen Probleme zu verstehen, warum wir uns nur mit der Frage der öffentlichen Finanzierung beschäftigen. Es kann doch nicht sein, dass nur der Staat, nur die Europäische Union, nur die öffentlichen Töpfe und deren Ausstattung im Mittelpunkt stehen, wenn wir einen *Green Deal* erreichen wollen.

Wir haben doch Erfahrungen aus dem Juncker-Fonds. Auch im Juncker-Fonds, also im Fonds für strategische Investitionen, war es doch so, dass der große Investitionsbedarf nicht dadurch ausgelöst wurde, dass wir öffentliches Geld benutzt haben, sondern dadurch, dass wir mit öffentlichem Geld privates Geld investieren konnten. Und darauf sollten wir uns miteinander konzentrieren: Wie können wir wirklich das miteinander erreichen? Ich sage ganz offen, es war sehr mühsam, diese Ideen in dem Bericht überhaupt mit reinzubekommen, obwohl da das Gros der Investitionen am Ende liegen wird.

Der Unterschied wird durch den Privatsektor gemacht. Unternehmen und Privathaushalte sind es, die den Löwenanteil investieren können. Die brauchen verlässliche, klare Randbedingungen und Planungssicherheit. Darauf sollten wir uns miteinander konzentrieren und die Instrumente dafür nutzen. Dann werden wir den *Green Deal* auch erreichen.

Pierre Larrourou, *au nom du groupe S&D.* – Madame la Présidente, chers amis, il y a deux ans, Greta Thunberg commençait une grève de l'école, une grève pour le climat. Greta posait une question simple: à quoi ça sert d'aller à l'école si nos dirigeants ne s'intéressent pas à notre avenir, s'ils ne s'intéressent pas à l'urgence climatique? Pourquoi apprendre les sciences, si les scientifiques ne sont pas écoutés par nos dirigeants?

Oui, il est temps d'écouter les scientifiques!

Voilà l'évolution du CO₂ dans l'atmosphère depuis 1 000 ans. Je crois que c'est clair. Et le nombre de catastrophes climatiques a plus que doublé en 30 ans. Qu'attendons-nous pour agir?

Certains pensent qu'avec la crise économique, l'évolution du CO₂ est plus favorable, mais c'est faux. Les feux de forêt, en 2020, n'avaient jamais atteint une telle proportion: 440 morts dans les feux de forêt en Australie, des feux de forêts en Sibérie, des feux de forêt en Californie... Les feux de forêt provoquent tellement de CO₂ que 2020 va être l'une des pires années pour l'évolution du CO₂ dans l'atmosphère.

Ce 29 octobre, l'ONU publiait un rapport alarmant sur la biodiversité, qui affirmait qu'à moins d'une transformation radicale de nos modes de vie, les pandémies comme la COVID-19 allaient se multiplier et faire plus de morts.

Mes amis, comment éviter le chaos?

Le rapport que nous allons voter, grâce à Paul et Siegfried, rappelle qu'il faut 600 milliards d'investissement chaque année pour isoler les bâtiments, faire des transports en commun, développer les énergies renouvelables... 600 milliards publics et privés. Ce rapport donne des solutions concrètes pour trouver ces 600 milliards et demande aux chefs d'État de les mettre en place, sans tarder.

Mais cette semaine, la négociation sur le budget s'est finie. Le Parlement a gagné... deux milliards. C'est très bien, et nous voulons porter le climat de 20 à 30 % du budget général. Si on y arrive — en coupant dans notre budget, hélas — cela ferait 15 milliards de plus. Quinze milliards, c'est bien, mais ce n'est pas du tout les 600 milliards qu'on cherche.

Notre rapport rappelle qu'il faut trouver des moyens de subventionner (si on veut que tout le monde isole sa maison, il faut qu'il y ait des subventions) et qu'une petite taxe sur la spéculation rapporterait chaque année 57 milliards. Et le rapport propose d'avancer dans le cadre d'une coopération renforcée pour ne pas se bloquer sur l'unanimité.

Alors, je trouve qu'il y a quelque chose d'obsène quand les chefs d'État nous disent qu'il n'y a pas d'argent pour le climat, pas d'argent pour la santé, pas d'argent pour l'emploi, alors que les marchés financiers n'ont jamais été à un niveau aussi élevé. Est-ce qu'on ne peut pas taxer un peu la spéculation?

De même que Greta posait la question il y a deux années: «Pourquoi continuer à faire l'école si les dirigeants ne nous écoutent pas?», vous savez que j'ai commencé hier ma troisième semaine de grève de la faim.

Il est temps de dire aux politiques de nous écouter, et je voudrais m'adresser à M^{me} Merkel. Dans un mois, il y a le sommet sur le climat. M^{me} Merkel veut un accord ambitieux au Conseil climat des 10 et 11 décembre, mais beaucoup de pays vont bloquer cet accord s'il n'y a pas de financement ambitieux.

Madame Merkel, il est urgent pour le climat et pour la santé de relancer la coopération renforcée sur la taxe sur la spéculation. On peut y arriver en quelques semaines.

Fabienne Keller, *au nom du groupe Renew.* – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire Dombrovskis, le plan d'investissement pour une Europe durable, c'est la pierre angulaire du Pacte vert pour l'Europe, car c'est lui qui va financer la transition énergétique. Avec ce pacte vert, nous avons fixé des objectifs climatiques ambitieux pour devenir le premier continent neutre d'ici 2050. Il s'agit maintenant de s'en donner les moyens. C'est pourquoi nous demandons d'atteindre, dès que possible, un objectif de dépenses juridiquement contraignant de 30 % pour le climat et de 10 %, dès 2026, pour la biodiversité, dans le budget de l'Union européenne. C'est aussi l'enjeu de la taxonomie et de son respect.

Le rapport insiste aussi sur la création de nouvelles ressources propres, pour nous permettre d'atteindre un niveau plus élevé de financement pour le climat. Ainsi, le mécanisme d'ajustement carbone aux frontières nous permettra aussi de lutter contre nos fuites de carbone, les *carbon leakages*, et d'inciter nos partenaires à diminuer leurs propres émissions de gaz à effet de serre.

Le plan de relance aura bien sûr un rôle majeur à jouer pour réaliser nos objectifs. Ainsi, nous demandons d'appliquer un objectif climatique de 37 % aux dépenses de Next Generation EU.

En résumé, c'est une approche transversale que nous proposons, mobilisant moyens publics et privés, et tous les secteurs. En combinant toutes nos forces, nous pourrions parvenir à ces 600 milliards d'euros d'investissements par an en faveur du climat et réaliser ainsi nos ambitions pour une Europe neutre, créatrice d'emplois, en ligne avec les accords de Paris.

Ce rapport, c'est le résultat d'un travail en coopération avec plusieurs commissions qui ont toutes un rôle-clé: l'environnement, bien sûr, mais aussi l'agriculture, les transports, la culture et l'éducation. C'est le résultat d'une volonté forte et partagée au sein de notre Parlement européen, pour conduire l'Europe vers une économie moderne, compétitive, créatrice d'emplois et sobre, en ligne avec les attentes de nos concitoyens.

Joachim Kuhs, im Namen der ID-Fraktion. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich zu der Finanzierung des *Green Deals* etwas sage, möchte ich zuerst meinen Dank aussprechen, dass ich hier in Berlin an einem kalten Novembertag Zuflucht finden kann in dem Verbindungsbüro (EPLO). Immerhin, bei all der traurigen Entwicklung, dass das Parlament quasi de facto fast geschlossen ist, ist das doch eine Möglichkeit, jetzt zu Ihnen zu reden. Ich bedaure das zwar, aber wie gesagt, die Mitarbeiter des EPLO können hier nichts dafür, und sie haben mir gezeigt, was es hier überhaupt gibt, dass es das gibt, und die Arbeit, die sie hier tun, ist eine gute Arbeit, das möchte ich an dieser Stelle auch einmal betonen.

Dann möchte ich eigentlich auch der Kommissionspräsidentin gratulieren zu den Begriffen, die sie verwendet, wenn es um den sogenannten *Green Deal* geht. Zuerst mal war das Wort „Deal“ für mich immer eher negativ belastet. In meiner früheren Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft in Mannheim haben wir die Dealer eingesperrt. Und jetzt, siehe da, dreißig Jahre später ist dieses Wort auf einmal ein wunderbares Wort, das man verwenden kann – und es wird noch mit dem Adjektiv „grün“ versehen, mit Hoffnung und so weiter. Also da kann man wirklich nur gratulieren, dass Sie es geschafft haben, diese Begriffe zu einem Wunder, fast einer Wundertüte zu machen. Wenn man heute über *Green Deal* redet und jetzt sogar noch sagt „*New Green Deal*“, ein neuer Deal, dann wird auch noch an die ganzen Dinge aus der amerikanischen Geschichte und all dies erinnert. Wirklich, also besser kann man es eigentlich nicht machen.

Nur was steckt dahinter? Es geht hier um eine Billion Euro, die Sie finanzieren wollen, und am Anfang war von drei Billionen die Rede. Das sind doch alles nur Luftschlösser, die Sie hier aufbauen. Wie soll das funktionieren? Man ist da jetzt sogar bereit, Verträge zu brechen, man will Bonds einführen, sucht verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten, die es bisher überhaupt nicht gegeben hat. Das ist etwas, wo ich sagen muss: Das geht einfach zu weit.

Und wir sollten deshalb eigentlich auch nicht über Finanzierung des *Green Deals* sprechen, sondern über die finanziellen Auswirkungen für die Bürger, für die einzelnen Personen. Die Strompreise werden weiter steigen, und wir haben heute schon in Deutschland die höchsten Strompreise. Durch die Regelungen werden ganze Industriezweige abgebaut, und der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen großen Playern in der Welt wird immer stärker werden. Das kann doch nicht die Zukunft sein!

Deshalb sollten wir uns nicht so sehr fürchten vor dem Klimawandel. Der Klimawandel ist eine Tatsache, keine Frage, und es hat ihn immer gegeben. Es waren auch immer die Warmzeiten, die die Blütezeiten in der Geschichte waren. Aber was wollen Sie jetzt tun? Ich vertraue lieber auf das Wort, das in Genesis steht, dass eben fortan nicht aufhören soll Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht. Und ich vertraue lieber diesen Zusagen Gottes als den utopischen Versprechungen der heutigen Klimareligion.

Ernest Urtasun, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, the debate about the investment plan on how to finance a Green Deal comes hand-in-hand, of course, with the situation of the pandemic that we are living through. We have been seeing the European institutions taking extraordinary measures, mobilising a lot of resources with the Recovery Fund. We have now an agreement with the MFF, and all of this is very important that it is completely aligned with the objectives of the Green Deal. There are some issues in the report that I would like to stress today that are particularly important for us. To speed up the own-resources debate, as we agreed on the MFF, but also to continue our

fight against tax fraud, tax evasion, tax avoidance, aggressive tax planning and also, Commissioner, the enforcement of our anti-money laundering legislation, which is of extreme importance. But we also need to make sure that the companies that are benefiting from public support in these difficult times commit to strictly respect the objectives of the Green Deal, and also we need to make sure that the big technological companies that are benefiting from the situation that we are living through pay also their fair share to our society. In that context, I think that the report is a very useful tool in those debates that we are having. I would like to thank Siegfried Mureşan and Paul Tang and the rest of the shadow rapporteurs for excellent work in common. We as Greens, together with other colleagues, have tabled additional amendments to the plenary to enrich the text, which I hope can have the support of our colleagues. One of them calls on the Commission to disclose the exposure of EU funds to the EU taxonomy objectives and categories, and the other one – very important – will call on the Member States to act against tax avoidance and also to put their public expenditure in line with the goals of the Green Deal. I hope we can have the support of the other Members to those proposals and I would like to thank again the co-rapporteurs for their excellent work.

Bogdan Rzońca, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Chcę powiedzieć bardzo wyraźnie, że marzeń o neutralności klimatycznej nie zrealizujemy bez wsparcia inwestycyjnego krajów, które są w najtrudniejszej sytuacji energetycznej, i tych, które startują do tego celu z najdalszych pozycji. Takie państwa w Unii Europejskiej są. Unia Europejska nie jest obszarem równych gospodarczo państw także pod względem energetycznym.

Do celów klimatycznych nie należy dążyć kosztem ubóstwa energetycznego i utraty miejsc pracy. Zbyt ambitna polityka klimatyczna Parlamentu Europejskiego doprowadzi na pewno do destabilizacji polityki fiskalnej, bowiem wymusi zaciąganie ogromnych kredytów przez biedniejsze państwa Unii Europejskiej.

Czysta przestrzeń ekologiczna jest ważna, ale nie może powodować, że jedne kraje będą rozwijać się szybciej, a inne wolniej, bo nie znajdą po prostu środków własnych na nowoczesny system i nowoczesny przemysł. Czysty system energetyczny oparty na słońcu, wietrze, atomie, wodorze powinien oczywiście odgrywać istotną rolę, ale może mu na przykład towarzyszyć gaz. W omawianym obszarze bowiem robimy wielką rewolucję, a żadne rewolucje w historii ludzkości się nie sprawdziły, więc jeśli bardzo szybko zrezygnujemy z pewnego zasilania przez gaz, doprowadzi to do kolejnego kryzysu.

Zatem proszę wszystkich o racjonalność w tej materii, bo mamy już problem z pandemią i z gospodarką, dlatego proponuję, by grupa ECR głosowała przeciwko temu sprawozdaniu.

Manon Aubry, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, pour faire face à l'urgence sociale comme pour financer la bifurcation écologique, on nous raconte toujours la même histoire: ça coûte trop cher, nos États n'ont pas les moyens. Alors je vais tenter de répondre à cette question simple: qui a les moyens de payer?

Allez-vous me dire que les entreprises – qui se gavent de profits sur la crise, et sont par ailleurs responsables de la catastrophe environnementale – n'ont pas les moyens? Prenons par exemple, au hasard, Amazon, qui nage dans un océan de bonheur avec une crise sanitaire qui a multiplié par trois ses bénéfices en un seul trimestre, sans parler de son PDG, Jeff Bezos, dont la fortune dépasse 180 milliards de dollars. On pourrait se demander, quand même, s'il ne pourrait pas être mis à contribution.

Allez-vous me dire que les spéculateurs – qui font leur beurre sur les variations en yoyo de cours boursiers devenus fous – n'ont pas les moyens? Pendant que, nous, nous payons jusqu'à 20 % de TVA quand nous faisons nos courses, les requins de la finance, eux, payent 0,0 %.

Alors, notre proposition est simple: taxer les profiteurs de crise et les transactions financières. Vous ne pourrez plus nous dire que nous n'avons pas les moyens d'investir dans les énergies renouvelables, les transports propres, la rénovation des bâtiments.

Mais l'accord trouvé mardi sur le budget européen refuse de prendre ces mesures de bon sens: aucune mention d'une taxe sur les profiteurs de crise conséquente, une hypothétique taxe sur les transactions financières, réduite à portion congrue et renvoyée aux calendes grecques.

Vous le voyez, à la question: «qui a les moyens?», finalement, il est assez facile de répondre. Mais je m'en pose une autre. Qu'allez-vous dire à vos enfants? «Désolés, nous avons préféré sacrifier votre avenir pour satisfaire les lobbies et les multinationales»?

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, Caro Comissário, Caras e Caros Colegas, nós temos a obrigação, o dever, de combater as alterações climáticas, de proteger, de defender a biodiversidade, de, em simultâneo, promover um crescimento sustentável, defender a coesão territorial, económica, social e a inclusão.

Para tudo isto e porque temos um planeta com recursos limitados, onde temos de viver bem nele, é preciso investimento, mas também é preciso, e chamo a atenção, remover barreiras administrativas.

Onde é que está a União da Energia? O meu país produz energia eólica que não é utilizada plenamente porque depois não pode entrar no mercado europeu – não há interconexões. Onde é que está a União Digital? Onde é que está uma União onde o transporte ferroviário nos ligue a todos? Não existe e não existe porque temos um problema, sejamos sérios, no Conselho, que é pouco mais do que a soma dos 27 egoísmos nacionais.

Precisamos de investimento, mas também temos de remover estas barreiras, sem as quais continuaremos dependentes, por exemplo, do fornecimento da Rússia, quando podíamos ser independentes em termos energéticos.

Olhem o que é que o Conselho fez: eliminou do InvestEU a janela Investimentos Estratégicos, quando precisávamos, mais do que nunca, desta janela e destes investimentos. E, depois, a remoção das barreiras «orgulhosamente sós» nunca foi solução.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, iniciábamos, hace ya algo más de un año, esta legislatura con una ambición climática muy notable. Este Parlamento exigió a la Comisión, en la sesión de investidura de Ursula von der Leyen, un compromiso claro con el *New Green Deal*. Pero ciertamente algunos nos preguntábamos cómo íbamos a poder financiar esa ambición.

Éramos conscientes de que la Unión tiene un elevado poder legislativo, regulador, para poder ir reformando, mercado a mercado, las normas legales para orientar la economía europea hacia el objetivo de cumplir con los Acuerdos de París, pero, ciertamente, echábamos en falta una mayor capacidad financiera en unas negociaciones en torno al marco financiero plurianual que no eran muy optimistas hace un año.

La pandemia ha tenido un impacto tremendo, está teniendo un impacto sanitario y económico abismal, pero ha permitido vehicular, ha permitido crear un instrumento europeo de inversión que es condición necesaria para cumplir con las ambiciones del *New Green Deal*. Este instrumento *Next Generation EU* debe ayudar a resolver a corto plazo la recesión que estamos sufriendo, pero debe también contribuir a esa modernización económica de la Unión Europea y orientarla claramente hacia los objetivos del Acuerdo de París.

Yo creo que este informe —quiero felicitar a los ponentes— va en el camino correcto.

Gilles Boyer (Renew). – Madame la Présidente, avec le pacte vert pour l'Europe, l'Union européenne s'est dotée d'une nouvelle stratégie de croissance, avec pour ambition d'atteindre la neutralité climatique en 2050 et nous devons désormais nous donner les moyens de cet objectif.

Monsieur le Commissaire, ce rapport est un signal d'ambition et de cohérence de la part du Parlement européen. La lutte contre le changement climatique ne sera possible qu'à condition de créer de nouvelles capacités budgétaires, ce sont les nouvelles ressources propres, de développer un cadre favorable pour mobiliser les investissements privés et publics durables, c'est notre taxonomie européenne, et d'assurer une transversalité de l'impératif climatique dans les différentes politiques européennes, c'est le verdissement des politiques monétaires et d'investissement de la Banque centrale européenne et de la Banque européenne d'investissement.

Alors, Monsieur le Commissaire, ce plan d'investissement est une première étape et je me réjouis particulièrement que la taxonomie, que nous avons récemment adoptée, soit au cœur de ce rapport. C'est un outil concret qui pose les bases d'une classification commune permettant aux investisseurs de savoir clairement quelles activités sont considérées comme durables sur le plan environnemental. Et cet outil doit être désormais notre cadre de référence pour l'ensemble des investissements européens, publics et privés. Notre groupe Renew Europe jouera pleinement son rôle dans l'application de ces mesures.

Je voulais remercier nos rapporteurs, Paul Tang et Siegfried Mureşan, qui ont accompli un travail remarquable dans des conditions difficiles pour adopter ce rapport ambitieux.

Roman Haider (ID). – Frau Präsidentin! Um es gleich zu Beginn auf den Punkt zu bringen: Dieser vorliegende Bericht ist eine Mischung aus Wunschdenken und Realitätsverweigerung. Damit zeigt er aber auch ganz gut das Dilemma dieses von der EU ja geradezu zum Fetisch erhobenen *Green Deal*. Es werden immer neue, immer weiter reichende Ziele gesteckt, von denen aber völlig unklar ist, wie sie erreicht werden sollen.

Es bleibt auch völlig unklar, wie diese Ziele finanziert werden sollen. Nur um die Größenordnungen zu verdeutlichen: Allein zur Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 % – und das ist das alte Ziel – wird ein Mindestbedarf von 622 - Milliarden Euro pro Jahr – pro Jahr! – angenommen. Das sind in zehn Jahren 6,2 Billionen Euro insgesamt an Mehrausgaben. Ist den Verfassern dieses Berichts überhaupt klar, dass wir in einer Wirtschaftskrise stecken, deren Auswirkungen wir jetzt noch nicht einmal abschätzen können? Wir befinden uns in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.

Der *Green Deal* wird unsere Wirtschaft weiter schwächen, die Industrie in Teilbereichen sogar zerstören – und da sollen 6,2 Billionen Euro quasi aus dem Ärmel geschüttelt werden! Dagegen ist die Quadratur des Kreises geradezu ein Kinderspiel. Ich frage mich: Ist Ihnen bei diesen Fantastereien eigentlich klar, was im Rest der Welt passiert?

Haben Sie schon einmal ein wenig über den Tellerrand hinausgeschaut? Afrika beginnt sich gerade zu industrialisieren, unzählige neue Kohlekraftwerke sind im Bau oder in Planung. In Indien und China erleben Atomkraftwerke geradezu eine Renaissance, und gleichzeitig zerstören Sie mit Ihren Plänen in Europa die umweltfreundlichste Industrie der Welt, eine Industrie, deren Innovations— und Investitionskraft wir gerade in den kommenden Jahrzehnten dringend brauchen würden. Deswegen sind diese Vorschläge völlig unausgeglichenes Wunschdenken. Wunschdenken, das für Europas Wirtschaft und Europas Bürger brandgefährlich ist.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Um die Klimakrise zu stoppen, müssen wir die ökonomischen Spielregeln verändern. Wir alle wissen, dass unser jetziges Finanz— und Wirtschaftssystem den Ressourcenverbrauch steigert und die Klimakrise verschärft. Deshalb dürfen wir öffentliche Haushalte nicht einzig und allein über den Schuldenstand messen. Auf einem toten Planeten gibt es keine Schulden.

Zukünftig muss gelten: Öffentliche Haushalte sind nur dann gut, wenn sie mit dem Pariser Klimaübereinkommen kompatibel sind. Deshalb ist es richtig, dass wir im EU-Haushalt klare Klimaziele und eine verbindliche Biodiversitätsquote verankern werden. Das kann ein Modell auch für nationale öffentliche Haushalte sein.

Wir müssen klimaschädliche Investitionen stoppen. Flughäfen, Autobahnen, große fossile Infrastrukturprojekte oder aber auch die klimaschädliche Landwirtschaft – alles gehört auf den Prüfstand. Und was für öffentliche Investitionen gilt, muss auch für private angewendet werden. Bereits jetzt steigen große Versicherer und Finanzfonds aus der Förderung von fossiler Energie aus. Das ist gut, aber jetzt brauchen wir dafür auch einen verbindlichen Rahmen, der den Unternehmen das Handeln auch leichter macht. Wir müssen raus aus der Förderung von fossiler Energie. Wir können es uns nicht leisten, für kommende Generationen weiter fossile Energie wie Kohle oder Gas zu fördern.

Ich möchte mich bei den Berichterstattern, Herrn Siegfried Mureşan und Herrn Paul Tang, für den Bericht bedanken. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass unser Finanzsystem vom Problem zur Lösung wird!

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Plan inwestycyjny na rzecz zrównoważonej Europy musi przede wszystkim wspierać państwa i regiony mające najtrudniejszy punkt wyjścia i największe wyzwania transformacyjne. Powinny więc uwzględniać ich poziom zamożności mierzony wielkością PKB na mieszkańca, a także wskaźnik ubóstwa energetycznego.

W tak trudnej sytuacji jest mój kraj, Polska, którego potrzeby inwestycyjne związane z obecnym celem redukcyjnym tylko do 2030 r. szacowane są na 240 mld euro i są dwukrotnie wyższe od średniej unijnej. W tej sytuacji zmniejszenie środków na Fundusz na rzecz Sprawiedliwej Transformacji, który miał wspierać zielone inwestycje, z przewidywanych przez Komisję 40 mld euro do zaledwie 17,5 mld euro zakładanych w budżecie jest w najwyższym stopniu niepokojące.

Jeżeli chcemy zrealizować cele Zielonego Ładu, musimy z jednej strony szanować wybór drogi transformacji dokonany przez poszczególne kraje, z drugiej strony dopuścić wszystkie dostępne technologie produkcji energii ze źródeł takich jak atom, słońce, wiatr, wodór czy gaz ziemny, który jest przecież paliwem pomostowym w procesie odchodzenia od węgla w energetyce. Tylko takie podejście daje szansę, że realizacja Zielonego Ładu wytrzyma próbę czasu i nie będzie skutkowałą wprowadzeniem państw członkowskich na ścieżkę różnych prędkości rozwoju gospodarczego i społecznego.

Jessica Polfjärd (PPE). – Fru talman! Den europeiska ekonomin behöver ställa om. Med rätt utformad politik kan vi möjliggöra och finansiera den gröna omställningen. Men vi har inte, varken i det offentliga eller i det privata, oändliga resurser. Hur vi använder pengarna mest effektivt blir därför en avgörande fråga. Likaså är det viktigt att vi får med oss hela unionen, både medborgare och näringsliv.

Det offentliga har en viktig roll att spela i det här, både när det kommer till allmänna spelregler men också finansiering. Vi har ett ansvar för att använda våra skattebetalares pengar smart och effektivt. Vi vet dock att det offentliga inte kommer att klara det här på egen hand. Många verkar tro att begränsningar av det privata näringslivet är det som kommer klara den gröna omställningen. Ingenting kunde vara längre från sanningen. Det privata kan och vill bidra till en grönare ekonomi, och de gör det redan i flera sektorer.

Rätt utformat kan vi med en grön investeringsplan åstadkomma en ekonomi som sänker utsläppen men också bidrar till jobb och konkurrenskraft. Att hjälpa och stödja snarare än att misstänkliggöra och hindra måste vara den europeiska vägen. Det är bara så vi stakar ut en väg globalt som andra också är beredda att följa och inspireras av.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, les urgences climatiques, mais désormais aussi celles de la crise sanitaire, ont rendu encore plus évident le fait qu'il nous faut gouverner, investir, produire et consommer de manière radicalement différente.

Mais ce monde d'après ne deviendra pas une réalité sans impulsion majeure de notre part. Le plan européen d'investissement durable doit être un élément crucial de cette transformation. En effet, si l'on n'investit pas dans les bons secteurs et selon des critères clairs qui servent l'objectif de transformation vers des sociétés capables de répondre à ces crises, ce monde d'après, pourtant bien nécessaire, ne sera qu'un vœu pieux.

Dans plusieurs rapports récents, la Cour des comptes européenne a épinglé la Commission en émettant des critiques sérieuses, d'une part, sur la façon dont les fonds européens sont dépensés et, d'autre part, sur le fait que les indicateurs de surveillance de nos dépenses ne sont pas adéquats. Cela signifie que les fonds ne seraient pas utilisés à bon escient, mais aussi que les méthodes d'évaluation que nous utilisons ne sont même pas capables, aujourd'hui, de nous dire précisément si les fonds utilisés ont les effets escomptés.

Dans ce cadre, je remercie le travail des deux corapporteurs, qui intègre toutes ces données. Il nous apparaît en effet essentiel que les investissements dans le cadre du plan d'investissement durable, aussi bien privés que publics, respectent le *do no harm principle* et qu'une part significative des divers instruments financiers soit dédiée au climat et à l'environnement, en accord avec les critères de taxonomie verte.

Concernant le monitoring des dépenses, le rapport insiste donc, à raison, sur les besoins d'adopter de nouveaux instruments permettant de s'assurer que les dépenses européennes aillent dans le bon sens.

Je terminerai en saluant le travail de Pierre Larrourou en ce qui concerne la question des moyens pour financer ce fonds. La taxe sur les transactions financières nous permettra en effet d'aller plus vite et plus fort vers l'objectif poursuivi.

Martin Hojsík (Renew). – Madam President, two days ago, we achieved something very important for our future, the deal about the MFF, as well as the Next Generation Fund, is not only about ensuring 30% for climate, but also about 10% for biodiversity by 2026. I'm glad that our colleagues in the Council finally understood that we don't only face a climate crisis, we also face a biodiversity crisis. But our success to become sustainable, our success to achieve carbon neutrality, live within planetary boundaries, can only be done then when it's not about 30 or 10%, when it's about policy coherence. When the entire budget, the remaining 70%, in terms of climate for example, are not undermining the effort.

Our integration of sustainability in our policies and politics has to also cover public funds. Today we discuss the plan to unlock EUR 1 trillion of sustainable investments over ten years. We cannot afford and we don't want pretty packaging for an empty box, no empty promises and no greenwashing. We already lost many years and cannot lose more.

That is why I believe that all EU-supported investments and finance need to be subject to the EU taxonomy, and need to be in line with the 'do no harm' principle. We cannot undermine what we will achieve. We need to make sure that not only our left hand knows what our right hand is doing, but that we work hand-in-hand.

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Der *Green Deal* ist ein ehrgeiziges Konjunkturprogramm für eine sozialökologische Wende in Europa – für Klima, für Umwelt und für die Menschen. Der Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa und dabei auch der Mechanismus für einen gerechten Übergang sollen nachhaltiges soziales Wirtschaften mit den Pariser Klimazielen zusammenbringen. Und ich finde es immer wieder erstaunlich, auch als Berichterstatterin zu zwei Säulen des Mechanismus für einen gerechten Übergang im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, gerade immer wieder zu erleben, mit wie viel Widerstand bis in die kleinsten Details dieses kluge Konzept *Green Deal* im Parlament, im Rat und auch in der Kommission torpediert oder verzögert wird.

Die EU-Taxonomie-Verordnung enthält klare Leitlinien dazu, was nachhaltig ist, und da haben wir ein gutes, ausbaufähiges Instrument. Und da muss doch bei der Anwendung nicht so umeinander geschachert werden, um nur ein Beispiel zu nennen. Wenn die EU-Mitgliedstaaten ihre Wirtschaft und öffentlichen Ausgaben mit dem *Green Deal* in Einklang bringen, dann ist das eine große Chance, und dieser *Push* muss von der EU ausgehen. Der *Green Deal* ist unsere große Chance in Europa.

Anna Zalewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzy! Aby realizować założenia Zielonego Ładu, aby inwestować zielono, należy pamiętać, że trzeba to robić dla obywateli i z obywatelami, że trzeba to robić w sposób sprawiedliwy, solidarny, elastyczny i jednocześnie realny. Niestety solidarność, elastyczność i sprawiedliwość leży już w gruzach w prawie klimatycznym. Tam nie ma solidarności europejskiej, solidarności energetycznej czy solidarności w dążeniu do zerowej emisyjności na poziomie Unii Europejskiej.

O obywatelach zapomnieliśmy. W ocenie wpływu mamy informację, że dojdzie do utraty milionów miejsc pracy, a 25% obywateli będzie żyło w ubóstwie energetycznym. Nie pokazujemy, w jaki sposób temu zaradzimy. Jednocześnie w sprawozdaniu widzimy, że mamy ogromną lukę inwestycyjną, że nie mamy po prostu na to pieniędzy. W komunikacie Komisji Europejskiej, która liczy, ile potrzebuje pieniędzy na realizację celu 40%, nie mówiąc już o 60%, pada kwota 662 mld euro rocznie.

Z drugiej strony Komisja obcina środki na Fundusz na rzecz Sprawiedliwej Transformacji i ma też ochotę zawłaszczyć ETS, a przed nami przecież przegląd ETS. Trzeba ten system wzmocnić, dać mu większe możliwości w funduszu modernizacyjnym, a przede wszystkim pomyśleć o stworzeniu nowego funduszu sprawiedliwości energetycznej, bo tak będzie sprawiedliwie, solidarnie, realnie i bliżej obywateli.

Isabel Benjumea Benjumea (PPE). – Señora presidenta, en primer lugar, querría aprovechar esta intervención para decir que no comparto la decisión del presidente Sassoli de haber cuasi cerrado el Parlamento Europeo y haber limitado al mínimo la actividad de esta institución tan importante. Precisamente en un momento en el que Europa está viviendo una terrible crisis sanitaria, social y económica, necesita que sus instituciones estén trabajando al tiempo.

Hoy hemos venido a hablar del *Green Deal*, de cómo financiar el *Green Deal*. Sin duda, es la gran apuesta europea, es el gran proyecto de la Comisión y, por supuesto, cuenta con el respaldo del Parlamento Europeo. Pero yo les pediría a sus señorías que no perdamos la perspectiva de lo que está ocurriendo ahora mismo en Europa, que no perdamos la perspectiva de que hay miles de empresarios teniendo que cerrar sus negocios, miles de ciudadanos europeos perdiendo sus empleos; que las colas del hambre cada día son más largas en Europa. Por lo tanto, el *Green Deal* tiene que servir para la primera y principal prioridad, que es crear empleo.

El *Green Deal* no puede ser un proyecto para satisfacer las ideologías de ciertos partidos políticos. Debemos crear una Europa competitiva, una Europa que apueste por la innovación, una Europa que apueste por el sector privado; debemos apostar por una Europa que trabaje para dar soluciones a los problemas reales.

El *Green Deal* tiene que ser una realidad, siempre y cuando sirva para crear empleo, para hacernos más competitivos y para hacernos más fuertes. Y si tenemos eso en la cabeza, será algo bueno para Europa, y si no, los ciudadanos pronto nos pedirán cuentas.

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, começo por agradecer a Paul e a Siegfried este relatório que nos deu a oportunidade de fazer este debate aqui no plenário. Todos nós sabemos: não há *trade-off* entre recuperação sustentável e progresso económico.

Precisamos de transformar a economia. Mitigar os efeitos das alterações climáticas. O custo da inação será, seguramente, muito mais elevado para a Europa e para o mundo.

Precisamos de investimento sustentável... Mas, para isso, temos que dar condições ao setor público e privado.

A pandemia está a ter um impacto brutal nas finanças públicas. O Produto Interno Bruto teve quedas históricas. Deficits superiores a 10 % e em Estados-Membros longe de ficarem abaixo dos 3 % no curto prazo. Dívida pública quase a chegar aos 200 %.

A União tem que reformar as regras orçamentais. A regra da dívida pública. Procurar soluções para incentivar investimento sustentável.

Os efeitos da pandemia nas dívidas públicas não é um problema de um país nem da Europa. Está a ser – dificilmente seria diferente – um problema global.

Por isso, lanço hoje, aqui, um desafio a todos os líderes: a realização de um debate alargado, nas instituições internacionais competentes e com os atores apropriados, sobre como lidar com os elevados níveis de dívida pública e como criar condições para promover investimento sustentável. E convido a Comissão Europeia a lançar esta iniciativa.

Ondřej Kovařík (Renew). – Madam President, Executive Vice-President, in order to truly deliver on the ambitious objectives of the European Green Deal, it must be sustainable not only environmentally, but also socioeconomically. To achieve this goal, we need to mobilise an unprecedented level of investment.

In terms of public funds, we will have many instruments in our toolbox under the umbrella of the next MFF and recovery plan. But public funds will not, simply, be enough. Rough estimates of the level of investments required clearly show this. Without attracting private investors, we will miss the target.

The EU and Member States must work together to tap into synergies between public and private finance. We have to create favourable business environments, adequate regulatory frameworks, relevant and accessible financial instruments, and above all, incentives for companies to invest in sustainable technologies.

Our business sector will be a key enabler to climate-related policies. SMEs will be front-line actors in this regard. Therefore, we need to assist their efforts through appropriate policy action.

Finally, it is also essential that sufficient funding is available for the regions and people who will be most acutely affected by the transition to more sustainable economic activities.

Elżbieta Kruk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Plan inwestycyjny na rzecz zrównoważonej Europy to jeden z podstawowych elementów Europejskiego Zielonego Ładu. Nie da się jednak poprzeć przedłożonego nam dokumentu. Brak tu przede wszystkim wystarczająco ambitnego planu finansowego, bez którego realizacja transformacji może doprowadzić do niepowetowanych szkód społeczno-gospodarczych. Nie przewiduje się długoterminowego wsparcia państw i regionów, przed którymi stoją najtrudniejsze wyzwania, tak by nie wprowadzić Unii na ścieżkę różnych prędkości. Nie ma gwarancji elastyczności wyboru drogi transformacji, wreszcie nie poddaje się refleksji faktu, że wcześniej przygotowane rozwiązania nie brały pod uwagę takiego tąpnięcia gospodarczego, z jakim mamy do czynienia.

Transformacja energetyczna to ogromne obciążenie finansowe. Czy w dobie kryzysu znajdą się w Unii konieczne na to zasoby gospodarcze? Coraz częściej pojawiają się głosy ekspertów, by transformację spowolnić, ponieważ priorytetem musi być w tej chwili wyjście z kryzysu spowodowanego strategią przyjętą przez państwa w związku z koronawirusem, w szczególności *lockdown* gospodarki. Środki działań antykryzysowych muszą być więc tak dobrane, by chronić klimat i środowisko bez dalszej szkody dla gospodarki. Należy rozważyć zawieszenie na czas kryzysu systemu handlu emisjami CO₂ oraz prac nad Europejskim Zielonym Ładem w ogóle. Zwolnijmy tempo unijnej ideologicznej polityki klimatycznej, by nie doprowadzić do katastrofy, za którą zapłacą przyszłe pokolenia. Czas na *lockdown* Zielonego Ładu.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der *Green Deal*, NextGenerationEU, das Langzeitbudget, der vorgelegte Investitionsplan gehören zusammen. Das ist ein Paket. Es ist nicht nur ein Investitions — und ein Finanzierungspaket, es ist auch ein Zukunftspaket, und für uns ist NextGenerationEU die Öffnung eines großen Fensters in die Zukunft.

Und Ursula von der Leyen hat es sehr klar ausgedrückt: Wenn man so viel Geld mobilisiert, so viel Investitionsbedarf hat, so viel neues Geld aufnimmt, dann muss das Paket ein Ziel haben – der jungen Generation, den Kindern und ihren Enkeln eine bessere, eine grünere, eine digitalere, eine demokratischere, eine sozialere Europäische Union und hoffentlich auch Welt zu hinterlassen.

Und darum geht es: die Zweckbindung vorzunehmen, und wir investieren daher zweckgebunden, und der *Green Deal* ist das Herzstück von NextGenerationEU. Und das ist nicht eine Geldausgabe, es ist eine Investition, und die Investition soll weitere Investitionen schaffen. Das ist unser Ziel. Das ist der Stufenplan und das müssen wir als Ganzes sehen. Es ist ein Programm für eine *ever closer union*. Es ist ein Programm für die Wahrnehmung von Zukunftsverantwortung durch die Europäische Union.

Aurore Lalucq (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, l'Europe est la deuxième puissance économique mondiale et, pourtant, elle n'est toujours pas outillée en conséquence. C'est une sorte de club de ligue 1 qui est outillé comme un club amateur, un beau club amateur mais un club amateur quand même.

Toujours pas de réel budget, toujours pas de fiscalité, ce qui fait qu'à chaque problème nous devons compter sur la Banque centrale européenne, et ce qui fait qu'à chaque projet ambitieux, nous risquons de décevoir légitimement les Européens.

La faute à l'Europe? Plutôt la faute aux États qui refusent de l'outiller correctement et de lui donner les moyens. La force du rapport qui est proposé aujourd'hui sur le financement du pacte vert pour l'Europe est, justement, de donner enfin les moyens à l'Europe de mettre en place ses ambitions environnementales. C'est un premier pas, certes encore imparfait, mais c'est un premier pas essentiel.

Nous, parlementaires, avons donc fait notre travail. Aux États, maintenant, de poursuivre le leur et de nous donner les moyens de répondre aux ambitions environnementales.

Jessica Stegrud (ECR). – Fru talman! Jag har tagit del av betänkandet om investeringsplanen för ett hållbart Europa och finansieringen av den gröna given. Det framgår av investeringsunderlaget att kostnaden för klimatåtgärder uppgår till minst 6 700 miljarder kronor per år fram till 2030. Trots en rekordstor budgetökning saknas det omkring 5 000 miljarder kronor per år.

Jag har även ställt frågan till EU-kommissionen om vilken inverkan dessa mål och dessa åtgärder kommer att ha på den globala medeltemperaturen. Man konstaterar att det inte kommer ha någon avgörande betydelse, utan att det kommer krävas ytterligare åtgärder och ännu mer pengar.

Vi befinner oss mitt i en finansiell kris som vi ännu varken sett kulmen eller slutet på. Unionen ska nu dessutom för första gången i historien skuldsätta kommande generationer för att rädda ekonomiskt misskötta länder under pandemin. Jag undrar: Vem ska betala för det här? Är det stater på randen till konkurs? Är det de länder som redan i dag finansierar övriga unionen eller är det kommande generationer?

Det här är inte en seriös plan för att nå några mål. Det här är ett skolboksexempel på hur man undergräver förtroendet för politiker och EU som legitim union.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin! Wenn Sie gleich rausgehen, werden Sie sehen, dass das Parlament gut gefüllt ist mit Festpersonal, mit Servicepersonal. Nur uns will der Präsident hier im Parlament nicht sehen. Ich finde, das ist ein Skandal und das muss auch Konsequenzen haben.

Zum *Green Deal*: Der *Green Deal* muss finanziert sein, klar, so, dass es den größten Mehrwert für die Umwelt hat, und so, dass wir die Menschen mitnehmen und Klimaschutz mit Arbeitsplätzen verbinden. Dazu liefert der Bericht wirklich eine tolle Grundlage, und ich habe deshalb nur eine Botschaft: Lasst es uns nicht zu kompliziert und zu ideologisch angehen. Wir haben schon im jetzigen Haushaltsrahmen einen Investitionsstau von 200 Milliarden Euro. Das heißt, wir haben Geld in den Strukturfonds, das die Mitgliedstaaten gar nicht ausgeben können, weil es zu kompliziert ist. Und wenn jetzt die N+-Regeln auslaufen, wird das Geld für irgendwas ausgegeben, aber nicht für einen europäischen Mehrwert, und das darf uns bei der Finanzierung des *Green Deal* nicht passieren.

Lassen Sie uns deshalb nur wenige, aber umso verbindlichere Bedingungen mit dem Aufbauplan verbinden: Energiewende, entsprechende Infrastruktur muss eine Vorgabe sein, aber eben nicht Technologieverbote, das Taxonomiewirrwarr. Die Pariser Ziele sind doch unser Maßstab, aber nicht mit den leider wieder ideologiegeleiteten weltverbessernden Vorschlägen des Umweltausschusses. Das führt zu Fördermittelchaos und Frust bei KMU. Paris geht viel leichter und schneller mit Emissionshandel, Innovation, Marktwirtschaft, mit einem Investitionsschwerpunkt Umweltschutz im Aufbauplan. Und das ist es dann schon.

Robert Biedroń (S&D). – Pani Przewodnicząca! Zegar tyka. Za 7 lat i 47 dni wzrost globalnej temperatury przekroczy punkt krytyczny. Książki, z których jeszcze kilka lat temu uczyliśmy się w szkole geografii, dzisiaj są kompletnie nieaktualne. Do takiej katastrofy niestety doprowadził człowiek. Dlatego Europejski Zielony Ład powinien być nie tylko fundamentem programowym, ale także realnym działaniem, które musimy natychmiast wdrożyć.

Niestety w tym fundamencie są poważne luki. Jak podaje Komisja Europejska, aby osiągnąć cele klimatyczne do 2030 roku, trzeba każdego roku co najmniej 662 mld euro. Sama Polska, jeśli chce spełnić pewne warunki, potrzebuje od 700 do 900 mld euro. Dlatego musimy przeprowadzić dzisiaj poważną debatę nad środkami, które sfinansują to najważniejsze dla ludzkości wyzwanie.

Hermann Tertsch (ECR). – (*inicio de la intervención fuera de micrófono*) ... China ha paralizado las economías de todo el mundo, salvo la suya, por supuesto. Y la tragedia que se nos echa encima tiene dimensiones bíblicas, y aquí estamos machacando con pactos verdes, con transiciones ecológicas, con míticas emergencias climáticas y toda una serie de profecías apocalípticas sobre el fin del mundo.

No se dan cuenta de que todo ha cambiado con esta pandemia. Siguen pretendiendo que es prioritario cambiar el mundo, hacer una construcción ideológica. Este ejercicio inmenso, esta colosal ingeniería social que quieren hacer con el *Green Deal* ya era absurdo antes y lo que hacía era restar competitividad a Europa sin arreglar ninguno de los problemas del medio ambiente, pero es que, además, lo que vemos ahora es que en toda Europa —y en España en particular lo estamos viendo— se hunde la economía.

Están las calles llenas de carteles de cierres de comercios, la gente está buscando comida en los contenedores, hay unas colas del hambre que van creciendo en España día a día, y nosotros seguimos ahí con esta ingeniería social, buscando fórmulas que tienen su origen en lo que es la presión ideológica permanente, a la cual se pliega una mayoría.

Por favor, espabilemos, tengamos un poco de sentido común, vayamos a lo urgente, que es la emergencia social y económica que tenemos ahora, enfoquémonos en la vida de la gente y no en las pájaras ideológicas, climáticas y ecorradicales.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, Αντιπρόεδρε Dombrovskis, ζούμε δραματικές ώρες σε όλη την Ευρώπη. Άνθρωποι «φεύγουν», ενώ το ιατρικό και νοσηλευτικό προσωπικό υπερβαίνει τις δυνάμεις του. Αυτές τις ώρες, οι πολίτες έχουν στραμμένο το βλέμμα τους εδώ, στις Βρυξέλλες, για να δουν από εμάς τον οδικό χάρτη που θα οδηγήσει όχι μόνο στην επούλωση των τραυμάτων αυτής της πανδημίας αλλά και στην επόμενη ημέρα στον κόσμο. Η Πράσινη Συμφωνία είναι κάτι πολύ περισσότερο από ένα οδικό χάρτη οικονομικού μετασχηματισμού για μια κλιματικά ουδέτερη Ευρώπη. Είναι το στοίχημα της Ευρώπης στον παγκόσμιο χάρτη.

Βάζουμε στο τραπέζι 1,8 τρισεκατομμύρια ευρώ δημόσιου χρήματος και ζητούμε από τους ιδιώτες να επενδύσουν. Για τον λόγο αυτόν, χρειάζεται σταθερό περιβάλλον με βάση τα κριτήρια της ταξινόμησης και, ταυτόχρονα, μια απόλυτη πραγματιστική αίσθηση για ομαλή μετάβαση που θα επιτρέπει να υπάρχουν σταθερές επενδύσεις και προσβάσιμη ενέργεια. Επίσης, χρειάζεται ταχύτητα ώστε να εξασφαλιστούν άμεσα οι ίδιοι πόροι και να ψηφιστούν από τα κράτη μέλη και τα εθνικά κοινοβούλια. Χρειάζεται να προχωρήσουμε άμεσα στη μετάβαση από τον άνθρακα και μάλιστα μέσω του Μηχανισμού Δίκαιης Μετάβασης με την ενίσχυση που προβλέπει η έκθεση, η οποία εμπλέκει πόρους από το InvestEU, από τη δανειακή διευκόλυνση του δημόσιου τομέα αλλά και από τον ιδιωτικό τομέα. Χρειάζεται να ενισχύσουμε τον τουρισμό σε κράτη μέλη όπως η Ελλάδα, που καταβυθίστηκε μετά την πανδημία. Ξέρετε, η Πράσινη Συμφωνία δεν είναι το σχέδιο που θα λύσει τα πάντα. Είναι, όμως, το σχέδιο που θα κρίνει την επίδοση της Ευρώπης και η επιτυχία του μπορεί να δώσει στην Ευρώπη την παγκόσμια ηγεσία για ένα βιώσιμο μέλλον που θέλουμε όλοι.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, first of all thank you for this insightful and productive debate. Let me express my appreciation of the European Parliament's aspiration and overall support for the Sustainable Europe Investment Plan. It is encouraging that the Parliament and the Commission are aligned in the stars to guide EU to the path of climate neutrality. We are, of course, deeply aware of the stark effects of the pandemic, but as we discussed, the significant challenges of climate change will not disappear with this. So the Sustainable Europe Investment Plan can steer the green transition in a way that supports and complements the recovery from the current health and economic crisis.

The Sustainable European Investment Plan is well placed to encourage sustainable investments and help raise private finance to them. The Commission will do its utmost to make it a success. Most of the issues in your report reflects the Commission's thinking, so there is a way forward and I look forward to continuing to work together in achieving our aligned objectives.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet heute und die Schlussabstimmung morgen, Freitag, 13. November, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Carmen Avram (S&D), *in writing*. – Reaching our ambitious Paris Agreement goals is an objective shared by the majority in the EP. To make the EU Green Deal a success, we must acknowledge that not every Member State starts from the same point or has the same resources to face the transition challenges. As the Commission stated repeatedly and it is important to remind our citizens across the EU: the pledge to leave no one behind is central to the European Green Deal. The Just Transition Mechanism and Fund seek to address the transition in vulnerable coal and carbon-intensive regions. The Recovery and Resilience Facility financed from the EUR 750 billion Next Generation EU will allow Member States to boost investments that are essential for a sustainable recovery in a fair manner. The Modernisation Fund will provide over the next 10 years ample support to the ten lower-income Member States, helping them modernise their energy systems and improve energy efficiency. This resolution states that 'the principle of a just transition should be mainstreamed throughout the Green Deal, and the JTF should in particular focus on the regions most heavily dependent on fossil fuels'. Keeping this in mind, I am sure each Member States will do its utmost to reach the transition goals.

Gunnar Beck (ID), schriftlich. – Im Januar schlug die Kommission ihren Plan zur Finanzierung des *Green Deal* vor, um bis 2030 eine Treibhausgasemissionenreduzierung von 40 % und bis 2050 eine Klimaneutralität zu erreichen. Für etwas so Komplexes wie den Klimawandel würde es die bequeme runde Zahl von 1 Billion Euro kosten. Das sind tausend Milliarden. Wie passend! Zu diesem Zweck sollte die Hälfte des mehrjährigen europäischen Haushalts, oder über 500 Milliarden, für umweltfreundliche Investitionen verwendet werden. Oder zumindest an zwielichtige Vermarkter, die ihre Projekte in Brüssel als grün verkaufen können. Um diesen Wahnsinn zu finanzieren, braucht die EU eine eigene Haushaltskapazität. Was jetzt nach den EU-Verträgen verboten ist. Das Parlament schlägt sechs neue Steuern vor, die von der EU erhoben und direkt der EU zugerechnet werden. Seit Januar hat sich natürlich viel geändert. Nach der Prognose der Kommission wird das BIP im Jahr 2020 um 7,4 % gesunken sein. Im Euro-Raum fast 8 %. Weit unter dem globalen Wirtschaftsrückgang von 4,3 %. Die Menschen leiden bereits unter den Sperrmaßnahmen. Das Sozialpassiv, der sich aus dieser Gesundheitskrise ergibt, die enormen Kosten, um die Einwanderung zu finanzieren, und die massive Geldschöpfung, die zu höheren Vermögenspreisen führen, machen es den Europäern bereits schwer genug. Lassen Sie uns die Bürger nicht noch weiter belasten.

Marek Belka (S&D), na piśmie. – Mówimy dziś o finansowaniu Europejskiego Zielonego Ładu, który dla naszych obywateli jest sprawą pierwszorzędą. Choć największe wydatki poniosą państwa członkowskie, zielone koszty nie są pieniędzmi wyrzuconymi w błoto: to inwestycje dla kolejnych pokoleń, dla naszych dzieci i wnucząt.

Kluczowe znaczenie ma, aby finansowanie Zielonego Ładu szło ręką w rękę z odbudową gospodarki europejskiej po trwającej obecnie pandemii. Dlatego od początku kadencji pracujemy nad środkami własnymi Unii Europejskiej. Jeśli chcemy podejść do społecznych, ekonomicznych i ekologicznych wyzwań związanych ze zmianami klimatu w sposób ambitny, powinniśmy sprawić, by zielone inwestycje nie były finansowane jedynie z tzw. opłat ekologicznych, takich jak podatek od paliw lotniczych czy graniczna opłata węglowa na import produktów.

Właśnie dlatego chciałbym zaapelować do państw członkowskich, by nie wprowadzały jednostronnie podatków dla cyfrowych gigantów. Wszyscy musimy wykazać się cierpliwością i poczekać na wyniki prac OECD oraz propozycje Komisji. Tylko wspólne działanie w tej kwestii może zapewnić skuteczność, a przychody z podatku cyfrowego muszą trafiać do wspólnego budżetu Unii, a nie kas narodowych. Wspólne są bowiem także te wszystkie wyzwania związane z transformacją i tylko wspólnie możemy stawić im czoła. Dla mojego kraju – Polski – jest to krok ambitny, pokoleniowy, ale cytując barda polskiej piosenki Wojciecha Młynarskiego, „jeszcze w zielone gramy”!

Marc Botenga (GUE/NGL), par écrit. – Soit ce seront les travailleurs et les gens qui paieront pour ce Green Deal, soit les millionnaires et les grandes multinationales. Et je vous avertis, si vous allez utiliser la révision de la directive sur la taxation de l'énergie, prévue pour 2021, pour hausser le prix que paient les gens pour leur énergie, vous ferez face à un mouvement Gilets Jaunes bis et pas qu'en France. L'idée d'une taxe sur les transactions financières est importante par contre. Je la soutiens. Taxons les marchés financiers. Mais cette taxe à elle seule ne suffira pas à garantir une transition climatique juste. Pour que ce ne soit pas aux travailleurs de payer ce pacte vert, nous avons besoin d'une véritable taxation du capital, comme la taxe des millionnaires que nous proposons en tant que gauche authentique. Une transition sociale n'est pas non plus imaginable sans en finir avec les paradis fiscaux, que vous tolérez au sein et en dehors de l'Union européenne ! Et qu'attendez-vous pour garantir un taux minimum effectif de 25 % pour la taxation des multinationales européennes ? Vous voyez... Il n'y a vraiment aucune raison de faire payer les travailleurs. Les alternatives existent. Elles sont là. Agissez!

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na piśmie. – Osiągnięcie przez Unię Europejską neutralności klimatycznej to bardzo ambitny plan, szczególnie w obecnej sytuacji związanej z walką z pandemią COVID-19. Takiego planu jednak nie uda się zrealizować bez opracowania wystarczająco ambitnego planu inwestycyjnego i wsparcia finansowego, które pozwoliłoby państwom członkowskim na transformację.

Plan ten musi wesprzeć przede wszystkim państwa i regiony o najtrudniejszym punkcie startowym i największych wyzwaniach transformacyjnych. Zdajemy sobie sprawę z tego, jak bardzo różnią się od siebie kraje europejskie, również pod kątem zaawansowania technologicznego i wydajności sfer, o których tu dyskutujemy.

Dlatego niepokoi fakt znacznej redukcji środków na Fundusz na rzecz Sprawiedliwej Transformacji z 40 mld EUR proponowanych przez KE w maju 2020 r. do 17,5 mld EUR. Ten kierunek zmian budżetowych budzi poważne wątpliwości, czy szacowane środki z tej puli są proporcjonalne do ambicji, jakie ma Zielony Ład.

Jeśli więc założenia programu nie zmieniają się tak jak środki pomagające w ich realizacji, tym istotniejsza staje się elastyczność wyboru drogi transformacji, która umożliwiłaby państwom członkowskim osiągnięcie wspólnych celów przy uwzględnieniu ochrony obywateli i sektorów gospodarki najbardziej dotkniętych pandemią. Trzeba znacząco zwiększyć środki na fundusz modernizacyjny lub utworzyć osobny fundusz dla mniej zamożnych państw członkowskich, np. w oparciu o wskaźnik ubóstwa energetycznego.

Krzysztof Jurgiel (ECR), na piśmie. – Plan inwestycyjny na rzecz zrównoważonej Europy jest filarem inwestycyjnym Zielonego Ładu. Plan ten ma na celu zmobilizowanie w ciągu następnej dekady co najmniej 1 biliona euro na inwestycje na rzecz zrównoważonego rozwoju.

Pozytywnym aspektem tego planu jest zwrócenie uwagi na cyfryzację, badania i rozwój, strategiczną autonomię i wzmocnienie rynku wewnętrznego oraz wezwanie do stworzenia konkurencyjnego sektora przemysłowego.

Istnieje jednak wiele elementów, które negatywnie wpływają na moje postrzeganie tego sprawozdania. Ambitne reformy dają szansę na pobudzenie rozwoju gospodarki. Musimy z niego skorzystać, ale należy też ograniczyć zagrożenia, takie jak wzrost ubóstwa energetycznego i utrata miejsc pracy. Pragnę podkreślić znaczenie, jakie ma utrzymanie możliwości wspierania technologii wykorzystujących gaz ziemny jako paliwo przejściowe, gdyż jest ono kluczowe dla państw członkowskich, które w dalszym ciągu uzależnione są od węgla. Zasadę niewyrządzania poważnych szkód w środowisku, w tym m.in. wykluczenie wsparcia dla gazu ziemnego, które ma obowiązywać w instrumencie RRF, oceniam negatywnie.

Szukająca jest również redukcja FST z 40 mld EUR na 17,5 mld EUR. Osiągnięcie przez UE neutralności klimatycznej nie uda się bez wystarczająco ambitnego planu inwestycyjnego i wsparcia finansowego, które pozwoliłoby każdemu państwu członkowskiemu na transformację. Plan ten musi wspierać przede wszystkim państwa i regiony o najtrudniejszym punkcie startowym i największych wyzwaniach transformacyjnych.

Benoît Lutgen (PPE), par écrit. – Les questions environnementales et budgétaires dominent largement le programme de notre session plénière. Et il faut des votes à la hauteur de ces enjeux. C'est pourquoi, je soutiendrai, dans le cadre du vote du rapport sur «le Plan d'investissement pour une Europe durable — le financement du Pacte vert européen/Green Deal», lancé par la présidente de la Commission européenne, Ursula von der Leyen, les dispositions suivantes qui sont à mes yeux devenues aujourd'hui des impératifs: premièrement, que les investissements effectués au titre du Plan de relance européen respectent le principe «d'abord, ne pas nuire» (pour garantir que l'UE respecte ses engagements au titre de l'Accord de Paris) et, deuxièmement, pour que le cadre financier pluriannuel/budget de l'Union n'apporte ni soutien, ni fonds à des activités susceptibles de nuire aux objectifs climatiques et environnementaux. Je suis également pour que la Commission évalue et vienne identifier les activités qui nuisent significativement à la durabilité environnementale.

Pedro Marques (S&D), por escrito. – O Pacto Ecológico Europeu é uma das principais prioridades políticas para a União Europeia. Enquanto membro do Parlamento Europeu, sublinho o papel fundamental desta instituição, a única diretamente eleita pelos cidadãos ao nível europeu, na luta contra as alterações climáticas e na transição para uma economia sustentável.

Este relatório reflete esse compromisso e visa assegurar coerência entre o discurso e as ações europeias. Exige-se que o Mecanismo de Recuperação e Resiliência acompanhe a ambição expressa na Lei Europeia do Clima, contribuindo de acordo com o princípio «no significant harm».

Nesse sentido, é de realçar a importância de aumentar a capacidade de intervenção das instâncias públicas, nomeadamente ao estabelecer novos recursos próprios, incluindo impostos verdes, mas também combatendo a elisão fiscal, que tanto restringe os orçamentos nacionais. Em simultâneo, de forma a alcançar os nossos objetivos, reconhece-se a necessidade de mobilizar mais investimento privado alinhado com os critérios de sustentabilidade. Atendendo às exigências da crise de COVID-19, mas também ao impacto variável da transição climática, importa garantir o equilíbrio entre as dimensões ecológica e social. Devemos criar emprego e oportunidades para todos os cidadãos.

Dan-Ștefan Motreanu (PPE), în scris. – Planul de investiții pentru o Europă durabilă va sta la baza Pactului verde european și a tranziției către o economie mai durabilă și mai rezilientă. Conform acestui plan, Uniunea Europeană trebuie să mobilizeze până în anul 2030 investiții publice și private în valoare de 1 000 de miliarde EUR. Având în vedere perspectivele economice negative generate de criza provocată de pandemia de COVID-19, subliniez faptul că succesul Uniunii în îndeplinirea obiectivului neutralității climatice va depinde de caracterul adecvat al finanțării pentru statele membre, luându-se în considerare punctele diferite de plecare. Este extrem de important să asigurăm finanțarea necesară regiunilor celor mai vulnerabile din UE, atât prin Fondul pentru o tranziție justă (FTJ), al cărui buget a fost profund diminuat, cât și prin intermediul celor doi piloni suplimentari ai Mecanismului pentru o tranziție justă. Salut faptul că Fondul pentru modernizare este conceput să sprijine investițiile pentru îmbunătățirea eficienței energetice în cele zece state membre cu venituri mai scăzute, precum și eforturile Băncii Europene de Investiții (BEI) de a consacra 50 % din operațiunile sale acțiunilor climatice. Pe această cale, invit Banca Europeană de Investiții să acorde o atenție deosebită sectoarelor și regiunilor care sunt cel mai afectate de tranziție.

Alexandr Vondra (ECR), písemně. – Přes některé dílčí pozitivní body máme opět co do činění s plánem nerespektujícím realitu, v němž nadšení pro zelenou budoucnost potlačuje veškeré otázky, které zvláště v souvislosti s některými body vyskakují při čtení na každého intelektuálně povětšinou člověka. Nosná část plánu pochází z doby před vypuknutím epidemie koronaviru, která významně poškodila evropské ekonomiky. Domnívám se, že v této situaci je třeba členským státům i soukromému sektoru naopak rozvázat ruce, aby mohly se společnými prostředky zacházet podle svých aktuálních potřeb, nikoliv na ně nakládat nové podmínky v souladu s dlouhodobými environmentálními a klimatickými ambicemi EU, a dokonce revidovat dosavadní pravidla s cílem financování *Green Deal*, u něž navíc dosud nejsou známy všechny parametry, natož dopadové studie. Nové vlastní zdroje EU zůstávají eufemismem pro nové daně, zatímco všechny komplikace z plánu vyplývající mají členským státům a jejich občanům vynahradiť fráze, že jsou světovými „trendsettery“ v oblasti zelené politiky.

(Die Sitzung wird um 12.54 Uhr unterbrochen)

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID MARIA SASSOLI

Presidente

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 13.08)

10. Wahl eines Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (Nachfolge von Mairead McGuinness): siehe Protokoll

11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Presidente. – (dopo aver dato lettura dei risultati delle votazioni) La Presidenza del Consiglio mi ha informato per iscritto che prende atto delle differenze tra le posizioni adottate dal Parlamento e dal Consiglio in merito al progetto di bilancio per il 2021 presentato dalla Commissione e conviene che io convochi il comitato di conciliazione come previsto all'articolo 314, paragrafo 4, lettera c), del trattato sul funzionamento dell'Unione europea.

La dichiarazione del Consiglio sarà inclusa nel processo verbale della seduta odierna.

(La seduta è sospesa alle 13.19)

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA*Vice-Presidente***12. Wiederaufnahme der Sitzung***(A sessão é reiniciada às 14h30)***13. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll****14. Zweite Abstimmungsrunde****Presidente.** – Passamos agora ao segundo período de votação.

Votaremos nos dossiês conforme indicado na ordem do dia.

O período de votação decorrerá entre as 14h30 e as 15h45.

A votação é realizada segundo o mesmo procedimento utilizado durante os períodos de votação anteriores.

Todas as votações serão realizadas por votação nominal.

Declaro aberto o segundo período de votação. Podem votar até às 15h45.

Os resultados do segundo período de votação serão comunicados às 18h15.

*(A sessão é suspensa às 14h33)***VORSITZ: RAINER WIELAND***Vizepräsident***15. Wiederaufnahme der Sitzung***(Die Sitzung wird um 18.16 Uhr wieder aufgenommen)***16. Berichtigungen (Artikel 241 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll****17. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll**

- 18. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
- 19. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll**
- 20. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll**
- 21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**
- 22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**
- 23. Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 18.22 Uhr geschlossen)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/4901

9.8.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. NOVEMBER 2020

(C/2024/4901)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2020-2021

Sitzungen vom 11. bis 13. November 2020

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll	3
3. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	3
4. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll	3
5. Erste Abstimmungsrunde	3
6. Wiederaufnahme der Sitzung	4
7. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	4
8. Wiederaufnahme der Sitzung	4
9. Zweite Abstimmungsrunde	4
10. Wiederaufnahme der Sitzung	5

Inhalt	Seite
11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	5
12. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	5
13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	5
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
15. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll	5
16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	5
17. Schluss der Sitzung	5
18. Unterbrechung der Sitzungsperiode	5

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 13. NOVEMBER 2020

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

2. Antrag auf Aufhebung der Immunität: siehe Protokoll

3. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

4. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung): siehe Protokoll

5. Erste Abstimmungsrunde

Die Präsidentin. – Vor der Eröffnung der ersten der heutigen Abstimmungsrunden möchte ich Cristian-Silviu Bușoi gemäß Artikel 59 Absatz 4 der Geschäftsordnung das Wort erteilen, der zur Rücküberweisung seines Berichts über das Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit („Programm EU4Health“) an den Ausschuss zwecks Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen sprechen wird. Dieser Antrag wird nach der Abstimmung über den Vorschlag der Kommission zur Abstimmung gestellt.

Cristian-Silviu Bușoi, rapporteur. — Madam President, first I would like to thank all the colleagues from the European Parliament for the vote yesterday on the amendments, and all the shadows, and in particular my coordinator Peter Liese, for all the support.

The vote yesterday emphasised that with EUR 5.1 billion the programme will not only deliver on future pandemics and health threats and make our health system more resilient, but will also contribute in synergy and complementarity with other EU policies to the establishment of the reserve of essential medicines and medical devices in times of crisis.

I hope that the negotiations with the Council will be very constructive and will finish before the end of the year in order that the programme will start to deliver for EU citizens, starting January 2021. Therefore, I would like to request the referral back to committee for interinstitutional negotiations, under Rule 59(4), for the EU4Health programme.

Die Präsidentin. – Wir kommen nun zur ersten Abstimmungsrunde für heute.

Die Dossiers, über die wir nun abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde ist von 9.00 bis 10.15 Uhrgeöffnet. Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den vorangegangenen Abstimmungsrunden. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Ich erkläre die erste Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können jetzt bis 10.15 Uhr abstimmen.

Die Ergebnisse der Abstimmung werden um 12.45 Uhr bekannt gegeben.

(Die Sitzung wird um 9.03 Uhr unterbrochen.)

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

6. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 12.45 Uhr wieder aufgenommen.)

7. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 12.55 Uhr unterbrochen.)

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(A sessão é reiniciada às 14h.)

9. Zweite Abstimmungsrunde

Presidente. – Declaro reaberta a sessão e, antes de iniciar o segundo período de votação de hoje, gostaria de dar a palavra, nos termos do artigo 59.º, n.º 4, ao Senhor Deputado José Manuel Fernandes sobre o reenvio à Comissão para as negociações interinstitucionais do seu Relatório sobre a criação do Programa InvestEU.

Tem a palavra o Senhor Deputado José Manuel Fernandes.

José Manuel Fernandes, relator. – Senhor Presidente, tal como diz, é para pedir que, em conformidade com o regulamento interno do Parlamento e como relator deste importante dossiê, onde também é relatora a Colega Irene Tinagli, este dossiê, o InvestEU, seja reenviado à Comissão conjunta dos Orçamentos e também da Economia, a fim de iniciarmos as negociações interinstitucionais.

Presidente. – Queria saudar os senhores deputados correlatores pelo vosso excelente trabalho e este pedido será submetido a votação, após a votação da proposta da Comissão.

Dou agora início ao segundo período de votação.

Votaremos nos dossiês conforme indicado na ordem do dia.

O período de votação decorrerá entre as 14h e as 15h15.

A votação é realizada segundo o mesmo procedimento utilizado durante os períodos de votação anteriores.

Todas as votações serão realizadas por votação nominal.

Declaro aberto o segundo período de votação. Podem votar até às 15h15.

Os resultados do segundo período de votação serão comunicados às 17h30.

(A sessão é suspensa às 14h03.)

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 17.30 Uhr wieder aufgenommen.)

11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

12. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte: siehe Protokoll

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

17. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 17.31 Uhr geschlossen.)

18. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
ID	Fraktion Identität und Demokratie
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
GUE/NGL	Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
NI	Fraktionslos



C/2024/5011

9.8.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11635 — ADRILL / ADH / GORDON)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5011)

1. Am 2. August 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- ADNOC Drilling Company P.J.S.C. („ADRILL“, Vereinigte Arabische Emirate), Teil der Abu Dhabi National Oil Company Group („ADNOC-Gruppe“, Vereinigte Arabische Emirate),
- Alpha Dhabi Holding P.J.S.C. („ADH“, Vereinigte Arabische Emirate),
- Gordon Technologies, L.L.C. („Gordon“, Vereinigte Staaten von Amerika).

ADRILL und ADH werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über die Gesamtheit von Gordon übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- ADRILL ist ein Betreiber von Onshore- und Offshore-Bohr- und Ölfeld-Dienstleistungen, der Teil des integrierten ADNOC-Netzes von über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg tätigen Unternehmen ist und (Onshore- & Offshore-) Bohrdienstleistungen und Ölfeld-Dienstleistungen für Unternehmen der ADNOC-Gruppe erbringt.
- ADH ist eine Investmentgesellschaft mit Sitz in Abu Dhabi, deren Holdinggesellschaften in den Bereichen Gesundheitspflege, erneuerbare Energien, Petrochemie und verschiedenen anderen Wirtschaftszweigen, darunter Immobilien, Baugewerbe und Gastgewerbe, tätig sind.
- Gordon ist ein Anbieter der MWD-Technologie (Measurement While Drilling) und in wesentlich geringerem Umfang ein Anbieter einiger der LWD-Technologien (Logging While Drilling) für die Öl- und Gasindustrie.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11635 — ADRILL / ADH / GORDON

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/5012

9.8.2024

Veröffentlichung der Entscheidungen der Mitgliedstaaten über die Erteilung, die Aussetzung oder den Widerruf von Betriebsgenehmigungen nach Artikel 10 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft (Neufassung) ⁽¹⁾

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5012)

Nach Artikel 10 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft (Neufassung) veröffentlicht die Europäische Kommission die Liste der von den Mitgliedstaaten im Jahr 2023 getroffenen Entscheidungen über die Erteilung, die Aussetzung oder den Widerruf von Betriebsgenehmigungen ⁽²⁾.

Erteilte Betriebsgenehmigungen

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsber- eichtigung für	Kateg- orie (*)	Entscheidung rechtswirk- sam seit
Österreich	AVAG Air GmbH für Luftfahrt	Innsbrucker Bundes- straße 83a, 5020 Salzburg	Fluggäste, Fracht, Post	A	12.6.2023
Österreich	AXIS Aviation Austria GmbH	1300 Wien Flughafen, Office Park 1/Top B08/02	Fluggäste, Fracht, Post	A	22.5.2023
Österreich	Boutique Aviation GmbH	Hegelgasse 8/14, 1010 Wien	Fluggäste, Fracht, Post	A	31.3.2023
Österreich	Boutique Aviation GmbH	Hegelgasse 8/14, 1010 Wien	Fluggäste, Post	A	22.5.2023
Österreich	JetView GmbH	Wallpachgasse 3, 6060 Hall in Tirol	Fluggäste, Fracht, Post	A	12.6.2023
Österreich	Skyemotion GmbH	Münkafeld 7, 6800 Feldkirch	Fluggäste, Fracht, Post	B	12.6.2023
Bulgarien	JET SKY AIRWAYS Ltd.	22, San Stefano str., fl.4, 1504, Sofia, Bulgarien	Fluggäste, Fracht, Post	A	22.12.2023
Bulgarien	SUN AIR BULGARIA AD	25, Nezabravka str., 1113 Sofia, Republik Bulga- rien	Fluggäste, Fracht, Post	A	1.12.2023
Tschechien	JetForTrip s.r.o.	Erbenova 877, Mladá Boles- lav II, 293 01 Mladá Boleslav	Fluggäste, Fracht, Post	B	10.3.2023
Dänemark	Global Reach Aviation A/S	Cargo Centervej 63, st. tv., 7190 Billund	Fluggäste, Fracht, Post	A	1.5.2023
Estland	Marabu Airlines OÜ	Lennujaama tee 13, Tal- linn 11101	Fluggäste, Fracht, Post	A	5.4.2023
Frankreich	AIRBUS BELUGA TRANSPORT	17, avenue Didier DAURAT – 31700 BLAGNAC	Fracht	A	13.11.2023
Frankreich	AVIALPES JET	8 route Côte Merle 74730 Epagny Metz-Tessy	Fluggäste	B	25.7.2023

⁽¹⁾ ABl. L 293 vom 31.10.2008, S. 3.

⁽²⁾ In der Tabelle sind die Entscheidungen aufgeführt, die der Europäischen Kommission von den Mitgliedstaaten bis spätestens 8. Juli 2024 zum Lizenzstatus und zu sonstigen Änderungen mitgeteilt wurden.

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsber- eichtigung für	Kateg- orie (*)	Entscheidung rechtswirk- sam seit
Frankreich	FTL Airlines	Rue Blériot-Aéroport de Vatry-Bâtiment Fret 1 Blériot- 51320 Bussy-Lettrée	Fracht, Post	A	31.7.2023
Frankreich	MILLESIME Aviation	12 rue Roger Maillard- 33510 Andernos-les-Bains	Fluggäste, Fracht, Post	A	1.2.2023
Frankreich	SARL AIR 65	5 chemin de l'Aérodrome 65230 CASTELNAU-MAG- NOAC	Fracht	A	8.2.2023
Frankreich	Vendée Aviation	Aérodrome de La Lande – Route du Petit Versailles 85180 Château d'Olonne	Fluggäste, Fracht, Post	B	9.1.2023
Deutsch- land	City Airlines GmbH	FOC, Südallee 15, 85356 München	Fluggäste, Fracht	A	6.6.2023
Deutsch- land	TL Aviation GmbH	Am Graben 7, 41352 Kor- schenbroich	Fluggäste, Fracht	A	4.7.2023
Deutsch- land	USC GmbH	Unterschweinstiege 2-14, 60549 Frankfurt am Main	Fluggäste, Fracht	A	14.8.2023
Deutsch- land	Werner Peußner Flug- dienst GmbH & Co. KG	Dammstraße 16-20, 49084 Osnabrück	Fluggäste	B	17.1.2023
Griechen- land	Aegean Executive SA	Athens International Airport Building 57 – SPATA 19019	Fluggäste, Fracht	A	15.3.2023
Griechen- land	FLYGR8 S.A.	Head Office 12th km Thessa- loniki – Moudania National Road, 'Thermais' Building, GR-57001 Thermi, Thessa- loniki, Griechenland	Fluggäste, Fracht	A	8.8.2023
Italien	GMG AVIATION Srl	Via Carlo D'Angiò, 23 c/o aeroporto 67100 – L'Aquila	Fluggäste, Fracht	B	10.11.2023
Italien	Novaris Srl	Via Papa Giovanni XXIII n. 6 – 27058 Voghera (PV)	Fluggäste	B	18.7.2023
Italien	Sky Alps S.r.l.	Piazza del Grano n. 3 – 39100 Bolzano (BZ)	Fluggäste	A	16.1.2023

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsber- eichtigung für	Kateg- orie (*)	Entscheidung rechtswirk- sam seit
Italien	Sky Services S.p.A.	Via Guantai Nuovi n. 16 – Napoli (NA)	Fluggäste	B	20.7.2023
Litauen	Classic Jet, UAB	Vokieciu str. 28/17-24, LT-01130 Vilnius	Fluggäste, Fracht, Post	B	1.4.2023
Malta	Bridges Air Cargo Ltd	Airways Building, 2nd Floor, No. 1, Triq Ganni Vassallo, Luqa, Malta	Fracht	A	24.8.2023
Malta	KM Malta Airlines Limited	Level 3, Valletta Buildings, South Street, Valletta VLT1103, Malta	Fluggäste, Fracht	A	1.12.2023
Malta	Privajet Limited	Suite 3, Floor 5, Portomaso Tower, St Julians, STJ 4011, Malta	Fluggäste, Fracht, Post	B	7.11.2023
Malta	SkyUp MT Limited	Merlin House, 3rd Floor, Mountbatten Street, Hamrun HMR 1574, Malta	Fluggäste, Fracht	A	5.5.2023
Malta	Valletta Airlines Limited	Level 3, Aragon House – Business Centre, Dragonara Road, St Julians STJ 3140, Malta	Fluggäste, Fracht	A	8.2.2023
Rumänien	SC LEGEND AIRLINES SRL	Rumänien, judetul Ilfov, comuna Corbeanca, Sat Pet- resti, str. Socului nr. 1	Fluggäste	B	19.3.2023
Slowenien	AIR ADRIATIC d.o.o.	Tivolska cesta 48, SI – 1000 Ljubljana	Fluggäste	A	3.2.2023
Slowenien	CAMEX ADRIA Airlines d.o.o.	Dunajska cesta 117, SI – 1000 Ljubljana	Fracht	A	22.12.2023
Slowenien	Fox Aviation d.o.o.	Zgornji Brnik 130J, SI – Brnik- Aerodrom	Fluggäste	A	11.10.2023
Spanien	NAYSA SERVICIOS AÉREOS, S.L.	Calle Ignacio Ellacuría Beas- coechea 2. Polígono Industrial Melenara. 35200 Telde. Las Palmas de Gran Canaria	Fluggäste, Fracht, Post	A	28.6.2023
Schweden	1903 Aviation AB	Box 55901, SE-102 16 Stock- holm	Fluggäste, Fracht, Post	A	28.3.2023
Schweden	Braathens International Airways AB	Box 61, SE-161 26 Bromma	Fluggäste	A	30.1.2023

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsberechtigung für	Kategorie (*)	Entscheidung rechtswirksam seit
Schweden	North East West South Airlines AB	c/o Johan Utterberg, Klisätvägen 21A, SE-138 33 Älta	Fluggäste, Fracht, Post	B	1.3.2023
Schweiz	BHS Aviation AG	Flughofstrasse 39a, 8152 Glattbrugg	Fluggäste	B	13.1.2023

(*) Kategorie: A = Betriebsgenehmigungen ohne/B = Betriebsgenehmigungen mit Freistellungen nach Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008.

Ausgesetzte Betriebsgenehmigungen

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit	Anmerkungen
Bulgarien	HOLIDAY EUROPE Ltd.	80, Christopher Columbus blvd., floor 6, office 4, 1592 Sofia, Republik Bulgarien	Fluggäste, Fracht, Post	A	19.5.2023	
Bulgarien	VOYAGE AIR Ltd.	Anschrift: 60, Gen. Kolev str., fl.2, app.5, 9000 Varna, Republik Bulgarien; Kontaktadresse: 1, Brussels blvd., fl. 11, 1540 Sofia, Republik Bulgarien	Fluggäste, Fracht, Post	A	15.4.2023	
Finnland	Polar Aviation Oy	Liikelentotie 8, 01530 Vantaa	Fluggäste	A	17.4.2023	
Frankreich	Héli Sphère 45	Aérodrome Saint-Denis-de-l'Hôtel – 45500 Saint-Denis-de-l'Hôtel – Frankreich	Fluggäste, Fracht, Post	B	23.5.2023	Widerrufen am 23.5.2023
Frankreich	Open Flight	3 Pôle Aviation Générale – Aéroport Marseille-Provence – 13700 Marignane – Frankreich	Fluggäste, Fracht, Post	B	21.2.2023	Widerrufen am 21.2.2023
Deutschland	PTL Luftfahrt GmbH	Flugplatzstr. 3, 84034 Landshut	Fluggäste, Fracht, Post	B	6.9.2023	Betriebsgenehmigung ausgesetzt bis 11.3.2024
Irland	National Flight Centre Limited	Weston Airport, Leixlip, Co. Kildare.	Fluggäste, Fracht, Post	B	3.8.2023	Widerrufen am 10.10.2023
Irland	Westair Aviation Ltd	South East Ramp, Shannon Airport, Co. Clare.	Fluggäste, Fracht, Post	A	12.12.2023	

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit	Anmerkungen
Italien	Compagnia Generale Ripresearee S.p.A.	Via Cremonese n. 35/A – 43010 Fontana (PR)	Fluggäste, Fracht	B	4.4.2023	
Litauen	TRANSAVIA-BALTIKA	Europos pr. 89, LT-46333 Kaunas, Litauen	Fluggäste, Fracht, Post	A	16.4.2023	Widerrufen am 17.4.2024
Niederlande	Silver Flight B.V.	Thermiekstraat 58, 1117 BC SCHIPHOL	Fluggäste, Fracht, Post	B	19.12.2023	Widerrufen am 25.5.2024
Rumänien	Air Bucharest Transport Aerian S.R.L.	BD. Iancu de Hunedoara no. 36, sector 1, Bucharest	Fluggäste	A	17.4.2023	Widerrufen am 18.10.2023
Spanien	Air Taxi & Charter International, S.L.	Pardals, 30 – 17310 Lloret de Mar (Girona)	Fluggäste, Fracht, Post	B	14.3.2023	Widerrufen am 30.10.2023
Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit	Anmerkungen
Schweden	North East West South Airlines AB	c/o Johan Utterberg, Klisätravägen 21A, SE-138 33 Älta	Fluggäste, Fracht, Post	B	24.11.2023	

Freiwillige Rückgabe von Betriebsgenehmigungen

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	ab Datum
Dänemark	BenAir A/S	Lufthavnsvej 4, DK-6900 Skjern, Dänemark	Fluggäste, Fracht, Post	A	1.2.2023
Dänemark	C9H ApS	Postbox 202, Hangarvej G 9, 4000 Roskilde, Dänemark	Fluggäste, Fracht, Post, Arbeitsflüge	B	1.5.2023
Dänemark	Helico ApS	Uhre Skovvej 31, 6064 Jordrup	Fluggäste, Fracht, Post, Arbeitsflüge	B	1.3.2023
Finnland	Polar Aviation Oy	Liikelentotie 8, 01530 Vantaa	Fluggäste	A	18.7.2023
Deutschland	FJS-Helicopter Lufttransport GmbH	Richthofenstr. 124, 53757 Sankt Augustin	Fluggäste, Fracht	B	15.2.2023
Slowenien	Elitavia, letalske rešitve, d.o.o.	Barjanska cesta 54, 1000 Ljubljana	Fluggäste	A	10.1.2023

Widerrufene Betriebsgenehmigungen

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit	Anmerkungen
Österreich	AVAG Air GmbH für Luftfahrt	Innsbrucker Bundesstraße 83a, 5020 Salzburg	Fluggäste, Fracht, Post	A	12.6.2023	
Österreich	AVIONCO GmbH	Flughafenstraße 3/Terminal 3/2. Stock, 4063 Hörsching	Fluggäste, Fracht, Post	B	12.6.2023	
Österreich	Boutique Aviation GmbH	Hegelgasse 8/14, 1010 Wien	Fluggäste, Fracht, Post	A	22.5.2023	
Österreich	Eurowings Europe GmbH	Objekt 680, Office Park 1, Bauteil 2, Top 09/01, 1300 Wien-Flughafen	Fluggäste, Fracht, Post	A	11.4.2023	
Österreich	HTM Helicopter Travel Munich GmbH, Niederlassung Österreich	5020 Salzburg, Wilhelm Spazier-Straße 2	Fluggäste, Fracht, Post	B	2.5.2023	
Bulgarien	FLEET AIR BG Ltd.	80, Christopher Columbus blvd., 1540, fl.6 Sofia, Republik Bulgarien	Fracht, Post	A	28.4.2023	Ausgesetzt seit 4.8.2020
Dänemark	BenAir A/S	Lufthavnsvej 4, DK-6900 Skjern, Dänemark	Fluggäste, Fracht, Post	A	1.2.2023	
Finnland	Fly Lapland Oy	Lentopaikantie 1, 97700 Ranua	Fluggäste, Fracht	B	27.4.2023	Ausgesetzt seit 29.12.2022
Frankreich	Azur Hélicoptère	Aéroport de Cannes Mandelieu – 06150 Cannes-La Bocca – Frankreich	Fluggäste, Fracht, Post	A	21.2.2023	
Frankreich	CAIRE	Aéroport de Cayenne-Félix Éboué – Zone de fret – 97351 Matoury – Frankreich	Fluggäste, Fracht, Post	A	3.10.2023	
Frankreich	Héli Béarn	2327 Chemin de Pau lieu dit „Bourdalié“ – BP 121 – 64121 Serres-Castet – Frankreich	Fluggäste, Fracht, Post	B	30.8.2023	
Frankreich	Héli Sphère 45	Aérodrome Saint-Denis-de-l'Hôtel – 45500 Saint-Denis-de-l'Hôtel – Frankreich	Fluggäste, Fracht, Post	B	23.5.2023	Ausgesetzt seit 23.5.2023
Frankreich	JetKey	Hangar JETKEY – Rue Caroline Aigle – 33700 Mérignac – Frankreich	Fluggäste, Fracht, Post	B	1.2.2023	

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit	Anmerkungen
Frankreich	Open Flight	3 Pôle Aviation Générale – Aéroport Marseille-Provence – 13700 Marignane – Frankreich	Fluggäste, Fracht, Post	B	21.2.2023	Ausgesetzt seit 21.2.2023
Frankreich	SPARFELL FRANCE	12 RUE ROGER MAILLARD 33510 ANDERNOS-LES- BAINS – Frankreich	Fluggäste	B	1.2.2023	
Deutschland	25only Aviation GmbH	Im Finigen 6, 28832 Achim	Fluggäste, Fracht, Post	A	28.6.2023	
Deutschland	Euroflug Frenzel e. K	Am Flughafen 9, 79108 Freiburg i. Br.	Fluggäste, Fracht	B	4.9.2023	
Deutschland	S.P. Helicopter-Ser- vice GmbH	Auf der Hohl 2, 53547 Dat- tenberg	Fluggäste, Fracht, Post	B	25.5.2023	
Deutschland	T F C Flugbetrieb und -technik Bera- tungsgesellschaft mbH	Rehmannshof 45, 45257 Essen	Fluggäste, Fracht, Post	A	31.10.2023	
Irland	National Flight Centre Limited	Weston Airport, Leixlip, Co. Kildare.	Fluggäste, Fracht, Post	B	10.10.2023	Ausgesetzt seit 3.8.2023
Italien	Blue Panorama Airlines S.p.A.	Viale delle Arti n. 123 – 00054 Fiumicino (RM)	Fluggäste, Fracht	A	9.5.2023	Ausgesetzt seit 10.3.2022
Italien	Compagnia Gene- rale Ripresearee S.p.A.	Via Cremonese n. 35/A – 43010 Fontana (PR)	Fluggäste, Fracht	B	12.10.2023	Ausgesetzt seit 4.4.2023
Malta	BLUE SQUARE AVIATION GROUP MALTA Ltd	Bethsaida, 71, Mdina Road, Qormi, QRM 9016, Malta	Fluggäste, Fracht, Post	B	1.6.2023	Ausgesetzt seit 13.5.2022
Malta	BLUE SQUARE AVIATION GROUP MALTA Ltd	Bethsaida, 71, Mdina Road, Qormi, QRM 9016, Malta	Fluggäste, Fracht, Post	B	31.1.2023	
Malta	EMPEROR AVIA- TION Ltd	W Business Centre, Level 3, Triq Karmenu Pirotta, Bir- kirkara, BKR 1114, Malta	Fluggäste, Fracht, Post	B	2.6.2023	Ausgesetzt seit 18.11.2022
Portugal	JETCAPITAL Avia- tion, S.A.	Avenida dos Combatentes, n.º 43, 5B, 1600-042 Lisboa	Fluggäste	A	25.10.2023	

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit	Anmerkungen
Rumänien	Air Bucharest Transport Aerian S.R.L.	BD. Iancu de Hunedoara no. 36, sector 1, Bucharest	Fluggäste	A	18.10.2023	Ausgesetzt seit 17.4.2023
Rumänien	BLUE AIR AVIATION S.A.	42 - 44 Bucuresti – Ploiesti Street, Baneasa Business&Technology Park, sector 1, Bucharest	Fluggäste, Fracht	A	22.5.2023	Ausgesetzt seit 21.11.2022
Rumänien	C&I Corporation S.R.L.	Str. Industriilor nr 1, Municipiul Onești, judetul Bacau	Fluggäste	B	30.6.2023	
Spanien	Air Taxi & Charter International, S.L.	Pardals, 30 – 17310 Lloret de Mar (Girona)	Fluggäste, Fracht, Post	B	30.10.2023	Ausgesetzt seit 14.3.2023

Änderungen des Namens

Mitgliedstaat	Alter Name des Luftfahrtunternehmens	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit:
Österreich	Boutique Aviation GmbH	AXIS Aviation Austria GmbH	1300 Wien Flughafen, Office Park 1/Top B08/02	Fluggäste, Fracht, Post	A	22.5.2023
Bulgarien	Compass Cargo Airlines Ltd.	COMPASS CARGO AIRLINES EOOD	fl.5, Jessika Office Center, 229, Botevgradsko shosse Blvd. 1517, Sofia, Bulgarien	Fracht, Post	A	3.10.2023
Deutschland	AirAlliance Express AG & Co.KG.	Unicair GmbH	Walramstraße 21, 65510 Idstein	Fluggäste, Fracht, Post	A	8.3.2023
Deutschland	AIR HAMBURG Luftverkehrsgesellschaft mbH	VistaJet GmbH	Leverkusenstraße 54, 22761 Hamburg	Fluggäste, Fracht, Post	A	1.11.2023
Polen	General Aviation Services sp. Z.o.o	General Aviation Services sp. z.o.o	ul. Gen. Sylwestra Kaliskiego 57, 01-476 Warszawa	Fluggäste	B	5.5.2023
Portugal	Babcock Mission Critical Services Portugal, Unipessoal, Lda	AVINCIS AVIATION Portugal, Unipessoal, Lda	Heliporto de Salemas, n.º 2, Lugar de Salemas, 2670-760 Lousa-Loures	Fluggäste, Fracht, Post	B	22.6.2023

Mitgliedstaat	Alter Name des Luftfahrtunternehmens	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit:
Slowenien	Flycom, družba za letalske in komunikacijske storitve, d.o.o.	FLYCOM Aviation d.o.o.	Velike Brusnice 7, 8321 Brusnice	Fluggäste, Fracht	B	3.1.2023
Spanien	Babcock Mission Critical Services España, S.A.U.	Avincis Aviation España, S.A.	Aeródromo de Mutxamel – Partida La Almaina, 92 – 03110 Mutxamel (Alicante)	Fluggäste, Fracht, Post	B	4.5.2023
Schweden	Babcock Scandinavian Air Ambulance AB	Avincis Aviation Sweden AB	Stockvägen 68, SE-832 56 Frösön	Fluggäste, Fracht, Post, Notfalldienste	B	14.3.2023
Schweden	Rotor Service Norden AB	Fiskflyg AB	Strömgatan 43, SE-982 60 Porjus	Fluggäste, Fracht, Post, Arbeitsflüge	B	12.4.2023
Schweiz	Boutique Aviation AG	AXIS Aviation Switzerland AG	Hotelstrasse 1, 8058 Zürich	Fluggäste	B	1.6.2023

Änderungen der Anschrift

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Alte Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit:
Österreich	AXIS Aviation Austria GmbH	Hegelgasse 8/14, 1010 Wien	1300 Wien Flughafen, Office Park 1/Top B08/02	Fluggäste, Fracht, Post	A	22.5.2023
Österreich	Elangeni GmbH	Schenkenstraße 4, Stock 6 und 7, 1010 Wien	Hegelgasse 8/14, 1010 Wien	Fluggäste, Fracht, Post	A	6.12.2023
Österreich	International Jet Management GmbH	Concorde Business Park 2/F 14, 2320 Schwechat	Maderstraße 1/Top 9, 1040 Wien	Fluggäste, Fracht, Post	A	2.6.2023
Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Alte Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit:
Österreich	Jetology GmbH	Porzellangasse 7/2, 1090 Wien	Schottenring 16, 1010 Wien	Fluggäste, Fracht, Post	A	23.10.2023

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Alte Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit:
Tschechien	Airstream a.s.	K letišti 1073/25, Praha 6 – Ruzyně, PSČ 161 00	K letišti 547, Han-gár A, Praha 6 – Ruzyně, PSČ 161 00	Fluggäste, Fracht, Post	B	31.8.2023
Tschechien	Silesia Air, s.r.o.	Šeříková 364.1, 746 01 Opava 1	K letišti 547, Han-gár A, Praha 6 – Ruzyně, PSČ 161 00	Fluggäste, Fracht, Post	B	31.8.2023
Deutschland	Aerologic GmbH	Industriestr. 70, 04435 Schkeuditz	Josef-von-Copertino-Straße 2, 04435 Schkeuditz	Fracht, Post	A	17.7.2023
Deutschland	ChallengeLine LS GmbH	Flughafenstr. 6, 86169 Augsburg	Brinkstegge 31, 46935 Bocholt	Fluggäste, Fracht, Post	B	18.7.2023
Deutschland	DHD Heliservice GmbH	Alte Schulstraße 23, 14550 Groß Kreutz (Havel)	Zeppelinstraße 27, 21337 Lüneburg	Fluggäste, Fracht, Post	B	24.4.2023
Deutschland	Unicair GmbH	Flughafen Siegerland, Werfthalle G1, 57299 Burbach	Walramstraße 21, 65510 Idstein	Fluggäste, Fracht, Post	A	8.3.2023
Italien	Hoverfly divisione SAM S.r.l.	Via Orazio n. 152 – 65128 Pescara (PE)	Via dei Marrucini n. 67 – 65127 Pescara (PE)	Fluggäste	B	28.8.2023
Italien	Weststar NDD S.r.l.	Piazza Resistenza n. 2 – 28883 Gravellona Toce (VB)	Corso Sempione n. 111 – 21013 Gallarate (VA)	Fluggäste, Fracht	B	6.9.2023
Litauen	Charter Jets UAB	A. Tumėno st. 4, LT-01109 Vilnius	Naugarduko str. 100, LT-03160 Vilnius, Litauen	Fluggäste, Fracht, Post	A	24.5.2023
Litauen	GetJet Airlines, UAB	Dariaus ir Gireno str. 81-1, LT-02189 Vilnius	Laisvės av. 10, LT-04215 Vilnius, Litauen	Fluggäste, Fracht, Post	A	14.9.2023
Niederlande	Corendon Dutch Airlines B.V.	Singaporestraat 82 – 1175 RA LIJNDEN	Schipholweg 335A – 1171 PL Badhoevedorp	Fluggäste, Fracht, Post	A	12.1.2023
Polen	Bartolini Air Regional sp. z o.o.	Ozorkowska 22, 93-285 Łódź	ul. Maczka 35, 94-328 Łódź	Fluggäste	B	4.10.2023

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Alte Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit:
Polen	General Aviation Services sp. z.o.o	Wiązowna, Góraszka 05-462	ul. Gen. Sylwestra Kaliskiego 57, 01-476 Warszawa	Fluggäste	B	5.5.2023
Portugal	EUROATLANTIC AIRWAYS, Transportes Aéreos, S.A.	Rua Salgueiro Maia, n.º 16, 2685-374 Prior Velho, Loures	Rua da Garagem, n.º 1, 1.º, 2790-078 Carnaxide	Fluggäste, Fracht, Post	A	20.3.2023
Portugal	SATA INTERNACIONAL – Azores Airlines, S.A.	Av. Infante D. Henrique, n.º 55 – 4.º Andar, 9504-528 Ponta Delgada	Rua Dr. José Bruno Tavares Carreiro, n.º 6, 9.º Piso, 9500-769 Ponta Delgada	Fluggäste, Fracht, Post	A	12.6.2023
Rumänien	SC FLY LILI SRL	Rumänien, Bucuresti, sector 1, str. Benjamin Franklin nr. 16, etaj 1	Rumänien, Bucuresti, sector 1, str. Coralilor nr. 20C, Clădirea C1- Centrul de Calcul, etaj 2	Fluggäste, Fracht	A	17.5.2023
Rumänien	SC LEGEND AIRLINES SRL	Rumänien, judetul Ilfov, comuna Corbeanca, Sat Petresti, str. Socului nr. 1	Rumänien, judetul Ilfov, Oras Voluntari, Bulevard Pipera nr. 1B, Cladire Cubic Center, Spatiul SB10.04, Etaj 10	Fluggäste, Fracht	A	20.3.2023
Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Alte Anschrift des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit:
Spanien	Avincis Aviation España, S.A.	Aeródromo de Muchamiel – Partida La Almaina, 92 – 03110 Muchamiel (Alicante)	Aeródromo de Mutxamel – Partida La Almaina, 92 – 03110 Mutxamel (Alicante)	Fluggäste, Fracht, Post	B	4.5.2023
Spanien	Evelop Airlines, S.L.	Josep Rover Motta, 27 – 07006 Palma de Mallorca (Islas Baleares)	Calle Gremi Fusters, 23 CP.07009 – Palma de Mallorca, Islas Baleares	Fluggäste, Fracht, Post	A	14.4.2023
Schweiz	AXIS Aviation Switzerland AG	Seefeldstrasse 283, 8008 Zürich	Hotelstrasse 1, 8058 Zürich	Fluggäste	B	1.6.2023

Änderungen der Kategorie

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Alte Kategorie	Kategorie	Beförderungsberechtigung für	Entscheidung rechtswirksam seit:
Bulgarien	SUN AIR BULGARIA AD	25, Nezabravka str., 1113 Sofia, Republik Bulgarien	A	B	Fluggäste, Fracht, Post	1.12.2023
Frankreich	AVIALPES JET	8 route Côte Merle 74730 Epagny Metz-Tessy	A	B	Fluggäste	25.7.2023
Deutschland	ProAir Aviation GmbH	Echterdinger Str. 111, 70794 Filderstadt	A	B	Fluggäste, Fracht, Post	27.12.2023
Deutschland	TL Aviation GmbH	Am Graben 7, 41352 Korschbroich	A	B	Fluggäste, Fracht	4.7.2023
Rumänien	SC LEGEND AIRLINES SRL	Rumänien, judetul Ilfov, Oras Voluntari, Bulevard Pipera nr. 1B, Cladire Cubic	B	A	Fluggäste, Fracht	20.3.2023
Slowenien	AIR ADRIATIC d.o.o.	Tivolska cesta 48, SI – 1000 Ljubljana	A	B	Fluggäste	3.2.2023

Änderungen der Beförderung

Mitgliedstaat	Name des Luftfahrtunternehmens	Anschrift	Alte Beförderungsberechtigung	Beförderungsberechtigung für	Kategorie	Entscheidung rechtswirksam seit:
Polen	Ibex – U.L. sp. z.o.o	ul. Jana Kazimierza 11/4 01-248 Warszawa	Fluggäste, Fracht, Post	Fluggäste	B	22.6.2023
Rumänien	SC LEGEND AIRLINES SRL	Rumänien, judetul Ilfov, Oras Voluntari, Bulevard Pipera nr. 1B, Cladire Cubic Center, Spatiul SB10.04,	Fluggäste	Fluggäste, Fracht	A	20.3.2023
Slowenien	FLYCOM Aviation d.o.o.	Velike Brusnice 7, 8321 Brusnice	Fluggäste, Fracht, Post	Fluggäste, Fracht	B	3.1.2023
Schweden	Braathens International Airways AB	Box 61, SE-161 26 Bromma	Fluggäste	Fluggäste, Fracht, Post	A	30.1.2023